

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Vorbericht

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Haushaltsgesetz 2025_2026	5
Erste Anlage	10
a) Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben 2025	12
a) Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben 2026	14
b) Finanzierungsübersicht 2025	16
b) Finanzierungsübersicht 2026	17
c) Kreditfinanzierungsplan 2025	19
c) Kreditfinanzierungsplan 2026	20
Zweite Anlage: Allgemeine Bestimmungen zu Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen	21
Begründung zum Haushaltsgesetz 2025_2026	25
Anlage 1 zur Begründung zu § 15 Abs. 8 HG	27
Begründung zum Haushaltsgesetz 2025_2026 Zweite Anlage	29
Übersicht zum geschlechtergerechten Haushalt	30
Allgemeine Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben	31
Gruppierungsübersicht	33
Funktionenübersicht	48
Haushaltsquerschnitt	53
Übersicht über die den Haushalt durchlaufenden Posten	96
Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025	100
Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026	108
Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den Titelgruppen 96 - 2025	116
Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den Titelgruppen 96 - 2026	118
Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) - 2025	120
Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) - 2026	127
Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den Titelgruppen 89 - 2025	134
Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den Titelgruppen 89 - 2026	136
EU-Fonds 2014 - 2020	138
EU-Fonds 2021 - 2027	143
Übersicht über die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen 2025	160
Übersicht über die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen 2026	162
Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich	164
Übersicht über das Vermögen und die Schulden	166
Sonderabgaben	167

Einzelpläne

Epl. 01 Landtag

Epl. 02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -

Epl. 03 Ministerium für Inneres und Sport

Epl. 04 Ministerium der Finanzen

Epl. 05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Epl. 06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -

Epl. 07 Ministerium für Bildung

Epl. 08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-

Epl. 09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -

Epl. 11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Epl. 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Epl. 14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Epl. 15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -

Epl. 16 Landesrechnungshof

Epl. 17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

Epl. 18 Landesbeauftragte für den Datenschutz

Epl. 19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

Epl. 20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement

Sondervermögen

- Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe

- Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt

- Corona

- Altlastensanierung

- Pensionsfonds

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 (Haushaltsgesetz 2025/2026 – HG 2025/2026).

§ 1 Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

- (1) Der diesem Gesetz als **Erste Anlage** beigefügte Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 15 102 956 800 Euro für das Haushaltsjahr 2025 und auf 15 631 673 800 Euro für das Haushaltsjahr 2026 festgestellt.
- (2) Die Summe der im Haushaltsplan ausgebrachten Ermächtigungen, über das Haushaltsjahr hinaus Verpflichtungen zulasten des Landes einzugehen, wird für das Haushaltsjahr 2025 auf 5 249 770 300 Euro und für das Haushaltsjahr 2026 auf 6 778 406 700 Euro festgestellt.

§ 2 Zuwendungen

- (1) Zuwendungen zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, dass der Zuwendungsempfänger seine Beschäftigten nicht besserstellt als vergleichbare Arbeitnehmer des Landes (Besserstellungsverbot). Vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen deshalb keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden, als sie für vergleichbare Arbeitnehmer des Landes jeweils vorgesehen sind. Das Ministerium der Finanzen kann bei Vorliegen zwingender Gründe in Einzelfällen oder für Förderbereiche Ausnahmen zulassen, insbesondere dann, wenn der vom Land verfolgte Zweck ansonsten nicht erreicht werden kann.
- (2) Absatz 1 Satz 1 und 2 gilt bei Zuwendungen zur Projektförderung entsprechend, wenn die nicht nur projektbezogenen Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand einschließlich der Europäischen Union finanziert werden und die Zuwendung des Landes mehr als 50 000 Euro beträgt. Bei Zuwendungen zur Projektförderung wird das Besserstellungsverbot nur auf die in dem Projekt unmittelbar beschäftigten Mitarbeiter angewendet. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 3 Tilgungsleistungen und Kreditaufnahme

- (1) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe des Betrages aufzunehmen, dessen Höhe sich aus dem jeweiligen Kreditfinanzierungsplan (Erste Anlage Buchst. c) ergibt. Hiervon darf in den Grenzen des § 18 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt abgewichen werden. Die Ermächtigung nach Satz 1 darf in Höhe von 552 045 600 Euro im Haushaltsjahr 2025 und in Höhe von 490 102 500 Euro im Haushaltsjahr 2026 nur in Anspruch genommen werden, soweit der Landtag von Sachsen-Anhalt für das entsprechende Haushaltsjahr gemäß § 18 Abs. 5 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation nach § 18 Abs. 5 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt feststellt und Ausgaben im Einzelplan 53 geleistet werden. Weitere Kredite vom Kreditmarkt in Höhe von bis zu 300 000 000 Euro jährlich dürfen unter den in Satz 3 genannten Voraussetzungen aufgenommen werden, soweit das zur Ausfinanzierung des Maßnahmenkatalogs nach dem Corona-Sondervermögensgesetz erforderlich ist.
- (2) Der Zeitpunkt der Kreditaufnahme richtet sich nach der Liquiditätsslage des Landes, den Deckungsbedürfnissen des Landeshaushalts, den Verhältnissen am Kapitalmarkt und den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen. Soweit eine Kreditaufnahme mit Fälligkeit im selben Haushaltsjahr wirtschaftlich ist, kann diese auch vorgenommen werden, wenn hierdurch zwischenzeitlich die Kreditermächtigung nach Absatz 1 überschritten wird.
- (3) Das Ministerium der Finanzen wird zum Einsatz von Derivaten im Rahmen des § 1 Abs. 2 Satz 4 der Schuldenordnung für das Land Sachsen-Anhalt ermächtigt. Derivative Verträge dürfen nur zum Zweck der Zinsreduzierung (Zinsreduzierungsderivate), der Zinssteuerung des Verhältnisses zwischen fester und variabler Verzinsung für das Schuldenportfolio (Portfolioderivate) oder der Zinssicherung (Sicherungsgeschäfte) abgeschlossen werden.
- (4) Der Einsatz von Zinsreduzierungsderivaten ist durch ein Jahresrisikolimit von 30 000 000 Euro und ein Gesamtrisikolimit von 7 500 000 Euro pro Laufzeitjahr begrenzt. Beide Risikolimits ergeben sich aus der Summe aller aufgrund der Zinsstrukturkurve vom 1. Dezember errechneten Zahlungsströme des Derivatebestandes zur Zinsreduzierung. Hierbei bezieht sich das Jahresrisikolimit auf das jeweilige zukünftige Haushaltsjahr, in dem die Zahlungsströme erwartet werden, das Gesamtrisikolimit auf die Summe aller der sich aus der Zinsstrukturkurve ergebenden Zahlungsströme über die gesamte Laufzeit des Derivatebestandes zur Zinsreduzierung. Das Ministerium der Finanzen stellt die Einhaltung der Risikolimits durch ein internes Risikosteuerungs- und Risikoüberwachungssystem sicher. Über die Auslastung des Gesamtrisikolimits und der Jahresrisikolimits wird dem Landtag von Sachsen-Anhalt spätestens im vierten Quartal des nachfolgenden Haushaltsjahres berichtet.
- (5) Derivative Geschäfte, die ausschließlich der Zinssicherung dienen, und Derivate, die ausschließlich der Zinssteuerung dienen, werden bei der Bestimmung des Grades der Auslastung der in Absatz 4 Satz 1 genannten Risikolimits nicht berücksichtigt.
- (6) Kreditaufnahmen dürfen auch in einer anderen Währung als Euro getätigt werden. Die Ausschaltung des Wechselkursänderungsrisikos erfolgt durch Derivate.

§ 4 Kassenverstärkungskredite

Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, nach § 18 Abs. 6 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 12 v. H. und zum Ausgleich von Fälligkeitsspitzen im Zusammenhang mit der Umschuldung von Krediten bis zur Höhe von 20 v. H. des in § 1 Abs. 1 für das jeweilige Haushaltsjahr festgestellten Betrages aufzunehmen. Geleistete oder empfangene Zahlungen im Rahmen der Stellung von Bargeldsicherheiten für Derivate bleiben bei der Bestimmung der Auslastung der Ermächtigung nach Satz 1 unberücksichtigt.

§ 5 Garantien und Bürgschaften

- (1) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 Garantien und Bürgschaften zulasten des Landes bis zu einer Höhe von insgesamt 4 000 000 000 Euro zu übernehmen.
- (2) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen und die Vollziehung der entsprechenden Urkunden auch auf die mit den Förderprogrammen befassten Stellen außerhalb der Landesverwaltung zu übertragen.
- (3) Das für staatliche Stiftungen des öffentlichen Rechts des Landes im Kulturbereich und für Museen zuständige Ministerium wird ermächtigt, Verpflichtungen zur Abdeckung von Ersatzansprüchen aus Leihgaben von Kulturgut an die dem Ministerium nachgeordnete unmittelbare Landesverwaltung gemäß Abschnitt 3 des Organisationsgesetzes Sachsen-Anhalt sowie an staatliche Stiftungen des öffentlichen Rechts des Landes im Kulturbereich, für die das Ministerium gemäß § 3 Abs. 2 des Stiftungsgesetzes Sachsen-Anhalt Stiftungsbehörde ist, bis zur Höhe von insgesamt 550 000 000 Euro zu übernehmen. Für bereits versicherte Risiken dürfen keine Verpflichtungen zur Abdeckung von Ersatzansprüchen übernommen werden.
- (4) Auf die Höchstbeträge nach den Absätzen 1 und 3 sind alle bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes übernommenen Verpflichtungen anzurechnen, soweit das Land noch in Anspruch genommen werden kann. Soweit das Land ohne Inanspruchnahme von seiner Verpflichtung frei wird oder Ersatz für eine erbrachte Leistung erlangt hat, sind übernommene Verpflichtungen auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

§ 6 Betragsgrenze für über- und außerplanmäßige Ausgaben

Der gemäß § 37 Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt zu bestimmende Betrag wird auf 5 000 000 Euro festgesetzt.

§ 7 Übertragbarkeit von Ausgabeansätzen

- (1) Die Ausgaben der Hauptgruppen 5 und 6 sind nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 übertragbar, soweit nicht in diesem Gesetz oder im Haushaltsplan etwas Abweichendes geregelt ist.
- (2) Übertragbar ist der anteilige Differenzbetrag zwischen Ausgaben und Haushaltsplanansatz eines Titels. Dies gilt nicht, soweit Ausgabeansätze mit Einnahmeansätzen korrespondieren und der Einnahmeansatz im Vollzug unterschritten wird. Der Anteil beträgt bei Ansätzen der Hauptgruppe 5 50 v. H. und denen der Hauptgruppe 6 75 v. H. Wird der Haushaltsplanansatz zur Deckung von Mehrausgaben an anderer Stelle herangezogen, so ist dieser Deckungsbeitrag bei der Differenzberechnung nach Satz 1 den Ausgaben zuzurechnen.
- (3) Nicht übertragbar sind die Ansätze der laufenden Zuweisungen für die Landesbetriebe.

§ 8 Personalkostenbudgets, Stellen- und Personalwirtschaft

- (1) In den Einzelplänen 02, 03, 04, 05, 07, 08, 09, 11, 14, 15 und 17 werden die Personalausgaben budgetiert. Das Kapitel 11 11 ist hiervon ausgenommen. Das Personalkostenbudget umfasst die veranschlagten Ausgaben der Obergruppe 42 außerhalb von Titelgruppen und die Ausgaben im Titel 916 13, soweit sie zur Erreichung der Vollzeitäquivalenzziele zum 31. Dezember 2025 oder zum 31. Dezember 2026 erforderlich sind.
- (2) Werden in einem Haushaltsjahr
 1. ein im Haushaltsplan durch Haushaltsvermerk verbindlich festgelegtes Vollzeitäquivalenzziel zum 31. Dezember und
 2. das jeweilige Personalkostenbudget nach Absatz 1überschritten, so kann das Ministerium der Finanzen eine für das Folgejahr ausgewiesene globale Minderausgabe für Personalausgaben um die Höhe der Überschreitung dem betroffenen Einzelplan oder Kapitel zuweisen.
- (3) Die diesem Gesetz als **Zweite Anlage** beigefügten „Allgemeine Bestimmungen 2025/2026“ ergänzen die gesetzlichen Vorschriften über die Veranschlagung und Bewirtschaftung von Stellen sowie von Vollzeitäquivalenzzielen.
- (4) Stellen, die bis zur Verkündung dieses Gesetzes mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen abweichend von den Stellenübersichten des Haushaltsjahres 2024 in Titeln zugelassen werden, die für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Arbeitnehmer sowie Beamte im Vorbereitungsdienst in Betracht kommen, und die im vom Landtag von Sachsen-Anhalt beschlossenen Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 noch nicht enthalten sind, dürfen durch das Ministerium der Finanzen in den jeweiligen Stellenübersichten für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 dargestellt werden.

§ 9 Deckungsfähigkeit

- (1) Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb eines jeden Einzelplans die veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 sowie der Gruppen 529 und 532, soweit sie
 1. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind oder
 2. nicht mit Einnahmen korrespondieren.Abweichend hiervon sind die zum Deckungskreis nach Satz 1 zählenden Ausgaben der Gruppe 519 außerhalb des Einzelplans 20 nur einseitig deckungsfähig zulasten der übrigen Titel des Deckungskreises. Innerhalb eines Einzelplans sind die Titel der Gruppe 511 einseitig zugunsten der Titel der Gruppe 812 deckungsfähig. Die Einzelpläne 06 und 15 sowie die Einzelpläne 08 und 09 gelten jeweils als ein Einzelplan im Sinne von Satz 1. Die Ausgabenansätze des Kapitels 08 02 Titelgruppe 67 und des Kapitels 09 03 mit Ausnahme der Titelgruppen 93 und 97 sind in Höhe des darin enthaltenen Landeskofinanzierungsanteils gegenseitig deckungsfähig. Mehrausgaben nach Satz 5 dürfen nur geleistet werden, soweit Bundesmittel in einer dem für die jeweilige Gemeinschaftsaufgabe geltenden Finanzierungsverhältnisses entsprechenden Höhe bereitstehen.

- (2) Umschichtungen bei den Titeln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ dürfen vorgenommen werden, wenn die im Haushalt für die Gemeinschaftsaufgabe insgesamt veranschlagten Landesmittel nicht überschritten werden; dabei sind die veranschlagten Finanzierungsverhältnisse beizubehalten. Weiterhin sind die für diese Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung stehenden Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des veranschlagten Gesamtrahmens für Zwecke der Gemeinschaftsaufgabe gegenseitig deckungsfähig; hierbei ist die insgesamt vorgesehene Verteilung der Fälligkeiten auf künftige Haushaltsjahre beizubehalten. Das Ministerium der Finanzen kann hinsichtlich der Fälligkeitsverteilung Ausnahmen zulassen.
- (3) Stellt der Bund in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 über die im Haushaltsplan veranschlagten Bundesmittel hinaus zusätzliche Barmittel oder Verpflichtungsermächtigungen für die Gemeinschaftsaufgaben oder für den Sonderrahmenplan „Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes“ innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereit, darf das Ministerium der Finanzen das zuständige Ministerium ermächtigen, entsprechend den in der jeweiligen Gemeinschaftsaufgabe vorgesehenen Finanzierungsverhältnissen zusätzliche Ausgaben zu leisten und zusätzliche Verpflichtungen einzugehen. In Bezug auf die Landesmittel sollen zusätzliche Ausgaben und zusätzliche Verpflichtungen durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden. Für Ermächtigungen nach Satz 1 gilt § 37 Abs. 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt entsprechend. Das für Wirtschaftsförderung zuständige Ministerium darf mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen, des Ausschusses für Finanzen des Landtages von Sachsen-Anhalt und des zuständigen Fachausschusses des Landtages von Sachsen-Anhalt darüber hinaus Verpflichtungen auch für Haushaltsjahre eingehen, für die der Bund bisher dem Land keine Verpflichtungsermächtigungen zugewiesen hat, soweit
1. Zuwendungen für Projekte bewilligt werden, die nach den inhaltlichen Regelungen des Koordinierungsrahmens der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ab 1. Januar 2025 förderfähig sind, und
 2. die sich aus der Verpflichtung ergebende jährliche Zahlungsverpflichtung die Höhe der in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 jeweils bereitgestellten Jahresscheiben der Verpflichtungsermächtigungen nicht überschreitet.
- Das für Wirtschaftsförderung zuständige Ministerium stellt durch geeignete Regelungen in den Zuwendungsbescheiden für Projekte nach Satz 4 Nr. 1 sicher, dass diese entsprechend dem Finanzierungsverhältnis mit GRW-Mitteln finanziert werden können, soweit der Bund dem Land GRW-Mittel bereitstellt.
- (4) Solange das Haushaltsgesetz des Bundes für das Haushaltsjahr 2025 noch nicht in Kraft getreten ist, darf das zuständige Ministerium mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen bei den Titeln der Gemeinschaftsaufgaben Ausgaben im Haushaltsjahr 2025 in der nach Satz 2 bestimmten Höhe leisten. Die Höhe der Ausgaben im Haushaltsjahr 2025 bemisst sich jeweils nach den für die Gemeinschaftsaufgaben im Haushaltsplanentwurf des Bundes für das Haushaltsjahr 2025 als Zuweisung für das Land veranschlagten Ausgaben und dem für die Gemeinschaftsaufgaben vorgesehenen Finanzierungsverhältnis.
- (5) Die Titel der Obergruppe 43 sind einseitig deckungsfähig zulasten Kapitel 13 50 Titel 461 01. Die Titel der Gruppen 441 und 446 sind einseitig deckungsfähig zulasten Kapitel 13 02 Titel 441 02 und 446 01.
- (6) Die Titel der Obergruppe 42 und Personalausgaben der Titel der Gruppen 682 und 685 sind einseitig deckungsfähig zulasten Kapitel 13 02 Titel 461 01 und 916 12.

§ 10 Mehreinnahmen und Mehrausgaben, zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen

- (1) Mehreinnahmen von bis zu 10 v. H. der Summe der Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 sowie der Titel 119 31 und 119 51 eines Kapitels, die im Vollzug erwirtschaftet werden, erhöhen die Ausgabebefugnis für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 des entsprechenden Kapitels zur Hälfte. Dies gilt nicht bei Titeln, die mit Ausgabeansätzen gekoppelt sind.
- (2) Soweit im Haushaltsplan ein Leasinggeschäft veranschlagt ist, das Dienstkraftfahrzeug jedoch aufgrund des Ergebnisses der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wirtschaftlicher durch einen Kauf beschafft werden kann, dürfen die Mehrausgaben mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen auch geleistet werden, wenn die Voraussetzungen des § 37 Abs. 1 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt nicht vorliegen.
- (3) Bei den Titeln 542 01 dürfen Mehrausgaben in Höhe der fälligen Umsatzsteuerzahllast geleistet werden.
- (4) Erhält das Land zweckgebundene Einnahmen auf der Grundlage der Vereinbarung vom 11. Februar 1994 und der diese Vereinbarung ergänzenden Vereinbarungen vom 18. Januar 2008 und vom 1. Juni 2018 über die Verwendung sowie Abrechnung und Verteilung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik oder ist deren Eingang hinreichend sicher, dürfen bis zu deren Höhe zuzüglich der bei zwischenzeitlicher Anlage der Einnahmen erzielter Zinserträge zusätzliche zweckgebundene Ausgaben geleistet und Verpflichtungen eingegangen werden. Dies bedarf der Einwilligung des Ministeriums der Finanzen. Nicht verausgabte Einnahmen werden einer Rücklage zugeführt.
- (5) Mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen können zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht werden, soweit das zur Umsetzung von Bauvorhaben erforderlich ist. Dem Bauvorhaben muss der Ausschuss für Finanzen des Landtages von Sachsen-Anhalt zugestimmt haben. Die bei Zustimmung zugrunde gelegten Gesamtausgaben für das Bauvorhaben dürfen hierdurch nicht überschritten werden. Die Verpflichtungen nach den §§ 24 und 54 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt bleiben davon unberührt.
- (6) Mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen können zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht werden, soweit das zur Bindung der vom Bund auf der Grundlage des Investitionsgesetzes Kohleregionen vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1795), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409, S. 35), in der jeweils geltenden Fassung dem Land bereitgestellten Finanzhilfen erforderlich ist. Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen ist auf die seitens des Bundes bereitgestellten Mittel zuzüglich des gesetzlich vorgesehenen Finanzierungsanteils des Landes beschränkt.

§ 11 Verbindlichkeit von Erläuterungen

- (1) Die Erläuterungen sind zu den Titeln
1. der Gruppe 811 und
 2. der Gruppe 812 hinsichtlich der Art der aufgeführten Gegenstände verbindlich.

- (2) Aufwandsentschädigungen betreffende Erläuterungen sind für die Bewirtschaftung verbindlich.
- (3) Das Ministerium der Finanzen kann Ausnahmen zulassen.

§ 12 Abweichung vom Bruttoprinzip

Abweichend von § 35 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen:

1. Umsatzsteuererstattungen und Vorsteuerüberhänge bei den Titeln 542 01,
2. Beträge, die aus Anlass der Mitbenutzung landeseigener oder vom Land angemieteter Einrichtungen erstattet werden, wenn die Erstattungsbeträge und die Gesamtkosten im selben Haushaltsjahr anfallen und auf der gleichen Berechnungsgrundlage beruhen,
3. Erstattungen von Personalausgaben (Hauptgruppe 4), soweit es sich nicht um durchlaufende Mittel Dritter (beispielsweise Bundesmittel) handelt,
4. Erstattungen bei folgenden Titeln - einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen -
 - a) Titel 511 01 - aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte und aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen - und
 - b) Titel 517 01 und 518 01 - aus Erstattungen Dritter;dies gilt nicht, soweit die Erstattungen in Zusammenhang mit umsatzsteuerbaren Sachverhalten stehen, und
5. Schadensersatz, den Dritte im Rahmen der Durchführung der im Einzelplan 20 einzeln veranschlagten Hochbaumaßnahmen leisten, solange die jeweilige Maßnahme im Haushaltsplan aufgeführt ist.

§ 13 Ausnahmen für Veräußerungen von Vermögensgegenständen zum vollen Wert

- (1) Es wird zugelassen, dass
 1. zur Förderung des Geschosswohnungsbaus der Kaufpreis einer solchen Wohnung auf der Basis der Sozialmiete festgesetzt werden kann und
 2. Grundstücke, die in Sanierungs- und Entwicklungsgebieten liegen, auch wenn sie nicht förmlich ausgewiesen sind, zum sanierungs- und entwicklungsunbeeinflussten Wert veräußert werden dürfen.
- (2) Es wird zugelassen, dass Liegenschaften an Zuwendungsempfänger, die von Bund und Ländern gemeinsam nach Artikel 91b des Grundgesetzes gefördert werden, unentgeltlich überlassen werden. Die Überlassung bedarf der Einwilligung des Ministeriums der Finanzen. Vor der Einwilligung des Ministeriums der Finanzen ist die Einwilligung des Ausschusses für Finanzen des Landtages von Sachsen-Anhalt einzuholen.
- (3) Studentenwohnheime, Mensen und Cafeterien dürfen unentgeltlich an die Studentenwerke im Land Sachsen-Anhalt oder mit Einwilligung des Ausschusses für Finanzen des Landtages von Sachsen-Anhalt an Dritte abgegeben werden.
- (4) Mit Einwilligung des Ausschusses für Finanzen des Landtages von Sachsen-Anhalt dürfen landeseigene bebaute und unbebaute Liegenschaften an die Studentenwerke im Land Sachsen-Anhalt zu 50 v. H. des vollen Wertes für deren gesetzlich festgelegten Zwecke veräußert werden.
- (5) Es wird zugelassen, dass Liegenschaften, die sich im Eigentum des Landes befinden, den Universitätsklinik des Landes unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden. Die Überlassung bedarf der Einwilligung des Ministeriums der Finanzen.

§ 14 Programme der Europäischen Union

- (1) Die in den Finanzplänen der Programme der Europäischen Union (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Europäischer Sozialfonds Plus, Fonds für einen gerechten Übergang und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) vorgesehenen Finanzierungsanteile sind einzuhalten. Ausnahmsweise kann für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus und den Fonds für einen gerechten Übergang vorübergehend davon abgewichen werden, wenn sichergestellt ist, dass der erstattungsfähige nationale Finanzierungsanteil des Dritten rechtzeitig erbracht wird. Das Ministerium der Finanzen kann weitere Ausnahmen zu Satz 1 zulassen. Ausnahmen nach den Sätzen 2 und 3 müssen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geboten sein. Es dürfen dadurch keine Mehrausgaben bei den veranschlagten Mitteln der Europäischen Union und des Landes erforderlich werden.
- (2) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, bei den Haushaltsstellen des Einzelplans 13, die der Finanzierung der Programme nach Absatz 1 Satz 1 dienen, Umschichtungen vorzunehmen. Gleiches gilt für Umschichtungen zwischen den einzelnen Ebenen der Programme. Die Ermächtigung gilt, wenn ohne die Umschichtungen die Gefahr besteht, dass das Land die von der Europäischen Kommission zugesagten Fördermittel nicht vollständig realisieren kann. Die Entscheidung hierüber trifft das Ministerium der Finanzen im Benehmen mit den betroffenen Ministerien.
- (3) Mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen dürfen im Rahmen der Programme nach Absatz 1 Satz 1 zusätzliche Ausgaben geleistet werden. Hinsichtlich des Landesanteils gilt Satz 1 entsprechend für zusätzliche Verpflichtungen. Zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen zulasten von Landesmitteln sind durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans auszugleichen. Das Ministerium der Finanzen kann zu Satz 3 Ausnahmen zulassen. Für Einwilligungen nach den Sätzen 1 und 2 gilt § 37 Abs. 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt entsprechend.

§ 15 Sonderregelungen

- (1) Abweichend von § 9 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt wird die Zuweisung zur Finanzierung von Rabatten auf Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs aus dem Einzelplan 14 finanziert.
- (2) Abweichend von § 8b Abs. 3 Satz 1 und 3 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt gewährt das Land den Aufgabenträgern über die Zuweisungen nach § 8 Abs. 3 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt hinaus in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 Zuwendungen in Höhe von jährlich mindestens 14 700 000 Euro

für Investitionen in den Straßenpersonennahverkehr, insbesondere für die Komplementärfinanzierung des Bundesprogramms nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

- (3) Abweichend von § 8 Abs. 3 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt erhalten die Aufgabenträger in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 jeweils ergänzende Zuweisungen in Höhe von jährlich insgesamt 10 000 000 Euro für den Straßenpersonennahverkehr, insbesondere für Fahrplan- und Tarifabstimmungen, für Investitionen in den Straßenpersonennahverkehr und für die Aufstellung des Nahverkehrsplans.
- (4) Die Universitätsklinika erhalten jeweils Zuweisungen für Investitionen nach § 23 Abs. 2 des Hochschulmedizingesetzes des Landes Sachsen-Anhalt in Höhe von 11 000 000 Euro im Haushaltsjahr 2025 und 11 000 000 Euro im Haushaltsjahr 2026. Darüber hinaus erhält das Universitätsklinikum Halle zusätzlich jährlich 2 600 000 Euro und das Universitätsklinikum Magdeburg zusätzlich jährlich 2 780 000 Euro für Investitionen zur Umsetzung des BSI-Gesetzes vom 14. August 2009 (BGBl. I S. 2821), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (BGBl. I S. 1982, 2001), in der jeweils geltenden Fassung. Die Mittelverwendung wird im Jahresabschluss des jeweiligen Universitätsklinikums nachgewiesen. Die Bildung von Rücklagen kann in Höhe von bis zu 20 v. H. der zugewiesenen Investitionsmittel erfolgen. Für eine Rücklagenbildung ist ein Beschluss des Aufsichtsrates des jeweiligen Universitätsklinikums erforderlich.
- (5) Abweichend von § 5 Abs. 1 Satz 3 des Corona-Sondervermögensgesetzes wird der diesem Gesetz als Einzelplan 53 beigefügte Wirtschaftsplan für das Sondervermögen „Corona“ in Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 552 045 600 Euro für das Haushaltsjahr 2025 und 490 102 500 Euro für das Haushaltsjahr 2026 mit diesem Gesetz festgestellt. § 5 Abs. 3 Satz 4 des Corona-Sondervermögensgesetzes gilt nicht für Umschichtungen, die im Haushaltsjahr 2026 vorgenommen werden.
- (6) Verträge über die Datenspeicherung und Datenverarbeitung in Polizeifachverfahren dürfen nur mit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts abgeschlossen werden.
- (7) Die Zuführungen an das Sondervermögen „Pensionsfonds für die Versorgung und Beihilfen der Versorgungsempfänger des Landes Sachsen-Anhalt“ werden auf der Grundlage der am 31. Dezember 2024 geltenden Rechtslage bemessen.
- (8) Im Haushaltsjahr 2025 erhalten die Landkreise zur Umsetzung des Urteils des Landesverfassungsgerichts vom 21. Januar 2025 - LVG 6/23 - eine Zuweisung in Höhe von 9 595 287 Euro. Die Mittel werden aus dem Ausgleichsstock nach § 17 des Finanzausgleichsgesetzes zur Verfügung gestellt. Die Verteilung der Mittel erfolgt auf Grundlage der festgesetzten Zuweisungen je Landkreis und je betroffener Teilzuweisungsmasse des Finanzausgleichsgesetzes in der am 31. Dezember 2022 geltenden Fassung. Für die Landkreise ergeben sich insgesamt folgende Zuweisungsbeträge:

Altmarkkreis Salzwedel	606 756,35 Euro
Landkreis Anhalt-Bitterfeld	1 031 432,57 Euro
Landkreis Börde	848 813,20 Euro
Burgenlandkreis	432 891,17 Euro
Landkreis Harz	1 531 320,47 Euro
Landkreis Jerichower Land	666 896,95 Euro
Landkreis Mansfeld-Südharz	1 082 073,10 Euro
Saalekreis	473 708,76 Euro
Salzlandkreis	1 284 398,95 Euro
Landkreis Stendal	746 459,38 Euro
Landkreis Wittenberg	890 536,10 Euro

Die Mittel werden durch das Ministerium der Finanzen zum 10. Mai 2025 als Einmalzahlung ausgezahlt.

§ 16 Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 17 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2025 in Kraft.
- (2) Die §§ 2 und 4 bis 16 sowie die Zweite Anlage treten am Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das Haushaltsjahr 2027 außer Kraft, wenn dieses nach dem 31. Dezember 2026 verkündet wird.

Haushaltsplan

des Landes Sachsen-Anhalt

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

– Gesamtplan –

- a) Haushaltsübersicht
- b) Finanzierungsübersicht
- c) Kreditfinanzierungsplan

Hinweis:

Gemäß § 1 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt wird mit dem Haushaltsgesetz nur der Gesamtplan des Haushaltsplans verkündet.

a) Haushaltsübersicht 2025

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
01	Landtag		89.800	341.000		430.800	43.665.800
02	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -		83.800	651.600		735.400	29.713.100
03	Ministerium für Inneres und Sport		59.677.200	18.549.000	526.200	78.752.400	861.179.100
04	Ministerium der Finanzen		29.896.700	6.283.300		36.180.000	251.122.300
05	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung		3.785.400	633.550.400	31.669.000	669.004.800	40.805.300
06	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -		16.161.600	191.383.100	206.300	207.751.000	80.715.900
07	Ministerium für Bildung		1.332.200	4.108.500	36.565.000	42.005.700	1.491.855.500
08	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-		11.646.600	1.173.300	71.348.200	84.168.100	47.273.500
09	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -	755.000	16.879.500	16.244.400	17.878.200	51.757.100	54.661.000
11	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz		138.485.400	2.800.000		141.285.400	99.219.300
13	Allgemeine Finanzverwaltung	9.227.299.000	52.982.400	1.903.462.400	1.722.769.200	12.906.513.000	68.559.700
14	Ministerium für Infrastruktur und Digitales		10.595.400	552.464.900	238.890.700	801.951.000	164.479.700
15	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -	21.922.000	1.258.200	5.490.500	22.444.100	51.114.800	64.058.500
16	Landesrechnungshof		54.200	330.000	0	384.200	18.081.800
17	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -		865.000	69.000	0	934.000	14.960.900
18	Landesbeauftragte für den Datenschutz		151.000	0		151.000	3.344.400
19	Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)		2.507.900	13.753.700	48.700	16.310.300	0
20	Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement		2.003.000	0	11.524.800	13.527.800	554.800
	Summe 2025	9.249.976.000	348.455.300	3.350.655.100	2.153.870.400	15.102.956.800	3.334.250.600
	Summe 2024	9.126.452.400	356.414.200	4.927.241.300	793.795.100	15.203.903.000	3.328.954.300
	2025 mehr(+) / weniger(-)	+123.523.600	-7.958.900	-1.576.586.200	+1.360.075.300	-100.946.200	+5.296.300

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Einzel- plan
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
6.741.900	10.546.000	0	3.175.100	780.800	64.909.600	-64.478.800	4.233.500	01
5.263.400	2.623.800		90.000	1.451.200	39.141.500	-38.406.100	3.431.500	02
122.009.600	214.488.100	2.455.000	59.349.300	89.302.700	1.348.783.800	-1.270.031.400	82.921.900	03
15.362.400	3.258.200		500.000	13.181.600	283.424.500	-247.244.500	10.760.800	04
8.476.000	2.400.676.700		122.492.800	1.652.800	2.574.103.600	-1.905.098.800	153.180.500	05
1.524.100	934.098.800		73.745.000	31.010.200	1.121.094.000	-913.343.000	2.679.336.000	06
27.102.500	259.428.000		40.393.800	134.973.600	1.953.753.400	-1.911.747.700	286.379.200	07
10.243.700	43.189.700		152.592.400	2.356.600	255.655.900	-171.487.800	196.139.700	08
20.030.100	61.993.800	1.604.000	30.306.200	2.320.200	170.915.300	-119.158.200	107.644.900	09
3.098.700	483.613.200		3.134.100	1.946.400	591.011.700	-449.726.300	3.465.800	11
375.203.200	3.382.873.800	2.341.100	1.034.162.700	-334.467.900	4.528.672.600	+8.377.840.400	317.167.100	13
54.085.300	674.941.300	91.951.200	238.120.200	4.066.500	1.227.644.200	-425.693.200	692.902.400	14
16.008.200	85.801.900	0	58.192.700	2.439.000	226.500.300	-175.385.500	109.924.100	15
1.072.200	5.500		89.400	1.391.600	20.640.500	-20.256.300	0	16
7.080.100	130.929.700	0	39.318.300	2.100	192.291.100	-191.357.100	43.622.600	17
727.500	0		50.000	445.200	4.567.100	-4.416.100	0	18
53.001.600	111.165.700		47.437.400	505.600	212.110.300	-195.800.000	413.959.500	19
36.377.300	85.487.000	154.091.000	11.227.300		287.737.400	-274.209.600	144.700.800	20
763.407.800	8.885.121.200	252.442.300	1.914.376.700	-46.641.800	15.102.956.800	0	5.249.770.300	
873.967.500	8.619.332.200	235.664.400	2.274.181.700	-128.197.100	15.203.903.000	0	6.453.350.900	
-110.559.700	+265.789.000	+16.777.900	-359.805.000	+81.555.300	-100.946.200	0	-1.203.580.600	

a) Haushaltsübersicht 2026

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
01	Landtag		89.800	341.000		430.800	47.833.900
02	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -		88.800	651.600		740.400	30.612.900
03	Ministerium für Inneres und Sport		59.772.900	16.855.700	545.900	77.174.500	871.673.700
04	Ministerium der Finanzen		29.852.100	6.283.300		36.135.400	247.706.600
05	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung		3.790.100	651.932.000	43.869.400	699.591.500	41.699.800
06	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -		697.100	192.007.200	206.300	192.910.600	84.977.800
07	Ministerium für Bildung		1.331.200	4.108.500	10.168.100	15.607.800	1.511.705.800
08	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-		11.506.600	723.300	77.424.200	89.654.100	47.417.500
09	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -	755.000	14.978.200	11.732.000	12.912.700	40.377.900	50.702.200
11	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz		139.533.700	2.800.000		142.333.700	106.071.600
13	Allgemeine Finanzverwaltung	9.580.489.000	115.583.200	1.957.167.500	1.699.231.500	13.352.471.200	106.052.200
14	Ministerium für Infrastruktur und Digitales		10.517.400	534.430.400	354.003.500	898.951.300	152.542.400
15	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -	21.560.000	1.297.300	6.072.800	24.890.500	53.820.600	62.834.900
16	Landesrechnungshof		54.200	330.000	0	384.200	18.628.700
17	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -		1.060.000	37.200	0	1.097.200	14.751.000
18	Landesbeauftragte für den Datenschutz		151.000	0		151.000	3.504.100
19	Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)		2.584.800	8.546.400	49.100	11.180.300	0
20	Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement		2.000.100	0	16.661.200	18.661.300	926.300
	Summe 2026	9.602.804.000	394.888.500	3.394.018.900	2.239.962.400	15.631.673.800	3.399.641.400
	Summe 2025	9.249.976.000	348.455.300	3.350.655.100	2.153.870.400	15.102.956.800	3.334.250.600
	2026 mehr(+) / weniger(-)	+352.828.000	+46.433.200	+43.363.800	+86.092.000	+528.717.000	+65.390.800

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Einzel- plan
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
8.526.000	10.626.000	0	2.632.400	877.100	70.495.400	-70.064.600	700.000	01
7.019.400	2.820.100		90.000	1.673.600	42.216.000	-41.475.600	6.346.100	02
124.956.500	195.836.100	2.682.000	72.542.600	102.251.300	1.369.942.200	-1.292.767.700	71.183.000	03
14.929.300	3.540.700		406.000	14.327.100	280.909.700	-244.774.300	4.818.000	04
8.466.000	2.499.857.700		128.449.900	1.688.200	2.680.161.600	-1.980.570.100	256.918.000	05
1.383.900	929.054.600		75.183.200	33.885.500	1.124.485.000	-931.574.400	61.229.300	06
27.045.400	276.095.500		13.776.300	143.407.200	1.972.030.200	-1.956.422.400	525.090.100	07
8.570.800	42.407.400		188.199.800	2.536.800	289.132.300	-199.478.200	173.538.900	08
17.101.800	53.461.300	2.604.000	28.253.600	1.740.600	153.863.500	-113.485.600	45.964.900	09
3.119.400	481.892.100		1.486.800	2.012.600	594.582.500	-452.248.800	7.314.400	11
431.714.600	3.358.391.400	5.997.700	1.219.222.900	-351.225.400	4.770.153.400	+8.582.317.800	475.149.100	13
52.642.900	748.725.100	105.551.200	266.404.600	4.087.800	1.329.954.000	-431.002.700	4.115.712.400	14
16.637.700	82.494.500	0	66.510.300	2.738.700	231.216.100	-177.395.500	105.731.200	15
1.262.900	5.500		39.400	1.416.800	21.353.300	-20.969.100	0	16
7.585.900	133.446.300	0	37.174.300	2.100	192.959.600	-191.862.400	252.238.500	17
662.800	0		30.000	454.800	4.651.700	-4.500.700	0	18
49.497.900	120.138.800		36.846.900	523.700	207.007.300	-195.827.000	541.822.200	19
36.639.700	76.848.600	169.140.700	13.004.700		296.560.000	-277.898.700	134.650.600	20
817.762.900	9.015.641.700	285.975.600	2.150.253.700	-37.601.500	15.631.673.800	0	6.778.406.700	
763.407.800	8.885.121.200	252.442.300	1.914.376.700	-46.641.800	15.102.956.800	0	5.249.770.300	
+54.355.100	+130.520.500	+33.533.300	+235.877.000	+9.040.300	+528.717.000	0	+1.528.636.400	

b) Finanzierungsübersicht 2025

	Betrag für 2025 EUR
1	2
Ermittlung des Finanzierungssaldos	
1. Ausgaben	15.102.956.800
abzüglich	
1.1 Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	
1.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	332.332.600
1.3 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	
1.4 Haushaltstechnische Verrechnungen	7.725.600
Ausgaben im Finanzierungssaldo	14.762.898.600
2. Einnahmen	15.102.956.800
abzüglich	
2.1 Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	1.129.518.200
2.2 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	300.153.000
2.3 Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	
2.4 Haushaltstechnische Verrechnungen	7.725.600
Einnahmen im Finanzierungssaldo	13.665.560.000
3. Finanzierungssaldo	-1.097.338.600

b) Finanzierungsübersicht 2026

	Betrag für 2026 EUR
1	2
Ermittlung des Finanzierungssaldos	
1. Ausgaben	15.631.673.800
abzüglich	
1.1 Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	
1.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	356.903.700
1.3 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	
1.4 Haushaltstechnische Verrechnungen	5.194.800
Ausgaben im Finanzierungssaldo	15.269.575.300
2. Einnahmen	15.631.673.800
abzüglich	
2.1 Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	1.028.870.700
2.2 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	333.739.400
2.3 Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	
2.4 Haushaltstechnische Verrechnungen	5.194.800
Einnahmen im Finanzierungssaldo	14.263.868.900
3. Finanzierungssaldo	-1.005.706.400

c) Kreditfinanzierungsplan 2025

	Betrag für 2025 EUR
1	2
1. Einnahmen aus Krediten (brutto)	
1.1 aus Kreditmarktmitteln	4.471.518.200
1.2 aus anderen Krediten	
Summe	4.471.518.200
2. Tilgungsausgaben für Kredite	
2.1 für Kreditmarktmittel	3.342.000.000
2.2 für andere Kredite	
Summe	3.342.000.000
3. Einnahmen aus Krediten (netto)	
3.1 aus Kreditmarktmitteln (1.1 ./ 2.1)	1.129.518.200
3.2 aus anderen Krediten (1.2 ./ 2.2)	
Summe	1.129.518.200

c) Kreditfinanzierungsplan 2026

	Betrag für 2026 EUR
1	2
1. Einnahmen aus Krediten (brutto)	
1.1 aus Kreditmarktmitteln	4.420.870.700
1.2 aus anderen Krediten	
Summe	4.420.870.700
2. Tilgungsausgaben für Kredite	
2.1 für Kreditmarktmittel	3.392.000.000
2.2 für andere Kredite	
Summe	3.392.000.000
3. Einnahmen aus Krediten (netto)	
3.1 aus Kreditmarktmitteln (1.1 ./ 2.1)	1.028.870.700
3.2 aus anderen Krediten (1.2 ./ 2.2)	
Summe	1.028.870.700

**Allgemeine Bestimmungen zu den Stellenplänen, Stellenübersichten,
Bedarfsnachweisen und Vollzeitäquivalenzziele für die Haushaltsjahre 2025 und 2026
(Allgemeine Bestimmungen 2025/2026)**

1. Schaffung neuer Planstellen für Beamte und Richter

(1) Das Ministerium der Finanzen wird abweichend von § 17 Abs. 5 und § 49 Abs. 6 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt ermächtigt, für planmäßige Beamte und Richter, die als Personalratsmitglieder oder Vertrauensleute der Schwerbehinderten von ihren dienstlichen Tätigkeiten voll freigestellt sind, im Bereich des zuständigen Verwaltungszweiges oder Gerichts neue Planstellen in der jeweils erforderlichen Wertigkeit auszubringen, wenn dafür ein unabweisbares Bedürfnis besteht. Die Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen“ zu versehen. Die Stelleninhaber sind nach Beendigung ihrer Freistellung entsprechend ihrer Fachrichtung und Besoldungsgruppe in freie oder in die nächste freiwerdende Planstelle im Bereich des zuständigen Verwaltungszweiges oder Gerichts einzuweisen. Mit der Einweisung entfällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Planstelle.

(2) Die Ermächtigung für die Ausbringung neuer Planstellen nach Absatz 1 Satz 1 gilt auch für die planmäßigen Beamten und Richter, für die Altersteilzeit in Form des Blockmodells bewilligt wurde, ab Beginn der Freistellungsphase. Der zuständige Verwaltungszweig hat das unabweisbare Bedürfnis für die Abweichung vom Stellenplan ausführlich zu begründen und die Notwendigkeit der Wiederbesetzung des Dienstpostens während der Freistellungsphase nachzuweisen. Er hat ferner die Gründe darzulegen, die für die Bewilligung der Altersteilzeit in Form des Blockmodells maßgeblich waren, und sich ausdrücklich zur Erfüllung der Abbauraten des Personalentwicklungskonzeptes zu verpflichten. Die Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend nach Beendigung der Altersteilzeit“ zu veranschlagen. Durch die Abweichungen vom Stellenplan dürfen in dem Verwaltungszweig keine Mehrausgaben entstehen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen des Landtages von Sachsen-Anhalt.

(3) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Ausschusses für Finanzen des Landtages von Sachsen-Anhalt Planstellen für Beamte oberhalb der Besoldungsgruppe B3 zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbarer, auf andere Weise nicht zu befriedigender Bedarf besteht.

(4) Die nach den Absätzen 1 bis 3 ausgebrachten Planstellen sind im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2027 auszuweisen.

2. Erstattung von Personalausgaben

Sofern die Einsatzdienststellen der freigestellten Personalratsmitglieder oder Vertrauensleute der Schwerbehinderten budgetiert sind, werden die dafür entstehenden Personalausgaben aus dem allgemeinen Deckungskreis erstattet.

3. Ausnahmen zu den §§ 17 und 49 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt

(1) Im Bedarfsfall dürfen innerhalb eines Kapitels nicht besetzte Planstellen für richterliche Hilfskräfte und nichtbeamtete Kräfte verwendet werden. Stellen für Arbeitnehmer, aus denen vorübergehend Bezüge nicht zu zahlen sind, können bis zur Höhe der dazu nicht in Anspruch genommenen Ausgaben für entsprechende befristet beschäftigte Ersatzkräfte verwendet werden.

(2) Die im Einzelplan 06 ausgebrachten Planstellen und Stellen dürfen auch mit mehreren teilzeitbeschäftigten Personen besetzt werden. Die Gesamtarbeitszeit der auf einer Stelle geführten Teilzeitkräfte darf die regelmäßige Arbeitszeit und das regelmäßige Ausgabevolumen einer vollbeschäftigten Person nicht übersteigen.

(3) Die Besetzung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Stellen richtet sich nach § 49 Abs. 3 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt. Dies gilt für die Besetzung von Stellen mit nichtbeamteten Kräften entsprechend. Die Vergleichbarkeit im Sinne dieser Vorschrift richtet sich nach der folgenden Übersicht. Die Besetzung der Stellen von Arbeitnehmern mit Ersatzkräften richtet sich nach den gleichen Grundsätzen.

Beamte	Arbeitnehmer	
Besoldungsgruppe	Entgeltgruppe – Übergeleiteter Bestand	Entgeltgruppe – Stellenneubesetzung
A 16	E 15 Ü	A 16 AT
A 15	E 15	E 15
A 14	E 14	E 14

A 13 L 2.2	E 13, E 13 Ü	E 13
A 13 L 2.1	E 12	E 12
A 12	E 11	E 11
A 11	E 10	E 10
A 10	-	E 9a, E 9b
A 9 L 2.1	E 9a, E 9b	-
A 9 L 1.2	-	-
A 8	E 8	E 8
A 7	E 7, E 6	E 7, E 6
A 6	E 5	E 5
A 5 L 1.2	E 4	E 4
A 5 L 1.1	E 3	E 3
A 4	E 2 Ü	E 2

(4) Arbeitnehmer, die im Bewährungsaufstieg oder infolge Ablaufs einer bestimmten Frist höhergruppiert oder höhergestuft sind, dürfen weiter auf Stellen einer niedrigeren Entgeltgruppe geführt werden. Satz 1 gilt entsprechend bei vorübergehender Besetzung nach Absatz 1.

(5) Arbeitnehmer, deren Eingruppierung sich aufgrund des Änderungsarbeitsvertrages Nr. 11 zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder ändert, dürfen auf ihrer bisherigen Stelle geführt werden.

(6) Abweichend von Absatz 3 dürfen neu eingestellte Arbeitnehmer, die nach Anlage A Teil I zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder in die Entgeltgruppe E 9a einzugruppieren sind, auf Planstellen der Besoldungsgruppe A9 L1.2 der Laufbahn Allgemeiner Verwaltungsdienst geführt werden.

4. Ermächtigung für die Einrichtung von Leerstellen

(1) Wird ein Beamter oder Richter des Landes unter Wegfall der Bezüge länger als sechs Monate beurlaubt oder an eine öffentliche Einrichtung außerhalb der Landesverwaltung abgeordnet oder zugewiesen und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle dieses Beamten oder Richters neu zu besetzen, so kann das Ministerium der Finanzen für diesen Beamten oder Richter im Kapitel der jeweiligen Dienststelle eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen. Dies gilt, wenn ein planmäßiger Beamter oder Richter des Landes in die Landesregierung berufen oder zum Präsidenten einer Hochschule ernannt wird, entsprechend.

(2) Wird der Beamte oder Richter nach dem Ende der Beurlaubung, der Abordnung oder der Zuweisung oder seines Einsatzes nach Absatz 1 Satz 2 wiederverwendet, so ist er entsprechend seiner Fachrichtung und Besoldungsgruppe in eine freie oder in die nächste freiwerdende Planstelle im Bereich des zuständigen Verwaltungszweiges oder Gerichts einzuweisen; bis zu diesem Zeitpunkt ist er in der Leerstelle weiter zu führen. Zuständiger Verwaltungsbereich im Sinne dieser Regelung ist der gesamte Verwaltungsbereich des jeweiligen Einzelplans.

(3) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, für planmäßige Beamte und Richter, deren Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis für die Dauer der Mitgliedschaft im Landtag von Sachsen-Anhalt nach den §§ 35 und 41 des Abgeordnetengesetzes Sachsen-Anhalt, im Deutschen Bundestag nach § 5 und § 8 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes oder im Europäischen Parlament nach § 8 Abs. 3 des Europaabgeordnetengesetzes ruhen und die entsprechend § 36 des Abgeordnetengesetzes Sachsen-Anhalt, § 6 des Abgeordnetengesetzes oder § 8 Abs. 3 des Europaabgeordnetengesetzes wieder in das Beamten- oder Richterverhältnis zu übernehmen sind und entsprechende freie Planstellen nicht zur Verfügung stehen, die für die Wiederverwendung erforderlichen Leerstellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ auszubringen. Die in diesen Stellen wiederverwendeten Beamten und Richter sind entsprechend ihrer Fachrichtung und Besoldungsgruppe in eine freie oder in die nächste freiwerdende Planstelle im Bereich des zuständigen Verwaltungszweiges oder Gerichts einzuweisen. Damit entfällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Leerstelle.

(4) Für planmäßige Beamte und Richter, deren Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis für die Dauer der Mitgliedschaft im Parlament eines anderen Landes ruhen, findet Absatz 3 entsprechend Anwendung.

(5) Eine Leerstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe gilt von Beginn der Beurlaubung als ausgebracht für planmäßige Beamte, die Elternzeit in Anspruch nehmen oder die im Anschluss an eine Elternzeit zum Zwecke der Kinderbetreuung ohne Bezüge beurlaubt werden.

(6) In anderen Fällen wird das Ministerium der Finanzen ermächtigt, mit Einwilligung des Ausschusses für Finanzen des Landtages von Sachsen-Anhalt Leerstellen einzurichten, sofern ein unabweisbares Bedürfnis besteht.

(7) Ausgebrachte oder eingerichtete Leerstellen sind im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2027 auszuweisen.

(8) Aus einer Leerstelle können Dienstbezüge gezahlt werden, solange ein Beamter oder Richter auf einer Leerstelle mangels freier Planstelle im Bereich des zuständigen Verwaltungszweiges oder Gerichts geführt werden muss. Entsprechendes gilt, sofern die Dienstbezüge von dem anderen Dienstherrn erstattet werden.

5. Wegfall- und Umwandlungsvermerke

(1) Ausnahmen von § 47 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt bedürfen der Einwilligung des Ausschusses für Finanzen des Landtages von Sachsen-Anhalt.

(2) In den Titelgruppen 96 ausgewiesene Planstellen oder Stellen, die nicht mehr mit Landespersonal besetzt sind, dürfen nicht neu besetzt werden. Sie sind im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2027 in Abgang zu stellen. Dies gilt auch, wenn der im kw-Vermerk festgelegte Zeitpunkt noch nicht erreicht ist.

6. Umwandlung von Stellen

Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, Stellen in gleichwertige Planstellen umzuwandeln, soweit dafür ein unabweisbarer Bedarf besteht.

7. Verbindlichkeiten der Stellenübersichten

Die Erläuterungen zu den Titeln der Gruppe 428 sind hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Entgeltgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen sind nur mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen zulässig.

8. Drittmittelfinanziertes Personal und Vollzeitäquivalentziele

(1) Vollständig drittmittelfinanziertes Personal, das ab dem 1. Januar 2016 eingestellt worden ist, wird nicht auf die durch Haushaltsvermerk in den jeweiligen Kapiteln und Kapitelgruppen der Einzelpläne 02, 03, 04, 05, 07, 08, 09, 11, 13, 14, 15, 19 und 20 verbindlich festgelegten Vollzeitäquivalentziele angerechnet. Läuft die vollständige Drittmittelfinanzierung für Personal, das bei der Festlegung der Vollzeitäquivalentziele im Haushaltsplan 2017 berücksichtigt worden ist, aus, so ist das jeweilige Vollzeitäquivalentziel entsprechend dem Umfang der wegfallenden Drittmittelfinanzierung zu mindern.

(2) Nach dem im Bundesanzeiger veröffentlichten Königsteiner Schlüssel anteilig finanziertes Landespersonal wird nicht auf die durch Haushaltsvermerk in den jeweiligen Kapiteln und Kapitelgruppen verbindlich festgelegten Vollzeitäquivalentziele angerechnet.

9. Inanspruchnahme von Vollzeitäquivalentzielen aufgrund von Elternzeit oder Urlaub ohne Besoldung nach § 65 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes

Soweit aufgrund von Elternzeit oder Urlaub ohne Besoldung nach § 65 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes eine vertretungsweise Nachbesetzung des Arbeitsplatzes oder Dienstpostens nicht innerhalb des Vollzeitäquivalentziels des jeweiligen Kapitels oder der jeweiligen Kapitelgruppe möglich ist, können die Vollzeitäquivalentziele des jeweiligen Einzelplans in Anspruch genommen werden, sofern das Vollzeitäquivalentziel des betreffenden Kapitels oder der betreffenden Kapitelgruppe nicht größer als 500 Vollzeitäquivalente ist.

10. Ausnahmen von den Vollzeitäquivalentzielen

Auf die Vollzeitäquivalentziele werden

1. Arbeitnehmer, deren Arbeitsverhältnis nach § 33 Abs. 2 Satz 6 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder ruht, und
 2. Beamte, die sich im Urlaub ohne Besoldung nach § 67 Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes befinden,
- nicht angerechnet. Satz 1 Nr. 2 gilt für andere öffentlich-rechtliche Dienst- oder Amtsverhältnisse entsprechend.

11. Änderung der Vollzeitäquivalentziele

Unter den Voraussetzungen des § 50 Abs. 1 und 2 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt können Vollzeitäquivalentziele entsprechend angepasst werden.

12. Sperrung von Vollzeitäquivalentzielanteilen

(1) Die durch Haushaltsvermerk verbindlich festgelegten Vollzeitäquivalentziele sind in Höhe der am 31. Dezember 2024 nicht in Anspruch genommenen Vollzeitäquivalentzielanteile gesperrt.

(2) Ab dem 1. Januar 2025 freiwerdende Anteile der durch Haushaltsvermerk verbindlich festgelegten Vollzeitäquivalentziele sind gesperrt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht

1. für den Polizeivollzug,
2. für die Lehrkräfte an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen,
3. für die Übernahme von Referendaren, Anwärtern und Auszubildenden,
4. für Versetzungen innerhalb der Landesverwaltung,
5. für die Änderung einer persönlichen Teilzeitvereinbarung und
6. für Besetzungsverfahren, bei denen die Ausschreibung bis einschließlich zum 17. September 2024 veröffentlicht worden ist.

(4) In besonders begründeten Einzelfällen kann der Minister der Finanzen eine Ausnahme von den Absätzen 1 und 2 zulassen.

**Begründung
zum
Gesetz
über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2025 und 2026
(Haushaltsgesetz 2025/2026 - HG 2025/2026)**

Das Haushaltsgesetz 2025/2026 basiert in seinen wesentlichen Teilen auf dem Haushaltsgesetz 2024. Entbehrliche Regelungen wurden gestrichen. Inhaltliche Änderungen werden begründet.

Zu § 3

Abs. 1

Mit der neuen Regelung des Satzes drei wird geregelt, dass die Nettokreditermächtigung nur unter dem Vorbehalt der Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation in Anspruch genommen werden darf. Zudem setzt die Kreditaufnahme voraus, dass auch tatsächlich Ausgaben zur Bewältigung dieser außergewöhnlichen Notsituation geleistet werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die rechnerisch in die Bemessung der Nettokreditermächtigung einbezogene Kreditaufnahme für die Finanzierung der Zuführung an das Sondervermögen Corona nur unter den genannten, aus den verfassungsrechtlichen Grenzen für die Kreditaufnahme abgeleiteten Grenzen erfolgt. Satz vier ermöglicht eine zusätzliche Kreditaufnahme, die allerdings an die Voraussetzungen des Satzes drei geknüpft ist. Sie schafft die notwendige Flexibilität, die für die Umsetzung des Maßnahmenkatalogs des Corona-Sondervermögensgesetzes erforderlich ist.

Zu § 9

Abs. 1

Die Titel 518 30 dienten bisher der Etatisierung der Ausgaben im Mieter-Vermieter-Modell. Dieses wurde zum Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Deswegen bedarf es der bisherigen Regelung, die diese Ausgaben aus dem Deckungskreis der Sachausgaben herauslöst, nicht mehr.

Der neu angefügte Satz 5 schafft eine Deckungsfähigkeit zwischen den Gemeinschaftsaufgaben GRW und GAK. Die Deckungsfähigkeit ist beschränkt auf den Landesanteil und darf nur zur Bindung von Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgaben genutzt werden. Die spezifischen für die Gemeinschaftsaufgaben geltenden Finanzierungssätze sind einzuhalten. Diese Regelung erleichtert die Bindung bereitstehender Bundesmittel.

Abs. 4

§ 9 Abs. 4 eröffnet die Möglichkeit, im Vorgriff, auf künftige seitens des Bundes bereitzustellende Mittel für Gemeinschaftsaufgaben landesseitig in Vorleistung zu gehen. Die Regelung gewährleistet eine unterbrechungsfreie Umsetzung von Fördermaßnahmen. Durch die Begrenzung der Ausgaben auf den im HPE des Bundes vorgesehenen Ausgabenansatz wird kein unvertretbares Haushaltsrisiko geschaffen.

Neufassung Abs. 6

Die mit dem Haushaltsgesetz 2019 eingefügte Regelung ist nicht mehr erforderlich und wurde gestrichen. Die Änderung dient der rechtlichen Klarstellung, dass ausschließlich Personalausgaben der Titel der Gruppen 682 und 685 einseitig deckungsfähig zulasten Kapitel 13 02 Titel 461 01 und 916 12 sind.

Zu § 10

Abs. 3

Aus den in der Begründung der Änderung zu § 9 Absatz 1 genannten Gründen bedarf es der bisherigen Regelung nicht mehr. Die nun in Abs. 3 enthaltene Regelung trägt der künftig erweiterten Umsatzsteuerpflicht Rechnung. Die Höhe der Umsatzsteuerschuld bemisst sich nach Umsatzsteuerrecht, diese ist kaum im Vorhinein belastbar kalkulierbar. Deswegen bedarf es einer Regelung, die Mehrausgaben ermöglicht, ohne dass es eines Antrags nach § 37 LHO bedarf.

Abs.4

§ 10 Abs. 4 ermächtigt dazu, zweckgebundene Einnahmen - hierbei handelt es sich um die sogenannten PMO-Mittel - dem in der genannten Verwaltungsvereinbarung festgelegten Zweck zuzuführen. Das Land ist allerdings nicht nur zur zweckentsprechenden Verwendung der Mittel verpflichtet, sondern muss auch sicherstellen, dass durch zwischenzeitliche Anlage der Mittel erzielte Zinseinnahmen ebenfalls den in der Verwaltungsvereinbarung genannten Zwecken zugeführt werden.

Zu § 12

Die neue Regelung Nr. 1 trägt der künftigen erweiterten Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand Rechnung und schafft die haushaltstechnischen Voraussetzungen dafür, dass sowohl Umsatzsteuerzahlungen, -rückzahlungen und Vorsteuererstattungen auf einem Titel gebucht werden können. Die saldierte Buchung von Einnahmen und Ausgaben ist erforderlich, da auch in der Umsatzsteuererklärung selbst eine Saldierung stattfindet. Der in der Haushaltsrechnung aufgeführte Betrag und der Saldo der tatsächlich an den Fiskus geleisteten bzw. von diesem erhaltenen Zahlungen stimmen damit der Höhe nach überein. Dies sorgt für größtmögliche Transparenz. Die Ergänzung bei Nr. 4 ist notwendig, um sicherzustellen, dass in den dort geregelten Erstattungsfällen der Umsatzsteueranteil entsprechend der Methodik der für die Umsatzsteuer geschaffenen Verfahrensweise separiert wird - er muss in der Umsatzsteuererklärung des Ressorts einfließen und darf daher nicht für Ausgaben im Fachtitel zur Verfügung stehen.

Zu § 13

Abs. 5

Mit der Regelung soll eine unentgeltliche Nutzungsüberlassung von Grundstücken an die Universitätsklinik des Landes ermöglicht werden, die zum Zweck des Betriebs der Uniklinika und zur Ermöglichung von Baumaßnahmen erforderlich sind. Bei den Universitätsklinik des Landes Sachsen-Anhalt besteht die Besonderheit, dass die Gebäude und Einrichtungen auf Grundstücken des Landes errichtet wurden und im Rahmen der Finanzierung aus dem Landeshaushalt auch errichtet werden. Insofern wurde mit § 7 Absatz 5 S. 1 Hochschulmedizinengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (HMG LSA) vom 12. August 2005, zuletzt geändert durch Artikel 14 Absatz 16 des Gesetzes vom 13. Juni 2018 (GVBl. LSA S. 72, 118), bereits eine Regelung geschaffen, die es den Universitätsklinik im Rahmen der Errichtung ermöglicht, die im Errichtungszeitpunkt zum Betriebsvermögen gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte ohne Wertausgleich zu Gunsten des Landes unentgeltlich zur Nutzung zu erhalten. Die Regelung des HMG LSA ist jedoch zeitlich abschließend und stellt daher keine Grundlage für die Nutzungsüberlassung von weiteren Landesgrundstücken dar.

Zur Sicherstellung der Aufgabenbewältigung und zur Beibehaltung einer einheitlichen Eigentümerstruktur hinsichtlich der von den Universitätsklinik genutzten Grundstücke, können nunmehr mit Einwilligung des für Grundstücksangelegenheiten zuständigen Ministeriums der Finanzen Grundstücke des Landes Sachsen-Anhalt unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden, ohne dass hierfür eine Eigentumsübertragung erforderlich ist.

Zu § 15

Abs. 5

Diese Regelung ermöglicht Umschichtungen ohne vorherige Einwilligung des Landtages zum voraussichtlichen Ende der Laufzeit des Sondervermögens kurzfristig vorzunehmen und für eine schnelle sachgerechte Mittelallokation und Mittelbindung zu sorgen. Das im Gesetz vorgesehene Verfahren, das in der Vergangenheit nach Abschluss der regierungsinternen Abstimmungen zwei Plenumsberatungen sowie eine Beteiligung fachlich zuständiger Ausschüsse des Landtags voraussetzte, führte dazu, dass eine geplante Umschichtung erst mehrere Monate nach der Erkenntnis des Umschichtungsbedarfs tatsächlich umgesetzt werden konnte. Dieses Verfahren ist in der Auslaufperiode nicht praktikabel. Die Dauer des bisherigen Umschichtungsverfahrens erhöht die Gefahr, dass das durch eine Umschichtung zu verstärkendes Projekt nicht rechtzeitig ausfinanziert werden kann. Dem soll durch die Vereinfachung der Verfahrensabläufe vorgebeugt werden. Im Haushaltsjahr 2025 kommt das gesetzlich geregelte Verfahren uneingeschränkt zur Anwendung.

Abs. 7

Die Höhe der Zuführungen an den Pensionsfonds wird bestimmt durch die Verordnung über die Zuführungen des Landes an den Pensionsfonds. Die bis Ende des Jahres 2024 geltenden Zuführungssätze gewährleisten eine hinreichende Vorsorge für die künftigen Versorgungsausgaben des Landes. Deswegen werden die Zuführungen aus dem Landeshaushalt an das Sondervermögen Pensionsfonds auf der Basis der bis Ende 2024 geltenden Rechtslage bemessen.

Abs. 8

Mit Urteil vom 21. Januar 2025 hat das Landesverfassungsgericht (LVG 6/23) die Regelungen des FAG 2022 mit Art. 2 Abs. 3, Art. 87 Abs. 1, Art. 88 Abs. 1 LVVerf insoweit für unvereinbar erklärt, „als die den darin festgesetzten Beträgen zugrundeliegende Berechnung der Finanzausgleichsmasse für 2022 in der Fortschreibung der Personalauszahlungen bei den Landkreisen hinter einer folgerichtigen Ermittlung der Ausgangswerte zurückbleibt.“ Aus dem Urteil folgt, dass die Finanzausstattung der Landkreise im Jahr 2022 bei folgerichtiger Ermittlung der Ausgangswerte um 9 595 287 Euro höher gewesen wäre. Die Entscheidung hat Gesetzeskraft (§ 30 Abs. 2 Satz 1 LVVerfGG). Mit der vorliegenden Regelung soll den Landkreisen der Betrag von 9 595 287 Euro im Jahr 2025 zugewiesen werden. Die Finanzierung erfolgt aus Restmitteln des Ausgleichsstocks des Jahres 2024. Die in § 17 Abs. 1 Satz 1 FAG vorgesehenen Ausgleichsstockmittel in Höhe von 53 591 900 Euro für das Haushaltsjahr 2025 stehen demnach weiterhin vollständig für die Zwecke des Ausgleichsstocks zur Verfügung.

Die Verteilung der Mittel erfolgt auf Basis des FAG 2022. Hierzu wurden zunächst die durch die Feststellungen des Landesverfassungsgerichts betroffenen Teilmassen des FAG 2022 für die Gruppe der Landkreise ermittelt. Grundlage der Ermittlung waren die Daten und die Methoden der Bedarfsberechnung, die der Gesetzesbegründung zum FAG 2022 zugrunde lag. In einer korrigierten Modellbedarfsberechnung zum FAG 2022 wurden die berücksichtigten, auf das Jahr 2022 fortgeschriebenen Personalauszahlungen für die Gruppe der Landkreise um 9 595 287 Euro erhöht. Die so erhöhte Finanzausgleichsmasse der Landkreise für das FAG 2022 wurde anhand der Berechnungsmethoden, die dem FAG 2022 zugrunde lagen, auf die einzelnen Teilmassen verteilt. Danach sind durch das Urteil des Landesverfassungsgerichts die Teilmassen der Landkreise der §§ 4, 7, 9, 10 und 12 FAG 2022 betroffen. Die ermittelten Differenzbeträge je betroffener Teilmasse werden auf der Grundlage der festgesetzten Zuweisungen je Landkreis je betroffener Teilzuweisungsmasse des FAG 2022 verteilt. Die detaillierte Berechnung der betroffenen Teilmassen und deren einzelne Verteilung je Landkreis sind in der beigegeführten **Anlage** enthalten.

Umsetzung Urteil LVG 6/23
Berechnung Aufteilung des Betrages 9.595.287 Euro

Teilmassen ungerundet Basis Gesetz 2022	Landkreise
§ 4 Auftragskostenpauschale	208.181.350 €
§ 7 SGB II	47.977.013 €
§ 9 SGB VIII	65.312.677 €
§ 10 Schülerbeförderung	22.005.649 €
§ 11 Kreisstraßen	31.847.805 €
§ 12 Schlüsselzuweisungen	183.553.199 €
§ 16 Investitionspauschale	30.000.000 €
§ 17 Ausgleichsstock	
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2022	588.877.693 €

Gesetz 2022 Teilmassen (gerundet)	Landkreise
§ 4 Auftragskostenpauschale	208.181.400 €
§ 7 SGB II	47.977.100 €
§ 9 SGB VIII	65.312.700 €
§ 10 Schülerbeförderung	22.005.700 €
§ 11 Kreisstraßen	31.847.900 €
§ 12 Schlüsselzuweisungen	183.668.856 €
§ 16 Investitionspauschale	30.000.000 €
§ 17 Ausgleichsstock	
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2022	588.993.656 €

Neuberechnung nach Urteil LVG 6/23 Teil- massen ungerundet	Landkreise
§ 4 Auftragskostenpauschale	209.768.410 €
§ 7 SGB II	48.214.523 €
§ 9 SGB VIII	65.636.007 €
§ 10 Schülerbeförderung	22.114.588 €
§ 11 Kreisstraßen	31.847.805 €
§ 12 Schlüsselzuweisungen	190.891.647 €
§ 16 Investitionspauschale	30.000.000 €
§ 17 Ausgleichsstock	
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2022	598.472.980 €

Differenz Neuberechnung Teilmassen ungerundet zu Teilmassen ungerundet Gesetz FAG 2022	Landkreise
§ 4 Auftragskostenpauschale	1.587.060 €
§ 7 SGB II	237.510 €
§ 9 SGB VIII	323.330 €
§ 10 Schülerbeförderung	108.939 €
§ 11 Kreisstraßen	- €
§ 12 Schlüsselzuweisungen	7.338.448 €
§ 16 Investitionspauschale	- €
§ 17 Ausgleichsstock	- €
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2022	9.595.287 €

Teilmasse neu Urteil LVG 6/23	Landkreise
§ 4 Auftragskostenpauschale	209.768.460 €
§ 7 SGB II	48.214.610 €
§ 9 SGB VIII	65.636.030 €
§ 10 Schülerbeförderung	22.114.639 €
§ 11 Kreisstraßen	31.847.900 €
§ 12 Schlüsselzuweisungen	191.007.304 €
§ 16 Investitionspauschale	30.000.000 €
§ 17 Ausgleichsstock	- €
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2022	598.588.943 €

Umsetzung Urteil LVG 6/23
Verteilung der 9.595.287 Euro auf die Landkreise

Verteilung Landkreise

	§ 4	§ 7 SGB II	§ 9 SGB VIII	§ 10 Schülerbeförderung	§ 12 Schlüsselzuweisungen
Zuweisungssumme Gesetz	208.181.400,00 €	47.977.100,00 €	65.312.700,00 €	22.005.700,00 €	183.668.856,00 €
Zuweisungssumme neu	209.768.460,00 €	48.214.610,00 €	65.636.030,00 €	22.114.639,00 €	191.007.304,00 €
Differenz	1.587.060,00 €	237.510,00 €	323.330,00 €	108.939,00 €	7.338.448,00 €

AGS	Gebiets- körperschaft	§ 4 FAG 2022 Zuweisungssummen lt. Festsetzung	Verteilung Differenzbetrag	§ 7 FAG 2022 Zuweisungssummen lt. Festsetzung	Verteilung Differenzbetrag	§ 9 FAG 2022 Zuweisungssummen lt. Festsetzung	Verteilung Differenzbetrag	§ 10 FAG 2022 Zuweisungssummen lt. Festsetzung	Verteilung Differenzbetrag	§ 12 FAG 2022 Zuweisungssummen lt. Festsetzung	Verteilung Differenzbetrag
15081	Altmarkkreis Salzwedel	10.575.659 €	80.622,99 €	1.891.686 €	9.364,77 €	3.517.773 €	17.414,71 €	1.866.093 €	9.238,08 €	12.266.763 €	490.115,80 €
15082	Anhalt-Bitterfeld	20.108.039 €	153.292,59 €	5.381.594 €	26.641,52 €	6.121.329 €	30.303,59 €	1.807.492 €	8.947,97 €	20.329.155 €	812.246,90 €
15083	Börde	21.815.503 €	166.309,35 €	3.516.085 €	17.406,33 €	7.154.242 €	35.417,02 €	2.546.994 €	12.608,87 €	15.444.251 €	617.071,63 €
15084	Burgenlandkreis	22.713.744 €	173.157,04 €	5.545.885 €	27.454,83 €	7.010.485 €	34.705,35 €	1.990.430 €	9.853,61 €	4.698.320 €	187.720,34 €
15085	Harz	26.983.682 €	205.708,70 €	6.407.827 €	31.721,87 €	8.299.442 €	41.086,33 €	2.643.975 €	13.088,97 €	31.027.943 €	1.239.714,60 €
15086	Jerichower Land	11.434.635 €	87.171,34 €	2.092.955 €	10.361,15 €	3.628.504 €	17.962,88 €	1.457.354 €	7.214,62 €	13.620.072 €	544.186,96 €
15087	Mansfeld-Südharz	17.098.938 €	130.352,86 €	5.196.806 €	25.726,72 €	5.017.897 €	24.841,06 €	1.645.584 €	8.146,45 €	22.350.418 €	893.006,01 €
15088	Saalekreis	23.461.191 €	178.855,17 €	4.281.157 €	21.193,81 €	7.691.194 €	38.075,20 €	1.982.226 €	9.812,99 €	5.650.678 €	225.771,59 €
15089	Salzlandkreis	23.975.732 €	182.777,74 €	6.466.680 €	32.013,22 €	7.519.463 €	37.225,05 €	2.061.566 €	10.205,77 €	25.583.352 €	1.022.177,17 €
15090	Stendal	14.131.021 €	107.727,10 €	3.460.499 €	17.131,16 €	4.577.106 €	22.658,93 €	2.141.710 €	10.602,52 €	14.725.139 €	588.339,67 €
15091	Wittenberg	15.883.249 €	121.085,12 €	3.735.919 €	18.494,62 €	4.775.258 €	23.639,88 €	1.862.269 €	9.219,15 €	17.972.752 €	718.097,33 €
	SUMME	208.181.393 €	1.587.060,00 €	47.977.093 €	237.510,00 €	65.312.693 €	323.330,00 €	22.005.693 €	108.939,00 €	183.668.843 €	7.338.448,00 €

gesamt:	AGS	Gebiets- körperschaft	Zuweisungs- summe je Landkreis
527.145.756,00 €	15081	Altmarkkreis Salzwedel	606.756,35 €
536.741.043,00 €	15082	Anhalt-Bitterfeld	1.031.432,57 €
9.595.287,00 €	15083	Börde	848.813,20 €
	15084	Burgenlandkreis	432.891,17 €
	15085	Harz	1.531.320,47 €
	15086	Jerichower Land	666.896,95 €
	15087	Mansfeld-Südharz	1.082.073,10 €
	15088	Saalekreis	473.708,76 €
	15089	Salzlandkreis	1.284.398,95 €
	15090	Stendal	746.459,38 €
	15091	Wittenberg	890.536,10 €
	SUMME		9.595.287,00 €

zur Zweiten Anlage „Allgemeine Bestimmungen 2025/2026“

Zu Nr. 3

Abs. 6

Die neue Regelung basiert auf den verwaltungspraktischen Erfahrungen der vergangenen Jahre mit der Zuordnungstabelle in Absatz 3 und berücksichtigt dabei insbesondere, dass die Tätigkeitsmerkmale und Anforderungen der Entgeltgruppe E 9a im Verwaltungsdienst gemäß der Anlage A Teil 1 zum TV-L eher der Laufbahngruppe 1 zuzuordnen sind als der Laufbahngruppe 2. Die Verwendung nicht besetzter Planstellen der Besoldungsgruppe A10 für Arbeitnehmer der Entgeltgruppe E 9a ist weiterhin möglich.

Zu Nr. 10

Streichung Abs. 1

Folgeänderung zur Streichung des § 9 Abs. 6 HG.

Streichung Abs. 3

Die Sonderregelung ist nicht mehr erforderlich.

Zu Nr. 12

Zur Begrenzung der Aufwüchse in den Personalausgaben wird eine Bewirtschaftungssperre der Vollzeitäquivalenzziele für die Dauer von 24 Monaten, längstens bis zum Außerkrafttreten des Haushaltsgesetzes 2025/2026, festgelegt. In dieser Zeit sind Einstellungen nicht möglich. Die besonders bedeutsamen Schwerpunktbereiche Polizei und Schule sind von dieser Sperre ausgenommen. Zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung sowie zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung ist daher die Einstellung von Polizeivollzugsbeamten und Lehrkräften möglich. Mit dem Ziel der Nachwuchskräftegewinnung wird die Übernahme der im Land ausgebildeten Referendare, Anwärter und Auszubildenden gewährleistet. Versetzungen sind aufgrund der Kostenneutralität ebenfalls möglich. Aufgrund der Länge der Sperre sollen persönliche Teilzeiteinbarungen mit dem bestehenden Personal angepasst werden können. Besetzungsverfahren, bei denen die Ausschreibung bis zum 17. September 2024 veröffentlicht worden ist, sind aufgrund der Verfahrenslänge dahingehend privilegiert, dass sie abgeschlossen werden können, auch wenn die Besetzung des Vollzeitäquivalenzziels erst ab dem 1. Januar 2025 erfolgt. Besetzungsverfahren, bei denen die Ausschreibung auf Dauer, ohne Bezug auf eine bestimmte Stelle erfolgt, sind keine Besetzungsverfahren im Sinne dieser Vorschrift und damit nicht privilegiert. Eine Ausnahme kann durch den Finanzminister in besonderen Einzelfällen zugelassen werden.

Übersicht zum geschlechtergerechten Haushalt 2025/2026

Der geschlechtergerechte Haushalt, Gender Budgeting, stellt mit nachfolgender Übersicht die ausgabenseitige Inanspruchnahme des finanziellen Ermächtigungsrahmens bezogen auf das Querschnittsziel „Herstellung von Chancengleichheit von Männern und Frauen sowie Nichtdiskriminierung“ fest. Die Herstellung von Chancengleichheit ist Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt. Geschlechtergerechtigkeit ist hier als Ziel SDG 5 definiert und spielt als Querschnittsziel in vielen der anderen 16 SDG-Zielen eine wichtige Rolle. Alle Titel haben eine Geschlechterkennung. Genderhaupt- und Gendernebenziele, werden in Zuständigkeit der Ressorts umgesetzt und fachkompetent begleitet (Projekt- und Maßnahmencontrolling). Die Nachhaltigkeitsindikatoren dienen der Ergebniskontrolle. Weitergehende Informationen finden sich im Vorwort eines jeden Einzelplanes unter B 2 Genderziel.

Der Vergleich zum Vorjahr macht die Entwicklung des geplanten Handlungsbedarfs deutlich.

(Angaben in EUR)

Einzelplan	GG2 = Gender Hauptziel		GG1 = Gender Nebenziel		GG0 = Kein Ziel	
	Ansatz HP 2025	Ansatz HP 2026	Ansatz HP 2025	Ansatz HP 2026	Ansatz HP 2025	Ansatz HP 2026
01	0	0	44.048.800	48.213.700	20.860.800	22.281.700
02	0	0	30.976.400	31.863.900	8.165.100	10.352.100
03	19.000	19.000	873.675.700	886.727.600	475.089.100	483.195.600
04	0	0	251.594.100	248.178.400	31.830.400	32.731.300
05	9.635.200	10.228.300	696.706.400	745.369.900	1.867.762.000	1.924.563.400
06	1.037.400	1.039.400	773.520.700	799.439.400	346.535.900	324.006.200
07	0	0	1.819.309.700	1.829.172.600	134.443.700	142.857.600
08	1.500	1.500	59.205.000	59.796.700	196.449.400	229.334.100
09	0	0	57.032.700	53.336.900	113.882.600	100.526.600
11	0	0	460.975.500	465.547.300	130.036.200	129.035.200
13	781.700	1.177.500	661.389.400	739.363.400	3.866.501.500	4.029.612.500
14	0	0	165.938.200	153.914.400	1.061.706.000	1.176.039.600
15	10.000	10.000	67.751.000	67.361.200	158.739.300	163.844.900
16	0	0	18.081.800	18.628.700	2.558.700	2.724.600
17	0	0	17.609.100	17.237.000	174.682.000	175.722.600
18	0	0	3.443.600	3.595.300	1.123.500	1.056.400
19	0	0	733.800	732.300	211.376.500	206.275.000
20	0	0	554.800	926.300	287.182.600	295.633.700
Gesamt:	11.484.800	12.475.700	6.002.546.700	6.169.405.000	9.088.925.300	9.449.793.100
nachrichtlich: Summe HP 2024:	11.242.700		5.920.594.500		8.337.821.200	

Allgemeine Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben

1. Mit der Aufstellung des Haushaltsplans 2025/2026 hat sich der Bestand in den Stellenhaushalten für das Planpersonal, in den Global- und Produkthaushalten sowie in den Titelgruppen im Haushaltsjahr 2025 gegenüber dem Haushaltsjahr 2024 von 59.402 Planstellen/Stellen um 149 auf 59.551 Planstellen/Stellen (inkl. 4.116 Stellen für Anwärter und Referendare) erhöht. Im Haushaltsjahr 2026 liegt der Plan-/Stellenbestand bei 59.850 (inkl. 4.330 Stellen für Anwärter und Referendare), was mit einem weiteren Plan-/Stellenanstieg um 299 einhergeht. Darin enthalten sind auch Stellen für das zur Bekämpfung der Corona-Pandemie eingesetzte Personal, das nicht auf die jeweiligen Vollzeitäquivalenzziele (VzÄ-Ziele) angerechnet wird (118 Stellen je Haushaltsjahr).

Die ausgebrachte Anzahl der Planstellen und Stellen leitet sich unter Berücksichtigung des Teilzeitfaktors von den jeweiligen VzÄ-Zielen, zuzüglich einer Stellenreserve von 5 v. H., ab.

	2024	2025	Differenz (2025-2024)	2026	Differenz (2026-2025)
Planpersonal	41.101	41.302	+201	41.398	+96
Stellenüberhang (TGr. 96)	113	112	-1	82	-30
Landesbetriebe (TGr. 89)	2.494	2.380	-114	2.396	+16
übrige TGr.*	11.685	11.641	-44	11.644	+3
Summe	55.393	55.435	+42	55.520	+85
Anwärter und Referendare	4.009	4.116	+107	4.330	+214
Gesamtsumme	59.402	59.551	+149	59.850	+299

*Ärztliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gem. § 6 Abs. 3 HMG bei der Hochschule beschäftigt sind und Aufgaben in der Krankenversorgung wahrnehmen, werden nicht berücksichtigt.

Die Landesregierung strebt in Umsetzung des Koalitionsvertrages vom 13. September 2021 ein Personalziel für die Landesverwaltung (ohne Hochschulen) von 18,7 VzÄ je tausend Einwohner an.

Im Haushaltsplan 2025/2026 ist eine VzÄ-Zielzahl von insgesamt 42.424 VzÄ für das Haushaltsjahr 2025 niedergelegt. Für das Haushaltsjahr 2026 liegen die Ziele bei insgesamt 42.504 VzÄ. Gegenüber dem VzÄ-Ziel des Haushaltsplans 2024 von 43.404 findet ein Abbau der VzÄ-Ziele auf Basis des Personalbestandes zum 31.12.2023 unter Berücksichtigung von Sonderbedarfen beim Polizeivollzug statt. Im Bereich des Polizeivollzugs wurde das VzÄ-Ziel für 2025 auf 6.770 VzÄ, für 2026 auf 6.850 VzÄ angehoben. Daneben ist im Bereich der Allgemeinbildenden Schulen eine Überschreitung der VzÄ-Ziele von jährlich 13.861 VzÄ auf bis zu 14.200 VzÄ möglich, um so die beabsichtigte Unterrichtsversorgung von 103 Prozent zu unterstützen.

Entwicklung der VzÄ-Ziele seit 2017

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
VzÄ	42.692,95	42.545,95	43.496	43.757	43.846	42.919	42.989	43.404	42.424	42.504

2. Die Personalausgaben 2025 in der Hauptgruppe 4 erhöhen sich gegenüber den Haushaltsansätzen im Haushaltsplan 2024 von 3,329 Mrd. Euro um rund 5,3 Mio. Euro auf 3,334 Mrd. Euro und in 2026 gegenüber den Haushaltsansätzen im Haushaltsplan 2025 um weitere rund 65,4 Mio. Euro auf 3,4 Mrd. Euro. Der gegenüber den Vorjahren geringere Aufwuchs bei den Personalausgaben resultiert aus verschiedenen Faktoren, nicht zuletzt aus der Absenkung der VzÄ-Ziele und der Nachbesetzungssperre. Die Ansätze für die Versorgungsbezüge steigen von rund 423 Mio. Euro in 2024 um 33 Mio. Euro im Jahr 2025 auf rund 456 Mio. EUR und weitere rund 33 Mio. Euro auf rund 489 Mio. Euro in 2026.
3. Die Ausgaben für Bezüge werden unter Zugrundelegung der gesamten Daten aus dem Bezügeverfahren (z. B. Änderungen im Bereich der Sozialversicherungsbeiträge/Zusatzversorgung, Versorgungsrücklage, Jahressonderzahlungen, Tarifsteigerungen, Leistungsentgelte, zukünftige Regelaltersabgänge usw.) nach dem Verfahren persokH des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales ermittelt und veranschlagt. Für Landesbetriebe gemäß § 26 LHO sind in der Hauptgruppe 4 – mit Ausnahme für die Sozialagentur – keine Haushaltsansätze ausgebracht. Die Personalausgaben der übrigen Landesbetriebe sind in den Wirtschaftsplänen abgebildet. Das Gleiche gilt für die Globalhaushalte und die Produkthaushalte.
4. Beiträge für die Nachversicherung ausscheidender Bediensteter sind zentral bei Kapitel 13 02 Titel 422 02 veranschlagt.
5. Die Ansätze für Beihilfen sind grundsätzlich im jeweiligen Ministerialkapitel für den Einzelplan zusammengefasst. Im Kapitel 13 02 sind globale Verstärkungsmittel in den Titeln 441 02 und 446 01 eingestellt.
6. Die Versorgungsausgaben (Versorgungsbezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister, der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger; Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger) sind in den Ressorteinzelplänen veranschlagt.

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabengruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben						
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage						
011	Lohnsteuer	1.712.000.000	1.880.000.000	1.998.000.000			
012	Veranlagte Einkommensteuer	448.000.000	428.000.000	451.000.000			
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungssteuer)	188.000.000	145.000.000	151.000.000			
014	Körperschaftsteuer	424.000.000	340.000.000	356.000.000			
015	Umsatzsteuer	5.877.526.000	5.934.519.000	6.104.094.000			
017	Gewerbesteuerumlage	66.000.000	71.000.000	75.000.000			
018	Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungsbeträge	20.000.000	77.000.000	75.000.000			
019	Sonstige Gemeinschaftsteuern			6.000.000			
	Summe der Obergruppe 01	8.735.526.000	8.875.519.000	9.216.094.000			
05/06	Landessteuern						
052	Erbschaftsteuer	28.000.000	28.000.000	29.000.000			
053	Grunderwerbsteuer	232.000.000	216.000.000	228.000.000			
055	Totalisatorsteuer	70.000	70.000	70.000			
056	Andere Rennwettsteuern						
057	Lotteriesteuer	40.000.000	41.000.000	41.000.000			
058	Sportwettensteuer	19.000.000	16.000.000	16.000.000			
059	Feuerschutzsteuer	18.000.000	19.000.000	19.000.000			
061	Biersteuer	15.000.000	15.000.000	14.000.000			
	Summe der Obergruppen 05/06	352.070.000	335.070.000	347.070.000			
09	Steuerähnliche Abgaben						
093	Abgaben von Spielbanken	13.505.000	16.710.000	17.325.000			

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
099	Sonstige steuerähnliche Abgaben	25.351.400	22.677.000	22.315.000			
	Summe der Obergruppe 09	38.856.400	39.387.000	39.640.000			
	Summe der Hauptgruppe 0	9.126.452.400	9.249.976.000	9.602.804.000			
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.						
11	Verwaltungseinnahmen						
111	Gebühren, sonstige Entgelte	46.235.500	50.717.300	50.746.300			
112	Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	164.551.800	176.150.500	177.150.500			
119	Sonstige Verwaltungseinnahmen	33.066.100	47.859.100	32.634.400			
	Summe der Obergruppe 11	243.853.400	274.726.900	260.531.200			
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)						
121	Einnahmen aus Gewinnen von Unternehmen und Beteiligungen	57.941.700	19.602.000	19.112.900			
122	Konzessionsabgaben	36.175.300	36.322.100	36.971.300			
124	Mieten und Pachten	1.828.400	1.565.200	1.576.100			
125	Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	612.000	378.400	374.800			
129	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	1.273.600	1.318.100	1.318.100			
	Summe der Obergruppe 12	97.831.000	59.185.800	59.353.200			

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.						
131	Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen, soweit nicht Gruppe 135	1.000	1.500	1.500			
132	Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	691.600	623.800	570.300			
133	Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	0	0	0			
134	Kapitalrückzahlungen			50.000.000			
	Summe der Obergruppe 13	692.600	625.300	50.571.800			
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich						
153	Zinseinnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	2.800	1.200	1.200			
	Summe der Obergruppe 15	2.800	1.200	1.200			
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen						
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	1.000	1.000	1.000			
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	6.292.800	6.650.000	22.427.600			
	Summe der Obergruppe 16	6.293.800	6.651.000	22.428.600			
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich						
173	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	249.800	128.100	128.100			
177	Darlehensrückflüsse von Zweckverbänden	0	0	0			
	Summe der Obergruppe 17	249.800	128.100	128.100			
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen						
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	7.490.300	7.136.500	1.873.900			

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	500	500	500			
	Summe der Obergruppe 18	7.490.800	7.137.000	1.874.400			
	Summe der Hauptgruppe 1	356.414.200	348.455.300	394.888.500			
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
21	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich						
211	Allgemeine Zuweisungen vom Bund	1.644.612.100	1.550.776.100	1.585.585.000			
212	Allgemeine Zuweisungen von Ländern						
	Summe der Obergruppe 21	1.644.612.100	1.550.776.100	1.585.585.000			
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich						
231	Sonstige Zuweisungen vom Bund	1.335.067.900	1.364.045.400	1.355.721.500			
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern	22.139.400	25.223.800	24.170.600			
233	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	7.930.900	9.621.200	8.591.200			
234	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen	1.530.235.200	8.467.200	7.500.000			
235	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	18.958.000	18.672.700	18.672.700			
236	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	500.400	603.900	606.900			
	Summe der Obergruppe 23	2.914.831.800	1.426.634.200	1.415.262.900			

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
26	Schuldendiensthilfen und Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen						
261	Schuldendiensthilfen und Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	2.189.300	2.106.000	2.106.000			
	Summe der Obergruppe 26	2.189.300	2.106.000	2.106.000			
27	Zuschüsse von der EU						
271	Erstattungen von der EU	269.207.900	292.927.100	315.395.300			
272	Sonstige Zuschüsse von der EU	34.428.500	8.867.600	1.060.700			
	Summe der Obergruppe 27	303.636.400	301.794.700	316.456.000			
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen						
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	61.383.700	68.979.600	74.247.000			
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	588.000	364.500	362.000			
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	0	0	0			
	Summe der Obergruppe 28	61.971.700	69.344.100	74.609.000			
	Summe der Hauptgruppe 2	4.927.241.300	3.350.655.100	3.394.018.900			
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt						
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt im Inland	-416.711.300	1.129.518.200	1.028.870.700			
	Summe der Obergruppe 32	-416.711.300	1.129.518.200	1.028.870.700			
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich						
331	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	476.890.500	402.851.800	466.972.900			
332	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	260.000	196.500	183.500			

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
333	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	1.048.500	711.000	288.000			
334	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen	265.973.600	95.385.500	68.210.000			
	Summe der Obergruppe 33	744.172.600	499.144.800	535.654.400			
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen						
341	Beiträge	0	0	0			
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	0	0			
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU	330.151.100	257.328.800	361.503.100			
	Summe der Obergruppe 34	330.151.100	257.328.800	361.503.100			
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken						
356	Entnahmen aus Fonds und Stöcken	0	0	0			
359	Entnahmen aus sonstigen Rücklagen	127.392.900	300.153.000	333.739.400			
	Summe der Obergruppe 35	127.392.900	300.153.000	333.739.400			
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen						
372	Globale Mindereinnahmen		-40.000.000	-25.000.000			
	Summe der Obergruppe 37		-40.000.000	-25.000.000			
38	Haushaltstechnische Verrechnungen						
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln	5.578.300	4.609.300	2.078.500			
382	Durchlaufende Posten	3.211.500	3.116.300	3.116.300			
389	Sonstige haushaltstechnische Verrechnungen						
	Summe der Obergruppe 38	8.789.800	7.725.600	5.194.800			
	Summe der Hauptgruppe 3	793.795.100	2.153.870.400	2.239.962.400			
0-3	Gesamteinnahmen:	15.203.903.000	15.102.956.800	15.631.673.800			

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
4	Personalausgaben						
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige						
411	Aufwendungen für Abgeordnete	28.010.000	30.140.600	33.863.400			
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	613.200	685.400	684.400			
	Summe der Obergruppe 41	28.623.200	30.826.000	34.547.800			
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen						
421	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	1.794.900	1.890.400	1.932.300			
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.215.309.600	1.367.011.600	1.379.900.100			
427	Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	16.069.200	16.867.800	15.547.400			
428	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.177.261.400	1.220.536.100	1.186.022.900			
429	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	16.534.000 30.500.000	20.653.800 78.500.000	19.905.800 18.000.000	17.000.000	17.000.000	50.000.000
	Summe der Obergruppe 42	2.426.969.100 30.500.000	2.626.959.700 78.500.000	2.603.308.500 18.000.000	17.000.000	17.000.000	50.000.000
43	Versorgungsbezüge und dgl.						
431	Versorgungsbezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	2.330.900	2.266.700	2.306.800			
432	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	385.284.300	453.931.000	486.390.000			
434		0	0	0			
435	Versorgungsbezüge der Angestellten	66.100	89.100	91.300			
438	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	27.400	33.000	33.800			

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
439	Sonstige Versorgungsbezüge und dgl.	0	0	0			
	Summe der Obergruppe 43	387.708.700	456.319.800	488.821.900			
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.						
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und dgl.	53.390.400	56.178.800	60.260.000			
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	22.162.100	26.118.400	28.220.900			
446	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und dgl.	95.715.200	90.606.200	98.024.300			
	Summe der Obergruppe 44	171.267.700	172.903.400	186.505.200			
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben						
453	Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen	3.646.600	3.799.800	3.807.000			
459	Sonstige personalbezogene Ausgaben	39.000	39.000	39.000			
	Summe der Obergruppe 45	3.685.600	3.838.800	3.846.000			
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben						
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	310.700.000	43.402.900	82.612.000			
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0	0	0			
	Summe der Obergruppe 46	310.700.000	43.402.900	82.612.000			
	Summe der Hauptgruppe 4	3.328.954.300	3.334.250.600	3.399.641.400			
		30.500.000	78.500.000	18.000.000	17.000.000	17.000.000	50.000.000

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst						
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben						
511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	85.570.400 189.976.000	53.738.100 156.671.000	54.530.700 182.011.600	94.011.400	94.107.400	139.578.100
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	28.980.100	28.216.900	28.614.000			
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	87.552.700	54.320.200	58.168.900			
518	Mieten und Pachten	91.399.100 79.719.000	30.976.300 31.468.200	31.859.300 6.935.200	4.295.500	3.973.900	26.885.700
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	36.156.100	35.075.800	35.543.700 550.000	550.000		
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	18.046.600	18.746.300	19.178.400			
522	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	15.713.800 12.369.900	17.096.000 9.045.900	14.366.500 8.988.200	6.092.800	3.696.900	2.881.200
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen, Bibliotheken	674.700	522.300	548.400			
525	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	18.910.600 505.900	16.398.500 120.000	17.012.400 17.632.500	5.150.000	5.840.000	6.702.500
526	Ausgaben für Sachverständige; Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	11.300.300	13.024.300	12.842.000			
527	Dienstreisen	8.344.600	9.169.200	9.228.100			
529	Verfügungsmittel	264.200	251.000	233.600			
531	Veröffentlichungen	3.375.200	3.222.000 20.000	3.370.100			
532	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	3.660.700 125.000	3.227.000 30.800	3.155.000 345.000	255.000	30.000	60.000
533	Dienstleistungen Außenstehender	91.479.200 36.761.200	93.098.800 47.256.000	86.764.700 62.712.800	31.716.400	23.865.300	37.003.100
534-546	Sonstiges	13.980.900 85.000	12.769.400 1.787.500	13.874.000 1.400.000	1.017.000	457.000	600.000

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	9.558.300 44.000	8.755.700	8.073.100			
	Summe der Obergruppen 51-54	524.967.500 319.586.000	398.607.800 246.399.400	397.362.900 280.575.300	143.088.100	131.970.500	213.710.600
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt						
575	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	349.000.000	364.800.000	420.400.000			
	Summe der Obergruppe 57	349.000.000	364.800.000	420.400.000			
	Summe der Hauptgruppe 5	873.967.500 319.586.000	763.407.800 246.399.400	817.762.900 280.575.300	143.088.100	131.970.500	213.710.600
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich						
611	Allgemeine Zuweisungen an Bund						
612	Allgemeine Zuweisungen an Länder	0	0	0			
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.905.499.200	1.945.290.900	1.946.086.700			
614	Allgemeine Zuweisungen an Sondervermögen	639.338.600	553.045.600	491.202.500			
616	Allgemeine Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	18.928.200	19.427.800	20.010.000			
	Summe der Obergruppe 61	2.563.766.000	2.517.764.300	2.457.299.200			
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich						
631	Sonstige Zuweisungen an Bund	443.008.500 546.000	442.553.900 15.200	456.204.300	3.800	3.800	3.800
632	Sonstige Zuweisungen an Länder	21.374.100 11.377.600	22.585.500 13.040.100	24.647.100 11.560.000	6.299.500	6.040.100	9.350.300
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.556.999.100 78.033.800	1.608.804.200 45.462.400	1.632.328.800 35.232.000	37.548.700	9.549.300	4.952.900
634	Sonstige Zuweisungen an Sondervermögen	14.511.900	13.922.800	14.581.000			
636	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	4.798.800	4.801.000	4.962.400			

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	1.369.200	1.326.900	1.326.900			
	Summe der Obergruppe 63	2.042.061.600	2.093.994.300	2.134.050.500			
		89.957.400	58.517.700	46.792.000	43.852.000	15.593.200	14.307.000
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche						
663	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	0	0	0			
	Summe der Obergruppe 66	0	0	0			
67	Erstattungen an sonstige Bereiche						
671	Erstattungen an Inland	868.097.500	992.759.400	1.039.229.800			
		31.271.700	39.960.700	39.264.800	21.068.300	15.440.100	31.620.100
676	Erstattungen an Ausland	20.200	20.000	20.000			
	Summe der Obergruppe 67	868.117.700	992.779.400	1.039.249.800			
		31.271.700	39.960.700	39.264.800	21.068.300	15.440.100	31.620.100
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche						
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	421.992.000	397.025.100	400.774.300			
		2.647.000	2.114.500	1.512.500	1.267.500	735.000	810.000
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht Gruppe 661)	418.264.600	494.683.000	488.617.300			
		856.412.500	762.710.300	197.659.300	243.341.700	245.599.400	298.806.300
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht Gruppe 662)	557.896.200	548.768.200	611.123.900			
		204.339.200	280.809.900	3.867.503.800	91.852.600	80.573.000	3.907.128.200
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	456.099.900	448.575.400	467.197.900			
		214.508.300	111.327.500	108.373.700	47.734.000	36.712.700	110.765.800
685	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1.237.370.200	1.323.584.800	1.286.535.800			
		2.254.628.900	1.982.665.100	266.505.400	563.343.700	543.506.200	664.795.300
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	53.762.600	67.945.300	100.791.600			
		24.432.800	16.340.300	15.306.200	9.835.000	8.339.400	8.408.500
687	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht Gruppe 688)	1.400	1.400	1.400			
689	Sonstige Ausgaben an die EU	0	0	30.000.000			
	Summe der Obergruppe 68	3.145.386.900	3.280.583.200	3.385.042.200			
		3.556.968.700	3.155.967.600	4.456.860.900	957.374.500	915.465.700	4.990.714.100
	Summe der Hauptgruppe 6	8.619.332.200	8.885.121.200	9.015.641.700			
		3.678.197.800	3.254.446.000	4.542.917.700	1.022.294.800	946.499.000	5.036.641.200

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
7	Baumaßnahmen						
711	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	32.022.000	31.559.000	33.051.000			
		25.000.000	22.639.000	22.985.000	20.145.000	3.820.000	3.800.000
712	Hochbaumaßnahmen	2.350.000	3.200.000	4.450.000			
		39.285.000	58.700.000	225.000	3.125.000	2.800.000	50.600.000
713	Baumaßnahmen	83.572.000	125.717.100	142.673.400			
		133.981.300	131.984.800	111.719.000	115.877.800	47.332.300	26.139.500
714	Baumaßnahmen	1.000.000	1.000.000	1.000.000			
		1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000		
715	Baumaßnahmen						
719	Baumaßnahmen		0	0			
731	Straßenbaumaßnahmen	67.741.600	41.356.600	52.913.400			
		55.700.000	47.000.000	47.000.000	45.000.000	13.000.000	2.000.000
732	Straßenbaumaßnahmen	21.214.000	22.582.000	22.488.000			
		13.400.000	18.500.000	18.500.000	15.000.000	5.500.000	5.500.000
733	Straßenbaumaßnahmen	17.000.000	20.000.000	20.000.000			
		14.800.000	16.000.000	16.000.000	14.000.000	6.000.000	2.000.000
734	Straßenbaumaßnahmen	9.914.800	6.177.600	8.549.800			
		2.450.000	6.000.000	14.047.500	7.609.500	3.109.500	4.828.500
735	Straßenbaumaßnahmen	0	0	0			
736	Straßenbaumaßnahmen	600.000	600.000	600.000			
737	Straßenbaumaßnahmen	0	0	0			
761	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	250.000	250.000	250.000			
	Summe der Hauptgruppe 7	235.664.400	252.442.300	285.975.600			
		285.616.300	301.823.800	231.476.500	221.757.300	81.561.800	94.868.000
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen						
81	Erwerb von beweglichen Sachen						
811	Erwerb von Fahrzeugen	18.036.100	23.611.700	23.353.900			
		28.831.200	19.674.400	25.251.100	25.251.100	3.700.000	
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	86.829.900	79.869.400	70.289.700			
		38.602.300	64.023.700	78.723.100	62.387.900	23.216.100	16.569.200
	Summe der Obergruppe 81	104.866.000	103.481.100	93.643.600			
		67.433.500	83.698.100	103.974.200	87.639.000	26.916.100	16.569.200

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen						
821	Erwerb von unbeweglichen Sachen, soweit nicht Gruppen 822 und 823	2.020.800	2.300.000	1.000.000			
822	Erwerb von unbebauten Grundstücken	0	25.000	0			
823	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb von privat vorfinanzierten unbeweglichen Sachen	6.611.400	6.836.700	7.074.300			
	Summe der Obergruppe 82	8.632.200	9.161.700	8.074.300			
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.						
831	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland	453.557.100	410.195.000	478.486.000			
	Summe der Obergruppe 83	453.557.100	410.195.000	478.486.000			
86	Darlehen an sonstige Bereiche						
861	Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	0	0	0			
862	Darlehen an private Unternehmen	6.200.000	0	18.550.000			
863	Darlehen an Sonstige im Inland	15.600	15.600	15.600			
	Summe der Obergruppe 86	6.215.600	15.600	18.565.600			
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen						
871	Ausgaben für die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen an das Inland	5.000.000	10.000.000	10.000.000			
	Summe der Obergruppe 87	5.000.000	10.000.000	10.000.000			
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich						
881	Zuweisungen für Investitionen an Bund	48.800	0	0			
882	Zuweisungen für Investitionen an Länder	5.505.500 3.230.000	9.478.400	6.896.800			
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	902.149.400 999.518.300	667.022.700 432.692.400	695.924.700 849.430.100	252.414.000	259.593.200	713.626.400

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
884	Zuweisungen für Investitionen an Sondervermögen	21.000.000	21.800.000	22.300.000			
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	3.380.000	975.000	1.287.500			
	Summe der Obergruppe 88	932.083.700	699.276.100	726.409.000			
		1.002.748.300	432.692.400	849.430.100	252.414.000	259.593.200	713.626.400
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche						
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	154.900.600	159.907.500	176.176.100			
		251.695.200	354.731.200	200.833.200	141.911.100	127.912.700	214.395.200
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	296.101.900	265.940.900	365.096.800			
		309.566.800	294.262.100	196.954.300	163.475.800	128.114.400	86.456.600
893	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	237.358.700	199.972.400	214.803.300			
		427.555.000	191.397.300	267.288.100	96.324.000	124.412.600	178.889.100
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	75.465.900	56.426.400	58.999.000			
		80.452.000	11.820.000	86.957.300	16.887.700	24.594.100	55.025.500
	Summe der Obergruppe 89	763.827.100	682.247.200	815.075.200			
		1.069.269.000	852.210.600	752.032.900	418.598.600	405.033.800	534.766.400
	Summe der Hauptgruppe 8	2.274.181.700	1.914.376.700	2.150.253.700			
		2.139.450.800	1.368.601.100	1.705.437.200	758.651.600	691.543.100	1.264.962.000
9	Besondere Finanzierungsausgaben						
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke						
916	Zuführungen an Fonds und Stöcke	291.914.600	325.213.000	356.903.700			
919	Zuführungen an sonstige Rücklagen	7.797.800	7.119.600	0			
	Summe der Obergruppe 91	299.712.400	332.332.600	356.903.700			
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren						
961	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren						
	Summe der Obergruppe 96						
97	Globale Mehr- und Minderausgaben						
971	Globale Mehrausgaben	300.000	300.000	300.000			
972	Globale Minderausgaben	-436.999.300	-387.000.000	-400.000.000			
	Summe der Obergruppe 97	-436.699.300	-386.700.000	-399.700.000			

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
98	Haushaltstechnische Verrechnungen						
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln	5.578.300	4.609.300	2.078.500			
982	Durchlaufende Posten	3.211.500	3.116.300	3.116.300			
989	Sonstige haushaltstechnische Verrechnungen						
	Summe der Obergruppe 98	8.789.800	7.725.600	5.194.800			
	Summe der Hauptgruppe 9	-128.197.100	-46.641.800	-37.601.500			
4-9	Gesamtausgaben:	15.203.903.000	15.102.956.800	15.631.673.800			
		6.453.350.900	5.249.770.300	6.778.406.700	2.162.791.800	1.868.574.400	6.660.181.800

Funktionenübersicht

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		1.000 EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
011	Politische Führung	6.580	357.712	6.697	314.378	4.356	322.528
012	Innere Verwaltung	18.953	131.780	13.947	132.581	14.085	117.313
013	Informationswesen	0	292	0	1.715	0	1.695
014	Statistischer Dienst	206	17.801	198	16.536	196	15.400
016	Hochbauverwaltung	30.648	3.443	2.926	88.137	2.926	79.226
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, soweit nicht unter Funktionen 048, 058, 068, 118 und 138	46.076	119.647	51.461	141.012	56.753	150.483
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	11.325	232.864	16.310	212.465	11.180	207.376
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	113.787	863.538	91.539	906.823	89.496	894.020
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	0	300	0	300	0	300
029	Sonstige auswärtige Angelegenheiten	0	1	0	1	0	1
02	Auswärtige Angelegenheiten	0	301	0	301	0	301
042	Polizei	4.795	537.385	4.787	554.608	4.787	564.615
043	Öffentliche Ordnung	40.506	22.951	43.913	21.890	42.635	22.394
044	Brandschutz	2.415	27.860	2.278	26.256	2.266	33.476
045	Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	1.517.622	40.362	24.707	39.036	2.902	14.536
047	Schutz der Verfassung	13	1.479	13	1.422	13	1.473
048	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	0	196.496	0	206.138	0	219.663
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1.565.350	826.533	75.696	849.350	52.601	856.156
051	Gerichte und Staatsanwaltschaften	126.049	358.911	135.343	371.680	136.343	370.387
056	Justizvollzugsanstalten	2.725	104.333	2.942	106.963	2.990	105.872
058	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich des Rechtsschutzes (nur Länder)	0	53.665	0	66.034	0	71.874
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	337	10.227	232	10.495	232	10.453
05	Rechtsschutz	129.111	527.136	138.516	555.172	139.564	558.585
061	Steuer- und Zollverwaltung	19.025	163.393	29.403	165.259	29.403	160.344
062	Schulden-, Vermögens- und sonstige Finanzverwaltung	3.436	24.851	3.096	25.447	3.031	24.017
068	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Finanzverwaltung	0	26.288	0	28.878	0	31.031
06	Finanzverwaltung	22.460	214.532	32.498	219.584	32.434	215.391
0	Allgemeine Dienste	1.830.708	2.432.040	338.250	2.531.230	314.096	2.524.453
111	Unterrichtsverwaltung	78	20.002	78	20.024	78	18.909
112	Öffentliche Grundschulen	0	326.779	0	369.160	0	360.615
113	Private Grundschulen	0	41.544	0	43.451	0	45.581
114	Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonderschulen/Förderschulen)	764	571.098	769	608.443	769	621.487
115	Private weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonderschulen/Förderschulen)	0	125.551	0	118.606	0	122.637
118	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Schulen	0	35.936	0	47.215	0	51.966
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	842	1.120.910	848	1.206.898	848	1.221.196
124	Öffentliche Sonderschulen/Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	51	208.943	54	225.461	53	229.740
125	Private Sonderschulen/ Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	0	15.646	0	12.478	0	12.855
127	Öffentliche berufliche Schulen	1.720	129.161	2.530	134.050	2.530	136.148
128	Private berufliche Schulen	0	38.188	0	33.619	0	33.960

Funktionenübersicht

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		1.000 EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
129	Sonstige schulische Aufgaben	112.676	155.759	36.833	111.203	10.436	95.265
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	114.447	547.696	39.417	516.810	13.019	507.967
132	Hochschulkliniken	0	167.154	0	172.822	0	175.771
133	Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien	0	431.709	14.300	454.432	0	464.010
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	0	27.270	0	28.695	0	30.134
138	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich Hochschulen (nur Länder)	0	52.393	0	59.816	0	64.001
139	Sonstige Hochschuleaufgaben	44.800	132.409	42.486	176.102	42.417	117.397
13	Hochschulen	44.800	810.934	56.786	891.866	42.417	851.313
141	Förderung für Schülerinnen und Schüler	0	51.230	0	54.878	0	56.699
142	Förderung für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs	72.574	53.054	73.920	56.160	73.920	55.615
144	Förderung für Weiterbildungsteilnehmende	24.068	31.034	22.663	29.242	22.660	29.239
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	96.642	135.319	96.583	140.281	96.580	141.553
153	Sonstige Weiterbildung (ohne Förderung für Teilnehmende)	47	18.848	47	19.004	47	19.953
154	Ausbildung der Lehrkräfte	28	21.389	48	23.378	48	24.055
15	Sonstiges Bildungswesen	75	40.238	95	42.382	95	44.008
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	473	8.967	937	6.873	833	5.949
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern (ohne Deutsche Forschungsgemeinschaft)	50.515	126.425	52.099	131.204	52.818	135.558
165	Forschung und experimentelle Entwicklung	0	5.208	0	4.312	0	10.027
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung)	50.988	140.599	53.036	142.388	53.650	151.534
181	Theater	0	51.332	0	54.304	0	57.365
182	Musikpflege	0	3.037	0	2.859	0	3.425
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	664	38.456	551	32.167	714	28.905
185	Musikschulen	0	5.908	0	5.563	0	5.351
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	0	2.275	0	2.381	0	2.489
187	Sonstige Kulturpflege	4.599	61.002	9.080	56.789	1.261	52.562
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	0	28.842	0	32.657	0	30.590
18	Kultur und Religion	5.263	190.852	9.631	186.719	1.975	180.686
195	Denkmalschutz und -pflege	20	28.304	70	16.266	70	15.502
199	Kirchliche Angelegenheiten	0	46.198	0	47.268	0	49.417
19	Kultur und Religion	20	74.502	70	63.535	70	64.919
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	313.077	3.061.050	256.465	3.190.879	208.653	3.163.177
219	Sonstige Verwaltung für soziale Angelegenheiten	500	9.632	607	10.868	610	11.064
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	500	9.632	607	10.868	610	11.064
223	Unfallversicherung	0	19.027	0	19.470	0	20.110
224	Krankenversicherung	0	1.000	0	1.000	0	1.000
229	Sonstige Sozialversicherungen	0	419.339	0	418.668	0	432.414
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	439.366	0	439.138	0	453.524
233	Wohngeld	80.002	160.302	62.262	124.619	62.260	124.617
235	Soziale Einrichtungen	786	199.623	1.098	184.630	1.081	171.669
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	0	7.870	0	7.880	0	8.032
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	61.223	89.856	70.095	102.877	70.095	102.877
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. Ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	142.012	457.651	133.454	420.006	133.436	407.194

Funktionenübersicht

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		1.000 EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
241	Kriegsopferversorgung und -fürsorge und gleichartige Leistungen	24.440	38.438	22.316	46.951	22.294	47.642
244	Wiedergutmachung	325	582	325	585	325	585
246	Vertriebene und Spätaussiedler	1	50	1	50	1	50
249	Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3.492	5.365	3.492	4.266	3.492	4.269
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	28.258	44.435	26.134	51.852	26.112	52.546
252	Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	282.000	282.000	294.000	294.000	288.000	288.000
253	Aktive Arbeitsmarktpolitik	114.484	86.422	115.612	99.346	123.041	116.071
259	Sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	0	69.681	0	69.681	0	62.800
25	Arbeitsmarktpolitik	396.484	438.103	409.612	463.027	411.041	466.871
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	0	16.280	0	18.567	0	19.085
262	Jugendsozialarbeit	0	244	0	253	0	259
263	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie	326	1.150	326	4.240	326	5.381
265	Hilfe zur Erziehung und Eingliederungshilfen	0	15.487	0	19.258	0	19.258
266	Weitere Aufgaben der Jugendhilfe	243	1.437	288	753	288	897
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	569	34.598	615	43.070	615	44.881
271	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	15.476	546.898	10.000	550.872	20.000	592.078
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	15.476	546.898	10.000	550.872	20.000	592.078
281	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII	0	18.603	0	20.245	0	21.631
282	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII	202.849	202.849	219.646	219.646	241.655	241.655
283	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX	23.353	647.059	22.782	711.592	22.816	723.289
284	Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII	0	76.262	0	110.895	0	126.455
285	Weitere Leistungen nach dem SGB XII	1.117	39.387	1.514	38.456	1.514	38.987
287	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	0	0	0	1.120	0	1.210
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX	227.319	984.159	243.942	1.101.954	265.985	1.153.226
291	Sonstige soziale Angelegenheiten	4.817	88.806	4.849	92.770	4.851	94.281
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	4.817	88.806	4.849	92.770	4.851	94.281
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	815.435	3.043.649	829.213	3.173.557	862.649	3.275.663
312	Krankenhäuser und Heilstätten	56.326	214.797	21.723	204.408	23.923	215.535
313	Arbeitsschutz	0	0	0	0	0	0
314	Gesundheitsschutz	458	53.854	62	52.743	62	51.621
31	Gesundheitswesen	56.784	268.651	21.785	257.150	23.985	267.155
322	Sport	11.345	48.689	12.245	46.238	5.245	43.420
32	Sport und Erholung	11.345	48.689	12.245	46.238	5.245	43.420
331	Umwelt- und Naturschutzverwaltung	4.153	40.641	5.439	39.044	4.590	36.255
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	1.573	54.141	802	40.154	807	57.921
33	Umwelt und Naturschutz	5.726	94.783	6.241	79.197	5.396	94.175
341	Verwaltung für nukleare Sicherheit und Strahlenschutz	0	672	0	747	0	755
342	Maßnahmen für nukleare Sicherheit und des Strahlenschutzes	2.264	1.635	2.839	2.156	3.366	2.671
34	Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz	2.264	2.307	2.839	2.903	3.366	3.425
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	76.119	414.430	43.110	385.488	37.992	408.176

Funktionenübersicht

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		1.000 EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
411	Förderung des Wohnungsbaues	18.046	31.261	7.951	13.560	8.930	15.169
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	18.046	31.261	7.951	13.560	8.930	15.169
421	Geoinformation	6.864	55.197	6.769	56.663	6.769	55.336
422	Raumordnung und Landesplanung	351	6.094	73	4.102	109	2.668
423	Städtebauförderung	48.966	93.636	38.086	72.319	30.028	56.142
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	56.180	154.926	44.928	133.084	36.907	114.145
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	74.226	186.187	52.879	146.644	45.837	129.315
511	Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft	7.500	71.464	6.527	67.173	3.438	61.673
512	Forst-, Jagd- und Fischereiverwaltung	0	2.406	0	2.615	0	2.848
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	7.500	73.869	6.527	69.788	3.438	64.521
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum	270.395	294.589	172.429	221.057	142.935	156.394
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	241	3.769	187	4.858	187	4.999
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung	138	8.752	138	8.238	138	9.717
52	Landwirtschaft und Ernährung	270.774	307.110	172.754	234.154	143.260	171.110
531	Forstwirtschaft und Jagd	24.510	28.412	14.828	29.867	12.919	29.658
532	Fischerei	400	525	430	550	430	550
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei	24.910	28.937	15.258	30.417	13.349	30.208
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	303.184	409.916	194.538	334.359	160.046	265.839
611	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3.770	13.261	3.748	12.235	3.748	11.945
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3.770	13.261	3.748	12.235	3.748	11.945
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	47.241	120.832	40.678	133.460	44.437	144.582
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	0	5.973	0	4.929	0	5.351
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	47.241	126.805	40.678	138.389	44.437	149.933
631	Kohlenbergbau	0	5.315	0	5.600	0	7.050
632	Sonstiger Bergbau	0	4.011	0	4.553	0	4.870
634	Verarbeitende Industrie	0	0	0	0	0	0
635	Handwerk und Kleingewerbe	32	1.982	153	1.848	113	1.850
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	32	11.308	153	12.001	113	13.770
642	Erneuerbare Energieformen	0	30.550	0	49.000	0	80.100
645	Abwasserentsorgung	10.650	5.940	10.650	3.662	10.200	2.448
646	Abfallwirtschaft	0	12.500	0	12.500	0	12.500
649	Sonstiges	0	8.998	0	20.739	0	28.753
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	10.650	57.987	10.650	85.902	10.200	123.801
651	Handel	0	260	0	760	0	260
652	Tourismus	0	3.120	0	3.170	0	3.320
65	Handel und Tourismus	0	3.380	0	3.930	0	3.580
669	Sonstiges Geld- und Versicherungswesen	0	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	0	0	0	0	0
681	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	29.008	0	34.614	0	35.158
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	29.008	0	34.614	0	35.158
691	Betriebliche Investitionen	76.025	125.447	58.094	95.943	85.424	147.959
692	Verbesserung der Infrastruktur	281.582	348.419	189.673	277.614	283.076	370.818
693	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	242.477	85.275	240.303	52.328	314.329	115.540
69	Regionale Fördermaßnahmen	600.085	559.141	488.070	425.886	682.829	634.317

Funktionenübersicht

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		1.000 EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	661.778	800.890	543.299	712.956	741.327	972.504
711	Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	482	47.428	397	46.736	399	38.541
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	482	47.428	397	46.736	399	38.541
721	Bundesautobahnen	0	0	0	0	0	0
722	Bundesstraßen	33.881	18.127	36.905	19.258	37.262	22.238
723	Landesstraßen	40	174.501	15	155.169	15	159.593
724	Kreisstraßen	3.908	33.908	4.361	4.361	4.188	4.188
725	Gemeindestraßen	0	3.760	0	1.900	0	17.226
729	Sonstiger Straßenverkehr	85	1.468	85	1.077	85	1.078
72	Straßen	37.914	231.764	41.366	181.764	41.551	204.324
732	Förderung der Schifffahrt	0	50	0	50	0	50
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	0	50	0	50	0	50
741	Öffentlicher Personennahverkehr	629.064	645.901	635.814	651.158	740.349	755.702
742	Eisenbahnen	2	2.217	2	1.922	2	1.957
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	629.066	648.118	635.816	653.080	740.351	757.659
751	Luftfahrt	0	407	0	0	0	251
75	Luftfahrt	0	407	0	0	0	251
772	Rundfunk und Fernsehen	1	0	1	0	1	0
77	Nachrichtenwesen	1	0	1	0	1	0
791	Sonstiges Verkehrswesen	5.547	29.733	6.694	19.831	6.831	22.084
79	Sonstiges Verkehrswesen	5.547	29.733	6.694	19.831	6.831	22.084
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	673.010	957.500	684.274	901.461	789.133	1.022.909
811	Grundvermögen	1.308	158.184	3.918	200.860	4.567	218.594
812	Kapitalvermögen	22.282	448.202	20.725	412.786	82.697	481.181
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	23.590	606.386	24.643	613.646	87.264	699.775
821	Steuern und Finanzaufweisungen	10.745.713	2.068.491	10.738.075	2.138.974	11.141.074	2.139.843
82	Steuern und Finanzaufweisungen	10.745.713	2.068.491	10.738.075	2.138.974	11.141.074	2.139.843
831	Schulden	-416.711	350.285	1.129.518	366.141	1.028.871	421.756
83	Schulden	-416.711	350.285	1.129.518	366.141	1.028.871	421.756
841	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	770	57.346	780	60.121	780	64.195
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	770	57.346	780	60.121	780	64.195
851	Rücklagen	55.809	930.602	171.829	877.540	162.712	847.344
85	Rücklagen	55.809	930.602	171.829	877.540	162.712	847.344
861	Sonstiges	42.185	7.400	41.302	9.800	46.435	10.350
86	Sonstiges	42.185	7.400	41.302	9.800	46.435	10.350
871	Abwicklung der Vorjahre	0	0	0	0	0	0
87	Abwicklung der Vorjahre	0	0	0	0	0	0
881	Globalposten	0	-125.999	50.000	-343.297	0	-317.088
88	Globalposten	0	-125.999	50.000	-343.297	0	-317.088
891	Haushaltstechnische Verrechnungen	5.011	3.733	4.781	3.459	4.804	3.465
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	5.011	3.733	4.781	3.459	4.804	3.465
8	Finanzwirtschaft	10.456.367	3.898.244	12.160.929	3.726.384	12.471.941	3.869.639
	Gesamtsumme	15.203.903	15.203.903	15.102.957	15.102.957	15.631.674	15.631.674

Zuordnungsverzeichnis zum Haushaltsquerschnitt

Zuordnung der Gruppierungen zu den einzelnen Spalten des Haushaltsquerschnitts (horizontale Gliederung)

a) Einnahmen

Spalte	Bezeichnung	Gruppen
1	Funktionen	
2	Aufgabenbereiche	
3	Steuern, steuerähnliche Abgaben	01-09
4	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	111, 112
5	Übrige Verwaltungseinnahmen	12, 14, 119
6	Erlöse, Kapitalrückzahlungen	13
7	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich Bund, Länder	151, 152
8	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich Gemeinden und Gemeindeverbände	153
9	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich Sonstige	154, 156, 157
10	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich Zusammen	15
11	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	16
12	Zinseinnahmen Zusammen	15, 16
13	Funktionen	
14	Funktionen	
15	Aufgabenbereiche	
16	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich Bund, Länder	171, 172
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich Gemeinden und Gemeindeverbände	173
18	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich Sonstige	174, 176, 177
19	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich Zusammen	17
20	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	18
21	Darlehensrückflüsse Zusammen	17, 18
22	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen vom Bund	211, 221, 231, 291
23	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen von Ländern	212, 222, 232, 292
24	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbände	213, 223, 233, 293
25	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen aus dem übrigen öffentlichen Bereich	214-217, 224-227, 234-237
26	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen aus sonstigen Bereichen	26-28, 297-299
27	Schuldenaufnahme	31, 32
28	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	33
29	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	34
30	Sonstige Einnahmen	35, 36, 37, 38
31	Einnahmen insgesamt	0, 1, 2, 3
32	Funktionen	

Zuordnungsverzeichnis zum Haushaltsquerschnitt

Zuordnung der Gruppierungen zu den einzelnen Spalten des Haushaltsquerschnitts (horizontale Gliederung)

b) Ausgaben

Spalte	Bezeichnung	Gruppen
1	Funktionen	
2	Aufgabenbereiche	
3	Personalausgaben	4
4	Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54
5	Zinsausgaben	56, 57
6	Tilgungsausgaben	58, 59
7	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen an Bund	611, 631, 634, 691
8	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen an Länder	612, 632, 692
9	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	613, 633, 693
10	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen an Sonstige	614, 616, 617, 636, 637
11	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen Zusammen	61, 63, 691-693
12	Funktionen	
13	Funktionen	
14	Aufgabenbereiche	
15	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an natürliche Personen	681
16	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Unternehmen	682, 683, 697
17	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Sonstige	67, 684-689, 698, 699
18	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen Zusammen	67, 68, 697-699
19	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	623
20	Schuldendiensthilfen an Bund	621
21	Schuldendiensthilfen an Länder	622
22	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	624-627, 66
23	Schuldendiensthilfen Zusammen	62, 66
24	Baumaßnahmen	7
25	Erwerb von beweglichen Sachen	81
26	Erwerb von unbeweglichen Sachen	82
27	Erwerb von Beteiligungen u. dgl.	83
28	Funktionen	
29	Funktionen	
30	Aufgabenbereiche	
31	Darlehen an öffentlichen Bereich Gemeinden und Gemeindeverbände	853
32	Darlehen an öffentlichen Bereich Sonstige	851-852, 854, 856, 857
33	Darlehen an öffentlichen Bereich Zusammen	85
34	Darlehen an sonstige Bereiche	86, 87
35	Darlehen Zusammen	85-87
36	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich Bund und Länder	881, 882
37	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich Gemeinden und Gemeindeverbände	883
38	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich Sonstige	884, 886, 887
39	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich Zusammen	88
40	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	89
41	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen Zusammen	88, 89
42	Sonstige Ausgaben	9
43	Ausgaben insgesamt	4-9
44	Funktionen	

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2025

Funktionen	Aufgabenbereiche	Steuern, steuer- ähnliche Abgaben	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse, Kapital- rückzah- lungen
		1.000 EUR			
1	2	3	4	5	6
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung		13.789	5.547	5
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		42.353	3.068	354
05	Rechtsschutz		135.206	3.285	
06	Finanzverwaltung		29.767	498	1
0	Allgemeine Dienste		221.115	12.398	360
11, 12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen		138	1.059	
13	Hochschulen			14.300	
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.				
15	Sonstiges Bildungswesen		26	68	1
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung)		40	83	
18, 19	Kultur und Religion		210	655	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		414	16.165	1
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten			3	
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)			40	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen			272	
25	Arbeitsmarktpolitik			80	
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)			188	
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII				
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz			1.383	
29	Sonstige soziale Angelegenheiten		784	663	
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik		784	2.629	
312	Krankenhäuser und Heilstätten			54	
311, 314	Gesundheitsverwaltung, Gesundheitsschutz				
32	Sport und Erholung		5	240	
33	Umwelt- und Naturschutz		434	945	75
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		5		
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		444	1.239	75
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie			10	
421, 422	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung		1.271	5.517	11
423	Städtebauförderung			2.800	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		1.271	8.327	11

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2025

Zinseinnahmen						Funktionen
aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen	
Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen			
1.000 EUR						
7	8	9	10	11	12	13
						01 04 05 06 0
						11, 12 13 14 15 16 18, 19 1
						21 23 24 25 26 27 28 29 2
						312 311, 314 32 33 34 3
						41 421, 422 423 4

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2025

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehensrückflüsse					
		aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen
		Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen		
14	15	16	17	18	19	20	21
01 04 05 06 0	Politische Führung und zentrale Verwaltung Öffentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Finanzverwaltung Allgemeine Dienste						
11, 12 13 14 15 16 18, 19 1	Allgemeinbildende und berufliche Schulen Hochschulen Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl. Sonstiges Bildungswesen Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung) Kultur und Religion Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten						
21 23 24 25 26 27 28 29 2	Verwaltung für soziale Angelegenheiten Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII) Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen Arbeitsmarktpolitik Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung) Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz Sonstige soziale Angelegenheiten Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik					8 1 9	8 129 137
312 311, 314 32 33 34 3	Krankenhäuser und Heilstätten Gesundheitsverwaltung, Gesundheitsschutz Sport und Erholung Umwelt- und Naturschutz Reaktorsicherheit und Strahlenschutz Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung						
41 421, 422 423 4	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung Städtebauförderung Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste						

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2025

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					Schulden- auf- nahme	Zuwei- sungen für Investi- tionen	Beiträge und son- stige Zu- schüsse für Investi- tionen	Sonstige Ein- nahmen	Ein- nahmen ins- gesamt	Funktionen
vom Bund	von Ländern	von Gemeinden und GV	aus dem übrigen öffentlichen Bereich	aus sonstigen Bereichen						
1.000 EUR										
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
10.426	7.984	534		51.720		1.164		370	91.539	01
4.802	1.778	1.620		17		21.705			75.696	04
				25					138.516	05
	226			2.006					32.498	06
15.228	9.988	2.154		53.768		22.869		370	338.250	0
			2.500	2		36.565			40.264	11, 12
42.486									56.786	13
96.583									96.583	14
									95	15
47.778	5.035			100					53.036	16
69			967			7.800			9.701	18, 19
186.916	5.035		3.467	102		44.365			256.465	1
			604						607	21
115.566		40		17.809					133.454	23
25.777	77								26.134	24
294.000			150	115.382					409.612	25
326				100					615	26
						10.000			10.000	27
220.129		3.777	18.522	1					243.942	28
3.372				30					4.849	29
659.171	77	3.817	19.276	133.322		10.000			829.213	2
						21.669			21.723	312
57	4								62	311, 314
						12.000			12.245	32
161	4.073		1	51		501			6.241	33
2.807				28					2.839	34
3.025	4.078		1	79		34.170			43.110	3
				44		7.941			7.951	41
									6.842	421, 422
						35.286			38.086	423
				44		43.227			52.879	4

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2025

Funktionen	Aufgabenbereiche	Steuern, steuer- ähnliche Abgaben	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse, Kapital- rückzah- lungen
		1.000 EUR			
1	2	3	4	5	6
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)		1.387	332	2
52	Landwirtschaft und Ernährung		3	210	
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei	755		14.503	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	755	1.390	15.045	2
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	10.650			
69	Regionale Fördermaßnahmen			7.465	
61, 62, 65-68	Übrige Bereiche aus 6	11.272	1.101	2.647	
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	21.922	1.101	10.112	
72	Straßen		85		
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		177	170	
71, 73, 75-79	Übrige Bereiche aus 7		86	167	177
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		348	337	177
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			7.103	
82-89	Allgemeine Finanzwirtschaft	9.227.299		33.692	
8	Finanzwirtschaft	9.227.299		40.795	
	Gesamtsumme	9.249.976	226.868	107.045	625

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2025

Zinseinnahmen						Funktionen
aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen	
Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen			
1.000 EUR						
7	8	9	10	11	12	13
						51
						52
						53
						5
				140	140	63
						64
						69
						61, 62, 65-68
				140	140	6
						72
						74
						71, 73, 75-79
						7
				6.511	6.511	81
						82-89
				6.511	6.511	8
	1		1	6.651	6.652	

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2025

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehensrückflüsse					
		aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen
		Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen		
14	15	16	17	18	19	20	21
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)						
52	Landwirtschaft und Ernährung						
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei						
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten						
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe					13	13
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung						
69	Regionale Fördermaßnahmen						
61, 62, 65-68	Übrige Bereiche aus 6						
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen					13	13
72	Straßen						
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr						
71, 73, 75-79	Übrige Bereiche aus 7						
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen						
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen					7.115	7.115
82-89	Allgemeine Finanzwirtschaft						
8	Finanzwirtschaft					7.115	7.115
	Gesamtsumme		128		128	7.137	7.265

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2025

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					Schulden- auf- nahme	Zuwei- sungen für Investi- tionen	Beiträge und son- stige Zu- schüsse für Investi- tionen	Sonstige Ein- nahmen	Ein- nahmen ins- gesamt	Funktionen
vom Bund	von Ländern	von Gemeinden und GV	aus dem übrigen öffentlichen Bereich	aus sonstigen Bereichen						
1.000 EUR										
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
684	70			1.226		252		2.574	6.527	51
10.128				69.324		13.556	79.534		172.754	52
									15.258	53
10.812	70			70.550		13.808	79.534	2.574	194.538	5
									153	63
									10.650	64
2.274	4.735			114.931		180.870	177.795		488.070	69
330	1.242		5.000			22.834			44.426	61, 62, 65-68
2.604	5.977		5.000	114.931		203.704	177.795		543.299	6
31.687		3.650				5.944			41.366	72
454.273						102.872		78.324	635.816	74
						6.662			7.093	71, 73, 75-79
485.959		3.650				115.479		78.324	684.274	7
						3.915			24.643	81
1.551.106				450	1.129.518	7.610		186.610	12.136.286	82-89
1.551.106				450	1.129.518	11.525		186.610	12.160.929	8
2.914.822	25.224	9.621	27.744	373.245	1.129.518	499.145	257.329	267.879	15.102.957	

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Funktionen	Aufgabenbereiche	Personal- ausgaben	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben	Zinsaus- gaben
		1.000 EUR		
1	2	3	4	5
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	497.525	106.507	
02	Auswärtige Angelegenheiten		85	
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	684.799	70.203	
05	Rechtsschutz	73.254	312	
06	Finanzverwaltung	204.104	12.037	
0	Allgemeine Dienste	1.459.681	189.143	
11, 12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	1.417.471	17.626	
13	Hochschulen	77.806	1.224	
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.		190	
15	Sonstiges Bildungswesen	16.295	6.726	
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung)	4.919	880	
18, 19	Kultur und Religion	15.708	8.694	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1.532.200	35.340	
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	6.871	3.857	
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		43	
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	5.780	33.016	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4		
25	Arbeitsmarktpolitik	821	1.060	
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	4	1.167	
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII		5	
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz		1.119	
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	416	685	
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	13.895	40.951	
312	Krankenhäuser und Heilstätten		431	
311, 314	Gesundheitsverwaltung, Gesundheitsschutz		199	
32	Sport und Erholung			
33	Umwelt- und Naturschutz	26.996	13.243	
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	677	2.162	
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	27.672	16.034	
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie			
421, 422	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung	50.038	6.719	
423	Städtebauförderung		15	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	50.038	6.734	

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen					Funktionen
	an Bund	an Länder	an Gemeinden und GV	an Sonstige	Zu- sammen	
1.000 EUR						
6	7	8	9	10	11	12
	2.115	14.389	28.504	11	45.019	01
						02
	6.743	2.124	8.100		16.967	04
						05
		2.427			2.427	06
	8.858	18.940	36.604	11	64.413	0
			630		630	11, 12
		538			538	13
						14
						15
		922	120		1.042	16
			59.210		59.210	18, 19
		1.460	59.960		61.420	1
				1	1	21
	418.668			20.428	439.096	22
	9.595	495	227.556		237.646	23
	38		3.797	20	3.855	24
			381.763		381.763	25
		70	31.231		31.301	26
			540.167		540.167	27
			173.199	2.502	175.701	28
	14.139		12.175	1.267	27.581	29
	442.440	565	1.369.888	24.218	1.837.111	2
						312
	15	1.032	2.867		3.913	311, 314
			50		50	32
		503	538	27	1.068	33
						34
	15	1.535	3.455	27	5.032	3
	5				5	41
		54	764	1.000	1.818	421, 422
	1.400				1.400	423
	1.405	54	764	1.000	3.223	4

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Funktionen	Aufgabenbereiche	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
		an natürl. Personen	an Unternehmen	an Sonstige	Zusammen
		1.000 EUR			
13	14	15	16	17	18
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	7	182.634	19.003	201.644
02	Auswärtige Angelegenheiten		1	215	216
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	663	179	696	1.537
05	Rechtsschutz	100	13.555	464.831	478.487
06	Finanzverwaltung	3		557	560
0	Allgemeine Dienste	773	196.369	485.302	682.443
11, 12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	750		248.435	249.185
13	Hochschulen	2.400	136.788	615.629	754.817
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	102.972		36.619	139.591
15	Sonstiges Bildungswesen	585	5.889	8.649	15.123
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung)		1	117.456	117.457
18, 19	Kultur und Religion	13	990	118.518	119.521
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	106.719	143.668	1.145.306	1.395.693
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten				
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	124.521		18.716	143.237
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	46.928		1.049	47.977
25	Arbeitsmarktpolitik	3.931	48.948	26.505	79.384
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)			10.598	10.598
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII			700	700
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz	99.817	20	824.320	924.157
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	10.991	5.715	45.144	61.850
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	286.187	54.684	927.032	1.267.903
312	Krankenhäuser und Heilstätten			98.918	98.918
311, 314	Gesundheitsverwaltung, Gesundheitsschutz	236	41.892	5.004	47.132
32	Sport und Erholung	36		27.252	27.288
33	Umwelt- und Naturschutz		1.618	7.239	8.857
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	272	43.510	138.412	182.194
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie			3.163	3.163
421, 422	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung	4	230	934	1.168
423	Städtebauförderung			225	225
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	4	230	4.322	4.556

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehen			
		an öffentlichen Bereich			an sonst. Bereiche
		Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen	
29	30	31	32	33	34
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
02	Auswärtige Angelegenheiten				
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
05	Rechtsschutz				
06	Finanzverwaltung				
0	Allgemeine Dienste				
11, 12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen				
13	Hochschulen				
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.				
15	Sonstiges Bildungswesen				
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung)				
18, 19	Kultur und Religion				
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten				
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten				
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)				
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen				16
25	Arbeitsmarktpolitik				
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)				
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII				
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz				
29	Sonstige soziale Angelegenheiten				
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik				16
312	Krankenhäuser und Heilstätten				
311, 314	Gesundheitsverwaltung, Gesundheitsschutz				
32	Sport und Erholung				
33	Umwelt- und Naturschutz				
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung				
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie				
421, 422	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung				
423	Städtebauförderung				
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste				

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Darlehen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen						Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Funktionen
Zu- sammen	an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche	Zu- sammen			
	Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen					
1.000 EUR									
35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
	4.978	1.831		6.809	11.295	18.104	1.596	906.823	01
								301	02
		23.785		23.785	14.670	38.455		849.350	04
					3.119	3.119		555.172	05
								219.584	06
	4.978	25.615		30.594	29.084	59.678	1.596	2.531.230	0
	4.500	30.072		34.572	3.660	38.232	208	1.723.709	11, 12
					49.630	49.630		891.866	13
					500	500		140.281	14
					4.067	4.067		42.382	15
					15.765	15.765		142.388	16
		10.215		10.215	35.682	45.897	2	250.253	18, 19
	4.500	40.287		44.787	109.304	154.091	210	3.190.879	1
16								10.868	21
								439.138	22
								420.006	23
								51.852	24
								463.027	25
								43.070	26
			10.000		10.000		10.000	550.872	27
			978		978		978	1.101.954	28
16					2.220	2.220	19	92.770	29
		10.978		10.978	2.220	13.198	19	3.173.557	2
					105.059	105.059		204.408	312
					1.499	1.499		52.743	311, 314
		16.700		16.700	2.200	18.900		46.238	32
	21.000			21.000	6.158	27.158	17	79.197	33
							64	2.903	34
	21.000	16.700		37.700	114.916	152.616	82	385.488	3
					10.392	10.392		13.560	41
		364		364	391	755		60.765	421, 422
		70.679		70.679		70.679		72.319	423
		71.043		71.043	10.783	81.826		146.644	4

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Funktionen	Aufgabenbereiche	Personal- ausgaben	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben	Zinsaus- gaben
		1.000 EUR		
1	2	3	4	5
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	50.545	13.589	
52	Landwirtschaft und Ernährung	4.206	2.664	
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei		7	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	54.751	16.260	
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe		833	
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung		307	
69	Regionale Fördermaßnahmen	1.883	6.697	
61, 62, 65-68	Übrige Bereiche aus 6	9.807	4.434	
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	11.689	12.272	
72	Straßen	34.585	34.504	
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		25	
71, 73, 75-79	Übrige Bereiche aus 7	38.716	7.102	
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	73.301	41.631	
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen		36.452	
82-89	Allgemeine Finanzwirtschaft	111.023	3.791	364.800
8	Finanzwirtschaft	111.023	40.243	364.800
	Gesamtsumme	3.334.251	398.608	364.800

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen					Funktionen
	an Bund	an Länder	an Gemeinden und GV	an Sonstige	Zu- sammen	
1.000 EUR						
6	7	8	9	10	11	12
			955		955	51
	5	6	8.341		8.352	52
						53
	5	6	9.296		9.306	5
						63
			2.540		2.540	64
	3.654		7.695	300	11.649	69
		14	312		326	61, 62, 65-68
	3.654	14	10.547	300	14.515	6
	100				100	72
			114.125		114.125	74
		12	700		712	71, 73, 75-79
	100	12	114.825		114.937	7
						81
	553.046		1.948.757		2.501.803	82-89
	553.046		1.948.757		2.501.803	8
	1.009.522	22.586	3.554.095	25.556	4.611.759	

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Funktionen	Aufgabenbereiche	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
		an natürl. Personen	an Unternehmen	an Sonstige	Zusammen
		1.000 EUR			
13	14	15	16	17	18
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)			1.249	1.249
52	Landwirtschaft und Ernährung	53	87.301	16.584	103.938
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei	40	28.259	771	29.070
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	93	115.560	18.605	134.258
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	700	50	548	1.298
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung			9.649	9.649
69	Regionale Fördermaßnahmen		1.300	70.437	71.737
61, 62, 65-68	Übrige Bereiche aus 6	500	67.883	28.332	96.715
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1.200	69.233	108.966	179.399
72	Straßen			2.168	2.168
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		418.361	1.922	420.283
71, 73, 75-79	Übrige Bereiche aus 7	110	989	480	1.579
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	110	419.350	4.569	424.029
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1.667	849	304	2.820
82-89	Allgemeine Finanzwirtschaft			67	67
8	Finanzwirtschaft	1.667	849	371	2.887
	Gesamtsumme	397.025	1.043.453	2.832.885	4.273.363

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Schuldendiensthilfen					Bau- maß- nahmen	Erwerb von			Funktionen
an Gemeinden und GV	an Bund	an Länder	an sonstige Bereiche	Zu- sammen		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen und dgl.	
1.000 EUR									
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
					1.300	2.134			51
						870			52
									53
					1.300	3.005			5
									63
					15				64
						64			69
					15	64			61, 62, 65- 68
									6
					91.251	13.157	2.300		72
									74
					700	323			71, 73, 75- 79
					91.951	13.479	2.300		7
					154.091	3.251	6.837	410.195	81
									82-89
					154.091	3.251	6.837	410.195	8
					252.442	103.481	9.162	410.195	

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehen			
		an öffentlichen Bereich			an sonst. Bereiche
		Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen	
29	30	31	32	33	34
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)				
52	Landwirtschaft und Ernährung				
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei				
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung				
69	Regionale Fördermaßnahmen				
61, 62, 65-68	Übrige Bereiche aus 6				10.000
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				10.000
72	Straßen				
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
71, 73, 75-79	Übrige Bereiche aus 7				
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
82-89	Allgemeinde Finanzwirtschaft				
8	Finanzwirtschaft				
	Gesamtsumme				10.016

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2025

Darlehen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen						Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Funktionen
Zu- sammen	an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche	Zu- sammen			
	Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen					
1.000 EUR									
35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
							16	69.788	51
		26.943	625	27.568	76.862	104.430	9.694	234.154	52
					1.340	1.340		30.417	53
		26.943	625	27.568	78.202	105.770	9.710	334.359	5
	800			800	9.070	9.870		12.001	63
		26.466	100	26.566	46.840	73.405		85.902	64
		207.278		207.278	126.627	333.905		425.886	69
10.000		2.100		2.100	65.683	67.783	38	189.167	61, 62, 65-68
10.000	800	235.844	100	236.744	248.220	484.964	38	712.956	6
		1.900	250	2.150	1.100	3.250	450	181.764	72
		32.801		32.801	85.846	118.647		653.080	74
		14.912		14.912	2.573	17.485		66.617	71, 73, 75-79
		49.613	250	49.863	89.519	139.382	450	901.461	7
								613.646	81
		190.000		190.000		190.000	-58.746	3.112.738	82-89
		190.000		190.000		190.000	-58.746	3.726.384	8
10.016	31.278	667.023	975	699.276	682.247	1.381.523	-46.642	15.102.957	

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2026

Funktionen	Aufgabenbereiche	Steuern, steuer- ähnliche Abgaben	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse, Kapital- rückzah- lungen
		1.000 EUR			
1	2	3	4	5	6
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung		13.977	4.385	3
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		42.353	2.968	334
05	Rechtsschutz		136.206	3.333	
06	Finanzverwaltung		29.705	496	1
0	Allgemeine Dienste		222.241	11.181	338
11, 12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen		138	1.058	
13	Hochschulen				
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.				
15	Sonstiges Bildungswesen		26	68	1
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung)		40	83	
18, 19	Kultur und Religion		105	955	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		309	2.164	1
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten			3	
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)			40	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen			272	
25	Arbeitsmarktpolitik			80	
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)			188	
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII				
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz			1.383	
29	Sonstige soziale Angelegenheiten		786	663	
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik		786	2.629	
312	Krankenhäuser und Heilstätten			54	
311, 314	Gesundheitsverwaltung, Gesundheitsschutz				
32	Sport und Erholung		5	240	
33	Umwelt- und Naturschutz		434	945	44
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		5		
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		444	1.239	44
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie			10	
421, 422	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung		1.271	5.517	11
423	Städtebauförderung			2.800	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		1.271	8.327	11

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2026

Zinseinnahmen						Funktionen
aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen	
Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen			
1.000 EUR						
7	8	9	10	11	12	13
						01 04 05 06 0
						11, 12 13 14 15 16 18, 19 1
						21 23 24 25 26 27 28 29 2
						312 311, 314 32 33 34 3
						41 421, 422 423 4

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2026

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehensrückflüsse					
		aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen
		Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen		
14	15	16	17	18	19	20	21
01 04 05 06 0	Politische Führung und zentrale Verwaltung Öffentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Finanzverwaltung Allgemeine Dienste						
11, 12 13 14 15 16 18, 19 1	Allgemeinbildende und berufliche Schulen Hochschulen Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl. Sonstiges Bildungswesen Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung) Kultur und Religion Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten						
21 23 24 25 26 27 28 29 2	Verwaltung für soziale Angelegenheiten Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII) Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen Arbeitsmarktpolitik Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung) Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz Sonstige soziale Angelegenheiten Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik					11 1 11	11 129 139
312 311, 314 32 33 34 3	Krankenhäuser und Heilstätten Gesundheitsverwaltung, Gesundheitsschutz Sport und Erholung Umwelt- und Naturschutz Reaktorsicherheit und Strahlenschutz Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung						
41 421, 422 423 4	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung Städtebauförderung Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste						

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2026

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					Schulden- auf- nahme	Zuwei- sungen für Investi- tionen	Beiträge und son- stige Zu- schüsse für Investi- tionen	Sonstige Ein- nahmen	Ein- nahmen ins- gesamt	Funktionen
vom Bund	von Ländern	von Gemeinden und GV	aus dem übrigen öffentlichen Bereich	aus sonstigen Bereichen						
1.000 EUR										
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
4.626	8.163	534		56.985		433		390	89.496	01
4.802	1.788	340		17					52.601	04
				25					139.564	05
	226			2.006					32.434	06
9.428	10.177	874		59.033		433		390	314.096	0
			2.500	2		10.168			13.866	11, 12
42.417									42.417	13
96.580									96.580	14
									95	15
48.516	4.912			100					53.650	16
37						948			2.045	18, 19
187.550	4.912		2.500	102		11.116			208.653	1
			607						610	21
115.564		40		17.792					133.436	23
25.752	78								26.112	24
290.360			150	120.451					411.041	25
326				100					615	26
						20.000			20.000	27
242.172		3.777	18.522	1					265.985	28
3.372				30					4.851	29
677.546	78	3.817	19.279	138.374		20.000			862.649	2
						23.869			23.923	312
57	4								62	311, 314
						5.000			5.245	32
161	3.305		1	51		455			5.396	33
3.333				28					3.366	34
3.551	3.310		1	79		29.324			37.992	3
				80		8.920			8.930	41
									6.878	421, 422
						27.228			30.028	423
				80		36.148			45.837	4

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2026

Funktionen	Aufgabenbereiche	Steuern, steuer- ähnliche Abgaben	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse, Kapital- rückzah- lungen
		1.000 EUR			
1	2	3	4	5	6
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)		1.392	334	2
52	Landwirtschaft und Ernährung		3	210	
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei	755		12.594	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	755	1.395	13.139	2
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	10.200			
69	Regionale Fördermaßnahmen			7.465	
61, 62, 65-68	Übrige Bereiche aus 6	11.360	1.101	2.647	
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	21.560	1.101	10.112	
72	Straßen		85		
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		177	170	
71, 73, 75-79	Übrige Bereiche aus 7		87	168	177
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		349	338	177
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			8.519	50.000
82-89	Allgemeine Finanzwirtschaft	9.580.489		34.341	
8	Finanzwirtschaft	9.580.489		42.860	50.000
	Gesamtsumme	9.602.804	227.897	91.988	50.572

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2026

Zinseinnahmen						Funktionen
aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen	
Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen			
1.000 EUR						
7	8	9	10	11	12	13
						51
						52
						53
						5
				100	100	63
						64
						69
						61, 62, 65-68
				100	100	6
						72
						74
						71, 73, 75-79
						7
				22.329	22.329	81
						82-89
				22.329	22.329	8
	1		1	22.429	22.430	

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2026

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehensrückflüsse					
		aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen
		Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen		
14	15	16	17	18	19	20	21
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)						
52	Landwirtschaft und Ernährung						
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei						
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten						
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe					13	13
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung						
69	Regionale Fördermaßnahmen						
61, 62, 65-68	Übrige Bereiche aus 6						
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen					13	13
72	Straßen						
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr						
71, 73, 75-79	Übrige Bereiche aus 7						
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen						
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen					1.850	1.850
82-89	Allgemeine Finanzwirtschaft						
8	Finanzwirtschaft					1.850	1.850
	Gesamtsumme		128		128	1.874	2.003

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2026

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					Schulden- auf- nahme	Zuwei- sungen für Investi- tionen	Beiträge und son- stige Zu- schüsse für Investi- tionen	Sonstige Ein- nahmen	Ein- nahmen ins- gesamt	Funktionen
vom Bund	von Ländern	von Gemeinden und GV	aus dem übrigen öffentlichen Bereich	aus sonstigen Bereichen						
1.000 EUR										
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
492	70			1.086		62			3.438	51
6.874				78.101		10.162	47.407	503	143.260	52
									13.349	53
7.367	70			79.187		10.224	47.407	503	160.046	5
									113	63
									10.200	64
1.946	4.403			115.867		239.052	314.097		682.829	69
360	1.222		5.000			26.496			48.185	61, 62, 65-68
2.306	5.624		5.000	115.867		265.548	314.097		741.327	6
31.986		3.900				5.579			41.551	72
435.657						133.822		170.525	740.351	74
						6.799			7.232	71, 73, 75-79
467.644		3.900				146.200		170.525	789.133	7
						4.567			87.264	81
1.585.915				450	1.028.871	12.094		142.517	12.384.677	82-89
1.585.915				450	1.028.871	16.661		142.517	12.471.941	8
2.941.307	24.171	8.591	26.780	393.171	1.028.871	535.654	361.503	313.934	15.631.674	

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Funktionen	Aufgabenbereiche	Personal- ausgaben	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben	Zinsaus- gaben
		1.000 EUR		
1	2	3	4	5
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	499.559	107.210	
02	Auswärtige Angelegenheiten		100	
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	702.068	71.190	
05	Rechtsschutz	79.787	343	
06	Finanzverwaltung	200.869	12.087	
0	Allgemeine Dienste	1.482.283	190.930	
11, 12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	1.433.407	17.513	
13	Hochschulen	81.996	1.074	
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.		190	
15	Sonstiges Bildungswesen	16.942	6.642	
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung)	4.061	958	
18, 19	Kultur und Religion	14.751	9.088	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1.551.158	35.464	
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	7.082	3.857	
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		100	
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	5.460	33.223	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4		
25	Arbeitsmarktpolitik	838	1.460	
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	4	1.186	
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII		5	
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz		1.229	
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	435	917	
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	13.823	41.976	
312	Krankenhäuser und Heilstätten		431	
311, 314	Gesundheitsverwaltung, Gesundheitsschutz		201	
32	Sport und Erholung			
33	Umwelt- und Naturschutz	25.915	12.240	
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	657	2.677	
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	26.572	15.548	
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie			
421, 422	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung	48.528	6.991	
423	Städtebauförderung		15	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	48.528	7.006	

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen					Funktionen
	an Bund	an Länder	an Gemeinden und GV	an Sonstige	Zu- sammen	
1.000 EUR						
6	7	8	9	10	11	12
	2.158	17.142	22.004	10	41.314	01
						02
	6.744	2.292	8.500		17.536	04
		1.490			1.490	05
						06
	8.902	20.925	30.504	10	60.341	0
			670		670	11, 12
		464			464	13
						14
						15
		939			939	16
			62.008		62.008	18, 19
		1.402	62.678		64.080	1
				1	1	21
	432.414			21.010	453.424	22
	9.595	562	213.372		223.529	23
	39		3.799	20	3.858	24
			372.101		372.101	25
		73	31.963		32.036	26
			572.073		572.073	27
			193.393	2.502	195.895	28
	14.801		13.049	1.430	29.280	29
	456.848	635	1.399.752	24.963	1.882.197	2
						312
	15	1.097	2.901		4.013	311, 314
			50		50	32
		514	534	27	1.075	33
						34
	15	1.611	3.485	27	5.138	3
	5				5	41
		54	400	1.000	1.454	421, 422
	1.400				1.400	423
	1.405	54	400	1.000	2.859	4

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Funktionen	Aufgabenbereiche	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
		an natürl. Personen	an Unternehmen	an Sonstige	Zusammen
		1.000 EUR			
13	14	15	16	17	18
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	7	183.523	19.049	202.580
02	Auswärtige Angelegenheiten		1	200	201
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	613	565	684	1.862
05	Rechtsschutz	100	13.799	463.095	476.994
06	Finanzverwaltung	3		572	574
0	Allgemeine Dienste	723	197.888	483.600	682.211
11, 12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	750		264.644	265.394
13	Hochschulen	2.400	139.737	568.418	710.555
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	102.969		38.394	141.363
15	Sonstiges Bildungswesen	729	6.315	8.910	15.954
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung)	100	1	121.506	121.607
18, 19	Kultur und Religion	18	1.224	120.393	121.634
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	106.966	147.277	1.122.264	1.376.506
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten				
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	124.519		19.617	144.136
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	47.618		1.050	48.668
25	Arbeitsmarktpolitik	3.931	52.955	35.585	92.471
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)			11.655	11.655
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII				
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz	102.945		852.160	955.105
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	11.128	6.116	46.076	63.319
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	290.141	59.071	966.143	1.315.354
312	Krankenhäuser und Heilstätten			112.346	112.346
311, 314	Gesundheitsverwaltung, Gesundheitsschutz	236	40.448	5.263	45.947
32	Sport und Erholung	36		27.834	27.870
33	Umwelt- und Naturschutz	100	1.654	8.308	10.062
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	372	42.102	153.750	196.224
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie			3.163	3.163
421, 422	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung	4		601	605
423	Städtebauförderung			180	180
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	4		3.944	3.948

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Schuldendiensthilfen					Bau- maß- nahmen	Erwerb von			Funktionen
an Gemeinden und GV	an Bund	an Länder	an sonstige Bereiche	Zu- sammen		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen und dgl.	
1.000 EUR									
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
						25.672			01
					2.682	34.867			02
						371			04
					2.682	60.910			05
									06
									0
						336			11, 12
						7.594			13
									14
						170			15
					5.998	13			16
						1.460			18, 19
					5.998	9.573			1
						124			21
									22
						846			23
									24
									25
									26
									27
									28
									29
						970			2
									312
									311, 314
					304	883			32
									33
					304	883			34
									3
									41
						208			421, 422
									423
						208			4

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehen			
		an öffentlichen Bereich			an sonst. Bereiche
		Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen	
29	30	31	32	33	34
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
02	Auswärtige Angelegenheiten				
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
05	Rechtsschutz				
06	Finanzverwaltung				
0	Allgemeine Dienste				
11, 12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen				
13	Hochschulen				
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.				
15	Sonstiges Bildungswesen				
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung)				
18, 19	Kultur und Religion				
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten				
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten				16
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)				
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen				
25	Arbeitsmarktpolitik				
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)				
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII				
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz				
29	Sonstige soziale Angelegenheiten				
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik				
312	Krankenhäuser und Heilstätten				
311, 314	Gesundheitsverwaltung, Gesundheitsschutz				
32	Sport und Erholung				
33	Umwelt- und Naturschutz				
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung				
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie				
421, 422	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung				
423	Städtebauförderung				
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste				

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Darlehen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen						Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Funktionen	
Zu- sammen	an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche	Zu- sammen				
	Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu- sammen						
1.000 EUR										
35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
	4.897	779		5.676	10.362	16.038	1.647	894.020	01	
								301	02	
		25.750		25.750	200	25.950		856.156	04	
					1.462	1.462		558.585	05	
								215.391	06	
	4.897	26.529		31.426	12.024	43.450	1.647	2.524.453	0	
	2.000	9.635		11.635		11.635	208	1.729.163	11, 12	
					49.630	49.630		851.313	13	
								141.553	14	
					4.300	4.300		44.008	15	
					17.959	17.959		151.534	16	
		2.804		2.804	33.858	36.663	2	245.605	18, 19	
	2.000	12.439		14.439	105.748	120.187	210	3.163.177	1	
16								11.064	21	
								453.524	22	
								407.194	23	
								52.546	24	
								466.871	25	
								44.881	26	
			20.000		20.000			592.078	27	
			998		998			1.153.226	28	
						310	310	20	94.281	29
	16		20.998		20.998	310	21.308	20	3.275.663	2
					102.758	102.758		215.535	312	
					1.461	1.461		51.621	311, 314	
		11.500		11.500	4.000	15.500		43.420	32	
	21.000	620		21.620	22.059	43.679	18	94.175	33	
							91	3.425	34	
	21.000	12.120		33.120	130.278	163.398	109	408.176	3	
		118		118	12.001	12.001		15.169	41	
					100	218		58.004	421, 422	
		54.547		54.547		54.547		56.142	423	
		54.665		54.665	12.101	66.766		129.315	4	

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Funktionen	Aufgabenbereiche	Personal- ausgaben	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben	Zinsaus- gaben
		1.000 EUR		
1	2	3	4	5
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	46.839	11.635	
52	Landwirtschaft und Ernährung	2.690	3.039	
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei		7	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	49.530	14.681	
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe		825	
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung		307	
69	Regionale Fördermaßnahmen	1.912	5.167	
61, 62, 65-68	Übrige Bereiche aus 6	9.429	4.668	
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	11.340	10.967	
72	Straßen	29.506	34.282	
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		25	
71, 73, 75-79	Übrige Bereiche aus 7	32.096	5.864	
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	61.602	40.171	
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen		36.815	
82-89	Allgemeine Finanzwirtschaft	154.807	3.806	420.400
8	Finanzwirtschaft	154.807	40.621	420.400
	Gesamtsumme	3.399.641	397.363	420.400

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen					Funktionen
	an Bund	an Länder	an Gemeinden und GV	an Sonstige	Zu- sammen	
1.000 EUR						
6	7	8	9	10	11	12
			965		965	51
	5	5	5.258		5.268	52
						53
	5	5	6.223		6.233	5
						63
			2.530		2.530	64
	3.510		6.873	300	10.683	69
		4	312		316	61, 62, 65-68
	3.510	4	9.715	300	13.529	6
	100				100	72
			115.258		115.258	74
		12	725		737	71, 73, 75-79
	100	12	115.983		116.095	7
						81
	491.203		1.949.676		2.440.878	82-89
	491.203		1.949.676		2.440.878	8
	961.988	24.647	3.578.416	26.299	4.591.350	

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Funktionen	Aufgabenbereiche	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
		an natürl. Personen	an Unternehmen	an Sonstige	Zusammen
		1.000 EUR			
13	14	15	16	17	18
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)			1.400	1.400
52	Landwirtschaft und Ernährung	53	70.113	17.440	87.606
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei	40	27.125	771	27.937
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	93	97.238	19.611	116.942
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	700	50	550	1.300
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung			12.008	12.008
69	Regionale Fördermaßnahmen		1.300	127.748	129.048
61, 62, 65-68	Übrige Bereiche aus 6		61.026	28.996	90.022
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	700	62.376	169.301	232.377
72	Straßen			2.190	2.190
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		491.898	1.957	493.855
71, 73, 75-79	Übrige Bereiche aus 7	110	1.040	480	1.630
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	110	492.938	4.627	497.675
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1.667	853	468	2.988
82-89	Allgemeine Finanzwirtschaft			67	67
8	Finanzwirtschaft	1.667	853	536	3.055
	Gesamtsumme	400.774	1.099.743	2.923.775	4.424.292

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Schuldendiensthilfen					Bau- maß- nahmen	Erwerb von			Funktionen
an Gemeinden und GV	an Bund	an Länder	an sonstige Bereiche	Zu- sammen		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen und dgl.	
1.000 EUR									
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
					2.300	1.365			51
						865			52
									53
					2.300	2.230			5
									63
									64
									69
						39			61, 62, 65- 68
						39			6
					105.101	13.119	1.000		72
									74
					450	440			71, 73, 75- 79
					105.551	13.559	1.000		7
					169.141	5.271	7.074	478.486	81
									82-89
					169.141	5.271	7.074	478.486	8
					285.976	93.644	8.074	478.486	

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehen			
		an öffentlichen Bereich			an sonst. Bereiche
		Gemeinden und GV	Sonstige	Zu-sammen	
		1.000 EUR			
29	30	31	32	33	34
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)				
52	Landwirtschaft und Ernährung				
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei				
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung				
69	Regionale Fördermaßnahmen				18.550
61, 62, 65-68	Übrige Bereiche aus 6				10.000
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				28.550
72	Straßen				
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
71, 73, 75-79	Übrige Bereiche aus 7				
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
82-89	Allgemeinde Finanzwirtschaft				
8	Finanzwirtschaft				
	Gesamtsumme				28.566

Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2026

Darlehen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen						Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Funktionen
Zu-sammen	an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche	Zu-sammen			
	Bund, Länder	Gemeinden und GV	Sonstige	Zu-sammen					
1.000 EUR									
35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
							17	64.521	51
		10.900	938	11.838	59.805	71.642		171.110	52
					2.265	2.265		30.208	53
		10.900	938	11.838	62.069	73.907	17	265.839	5
	1.300			1.300	10.345	11.645		13.770	63
		48.851	100	48.951	60.005	108.956		123.801	64
18.550		252.327		252.327	216.631	468.958		634.317	69
10.000		1.600		1.600	84.503	86.103	39	200.616	61, 62, 65-68
28.550	1.300	302.778	100	304.178	371.484	675.662	39	972.504	6
		17.226	250	17.476	1.100	18.576	450	204.324	72
		31.948		31.948	116.574	148.522		757.659	74
		16.322		16.322	3.387	19.709		60.926	71, 73, 75-79
		65.496	250	65.746	121.061	186.807	450	1.022.909	7
		190.000		190.000		190.000	-40.094	699.775	81
		190.000		190.000		190.000	-40.094	3.169.864	82-89
								3.869.639	8
28.566	29.197	695.925	1.288	726.409	815.075	1.541.484	-37.602	15.631.674	

Übersicht

über die den Haushalt durchlaufenden Posten

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
		E	A	E	A	E	A
		EUR		EUR		EUR	
03 02	Allgemeine Bewilligungen						
381 63	Verrechnung zwischen Kapiteln	0	0	0	0	0	0
381 66	Verrechnung zwischen Kapiteln	0	0	0	0	0	0
981 01	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	56.000	0	48.000	0	48.000
03 10	Landesverwaltungsamt						
381 01	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	0	321.600	0	341.300	0
981 01	Verrechnungen zwischen Kapiteln - Kostenbeitrag des LVwA zur Refinanzierung der ZKS-Abfall	0	45.000	0	46.400	0	46.800
03 43	Statistisches Landesamt						
381 01	Verrechnungen zwischen Kapiteln	206.600	0	204.600	0	204.600	0
	Summe Einzelplan 03	206.600	101.000	526.200	94.400	545.900	94.800
04 01	Ministerium der Finanzen						
982 02	Fernmeldegebühren auf der Grundlage eines Vertrages	0	0	0	0	0	0
	Summe Einzelplan 04	0	0	0	0	0	0
05 09	Sonstige soziale Leistungen						
981 01	Verrechnungen zwischen Kapitel 0509 und 0516	0	0	0	0	0	0
05 16	Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung						
381 01	Verrechnungen zwischen Kapitel 0509 und 0516	0	0	0	0	0	0
05 17	Kinder, Jugend, Familie						
381 69	Zuweisungen aus dem Umsatzeinkommen	0	0	0	0	0	0
	Summe Einzelplan 05	0	0	0	0	0	0
06 02	Allgemeine Bewilligungen						
381 01	Zuweisung anderer Ministerien für den Zuschuss an die Kultusministerkonferenz	214.900	0	206.300	0	206.300	0
	Summe Einzelplan 06	214.900	0	206.300	0	206.300	0
07 02	Allgemeine Bewilligungen						
981 01	Zuschuss an die KMK - Verrechnung zwischen Kapiteln	0	214.900	0	206.300	0	206.300
07 06	Landesschulamt						
981 01	Verrechnung zwischen Kapiteln	0	2.000	0	2.000	0	2.000
981 02	Verrechnung zwischen den Kapiteln 0706 und 0310	0	0	0	321.600	0	341.300
07 07	Schulen allgemein						
381 01	Verrechnung zwischen Titeln / Mittel Epl. 13 - Umsetzung des Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche"	0	0	0	0	0	0
381 81	Verrechnung zwischen Titeln / Mittel Epl. 13	0	0	0	0	0	0
981 01	Verrechnung zwischen Kapiteln	0	0	0	0	0	0
07 58	Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)						
381 66	Kostenbeitrag des MI im Rahmen der Auswertung des Sportmotoriktestes	0	0	0	0	0	0
	Summe Einzelplan 07	0	216.900	0	529.900	0	549.600
08 02	Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus						
981 01	Verrechnung zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	0	2.000	0	0	0	0
08 14	Landesamt für Geologie und Bergwesen						

Übersicht

über die den Haushalt durchlaufenden Posten

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
		E	A	E	A	E	A
		EUR		EUR		EUR	
981 01	Verrechnung zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	0	500	0	500	0	500
981 62	Verrechnung zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	0	2.300	0	2.300	0	2.300
	Summe Einzelplan 08	0	4.800	0	2.800	0	2.800
09 02	Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen						
382 01	Abgabe nach dem Weingesetz	48.000	0	49.000	0	49.000	0
981 02	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	155.000	0	67.800	0	67.800
981 93	Verrechnungen zwischen den Kapiteln	0	932.800	0	643.500	0	0
982 01	Abführungen an den Deutschen Weinfonds	0	48.000	0	49.000	0	49.000
09 03	Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan						
981 93	Verrechnungen zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	0	0	0	0	0	0
981 97	Verrechnungen zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	0	0	0	0	0	0
09 10	Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten						
381 01	Verrechnungen zwischen Kapiteln im Rahmen der Flurbereinigung	3.731.200	0	2.574.000	0	0	0
981 01	Verrechnungen zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	0	4.000	0	3.200	0	3.200
09 81	Nationalpark Harz						
381 71	Verrechnungen zwischen Kapiteln	35.700	0	51.000	0	56.000	0
	Summe Einzelplan 09	3.814.900	1.139.800	2.674.000	763.500	105.000	120.000
11 02	Allgemeine Bewilligungen						
981 01	Erstattungen von Aufwendungen des Statistischen Landesamtes für die Aufbereitung von Geschäftsstatistiken der Justiz (§ 19 StatG-LSA)	0	202.600	0	202.600	0	202.600
	Summe Einzelplan 11	0	202.600	0	202.600	0	202.600
13 02	Allgemeine Bewilligungen						
382 01	Erstattungen von Aufwendungen für Job-Tickets durch die Bediensteten	0	0	0	0	0	0
982 01	Zahlungen für Job-Tickets an die Verkehrsunternehmen	0	0	0	0	0	0
13 20	Vermögensverwaltung						
382 07	Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG - Zinsen -	411.200	0	315.000	0	315.000	0
382 08	Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG - Tilgungen -	2.752.300	0	2.752.300	0	2.752.300	0
982 04	Abführung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG	0	3.163.500	0	3.067.300	0	3.067.300
13 90	Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)						
981 62	Verrechnung der Dienstleistungen Außenstehender für Flurbereinigungsbehörden	0	2.798.400	0	1.930.500	0	0
981 75	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0	0	0	0
981 77	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0	0	0	0
981 78	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0	0	0	0

Übersicht

über die den Haushalt durchlaufenden Posten

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
		E	A	E	A	E	A
		EUR		EUR		EUR	
13 91	Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)						
981 62	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0	0	0	0
	Summe Einzelplan 13	3.163.500	5.961.900	3.067.300	4.997.800	3.067.300	3.067.300
14 01	Ministerium						
381 61	Erstattung von Fernmeldegebühren durch Landesbehörden	0	0	0	0	0	0
981 01	Verrechnungen zwischen den Kapiteln	0	85.300	0	40.900	0	40.900
14 02	Allgemeine Bewilligungen						
382 01	Durchlaufende Posten	0	0	0	0	0	0
982 01	Durchlaufende Posten	0	0	0	0	0	0
14 06	Geoinformations- und Vermessungswesen						
381 01	Verrechnung zwischen Kapiteln	941.200	0	697.500	0	697.500	0
14 09	Landesstraßenbaubehörde						
981 64	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushalts durch Maßnahmen an Bundesfernstraßen	0	50.000	0	50.000	0	50.000
981 65	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushalts durch Maßnahmen an Landesstraßen	0	400.000	0	400.000	0	400.000
	Summe Einzelplan 14	941.200	535.300	697.500	490.900	697.500	490.900
15 01	Ministerium						
381 64	Verrechnungen zwischen Kapiteln	259.300	0	295.800	0	305.400	0
381 66	Verrechnungen zwischen Kapiteln	142.100	0	209.800	0	218.300	0
981 02	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	140.000	0	85.000	0	85.000
15 04	Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt						
381 66	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0	0	0	0
15 09	Umwelt- und Naturschutzverwaltung						
381 66	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0	0	0	0
981 01	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	35.700	0	51.000	0	56.000
981 79	Verrechnungen zwischen den Kapiteln	0	0	0	0	0	0
15 12	Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027						
981 71	Verrechnung zwischen den Kapiteln - Aufgabenerledigung im Rahmen der ELER-Förderung - Natura 2000, Biodiversität	0	0	0	0	0	0
15 14	Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020						
981 71	Verrechnung zwischen den Kapiteln - Aufgabenerledigung im Rahmen der ELER-Förderung - Natura 2000, Biodiversität	0	0	0	0	0	0
	Summe Einzelplan 15	401.400	175.700	505.600	136.000	523.700	141.000
16 01	Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt						
382 01	Erstattungen von Aufwendungen für Job-Tickets durch die Bediensteten	0	0	0	0	0	0
982 01	Zahlungen für Job-Tickets an die Verkehrsunternehmen	0	0	0	0	0	0
	Summe Einzelplan 16	0	0	0	0	0	0
17 83	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte						

Übersicht

über die den Haushalt durchlaufenden Posten

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
		E	A	E	A	E	A
		EUR		EUR		EUR	
981 01	Verrechnung zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	0	50.400	0	2.100	0	2.100
	Summe Einzelplan 17	0	50.400	0	2.100	0	2.100
19 17	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt						
381 65	Verrechnungen zwischen Kapiteln	47.300	0	48.700	0	49.100	0
981 68	Verrechnung zwischen Einzelplänen	0	259.300	0	295.800	0	305.400
981 73	Verrechnung zwischen Einzelplänen	0	142.100	0	209.800	0	218.300
	Summe Einzelplan 19	47.300	401.400	48.700	505.600	49.100	523.700
20 03	Ressortbau						
381 61	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	0	0	0	0	0
381 62	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	0	0	0	0	0
981 62	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	0	0	0	0	0
20 04	Hochschulbau						
381 62	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	0	0	0	0	0
981 62	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	0	0	0	0	0
	Summe Einzelplan 20	0	0	0	0	0	0
	Gesamtsumme	8.789.800	8.789.800	7.725.600	7.725.600	5.194.800	5.194.800

Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	07	08	09	11	14	15
1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung C und W W 2 L2.2			7								
Summe Besoldungsordnung B			7								
B9 L2.2		3	1	1	2	1	2		1	1	2
B8 L2.2	1		1								
B6 L2.2	1	2	1	1	1	1	1		1	1	1
B5 L2.2	1	4	4	4	4	2	3		3	4	2
B4 L2.2			1							1	
B3 L2.2	5	2	3	1	1	3	2	1	1	2	2
B2 L2.2	3	19	30	24	16	16	19		22	17	20
Summe Besoldungsordnung A	11	30	41	31	24	23	27	1	28	26	27
A16 L2.2	2	15	54	18	21	80	15	8	8	23	17
A15 L2.2	15	48	159	84	40	753	59	40	20	80	64
A15 L2.1						7					
A14 L2.2	5	18	248	95	22	1.216	35	34	17	85	44
A14 L2.1						590					
A13 L2.2	5		117	6	1	3.850	25	16	2	9	7
A13 L2.1	20	31	420	288	33	7.050	45	20	41	117	42
A12 L2.1	7	16	1.041	345	49	38	58	50	20	160	39
A11 L2.1	9	6	1.396	600	12	81	21	76	11	94	34
A10 L2.1			2.092	248	1	32	4	71		22	5
A9 L2.1			12	0	1	2		2			1
A9 L1.2	2	1	2.329	664	3	13	4	1	13	68	2
A8 L1.2	2		1.081	636		33		1	4	38	
A7 L1.2			63	427		10		1	0	30	
A6 L1.2			0	0		1					
A6 L1.1									1		
A5 L1.1									1		
Summe	67	135	9.012	3.411	183	13.756	266	320	138	726	255
Summe 2025	78	165	9.060	3.442	207	13.779	293	321	166	752	282
Summe 2024	78	165	9.012	3.461	172	13.776	299	315	163	751	285
2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte Besoldungsordnung R R1 L2.2									0		
Summe									0		
Summe 2025									0		
Summe 2024									80		

Einzelpläne											
16	17	18	20							Summe	
										7	1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung C und W W 2 L2.2
1										7	Summe
										15	Besoldungsordnung B
1										2	B9 L2.2
4		1								12	B8 L2.2
										36	B6 L2.2
		1								2	B5 L2.2
										24	B4 L2.2
6										192	B3 L2.2
											B2 L2.2
12		2								283	Summe
6		6								273	Besoldungsordnung A
16		8								1.386	A16 L2.2
										7	A15 L2.2
15		2								1.836	A15 L2.1
										590	A14 L2.2
										4.038	A14 L2.1
56		5								8.168	A13 L2.2
36		7								1.866	A13 L2.1
3		0								2.343	A12 L2.1
										2.475	A11 L2.1
1										18	A10 L2.1
										3.101	A9 L2.1
										1.795	A9 L1.2
										531	A8 L1.2
										1	A7 L1.2
										1	A6 L1.2
										1	A6 L1.1
										1	A5 L1.1
133		28								28.430	Summe
145		30								28.720	Summe 2025
146		27								28.650	Summe 2024
										0	2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte Besoldungsordnung R R1 L2.2
										0	Summe
										0	Summe 2025
										80	Summe 2024

Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	07	08	09	11	14	15
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2			7		8	434	15		300	23	15
A13 L2.1						277					
A12 L2.1						229					
A10 L2.1			7		8		11			22	10
A9 L2.1			1.095	160			26		130		13
A8 L1.2									10		
A7 L1.2			792						305	5	
A6 L1.2				170					0		
A5 L1.1									40		
A4 L1.1									0		
Summe			1.901	330	16	940	52		785	50	38
Summe 2025			1.901	330	16	940	52		785	50	38
Summe 2024			1.896	254	16	940	45		760	50	38
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16	1	2	2	3	3	31	5			5	7
AT B 9						0				1	
AT B 5							1				2
AT B 3		1									
AT B 2		5			1	2	2			0	
E 15 Ü at				2		10	1		1	3	1
E 15 Ü		1			2	1	2				0
E 15		14	11	3	13	30	24	10	1	11	11
E 14	3	23	48	4	36	574	32	37		10	52
E 13	11		65	6	2	4.187	21	28	1	54	34
E 12	1	14	51	21	14	2	45	19		107	37
E 11	3	8	319	35	51	34	19	85	2	290	46
E 10	3		133	7	4	16	8	103	3	58	20
E 9b	6	5	180	15	8	19	2	134	3	104	29
E 9a	5	7	314	114	11	209	7	24		103	24
E 8	13	20	134	10	6	19	8	26	5	178	41
E 7	6		3					20		58	3
E 6	9	29	308	16	4	78	10	40	7	140	33
E 5	6	9	139	2	2	26	0	32	9	17	7
E 4	6	10	49	22	5	7	6	5	6	10	6
E 3	3		17	37		1		0		0	
E 2 Ü	0			0							
E 2	3		0	0		4					
KR 7			3								
KR 9			1								
S 18			1								
S 17			1			1					

Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	07	08	09	11	14	15
S 15						4					
S 12			21								
S 11b			13			2					
S 9						1					
S 8b						1.202					
S 8a			4			1.081					
S 4						62					
Summe 2025	79	148	1.817	297	162	7.603	193	563	38	1.149	353
Summe 2024	79	151	1.831	295	108	7.386	217	586	38	1.156	355
Stellen 2025	157	313	12.778	4.069	385	22.322	538	884	989	1.951	673
Stellen 2024	157	316	12.739	4.010	296	22.102	561	901	1.041	1.957	678
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2		1	1						0	1	
B6 L2.2				1							
B2 L2.2				1	2	1			2		
Summe		1	1	2	2	1			2	1	
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2				2	1					0	1
A15 L2.2		1		3	1	16		4		3	4
A14 L2.2				3	1	59			1	2	2
A14 L2.1						6					
A13 L2.2			1			335	1			4	
A13 L2.1			1	9		633			1	10	4
A12 L2.1			1	3	1	0		3	1		1
A11 L2.1			2	20		2			1		
A10 L2.1			1	17		3					
A9 L1.2				3							
A8 L1.2				30		7					
A7 L1.2				13							
A6 L1.2				0							
Summe		1	6	103	4	1.061	1	7	4	19	12
Summe 2025		2	7	105	6	1.062	1	7	6	20	12
Summe 2024		2	5	105	6	1.062	1	7	6	19	12

Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	07	08	09	11	14	15
2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte											
Besoldungsordnung R R1 L2.2									0		
Summe									0		
Summe 2025									0		
Summe 2024									8		
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A9 L2.1									8		
A7 L1.2									10		
A6 L1.2									0		
Summe									18		
Summe 2025									18		
Summe 2024									18		
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16											
AT B 2		1									
E 15 Ü		1				1				1	
E 15						4		3		3	
E 14		1			1	16		2			2
E 13						225				4	
E 12								6		7	4
E 11						0		4		19	3
E 10						2				10	
E 9b						1		4		7	5
E 9a		1		1		8				6	
E 8				1		1				12	
E 7										3	
E 6				1		4				10	
E 5		1									1
S 8b						128					
S 8a						114					
S 4						3					
Summe 2025		5		3	1	507		19		82	15
Summe 2024		5		3	1	507		19		60	15
Leerstellen 2025		7	7	108	7	1.569	1	26	24	102	27
Leerstellen 2024		7	5	108	7	1.569	1	26	32	79	27

Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

Einzelpläne											
16	17	18	20							Summe	
										0	2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte Besoldungsordnung R R1 L2.2
										0	Summe
										0	Summe 2025
										8	Summe 2024
										8	3. Beamte im Vorbereitungsdienst A9 L2.1
										10	A7 L1.2
										0	A6 L1.2
										18	Summe
										18	Summe 2025
										18	Summe 2024
	1									1	4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer AT A 16
										1	AT B 2
										3	E 15 Ü
										10	E 15
										22	E 14
										229	E 13
										17	E 12
										26	E 11
										12	E 10
										17	E 9b
										16	E 9a
										14	E 8
										3	E 7
										15	E 6
										2	E 5
										128	S 8b
										114	S 8a
										3	S 4
	1									633	Summe 2025
	1									611	Summe 2024
2	1									1.881	Leerstellen 2025
2	1									1.864	Leerstellen 2024

Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	07	08	09	11	14	15
1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung C und W W 2 L2.2			7								
Summe Besoldungsordnung B			7								
B9 L2.2		3	1	1	2	1	2		1	1	2
B8 L2.2	1		1								
B6 L2.2	1	2	1	1	1	1	1		1	1	1
B5 L2.2	1	4	4	4	4	2	3		3	4	3
B4 L2.2			1							1	
B3 L2.2	5	2	3	1	1	3	2	1	1	2	2
B2 L2.2	3	19	30	24	16	16	19		22	17	20
Summe Besoldungsordnung A	11	30	41	31	24	23	27	1	28	26	28
A16 L2.2	2	15	54	18	21	80	15	8	8	23	17
A15 L2.2	15	48	160	84	40	753	59	40	20	81	64
A15 L2.1						7					
A14 L2.2	5	18	250	95	22	1.216	35	34	17	84	44
A14 L2.1						590					
A13 L2.2	5		116	6	1	3.850	25	16	2	9	7
A13 L2.1	20	31	425	288	33	7.050	45	20	41	118	42
A12 L2.1	7	16	1.098	345	49	38	58	50	20	159	39
A11 L2.1	9	6	1.416	600	12	81	21	76	11	94	34
A10 L2.1			2.089	248	1	32	4	71		22	5
A9 L2.1			12	0	1	2		2			1
A9 L1.2	2	1	2.332	664	3	13	4	1	13	68	2
A8 L1.2	2		1.101	636		33		1	4	38	
A7 L1.2			62	427		10		1	0	30	
A6 L1.2			0	0		1					
A6 L1.1									1		
A5 L1.1									1		
Summe	67	135	9.115	3.411	183	13.756	266	320	138	726	255
Summe 2026	78	165	9.163	3.442	207	13.779	293	321	166	752	283
Summe 2025	78	165	9.060	3.442	207	13.779	293	321	166	752	282
2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte Besoldungsordnung R R1 L2.2									0		
Summe									0		
Summe 2026									0		
Summe 2025									0		

Einzelpläne											
16	17	18	20							Summe	
										7	1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung C und W W 2 L2.2
1										7	Summe
										15	Besoldungsordnung B
1										2	B9 L2.2
4		1								12	B8 L2.2
										37	B6 L2.2
		1								2	B5 L2.2
6										24	B4 L2.2
										192	B3 L2.2
											B2 L2.2
12		2								284	Summe
6		6								273	Besoldungsordnung A
16		9								1.389	A16 L2.2
										7	A15 L2.2
15		2								1.837	A15 L2.1
										590	A14 L2.2
										4.037	A14 L2.1
57		5								8.175	A13 L2.2
34		8								4.037	A13 L2.1
2		0								8.175	A12 L2.1
										1.921	A12 L2.1
1										2.362	A11 L2.1
										2.472	A10 L2.1
										18	A9 L2.1
										3.104	A9 L1.2
										1.815	A8 L1.2
										530	A7 L1.2
										1	A6 L1.2
										1	A6 L1.1
										1	A5 L1.1
131		30								28.533	Summe
143		32								28.824	Summe 2026
145		30								28.720	Summe 2025
											2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte Besoldungsordnung R R1 L2.2
										0	
										0	Summe
										0	Summe 2026
										0	Summe 2025

Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	07	08	09	11	14	15
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2			7		8	434	18		300	23	15
A13 L2.1						277					
A12 L2.1						229					
A10 L2.1			10		8		16			22	10
A9 L2.1			1.097	250			31		130		13
A8 L1.2									10		
A7 L1.2			792						305	5	
A6 L1.2				270					0		
A5 L1.1									40		
A4 L1.1									0		
Summe			1.906	520	16	940	65		785	50	38
Summe 2026			1.906	520	16	940	65		785	50	38
Summe 2025			1.901	330	16	940	52		785	50	38
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16	1	2	2	3	3	31	5			5	7
AT B 9						0				1	
AT B 5							1				1
AT B 3		1									
AT B 2		5			1	2	2			0	
E 15 Ü at				1		10	1		1	3	1
E 15 Ü		1			2	1	2				0
E 15		14	11	3	13	30	24	10	1	11	11
E 14	3	23	46	4	36	574	32	37		10	52
E 13	11		65	6	2	4.187	21	28	1	54	34
E 12	1	14	51	21	14	2	45	19		107	37
E 11	3	8	322	35	51	34	19	85	2	290	46
E 10	3		132	7	4	16	8	103	3	58	20
E 9b	6	5	181	15	8	19	2	134	3	104	29
E 9a	5	7	312	114	11	209	7	24		103	24
E 8	13	21	142	10	6	19	8	26	5	178	41
E 7	6		3					20		58	3
E 6	9	28	305	16	4	78	10	40	7	140	33
E 5	6	7	132	2	2	26	0	32	9	17	7
E 4	6	10	49	22	5	7	6	5	6	10	6
E 3	3		16	37		1		0		0	
E 2 Ü	0			0							
E 2	3		0	0		4					
KR 7			3								
KR 9			1								
S 18			1								
S 17			1			1					

Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	07	08	09	11	14	15
S 15						4					
S 12			21								
S 11b			13			2					
S 9						1					
S 8b						1.202					
S 8a			4			1.081					
S 4						62					
Summe 2026	79	146	1.813	296	162	7.603	193	563	38	1.149	352
Summe 2025	79	148	1.817	297	162	7.603	193	563	38	1.149	353
Stellen 2026	157	311	12.882	4.258	385	22.322	551	884	989	1.951	673
Stellen 2025	157	313	12.778	4.069	385	22.322	538	884	989	1.951	673
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2		1	1						0	1	
B6 L2.2				1							
B2 L2.2				1	2	1			2		
Summe		1	1	2	2	1			2	1	
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2				2	1					0	1
A15 L2.2		1		3	1	16		4		3	4
A14 L2.2				3	1	59			1	2	2
A14 L2.1						6					
A13 L2.2			1			335	1			4	
A13 L2.1			1	9		633			1	10	4
A12 L2.1			1	3	1	0		3	1		1
A11 L2.1			2	20		2			1		
A10 L2.1			1	17		3					
A9 L1.2				3							
A8 L1.2				30		7					
A7 L1.2				13							
A6 L1.2				0							
Summe		1	6	103	4	1.061	1	7	4	19	12
Summe 2026		2	7	105	6	1.062	1	7	6	20	12
Summe 2025		2	7	105	6	1.062	1	7	6	20	12

Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	07	08	09	11	14	15
2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte											
Besoldungsordnung R R1 L2.2									0		
Summe									0		
Summe 2026									0		
Summe 2025									0		
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A9 L2.1									8		
A7 L1.2									10		
A6 L1.2									0		
Summe									18		
Summe 2026									18		
Summe 2025									18		
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16											
AT B 2		1									
E 15 Ü		1				1				1	
E 15						4		3		3	
E 14		1			1	16		2			2
E 13						225				4	
E 12								6		7	4
E 11						0		4		19	3
E 10						2				10	
E 9b						1		4		7	5
E 9a		1		1		8				6	
E 8				1		1				12	
E 7										3	
E 6				1		4				10	
E 5		1									1
S 8b						128					
S 8a						114					
S 4						3					
Summe 2026		5		3	1	507		19		82	15
Summe 2025		5		3	1	507		19		82	15
Leerstellen 2026		7	7	108	7	1.569	1	26	24	102	27
Leerstellen 2025		7	7	108	7	1.569	1	26	24	102	27

Zergliederung der Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

Einzelpläne											
16	17	18	20							Summe	
										0	2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte Besoldungsordnung R R1 L2.2
										0	Summe
										0	Summe 2026
										0	Summe 2025
										8	3. Beamte im Vorbereitungsdienst A9 L2.1
										10	A7 L1.2
										0	A6 L1.2
										18	Summe
										18	Summe 2026
										18	Summe 2025
	1									1	4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer AT A 16
										1	AT B 2
										3	E 15 Ü
										10	E 15
										22	E 14
										229	E 13
										17	E 12
										26	E 11
										12	E 10
										17	E 9b
										16	E 9a
										14	E 8
										3	E 7
										15	E 6
										2	E 5
										128	S 8b
										114	S 8a
										3	S 4
	1									633	Summe 2026
	1									633	Summe 2025
2	1									1.881	Leerstellen 2026
2	1									1.881	Leerstellen 2025

Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den Titelgruppen 96 Jahr 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den Titelgruppen 96 Jahr 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den Titelgruppen 96 Jahr 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellenpläne

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

	Einzelpläne										
	03	04	05	06	07	09	11	13	14	15	17
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung R											
R8 L2.2							1				
R6 L2.2							4				
R5 L2.2							4				
R4 L2.2							5				
R3 L2.2							45				
R2 L2.2							249				
R1 L2.2							566				
Summe							874				
Besoldungsordnung C und W											
C2 L2.2				0							
W 3 L2.2				470							
W 2 L2.2				729							
W 1 L2.2				94							
Summe				1.293							
Besoldungsordnung B											
B3 L2.2				1							
B2 L2.2		0		1				2			
Summe		0		2				2			
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2		1		4		0	8	2		1	
A15 L2.2	0	4		22		2	21	7		2	
A14 L2.2	0	0	1	65		5	24	10		2	
A13 L2.2	0			57			17	1			
A13 L2.1		2		7			101	12			
A12 L2.1	0	1		11		3	178	10		4	
A11 L2.1	0		1	21		2	252	1		1	
A10 L2.1	0		1	19		0	209				
A9 L2.1				4			0				
A9 L1.2				15			589	1			
A8 L1.2				2			882	0			
A7 L1.2				1			45				
A6 L1.2		0									
A6 L1.1							43				
A5 L1.1							172				
Summe	0	8	3	228		12	2.541	44		10	
Summe 2025	0	8	3	1.523		12	3.415	46		10	
Summe 2024	0	8	3	1.520		12	3.479	46		9	

Zergliederung der Stellenpläne

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

Einzelpläne											
19	53									Summe	
											1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung R 1 R8 L2.2 4 R6 L2.2 4 R5 L2.2 5 R4 L2.2 45 R3 L2.2 249 R2 L2.2 566 R1 L2.2
										874 Summe Besoldungsordnung C und W 0 C2 L2.2 470 W 3 L2.2 729 W 2 L2.2 94 W 1 L2.2	
										1.293 Summe Besoldungsordnung B 1 B3 L2.2 3 B2 L2.2	
0 0										4 Summe Besoldungsordnung A 16 A16 L2.2 58 A15 L2.2 107 A14 L2.2 75 A13 L2.2 122 A13 L2.1 207 A12 L2.1 278 A11 L2.1 229 A10 L2.1 4 A9 L2.1 605 A9 L1.2 884 A8 L1.2 46 A7 L1.2 0 A6 L1.2 43 A6 L1.1 172 A5 L1.1	
0										2.846	Summe
0 2										5.017 5.079	Summe 2025 Summe 2024

Zergliederung der Stellenpläne

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

	Einzelpläne										
	03	04	05	06	07	09	11	13	14	15	17
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16				1				0		1	1
AT B 2		1									
Ä 3				58							
Ä 2				140			4				
Ä 1				107							
E 15 Ü				1			2				
E 15	0		1	88			3			3	1
E 14	0		2	410		1	2	0		5	1
E 13	0	5	3	1.421		1	3	1		8	11
E 12		9		139			3	2		4	
E 11	3	0	3	368	1	2	75	0		2	1
E 10	0		1	107		1	3			4	6
E 9		0		0							
E 9b	6			446		2	16			0	2
E 9a		1	1	184		1	672		223		
E 8			1	280		4	16		1		6
E 7			1	126		24			38		
E 6	6	1	0	456		11	17		343	2	3
E 5	17			272		0	36		0		1
E 4				21			64				
E 3				22							
E 2 Ü				11							
E 2				6							
KR 4a				16							
KR 7a				48							
KR 7							12				
S 18							1				
S 17							1				
S 15							61				
S 12							7				
Summe 2025	32	17	13	4.728	1	47	998	3	605	29	33
Summe 2024	33	17	13	4.677	1	48	1.011	3	605	32	33
Stellen 2025	32	25	16	6.251	1	59	4.413	49	605	39	33
Stellen 2024	33	25	16	6.197	1	60	4.490	49	605	41	33
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung R											
R3 L2.2							10				
R2 L2.2							14				
R1 L2.2							40				
Summe							64				

Zergliederung der Stellenpläne

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellenpläne

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

	Einzelpläne										
	03	04	05	06	07	09	11	13	14	15	17
Besoldungsordnung C und W											
W 3 L2.2				71							
W 2 L2.2				4							
Summe				75							
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2							1				
A15 L2.2		1					1	4			
A14 L2.2							2				
A13 L2.2				1							
A13 L2.1							2	4			
A12 L2.1							1				
A11 L2.1							5				
A10 L2.1							14				
A9 L1.2							3				
A8 L1.2							11				
A7 L1.2							36				
A6 L1.1							4				
Summe		1		1			80	8			
Summe 2025		1		76			144	8			
Summe 2024		1		68			136	8			
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 12								2			
E 10							1				
E 8									17		
E 5							2				
Summe 2025							3	2	17		
Summe 2024							3	2	17		
Leerstellen 2025		1		76			147	10	17		
Leerstellen 2024		1		68			139	10	17		

Zergliederung der Stellenpläne

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

Einzelpläne											
19	53									Summe	
											Besoldungsordnung C und W
										71	W 3 L2.2
										4	W 2 L2.2
										75	Summe
											Besoldungsordnung A
										1	A16 L2.2
										6	A15 L2.2
										2	A14 L2.2
										1	A13 L2.2
										6	A13 L2.1
										1	A12 L2.1
										5	A11 L2.1
										14	A10 L2.1
										3	A9 L1.2
										11	A8 L1.2
										36	A7 L1.2
										4	A6 L1.1
										90	Summe
										229	Summe 2025
										213	Summe 2024
											4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
										2	E 12
										1	E 10
										17	E 8
										2	E 5
										22	Summe 2025
										22	Summe 2024
										251	Leerstellen 2025
										235	Leerstellen 2024

Zergliederung der Stellenpläne

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

	Einzelpläne										
	03	04	05	06	07	09	11	13	14	15	17
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung R											
R8 L2.2							1				
R6 L2.2							4				
R5 L2.2							4				
R4 L2.2							5				
R3 L2.2							45				
R2 L2.2							249				
R1 L2.2							566				
Summe							874				
Besoldungsordnung C und W											
C2 L2.2				0							
W 3 L2.2				470							
W 2 L2.2				729							
W 1 L2.2				94							
Summe				1.293							
Besoldungsordnung B											
B3 L2.2				1							
B2 L2.2		0		1				2			
Summe		0		2				2			
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2		1		4		0	8	2		1	
A15 L2.2	0	4		22		2	21	9		2	
A14 L2.2	0	0	1	65		5	24	10		2	
A13 L2.2	0			57			17	1			
A13 L2.1		2		7			101	14			
A12 L2.1	0	1		11		3	178	10		4	
A11 L2.1	0		1	21		2	252	1		1	
A10 L2.1	0		1	19		0	209				
A9 L2.1				4			0				
A9 L1.2				15			589	1			
A8 L1.2				2			882	0			
A7 L1.2				1			45				
A6 L1.2		0									
A6 L1.1							43				
A5 L1.1							172				
Summe	0	8	3	228		12	2.541	48		10	
Summe 2026	0	8	3	1.523		12	3.415	50		10	
Summe 2025	0	8	3	1.523		12	3.415	46		10	

Zergliederung der Stellenpläne

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

	Einzelpläne										
	03	04	05	06	07	09	11	13	14	15	17
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16				1				0		1	1
AT B 2		1									
Ä 3				58							
Ä 2				140			4				
Ä 1				107							
E 15 Ü				1			2				
E 15	0		1	88			3			3	1
E 14	0		2	410		1	2	0		5	1
E 13	0	5	3	1.420		1	3	1		8	11
E 12		9		139			3	2		4	
E 11	3	0	3	368	1	2	75	0		2	1
E 10	0		1	107		1	3			4	6
E 9		0		0							
E 9b	6			446		2	16			0	2
E 9a		1	1	184		1	672		223		
E 8			1	280		4	16		1		6
E 7			1	126		24			38		
E 6	6	1	0	456		11	17		343	2	3
E 5	17			272		0	36		0		1
E 4				21			64				
E 3				22							
E 2 Ü				11							
E 2				6							
KR 4a				16							
KR 7a				48							
KR 7							12				
S 18							1				
S 17							1				
S 15							61				
S 12							7				
Summe 2026	32	17	13	4.727	1	47	998	3	605	29	33
Summe 2025	32	17	13	4.728	1	47	998	3	605	29	33
Stellen 2026	32	25	16	6.250	1	59	4.413	53	605	39	33
Stellen 2025	32	25	16	6.251	1	59	4.413	49	605	39	33
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung R											
R3 L2.2							10				
R2 L2.2							14				
R1 L2.2							40				
Summe							64				

Zergliederung der Stellenpläne

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

	Einzelpläne										
	03	04	05	06	07	09	11	13	14	15	17
Besoldungsordnung C und W											
W 3 L2.2				71							
W 2 L2.2				4							
Summe				75							
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2							1				
A15 L2.2		1					1	4			
A14 L2.2							2				
A13 L2.2				1							
A13 L2.1							2	4			
A12 L2.1							1				
A11 L2.1							5				
A10 L2.1							14				
A9 L1.2							3				
A8 L1.2							11				
A7 L1.2							36				
A6 L1.1							4				
Summe		1		1			80	8			
Summe 2026		1		76			144	8			
Summe 2025		1		76			144	8			
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 12								2			
E 10							1				
E 8									17		
E 5							2				
Summe 2026							3	2	17		
Summe 2025							3	2	17		
Leerstellen 2026		1		76			147	10	17		
Leerstellen 2025		1		76			147	10	17		

Zergliederung der Stellenpläne

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

Einzelpläne											
19	53									Summe	
											Besoldungsordnung C und W
										71	W 3 L2.2
										4	W 2 L2.2
										75	Summe
											Besoldungsordnung A
										1	A16 L2.2
										6	A15 L2.2
										2	A14 L2.2
										1	A13 L2.2
										6	A13 L2.1
										1	A12 L2.1
										5	A11 L2.1
										14	A10 L2.1
										3	A9 L1.2
										11	A8 L1.2
										36	A7 L1.2
										4	A6 L1.1
										90	Summe
										229	Summe 2026
										229	Summe 2025
											4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
										2	E 12
										1	E 10
										17	E 8
										2	E 5
										22	Summe 2026
										22	Summe 2025
										251	Leerstellen 2026
										251	Leerstellen 2025

Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2025

	Einzelpläne										
	05	08	09	11	15	20					Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B4 L2.2						1					1
B3 L2.2	1				1						2
B2 L2.2	0	1	2			2					5
Summe	1	1	2		1	3					8
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	8		2		4	1					15
A15 L2.2	15		14	1	5	12					47
A14 L2.2	20	1	32	1	3	26					83
A13 L2.2	31		1		1	5					38
A13 L2.1	5	1	3	8	1	11					29
A12 L2.1	26		28	1		15					70
A11 L2.1	42		125	2	1	28					198
A10 L2.1	20	1	45	1		5					72
A9 L1.2	10			27		2					39
A8 L1.2	0			59		8					67
A7 L1.2	0			1							1
Summe	177	3	250	101	15	113					659
Summe 2025	178	4	252	101	16	116					667
Summe 2024	226	4	252	102	16	116					716
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16						1					1
AT B 4						0					0
AT B 5						0					0
E 15	31		1		1	5					38
E 14	23	1			28	16					68
E 13	26	1	2		25	33					87
E 12	10	1	3		6	73					93
E 11	14	6	21		118	241					400
E 10	22	12	25	2	24	55					140
GG 10			0								0
GG 9			0								0
GG 6			0								0
E 9	0					0					0
LG6			0								0
E 9b	18	9	3	3	29	9					71
E 9a	52	2	8	5	18	9					94
E 8	18	16	75	3	24	18					154
E 7	36		11		2						49
LG7			0								0
E 6	18		171	1	60	29					279

Zergliederung der Stellenpläne,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2025

	Einzelpläne										
	05	08	09	11	15	20					Summe
E 5	30		114		76	9					229
LG5			0								0
E 4	2		4			1					7
E 3	3										3
Summe 2025	303	48	438	14	411	499					1.713
Summe 2024	363	48	446	13	420	488					1.778
Stellen 2025	481	52	690	115	427	615					2.380
Stellen 2024	589	52	698	115	436	604					2.494
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung A											
A15 L2.2			2	1		1					4
A14 L2.2	1				1						2
A13 L2.2	1										1
A13 L2.1				1		2					3
A12 L2.1			4								4
A11 L2.1						1					1
A10 L2.1	1			1							2
A9 L1.2				2		2					4
A8 L1.2	1			1		1					3
Summe	4		6	6	1	7					24
Summe 2025	4		6	6	1	7					24
Summe 2024	4		6	6	1	7					24
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 15	1				1	2					4
E 14	1										1
E 13	2					2					4
E 11	1		3		3						7
E 10	1			1							2
E 9						0					0
E 9b					10						10
E 9a	1					1					2
E 8			20								20
E 7	2										2
E 6	1										1
E 5						1					1
Summe 2025	10		23	1	14	6					54
Summe 2024	10		23	1	14	6					54
Leerstellen 2025	14		29	7	15	13					78
Leerstellen 2024	14		29	7	15	13					78

Zergliederung der Stellenpläne, Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

	Einzelpläne										
	05	08	09	11	15	20					Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B4 L2.2						1					1
B3 L2.2	1				1						2
B2 L2.2	0	1	2			1					4
Summe	1	1	2		1	2					7
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	8		2		4	1					15
A15 L2.2	15		14	1	5	12					47
A14 L2.2	20	1	32	1	3	26					83
A13 L2.2	31		1		1	5					38
A13 L2.1	5	1	3	8	1	11					29
A12 L2.1	26		28	1		15					70
A11 L2.1	42		125	2	1	28					198
A10 L2.1	20	1	45	1		5					72
A9 L1.2	10			27		2					39
A8 L1.2	0			59		8					67
A7 L1.2	0			1							1
Summe	177	3	250	101	15	113					659
Summe 2026	178	4	252	101	16	115					666
Summe 2025	178	4	252	101	16	116					667
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16						1					1
AT B 4						0					0
AT B 5						0					0
E 15	31		1		1	5					38
E 14	23	1			28	16					68
E 13	26	1	2		25	35					89
E 12	10	1	3		6	73					93
E 11	14	6	21		118	248					407
E 10	22	12	25	2	24	55					140
GG 10			0								0
GG 9			0								0
GG 6			0								0
E 9	0					0					0
LG6			0								0
E 9b	18	9	3	3	29	13					75
E 9a	52	2	8	5	18	9					94
E 8	18	16	75	3	24	22					158
E 7	36		11		2						49
LG7			0								0
E 6	18		171	1	60	29					279

Zergliederung der Stellenpläne,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

	Einzelpläne										
	05	08	09	11	15	20					Summe
E 5	30		114		76	9					229
LG5			0								0
E 4	2		4			1					7
E 3	3										3
Summe 2026	303	48	438	14	411	516					1.730
Summe 2025	303	48	438	14	411	499					1.713
Stellen 2026	481	52	690	115	427	631					2.396
Stellen 2025	481	52	690	115	427	615					2.380
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung A											
A15 L2.2			2	1		1					4
A14 L2.2	1				1						2
A13 L2.2	1										1
A13 L2.1				1		2					3
A12 L2.1			4								4
A11 L2.1						1					1
A10 L2.1	1			1							2
A9 L1.2				2		2					4
A8 L1.2	1			1		1					3
Summe	4		6	6	1	7					24
Summe 2026	4		6	6	1	7					24
Summe 2025	4		6	6	1	7					24
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 15	1				1	2					4
E 14	1										1
E 13	2					2					4
E 11	1		3		3						7
E 10	1			1							2
E 9						0					0
E 9b					10						10
E 9a	1					1					2
E 8			20								20
E 7	2										2
E 6	1										1
E 5						1					1
Summe 2026	10		23	1	14	6					54
Summe 2025	10		23	1	14	6					54
Leerstellen 2026	14		29	7	15	13					78
Leerstellen 2025	14		29	7	15	13					78

EU-Fonds 2014 – 2020

Die Förderperiode 2014 – 2020 ist im EFRE und ESF ausgabeseitig abgeschlossen. Im Jahr 2024 wurden die verbleibenden Ausgaben bei der EU-Kommission zur Erstattung beantragt, die noch nicht in einen Zahlungsantrag im Jahr 2023 eingeflossen sind. Die Förderperiode im ELER wurde um einen zweijährigen Übergangszeitraum verlängert, sodass die Mittel bis Ende 2025 umzusetzen sind. In Reaktion auf die Corona-Pandemie hat die EU das Programm „Next Generation EU“ aufgelegt und stellt im ELER Mittel über den Wiederaufbaufonds (Fazilität Ländliche Entwicklung) zur Verfügung.

Entsprechend dem Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum für den ELER ergibt sich folgende Mittelausstattung, für die nach der „n+3“-Regel gem. Art. 65 der VO (EU) 1303/2013 im Jahr 2025 letztmalig Ausgaben aus noch nicht verausgabten Mitteln geleistet werden können:

Europäischer Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)	1.119 Mio. Euro
Wiederaufbaufonds (ELER)	63 Mio. Euro
Gesamt	1.182 Mio. Euro

Der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) wurde in der Förderperiode durch Sachsen-Anhalt nicht in Anspruch genommen.

Die Förderung erfolgt über folgende Prioritätsachsen (PA):

- LE-Priorität 1. Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten
- LE-Priorität 2. Verbesserung der Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft in allen Regionen und Förderung innovativer landwirtschaftlicher Techniken und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung
- LE-Priorität 3. Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette, einschließlich der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, des Tierschutzes und des Risikomanagements in der Landwirtschaft
- LE-Priorität 4. Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme
- LE-Priorität 6. Förderung der sozialen Inklusion, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten
- LE-Priorität 7. Technische Hilfe

Die ELER-Mittel werden zentral im Einzelplan 13 veranschlagt. Die nationale Kofinanzierung, soweit sie nicht durch Dritte getragen wird, stellt das an einem Fonds partizipierende Ressort aus den Ansätzen seines Einzelplanes zur Verfügung.

Die EU-Mittel werden in der Regel an die jeweiligen Ressorts zur Bewirtschaftung übertragen.

Im Förderzeitraum 2014 – 2020 ist die Obergrenze für die **Technische Hilfe (TH)** auf 4 % des Gesamtbezugs des EPLR festgelegt. Die Technische Hilfe dient der Verstärkung der Qualität und Kohärenz der Fondsinterventionen.

Im Kapitel 1390 Titelgruppen 76 und 93 ist die Technische Hilfe des ELER veranschlagt. Förderfähig sind u. a. die Vorbereitung und Verwaltung des EPLR, Personal-, Sach- und Reisekosten zur Durchführung und Kontrolle, Begleitung und Bewertung, IT-Hard- und Software, Öffentlichkeitsarbeit, Studien, Gutachten, Pilot- und Demonstrationsvorhaben sowie die Vorbereitung und Sitzung des regionalen Begleitausschusses im Rahmen des Entwicklungsprogramms des ländlichen Raumes sowie in der Titelgruppe 77 die Personalkosten zur Umsetzung des Wiederaufbaufonds.

Im ELER bestimmt sich der Erstattungsanspruch gegenüber der Europäischen Kommission nach Maßgabe der gesamten öffentlichen Ausgaben auf Maßnahmenebene im Verhältnis 75 % EU zu 25 % nationaler Kofinanzierung, bei ausgewählten Maßnahmen und LEADER 90 % EU zu 10 % national. Die ELER-Mittel, die aus der 1. Säule der GAP in das EPLR übertragen werden, bedürfen keiner nationalen Kofinanzierung. Entsprechend wird hier zu 100 % aus dem ELER finanziert.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Veranschlagung der EU-Mittel sowie der dazugehörigen nationalen Kofinanzierung im Rahmen des EPLR im Haushaltsjahr 2025.

(alle Angaben in Euro)

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landes-anteil	Bundes-anteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
ELER												
1	LE-Priorität 1: Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten											
1b	MWL	Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Land-, Forst- u. Ernährungswirtschaft (Europäische Innovationspartnerschaft (EIP))	90,0		10,0		1390 TGr. 61	0	0902 TGr. 93	0		
									0903 TGr. 93	0	0	
1b	Zw.summe							0		0	0	
Summe LE-Priorität 1								0		0	0	
2	LE-Priorität 2: Verbesserung der Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft in allen Regionen und Förderung innovativer landwirtschaftlicher Techniken und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung											
2a	MWL	Flurneuordnung	75,0		25,0		1390 TGr. 62	9.793.000	0902 TGr. 93	643.500		
	MWL		75,0	15,0	10,0				0903 TGr. 93	1.048.400	1.572.500	
2a	MWL	Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe	75,0	15,0	10,0		1390 892 01	1.967.500	0903 892 93	262.400	393.500	
2a	Zw.summe							11.760.500		1.954.300	1.966.000	
2b	MWL	Junglandwirte	75,0		25,0		1390 683 07	192.700	0902 683 93	64.300		
2b	Zw.summe							192.700		64.300	0	
Summe LE-Priorität 2								11.953.200		2.018.600	1.966.000	
3	LE-Priorität 3: Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette, einschließlich der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, des Tierschutzes und des Risikomanagements in der Landwirtschaft											
3b	MWU	Hochwasserschutz	75,0	15,0	10,0		1390 TGr. 72	7.474.200	1514 TGr. 73	996.600	1.494.800	
3b	Zw.summe							7.474.200		996.600	1.494.800	
Summe LE-Priorität 3								7.474.200		996.600	1.494.800	
4	LE-Priorität 4: Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme											

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landes-anteil	Bundes-anteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
4a	MWL	Zahlungen zu Gunsten von Landwirten in benachteiligten Gebieten (Ausgleichszulage)	75,0	15,0	10,0		1390 683 06	0	0903 683 93	0	0	
4a	MWL	Naturnahe Waldbewirtschaftung	75,0	15,0	10,0		1390 TGr. 67	2.000.000	0903 TGr. 93	266.700	400.000	
4a	MWL	Genetische Ressourcen (vom Aussterben bedrohte Nutztierassen, pflanzliche Wild- und Kulturarten)	100,0				1390 TGr. 64	80.000				
4a	MWL	Ausgleichszahlungen für Natura 2000	100,0				1390 683 04	14.045.700				
			75,0		25,0				0902 683 93	2.458.100		
4a	MWL	Freiwillige Naturschutzleistungen	100,0				1390 TGr. 64	240.200				
4a	MWL	Markt- u. standortangepasste Landbewirtschaftung	75,0	15,0	10,0		1390 683 05	3.395.000	0903 683 93	160.000	240.000	
			100,0									
4a	MWU	Netzwerk Natura 2000, Biodiversität	75,0		25,0		1390 TGr. 75	789.300	1514 TGr. 71	263.100		
4a	MWL	Natura 2000 - Forst/ Waldumweltmaßnahmen	100,0				1390 TGr. 65	0				
4a	Zw.summe							20.550.200		3.147.900	640.000	
4b	MWU	Naturnahe Gewässerentwicklung und Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ³⁾	75,0			25,0	1390 TGr. 73	0	1514 TGr. 74	0		Kommunen, Unternehmen
4b	MWU	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink-/Abwasser	75,0			25,0	1390 883 02	3.746.600				Kommunen
4b	Zw.summe							3.746.600		0	0	
4c	MWL	Hecken und Feldgehölze als Strukturelemente	100,0				1390 TGr. 62	0				
4c	MWL	Umweltschonende Wirtschaftsdüngerausbringung	100,0				1390 TGr. 64	121.900				
4c	MWL	Markt- u. standortangepasste Landbewirtschaftung (ökologischer/biologischer Landbau) ⁴⁾	75,0	15,0	10,0		1390 683 05	21.030.000	0903 683 93	2.786.700	4.180.000	
			100,0									

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landes-anteil	Bundes-anteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
4c	Zw.summe							21.151.900		2.786.700	4.180.000	
Summe LE-Priorität 4								45.448.700		5.934.600	4.820.000	
6	LE-Priorität 6: Förderung der sozialen Inklusion, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten											
6b	MWL	Wissenstransfer/ Netzwerk Stadt - Land	90,0		10,0		1390 TGr. 66	0	0902 TGr. 93	0		
6b	MWL	Ländlicher Wegebau	75,0	9,3	6,2	9,5	1390 883 01	1.250.700	0903 TGr. 93	60.000	90.000	Kommunen
6b	MWL	Touristische Infrastruktur	75,0	11,8	7,9	5,3	1390 TGr. 68	273.100	0903 TGr. 93	25.700	38.500	Kommunen
6b	MWL	Steillagenweinbau	75,0		25,0		1390 TGr. 74	0	0902 TGr. 93	0		
6b	MWL	Dorferneuerung, Dorfentwicklung	75,0	10,5	7,0	7,5	1390 TGr. 69	4.357.300	0903 TGr. 93	384.300	576.500	Kommunen
6b	MI	Sportstätten	75,0		25,0		1390 TGr. 69	0	0346 TGr. 62	0		
6b	MF	Sanierung von Schulen (STARK III)	75,0			25,0	1390 TGr. 70	0				Kommunen
6b	MF	Sanierung von Kindertageseinrichtungen (STARK III)	75,0			25,0	1390 TGr. 71	0				Kommunen
6b	MF	Management LEADER, Transnationale Zusammenarbeit, Community-Led Local Development - CLLD/LEADER	90,0		5,3	4,7	1390 TGr. 76	0	1390 TGr. 93	0		Kommunen
6b	MWL	LEADER-Mainstream-Projekte	90,0	2,9	2,0	5,1	1390 TGr. 78	0	0903 TGr. 93	0	0	Kommunen
	MI	Feuerwehrrhäuser und Löschwasser-entnahmestellen	75,0			25,0	1390 TGr. 69	0				Kommunen
6b	Zw.summe							5.881.100		470.000	705.000	
6c	MID	NGA Breitbandausbau	75,0			25,0	1390 TGr. 69	1.430.500				Kommunen
6c	Zw.summe							1.430.500		0	0	
Summe LE-Priorität 6								7.311.600		470.000	705.000	

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landes-anteil	Bundes-anteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
TH	Technische Hilfe											
TH	MF	Technische Hilfe	75,0		25,0		1390 TGr. 76	4.478.200	1390 TGr. 93	1.492.800		
TH	Zw.summe							4.478.200		1.492.800		
Summe TH								4.478.200		1.492.800		
	Wiederaufbaufonds - ELER											
6b	MWU	Dorferneuerung, Dorfentwicklung	100,0				1390 TGr. 77	146.900				
4b	MWU	Naturnahe Gewässerentwicklung und Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie	100,0				1390 TGr. 77	0				
4a	MWU	Netzwerk Natura 2000, Biodiversität	100,0				1390 TGr. 77	1.695.400				
6c	MB	IKT zur Nutzung elektronischer Medien an Schulen	100,0				1390 TGr. 77	3.475.200				
6b	MI	Feuerwehrhäuser und Löschwasser-entnahmestellen	100,0				1390 TGr. 77	6.800.300				
	MWL	Ökologischer Landbau	100,0				1390 TGr. 77	2.085.000				
6c	MID	NGA Breitbandausbau	100,0				1390 TGr. 77	0				
TH	MF	Technische Hilfe	100,0				1390 TGr. 77	570.500				
	Zw.summe							14.773.300				
Summe Wiederaufbaufonds								14.773.300				
Summe ELER								91.439.200		10.912.600	8.985.800	

¹⁾ Ebene laut Finanzplan

²⁾ Investitionspriorität

³⁾ Die Finanzierung des Landesanteils erfolgt aus der Abwasserabgabe (zweckgebundene Einnahme im Landeshaushalt).

⁴⁾ Die EU beteiligt sich mit 75 % an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Bei Restmittelverwendung aus der 1. Säule der GAP beteiligt sich die EU mit 100 %.

EU-Fonds 2021 – 2027

Das ESF+-Programm wurde Ende August 2022 und das EFRE-Programm Anfang September 2022 von der Europäischen Kommission genehmigt. Anders als in der Förderperiode 2014 – 2020 sehen die EU-Verordnungen für 2021 – 2027 keinen gemeinsamen strategischen Ansatz für die Strukturfonds EFRE und ESF+ mit dem ELER mehr vor. Der ELER unterfällt nunmehr den Regelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Der deutsche GAP-Strategieplan wurde Mitte Oktober 2022 von der EU-Kommission genehmigt.

Die EU-Mittel werden zentral im Einzelplan 13 veranschlagt. In den Kapiteln 1321 und 1322 werden die im Rahmen der Programme EFRE/JTF (Kap. 1321) und ESF+ (Kap. 1322) für 2021 – 2027 vorgesehenen EU-Mittel für das Land Sachsen-Anhalt einschließlich der Aufwendungen zur Umsetzung der EU-Programme (Technische Hilfe) veranschlagt, im Kapitel 1391 die Ausgaben für den ELER in der neuen Förderperiode ab 2023.

In der Förderperiode 2021 – 2027 sehen die Programme folgende Mittelausstattungen vor:

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	1.311 Mio. Euro
Just Transition Fonds (JTF)	364 Mio. Euro
Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+)	571 Mio. Euro
Europäischer Fonds für ländliche Entwicklung (ELER)	594 Mio. Euro
Gesamt	2.840 Mio. Euro

EFRE, ESF+ und JTF:

Der **EFRE** zielt insbesondere auf die Sicherung langfristigen Wachstums auf Basis von Forschung und Entwicklung und Innovation ab. Darüber hinaus steht die Bewältigung des demografischen Wandels im Fokus. Der Schwerpunkt des **ESF Plus** liegt auf der Bekämpfung des Fachkräftemangels und der negativen Auswirkungen des sozioökonomischen Hintergrunds auf Ergebnisse der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Die nationale Kofinanzierung, sofern sie nicht durch Dritte getragen wird, stellt das an dem Fonds partizipierende Ressorts aus den Ansätzen seines Einzelplanes zur Verfügung. Die EU-Mittel werden dem jeweils zuständigen Ressort zur Bewirtschaftung übertragen.

Mit dem Inkrafttreten der Just Transition Fund-Verordnung (**JTF**) am 24.06.2021 wurde der Fonds für einen gerechten Übergang eingerichtet. Die Mittel aus dem JTF sollen die im Rahmen der Kohäsionspolitik verfügbaren Mittel (EFRE und ESF+) ergänzen. Im Sinne einer effektiven Abgrenzung der Fördermöglichkeiten im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes sowie der Europäischen Strukturfonds und der Absicherung von Vorhaben, die im Sinne der Umsetzung eines innovationsgetragenen und wirtschaftsnahen Strukturwandels bedeutsam sind, soll der Einsatz des Just Transition Fund (JTF) auf folgende Förderbereiche konzentriert werden:

1. Verbesserung der Industrieinfrastruktur (insbesondere Wasserstoff-Infrastruktur, Verfahren zur Ressourceneffizienz)
2. „Haltefaktoren“ für Fachkräfte und Familien (durch Verbesserung der Mobilitätsangebote, dezentrale Co-Working-Spaces im ländlichen Raum)
3. Bildung, Forschung und Entwicklung
4. Neues Europäisches Bauhaus

Mit den Vorhaben sollen die Auswirkungen der Energiewende auf das Mitteldeutsche Revier und die Beschäftigten abgemildert werden und einen ausgewogenen sozialen und wirtschaftlichen Übergang fördern. Der JTF ist als Programmebene des EFRE programmiert. Der dazu notwendige Just Transition Plan wurde im September 2022 als erste Änderung des Programms bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht und im Oktober 2022 genehmigt.

Aus **Technischer Hilfe** (Aufwendungen zur Umsetzung der EU-Programme) können Maßnahmen zur Umsetzung der Pflichtaufgaben der EU-Behörden aus den EU-Verordnungen finanziert werden. Dazu zählen u. a. Ausgaben für Evaluierung, Information und Kommunikation, das Datenbanksystem und das Personal der EU-Behörden. Im Gegensatz zu den vorherigen Förderperioden werden die geleisteten Ausgaben im Rahmen der Technischen Hilfe nunmehr pauschal abgerechnet. Von den in einem Zahlungsantrag geltend gemachten Ausgaben werden pauschal 3,5 % im EFRE und 4 % im ESF+ und JTF für die Umsetzung der im Zusammenhang mit den Programmen stehenden Pflichtaufgaben der EU-Behörden an das Land erstattet (Art. 36 VO (EU) 2021/1060). Eine Unterscheidung in EU- und Landesmittel entfällt damit und die Veranschlagung erfolgt bei TGr. 81.

Die EU beteiligt sich an den aufzuwendenden Mitteln in einem Verhältnis von 60 % EU zu 40 % nationaler Kofinanzierung für den EFRE und den ESF+ und im JTF im Verhältnis von 70 % EU zu 30 % national. Sachsen-Anhalt hat auch in der Förderperiode 2021 - 2027 zwecks Erzielung eines aus Landessicht optimierten Einsatzes der EU-Mittel ein Kofinanzierungsmodell mit differenzierten Beteiligungssätzen gewählt. Der Erstattungsanspruch gegenüber der Europäischen Kommission bestimmt sich im EFRE und ESF+ nach den getätigten Ausgaben auf Ebene der Prioritätsachsen. In den einzelnen Maßnahmen können die Beteiligungssätze daher abweichen.

ELER:

Die Verordnung zum GAP-Strategieplan (VO (EU) 2021/2115) beinhaltet in Artikel 69 folgende Interventionskategorien für den ELER:

- a) Umwelt-, Klima- und Bewirtschaftungsverpflichtungen,
- b) naturbedingte oder andere gebietsspezifische Benachteiligungen,
- c) Gebietsspezifische Benachteiligungen, die sich aus bestimmten verpflichtenden Anforderungen ergeben,
- d) Investitionen,
- e) Niederlassung von Junglandwirten, neuen Landwirten und Existenzgründungen im ländlichen Raum,
- f) Risikomanagementinstrumente,
- g) Zusammenarbeit,

h) Wissensaustausch und Verbreitung von Information.

Der Erstattungsanspruch gegenüber der EU-Kommission bestimmt sich nach Maßgabe von Artikel 91 VO (EU) 2021/2115. Als Übergangsregion beträgt der reguläre Beteiligungssatz 60 % EU zu 40 % nationale Kofinanzierung, bei ausgewählten Maßnahmen und LEADER 80 % EU zu 20 % nationale Kofinanzierung. Mittel, die aus der 1. Säule der GAP übertragen werden, bedürfen keiner nationalen Kofinanzierung.

Förderfähige Ausgaben der **Technischen Hilfe** werden pauschal 4 % auf Grundlage der im jeweiligen Antrag auf Erstattung enthaltenen Gesamtausgaben erstattet (Artikel 94 VO (EU) 2021/2115).

Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die Veranschlagung der EU-Mittel sowie der dazugehörigen nationalen Kofinanzierung der Förderperiode 2021 – 2027 für den EFRE und den ESF+ und der Förderperiode 2023 – 2027 für den ELER in den Haushaltsjahren 2025 und 2026.

(alle Angaben in Euro)

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
EFRE												
11.03.0	MWL	Förderung von FuE-Projekten, Prozess- und Organisationsinnovationen sowie des Wissens- und Technologietransfers	70,0			30,0	1321 686 68	15.000.000				Unternehmen
11.06.0	MWL	Digital and Creative Economy	58,3			41,7	1321 686 68	23.080.000				Unternehmen
11.01.0	MWL	Risikokapitalfonds	60,0			40,0	1321 831 68	0				IBG
11.07.0	MWL	KMU-Darlehensfonds	60,0			40,0	1321 862 68	0				IB
11.02.0	MWL	Ausbau der wirtschaftsnahen, anwendungsorientierten Innovationsinfrastruktur für KMU im außeruniversitären Bereich	90,0			10,0	1321 892 68	6.000.000				Unternehmen
11.09.0	MWL	Kleines Investitionsförderprogramm	35,3			64,7	1321 892 68	15.000.000				Unternehmen
11.08.0	MWL	Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und des Wissenstransfers in Gründung (ego-Programme)	100,0				1321 894 68	5.000.000				
	Zw.summe MWL							64.080.000				
12.08.0	MWU	RL Klima-Energie Anpassung an den Klimawandel - Starkregenrisikomanagement	90,0			10,0	1321 TGr. 65	6.100.000				Private
12.08.0	MWU	RL Klima-Energie Anpassung an den Klimawandel - Klimawandelresilienz	90,0			10,0	1321 TGr. 65	1.900.000				Private
12.01.0	MWU	RL Klima-Energie Energieeffizienz in öffentlichen Nichtwohngebäuden und Infrastrukturen	90,0			10,0	1321 TGr. 65	10.000.000				Kommunen, Sonstige
12.02.0	MWU	CO ₂ -Darlehensfonds	60,0			40,0	1321 TGr. 70	12.500.000				IB
12.03.0	MWU	RL Klima-Energie Energieeffizienz in Unternehmen	45,0			55,0	1321 TGr. 65	10.000.000				Private
12.05.0	MWU	RL Klima-Energie Sektorenkopplung	27,4			72,6	1321 TGr. 65	11.000.000				Private
12.06.0	MWU	RL Klima-Energie Speicherförderung	10,4			89,6	1321 TGr. 65	5.000.000				Private

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
12.07.0	MWU	Landeshochwasserschutz	60,0	24,0	16,0		1321 893 65	21.330.600	1512 893 61	5.688.200	8.532.200	
12.04.0	MWU	Energieeffizienz Trinkwasser-/Abwasseranlagen	50,0			50,0	1321 883 65	5.000.000				Kommunen
11.04.0	MWU	Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT: Forschung und Innovation	60,0		40,0		1321 TGr. 66	45.270.300	0602 685 97	30.180.200		Forschungs- einrichtungen
	Zw.summe MWU							128.100.900		35.868.400	8.532.200	
13.01.0	MID	Nachhaltige, multimodale Mobilität (bisherige Bezeichnung: Radverkehr und Schnittstellen)	60,0		23,6	16,4	1321 TGr. 64	6.300.000	1403 TGr. 97	2.950.000		Kommunen, Unternehmen, Sonstige
	Zw.summe MID							6.300.000		2.950.000		
11.05.0	MF	Ausbau der anwendungsorientierten öffentlichen FuE-Infrastruktur	60,0		40,0		1321 TGr. 62	2.326.100	2004 TGr. 97	1.550.800		
	Zw.summe MF							2.326.100		1.550.800		
14.01.0/ 14.02.1	MF	CLLD-Projekte	70,0		11,7	18,3	1321 TGr. 72	23.676.900	1321 TGr. 97	3.970.700		Kommunen, Sonstige
14.02.2	MF	CLLD-Management	70,0		20,0	10,0		3.359.700		959.900		
	Zw.summe MF							27.036.600		4.930.600		
	Fonds für einen gerechten Übergang (JTF)											
15.01.1	MWU	Grüner Wasserstoff	70,0			30,0	1321 TGr. 80	1.000.000				Unternehmen
15.01.4	MWU	Grüner Wasserstoff - Großelektrolyseure	30,8			69,2	1321 TGr. 80	5.000.000				Unternehmen
15.01.2	MWU	Ressourceneffizienz	72,0			28,0	1321 TGr. 80	4.000.000				Unternehmen
15.01.3	MWU	Ressourceneffizienz - Einzelprojekt Gelsenwasser	40,0			60,0	1321 TGr. 80	1.000.000				Unternehmen
15.02.1	MID	Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	70,0			30,0	1321 TGr. 80	1.850.000				Unternehmen
15.02.2	MID	Verbesserung der Mobilitätsangebote	70,0			30,0	1321 TGr. 80	2.000.000				Kommunen

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
15.02.5	MS	Campushaus Neustadt	90,0			10,0	1321 TGr. 80	3.960.000				Kommunen
15.03.1	MWU	Forschungsinfrastruktur (Forschung)	100,0				1321 TGr. 80	8.566.700				
15.03.2	MWU	interdisziplinäre Transferforschung (Entwicklung)	100,0				1321 TGr. 80	7.666.700				
15.03.3	MB	Bildungscampus Naumburg	78,3			21,7	1321 TGr. 80	6.234.500				Kommunen
15.04.1	StK	angewandte NEB-Projekte	100,0				1321 TGr. 80	3.683.400				
15.04.2	StK	NEB-Reallabore	100,0				1321 TGr. 80	7.366.800				
	Zw.summe JTF							52.328.100				
	Aufwendungen für die Umsetzung des EFRE-Programms 2021 - 2027 (Technische Hilfe)											
	MF	Aufwendungen für die Umsetzung des EFRE-Programms 2021 - 2027	100,0				1321 TGr. 81	17.193.700				
	Zw. Summe MF							17.193.700				
Summe EFRE								297.365.400		45.299.800	8.532.200	
ESF+												
21.06.2	MS	Nachhaltige Integration von jungen Menschen (STABIL)	60,0	13,8	26,2		1322 683 63	7.900.000	0505 683 97	3.451.400	BA für Arbeit	
21.06.2	MS	Familien stärken - Perspektiven eröffnen	60,0	15,0	25,0		1322 633 63	3.400.000	0505 633 97	1.416.700	BA für Arbeit	
21.06.2	MS	Aktive Eingliederung	60,0	13,5	26,5		1322 683 63	5.200.000	0505 683 97	2.298.400	BA für Arbeit	
21.06.2	MS	Regionale Koordinierung	60,0		30,0	10,0	1322 633 63	1.100.000	0505 633 97	550.000		Kommunen
21.06.2	MS	Job-Koordinatoren	60,0		30,0	10,0	1322 633 63	500.000	0505 683 97/ 684 97	250.000		Kommunen

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
21.06.2	MS	Kompetenzagenturen	60,0	20,0	20,0		1322 683 63/ 684 63	3.078.900	0505 683 97/ 684 97	1.026.300	BA für Arbeit	
21.06.1	MS	Vertiefte Berufsorientierung und Verbundausbildung	60,0	13,0	20,0	7,0	1322 683 63/ 684 63	3.291.700	0505 683 97/ 684 97	1.097.300		Private, Kommunen
21.06.2	MS	Regio-Netzwerkstelle	60,0		40,0		1322 683 63/ 684 63	268.200	0505 683 97/ 684 97	178.800		
21.06.0	MS	Übergang in Ausbildung - Berater/in Jugendhilfe in Jugendberufsagenturen	60,0		25,0	15,0	1322 633 63	493.700	0505 633 97	246.800		Kommunen
21.06.0	MS	Spezifische Modellprojekte	60,0		40,0		1322 633 63/ 683 63	0	0505 633 97/ 683 97	0		
21.06.0	MS	Ausbildungsmanagement	60,0		30,0	10,0	1322 633 63	750.000	0505 683 97	375.000		Kommunen
21.07.0	MS	Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung	60,0			40,0	1322 686 63	4.000.000				Private
21.07.0	MS	Assisierte Ausbildung	60,0		40,0		1322 683 63/ 684 63	3.249.600	0505 683 97/ 684 97	2.166.400		
21.07.0	MS	KAUSA Landesstelle	60,0		40,0		1322 684 63	0				
21.08.0	MS	Weiterbildung individuell	60,0		18,6	21,4	1322 681 63	3.000.000	0505 681 97	930.500		Private
21.08.0	MS	Weiterbildung betrieblich	60,0		18,6	21,4	1322 683 63	3.000.000	0505 683 97	930.500		Private
21.08.0	MS	Fachkräftesicherung	60,0		40,0		1322 683 63	4.035.000	0505 683 97	2.690.000		
21.02.0	MS	BRAFO	60,0	40,0			1322 683 63	6.442.700			BA für Arbeit	
21.03.1	MS	Gleichberechtigte Lebensperspektiven öffnen	60,0		40,0		1322 683 63/ 685 63	630.000	0504 683 97/ 685 97	420.000		

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
21.03.2	MS	Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz	60,0		40,0		1322 683 63	151.700	0504 TGr. 97	101.200		
21.11.0	MS	Örtliches Teilhabemanagement	60,0		35,0	5,0	1322 633 63	3.750.000	0509 633 97	2.187.500		Kommunen
21.12.0	MS	Empowerment für Eltern	60,0		25,0	15,0	1322 633 63/ 683 63/ 684 63	7.300.000	0517 633 97/ 683 97/ 684 97	3.114.300		Kommunen
21.04.0	MS	Freiwilligendienste - FSJ und FSJ Kultur	60,0		18,2	21,8	1322 684 63	2.302.700	0517 684 97	698.900		Private
21.04.0	MS	Freiwilligendienste - FÖJ	60,0	30,5	9,5		1322 684 63	634.800	0517 684 97	100.000	326.400	
	Zw.summe MS							64.479.000		24.230.000	326.400	
21.09.0	MWL	Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und des Wissenstransfers in Gründung (ego.-Programme)	60,0		40,0		1322 683 68	8.500.000	0802 683 98	5.666.700		
	Zw.summe MWL							8.500.000		5.666.700		
21.10.0	MB	Alphabetisierung/ Grundbildung	60,0		20,0	20,0	1322 685 67/ 686 67	3.000.000	0702 TGr. 97	1.000.000		Kommunen, Sonstige
21.01.0	MB	Schulerfolg sichern	60,0		30,0	10,0	1322	19.448.900	0702	9.724.500		Kommunen
			60,0			40,0	684 67	3.917.300				Kommunen
	Zw.summe MB							26.366.200		10.724.500		
21.05.0	MWU	Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT: Stärkung von Qualifikation, Fähigkeiten, Chancengleichheit und Internationalisierung in Wissenschaft und Forschung	60,0		40,0		1322 685 66	8.250.000	0602 685 98	5.500.000		
	Zw.summe MWU							8.250.000		5.500.000	0	
21.13.0	MJ	Reintegration von Menschen, die von Straffälligkeit betroffen bzw. bedroht sind	60,0		40,0		1322 684 64	1.375.500	1102 684 97	917.000		
	Zw.summe MJ							1.375.500		917.000		
22.01.0/ 22.02.0	MF	CLLD	95,0			5,0	1322 633 72	3.200.000				Kommunen, Sonstige

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
		Zw.summe MF						3.200.000				
		Aufwendungen für die Umsetzung des ESF-Programms 2021 - 2027 (Technische Hilfe)										
	MF	Aufwendungen für die Umsetzung des ESF+-Programms 2021 - 2027	100,0				1322 TGr. 81	3.211.600				
		Zw.summe MF						3.211.600				
Summe ESF+								115.382.300		47.038.200	326.400	
<u>ELER</u>												
e)	MWL	Junglandwirte	60,0		40,0		1391 683 01	612.600	0902 TGr. 97	408.400		
b)	MWL	Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete	65,0	21,0	14,0		1391 683 02	0	0903 TGr. 97	0		
a)	MWL	Tiergenetische Ressourcen	100,0				1391 683 03	158.300				
c)	MWL	Ausgleichszahlungen Natura 2000	100,0				1391 683 04	0				
a)	MWL	Markt- und standortangepasste Landwirtschaft	80,0	12,0	8,0		1391 683 05	8.592.800	0903 TGr. 97	859.300	1.288.900	
			100,0									
a)	MWL	Ökolandbau	80,0	12,0	8,0		1391 683 06	0	0903 TGr. 97	0		
			100,0					0				
a)	MWL	Freiwillige Naturschutzleistungen	80,0	12,0	8,0		1391 683 07	11.750.000	0903 683 97	106.000	159.000	
			100,0									
a)	MWL	Kooperativen des Naturschutzes in der Landwirtschaft	100,0				1391 683 08	793.000				
d)	MID	Breitband	60,0		40,0		1391 883 01	4.000.000	1402 TGr. 79, 5314 TGr. 74	2.666.700		

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2025 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
d)	MWL	Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe	60,0	24,0	16,0		1391 892 01	4.200.000	0903 TGr. 97	1.120.000	1.680.000	
d)	MWL	Flurneuordnung	60,0	24,0	16,0		1391 893 01	4.500.000	0903 TGr. 97	1.200.000	1.800.000	
g)	MWL	Europäische Innovationspartnerschaft	80,0		20,0		1391 TGr. 61	0	0902 TGr. 97	0		
d)	MWU	Netzwerk Natura 2000, Biodiversität	80,0		20,0		1391 TGr. 62	1.600.000	1512 TGr. 71	400.000		
d)	MWL	Naturnahe Gewässerentwicklung und Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie	80,0		20,0		1391 TGr. 63	3.088.000	1512 TGr. 74	772.000		
d)	MWL	Naturnahe Waldbewirtschaftung/ Vorbeugung von Waldschäden	80,0	12,0	8,0		1391 TGr. 64	2.000.000	0903 TGr. 97	200.000	300.000	
a)	MWL	Waldumweltmaßnahmen	100,0				1391 TGr. 65	1.700.000				
d)	MWU	Hochwasserrisikomanagement	80,0	12,0	8,0		1391 TGr. 66	9.241.100	1512 TGr. 73	924.100	1.386.200	
	MF	Technische Hilfe	100,0				1391 TGr. 67	0				
d)	MB	IKT-Vorhaben an Schulen	80,0			20,0	1391 TGr. 68	4.298.100				Kommunen
g)	MF	LEADER	80,0		20,0		1391 TGr. 69	19.237.500	1391 TGr. 97	3.709.400		
		Rücklagenzuführung Maßnahmen ²⁾					1391 919 01	4.088.700				
		Rücklagenzuführung Technische Hilfe ³⁾					1391 919 02	3.030.900				
Summe ELER							82.891.000			12.365.900	6.614.100	

¹⁾ Ebene gemäß Programm bzw. dem GAP-Strategieplan

²⁾ Einnahmen aus dem EU-Haushalt, die nicht zur Deckung von EU-Ausgaben benötigt werden, werden der Rücklage zugeführt.

³⁾ Gemäß Art. 94 VO (EU) 2021/2115 wird die Technische Hilfe als Pauschalsatz in Höhe von 4 % der zur Erstattung angemeldeten Ausgaben der Interventionen gezahlt. Einnahmen, die nicht zur Deckung von TH-Ausgaben benötigt werden, werden der Rücklage zugeführt.

(alle Angaben in Euro)

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2026 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
EFRE												
11.03.0	MWL	Förderung von FuE-Projekten, Prozess- und Organisationsinnovationen sowie des Wissens- und Technologietransfers	70,0			30,0	1321 686 68	40.000.000				Unternehmen
11.06.0	MWL	Digital and Creative Economy	58,3			41,7	1321 686 68	29.680.000				Unternehmen
11.01.0	MWL	Risikokapitalfonds	60,0			40,0	1321 831 68	0				IBG
11.07.0	MWL	KMU-Darlehensfonds	60,0			40,0	1321 862 68	18.550.000				IB
11.02.0	MWL	Ausbau der wirtschaftsnahen, anwendungsorientierten Innovationsinfrastruktur für KMU im außeruniversitären Bereich	90,0			10,0	1321 892 68	7.000.000				Unternehmen
11.09.0	MWL	Kleines Investitionsförderprogramm	35,3			64,7	1321 892 68	21.000.000				Unternehmen
11.08.0	MWL	Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und des Wissenstransfers in Gründung (ego-Programme)	100,0				1321 894 68	5.000.000				
	Zw.summe MWL							121.230.000				
12.08.0	MWU	RL Klima-Energie Anpassung an den Klimawandel - Starkregenrisikomanagement	90,0			10,0	1321 TGr. 65	7.000.000				Private
12.08.0	MWU	RL Klima-Energie Anpassung an den Klimawandel - Klimawandelresilienz	90,0			10,0	1321 TGr. 65	2.600.000				Private
12.01.0	MWU	RL Klima-Energie Energieeffizienz in öffentlichen Nichtwohngebäuden und Infrastrukturen	90,0			10,0	1321 TGr. 65	30.000.000				Kommunen, Sonstige
12.02.0	MWU	CO ₂ -Darlehensfonds	60,0			40,0	1321 TGr. 70	12.500.000				IB
12.03.0	MWU	RL Klima-Energie Energieeffizienz in Unternehmen	45,0			55,0	1321 TGr. 65	12.000.000				Private
12.05.0	MWU	RL Klima-Energie Sektorenkopplung	27,4			72,6	1321 TGr. 65	15.000.000				Private
12.06.0	MWU	RL Klima-Energie Speicherförderung	10,4			89,6	1321 TGr. 65	6.500.000				Private

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2026 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
12.07.0	MWU	Landeshochwasserschutz	60,0	24,0	16,0		1321 893 65	33.042.600	1512 893 61	8.811.400	13.217.000	
12.04.0	MWU	Energieeffizienz Trinkwasser-/Abwasseranlagen	50,0			50,0	1321 883 65	7.000.000				Kommunen
11.04.0	MWU	Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT: Forschung und Innovation	60,0		40,0		1321 TGr. 66	15.059.500	0602 685 97	22.739.700		
	Zw.summe MWU							140.702.100		31.551.100	13.217.000	
13.01.0	MID	Nachhaltige, multimodale Mobilität (bisherige Bezeichnung: Radverkehr und Schnittstellen)	60,0		23,6	16,4	1321 TGr. 64	5.950.000	1403 TGr. 97	2.775.000		Kommunen, Unternehmen, Sonstige
	Zw.summe MID							5.950.000		2.775.000		
11.05.0	MF	Ausbau der anwendungsorientierten öffentlichen FuE-Infrastruktur	60,0		40,0		1321 TGr. 62	6.010.900	2004 TGr. 97	4.007.300		
	Zw.summe MF							6.010.900		4.007.300		
14.01.0/ 14.02.1	MF	CLLD-Projekte	70,0		11,7	18,3	1321 TGr. 72	25.000.000	1321 TGr. 97	4.192.600		Kommunen, Sonstige
14.02.2	MF	CLLD-Management	70,0		20,0	10,0		3.363.500		961.000		
	Zw.summe MF							28.363.500		5.153.600		
	Fonds für einen gerechten Übergang (JTF)											
15.01.1	MWU	Grüner Wasserstoff	70,0			30,0	1321 TGr. 80	8.000.000				Unternehmen
15.01.4	MWU	Grüner Wasserstoff - Großelektrolyseure	30,8			69,2	1321 TGr. 80	25.000.000				Unternehmen
15.01.2	MWU	Ressourceneffizienz	72,0			28,0	1321 TGr. 80	16.000.000				Unternehmen
15.01.3	MWU	Ressourceneffizienz - Einzelprojekt Gelsenwasser	40,0			60,0	1321 TGr. 80	9.300.000				Unternehmen
15.02.1	MID	Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	70,0			30,0	1321 TGr. 80	1.900.000				Kommunen
15.02.2	MID	Verbesserung der Mobilitätsangebote	70,0			30,0	1321 TGr. 80	2.000.000				Kommunen

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2026 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
15.02.5	MS	Campushaus Neustadt	90,0			10,0	1321 TGr. 80	3.681.000				Kommunen
15.03.1	MWU	Forschungsinfrastruktur (Forschung)	100,0				1321 TGr. 80	8.566.600				
15.03.2	MWU	interdisziplinäre Transferforschung (Entwicklung)	100,0				1321 TGr. 80	7.666.700				
15.03.3	MB	Bildungscampus Naumburg	78,3			21,7	1321 TGr. 80	17.525.500				Kommunen
15.04.1	StK	angewandte NEB-Projekte	100,0				1321 TGr. 80	5.633.400				
15.04.2	StK	NEB-Reallabore	100,0				1321 TGr. 80	10.266.800				
	Zw.summe JTF							115.540.000				
	Aufwendungen für die Umsetzung des EFRE-Programms 2021 - 2027 (Technische Hilfe)											
	MF	Aufwendungen für die Umsetzung des EFRE-Programms 2021 - 2027	100,0				1321 TGr. 81	16.474.900				
	Zw. Summe MF							16.474.900				
Summe EFRE								434.271.400		43.487.000	13.217.000	
ESF+												
21.06.2	MS	Nachhaltige Integration von jungen Menschen (STABIL)	60,0	13,8	26,2		1322 683 63	7.900.000	0505 683 97	3.451.400	BA für Arbeit	
21.06.2	MS	Familien stärken - Perspektiven eröffnen	60,0	15,0	25,0		1322 633 63	3.400.000	0505 633 97	1.416.700	BA für Arbeit	
21.06.2	MS	Aktive Eingliederung	60,0	13,5	26,5		1322 683 63	5.700.000	0505 683 97	2.516.300	BA für Arbeit	
21.06.2	MS	Regionale Koordinierung	60,0		30,0	10,0	1322 633 63	1.100.000	0505 633 97	550.000		Kommunen
21.06.2	MS	Job-Koordinatoren	60,0		30,0	10,0	1322 633 63	600.000	0505 683 97/ 684 97	300.000		Kommunen

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2026 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
21.06.2	MS	Kompetenzagenturen	60,0	20,0	20,0		1322 683 63/ 684 63	3.253.700	0505 683 97/ 684 97	1.084.600	BA für Arbeit	
21.06.1	MS	Vertiefte Berufsorientierung und Verbundausbildung	60,0	13,0	20,0	7,0	1322 683 63/ 684 63	2.691.400	0505 683 97/ 684 97	897.200		Private, Kommunen
21.06.2	MS	Regio-Netzwerkstelle	60,0		40,0		1322 683 63/ 684 63	242.700	0505 683 97/ 684 97	161.800		
21.06.0	MS	Übergang in Ausbildung - Berater/in Jugendhilfe in Jugendberufsagenturen	60,0		25,0	15,0	1322 633 63	520.400	0505 633 97	260.200		Kommunen
21.06.0	MS	Spezifische Modellprojekte	60,0		40,0		1322 633 63/ 683 63	0	0505 633 97/ 683 97	0		
21.06.0	MS	Ausbildungsmanagement	60,0		30,0	10,0	1322 633 63	1.125.000	0505 683 97	562.500		Kommunen
21.07.0	MS	Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung	60,0			40,0	1322 686 63	4.000.000				Private
21.07.0	MS	Assisierte Ausbildung	60,0		40,0		1322 683 63/ 684 63	4.538.200	0505 683 97/ 684 97	3.025.500		
21.07.0	MS	KAUSA Landesstelle	60,0		40,0		1322 684 63	390.000	0505 684 97		260.000	
21.08.0	MS	Weiterbildung individuell	60,0		18,6	21,4	1322 681 63	3.000.000	0505 681 97	930.500		Private
21.08.0	MS	Weiterbildung betrieblich	60,0		18,6	21,4	1322 683 63	3.000.000	0505 683 97	930.500		Private
21.08.0	MS	Fachkräftesicherung	60,0		40,0		1322 683 63	4.188.600	0505 683 97	2.792.400		
21.02.0	MS	BRAFO	60,0	40,0			1322 683 63	7.002.000	0505 683 97/ 684 97		2.100.000	
21.03.1	MS	Gleichberechtigte Lebensperspektiven öffnen	60,0		40,0		1322 683 63/ 685 63	790.000	0504 683 97/ 685 97	553.400		

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2026 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
21.03.2	MS	Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz	60,0		40,0		1322 683 63	387.500	0504 TGr. 97	258.400		
21.11.0	MS	Örtliches Teilhabemanagement	60,0		35,0	5,0	1322 633 63	4.600.000	0509 633 97	2.683.400		Kommunen
21.12.0	MS	Empowerment für Eltern	60,0		25,0	15,0	1322 633 63/ 683 63/ 684 63	9.733.200	0517 633 97/ 683 97/ 684 97	4.153.700		Kommunen
21.04.0	MS	Freiwilligendienste - FSJ und FSJ Kultur	60,0		18,2	21,8	1322 684 63	2.639.700	0517 684 97	801.200		Private
21.04.0	MS	Freiwilligendienste - FÖJ	60,0	30,5	9,5		1322 684 63	634.800	0517 684 97	100.000	326.400	
	Zw.summe MS							71.437.200		27.429.700	2.686.400	
21.09.0	MWL	Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und des Wissenstransfers in Gründung (ego.-Programme)	60,0		40,0		1322 683 68	8.500.000	0802 683 98	5.666.700		
	Zw.summe MWL							8.500.000		5.666.700		
21.10.0	MB	Alphabetisierung/ Grundbildung	60,0		20,0	20,0	1322 685 67/ 686 67	4.200.000	0702 TGr. 97	1.400.000		Kommunen, Sonstige
21.01.0	MB	Schulerfolg sichern	60,0		30,0	10,0	1322 684 67	19.995.300	0702 684 97	9.997.700		Kommunen
			60,0			40,0		3.991.600				
	Zw.summe MB							28.186.900		11.397.700		
21.05.0	MWU	Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT: Stärkung von Qualifikation, Fähigkeiten, Chancengleichheit und Internationalisierung in Wissenschaft und Forschung	60,0		40,0		1322 685 66	3.300.000	0602 685 98	2.200.000		
	Zw.summe MWU							3.300.000		2.200.000	0	
21.13.0	MJ	Reintegration von Menschen, die von Straffälligkeit betroffen bzw. bedroht sind	60,0		40,0		1322 684 64	1.465.500	1102 684 97	977.000		
	Zw.summe MJ							1.465.500		977.000		
22.01.0/ 22.02.0	MF	CLLD	95,0			5,0	1322 633 72	4.000.000				Kommunen, Sonstige

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2026 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
	Zw.summe MF							4.000.000				
Aufwendungen für die Umsetzung des ESF-Programms 2021 - 2027 (Technische Hilfe)												
	MF	Aufwendungen für die Umsetzung des ESF+-Programms 2021 - 2027	100,0				1322 TGr. 81	3.561.400				
	Zw.summe MF							3.561.400				
Summe ESF+								120.451.000		47.671.100	2.686.400	
ELER												
e)	MWL	Junglandwirte	60,0		40,0		1391 683 01	967.800	0902 TGr. 97	645.200		
b)	MWL	Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete	65,0	21,0	14,0		1391 683 02	0	0903 TGr. 97	0	0	
a)	MWL	Tiergenetische Ressourcen	100,0				1391 683 03	179.100				
c)	MWL	Ausgleichszahlungen Natura 2000	100,0				1391 683 04	1.000.000				
a)	MWL	Markt- und standortangepasste Landwirtschaft	80,0	12,0	8,0		1391 683 05	15.132.800	0903 TGr. 97	1.513.300	2.269.900	
			100,0									
a)	MWL	Ökolandbau	80,0	12,0	8,0		1391 683 06	23.951.700	0903 TGr. 97	57.600	86.400	
			100,0									
a)	MWL	Freiwillige Naturschutzleistungen	80,0	12,0	8,0		1391 683 07	12.780.000	0903 683 97	209.000	313.500	
			100,0									
a)	MWL	Kooperativen des Naturschutzes in der Landwirtschaft	100,0				1391 683 08	1.075.000				
d)	MID	Breitband	60,0		40,0		1391 883 01	2.900.000	1402 TGr. 79, 5314 TGr. 74	1.933.300		

Ebene ¹⁾	Min.	Haushaltsjahr 2026 Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landesanteil	Bundesanteil	Übrige (Mittel- herkunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
d)	MWL	Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe	60,0	24,0	16,0		1391 892 01	4.200.000	0903 TGr. 97	1.120.000	1.680.000	
d)	MWL	Flurneuordnung	60,0	24,0	16,0		1391 893 01	3.750.000	0903 TGr. 97	1.000.000	1.500.000	
g)	MWL	Europäische Innovationspartnerschaft	80,0		20,0		1391 TGr. 61	0	0902 TGr. 97	0		
d)	MWU	Netzwerk Natura 2000, Biodiversität	80,0		20,0		1391 TGr. 62	3.200.000	1512 TGr. 71	800.000		
d)	MWL	Naturnahe Gewässerentwicklung und Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie	80,0		20,0		1391 TGr. 63	3.440.000	1512 TGr. 74	860.000		
d)	MWL	Naturnahe Waldbewirtschaftung/ Vorbeugung von Waldschäden	80,0	12,0	8,0		1391 TGr. 64	2.750.000	0903 TGr. 97	275.000	412.500	
a)	MWL	Waldumweltmaßnahmen	100,0				1391 TGr. 65	1.700.000				
d)	MWU	Hochwasserrisikomanagement	80,0	12,0	8,0		1391 TGr. 66	13.456.500	1512 TGr. 73	1.345.700	2.018.500	
	MF	Technische Hilfe	100,0				1391 TGr. 67	5.317.900				
d)	MB	IKT-Vorhaben an Schulen	80,0			20,0	1391 TGr. 68	4.248.100				Kommunen
g)	MF	LEADER	80,0		20,0		1391 TGr. 69	25.654.000	1391 TGr. 97	5.026.100		
		Rücklagenzuführung Maßnahmen ²⁾					1391 919 01	0				
		Rücklagenzuführung Technische Hilfe ³⁾					1391 919 02	0				
Summe ELER								125.702.900		14.785.200	8.280.800	

¹⁾ Ebene gemäß Programm bzw. dem GAP-Strategieplan

²⁾ Einnahmen aus dem EU-Haushalt, die nicht zur Deckung von EU-Ausgaben benötigt werden, werden der Rücklage zugeführt.

³⁾ Gemäß Art. 94 VO (EU) 2021/2115 wird die Technische Hilfe als Pauschalsatz in Höhe von 4 % der zur Erstattung angemeldeten Ausgaben der Interventionen gezahlt. Einnahmen, die nicht zur Deckung von TH-Ausgaben benötigt werden, werden der Rücklage zugeführt.

Übersicht 2025

über die im Haushaltsplan veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen

Einzelplan	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen			
		2025	2026	2027	2028	2029 ff.
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
01	Landtag	4.234	1.090	738	738	1.667
02	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -	3.432	2.692	599	78	62
03	Ministerium für Inneres und Sport	82.922	29.442	14.396	29.834	9.249
04	Ministerium der Finanzen	10.761	2.690	2.690	2.690	2.690
05	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	153.181	81.471	46.579	21.116	4.014
06	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -	2.679.336	655.440	676.361	669.111	678.425
07	Ministerium für Bildung	286.379	28.995	77.289	27.410	152.686
08	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-	196.140	72.425	70.889	51.826	1.000
09	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -	107.645	19.618	14.933	7.143	65.951
11	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz	3.466	596	993	919	957
13	Allgemeine Finanzverwaltung	317.167	51.234	69.358	57.592	138.983
14	Ministerium für Infrastruktur und Digitales	692.902	205.167	134.484	104.816	248.436
15	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -	109.924	32.318	27.259	22.150	28.197
16	Landesrechnungshof					
17	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -	43.623	10.052	15.866	6.599	11.106
18	Landesbeauftragte für den Datenschutz					
19	Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)	413.960	68.398	113.740	111.823	119.999
20	Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement	144.701	75.000	44.921	13.833	10.947

Übersicht 2025

über die im Haushaltsplan veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen

Einzel- plan	Bezeichnung	Ver- pflich- tungs- ermächti- gungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen			
		2025	2026	2027	2028	2029 ff.
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
	Zusammen:	5.249.773	1.336.628	1.311.095	1.127.678	1.474.369

Differenzen durch Rundung möglich

Übersicht 2026

über die im Haushaltsplan veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen

Einzelplan	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2026	2027	2028	2029 ff.
		1.000 EUR			
1	2	3	4	5	6
01	Landtag	700	700		
02	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -	6.346	3.218	1.578	1.550
03	Ministerium für Inneres und Sport	71.183	31.717	12.167	27.300
04	Ministerium der Finanzen	4.818	1.218	1.200	2.400
05	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	256.918	56.775	83.649	116.494
06	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -	61.229	24.972	17.272	18.985
07	Ministerium für Bildung	525.090	84.817	132.954	307.319
08	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-	173.539	66.244	54.208	53.087
09	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -	45.965	22.216	15.050	8.699
11	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz	7.314	3.874	3.441	
13	Allgemeine Finanzverwaltung	475.149	74.289	76.460	324.399
14	Ministerium für Infrastruktur und Digitales	4.115.712	156.416	89.842	3.869.454
15	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -	105.731	36.127	27.417	42.188
16	Landesrechnungshof				
17	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -	252.239	49.437	55.103	147.699
18	Landesbeauftragte für den Datenschutz				
19	Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)	541.822	145.539	140.036	256.247
20	Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement	134.651	94.137	30.522	9.992

Übersicht 2026

über die im Haushaltsplan veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen

Einzel- plan	Bezeichnung	Ver- pflich- tungs- ermächti- gungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2026	2027	2028	2029 ff.
		1.000 EUR			
1	2	3	4	5	6
	Zusammen:	6.778.406	851.696	740.899	5.185.813

Differenzen durch Rundung möglich

Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich

Als Zahlungen im Sinne dieser Aufstellung sind Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen anzusehen. Der kommunale Bereich umfasst Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände.

1. Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz

	Ansatz 2025 - EUR -	Ansatz 2026 - EUR -
1.1 aus der Finanzausgleichsmasse:		
Investitionspauschale	160.000.000	160.000.000
Ausgleichsstock	53.591.900	40.872.700
Schlüsselzuweisungen	1.071.760.000	1.066.206.700
Auftragskostenpauschale	627.583.800	645.828.200
Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB VIII sowie der Aufgabe der Schülerbeförderung und der Unterhaltung der Kreisstraßen	192.355.200	193.179.100
Zuweisungen für Investitionen an Kreisstraßen	30.000.000	30.000.000
Insgesamt	2.135.290.900	2.136.086.700

2. Zahlungen außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes

2.1 nach Einzelplänen:		
Epl. 03 Ministerium für Inneres und Sport	194.600.700	185.188.900
Epl. 05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	1.161.133.700	1.219.155.300
Epl. 07 Ministerium für Bildung	30.702.200	10.304.900
Epl. 08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus	43.640.600	64.349.300
Epl. 09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten	4.306.100	5.429.100
Epl. 13 Allgemeine Finanzverwaltung	343.733.500	349.041.900
Epl. 14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales	238.822.700	236.420.600
Epl. 15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Energie, Klimaschutz und Umwelt	8.764.700	7.036.100
Epl. 17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur	62.424.600	63.941.800
Insgesamt	2.088.128.800	2.140.867.900
2.2 nach Bindung durch:		
Bundesgesetze	811.773.900	814.708.800
Gemeinschaftsaufgaben (Wirtschaftsförderung, Agrarstruktur	43.001.400	63.283.000
Verwaltungsvereinbarungen	142.096.700	122.988.500
Sonstige	2.810.000	2.810.000
Landesgesetze	2.896.620.500	2.876.660.300
Verpflichtungen des Landes (z. B. Verträge u. ä.)	258.128.300	287.883.300
Freiwillige Leistungen des Landes	68.988.900	108.620.700
Insgesamt	4.223.419.700	4.276.954.600

3. Zusammenstellung nach Gruppen

HGr. OGr. Grp.	Bezeichnung	Ansatz 2025 - EUR -	Ansatz 2026 - EUR-
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich		
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.945.290.900	1.946.086.700
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich		
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich		
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.608.804.200	1.632.328.800
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	1.326.900	1.326.900
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen		
	Summe der Hauptgruppe 6	3.555.422.000	3.579.742.400
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		
85	Darlehen an öffentlichen Bereich		
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich		
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	667.022.700	695.924.700
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	975.000	1.287.500
	Summe der Hauptgruppe 8	667.997.700	697.212.200
	Summe Gesamt	4.223.419.700	4.276.954.600

4. Beteiligung der Gemeinden an den Steuereinnahmen

Bezeichnung	Ansatz 2025 - EUR -	Ansatz 2026 - EUR-
Einkommensteuer	814.588.200	864.353.000
Umsatzsteuer	169.000.000	173.000.000
Abgeltungssteuer	21.000.000	20.454.500
Summe	1.004.588.200	1.057.807.500

Übersicht über das Vermögen und die Schulden des Landes Sachsen-Anhalt

Gemäß Artikel 93 Abs. 5 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt sind das Vermögen und die Schulden in einer Anlage des Haushaltsplanes nachzuweisen.

1. Nachweis über das Vermögen

Dem Haushaltsplan ist auf der Grundlage des § 73 LHO sowie der dazu im Einvernehmen mit dem Landesrechnungshof erlassenen Verwaltungsvorschriften eine Vermögensübersicht des zweiten dem Planjahr vorhergehenden Rechnungsjahres beizufügen. Für den Nachweis des Vermögens im Haushaltsplan 2025_2026 wird auf die Haushaltsrechnung 2022 verwiesen. Auf eine nochmalige Darstellung der entsprechenden Anlagen aus der Haushaltsrechnung 2022 wird aufgrund der vollständigen Übereinstimmung und aus Wirtschaftlichkeitsgründen verzichtet.

2. Haushalterischer Nachweis der Verschuldung des Landes Sachsen-Anhalt *

Nachweis der Verschuldung des Landes

- EUR -

Schuldenstand zu Beginn des Haushaltsjahres 2022	23.229.742.237,06
Schuldenstand am Schluss des Haushaltsjahres 2022	22.453.414.532,35
mithin Zugang (+) Abgang (-)	<u>-776.327.704,71</u>
Schuldenstand zu Beginn des Haushaltsjahres 2023	22.453.414.532,35
Schuldenstand am Schluss des Haushaltsjahres 2023	22.875.389.150,12
mithin Zugang (+) Abgang (-)	<u>421.974.617,77</u>
Schuldenstand zu Beginn des Haushaltsjahres 2024	22.875.389.150,12
Voraussichtlicher Schuldenstand am Schluss des Haushaltsjahres 2024	22.458.677.850,12
mithin Zugang (+) Abgang (-)	<u>-416.711.300,00</u>

* Der detaillierte valutarische Nachweis der Verschuldung erfolgt im Rahmen der Haushaltsrechnung für das jeweilige Haushaltsjahr.

3. Bürgschaften

- EUR -

3a. Der Stand der vom Land Sachsen-Anhalt bis zum Schluss des Haushaltsjahres 2022 aufgrund der durch die Haushaltsgesetze übernommenen Bürgschaften und Eventualverpflichtungen beträgt unter Berücksichtigung der erloschenen Verpflichtungen am 31. Dezember 2022:	2.997.006.418,60
Stand am 31. Dezember 2021:	2.769.526.246,67
mithin Zugang (+) / Abgang (-) (voraussichtlich)	<u>227.480.171,93</u>
Die tatsächliche Inanspruchnahme des Landes aus Bürgschafts-, Gewähr- oder anderen ähnlichen wirtschaftlichen Zwecken dienenden Verträgen hat im Haushaltsjahr 2022 betragen	6.876.504,62
zuzüglich der Inanspruchnahme aus Bürgschaften aus dem Corona-Sondervermögen	584.179,35
abzüglich der Einnahmen des Landes aus Rückflüssen (Tilgungen im Rahmen der Sicherheitenverwertung)	2.953.823,55
verbleibende tatsächliche Inanspruchnahme	<u>4.506.860,42</u>
3b. Der Stand der vom Land Sachsen-Anhalt bis zum Schluss des Haushaltsjahres 2023 aufgrund der durch die Haushaltsgesetze übernommenen Bürgschaften und Eventualverpflichtungen beträgt unter Berücksichtigung der erloschenen Verpflichtungen am 31. Dezember 2023:	3.171.956.249,24
Stand am 31. Dezember 2022**:	3.112.134.251,60
mithin Zugang (+) / Abgang (-) (voraussichtlich)	<u>59.821.997,64</u>
Die tatsächliche Inanspruchnahme des Landes aus Bürgschafts-, Gewähr- oder anderen ähnlichen wirtschaftlichen Zwecken dienenden Verträgen hat im Haushaltsjahr 2023 betragen	3.207.808,88
zuzüglich der Inanspruchnahme aus Bürgschaften aus dem Corona-Sondervermögen	903.468,91
abzüglich der Einnahmen des Landes aus Rückflüssen (Tilgungen im Rahmen der Sicherheitenverwertung)	4.006.611,62
verbleibende tatsächliche Inanspruchnahme	<u>104.666,17</u>

** Meldung umfasst erstmals auch die nach § 5 Abs. 3 HG übernommenen Garantien

Sonderabgaben des Landes Sachsen-Anhalt

Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlagen	Fundstelle im HP (Kap./Titel)	Abgabevolumen in Mio. EUR				Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
			Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Fischereiabgabe ¹	Fischereigesetz vom 31.08.1993 (GVBl. LSA S. 464) zuletzt geändert durch Artikel 27 des Gesetzes vom 7. Juli 2020 (GVBl. LSA S. 372, 375); Verordnung zur Durchführung des Fischereigesetzes vom 11.01.1994 (GVBl. LSA S. 8) zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. August 2020 (GVBl. LSA S. 427)	0902 / 099 01 ¹	0,45	0,40	0,43	0,43	für Maßnahmen des Fischartenschutzes, des Fischereischutzes, der Fischereiforschung, für besondere Maßnahmen der Hege oder ähnliche fischwirtschaftliche Zwecke, sowie für gebotene Ausgleichszahlungen	Fischer im Rahmen des Fischereischeinerwerbs gemäß Verordnung zur Durchführung des Fischereigesetzes	Land Sachsen-Anhalt
Jagdabgabe ²	Landesjagdgesetz vom 23.07.1991 (GVBl. LSA S. 186) zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. September 2019 (GVBl. LSA S. 286); Verordnung zur Durchführung des Landesjagdgesetzes vom 25.07.2005 (GVBl. LSA 2005 S. 462) zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Juni 2020 (GVBl. LSA S. 306)	0902 / 099 02 ²	0,39	0,31	0,32	0,32	entsprechend § 22 Abs. 1 und 2 des Landesjagdgesetzes für Maßnahmen des Wildschutzes, der Wildforschung, der Hege u.ä. jagdlichen Zwecken im Benehmen mit der Landesjägerschaft	Jäger im Rahmen des Jagdscheinerwerbs gemäß Verordnung zur Durchführung des Landesjagdgesetzes	Land Sachsen-Anhalt

¹ Die Fischereiabgabe wurde in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 unter dem Titel 094 01 veranschlagt.

² Die Jagdabgabe wurde in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 unter dem Titel 095 01 veranschlagt.

Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlagen	Fundstelle HP (Kap./Titel)	Abgabevolumen in Mio. EUR				Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
			Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Abwasserabgabe	Abwasserabgabengesetz (AbwAG) i. d. F. vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 115), zuletzt geändert durch Artikel 2 VO vom 22.08.2018 (BGBl. I S.1327) Ausführungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zum Abwasserabgabengesetz vom 25.06.1992 (GVBl. LSA S. 580) zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.3.2013 (GVBl. LSA S. 116)	1505/099 68	12,501	10,650	10,650	10,200	Lenkungsabgabe zur Gewässerreinigung, Finanzierung von Maßnahmen zur Erhaltung bzw. Verbesserung der Gewässergüte	Abwassereinleiter: Körperschaften des öffentlichen Rechts; Betriebe und Gewerbe	Land Sachsen-Anhalt, vor allem Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung, vorrangig Städte, Gemeinden und Zweckverbände
		1512/099 74	0	0,472	0,772	0,860			
		1514/099 74	2,027	3,019	0	0			
			<u>14,528</u>	<u>14,141</u>	<u>11,422</u>	<u>11,060</u>			
Wasserentnahmeentgelt	Verordnung über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern für das Land Sachsen-Anhalt (Wasserentnahmeentgeltverordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 22.12.2011 (GVBl. LSA S. 889)	1505/099 69	10,386	10,500	10,500	10,500	Das Wasserentnahmeentgelt ist eine Lenkungsabgabe, die auf den Wasserverbrauch wirkt. Sie schöpft den Sondervorteil des Wassernutzers ab. Das Aufkommen wird nach § 105 Abs. 2 WG LSA für wasserwirtschaftliche Zwecke und zur Deckung des Verwaltungsaufwandes eingesetzt.	Körperschaften des öffentlichen Rechts; Betriebe und Gewerbe, die Wasser aus oberirdischen Gewässern entnehmen oder ableiten oder Grundwasser entnehmen, zutage fördern, zutage leiten oder ableiten.	Land Sachsen-Anhalt; Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung, Städte und Gemeinden

Übersicht über die Bildungsausgaben und die Bildungsquote

Aufgabenbereich (Funktion)	Ist 2023	HP 2024	HP 2025	HP 2026
	- EUR -			
Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)	1.656.122.650	1.668.606.700	1.723.708.600	1.729.163.400
Hochschulen (13)	841.029.771	810.933.900	891.866.200	851.313.100
Förderung von Schülerinnen, Schülern, Studentinnen, Studenten und dgl. (14)	121.809.186	135.318.500	140.280.500	141.553.200
Sonstiges Bildungswesen (15)	35.980.041	40.237.500	42.382.100	44.007.800
Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung, Umschulung (253)	46.297.523	86.422.000	99.346.200	116.070.600
Jugendhilfe/Einrichtungen der Jugendhilfe - insbes. Kindertagesstätten - (26/27)	579.482.833	581.496.100	593.942.500	636.958.600
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (16)	154.064.821	140.599.300	142.388.200	151.534.000
Summe Bildungsausgaben	3.434.786.825	3.463.614.000	3.633.914.300	3.670.600.700
<i>Gesamtausgaben (bereinigt)</i>	<i>13.231.165.335</i>	<i>14.895.400.800</i>	<i>14.762.898.600</i>	<i>15.269.575.300</i>
Bildungsquote in Prozent	26,0	23,3	24,6	24,0

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 01
Landtag

Vorwort zum Einzelplan 01

- A. Der Einzelplan 01 gliedert sich in zwei Kapitel. In dem Kapitel 0101 werden die Einnahmen und Ausgaben des Landtages und im Kapitel 0103 diejenigen des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und seiner Geschäftsstelle ausgebracht.
- B.1 Der Landtag ist unmittelbares Verfassungsorgan. Er ist die gewählte Vertretung des Volkes von Sachsen-Anhalt und hat seinen Sitz in der Landeshauptstadt Magdeburg.

Der Landtag besteht aus mindestens 83 Abgeordneten, die nach Maßgabe von Artikel 43 Abs. 1 LV auf fünf Jahre gewählt werden. Dem Landtag der 8. Wahlperiode gehören 97 Abgeordnete an. Ihr Status ist basierend auf Artikel 41 Abs. 2 LV im Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages näher geregelt.

Der Landtag der 8. Wahlperiode ist am 6. Juni 2021 gewählt worden und hat sich am 6. Juli 2021 konstituiert. Seine Mitglieder haben sich zu den Fraktionen mit folgenden Bezeichnungen und Stärken zusammengeschlossen:

CDU (40 Mitglieder),
AfD (22 Mitglieder),
DIE LINKE (11 Mitglieder),
SPD (9 Mitglieder),
FDP (7 Mitglieder) und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (6 Mitglieder).

Zwei Abgeordnete gehören keiner Fraktion an.

Rechte und Pflichten der Fraktionen sind in Artikel 47 LV sowie durch das Gesetz über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt festgelegt.

Aufbau, Arbeitsweise und Aufgaben des Landtages werden von der Verfassung im 1. Abschnitt des 3. Hauptteils in den Grundzügen behandelt. Die Einzelheiten ergeben sich aus der Geschäftsordnung des Landtages. Zentrale Organe des Landtages sind danach das Plenum, der Ältestenrat und der Präsident. Das Plenum entscheidet im Regelfall nach einer Vorbereitung durch Fachausschüsse. Der Landtag der 8. Wahlperiode hat zwölf ständige Ausschüsse gebildet.

Der Landtag wählt den Präsidenten und auf Vorschlag der drei stärksten Fraktionen je einen Vizepräsidenten für die Dauer der Wahlperiode. Der Präsident vertritt das Land in Angelegenheiten des Landtages und regelt seine Geschäfte. Der Präsident und die Vizepräsidenten teilen sich die Sitzungsleitung. Der Präsident bestimmt eine erste Vizepräsidentin, die im Falle seiner Verhinderung oder der Vakanz des Amtes an seine Stelle tritt. Außerhalb des Vertretungsfalles üben die Vizepräsidenten keine Organfunktionen aus. Der Präsident wird in seiner Amtsführung vom Ältestenrat unterstützt, in dem er den Vorsitz führt. Dem Ältestenrat gehören 13 von den Fraktionen benannte stimmberechtigte Abgeordnete sowie der Präsident und die Vizepräsidenten mit beratendem Stimmrecht an.

Der Präsident leitet die Landtagsverwaltung. Sein ständiger Vertreter in Angelegenheiten der Landtagsverwaltung ist der Direktor beim Landtag. Die Landtagsverwaltung unterstützt den Landtag und seinen Präsidenten, die Gremien des Parlaments sowie die Mitglieder des Landtages bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in organisatorischer, technischer und zum Teil auch in inhaltlicher Hinsicht. In diesem Rahmen wirkt sie insbesondere an der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Landtages, des Ältestenrates und der Ausschüsse mit. Ferner unterstützt sie den Landtagspräsidenten bei der Vertretung des Landtages nach außen und bei seinen Verwaltungsaufgaben. Die Landtagsverwaltung ist nicht Teil der staatlichen Verwaltungsorganisation, hat aber den Rang und die Rechtsstellung einer obersten Landesbehörde. Die Landtagsverwaltung gliedert sich in zwei Abteilungen mit insgesamt sieben Referaten und den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst (GBD):

Abteilung 1 (Verwaltung):

Referat 11: Haushalt, Abgeordnetenentschädigung

Referat 12: Personal

Referat 13: Infrastruktur

Abteilung 2 (Parlamentarische Dienste):

Referat 21: Plenar- und Ausschussdienst, Petitionen, Drucksachen und Dokumentation

Referat 22: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst und Protokoll

Referat 23: Stenographischer Dienst

Referat 24: Bibliothek

Die Aufgaben und die Rechtsstellung des GBD sind in der Richtlinie des Präsidenten vom 27. Januar 1992 geregelt. Der GBD ist eine kollegial verfasste Organisationseinheit. Seine Mitglieder unterstehen der Aufsicht des Direktors in dienstlicher und organisatorischer Hinsicht. Bei der Ausübung ihrer Amtsgeschäfte sind sie an Weisungen nicht gebunden.

- B.2 Die Landtagsverwaltung hat seit jeher eine hohe Frauenquote. Der Anteil der Frauen beträgt mehr als 60 %. Eine deutliche Überrepräsentanz von Frauen ist auch für die Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, in nahezu allen Besoldungs-/ Entgeltgruppen bis in die Spitzenämter der Besoldungsordnung A und bei vergleichbaren Tarifbeschäftigten zu verzeichnen. Zur Qualifizierung der weiblichen Nachwuchsführungskräfte für die Wahrnehmung herausgehobener Arbeitsplätze und Dienstposten soll die bewährte Praxis einer sachgerechten Personalentwicklung von weiblichen Nachwuchsführungskräften fortgesetzt werden, um einen Frauenanteil von mindestens 50 % in den Leitungsfunktionen weiterhin zu gewährleisten.

Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Chancengleichheit für Frauen und Männer wird durch das Angebot verschiedener Personalentwicklungsmaßnahmen, eine flexible Arbeitszeitgestaltung sowie die Gewährung von alternierender Telearbeit weiterhin gefördert. Durch die Bindung eines externen Anbieters wurde für die Bediensteten die Möglichkeit geschaffen, sich bei Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch persönliche Beratung unterstützen zu lassen.

Die Geschäftsstelle des Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat ebenfalls einen Frauenanteil von mehr als 60 %. Die Förderung und Entwicklung fachlicher und sozialer Kompetenzen zur Erhöhung der Genderkompetenz wird fortgesetzt. Flankiert wird die Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern durch flexible Arbeitszeiten sowie die Gewährung alternierender Telearbeit.

Die Zuordnung der Ausgaben zu den Genderziel-Kategorien stellt sich wie folgt dar:

Kapitel	2025			2026		
	GG0 (Genderziel ist kein Ziel)	GG1 (Genderziel ist Nebenziel)	GG2 (Genderziel ist Hauptziel)	GG0 (Genderziel ist kein Ziel)	GG1 (Genderziel ist Nebenziel)	GG2 (Genderziel ist Hauptziel)
0101	20.576.300	42.860.900	0	21.960.100	47.001.900	0
0103	284.500	1.187.900	0	321.600	1.211.800	0

- C. Das Gesetz über die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 10. Dezember 2015 ist am 1. Januar 2017 in Kraft getreten. Es regelt u.a. die Stellung der/des Beauftragten und dient der Ausführung von § 38 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Die/der Landesbeauftragte wird vom Landtag gewählt. Sie/Er ist bei der Ausübung ihres/seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Die Geschäftsstelle der/des Landesbeauftragten ist beim Präsidenten des Landtages eingerichtet. Die/der Landesbeauftragte erhält zur Erfüllung ihrer/seiner Aufgaben die notwendige Personal- und Sachausstattung, die im Haushalt des Landes im Einzelplan des Landtages in einem eigenen Kapitel auszuweisen ist.
- D. Die Mittel für die Bauunterhaltung sowie für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten werden für den Geschäftsbereich der Landtagsverwaltung im Kapitel 20 03, Titelgruppe 61 und für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte im Kapitel 20 03, Titelgruppe 62 ausgewiesen.

01 Landtag

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
01 01	Landtag von Sachsen-Anhalt		89.800	316.000		405.800	42.802.400
01 03	Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur		0	25.000		25.000	863.400
	Summe 2025		89.800	341.000		430.800	43.665.800
	Summe 2024		76.500	343.700		420.200	40.129.700
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+13.300	-2.700		+10.600	+3.536.100

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
6.486.900	10.299.500	0	3.175.100	673.300	63.437.200	-63.031.400	4.233.500	01 01
255.000	246.500		0	107.500	1.472.400	-1.447.400	0	01 03
6.741.900	10.546.000	0	3.175.100	780.800	64.909.600	-64.478.800	4.233.500	
6.699.300	10.162.800		3.645.500	734.700	61.372.000	-60.951.800	235.000	
+42.600	+383.200	0	-470.400	+46.100	+3.537.600	-3.527.000	+3.998.500	

01 Landtag

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
01 01	Landtag von Sachsen-Anhalt		89.800	316.000		405.800	46.943.400
01 03	Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur		0	25.000		25.000	890.500
	Summe 2026		89.800	341.000		430.800	47.833.900
	Summe 2025		89.800	341.000		430.800	43.665.800
	2026 mehr(+) / weniger(-)		0	0		0	+4.168.100

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
8.239.700	10.379.500	0	2.632.400	767.000	68.962.000	-68.556.200	700.000	01 01
286.300	246.500		0	110.100	1.533.400	-1.508.400	0	01 03
8.526.000	10.626.000	0	2.632.400	877.100	70.495.400	-70.064.600	700.000	
6.741.900	10.546.000	0	3.175.100	780.800	64.909.600	-64.478.800	4.233.500	
+1.784.100	+80.000	0	-542.700	+96.300	+5.585.800	-5.585.800	-3.533.500	

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

111 11	011	Verwaltungsgebühren	0 0	0	0
119 41	011	Rückzahlungen von Überzahlungen	1.000 125.232	1.000	1.000
119 46	011	Ersatzleistungen	0 5.895	0	0
119 47	011	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0
119 51	011	Vermischte Einnahmen	7.000 392.104	7.000	7.000
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	67.500 68.580	80.800	80.800

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	80.800	80.800	80.800
	Summe	80.800	80.800	80.800

132 02	011	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	1.000 3.186	1.000	1.000
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	318.700 316.049	316.000	316.000

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

411 01	011	Aufwendungen für Abgeordnete	21.962.200	23.095.500	24.710.300
			20.120.081	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Grundentschädigung § 6 Abs. 1 AbgG	9.078.800	9.547.900	9.542.500
2.	Zusätzliche Entschädigung § 6 Abs. 2 AbgG	1.111.500	1.169.000	1.204.000
3.	Aufwandsentschädigung § 8 Abs. 1 AbgG	2.489.500	2.613.100	2.610.200
4a.	Beschäftigung von Mitarbeitern § 8 Abs. 2 AbgG	7.884.200	8.377.500	9.925.600
4b.	Fortbildungspauschale für Mitarbeiter nach § 8 Abs. 2 AbgG	20.000	20.000	20.000
5.	Ausstattung eines Büros § 8 Abs. 3 AbgG	30.000	30.000	105.000
6.	Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende § 8 Abs. 5 AbgG	90.000	96.000	96.000
7.	Reisekosten für Dienstreisen § 9 Abs. 1 AbgG (davon 140.000 EUR für Dienstreisen i.A. der Fraktionen)	400.000	400.000	400.000
8.	Übernachtungsgeld § 11 Abs. 1 AbgG	108.300	99.000	96.000
9.	Kostenerstattung für eine Zweitwohnung § 11 Abs. 2 AbgG	32.300	28.300	24.900
10.	Freifahrten öffentl. Verkehrsm. § 12 Abs. 1 AbgG	34.000	34.000	34.000
11.	Fahrtkostenerstattung § 12 Abs.2 AbgG	280.000	240.000	240.000
12.	Erstattung zusätzlicher Kosten bei behinderten Abgeordneten § 13 AbgG	32.000	32.000	32.000
13a.	Beihilfe § 25 AbgG	24.600	68.700	68.900
13b.	Zuschuss zur Krankenversicherung § 25 AbgG	332.000	340.000	311.200
14.	Unterstützung § 26 AbgG	15.000	0	0
	Summe	21.962.200	23.095.500	24.710.300

411 02	011	Aufwendungen für frühere Abgeordnete und deren Hinterbliebene	6.047.800	7.045.100	9.153.100
			5.970.754	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Übergangsgeld § 16 AbgG	0	0	1.737.900
2.	Altersentschädigung § 18 AbgG	4.610.600	5.311.600	5.544.400
3.	Altersentschädigung wegen Körper- oder Gesundheitsschaden § 20 AbgG	173.600	166.800	171.900
4.	Versorgungsausgleich	158.000	165.000	170.000
5.	Hinterbliebenenversorgung § 23 AbgG	664.300	825.500	849.800
6a.	Beihilfen § 25 AbgG	171.200	306.800	308.400
6b.	Zuschuss zur Krankenversicherung § 25 AbgG	255.100	269.400	370.700
7.	Unterstützungen § 26 AbgG	15.000	0	0
	Summe	6.047.800	7.045.100	9.153.100

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.688.200	3.970.100	4.068.500
			3.159.996	0	0

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 422 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	3.688.200	3.970.100	4.068.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	3.688.200	3.970.100	4.068.500

422 51	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Mehrarbeitsvergütung auf Grundlage der Erschwerniszulagenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 22.12.2011 (GVBl. LSA S. 880, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 07.12.2022, GVBl. LSA S. 354, 357)

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	67.600	68.200	68.200
			15.280	0	0

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.922.200	6.616.300	6.775.000
			5.513.492	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der			
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.922.200	6.616.300	6.775.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	5.922.200	6.616.300	6.775.000

428 03	011	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	6.000	0	0
			3.988	0	0

428 51	011	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	20.600	23.600	38.600
			23.571	0	0

432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.198.900	1.433.800	1.550.600
			1.150.819	0	0

432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	45.800	41.100	41.100
			41.099	0	0

441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	110.400	159.300	172.900
			132.150	0	0

441 05	841	Beihilfen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	0 0	0 0	0 0
443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	0 0	0 0	0 0
443 03	841	Betriebsärztliche und sicherheitstechnische Dienste sowie betriebliches Gesundheitsmanagement	65.500 16.328	44.500 0	42.100 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Vorsorgeleistungen und arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen auf Grundlage eines Vertrages über die betriebsärztliche Betreuung	20.500	14.500	16.100
		2. Beauftragung eines externen Unternehmens zur anonymen Beratung in besonderen Lebenslagen gemäß Dienstvereinbarung zur Suchtprävention	7.000	7.500	7.500
		3. Inanspruchnahme externer Fachkräfte für Aufgaben im Bereich Brand-, Arbeits- und Gesundheitsschutz	5.000	5.500	6.500
		4. Inanspruchnahme externer Fachkräfte bei der Erstellung psychischer Gefährdungsbeurteilungen der Arbeitsplätze	25.000	10.000	4.000
		5. Betriebliche Gesundheitsfürsorge durch gesundheitsfördernde Maßnahmen (wie z. B. jährliche In-House-Übungs-, Vortrags- und Informationsveranstaltungen durch Fachleute, ferner Unterstützung bei gesundheitsfördernden Aktionen wie Teilnahme an sportlichen Teamaktivitäten der Bediensteten (z. B. Anleitung durch qualifiziertes Personal, Startgelder, Sachausstattung)	8.000	7.000	8.000
		Summe	65.500	44.500	42.100
443 06	011	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0 0	0 0	0 0
443 07	011	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0 0	0 0	0 0
443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0 0	0 0	0 0
446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	230.600 268.742	304.900 0	323.000 0
453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0 0	0 0	0 0
453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen	0 0	0 0	0 0
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	410.000 331.508	318.500 0	375.000 0

*** Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	111.500	100.500	105.500
2.	Kommunikation	93.000	93.000	95.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	190.500	110.000	159.500
4.	Sonstiges	15.000	15.000	15.000
	Summe	410.000	318.500	375.000

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	47.400	40.000	50.000
			40.947	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	28.800	29.000	29.600
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	15.000	8.200	17.600
3.	Verbrauchsmittel	2.100	400	400
4.	Sonstiges	1.500	2.400	2.400
	Summe	47.400	40.000	50.000

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 01.01.2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
Pkw	4	4	3	3
Zusammen	4	4	3	3

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.159.500	1.610.200	2.505.500
			1.134.413	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	182.000	246.000	269.400
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	370.000	387.600	427.300
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	387.500	535.500	588.800
4.	Bewachung	190.000	441.100	1.220.000
5.	Sonstiges	30.000	0	0
	Summe	1.159.500	1.610.200	2.505.500

517 30	011	Mietnebenkosten BLSA	0	5.000	5.000
			0	0	0

518 01	011	Mieten und Pachten	674.000	549.800	676.300
			551.538	2.382.000	0

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			238.200		238.200
2027			238.200		238.200
2028			238.200		238.200
2029 ff.			1.667.400		1.667.400
Summen			2.382.000		2.382.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	434.500	350.000	388.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	239.500	199.800	288.300
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	674.000	549.800	676.300

	Verwendungszweck	Nutzfläche in m ²	Jahresmiete 2025	Jahresmiete 2026
Domplatz 11 (NORD/LB) ¹⁾	Büro Verwaltung	166,0	34.200 €	18.300 €
Schleiufer 12/1 (2. OG) ²⁾	Büro Verwaltung	212,3	23.100 €	8.200 €
Leiterstraße 12 ³⁾	Büro Verwaltung	270,9	36.490 €	24.910 €
Fürstenwallstraße 17 (2. OG) ⁴⁾	Büro Fraktion	558,2	46.660 €	0 €
Fürstenwallstr. 17 (3 Etagen) ⁵⁾	Büro Verwaltung	1470,0	102.270 €	238.140 €
			<u>242.720 €</u>	<u>289.550 €</u>

¹⁾ Vertrag läuft zum 30.06.2026 aus

²⁾ Vertrag läuft zum 30.04.2026 aus

³⁾ Vertrag läuft zum 31.08.2026 aus

⁴⁾ Vertrag läuft zum 30.06.2025 aus

⁵⁾ Vertrag läuft ab 01.07.2025

518 13	011	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing von Dienstkraftfahrzeugen)	24.000 16.334	31.000 0	34.000 0

Erläuterungen:

Leasingrate für 3 Dienstkfz.

518 30	011	Mietzahlung an BLSA	0 0	6.400 0	6.400 0

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	395.700 340.852	524.400 0	891.000 0

Erläuterungen:

Unterhaltung und Wartung der technischen Anlagen und betrieblichen Einbauten der Sicherheitstechnik, Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und Sanitäranlagen, Personenaufzüge, Scheinwerferanlage, Jalousienanlage, Außenanlagen u.a. sowie Reparaturleistungen Dritter.

522 01	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	50.000 0	0 0

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

Erläuterungen:

Zur Erschließung verschiedener Optionen einer künftigen Unterbringung des Landtages und seiner Gremien, der Abgeordneten, der Fraktionen sowie der Landtagsverwaltung am Sitz des Landtages soll eine Studie beauftragt werden.

523 01	011	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	140.000 149.009	132.000 0	133.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	75.000	62.000	63.000
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	65.000	70.000	70.000
3.	Einbände	0	0	0
Summe		140.000	132.000	133.000

Unterhaltung der Landtagsbibliothek; Erst-, Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen von Büchern, Einzel- und Fortsetzungswerken sowie von Zeitungen und Zeitschriften, Sondersammlungen; Kosten elektronischer Medien.

525 01	011	Aus- und Fortbildung	34.200 22.387	28.000 0	28.000 0

*** Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Fortbildung der Bediensteten der Landtagsverwaltung.

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	25.000 31.710	30.000 0	30.000 0

Erläuterungen:

Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- und andere Parteikosten des Fiskus.

526 02	011	Sachverständige	1.700 42	1.000 0	1.000 0

Erläuterungen:

Ausgaben für Sachverständige; Dolmetscherkosten für Verwaltungszwecke.

526 03	011	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	500 61	500 0	500 0

Erläuterungen:

Entschädigung der Mitglieder der G 10-Kommission.

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	30.000 27.700	35.000 0	30.000 0

*** Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	500 0	500 0	500 0

529 01	011	Zur Verfügung des Präsidenten und der Vizepräsidenten des Landtages	25.600 19.577	25.600 0	25.600 0

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 529 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Zur Verfügung des Präsidenten	15.400	15.400	15.400
2.	Zur Verfügung der Vizepräsidenten	10.200	10.200	10.200
Summe		25.600	25.600	25.600

529 02	011	Zur Verfügung des Landtages für repräsentative Zwecke	50.000 28.940	37.500 0	37.500 0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Empfang offizieller Gäste, Medaille für im Ausland stationierte Soldaten und Landesbedienstete aus Sachsen-Anhalt, Gastgeschenke und Staatsbesuche, Bewirtung und weiterer Aufwand aus Anlass von Fachveranstaltungen und Veranstaltungen mit Teilnehmenden von außerhalb der Verwaltung des Landes, Kranzniederlegungen.

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	228.500 113.045	122.000 0	192.000 200.000

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				200.000	200.000
2028					
2029 ff.					
Summen				200.000	200.000

Erläuterungen:

Die VE soll für die in 2027 geplante digitale Ausstellung "Parlamentsorte" genutzt werden.

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 01

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landtagsmagazin	60.000	0	0
2.	Volkshandbuch	0	5.000	10.000
3.	Kleinstpräsente	8.000	8.000	6.000
4.	Sachsen-Anhalt-Tag	15.000	0	10.000
5.	Jugend debattiert	4.000	4.000	4.000
6.	Fotografische Leistungen	2.000	2.000	2.000
7.	Print-Publikationen	10.000	10.000	12.000
8.	Schülerkalender	32.000	32.000	35.000
9.	Kinderprojekte	30.000	30.000	20.000
10.	Multimedia-Projekte/Internet	2.000	0	0
11.	Didaktik-Projekte	12.000	0	0
12.	Honorare Hilfskräfte	4.000	6.000	6.000
13.	Landtagsfilm	0	0	45.000
14.	Konzipierung und Teilrealisierung eines multimedialen Didaktikprojekts Parlamentstraditionen in Sachsen- Anhalt	30.000	0	0
15.	Corporate Design Landtag	3.000	1.000	2.000
16.	Internet, App virtueller Rundgang	4.000	0	0
17.	Elektronische Medien (Internet, Social Media, virt. Reality)	12.500	3.000	9.000
18.	Jugend- und Didaktik-Projekte	0	20.000	30.000
19.	Digitale Ausstellung "Parlamentsorte"	0	0	0
20.	Sonstiges	0	1.000	1.000
	Summe	228.500	122.000	192.000

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	765.500	697.100	782.100
			596.738	0	0

*** Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe
vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Saaldiener, Notfallsanitäter sowie Ordnungskräfte Landtags- und Ausschusssitzungen	174.000	180.000	200.000
2.	Betreuung der Ela-Anlage	22.000	0	0
3.	Kosten dpa-Anschluss	77.500	80.800	27.000
4.	Digitaler Pressespiegel	200.000	140.100	154.400
5.	Online-Zugriff auf juristische Datenbanken	33.000	34.000	35.000
6a.	Gebärdenübersetzung für ein barrierefreies Videoangebot der Plenarsitzungen im Internet	125.000	124.400	123.000
6b.	Gebärdenübersetzung Landespressekonferenz	42.000	39.000	40.700
7.	Sonstiges	92.000	98.800	202.000
	Summe	765.500	697.100	782.100

533 02	011	Leistungen für stenografische Dienstleistungen	150.000	80.000	80.000
			58.053	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Protokollierung von Plenar- und Ausschusssitzungen durch Stenografen, die nicht Bedienstete des Landtages
sind.

534 01	011	Anhörungen von Sachverständigen durch Ausschüsse des Landtages, Zeugenentschädigung	20.000	30.000	30.000
			3.743	0	0

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 534 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entschädigung für Zeugen bei Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen	10.000	20.000	20.000
2.	Ausschuss-Sitzungen; Kosten Sachverständige und Nebenkosten	10.000	10.000	10.000
	Summe	20.000	30.000	30.000

535 01	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	10.500	10.500	10.500
			4.932	0	0

Erläuterungen:

Für Mitgliedschaften bei Vereinigungen, an denen ein dienstliches und institutionelles Interesse besteht.

537 01	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	45.000	50.000	60.000
			11.533	0	0

Erläuterungen:

Kosten für Büroverlegungen und Umzüge.

542 01	011	Abführung Umsatzsteuer	1.000	0	0
			507	0	0

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für den Landtag von Sachsen-Anhalt erfolgen zentral aus diesem Titel.

546 01	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	40.000	115.200	115.200
			70.225	0	0

546 02	011	Veranstaltungen des Landtages	142.000	142.000	132.000
			86.000	0	0

*** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Veranstaltungen zu Jahres- und Gedenktagen, parlamentarische Feierstunden, Festakte, parlamentarische und diplomatische Kontakte, Ausstellungen im Landtagsgebäude, Länderabende, Tag der offenen Tür, Präsentationen und Begleitveranstaltungen, Dialogveranstaltungsreihe, Jugendparlament sowie Beiträge an die Künstlersozialkasse und GEMA.

546 03	011	Aufwendungen für ein Projekt zur Erinnerung an verfolgte und ermordete Abgeordnete im Nationalsozialismus	135.000	5.000	2.500
			21.737	2.500	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		25.000			25.000
2026			2.500		2.500
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		25.000	2.500		27.500

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 546 03

Erläuterungen:

Der im Zusammenhang mit dem Projekt begonnene öffentliche "Künstlerische Wettbewerb für einen Gedenk- und Erinnerungsort für die Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt, die von 1933 bis 1945 wegen ihrer politischen Tätigkeit zu Tode kamen" wird beendet. Der Ältestenrat der 9. Wahlperiode kann erneut über einen Wettbewerb für einen Gedenk- und Erinnerungsort für die Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt, die von 1933 bis 1945 wegen ihrer politischen Tätigkeit zu Tode kamen, befinden.

Gleichwohl bedürfen die Biografien der im Zuge der nationalsozialistischen Verfolgung getöteten Abgeordneten regionaler Landtage auf dem Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt sowie des Deutschen Reichstages einer wissenschaftlich fundierten Überprüfung. Diese Aufgabe ist durch einen oder mehrere Historiker mit entsprechender Expertise wahrzunehmen. Das Ziel der Evaluation besteht in der Aktualisierung dieser Lebensläufe im Rahmen der Dokumentation "VER|FOLGT" sowie der Nutzung neuer Forschungserkenntnisse für historische Dossiers im Rahmen des Internetauftritts des Landtages.

Die Verpflichtungsermächtigung in 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

546 04	011	Aufwendungen für ein Projekt zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der ersten beiden Landtage von Sachsen-Anhalt (1946 - 1952) und der Lebenswege seiner Mitglieder	50.000 75.300	0 30.000	30.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			30.000		30.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			30.000		30.000

Erläuterungen:

Durchführung eines wissenschaftlichen Projektes in Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Publizierung des Forschungsergebnisses.

Die in 2023 für 2024 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung wurde nicht in Anspruch genommen.

546 05	011	Maßnahmen zur Klimaneutralisierung des Landtages	62.000 58.500	62.000 0	62.000 0

Erläuterungen:

Die Maßnahmen dienen der klimaneutralen Kompensation des CO2-Budgets des Landtages. Der Ausgleich erfolgt durch Klimaschutzprojekte, über deren Auswahl der Ältestenrat entscheidet.

632 01	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	6.000 3.370	5.000 0	5.000 0

Erläuterungen:

Anteilige Kostenerstattungen an die Verwaltung des Landtages Nordrhein-Westfalen, die im Einvernehmen mit den anderen Landtagsverwaltungen die Herausgabe des Parlamentsspiegels bearbeitet.

671 01	011	Erstattung an Sonstige im Inland	40.000 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Kostenerstattung gemäß § 31 Volksabstimmungsgesetz (VAbstG).

681 01	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 399	0 0	0 0

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

684 01	011	Staatliche Mittel zur Finanzierung der Parteien	524.500	524.500	524.500
			509.157	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zahlungen auf der Rechtsgrundlage des Parteiengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Februar 2024 (BGBl. I S. 70).

684 02	011	Fraktionskostenzuschüsse	9.085.400	9.360.000	9.500.000
			9.085.365	0	0

Erläuterungen:

Jede Fraktion erhält als Zuschuss pro Monat im Jahr 2025 einen Sockelbetrag von 71.478 € sowie einen Betrag pro Fraktionsmitglied von 3.352 € und im Jahr 2026 einen Sockelbetrag von 72.550 sowie einen Betrag pro Fraktionsmitglied von 3.402 €. Die Fraktion der Oppositionsparteien erhalten auf den Mitgliedsbeitrag einen Zuschlag in Höhe von 25%. Die Zuschüsse erfolgen auf der Grundlage des Gesetzes über die Rechtsstellung die Finanzierung der Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 5. November 1992 (GVBl. LSA S. 768), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. März 2020 (GVBl. LSA S. 64, 69).

684 03	011	Zuschüsse an Gruppen zum Besuch des Parlaments	60.000	65.000	80.000
			54.825	0	0

Erläuterungen:

Finanzielle Förderung des Besuches des Landtages für Gruppen von Schülern, Jugendlichen und Senioren durch einen Zuschuss zu den Fahrtkosten entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Landeszuschüssen zur Durchführung von Informationsbesuchen beim Landtag von Sachsen-Anhalt.

684 04	011	Sonstige Zuschüsse an Fraktionen für bestimmte Zwecke	190.000	345.000	270.000
			88.497	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse an Fraktionen auf der Grundlage von § 2 Satz 1 des Fraktionsgesetzes Sachsen-Anhalt vom 5. November 1992 (GVBl. LSA S. 768), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Parlamentsreform 2020 vom 20. März 2020 (GVBl. LSA S. 64), zur Deckung der Aufwendungen für Berater in Untersuchungsausschüssen sowie der Aufwendungen für Enquete-Kommissionen.

1. Gemäß § 4 Abs. 3a Untersuchungsausschussgesetz vom 29. Oktober 1992 (GVBl. LSA S. 757), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Parlamentsreform 2020 vom 20. März 2020 (GVBl. LSA S. 64), erhalten die Fraktionen für jeden eingesetzten Untersuchungsausschuss auf Antrag für die nachgewiesenen Aufwendungen, die ihnen durch die Benennung eines Beraters entstehen, einen monatlichen Zuschuss bis zu 2.500 EUR.

2. Gemäß § 17 Abs. 3a der Geschäftsordnung des Landtages, in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. November 2021 (GVBl. LSA S. 559,560), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. April 2023 (GVBl. LSA S. 208), erhalten die Fraktionen für jede eingesetzte Enquete-Kommission auf Antrag für die nachgewiesenen Aufwendungen, die ihnen durch die Benennung von Beratern entstehen, einen monatlichen Zuschuss bis zu 2.500 Euro.

711 01	013	Kleine Neu,- Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0
			0	0	500.000

Übertragbar

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 711 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				500.000	500.000
2028					
2029 ff.					
Summen				500.000	500.000

Erläuterungen:

Bekrönung des Sterntors am Domplatz

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	633.000	140.000	332.000
			77.363	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatzbeschaffung Mikrofonanlagen Beratungsräume	80.000	50.000	80.000
2.	Beschaffung eines digitalen Schließsystems	70.000	0	120.000
3.	Austausch USV-Batterien zur Sicherung einer unterbrechungsfreien Stromversorgung nach einer Laufzeit von 5 Jahren	0	0	0
4.	Ersatz von gehobenen Zimmerausstattungen	25.000	0	0
5.	Technikkomponenten für Notfall- und Krisenmanagement	20.000	20.000	20.000
6.	Ersatzbeschaffung Stenografiermaschine	30.000	0	0
7.	Ausstattung der Abgeordnetenbüros mit Steh- und Sitzarbeitsplätzen und ergonomischen Bürostühlen	40.000	0	0
8.	Ersatzbeschaffung Stühle Plenarsaal	110.000	0	0
9.	Ersatzbeschaffung Stühle Landtagsrestaurant	180.000	0	0
10.	Ersatzbeschaffung Möblierung B0 09	30.000	0	12.000
11.	Ersatzbeschaffung Küchengeräte und Geschirr	48.000	0	0
12.	Ausstattung eines zusätzlichen Magazinraumes und Ergänzung vorhandener	0	10.000	50.000
13.	(Ersatz) Beschaffung von Büromöbelausstattungen und Möblierung Foyer	0	60.000	50.000
	Summe	633.000	140.000	332.000

822 01	013	Erwerb von unbebauten Grundstücken	0	25.000	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Erwerb der mit dem Sterntor bebauten Grundstücksteilfläche östlich des Landtagsgebäudes.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen Anhalt"	649.600	673.300	767.000
			359.431	0	0

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

99 Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik

Übertragbar

*** Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

511 99	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	228.000 131.658	134.200 0	159.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Infrastruktur LTV	110.000	86.200	111.000
2.	Abgeordnete/Fraktionen	100.000	30.000	30.000
3.	Verbrauchsmaterialien	18.000	18.000	18.000
4.	Fachbücher und Fachzeitschriften IuK	0	0	0
	Summe	228.000	134.200	159.000

525 99	011	Aus- und Fortbildung	26.000 15.286	20.000 0	20.000 0

Erläuterungen:

Fortbildung für IT-Administratoren für Fachverfahren.

533 99	011	Dienstleistungen Außenstehender	1.483.200 1.334.452	1.593.500 0	1.735.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Betrieb und Weiterentwicklung Infrastruktur, zentrale Informations- und Kommunikationstechnik, Querschnittsdienste	452.000	600.000	606.800
2.	Maßnahmen zur Umsetzung der Informationssicherheit	85.000	142.600	158.900
3.	Betrieb und Weiterentwicklung der Informationssysteme (Intranet, Internet)	568.000	534.800	457.400
4.	Betrieb und Weiterentwicklung von IT-Verfahren	309.200	205.600	318.400
5.	anteilige Infrastrukturaufwendungen für Abgeordnete/Fraktionen	69.000	110.500	113.600
6.	Landtagswahl/Wechsel der Wahlperiode	0	0	80.000
	Summe	1.483.200	1.593.500	1.735.100

812 99	011	Erwerb von Geräten und Programmen	3.010.000 1.612.114	3.010.100 1.819.000	2.300.400 0

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 99

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		210.000			210.000
2026			819.000		819.000
2027			500.000		500.000
2028			500.000		500.000
2029 ff.					
Summen		210.000	1.819.000		2.029.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung aus 2024 (210 T€) betrifft die Nr. 11.

Die Verpflichtungsermächtigungen in 2025 betreffen die Nr. 1 (219 T€) für 2026, Nr. 2 (je 500 T€) für 2026 bis 2028, Nr. 11 für 2026 (100 T€). Sie sollen jeweils einen kontinuierlichen Projektverlauf gewährleisten.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für Gewährleistung Datenschutz und Informationssicherheit	100.000	177.700	232.800
2.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Arbeitsplatzhard- und Software	320.000	508.900	625.300
3.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen Server einschließlich Lizenzen	280.000	0	0
4.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für digitales Langzeitarchiv	60.000	0	0
5.	Amtsausstattung gem. § 7 Abs. 3 Abgeordnetengesetz (AbgG)	25.000	0	439.900
6.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für zentrale IT-Infrastruktur für Abgeordnete/ Fraktionen	115.000	26.600	30.000
7.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für Datenbankplattform	200.000	0	0
8.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung Telefonie	10.000	0	0
9.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für Netzwerkinfrastruktur einschließlich WLAN und ITN-XT-Anbindung	100.000	0	0
10.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung für zentrale Speicher- und Dateninfrastruktur	330.000	0	0
11.	Entwicklung und Weiterentwicklung von IT-Verfahren	450.000	426.900	316.900
12.	Entwicklung und Weiterentwicklung Intranet- und Internetangebote	520.000	230.000	80.000
13.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung ELA-, Beratungs- und Plenartechnik	80.000	0	0
14.	Bereitstellung und Weiterentwicklung Funktionsplattform (elektronische Mandatsausübung)	50.000	0	0
15.	Konzeption, Umsetzung und Bereitstellung von Software für den Besucherdienst inkl. Technik	30.000	0	0
16.	Konzeption, Umsetzung und Bereitstellung von Software für AIS 2.0 inkl. Technik	240.000	0	0
17.	Anpassung der Systeme an die Vorgaben des Grundschutzes des BSI	100.000	0	0
18.	Beschaffungen zentraler Infrastruktur einschl. Lizenzen	0	1.640.000	575.500
	Summe	3.010.000	3.010.100	2.300.400

Nachrichtlich: Summe TGr. 99	4.747.200	4.757.800	4.214.500
		1.819.000	0

01 Landtag
01 01 Landtag von Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	76.500	89.800	89.800
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	318.700	316.000	316.000
Gesamteinnahme		395.200	405.800	405.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	39.365.800	42.802.400	46.943.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6.404.800	6.486.900	8.239.700
			2.414.500	200.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	9.905.900	10.299.500	10.379.500
			0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen		0	0
			0	500.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.643.000	3.175.100	2.632.400
			1.819.000	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	649.600	673.300	767.000
			0	0
Gesamtausgabe		59.969.100	63.437.200	68.962.000
Gesamtsumme der VE			4.233.500	700.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-59.573.900	-63.031.400	-68.556.200

01 Landtag
01 03 Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

111 11	013	Verwaltungsgebühren	0 0	0	0
119 41	059	Rückzahlung von Überzahlungen	0 0	0	0
119 47	011	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0
119 51	013	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0
282 01	059	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	25.000 25.000	25.000	25.000
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 01 03 Titel 684 01.			
282 02	059	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland für Druckkostenzuschüsse	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 01 03 Titel 684 02.

01 Landtag
01 03 Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	059	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	107.600 106.057	136.000 0	139.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	107.600	136.000	139.300
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	107.600	136.000	139.300

428 01	059	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	653.100 604.587	726.100 0	749.900 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 653.100	0 726.100	0 749.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	653.100	726.100	749.900

443 03	011	Betriebsärztliche und sicherheitstechnische Dienste sowie betriebliches Gesundheitsmanagement	3.200 1.253	1.300 0	1.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen und Vorsorgeleistungen auf der Grundlage eines Vertrages über die betriebsärztliche Betreuung	2.200	700	800
2.	Gefährdungsanalyse und Gestaltung des betrieblichen Gesundheitsmanagements auf der Grundlage eines Vertrages	1.000	600	500
	Summe	3.200	1.300	1.300

443 07	011	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0 0	0 0	0 0

511 01	059	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.200 17.312	17.400 0	21.000 0

01 Landtag
01 03 Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	3.200	2.400	2.400
2.	Kommunikation	13.000	11.000	11.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.000	4.000	7.600
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	20.200	17.400	21.000

517 01	059	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	50.700 38.397	44.700 0	56.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	28.000	20.800	26.700
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	4.400	4.100	5.200
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	17.800	19.300	23.600
4.	Bewachung	0	0	0
5.	Sonstiges	500	500	500
	Summe	50.700	44.700	56.000

518 01	059	Mieten und Pachten	74.900 68.281	77.100 0	96.700 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	70.900	73.100	92.700
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3.	Für Leasing	4.000	4.000	4.000
	Summe	74.900	77.100	96.700

	Verwendungszweck	Nutzfläche in m ²	Jahresmiete 2025	Jahresmiete 2026
Schleifufer 12/13 (1. OG)	Büro	425	46.200,00 €	49.200,00 €
Schleifufer 12/13 (2. OG)	Büro	212,25/425	23.100,00 €	41.000,00 €
Schleifufer 12/13 (1. UG)	Abstellraum	37,02	2.448,00 €	2.448,00 €

523 01	059	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	5.500 2.023	2.100 0	2.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	3.500	1.200	1.200
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	2.000	900	800
3.	Einbände	0	0	0
	Summe	5.500	2.100	2.000

01 Landtag
01 03 Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
525 01	059	Aus- und Fortbildung	5.600 5.590	5.600 0	5.600 0
525 02	059	Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen	6.000 30.896	8.000 0	8.000 0
		*** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.			
527 01	059	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	9.000 5.384	5.400 0	5.400 0
529 01	011	Verfügungsmittel des Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	0 0	1.500 0	1.500 0
531 01	059	Veröffentlichungen	30.300 19.219	19.300 0	19.300 0
		Erläuterungen: Veröffentlichung von Broschüren (Beiträge von Opfern und Zeitzeugen, sowie Wissenschaftlern zur Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR).			
532 01	059	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	40.000 33.206	33.800 0	33.800 0
		*** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.			
		Erläuterungen: Der gesetzliche Auftrag des Landesbeauftragten ist es, die Öffentlichkeit über die Strukturen und Wirkungsweisen des MfS zu informieren. Dies erfolgt u. a. durch öffentliche Veranstaltungen, Präsentation von Druckwerken und die Beteiligung an Veranstaltungen von Stiftungen, Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Ein fester Bestandteil in der Jahresplanung ist dabei die Lehrerfortbildungstagung mit dem LISA in Halle und der Landeszentrale für politische Bildung. Darüber hinaus sollen die bereits laufende "Gymnasiumsinitiative" sowie die weiteren schulischen Angebote zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit verstärkt werden.			
533 01	059	Dienstleistungen Außenstehender	28.000 23.547	23.000 0	23.000 0
537 01	059	Umzugskosten	1.000 238	500 0	2.500 0
542 01	011	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erfolgen zentral aus diesem Titel.			
546 01	059	Betreuungskosten im Rahmen der Beratung durch den Landesbeauftragten	1.000 9	500 0	500 0
546 02	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	0 0	1.500 0	1.500 0
681 01	059	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0

01 Landtag
01 03 Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

684 01	059	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	25.000	25.000	25.000
			25.000	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 01 03 Titel 282 01.

Erläuterungen:

Förderung von Projekten zur Organisation und Durchführung von Beratungen zu den Rehabilitierungsgesetzen durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

684 02	059	Druckkostenzuschüsse	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 01 03 Titel 282 02.

Erläuterungen:

Druckkostenzuschüsse von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

684 03	059	Zuschüsse für psychosoziale Begleitberatung der Probandinnen und Probanden zum bundesgeförderten Projekt Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht	30.000	0	0
			27.281	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagung ab 2025 bei Kapitel 0103 TGr. 62

685 11	059	Zuschüsse für Maßnahmen der Erwachsenenbildung	32.200	0	0
			32.353	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagung ab 2025 bei Kapitel 0103 TGr. 62

685 51	059	Sonstige Zuschüsse	69.700	0	0
			63.747	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagung ab 2025 bei Kapitel 0103 TGr. 62

812 15	059	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.500	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Neubeschaffung: Mobiliar Büroausstattung	0	0	0
2.	Ersatzbeschaffung: Mobiliar Büroausstattung	2.500	0	0
	Summe	2.500	0	0

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	85.100	107.500	110.100
			59.533	0	0

01 Landtag
01 03 Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte

533 61	059	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

671 61	059	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

681 61	059	Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte	100.000	100.000	100.000
			46.519	0	0

*** Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Leistungen an Personen, die in der SBZ und/oder DDR politisch verfolgt und nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen rehabilitiert wurden und/oder über eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes verfügen, sich aber in besonders gravierenden Notlagen befinden (Billigkeitsleistungen).

684 61	059	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			100.000	100.000	100.000
				0	0

62 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale, gemeinnützige, wissenschaftliche, öffentliche und ähnliche Einrichtungen

684 62	059	Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen	0	54.500	54.500
			0	0	0

Erläuterungen:

Der gesetzliche Auftrag des Landesbeauftragten ist u. a. die Unterstützung der wissenschaftlichen Einrichtungen, der Opfer- und Verfolgtenverbände und anderer bürgerschaftlicher Initiativen. Zu diesen Initiativen gehören u. a. das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V., der Grenzdankmalverein Hötensleben e. V. und der Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle. Durch gezielte Projektförderung kann die Arbeit des Landesbeauftragten über diese Initiativen gefördert und ergänzt werden. Bürger haben so die Möglichkeit, auf Ansprechpartner/-innen vor Ort zugehen zu können. Die Projekte können auch die Erstellung von Druckwerken umfassen. Zudem werden Projekte von Verfolgtenverbänden und Betroffenenvereinen sowie sozialen Vereinen, zur Beratungs- und Betreuungsarbeit an Verfolgten der SBZ/DDR sowie Projekte von lokalen Initiativen zur Errichtung bzw. Wiederherstellung von Gedenkzeichen, insbesondere an der ehemaligen innerdeutschen Grenze im Bereich Sachsen-Anhalt gefördert.

Veranschlagung bisher bei Kapitel 0103 Titel 685 11 und 685 51

685 62	059	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen zur Verstetigung eines Kompetenznetzwerks für die psychosoziale Beratung von Menschen in Sachsen-Anhalt, die Opfer von SED-Unrecht geworden sind	0	67.000	67.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Projekt "Verstetigung eines Kompetenznetzwerks für die psychosoziale Beratung von Menschen in Sachsen-Anhalt, die Opfer von SED-Unrecht geworden sind" mit der Universitätsklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie Magdeburg

Veranschlagung bisher bei Kapitel 0103 Titel 684 03 und 685 51

01 Landtag

01 03 Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 62	059	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

		Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	121.500	121.500
				0	0

99 Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik

511 99	059	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	17.800	1.000	1.000
			511	0	0

525 99	059	Aus- und Fortbildung	2.500	1.000	1.000
			0	0	0

533 99	059	Dienstleistungen Außenstehender	2.000	12.600	7.500
			3.943	0	0

812 99	059	Erwerb von Geräten und Programmen	0	0	0
			0	0	0

		Nachrichtlich: Summe TGr. 99	22.300	14.600	9.500
				0	0

01 Landtag
01 03 Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	25.000	25.000	25.000
Gesamteinnahme		25.000	25.000	25.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	763.900	863.400	890.500
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	294.500	255.000	286.300
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	256.900	246.500	246.500
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.500	0	0
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	85.100	107.500	110.100
			0	0
Gesamtausgabe		1.402.900	1.472.400	1.533.400
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.377.900	-1.447.400	-1.508.400

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 01 01Landtag von Sachsen-Anhalt (Stellenplan)

Kapitel 01 03Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Stellenplan)

Stellenübersicht 2025

Stellenübersicht 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B8	Direktorin oder Direktor beim Landtag von Sachsen-Anhalt	1	1	1
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	5	5	5
B2	Ministerialrat/-rätin	2	2	2
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Ministerialrat/-rätin	2	2	2
A15	Regierungsdirektor/-in	15	15	15
A14	Oberregierungsrat/-rätin	5	5	5
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	5	5	5
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	20	20	20
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	7	7	7
A11	Regierungsamtmann/-frau	9	9	9
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	2	2	2
A8	Regierungshauptsekretär/-in	2	2	2
Summe :		77	77	77

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
AT A 16	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst	8	8	8
E 12	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 10	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 9a	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 8	Verwaltungsdienst	10 ¹⁾	10 ¹⁾	10 ¹⁾
E 7	Techn. Dienst	6	6	6
E 6	Sonstige Dienste	2	2	2
E 6	Verwaltungsdienst	7	7	7

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 5	Schreibdienst	5	5	5
E 5	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 4	Kraftfahrdienst	2	2	2
E 4	Sonstige Dienste	4	4	4
E 3	Sonstige Dienste	3	3	3
E 2 Ü	Sonstige Dienste	0	0	0
E 2	Sonstige Dienste	3	3	3
Summe :		69	69	69

- 1) 1 ku nach E 6 nach Wegfall des Anspruchs der Stelleninhaberin auf Besitzstand an einer übertariflichen Eingruppierung als Sekretärin eines Landtagsvizepräsidenten in die Entgeltgruppe 8.

01 03

Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B2	Beauftragte oder Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	1	1	1
Summe :		1	1	1
		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 13	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 10	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 8	Verwaltungsdienst	3	3	3
Summe :		10	10	10

Zergliederung der Stellen,

Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

[illegible]

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 02

**Staatskanzlei und Ministerium für Kultur -
Staatskanzlei -**

Vorwort zum Einzelplan 02

A. Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Gemäß Art. 68 Abs. 1 der Landesverfassung bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Regierungspolitik und trägt dafür die Verantwortung. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bedient er sich gemäß § 2 der Geschäftsordnung der Landesregierung der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (StK/MK).

Zu deren Kernaufgaben zählen u. a. die politische Koordinierung der Tätigkeit der Ministerien, die Vorbereitung der Kabinetts-Beschlüssen, die Zusammenarbeit mit dem Landtag, aber auch die Pflege der Beziehungen zum Bund und den anderen Bundesländern, die Gestaltung der internationalen Beziehungen zu Regierungen bzw. diplomatischen oder konsularischen Vertretungen sowie die Wahrnehmung repräsentativer Verpflichtungen der Landesregierung. Ergänzend werden prioritäre Themenfelder von strategischer Bedeutung begleitet. Insgesamt werden so die Interessen Sachsen-Anhalts nach innen und im nationalen Rahmen, aber auch darüber hinaus vertreten und gefördert. Der nationalen und internationalen Darstellung des Landes dienen dabei auch die Auslandsreisen des Ministerpräsidenten und des Chefs der Staatskanzlei ebenso wie die Ausrichtung offizieller Besuche von Staats- und Regierungschefinnen und -chefs, Botschafterinnen und Botschaftern und anderen Würdenträgerinnen und Würdenträgern sowie von Empfängen und Veranstaltungen des Ministerpräsidenten.

Aktuelle inhaltliche Aufgabenschwerpunkte:

- Zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ bzw. des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen (StStG) wurde die Stabsstelle „Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier“ eingerichtet. Ihre wesentlichen Aufgaben bestehen darin, die breit gefächerten Vorhaben der Landesressorts zu koordinieren, die Aktivitäten des Landes mit der Wirtschaft, den Kommunen und regionalen Akteuren des Mitteldeutschen Reviers zu bündeln, die Verhandlungen mit dem Bund, den Braunkohleregionen und insbesondere den sächsischen Partnern im Mitteldeutschen Revier zu begleiten sowie Grundsatzentscheidungen vorzubereiten. Seit Verabschiedung des StStG in 2020 wurden im Land die verwaltungsseitigen Voraussetzungen für die Strukturwandel-Förderung gelegt, wobei mittlerweile ein Großteil der für Sachsen-Anhalt vorgesehenen Mittel des StStG verplant sind. In dieser neuen Phase des Strukturwandels gewinnt die Programmevaluierung somit zunehmend an Relevanz. Zudem obliegt der Stabsstelle die Aufgabe der gesellschaftlichen Beteiligung am Thema Strukturwandel. Zur Stärkung der Bürgerbeteiligung wurde - neben dem bereits laufenden Beteiligungsformat Revierpionier - ein Bürgerbeirat als dauerhaftes Beteiligungsformat eingerichtet. Der Bürgerbeirat soll Aufschluss über das Meinungsbild der nicht organisierten Zivilgesellschaft zum Thema Strukturwandel mit Wünschen und Vorschlägen geben sowie eine Vertretung in den Reviarausschuss entsenden. Die Geschäftsverteilung der Landesregierung bleibt davon unberührt. Die Aufgabe „Strukturwandel Kohleregion“ soll allgemein als Chance verstanden und genutzt werden, um Sachsen-Anhalt zu einer europäischen Modellregion für das Leben von morgen zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund beteiligt sich Sachsen-Anhalt auch an der Kreativinitiative der Europäischen Kommission „Ein Neues Europäisches Bauhaus“. Im Rahmen der Initiative sollen durch die Zusammenarbeit von Akteuren aus den Bereichen Forschung, Kunst, Gestaltung, Architektur und Stadtplanung die Grenzen zwischen Wissenschaft, Technologie, Kunst und Kultur sowie sozialer Exklusion überwunden und Beiträge zu Klimaneutralität und zur Lösung von Wohnproblemen geleistet werden. Die Initiative des „Neuen Europäischen Bauhauses“ bietet die Gelegenheit, im Strukturwandel vorgesehene, investive (städtebauliche) Maßnahmen auf ein neues innovatives und nachhaltiges Niveau zu heben und soll daher eng mit den Themen des Strukturwandels in Sachsen-Anhalt verschränkt werden.

- Der US-amerikanische Chiphersteller Intel hat am 15. März 2022 offiziell verkündet, ein hochmodernes Mega-Halbleiterwerk in Sachsen-Anhalt zu errichten. Für die Begleitung und Koordination der strategischen Ansiedlung im Land wurden das Project Management Office Intel (PMO) in der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur und die Taskforce Intel/Großansiedlungen im Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten im Mai 2022 geschaffen. Um den mit der Großinvestition von Intel in Zusammenhang stehenden Veränderungsprozess in Sachsen-Anhalt erfolgreich gestalten zu können, sollen die Aktivitäten des Landes mit den betroffenen Interessengruppen (Stakeholdern) gebündelt und die Kommunikation mit dem Bund bzw. der Europäischen Kommission koordiniert sowie die Grundsatzentscheidungen für die Regierungsplanung vorbereitet werden. Zudem koordiniert das PMO das breitgefächerte Vorhaben ressortübergreifend.

- Die Funktion eines „Ansprechpartners für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“ ist seit dem 12. November 2018 in der Staatskanzlei angesiedelt und dort direkt dem Ministerpräsidenten zugeordnet. Sie fügt sich in entsprechende Aktivitäten des Bundes und der Länder in Ausführung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 17. Januar 2018 (BT-Drs. 19/444) ein. Die Landesregierung hat am 6. Oktober 2020 das „Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“ beschlossen. Die Federführung für die Umsetzung des Programms liegt beim „Ansprechpartner“. Der Landtag hat mit Beschluss 7/7226 vom 4. Februar 2021 („Antisemitismus, Rassismus und die Verbreitung von Hassideologien mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenzutreten“) das Landesprogramm begrüßt und um die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen gebeten.

- Verschiedene Akteure tragen zur Entwicklung des Film- und Medienstandorts Sachsen-Anhalt bei, wobei dieser vor großen Herausforderungen steht: Digitalisierung und technologische Umbrüche sowie verschärfter Wettbewerb zwischen den Standorten - national und international. Sachsen-Anhalt soll als zukunftsfähiger, innovativer und attraktiver Medienstandort erhalten und weiterentwickelt werden. Die Zusammenarbeit mit den Ländern Sachsen und Thüringen im Rahmen der Mitteldeutschen Medienförderung GmbH wird fortgesetzt.

- Die europapolitische und internationale Arbeit der Landesregierung wird langfristig und zielgerichtet gestaltet. Ein jährlicher Bericht informiert über die Schwerpunkte der europäischen und internationalen Aktivitäten der Landesregierung. Maßnahmen zur Nutzung von EU-Aktionsprogrammen außerhalb der europäischen Struktur- und Investitionsfonds sowie Beratungsangebote insbesondere zur Vermittlung von europäischen Kompetenzen an junge Menschen und zu Fragen der europäischen Lernmobilitäts- und Förderprogramme werden verstärkt unterstützt.

- Online-Kommunikation (Landesportal und Social Media-Kanäle) und Landesmarketing sind zentrale, übergeordnete Querschnittsaufgaben, die sowohl der politischen Kommunikation als auch der Imagebildung nach innen und außen dienen. Ziel ist einerseits, den verfassungsmäßigen Auftrag zur Information der Bevölkerung über die Arbeit der Landesregierung umzusetzen und andererseits Sachsen-Anhalt bundesweit als zukunftsfähigen, attraktiven, weltoffenen und innovativen Arbeits-, Lebens-, Wissenschafts-, Reise- und Kulturstandort zu präsentieren. Darüber hinaus sind Strukturwandel und Großinvestitionen elementare Säulen, um positive Assoziationen zu wecken und das Heimatgefühl zu stärken. Die strategische und aktuelle Kommunikationsarbeit zum „Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier“ wird gemeinsam mit den übrigen Kommunikationsmaßnahmen vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung umgesetzt. Die Dachkampagne des Landes Sachsen-Anhalt #moderndenken ist die Richtschnur für fachbezogene Kampagnen der Ressorts und wird von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur in Absprache mit den Ressorts gesteuert und umgesetzt. Sowohl Online-Kommunikation als auch das Landesmarketing sind crossmedial, innovativ, barrierearm, nutzerfreundlich und transparent auszurichten. Neben der informativen und imagebildenden Wirkung ermöglicht die Online-Kommunikation ein kurzfristiges Reagieren auf aktuelle Entwicklungen und Ereignisse, etwa zum Schutz der Bevölkerung in Krisensituationen. Eine enge Verknüpfung dieser Bereiche ist notwendig, weil nur so die Darstellung des Landes mit konsistenten Inhalten gewährleistet wird. Um dem Anspruch eines crossmedialen, zukunftsorientierten Landesmarketings zu entsprechen und mit den Social-Media-Kanälen sowie dem Landesportal weiter konkurrenzfähig zu anderen Bundesländern zu sein, werden das Erscheinungsbild und die mediale Präsentation des Landes kontinuierlich optimiert, angepasst und ausgebaut.

Dienststellen der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt im Einzelnen:

- I. Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt (Kapitel 02 01)
- II. Vertretung des Landes beim Bund (Kapitel 02 04)
- III. Vertretung des Landes bei der EU (Kapitel 02 06)

B. Zentrale Zielsetzung in den politischen Handlungsbereichen

1. Überblick politische Handlungsbereiche/Strategische Ziele/Maßnahmen

Politikfeld/ Politischer Handlungsbereich	Strategisches Ziel	Maßnahmen mit Bezug zum Ziel
<u>Staatsleitung und demokratische Prozesse</u>	Effiziente Steuerung und Koordination der Regierungsarbeit einschließlich der Erarbeitung (auch kurzfristiger) fachlicher Einschätzungen zu Themen mit strategischer Bedeutung für die Regierungsarbeit	Unterstützung des Ministerpräsidenten – jeweils unter Mitwirkung der beteiligten Ministerien – bei der Bestimmung der Richtlinien seiner Politik. Koordinierung der Tätigkeit der Ministerien. Vorbereitung und Durchführung von Kabinettsitzungen. Bearbeitung von Anträgen, Erklärungen und Entscheidungen des Ministerpräsidenten und der Landesregierung. (Kurzfristige) Bündelung und Aufbereitung von Fachexpertise im Zusammenhang mit Regierungsplanung und der Erarbeitung von Vorschlägen für eine fachlich fundierte strategische Ausrichtung der Regierungsarbeit (z. B. Förderpolitik des Landes, Strukturwandel, Großsiedlung).
	Berücksichtigung der Landesinteressen bei der Bundesgesetzgebung und Darstellung des Landes, seiner Unternehmen und Einrichtungen	Mitwirkung in den Ausschüssen des Bundesrates und bei der Meinungsbildung der Landesregierung zum Stimmverhalten in den Sitzungen des Bundesrates. Sammlung, Bewertung und Weitergabe von Informationen an die Landesregierung aus dem Bundestag und seinen Ausschüssen, der Bundesregierung, den Landesvertretungen und von Kammern, Verbänden usw.; Kontaktpflege zu den genannten Institutionen. Konzeption und Durchführung von Veranstaltungen zur Präsentation des Landes in der Bundeshauptstadt und solchen mit Landesbezug sowie Betreuung von Besuchergruppen.
	Strategische qualitative Personalentwicklung in der Landesverwaltung	Die Führungskräfte des Landes sind stetig zu qualifizieren und orientiert an den Anforderungen an eine moderne Verwaltung weiterzuentwickeln. Schlüsselkompetenzen sowie der Wissenstransfer zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft sind zu fördern. Systematische Führungskräftequalifizierung durch landesinterne Maßnahmen (z.B. modulare Führungskräftefortbildungen u. a. zur Erhöhung der digitalen Kompetenz sowie zum Austausch mit Wissenschaft und Wirtschaft) und Nutzung externer Bildungsangebote (u. a. Lehrgang für Verwaltungsführung der Bayerischen Staatskanzlei, Führungskolleg Speyer). Die ressortübergreifende Führungskräftequalifizierung steht grundsätzlich Frauen und Männern in gleichem Maße offen. Ziel der Förderung weiblicher Nachwuchsführungskräfte ist es, mittelfristig den Frauenanteil in Führungspositionen in der Landesverwaltung auf 50 v.H. zu erhöhen. Maßnahmen zur Stärkung der Europakompetenz (z.B. europabezogene Qualifizierungsmaßnahme "SACHSEN-ANHALT stark in EUROPA", Hospitanz-Programm Europa, Sprachkurse) und Erhöhung der interkulturellen Kompetenz in der Landesverwaltung. Unterstützung beim Auf- und Ausbau des Gesundheitsmanagements in der Landesverwaltung durch bedarfsorientierte Angebote für die Ressorts sowie ressortübergreifende Workshops.

Politikfeld/ Politischer Handlungsbereich	Strategisches Ziel	Maßnahmen mit Bezug zum Ziel
	Medien- und Presseangelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit	
	Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die Ansätze und Inhalte der Politik der Landesregierung der Öffentlichkeit zugänglich und nachvollziehbar zu machen.	Beantwortung aktueller regionaler und überregionaler Medienanfragen, Vorbereitung und Durchführung von Pressekonferenzen sowie Erstellen von Pressemitteilungen, Reden und Grußworten
	Darstellung von Leistungen und Leistungsfähigkeit, Förderung des Bekanntheitsgrades der Landesregierung und des Landes Sachsen-Anhalt.	Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen, Veranstaltungen innerhalb und außerhalb Sachsen-Anhalts, Ausbau und Pflege der Beziehungen zu Multiplikatoren, Aufbau und Aufrechterhaltung von Kontakten zu Zielgruppen.
		Kommunikation, Dokumentation und Informationsmanagement (Medienspiegel, Medienauswertung).
	Landesmarketing zur Imagesteigerung des Landes regional, national und international sowie weiterer Aufbau einer starken Präsenz in den sozialen Netzwerken (Social Media).	Crossmediales Außen- und Binnenmarketing, um Sachsen-Anhalt als wirtschaftlich erfolgreiches, aufstrebendes und weltoffenes Bundesland in der Mitte Europas zu positionieren, in dem über Jahrhunderte hinweg bahnbrechende Ideen von Weltrang entwickelt wurden und heutzutage auch der Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier erfolgreich gestaltet wird
	Bereitstellung von interaktiven Informations-, Kommunikations- und Serviceangeboten für Bürgerinnen und Bürger, Verstärkung der Präsenz der Landesregierung im Bereich Social Media.	Neugestaltung des Landesportals und der Landeskanäle in den aktiven Netzwerken.
	Stärkung des Medienstandortes Sachsen-Anhalt	
	Förderung des kreativen Medienschaffens und von Medienprojekten	Zur Stärkung des Medienstandortes Sachsen-Anhalt soll die audiovisuelle Medienkultur in Sachsen-Anhalt unterstützt und somit dazu beigetragen werden, Sachsen-Anhalt als Standort audiovisueller Medienproduktion zu präsentieren und weiter zu entwickeln. Ein Beispiel für die Förderung des kreativen Medienschaffens mit Strahlkraft über die Landesgrenzen hinaus ist das internationale Wissenschafts- und Medienfestival SILBERSALZ in Halle (Saale). Mit einer Kombination aus Publikumsfestival und Konferenzprogramm zur Wissenschaftskommunikation wird die Begegnung von Wissenschaft und Medien bei SILBERSALZ lebendig gemacht. Es wird hier die künftige Finanzierungsabsicherung des Landes dargestellt.
	Netzwerkstelle Medienkompetenz. Verbesserung der Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger.	Vernetzung von in Sachsen-Anhalt auf diesem Gebiet tätigen öffentlichen und privaten Einrichtungen, Initiativen und Projekten.
	Förderung der lokalen Medienvielfalt und von kommerziellen Rundfunkveranstaltern in Sachsen-Anhalt	Die lokale Medienvielfalt in Sachsen-Anhalt soll langfristig abgesichert werden, denn die Bürgermedien (Offene Kanäle und nicht kommerzielle Lokalradios) in Sachsen-Anhalt und neue online-gestützte Medienangebote leisten einen wesentlichen Beitrag zur Medienvielfalt und bei der praktischen Medienbildung. Ein flächendeckendes, vielfältiges und qualitätsvolles Nachrichten- und Informationsangebot mit engem Bezug zum lokalen und regionalen Geschehen in Sachsen-Anhalt zu unterstützen, ist das Ziel bei der Förderung von kommerziellen Rundfunkveranstaltern.

Politikfeld/ Politischer Handlungsbereich	Strategisches Ziel	Maßnahmen mit Bezug zum Ziel
	Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus Ansprechstelle für Betroffene, Sichtbarmachung, Hilfe und Begleitung bei antisemitischen Vorfällen, Information und Sensibilisierung für die Öffentlichkeit. Mitwirkung bei der verbindlichen Bund-Länder-Zusammenarbeit, die antisemitische Tendenzen verstärkt wahrnimmt und ihnen entgegenwirkt.	Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinschaft. Unterstützung für die Anliegen und die Sichtweise der jüdischen Gemeinschaft. Aufbau, Unterstützung und Begleitung eines unterstützenden Netzwerks für Sachsen-Anhalt. Unterstützung für Projekte und Initiativen zur Herstellung jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt. Bearbeitung von Anträgen, Auswertung von Studien und Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit. Mitarbeit in der Bund-Länder-Kommission, Mitwirkung an einem bundesweiten Erfassungssystem für antisemitische Vorfälle und Implementierung für Sachsen-Anhalt.
<u>Europapolitik und Internationale Zusammenarbeit</u>	Interessenvertretung des Landes in europapolitischen Angelegenheiten Förderung des Europagedankens Internationale Zusammenarbeit und interregionale Kooperation	Jährliche Schwerpunktsetzung durch Kabinettsbeschluss und Landtagsunterrichtung über europäische und internationale Aktivitäten der Landesregierung (LIV-Bericht) sowie Begleitung ausgewählter Rechtsetzungsvorhaben der EU. Information der Landesregierung, anderer Stellen und der Öffentlichkeit in Sachsen-Anhalt über die Europapolitik des Landes sowie über Maßnahmen, Programme und Entwicklungen der EU. Vertretung von Landesinteressen gegenüber EU-Institutionen und Einbringung dieser Interessen in den Meinungsbildungsprozess in Brüssel sowie Repräsentation des Landes im europäischen Kontext. Unterstützung und Durchführung von Projekten, die der Förderung des Europagedankens dienen, wie die Europawochen in Sachsen-Anhalt. Förderung und Ausbau der Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger zu aktuellen europäischen Themen und zur Vermittlung von europäischen Kompetenzen an junge Menschen, wie die Bürger- und Jugendberatungsstellen zu Fragen der europäischen Lernmobilitäts- und Förderprogramme. Förderung von Projekten der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Kommunalpartnerschaften, internationalen Jugendbegegnungen nichttouristischen Charakters sowie im Rahmen der Regionalpartnerschaften. Maßnahmen und Veranstaltungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit im In- und Ausland, z.B. Auslandsreisen des Ministerpräsidenten. Maßnahmen im Rahmen des Gästeprogramms der Bundesregierung.

2. Strategische Ziele und Vorhaben

Genderziel als Querschnittsziel:

Das Genderziel wird mit personalwirtschaftlichen Maßnahmen sowie Maßnahmen im Rahmen der „Strategischen qualitativen Personalentwicklung in der Landesverwaltung“ (vgl. B 1) als Nebenziel umgesetzt. Dies gilt auch für Aus- und Fortbildungen, amtsärztliche Untersuchungen, Fürsorgemaßnahmen und Unterstützungen sowie Erfüllungsübernahmen von Schmerzensgeldansprüchen nach § 83 a LBG LSA im Geschäftsbereich der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur selbst.

	GG2 = Gender ist Hauptziel	GG1 = Gender ist Nebenziel	GG0 = Gender ist kein Ziel
Gesamtsumme Haushaltsansatz in Euro im Haushaltsjahr 2025	0	30.976.400	8.165.100
Gesamtsumme Haushaltsansatz in Euro im Haushaltsjahr 2026	0	31.863.900	10.352.100

In der Staatskanzlei und des Ministeriums für Kultur ist eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte bestellt, die Aufgaben nach dem Frauenfördergesetz wahrnimmt. Darüber hinaus sind ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte an den Dienstorten Magdeburg, Berlin und Brüssel gewählt worden.

3. Überblickstabelle Politische Handlungsbereiche und Budgetanteile

Politikfeld:	Budget 2024	Budget 2025	Budget 2026
Staatsleitung und demokratische Prozesse	35.381.000 EUR	37.568.500 EUR	40.653.500 EUR
Internationale Zusammenarbeit	1.725.800 EUR	1.573.000 EUR	1.562.500 EUR

C. Organisatorische und sonstige Veränderungen

Im Herbst 2026 wird das Land Sachsen-Anhalt turnusmäßig den Vorsitz der Regierungschefinnen und Regierungschefs (Ministerpräsidentenkonferenz) für ein Jahr übernehmen. Die Ausgaben hierfür sind in der Titelgruppe 67 des Kapitels 0201 veranschlagt.

D. Hochbaumaßnahmen

Mittel für die Bauunterhaltung sowie Kleine und Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten werden für den Geschäftsbereich der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur im Einzelplan 20 - Hochbau -, Kapitel 2003 veranschlagt.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
02 01	Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt		25.500	631.600		657.100	26.110.300
02 04	Vertretung des Landes beim Bund		40.800	20.000		60.800	2.647.400
02 06	Vertretung des Landes bei der EU		17.500	0		17.500	955.400
	Summe 2025		83.800	651.600		735.400	29.713.100
	Summe 2024		81.500	752.800		834.300	25.355.500
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+2.300	-101.200		-98.900	+4.357.600

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
4.512.300	2.623.800		90.000	1.301.200	34.637.600	-33.980.500	3.431.500	02 01
604.100			0	144.000	3.395.500	-3.334.700	0	02 04
147.000			0	6.000	1.108.400	-1.090.900	0	02 06
5.263.400	2.623.800		90.000	1.451.200	39.141.500	-38.406.100	3.431.500	
8.050.200	2.536.200		141.300	1.023.600	37.106.800	-36.272.500	3.957.400	
-2.786.800	+87.600		-51.300	+427.600	+2.034.700	-2.133.600	-525.900	

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
02 01	Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt		25.500	631.600		657.100	27.044.400
02 04	Vertretung des Landes beim Bund		40.800	20.000		60.800	2.640.100
02 06	Vertretung des Landes bei der EU		22.500	0		22.500	928.400
	Summe 2026		88.800	651.600		740.400	30.612.900
	Summe 2025		83.800	651.600		735.400	29.713.100
	2026 mehr(+) / weniger(-)		+5.000	0		+5.000	+899.800

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
6.260.400	2.820.100		90.000	1.493.600	37.708.500	-37.051.400	6.346.100	02 01
613.500			0	156.000	3.409.600	-3.348.800	0	02 04
145.500				24.000	1.097.900	-1.075.400	0	02 06
7.019.400	2.820.100		90.000	1.673.600	42.216.000	-41.475.600	6.346.100	
5.263.400	2.623.800		90.000	1.451.200	39.141.500	-38.406.100	3.431.500	
+1.756.000	+196.300		0	+222.400	+3.074.500	-3.069.500	+2.914.600	

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Ausgaben aller Kapitel

Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur ist berechtigt, innerhalb des Einzelplanes 02 bei einem Titel der Hauptgruppe 5 bis 8 nicht mehr benötigte Haushaltsmittel zu anderen Zweckbestimmungen umzusetzen. Übersteigt dabei im Einzelfall die Höhe der umzusetzenden Haushaltsmittel 150.000 Euro, werden die Haushaltsansätze unter fachlicher Bewertung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur und mit Zustimmung des Ausschusses für Finanzen verstärkt.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0201, 0204 und 0206 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 302 Vollzeitäquivalente. Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0201, 0204 und 0206 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 302 Vollzeitäquivalente.

Einnahmen

111 11	772	Verwaltungsgebühren	1.000 0	1.000	1.000
119 01	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit	500 151	4.500	4.500
119 41	011	Rückzahlung von Überzahlungen	10.000 2.006	10.000	10.000
119 46	011	Ersatzleistungen	0 0	0	0
119 47	011	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0
119 51	011	Vermischte Einnahmen	10.000 909.194	10.000	10.000
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0 50	0	0
Erläuterungen: Sonstige Mieten und Pachten.					
132 01	011	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	729.100 631.622	631.600	631.600
282 02	011	Einnahmen aus Sponsoring und Spenden	0 0	0	0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

63 Förderung des Europagedankens

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 02 01
Titelgruppe 63.

272 63	011	Sonstige Zuschüsse der EU für Veranstaltungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Mögliche Einnahmen aus EU-Fördermitteln für gemeinsam finanzierte Aktivitäten des Landes Sachsen-Anhalt und der Europäischen Union.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0

64 Stärkung des Medienstandortes Sachsen-Anhalt

282 64	011	Kostenbeiträge Dritter zur Netzwerkstelle Medienkompetenz	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 02 01
Titelgruppe 64.

Erläuterungen:

Mögliche Einnahmen von Dritten zur Unterstützung der Netzwerkstelle Medienkompetenz.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0

66 Internationale Zusammenarbeit

272 66	011	Sonstige Zuschüsse der EU	0	0	0
			0		

** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 02 01
Titelgruppe 66.

Erläuterungen:

Mögliche Einnahmen aus EU-Mitteln zur Projektförderung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	0	0

**67 Vorsitz des Landes bei der Konferenz der
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
(Ministerpräsidentenkonferenz - MPK)**

282 67	011	Einnahmen aus Sponsoring und Spenden	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 02 01
Titelgruppe 67.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	0	0	0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

69 Online-Kommunikation, Landesmarketing

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 02 01
Titelgruppe 69.

Erläuterungen:

Einnahmen zur Unterstützung des Aufgabenbereichs Online-Kommunikation, Landesmarketing.

282 69	011	Einnahmen aus Sponsoring und Spenden	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 69			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

412 01	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Entschädigungszahlungen für den ehrenamtlichen Vorsitz der Einigungsstelle.

421 01	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	203.500	197.800	202.600
			205.756	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	196.300	190.600	195.400
2.	Dienstaufwandsentschädigung	6.800	6.800	6.800
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0	0
4.	Sonderzuwendung	400	400	400
	Summe	203.500	197.800	202.600

421 03	011	Bezüge des Staatsministers	94.200	103.300	106.200
			93.316	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	89.500	98.600	101.500
2.	Dienstaufwandsentschädigung	4.300	4.300	4.300
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0	0
4.	Sonderzuwendung	400	400	400
	Summe	94.200	103.300	106.200

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.907.400	7.679.900	7.821.400
			7.211.922	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	6.907.400	7.679.900	7.821.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	6.907.400	7.679.900	7.821.400

150.000 Euro sind vorgesehen für den zusätzlichen Einsatz von Bediensteten der Landesverwaltung in der Vertretung des Landes bei der EU bzw. bei Europäischen Institutionen.

422 51	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	500	500	500
			0	0	0

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	50.000	50.000	50.000
			93.797	0	0

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.969.300	12.381.900	12.685.400
			11.009.995	0	0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der		0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.018.100	1.468.300	1.403.300	
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.951.200	10.913.600	11.282.100	
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	
	Summe	9.969.300	12.381.900	12.685.400	
428 51	011 Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		500 0	500 0	500 0
431 01	018 Versorgungsbezüge der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister		201.500 203.072	219.100 0	224.400 0
431 02	011 Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister		60.700 61.804	62.800 0	63.600 0
432 01	018 Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter		3.487.500 3.385.076	3.899.200 0	4.243.000 0
432 02	018 Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter		155.900 256.747	363.300 0	418.900 0
435 01	011 Versorgungsbezüge der Angestellten		66.100 92.537	89.100 0	91.300 0
441 02	841 Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter		397.500 389.145	438.100 0	462.500 0
441 05	841 Beihilfen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		4.000 0	0 0	0 0
443 01	841 Fürsorgemaßnahmen und Unterstützungen		1.800 1.365	1.800 0	1.800 0
443 02	011 Amtsärztliche Untersuchungen		2.700 0	2.700 0	2.700 0
443 03	011 Überbetriebliche betriebsärztliche und sicherheitstechnische Dienste		25.000 15.126	19.200 0	19.200 0
	Erläuterungen:				
	Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit gem. §§ 1 bis 11 Arbeitssicherheitsgesetz.				
443 06	011 Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz		0 0	0 0	0 0
	Erläuterungen:				
	Vorsorglich Leertitel.				

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

443 07	011	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	500 0	500 0	500 0

443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	2.700 2.028	2.100 0	2.100 0

446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	644.600 488.807	573.100 0	615.200 0

453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	9.900 8.392	15.000 0	15.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Trennungsgeld	8.500	13.000	13.000
2.	Umzugskostenvergütungen	1.400	2.000	2.000
	Summe	9.900	15.000	15.000

Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung für Bedienstete, die im Wege der Abordnung an anderen Dienstorten eingesetzt sind.

453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	12.600 21.848	10.400 0	17.600 0

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	228.300 216.975	222.200 0	241.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	51.700	47.200	44.700
2.	Kommunikation	69.000	66.100	67.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	46.600	29.000	45.300
4.	Sonstiges	61.000	79.900	84.100
	Summe	228.300	222.200	241.100

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	57.500 54.267	56.000 0	56.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	57.000	55.000	55.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	300	800	800
3.	Verbrauchsmittel	200	200	200
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	57.500	56.000	56.000

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
PKW	8	9	7	7

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

Elektrofahrzeug	1	1	2	2
Zusammen	9	10	9	9

Darunter geleaste / gemietete Dienstkraftfahrzeuge

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
PKW	8	9	7	7
Elektrofahrzeug	1	1	2	2
Zusammen	9	10	9	9

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	146.500	194.700	194.700
			139.660	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Heizung	0	0	0
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	145.500	145.600	145.600
4. Bewachung	0	0	0
5. Sonstiges	1.000	1.000	1.000
6. Nebenkostenzahlungen für die Räumlichkeiten Kantstraße 3 und 5 im Rahmen des Mietmanagements durch den Landesbetrieb BLSA	0	48.100	48.100
Summe	146.500	194.700	194.700

zu 6. Veranschlagung der Nebenkostenzahlung für die Liegenschaft in der Kantstraße 3 und 5 erfolgte im Haushaltsplan 2024 gemeinsam mit den Mietzahlungen im Kapitel 0201 Titel 518 01.

517 30	011	Nebenkostenzahlungen an BLSA	387.000	0	0
			344.090	0	0

Erläuterungen:

Nebenkostenzahlungen u. a. für die Liegenschaften in der Hegelstraße 40 bis 42 sowie Flurbereiche in der Turmschanzenstraße 32.

518 01	011	Mieten und Pachten	319.000	202.400	210.000
			276.434	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	269.500	152.900	160.500
2. Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	49.500	49.500	49.500
3. Für Leasing	0	0	0
Summe	319.000	202.400	210.000

zu 1.) Veranschlagt sind ab 2025 nur die Mietzahlungen für die Räumlichkeiten in der Kantstraße 3 und 5 im Rahmen des Mietmanagements durch den Landesbetrieb BLSA. Die Nebenkosten werden ab 2025 gesondert im Kapitel 0201 Titel 517 01 veranschlagt.

518 13	011	Miete oder private Vorfinanzierung (z.B. Leasing) von DkFz	48.400	64.800	64.800
			39.036	0	0

Erläuterungen:

Leasingraten und Überführungskosten für u. a. 7 PKW und 2 Elektrofahrzeuge.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
518 30	011	Mietzahlungen an BLSA	889.000 784.422	0 0	0 0
		Erläuterungen: Mietzahlungen am Standort Magdeburg an den Landesbetrieb BLSA gem. Nutzungsvereinbarungen für die Liegenschaften Hegelstraße 40 bis 42, Lager Liebknechtstraße 65 und für die von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur genutzten Räumlichkeiten in der Turmschanzenstraße 32.			
519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	11.400 13.234	13.000 0	13.000 0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für die Unterhaltung landeseigener Gebäude, Grundstücke und Anlagen.			
525 01	011	Aus- und Fortbildung	47.500 35.514	59.000 0	59.000 0
		*** Kostenerstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.			
525 02	011	Aus- und Fortbildung im Rahmen der EU-Kompetenz	54.000 32.548	54.000 0	54.000 0
		*** Kostenerstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.			
		Erläuterungen: Maßnahmen zur Stärkung der Europakompetenz in der Landesverwaltung.			
525 03	011	Aus- und Fortbildung der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	4.000 23	2.000 0	2.000 0
		*** Kostenerstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.			
525 04	011	Strategisches qualitatives Personalmanagement	70.000 82.467	70.000 0	70.000 0
		*** Kostenerstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.			
		Erläuterungen: Das Strategische qualitative Personalmanagement wurde auf der Basis des Beschlusses der Landesregierung vom 3. Mai 2011 zur Abgrenzung der Geschäftsbereiche (MBI. LSA 2011, S. 217) eingerichtet. Zur Erfüllung dieser Aufgabe werden zielgruppenspezifische Fortbildungsmaßnahmen für Führungskräfte und Nachwuchsführungskräfte der Landesverwaltung in Form von z. B. Einzelseminaren, Seminarreihen, modularen Fortbildungen, Workshops oder Lernreisen zu ausgewählten Führungsthemen durchgeführt. Darüber hinaus sind Maßnahmen im Rahmen des ressortübergreifenden Gesundheitsmanagements vorgesehen.			
526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	6.500 12.449	28.000 0	28.000 0
		*** Kostenerstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.			
		Erläuterungen: Anfallende Gerichts- und Anwaltskosten in den Verfahren des Justiziariats sowie Kosten für Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der Finanzierungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.			
526 02	011	Sachverständige	7.000 0	5.000 0	5.000 0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 526 02

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Sachverständige, Dolmetscher	1.000	1.000	1.000
2.	Steuerberatung	6.000	4.000	4.000
Summe		7.000	5.000	5.000

526 03	011	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Kostenerstattungen für Mitglieder des Vertrauensrates.

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	138.500	120.000	120.000
			72.836	0	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	4.000	3.000	3.000
			1.891	0	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

529 01	011	Verfügun gsmittel des Ministerpräsidenten, des Chefs der Staatskanzlei und der Staatssekretäre	15.000	15.000	15.000
			3.307	0	0

529 02	011	Verfügun gsmittel der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur für außergewöhnlichen Aufwand	0	0	0
			0	0	0

529 05	011	Verfügun gsmittel der Landesregierung	7.600	6.000	6.000
			3.811	0	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Ausgaben insbesondere für den Geschenkefonds der Landesregierung.

531 01	011	Veröffentlichungen	0	0	0
			0	0	0

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	19.500	29.500	23.500
			23.559	0	0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Publikationen	4.000	20.000	6.000
2.	Sonstige Öffentlichkeitsarbeit	4.000	3.500	5.000
3.	Pressearbeit, Kleinwerbemittel	11.500	6.000	12.500
Summe		19.500	29.500	23.500

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	335.100	315.100	358.600
			301.973	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Nachrichtenagenturen / Datenbanken	92.000	94.400	96.800
2.	VG Wort / PMG Presse-Monitor GmbH	150.000	157.500	165.400
3.	Agentur (Medienspiegel)	60.000	61.200	62.400
4.	GEMA-Gebühren	31.100	0	32.000
5.	Übersetzungen	1.000	1.000	1.000
6.	Honorare	1.000	1.000	1.000
7.	Entgelte	0	0	0
Summe		335.100	315.100	358.600

537 01	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	1.000	1.000	1.000
			959	0	0

Erläuterungen:

Kosten für Umzüge innerhalb und zwischen den Dienstgebäuden sowie Beräumungen im Zuge der Ersatzbeschaffung von Büromöbeln und bei Renovierungsmaßnahmen.

542 01	011	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt für die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (hier: Kapitel 0201) erfolgt zentral aus diesem Titel.

545 02	011	Landesfest "Sachsen-Anhalt-Tag"	550.000	50.000	550.000
			49.520	550.000	0

*** Kostenerstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			550.000		550.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			550.000		550.000

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 545 02

Erläuterungen:

Das Landesfest (Sachsen-Anhalt-Tag) wird lt. Kabinettsbeschluss vom 17. Januar 2017 alle zwei Jahre ausgetragen.

546 01	011	Aufwendungen für Veranstaltungen	266.800	247.200	266.600
			183.402	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Veranstaltungen der Landesregierung sowie Beteiligung der Landesregierung an Veranstaltungen	138.800	149.700	169.100
2.	MPK-Ost	60.000	0	0
3.	Tag des Ehrenamtes	30.000	30.000	30.000
4.	Kabinettt, Regionalkonferenzen, Koalitionsausschuss	32.800	62.300	62.300
5.	Sonstige Veranstaltungen, Arbeitsbesprechungen etc.	5.200	5.200	5.200
	Summe	266.800	247.200	266.600

546 02	011	Protokollangelegenheiten der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur	80.000	88.000	88.000
			53.656	0	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Ausgaben für Protokollangelegenheiten der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur. Dazu gehören u. a. Staatsbesuche, Auslandsaufenthalte des Ministerpräsidenten und des Staatsministers und Ministers für Kultur, Aushändigungen von Orden und Ehrenzeichen/-gaben sowie Ausgaben anlässlich von Trauerfällen.

547 01	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5.500	4.500	4.500
			2.280	0	0

547 02	011	Ausgaben für Gesundheitsmanagement	0	3.500	0
			3.125	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Sachausgaben für den alle zwei Jahre stattfindenden Gesundheitstag.

632 01	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben	117.500	23.500	24.000
			111.822	0	0

Übertragbar

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	92.500				92.500
2026	92.500				92.500
2027	92.500				92.500
2028	101.500				101.500
2029 ff.					
Summen	379.000				379.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteilige Kostenübernahme für den gemeinsam finanzierten Länderbeobachter bei der EU	22.500	21.000	21.500
2.	Medienpolitische Vorhaben der Ländergemeinschaft	2.500	2.500	2.500
3.	Bund-, Länder-, Förderprogramm "Digitalisierung des nationalen Filmerbes"	92.500	0	0
	Summe	117.500	23.500	24.000

zu 1.: Anteilige Kostenübernahme für den gemeinsam finanzierten Länderbeobachter bei der EU. Die Kosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer umgelegt und dem Land Baden-Württemberg erstattet.

zu 2.: Die Medienpolitik wird von Rheinland-Pfalz koordiniert. Die bei gemeinsamen medienpolitischen Vorhaben der Ländergemeinschaft anfallenden Kosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel festgelegt.

zu 3.: Seit 2019 Umsetzung des Bund-Länder-Förderprogramms "Digitalisierung des nationalen Filmerbes". Die Gesamtkosten betragen ursprünglich bei einer Gesamtlauzeit von 10 Jahren rund 100 Mio. Euro und werden zu je einem Drittel von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, der Filmförderungsanstalt und den Ländern getragen. Der Länderanteil errechnet sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

Haushaltskürzungen bei den Finanzierungspartnern führen zur Kündigung der Verwaltungsvereinbarung zum 31.12.2024. Aus diesem Grund wird die hier in 2019 ausgebrachte VE mit einem Gesamtvolumen von 832.500 Euro ab dem Haushaltsjahr 2025 nicht mehr in Anspruch genommen.

681 01	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	140.000	90.000	90.000
			159.909	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	(Ersatz-) Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (u. a. Lizenzen) für die Gebäude und Räumlichkeiten der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Standort Magdeburg	90.000	90.000	90.000
2.	Einrichtung Medienraum im Palais am Fürstenwall	50.000	0	0
	Summe	140.000	90.000	90.000

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	922.600 856.426	1.301.200 0	1.493.600 0
972 01	881	Globale Minderausgaben	0 0	0 0	0 0

Titelgruppe(n)

61 Regierungsplanung und Grundsatzfragen

Übertragbar

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen zur Unterstützung bei der Bestimmung der Richtlinien der politischen Arbeit der Landesregierung in Landes-, Bundes-, Europa- und Kulturangelegenheiten.

Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur hat vor dem Hintergrund der durch die Kommission für "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" im Januar 2019 ausgesprochenen Empfehlungen für Maßnahmen im Energiesektor und für zukünftige Strukturentwicklungen zur Rückführung der Kohleverstromung in den betroffenen Kohlegebieten bis 2038 die Stabsstelle "Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier" gebildet. Diese soll Aktivitäten des Landes mit der Wirtschaft, den Kommunen und regionalen Akteuren des Mitteldeutschen Reviers bündeln, die Verhandlungen mit dem Bund, den Braunkohleländern und den sächsischen Partnern im Mitteldeutschen Revier begleiten und Grundsatzentscheidungen vorbereiten. Zudem koordiniert sie die breitgefächerten Vorhaben der Landesressorts.

Darüber hinaus bedürfen die zielorientierte Umsetzung des Strukturentwicklungsprogramms Sachsen-Anhalt sowie die Fördersystematik des Landes zur Umsetzung des Investitionsgesetzes Kohleregion eines kontinuierlichen Monitorings bzw. einer kontinuierlichen Evaluierung inkl. Bewertung der Wirksamkeit. Hierfür sind geeignete Indikatoren zu definieren und deren Entwicklung im Rahmen eines regelmäßigen Monitorings zunächst bis 2026 festzuhalten.

Die Ausgaben dienen weiterhin dem Aufbau und der Weiterführung eines zunächst temporären Netzwerkbüros im Rahmen der Initiative des "Neuen Europäischen Bauhauses", da diese Initiative die Gelegenheit bietet, im Strukturwandel vorgesehene, investive (städtebauliche) Maßnahmen auf ein neues innovatives und nachhaltiges Niveau zu heben. Aufgaben des Netzwerkbüros sind unter anderem eine regionale, nationale und europäische Netzwerkarbeit, Unterstützung bei der Einwerbung von Fördermitteln insbesondere der EU und des Bundes als Koordinator von Projektanträgen, die Durchführung nicht-investiver cross-innovation Vorhaben mit internationaler Strahlkraft im Kontext des Strukturwandels, sowie eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit sein. Gemeinsam sollen die entsprechenden innovativen Expertisen gebündelt und über das "Neue Europäische Bauhaus" zugunsten des Landes sowie im Rahmen des Strukturwandels eingesetzt werden.

Für die Begleitung und Koordination der Ansiedlung des US-amerikanischen Chiphersteller Intel im Land wurden das Project Management Office Intel (PMO) in der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur und die Taskforce Intel/Großansiedlungen im Ministerium für Wirtschaft, Landwirtschaft und Forsten im Mai 2022 geschaffen. Das PMO hat die strategische Aufgabe, die Aktivitäten des Landes und der betroffenen Interessengruppen zu bündeln und die Kommunikation mit der Bundesregierung sowie der Europäischen Kommission zu koordinieren. Zudem bereitet es die Grundsatzentscheidungen für die Regierungsplanung vor und koordiniert das umfangreiche Vorhaben ressortübergreifend, um die regionalen und internationalen Ziele des Landes effektiv zu unterstützen. Zur Aufgabenerfüllung des PMO sind u. a. Ausgaben für Kommunikationsmaßnahmen innerhalb des Stakeholdermanagements sowie Veranstaltungen und Gremiensitzungen vorgesehen.

522 61	011	Gutachten, Studien und Beraterverträge	210.000 203.074	250.000 50.000	260.000 750.000

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	200.000				200.000
2026	200.000		50.000		250.000
2027				250.000	250.000
2028				250.000	250.000
2029 ff.				250.000	250.000
Summen	400.000		50.000	750.000	1.200.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Umsetzungskontrolle der Strukturwandel-Vorhaben	200.000	250.000	250.000
2.	Sonstige Beratungsleistungen	10.000	0	10.000
	Summe	210.000	250.000	260.000

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 61

zu 1.

Mit der begleitenden Evaluierung der Landesmaßnahmen zum Strukturwandel in der ersten Förderperiode (2020 bis 2026) wurde ein externer Dienstleister beauftragt.

Ab 2025 ist eine Erweiterung des Auftrags um eine begleitende Zielerreichungskontrolle beabsichtigt (a). Die VE mit Belastung der Haushaltsjahre 2027 bis 2029 dient der Fortsetzung der begleitenden Evaluierung in der zweiten Förderperiode 2027 bis 2032 (b).

a) Auftragserweiterung begleitende Zielerreichungskontrolle 2025 bis 2026:

Inhalt:

Dem externen Dienstleister der begleitenden Evaluierung der ersten Förderperiode sollen in Erweiterung des bestehenden Auftrags folgende Aufgaben erteilt werden:

Entwicklung einer geeigneten Indikatorik für die Zielerreichung sowie Umsetzung der begleitenden Zielerreichungskontrolle im Rahmen der regelmäßigen Landesevaluierung.

Ziele:

Die zielorientierte Umsetzung des Strukturentwicklungsprogramms Sachsen-Anhalt sowie die Fördersystematik des Landes zur Umsetzung des Investitionsgesetzes Kohleregion bedürfen einer kontinuierlichen Evaluierung inkl. Bewertung der Wirksamkeit und Überwachung der Zielerreichung. Hierfür sind im Rahmen einer Beratungsleistung geeignete Indikatoren zu definieren und deren Entwicklung im Rahmen der regelmäßigen Landesevaluierung darzustellen sowie Konsequenzen daraus abzuleiten.

Laufzeit und Auftragsvolumen:

Der Dienstleister wurde bis zum Ende der 1. Förderperiode im Kj. 2026 beauftragt. Der Ergänzungsauftrag soll ebenfalls bis 2026 erteilt werden (zusätzliches Auftragsvolumen 2025 - 2026: bis zu 50.000 Euro p.a.).

b) Vergabe zur Fortsetzung der begleitenden Evaluierung der Landesmaßnahmen im Zeitraum 2027 bis 2029 in der 2. InvKG-Förderperiode:

Inhalt:

- Unterstützung des Landes bei der fortlaufenden Evaluierung des InvKG durch den Bund
- Fortlaufende Evaluierung des SEP
- Unterstützung bei der Evaluierung der Bundesvorhaben
- Ableitung von strategischen und operativen Handlungsempfehlungen

Ziele:

Die zielorientierte Umsetzung des Strukturentwicklungsprogramms Sachsen-Anhalt sowie die Fördersystematik des Landes zur Umsetzung des Investitionsgesetzes Kohleregion bedürfen eines kontinuierlichen Monitorings bzw. einer kontinuierlichen Evaluierung inkl. Bewertung der Wirksamkeit und Zielerreichung. Nach § 26 Abs. 1 InvKG sind die Länder zur Mitwirkung an der Evaluation verpflichtet.

Laufzeit und Auftragsvolumen:

Der Dienstleister soll in 2026 bis zum Kalenderjahr 2029 beauftragt werden (Auftragsvolumen 2027 - 2029: bis zu 250.000 Euro p.a.).

zu 2.:

Ad-hoc-Gutachten zu sonstigen Themen der Regierungsplanung bzw. Grundsatzfragen sowie Rechtsberatung im Rahmen von Vergabeverfahren.

531 61	011	Veröffentlichungen	0 0	0 0	0 0
532 61	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0 48.141	0 0	0 0
533 61	011	Dienstleistungen Außenstehender	521.500 235.333	533.000 72.000	529.000 1.580.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		530.000			530.000
2026		530.000	18.000		548.000
2027			18.000	540.000	558.000
2028			18.000	540.000	558.000
2029 ff.			18.000	500.000	518.000
Summen		1.060.000	72.000	1.580.000	2.712.000

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der VE in 2024 erfolgte i. H. v. 400.000 Euro für die Jahre 2025 und 2026 gemäß der Vorgabe des Koalitionsvertrages für den Aufbau bzw. Betrieb eines Netzbüros im Rahmen der Initiative des "Neuen Europäischen Bauhauses" im Land Sachsen-Anhalt. Im Jahr 2026 soll der Auftrag für den Zeitraum 2027 bis 2029 verlängert werden.

Die in 2024 ausgebrachte VE i. H. v. 120.000 Euro für die Jahre 2025 und 2026 für die Bürgerbeteiligung (u. a. Bürgerbeirat zum Strukturwandel) wurde für 2025 i. H. v. 97.000 Euro und für 2026 i. H. v. 96.000 Euro in Anspruch genommen. Im Jahr 2026 soll eine Neuvergabe der Leistungen für den Zeitraum 2027 bis 2029 erfolgen.

Auf Grundlage der in 2025 ausgebrachten VE für die Jahre 2026 bis 2029 i. H. v. 18.000 Euro soll die Beauftragung des Mitteldeutschland Monitors erfolgen.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Mitteldeutschland Monitor	10.000	18.000	18.000
2.	Bürgerbeteiligung (u. a. Bürgerbeirat zum Strukturwandel)	120.000	97.000	96.000
3.	NEB-Projektbüro	376.500	400.000	400.000
4.	Nachdruck des aktualisierten Strukturentwicklungsprogramms	0	3.000	0
5.	Stakeholdermanagement (PMO)	15.000	15.000	15.000
	Summe	521.500	533.000	529.000

546 61	011	Aufwendungen für Veranstaltungen	62.700	51.000	43.000
			11.493	0	40.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		20.000			20.000
2026		20.000			20.000
2027				20.000	20.000
2028				20.000	20.000
2029 ff.					
Summen		40.000		40.000	80.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Veranstaltungen und Gremiensitzungen (SSW)	11.200	8.000	8.000
2.	Moderation/Organisation von Veranstaltungen im Rahmen der Fortschreibung des Strukturentwicklungsprogramms	16.500	0	0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 546 61

3.	Konferenz zur Entwicklung der STARK-Vorhaben im Mitteldeutschen Revier LSA	0	8.000	0
4.	Veranstaltungen und Gremiensitzungen (PMO)	35.000	35.000	35.000
Summe		62.700	51.000	43.000

zu 1. Veranschlagt sind die Kosten für die vierteljährlich stattfindenden Revierausschüsse. Darüber hinaus ist im Jahr 2025 zusätzlich eine Konferenz zur Information über die Entwicklung der STARK-Vorhaben in Sachsen-Anhalt geplant.

547 61	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			571	0	0

633 61	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

671 61	011	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	715.800	961.000	885.000
			268.250	957.400	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	79.700	601.000			680.700
2026	86.900	420.300	512.300		1.019.500
2027		413.100	341.100		754.200
2028			60.000		60.000
2029 ff.			44.000		44.000
Summen	166.600	1.434.400	957.400		2.558.400

Erläuterungen:

Geschäftsbesorgung zur Abwicklung des Förderprofils "Neues Europäisches Bauhaus". Gemäß Beschluss zur Kabinettsvorlage Nr. 0198 vom 13. Juli 2022 zu den inhaltlichen Schwerpunkten der JTF-Förderung in Sachsen-Anhalt und deren finanzieller Untersetzung wurde die Staatskanzlei mit der Federführung zur Umsetzung des Schwerpunktes "IV. Neues Europäisches Bauhaus" betraut.

Die in 2023 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2024 bis 2027 wurde aus dem Epl. 13 Kapitel 1302 Titel 971 10 i. H. v. 1.898.000 Euro (2024: 600.000 Euro; 2025: 940.000 Euro; 2026: 293.000 Euro; 2027: 65.000 Euro) zur Finanzierung eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der IB Sachsen-Anhalt verstärkt.

Die in 2024 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2025 bis 2027 wurde nicht in Anspruch genommen.

685 61	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

686 61	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			1.510.000	1.795.000	1.717.000
				1.079.400	2.370.000

63 Förderung des Europagedankens

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 02 01 Titelgruppe 63.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen hier Ausgaben im Rahmen des Verwendungszweckes auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind.

*** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Im Zuge des Zusammenwachsens Gesamteuropas sowie der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union sollen den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Weltoffenheit und der Europagedanke näher gebracht werden.

533 63	011	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

546 63	011	Aufwendungen für Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten mit europäischem Bezug	24.000	24.000	24.000
			10.109	10.000	10.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		10.000			10.000
2026			10.000		10.000
2027				10.000	10.000
2028					
2029 ff.					
Summen		10.000	10.000	10.000	30.000

Erläuterungen:

Ausgaben zur Durchführung und Unterstützung von Veranstaltungen, Konferenzen, Wettbewerben und ähnlichen Maßnahmen mit europäischem Bezug. Maßnahmen im Zusammenhang mit der Europawoche und Veranstaltungen Dritter.

684 63	011	Zuschüsse zur Förderung des Europagedankens an soziale oder ähnliche Einrichtungen	257.000	263.100	263.100
			242.207	255.100	255.100

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		437.000			437.000
2026			255.100		255.100
2027				255.100	255.100
2028					
2029 ff.					
Summen		437.000	255.100	255.100	947.200

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 63

Erläuterungen:

Projekte zur Förderung des Europagedankens (Projektförderung), für Bildungs-, Kultur- und Informationsaktivitäten zu europäischen Themen, Wettbewerbe und andere Maßnahmen zur Vertiefung des Europabewusstseins. Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der Europawochen. Förderung und Ausbau der Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger sowie für Kommunen und zur Unterstützung der engeren Zusammenarbeit der Beratungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt. Förderung und Ausbau der Bürger- und Jugendberatungsstellen für Fragen zu europäischen Lernmobilitäts- und Förderprogrammen sowie zur Vermittlung von europäischen Themen und Kompetenzen für junge Menschen in ganz Sachsen-Anhalt.

685 63	011	Zuschüsse zur Förderung des Europagedankens an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Projekte zur Förderung des Europagedankens (Projektförderung), für Bildungs-, Kultur- und Informationsaktivitäten zu europäischen Themen, Wettbewerbe und andere Maßnahmen zur Vertiefung des Europabewusstseins. Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der Europawochen. Förderung und Ausbau der Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger sowie für Kommunen und zur Unterstützung der engeren Zusammenarbeit der Beratungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt. Förderung und Ausbau der Bürger- und Jugendberatungsstellen für Fragen zu europäischen Lernmobilitäts- und Förderprogrammen sowie zur Vermittlung von europäischen Themen und Kompetenzen für junge Menschen in ganz Sachsen-Anhalt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	281.000	287.100	287.100
		265.100	265.100

64 Stärkung des Medienstandortes Sachsen-Anhalt

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 02 01 Titel 282 64.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Diverse Akteure tragen zur Entwicklung des Film- und Medienstandortes Sachsen-Anhalt bei, wobei dieser vor großen Herausforderungen steht: Digitalisierung und technologische Umbrüche sowie verschärfter Wettbewerb zwischen den Standorten national und international.

Ziel ist die Stärkung des Medienstandortes Sachsen-Anhalt und langfristige positive Imagebildung, insbesondere durch:

- Förderung der Filmtheater,
- Förderung der Netzwerkstelle Medienkompetenz,
- Förderung der Bürgermedien unter Wahrung deren Programmfreiheit,
- Förderung von lokaljournalistischen Angeboten kommerzieller Rundfunkveranstalter
- Durchführung von Veranstaltungen mit Medienbezug einschließlich Beirat,
- Vermarktung des Film- und Medienlandes Sachsen-Anhalt,
- Unterstützung der audiovisuellen Medienkultur in Sachsen-Anhalt und von audiovisuellen Medienproduktionen sowie Verbesserung der Bedingungen für Filmschaffende, Vereine und Unternehmen usw. durch Zuschüsse zur Förderung des kreativen audiovisuellen Medienschaffens und von Medienprojekten.

Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, Sachsen-Anhalt als zukunftsfähigen, innovativen und attraktiven Medienstandort zu erhalten, weiter zu entwickeln und zu präsentieren. Die Wahrnehmbarkeit Sachsens-Anhalts als Standort audiovisueller Medienproduktionen soll auch über die Landesgrenzen hinaus erhöht werden.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 64	011	Dienstleistungen Außenstehender	147.000	65.000	97.000
			136.693	65.000	130.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			65.000		65.000
2027				65.000	65.000
2028				65.000	65.000
2029 ff.					
Summen			65.000	130.000	195.000

Erläuterungen:

Auftragsvergaben insbesondere im Zusammenhang mit der Vermarktung des Film- und Medienlandes Sachsen-Anhalt.

546 64	011	Aufwendungen für Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten mit Medienbezug	10.000	10.000	10.500
			6.078	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausgaben für Beirat	5.000	5.000	7.500
2.	Aufwendungen für Veranstaltungen	5.000	5.000	3.000
	Summe	10.000	10.000	10.500

zu 1.: Kostenerstattungen für die Einbeziehung externer Experten (Beirat) bei der Fördermittelvergabe im Rahmen des Programms zur Förderung des kreativen Medienschaffens und von Medienprojekten.

zu 2.: Aufwendungen für Veranstaltungen mit Medienbezug (u. a. Gespräche mit Medienschaffenden, Konferenzen).

671 64	011	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	100.000	50.000	75.000
			31.900	37.000	500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	33.400				33.400
2026	38.000		37.000		75.000
2027				100.000	100.000
2028				100.000	100.000
2029 ff.				300.000	300.000
Summen	71.400		37.000	500.000	608.400

Erläuterungen:

Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit der IB zur Abwicklung des Programms zur Förderung des kreativen Medienschaffens und von Medienprojekten.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

683 64	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	570.000	403.200	625.000
			261.130	300.000	400.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026			300.000		300.000
2027				400.000	400.000
2028					
2029 ff.					
Summen		500.000	300.000	400.000	1.200.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Förderung der Filmtheater in Sachsen-Anhalt	135.000	0	0
2.	Förderung des kreativen Medienschaffens und von Medienprojekten	435.000	403.200	625.000
Summe		570.000	403.200	625.000

Zu 1. Förderprogramm "Zukunftsprogramm Kino" (Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur strukturellen und nachhaltigen Förderung der Filmtheater in Sachsen-Anhalt - Richtlinie Zukunftsprogramm Kino).

Zu 2. Förderprogramm "Kreatives Medienschaffen und Medienprojekte" (Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung des Medienstandortes Sachsen-Anhalt). Die in 2024 ausgebrachte VE für 2025 i. H. v. 500.000 Euro wird max. bis zu einer Höhe von 435.000 Euro in Anspruch genommen.

684 64	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	400.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				400.000	400.000
2028					
2029 ff.					
Summen				400.000	400.000

Erläuterungen:

Förderung des Wissenschafts- und Medienfestivals SILBERSALZ der Documentary Campus gGmbH.

685 64	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	410.000	518.000	543.000
			133.629	400.000	1.586.000

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 64

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	100.000	43.000			143.000
2026	100.000	43.000	400.000		543.000
2027				543.000	543.000
2028				543.000	543.000
2029 ff.				500.000	500.000
Summen	200.000	86.000	400.000	1.586.000	2.272.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Förderung der Netzwerkstelle Medienkompetenz	35.000	43.000	43.000
2.	Förderung der lokalen Medienvielfalt in Sachsen-Anhalt	100.000	100.000	100.000
3.	Förderung der lokalen kommerziellen TV-Veranstalter	275.000	375.000	400.000
	Summe	410.000	518.000	543.000

Zu 1. Ziel ist es, die Aktivitäten im Bereich der Medienkompetenzförderung durch die "Netzwerkstelle Medienkompetenz Sachsen-Anhalt" zu stärken, zu verknüpfen und auszubauen.

Zu 2. Die Bürgermedien (Offene Kanäle und nicht kommerzielle Lokalradios) in Sachsen-Anhalt und neue onlinegestützte Medienangebote leisten einen wesentlichen Beitrag zur Medienvielfalt und bei der praktischen Medienbildung. Unter Wahrung deren Programmfreiheit soll die finanzielle Förderung ausgebaut und langfristig abgesichert werden.

Zu 3. Förderung von lokaljournalistischen Angeboten kommerzieller Rundfunkveranstalter mit dem Ziel, ein flächen-deckendes, vielfältiges und qualitätsvolles Nachrichten- und Informationsangebot mit engem Bezug zum lokalen und regionalen Geschehen in Sachsen-Anhalt zu unterstützen.

686 64	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	1.237.000	1.046.200	1.350.500
		802.000	3.016.000

66 Internationale Zusammenarbeit

****** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 02 01 Titel 272 66.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Um die zahlreichen Auslandsaktivitäten des Landes zielgerichtet und nachhaltig entwickeln zu können, ist eine Koordinierung der Auslandsbeziehungen, die auch eine Abstimmung mit Institutionen außerhalb der Landesverwaltung einschließt, erforderlich. Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt nimmt diese ressortübergreifende Koordinierungsfunktion der internationalen Zusammenarbeit wahr.

Unterstützt werden insbesondere Aktivitäten im Rahmen von Regionalpartnerschaften und Städtepartnerschaften, Kooperationsprojekte, ressortübergreifende Aktivitäten im Rahmen der Koordinierungsfunktion der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie die fachliche Zusammenarbeit mit ausgewählten Partnern in Verantwortung der Fachressorts. Sofern sie den vorstehenden Zielen dienen, können diese Aktivitäten auch im Inland bzw. ohne ausländischen Partner stattfinden.

533 66	011	Dienstleistungen Außenstehender	2.000	1.500	1.500
			276	0	0

Erläuterungen:

Aufwendungen für Übersetzer, Dokumentationen, Inanspruchnahme von externen Dienstleistungen bei Fachgesprächen sowie sonstige projektunterstützende Maßnahmen zur Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit.

546 66	011	Aufwendungen für Veranstaltungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit	32.000	17.000	17.000
			20.886	5.000	5.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		10.000			10.000
2026			5.000		5.000
2027				5.000	5.000
2028					
2029 ff.					
Summen		10.000	5.000	5.000	20.000

Erläuterungen:

Durchführung von Veranstaltungen, Konferenzen, Empfängen und Besuchen ausländischer Delegationen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit.

684 66	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Projekte zur Förderung der internationalen, interregionalen und interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen der Regionalpartnerschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Masowien/Polen, Centre-Val de Loire/Frankreich) und mit Kooperationsregionen des Landes Sachsen-Anhalt (u. a. mit der Autonomen Gemeinschaft Valencia/Spanien), Projekte im Rahmen von Jugendbegegnungen nichttouristischen Charakters, Aktionen im Rahmen von kommunalen Partnerschaften/ Kooperationen.

685 66	011	Zuschüsse zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit	105.900	105.000	105.000
			49.031	20.000	20.000

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 66

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		35.000			35.000
2026			20.000		20.000
2027				20.000	20.000
2028					
2029 ff.					
Summen		35.000	20.000	20.000	75.000

Erläuterungen:

Projekte zur Förderung der internationalen, interregionalen und interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen der Regionalpartnerschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Masowien/Polen, Centre-Val de Loire/Frankreich) und mit Kooperationsregionen des Landes Sachsen-Anhalt (u. a. mit der Autonomen Gemeinschaft Valencia/Spanien), Projekte im Rahmen von Jugendbegegnungen nichttouristischen Charakters, Aktionen im Rahmen von kommunalen Partnerschaften/ Kooperationen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	139.900	123.500	123.500
		25.000	25.000

**67 Vorsitz des Landes bei der Konferenz der
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
(Ministerpräsidentenkonferenz - MPK)**

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 02 01 Titel 282 67.

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Für den Zeitraum vom 1. Oktober 2026 bis 30. September 2027 übernimmt das Land Sachsen-Anhalt turnusmäßig den Vorsitz der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder (MPK). Damit einher geht u.a. die Ausrichtung von vier Konferenzen (insbesondere der Jahres-MPK) im HH-Jahr 2026 sowie von sieben Konferenzen (insbesondere der Jahreskonferenz der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien) im HH-Jahr 2027. Die Veranschlagung umfasst die Aufwendungen der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie der Landesvertretungen.

511 67 011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	144.000
		0	0	0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 67

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Konferenztechnik	0	0	117.000
2.	Kopiertchnik	0	0	27.000
Summe		0	0	144.000

532 67	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	0	56.700
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kleinwerbmittel, Publikationen/Druckerzeugnisse, sonstige Öffentlichkeitsarbeit	0	0	40.500
2.	Pressekonferenz (Versorgung und Basislogistik)	0	0	16.200
Summe		0	0	56.700

533 67	011	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	63.000
			0	20.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			20.000		20.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			20.000		20.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	MPK-Software	0	0	45.000
2.	MPK-Logo	0	0	18.000
Summe		0	0	63.000

534 67	011	Ausrichtung der Ministerpräsidentenkonferenz 2026/2027	0	0	557.000
			0	200.000	500.000

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 534 67

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			200.000		200.000
2027				500.000	500.000
2028					
2029 ff.					
Summen			200.000	500.000	700.000

Erläuterungen:

Ausrichtung der MP- und CdS-Konferenzen sowie Vorbesprechungen.

546 67	011	Aufwendungen für Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem MPK-Vorsitz 2026/2027	0	0	72.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausrichtung des Empfangs zum Tag der Deutschen Einheit in Brüssel	0	0	18.000
2.	Haupt- und Begleitprogramme MPK	0	0	54.000
	Summe	0	0	72.000

zu 1.: Anteil des Vorsitzlandes an der gemeinsamen Ausrichtung des Empfangs der deutschen Länder.

547 67	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	0	0	892.700
		220.000	500.000

68 Vorsitz des Landes bei der Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister (EMK)

Übertragbar

** Kostenbeiträge Dritter können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Im Herbst 1992 wurde die Europaministerkonferenz (EMK) eingerichtet, um der wachsenden Bedeutung der Europäischen Union für die Bundesländer gerecht zu werden. Die Vorsitzführung der Länder in der EMK wechselt jährlich. Das Land Sachsen-Anhalt übernahm den Vorsitz in der EMK vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2023.

511 68	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
533 68	011	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
534 68	011	Ausrichtung der EMK	0 79.880	0 0	0 0
547 68	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 68			0	0 0	0 0
69	Online-Kommunikation, Landesmarketing				
	Übertragbar				
	* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 02 01 Titelgruppe 69.				
	** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.				
	Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.				
	Erläuterungen:				
	Themenübergreifende Kommunikation und Landesmarketing sind wichtige Querschnittsaufgaben einer Regierungszentrale. Mit der Verknüpfung beider Bereiche werden Synergieeffekte genutzt, beide Bereiche in der öffentlichen Wahrnehmung verstärkt und die Darstellung des Landes aus einem Guss ermöglicht. Kommunikation und Landesmarketing sind crossmedial angelegt.				
	Übergeordnete Ziele sind, die Arbeit der Landesregierung und der Staatskanzlei gemäß verfassungsmäßigem Auftrag verständlich und interaktiv in Wort, Bild sowie Bewegtbild darzulegen und ein positives Landesimage zu schaffen.				
	Sachsen-Anhalt soll weiter bundesweit als zukunftsfähiger, attraktiver und innovativer Wirtschafts-, Arbeits-, Lebens-, Wissenschafts- und - und Kulturstandort präsentiert werden. Dabei sind der Strukturwandel und Großinvestitionen elementare Säulen, um positive Assoziationen zu wecken und bei den Menschen in Sachsen-Anhalt die Verbundenheit zu ihrer Heimat zu stärken.				
	Analog zu anderen Themenfeldern (z. B. EU-Politik, Kultur) werden auch Online- sowie Offline-Kommunikationsmaßnahmen zum Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung zentral gesteuert, koordiniert und operativ umgesetzt.				
	Die Online-Kommunikation der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur umfasst neben dem Landesportal zielgruppen- und reichweitenorientierte Social Media Kommunikation, die regelmäßig evaluiert wird und erfolgreiche Trends in den sozialen Netzwerken aufgreift.				
	Online-Kommunikation und Landesmarketing sind als Querschnittsaufgaben innovativ, barrierearm, nutzerfreundlich und transparent auszurichten. Mit der Online-Kommunikation wird zudem schnell auf aktuelle Ereignisse reagiert (Krisenkommunikation).				
532 69	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0 0	0 0	0 0
533 69	011	Dienstleistungen Außenstehender	2.021.900 2.461.302	1.596.900 70.000	1.841.900 50.000

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 69

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		105.000			105.000
2026			70.000		70.000
2027				50.000	50.000
2028					
2029 ff.					
Summen		105.000	70.000	50.000	225.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fortsetzung der Offline- und Onlinevermarktung Kampagne #moderndenken	400.000	0	0
2.	Online-Kommunikation (Social Media, Landesportal)	658.000	0	0
3.	Binnen- und Außenmarketing offline	322.000	0	0
4.	Digitale Angebote	160.000	0	0
5.	Medienarbeit/Werbemaßnahmen zum Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier	481.900	347.000	347.000
6.	Fortsetzung Kampagne #moderndenken - Binnen- und Außenmarketing	0	404.900	594.900
7.	Online-Kommunikation, Digitale Projekte - Social Media, Landesportal	0	420.000	470.000
8.	Operative Mittel und Einzelprojekte	0	425.000	430.000
	Summe	2.021.900	1.596.900	1.841.900

546 69	011	Aufwendungen für Veranstaltungen	110.000	110.000	110.000
			84.940	0	0

Erläuterungen:

U. a. Landespräsentation beim Tag der Deutschen Einheit und anderweitige Veranstaltungen zur Bewerbung Sachsen-Anhalts.

547 69	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0
683 69	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
685 69	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			2.131.900	1.706.900	1.951.900
				70.000	50.000

**70 Ansprechpartner für jüdisches Leben und gegen
Antisemitismus**

Übertragbar

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die Funktion des "Ansprechpartners für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus" ist seit dem 12. November 2018 in der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur angesiedelt und direkt dem Ministerpräsidenten zugeordnet. Hintergrund sind Aktivitäten des Bundes und der Länder in Ausführung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 17. November 2018 (BT-Drs. 19/444).

Die Landesregierung hat am 6. Oktober 2020 das "Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus" beschlossen. Die Federführung für die Umsetzung des Programms liegt beim "Ansprechpartner". Der Landtag hat mit Beschluss 7/7226 vom 4. Februar 2021 ("Antisemitismus, Rassismus und die Verbreitung von Hassideologien mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenzutreten") das Landesprogramm begrüßt und um die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen gebeten.

In der Titelgruppe 70 sind Mittel für die zivilgesellschaftlich getragene Meldestelle "RIAS-Sachsen-Anhalt" im Rahmen des bundesweiten Erfassungssystems für antisemitische Vorfälle (Kap. B.1 des Landesprogramms) sowie zur gezielten Anschubförderung ausgewählter Projekte (Kap. B.16 des Landesprogramms) eingeplant.

526 70	011	Aufwandsentschädigungen	0 0	0 0	0 0
532 70	011	Sonstige Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	0 0	0 0	0 0
533 70	011	Dienstleistungen Außenstehender	0 11.748	0 0	0 0
546 70	011	Aufwendungen für Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten mit Bezug auf jüdisches Leben oder Antisemitismus	0 2.974	0 0	0 0
Erläuterungen:					
Ausgaben zur Durchführung und Unterstützung von Veranstaltungen, Konferenzen, Wettbewerben und ähnlichen Maßnahmen mit Bezug auf jüdisches Leben oder Antisemitismus. Kostenerstattungen für Mitglieder des Beirats für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt. Übernahme von Mitgliedsbeiträgen bei zivilgesellschaftlichen Verbänden, Vereinen, Institutionen u. ä., die gezielt Projekte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus fördern.					
547 70	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
633 70	011	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
681 70	011	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0 0	0 0	0 0
684 70	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	260.000 223.203	300.000 420.000	300.000 120.000

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 70

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		120.000			120.000
2026		120.000	180.000		300.000
2027			240.000	60.000	300.000
2028				60.000	60.000
2029 ff.					
Summen		240.000	420.000	120.000	780.000

Erläuterungen:

Richtlinie der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten zur Stärkung des jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt (Förderrichtlinie jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt).

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	260.000	300.000	300.000
		420.000	120.000

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21.500	25.500	25.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	729.100	631.600	631.600
Gesamteinnahme		750.600	657.100	657.100

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	22.298.400	26.110.300	27.044.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6.840.200	4.512.300	6.260.400
			1.042.000	3.065.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.536.200	2.623.800	2.820.100
			2.389.500	3.281.100
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	140.000	90.000	90.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	922.600	1.301.200	1.493.600
			0	0
Gesamtausgabe		32.737.400	34.637.600	37.708.500
Gesamtsumme der VE			3.431.500	6.346.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-31.986.800	-33.980.500	-37.051.400

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 04 Vertretung des Landes beim Bund

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0201, 0204 und 0206 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 302 Vollzeitäquivalente. Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0201, 0204 und 0206 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 302 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeine Vorbemerkung zum Kapitel:

Die Zuständigkeit für die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 22.07.1994 (MBI. LSA S. 1954) auf die Staatskanzlei übergegangen.

Einnahmen

119 46	011	Ersatzleistungen	500 0	500	500
119 47	011	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0
119 51	011	Vermischte Einnahmen	1.300 8.856	3.100	3.100
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	35.700 31.742	37.200	37.200

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 02 04 Titel 532 01 und 546 02.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	5.700	6.000	6.000
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	30.000	30.000	30.000
6.	Umsatzsteuer	0	1.200	1.200
	Summe	35.700	37.200	37.200

Zu 1. Mieteinnahmen für Hausmeisterwohnung Luisenstr. 18 (Miete: 477,49 Euro monatlich)

Zu 5. Einnahmen aus Vermietung des Veranstaltungskomplexes (Entgelt netto)

132 01	011	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0 0	0	0
231 01	011	Sonstige Zuweisungen vom Bund zu staatspolitischen Veranstaltungen	3.700 0	0	0
235 02	011	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit	0 0	0	0
282 02	011	Einnahmen aus Sponsoring und Spenden	20.000 20.000	20.000	20.000

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0204 Titel 546 02.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 04 Vertretung des Landes beim Bund

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 282 02

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Einnahmen aus Sponsoring	20.000	20.000	20.000
2.	Umsatzsteuer	0	0	0
	Summe	20.000	20.000	20.000

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 04 Vertretung des Landes beim Bund

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.036.200 1.060.506	1.167.500 0	1.149.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.036.200	1.167.500	1.149.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	1.036.200	1.167.500	1.149.400

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	14.700 0	0 0	0 0

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.167.100 1.073.800	1.478.100 0	1.488.900 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 274.300 892.800	0 176.100 1.302.000	0 176.800 1.312.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	1.167.100	1.478.100	1.488.900

443 02	011	Amtsärztliche Untersuchungen	500 0	500 0	500 0

443 03	011	Überbetriebliche betriebsärztliche und sicherheitstechnische Dienste	1.900 1.086	1.300 0	1.300 0

Erläuterungen:

Betriebsarzt gem. §§ 1 bis 11 Arbeitssicherheitsgesetz, Fachkraft für Arbeitssicherheit

443 07	011	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme aus Schmerzensgeldansprüchen	0 0	0 0	0 0

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	46.300 36.814	39.900 0	39.900 0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 04 Vertretung des Landes beim Bund

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	3.500	300	300
2.	Kommunikation	26.900	26.800	26.800
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8.900	6.700	6.700
4.	Sonstiges	7.000	6.100	6.100
	Summe	46.300	39.900	39.900

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	5.900	5.500	3.600
			7.229	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	200	1.020	1.020
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	5.700	4.460	2.560
4.	Sonstiges	0	20	20
	Summe	5.900	5.500	3.600

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
PKW	2	2	2	2
Zusammen	2	2	2	2

Darunter geleaste / gemietete Dienstkraftfahrzeuge

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
PKW	2	2	2	2
Zusammen	2	2	2	2

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	258.600	274.700	284.200
			240.814	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	52.700	55.000	55.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	33.700	35.700	38.200
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	43.000	44.700	44.700
4.	Bewachung	98.600	109.600	114.500
5.	Sonstiges	30.600	29.700	31.800
	Summe	258.600	274.700	284.200

518 01	011	Mieten und Pachten	35.200	33.300	33.300
			33.327	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	29.900	28.000	28.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	5.300	5.300	5.300

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 04 Vertretung des Landes beim Bund

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	35.200	33.300	33.300

Zu 1. Miete S-Bahnbogen Margarete-Steffin-Str.
Miete Übertragungsanlage für Gefahrenmeldungen
Mietservice Schmutzfangmatten

Zu 2. Miete für Digitalkopierer

518 13	011	Miete oder private Vorfinanzierung (z.B. Leasing) von Dkfst	7.100	7.200	9.000
			5.890	0	0

Erläuterungen:
Leasingraten für 2 Dienst-Kfz.

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.400	8.100	8.100
			8.111	0	0

Erläuterungen:
Veranschlagt sind Ausgaben für die Unterhaltung landeseigener Gebäude, Grundstücke und Anlagen.

525 01	011	Aus- und Fortbildung	2.800	3.700	3.700
			3.765	0	0

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	500	500	500
			0	0	0

526 02	011	Sachverständige	0	0	0
			0	0	0

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	3.500	4.100	4.100
			4.116	0	0

529 01	011	Verfügungsmittel der Staatssekretärin	500	500	500
			328	0	0

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	5.000	4.000	4.000
			3.102	0	0

*** Die Ausgaben der Titel 532 01 und 546 02 dürfen
überschritten werden bis zur Höhe der Netto-Mehreinnahmen
aus sonstigen Mieten und Pachten bei Kapitel 0204 Titel 124
01.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Öffentlichkeitsarbeit	3.400	2.600	2.600
2.	Presse / Presstreff / Kleinwerbemittel	1.600	1.400	1.400
3.	Sonstige Veröffentlichungen	0	0	0
	Summe	5.000	4.000	4.000

Zu 1. Pflege und Aktualisierung des Video-Podcasts, Aktualisierung von Informationsmaterial (Flyer, Infokarten),
Öffentlichkeitsarbeit.

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 04 Vertretung des Landes beim Bund

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

537 01	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	0	0	0
			0	0	0

542 01	011	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt für die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund erfolgt zentral aus diesem Titel.

546 02	011	Aufwendungen für Veranstaltungen der Landesvertretung Berlin	246.600	222.600	222.600
			229.218	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Die Ausgaben der Titel 532 01 und 546 02 dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Netto-Mehreinnahmen aus sonstigen Mieten und Pachten bei Kapitel 0204 Titel 124 01.

Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Netto-Mehreinnahmen bei Kapitel 0204 Titel 231 01 und Titel 282 02.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Veranstaltungen / Ausstellungen	228.600	204.600	204.600
2.	Betreuung von politisch Interessierten	7.800	7.800	7.800
3.	Koordinierungsgespräche im Rahmen des Bundesrates / Bundestages	5.600	5.600	5.600
4.	Andere Besucher	2.100	2.100	2.100
5.	Geräte und Gebrauchsgegenstände	2.500	2.500	2.500
	Summe	246.600	222.600	222.600

811 01	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	1.300	0	0
			0	0	0

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0
			0	0	0

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	101.000	144.000	156.000
			100.777	0	0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 04 Vertretung des Landes beim Bund

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	37.500	40.800	40.800
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	23.700	20.000	20.000
Gesamteinnahme		61.200	60.800	60.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	2.220.400	2.647.400	2.640.100
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	617.400	604.100	613.500
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.300	0	0
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	101.000	144.000	156.000
			0	0
Gesamtausgabe		2.940.100	3.395.500	3.409.600
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.878.900	-3.334.700	-3.348.800

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 06 Vertretung des Landes bei der EU

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0201, 0204 und 0206 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 302 Vollzeitäquivalente. Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0201, 0204 und 0206 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 302 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeine Vorbemerkung zum Kapitel:

Gemäß Beschluss der Landesregierung wurde 1999 das Verbindungsbüro Brüssel (neben den koordinierenden Aufgaben im Bereich der Europaangelegenheiten) der Staatskanzlei zugeordnet.

Einnahmen

119 41	011	Rückzahlungen von Überzahlungen	5.000 0	5.000	5.000
119 46	011	Ersatzleistungen	0 0	0	0
119 47	011	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0
119 51	011	Vermischte Einnahmen	500 1.789	500	500

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte (netto)	500	500	500
2.	Umsatzsteuer	0	0	0
	Summe	500	500	500

124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	17.000 12.407	12.000	17.000

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0206 Titel 546 02.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	3.000	3.000	3.000
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	14.000	9.000	14.000
6.	Umsatzsteuer	0	0	0
	Summe	17.000	12.000	17.000

Zu 2. Einnahmen für Praktikantenwohnungen Avenue Mesens 7/7a, 1040 Brüssel

Zu 5. Einnahmen aus Vermietung des Veranstaltungskomplexes Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

282 02	011	Einnahmen aus Sponsoring und Spenden	0 0	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0206 Titel 546 02.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 06 Vertretung des Landes bei der EU

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	273.600 287.934	250.400 0	195.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	273.600	250.400	195.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	273.600	250.400	195.100

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	562.100 753.641	700.500 0	732.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	562.100	700.500	732.300
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	562.100	700.500	732.300

443 02	011	Amtsärztliche Untersuchungen	500 0	500 0	500 0

443 03	011	Überbetriebliche betriebsärztliche und sicherheitstechnische Dienste	500 136	4.000 0	500 0

443 07	011	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme aus Schmerzensgeldansprüchen	0 0	0 0	0 0

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	28.000 24.582	28.000 0	28.000 0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 06 Vertretung des Landes bei der EU

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Büro- und Geschäftsbedarf	5.000	5.000	5.000
2.	Kommunikation	12.000	11.000	11.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000	10.000	10.000
4.	Sonstiges	1.000	2.000	2.000
	Summe	28.000	28.000	28.000

514 01	011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	2.500	0	0
		716	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	2.250	0	0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	0	0	0
4.	Sonstiges	250	0	0
	Summe	2.500	0	0

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
PKW	1	1	0	0
Zusammen	1	1	0	0

Darunter geleaste / gemietete Dienstkraftfahrzeuge

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
PKW	1	1	0	0
Zusammen	1	1	0	0

Ab dem Haushaltsjahr 2025 hält die Landesvertretung bei der EU in Brüssel keinen Dienstwagen mehr vor.

517 01	011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	9.000	8.000	9.000
		6.290	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe
vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	3.400	3.400	3.400
4.	Bewachung und Einlassdienst	0	0	0
5.	Sonstiges	5.600	4.600	5.600
	Summe	9.000	8.000	9.000

517 30	011 Nebenkostenzahlungen an BLSA	178.400	0	0
		187.163	0	0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 06 Vertretung des Landes bei der EU

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 30

Erläuterungen:

Nebenkostenzahlung für die Liegenschaft der Landesvertretung bei der EU in Brüssel.

518 01	011	Mieten und Pachten	3.500	3.500	3.500
			1.941	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mietkosten für die Kopiertechnik.

518 13	011	Miete oder private Vorfinanzierung (z.B. Leasing) von Dkzf	3.000	0	0
			2.414	0	0

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2025 hält die Landesvertretung bei der EU in Brüssel keinen Dienstwagen mehr vor.

518 30	011	Mietzahlungen an BLSA	264.700	0	0
			264.693	0	0

Erläuterungen:

Mietzahlungen für die Liegenschaft der Landesvertretung bei der EU in Brüssel.

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4.500	7.000	4.500
			8.961	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Unterhaltung landeseigener Gebäude, Grundstücke und Anlagen.

525 01	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	4.500	4.500	4.500
			3.841	0	0

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			0	0	0

526 02	011	Sachverständige	2.500	2.000	2.000
			1.041	0	0

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	11.000	10.000	10.000
			7.396	0	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Reisekosten allgemein	9.000	7.500	7.500
2.	Aufwendungen für den öffentlichen Nahverkehr in Brüssel	2.000	2.500	2.500
	Summe	11.000	10.000	10.000

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	1.500	1.500	1.500
			1.496	0	0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 06 Vertretung des Landes bei der EU

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Öffentlichkeitsarbeit	500	500	500
2.	Presse / Presstreff / Kleinwerbemittel	1.000	1.000	1.000
Summe		1.500	1.500	1.500

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	2.000 2.194	5.000 0	5.000 0
537 01	011	Kosten von Behördenumzügen	0 0	0 0	0 0
542 01	011	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt für die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU erfolgen zentral aus diesem Titel.

546 02	011	Aufwendungen für Veranstaltungen der Landesvertretung Brüssel	77.000 71.623	77.000 0	77.000 0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Die Ausgaben des Titels 546 02 dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Netto-Mehreinnahmen aus sonstigen Mieten und Pachten bei Kapitel 0206 Titel 124 01 sowie der Netto-Ist-Einnahmen bei Kapitel 0206 Titel 282 02.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Konzerte, Ausstellungen, Vortragsabende des Landes Sachsen-Anhalt zur Präsentation des Landes	47.000	50.000	50.000
2.	Durchführung von europäischen Fachkonferenzen und Leistungsschauen des Landes unter organisatorischer und finanzieller Beteiligung der Fachhäuser	16.000	14.000	14.000
3.	Betreuung von Besuchergruppen	1.000	1.000	1.000
4.	Beteiligung an Veranstaltungen Dritter (verstärkte Kooperation in EU-Projekten)	9.000	8.000	8.000
5.	Gästebewirtung, Arbeitsessen und Sonstiges	2.000	2.000	2.000
6.	Kosten für Steuern, Gebühren, Künstlersozialabgaben	2.000	2.000	2.000
Summe		77.000	77.000	77.000

547 01	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500 56	500 0	500 0
812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 06 Vertretung des Landes bei der EU

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	6.000	24.000
			0	0	0

02 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Staatskanzlei -
02 06 Vertretung des Landes bei der EU

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	22.500	17.500	22.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		22.500	17.500	22.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	836.700	955.400	928.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	592.600	147.000	145.500
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	6.000	24.000
			0	0
Gesamtausgabe		1.429.300	1.108.400	1.097.900
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.406.800	-1.090.900	-1.075.400

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 02 01 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt (Stellenplan)
Kapitel 02 04 Vertretung des Landes beim Bund (Stellenplan)
Kapitel 02 06 Vertretung des Landes bei der EU (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B9	Staatssekretär/-in	2	2	2
B6	Ministerialdirigent/-in	2	2	2
B5	Ministerialdirigent/-in	3	3	3
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	2	2	2
B2	Ministerialrat/-rätin	14	14	14
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Ministerialrat/-rätin	15 ¹⁾	14 ¹⁾	14 ¹⁾
A15	Regierungsschuldirektor/-in	1 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾
A15	Regierungsdirektor/-in, Kulturdirektor/-in	39 ¹⁾	39 ¹⁾	39 ¹⁾
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Kulturoberrat/-rätin	18 ¹⁾	18 ¹⁾	18 ¹⁾
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	26	25	25
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	14	14	14
A11	Regierungsamtmann/-frau	6	6	6
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	1	1	1
Summe :		143	141	141
LEERSTELLEN				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B9	Staatssekretär/-in	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Regierungsdirektor/-in	1 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾
Summe [Leerstellen]:		2	2	2

1) Die Stellen dürfen mit Richtern/-innen (Bes.-Gr. R 1 und R 2 LBesO) besetzt werden.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	am 30.04.2030	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2024)
1 Stelle	A15	am 31.07.2026	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2022)
1 Stelle	A14	am 30.06.2027	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2022)
1 Stelle	A13 L2.1	am 31.12.2032	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2024)

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15			(aus HH 2015/2016)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparun-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16				1								-1	Umsetzung nach Kapitel 0204
2	A13 L2.1				1								-1	Umsetzung nach Kapitel 0204
Ohne TG 96					2								-2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

			Stellenanzahl		
			2024	2025	2026
428 01					
<i>EntgeltGruppe</i>					
AT A 16	Verwaltungsdienst		1	1	1
AT B 3	Verwaltungsdienst		1	1	1
AT B 2	Verwaltungsdienst		5	5	5
E 15 Ü	Verwaltungsdienst		1	1	1
E 15	Verwaltungsdienst		12	12	12
E 14	Verwaltungsdienst		22	22	22
E 12	Verwaltungsdienst		14	14	14
E 11	Verwaltungsdienst		8	8	8
E 9b	Verwaltungsdienst		4 ^{1) 2)}	4 ^{1) 2)}	4 ^{1) 2)}
E 9a	Verwaltungsdienst		6 ⁶⁾	5 ⁶⁾	5 ⁶⁾
E 8	Verwaltungsdienst		15 ⁴⁾	16 ⁴⁾	17 ⁴⁾
E 6	Verwaltungsdienst		28 ^{3) 5)}	28 ^{3) 5)}	28 ^{3) 5)}
E 5	Hausdienst		2	2	2
E 5	Verwaltungsdienst		5	4	3
E 5	Sonstige Dienste		3	1	0
E 4	Kraftfahrdienst		6	6	6
E 4	Sonstige Dienste		2	2	2
Summe :			135	132	131

LEERSTELLEN*EntgeltGruppe*

AT B 2	Verwaltungsdienst		1	1	1
E 15 Ü	Verwaltungsdienst		1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst		1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 9a	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 5	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		5	5	5

- 1) Die Vorzimmerkräfte des/der Ministerpräsidenten/-in erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2) Die erste Vorzimmerkraft des/der Staatsministers/-in erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 3) Die Vorzimmerkräfte der Abteilungsleiter/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 4) Die Vorzimmerkraft des/der Regierungssprechers/-in erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 5) Die zweite Vorzimmerkraft des/der Staatsministers/-in erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 6) Die Vorzimmerkraft des/der Staatssekretärs/-in erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az. 1412-3076/S8.

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 12 am 30.09.2027 Ende Altersteilzeit (aus HH 2022)

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle AT B 2 am 31.07.2028 Ende der Beurlaubung (aus HH 2022)

1 Stelle E 14 (aus HH 2022)

1 Stelle E 5 (aus HH 2022)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9a		1										-1	Einsparung (Vollzug kw-Vermerk 31.07.2024)
2	E 8							1					+1	Hebung von E 6
3	E 6							1					0	Hebung von E 5
4									1					Hebung nach E 8
5	E 5								1				-1	Hebung nach E 6
6	E 5		2										-2	Einsparung
Ohne TG 96			3					2	2				-3	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
7	E 8							1					+1	Hebung von E 6
8	E 6							1					0	Hebung von E 5
9									1					Hebung nach E 8
10	E 5								1				-1	Hebung nach E 6
11	E 5		1										-1	Einsparung
Ohne TG 96			1					2	2				-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B9	Staatssekretär/-in	1	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	4	4	4
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Ministerialrat/-rätin	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in	4	5	5
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin	3	4	4
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	2	2	2
Summe :		16	18	18

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparungen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nungen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16			1									0	Umsetzung von Kapitel 0201
2											1			Senkung nach A 15
3	A15									1			+1	Senkung von A 16
4	A13 L2.1 Regierungsrat/-rätin			1									+1	Umsetzung von Kapitel 0201
Ohne TG 96				2						1	1		+2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
AT A 16	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 15	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9a	Verwaltungsdienst	0	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 8	Verwaltungsdienst	4 ¹⁾	4 ¹⁾	4 ¹⁾
E 6	Verwaltungsdienst	2 ²⁾	1 ²⁾	0 ²⁾
E 5	Hausdienst	2	2	2
E 4	Kraftfahrdienst	2	2	2
Summe :		14	14	13

- 1) Die Vorzimmerkraft des/der Staatssekretärs/-in erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2) Die Vorzimmerkraft des/der Abteilungsleiters/-in erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 8 am 31.12.2025 Ende Altersteilzeit (aus HH 2022)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9a							1					+1	Hebung von E 6
2	E 6								1				-1	Hebung nach E 9a
Ohne TG 96								1	1				0	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
3	E 8		1										0	Einsparung (Vollzug kw-Vermerk 31.12.2025)
4								1						Hebung von E 6
5	E 6								1				-1	Hebung nach E 8
Ohne TG 96			1					1	1				-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B2	Ministerialrat/-rätin	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A15	Regierungsdirektor/-in	3	3	3
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin	2	2	2
Summe :		6	6	6
		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 15	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9a	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		2	2	2

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0201	0204	0206								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	2	1									3
B6 L2.2	2										2
B5 L2.2	3	1									4
B3 L2.2	2										2
B2 L2.2	14	4	1								19
Summe	23	6	1								30
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	14	1									15
A15 L2.2	40	5	3								48
A14 L2.2	18										18
A13 L2.1	25	4	2								31
A12 L2.1	14	2									16
A11 L2.1	6										6
A9 L1.2	1										1
Summe	118	12	5								135
Summe 2025	141	18	6								165
Summe 2024	143	16	6								165
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
ATA 16	1	1									2
AT B 3	1										1
AT B 2	5										5
E 15 Ü	1										1
E 15	12	1	1								14
E 14	22	1									23
E 12	14										14
E 11	8										8
E 9b	4	1									5
E 9a	5	1	1								7
E 8	16	4									20
E 6	28	1									29
E 5	7	2									9
E 4	8	2									10
Summe 2025	132	14	2								148
Summe 2024	135	14	2								151
Stellen 2025	273	32	8								313
Stellen 2024	278	30	8								316

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	0201	0204	0206								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	2	1									3
B6 L2.2	2										2
B5 L2.2	3	1									4
B3 L2.2	2										2
B2 L2.2	14	4	1								19
Summe	23	6	1		Summe						30
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	14	1									15
A15 L2.2	40	5	3								48
A14 L2.2	18										18
A13 L2.1	25	4	2								31
A12 L2.1	14	2									16
A11 L2.1	6										6
A9 L1.2	1										1
Summe	118	12	5								135
Summe 2026	141	18	6								165
Summe 2025	141	18	6								165
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
ATA 16	1	1									2
AT B 3	1										1
AT B 2	5										5
E 15 Ü	1										1
E 15	12	1	1								14
E 14	22	1									23
E 12	14										14
E 11	8										8
E 9b	4	1									5
E 9a	5	1	1								7
E 8	17	4									21
E 6	28	0									28
E 5	5	2									7
E 4	8	2									10
Summe 2026	131	13	2								146
Summe 2025	132	14	2								148
Stellen 2026	272	31	8								311
Stellen 2025	273	32	8								313

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres und Sport

Vorwort zum Einzelplan 03

A Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Eine grundlegend veränderte weltpolitische Sicherheitslage, die Herausforderungen durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die damit verbundenen hybriden Bedrohungen, die mit dem Terrorangriff der Hamas auf den Staat Israel verbundenen zunehmenden antisemitischen und extremistischen Aktivitäten, sowie der Klimawandel und die dadurch auftretenden Extremwetterlagen, stellen erhebliche Herausforderungen für die Handlungsbereiche des Ministeriums und seiner nachgeordneten Behörden da.

Die innere Sicherheit im Land durch entsprechende Strukturen und Ressourcen zu gewährleisten, bleibt in diesem Kontext weiterhin eine besondere Herausforderung in einem Flächenland. Dies gilt sowohl für die Polizei als auch für den Verfassungsschutz.

Zudem sind der Bevölkerungsschutz und der Schutz kritischer Infrastrukturen zu gewährleisten.

Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur sowie die erhebliche gestiegene Zahl an Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern erfordern Anpassungen bei nahezu allen kommunalen Planungsgrößen, um die Kommunen gestärkt und zukunftsfähig zu gestalten.

B Zentrale Zielsetzungen in den politischen Handlungsbereichen

1. Überblick nach politischen Handlungsbereichen und Rückblick

Das Ministerium hat die Dienst- und Fachaufsicht über die Landespolizei, das Aus- und Fortbildungsinstitut (AFI), das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge, das Statistische Landesamt, das Landesarchiv sowie die Dienst- und teilweise die Fachaufsicht über das Landesverwaltungsamt.

Zudem werden die Aufgaben zur Organisation/Reform der Landesverwaltung und der zentralen Stelle für Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption in der Landesverwaltung wahrgenommen.

Zu den politischen Handlungsbereichen des Ministeriums für Inneres und Sport gehören

- Innere Sicherheit
- Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement
- Zivile Verteidigung
- Brand- und Katastrophenschutz
- Innere Ordnung und Ordnungsrahmen
- Kommunalwesen
- Asyl- und Ausländerwesen, Migration
- Sport
- (Mit-)Gestaltung einer zukunftsfähigen Landesverwaltung.

Rückblick

Zur sukzessiven Verstärkung der Landespolizei auf perspektivisch 7.000 Polizeivollzugskräfte wurde die Zahl der jährlichen Neueinstellungen deutlich erhöht und die Ausbildungskapazitäten für Polizeianwärterinnen und -anwärter an der Fachhochschule der Polizei wurden entsprechend ausgebaut. Die Nachwuchsgewinnung der Polizei wurde durch eine Imagekampagne unterstützt.

Neben der Personalausstattung der Polizei wurde auch die Verbesserung der Sachausstattung sowie die Modernisierung der technischen Ausstattung konsequent fortgesetzt und die Digitalisierungsoffensive weitergeführt. Dazu trug auch die Einführung eines dualen Studiengangs IT für die Polizei bei.

Die Arbeit des Verfassungsschutzes war wiederum durch die sich fortsetzende Auseinandersetzung mit extremistischen und terroristischen Personenzusammenschlüssen geprägt. Die Beobachtung des Rechtsextremismus sowie islamistischer und linksextremistischer Bestrebungen stellt einen Schwerpunkt der Arbeit des Verfassungsschutzes dar. Neben dem nach wie vor existierenden traditionellen Rechtsextremismus etablierten sich Strukturen der metapolitisch agierenden Neuen Rechten. Im Bereich

islamistischer Bestrebungen sind, neben den nach wie vor bestehenden jihadistischen Strömungen, auch die legalistischen Ausprägungen verstärkt in den Blick zu nehmen. Bei den linksextremistischen Bestrebungen sind die zunehmenden Versuche, gesellschaftliche Proteste und Aktionsformen für extremistische Zwecke zu instrumentalisieren, zu beobachten.

Zur Stärkung des Institutes für Brand- und Katastrophenschutz wurde mit der Umsetzung eines Zukunftskonzeptes begonnen. Schwerpunkte sind die Verbesserung des derzeitigen sowie die Stärkung und Weiterentwicklung des Leistungsspektrums, die Attraktivität der Beschäftigungsverhältnisse sowie die bauliche Situation am IBK Heyrothsberge.

Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und zur Anpassung an die Erfahrungen aus der kommunalen Praxis wurden das Kommunalverfassungsgesetz sowie weitere kommunalrechtliche Vorschriften unter Einbeziehung der Kommunen, Kommunalaufsichtsbehörden und kommunalen Spitzenverbände zeitgemäß und praxisgerecht fortentwickelt, um die Rahmenbedingungen für die Kommunen sowie für das ehrenamtliche Mandat in kommunalen Vertretungen, insbesondere zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Ehrenamt, zu verbessern.

Um eine missbräuchliche Verwendung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, z. B. durch Geldtransfers ins Ausland, zu verhindern, Fehlanreize für eine Zuwanderung in das Asylsystem zu reduzieren und den Verwaltungsaufwand der kommunalen Leistungsbehörden zu minimieren, ist das Land einem länderübergreifenden Vergabeverfahren zur Auswahl eines Dienstleisters für die Einführung einer Bezahlkarte beigetreten, mit der Barauszahlungen an Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz weitest möglich eingeschränkt werden.

Im Rahmen des Unterbringungskonzeptes wurde die Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) Stendal als Nebenstelle der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) im Mai 2024 teilweise vor vollständiger Fertigstellung in Betrieb genommen. Die Nebenstelle Bernburg wurde im Juni 2024 aufgegeben.

Mit der Novellierung des Stiftungsgesetzes wurde die Reform des Stiftungsrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch aufgegriffen. Dabei wurde das Stiftungsrecht bürgerfreundlicher gestaltet und bürokratische Aufwände minimiert, um das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

Um auch zukünftig qualifizierte Fachkräfte für eine Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung des Landes zu gewinnen, wurde durch die Zentrale Stelle Personalmanagement ein Arbeitgeberprofil entwickelt und ein Karriereportal aufgebaut, um das Land Sachsen-Anhalt als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren und besonders junge Menschen anzusprechen und durch schnelles Agieren an das Land zu binden.

2. Strategische Ziele und Vorhaben

Innere Sicherheit

Ziel ist es, die Sicherheitsstruktur des Landes auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, gesellschaftlicher Veränderungen und einer grundlegend geänderten Sicherheitslage flächendeckend und dauerhaft zu gewährleisten und zu gestalten und eine sichtbare Polizeipräsenz in allen Landesteilen zu gewährleisten. Die Zielzahl von mindestens 7.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten ist angesichts der Sicherheitslage und des intensiven polizeilichen Einsatzgeschehens die absolut notwendige Mindestzielzahl für die Personalausstattung der Polizei. Derzeit wird im Innenministerium bewertet, ob diese Zielzahl nicht aufgrund der polizeilichen Herausforderungen weiter erhöht werden muss.

Hinsichtlich der angemessenen Ausstattung der Polizei erfolgen, wie bereits in den letzten Jahren, die dringend erforderlichen Ersatzbeschaffungen von Dienstkraftfahrzeugen, Bekleidung und persönlicher Schutzausrüstung, sowie die Fortführung des Modernisierungskonzeptes Boote und die sukzessive Ausstattung mit sogenannten Bodycams. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Fortsetzung der Netzmodernisierung und Netzhärtung im BOS-Digitalfunk; die Ausstattung mit moderner Kommunikationstechnik ist sicherzustellen.

Zur langfristigen Sicherstellung der Entsorgungsleistung von Kampfmitteln in Sachsen-Anhalt wurde die grundlegende Modernisierung der thermischen Vernichtungsanlage des Kampfmittelbeseitigungsdienstes eingeleitet.

Innere Ordnung und Ordnungsrahmen

Aufgrund neuerer verfassungsrechtlicher Rechtsprechung ist eine Novellierung des SOG LSA in Vorbereitung.

Internationale Zusammenarbeit

Die Landespolizei beteiligt sich weiterhin an internationalen Polizeimissionen sowie an Ausbildungs- und Ausstattungsprojekten; zudem stellt das Land auch weiterhin den Ländervertreter im Europol-Verwaltungsrat.

Verfassungsschutz

Der Schutz der Verfassung ist unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Der institutionalisierte Verfassungsschutz ist dabei von hoher Bedeutung für eine wehrhafte Demokratie vor allem in der Extremismusbekämpfung sowie der Spionage- und Cyberabwehr. Ziel ist es, als funktionierendes Frühwarnsystem Politik, Verwaltung und Bevölkerung vor verfassungsfeindlichen Entwicklungen im Land zu warnen und insbesondere über neue Entwicklungen im

Rechtsextremismus, Islamismus, Links- und auslandsbezogenen Extremismus sowie bei „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ aufzuklären. Daneben hat sich der Verfassungsschutz mit dem neuen extremistischen Phänomenbereich der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ neuen Herausforderungen zu stellen.

Nach dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine haben hybride Bedrohungen und russische Desinformationskampagnen ein bislang nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Daher gilt es, im Rahmen der Spionage- und Cyberabwehr des Verfassungsschutzes mögliche Angriffspunkte und Verwundbarkeiten in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft zu identifizieren sowie typische Angriffsmodalitäten und Vorgehensweisen zu erkennen und präventiv darüber zu informieren.

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Sachsen-Anhalt sollen aufgrund verfassungsgerichtlicher Entscheidungen insbesondere Regelungen zum Schutz des Kernbereichs persönlicher Lebensgestaltung sowie zur Schaffung einer unabhängigen Vorabkontrolle in Bezug auf den Einsatz spezifischer nachrichtendienstlicher Mittel aufgenommen und bestehende Regelungen zur Datenerhebung und Datenübermittlung angepasst werden.

Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Das Programm zur investiven Förderung des kommunalen Brandschutzes wird fortgesetzt und ausgebaut. Das Land stellt auch weiterhin auf die umfassende Einbindung der kommunalen Einsatzfahrzeuge der Feuerwehren in den Katastrophenschutz ab.

Die zentrale Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen wird auf hohem Niveau fortgesetzt, dazu kommt perspektivisch ein landesweites Beschaffungsprogramm von Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen.

Auf der Grundlage des Zukunftskonzeptes des IBK Heyrothsberge wird sukzessive der fachspezifische Personalaufbau fortgesetzt, zur Sicherung und zum Ausbau des Lehrgangsangebotes, aber auch im Bereich Fortbildung und Forschung sowie Baumaßnahmen geplant.

Weitere wesentliche Maßnahmen sind maßgebliche Änderungen bei der Ausbildung und Prüfung sowie im Laufbahnrecht des feuerwehrtechnischen Dienstes; umfangreiche Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Tätigkeit am IBK, um neues Personal zu gewinnen und langfristig zu halten, neue Lehr- und Lernmethoden, sowie digitale Einsatzunterstützung einschließlich neuer Instrumente für die Ereignis- und Jahresstatistik für die Feuerwehren im Land.

Im Rettungsdienst wird mit der Einführung telemedizinischer Elemente begonnen, um der erhöhten Inanspruchnahme gerecht werden zu können.

Ein Sonderprogramm Sirenenanlagen im Rahmen der zivilen Verteidigung und für den Katastrophenschutz ist erneut vorgesehen.

Aufnahme von Schutzsuchenden

Zur weiteren Umsetzung des Unterbringungskonzeptes ist die vollständige Inbetriebnahme der LAE Stendal nach deren kompletter baulicher Herrichtung lt. BLSA für Ende 2025 vorgesehen.

Es ist vorgesehen, den Bedarf Leistungsberechtigter nach dem Asylbewerberleistungsgesetz grundsätzlich weitestmöglich in Form von Bezahlkarten zu decken.

Integriertes Rückkehrmanagement

Das Angebot freiwilliger Rückkehr wird ausgebaut. Zur Effektivierung zwangsweiser Rückführungen ist für Dezember 2026 die Inbetriebnahme einer Abschiebungssicherungseinrichtung am Standort Volkstedt durch die IPS geplant.

Sport

Ziel ist die weitere Entwicklung und Förderung der Sportlandschaft in Sachsen-Anhalt mit einer Förderung des Leistungs-, Breiten- und Behindertensports. Die Kreis- und Stadtverbände werden als Partner des Breiten- und Gesundheitssports gefördert.

Im Hinblick auf § 5 Abs. 1 Nr. 18 des Gesetzes zur Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt als rechtlich selbständige Förderbank nimmt seit 2024 die Investitionsbank die Sportförderung für nachstehende Förderprogramme im Rahmen des zwischen dem Ministerium für Inneres und Sport und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2023 geschlossenen Vertrages wahr:

- Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus
- Institutionelle Förderung der Friedrich-Ludwig-Jahn-Gesellschaft e.V.
- Vergabe von Sportstipendien an Leistungssportlerinnen und Leistungssportler
- Zuschüsse zur Vorbereitung auf die Olympischen Spiele und Paralympics
- Institutionelle Förderung des Trägervereins Olympiastützpunkt Sachsen-Anhalt e.V.
- Finanzierung von Bundesstützpunkten und Landesleistungszentren
- Förderung der Stiftung Sport und der Stiftung Behindertensport
- Zuschüsse zur Ausrichtung von Wettkämpfen im Hochleistungssport
- Förderung des „Sportmuseums Magdeburg International“.

Im Landeshaushalt stehen an mehreren Stellen Mittel zur Förderung einer bedarfsgerechten Sportstätteninfrastruktur zur Verfügung.

Zur weiteren Information soll die nachfolgende Gesamtübersicht dienen:

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Bemerkung/Mittelherkunft
			EUR	EUR	EUR	EUR	
1	0346	883 01	5.668.414	7.000.000	4.700.000	6.500.000	Landesmittel (Kommunale Sportstätten)
2		893 01	4.511.284	4.000.000	2.000.000	4.000.000	Landesmittel (kommunale Sportstätten in Vereinsträgerschaft)
3		893 02	780.021	281.100	200.000	0	Konzessionsabgabe (vereinseigene Sportstätten)
4		883 61	592.843	0	0	0	EFRE - energetische Sanierung von Sportstätten (Landesmittel)
5		883 62	25.162	0	0	0	ELER - Sportstätten im ländlichen Raum (Landesmittel)
6		893 62	127.322	0	0	0	ELER - Sportstätten im ländlichen Raum (Landesmittel)
7		893 65	0	375.000	0	0	Landesbeteiligung am Bau eines Hauses des Sports
8	1316	883 61	2.371.618	0	0	0	EFRE - energetische Sanierung von Sportstätten (EU-Mittel, STARK III + EFRE)
9	1331	883 75	6.077.746	9.990.000	12.000.000	5.000.000	Beseitigung von Hochwasserschäden an Sportstätten (kommunale Sportstätten)
10		893 75	0	1.054.500	0	0	Beseitigung von Hochwasserschäden an Sportstätten (Vereinssportstätten)
11	1390	883 69	309.162	0	0	0	ELER - Sportstätten im ländlichen Raum (EU-Mittel)
12		893 69	291.968	0	0	0	ELER - Sportstätten im ländlichen Raum (EU-Mittel)
	gesamt		20.755.541	22.700.600	18.900.000	15.500.000	

Anmerkungen:

zu 7: Keine Förderung 2024/keine VE-Inanspruchnahme.

Mit-)Gestaltung der Landesverwaltung

Bei der fortschreitenden Digitalisierung der Landesverwaltung sind die bestehenden Rechtsvorschriften fortwährend auf etwaigen Änderungsbedarf hin zu überprüfen und erforderlichenfalls weiterzuentwickeln (§ 2 OrgG LSA). So wird die Novelle des OZG zu weiterem Anpassungsbedarf im E-Government-Recht führen.

Das Informationsregister nach § 11a Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt wird vor dem Hintergrund des dort stetig zunehmenden Informationsangebots weiterentwickelt.

Um auch zukünftig qualifizierte Fachkräfte für eine Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung des Landes zu gewinnen, wurde eine Zentrale Stelle Personalmanagement eingerichtet, die ein Arbeitgeberprofil entwickelt und ein Karriereportal aufgebaut hat, um das Land Sachsen-Anhalt als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren und besonders junge Menschen anzusprechen und durch schnelles Agieren an das Land zu binden.

Gender

Als Bestandteil des Gender Mainstreaming setzt das Ministerium geschlechtergerechte Personalentwicklungsmaßnahmen auf, um Bediensteten über die gesamte Zeitdauer ihrer Berufstätigkeit eine berufliche Entwicklungsmöglichkeit zu geben und die speziellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der unterschiedlichen Altersgruppen in der beruflichen Entwicklung und Förderung zu berücksichtigen.

Bei der Aus- und Fortbildung wird das Angebot des Fortbildungsprogramms fortlaufend unter Gender-Gesichtspunkten geplant, umgesetzt und evaluiert.

Zum Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport weiterhin folgende Maßnahmen geplant oder bereits umgesetzt worden:

- In der Landespolizei soll der Frauenanteil bei der Einstellung in den Polizeivollzugsdienst erhöht werden. Hierdurch wird das Ziel verfolgt, mittel- bis langfristig insbesondere Führungspositionen laufbahnübergreifend verstärkt mit Frauen zu besetzen.
- Für Bedienstete aller Laufbahngruppen und Führungskräfte werden im AFI Fortbildungsmaßnahmen zu verschiedenen Gender-Themen konzipiert und angeboten. Das sind aktuell:
 1. Gender Budgeting zur Erstellung eines geschlechtergerechten Haushaltsplanes
 2. Gender Working in der öffentlichen Verwaltung
 3. Gendersensibilisierung.

Das Ministerium wird weiterhin bei der Evaluation von Förderrichtlinien die verstärkte Teilhabe von Frauen in der ehrenamtlichen Arbeit berücksichtigen.

	GG2 = Gender ist Hauptziel	GG1 = Gender ist Nebenziel	GG0 = Gender ist kein Ziel
Haushaltsansatz	EUR	EUR	EUR
2025	19.000	873.675.700	475.089.100
2026	19.000	886.727.600	483.195.600

3. Übersichtstabelle politischer Handlungsbereiche und Budgets

FZ	Bezeichnung	Einnahmen 2025	Ausgaben 2025	Einnahmen 2026	Ausgaben 2026
		EUR	EUR	EUR	EUR
011	Politische Führung	2.073.200	31.278.700	1.771.000	34.128.800
012	Innere Verwaltung	13.936.900	130.806.100	14.075.000	115.558.400
013	Informationswesen	0	140.000	0	155.000
014	Statistischer Dienst	198.000	16.529.200	195.500	15.393.100
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, soweit nicht unter Funktionen 048, 058, 068, 118 und 138	2.500.000	27.791.800	2.500.000	29.377.200
042	Polizei	4.786.800	554.608.000	4.786.800	564.614.500
043	Öffentliche Ordnung	43.913.000	21.890.300	42.634.500	22.393.700
044	Brandschutz	2.277.600	26.256.400	2.265.600	33.475.800
045	Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	2.752.000	17.056.300	2.752.000	14.312.000
047	Schutz der Verfassung	12.500	1.421.500	12.500	1.472.800
048	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	0	203.137.800	0	217.663.400
133	Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien	0	131.000	0	131.000
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	936.700	5.824.600	832.700	4.884.100
165	Forschung und experimentelle Entwicklung	0	89.700	0	79.700
235	Soziale Einrichtungen	1.097.800	174.873.000	1.081.000	161.680.300
244	Wiedergutmachung	325.300	585.100	325.300	585.100
246	Vertriebene und Spätaussiedler	1.000	50.000	1.000	50.000
249	Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3.492.000	4.266.000	3.492.000	4.269.200
287	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	0	1.120.000	0	1.210.000
291	Sonstige soziale Angelegenheiten	0	11.000	0	11.000
322	Sport	245.000	34.237.700	245.000	38.420.000
841	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	7.376.900	0	7.825.800
851	Rücklagen	0	89.208.300	0	102.156.500
891	Haushaltstechnische Verrechnungen	204.600	94.400	204.600	94.800
	gesamt	78.752.400	1.348.783.800	77.174.500	1.369.942.200

C Organisatorische oder sonstige Veränderungen

Im Bereich Asyl- und Ausländerwesen ist die vollständige Inbetriebnahme der Landesaufnahmeeinrichtung Stendal – als Nebenstelle der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber – lt. BLSA für Ende 2025 geplant.

Die Schaffung und Inbetriebnahme der Abschiebungssicherungseinrichtung am Standort Volkstedt ist durch die IPS für Ende 2026 geplant.

D Geplante Hochbaumaßnahmen

Die Mittel für die Bauunterhaltung sowie für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums im Kapitel 20 03 Titelgruppe 61 und für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte im Kapitel 20 03 Titelgruppe 62 mit veranschlagt.

E EU-Förderung

Die Förderung von Sportstätten mit Nutzungszwecken für die breite Öffentlichkeit aus den EU-Strukturfonds EFRE und ELER ist 2023 ausgelaufen.

In der neuen Förderperiode sind Sportstätten und Freibäder im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung sowie über die Verfahrensgrundsätze von LEADER in Sachsen-Anhalt (Richtlinie LEADER 2023-2027) förderfähig. Des Weiteren sind Sportstätten und Schwimmhallen Gegenstand der Förderung im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der Lokalen Entwicklungsstrategien mit CLLD durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Sachsen-Anhalt in der Förderperiode 2021 bis 2027 (RL CLLD EFRE).

Darüber hinaus können Sportstätten und Schwimmbäder mit Nutzungszwecken für die breite Öffentlichkeit unter Beachtung der Fördergrundsätze entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Energieeffizienz in öffentlichen Nichtwohngebäuden und öffentlichen Infrastrukturen gefördert werden.

Aus dem Wiederaufbaufonds des ELER werden seit 2022 die Sanierung, der Neubau, die Erweiterung und der Umbau von Feuerwehrräumen sowie die Schaffung von Löschwasserentnahmestellen gefördert. Ab 2024 wird eine Förderung von Feuerwehrräumen und Löschwasserentnahmestellen aus ELER-Mitteln bei Kapitel 13 90 Titel 883 69 ermöglicht. Die Kofinanzierung wird von den Kommunen erbracht.

Übersicht über die im Rahmen der EU-Förderung im Bereich des Einzelplanes 03 für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 geplanten Maßnahmen:

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR				HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	TGr. ggf. Titel	Lfd. Nr. (Ebene/ Code)	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Kommune	Übrige	Kap.	TGr. ggf. Titel
ELER-Wiederaufbaufonds 2025										
1390	77 883	6b	ELER- Wiederaufbaufonds (Neubau, Erweiterung oder Umbau von Feuerwehrräumen sowie Schaffung von Löschwasserentnahmestellen)	6.800.300	-	-	-	-	-	-
			Summe	6.800.300						

03 Ministerium für Inneres und Sport

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
03 01	Ministerium für Inneres und Sport		72.700	2.508.000		2.580.700	61.972.300
03 02	Allgemeine Bewilligungen		7.000	6.047.300	0	6.054.300	119.400
03 08	Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt		327.600	0		327.600	1.757.900
03 10	Landesverwaltungsamt		13.287.700	0	321.600	13.609.300	90.733.200
03 20	Landespolizei		3.418.800	1.368.000		4.786.800	674.466.100
03 21	Sonderaufgaben der Landespolizei		40.223.000	6.210.000		46.433.000	2.372.600
03 31	Brandschutz und Katastrophenschutz - Land		70.000			70.000	22.200
03 36	Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge		1.807.200	400.400		2.207.600	5.093.300
03 42	Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt		122.700	814.000		936.700	4.919.500
03 43	Statistisches Landesamt		54.500	143.500	204.600	402.600	13.942.500
03 46	Sport		245.000			245.000	
03 63	Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten		41.000	1.057.800		1.098.800	5.780.100
	Summe 2025		59.677.200	18.549.000	526.200	78.752.400	861.179.100
	Summe 2024		63.615.200	16.540.800	206.600	80.362.600	778.148.000
	2025 mehr(+) / weniger(-)		-3.938.000	+2.008.200	+319.600	-1.610.200	+83.031.100

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
2.948.100	377.600		514.900	2.098.800	67.911.700	-65.331.000	1.022.000	03 01
73.400	35.489.800		0	48.000	35.730.600	-29.676.300	730.000	03 02
963.200	1.000		0	96.500	2.818.600	-2.491.000	0	03 08
10.587.100	81.600		295.000	6.143.800	107.840.700	-94.231.400	10.830.000	03 10
57.751.200	1.434.500		25.073.800	79.567.500	838.293.100	-833.506.300	17.113.000	03 20
10.265.200	10.247.900	2.455.000	8.866.000		34.206.700	+12.226.300	4.848.300	03 21
6.600	5.394.400		16.750.000		22.173.200	-22.103.200	31.200.000	03 31
2.106.900	1.000		623.300	791.800	8.616.300	-6.408.700	1.400.000	03 36
750.200	155.400		0	365.200	6.190.300	-5.253.600	0	03 42
2.441.400	146.400		0	114.500	16.644.800	-16.242.200	0	03 43
	25.337.700		6.900.000		32.237.700	-31.992.700	15.452.900	03 46
34.116.300	135.820.800		326.300	76.600	176.120.100	-175.021.300	325.700	03 63
122.009.600	214.488.100	2.455.000	59.349.300	89.302.700	1.348.783.800	-1.270.031.400	82.921.900	
182.787.600	209.383.500	2.818.000	58.013.400	83.131.700	1.314.282.200	-1.233.919.600	110.354.100	
-60.778.000	+5.104.600	-363.000	+1.335.900	+6.171.000	+34.501.600	-36.111.800	-27.432.200	

03 Ministerium für Inneres und Sport

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
03 01	Ministerium für Inneres und Sport		70.500	2.508.000		2.578.500	63.534.600
03 02	Allgemeine Bewilligungen		7.000	5.757.300	0	5.764.300	119.400
03 08	Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt		327.700	0		327.700	1.653.600
03 10	Landesverwaltungsamt		13.406.000	0	341.300	13.747.300	83.873.800
03 20	Landespolizei		3.418.800	1.368.000		4.786.800	693.002.000
03 21	Sonderaufgaben der Landespolizei		40.214.500	4.930.000		45.144.500	2.482.700
03 31	Brandschutz und Katastrophenschutz - Land		70.000			70.000	22.200
03 36	Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge		1.795.200	400.400		2.195.600	4.724.400
03 42	Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt		122.700	710.000		832.700	4.061.100
03 43	Statistisches Landesamt		54.500	141.000	204.600	400.100	12.739.200
03 46	Sport		245.000			245.000	
03 63	Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten		41.000	1.041.000		1.082.000	5.460.700
	Summe 2026		59.772.900	16.855.700	545.900	77.174.500	871.673.700
	Summe 2025		59.677.200	18.549.000	526.200	78.752.400	861.179.100
	2026 mehr(+) / weniger(-)		+95.700	-1.693.300	+19.700	-1.577.900	+10.494.600

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
3.026.400	378.600		558.200	2.167.400	69.665.200	-67.086.700	0	03 01
530.600	30.008.700		0	48.000	30.706.700	-24.942.400	630.000	03 02
969.200	1.000		0	98.600	2.722.400	-2.394.700	0	03 08
11.653.400	83.200		480.000	6.335.000	102.425.400	-88.678.100	0	03 10
58.964.900	1.510.800		29.770.000	91.941.900	875.189.600	-870.402.800	22.250.000	03 20
10.051.000	10.285.800	2.682.000	3.295.300		28.796.800	+16.347.700	1.978.000	03 21
6.600	5.790.400		25.950.000		31.769.200	-31.699.200	31.450.000	03 31
2.098.700	1.000		1.123.800	847.400	8.795.300	-6.599.700	0	03 36
788.100	35.400		0	401.200	5.285.800	-4.453.100	0	03 42
2.435.000	201.000		19.000	118.200	15.512.400	-15.112.300	0	03 43
	25.339.000		10.500.000		35.839.000	-35.594.000	14.453.800	03 46
34.432.600	122.201.200		846.300	293.600	163.234.400	-162.152.400	421.200	03 63
124.956.500	195.836.100	2.682.000	72.542.600	102.251.300	1.369.942.200	-1.292.767.700	71.183.000	
122.009.600	214.488.100	2.455.000	59.349.300	89.302.700	1.348.783.800	-1.270.031.400	82.921.900	
+2.946.900	-18.652.000	+227.000	+13.193.300	+12.948.600	+21.158.400	-22.736.300	-11.738.900	

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 01 **Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 01 beträgt zum 31.12.2025 358 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 01 beträgt zum 31.12.2026 358 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines

In diesem Kapitel sind alle Einnahmen und Ausgaben ausgebracht, die ausschließlich das Ministerium für Inneres und Sport selbst betreffen.

In den Titeln 281 01, 431 01, 441 02, 443 06, 453 01 und 453 11 sind Einnahmen und Ausgaben zentral für den gesamten Einzelplan 03, in den Titeln 432 01 bis 432 03, 443 07, 443 11, 446 01 Ausgaben zentral für den gesamten Einzelplan 03 (ohne Kapitel 03 20) eingestellt. Darüber hinaus sind auch die Ausgaben im Titel 443 01 (Mittel für Rehabilitationsmaßnahmen) zentral für den Einzelplan 03 eingestellt, ausgenommen die Veranschlagungen für Beamte des Polizeivollzugs- und Feuerwehrdienstes im Kapitel 03 20 Titel 443 01.

Ausgaben, die der Geheimhaltung unterliegen, sind in der Titelgruppe 64 "Besondere Aufgaben des Verfassungsschutzes" dargestellt.

Einnahmen

111 11	011	Verwaltungsgebühren	34.000 64.389	44.200	42.000
Erläuterungen:					
Verwaltungsgebühren für die Erteilung glücksspielrechtlicher Konzessionen und Erlaubnisse nach Tarif 63 der Anlage zur Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt; Einnahmen für ggf. zu erstattende Kosten von Sachverständigen im Rahmen der Spielbankaufsicht.					
112 01	011	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	1.000 1.926	2.000	2.000
119 01	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit	3.000 3.917	4.000	4.000
119 07	011	Einnahmen aus privater Benutzung von verwaltungseigenen Fahrzeugen	500 0	500	500
119 31	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0 0	0	0
119 41	011	Rückzahlung von Überzahlungen	2.500 1.029	2.000	2.000
119 46	011	Ersatzleistungen	5.000 0	5.000	5.000
Erläuterungen:					
Von haftenden Versicherungsunternehmen.					
119 47	841	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0
119 51	011	Vermischte Einnahmen	500 271	500	500
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	8.700 8.900	9.000	9.000

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 01 **Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 124 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	8.700	9.000	9.000
	Summe	8.700	9.000	9.000

Zu 5.

Erhebung von Entgelten für die Parkplatzvermietung gemäß RdErl. des MF vom 26. September 2001 (MBI. LSA, S. 884), zuletzt geändert durch RdErl. des MF vom 16. Mai 2024 (MBI. LSA, S. 386).

132 01	011	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0 0	0	0

132 02	011	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	1.000 788	1.000	1.000

281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gemäß Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag	2.500.000 2.147.995	2.500.000	2.500.000

282 01	013	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 01 Titel 532 01.

287 01	013	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 01 Titel 532 01.

Titelgruppe(n)

64 **Besondere Aufgaben des Verfassungsschutzes**

** Die Einnahmen unterliegen der Geheimhaltung und werden nicht erläutert.

119 64	047	Rückzahlung von Überzahlungen	500 47	500	500

132 64	047	Erlöse aus der Veräußerung von Sonderfahrzeugen	4.000 7.008	4.000	4.000

231 64	047	Sonstige Zuweisungen vom Bund	8.000 41.823	8.000	8.000

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 03 01 Titelgruppe 64.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	12.500	12.500	12.500

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 01 **Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	182.000	193.400	198.100
			183.784	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	177.300	188.700	193.400
2.	Dienstaufwandsentschädigung	4.300	4.300	4.300
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0	0
4.	Sonderzuwendung	400	400	400
	Summe	182.000	193.400	198.100

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	19.052.000	20.350.600	19.873.600
			19.461.816	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	19.052.000	20.350.600	19.873.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	19.052.000	20.350.600	19.873.600

422 41	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	13.200	52.000	90.800
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	12.800	51.200	89.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	400	800	1.200
4.	Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs-(Forst-)praktikanten	0	0	0
	Summe	13.200	52.000	90.800

422 51	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0	0	0
			0	0	0

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.300.100	6.088.700	6.050.200
			5.484.877	0	0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 01 **Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
		- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	331.000	379.800	383.200
		- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.969.100	5.708.900	5.667.000
2.		Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.		Sonstige Leistungen	0	0	0
		Summe	5.300.100	6.088.700	6.050.200
428 03	011	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0	0	0
			0	0	0
428 51	011	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	317.000	345.600	354.000
			319.212	0	0
432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	18.088.300	21.551.000	22.897.600
			18.330.934	0	0
432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.348.400	1.446.100	1.515.000
			1.308.124	0	0
432 03	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	664.800	872.700	892.600
			762.642	0	0
441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	5.394.300	5.615.700	6.064.600
			4.717.705	0	0
443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	25.900	42.600	42.600
			42.644	0	0
443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	700	500	500
			302	0	0
443 06	841	Kostenerstattungen an Landesbedienstete für Rechtsschutz in Strafsachen	0	0	0
			0	0	0
443 07	011	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0	0	0
			0	0	0
443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	146.600	158.300	158.300
			158.345	0	0
446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	2.700.200	3.418.100	3.559.700
			3.134.861	0	0
453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	262.600	240.000	240.000
			239.940	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 01 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 453 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Trennungsgeld	242.600	230.000	230.000
2.	Umgzugskostenvergütungen	20.000	10.000	10.000
	Summe	262.600	240.000	240.000

453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	1.446.200 1.597.018	1.597.000 0	1.597.000 0

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	385.300 302.482	383.800 0	385.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	93.600	60.000	60.000
2.	Kommunikation	278.200	320.000	320.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.500	1.000	1.000
4.	Sonstiges	6.000	2.800	4.300
	Summe	385.300	383.800	385.300

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	18.700 19.771	21.100 0	21.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	16.900	18.600	18.600
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	300	300	300
3.	Verbrauchsmittel	800	800	800
4.	Sonstiges	700	1.400	1.400
	Summe	18.700	21.100	21.100

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen:

	Soll 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Pkw	4	4	4	4
Zusammen	4	4	4	4

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	824.700 691.574	860.400 0	904.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	181.600	174.000	174.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	43.500	51.100	51.100
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	276.000	310.800	321.900
4.	Bewachung	221.000	234.000	242.200
5.	Sonstiges	102.600	90.500	115.300
	Summe	824.700	860.400	904.500

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 01 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Zu 5.
Hausmeisterdienstleistungen

517 30	011	Bewirtschaftung landeseigener Liegenschaften	612.700	0	0
			516.901	0	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Halberstädter Straße 2 in Magdeburg	475.901	562.100	0	0
2. Liebknechtstraße 65 in Magdeburg	28.600	33.700	0	0
3. Halberstädter Straße 39/39a in Magdeburg	12.400	16.900	0	0
4. Tessenowstraße 4 in Magdeburg	0	0	0	0
Zusammen	516.901	612.700	0	0

518 01	011	Mieten und Pachten	256.300	257.900	258.200
			241.247	1.022.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			204.400		204.400
2027			204.400		204.400
2028			204.400		204.400
2029 ff.			408.800		408.800
Summen			1.022.000		1.022.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	243.000	243.000	243.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	13.300	14.900	15.200
3.	Für Leasing	0	0	0
Summe		256.300	257.900	258.200

Die im Haushaltsjahr 2025 vorgesehene VE dient der Verlängerung des Mietvertrages zur Unterbringung des Verfassungsschutzes.

518 13	011	Miete oder private Vorfinanzierung (z.B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	14.800	14.800	14.800
			11.351	0	0

Erläuterungen:

Leasing von Dienst-Kfz.

518 30	011	Mietzahlungen an BLSA	1.242.700	0	0
			1.096.200	0	0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 01 **Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 30

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Halberstädter Straße 2 in Magdeburg	1.027.300	1.172.200	0	0
2. Liebknechtstraße 65 in Magdeburg	24.800	26.900	0	0
3. Halberstädter Straße 39/39a in Magdeburg	44.100	43.600	0	0
4. Tessenowstraße 4 in Magdeburg	0	0	0	0
Zusammen	1.096.200	1.242.700	0	0

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	46.500	55.500	55.500
			31.850	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	33.000	41.000	41.000
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	13.500	14.500	14.500
	Summe	46.500	55.500	55.500

519 30	012	Zahlung für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen an BLSA	0	0	0
			0	0	0

522 01	011	Ausgaben für Gutachter, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			3.570	0	0

525 01	011	Aus- und Fortbildung	59.200	59.200	59.200
			108.950	0	0

525 03	011	Aus- und Fortbildung der Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen	24.000	30.000	24.000
			6.791	0	0

525 05	011	Aus- und Fortbildung der Zentralen Stelle Personalmanagement	116.700	89.800	116.700
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Zentrale Stelle Personalmanagement (ZPM) wurde 2022 für die gesamte Landesverwaltung im MI eingerichtet. Der ZPM obliegt nach Nr. 1 Abs. 3 des Beschlusses der Landesregierung vom 10. Januar 2023 die Durchführung von für die anderweitige Verwendung dienstunfähiger Landesbeamter erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen gemäß § 26 Beamtenstatusgesetz.

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	56.500	25.000	25.000
			10.671	0	0

526 02	011	Sachverständige	1.500	3.500	3.500
			0	0	0

Erläuterungen:

Für Maßnahmen nach dem Spielbankgesetz und Kulturgutschutzgesetz.

526 05	011	Beschwerdeverfahren und Zeugenentschädigung	0	0	0
			0	0	0

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	50.000	50.000	50.000
			68.481	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 01 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 01

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	7.000	5.700	5.700
			5.693	0	0

529 01	011	Verfügungsmittel der Ministerin und des Staatssekretärs	7.000	7.500	7.500
			6.583	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

529 05	011	Verfügungsmittel der Landesregierung	6.000	6.000	6.000
			4.229	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.
 Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den gleichen Zweck veranschlagt sind.

531 01	013	Veröffentlichungen	112.700	60.000	65.000
			52.653	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	5.000	3.000	3.000
2.	Öffentlichkeitsarbeit	47.700	35.700	37.200
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0	0
4.	Sonstige Veröffentlichungen	60.000	21.300	24.800
	Summe	112.700	60.000	65.000

Zentrale Veranschlagung der Kosten für Veröffentlichungen im Geschäftsbereich mit Ausnahme der Landespolizei, des Landesverwaltungsamtes und des Statistischen Landesamtes.

Zu 1.
Verfassungsschutzbericht

Zu 2.
Informationen über aktuelle Gesetzesnovellierungen, Polizeikurier, Zeitschrift "Feuerwehren in Sachsen-Anhalt"

Zu 4.
Flyer und Broschüren zu aktuellen Themen aus dem Geschäftsbereich

532 01	013	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	111.300	80.000	90.000
			53.344	0	0

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 03 01 Titel 282 01 und Kapitel 03 01 Titel 287 01.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Kosten für sonstige Öffentlichkeitsarbeit im Geschäftsbereich mit Ausnahme der Landespolizei, des Landesverwaltungsamtes und des Statistischen Landesamtes.
 Aufwendungen des Landespräventionsrates im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	248.500	208.600	197.100
			34.390	0	0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 01 **Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		Weiterführung der Kampagne "Ein starkes Team für Sachsen-Anhalt"	32.500	32.500	32.500
		Auswahlverfahren Nachwuchskräfte Verfassungsschutz	5.000	3.100	1.600
		Coaching-Maßnahmen im Rahmen der Führungskräfteentwicklung	8.000	0	0
		Erarbeitung einer flächendeckenden Sportstättenentwicklungsplanung	10.000	0	0
		Maßnahmen der Zentralen Stelle Personalmarketing	193.000	143.000	143.000
		Fortführung einer flächendeckenden Sportstättenentwicklungsplanung	0	20.000	0
		Evaluierung des Landesprogramms "Vereine machen Schule - Sportgutscheine für Sachsen-Anhalts Schulanfänger"	0	0	20.000
		Gestaltung, Druck und Versand von Gutscheinen im Rahmen des Landesprogramms "Vereine machen Schule - Sportgutscheine für Sachsen-Anhalts Schulanfänger"	0	10.000	0
		Summe	248.500	208.600	197.100
537 01	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	37.500	5.000	5.000
			2.580	0	0
542 01	011	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0
546 59	011	Sonstiges	2.000	2.000	2.000
			491	0	0
632 01	011	Sonstige Zuweisungen an Länder	97.500	116.800	117.800
			81.175	0	0
		Erläuterungen:			
		Zahlung an die Akademie für Verfassungsschutz (Kuratoriumsmitglied) sowie Zahlung an die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Kosten für Anwärterstudium im Verfassungsschutz)			
633 01	011	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.000	0	0
			0	0	0
636 01	011	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	1.000	1.000	1.000
			1.695	0	0
		Erläuterungen:			
		Abgabe an die Künstlersozialkasse			
681 01	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			5.778	0	0
685 01	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	6.000	6.000	6.000
			6.000	0	0
		Erläuterungen:			
		Korrespondierende Mitgliedschaft bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt).			
		Mitgliedsbeitrag an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.			

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 01 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 01	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	3.800	3.800	3.800
			0	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse zur Durchführung von Maßnahmen im Freiwilligen Sozialen Jahr

811 01	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	73.500	50.000	50.000
			48.768	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Ersatzbeschaffungen:				
1. Dienstzimmerausstattungen	32.400	36.000	49.500	49.500
2. Stühle für Beratungsräume	16.368	25.000	0	0
Neubeschaffungen:				
3. Dienstzimmerausstattungen	0	11.000	0	0
4. Bürodrehstühle	0	1.500	500	500
Zusammen	48.768	73.500	50.000	50.000

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	2.141.900	2.098.800	2.167.400
			1.731.137	0	0

Titelgruppe(n)

61 Lagezentrum der Landesregierung im Ministerium für Inneres und Sport

Erläuterungen:

Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung des Lagezentrums der Landesregierung im Ministerium für Inneres und Sport (LZ).

511 61	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.700	3.700	3.700
			775	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Geschäftsbedarf	1.700	1.700	1.700
2. Kommunikation	0	0	0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2.000	2.000	2.000
4. Sonstiges	0	0	0
Summe	3.700	3.700	3.700

518 61	011	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

533 61	011	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 01 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
812 61	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			3.700	3.700 0	3.700 0
62		Durchführung von Sitzungen der Arbeitskreise (AK) der Innenministerkonferenz (IMK) durch das Land Sachsen-Anhalt und sonstige Ausgaben im Zusammenhang mit der IMK			
533 62	011	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
547 62	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5.000 4.957	6.000 0	6.000 0
632 62	011	Sonstige Zuweisungen an Länder	7.000 3.644	6.000 0	6.000 0
Erläuterungen: Erstattung von Verwaltungsausgaben zur Finanzierung der Ständigen Geschäftsstelle der Innenministerkonferenz					
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			12.000	12.000 0	12.000 0
64		Besondere Aufgaben des Verfassungsschutzes			
* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 03 01 Titel 231 64.					
** Die Ausgaben der Titelgruppe unterliegen der Geheimhaltung und werden nicht erläutert. Die Isteinnahmen beim Titel 231 64 dürfen nur zu Gunsten der Titel 514 64 und 547 64 verwendet werden.					
511 64	047	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	29.500 60.536	41.700 0	42.700 0
514 64	047	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	163.600 155.940	171.500 0	171.500 0
518 64	047	Leasing von Sonderfahrzeugen	73.900 44.968	79.400 0	86.400 0
547 64	047	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	449.200 486.123	420.000 0	420.000 0
632 64	047	Sonstige Zuweisungen an Länder	239.500 178.052	244.000 0	244.000 0
811 64	047	Erwerb von Sonderfahrzeugen	90.000 41.122	95.000 0	100.000 0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 01 **Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

812 64	047	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	462.700 409.020	369.900 0	408.200 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			1.508.400	1.421.500 0	1.472.800 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 01 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	60.700	72.700	70.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.508.000	2.508.000	2.508.000
Gesamteinnahme		2.568.700	2.580.700	2.578.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	54.942.300	61.972.300	63.534.600
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.966.500	2.948.100	3.026.400
			1.022.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	355.800	377.600	378.600
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	626.200	514.900	558.200
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	2.141.900	2.098.800	2.167.400
			0	0
Gesamtausgabe		63.032.700	67.911.700	69.665.200
Gesamtsumme der VE			1.022.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-60.464.000	-65.331.000	-67.086.700

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für Kapitel 03 02 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für Kapitel 03 02 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines

Die hier veranschlagten Einnahmen und Ausgaben können anderen im Einzelplan 03 enthaltenen Kapiteln nicht zugeordnet werden.

Einnahmen

119 41	011	Rückzahlungen von Überzahlungen	5.000 6.006	5.000	5.000

Erläuterungen:

Rückzahlungen von überzahlten, nicht zweckentsprechend verwendeten Fördermitteln.

119 42	043	Rückzahlungen von Überzahlungen von der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder	0 0	0	0

Erläuterungen:

Rückzahlungen von geleisteten Finanzierungsbeiträgen aus Vorjahren.

231 01	249	Sonstige Zuweisungen vom Bund aufgrund des Gräbergesetzes	3.492.000 3.482.447	3.492.000	3.492.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 02 Titel 633 01.

Erläuterungen:

Aufgrund § 10 des Gräbergesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Januar 2012 (BGBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2257; 2019 I S. 496), erstattet der Bund den Ländern die Aufwendungen für die Anlegung, Instandsetzung und Pflege der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in einer Pauschale. Nach § 3 Gräbergesetz erstattet der Bund Aufwendungen für Anträge auf Ruherechtsentschädigungen für diese Gräber.

231 02	244	Sonstige Zuweisungen vom Bund für die Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	118.300 118.300	118.300	118.300

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 02 Titel 684 03.

Erläuterungen:

Nach der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Vertretern der Juden in Deutschland (Protokoll des Bundesministers des Innern vom 28. Juni 1957 - III 6-36220-6422/57 -) tragen Bund und Länder je zur Hälfte die Kosten der dauernden Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe. Im Land Sachsen-Anhalt gibt es derzeit 60 verwaiste jüdische Friedhöfe.

232 01	043	Sonstige Zuweisungen von Ländern aufgrund zentraler Zuständigkeiten nach dem Glücksspielstaatsvertrag	100.000 595.846	230.000	240.000

Erläuterungen:

Seit dem Haushaltsjahr 2020 werden die von den Ländern mit zentralen Zuständigkeiten nach dem Glücksspielstaatsvertrag im Zusammenhang mit diesen Aufgaben vereinnahmten Verwaltungsgebühren nach dem Königsteiner Schlüssel jeweils im Folgejahr an die Länder erstattet. Eine Verrechnung mit den Kosten erfolgt seitdem nicht mehr. Gemäß dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 sind die länder einheitlichen und gebündelten Zuständigkeiten seit dem 1. Januar 2023 auf die Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder in Halle (Saale) übergegangen (siehe Kapitel 0302 Titel 682 01). Davon ausgenommen verbleibt die Zuständigkeit für die zentrale länderübergreifende und spielformübergreifende Spielersperrdatei OASIS beim Land Hessen. Der Ansatz beinhaltet die Erstattung von Verwaltungsgebühren und Nutzungsentgelten, die Hessen an die Länder erstattet.

236 01	011	Erstattung der Kosten der Luftrettungseinsätze durch die Kostenträger	0 0	0	0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

62 **Maßnahmen auf Grundlage von § 9 Abs. 5 und 6
Glücksspielgesetz des Landes Sachsen-Anhalt**

119 62	043	Rückzahlungen von Überzahlungen	1.000	2.000	2.000
			5.171		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 03 02
Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Rückzahlung überzahlter Fördermittel nach § 9 Abs. 5 GlüG LSA.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	1.000	2.000	2.000

63 **Historische Kommission für Sachsen-Anhalt e.V.**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 03 02
Titelgruppe 63.

282 63	165	Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

381 63	165	Verrechnung zwischen Kapiteln	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0

65 **Durchführung öffentlicher Wahlen/Volksentscheide**

231 65	011	Sonstige Zuweisungen vom Bund für Europa- und Bundestagswahlen	3.200.000	2.000.000	1.700.000
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 03 02
Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Der Bund erstattet den Ländern zugleich für ihre Gemeinden die durch die Bundestagswahl 2025 veranlassten notwendigen Ausgaben gemäß § 50 Bundeswahlgesetz.

2025: Der Ansatz beinhaltet den Abschlag für die Bundestagswahl 2025.

2026: Der Ansatz beinhaltet die Abrechnung und Restzahlung für die Bundestagswahl 2025.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	3.200.000	2.000.000	1.700.000

66 **Landespräventionsrat**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 03 02
Titelgruppe 66.

233 66	291	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
			0		

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
282 66	291	Zuschüsse aus dem Inland	0 2.500	0	0
381 66	891	Verrechnung zwischen Kapiteln	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0	0
67		Unterstützungsleistungen nach dem Beruflichen bzw. Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz			
119 67	244	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 0	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 02 Titel 544 67.					
231 67	244	Sonstige Zuweisungen vom Bund	207.000 197.923	207.000	207.000
Erläuterungen:					
Aufwendungen, die den Ländern für Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung nach den §§ 6 und 7 BerRehaG - vgl. Kapitel 03 02 Titel 636 67 - und für Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG - vgl. Kapitel 03 02 Titel 633 67 - entstehen, werden gemäß den §§ 28 und 29 BerRehaG zu 60 v. H. vom Bund getragen.					
Aufwendungen, die den Ländern für die Zahlung von einmaligen Leistungen nach § 1a Abs. 2 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) - vgl. Kapitel 03 02 Titel 681 67 - entstehen, werden gemäß § 17 Satz 1 VwRehaG zu 60 v. H. vom Bund getragen.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			207.000	207.000	207.000
69		Aufbau einer Gemeinsamen Glücksspielaufsichtsbehörde der Länder in Sachsen-Anhalt			
232 69	043	Sonstige Zuweisungen der Länder aufgrund Beschluss der MPK für die Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder	0 193.210	0	0
Erläuterungen:					
Erstattung der Länder für die noch der Aufbauphase der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder zuzurechnenden Kosten.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 69			0	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	153.400	117.400	117.400
			117.304	0	0

Erläuterungen:

Gemäß § 16 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 5 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868), ist ein den Grundsätzen dieses Gesetzes gleichwertiger arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten.

459 01	012	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens	2.000	2.000	2.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Prämien gemäß den Richtlinien für das Vorschlagswesen in der Landesverwaltung Sachsen-Anhalt vom 15. März 2007 (MBI. LSA S. 521), zuletzt geändert durch RdErl. des MI vom 25. April 2012 (MBI. LSA S. 314).

632 01	133	Zuweisungen des Landes für länderübergreifende Bildungs- und Forschungseinrichtungen im Bereich der Verwaltungswissenschaften in Speyer	145.000	131.000	131.000
			103.817	0	0

Erläuterungen:

Finanzierungsanteile des Landes an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer (DUV) als postuniversitäre Bildungsstätte für alle Bundesländer gemäß Finanzierungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern vom 29. Dezember 1995 sowie an dem der Universität angegliederten Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FöV).

632 02	043	Zuweisungen des Landes für die Kosten der Fachlichen Leitstelle sowie für den Betrieb und den Ausbau des Nationalen Waffenregisters (NWR II)	62.000	62.300	67.400
			60.563	0	0

Erläuterungen:

Das Land beteiligt sich gemäß der Verwaltungsvereinbarung über die Aufgaben und die föderale Finanzierung der Betriebsorganisation des Nationalen Waffenregisters von Bund und Ländern vom 3. Juni 2022 anteilig an den entstehenden Kosten unter Berücksichtigung des modifizierten Königsteiner Schlüssels.

632 03	043	Sonstige Zuweisungen an Länder aufgrund zentraler Zuständigkeiten nach dem Glücksspielstaatsvertrag	191.500	200.000	250.000
			193.140	0	0

Erläuterungen:

Zum Schutz der Spieler und zur Bekämpfung der Glücksspielsucht wird ein zentrales, spielformübergreifendes Sperrsystem (OASIS) errichtet und unterhalten. OASIS wird für alle Länder einheitlich von der zuständigen Glücksspielaufsichtsbehörde des Landes Hessen betrieben. Die dem Land Hessen entstehenden notwendigen Kosten für die Verwaltungsinfrastruktur sind von den Ländern zu tragen.

633 01	249	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund des Gräbergesetzes	3.492.000	3.492.000	3.492.000
			3.499.196	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 03 02 Titel 231 01.

Erläuterungen:

Vgl. Kapitel 03 02 Titel 231 01.

633 02	012	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund des Informationszugangsgesetzes Sachsen-Anhalt	5.000	3.500	3.500
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgleich von Mehrbelastungen an Kommunen gem. § 10 Abs. 2a Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
633 03	012	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge	7.000.000 9.051.900	10.500.000 0	1.200.000 0
		Übertragbar			
		Erläuterungen:			
		Erstattungen auf Grund § 18a Abs. 4 Kommunalabgabengesetz vom 13. Dezember 1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vom 15. Dezember 2020 (GVBl. LSA S. 712). Hinsichtlich der Erstattungsansprüche nach Absatz 4 hat die Landesregierung durch Verordnung das Verfahren der Antragstellung, die Fälligkeit und die Auszahlung der Erstattungsleistung näher geregelt. Danach ist die Erstattungsleistung innerhalb von drei Monaten nach Bestandskraft des Bescheides auszus zahlen. Ein Erstattungsantrag kann bis zum 31. Dezember 2025 gestellt werden.			
633 04	043	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände auf Grund des Gesetzes zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren	100.000 100.000	100.000 0	100.000 0
		Erläuterungen:			
		Pauschalbetrag zur Deckung der laufenden Mehrkosten nach § 17 Abs. 3 des Gesetzes zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren vom 23. Januar 2009 (GVBl. LSA S. 22).			
633 06	012	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Mehrbelastungsausgleich wegen der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge	15.000.000 14.999.999	15.000.000 0	15.000.000 0
		Erläuterungen:			
		Gemäß § 1 des Gesetzes über den Mehrbelastungsausgleich für kommunale Straßenbaumaßnahmen erhalten die Gemeinden ab dem Jahr 2022 einen Mehrbelastungsausgleich von jährlich 15 Mio. Euro zum Ausgleich dafür, dass sie Beiträge in Bezug auf Verkehrsanlagen und wiederkehrende Beiträge in Bezug auf Verkehrsanlagen für erforderliche Maßnahmen aufgrund des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nicht mehr erheben dürfen.			
671 01	322	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	100.000 290.000	2.000.000 0	2.581.000 0
		* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 03 46 Titel 671 01.			
		** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.			
		Erläuterungen:			
		Für von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu bearbeitende Förderprogramme.			
681 04	011	Ehrungen von Alters- und Ehejubilaren	5.200 3.969	5.200 0	5.200 0
		Erläuterungen:			
		Die Landesregierung ehrt Altersjubilare bei Vollendung des 100. und jedes weiteren Lebensjahres sowie Ehejubilare aus Anlass des 50., 60., 65., 70. und 75. Hochzeitstages mit einer Glückwunschkarte.			
682 01	043	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder in Halle (Saale)	443.500 310.809	14.000 0	395.000 0
		Erläuterungen:			
		Finanzierungsanteil des Landes an der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder in Halle (Saale). Der Finanzierungsanteil errechnet sich auf der Grundlage des Wirtschaftsplans 2025 der Glücksspielbehörde nach dem Königsteiner Schlüssel.			
684 03	244	Zuweisungen an den Landesverband jüdischer Gemeinden für die Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	236.600 236.590	240.100 0	240.100 0
		Übertragbar			

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 03

*** Ausgaben dürfen geleistet werden bis zu 200 v. H. der Ist-Einnahmen bei Kapitel 03 02 Titel 231 02 zuzüglich 3.500 Euro ergänzende Landesmittel.

Erläuterungen:

Vgl. Kapitel 03 02 Titel 231 02

684 04	249	Zuschüsse an Organisationen, die Opfer kommunistischer Verfolgungsmaßnahmen betreuen	238.000 233.000	256.000 0	256.000 0

Erläuterungen:

Institutionelle Förderung des Vereins "Bürgerkomitee Magdeburg e. V." i. H. v. 177.000 Euro.
 Institutionelle Förderung des Vereins "Zeit-Geschichte(n) e. V." i. H. v. 79.000 Euro.

Übersicht über die Institutionelle Förderung des Vereins "Bürgerkomitee Magdeburg e. V."

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	150.500	155.000	160.000	160.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	31.500	27.400	31.400	31.400
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	182.000	182.400	191.400	191.400
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	400	700	700	700
Mithin Fehlbetrag:	181.600	181.700	190.700	190.700
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	168.000	168.000	177.000	177.000
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	13.200	13.200	13.200	13.200
e) Private	400	500	500	500
Zusammen	181.600	181.700	190.700	190.700
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
AT	0,00	0,00	0,00	0,00
E11	1,00	1,00	1,00	1,00
E10	1,00	1,00	1,00	1,00
E9	0,00	0,00	0,00	1,00
E8	1,00	1,00	1,00	
Summe	3,00	3,00	3,00	3,00
Insgesamt	3,00	3,00	3,00	3,00

981 01	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	56.000 44.932	48.000 0	48.000 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 981 01

Erläuterungen:

Beschaffung von digitalem Kartenmaterial zur Dokumentation von Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen sowie für Bedarfe im Brand- und Katastrophenschutz, der Gefahrenabwehr und der Statistik. Vgl. Kapitel 14 06 Titel 381 01.

Titelgruppe(n)

61 Wiedergutmachung von NS-Unrecht

631 61	249	Sonstige Zuweisungen an Bund für Maßnahmen zur Erhaltung der Gräber der Sinti und Roma	15.000 7.981	10.000 0	10.000 0

Erläuterungen:

Auf Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung vom 5./14. Dezember 2018 werden die Grabstätten der unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma erhalten. Die Kosten tragen der Bund und die Länder jeweils zur Hälfte. Das Land beteiligt sich auf Grundlage des Königsteiner Schlüssels an den Kosten.

633 61	249	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Beseitigung von Schändungen an sowjetischen Ehrenfriedhöfen	3.000 7.207	5.000 0	7.200 0

684 61	249	Zuschüsse an Organisationen, die Opfer des NS-Regimes betreuen	3.000 3.690	3.000 0	4.000 0

Erläuterungen:

Projektförderung nach Maßgabe des RdErl. des MI über die Gewährung von Zuwendungen an Organisationen, die Opfer des NS-Regimes betreuen vom 25. Januar 2011 (MBI. LSA S. 97), zuletzt geändert durch RdErl. des MI vom 14. März 2024 (MBI. LSA S. 228).

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			21.000	18.000 0	21.200 0

62 Maßnahmen auf Grundlage von § 9 Abs. 5 und 6 Glücksspielgesetz des Landes Sachsen-Anhalt

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 03 02 Titel 119 62.

632 62	043	Sonstige Zuweisungen an Länder	0 0	0 0	0 0

684 62	043	Zuschüsse für laufende Zwecke	530.000 198.046	530.000 500.000	530.000 630.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	150.000	200.000			350.000
2026	155.000	200.000	200.000		555.000
2027		200.000	200.000	130.000	530.000
2028		200.000	100.000	200.000	500.000
2029 ff.				300.000	300.000
Summen	305.000	800.000	500.000	630.000	2.235.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 62

Erläuterungen:

Die Mittel werden für Maßnahmen zur Prävention, Bekämpfung und Erforschung von Glücksspielsucht gemäß § 9 Abs. 5 GlüG LSA eingesetzt. Die Projekte dienen der Verbesserung der Glücksspielprävention in Sachsen-Anhalt.

Die 2023 ausgebrachte VE ist nicht vollständig in Anspruch genommen worden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	530.000	530.000	530.000
		500.000	630.000

63 Historische Kommission für Sachsen-Anhalt e.V.

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 03 02 Titelgruppe 63.

Erläuterungen:

Institutionelle Förderung der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt e.V.

684 63	165	Zuschüsse für laufende Zwecke	88.100	89.700	79.700
			74.683	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	79.700				79.700
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	79.700				79.700

893 63	165	Zuschüsse für Investitionen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	88.100	89.700	79.700
		0	0

65 Durchführung öffentlicher Wahlen/Volksentscheide

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 03 02 Titel 231 65.

533 65	011	Dienstleistungen Außenstehender	190.000	30.000	485.300
			0	230.000	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 65

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			230.000		230.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			230.000		230.000

Erläuterungen:

Die in 2025 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung dient der Durchführung von überjährigen Beschaffungen der Landeswahlleiterin zur Durchführung der Bundes- und Landtagswahl (Stimmzettelbeschaffung für die Landtagswahl, Unterstützungsleistungen Wahlergebnispräsentation).

547 65	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für Wahlen/ Volksentscheide	155.000 199.140	35.400 0	37.300 0

Erläuterungen:

Der Ansatz berücksichtigt die speziellen Kosten der Landeswahlleiterin bei der Vorbereitung der Bundestagswahl 2025 sowie der Landtagswahl 2026.

633 65	011	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus Anlass von Wahlen/Volksentscheiden	3.000.000 0	2.000.000 0	4.800.000 0

Erläuterungen:

2025: Erstattung der durch die Bundestagswahl veranlassten Ausgaben an die Gemeinden (Abschlag).
2026: Erstattung der durch die Bundestagswahl veranlassten Ausgaben an die Gemeinden (Restzahlung) und Erstattung der durch die Landtagswahl 2026 veranlassten notwendigen Ausgaben der Gemeinden und Kreiswahlleiter.

684 65	011	Zuweisungen an den Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e. V. (BSVSA)	0 0	0 0	8.600 0

Erläuterungen:

Erstattung der durch die Landtagswahl 2026 veranlassten Ausgaben für Stimmzettelschablonen an den Blinden- und Sehbehindertenverband.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			3.345.000	2.065.400 230.000	5.331.200 0

66 Landespräventionsrat

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 03 02 Titelgruppe 66.

547 66	291	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	8.000 7.595	8.000 0	8.000 0

684 66	291	Zuschüsse an Vereine und Verbände	3.000 0	3.000 0	3.000 0

Erläuterungen:

Zuwendungen des Landespräventionsrates an Vereine und Verbände gemäß eingehenden Anträgen.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			11.000	11.000	11.000
				0	0
67		Unterstützungsleistungen nach dem Beruflichen bzw. Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz			
544 67	244	Rückzahlung vereinnahmter Beträge aus Vorjahren	0	0	0
			0	0	0
Übertragbar					
* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 60 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 03 02 Titel 119 67.					
633 67	244	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	300.000	300.000	300.000
			275.000	0	0
Erläuterungen:					
Nach § 8 BerRehaG erhalten politisch Verfolgte, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind, monatliche Ausgleichsleistungen von bis zu 240 Euro. Zuständig für die Gewährung dieser Ausgleichsleistungen sind die örtlichen Träger der Sozialhilfe. Diesen hat das Land Sachsen-Anhalt die entstehenden Kosten zu erstatten. Vgl. Kapitel 03 02 Titel 231 67.					
636 67	244	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	15.000	20.000	20.000
			20.716	0	0
Erläuterungen:					
Nach §§ 6 und 7 BerRehaG erhalten politisch Verfolgte, die an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung teilnehmen, bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Unterhaltsgeld in entsprechender Anwendung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch. Zuständig für die Gewährung des Unterhaltsgeldes ist nach § 24 Abs. 1 BerRehaG die Bundesagentur für Arbeit. Das Land Sachsen-Anhalt hat der Bundesagentur für Arbeit die entstehenden Kosten zu erstatten. Vgl. Kapitel 03 02 Titel 231 67.					
681 67	244	Einmalige Ausgleichsleistungen	30.000	25.000	25.000
			3.000	0	0
Erläuterungen:					
Nach § 1a Abs. 2 VwRehaG erhalten Opfer von als rechtsstaatswidrig festgesetzten Zersetzungsmaßnahmen eine Einmalzahlung in Höhe von 1.500 Euro, wenn wegen desselben Sachverhalts keine Ausgleichsleistungen bezogen wurden. Vgl. Kapitel 0302 Titel 231 67.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			345.000	345.000	345.000
				0	0
68		Förderung von Maßnahmen zum Schutz jüdischer Einrichtungen in Sachsen-Anhalt			
Erläuterungen:					
Der Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) hat gezeigt, dass optimierte Objektschutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen geboten sind. Das Land Sachsen-Anhalt stellt vor diesem Hintergrund auf der Grundlage sicherheitstechnischer Empfehlungen des Landeskriminalamtes Haushaltsmittel zur Finanzierung konkreter Maßnahmen zum Schutz der jüdischen Gemeinden bereit. Die Mittel werden auf Grundlage eines speziell hierzu mit der Jüdischen Gemeinschaft geschlossenen Staatsvertrages zu baulich-technischen Sicherungsmaßnahmen, deren Wartung und zu Wachpersonal bereitgestellt (GVBl. LSA 2021 S. 148, 149).					
684 68	249	Zuschüsse für laufende Zwecke	460.000	500.000	500.000
			420.000	0	

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 68

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Finanzierung von Wachpersonal sowie der Kosten des laufenden Betriebes und der Unterhaltung der installierten Sicherungseinrichtungen unter Berücksichtigung eingetretener Kostensteigerungen.

893 68	249	Zuschüsse für Investitionen zum Schutz jüdischer Gemeinden	1.154.000	0	0
			1.376.571	0	0

Erläuterungen:

Die baulich-technischen Maßnahmen zur Sicherung von Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft im Sinne von Artikel 1 des Vertrages des Landes Sachsen-Anhalt mit der jüdischen Gemeinschaft zu baulich-technischen Sicherungsmaßnahmen, deren Wartung und zu Wachpersonal sind mittlerweile abgeschlossen. Derzeit zeichnen sich keine weiteren Investitionsbedarfe ab.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	1.614.000	500.000	500.000
		0	0

69 Aufbau einer Gemeinsamen Glücksspielaufsichtsbehörde der Länder in Sachsen-Anhalt

Erläuterungen:

Gemäß dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 sind die ländereinheitlichen und gebündelten Zuständigkeiten zum 1. Januar 2023 auf die Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder in Halle (Saale) übergegangen (siehe Kapitel 0302 Titel 682 01).

511 69	043	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
518 69	011	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	0	0	0
		0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	6.000	7.000	7.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	7.117.300	6.047.300	5.757.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		7.123.300	6.054.300	5.764.300

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	155.400	119.400	119.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	353.000	73.400	530.600
			230.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	31.465.900	35.489.800	30.008.700
			500.000	630.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.154.000	0	0
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	56.000	48.000	48.000
			0	0
Gesamtausgabe		33.184.300	35.730.600	30.706.700
Gesamtsumme der VE			730.000	630.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-26.061.000	-29.676.300	-24.942.400

Anlage 1 zu Kapitel 03 02

Ministerium für Inneres und Sport

**Wirtschaftsplan für die Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder
für die Wirtschaftsjahre 2025 und 2026**

Vorbemerkung zum Wirtschaftsplan:

Sowohl der Verwaltungsrat der GGL (Umlaufbeschluss 16/2024) als auch die Finanzministerkonferenz (Beschluss vom 5. Dezember 2024) haben dem Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2025 zugestimmt. Grundlage für das Wirtschaftsjahr 2026 ist die mittelfristige Finanzvorschau des Wirtschaftsplans 2025 für das Jahr 2026.

Nach § 27c Abs. 5 GlüStV 2021 ist das Rechnungswesen der Anstalt nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung (staatliche Doppik) ausgerichtet. Die Wirtschaftsplanung basiert auf den Standards für die staatliche doppelte Buchführung nach § 7a i.V.m. § 49a Haushaltsgrundsätzegesetz.

Verzeichnis des Wirtschaftsplans

A: Erfolgsplan

B: Finanzplan

C: Investitionsplan

D: Stellenplan

Erfolgsplan

Ertrags und Aufwandsarten		IST	Soll	Soll	Soll (laut mittelfristiger Finanzplanung 2025)
		Euro			
		2023	2024	2025	2026
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0
2 +	Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	0,00	0	0	0
3 +	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse	12.233.178,93	13.838.000	8.082.000	9.978.000
	davon Finanzierungsbeiträge Trägerländer	12.233.178,93	13.498.000,00	7.742.000,00	9.638.000,00
	Baden-Württemberg			1.009.604,03	
	Bayern			1.204.710,94	
	Berlin			401.805,93	
	Brandenburg			234.572,54	
	Bremen			73.842,42	
	Hamburg			201.557,55	
	Hessen			575.779,51	
	Mecklenburg-Vorpommern			153.326,44	
	Niedersachsen			727.386,45	
	Nordrhein-Westfalen			1.631.697,73	
	Rheinland-Pfalz			373.046,72	
	Saarland			92.770,06	
	Sachsen			385.712,63	
	Sachsen-Anhalt			208.733,61	
	Schleswig-Holstein			263.675,49	
	Thüringen			203.777,96	
	davon Finanzierungsbeiträge Safe-Server	0,00	340.000	340.000	340.000
4 +	Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	9.156.256,17	7.226.000	12.871.000	13.115.000
	a) Erträge aus Gebühren	8.985.991,17	7.196.000	12.764.000	13.071.000
	b) Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern	170.265,00	30.000	107.000	44.000
	c) Umsatzerlöse	0,00	0	0	0
5 +	Bestandsveränderungen/aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0
6 +	sonstige Erträge	1.068.708,79	1.583.000	2.093.000	2.551.000
	davon Auflösung Sonderposten für Investitionen	1.068.708,79	1.583.000	2.093.000	2.551.000
7 =	Summe Erträge	22.458.143,89	22.647.000	23.046.000	25.644.000
8	Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	6.273.404,05	10.662.000	10.880.000	11.514.000
	a) Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	212.922,81	844.000	1.339.000	1.305.000
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	126.326,17	448.000	447.000	543.000
	c) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	5.934.155,07	9.370.000	9.094.000	9.666.000
9 +	Personalaufwendungen	5.282.217,03	9.702.000	9.369.000	10.886.000
	a) Entgelte	2.338.557,81	2.745.000	3.255.000	3.623.000
	b) Bezüge	1.694.922,19	4.390.000	3.573.000	4.291.000
	c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.248.737,03	2.567.000	2.541.000	2.972.000
10 +	Abschreibungen	1.068.708,79	1.583.000	2.093.000	2.551.000
	a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.068.708,79	1.583.000	2.093.000	2.551.000
	b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit unüblich hoch	0,00	0	0	0
11 +	Aufwendungen aus Finanzausgleichsbeziehungen	0,00	0	0	0
12 +	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	0,00	0	0	0
13 +	sonstige Aufwendungen	235.200,45	700.000	704.000	693.000
	a) Sonstige Personalaufwendungen	122.940,35	355.000	318.000	309.000
	b) Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Vermögensgegenständen und übrige Aufwendungen	112.260,10	345.000	386.000	384.000
14 =	Aufwendungen	12.859.530,32	22.647.000	23.046.000	25.644.000
15 =	Verwaltungsergebnis (Saldo Zeilen 7 und 14)	9.598.613,57	0	0	0
16 +	Erträge aus Beteiligungen	0,00	0	0	0
17 +	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0	0	0
18 +	sonstige Zinsen und Erträge	273.816,77	0	0	0
19 -	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0	0	0
20 -	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	0	0	0
21 -	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0	0	0
22 =	Finanzergebnis (Saldo Zeile 16 bis 21)	273.816,77	0	0	0
23 =	Ergebnis der Geschäftstätigkeit Saldo Zeile 16 und 22	9.872.430,34	0	0	0
24	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0
25	Erträge aus Verlustübernahme/Aufwendungen aus Gewinnabführung	0,00	0	0	0
26 =	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag Saldo Zeilen 23, 24 und 25	9.872.430,34	0	0	0

Finanzplan

Einzahlungs- und Auszahlungszahlen		IST	Soll	Soll	Soll (laut mittelfristiger Finanzplanung 2025)				
						Euro			
						2023	2024	2025	2026
1	Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	15.122.068,78	21.064.000	20.953.000	23.093.000				
2 -	Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	7.716.809,97	21.064.000	20.953.000	23.093.000				
3 =	Saldo aus Verwaltungstätigkeit	7.405.258,81	0	0	0				
4	Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen	1.684.506,18	2.519.000	2.632.000	2.851.000				
	davon Finanzierungsbeiträge Trägerländer	1.684.506,18	2.519.000,00	2.632.000,00	2.851.000,00				
	Baden-Württemberg			343.228,86					
	Bayern			409.558,15					
	Berlin			136.599,48					
	Brandenburg			79.746,18					
	Bremen			25.103,75					
	Hamburg			68.522,28					
	Hessen			195.744,21					
	Mecklenburg-Vorpommern			52.125,44					
	Niedersachsen			247.285,09					
	Nordrhein-Westfalen			554.718,21					
	Rheinland-Pfalz			126.822,39					
	Saarland			31.538,47					
	Sachsen			131.128,35					
	Sachsen-Anhalt			70.961,88					
	Schleswig-Holstein			89.640,13					
	Thüringen			69.277,14					
5 +	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0				
6 +	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0				
7 +	sonstige Investitionszuweisungen	0,00	0	0	0				
8 -	Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0	0	0				
9 -	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	0,00	0	0	0				
10 -	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0				
11 -	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	113.322,34	229.000	274.000	234.000				
12 -	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0				
13 -	sonstige Investitionsauszahlungen	488.511,24	2.290.000	2.358.000	2.617.000				
14 -	globale Minderzahlungen	0,00	0	0	0				
15 =	Saldo Investitionen	1.082.672,60	0	0	0				
16	Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	0,00	0	0	0				
17 -	Auszahlungen aus gegebenen Darlehen	0,00	0	0	0				
18 =	Saldo gegebene Darlehen	0,00	0	0	0				
19	Einzahlungen aus der Aufnahme von Deckungskrediten	0,00	0	0	0				
20 -	Auszahlung en für die Tilgung von Deckungskrediten	0,00	0	0	0				
21 +	Einzahlungen aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen und Aufnahme von Kassenverstärkungskrediten	0,00	0	0	0				
22 -	Auszahlungen aus Gewährung von Liquiditätshilfen und Tilgung von Kassenverstärkungskrediten	0,00	0	0	0				
23 +	Übrige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0	0	0				
24 -	Übrige Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0	0	0				
25 =	Saldo Finanzierungstätigkeit	0,00	0	0	0				
26	Einzahlungen aus durchlaufenden Posten	1.221.586,66	0	0	0				
27 -	Auszahlungen aus durchlaufenden Posten	5.744,80	0	0	0				
28 =	Saldo durchlaufende Posten	1.215.841,86	0	0	0				
29 =	Änderung des Bestands an liquiden Mitteln (3+15+18+25+28)	9.703.773,27	0	0	0				
30 =	Saldo Finanzplanung (3+15+18+25+28-29)	0,00	0	0	0				

Investitionsplan

Investitionsvorhaben	Ansatz 2025
	in Euro
IT-, Büro- und Geschäftsausstattung	274.000,00
Fachsoftware LUGAS - Entwicklung	1.870.000,00
Weiterentwicklung Internet, Intranet	238.000,00
Neuanschaffungen - Weiterentwicklung Software/Lizenzen	250.000,00
Insgesamt	2.632.000,00

Investitionsvorhaben	Ansatz 2026 Soll (laut mittelfristiger Finanzplanung 2025)
	in Euro
IT-, Büro- und Geschäftsausstattung	234.000,00
Fachsoftware LUGAS - Entwicklung	2.279.000,00
Weiterentwicklung Internet, Intranet	238.000,00
Neuanschaffungen - Weiterentwicklung Software/Lizenzen	100.000,00
Insgesamt	2.851.000,00

Stellenplan

Außertariflich Beschäftigte			
Einstufung	Funktion	Stellenanzahl 2025	Stellenanzahl 2026 (laut mittelfristiger Finanzplanung 2025)
B 5 AT	Vorstand	2	2
Gesamt:		2	2

Beamte			
Bes. Gruppe	Funktion	Stellenanzahl 2025	Stellenanzahl 2026 (laut mittelfristiger Finanzplanung 2025)
A 16	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in	2	2
A 15	Regierungsdirektor/-in	4	4
A 14	Oberregierungsrat/-rätin	15	15
A 13 L 2.2	Regierungsrat/-rätin	9	9
A 13 L 2.1	Regierungsrat/-rätin	1	1
A 12	Regierungsamtsrat/-rätin	21	21
A 11	Regierungsamtmann/-frau	44	44
A 10	Regierungsoberinspektor/-in	6	6
A 8	Regierungshauptsekretär	1	1
Gesamt:		103	103

Beschäftigte			
Entgeltgruppe	Funktion	Stellenanzahl 2025	Stellenanzahl 2026 (laut mittelfristiger Finanzplanung 2025)
EG 14	Verwaltungsdienst	2	2
EG 13	Verwaltungsdienst	1	1
EG 8	Verwaltungsdienst	2	2
EG 5	Verwaltungsdienst	1	1
Gesamt:		6	6

Personal Gesamt:		111	111

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 08 Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 08 beträgt zum 31.12.2025 26 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 08 beträgt zum 31.12.2026 26 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines

Das Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt (AFI-LSA) dient der Durchführung vorgeschriebener theoretischer und praktischer Lehrveranstaltungen der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Bediensteten des Landes Sachsen-Anhalt. Es wird als budgetierte Einrichtung nach § 17a LHO im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport geführt.

Haushaltsvermerk:

Vom Budget ausgenommen sind die Titel 231 01, 422 01, 427 01, 428 01, 428 03, 443 02, 542 01, 681 51 und 916 13. Innerhalb des Budgets erhöhen oder vermindern sich die Ausgaben der Hauptgruppen 4 bis 8 um die Mehr- oder Mindereinnahmen. Im Budgetrahmen sind die Ausgaben innerhalb der Hauptgruppen 4 bis 8 und zwischen den Hauptgruppen deckungsfähig und übertragbar. Eine Abweichung von der Verbindlichkeit der Erläuterungen bei den Gruppen 811 und 812 wird auf der Grundlage des § 11 Abs. 3 HG 2025/2026 zugelassen.

Einnahmen

111 11	012	Verwaltungsgebühren	127.700	98.600	98.600
			171.863		

Erläuterungen:

Gebühren nach dem VwKostG i. V. m. AllGO LSA.
Entgelte von externen Teilnehmern und Entgelte für die Ausbildung von Verwaltungsfachangestellten des Bundes gemäß der Nutzungsverordnung für die Leistungen des AFI LSA (NEO-AFI-LSA).

119 41	012	Rückzahlungen aus Überzahlungen	1.100	1.100	1.100
			60		

119 51	012	Vermischte Einnahmen	500	500	500
			1.484		

124 01	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	141.200	134.000	137.700
			114.457		

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	139.000	132.000	135.700
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	2.200	2.000	2.000
	Summe	141.200	134.000	137.700

125 02	012	Einnahmen aus der Abgabe von Verpflegung	98.300	92.900	89.300
			104.955		

132 02	012	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	500	500	500
			9.050		

231 01	012	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			5.192		

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 08 **Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 01

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 08 Titel 681 51.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 08 Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	767.900 847.627	875.700 0	895.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	767.900	875.700	895.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
Summe		767.900	875.700	895.500

427 01	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

427 31	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	59.300 65.253	95.800 0	65.200 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrvergütungen	63.213	53.100	91.600	60.500
2.	Prüfungsvergütungen für Mitglieder der Prüfungsausschüsse	2.040	6.200	4.200	4.700
Zusammen		65.253	59.300	95.800	65.200

Zu 1.

2025:

Bei einem Lehrstundenbedarf für die Aus- und Weiterbildung von insgesamt 3.453 Stunden werden von den hauptamtlichen Dozenten 1.850 Stunden und von den externen Dozenten 362 Stunden abgeleistet (siehe dazu Titel 525 01), so dass 1.241 Stunden durch die nebenamtlichen Dozenten abgedeckt werden müssen (37.230 EUR). 54.300 EUR sind für die ressortübergreifende dienstliche Fortbildung für alle Laufbahnen des allgemeinen Verwaltungsdienstes vorgesehen.

2026:

Bei einem Lehrstundenbedarf für die Aus- und Weiterbildung von insgesamt 3.477 Stunden werden von den hauptamtlichen Dozenten 3.100 Stunden und von den externen Dozenten 110 Stunden abgeleistet (siehe dazu Titel 525 01), so dass 267 Stunden durch die nebenamtlichen Dozenten abgedeckt werden müssen (8.010 EUR). 52.400 EUR sind für die ressortübergreifende dienstliche Fortbildung für alle Laufbahnen des allgemeinen Verwaltungsdienstes vorgesehen.

428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	796.800 822.820	785.900 0	692.400 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 08 Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0		0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	796.800	785.900	692.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	796.800	785.900	692.400

428 03	012	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0	0	0
			0	0	0

443 02	012	Amtsärztliche Untersuchungen	500	500	500
			424	0	0

511 01	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	44.900	35.100	35.100
			35.865	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	28.000	22.900	22.900
2.	Kommunikation	6.800	6.700	6.700
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.100	5.500	5.500
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	44.900	35.100	35.100

514 01	012	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	600	600	600
			415	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	0	0	0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	600	600	600
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	600	600	600

514 04	012	Verbrauchsmittel für Verpflegung	116.100	118.200	124.100
			117.192	0	0

517 01	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	290.100	306.000	323.400
			415.241	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 08 Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	800	800	800
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	145.600	147.600	157.100
4.	Bewachung	0	0	0
5.	Sonstiges	143.700	157.600	165.500
Summe		290.100	306.000	323.400

Zu 5.
Hausmeisterdienstleistungen, Küchenhilfe (Standort Thale)

517 30	012	Bewirtschaftung landeseigener Liegenschaften	151.500	0	0
			244.986	0	0

518 01	012	Mieten und Pachten	139.900	119.300	139.300
			98.138	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	139.900	119.300	139.300
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3.	Für Leasing	0	0	0
Summe		139.900	119.300	139.300

518 30	012	Mietzahlungen an BLSA	277.400	0	0
			493.137	0	0

Erläuterungen:

Genutzte landeseigene Liegenschaften:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Hasselfelder Straße 31 in Blankenburg	117.900	0	0
2.	Schmiedestraße 3 - 4 in Thale	159.500	0	0
Summe		277.400	0	0

519 01	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.400	2.500	2.500
			730	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	2.400	2.500	2.500
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
Summe		2.400	2.500	2.500

525 01	012	Aus- und Fortbildung	270.000	300.000	258.700
			180.569	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für hauptamtliche und nebenamtliche Dozenten und Mitglieder in Prüfungsausschüssen sowie Sachaufwand für die im Rahmen des Fortbildungsprogramms tätigen externen Lehrkräfte und freien Bildungsträger.

527 01	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	3.000	3.000	2.000
			2.049	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 08 Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
533 01	012	Dienstleistungen Außenstehender	9.300 3.769	8.500 0	13.500 0
534 02	012	Sachaufwand für die Ausbildung, Fortbildung und Prüfung Außenstehender	80.000 47.192	70.000 0	70.000 0
Erläuterungen:					
Kosten der zuständigen Stelle nach BBiG in Blankenburg u. a. für die Zwischen- und Abschlussprüfungen (§ 47, § 37 ff.), Ausbildungsberatung (§ 76), Eignungsfeststellung (§ 27 ff.), Qualifizierung von Ausbildern (§ 30) i. V. m. der Ausbildereignungsverordnung, Berufsaussbildungsausschuss (§ 77 ff.)					
537 01	012	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	0 46.066	0 0	0 0
542 01	012	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
681 01	012	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	1.000 150	1.000 0	1.000 0
681 51	012	Studienbeihilfen und dgl.	0 5.456	0 0	0 0
* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-einnahmen bei Kapitel 03 08 Titel 231 01.					
Erläuterungen:					
Zuwendungen aus dem Förderprogramm "Begabtenförderung berufliche Bildung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung".					
812 15	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	23.300 0	0 0	0 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	65.700 66.627	96.500 0	98.600 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 08 Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	369.300	327.600	327.700
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		369.300	327.600	327.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	1.624.500	1.757.900	1.653.600
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.385.200	963.200	969.200
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.000	1.000	1.000
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	23.300	0	0
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	65.700	96.500	98.600
			0	0
Gesamtausgabe		3.099.700	2.818.600	2.722.400
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.730.400	-2.491.000	-2.394.700

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 10 beträgt zum 31.12.2025 1.289 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 10 beträgt zum 31.12.2026 1.289 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines:

Landesverwaltungsamt mit zwei unselbständigen Nebenstellen Magdeburg und Dessau-Roßlau.

Im Landesverwaltungsamt werden in den Fachreferaten Aufgaben verschiedener Ressorts erledigt. Sämtliche sächliche Verwaltungsausgaben für den Verwaltungsbereich sind beim Landesverwaltungsamt veranschlagt.

Einnahmen

111 11	012	Verwaltungsgebühren	18.000.000	12.642.400	12.762.700
			7.291.441		

Erläuterungen:

Aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der zurzeit gültigen Fassung gemäß Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG), Straßenverkehrsordnung, Fahrschulgenehmigungen, Abfall/Altlasten/Gewässerschutz, Genehmigungen nach Lebensmittel- und Futtermittelgesetz (LFGB), tierseuchenrechtliche Genehmigungen, Überwachungen nach immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen, Apothekenbesichtigungen, Pharmazeutische Unternehmen, Drittlandinspektionen, Zertifikate nach Gesundheits- und Medizinproduktegesetz, Erteilung von Approbationen, Binnenschifffahrt, Beglaubigungen Einbürgerungen, Namensrecht, waffenrechtliche Genehmigungen, Erlaubniserteilung Lotto, Sportwetten etc., Gebühren für isolierte Zinsfestsetzungsbescheide.

111 45	012	Prüfungsgebühren	120.000	155.000	155.000
			154.396		

Erläuterungen:

Verwaltungsgebühren für die Teilnahme am Überprüfungsverfahren nach dem Heilpraktikerrecht gem. den Richtlinien für das Verfahren zur Erteilung einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz (RdErl. des MS vom 23. Juli 2013 - 22-41021/1, MBl. LSA Nr. 25/2013 vom 9. August 2013).
Einnahmen im Rahmen der Ausbildung von Fachangestellten für Bäderbetriebe sowie für die Fortbildung zum Geprüften Meister/zur Geprüften Meisterin für Bäderbetriebe. Verwaltungsgebühren für Prüfungen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG).

111 53	012	Einnahmen aus der Tätigkeit von Prüfungsausschüssen	25.000	25.000	25.000
			23.484		

Erläuterungen:

Überprüfung von Luftfahrtpersonal, Hundesachkundeprüfungen sowie Überprüfungen nach dem Waffengesetz.

112 01	012	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	350.000	390.000	390.000
			371.823		

Erläuterungen:

Geldbußen wegen Ordnungswidrigkeiten nach dem Arzneimittelgesetz, dem Gesetz über das Apothekenwesen, dem Betäubungsmittel-, Luftverkehrs-, Luftsicherheits- und Pflegeversicherungsgesetz. Verstöße gegen Vorschriften über tierärztliche Hausapotheken.

119 31	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen	10.000	7.600	7.600
			7.312		

119 41	012	Rückzahlung von Überzahlungen	15.000	15.000	15.000
			20.865		

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 10 **Landesverwaltungsamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

119 46	012	Ersatzleistungen	10.000 35.840	10.000	10.000

Erläuterungen:
Von haftenden Versicherungsunternehmen.

119 51	012	Vermischte Einnahmen	15.000 20.233	15.000	15.000

Erläuterungen:
Erstattung von entstandenen Kosten für Vordrucklieferungen (Zentrale Vordruckstelle) durch Landesbetriebe und andere Landesbehörden.

124 01	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	28.000 24.405	25.200	25.200

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	28.000	25.200	25.200
Summe		28.000	25.200	25.200

Zu 5.
Erhebung von Entgelten für die Parkplatzvermietung gem. RdErl. des MF vom 26. September 2021 (MBI. LSA, S. 884), zuletzt geändert durch RdErl. des MF vom 11. Januar 2024 (MBI. LSA, S. 137).

132 01	012	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0 0	2.000	0

132 02	012	Einnahmen aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden	500 0	500	500

381 01	012	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0 0	321.600	341.300

Erläuterungen:
Erstattung von Mietausgaben für die Mitnutzung der Liegenschaft Ernst-Kamieth-Straße 2 in Halle (Saale) durch das Landesschulamt.

Titelgruppe(n)

64 **Katastrophenschutzstab**

231 64	045	Sonstige Zuweisungen vom Bund für Katastrophenschutzübungen	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 03 10
Titelgruppe 64.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

412 01	012	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	165.000	209.600	209.600
			209.529	0	0

Erläuterungen:

Entschädigungen für die Sachverständigenkommission für Überprüfungen nach dem Heilpraktikerrecht.
Entschädigungen für den Gutachterausschuss bei der Widerspruchsbehörde in Heilpraktikerangelegenheiten.
Aufwandsentschädigungen im Rahmen der Prüfungsausschusstätigkeit bei den Gesundheitsfachberufen.
Entschädigungen der Sachverständigenkommission für die Sitzung nach § 8 Abs. 3 Transplantationsgesetz (TPG).
Entschädigungen für Mitglieder des beratenden Ausschusses für behinderte Menschen und des Widerspruchsausschusses beim Integrationsamt.
Entschädigungen der Landespharmazieräte für amtliche Besichtigungen der Apotheken.
Entschädigungen für die Mitglieder der nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) gebildeten Ausschüsse sowie für Prüfungen der zuständigen Stellen und Behörden anderer Bundesländer bei überregionaler Prüfung.

422 01	012	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	29.430.800	32.316.000	29.847.000
			30.873.195	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	29.429.800	32.316.000	29.847.000
2.	Aufwandsentschädigungen	1.000	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	29.430.800	32.316.000	29.847.000

Zu 2.

Dienstaufwandsentschädigungen

a) für einen Präsidenten oder eine Präsidentin des Landesverwaltungsamtes

b) für einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin des Landesverwaltungsamtes.

422 05	012	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

422 41	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	2.375.000	2.590.800	2.906.600
			2.281.200	0	0

422 51	012	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0	0	0
			0	0	0

427 01	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			43.537	0	0

427 31	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	62.400	62.400	62.400
			17.840	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrvergütungen	62.400	62.400	62.400
2.	Prüfungsvergütungen	0	0	0
	Summe	62.400	62.400	62.400

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 31

Gemäß Richtlinie über die Vergütung von nebenamtlichem und nebenberuflichem Unterricht in der Aus- und Fortbildung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes (RdErl. des MF vom 14. November 2014 - 1512-03012-3, MBl. LSA Nr. 40/2014).

428 01	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	56.545.900	54.374.400	49.407.100
			54.596.356	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0		0
		106.100	115.800	116.700
		56.439.800	54.258.600	49.290.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	56.545.900	54.374.400	49.407.100

428 03	012	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	1.053.300	1.145.800	1.406.900
			888.996	0	0

Erläuterungen:

		Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	14 Verwaltungsfachangestellte und 2 Fachinformatiker 01.08.2021 - 31.07.2024 (TVA-L BBiG)	198.700	0	0
2.	8 Verwaltungsfachangestellte und 2 Fachinformatiker 01.08.2022 - 31.07.2025 (TVA-L BBiG)	187.600	122.900	0
3.	12 Verwaltungsfachangestellte und 2 Fachinformatiker 01.08.2023 - 31.07.2026 (TVA-L BBiG) 1 Verwaltungsinformatiker (dual) 2022 - 2026 (TVdS-L)	472.200	257.500	123.400
4.	22 Verwaltungsfachangestellte und 2 Fachinformatiker 01.08.2024 - 31.07.2027 (TVA-L BBiG) 1 Verwaltungsinformatiker (dual) 01.09.2024-31.08.2028 (TVdS-L)	194.800	547.800	539.100
5.	22 Verwaltungsfachangestellte und 2 Fachinformatiker 01.08.2025 - 31.07.2028 (TVA-L BBiG) 1 Verwaltungsinformatiker (dual) 01.09.2025-31.08.2029 (TVdS-L)		217.600	526.800
6.	22 Verwaltungsfachangestellte und 2 Fachinformatiker 01.08.2026 - 31.07.2029 (TVA-L BBiG) 1 Verwaltungsinformatiker (dual) 01.09.2026 - 31.08.2030 (TVdS-L)			217.600
	Zusammen	1.053.300	1.145.800	1.406.900

428 51	012	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	5.000	1.700	1.700
			1.636	0	0

511 01	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	960.000	960.000	960.000
			951.066	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	426.000	426.000	421.700
2.	Kommunikation	450.000	453.000	458.500
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	82.000	79.000	77.800
4.	Sonstiges	2.000	2.000	2.000
	Summe	960.000	960.000	960.000

511 02	012	Erwerb und Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	2.000	2.000	2.000
			1.302	0	0

Erläuterungen:

Ersatz, Unterhaltung und Wartung der Geräte für Fachaufgaben (z. B. Anlagen-/Deponieüberwachung) sowie der vorhandenen Messgeräte (Gasmessgerät).

514 01	012	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	130.500	115.000	135.500
			115.191	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	110.000	107.000	115.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	15.000	4.500	15.000
3.	Verbrauchsmittel	5.000	3.000	5.000
4.	Sonstiges	500	500	500
	Summe	130.500	115.000	135.500

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Nutzfahrzeuge	1	1	1	1
Pkw	28	25	25	25
Zusammen	29	26	26	26

517 01	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2.209.600	2.186.700	2.258.200
			1.672.561	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	335.000	295.000	315.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	226.500	216.000	216.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	989.500	970.200	994.700
4.	Bewachung	553.500	601.000	624.000
5.	Sonstiges	105.100	104.500	108.500
	Summe	2.209.600	2.186.700	2.258.200

517 30	012	Bewirtschaftung landeseigener Liegenschaften	1.377.300	0	0
			1.060.419	0	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

518 01	012	Mieten und Pachten	1.656.800	1.811.400	1.973.300
			1.642.013	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.171.000				1.171.000
2026	1.171.000				1.171.000
2027	1.171.000				1.171.000
2028	409.900	1.785.700			2.195.600
2029 ff.		22.024.100			22.024.100
Summen	3.922.900	23.809.800			27.732.700

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	1.656.800	1.811.400	1.973.300
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	1.656.800	1.811.400	1.973.300

Die VE 2024 dient der Fortführung des Mietvertrages für das Dienstgebäude Ernst-Kamieth-Straße 2 in Halle (Saale) für die Zeit vom 01.04.2028 bis zum 31.03.2038.

Zu 1.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.1	Miete Ernst-Kamieth-Str. 2 in Halle (Saale)	1.317.200	1.446.000	1.591.600
1.2	Miete Hansering 15/16 in Halle (Saale) vom 01.06.2022 bis 31.05.2032	308.600	324.000	340.200
2.	Miete Feuerwehranschluss Maxim-Gorki-Straße 7 in Halle (Saale)	1.600	1.600	1.600
3.	Anmietung von Räumen für Personalversammlungen an den drei Standorten des LVwA, Vereidigung der Referendare und für Sonstiges, Erörterungstermine in Planfeststellungsverfahren	10.000	10.000	10.000
4.	Miete zusätzlicher Archivräume	14.400	14.400	14.400
5.	Miete Tiefgaragenstellplätze Hansering 15/16, Halle (Saale)	5.000	5.400	5.500
6.	Sitzung des LJHA und Unterausschüssen	0	10.000	10.000
	Summe	1.656.800	1.811.400	1.973.300

518 13	012	Miete oder private Vorfinanzierung (z.B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	88.300	70.500	70.500
			57.271	0	0

Erläuterungen:

Fortsetzung Leasing für 21 Dienstkraftfahrzeuge zzgl. zwei Dienstkraftfahrzeuge anteilig zu 25 % für die Koordinierungsstelle Cross Compliance, Zentraler Prüfdienst ELER - als Eigenanteil Technische Hilfe ELER gemäß Nr. 5.2 d und 5.3 der Kfz-Richtlinien.

518 30	012	Mietzahlungen an BLSA	2.737.000	0	0
			2.575.919	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 30

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dessauer Str. 70 in Halle (Saale)	1.267.000	0	0
2.	Maxim-Gorki-Str. 7 in Halle (Saale)	545.700	0	0
3.	Olvenstedter Str. 1 - 2 in Magdeburg	472.300	0	0
4.	Hakeborner Straße 1 in Magdeburg	238.700	0	0
5.	Kühnauerstr. 161 in Dessau-Roßlau	197.300	0	0
6.	Barbarastraße 2 in Halle (Saale)	16.000	0	0
Summe		2.737.000	0	0

519 01	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	17.500	17.500	17.500
			7.563	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	8.500	8.500	8.500
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	9.000	9.000	9.000
Summe		17.500	17.500	17.500

522 01	012	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	15.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Gemäß § 28 (3) RettDG LSA ist das LVvA Träger der Luftrettung LSA und somit für die Erteilung von Genehmigungen für die Durchführung des Luftrettungsdienstes zuständig. Die aktuellen Genehmigungsbescheide verlieren mit Ablauf des 31.12.2026 ihre Gültigkeit (es besteht die Möglichkeit der optionalen Verlängerung bis zum 31.12.2027). Im Bedarfsfall wird fachliche Beratung und Unterstützung bei der europaweiten Ausschreibung des Luftrettungsdienstes in Sachsen-Anhalt benötigt.

523 01	012	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	2.000	2.000	2.000
			1.014	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	700	700	700
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	1.000	1.000	1.000
3.	Einbände	300	300	300
Summe		2.000	2.000	2.000

525 01	012	Aus- und Fortbildung	200.000	293.000	300.000
			192.089	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausbildungslehrgänge	41.015	50.000	108.000	142.000
2.	Fortbildungsveranstaltungen	110.239	116.000	130.000	110.000
3.	Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen	28.550	19.000	30.000	28.000
4.	Lehr- und Lernmittel	12.285	15.000	25.000	20.000
Zusammen		192.089	200.000	293.000	300.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 01

Zu 1 und zu 4. Der Mehrbedarf resultiert unter anderem aus höheren Ausbildungszahlen (RIA, VfA) und der Erhöhung des Semesterbeitrages der HS Harz.

Zu 2. Der Mehrbedarf resultiert aus der Änderung der reisekostenrechtlichen Vorschriften und dem Fortbildungsbedarf hinsichtlich der Einführung der elektronischen Aktenverwaltung bis zum 01.01.2026. Aufrechterhaltung der lizentechnischen sowie luftfahrtrechtlichen Qualifikationen für das Flugaufsichtspersonal.

525 02	012	Aus- und Fortbildung von Personalratsmitgliedern und Schwerbehindertenvertretung	12.000 7.003	15.000 0	15.000 0

525 03	012	Sachaufwand der Aus- und Fortbildung Außenstehender	4.000 4.820	4.000 0	4.000 0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

526 01	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	500.000 481.142	500.000 0	500.000 0

Erläuterungen:

Auslagenersatz gemäß § 63 SGB X, § 193 Sozialgerichtsgesetz (SGG) Aufwandsentschädigung und Auslagenersatz nach § 65 a SGB I sowie Kosten für gerichtliche Verfahren (auch Berufungs- und Revisionsverfahren) und Vergleiche.

526 02	012	Sachverständige	3.166.000 3.046.707	3.199.000 0	3.100.000 0

Erläuterungen:

Zahlung von Kosten der Beweiserhebung nach § 21 SGB X i. V. m. dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG). Durchführung der Überwachung nach § 64 Abs. 2 Arzneimittelgesetz.

Entschädigungen im Auswahlverfahren bei der Bestellung der Bezirksschornsteinfegermeister nach § 5 Abs. 1 S. 2 Schornsteinfegergesetz (SchfG) i. V. m. § 9 Abs. 5 S. 1 Schornsteinfeger-Handwerksgesetz (SchfHwG).

Kosten der Kehrbezirksüberprüfung trägt das LVvA nach § 26 Abs. 2 S. 3 SchfG, wenn keine Mängel festgestellt wurden.

Gutachten in besonders schwierigen denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Dolmetscherleistungen und Übersetzungen.

Einholung medizinischer Gutachten bei Verfahren zum Widerruf von Approbationen und Berufsbezeichnungen für Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Psychotherapeuten wegen gesundheitlicher Nichteignung.

Gutachten gemäß der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Psychologische Psychotherapeuten (PsychTh-APrV) bzw. der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Kinder und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJPsychTh APrV) zur Gleichwertigkeit von Einrichtungen.

526 03	012	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	1.000 -67.177	1.000 0	1.000 0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

526 05	012	Gerichts- und ähnliche Kosten, Sachverständige - LARoV	5.000 2.501	5.000 0	5.000 0

527 01	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	170.000 187.094	190.000 0	210.000 0

Erläuterungen:

	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Reisekosten allgemein	100.000	130.000	150.000
2. Wegstreckenentschädigung	70.000	60.000	60.000
Zusammen	170.000	190.000	210.000

527 03	012	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	5.000 5.037	5.000 0	5.000 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

529 01	011	Verfügungsmittel des Präsidenten des Landesverwaltungsamtes	1.500 1.619	1.500 0	1.500 0

Erläuterungen:

Preise für Sportwettkämpfe u.ä., Ehrengeschenke bei Jubiläen an außerhalb der Landesverwaltung stehende Personen, Kosten aus Anlass von Empfängen, Veranstaltungen usw.

531 01	012	Veröffentlichungen	30.000 31.600	21.500 0	24.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	0	0	0
2.	Öffentlichkeitsarbeit	26.000	17.500	20.500
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0	0
4.	Sonstige Veröffentlichungen	4.000	4.000	4.000
	Summe	30.000	21.500	24.500

532 01	012	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	20.000 14.799	30.000 0	30.000 0

Erläuterungen:

Umwelttag, Denkmaltag, Sachsen-Anhalt-Tag, Zukunftstag, Veranstaltungen im "Grünen Klassenzimmer", Messebesuche im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Personalrecruiting.

533 01	012	Dienstleistungen Außenstehender	229.600 136.308	956.000 10.530.000	1.787.400 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			1.170.000		1.170.000
2027			1.170.000		1.170.000
2028			1.170.000		1.170.000
2029 ff.			7.020.000		7.020.000
Summen			10.530.000		10.530.000

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Aktenvernichtung	9.332	8.000	10.000	10.000
Gesundheitsmanagement	17.739	10.000	15.000	15.000
Auswahlverfahren Nachwuchskräfte	7.235	20.000	20.000	20.000
Prüfung ortsveränderlicher elektrischer Geräte	12.084	61.600	13.700	48.900
Kosten Kurierdienst	34.579	50.000	48.000	50.000
Post- und Botendienst	44.508	50.000	48.000	49.000
Erstellung/Überprüfung von Tätigkeitsbewertungen zur Einhaltung des Besserstellungsverbots in Zuwendungsangelegenheiten (jährlich ca. 50 Fälle)	1.250	15.000	0	0
Sonstiges (Supervision, Restaurierungen, Kosten für an das Integrationsamt zurückgegebene Gegenstände)	9.826	15.000	15.000	15.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Kosten Ersatzvornahme nach § 26 Wohn- und Teilhabe-gesetz (WTG LSA)	0	0	3.000	3.000
Kosten Scanlösung im Fachverfahren ELVISweb im SGB IX-Bestandsakten	0	0	585.000	1.170.000
Kosten Scanlösung LVwA	0	0	198.300	406.500
Zusammen	136.553	229.600	956.000	1.787.400

Die VE 2025 dient der Durchführung der Digitalisierung der Bestandsakten im Schwerbehindertenrecht (SGB IX und LBliGG) für eine Laufzeit von 9,5 Jahren.

533 05	012	Entschädigung der Mitglieder der Prüfungsräte	4.500	5.000	5.000
			7.818	0	0

537 01	012	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	25.000	30.000	30.000
			30.520	0	0

542 01	012	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

546 59	012	Sonstiges	2.500	3.000	3.000
			1.129	0	0

636 01	012	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	12.200	10.100	8.700
			13.600	0	0

Erläuterungen:

Seit dem 01.01.2024 stehen den Krankenkassen gem. § 60 SGB XIV Verwaltungskosten in Höhe von 5 v.H. des ihnen für Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung der Kriegsoffer zu erstattenden Pauschalbetrages zu. Der Pauschalbetrag wird vom Bund errechnet und jeweils per Rundschreiben bekanntgegeben.
Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen an die Künstlersozialkasse nach § 24 Künstlersozialversicherungsgesetz.

671 01	012	Erstattungen an Sonstige	4.500	12.000	12.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Beteiligung am zentralen Heilpraktikerüberprüfungsverfahren der Länder (schriftlicher Teil).

681 01	012	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

685 01	012	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	50.000	59.500	62.500
			380.472	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen	309.202	0	0	0
2. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe)	71.270	50.000	59.500	62.500
Zusammen	380.472	50.000	59.500	62.500

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 01

Zu 1.

Ab dem Haushaltsjahr 2024 wird diese Ausgabe im Einzelplan 05 verortet.

Zu 2.

Länderanteil gemäß Artikel 5 Absatz 1 und 3 der Verwaltungsvereinbarung zur Errichtung der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe beim Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Mit Einführung des § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) ab dem Haushaltsjahr 2025 unterliegen die Zuschüsse an die GfG der Umsatzsteuerpflicht.

811 01	012	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0
811 06	012	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0	48.000	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Kauf eines Kleintransporters / Kastenwagen (Hochdach) für Hausbewirtschaftung der Liegenschaften (Ersatz HAL-LV 78). Das zu ersetzende Fahrzeug wurde im Jahr 2007 angeschafft.

812 15	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	230.000	180.000	180.000
			229.970	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Ersatzbeschaffung:				
Dienstzimmerausstattungen	197.948	190.000	165.000	165.000
Bürodrehstühle	20.729	24.000	15.000	15.000
Ersatz Kuvertiersystem mit OMR-Lesung für Poststelle Maxim-Gorki-Straße 7 in Halle (Saale)	0	10.000	0	0
Ersatz Kuvertiersystem mit OMR-Lesung für Poststelle Ernst-Kamieth-Straße 2 in Halle (Saale)	11.293	0	0	0
elektrische Prägemaschine	0	6.000	0	0
Zusammen	229.970	230.000	180.000	180.000

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	4.555.300	6.097.400	6.288.200
			4.622.708	0	0
981 01	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln - Kostenbeitrag des LVwA zur Refinanzierung der ZKS-Abfall	45.000	46.400	46.800
			39.248	0	0

Titelgruppe(n)

62 Ärztliche, zahnärztliche, pharmazeutische Prüfungen sowie Prüfungen im Bereich der Bäderbetriebe

Erläuterungen:

Prüfungsvergütungen, die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen und Prüfungsausschüsse nach Maßgabe der jeweiligen Prüfungsordnung zustehen und mit den Prüfungen verbundene sächliche Verwaltungsausgaben.

427 62	012	Prüfungsvergütungen	30.000	32.500	32.500
			32.434	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 62

Erläuterungen:

Prüfungsvergütung und Reisekosten für Prüfungen in der Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie und Psychotherapie.
Aufwandsentschädigungen an Vorsitzende der Prüfungsausschüsse in der Zahnmedizin.
Vergütungen und Aufwandsentschädigungen der Beauftragten für die mündlichen Prüfungen des Ersten, Zweiten und Dritten Abschnitts der Ärztlichen Prüfung.
Reisekosten für Prüfungen des Studienganges Lebensmittelchemie.
Durchführung von Prüfungen zum/zur "Fachangestellten für Bäderbetriebe" sowie zum/zur "Geprüften Meister/-in für Bäderbetriebe" aufgrund einer Ländervereinbarung zwischen Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

547 62	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	160.000	160.000	195.000
			135.138	0	0

Erläuterungen:

1. Miete für Prüfungsräume
2. Material für die Prüfungen
3. Aufbewahrung der Prüfungshefte in Magdeburg durch Sicherheitsfirma
4. Aufwandspauschale für die Universitäten Halle und Magdeburg anlässlich der Beauftragung mit der Vorbereitung und Organisation bzw. Begleitung der Staatsprüfungen
5. Einsatz von externen Prüfungsaufsichten für die Staatsprüfungen Medizin, Pharmazie und Psychotherapie

Zu 1.

Seit 2007 finden die M2-Prüfungen nach der ÄAppO vom 27. Juni 2002, zuletzt geändert am 17. Juli 2012, während der Vorlesungszeit (Mitte April/Mitte Oktober) statt. Während dieser Zeit stehen keine Prüfungsräume an den Universitäten zur Verfügung. Es müssen Räume für ca. 100 bzw. 200 Prüflinge angemietet werden.

Zu 4.

In Umsetzung des Erlasses des MS vom 31. Januar 2018 werden die Universitäten Halle und Magdeburg mit der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Staatsprüfungen Medizin gem. § 15 Abs. 10 ÄAppO durch das LVwA beauftragt. Für die Wahrnehmung dieser Aufgabe erhalten die Universitäten eine Kostenerstattungspauschale entsprechend Vereinbarung.

Sachaufwand der Ausbildung "Fachangestellte/r für Bäderbetriebe" bzw. "Geprüften Meister/-in für Bäderbetriebe", einschließlich Fahrtkosten, bei der Durchführung von Prüfungen, bei der Beratung und Überwachung von Ausbildungsstätten und Sitzungen der Prüfungsausschüsse und des Berufsbildungsausschusses einschließlich deren Schulung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	190.000	192.500	227.500
		0	0

64 Katastrophenschutzstab

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden
bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 03 10 Titel 231 64.

Erläuterungen:

Gemäß Katastrophenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 2002 (GVBl. LSA S. 339), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes des Katastrophenschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 29. November 2018 (GVBl. LSA S. 406), ist die obere Katastrophenschutzbehörde zuständig für Aufgaben des Katastrophenschutzes, die sich über den Bereich einer unteren Katastrophenschutzbehörde erstrecken.

Für die Arbeit des Katastrophenschutzstabes sind entsprechende Einsatzräume mit der erforderlichen Ausstattung vorzuhalten.

412 64	045	Entschädigungen, Lohnersatzleistungen	0	0	0
			0	0	0

511 64	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.000	2.000	2.000
			1.151	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	0	500	500	500
2.	Kommunikation	0	0	0	0
3.	Geräte, Ausstattung, Ausrüstung, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	500	500	500

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 64

4.	Sonstiges	1.151	0	1.000	1.000
Zusammen		1.151	1.000	2.000	2.000

Für die Arbeit des Katastrophenschutzstabes sind entsprechende Einsatzräume mit dazugehöriger Ausstattung vorzuhalten.

514 64	045	Verpflegungskosten, Verbrauchsmittel und Betriebsstoffe	1.000	1.000	1.000
			741	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Haltung von Fahrzeugen		0	0	0
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände		400	400	400
3. Verbrauchsmaterial		300	300	300
4. Sonstiges	741	300	300	300
Zusammen	741	1.000	1.000	1.000

518 64	045	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

519 64	045	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	0	0
			0	0	0

533 64	045	Dienstleistungen Außenstehender/Transporte	0	0	0
			0	0	0

546 64	045	Sonstiges	0	0	0
			0	0	0

633 64	045	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

812 64	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	67.000	300.000
			0	300.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			300.000		300.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			300.000		300.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 64

Erläuterungen:

Neu- und Ersatzbeschaffungen für die Räume des Katastrophenschutzstabes und Bevorratung notwendiger Materialien für den Katastrophenfall

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Büroausstattung	0	35.000	0
2.	Schiebetafeln/Weißwandtafel	0	12.000	0
3.	Ersatzbeschaffung Klimageräte	0	20.000	0
4.	Beschaffung/Bevorratung von Materialien für den Katastrophenfall (Feldbetten, Schlafsäcke, Erste-Hilfe-Ausstattung, Sandsäcke, Hygiene-Sets, Kanister u. a.)	0	0	300.000
Summe		0	67.000	300.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	2.000	70.000	303.000
		300.000	0

65 Vorübergehende Aufgabenwahrnehmung mit bundesweiter Zuständigkeit nach § 27p Glücksspielstaatsvertrag 2021 (GlüStV 2021) durch die obere Glücksspielaufsichtsbehörde

Erläuterungen:

Vorübergehende Aufgabenübertragung von zentralen Zuständigkeiten auf das Landesverwaltungsamt. Gemäß dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 werden die ländereinheitlichen und gebündelten Zuständigkeiten zum 1. Januar 2023 auf die Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder in Halle (Saale) übergehen.

422 65	043	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 65	043	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
632 65	043	Sonstige Zuweisungen an Länder	0	0	0
			1.947.757	0	0

Erläuterungen:

Die im Haushaltsjahr 2022 vereinnahmten Verwaltungsgebühren und der Überschuss aus den von den Ländern zuviel geleisteten Finanzierungsbeiträgen in 2022 bei Kapitel 0310 Titel 232 65 sind entsprechend § 19 Abs. 4 Verwaltungsvereinbarung GlüStV 2021 im Folgejahr an die Länder zu erstatten. Eine Verrechnung mit den Kosten findet nicht statt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0
		0	0

93 Landesanteil - Technische Hilfe im weiteren Sinne im Rahmen der Strukturfondsförderung des EFRE und des ESF der Förderperiode 2014 - 2020

Übertragbar

- ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Kofinanzierungsmittel des Landes im Rahmen der Technischen Hilfe im weiteren Sinne zur Durchführung von EU-Förderprogrammen der Ressorts im LVwA.

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 10 **Landesverwaltungsamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
422 93	693	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0 0	0 0	0 0
428 93	693	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 20.886	0 0	0 0
Erläuterungen:					
Technische Hilfe im weiteren Sinne zur Durchführung von REACT-EU im OP ESF V im Landesverwaltungsamt.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 93			0	0 0	0 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 10 Landesverwaltungsamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	18.573.500	13.287.700	13.406.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		321.600	341.300
Gesamteinnahme		18.573.500	13.609.300	13.747.300

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	89.667.400	90.733.200	83.873.800
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	13.719.100	10.587.100	11.653.400
			10.530.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	66.700	81.600	83.200
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	230.000	295.000	480.000
			300.000	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	4.600.300	6.143.800	6.335.000
			0	0
Gesamtausgabe		108.283.500	107.840.700	102.425.400
Gesamtsumme der VE			10.830.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-89.710.000	-94.231.400	-88.678.100

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 20 **Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Aufgabenschwerpunkte

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für den Polizeivollzug im Kapitel 0320 beträgt zum 31.12.2025 6.770 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für den Polizeivollzug im Kapitel 0320 beträgt zum 31.12.2026 6.850 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Polizeiverwaltung im Kapitel 0320 beträgt zum 31.12.2025 964 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Polizeiverwaltung im Kapitel 0320 beträgt zum 31.12.2026 964 Vollzeitäquivalente.

Es ist möglich, 2025 und 2026 bis zu 0,4 % des Vollzeitäquivalentzieles des Polizeivollzuges für die Polizeiverwaltung zu nutzen, sofern es sich um Dienstposten bzw. Arbeitsplätze mit polizeivollzugsnahen Aufgaben handelt. Eine Anrechnung ergeht in diesen Fällen ausschließlich zu Lasten des Vollzeitäquivalentzieles des Polizeivollzuges.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Zur Landespolizei gehören: der Polizeiverwaltungsdienst und der Polizeivollzugsdienst.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur "Polizeistruktur 2020" ab 01.01.2019 (vom 29.11.2018 GVBl. LSA Nr. 25/2018) gibt es folgende neue Struktur bei der Landespolizei:

1. Polzeiinspektionen:

Polzeiinspektion Magdeburg (PI MD)
 Polzeiinspektion Halle (Saale) (PI HAL)
 Polzeiinspektion Dessau-Roßlau (PI DE)
 Polzeiinspektion Stendal (PI SDL)

Hierzu zählen auch unselbstständige Dienststellen, die den Polzeiinspektionen nachgeordnet sind (Polzeireviere, Zentraler Verkehrs- und Autobahndienst).

2. Polzeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt (PI ZD):

Wasserschutzpolizei
 Polzeihubschrauberstaffel
 Landesbereitschaftspolizei
 Kampfmittelbeseitigungsdienst
 Diensthundführerschule
 Landespolzeiorchester
 Zentrale Bußgeldstelle

3. Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg

4. Polzeiliche Einrichtung: Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt in Aschersleben

Im Kapitel 0320 sind die Allgemeinen Aufgaben der Landespolizei und die Zentralaufgaben der Landespolizei abgebildet und veranschlagt.

Im Kapitel 0321 sind die Sonderaufgaben der Landespolizei abgebildet und veranschlagt.

In den Haushaltsansätzen der Titelgruppen 61 und 62 sind auch die Sonderkosten für Polizei- und Verwaltungsbeamte/-innen der Polizei enthalten, die dem Ministerium für Inneres und Sport (MI) angehören. Dazu gehören insbesondere Ausgaben im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung, der Bekleidung und Sicherheitsausrüstung und des Fernmeldewesens, soweit Polizei- und Verwaltungsbeamte/-innen des MI an das FeSoNetz der Polizei angeschlossen sind.

Die Landespolizei wird seit 1999 wie eine budgetierte Einrichtung geführt und durch eine Kosten- und Leistungsrechnung unterstützt.

Haushaltsvermerk:

Im Haushalt der Polizei sind die Titelgruppen 61 und 62 gegenseitig deckungsfähig und bilden den Budgetrahmen. Eine Abweichung von der Verbindlichkeit der Erläuterungen bei den Gruppen 811 und 812 wird auf Grundlage des § 11 Absatz 3 HG 2025/2026 zugelassen.

Einnahmen

111 11	042	Verwaltungsgebühren	1.950.000	1.950.000	1.950.000
			1.356.363		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren:

- für Auftritte des Landespolzeiorchesters
- für Akteneinsichtnahmen
- für Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Schausteller
- für Erlaubnisse und Genehmigungen entsprechend Kostenverzeichnis des Waffen- und Sprengstoffgesetzes
- für die Begleitung von Großraum- und Schwerlasttransporten
- für Fehlalarme u.a.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

112 01	042	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	83.000 72.117	75.000	75.000

119 12	042	Einnahmen aus der gesetzlich zu erhebenden Umsatzsteuer	0 0	0	0

119 47	042	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 350	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	404.300 510.335	404.300	404.300

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	10.100	10.100	10.100
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	121.000	121.000	121.000
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	31.000	31.000	31.000
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	4.200	4.200	4.200
5.	Sonstige Mieten und Pachten	238.000	238.000	238.000
	Summe	404.300	404.300	404.300

125 01	042	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	5.000 0	5.000	5.000

131 01	042	Erlöse aus der Veräußerung unbeweglicher Sachen	500 0	500	500

231 01	042	Sonstige Zuweisungen vom Bund	18.000 0	18.000	18.000

Erläuterungen:

Erstattungen des Bundes außer Einsatzkosten.
Vgl. hier Kapitel 03 20 Titel 231 85.

232 01	042	Sonstige Zuweisungen von Ländern	200.000 120.821	200.000	200.000

Erläuterungen:

U. a. Erstattungen anteiliger Verwaltungskosten für Teilnehmer anderer Bundesländer an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen in Behörden und Einrichtungen der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt.

Titelgruppe(n)

61 Allgemeine Aufgaben der Landespolizei

112 61	042	Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten	0 0	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 20 Ausgabetitelgruppe 61.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 112 61

Erläuterungen:

Aus der Veräußerung endgültig abgeschöpfter Vermögenswerte (Gewinne aus Straftaten) einschließlich Bar- und Buchgeld, die im Haushalt der Landespolizei zu vereinnahmen sind.

119 61	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen	684.000 894.096	684.000	684.000

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 20 Ausgabetitelgruppe 61.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Einnahmen aus der Benutzung landeseigener Geräte usw.	30.400	30.400	30.400
2.	Einnahmen aus Nebentätigkeiten	20.200	20.200	20.200
3.	Einnahmen aus Veröffentlichungen	5.000	5.000	5.000
4.	Sonstige Einnahmen wie z. B. Schadenersatzleistungen Dritter o. Rückzahlung aus Überzahlungen	628.400	628.400	628.400
	Summe	684.000	684.000	684.000

Schwerpunkte:

- aus Verzugszinsen, Erlöse aus verfallenen Verwahrgegenständen (Sicherstellungen der Kriminalpolizei),
- aus Schadenersatzleistungen.

132 61	042	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	300.000 381.099	300.000	300.000

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 20 Ausgabetitelgruppe 61.

Erläuterungen:

Aus der Veräußerung von Geräten, Fahrzeugen und anderen Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Diensthunden.

231 61	043	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 106.800	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 20 Ausgabetitelgruppe 61.

233 61	042	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0320 Ausgabetitelgruppe 61.

Erläuterungen:

Erstattung von Verwaltungskosten der Heilfürsorge durch Gemeinden und Gemeindeverbände.

272 61	043	Sonstige Zuschüsse von der EU	0 0	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 20 Ausgabetitelgruppe 61.

282 61	042	Sonstige Zuschüsse	0 0	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 20 Ausgabetitelgruppe 61.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 282 61

Erläuterungen:

Hier handelt es sich um mögliche finanzielle Unterstützungsleistungen Dritter für gemeinsame präventive Maßnahmen sowie Spenden für die Polizei.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	984.000	984.000	984.000

62 Zentralaufgaben der Landespolizei

132 62	042	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	0	0	0
			186.033		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0320 Ausgabetitelgruppe 61.

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Veräußerung von Dienstkleidung über das Ausstattungssoll an Pflichtuniformträger.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	0	0

85 Sondereinsätze Polizei

231 85	042	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

*** Vgl. K-Vermerk zur Ausgabetitelgruppe bei Kapitel 0320 Titelgruppe 85.

Erläuterungen:

Erstattungen von Einsatzkosten für Sondereinsätze der Polizei.

232 85	042	Sonstige Zuweisungen von Ländern	1.150.000	1.150.000	1.150.000
			2.346.189		

*** Vgl. K-Vermerk zur Ausgabetitelgruppe Kapitel 0320 Titelgruppe 85.

Erläuterungen:

Erstattungen von Einsatzkosten für Sondereinsätze der Polizei in anderen Bundesländern.

233 85	042	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
			0		

*** Vgl. K-Vermerk zur Ausgabetitelgruppe bei Kapitel 0320 Titelgruppe 85.

Erläuterungen:

Erstattung von Einsatzkosten für Sondereinsätze der Polizei zu Gunsten von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Landkreisen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 85	1.150.000	1.150.000	1.150.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	343.251.500 343.873.219	377.255.300 0	386.492.900 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	338.352.800	370.721.800	379.695.400
2.	Aufwandsentschädigungen	4.200	4.200	4.200
3.	Sonstige Zulagen	4.894.500	6.529.300	6.793.300
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	343.251.500	377.255.300	386.492.900

Zu 2.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstaufwandsentschädigung für Leiter der Behörden und Einrichtungen der Landespolizei mtl. je 50 EUR gem. § 16 LBesG LSA	4.200	4.200	4.200
	Summe	4.200	4.200	4.200

Zu 3.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Zulage für Tauchertätigkeit	7.400	10.000	10.500
2.	Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten	4.402.500	5.585.300	5.827.400
3.	Zulage für besondere polizeiliche Einsätze	0	0	0
4.	Wechselschichtzulage	199.500	202.500	211.300
5.	Zulage für fliegendes Personal	12.500	13.800	14.400
6.	Zulage für Sprengstoffentschärfungen und Sprengstoffermittlungen	81.000	82.200	85.800
7.	Zulage für Tätigkeiten an Antennen und Antennenträgern	0	0	0
8.	Schichtzulage	191.600	194.500	202.900
9.	Zulage für die Bearbeitung von Ermittlungsverfahren, die Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen betreffen	0	441.000	441.000
	Summe	4.894.500	6.529.300	6.793.300

Die Zulagen Nr. 4, Nr. 5 sowie Nr. 8. sind ab 2023 teilweise in der Position 1. Dienstbezüge abgebildet.
Die Zulagen Nr. 3 und Nr. 7 sind ab 2024 in der Position 1. Dienstbezüge enthalten.

422 41	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	26.727.500 21.639.175	24.086.500 0	18.982.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	24.682.500	21.975.500	17.063.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	2.045.000	2.111.000	1.919.300
4.	Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs-(Forst-)praktikanten	0	0	0
	Summe	26.727.500	24.086.500	18.982.500

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 422 41

zu 3.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Polizeizulage	1.060.500	1.102.900	1.157.300
2.	Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten	984.500	1.008.100	762.000
Summe		2.045.000	2.111.000	1.919.300

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	120.000	0	0
			59.761	0	0

Erläuterungen:

Beschäftigungsentgelte für Mitarbeiter in drittmittelfinanzierten Projekten werden unter 427 61 gebucht.

428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	39.660.700	48.276.000	46.959.600
			39.406.529	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der			
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.123.100	1.626.400	1.866.400
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	38.237.600	46.349.600	44.793.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	300.000	300.000	300.000
Summe		39.660.700	48.276.000	46.959.600

Zu 3.

Jubiläumszuwendungen, spezifische Stellenzulagen sowie Erschwerniszulagen

428 03	042	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	89.600	240.800	340.600
			37.127	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagung von:

3 IT Studenten Dual 08/2023 bis 01/2027;
4 IT Studenten Dual 08/2024 bis 01/2028;
4 IT Studenten Dual 08/2025 bis 01/2029;
4 IT Studenten Dual 08/2026 bis 01/2030
gemäß TVdS-L.

432 01	048	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	4.129.500	5.006.700	5.358.600
			4.076.781	0	0

432 02	048	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	11.275.000	14.058.300	15.386.600
			11.401.740	0	0

432 03	048	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersbegrenzung	126.467.200	147.167.200	157.047.900
			121.135.354	0	0

443 01	042	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	16.713.200	20.424.500	21.517.800
			18.237.778	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Heilfürsorge der Beamten des Polizeivollzugsdienstes sowie des Feuerwehrdienstes.

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 20 **Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
443 02	042	Amtsärztliche Untersuchungen	35.000 30.798	30.800 0	30.800 0
443 07	042	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	38.000 9.537	9.600 0	9.600 0
443 11	048	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	1.205.100 1.442.418	1.442.500 0	1.442.500 0
446 01	048	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	30.418.700 29.533.555	35.463.100 0	38.427.800 0
518 30	042	Mietzahlungen an BLSA	21.312.300 18.149.856	0 0	0 0
529 01	011	Verfügungsmittel der Direktoren der Polizeiinspektionen und des LKA sowie des Rektors der FH-Pol.	1.800 1.624	1.800 0	1.800 0
542 01	042	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
		Übertragbar			
681 01	042	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	350.000 521.248	390.000 0	390.000 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	75.204.100 61.518.772	79.567.500 0	91.941.900 0

Titelgruppe(n)

61 **Allgemeine Aufgaben der Landespolizei**

Übertragbar

*** Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 03 20 Titel 119 61 und Titel 132 61 und erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei Kapitel 03 20 Titel 112 61 und die Isteinnahmen bei Kapitel 03 20 Titel 231 61, 233 61, 272 61, Titel 282 61 und Titel 132 62.

Die Titelgruppen 61 und 62 sind gegenseitig deckungsfähig.

Minderausgaben der Titelgruppen 61 und 62 können bei Kapitel 03 20 Titelgruppe 64 zusätzlich verausgabt werden, sofern sie nicht im Rahmen der Deckungsfähigkeit gemäß den bei den Titelgruppen 61 und 62 ausgebrachten Haushaltsvermerken in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen:

Bei den allgemeinen Aufgaben der Landespolizei handelt es sich um die Aufwendungen der Behörden und Einrichtungen der Landespolizei zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Dienstbetriebes.

422 61	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	270.000 216.257	216.300 0	216.300 0
427 61	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	610.600 668.892	638.500 0	638.500 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 61

Erläuterungen:

Schwerpunkte:

- Entschädigungen für Vertretungs- und Aushilfskräfte (u. a. Honorare für Lehrkräfte und Gastdozenten),
- Aufwendungen bzw. Entschädigungen an lizenzierte Kampf- und Schiedsrichter, die nicht Bedienstete der Polizei sind,
- Lehrzulagen und Prüfungsvergütungen.

Weiterhin werden hier Beschäftigungsentgelte für Mitarbeiter in drittmittelfinanzierten Projekten gebucht.

428 61	042	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

511 61	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.588.200	5.128.500	5.074.100
			4.528.539	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	767.500	804.810	865.000
2.	Kommunikation (z.B. Telefongebühren)	807.000	764.500	768.400
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (auch Wartungsverträge)	2.863.100	2.784.000	2.920.600
4.	Sonstiger Geschäftsbedarf	150.600	465.190	420.100
5.	Ersatz- und Ergänzungsausstattungen für Transport und Aufbewahrung von Asservaten	0	310.000	100.000
Summe		4.588.200	5.128.500	5.074.100

Erläuterungen:

Zu 4.

Prüfung Feuerlöscher, ortsveränderlicher Geräte, GEZ Gebühren.

Die Ausgaben für das TK-Sondernetz der Polizei und für die zentrale Instandsetzung von Gerätetechnik und Waffen in der PI ZD sind bei Titel 511 62 veranschlagt.

514 61	042	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	2.906.600	2.913.600	3.031.700
			2.596.839	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bekleidungszuschüsse für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst je 14 EUR mtl., jährlich 168 EUR	275.100	283.300	286.000
2.	Bekleidungszuschüsse für Angestellte	6.700	2.400	2.300
3.	Entschädigungen für das Tragen von Zivilkleidung gemäß Bekleidungs Vorschrift	9.200	7.400	7.400
4.	Einkleidungsbeihilfe für im Personenschutz verwendete Polizeivollzugsbeamte/-innen	7.600	6.800	6.800
5.	Für unentgeltliche Verpflegung	228.700	184.200	204.700
6.	Für Kleingeräte	31.200	18.400	19.500
7.	Führungs- und Einsatzmittel	255.800	205.400	196.900
8.	Für Verpflegung für in Gewahrsam Genommene	2.000	1.700	1.700
9.	Verbrauchsmittel (Labore, Drogentests, etc.)	2.090.300	2.204.000	2.306.400
Summe		2.906.600	2.913.600	3.031.700

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 61

Zu 1., 2. und 3.

Zur Abgeltung der durch die Besonderheiten des Dienstes bedingten erhöhten Abnutzung erhalten Polizeivollzugsbeamte/-beamtinnen im Kriminaldienst und Angestellte, die eine vergleichbare Tätigkeit wahrnehmen, einen Bekleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von monatlich 14 Euro bzw. 7 Euro gemäß RdErl. des MI vom 07.02.1992 (MBI. LSA S. 182). Die Schutzpolizeibeamten/-beamtinnen erhalten für das dienstlich angeordnete Tragen von Zivilkleidung eine Entschädigung von 0,50 Euro pro Tag bzw. 15 Euro pro Monat als Aufwandsentschädigung gemäß RdErl. des MI vom 17.07.1992 (MBI. LSA S. 1945)

Zu 4.

Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, die voraussichtlich über einen längeren Zeitraum im Personenschutz verwendet werden und dabei zu besonderen Anlässen Gesellschaftskleidung tragen müssen, erhalten zu deren Beschaffung auf Antrag eine steuerfreie Einkleidungsbeihilfe für die Erstausrüstung von je 600 Euro einmalig und für notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von je 200 Euro jährlich nach Maßgabe des RdErl. des MI "Einkleidungsbeihilfe für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte des Personenschutzes" in der jeweils geltenden Fassung.

	Bestand an Fahrzeugen	Ist 01.01.2024	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.	Personenkraftwagen	1.396	1.396	1.395	1.395
2.	Lastkraftwagen	25	25	25	25
3.	Luftfahrzeuge	2	2	2	2
4.	Motorräder	43	43	43	43
5.	Nutz- Sonderfahrzeuge	309	309	308	309
6.	Wasserfahrzeuge	8	8	11	11
Zusammen		1.783	1.783	1.784	1.785

517 61	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	27.346.400	15.401.300	16.238.600
			20.473.950	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bewachungskosten	5.661.500	6.407.700	6.639.900
2.	Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	1.031.200	1.303.900	1.307.900
3.	Reinigungskosten	2.521.900	2.979.500	3.054.400
4.	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	162.200	180.700	189.500
5.	Sonstige Hauswirtschaftskosten	1.386.900	810.500	842.400
6.	Nebenkostenvorauszahlung an BLSA	12.730.000	0	0
7.	Hausmeisterdienstleistungen	3.325.700	3.322.500	3.787.300
8.	Nebenkostenvorauszahlung an Dritte (RBB PI MD, PI SDL, PI HAL, PI DE und PI ZD Sicherstellung Versorgungsmedien PHuST, Nachtweide, Schwiesestraße)	527.000	396.500	417.200
Summe		27.346.400	15.401.300	16.238.600

518 61	042	Mieten und Pachten	2.862.600	2.854.600	2.627.600
			2.443.162	250.000	250.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	250.000	250.000			500.000
2026		250.000	250.000		500.000
2027		250.000		250.000	500.000
2028					
2029 ff.					
Summen	250.000	750.000	250.000	250.000	1.500.000

Erläuterungen:

Die in 2025 und 2026 ausgebrachten VE sind erforderlich für Interimslösungen in der Landespolizei, ggf. für das Objekt Weißenfels, für die Fremdanmietung (Objektwechsel/Anmietung externe Dienstgebäude) im Bereich der Polizeiinspektion Halle, Liegenschaft Weißenfels. Die Liegenschaft erfüllt nicht mehr die Anforderungen der Landespolizei.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Diensträume und -gebäude	1.717.900	1.725.900	1.485.200
2.	Wohnungen und Wohngebäude	12.700	21.500	22.500
3.	Geräte und Maschinen	669.500	592.040	596.100
4.	Fahrzeuge	90.000	70.000	70.000
5.	Sportstätten für den Dienstsport	130.900	128.280	133.300
6.	Übungs- und Schießplätze	241.600	316.880	320.500
	Summe	2.862.600	2.854.600	2.627.600

Zu 1.

	Diensträume und Gebäude	Nutzflächen in qm	Jahresmiete 2024 in EUR	Jahresmiete 2025 in EUR	Jahresmiete 2026
1.1	Polizeidienststellen und Büroräume RBB (PI MD, PI HAL, PI SDL, PI DE)	7.586	613.400	617.100	622.500
1.2	Hubschrauberstaffel (PI ZD)	1.559	290.900	315.000	315.000
1.3	Wasserschutzpolizei (PI ZD)	723	79.200	79.540	79.540
1.4	FH Pol (Lehrräume für Neueinstellungen)	979	167.000	167.000	200.000
1.5	Garagen/ Stellplätze/ Relaisstellen (PI MD, PI SDL, LKA, FH Pol, PI ZD)		22.230	19.690	19.800
1.6	Objektwechsel/ Anmietung externer Dienstgebäude (PI ZD, LKA, FH Pol)	139	295.170	277.570	18.360
1.7	Objektwechsel/ Anmietung externer Dienstgebäude unbekannt		250.000	250.000	230.000
	Zusammen	10.986	1.717.900	1.725.900	1.485.200

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 20 **Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 61

Zu 1.4

Temporärer Bedarf von Raumkapazitäten für die FH Polizei Aschersleben für die Aus- und Fortbildung aufgrund der erhöhten Einstellungszahlen.

Zu 1.6

Objektwechsel/ Anmietung externer Dienstgebäude, da die Liegenschaften nicht mehr die Anforderungen der Landespolizei erfüllen (Container PI ZD Alt-Prester, LKA Draisweg und Sprengmittellager SBK, FH Pol Prüfungsräume, Räume Fortbildung). Hierbei Höhe der Veranschlagung der Objekte bekannt.

Zu 1.7

Veranschlagung für Interimslösungen für die Landespolizei Sachsen-Anhalt, ggf. im Bereich der Polizeiinspektion Halle, Liegenschaft Weißenfels in Höhe von 250.000 EUR. Hierbei Höhe der Veranschlagung des Objektes nicht bekannt.

Zu 5.

Anmietung von Sport- und Schwimmhallen sowie Sportplätzen für Maßnahmen des Dienstsports, da die Polizei des Landes nur begrenzt über eigene Sportstätten verfügt.

519 61	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	748.600	801.400	830.200
			739.490	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. Mittel für Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung betrieblicher Einbauten.

522 61	042	Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

525 61	042	Aus- und Fortbildung	1.000.000	2.023.800	2.675.800
			835.732	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrbücher, Fachzeitschriften	34.300	73.500	75.600
2.	Gerätschaften für den Lehrbetrieb	70.000	102.400	109.700
3.	Fortbildungsveranstaltungen u. ä.	895.700	1.829.200	2.470.900
4.	Kosten der Eignungsprüfungen	0	18.700	19.600
Summe		1.000.000	2.023.800	2.675.800

Zu 2.

Einstellungsstarke Jahrgänge bei den Anwärterinnen/ Anwärtern erfordern fortwährend einen erhöhten Bedarf an Lehr- und Lernmitteln und Gerätschaften.

Zu 3.

Im Ansatz u.a. enthalten sind das Programm "Interkulturelle Kompetenz", Speziallehrgänge für die Polizeihubschrauberstaffel, Veranstaltungen zur Förderung der wertebasierten Führungskompetenz sowie Planübungen für lebensbedrohliche Einsatzlagen.

Zu 4.

Aufstiegsbewerber/-innen für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst werden durch die Gesellschaft für Personalwesen unter einheitlichen Bedingungen einer Eignungsprüfung unterzogen.

526 61	042	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	33.600	35.600	37.700
			19.437	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 526 61

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Sachverständigenentschädigungen	0	0	0
2.	Gerichts-, Anwalts- u. a. Vollstreckungskosten FH Pol	33.600	35.600	37.700
3.	Zeugenentschädigungen	0	0	0
Summe		33.600	35.600	37.700

527 61	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	950.000	903.100	903.100
			1.101.260	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Reisekosten allgemein	454.800	378.900	377.900
2.	Wegstreckenentschädigung	20.000	25.500	24.800
3.	Bewegungsgeld für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst je 25 EUR mtl. bzw. in Höhe der nachgewiesenen Aufwendungen	434.500	456.900	457.200
4.	Auslagenpauschalen für Kriminalbeamte/-innen, die mit Staatsschutzaufgaben betraut sind	37.820	38.900	39.300
5.	Pauschvergütungen für Bedienstete der Landespolizei bei Leichenöffnungen	2.880	2.900	2.900
Summe		950.000	903.100	902.100

Zu 3.

Zur Abgeltung der bei Ermittlungen, Fahndungen usw. erwachsenden Auslagen erhalten die Polizeivollzugsbeamten/-innen im Kriminaldienst ein Bewegungsgeld (Aufwandsentschädigung) gemäß RdErl. des MI vom 07.02.1992 (MBI. LSA S. 182) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 4.

Die Beamten/-innen, die mit Staatsschutzaufgaben befasst sind, erhalten darüber hinaus eine Pauschale von mtl. 15 EUR gemäß RdErl. des MI vom 20.08.1992 (MBI. LSA S. 1802).

Zu 5.

Die Anspruchsvoraussetzungen regelt der RdErl. des MI vom 12.05.1992 (MBI. LSA S. 757).

531 61	042	Öffentlichkeitsarbeit	347.800	435.500	445.200
			482.420	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Polizeiliche Verkehrssicherheitsberatung und Kriminalprävention	47.800	44.800	45.400
2.	Werbekampagne zur Nachwuchsgewinnung für die Landespolizei	300.000	390.700	399.800
Summe		347.800	435.500	445.200

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 61

Zu 1.

Zur polizeilichen Präventionsarbeit zählt Verkehrssicherheitsberatung und vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung. Die besorgniserregende Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden und Toten sowie die hohe Kriminalitätsrate erfordern die Intensivierung einer delikt- und zielgruppenorientierten Präventionsarbeit mit dem Ziel, die Sicherheit der Bevölkerung im persönlichen Wohnumfeld sowie öffentlichen Verkehrsraum entscheidend zu verbessern.

Zu 2.

Fortsetzung der Werbekampagne i.R. von Einstellungskampagnen für die Nachwuchsgewinnung für den Polizeivollzugsdienst, Schwerpunkt Laufbahngruppe 2.

533 61	042	Dienstleistungen Außenstehender	2.942.800	3.094.500	3.106.300
			3.327.322	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	DNA-Untersuchungen	990.000	1.012.300	1.021.300
2.	Blutalkoholbestimmungen	0	0	0
3.	Sicherstellung von Kfz	0	0	0
4.	Türöffnungen	0	0	0
5.	Sonderentsorgungen	121.700	109.600	109.400
6.	Sonstige Fremdleistungen	171.100	172.600	175.600
7.	Mittel für Fremdvergabeverfahren im Rahmen der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren, die Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen betreffen	1.610.000	1.800.000	1.800.000
8.	Umsatzsteuerleistungen (Umsatzsteuer § 2b UStG)	50.000	0	0
	Summe	2.942.800	3.094.500	3.106.300

Zu 1.

Diese Position wird extern vergeben und ist für die Strafverfolgung erforderlich.

Zu 6.

U.a. Errichtung von Videoüberwachungsanlagen zur Absicherung schutzbedürftiger Einrichtungen nach Anordnungen nach § 16 Abs. 2 S.2 SOG LSA, Entsorgungsleistungen (einschließlich Sicherheitsdaten), Gewahrsamskosten (Reinigungs- und Wäschereikosten), Wäschereikosten FH Pol, Aktenvernichtung, Umsetzen von Büroausstattung durch Dritte (Kopiertechnik, Waffenschränke), Maßnahmen zur Prüfung technischer Anlagen (TÜV).

Zu 7.

Diese Position wird extern vergeben und wird für die Strafverfolgung erforderlich.

Die Fallzahlen sind als auch das auszuwertende Datenvolumen für Fremdvergabeverfahren im Rahmen der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren, die Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen betreffen, angestiegen. Die dynamischen Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnik werden auch zu wachsenden Datenmengen führen. Vom BKA werden ab 2021 dort eingegangene Hinweise in diesem Deliktbereich direkt an die Länder übermittelt.

534 61	042	Nutz- und Zuchttierhaltung	308.600	329.300	334.800
			222.150	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Tierärztliche Behandlungskosten	132.400	108.300	111.900
2.	Ankauf von Hundeausrüstungen	32.100	39.400	39.400
3.	Unterhaltung der Dressurmittel und -geräte	3.500	5.000	5.000
4.	Entschädigungen für die Pflege (einschl. Fütterung) von Dienst- und zur Dienstverwendung zugelassenen Privathunden	85.100	134.600	136.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 534 61

5.	Futter- und Unterhaltungskosten für zentral gehaltene Diensthunde	10.000	900	900
6.	Pflegemittel	500	0	0
7.	Kosten für tragbare Hundezwinger und Hütten	6.700	4.300	4.800
8.	Entschädigung zur Haltung und Pflege ausgesonderter Diensthunde	38.300	36.800	36.800
Summe		308.600	329.300	334.800

Zu 4.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen erhalten Polizeivollzugsbeamte/-innen Dienstaufwandsentschädigungen für die Pflege eines Dienst- bzw. zur Dienstverwendung zugelassenen Privathundes gemäß RdErl. des MI vom 16.07.2015, Az. 25.21-03590 (MBI. LSA S. 475) und RdErl. des MI vom 20.07.2017, Az. 25.21-03590 (MBI. LSA S. 426) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 8.

Bei Vorliegen der Voraussetzung erfolgt die Zahlung einer Entschädigung gemäß RdErl. des MI vom 16.07.2015, Az. 25.21-03590 (MBI. LSA S. 475) in der jeweils geltenden Fassung.

Ausgaben für die Beschaffung von Diensthunden werden bei Titel 534 62 veranschlagt.

Bestand an Diensthunden	Ist 01.01.2024	Soll 2025	Soll 2026
Diensthunde	82	109	109
Zusammen	82	109	109

535 61	042	Kranzspenden, Nachrufe	17.600	18.700	19.100
			11.615	0	0

537 61	042	Kosten von Behördenumzügen und Verlegungen	398.000	400.700	233.600
			44.244	0	0

Erläuterungen:

Für notwendige Umzüge und Verlegungen von Polizeidienststellen.

547 61	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	458.300	548.800	560.000
			399.552	0	0

Erläuterungen:

- Kaufgelder/Belohnung
- Sport- und Schießpreise
- Zentrale Sportveranstaltungen der Landespolizei
- Landesmeisterschaften für Diensthunde
- Besondere Fahndungskosten/Verdeckte Ermittlungen
- Zeugenschutzmaßnahmen

631 61	042	Sonstige Zuweisungen an Bund	70.600	97.000	98.100
			48.135	0	0

Erläuterungen:

U. a. Kostenerstattungen an die Bundespolizei für Unterstützungseinsätze sowie Kosten der Verpflegung und Teilnehmergebühren für Lehrgänge an Aus- und Fortbildungsstätten des Bundes.

632 61	042	Sonstige Zuweisungen an Länder	124.000	119.500	119.600
			84.577	0	0

Erläuterungen:

U.a. Kostenerstattungen an die Landespolizei für Unterstützungseinsätze sowie Kosten der Verpflegung und Teilnehmergebühren für Lehrgänge an Aus- und Fortbildungsstätten der Länder.

811 61	042	Erwerb von Fahrzeugen	8.005.300	10.200.000	10.200.000
			6.610.667	9.800.000	17.000.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 61

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu, die im Zusammenhang mit den Verkaufserlösen für die Kraftfahrzeuge, die im Rahmen der Organisierten Kriminalitätsbekämpfung beschafft wurden, erzielt werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		10.000.000			10.000.000
2026			9.800.000		9.800.000
2027				17.000.000	17.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen		10.000.000	9.800.000	17.000.000	36.800.000

Erläuterungen:

Inanspruchnahme in 2025 der in 2024 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung (VE) i.H.v. 10.000.000 EUR und in 2026 der in 2025 ausgebrachten VE i.H.v. 9.800.000 EUR.

Die in 2025 und 2026 ausgebrachten VE sind für die Abwicklung der Beschaffungsvorgänge für das jeweilige Folgejahr erforderlich. Tendenziell wird die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der bislang geleasteten 100 zivilen Fahrzeuge zum Kauf führen, sodass in 2027 für diese Maßnahme 5.000.000 EUR einzuplanen sind.

Ersatz von Dienstkraftfahrzeugen

Anzahl

2025/2026

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
10/31	Funkstreifenwagen blau/silber	996.200	910.000	2.567.000
37/42	Personenkraftwagen neutral	845.800	2.695.000	2.343.000
39/18	Verkehrsunfallkraftwagen / Mannschaftstransportkraftwagen / Halbgruppenfahrzeug	4.393.200	4.425.000	1.777.000
1/0	Tatort-Kraftwagen	62.200	62.000	0
0/0	Hunde-Kraftwagen 2 Boxen	134.000	0	0
0/0	Hunde-Kraftwagen 4 Boxen	79.800	0	0
0/6	Sonder-Kraftwagen (Provida, Transporter, Befkw)	681.100	0	1.733.000
0/0	Anhänger	10.100	0	0
0/1	Krad (Funkkräder)	80.000	0	40.000
1/1	Radar-Kraftwagen	0	74.000	78.000
	Summe	7.282.400	8.166.000	8.538.000

Fahrzeuge gesamt 2025/2026: 88/99

Übersicht über auszusondernde Fahrzeuge aus wirtschaftlichen Gründen in 2025/2026:

10/31 Funkstreifenwagen
37/42 Personenkraftwagen
39/18 Mannschaftstransportkraftwagen / Verkehrsunfallkraftwagen / Halbgruppenkraftwagen
1/0 Tatort-Kraftwagen
1/1 Radar-Kraftwagen
0/6 Sonderkraftwagen
0/1 Funkkräder

gesamt: 88/99 (landeseigene Fahrzeuge)

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 61

Anzahl
2025/2026

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
0/0	Personenkraftwagen neutral	123.200	0	0
0/0	Verkehrsunfallkraftwagen / Mannschaftstransportkraftwagen 8 Personen / Halbgruppenfahrzeug	194.100	0	0
0/1	Nutz- und Sonderfahrzeuge (Sensorikfahrzeug)	73.100	0	350.000
Summe		390.400	0	350.000

Aufwuchs an Dienstkraftfahrzeugen 2026: Soll 1

Der Aufwuchs an Dienstkraftfahrzeugen ist erforderlich aufgrund der Beschaffung von drei Festumpfschlauchbooten, welche bereits im Jahr 2024 realisiert wurden, und eines Sensorikfahrzeugs in 2026.

Die Erläuterungen zu den Sonderausstattungen für Dienstfahrzeuge der Polizei werden als Bestandteil der Kfz-Richtlinie (Sonderregelung für die Landespolizei) ausgeführt.

Für die Beschaffung einsatztaktisch notwendiger neuer und gebrauchter Kraftfahrzeuge im Zusammenhang mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalitätsbekämpfung werden im Haushaltsjahr 2025 und 2026 jeweils 200.000 EUR veranschlagt. Eine Veräußerung dieser Fahrzeuge erfolgt sofort nach Beendigung einer speziellen Maßnahme oder eines Einsatzes.

Darüber hinaus sind für den Fahrzeuersatz für die Landesbereitschaftspolizei des Landes Sachsen-Anhalt Haushaltsmittel in Höhe von 1.834.000 EUR in 2025 und 1.112.000 EUR in 2026 veranschlagt.

Aus dem Gesamtansatz bei Titel 811 61 sind auch die Kosten für Kfz-Ersatzteile, die mehr als 5.000 EUR kosten und in Spezialfahrzeugen durch die Zentrale Kfz- Werkstatt eingebaut werden, zu decken.

Zusammenfassung der Ansätze 2025/2026:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatz Dienstkraftfahrzeuge	7.282.400	8.166.000	8.538.000
2.	Aufwuchs an Dienstkraftfahrzeugen	390.400	0	350.000
3.	Kfz Bekämpfung der organisierten Kriminalität	140.100	200.000	200.000
4.	Fahrzeuersatz Landesbereitschaftspolizei	192.400	1.834.000	1.112.000
Summe		8.005.300	10.200.000	10.200.000

812 61	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4.795.000	2.704.100	7.095.100
			2.153.381	4.000.000	2.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.000.000			2.000.000
2026			4.000.000		4.000.000
2027				2.000.000	2.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen		2.000.000	4.000.000	2.000.000	8.000.000

Erläuterungen:

Die in 2025/2026 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind für die rechtzeitige Anbahnung und Abwicklung der Beschaffungsvorgänge für das jeweils betreffende Folgejahr erforderlich.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 61

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie betriebliche Einbauten für interne Dienstabläufe	1.754.800	632.700	801.800
2.	Kriminaltechnische Geräte	165.800	586.000	1.260.600
3.	Sportgeräte	0	77.800	110.000
4.	Musikinstrumente	30.500	5.700	12.000
5.	Waffen, Führungs- und Einsatzmittel	1.394.300	689.300	3.534.500
6.	Geräte und Anlagen für Funk und Infrastruktur	1.294.500	687.200	1.248.400
7.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Aus- und Fortbildung	147.300	25.400	127.800
8.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Diensthundhaltung	7.800	0	0
9.	Geräte und Ausstattungsgegenstände für polizeiliche Prävention	0	0	0
Summe		4.795.000	2.704.100	7.095.100

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	58.784.600	48.864.800	54.485.400
		14.050.000	19.250.000

62 Zentralaufgaben der Landespolizei

Übertragbar

*** Vgl. Haushaltsvermerk zur Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Bei den Zentralaufgaben der Landespolizei handelt es sich um spezielle Aufgaben, die von einzelnen Behörden und Einrichtungen landesweit für den gesamten Bereich oder Teilbereiche der Polizei wahrgenommen werden. Darüber hinaus werden hier zentral finanzierte Programme und Maßnahmen veranschlagt.

511 62 042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.724.500	2.801.700	2.696.700
		803.382	63.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			63.000		63.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			63.000		63.000

Erläuterungen:

Für die zentrale Beschaffung von Polizeivordrucken und zentrale Instandsetzungen (Batterien für USV-Systeme, Instandsetzung von FEM und WuE, zentrale Routingkosten für den Notruf).

Die in 2025 auszubringende Verpflichtungsermächtigung (VE) i. H. v. 63.000 EUR ist im Zuge der Einführung der elektronischen Dienstaussweise erforderlich (verbindliche Beauftragung Kartenrohlinge, Wartungskosten).

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 62

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	110.000	229.200	229.200
2.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Zentrale Instandsetzung (auch Wartungsverträge)	734.400	710.400	563.400
3.	Zentrale Instandsetzung FEM und WuE	265.000	265.000	307.000
4.	Kommunikation	615.100	1.597.100	1.597.100
	Summe	1.724.500	2.801.700	2.696.700

Zu 2.

Das 2024 gestartete Projekt zur Einführung des bundeseinheitlichen fälschungssicheren Polizeidienstausweises wird 2025 in Höhe von 163.000 EUR fortgeführt.

Zu 4.

Datenleitungskosten z.B. für Videokonferenzen, Telefonkonferenzen und Anwendung Juris in der Landespolizei.
 Ab 2024 Veranschlagung der Mobilfunkverträge für die Landespolizei (6.300 Smartphones).

514 62	042 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	13.462.500	13.331.300	13.421.300
		13.129.065	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Betriebsstoffe	7.050.000	7.058.000	7.103.000
2.	Unterhaltung und Instandsetzung	4.000.000	4.037.000	4.082.000
3.	Munition	2.000.000	2.000.000	2.000.000
4.	Verbrauchsmittel für Blutentnahmen	70.000	45.000	45.000
5.	Verbrauchsmittel (u.a Reizstoffe, Sprengmittel, Geschossfanglamellen)	342.500	191.300	191.300
	Summe	13.462.500	13.331.300	13.421.300

Zu 1. und 2.

Es wurden Betriebsstoffe ersatzbeschaffter Fahrzeuge und zentrale Instandsetzungsmaßnahmen für Spezialfahrzeuge veranschlagt.

517 62	042 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	8.000	8.000
		66.990	0	0

Erläuterungen:

Energieversorgung für die RNP-Standorte (kein Bezug zum BOS-Digitalfunk gegeben, weshalb Erfassung nunmehr bei Kapitel 0320 Titel 517 62 erfolgt).

518 62	042 Mieten und Pachten	384.000	419.300	420.300
		349.515	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Laufende Leasingverpflichtungen	384.000	419.300	420.300
	Summe	384.000	419.300	420.300

Laufende Leasingverpflichtungen für Fahrzeuge, Kopier- und Telekommunikationstechnik.

519 62	042 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	106.700	111.000
		0	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 519 62

Erläuterungen:

Umsetzung aus Kapitel 0321 Titel 519 65 da kein Bezug zum BOS-Digitalfunk besteht.

Unterhaltung der RPN-Standorte durch Wartung und Inspektion aller technischen und infrastrukturellen Komponenten.

522 62	042	Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

525 62	042	Aus- und Fortbildung	51.500	10.000	10.000
			38.551	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen	51.500	10.000	10.000
	Summe	51.500	10.000	10.000

Lehrgangsgebühren Zeiterfassungssystem "ZEUS X" in Höhe von 10.000 Euro.

526 62	042	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	2.932.000	3.200.000	3.200.000
			3.017.745	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Sachverständigenentschädigungen	2.582.000	2.650.000	2.650.000
2.	Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungskosten	220.000	320.000	320.000
3.	Zeugenentschädigungen	130.000	230.000	230.000
	Summe	2.932.000	3.200.000	3.200.000

531 62	042	Veröffentlichungen	89.400	107.000	107.000
			70.442	0	0

Erläuterungen:

Hier sind überwiegend Haushaltsmittel für die Intensivierung der Verkehrssicherheit (u.a. ZBfV, LPV, Medienkampagnen für bspw. fifty-fifty-Taxi) abgebildet.

533 62	043	Dienstleistung Außenstehender	1.160.600	1.285.000	1.280.000
			1.219.949	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Blutalkoholbestimmungen	300.000	300.000	300.000
2.	Sicherstellungen von Kfz	390.000	350.000	350.000
3.	Türöffnungen	110.000	100.000	100.000
4.	Sonstige Fremdleistungen	360.600	535.000	530.000
	Summe	1.160.600	1.285.000	1.280.000

Zu 1. 2. und 3.

Diese Positionen werden extern vergeben und sind für Strafverfolgungszwecke erforderlich.

Zu 4.

Veranschlagung für Ausgaben u.a. für Dienstleistungen Gefangenenwesen, Abschleppkosten, Bestattungsleistungen und die Zentralisierung von VoIP Cluster

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

534 62	042	Kauf von Diensthunden	68.500 31.107	50.000 0	50.000 0

Erläuterungen:

2025/2026: Voraussichtlicher Ankauf von jeweils 13 Diensthunden.

541 62	042	Erwerb von Sportpreisen und Ehrenurkunden	1.000 1.074	1.000 0	1.000 0

547 62	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	40.000 38.901	40.000 0	40.000 0

632 62	042	Sonstige Zuweisungen an Länder	1.418.400 1.154.750	794.300 0	869.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteile an der Wasserschutzpolizeischule in Hamburg (WSPS)	100.000	168.000	170.000
2.	Anteile an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol)	406.900	450.000	450.000
3.	Anteile am Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	43.500	52.000	65.000
4.	Kooperationsvereinbarung "Sicherheit im Luftraum"	2.200	2.200	2.200
5.	GKDZ Staatsvertrag	710.800	0	0
6.	Detektion und Abwehr ULS	60.000	0	0
7.	Kosten für Masterstudienjahrgänge	74.000	111.100	121.200
8.	Einführung bundeseinheitlicher fälschungssicherer Polizeidienstausweise	1.000	0	0
9.	Viktimisierungssurvey (Sicherheit und Kriminalität in Deutschland SKiD)	20.000	0	50.000
10.	Studie "Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten" (MEGAVO)	0	11.000	11.000
Summe		1.418.400	794.300	869.400

Die Anteile des Landes Sachsen-Anhalt sind nach den jeweiligen Verwaltungsabkommen zu tragen und werden nach den Jahresabschlüssen endgültig verrechnet.

Ansatzserhöhung u.a.:

- Anpassung Wirtschaftsplan unter 1., 5.
- Veranschlagung einmalig unter Nr. 6. und 8.
- Kosten unter 9. fallen nur alle zwei Jahre an
- Veranschlagte Ausgaben ab 2025 unter 10.

684 62	042	Zuschüsse an Verbände, Vereine u. ä.	31.900 41.835	33.700 0	33.700 0

Erläuterungen:

Veranschlagung Rabbiner/ Vertrauensperson für jüdisches Leben i.H.v. 30.000 EUR.

811 62	042	Erwerb von Fahrzeugen	160.000 21.916	3.428.100 0	1.876.100 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		3.200.000			3.200.000
2026		1.600.000			1.600.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		4.800.000			4.800.000

Erläuterungen:

Für die ausgebrachte VE 2024 werden zwei Streifenbooten i.H.v. 3.200.000 EUR in 2025 und ein Streifenboot i.H.v. 1.600.000 EUR in 2026 beschafft.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatzteile/Zubehör Hubschrauber	85.000	153.100	201.100
2.	ULS und Tetheringsystem	75.000	75.000	75.000
3.	Wasserfahrzeuge	0	3.200.000	1.600.000
Summe		160.000	3.428.100	1.876.100

812 62 042 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen** **7.116.300** **8.741.600** **10.598.800**
4.695.870 3.000.000 3.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.000.000			1.000.000
2026			3.000.000		3.000.000
2027				3.000.000	3.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen		1.000.000	3.000.000	3.000.000	7.000.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Zentrale Beschaffungen im Fernmeldewesen	961.500	1.445.000	1.530.000
2.	Sonstige zentrale Beschaffungen von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	259.800	320.000	2.172.600
3.	Ersatz und Ergänzung der Dienst- und Schutzkleidung	3.870.000	5.626.600	5.883.700
4.	Erstausrüstung Anwärter (Dienstbekleidung, Schutzwesten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände)	2.025.000	1.350.000	1.012.500
Summe		7.116.300	8.741.600	10.598.800

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 20 **Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 62

Die ausgebrachten VE 2025 Inanspruchnahme 2026 i.H.v. 3.000.000 EUR und die ausgebrachten VE 2026 Inanspruchnahme 2027 i.H.v. 3.000.000 EUR werden für den Erwerb landeseigener Dienst- und Schutzkleidung benötigt. Aufgrund der abgelaufenen Nutzungsdauer der eingesetzten Dienst- und Schutzkleidung, besteht insbesondere ein erhöhter Bedarf an Ersatzbeschaffungen von Einsatzbekleidung - Sonderausstattung für Einsatzbeamte/ -innen. Gemäß § 110 LBG LSA erhalten Polizeivollzugsbeamte/ -innen Bekleidung und Ausrüstung, die die besondere Art ihres Dienstes erfordert. Als Folge dieses Rechtsanspruchs entsteht zwangsläufig ein Haushaltsmittelbedarf auch für die Erstausrüstung der Dienstanfänger.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	28.640.600	34.357.700	34.723.300
		3.063.000	3.000.000

**64 Strukturveränderungen in der Landespolizei und Anpassung
der Ausstattung an die Sicherheitslage**

511 64	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
514 64	042	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0 0	0 0	0 0
517 64	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0 0	0 0	0 0
518 64	042	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0
519 64	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0 0	0 0	0 0
525 64	042	Aus- und Fortbildung	0 0	0 0	0 0
526 64	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	0 0	0 0	0 0
533 64	042	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
537 64	042	Kosten von Behördenumzügen und Verlegungen	0 0	0 0	0 0
547 64	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
811 64	042	Erwerb von Fahrzeugen	0 0	0 0	0 0
812 64	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 3.040.000	0 0	0 0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 20 **Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 64

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Einkleidung für zusätzliche Neueinstellungen	0	0	0
2.	Verbesserung der Ausstattung der Polizei (Anti-Terrorpaket)	0	0	0
	Summe	0	0	0

Veranschlagungen ab 2024 in Kapitel 0320 TGr. 61 und 62.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0
		0	0

85 Sondereinsätze Polizei

Übertragbar

*** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 0320 Titel 231 85 und 233 85 und bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0320 Titel 232 85.

429 85	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	150.000	150.000	150.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben werden benötigt für die Zahlung von Mehrarbeitsvergütungen bei Sondereinsätzen der Polizei.

547 85	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.500.000	1.500.000	1.500.000
			994.229	0	0

811 85	042	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

812 85	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 85	2.650.000	1.650.000	1.650.000
		0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 20 Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.426.800	3.418.800	3.418.800
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.368.000	1.368.000	1.368.000
Gesamteinnahme		4.794.800	4.786.800	4.786.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	601.161.600	674.466.100	693.002.000
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	88.637.200	57.751.200	58.964.900
			313.000	250.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.994.900	1.434.500	1.510.800
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	20.076.600	25.073.800	29.770.000
			16.800.000	22.000.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	75.204.100	79.567.500	91.941.900
			0	0
Gesamtausgabe		787.074.400	838.293.100	875.189.600
Gesamtsumme der VE			17.113.000	22.250.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-782.279.600	-833.506.300	-870.402.800

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 21 beträgt zum 31.12.2025 29 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 21 beträgt zum 31.12.2026 29 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines

Das Kapitel 0321 bildet die Einnahmen und Ausgaben für die der Landespolizei zusätzlich zugewiesenen Sonderaufgaben nach Titelgruppen getrennt ab.

Der Landespolizei sind folgende Sonderaufgaben zusätzlich zugewiesen:

- a) TGr. 61 - Kampfmittelbeseitigungsdienst
- b) TGr. 62 - Zentrale Bußgeldstelle
- c) TGr. 63 - Zentrale Amtsärztliche Untersuchungsstelle für die gesamte Landesverwaltung (Kabinettsbeschluss vom 05.12.2006)
- d) TGr. 64 - Abrechnungsstelle der Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamte und Feuerwehrbeamte
- e) TGr. 65 - Autorisierte Stelle für den Betrieb des Digitalfunks
- f) TGr. 66 - Sonderversorgung für ehem. Bedienstete der bewaffneten Organe der ehem. DDR

Haushaltsvermerk:

Eine Abweichung von der Verbindlichkeit der Erläuterungen bei den Gruppen 811 und 812 wird auf Grundlage des § 11 Absatz 3 HG 2025/2026 zugelassen.

Einnahmen

111 11	043	Verwaltungsgebühren	300.000 244.622	300.000	300.000
Erläuterungen:					
Einnahmen aus Gebühren für Akteneinsichtnahmen im Bußgeldverfahren, u.a.					
112 02	043	Geldstrafen, Geldbußen für die Zentrale Bußgeldstelle	32.300.000 26.550.627	32.500.000	32.500.000
112 03	043	Geldstrafen, Geldbußen aus Verkehrsüberwachung der Kommunen	4.700.000 5.235.054	6.000.000	6.000.000
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 21 Titel 633 01.					
119 12	043	Einnahmen aus der gesetzlich zu erhebenden Umsatzsteuer	0 16.187	0	0
129 01	043	Einnahmen aus Zuzahlungsabrechnung Heilfürsorge/ Beihilfen der Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugs- und Feuerwehrdienstes	1.250.000 2.058.315	1.250.000	1.250.000
132 01	043	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0 0	17.000	8.500

Titelgruppe(n)

61 Kampfmittelbeseitigungsdienst

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe Kapitel 03 21 Titelgruppe 61.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
119 61	045	Sonstige Verwaltungseinnahmen	8.500 836	2.000	2.000
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 03 21 Titelgruppe 61. Erläuterungen: Einnahmen aus der Veräußerung von Munitionsschrott.			
231 61	045	Sonstige Zuweisungen vom Bund	2.186.800 3.574.129	2.750.000	2.750.000
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 03 21 Titelgruppe 61. Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Kampfmittelberäumung auf bundeseigenen Liegenschaften	109.300	100.000	100.000
2.		Kampfmittelberäumung ehem. reichseigener Munition auf sonstigen Landesliegenschaften	109.300	10.000	10.000
3.		Betriebskosten für Lagerung und Vernichtung der Fundmunition	1.968.200	2.640.000	2.640.000
		Summe	2.186.800	2.750.000	2.750.000
		Zu 3. Erstattungen des Bundes für Unterstützungsleistungen des Landes bei der Entmunitionierung von Liegenschaften der Bundeswehr sowie Erstattungen der Betriebskosten für die Lagerung und Vernichtung der Fundmunition gem. Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land vom 26.09.2008.			
		Nachrichtlich: Summe TGr. 61	2.195.300	2.752.000	2.752.000
65		Autorisierte Stelle für den Betrieb des Digitalfunks			
		Übertragbar			
119 65	043	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0 0	0	0
		*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 0321 Titelgruppe 65.			
124 65	043	Einnahmen aus der Vermietung und Mitnutzung von Anlagen des Digitalfunks	130.000 125.341	149.000	149.000
		*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 0321 Titelgruppe 65.			
132 65	043	Einnahmen aus der Veräußerung von Funktechnik und Zubehör	5.000 2.985	5.000	5.000
		*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 0321 Titelgruppe 65.			
231 65	043	Sonstige Zuweisungen vom Bund	1.430.000 3.690.906	1.840.000	1.840.000
		*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 0321 Titelgruppe 65.			

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 21 **Sonderaufgaben der Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 65

Erläuterungen:

Beteiligung des Bundes für den Aufbau und den Betrieb des Digitalfunknetzes für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Sachsen-Anhalt gem. § 3 Abs. 3 Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb eines einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in der Bundesrepublik Deutschland vom 14. März 2007. Hierbei handelt es sich um nachlaufende Erstattungen der Ausgaben in der Titelgruppe 65.

Die Erhöhung des Ansatzes 2025 und 2026 beruht auf der Anpassung des Betriebskostensatzes.

233 65	043	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	290.000 219.863	1.620.000	340.000

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 0321
Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Die Kostensteigerung im Jahr 2025 beruht auf dem Komponententausch zur Anbindung der Landkreise und kreisfreien Städte an das digitale Funknetz.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	1.855.000	3.614.000	2.334.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

443 01	042	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	0 0	0 0	0 0
443 02	042	Amtsärztliche Untersuchungen	0 0	0 0	0 0
517 30	043	Bewirtschaftung landeseigener Liegenschaften (Nebenkostenvorauszahlungen an BLSA)	308.000 242.700	0 0	0 0
518 30	043	Mietzahlungen an BLSA	374.800 324.893	0 0	0 0
542 01	043	Umsatzsteuer	0 16.187	0 0	0 0
633 01	043	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.350.000 2.439.597	3.000.000 0	3.000.000 0
		Übertragbar			
		* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um 50 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 03 21 Titel 112 03.			
633 02	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Ausgleich der Vorjahresabrechnung	0 212.031	0 0	0 0

Titelgruppe(n)

61 Kampfmittelbeseitigungsdienst

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden
bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 03 21
Titelgruppe 61, Kapitel 03 21 Titel 119 61 und Kapitel 03 21
Titel 231 61.

Erläuterungen:

Allgemeines

Der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) wird im Rahmen der Amtshilfe für die Gefahrenabwehrbehörden bei der Beseitigung
von Kampfmitteln tätig.

428 61	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.291.000 2.123.681	2.217.900 0	2.320.100 0
459 61	045	Sonstiges	0 0	0 0	0 0

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Hier sind die Mittel für die Bewilligung von Beihilfen, Unterstützungen sowie Trennungsgeld verbucht. Entsprechend § 51 Nr. 3
TVL erhalten bei Unfällen im unmittelbaren Gefahrenbereich die Arbeitnehmer 112.995,51 EUR im Invaliditätsfall bei Zahlung
einer Rente nach der Rententabelle, die versorgungsberechtigten Angehörigen im Todesfall 56.497,75 EUR.
Die Ausgaben im Sinne der vorgenannten Erläuterungen zu diesem Titel sind ohne besondere Bereitstellung von
Haushaltsmitteln in Höhe des tatsächlichen Bedarfs zu buchen. Die Mittel werden am Jahresschluss überplanmäßig
bereitgestellt.

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 21 **Sonderaufgaben der Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

511 61	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	118.300	141.700	147.100
			52.343	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	14.100	53.500	55.400
2.	Kommunikation	42.300	15.600	16.300
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	61.900	72.600	75.400
Summe		118.300	141.700	147.100

514 61	045	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	175.000	190.800	198.100
			117.639	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Betriebsstoffe	60.500	87.500	90.900
2.	Unterhaltung und Instandsetzung	114.500	103.300	107.200
Summe		175.000	190.800	198.100

Unterhaltung und Instandsetzung von Fahrzeugen des Kampfmittelbeseitigungsdienstes mit Rechnungslegung über Materialkosten an die Polizeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt. Die Erstattung dieser Kosten erfolgt aus dem Haushalt des Kampfmittelbeseitigungsdienstes. Des Weiteren Miete und Reinigung der Arbeitsschutzbekleidung der Mitarbeiter des Kampfmittelbeseitigungsdienstes und Beschaffung technischer Gase für die Munitionsvernichtung.

Übersicht

	Bestand an Fahrzeugen	Ist 01.01.2024	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.	Lastkraftwagen	2	2	2	2
2.	Nutz- und Sonderfahrzeuge	8	8	9	9
3.	Personenkraftwagen	9	8	8	8
4.	Mannschaftskraftwagen/ Gefahrguttransporter	6	7	7	7
5.	Anhänger	3	3	4	4
Zusammen		28	28	30	30

517 61	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	571.300	606.500	629.600
			569.993	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bewachungskosten	424.300	457.500	474.900
2.	Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	400	0	0
3.	Sonstige Hauswirtschaftskosten (Steuern und Abgaben)	500	900	900
4.	Reinigungskosten (Außen-Innenreinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Schneeräumen und Streuen)	58.100	68.100	70.800
5.	Heizung, Beleuchtung, elektrische Kraft	88.000	80.000	83.000
Summe		571.300	606.500	629.600

518 61	045	Mieten und Pachten	14.000	14.000	14.500
			6.663	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 61

Erläuterungen:

Miettoiletten für die Mitarbeiter des Kampfmittelbeseitigungsdienstes auf unbebautem Durchsuchungsgelände
Mietkosten für Bürotechnik
Mietkosten für Behälter technische Gase für den MLZB Hottendorf

519 61	045	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.907.600	986.500	1.024.000
			1.386.079	0	0

Erläuterungen:

Betriebs- und Wartungskosten für vom Bund errichtete Gebäude und beschaffte Geräte für die Lagerung bzw. Vernichtung von Munition des Landes und des Bundes. Diese Kosten werden vom Bund anteilig erstattet.

522 61	045	Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

525 61	045	Aus- und Fortbildung	88.300	143.500	35.400
			22.023	0	0

Erläuterungen:

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gemäß spezieller fachspezifischer Festlegungen.

526 61	045	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	2.100	2.100	2.100
			0	0	0

527 61	045	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	13.000	15.000	15.000
			17.216	0	0

533 61	045	Dienstleistungen Außenstehender	429.000	545.000	341.000
			446.048	0	0

Erläuterungen:

Für Aufträge von Flächenräumungen bzw. Bohrlochsondierungen, die an Firmen vergeben werden sowie für die Entsorgung von Rest- und Abfallstoffen des MLZB Hottendorf. Weiterhin Aufwendungen zur kontinuierlichen Aktualisierung von Arbeitsschutzunterlagen (Fortschreibung von Gefährdungsbeurteilungen).
Zudem Kosten für Unterstützungsleistungen zur Erfüllung immissionsschutzrechtlicher Anforderungen für Vernichtungsbetrieb Hottendorf sowie Planungs- und Betreuungskosten für externe ingenieurtechnische Unterstützung bei der Modernisierung ATVF Hottendorf.

547 61	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500	500	500
			62	0	0

631 61	045	Sonstige Zuweisungen an Bund	10.000	10.000	10.000
			4.247	0	0

Erläuterungen:

Zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und dem Bund (BMV) wurde eine Vereinbarung über die Lagerung und Vernichtung der aus dem Truppenübungsplatz Altmark geborgenen Fundmunition getroffen. Der Bund wird die baulichen und technischen Voraussetzungen dafür schaffen. Soweit das Land Sachsen-Anhalt die auf Kosten des Bundes errichteten Gebäude bzw. beschafften Geräte für die Lagerung bzw. Vernichtung von Munition nutzt, die nicht von bundeswehreigenen Liegenschaften stammt, ist der Wert dieser Inanspruchnahme an den Bund zu erstatten.

681 61	045	Schadenersatzleistungen	1.000	1.000	1.000
			0	0	0

811 61	045	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	496.200	0	809.300
			47.991	809.300	478.000

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 21 **Sonderaufgaben der Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		614.200			614.200
2026			809.300		809.300
2027				478.000	478.000
2028					
2029 ff.					
Summen		614.200	809.300	478.000	1.901.500

Erläuterungen:

Beschaffungen von Dienstkraftfahrzeugen

Anzahl

2025 und 2026

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1	Nutz- und Sonderfahrzeug (Hydraulikbagger)	73.800	0	70.000
1	Nutz- und Sonderfahrzeuge (Tieflader für Hydraulikbagger)	36.300	0	0
2	Nutz- und Sonderfahrzeug (LKW multifunktionales Nutzfahrzeug))	146.400	0	172.600
1	Nutz- und Sonderfahrzeug (Radlader)	126.600	0	0
2	PKW (Geländefahrzeug)	59.900	0	117.600
1	Anhänger 5,5 t	53.200	0	40.000
1	Nutz- und Sonderfahrzeug (Anhänger für Hydraulikbagger)	0	0	25.000
1	Nutz- und Sonderfahrzeug (Anhänger Plane)	0	0	189.000
1	LKW für Gefahrguttransporte	0	0	133.400
1	PKW-Geländefahrzeug	0	0	61.700
Summe		496.200	0	809.300

Aussonderung von Dienstkraftfahrzeugen

	Anzahl	2024	2025	2026
1.	Nutz- und Sonderfahrzeug (LKW/Hydraulikbagger)	1	0	2
2.	Nutz- und Sonderfahrzeug (Bauwagen u.ä./Tieflader für Hydraulikbagger)	1	0	0
3.	Nutz- und Sonderfahrzeug (LKW multifunktionales Nutzfahrzeug)	0	0	1
4.	Nutz- und Sonderfahrzeug (Radlader)	1	0	0
5.	PKW (Geländefahrzeug)	1	0	3
6.	Anhänger	1	0	2
7.	Mannschaftskraftwagen/ Gefahrguttransporter	0	0	0
Zusammen		5	0	8

Keine Inanspruchnahmen der in 2024 für 2025 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 614.200 Euro. Die geplanten Beschaffungen werden im Jahr 2026 realisiert. Die Verpflichtungsermächtigung 2025 erhöht sich um diesen Betrag auf 809.300 Euro.

Die in 2025 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 809.300 EUR und in 2026 in Höhe von 478.000 EUR sind zur Abwicklung der Beschaffungsvorgänge für das jeweilige Folgejahr erforderlich.

812 61	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie betriebl. Einbauten	5.809.000	8.371.500	2.221.000
			567.603	1.400.000	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	6.200.000				6.200.000
2026					
2027			1.400.000		1.400.000
2028					
2029 ff.					
Summen	6.200.000		1.400.000		7.600.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fachgeräte zur Kampfmittelbeseitigung	109.000	171.500	119.000
2.	Erneuerung der betrieblichen Einbauten	5.700.000	8.200.000	2.102.000
	Summe	5.809.000	8.371.500	2.221.000

Erläuterung zu lfd. Nr. 2:

Die bestehende Anlage zur thermischen Vernichtung von Kampfmitteln wurde im Jahr 2004 in Betrieb genommen und muss grundhaft modernisiert werden, um die Entsorgungssicherheit in Form einer umweltverträglichen Munitionsvernichtung bis 2040 zu sichern. Die mehrjährige Sanierung wurde in 2024 begonnen.

Die Kostenschätzung des Gesamtprojekts zur Modernisierung der thermischen Vernichtungsanlage belief sich zunächst auf ca. 13.500.000 EUR.

Mit Planungsfortschritt stellte sich heraus, dass die grundhafte Modernisierung mehr Zeit benötigt und höhere Kosten verursacht. Insgesamt belaufen sich die Gesamtkosten auf nunmehr 16.900.000 EUR. In 2025 sind Mittel i. H. v. 8.200.000 EUR veranschlagt; für 2026 sind zusätzliche Mittel i. H. v. 2.000.000 EUR einzuplanen. Zur finanziellen Absicherung der Gesamtmaßnahme wurde eine Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2025 mit Fälligkeit im Jahr 2027 neu ausgebracht. Die Verpflichtungsermächtigung soll der Finanzierung der zu erwartenden Kosten i. H. v. 1.400.000 EUR im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme und Einregulierung der Anlage dienen.

Nachrichtlich: In 2024 wurden 5.300.000 EUR im Haushaltsplan bestätigt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	11.926.300	13.246.000	7.768.700
		2.209.300	478.000

62 Zentrale Bußgeldstelle

511 62	043	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.916.000	1.973.800	2.061.100
			1.476.457	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 62

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Porto	1.622.700	1.661.900	1.725.100
2.	Datenleitungskosten ekom 21	32.000	36.600	38.000
3.	Literatur	3.500	3.800	3.800
4.	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	20.000	10.000	12.500
5.	Geschäftsbedarf/ Büromaterial, Toner/ ADV- Verbrauchsmaterial, Überprüfung Feuerlöscher und ortsveränderliche Geräte	52.600	76.300	76.200
6.	Elektronisches Bezahlssystem	180.000	180.000	200.000
7.	Datenfernübertragung Jenoptik Robot GmbH	5.200	5.200	5.500
Summe		1.916.000	1.973.800	2.061.100

514 62	043	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	500 202	500 0	500 0

517 62	043	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	316.600 249.621	312.600 0	328.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bewachungskosten	214.000	224.700	235.900
2.	Reinigungskosten/Innenreinigung	44.000	46.200	48.500
3.	Hauswirtschaftskosten/Hausmeisterdienstleistung	28.500	10.100	10.600
4.	Pflege Außenanlage/ Winterdienst	25.000	26.300	27.600
5.	Reinigungsmaterial	5.100	5.300	5.500
Summe		316.600	312.600	328.100

518 62	043	Mieten und Pachten	16.100 13.558	17.100 0	17.800 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kopiergeräte	16.100	17.100	17.800
Summe		16.100	17.100	17.800

519 62	043	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	11.500 22.193	23.300 0	24.600 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Wartung und Instandsetzung der Aufzüge	4.000	4.600	4.900
2.	Wartung und Instandsetzung an Brandschutztüren, Toren, Schrankenanlagen und Beleuchtung	7.500	18.700	19.700
Summe		11.500	23.300	24.600

525 62	043	Aus- und Fortbildung	2.500 343	2.500 0	3.000 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
526 62	042	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	38.000 22.247	38.000 0	38.000 0
527 62	043	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.500 613	2.000 0	2.000 0
533 62	043	Dienstleistungen Außenstehender	28.000 12.136	8.700 0	9.400 0
Erläuterungen:					
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Sonstiges wie Erweiterung von Software, Systemintegrationen	3.000	3.500	4.000
2.		Vernichtung und Entsorgung der Akten	5.000	5.200	5.400
		Summe	8.000	8.700	9.400
547 62	043	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	4.000 17	4.000 0	4.000 0
632 62	043	Sonstige Zuweisungen an Länder	575.800 395.725	471.400 0	504.300 0
Erläuterungen:					
Anteil Land Sachsen-Anhalt am Gemeinschaftsprogramm "OWI 21".					
			2024	2025	2026
1.		Nutzung und Weiterentwicklung OWi21	329.800	392.800	407.700
2.		Nutzung des Moduls HedocsV4	15.000	17.900	18.500
3.		Druck-, Kuvertier- und Versanddienstleistungen für die Bearbeitung von Sammelakten	39.000	46.400	48.200
4.		Nutzung des Moduls Online - Anhörung	12.000	14.300	14.900
5.		Nutzung der Software OWi21 ToGo	180.000	0	0
6.		Nutzung des Moduls e-Payment	0	0	15.000
		Zusammen	575.800	471.400	504.300
681 62	043	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	500 0	500 0	500 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			2.912.000	2.854.400 0	2.993.300 0
63		Zentrale amtsärztliche Untersuchungsstelle und Polizeiärztliches Zentrum			
427 63	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	179.500 130.009	130.100 0	130.100 0
Erläuterungen:					
Zur Absicherung der amtsärztlichen Untersuchungen der Bediensteten der unmittelbaren Landesverwaltung durch Vertragsärzte.					
428 63	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der auszubildenden Kräfte	22.400 15.393	24.600 0	32.500 0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 21 **Sonderaufgaben der Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 63

Erläuterungen:

Veranschlagung von:

1 Medizinische/r Fachangestellte/r 08/2023 bis 07/2026;
1 Medizinische/r Fachangestellte/r 08/2025 bis 07/2028;
1 Medizinische/r Fachangestellte/r 08/2026 bis 07/2029
gemäß TVA-L BBiG.

511 63	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	148.500 121.045	149.500 0	151.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf, Büromaterial, Toner	25.000	30.000	32.000
2.	Wartung medizinische Geräte	50.000	55.000	60.000
3.	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	60.000	50.000	45.000
4.	Literatur	5.000	5.000	5.000
5.	Porto	2.000	2.000	2.000
6.	Telekommunikationskosten	1.000	2.000	2.000
7.	Krankenversichertenkarten	5.500	5.500	5.500
	Summe	148.500	149.500	151.500

514 63	012	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	35.000 5.016	35.000 0	35.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Hygiene- und Arbeitsbekleidung, medizinische Verbrauchsmaterialien	20.000	20.000	20.000
2.	Betriebsstoffe, Unterhaltung und Instandsetzung	15.000	15.000	15.000
	Summe	35.000	35.000	35.000

	Bestand an Fahrzeugen	Ist 01.01.2024	Soll 2025	Soll 2026
1.	Nutz- und Sonderfahrzeuge	2	3	3
	Zusammen	2	3	3

Derzeit im Bestand: zwei Rettungswagen (RTW), ab 2024 ein Impfmobil

517 63	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	291.100 246.168	296.000 0	301.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Reinigungskosten	30.900	35.000	35.000
2.	Sonstige Hauswirtschaftskosten	44.200	50.000	50.000
3.	Bewachungskosten	216.000	211.000	216.000
	Summe	291.100	296.000	301.000

518 63	012	Mieten und Pachten	13.900 14.915	17.000 0	18.500 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 63

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kopiergeräte	11.500	13.000	14.000
2.	Sauerstoffflaschen und andere Gasflaschen	2.400	4.000	4.500
Summe		13.900	17.000	18.500

522 63	012	Gutachten, Studien, Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

525 63	012	Aus- und Fortbildung	35.000	36.000	36.000
			15.419	0	0

Erläuterungen:

Weiterbildungs- und Ausbildungspflicht der verkammerten Berufe und anderer Mitarbeiter im Polizeiärztlichen Dienst / Ärztlicher Gutachterdienst der Landesverwaltung einschl. Neueinstellungen (Ärzte, MFAs, Rettungssanitäter)

527 63	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	20.000	22.000	24.000
			19.243	0	0

Erläuterungen:

Absicherung des Dienstbetriebes einschließlich Tätigkeiten in den Außenstellen des Polizeiärztlichen Zentrums / Ärztlicher Gutachterdienst der Landesverwaltung sowie für Fortbildungen und Einsätze

533 63	012	Dienstleistungen Außenstehender	50.000	50.000	50.800
			19.594	0	0

Erläuterungen:

Kosten für Einholung von Fremdgutachten aus anderen medizinischen Einrichtungen für die gutachterliche Tätigkeit der Landespolizei sowie die Reinigung von Unterkunftswäsche und Dienstkleidung.

547 63	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	35.000	35.000	35.400
			17.655	0	0

Erläuterungen:

Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsmanagements in der Landespolizei.

811 63	012	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

812 63	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	140.000	159.500	130.000
			66.583	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ärztliche Geräte und Instrumente	140.000	159.500	130.000
Summe		140.000	159.500	130.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			970.400	954.700	944.800
				0	0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 21 **Sonderaufgaben der Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
64		Abrechnungsstelle der Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamte und Feuerwehrbeamte			
511 64	043	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	17.000 11.796	17.000 0	17.000 0
		Erläuterungen: Anteil der Abrechnungsstelle Heilfürsorge am allgemeinen Geschäfts-, Ausstattungs- und Literaturbedarf der Behörde.			
514 64	043	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	500 0	500 0	500 0
		Erläuterungen: Anteilige Ausgaben der Abrechnungsstelle Heilfürsorge an Verbrauchsmitteln für die Nutzung von Dienst-Kfz der Polizeiinspektion Zentrale Dienste.			
517 64	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	58.900 51.771	57.000 0	57.000 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Reinigungskosten	6.200	4.500	4.500
		2. Sonstige Hauswirtschaftskosten (u.a. Müllabfuhr, Hausmeisterleistungen, Winterdienst)	9.200	9.000	9.000
		3. Bewachungskosten	43.500	43.500	43.500
		Summe	58.900	57.000	57.000
518 64	043	Mieten und Pachten	2.900 2.772	3.000 0	3.000 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Kopiergeräte	2.900	3.000	3.000
		Summe	2.900	3.000	3.000
525 64	043	Aus- und Fortbildung	5.000 118	3.000 0	3.000 0
		Erläuterungen: Aus- und Fortbildungsbedarf der Mitarbeiter der Abrechnungsstelle Heilfürsorge vor dem Hintergrund gesetzlicher Veränderungen.			
527 64	043	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	500 457	700 0	700 0
533 64	043	Dienstleistungen Außenstehender	500 0	21.000 0	21.000 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 64

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstleistungen Außenstehender(Weiterentwicklung SAP Helfürsorge, Schnittstellen zum Rabattprogramm Zesar und zur Kassenzahnärztlichen Vereinigung)	0	20.000	20.000
2.	Entsorgung von Sicherheitsdaten	500	1.000	1.000
	Summe	500	21.000	21.000

547 64	043	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500	1.500	1.500
			86	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	85.800	103.700	103.700
		0	0

65 Autorisierte Stelle für den Betrieb des Digitalfunks

Übertragbar

*** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 0321 Titel 119 65 und bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0321 Titel 124 65, Titel 132 65, Titel 231 65. und Titel 233 65.

Erläuterungen:

Mit Unterzeichnung des Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in der Bundesrepublik Deutschland, ist das Land Sachsen-Anhalt auch die Verpflichtung zur dauerhaften Sicherstellung der Betriebsfähigkeit eingegangen. Die durch die operative Betriebsorganisation des Landes, die sogenannte Autorisierte Stelle, zentral für alle BOS im Land wahrgenommenen Aufgaben umfassen u. a. Wartung und Instandhaltung von Basisstationen, die Begleitung und Durchführung von Um- und Neubaumaßnahmen, die lagebezogene taktisch-technische Nutzerbetreuung, eine durchgängig erreichbare Service-Hotline und das landesweite Endgerätemanagement.

511 65	043	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	684.000	692.000	692.000
			723.952	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	15.000	15.000	15.000
2.	Kommunikation	594.000	592.000	592.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	75.000	85.000	85.000
	Summe	684.000	692.000	692.000

Die regelmäßigen Ausgaben sind insbesondere für Leitungsmieten (592.000 EUR), Kommunikationskosten, Verbrauchsmaterial sowie Betriebs- und Arbeitsmittel erforderlich. Der Aufwuchs begründet sich in dem Betrieb und der Wartung von Objektfunkanlagen. Zudem entstehen zukünftig höhere Kosten durch Glasfaserleitungen und noch erforderliche Erschließungen zur Anbindung der Basisstationen an das Digitalfunknetz sowie an das Kerntransportnetz.

517 65	043	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	402.100	373.800	410.700
			309.827	0	0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 21 **Sonderaufgaben der Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 65

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Energieversorgungskosten der Digitalfunkstandorte	402.100	373.800	410.700
	Summe	402.100	373.800	410.700

518 65	043	Mieten und Pachten	1.654.300 1.780.122	1.634.000 0	1.683.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anmietung Mobilfunkstandorte	1.654.300	1.634.000	1.683.000
	Summe	1.654.300	1.634.000	1.683.000

519 65	043	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	495.000 297.132	629.200 0	661.700 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Wartung und Inspektion Basisstandorte	330.000	449.200	481.700
2.	Mängelbeseitigung	55.000	150.000	150.000
3.	Instandhaltung Technik und Infrastruktur	80.000	0	0
4.	Wartung und Instandsetzung Notstromtechnik	30.000	30.000	30.000
	Summe	495.000	629.200	661.700

522 65	043	Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

525 65	043	Aus- und Fortbildung	25.000 21.522	25.000 0	25.000 0

Erläuterungen:

Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter in den Fachbereichen des Digitalfunk BOS.

527 65	043	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	15.000 5.556	15.000 0	15.000 0

Erläuterungen:

Teilnahme von Bediensteten der autorisierten Stelle an Sitzungen und Klausurtagungen von Arbeitskreisen, Arbeits- und Expertengruppen sowie Workshops der BDBOS in Zusammenarbeit mit den BOS der Länder. Die Teilnahme an diesen Veranstaltungen ist auf Grundlage der Verwaltungsvereinbarung von Bund und Ländern vom 01.07.2007 zu gewährleisten.

533 65	043	Dienstleistungen Außenstehender	783.000 372.149	1.058.000 639.000	846.000 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 65

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			297.000		297.000
2027			252.000		252.000
2028			90.000		90.000
2029 ff.					
Summen			639.000		639.000

Erläuterungen:

Die Veranschlagungen sind für den weiteren Ausbau und Betrieb des Digitalfunknetzes zwingend erforderlich. Die Grundlage bildet die Projektplanung der autorisierten Stelle des Digitalfunks.

Insbesondere werden in diesem Titel Unterstützungsleistungen externer Firmen für Netzplanung, Aufbau und Inbetriebnahme veranschlagt.

631 65	043	Sonstige Zuweisungen an den Bund	7.520.000	6.600.000	6.600.000
			3.215.619	0	0

Erläuterungen:

Allgemeine Finanzierungsbeiträge an die BDBOS gemäß § 15 Verwaltungsabkommen (VwA) und spezifische Finanzierungsbeiträge gemäß §§ 13.2 und 14 VwA über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb eines bundeseinheitlichen digitalen Sprach- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

Die Planungsgrundlage für die Finanzplanung für den Titel 631 65 bildet der jeweils gültige Wirtschaftsplan der BDBOS. In diesem wird die Vertragssituation zwischen dem Land und der BDBOS dargestellt. Hieraus ergeben sich die seitens Sachsen-Anhalt zu leistenden Zahlungen bzw. der anzunehmende Mittelabfluss für das jeweilige Jahr.

682 65	042	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	150.000	165.000	170.000
			140.500	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ingenieurtechnische Dienstleistungen für die Betreuung v. Richtfunk- und Neubaumasten	150.000	165.000	170.000
	Summe	150.000	165.000	170.000

Zuschüsse für die AöR Dataport.

711 65	043	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2.818.000	2.455.000	2.682.000
			2.429.946	2.000.000	1.500.000

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 21 **Sonderaufgaben der Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 711 65

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.000.000			1.000.000
2026			2.000.000		2.000.000
2027				1.500.000	1.500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		1.000.000	2.000.000	1.500.000	4.500.000

Erläuterungen:

Die in den Haushaltsjahren 2025/2026 ausgebrachten VE (2025: 2.000.000 EUR; 2026: 1.500.000 EUR) sind für die rechtzeitige Planung und Vergabe von Bauvorgängen erforderlich.

Veranschlagt werden Maßnahmen zur Netzhärtung (Erhöhung der Ausfallsicherheit bei Stromausfall für mindestens 72 Stunden) des Digitalfunknetzes und zur Optimierung der Netzabdeckung. Darüber hinaus werden Netzänderungsmaßnahmen veranschlagt

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Netzänderungsmaßnahmen	620.000	1.100.000	1.950.000
2.	Verdichtung Zugangsnetz	10.000	54.000	52.000
3.	Netzhärtung der Funkinfrastruktur	1.700.000	1.121.000	500.000
4.	TETRA-Basisstationen für Objektversorgung	100.000	100.000	100.000
5.	Umbau Standorte Netzmodernisierung	288.000	30.000	30.000
6.	Rückbau Funkanlagen	100.000	50.000	50.000
	Summe	2.818.000	2.455.000	2.682.000

712 65	043	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0
			0	0	0

812 65	043	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	115.000	335.000	135.000
			493.004	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Equipment und Zubehör für Testgestellungen Funkendgeräte, Reservebildung der vorhaltenden Stelle	15.000	20.000	20.000
2.	IT-Komponenten zur Bearbeitung von BOS-Sicherheitskarten sowie Sicherheitskomponenten und Zubehör zur Sicherstellung der KVMS-Anwendungen	25.000	100.000	0
3.	Hardware für Feinjustierungskonzept Zugangsnetz (Richtfunk)	45.000	65.000	85.000
4.	Leitungsgebundene Anbindung von neuen Standorten	20.000	20.000	0
5.	Prüfequipment HF-Technik	10.000	30.000	30.000
6.	Management Tool	0	100.000	0
	Summe	115.000	335.000	135.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 65

Betrieb des Richtfunks (Zugangsnetz BOS-Digitalfunk) einschließlich notwendiger Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für die im Einsatz befindlichen Richtfunkstrecken.

zu 6.

Zur Schaffung eines konsistenten und validen Datenhaushalts für die Autorisierte Stelle ist die Beschaffung eines IT-Moduls erforderlich. Dieses dient der Erfassung sämtlicher Objektdaten (Endgeräte, BOS-Sicherheitskarten, Teilnehmer, Liegenschaften), so dass die Antragsprozesse aller zu bedienenden BOS/ Nutzer effizient bearbeitet werden können.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	14.661.400	13.982.000	13.920.400
		2.639.000	1.500.000

66 Sonderversorgung für ehemalige Bedienstete der bewaffneten Organe der ehemaligen DDR

511 66 043 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	9.900	11.600	11.600
	7.625	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	7.400	9.500	9.500
2.	Kommunikation	1.500	1.000	1.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	500	500	500
4.	Prüfung Feuerlöscher, Prüfung ortsveränderlicher Anlagen etc.	500	600	600
Summe		9.900	11.600	11.600

514 66 043 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	500	500	500
	0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	200	200	200
2.	Verbrauchsmittel	300	300	300
Summe		500	500	500

517 66 042 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	46.000	47.000	47.000
	43.275	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1	Bewachungskosten	38.000	39.000	39.000
2.	Reinigungskosten	5.000	2.000	2.000
3.	Sonstige Hauswirtschaftskosten (u.a. Müllabfuhr, Winterdienst, Hausmeisterdienstleistungen)	3.000	6.000	6.000
Summe		46.000	47.000	47.000

518 66 043 Mieten und Pachten	2.500	2.500	2.500
	0	0	0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 21 **Sonderaufgaben der Landespolizei**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 66

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Kopiergeräte	2.500	2.500	2.500
		Summe	2.500	2.500	2.500
525 66	043	Aus- und Fortbildung	500	500	500
			0	0	0
526 66	043	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	2.700	2.800	2.800
			0	0	0
527 66	043	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	500	500	500
			0	0	0
533 66	043	Dienstleistungen Außenstehender	1.000	0	0
			0	0	0
547 66	043	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500	500	500
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			64.100	65.900	65.900
				0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	38.693.500	40.223.000	40.214.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.906.800	6.210.000	4.930.000
Gesamteinnahme		42.600.300	46.433.000	45.144.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	2.492.900	2.372.600	2.482.700
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	11.174.400	10.265.200	10.051.000
			639.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10.607.300	10.247.900	10.285.800
			0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	2.818.000	2.455.000	2.682.000
			2.000.000	1.500.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	6.560.200	8.866.000	3.295.300
			2.209.300	478.000
Gesamtausgabe		33.652.800	34.206.700	28.796.800
Gesamtsumme der VE			4.848.300	1.978.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		8.947.500	12.226.300	16.347.700

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 31 Brandschutz und Katastrophenschutz - Land

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 31 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 31 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines

Durch das Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (BrSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Juni 2001 (GVBl. LSA S. 190), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 2020 (GVBl. LSA S. 108), werden die Aufgaben des Landes und der Kommunen zur Gewährleistung des Brandschutzes festgelegt.

Die in diesem Kapitel veranschlagten Mittel dienen der weiteren Verbesserung des technischen Ausrüstungsstandes der Feuerwehren im Land Sachsen-Anhalt. Gemäß § 2 BrSchG sind die Gemeinden für den abwehrenden Brandschutz und die Hilfeleistung in ihrem Gebiet zuständig. In erster Linie sind Mittel für Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Förderung des kommunalen Brandschutzes veranschlagt.

Nach dem Grundgesetz ist der Katastrophenschutz Angelegenheit der Länder. Die in diesem Kapitel veranschlagten Mittel dienen der Herstellung der Handlungsbereitschaft sowie der Förderung der Landkreise und kreisfreien Städte als Katastrophenschutzbehörden sowie der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen. Für die Erfüllung dieser Aufgaben ist die Aufstellung von Katastrophenschutzeinheiten gemäß RdErl. des MI LSA vom 24. Januar 2011 (MBI. LSA S. 92) über die Grundsätze der Aufstellung und Gliederung der Einheiten des Katastrophenschutzes (Aufstellungserlass Katastrophenschutz - AufstErlKatS) erforderlich.

Die Maßnahmen im Brand- und Katastrophenschutz dienen außerdem der nachhaltigen Sicherung des Ehrenamtes in diesen beiden Bereichen.

Einnahmen

119 41	044	Rückzahlung aus Überzahlung	45.000 112.133	55.000	55.000
119 51	044	Vermischte Einnahmen	25.000 8.774	15.000	15.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 31 Brandschutz und Katastrophenschutz - Land

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

514 01	044	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	800	800	800
			240	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	0	0	0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	800	800	800
3.	Verbrauchsmittel	0	0	0
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	800	800	800

Ersatzbeschaffungen für die feuerwehrtechnischen Bediensteten des Landes, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind; siehe Fw-DienstklVO vom 25. August 2005 (GVBl. LSA S. 612), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Juli 2012 (GVBl. LSA S. 256).

541 04	044	Auslobungen und Belohnungen	1.000	1.000	1.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Würdigung von Verdiensten im Brand- und Katastrophenschutz.

631 01	045	Sonstige Zuweisungen an Bund	34.200	36.000	36.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Mitwirkung Sachsen-Anhalts im Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der Länder vom 2. Juni 2022).

632 01	044	Sonstige Zuweisungen an Länder	18.500	17.200	17.200
			14.929	0	0

Erläuterungen:

Beteiligung am Verwaltungsabkommen über die Forschung auf dem Gebiet des Brandschutz- und Feuerwehrwesens vom 26. August 1993.

633 01	044	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.500.000	4.500.000	4.900.000
			3.000.000	0	0

Erläuterungen:

Gemäß § 23 BRSchG erhalten die Gemeinden und Landkreise für die Durchführung der ihnen nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben jährlich mindestens 3 Millionen Euro aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer nach dem Feuerschutzsteuergesetz.

633 02	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	350.000	200.000	200.000
			193.000	0	0

Erläuterungen:

Förderung des Erwerbs von Fahrerlaubnissen für Mitglieder der Einsatzabteilungen kommunaler Feuerwehren sowie für Einsatzkräfte der gem. § 12 Abs. 2 KatSG-LSA im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen.

633 03	045	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zwecks Kostenübernahme im Rahmen der überörtlichen Hilfeleistung	0	0	0
			1.416	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 31 Brandschutz und Katastrophenschutz - Land

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 03

Erläuterungen:

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zwecks Kostenübernahme im Rahmen der überörtlichen Hilfeleistung.

684 01	044	Zuschüsse an Verbände, Vereine u. ä.	500	500	500
			255	0	0

Erläuterungen:

Mitgliedschaft in der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V. (vfdb).

685 21	044	Zuschüsse im Rahmen von Staats- und Verwaltungsabkommen	43.600	50.700	51.700
			12.751	0	0

Erläuterungen:

Finanzierungsanteil des Landes im Rahmen der Beteiligung an dem Fachnormenausschuss Feuerwehrwesen, des Bund-Länder-Projektes "Optimierung der Warnung der Bevölkerung" sowie der Beteiligung des Landes an Einrichtungen zur Wahrung der Länderinteressen bei Europäischen Gremien.

685 51	044	Zuschuss an Landesfeuerwehrverband	65.000	75.000	65.000
			51.383	0	0

Erläuterungen:

Förderung des Landesfeuerwehrverbandes Sachsen-Anhalt e.V. einschließlich der Kinder- und Jugendfeuerwehrarbeit.

Titelgruppe(n)

61 Unterstützung der kommunalen Gebietskörperschaften zur Förderung und Weiterentwicklung des kommunalen Brandschutzes

*** Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

632 61	044	Sonstige Zuweisungen an Länder	210.000	215.000	220.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Einführung Modellprojekt zur Verbesserung der Einsatzdurchführung in den freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehr-Applikation "FwA 16/2").

633 61	044	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	300.000	300.000	300.000
			3.042.804	0	0

Erläuterungen:

Zuweisungen entsprechend der Anzahl der Kinder- und Jugendfeuerwehren zur Unterstützung des feuerwehrspezifischen Ausbildungsteils und der Mitgliedergewinnung.
2023 wurde einmalig ein Sonderförderprogramm für kleine Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an Feuerwehrhäusern (< 5.000 Euro) umgesetzt.

883 61	044	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	12.140.000	13.050.000	19.750.000
			7.640.000	25.000.000	25.000.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 31 Brandschutz und Katastrophenschutz - Land

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	10.940.000	3.095.000			14.035.000
2026	15.205.000	9.060.000			24.265.000
2027		24.370.000			24.370.000
2028		210.000	25.000.000		25.210.000
2029 ff.				25.000.000	25.000.000
Summen	26.145.000	36.735.000	25.000.000	25.000.000	112.880.000

Erläuterungen:

Zuwendungen (Projektförderung) nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung in Sachsen-Anhalt gem. RdErl. des MI vom 1. Dezember 2017 (MBI. LSA S. 757).
 Zentrale Beschaffung von Brandschutzfahrzeugen einschließlich Ausstattung und Sonderförderprogramm
 Löschwasserversorgung.
 Die 2023 für 2026 ausgebrachte VE wurde nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	12.650.000	13.565.000	20.270.000
		25.000.000	25.000.000

**63 Auslagenersatz für Landesbrandmeister/-innen mit eigenem
Aufsichtsbereich**

412 63 044 Entschädigungen	17.400	22.200	22.200
	17.400	0	0

Erläuterungen:

Aufwandsentschädigungen für eine(n) Landesbrandmeister/-in und drei Stellvertreter/-innen.

514 63 044 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	500	500	500
	0	0	0

Erläuterungen:

Zuschuss für Dienstkleidung des/r Landesbrandmeisters/in und Stellvertreter/innen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	17.900	22.700	22.700
		0	0

64 Katastrophenschutz

*** Die 2026 bei Titel 812 64 ausgebrachte
 Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der
 Titelgruppe in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen:

Gemäß Katastrophenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KatSG-LSA) vom 5. August 2002 (GVBl. LSA S. 339), geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 28. Juni 2005 (GVBl. LSA S. 320), wirkt das Ministerium für Inneres und Sport als oberste Katastrophenschutzbehörde auf eine abgestimmte Planung und Durchführung von Vorbereitungsmaßnahmen zur Katastrophenabwehr sowie eine sachgerechte und lageangemessene Aufgabenerfüllung im Katastrophenfall hin.

511 64 045 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.000	1.000	1.000
	0	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 31 Brandschutz und Katastrophenschutz - Land

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 64

Erläuterungen:

Erwerb von Fachliteratur, Karten, Nachrichtenvordrucke.

514 64	045	Verpflegungskosten	800	2.800	2.800
			2.174	0	0

Erläuterungen:

Kosten für die Durchführung von zwei Katastrophenschutzübungen (Stabsrahmenübungen) oberhalb der Standortebeene im Land entsprechend § 10 Katastrophenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt. Kosten für die Beteiligung an der bundesweiten Katastrophenschutzübung LÜKEX und des seitens des Bundes intensivierten Zivilschutzübungsgeschehens.

518 64	045	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

533 64	045	Lohnausfallersatzleistungen für Fachberater	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Gemäß § 2 Abs. 3 Katastrophenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt ist das Ministerium für Inneres und Sport oberste Katastrophenschutzbehörde und hat einen entsprechenden Stab vorzuhalten.

812 64	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0
			0	0	250.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				250.000	250.000
2028					
2029 ff.					
Summen				250.000	250.000

Erläuterungen:

VE 2026 zur Umsetzung eines Konzeptes zum Aufbau einer Landesreserve an Katastrophenschutzmaterial für die Durchhaltefähigkeit im Falle einer länger anhaltenden Krisenlage.

883 64	045	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.000.000	3.500.000	6.000.000
			1.359.099	6.000.000	6.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.000.000	4.000.000			6.000.000
2026		6.000.000			6.000.000
2027			6.000.000		6.000.000
2028				6.000.000	6.000.000
2029 ff.					
Summen	2.000.000	10.000.000	6.000.000	6.000.000	24.000.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 31 Brandschutz und Katastrophenschutz - Land

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 64

Erläuterungen:

Landesweites Beschaffungsprogramm von Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen für Landkreise, Gemeinden sowie der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen.

Das Beschaffungsprogramm steht im Zusammenhang mit der Bereitstellung der bundeseigenen (Zivilschutz-) Ausstattung. Die Bereitstellung der bundeseigenen Ausstattung erfolgt ausdrücklich nur unter der Maßgabe, dass die Länder ihrer eigenen Verantwortung bei der Aufstellung von Einheiten des Katastrophenschutzes - dem sog. Grundschutz - nachkommen.

Ab 2025 sollen über ein "Sonderprogramm Sirenenanlagen" Sirenenanlagen umgerüstet bzw. neu angeschafft werden. Der Bund erwartet in Fortsetzung seines Sirenenförderprogramms ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung durch die Länder.

893 64	045	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	200.000	200.000	200.000
			154.355	200.000	200.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		200.000			200.000
2026			200.000		200.000
2027				200.000	200.000
2028					
2029 ff.					
Summen		200.000	200.000	200.000	600.000

Erläuterungen:

Zuwendungen (Projektförderung) nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Einheiten des Katastrophenschutzes im Land Sachsen-Anhalt gem. RdErl. des MI vom 7. Januar 2016 (MBI. LSA S. 32).

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	2.202.300	3.704.300	6.204.300
		6.200.000	6.450.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 31 Brandschutz und Katastrophenschutz - Land

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	70.000	70.000	70.000

Gesamteinnahme		70.000	70.000	70.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	17.400	22.200	22.200
			0	0

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.600	6.600	6.600
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.521.800	5.394.400	5.790.400
			0	0

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	14.340.000	16.750.000	25.950.000
			31.200.000	31.450.000

Gesamtausgabe		19.883.800	22.173.200	31.769.200

Gesamtsumme der VE			31.200.000	31.450.000

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-19.813.800	-22.103.200	-31.699.200

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 36 Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 03 36 beträgt zum 31.12.2025 78 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 03 36 beträgt zum 31.12.2026 78 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge (IBK) hat den gesetzlichen Auftrag, die Aus- und Fortbildung - im Brandschutz gem. Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Juni 2001 (GVBl. LSA S. 190), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 2020 (GVBl. LSA S. 108),
- im Katastrophenschutz gem. Katastrophenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KatSG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 2002 (GVBl. LSA S. 339), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 29. November 2018 (GVBl. LSA S. 406, 408) i. V. m. dem Aufstellungserlass Katastrophenschutz vom 24. Januar 2011, RdErl. des MI (MBI. LSA S. 92) sowie
- die Ausbildung und Prüfung der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes durchzuführen.

Das IBK hat mit seiner Abteilung Forschung nach Maßgabe des Haushaltsplanes Brandschutzforschung zu betreiben. Es wird u. a. getragen durch ein Verwaltungsabkommen der Bundesländer über die Forschung im Brandschutz- und Feuerwehrwesen. Darüber hinaus werden mehrere Forschungsvorhaben im Rahmen der Drittmittelförderung bearbeitet. Auf der Grundlage des Zukunftskonzeptes des IBK erfolgt der weitere Ausbau des Lehrgangsangebotes, die Fortentwicklung im Bereich Fortbildung und Forschung sowie die Umsetzung von in diesem Zusammenhang notwendigen Baumaßnahmen mit einem Volumen von ca. 30 Mio. Euro.

Der Bund beteiligt sich an den Kosten für die ergänzende zivilschutzbezogene Ausbildung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes.

Einnahmen

111 11	044	Verwaltungsgebühren	1.593.500 1.383.277	1.528.400	1.528.400

Erläuterungen:

Entgelte für Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, Entgelte für Forschungsleistungen gemäß geltender Nutzungsentgeltordnung sowie Entgelte für Lehrgänge im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Sächsischen Staatsministerium des Innern, dem Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt und dem Thüringer Innenministerium über die Zusammenarbeit der Landesschulen für Brand- und Katastrophenschutz vom 21. November 2008.

	davon umsatzsteuerrelevante Einnahmen	2025 EUR	2026 EUR
	Entgelte (netto):	163.210	163.210
	Umsatzsteuer:	31.010	31.010
	Summe (brutto):	194.220	194.220

111 13	044	Benutzungsgebühren Feuerwehrübungshaus	0 0	0	0

Erläuterungen:

Aufgrund des Alters des Feuerwehrübungshauses ist mit erhöhten Ausfällen zu rechnen. Aus diesem Grund ist es nicht mehr möglich, kostenpflichtige Dritte zu gewinnen.

119 12	044	Einnahmen aus der gesetzlich zu erhebenden Umsatzsteuer	80.000 34.821	0	0

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus der zu erhebenden Umsatzsteuer werden ab dem Haushaltsjahr 2025 beim entsprechenden Einnahmetitel veranschlagt.

119 25	044	Einnahmen aus Unterkunft	239.800 233.387	240.000	240.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 36 Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 25

Erläuterungen:

Entgelte für Übernachtungen gemäß geltender Nutzungsentgeltordnung.

				2025 EUR	2026 EUR
		Entgelte (netto):		224.300	224.300
		Umsatzsteuer:		15.700	15.700
		Summe (brutto):		240.000	240.000
119 41	044	Rückzahlungen aus Überzahlungen	1.000 238	1.000	1.000
119 46	044	Ersatzleistungen	0 1.993	0	0
119 51	044	Vermischte Einnahmen	6.300 1.138	6.300	6.300
124 01	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	3.400 3.879	4.000	4.000

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.		Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.		Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.		Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.		Sonstige Mieten und Pachten	3.400	4.000	4.000
		Summe	3.400	4.000	4.000

Zu 5.

Vermietung der Sporthalle, Erhebung von Entgelten für die Parkplatzvermietung gemäß RdErl. des MF vom 26. September 2001 (MBI. LSA, S. 884), zuletzt geändert durch RdErl. des MF vom 11. Januar 2024 (MBI. LSA, S. 137).

				2025 EUR	2026 EUR
		Entgelte (netto):		3.025	3.025
		Umsatzsteuer:		575	575
		Summe (brutto):		3.600	3.600
132 01	044	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	20.000 0	27.000	15.000
		Erläuterungen:			
		Auszusondernde Ausbildungsfahrzeuge.			
132 02	044	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	500 0	500	500
231 01	044	Sonstige Zuweisungen vom Bund	185.900 141.406	185.900	185.900
		Erläuterungen:			
		Kostenbeteiligung des Bundes für die ergänzende zivilschutzbezogene Ausbildung für voraussichtlich 485 Helfer.			
232 01	044	Sonstige Zuweisungen von Ländern (Personalausgaben Forschungsvorhaben IMK)	137.400 113.716	137.500	137.500

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 36 **Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 232 01

Erläuterungen:

Teilweise Erstattung von Personalkosten für Bedienstete der Abteilung Forschung - Institut der Feuerwehr -, die an Forschungsvorhaben entsprechend des Verwaltungsabkommens der Länder mitwirken.

Titelgruppe(n)

62 **Forschungsvorhaben**

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 36 Titelgruppe 62.

231 62	044	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 0	0	0
232 62	044	Sonstige Zuweisungen von Ländern (IMK)	77.000 80.153	60.000	60.000
272 62	011	Sonstige Zuschüsse von der EU	0 0	0	0
282 62	044	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0 237.419	17.000	17.000

Erläuterungen:

Forschungs- und Gutachtenaufträge von Behörden, Institutionen und Unternehmen.

	2025 EUR	2026 EUR
Entgelte (netto)	14.285	14.285
Umsatzsteuer	2.715	2.715
Summe (brutto)	17.000	17.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 62	77.000	77.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 36 Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01 044 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter 1.963.500 2.347.500 2.370.600
1.730.372 0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.963.500	2.347.500	2.370.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
Summe		1.963.500	2.347.500	2.370.600

422 05 044 Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte 0 0 0
0 0 0

422 41 044 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst 211.200 307.600 376.800
105.782 0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	211.200	307.600	376.800
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
4.	Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs-(Forst-)praktikanten	0	0	0
Summe		211.200	307.600	376.800

428 01 044 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2.438.800 2.437.700 1.976.500
2.268.717 0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0 2.438.800	0 0 2.437.700	0 0 1.976.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		2.438.800	2.437.700	1.976.500

428 03 044 Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte 0 0 0
0 0 0

428 51 045 Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 0 0 0
0 0 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 36 Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	2.000	500	500
			352	0	0

511 01	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	67.700	71.500	71.000
			45.914	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	27.300	28.500	28.500
2.	Kommunikation	21.900	21.300	21.300
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	14.500	18.000	18.000
4.	Sonstiges	4.000	3.700	3.200
Summe		67.700	71.500	71.000

511 02	044	Erwerb und Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	126.400	142.900	141.300
			71.514	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Aus- und Fortbildung	57.030	114.400	122.800	121.200
2. Forschung	14.484	12.000	20.100	20.100
Zusammen	71.514	126.400	142.900	141.300

514 01	044	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	189.800	106.900	118.900
			45.265	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Haltung von Fahrzeugen	161.600	76.000	86.000
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	2.200	2.800	2.800
3. Verbrauchsmittel	26.000	28.100	30.100
4. Sonstiges	0	0	0
Summe	189.800	106.900	118.900

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Abrollbehälter für die Aus- und Fortbildung *	5	5	5	5
Anhängerverfahrzeuge für Ausbildungsbedarf (keine Kfz)	1	1	1	1
Nutz- und Sonderfahrzeuge für die Aus- und Fortbildung sowie Forschung **	24	25	25	25
Personenkraftwagen	1	1	2	2
Zusammen	31	32	33	33

* Nutzung nur über Trägerfahrgestell

** Zuordnung eines ABC-Erkundungsfahrzeuges über den Bund

514 02	044	Verbrauchsmittel für Vervielfältigung	3.500	3.600	3.600
			259	0	0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 36 **Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

514 03	044	Sonstige Verbrauchsmittel	37.400	49.000	33.600
			30.824	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Verbrauchsmittel für den Hausmeister	2.984	1.500	2.400	2.400
2. div. Verbrauchsmittel für den Ausbildungs- und Übungsbedarf	20.572	31.200	37.500	22.100
3. Verbrauchsmittel für den Forschungsbedarf	7.268	4.700	9.100	9.100
Zusammen	30.824	37.400	49.000	33.600

517 01	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	669.400	664.000	694.300
			580.086	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Heizung	750	750	750
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	2.750	3.400	3.400
3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	463.900	435.850	455.150
4. Bewachung	202.000	224.000	235.000
5. Sonstiges	0	0	0
Summe	669.400	664.000	694.300

517 30	044	Bewirtschaftung landeseigener Liegenschaften	798.800	0	0
			468.700	0	0

518 01	044	Mieten und Pachten	3.000	46.000	103.000
			2.127	200.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			100.000		100.000
2027			100.000		100.000
2028					
2029 ff.					
Summen			200.000		200.000

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	0	43.000	100.000
2. Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	3.000	3.000	3.000
3. Für Leasing	0	0	0
Summe	3.000	46.000	103.000

Verpflichtungsermächtigung 2025: Anmietung mobiler Brandübungsanlagen für dezentrale Realbrandausbildung im Land.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 36 Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

518 13	044	Miete und private Vorfinanzierung (z.B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

518 30	044	Mietzahlungen an BLSA	1.685.600	0	0
			1.485.073	0	0

519 01	044	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	76.800	80.900	31.900
			51.538	0	0

Erläuterungen:

Durchführung vorgeschriebener Wartungsarbeiten, Instandsetzungen und Prüfungen an fest installierten Geräten und Anlagen für die Aus- und Fortbildung sowie Forschung (Sicherheits- und Großversuchsanlagen, Anlagen des Ausbildungs- und Übungsgeländes, Kompressoren, Aufzüge usw.).

525 01	044	Aus- und Fortbildung	115.600	185.300	200.000
			38.460	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024	2025 EUR	2026 EUR
1. Ausbildungslehrgänge	23.624	77.600	109.300	123.300
2. Fortbildungsveranstaltungen	13.654	36.000	74.000	74.700
3. Fachtagungen u.ä. Veranstaltungen	1.182	2.000	2.000	2.000
4. Sonstiges	0	0	0	0
Zusammen	38.460	115.600	185.300	200.000

525 02	044	Aus- und Fortbildung für Lehrgangsteilnehmer	150.000	262.400	206.700
			136.333	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Honorare für nebenamtliche Kräfte zur Aus- und Fortbildung der Lehrgangsteilnehmer	93.576	106.400	140.000	150.000
2. Entschädigungen und Reisekosten für Mitglieder der Prüfungsausschüsse für Laufbahnprüfungen feuerwehrtechnischer Dienst	2.924	3.000	4.000	4.000
3. Lehr- und Lernmittel	34.481	25.900	31.600	31.900
4. Ersatz, Ergänzung und Reinigung Schutzkleidung, Sportgeräte, Anmietung KOM	5.352	4.700	10.800	10.800
5. Initiative Mitteldeutschland	0	10.000	76.000	10.000
Zusammen	136.333	150.000	262.400	206.700

Zu 1.

Einbeziehung externer Fachkräfte für die Katastrophenschutz Ausbildung (Rahmenvorschriften LSA), für die Ausbildung im feuerwehrtechnischen Dienst (entsprechend den Schwerpunkten der APVO, z. B. Suchtprävention, Grundzüge der Betriebswirtschaft)

Zu 5.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen einschließlich Übernachtungen der Lehrgangsteilnehmer im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Initiative Mitteldeutschland sowie Ausbildung für Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt feuerwehrtechnischer Dienst

525 05	044	Unentgeltliche Verpflegung der Lehrgangsteilnehmer	322.900	342.900	362.900
			204.108	0	0

526 01	044	Gerichts- und ähnliche Kosten	500	500	500
			0	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 36 Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
526 02	044	Sachverständige	0 0	0 0	0 0
526 04	044	Aufwandsentschädigungen	500 0	500 0	500 0
Erläuterungen:					
Zahlungen nach der Verordnung über die Zahlung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige am Bildungszentrum der Jugendfeuerwehr des Instituts für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge (Teamer-VO) vom 20. Februar 2013 (GVBl. LSA S. 65), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. November 2014 (GVBl. LSA S. 453)					
527 01	044	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	5.000 4.756	6.000 0	6.000 0
** Kostenbeiträge können durch Absetzung von der Ausgabe vereinnahmt werden.					
527 03	044	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	500 0	500 0	500 0
529 01	011	Verfügungsmittel der Direktorin/des Direktors des IBK Heyrothsberge	500 206	500 0	500 0
533 01	044	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
537 01	044	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	20.000 16.592	20.000 0	0 0
Erläuterungen:					
Beauftragung von Unternehmen zwecks Einzug in Gebäude 29 aufgrund von Baumaßnahmen.					
542 01	044	Umsatzsteuer	80.000 43.234	50.000 0	50.000 0
Übertragbar					
Erläuterungen:					
Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das IBK erfolgen zentral aus diesem Titel.					
546 59	044	Sonstiges	1.000 1.348	1.500 0	1.500 0
681 01	044	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
684 01	044	Zuschüsse an Verbände, Vereine u. ä.	1.000 968	1.000 0	1.000 0
Erläuterungen:					
			Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR
					2026 EUR
1. Mitgliedschaft DIN			900	900	900
2. Mitgliedschaft DEKRA			68	100	100
Zusammen			968	1.000	1.000
811 01	044	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0 0	60.000 0	0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		60.000			60.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		60.000			60.000

Erläuterungen:

2025 aus Verpflichtungsermächtigung 2024: Neubeschaffung zweier Pkw für die Abnahmestelle der Feuerwehrfahrzeuge des Landes.

811 06	044	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	900.000	160.000	750.000
			617.344	1.200.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		160.000			160.000
2026		750.000			750.000
2027					
2028			1.200.000		1.200.000
2029 ff.					
Summen		910.000	1.200.000		2.110.000

Erläuterungen:

Verpflichtungsermächtigung 2025: Neubeschaffung von zwei Löschgruppenfahrzeugen 2028.

	Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Ersatzbeschaffungen:				
1. Feldkochherd	110.000			
2. Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug 20	497.872			
3. Rüstwagen		600.000		
4. Mobiles Labor (MobLab)		300.000		
5. 2 Mannschaftstransportfahrzeuge (MTF)			160.000	
6. Gerätewagen Gefahrgut (GW-G)				750.000
Neubeschaffung:				
Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug 10 (aus 2022; verzögerte Lieferung von Ausstattungskomponenten/Ausgabereist)	9.472			
Zusammen	617.344	900.000	160.000	750.000

812 15	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	267.100	398.300	368.800
			165.994	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 36 Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 15

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Ersatzbeschaffungen:				
Feuerwehrübungshaus - Überholung, Ertüchtigung, Ausrüstung	6.495	20.000	5.000	5.000
Ausbau ABC-Gefahrgutübungsanlage	0	0	10.000	10.000
Großküchengeräte	0	0	15.000	15.000
Technik und Ausstattung für Atem- und Körperschutzbasis	45.668	25.000	20.000	25.000
Möbel und Objektausstattung	47.242	35.000	100.000	85.000
SF-Funkgeräte und Zubehör	2.213	30.000	30.000	30.000
Rollcontainer Gerätewagen Gefahrgut mit Beladung	24.009	0	0	0
Dienst- und Schutzkleidung	40.367	44.700	87.300	87.300
Tragkraftspritze	0	20.000	0	0
Implementierung virtueller Realität im Lehrgangsbetrieb	0	15.000	0	0
Mobile Rauchgashaube	0	77.400	0	0
Industriewaschmaschine	0	0	0	30.000
Radionuklid-Identifizierer	0	0	0	17.500
Übungs-Pkw mit alternativem Antrieb	0	0	0	10.000
Personenwinde Spezielle Rettung Höhen und Tiefen (SRHT)	0	0	15.000	0
Neubeschaffungen:				
Funktionsstelen Feuerlöschanlage (FLA)/ Rauch- und Wärmeabzugsanlage (RWA)	0	0	16.000	0
Digitalmikroskop mit Analysemodul	0	0	65.000	0
Klassenset Tablets	0	0	24.000	24.000
Rollcontainer Gerätewart/Motorkettensäge	0	0	11.000	30.000
Zusammen	165.994	267.100	398.300	368.800

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	495.300 309.371	791.800 0	847.400 0

Titelgruppe(n)

62 Forschungsvorhaben

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 03 36 Titelgruppe 62.

429 62	044	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 82.470	0 0	0 0

Erläuterungen:

Befristete Einstellung von Forschungsmitarbeitern, die im Rahmen von Forschungsprojekten finanziert werden.

511 62	044	Erwerb und Unterhaltung von Geräten für Fachaufgaben	18.000 52.104	18.000 0	18.000 0

Erläuterungen:

Im Rahmen der Bearbeitung von Forschungsvorhaben sind spezielle Geräte für Fachaufgaben zu beschaffen.

514 62	044	Verbrauchsmittel	31.000 129.185	31.000 0	31.000 0

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 36 **Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
518 62	044	Mieten und Pachten	0 142	0 0	0 0
526 62	044	Sachverständige	12.000 12.341	12.000 0	12.000 0
547 62	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	11.000 3.260	11.000 0	11.000 0
812 62	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	5.000 35.655	5.000 0	5.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			77.000	77.000 0	77.000 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 36 Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.944.500	1.807.200	1.795.200
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	400.300	400.400	400.400
Gesamteinnahme		2.344.800	2.207.600	2.195.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	4.615.500	5.093.300	4.724.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.426.900	2.106.900	2.098.700
			200.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.000	1.000	1.000
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.172.100	623.300	1.123.800
			1.200.000	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	495.300	791.800	847.400
			0	0
Gesamtausgabe		10.710.800	8.616.300	8.795.300
Gesamtsumme der VE			1.400.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-8.366.000	-6.408.700	-6.599.700

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 42 Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 42 beträgt zum 31.12.2025 65 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 42 beträgt zum 31.12.2026 65 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines

Das Ministerium für Inneres und Sport ist oberste Archivbehörde des Landes Sachsen-Anhalt. Ihm ist das Landesarchiv Sachsen-Anhalt mit den Abteilungen Magdeburg, Merseburg und Dessau unmittelbar nachgeordnet. Der Abteilung Magdeburg ist der Standort Wernigerode zugeordnet.

Dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt obliegt die Erfassung, Bewertung und Übernahme der bei den Behörden, Gerichten und sonstigen öffentlichen Stellen des Landes Sachsen-Anhalt und deren Funktions- bzw. Rechtsvorgängern entstandenen archivwürdigen Unterlagen sowie die Verwahrung, Erhaltung, Erschließung, Nutzbarmachung und wissenschaftliche Auswertung der Archivalien. Die Rechtsgrundlage für seine Tätigkeit bildet das Archivgesetz Sachsen-Anhalt (ArchG LSA) vom 28. Juni 1995 (GVBl. LSA S. 190), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 18. Februar 2020 (GVBl. LSA S. 25, 40).

Beginnend mit der ältesten Urkunde aus dem Jahre 902 dokumentieren die vom Landesarchiv Sachsen-Anhalt verwahrten Archivalien mehr als 1100 Jahre geschichtlicher Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt und seiner historischen Rechtsvorgänger.

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt ist eine budgetierte Einrichtung nach § 17a LHO.

Haushaltsvermerk:

Vom Budget ausgenommen sind die TGr. 61 und 62, die Titel der Hauptgruppe 4 sowie die Titel 231 02, 282 02, 542 01 und 916 13.

Innerhalb des Budgets erhöhen oder vermindern sich die Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 um die Mehr- oder Mindereinnahmen. Im Budgetrahmen sind die Ausgaben innerhalb der HGr. 5 bis 8 und zwischen den Hauptgruppen deckungsfähig und übertragbar.

Eine Abweichung von der Verbindlichkeit der Erläuterungen bei den Gruppen 811 und 812 wird auf der Grundlage des § 11 Abs. 3 HG 2025/2026 zugelassen.

Einnahmen

111 11	162	Verwaltungsgebühren	40.000 23.658	40.000	40.000
119 31	162	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1.000 193	1.000	1.000
** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden. Erläuterungen: Erlöse aus dem Verkauf der Schriftenreihe der Staatlichen Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt					
119 41	162	Rückzahlung von Überzahlungen	500 8.416	500	500
119 46	162	Ersatzleistungen	0 0	0	0
119 51	162	Vermischte Einnahmen	1.000 2.836	1.000	1.000
124 01	162	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	80.900 67.551	80.200	80.200

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 42 Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 124 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	80.900	80.200	80.200
	Summe	80.900	80.200	80.200

Zu 5.

Erhebung von Entgelten für die Parkplatzvermietung gemäß RdErl. des MF vom 26. September 2001 (MBI. LSA, S. 884), zuletzt geändert durch RdErl. des MF vom 11. Januar 2024 (MBI. LSA, S. 137) sowie Nutzungsentgelte für die Mitnutzung der Liegenschaft Heidestraße 21 in Dessau durch das Stadtarchiv Dessau-Roßlau.

231 01 162 Sonstige Zuweisungen des Bundes **0** **0** **0**
0

231 02 162 Sonstige Zuweisungen des Bundes - Projekte der historischen Bildung **0** **0** **0**
98.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 42 Titel 427 02.

Erläuterungen:

Personalkostenzuschüsse für geförderte Vorhaben z. B. der Bestandserschließung und -erhaltung sowie der historischen Bildung.

282 01 162 Sonstige Zuschüsse **350.000** **100.000** **100.000**
55.103

Erläuterungen:

Förderung von Digitalisierungs- und Erschließungsprojekten insbesondere durch die DFG sowie Förderung von Bestandserhaltungsprojekten durch die KEK.

282 02 162 Sonstige Zuschüsse - Projekte der historischen Bildung **0** **0** **0**
0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 42 Titel 427 02.

Erläuterungen:

Personalkostenzuschüsse für geförderte Vorhaben z. B. der Bestandserschließung und -erhaltung sowie der historischen Bildung.

Titelgruppe(n)

61 Maßnahmen nach § 5 des Mauergrundstücksgesetzes

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 42 Titelgruppe 61.

231 61 162 Sonstige Zuweisungen des Bundes **0** **714.000** **610.000**
139.765

Erläuterungen:

Zuweisung für Maßnahmen nach § 5 des Mauergrundstücksgesetzes

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 **0** **714.000** **610.000**

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 42 Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	162	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.799.600 2.019.737	2.036.900 0	1.470.600 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.799.600	2.036.900	1.470.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	1.799.600	2.036.900	1.470.600

422 41	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	92.500 81.433	110.000 0	136.000 0

427 01	162	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	72.000 17.677	108.000 0	108.000 0

Erläuterungen:

Aushilfskräfte zur befristeten Unterstützung bei Bestandserhaltungsaufgaben (Reinigung und Verpackung von Archivgut)

427 02	162	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte - Projekte der historischen Bildung	0 97.321	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 03 42 Titel 231 02 und Kapitel 03 42 Titel 282 02.

428 01	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.066.600 1.880.021	2.016.200 0	2.014.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0		0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.066.600	2.016.200	2.014.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	2.066.600	2.016.200	2.014.000

428 03	162	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	55.800 59.576	66.900 0	72.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
	3 FAMI, Archiv, 01.08.2022 bis 31.07.2025	55.800	66.900	72.000
	Summe	55.800	66.900	72.000

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 42 **Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	500 0	500 0	500 0
511 01	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	31.000 30.375	28.000 0	28.000 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Geschäftsbedarf	7.100	10.200	10.200
		2. Kommunikation	17.200	5.300	5.300
		3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.700	12.500	12.500
		4. Sonstiges	0	0	0
		Summe	31.000	28.000	28.000
511 02	162	Erwerb und Unterhaltung von Geräten für Fachaufgaben	6.500 40.286	5.000 0	5.000 0
		Erläuterungen:			
		Für die Archivalienrestaurierung und -konservierung, die Benutzung von Mikrofilmen und anderen Schutzmedien sowie die archivische Reproduktion.			
514 01	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	5.000 3.768	4.000 0	4.000 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Haltung von Fahrzeugen	1.000	1.000	1.000
		2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.000	800	800
		3. Verbrauchsmittel	3.000	2.200	2.200
		4. Sonstiges	0	0	0
		Summe	5.000	4.000	4.000
514 02	162	Verbrauchsmittel für die Restaurierung und die Reproduktion von Archivalien	6.500 5.856	5.000 0	5.000 0
514 03	045	Verbrauchsmittel, Infektionsschutz	0 0	0 0	0 0
517 01	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	146.000 139.580	147.000 0	152.000 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Heizung	0	0	0
		2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	1.000	500	500
		3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	121.000	121.500	124.500
		4. Bewachung	24.000	25.000	27.000
		5. Sonstiges	0	0	0
		Summe	146.000	147.000	152.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 42 Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erstattungen durch die Stadt Dessau-Roßlau anlässlich der Mitnutzung der Liegenschaft Heidestraße 21 in Dessau-Roßlau i. H. v. 10.500 EUR sind berücksichtigt.

517 30	162	Bewirtschaftung landeseigener Grundstücke, Gebäude und Räume	907.300 784.454	0 0	0 0
518 01	162	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0
518 02	162	Nutzungsentgelt für das Herrschaftsarchiv Stolberg-Wernigerode	0 0	0 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	800.000	50.000			850.000
2026		50.000			50.000
2027		50.000			50.000
2028		50.000			50.000
2029 ff.					
Summen	800.000	200.000			1.000.000

Erläuterungen:

Die Verhandlungen sind ausgesetzt. Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

518 13	162	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	3.500 1.330	1.500 0	1.500 0

Erläuterungen:

Anmietung bzw. Leasing eines Dienst-Kfz für Archivguttransporte.

518 30	162	Mietzahlungen an BLSA	1.888.200 1.687.800	0 0	0 0

Erläuterungen:

Genutzte landeseigene Liegenschaften:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Brückstraße 2 in Magdeburg	991.500	0	0
2.	Tessenowstraße 2 in Magdeburg	102.000	0	0
3.	Lindenallee 21 in Wernigerode	227.300	0	0
4.	König-Heinrich-Straße 83 in Merseburg	328.600	0	0
5.	Heidestraße 21 in Dessau-Roßlau	238.800	0	0
	Summe	1.888.200	0	0

519 01	162	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	14.000 339	2.700 0	3.600 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 42 Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 519 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	14.000	2.700	3.600
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
Summe		14.000	2.700	3.600

523 01	162	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	6.000 7.315	6.000 0	6.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	4.500	5.000	5.000
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	0	0	0
3.	Einbände	1.500	1.000	1.000
Summe		6.000	6.000	6.000

523 02	162	Erhaltung und Erwerb von Archivgut	250.000 139.575	115.000 0	137.000 0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Behältnisse für die Lagerung von Archivgut	17.434	40.000	32.000	42.000
2. Entsäuerung, Festigung sowie Dekontaminierung von Archivgut	53.579	200.000	40.000	40.000
3. Trockenreinigung und Vorbereitung von Archivgut für Entsäuerung und Digitalisierung	65.762	0	42.500	54.500
4. Erwerb von Archivalien	2.800	10.000	500	500
Zusammen	139.575	250.000	115.000	137.000

Gemäß den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz vom 16./17. Februar 1995 soll jährlich mindestens 1 v. H. des verwahrten Archivgutes konservatorisch behandelt, zweckmäßig verpackt und durch Nutzungsformen (Verfilmung) geschützt werden (Landtags-Drs. 7/3171 vom 19. Juli 2018).

525 01	162	Aus- und Fortbildung	4.000 11.729	4.000 0	4.000 0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Ausbildungslehrgänge	2.116	0	0	0
2. Fortbildungsveranstaltungen	7.166	3.000	3.000	3.000
3. Fachtagungen	2.447	1.000	1.000	1.000
Zusammen	11.729	4.000	4.000	4.000

526 02	162	Sachverständige	0 0	0 0	0 0

527 01	162	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	15.000 13.214	10.000 0	10.000 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 42 Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
527 03	162	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	1.000 108	500 0	500 0
529 01	162	Verfügungsmittel	500 2.785	500 0	500 0
531 01	162	Veröffentlichungen	0 0	0 0	0 0
531 04	162	Kosten für Ausstellungen	2.000 1.695	1.000 0	1.000 0
533 01	162	Dienstleistungen Außenstehender	355.000 93.121	50.000 0	50.000 0
Erläuterungen:			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Digitalisierung und Bereitstellung ausgewählter Archivalien für die Onlinenutzung	330.000	50.000	50.000
2.		Digitalisierung von Archivalien aus dem Herrschaftsarchiv Stolberg-Wernigerode	20.000	0	0
3.		Durchführung regelmäßiger Archivguttransporte zwischen den Liegenschaften des Landesarchivs in Magdeburg	5.000	0	0
Summe			355.000	50.000	50.000
Anpassung an Ist der Vorjahre und zur Verfügung stehendes Budget.					
533 03	162	Retrokonversion von Findhilfsmitteln	0 0	0 0	0 0
537 01	162	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	20.000 8.068	20.000 0	30.000 0
Erläuterungen:					
Umlagerung von Archivgut					
542 01	012	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
546 59	162	Sonstiges	0 101	0 0	0 0
632 01	162	Zuweisungen des Landes für die Archivschule Marburg - Hochschule für Archivwissenschaft	28.000 26.460	28.000 0	28.000 0
Erläuterungen:					
Finanzierungsanteil des Landes zur Ausbildung von Archivreferendaren und Archivinspektoranwärtern an der Archivschule Marburg.					
681 01	162	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
684 01	162	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	500 570	500 0	500 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 42 Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
686 01	162	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	12.900 5.640	6.000 0	6.000 0
		Erläuterungen: Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Sozialen Jahres Kultur und Bundesfreiwilligendienstes Kultur			
687 01	162	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	900 0	900 0	900 0
		Erläuterungen: Jahresbeiträge für den Internationalen Archivrat			
812 14	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen - Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	0 5.000	0 0	0 0
		Erläuterungen: Ankauf insbesondere von restitutionsbehaftetem Archivgut zur Vermeidung von Verlusten mit höchster Bedeutung für die Landesgeschichte, soweit mit privaten Anspruchsberechtigten bzw. anderen Eigentümern keine Depositionsverträge abgeschlossen werden können.			
812 15	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 108.206	0 0	0 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	244.600 248.212	365.200 0	401.200 0
Titelgruppe(n)					
61		Maßnahmen nach § 5 des Mauergrundstücksgesetzes			
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 03 42 Titelgruppe 61.			
		Erläuterungen: Die Mittel werden zur Finanzierung von archivischen Projekten eingesetzt.			
427 61	162	Beschäftigungsentgelte für befristete Beschäftigte	0 0	581.000 0	260.000 0
533 61	162	Dienstleistungen Außenstehender	0 139.765	350.000 0	350.000 0
		Erläuterungen: Maßnahmen nach § 5 des Mauergrundstücksgesetzes			
547 61	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
633 61	162	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zum Erhalt des schriftlichen Kulturgutes aus Mitteln des Mauergrundstücksfonds	0 0	0 0	0 0
685 61	162	Zuschüsse für laufende Zwecke an Öffentliche Einrichtungen für Maßnahmen zum Erhalt des schriftlichen Kulturgutes aus Mitteln des Mauergrundstücksfonds	0 0	0 0	0 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 42 Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 61	162	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland für Maßnahmen zum Erhalt des schriftlichen Kulturgutes aus Mitteln des Mauergrundstücksfonds	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	931.000 0	610.000 0

62 Landesprogramm zum Erhalt des schriftlichen Kulturgutes in Sachsen-Anhalt

Erläuterungen:

In Umsetzung des vom Landtag von Sachsen-Anhalt initiierten Landeskonzpts zur Erhaltung und Digitalisierung des schriftlichen Kulturgutes in Sachsen-Anhalt (LT-Drs. 7/3171 vom 12.06.2018) soll den Trägern öffentlicher Archive, Bibliotheken und anderer Gedächtnisinstitutionen finanzielle und fachliche Unterstützung bei der substantiellen Sicherung des verwahrten Kulturgutes, insbesondere bei der Papierentsäuerung, gewährt werden. Zuwendungsgrundlage ist die "Förderrichtlinie Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes in Sachsen-Anhalt" (MBI. LSA 2020 S. 501).

633 62	162	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zum Erhalt des schriftlichen Kulturgutes	150.000 146.505	120.000 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		75.000			75.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		75.000			75.000

Erläuterungen:

Nichtverlängerung der bis zum 31.12.2025 geltenden Förderrichtlinie.

685 62	162	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen für Maßnahmen zum Erhalt des schriftlichen Kulturgutes	0 0	0 0	0 0
686 62	162	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland für Maßnahmen zum Erhalt des schriftlichen Kulturgutes	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			150.000	120.000 0	0 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 42 Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	123.400	122.700	122.700
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	350.000	814.000	710.000
Gesamteinnahme		473.400	936.700	832.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	4.087.000	4.919.500	4.061.100
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.661.500	750.200	788.100
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	192.300	155.400	35.400
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	244.600	365.200	401.200
			0	0
Gesamtausgabe		8.185.400	6.190.300	5.285.800
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-7.712.000	-5.253.600	-4.453.100

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 43 Statistisches Landesamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 43 beträgt zum 31.12.2025 186 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 43 beträgt zum 31.12.2026 186 Vollzeitäquivalente.
Davon ausgenommen ist die Titelgruppe 64.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Titelgruppe 64 im Kapitel 03 43 (Zensus) beträgt zum 31.12.2025 12 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Titelgruppe 64 im Kapitel 03 43 (Zensus) beträgt zum 31.12.2026 12 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Die Aufgaben des Statistischen Landesamtes werden im Wesentlichen durch die Anforderungen des Bundesstatistikgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2727) geändert worden ist, und dem Landesstatistikgesetz Sachsen-Anhalt vom 18. Mai 1995 (GVBl. LSA 1995 S. 130), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18. Februar 2020 (GVBl. LSA S. 25, 42) geändert worden ist, bestimmt.

Für die Umsetzung der zwischen den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder abgeschlossenen "Rahmenvereinbarung über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik" zur Bündelung der Aufgaben der Softwareentwicklung und Statistikaufbereitung nach dem Prinzip "Einer für Alle" sind die Voraussetzungen berücksichtigt worden.

Die EU-Verordnung Nr. 763/2008 schreibt regelmäßige Volkszählungen für alle Mitgliedsstaaten in einem Turnus von 10 Jahren verbindlich vor. Die für die Durchführung und Nachbereitung erforderlichen Ausgaben sind in der Titelgruppe 64 ausgebracht. Dies gilt auch für die Erprobung des künftigen Registerzensus.

Einnahmen

112 01	014	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	27.000 5.241	18.000	18.000

Erläuterungen:

Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß Bundesstatistikgesetz.
Zwangsgelder entsprechend SOG LSA.

119 11	014	Einnahmen für Aufträge Dritter	32.500 36.002	35.000	35.000

Erläuterungen:

Datenbereitstellung des Statistischen Landesamtes an Dritte.

119 31	014	Einnahmen aus Veröffentlichungen	2.000 2.145	1.500	1.500

** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen
Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Veröffentlichung der statistischen Monatsberichte, des Statistischen Jahrbuches sowie anderer statistischer Publikationen.

119 41	014	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 8.413	0	0

119 46	014	Ersatzleistungen	0 0	0	0

119 51	014	Vermischte Einnahmen	0 443	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 43 Statistisches Landesamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

132 02	014	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	0 777	0	0

232 01	014	Sonstige Zuweisungen von Ländern	131.000 76.983	131.000	131.000

Erläuterungen:

Die Statistischen Landesämter bearbeiten Bundesstatistiken im Rahmen der optimierten Kooperation (OPTIKO) in technischen Einzelbereichen (Zentrale Produktion und Datenhaltung - ZPD) nach dem Prinzip "Einer für alle" auf eine Dauer von jeweils vier Jahren. Ferner werden in diesem Rahmen länderübergreifende Projekte abgestimmt, ausgeschrieben und abgerechnet. Grundlage der Abrechnungen ist nach den zugehörigen Verwaltungsvereinbarungen der Königsteiner Schlüssel.

davon umsatzsteuerrelevante Einnahmen:		2025 EUR	2026 EUR
Entgelte (netto)		131.000	131.000
Umsatzsteuer		24.900	24.900
Summe (brutto)		155.900	155.900

272 01	014	Sonstige Zuschüsse von der EU	500 28.187	500	500

Erläuterungen:

Aufwandsersatzungen für nachgewiesenen Mitteleinsatz im Rahmen von EU-Statistiken.

381 01	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	206.600 203.642	204.600	204.600

Erläuterungen:

Durchführung von Justizgeschäftsstatistiken und Einnahmen für Druck- und Auswertungsaufträge anderer Landesbehörden (MB).

Titelgruppe(n)

61 Durchführung von Sonderstatistiken

231 61	014	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 15.650	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0	0

62 Durchführung von Statistiken gemäß § 7 Bundesstatistikgesetz/Sonderaufgaben

282 62	014	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	12.500 88.106	12.000	9.500

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 43 Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Betrieb des Forschungsdatenzentrums (FDZ).

davon umsatzsteuerrelevante Einnahmen:		2025 EUR	2026 EUR
Entgelte (netto)		12.000	9.500
Umsatzsteuer		2.300	1.800
Summe (brutto)		14.300	11.300

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	12.500	12.000	9.500

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 43 **Statistisches Landesamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

64 **Zensus**

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zum Kapitel 03 43.

112 64	014	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	0 700	0	0
231 64	014	Sonstige Erstattungen vom Bund	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 43 Statistisches Landesamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01 014 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter **995.900** **1.023.700** **1.020.000**
992.551 0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	995.900	1.023.700	1.020.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
Summe		995.900	1.023.700	1.020.000

427 01 014 Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte **173.000** **190.300** **240.700**
342.721 0 0

428 01 014 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **12.029.800** **11.717.800** **10.689.600**
11.603.758 0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0 12.029.800	0 0 11.717.800	0 0 10.689.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		12.029.800	11.717.800	10.689.600

428 03 014 Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte **18.300** **28.000** **41.200**
18.518 0 0

443 02 841 Amtsärztliche Untersuchungen **500** **500** **500**
271 0 0

511 01 014 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **240.000** **180.000** **180.000**
183.191 0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	58.000	27.000	27.500
2.	Kommunikation	144.700	105.400	107.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	18.300	36.400	35.000
4.	Sonstiges	19.000	11.200	10.500
Summe		240.000	180.000	180.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 43 Statistisches Landesamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Zu 3.
vertragliche Reparatur- und Wartungskosten

Zu 4.
Sachbücher, Zeitschriften, Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen sowie Buchbindekosten

511 02	014	Erwerb und Unterhaltung von Geräten für Fachaufgaben	500 193	500 0	500 0
514 01	014	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	12.100 5.626	9.000 0	10.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	10.000	6.700	7.500
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.500	1.800	1.900
3.	Verbrauchsmittel	500	400	500
4.	Sonstiges	100	100	100
	Summe	12.100	9.000	10.000

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Pkw	2	2	2	2
Zusammen	2	2	2	2

Zwei Leasingfahrzeuge

517 01	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	479.700 395.995	483.400 0	491.800 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	235.000	235.000	235.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	80.500	74.500	76.500
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	73.300	80.000	83.400
4.	Bewachung	80.900	90.900	93.900
5.	Sonstiges	10.000	3.000	3.000
	Summe	479.700	483.400	491.800

518 01	014	Mieten und Pachten	938.100 883.031	921.400 0	921.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	929.700	914.300	914.300
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	1.300	0	0
3.	Für Leasing	7.100	7.100	7.100
	Summe	938.100	921.400	921.400

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 43 **Statistisches Landesamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

Zu 1.

		Nutzfläche in qm	Jahresmiete in EUR 2024	Jahresmiete in EUR 2025	Jahresmiete in EUR 2026
1.	Unterbringung des StaLA	7.454	928.400	913.000	913.000
2.	Stellplätze	15	1.300	1.300	1.300
Zusammen		7.469	929.700	914.300	914.300

518 13	014	Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	8.300	8.800	9.600
			6.671	0	0

Erläuterungen:

Fortführung Leasing für 2 Dienstkraftfahrzeuge

519 01	014	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	76.600	35.000	35.000
			32.726	0	0

522 01	014	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

525 01	014	Aus- und Fortbildung	56.500	32.300	32.300
			17.599	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Ausbildungslehrgänge	107	7.500	1.700	1.700
2. Fortbildungsveranstaltungen	16.223	46.000	26.400	26.400
3. Fachtagungen	1.269	2.300	3.700	3.700
4. Lehr- und Lernmittel	0	700	500	500
Zusammen	17.599	56.500	32.300	32.300

526 01	014	Gerichts- und ähnliche Kosten	4.000	5.000	5.000
			6.948	0	0

526 02	014	Sachverständige	0	0	0
			0	0	0

527 01	014	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	30.000	20.000	26.000
			21.463	0	0

527 03	014	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	3.600	2.000	2.100
			1.589	0	0

529 01	011	Verfügungsmittel des Präsidenten	500	500	500
			441	0	0

531 01	014	Veröffentlichungen	15.000	9.000	10.000
			11.652	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 43 Statistisches Landesamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	6.500	6.500	6.500
2.	Öffentlichkeitsarbeit	2.500	800	1.200
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0	0
4.	Sonstige Veröffentlichungen	6.000	1.700	2.300
	Summe	15.000	9.000	10.000

533 01	014	Dienstleistungen Außenstehender	460.000	479.600	459.400
			415.423	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Besondere Ernteermittlung, Ernte- und Betriebsberichterstattung	77.058	86.900	91.000	95.000
2. Wirtschaftsrechnungen	6.431	23.800	29.400	29.400
3. Mikrozensus	210.366	210.500	232.500	202.500
4. Preisermittlungen	87.714	99.000	99.000	103.000
5. Formblattdruck	15.966	23.500	16.000	16.000
6. Unternehmensrecherchedatenbank	9.133	12.500	11.200	12.500
7. sonstige Dienstleistungen	8.755	3.800	500	1.000
Zusammen	415.423	460.000	479.600	459.400

537 01	014	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	500	0	500
			0	0	0

542 01	012	Umsatzsteuer	0	100	100
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das Statistische Landesamt erfolgen zentral aus diesem Titel.

546 59	014	Sonstiges	500	500	500
			64	0	0

632 01	014	Sonstige Zuweisungen an Länder	118.600	145.900	200.500
			67.342	0	0

Erläuterungen:

Erstattungen an andere Bundesländer im Rahmen der Aufgaben- und Kostenverteilung innerhalb des Statistischen Verbundes, insbesondere im Rahmen der Zentralisierung von IT-Produktion und der Datenhaltung (ZPD/OPTIKO) sowie für Datenlieferungen. Soweit Softwareentwicklungsleistungen im Verbund nicht selbst erbracht werden können, ist eine finanzielle Ausgleichspflicht gegeben.

681 01	014	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			2.000	0	0

684 01	014	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	500	500	500
			150	0	0

812 15	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	34.000	0	19.000
			29.759	0	0

Erläuterungen:

Schlussrate Klebebander im Haushaltsjahr 2026.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 43 Statistisches Landesamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	122.300 109.891	114.500 0	118.200 0

Titelgruppe(n)

61 Durchführung von Sonderstatistiken

427 61	014	Beschäftigungsentgelte für befristete Beschäftigte	173.400 5.169	0 0	0 0
547 61	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	97.800 167.277	26.100 0	21.200 0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Umweltstatistiken	0	5.000	0	0
2. Wahlen	3.018	20.400	16.100	16.200
3. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)	161.762	72.400	0	0
4. Erhebung zur Zeitverwendung priv. Haushalte (ZVE 2022)	2.070	0	0	0
5. Einführung Neue Verdiensterhebung	0	0	5.000	5.000
6. Registerumfrage/Unternehmensregister		0	5.000	0
7. Landwirtschaftszählung	427	0	0	0
Zusammen	167.277	97.800	26.100	21.200

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	271.200	26.100 0	21.200 0

62 Durchführung von Statistiken gemäß § 7 Bundesstatistikgesetz/Sonderaufgaben

Übertragbar

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 03 43 Titel 282 62.

427 62	014	Beschäftigungsentgelte für befristete Beschäftigte	12.000 35.568	0 0	0 0
547 62	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	7.000 4.106	7.000 0	7.000 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	19.000	7.000 0	7.000 0

64 Zensus

Übertragbar

Erläuterungen:

vgl. Erläuterung zu Kapitel 03 43.

427 64	014	Beschäftigungsentgelte für befristete Beschäftigte	1.436.300 1.526.447	982.200 0	747.200 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 43 Statistisches Landesamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

547 64	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	368.700	221.200	222.100
			359.946	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Geschäftsbedarf, Bewirtschaftung	26.151	3.400	800	800
2. Fortbildung	9.400	10.000	15.000	15.000
3. IT-Ausgaben	2.190	64.700	11.900	41.900
4. Fahrzeuge, Reisekosten	8.642	13.700	11.500	11.500
5. Bekanntmachungen, Veröffentlichungen	0	6.500	1.000	0
6. Dienstleistungen	58.601	60.000	11.700	5.700
7. Mieten/Nebenkosten	254.962	160.400	95.300	73.200
8. Erprobung des Registerzensus	0	50.000	74.000	74.000
Zusammen	359.946	368.700	221.200	222.100

632 64	014	Sonstige Zuweisungen an die Länder	3.900	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. KOSIT Datensatzspezifikationen	3.900	0	0
Summe	3.900	0	0

633 64	014	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus Anlass des Zensus	0	0	0
			0	0	0

812 64	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			1.808.900	1.203.400	969.300
				0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 43 Statistisches Landesamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	61.500	54.500	54.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	144.000	143.500	141.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	206.600	204.600	204.600
Gesamteinnahme		412.100	402.600	400.100

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	14.839.200	13.942.500	12.739.200
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.799.400	2.441.400	2.435.000
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	123.000	146.400	201.000
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	34.000	0	19.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	122.300	114.500	118.200
			0	0
Gesamtausgabe		17.917.900	16.644.800	15.512.400
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-17.505.800	-16.242.200	-15.112.300

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 03 46 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 03 46 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines

Auf der Grundlage von Artikel 36 Abs. 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt ist der Sport durch das Land zu schützen und zu fördern. Darüber hinaus verpflichtet Artikel 36 Abs. 3 der Landesverfassung das Land im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zur Förderung von Sportstätten.

Im Kapitel 03 46 werden Haushaltsmittel zur Förderung des Baus und der Sanierung von Sportstätten bereitgestellt, die Entwicklung von Breiten-, Leistungs- und Behindertensport und von Maßnahmen zur Integration unterstützt sowie der LandesSportBund Sachsen-Anhalt e. V., die Landesfachverbände, die Kreis- und Stadtsportbünde, die Vereine und der Olympiastützpunkt Sachsen-Anhalt gefördert.

Die Sportförderung des Landes erfolgt auf der Basis folgender Rechtsgrundlagen:

- a) Gesetz über die Förderung des Sports im Land Sachsen-Anhalt (Sportfördergesetz - SportFG) in der jeweils geltenden Fassung,
- b) Verordnung zur Ausführung des Sportfördergesetzes (SportFG-AVO) in der jeweils geltenden Fassung,
- c) §§ 23 und 44 LHO hinsichtlich der Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Landessportbundes Sachsen-Anhalt e. V. einschließlich Trainerpool und der Landessportschule Osterburg,
- d) Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus; RdErl. des MI vom 10.01.2018 (MBI. LSA S. 53),
- e) Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten im sportlichen Bereich, Erl. des MI vom 15.09.2020 - 36.3-52200 (MBI. LSA S. 349),
- f) Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Integrationsarbeit in den Kreis- und Stadtsportbünden des Landes Sachsen-Anhalt; Erl. des MI vom 28.06.2017 (MBI. LSA S. 390), zuletzt geändert durch Erl. vom 24.11.2023 (MBI. LSA S. 454).

Einnahmen

111 11	322	Verwaltungsgebühren	5.000 1.376	5.000	5.000

Erläuterungen:

Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung gem. Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der jeweils gültigen Fassung.

119 41	322	Rückzahlungen von Überzahlungen	220.000 258.421	220.000	220.000

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 03 46 Titel 883 01 und Titel 893 01.

Erläuterungen:

Rückzahlungen nicht oder nicht zweckentsprechend verwendeter Fördermittel, soweit die Absetzung von den Ausgaben unstatthaft, nicht mehr möglich oder unzweckmäßig ist.

119 51	322	Vermischte Einnahmen	20.000 8.750	20.000	20.000

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 46 **Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

633 01	322	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausrichtung von Wettkämpfen im Hochleistungssport	50.000 99.377	50.000 0	50.000 200.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		25.000			25.000
2026					
2027				200.000	200.000
2028					
2029 ff.					
Summen		25.000		200.000	225.000

Erläuterungen:

Zur Erhöhung der Außenwirkung Sachsen-Anhalts als Sportland unter Berücksichtigung der damit verbundenen wirtschaftlichen und touristischen Effekte sollen hochrangige nationale und internationale Sportveranstaltungen gefördert werden.

Im Jahr 2027 wird die Weltmeisterschaft im Handball der Männer in Deutschland ausgetragen. Ein Austragungsort soll Magdeburg sein. Hierfür wird eine VE zu Lasten des Haushaltsjahres 2027 i. H. v. 200.000 EUR ausgebracht.

671 01	322	Kostenerstattung aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	31.500 13.800	27.600 0	8.700 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 03 02 Titel 671 01.

Erläuterungen:

Geschäftsbesorgungsvertrag zur Bewilligung von Hilfen zur Beseitigung von durch das Hochwasser 2013 verursachten Schäden an Sportstätten einschließlich Nachkalkulation der IB.

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene Geschäftsbesorgungsverträge mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

671 02	322	Erstattungen an Inland	45.000 39.973	50.000 0	50.000 0

** Die Ausgaben sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel
03 46 Titel 681 51, Kapitel 03 46 Titel 684 01, Kapitel 03 46
Titel 686 02 und Kapitel 03 46 Titel 686 03.

Erläuterungen:

Auf der Grundlage des Beschlusses der 41. Sportministerkonferenz wird durch eine Länderbeteiligung im Bereich des Nachwuchsleistungssports das Institut für angewandte Trainingswissenschaften (IAT) unterstützt. Das IAT ist für die prozessbegleitende Trainings- und Wettkampfforschung im Spitzen- und Nachwuchssport zur Gewährung der internationalen Chancengleichheit deutscher Sportlerinnen und Sportler zuständig. Die Zusammenarbeit mit dem IAT wird durch das Land Hessen koordiniert, das die Finanzierungsanteile der Länder erhält.

681 51	322	Sportstipendium für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler	36.000 24.000	36.000 27.000	36.000 27.000

** Die Ausgaben sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel
03 46 Titel 671 02, Kapitel 03 46 Titel 684 01, Kapitel 03 46
Titel 686 02 und Kapitel 03 46 Titel 686 03.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 51

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		27.000			27.000
2026			27.000		27.000
2027				27.000	27.000
2028					
2029 ff.					
Summen		27.000	27.000	27.000	81.000

Erläuterungen:

Förderung der Vereinbarkeit von Leistungssport und beruflicher Entwicklung (Duale Karriere) für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler, die an einer Universität oder Hochschule des Landes studieren.

684 01	322	Zuschüsse zur Vorbereitung auf Olympische Spiele und Paralympics	150.000 144.189	150.000 0	150.000 0

** Die Ausgaben sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 03 46 Titel 671 02, Kapitel 03 46 Titel 681 51, Kapitel 03 46 Titel 686 02 und Kapitel 03 46 Titel 686 03.

Erläuterungen:

Gefördert werden Maßnahmen, für die Bundesmittel nicht zur Verfügung stehen, wie die Durchführung von Trainingslagern, individuelle Unterstützung und die Beschaffung von Verbrauchsmitteln.

684 02	322	Zuschüsse für den Betrieb der Internate und Mensen	3.435.700 3.047.126	3.817.400 0	3.940.300 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.500.000				3.500.000
2026	3.500.000				3.500.000
2027	3.500.000				3.500.000
2028	3.500.000				3.500.000
2029 ff.	2.000.000				2.000.000
Summen	16.000.000				16.000.000

Erläuterungen:

Erstattungsleistungen gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag an den Betreiber der Sportinternate und den Betreiber der Mensen an den Standorten Halle und Magdeburg.

684 03	322	Zuschüsse an den Trägerverein Olympiastützpunkt Sachsen-Anhalt	656.000 571.900	676.000 0	690.000 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 03

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Trägervereins des Olympiastützpunktes Sachsen-Anhalt

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	1.284.838	1.324.000	1.422.892	1.449.350
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	259.830	305.000	403.552	417.927
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	138.742	171.300	75.000	75.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	1.683.410	1.800.300	1.901.444	1.942.277
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	8.000	8.000	10.456	8.056
Mithin Fehlbetrag:	1.675.410	1.792.300	1.890.988	1.934.221
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	571.900	656.000	676.000	690.000
c) den Bund mit	1.078.510	1.131.300	1.209.988	1.239.221
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	25.000	5.000	5.000	5.000
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	1.675.410	1.792.300	1.890.988	1.934.221
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 15	1,00	1,00	1,00	1,00
E 14	0,00	0,00	1,00	1,00
E 13	6,00	7,00	7,00	7,00
E 11	2,00	1,00	0,00	0,00
E 9a	1,00	1,00	1,00	1,00
E 6	1,50	2,00	2,00	2,00
E 5	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	11,50	12,00	12,00	12,00
Insgesamt	11,50	12,00	12,00	12,00

Die Förderung des Hauptzuwendungsgebers Bund für die Jahre 2025 und 2026 ist noch nicht bekannt. Die Landesförderung erfolgt in Abhängigkeit der Förderung durch den Bund. Die Übersicht nach § 26 LHO ist daher als vorläufig zu betrachten.

684 04	322	Zuschüsse an den Landessportbund	9.867.800	9.567.800	9.567.800
			7.635.800	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 04

Erläuterungen:

Gemäß §§ 23 und 44 LHO erfolgt die Gewährung von Zuwendungen aus Landesmitteln zur Förderung des Landessportbundes Sachsen-Anhalt e. V. (LSB) einschließlich Trainerpool, Filialpersonal sowie der Landessportschule Osterburg (LSSO).

Die Zuwendung umfasst:

- a) institutionelle Förderung des LSB (2025: 7.304.800 EUR, 2026: 7.304.800 EUR), beinhaltend neben dem Zuschuss für die Geschäftsstelle (2025: 2.375.000 EUR, 2026: 2.369.000 EUR) einen Zuschuss zur Finanzierung des Filialpersonals (2025: 96.800 EUR, 2026: 102.800 EUR) sowie von Trainerinnen und Trainern im Sport (2025: 4.833.000 EUR, 2026: 4.833.000 EUR) und
- b) institutionelle Förderung der LSSO (2025: 2.263.000 EUR, 2026: 2.263.000 EUR).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des LSB e. V. einschließlich Trainerpool

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	5.977.842	8.140.400	8.236.200	8.452.100
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.982.220	2.450.100	2.561.600	2.353.300
3. Schuldendienst	29.212	29.200	29.200	29.200
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	792.550	747.300	1.062.200	1.180.400
5. Ausgaben für Investitionen	297.504	430.000	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	2.213.121	721.900	537.400	279.100
Zusammen	11.292.449	12.518.900	12.426.600	12.294.100
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	2.913.558	2.983.300	3.329.900	3.607.800
Mithin Fehlbetrag:	8.378.891	9.535.600	9.096.700	8.686.300
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	1.976.071	1.361.400	1.255.700	837.400
b) das Land mit	5.861.700	7.604.700	7.304.800	7.304.800
c) den Bund mit	150.000	150.000	150.000	150.000
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	391.120	419.500	386.200	394.100
Zusammen	8.378.891	9.535.600	9.096.700	8.686.300
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 15 Ü at	1,00	1,00	1,00	1,00
E 14	2,00	2,00	2,00	2,00
E 13	2,00	2,00	2,00	2,00
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 11	9,80	10,00	10,00	10,00
E 10	5,00	6,00	6,00	6,00
E 9	5,00	3,00	3,00	3,00
E 8	3,25	3,50	3,50	3,50
E 6	5,50	6,50	6,50	6,50
Summe	34,55	35,00	35,00	35,00
Insgesamt	34,55	35,00	35,00	35,00

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 04

Stellenbestand Filialpersonal LFV:

Beschäftigte	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
E 12 (ku)	1	1	1	1
E 11 (ku)	0	0	0	0
E 10 (ku)	0	0	0	0
E 9 (KU)	0	0	0	0
Zusammen	1	1	1	1

Stellenbestand Filialpersonal KSB/SSB:

Beschäftigte	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
E 11 (ku)	0	0	0	0
E 9 (ku)	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0

Stellenbestand Trainerpool:

Beschäftigte	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
E 12	1,0	1,0	7,5	7,5
Vergütungsordnung TrainerInnen	59,0	59,0	0,0	0,0
Vergütungsordnung LandestrainerInnen	0,0	0,0	0,0	0,0
E 11	0,0	0,0	35,0	35,0
E 10	0,0	0,0	3,0	3,0
E 9	0,0	0,0	6,0	6,0
E 8	0,0	0,0	8,5	8,5
Zusammen	60,0	60,0	60,0	60,0

Zu b)

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landessportschule Osterburg

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	1.717.092	1.997.100	2.087.700	2.197.200
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.479.873	1.554.300	1.459.200	1.450.800
3. Schuldendienst	111.943	110.500	109.000	107.500
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	7.000	5.000	7.000	7.000
5. Ausgaben für Investitionen	390.430	310.000	500.900	434.300
6. Besondere Finanzierungsausgaben	905.577	43.100	84.000	52.500
Zusammen	4.611.915	4.020.000	4.247.800	4.249.300

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 04

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	1.689.333	1.568.100	1.813.400	1.819.500
Mithin Fehlbetrag:	2.922.582	2.451.900	2.434.400	2.429.800
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	943.402	101.800	89.900	83.900
b) das Land mit	1.865.804	2.263.100	2.263.000	2.263.000
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	94.742	87.000	81.500	82.900
e) Private	18.634	0	0	0
Zusammen	2.922.582	2.451.900	2.434.400	2.429.800

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 13	0,20	0,20	0,20	0,20
E 12	0,00	0,00	1,00	1,00
E 11	1,00	1,00	0,00	0,00
E 9	3,20	3,20	3,20	3,20
E 8	2,75	3,00	3,00	3,00
E 6	3,00	3,00	3,00	3,00
E 5	12,00	12,00	11,75	11,75
E 4	3,00	3,00	3,00	3,00
E 3	0,00	3,00	3,00	3,00
E 2	4,00	4,00	4,00	4,00
E1	6,50	3,50	3,75	3,75
Festgehalt	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	35,65	35,90	35,90	35,90
Insgesamt	35,65	35,90	35,90	35,90

Seit dem 1. Januar 2019 erhalten die Beschäftigten Gehälter entsprechend dem TV-L. Der Zuschuss an die LSSO berücksichtigt die Anpassung an den TV-L und dem Ergebnis des Tarifabschlusses.

684 05	322	Zuschüsse an die Landesfachverbände, Kreissportbünde und Stadtsportbünde sowie an Sportvereine und den LSB	8.994.400 9.100.560	9.099.300 633.000	9.479.600 1.266.000

Übertragbar

* Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 03 46 Titel 684 08.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 05

*** Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 0346 Titel 684 16 und Titel 893 02

Vgl. verbindliche Erläuterungen zu Kapitel 1302 Titel 122 01. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 1302 Titel 122 01. Soweit die auf Grundlage der §§ 3, 5 und 7 der Verordnung zur Ausführung des Sportförderungsgesetzes (AVO SportFG) vom 8. Dezember 2016 (GVBl. LSA S. 365), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. November 2020 (GVBl. LSA S. 730), berechneten Pauschalen die Höhe der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 übersteigen, können Zahlungen bis zur Höhe des Mehrbedarfes gemäß § 37 Abs. 6 LHO als Vorgriff auch zu Lasten des Folgejahres geleistet werden. Die Berechnungsgrundlagen der Pauschalen sind im Folgejahr so anzupassen, dass die darauf beruhenden Zahlungen die Höhe der voraussichtlichen anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 unter Berücksichtigung des Vorgriffs nicht übersteigen.

Begründung VE:
Die im Haushaltsjahr 2025 ausgebrachte VE dient der Fortschreibung des Projektes "Pädagogisches Leistungssportpersonal" (PLP und PLP+).

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			633.000		633.000
2027				633.000	633.000
2028				633.000	633.000
2029 ff.					
Summen			633.000	1.266.000	1.899.000

684 07	322	Zuschüsse zur Förderung des Friedrich-Ludwig-Jahn-Museums in Freyburg (Unstrut)	113.500 101.400	113.500 0	113.500 0

Erläuterungen:

Seit dem Jahr 2020 wird die Friedrich-Ludwig-Jahn-Gesellschaft e. V. institutionell gefördert.

684 08	322	Zuschüsse zur Förderung von Projekten im sportlichen Bereich	553.200 550.041	433.200 370.000	433.200 70.000

* Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 03 46 Titel 684 05.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		320.000			320.000
2026		190.000	160.000		350.000
2027		70.000	70.000	70.000	210.000
2028		140.000	70.000		210.000
2029 ff.			70.000		70.000
Summen		720.000	370.000	70.000	1.160.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 08

Erläuterungen:

Die ausgebrachten VE dienen der Sicherung der Kofinanzierung der Bundesprogramme "Integration durch Sport" und "Menschlichkeit und Toleranz im Sport - MuT".

684 09	322	Zuschüsse an den LSB zur Durchführung der Sachsen-Anhalt-Spiele und zur Förderung von Talentgruppen und zur Förderung des Nachwuchsleistungssports (NK2-Förderung)	168.600 163.500	168.900 122.900	172.900 245.800

Übertragbar

*** Vgl. verbindliche Erläuterungen zu Kapitel 1302 Titel 122 01.
Der aus den anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 bereitgestellte Teil der veranschlagten Ausgaben darf nur in Höhe der anteiligen Isteinnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			122.900		122.900
2027				122.900	122.900
2028				122.900	122.900
2029 ff.					
Summen			122.900	245.800	368.700

Erläuterungen:

Seit 2015 werden sportlich talentierte Kinder zu den jährlich stattfindenden Sachsen-Anhalt-Spielen eingeladen (vier Veranstaltungen pro Jahr in Magdeburg und Halle mit insgesamt ca. 1.600 Kindern) und im darauf folgenden Schuljahr durch qualifizierte Übungsleiter in Talentgruppen auf ein leistungssportlich orientiertes Training vorbereitet.

Auf der 42. Sportministerkonferenz am 8./9. November 2018 in St. Wendel wurde ein neues Finanzierungsmodell des Spitzen- und Nachwuchsleistungssports durch Bund und Länder nach dem Verursacherprinzip beschlossen. Grundlage hierfür ist eine Bund-Länder-Vereinbarung, aus der hervorgeht, dass die Länder für die Förderung der Nachwuchskader 2 (NK 2) zuständig sind. Hierfür wurde eine zusätzliche Vereinbarung zur Finanzierung von Maßnahmen mit NK 2-Athletinnen und -Athleten im Sommer- und Wintersport getroffen. Die Finanzierung durch die Länder erfolgt für zentrale Trainingsmaßnahmen NK 2 sowie für zentrale Sichtungmaßnahmen von Landeskadern zu NK 2 oder von NK 2 zu NK 1.

684 10	322	Zuschüsse an Sportorganisationen zur Ausrichtung von Wettkämpfen im Hochleistungssport	112.400 115.747	126.000 50.000	100.000 50.000

Übertragbar

*** Vgl. verbindliche Erläuterungen zu Kapitel 13 02 Titel 122 01.
Der aus den anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 bereitgestellte Teil der veranschlagten Ausgaben darf nur in Höhe der anteiligen Isteinnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 10

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026			50.000		50.000
2027				50.000	50.000
2028					
2029 ff.					
Summen		50.000	50.000	50.000	150.000

Erläuterungen:

Zur Erhöhung der Außenwirkung Sachsen-Anhalts als Sportland unter Berücksichtigung der damit verbundenen wirtschaftlichen und touristischen Effekte sollen hochrangige nationale und internationale Sportveranstaltungen gefördert werden.

684 11	322	Zuschüsse an die Kreissportbünde und Stadtsportbünde zur Unterstützung einer nachhaltigen Integrationsarbeit	112.000 37.906	85.000 0	90.000 95.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		40.000			40.000
2026					
2027				95.000	95.000
2028					
2029 ff.					
Summen		40.000		95.000	135.000

Erläuterungen:

Zur Unterstützung von Integrationsarbeit vorrangig für Flüchtlinge, aber auch zugunsten sozial Benachteiligter und Menschen mit Behinderungen.

684 12	322	Zuschüsse an den Trägerverein Olympiastützpunkt zur Trainingsstättenfinanzierung von Bundesstützpunkten und Landesleistungszentren	132.000 132.000	132.000 0	132.000 0

Erläuterungen:

Zum Ausgleich der ab 2019 verringerten Trainingsstättenfinanzierung des Bundes im Zusammenhang mit der Aberkennung von Bundesstützpunkten für Sachsen-Anhalt.

684 14	322	Zuschüsse an den Special Olympics Deutschland in Sachsen-Anhalt e.V.	200.000 75.000	100.000 0	100.000 0

684 15	322	Energiekostenzuschüsse an die gemeinnützigen Sportvereine und an die Landessportschule Sachsen-Anhalt	0 412.542	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Auswirkungen der durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verursachten Energiekostensteigerungen wurden im Jahr 2023 durch Zuschüsse an Sportvereine und andere gemeinnützige Sportorganisationen abgemildert, die Aufrechterhaltung des Trainings- und Übungsbetriebes unterstützt sowie eine ggf. erforderliche Schließung von Sportstätten verhindert.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
684 16	322	Landesprogramm "Vereine machen Schule - Sportgutscheine für Sachsen-Anhalts Schulanfänger"	1.000.000 154.150	250.000 0	0 0
*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 0346 Titel 684 05. Erläuterungen: Im parlamentarischen Verfahren zur Haushaltsaufstellung 2023 wurden Haushaltsmittel für ein Landesprogramm "Vereine machen Schule - Sportgutscheine für Sachsen-Anhalts Schulanfänger" zur Verfügung gestellt.					
684 17	322	Zuschüsse zur Förderung des Sportmuseums Magdeburg International	150.000 0	230.000 0	0 0
686 01	322	Stiftung Sport und Stiftung Behindertensport in Sachsen-Anhalt	200.000 197.241	200.000 0	200.000 0
Übertragbar Erläuterungen: Die Stiftung Sport und die Stiftung Behindertensport in Sachsen-Anhalt erkennen durch die Gewährung einer Individualförderung herausragende Leistungen von Sportlerinnen und Sportlern des Landes Sachsen-Anhalt bei internationalen Meisterschaften an und leisten einen Beitrag zum Ausgleich erhöhter Aufwendungen von Athletinnen und Athleten im Prozess der Entwicklung sportlicher Spitzenleistungen.					
686 02	322	Zuschüsse an die Nationale Anti-Doping-Agentur (NADA)	20.000 17.713	20.000 0	20.000 0
** Die Ausgaben sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 03 46 Titel 671 02, Kapitel 03 46 Titel 681 51, Kapitel 03 46 Titel 684 01 und Kapitel 03 46 Titel 686 03.					
686 03	322	Zuschüsse an den Verein "Safe Sport e. V."	5.000 0	5.000 0	5.000 0
** Die Ausgaben sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 03 46 Titel 671 02, Kapitel 03 46 Titel 681 51, Kapitel 03 46 Titel 684 01 und Kapitel 03 46 Titel 686 02. Erläuterungen: Auf der Sportministerkonferenz am 3./4. November 2022 in Mainz erfolgte die Gründung des Trägervereins "Safe Sport e. V." mit dem Beitritt des Bundes und der 16 Bundesländer. Der Verein ist mit einem jährlichen Budget von 300.000 Euro ausgestattet. Seit dem Jahr 2024 beteiligen sich die Bundesländer zur Hälfte an der Finanzierung. Die jeweiligen Länderanteile berechnen sich nach dem Königsteiner Schlüssel.					
883 01	322	Zuweisungen für Investitionen in Sportstätten an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.000.000 5.668.414	4.700.000 10.750.000	6.500.000 9.000.000
* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 03 46 Titel 891 01 und Kapitel 03 46 Titel 893 01. ** Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 41.					

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.000.000	4.000.000			5.000.000
2026		3.000.000	4.000.000		7.000.000
2027		2.000.000	3.000.000	4.000.000	9.000.000
2028			2.000.000	3.000.000	5.000.000
2029 ff.			1.750.000	2.000.000	3.750.000
Summen	1.000.000	9.000.000	10.750.000	9.000.000	29.750.000

Erläuterungen:

Zuwendungen in Höhe von mehr als 500.000 Euro (VV Nr. 3.3 zu § 23 LHO):

Einrichtung/Ort	Förderung gesamt	davon 2025	davon 2026	davon 2027 ff.
Schwimmhalle Magdeburg	5.100.000	362.000	1.244.000	3.244.000
Ersatzneubau Laufhalle, OSP-Gebäude Halle (Saale)	4.897.600	1.619.100	2.212.600	583.600
Ersatzneubau einer multifunktionalen Sportstätte in Möser: 3. BA - Errichtung eines Funktionsgebäudes	1.579.200	581.400	997.800	0
Neubau Sportkomplex Am Anger in der Gemeinde Barleben	1.089.000	500.000	539.000	0
Neubau Einfeldsporthalle in der Gemeinde Möser	1.259.700	260.000	0	0
Sanierung Sporthalle an der Thälmannstraße in der Gemeinde Möser	950.000	326.300	0	0
Ersatzneubau einer multifunktionalen Sportstätte in Wolmirstedt	1.180.800	400.000	280.800	0
Sanierung Sanitärbereich (Schwerpunkt Wasserversorgung) in der Rischmühlen-Halle in Merseburg	519.900	311.900	0	0
Zusammen	16.576.200	4.360.700	5.274.200	3.827.600

Die Gewährung von Zuwendungen für die Sanierung, die Erweiterung und den Neubau von Sportstätten und für die Ausstattung von Sportstätten erfolgt gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus (Erl. des MI vom 10.01.2018, MBl. LSA S. 53).

Die in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 ausgebrachten VE wurden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

891 01	322	Zuschüsse für Investitionen in Sportstätten an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 03 46 Titel 883 01.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Eine Förderung ist nur möglich, wenn Sportstätten im kommunalen Eigentum stehen und die Kommune den Antrag befürwortet.

Die Gewährung von Zuwendungen für die Sanierung, die Erweiterung und den Neubau von Sportstätten und für die Ausstattung der Sportstätten erfolgt gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus (Erl. des MI vom 10.01.2018, MBl. LSA S. 53).

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

893 01	322	Zuschüsse für Investitionen in Sportstätten an Sonstige im Inland	4.000.000	2.000.000	4.000.000
			4.511.284	3.500.000	3.500.000

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 03 46 Titel 883 01.

** Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 41.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.500.000			1.500.000
2026		2.000.000	1.500.000		3.500.000
2027			2.000.000	1.500.000	3.500.000
2028				2.000.000	2.000.000
2029 ff.					
Summen		3.500.000	3.500.000	3.500.000	10.500.000

Erläuterungen:

Die Gewährung von Zuwendungen für die Sanierung, die Erweiterung und den Neubau von Sportstätten und für die Ausstattung der Sportstätten erfolgt gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus (Erl. des MI vom 10.01.2018, MBl. LSA S. 53).

Zuwendungen in Höhe von mehr als 500.000 Euro (VV Nr. 3.3 zu § 23 LHO):

Verein/Maßnahme	Förderung gesamt	davon in 2025	davon in 2026	davon in 2027 ff.
1. FC Magdeburg "Neubau eines Funktionsgebäudes des Nachwuchsleistungszentrums in Magdeburg"	2.155.000	1.200.000	800.000	0
Zusammen	2.155.000	1.200.000	800.000	0

893 02	322	Zuschüsse für Investitionen an Sportvereine und Sportorganisationen für Sportstätten in Eigentum oder Erbbaurecht der Sportvereine und Sportorganisationen	281.100	200.000	0
			780.021	0	0

** Vgl. verbindliche Erläuterungen zu Kapitel 13 02 Titel 122 01.
Der aus den anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 bereitgestellte Teil der veranschlagten Ausgaben darf nur in Höhe der anteiligen Isteinnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden.

*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 0346 Titel 684 05.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		200.000			200.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		200.000			200.000

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 46 **Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 02

Erläuterungen:

Gefördert werden Sportstätten von Sportvereinen und Sportorganisationen, die sich im Vereinseigentum bzw. im Eigentum der Sportorganisationen befinden. Hierfür werden Mittel aus der Konzessionsabgabe verwendet. Die Förderung basiert auf der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus (Erl. des MI vom 10.01.2018, MBl. LSA S.53).

Titelgruppe(n)

61 Landesmittel zur Kofinanzierung des Strukturfonds EFRE - Förderung der energetischen Sanierung von Sportstätten

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die EU-Mittel sind bei Kapitel 13 16 Titelgruppe 61 veranschlagt.

883 61	322	Zuweisungen für Investitionen (Landesmittel) an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 592.843	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die letzten Maßnahmen wurden in 2023 abgeschlossen. Die Förderperiode ist ausgelaufen.

893 61	322	Zuschüsse für Investitionen (Landesmittel) an Sonstige im Inland	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0 0	0 0

62 Landesmittel zur Kofinanzierung des Strukturfonds ELER - Förderung des Baus und der Sanierung von Sportstätten im ländlichen Raum

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die EU-Mittel sind bei Kapitel 13 90 Titelgruppe 69 veranschlagt.

883 62	322	Zuweisungen für Investitionen (Landesmittel) an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 25.162	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Förderperiode ist ausgelaufen.

893 62	322	Zuschüsse für Investitionen (Landesmittel) an Sonstige im Inland	0 127.322	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Förderperiode ist ausgelaufen.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	0	0
		0	0

65 Beteiligung des Landes am Bau eines Hauses des Sports am Standort Halle (Saale)

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

883 65	322	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bau eines Hauses des Sports am Standort Halle (Saale)	0	0	0
			0	0	0
893 65	322	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland für den Bau eines Hauses des Sports am Standort Halle (Saale)	375.000	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	488.100	1.850.000			2.338.100
2026		1.288.100			1.288.100
2027		50.000			50.000
2028					
2029 ff.					
Summen	488.100	3.188.100			3.676.200

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	375.000	0	0
		0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 46 Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	245.000	245.000	245.000

Gesamteinnahme		245.000	245.000	245.000

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	26.033.100	25.337.700 1.202.900	25.339.000 1.953.800

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	11.656.100	6.900.000 14.250.000	10.500.000 12.500.000

Gesamtausgabe		37.689.200	32.237.700	35.839.000

Gesamtsumme der VE			15.452.900	14.453.800

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-37.444.200	-31.992.700	-35.594.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** In Kapitel 03 63 sind die Ausgaben mit Ausnahme die der HGr. 4, des Titels 684 03 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für Spätaussiedler) sowie des Titels 916 13 gegenseitig deckungsfähig.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 63 beträgt zum 31.12.2025 94 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 03 63 beträgt zum 31.12.2026 94 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind alle Ausgabemittel, die der Funktionsfähigkeit des Landes Sachsen-Anhalt zur Bewältigung der Flüchtlingssituation sowie aller übrigen ausländerrechtlichen Aufgaben dienen. Der Finanzierungsbedarf wird maßgeblich von der Entwicklung der Zugänge an Asylbegehrenden und ihrer Verweildauer in Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren bestimmt. Das Land geht in den Jahren 2025 und 2026 als Planungsgrundlage von einem Zugang von bis zu 3.000 asylsuchenden Personen im Jahr sowie 300 Personen, die aufgrund des vom Bund beschlossenen Chancen-Aufenthaltsrechts den Rechtskreis wechseln, aus. Eine Überschreitung des prognostizierten Zugangs oder ein Absinken der Anerkennungsquote des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von rd. 50 % hätte wegen der bestehenden Rechtsverpflichtungen einen unmittelbaren haushalterischen Nachsteuerungsbedarf.

Gemäß § 44 Abs. 1 Asylgesetz sind die Länder verpflichtet, für die Unterbringung Asylbegehrender die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten. Um dieser rechtlichen Verpflichtung Rechnung zu tragen, hält das Land Einrichtungen mit ausreichender Kapazität vor. Zum Betrieb der Hauptstelle der ZAS in Halberstadt mit Außenstellen sind die Ausgabemittel in der Titelgruppe 61, für die Nebenstellen Bernburg und Stendal in der Titelgruppe 63 und für die Nebenstelle Magdeburg in der Titelgruppe 64 veranschlagt. Im Jahr 2024 ist die Nebenstelle Stendal in Betrieb genommen worden. Die Interimslösung in Bernburg wurde anschließend aufgegeben. In den Mittelansätzen eingeschlossen sind vertragliche Verpflichtungen für Unterbringungsobjekte sowie zu deren Bewirtschaftung erforderlicher externer Dienstleister. Bedingt durch die prognostizierten Zugangszahlen und die Anzahl aufhältiger Personen in den Kommunen ergeben sich - neben den vorzuhaltenden Kapazitäten in den Erstaufnahmeobjekten - im Rahmen von Maßnahmen zur Integration, für Rückführungen und freiwillige Ausreisen sowie für Erstattungsleistungen an die Kommunen für die Aufnahme und Unterbringung von Personen nach dem Aufnahmegesetz in den Haushaltsjahren 2025 bzw. 2026 erforderliche Bedarfe, die in den jeweiligen Titeln dargestellt sind.

Die geplante Abschiebungssicherungseinrichtung gemäß § 62a Aufnahmegesetz soll ihren Betrieb Ende 2026 aufnehmen. Die zur Erstaussstattung und Bewirtschaftung der Einrichtung erforderlichen Bedarfe sind in der Titelgruppe 66 ausgewiesen.

Für die Einführung und den Betrieb einer Bezahlkarte für AsylbLG-Leistungsberechtigte sind finanzielle Mittel in der Titelgruppe 68 veranschlagt.

Einnahmen

119 41	235	Rückzahlungen von Überzahlungen im Bereich Asyl- und Ausländerwesen	40.000 40.388	40.000	40.000
119 42	246	Rückzahlung von Überzahlungen aus Zuwendungen für Spätaussiedler	1.000 487	1.000	1.000
132 01	235	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0 0	0	0
231 01	235	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 1.562.268	0	0
272 01	235	Sonstige Zuschüsse von der EU	666.400 0	982.800	966.000

Erläuterungen:

Veranschlagung der von der EU-Kommission bereitgestellten Mittel aus EU-Fonds.

03 **Ministerium für Inneres und Sport**
03 63 **Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

66 **Abschiebungssicherungseinrichtung (ASE)**

232 66	235	Sonstige Erstattungen von Ländern	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0	0

75 **Ausreise- und Abschiebungskosten im Bereich Asyl- und Ausländerwesen**

233 75	235	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	40.000 43.912	40.000	40.000

Erläuterungen:

Erstattungen von Amtshilfekosten bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen; Einnahmen nach §§ 66 ff. AufenthG

272 75	235	Sonstige Zuschüsse von der EU	15.000 5.453	15.000	15.000

Erläuterungen:

Zuschuss aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU.

281 75	235	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	25.000 15.236	20.000	20.000

Erläuterungen:

Erstattungen aus nicht verbrauchten Mitteln von Förderprogrammen zur freiwilligen Rückkehr. Erstattungen aus Rückzahlungen von Fördermitteln nach Wiedereinreisen in die Bundesrepublik Deutschland und aus nicht erfolgten Ausreisen aus der Bundesrepublik Deutschland (No-Show-Fälle). Erstattungen verauslagter Reisebeihilfen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 75			80.000	75.000	75.000

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	235	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	863.000 610.835	583.900 0	937.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	863.000	583.900	937.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
Summe		863.000	583.900	937.200

422 41	235	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	210.700 70.782	128.800 0	320.000 0

422 51	235	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 0	0 0	0 0

427 01	235	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

428 01	235	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.469.100 3.445.592	5.066.900 0	4.203.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0		0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.469.100	5.066.900	4.203.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		3.469.100	5.066.900	4.203.000

428 03	235	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	0 0	0 0

428 51	235	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0

443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	2.000 103	500 0	500 0

517 30	235	Bewirtschaftung landeseigener Liegenschaften	3.915.800 1.647.296	0 0	0 0

518 01	235	Mieten und Pachten	16.200 0	16.200 0	22.800 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

Erläuterungen:

Mietzahlungen für das Flüchtlingsfrauenhaus des Landes Sachsen-Anhalt.

518 30	235	Mietzahlungen an BLSA	2.864.700	0	0
			1.162.600	0	0

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Friedrich-List-Str. 1 in Halberstadt		1.152.100	0	0
2.	Breitscheidstraße in Magdeburg		145.500	0	0
3.	Wipertistr. 5 in Quedlinburg		151.800	0	0
4.	Gardelegener Str. 120e in Stendal		1.195.400	0	0
5.	Wernigeröder Str. in Oberharz am Brocken		219.900	0	0
Summe			2.864.700	0	0

533 04	235	Dienstleistungen Außenstehender für die Flüchtlingsunterbringung	61.000	61.000	73.200
			0	0	0

Erläuterungen:

Vertragliche Verpflichtungen für das Flüchtlingsfrauenhaus der Landes Sachsen-Anhalt.

633 01	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise im Bereich Asyl- und Ausländerwesen	1.444.400	778.900	796.500
			606.964	0	0

Erläuterungen:

Erstattungen gem. § 2 Abs. 3 AufnG an Landkreise und kreisfreie Städte aufgrund der Untersuchungen nach § 62 des Asylgesetzes für in einer Aufnahmeeinrichtung des Landes untergebrachte Personen.

633 03	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise zur Entlastung der Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern	182.400	0	0
			14.816	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse an die Ausländerbehörden für Personalisierungsinfrastrukturkomponenten (PIK) sowie an die Leistungsbehörden nach dem AsylbLG für FAST-ID.

633 04	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern nach dem Aufnahmegesetz	118.400.000	127.200.000	112.953.000
			118.852.854	0	0

Erläuterungen:

Für die Abgeltung der den Landkreisen und kreisfreien Städten entstehenden Kosten für die Aufnahme und Unterbringung von nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 5 bis 8 AufnG zugewiesenen Personen ist eine Pauschale gemäß § 2 Abs. 2 AufnG zu leisten. Die Höhe wird in der Aufnahmegesetzesausführungsverordnung geregelt.

Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen sich eine Aufnahmeeinrichtung des Landes befindet, erstattet das Land gemäß § 2 Abs. 3 AufnG für in der Aufnahmeeinrichtung untergebrachte Personen gesondert die zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens gewährten Leistungen nach dem jeweiligen Leistungsgesetz.

Gemäß § 2 Abs. 2 S. 4 AufnG werden Kosten für Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft, Geburt sowie Hilfe zur Pflege gesondert erstattet, soweit sie einen Betrag von 10.000 Euro je Person und Kalenderjahr übersteigen.

633 05	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise für Integrationsmaßnahmen	1.858.000	1.478.000	1.478.000
			1.042.127	0	0

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt gewährt nach Maßgabe der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit im Land Sachsen-Anhalt" (Richtlinie Koordinierungsstelle Migration) gemäß RdErl. des MI vom 25. November 2015 - 34.4-48002/3 (MBI. LSA S. 745), geändert durch RdErl. vom 18. Dezember 2023 (MBI. LSA 2024 S. 129), Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen im Land Sachsen-Anhalt.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

633 07	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise für gesonderte Beratung und Betreuung nach dem Aufnahmegesetz	3.860.000 2.770.636	4.115.000 0	4.115.000 0

Erläuterungen:

Kostenerstattung nach Maßgabe § 2 Abs. 4 AufnG i.V.m. § 3 Aufnahmegesetzesausführungsverordnung.

633 08	019	Sonstige Zuweisungen an Landkreise und kreisfreien Städte aus der einmaligen Sonderzahlung nach dem AufnG	0 25.818.300	0 0	0 0

681 01	235	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 3.978	0 0	0 0

684 02	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen zur speziellen Erstorientierung und Betreuung in der Erstaufnahme	420.000 0	0 0	0 0

684 03	246	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für Spätaussiedler	50.000 20.000	50.000 0	50.000 0

Erläuterungen:

Aufwendungen für Informationsveranstaltungen und -material, Hilfen in Aussiedlungsgebieten mit deutschstämmiger Bevölkerung sowie Zuschüsse an Organisationen, Verbände und Einrichtungen im Rahmen des § 96 BVFG und für Integrationsmaßnahmen für Spätaussiedler nach § 7 BVFG. "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen und Projekte nach §§ 7 und 96 BVFG des Landes Sachsen-Anhalt" vom 9. Dezember 1999 (MBI. LSA 2000 S. 53), zuletzt geändert durch Erl. des MI vom 23.12.2009 (MBI. LSA 2010 S. 19).

685 01	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	154.700 0	167.600 0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Finanzierungsanteil des Landes an den Verwaltungskosten nach Artikel 5 Abs. 1 und 4 der Verwaltungsvereinbarung zur Übertragung der Aufgabe der Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für ausländische Berufsqualifikationen und Hochschulabschlüsse auf die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen im Sekretariat der Kultusministerkonferenz.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	201.500 106.847	76.600 0	293.600 0

Titelgruppe(n)

61 Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAsT) Halberstadt mit Außenstellen

511 61	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	173.900 131.595	202.300 0	197.800 0

Erläuterungen:

		vorl. Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	37.602	27.000	46.300	46.300
2.	Kommunikation	8.496	8.800	9.500	9.500
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	61.892	120.600	131.500	127.000
4.	Sonstiges	23.605	17.500	15.000	15.000
Zusammen		131.595	173.900	202.300	197.800

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

514 61 235 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen **458.400** **459.800** **456.800**
393.719 0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	157.700	146.800	146.800
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	6.000	8.000	8.000
3.	Verbrauchsmittel	101.700	305.000	302.000
4.	Sonstiges	193.000	0	0
Zusammen		458.400	459.800	456.800

Bestand an Fahrzeugen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Nutz- und Sonderfahrzeuge	11	12	12	10
Pkw (Leasingfahrzeug)	1	1	2	4
Zusammen	12	13	14	14

Der Fahrzeugbestand berücksichtigt auch die Bedarfe der Landesaufnahmeeinrichtungen in Magdeburg und Stendal sowie den Außenstellen.

Ausgaben für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel und Verbandsmaterialien werden ab dem Haushaltsjahr 2025 der Position "Verbrauchsmittel" und nicht mehr der Position "Sonstiges" zugeordnet.

517 61 235 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume **7.559.400** **6.914.000** **7.501.600**
8.807.991 0 0

Erläuterungen:

		vorl. Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	447	63.400	59.000	59.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	63.496	7.000	10.000	10.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	1.158.784	1.141.000	1.102.000	1.400.000
4.	Bewachung	6.815.301	6.343.000	5.728.000	6.014.000
5.	Sonstiges	769.963	5.000	15.000	18.600
Zusammen		8.807.991	7.559.400	6.914.000	7.501.600

518 61 235 Mieten und Pachten **601.500** **696.300** **556.600**
977.512 325.700 421.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	300.000	600.000			900.000
2026	8.700.000		325.700		9.025.700
2027				210.600	210.600
2028				210.600	210.600
2029 ff.					
Summen	9.000.000	600.000	325.700	421.200	10.346.900

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 61

Erläuterungen:

Die in 2024 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung dient der weiteren Anmietung bzw. Neuanmietung von Container-Anlagen. Für diesen Zweck sind ebenfalls die in 2025 und 2026 geplanten VE vorgesehen.

		vorl. Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	753.417	578.500	651.000	432.700
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	221.643	20.000	0	0
3.	Für Leasing	2.452	3.000	45.300	123.900
Zusammen		977.512	601.500	696.300	556.600

519 61	235	Unterhaltung der Grundstücke und bauliche Anlagen	25.000 17.915	35.000 0	25.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	20.000	20.000	20.000
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	5.000	15.000	5.000
Zusammen		25.000	35.000	25.000

525 61	235	Aus- und Fortbildung	15.000 5.800	8.400 0	8.400 0

Erläuterungen:

Aus- und Fortbildung der Bediensteten der ZASt einschließlich der Personalratsmitglieder und der Schwerbehindertenvertretung

526 61	235	Sachverständige	71.000 107.884	110.500 0	110.500 0

Erläuterungen:

Kosten für Übersetzer bzw. Sprachmittler während psychotherapeutischen Behandlungen.

527 61	235	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen und für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	15.000 4.832	10.000 0	10.000 0

533 61	235	Dienstleistungen Außenstehender für die Flüchtlingsunterbringung	15.899.100 13.267.681	7.377.600 0	9.073.000 0

Erläuterungen:

Vertragliche Verpflichtungen des Landes gegenüber Dritten, die Dienstleistungen im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung, wie z.B. Essensversorgung, Sprachmittler sowie soziale oder medizinische Betreuung zur Verfügung stellen.

537 61	235	Beförderungskosten	101.000 90.019	97.000 0	97.000 0

632 61	235	Sonstige Zuweisungen an Länder	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Zuweisungen für die Unterbringung in Grenzdurchgangslagern.

811 61	235	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	70.000 97.438	24.500 0	0 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 61

Erläuterungen:

		Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	Neubeschaffung:			
1.	Transporter/ Kleinbus	1	0	0
2.	Nutz- und Sonderfahrzeug	1	1	0
	Ersatzbeschaffung:			
3.	Transporter/Kleinbus	0	0	0
Zusammen		2	1	0

Für Arbeiten im Bereich der Liegenschaft der ZAST Hauptstelle soll ein Radlader beschafft werden.

812 61	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	496.400 165.048	158.400 0	271.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
	Neu - und Ersatzbeschaffungen:			
1.	Ausstattungsgegenstände für Unterkünfte	265.000	91.000	164.000
2.	Bettwaren	150.000	30.000	75.000
3.	Einrichtung von Büro- und Funktionsräumen	81.400	37.400	32.000
Zusammen		496.400	158.400	271.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			25.485.700	16.093.800 325.700	18.307.700 421.200

63 Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) Stendal

Erläuterungen:

Bis zur vollständigen Inbetriebnahme der Landesaufnahmeeinrichtung in Stendal erfolgt hier die Veranschlagung der Kosten für die Interimslösung in Bernburg sowie weiterer Außenstellen.

511 63	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	149.500 6.894	79.200 0	84.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	54.000	13.500	16.800
2.	Kommunikation	13.800	25.700	25.700
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	52.800	31.000	31.000
4.	Sonstiges	28.900	9.000	11.000
Zusammen		149.500	79.200	84.500

514 63	235	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	138.000 10.551	26.500 0	26.500 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 63

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	0	0	0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	6.000	6.000	6.000
3.	Verbrauchsmittel	20.500	20.500	20.500
4.	Sonstiges	111.500	0	0
Zusammen		138.000	26.500	26.500

517 63	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	3.306.300 533.808	5.042.100 0	5.293.600 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	3.000	3.000	3.200
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	510.500	1.417.100	1.487.100
4.	Bewachung	2.787.300	3.617.000	3.798.000
5.	Sonstiges	5.500	5.000	5.300
Zusammen		3.306.300	5.042.100	5.293.600

518 63	235	Mieten und Pachten	428.000 834.000	0 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.890.000				1.890.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	1.890.000				1.890.000

Erläuterungen:

Die bis 2023 ausgebrachten VE wurden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.
Die Interimsunterbringung der vulnerablen Asylsuchenden in der LAE Bernburg läuft in 2024 aus. Mietzahlungen für die LAE Stendal werden im Kapitel 0363 Titel 518 30 (Mietzahlungen an BLSA) geplant.

519 63	235	Unterhaltung der Grundstücke und bauliche Anlagen	80.000 44	60.000 0	20.000 0

Erläuterungen:

Im Jahr 2024 soll die Nutzungsaufgabe der Interimslösung in Bernburg erfolgen. Nach dem Auszug sind etwaige Beschädigungen am Mietobjekt zu beheben. Daraus können sich ggfs. noch finanzielle Bedarfe auch im Haushaltsjahr 2025 ergeben. Ansonsten sind Bedarfe der LAE Stendal berücksichtigt.

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

526 63	235	Sachverständige	33.000	80.000	80.000
			10.359	0	0

Erläuterungen:
Kosten für Übersetzer sowie psychotherapeutische Behandlungen.

533 63	235	Dienstleistungen Außenstehender für die Flüchtlingsunterbringung	6.255.900	5.490.000	7.330.000
			967.603	0	0

Erläuterungen:
Vertragliche Verpflichtungen des Landes gegenüber Dritten, die Dienstleistungen im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung, wie z. B. Essensversorgung, Sprachmittler sowie soziale oder medizinische Betreuung zur Verfügung stellen.

537 63	235	Beförderungskosten	88.800	50.000	35.000
			4.496	0	0

Erläuterungen:
2025 fallen Kosten für den Umzug zur LAE Stendal an. Aufgrund der höheren Kapazität der LAE Stendal entsteht Bedarf an Beförderungskosten.

812 63	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.467.000	83.500	83.000
			0	0	0

Erläuterungen:
Bedingt durch die vollständige Inbetriebnahme der LAE Stendal im Jahr 2025 ist weiteres Mobiliar anzuschaffen. Weiterhin werden teilweise Ersatzbeschaffungen des derzeitigen Bestandes für die Unterkunftsbereiche erforderlich sein.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	11.946.500	10.911.300	12.952.600
		0	0

64 Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) Magdeburg

511 64	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	18.800	20.000	0
			17.137	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Geschäftsbedarf	3.800	3.000	0
2. Kommunikation	3.000	6.000	0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	4.500	8.000	0
4. Sonstiges	7.500	3.000	0
Summe	18.800	20.000	0

514 64	235	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	60.000	25.000	0
			22.676	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Haltung von Fahrzeugen	0	0	0
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3. Verbrauchsmittel	7.500	25.000	0
4. Sonstiges	52.500	0	0
Summe	60.000	25.000	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
517 64	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	63.000 34.457	41.000 0	266.400 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Heizung	0	0	0
		2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
		3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	57.000	35.000	0
		4. Bewachung	0	0	266.400
		5. Sonstiges	6.000	6.000	0
		Summe	63.000	41.000	266.400
518 64	235	Mieten und Pachten	1.600.000 88.471	30.000 0	0 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	1.598.000	30.000	0
		2. Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	2.000	0	0
		3. Für Leasing	0	0	0
		Summe	1.600.000	30.000	0
519 64	235	Unterhaltung der Grundstücke und bauliche Anlagen	7.500 1.266	5.000 0	0 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	7.500	5.000	0
		2. Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
		Summe	7.500	5.000	0
526 64	235	Sachverständige	10.000 3.599	10.000 0	0 0
		Erläuterungen:			
		Kosten für Übersetzer bzw. Sprachmittler während laufenden psychotherapeutischen Behandlungen.			
533 64	235	Dienstleistungen Außenstehender für die Flüchtlingsunterbringung	6.516.000 4.605.124	4.874.000 0	0 0
		Erläuterungen:			
		Vertragliche Verpflichtungen des Landes gegenüber Dritten, die Dienstleistungen im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung wie z. B. die Essensversorgung, Unterhaltsreinigung, Bewachung, Hausmeisterdienst sowie soziale oder medizinische Betreuung zur Verfügung stellen.			
537 64	235	Beförderungskosten	15.000 31.375	35.000 0	0 0
812 64	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	107.500 13.148	59.900 0	0 0

03 Ministerium für Inneres und Sport

03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	8.397.800	5.099.900	266.400
		0	0

65 Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (ZAST Halberstadt und Nebenstellen)

511 65	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
514 65	045	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0 0	0 0	0 0
517 65	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0 0	0 0	0 0
518 65	045	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0
533 65	045	Dienstleistungen Außenstehender für die Flüchtlingsunterbringung	0 0	0 0	0 0
547 65	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0
		0	0

66 Abschiebungssicherungseinrichtung (ASE)

511 66	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	31.800 0
Erläuterungen: Erstausstattung an Geschäftsbedarf.					
514 66	235	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen, Betriebsstoffe, Reparatur und Instandsetzung	0 0	18.200 0	94.700 0
517 66	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0 0	0 0	334.800 0
Erläuterungen: Es wird mit einer Fertigstellung der ASE mit 30 Haftplätzen Ende des Jahres 2026 gerechnet.					
518 66	235	Mieten und Pachten	0 0	0 0	125.800 0
519 66	235	Unterhaltung der Grundstücke und bauliche Anlagen	0 0	0 0	4.200 0
525 66	235	Aus- und Fortbildung	0 0	4.000 0	4.500 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 66

Erläuterungen:

Aus- und Fortbildung der Bediensteten einschließlich der Personalratsmitglieder; Bedarfe für die Justizvollzugsanwärter entstehen bereits in der Ausbildungszeit und werden daher auch im Jahr 2025 eingeplant.

526 66	235	Sachverständige	0 0	0 0	5.200 0
527 66	235	Reisekostenvergütung für Dienstreisende und für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	0 0	0 0	500 0
533 66	235	Dienstleistungen Außenstehender für die Flüchtlingsunterbringung	0 0	0 0	110.400 0
537 66	235	Beförderungskosten	0 0	0 0	4.600 0
681 66	235	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0 0	0 0	0 0
811 66	235	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0 0	0 0	160.000 0

Erläuterungen:

Für den Betrieb der Abschiebungssicherungseinrichtung sollen zwei Gefangenentransporter beschafft werden.

812 66	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	332.300 0

Erläuterungen:

Aufgrund der vorgesehenen Inbetriebnahme ist Mobiliar für die Unterbringungs- und für die Funktionsräume, für die Wachzentrale sowie für den Verwaltungs- und den Besucherbereich anzuschaffen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	22.200 0	1.208.800 0

67		Ausgaben des Landes aufgrund der Aufnahme von Kriegsflüchtlings aus der Ukraine			
517 67	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0 117.284	0 0	0 0
533 67	235	Dienstleistungen Außenstehender für die Flüchtlingsunterbringung	186.000 426.140	0 0	0 0
537 67	235	Beförderungskosten	0 0	0 0	0 0
547 67	235	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
633 67	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise für die Aufnahme und Unterbringung von Kriegsflüchtlings aus der Ukraine nach dem Aufnahmegesetz	4.811.000 17.698.013	0 0	0 0

03 Ministerium für Inneres und Sport

03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	4.997.000	0	0
		0	0

68 Betrieb eines Bezahlkartensystems

533 68	287	Dienstleistungen Außenstehender für den Betrieb des Bezahlkartensystems	0	1.100.000	1.210.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Bedarf für die Kostentragungspflicht des Landes gegenüber einem Dienstleister für den Betrieb des Systems für eine bundeseinheitliche Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

632 68	287	Sonstige Zuweisungen an Länder	0	0	0
			0	0	0

682 68	287	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (Dataport)	0	20.000	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Bedarf für die Kostentragungspflichten des Landes gegenüber einem öffentlichen Unternehmen im Zusammenhang mit der Durchführung des Vergabeverfahrens für eine bundeseinheitliche Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	0	1.120.000	1.210.000
		0	0

75 Ausreise- und Abschiebungskosten im Bereich Asyl- und Ausländerwesen

533 75	235	Dienstleistungen Außenstehender für aufenthaltsbeendende Maßnahmen	423.000	531.600	569.900
			143.224	0	0

Erläuterungen:

Kosten für die Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen (Sammelanhörungen, Sammelchartermaßnahmen, Passersatz-Beschaffungsmaßnahmen, Arzt-/Sanitärkosten, Dolmetscherkosten, Übersetzungskosten/Sprachgutachten, Kurierdienstleistungen und Datenträgerauswertungen).

537 75	235	Beförderungskosten für aufenthaltsbeendende Maßnahmen	504.000	606.600	667.500
			291.468	0	0

Erläuterungen:

Kosten für die Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen (Flug- und Stornokosten, Transferleistungen, Charter-Flugkosten, Reisebeihilfen bei Rückführungen).

632 75	235	Sonstige Zuweisungen an Länder	342.800	495.100	562.100
			314.216	0	0

Erläuterungen:

Erstattung von Amtshilfekosten für die Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen (Abschiebehaftkosten, Kosten für Ausreisegewahrsam, elektronische Fußfessel, Sicherheitsbegleitung und Transport).

633 75	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise	225.200	208.300	243.700
			694.455	0	0

Erläuterungen:

Erstattung von Transferleistungen, Dolmetscher-/Sprachgutachtenkosten und Reisebeihilfen an die Ausländerbehörden.

671 75	235	Erstattungen an Inland für Ausreisekosten	602.000	713.000	797.000
			290.030	0	0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 75

Erläuterungen:

Durchführung von Rückkehrhilfsprogrammen, denen zur Vermeidung von Abschiebungen besondere Bedeutung beizumessen ist (REAG/GARP-Programm, Kosovo-Rückkehrprojekt URA; Reintegrationsprojekt Brückenkomponente Albanien).

684 75	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	824.900 464.558	607.800 0	1.038.300 0

Erläuterungen:

Zuschüsse für Projekte der freiwilligen Rückkehr von im Land Sachsen-Anhalt aufhältigen ausreisepflichtigen und ausreisewilligen Ausländern (Rückkehrzentrum Sachsen-Anhalt, Landesprogramm "Rückkehr" und IntegPlan) sowie für den Ausbau der Beratungsstrukturen im Land Sachsen-Anhalt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 75			2.921.900	3.162.400 0	3.878.500 0

03 Ministerium für Inneres und Sport
03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	41.000	41.000	41.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	746.400	1.057.800	1.041.000
Gesamteinnahme		787.400	1.098.800	1.082.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	4.544.800	5.780.100	5.460.700
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	51.659.800	34.116.300	34.432.600
			325.700	421.200
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	133.020.700	135.820.800	122.201.200
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.140.900	326.300	846.300
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	201.500	76.600	293.600
			0	0
Gesamtausgabe		191.567.700	176.120.100	163.234.400
Gesamtsumme der VE			325.700	421.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-190.780.300	-175.021.300	-162.152.400

Stellenpläne

Stellenübersichten

Kapitel 03 01 Ministerium für Inneres und Sport (Stellenplan)
Kapitel 03 08 Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt (Stellenplan)
Kapitel 03 10 Landesverwaltungsamt (Stellenplan)
Kapitel 03 20 Landespolizei (Stellenplan)
Kapitel 03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei (Stellenplan)
Kapitel 03 36 Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge (Stellenplan)
Kapitel 03 42 Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt (Stellenplan)
Kapitel 03 43 Statistisches Landesamt (Stellenplan)
Kapitel 03 63 Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026
Stellenübersicht übrige TGr. 2025
Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B9	Staatssekretär/-in	1	1	1
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	4	4	4
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	2	2	2
B3	Landespolizeidirektor/-in	1	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	19	20	20
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Ministerialrat/-rätin	12	14	14
A15	Psychologiedirektor/-in	1	1	1
A15	Regierungs-, Polizei-, Brand-, Medizinal- und Kriminaldirektor/-in	30	30	30
A14	Oberregierungsrat, Kriminal-, Polizei- und Brandoberrat/-rätin	21	0	0
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Polizei-, Kriminal-, Brand- und Psychologieoberrat/-rätin	0	19	19
A13 L2.2	Regierungs-, Brand- und Biologierat/-rätin	1	0	0
A13 L2.2	Regierungs-, Brand-, Polizei-, Kriminal- und Psychologierat/-rätin	0	1	1
A13 L2.1	Regierungs- und Brandoberamtsrat/-rätin, 1. Polizei- und 1. Kriminalhauptkommissar/-in	86	0	0
A13 L2.1	Regierungs-, Brand-, Polizei-, Kriminal- und Archivrat/-rätin	0	85	85
A12	Regierungs- und Brandamtsrat/-rätin, Polizei- und Kriminalhauptkommissar/-in	108	0	0
A12	Regierungs-, Archiv- und Brandamtsrat/-rätin, Polizei- und Kriminalhauptkommissar/-in	0	108	108
A11	Regierungs- und Brandamtman/-frau, Polizei- und Kriminalhauptkommissar/-in	17	0	0
A11	Regierungs-, Archiv- und Brandamtman/-frau, Polizei- und Kriminalhauptkommissar/-in	0	17	16
A10	Regierungs- und Brandoberinspektor/-in, Polizei- und Kriminaloberkommissar/-in	3	0	0
A10	Regierungs- und Archivoberinspektor/-in, Polizei- und Kriminaloberkommissar/-in	0	3	0
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in, Hauptbrandmeister/-in, Polizei- und Kriminalhauptmeister/-in	47 ¹⁾	0	0
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in, Polizei- und Kriminalhauptmeister/-in	0	47 ¹⁾	47 ¹⁾
A8	Regierungshauptsekretär/-in, Oberbrandmeister/-in, Polizei- und Kriminalobermeister/-in	8	0	0
A8	Regierungshauptsekretär/-in, Polizei- und Kriminalobermeister/-in	0	8	7

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A7	Regierungsobersekretär/-in	1	0	0
A7	Regierungsobersekretär/-in, Polizei- und Kriminalmeister/-in	0	1	0
Summe :		363	363	357

LEERSTELLEN

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B9	Staatssekretär/-in	1	1	1

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungs- und Brandamtsrat/-rätin, Polizei- und Kriminalhauptkommissar/-in	1	1	1

Summe [Leerstellen]:		3	3	3

1) 15 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesG LSA.

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen	A12	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	A11	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	B3	in B2	am 01.11.2025	(aus HH 2019)

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	B9			(aus HH 2012/2013)
1 Stelle	A13 L2.1	am 01.01.2030	Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze	(aus HH 2020/2021)
1 Stelle	A12	am 01.07.2026	Eintritt des Planstelleninhabers / der Planstelleninhaberin in den Ruhestand	(aus HH 2022)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	B2							1					+1	Hebung von A16 in B2 wegen neuer Aufgabenstruktur
2	A16					1							+2	Vollzug ku-Vermerk von AT A 16 in A 16 (aus HH 2020/2021)
3								2						Hebung von A15 in A16 wegen neuer Aufgabenstruktur
4									1					Hebung von A16 in B2 wegen neuer Aufgabenstruktur
5	A15							2					0	Hebung von A14 in A15 wegen Aufgabenstruktur
6									2					Hebung von A15 in A16 wegen neuer Aufgabenstruktur
7	A14											21	-21	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
8	A14								2				+19	Hebung von A14 in A15 wegen Aufgabenstruktur
9												21		Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
10	A13 L2.2											1	-1	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
11	A13 L2.2											1	+1	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
12	A13 L2.1		1										-86	Vollzug kw-Vermerk nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (aus HH 2020/2021)
13												85		Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
14	A13 L2.1											85	+85	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
15	A12											108	-108	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
16	A12											108	+108	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
17	A11											17	-17	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
18	A11	1											+17	neue Aufgabe Regelanfragen gem. § 18 Abs.2 VerfSchG-LSA
19			1											Anpassung an Stellenbedarf
20												17		Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
21	A10											3	-3	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
22	A10											3	+3	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
23	A9 L1.2											47	-47	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
24	A9 L1.2											47	+47	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
25	A8											8	-8	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
26	A8	1											+8	neue Aufgabe Regelanfragen gem. § 18 Abs. 2 VerfSchG-LSA

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
27	A7		1									8		Anpassung an Stellenbedarf
28														Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
29												1	-1	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
30	A7											1	+1	Umbenennung, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
Ohne TG 96		2	3			1		5	5			291	0	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
31	B3						1						0	Umsetzung ku-Vermerk von B3 in B2 (aus HH 2019)
32								1						Hebung von B2 in B3 wegen Aufgabenstruktur
33	B2					1							0	Umsetzung ku-Vermerk von B3 in B2 (aus HH 2019)
34									1					Hebung von B2 in B3 wegen Aufgabenstruktur
35	A11		1										-1	Anpassung an Stellenbedarf
36	A10		3										-3	Anpassung an Stellenbedarf
37	A8		1										-1	Anpassung an Stellenbedarf
38	A7		1										-1	Anpassung an Stellenbedarf
Ohne TG 96			6			1	1	1	1				-6	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen A12 Personalfluktuat (aus HH 2025/2026)
3 Stellen A11 Personalfluktuat (aus HH 2025/2026)

Stellenanzahl

2024 2025 2026

422 41

Bes.Gruppe

A9 L2.1	Regierungsinspektoranwärter/-in	2	4	6
Summe :		2	4	6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparun-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A9 L2.1	2											+2	Einstellung von Anwärtnerinnen und Anwärtern für die Laufbahn Dienst im Verfassungsschutz
Ohne TG 96		2											+2	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
2	A9 L2.1	2											+2	Einstellung von Anwärtnerinnen und Anwärtern für die Laufbahn Dienst im Verfassungsschutz
Ohne TG 96		2											+2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
AT A 16	Verwaltungsdienst	2	1	1
E 15	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst	5	5	3
E 12	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 9a	Verwaltungsdienst	2 ¹⁾	2 ¹⁾	2 ¹⁾
E 8	Verwaltungsdienst	6	6	6
E 6	Sonstige Dienste	1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	11 ²⁾	11 ²⁾	11 ²⁾
E 4	Kraftfahrdienst	4	4	4
Summe :		38	37	35

- 1) Die Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkraft der/des Staatssekretärin/ Staatssekretärs erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2) Die zweite Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkraft der/des Abteilungsleiterin/ Abteilungsleiters erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	AT A 16						1						-1	Vollzug ku-Vermerk von AT A 16 in A 16 (aus HH 2020/2021)
Ohne TG 96							1						-1	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
2	E 14		2										-2	Anpassung an den Stellenbedarf
Ohne TG 96			2										-2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
A16	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	2	2	2
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	6	6	6
A11	Regierungsamtmann/-frau	3	3	3
A10	Regierungsoberinspektor/-in	1	1	1
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	2	2	2
A8	Regierungshauptsekretär/-in	1	1	1
Summe :		16	16	16

428 01

EntgeltGruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
E 11	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 10	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9a	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 8	Verwaltungsdienst	0	2	2
E 6	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 5	Sonstige Dienste	1	1	1
E 5	Verwaltungsdienst	4	3	3
E 4	Hausmeisterdienst	1	1	1
E 4	Koch/Köchin	1	0	0
Summe :		15	15	15

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 8							1					+2	Hebung von E 4 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
2								1						Hebung von E 5 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
3	E 5								1				-1	Hebung nach E 8 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
4	E 4								1				-1	Hebung nach E 8 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
Ohne TG 96								2	2				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B8	Präsident/-in des Landesverwaltungsamtes	1	1	1
B4	Vizepräsident/-in des Landesverwaltungsamtes	1	1	1
B2	Abteilungsdirektor/-in	4	4	4
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in, Leitende(r) Veterinärdirektor/-in	1	1	1
A16	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in, Leitende(r) Biologiedirektor/-in	1	1	1
A16	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in, Leitende(r) Kulturdirektor/-in	2	2	2
A16	Leitende(r) Bau-, Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in, Leitende/r Landwirtschaftsdirektor/-in, Leitende/r Forstdirektor/-in	6	6	6
A16	Leitende(r) Gewerbe-/Medizinal-/Regierungsdirektor/-in	9	9	9
A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Forstdirektor/-in	11	11	11
A15	Regierungsdirektor/-in, Veterinärdirektor/-in, Chemiedirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in	5	5	5
A15	Regierungsdirektor/-in, Med.-Direktor/-in, Pharmaziedirektor/-in, Chemiedirektor/-in	15	15	15
A15	Regierungs-, Brand-, Biologiedirektor/-in	22	22	22
A14	Gewerbe-/Medizinal-/Physik-/Chemieoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin	3	3	3
A14	Bau-, Landesplanungs-, Oberregierungsrat/-rätin	5	5	5
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Med. Oberrat/-rätin, Pharmazieoberrat/-rätin	15	15	15
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberrat/-rätin, Vermessungsoberrat/-rätin, Forstoberrat/-rätin	32	32	32
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Brandoberrat/-rätin	30	30	30
A14	Regierungsoberrat/-rätin, Veterinäroberrat/-rätin, Chemieoberrat/-rätin, Landwirtschaftsoberrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin, Medizinalrat/-rätin, Pharmazierat/-rätin	3	3	3
A13 L2.2	Regierungs-, Brand- und Biologierat/-rätin	37	37	37
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin	34	34	34
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsamtsrat/-rätin, Forstamtsrat/-rätin, Vermessungsamtsrat/-rätin	50	50	50
A12	Bau-, Landesplanungs-, Regierungsamtsrat/-rätin	10	10	10
A12	Regierungs- und Vermessungsamtsrat/-rätin	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A12	Regierungs-, Brandamtsrat/-rätin	79	74	74
A11	Gewerbe-/Regierungsamtmann/-frau	20	20	20
A11	Regierungs-, Brand-, Sozialamtmann/-frau	80	75	75
A11	Bauamtmann/-frau, Landesplanungs-, Regierungsamtmann/-frau	1	1	1
A11	Regierungsamtmann/-frau, Landwirtschaftsamtmann/-frau, Vermessungsamtmann/-frau	21	21	21
A11	Forstamtmann/-frau, Regierungsamtmann/-frau	10	10	10
A11	Regierungs- und Umweltamtmann/-frau	20	20	20
A10	Gewerbe-/Regierungsoberinspektor/-in	9	9	9
A10	Regierungs-, Brandoberinspektor/-in	187	191	191
A10	Forstoberinspektor/-in, Regierungsoberinspektor/-in	4	4	4
A10	Regierungs- und Umweltoberinspektor/-in	20	20	20
A9 L2.1	Regierungsinspektor/-in	23	0	0
A9 L1.2	Gewerbe-/Regierungsamtsinspektor/-in	20 ¹⁾	20 ¹⁾	20 ¹⁾
A8	Gewerbe-/Regierungshauptsekretär/-in	45	45	45
A7	Regierungsobersekretär/-in	23	23	23
A6 L1.2	Regierungssekretär/-in	3	0	0
Summe :		865	833	833

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A11	Regierungs-, Brand-, Sozialamtmann/-frau	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		1	1	1

1) Ein / Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur BesGr. A 9 LBesG LSA.

Planstellen künftig wegfallend:

6 Stellen A13 L2.2 Personalfluktuaton (aus HH 2025/2026)

61 Stellen A10 Personalfluktuaton (aus HH 2025/2026)

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A11 Freistellung bis Ruhestandsversetzung zum 28.02.2030 (aus HH 2019)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A12										5		-5	Senkung nach A10 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
2	A11										5		-5	Senkung nach A10 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
3	A10				6								+4	Umsetzung nach 0910, LEADER/CLLD im Bereich ELER
4										5				Senkung von A11 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
5										5				Senkung von A12 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
6	A9 L2.1		23										-23	Anpassung an den Stellenbedarf
7	A6 L1.2		3										-3	Anpassung an den Stellenbedarf
Ohne TG 96			26		6					10	10		-32	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

6 Stellen	A13 L2.2	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
61 Stellen	A10	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)

Stellenanzahl		
2024	2025	2026

422 41

Bis zu 15 Anwärter/-innen werden in Landesbehörden außerhalb des Einzelplanes 03 praktisch ausgebildet.

Bes.Gruppe

A9 L2.1	Regierungsinspektoranwärter/-in	169	169	169
Summe :		169	169	169

Stellenanzahl		
2024	2025	2026

428 01

EntgeltGruppe

AT A 16	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 15	ärztlicher Dienst, Verwaltungsdienst	8	8	8
E 14	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 14	Wiss. Dienst/ Verw. Dienst/ Techn. Dienst	1	1	1
E 14	Bibliotheksdienst	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 14	ärztlicher Dienst, Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Techn. Verw./Landw. Dienst	20	20	20
E 13	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 12	Techn.-/Verwaltungsdienst	4	4	4
E 12	Verwaltungsdienst	22	22	22
E 11	Techn. Verw./Landw. Dienst	9	9	9
E 11	Techn.-/Verwaltungsdienst	66	66	66
E 11	Verwaltungsdienst	137	133	133
E 11	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	1	1	1
E 10	Bibliotheksdienst	1	1	1
E 10	Techn.-/Verwaltungsdienst	33	33	33
E 10	Verwaltungsdienst	41	40	40
E 10	Verwaltungsdienst; Forstwirtschaftlicher Dienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	130	129	129
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	77	87	87
E 8	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	3	3	3
E 8	Verwaltungsdienst	28 ¹⁾	25 ¹⁾	25 ¹⁾
E 6	Techn.-/Verwaltungsdienst	1	1	1
E 6	Technischer Dienst	3	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	95 ²⁾	72 ²⁾	72 ²⁾
E 5	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 4	Kraftfahrdienst	6	6	6
Summe :		704	682	682

- 1) Die Vorzimmerkraft der Präsidentin/des Präsidenten des Landesverwaltungsamtes erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2) Die Vorzimmerkraft der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Landesverwaltungsamtes erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.

Stellen künftig wegfallend:

18 Stellen E 6 Personalfuktuation (aus HH 2025/2026)

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle AT A 16 in A16 am 01.01.2032 Stelle künftig umzuwandeln in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A16 nach Ausscheiden des Stelleninhabers/Stelleninhaberin und Nachbesetzung mit einem Beamten/Beamtin (aus HH 2023)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11		4										-4	Anpassung an Stellenbedarf
2	E 10		1										-1	Anpassung an Stellenbedarf
3	E 9b		1										-1	Anpassung an Stellenbedarf
4	E 9a							10					+10	Hebung von E 6 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
5	E 8		3										-3	Anpassung an Stellenbedarf
6	E 6		13										-23	Anpassung an Stellenbedarf
7									10					Hebung nach E 9a wegen Neustrukturierung der Aufgaben
Ohne TG 96			22					10	10				-22	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

18 Stellen E 6

Personalfluktuaton

(aus HH 2025/2026)

Stellenanzahl
2024 2025 2026

422 65 (65)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Regierungsdirektor/-in	0	0	0
A14	Oberregierungsrat/-rätin	0	0	0
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	0	0	0
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	0	0	0
A11	Regierungsamtmann/-frau	0	0	0
A10	Regierungsobersinspektor/-in	0	0	0
Summe :		0	0	0

Stellenanzahl
2024 2025 2026

428 65 (65)

EntgeltGruppe

E 15	Techn. Dienst / Verwaltungsdienst	0	0	0
E 14	Techn.-/Verwaltungsdienst	0	0	0
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	0	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 11	Techn.-/Verwaltungsdienst	0	0	0
E 10	Techn.-/Verwaltungsdienst	0	0	0
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	0	0	0
Summe :		0	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

	Stellenanzahl		
	2024	2025	2026

Um eine flexible Stellenbesetzung zu gewährleisten, können bis zu 80 der für die Aufgaben der Polizeiverwaltung ausgewiesenen Planstellen vorübergehend mit Polizeivollzugsbeamten/-innen besetzt werden.

FESTE GEHÄLTER*Bes.Gruppe***Polizeiverwaltung**

B2	Direktor/-in Polizeiinspektion Zentrale Dienste	1 ⁸⁾	1 ⁸⁾	1 ⁸⁾
B2	Rektor/-in der Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt	1 ⁸⁾	1 ⁸⁾	1 ⁸⁾

Summe [Polizeiverwaltung]:	2	2	2

Schutz- und Kriminalpolizei

B2	Direktor/-in Polizeiinspektion Magdeburg	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾
B2	Direktor/-in Polizeiinspektion Halle (Saale)	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾
B2	Direktor/-in des Landeskriminalamtes	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾

Summe [Schutz- und Kriminalpolizei]:	3	3	3

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes.Gruppe***Polizeiverwaltung**

W 2	Professor/-in an einer Fachhochschule	7	7	7
A16	Leitende(r) Medizinaldirektor/-in	1	1	1
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	3 ²⁾	3 ²⁾	3 ²⁾
A15	Regierungsdirektor/-in	13	14	14
A15	Medizinaldirektor/-in	13	12	12
A14	Biologieoberrat/-rätin	1	1	1
A14	Gewerbeoberrat/-rätin	1	1	1
A14	Psychologieoberrat/-rätin	3	3	3
A14	Oberregierungsrat/-rätin	29	29	29
A13 L2.2	Psychologierat/-rätin	1	1	1
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	3	3	3
A13 L2.1	Regierungsoberratsrat/-rätin	24	24	24
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	55	56	56
A12	Polizei amtsrat/-rätin	1	0	0
A12	Vermessungsamtsrat/-rätin	1	1	1
A11	Regierungsamtmann/-frau	82	91	91
A10	Regierungsoberrinspektor/-in	77	77	77
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	45 ¹⁾	45 ¹⁾	45 ¹⁾
A8	Polizeihauptsekretär/-in	1	1	1
A8	Regierungshauptsekretär/-in	68	68	68

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A7	Regierungsobersekretär/-in	46	37	37
Summe [Polizeiverwaltung]:		475	475	475
Schutz- und Kriminalpolizei				
A16	Leitende(r) Polizeidirektor/-in, Leitende(r) Kriminaldirektor/-in	10 ⁹⁾	10 ⁹⁾	10 ⁹⁾
A16	Direktor/-in Polizeiinspektion Dessau-Roßlau	1 ^{3) 4)}	1 ^{3) 4)}	1 ^{3) 4)}
A16	Direktor/-in Polizeiinspektion Stendal	1 ^{3) 4)}	1 ^{3) 4)}	1 ^{3) 4)}
A15	Polizeidirektor/-in, Kriminaldirektor/-in	37	39	39
A14	Polizeioberst/-rätin, Kriminaloberst/-rätin	75	74	74
A13 L2.2	Polizeirat/-rätin, Kriminalrat/-rätin	24 ⁶⁾	24 ⁶⁾	24 ⁶⁾
A13 L2.1	Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in, Erste(r) Kriminalhauptkommissar/-in	304	304	309
A12	Polizeihauptkommissar/-in, Kriminalhauptkommissar/-in	627	687	747
A11	Polizeihauptkommissar/-in, Kriminalhauptkommissar/-in	1.076	1.125	1.145
A10	Polizeioberkommissar/-in, Kriminaloberkommissar/-in	1.701 ⁷⁾	1.774 ⁷⁾	1.774 ⁷⁾
A9 L1.2	Polizeihauptmeister/-in, Kriminalhauptmeister/-in	2.293 ⁵⁾	2.210 ⁵⁾	2.210 ⁵⁾
A8	Polizeiobermeister/-in, Kriminalobermeister/-in	958	943	943
Summe [Schutz- und Kriminalpolizei]:		7.107	7.192	7.277
Summe :		7.587	7.672	7.757

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes. Gruppe***Polizeiverwaltung**

A11	Regierungsamtmann/-frau	1	1	1
Summe [Polizeiverwaltung]:		1	1	1
Schutz- und Kriminalpolizei				
A13 L2.2	Polizeirat/-rätin, Kriminalrat/-rätin	0	1	1
A10	Polizeioberkommissar/-in, Kriminaloberkommissar/-in	0	1	1
Summe [Schutz- und Kriminalpolizei]:		0	2	2
Summe [Leerstellen]:		1	3	3

- 1) Davon erhalten 13 Stelleninhaber/-innen eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.Gr. A 9 LBesG.
- 2) Davon erhält 1 Stelleninhaber/-in eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.Gr. A 16 LBesG.
- 3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.Gr. A 16 LBesG.
- 4) Die Planstelle darf im Einzelfall auch mit einem Verwaltungsbeamten/-beamtin besetzt werden.
- 5) Davon erhalten 673 Stelleninhaber/-innen eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.Gr. A 9 LBesG.
- 6) Auf 15 Stellen dürfen für die Zeit der Aufstiegsausbildung zugelassene Polizeivollzugsbeamte/-beamtinnen der Laufbahngruppe 2.1 geführt werden.
- 7) Auf 150 Stellen dürfen für die Zeit der Aufstiegsausbildung zugelassene Polizeivollzugsbeamte/-innen der Laufbahngruppe 1 geführt werden.
- 8) Die Planstelle darf im Einzelfall auch mit einem Polizeivollzugsbeamten/einer Polizeivollzugsbeamtin besetzt werden.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

9) Davon erhalten 2 Stelleninhaber/-innen eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.Gr. A 16 LBesG.

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen	A12	Vz: nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2022)
2 Stellen	A11	Vz: nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2024)
2 Stellen	A10	Vz: nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2024)
3 Stellen	A9 L1.2	Vw: Personalfuktuation	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	A9 L1.2	Vw mZ: Personalfuktuation	(aus HH 2025/2026)
9 Stellen	A9 L1.2	Vz: nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen, davon 5 A 9 m. Z.	(aus HH 2022)
68 Stellen	A8	Vw: Personalfuktuation	(aus HH 2025/2026)
25 Stellen	A7	Vw: Personalfuktuation	(aus HH 2025/2026)

Planstellen künftig umzuwandeln:

32 Stellen	A9 L1.2	in A11	Vz mZ: nach Beendigung der Aufstiegsausbildung	(aus HH 2025/2026)
91 Stellen	A9 L1.2	in A10	Vz: nach Beendigung der Aufstiegsausbildung	(aus HH 2025/2026)
8 Stellen	A9 L1.2	in A10	Vz mZ: nach Beendigung der Aufstiegsausbildung	(aus HH 2025/2026)
93 Stellen	A8	in A10	Vz: nach Beendigung der Aufstiegsausbildung	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	A7	in A10	Vw: Personalfuktuation	(aus HH 2024)
5 Stellen	A7	in A11	Vw: Personalfuktuation	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Polizeiverwaltung														
1	A15											1	+1	Umbenennung von MedD
2	A15											1	-1	Umbenennung nach RD
3	A12											1	+1	Umbenennung von Polizeiamtsrat/-rätin
4	A12											1	-1	Umbenennung nach Regierungsamtsrat/-rätin
5	A11							9					+9	ku von A 7
6	A7								9				-9	ku nach A 11
Schutz- und Kriminalpolizei														
7	A15	1											+2	Stellenreserve
8								1						Hebung von A 14
9	A14								1				-1	Hebung nach A 15
10	A12	60											+60	Stellenreserve
11	A11	21											+49	Stellenreserve
12								27						Hebung Stellenreserve von A 9 mZ
13								1						Hebung von A 10 kw PR
14	A10							59					+73	Hebung Stellenreserve von A 9 1.2
15								15						Hebung Stellenreserve von A 8
16									1					Hebung nach A 11 kw PR
17	A9 L1.2	2											-83	kw Personalrat
18		1												kw Personalrat mZ
19									27					Hebung Stellenreserve nach A 11
20									59					Hebung Stellenreserve nach A 10
21	A8								15				-15	Hebung Stellenreserve nach A 10
Ohne TG 96		85						112	112			2	+85	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
Schutz- und Kriminalpolizei														
22	A13 L2.2	1											+1	
23	A10	1											+1	
Leerstellen		2											+2	
Veränderungen in 2026														
Schutz- und Kriminalpolizei														
24	A13 L2.1	5											+5	Stellenreserve
25	A12	60											+60	Stellenreserve
26	A11	20											+20	Stellenreserve
Ohne TG 96		85											+85	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

3 Stellen	A9 L1.2	Vw: Personalfluktuatun	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	A9 L1.2	Vw mZ: Personalfluktuatun	(aus HH 2025/2026)
68 Stellen	A8	Vw: Personalfluktuatun	(aus HH 2025/2026)
25 Stellen	A7	Vw: Personalfluktuatun	(aus HH 2025/2026)

Planstellen künftig umzuwandeln:

32 Stellen	A9 L1.2	in A11	Vz mZ: nach Beendigung der Aufstiegsausbildung	(aus HH 2025/2026)
91 Stellen	A9 L1.2	in A10	Vz: nach Beendigung der Aufstiegsausbildung	(aus HH 2025/2026)
8 Stellen	A9 L1.2	in A10	Vz mZ: nach Beendigung der Aufstiegsausbildung	(aus HH 2025/2026)
93 Stellen	A8	in A10	Vz: nach Beendigung der Aufstiegsausbildung	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	A7	in A11	Vw: Personalfluktuatun	(aus HH 2025/2026)

veränderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

9 Stellen	A9 L1.2	Vz: nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen, davon 5 A 9 m. Z.	(aus HH 2022)
2 Stellen	A11	Vz: nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2024)

Planstellen künftig umzuwandeln:

5 Stellen	A7	in A10	Vw: Personalfluktuatun	(aus HH 2024)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

9 Stellen	A7	in A11	Vw: Personalfluktuatun	(aus HH 2024)

422 41

Bes. Gruppe

Polizeiverwaltung

		2024	2025	2026
A9 L2.1	Polizeikommissaranwärter/-in	919	919	919
A7	Polizeimeisteranwärter/-in	768	768	768
Summe [Polizeiverwaltung]:		1.687	1.687	1.687
Summe :		1.687	1.687	1.687

428 01

Entgelt Gruppe

Polizeiverwaltung

		2024	2025	2026
E 15	Technischer Dienst	2	2	2
E 14	Technischer Dienst	17	17	17
E 14	Verwaltungsdienst	17	17	17
E 13	Verwaltungsdienst	16 ¹⁾	21 ¹⁾	21 ¹⁾

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 12	Technischer Dienst	8	8	8
E 12	Verwaltungsdienst	9	9	9
E 11	Technischer Dienst	11	11	11
E 11	Verwaltungsdienst	44	43	43
E 10	Technischer Dienst	3	3	3
E 10	Verwaltungsdienst	39	31	31
E 9b	Verwaltungsdienst	17 ²⁾	18 ²⁾	19 ²⁾
E 9a	Verwaltungsdienst	107 ²⁾	117 ²⁾	117 ²⁾
E 9a	Technischer Dienst	27	28	28
E 9a	Handwerklicher Dienst	3	3	3
E 8	Handwerklicher Dienst	13	13	13
E 8	Sonstige Dienste	5	5	5
E 8	Technischer Dienst	7	7	7
E 8	Verwaltungsdienst	41 ²⁾	49 ²⁾	57 ²⁾
E 7	Handwerklicher Dienst	3	3	3
E 6	Handwerklicher Dienst	10	10	10
E 6	Sonstige Dienste	2	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	164 ⁴⁾	165 ⁴⁾	164 ⁴⁾
E 5	Technischer Dienst	1	1	1
E 5	Verwaltungs- und Schreibdienst	125 ³⁾	107 ³⁾	100 ³⁾
E 4	Kraftfahrdienst	20	20	20
E 4	Sonstige Dienste	2	2	2
E 4	Verwaltungsdienst	10	10	10
E 3	Sonstige Dienste	3	3	3
E 3	Verwaltungsdienst	8	7	6
S 18	Sozial- und Erziehungsdienst	1	1	1
S 12	Sozial- und Erziehungsdienst	21	21	21
Summe [Polizeiverwaltung]:		756	753	753
Summe :		756	753	753

- 1) Davon erhalten 3 Stelleninhaber/-innen, die als Lehrkräfte für besondere Aufgaben eingesetzt sind, ein außertarifliches Entgelt in Höhe der Entgeltgruppe E 13 TV-L.
- 2) Die auf diesen Stellen geführten Musiker/-innen erhalten ein außertarifliches Entgelt.
- 3) Die Vorzimmerkräfte der Direktoren/der Direktorinnen der Polizeiinspektionen Magdeburg, Stendal, Dessau-Roßlau und Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt, die Vorzimmerkraft des Direktors/der Direktorin des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt und die Vorzimmerkraft des Rektors/der Rektorin der Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche widerrufliche Zulage auf der Grundlage des Schnellbriefes des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt vom 05.07.2013, 1412-3076/S8.
- 4) Die Vorzimmerkraft des Direktors/der Direktorin der Polizeiinspektion Halle/S. erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche widerrufliche Zulage auf der Grundlage des Schnellbriefes des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt vom 05.07.2013, 1412-3076/S8.

Stellen künftig wegfallend:

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	E 14	VD: nach Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme zum/zur Sachverständigen	(aus HH 2022)
2 Stellen	E 13	VD: nach Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme zum/zur Sachverständigen	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 12	VD: nach Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme zum/zur Sachverständigen	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 12	VD: nach Wegfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2022)
3 Stellen	E 11	VD: nach Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme zum/zur Sachverständigen	(aus HH 2022)
8 Stellen	E 10	VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 10	VD: nach Fortfall nach Wegfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2024)
2 Stellen	E 9b	VD: nach Wegfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 9a	TD: nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2022)
25 Stellen	E 8	VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	E 6	VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	VD: nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2025/2026)
15 Stellen	E 5	VuS: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	E 11	in E 13	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)
12 Stellen	E 6	in E 8	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2020/2021)
1 Stelle	E 6	in E 9b	am 01.01.2025 VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	in E 9b	am 31.12.2026 VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.03.2025 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.06.2025 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.07.2026 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.08.2025 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.08.2025 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.09.2025 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.11.2025 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 31.12.2025 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	E 4	in E 8	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)
5 Stellen	E 3	in E 8	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2019)
1 Stelle	E 3	in E 8	am 01.12.2026 VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 3	in E 8	am 31.12.2025 VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Polizeiverwaltung														
1	E 13	1											+5	kw Ausbildungsstelle f. d. Qualifizierung von SV'en
2		2												Einrichtung Forschungsstelle LKA
3								2						HHV ku von E 11 VD
4	E 11	1											-1	kw Ausbildungsstelle f. d. Qualifizierung von SV'en
5									2					HHV ku nach E 13 VD
6	E 10				8								-8	HH-Vollzug 2024, Umsetzung nach Kap. 2001 BLSA
7	E 9b	1											+1	kw Personalrat
8	E 9a							10					+10	ku von E 5 VuS
9	E 9a							1					+1	ku von E 6 SD
10	E 8							1					+8	ku von E 3 VD
11								7						ku von E 5 VuS
12	E 6								1				-1	ku nach E 9 a TD
13	E 6							1					+1	Hebung von E 5 VuS kw PR
14	E 5								10				-18	ku nach E 9 a VD
15									7					ku nach E 8 VD
16									1					Hebung nach E 6 VD kw PR
17	E 3								1				-1	ku nach E 8 VD
Ohne TG 96		5			8			22	22				-3	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
Polizeiverwaltung														
18	E 9b							1					+1	ku von E 6 VD
19	E 8							7					+8	ku von E 5 VuS
20								1						ku von E 3 VD
21	E 6								1				-1	ku nach E 9 b VD
22	E 5								7				-7	ku nach E 8 VD
23	E 3								1				-1	ku nach E 8 VD
Ohne TG 96								9	9				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

8 Stellen	E 10	VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
25 Stellen	E 8	VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	E 6	VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	VD: nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2025/2026)
15 Stellen	E 5	VuS: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	E 6	in E 9b	am 01.01.2025	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	in E 9b	am 31.12.2026	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.03.2025	VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.06.2025	VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.07.2026	VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.08.2025	VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.08.2025	VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.09.2025	VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 01.11.2025	VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	in E 8	am 31.12.2025	VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 3	in E 8	am 01.12.2026	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 3	in E 8	am 31.12.2025	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)

veränderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen	E 13		VD: nach Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme zum/zur Sachverständigen	(aus HH 2022)
3 Stellen	E 11		VD: nach Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme zum/zur Sachverständigen	(aus HH 2022)
2 Stellen	E 9b		VD: nach Wegfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2023)

Stellen künftig umzuwandeln:

5 Stellen	E 3	in E 8	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2019)
12 Stellen	E 6	in E 8	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2020/2021)
1 Stelle	E 11	in E 13	VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 5		VuS: nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2024)

Stellen künftig umzuwandeln:

3 Stellen	E 5	in E 9a	VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2019)
1 Stelle	E 6	in E 9a	am 01.09.2024 SD in TD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 5	in E 9a	am 01.03.2024 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 5	in E 9a	am 01.07.2024 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 5	in E 9a	am 01.08.2024 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)
2 Stellen	E 5	in E 9a	am 01.09.2024 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 5	in E 9a	am 01.11.2024 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 5	in E 9a	am 01.12.2024 VuS in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 3	in E 8	am 01.02.2024 VD in VD: Personalfluktuat	(aus HH 2024)

03 21 Sonderaufgaben der Landespolizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 61 (61)				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 11	Technischer Kampfmittelbeseitigungsdienst	2	3	3
E 9b	Technischer Kampfmittelbeseitigungsdienst	7	6	6
E 6	Technischer Kampfmittelbeseitigungsdienst	6	6	6
E 5	Technischer Kampfmittelbeseitigungsdienst	18	17	17
Summe :		33	32	32

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Um- setzungen		Umwand- lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe- nen- nun- gen	Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11							1					+1	Hebung von E9b
2	E 9b								1				-1	Hebung nach E11
3	E 5		1										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96			1					1	1				-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 5

Erreichen der Regelaltersgrenze

(aus HH 2023)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
A16	Leitende(r) Branddirektor/-in	1	1	1
A15	Branddirektor/-in	2	2	2
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Brandoberrat/-rätin	6	6	6
A13 L2.2	Regierungs-, Brandrat/-rätin	5	5	5
A13 L2.1	Regierungsoberrats-, Brandoberratsrat/-rätin	3	3	3
A12	Regierungs-, Brandamtsrat/-rätin	34	34	30
A11	Regierungs-, Brandamtmann/-frau	3	3	3
A10	Brandoberinspektor/-in	1	1	1
A9 L1.2	Hauptbrandmeister/-in, Regierungsamtsinspektor/-in	3	3	3
Summe :		58	58	54

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
8 Stellen	A12	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	A11	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2026														
1	A12		4										-4	Anpassung an Stellenbedarf
Ohne TG 96			4										-4	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
8 Stellen	A12	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	A11	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 41				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A13 L2.2	Brandreferendar/-in	5	4	4
A10	Brandoberinspektoranwärter/-in	5	7	10
A7	Brandmeisteranwärter/-in	4	6	6
Summe :		14	17	20

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A13 L2.2		1										-1	Einsparung Brandreferendar
2	A10	2											+2	Einstellung Brandoberinspektoranwärter
3	A7	2											+2	Einstellung Brandmeisteranwärter
Ohne TG 96		4	1										+3	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
4	A10	3											+3	Einstellung Brandoberinspektoranwärter
Ohne TG 96		3											+3	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Verwaltungsdienst	7	7	7
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	3	3	3
E 11	Verwaltungsdienst	1	6	9
E 10	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 9a	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 8	Verwaltungsdienst	9	9	9
E 6	Verwaltungsdienst	4	4	4
Summe :		34	39	42

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11	5											+5	Anpassung an Stellenbedarf
Ohne TG 96		5											+5	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
2	E 11	3											+3	Anpassung an Stellenbedarf
Ohne TG 96		3											+3	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Leitende(r) Archivdirektor/-in	1	1	1
A15	Archivdirektor/-in	2	2	2
A14	Archivoberrat/-rätin	8	10	11
A13 L2.2	Archivrat/-rätin	11	9	8
A13 L2.1	Archivoberamtsrat/-rätin	1	0	0
A12	Archiv-/Regierungsamtsrat/-rätin	1	1	1
A11	Archivamtmann/-frau	4	5	5
A10	Archiv-/Regierungsoberinspektor/-in	7	7	7
A9 L2.1	Archivinspektor/-in	10	10	10
Summe :		45	45	45

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A14							2					+2	Hebung von A 13 L2.2 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
2	A13 L2.2								2				-2	Hebung nach A 14 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
3	A13 L2.1										1		-1	Senkung nach A 11 wegen Stellenplananpassung
4	A11									1			+1	Senkung von A 13 L2.1 wegen Stellenplananpassung
Ohne TG 96								2	2	1	1		0	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
5	A14							1					+1	Hebung von A 13 L2.2 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
6	A13 L2.2								1				-1	Hebung nach A 14 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
Ohne TG 96								1	1				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 41				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A13 L2.2	Referendar/-in	3	3	3
A9 L2.1	Archivinspektoranwärter/-in	3	3	3
Summe :		6	6	6

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 11	Verwaltungs-, Technischer Dienst	1	1	1
E 10	Archivdienst	2	2	2
E 9b	Bibliotheksdienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst, Archivtechn. Dienst	3	3	3
E 8	Verwaltungs-, Archivtechn. Dienst	3	3	3
E 6	Verwaltungs-/Archivtechn. Dienst	13	13	13

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 5	Verwaltungs-/Archivtechn. Dienst	6	6	6
Summe :		29	29	29

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B2	Präsident/-in des Statistischen Landesamtes	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in	5	5	5
A14	Oberregierungsrat/-rätin	14	14	14
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	5	5	5
A11	Regierungsamtmann/-frau	3	3	3
A10	Regierungsoberinspektor/-in	4	4	4
A9 L2.1	Regierungsinspektor/-in	2	2	2
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	2	2	2
A8	Regierungshauptsekretär/-in	1	1	1
A7	Regierungsobersekretär/-in	2	2	2
Summe :		41	41	41

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 L2.1	Personalfluktuatun	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	A7	Personalfluktuatun	(aus HH 2025/2026)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 L2.1	Personalfluktuatun	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	A7	Personalfluktuatun	(aus HH 2025/2026)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Verwaltungsdienst	1	2	2
E 13	Verwaltungsdienst	7	9	9
E 12	Verwaltungsdienst	3	7	7
E 11	Verwaltungsdienst	46	42	42
E 10	Verwaltungsdienst	19	18	17
E 9b	Verwaltungsdienst	17	18	18

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 9a	Verwaltungsdienst	45	44	42
E 8	Verwaltungsdienst	12	12	12
E 6	Verwaltungsdienst	22	22	20
E 5	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 4	Kraftfahrdienst	1	1	1
E 3	Druckereidienst	1	1	1
E 2	Verwaltungsdienst	0	0	0
Summe :		179	181	176

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 10	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9b	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
6 Stellen	E 6	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14	1						2					+1	Umstrukturierung von Aufgaben
2	E 13												+2	Hebung aus E 11 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
3	E 12	1											+4	Umstrukturierung von Aufgaben
4								3						Hebung aus E 11 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
5	E 11							1					-4	Hebung aus E 10 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
6									3					Hebung nach E 12 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
7									2					Hebung nach E 13 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
8	E 10								1				-1	Hebung nach E 11 wegen Neustrukturierung der Aufgaben
9	E 9b							1					+1	Hebung aus E 9a wegen Neustrukturierung der Aufgaben
10	E 9a								1				-1	Hebung nach E 9b wegen Neustrukturierung der Aufgaben
Ohne TG 96		2						7	7				+2	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
11	E 10		1										-1	Anpassung an Stellenbedarf
12	E 9a		2										-2	Anpassung an Stellenbedarf
13	E 6		2										-2	Anpassung an Stellenbedarf
Ohne TG 96			5										-5	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 10	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9b	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)
6 Stellen	E 6	Personalfluktuat	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Regierungsdirektor/-in	1	1	2
A14	Medizinaloberrat/-rätin	4	4	4
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1	1	2
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin	0	1	1
A13 L2.1	Regierungsoberratsrat/-rätin	5	0	0
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	4	8	9
A11	Regierungsamtsmann/-frau	5	2	3
A10	Regierungsobersinspektor/-in	3	1	1
A9 L1.2	Amtsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	0	0	3
A8	Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst	0	7	28
A8	Regierungshauptsekretär/-in	7	7	7
A7	Obersekretär/-in im Justizvollzugsdienst	7	0	0
Summe :		37	32	60

Bes.Gruppe	ZAST	ASE Volkstedt	Zusammen
A15	1	1	2
A14	5	1	6
A13	1		1
A12	8	1	9
A11	2	1	3
A10	1		1
A9		3	3
A8	7	28	35
A7			0
Zusammen	25	35	60

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A13 L2.1											1	+1	Umbenennung von Regierungsoberamtsrat/-rätin wegen Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
2	A13 L2.1										4		-5	Senkung nach A12 wegen Anpassung an Struktur der ZAST
3												1		Umbenennung in Regierungsrat/-rätin wegen Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
4	A12									4			+4	Senkung von A13 L 2.1 wegen Anpassung an Struktur der ZAST
5	A11						3						-3	Umwandlung der Planstellen A11 in Stellen E9a wegen Anpassung an Struktur der ZAST
6	A10						2						-2	Umwandlung der Planstellen A10 in Stellen E9a wegen Anpassung an Struktur der ZAST
7	A8							7					+7	Hebung von A7 wegen Anpassung an Justizvollzugsdienst in Volkstedt
8	A7								7				-7	Hebung nach A8 wegen Anpassung an Justizvollzugsdienst in Volkstedt
Ohne TG 96							5	7	7	4	4	1	-5	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
9	A15	1											+1	Inbetriebnahme Abschiebesicherungseinrichtung Volkstedt
10	A14	1											+1	Inbetriebnahme Abschiebesicherungseinrichtung Volkstedt
11	A12	1											+1	Inbetriebnahme Abschiebesicherungseinrichtung Volkstedt
12	A11	1											+1	Inbetriebnahme Abschiebesicherungseinrichtung Volkstedt
13	A9 L1.2	3											+3	Inbetriebnahme Abschiebesicherungseinrichtung Volkstedt
14	A8	21											+21	Inbetriebnahme Abschiebesicherungseinrichtung Volkstedt
Ohne TG 96		28											+28	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenanzahl

2024

2025

2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Bes.Gruppe

A7	Obersekretäranwärter/-in im Justizvollzugsdienst	18	18	18
Summe :		18	18	18

428 01

Stellenanzahl

2024 **2025** **2026**

EntgeltGruppe

E 9b	Verwaltungsdienst	13	6	6
E 9a	Verwaltungsdienst	13	28	28
E 6	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 5	Hausmeisterdienst	7	7	7
E 5	Kraftfahrdienst	4	5	5
E 4	Handwerklicher Dienst	4	4	4
E 4	Kraftfahrdienst	1	0	0
E 4	Sonstige Dienste	1	1	1
E 3	Sonstige Dienste	6	6	6
KR 7	Pflegedienst	3	3	3
KR 9	Pflegedienst	1	1	1
S 17	Sozial- und Erziehungsdienst	1	1	1
S 11b	Sozial- und Erziehungsdienst	17	13	13
S 8a	Sozial- und Erziehungsdienst	3	4	4
Summe :		76	81	81

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen E 9a

Personalfluktuat

(aus HH 2025/2026)

EntgeltGruppe	ZAST	Zusammen
E 9b	6	6
E 9a	28	28
E 6	2	2
E 5	12	12
E 4	5	5
E 3	6	6
KR 7	3	3
KR 9	1	1
S 8a	4	4
S 11b	13	13
S 17	1	1
Zusammen	81	81

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Ein-spar-un-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9b					2							-7	Umwandlung von S 11b wegen Neustrukturierung der Aufgaben
2											9			Senkung nach E 9a wegen Anpassung an die Struktur der ZAST
3	E 9a					2							+15	Umwandlung der Planstellen A10 in Stellen E9a wegen Anpassung an Struktur der ZAST
4						3								Umwandlung der Planstellen A11 in Stellen E9a wegen Anpassung an Struktur der ZAST
5						1								Umwandlung von S 11b wegen Neustrukturierung der Aufgaben
6										9				Senkung von E 9b wegen Anpassung an die Struktur der ZAST
7	E 5							1					+1	Hebung von E 4 wegen Aufgabenzuwachs
8	E 4								1				-1	Hebung nach E 5 wegen Aufgabenzuwachs
9	S 11b						1						-4	Umwandlung nach E 9a wegen Neustrukturierung der Aufgaben
10							2							Umwandlung nach E 9b wegen Neustrukturierung der Aufgaben
11											1			Senkung nach S 8a wegen Neustrukturierung der Aufgaben
12	S 8a									1			+1	Senkung von S 11b wegen Neustrukturierung der Aufgaben
Ohne TG 96						8	3	1	1	10	10		+5	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen E 9a

Personalfluktuatun

(aus HH 2025/2026)

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0301	0308	0310	0320	0336	0342	0343	0363			Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung C und W											
W 2 L2.2				7							7
Summe				7							7
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	1										1
B8 L2.2			1								1
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	4										4
B4 L2.2			1								1
B3 L2.2	3										3
B2 L2.2	20		4	5			1				30
Summe	29		6	5			1				41
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	14	1	20	16	1	1	1				54
A15 L2.2	31		53	65	2	2	5	1			159
A14 L2.2	19		86	108	6	10	14	5			248
A13 L2.2	1		74	28	5	9					117
A13 L2.1	85	2		328	3	0	1	1			420
A12 L2.1	108	6	135	744	34	1	5	8			1.041
A11 L2.1	17	3	147	1.216	3	5	3	2			1.396
A10 L2.1	3	1	224	1.851	1	7	4	1			2.092
A9 L2.1			0			10	2				12
A9 L1.2	47	2	20	2.255	3		2	0			2.329
A8 L1.2	8	1	45	1.012			1	14			1.081
A7 L1.2	1		23	37			2	0			63
A6 L1.2			0								0
Summe	334	16	827	7.660	58	45	40	32			9.012
Summe 2025	363	16	833	7.672	58	45	41	32			9.060
Summe 2024	363	16	865	7.587	58	45	41	37			9.012
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2					4	3					7
A10 L2.1					7						7
A9 L2.1	4		169	919		3					1.095
A7 L1.2				768	6			18			792
Summe	4		169	1.687	17	6		18			1.901
Summe 2025	4		169	1.687	17	6		18			1.901
Summe 2024	2		169	1.687	14	6		18			1.896

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0301	0308	0310	0320	0336	0342	0343	0363			Summe
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16	1		1								2
E 15	1		8	2							11
E 14	5		7	34			2				48
E 13			25	21	10		9				65
E 12	1		26	17			7				51
E 11	5	2	209	54	6	1	42				319
E 10		1	76	34	2	2	18				133
E 9b		1	129	18	4	4	18	6			180
E 9a	2	1	87	148	4		44	28			314
E 8	6	2	28	74	9	3	12				134
E 7				3							3
E 6	12	3	76	176	4	13	22	2			308
E 5		4	4	108		6	5	12			139
E 4	4	1	6	32			1	5			49
E 3				10			1	6			17
E 2							0				0
KR 7								3			3
KR 9								1			1
S 18				1							1
S 17								1			1
S 12				21							21
S 11b								13			13
S 8a								4			4
Summe 2025	37	15	682	753	39	29	181	81			1.817
Summe 2024	38	15	704	756	34	29	179	76			1.831
Stellen 2025	404	31	1.684	10.112	114	80	222	131			12.778
Stellen 2024	403	31	1.738	10.030	106	80	220	131			12.739
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	1										1
Summe	1										1
Besoldungsordnung A											
A13 L2.2				1							1
A13 L2.1	1										1
A12 L2.1	1										1
A11 L2.1			1	1							2

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0301	0308	0310	0320	0336	0342	0343	0363			Summe
A10 L2.1				1							1
Summe	2		1	3							6
Summe 2025	3		1	3							7
Summe 2024	3		1	1							5
Leerstellen 2025	3		1	3							7
Leerstellen 2024	3		1	1							5

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	0301	0308	0310	0320	0336	0342	0343	0363			Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung C und W											
W 2 L2.2				7							7
Summe				7							7
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	1										1
B8 L2.2			1								1
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	4										4
B4 L2.2			1								1
B3 L2.2	3										3
B2 L2.2	20		4	5			1				30
Summe	29		6	5			1				41
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	14	1	20	16	1	1	1				54
A15 L2.2	31		53	65	2	2	5	2			160
A14 L2.2	19		86	108	6	11	14	6			250
A13 L2.2	1		74	28	5	8					116
A13 L2.1	85	2		333	3	0	1	1			425
A12 L2.1	108	6	135	804	30	1	5	9			1.098
A11 L2.1	16	3	147	1.236	3	5	3	3			1.416
A10 L2.1	0	1	224	1.851	1	7	4	1			2.089
A9 L2.1			0			10	2				12
A9 L1.2	47	2	20	2.255	3		2	3			2.332
A8 L1.2	7	1	45	1.012			1	35			1.101
A7 L1.2	0		23	37			2	0			62
A6 L1.2			0								0
Summe	328	16	827	7.745	54	45	40	60			9.115
Summe 2026	357	16	833	7.757	54	45	41	60			9.163
Summe 2025	363	16	833	7.672	58	45	41	32			9.060
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2					4	3					7
A10 L2.1					10						10
A9 L2.1	6		169	919		3					1.097
A7 L1.2				768	6			18			792
Summe	6		169	1.687	20	6		18			1.906
Summe 2026	6		169	1.687	20	6		18			1.906
Summe 2025	4		169	1.687	17	6		18			1.901

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel									
	0301	0308	0310	0320	0336	0342	0343	0363		Summe
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
ATA 16	1		1							2
E 15	1		8	2						11
E 14	3		7	34			2			46
E 13			25	21	10		9			65
E 12	1		26	17			7			51
E 11	5	2	209	54	9	1	42			322
E 10		1	76	34	2	2	17			132
E 9b		1	129	19	4	4	18	6		181
E 9a	2	1	87	148	4		42	28		312
E 8	6	2	28	82	9	3	12			142
E 7				3						3
E 6	12	3	76	175	4	13	20	2		305
E 5		4	4	101		6	5	12		132
E 4	4	1	6	32			1	5		49
E 3				9			1	6		16
E 2							0			0
KR 7								3		3
KR 9								1		1
S 18				1						1
S 17								1		1
S 12				21						21
S 11b								13		13
S 8a								4		4
Summe 2026	35	15	682	753	42	29	176	81		1.813
Summe 2025	37	15	682	753	39	29	181	81		1.817
Stellen 2026	398	31	1.684	10.197	116	80	217	159		12.882
Stellen 2025	404	31	1.684	10.112	114	80	222	131		12.778
Leerstellen:										
1. Planmäßige Beamte										
Besoldungsordnung B										
B9 L2.2	1									1
Summe	1									1
Besoldungsordnung A										
A13 L2.2				1						1
A13 L2.1	1									1
A12 L2.1	1									1
A11 L2.1			1	1						2

Zergliederung der Stellen,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	0301	0308	0310	0320	0336	0342	0343	0363			Summe
A10 L2.1				1							1
Summe	2		1	3							6
Summe 2026	3		1	3							7
Summe 2025	3		1	3							7
Leerstellen 2026	3		1	3							7
Leerstellen 2025	3		1	3							7

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

[illegible]

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 04
Ministerium der Finanzen

Vorwort zum Einzelplan 04

A. Überblick zu den für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Der Einzelplan des Ministeriums der Finanzen umfasst folgende Kapitel:

- Kapitel 0401: Ministerium der Finanzen
- Kapitel 0406: Finanzämter
- Kapitel 0407: Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste

Im Finanzministerium werden alle Einnahmen und Ausgaben des Landes vorausberechnet, eingeplant und überwacht.

Dabei bilden die Steuern den größten Einnahmeposten im Landeshaushalt. In der Steuerabteilung als oberster Dienst- und Fachaufsichtsbehörde für die Finanzämter werden die steuerfachlichen Aufgaben sowie die Organisation der Steuerverwaltung wahrgenommen.

Für die Verwaltung der Besitz- und Verkehrsteuern sind die Finanzämter zuständig.

Aufgabe des Kreditreferates im Finanzministerium ist es, haushaltswirtschaftlich erforderliche Kredite so aufzunehmen, dass die Zinsbelastung möglichst gering ist und die jederzeitige Zahlungsfähigkeit des Landes gesichert ist.

Neben Investitionszulagen und Bürgschaften für Unternehmen als wichtige Instrumente der Wirtschaftsförderung, über die das Finanzministerium wacht, sind Landesbeteiligungen ein weiterer wichtiger Faktor beim wirtschaftlichen Aufbau in Sachsen-Anhalt.

Im Einzelplan 04 sind die Personalausgaben und Verwaltungsausgaben zur Wahrnehmung der genannten Aufgaben veranschlagt

B. Zentrale Zielsetzung in den politischen Handlungsbereichen

1. Überblick nach politischen Handlungsbereichen

Die Aufgaben des Ministeriums der Finanzen werden zu den politischen Handlungsbereichen:

1. „politische Führung (Steuerung der Landesfinanzen)“,
2. „Steuerwesen“

zusammengefasst.

FZ	Bezeichnung	Einnahmen 2024	Ausgaben 2024	Einnahmen 2025	Ausgaben 2025	Einnahmen 2026	Ausgaben 2026
0	Allgemeine Dienste	26.134	258.352	36.180	262.678	36.135	259.005
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	4.324	43.820	4.231	43.094	4.231	43.613
011	Politische Führung	256	30.380	180	28.567	180	28.259
016	Hochbauverwaltung	2.943	2.943	2.926	2.926	2.926	2.926
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, soweit nicht unter Funktionen 048, 058, 068, 118 und 138	1.125	10.496	1.125	11.600	1.125	12.428
06	Finanzverwaltung	21.810	214.532	31.948	219.584	31.903	215.391
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	19.024	163.393	29.402	165.259	29.402	160.344
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	2.785	24.850	2.546	25.447	2.501	24.017
068	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Finanzverwaltung	0	26.288	0	28.878	0	31.031
8	Finanzwirtschaft		17.272	0	20.746	0	21.905
84	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	0	8.032	0	7.685	0	7.702
841	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	0	8.032	0	7.685	0	7.702
85	Rücklagen	0	9.239	0	13.061	0	14.202
851	Rücklagen	0	9.239	0	13.061	0	14.202

88	Globalposten	0	0	0	0	0	0
881	Globalposten	0	0	0	0	0	0
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0	0	0	0	0
891	Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0	0	0	0	0
	Gesamtsumme	26.134	275.634	36.180	283.424	36.135	280.910

Die Einnahmen und Ausgaben für die wesentlichen politischen Handlungs- und Aufgabenbereiche werden in der nachfolgenden Übersichtstabelle dargestellt:

Zu 01.: Die politische Führung (Steuerung der Landesfinanzen) beinhaltet im Wesentlichen die Aufstellung des Landeshaushalts sowie dessen Steuerung und die Aufstellung der Jahresrechnung. Dazu gehören auch die Kommunalfinanzen, die Schuldenverwaltung des Landes, die zentraleeteiligungsverwaltung sowie die Erledigung von Bauangelegenheiten des Bundes im Rahmen der Organleihe. Diese Aufgaben werden im Ministerium wahrgenommen. Im Kapitel 0401 sind die Personal- und Sachausgaben veranschlagt sowie Planstellen und Stellen ausgebracht.

Zu 06.: Die Kapitel 0406 und 0407 bilden die Einnahmen und Ausgaben der Finanzämter des Landes Sachsen-Anhalt ab.

2. Strategische Ziele und Vorhaben

In den einzelnen politischen Handlungsbereichen sind folgende strategische Ziele und Vorhaben umzusetzen:

Politischer Handlungsbereich	Ziele
<u>Politische Führung</u> Die Sach- und Personalausgaben sind überwiegend im Ministerialkapitel veranschlagt. Die Umsetzung der Ziele dient der Erhöhung der Effektivität, Effizienz und Nachhaltigkeit.	- Steuerung der Landesfinanzen (Aufstellung des Landeshaushalts sowie dessen unterjährige Steuerung und die Aufstellung der Jahresrechnung) mit den Maßnahmen: - den Landeshaushalt zu konsolidieren, - die Schulden zu tilgen und keine Neuverschuldung zuzulassen. - Festlegung von VzÄ-Zielen für die einzelnen Schwerpunktbereiche bzw. Fachkapitel und Überwachung der Einhaltung - Steuerung der Personalausgaben durch Budgets - Sicherstellung einer funktions- und leistungsfähigen Verwaltung, - Hochbau, Bundesbau mit den Maßnahmen: - der effektiven Betreuung von Hoch- und Bundesbaumaßnahmen (Planung und Bau der Hochbauten des Landes und des Bundes im Wege der Organleihe).
<u>Finanzverwaltung</u> Die Ausgaben sind vorrangig in Kapitel 0406 veranschlagt.	- Begleitung der Steuergesetzgebung mit den Maßnahmen: - der Vereinfachung, - Sicherung der Steuereinnahmen des Landes. - Verwaltung der Steuern in den Finanzämtern, Durchführung der Besteuerung nach dem Einkommen, dem Ertrag, dem Vermögen und dem Umsatz und Durchführung steuerlicher Aufgaben auf Grund von Sonderzuständigkeiten mit den Maßnahmen: - der Sicherung der Steuereinnahmen des Landes, - der Verbesserung der Bürgernähe und Kundenzufriedenheit, - Aufsicht über die steuerberatenden Berufe.

Gender-Ziel:

Zur Erreichung des Oberzieles „Chancengleichheit hinsichtlich der beruflichen Situation und Entwicklung von Frauen und Männern“ wird zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer auch in der Finanzverwaltung die Möglichkeit der Ausübung von Wohnraumarbeit geschaffen.

	GG2 Genderziel ist Hauptziel	GG1 Genderziel ist Nebenziel	GG0 Gender kein Ziel
Haushaltsansatz 2025 in €	0	251.594.100	31.830.400
Haushaltsansatz 2026 in €	0	248.178.400	32.731.300

Zur Erreichung des Oberzieles „Erhöhung des Frauenanteils in unterrepräsentierten Bereichen“ ist vorgesehen, den Frauenanteil in Führungspositionen durch die bevorzugte Besetzung von gehobenen Führungspositionen mit Frauen zu erhöhen. Das

Ziel soll durch Maßnahmen wie die Thematisierung der Übernahme von Führungsverantwortung im Rahmen der Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche und die Förderung der Bediensteten durch Weiterbildungsangebote oder Coaching erreicht werden.

Die Angebote im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung enthalten neben einzelnen konkreten genderbezogenen Maßnahmen in vielen Bereichen Genderperspektiven als Nebenziel. Vor diesem Hintergrund wurden die Haushaltsansätze für Aus-, Fort- und Weiterbildung der Kapitel 0401, 0406 und 0407 unter GG1 zugeordnet.

C. Organisatorische oder sonstige Veränderungen

Die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen sind in den Kapiteln 1901 und 1903, Titelgruppe 65, des Einzelplans 19 - Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) - ausgewiesen.

D. Geplante Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen sind im Kapitel 20 03 des Einzelplans 20 - Hochbau – ausgewiesen.

04 Ministerium der Finanzen

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
04 01	Ministerium der Finanzen		180.500	3.606.200		3.786.700	47.018.800
04 06	Finanzämter		27.396.700	2.451.000		29.847.700	180.385.100
04 07	Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste		2.319.500	226.100		2.545.600	23.718.400
	Summe 2025		29.896.700	6.283.300		36.180.000	251.122.300
	Summe 2024		19.872.200	6.262.200		26.134.400	235.866.500
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+10.024.500	+21.100		+10.045.600	+15.255.800

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
3.325.700	271.100		43.000	2.014.700	52.673.300	-48.886.600	4.800.000	04 01
10.948.200	2.429.500		370.000	10.291.800	204.424.600	-174.576.900	5.960.800	04 06
1.088.500	557.600		87.000	875.100	26.326.600	-23.781.000	0	04 07
15.362.400	3.258.200		500.000	13.181.600	283.424.500	-247.244.500	10.760.800	
27.623.800	2.263.700		521.700	9.348.500	275.624.200	-249.489.800	9.604.000	
-12.261.400	+994.500		-21.700	+3.833.100	+7.800.300	+2.245.300	+1.156.800	

04 Ministerium der Finanzen

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
04 01	Ministerium der Finanzen		180.500	3.606.200		3.786.700	46.837.400
04 06	Finanzämter		27.396.700	2.451.000		29.847.700	178.660.200
04 07	Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste		2.274.900	226.100		2.501.000	22.209.000
	Summe 2026		29.852.100	6.283.300		36.135.400	247.706.600
	Summe 2025		29.896.700	6.283.300		36.180.000	251.122.300
	2026 mehr(+) / weniger(-)		-44.600	0		-44.600	-3.415.700

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
2.842.800	1.476.100		35.000	2.134.200	53.325.500	-49.538.800	4.818.000	04 01
10.907.200	1.492.500		310.000	11.167.300	202.537.200	-172.689.500	0	04 06
1.179.300	572.100		61.000	1.025.600	25.047.000	-22.546.000	0	04 07
14.929.300	3.540.700		406.000	14.327.100	280.909.700	-244.774.300	4.818.000	
15.362.400	3.258.200		500.000	13.181.600	283.424.500	-247.244.500	10.760.800	
-433.100	+282.500		-94.000	+1.145.500	-2.514.800	+2.470.200	-5.942.800	

04 **Ministerium der Finanzen**
04 01 **Ministerium der Finanzen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0401 beträgt zum 31.12.2025 353 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0401 beträgt zum 31.12.2026 353 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines

In diesem Kapitel sind alle Einnahmen und Ausgaben ausgebracht, die ausschließlich das Ministerium der Finanzen selbst betreffen. Darüber hinaus sind in den Titeln 441 02, 443 01, 446 01, 453 01 und 453 11 Ausgaben zentral für den Einzelplan 04, die Technische Hilfe in den Kapiteln 1321 und 1322, den ELER im Kapitel 1390/1391 eingestellt.

Die Titelgruppe 92 weist die Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Organleihe für die Fachaufsicht führende Ebene des Bundeshochbaus und die entsprechenden Stellen dafür aus.

Die baudurchführende Ebene wird insoweit beim Landesbetrieb BLSA im Kapitel 2001 berücksichtigt.

Einnahmen

111 11	011	Verwaltungsgebühren	2.000 0	1.000	1.000
119 01	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit	50.000 56.370	60.000	60.000
119 41	011	Rückzahlung von Überzahlungen	0 298.411	0	0
119 46	011	Ersatzleistungen	1.000 37.142	3.500	3.500
119 51	011	Vermischte Einnahmen	200 2.386	2.500	2.500
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	202.400 146.941	113.500	113.500

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	28.200	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	34.100	0	0
5.	Erstattung für anteilige Gebäudenutzung Bundesbau	66.000	65.800	65.800
6.	Erstattung für anteilige Nutzung von Maschinen und Geräten Bundesbau	73.600	46.900	46.900
7.	Einnahmen aus der Bereitstellung von E-Ladesäulen	500	800	800
Summe		202.400	113.500	113.500

132 02	011	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	500 0	0	0
235 01	011	Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 01 **Ministerium der Finanzen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	680.000 682.845	680.000	680.000

Titelgruppe(n)

92 **Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Organleihe für den Bundeshochbau**

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 04 01 Titelgruppe 92.

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt und der Bund haben am 29.11.2018 eine Verwaltungsvereinbarung über die Erledigung von Bauangelegenheiten des Bundes im Land Sachsen-Anhalt mit Wirkung zum 01.01.2019 abgeschlossen.

Auf der Grundlage von § 5b des Finanzverwaltungsgesetzes überträgt der Bund die Erledigung seiner Bauangelegenheiten im Land dem Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt und die Leitung dieser Aufgaben dem Referat 35 "Bundesbau, Fachaufsichtführende Ebene Bundesbau" in der Abteilung Vermögens- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten, Staatliches Liegenschafts- und Baumanagement im Ministerium der Finanzen im Wege der Organleihe.

Die Kostenerstattung erfolgt auf der Grundlage der entstandenen Ist-Kosten auf Nachweis.

231 92	016	Erstattungen von Verwaltungsausgaben	2.943.200 2.703.359	2.926.200	2.926.200

Erläuterungen:

Erstattung der Personal- und Sachausgaben vom Bund für Bedienstete der Referate "Zivile Bauangelegenheiten des Bundes, Zuwendungsbau Bund, Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten Bundesbau, Fachaufsicht Bundesbau" und "Baumaßnahmen der Bundeswehr, Ingenieurbau und Technische Gebäudeausrüstung Bundesbau, Fachaufsicht Bundesbau".

Nachrichtlich: Summe TGr. 92	2.943.200	2.926.200	2.926.200

04 Ministerium der Finanzen
04 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	183.000	195.000	200.000
			184.681	0	0

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	180.386	178.700	190.300	195.300
2.	Dienstaufwandsentschädigung	4.295	4.300	4.300	4.300
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0	0	0
4.	Sonderzuwendung	0	0	400	400
Zusammen		184.681	183.000	195.000	200.000

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	17.644.500	19.196.000	17.848.800
			18.294.789	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	18.294.789	17.644.500	19.196.000	17.848.800
2.	Aufwandsentschädigung	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		18.294.789	17.644.500	19.196.000	17.848.800

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

427 31	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	2.000	102.000	152.000
			0	0	0

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6.010.800	6.259.700	6.498.000
			5.692.176	0	0

noch zu 428 01

Aufgliederung des Ansatzes im Titel:

428 03	011	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	0 0	0 0

431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	173.000	192.000	193.000
			186.385	0	0

432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	7.489.100	8.385.500	8.968.900
			7.499.622	0	0

In diesem Titel sind auch die Versorgungsausgaben für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen der Technischen Hilfe bei Kapitel 1321 und 1322, der ELER Kapitel 1390/1391, sowie das Kapitel 2001 mit eingestellt.

432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	900.600	1.237.500	1.361.100
			990.267	0	0

In diesem Titel sind auch die Versorgungsausgaben für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen der Technischen Hilfe bei Kapitel 1321 und 1322, der ELER Kapitel 1390/1391, sowie das Kapitel 2001 mit eingestellt.

441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	6.717.600	6.463.200	6.463.200
			6.463.162	0	0

443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	313.400	224.000	241.100
			164.550	0	0

443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	1.000	2.000	2.000
			259	0	0

In diesem Titel sind auch die Ausgaben amtsärztliche Untersuchungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen der Technischen Hilfe bei Kapitel 1321 und 1322, der ELER Kapitel 1390/1391 mit eingestellt.

443 06	841	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0	0	0
			0	0	0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 01 **Ministerium der Finanzen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 443 06

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel

443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	49.200 62.278	58.600 0	61.300 0

Erläuterungen:

In diesem Titel sind auch die Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für das Kapitel 0407, für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen der Technischen Hilfe bei Kapitel 1321 und 1322, der ELER Kapitel 1390/1391, sowie das Kapitel 2001 mit eingestellt.

446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	1.885.000 1.493.399	1.726.800 0	1.843.400 0

453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	103.400 105.944	106.100 0	106.100 0

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Trennungsgeld	69.706	94.300	69.800	69.800
2. Umzugskostenvergütung	36.238	9.100	36.300	36.300
Zusammen	105.944	103.400	106.100	106.100

453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	897.100 238.340	890.000 0	890.000 0

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Trennungsgeld für Fortbildung	121.475	294.100	32.000	79.500
2. Trennungsgeld für Ausbildung	116.865	603.000	858.000	810.500
Zusammen	238.340	897.100	890.000	890.000

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	388.500 288.027	329.000 0	329.000 0

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Geschäftsbedarf	216.390	221.000	208.000	208.000
2. Kommunikation	6.693	65.000	65.000	65.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	64.243	102.000	56.000	56.000
4. Sonstiges	701	500	0	0
Zusammen	288.027	388.500	329.000	329.000

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	60.000 57.081	60.800 0	60.800 0

Erläuterungen:

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Ist 2024	Soll 2025	Soll 2026
PKW	8	6	6	6
Nutz- und Sonderfahrzeuge	2	2	2	2

04 **Ministerium der Finanzen**
04 01 **Ministerium der Finanzen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

Fahrräder	3	3	5	5
Zusammen	13	11	13	13

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Haltung von Fahrzeugen	54.141	58.400	58.800	58.800
2. Dienst- und Schutzkleidung	2.104	1.000	1.000	1.000
3. Verbrauchsmittel	495	500	1.000	1.000
4. Sonstiges	341	100	0	0
Zusammen	57.081	60.000	60.800	60.800

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	605.000	627.000	667.000
			590.159	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Heizung	0	0	0	0
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0	0
3. Reinigung, Müllanfuhr usw. Be- und Entwässerung	271.784	240.000	231.000	247.000
4. Bewachung, Winterdienst	318.233	345.000	376.000	400.000
5. Sonstiges	142	20.000	20.000	20.000
Zusammen	590.159	605.000	627.000	667.000

517 30	011	Mietnebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	807.300	0	0
			653.900	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Heizung	230.000	505.400	0	0
2. Elektrizität (ohne Heizung), sonstiger Energiebedarf	270.000	191.200	0	0
3. Reinigung, Müllanfuhr usw. Be- und Entwässerung	42.000	109.100	0	0
4. Bewachung	1.900	0	0	0
5. Sonstiges	110.000	1.600	0	0
Zusammen	653.900	807.300	0	0

518 01	011	Mieten und Pachten	13.000	15.000	15.000
			9.524	0	0

518 02	011	Lizenzgebühren	45.000	44.000	50.000
			22.710	0	0

518 13	011	Mieten oder private Vorfinanzierung von DKfz	45.100	45.500	48.700
			30.442	0	0

518 30	011	Mietzahlungen an BLSA	2.089.500	0	0
			1.942.489	0	0

04 Ministerium der Finanzen
04 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 30

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Mietzahlungen Editharing 40	750.900	847.100	0	0
2. Mietzahlungen Olvenstedter Str. 1-2	66.100	73.300	0	0
3. Mietzahlungen Olvenstedter Str. 3a	6.000	8.200	0	0
4. Mietzahlungen Olvenstedter Str. 4-5	1.069.189	1.098.600	0	0
5. Mietzahlungen Tiefgarage Editharing	17.700	28.200	0	0
6. Mietzahlungen PKW-Stellplätze	32.600	34.100	0	0
Zusammen	1.942.489	2.089.500	0	0

519 01 011 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 50.000 33.000 33.000
81.385 0 0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	50.000	33.000	33.000
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
Summe	50.000	33.000	33.000

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	81.385	50.000	33.000	33.000
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0	0
Zusammen	81.385	50.000	33.000	33.000

522 01 011 Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge 75.000 0 0
212.769 0 18.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				18.000	18.000
2028					
2029 ff.					
Summen				18.000	18.000

Erläuterungen:

Im Rahmen der Personalentwicklung ist eine Beauftragung zur Durchführung einer Potentialanalyse für die Entwicklung zukünftiger Führungskräfte durch ein externes Unternehmen beabsichtigt. Der externe Dienstleister soll für eine onlinebasierte Messung von Kompetenzen und deren Ausprägungen zur Entwicklung von Führungspersönlichkeiten in Anspruch genommen werden. Der Beginn des Ausschreibungsverfahrens ist für 2026 vorgesehen, die Durchführung der Personalentwicklungsmaßnahme soll 2027 erfolgen.

525 01 011 Aus- und Fortbildung 92.000 100.000 100.000
65.232 0 0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 01 **Ministerium der Finanzen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
525 03	011	Aus- und Fortbildung in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	10.000 3.585	11.000 0	11.000 0
526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	340.000 530.763	1.070.000 0	590.000 0
Erläuterungen:					
			Ist 2023	2024	2025
					2026
1. Allgemeine Prozessführungskosten			495.802	20.000	770.000
2. Prozessführungskosten in Klageverfahren zum kommunalen Finanzausgleich			34.961	320.000	300.000
Zusammen			530.763	340.000	1.070.000
					590.000
526 02	011	Sachverständige	0 74	0 0	0 0
527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	90.000 85.479	110.000 0	110.000 0
** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.					
527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	30.000 31.873	32.000 0	32.000 0
Erläuterungen:					
Die Zusammensetzung des HPR-Vorstandes mit Bediensteten, deren Wohnsitze stark über das Land verteilt sind, bedingt einen hohen Bedarf an Reisekosten.					
529 01	011	Verfügungsmittel des Ministers und des Staatssekretärs	7.500 6.960	7.500 0	7.500 0
** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.					
529 05	011	Verfügungsmittel der Landesregierung	21.000 10.104	15.000 0	15.000 0
** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.					
532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	72.000 43.143	46.000 0	46.000 0
** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.					
Erläuterungen:					
Enthalten sind neben den allgemeinen Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit die Kosten, die sich aus einer Verstärkung der Maßnahmen zur Nachwuchskräftegewinnung ergeben.					
533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	134.000 5.829	43.000 0	23.000 0
537 01	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	20.000 0	0 0	0 0
542 01	011	Umsatzsteuer	36.300 1.365	0 0	0 0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 01 **Ministerium der Finanzen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 542 01

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das Ministerium der Finanzen erfolgen zentral aus diesem Titel.

546 01	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	0 90	0 0	0 0
611 01	011	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0 0	0 0	0 0
632 01	011	Sonstige Zuweisungen an Länder	1.341.800 973.388	182.500 4.800.000	1.387.500 4.800.000

Übertragbar

*** Umsetzungen von Kap. 04 01 Titel 671 02

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	885.000				885.000
2026			1.200.000		1.200.000
2027			1.200.000	1.200.000	2.400.000
2028			1.200.000	1.200.000	2.400.000
2029 ff.			1.200.000	2.400.000	3.600.000
Summen	885.000		4.800.000	4.800.000	10.485.000

Erläuterungen:

Die Aufgabe der Besteuerung der im Ausland ansässigen Rentner wird zentral vom Land Mecklenburg-Vorpommern wahrgenommen. Das Land Sachsen-Anhalt erstattet dafür seinem Länderanteil am Steueraufkommen entsprechend, die anteiligen Verwaltungskosten.

Die zu leistenden monatlichen Vorauszahlungen werden jährlich durch das Land Mecklenburg-Vorpommern angepasst. Die Zahl der im Ausland lebenden, steuerpflichtigen Rentner steigt.

Auf der Grundlage eines in 2025 oder 2026 zu ratifizierenden Verwaltungsabkommens zur Verteilung der umlagefähigen Kosten gemäß der jeweiligen Zuständigkeiten nach der Umsatzsteuerzuständigkeitsverordnung erhalten ab 2026 Bundesländer mit einem überdurchschnittlichen Aufkommen an zu bearbeitenden Steuerfällen durch eine jährliche Kostenabrechnung einen Kostenausgleich von den Bundesländern mit einem unterdurchschnittlichen Aufkommen an zu bearbeitenden Steuerfällen. Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern, die kein Zentralfinanzamt haben und daher eine Ausgleichszahlung leisten müssen.

Da der Zeitpunkt des Abschlusses des Verwaltungsabkommens sowohl in 2025 als auch im Jahr 2026 liegen kann, wird die benötigte VE vorsorglich in beiden Jahren ausgebracht. Die Inanspruchnahme der in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen darf in 2026 nur im Umfang der im Haushaltsjahr 2025 nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigung erfolgen.

04 Ministerium der Finanzen
04 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Erstattung der Kosten des Landes Brandenburg im Rahmen der Ausbildungskooperation	844.386	1.170.800	0	0
2. Erstattung der Kosten des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die bundesweite Zentralzuständigkeit zur Besteuerung der im Ausland ansässigen Rentner	113.837	135.000	140.000	145.000
3. Erstattung im Rahmen des Kostenausgleiches an die nach der UStZustV bundesweit zentral zuständigen Länder	0	0	0	1.200.000
4. Maßnahmen zur Etablierung einer bürgernahen Sprache in der Steuerverwaltung	0	0	1.500	1.500
5. Erstattung der Kosten der "Zentralen Datenstelle" der Landesfinanzminister	15.165	36.000	41.000	41.000
Zusammen	973.388	1.341.800	182.500	1.387.500

681 01	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	5.000 580	600 0	600 0

682 01	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	100.000 0	0 0	0 0

811 01	011	Erwerb von Fahrzeugen	0 0	8.000 0	0 0

Übertragbar

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Neubeschaffung von E-Bikes	0	0	8.000	0
Zusammen	0	0	8.000	0

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	61.700 34.273	35.000 0	35.000 0

Erläuterungen:

Aufgrund des Alters der Büromöbel und der Küchengeräte müssen diese sukzessive ersetzt werden. Außerdem sind zunehmend ergonomisch gerechte Büroeinrichtungen anzuschaffen.

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Ersatz- und Neubeschaffung von Büromöbeln	17.953	36.700	25.000	25.000
2. Ausrüstungsgegenstände für Küchenbetrieb	8.722	20.000	5.000	5.000
3. Ersatz- und Neubeschaffung von technischen Geräten	7.598	5.000	5.000	5.000
Zusammen	34.273	61.700	35.000	35.000

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	1.593.100 1.458.699	1.893.800 0	2.009.300 0

972 01	011	Globale Minderausgabe	0 0	0 0	0 0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 01 **Ministerium der Finanzen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

92 **Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Organleihe für den Bundeshochbau**

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 04 01 Titelgruppe 92.

Erläuterungen:

Personal- und Sachausgaben für die Erledigung von Bauangelegenheiten des Bundes im Rahmen der Organleihe gemäß Verwaltungsabkommen über die Hochbauangelegenheiten des Bundes.

422 92	016	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	418.200	408.500	421.200
			454.197	0	0

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	454.197	418.200	408.500	421.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		454.197	418.200	408.500	421.200

428 92	016	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.544.500	1.553.000	1.566.600
			1.470.516	0	0

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlungen und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	107.385	107.600	114.300	115.000
		1.363.131	1.436.900	1.438.700	1.451.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		1.470.516	1.544.500	1.553.000	1.566.600

441 92	016	Beihilfen an Beamtinnen und Beamte	10.300	18.900	20.700
			15.220	0	0

453 92	016	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen sowie Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen	0	0	0
			0	0	0

04 Ministerium der Finanzen
04 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 453 92

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel gemäß VV Nr. 2.1 zu § 11 LHO zum Nachweis der Ausgaben.

511 92	016	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5.500 4.386	5.500 0	5.500 0

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Geschäftsbedarf	4.386	5.500	5.500	5.500
Zusammen	4.386	5.500	5.500	5.500

514 92	016	Verbrauchsmittel, Haltung von Kraftfahrzeugen	7.300 7.542	6.700 0	6.700 0

Erläuterungen:

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 01.01.2022	Soll 2023	Soll 2024
PKW	2	2	2
Zusammen	2	2	2

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Haltung von Fahrzeugen	5.433	6.900	6.150	6.150
2. Dienst- Schutzkleidung, persönliche Ausrüstung	0	0	0	0
3. Verbrauchsmittel	2.022	400	400	400
4. Sonstiges	87	0	150	150
Zusammen	7.542	7.300	6.700	6.700

517 92	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	74.500 45.000	46.900 0	46.900 0

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Heizung	10.500	49.200	7.500	7.500
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Bedarf	10.800	8.200	5.500	5.500
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	15.900	12.100	14.900	14.900
4. Bewachung	7.800	5.000	15.500	15.500
5. Sonstiges	0	0	3.500	3.500
Zusammen	45.000	74.500	46.900	46.900

518 92	016	Miete von Gebäuden, Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	74.400 62.660	73.500 0	73.500 0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	66.700	65.800	65.800
2. Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3. Leasing	7.700	7.700	7.700
Summe	74.400	73.500	73.500

04 **Ministerium der Finanzen**
04 01 **Ministerium der Finanzen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
525 92	016	Aus- und Fortbildung	8.800 2.077	8.800 0	8.800 0
526 92	016	Gerichts- und ähnliche Kosten, Sachverständige, Fachbeiräte	0 0	55.400 0	57.500 0
527 92	016	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	9.600 8.085	9.600 0	9.600 0
533 92	016	Dienstleistungen Außenstehender	280.000 248.827	270.000 0	270.000 0
547 92	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	256.200 10.018	260.500 0	226.300 0
631 92	016	Sonstige Zuweisungen an Bund	120.000 0	88.000 0	88.000 0
812 92	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	25.000 0	0 0	0 0
916 92	016	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	108.900 109.719	120.900 0	124.900 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 92			2.943.200	2.926.200 0	2.926.200 0

04 Ministerium der Finanzen
04 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	256.100	180.500	180.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.623.200	3.606.200	3.606.200
Gesamteinnahme		3.879.300	3.786.700	3.786.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	44.342.700	47.018.800	46.837.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	5.747.500	3.325.700	2.842.800
			0	18.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.566.800	271.100	1.476.100
			4.800.000	4.800.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	86.700	43.000	35.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	1.702.000	2.014.700	2.134.200
			0	0
Gesamtausgabe		53.445.700	52.673.300	53.325.500
Gesamtsumme der VE			4.800.000	4.818.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-49.566.400	-48.886.600	-49.538.800

04 **Ministerium der Finanzen**
04 06 **Finanzämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Hauptgruppen 5 - 8 der Kapitel 0406 und 0407 sind gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme des Titels 518 03 bei Kapitel 0407.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0406 und 0407 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 3.017 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0406 und 0407 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 3.017 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Die Finanzämter sind als örtliche Landesbehörden für die Verwaltung der Steuern mit Ausnahme der Zölle und der bundesgesetzlich geregelten Verbrauchsteuern zuständig, soweit die Verwaltung nicht auf Grund des Artikels 108 Abs. 4 Satz 1 des Grundgesetzes den Bundesfinanzbehörden oder auf Grund des Artikels 108 Abs. 4 Satz 2 des Grundgesetzes den Gemeinden (Gemeindeverbänden) übertragen worden ist. Den Finanzämtern obliegen die Besteuerung nach dem Einkommen, dem Ertrag, dem Vermögen und dem Umsatz sowie die Durchführung steuerlicher Aufgaben auf Grund von Sonderzuständigkeiten.

Einnahmen

111 02	061	Säumniszuschläge und Verspätungszuschläge	15.000.000 20.221.127	25.000.000	25.000.000
111 03	061	Mitwirkungsverzögerungsgeld	0 0	0	0
111 11	061	Verwaltungsgebühren	0 0	0	0
112 01	061	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	1.300.000 1.629.648	2.000.000	2.000.000
119 41	061	Rückzahlung von Überzahlungen	0 13.328	15.000	15.000
119 45	061	Umsatzsteuerrückzahlungen aus Vorjahren	0 0	0	0
119 46	061	Ersatzleistungen	218.000 145.056	218.000	218.000
119 51	061	Vermischte Einnahmen	305.000 88.422	150.000	150.000
124 01	061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	194.500 129.417	12.700	12.700

04 **Ministerium der Finanzen**
04 06 **Finanzämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 124 01

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.		Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.		Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.		Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	194.500	12.700	12.700
5.		Sonstige Mieten und Pachten	0	0	0
		Summe	194.500	12.700	12.700
132 02	061	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	1.000 556	1.000	1.000
235 01	061	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0 0	0	0
261 01	061	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben für die Verwaltung der Kirchensteuer	2.000.000 1.885.283	2.000.000	2.000.000
261 02	061	Erstattung sonstiger Verwaltungskosten	6.000 0	6.000	6.000
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	445.000 438.261	445.000	445.000

04 **Ministerium der Finanzen**
04 06 **Finanzämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	061	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	118.966.900 123.155.628	129.049.400 0	122.697.800 0

Erläuterungen:

Beamte der Steuerverwaltung im Aufsichtsdienst bei den Spielbanken des Landes Sachsen-Anhalt erhalten zur Abgeltung ihrer Aufwendungen eine steuerfreie Aufwandsentschädigung nach § 3 EStG für Bekleidung in Höhe von 70,-- EUR monatlich.

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	123.155.628	118.961.800	129.044.300	122.692.700
2.	Aufwandsentschädigung	0	5.100	5.100	5.100
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		123.155.628	118.966.900	129.049.400	122.697.800

422 41	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	3.068.000 2.208.956	3.024.400 0	4.440.600 0

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	2.208.956	3.068.000	3.024.400	4.440.600
2.	Aufwandsentschädigung	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
4.	Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs- (Forst-)praktikanten	0	0	0	0
Zusammen		2.208.956	3.068.000	3.024.400	4.440.600

422 51	061	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 0	0 0	0 0

427 01	061	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	516.200 873.820	899.300 0	1.933.800 0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Haushaltsmittel für befristete Einstellungen zur Absicherung von Mehrbedarfen u.a. im Rahmen der Grundsteuerreform.

428 01	061	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	20.987.500 20.353.962	18.370.000 0	18.389.800 0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 06 **Finanzämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

		Ist 2023	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlungen und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	- tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	20.353.962	20.987.500	18.370.000	18.389.800
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		20.353.962	20.987.500	18.370.000	18.389.800

428 51	062	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

432 01	068	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	20.954.500	23.074.200	24.808.100
			19.840.706	0	0

Erläuterungen:

In diesem Titel sind auch die Versorgungsausgaben der Finanzdienste Kapitel 0407 mit eingestellt.

432 02	068	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.341.100	1.353.500	1.442.700
			1.174.977	0	0

443 02	061	Amtsärztliche Untersuchungen	175.000	164.100	167.500
			111.714	0	0

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Amtsärztliche Untersuchungen	29.862	30.500	30.100	30.100
2.	Arbeitsmedizinische Betreuung	81.852	144.500	134.000	137.400
Zusammen		111.714	175.000	164.100	167.500

443 11	068	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	215.500	236.900	242.400
			235.679	0	0

446 01	068	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	3.776.900	4.213.300	4.537.500
			3.564.802	0	0

511 01	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.100.000	3.720.000	3.540.000
			3.566.034	0	0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 06 **Finanzämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Geschäftsbedarf	607.225	1.005.100	710.000	720.000
2. Kommunikation	2.772.167	2.955.400	2.825.000	2.630.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	178.822	131.200	145.000	160.000
4. Sonstiges	7.820	8.300	40.000	30.000
Zusammen	3.566.034	4.100.000	3.720.000	3.540.000

514 01	061	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	37.800	41.100	39.400
			29.878	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Haltung von Fahrzeugen	20.966	9.600	22.800	23.300
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	6.352	13.000	14.700	12.400
3. Verbrauchsmittel	2.216	1.800	3.100	3.200
4. Sonstiges	344	1.800	500	500
Zusammen	29.878	26.200	41.100	39.400

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Ist 2024	Soll 2025	Soll 2026
Fahrzeuge	5	5	10	10
Nutz- und Sonderfahrzeuge	5	5	5	5
Zusammen	10	10	15	15

517 01	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.553.000	1.622.400	1.669.300
			1.396.730	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Heizung	124.042	198.000	180.200	181.000
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	60.040	65.300	81.600	84.600
3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	1.093.120	1.135.000	1.202.600	1.241.700
4. Bewachung	82.900	81.000	112.400	116.400
5. Sonstiges	36.628	73.700	45.600	45.600
Zusammen	1.396.730	1.553.000	1.622.400	1.669.300

517 30	061	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	2.597.400	0	0
			1.950.373	0	0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 06 **Finanzämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 30

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Heizung	580.000	902.200	0	0
2. Elektrizität (ohne Heizung), sonstiger Energiebedarf	850.100	1.057.500	0	0
3. Be- und Entwässerung	164.000	191.900	0	0
4. Bewachung	10.300	13.200	0	0
5. Unterhaltung von Anlagen	244.950	405.500	0	0
6. Sonstiges	101.023	27.100	0	0
Zusammen	1.950.373	2.597.400	0	0

518 01	061	Mieten und Pachten	988.500	1.006.800	1.007.100
			931.022	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	9.603.000	960.400			10.563.400
2026	4.481.400	960.400			5.441.800
2027		960.400			960.400
2028		6.722.800			6.722.800
2029 ff.					
Summen	14.084.400	9.604.000			23.688.400

Erläuterungen:

Verpflichtungsermächtigung für die Fremdanmietungen zur Unterbringung der Finanzämter Dessau-Roßlau, Fachbereich Steuer (Kühnauer Str. 166) und Salzwedel (Buchenallee 2).

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Für Grundstücke, Gebäude Anlagen	889.518	961.400	961.000	961.000
2. Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	41.504	27.100	45.800	46.100
3. Für Leasing	0	0	0	0
Zusammen	931.022	988.500	1.006.800	1.007.100

Für angemietete Diensträume und -gebäude sind im Einzelnen veranschlagt:

	2024	2025	2026
1. FA Salzwedel - Dienstgebäude	320.200	320.000	320.000
2. FA Dessau-Roßlau - Dienstgebäude	640.200	640.200	640.200
3. FA Quedlinburg - Raum Personalversammlung	1.000	800	800
Zusammen	961.400	961.000	961.000

518 02	061	Lizenzgebühren	570.700	520.000	560.000
			467.186	0	0
518 13	061	Miete oder private Vorfinanzierung (z.B. Leasing von Dienst-Kfz)	38.000	19.500	19.500
			24.703	0	0
518 30	061	Mietzahlungen an BLSA	6.594.000	0	0
			6.152.053	0	0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 06 **Finanzämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 30

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Finanzamt Bitterfeld-Wolfen	585.630	635.400	0	0
2. Finanzamt Eisleben	468.112	487.600	0	0
3. Finanzamt Genthin	200.236	214.000	0	0
4. Finanzamt Haldensleben	302.061	360.000	0	0
5. Finanzamt Halle (Saale)	1.134.308	1.197.600	0	0
6. Finanzamt Magdeburg	1.290.469	1.317.300	0	0
7. Finanzamt Merseburg	333.028	341.100	0	0
8. Finanzamt Naumburg	419.264	478.700	0	0
9. Finanzamt Quedlinburg	649.118	725.400	0	0
10. Finanzamt Staßfurt	188.962	192.500	0	0
11. Finanzamt Stendal	356.410	389.900	0	0
12. Finanzamt Wittenberg	224.455	254.500	0	0
Zusammen	6.152.053	6.594.000	0	0

519 01	061	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	73.900	97.100	98.100
			64.906	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024	2025	2026
1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	42.224	45.400	65.400	65.400
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	22.682	28.500	31.700	32.700
Zusammen	64.906	73.900	97.100	98.100

522 01	061	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	48.800	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die externe Begleitung europaweiter Vergabeverfahren.

525 01	061	Aus- und Fortbildung	390.000	330.000	330.000
			209.629	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der erforderliche Fortbildungsbedarf für die Finanzämter, der durch die zuständigen Fachreferate des Ministeriums der Finanzen ermittelt wird.

526 01	061	Gerichts- und ähnliche Kosten	900.000	527.000	507.000
			474.143	0	0

526 02	061	Sachverständige	0	0	0
			309	0	0

526 03	061	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	90.000	61.400	61.400
			31.315	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses und der Schätzungsausschüsse für die Bodenschätzung.

527 01	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	1.000.000	920.000	970.000
			908.638	0	0

04 Ministerium der Finanzen
04 06 Finanzämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
527 03	061	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	12.000 2.596	8.000 0	8.000 0
533 01	061	Dienstleistungen Außenstehender	144.500 44.784	48.000 0	48.000 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Ausgaben für Honorare und Reisekosten im Rahmen bundesweiter Tagungen, für Einsätze der Steuerfahndung, für die Beteiligung externer Dienstleister im Projekt "Leistungsvergleich zwischen den Finanzämtern", für Laboruntersuchungen im Rahmen der Bodenschätzung, Aufwendungen der AG Bodenschätzung der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft sowie für das Gesundheitsmanagement (3 T€ je Finanzamt). Darüber hinaus ist Haushaltsvorsorge für bestehende Personalengpässe im Bereich der Hausmeisterdienste und Servicekräfte zu treffen. Verstärkt kommen externe Dienstleister zum Einsatz.					
537 01	061	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	20.000 0	0 0	0 0
542 01	062	Umsatzsteuer	5.000 0	4.500 0	4.500 0
Erläuterungen:					
Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für die Finanzämter des Landes erfolgen zentral aus diesem Titel.					
Es handelt sich hier um den Sonderfall einer Lieferung aus dem (umsatzsteuerrechtlichen) Drittland Schweiz, bei dem der Leistungsempfänger (in diesem Fall das MF für das Land Sachsen-Anhalt) nach § 13b Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 S. 1 und 3 UStG Schuldner der Umsatzsteuer ist und diese nach erfolgter Leistung abführen muss. Es ist kein Tatbestand der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand, den Ausgaben stehen keine Einnahmen aus Umsatzsteuer gegenüber.					
544 01	061	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	40.000 3.674	3.700 0	3.700 0
546 01	061	Vermischte Verwaltungsausgaben	54.000 48.729	49.000 0	49.000 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Kosten für Rücklastschriften, Rückscheckgebühren, Zoll-Auktionen, Umrechnungskosten bei Auslandserstattungen und eBay-Auskunftsersuchen der Betriebsprüfer und Steuerfahnder. Die Ansätze berücksichtigen das veränderte Verhalten der Unternehmen in der Pflege von Geschäftsbeziehungen (Online-Handel), wodurch entsprechende Auskunftsersuchen im Rahmen des Besteuerungsverfahrens erforderlich werden.					
611 01	061	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0 0	0 0	0 0
681 01	061	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	12.000 2.242	2.300 0	2.300 0
811 06	061	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0 0	0 0	0 0
812 15	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	400.000 396.935	370.000 0	310.000 0
Erläuterungen:					
Beschaffung von Büromöbeln, Büroausstattungen und Arbeitsplatzleuchten.					
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	7.338.500 7.115.093	10.291.800 0	11.167.300 0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 06 **Finanzämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 **Ausbildung der Anwärter/innen der Steuerverwaltung**

Erläuterungen:

Ausgaben für die fachtheoretische Ausbildung der Anwärter/innen der Steuerverwaltung am Standort Magdeburg sowie am brandenburgischen Aus- und Fortbildungszentrum Königs Wusterhausen.

511 61	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	200.000	200.000
			0	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2025	2024	2025	2026
1. Geschäftsbedarf	0	0	100.000	100.000
2. Kommunikation	0	0	0	0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	100.000	100.000
4. Sonstiges	0	0	0	0
Zusammen	0	0	200.000	200.000

517 61	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	0	0
			0	0	0

518 61	061	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

525 61	061	Aus- und Fortbildung	0	1.369.700	1.392.200
			0	0	0

527 61	061	Dienstreisen	0	200.000	200.000
			0	0	0

533 61	061	Dienstleistungen Außenstehender	0	200.000	200.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für unterstützende Dienstleistungen (keine Beratungsleistungen) im Rahmen der erstmalig ab 2025 erfolgenden fachtheoretischen Ausbildung am Standort Magdeburg.

537 61	061	Umzugskosten	0	0	0
			0	0	0

546 61	061	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

632 61	061	Sonstige Zuweisungen an Länder	0	2.427.200	1.490.200
			0	5.960.800	0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 06 **Finanzämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			1.490.200		1.490.200
2027			1.490.200		1.490.200
2028			1.490.200		1.490.200
2029 ff.			1.490.200		1.490.200
Summen			5.960.800		5.960.800

Erläuterungen:

Umsetzung aus Kapitel 0401, Titel 632 01.

Erstattung der Kosten des Landes Brandenburg im Rahmen der Ausbildungskooperation.

682 61	061	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
812 61	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Beschaffung von Büromöbeln, Raumausstattungen und Arbeitsplatzleuchten für Unterrichts- und Seminarräume, Verwaltungs- und Dozentenräume sowie für die Unterbringung. Ausgaben für Hard- und Softwarebeschaffungen (einschließlich Lizenzen).

891 61	061	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Hard- und Softwarebeschaffungen (einschließlich Lizenzen) über die Dataport AöR.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	4.396.900	3.482.400
				5.960.800	0

04 Ministerium der Finanzen
04 06 Finanzämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	17.018.500	27.396.700	27.396.700
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.451.000	2.451.000	2.451.000
Gesamteinnahme		19.469.500	29.847.700	29.847.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	170.001.600	180.385.100	178.660.200
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	19.257.600	10.948.200	10.907.200
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	12.000	2.429.500	1.492.500
			5.960.800	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	400.000	370.000	310.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	7.338.500	10.291.800	11.167.300
			0	0
Gesamtausgabe		197.009.700	204.424.600	202.537.200
Gesamtsumme der VE			5.960.800	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-177.540.200	-174.576.900	-172.689.500

04 Ministerium der Finanzen
04 07 Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Hauptgruppen 5 - 8 der Kapitel 0406 und 0407 sind gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme des Titels 518 03 bei Kapitel 0407.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0406 und 0407 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 3.017 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0406 und 0407 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 3.017 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Die zentralen Aufgaben der allgemeinen Landesverwaltung (Landeshauptkasse, Bezügestelle sowie Landesleitstelle zuzüglich der damit verbundenen Organisations- und Justizariatsaufgaben) sind dem Finanzamt Dessau-Roßlau zugewiesen.

In der Bezügestelle werden die Besoldung, Vergütung und Löhne sowie Beihilfen, Trennungsgelder und Umzugskostenvergütung für die Bediensteten der Landesverwaltung berechnet und zahlbar gemacht. Insoweit erbringt die Bezügestelle Serviceleistungen für alle Ressorts und deren nachgeordneten Dienststellen.

Die Landesleitstelle betreut die eingesetzten EDV-Verfahren fachtechnisch.

Die Landeshauptkasse vollzieht alle Einnahmen und Ausgaben des Landes sowie die innerdienstliche Vollstreckung.

Einnahmen

111 11	062	Verwaltungsgebühren	2.300.000 2.518.559	2.215.000	2.172.900

Erläuterungen:

	2025	2026
Entgelte (netto)	2.206.000	2.163.900
Umsatzsteuer	9.000	9.000
Zusammen	2.215.000	2.172.900

112 01	062	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	0 0	2.000	2.000

119 11	062	Einnahmen für Aufträge Dritter	180.000 174.941	78.000	78.000

Erläuterungen:

Veranschlagt wurden Gebühren der Vollstreckungshilfe für Forderungen der Handwerkskammern Magdeburg und Halle (Saale).

119 41	062	Rückzahlung von Überzahlungen	1.000 0	0	0

119 45	061	Umsatzsteuerrückzahlungen aus Vorjahren	0 0	0	0

119 46	062	Ersatzleistungen	2.000 1.137	2.000	2.000

119 51	062	Vermischte Einnahmen	65.000 89.511	22.500	20.000

124 01	062	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	49.600 46.058	0	0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 07 **Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 124 01

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	1.998	4.000	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	39.200	45.600	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	4.860	0	0	0
Zusammen		46.058	49.600	0	0

124 02	062	Einnahmen aus der Entgelt-/Besoldungsumwandlung für Fahrrad-Leasing	0 0	0	0

*** vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0407, Titel 518 03.

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Entgelt-/Besoldungsumwandlung für das Fahrrad-Leasing der Bediensteten des Landes Sachsen-Anhalt.

132 01	062	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0 0	0	0

132 02	062	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	0 0	0	0

231 01	062	Erstattung der Verwaltungsausgaben des Bundes	0 0	0	0

232 01	062	Erstattung der Verwaltungsausgaben von Ländern	188.000 173.304	226.100	226.100

281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 0	0	0

04 Ministerium der Finanzen
04 07 Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	062	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.568.000 6.954.434	8.191.000 0	8.409.900 0

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

		Ist 2023	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zahlungen und Leistungen	6.954.434	6.568.000	8.191.000	8.409.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		6.954.434	6.568.000	8.191.000	8.409.900

427 01	062	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

428 01	062	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	14.932.200 14.286.065	15.505.300 0	13.776.500 0

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EU
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlungen und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 14.286.065	0 14.932.200	0 15.505.300	0 13.776.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		14.286.065	14.932.200	15.505.300	13.776.500

428 03	062	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	0 0	0 0

443 02	062	Amtsärztliche Untersuchungen	22.000 15.470	22.100 0	22.600 0

Erläuterungen:

Aufgliederung des Ansatzes im Titel

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Amtsärztliche Untersuchungen	2.989	3.500	3.600	3.600
2.	Arbeitsmedizinische Betreuung	12.481	18.500	18.500	19.000
Zusammen		15.470	22.000	22.100	22.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

511 01 062 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** **430.000** **447.300** **475.900**
388.573 0 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	83.981	90.000	99.300	106.000
2.	Kommunikation	290.692	291.400	333.400	353.900
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13.900	48.000	9.600	11.000
4.	Sonstiges	0	600	5.000	5.000
Zusammen		388.573	430.000	447.300	475.900

514 01 062 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen** **10.000** **2.100** **2.200**
12.106 0 0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	11.860	8.500	1.800	1.900
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	1.000	0	0
3.	Verbrauchsmittel	246	500	300	300
4.	Sonstiges	0	0	0	0
Zusammen		12.106	10.000	2.100	2.200

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 01.01.2023	Ist 01.01.2024	Soll 2025	Soll 2026
Fahrzeuge	1	1	0	0
Nutz- und Sonderfahrzeuge	2	3	4	4
Fahrräder	1	1	1	1
Zusammen	4	5	5	5

517 01 062 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **415.000** **412.900** **432.300**
373.076 0 0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonst. Energiebedarf	0	5.000	1.800	1.800
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw. Be- und Entwässerung	236.866	273.000	258.700	270.800
4.	Bewachung	134.896	135.500	150.800	158.000
5.	Sonstiges	1.314	1.500	1.600	1.700
Zusammen		373.076	415.000	412.900	432.300

517 30 062 **Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA** **342.000** **0** **0**
323.699 0 0

04 Ministerium der Finanzen
04 07 Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 30

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	124.700	124.300	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	127.500	138.000	0	0
3.	Be- und Entwässerung	31.900	39.300	0	0
4.	Unterhaltung von Anlagen	30.100	40.400	0	0
5.	Sonstiges	9.499	0	0	0
Zusammen		323.699	342.000	0	0

518 01	062	Mieten und Pachten	22.000	18.000	18.000
			14.874	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	14.477	14.900	15.000	15.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	397	7.100	3.000	3.000
3.	Für Leasing	0	0	0	0
Zusammen		14.874	22.000	18.000	18.000

Für angemietete Diensträume und Dienstgebäude sind im Einzelnen veranschlagt:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 4, Anmietung Bund - überhäufige Nutzung	14.477	14.900	15.000	15.000
Zusammen		14.477	14.900	15.000	15.000

518 02	062	Lizenzgebühren	3.200	3.000	3.000
			2.440	0	0

518 03	062	Fahrradleasing für Landesbedienstete	0	0	0
			0	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

*** Die Ausgaben für die Leasing Zahlungen dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0407, Titel 124 02.

Erläuterungen:

Ausgaben für das Fahrrad-Leasing für die Bediensteten des Landes Sachsen-Anhalt

518 13	062	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von Dkzf	10.500	0	0
			2.654	0	0

518 30	062	Mietzahlungen an BLSA	1.140.000	0	0
			1.033.907	0	0

04 **Ministerium der Finanzen**
04 07 **Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 30

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Standort Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 4	617.362	628.000	0	0
2.	Standort Dessau-Roßlau, Kühnauer Str. 161	416.545	512.000	0	0
Zusammen		1.033.907	1.140.000	0	0

519 01	062	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	18.000	17.700	20.500
			11.947	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	11.947	18.000	17.700	20.500
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0	0
Zusammen		11.947	18.000	17.700	20.500

522 01	061	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

525 01	062	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	22.000	22.000	22.000
			7.951	0	0

526 01	062	Gerichts- und ähnliche Kosten	50.000	32.500	32.500
			39.276	0	0

526 02	062	Sachverständige	500	0	0
			0	0	0

527 01	062	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	30.000	15.800	20.200
			7.150	0	0

527 03	062	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	4.000	1.500	1.500
			0	0	0

533 01	062	Dienstleistungen Außenstehender	100.000	66.700	66.700
			216.877	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Beirteilung von Außenständen der Landeshauptkasse, für das Gesundheitsmanagement (3 T EUR pro Dienststelle) und die Inanspruchnahme von externen Dienstleistern (Zeitarbeit) im Rahmen der Durchführung von Verfahren zur Geltendmachung von Zahlungsansprüchen und zur Abwicklung von Massenverfahren.

537 01	062	Kosten von Behördenumzügen; Verlegungen	5.000	38.500	74.000
			0	0	0

542 01	061	Umsatzsteuer	15.000	9.000	9.000
			9.444	0	0

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für die Finanzdienste erfolgen zentral aus diesem Titel.

04 Ministerium der Finanzen
04 07 Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

546 01	062	Vermischte Verwaltungsausgaben	1.500	1.500	1.500
			1.401	0	0

671 01	062	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	684.400	556.700	571.600
			462.780	0	0

*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Hauptgruppe 4 für an die IB zu erstattende Personalausgaben

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.010.900				1.010.900
2026	1.038.600				1.038.600
2027	1.067.200				1.067.200
2028	1.096.600				1.096.600
2029 ff.	1.125.900				1.125.900
Summen	5.339.200				5.339.200

Erläuterungen:

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung. Der Geschäftsbesorgungsvertrag wurde zur Wahrnehmung der Aufgaben der Bescheinigenden Stelle EGFL/ ELER abgeschlossen.

681 01	062	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	500	900	500
			5.843	0	0

811 06	062	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0	22.000	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Ersatzbeschaffung eines Sonderfahrzeuges zur Pflege der Außenanlagen und für den Winterdienst.

812 15	062	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	35.000	65.000	61.000
			15.082	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Ersatzbeschaffung von Büroausstattungen und Stauraummöbel.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	308.000	875.100	1.025.600
			242.512	0	0

04 Ministerium der Finanzen
04 07 Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.597.600	2.319.500	2.274.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	188.000	226.100	226.100
Gesamteinnahme		2.785.600	2.545.600	2.501.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	21.522.200	23.718.400	22.209.000
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.618.700	1.088.500	1.179.300
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	684.900	557.600	572.100
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	35.000	87.000	61.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	308.000	875.100	1.025.600
			0	0
Gesamtausgabe		25.168.800	26.326.600	25.047.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-22.383.200	-23.781.000	-22.546.000

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 04 01 Ministerium der Finanzen (Stellenplan)
Kapitel 04 06 Finanzämter (Stellenplan)
Kapitel 04 07 Finanzamt Dessau-Roßlau - Finanzdienste (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026
Stellenübersicht übrige TGr. 2025
Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B9	Staatssekretär/-in	1	1	1
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	4	4	4
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	1	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	24	24	24
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Ministerialrat/-rätin	12	8	8
A15	Regierungsdirektor/-in	56	56	56
A14	Oberregierungsrat/-rätin	3	3	3
A13 L2.1	Steuer-/Regierungsoberamtsrat/-rätin	114	116	116
A12	Steuer-, Regierungsamtsrat/-rätin	79	75	75
A11	Steuer-, Regierungsamtsmann/-frau	8	8	8
A10	Steuer-/Regierungsoberinspektor/-in	2	2	2
A9 L1.2	Steuer-/Regierungsamtsinspektor/-in	22 ¹⁾	23 ¹⁾	23 ¹⁾
A8	Steuer-/Regierungshauptsekretär/-in	2	2	2
Summe :		329	324	324

LEERSTELLEN**FESTE GEHÄLTER***Bes.Gruppe*

B6	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes.Gruppe*

A16	Ministerialrat/-rätin	2 ²⁾	2 ²⁾	2 ²⁾
A15	Regierungsdirektor/-in	3 ²⁾	3 ²⁾	3 ²⁾
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾
A13 L2.1	Steuer-/Regierungsoberamtsrat/-rätin	3 ²⁾	3 ²⁾	3 ²⁾
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾
A9 L1.2	Steuer-/Regierungsinspektor/-in	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾
Summe [Leerstellen]:		13	13	13

1) 6 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A9 LBesO LSA.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

2) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle B6

nach Ausscheiden des Stelleninhabers

(aus HH 2017/2018)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16		4										-4	Einsparung
2	A13 L2.1							2					+2	Hebung von A 12
3	A12		2										-4	Einsparung
4									2					Hebung nach A 13 L2.1
5	A9 L1.2					1							+1	Umwandlung von E 6
Ohne TG 96			6			1		2	2				-5	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

428 01

EntgeltGruppe

		2024	2025	2026
AT A 16	Verwaltungsdienst	3 ³⁾	3 ³⁾	3 ³⁾
E 15 Ü at	Verwaltungsdienst	2	2	1
E 15	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 14	Verwaltungsdienst	2	3	3
E 13	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 12	Verwaltungsdienst	0	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	0	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	3 ¹⁾	3 ¹⁾	3 ¹⁾
E 9a	Verwaltungsdienst	3 ²⁾	5 ²⁾	5 ²⁾
E 8	Verwaltungsdienst	10	8	8
E 6	Verwaltungsdienst	14 ²⁾	13 ²⁾	13 ²⁾
E 5	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 4	Kraftfahrdienst	5	5	5
E 3	Betriebsdienste	1	1	1

Summe : 50 52 51

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 9a	Verwaltungsdienst	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 8	Verwaltungsdienst	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾
E 6	Verwaltungsdienst	1	1 ⁴⁾	1 ⁴⁾
Summe [Leerstellen]:		3	3	3

- 1) Die Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkraft der/des Staatssekretärin/ Staatssekretärs erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2) Die Vorzimmerkraft der/des Abteilungsleiterin/Abteilungsleiters sowie die 2. Vorzimmerkraft des Ministers erhalten/erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten ein außertarifliches Entgelt auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 17.03.2017, Az: 1412-3085/1 sowie Kabinettsbeschluss vom 16.08.2016, TOP 8
- 4) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes; nicht personengebunden

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle E 15 Ü at in A16

nach Ausscheiden des Stelleninhabers

(aus HH 2017/2018)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14			1									+1	HH-Vollzug 2023, Aufgabenübertragung von Kapitel 20 01
2	E 12			1									+1	HH-Vollzug 2024, Aufgabenübertragung von Kapitel 20 01
3	E 11			1									+1	HH-Vollzug 2023, Aufgabenübertragung von Kapitel 20 01
4	E 9a							2					+2	Hebung von E8
5	E 8								2				-2	Hebung nach E9a
6	E 6						1						-1	Umwandlung nach A 9 L. 1.2
Ohne TG 96				3			1	2	2				+2	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
7	E 15 Ü at		1										-1	
Ohne TG 96			1										-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

422 92 (92)

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B2 Ministerialrat/-rätin

Stellenanzahl

2024 **2025** **2026**

0 **0** **0**

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes. Gruppe*

A16	Ministerialrat/-rätin	1	1	1
A15	Bau-, Regierungsdirektor/-in	4	4	4
A14	Bau-, Oberregierungsrat/-rätin	0	0	0
A13 L2.1	Bau-, Regierungsrat/-rätin	2	2	2
A12	Bau-, Regierungsamtsrat/-rätin	1	1	1
A6 L1.2	Regierungssekretär/-in	0	0	0
Summe :		8	8	8

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes. Gruppe*

A15	Bau-, Regierungsdirektor/-in	1 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾
Summe [Leerstellen]:		1	1	1

1) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes

428 92 (92)*EntgeltGruppe*

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
AT B 2	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	4	5 ¹⁾	5 ¹⁾
E 12	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	10	9	9
E 11	Verw. Dienst/Techn. Dienst	0	0	0
E 9	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	0	0	0
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	1	1	1
Summe :		17	17	17

1) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine außertarifliche Zulage auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 18.09.2023, Az: 1522-3085/6.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13							1					+1	Hebung von E 12
2	E 12								1				-1	Hebung nach E 13
Ohne TG 96								1	1				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in	7 ¹⁾	7 ¹⁾	7 ¹⁾
A15	Regierungsdirektor/-in	23	23	23
A14	Oberregierungsrat/-rätin	86	87	87
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	7	6	6
A13 L2.1	Steueroberamtsrat/-rätin	165	161	161
A12	Steueramtsrat/-rätin	245	254	254
A11	Steueramtmann/-frau	564	568	568
A10	Steueroberinspektor/-in	243	220	220
A9 L2.1	Steuerinspektor/-in	0	0	0
A9 L1.2	Steueramtsinspektor/-in	635 ²⁾	627 ²⁾	627 ²⁾
A8	Steuerhauptsekretär/-in	528	512	512
A7	Steuerobersekretär/-in	280	400	400
A6 L1.2	Steuersekretär/-in	96	0	0
Summe :		2.879	2.865	2.865
 LEERSTELLEN				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A14	Oberregierungsrat/-rätin	2 ³⁾	2 ³⁾	2 ³⁾
A13 L2.1	Steueroberamtsrat/-rätin	6 ³⁾	6 ³⁾	6 ³⁾
A12	Steueramtsrat/-rätin	1 ³⁾	1 ³⁾	1 ³⁾
A11	Steueramtmann/-frau	19 ³⁾	19 ³⁾	19 ³⁾
A10	Steueroberinspektor/-in	15 ³⁾	15 ³⁾	15 ³⁾
A9 L1.2	Steueramtsinspektor/-in	2 ³⁾	2 ³⁾	2 ³⁾
A8	Steuerhauptsekretär/-in	23 ³⁾	23 ³⁾	23 ³⁾
A7	Steuerobersekretär/-in	12 ³⁾	13 ³⁾	13 ³⁾
A6 L1.2	Steuersekretär/-in	1 ³⁾	0 ³⁾	0 ³⁾
Summe [Leerstellen]:		81	81	81

- 1) 3 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 2 zur BesGr. A 16 LBesO LSA.
2) 85 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 1 zur BesGr. A 9 LBesO LSA.
3) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A14							1					+1	Hebung von A 13 L2.2
2	A13 L2.2								1				-1	Hebung nach A 14
3	A13 L2.1										4		-4	Senkung nach A 12
4	A12							5					+9	Hebung von A 10
5										4				Senkung von A 13 L 2.1
6	A11							4					+4	Hebung von A 10
7	A10		14										-23	Einsparung
8									5					Hebung nach A 12
9									4					Hebung nach A 11
10	A9 L1.2										8		-8	Senkung nach A 7
11	A8										16		-16	Senkung nach A 7
12	A7							96					+120	Hebung von A 6 L1.2
13										8				Senkung von A 9 L 1.2
14										16				Senkung von A 8
15	A6 L1.2								96				-96	Hebung nach A 7
Ohne TG 96			14					106	106	28	28		-14	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
16	A7	1											+1	
17	A6 L1.2		1										-1	
Leerstellen		1	1										0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 41				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A9 L2.1	Steuerinspektoranwärter/-in	119	160	250
A6 L1.2	Steuersekretäranwärter/-in	135	170	270
Summe :		254	330	520

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A9 L2.1	41											+41	Anpassung Bedarf
2	A6 L1.2	35											+35	Anpassung Bedarf
Ohne TG 96		76											+76	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
3	A9 L2.1	90											+90	Anpassung Bedarf
4	A6 L1.2	100											+100	Anpassung Bedarf
Ohne TG 96		190											+190	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

			Stellenanzahl		
			2024	2025	2026
428 01					
<i>EntgeltGruppe</i>					
E 13	Verwaltungsdienst		1	1	1
E 12	Verwaltungsdienst		0	0	0
E 11	Verwaltungsdienst		17	17	17
E 8	Verwaltungsdienst		2	2	2
E 6	Verwaltungsdienst		0	0	0
E 5	Schreib- und Fernschreibdienst		0	0	0
E 4	Hausmeisterdienst		13	13	13
E 4	Sonstiger Dienst		0	0	0
E 3	Sonstige Dienste		20 ¹⁾	20 ¹⁾	20 ¹⁾
E 3	Techn. Dienst		11	11	11
E 2 Ü	Botendienst		0	0	0
E 2	Schreibdienst		0	0	0
Summe :			64	64	64

1) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Zulage auf Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 18.10.2006; Az.: 14.12-9012

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
A16	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in	3	3	3
A15	Regierungsdirektor/-in	5	5	5
A14	Oberregierungsrat/-rätin	3	5	5
A13 L2.1	Steuer-/Regierungsoberratsrat/-rätin	13	11	11
A12	Steuer-, Regierungsamtsrat/-rätin	16	16	16
A11	Steuer-, Regierungsamtman/-frau	24	24	24
A10	Steuer-/Regierungsobersinspektor/-in	26	26	26
A9 L1.2	Steuer-/Regierungsinspektor/-in	14	14	14
A8	Steuer-/Regierungshauptsekretär/-in	122	122	122
A7	Steuer-/Regierungsoberssekretär/-in	7	27	27
A6 L1.2	Regierungssekretär/-in	20	0	0
Summe :		253	253	253

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A12	Regierungsamtsrat/-rätin	1 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾
A11	Regierungsamtman/-frau	1 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾
A10	Regierungsobersinspektor/-in	2 ¹⁾	2 ¹⁾	2 ¹⁾
A8	Regierungshauptsekretär/-in	7 ¹⁾	7 ¹⁾	7 ¹⁾
Summe [Leerstellen]:		11	11	11

1) zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs nicht personengebunden

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A14							2					+2	Hebung von A 13 L 2.1
2	A13 L2.1								2				-2	Hebung nach A 14
3	A7							20					+20	Hebung von A 6 L 1.2
4	A6 L 1.2								20				-20	Hebung nach A 7
Ohne TG 96								22	22				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

428 01

EntgeltGruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
E 15	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 14	Datenverarbeitungsdienst	0	1	1
E 13	Datenverarbeitungsdienst	3	2	2
E 12	Datenverarbeitungsdienst	17	18	18
E 12	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 11	Datenverarbeitungsdienst	0	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	15	16	16
E 10	Datenverarbeitungsdienst	0	0	0
E 10	Verwaltungsdienst	8	7	7
E 9b	Verwaltungsdienst	6	7	7
E 9b	Datenverarbeitungsdienst	4	5	5
E 9a	Verwaltungsdienst	111	109	109
E 8	Verwaltungsdienst	1	0	0
E 6	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 5	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 4	Hausdienst/Hausarbeiter	4	4	4
E 4	Kraftfahrdienst	1	0	0
E 3	Druckereidienst/Hausarbeiter/-innen	5	5	5
E 2 Ü	Post- u. Botendienst/sonstige Dienste	0	0	0
Summe :		181	181	181

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14							1					+1	Hebung von E 13 Datenverarbeitungsdienst
2	E 13								1				-1	Hebung nach E 14 Datenverarbeitungsdienst
3	E 12							1					+1	Hebung von E 11 Verwaltungsdienst
4	E 11							1					+1	Hebung von E4 Kraftfahrdienst
5	E 11							2					+1	Hebung von E 10 Verwaltungsdienst
6									1					Hebung nach E 12 Datenverarbeitungsdienst
7	E 10							1					-1	Hebung von E 9b Verwaltungsdienst
8									2					Hebung nach E 11 Verwaltungsdienst
9	E 9b							2					+1	Hebung von E 9a Verwaltungsdienst
10									1					Hebung nach E 10 Verwaltungsdienst
11	E 9b							1					+1	Hebung von E 9a Verwaltungsdienst
12	E 9a							1					-2	Hebung von E 8 Verwaltungsdienst
13									2					Hebung nach E 9b Verwaltungsdienst
14									1					Hebung nach E 9b Datenverarbeitungsdienst
15	E 8								1				-1	Hebung nach E 9a Verwaltungsdienst
16	E 4								1				-1	Hebung nach E11 Datenverarbeitungsdienst
Ohne TG 96								10	10				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0401	0406	0407								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	1										1
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	4										4
B3 L2.2	1										1
B2 L2.2	24										24
Summe	31										31
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	8	7	3								18
A15 L2.2	56	23	5								84
A14 L2.2	3	87	5								95
A13 L2.2		6									6
A13 L2.1	116	161	11								288
A12 L2.1	75	254	16								345
A11 L2.1	8	568	24								600
A10 L2.1	2	220	26								248
A9 L2.1		0									0
A9 L1.2	23	627	14								664
A8 L1.2	2	512	122								636
A7 L1.2		400	27								427
A6 L1.2		0	0								0
Summe	293	2.865	253								3.411
Summe 2025	324	2.865	253								3.442
Summe 2024	329	2.879	253								3.461
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A9 L2.1		160									160
A6 L1.2		170									170
Summe		330									330
Summe 2025		330									330
Summe 2024		254									254
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
ATA 16	3										3
E 15 Ü at	2										2
E 15	3		0								3
E 14	3		1								4
E 13	3	1	2								6
E 12	1	0	20								21
E 11	1	17	17								35
E 10			7								7

Zergliederung der Stellen,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0401	0406	0407								Summe
Leerstellen 2025	16	81	11								108
Leerstellen 2024	16	81	11								108

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	0401	0406	0407								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	1										1
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	4										4
B3 L2.2	1										1
B2 L2.2	24										24
Summe	31										31
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	8	7	3								18
A15 L2.2	56	23	5								84
A14 L2.2	3	87	5								95
A13 L2.2		6									6
A13 L2.1	116	161	11								288
A12 L2.1	75	254	16								345
A11 L2.1	8	568	24								600
A10 L2.1	2	220	26								248
A9 L2.1		0									0
A9 L1.2	23	627	14								664
A8 L1.2	2	512	122								636
A7 L1.2		400	27								427
A6 L1.2		0	0								0
Summe	293	2.865	253								3.411
Summe 2026	324	2.865	253								3.442
Summe 2025	324	2.865	253								3.442
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A9 L2.1		250									250
A6 L1.2		270									270
Summe		520									520
Summe 2026		520									520
Summe 2025		330									330
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
ATA 16	3										3
E 15 Ü at	1										1
E 15	3		0								3
E 14	3		1								4
E 13	3	1	2								6
E 12	1	0	20								21
E 11	1	17	17								35
E 10			7								7

Zergliederung der Stellen,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel									
	0401	0406	0407							Summe
Leerstellen 2026	16	81	11							108
Leerstellen 2025	16	81	11							108

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

[illegible]

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 05

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung**

Vorwort zum Einzelplan 05

Einleitung

Der Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung ist durch einen hohen Anteil von Rechtsverpflichtungen geprägt. Dieses betrifft insbesondere die Bereiche Arbeitsschutz, Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, Krankenhausfinanzierung, Kindertagesbetreuung, Maßregelvollzug und Unterhaltsvorschussgesetz.

Darüber hinaus setzt das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung insgesamt neun Maßnahmenpakete zur Stärkung des Gesundheitssektors sowie zur Erhöhung der Resilienz durch Digitalisierung mit einem Gesamtvolumen von rd. 440 Millionen Euro über die Laufzeit des Sondervermögens Corona um. Drei Maßnahmenpakete sind hiervon bereits abgeschlossen. Neben der Förderung von umfangreichen Investitionen in die von der Pandemie betroffene Infrastruktur für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen bildet die Förderung von Krankenhausinvestitionen einen besonderen Schwerpunkt.

Ungeachtet des dadurch verursachten rechtsverpflichtenden Ausgabevolumens, der engen finanziellen Spielräume im Gesamthaushalt und der Schwerpunktsetzung in der Aufgabenwahrnehmung müssen gleichwohl notwendige Vorhaben und Projekte im Bereich der Familien-, Kinder- und Jugend-, Frauen- und Gleichstellungs-, der Arbeits-, Integration-, Gesundheits- und Sozialpolitik weiter realisiert werden und realisierbar bleiben. Vom Grundgedanken der sozialen Gerechtigkeit geleitet, müssen die Ziele der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und gleicher Bildungschancen für alle weiter intensiv verfolgt werden. Die Schwerpunkte in den politischen Handlungsbereichen des Ministeriums sollen zur Realisierung dieser Ziele beitragen.

Zentrale Zielsetzungen

Kapitel 0502

Im Kapitel 0502 sind u.a. die Studien und Gutachten, die Finanzierung länderübergreifender Aufgaben sowie verschiedene allgemeine Förderungen (z.B. Finanzierung von Beratungsangeboten) veranschlagt.

In diesem Kapitel werden zudem Digitalisierungsprojekte im Rahmen der „Digitalisierungsstrategie Sachsen-Anhalt 2030 umgesetzt. Die Digitalisierung verändert nahezu alle Bereiche des Lebens. Dieser Prozess bringt neben Herausforderungen auch große Chancen für Sachsen-Anhalt mit sich. Im Fokus des

digitalen Fortschritts stehen die relevanten Handlungsfelder Vernetzung, Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft, Forschung und Lernen. Die Gestaltung von Digitalstrukturen und der Aufbau des digitalen Raums sind zwei wesentliche Ziele der Digitalen Agenda des Landes Sachsen-Anhalt.

Demokratie- und Engagementförderung – Kapitel 0503

Vor dem Hintergrund zunehmenden Extremismus unterstützt das Land ziviles Engagement von Initiativen und Vereinen, die sich für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit einsetzen. Kern ist das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit. Das Landesprogramm korrespondiert mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Der Auf- und Ausbau von Kompetenzzentren und Kompetenznetzwerken soll vor allem auf eine Stärkung der demokratischen Kultur und Gesellschaft hinwirken. Zu diesem Zweck fördern Land und Bund gemeinsam Beratungs- und Präventionsangebote sowie Partnerschaften für Demokratie in den Kommunen. Unterstützt werden zudem Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung vor allem im ländlichen Raum.

Eine demokratische Gesellschaft braucht das Engagement ihrer Mitglieder. Das Land unterstützt daher ehrenamtliches Engagement, u.a. mit dem Landesengagementfonds. Die ehrenamtliche Aktivität von Bürgerinnen und Bürgern in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern gewinnt zunehmend an gesellschaftspolitischer Bedeutung. Für ein Funktionieren unserer Gesellschaft und für eine gute Sozialpolitik ist es unverzichtbar, dass Bürgerinnen und Bürger – neben ihrer beruflichen Tätigkeit sowie außerhalb des privaten und familiären Bereichs – ehrenamtlich Verantwortung in Initiativen, Organisationen oder Institutionen übernehmen. Mit der Förderung der überörtlichen Arbeit der Freiwilligenagenturen sowie die der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen soll das bürgerschaftliche Engagement in Sachsen-Anhalt weiterhin gestärkt werden.

Integration – Kapitel 0503

Die nachhaltige Förderung der Integration bleibt weiterhin eine sehr wichtige Aufgabe der Landespolitik. Wir sehen in der Zuwanderung ein wertvolles Potential, um das Land gesellschaftlich, kulturell und ökonomisch weiterzuentwickeln. Dafür ist die gelingende Integration der zu uns gekommenen Menschen grundlegende Voraussetzung und gleichzeitig Zukunftsaufgabe für Sachsen-Anhalt. Das am 15.12.2020 im Kabinett verabschiedete Landesintegrationskonzept definiert konkrete Handlungsfelder der Integrationsarbeit und benennt zahlreiche Ziele und Maßnahmen, damit Integration nachhaltig gelingt.

Integration gelingt, wenn sich Zugewanderte und Einheimische auf Augenhöhe begegnen und kennenlernen. Wir brauchen deshalb Orte und Formate zur Begegnung. Zugewanderte brauchen die Chance,

sich einzubringen und ihre individuellen Potentiale und Kompetenzen sichtbar zu machen. Sie sollen frühestmöglich Informationen über das Leben in Deutschland, über Rechte und Regeln, Grundwerte, Bildungssystem, Alltagsleben und Vielfalt an Lebensstilen erhalten. Der Zugang zu Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeit steht hierbei im Mittelpunkt. Sprachliche Kompetenz ist ein Pfeiler einer erfolgreichen Integration und Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die Förderung von Lotsenprojekten, der Sprachmittlung für neu zugewanderte Menschen, der Sprachanwendung für die in den Integrationskursen des Bundes erlernten Kenntnisse der deutschen Sprache, der Zugang zu (Aus-)Bildungsangeboten und Beschäftigung sowie die Stärkung der Selbstorganisation sind daher zentrale integrationspolitische Anliegen.

Frauen und Gleichstellung – Kapitel 0504

Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit und Antidiskriminierung bleiben wichtige Ziele der Landespolitik. Gleichstellung bedeutet, für alle Menschen unabhängig von Geschlecht und sexueller Identität vergleichbare Lebensbedingungen zu gewährleisten und damit den in der Verfassung verbürgten Menschenrechten zu ihrer Geltung zu verhelfen. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fördert die Chancengleichheit der Geschlechter und unterstützt die Beseitigung von Diskriminierung und Gewalt. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen wird angestrebt.

Das Land Sachsen-Anhalt erkennt die aus dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) erwachsenen Verpflichtung an, einen Schutz der Betroffenen zu gewährleisten. Gerade während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass insbesondere die häusliche Gewalt gegen Frauen verstärkt zugenommen hat. Das Hilfesystem zur Beratung und zum Schutz für Betroffene von häuslicher oder sexualisierter Gewalt und Stalking leistet dabei unverzichtbare Arbeit zur Prävention. Die Etablierung einer flächendeckenden vertraulichen Spurensicherung bei Gewalt- und Missbrauchsfällen durch den Aufbau eines Netzes unter Einbeziehung ausgewählter Kliniken sowie der in Halle und Magdeburg am Institut für Rechtsmedizin bestehenden Gewaltschutzambulanzen ist ein zentrales Anliegen des Landes.

Eine wesentliche Aufgabe der Landespolitik ist die Verstärkung einer nachhaltigen Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen, nonbinären sowie queeren Menschen (LSBTIQ). Kern ist die Umsetzung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt sowie des Aktionsprogramms für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI).

Die Frauenhäuser in Sachsen-Anhalt spielen eine zentrale Rolle im Schutz und der Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern. Um den über die Jahre entstandenen Investitionsstau ab-

zubauen, werden diese Einrichtungen gezielt gefördert. Durch diese Maßnahmen können dringend benötigte Investitionen umgesetzt werden, so dass die Frauenhäuser weiterhin eine sichere und angemessene Unterkunft sowie umfassende Hilfeangebote bereitstellen können. Ziel ist es, die Unterstützung für die betroffenen Frauen und Kinder uneingeschränkt sicherzustellen und die Qualität der Schutz- und Beratungsangebote nachhaltig zu verbessern.

Arbeitsmarkt – Kapitel 0505

Wichtige Zielsetzung der Landesarbeitsmarktpolitik bleibt langfristige Fachkräftesicherung durch gute Arbeit in und damit für Sachsen-Anhalt zu erreichen. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente reichen hier vom Einstieg ins Berufsleben bis hin zur beruflichen Weiterbildung von qualifizierten Fachkräften. Zur Realisierung der Programme werden insbesondere ESF-Mittel eingesetzt.

Die Analyse des Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt zeigt, dass für bestimmte Bevölkerungsgruppen der Zugang zu einer Erwerbstätigkeit erschwert ist und diese besonders von sozialer Ausgrenzung und Armut bedroht sind. Im Rahmen des Förderprogramms „Regio Aktiv“ wird die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und die Arbeitsmarktintegration von am Arbeitsmarkt benachteiligter Personengruppen sowie die Verbesserung des Zugangs junger Menschen zur beruflichen Ausbildung gewährt, um Chancengleichheit für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu gewährleisten. Um die Zielgenauigkeit und die Effektivität der Projekte zu verbessern, wird die regionalisierte Arbeitsmarktpolitik gestärkt.

Die Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Fachkräftesicherung und berufliche Bildung ist Voraussetzung für die Verbesserung der Wirtschaftskraft des Landes. Demografischer Wandel, Akademisierung und Abwanderungsbewegungen haben bereits zu einem enormen Auszubildenden- und Fachkräftemangel in Sachsen-Anhalt geführt. Um dem spezifischen Fachkräftemangel in den Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufen entgegenzuwirken, muss die Zuwanderung und nachhaltige Integration von Fachkräften aus dem Ausland in den Arbeitsmarkt gezielt durch Maßnahmen des Landes initiiert, gesteuert und begleitet werden. Die Anwerbung von Fachkräften mit einer guten beruflichen Qualifizierung im Ausland steht daher im Fokus.

Demografischer Wandel, Akademisierung und Abwanderungsbewegungen haben bereits zu einem enormen Auszubildenden- und Fachkräftemangel in Sachsen-Anhalt geführt. Dieser Mangel wird sich durch den wachsenden Fachkräftebedarf im Land noch weiter verstärken. Neue Instrumentarien wie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) sollen die Zuwanderung und Integration qualifizierter Arbeits- und Fachkräfte erleichtern und attraktiv zu gestalten.

Sozialhilfe – Kapitel 0508

Mit dem Teilhabestärkungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt von 05.12.2019, das am 01.01.2020 in Kraft getreten ist, wurden die bislang im AG SGB XII des Landes Sachsen-Anhalt geregelten Zuständigkeiten unter Beachtung des Bundesteilhabegesetzes fortgeschrieben. Nach § 1 AG SGB IX ist das Land Träger der Eingliederungshilfe und als solcher zuständig für Leistungen der Eingliederungshilfe im Sinne des Teils 2 des SGB IX.

Nach § 2 AG SGB XII ist das Land überörtlicher Träger der Sozialhilfe (üöTrSH) und als solcher zuständig für Leistungen der Hilfe zur Pflege im Sinne von §§ 61 bis 66 SGB XII, für Leistungen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten im Sinne von §§ 67 bis 69 SGB XII, wenn es erforderlich ist, die Hilfe in einer teilstationären oder stationären

Einrichtung zu gewähren und für Leistungen der Blindenhilfe im Sinne von § 72 SGB XII.

Zur Durchführung der Aufgaben der Eingliederungshilfe und zu den oben genannten Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe werden wie bislang die örtlichen Träger der Sozialhilfe herangezogen.

Darüber hinaus ist das Land zuständig für die Umsetzung der Bundesauftragsverwaltung nach dem Vierten Kapitel SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und damit für den Abruf und die Weiterleitung der entsprechenden Mittel an die örtlichen Träger der Sozialhilfe.

Im Zuge der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist zum 01.01.2020 mit der Überführung der Eingliederungshilfe in das Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch die dritte Reformstufe des BTHG in Kraft getreten. Damit wurde die Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen konsequent zum Abschluss gebracht. Die Eingliederungshilfe, die sich nunmehr ausschließlich auf die erforderlichen Fachleistungen zu konzentrieren hat, ist somit als eine personenzentrierte Leistung neu auszurichten. Zur Neuausrichtung im Sinne der Personenzentrierung gehört auch, dass das Recht der Eingliederungshilfe nicht mehr zwischen stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen unterscheidet.

Sonstige soziale Leistungen – Kapitel 0509

Das Gesetz zur Reform der Pflegeberufe aus dem Jahr 2017 vereint die bisher im Altenpflegegesetz und Krankenpflegegesetz getrennt geregelten Pflegeausbildungen zu einer hochwertigen Pflegeausbildung. Damit wurde die Grundlage geschaffen, Pflegeberufe zukunftsgerecht weiterzuentwickeln, attraktiver zu machen und Qualitätsverbesserungen vorzunehmen. Die Finanzierung der Pflegeausbildung erfolgt über

einen auf Landesebene organisierten Ausgleichsfonds, indem alle Einrichtungen, unabhängig davon ob sie ausbilden, einzahlen. Der Landesanteil an der Gesamtfinanzierung beträgt 8,9446 Prozent.

Um die Pflegeberufe darüber hinaus attraktiver zu machen, übernimmt das Land auch in 2025/2026 die Zahlung der Ausbildungsvergütung der einjährigen Pflegehelferinnen- und Pflegehelferausbildung.

Darüber hinaus soll die Schulgeldfreiheit für die Podologie-Ausbildung an Schulen in der Aufsicht des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung eingeführt werden.

So lange wie möglich selbstständig und selbstbestimmt zu Hause leben, ist ein viel geäußelter Wunsch von älteren Menschen. Hierfür ist ein funktionierendes Netzwerk, welches das Wohnen und die Mobilität barrierefrei gestaltet, die Nahversorgung und ambulante Pflegeangebote sicherstellt sowie den sozialen Zusammenhalt stärkt, erforderlich. Diese Angebote und ihre Akteure sinnvoll zu vernetzen, ist Anliegen der Pflege im Quartier. Die Umsetzung des Landesaktionsplans „Pflege im Quartier“ soll dazu beitragen, Kommunen und Akteure vor Ort bei der Entwicklung und Realisierung einer regionalspezifischen Infrastruktur für ein selbstbestimmtes und an Teilhabe orientiertes Leben im Alter zu unterstützen.

Mit Inkrafttreten des Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG) am 01.01.2023 haben die Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche Betreuungsbehörden neue und inhaltlich erweiterte Aufgaben zu erfüllen. Durch Einführung des § 17 BtOG haben anerkannte Betreuungsvereine einen Anspruch auf eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung mit öffentlichen Mitteln zur Wahrnehmung der ihnen nach § 15 Abs. 1 BtOG obliegenden Aufgaben („Querschnittsarbeit“).

Jeder Mensch, der sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, hat das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit. In der Praxis gibt es jedoch Personengruppen, die aus verschiedenen Gründen keinen bzw. nur einen eingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem haben. Mit der Förderung des Projektes „Medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere/anonymer Behandlungsschein“ soll zum einen eine medizinische Akutversorgung sichergestellt und zum anderen ein langfristiger Zugang zum System der Gesundheitsversorgung eröffnet werden.

Maßregelvollzug – Kapitel 0512

Das Land ist bundesgesetzlich verpflichtet, die Unterbringung von rechtskräftig verurteilten psychisch kranken oder suchtkranken Straftätern sicherzustellen. Die Bedingungen für eine medizinische und therapeutische Behandlung sind dabei so zu gestalten, dass dem Ziel des Maßregelvollzuges (Wiedereingliederung in die Gesellschaft und Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten) bestmöglich Rechnung getragen werden kann (§§ 63, 64 StGB und § 138 StVollzG).

Die Belegung im Maßregelvollzug ist nicht steuerbar, da die Patientinnen und Patienten immer auf Grund eines richterlichen Beschlusses eingewiesen bzw. entlassen werden. In den letzten Jahren hat sich die Belegung in den Maßregelvollzugseinrichtungen des Landes dramatisch verschärft. Die bestehenden Kapazitäten reichen nicht mehr aus, um dem Aufnahmedruck Stand zu halten. Um der perspektivisch weiterhin ansteigenden Belegungsentwicklung gerecht zu werden, werden Neu-, Um- bzw. Erweiterungsbauten an allen Standorten des Maßregelvollzugs umgesetzt. Dabei gilt es, die beschlossenen Kapazitätserweiternden Baumaßnahmen trotz des exponentiellen Anstiegs der Kosten für Baustoffe und Baumaterialien zügig voranzubringen, um so erheblichen Gefahren für die Allgemeinheit vorzubeugen.

Die Maßregelvollzugseinrichtungen des Landes wurden mit Wirkung vom 01.01.2000 auf die Salus gGmbH Betreibergesellschaft für sozialorientierte Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt übertragen. Auf der Basis des zugrunde liegenden Beleihungsvertrages hat die Salus gGmbH rechtsverbindlich einen Anspruch auf die Erstattungen aller notwendigen Aufwendungen für die ordnungsgemäße Durchführung des Maßregelvollzuges.

Gesundheitswesen – Kapitel 0513

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein vorsorgendes, krisenfestes und modernes Gesundheitssystem ist. Um ein krisenfestes, modernes und leistungsfähiges Gesundheitssystem in Sachsen-Anhalt zu gewährleisten, orientiert sich die Gesundheitspolitik des Landes an der aktuellen wissenschaftlichen Forschung und an modernen medizinischen Standards.

Dabei spielt die Akutversorgung von Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern für die grundsätzlichen Herausforderungen einer qualitativ hochwertigen und modernen Gesundheitsversorgung eine große Rolle. Hierfür sind unter anderem ein hohes Digitalisierungsniveau und eine gute technische Ausstattung der Krankenhäuser erforderlich. Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz stellt der Bund 82,8 Millionen Euro bereit, damit die Krankenhäuser Sachsen-Anhalts in moderne Notfallkapazitäten, die Digitalisierung und ihre IT-Sicherheit investieren können. Die Programmumsetzung hat dabei den hohen Digitalisierungsbedarf in der Krankenhauslandschaft von Sachsen-Anhalt gezeigt. Im Ergebnis wird daher nicht nur die Bundesförderung vollständig durch Landesmittel aufgestockt, sondern es werden auch noch weitere Investitionsbedarfe vom Land gefördert. Durch die hohe bundesweite Nachfrage nach Digitalisierungsausstattungen der Krankenhäuser verschiebt sich die abschließende Umsetzung von Digitalprojekten nach dem Krankenhauszukunftsgesetz auf 2025.

Alle Menschen in Sachsen-Anhalt sollen gut versorgt werden – in der Stadt und auf dem Land. Trotz des demografischen Wandels gilt es, mit einer bedarfsgerechten sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung diesen Politikanspruch auch in Zukunft sicherzustellen. Nicht nur in der Hausarztversorgung

setzt sich Sachsen-Anhalt somit für eine wohnortnahe erreichbare medizinische Versorgung der Bevölkerung ein. Für die Förderungen hierfür erforderlicher innovativer Versorgungsmodelle werden über das Corona-Sondervermögen insgesamt 56,7 Millionen Euro bereitgestellt.

Die Corona-Pandemie hat zudem verdeutlicht, dass für deren Bewältigung eine gute technische Ausstattung der Krankenhäuser zwingend erforderlich ist. Für die Beschaffung medizinisch-technischer Großgeräte stellt das Land über die Laufzeit des Corona-Sondervermögens Mittel in Höhe von 91,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Weiterhin werden strukturverbessernde Einzelfördermaßnahmen mit Bundes- und Landesmitteln fortgesetzt bzw. deren Genehmigung geprüft.

Ab dem Haushaltsjahr 2025 werden erstmalig Mittel für die Sicherstellung der zahnärztlichen medizinischen Versorgung in unterversorgten oder drohend unterversorgten Gebieten des Landes Sachsen-Anhalt eingestellt. Bewerberinnen und Bewerber sollen im Rahmen einer Vorabquote einen Studienplatz der Zahnmedizin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erhalten, wenn sie sich dazu verpflichten, nach Abschluss des Studiums und der Vorbereitungszeit für 10 Jahre als Zahnärztin oder Zahnarzt in ländlichen Regionen in Sachsen-Anhalt tätig zu sein. Für die Umsetzung soll die Kassenzahnärztlichen Vereinigung zuständig sein.

Weiterhin werden Stipendien für Studienplätze in der Zahnmedizin im europäischen Ausland finanziert. Durch die Finanzierung von 10 Stipendien pro Jahr ab dem Wintersemester 2025/2026 soll mehr jungen Menschen die Möglichkeit gegeben werden, ein zahnmedizinisches Studium aufzunehmen, wenn diese dazu im Gegenzug bereit sind, nach dem Studium im Land Sachsen-Anhalt dort zahnärztlich tätig zu werden, wo entsprechender zahnmedizinischer Versorgungsbedarf besteht. Wegen der automatischen Anerkennung von Abschlüssen in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (außer Deutschland) bzw. in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sollen nur zahnmedizinische Studienplätze an anerkannten europäischen Hochschulen aus Landesmitteln finanziert werden, die von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt nach einem dortigen Auswahlverfahren ausgereicht werden.

Darüber hinaus werden auch in den Jahren 2025/2026 erfolgreich laufende Maßnahmen weiter fortgesetzt. Hierzu zählen insbesondere: Maßnahmen der Suchtprävention, Maßnahmen der assistierten Reproduktion sowie die jährlich durchgeführten Herzwochen.

Soziales Entschädigungsrecht – Kapitel 0514

Mit dem Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts vom 19.12.2019 wurde zum 01.01.2024 ein neues Sozialgesetzbuch, das SGB XIV - Soziale Entschädigung -, geschaffen. Da die Zahl der Kriegsoffer und ihrer Hinterbliebenen demografiebedingt stetig zurückgeht, die Zahl der Opfer einer Gewalttat aber tendenziell zunimmt, ist das SGB XIV vor allem an deren Bedarfen ausgerichtet. Die Soziale Entschädigung orientiert sich an den Bedürfnissen der Opfer von Gewalttaten und von Terrorismus und unterstützt Menschen, die durch ein schädigendes Ereignis - für das die staatliche Gemeinschaft eine besondere Verantwortung trägt - eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, bei der Bewältigung der dadurch entstandenen Folgen. Die Opfer einer Gewalttat sollen Leistungen schneller und zielgerichteter als bisher erhalten. Zudem wird der Kreis derjenigen, die Leistungen des Sozialen Entschädigungsrechts beziehen können, durch das SGB XIV erweitert. Dadurch erhalten auch Opfer psychischer sowie sexueller Gewalt und sogenannte Schockschadensopfer Leistungen des Sozialen Entschädigungsrechts. Ferner werden Schnelle Hilfen - das sind Leistungen in Trauma-Ambulanzen und Leistungen des Fallmanagements - als niedrigschwellige Angebote in einem Erleichterten Verfahren zur Verfügung gestellt.

Kinder und Jugend und Familie – Kapitel 0517

Familien sind vielfältig und überall dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Sie benötigen Zeit, wirtschaftliche Stabilität sowie eine gut ausgebaute, wohnortnahe Infrastruktur.

Diese wird durch eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung sichergestellt – ein Markenzeichen von Sachsen-Anhalt. So werden gleiche Startchancen von Kindern ebenso wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert. Ziel ist es, die Maßnahmen des derzeit geltenden Kinderförderungsgesetzes auch in Zukunft aufrechtzuerhalten.

Mit dem Dritten Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung setzt der Bund, sein seit 2019 bestehendes finanzielles Engagement bei der Verbesserung frühkindlicher Bildung und Betreuung auch 2025 und 2026 fort. Um die Qualitätsentwicklung auch in Sachsen-Anhalt weiter zu stärken, werden die im Land umzusetzenden Maßnahmen mit dem Bund weiterentwickelt. Eine Verstetigung der bisherigen qualitätsverbessernden Maßnahmen ist dabei ein wesentlicher Bestandteil.

Die Corona-Pandemie hat auch gezeigt, wie wichtig und notwendig Prävention und Kinderschutz ist. Gutes Aufwachsen beginnt bereits beim Schutz der Kleinsten. Psychosoziale Belastungen nehmen weiterhin zu, so dass zur Unterstützung von (werdenden) Eltern in schwierigen Lebenslagen die Mittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen den Kommunen weiterhin durch das Land zur Verfügung gestellt werden. Zur systematischen, verlässlichen und frühzeitigen Erkennung von psychosozialen Belastungen in der Schwangerschaft sowie rund um die Geburt eines Kindes im Sinne eines sozialen Früherkennungssystems wird auch das Babylotsensystem fortgesetzt.

Die Prävention von sexuellem Missbrauch wird über die Trias ‚Stärkung der Kinder‘, ‚Fortbildung der Fachkräfte‘ sowie ‚Täterprävention‘ weiter unterstützt, in dem das Angebot für pädophil orientierte potentielle Täter fortgesetzt wird.

Auch in den Jahren 2025/2026 erfolgt eine Förderung von Kinder- und Jugendfreizeiten. Es können somit Fahrten, Ferienlager und Freizeiten zum Zwecke der Kinder- und Jugenderholung nach § 11 Abs. 3 Nr. 5 des Achten Buches Sozialgesetzbuch für Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 18 Jahren aus Sachsen-Anhalt weiterhin gefördert werden. Hierzu gehören insbesondere pädagogisch begleitete Kinder- und Jugendfreizeitmaßnahmen, die nachhaltig die persönliche Entwicklung, Bildung und soziale Integration junger Menschen fördern.

Gender Ziel

Ein besonders wichtiger Bereich für die Umsetzung von Gender Mainstreaming ist weiterhin die Arbeitsmarktförderung. Es wird angestrebt, die vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung verantworteten ESF-geförderten arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen zur Umsetzung der Spezifischen Ziele „Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu hochwertiger und inklusiver allgemeiner und beruflicher Bildung einschließlich des entsprechenden Abschlusses, insbesondere für benachteiligte Gruppen“, „Förderung des lebenslangen Lernens, insbesondere von flexiblen Möglichkeiten für Weiterbildung und Umschulung für alle...“ und „Förderung der aktiven Inklusion mit Blick auf die Verbesserung der Chancengleichheit und aktiven Teilhabe sowie Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit“ konsequent gendersensibel zu gestalten. Über eine Verankerung von Gender Mainstreaming in den genannten Investitionsprioritäten der ESF-Interventionen wird der gleichberechtigte Zugang von Frauen und Männern zu Aus- und Fortbildung und in den Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt im Zeitraum von 2021 bis 2027 unterstützt.

	GG2 = Gender ist Haupt- ziel	GG1 = Gender ist Neben- ziel	GG0 = Gender ist kein Ziel
Gesamtsumme Haus- haltsansatz in EUR im Haushaltsjahr 2025	9.635.200	696.706.400	1.867.762.000
Gesamtsumme Haus- haltsansatz in EUR im Haushaltsjahr 2026	10.228.300	745.369.900	1.924.563.400

EU-Strukturfondsförderung

Sh. Anlagen „Übersicht über die EU-Förderprogramme im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung“.

Übersicht über die EU-Förderprogramme im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im Haushaltsjahr 2025

Förderperiode 2021 - 2027

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Tit./TGr.	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel	Land	Bund (über Landes- haushalt)	Übrige (Mittel- herkunft)	Kap.	Tit.
EFRE/JTF									
1321	883 80	15.02.5.	Campushaus Neustadt	3.960.000 €			Kommune		
			Gesamtsumme EFRE/JTF	3.960.000 €	0 €	0 €			
ESF +									
1322	683 63/ 684 63	21.06.2.	STABIL	7.900.000 €	3.451.400 €		Bund	0505	683 97/ 684 97
1322	633 63	21.06.2.	Familien stärken - Perspektiven eröffnen (FAMICO)	3.400.000 €	1.416.700 €		Bund	0505	633 97
1322	683 63/ 684 63	21.06.2.	Aktive Eingliederung	5.200.000 €	2.298.400 €		Bund	0505	683 97/ 684 97
1322	633 63	21.06.2.	Regionale Koordination	1.100.000 €	550.000 €		Kommune	0505	633 97
1322	633 63	21.06.2.	Job-Koordination (JOKO)	500.000 €	250.000 €		Kommune	0505	633 97
1322	683 63/ 684 63	21.06.2.	Kompetenzagenturen	3.078.900 €	1.026.300 €		Bund	0505	683 97/ 684 97
1322	683 63/ 684 63	21.06.1.	Vertiefte Berufsorientierung und Verbundausbildung	3.291.700 €	1.097.300 €		Bund/ Private/ Kommune	0505	683 97/ 684 97
1322	683 63/ 684 63	21.06.1.	Regio-Netzwerkstelle	268.200 €	178.800 €			0505	683 97/ 684 97
1322	633 63	21.06.1.	Berater/in Jugendhilfe in Jugendberufsagentur	493.700 €	246.800 €		Kommune	0505	633 97
1322	633 63/ 683 63	21.06.1.	Spezifische Modellprojekte	0 €	0 €			0505	633 97/ 683 97
1322	633 63	21.06.1.	Ausbildungsmanagement	750.000 €	375.000 €		Kommune	0505	633 97
1322	686 63	21.07.0.	Überbetriebliche Lehrlings- unterweisung (ÜLU)	4.000.000 €	0 €		Bund/ Private	0505	686 97
1322	683 63/ 684 63	21.07.0.	Assistierte Ausbildung Pflege	3.249.600 €	2.166.400 €			0505	683 97/ 684 97
1322	684 63	21.07.0.	KAUSA-Landesstelle	0 €	0 €	0 €	Bund	0505	684 97
1322	681 63	21.08.1.	Weiterbildung (individuell)	3.000.000 €	930.500 €		Private	0505	681 97
1322	683 63/ 684 63	21.08.1.	Weiterbildung (betrieblich)	3.000.000 €	930.500 €		Private	0505	683 97/ 684 97
1322	671 63/ 683 63/ 684 63	21.08.2.	Fachkräftesicherung	4.035.000 €	2.690.000 €			0505	671 97/ 683 97/ 684 97
1322	683 63/ 684 63	21.02.0.	BRAFO	6.442.700 €	0 €	0 €	Bund	0505	683 97/ 684 97
1322	633 63	21.11.0.	Örtliches Teilhabemanage-ment (ÖTHM)	3.750.000 €	2.187.500 €		Kommune	0509	633 97
1322	633 63/ 683 63/ 684 63	21.12.0.	Empowerment für Eltern	7.300.000 €	3.114.300 €		Kommune/ Private	0517	633 97/ 683 97/ 684 97
1322	684 63	21.04.0.	FSJ und FSJ Kultur	2.302.700 €	698.900 €		Private	0517	684 97
1322	684 63	21.04.0.	FÖJ	634.800 €	100.000 €	326.400 €		0517	684 97
1322	683 63/ 685 63	21.03.1.	Gleichberechtigte Lebens- perspektiven öffnen: Abbau von Geschlechterstereotypen bei Berufsorientierung und Lebensplanung	630.000 €	420.000 €			0504	683 97/ 685 97
1322	522 63/ 533 63/ 683 63	21.03.2.	Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz	151.700 €	101.200 €			0504	522 97/ 533 97/ 683 97
			Gesamtsumme ESF +	64.479.000 €	24.230.000 €	326.400 €			

**Übersicht über die EU-Förderprogramme im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung im Haushaltsjahr 2026**
Förderperiode 2021 - 2027

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Tit./TGr.	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel	Land	Bund (über Landes- haushalt)	Übrige (Mittel- herkunft)	Kap.	Tit.
EFRE/JTF									
1321	883 80	15.02.5.	Campushaus Neustadt	3.681.000 €			Kommune		
			Gesamtsumme EFRE/JTF	3.681.000 €	0 €	0 €			
ESF +									
1322	683 63/ 684 63	21.06.2.	STABIL	7.900.000	3.451.400		Bund	0505	683 97/ 684 97
1322	633 63	21.06.2.	Familien stärken - Perspektiven eröffnen (FAMICO)	3.400.000	1.416.700		Bund	0505	633 97
1322	683 63/ 684 63	21.06.2.	Aktive Eingliederung	5.700.000	2.516.300		Bund	0505	683 97/ 684 97
1322	633 63	21.06.2.	Regionale Koordination	1.100.000	550.000		Kommune	0505	633 97
1322	633 63	21.06.2.	Job-Koordination (JOKO)	600.000	300.000		Kommune	0505	633 97
1322	683 63/ 684 63	21.06.2.	Kompetenzagenturen	3.253.700	1.084.600		Bund	0505	683 97/ 684 97
1322	683 63/ 684 63	21.06.1.	Vertiefte Berufsorientierung und Verbundausbildung	2.691.400	897.200		Bund/ Private/ Kommune	0505	683 97/ 684 97
1322	683 63/ 684 63	21.06.1.	Regio-Netzwerkstelle	242.700	161.800			0505	683 97/ 684 97
1322	633 63	21.06.1.	Berater/in Jugendhilfe in Jugendberufsagentur	520.400	260.200		Kommune	0505	633 97
1322	633 63/ 683 63	21.06.1.	Spezifische Modellprojekte	0	0			0505	633 97/ 683 97
1322	633 63	21.06.1.	Ausbildungsmanagement	1.125.000	562.500		Kommune	0505	633 97
1322	686 63	21.07.0.	Überbetriebliche Lehrlings- unterweisung (ÜLU)	4.000.000	0		Bund/ Private	0505	686 97
1322	683 63/ 684 63	21.07.0.	Assistierte Ausbildung Pflege	4.538.200	3.025.500			0505	683 97/ 684 97
1322	684 63	21.07.0.	KAUSA-Landesstelle	390.000	0	260.000	Bund	0505	684 97
1322	681 63	21.08.1.	Weiterbildung (individuell)	3.000.000	930.500		Private	0505	681 97
1322	683 63/ 684 63	21.08.1.	Weiterbildung (betrieblich)	3.000.000	930.500		Private	0505	683 97/ 684 97
1322	671 63/ 683 63/ 684 63	21.08.2.	Fachkräftesicherung	4.188.600	2.792.400			0505	671 97/ 683 97/ 684 97
1322	683 63/ 684 63	21.02.0.	BRAFO	7.002.000	0	2.100.000 €	Bund	0505	683 97/ 684 97
1322	633 63	21.11.0.	Örtliches Teilhabemanage-ment (ÖTHM)	4.600.000	2.683.400		Kommune	0509	633 97
1322	633 63/ 683 63/ 684 63	21.12.0.	Empowerment für Eltern	9.733.200	4.153.700		Kommune/ Private	0517	633 97/ 683 97/ 684 97
1322	684 63	21.04.0.	FSJ und FSJ Kultur	2.639.700	801.200		Private	0517	684 97
1322	684 63	21.04.0.	FÖJ	634.800	100.000	326.400		0517	684 97
1322	683 63/ 685 63	21.03.1.	Gleichberechtigte Lebens- perspektiven öffnen: Abbau von Geschlechterstereotypen bei Berufsorientierung und Lebensplanung	790.000	553.400			0504	683 97/ 685 97
1322	522 63/ 533 63/ 683 63	21.03.2.	Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz	387.500	258.400			0504	522 97/ 533 97/ 683 97
			Gesamtsumme ESF +	71.437.200	27.429.700	2.686.400			

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bedeutung
<i>LSBTIQ*</i>	lesbische, schwule, bisexuelle, trans*- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen
<i>LSBTI</i>	Lesben, Schwule, Bisexuell, Transgender, Transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen
<i>ESF Plus</i>	Europäischer Sozialfonds Plus
<i>EFRE</i>	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
<i>üöTrSH</i>	überörtlicher Träger der Sozialhilfe
<i>KiTa</i>	Kindertagesstätte
<i>PfIBG</i>	Pflegeberufegesetz
<i>PfIBSchVO</i>	Pflegeberufe-Schiedsstellenverordnung
<i>SchKG</i>	Schwangerschaftskonfliktgesetz
<i>GBV</i>	Geschäftsbesorgungsvertrag
<i>BtOG</i>	Betreuungsorganisationsgesetz
<i>SchulG</i>	Schulgesetz
<i>AltPfIBFSchulFöV ST</i>	Verordnung zur Förderung der Berufsfachschulen für Altenpflege
<i>BTHG</i>	Bundesteilhabegesetz
<i>BGG LSA</i>	Behindertengleichstellungsgesetz Sachsen-Anhalt
<i>UKST</i>	Unfallkasse Sachsen-Anhalt
<i>UN-BRK/UN-CRPD</i>	Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
<i>LFB ST</i>	Landesfachstelle für Barrierefreiheit Sachsen-Anhalt
<i>KH-Förderung</i>	Krankenhausförderung
<i>KHSG</i>	Krankenhausstrukturgesetz
<i>PpSG</i>	Pflegepersonal-Stärkungsgesetz
<i>KHZG</i>	Krankenhauszukunftsgesetz
<i>KZV</i>	Konzeption zivile Verteidigung
<i>KRITIS-Strategie</i>	Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen
<i>EPS</i>	Eichenprozessionsspinner
<i>PsychKG LSA</i>	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für Personen mit einer psychischen Erkrankung des Landes Sachsen-Anhalt
<i>MvollzG LSA</i>	Maßregelvollzugsgesetz
<i>AMIS</i>	Arzneimittelinformationssystem des Bundes
<i>IMPP</i>	Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen
<i>DKKR</i>	Deutsche Kinderkrebsregister
<i>GDA</i>	Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie
<i>LAAG LSA</i>	Land- und Amtsarztgesetz
<i>GutachtStKatrG-LSA</i>	Gesetz über die Gutachterstelle für freiwillige Kastrationen und andere Behandlungsmethoden Sachsen-Anhalt

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
05 01	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung		221.800	552.300		774.100	33.464.300
05 02	Allgemeine Bewilligungen		135.900			135.900	0
05 03	Demokratie- und Engagementförderung, Integration		280.400	1.884.800		2.165.200	229.600
05 04	Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI		45.100	0		45.100	
05 05	Arbeitsmarkt		80.000	294.000.000		294.080.000	0
05 06	Landesamt für Verbraucherschutz					0	
05 07	Sozialagentur		3.100			3.100	6.539.900
05 08	Sozial- und Eingliederungshilfe		1.512.600	242.429.200		243.941.800	0
05 09	Sonstige soziale Leistungen		985.600	0		985.600	10.000
05 10	Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG		0	0		0	
05 11	Soziale Entschädigungsleistungen		0	0		0	
05 12	Maßregelvollzug					0	
05 13	Gesundheitswesen		53.800	61.700	21.669.000	21.784.500	0
05 14	Soziales Entschädigungsrecht		278.900	22.036.800		22.315.700	
05 16	Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung		0	603.900	0	603.900	408.600
05 17	Kinder, Jugend, Familie		188.200	71.981.700	10.000.000	82.169.900	152.900
	Summe 2025		3.785.400	633.550.400	31.669.000	669.004.800	40.805.300
	Summe 2024		3.529.800	623.879.700	46.651.800	674.061.300	30.281.000
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+255.600	+9.670.700	-14.982.800	-5.056.500	+10.524.300

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
1.201.200	0		115.000	1.009.900	35.790.400	-35.016.300	0	05 01
933.700	22.153.000		2.010.000		25.096.700	-24.960.800	6.247.200	05 02
72.500	12.294.100			18.700	12.614.900	-10.449.700	6.811.900	05 03
295.700	8.674.100		210.000		9.179.800	-9.134.700	1.154.300	05 04
97.600	312.072.900		2.467.400		314.637.900	-20.557.900	32.250.700	05 05
	41.168.700		1.498.900		42.667.600	-42.667.600	0	05 06
3.791.000	1.000		136.900	624.200	11.093.000	-11.089.900	0	05 07
18.600	1.099.837.200		978.100		1.100.833.900	-856.892.100	0	05 08
58.500	59.349.400		0		59.417.900	-58.432.300	5.849.900	05 09
	0		0		0	0	0	05 10
	0				0	0	0	05 11
	96.766.300		5.917.000		102.683.300	-102.683.300	650.000	05 12
629.500	11.770.500		99.142.100		111.542.100	-89.757.600	79.001.300	05 13
	46.481.100		15.600		46.496.700	-24.181.000	0	05 14
69.900	400		1.800	0	480.700	+123.200	0	05 16
1.307.800	690.108.000		10.000.000	0	701.568.700	-619.398.800	21.215.200	05 17
8.476.000	2.400.676.700		122.492.800	1.652.800	2.574.103.600	-1.905.098.800	153.180.500	
6.529.300	2.253.085.100		126.874.400	909.100	2.417.678.900	-1.743.617.600	180.705.400	
+1.946.700	+147.591.600		-4.381.600	+743.700	+156.424.700	-161.481.200	-27.524.900	

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
05 01	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung		221.800	552.300		774.100	34.128.600
05 02	Allgemeine Bewilligungen		135.900			135.900	0
05 03	Demokratie- und Engagementförderung, Integration		280.400	1.884.800		2.165.200	246.600
05 04	Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI		45.100	0		45.100	
05 05	Arbeitsmarkt		80.000	290.360.000		290.440.000	0
05 06	Landesamt für Verbraucherschutz					0	
05 07	Sozialagentur		3.100			3.100	6.749.600
05 08	Sozial- und Eingliederungshilfe		1.512.600	264.472.200		265.984.800	0
05 09	Sonstige soziale Leistungen		987.900	0		987.900	9.000
05 10	Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG		0	0		0	
05 11	Soziale Entschädigungsleistungen		0	0		0	
05 12	Maßregelvollzug					0	
05 13	Gesundheitswesen		53.800	61.700	23.869.400	23.984.900	0
05 14	Soziales Entschädigungsrecht		281.300	22.012.400		22.293.700	
05 16	Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung		0	606.900	0	606.900	410.100
05 17	Kinder, Jugend, Familie		188.200	71.981.700	20.000.000	92.169.900	155.900
	Summe 2026		3.790.100	651.932.000	43.869.400	699.591.500	41.699.800
	Summe 2025		3.785.400	633.550.400	31.669.000	669.004.800	40.805.300
	2026 mehr(+) / weniger(-)		+4.700	+18.381.600	+12.200.400	+30.586.700	+894.500

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
1.179.900	0		83.600	1.043.100	36.435.200	-35.661.100	0	05 01
659.800	21.231.700		0		21.891.500	-21.755.600	827.600	05 02
72.500	12.926.100			19.900	13.265.100	-11.099.900	13.716.400	05 03
410.900	9.038.700		310.000		9.759.600	-9.714.500	1.504.400	05 04
190.000	310.055.900		2.700.300		312.946.200	-22.506.200	11.890.000	05 05
	39.724.200		1.460.800		41.185.000	-41.185.000	0	05 06
3.789.600	1.100		121.900	625.200	11.287.400	-11.284.300	0	05 07
18.600	1.150.999.700		997.700		1.152.016.000	-886.031.200	0	05 08
113.900	62.901.700		0		63.024.600	-62.036.700	1.036.700	05 09
	0		0		0	0	0	05 10
	0				0	0	0	05 11
	110.008.100		1.677.000		111.685.100	-111.685.100	0	05 12
631.300	12.240.300		101.081.200		113.952.800	-89.967.900	217.322.400	05 13
	47.572.100		15.600		47.587.700	-25.294.000	0	05 14
71.000	0		1.800	0	482.900	+124.000	0	05 16
1.328.500	723.158.100		20.000.000	0	744.642.500	-652.472.600	10.620.500	05 17
8.466.000	2.499.857.700		128.449.900	1.688.200	2.680.161.600	-1.980.570.100	256.918.000	
8.476.000	2.400.676.700		122.492.800	1.652.800	2.574.103.600	-1.905.098.800	153.180.500	
-10.000	+99.181.000		+5.957.100	+35.400	+106.058.000	-75.471.300	+103.737.500	

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0501 beträgt zum 31.12.2025 227 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0501 beträgt zum 31.12.2026 227 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Das Ministerial-Kapitel enthält die Einnahmen, Personal-, Sach- und Investitionsausgaben, die zur zweckgerichteten Aufgabenerfüllung des MS als oberste Landesbehörde im Rahmen des Verwaltungsvollzuges entstehen. Darüber hinaus sind die Ansätze für Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamte/Beamtinnen sowie Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen für den gesamten Einzelplan 05 veranschlagt mit Ausnahme der Landesbetriebe Landesamt für Verbraucherschutz und Sozialagentur.

Einnahmen

111 11	011	Verwaltungsgebühren	0	0	0
			92		

Erläuterungen:

Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung gem. Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der jeweils gültigen Fassung.

119 01	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit	0	0	0
			0		

119 41	011	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			789		

119 46	011	Ersatzleistungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Ersatzleistungen von Bediensteten bzw. Versicherungen.

119 47	841	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0	0	0
			0		

119 51	011	Vermischte Einnahmen	15.000	15.000	15.000
			28.887		

Erläuterungen:

Erstattung von Auslagen/Vorschüssen für Gerichtskosten und Rechtsanwaltsgebühren nach Abschluss des Haushaltsjahres.

124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2.400	400	400
			632		

Erläuterungen:

Erhebung von Fremdnutzungsanteilen der Kantine auf dem Grundstück des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der Turmschanzenstraße 25, 39114 Magdeburg sowie sonstige Mieteinnahmen.

132 01	011	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0	0	0
			0		

132 02	011	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	0	0	0
			0		

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

232 01	011	Zuweisungen von Ländern für bundesweite Veröffentlichungen	0 0	0	0
236 01	011	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattung von Versorgungsbezügen gemäß § 107 b Beamtenversorgungsgesetz	519.700 552.333	552.300	552.300

Titelgruppe(n)

65 Schiedsstellen nach § 78g SGB VIII, § 133 SGB IX, § 76 SGB XI und § 81 SGB XII

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 05 01
Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung ist für die Geschäftsstelle der Schiedsstellen zuständig.

111 65	059	Gebühren der Schiedsstellen	312.200 323.135	206.400	206.400

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			312.200	206.400	206.400

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	183.700 186.516	195.300 0	196.200 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	186.116	183.300	190.600	191.500
2.	Dienstaufwandsentschädigung	0	0	4.300	4.300
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0	0	0
4.	Sonderzuwendung	400	400	400	400
Zusammen		186.516	183.700	195.300	196.200

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	5.242.100 5.804.938	5.704.200 0	5.576.200 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	5.804.938	5.242.100	5.704.200	5.576.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		5.804.938	5.242.100	5.704.200	5.576.200

422 51	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 9.774	0 0	0 0

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	17.700 23.783	17.700 0	17.700 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlungen und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 23.783	0 17.700	0 17.700	0 17.700
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		23.783	17.700	17.700	17.700

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

427 03	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (ABM)	0	0	0
			0	0	0

427 07	011	Beschäftigungsentgelte für Praktikantinnen und Praktikanten	21.300	3.600	3.600
			3.545	0	0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlungen und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.545	21.300	3.600	3.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	sonstiges Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		3.545	21.300	3.600	3.600

427 31	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	0	0	0
			0	0	0

427 39	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte von Landesbediensteten im Mutterschutz	0	0	0
			0	0	0

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	11.642.800	12.917.900	12.602.500
			11.466.064	0	0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.012.000	1.643.800	2.213.800	1.872.300
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.454.064	9.999.000	10.704.100	10.730.200
2.	Aufwandsentschädigungen				
3.	Sonstige Leistungen				
Zusammen		11.466.064	11.642.800	12.917.900	12.602.500

428 03	011	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	14.000	12.700	37.700
			0	0	0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

05 01 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für ein duales Studium (2 Studierende) im IT-Bereich ab dem Wintersemester 2025/2026. Die Berechnung entspricht der Richtlinie der TdL für duale Studiengänge und Masterstudiengänge vom 16. Mai 2019, zuletzt geändert durch Beschluss der Mitgliederversammlung der TdL vom 12. Juli 2024.

431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	260.100 263.689	281.900 0	283.400 0
432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	9.904.600 9.669.077	11.278.500 0	12.052.200 0
432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	557.700 559.300	693.100 0	760.000 0
441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	172.300 140.048	150.900 0	163.600 0
441 05	841	Beihilfen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	33.600 16.809	32.300 0	33.000 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	0	0	0	0
2.	Maßnahmen zur Umsetzung des Gesundheitsmanagements	1.393	5.000	5.000	5.000
3.	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	1.253	6.000	6.000	6.000
4.	Sicherheitstechnische Leistungen	6.200	8.600	9.000	9.000
5.	Arbeitsmedizinische Leistungen	7.726	14.000	12.300	13.000
Zusammen		16.572	33.600	32.300	33.000

443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	2.000 732	2.000 0	2.000 0
443 06	841	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0 1.065	0 0	0 0
443 07	841	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0 0	0 0	0 0
443 11	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0 0	0 0	0 0
446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	1.397.900 1.529.549	1.982.300 0	2.208.600 0
453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0 0	0 0	0 0
453 11	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	0 413	0 0	0 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

511 01 011 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** **283.500** **255.300** **256.400**
196.327 0 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	20.817	32.000	22.000	22.000
2.	Kommunikation	82.410	109.600	103.400	104.500
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	66.225	52.500	48.800	48.800
4.	Sonstiges	26.875	89.400	81.100	81.100
Zusammen		196.327	283.500	255.300	256.400

514 01 011 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen** **43.400** **44.900** **44.800**
22.558 0 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	5.546	18.000	19.500	19.400
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	461	800	800	800
3.	Verbrauchsmittel	16.489	24.600	24.600	24.600
4.	Sonstiges	62	0	0	0
Zusammen		22.558	43.400	44.900	44.800

Nr.	Bestand an Dienstkraftfahrzeugen	2024	2025	2026
1.	Nutz- und Sonderfahrzeuge	4	4	4
2.	PKW	6	6	6
3.	PKW-Anhänger	1	1	1
Zusammen		11	11	11

517 01 011 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **407.200** **430.100** **447.800**
360.685 0 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	209.230	244.400	255.100	264.300
2.	Bewachung	150.199	157.800	170.000	178.500
3.	Sonstiges	1.256	5.000	5.000	5.000
Zusammen		360.685	407.200	430.100	447.800

517 30 011 **Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA** **642.500** **0** **0**
306.982 0 0

Erläuterungen:

Auflösung des Mieter-Vermieter-Modells zum 01.01.2025, die Mietnebenkosten werden ab diesem Zeitpunkt zentral veranschlagt.

518 01 011 **Mieten und Pachten** **56.300** **55.300** **55.300**
55.141 0 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	0	5.000	5.000	5.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	55.141	51.300	50.300	50.300
3.	Für Leasing	0	0	0	0
Zusammen		55.141	56.300	55.300	55.300

518 13	011	Leasing von Dienstfahrzeugen	23.000 17.692	38.000 0	38.000 0

Erläuterungen:

Leasingraten für 6 PKW

518 30	011	Mietzahlungen an BLSA	937.800 887.246	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auflösung des Mieter-Vermieter-Modells zum 01.01.2025, die Mietkosten werden ab diesem Zeitpunkt zentral veranschlagt.

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	24.700 6.190	24.700 0	24.700 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	6.190	24.700	24.700	24.700
Zusammen		6.190	24.700	24.700	24.700

525 01	011	Aus- und Fortbildung	55.000 34.620	55.000 0	55.000 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Beschäftigtenlehrgänge BI/BII	30	2.000	2.000	2.000
2.	Fortbildungsveranstaltungen	450	14.000	14.000	14.000
3.	Fachtagungen u.a. Veranstaltungen	21.240	15.400	30.000	30.000
4.	Inhousefortbildungen, Sonstige Bildungsangebote	12.900	23.600	9.000	9.000
Zusammen		34.620	55.000	55.000	55.000

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	40.000 25.273	70.000 0	70.000 0

Erläuterungen:

Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, Stempelgebühren, Erstattung barer Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner.

526 02	011	Sachverständige	1.500 0	1.500 0	1.500 0

Erläuterungen:

Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke.

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	63.500 61.546	63.500 0	63.500 0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 01 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Reisekosten allgemein	61.546	60.500	60.500	60.500
2.	Wegstreckenentschädigung für private Kraftfahrzeuge	0	3.000	3.000	3.000
Zusammen		61.546	63.500	63.500	63.500

527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	12.100 8.855	12.100 0	12.100 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Fortbildungs- und Reisekosten des Personalrates	3.626	1.400	1.400	1.400
2.	Fortbildungs- und Reisekosten des Hauptpersonalrates	5.190	9.200	9.200	9.200
3.	Fortbildungs- und Reisekosten der Schwerbehindertenvertretung	39	1.500	1.500	1.500
Zusammen		8.855	12.100	12.100	12.100

529 01	011	Verfügungsmittel der Ministerin, des Staatssekretärs und der Staatssekretärin	7.500 5.391	7.500 0	7.500 0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

529 05	011	Verfügungsfonds der Landesregierung	9.800 1.369	9.800 0	9.800 0

Erläuterungen:

Festveranstaltungen im Rahmen politischer Feierlichkeiten und anderer Anlässe sowie Veranstaltungen im Rahmen von Fachaufgaben.

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	107.000 42.544	85.000 0	45.000 0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Neue Publikationsprojekte	4.748	33.000	6.000	6.000
2.	Aktualisierte Nachauflagen vorhandener bzw. periodisch erscheinender Publikationen	4.507	12.000	7.000	7.000
3.	Aktionstage, Fachtagungen, Zielgruppenveranstaltungen, Landeswettbewerbe	23.844	42.000	28.000	10.000
4.	Sonstige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	9.445	20.000	44.000	22.000
Zusammen		42.544	107.000	85.000	45.000

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	16.800 38.712	23.500 0	23.500 0

Erläuterungen:

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind für Betreuungs- und Dienstleistungsverträge erforderlich.

534 01	011	Sonstiges	15.100 4.436	6.500 0	6.500 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 534 01

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Fortbildung für ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte	236	500	500	500
2.	Regionale Demografiewerkstätten und Fachveranstaltungen	4.200	5.000	6.000	6.000
3.	Fachveranstaltungen in der Pflege	0	9.600	0	0
Zusammen		4.436	15.100	6.500	6.500

536 01	219	Kosten des Landeswahlbeauftragten für die Wahlen zu den Organen der Sozialversicherungsträger	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Gemäß § 6 Abs. 2 SVWO - Wahlordnung für Sozialversicherung - erfolgt die Entschädigung der Landeswahlbeauftragten und ihrer Stellvertreter durch die Regelung der obersten Landesbehörden der Länder. Sozialwahlen finden alle sechs Jahre statt.

542 01	011	Umsatzsteuer	0	0	0
			6.715	0	0

*** Umsetzungen von Kap. 05 02 Titel 542 01
Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind Erstattungen und Verrechnungsbuchungen aufgrund umsatzsteuerrechtlicher Sachverhalte durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für die Organisationseinheit Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung erfolgen zentral aus diesem Titel.

681 01	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			6.750	0	0

811 01	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

811 06	011	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0	30.000	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung eines Kleintraktors

812 13	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	0	0	0
			0	0	0

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	38.600	85.000	83.600
			122.774	0	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung von Mobiliar

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	891.200	1.009.900	1.043.100
			890.078	0	0

972 01	011	Globale Minderausgaben	0	0	0
			0	0	0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 01 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

65 **Schiedsstellen nach § 78g SGB VIII, § 133 SGB IX, § 76 SGB XI
und § 81 SGB XII**

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden
bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 01
Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung ist für die Geschäftsstelle der Schiedsstellen zuständig.

412 65	059	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	131.900	131.900	131.900
			65.045	0	0

Erläuterungen:

Schiedsstellen für Angelegenheiten der Sozialhilfe

Aufwendungen für den Vorsitzenden der Schiedsstelle nach § 81 SGB XII

Der Vorsitzende erhält Reisekostenvergütung und für sonstige Barauslagen und Zeitaufwand eine Aufwandsentschädigung (§ 13 der Verordnung über die Schiedsstelle nach § 81 SGB XII).

Schiedsstelle für Angelegenheiten der sozialen Pflegeversicherung

Aufwendungen für den Vorsitzenden und die weiteren unparteiischen Mitglieder der Schiedsstelle nach § 76 SGB XI

Der Vorsitzende und die beiden weiteren unparteiischen Mitglieder erhalten Reisekostenvergütung und für sonstige Barauslagen und Zeitaufwand eine Aufwandsentschädigung (§ 14 der Verordnung über die Schiedsstelle für die soziale Pflegeversicherung).

Schiedsstelle für Angelegenheiten der Jugendhilfe

Aufwendungen für den Vorsitzenden der Schiedsstelle nach § 78 g SGB VIII

Der Vorsitzende erhält Reisekostenvergütung und für sonstige Barauslagen und Zeitaufwand eine Aufwandsentschädigung (§ 14 der Verordnung über die Schiedsstelle in der Jugendhilfe).

Schiedsstelle für Angelegenheiten nach § 133 SGB IX

Aufwendungen für den Vorsitzenden der Schiedsstelle nach § 133 SGB IX

Der Vorsitzende erhält Reisekostenvergütung und für sonstige Barauslagen und Zeitaufwand eine Aufwandsentschädigung (§ 14 der Verordnung über die Schiedsstelle nach § 133 SGB IX).

427 65	059	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

428 65	059	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	60.000	60.000
			0	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 65

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0		
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	60.000	60.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0		
3.	Sonstige Leistungen	0	0		
Zusammen		0	0	60.000	60.000

511 65	059	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	500 0	500 0	500 0

526 65	059	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	14.000 0	14.000 0	14.000 0

Erläuterungen:

Entschädigung von Sachverständigen, Zeuginnen und Zeugen, Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, Stempelgebühren, Erstattung barer Auslagen an Prozessgegner.

527 65	059	Reisekostenvergütungen	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			146.400	206.400 0	206.400 0

81 Geschäftsstelle des Chief Digital Officer (CDO)

Übertragbar

Erläuterungen:

Mit Beschluss des Kabinetts vom 15.03.2022 wurde in jedem Ressort ein Chief Digital Officer (CDO) benannt. Der Einsatz eines CDO ist als Reaktion auf die zunehmenden Herausforderungen einer alle Lebensbereiche umfassenden digitalen Transformation zu verstehen. Die CDOs tragen Verantwortung für den digitalen Gesamtprozess und die Planung und Steuerung des Transformationsprozesses. Die Aufgabe umfasst nicht die hausinterne IKT-Infrastruktur. Die CDOs sind Mitglieder des vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales geleiteten Digitalisierungsboard und sie arbeiten in einem Arbeitskreis, dem Steuerungsboard, mit diesem zusammen.

427 81	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

533 81	011	Dienstleistungen Außenstehender	4.000 0	4.000 0	4.000 0

Übertragbar

Erläuterungen:

In jedem Ressort wird eine Geschäftsstelle eingerichtet, die den digitalen Gesamtprozess plant, steuert und leitet.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 01 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
547 81	011	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 81			4.000	4.000 0	4.000 0
96		Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau			
422 96	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 96	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 01 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	329.600	221.800	221.800
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	519.700	552.300	552.300
Gesamteinnahme		849.300	774.100	774.100

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	29.581.700	33.464.300	34.128.600
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.765.200	1.201.200	1.179.900
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	38.600	115.000	83.600
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	891.200	1.009.900	1.043.100
			0	0
Gesamtausgabe		33.276.700	35.790.400	36.435.200
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-32.427.400	-35.016.300	-35.661.100

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0502 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0502 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel 0502 sind Einnahmen und Ausgaben eingestellt, die aufgrund ihrer übergreifenden Bedeutung für alle Funktionsbereiche des MS keinem anderen Kapitel des Einzelplans zugeordnet werden können.

Einnahmen

119 41	291	Rückzahlungen von Überzahlungen	69.500	132.500	132.500
			132.504		

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet worden sind.

119 51	291	Vermischte Einnahmen	4.300	3.400	3.400
			489		

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	489.200	743.400	521.800
			309.774	436.000	65.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	193.100	233.100			426.200
2026	92.500	236.300	276.000		604.800
2027		239.500	160.000	65.700	465.200
2028					
2029 ff.					
Summen	285.600	708.900	436.000	65.700	1.496.200

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Erläuterungen zu den zu vergebenden Gutachten, Studien und Beraterverträgen als Beratungsleistungen im Sinne des § 34a LHO werden entsprechend abgebildet.

Nr.	Erläuterungstext	2025 in EUR	2026 in EUR
1.	Fortsetzung von Studien aus dem Vorjahr, davon: ~ Durchführung Monitoring und Evaluation im Rahmen der Umsetzung des Landesintegrationskonzeptes Sachsen-Anhalt Der in 2023 geschlossene Vertrag sieht für die Laufzeit 2023-2026 Gesamtausgaben in Höhe von 300.000 Euro vor. Die Gesamtausgaben teilen sich so auf, dass 80.000 Euro für 2023, 100.000 Euro für 2024, 100.000 Euro für 2025 und 20.000 Euro für 2026 anfallen.	100.000	20.000
	~ Kinder- und Jugendbericht einschl. Fortschreibung des 1. jugendpolitischen Programms des Landes Sachsen-Anhalt Der in 2023 geschlossene Vertrag sieht für die Laufzeit 2023-2025 Gesamtausgaben in Höhe von 85.500 Euro vor. Die Gesamtausgaben teilen sich so auf, dass 18.600 Euro für 2023, 39.500 Euro für 2024 und 27.400 Euro für 2025 anfallen.	27.400	0
	~ Unabhängige Monitoringstelle / Istanbul-Konvention Der in 2023 geschlossene Vertrag sieht für die Laufzeit 2024-2026 Gesamtausgaben in Höhe von 197.100 Euro vor. Die Gesamtausgaben teilen sich so auf, dass 65.700 Euro für 2024, 65.700 Euro für 2025 und 65.700 Euro für 2026 anfallen.	65.700	65.700
	~ Evaluierung Klinisches Krebsregister gem. § 65 c Abs. 10 SGB V Der in 2023 geschlossene Vertrag sieht für die Laufzeit 2026 Gesamtausgaben in Höhe von 6.800 Euro vor, die in 2026 anfallen.	0	6.800
	~ Arbeitgeberbefragung zu betrieblichen Bestimmungsgrößen, IAB-Betriebspanel Sachsen-Anhalt für die Jahre 2024 bis 2026 - Aufstockungsstichprobe, Länderbericht Der für 2024 geplante Vertrag sieht für die Laufzeit 2024-2027 Gesamtausgaben in Höhe von 455.200 Euro vor. Die Gesamtausgaben teilen sich so auf, dass 91.500 Euro für 2024, 151.300 Euro für 2025, 153.300 Euro für 2026 und 59.100 Euro für 2027 anfallen.	151.300	153.300

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

Nr.	Erläuterungstext	2025 in EUR	2026 in EUR
2.	Freiwilligensurvey -Laufzeit 2025-2026; Gesamtkosten 12.000 EUR- <i>Erstellung eines vergleichenden Länderberichts im Rahmen des vom BMFSFJ in Auftrag gegebenen Deutschen Freiwilligensurveys 2024. Die Ergebnisse der spezifischen Länderauswertung sind wichtige Indikatoren für die Gestaltung der Engagementpolitik im Land Sachsen-Anhalt. Ziel ist, durch den Länderbericht wichtige Hinweise über den Trendverlauf des freiwilligen Engagements und Handlungsempfehlungen für die Förderpraxis zum weiteren Ausbau des Engagements zu erhalten.</i> Der in 2025 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 12.000 Euro vor. Die Gesamtausgaben teilen sich so auf, dass 6.000 Euro für 2025 und 6.000 Euro für 2026 vorgesehen sind.	6.000	6.000
3.	Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit -Laufzeit 2025-2026; Gesamtkosten 75.000 EUR- <i>Das von der Landesregierung verabschiedete Landesprogramm sieht vor, dass die Umsetzung regelmäßig inhaltlich und strukturell geprüft und weiterentwickelt wird. Die methodischen Ansätze bedürfen vor dem Hintergrund der sich verändernden gesellschaftlichen Herausforderungen und Zugangsschwierigkeiten zu Zielgruppen einer kontinuierlichen Weiterentwicklung und Ergebnissicherung. Ziel dieser wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation soll sein, die Gesamtstruktur des Landesprogramms und seiner Gremien (Landes-Demokratiezentrum, Interministerieller Arbeitskreis, Beirat) sowie die Arbeitsweise der im Rahmen des Landesprogramms wirkenden Maßnahmen, Strukturen und Projekte zu begleiten und unter Berücksichtigung der landesweiten Präventionsmaßnahmen und Präventionsprogramme des Bundes entsprechende Weiterentwicklungsbedarfe kenntlich zu machen.</i> Der in 2025 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 75.000 Euro vor. Die Gesamtausgaben teilen sich so auf, dass 40.000 Euro für 2025 und 35.000 Euro für 2026 vorgesehen sind.	40.000	35.000
4.	Evaluierung des PsychKG LSA und Erstellung der psychiatrischen Versorgungsstrategie -Laufzeit 2025-2027; Gesamtkosten 340.000 EUR- <i>Gem. § 47 PsychKG LSA ist dieses Gesetz vier Jahre nach seinem Inkrafttreten hinsichtlich seiner Wirkungsweise zu evaluieren. Das Gesetz ist am 22.10.2020 in Kraft getreten. Dem Landtag sind die Konzeption und die Ergebnisse der Evaluierung in einem schriftlichen Bericht vorzulegen. Die konkreten Inhalte der Evaluierung sowie die Indikatoren sind unter Beteiligung der Fachwelt entwickelt worden. Inhaltlich sollen insbesondere die Wirkungsweise bzw. Umsetzungshindernisse der neuen Strukturen (Patientenfürsprecher und -fürsprecherinnen, Psychiatriekoordinatoren und -koordinatorinnen, Gemeindepsychiatrische Verbünde) beleuchtet werden. Die Evaluierung wird im Sinne der Effektivität um den ersten Teilschritt für die Psychiatrische Versorgungsstrategie nach § 9 PsychKG LSA erweitert.</i> Der in 2025 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 340.000 Euro vor. Die Gesamtausgaben teilen sich so auf, dass 90.000 Euro für 2025, 120.000 Euro für 2026 und 130.000 Euro für 2027 vorgesehen sind.	90.000	120.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

Nr.	Erläuterungstext	2025 in EUR	2026 in EUR
5.	Arbeitnehmerbefragung zu betrieblichen Bestimmungsgrößen; DGB-Index Gute Arbeit für das Jahr 2026 - Aufstockungsstichprobe und Länderbericht - Laufzeit 2026; Gesamtkosten 85.000 EUR- <i>Der DGB-Index Gute Arbeit ist eine bundesweite Beschäftigtenbefragung für alle Betriebsgrößen und Branchen sowie die Gesamtwirtschaft. Hierfür werden die Aussagen von rd. 100 Beschäftigten aus Sachsen-Anhalt erfasst. Die Aufstockungsstichprobe für Sachsen-Anhalt ist inhaltlich, sachlich und methodisch eingebunden in die Durchführung des DGB-Index Gute Arbeit. Mit dieser Aufstockung auf rd. 1.000 Beschäftigte wird eine landesspezifische Auswertung auf der Basis eines qualitativ hochwertigen Datensatzes erreicht. Die Beschäftigtenbefragung bildet eine wichtige Ergänzung zum IAB-Betriebspanel. Der Länderbericht fasst die Ergebnisse zusammen. Mit dieser Studie werden relevante Angaben für die Fachkräftesicherungsstrategie des Landes erzielt. Das Vergabeverfahren und der Vertragsschluss sind in 2025 vorgesehen.</i>	0	85.000
6.	Verbleibstudie von Schüler/Innen der Erzieherausbildung an Fachschulen und von Studierenden der Kindheitspädagogik - Laufzeit 2025-2027; Gesamtkosten 90.000 EUR- <i>In Ergänzung der bundesweiten Verbleibstudie von Schüler/innen der Erzieherausbildung an Fachschulen und von Studierenden der Kindheitspädagogik - umgesetzt durch DJI/WiFF - soll eine Zusatzstudie für Sachsen-Anhalt durchgeführt werden. Die landesspezifische Ergänzung umfasst die Befragung aller Schüler/innen der Heilerzieher-Ausbildung an Fachschulen und der Kinderpflege bzw. Sozialassistenten-Ausbildung an Berufsfachschulen. Aus den zusätzlichen Ergebnissen werden erforderliche Strategien des Landes zur Haltung dieser Berufsgruppen im System KiTa abgeleitet werden können. Der in 2025 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 90.000 Euro vor. Die Gesamtausgaben teilen sich so auf, dass 30.000 Euro für 2025, 30.000 Euro für 2026 und 30.000 Euro für 2027 vorgesehen sind.</i>	30.000	30.000
7.	Evaluierung des Nichtraucherchutzgesetzes LSA - Laufzeit 2025; Gesamtkosten 203.000 EUR - <i>Evaluierung des Nichtraucherchutzgesetzes LSA gem. Beschlussfassung des Landtages vom 22.03.2023 (Drs. 8/2443). Die bestehenden Regelungen des Nichtraucherchutzgesetzes sind auf ihre Wirksamkeit und mögliche weitere Schutzbedarfe, auch im Bezug auf die Gleichsetzung elektronischer nikotinhaltiger Alternativprodukte, zu untersuchen. Erweiterungsmöglichkeiten des Regelungskreises des Nichtraucherchutzes, insbesondere des allgemeinen Rauchverbotes, sind hierbei mit einzubeziehen.</i>	203.000	0
8.	Evaluierung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt - Laufzeit 2025; Gesamtkosten 30.000 EUR - <i>Das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt wurde durch Kabinettsbeschluss vom 01.12.2020 und vom 06.02.2024 organisatorisch und inhaltlich neu strukturiert. Der Kabinettsbeschluss vom 06.02.2024 umfasst unter der Beschlussziffer 4 den Auftrag für das MS, bis Ende 2025 eine Evaluation des Landesprogramms durchzuführen. Mit der Evaluation sollen Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der neuen Programmstrukturen überprüft werden.</i>	30.000	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

Nr.	Erläuterungstext	2025 in EUR	2026 in EUR
9.	Implementierung der unabhängigen Monitoringstruktur / Istanbul-Konvention - Laufzeit 2027; Gesamtkosten 65.700 EUR - <i>Die Istanbul-Konvention (IK) schreibt in Art. 10 Absatz 1 die Koordinierung, Durchführung, Überwachung und Bewertung der erarbeiteten Politiken und Maßnahmen in Umsetzung des Übereinkommens vor. Im Ergebnis des seit 2014 durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsprojektes "WEMO" wird die Entwicklung einer Monitoringstruktur und eine Ombudsfunktion für Sachsen-Anhalt abgeschlossen sein. In einem nächsten Schritt ist die unabhängige und klientinnenzentrierte Monitoringstruktur in Sachsen-Anhalt zu implementieren. Hierfür ist die fachkundige und unabhängige Beratung i.S. des Art. 11 IK unabdingbar. Das Vergabeverfahren und der Vertragsschluss sind in 2026 vorgesehen.</i>	0	0
Gesamt:		743.400	521.800

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	139.400	132.400	45.000
			21.673	30.000	68.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	15.000				15.000
2026	15.000		30.000		45.000
2027				17.000	17.000
2028				17.000	17.000
2029 ff.				34.000	34.000
Summen	30.000		30.000	68.000	128.000

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Investitionsbank - Verwendungsnachweisprüfung Krankenhausfinanzierung	6.750	27.400	27.400	0
2.	Rahmenvertrag Digitalisierung Beratungsleistungen	0	100.000	90.000	30.000
3.	Jahresmonitor Berufsausbildung	14.923	12.000	15.000	15.000
Zusammen		21.673	139.400	132.400	45.000

632 01	314	Finanzierung länderübergreifender Aufgaben im Gesundheits- und Arbeitsschutz	133.200	117.600	148.600
			90.913	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)	36.882	49.700	51.000	54.200
2.	Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG)	44.239	53.700	36.800	64.600
3.	Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben der Länder im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA)	9.792	12.900	12.900	12.900
4.	Fachstelle der Länder für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit	0	16.900	16.900	16.900
Zusammen		90.913	133.200	117.600	148.600

633 02	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für soziale Beratungsangebote	4.128.500 4.047.539	4.211.100 0	4.295.300 0

Erläuterungen:

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen sowie Suchtberatungsstellen

671 01	291	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	5.202.100 1.599.593	8.943.000 3.849.500	7.561.600 0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 03 Titel 671 01, Kapitel 05 05 Titel 671 01, Kapitel 05 05 Titel 671 02, Kapitel 05 09 Titel 671 01, Kapitel 05 09 Titel 671 02 und Kapitel 05 13 Titel 671 03.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	6.877.300	1.398.100			8.275.400
2026	7.419.400	1.688.600	924.700		10.032.700
2027	7.344.600	1.995.900	995.900		10.336.400
2028	10.810.100	3.627.700	1.009.800		15.447.600
2029 ff.			919.100		919.100
Summen	32.451.400	8.710.300	3.849.500		45.011.200

Erläuterungen:

Auf Grund der Anpassung der Kalkulationen an den tatsächlichen Bedarf, fällt die tatsächliche Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2022 zu Lasten der Haushaltsjahre 2026ff. geringer aus.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

Kostenerstattungen an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Durchführung der EU-Programme der Förderperiode 2021-2027.

Förderprogramme, die mit dem GBV vom 22.12./27.12.2022 und weiteren öffentlich-rechtlichen Verträgen an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Umsetzung übertragen wurden bzw. in 2024 übertragen werden:

Förderprogramme	Epl	Kapitel	Titel
Weiterbildungsförderung	05	0505	681/683/684 97
	13	1322	681/683/684 63
Gleichberechtigte Lebensperspektiven öffnen	05	0504	683/685 97
	13	1322	683/685 63
Örtliches Teilhabemanagement	05	0509	633 97
	13	1322	633 63
Empowerment für Eltern	05	0517	633/683/684 97
	13	1322	633/683/684 63
Freiwilligendienste	05	0517	684 97
	13	1322	684 63
Fachkräftesicherung	05	0505	683/684 97
	13	1322	683/684 63
Assistierte Ausbildung	05	0505	683/684 97
	13	1322	683/684 63
Restarbeiten zu vorangegangenen Förderperioden	05	0505	681/683/684 97
	13	1322	681/683/684 63
Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz	05	0504	522/533 97
	13	1322	522/533 63
Campushaus Neustadt (JTF)	13	1321	883 80

Der Vertrag zur Umsetzung der Vorhaben zur Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz im Rahmen des ESF+ 2021-2027 wird auf Grundlage des § 6 IB ErrG geschlossen.

Förderprogramme, die in den kommenden Haushaltsjahren an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Umsetzung übertragen werden sollen:

Förderprogramme	Epl	Kapitel	Titel
BRAFO	05	0505	683/684 97
	13	1322	683/684 63
ÜLU	13	1322	686 63
KAUSA	05	0505	684 97
	13	1322	684 63

684 02	291	Zuschüsse an geförderte soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
*** Billigkeitsleistungen nach § 53 LHO					
684 04	314	Vernetzungsstellen Ernährung	86.600	139.800	183.600
			90.440	0	198.700

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 04

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	137.600	2.200			139.800
2026	174.400	9.300			183.700
2027				198.700	198.700
2028					
2029 ff.					
Summen	312.000	11.500		198.700	522.200

Erläuterungen:

Die im Haushaltsplan 2024 für das Jahr 2026 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung: Die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung arbeitet gemeinsam mit den Kita- und Schulträgern, Kitas, Schulen und Caterern an der Sicherstellung eines ausgewogenen und gesunden Verpflegungsangebotes in Schulen und Kitas.	71.129	75.200	78.800	83.000
2. Vernetzungsstelle Seniorenernährung: Die Vernetzungsstelle für Seniorenernährung arbeitet an der Verbesserung der Ernährungskompetenz von älteren Menschen und von Multiplikatoren. Ziel ist die Verbesserung der Ernährung von Seniorinnen und Senioren.	19.311	11.400	61.000	100.600
Zusammen	90.440	86.600	139.800	183.600

685 01	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	39.000	41.700	45.100
			37.104	0	0

Erläuterungen:

Das Land, vertreten durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, ist Mitglied in folgenden Vereinen, Verbänden und Gesellschaften und zahlt jährlich Mitgliedsbeiträge wie folgt:

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 01

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)	1.726	1.750	1.750	1.750
2.	Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ)	404	425	0	0
3.	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DJluf)	2.421	2.450	2.450	2.450
4.	Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen	5.979	7.200	7.600	7.900
5.	Deutsches Institut für Normung (DIN) Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASl)	963	1.500	1.500	1.500
6.	Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe	14.414	14.200	16.900	16.900
7.	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	9.837	9.850	9.850	12.950
8.	Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik	120	70	120	120
9.	European Social Network (ESN)	1.240	1.500	1.500	1.500
Zusammen		37.104	38.945	41.670	45.070

Der Beitrag für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter wird ab dem Haushaltsjahr 2025 bei Kapitel 0517 Titel 632 01 veranschlagt.

Titelgruppe(n)

61

Beratungsangebote

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Es handelt sich um Beratungsangebote aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen sowie als Bestandteil sozialpolitischer Maßnahmen der Landesregierung. Die Angebote haben präventiven Charakter, sollen den Betroffenen aber auch individuelle Hilfe und Unterstützung anbieten.

	2023 (EUR)	2024 (EUR)	2025 (EUR)	2026 (EUR)	2023 (EUR)	2024 (EUR)	2025 (EUR)	2026 (EUR)	2023 (EUR)	2024 (EUR)	2025 (EUR)	2026 (EUR)
	633 61				684 61				Gesamt			
	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz
1. Schwanger- schaftsberatg- stellen	136.476	136.500	186.100	191.500	3.986.568	4.044.800	5.337.000	5.492.000	4.123.044	4.181.300	5.523.100	5.683.500
2. Schuldner- und insolvenzbera- tungsstellen	131.065	217.600	210.100	214.300	1.692.470	2.260.300	2.253.800	2.298.900	1.823.535	2.477.900	2.463.900	2.513.200
3. Beratung nach Prostituierten- schutzgesetz	0	0	0	0	279.200	288.600	346.200	353.100	279.200	288.600	346.200	353.100
Summe	267.541	354.100	396.200	405.800	5.958.238	6.593.700	7.937.000	8.144.000	6.225.779	6.947.800	8.333.200	8.549.800

633 61	235	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	354.100	396.200	405.800
			267.541	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

684 61	235	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	6.593.700	7.937.000	8.144.000
			5.958.238	353.100	360.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		294.400			294.400
2026			353.100		353.100
2027				360.200	360.200
2028					
2029 ff.					
Summen		294.400	353.100	360.200	1.007.700

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	6.947.800	8.333.200	8.549.800
		353.100	360.200

62 Ministerkonferenzen/ Fachabteilungskonferenzen

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Nationale Impfkonzferenz	0	80.000	0	0
2. Krankenhausehrung	2.456	0	0	3.300
3. Vorsitz der EU-Arbeitsgruppe (EU-AG)	4.500	0	0	0
4. 102. Aufsichtsbehördentagung der Sozialversicherungsträger	3.390	0	0	0
5. Geschäftsstelle des Arbeitsausschusses für Marküberwachung (AAMÜ)	3.187	6.000	0	0
6. 71. wissenschaftlicher Kongress der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes	35.000	0	0	0
7. Vorsitzland Arbeitsgruppe Krankenhauswesen	0	0	0	45.000
8. Vorsitz der Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2028	0	0	2.000	2.000
9. Konferenz der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Digitalisierung in der Pflege	0	0	1.700	1.700
10. Konferenz der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Digitalisierung im Gesundheitswesen	0	0	1.200	0
11. Konferenz der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Krankenhausentgeltrecht	0	0	2.000	0
12. Vorsitz des gemeinsamen Beirats der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)	0	0	1.000	1.000
Zusammen	48.533	86.000	7.900	53.000

427 62	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
511 62	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
518 62	011	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0
526 62	011	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	0 0	0 0	0 0
529 62	011	Verfüugungsmittel	0 0	0 0	0 0
533 62	011	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
534 62	011	Sonstiges	86.000 48.533	7.900 45.000	53.000 45.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			45.000		45.000
2027				45.000	45.000
2028					
2029 ff.					
Summen			45.000	45.000	90.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung ist für den Abschluss von Verträgen für die Durchführung der Arbeitsgruppe Krankenhauswesen (AG KH) veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	86.000	7.900	53.000
		45.000	45.000

64 **Maßnahmen aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR - PMO**

Übertragbar

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Zur gemeinnützigen Verwendung des nicht rückführbaren PMO-Vermögens haben die Treuhandanstalt und die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 11.02.1994 eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen. Diese hat zum Inhalt, dass die Verwendung zu ca. 60 % für investive und investitionsfördernde Maßnahmen der öffentlichen Hand im Bereich der wirtschaftlichen Umstrukturierung, im Übrigen zu sozialen und kulturellen Zwecken investiert werden muss.

Aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR werden dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung insgesamt 5,4 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Diese Mittel müssen bis zum 31. Dezember 2025 verausgabt werden.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

631 64	291	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

671 64	291	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

891 64	291	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Träger	3.911.000	2.010.000	0
			208.613	0	0

Erläuterungen:

Die folgenden Maßnahmen werden aus dem PMO-Vermögen 2020/2021 gefördert:

Nr.	Maßnahme	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Landeshauptstadt MD; Außenspielflächen/Freizeitanlagen; Mehrgenerationshaus	0	3.212.000	1.980.000	0
2.	Stadt Arendsee; Strandbad	0	490.000	0	0
3.	Stadt Arendsee; Natur- und Erlebnispfad im Stadtwald	208.613	209.000	0	0
4.	Gemeinde Huy / Förderverein Freibad; Freibad Eilenstedt	0	0	30.000	0
Gesamt:		208.613	3.911.000	2.010.000	0

893 64	291	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger	30.000	0	0
			1.718.246	0	0

Erläuterungen:

Die folgenden Maßnahmen wurden aus dem PMO-Vermögen 2017/2018 gefördert:

Nr.	Maßnahme	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Salus gGmbH	1.272.750	0	0	0
Gesamt:		1.272.750	0	0	0

Die folgenden Maßnahmen werden aus dem PMO-Vermögen 2020/2021 gefördert:

Nr.	Maßnahme	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Niegripp (Heimatverein) Dorfbegegnungszentrum	445.496	0	0	0
2.	Gemeinde Huy / Förderverein Freibad; Freibad Eilenstedt	0	30.000	0	0
Gesamt:		445.496	30.000	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	3.941.000	2.010.000	0
		0	0

66 Förderung von Innovationen für eine resiliente Daseinsvorsorge und Gesellschaft

Übertragbar

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

533 66	291	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
684 66	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
685 66	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
686 66	291	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	161.700	260.300
			0	1.082.200	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			260.300		260.300
2027			267.000		267.000
2028			273.900		273.900
2029 ff.			281.000		281.000
Summen			1.082.200		1.082.200

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	161.700	260.300
		1.082.200	0

81 Umsetzung der Digitalisierungsstrategie Sachsen-Anhalt 2030

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Förderung von Digitalisierungsprojekten im Kontext der Strategie Sachsen-Anhalt Digital 2030.
Zur Umsetzung der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" müssen geeignete Maßnahmen erfolgen, um die digitale Transformation zu begleiten, Entwicklungsprozesse anzuschließen, Akzeptanz herzustellen und Kompetenzen auszubauen.
Über die Realisierung von Projekten soll der Mehrwert digitaler Technologien aufgezeigt werden. Insbesondere im Gesundheitsbereich sollen die Potenziale und Chancen in Bezug auf Diagnostik, Therapie und Behandlungsdokumentation zur Verbesserung der Versorgung und Entlastung der Fachkräfte erprobt werden. Dabei steht im Fokus, trotz der Zunahme technischer Lösungen den Kontakt zum Menschen nicht zu verlieren, z. B. über "sprechende" Medizin, Zuwendung zu alten Menschen, Prävention von Einsamkeit.
Fragen der Sicherheit, des Datenschutzes und der Selbstbestimmung werden beachtet und geeignete Tools oder Anwendungen entwickelt.

533 81	291	Dienstleistungen Außenstehender	30.000	50.000	40.000
			0	40.000	90.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 81

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		30.000			30.000
2026		30.000	40.000		70.000
2027		30.000		30.000	60.000
2028				30.000	30.000
2029 ff.				30.000	30.000
Summen		90.000	40.000	90.000	220.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wurde nicht in Anspruch genommen.

633 81	291	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
682 81	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
683 81	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
684 81	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	70.000	70.000	70.000
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		70.000			70.000
2026		70.000			70.000
2027		70.000			70.000
2028					
2029 ff.					
Summen		210.000			210.000

685 81	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentlichen Einrichtungen	0	134.900	117.400
			0	411.400	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			117.400		117.400
2027			175.000		175.000
2028			114.000		114.000
2029 ff.			5.000		5.000
Summen			411.400		411.400

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 81

Erläuterungen:

Einführung eines Pflegeheimfinders für die Kurzzeitpflege und Durchführung der Digitalisierungsforschungsprojekte "Inklusiver Teilhabekompass Sachsen-Anhalt für digitale Kompetenzentwicklung, Weiterbildung und Forschung" sowie "Mixed-Method Forschungsprojekt zu den Auswirkungen des digitalen Wandels auf die Verbreitung und das Erleben von Einsamkeit in Sachsen-Anhalt".

686 81	291	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	100.000	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026		100.000			100.000
2027		100.000			100.000
2028					
2029 ff.					
Summen		300.000			300.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wurde nicht in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 81	200.000	254.900	227.400
		451.400	90.000

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	73.800	135.900	135.900

Gesamteinnahme	73.800	135.900	135.900

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	0	0	0
		0	0

HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	744.600	933.700	659.800
		551.000	268.700

HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	16.707.200	22.153.000	21.231.700
		5.696.200	558.900

HGr. 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.941.000	2.010.000	0
		0	0

Gesamtausgabe	21.392.800	25.096.700	21.891.500

Gesamtsumme der VE		6.247.200	827.600

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-21.319.000	-24.960.800	-21.755.600

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0503 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0503 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Einnahmen

111 11	291	Verwaltungsgebühren	0 0	0	0

Erläuterungen:

Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung gemäß Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der jeweils gültigen Fassung.

119 41	291	Rückzahlungen von Überzahlungen	200.000 276.424	276.400	276.400

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet worden sind.

119 51	291	Vermischte Einnahmen	4.000 3.554	4.000	4.000

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.

Titelgruppe(n)

66 Bundesprogramm "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"

Erläuterungen:

Zuweisungen im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" zur Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Interventionen gegen Rechtsextremismus/ Unterstützung von Prozessen bei der Distanzierung vom Rechtsextremismus sowie Maßnahmen gegen gewaltorientierten Islamismus.

231 66	291	Zuweisungen vom Bund	1.976.400 1.506.675	1.884.800	1.884.800

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 05 03 Titelgruppe 66.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			1.976.400	1.884.800	1.884.800

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

671 01	291	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	270.000	690.000
			0	2.844.000	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 02 Titel 671 01.

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			690.000		690.000
2027			703.800		703.800
2028			717.900		717.900
2029 ff.			732.300		732.300
Summen			2.844.000		2.844.000

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Umsetzung der Integrationsförder- und -lotsenrichtlinien	0	0	210.000	560.000
2. Umsetzung der Engagementförderrichtlinie	0	0	60.000	130.000
Zusammen	0	0	270.000	690.000

684 02	291	Zuschüsse zur Förderung des Landesnetzwerks der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.	312.600	342.300	366.400
			264.426	366.400	373.800

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		400.000			400.000
2026			366.400		366.400
2027				373.800	373.800
2028					
2029 ff.					
Summen		400.000	366.400	373.800	1.140.200

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 02

Vorläufige Übersicht über die Institutionelle Förderung des Landesnetzwerks der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	4.026.955	2.862.600	3.746.200	1.948.700
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	4.527.247	1.516.300	1.094.200	588.100
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	8.554.202	4.378.900	4.840.400	2.536.800
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	0	119.400	0	0
Mithin Fehlbetrag:	8.554.202	4.259.500	4.840.400	2.536.800
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	227.134	69.900	270.800	233.700
b) das Land mit	5.428.237	1.662.700	1.864.800	1.706.400
c) den Bund mit	1.571.537	1.603.100	1.287.800	17.000
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1.093.386	91.100	1.417.000	579.700
e) Private	233.908	832.700	0	0
Zusammen	8.554.202	4.259.500	4.840.400	2.536.800

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 13	1,00	1,00	1,00	1,00
E 12	2,00	2,00	2,00	2,00
E 10	0,50	0,50	0,50	0,50
Stellenbestand Institution	3,50	3,50	3,50	3,50
Stellenbestand Projektförderung	72,33	37,50	57,75	28,00
Stellenbestand Insgesamt	75,83	41,00	61,25	31,50

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	177.155	277.900	286.300	305.600
2. Projektförderung	3.849.800	2.584.700	3.460.000	1.643.100
Zusammen	4.026.955	2.862.600	3.746.300	1.948.700

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	264.426	312.600	342.300	366.400

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 03 **Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 02

2.	Projektförderung	5.163.811	1.350.100	1.522.500	1.340.000
Zusammen		5.428.237	1.662.700	1.864.800	1.706.400

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2. Projektförderung	1.571.537	1.603.100	1.287.800	17.000
Zusammen	1.571.537	1.603.100	1.287.800	17.000

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2. Projektförderung	1.093.386	91.100	1.417.000	579.700
Zusammen	1.093.386	91.100	1.417.000	579.700

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Stadt Halle	53.889	63.700	0	0
2. Der Paritätische	250.101	27.400	0	0
3. EU	789.396	0	1.417.000	579.700
Zusammen	1.093.386	91.100	1.417.000	579.700

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v.H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Das Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e. V. (LAMSA) ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen-Anhalt. Als Dachverband der Migrantenorganisationen vereint LAMSA Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung sowie religiöser Zugehörigkeit und repräsentiert so eine Einheit der Vielfalt. LAMSA trägt zur nachhaltigen Förderung der Integration von Migrant*innen in Sachsen-Anhalt bei. Das Landesnetzwerk setzt Fachveranstaltungen sowie landesweit oder regional bedeutsame Projekte um. LAMSA erfüllt die Rolle einer landesweit ausgerichteten Netzwerkstelle zwischen den Migrantenselbstorganisationen sowie den von ihnen repräsentierten zugewanderten Menschen und der Aufnahmegesellschaft. Diese Funktion hat eine hohe integrationspolitische und gesellschaftliche Bedeutung für Sachsen-Anhalt.

684 03	291	Zuschüsse an den Verein Miteinander e.V.	252.300	261.600	279.500
			231.684	279.500	285.100

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		261.600			261.600
2026			279.500		279.500
2027				285.100	285.100
2028					
2029 ff.					
Summen		261.600	279.500	285.100	826.200

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 03

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Institutionelle Förderung des Vereins Miteinander e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	1.907.819	2.012.900	1.670.700	1.729.500
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	611.562	630.500	243.500	236.900
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	209	300	300	300
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-13.216	0	0	0
Zusammen	2.506.374	2.643.700	1.914.500	1.966.700
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	37.094	40.400	32.400	26.900
Mithin Fehlbetrag:	2.469.280	2.603.300	1.882.100	1.939.800
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	955.929	1.007.700	886.900	945.000
c) den Bund mit	1.454.395	1.550.300	926.700	986.300
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	35.000	35.000	0	0
e) Private	23.956	10.300	68.500	8.500
Zusammen	2.469.280	2.603.300	1.882.100	1.939.800

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 13	1,00	1,00	1,00	1,00
E 10	1,13	1,13	1,13	1,13
E 8	1,00	1,00	1,00	1,00
Stellenbestand Institution	3,13	3,13	3,13	3,13
Stellenbestand Projektförderung	22,63	22,63	18,38	18,38
Stellenbestand Insgesamt	25,76	25,76	21,51	21,51

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	219.282	229.500	246.300	258.700
2. Projektförderung	1.688.537	1.783.400	1.424.400	1.470.800
Zusammen	1.907.819	2.012.900	1.670.700	1.729.500

Erläuterungen zu Position b) bis d):

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	231.684	252.300	261.600	279.500

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 03

2.	Projektförderung	724.245	755.400	625.300	665.500
Zusammen		955.929	1.007.700	886.900	945.000

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2. Projektförderung	1.454.395	1.550.300	926.700	986.300
Zusammen	1.454.395	1.550.300	926.700	986.300

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2. Projektförderung	35.000	35.000	0	0
Zusammen	35.000	35.000	0	0

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Stadt Magdeburg	35.000	35.000	0	0
Zusammen	35.000	35.000	0	0

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v.H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Der Verein Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. ist ein landesweit anerkannter Träger der Jugendhilfe, mit dem Arbeitsschwerpunkt Jugendbildungsarbeit und politische Bildung. Der Verein setzt sich mit seinen Bildungs- und Beratungsangeboten für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft ein und arbeitet gegen Rassismus, Antisemitismus und alle Formen von Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Ziel der überregionalen Arbeit des Vereins ist es, durch spezielle Projekte und Fortbildungsangebote, insbesondere junge Menschen zu selbst bestimmtem Handeln und kritischem Denken zu befähigen und deren soziale und politische Handlungskompetenz zu stärken. Darüber hinaus ist der Verein intensiv in die Umsetzung von Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus eingebunden.

684 04	249	Kriegsflüchtlinge Ukraine - Zuschüsse an freie Träger	0	0	0
			776.060	0	0

Erläuterungen:

	Projekte	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Koordinierungsstelle und landesweite Ukraine Hotline	139.731	0	0	0
2.	Psychologische und psychosoziale Beratung für neu angekommene geflüchtete Menschen aus der Ukraine	85.381	0	0	0
3.	Gesundheitssprachmittler	364.965	0	0	0
4.	Ukrainehilfe - Engagiert in Magdeburg und Halle	185.983	0	0	0
Zusammen		776.060	0	0	0

Seit dem Haushaltsjahr 2024 sind die Ukraine-Mittel bei Kapitel 0503 Titel 684 64 veranschlagt.

685 02	235	Zuschüsse zur Förderung der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.	680.100	742.800	757.700
			680.064	757.700	989.400

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 03 **Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		763.300			763.300
2026			757.700		757.700
2027				989.400	989.400
2028					
2029 ff.					
Summen		763.300	757.700	989.400	2.510.400

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Vorläufige Übersicht über die Institutionelle Förderung der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	1.766.002	2.137.100	1.708.100	1.781.300
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	593.558	669.500	741.500	741.300
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	311	300	300	300
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	4.245	0	0	0
Zusammen	2.364.116	2.806.900	2.449.900	2.522.900
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	68.609	63.000	68.500	68.800
Mithin Fehlbetrag:	2.295.507	2.743.900	2.381.400	2.454.100
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	1.854.514	1.885.400	1.354.800	1.415.400
c) den Bund mit	307.984	673.200	840.000	852.100
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	5.750	5.700	5.700	5.700
e) Private	127.259	179.600	180.900	180.900
Zusammen	2.295.507	2.743.900	2.381.400	2.454.100

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 03 **Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 13	1,00	1,00	1,00	1,00
E 11	1,80	2,00	2,00	2,00
E 10	1,20	1,00	1,00	1,00
E 5	1,00	1,00	1,00	1,00
Stellenbestand Institution	5,00	5,00	5,00	5,00
Stellenbestand Projektförderung	31,34	30,53	18,43	15,90
Stellenbestand Insgesamt	36,34	35,53	23,43	20,90

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	502.886	554.600	578.300	590.600
2. Projektförderung	1.263.116	1.582.500	1.129.800	1.190.700
Zusammen	1.766.002	2.137.100	1.708.100	1.781.300

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	680.064	680.100	742.800	757.700
2. Projektförderung	1.174.450	1.205.300	612.000	657.700
Zusammen	1.854.514	1.885.400	1.354.800	1.415.400

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	56.112	46.700	23.500	21.800
2. Projektförderung	251.872	626.500	816.500	830.300
Zusammen	307.984	673.200	840.000	852.100

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften -setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2. Projektförderung	5.750	5.700	5.700	5.700
Zusammen	5.750	5.700	5.700	5.700

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Stadt Magdeburg	5.750	5.700	5.700	5.700
Zusammen	5.750	5.700	5.700	5.700

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v.H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

Übertragbar

**** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.**

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2020 werden die Haushaltsmittel für die Förderung nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit (Richtlinie des MS vom 04.10.2018) in dieser Titelgruppe veranschlagt.

527 61	291	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
			64	0	0

532 61	291	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	11.600	5.000	5.000
			5.031	0	0

Erläuterungen:

Durchführung von Kampagnen zum Landesprogramm.

533 61	291	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

534 61	291	Sonstiges	25.000	25.000	25.000
			2.380	0	0

Erläuterungen:

Durchführung insbesondere von (Fortbildungs-) Veranstaltungen, Vernetzungstreffen und Konferenzen im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit.

684 61	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	603.200	500.000	500.000
			472.539	250.000	250.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		475.000			475.000
2026			250.000		250.000
2027				250.000	250.000
2028					
2029 ff.					
Summen		475.000	250.000	250.000	975.000

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Aufbau eines Aktionsprogramms gegen Antisemitismus	68.680	95.000	70.000	70.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 61

2.	Verankerung von Demokratiebildung in den Bildungsprogrammen und Lehrplänen in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwachsenen- und Weiterbildung	123.478	151.100	90.000	90.000
3.	Angebot von Medienkompetenztraining und Radikalisierungsprävention im Netz	103.381	118.500	105.000	105.000
4.	Verstärkte Arbeit mit radikalierungsgefährdeten Jugendlichen	0	0	0	0
5.	Ausbau von interreligiöser und interkultureller Begegnung und Jugendaustausch	10.000	13.600	10.000	10.000
6.	Stärkung der Antidiskriminierungsarbeit	167.000	225.000	225.000	225.000
Zusammen		472.539	603.200	500.000	500.000

zu 4. Verstärkte Arbeit mit radikalierungsgefährdeten Jugendlichen: Themenfeld ist überschneidender Bestandteil von Projekten anderer Themenfelder, daher erfolgt kein gesonderter Ansatz.

686 61	291	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	532.900	600.000	600.000
			593.184	300.000	300.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		275.000			275.000
2026			300.000		300.000
2027				300.000	300.000
2028					
2029 ff.					
Summen		275.000	300.000	300.000	875.000

Erläuterungen:

Veranschlagt werden Mittel zur Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit (Richtlinie des MS vom 04.10.2018).

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	1.172.700	1.130.000	1.130.000
		550.000	550.000

62 Engagementfonds, Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Seit dem Haushaltsjahr 2023 werden die Haushaltsmittel für die Engagementförderung -soweit nicht aus Einnahmen aus der Konzessionsabgabe in Kapitel 0509 und Kapitel 0517 finanziert- in dieser Titelgruppe veranschlagt.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

527 62	291	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
			0	0	0

532 62	291	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	32.000	2.000	2.000
			35.355	0	0

*** Teilumsetzung von Kapitel 0201 Titel 532 69

Erläuterungen:

Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zur Bekanntmachung und Umsetzung der Engagementstrategie des Landes Sachsen-Anhalt.

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Durchführung öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen zur Bekanntmachung und Umsetzung der Engagementstrategie	5.355	2.000	2.000	2.000
2.	Pflege des Engagementportals	30.000	30.000	0	0
Zusammen		35.355	32.000	2.000	2.000

Ab dem Haushaltsjahr 2025 werden die Mittel für die Pflege des Engagementportals bei Kapitel 0503 Titel 684 62 veranschlagt.

533 62	291	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

534 62	291	Sonstiges	5.000	5.000	5.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Durchführung insbesondere von (Fortbildungs-) Veranstaltungen, Vernetzungstreffen und Konferenzen im Rahmen der Engagementstrategie des Landes Sachsen-Anhalt.

546 62	223	Unfall- und Haftpflichtrahmenversicherung für ehrenamtlich Tätige	17.500	17.500	17.500
			17.402	0	0

Erläuterungen:

Infolge eines Abschlusses einer Unfall- und Haftpflichtversicherung durch das Land erhalten ehrenamtlich Tätige einen subsidiären Versicherungsschutz im Rahmen einer konventionellen Gruppenversicherung bei einem Versicherungsunternehmen.

633 62	266	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sozialversicherungsbeiträge und Kostenpauschalen	1.400	1.400	1.400
			699	0	0

Erläuterungen:

Gemäß § 5 des Gesetzes zur Freistellung ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätigen Personen vom 23.1.1996 (GVBl. LSA S.50) wird den Arbeitgebern auf Antrag der nachgewiesene Gesamtsozialversicherungsbeitrag von bis zu 12 Freistellungstagen erstattet und den ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätigen Personen eine Kostenpauschale von 18 Euro pro Tag für maximal 12 Tage gewährt, sofern Lohn, Gehalt bzw. Ausbildungsvergütung nicht gezahlt bzw. eine sonstige finanzielle Leistung Dritter nicht gewährt wird. Anspruchsberechtigt sind insbesondere Leiterinnen und Leiter, Trainerinnen und Trainer sowie Übungsleiterinnen und Übungsleiter von Jugendgruppen und Sportvereinen.

684 62	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	532.900	657.400	704.600
			412.190	0	470.600

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	389.700				389.700
2026		500.000			500.000
2027				470.600	470.600
2028					
2029 ff.					
Summen	389.700	500.000		470.600	1.360.300

Erläuterungen:

Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und Maßnahmen aus der Engagementstrategie

Bis zum Haushaltsjahr 2024 wurden die Mittel für die Pflege des Engagementportals bei Kapitel 0503 Titel 532 62 veranschlagt.

686 62	291	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	369.200	380.800	333.700
			113.000	396.800	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026		378.900			378.900
2027			396.800		396.800
2028					
2029 ff.					
Summen		478.900	396.800		875.700

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 zu Lasten 2026 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Umsetzung der Engagementstrategie durch Aufbau des in der Koalitionsvereinbarung für die 8. Legislaturperiode vorgesehenen Engagementfonds für sozialen Zusammenhalt.

Die Mittel für den bis zum Haushaltsjahr 2023 in Kapitel 0503 684 64 veranschlagten Landesengagementfonds werden seit dem Haushaltsjahr 2024 in Kapitel 0503 Titel 686 62 veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	958.000	1.064.100	1.064.200
		396.800	470.600

64 Verbesserung der Situation von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten durch Beratung, Betreuung, Integration und interkulturelle Öffnung

532 64	291	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	15.000	15.000	15.000
			12.352	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 64

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Verleihung Landesintegrationspreis	9.650	12.000	12.000	12.000
2.	Netzwerkarbeit und sonstige Veranstaltungen, Druck von Flyern und Broschüren	2.702	3.000	3.000	3.000
Zusammen		12.352	15.000	15.000	15.000

533 64	291	Dienstleistungen Außenstehender	3.000 5.687	3.000 0	3.000 0

Erläuterungen:

1. Dolmetscher- und Übersetzungskosten
2. Rechtsberatung in ausländerrechtlichen Fragen
3. Layoutgestaltung für Broschüren, Berichte u.ä.

633 64	291	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	600.000 460.871	600.000 600.000	600.000 600.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		600.000			600.000
2026			600.000		600.000
2027				600.000	600.000
2028					
2029 ff.					
Summen		600.000	600.000	600.000	1.800.000

Erläuterungen:

Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Integrationslotsen

683 64	291	Zuschüsse an private Unternehmen	17.500 14.961	17.500 17.500	17.500 17.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		17.500			17.500
2026			17.500		17.500
2027				17.500	17.500
2028					
2029 ff.					
Summen		17.500	17.500	17.500	52.500

Erläuterungen:

Anteilige Kosten Sachsen-Anhalt für das gemeinsame Integrationsbarometer des Bundes und der Länder.

684 64	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	4.826.400 3.839.523	4.826.400 1.000.000	4.826.400 1.000.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 64

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.000.000			1.000.000
2026			1.000.000		1.000.000
2027				1.000.000	1.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen		1.000.000	1.000.000	1.000.000	3.000.000

Erläuterungen:

Förderung von Zuwendungen für die Integration von Zugewanderten und geflüchteten Menschen im Rahmen der Integrationsförderrichtlinie:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Information, Beratung und Unterstützung von Migrantinnen und Migranten, insbesondere geflüchteter Menschen	1.626.302	1.998.000	1.998.000	1.998.000
2. Verbesserung von Selbstorganisation, Partizipation, Integration und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten sowie geflüchteter Menschen	552.706	490.000	535.000	535.000
3. Interkulturelle Begegnung und Verständigung	193.288	175.000	200.000	200.000
4. Interkulturelle Bildung und Öffnung von Organisationen, Einrichtungen und sozialen Diensten	209.075	220.000	220.000	220.000
5. Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus	24.900	25.000	25.000	25.000
6. Förderung einer lokalen Willkommens- und Anerkennungskultur für Zugewanderte und geflüchtete Menschen	912.098	1.328.400	1.328.400	1.328.400
7. Förderung von Dialogformaten innerhalb der Aufnahmegesellschaft	0	90.000	20.000	20.000
8. Gezielte Förderung der Integration von Migrantinnen und Familien	321.154	500.000	500.000	500.000
Zusammen	3.839.523	4.826.400	4.826.400	4.826.400

Die Mittel für den bis zum Haushaltsjahr 2023 in Kapitel 0503 684 64 veranschlagten Landesengagementfonds werden seit dem Haushaltsjahr 2024 in Kapitel 0503 Titel 686 62 veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	5.461.900	5.461.900	5.461.900
		1.617.500	1.617.500

66 Bundesprogramm "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 03 Titel 231 66.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2020 werden die Haushaltsmittel für die Förderung nach der Richtlinie über die Gewährung von Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit (Richtlinie des MS vom 04.10.2018) bei Kapitel 0503, Titelgruppe 61 veranschlagt. Die Haushaltsmittel vergangener Jahre waren für diese Zwecke in dieser Titelgruppe veranschlagt.

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus		2024 (EUR)	2025/ 2026 (EUR)	2024 (EUR)	2025/ 2026 (EUR)	2024 (EUR)	2025/ 2026 (EUR)	2024 (EUR)	2025/ 2026 (EUR)	2024 (EUR)	2025/ 2026 (EUR)	2024 (EUR)	2025/ 2026 (EUR)	2024 (EUR)	2025/ 2026 (EUR)
		05 03 / 231 66		05 03 / 422 66		05 03 / 427 66		05 03 / 534 66		05 03 / 684 66		05 03 / 916 66		05 03 / TGr. 66	
Einnahmen		Ausgaben													
1.	Mobile Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Antisemitismus	1.543.200	1.493.000 1.497.100	53.500	54.900 58.200	175.100	174.700 188.400	10.000	0 0	1.778.400	2.153.500 2.282.700	17.900	18.700 19.900	2.034.900	2.401.800 2.549.200
2.	Unterstützung bei Prozessen zur Distanzierung vom Rechtsextremismus	103.100	112.400 113.500							118.900	162.300 173.000			118.900	162.300 173.000
3.	Maßnahmen gegen gewaltorientierten Islamismus	330.100	279.400 274.200							380.500	403.100 418.200			380.500	403.100 418.200
4.	Innovationsprojekte/Projekte ZdT (bis 2024: Modellprojekte)									318.600	310.000 310.000			318.600	310.000 310.000
5.	Kompetenzzentren und Kompetenznetzwerke (bis 2024)									20.000	0 0			20.000	0 0
6.	Extremismusprävention in Strafvollzug und Bewährungshilfe (bis 2024 Teil von Nr. 4)									80.000	65.000 65.000			80.000	65.000 65.000
7.	Sonderprojekt "Betroffeneninitiative 9.10. Halle"									0	0 0			0	0 0
Summe		1.976.400	1.884.800 1.884.800	53.500	54.900 58.200	175.100	174.700 188.400	10.000	0 0	2.696.400	3.093.900 3.248.900	17.900	18.700 19.900	2.952.900	3.342.200 3.515.400

422 66 291 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter **53.500** **54.900** **58.200**
48.072 0 0

Erläuterungen:

Aus Bundesmitteln finanziertes Personal zur fachlichen und fördertechnischen Umsetzung des Bundesprogramms "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" im Land Sachsen-Anhalt.

Die Stelle des im LVwA tätigen Beamten wird in Kapitel 0310 geführt. Der Stellenplan ist im Epl. 03 entsprechend abgedruckt.

427 66 291 Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte **175.100** **174.700** **188.400**
122.724 0 0

Erläuterungen:

Aus Bundesmitteln finanziertes Personal zur fachlichen und fördertechnischen Umsetzung des Bundesprogramms "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" im Land Sachsen-Anhalt.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 03 **Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

527 66	291	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
			0	0	0

533 66	291	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

534 66	291	Sonstiges	10.000	0	0
			2.000	0	0

Erläuterungen:

Durchführung insbesondere von (Fortbildungs-)Veranstaltungen, Vernetzungstreffen und Konferenzen im Rahmen des Bundesprogramms.

633 66	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

684 66	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	2.696.400	3.093.900	3.248.900
			2.539.863	0	9.430.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				3.016.000	3.016.000
2028				3.135.800	3.135.800
2029 ff.				3.278.200	3.278.200
Summen				9.430.000	9.430.000

Erläuterungen:

Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 03 **Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 66

			Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.		Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Interventionen gegen Rechtsextremismus	1.764.276	1.778.400	2.153.500	2.282.700
2.		Unterstützung bei Prozessen zur Distanzierung vom Rechtsextremismus	108.889	118.900	162.300	173.000
3.		Maßnahmen gegen gewaltorientierten Islamismus	316.817	380.500	403.100	418.200
4.		Innovationsprojekte "Demokratie leben" (bis 2024 Modellprojekte)	151.324	193.600	185.000	185.000
5.		Förderung von Modellprojekten im Rahmen des Bundesprogramms "Zusammenhalt durch Teilhabe"	131.959	125.000	125.000	125.000
6.		Kompetenzzentren und Kompetenznetzwerke (bis 2024)	14.000	20.000	0	0
7.		Sonderprojekt "Betroffeneninitiative 9.10 Halle"	0	0	0	0
8.		Extremismusprävention in Strafvollzug und Bewährungshilfe (bis 2024 Teil von Nr. 4)	52.598	80.000	65.000	65.000
Zusammen			2.539.863	2.696.400	3.093.900	3.248.900
685 66	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen		0	0	0
				0	0	0
916 66	291	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"		17.900	18.700	19.900
				15.955	0	0
Erläuterungen:						
Aus Bundesmitteln finanziertes Personal zur fachlichen und fördertechnischen Umsetzung des Bundesprogramms "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" im Land Sachsen-Anhalt.						
Nachrichtlich: Summe TGr. 66				2.952.900	3.342.200	3.515.400
					0	9.430.000

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 03 **Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	204.000	280.400	280.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.976.400	1.884.800	1.884.800
Gesamteinnahme		2.180.400	2.165.200	2.165.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	228.600	229.600	246.600
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	119.100	72.500	72.500
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	11.424.900	12.294.100	12.926.100
			6.811.900	13.716.400
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	17.900	18.700	19.900
			0	0
Gesamtausgabe		11.790.500	12.614.900	13.265.100
Gesamtsumme der VE			6.811.900	13.716.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-9.610.100	-10.449.700	-11.099.900

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0504 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0504 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Artikel 34 der Landesverfassung verpflichtet das Land, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft durch geeignete Maßnahmen zu fördern.

Zur Umsetzung dieser Verpflichtung werden folgende Handlungsschwerpunkte verfolgt:

- Systematische Verankerung des Gleichstellungsziels in das Verwaltungshandeln (Gender Mainstreaming),
- Unterstützung gleichstellungspolitischer Aktivitäten,
- gezielte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit,
- Förderung von Beratungsstellen sowie von Projekten für Frauen, wie Frauenhäuser und Frauenzentren,
- Förderung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt,
- Förderung von Beratungsangeboten sowie die Umsetzung eines sich auf alle Fachpolitiken des Landes beziehenden rahmengebenden Aktionsprogrammes für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen sowie gegen Homo- und Transphobie.

Einnahmen

119 41	291	Rückzahlungen von Überzahlungen	45.100 50.059	45.100	45.100

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet worden sind.

119 51	291	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0

231 01	291	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 04 Titel 684 01.

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

684 01	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

- * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 04 Titel 231 01.
- ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

684 02	291	Zuschüsse an den Landesfrauenrat	237.200	251.800	260.700
			214.384	260.700	265.900

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		243.800			243.800
2026			260.700		260.700
2027				265.900	265.900
2028					
2029 ff.					
Summen		243.800	260.700	265.900	770.400

Erläuterungen:

Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. (LFR) ist ein gemeinnütziger Dachverband von Frauenorganisationen und -verbänden sowie von Frauengruppen gemischter Organisationen in Sachsen-Anhalt. Er ist überparteilich und überkonfessionell tätig, engagiert sich für die Interessen der Frauen im Land und ist Sprachrohr und Vermittler für deren Anliegen. Da die Aufgaben des LFR im Landesinteresse liegen und von politischer Tragweite sind, erfolgt eine institutionelle Förderung von Personal- und Sachkosten für eine Geschäftsstelle.

Vorläufige Übersicht über die Institutionelle Förderung des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	184.003	206.700	228.100	228.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	33.360	34.100	46.800	35.800
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	400	400
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	217.363	240.800	275.300	264.200

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 02

Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	3.370	3.600	3.500	3.500
Mithin Fehlbetrag:	213.993	237.200	271.800	260.700
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	213.993	237.200	261.800	260.700
c) den Bund mit	0	0	10.000	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	213.993	237.200	271.800	260.700

Nicht verbrauchte Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2023 i.H.v. 391 Euro wurden vom LFR im Februar 2024 zurückgezahlt.

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 10	0,875	0,875	0,875	0,875
E 8	0,875	0,875	0,875	0,875
Stellenbestand Institution	2,75	2,75	2,75	2,75
Stellenbestand Projektförderung	0,00	0,00	0,00	0,00
Stellenbestand Insgesamt	2,75	2,75	2,75	2,75

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	184.003	206.700	220.100	228.000
2. Projektförderung	0	0	8.000	0
Zusammen	184.003	206.700	228.100	228.000

Erläuterungen zu Position b) bis d):

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	213.993	237.200	251.800	260.700
2. Projektförderung	0	0	10.000	0
Zusammen	213.993	237.200	261.800	260.700

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2. Projektförderung	0	0	10.000	0
Zusammen	0	0	10.000	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 02

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v.H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Titelgruppe(n)

61 Förderung von Beratungsstellen und von Projekten für Frauen

Übertragbar

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen.

	2024 (EUR)	2025 (EUR)	2026 (EUR)	2024 (EUR)	2025 (EUR)	2026 (EUR)	2024 (EUR)	2025 (EUR)	2026 (EUR)
	05 04 / 633 61			05 04 / 684 61			05 04 / TGr. 61		
1a Frauenhäuser (inklusive Kinder)	348.200	330.200	322.500	3.211.500	3.019.800	3.024.400	3.559.700	3.350.000	3.346.900
1b Mobiles Team				449.300	444.000	458.200	449.300	444.000	458.200
1c Gebäudemanagement/ Hauswirtschaft für Frauenhäuser	56.000	56.000	57.100	457.100	457.100	466.200	513.100	513.100	523.300
2 Fachberatungsstellen für Betroffene sexualisierter Gewalt (FBsG)				745.700	859.000	875.900	745.700	859.000	875.900
3 Frauenzentren				490.300	517.000	527.300	490.300	517.000	527.300
4 Interventionsstellen	62.600	0	0	427.100	655.300	675.600	489.700	655.300	675.600
5 Landeskoordinierungs- stelle (LIKO)				202.700	203.900	218.200	202.700	203.900	218.200
6 Beratungsstelle VERA inkl. Schutzeinrichtung				693.300	731.400	771.900	693.300	731.400	771.900
7 Beratungsstelle ProMann				257.800	257.000	277.400	257.800	257.000	277.400
8 Dolmetscherleistungen	6.000	6.000	6.000	61.500	81.500	101.500	67.500	87.500	107.500
Summe	472.800	392.200	385.600	6.996.300	7.226.000	7.396.600	7.469.100	7.618.200	7.782.200

Zu 1a.

Die Bekämpfung der Gewalt an Frauen und deren Kindern ist eine gesellschaftliche Aufgabe und ergibt sich verpflichtend aus dem Gesetz zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul Konvention). Die Förderung der Frauenhäuser und deren ambulanten Beratungsstellen erfolgt gem. der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der inhaltlichen Arbeit in den Frauenhäusern und deren ambulanten Beratungsstellen.

Zu 1b.

Das Projekt Mobiles Team zur psychologischen Betreuung von Frauen und Kindern bietet flächendeckend in den 19 Frauenhäusern Sachsen-Anhalts psychologische Betreuung für Frauen und deren Kindern in Frauenhäusern, um in akuten Situationen schnell und niedrigschwellig Hilfestellung zu leisten und die Frauen und deren Kinder zu stabilisieren.

Zu 1c. Gebäudemanagement / Hauswirtschaft für Frauenhäuser

Der Ausbau des Hilfesystems beinhaltet insbesondere die Erhöhung der Personalstellen, des Fachkräfteanteils sowie die Förderung von Instandhaltungskosten und die Finanzierung barrierefreier Zugänge. Das Hauswirtschafts- und Gebäudemanagement dient einer zielgenauen Entlastung und Unterstützung der Sozialpädagoginnen und -arbeiterinnen in den Frauenhäusern.

Zu 2.

Die Fachberatungsstellen für Betroffene sexualisierter Gewalt (FBsG) bieten für Frauen und Mädchen überregional kostenfreie Beratung, Begleitung und Unterstützung sowie erste therapeutische Aufarbeitung der traumatischen Missbrauchserfahrungen an und stehen familiären Unterstützungspersonen und professionellen Hilfeinstitutionen beratend zur Seite.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Zu 3.

Die Frauenzentren stellen Angebote frauenspezifischer Bildung, Information, Kultur und Kommunikation mit Fokus auf aktuellen gleichstellungspolitischen Themen bereit und leisten damit einen wichtigen Baustein im Bereich der Prävention und dem Empowerment von Frauen.

Zu 4.

Die Interventionsstellen sind ein erforderliches Bindeglied in der staatlichen Interventionskette in Fällen häuslicher Gewalt. Durch den pro-aktiven Ansatz werden mehr Betroffene erreicht, die in einer gewalttätigen Beziehung leben, und Hilfestellungen bzgl. deren Beendigung erhalten. Dies wirkt sich letztendlich auch auf die Senkung der gesellschaftlichen Kosten aus, die durch Gewalt entstehen.

Zu 5.

Die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (LIKO) folgt dem übergeordneten Ziel der Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Sinne der von Deutschland 2018 ratifizierten Istanbul-Konvention. Die LIKO fokussiert sich auf die inhaltliche und strukturelle Begleitung und Weiterentwicklung der Projekte des Hilfenetzwerks sowie der Vernetzung von nichtstaatlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteuren, zur gelingenden Umsetzung im Sinne der IK (Vernetzung und Koordinierung gemäß Artikel 9 und 10).

Zu 6.

VERA als landesweit zuständige Fachstelle gegen Frauenhandel, Zwangsverheiratung und ehrenbezogene Gewalt leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Istanbul Konvention. Zudem hält die Fachstelle VERA eine Schutzeinrichtung vor, die betroffenen Frauen von Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre in Sachsen-Anhalt einen besonderen Schutz mit erhöhtem Sicherheitskonzept und einer fachspezifischen Betreuung bietet.

Zu 7.

ProMann leistet aktive Präventionsarbeit, u.a. durch Täterarbeit mit männlichen Gewalttätern, vor denen Frauen im Hilfesystem Schutz suchen. Erreicht wird die durch die enge Anbindung an das Bestehende Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen, ein Alleinstellungsmerkmal im Bundesvergleich.

Zu 8.

Um auch Schutz - und Hilfesuchenden ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse den Zugang zum existierenden Hilfesystem zu ermöglichen und eine Betreuung/Begleitung (z. B. bei Antragstellung, Erstattung von Anzeigen bzw. Arztbesuchen) zu gewährleisten, ist die Bereitstellung von Dolmetscherleistungen unerlässlich. Gerade in diesem hochsensiblen Bereich sexualisierter Gewalterfahrungen und mit dem Erfordernis, gerichtsfester Übersetzungen/ Dokumentationen müssen vereidigte Dolmetscherinnen und Dolmetscher zum Einsatz kommen.

532 61	291	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	15.000	15.000	15.000
			11.518	0	0

Erläuterungen:

Aufgaben zur Umsetzung und Koordinierung der Istanbul Konvention, die Entwicklung des Hilfesystems und für von Gewalt betroffenen Frauen und damit verbundene Projekte obliegen dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Um eine angemessene Erfüllung dieser Aufgaben zu gewährleisten, sind landesweite Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit notwendig.

533 61	291	Dienstleistungen Außenstehender	95.400	57.000	15.000
			84.236	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		84.000			84.000
2026		84.000			84.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		168.000			168.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 61

Erläuterungen:

Die in 2024 veranschlagte VE wird zu Lasten 2025 nicht in voller Höhe und zu Lasten 2026 nicht in Anspruch genommen.

Flächendeckende Umsetzung der vertraulichen Spurensicherung bei Gewalt- und Missbrauchsfällen unter Einbeziehung ausgewählter Kliniken sowie der bestehenden Gewaltschutzambulanzen. Umsetzung von Maßnahmen, wie z.B. die Fortbildung der Ärzteschaft und des Fachpersonals zur Untersuchung und Spurensicherung von Gewaltopfern sowie der gerichtsfesten Dokumentation (ab 01.07.2025 bei Kapitel 0504 Titel 685 61 veranschlagt).

Bereitstellung bedarfsgerechter Informationen zu den Einrichtungen des in LSA existierenden Hilfesystems für von gewaltbetroffene Frauen gemäß Art. 12 und 13 Istanbul-Konvention.

633 61	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	472.800	392.200	385.600
			322.340	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		30.000			30.000
2026		30.000			30.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		60.000			60.000

Erläuterungen:

Zur Stärkung und Weiterentwicklung eines quantitativ wie qualitativ bedarfsgerechten Hilfesystems unter Beachtung der Regelungen des Gesetzes zu dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention) erfolgt die Förderung von zwei in kommunaler Trägerschaft stehender Frauenhäuser einschließlich einer ambulanten Frauenberatungsstelle sowie die Förderung von Dolmetscherleistungen.

684 61	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	6.996.300	7.226.000	7.396.600
			5.569.533	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		170.000			170.000
2026		170.000			170.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		340.000			340.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 61

Erläuterungen:

Zur Stärkung und Weiterentwicklung eines quantitativ wie qualitativ bedarfsgerechten Hilfesystems unter Beachtung der Regelungen des Gesetzes zu dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention) erfolgt die Förderung von in freier Trägerschaft stehender Einrichtungen. Hierzu gehören Frauenhäuser einschließlich derer ambulanten Frauenberatungsstellen, die Landeskoordinierungsstelle der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (LIKO), die Fachstelle gegen Frauenhandel und Zwangsverheiratung (VERA) inkl. einer Schutzwohnung für Frauen, die von Frauenhandel, Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre betroffen sind, die Fachberatungsstelle für Täterarbeit (ProMann) sowie die Förderung einer Interventionsstelle.

Um auch Schutz- und Hilfesuchenden ohne ausreichend deutsche Sprachkenntnisse den Zugang zum Hilfesystems zu ermöglichen und eine Betreuung zu erleichtern, ist die Inanspruchnahme von Dolmetscherleistungen bzw. übersetzten Informationsmaterialien unausweichlich. Hierfür wurde ein Pool für das gesamte Hilfesystem eingeplant.

685 61	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	60.000	120.000
			0	243.600	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			120.000		120.000
2027			123.600		123.600
2028					
2029 ff.					
Summen			243.600		243.600

Erläuterungen:

Flächendeckende Umsetzung der vertraulichen Spurensicherung bei Gewalt- und Missbrauchsfällen unter Einbeziehung ausgewählter Kliniken sowie der bestehenden Gewaltschutzambulanzen. Umsetzung von Maßnahmen, wie z.B. die Fortbildung der Ärzteschaft und des Fachpersonals zur Untersuchung und Spurensicherung von Gewaltopfern sowie der gerichtsfesten Dokumentation (bis 30.06.2025 bei Kapitel 0504 Titel 533 61 veranschlagt).

891 61	291	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Träger	0	0	0
			0	0	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 0504 Titel 893 61.

Erläuterungen:

Förderung von Investitionsmaßnahmen in Frauenhäusern in kommunaler Trägerschaft.

893 61	291	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger	50.000	210.000	310.000
			9.492	310.000	0

*** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten des Kapitels 0504 Titel 891 61 und Titel 893 61 eingegangen werden.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			310.000		310.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			310.000		310.000

Erläuterungen:

Förderung von Investitionen in Frauenhäusern in freier Trägerschaft.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	7.629.500	7.960.200	8.242.200
		553.600	0

66 Förderung von Projekten und Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern; Umsetzung und Begleitung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 04 Titelgruppe 67.

** Rückzahlungen/Erstattungen/Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Förderung von Projekten und Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern und die Umsetzung und Begleitung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt.

532 66	291	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	51.000	57.500	47.500
			53.567	0	0

Erläuterungen:

Veranstaltungen und weitere Öffentlichkeitsarbeit zur Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie zum Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt.

Die bis 2024 im Kapitel 0504 Titel 533 66 veranschlagten Haushaltsmittel für die Preisvergaben werden ab dem Haushaltsjahr 2025 bei Kapitel 0504 Titel 532 66 veranschlagt.

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Feste Veranstaltungsformate	0	15.000	15.000	15.000
2. Fachveranstaltungen	7.933	31.000	20.000	10.000
3. Austausche/Vernetzungstreffen	7.219	5.000	5.000	5.000
4. Preisvergaben	0	0	17.500	17.500
5. Öffentlichkeitsarbeit	38.415	0	0	0
Zusammen	53.567	51.000	57.500	47.500

533 66	291	Dienstleistungen Außenstehender	40.000	15.000	15.000
			15.028	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 66

Erläuterungen:

Beauftragung von Dienstleistungen zur Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie zum Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt.

Die bis 2024 im Kapitel 0504 Titel 533 66 veranschlagten Haushaltsmittel für die Preisvergaben werden ab dem Haushaltsjahr 2025 bei Kapitel 0504 Titel 532 66 veranschlagt.

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Preisvergaben	12.700	15.000	0	0
2. Konzeption von Webseiten und Inhalten für soziale Medien	2.328	25.000	10.000	10.000
3. Gestaltung und Druckkosten	0	0	5.000	5.000
Zusammen	15.028	40.000	15.000	15.000

534 66	291	Sonstiges	7.500	10.000	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Durchführung der Jahrestagung der Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) durch den Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. im Haushaltsjahr 2025.

633 66	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

684 66	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und andere Einrichtungen	54.000	57.100	50.200
			0	0	0

Erläuterungen:

Förderung des Projektes FrauenOrte Sachsen-Anhalt in Trägerschaft des Courage e.V.
Das bis zum Haushaltsjahr 2024 im Kapitel 0504 Titel 684 61 im Rahmen der Frauenzentren geförderte Projekt FrauenOrte Sachsen-Anhalt wurde ab dem Haushaltsjahr 2024 im Kapitel 0504 Titel 684 66 veranschlagt.

685 66	291	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			152.500	139.600	112.700
				0	0

67 Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTIQ*) in Sachsen-Anhalt

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 04 Titelgruppe 66.

** Rückzahlungen/Erstattungen/Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Zur Stärkung der Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTIQ*) in Sachsen-Anhalt werden im Rahmen der Weiterentwicklung des Aktionsprogramms LSBTTI zu einem eigenständigen Landesprogramm landesweite Maßnahmen unter Beteiligung der LSBTIQ*-Organisationen und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit durchgeführt. Außerdem findet eine Förderung von Vereinen mit Beratungsangeboten und innovativen Einzelprojekten sowie eine Förderung der beiden Fachstellen für Fragen zur geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt Nord und Süd (Landeskoordinierungsstellen) statt.

532 67	291	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	5.000	10.000	10.000
			0	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 67

Erläuterungen:

Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zur Weiterentwicklung des Aktionsprogramms für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI) zu einem eigenständigen Landesprogramm.

533 67	291	Dienstleistungen Außenstehender	20.000	30.000	50.000
			9.990	0	0

Erläuterungen:

Es sind verschiedene Einzelmaßnahmen zur Weiterentwicklung des Aktionsprogramms LSBTTI zu einem eigenständigen Landesprogramm und dessen Umsetzung sowie zur Stärkung der Akzeptanz von LSBTIQ* geplant.

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Bildungs- und Qualifizierungsangebote	0	5.000	5.000	30.000
2. Fachaustausche, Vernetzungstreffen	9.990	5.000	5.000	20.000
3. Veranstaltungen und Austausche im Rahmen der Fortschreibung des Aktionsprogramms LSBTTI	0	10.000	20.000	0
Zusammen	9.990	20.000	30.000	50.000

684 67	291	Zuschüsse zur Förderung von Einzelmaßnahmen	251.100	267.000	272.200
			213.060	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Förderung von Vereinen	56.271	60.000	61.200	62.500
2. Förderung Landeskoordinierungsstellen	100.660	128.000	129.600	132.200
3. Förderung Lambda Leuchtturmprojekt	56.129	63.100	76.200	77.500
Zusammen	213.060	251.100	267.000	272.200

Zu 1.

Förderung von Beratungsangeboten und innovativen Einzelprojekten für LSBTIQ*.

Zu 2.

Die Fachstelle für Fragen zur geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt Nord und Süd (LSBTIQ*-Landeskoordinierungsstellen) haben im Jahr 2019 ihre Arbeit aufgenommen. Gefördert wird jeweils eine Personalstelle mit einem Umfang von 75 v.H. im Norden und im Süden des Landes.

Zu 3.

Für LSBTIQ* - Jugendliche sollen im ländlichen Raum Angebote und Schutzräume geschaffen werden.

685 67	291	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			276.100	307.000	332.200
				0	0

93 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2014 - 2020

** Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

683 93	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			-289	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

685 93	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93			0	0	0
				0	0

97 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2021 - 2027

Übertragbar

* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 05 Titelgruppe 97, Kapitel 05 09 Titelgruppe 97 und Kapitel 05 17 Titelgruppe 97.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen sowie dazugehörige und im efREporter zu erfassende Verzugszinsen, die auf Basis von geprüften abrechnungsfähigen Ausgaben entstanden sind, sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Alle übrigen Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

*** Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten ESF Plus Programms 2021-2027 Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung des ESF+ Programms 2021 bis 2027 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 60 v. H. aus EU- und je nach Finanzplanebene bis zu 40 v. H. aus Landesmitteln vorgesehen. Die EU-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landesmitteln kofinanzierten Maßnahmen sind im Kapitel 1322 TGr. 63 veranschlagt.

522 97	291	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	70.000	70.800	156.000
			0	127.600	78.400

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		40.000			40.000
2026		64.000	64.000		128.000
2027		20.000	63.600	48.000	131.600
2028				30.400	30.400
2029 ff.					
Summen		124.000	127.600	78.400	330.000

Erläuterungen:

FPL-Ebene 21.03.2

Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 04 **Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBT TI**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nr.	Erläuterungstext	2025	2026
1.	Gutachten zur Entwicklung spezifischer Förderansätze zur verbesserten Arbeitsmarktintegration von Frauen im SGB II in der Maßnahme „Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz“. - Laufzeit 2024-2026; Gesamtkosten ESF+- und Landesmittel 165.000 Euro - Mit dem Gutachten sollen landesspezifische Probleme und Hemmnisse arbeitsloser Frauen im SGB II in unterschiedlichen Lebenslagen im Hinblick auf die Aufnahme einer Beschäftigung ermittelt und analysiert werden. Daraus sollen Unterstützungsbedarfe abgeleitet sowie Empfehlungen für Beratungs- und Förderleistungen entwickelt werden, die Frauen im SGB II die Integration in den sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkt erleichtern. Der in 2024 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 165.000 Euro vor. Der darin enthaltene Kofinanzierungsanteil an Landesmitteln (40% - 66.000 Euro) teilt sich so auf, dass 10.000 Euro für 2024, 28.000 Euro für 2025 und 28.000 Euro für 2026 vorgesehen sind.	28.000	28.000
2.	Beauftragung von Beratungsleistungen zum Thema „Geschlechtergerecht aus der Krise“ – Auswirkungen und Lehren der Corona-Pandemie (und weiterer paralleler Krisen) für die Landespolitik. - Laufzeit 2025-2027; Gesamtkosten ESF+- und Landesmittel 145.000 Euro - Analyse der geschlechtsspezifischen Krisenfolgen für das Land Sachsen-Anhalt sowie Ableitung von Handlungsempfehlungen für verschiedene Fachpolitiken des Landes, um Krisenpolitik geschlechtergerecht auszugestalten. Der in 2025 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 145.000 Euro vor. Der darin enthaltene Kofinanzierungsanteil an Landesmitteln (40% - 58.000 Euro) teilt sich so auf, dass 12.000 Euro für 2025, 24.000 Euro für 2026 und 22.000 Euro für 2027 vorgesehen sind. Die Umsetzung der Planung aus 2024 wurde auf 2025 verschoben.	12.000	24.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 97

Nr.	Erläuterungstext	2025	2026
3.	Beauftragung von Beratungsleistungen zur Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamtes im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit. - Laufzeit 2025-2027; Gesamtkosten ESF+ und Landesmittel 175.000 Euro - Konzeption und Initiierung von Programmen zur Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamts in Sachsen-Anhalt im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit. Ziel ist die Gestaltung von Rahmenbedingungen, die die gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen und Männern ermöglichen. Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von § 1 Frauenfördergesetz Sachsen-Anhalt und Art. 34 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Der in 2024 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 175.000 Euro vor. Der darin enthaltene Kofinanzierungsanteil an Landesmitteln (40% - 70.000 Euro) teilt sich so auf, dass 10.000 Euro für 2025, 40.000 Euro für 2026 und 20.000 Euro für 2027 vorgesehen sind.	10.000	40.000
4.	Beauftragung einer Wirkungsanalyse für die vom MS ergriffenen Maßnahmen zur Herstellung von Gleichstellung im Berufsorientierungsprozess mit dem Schwerpunkt BRAFO. - Laufzeit 2025-2027; Gesamtkosten ESF+ und Landesmittel 255.800 Euro - Mit der Wirkungsanalyse sollen Handlungsbedarfe zur Gleichstellung im Berufsorientierungsprozess identifiziert, gleichstellungsfördernde Ansätze und Instrumente in BO-Projekten bewertet sowie erfolgreiche Handlungsansätze im BO-System des MS vernetzt und übertragen werden. Der in 2025 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 255.800 Euro vor. Der darin enthaltene Kofinanzierungsanteil an Landesmitteln (40% - 102.400 Euro) teilt sich so auf, dass 20.800 Euro für 2025, 40.000 Euro für 2026 und 41.600 Euro für 2027 eingeplant sind.	20.800	40.000
5.	Beauftragung einer Studie zur geschlechtergerechten Gestaltung der ökologischen Transformation in Sachsen-Anhalt - Laufzeit 2026-2028; Gesamtkosten ESF+ und Landesmittel 255.800 Euro - Die notwendige ökologische Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise hat umfangreiche aber bisher nur wenig systematisch untersuchte Gleichstellungsimplikationen. Der Vierte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung wird sich daher mit dem Thema „Gleichstellung in der ökologischen Transformation“ befassen und soll Anfang 2025 vorliegen. Auf dieser Grundlage soll eine Studie die gleichstellungsbezogenen Implikationen für Sachsen-Anhalt und die Landespolitik konkretisieren. Der in 2026 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 255.800 Euro vor. Der darin enthaltene Kofinanzierungsanteil an Landesmitteln (40% - 102.400 Euro) teilt sich so auf, dass 24.000 Euro für 2026, 48.000 Euro für 2027 und 30.400 Euro für 2028 eingeplant sind.	0	24.000
Gesamt:		70.800	156.000

533 97 291 Dienstleistungen Außenstehender

0 30.400 102.400
0 212.400 80.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 04 Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 97

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		46.000			46.000
2026		40.000	96.000		136.000
2027		40.000	96.000	40.000	176.000
2028			20.400	40.000	60.400
2029 ff.					
Summen		126.000	212.400	80.000	418.400

Erläuterungen:

Die in 2024 ausgebrachte VE wird nicht in Anspruch genommen.

FPL-Ebene 21.03.2

Maßnahme "Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz"

683 97	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	323.400 73.306	200.000 0	293.400 560.100

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	194.000	136.700			330.700
2026	132.000	186.700			318.700
2027		146.700		293.400	440.100
2028				266.700	266.700
2029 ff.					
Summen	326.000	470.100		560.100	1.356.200

Erläuterungen:

Die in 2024 ausgebrachte VE zu Lasten 2025 und 2026 wird nicht in voller Höhe und zu Lasten 2027 nicht in Anspruch genommen.

FPL-Ebene 21.03.1 - Gleichberechtigte Lebensperspektiven eröffnen: Abbau von Geschlechterstereotypen bei Berufsorientierung und Lebensplanung

685 97	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	213.400 55.426	220.000 0	260.000 520.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	214.900	53.700			268.600
2026	177.300	66.700			244.000
2027		66.700		260.000	326.700
2028				260.000	260.000
2029 ff.					
Summen	392.200	187.100		520.000	1.099.300

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 04 **Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTTI**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 97

Erläuterungen:

Die in 2024 ausgebrachte VE zu Lasten 2025 und 2026 wird nicht in voller Höhe und zu Lasten 2027 und 2028 nicht in Anspruch genommen.

FPL-Ebene 21.03.1 - Gleichberechtigte Lebensperspektiven eröffnen: Abbau von Geschlechterstereotypen bei Berufsorientierung und Lebensplanung

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	606.800	521.200	811.800
		340.000	1.238.500

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 04 **Frauenförderung /Gender Mainstreaming /LSBTI**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	45.100	45.100	45.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		45.100	45.100	45.100

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	303.900	295.700 340.000	410.900 158.400
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	8.548.200	8.674.100 504.300	9.038.700 1.346.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	50.000	210.000 310.000	310.000 0
Gesamtausgabe		8.902.100	9.179.800	9.759.600
Gesamtsumme der VE			1.154.300	1.504.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-8.857.000	-9.134.700	-9.714.500

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0505 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0505 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Schwerpunktmäßig konzentriert sich die Arbeitsmarktpolitik des Landes darauf, über Qualifizierung von Beschäftigten zusätzliche Beschäftigung zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern und die Wachstumskräfte der Betriebe in Sachsen-Anhalt zu stärken. Integrationsmaßnahmen vielfältiger Art sollen dazu beitragen, die Chancen bestimmter Personengruppen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die hierfür notwendigen Einnahmen und Ausgaben sind in folgenden Titelgruppen zusammengefasst:

- TGr. 69 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung und Fachkräftesicherung in der Wirtschaft,
- TGr. 79 Maßnahmen zur Unterstützung der Anpassung an die Digitalisierung der Arbeitswelt,
- TGr. 97 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2021 - 2027

Einnahmen

119 41	253	Rückzahlung von Überzahlungen	60.000 26.914	30.000	30.000

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet wurden.

119 51	253	Vermischte Einnahmen	50.000 429.632	50.000	50.000

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.

231 01	253	Zuweisungen vom Bund	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titel 686 69.

Erläuterungen:

Zweckgebundene Zuweisung des Bundes zur Finanzierung von Projekten gemäß der "Vereinbarung zur Durchführung der Initiative Abschluss und Anschluss - Bildungsketten bis zum Ausbildungsschluss".

231 02	252	Zuweisungen des Bundes zur Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung entsprechend SGB II	282.000.000 298.674.584	294.000.000	288.000.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titel 633 02.

Erläuterungen:

Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes zur Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie zur Erstattung der Aufwendungen für das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche nach § 46 Abs. 5 bis 11 SGB II (siehe auch Titel 633 02).

Titelgruppe(n)

97 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2021 - 2027

231 97	253	Zuweisungen vom Bund	0 0	0	2.360.000

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titelgruppe 97.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 05 **Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 97

Erläuterungen:

Kofinanzierung des Bundes für BRAFO und KAUSA (Landesstelle).

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	0	0	2.360.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

534 01	253	Sonstiges	37.600	37.600	43.000
			34.590	111.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	31.600				31.600
2026			37.000		37.000
2027			37.000		37.000
2028			37.000		37.000
2029 ff.					
Summen	31.600		111.000		142.600

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Betriebsrätekonferenz	31.550	31.600	31.600	37.000
2. Regionalkonferenz	3.040	6.000	6.000	6.000
Zusammen	34.590	37.600	37.600	43.000

633 01	252	Ukraine-Krise- Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung entsprechend SGB II	0	0	0
			17.000.000	0	0

Erläuterungen:

Zuweisungen an kommunale Träger zur Beteiligung des Landes an den kommunalen Mehraufwendungen für Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine.

633 02	252	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung entsprechend SGB II	282.000.000	294.000.000	288.000.000
			298.674.584	0	0

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 05 05 Titel 231 02.

Erläuterungen:

Zuweisungen an kommunale Träger zur Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen für Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder und Jugendliche nach § 46 Abs. 5 bis 11 SGB II. Die vom Bund hierfür zweckgebunden zur Verfügung gestellten Mittel werden bei Titel 231 02 vereinnahmt.

671 01	253	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	500.000	0	0
			1.796.577	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 02 Titel 671 01.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Erläuterungen:

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

Kostenerstattungen an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt und die FörderService GmbH der Investitionsbank zur Durchführung der EU-Programme Förderperiode 2014-2020.

671 02	253	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 02 Titel 671 01.

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Titelgruppe(n)

64 Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben

** Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

671 64	253	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			-677	0	0

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

683 64	253	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			-619.281	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0	0
				0	0

68 Förderung der beruflichen Erstausbildung

** Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

683 68	253	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			0	0	0
				0	0

69 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung und Fachkräftesicherung in der Wirtschaft

Übertragbar

** Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten Kapitel 0505 Titel 631 69, 633 69, 636 69, 671 69, 683 69, 684 69, 686 69 und 893 69 eingegangen werden.

Erläuterungen:

Die Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Fachkräftesicherung und berufliche Bildung ist Voraussetzung für die Verbesserung der Wirtschaftskraft, insbesondere kleiner und mittlerer Betriebe.

526 69	153	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	4.000	4.000	4.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Entschädigung der Mitglieder des Landesausschusses für Berufsbildung und des Fachkräftesicherungspaktes und ihrer Unterausschüsse sowie externer Sachverständiger.

533 69	253	Dienstleistungen Außenstehender	0	53.000	140.000
			0	377.000	200.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			140.000		140.000
2027			145.000	60.000	205.000
2028			92.000	70.000	162.000
2029 ff.				70.000	70.000
Summen			377.000	200.000	577.000

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Berufswahl-SIEGEL Sachsen-Anhalt	0	0	53.000	140.000
Zusammen	0	0	53.000	140.000

Bis 07/2025 wurden die Haushaltsmittel für das Berufswahl-SIEGEL Sachsen-Anhalt bei Kapitel 0505 Titel 683 69 veranschlagt. Ab 08/2025 erfolgt die Umsetzung des Projektes durch einen Dienstleister im Rahmen eines Vertrages bei Kapitel 0505 Titel 533 69.

534 69	153	Sonstiges	3.000	3.000	3.000
			1.595	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Veranstaltungen des Fachkräftesicherungspaktes und seiner Arbeitsgruppen sowie des Landesausschusses für Berufsbildung und seiner Unterausschüsse.

631 69	253	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

633 69	253	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

636 69	253	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	0	0	0
			0	0	0

671 69	253	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	128.000	50.000
			0	200.000	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 69

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			50.000		50.000
2027			50.000		50.000
2028			50.000		50.000
2029 ff.			50.000		50.000
Summen			200.000		200.000

Erläuterungen:

Umsetzung der Vorhaben zur Unterstützung der Anwerbung ausländischer Fachkräfte im Bereich der Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufe durch die Investitionsbank.

683 69	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	500.000	222.300	648.400
			198.667	1.500.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	122.300	1.100.000			1.222.300
2026	48.400	800.000	500.000		1.348.400
2027			500.000		500.000
2028			500.000		500.000
2029 ff.					
Summen	170.700	1.900.000	1.500.000		3.570.700

Erläuterungen:

Die in 2024 ausgebrachte VE wird im Rahmen der Deckungsfähigkeit bei anderen Titeln der Titelgruppe 69 in Anspruch genommen.

Zuschüsse zur Finanzierung der Umsetzung des Projektes "Berufswahl-Siegels Sachsen-Anhalt" und des Projektes "BRAFO-Kompetenzerkundung" sowie zur Umsetzung von Projekten zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte im Bereich Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufe und zur Finanzierungsbeteiligung am Programm "digital streetwork".

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Berufswahl-SIEGEL Sachsen-Anhalt	124.142	128.000	81.000	0
2.	BRAFO-Kompetenzerkundung	74.525	72.000	41.300	48.400
3.	Unterstützung von Vorhaben zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte im Bereich Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufe	0	300.000	0	500.000
4.	Finanzierungsbeteiligung "digital streetwork"	0	0	100.000	100.000
Zusammen		198.667	500.000	222.300	648.400

Bis 07/2025 wurden die Haushaltsmittel für das Berufswahl-SIEGEL Sachsen-Anhalt bei Kapitel 0505 Titel 683 69 veranschlagt. Ab 08/2025 erfolgt die Umsetzung des Projektes durch einen Dienstleister im Rahmen eines Vertrages bei Kapitel 0505 Titel 533 69.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

684 69	153	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
686 69	153	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1.750.000	0	0
			0	0	3.600.000

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 05 Titel 231 01.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		3.000.000			3.000.000
2026		3.000.000			3.000.000
2027		1.250.000		600.000	1.850.000
2028				600.000	600.000
2029 ff.				2.400.000	2.400.000
Summen		7.250.000		3.600.000	10.850.000

Erläuterungen:

Zuschüsse zur Finanzierung der Umsetzung von Projekten gem. der "Vereinbarung zur Durchführung der Initiative Abschluss und Anschluss - Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss".

893 69	153	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	2.624.300	2.467.400	2.700.300
			500.000	2.551.000	100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	463.400	3.193.300			3.656.700
2026	425.600	1.255.200	1.200.000		2.880.800
2027			1.351.000	100.000	1.451.000
2028					
2029 ff.					
Summen	889.000	4.448.500	2.551.000	100.000	7.988.500

Erläuterungen:

Die in 2024 ausgebrachte VE wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Das Land Sachsen-Anhalt beteiligt sich neben der Bundesförderung und einem Eigenanteil des Trägers an den Ausgaben für Bau und Ausstattung von überbetrieblichen Bildungsstätten des Handwerks sowie von Industrie und Handel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	4.881.300	2.877.700	3.545.700
		4.628.000	3.900.000

70 Förderung der beruflichen Qualifikation - Programmzeitraum
1994 - 1999 - EU - Anteil

** Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
683 70	253	Zuschüsse an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			0	0 0	0 0
71		Förderung der beruflichen Qualifikation - Programmzeitraum 1994 - 1999 - Landesanteil			
		** Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.			
683 71	253	Zuschüsse an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 71			0	0 0	0 0
74		Förderung der beruflichen Qualifikation - Programmzeitraum 2000 - 2006 - Landesanteil			
		** Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.			
683 74	253	Zuschüsse an private Unternehmen	0 -2.022	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 74			0	0 0	0 0
79		Maßnahmen zur Unterstützung der Anpassung an die Digitalisierung der Arbeitswelt			
		Übertragbar			
		** Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.			
		Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.			
		Erläuterungen:			
		Anteilige Finanzierung von Maßnahmen des Bundes im Rahmen des Bundes ESF Plus (Kofinanzierung).			
631 79	253	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0 -67.623	0 0	0 0
683 79	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	110.500 97.879	0 0	0 0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 05 **Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 79

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	114.500				114.500
2026	117.900				117.900
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	232.400				232.400

Erläuterungen:

Die Förderung erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2025 bei Kapitel 0505 Titel 684 79.

684 79	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	114.500	117.900
			0	0	450.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				150.000	150.000
2028				150.000	150.000
2029 ff.				150.000	150.000
Summen				450.000	450.000

Erläuterungen:

Die Förderung erfolgte bis zum Haushaltsjahr 2024 bei Kapitel 0505 Titel 683 79.

Nachrichtlich: Summe TGr. 79	110.500	114.500	117.900
		0	450.000

93 **Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln -**
Förderperiode 2014 - 2020

** Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch
Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

428 93	253	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			14.101	0	0
533 93	253	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
633 93	253	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
671 93	253	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			-31.957	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 93

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

Landesmittel zur Kofinanzierung der Technischen Hilfe für den ESF 2014-2020, die der Kostenerstattung eines Teils der zur Durchführung der ESF-Programme benötigten Mittel dient.

681 93	253	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	0 0	0 0	0 0
683 93	253	Zuschüsse an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
684 93	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0 -409	0 0	0 0
685 93	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 93	253	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 -184	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 93			0	0 0	0 0

97 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2021 - 2027

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 04 Titelgruppe 97.

** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 05 Titel 231 97.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen sowie dazugehörige und im eFREporter zu erfassende Verzugszinsen, die auf Basis von geprüften abrechnungsfähigen Ausgaben entstanden sind, sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Alle übrigen Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

*** Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten ESF Plus Programms 2021-2027 Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung des ESF+ Programms 2021 bis 2027 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 60 v. H. aus EU- und je nach Finanzplanebene bis zu 40 v. H. aus Landesmitteln vorgesehen. Die EU-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landesmitteln kofinanzierten Maßnahmen sind im Kapitel 1322 TGr. 63 veranschlagt.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

633 97	253	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.158.700 1.182.304	2.838.500 4.636.500	3.089.400 830.600

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	42.100	752.500			794.600
2026	42.500	98.300	2.022.400		2.163.200
2027	32.800	98.300	2.022.400	447.200	2.600.700
2028	6.400	50.000	591.700	383.400	1.031.500
2029 ff.					
Summen	123.800	999.100	4.636.500	830.600	6.590.000

Erläuterungen:

FPL-Ebene	Bezeichnung	2025	2026
21.06.1	ÜiA-Berater/in Jugendhilfe in Jugendberufsagentur (JUBE)	246.800 €	260.200 €
21.06.1	ÜiA-Spezifische Modellprojekte	0 €	0 €
21.06.1	ÜiA-Ausbildungsmanagement	375.000 €	562.500 €
21.06.2	ZmA-Familien stärken - Perspektiven eröffnen (FAMICO)	1.416.700 €	1.416.700 €
21.06.2	ZmA-Regionale Koordination (REKO)	550.000 €	550.000 €
21.06.2	ZmA-Job-Koordinatoren (JOKO)	250.000 €	300.000 €
	Summe	2.838.500 €	3.089.400 €

Die Abkürzung "ZmA" steht für "Zukunft mit Arbeit", "ÜiA" für "Übergang in Ausbildung".

671 97	253	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0 0	0 0	0 0

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Kostenerstattung zur Durchführung von Vorhaben in der ESF-Förderperiode 2021-2027.

681 97	253	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	650.000 0	930.500 1.125.000	930.500 500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	8.700	325.000			333.700
2026	8.400	325.000	500.000		833.400
2027	3.600	325.000	375.000	375.000	1.078.600
2028		50.000	250.000	125.000	425.000
2029 ff.					
Summen	20.700	1.025.000	1.125.000	500.000	2.670.700

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 97

Erläuterungen:

FPL-Ebene 21.08.1

Weiterbildungsförderung (individuell)

683 97	253	Zuschüsse an private Unternehmen	14.004.300	11.203.800	13.091.800
			7.127.426	15.288.800	5.097.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.471.900	9.432.600			12.904.500
2026	2.006.700	10.526.600	6.305.000		18.838.300
2027		8.541.900	6.244.500	3.818.100	18.604.500
2028		214.000	2.739.300	1.279.100	4.232.400
2029 ff.					
Summen	5.478.600	28.715.100	15.288.800	5.097.200	54.579.700

Erläuterungen:

Die in 2024 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2025, 2026 und 2027 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

FPL-Ebene	Bezeichnung	2025	2026
21.02.1.	BRAFO - Bundesmittel zur Kofinanzierung	0 €	840.000 €
21.06.1	ÜiA-Vertiefte Berufsorientierung und Verbundausbildung	487.300 €	407.200 €
21.06.1	ÜiA-Regio-Netzwerkstelle (NWS)	0 €	0 €
21.06.1	ÜiA-Spezifische Modellprojekte	0 €	0 €
21.06.2	ZmA-STABIL	3.300.000 €	3.300.000 €
21.06.2	ZmA-Aktive Eingliederung von Zielgruppen	1.800.000 €	1.970.000 €
21.06.2	ZmA-Kompetenzagenturen	409.600 €	434.600 €
21.07.0	Assistierte Ausbildung Pflege	2.166.400 €	3.025.500 €
21.08.1	Weiterbildung betrieblich	930.500 €	930.500 €
21.08.2	Fachkräftesicherung	2.110.000 €	2.184.000 €
		11.203.800 €	13.091.800 €

Die Abkürzung "ZmA" steht für "Zukunft mit Arbeit", "ÜiA" für "Übergang in Ausbildung".

684 97	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	2.635.300	4.127.900
			0	6.461.400	1.112.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			2.605.700		2.605.700
2027			2.639.300	926.300	3.565.600
2028			1.216.400	185.900	1.402.300
2029 ff.					
Summen			6.461.400	1.112.200	7.573.600

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 97

Erläuterungen:

FPL-Ebene	Bezeichnung	2025	2026
21.02.1.	BRAFO - Bundesmittel zur Kofinanzierung	0 €	1.260.000 €
21.06.1	ÜiA-Vertiefte Berufsorientierung und Verbundausbildung	610.000 €	490.000 €
21.06.1	ÜiA-Regio-Netzwerkstelle (NWS)	178.800 €	161.800 €
21.06.2	ZmA-STABIL	151.400 €	151.400 €
21.06.2	ZmA-Aktive Eingliederung von Zielgruppen	498.400 €	546.300 €
21.06.2	ZmA-Kompetenzagenturen	616.700 €	650.000 €
21.07.0.	KAUSA (Landestelle) Bundesmittel	0 €	260.000 €
21.07.0	Assistierte Ausbildung Pflege	0 €	0 €
21.08.1	Weiterbildung betrieblich	0 €	0 €
21.08.2	Fachkräftesicherung	580.000 €	608.400 €
		2.635.300 €	4.127.900 €

Die Abkürzung "ZmA" steht für "Zukunft mit Arbeit", "ÜiA" für "Übergang in Ausbildung".

686 97	253	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	16.813.000	17.608.100	21.239.600
		27.511.700	7.540.000

**98 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln -
Förderperiode 2007 - 2013**

** Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch
Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

683 98	253	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 98	0	0	0
		0	0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 05 **Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	110.000	80.000	80.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	282.000.000	294.000.000	290.360.000
Gesamteinnahme		282.110.000	294.080.000	290.440.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0 0	0 0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	44.600	97.600 488.000	190.000 200.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	301.673.500	312.072.900 29.211.700	310.055.900 11.590.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.624.300	2.467.400 2.551.000	2.700.300 100.000
Gesamtausgabe		304.342.400	314.637.900	312.946.200
Gesamtsumme der VE			32.250.700	11.890.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-22.232.400	-20.557.900	-22.506.200

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 06 Landesamt für Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 05 06 beträgt zum 31.12.2025 434 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 05 06 beträgt zum 31.12.2026 434 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Auf Beschluss der Landesregierung vom 4.10.2002 wurde das Landesamt für Verbraucherschutz (LAV LSA) mit Sitz in Halle errichtet und zum 14.4.2004 in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO überführt.
Seit dem 1.1.2006 ist die Ethikkommission des Landes dem Landesamt für Verbraucherschutz zugeordnet.

Mit dem Ziel, den im öffentlichen Interesse liegenden Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz auf allen Ebenen zu erhalten und, soweit erreichbar, zu verbessern, nehmen die Fachbereiche des Amtes die folgenden Aufgaben wahr:

Fachbereich Hygiene

Es werden auf den Gebieten der Epidemiologie, der Krankenhaus- und Praxishygiene, der Trink- und Badewasserhygiene, der Kommunalhygiene, der Umweltmedizin und des Infektionsschutzes einzelfall- und bevölkerungsbezogene Datenerhebungen und Laboruntersuchungen sowie deren nachfolgende fachliche Bewertungen durchgeführt. Sie dienen der Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, dem Schutz und der Verbesserung des umweltbezogenen Gesundheitszustandes sowie der Verringerung arzneimittelbedingter Gefährdungen der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt. In der Arzneimittelprüfstelle werden Proben im Rahmen der Arzneimittel- und Apothekenüberwachung amtlich untersucht. Der Fachbereich ist zuständige Behörde für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und alle Maßnahmen der Seuchenbekämpfung im landesweiten Maßstab und mit landesweiter Bedeutung. Die Gesundheitsberichtserstattung einschließlich der Pflege der dazu gehörigen Internetplattform ist eine weitere Aufgabe des Fachbereichs.

Fachbereich Lebensmittelsicherheit

Es werden die im Rahmen der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung nach risikoorientierten Probenplänen und aus besonderem Anlass im Land Sachsen-Anhalt entnommenen Proben von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und kosmetischen Mitteln hinsichtlich toxikologischer, hygienischer und molekularbiologischer Unbedenklichkeit, sensorischer Beschaffenheit sowie qualitativer Zusammensetzung untersucht, bezeichnungsgerechtlich überprüft und sachverständig beurteilt. Die Sachverständigen unterstützen die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter im Rahmen von Teamkontrollen.

Fachbereich Veterinärmedizin

Im Fachbereich Veterinärmedizin werden morphologische, mikrobiologische, virologische, serologische, molekularbiologische, parasitologische und elektronenoptische Untersuchungen an Materialien von lebenden, geschlachteten und gefallenen Haus- und Wildtieren zur Tierseuchen-, Zoonosenüberwachung oder -feststellung nach dem Tiergesundheitsgesetz und auf der Grundlage der Richtlinie 2003/99/EG in Verbindung mit der AW Zoonosen Lebensmittelkette durchgeführt. Darüber hinaus erfolgen Monitoring- und andere Untersuchungen zu pharmakologisch wirksamen Substanzen. Durch den staatlichen Tierseuchenbekämpfungs- und Tierschutzdienst des Landes werden landesweite Programme zur Bekämpfung von Tierseuchen und zur Einhaltung von Nutztierhaltungsnormen bearbeitet. Die Task Force Tierseuchenbekämpfung unterstützt die Veterinärbehörden des Landes sowohl bei der Vorbeugung zur Verhinderung eines Ausbruches als auch bei der Bekämpfung im Fall eines Tierseuchenausbruches.

Fachbereich Arbeitsschutz

Der Fachbereich nimmt die Aufgaben wahr, die dem LAV gemäß Zuständigkeitsverordnungen als zuständige Behörde für den Vollzug des technischen, medizinischen und sozialen Arbeitsschutzes, des technischen Verbraucherschutzes und der allgemeinen Produktsicherheit obliegen.

Fachbereich Verwaltung

Der Fachbereich Verwaltung nimmt behördeninterne Aufgaben zur Absicherung der Rahmenbedingungen insbesondere unter dem Aspekt betriebswirtschaftlicher Grundsätze wahr. Er ist verantwortlich für die Fortentwicklung der Organisations- und Aufgabenstruktur, für die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes personeller und materieller Ressourcen und die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Geschäftsführung.

Einnahmen

111 11	314	Verwaltungsgebühren	0	0	0
			0		
112 01	313	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	0	0	0
			0		

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 06 **Landesamt für Verbraucherschutz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
119 41	313	Rückzahlung von Überzahlungen	0 0	0	0
119 51	314	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0
121 40	314	Abzuführende Überschüsse des Landesamtes für Verbraucherschutz	0 0	0	0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 06 **Landesamt für Verbraucherschutz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 41	314	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	0 0	0 0	0 0
428 03	314	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	0 0	0 0
682 40	314	Zuschuss an das Landesamt für Verbraucherschutz	41.596.300 37.834.012	41.168.700 0	39.724.200 0

Erläuterungen:

Der Wirtschaftsplan 2025/2026 des Landesamtes für Verbraucherschutz ist als Anlage zum Kapitel 0506 beigelegt.

891 40	314	Zuschüsse für Investitionen an das Landesamt für Verbraucherschutz	1.438.700 1.215.828	1.498.900 0	1.460.800 0

Erläuterungen:

Der Wirtschaftsplan 2025/2026 des Landesamtes für Verbraucherschutz ist als Anlage zum Kapitel 0506 beigelegt.

Titelgruppe(n)

89		Planmäßiges Personal der Landesbetriebe nach § 26 LHO			
422 89	314	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 89	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 89			0	0 0	0 0
96		Personalbestand / Stellen- und Personalabbau			
422 96	313	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 96	313	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0

Anlage zum Kapitel 0506
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb
Landesamtes für Verbraucherschutz
Wirtschaftsjahr 2025/2026**

Ordnungsnummer: 40

Allgemeine Ausführungen

Auf Beschluss der Landesregierung vom 04.10.2002 wurde das Landesamt für Verbraucherschutz (LAV) mit Sitz in Halle (Saale) errichtet und zum 14.04.2004 in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO überführt.

Mit dem Ziel, den im öffentlichen Interesse liegenden Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz auf allen Ebenen zu erhalten und, soweit erreichbar, zu verbessern, nimmt das LAV in seinen Fachbereichen die folgenden Aufgaben wahr:

Fachbereich Hygiene

Es werden auf den Gebieten der Epidemiologie, der Krankenhaus- und Praxishygiene, der Trink- und Badewasserhygiene, der Kommunalhygiene, der Umweltmedizin und des Infektionsschutzes einzelfall- und bevölkerungsbezogene Datenerhebungen und Laboruntersuchungen sowie deren nachfolgende fachliche Bewertungen durchgeführt. Sie dienen der Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, dem Schutz und der Verbesserung des umweltbezogenen Gesundheitszustandes sowie der Verringerung arzneimittelbedingter Gefährdungen der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt. In der Arzneimittelprüfstelle werden Proben im Rahmen der Arzneimittel- und Apothekenüberwachung amtlich untersucht. Der Fachbereich ist zuständige Behörde für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und alle Maßnahmen der Seuchenbekämpfung im landesweiten Maßstab und mit landesweiter Bedeutung. Die Gesundheitsberichterstattung einschließlich der Pflege der dazu gehörigen Internetplattform ist eine weitere Aufgabe des Fachbereichs.

Fachbereich Lebensmittelsicherheit:

Im Fachbereich Lebensmittelsicherheit werden die im Rahmen der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung nach risikoorientierten Probenplänen und aus besonderem Anlass im Land Sachsen-Anhalt entnommenen Proben von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, kosmetischen Mitteln und Tabakerzeugnissen hinsichtlich toxikologischer, hygienischer und molekularbiologischer Unbedenklichkeit, sensorischer Beschaffenheit sowie qualitativer Zusammensetzung untersucht, bezeichnungsgerechtlich überprüft und sachverständig beurteilt. Die Sachverständigen unterstützen die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter im Rahmen von Teamkontrollen.

Fachbereich Veterinärmedizin:

Im Fachbereich Veterinärmedizin werden morphologische, mikrobiologische, virologische, serologische, molekularbiologische, parasitologische und elektronenoptische Untersuchungen an Materialien von lebenden, geschlachteten und gefallenen Haus- und Wildtieren zur Tierseuchen-, Zoonosenüberwachung oder -feststellung nach dem Tiergesundheitsgesetz und auf der Grundlage der Richtlinie 2003/99/EG in Verbindung mit der AW Zoonosen Lebensmittelkette durchgeführt. Darüber hinaus erfolgen Monitoring- und andere Untersuchungen zu pharmakologisch wirksamen Substanzen. Durch den staatlichen Tierseuchenbekämpfungs- und Tierschutzdienst des Landes werden landesweite Programme zur Bekämpfung von Tierseuchen und zur Einhaltung von Nutztierhaltungsnormen bearbeitet. Die Task Force Tierseuchenbekämpfung unterstützt die Veterinärbehörden des Landes sowohl bei der Vorbeugung zur Verhinderung eines Ausbruches als auch bei der Bekämpfung im Fall eines Tierseuchenausbruches.

Fachbereich Arbeitsschutz:

Der Fachbereich Arbeitsschutz nimmt die Aufgaben der zuständigen Behörde für den Vollzug des technischen, medizinischen und sozialen Arbeitsschutzes, des technischen Verbraucherschutzes und der allgemeinen Produktsicherheit wahr.

Fachbereich Verwaltung

Der Fachbereich Verwaltung nimmt behördeninterne Aufgaben zur Absicherung der Rahmenbedingungen insbesondere unter dem Aspekt betriebswirtschaftlicher Grundsätze wahr. Er ist verantwortlich für die Fortentwicklung der Organisations- und Aufgabenstruktur, für die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes personeller und materieller Ressourcen und die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Geschäftsführung.

Seit dem 1. Januar 2006 ist dem LAV die Geschäftsstelle der Ethikkommission des Landes Sachsen-Anhalt zur Bewertung klinischer Prüfungen von Arzneimitteln zugeordnet.

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan

B: Finanzplan

C: Leistungsplan

A: Erfolgsplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	1. Umsatzerlöse	41.586.215	3.514.800	3.514.800	3.540.000
52	a) Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	84.384	56.400	56.400	81.600
52	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten	3.516.909	3.422.700	3.422.700	3.422.700
51	c) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	928.305	35.700	35.700	35.700
	d) Zuschüsse für laufende Zwecke (Gruppe 682)	37.056.615			
51	e) Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel)	-	-	-	-
53	2. Bestandsveränderungen	-	-	-	-
53	3. Andere aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-
54	4. sonstige Erträge	1.498.887	1.317.600	1.374.200	1.356.400
545	a) Auflösung des Sonderpostens für Investitionen	1.253.662	1.293.500	1.351.600	1.333.800
	Zwischensumme Erträge (1-4):	43.085.102	4.832.400	4.889.000	4.896.400
	5. Materialaufwand	6.779.286	7.964.000	5.693.200	5.723.100
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	4.053.022	5.337.200	3.154.000	3.163.200
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.726.263	2.626.800	2.539.200	2.559.900
62+63	6. Personalaufwand	31.591.074	32.513.600	35.128.500	33.625.900
	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung)	24.882.035	25.367.200	27.477.800	26.205.700
	davon für Beschäftigte	16.718.704	17.145.900	18.455.600	17.078.800
	davon für Beamte	8.163.330	8.221.300	9.022.200	9.126.900
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	6.709.039	7.146.400	7.650.700	7.420.200
	davon für Beschäftigte	3.637.547	3.857.800	4.152.600	3.842.800
	davon für Beamte	391.803	536.900	396.400	398.700
6411	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen (lt. PZVO u. 30% Regelung)	2.679.689	2.751.700	3.101.700	3.178.700
66	7. Abschreibungen	1.245.187	1.293.500	1.351.600	1.333.800
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	52.977	46.600	61.200	38.000
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen	298	300	300	300
	c) auf technische Anlagen und Maschinen	1.114.870	1.184.900	1.230.100	1.237.700
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	77.040	61.700	60.000	57.800
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch	-	-	-	-
72	8. sonstige Aufwendungen	4.311.632	4.648.400	3.875.200	3.928.600
	a) Sonstige Personalaufwendungen	435.238	337.600	482.600	506.100
73	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2.773.377	3.125.300	1.747.900	1.772.800
75	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise und Werbung	421.779	503.600	299.200	304.200
75	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	531.266	543.300	1.203.100	1.203.100
79	e) Steuern	7.778	3.600	7.400	7.400
629	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte	-	-	-	-
71	g) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung	142.192	135.000	135.000	135.000
71	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)	-	-	-	-
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	43.927.180	46.419.500	46.048.500	44.611.400
	Betriebsergebnis (1-8):	-842.077	-41.587.100	-41.159.500	-39.715.000
55	9. Erträge aus Beteiligungen	-	-	-	-

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
56	9.1 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge	1.899	3.700	3.700	3.700
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-	-
77	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.454	12.900	12.900	12.900
	Finanzergebnis (9-12):	-1.555	-9.200	-9.200	-9.200
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	-843.632	-41.596.300	-41.168.700	-39.724.200
58	14. Außerordentliche Erträge	-	-	-	-
	14.1 davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt	-	-	-	-
78	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen	-	-	-	-
75	15.1 Übrige Aufwendungen	-	-	-	-
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):	-	-	-	-
79	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-	-
79	18. sonstige Steuern	-	-	-	-
	a) Steuern und steuerähnliche Aufwendungen	-	-	-	-
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-843.632	-41.596.300	-41.168.700	-39.724.200
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)		-	-	-
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss		-	-	-
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage		-	-	-
	- Zuführung zur Gewinnrücklage		-	-	-
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.		-	-	-
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist		-	-	-
	- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.		-	-	-
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht		-	-	-
	26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan		-41.596.300	-41.168.700	-39.724.200
	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen: a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen, b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern.				
	28. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		-41.596.300	-41.168.700	-39.724.200
	Der Wert lt. Ziffer 28 ist gemäß den HTR-LSA auf volle 100 Euro auf- oder abzurunden.				

Erläuterungen zum Erfolgsplan

I. Allgemeine Erläuterungen zu den Kontengruppen

Zu 1: Umsatzerlöse / Leistungsentgelte

Kontengruppen 51, 52

Die Umsatzerlöse umfassen Gebühren und Leistungsentgelte für Laboruntersuchungen der Fachbereiche Hygiene, Lebensmittelsicherheit und Veterinärmedizin sowie Gebühren und Bußgelder der Gewerbeaufsicht und Einnahmen der Ethik-Kommission.

Zu 4: Sonstige Erträge

Kontengruppe 54

Die sonstigen Erträge beinhalten überwiegend zahlungsunwirksame Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse, die zur Deckung der Abschreibungen (Kontengruppe 66) veranschlagt werden. Daneben fließen hier Erträge aus der Erstattung von Krankenkassen im U2-Ausgleichsverfahren sowie periodenfremde Erträge für Leistungen der Vorjahre ein.

Zu 5: Materialaufwand

Kontengruppe 60

Die Kontengruppe umfasst Materialaufwendungen für die Labore der Fachbereiche (u. a. Testkits, Chemikalien, Reagenzien, Technische Gase), die Verbrauchsmaterialien der Verwaltung (u. a. EDV-Zubehör), alle Ausgaben für Energie, Wasser und Abwasser, die Nebenkostenvorauszahlungen für die Dienstgebäude, die Bereitstellung der Arbeitsschutzbekleidung sowie Impfstoffe.

Kontengruppe 61

Diese Kontengruppe umfasst die Positionen Fremdinstandhaltung für Fachgeräte, für EDV Anlagen, allgemeine Ausstattungsgegenstände, den Kurierdienst zum Probentransport, die Kosten für Abfallentsorgung, insbesondere Konfiskatentsorgung, Kosten für die Entschädigung von Sachverständigen, Druckwerke und Öffentlichkeitsarbeit, Dienstleistungen des Betriebes von IT-Systemen, insbesondere durch die Dataport AöR sowie sonstige Fremdleistungen.

Zu 6: Personalaufwand

Kontengruppe 62 bis 64

Hier sind die Bezügezahlungen sowie die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung sowie Beihilfen geplant. Weiterhin sind die vom LAV als Landesbetrieb zu erbringenden Zuführungen zum Pensionsfonds für die Versorgung und Beihilfen der Versorgungsempfänger des Landes Sachsen-Anhalt enthalten.

Zu 8: Sonstige Aufwendungen

Kontengruppe 72

Die sonstigen Personalaufwendungen umfassen Entschädigungen für die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Ethik-Kommission, Aus- und Fortbildungskosten, Kosten für Fachtagungen, Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit, Gesundheitsmanagement sowie Trennungsgeld und Dienstjubiläen.

Kontengruppe 73

Der Ansatz Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten beinhaltet Aufwendungen für Mieten von Dienstgebäuden, Leasing von Kraftfahrzeugen und Geräten der allgemeinen Geschäftsausstattung, Reinigungs-, Wach- und Sicherheitsdienste, Prüfungskosten des Jahresabschlusses sowie Dienstleistungen des Finanzamtes Dessau-Roßlau – Bezügestelle – für Bezüge- und Beihilfezahlungen sowie die Reisekostenabrechnung.

Kontengruppe 75

Hier werden weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation und Reisen, etwa für Büromaterial, Druckwerke, Versand, Telekommunikation oder Reisekosten der Bediensteten veranschlagt. Unter Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges werden Schadensersatzleistungen an Bedienstete und Dritte, periodenfremde Aufwendungen sowie zahlungsunwirksame Wertberichtigungskorrekturen auf Forderungen und Mindererlöse bei Anlagenabgang angesetzt.

Zu 20-25: Bereinigungen

Das geplante kaufmännische Jahresergebnis wird um bestimmte zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen in den o.g. Kontengruppen korrigiert, um den tatsächlichen liquiditätsmäßigen Zuschussbedarf zu ermitteln.

II. Erläuterungen wesentlicher Abweichungen im Haushaltsjahr

Bei der Veranschlagung des Zuschusses für laufende Zwecke im Jahr 2025 und 2026 wurden insbesondere folgende Entwicklungen berücksichtigt:

- a) Infolge der Beendigung des Mieter-Vermieter-Modells mit dem Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement zum 31.12.2024 sind bei den Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (Nr. 8b des Erfolgsplans) für Mietzahlungen 1.472.700 Euro weniger und bei den Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit (Nr. 5a des Erfolgsplans) für Nebenkostenzahlungen 1.989.300 Euro weniger als im Jahr 2024 veranschlagt.
- b) Bei den sonstigen Aufwendungen (Nr. 8 des Erfolgsplans) wurden Mehrbedarfe bei personalintensiven Dienstleistungen (Reinigung, Bewachung, Kurierdienst) für Preisanpassungen infolge der Anhebung des Tarif- bzw. gesetzlichen Mindestlohnes eingeplant.
- c) Aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung zum digitalen Angebot von Leistungen nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) muss sich das LAV an den Kosten, die für den Erwerb und die Pflege entsprechender Software-Lösungen entstehen, beteiligen. Hierfür sind für das OZG 178.600 Euro pro Jahr bei den Materialaufwendungen (Nr. 5 des Erfolgsplan) veranschlagt.
- d) Für Schadensersatzforderungen werden für 2025 oder 2026 zusätzliche Mittel benötigt, für die im Jahr 2021 Rückstellungen gebildet wurden (Nr. 8d des Erfolgsplans).

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
02	I. Investitionen				
	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	100.705	41.000	7.000	7.000
05	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte			-	-
06	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch			-	-
07	d) Technische Anlagen und Maschinen	1.122.520	1.344.700	1.438.900	1.400.800
08	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	59.714	53.000	53.000	53.000
	Summe: Investitionsvorhaben	1.282.939	1.438.700	1.498.900	1.460.800
	II. Deckungsmittel				
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Erfolgsplan hinzugerechnet worden.	-	-	-	-
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)	-	-	-	-
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)	-	-	-	-
	4. Zuschüsse für Investitionen (Gruppe 891)	1.282.939			
	Summe: Deckungsmittel	1.282.939	-	-	-
	Zuführung für Investitionen (I - II)		1.438.700	1.498.900	1.460.800

Erläuterungen zum Finanzplan

Um zur Substanzerhaltung beizutragen, berücksichtigt der Ansatz des Zuschusses für Investitionen u.a. wegen der gestiegenen Preise den Mittelbedarf in Höhe der Abschreibungen des Jahres auf Basis der Wiederbeschaffungszeitwerte und liegt insoweit über den Abschreibungen auf Basis der historischen Anschaffungskosten gemäß Erfolgsplan.

Der Ansatz erfasst die Ausgaben für Investitionen im handels- und einkommensteuerrechtlichen Sinn, deren Anschaffungskosten in der Regel 250 Euro ohne Umsatzsteuer für den Einzelfall übersteigen. Die finanziell und für die Aufgabenerfüllung besonders bedeutsamen Ausgaben für Fachgeräte (Laborgeräte, Messgeräte) von mehr als 5.000 Euro für den Einzelfall sind bei Hauptkonto 076 geplant:

Pos.	Konten- gruppe/ Hauptkonto	Postenbezeichnung	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
I. a)	02	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		
	025	Software-Lizenzen	7.000	7.000
I. d)	07	Technische Anlagen und Maschinen		
	073	Informationstechnik	80.000	80.000
	074	Fachgeräte bis 5.000 €	77.000	77.000
	076	Fachgeräte über 5.000 €	1.281.900	1.243.800
		davon		
		Neubeschaffung	100.000	100.000
		Ersatzbeschaffung	1.181.900	1.143.800
		Erweiterungsbeschaffung	-	-
		Summe	1.438.900	1.400.800
I. e)	08	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
	084	Fuhrpark	-	-
	087	Allgemeine Geschäftsausstattung	10.000	10.000
	089	Geringwertige Wirtschaftsgüter (Allg. Geschäftsausstattung, Fachgeräte)	43.000	43.000
		Summe	53.000	53.000
		Summe: Investitionsvorhaben	1.498.900	1.460.800

C: Leistungsplan

Leistungsplan für 2025

Kostenstellengruppen	Erlöse - EUR -	Gesamtkosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
Präsident/ Stabstelle/ Verwaltung/ Personalrat/ Ethikkommission Umlage	155.700	7.327.900 -145.000	-7.027.100
Fachbereich 2 - Hygiene Umlage	541.400	6.411.100 300.500	-6.170.100
Fachbereich 3 - Lebensmittelsicherheit Umlage	14.600	8.595.600 274.800	-8.855.700
Fachbereich 4 - Veterinärmedizin Umlage	2.238.500	8.103.600 328.600	-6.193.700
Fachbereich 5 - Arbeitsschutz Umlage	376.700	11.669.400 1.968.900	-13.261.600
Bewirtschaftung der Standorte Umlage	-	2.727.700 -2.727.700	-
Gesamtsumme (Kostenrechnung)	3.326.900	44.835.400	-41.508.200

Überleitung zum Erfolgsplan/GuV			
zzgl. Ergebnis der Neutralen Rechnung	1.565.700	1.361.800	203.900
abzgl. Kalkulatorische Zusatzkosten (Zinsen, Wagnis)		-135.600	135.600
Gesamtsumme			339.500
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Zuschuss vom Land			-41.168.700
Zuschuss vom Land			41.168.700
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			-

Leistungsplan für 2026

Kostenstellengruppen	Erlöse - EUR -	Gesamtkosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
Präsident/ Stabstelle/ Verwaltung/ Personalrat/ Ethikkommission Umlage	155.700	6.750.600 -103.300	-6.491.600
Fachbereich 2 - Hygiene Umlage	541.400	6.199.100 296.800	-5.954.500
Fachbereich 3 - Lebensmittelsicherheit Umlage	14.600	8.401.300 263.800	-8.650.500
Fachbereich 4 - Veterinärmedizin Umlage	2.238.500	7.855.800 324.600	-5.941.900
Fachbereich 5 - Arbeitsschutz Umlage	401.900	11.412.100 1.997.400	-13.007.600
Bewirtschaftung der Standorte Umlage	-	2.779.200 -2.779.200	-
Gesamtsumme (Kostenrechnung)	3.352.100	43.398.200	-40.046.100

Überleitung zum Erfolgsplan/GuV			
zzgl. Ergebnis der Neutralen Rechnung	1.548.100	1.361.800	186.300
abzgl. Kalkulatorische Zusatzkosten (Zinsen, Wagnis)		-135.600	135.600
Gesamtsumme			321.900
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Zuschuss vom Land			-39.724.200
Zuschuss vom Land			39.724.200
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			-

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0507 beträgt zum 31.12.2025 90 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0507 beträgt zum 31.12.2026 90 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Mit Erlass des MS vom 14.06.2004 (MBI. LSA S. 330) wurde die Sozialagentur als Landesbetrieb mit kameraler Haushaltsführung zum 01.07.2004 mit Sitz in Halle errichtet. Die Sozialagentur nimmt die Aufgaben des Landes als überörtlicher Träger der Sozialhilfe wahr, sofern diese nicht dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung bzw. den herangezogenen Gebietskörperschaften vorbehalten sind.

Auf Grund der Einführung des neuen Haushaltsaufstellungssystems - HAVWEB - NG und einer einheitlichen Darstellung der Wirtschaftspläne, ist es durch die kamerale Buchführung der Sozialagentur nicht möglich, einen Wirtschaftsplan nach § 26 LHO aufzustellen. Die Darstellung des Haushaltsplanes der Sozialagentur außerhalb eines Wirtschaftsplanes ist möglich. Die Einnahmen und Ausgaben werden ab dem Haushaltsjahr 2025 in der kameralen Titelstruktur erfasst. Die Sozialagentur wird weiterhin als LHO-Betrieb geführt.

Einnahmen

119 11	219	Verwaltungsgebühren	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung gem. Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der jeweils gültigen Fassung.

119 41	219	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

119 46	219	Ersatzleistungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Ersatzleistungen von Bediensteten bzw. Versicherungen

119 47	841	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0	0	0
			0		

119 51	219	Vermischte Einnahmen	0	3.100	3.100
			0		

Erläuterungen:

Erstattung von Auslagen/Vorschüssen für Gerichtskosten und Rechtsanwaltsgebühren nach Abschluss des Haushaltsjahres.

121 42	219	Abzuführende Überschüsse der Sozialagentur	0	0	0
			0		

124 01	219	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0	0	0
			0		

132 01	219	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0	0	0
			0		

132 02	219	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	0	0	0
			0		

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 07 **Sozialagentur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

236 01	219	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattung von Versorgungsbezügen gemäß § 107 b Beamtenversorgungsgesetz	0 0	0	0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 07 **Sozialagentur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	219	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	1.809.800	1.781.200
			0	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 07 Titel 422 51, Kapitel 05 07 Titel 427 01, Kapitel 05 07 Titel 427 07, Kapitel 05 07 Titel 427 39, Kapitel 05 07 Titel 428 01, Kapitel 05 07 Titel 428 03, Kapitel 05 07 Titel 428 51, Kapitel 05 07 Titel 432 01, Kapitel 05 07 Titel 432 02, Kapitel 05 07 Titel 441 02, Kapitel 05 07 Titel 443 01, Kapitel 05 07 Titel 443 02, Kapitel 05 07 Titel 443 06, Kapitel 05 07 Titel 443 07, Kapitel 05 07 Titel 443 11, Kapitel 05 07 Titel 453 01, Kapitel 05 07 Titel 453 11, Kapitel 05 07 Titel 511 01, Kapitel 05 07 Titel 514 01, Kapitel 05 07 Titel 517 01, Kapitel 05 07 Titel 518 01, Kapitel 05 07 Titel 518 13, Kapitel 05 07 Titel 519 01, Kapitel 05 07 Titel 525 01, Kapitel 05 07 Titel 525 03, Kapitel 05 07 Titel 526 01, Kapitel 05 07 Titel 526 02, Kapitel 05 07 Titel 527 01, Kapitel 05 07 Titel 527 03, Kapitel 05 07 Titel 531 01, Kapitel 05 07 Titel 533 01, Kapitel 05 07 Titel 534 01, Kapitel 05 07 Titel 534 30, Kapitel 05 07 Titel 542 01, Kapitel 05 07 Titel 636 01, Kapitel 05 07 Titel 681 01, Kapitel 05 07 Titel 685 01 und Kapitel 05 07 Titel 916 13.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.700.354	1.800.500	1.809.800	1.781.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		1.700.354	1.800.500	1.809.800	1.781.200

*Das Ist 2023 und der Ansatz 2024 wurde nachrichtlich aufgenommen, bisher im Wirtschaftsplan zum Titel 682 42 veranschlagt und verausgabt.

422 51	219	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

427 01	219	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

427 07	219	Beschäftigungsentgelte für Praktikantinnen und Praktikanten	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

427 39	219	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte von Landesbediensteten im Mutterschutz	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

428 01	219	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	4.636.700	4.852.800
			0	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlungen und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 3.636.307	0 3.709.500	0 4.636.700	0 4.852.800
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		3.636.307	3.709.500	4.636.700	4.852.800

*Das Ist 2023 und der Ansatz 2024 wurde nachrichtlich aufgenommen, bisher im Wirtschaftsplan zum Titel 682 42 veranschlagt und verausgabt.

428 03	219	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	15.800 0	37.700 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für zwei duale Studiengänge (2 Studierende) im Bereich "Verwaltungsökonomie" und "Verwaltungsdigitalisierung und -informatik" an der HS Harz ab August 2025.

Die Berechnung entspricht der Richtlinie der TdL für duale Studiengänge und Masterstudiengänge vom 16. Mai 2019, zuletzt geändert durch Beschluss der Mitgliederversammlung der TdL vom 12. Juli 2024.

428 51	219	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	0 0	67.500 0	67.500 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	0 0	9.600 0	9.900 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 443 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Unterstützung aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	1.591	1.000	1.900	2.200
2.	Maßnahmen zur Umsetzung des Gesundheitsmanagements	1.145	2.400	1.100	1.100
3.	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	0	0	0	0
4.	Sicherheitstechnische Leistungen	0	0	2.700	2.700
5.	Arbeitsmedizinische Leistungen	0	0	3.900	3.900
Zusammen		2.736	3.400	9.600	9.900

*Das Ist 2023 und der Ansatz 2024 wurde nachrichtlich aufgenommen, bisher im Wirtschaftsplan zum Titel 682 42 veranschlagt und verausgabt.

443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	0	500	500
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

443 06	841	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

443 07	841	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

443 11	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

453 01	219	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

453 11	219	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

511 01	219	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	106.400	107.000
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	12.098	10.500	12.300	12.400
2.	Kommunikation	66.641	59.800	62.000	62.100
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.556	16.200	11.400	11.400

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

4.	Sonstiges	20.262	22.200	20.700	21.100
Zusammen		119.557	108.700	106.400	107.000

*Das Ist 2023 und der Ansatz 2024 wurde nachrichtlich aufgenommen, bisher im Wirtschaftsplan zum Titel 682 42 veranschlagt und verausgabt.

514 01	219	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0	14.500	14.800
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	7.945	10.700	10.600	10.800
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	0	0	3.900	4.000
4.	Sonstiges	0	0	0	0
Zusammen		7.945	10.700	14.500	14.800

Bestand an Dienstfahrzeugen		2024	2025	2026
PKW/PKW Kombi		3	3	3
Zusammen		3	3	3

*Das Ist 2023 und der Ansatz 2024 wurde nachrichtlich aufgenommen, bisher im Wirtschaftsplan zum Titel 682 42 veranschlagt und verausgabt.

517 01	219	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	265.000	238.700
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Heizung, Mietnebenkosten	93.871	113.700	153.200	125.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	52.947	135.700	71.700	71.700
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	41.593	41.200	40.100	42.000
4.	Bewachung	0	0	0	0
5.	Sonstiges	0	0	0	0
Zusammen		188.411	290.600	265.000	238.700

*Das Ist 2023 und der Ansatz 2024 wurde nachrichtlich aufgenommen, bisher im Wirtschaftsplan zum Titel 682 42 veranschlagt und verausgabt.

518 01	219	Mieten und Pachten	0	222.700	222.700
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	217.991	225.300	222.700	222.700

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0	0
3.	Für Leasing	0	0	0	0
Zusammen		217.991	225.300	222.700	222.700

*Das Ist 2023 und der Ansatz 2024 wurde nachrichtlich aufgenommen, bisher im Wirtschaftsplan zum Titel 682 42 veranschlagt und verausgabt.

518 13	219	Leasing von Dienstfahrzeugen	0	11.500	11.500
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

Leasingraten für 3 PKW

519 01	219	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	4.000	4.000
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0	0
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	3.549	3.000	4.000	4.000
Zusammen		3.549	3.000	4.000	4.000

*Das Ist 2023 und der Ansatz 2024 wurde nachrichtlich aufgenommen, bisher im Wirtschaftsplan zum Titel 682 42 veranschlagt und verausgabt.

525 01	219	Aus- und Fortbildung	0	35.700	36.300
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Beschäftigungslehrgänge BI/BII	0	0	0	0
2.	Fortbildungsveranstaltungen	20.323	14.000	23.800	24.200
3.	Fachtagungen u.a. Veranstaltungen	2.296	0	3.000	3.100
4.	Inhousefortbildungen, sonstige Bildungsangebote	3.726	15.000	8.900	9.000
Zusammen		26.345	29.000	35.700	36.300

525 03	219	Aus- und Fortbildung der Personalräte, Schwerbehindertenvertretungen und Gleichstellungsbeauftragten	0	1.100	700
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

526 01	219	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	345.800	315.200
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 526 01

Erläuterungen:

Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, Kosten der Schiedsstelle

526 02	219	Sachverständige	0	172.000	216.500
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

MDK-Begutachtungen, Dolmetscher Gebärdensprache, Begutachtungen der Baulichkeiten der Leistungserbringer

527 01	219	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	8.600	8.600
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Reisekosten allgemein	8.597	5.600	8.600	8.600
2.	Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	0	0	0	0
Zusammen		8.597	5.600	8.600	8.600

*Das Ist 2023 und der Ansatz 2024 wurde nachrichtlich aufgenommen, bisher im Wirtschaftsplan zum Titel 682 42 veranschlagt und verausgabt.

527 03	219	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	0	500	500
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

529 01	219	Verfügungsmittel der Direktion	0	500	500
			0	0	0

531 01	219	Veröffentlichungen	0	10.900	11.100
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	0	0	0	0
2.	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0	0
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0	0	0
4.	Sonstige Veröffentlichungen	0	0	10.900	11.100
Zusammen		0	0	10.900	11.100

532 01	219	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	25.000	23.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR*	Ansatz 2024 EUR*	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Fachtagungen	2.323	2.000	5.000	3.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 01

2.	Sonstige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	0	20.000	20.000	20.000
Zusammen		2.323	22.000	25.000	23.000

*Das Ist 2023 und der Ansatz 2024 wurde nachrichtlich aufgenommen, bisher im Wirtschaftsplan zum Titel 682 42 veranschlagt und verausgabt.

533 01	219	Dienstleistungen Außenstehender	0	30.500	26.300
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

Die im Haushaltsjahr 2025 und 2026 veranschlagten Haushaltsmittel sind für Betreuungs- und Dienstleistungsverträge erforderlich.

534 01	219	Sonstiges	0	500	500
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

534 30	219	Sonstiges - Verwaltungsgebühren Bezügeverwaltung	0	22.500	22.500
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Erläuterungen:

Diese Ausgaben resultieren aus der Errichtung der Sozialagentur als LHO-Betrieb.
Begleichung von Verwaltungsgebühren für die Berechnung und Zahlbarmachung der Bezüge sowie der Nebengebiete und
Begleichung von Verwaltungsgebühren für die Abrechnung der Reisekosten durch das Finanzamt Dessau-Roßlau.

542 01	219	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

636 01	219	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	1.000	1.100
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

681 01	219	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

682 42	219	Zuschüsse an die Sozialagentur	9.108.300	0	0
			8.033.907	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 42

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.168.400				1.168.400
2026	1.168.400				1.168.400
2027	1.168.400				1.168.400
2028	1.358.400				1.358.400
2029 ff.	10.212.500				10.212.500
Summen	15.076.100				15.076.100

Erläuterungen:

Die in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen beziehen sich nunmehr auf Rechtsverpflichtungen bei Kapitel 0507 Titel 518 01 sowie bei Kapitel 0507 Titel 533 99.

685 01	219	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	0 0	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

811 01	219	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0 0	0 0	0 0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 07 Titel 812 13 und Kapitel 05 07 Titel 812 15.

812 13	219	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	0 0	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 811 01.

812 15	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 811 01.

891 42	219	Zuschüsse für Investitionen an die Sozialagentur	125.000 141.142	0 0	0 0

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0 0	624.200 0	625.200 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 07 Titel 422 01.

Titelgruppe(n)

89 Planmäßiges Personal der Landesbetriebe nach § 26 LHO

422 89	314	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0

428 89	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 07 **Sozialagentur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 89	0	0	0
		0	0

96 Stellenüberhang

422 96 219 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
	0	0	0

428 96 219 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 96	0	0	0
		0	0

99 Informations- und Kommunikationstechnik

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 99 werden die für die Sozialagentur geplanten Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik veranschlagt.

511 99 219 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	7.100	7.200
	0	0	0

525 99 219 Aus- und Fortbildung der IT-Bediensteten	0	10.000	10.200
	0	0	0

533 99 219 Dienstleistungen Außenstehender	0	2.401.500	2.417.100
	0	0	0

547 99 219 IT-Budget	0	94.700	94.700
	0	0	0

812 99 219 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	136.900	121.900
	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 99	0	2.650.200	2.651.100
		0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.100	3.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			
Gesamteinnahme			3.100	3.100

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben		6.539.900	6.749.600
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		3.791.000	3.789.600
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	9.108.300	1.000	1.100
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	125.000	136.900	121.900
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		624.200	625.200
			0	0
Gesamtausgabe			9.233.300	11.093.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-9.233.300	-11.089.900

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 08 Sozial- und Eingliederungshilfe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0508 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0508 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Mit dem Teilhabestärkungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom Dez. 2019, das am 01.01.2020 in Kraft getreten ist, werden die bislang im AG SGB XII des Landes Sachsen-Anhalt geregelten Zuständigkeiten unter Beachtung des Bundesteilhabegesetzes fortgeschrieben.

Nach § 1 AG SGB IX ist das Land Träger der Eingliederungshilfe und als solcher zuständig für Leistungen der Eingliederungshilfe im Sinne des Teils 2 des SGB IX.

Nach § 2 AG SGB XII ist das Land überörtlicher Träger der Sozialhilfe (üöTrSH) und als solcher zuständig für Leistungen der Hilfe zur Pflege im Sinne von §§ 61 bis 66 SGB XII, für Leistungen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten im Sinne von §§ 67 bis 69 SGB XII, wenn es erforderlich ist, die Hilfe in einer teilstationären oder stationären Einrichtung zu gewähren und für Leistungen der Blindenhilfe im Sinne von § 72 SGB XII.

Zur Durchführung der Aufgaben der Eingliederungshilfe und zu den oben genannten Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe werden wie bislang die örtlichen Träger der Sozialhilfe herangezogen.

Einnahmen

119 41	285	Rückzahlungen von Überzahlungen	769.800 1.786.347	1.330.800	1.330.800

Erläuterungen:

Einnahmen aus Erstattung von Sozialhilfeleistungen, die ohne Rechtsgrund gewährt wurden oder aus Erstattungsansprüchen der Leistungsträger untereinander zufließen, etwa aus Mitteln nach dem SGB XIV und anderer Leistungsbereiche, oder nach Schlussrechnung überzahltem Arbeitsförderungsgeld gemäß § 59 SGB IX sowie überzahlter Krankenversicherungs-, Rentenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge für die im Arbeitsbereich in Werkstätten beschäftigten Menschen mit Behinderungen (§§ 251 Abs. 2 SGB V, 179 Abs. 1 und 18 Abs. 2 SGB VI).

119 51	285	Vermischte Einnahmen	90.200 13.789	52.000	52.000

Erläuterungen:

In diesem Titel werden Verwaltungseinnahmen verbucht, die anderweitig nicht zugeordnet werden können, z. B. Stundungszinsen bei Veränderung von Ansprüchen in der Sozialhilfe im Rahmen der Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe zu Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe bzw. Trägers der Eingliederungshilfe.

153 01	285	Zinseinnahmen	2.800 1.188	1.200	1.200

Erläuterungen:

Zinsleistungen für Darlehen, die nach den §§ 37, 37a, 38, 73 und 91 SGB XII, § 140 Abs. 2 SGB IX gewährt worden sind.

173 01	285	Darlehensrückflüsse	249.800 128.064	128.100	128.100

Erläuterungen:

Tilgungsleistungen für Darlehen, die nach §§ 37, 37a, 38, 73 und 91 SGB XII, § 114 SGB IX i.V.m. § 9 Abs. 2 KfzHV, § 140 Abs. 2 SGB IX gewährt worden sind.

182 01	285	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	0 0	0	0

Erläuterungen:

Tilgungsleistungen für sonstige Darlehen, die im Rahmen der Sozialhilfe bewilligt worden sind.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 08 Sozial- und Eingliederungshilfe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
186 01	285	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	500 240	500	500
		Erläuterungen: Tilgungsleistungen für Darlehen, die im Rahmen der Sozialhilfe/Eingliederungshilfe für Deutsche im Ausland bewilligt worden sind.			
231 02	282	Erstattungen des Bundes für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	202.848.900 187.221.857	219.646.400	241.654.800
		Erläuterungen: Erstattungsleistungen des Bundes nach § 46a SGB XII.			
231 03	283	Erstattung des Barbetrages nach § 136a SGB XII durch den Bund	439.600 429.220	482.700	517.300
		Erläuterungen: Erstattungsleistungen des Bundes in den Jahren 2024 und 2025 nach § 136a SGB XII. Die Erstattungsleistungen des Bundes erfolgen jeweils im Folgejahr des Erstattungsjahres.			
232 01	285	Zuweisungen von staatlichen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe	0 0	0	0
		Erläuterungen: Gem. § 106 Abs. 1 SGB XII i.V.m. § 2 Abs. 3 SGB X und § 102 ff SGB X hat der nach § 98 Abs. 2 Satz 1 SGB XII zuständige Träger der Sozialhilfe dem Träger, der nach § 98 Abs. 2 Satz 3 SGB XII vorläufig leistet, die aufgewendeten Kosten zu erstatten. Gem. § 98 Abs. 2 Satz 2 SGB IX und §§ 102 ff. SGB X hat der nach § 98 Abs. 1 SGB IX örtlich zuständige Träger der Eingliederungshilfe dem nach § 98 Abs. 2 Satz 1 SGB IX vorläufig leistenden Träger der Eingliederungshilfe die Kosten zu erstatten.			
233 01	285	Zuweisungen von kommunalen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe	1.300 0	0	0
		Erläuterungen: Vgl. Erläuterungen zu Kap. 0508 Titel 232 01			
233 02	283	Erstattungen von Dritten	4.206.200 3.777.223	3.777.200	3.777.200
		Erläuterungen: - Zahlung von Kostenbeitrag und Aufwendungsersatz in besonderen Wohnformen und Einrichtungen sowie für ambulante Leistungen gem. § 19 Abs. 5 SGB XII, § 92 SGB XII, § 137 Abs. 4 SGB IX, - Leistungen Dritter auf Grund der Überleitung von Ansprüchen gegen Unterhaltspflichtige gem. §§ 93, 94 SGB XII, § 48 SGB I, - Leistungen Dritter durch Erstattung anderer Sozialhilfeträger gem. §§ 102-106 SGB X, §§ 106-108 SGB XII, - Leistungen Dritter durch Erstattung von sonstigen Drittverpflichteten, - Leistungen Dritter durch übergegangene Ansprüche gegenüber Arbeitgebern und Schadenersatzpflichtigen gem. §§ 115 und 116 SGB X, - Kostenersatz gem. §§ 102-105 SGB XII (z.B. durch Erben) sowie - Aufgrund der "Gemeinsamen Empfehlung der OBLBAfö und der Konferenz der Obersten Landessozialbehörden der Internatsunterbringung von Schülern/innen mit Behinderung" erhält der üöTrSH die verauslagten Aufwendungen von dem zuständigen BaföG-Amt zurück.			
235 02	283	Zuweisungen von Pflegekassen für Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe	18.707.000 18.065.585	18.521.700	18.521.700

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 08 Sozial- und Eingliederungshilfe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 235 02

Erläuterungen:

Für Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 in einer vollstationären Einrichtung im Sinne des § 71 Abs. 4 Nr. 1 SGB XI, in der die Teilhabe am Arbeitsleben, an Bildung oder die soziale Teilhabe, die schulische Ausbildung oder die Erziehung von Menschen mit Behinderung im Vordergrund des Einrichtungszwecks stehen, übernimmt die Pflegekasse zur Abgeltung der pflegerischen Aufwendungen 15 % der nach Teil 2 Kapitel 8 des SGB IX vereinbarten Vergütung. Die Aufwendungen der Pflegekasse dürfen im Einzelfall je Kalendermonat 266 EUR nicht überschreiten (§ 43a SGB XI). Diese Leistungen mindern den fachlichen Bedarf und sind in voller Höhe einzusetzen.

281 01	285	Kostenersatz für Hilfen für Deutsche im Ausland	2.400	1.200	1.200
			1.750		

Erläuterungen:

Kostenersatz der Leistungen nach §§ 24, 102 ff SGB XII/ § 101 SGB IX von Sozialleistungsträgern, Unterhaltspflichtigen und sonstigen Drittverpflichteten innerhalb des Bundesgebietes.

Titelgruppe(n)

61 Modellhafte Erprobung des Bundesteilhabegesetzes

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 61.

231 61	283	Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			30		

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 08 Sozial- und Eingliederungshilfe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

534 01	285	Sonstiges	58.300	18.600	18.600
			14.399	0	0

Erläuterungen:

Ausgleich zu viel erhobener Einnahmen im Zahlungs- und Abrechnungsverkehr.

Das Projekt "Medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere" wird ab dem Haushaltsjahr 2025 im Kapitel 0509 Titel 684 08 veranschlagt.

632 01	285	Zuweisungen an staatliche überörtliche Träger der Sozialhilfe	0	0	0
			0	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 08 Titel 633 01, Kapitel 05 08 Titel 633 02, Kapitel 05 08 Titel 633 03, Kapitel 05 08 Titel 633 06, Kapitel 05 08 Titel 633 07, Kapitel 05 08 Titel 636 01, Kapitel 05 08 Titel 671 02, Kapitel 05 08 Titel 671 11, Kapitel 05 08 Titel 671 21, Kapitel 05 08 Titel 671 31, Kapitel 05 08 Titel 671 41, Kapitel 05 08 Titel 681 03, Kapitel 05 08 Titel 681 12, Kapitel 05 08 Titel 681 13, Kapitel 05 08 Titel 681 15, Kapitel 05 08 Titel 681 16, Kapitel 05 08 Titel 681 21, Kapitel 05 08 Titel 883 01, Kapitel 05 08 Titel 633 04, Kapitel 05 08 Titel 633 05, Kapitel 05 08 Titel 633 20, Kapitel 05 08 Titel 671 03, Kapitel 05 08 Titel 681 05 und Kapitel 05 08 Titel 681 06.

Erläuterungen:

Gemäß § 106 Abs. 1 SGB XII i.V.m. § 2 Abs. 3 SGB X und § 102 ff SGB X hat der nach § 98 Abs. 2 Satz 1 SGB XII zuständige Träger der Sozialhilfe dem Träger, der nach § 98 Abs. 2 Satz 3 SGB XII vorläufig leistet, die aufgewendeten Kosten zu erstatten.

Gem. §§ 16, 98 Abs. 2 Satz 2 SGB IX und §§ 102 ff. SGB X hat der nach § 98 Abs. 1 SGB IX örtlich zuständige Träger der Eingliederungshilfe dem nach § 98 Abs. 2 Satz 1 SGB IX vorläufig leistenden Träger der Eingliederungshilfe die Kosten zu erstatten.

633 01	285	Zuweisungen an kommunale überörtliche Träger der Sozialhilfe	100.000	66.200	66.200
			12.177	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0508 Titel 632 01.

633 02	285	Zuweisungen an örtliche Träger der Sozialhilfe	79.000	152.600	154.100
			149.653	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Kostenerstattung nach § 106 Abs. 1 Satz 2 SGB XII und nach § 108 SGB XII (Kostenerstattung für Personen bei Einreise aus dem Ausland).

633 03	285	Zuweisungen an örtliche Träger der Sozialhilfe für Bonuszahlungen	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 08 Sozial- und Eingliederungshilfe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 03

Erläuterungen:

Gem. § 4 Abs. 6 AG SGB XII vom 11.01.2005 soll der überörtliche Träger der Sozialhilfe mit den örtlichen Trägern Zielvereinbarungen insbesondere zur Erreichung von Leistungs-, Qualitäts- und Budgetzielen mit einer Bonusregelung abschließen. Die Zielvereinbarungen sollen vorsehen, dass die örtlichen Träger bei Unterschreitung der vereinbarten Ausgaben oder bei Überschreitung der veranschlagten Einnahmen einen Bonus erhalten.

633 04	285	Zuweisungen an sonstige Sozialleistungsträger	3.029.400	2.941.400	2.941.400
			2.177.324	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Erstattungsansprüche an Sozialleistungsträger nach §§ 102 ff SGB X, § 16 SGB IX.

633 05	285	Zuweisungen an örtliche Träger der Sozialhilfe zur Umsetzung des Mehrbedarfes infolge des Bundesteilhabegesetzes	1.166.800	1.166.800	1.166.800
			1.166.707	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Erstattung von Mehrbedarf an die örtlichen Träger der Sozialhilfe in Folge der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes gemäß § 2 Abs. 6 Satz 2 AG SGB IX.

633 06	285	Zuweisungen an örtliche Träger zur Umsetzung der Trägerbestimmung nach § 34c SGB XII	388.300	398.600	406.200
			272.103	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Erstattung von Leistungen der Bildung und Teilhabe einschließlich der Mehrbedarfe für Personal- und Sachaufwand.

633 07	285	Zuweisung an örtliche Träger zur Umsetzung der Trägerbestimmung nach § 145 Abs. 4 SGB XII	345.800	300.000	304.400
			133.422	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt erstattet den örtlichen Trägern die mit der Gewährung des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII entstehenden Kosten einschließlich der Mehrbedarfe für Personal- und Sachaufwand.

633 20	282	Zuweisungen an örtliche Träger für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	150.154.900	168.173.500	188.354.300
			142.568.647	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0508 Titel 231 02.

636 01	285	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger	2.565.800	2.501.500	2.501.500
			2.252.155	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Kostenerstattung für Aufwendungen der Krankenkassen gem. § 264 Abs. 7 SGB V, die durch die Übernahme der Krankenbehandlung nach § 264 Absätze 2 bis 6 SGB V entstehen zzgl. angemessener Verwaltungskosten.

671 02	284	Hilfe zur Pflege in Einrichtungen	63.893.600	91.512.700	105.697.200
			66.929.243	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 08 Sozial- und Eingliederungshilfe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 02

Erläuterungen:

Gem. § 97 Abs. 2 SGB XII iVm. § 3 AG SGB XII LSA ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe sachlich zuständig für Leistungen der Hilfe zur Pflege in stationären und teilstationären Einrichtungen gem. §§ 61 bis 66 SGB XII.

671 03	283	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX	645.488.200 649.514.552	711.592.000 0	723.288.800 0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Gemäß § 94 Abs. 1 SGB IX i.V.m. § 1 SGB IX ist das Land Träger der Eingliederungshilfe und für die Leistungen gemäß Teil 2 SGB IX (Eingliederungshilferecht) für Menschen mit Behinderungen sachlich zuständig.

671 06	283	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Einrichtungen - Härtefallfonds	1.570.800 0	0 0	0 0

*** Billigkeitsleistungen nach § 53 LHO

Erläuterungen:

Hilfsfonds des Landes Sachsen-Anhalt zum Ausgleich gestiegener Energiekosten in Einrichtungen der Eingliederungshilfe.

671 11	282	Grundsicherung in Einrichtungen nach dem SGB XII	9.855.100 8.497.201	10.685.400 0	11.480.100 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Gemäß § 97 Abs. 4 SGB XII ist das Land als überörtlicher Träger der Sozialhilfe für die Hilfe gem. §§ 41 bis 46 SGB XII für stationär betreute Leistungsberechtigte bei Leistungen der Hilfe zur Pflege und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sachlich zuständig.

671 21	281	Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen nach dem SGB XII	9.069.600 6.897.676	10.077.700 0	11.232.600 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Der überörtliche Träger der Sozialhilfe ist gemäß § 97 Abs. 4 SGB XII i.V.m. § 3 Abs. 2 AG SGB XII ST für Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII für stationär betreute Leistungsberechtigte bei Leistungen der Hilfe zur Pflege und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sachlich und örtlich zuständig.

671 31	285	Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	493.100 412.695	429.300 0	437.900 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 08 Sozial- und Eingliederungshilfe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 31

Erläuterungen:

Gemäß § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 3 AG SGB XII LSA ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für die Leistungen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67-69 SGB XII sachlich zuständig, wenn es erforderlich ist, die Hilfe in einer teilstationären oder stationären Einrichtung zu gewähren. Diese Leistungen sind zu erbringen, wenn die Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, diese Schwierigkeiten nicht aus eigener Kraft überwinden können. Der Bedarf darf zudem nicht bereits durch andere Leistungen des SGB XII, SGB VII oder SGB IX gedeckt sein.

671 41	285	Krankenhilfe und sonstige Hilfen	127.300	23.000	23.000
			481	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Nur dann, wenn der überörtliche Träger der Sozialhilfe, das Land Sachsen-Anhalt, für eine stationäre Leistung der Hilfe zur Pflege oder der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem SGB XII sachlich zuständiger Leistungsträger gem. § 97 Abs. 4 SGB XII i.V.m. § 3 AG SGB XII ist, umfasst diese sachliche Zuständigkeit auch Leistungen, die gleichzeitig nach anderen Kapiteln des SGB XII zu erbringen sind.

Der überörtliche Träger der Sozialhilfe ist auch sachlich zuständig für Leistungen nach dem SGB XII, die gleichzeitig mit Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX in besonderen Wohnformen nach § 42a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XII zu erbringen sind.

Zu den Leistungen nach den anderen Kapiteln gehört die Hilfe zur Gesundheit gem. §§ 47 bis 52 SGB XII für diejenigen Leistungsberechtigten, die nicht unter die Regelung des § 264 Abs. 2 SGB V fallen, weil sie nicht mindestens 1 Monat ununterbrochen im Hilfebezug stehen.

Das Projekt "Medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere" wird ab dem Haushaltsjahr 2025 im Kapitel 0509 Titel 684 08 veranschlagt.

681 02	283	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen außerhalb von Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

681 03	284	Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen	12.368.200	19.381.800	20.758.000
			16.009.002	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Gemäß § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 3 AG SGB XII LSA ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für die Hilfe zur Pflege gem. §§ 61 bis 66 SGB XII außerhalb von Einrichtungen sachlich zuständig.

681 05	282	Grundsicherung in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe	42.838.900	40.787.500	41.820.400
			37.183.336	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Der überörtliche Träger der Sozialhilfe ist gemäß § 3 Abs. 2 AG SGB XII LSA für Hilfen nach dem Vierten Kapitel SGB XII sachlich und örtlich zuständig, wenn er gleichzeitig Leistungen der Eingliederungshilfe in einer besonderen Wohnform erbringt.

681 06	281	Hilfe zum Lebensunterhalt in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe	9.533.500	10.167.200	10.398.000
			9.361.810	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 08 Sozial- und Eingliederungshilfe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 06

Erläuterungen:

Der überörtliche Träger der Sozialhilfe ist gemäß § 97 Abs. 4 SGB XII i.V.m. § 3 Abs. 2 S. 3 AG SGB XII ST für Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII sachlich und örtlich zuständig, wenn er gleichzeitig Leistungen der Eingliederungshilfe in einer für Leistungsberechtigte, die in besonderen Wohnformen nach § 42a Abs. 2 S. 1 Nr. 2 SGB XII leben, erbringt.

681 12	285	Blindenhilfe	1.489.800 1.591.061	1.814.500 0	1.937.700 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Gemäß § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 3 AG SGB XII LSA ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen der Blindenhilfe nach § 72 SGB XII sachlich zuständig.

681 13	285	Sozialhilfe/Eingliederungshilfe für Deutsche im Ausland	87.600 112.359	114.600 0	115.700 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Hilfen für Deutsche im Ausland gemäß §§ 24, 132 SGB XII und gemäß § 101 SGB IX.

Der Kostenersatz ist bei Kapitel 0508 Titel 281 01 veranschlagt.

681 15	285	Arbeitsförderungsgeld an Leistungsberechtigte in Werkstätten für behinderte Menschen	6.525.200 6.246.585	6.122.300 0	6.061.100 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Zahlung von Arbeitsförderungsgeld (AFöG) an Werkstätten für behinderte Menschen und andere Leistungsanbieter gemäß § 59 SGB IX zur Auszahlung an die im Arbeitsbereich beschäftigten Menschen mit Behinderungen. Die Zahlung des AFöG erfolgt monatlich iHv. 52 EUR (Jahresbetrag 624 EUR) unter Beachtung von § 59 Abs.1 Satz 3 SGB IX.

681 16	285	Erstattung von Beiträgen zur Sozialversicherung an Werkstätten für behinderte Menschen	22.100.900 20.459.338	21.285.900 0	21.711.600 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Erstattung von Beiträgen zur Sozialversicherung gemäß § 251 SGB V, § 59 Abs. 1 SGB IX und § 179 Abs. 1 SGB VI und an Werkstätten für behinderte Menschen und andere Leistungsanbieter.

681 21	285	Andere Hilfe im Bereich des § 97 Abs. 4 SGB XII	158.300 142.690	142.700 0	142.700 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Gemäß § 97 Abs. 4 SGB XII umfasst die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe für eine stationäre Leistung auch die sachliche Zuständigkeit für Leistungen, die gleichzeitig nach anderen Kapiteln zu erbringen sind. Hierzu zählt die Hilfe zum Lebensunterhalt gem. §§ 27 ff SGB XII. Darüber hinaus ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für die Hilfen nach § 74 SGB XII (Bestattungskosten) sachlich zuständig, wenn der Verstorbene vor dem Tod in einer stationären Einrichtung untergebracht war und der überörtliche Träger der Sozialhilfe für die stationäre Leistung zuständig war. Die erforderlichen Kosten einer Bestattung werden übernommen, soweit dem hierzu Verpflichteten nicht zugemutet werden kann, diese zu tragen.

883 01	285	Gewährung von Darlehen im Rahmen der Sozialhilfe	671.000 940.061	978.100 0	997.700 0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 08 **Sozial- und Eingliederungshilfe**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 01

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Sozialhilfe nach dem SGB XII und Eingliederungshilfe nach dem SGB IX in Form von Darlehen nach den §§ 37, 37a, 38, 67, 73 und 91 SGB XII, § 114 SGB IX i.V.m. § 9 Abs. 2 KfzHV, § 140 Abs. 2 SGB IX.

Titelgruppe(n)

61 **Modellhafte Erprobung des Bundesteilhabegesetzes**

Übertragbar

Erläuterungen:

Das Land führte eine modellhafte Erprobung der materiell-rechtlichen Anwendung der Vorschriften und ihre praktischen Auswirkungen der zum 01.01.2020 in Kraft getretenen Verfahren und Leistungen nach Artikel 1 Teil 2 des Bundesteilhabegesetzes einschließlich ihrer Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung nach Artikel 25 Absatz 3 Bundesteilhabegesetz durch. Das Programm endete zum 31.12.2021.

427 61	283	Beschäftigungsentgelte	0	0	0
			0	0	0
547 61	283	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0
631 61	283	Sonstige Zuweisung an den Bund	0	0	0
			47	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
				0	0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 08 **Sozial- und Eingliederungshilfe**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.113.100	1.512.600	1.512.600
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	226.205.400	242.429.200	264.472.200
Gesamteinnahme		227.318.500	243.941.800	265.984.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	58.300	18.600	18.600
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	983.430.100	1.099.837.200	1.150.999.700
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	671.000	978.100	997.700
			0	0
Gesamtausgabe		984.159.400	1.100.833.900	1.152.016.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-756.840.900	-856.892.100	-886.031.200

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 0509 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 0509 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere die folgenden gesetzlichen und freiwilligen Leistungen:

- Durchführung des Gesetzes über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt vom 19.06.1992 (GVBl. LSA S. 565) in der jeweils geltenden Fassung,
- Beförderung schwerbehinderter Menschen im Personennahverkehr nach SGB IX i.d.F. der Bekanntmachung vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) in der jeweils geltenden Fassung,
- Umsetzung des Pflegeberufgesetzes vom 17.07.2017 in der jeweils geltenden Fassung,
- Förderung der Wohlfahrtspflege,
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt,
- Umsetzung des Landesaktionsplans "Pflege im Quartier".

Einnahmen

111 12	291	Einnahmen aus Gebühren	19.800 8.150	19.800	19.800

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titel 412 02.

Erläuterungen:

Erhebung von Gebühren für die Zulassung und Durchführung von Prüfungen zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung vom 13.12.2016, BGBl. 2016 Teil I Nr. 61, S. 2909.

119 41	291	Rückzahlungen von Überzahlungen	196.500 1.015.845	200.000	200.000

Erläuterungen:

Rückzahlung von Überzahlungen, bei denen eine Absetzung von der Ausgabe nicht zulässig, nicht möglich oder unzumutbar ist.

119 51	291	Vermischte Einnahmen	1.000 1.848	1.500	1.500

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.

Titelgruppe(n)

61 **Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr**

111 61	291	Entgelte für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr	802.700 733.107	755.300	766.600

** Zu erstattende Eigenbeteiligungsbeträge sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

*** Vgl. Vermerk zu Kapitel 0509 Titel 631 61.

Erläuterungen:

Bestimmte Personengruppen schwerbehinderter Menschen haben sich an den Kosten für die unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personenverkehr ab 01/2021 mit einem Betrag von 91 EUR jährlich oder 46 EUR halbjährlich zu beteiligen (§ 228 Abs. 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB IX). Gemäß § 235 SGB IX ist von den Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken ein bestimmter Anteil an den Bund abzuführen.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

119 61	291	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen, bei denen eine Absetzung von den Ausgaben nicht zulässig, nicht möglich oder unzweckmäßig ist.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	802.700	755.300	766.600

63 Marktüberwachungsstelle der Länder für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 05 09
Titelgruppe 63.

Erläuterungen:

Zur Umsetzung der Verpflichtung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) soll eine gemeinsame Marktüberwachungsstelle der Länder für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen (MLBF) eingerichtet werden. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben errichten die Länder die MLBF gemeinsam als eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

232 63	291	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0	0	0
			0		

281 63	291	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0

65 Schiedsstellen nach § 36 des Gesetzes über die Pflegeberufe

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 05 09
Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Schiedsstelle gemäß § 36 Pflegeberufegesetz (PflBG) i. V. m. der Verordnung über die Schiedsstellen (PflBSchVO)
Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung ist für die Geschäftsstelle zuständig.

111 65	291	Gebühren der Schiedsstellen	0	9.000	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	9.000	0

71 Regionale Anlauf- und Beratungsstelle für das Hilfesystem der Stiftung "Anerkennung und Hilfe"

Erläuterungen:

siehe Erläuterung zu Ausgabetitelgruppe 71

231 71	291	Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			45.125		

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 09 **Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 71

Erläuterungen:

Nach Art. 4 Abs. 3 Buchst. c) Verwaltungsvereinbarung werden die Kosten der Anlauf- und Beratungsstelle aus dem Stiftungsvermögen zur Verfügung gestellt.

Die Laufzeit der Stiftung Anerkennung und Hilfe endete am 31.12.2022. Die Endabrechnung des Bundes erfolgte im HHJ 2023.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	0	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

412 02	291	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	6.500	9.000	9.000
			2.047	0	0

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 09 Titel 111 12.

Erläuterungen:

Aufwendungen für den Berufsbildungsausschuss und für Mitglieder der Prüfungsausschüsse.

533 01	223	Aufsichtsprüfungen bei den landesunmittelbaren Unfallversicherungsträgern	81.500	25.000	82.400
			0	0	0

Übertragbar

* Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 05 09 Titel 981 01.

Erläuterungen:

Aufsichtsprüfungen bei den landesunmittelbaren Unfallversicherungsträgern gemäß § 88 Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV).

533 02	291	Dienstleistungen Außenstehender	50.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Implementierung Personalbemessungsverfahren in stationäre Pflegeeinrichtungen.

631 01	235	Zuweisungen an Bund	0	0	0
			0	0	0

633 01	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.365.000	2.412.300	2.460.600
			827.340	0	0

Erläuterungen:

Mehrbelastungsausgleich der Kommunen auf Grund der Einführung des Betreuungsorganisationsgesetzes.

633 02	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bei Kapitel 0509 Titel 633 02 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bei Kapitel 0509 Titel 684 09.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Kapitel 0509 Titel 684 09.

634 01	291	Sonstige Zuweisungen an das Sondervermögen zur Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege	14.511.900	13.922.800	14.581.000
			13.837.066	0	0

* Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 05 09 Titel 684 06.

Erläuterungen:

Umlagebetrag des Landes Sachsen-Anhalt gem. § 26 Abs. 4 i.V.m. § 33 PflBG.

Das Sondervermögen wird durch die zuständige Stelle "Investitionsbank Sachsen-Anhalt" verwaltet. Der Wirtschaftsplan ist dem Kapitel 0509 als Anlage beigefügt.

636 01	224	Zuweisungen an gesetzliche Krankenkassen	1.000.000	1.000.000	1.000.000
			839.256	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 636 01

Erläuterungen:

Nach § 22 des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (SchKG) erstatten die Länder den gesetzlichen Krankenkassen die durch dieses Gesetz entstehenden Kosten im Sinne des § 24b Abs. 4 SGB V sowie die Verwaltungskosten.

671 01	291	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	774.300	1.134.000	1.212.000
			545.908	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 02 Titel 671 01.

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Kostenerstattung an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt als zuständige Stelle gem. § 32 Abs. 2 PflBG.

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

671 02	291	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	443.200	483.500	231.700
			55.475	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 02 Titel 671 01.

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	483.500				483.500
2026	231.700				231.700
2027	6.500				6.500
2028	4.000				4.000
2029 ff.	13.000				13.000
Summen	738.700				738.700

Erläuterungen:

Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Förderung der Zahlung einer Ausbildungsvergütung in der einjährigen Pflegehelferinnen- und Pflegehelferausbildung.

671 03	291	Erstattung an Inland	0	1.500	7.600
			0	0	0

681 09	291	Leistungen nach dem Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt	11.285.000	10.944.200	11.081.000
			10.394.330	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 09

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt vom 19.06.1992 (GVBl. LSA S. 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Verbesserung des Blinden- und Gehörlosengeldes sowie der finanziellen Ausstattung von Beratungsangeboten im sozialen Bereich vom 18.01.2019 (GVBl. LSA S. 17) erhalten Blinde und Gehörlose zum Ausgleich der durch die Blindheit und Gehörlosigkeit bedingten Mehraufwendungen ein Blinden- und Gehörlosengeld ohne Rücksicht auf Einkommen und Vermögen.

682 01	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

684 02	235	Zuschüsse an Beratungsstellen für Sinnesbehinderte	681.000	681.000	681.000
			619.116	0	0

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der präventiven Sozialpolitik durch Schaffung notwendiger Beratungsangebote.

684 03	291	Zuschüsse an Betreuungsvereine nach dem Betreuungsorganisationsgesetz i.V.m. Gesetz zur Ausführung des Betreuungsrechts	2.130.600	2.503.900	2.549.100
			2.034.730	0	0

Erläuterungen:

Seit dem 01.01.2023 haben anerkannte Betreuungsvereine gem. § 17 Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) einen Anspruch auf die bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung mit öffentlichen Mitteln zur Wahrnehmung der Querschnittsaufgaben. Das Nähere wird in § 4 des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsrechts (BtR AG) geregelt.

684 04	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	308.600	271.700	270.700
			211.884	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 09 Titel 685 01.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		55.000			55.000
2026		55.000			55.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		110.000			110.000

Erläuterungen:

Folgende Maßnahmen für soziale oder ähnliche Einrichtungen werden gefördert:

a) Zuweisungen für die Förderung und zum Auf- und Ausbau von Selbsthilfegruppen gem. § 45d Abs. 2 SGB XI - 104.700 EUR in 2025 und 103.700 EUR in 2026

b) Zuweisungen für Projekte zur Förderung der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und des Ehrenamts gem. § 45a-c SGB XI - je 167.000 EUR in 2025 und 2026

684 05	291	Leistungen für berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft nach §18 f SchulG	260.000	340.000	340.000
			265.477	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 05

Erläuterungen:

Zur Umsetzung der Schulgeldfreiheit für die Altenpflege und die Altenpflegehilfe gewährt das Land den Berufsfachschulen für Altenpflegehilfe gem. § 18 f Abs. 1a SchulG auf Antrag eine Landesförderung i.V.m. der Verordnung zur Förderung der Berufsfachschulen für Altenpflege und der Berufsfachschulen für Altenpflegehilfe (AltPIBFSchulFöV ST). Die Altenpflegeausbildung ist im Zuge der Pflegeberufereform ausgelaufen. Für die Helferausbildung ist auch über das Jahr 2025 weiterhin ein Zuschuss erforderlich.

684 06	291	Leistungen für Schülerinnen und Schüler für Pflegehelferausbildung	6.136.200	6.211.200	6.538.800
			1.617.000	0	0

* Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 05 09 Titel 634 01.

Erläuterungen:

Zahlung einer Ausbildungsvergütung im Bereich der Gesundheitsberufe für Schülerinnen und Schüler der einjährigen Pflegehelferinnen- und Pflegehelferausbildung.

684 07	291	Leistungen für berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft	492.500	196.600	735.700
			0	0	0

Erläuterungen:

Umsetzung der Schulgeldfreiheit für die Podologieausbildung an Schulen in der Aufsicht des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

684 08	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	285.600	291.300
			0	588.600	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			291.300		291.300
2027			297.300		297.300
2028					
2029 ff.					
Summen			588.600		588.600

Erläuterungen:

Jeder Mensch, der sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, hat das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit. In der Praxis gibt es Personengruppen, die aus verschiedenen Gründen keinen bzw. nur einen eingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem haben.

Die veranschlagten Mittel werden dafür verwendet, das Projekt "Medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere / anonymer Behandlungsschein" zu fördern, dass im HHPI 2024 unter den Kap. 0508 Titel 671 41 und Kap. 0508 Titel 534 01 veranschlagt war.

Folgenden Maßnahmen werden gefördert:

- Die Einrichtung einer Sozialberatungs- und Clearingstelle für Menschen, die derzeit keinen regulären Zugang zum Gesundheitssystem haben. Die Clearingstelle berät und unterstützt Menschen dabei, eine Anbindung an die Regelversorgung zu erreichen, um ihnen einen langfristigen Zugang zum System der Gesundheitsversorgung zu öffnen.
- Die Ermöglichung der medizinischen Akutversorgung über die Ausgabe von Behandlungsscheinen.
- Die Prüfung der Leistungen von Ärztinnen und Ärzten, die, veranlasst durch den anonymen Behandlungsschein, Patientinnen und Patienten behandelt haben, auf Angemessenheit der Abrechnung.
- Begleitevaluation zur Ermittlung der Zielgruppen und des Bedarfs in Sachsen-Anhalt.

684 09	291	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	404.400	943.600
			0	2.830.800	0

Übertragbar

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 09

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 0509 Titel 633 02.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			943.600		943.600
2027			943.600		943.600
2028			943.600		943.600
2029 ff.					
Summen			2.830.800		2.830.800

Erläuterungen:

Umsetzung von Modellvorhaben nach § 123 SGB XI zur Förderung eines verbesserten Zugangs zu den vorhandenen Pflege- und Unterstützungsangeboten, innovativer Konzepte zur Stärkung der gesellschaftlichen Solidarität und der Unterstützung einer bedarfsgerechten integrierten Sozialplanung u.a..

685 01	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	100.000	100.000	150.000
			70.678	300.000	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titel 684 04.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	100.000				100.000
2026			150.000		150.000
2027			150.000		150.000
2028					
2029 ff.					
Summen	100.000		300.000		400.000

Erläuterungen:

Zuweisungen für Projekte zur Förderung der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und des Ehrenamts gem.§§ 45a, 45b, 45c SGB XI.

Förderung des Landeskompetenzentrums Demenz bei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

981 01	891	Verrechnungen zwischen Kapitel 0509 und 0516	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 05 09 Titel 533 01.

Erläuterungen:

Für den Fall der Beauftragung des Landesprüfungsamtes mit einer Anlassprüfung bei den landesunmittelbaren Unfallversicherungsträgern gemäß § 88 Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV) ist der entstehende Einnahmeausfall bei Kapitel 0516, Titel 236 01 auszugleichen.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr

631 61	291	Zuweisungen an Bund	216.700 207.029	204.000 0	207.000 0

Übertragbar

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 27 v.H. der zu berücksichtigenden (überjährigen) Einnahmen bei Kapitel 0509 Titel 111 61.

Erläuterungen:

Freifahrtberechtigte schwerbehinderte Menschen haben sich teilweise an den Kosten für die unentgeltliche Beförderung zu beteiligen. (§ 228 Abs. 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB IX). Zum 01.01.2021 erhöhte sich die Eigenbeteiligung für die Inanspruchnahme der Wertmarke von 80 EUR auf 91 EUR jährlich sowie halbjährlich von 40 EUR auf 46 EUR.

Gemäß § 235 SGB IX ist von den Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken ein Anteil von 27 Prozent an den Bund abzuführen (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0509 Titel 111 61).

682 61	291	Erstattung von Fahrgeldausfällen an die Verkehrsträger für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen	5.651.000 3.987.182	5.101.000 0	5.157.500 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Nach § 234 Abs. 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046, 1047) zuletzt geändert durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) (BGBl. I 2016 Nr. 66 S. 3234-3340) tragen die Länder die Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung im übrigen Nahverkehr.

Das Land erstattet den Verkehrsträgern die Fahrgeldausfälle im Nahverkehr nach einem durchschnittlichen (§ 231 Abs. 4 SGB IX) bzw. im Einzelfall ermittelten Vomhundertsatz (§ 231 Abs. 5 SGB IX) der von den Unternehmen nachgewiesenen Fahrgeldverluste.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			5.867.700	5.305.000 0	5.364.500 0

62 Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Veranschlagt werden Mittel

a) zur Umsetzung von § 17a des Behindertengleichstellungsgesetzes Sachsen-Anhalt (BGG LSA). Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 21.06.2018 den Beschluss zur Errichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit gefasst (LT Drs. 7/3086), um ausgehend vom Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK/UN-CRPD) die Rechte behinderter Menschen in Sachsen-Anhalt einmal mehr im Landesrecht zu verankern. Die Landesfachstelle für Barrierefreiheit Sachsen-Anhalt (LFB ST) wurde bei der Unfallkasse Sachsen-Anhalt (UKST) eingerichtet.

b) zur Finanzierung der Überwachungsstelle des Landes für die Barrierefreiheit von Informationstechnik und der Ombudsstelle (§§ 16c Satz 1, 16d Absatz 1, 1. Halbsatz BGG LSA). Umsetzung der aus der Richtlinie (EU) 2016/2102 erwachsenden Verpflichtungen.

c) zur Umsetzung und Fortschreibung des Landesaktionsplans Sachsen-Anhalt zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) und zur Herstellung von Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt in allen Lebensbereichen. Der Landesaktionsplan dient der systematischen Erfüllung der Verpflichtungen des Landes, die aus der UN-BRK erwachsen und der Verwirklichung der universalen Menschenrechte. Die Herstellung von Barrierefreiheit erwächst als Verpflichtung aus der Ratifizierung der UN-BRK und der Umsetzung europäischer Richtlinien. Sachsen-Anhalt engagiert sich durch eine teilhabeorientierte, nachhaltige Politik für und mit Menschen mit Beeinträchtigungen für eine inklusive Gesellschaft.

d) zur Dotierung der Auszeichnung "Pro Engagement". Alle zwei Jahre wird die Auszeichnung "Pro Engagement" des Landesbehindertenbeirats Sachsen-Anhalt an Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber vergeben, die sich besonders für die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einsetzen.

e) zur Förderung der Schaffung von Barrierefreiheit in Einrichtungen der Gesundheitsversorgung.

526 62	291	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten	0 1.604	0 0	0 0
532 62	291	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	6.000 1.748	0 0	6.000 0

Erläuterungen:

Verleihung des Preises "Pro Engagement"

533 62	291	Dienstleistungen Außenstehender	0 350	0 0	0 0
633 62	291	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	457.700 317.428	750.000 500.000	1.000.000 500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026			500.000		500.000
2027				500.000	500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		500.000	500.000	500.000	1.500.000

Erläuterungen:

Die geplanten Mittel sind zur Umsetzung und Fortschreibung des Landesaktionsplans Sachsen-Anhalt, zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) und zur Herstellung von Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt in allen Lebensbereichen vorgesehen.

636 62	291	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger	1.204.800 1.092.850	1.267.000 0	1.430.100 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 636 62

Erläuterungen:

Veranschlagt werden Mittel zur Umsetzung

- der Aufgaben der Landesfachstelle für Barrierefreiheit nach § 17a BGG LSA

- der Aufgaben der Überwachungsstelle des Landes für die Barrierefreiheit von Informationstechnik und der Ombudsstelle nach §§ 16c Satz 1, 16d Absatz 1, 1. Halbsatz BGG LSA i. V. m. § 17a BGG LSA in Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102

Zur Erfüllung der Aufgaben

- nach § 17a BGG LSA (Landesfachstelle) sind bis zu 7 VZÄ,

- nach §§ 16c Satz 1 i. V. m. § 17a BGG LSA (Überwachungsstelle) sind 3 VZÄ,

- nach § 16d Absatz 1, 1. Halbsatz i. V. m. § 17a BGG LSA (Ombudsstelle) ist 1 VZÄ veranschlagt.

683 62	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
684 62	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
685 62	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 62	291	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
883 62	291	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 77.037	0 0	0 0
892 62	291	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 22.023	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			1.668.500	2.017.000 500.000	2.436.100 500.000

63 Marktüberwachungsstelle der Länder für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 09 Titelgruppe 63.

Erläuterungen:

Zur Umsetzung der Verpflichtung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) soll eine gemeinsame

Marktüberwachungsstelle der Länder für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen (MLBF) eingerichtet werden.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben errichten die Länder die MLBF gemeinsam als eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

428 63	291	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
547 63	291	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
682 63	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	396.700 0	647.300 0

Erläuterungen:

Kostenanteil des Landes am Wirtschaftsplan der Marktüberwachungsstelle.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 09 **Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
812 63	291	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			0	396.700 0	647.300 0
65		Schiedsstellen nach § 36 des Gesetzes über die Pflegeberufe			
		Übertragbar			
		* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 09 Titelgruppe 65.			
		Erläuterungen:			
		Schiedsstelle gemäß § 36 Pflegeberufegesetz (PflBG) i. V. m. der Verordnung über die Schiedsstelle (PflBSchVO)			
		Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung ist für die Geschäftsstelle zuständig.			
412 65	291	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	0 0	1.000 0	0 0
		Erläuterungen:			
		Aufwendungen für den Vorsitzenden der Schiedsstelle.			
		Der Vorsitzende erhält Reisekosten und für sonstige Barauslagen bzw. Zeitaufwand eine Aufwandsentschädigung gem. § 13 PflBSchVO LSA.			
427 65	291	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0
511 65	291	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	4.000 0	0 0
		Erläuterungen:			
		Büroausstattung, Post- und Kommunikationskosten, Erwerb von Literatur			
526 65	291	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0 0	4.000 0	0 0
		Erläuterungen:			
		Entschädigung von Sachverständigen, Zeuginnen und Zeugen, Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, Stempelgebühren, Erstattung barer Auslagen an Prozessgegner.			
527 65	291	Reisekostenvergütung	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	9.000 0	0 0
67		Förderung von wohlfahrtspflegerischen Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege			
		Übertragbar			

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 13 02 Titel 122 01.
Der aus anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 gedeckte Teil der veranschlagten Ausgaben in Höhe von 6.754.100 € in 2025 und 6.884.200 € in 2026 dürfen nur im Umfang der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden. In Höhe der anteiligen Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben geleistet werden.

684 67	236	Zuschüsse zur Förderung von Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege	6.745.800 7.058.771	6.754.100 0	6.884.200 0

Erläuterungen:

Gemäß § 9 Abs. 3 Glücksspielgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 27.09.2012 (GVBl. LSA S. 320), zuletzt geändert am 23.04.2021 (GVBl. LSA S. 160) sind 24 v. H. der Einnahmen aus der Konzessionsabgabe für wohlfahrtspflegerische Maßnahmen der Verbände, die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (Liga Sachsen-Anhalt) zusammengeschlossen sind, nach Richtlinien der Landesregierung zu verwenden.

Gefördert werden die wohlfahrtspflegerischen Aufgaben folgender Spitzenverbände:

1. Arbeiterwohlfahrt Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
2. Caritasverband für das Bistum Magdeburg e. V.
3. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
4. Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
5. Diakonisches Werk der Evangelischen Kirchen Mitteldeutschland e. V.
6. Landesverband der jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt.

893 67	236	Zuschüsse für Investitionen	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			6.745.800	6.754.100 0	6.884.200 0

68 Förderung von wohlfahrtspflegerischen Einzelmaßnahmen

Übertragbar

*** Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 13 02 Titel 122 01.
Der aus anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 gedeckte Teil der veranschlagten Ausgaben in Höhe von 1.125.700 € in 2025 und 1.147.400 € in 2026 dürfen nur im Umfang der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden. In Höhe der anteiligen Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben geleistet werden.

684 68	236	Zuschüsse zur Förderung von wohlfahrtspflegerischen Einzelmaßnahmen	1.124.300 873.757	1.125.700 0	1.147.400 0

Erläuterungen:

Gemäß § 9 Abs. 3 Glücksspielgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 27.09.2012 (GVBl. LSA S. 320), zuletzt geändert am 23.04.2021 (GVBl. LSA S. 160) sind 4 v. H. der Einnahmen aus der Konzessionsabgabe für die Förderung wohlfahrtspflegerische Einzelmaßnahmen durch das für die Wohlfahrtspflege zuständige Ministerium zu verwenden. Folgende Projekte sollen vorrangig gefördert werden:

		Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1.	Telefonseelsorgeeinrichtungen	107.572	186.400	198.000	201.800
2.	Kinder- und Jugendtelefone sowie Elterntelefone	170.691	191.400	184.400	187.600
3.	Ambulante Hospizgruppen	64.156	84.100	100.000	100.000
4.	Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung "Netzwerk Leben"	1.000	1.000	1.000	1.000
5.	Online-Beratungsstelle	38.800	39.700	41.900	42.700

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 68

6.	Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements	-5.042	0	0	0
7.	Landesseniorenvertretung	77.600	124.700	115.000	120.300
8.	Verein Opfer stalinistisch Verfolgter einschl. Zeitzeugen-Café	52.715	63.500	65.100	67.200
9.	Fachzentrum Pflegekinderwesen	176.600	181.400	191.400	195.200
10.	Psychosoziale Betreuung und Nachsorge krebskranker Kinder, Jugendlicher und deren Familien	49.184	57.600	50.000	50.000
11.	Pflege- und Adoptiveltern e.V.	60.100	62.700	66.200	67.500
12.	Tafeln	57.381	40.000	40.000	40.000
13.	Allgemeiner Behindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	23.000	91.800	72.700	74.100
Zusammen		873.757	1.124.300	1.125.700	1.147.400

Die Finanzierung aller Projekte steht unter dem Vorbehalt, dass die veranschlagten Einnahmen erzielt werden. Mindereinnahmen führen zu einer prozentualen Reduzierung der Fördersumme oder zu einem Absehen von der Förderung.

Die Maßnahme Nr. 6 wird ab dem Haushaltsjahr 2023 im Kapitel 0503 TGr. 62 gefördert.

893 68	236	Zuschüsse für Investitionen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

vgl. Titel 684 68

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			1.124.300	1.125.700	1.147.400
				0	0

69 Pflegeausbildung gem. § 54 Pflegeberufegesetz

Übertragbar

**** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.**

Erläuterungen:

Zur finanziellen Unterstützung des Aufbaus von Kooperationsbeziehungen in der Pflegeausbildung hatte der Bund auf der Grundlage des § 54 PflBG mit dem Land eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen. Das Programm endete 2022.

631 69	291	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

683 69	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			617	0	0

684 69	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			0	0	0
				0	0

70 Landesaktionsplan "Pflege im Quartier"

683 70	291	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			90.500	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 70

Erläuterungen:

Die Förderung diene der Begleitung der im Jahr 2020 neu begonnen generalistische Pflegeausbildung. Für eine weitergehende Begleitung der Ausbildung über das Jahr 2023 hinaus wird kein Bedarf gesehen.

684 70	291	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	493.100	640.700	640.700
			479.924	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		640.700			640.700
2026		640.700			640.700
2027		640.700			640.700
2028		640.700			640.700
2029 ff.					
Summen		2.562.800			2.562.800

Erläuterungen:

Umsetzung des Landesaktionsplans "Pflege im Quartier" mit dem Förderprogramm für das Quartiersmanagement und der Etablierung einer landesweiten Beratungsmöglichkeit zur Quartiersentwicklung für Kommunen. Ab dem Haushaltsjahr 2025 wird das Förderprogramm durch das Feld "Gesundheit" ergänzt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	493.100	640.700	640.700
		0	0

78 Behindertenbeauftragter

Erläuterungen:

Gemäß §§ 20 und 21 des Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BGG LSA) hat der Landesbehindertenbeauftragte die Interessen von Menschen mit Behinderungen zu sichern und insbesondere die Durchsetzung der Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderungen im Land Sachsen-Anhalt zu wahren. Er regt im Land Maßnahmen an, die darauf gerichtet sind, Benachteiligungen und Diskriminierungen abzubauen oder ihrem Entstehen entgegenzuwirken. Zur Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet der Landesbeauftragte u.a. mit dem Runden Tisch für Menschen mit Behinderungen, dem Behindertenbeirat des Landes Sachsen-Anhalt, den auf Landesebene tätigen Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen und den kommunalen Behindertenbeauftragten (Landesarbeitsgemeinschaft gem. § 25 Abs. 4 des o.a. Gesetzes) zusammen.

532 78	291	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	25.500	25.500	25.500
			11.441	0	0
633 78	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
681 78	291	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	30.000	30.000	30.000
			28.522	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 78

Erläuterungen:

Gemäß §§ 26 und 27 des Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BGG LSA) können den ehrenamtlich tätigen Betroffenen in den Gremien des Runden Tisches für Menschen mit Behinderungen und des Landesbehindertenbeirates die bei ihrer Teilnahme entstandenen Aufwendungen erstattet werden. Anfallende Fahrtkosten werden entsprechend den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes gezahlt.

Durch die Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschern können Menschen mit Hörbehinderungen gleichberechtigt in den Gremien mitwirken und an Veranstaltungen teilhaben. Der Landesbehindertenbeauftragte kann so die Interessen und Probleme Gehörloser verstehen und bei seinen Stellungnahmen in Gesetz- und Verordnungsverfahren berücksichtigen. Darüber hinaus ist bei Menschen mit geistigen und schwerstmehrfachen Behinderungen verstärkt die Bereitschaft zu erkennen, sich in die Arbeit der ehrenamtlichen Gremien einzubringen. Auch hier ist zu gewährleisten, dass die Kosten notwendiger Assistenzen bzw. Spezialbeförderungsdienste erstattet werden können.

Nachrichtlich: Summe TGr. 78	55.500	55.500	55.500
		0	0

**93 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln -
Förderperiode 2014 - 2020**

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen sowie dazugehörige und im efREporter zu erfassende Verzugszinsen, die auf Basis von geprüften abrechnungsfähigen Ausgaben entstanden sind, sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Alle übrigen Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

******* Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten Operationellen Programms Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung der Landesstrategie für die EU-Strukturfonds-Förderung 2014 bis 2020 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 80 v. H. aus EU- und 20 v. H. aus Landesmitteln vorgesehen. Die EU-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landesmitteln kofinanzierten Maßnahmen werden im Kapitel 1317 TGr. 63 veranschlagt.

633 93	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

22.09a.05.0 Örtliches Teilhabemanagement

Nachrichtlich: Summe TGr. 93	0	0	0
		0	0

**97 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln -
Förderperiode 2021 - 2027**

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 04 Titelgruppe 97.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen sowie dazugehörige und im efREporter zu erfassende Verzugszinsen, die auf Basis von geprüften abrechnungsfähigen Ausgaben entstanden sind, sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Alle übrigen Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

*** Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten ESF Plus Programms 2021-2027 Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung des ESF+ Programms 2021-2027 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 60 v.H. aus EU-Mitteln und je nach Finanzplanebene bis zu 40 v.H. aus Landesmitteln vorgesehen. Die EU-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landesmitteln kofinanzierten Maßnahmen sind im Kapitel 1322 TGr. 63 veranschlagt.

633 97	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.473.100	2.187.500	2.683.400
			265.000	1.630.500	536.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	677.800	1.087.100			1.764.900
2026	698.600	1.087.100	729.200		2.514.900
2027	717.400	1.087.100	732.100	437.500	2.974.100
2028	162.400	271.800	169.200	99.200	702.600
2029 ff.					
Summen	2.256.200	3.533.100	1.630.500	536.700	7.956.500

Erläuterungen:

Die in 2024 ausgebrachte VE zu Lasten 2027 und 2028 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

FPL-Ebene 21.11.0
Örtliches Teilhabemanagement

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	2.473.100	2.187.500	2.683.400
		1.630.500	536.700

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 09 **Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.020.000	985.600	987.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		1.020.000	985.600	987.900

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	6.500	10.000	9.000
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	163.000	58.500	113.900
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	58.884.800	59.349.400	62.901.700
			5.849.900	1.036.700
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		0	0
			0	0
Gesamtausgabe		59.054.300	59.417.900	63.024.600
Gesamtsumme der VE			5.849.900	1.036.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-58.034.300	-58.432.300	-62.036.700

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Sondervermögens zur Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege

Gem. § 26 ff. des Gesetzes zur Reform der Pflegeberufe (PflBRefG) ist zur Finanzierung der Ausbildung in den Pflegeberufen ein Ausgleichfonds einzurichten, der auf Landesebene als Sondervermögen zu organisieren und zu verwalten ist. Von dem von der zuständigen Stelle ermittelten Finanzierungsbedarf für die Pflegeausbildung im Land tragen die Krankenhäuser 57,2380 v.H., stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen 30,2174 v.H., das Land 8,9446 v.H. und die soziale und private Pflegeversicherung 3,6 v.H. durch Umlagebeträge. Dementsprechend werden Umlagebeträge gem. § 26 Abs. 4 i.V.m. § 33 PflBRefG erhoben. Das Sondervermögen wird gem. § 26 Abs. 4 Satz 2 verwaltet. Das Nähere regelt die Verordnung des Bundes über die Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege (PflAFinV).

(Angaben in TEUR)	PLAN 2025	PLAN 2026
Einnahmen	162.427	168.035
- davon Land Sachsen-Anhalt	13.923	14.581
- davon Bundesamtes für soziale Sicherung (BAS)	5.604	5.869
- davon Krankenhäuser	89.094	93.306
- davon Pflegeeinrichtungen	47.035	49.259
- davon nicht genutzte Fondsmittel aus 2023	6.771	5.020
Ausgaben	162.427	168.035
- davon Ausbildungsbudgets	156.783	161.986
- davon Verwaltungskostenpauschale IB (0,6%)	941	1.008
- davon Liquiditätsreserve (3,0%)	4.703	5.041
Liquidität zum 31.12.	0	0

Nachrichtlich:		
Kostenerstattungsbedarf der IB gem. HH-Voranmeldung 2025/2026	2.075	2.220
VZÄ	16,0	16,6
ergänzende Kostenerstattung Land (0509/671 01)	1.134	1.212

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 10 Kriegsofferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2024 im Kapitel 0514 - Soziales Entschädigungsrecht - veranschlagt.

Einnahmen

119 41	241	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			6.153		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 08.

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen, bei denen eine Absetzung von der Ausgabe nicht zulässig, nicht möglich oder unzumutbar ist.

182 01	291	Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem OEG	0	0	0
			620		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des OEG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

182 02	249	Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem StrRehaG	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 02.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen nach dem StrRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

182 03	249	Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem VwRehaG	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 03.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des VwRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

182 04	241	Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem ZDG	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 04.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des ZDG in Verbindung mit den §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

182 05	241	Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem IfSG	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des IfSG in Verbindung mit den §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

182 06	241	Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem BVG	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 05.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen der nach §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 10 Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
182 07	241	Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem HHG	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 12. Erläuterungen: Darlehensrückflüsse der im Rahmen des HHG in Verbindung mit den §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.			
231 02	291	Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem OEG	0 195.048	0	0
		Erläuterungen: Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 08 und Kapitel 0510 Titel 863 01 in Höhe von 22 v. H. der Leistungen.			
231 03	249	Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem StrRehaG	0 0	0	0
		Erläuterungen: Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 05 und bei Kapitel 0510 Titel 863 05 in Höhe von 65 v. H. der Leistungen.			
231 04	249	Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem VwRehaG	0 0	0	0
		Erläuterungen: Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 06 und Kapitel 0510 Titel 863 06 in Höhe von 57 v. H. der Leistungen.			
231 05	241	Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem ZDG	0 5.290	0	0
		Erläuterungen: Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 02 und Kapitel 0510 Titel 863 02 in Höhe von 100 v. H. der Leistungen.			
231 06	241	Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem BVG	0 525.865	0	0
		Erläuterungen: Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 04 und Kapitel 0510 Titel 863 04 in Höhe von 80 v. H. der Leistungen.			
231 08	241	Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem HHG	0 480	0	0
		Erläuterungen: Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 07 und Kapitel 0510 Titel 863 07 in Höhe von 80 v. H. der Leistungen.			
236 01	241	Erstattungen durch die Pflegekassen nach dem Pflegeversicherungsgesetz	0 4.522	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 11. Erläuterungen: Die Pflegekassen erstatten im Rahmen der Kriegsopferfürsorge in Vorleistung erbrachte Pflegeleistungen nach dem SGB XI.			
281 01	241	Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem BVG	0 63.676	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 08.			

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 10 Kriegsofopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 281 01

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem BVG handelt es sich überwiegend um Rentenüberleitungen von in Einrichtungen der stationären Pflege untergebrachten Leistungsempfängern. Des Weiteren werden Leistungen vereinnahmt, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie Rückzahlungen zu viel erbrachter Leistungen.

281 02	249	Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem StrRehaG	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 09.

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem StrRehaG handelt es sich überwiegend um Rentenüberleitungen von in Einrichtungen der stationären Pflege untergebrachten Leistungsempfängern. Des weiteren werden Leistungen vereinnahmt, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zu viel erbrachter Leistungen.

281 03	249	Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem VwRehaG	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 10.

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem VwRehaG handelt es sich überwiegend um Rentenüberleitungen von in Einrichtungen der stationären Pflege untergebrachten Leistungsempfängern. Des weiteren werden Leistungen vereinnahmt, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zu viel erbrachter Leistungen.

281 04	241	Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem ZDG	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 07.

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem ZDG handelt es sich überwiegend um Rentenüberleitungen von in Einrichtungen der stationären Pflege untergebrachten Leistungsempfängern. Des weiteren werden Leistungen vereinnahmt, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zu viel erbrachter Leistungen.

281 05	241	Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem IfSG	0 9.922	0	0

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem IfSG handelt es sich überwiegend um Rentenüberleitungen von in Einrichtungen der stationären Pflege untergebrachten Leistungsempfängern. Des weiteren werden Leistungen vereinnahmt, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zu viel erbrachter Leistungen.

281 07	241	Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem HHG	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 13.

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem HHG handelt es sich überwiegend um Rentenüberleitungen von in Einrichtungen der stationären Pflege untergebrachten Leistungsempfängern. Des weiteren werden Leistungen vereinnahmt, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zu viel erbrachter Leistungen.

281 08	291	Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem OEG	0 33.046	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 06.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 10 Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 281 08

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem OEG handelt es sich überwiegend um Rentenüberleitungen von in Einrichtungen der stationären Pflege untergebrachten Leistungsempfängern. Des weiteren werden Leistungen vereinnahmt, die von der Kriegsopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zu viel erbrachter Leistungen.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 10 Kriegsofopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	291	Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem OEG	0 136	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 22 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 01.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem OEG trägt der Bund 22 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 01, sind 22 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 02	249	Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem StrRehaG	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 65 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 02.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem StrRehaG trägt der Bund 65 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 02, sind 65 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 03	249	Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem VwRehaG	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 57 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 03.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem VwRehaG trägt der Bund 57 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 03, sind 57 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 04	241	Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem ZDG	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 100 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 04.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem ZDG trägt der Bund 100 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 04, sind 100 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 05	241	Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem BVG	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 06.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 10 Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 05

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem BVG trägt der Bund 80 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 06, sind 80 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 06	291	Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem OEG	0 11.557	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 22 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 281 08.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem OEG trägt der Bund 22 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 281 08, sind 22 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 07	241	Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem ZDG	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 100 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 281 04.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem ZDG trägt der Bund 100 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 281 04, sind 100 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 08	241	Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem BVG	0 58.053	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 119 41 und Kapitel 05 10 Titel 281 01.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem BVG trägt der Bund 80 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 119 41 und Kapitel 0510 Titel 281 01 sind 80 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 09	249	Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem StrRehaG	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 65 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 281 02.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem StrRehaG trägt der Bund 65 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 281 02, sind 65 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 10	249	Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem VwRehaG	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 57 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 281 03.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 10 Kriegsofopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 10

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem VwRehaG trägt der Bund 57 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen.

Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 281 03, sind 57 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 11	241	Zuweisungen an den Bund - Erstattungen durch die Pflegekassen	0	0	0
			5.320	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 236 01.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem BVG trägt der Bund 80 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen.

Bei Einnahmen aus Erstattungen durch die Pflegekassen bei Kapitel 0510, Titel 236 01, sind 80 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 12	241	Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem HHG	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 07.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem HHG trägt der Bund 80 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 07, sind 80 v. H. an den Bund zu erstatten.

631 13	241	Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem HHG	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 281 07.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem HHG trägt der Bund 80 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 281 07, sind 80 v. H. an den Bund zu erstatten.

681 02	241	Hilfen nach dem ZDG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			7.618	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 10 Titel 681 03, Kapitel 05 10 Titel 681 04, Kapitel 05 10 Titel 681 05, Kapitel 05 10 Titel 681 06, Kapitel 05 10 Titel 681 07 und Kapitel 05 10 Titel 681 08.

Erläuterungen:

Leistungen werden nach dem ZDG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 05.

681 03	241	Hilfen nach dem IfSG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			442.729	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 10 Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 03

Erläuterungen:

Leistungen werden nach dem IfSG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

681 04	241	Hilfen nach §§ 26 ff BVG	0	0	0
			502.640	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.

Erläuterungen:

Leistungen werden nach §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 06.

681 05	249	Hilfen nach dem StrRehaG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.

Erläuterungen:

Leistungen werden nach dem StrRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 03.

681 06	249	Hilfen nach dem VwRehaG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.

Erläuterungen:

Leistungen werden nach dem VwRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 04.

681 07	241	Hilfen nach dem HHG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			6.005	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.

Erläuterungen:

Leistungen werden nach dem HHG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 08.

681 08	291	Hilfen nach dem OEG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			882.722	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.

Erläuterungen:

Leistungen werden nach dem OEG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 02.

863 01	291	Darlehen nach dem OEG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			0	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 10 Titel 863 02, Kapitel 05 10 Titel 863 03, Kapitel 05 10 Titel 863 04, Kapitel 05 10 Titel 863 05, Kapitel 05 10 Titel 863 06 und Kapitel 05 10 Titel 863 07.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 10 Kriegsofferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 863 01

Erläuterungen:

Darlehen werden nach dem OEG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 02.

863 02	241	Darlehen nach dem ZDG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.

Erläuterungen:

Darlehen werden nach dem ZDG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 05.

863 03	241	Darlehen nach dem IfSG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.

Erläuterungen:

Darlehen werden nach dem IfSG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

863 04	241	Darlehen nach §§ 26 ff BVG	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.

Erläuterungen:

Darlehen werden nach §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510 Titel 231 06.

863 05	249	Darlehen nach dem StrRehaG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.

Erläuterungen:

Darlehen werden nach dem StrRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 03.

863 06	249	Darlehen nach dem VwRehaG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.

Erläuterungen:

Darlehen werden nach dem VwRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 04.

863 07	241	Darlehen nach dem HHG i.V.m. §§ 26 ff BVG	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.

Erläuterungen:

Darlehen werden nach dem HHG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 08.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 10 **Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0 0	0 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0 0	0 0
Gesamtausgabe		0	0	0
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 11 Soziale Entschädigungsleistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2024 im Kapitel 0514 - Soziales Entschädigungsrecht - veranschlagt.

Einnahmen

119 41	241	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 36.034	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0511 Titel 631 03

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen, bei denen eine Absetzung von der Ausgabe nicht zulässig, nicht möglich oder unzumutbar ist.

119 46	291	Ersatzleistungen nach § 5 OEG	0 234.441	0	0

Erläuterungen:

Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen in Fällen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 5 Abs. 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG).

231 02	291	Zuweisungen vom Bund nach § 4 Abs. 7 OEG	0 1.893.867	0	0

Erläuterungen:

Der Bund erstattet den Ländern 22 v. H. der Ausgaben nach dem OEG.

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0511 Titel 681 17 und 681 18.

231 03	244	Zuweisungen vom Bund nach § 20 StrRehaG	0 13.051.896	0	0

Erläuterungen:

Nach § 20 StrRehaG erstattet der Bund dem Land 65 v. H. der Aufwendungen, die dem Land nach den §§ 6, 17, 17a, 21, 22 StrRehaG entstanden sind.

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0511 Titel 681 11, 681 12 und 681 21.

231 04	244	Zuweisungen vom Bund nach § 17 VwRehaG	0 2.291	0	0

Erläuterungen:

Der Bund erstattet den Ländern 57 v. H. der Ausgaben nach dem VwRehaG.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511 Titel 681 13 und 681 14.

231 05	291	Zuweisungen vom Bund nach § 10 Abs. 3 Anti-D-Hilfegesetz	0 284.805	0	0

Erläuterungen:

Nach § 10 Abs. 3 AntiDHG erstattet der Bund dem Land 50 v. H. der Aufwendungen, die dem Land durch Leistungen nach § 3 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1, §§ 4 und 13 Abs. 1 AntiDHG entstehen.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511 Titel 681 19.

232 01	291	Zuweisungen von den alten Ländern nach § 10 Abs. 3 Anti-D-Hilfegesetz	0 35.763	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 11 Soziale Entschädigungsleistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 232 01

Erläuterungen:

Nach § 10 Abs. 3 AntiDHG erstatten die alten Bundesländer dem Land 12,4 v.H. der Aufwendungen, die dem Land durch Leistungen nach den § 3 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1, §§ 4 und 13 Abs. 1 AntiDHG entstehen.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 681 19.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 11 Soziale Entschädigungsleistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 02	291	Zuweisungen an Bund - Erstattung des Landesanteils der Beiträge nach § 22 BVG i.V.m. dem OEG	0 -10.811	0 0	0 0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 11 Titel 681 17 und Kapitel 05 11 Titel 681 18.

Erläuterungen:

Das Land erstattet dem Bund den Landesanteil (78 v. H.) für die nach § 22 BVG für Fälle nach dem OEG entrichteten Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für Zeiten des Bezugs von Versorgungskrankengeld sowie für die entrichteten Beiträge zur Bundesagentur für Arbeit nach § 349 SGB III.

631 03	291	Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem StrRehaG	0 24.078	0 0	0 0

Übertragbar

*** Die Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von 65 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 0511 Titel 119 41. Mehrausgaben dürfen i.H.v. 65 v.H. der Mehreinnahmen bei Kapitel 0511 Titel 119 41 geleistet werden.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach den §§ 6, 17, 17a StrRehaG trägt der Bund 65 v.H. der Ausgaben, die dem Land durch diese Leistungen entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0511 Titel 119 41 sind 65 v. H. an den Bund zu erstatten.

681 11	244	Betragsverfahren nach §§ 6 und 17 StrRehaG	0 818.874	0 0	0 0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 11 Titel 681 12, Kapitel 05 11 Titel 681 13, Kapitel 05 11 Titel 681 14 und Kapitel 05 11 Titel 681 21.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) erhalten Personen, soweit eine strafrechtliche Entscheidung eines staatlichen deutschen Gerichts im Beitrittsgebiet aus der Zeit vom 08.05.1945 bis zum 02.10.1990 oder eine außerhalb eines Strafverfahrens ergangene gerichtliche oder behördliche Entscheidung, mit der eine Freiheitsentziehung angeordnet worden ist (u. a. Heimkinder) für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben wurde,

- a) eine Erstattung von Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und notwendiger Auslagen (§ 6) und/oder
- b) eine Kapitalentschädigung (§ 17 Abs. 1) und ggf. eine Nachzahlung der Kapitalentschädigung (§ 17 Abs. 5).

Die Antragsfrist des § 7 Abs. 1 StrRehaG ist ab 22.11.2019 aufgehoben worden.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 03.

681 12	244	Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach §§ 21 und 22 StrRehaG	0 144.125	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 11.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 11 Soziale Entschädigungsleistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 12

Erläuterungen:

Nach § 21 des Gesetzes über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) erhalten Personen, die infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes. Das gleiche gilt nach § 22 StrRehaG für die Hinterbliebenen eines Geschädigten. Aus dem Ansatz werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen, Heilbehandlungskosten und ähnliche Leistungen gezahlt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 03.

681 13	244	Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach §§ 3 und 4 VwRehaG - Geldleistungen	0 4.020	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 11.

Erläuterungen:

Nach § 3 des Gesetzes über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG) erhalten Personen, die infolge einer hoheitlichen Maßnahme einer deutschen behördlichen Stelle zur Regelung eines Einzelfalls im Beitrittsgebiet aus der Zeit vom 08.05.1945 bis zum 02.10.1990 (Verwaltungsentscheidung) eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes. Das gleiche gilt nach § 4 VwRehaG für die Hinterbliebenen eines Geschädigten. Aus dem Titel 681 13 werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen und Heil- und Krankenbehandlungskosten, die nicht zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, und aus Titel 681 14 werden Heil- und Krankenbehandlungskosten, die zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, geleistet.

Die Antragsfrist nach § 9 VwRehaG ist ab 20.11.2019 aufgehoben worden.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 04.

681 14	244	Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach §§ 3 und 4 VwRehaG - Sachleistungen	0 0	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 11.

Erläuterungen:

Erläuterung siehe Kapitel 0511, Titel 681 13.

681 15	291	Leistungen nach §§ 56 und 60 ff IfSG	0 2.069.315	0 0	0 0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 11 Titel 681 16, Kapitel 05 11 Titel 681 19 und Kapitel 05 11 Titel 681 20.

Erläuterungen:

Leistungen nach den §§ 56 und 60 ff des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG). Im Wesentlichen werden laufende Rentenzahlungen, Heil- und Krankenbehandlungskosten und ähnliche Leistungen in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes und Verdienstausschüttungen (§ 56 IfSG) gezahlt.

681 16	291	Leistungen nach dem UntAbschlG	0 330.041	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 15.

Erläuterungen:

Nach § 1 des Gesetzes über den Abschluss von Unterstützungen der Bürger der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bei Gesundheitsschäden infolge medizinischer Maßnahmen (Unterstützungsabschlussgesetz - UntAbschlG) erhalten Personen, die durch eine medizinische Betreuungsmaßnahme einen erheblichen Gesundheitsschaden erlitten haben, eine Unterstützung zum Ausgleich der durch die Schädigung bedingten wirtschaftlichen Folgen. Die Unterstützung besteht aus laufenden und einmaligen Zahlungen.

681 17	291	Geldleistungen nach dem OEG	0 2.932.546	0 0	0 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 631 02.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 11 Soziale Entschädigungsleistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 17

Erläuterungen:

Nach § 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (Opferentschädigungsgesetz - OEG) erhalten Personen, die infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen Angriffs oder durch dessen rechtmäßige Abwehr eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen eines Geschädigten.

Aus dem Titel 681 17 werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen und Heil- und Krankenbehandlungskosten, die nicht zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, und aus dem Titel 681 18 werden Heil- und Krankenbehandlungskosten, die zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, geleistet.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 02.

681 18	291	Sachleistungen nach dem OEG	0	0	0
			5.805.126	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 631 02.

Erläuterungen:

Erläuterung siehe Kapitel 0511, Titel 681 17.

681 19	291	Leistungen nach §§ 3, 4 und 13 Anti-D-Hilfegesetz - finanzielle Hilfen	0	0	0
			569.610	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 15.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz) erhalten Frauen, die infolge einer in den Jahren 1978 und 1979 durchgeführten Anti-D-Immunprophylaxe mit bestimmten Chargen mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert wurden, Krankenbehandlung und finanzielle Hilfen. Das gleiche gilt für Kontaktpersonen und die Hinterbliebenen.

Aus dem Titel 681 19 werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen, Hilfen für Hinterbliebene und Besitzstandsanzahlungen und aus dem Titel 681 20 Heil- und Krankenbehandlungskosten geleistet.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 05 und Titel 232 01.

681 20	291	Leistungen nach § 2 Anti-D-Hilfegesetz - Heil- und Krankenbehandlung	0	0	0
			191.404	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 15.

Erläuterungen:

Erläuterung siehe Kapitel 0511, Titel 681 19.

681 21	244	Opferpensionen nach § 17a StrRehaG	0	0	0
			19.112.426	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 11.

Erläuterungen:

Nach § 17 a des Gesetzes über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) erhalten Berechtigte nach § 17 Abs. 1 StrRehaG, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind, monatlich eine besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferpension) i.H.V. monatlich 330 EUR, wenn sie eine mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbare Freiheitsentziehung von insgesamt mindestens 90 Tagen erlitten haben.

Die Antragsfrist des § 7 Abs. 1 StrRehaG ist ab 20.11.2019 aufgehoben worden.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 03.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 11 **Soziale Entschädigungsleistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0 0	0 0
Gesamtausgabe		0	0	0
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 12 **Maßregelvollzug**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Maßregelvollzugseinrichtungen Bernburg und Uchtspringe wurden mit Wirkung vom 01.01.2000 auf die Salus gGmbH Betreibergesellschaft für sozialorientierte Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt übertragen. Auf der Basis des zugrunde liegenden Beleihungsvertrages hat die Salus gGmbH Anspruch auf Erstattungen der notwendigen Aufwendungen für die Durchführung des Maßregelvollzugs.

Ausgaben

671 01	312	Erstattungen für Kosten des Maßregelvollzugs	84.796.700	95.578.700	108.775.200
			69.575.220	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 12 Titel 671 02.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	8.237.900				8.237.900
2026	11.862.900				11.862.900
2027	13.422.200				13.422.200
2028	13.271.400				13.271.400
2029 ff.	28.469.500				28.469.500
Summen	75.263.900				75.263.900

Erläuterungen:

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 12 Maßregelvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben

	Ist 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Personalausgaben	46.738.486	58.158.689	63.191.386	71.323.458
Sächliche Verwaltungsausgaben	21.378.859	24.723.842	24.590.768	25.093.121
Investitionskosten	1.084.614	713.659	1.491.346	1.051.773
Schuldendienst	2.735.128	2.993.679	8.286.041	13.311.780
	<u>71.937.087</u>	<u>86.589.869</u>	<u>97.559.541</u>	<u>110.780.132</u>
Eigene Einnahmen	<u>2.426.126</u>	<u>1.793.211</u>	<u>1.980.925</u>	<u>2.004.982</u>
dav. insbesondere:				
Nutzungsentgelte der Ärzte	282.185	513.581	282.139	282.139
sonstige ordentliche Erträge	1.882.280	1.017.252	1.047.418	1.047.418
Sonstige Hauptleistungsentgelte	261.661	262.378	651.368	675.425
Fehlbetrag/Erstattung des Landes	<u>69.510.961*</u>	<u>84.796.658</u>	<u>95.578.616</u>	<u>108.775.150</u>

* Abweichungen zu den tatsächlichen Ist-Ausgaben 2023 sind auf die Unterschiede zwischen kameralistischem und doppischen Buchungssystem zurückzuführen.

Stellenbestand

Dienststart	Ist 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Einrichtungsleitung	5,0	6,0	6,0	6,0
Ärztlicher Dienst	21,3	27,0	27,0	27,0
Pflegedienst	485,7	569,6	569,6	591,6
Med.-techn. Dienst	97,5	131,5	132,5	133,0
Funktionsdienst	39,5	49,0	50,5	52,5
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	80,8	88,0	88,0	88,0
Technischer Dienst	4,0	8,0	8,0	8,0
Verwaltungsdienst	7,9	9,0	9,0	9,0
	<u>741,7</u>	<u>888,1</u>	<u>890,6</u>	<u>915,1</u>

Durch Verzögerungen bei der Vergabe der Planungsleistungen für die Stationsneubauten an den Maßregelvollzugsstandorten Bernburg und Uchtspringe verschieben sich die aus der VE-Inanspruchnahme im Jahr 2020 resultierenden Belastungen in den kommenden Haushaltsjahren. Auf Grund der stark angestiegenen Inflationsrate und den damit verbundenen Steigerungen bei den Kosten für Baustoffe und Baumaterialien verteuern sich die Baumaßnahmen an den Standorten Bernburg und Uchtspringe. Für die Absicherung der Gesamtfinanzierung ist daher eine Ergänzung des Darlehensvertrages mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt erforderlich.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 12 **Maßregelvollzug**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Übersicht über die Belastungen aus VE für die Baumaßnahmen Uchtspringe und Bernburg

	VE-Inanspruchnahme aus dem Jahr 2020	veränderte Belastung der Haushaltsjahre	ausgebrachte VE aus dem Jahr 2023	Inanspruchnahme der VE 2023	Gesamt-VE
2021	2.333.800	1.650.000			1.650.000
2022	4.700.000	2.294.400			2.294.400
2023	4.623.600	1.990.100			1.990.100
2024	4.600.000	48.200	1.717.200		48.200
2025	4.089.000	4.137.200	3.024.100	984.100	5.121.300
2026	4.083.400	5.532.400	3.232.500	985.000	6.517.400
2027	4.083.400	10.529.000	3.139.400	2.734.500	13.263.500
2028	4.083.400	6.275.200	3.045.700	2.803.300	9.078.500
2029ff.	8.570.400	8.184.600	13.819.800	19.899.100	28.083.700
	41.167.000	40.641.100	27.978.700	27.406.000	68.047.100

Die aktuellen Belegungssituationen in den Maßregelvollzugseinrichtungen sind am Rande der jeweiligen Kapazitätsgrenze und der sich auch in Zukunft weiter verschärfende Aufnahmepressure zwingt zur Schaffung und zum Betrieb von zwei weiteren Stationen am Maßregelvollzugsstandort Uchtspringe. Diese kapazitätserweiternde Baumaßnahme ist über ein von der Salus gGmbH aufgenommenes Darlehen mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt finanziert. Die daraus erwachsenen Zins- und Darlehensraten sind durch das Land über einen Zeitraum von 6 Jahren auf der Grundlage des Beleihungs- und Übertragungsvertrages der Salus gGmbH zu erstatten. Hierfür wurde die Verpflichtungsermächtigung aus 2022 zuzüglich einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.322.700 € in Anspruch genommen.

Übersicht über die Belastungen aus VE für den Erweiterungsbau in Uchtspringe

	ausgebrachte VE aus dem Jahr 2022	VE-Inanspruchnahme aus dem Jahr 2022 inkl. üpl. VE
2023	708.700	738.000
2024	2.733.400	2.945.500
2025	2.733.400	3.164.800
2026	2.733.400	6.794.500
2027	2.733.400	6.604.300
2028	13.666.800	6.384.700
	25.309.100	26.631.800

671 02	312	Erstattungen für Kosten der Nachsorge für Maßregelpatienten	983.000	1.187.600	1.232.900
			919.711	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 12 Titel 671 01.

Erläuterungen:

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 12 Maßregelvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 02

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Salus gGmbH für die Forensa

	Ist 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Ausgaben				
Personalausgaben	803.104	874.028	999.933	1.062.748
Sächliche Verwaltungsausgaben	116.848	115.659	171.759	165.019
Investitionskosten	36.417	5.000	27.650	5.250
	956.369	994.687	1.199.342	1.233.017
Einnahmen				
Eigene Einnahmen	38.731	11.744	11.744	202
Fehlbetrag/Erstattung des Landes	917.639*	982.943	1.187.598	1.232.815

* Abweichungen zu den tatsächlichen Ist-Ausgaben 2023 sind auf die Unterschiede zwischen kameralistischem und doppeltem Buchungssystem zurückzuführen.

Stellenbestand

Dienstort	Ist 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Facharzt/-ärztin	1,0	1,0	1,0	1,0
Psychologe/-in	6,6	7,0	7,0	7,0
Pflegedienst	0,8	1,0	1,0	1,0
Verwaltungsdienst	1,0	1,0	1,0	1,0
	9,4	10,0	10,0	10,0

Die Forensische Ambulanz (FORENSA) ist für die psycho- und sozialtherapeutische Nachbetreuung von entlassenen Maßregelvollzugspatienten und für Entlassene aus der Sozialtherapeutischen Anstalt (SothA) zuständig. Die Betreuung wurde auf die Salus gGmbH übertragen. Die Salus gGmbH hat Anspruch auf Erstattung der notwendigen Aufwendungen für diese Aufgabe.

891 01	312	Zuschüsse für Investitionen des Maßregelvollzugs	9.835.000	5.917.000	1.677.000
			18.210.300	650.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		4.185.000			4.185.000
2026		585.000	650.000		1.235.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		4.770.000	650.000		5.420.000

Erläuterungen:

Investitionsmaßnahmen an den Maßregelvollzugstandorten Bernburg, Uchtspringe und Lochow.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 12 **Maßregelvollzug**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	85.779.700	96.766.300 0	110.008.100 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9.835.000	5.917.000 650.000	1.677.000 0
Gesamtausgabe		95.614.700	102.683.300	111.685.100
Gesamtsumme der VE			650.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-95.614.700	-102.683.300	-111.685.100

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0513 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0513 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Die Finanzierung von Krankenhäusern nach den KHG LSA vom 01.12.20219 (GVBl. LSA S. 408) und von Maßnahmen der Gesundheitsvor- und Fürsorge sowie die Stärkung der Eigenverantwortung sind wichtige Grundsätze der Gesundheitspolitik. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere die folgenden gesetzlichen und freiwilligen Leistungen veranschlagt:

- Pauschalförderung von Krankenhäusern nach dem KHG LSA (TGr. 65),
- Einzelförderung von Krankenhäusern nach den KHG LSA (TGr. 66 und 71),
- Maßnahmen des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes (TGr. 67),
- Maßnahmen der Suchtprävention (TGr. 73),
- Maßnahmen der Gesundheitsvor- und Fürsorge (TGr. 76),
- Umsetzung des PsychKG LSA (Titel 633 01).

Einnahmen

119 41	312	Rückzahlungen von Überzahlungen	209.600	50.000	50.000
			51.449		

Erläuterungen:

Die Einnahmen werden auf Grund nicht verbrauchter Landesmittel bzw. nicht zweckentsprechend verwendeter Fördermittel erhoben.

119 51	312	Vermischte Einnahmen	3.800	3.800	3.800
			0		

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen, Erstattung von Prozesskosten sowie sonstige Einnahmen.

231 01	314	Zuweisungen vom Bund	262.000	0	0
			3.784.011		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 13 Titel 633 03.

Erläuterungen:

siehe Erläuterungen zu Kapitel 0513 Titel 633 03

Titelgruppe(n)

63 Ausgleichszahlungen gem. § 26f Abs. 2 KHG

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 13 Titelgruppe 63.

234 63	312	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen	24.937.200	0	0
			95.670.615		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	24.937.200	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

**66 Förderung von Krankenhäusern nach § 9 Abs. 1 u. 2 KHG -
Einzelförderung -**

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Kapitel 0513 Ausgabetitelgruppe 66.

331 66	312	Zuweisungen vom Bund zur Förderung von Krankenhausinvestitionen	31.175.800 21.722.806	21.669.000	23.869.400

359 66	312	Entnahmen aus sonstigen Rücklagen	0 0	0	0

*** Entnahmen - über den Planansatz hinaus - dürfen bei Bedarf getätigt werden.

Ausgaben bei Kapitel 0513 Titel 891 66 und 893 66 dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen überschritten werden.

Erläuterungen:

Zuführungen erfolgen bei Kapitel 0513 Titel 919 66

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			31.175.800	21.669.000	23.869.400

67 Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 05 13
Titelgruppe 67.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 67.

232 67	314	Sonstige Zuweisungen von Ländern	3.800 46.262	4.400	4.400

Erläuterungen:

Erstattungen anderer Länder im Rahmen des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			3.800	4.400	4.400

68 Corona-Pandemie - Aufbau von Impfzentren - Impfstrategie

Erläuterungen:

siehe Erläuterungen zu Kapitel 0513 Ausgabetitelgruppe 68

231 68	045	Zuweisungen vom Bund	11.000 1.610.733	0	0

Erläuterungen:

Zuweisungen des Bundes gem. Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 des Bundes (CoronaImpfV).

233 68	045	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0 57.984	0	0

236 68	045	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern	0 2.929	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 236 68

Erläuterungen:

Erstattungen von Sozialversicherungsunternehmen auf Grund der Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 des Bundes (CoronalmpfV).

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	11.000	0	0

76 Gesundheitsvor- und Fürsorge

231 76	314	Zuweisungen vom Bund für assistierte Reproduktion	192.200	57.300	57.300
			104.418		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 13 Titel 681 76.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0513 Titel 681 76.

Nachrichtlich: Summe TGr. 76	192.200	57.300	57.300

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

514 01	045	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0 170	0 0	0 0
514 02	045	Beschaffungen zur Bekämpfung der Pandemie	0 2.888.185	0 0	0 0
533 01	314	Dienstleistungen Außenstehender	634.400 1.054.881	0 0	0 0

Übertragbar

*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 05 13 Titel 633 03.

533 02	312	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	50.000 200.000	50.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			50.000		50.000
2027			50.000		50.000
2028			50.000		50.000
2029 ff.			50.000		50.000
Summen			200.000		200.000

Erläuterungen:

Verwendungsnachweisprüfung von Einzelförderungsmaßnahmen im Bereich der Krankenhausfinanzierung durch externe Dienstleister.

534 01	314	Sonstiges	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 05 13 Titel 633 03.

Erläuterungen:

Informationsveranstaltungen, Netzwerktreffen und weitere Austauschformate im Rahmen der Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst.

631 01	314	Zuweisungen an den Bund	0 0	0 0	0 0

*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 0513 Titel 633 03.

633 01	314	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem PsychKG LSA	1.799.800 1.410.573	1.842.700 0	1.877.100 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 01

Erläuterungen:

Mit Inkrafttreten des neuen PsychKG LSA wurde die Implementierung folgender Strukturen auf kommunaler Ebene verpflichtend:

- die ehrenamtlichen Stellen für Patientenfürsprecher*innen seit Oktober 2020 (§ 6 PsychKG LSA),
- die gemeindepsychiatrischen Verbünden seit dem Jahr 2022 (§ 7 PsychKG LSA),
- die Stellen für Psychiatriekoordinator*innen seit dem Jahr 2022 (§ 8 PsychKG LSA).

Die Mehrkosten, die sich aus der Schaffung der neuen Strukturen ergeben, werden vom Land getragen (§ 41 Absatz 2 PsychKG LSA).

Weiterhin wird an dieser Stelle vorsorglich auf die Kostentragungspflicht des Landes bei einer zu Unrecht erfolgten vorläufigen Einweisung nach § 40 Absatz 2 PsychKG LSA hingewiesen.

633 03	314	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	262.000	0	0
			1.323.397	0	0

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 13 Titel 231 01.

*** Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 0513 Titel 631 01, Kapitel 0513 Titel 533 01 und Kapitel 0513 Titel 534 01.

Erläuterungen:

Bund und Länder haben am 29.09.2020 den "Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst" beschlossen. In Umsetzung dieses Paktes verbessern Bund und Länder, einschließlich Kommunen, jeweils in ihren Zuständigkeitsbereichen nachhaltig die personelle (TGr. 69) sowie die technische und digitale (Titel 633 03) Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Der ÖGD-Pakt sieht unter der Ziff. 2 die Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes vor. Entscheidendes Ziel ist es, eine Interoperabilität über alle Ebenen hinweg sicherzustellen und die für das Melde- und Berichtswesen erforderlichen Schnittstellen und Systeme zu definieren, zu schaffen und die entsprechenden Standards einzuhalten. Die eingegangenen Bundesmittel aus dem Jahr 2023 und 2024 sind zweckgebunden bis 31.12.2026 zu verwenden.

636 01	045	Corona-Pandemie - Corona Prämie in der Pflege	0	0	0
			-657	0	0

Erläuterungen:

Die Maßnahme war bis 2022 befristet und ist ausgelaufen.

671 01	045	Corona-Pandemie- Erstattungen an Inland	0	0	0
			5.278	0	0

Erläuterungen:

Erstattungen an die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt auf der Grundlage der Vereinbarung über die Testungen asymptomatischer Personen auf SARS-CoV-2. Die Testverordnung ist zum 28.02.2023 ausgelaufen.

671 02	314	Erstattungen an Inland	60.000	3.000	0
			9.507	0	0

Erläuterungen:

Rahmenvertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung zur Durchführung der Impfungen gegen Affenpocken.

671 03	312	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	75.000	143.700	349.100
			0	1.477.800	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 02 Titel 671 01.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 03

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	30.500				30.500
2026			351.700		351.700
2027			369.200		369.200
2028			369.200		369.200
2029 ff.			387.700		387.700
Summen	30.500		1.477.800		1.508.300

Erläuterungen:

Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit der IB zur Umsetzung des Förderprogramms nach dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (Krankenhausstrukturfonds II).

Weiterhin wird die Umsetzung der Verwendung der Pauschalen Fördermittel gem. § 9 Abs. 3 KHG durch die IB geprüft.

671 04	314	Erstattungen an Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Kostenerstattungen an den Medizinischen Dienst für Prüfungen im Rahmen der Krankenhausplanung gemäß dem Entwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG-E) nach § 275a SGB V-E iVm. § 6a Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG-E).

682 03	312	Zuschüsse an kommunale Krankenhäuser	0	0	0
			10.177.500	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben zur Bewältigung der Folgewirkungen der Ukraine Krise - Energiekosten für Krankenhäuser

684 01	314	Zuschüsse an die AIDS-Hilfevereine	485.300	520.900	544.500
			441.814	559.800	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		494.500			494.500
2026		501.000			501.000
2027			559.800		559.800
2028					
2029 ff.					
Summen		995.500	559.800		1.555.300

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 01

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	205.800	218.400	248.900	254.900
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	57.800	61.800	62.300	63.100
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1.300	1.300	1.300	1.300
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	264.900	281.500	312.500	319.300
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	4.800	4.800	4.500	4.500
Mithin Fehlbetrag:	260.100	276.700	308.000	314.800
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	196.600	211.100	240.200	246.100
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	36.800	38.900	45.000	45.900
e) Private	26.700	26.700	22.800	22.800
Zusammen	260.100	276.700	308.000	314.800

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
S 17	1,00	1,00	1,00	1,00
S 12	1,75	1,75	1,75	1,75
Stellenbestand Institution	2,75	2,75	2,75	2,75
Stellenbestand Projektförderung	1,00	1,00	1,00	1,00
Stellenbestand Insgesamt	3,75	3,75	3,75	3,75

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	174.300	185.900	210.500	215.700
2.) Projektförderung	31.500	32.500	38.500	39.200
Zusammen	205.800	218.400	249.000	254.900

Erläuterungen zu Position b bis d)

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	196.600	211.100	240.200	246.100

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 01

2.)	Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen		196.600	211.100	240.200	246.100

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	36.800	38.900	45.000	45.900
Zusammen	36.800	38.900	45.000	45.900

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Stadt Halle	36.800	38.900	40.300	41.100
2.) Saalekreis	0	0	4.700	4.800
Zusammen	36.800	38.900	45.000	45.900

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der AIDS-Hilfe Sachsen-Anhalt Nord e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	318.300	490.200	431.500	454.800
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	97.400	78.600	85.000	85.000
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	500	2.000	2.000	2.000
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	58.900	0	0	0
Zusammen	475.100	570.800	518.500	541.800
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	24.700	19.500	23.300	23.300
Mithin Fehlbetrag:	450.400	551.300	495.200	518.500
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	52.000	0	0	0
b) das Land mit	245.300	274.200	280.700	298.400
c) den Bund mit	4.700	4.200	7.200	7.200
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	71.200	76.000	81.000	84.200
e) Private	77.200	196.900	126.300	128.700
Zusammen	450.400	551.300	495.200	518.500

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 13 **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 01

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
S 12	1,80	1,80	1,80	1,80
S 11b (bis 2021 - E 8)	0,90	0,90	0,90	0,90
E 6 (Minijob)	0,15	0,15	0,15	0,15
E 1 (Minijob)	0,13	0,13	0,13	0,13
Stellenbestand Institution	3,98	3,98	3,98	3,98
Stellenbestand Projektförderung	3,60	3,60	2,15	2,15
Stellenbestand Insgesamt	7,58	7,58	6,13	6,13

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	243.200	272.700	280.300	297.900
2.) Projektförderung	75.100	217.500	151.300	156.900
Zusammen	318.300	490.200	431.600	454.800

Erläuterung zu Position b) bis d)

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	245.300	274.200	280.700	298.400
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	245.300	274.200	280.700	298.400

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	4.700	4.200	7.200	7.200
Zusammen	4.700	4.200	7.200	7.200

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	71.200	76.000	81.000	84.200
Zusammen	71.200	76.000	81.000	84.200

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Stadt Magdeburg	71.200	76.000	81.000	84.200
Zusammen	71.200	76.000	81.000	84.200

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 01

Die AIDS-Hilfen organisieren und koordinieren die gesundheitliche Aufklärung, Beratung und Betreuung von Betroffenen und deren Angehörigen hinsichtlich AIDS, HIV und sexuell übertragbarer Krankheiten (STI) sowie Information, Motivation und Kompetenzentwicklung hinsichtlich gesundheitlicher Präventionsmaßnahmen, die der Vermeidung einer Ansteckung dienen. Die Präventionsmaßnahmen, als wichtigste Einschränkungsmaßnahmen von AIDS, HIV und sexuell übertragbaren Krankheiten, sind im Gesundheitsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt verankert.

684 04	314	Zuschüsse zur Förderung der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e. V.	420.900	429.400	437.900
			400.626	446.700	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		429.400			429.400
2026		437.900			437.900
2027			446.700		446.700
2028					
2029 ff.					
Summen		867.300	446.700		1.314.000

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	833.600	869.900	1.051.600	1.091.700
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	321.700	250.100	660.500	566.600
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	300	300	300	300
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	4.700	4.600	6.000	6.000
Zusammen	1.160.300	1.124.900	1.718.400	1.664.600
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	89.400	51.700	54.800	61.000
Mithin Fehlbetrag:	1.070.900	1.073.200	1.663.600	1.603.600
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	4.600	4.600	6.000	6.000
b) das Land mit	516.100	532.400	594.100	646.500
c) den Bund mit	424.400	413.800	157.200	115.500
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	125.800	122.400	876.300	835.600
Zusammen	1.070.900	1.073.200	1.633.600	1.603.600

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 13 **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 04

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 15	0,75	0,75	0	0
E 14	0	0	1,25	1,25
E 12	1,75	1,75	1,25	1,25
E 9	1,50	1,50	1,50	1,50
E 5	2,00	2,00	2,00	2,00
Stellenbestand Institution	6,00	6,00	6,00	6,00
Stellenbestand Projektförderung	6,75	6,75	9,25	9,25
Stellenbestand Insgesamt	12,75	12,75	15,25	15,25

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	405.600	419.800	431.100	447.400
2.) Projektförderung	428.000	450.100	620.500	644.300
Zusammen	833.600	869.900	1.051.600	1.091.700

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	400.700	420.900	429.400	437.900
2.) Projektförderung	115.500	111.500	164.700	208.600
Zusammen	516.200	532.400	594.100	646.500

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	424.300	413.700	157.200	115.500
Zusammen	424.300	413.700	157.200	115.500

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Gesundheitsförderung und Prävention sind gemäß Koalitionsvertrag ein wichtiger Teil am gesellschaftlichen Fortschritt. Die Koalitionspartner bekennen sich zu den Gesundheitszielen des Landes. Die Landesvereinigung für Gesundheit e.V. widmet sich diesen Gesundheitszielen und orientiert ihre Arbeit auf die Ausprägung gesunder Verhaltensweisen und auf die Schaffung gesundheitsfördernder Bedingungen in den verschiedenen Lebensbereichen. Sie verfolgt mit ihrer Tätigkeit den Zweck, die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden der Menschen in Sachsen-Anhalt zu fördern.

684 09	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige und private Krankenhäuser	0	0	0
			10.957.500	0	0

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Kapitel 0513 Titel 682 03.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

63 Ausgleichszahlungen gem. § 26f Abs. 2 KHG

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 13 Titelgruppe 63.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

631 63	312	Zuweisungen an den Bund	0 68	0 0	0 0
636 63	312	Verwaltungskostenerstattungen	0 30.000	0 0	0 0
682 63	312	Zuschüsse an kommunale Krankenhäuser	11.225.800 43.870.622	0 0	0 0
684 63	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige und private Krankenhäuser	13.711.400 51.560.179	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			24.937.200	0 0	0 0

64 Umsetzung des COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetzes

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser aufgrund von Sonderbelastungen durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 gem. § 21 und 21a KHG.

631 64	045	Zuweisungen an den Bund	0 610.055	0 0	0 0
682 64	045	Zuschüsse an kommunale Krankenhäuser	0 0	0 0	0 0
684 64	045	Zuschüsse für freie gemeinnützige und private Krankenhäuser	0 -364.859	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0 0	0 0

65 Förderung von Krankenhäusern nach § 9 Abs. 3 KHG - Pauschale Förderung-

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Erfüllung der sich aus § 6 LHG LSA i.V.m. § 9 Abs. 3 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG) ergebenden Rechtsverpflichtung zur pauschalen Krankenhausfinanzierung.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

891 65	312	Zuschüsse an öffentliche Krankenhäuser	6.604.600 6.263.730	12.346.000 0	8.418.500 0
892 65	312	Zuschüsse an freie gemeinnützige u. private Krankenhäuser	15.272.300 15.613.180	31.407.700 0	21.581.500 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			21.876.900	43.753.700 0	30.000.000 0

**66 Förderung von Krankenhäusern nach § 9 Abs. 1 u. 2 KHG -
Einzelförderung -**

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der
Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Die Mittel für die Einzelförderung der Krankenhäuser gemäß § 9 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG) in Verbindung mit dem Krankenhausgesetz Sachsen-Anhalt (KHG LSA) werden vom Land getragen.

Darüber hinaus werden strukturverbessernde Maßnahmen aus dem Strukturfonds nach dem KHSG, dem PpSG und dem KHZG durch Bund und Länder finanziert. Gemäß dem Entwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) werden zudem ab dem 1.1.2026 bestimmte Investitionsmaßnahmen aus dem Transformationsfonds durch Bund und Länder gefördert. (siehe Kapitel 0513 Titel 331 66). In Umsetzung des Gutachtens und der zu erwartenden bundesrechtlichen Änderungen der Krankenhausfinanzierung werden Krankenhäuser umstrukturieren, umstellen, Leistungen konzentrieren und ggf. Hausteile umwidmen müssen (z.B. in Richtung Ambulantisierung). Es werden Kosten entstehen, die allein weder durch die Träger selbst noch durch Strukturfonds- und Transformationsfonds oder durch die Investitionsmittel des Landes gedeckt werden können. Insoweit sollen Landesmittel vorgehalten werden.

Zur Finanzierung und Nachfinanzierung von Investitionen nach Art. 14 Gesundheitsstrukturgesetz stehen noch 11,9 Mio. € zur Verfügung.

522 66	312	Ausgaben für Studien, Gutachten und Beraterverträge	380.800 627.709	380.800 0	380.800 1.317.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		380.800			380.800
2026		380.800			380.800
2027				479.900	479.900
2028				418.900	418.900
2029 ff.				418.900	418.900
Summen		761.600		1.317.700	2.079.300

Erläuterungen:

Erläuterungen zu den Gutachten, Studien und Beraterverträgen als Beratungsleistungen im Sinne des § 34a LHO werden entsprechend abgebildet.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 13 **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 66

Nr.	Erläuterungstext	2025	2026
1.	Fortsetzung von Studien aus dem Vorjahr: - Umsetzung des Krankenhausgutachtens und Reform der Krankenhausfinanzierung Der in 2024 geschlossene Vertrag sieht für die Laufzeit 2024 - 2026 Gesamtausgaben in Höhe von 1.142.400 EUR vor. Die Gesamtausgaben teilen sich so auf, dass 380.800 Euro für 2024, 380.800 Euro für 2025 und 380.800 Euro für 2026 anfallen.	380.800	380.800
2.	Umsetzung des Krankenhausgutachtens und Reform der Krankenhausfinanzierung - Laufzeit 2024-2026; Gesamtkosten 1.142.400 EUR - Sowohl in Umsetzung des Gutachtens als auch im Hinblick auf die zu erwartenden bundesrechtlichen Änderungen der Krankenhausfinanzierung ist ein neuer Krankenhausplan zu erstellen und die Planung letztlich auch umzustellen. Dies bedarf der Einbindung aller Akteure, einschließlich der regionalen, mit dem Ziel einen möglichst breiten Konsens zu schaffen. Beispielhaft ist die Begleitung und Unterstützung von folgenden Themen angedacht: - Unterstützung bei der Einbindung der Akteure in den Prozess der Erstellung eines neuen Krankenhausplans (- Rahmenvorgaben, Evaluation der LQVen und der weiteren Nutzung des Konzepts sowie die Qualitätsvorgaben in den Leistungsgruppen; - Festlegung versorgungsrelevanter Krankenhäuser, Zentralisierung von Leistungsgruppen; - Unterstützung bei aktuellen Fragen z.B. Krisen bei Krankenhäusern und ggf. Leistungsverlagerungen; - Begleitung von Regionalkonferenzen zur Vorbereitung eines neuen Krankenhausplans). Der bereits in 2024 abgeschlossene Beratervertrag soll in 2027 fortgesetzt werden. Der Vertragsschluss ist für 2026 vorgesehen. Der fortzusetzende Beratervertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 1.317.700 Euro vor. Die Gesamtausgaben teilen sich so auf, dass 479.900 Euro für 2027, 418.900 Euro für 2028 und 418.900 Euro für 2029 vorgesehen sind.	0	0
	Gesamt:	380.800	380.800

631 66	312	Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

671 66	312	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	248.300	862.600	820.400
			170.402	2.720.300	0

*** Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	45.800				45.800
2026			820.400		820.400
2027			633.300		633.300
2028			633.300		633.300
2029 ff.			633.300		633.300
Summen	45.800		2.720.300		2.766.100

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 66

Erläuterungen:

Kostenerstattungen an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Umsetzung des Förderprogramms nach dem Krankenhauszukunftsgesetz (§ 14a KHG).

Gemäß dem Referentenentwurf zum Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) werden ab dem 1.1.2026 Investitionsmaßnahmen durch einen Transformationsfonds gefördert, für deren Umsetzung die IB beauftragt wird.

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

682 66	312	Zuschüsse an kommunale Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 2 KHG	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0513 Titel 684 66.

684 66	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige und private Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 2 KHG	1.080.000	0	0
			937.546	0	0

Erläuterungen:

Die bisher im Titel 682 66 und 684 66 veranschlagten Fördermittel gem. § 9 Abs. 2 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG) für Miet-, Pacht- und Nutzungsverträge von Tageskliniken werden ab dem Haushaltsjahr 2025 im Titel 684 71 veranschlagt.

891 66	312	Zuschüsse an öffentliche Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 1 KHG	18.427.000	23.007.100	23.017.200
			4.879.491	31.514.800	63.333.200

*** Vgl. Haushaltsvermerk bei Kapitel 0513 Titel 359 66.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		28.307.100			28.307.100
2026		12.679.400	16.467.200		29.146.600
2027		1.700.000	10.947.600	8.333.300	20.980.900
2028			4.100.000	21.666.600	25.766.600
2029 ff.				33.333.300	33.333.300
Summen		42.686.500	31.514.800	63.333.200	137.534.500

Erläuterungen:

Die in 2024 ausgebrachte VE zu Lasten der folgenden Jahre wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Rechtsgrundlage der Leistungen ist § 9 Abs.1 KHG, wonach Krankenhäuser einen Anspruch auf Investitionsförderung haben. Die zu finanzierenden Maßnahmen sind durch rechtskräftige Fördermittelbescheide sowie durch Beschluss der Landesregierung über Investitionsprogramme für Krankenhäuser des Landes Sachsen-Anhalt zur Umsetzung der Krankenhausstrukturfonds I und II untersetzt.

Darüber hinaus werden weitere strukturverbessernde Maßnahmen aus dem Strukturfonds II nach dem PpSG und dem Krankenhauszukunftsfonds nach KHZG durch Bund und Länder gefördert.

Gemäß dem Entwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) werden zudem ab dem 1.1.2026 bestimmte Investitionsmaßnahmen aus dem Transformationsfonds durch Bund und Länder gefördert.

Die Landesmittel zur Umsetzung des Förderprogramms nach dem Krankenhauszukunftsgesetz sind im Sondervermögen Corona veranschlagt.

893 66	312	Zuschüsse an freie gemeinnützige und private Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 1 KHG	52.232.100	27.881.300	38.164.000
			6.342.680	37.738.900	126.666.800

*** Vgl. Haushaltsvermerk bei Kapitel 0513 Titel 359 66.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 66

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		23.357.500			23.357.500
2026		14.088.400	27.738.900		41.827.300
2027			6.000.000	16.666.700	22.666.700
2028			4.000.000	43.333.400	47.333.400
2029 ff.				66.666.700	66.666.700
Summen		37.445.900	37.738.900	126.666.800	201.851.600

Erläuterungen:

Die in 2024 ausgebrachte VE zu Lasten der folgenden Jahre wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

siehe Erläuterung Kapitel 0513 Titel 891 66

919 66	312	Zuführungen an sonstige Rücklagen	0	0	0
			0	0	0

*** Zuführungen an die Rücklage dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Kapitel 0513 Titel 891 66 und 893 66 geleistet werden.

Erläuterungen:

Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO

Entnahmen erfolgen bei Kapitel 0513 Titel 359 66.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	72.368.200	52.131.800	62.382.400
		71.974.000	191.317.700

67 Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 13 Titelgruppe 67.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Umsetzung der Konzeption zivile Verteidigung (KZV) des Bundes und der Länder im Bereich des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes und der vorbeugenden Katastrophenabwehr im Gesundheitswesen auf Grundlage des Beschlusses der Landesregierung über die Regelung zur Bewältigung von Krisenlagen auf Landesebene vom 17.08.1992, geändert durch Beschlüsse vom 21.09.1993 und 06.07.2009. Die Mittel werden auch für die Umsetzung der Nationalen Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen KRITIS-Strategie (2017) im Ressort MS eingesetzt. Die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten entsprechend Infektionsschutzgesetz (IfSG) ist Angelegenheit der Länder. Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Influenza sind im Nationalen Pandemieplan festgeschrieben. Er ist Teil der nationalen Katastrophenvorsorgeplanung. Das Land hat antivirale Medikamente zur Erstversorgung der Bevölkerung eingelagert. Zur nachhaltigen Bekämpfung der Eichen- und Kiefernprozessionsspinner und der Goldafter, von denen eine gesundheitliche Gefahr ausgeht, ist eine Unterstützung der Kommunen (Finanzierung von Biozidanwendungen und mechanischen Bekämpfungsmaßnahmen und dem Einsatz von Nematoden) erforderlich.

514 67	314	Maßnahmen bei zivilen Notständen	0	0	0
			0	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 67

Erläuterungen:

Stärkung der Reaktionsfähigkeit des ÖGD auf bioterroristische Lagen/ Einrichtung von Laboren zur Primärdiagnostik.

534 67	314	Sonstiges	18.800 0	6.000 0	6.000 0

Erläuterungen:

Seminare und Übungen im Bereich des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes (Konzeption zivile Verteidigung (KZV), Krankenhausalarm - und einsatzpläne, Bioterrorismus).

542 67	314	Umsatzsteuer	113.700 111.849	0 0	0 0

Erläuterungen:

Umsatzsteuer für pandemische Influenzaimpfstoffe. Ab dem Haushaltsjahr 2025 sind diese mit den Vertragskosten im Kapitel 0513 Titel 683 67 veranschlagt.

631 67	314	Zuweisungen an den Bund	10.800 98.260	10.800 0	10.800 0

Erläuterungen:

Der Ansatz dient der nationalen Reserve antiviraler Arzneimittel. Er beinhaltet Lagerungs-, Wälzungs-, Entsorgungskosten und Kosten für Stabilitätsprüfungen eingelagerter Wirkstoffe und Arzneimittel.

633 67	314	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.000.000 534.634	1.000.000 0	1.000.000 0

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Eichen- und Kiefernprozessionsspinnern sowie Goldaftern zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren sowie der Intensivierung der Abwehr Eichen- und Kiefernprozessionsspinner- sowie Goldafter- assoziierter Gesundheitsgefahren durch zusätzliche kommunale Bekämpfungsmaßnahmen und der wirksamen Gefahrenabwehr vor Ort.

683 67	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	598.400 588.678	723.700 639.600	723.700 1.184.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	606.300				606.300
2026	393.200		213.200		606.400
2027			213.200	394.900	608.100
2028			213.200	394.900	608.100
2029 ff.				394.900	394.900
Summen	999.500		639.600	1.184.700	2.823.800

Erläuterungen:

Bereitstellungsgebühr für Impfstoffe im Pandemiefall inklusive Umsatzsteuer.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 13 **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 67

	2025	2026
Entgelte (netto):	608.100	608.100
Umsatzsteuer	115.600	115.600
Summe (brutto):	723.700	723.700

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	1.741.700	1.740.500	1.740.500
		639.600	1.184.700

68 **Corona-Pandemie - Aufbau von Impfzentren - Impfstrategie**

Erläuterungen:

Umsetzung der Impfstrategie des Landes Sachsen-Anhalt

511 68	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 57.023	0 0	0 0
534 68	045	Sonstiges	0 320.804	0 0	0 0
631 68	045	Zuweisungen an den Bund	0 1.321.491	0 0	0 0
633 68	045	Erstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte	14.000 737.417	0 0	0 0

Erläuterungen:

Erstattungen der zur Beendigung des Betriebs der Impfzentren und der mobilen Impfteams erforderlichen Personal- und Sachkosten gem. § 7 abs. 2 lit. a der Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Impfverordnung - CoronImpfV).

671 68	045	Erstattungen an Inland	8.000 296.624	0 0	0 0

Erläuterungen:

Erstattungen an die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt nach § 6 Abs 3 der Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Impfverordnung - CoronImpfV).

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	22.000	0	0
		0	0

69 **Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst**

Übertragbar

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Mehrausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen für den Zweck Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) bei Kapitel 1301 Titel 015 01. Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bund und Länder haben am 29.09.2020 den "Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst" beschlossen. In Umsetzung dieses Paktes verbessern Bund und Länder, einschließlich Kommunen, jeweils in ihren Zuständigkeitsbereichen nachhaltig die personelle (TGr. 69) sowie die technische und digitale (Titel 633 03) Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Die Stärkung der Personalausstattung hat durch die Schaffung neuer Stellen für Ärztinnen und Ärzte, weiteres Fachpersonal sowie Verwaltungspersonal im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zu erfolgen. Zur Finanzierung stellt der Bund den Ländern über einen Zeitraum bis 2026 Haushaltsmittel über eine geänderte vertikale Umsatzsteuerverteilung zur Verfügung. Die Höhe der hiervon auf Sachsen-Anhalt in 2025/2026 entfallenden Einnahmen im EPI. 13 stehen bislang noch nicht fest.

Für das Kapitel 0513 ist ein VzÄ-Ziel von 0 ausgewiesen. Für die Dauer der vollständigen Drittmittelfinanzierung werden die Bediensteten, deren Bezüge aus der Titelgruppe geleistet werden, nicht auf das VzÄ-Ziel angerechnet. Nach Wegfall der Drittmittelfinanzierung müssen die Ausgaben der Bediensteten aus den Personalkostenbudgets der jeweiligen Beschäftigungsbehörde geleistet werden. Die Planstellen und Stellen sind dann umzusetzen. Es erfolgt dann eine Anrechnung auf das jeweilige VzÄ-Ziel der Beschäftigungsbehörde.

422 69	314	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 141.993	0 0	0 0
428 69	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 306.415	0 0	0 0
533 69	314	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
547 69	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 3.127	0 0	0 0
631 69	314	Zuweisungen an den Bund	0 0	0 0	0 0
632 69	314	Zuweisungen an Länder	0 186.097	0 0	0 0
633 69	314	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 11.824.223	0 0	0 0
682 69	314	Zuschüsse an das Landesamt für Verbraucherschutz	0 4.468	0 0	0 0
685 69	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
916 69	314	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0 0	0 0	0 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	0	0	0
		0	0

70 Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und des Maßregelvollzugs des Landes Sachsen-Anhalt

Erläuterungen:

Gemäß § 37 des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für Personen mit einer psychischen Erkrankung des Landes Sachsen-Anhalt (PsychKG LSA) vom 14.10.2020, GVBl. LSA Nr. 35/2020 und § 42 des Maßregelvollzugsgesetzes (MVollzG LSA) vom 21.10.2010, GVBl. LSA 2010, 510, wird ein Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und des Maßregelvollzugs gebildet. Gemäß § 37 PsychKG LSA und § 42 MVollzG LSA wurden 69 Mitglieder in den Ausschuss und in die Besuchskommissionen berufen. Deren Aufwandsentschädigungen richten sich nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) i.d.F. vom 25.06.2021.

526 70	314	Ausgaben für Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und des Maßregelvollzugs des Landes Sachsen-Anhalt	50.000	50.000	51.000
			49.994	0	0

547 70	314	Nicht aufteilbare sächl. Verwaltungsausgaben	4.000	5.000	5.100
			4.000	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	54.000	55.000	56.100
		0	0

71 Investitionen des Landes Sachsen-Anhalt zur Einzelförderung der Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 1 und 2 KHG

Übertragbar

**** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.**

Erläuterungen:

Rechtsgrundlage der Leistungen ist § 9 KHG, wonach die Krankenhäuser einen Anspruch auf Investitionsförderung haben.

In dieser Titelgruppe sind nur Maßnahmen veranschlagt, die ausschließlich aus Landesmitteln gefördert werden.

682 71	312	Zuschüsse an kommunale Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 2 KHG	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Kapitel 0513 Titel 684 71.

684 71	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige und private Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 2 KHG	0	1.145.000	1.168.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Fördermittel gem. § 9 Abs. 2 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG).

Bis zum Haushaltsjahr 2024 sind die Ausgaben im Titel 682 66 bzw. 684 66 veranschlagt worden.

891 71	312	Zuschüsse an kommunale Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 1 und 2 KHG	0	4.500.000	9.900.000
			0	0	7.500.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 71

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				2.500.000	2.500.000
2028				2.500.000	2.500.000
2029 ff.				2.500.000	2.500.000
Summen				7.500.000	7.500.000

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel dienen der Umsetzung von Erhaltungs-, Sanierungsmaßnahmen sowie Sicherstellungsmaßnahmen.

893 71	312	Zuschüsse an freie gemeinnützige und private Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 1 und 2 KHG	0	0	0
			0	0	16.500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				5.500.000	5.500.000
2028				5.500.000	5.500.000
2029 ff.				5.500.000	5.500.000
Summen				16.500.000	16.500.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Kapitel 0513 Titel 891 71.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	0	5.645.000	11.068.000
		0	24.000.000

73 Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die

- institutionelle Förderung der Landesstelle für Suchtfragen,
- Förderung der Fachstellen für Suchtprävention sowie
- Teilnahme der anerkannten Drogen- und Suchtberatungsstellen am Dokumentationssystem EBIS.

684 73	314	Zuschüsse an die Landesstelle für Suchtfragen	288.600	301.600	307.000
			231.253	312.600	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 73

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		293.000			293.000
2026		298.800			298.800
2027			312.600		312.600
2028					
2029 ff.					
Summen		591.800	312.600		904.400

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesstelle für Suchtfragen

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	215.400	273.200	293.800	299.600
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	61.200	84.800	84.300	85.400
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	121.500	138.100	138.100	138.100
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	398.100	496.100	516.200	523.100
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	15.100	13.600	14.400	14.700
Mithin Fehlbetrag:	383.000	482.500	501.800	508.400
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	229.800	288.600	301.600	307.000
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	160.700	193.900	200.200	201.400
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	390.500	482.500	501.800	508.400

Die Differenz von 7.500 € im Jahr 2023 werden als nicht verbrauchte Mittel im Haushaltsjahr 2024 an das Land zurückgezahlt.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 13 **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 73

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 12	0,00	0,00	1,00	1,00
E 11	1,00	1,00	1,50	1,50
E 10	1,00	1,50	0,00	0,00
E 6	1,00	1,00	1,00	1,00
Festgehalt	0,75	0,75	0,75	0,75
Stellenbestand Institution	3,75	4,25	4,25	4,25
Stellenbestand Projektförderung	0,00	0,00	0,00	0,00
Stellenbestand Insgesamt	3,75	4,25	4,25	4,25

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	215.400	273.200	293.800	299.600
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	215.400	273.200	293.800	299.600

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	229.800	288.600	301.600	307.000
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	229.800	288.600	301.600	307.000

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) Institutionelle Förderung	160.700	193.900	200.200	201.400
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	160.700	193.900	200.200	201.400

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.) DRV Mitteldeutschland	42.700	55.800	62.100	63.300
2.) DRV Bund Mitteldeutschland	118.000	138.100	138.100	138.100
Zusammen	160.700	193.900	200.200	201.400

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 73

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v.H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Die Landesstelle für Suchtfragen ist ein Fachausschuss der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege. Die Einrichtung wird institutionell im Rahmen der Anteilsfinanzierung gefördert. Schwerpunkt ist die Koordination der Suchtprävention für das Land Sachsen-Anhalt.

Des weiteren erhält die Landesstelle für die Teilnahme der anerkannten Drogen- und Suchtberatungsstellen am Dokumentationssystem EBIS (Lizenzwerb) ab 2020 eine Vollfinanzierung.

685 73	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	589.900 338.938	589.900 0	589.900 0

Erläuterungen:

Förderung der Fachstellen für Suchtprävention.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73			878.500	891.500 312.600	896.900 0

76 Gesundheitsvor- und Fürsorge

Erläuterungen:

Die Mittel der Titelgruppe 76 sind u.a. für folgende Ausgaben vorgesehen:

- Aus- und Fortbildung Pharmazie
- Landesgesundheitskonferenz, Landesarbeitsschutzkonferenz
- Aufwandsentschädigung für Patientenvertretung im gemeinsamen Landesgremium nach § 90a Abs. 2 SGB V
- Todesursachenstatistik; Kostenerstattungen nach dem BestattG
- Allianz für Allgemeinmedizin
- Landesanteil an den Arzneimittelinformationssystemen des Bundes (AMIS, PharmNet)
- Zuweisungen an das Substitutionsregister
- Zuweisung an das Gemeinsame Giftinformationszentrum der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
- Zuweisung an das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP)
- Zahlungen an das Deutsche Kinderkrebsregister (DKKR)
- Zahlungen an das Klinische Krebsregister Sachsen-Anhalt, Krebsberatungsstellen
- Norddeutschen Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege (NDZ)
- Zuweisungen an die Akademie für das öffentliche Gesundheitswesen
- Elektronisches Gesundheitsberuferegister (eGBR)
- Kostenerstattung an die Apotheker- und Ärztekammer und Kassenärztliche sowie Kassenzahnärztliche Vereinigung
- Maßnahmen der Gruppenprophylaxe zur Verhütung von Zahnerkrankungen für Kinder
- Land- und Amtsarztgesetz sowie Landzahnarztquote
- Stipendien für Studierende der Zahnmedizin
- Ausgaben des Fehlbildungsmonitorings und Durchführung der Herzwoche
- Mitteldeutsches Kompetenznetz Seltene Erkrankungen
- Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion
- Vorhaltekosten zur Unterbringung und Versorgung von Patienten mit hochinfektiösen Krankheiten, Sicherstellung der Absonderung nach IfSG

525 76	314	Aus- und Fortbildung Pharmazie	30.500 29.516	31.200 0	31.900 0

Erläuterungen:

Kosten für die Aus- und Fortbildung der mit der Aufsicht/ Überwachung der Arzneimittelherstellung, Heilmittelwerbung und Apothekenüberwachung befassten Bediensteten der Landesverwaltung i.S.d. § 8 AMGvVw.

533 76	314	Dienstleistungen Außenstehender	18.000 18.000	22.000 0	22.000 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 76

Erläuterungen:

Ausrichtung der 10. Landesgesundheitskonferenz 2025 im Rahmen der strategischen Steuerung des Gesundheitszieleprozesses.

Ausrichtung der 6. Landesarbeitsschutzkonferenz 2026 im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA).

534 76	314	Sonstiges	74.500 69.713	84.500 0	84.500 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
a.)	Allianz für Allgemeinmedizin	30.000	30.000	30.000	30.000
b.)	Bestattungsgesetz	50	4.200	4.200	4.200
c.)	Gemeinsames Landesgremium gem. § 90a SGB V	0	300	300	300
d.)	Herzwochen Sachsen-Anhalt - Kampagne "Sachsen-Anhalt gegen Herzinfarkt"	39.664	40.000	50.000	50.000
Zusammen		69.714	74.500	84.500	84.500

631 76	314	Zuweisungen an den Bund	4.500 4.465	4.500 0	4.500 0

Erläuterungen:

Kostenerstattung des Landes für die Nutzung der vom Bund bereitgestellten Arzneimittel-Informationssysteme (AMIS-Datenbanken/PharmNet).

632 76	314	Zuweisungen an Länder	840.900 343.485	914.000 0	947.900 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
a.)	Substitutionsregister	11.781	11.700	12.000	12.300
b.)	Gemeinsames Giftinformationszentrum	232.894	344.000	275.300	282.100
c.)	Geschäftsstelle für den Nationalen Impfplan	3.852	4.100	4.400	4.400
d.)	Deutsches Kinderkrebsregister	9.674	10.000	10.200	10.500
e.)	Elektronisches Gesundheitsberuferegister	0	2.900	30.000	30.000
f.)	Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen	85.284	138.000	110.000	120.000
g.)	Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege	0	20.000	20.000	20.000
h.)	Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen	0	310.200	295.900	310.000
i.)	St. Georg Klinikum Sonderisolerstation und Infektionsrettungswagen (I-RTW)	0	0	39.000	39.000
j.)	Tuberkulose- Absonderungseinrichtung am Bezirksklinikum Obermain	0	0	117.200	119.600
Zusammen		343.485	840.900	914.000	947.900

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 76

Die unter den Buchstaben i.) und j.) veranschlagten Haushaltsmitteln waren bis zum Haushaltsjahr 2024 im Kapitel 0513 Titel 812 76 veranschlagt. Da es sich hierbei jedoch um Länderzuweisungen handelt, wurde die Veranschlagung bereinigt.

633 76	314	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	28.000 15.400	23.800 0	23.800 0

Erläuterungen:

Kostenerstattung an die Landkreise und kreisfreien Städte für gesundheitliche Beratung nach § 10 ProstSchG durch die Gesundheitsämter gem. § 5 Abs. 1 ProstSchG-AG LSA

671 76	314	Erstattungen an Inland	164.600 162.127	298.500 0	249.200 0

*** Abweichend von § 35 Abs.1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

- a) Kostenerstattung an die Apothekerkammer Sachsen-Anhalt für die Durchführung der Unterrichtsveranstaltungen für Studierende im Pharmaziepraktikum gemäß § 4 Abs. 4 der Approbationsordnung
- b) Kostenerstattung an die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt für die zuständige Stelle nach Land- und Amtsarztgesetz Sachsen-Anhalt (LAAG LSA)
- c) Pauschale Kostenerstattung an die Ärztekammer Sachsen-Anhalt für die Gutachterstelle für freiwillige Kastrationen und andere Behandlungsmethoden des Landes Sachsen-Anhalt gem. § 15 Abs. 3 GutachtStKastrG-LSA
- d) Kostenerstattung an die Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt zur Umsetzung der Landzahnarztquote.

		Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
a.)	Kostenerstattung an die Apothekerkammer Sachsen-Anhalt	49.300	49.300	49.300	49.300
b.)	Kostenerstattung an die Kassenärztliche Vereinigung	105.327	107.800	110.300	112.500
c.)	Kostenerstattung an die Ärztekammer	7.500	7.500	7.500	7.500
d.)	Kostenerstattung an die Kassenzahnärztliche Vereinigung			131.400	79.900
Zusammen		162.127	164.600	298.500	249.200

681 76	314	Zuschüsse für Maßnahmen der assistierten Reproduktion	392.200 235.950	236.000 100.000	236.000 100.000

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 13 Titel 231 76.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		200.000			200.000
2026			100.000		100.000
2027				100.000	100.000
2028					
2029 ff.					
Summen		200.000	100.000	100.000	400.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 76

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt und der Bund gewähren Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion an Ehepaare und Paare in nichtehelicher Lebensgemeinschaft bereits ab der ersten förderfähigen medizinischen Behandlung gem. nachfolgender Rechtsgrundlagen:

Richtlinie des Landes über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion vom 16.06.2010, MBL.LSA S 376, zuletzt geändert durch Erl. vom 6.12.2017, MBL.LSA S. 112.

Richtlinie des BMFSFJ über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion vom 29.3.2012, zuletzt geändert am 23.12.2015.

Zur Umsetzung der Richtlinie des BMFSFJ wurde mit dem Land Sachsen-Anhalt eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen, zuletzt geändert am 29.10.2020.

684 76	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	154.600	178.600	191.100
			154.600	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
a.)	Zahnmedizinische Gruppenprophylaxe	70.600	70.600	70.600	70.600
b.)	Krebsberatungsstellen	84.000	84.000	108.000	120.500
Zusammen		154.600	154.600	178.600	191.100

685 76	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	583.200	785.400	949.000
			341.763	3.290.800	720.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	333.700				333.700
2026	340.300		503.700		844.000
2027			904.900	160.000	1.064.900
2028			927.000	160.000	1.087.000
2029 ff.			955.200	400.000	1.355.200
Summen	674.000		3.290.800	720.000	4.684.800

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
a.)	Fehlbildungsmonitoring	320.823	325.200	333.700	340.300
b.)	Gesundheitsziele.de	674	700	0	0
c.)	Regionales Herzinfarktregister Sachsen-Anhalt (eRHESA)	0	232.800	0	0
d.)	Krebsberatungsstellen	20.266	24.500	24.500	25.000
e.)	Schuleingangsbezogenes Entwicklungsscreening (SEBES)			65.300	86.800
f.)	Mitteldeutsches Kompetenznetz Seltene Erkrankungen (MKSE)			256.900	256.900
g.)	Zukunftsgesundheitskongress			25.000	
h.)	Stipendien für Studierende der Zahnmedizin			80.000	240.000
Zusammen		341.763	583.200	785.400	949.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 76	314	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1.780.300	1.756.400	1.810.400
			951.123	0	0

 ** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen
 oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Klinisches Krebsregister Sachsen-Anhalt nach KRG LSA

812 76	314	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	116.100	0	0
			155.054	0	0

Erläuterungen:

Die bisher veranschlagten Haushaltsmittel werden ab dem Haushaltsjahr 2025 im Kapitel 0513 Titel 632 76 veranschlagt. Es handelt sich um Erstattungen an Ländereinrichtungen und nicht um Investitionen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 76	4.187.400	4.334.900	4.550.300
		3.390.800	820.000

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 13 **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	213.400	53.800	53.800
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	25.406.200	61.700	61.700
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	31.175.800	21.669.000	23.869.400
Gesamteinnahme		56.795.400	21.784.500	23.984.900

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0 0	0 0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.324.700	629.500 200.000	631.300 1.317.700
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	35.826.500	11.770.500 9.547.600	12.240.300 2.004.700
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	92.652.100	99.142.100 69.253.700	101.081.200 214.000.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		0	0
Gesamtausgabe		129.803.300	111.542.100	113.952.800
Gesamtsumme der VE			79.001.300	217.322.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-73.007.900	-89.757.600	-89.967.900

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Am 19. Dezember 2019 wurde das Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts im Bundesgesetzblatt verkündet. Damit wurde zum 1. Januar 2024 ein neues Sozialgesetzbuch, das SGB XIV - Soziale Entschädigung -, geschaffen (BGBl. I S. 2652 (Nr. 50)), welches zuletzt durch Artikel 10 und 11 des Gesetzes vom 22.12.2023 (BGBl. I Nr. 408) geändert wurde.

Durch das SGB XIV wurde das Soziale Entschädigungsrecht transparent und klar strukturiert. Die Soziale Entschädigung unterstützt Menschen, die durch ein schädigendes Ereignis, für das die staatliche Gemeinschaft eine besondere Verantwortung trägt, eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, bei der Bewältigung der dadurch entstandenen Folgen.

Der Anwendungsbereich des neuen SGB XIV umfasst schädigende Ereignisse, die bisher im BVG, OEG, ZDG und IfSG geregelt waren. Zudem änderte das Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts das HHG, StrRehaG, VwRehaG, AntiDHG und UntAbschlG dahingehend, dass die Vorschriften des SGB XIV entsprechende Anwendung finden.

Die Trennung zwischen Fürsorge- und Versorgungsleistungen ist aufgehoben worden, so dass die Leistungen nach SGB XIV in einem Kapitel zusammengeführt wurden. Die bisherigen Kapitel 0510 und Kapitel 0511 sind ab dem Haushaltsjahr 2024 in dem neuen Kapitel 0514 zusammengeführt.

Wie bereits bei den Fürsorgeleistungen aus dem bisherigen Kapitel 0510, werden die Leistungen nach dem SGB XIV vom Land vorfinanziert. Der Bund erstattet danach seinen gesetzlich festgelegten Anteil an den vom Land geleisteten Zahlungen.

Übersicht über die Kostenträgerschaft

Gesetz	Anteil des Kostenträgers	
	Sachsen-Anhalt	Bund
SGB XIV § 13 (Neu-Wechselfälle) Land Geldleistungen	60 v.H.	40 v.H.
SGB XIV § 13 (Neu-Wechselfälle) Land Sachleistungen	100 v.H.	-
SGB XIV §§ 13,15 (Neu-Wechselfälle) Bund	-	100 v.H.
SGB XIV 23.Kap. (Besitzstandsfälle) - OEG	78 v.H.	22 v.H.
SGB XIV § 24 (Neu-Wechselfälle)	100 v.H.	-
SGB XIV 23.Kap. (Besitzstandsfälle) - IfSG	100 v.H.	-
SGB XIV § 21 (Neu-Wechselfälle)	-	100 v.H.
SGB XIV 23.Kap. (Besitzstandsfälle) - BVG	5,5 v.H.	94,5 v.H.
SGB XIV § 23 (Neu-Wechselfälle)	-	100 v.H.
SGB XIV 23.Kap. (Besitzstandsfälle) - ZDG	-	100 v.H.
HHG (Neu-Wechselfälle)	-	100 v.H.
HHG i.V.m. SGB XIV 23.Kap. (Besitzstandsfälle)	5,5 v.H.	94,5 v.H.
VwRehaG (Neu-Wechselfälle)-Geldleistungen	40 v.H.	60 v.H.
VwRehaG (Neu-Wechselfälle)-Sachleistungen	100 v.H.	-
VwRehaG i.V.m. SGB XIV 23. Kapitel (Besitzstandsfälle)	43 v.H.	57 v.H.
StrRehaG §§ 21,22 (Neu-Wechselfälle)	35 v.H.	65 v.H.
StrRehaG (Besitzstandsfälle)-Geldleistungen	35 v.H.	65 v.H.
StrRehaG (Besitzstandsfälle)-Sachleistungen	100 v. H.	-
UntAbschlG	100 v.H.	-
AntiDHG § 2 - Krankenbehandlung	100 v.H.	-
StrRehaG §§ 6, 17, 17a	35 v.H.	65 v.H.

Gesetz	Anteil des Kostenträgers		
	Sachsen-Anhalt	Bund	alte BL
AntiDHG §§ 3, 4, 13 – finanzielle Hilfen	37,6 v.H.	50 v.H.	12,4 v.H.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

119 41	241	Rückzahlungen von Überzahlungen	32.000 0	36.000	36.000

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0514 Titel 631 02

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen, bei denen eine Absetzung von der Ausgabe nicht zulässig, nicht möglich oder unzumutbar ist.

119 46	241	Ersatzleistungen nach § 120 SGB XIV	228.900 0	234.500	234.500

Erläuterungen:

Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen in Fällen nach § 120 Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch - Soziale Entschädigung (SGB XIV).

182 01	241	Darlehensrückflüsse KOF - Altdarlehen -	3.000 0	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0514 Titel 631 03.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des OEG und des ZDG in Verbindung mit §§ 26 ff. BVG zu gewährenden Darlehen. Es handelt sich hierbei um sogenannte Altfälle; die ausgereichten Darlehen wurden bis zum 31.12.2023 vollständig getilgt.

182 02	241	Darlehensrückflüsse - § 21 SGB XIV (Kriegsopfer), § 23 SGB XIV (Zivildienstgeschädigte), HHG, StrRehaG, VwRehaG	600 0	1.200	1.200

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0514 Titel 631 04.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des § 21 SGB XIV (für Kriegsopfer), des § 23 SGB XIV (für Zivildienstgeschädigte), HHG, StrRehaG und VwRehaG zu gewährenden Darlehen.

182 03	241	Darlehensrückflüsse - § 13 SGB XIV (Gewaltopfer)	3.000 0	6.000	8.400

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 05.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des § 13 SGB XIV (für Gewaltopfer) zu gewährende Darlehen.

182 04	241	Darlehensrückflüsse - § 24 SGB XIV (Impfgeschädigte)	600 0	1.200	1.200

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des § 24 SGB XIV (für Impfgeschädigte) zu gewährende Darlehen.

231 01	241	Zuweisungen des Bundes für Aufwendungen im Sozialen Entschädigungsrecht nach SGB XIV	10.070.600 0	8.214.400	8.387.200

Erläuterungen:

Nach § 133 SGB XIV erstattet der Bund dem Land 40 v.H. der Geldleistungen, die dem Land für Fälle nach § 13 SGB XIV entstehen. Weiterhin erstattet der Bund dem Land 100 v.H. der Leistungen, die dem Land für Fälle nach §§ 15, 21, 23 SGB XIV entstanden sind.

Nach § 155 Abs. 1 SGB XIV erstattet der Bund dem Land 100 v.H. der Besitzstandsleistungen nach dem ZDG und 94,5 v.H. der Besitzstandsleistungen nach dem BVG. Nach § 156 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 155 Abs. 1 Nr. 4 SGB XIV erstattet der Bund dem Land 22 v.H. der Besitzstandsleistungen nach dem OEG.

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0514 Titel 681 02, 681 04, 681 05, 681 08, 681 09, 681 10 und 681 11.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

231 02 241 Zuweisungen des Bundes nach § 13 HHG **396.400** **389.300** **396.500**
0

Erläuterungen:

Der Bund erstattet den Ländern nach § 13 HHG 100 v.H. der Ausgaben nach dem HHG (Neu- und Wechselfälle).
Der Bund erstattet den Ländern nach § 155 Abs. 1 SGB XIV 94,5 v.H. der Ausgaben nach dem HHG (Besitzstandsfälle).

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0514 Titel 681 12 und 681 13.

231 03 241 Zuweisungen des Bundes nach § 20 StrRehaG **13.307.800** **13.031.500** **12.821.600**
0

Erläuterungen:

Nach § 20 StrRehaG erstattet der Bund dem Land 65 v.H. der Aufwendungen, die dem Land nach den §§ 6, 17, 17a und 21, 22 StrRehaG (Neu- und Wechselfälle) entstanden sind.
Nach § 155 Abs. 1 Nr. 5 SGB XIV erstattet der Bund dem Land 65 v.H. der Geldleistungen, die dem Land für Fälle nach den §§ 21, 22 StrRehaG (Besitzstandsfälle) entstanden sind.

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0514 Titel 681 17, 681 18, 681 20 und 681 21.

231 04 241 Zuweisungen des Bundes nach § 17 VwRehaG **14.100** **14.300** **14.500**
0

Erläuterungen:

Der Bund erstattet den Ländern nach § 17 VwRehaG 60 v.H. der Ausgaben nach dem VwRehaG (Neu- und Wechselfälle).
Der Bund erstattet den Ländern nach § 156 Abs. 1 Nr. 2 SGB XIV i.V.m. § 155 Abs. 1 Nr. 6 SGB XIV 57 v.H. der Ausgaben nach dem VwRehaG (Besitzstandsfälle).

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0514 Titel 681 14 und 681 16.

231 05 241 Zuweisungen vom Bund nach § 10 Abs. 3 Anti-D-Hilfegesetz **306.900** **310.400** **314.600**
0

Erläuterungen:

Nach § 10 Abs. 3 AntiDHG erstattet der Bund dem Land 50 v.H. der Aufwendungen, die dem Land durch Leistungen nach § 3 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1, §§ 4 und 13 Abs. 1 AntiDHG entstehen.
Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 681 23.

232 01 241 Zuweisungen von den alten Ländern nach § 10 Abs. 3 Anti-D-Hilfegesetz **76.100** **76.900** **78.000**
0

Erläuterungen:

Nach § 10 Abs. 3 AntiDHG erstatten die alten Bundesländer dem Land 12,4 v.H. der Aufwendungen, die dem Land durch Leistungen nach § 3 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1, §§ 4 und 13 Abs. 1 AntiDHG entstehen.
Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 681 23.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	241	Zuweisungen an den Bund - Erstattung von Beiträgen gem. § 52 SGB XIV (Landesanteil) an den Bund	4.400	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 14 Titel 681 02, Kapitel 05 14 Titel 681 03, Kapitel 05 14 Titel 681 04, Kapitel 05 14 Titel 681 05, Kapitel 05 14 Titel 681 06, Kapitel 05 14 Titel 681 07, Kapitel 05 14 Titel 681 08, Kapitel 05 14 Titel 681 09, Kapitel 05 14 Titel 681 10, Kapitel 05 14 Titel 681 11, Kapitel 05 14 Titel 681 12, Kapitel 05 14 Titel 681 13, Kapitel 05 14 Titel 681 14, Kapitel 05 14 Titel 681 15, Kapitel 05 14 Titel 681 16, Kapitel 05 14 Titel 681 17, Kapitel 05 14 Titel 681 18, Kapitel 05 14 Titel 681 19, Kapitel 05 14 Titel 681 20, Kapitel 05 14 Titel 681 21, Kapitel 05 14 Titel 681 22, Kapitel 05 14 Titel 681 23, Kapitel 05 14 Titel 681 24, Kapitel 05 14 Titel 863 01, Kapitel 05 14 Titel 863 02 und Kapitel 05 14 Titel 863 03.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bislang hat das Land dem Bund den Landesanteil für die nach § 52 SGB XIV entrichteten Beiträge Arbeitsförderung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Alterssicherung für Zeiten des Bezugs von Krankengeld erstattet. Ab 2024 erfolgt die Entrichtung der Beiträge direkt aus dem Landeshaushalt; der Bund leistet nicht mehr vor. Die Erstattung an den Bund entfällt.

631 02	241	Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem StrRehaG	20.800	23.400	23.400
			0	0	0

Übertragbar

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 65 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 0514 Titel 119 41. Mehrausgaben dürfen i.H.v. 65 v.H. der Mehreinnahmen bei Kapitel 0514 Titel 119 41 geleistet werden.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach den §§ 6, 17, 17a StrRehaG trägt der Bund 65 v.H. der Ausgaben, die dem Land durch diese Leistungen entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0514 Titel 119 41 sind 65 v.H. an den Bund zu erstatten.

631 03	241	Abführung von Darlehensrückflüssen an den Bund - Altfälle	3.000	0	0
			0	0	0

Übertragbar

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 94 v.H. (BVG), bis zu 100 v.H. (ZDG), bis zu 22 v.H. (OEG) der Ist-Einnahmen bei Kapitel 0514 Titel 182 01.

Erläuterungen:

Der Bund trägt Anteile der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach den entsprechenden Gesetzen entstehen:

Bundesanteil BVG: 94 v.H.
 Bundesanteil ZDG: 100 v.H.
 Bundesanteil OEG: 22 v.H.

Bei Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0514 Titel 182 01 sind entsprechend die Bundesanteile an den Bund zu erstatten.

631 04	241	Abführung von Darlehensrückflüssen an den Bund - § 21 SGB XIV (Kriegsopfer), § 23 SGB XIV (Zivildienstgeschädigte), HHG, StrRehaG, VwRehaG	600	1.200	1.200
			0	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 04

Übertragbar

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 100 v.H. (§§ 21, 23 SGB XIV, HHG), bis zu 65 v.H. (StrRehaG), bis zu 60 v.H. (VwRehaG) der Ist-Einnahmen bei Kapitel 0514 Titel 182 02.

Erläuterungen:

Der Bund trägt Anteile der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach den entsprechenden Gesetzen entstehen:

Bundesanteil § 21 SGB XIV (Kriegsopfer): 100 v.H.
 Bundesanteil § 23 SGB XIV (Zivildienstgeschädigte): 100 v.H.
 Bundesanteil HHG: 100 v.H.
 Bundesanteil StrRehaG: 65 v.H.
 Bundesanteil VwRehaG: 60 v.H.

Bei Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0514 Titel 182 02 sind entsprechend die Bundesanteile an den Bund zu erstatten.

631 05	241	Abführung von Darlehensrückflüssen an den Bund - § 13 SGB XIV (Gewaltopfer)	1.200 0	2.400 0	3.400 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 40 v.H. der Ist-Einnahmen bei Kapitel 05 14 Titel 182 03.

Erläuterungen:

Der Bund trägt Anteile der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach den entsprechenden Gesetzen entstehen:

Bundesanteil § 13 SGB XIV (Gewaltopfer): 40 v.H.

Bei Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0514 Titel 182 03 sind entsprechend 40 v.H. der Einnahmen an den Bund zu erstatten.

681 02	241	Geldleistungen für Opfer von Gewalttaten (Landesfälle) nach § 13 SGB XIV (Neu- und Wechselfälle)	1.983.900 0	2.067.100 0	2.094.100 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach § 13 SGB XIV (Neu- und Wechselfälle) für Personen, die infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen Angriffs oder durch dessen rechtmäßige Abwehr (körperliche Gewalttat) oder durch ein sonstiges vorsätzliches, rechtswidriges, unmittelbar gegen die freie Willensentscheidung einer Person gerichtetes schwerwiegendes Verhalten (psychische Gewalttat) eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben.

Leistungskatalog nach § 3 Nr. 2 - Nr. 9 SGB XIV: Hiernach werden insbesondere Entschädigungszahlungen, Berufsschadensausgleich, Leistungen zur Teilhabe, besondere Leistungen im Einzelfall und die Krankenbehandlungskosten, die nicht zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, und aus dem Titel 681 03 werden die Krankenbehandlungskosten, die zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, geleistet.
 Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 01.

681 03	241	Sachleistungen für Opfer von Gewalttaten (Landesfälle) nach § 13 SGB XIV (Neu- und Wechselfälle)	133.800 0	5.443.700 0	6.185.400 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Sh. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 681 02

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

681 04	241	Geld- und Sachleistungen für Opfer von Gewalttaten (Bundesfälle) nach §§ 13, 15 SGB XIV (Neu- und Wechselfälle)	19.800 0	20.200 0	20.600 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach §§ 13 und 15 SGB XIV (Bundesfälle-Neu- und Wechselfälle) für Personen, die infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen Angriffs oder durch dessen rechtmäßige Abwehr (körperliche Gewalttat) oder durch ein sonstiges vorsätzliches rechtswidriges, unmittelbar gegen die freie Willensentscheidung einer Person gerichtetes schwerwiegendes Verhalten (psychische Gewalttat) eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben.
Der Geschädigte hatte zur Tatzeit den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Geltungsbereich dieses Buches hatte oder die Schädigung auf einem deutschen Schiff, einem deutschen Luftfahrzeug oder an einem Ort im Ausland eingetreten ist.
Leistungskatalog nach § 3 Nr. 2 - Nr. 9 SGB XIV: Hiernach werden insbesondere Entschädigungszahlungen, Berufsschadensausgleich, Leistungen zur Teilhabe, besondere Leistungen im Einzelfall und die Krankenbehandlungskosten gezahlt.

Der Bund erstattet 100 v.H. der Leistungen.
Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 01.

681 05	241	Geld- und Sachleistungen für Opfer von Gewalttaten nach dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle)	2.928.700 0	7.298.400 0	7.826.100 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle) für Personen, die nach § 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (Opferentschädigungsgesetz - OEG) infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen Angriffs oder durch dessen rechtmäßige Abwehr eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des SGB XIV und die am 31.12.2023 Anspruch auf Leistungen nach dem OEG hatten. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen eines Geschädigten.

Die Besitzstandsleistung beinhaltet im Wesentlichen, dass die am 31.12.2023 zustehende Geldleistung nach § 144 Abs. 1 Satz 3 SGB XIV einmalig um 25 v.H. erhöht wird und nach § 145 SGB XIV erbrachte Leistungen (ehemalige KOF-Leistungen) in zustehender Höhe weitergezahlt werden.

Die Leistungen werden nach § 150 SGB XIV regelmäßig entsprechend der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst. Daneben stehen nach § 143 SGB XIV Leistungen der Krankenbehandlung weiter zu.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 01.

681 06	241	Leistungen im Rahmen des Infektionsschutzrechts nach § 24 SGB XIV (Neu- und Wechselfälle)	99.600 0	280.700 0	283.400 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach § 24 SGB XIV (Neu- und Wechselfälle) für Personen, die durch eine Schutzimpfung nach § 2 Nummer 9 des Infektionsschutzgesetzes oder durch eine andere Maßnahme der spezifischen Prophylaxe nach § 2 Nummer 10 des Infektionsschutzgesetzes einen Schaden erlitten haben.

Leistungskatalog nach § 3 Nr. 2 - Nr. 9 SGB XIV: Hiernach werden insbesondere Entschädigungszahlungen, Berufsschadensausgleich, Leistungen zur Teilhabe und besondere Leistungen im Einzelfall gezahlt.

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0514 Titel 681 07

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

681 07	241	Leistungen im Rahmen des Infektionsschutzrechts nach dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle)	2.231.100 0	3.536.400 0	3.607.600 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach dem 23. Kapitel des SGB XIV (Besitzstandsfälle) für Personen, die durch eine Schutzimpfung nach § 2 Nummer 9 des Infektionsschutzgesetzes oder durch eine andere Maßnahme der spezifischen Prophylaxe nach § 2 Nummer 10 des Infektionsschutzgesetzes einen Schaden erlitten haben und die am 31.12.2023 Anspruch auf Leistungen nach § 60 IfSG hatten.

Die Besitzstandsleistung beinhaltet im Wesentlichen, dass die am 31.12.2023 zustehende Geldleistung nach § 144 Abs. 1 Satz 3 SGB XIV einmalig um 25 v.H. erhöht wird und nach § 145 SGB XIV erbrachte Leistungen (ehemalige KOF-Leistungen) in zustehender Höhe weitergezahlt werden.

Die Leistungen werden nach § 150 SGB XIV regelmäßig entsprechend der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst.

Daneben stehen nach § 143 SGB XIV Leistungen der Krankenbehandlung weiter zu.

681 08	241	Leistungen für Kriegsoffer nach § 21 SGB XIV (Neu- und Wechselfälle)	5.641.200 0	1.958.100 0	1.980.000 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach § 21 SGB XIV (Neu- und Wechselfälle) für Personen, die durch Auswirkungen kriegsgerichtlicher Vorgänge im Zusammenhang mit einem der beiden Weltkriege eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben.

Leistungskatalog nach § 3 Nr. 2 - Nr. 9 SGB XIV: Hiernach werden insbesondere Entschädigungszahlungen, Berufsschadensausgleich, Leistungen zur Teilhabe, besondere Leistungen im Einzelfall und die Krankenbehandlungskosten geleistet.

Der Bund erstattet dem Land 100 v.H. der Ausgaben.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 01.

681 09	241	Leistungen für Kriegsoffer nach dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle)	2.891.300 0	3.763.500 0	3.784.400 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle) für Personen, die nach § 1 Bundesversorgungsgesetz durch Auswirkungen kriegsgerichtlicher Vorgänge im Zusammenhang mit einem der beiden Weltkriege eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des SGB XIV und die am 31.12.2023 Anspruch auf Leistungen nach dem BVG hatten. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen eines Geschädigten.

Die Besitzstandsleistung beinhaltet im Wesentlichen, dass die am 31.12.2023 zustehende Geldleistung nach § 144 Abs. 1 Satz 3 SGB XIV einmalig um 25 v.H. erhöht wird und nach § 145 SGB XIV erbrachte Leistungen (ehemalige KOF-Leistungen) in zustehender Höhe weitergezahlt werden.

Die Leistungen werden nach § 150 SGB XIV regelmäßig entsprechend der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst.

Daneben stehen nach § 143 SGB XIV Leistungen der Krankenbehandlung weiter zu.

Der Bund erstattet dem Land 94,5 v.H. der Ausgaben.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 01.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

681 10	241	Leistungen im Rahmen des Zivildienstrechts nach § 23 SGB XIV (Neu- und Wechselfälle)	45.800 0	40.200 0	40.600 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach § 23 SGB XIV (Neu- und Wechselfälle) für Personen, die nach dem Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer (ZDG) als Dienstpflichtige eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, nach Beendigung des Dienstverhältnisses.

Leistungskatalog nach § 3 Nr. 2 - Nr. 9 SGB XIV: Hiernach werden insbesondere Entschädigungszahlungen, Berufsschadensausgleich, Leistungen zur Teilhabe, besondere Leistungen im Einzelfall und die Krankenbehandlungskosten geleistet.

Der Bund erstattet dem Land 100 v.H. der Ausgaben.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 01.

681 11	241	Leistungen im Rahmen des Zivildienstrechts nach dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle)	193.700 0	207.000 0	210.500 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle) für Personen, die nach dem Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer (ZDG) als Dienstpflichtige eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, nach Beendigung des Dienstverhältnisses wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen, Versorgung in entsprechender Anwendung des SGB XIV und die am 31.12.2023 Anspruch auf Leistungen nach dem ZDG hatten. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen eines Geschädigten.

Die Besitzstandsleistung beinhaltet im Wesentlichen, dass die am 31.12.2023 zustehende Geldleistung nach § 144 Abs. 1 Satz 3 SGB XIV einmalig um 25 v.H. erhöht wird und nach § 145 SGB XIV erbrachte Leistungen (ehemalige KOF-Leistungen) in zustehender Höhe weitergezahlt werden.

Die Leistungen werden nach § 150 SGB XIV regelmäßig entsprechend der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst.

Daneben stehen nach § 143 SGB XIV Leistungen der Krankenbehandlung weiter zu.

Der Bund erstattet dem Land 100 v.H. der Ausgaben.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 01.

681 12	241	Leistungen nach dem HHG (Neu- und Wechselfälle)	92.800 0	99.300 0	101.200 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz für Personen, die als politische Häftlinge in der ehemaligen DDR und in den ehemaligen deutschen Ostgebieten infolge der Inhaftierung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des SGB XIV. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen eines Geschädigten.

Leistungskatalog nach § 3 Nr. 2 - Nr. 9 SGB XIV: Hiernach werden insbesondere Entschädigungszahlungen, Berufsschadensausgleich, Leistungen zur Teilhabe, besondere Leistungen im Einzelfall und die Krankenbehandlungskosten geleistet.

Der Bund erstattet dem Land 100 v.H. der Ausgaben.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 02.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

681 13	241	Leistungen nach dem HHG i.V.m. dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle)	321.300 0	306.900 0	312.500 0

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.
- ** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Leistungen nach dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle) i. V. m. dem Häftlingshilfegesetz für Personen, die als politische Häftlinge in der ehemaligen DDR und in den ehemaligen deutschen Ostgebieten infolge der Inhaftierung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des SGB XIV und die am 31.12.2023 Anspruch auf Leistungen nach dem HHG hatten. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen eines Geschädigten.

Die Besitzstandsleistung beinhaltet im Wesentlichen, dass die am 31.12.2023 zustehende Geldleistung nach § 144 Abs. 1 Satz 3 SGB XIV einmalig um 25 v.H. erhöht wird und nach § 145 SGB XIV erbrachte Leistungen (ehemalige KOF-Leistungen) in zustehender Höhe weitergezahlt werden.

Die Leistungen werden nach § 150 SGB XIV regelmäßig entsprechend der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst.

Daneben stehen nach § 143 SGB XIV Leistungen der Krankenbehandlung weiter zu.

Der Bund erstattet dem Land 94,5 v.H. der Ausgaben.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 02.

681 14	241	Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach §§ 3 und 4 VwRehaG - Geldleistungen (Neu- und Wechselfälle)	19.600 0	19.800 0	20.000 0

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.
- ** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach § 3 des Gesetzes über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG) erhalten Personen, die infolge einer hoheitlichen Maßnahme einer deutschen behördlichen Stelle zur Regelung eines Einzelfalls im Beitrittsgebiet aus der Zeit vom 08.05.1945 bis zum 02.10.1990 (Verwaltungsentscheidung) eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des SGB XIV. Das gleiche gilt nach § 4 VwRehaG für die Hinterbliebenen eines Geschädigten.

Leistungskatalog nach § 3 Nr. 2 - Nr. 9 SGB XIV: Hiernach werden insbesondere Entschädigungszahlungen, Berufsschadensausgleich, Leistungen zur Teilhabe, besondere Leistungen im Einzelfall und die Krankenbehandlungskosten, die nicht zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, und aus dem Titel 681 15 werden die Krankenbehandlungskosten, die zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, geleistet.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 04.

681 15	241	Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach §§ 3 und 4 VwRehaG - Sachleistungen (Neu- und Wechselfälle)	1.200 0	1.300 0	1.300 0

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.
- ** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Sh. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 681 14

681 16	241	Geld- und Sachleistungen nach §§ 3 und 4 VwRehaG i.V.m. dem 23 Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle)	4.100 0	4.300 0	4.400 0

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 16

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Geld- und Sachleistungen nach dem 23. Kapitel SGB XIV i. V. m. § 3 des Gesetzes über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG) für Personen, die infolge einer hoheitlichen Maßnahme einer deutschen behördlichen Stelle zur Regelung eines Einzelfalls im Beitrittsgebiet aus der Zeit vom 08.05.1945 bis zum 02.10.1990 (Verwaltungsentscheidung) eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des SGB XIV und die am 31.12.2023 Anspruch auf Leistungen nach dem VwRehaG hatten. Das gleiche gilt nach § 4 VwRehaG für die Hinterbliebenen eines Geschädigten. Die Besitzstandsleistung beinhaltet im Wesentlichen, dass die am 31.12.2023 zustehende Geldleistung nach § 144 Abs. 1 Satz 3 SGB XIV einmalig um 25 v.H. erhöht wird und nach § 145 SGB XIV erbrachte Leistungen (ehemalige KOF-Leistungen) in zustehender Höhe weitergezahlt werden. Die Leistungen werden nach § 150 SGB XIV regelmäßig entsprechend der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst. Daneben stehen nach § 143 SGB XIV Leistungen der Krankenbehandlung weiter zu.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 04.

681 17	241	Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach §§ 21 und 22 StrRehaG - Geld- und Sachleistungen (Neu- und Wechselfälle)	218.600 0	219.900 0	222.900 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach § 21 des Gesetzes über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) erhalten Personen, die infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des SGB XIV. Das gleiche gilt nach § 22 StrRehaG für die Hinterbliebenen eines Geschädigten.

Leistungskatalog nach § 3 Nr. 2 - Nr. 9 SGB XIV: Hiernach werden insbesondere Entschädigungszahlungen, Berufsschadensausgleich, Leistungen zur Teilhabe, besondere Leistungen im Einzelfall und die Krankenbehandlungskosten geleistet.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 03.

681 18	241	Geldleistungen nach §§ 21, 22 StrRehaG i.V.m. dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle)	213.900 0	172.000 0	174.700 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 18

Erläuterungen:

Nach § 21 des Gesetzes über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) erhalten Personen, die infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des SGB XIV und die am 31.12.2023 Anspruch auf Leistungen nach dem StrRehaG hatten. Das gleiche gilt nach § 22 StrRehaG für die Hinterbliebenen eines Geschädigten. Die Besitzstandsleistung beinhaltet im Wesentlichen, dass die am 31.12.2023 zustehende Geldleistung nach § 144 Abs. 1 Satz 3 SGB XIV einmalig um 25 v.H. erhöht wird und nach § 145 SGB XIV erbrachte Leistungen (ehemalige KOF-Leistungen) in zustehender Höhe weitergezahlt werden.

Die Leistungen werden nach § 150 SGB XIV regelmäßig entsprechend der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst.

Daneben stehen nach § 143 SGB XIV Leistungen der Krankenbehandlung weiter zu, wobei aus dem Titel 681 18 die Krankenbehandlungskosten, die nicht zu Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, und aus dem Titel 681 19 die Krankenbehandlungskosten, die zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, geleistet.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 03.

681 19	241	Sachleistungen nach §§ 21, 22 StrRehaG i.V.m. dem 23. Kapitel SGB XIV (Besitzstandsfälle)	9.000	7.200	7.600
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Sh. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 681 18

681 20	241	Betragsverfahren nach §§ 6 und 17 StrRehaG	672.700	745.000	745.000
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) erhalten Personen, soweit eine strafrechtliche Entscheidung eines staatlichen deutschen Gerichts im Beitrittsgebiet aus der Zeit vom 08. Mai 1945 bis zum 02. Oktober 1990 oder eine außerhalb eines Strafverfahrens ergangene gerichtliche oder behördliche Entscheidung, mit der eine Freiheitsentziehung angeordnet worden ist (u. a. Heimkinder) für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben wurde,

a) eine Erstattung von Geldstrafen, Kosten d. Verfahrens u. notwendiger Auslagen (§ 6) und/oder
b) eine Kapitalentschädigung (§ 17 Abs. 1) und ggf. eine Nachzahlung der Kapitalentschädigung (§ 17 Abs. 5).

Die Antragsfrist des § 7 Abs. 1 StrRehaG ist ab 22.11.2019 aufgehoben worden.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511 Titel 231 03.

681 21	241	Opferpension nach § 17 StrRehaG	19.368.400	18.911.700	18.583.000
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 21

Erläuterungen:

Nach § 17a des Gesetzes über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) erhalten Berechtigte nach § 17 Abs. 1 StrRehaG, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind, eine monatliche besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferpension) i.H.v. monatlich 330 €, wenn sie eine mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbare Freiheitsentziehung von insgesamt mindestens 90 Tagen erlitten haben.

Die Antragsfrist des § 7 Abs. 1 StrRehaG ist ab 22.11.2019 aufgehoben worden.

Vgl. Erläuterungen zu Titel 231 03.

681 22	241	Leistungen nach dem UntAbschlG	458.800	428.100	434.100
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach § 1 des Gesetzes über den Abschluss von Unterstützungen der Bürger der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bei Gesundheitsschäden infolge medizinischer Maßnahmen (Unterstützungsabschlussgesetz - UntAbschlG) erhalten Personen, die durch eine medizinische Betreuungsmaßnahme einen erheblichen Gesundheitsschaden erlitten haben, eine Unterstützung zum Ausgleich der durch die Schädigung bedingten wirtschaftlichen Folgen. Die Unterstützung besteht aus laufenden und einmaligen Zahlungen.

681 23	241	Leistungen nach §§ 3, 4 und 13 Anti-D-Hilfegesetz - finanzielle Hilfen	613.800	620.900	629.200
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (AntiDHG) erhalten Frauen, die infolge einer in den Jahren 1978 und 1979 durchgeführten Anti-D-Immunprophylaxe mitbestimmten Chargen mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert wurden, Krankenbehandlung und finanzielle Hilfen. Das gleiche gilt für Kontaktpersonen und die Hinterbliebenen.

Aus dem Titel 681 23 werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen, Hilfen für Hinterbliebene und Besitzstandszahlungen und aus dem Titel 681 24 Krankenbehandlungskosten geleistet.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 231 05 und Titel 232 01.

681 24	241	Leistungen nach § 2 Anti-D-Hilfegesetz - Krankenbehandlung	229.700	251.400	274.500
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Sh. Erläuterung zu Kapitel 0514 Titel 681 23

681 25	045	Corona-Pandemie - Zahlungen nach § 56 Abs.1a IfSG	350.000	0	0
			557.245	0	0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 14 Titel 681 26.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 14 Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 25

Erläuterungen:

Verdienstausfallentschädigung bei vorübergehender Schul- und Kitaschließung sowie von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und der damit einhergehenden pandemiebedingten Kinderbetreuung nach § 56 Abs. 1 a IfSG sowie Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen und angemessenen Beiträgen zur sozialen Sicherung nach den §§ 57, 58 IfSG bei behördlich angeordneter Absonderung oder Tätigkeitsverbot.
- Erstattungen an Arbeitgeber bei Vorausleistung der Entschädigung
- Gewährung von Entschädigungsleistungen an Selbständige

681 26	045	Corona-Pandemie - Zahlungen nach § 56 Abs. 1 IfSG	2.000.000	50.000	0
			25.017.986	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 681 25.

Erläuterungen:

Verdienstausfallentschädigung (allgemein) nach § 56 Abs. 1 IfSG sowie Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen und angemessenen Beiträgen zur sozialen Sicherung nach den §§ 57, 58 IfSG bei behördlich angeordneter Absonderung oder Tätigkeitsverbot
- Erstattung an Arbeitgeber bei Vorausleistungen der Entschädigung
- Gewährung von Entschädigungsleistungen an Selbständige

681 27	045	Leistungen nach §§ 56 Abs. 1 und 65 Abs. 1 ff IfSG	0	1.000	1.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Verdienstausfallentschädigungen nach § 56 Abs. 1 IfSG wegen Absonderung oder Tätigkeitsverbot und Entschädigung nach § 65 Abs. 1 IfSG zum Ausgleich von Vermögensschäden aufgrund behördlicher Maßnahmen.

863 01	241	Darlehen nach § 21 SGB XIV (Kriegsopfer), § 23 SGB XIV (Zivildienstgeschädigte), HHG, StrRehaG, VwRehaG	1.200	1.200	1.200
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Darlehen werden nach dem SGB XIV 6. Kapitel (Leistungen zur Teilhabe) und dem SGB XIV 11. Kapitel (besondere Leistungen im Einzelfall) erbracht.

863 02	241	Darlehen nach § 13 SGB XIV (Gewaltopfer)	13.200	13.200	13.200
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Darlehen werden nach dem SGB XIV 6. Kapitel (Leistungen zur Teilhabe) und dem SGB XIV 11. Kapitel (besondere Leistungen im Einzelfall) erbracht.

863 03	241	Darlehen nach § 24 SGB XIV (Impfgeschädigte)	1.200	1.200	1.200
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 14 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Darlehen werden nach dem SGB XIV 6. Kapitel (Leistungen zur Teilhabe) und dem SGB XIV 11. Kapitel (besondere Leistungen im Einzelfall) erbracht.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 14 **Soziales Entschädigungsrecht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	268.100	278.900	281.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	24.171.900	22.036.800	22.012.400
Gesamteinnahme		24.440.000	22.315.700	22.293.700

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	40.772.800	46.481.100	47.572.100
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	15.600	15.600	15.600
			0	0
Gesamtausgabe		40.788.400	46.496.700	47.587.700
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-16.348.400	-24.181.000	-25.294.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 16 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben des Kapitels sind übertragbar.

Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0516 Titel 119 02, 232 01, 236 01 und 381 01.

Die Ausgaben des Kapitels 0516 sind gegenseitig deckungsfähig.

Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen (auch aus den Vorjahren) den Ausgaben zu.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0516 beträgt zum 31.12.2025 1 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0516 beträgt zum 31.12.2026 1 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Nach § 274 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) haben die für die Sozialversicherung zuständigen obersten Verwaltungsbehörden der Länder mindestens alle fünf Jahre die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der ihrer Aufsicht unterstehenden Krankenkassen, deren Arbeitsgemeinschaften, der Landesverbände der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigungen sowie die Prüfungsstellen und die Beschwerdeausschüsse nach § 106 SGB V zu prüfen. Gemäß § 281 SGB V sind Prüfungen auch beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung und gemäß § 46 SGB XI bei den landesunmittelbaren Pflegekassen durchzuführen. Darüber hinaus haben Prüfungen gemäß § 252 Abs. 5 SGB V und § 266 SGB V i.V.m. der Prüfordnung Sonstige Beiträge bzw. der RSAV (Gesundheitsfonds und Risikostrukturausgleich) bei den landesunmittelbaren Krankenkassen stattzufinden.

Gemäß § 274 Abs. 2 SGB V tragen die Krankenkassen die Kosten der mit der Prüfung befassten Stellen nach der Zahl ihrer Mitglieder. Die Kassenärztlichen Vereinigungen, die Verbände und Arbeitsgemeinschaften der Krankenkassen tragen die Kosten der bei ihnen durchgeführten Prüfungen selbst. Die Kosten werden nach dem tatsächlichen entstandenen Personal- und Sachaufwand berechnet. Die Prüfungskosten der Krankenkassen werden um die Prüfungskosten vermindert, die von den Kassenärztlichen Vereinigungen, den Verbänden und Arbeitsgemeinschaften der Krankenkassen zu tragen sind.

Das Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung kann nach Ziffer 3 des RdErl. des MS vom 22. Dezember 2003 -14-43526-10 "Errichtung und Organisation des Landesprüfungsamtes für Sozialversicherung" (MBL LSA S. 157), zuletzt geändert durch Erlass vom 18. Februar 2009 -15-43526-10, MBL LSA S. 154 mit weiteren Prüfungen, insbesondere anderer der Rechtsaufsicht des Ministeriums unterstehender Körperschaften, beauftragt werden. Die Kosten dieser Prüfungen sind nicht von den Sozialversicherungsträgern, sondern vom Auftraggeber zu erstatten. Die Einnahmen aus diesen Prüfungen vermindern ebenfalls die Prüfungskosten der Krankenkassen.

Der Überschuss an Einnahmen gegenüber den Ausgaben im Kapitel 0516 ist durch Personalausgaben begründet, die im Kapitel 0501 veranschlagt und ebenfalls von den Kostenträgern zu erstatten sind.

Die Einzelheiten ergeben sich aus folgender Tabelle:

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Kapitel 0516 - Ausgaben:

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
422 01	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten und Richterinnen und Richter	95.000	101.700	97.400
428 01	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	230.000	306.900	312.700
511 01	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.700	7.700	7.700
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	25.700	22.000	23.100
518 01	Mieten und Pachten	22.100	25.800	25.800
525 01	Aus- und Fortbildung	5.000	5.000	5.000
526 01	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
527 01	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.000	2.000	2.000
533 01	Dienstleistungen Außenstehender	200	0	0
636 01	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0	400*	0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0
916 13	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	0	0
<i>TGr. 99 Informations- und Kommunikationstechnik</i>				
511 99	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.200	3.500	3.500
547 99	IT-Budget	3.900	3.900	3.900
812 99	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	7.100	1.800	1.800
Gesamt:		401.900	480.700	482.900

* Im Haushaltsjahr 2025 erfolgt eine Rückerstattung an die Sozialversicherungsträger aus dem Jahr 2022.

Im Kapitel 0501 veranschlagte Personalkosten:

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
422 01	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten und Richterinnen und Richter nachrichtlich: Personalkosten für die Nutzung der Infrastruktur des MS (pauschal 30% der Personalkosten des Kapitels 0516)	97.500	122.600	123.000
428 01	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
441 02	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	1.000	1.000	1.000
453 01	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0	0	0
916 13	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	0	0
Gesamt:		98.500	123.600	124.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 16 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Kapitel 0516 - Einnahmen:

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
119 02	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
232 01	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0	0	0
236 01	Erstattung von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	500.400	603.900	606.900
381 01	Verrechnung zwischen Kapitel 0509 und 0516	0	0	0
Gesamt:		500.400	603.900	606.900

Einnahmen

119 02	219	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Der Titel ist für eventuell anfallende Einnahmen aus Verzugszinsen und sonstige Verwaltungseinnahmen aus Auftragsprüfungen für Dritte vorgesehen.

232 01	219	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Der Titel ist für Erstattungen von Verwaltungsausgaben für Aufsichtsprüfungen gem. § 88 SGB IV, Prüfungen im Auftrag anderer Länder und im Rahmen der Zusammenarbeit der Prüfdienste vorgesehen.

236 01	219	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	500.400	603.900	606.900
			664.380		

Erläuterungen:

Die Personal- und Sachkosten, die dem Landesprüfungsamt für Sozialversicherung im Rahmen von Prüfungen gemäß § 274 Abs. 1 SGB V, § 281 Abs. 3 SGB V und § 46 SGB XI sowie nach § 266 Abs. 7 SGB V i.V.m. § 20 RSAV und § 252 Abs. 5 SGB V i.V.m. der "Prüfverordnung sonstige Beiträge" entstehen, werden gemäß § 274 Abs. 2 SGB V von der geprüften Institution erstattet.

381 01	891	Verrechnungen zwischen Kapitel 0509 und 0516	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung kann mit weiteren Prüfungen, insbesondere anderer der Rechtsaufsicht des Ministeriums unterstehender Körperschaften, beauftragt werden. Auf die Erläuterungen zu Kapitel 0509 Titel 533 01 und 981 01 wird verwiesen.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 16 **Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	219	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	95.000 96.641	101.700 0	97.400 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	96.641	95.000	101.700	97.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		96.641	95.000	101.700	97.400

428 01	219	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	230.000 274.920	306.900 0	312.700 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge, Jahressonderzahlungen, besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die Finanzierung der Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	274.920	230.000	306.900	312.700
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		274.920	230.000	306.900	312.700

511 01	219	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.700 5.329	7.700 0	7.700 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	5.329	6.200	6.200	6.200
2.	Kommunikation	0	1.000	1.000	1.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	500	500	500
4.	Sonstiges	0	0	0	0
Zusammen		5.329	7.700	7.700	7.700

517 01	219	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	25.700 15.156	22.000 0	23.100 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 16 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Kosten des Landesprüfungsamtes für Sozialversicherung für die Bewirtschaftung des Grundstückes und der Räume in der Turmschanzenstraße 25 in Magdeburg des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt	15.156	25.700	22.000	23.100
Zusammen		15.156	25.700	22.000	23.100

518 01	219	Mieten und Pachten	22.100 20.895	25.800 0	25.800 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Mieten und Pachten	1.175	1.200	1.400	1.400
2.	Leasing von Fahrzeugen	377	500	850	850
3.	Mietzahlungen	19.343	20.400	23.550	23.550
Zusammen		20.895	22.100	25.800	25.800

525 01	219	Aus- und Fortbildung	5.000 3.111	5.000 0	5.000 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen	3.111	3.500	3.500	3.500
2.	Reisekosten	0	1.500	1.500	1.500
Zusammen		3.111	5.000	5.000	5.000

526 01	219	Gerichts- und ähnliche Kosten	0 0	0 0	0 0

527 01	219	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.000 1.346	2.000 0	2.000 0

533 01	219	Dienstleistungen Außenstehender	200 0	0 0	0 0

636 01	219	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	0 81.056	400 0	0 0

Erläuterungen:

Der Titel ist für eventuell anfallende Erstattungen an die Sozialversicherungsträger vorgesehen. Die Erstattungen resultieren aus der Spitzabrechnung der im Vorjahr tatsächlich entstandenen Kosten des Landesprüfungsamts für Sozialversicherung. Im Haushaltsjahr 2025 erfolgt eine Rückerstattung an die Sozialversicherungsträger aus dem Jahr 2022.

812 01	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0 0	0 0	0 0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 16 **Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

99 Informations- und Kommunikationstechnik

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 99 werden die für das Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung geplanten Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik veranschlagt.

511 99	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.200 1.788	3.500 0	3.500 0

547 99	219	IT-Budget	3.900 0	3.900 0	3.900 0

Erläuterungen:

IT-Budget nach Ziffer 4.8 HTR-LSA für 5 Beschäftigte im LPA.

812 99	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	7.100 6.813	1.800 0	1.800 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 99			14.200	9.200 0	9.200 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 16 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	500.400	603.900	606.900
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		500.400	603.900	606.900

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	325.000	408.600	410.100
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	69.800	69.900	71.000
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	400	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	7.100	1.800	1.800
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		401.900	480.700	482.900
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		98.500	123.200	124.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0517 beträgt zum 31.12.2025 1 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0517 beträgt zum 31.12.2026 1 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind gesetzliche und freiwillige Leistungen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Bundes bzw. der Ausführungsgesetze des Landes für:

- Leistungen zur Finanzierung der Tagesbetreuung und Kindertagespflege
 - Leistungen nach dem KiFöG (TGr. 63)
 - Maßnahmen des Bundes - Bundesprogramme zur Finanzierung der Kinderbetreuung (TGr. 64)
 - a) Bundeszuweisungen für Betriebs- und Betreuungskosten
 - b) Investitionen
 - Fortsetzung der in Umsetzung der Bundesgesetze zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung - KiQuTG bzw. Gute-KiTa-G und KiTa-QualitätsG - geförderten Maßnahmen (TGr. 66)
- Angebote der Kinder- und Jugendarbeit,
- Leistungen für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche,
- Angebote der Familienförderung und Erziehungshilfen,
- Unterhaltsvorschüsse nach dem Unterhaltsvorschussgesetz,
- Frühe Hilfen sowie
- Maßnahmen zum Landeskinderschutz.

Einnahmen

119 41	266	Rückzahlung von Überzahlungen	100.600 151.734	151.700	151.700

Erläuterungen:

Rückzahlung von Zuwendungen, die nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet wurden.

119 51	266	Vermischte Einnahmen	52.100 36.564	36.500	36.500

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.

282 02	266	Zuschüsse für internationale Jugendbegegnungen	90.000 11.746	100.000	100.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titel 684 01.

Erläuterungen:

Zuweisung des Deutsch-Polnischen und des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, der Koordinierungszentren TANDEM und ConAct sowie der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH zur Förderung von internationalen Jugendbegegnungen.

Titelgruppe(n)

64 Bundesprogramme zur Finanzierung der Kinderbetreuung

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung für den Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter mit einem Umfang von 79.865.928 EUR bis zum Jahr 2028.

334 64	271	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen	15.476.000 19.427.659	10.000.000	20.000.000

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0517 Ausgabetitelgruppe 64.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	15.476.000	10.000.000	20.000.000

65 Unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche (UMA)

231 65	265	Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0

66 Umsetzung des KiTa-Qualitätsgesetzes

359 66	271	Entnahmen aus sonstigen Rücklagen	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 05 17
Titelgruppe 66.

*** Entnahmen - über den Planansatz hinaus - dürfen bei Bedarf
getätigt werden.

Erläuterungen:

Zuführungen erfolgen bei Kapitel 0517 Titel 919 66

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	0	0

67 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Erläuterungen:

Einnahmen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bestehend aus Erstattungsleistungen des Bundes (Titel 231 67) und Rückflüssen von Unterhaltsschuldnern (Titel 281 67).

231 67	237	Sonstige Zuweisungen vom Bund	46.557.500	53.304.300	53.304.300
			39.229.194		

Erläuterungen:

Einnahmen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz aus Erstattungsleistungen des Bundes gem. § 8 Abs. 1 UVG. Der Bundesanteil beträgt 40 v.H. der Gesamtausgaben für Unterhaltsvorschussleistungen.

281 67	237	Rückflüsse von Unterhaltsverpflichteten	14.665.600	16.790.800	16.790.800
			12.522.447		

*** Vgl. Vermerk zu Kapitel 0517 Titel 631 67

Erläuterungen:

Erstattungen des Unterhaltsanspruchs von gewährten Unterhaltszahlungen, soweit diese beim Unterhaltsverpflichteten gem. § 7 UVG geltend gemacht werden können.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	61.223.100	70.095.100	70.095.100

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

69 Umsetzung des Bundes-Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona"

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 05 17
Titelgruppe 69.

Erläuterungen:

siehe Ausgabetitelgruppe 69

359 69	045	Entnahmen aus sonstigen Rücklagen	0	0	0
			1.699.895		

Erläuterungen:

Entnahmen aus der Rücklage der im Vorjahr nicht verausgabten Mittel zur Umsetzung des Programms. Das Programm ist 2023 ausgelaufen.

381 69	045	Zuweisungen aus dem Umsatzsteueraufkommen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Zuweisungen aus Kapitel 1302 Titel 981 01

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			0	0	0

70 Frühe Hilfen

*** vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0517 Ausgabetitelgruppe 70

Erläuterungen:

Sachsen-Anhalt erhält Bundesmittel zur Umsetzung des Fonds Frühe Hilfen im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen gem. § 3 Abs. 4 KKG auf Grundlage der im Jahr 2017 geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Die Verwaltungsvereinbarung ist unbefristet gültig.

119 70	291	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			174.129		

231 70	291	Zuweisungen vom Bund	1.460.200	1.460.200	1.460.200
			1.584.054		

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			1.460.200	1.460.200	1.460.200

74 Verbesserung des Infektionsschutzes - Beschaffung von CO2-Ampeln und mobilen Luftreinigern

Erläuterungen:

siehe Ausgabetitelgruppe 74

331 74	045	Zuweisungen vom Bund für Investitionen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 74			0	0	0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 17 **Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

97 **Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln -
Förderperiode 2021 - 2027**

231 97	263	Zuweisungen vom Bund	326.400	326.400	326.400
			120.908		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titel 684 97.

Erläuterungen:

Kofinanzierungsmittel des Bundes für die Freiwilligendienste

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	326.400	326.400	326.400

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**
05 17 **Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

412 02	261	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	4.300	3.500	3.500
			658	0	0

Erläuterungen:

Entschädigungen des Aufwandes und Ersatz von Auslagen der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses gem. § 10 der Satzung für das Landesjugendamt i.V.m. § 9 Abs. 3 KJHG-LSA in der aktuellen Fassung.

533 01	261	Dienstleistungen Außenstehender	201.700	1.031.700	1.050.900
			50.000	733.400	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		690.000			690.000
2026		709.200	391.700		1.100.900
2027		729.000	341.700		1.070.700
2028					
2029 ff.					
Summen		2.128.200	733.400		2.861.600

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe Anspruch genommen.

	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1. Jugendhilfeplanung	50.000	50.000	50.000	50.000
2. Umsetzung des Kinder- und Jugendschutzes nach § 14 SGB VIII	0	51.700	640.000	659.200
3. Evaluation Modellprojekt "Kooperation Schule und Hort"	0	100.000	0	0
4. inklusive Kinder- und Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz	0	0	341.700	341.700
Zusammen	50.000	201.700	1.031.700	1.050.900

Die Mittel und die Verpflichtungsermächtigung für die Evaluation des Modellprojekts "Kooperation Schule und Hort" wurden im Haushaltsvollzug 2024 gemäß § 50 LHO in das Kapitel 0707 Titel 685 01 umgesetzt.

Die Aufgaben des Kinder- und Jugendschutzes nach § 14 SGB VIII, die bislang über eine institutionelle Förderung wahrgenommen werden (siehe Titel 684 05), sollen ab 2025 als Dienstleistungsvertrag vergeben werden.

534 01	261	Sachaufwand der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung Außenstehender	135.500	135.500	135.500
			114.429	0	0

** Teilnehmerbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Ausgabenplanung für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Jugendhilfe. Das Landesjugendamt ist als überörtlicher Träger der Kinder- und Jugendhilfe nach § 85 Abs. 2 Nr. 8 SGB VIII für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zuständig und trägt damit maßgeblich zur Qualitätsentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe im Land Sachsen-Anhalt bei. Zielgruppe sind die Fachkräfte der Kinder und Jugendhilfe im Land.

632 01	262	Zuweisungen an Länder	58.600	57.500	60.000
			49.225	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 17 Titel 632 02.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Gemeinsames Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet ("jugendschutz.net")	11.848	12.700	12.700	12.700
2.	Ständige Vertretung der Obersten Landesjugendbehörden (OLJB) bei der Institution der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK)	8.468	10.900	11.000	11.000
3.	Ständige Vertretung der OLJB bei der Institution der Freiwilligen Selbstkontrolle der Unterhaltungssoftware- Verbände (USK)	5.379	5.000	5.000	5.000
4.	Festbetrag für die Beteiligung des Landes am Internet- Server Jugendinformation in Deutschland, dem Jugendserver des Bundes und der Länder (Fachkräfteportal)	9.750	9.800	9.700	9.700
5.	Beitrag des Landes zur internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz	1.348	3.400	3.400	3.400
6.	Virtuelle Beratungsstellen des Bundes	10.272	11.000	11.600	11.800
7.	Digitalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe	2.160	0	0	0
8.	Umlagenfinanzierung der Geschäftsstelle der BAGLJÄ	0	5.800	4.100	6.400
Zusammen		49.225	58.600	57.500	60.000

632 02	261	Zuweisungen an das Deutsche Jugendinstitut (DJI)	10.800 12.764	12.800 0	12.800 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel finanzierten Verwaltungsausgaben für das Deutsche Jugendinstitut.

633 01	261	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände	8.738.000 8.501.002	8.905.200 0	9.083.400 0

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Sicherstellung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und zur Anpassung von Regelungen im Kinder- und Jugendbereich durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Januar 2023 (GVBl. LSA S. 2, 3) wurde § 31 KJHG LSA dahingehend geändert, dass der Zuweisungsbetrag an die Landkreise und kreisfreien Städte erhöht, ein Flächenfaktor eingeführt und ein Ausgleichsbetrag für die kreisfreien Städte geregelt wurden.

633 02	261	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.680.500 0	1.714.800 0	1.749.100 0

Erläuterungen:

Zum 01.01.2024 ist § 10b SGB VIII in Kraft getreten, welcher die Aufgaben der Verfahrenslosoten regelt. Die Leistung der Verfahrenslosoten wird durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landkreise und kreisfreien Städte) erbracht. Die damit verbundenen Mehrbelastungen sollen durch das Land übernommen werden.

633 03	261	Zuweisungen an kommunale Träger für Modellmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen	0 0	0 0	0 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 03

Übertragbar

* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 17 Titel 684 02.

** Rückzahlungen oder Rückforderungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

633 05	271	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Umsetzung von Förderprogrammen	140.000 0	140.000 0	140.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		280.000			280.000
2026		280.000			280.000
2027		280.000			280.000
2028		140.000			140.000
2029 ff.					
Summen		980.000			980.000

Erläuterungen:

Für die Umsetzung von Förderprogrammen wie z. B. den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter (TGr. 64) erhalten die örtlichen Träger vom Land eine Verwaltungskostenpauschale.

Die Verpflichtungsermächtigung in 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

633 09	271	Ukraine-Krise - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 13.060.782	0 0	0 0

Übertragbar

** Rückzahlungen oder Rückforderungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Zuweisungen für die Betreuung von Kindern der Menschen, die kriegsbedingt aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind, in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege.

684 01	266	Zuschüsse für internationale Jugendbegegnungen	90.000 11.666	100.000 0	100.000 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 05 17 Titel 282 02.

Erläuterungen:

Zuweisung des Deutsch-Polnischen und des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, der Koordinierungszentren TANDEM und ConAct sowie der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH zur Förderung von internationalen Jugendbegegnungen.

684 02	271	Zuschüsse an freie Träger für Modellmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titel 633 03.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 02

** Rückzahlungen oder Rückforderungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

684 03	291	Zuschüsse zur Förderung von Familienverbänden	314.300	331.800	338.500
			307.214	338.500	345.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		320.600			320.600
2026			338.500		338.500
2027				345.200	345.200
2028					
2029 ff.					
Summen		320.600	338.500	345.200	1.004.300

Erläuterungen:

Die Einzelansätze der Sachausgaben der jeweiligen Institution dürfen überschritten werden um bis zu 20. v.H., soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Das Land gewährt folgenden Familienverbänden Zuwendungen in Höhe von je 64.500 EUR für 2025 bzw. 65.800 Euro für 2026 zur Verbesserung der Lebenssituation von Familien:

1. Christlicher Verband Junger Menschen - Familienarbeit Mitteldeutschland e. V. (CVJM FAM)
2. Deutscher Familienverband Sachsen-Anhalt e. V. (DFV)
3. Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen Sachsen-Anhalt e. V. (EAF)
4. Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. (DKSB)
5. Familienbund im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt e. V.

Der EAF erhält zusätzlich für die Geschäftsstellentätigkeit für die LAGF eine Förderung in Höhe von 9.300 EUR für 2025 bzw. 9.500 für 2026.

Die Förderung der landesweit tätigen Familienverbände erfolgt durch Zuwendungsbescheide auf Basis einer institutionellen Förderung, deren Grundlage das Gesetz zur Familienförderung des Landes vom 19.12.2005, in der jeweils gültigen Fassung, ist.

684 04	261	Zuschüsse an den Kinder- und Jugendring	764.800	780.100	812.100
			569.768	812.100	842.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		780.100			780.100
2026			812.100		812.100
2027				842.500	842.500
2028					
2029 ff.					
Summen		780.100	812.100	842.500	2.434.700

Erläuterungen:

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 04

Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. sieht sich als Arbeitsgemeinschaft von Jugendverbänden. Er ist zudem ein Gremium zur Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen des Landes. Eine seiner Aufgaben ist es, die Zusammenarbeit der verschiedenen Träger der Jugendarbeit zu fördern. Da der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. sich aus Beiträgen seiner Mitglieder nicht selbst vollständig finanzieren kann, wird er durch das Land im Wege institutioneller Förderung finanziell unterstützt.

Vorläufige Übersicht über die Institutionelle Förderung des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	475.874	594.700	588.600	613.200
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	135.322	220.000	194.400	200.500
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1.637	15.900	6.100	5.700
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	612.833	830.600	789.100	819.400
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	10.200	7.300	7.300	7.300
Mithin Fehlbetrag:	602.633	823.300	781.800	812.100
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-22.636	0	0	0
b) das Land mit	584.413	817.500	780.100	812.100
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	518	0	1.200	0
e) Private	40.338	5.800	500	0
Zusammen	602.633	823.300	781.800	812.100

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 11	1,65	2,25	2,25	2,25
E 10	2,40	2,40	2,40	2,40
E 9b	0,60	0,60	0,60	0,60
E 8	1,80	1,80	1,80	1,80
E 5	0,50	0,50	0,50	0,50
Stellenbestand Institution	7,95	8,55	8,55	8,55
Stellenbestand Projektförderung	0,75	0,75	0,00	0,00
Stellenbestand Insgesamt	8,70	9,30	8,55	8,55

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	464.486	567.600	588.600	613.200
2.) Projektförderung	11.388	27.100	0	0
Zusammen	475.874	594.700	588.600	613.200

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 04

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

		Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.)	Institutionelle Förderung	569.768	764.800	780.100	812.100
2.)	Projektförderung	14.645	52.700	0	0
Zusammen		584.413	817.500	780.100	812.100

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

		Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.)	Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.)	Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen		0	0	0	0

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften - setzt sich wie folgt zusammen:

		Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.)	Institutionelle Förderung	518	0	1.200	0
2.)	Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen		518	0	1.200	0

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

		Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
	Ministerium für Bildung	518	0	1.200	0
Zusammen		518	0	1.200	0

684 05	266	Zuschüsse an die Servicestelle für Kinder- und Jugendschutz	620.500	0	0
			522.332	0	0

Erläuterungen:

Die Aufgaben des Kinder- und Jugendschutzes nach § 14 SGB VIII wurden bis zum Jahr 2024 von der Servicestelle Kinder- und Jugendschutz in Trägerschaft von fjp>media, dem Verband junger Medienmacher in Sachsen-Anhalt, im Rahmen einer institutionellen Förderung wahrgenommen. Ab 2025 sollen diese Aufgaben als Dienstleistungsvertrag vergeben werden. Die Veranschlagung erfolgt daher ab dem Haushaltsjahr 2025 bei Titel 533 01.

Vorläufige Übersicht über die Institutionelle Förderung der Servicestelle Kinder- und Jugendschutz

		Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben					
1.	Personalausgaben	896.670	1.103.300	0	0
2.	Sächliche Verwaltungsausgaben	199.507	275.100	0	0
3.	Schuldendienst	0	0	0	0
4.	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	1.600	0	0
5.	Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6.	Besondere Finanzierungsausgaben	8.680	0	0	0
	Zusammen	1.104.857	1.380.000	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 05

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	119.034	105.400	0	0
Mithin Fehlbetrag:	985.823	1.274.600	0	0
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	784.968	1.042.700	0	0
c) den Bund mit		0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	200.855	230.700	0	0
e) Private	0	1.200	0	0
Zusammen	985.823	1.274.600	0	0

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 13	1,00	1,00	0,00	0,00
E 11	5,50	5,50	0,00	0,00
E 9a	0,75	0,75	0,00	0,00
E 6	0,75	0,75	0,00	0,00
Stellenbestand Institution	8,00	8,00	0,00	0,00
Stellenbestand Projektförderung	7,75	6,75	0,00	0,00
Stellenbestand Insgesamt	15,75	14,75	0,00	0,00

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	514.799	560.000	0	0
2.) Projektförderung	381.871	543.300	0	0
Zusammen	896.670	1.103.300	0	0

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	522.332	620.500	0	0
2.) Projektförderung	262.636	422.200	0	0
Zusammen	784.968	1.042.700	0	0

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	200.855	230.700	0	0
Zusammen	200.855	230.700	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 05

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Stadt Magdeburg	200.855	230.700	0	0
Zusammen	200.855	230.700	0	0

684 06	266	Zuschüsse an das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e. V.	391.200 348.790	431.600 444.900	444.900 461.400

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		399.100			399.100
2026			444.900		444.900
2027				461.400	461.400
2028					
2029 ff.					
Summen		399.100	444.900	461.400	1.305.400

Erläuterungen:

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können

Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt ist eine überregionale Institution. Als fachpolitische Servicestelle für Mädchen- und Jungenarbeit hat sie gemäß § 9 Abs. 3 SGB VIII den Auftrag, die Entwicklung von geschlechterdifferenzierten Angeboten zu unterstützen, auf den Abbau von Benachteiligungen sowie die Berücksichtigung der unterschiedlichen Problem- und Interessenlagen von Jungen und Mädchen hinzuwirken. Sie soll zur Entwicklung der Gender-Kompetenz als Qualitätsanspruch in allen Bereichen der Jugendhilfe beitragen.

Die landesweite Vernetzung von Projekten und Trägern sowie die Förderung von Chancengleichheit von Jungen und Mädchen, Männern und Frauen, durch die Etablierung von geschlechtergerechten Handlungsansätzen ist eine landes- und jugendpolitische Zielstellung. Insofern besteht ein erhebliches Landesinteresse an der Förderung des Trägers bzw. der Institution. Zum Leistungsspektrum des Kompetenzzentrums gehören neben der Fach- und Trägerberatung, der Durchführung von geschlechtsspezifischen Fort- und Weiterbildungen (das schließt auch Lehrtätigkeit in Hochschulen zur Fortbildung von künftigen LeiterInnen von Kitas oder ähnliche Lehrtätigkeit mit derselben Zielstellung, d.h. Fortbildung von Fachkräften, die dann unmittelbar in Einrichtungen wirksam werden kann, ein.), der Interessenvertretung/Gremienarbeit und den Informations- und Serviceangeboten auch die Durchführung von Projekten in eigener Verantwortung oder in Kooperation mit anderen Trägern.

Bestandteil der institutionellen Förderung sind ab dem Jahr 2023 die Geschäftsstelle, Geschäftsführung und Verwaltung einschließlich der Verwaltungskosten sowie die bisher im Rahmen des Projektes "Medienkoffer" aus Kapitel 0504 Titel 684 67 geförderten Personal- und Sachausgaben.

Vorläufige Übersicht über die Institutionelle Förderung des Kompetenzzentrums geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	292.424	337.000	364.200	381.900
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	61.155	66.100	83.400	79.000
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	202	200	200	200
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	353.781	403.300	447.800	461.100

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 06

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	11.085	12.100	16.200	16.200
Mithin Fehlbetrag:	342.696	391.200	431.600	444.900
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	-6.737	0	0	0
b) das Land mit	348.790	391.200	431.600	444.900
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	643	0	0	0
Zusammen	342.696	391.200	431.600	444.900

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 10	3,00	3,00	3,00	3,00
E 8	0,93	0,93	0,93	0,93
Stellenbestand Institution	4,93	4,93	4,93	4,93
Stellenbestand Projektförderung	0,00	0,00	0,00	0,00
Stellenbestand Insgesamt	4,93	4,93	4,93	4,93

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	292.184	337.000	364.200	381.900
2.) Projektförderung	240	0	0	0
Zusammen	292.424	337.000	364.200	381.900

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	348.790	391.200	431.600	444.900
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	348.790	391.200	431.600	444.900

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 06

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0

684 10	266	Zuschüsse für die Arbeit des Landesentrums Jugend + Kommune	333.900	220.300	350.900
			205.999	0	868.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	220.300				220.300
2026	350.900				350.900
2027				248.800	248.800
2028				360.800	360.800
2029 ff.				258.900	258.900
Summen	571.200			868.500	1.439.700

Erläuterungen:

Erstmals in 2017 wurde die Arbeit des Landesentrums Jugend + Kommune gefördert. Als landesweit tätige Einrichtung bietet es den Kommunen in Sachsen-Anhalt Unterstützung auf dem Gebiet der Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozesse der kommunalen Mitgestaltung. Bisherige diesbezügliche Aktivitäten im Land werden hier zusammengeführt. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Landesentrums liegt in der erstmalig in 2018 und im Weiteren alle zwei Jahre durchzuführenden Förderung der Mitwirkung von Kommunen an ausgewählten Pilotvorhaben zur Kinder- und Jugendbeteiligung im Land Sachsen-Anhalt.

Die Arbeit des Landesentrums soll auch in 2025 ff. mit Landesmitteln gefördert werden.

686 01	291	Zuschüsse zur Förderung der Stiftung "Familie in Not - Sachsen-Anhalt"	398.300	473.200	428.600
			376.107	428.600	437.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		406.300			406.300
2026			428.600		428.600
2027				437.200	437.200
2028					
2029 ff.					
Summen		406.300	428.600	437.200	1.272.100

Erläuterungen:

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 01

Vorläufige Übersicht über die Institutionelle Förderung der Stiftung Familie in Not Sachsen-Anhalt

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	336.422	361.700	367.500	381.700
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	34.519	35.400	105.700	46.900
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	3.099.730	3.225.000	3.025.000	2.975.000
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	10.855		0	0
Zusammen	3.481.526	3.622.100	3.498.200	3.403.600
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	0	0	0	0
Mithin Fehlbetrag:	3.481.526	3.622.100	3.498.200	3.403.600
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	14.962	12.500	13.000	13.000
b) das Land mit	376.107	398.300	473.200	428.600
c) den Bund mit	3.022.271	3.150.500	2.947.000	2.897.000
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	68.186	60.800	65.000	65.000
Zusammen	3.481.526	3.622.100	3.498.200	3.403.600

Stellenbestand

	Stellen- bestand 2023	Stellen- bestand 2024	Stellen- bestand 2025	Stellen- bestand 2026
Institution				
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 11	1,00	1,00	1,00	1,00
E 9	1,88	1,88	1,88	1,88
E 6	0,75	0,75	0,75	0,75
Stellenbestand Institution	4,63	4,63	4,63	4,63
Stellenbestand Projektförderung	0,00	0,00	0,00	0,00
Stellenbestand Insgesamt	4,63	4,63	4,63	4,63

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	336.422	361.700	367.500	381.700
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	336.422	361.700	367.500	381.700

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	367.107	398.300	473.200	428.600

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 01

2.)	Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen		367.107	398.300	473.200	428.600

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	3.022.271	3.150.500	2.947.000	2.897.000
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	3.022.271	3.150.500	2.947.000	2.897.000

Position d) - Förderung sonst. Gebietskörperschaften - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0	0
2.) Projektförderung	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0

Titelgruppe(n)

61 Jugendarbeit

Übertragbar

* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 17 Titelgruppe 62.

*** Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 13 02 Titel 122 01.
Der aus anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 gedeckte Teil der veranschlagten Ausgaben in Höhe von 3.067.500 € in 2025 und 3.126.600 in 2026 darf nur im Umfang der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Das Land fördert die Durchführung von Projekten und Maßnahmen für junge Menschen gem. §§ 11 und 12 SGB VIII auf der Grundlage der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendverbände, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes - Erl. des MS vom 8.3.2024 - 44-5170 (MBI. LSA 2004 Nr. 326), in der aktuellen Fassung und nach den §§ 23 und 44 LHO LSA und finanziert weitere Maßnahmen in diesem Bereich.

633 61	261	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
684 61	261	Zuschüsse an freie Träger	4.544.400	5.858.000	6.062.700
			3.432.593	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		3.000.000			3.000.000
2026		3.000.000			3.000.000
2027		3.000.000			3.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen		9.000.000			9.000.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 61

Erläuterungen:

		Ist 2023 in EUR	Ansatz 2024 in EUR	Ansatz 2025 in EUR	Ansatz 2026 in EUR
1.	Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung, der Aus- und Fortbildung von ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Jugendarbeit und der Ausbildung von Jugendleitern	940.130	1.050.800	1.450.000	1.500.000
2.	Jugendbildungsreferent*innen bei landesweit tätigen Trägern der freien Jugendhilfe	1.585.490	2.231.300	2.874.800	3.005.700
3.	Verwaltungsausgaben der Jugendverbände nach § 12 SGB VIII	201.192	399.500	528.000	544.500
4.	Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit nach § 11 Abs. 3 Nr. 4 SGB VIII	187.901	239.900	280.000	280.000
5.	Jugendbildungsstätten	208.000	239.700	280.000	280.000
6.	Sonstige Maßnahmen mit besonderen Landesinteresse im Bereich von § 11 SGB VIII	272.861	283.200	345.200	352.500
7.	ConAct Koordinierungsbüro für den deutsch-israelischen Jugendaustausch	100.000	100.000	100.000	100.000
8.	Personalnebenkosten/-sachkostenpauschale für geförderte Jugendbildungsreferentinnen	0	0	0	0
9.	Rückzahlungen aus Verwendungsnachweisprüfung aus Vorjahren	-62.981	0	0	0
Zusammen		3.432.593	4.544.400	5.858.000	6.062.700

Der Bedarf überschreitet die zur Verfügung stehenden Mittel aus der Konzessionsabgabe. Dieser wird durch zusätzliche Landesmittel in Höhe von 2.790.500 € für 2025 und 2.936.100 € für 2026 gedeckt.

883 61	261	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden für Investitionen	0 0	0 0	0 0
893 61	261	Zuschüsse an freie Träger für Investitionen	0 197.684	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			4.544.400	5.858.000 0	6.062.700 0

62 Jugendsozialarbeit, Jugendschutz

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Gefördert werden können Projekte und Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes für benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen gem. §§ 13 und 14 SGB VIII i.V.m. den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendverbände, der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.

633 62	262	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
684 62	262	Zuschüsse an freie Träger	185.800 178.500	195.400 0	199.400 0
883 62	262	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen	0 0	0 0	0 0
893 62	262	Zuschüsse an freie Träger für Investitionen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			185.800	195.400 0	199.400 0
63		Kindertageseinrichtungen			
		Übertragbar			
		* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 17 Titel 633 64.			
		** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.			
		*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) den Ausgaben zu.			
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Ausgaben des Landes auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (KiFöG) in der derzeit gültigen Fassung.			
		Das Land beteiligt sich an den Ausgaben für die Förderung und Betreuung in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen auf der Grundlage von § 11 Abs. 1 KiFöG			
		- durch eine Zuweisung gemäß § 12 KiFöG,			
		- mit einer Erstattung der kommunalen Einnahmeausfälle aus der Deckelung der Kostenbeiträge bei Mehrkindfamilien gemäß § 13 KiFöG.			
533 63	271	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
534 63	271	Sonstiges	220.000 17.853	0 0	0 0
633 63	271	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	459.996.300 458.399.530	457.180.300 0	496.740.300 0
		Erläuterungen:			
		Die Landeszuweisungen erfolgen auf Grundlage der in § 12 KiFöG festgesetzten monatlichen Pauschalsätze. Die monatlichen Pauschalen sind entsprechend der Anzahl der Monate, für die sie gelten, in Jahresbeträge umzurechnen und jeweils mit der Anzahl der betreuten Kinder zu multiplizieren. Die monatlichen Pauschalen sind gem. § 24 Abs. 2 Nr. 2 KiFöG ab 2020 im Wege einer Verordnung jährlich an die Entwicklung der Jahrespersonealkosten anzupassen.			
		Zudem erstattet das Land den Kommunen gemäß § 13 Abs. 5 KiFöG die Einnahmeausfälle aus der Deckelung der Kostenbeiträge nach § 13 Abs. 4 Satz 1 KiFöG (Mehrkindfamilien). Da eine Bundesfinanzierung ab 2026 für die erweiterte Beitragsfreiheit für Mehrkindfamilien ausgeschlossen werden kann (TGr. 66), sind hierfür ab 2026 Haushaltsmittel in der TGr. 63 veranschlagt.			
		Die Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten ist in Kapitel 0517 Titel 633 64 veranschlagt.			
684 63	271	Zuschüsse an freie Träger	1.753.300 809.880	700.400 0	0 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 63

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	700.400				700.400
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	700.400				700.400

Erläuterungen:

Förderung eines Durchgangs der praxisintegrierten, vergüteten Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher in den Jahren 2022 bis 2025.

685 63	271	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
883 63	271	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden für Investitionen an Kindertageseinrichtungen	0	0	0
			0	0	0
893 63	271	Zuschüsse an freie Träger für Investitionen an Kindertageseinrichtungen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			461.969.600	457.880.700	496.740.300
				0	0

64 Bundesprogramme zur Finanzierung der Kinderbetreuung

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Die Ausgaben bei Kapitel 0517 Titel 631 64, 883 64 und 893 64 dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0517 Titel 334 64.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Finanzierung der Kinderbetreuung beteiligt sich der Bund an den Betriebs- und Betreuungskosten für Plätze für Kinder unter 3 Jahren.

Des Weiteren fördert der Bund im Umfang von 79.865.928 EUR den Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter bis zum Jahr 2028.

534 64	271	Sonstiges	0	0	0
			0	0	0
631 64	271	Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			288.742	0	0
633 64	271	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus Bundeszuweisungen für Betriebs- und Betreuungskosten	21.659.000	21.523.000	24.819.000
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titelgruppe 63.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 64

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) seit dem Jahr 2009 an den Betriebskosten für Plätze für Kinder unter 3 Jahren. Für diesen Zweck wird den Ländern ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer zugestanden.

883 64	271	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen	15.476.000 19.138.916	10.000.000 0	20.000.000 0

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung für den Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter mit einem Umfang von 79.865.928 EUR bis zum Jahr 2028.

893 64	271	Zuschüsse an freie Träger für Investitionen	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			37.135.000	31.523.000 0	44.819.000 0

65 Unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche (UMA)

Erläuterungen:

Nach § 82 SGB VIII hat das Land die Aufgabe, die Tätigkeit der öffentlichen und der freien Träger der Jugendhilfe weiter zu entwickeln und Impulse für das Land zu setzen. Die Durchführung von Maßnahmen der Erziehungshilfe ist anzuregen und zu fördern. Aus dieser Titelgruppe werden Ausgaben im Zusammenhang mit der Personengruppe der UMA geleistet, insbesondere die Erstattungen der Ausgaben der Jugendhilfe für diese Personengruppe.

631 65	265	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0 0	0 0	0 0

633 65	265	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für UMA	15.156.000 18.927.332	18.927.300 0	18.927.300 0

Erläuterungen:

Rechtsverpflichtungen des Landes gemäß §§ 89d, 42, 42a, 27 ff. sowie § 41 SGB VIII.

Erstattung der Ausgaben der Jugendhilfe für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige, deren Geburtsort im Ausland liegt. Hierbei handelt es sich um die Personengruppe der unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kinder und Jugendlichen (UMA).

684 65	265	Zuschüsse an freie Träger	330.600 263.647	330.600 0	330.600 0

Erläuterungen:

Nach § 82 SGB VIII hat das Land die Aufgabe, die Tätigkeit der öffentlichen und der freien Träger der Jugendhilfe weiter zu entwickeln und Impulse für das Land zu setzen. Die Durchführung von Maßnahmen der Erziehungshilfe ist anzuregen und zu fördern.

883 65	265	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0

893 65	265	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			15.486.600	19.257.900 0	19.257.900 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

66 Umsetzung des KiTa-Qualitätsgesetzes

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 05 17 Titel 359 66.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Abweichend von § 35 Abs.1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen (auch aus Vorjahren) den Ausgaben zu.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege des Bundes (Gute-KiTa-G) wurden den Ländern von 2019 bis 2022 zusätzliche Mittel für weitere Qualitätsverbesserungen in Kitas sowie Kompensationsmittel für die Änderung des § 90 SGB VIII über das Finanzausgleichsgesetz des Bundes zur Verfügung gestellt. Zur Umsetzung dieses Bundesprogramms hatte das Land am 23.08.2019 einen Vertrag mit dem Bund abgeschlossen und sich damit zur Durchführung verschiedener Maßnahmen verpflichtet. Die Ausgaben im Rahmen dieses Bundesprogramms wurden in dieser Titelgruppe veranschlagt. Die Finanzierung des Bundes erfolgte über einen erhöhten Umsatzsteueranteil des Landes (EPI.13).

Mit dem am 01.01.2023 in Kraft getretenen KiTa-Qualitätsgesetz wurde das Gute-KiTa-G abgelöst, so dass die Qualität und die Teilhabe in der Kindertagesbetreuung mit Bundesmitteln auch in den Jahren 2023 und 2024 weiterentwickelt werden konnte.

Mit dem Dritten Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung setzt der Bund sein finanzielles Engagement bei der Verbesserung frühkindlicher Bildung und Betreuung auch 2025 und 2026 fort. Für die Fortsetzung der erweiterten Beitragsfreiheit für Mehrkindfamilien ist in 2025 eine Aufstockung der Bundesmittel mit Landesmitteln erforderlich; ab 2026 wird eine Fortsetzung der Bundesfinanzierung für diese Maßnahme ausgeschlossen, so dass Haushaltsmittel hierfür ab 2026 in der TGr. 63 veranschlagt sind.

533 66	271	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

534 66	271	Sonstiges	206.900	0	0
			125.231	0	0

Erläuterungen:

Der Bund stellte die Förderung des Bundesprogramms "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" zum 30.06.2023 ein. Sachsen-Anhalt führte das Programm vom 1.7.2023 bis zum 31.07.2025 unter Inanspruchnahme von Bundesmitteln aus dem KiTa-Qualitätsgesetz weiter. Die administrative Umsetzung des Programms nach dem 30.06.2023 erfolgte weiterhin durch die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub).

631 66	271	Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

633 66	271	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	47.441.700	61.324.000	50.374.000
			46.003.485	7.381.400	7.381.400

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 66

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.022.400	3.680.000			4.702.400
2026	440.300	2.642.000	3.680.000		6.762.300
2027		1.059.400	2.642.000	3.680.000	7.381.400
2028			1.059.400	2.642.000	3.701.400
2029 ff.				1.059.400	1.059.400
Summen	1.462.700	7.381.400	7.381.400	7.381.400	23.606.900

Erläuterungen:

Die 2023 in Anspruch genommene VE sowie die ab 2024 ausgebrachten jährlichen VE's bilden den jährlich neu beginnenden 3jährigen praxisintegrierten Ausbildungsdurchgang für Erzieherinnen und Erzieher ab.

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Fortsetzung der erweiterten Beitragsfreiheit für Mehrkindfamilien nach § 13 Abs. 4 Satz 2 KiFöG über 2025 hinaus sind ab 2026 in der TGr. 63 veranschlagt, da eine Fortsetzung der Bundesfinanzierung dieser Maßnahme ausgeschlossen werden kann. In 2025 ist hierfür eine Aufstockung der Bundesmittel mit Landesmitteln in Höhe von 10.625.000 Euro erforderlich.

681 66	271	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0	0	0
			0	0	0
684 66	271	Zuschüsse an freie Träger	0	0	0
			2.803.829	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	853.300				853.300
2026	342.500				342.500
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	1.195.800				1.195.800

685 66	271	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			4.110.623	0	0
883 66	271	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen	0	0	0
			0	0	0
893 66	271	Zuweisungen an freie Träger für Investitionen	0	0	0
			0	0	0
919 66	271	Zuführungen an sonstige Rücklagen	0	0	0
			0	0	0

*** Zuführungen - über den Planansatz hinaus - dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben an Bundesmitteln bei Kapitel 0517 Titelgruppe 66 geleistet werden.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 919 66

Erläuterungen:

Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO

Entnahme erfolgt bei Kapitel 0517 Titel 359 66

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	47.648.600	61.324.000	50.374.000
		7.381.400	7.381.400

67 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Übertragbar

631 67	237	Zuweisungen an Bund aus Rückflüssen von Unterhaltsverpflichteten nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	8.380.400	9.594.800	9.594.800
			6.987.525	0	0

*** Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der anteilig an den Bund zu zahlenden Einnahmen aus Rückflüssen von Unterhaltsvorschussleistungen (40 % der Rückflüsse insgesamt).
Vgl. Kapitel 0517, Titel 281 67.

Erläuterungen:

Entsprechend der Beteiligung des Bundes an den Gesamtausgaben für Unterhaltsvorschussleistungen gem. Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) ist dem Bund der gleiche Anteil an den Einnahmen aus Rückflüssen von Unterhaltsvorschussleistungen zu erstatten.

633 67	237	Zuweisungen an Berechtigte entsprechend Unterhaltsvorschussgesetz	81.475.600	93.282.500	93.282.500
			74.460.893	0	0

Erläuterungen:

Die Gesamtausgaben der gewährten Leistungen nach § 8 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) sind zwischen Bund, Land und Kommunen wie folgt aufgeteilt: Der Bund trägt 40 v.H. sowie Land und Kommunen jeweils 30 v.H. der Gesamtausgaben. In diesem Haushaltstitel werden die geplanten Bundes- und Landesmittel veranschlagt, also 70 v.H. der Gesamtausgaben. Der kommunale Anteil ist von den Kommunen direkt aufzubringen. Die erforderlichen Bundesmittel werden in Kapitel 0517, Titel 231 67 vereinnahmt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	89.856.000	102.877.300	102.877.300
		0	0

68 Familienförderung

547 68	291	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

633 68	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	143.400	171.300	174.100
			215.216	0	0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Schulfahrten gem. § 8 Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA)	25.052	30.000	30.000	30.000
2.	Erstattungen gem. §§ 89, 89a Abs.2, 89a Abs. 3 und 89e SGB VIII	190.164	113.400	141.300	144.100
Zusammen		215.216	143.400	171.300	174.100

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

681 68 291 Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen **33.600** **16.800** **16.800**
4.200 0 0

*** Billigkeitsleistungen nach § 53 LHO

Erläuterungen:

Übernahme einer Ehrenpatenschaft durch den Ministerpräsidenten bei Mehrlingsgeburten (ab Drillinge)

684 68 291 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen **1.529.900** **1.567.100** **1.592.400**
1.069.730 0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		837.400			837.400
2026		387.200			387.200
2027		395.000			395.000
2028		402.900			402.900
2029 ff.					
Summen		2.022.500			2.022.500

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Familienbildungsmaßnahmen	62.957	60.700	64.000	65.300
2.	Familienbegegnungsmaßnahmen mit Bildungsangeboten	112.850	291.600	307.400	307.400
3.	Sozialpädagogische Arbeit in Familienzentren/ Familienferienstätten	373.127	457.800	448.500	457.600
4.	Mobile Familienbildungsarbeit	256.805	338.500	357.100	364.200
5.	Projekt Landesheimrat	0	9.200	10.500	10.700
6.	Ombudschäftliche Beratungs- und Beschwerdestelle	263.991	372.100	379.600	387.200
Zusammen		1.069.730	1.529.900	1.567.100	1.592.400

685 68 291 Sonstige Zuschüsse **0** **0** **0**
0 0 0

686 68 291 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke **0** **0** **0**
0 0 0

883 68 291 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen **0** **0** **0**
0 0 0

893 68 291 Zuschüsse an freie Träger für Investitionen **0** **0** **0**
0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 68 **1.706.900** **1.755.200** **1.783.300**
0 0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

69 Umsetzung des Bundes-Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona"

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 05 17 Titelgruppe 69.

Erläuterungen:

Kinder und Jugendliche waren in der Coronazeit in vielen Lebensbereichen von erheblichen Kontaktbeschränkungen betroffen und das Zusammensein in der erweiterten Familie war während des Pandemieerlaufs über lange Phasen hinweg nur in eingeschränktem Umfang möglich. Um die sich daraus ergebenden vielfältigen Folgen abzufedern und zu verhindern, dass diese Zeit lange nachwirkt und bestehende Ungleichheiten manifestiert werden, brauchten sie besondere Unterstützungen. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, hatte der Bund das "Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" aufgelegt. Unter anderem wurden Maßnahmen der Schulsozialarbeit, außerschulischen Jugendarbeit und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort verstärkt sowie günstige Ferien- und Wochenendfreizeiten beziehungsweise Jugendbegegnungen umgesetzt. Im Rahmen der vertikalen Umsatzsteuerverteilung stellte der Bund hierfür Mittel i.H.v. 7.605.194 € in den Jahren 2021 und 2022 zur Verfügung. Diese Mittel teilten sich zu einem Drittel auf das Haushaltsjahr 2021 i.H.v. 2.535.065 Mio. € und zu zwei Drittel auf das Haushaltsjahr 2022 i.H.v. 5.070.129 € auf.

633 69	045	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			353.555	0	0

684 69	045	Zuschüsse an freie Träger	0	0	0
			2.778	0	0

Erläuterungen:

Im Rahmen des Aktionsprogramms des Bundes "Aufholen nach Corona" wurden in dem Handlungsfeld "Stärkung der Kinder- und Jugendfreizeiten" im Jahr 2022 100.000 EUR für Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung nach § 11 Abs. 3 Nr. 5 SGB VIII von landesweit tätigen Trägern der freien Jugendhilfe umgesetzt.

919 69	045	Zuführungen an sonstige Rücklagen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zuführungen an die Rücklage der im laufenden Haushaltsjahr nicht verausgabten Mittel zur Umsetzung des Programms.

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	0	0	0
		0	0

70 Frühe Hilfen

Übertragbar

*** Die drittmittelfinanzierten Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0517 Titelgruppe 70.

Erläuterungen:

Sachsen-Anhalt erhält Bundesmittel zur Umsetzung des Fonds Frühe Hilfen im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen gem. Bundeskinderschutzgesetz (§ 3 Abs. 4 - Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz - KKG) auf Grundlage der im Jahr 2017 geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Die Verwaltungsvereinbarung ist unbefristet gültig.

422 70	291	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0

428 70	291	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	134.900	149.400	152.400
			130.325	0	0

Erläuterungen:

Personelle Absicherung der Landeskoordinierung im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen zur Umsetzung des Fonds Frühe Hilfen (§ 3 Abs. 4 KKG)

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 70

			Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
		1. Entgelte einschl. Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und der Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer			
		- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	134.900	149.400	152.400
		2. Aufwandsentschädigungen			
		3. Sonstige Leistungen			
		Zusammen	134.900	149.400	152.400
534 70	291	Sonstiges	30.000	30.000	30.000
			38.604	0	0
		Erläuterungen:			
		Im Rahmen der Umsetzung des Fonds "Frühe Hilfen" werden Bundesmittel für landesweite Fortbildungen und Qualifizierungen sowie für Tagungen eingesetzt (z.B. für Fachkräfte Frühe Hilfen, koordinierende Frühe Hilfen).			
631 70	291	Sonstige Zuweisungen an Bund	0	12.500	12.500
			265.301	0	0
		Erläuterungen:			
		Kosten für den Betrieb der Antragsplattform. Diese werden durch Bund und Länder anteilig getragen.			
633 70	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.310.200	1.310.200	1.310.200
			1.409.408	0	0
916 70	291	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	0	0
			0	0	0
		Nachrichtlich: Summe TGr. 70	1.475.100	1.502.100	1.505.100
				0	0
71		Kinder- und Jugendfreizeiten			
633 71	261	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	150.000	125.000	125.000
			0	0	0
684 71	261	Zuschüsse an freie Träger	50.000	0	50.000
			0	0	0
		Nachrichtlich: Summe TGr. 71	200.000	125.000	175.000
				0	0
73		Kinderschutz - Landesprogramm			
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Haushaltsmittel zur Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes.			

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

526 73	291	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Erstattungen von Aufwendungen für die Mitglieder von Fachbeiräten, die das MS im Kontext des präventiven Kinderschutzes sowie der Weiterentwicklung des Kinderschutzes beraten.

534 73	291	Sonstiges	97.500	81.100	82.600
			31.073	0	0

Erläuterungen:

Vorgesehen ist, Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe und Familienbildung, die in der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind, aber auch Lehrkräfte und Ehrenamtliche kontinuierlich zum Thema "Prävention von sexualisierter Gewalt" zu qualifizieren.

633 73	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	140.000	140.000	140.000
			140.000	0	0

Erläuterungen:

Gem. § 3 Abs. 1 Landeskinderschutzgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte zur Einrichtung und Unterhaltung von lokalen Netzwerken Kinderschutz verpflichtet. Das Land stellt daher jährlich 10.000 EUR zur Verfügung. Die lokalen Netzwerke dienen dem präventiven Kinderschutz und befassen sich insbesondere mit dem Ausbau von niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten für Familien mit Kindern.

684 73	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen	117.700	171.700	175.100
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		168.300			168.300
2026		171.700			171.700
2027		175.100			175.100
2028					
2029 ff.					
Summen		515.100			515.100

Erläuterungen:

Die grundlegende Stärkung der Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen ist weiter auszubauen. Hierfür erfolgt die Einrichtung einer landesweit agierenden Kinderschutzzfachstelle (Landeskoordinierungsstelle) zur Begleitung und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

685 73	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	233.800	245.200	304.800
			180.402	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		104.100			104.100
2026		106.200			106.200
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		210.300			210.300

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 73

Erläuterungen:

Gesellschaftliche und mediale Veränderungen machen eine deutliche Stärkung der Präventionsarbeit, insbesondere Maßnahmen zur Vermeidung sexualisierter Gewalt erforderlich. Das Land Sachsen-Anhalt fördert aus diesem Grund gemäß § 4 Landeskinderschutzgesetz das Projekt "Prävention durch Fernbehandlung" sowie die Etablierung von Babyslotsen.

686 73	291	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
			58.229	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 73			589.000	638.000	702.500
				0	0

74 Verbesserung des Infektionsschutzes - Beschaffung von CO2-Ampeln und mobilen Luftreinigern

Erläuterungen:

Damit Kindertageseinrichtungen auch unter Pandemiebedingungen zu sicheren Orten für die Kinderbetreuung werden, wurden durch das Land die Anschaffung mobiler Luftfilter und CO²-Ampeln in Kindertageseinrichtungen gefördert. Der Bund beteiligte sich an den Investitionen für mobile Luftfilter.
Die in 2021 begonnene Umsetzung des Förderprogramms wurde in 2022 abgeschlossen.

883 74	045	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen	0	0	0
			0	0	0

893 74	045	Zuweisungen an freie Träger für Investitionen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 74			0	0	0
				0	0

75 Kinder- und Jugendbeauftragter

Erläuterungen:

Um die Aufgaben des Kinder- und Jugendbeauftragten zu stärken, sollen Fachveranstaltungen und Projekte zur Kinder- und Jugendbeteiligung umgesetzt werden.

547 75	291	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	40.000	25.000	25.000
			0	0	0

633 75	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

681 75	291	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0	0	0
			0	0	0

684 75	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	9.800	25.000	25.000
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 75			49.800	50.000	50.000
				0	0

79 Landeselternvertretung nach § 19 KiFöG

Erläuterungen:

Ausgaben für Mitglieder der Landeselternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in Sachsen-Anhalt gemäß § 19 Abs. 8 und 9 KiFöG.

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

526 79	271	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten	3.000 349	2.800 0	2.800 0
532 79	271	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0 0	500 0	500 0
547 79	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.500 251	1.200 0	1.200 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 79			4.500	4.500 0	4.500 0

97 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2021 - 2027

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 04 Titelgruppe 97.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen sowie dazugehörige und im efREporter zu erfassende Verzugszinsen, die auf Basis von geprüften abrechnungsfähigen Ausgaben entstanden sind, sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Alle übrigen Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

*** Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten ESF Plus Programms 2021-2027 Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung des ESF+ Programms 2021 bis 2027 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 60 v. H. aus EU- und je nach Finanzplanebene bis zu 40 v. H. aus Landes- bzw. Bundesmitteln vorgesehen. Die EU-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landes- bzw. Bundesmitteln kofinanzierten Maßnahmen sind im Kapitel 1322 TGr. 63 veranschlagt.

633 97	263	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	1.557.200 4.674.000	2.076.900 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			2.076.900		2.076.900
2027			2.077.500		2.077.500
2028			519.600		519.600
2029 ff.					
Summen			4.674.000		4.674.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 97

Erläuterungen:

FPL-Ebene 21.12.0

Empowerment für Eltern

683 97	263	Zuschüsse an private Träger	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

FPL-Ebene 21.12.0

Empowerment für Eltern

684 97	263	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	1.150.400	2.682.400	3.304.400
			351.853	6.402.300	284.300

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 17 Titel 231 97.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	431.900	284.200			716.100
2026			3.271.100		3.271.100
2027			2.611.700	284.300	2.896.000
2028			519.500		519.500
2029 ff.					
Summen	431.900	284.200	6.402.300	284.300	7.402.700

Erläuterungen:

FPL-Ebene	Bezeichnung	2025	2026
21.04.0	FSJ (Freiwilligenjahre)	698.900 €	801.200 €
21.04.0	FÖJ (Freiwilligenjahre)	100.000 €	100.000 €
21.04.0	Bundesmittel zur Kofinanzierung der Freiwilligenjahre	326.400 €	326.400 €
21.12.0	Empowerment für Eltern	1.557.100 €	2.076.800 €
		2.682.400 €	3.304.400 €

Die Vereinnahmung der Kofinanzierungsmittel des Bundes für die Freiwilligendienste erfolgt im Kapitel 0517 Titel 231 97.

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	1.150.400	4.239.600	5.381.300
		11.076.300	284.300

05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	152.700	188.200	188.200
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	63.099.700	71.981.700	71.981.700
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	15.476.000	10.000.000	20.000.000
Gesamteinnahme		78.728.400	82.169.900	92.169.900

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	139.200	152.900	155.900
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	936.100	1.307.800	1.328.500
			733.400	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	659.332.800	690.108.000	723.158.100
			20.481.800	10.620.500
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	15.476.000	10.000.000	20.000.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		675.884.100	701.568.700	744.642.500
Gesamtsumme der VE			21.215.200	10.620.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-597.155.700	-619.398.800	-652.472.600

Stellenpläne

Stellenübersichten

Kapitel 05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Stellenplan)

Kapitel 05 05 Arbeitsmarkt (Stellenplan)

Kapitel 05 06 Landesamt für Verbraucherschutz (Stellenplan)

Kapitel 05 07 Sozialagentur (Stellenplan)

Kapitel 05 13 Gesundheitswesen (Stellenplan)

Kapitel 05 16 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung (Stellenplan)

Kapitel 05 17 Kinder, Jugend, Familie (Stellenplan)

Stellenübersicht 2025

Stellenübersicht 2026

Stellenübersicht TGr. 96 2025

Stellenübersicht TGr. 96 2026

Stellenübersicht übrige TGr. 2025

Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenübersicht TGr. 89 2025

Stellenübersicht TGr. 89 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
B9	Staatssekretär/-in	2	2	2
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	4	4	4
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	1	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	15	15	15

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A16	Ministerialrat/-rätin	24	20	20
A15	Veterinär-, Regierungsdirektor/-in	39	36	36
A14	Medizinaloberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin	16	16	16
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	31	29	29
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	20	19	19
A11	Regierungsamtmann/-frau	8	8	8
A9 L2.1	Regierungsinspektor/-in	1	1	1
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	3	3	3

Summe :		165	155	155

LEERSTELLEN

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B2	Ministerialrat/-rätin	2	2	2

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A16	Ministerialrat/-rätin	1	1	1
A15	Veterinär-, Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A14	Medizinaloberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	1	1	1

Summe [Leerstellen]:		6	6	6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16		4										-4	Anpassung an VzÄ-Ziel
2	A15		3										-3	Anpassung an VzÄ-Ziel
3	A13 L2.1		3										-2	Anpassung an VzÄ-Ziel
4								1						
5	A12								1				-1	
Ohne TG 96			10					1	1				-10	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

			Stellenanzahl		
			2024	2025	2026
428 01					
<i>EntgeltGruppe</i>					
AT A 16	Verwaltungsdienst		3	3	3
AT B 2	Verwaltungsdienst		1	1	1
E 15 Ü	Verwaltungsdienst		4	2	2
E 15	Verwaltungsdienst		13	13	13
E 14	Techn.-/Verwaltungsdienst		0	0	0
E 14	Verwaltungsdienst		25	25	25
E 13	Verwaltungsdienst		0	0	0
E 12	Verwaltungsdienst		14	14	14
E 11	Verwaltungsdienst		6	6	6
E 10	Verwaltungsdienst		4	4	4
E 9b	Verwaltungsdienst		7	5	5
E 9a	Verwaltungsdienst		6	8	8
E 8	Verwaltungsdienst		6	6	6
E 6	Verwaltungsdienst		2	2	2
E 5	Sonstige Dienste		2	2	2
E 5	Verwaltungsdienst		0	0	0
E 4	Kraftfahrdienst		5	5	5
Summe :			98	96	96

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 14	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		1	1	1

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	AT B 2	in B2	Stelle künftig umzuwandeln in eine Planstelle der BesGr. B2 - Ministerialrat/-rätin - nach Ausscheiden des Stelleninhabers/ der Stelleninhaberin und Nachbesetzung mit einem Beamten/ einer Beamtin.	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 15 Ü	in A16	Stelle künftig umzuwandeln in eine Planstelle der BesGr. A16 - Ministerialrat/-rätin - nach Ausscheiden des Stelleninhabers/ der Stelleninhaberin und Nachbesetzung mit einem Beamten/ einer Beamtin.	(aus HH 2022)

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 14	Sonstiges	(aus HH 2019)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 15 Ü		2										-2	Anpassung an VzÄ-Ziel
2	E 15	1											0	
3			1											Anpassung an VzÄ-Ziel
4	E 9b										2		-2	
5	E 9a									2			+2	
Ohne TG 96		1	3							2	2		-2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 65	(65)			
EntgeltGruppe				
E 8	Verwaltungsdienst	0	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	0	0	0
Summe :		0	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 8	1											+1	
Ohne TG 96		1											+1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

			Stellenanzahl		
			2024	2025	2026
422 96 (96)					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
B2	Ministerialrat/-rätin		0	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A16	Ministerialrat/-rätin		0	0	0
A15	Veterinär-, Regierungsdirektor/-in		0	0	0
A14	Gewerbe-/ Medizinal-/ Veterinär-/ Landwirtschafts-/ Physik-/ Chemieoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin		0	0	0
A13 L2.2	Studienrat/-rätin		0	0	0
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin		0	0	0
A12	Regierungsamtsrat/-rätin		0	0	0
A11	Regierungsamtmann/-frau		0	0	0
Summe :			0	0	0

			Stellenanzahl		
			2024	2025	2026
428 96 (96)					
<i>EntgeltGruppe</i>					
E 15 Ü	Verwaltungsdienst		0	0	0
E 15	Verwaltungsdienst		0	0	0
E 11	Verwaltungsdienst		0	0	0
E 9	Verwaltungsdienst		0	0	0
E 6	Verwaltungsdienst		0	0	0
E 5	Verwaltungsdienst		0	0	0

05 01

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 4	Verwaltungsdienst	0	0	0
Summe :		0	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 93	(93)			
	<i>EntgeltGruppe</i>			
E 15	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 14	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 13	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 11	Verwaltungsdienst	0	0	0
Summe :		0	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 41				
	<i>Bes.Gruppe</i>			
A13 L2.2	Gewerbereferendar/-in	8	8	8
A10	Gewerbeoberinspektoranwärter/-in	8	8	8
Summe :		16	16	16

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 03				
	<i>EntgeltGruppe</i>			
E 14	Fachärzte / Fachtierärzte in Weiterbildung	10	10	10
Summe :		10	10	10

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 89 (89)				

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B3	Präsident oder Präsidentin des Landesamtes für Verbraucherschutz	1	1	1

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A16	Leitende/r Gewerbe-/Medizinal-/ Veterinär-/ Landwirtschafts-/ Chemie-/ Regierungsdirektor/-in	8	8	8
A15	Regierungs-, Pharmaziedirektor/-in	0	1	1
A15	Gewerbe-, Veterinär-, Chemie-, Landwirtschafts-, Medizinal-, Regierungsdirektor/-in	15	14	14
A14	Gewerbe-/Medizinal-/Veterinär-/Landwirtschafts-/Physik-/ Chemie-/Pharmazieoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin	29	20	20
A13 L2.2	Gewerbe-/Medizinal-/Veterinär-/Landwirtschafts-/Physik-/ Chemie-/Pharmazie-/Regierungsrat/-rätin	31	31	31
A13 L2.1	Gewerbe-/Regierungsrat/-rätin, Gewerbe-/ Regierungsoberamtsrat/-rätin	5	5	5
A12	Gewerbe-/Regierungsamtsrat/-rätin	21	26	26
A11	Gewerbe-/Regierungsamtsmann/-frau	42	42	42
A10	Gewerbe-/Regierungsoberinspektor/-in	20	20	20
A9 L1.2	Gewerbe-/Regierungsamtsinspektor/-in	10	10	10
A8	Gewerbe-/Regierungshauptsekretär/-in	0	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A7	Gewerbe-/Regierungsoberssekretär/-in	0	0	0
Summe :		182	178	178

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A14	Gewerbe-/Medizinal-/Veterinär-/Landwirtschafts-/Physik-/Chemie-/Pharmazieoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.2	Gewerbe-/Medizinal-/Veterinär-/Landwirtschafts-/Physik-/Chemie-/Pharmazie-/Regierungsrat/-rätin	1	1	1
A10	Gewerbe-/Regierungsobersinspektor/-in	1	1	1
A8	Gewerbe-/Regierungshauptsekretär/-in	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		4	4	4

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A15											1	+1	Anpassung VzÄ-Ziel
2	A15											1	-1	
3	A14		3										-9	
4			1											
5											5			
6	A12									5			+5	
Ohne TG 96			4							5	5	1	-4	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
7	A15											1	0	
8												1		
9	A15											1	0	
10												1		
Ohne TG 96												2	0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenanzahl

2024 **2025** **2026**

428 89 (89)

EntgeltGruppe

E 15	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	31	31	31

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 14	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	24	23	23
E 13	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	26	26	26
E 12	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	10	10	10
E 11	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	14	14	14
E 10	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	22	22	22
E 9b	Verwaltungsdienst, Verbraucherschutzuntersuchungsdienst	18	18	18
E 9a	Verwaltungsdienst, Verbraucherschutzuntersuchungsdienst	52	52	52
E 8	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	18	18	18
E 7	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	36	36	36
E 6	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	18	18	18
E 5	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	31	30	30
E 5	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 4	Sonstige Dienste	3	2	2
E 3	Sonstige Dienste	0	0	0
E 3	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungs-, med.-techn. Dienst	7	3	3
Summe :		310	303	303

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 15	Wiss. Dienst/ Verw. Dienst/ Techn. Dienst	1	1	1
E 14	Wiss. Dienst/ Verw. Dienst/ Techn. Dienst	1	1	1
E 13	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	2	2	2
E 11	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	1	1	1
E 10	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9a	Verwaltungsdienst, Verbraucherschutzuntersuchungsdienst	1	1	1
E 7	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	2	2	2
E 6	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		10	10	10

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziel
2	E 5		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziel
3	E 4		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziel
4	E 3		1										-4	
5			3											Anpassung VzÄ-Ziel
Ohne TG 96			7										-7	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 96	(96)			

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes. Gruppe*

A13 L2.2	Gewerbe-, Landwirtschafts-, Physik-, Chemie-, Veterinär-, Medizinal-, Regierungsrat/-rätin	0	0	0
A12	Gewerbe-/Regierungsamtsrat/-rätin	0	0	0
A11	Gewerbe-/Regierungsamtmann/-frau	0	0	0
A10	Gewerbe-/Regierungsoberinspektor/-in	0	0	0
A8	Gewerbe-/Regierungshauptsekretär/-in	0	0	0
A7	Gewerbe-/Regierungsobersekretär/-in	0	0	0
Summe :		0	0	0

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen A13 L2.2 am 31.12.2019 Sonstiges

(aus HH 2020/2021)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 96	(96)			

EntgeltGruppe

E 13	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	0	0	0
E 9	Verwaltungs-, Veterinär- u. Lebensmitteluntersuchungsdienst	0	0	0
E 8	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	0	0	0
E 6	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	0	0	0
E 5	Schreibdienst	0	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 4	Kraftfahrdienst	0	0	0
E 2 Ü	Reinigungsdienst	0	0	0
E 2 Ü	Sonstige Dienste	0	0	0
E 2	Sonstige Dienste	0	0	0
Summe :		0	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B2	Direktor oder Direktorin der Sozialagentur Sachsen-Anhalt	0	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	0	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in	0	3	3
A14	Oberregierungsrat/-rätin	0	6	6
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	0	1	1
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	0	3	3
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	0	25	25
A11	Regierungsamtmann/-frau	0	4	4
A10	Regierungsoberinspektor/-in	0	1	1
Summe :		0	45	45

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	B2			1									+1	Umsetzung vom 422 89
2	A16			1									+1	Umsetzung von 422 89
3	A15			2									+3	Umsetzung vom 422 89
4								1						Hebung von A 14
5	A14			7									+6	Umsetzung von 422 89
6									1					Hebung nach A 15
7	A13 L2.2			1									+1	Umsetzung von 422 89
8	A13 L2.1			3									+3	Umsetzung von 422 89
9	A12	1											+25	
10				24										Umsetzung von 422 89
11	A11			4									+4	Umsetzung von 422 89
12	A10			1									+1	Umsetzung von 422 89
Ohne TG 96		1		44				1	1				+45	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Verwaltungsdienst	0	1	1
E 13	Verwaltungsdienst	0	2	2
E 11	Verwaltungsdienst	0	45	45
E 9b	Verwaltungsdienst	0	3	3
E 9a	Verwaltungsdienst	0	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	0	2	2
Summe :		0	56	56

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14			1									+1	Umsetzung von 428 89
2	E 13			2									+2	Umsetzung von 428 89
3	E 11	3											+45	
4				42										Umsetzung von 428 89
5	E 9b			3									+3	Umsetzung von 428 89
6	E 9a			2									+3	Umsetzung von 428 89
7								1						Hebung von E 6
8	E 6			3									+2	Umsetzung von 428 89
9									1					Hebung nach E 9a
Ohne TG 96		3		53				1	1				+56	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 89 (89)				
FESTE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
B2	Direktor oder Direktorin der Sozialagentur Sachsen-Anhalt	1	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
A16	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in	1	0	0
A15	Regierungsdirektor/-in	2	0	0
A14	Oberregierungsrat/-rätin	7	0	0
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	1	0	0
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	3	0	0
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	24	0	0
A11	Regierungsamtsmann/-frau	4	0	0
A10	Regierungsoberinspektor/-in	1	0	0
Summe :		44	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparun-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	B2	1											-1	
2			1											
3					1									Umsetzung nach 422 01
4	A16	1											-1	
5			1											
6					1									Umsetzung nach 422 01
7	A15		1										-2	
8					2									Umsetzung nach 422 01
9								1						
10	A14	7											-7	
11		1												
12			7											
13					7									Umsetzung nach 422 01
14									1					
15	A13 L2.2	1											-1	
16			1											
17					1									Umsetzung nach 422 01
18	A13 L2.1	3											-3	
19			3											
20					3									Umsetzung nach 422 01
21	A12	1											-24	
22			1											
23					24									Umsetzung nach 422 01
24	A11				4								-4	Umsetzung nach 422 01
25	A10				1								-1	Umsetzung nach 422 01
Ohne TG 96		15	15		44			1	1				-44	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 89	(89)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Verwaltungsdienst	1	0	0
E 13	Verwaltungsdienst	2	0	0
E 11	Verwaltungsdienst	42	0	0
E 9	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 9b	Verwaltungsdienst	3	0	0
E 9a	Verwaltungsdienst	2	0	0
E 6	Verwaltungsdienst	3	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 5	Verwaltungsdienst	0	0	0
Summe :		53	0	0

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14				1								-1	Umsetzung nach 428 01
2	E 13				2								-2	Umsetzung nach 428 01
3	E 11				42								-42	Umsetzung nach 428 01
4	E 9b				3								-3	Umsetzung nach 428 01
5	E 9a				2								-2	Umsetzung nach 428 01
6	E 6				3								-3	Umsetzung nach 428 01
Ohne TG 96					53								-53	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 69	(69)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1 1)	1 1)	1 1)
A11	Regierungsamtmann/-frau	1 1)	1 1)	1 1)
A10	Regierungsobersinspektor/-in	1	1	1
Summe :		3	3	3

1) Der/-die Stelleninhaber/-in ist im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes des Landesverwaltungsamtes tätig.

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 69	(69)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 15	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst	3 1)	3 1)	3 1)
E 11	Verwaltungsdienst	4 2)	3 2)	3 2)
E 9a	Verwaltungsdienst	1 3)	1 3)	1 3)
E 7	Verwaltungsdienst	1 4)	1 4)	1 4)
Summe :		11	10	10

- 1) Davon sind 2 Stelleninhaber/-innen im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes des Landesamtes für Verbraucherschutz tätig.
- 2) Davon sind 2 Stelleninhaber/-innen im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes des Landesverwaltungsamtes tätig.
- 3) Der/die Stelleninhaber/-in ist im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes des Landesamtes für Verbraucherschutz tätig.
- 4) Der/die Stelleninhaber/-in ist im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes des Landesamtes für Verbraucherschutz tätig.

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11		1										-1	Umwandlung nach A 10 gemäß Schreiben MF vom 28.01.2024
Ohne TG 96			1										-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A15	Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin	0	0	0
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	5	5	5
Summe :		7	7	7

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 70	(70)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A 14	Oberregierungsrat/-rätin	0	0	0
Summe :		0	0	0

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 70	(70)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 10	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		2	2	2

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0501	0506	0507	0516							Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	2										2
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	4										4
B3 L2.2	1										1
B2 L2.2	15		1								16
Summe	23		1								24
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	20		1								21
A15 L2.2	36		3	1							40
A14 L2.2	16		6	0							22
A13 L2.2			1								1
A13 L2.1	29		3	1							33
A12 L2.1	19		25	5							49
A11 L2.1	8		4								12
A10 L2.1			1								1
A9 L2.1	1										1
A9 L1.2	3										3
Summe	132		44	7							183
Summe 2025	155		45	7							207
Summe 2024	165		0	7							172
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2		8									8
A10 L2.1		8									8
Summe		16									16
Summe 2025		16									16
Summe 2024		16									16
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16	3										3
AT B 2	1										1
E 15 Ü	2										2
E 15	13										13
E 14	25	10	1								36
E 13	0		2								2
E 12	14										14
E 11	6		45								51
E 10	4										4
E 9b	5		3								8
E 9a	8		3								11

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	0501	0506	0507	0516							Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	2										2
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	4										4
B3 L2.2	1										1
B2 L2.2	15		1								16
Summe	23		1								24
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	20		1								21
A15 L2.2	36		3	1							40
A14 L2.2	16		6	0							22
A13 L2.2			1								1
A13 L2.1	29		3	1							33
A12 L2.1	19		25	5							49
A11 L2.1	8		4								12
A10 L2.1			1								1
A9 L2.1	1										1
A9 L1.2	3										3
Summe	132		44	7							183
Summe 2026	155		45	7							207
Summe 2025	155		45	7							207
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2		8									8
A10 L2.1		8									8
Summe		16									16
Summe 2026		16									16
Summe 2025		16									16
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16	3										3
AT B 2	1										1
E 15 Ü	2										2
E 15	13										13
E 14	25	10	1								36
E 13	0		2								2
E 12	14										14
E 11	6		45								51
E 10	4										4
E 9b	5		3								8
E 9a	8		3								11

Zergliederung der Stellen, Stellen aus den Titelgruppen 96 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 96 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

[illegible]

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 06

**Ministerium für Wissenschaft, Energie,
Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und
Forschung -**

Vorwort zum Einzelplan 06

Der Einzelplan 06 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) für den Bereich Wissenschaft und Forschung.

A. Überblick zu den für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Eine leistungsfähige Hochschul- und Wissenschaftslandschaft ist eine Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Sachsen-Anhalt verfügt über eine ausdifferenzierte, vielfältige, leistungsfähige Wissenschaftslandschaft. Wichtigste Träger von Lehre und Forschung sind die sieben staatlichen Hochschulen. Die Forschungslandschaft wird zudem durch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen geprägt. Das sind vor allem die fünf Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, drei Max-Planck-Institute, zwei Fraunhofer-Institute sowie zwei Helmholtz-Zentren. In der Lehre wird das Angebot der staatlichen Hochschulen durch Einrichtungen in kirchlicher und privater Trägerschaft ergänzt. Die Weiterentwicklung der Hochschullandschaft Sachsen-Anhalts erfolgt seit mehr als zwanzig Jahren auf der Grundlage von Zielvereinbarungen als zeitgemäßem Modell von Hochschulentwicklung und -steuerung. Sie sichern den Hochschulen eine verlässliche, überjährige Finanzierung und zugleich die Erfüllung der mehr als vielfältigen Anforderungen des Landes.

Die Hochschulen des Landes werden als Orte erstklassiger Forschungs-, Ausbildungs- und Nachwuchsförderung weiter ausgebaut; dafür enthält der Haushaltsplan verschiedene Ansätze, darunter bspw. solche für die Cluster-Initiativen der beiden Universitäten im Rahmen der laufenden Exzellenzstrategie des Bundes. Seit dem Haushaltsjahr (HHJ) 2023 werden dafür Mittel gesondert veranschlagt und auch im HHJ 2025 und 2026 verstetigt; sie sollen Initiativen der beiden Universitäten in die Lage versetzen, sich am Wettbewerb um Exzellenzmittel des Bundes angemessen beteiligen zu können. Im Bereich der Digitalisierung wird die Zusammenarbeit der Hochschulen durch die IT-Kommission der Landesrektorenkonferenz (LRK) geprägt. Sie berät die Hochschulen sowie das Land auf diesem Gebiet, um den Wissenschaftsstandort digital attraktiver zu gestalten.

Mit den Universitätsklinika in Halle (Saale) und Magdeburg besitzt Sachsen-Anhalt zwei leistungsstarke Standorte der Universitätsmedizin. Sie bilden den medizinischen Nachwuchs aus, sind Einrichtungen der medizinischen Spitzenforschung und übernehmen Verantwortung in der Krankenversorgung. Die Landesregierung bekennt sich zum Erhalt und Ausbau beider Standorte und ihren Kooperationen mit anderen Klinika. Besonderen Ausdruck findet dies u.a. in den umfangreichen laufenden und geplanten Baumaßnahmen wie dem Neubau des Herzzentrums und der Planung des Zentralklinikums in Magdeburg oder der baulichen Fertigstellung des Standortes Ernst-Grube-Straße und den laufenden Planungen zum Neubau des Theoretikums in Halle. Die Finanzierung der Hochschulmedizin (Universitätsklinika und Medizinische Fakultäten) erfolgt auf der Grundlage des Hochschulmedizingesetzes (HMG LSA) in der Fassung vom 12.08.2005 in Verbindung mit den Zielvereinbarungen für die Medizinischen Fakultäten. Nach durchgreifender Reform des Hochschulgesetzes (HSG) in der letzten Legislatur steht nun in der laufenden Legislaturperiode der Abschluss der Novellierung des Hochschulmedizingesetzes (HMG) an.

Die Betreuung und Begleitung der Studierenden durch die Studentenwerke in Halle und Magdeburg im Zusammenwirken mit den Hochschulen sind Teil der sozialen Verantwortung innerhalb der Selbstverwaltung. Zu den wesentlichen Ausgaben der Studentenwerke gehören die Bewirtschaftung der Wohnheime, die Bereitstellung von Speisen zu sozialverträglichen Preisen in der Hochschulgastronomie, die psychosoziale Beratung der Studierenden sowie der Vollzug und die Auszahlung der Förderung nach dem BAföG an Studierende. Die Landesregierung unterstützt die Arbeit der Studentenwerke und erhöht dafür seit dem Jahr 2022 die Fehlbetragsfinanzierung bei der Hochschulgastronomie.

Mit der vierten Phase des Pakts für Forschung und Innovation seit 2021 verfolgen Bund und Länder sowie die Wissenschaftsorganisationen das gemeinsame Ziel, den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern. Die institutionelle Grundfinanzierung steigt in der vierten Pakt-Phase um jährlich drei Prozent. Die jährlichen Steigerungen werden von Bund und Ländern nach den in den jeweiligen Ausführungsvereinbarungen festgelegten Schlüsseln aufgebracht.

Der zwischen Bund und Ländern am 6. Juni 2019 unbefristet geschlossene Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ (ZSL) soll die Stabilität und die finanzielle Planungssicherheit an den Hochschulen erhöhen. Dabei stehen weiterhin der Kapazitätserhalt sowie die Verbesserung der Qualität der Lehre u. a. durch den Ausbau von dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen, mit Studium und Lehre befassten Personals an den Hochschulen im Mittelpunkt der Vereinbarung.

Die Lehramtsausbildung an den Hochschulen leistet einen wichtigen Beitrag zur künftigen Sicherung der Unterrichtsversorgung in Sachsen-Anhalt. Aus diesem Grund werden aus dem Einzelplan 06 heraus auch 2025 und 2026 insgesamt 1.200 Erstsemester-Studienplätze im Lehramt finanziert, davon 1.000 in Halle und 200 in Magdeburg. Darüber hinaus ist in Magdeburg zum Wintersemester 2024/2025 ein praxisintegrierender Studiengang nach dem bekannten Modell dualer Angebote eingeführt worden, um weniger nachgefragte Fächerkombinationen attraktiver zu gestalten und eine Bindung an Bedarfsregionen zu generieren.

Die durch die BAföG-Reform von 2015 frei gewordenen Landesmittel in Höhe von jährlich 26 Mio. EUR werden den Hochschulen seit 2017 zur Verfügung gestellt und verteilen sich außerhalb der Hochschulkapitel (11 Mio. EUR) sowie bei den Hochschulen (15 Mio. EUR) im Haushaltsplan 2025 und 2026 wie folgt:

Verteilung ehemaliger BAföG-Landesmittel in Höhe von 11 Mio. EUR außerhalb der Kapitel der Hochschulen	2025	2026
0602 / TGr. 82 Kofinanzierung nationaler und internationaler Forschungs- und Fördermittel	807.900	807.900
0602 / TGr. 88 Landesforschungsförderung Landesgraduiertenförderung	500.000 2.000.000	500.000 2.000.000
0605 / 891 01 Zuschüsse für Investitionen an das Universitätsklinikum Halle (Saale), AöR	3.846.100	3.846.100
0608 / 891 01 Zuschüsse für Investitionen an das Universitätsklinikum Magdeburg, AöR	3.846.000	3.846.000

Verteilung der Erhöhung der Grundfinanzierung um 15 Mio. EUR	MLU	KHH	OvGU	HS MD-St.	HS Anhalt	HS Harz	HS Mersb.
	4.730.000	500.000	3.690.000	1.920.000	2.110.000	1.090.000	960.000

B. Zentrale Aufgabenbereiche

Innerhalb des Einzelplans 06 sind die Aufgabenbereiche wie folgt strukturiert:

Kapitel 0602 - Allgemeine Bewilligungen

In diesem Bereich sind Maßnahmen von zentraler Bedeutung zusammengefasst, die nicht allein einer Hochschule zugeordnet werden können (u. a. ZSL, Programm „Großgeräte der Länder“, Landesforschungsförderung einschließlich Landesgraduiertenförderung sowie die Exzellenzinitiative). Weiterhin werden hier Beiträge des Landes an überregionale öffentliche Einrichtungen (u. a. Kultusministerkonferenz, Hochschulrektorenkonferenz, Stiftung für Innovation in der Hochschullehre, Wissenschaftsrat) sowie Zuschüsse an Einrichtungen des Landes (u. a. Evangelische Hochschule für Kirchenmusik Halle (Saale), Stiftung Leucorea, Institut für Hochschulforschung e.V.) berücksichtigt. Ab dem HHJ 2025 werden auch Mittel für das Center for the Transmission of Chemistry (CTC) veranschlagt. Seit dem Jahr 2023 wird die Kofinanzierung der EU-Projekte für die Strukturperiode 2021-2027 zentral im Kapitel 0602 eingestellt.

Kapitel 0603 - Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß Gemeinsame Wissenschaftskonferenz-Abkommen

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung, die auf der Grundlage des Gemeinsame Wissenschaftskonferenz-Abkommens von Bund und Ländern gemeinsam gefördert werden. Dazu zählen Max-Planck-Gesellschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Leibniz-Institute, die Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft, die Deutsche Akademie Leopoldina und die Fraunhofer Gesellschaft sowie Aka-
demienvorhaben und die NAKO Gesundheitsstudie.

Kapitel der Hochschulen und Medizinischen Fakultäten

Kapitel 0604 - Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU)
Kapitel 0605 - Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kapitel 0606 - Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle (KHH)
Kapitel 0608 - Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
Kapitel 0611 - Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU)
Kapitel 0615 - Hochschule Magdeburg-Stendal (HS MD-SDL)
Kapitel 0616 - Hochschule Anhalt (HS Anhalt)
Kapitel 0617 - Hochschule Harz (HS Harz)
Kapitel 0618 - Hochschule Merseburg (HS Merseburg)

Die Veranschlagung der Budgets der Hochschulen beruht auf den noch abzuschließenden Zielvereinbarungen 2025-2029. Das Budget der Hochschulen wird als Globalzuschuss, untergliedert in Zuschuss Betrieb, Zuschuss Investitionen sowie Inflationsausgleich, zugewiesen. Hinzu kommen die zeitlich befristeten Zuschüsse zur Erhöhung der Kapazitäten in der Lehramtsausbildung an der MLU, der KHH und der OvGU.

Daneben erhalten die Hochschulen aus anderen Ressorts (u. a. aus dem Einzelplan 07 für Zertifikatsstudiengänge) weitere Mittel für die Umsetzung von ressortspezifischen Aufträgen.

Bei den Medizinischen Fakultäten sind zur Vorbereitung der Umsetzung des Masterplans Medizin (Änderung der Approbationsordnung der Ärzte) sowie an der Medizinischen Fakultät Halle die Umsetzung der Änderung der Approbationsordnung für Zahnärzte und Zahnärztinnen sowie die Studiengänge „Immunologie, Evidenzbasierte Pflege und Hebammenwissenschaft“ Haushaltsmittel veranschlagt. Im Jahr 2025 wird die Einführung des Studiengangs Klinische Psychologie und Psychotherapie (KliPP) an beiden Fakultäten mit je 600.000 € aus dem ZSL unterstützt.

Für neue Tarifabschlüsse ab dem Jahr 2025 ist Haushaltsvorsorge in den Kapiteln der Hochschulen und der Medizinischen Fakultäten getroffen worden.

Die personelle und sächliche Grundausrüstung für Vorhaben der Drittmittelforschung wird aus den bereitgestellten Haushaltsmitteln der Hochschulen finanziert. Auf das gesonderte Ausbringen der Haushaltsvermerke gemäß § 35 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung wird verzichtet.

In den Kapiteln der Hochschulen sind die jährlich ab 2021 auf Grundlage der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes über den ZSL zu erbringenden Landesmittel enthalten. Die Verteilung der aufgeführten Landesmittel auf die Hochschulen ist in der landesinternen Vereinbarung geregelt. Die Hochschulen haben die im entsprechenden Jahr nachzuweisenden Landesmittel in ihren Wirtschaftsplänen mit dem Förderzweck ZSL zu kennzeichnen (das heißt nach Abschluss des jeweiligen HHJ).

Kapitel 0621 - Studentenwerke und Ausbildungsförderung (BAföG)

Dieser Aufgabenbereich beinhaltet das Gebiet der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sowie die Kostenerstattung an die Studentenwerke Magdeburg und Halle für den Vollzug des studentischen BAföG. Des Weiteren beinhaltet dieses Kapitel die anteilige Fehlbertragsfinanzierung der Hochschulgastronomie nach EU-Vorschrift und entsprechender DAWI-Kalkulation, welche seit 2017 im Rahmen der Betrauungsakte festgelegt wird. Überdies erfolgen in diesem Kapitel die Zuschüsse für die Studentenwerke zur Kompensation von persönlichen Notlagen der Studierenden.

Kapitel 0630 - Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen

In diesem Kapitel sind die Mittel für Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen und Medizinischen Fakultäten einschließlich Mittel für die Zuführungen an den Pensionsfonds veranschlagt.

Genderziel

Die Förderung der Chancengleichheit für Frauen und Männer in Wissenschaft und Forschung ist ein zentrales Ziel der Landesregierung. Dieses Ziel wird durch folgende Maßnahmen unterstützt:

- Verbesserung der Berufungsvoraussetzungen von Frauen an Hochschulen,
- Schaffung von Stellen und Stipendien für Frauen, um die Promotions- und Habilitationsquote von Frauen vor allem an Hochschulen für angewandte Wissenschaften i. S. der Verbesserung von Vereinbarkeit von Karriere und Familie zu erhöhen,
- Kooperation zwischen Hochschulen, MWU und Institutionen verbessern (z. B. Förderung der Koordinierungsstelle),
- Förderung von Maßnahmen zur Netzwerkbildung und Koordination von Gleichstellungs- und Gendermaßnahmen,
- Gewinnung von Frauen für den MINT-Bereich.

Tabelle zum Gender-Marker

Geplante Inanspruchnahme des finanziellen Ermächtigungsrahmens des Einzelplans 06 bezogen auf das Querschnittsziel der „Herstellung der Chancengleichheit von Männern und Frauen“:

	GG2 = Gender ist Hauptziel	GG1 = Gender ist Nebenziel	GG0 = Gender ist kein Ziel	Gesamt
Ausgaben 2025 (EUR)	1.037.400	773.520.700	346.535.900	1.121.094.000

	GG2 = Gender ist Hauptziel	GG1 = Gender ist Nebenziel	GG0 = Gender ist kein Ziel	Gesamt
Ausgaben 2026 (EUR)	1.039.400	799.439.400	324.006.200	1.124.485.000

C. Organisationsstruktur des Geschäftsbereichs im Einzelplan 06

Hochschulen nach § 54 Abs. 1 Hochschulgesetz LSA als Körperschaften des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze:

- Zwei Universitäten (einschl. Medizinischer Fakultäten),
- eine Kunsthochschule,
- vier Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Juristische Personen des öffentlichen Rechts:

- Universitätsklinikum der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Universitätsklinikum der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Anstalten des öffentlichen Rechts gem. § 7 Abs. 1 Hochschulmedizinengesetz)
- Studentenwerke Halle und Magdeburg (Anstalten des öffentlichen Rechts gem. § 1 Abs. 1 Studentenwerksgesetz)
- Stiftungen des öffentlichen Rechts des Landes Sachsen-Anhalt
 - Leibniz - Institut für Neurobiologie
 - Leibniz - Institut für Pflanzenbiochemie
 - Leibniz - Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung
 - Leibniz - Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 - Stiftung Leucorea in Wittenberg

D. EU-Förderung

Die Strategie des Landes für die Strukturfondsperiode 2021 - 2027 setzt unter Berücksichtigung der Oberziele Schwerpunkte für Wissenschaft und Forschung, Bildung und Innovation.

Die Förderung auf Grundlage des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Just Transition Fund Programms (JTF) sowie des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF +) trägt zur Verwirklichung folgender Ziele bei:

- Innovation, Forschung und Entwicklung (EFRE-Mittel)
- Ausbau der FuE- und Innovationsinfrastruktur (EFRE-Mittel)
- Erneuerbare Energie, Digitalisierung und künstliche Intelligenz (EFRE-Mittel)
- Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses (ESF+-Mittel)
- Herstellung der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung (ESF+-Mittel)

Der EFRE und ESF+ beteiligen sich zu 60% an den öffentlichen Ausgaben. JTF-Projekte im Wissenschaftsbereich werden zu 100 % durch EU-Mittel finanziert. Die EU-Mittel sind im Einzelplan 13 veranschlagt.

Am 26. August 2022 wurden das ESF+-Programm 2021-2027, am 6. September 2022 das EFRE-Programm und am 22.10.2022 der erste Änderungsantrag zum EFRE-Programm mit dem JTF als eigene Prioritätsachse von der Europäischen Kommission genehmigt.

Der EFRE setzt dabei Forschungsvorhaben u. a. in Medizin, Telemedizin, Medizintechnik, Bioökonomie, Chemie/Energie, Ernährungswissenschaften, Umweltwissenschaft, Material- und Lebenswissenschaften, Alters- und Pflegewissenschaften, Informations- und Kommunikationstechnologien, Künstlicher Intelligenz sowie anderen Leitmärkten und Querschnittsbereichen der Regionalen Innovationsstrategie (RIS) einschließlich Begleitforschung in Sozial-, Geistes-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften um. Im ESF+ geht es um Maßnahmen zur Verbesserung der Doktorandenausbildung durch den zusätzlichen Auf- und Ausbau internationaler Graduiertenkollegs und Doktorandenschulen, Forschungsstellen und/oder -stipendien für Frauen zur Verbesserung der Berufungsfähigkeit für Professuren und weitere Frauenfördermaßnahmen im Wissenschaftsbereich („FEM-Power“) sowie das EU-Hochschulnetzwerk und Einzelvorhaben zur Unterstützung der Nachhaltigkeit von EU-Vorhabenergebnissen sowie im Vorfeld von EU-Vorhaben (z.B. Förderung zur Unterstützung von ERC-Grantees). Im JTF sollen u.a. die Errichtung, Erweiterung und Ausstattung von anwendungsnahe, transferrelevanter Forschungsinfrastruktur einschließlich Forschungsbauten sowie transferrelevante Forschungsvorhaben in enger Zusammenarbeit mit KMU im Strukturwandelgebiet, wie beispielsweise das neue Forschungs- und Innovationszentrum an der Universität Halle („European Center for Just Transition Research and Impact-Driven Transfer“ (JTC)), gefördert werden.

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung EFRE VI 2021 - 2027 - ohne JTF

im Bereich Wissenschaft und Forschung im HHJ 2025 und 2026 geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	übrige	Kap.	Tit.
1321	685 66	11.04.0	Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT: For- schung und Innovation (Hochschulen und außer- universitäre Forschungs- einrichtungen) – Zuschüsse	45.270.300	30.180.200			0602	685 97
1321	894 66	11.04.0	Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT: For- schung und Innovation (Hochschulen und außer- universitäre Forschungs- einrichtungen) – Investitionen					0602	894 97
Summe EFRE VI 2025 (ohne JTF)				45.270.300	30.180.200				

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	übrige	Kap.	Tit.
1321	685 66	11.04.0	Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT: For- schung und Innovation (Hochschulen und außer- universitäre Forschungs- einrichtungen) – Zuschüsse	15.059.500	10.039.700			0602	685 97
1321	894 66	11.04.0	Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT: For- schung und Innovation (Hochschulen und außer- universitäre Forschungs- einrichtungen) – Investitionen					0602	894 97
Summe EFRE VI 2026 (ohne JTF)				15.059.500	10.039.700				

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung EFRE VI 2021 - 2027 - nur JTF
im Bereich Wissenschaft und Forschung im HHJ 2025 und 2026 geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	übrige	Kap.	Tit.
1321	894 80	15.03.1	Forschungsinfrastruktur	8.566.700	0				
1321	685 80	15.03.2	Interdisziplinäre Transfer- forschung	7.666.700	0				
Summe EFRE VI 2025 (nur JTF)				16.233.400	0				

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	übrige	Kap.	Tit.
1321	894 80	15.03.1	Forschungsinfrastruktur	8.566.600	0				
1321	685 80	15.03.2	Interdisziplinäre Transfer- forschung	7.666.700	0				
Summe EFRE VI 2026 (nur JTF)				16.233.300	0				

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung ESF+ 2021 - 2027
im Bereich Wissenschaft und Forschung im HHJ 2025 und 2026 geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Übrige	Kap.	Titel
1322	685 66	21.06.0	Sachsen-Anhalt Wissen- schaft (Gleichstellung, Qualifikation, Nach- wuchs) - Zuschüsse	8.250.000	5.500.000			0602	685 98
Summe ESF+ 2025 Epl. 06				8.250.000	5.500.000				

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Übrige	Kap.	Titel
1322	685 66	21.06.0	Sachsen-Anhalt Wissen- schaft (Gleichstellung, Qualifikation, Nach- wuchs) - Zuschüsse	3.300.000	2.200.000			0602	685 98
Summe ESF+ 2026 Epl. 06				3.300.000	2.200.000				

E. Sonstiges

Zu Beginn des Kapitels 0602 ist ein allgemeiner Haushaltsvermerk ausgebracht, der das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt berechtigt, innerhalb des Einzelplanes 06 sowohl innerhalb der Kapitel 0602, 0603 und 0621 als auch zwischen den Kapiteln 0602, 0603 und 0621 Minderausgaben einzelner Haushaltsansätze zugunsten anderer Zweckbestimmungen im Rahmen des veranschlagten Gesamthaushaltsumfanges (Zuschussbedarfs) umzusetzen, um auf geänderte Bedarfe von Rechtsverpflichtungen reagieren zu können.

Die vorstehende Ermächtigung ist erforderlich, um flexibel auf Veränderungen bei gemeinsam von Bund und Ländern sowie bei gemeinsam von allen Ländern finanzierten Aufgaben, bei nachträglichen Berechnungen nach dem Königsteiner Schlüssel sowie bei Veränderungen im Zusammenhang mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) reagieren zu können. Sie ist auch auf diese Fälle beschränkt.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
06 02	Allgemeine Bewilligungen		16.161.600	42.486.100	206.300	58.854.000	17.990.000
06 03	Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen		0	52.099.000		52.099.000	
06 04	Martin-Luther-Universität Halle - Wittenberg					0	0
06 05	Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg und Klinikum					0	0
06 06	Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle					0	0
06 08	Medizinische Fakultät der Otto- von-Guericke Universität Magdeburg und Klinikum					0	0
06 11	Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg					0	0
06 15	Hochschule Magdeburg- Stendal					0	0
06 16	Hochschule Anhalt					0	0
06 17	Hochschule Harz					0	0
06 18	Hochschule Merseburg					0	0
06 21	Studentenwerke und Ausbildungsförderung			96.571.200		96.571.200	
06 30	Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen			226.800		226.800	62.725.900
	Summe 2025		16.161.600	191.383.100	206.300	207.751.000	80.715.900
	Summe 2024		348.100	192.152.300	214.900	192.715.300	69.468.200
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+15.813.500	-769.200	-8.600	+15.035.700	+11.247.700

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
734.100	92.663.600		15.450.000		126.837.700	-67.983.700	154.451.400	06 02
	144.234.500		15.664.700		159.899.200	-107.800.200	0	06 03
	191.776.900		2.350.000		194.126.900	-194.126.900	785.509.400	06 04
600.000	74.967.500		17.511.000		93.078.500	-93.078.500	376.095.000	06 05
	18.122.300		200.000		18.322.300	-18.322.300	73.538.800	06 06
	61.820.200		17.923.100		79.743.300	-79.743.300	321.878.200	06 08
	113.619.300		2.000.000		115.619.300	-115.619.300	464.087.000	06 11
	35.328.000		300.000		35.628.000	-35.628.000	142.805.800	06 15
	44.891.800		716.200		45.608.000	-45.608.000	182.820.800	06 16
	19.511.900		530.000		20.041.900	-20.041.900	80.117.800	06 17
	23.861.600		600.000		24.461.600	-24.461.600	98.031.800	06 18
190.000	113.301.200		500.000		113.991.200	-17.420.000	0	06 21
				31.010.200	93.736.100	-93.509.300	0	06 30
1.524.100	934.098.800		73.745.000	31.010.200	1.121.094.000	-913.343.000	2.679.336.000	
2.300.200	886.859.300		73.106.000	24.397.900	1.056.131.600	-863.416.300	3.106.062.700	
-776.100	+47.239.500		+639.000	+6.612.300	+64.962.400	-49.926.700	-426.726.700	

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
06 02	Allgemeine Bewilligungen		697.100	42.416.900	206.300	43.320.300	17.995.000
06 03	Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen		0	52.817.500		52.817.500	
06 04	Martin-Luther-Universität Halle - Wittenberg					0	0
06 05	Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg und Klinikum					0	0
06 06	Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle					0	0
06 08	Medizinische Fakultät der Otto- von-Guericke Universität Magdeburg und Klinikum					0	0
06 11	Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg					0	0
06 15	Hochschule Magdeburg- Stendal					0	0
06 16	Hochschule Anhalt					0	0
06 17	Hochschule Harz					0	0
06 18	Hochschule Merseburg					0	0
06 21	Studentenwerke und Ausbildungsförderung			96.571.200		96.571.200	
06 30	Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen			201.600		201.600	66.982.800
	Summe 2026		697.100	192.007.200	206.300	192.910.600	84.977.800
	Summe 2025		16.161.600	191.383.100	206.300	207.751.000	80.715.900
	2026 mehr(+) / weniger(-)		-15.464.500	+624.100	0	-14.840.400	+4.261.900

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
593.900	70.244.700		16.494.000		105.327.600	-62.007.300	35.034.700	06 02
	149.133.300		16.558.900		165.692.200	-112.874.700	0	06 03
	196.647.100		2.350.000		198.997.100	-198.997.100	0	06 04
600.000	76.609.700		17.511.000		94.720.700	-94.720.700	0	06 05
	18.495.200		200.000		18.695.200	-18.695.200	0	06 06
	63.127.000		17.923.100		81.050.100	-81.050.100	0	06 08
	115.675.600		2.000.000		117.675.600	-117.675.600	0	06 11
	35.970.900		300.000		36.270.900	-36.270.900	0	06 15
	45.704.900		716.200		46.421.100	-46.421.100	0	06 16
	19.904.000		530.000		20.434.000	-20.434.000	0	06 17
	24.286.100		600.000		24.886.100	-24.886.100	0	06 18
190.000	113.256.100		0		113.446.100	-16.874.900	26.194.600	06 21
				33.885.500	100.868.300	-100.666.700	0	06 30
1.383.900	929.054.600		75.183.200	33.885.500	1.124.485.000	-931.574.400	61.229.300	
1.524.100	934.098.800		73.745.000	31.010.200	1.121.094.000	-913.343.000	2.679.336.000	
-140.200	-5.044.200		+1.438.200	+2.875.300	+3.391.000	-18.231.400	-2.618.106.700	

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Ausgaben der Kapitel 0602, 0603 und 0621.
Das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt ist berechtigt, innerhalb des Einzelplanes 06 sowohl innerhalb der Kapitel 0602, 0603 und 0621 als auch zwischen den Kapiteln 0602, 0603 und 0621 Minderausgaben einzelner Haushaltsansätze zugunsten anderer Zweckbestimmungen im Rahmen des veranschlagten Gesamthaushaltsvolumens (Zuschussbedarfs) umzusetzen, um flexibel auf Veränderungen bei gemeinsam von Bund und Ländern sowie bei gemeinsam von allen Ländern finanzierten Aufgaben, bei nachträglichen Berechnungen nach dem Königsteiner Schlüssel sowie bei Veränderungen im Zusammenhang mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) geänderten Bedarfen von Rechtsverpflichtungen reagieren zu können. Sie ist auch auf diese Fälle beschränkt.
Darüber hinaus gehende überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Einwilligung nach § 37 Landeshaushaltsordnung.

Erläuterungen:

Im Kapitel 0602 sind die Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die

- von zentraler Bedeutung sind und nicht einer Hochschule allein zugeordnet werden können. Dazu gehören die Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung nach Art. 91b GG, die Exzellenzstrategie sowie die Kompensation für die Mehrausgaben für Energie und der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken.
- als Beiträge des Landes an überregionale öffentliche Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Kultur geleistet werden (z. B. Kultusministerkonferenz, Hochschulrektorenkonferenz).
- als Zuschüsse an Einrichtungen des Landes gewährt werden, die wegen ihrer überregionalen Bedeutung erhalten und wegen zu geringer Eigeneinnahmen unterstützt werden müssen (u. a. Evangelische Hochschule für Kirchenmusik Halle, Stiftung Leucorea).
- der Förderung von Forschungsschwerpunkten dienen, auch in Verbindung mit Berufungsvereinbarungen, sowie der Förderung von Einzelprojekten, die aus den EU-Strukturfonds nicht förderfähig sind. Außerdem werden die Mittel zur Erfüllung des Landesgraduiertenförderungsgesetzes hier eingestellt.
- aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund- und Ländern der Förderung anwendungsnaher und gemeinsamer Forschung und Festsetzung zur Spitzenforschung in Sachsen-Anhalt (u.a die Stiftung für Innovation in der Hochschullehre (STIL) und das Center for the Transformation of Chemistry (CTC) dienen.

Einnahmen

111 21	011	Verwaltungsgebühren für Anerkennungsbescheide	1.100	1.100	1.100
			14.990		

Erläuterungen:

Einnahmen für die Gleichwertigkeitsfeststellung nach Art. 37 Abs. 1 Einigungsvertrag und Nachdiplomierungen und deren Zweitausfertigung bei Verlust, Einnahmen aus der Anerkennung privater Hochschulen, Studienkollegs und aus Genehmigung zur Führung der Bezeichnung "Professor" an nichtstaatlichen Hochschulen sowie für Rechtsauskünfte zur Führung von im Ausland erworbenen akademischen Graden im Land Sachsen-Anhalt.

119 02	133	Rückzahlungen der Hochschulen 2025	0	14.300.000	0
			0		

Erläuterungen:

Rückflüsse der Hochschulen nach Ende der Zielvereinbarung 2020 - 2024 und aus nicht verausgabten zweckgebundenen Mitteln.

119 51	011	Vermischte Einnahmen	347.000	1.860.500	696.000
			1.860.481		

Erläuterungen:

Vermischte Einnahmen aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung.

381 01	891	Zuweisung anderer Ministerien für den Zuschuss an die Kultusministerkonferenz	214.900	206.300	206.300
			30.000		

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 381 01

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0602 Titel 685 26.

Erläuterungen:

Verrechnung zwischen Kapitel 0602 und Kapitel 0702, Titel 981 01 für Ausgaben beim Sekretariat der Kultusministerkonferenz (KMK).

Titelgruppe(n)

82 Kofinanzierung nationaler und internationaler Forschungs- und Fördermittel

Übertragbar

281 82	139	Rückzahlung nicht verbrauchter Sitzlandanteile	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 06 02
Titelgruppe 82.

Erläuterungen:

Der Bund wird im jeweiligen HHJ nicht verausgabte Sitzlandanteile an die jeweiligen Länder zurückzahlen. Für den Fall der Notwendigkeit der Rückzahlung wird dieser Einnahmetitel eingerichtet.

Nachrichtlich: Summe TGr. 82	0	0	0

87 Exzellenzstrategie

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 06 02
Titelgruppe 87.

119 87	139	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 87	0	0	0

88 Landesforschungsförderung und Landesgraduiertenförderung

119 88	139	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			235.590		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 06 02
Titelgruppe 88.

Nachrichtlich: Summe TGr. 88	0	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

90 Umsetzung des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken

Erläuterungen:

Zuweisungen des Bundes zur Erfüllung der Verpflichtungen des Landes aus der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Länder über den Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (BLV ZSL).

Die ab 2024 veranschlagten Bundesmittel basieren auf der Fortschreibung einer Modellrechnung anhand aktuell vorliegender Daten. Die tatsächlich dann in den Jahren zur Verfügung stehenden

Bundesmittel können aufgrund der Anwendung des § 3 der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes über den Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken vom 4. November 2022 davon abweichen. Vgl. auch ausgabeseitige Erläuterung.

231 90	139	Zuschüsse zu Maßnahmen zur Umsetzung des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken	44.800.000 40.102.079	42.486.100	42.416.900

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 06 02
Titelgruppe 90.

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu Nr. 2
verbindlich.

Erläuterungen:

Zuweisungen des Bundes zur Erfüllung der Verpflichtungen des Landes aus der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Länder über den Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (ZSL).

Nachrichtlich: Summe TGr. 90			44.800.000	42.486.100	42.416.900

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

532 02	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	30.000	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden u. a. Sitzungen der KMK, anderer Gremien oder landeseigene Veranstaltungen finanziert, die turnusmäßig in Sachsen-Anhalt stattfinden. Im Jahr 2025 ist das mehrtägige Veranstaltungsformat eines "Forschungsdialogs" vorgesehen, in dem vorhandene und geplante Schwerpunkte der Forschungseinrichtungen und -organisationen sowie Unternehmen im Land Sachsen-Anhalt vorgestellt und - auch auf mögliche Synergien mit anderen Einrichtungen hin - diskutiert werden sollen, auch um die künftige Förder- und Forschungspolitik noch besser zu koordinieren. Hierfür sind Kosten für die Organisation, Durchführung (u.a. Raummiete, Catering sowie Technik) und Öffentlichkeitsarbeit zu tragen.

533 05	139	Transparenz und Effizienzcontrolling im Hochschulbereich	80.000	82.400	84.900
			77.896	0	177.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		82.400			82.400
2026		84.900			84.900
2027				87.500	87.500
2028				90.200	90.200
2029 ff.					
Summen		167.300		177.700	345.000

Erläuterungen:

Politische Entscheidungen werden zunehmend auf der Grundlage von länderübergreifenden Vergleichen bestimmter Kennwerte des jeweiligen Handlungsfeldes vorbereitet und getroffen. Angesichts der stärkeren Länderdifferenzierung im Rahmen der Föderalismusreform gewinnen derartige Vergleiche noch an Bedeutung. Seit 1998 führte die HIS-GmbH (seit 2013 die DZHW GmbH) turnusmäßig einen Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich (HIS-AKL) der Hochschulen der Nord-Länder (Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen, Berlin, Schleswig-Holstein sowie einzelne Hochschulen anderer Länder modellhaft) durch, an dem sich das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2004 erstmals flächendeckend beteiligt hat. Auch in Zukunft will sich das Land in diesem Benchmarking-Kreis engagieren, weil die methodengleiche Betrachtung der Hochschulen über mehrjährige Zeiträume, aus der sich sowohl die Handlungsbedarfe künftiger Politik, wie auch die Wirkungen vergangener Politik ableiten lassen, insbesondere auf dem Gebiet des effizienten Mitteleinsatzes einen hohen Stellenwert hat. Der AKL stellt hierfür länderübergreifend vergleichbares Datenmaterial bereit, wobei sich der Auswertungsaufwand und die Kosten auf mehrere beteiligte Länder verteilen.

Erläuterung zu Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2026

Für die Jahre 2027 und 2028 wurde vorsorglich eine neue VE im HHJ 2026 ausgebracht.

542 01	011	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das MWU (Epl. 06) erfolgen zentral aus diesem Titel.

632 01	139	Erstattungen von Verwaltungsausgaben der Stiftung für Hochschulzulassung (Stiftung)	374.200	407.400	332.700
			313.329	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

Erläuterungen:

Die Stiftung für Hochschulzulassung (SfH) ist am 01.05.2010 als Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Dortmund staatsvertraglich errichtet worden. Die SfH vergibt Studienplätze an Studienanfänger im zentralen Vergabeverfahren. Die Länder sind gem. Art. 15 Abs. 2 des Staatsvertrages über die Hochschulzulassung vom 21. März 2019 bis 4. April 2019 verpflichtet, der SfH die Mittel für die Durchführung des zentralen Vergabeverfahrens als Zuschuss zu erstatten. Der Zuschuss wird nach dem Königsteiner Schlüssel ermittelt.

632 02	162	Erstattungen bei Verwaltungsabkommen in Bibliotheksverbünden	784.400	803.200	818.600
			767.798	0	0

Erläuterungen:

Der veranschlagte Betrag berücksichtigt folgende Erstattungen auf Grund folgender Verwaltungsabkommen in Bibliotheksverbünden:

- Finanzierungsanteil des Landes entsprechend dem Verwaltungsabkommen über die Errichtung eines Gemeinsamen Bibliotheksverbundes vom 14.06.1996
- Kosten für die zentrale Datenpflege und technische Betreuung des Projektes "Verbundkatalog öffentlicher Bibliotheken"
- Anteil des Landes zur Finanzierung des Kompetenznetzwerkes für Bibliotheken entsprechend der Verwaltungsvereinbarung vom 05.12.2003

632 03	162	Abgeltung von Ausgleichsansprüchen nach dem Urheberrechtsgesetz (UrhG)	87.500	90.300	92.100
			104.082	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für die Abgeltung urheberrechtlicher Ausgleichsansprüche nach § 60a-h Urheberrechtsgesetz (UrhG) für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich.

671 01	139	Kostenerstattung an die Investitionsbank	2.670.400	3.682.200	4.490.800
			1.976.248	6.500.000	0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.562.800	150.000			3.712.800
2026	3.945.200	150.000	1.500.000		5.595.200
2027	3.585.800	150.000	1.000.000		4.735.800
2028	5.467.700	300.000	1.000.000		6.767.700
2029 ff.			3.000.000		3.000.000
Summen	16.561.500	750.000	6.500.000		23.811.500

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Erläuterungen:

Erstattungen der Kosten für übertragene Verwaltungsausgaben für den Bereich Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt Sachsen-Anhalt.

Im Rahmen der EU-Strukturfondsperiode 2021-2027 stehen dem MWU keine Mittel für die Technische Hilfe im weiteren Sinne zur Verfügung. Demnach sind alle Bedarfe zur Kostenerstattung übertragener Verwaltungsaufgaben für die EU-Strukturfondsperiode 2021-2027 aus Landesmitteln zu finanzieren.

Zu den EU-Strukturfondsperioden 2007-2013 und 2014-2020 sind für übertragene Verwaltungsaufgaben zu EFRE-Programmen des Wissenschaftsbereichs noch anfallende Kosten für nachlaufende Arbeiten zu finanzieren. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Zweckbindungsprüfung. Die Veranschlagung für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 erfolgt auf der Grundlage der Haushaltsvoranmeldung der Investitionsbank.

Die im HHJ 2023 in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung zur Finanzierung von öffentlich-rechtlichen Verträgen mit der IB Sachsen-Anhalt wird zusätzlich durch Mittel aus dem Epl. 13, Kapitel 1302, Titel 971 10 für die Jahre 2025 bis 2027 in Höhe von 3.193.600 Euro (2025 in Höhe von 252.800 Euro, 2026 in Höhe von 587.300 Euro und 2027 in Höhe von 2.353.500 Euro) verstärkt.

Erstattungen der Kosten an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt für übertragene Verwaltungsausgaben für den Bereich Wissenschaft und Forschung

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	zur EU-Strukturfondsperiode 2021-2027 (ESF u. EFRE)	2.544.400	3.531.400	4.354.800
2.	zur Umsetzung des JTF	108.800	141.000	120.100
3.	Nacharbeiten zur EU-Strukturfondsperiode 2007-2013 u. 2014-2020 (EFRE) u. 2014-2020 (EFRE)	17.200	9.800	15.900
Summe		2.670.400	3.682.200	4.490.800

684 01	133	Zuschuss an die Evangelische Hochschule für Kirchenmusik Halle (Saale)	490.600	492.500	498.600
			479.400	2.015.500	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	492.500				492.500
2026			498.600		498.600
2027			504.500		504.500
2028			506.200		506.200
2029 ff.			506.200		506.200
Summen	492.500		2.015.500		2.508.000

Erläuterungen:

Die Evangelische Hochschule für Kirchenmusik (EHK) ist die älteste ihrer Art in Deutschland. Sie ist eine anerkannte Hochschule in freier (kirchlicher) Trägerschaft und bietet ein spezifisches Angebot in Lehre, künstlerischen Entwicklungsvorhaben und Kunstausübung an, das sich insbesondere durch die enge Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) und den Musikeinrichtungen der Stadt Halle zu einem unverwechselbaren und unverzichtbaren Bestandteil der Hochschullandschaft und des kulturellen Lebens in Sachsen-Anhalt entwickelt hat.

An der EHK können die Studiengänge Bachelor bzw. Master Kirchenmusik, Master Chor- und Orchesterleitung, Master Konzert- und Oratorienbesetzung sowie Master Künstlerisches Orgelspiel und Master kirchliche Populärmusik (Bandleitung bzw. Chorleitung) belegt werden. Darüber hinaus bietet die Hochschule in Zusammenarbeit mit dem Institut für Musik der MLU den kombinierten Studiengang Bachelor Kirchenmusik/Lehramt Musik an Gymnasien an.

Der Zuwendungsvertrag zwischen dem Land Sachsen-Anhalt, der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und der Hochschule hat eine Laufzeit bis Ende 2025. Eine Anschlussvereinbarung ist beabsichtigt, um auch weiterhin die Grundfinanzierung sowie die Aufgaben, Pflichten und Rechte der EHK festzuschreiben. Inhaltlich lehnt sich der Zuwendungsvertrag an die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen an. Insbesondere ist die Hochschule in die Verpflichtungen aus der Zielvereinbarung mit der MLU über die Lehrerbildung, inklusive Musikausbildung, soweit der gemeinsame Studiengang mit der MLU betroffen ist, eingebunden.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 01

Übersicht über die Institutionelle Förderung der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik Halle (Saale)

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	1.023.000	1.095.100	1.124.900	1.246.300
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	432.400	349.400	315.400	355.400
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	
5. Ausgaben für Investitionen	9.800	7.000	147.000	57.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	100.000	100.000	100.000	100.000
Zusammen	1.565.200	1.551.500	1.687.300	1.758.700
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	263.900	196.200	290.700	245.700
Mithin Fehlbetrag:	1.301.300	1.355.300	1.396.600	1.513.000
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	479.400	490.600	492.500	498.600
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	821.900	864.700	904.100	1.014.400
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	1.301.300	1.355.300	1.396.600	1.513.000
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 14	10,00	10,00	9,00	9,00
E 9	2,00	2,00	2,00	2,00
E 6	1,00	1,00	2,00	2,00
E 5	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	14,00	14,00	14,00	14,00
Insgesamt	14,00	14,00	14,00	14,00

*Die Eingruppierung der Arbeitnehmer der EHK erfolgt nach der Eingruppierungssystematik der kirchlichen Arbeitsvertragsverordnung (KAVO)

685 06	139	Zuschüsse zur Unterstützung des Landesstudienkollegs Sachsen-Anhalt	0	0	0
			1.500.000	0	0

Erläuterungen:

Die zusätzlichen Mittel für das Landesstudienkolleg wurden letztmalig im HHJ 2023 bereitgestellt. Ab dem HHJ 2024 sind diese im Zuschuss Betrieb (Titel 685 02) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Hochschule Anhalt enthalten.

685 24	139	Zuschuss des Landes zur Finanzierung der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates	168.400	189.900	217.000
			92.172	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 24

Erläuterungen:

Gemeinsame Förderung des Wissenschaftsrates durch Bund und Länder im Wege einer institutionellen Förderung.

Anteil des Landes auf der Grundlage des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung des Wissenschaftsrates (WR) und an den Verwaltungskosten zur Durchführung der Exzellenzinitiative sowie der neuen Exzellenzstrategie von Bund und Ländern. Das Verwaltungsabkommen hat eine unbegrenzte Laufzeit. Der Zuschussbedarf für die Geschäftsstelle des WR wird von Bund und Ländern im Verhältnis 50:50 aufgebracht, bei den Verwaltungskosten zur Durchführung der Exzellenzinitiative und der Exzellenzstrategie beträgt das Verhältnis von Bund- und Länderfinanzen 75:25. Der Zuschussbedarf der Länder wird dabei anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel aufgebracht.

685 25	139	Zuschuss des Landes zur Hochschulrektorenkonferenz	92.500 79.869	92.500 0	92.500 0

Erläuterungen:

Gemeinsame Förderung der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz durch Bund und Länder im Wege einer institutionellen Förderung.

Anteil des Landes zur Finanzierung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung der Länder über die Gewährung von Zuwendungen an die HRK. Der Zuschussbedarf der HRK wird von Bund und Ländern im Verhältnis 50:50 aufgebracht, soweit nicht der Bund oder die Länder einzelne Aufgabenbereiche allein finanzieren. Der Zuschussbedarf der Länder wird dabei anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel aufgebracht.

685 26	011	Zuschuss an die Kultusministerkonferenz	995.800 807.884	986.600 0	986.700 0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Die Ausgaben des Titels dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0602 Titel 381 01.

Erläuterungen:

Gemeinsame Förderung der Kultusministerkonferenz durch Bund und Länder im Wege einer institutionellen Förderung.

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) behandelt nach ihrer Geschäftsordnung Angelegenheiten der Kulturpolitik von überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung gemeinsamer Anliegen. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Ständigen Konferenz der Kultusminister und der in ihrem Rahmen verwalteten Einrichtungen stellt das Land Berlin eine Dienststelle als Sekretariat zur Verfügung. Das Nähere, insbesondere über die Finanzierung des Sekretariats der KMK, gemeinsam finanzierte Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, ist durch das Abkommen der Länder vom 20.06.1959 und ergänzende Verträge geregelt. Der Zuschussbedarf ist anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel aufzubringen.

Der Titelantrag berücksichtigt den Finanzierungsanteil des Ministeriums für Bildung in Höhe von 206.300 EUR für das Jahr 2025 und 2026 des Sekretariatshaushalts der Kultusministerkonferenz und die Ständige wissenschaftliche Kommission. (siehe auch Erläuterung zu Titel 0602 381 01)

685 27	142	Zuschuss an die Studienstiftung des Deutschen Volkes	130.500 130.155	131.200 0	131.200 0

Erläuterungen:

Gemeinsame Förderung der Länder an die Studienstiftung des Deutschen Volkes im Wege einer Projektförderung.

Anteil des Landes zur Finanzierung der Studienstiftung des Deutschen Volkes auf der Grundlage des Beschlusses der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 13./14.06.1991 sowie der Finanzministerkonferenz vom 30. April 2019. Der Berechnung des Zuschusses ab dem Jahr 2023 liegt ein Satz von 0,06 EUR je Kopf der Wohnbevölkerung des Landes zugrunde.

685 29	139	Zuschuss des Landes zur Finanzierung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) und zum HIS-Institut für Hochschulentwicklung e. V.	144.200 117.307	151.800 0	158.200 0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 29

Erläuterungen:

Die gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) durch Bund und Länder und des HIS-Instituts für Hochschulentwicklung e. V. durch die Länder im Wege einer institutionellen Förderung.

Das DZHW wurde entsprechend dem GWK-Beschluss vom 28.06.2013 im August 2013 durch Abspaltung der Abteilungen Hochschulforschung und Hochschulentwicklung von der damaligen HIS GmbH gegründet und mit Wirkung seiner Gründung in die gemeinsame Förderung gemäß Artikel 3 GWK-Abkommen i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 9 der Anlage GWK-Abkommen aufgenommen. Die gemeinsame Förderung richtet sich nach der Ausführungsvereinbarung DZHW (AV-DZHW). Mit Beschluss der GWK vom 27.06.2014 wurde die Zusammenführung des DZHW mit dem Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) beschlossen.

Ab dem 01.01.2017 erfolgt die gemeinsame Förderung des DZHW im Verhältnis 70:30 (Bund:Länder). Der Zuschussbedarf der Länder wird dabei anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel aufgebracht.

Die Abteilung Hochschulentwicklung des DZHW wurde zum 01.01.2015 auf den von den Ländern am 21.11.2014 gegründeten Verein "HIS-Institut für Hochschulentwicklung e.V." (HIS-HE) ausgegliedert und damit als eigenständige Einrichtung der Länder fortgeführt. Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister erfolgte am 05.01.2015. Die Fehlbedarfsfinanzierung bei HIS-HE ist ab 01.01.2023 auf 1,95 Mio. Euro angestiegen. Der entsprechende Beschluss ist in der Mitgliederversammlung am 22.06.2021 gefasst worden. Die Finanzierung des Instituts erfolgt durch die Länder auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels. Für 2026 ergibt sich durch Beschluss vom 19.06.2024 eine weitere Steigerung auf 2.102.016 Euro.

Die Kommission für Forschungsinformationen in Deutschland (KFiD) wurde am 02.06.2021 durch Beschluss der GWK ins Leben gerufen. Die KFiD soll die Verantwortung für den Kerndatensatz Forschung - Standard für Forschungsinformationen in Deutschland (KDSF-Standard) übernehmen und seine flächendeckende Implementierung und Nutzung befördern. Die KFiD ist zunächst für eine Projektlaufzeit von sechs Jahren (2021/2022 bis 2027) eingerichtet. Die Finanzierung erfolgt gemeinsam durch Bund und Länder gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes. Die Länderanteile folgen dem Königsteiner Schlüssel.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW)	83.500	91.100	93.400
2.	HIS-Institut für Hochschulentwicklung e. V.	52.600	52.600	56.700
3.	Kommission für Forschungsinformationen in Deutschland (KFiD)	8.100	8.100	8.100
Summe		144.200	151.800	158.200

685 30	011	Rat für Informationsinfrastrukturen	12.600	12.600	12.600
			10.233	0	0

Erläuterungen:

Die gemeinsame Förderung des Rates für Informationsinfrastrukturen erfolgt durch Bund und Länder im Wege einer Projektförderung.

Anteil des Landes am Rat für Informationsinfrastrukturen, der zunächst als vierjähriges Pilotprojekt auf Beschluss der GWK vom 22.11.2013 eingerichtet und mit Beschluss vom 10.11.2017 bis zum Ablauf des Jahres 2022 verlängert wurde. Mit Beschluss vom 02.07.2021 wurde die dritte Mandatsperiode bis Oktober 2026 verlängert.

Der Rat soll sich auf Systemebene den strategischen Zukunftsfragen im Wissenschaftsbereich widmen, die Selbstorganisationsprozesse in der Wissenschaft stärken und Möglichkeiten zur Kooperation von Einrichtungen/Initiativen ausloten sowie Wissenschaft und Politik in Fragen der Weiterentwicklung der Informationsinfrastrukturen beraten. Die Finanzierung des Rates erfolgt gemeinsam durch Bund und Länder im Verhältnis 50:50. Der Zuschussbedarf der Länder ist anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel aufzubringen.

685 31	011	Aufbau und Förderung einer nationalen Forschungsdateninfrastruktur	236.000	236.000	236.000
			165.183	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 31

Erläuterungen:

Aufbau und Förderung einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur durch eine gemeinsame Förderung durch Bund und Länder im Wege einer Projektförderung.

Die GWK hat am 16. November 2018 das Programm zu Aufbau und Förderung einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) beschlossen. Hierbei handelt es sich um ein Infrastrukturvorhaben, das seine Wirksamkeit nur bei einer flächendeckend nationalen Implementierung entfalten kann. Als Finanzierungsschlüssel ist ein Verhältnis von 90:10 von Bund und den Ländern festgelegt worden. Der Anteil der Länder wird nach dem Königsteiner Schlüssel berechnet. Die Laufzeit umfasst 2019 bis 2028.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Finanzierungsanteil zur Förderung von Konsortien	229.200	229.200	229.200
2.	Finanzierungsanteil zur Förderung am Direktorat	6.800	6.800	6.800
	Summe	236.000	236.000	236.000

685 33	139	Zuschüsse an Einrichtungen zur Kompensation der Energiekostenentwicklung	0	0	0
			19.805.140	0	0

Erläuterungen:

Der Zuschuss wird letztmalig im HHJ 2023 aus diesem Titel finanziert. Ab dem HHJ 2024 werden diese Mittel dauerhaft ins Budget der Hochschulen überführt.

685 34	139	Zuschuss des Landes zur Finanzierung der Stiftung für Innovation in der Hochschullehre	1.080.000	1.080.000	1.080.000
			0	0	0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die gemeinsame Förderung der Stiftung für Innovation in der Hochschullehre durch Bund und Länder im Wege einer institutionellen Förderung. Die Stiftung verwendet die Mittel zur Projektförderung von Hochschulen und Hochschulpersonal. Grundlage hierfür ist die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über Innovation in der Hochschullehre vom 06.06.2019 als Nachfolge zum Qualitätspakt Lehre. Die Vereinbarung ist auf unbestimmte Zeit geschlossen mit dem Beginn der Finanzierung in 2021. Insgesamt werden 150 Mio. EUR pro Jahr bereitgestellt, für die Jahre 2021 bis 2023 ausschließlich vom Bund und ab 2024 in Höhe von 110 Mio. EUR vom Bund und 40 Mio. EUR von den Ländern. Der Länderanteil richtet sich nach dem Königsteiner Schlüssel. Die Förderung adressiert die Hochschullandschaft in der Breite und verfolgt langfristige staatliche und gesellschaftliche Bildungsziele, insbesondere einer möglichst umfassend qualitätsorientierten Weiterentwicklung von Studium und Lehre. Die Förderung soll die Fähigkeit der Hochschullehre stärken, sich laufend und nachhaltig zu erneuern, um den jeweiligen Herausforderungen eines sich kontinuierlich wandelnden Umfeldes noch besser gerecht zu werden. Adressat ist die gesamte Hochschullandschaft in Deutschland, also auch die Hochschulen in Sachsen-Anhalt.

685 53	139	Zuschuss für die Studierendenschaften	35.000	35.000	35.000
			35.000	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Auf der Grundlage des Hochschulgesetzes LSA sind zur Wahrnehmung hochschulpolitischer, sozialer und kultureller Belange der Studierenden, Studierendenschaften gebildet worden. Da das Beitragsaufkommen für die anstehenden Aufgaben nicht ausreicht, unterstützt das Land diese Arbeit durch Zuschüsse.

686 02	165	Institut für Hochschulforschung	487.300	487.300	487.300
			444.100	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 02

Erläuterungen:

Förderung des Instituts für Hochschulforschung e. V. (HoF) durch das Land im Wege einer institutionellen Förderung. Das HoF hat die grundsätzliche Aufgabenstellung der wissenschaftlichen Begleitung von Strukturierungsprozessen und inhaltlichen Entwicklungen an Hochschulen, im Bereich außerhochschulischer Forschung und Innovation sowie regionsbezogener Wissensentwicklungen.

Im Rahmen der Landeszuweisung befasst sich das HoF mit den Entwicklungen in Sachsen-Anhalt und ordnet diese überregional ein.

Die dafür nötige überregionale Kompetenz wird vorrangig im Rahmen von Drittmittelprojekten erarbeitet und gepflegt. Das Profil des Instituts wird durch die Forschungsschwerpunkte "Hochschule, Bildung und Forschung in der Region" sowie "Organisationsentwicklung von Hochschulen" bestimmt.

Übersicht über die Förderung des Instituts für Hochschulforschung (HoF)

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	524.821	576.800	587.400	589.300
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	66.331	69.300	69.300	69.300
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	0	2.000	2.000	2.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	591.152	648.100	658.700	660.600
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	0	0	0	0
Mithin Fehlbetrag:	591.152	648.100	658.700	660.600
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	147.052	160.800	171.400	173.300
b) das Land mit	444.100	487.300	487.300	487.300
c) den Bund mit				
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	591.152	648.100	658.700	660.600
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E15	1,00	1,00	1,00	1,00
E14	1,00	1,00	1,00	1,00
E13	1,00	1,00	1,00	1,00
E9b	1,00	1,00	1,00	1,00
E9a	1,00	1,00	1,00	1,00
E6	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	6,00	6,00	6,00	6,00
Insgesamt	6,00	6,00	6,00	6,00

686 03	162	Zuschuss an das Nietzsche-Dokumentationszentrum (NDZ)	154.400	154.400	154.400
			154.400	0	0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 03

Erläuterungen:

Förderung des Nietzsche-Dokumentationszentrum (NDZ) mit Sitz in Naumburg durch das Land im Wege einer institutionellen Förderung.

Das NDZ hat die Aufgabe Bildungsarbeit zu leisten sowie seine hohe wissenschaftliche Reputation zu erhalten bzw. auszubauen.

Es fördert und verbreitet das geistige und kulturelle Erbe Friedrich Nietzsches regional und weltweit.

Übersicht über die Förderung des Nietzsche-Dokumentationszentrums (NDZ)

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	150.550	143.700	150.600	150.600
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	44.352	49.500	44.500	44.500
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	122.934	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	317.836	193.200	195.100	195.100
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	15.998	3.500	5.400	5.400
Mithin Fehlbetrag:	301.838	189.700	189.700	189.700
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	558	3.000	3.000	3.000
b) das Land mit	154.400	154.400	154.400	154.400
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	146.300	32.300	32.300	32.300
e) Private	580	0	0	0
Zusammen	301.838	189.700	189.700	189.700
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 14	1,00	1,00	1,00	1,00
E 13	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	2,00	2,00	2,00	2,00
Insgesamt	2,00	2,00	2,00	2,00

Titelgruppe(n)

61 **Maßnahmen im Rahmen des Programms "Großgeräte der Länder" und Dienstleistungen Außenstehender**

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 06 02 Titelgruppe 62.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen sind durch Absetzen von den Ausgaben zu vereinnahmen.

*** Der Titel 894 61 ist von der Deckungsfähigkeit zugunsten der Titel 812 61 und 533 61 sowie zugunsten der Titelgruppe 62 ausgenommen. Die Deckungsfähigkeit des Titels 894 61 zulasten der Titel 812 61 und 533 61 sowie zulasten der Titelgruppe 62 bleibt unberührt.

Erläuterungen:

Dienstleistungen Außenstehender:

Ausgaben für die Inanspruchnahme externer Planungsbüros zur Erstellung von Studien, Entwicklungsplanungen sowie Raumbedarfs- und Funktionsplänen als unabdingbare Voraussetzung für die Ermittlung und Beschreibung des Hochschulbaubedarfs für Hochschuleinrichtungen einschließlich Universitätskliniken.

Großgeräte gehören zur Grundausstattung der Hochschulen und Universitätskliniken. Mit den angemeldeten Haushaltsmitteln sollen dringend erforderliche Beschaffungen für die Lehre, die Forschung (ohne überregionale Forschung) und die Krankenversorgung realisiert werden. Die Mittel werden zum größten Teil für den Ersatz vorhandener abgeschriebener bzw. defekter Geräte und zum Ausbau der IT-Infrastruktur benötigt. Darüber hinaus sind Großgerätebeschaffungen für Neuberufungen und Bleibeverhandlungen erforderlich.

533 61	139	Dienstleistungen Außenstehender	932.000	358.000	200.000
			281.300	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Ausgaben für die Inanspruchnahme externer Planungsbüros zur Erstellung von Studien, Entwicklungsplanungen sowie von Raumbedarfs- und Funktionsplänen als unabdingbare Voraussetzungen für die Ermittlung und Beschreibung des Hochschulbaubedarfs für Hochschuleinrichtungen einschließlich Universitätskliniken.

812 61	139	Erwerb von Großgeräten	4.958.500	4.000.000	4.000.000
			4.899.600	14.000.000	14.000.000

*** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppen 61 und 62 eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.539.000	11.000.000			12.539.000
2026		3.000.000	11.000.000		14.000.000
2027			3.000.000	11.000.000	14.000.000
2028				3.000.000	3.000.000
2029 ff.					
Summen	1.539.000	14.000.000	14.000.000	14.000.000	43.539.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind für den Erwerb von allgemeinen Großgeräten incl. IT-Großgeräten und Datennetzen an den Hochschulen des Landes vorgesehen. Die Großgeräte werden in Lehre und Forschung (ohne überregionale Forschung) sowie für die IT-Infrastruktur benötigt.

Die Beschaffungsverfahren beruhen auf den Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bzw. der IT-Kommission der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt. Wegen der vorgeschalteten und besonders zeitaufwändigen Begutachtungsverfahren müssen Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Folgejahre ausgebracht werden.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

894 61	139	Zuschüsse für Investitionen an Öffentliche Einrichtungen	8.000.000	7.500.000	7.500.000
			8.175.772	0	0

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 0605 Titel 891 01 und Kapitel 0608 Titel 891 01.

Erläuterungen:

Projektförderung des Landes auf der Grundlage der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt an die beiden Universitätskliniken des Landes, AöR.

Die Mittel sind für den Erwerb von allgemeinen Großgeräten incl. IT-Großgeräten und Datennetzen an den Universitätskliniken des Landes vorgesehen. Die Großgeräte werden in der Krankenversorgung, Lehre und Forschung (ohne überregionale Forschung) sowie für die IT-Infrastruktur benötigt. Die Beschaffungsverfahren beruhen auf den Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bzw. der IT-Kommission der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt. Wegen der vorgeschalteten und besonders zeitaufwändigen Begutachtungsverfahren müssen Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Folgejahre ausgebracht werden (veranschlagt bei Titel 812 61).

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	13.890.500	11.858.000	11.700.000
		14.000.000	14.000.000

**62 Maßnahmen auf der Grundlage der Gemeinschaftsaufgabe
Forschungsförderung gem. Art. 91b GG**

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 02 Titelgruppe 61.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen sind durch Absetzen von den Ausgaben zu vereinnahmen.

*** Ausgaben dürfen nur insoweit geleistet werden, wie der Bund gem. Art. 91b GG Mittel für diese Maßnahmen als Zuwendung den Hochschulen anteilig zur Verfügung stellt.

Erläuterungen:

Der Bund und die Länder fördern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91b Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) die Realisierung von Forschungsgroßgeräten an Hochschulen und Universitätskliniken. Die Einzelheiten werden ab 01.01.2019 in der "Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung von Forschungsbauten, Großgeräten und des Nationalen Hochleistungsrechnens an Hochschulen (AV-FGH)" geregelt. Als übergreifendes Ziel sehen Bund und Länder die Verbesserung der investiven Voraussetzungen der deutschen Hochschulen für eine erfolgreiche Teilnahme am nationalen und internationalen Wettbewerb in der Forschung. Die förderungsfähigen Investitionsvorhaben für die Hochschulforschung müssen sich dabei durch herausragende wissenschaftliche Qualität und nationale Bedeutung auszeichnen. Die Mittel für die Förderung von Forschungsgroßgeräten werden je zur Hälfte von Bund und Land getragen. In dieser Titelgruppe sind ausschließlich die Landesmittel zur Kofinanzierung der Forschungsgroßgeräte gemäß Art. 91b GG enthalten, da der Bund seine Mittel den Hochschulen direkt ausreicht.

812 62	139	Erwerb von Großgeräten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung gem. Art. 91b GG	3.854.200	3.839.000	3.583.000
			3.253.903	0	0

Erläuterungen:

Die Mittel sind für den Erwerb von Großgeräten vorgesehen, die weit überwiegend der Forschung mit überregionaler Bedeutung und herausragender wissenschaftlicher Qualität dienen. Die Beschaffungsverfahren basieren auf den Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Wegen der vorgeschalteten und besonders zeitaufwändigen Begutachtungsverfahren müssen Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Folgejahre ausgebracht werden (veranschlagt bei 812 61).

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

894 62	139	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung gem. Art. 91b GG	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Projektförderung des Landes auf der Grundlage der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt an die beiden Universitätskliniken des Landes, AöR.

Beschaffungsmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung gemäß Artikel 91b Grundgesetz (GG) sind an den Universitätskliniken des Landes Sachsen-Anhalt zur Zeit nicht vorgesehen. Diese werden überwiegend im Rahmen des Programms "Großgeräte der Länder" beschafft. Die Beschaffungsverfahren basieren ggf. auf den Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	3.854.200	3.839.000	3.583.000
		0	0

63 Pflege internationaler Beziehungen

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel sollen für die Pflege internationaler Beziehungen, die von zentraler Bedeutung für die Entwicklung und Fortführung von internationalen Kontakten zur Förderung der Wissenschaftspolitik und Forschung sind, eingesetzt werden. Dabei sind Förderungen von Gastaufenthalten ausländischer Wissenschaftler, Doktoranden, Studenten und Praktikanten in Sachsen-Anhalt sowie im Austausch Forschungsaufenthalte und Wissenschaftlertausch sachsen-anhaltischer Wissenschaftler und Studenten mit dem Ausland vorgesehen.

547 63	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0

685 63	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	12.000 11.000	12.000 0	12.000 0

Erläuterungen:

In der Gemeinsamen Absichtserklärung über die weitere Zusammenarbeit auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft und Kultur zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, dem Bildungsministerium des Landes Sachsen-Anhalt und dem Ministerium für Kultur, dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Republik Armenien vom 20. Februar 2014 erklärt sich das Land Sachsen-Anhalt bereit, jährlich ein Stipendium für armenische Doktoranden zur Verfügung zu stellen. Das Stipendium wird maximal 12 Monate pro HHJ zur Verfügung gestellt (12 x 1.000 EUR = 12.000 EUR).

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	12.000	12.000	12.000
		0	0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

65 **Zuschuss an die Stiftung Leucorea**

Erläuterungen:

Förderung der Stiftung Leucorea durch das Land im Wege einer institutionellen Förderung.

Die Stiftung Leucorea wurde auf Beschluss der Landesregierung mit Wirkung vom 01.04.1994 als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gegründet.

Ihr Sitz befindet sich in der Lutherstadt Wittenberg. Die Stiftung unterstützt die Pflege und Entwicklung der Wissenschaft in Forschung, Lehre und Studium an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und an den universitären Einrichtungen in Wittenberg.

Die Wiederbelebung der alten Wittenberger Universitätstradition durch die Stiftung Leucorea trägt dazu bei, die Lutherstadt Wittenberg als kulturgeschichtlich bedeutende Stadt Deutschlands und als das geistige Zentrum der Reformationszeit national wie international zu repräsentieren.

Zur Sicherstellung des Auftrages der Stiftung und zur Gewährleistung einer kontinuierlichen mittelfristigen Wahrnehmung der Stiftungsaufgaben wurden seit 2008 Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stiftung Leucorea geschlossen. Die derzeit gültige Vereinbarung wurde am 19.12.2023 geschlossen und hat eine Laufzeit bis Ende 2026.

Es wird zugelassen, dass die Stiftung am Jahresende nicht verbrauchte Mittel aus Zuwendungen des Landes überjährig verwenden und einer Rücklage gemäß § 105 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 25 Abs. 2 LHO zuführen kann.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben

	Ist 2023 (einschl. Drittmittel)	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	649.568	553.600	560.900	577.600
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	585.846	363.400	374.400	374.400
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	180	113.000	108.000	108.000
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	395.981	0	0	0
Zusammen:	1.631.575	1.030.000	1.043.300	1.060.000
Einnahmen				
1. Eigene Einnahmen	711.962	389.600	402.900	419.600
2. Besondere Finanzierungseinnahmen	376.213	0	0	0
Mithin Fehlbetrag	543.400	640.400	640.400	640.400
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	543.400	640.400	640.400	640.400
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	0	0	0	0
Zusammen:	543.400	640.400	640.400	640.400

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 14	1	1	1	1
E 13	3	3	3	3
E 9b	1	1	1	1
E 8	2	2	2	2
E 4	1	1	1	1
Summe:	8	8	8	8

685 65	165	Zuschuss für den Betrieb	640.400	640.400	640.400
			543.400	0	2.857.000

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 65

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	640.400				640.400
2026	640.400				640.400
2027				926.000	926.000
2028				952.000	952.000
2029 ff.				979.000	979.000
Summen	1.280.800			2.857.000	4.137.800

894 65	165	Zuschuss für Investitionen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			640.400	640.400	640.400
				0	2.857.000

66 Zuschuss an das Center for the Transformation of Chemistry (CTC)

Übertragbar

** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Institutionelle Förderung auf der Grundlage des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern

Das Center for the Transformation of Chemistry (CTC) will eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft entwickeln, die Deutschland und die EU mit wichtigen chemischen Erzeugnissen versorgt. Es wird Grundlagenforschung, anwendungsnahe und gemeinsame Forschung bündeln und mit der Arbeit der Industriepartner kombinieren. So soll ein international sichtbares Aushängeschild der Spitzenforschung und ein Kristallisationspunkt entstehen: für Ausgründungen, für Ansiedlungen und für eine neue und nachhaltige Chemieproduktion.

Die Finanzierungsmodalitäten werden in einer Bund-/Ländervereinbarung festgehalten.

Die Grundfinanzierung während der institutionellen Förderung aus dem InvKG soll für jeden Standort im Verhältnis 90 % durch den Bund, 10 % durch das jeweilige Sitzland erfolgen. Bau und Ausstattung in den verschiedenen Baumaßnahmen/-abschnitten werden ebenfalls im Verhältnis 90 /10 (Bund / Sitzland) finanziert.

685 66	165	Zuschuss für den Betrieb	0	0	600.000
			0	0	0

894 66	165	Zuschuss für Investitionen	0	100.000	1.400.000
			0	7.000.000	0

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 894 66

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026		5.400.000	1.400.000		6.800.000
2027		5.400.000	2.500.000		7.900.000
2028		5.400.000	2.500.000		7.900.000
2029 ff.		5.400.000	600.000		6.000.000
Summen		21.600.000	7.000.000		28.600.000

Erläuterungen:

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2024

Die im HHJ 2024 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung wird nicht in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	100.000	2.000.000
		7.000.000	0

67 **Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt e.V. mit Sitz in Wittenberg (WZW)**

Erläuterungen:

Das WZW wurde im Jahr 2014 aufgelöst. Damit entfällt der Zuschuss des Landes im Rahmen der institutionellen Förderung. Die sich aus der vertraglich festgelegten Schuldübernahme des Landes ergebenden Verpflichtungen zum Unterhalt des Wilhelm Weber Hauses in Wittenberg sind durch das Land bis zum Auslaufen der Schuldübernahmeklausel im Jahr 2033 in Höhe der nach Neuvermietung des Gebäudes verbleibenden jährlichen Kosten sicherzustellen.

536 67	165	Mitgliedsbeitrag des Landes zum Verein WZW	0	0	0
			0	0	0
686 67	165	Zuschuss des Landes zur Finanzierung der Betriebskosten für das Weberhaus nach Liquidation des WZW	12.000	12.000	12.000
			12.000	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	12.000	12.000	12.000
		0	0

70 **Stellenpool für nicht budgetfinanzierte Professuren sowie für Qualifikationsstellen im Rahmen eines Promotionsprogramms des Landes Sachsen-Anhalt mit der Studienstiftung des deutschen Volkes**

****** Die Stellen E13 werden der Hochschule zur Verfügung gestellt, an der sich die Promotionsstipendiatin/der Promotionsstipendiat ansiedelt.

******* Die Stellen werden den Hochschulen zweckgebunden und befristet zugewiesen und unmittelbar im Wirtschaftsplan der Hochschule bewirtschaftet.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Mit dem undotierten Stellenpool werden Rahmenbedingungen geschaffen, dass die Hochschulen zusätzliche finanzielle Ressourcen erschließen und andere Mittelgeber für ein finanzielles Engagement an den Hochschulen (z.B. Stiftungsprofessuren u.a.) gewinnen können. Aus beamtenrechtlichen Gründen ist hierfür die Bereitstellung einer freien, besetzbaren Beamtenstelle notwendig. Durch den Stellenpool sollen die bisher bestehenden Hemmnisse beseitigt werden, indem eine bestimmte Anzahl von Stellen im Zentralkapitel 0602 vorgesehen wird, die einer Hochschule für eine bestimmte Zeit zugewiesen werden kann, wenn sie eine von dritter Stelle getragene Finanzierung eingeworben und nachgewiesen hat.

Darüber hinaus beabsichtigt Sachsen-Anhalt - nach dem Beispiel des Freistaates Bayern - zusammen mit der Studienstiftung des deutschen Volkes ein neuartiges Promotionsprogramm aufzulegen, das die Vorzüge einer stipendienfinanzierten Promotion mit der Beschäftigung über eine Stelle kombiniert. Dabei erhalten Doktorandinnen und Doktoranden, die sich erfolgreich um ein Promotionsstipendium der Studienstiftung beworben haben, die Möglichkeit, zusätzlich eine vom Land Sachsen-Anhalt finanzierte Viertelstelle E13 einzuwerben, mit der sie sich an einer beliebigen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Sachsen-Anhalt ansiedeln können. Die Programmkoordination erfolgt durch die Studienstiftung des deutschen Volkes. Die Finanzierung der Stellen könnte aus der Landesforschungsförderung erfolgen.

422 70	139	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 70	139	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			0	0	0
				0	0

72 Hugo-Junkers-Preis für Forschung und Innovation

Übertragbar

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Organisation, Ausrichtung und die Preisgelder für den Hugo-Junkers-Preis für Forschung und Innovation. Der Preis soll in mehreren Kategorien künftig alle zwei Jahre vergeben werden. In den Jahren, in denen keine Preisverleihung stattfindet, sollen frühere Preisträgerinnen und Preisträger mit verstärkten Kommunikationsmaßnahmen beworben werden, um die Forschungs- und Innovationskraft des Landes darzustellen.

533 72	165	Dienstleistung Außenstehender	120.000	80.000	120.000
			80.000	300.000	0

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			220.000		220.000
2027			80.000		80.000
2028					
2029 ff.					
Summen			300.000		300.000

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 72

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Beauftragung von Dritten mit der Organisation und Durchführung des Hugo-Junkers-Preises für Forschung und Innovation.

681 72	165	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche - Preisgelder Hugo-Junkers-Preis für Forschung und Innovation	100.000 0	0 0	100.000 0

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die Preisgelder in mehreren Kategorien des Hugo-Junkers-Preises.

Nachrichtlich: Summe TGr. 72			220.000	80.000 300.000	220.000 0

79 Förderung für den Hochschulsport

Übertragbar

*** Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 1302, Titel 122 01.
Ausgaben dürfen nur in Höhe der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 1302, Titel 122 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel werden gem. § 9 Abs. 5 des Glücksspielgesetzes zweckgebunden bereitgestellt. Ausgaben dürfen nur in Höhe der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 1302 Titel 122 01 geleistet werden.

Die Mittel dienen der Finanzierung der Freizeitsportangebote für die an den Hochschulen immatrikulierten Studierenden. Die in den einzelnen Titeln veranschlagten Mittel werden für Honorare zur personellen Absicherung des Übungsbetriebs eingesetzt sowie für die sächliche Ausstattung benötigt. Das betrifft Übungsleiterentgelte, Reisekosten für Qualifikationswettkämpfe/ Hochschulmeisterschaften, Geräteersatz und -ergänzung sowie Erhalt und Ausbau gemeinsam von Sportvereinen und Hochschulen genutzter Sportstätten.

427 79	139	Entschädigungen nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	344.000 330.001	340.000 0	345.000 0

Erläuterungen:

Entschädigung nebenamtlich und nebenberuflich tätiger Sportlehrer, Übungsleiter, aufsichtsführende und ähnliche Personen auf Honorarbasis. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, organisatorische Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit anfallen, ebenfalls zu entschädigen.

511 79	139	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	109.200 118.274	109.000 0	110.000 0

Erläuterungen:

Kosten für die Erstbeschaffung und Ersatz sowie die Ergänzung von Sportgeräten bis 5.000 EUR im Einzelfall. Kosten zur Unterhaltung von Sportgeräten durch eigene oder fremde Kräfte einschließlich der notwendigen Werkstoffe und Verbrauchsmittel.

527 79	139	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	35.000 29.837	35.000 0	35.000 0

Erläuterungen:

Erstattung der Reisekosten, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung hochschulsportlicher Veranstaltungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige sowie teilnehmende Sportler entstehen.

547 79	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	44.000 58.766	39.700 0	44.000 0

Erläuterungen:

Titel deckt Verwaltungsausgaben, die im Zusammenhang mit der Förderung des Hochschulsports stehen und nicht durch vorgenannte Titel der TGr. 79 (wie z.B. Titel 427 79, 511 79, 527 79 und 812 79) gedeckt werden können.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

685 79	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse zur Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen bzw. zwischen Hochschulen und Sportvereinen.

812 79	139	Beschaffung von Sportgeräten	1.800	11.000	11.000
			11.000	0	0

Erläuterungen:

Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen über 5.000 EUR je Einzelfall oder beim Kauf größerer Mengen je Kauf.

Nachrichtlich: Summe TGr. 79			534.000	534.700	545.000
				0	0

82 Kofinanzierung nationaler und internationaler Forschungs- und Fördermittel

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 06 02 Titel 281 82.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Kofinanzierung des Bund-Länder-Programms "Professorinnenprogramm 2030", der Bund-Länder-Programme "Förderung der Gewinnung und Entwicklung von professoralem Personal an Fachhochschulen" und "Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung"

In den veranschlagten Mitteln sind eingesparte Landesmittel aus der BAföG-Reform (Zusage des Bundes zur Übernahme der BAföG-Finanzierung ab 2015) in Höhe von jährlich 807.900 EUR für 2025 und 2026 enthalten.

429 82	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben	150.000	150.000	150.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind bestimmt zur Kofinanzierung des im Jahr 2022 beschlossenen Bund-Länder-Programms "Professorinnenprogramm 2030", das Frauen in ihrer wissenschaftlichen Karriere unterstützen und ihren Anteil an Professuren an deutschen Hochschulen steigern soll. Das Programm lässt die Förderung im Falle eines erfolgreich bewerteten Gleichstellungskonzeptes bei der Besetzung von Regelprofessuren oder Vorgriffsprofessuren mit Frauen zu. Im Falle vorgezogener Berufungen tragen dabei der Bund und das Sitzland der Hochschule je die Hälfte der geförderten mit einer Frau besetzten Professur.

685 82	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1.000.000	1.100.000	700.000
			1.003.458	0	0

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 82

Erläuterungen:

1. Kofinanzierung des Bund-Länder-Programms zur "Förderung der Gewinnung und Entwicklung von professoralem Personal an Fachhochschulen". Das Programm verfolgt u.a. das Ziel, die Leistungsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems und Fachhochschulen dabei zu unterstützen, ihre Sichtbarkeit und Attraktivität als Arbeitgeber für Professorinnen und Professoren zu erhöhen. Zur Finanzierung des Programms stellen Bund und Länder, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körperschaften, ein Gesamtvolumen von bis zu 431,5 Mio. EUR zur Verfügung. Die Mittel für die Förderung wurden in den Jahren 2019 bis 2022 vom Bund getragen. In den Jahren 2023 bis 2026 übernimmt der Bund 75 % und die Länder 25 % und in den Jahren 2027 und 2028 erfolgt die Finanzierung vom Bund und von den Ländern im Verhältnis 50:50. Die Fachhochschulen des Landes Sachsen-Anhalt beteiligen sich mit einem Verbundprojekt. Der Finanzierungsanteil des Landes für das Jahr 2025 beträgt 750.000 EUR, für das Jahr 2026 sind 700.000 EUR veranschlagt.

2. Kofinanzierung des Bund-Länder-Programms "Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung". Künstliche Intelligenz (KI) wird in den kommenden Jahren weltweit die Gesellschaft, Wirtschaft und den Alltag der Menschen verändern. KI wird als Technologie betrachtet, die in fast allen Sektoren einsetzbar ist, erhebliche produktivitätserhöhende Effekte entfalten kann und damit eine entscheidende Wirkung auf die technologische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik hat. Damit Deutschland ein weltweit führender Standort für die Erforschung, Entwicklung und Anwendung von KI werden kann, bedarf es einer breiten und bestens ausgebildeten Fachkräftebasis (Quelle: Vereinbarungstext). Mit diesem Programm wird u.a. das Ziel verfolgt, die KI-Kompetenzen bei Studien- und Qualifizierungsangeboten zu stärken. Zur Finanzierung des Programms stellen Bund und Länder, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körperschaften, ein Gesamtvolumen von bis zu 133 Mio. EUR zur Verfügung. Die Mittel für die Förderung werden vom Bund und von den Ländern im Verhältnis 90:10 getragen. Die Kosten der Projektträgerschaft, des Auswahlverfahrens und der Evaluation der Förderinitiative werden vom Bund und von den Ländern ebenfalls im Verhältnis 90:10 aus den Programm-Mitteln getragen. Die Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt werden mit einem Gesamtfinanzvolumen in Höhe von 6.813.624 EUR aus dem Programm gefördert. Der Anteil des Landes beträgt inkl. Programmkosten 703.296 EUR. Für das Jahr 2025 sind als letzte Tranche 350.000 EUR angesetzt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 82	1.150.000	1.250.000	850.000
		0	0

87 Exzellenzstrategie

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 06 02 Titelgruppe 87.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Gegenseitig Deckungsfähig mit Kapitel 06 02 Titelgruppe 88.

Erläuterungen:

Die Mittel sind für die strategische Förderung und Ertüchtigung der Wissenschaft des Landes in Vorbereitung der zweiten Ausschreibungsrunde in der Bund-Länder-Exzellenzstrategie vorgesehen. Ausgehend von der im Koalitionsvertrag formulierten Zielstellung, perspektivisch eine Exzellenzuniversität in Sachsen-Anhalt zu verorten, sollen die aussichtsreichsten Initiativen aus den thematischen Bereichen Neurowissenschaften, Dynamische Systeme, Materialwissenschaften, Biowissenschaften und Geisteswissenschaften gefördert werden. Dabei ist es unabdingbar, die wissenschaftliche Exzellenz durch die weitere Erhöhung der kritischen Masse und Stärkung strategischer Kooperationen für Verbundanträge (bspw. im mitteldeutschen Universitätsverbund Halle-Leipzig-Jena) deutlich zu verbessern. Im Erfolgsfall (Einwerbung eines oder mehrerer Exzellenzcluster) erfolgt aus diesem Titel die notwendige Kofinanzierung der Cluster ab dem Jahr 2026.

429 87	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben	6.000.000	7.500.000	7.500.000
			5.960.792	56.000.000	0

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 429 87

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	7.500.000				7.500.000
2026		10.000.000	8.000.000		18.000.000
2027		2.500.000	8.000.000		10.500.000
2028			8.000.000		8.000.000
2029 ff.			32.000.000		32.000.000
Summen	7.500.000	12.500.000	56.000.000		76.000.000

685 87	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	1.000.000 233.200	500.000 0	500.000 0
894 87	139	Zuschüsse für Investitionen	1.000.000 1.806.000	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 87			8.000.000	8.000.000 56.000.000	8.000.000 0

**88 Landesforschungsförderung und
Landesgraduierenförderung**

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 06 02 Titel 119 88.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 02 Titelgruppe 87.

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen insbesondere zur strategischen Förderung der Forschungsschwerpunkte, auch in Verbindung mit Berufungsvereinbarungen sowie Einzelprojekte, die aus den EU-Strukturfonds nicht förderfähig sind. Ziel ist die Förderung zur Ertüchtigung der Wissenschaft des Landes in der Grundlagenforschung und Spitzenforschung, die Schaffung der Voraussetzungen für die Einwerbung von Drittmitteln, u.a. von Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs der DFG sowie die Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit z.B. in den Bereichen Künstliche Intelligenz und Robotik im Land. Außerdem werden die Mittel zur Erfüllung des Landesgraduierenförderungsgesetzes hier eingestellt.

429 88	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben	7.500.000 9.162.237	10.000.000 22.500.000	10.000.000 18.000.000
** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.					

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 429 88

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.855.300	4.500.000			6.355.300
2026	1.000.000	4.500.000	4.500.000		10.000.000
2027		4.500.000	4.500.000	4.500.000	13.500.000
2028		4.500.000	4.500.000	4.500.000	13.500.000
2029 ff.			9.000.000	9.000.000	18.000.000
Summen	2.855.300	18.000.000	22.500.000	18.000.000	61.355.300

Erläuterungen:

In den veranschlagten Mitteln sind eingesparte Landesmittel aus der BAföG-Reform (Zusage des Bundes zur Übernahme der BAföG-Finanzierung ab 2015) in Höhe von jährlich 500.000 EUR für 2025 und 2026 enthalten.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025 und 2026

Die Verpflichtungsermächtigung ist erforderlich, um Forschungsvorhaben, die eine mehrjährige Laufzeit umfassen und nicht innerhalb eines Haushaltsjahres abgeschlossen werden können, zu bewilligen. Die Bewilligung dient der Planungssicherheit innerhalb der Vorhaben.

681 88	139	Landesgraduierföhrung	1.700.000	2.400.000	2.400.000
			1.700.000	0	0

Erläuterungen:

Die Ansätze für die Graduierföhrung berücksichtigen den Finanzbedarf aufgrund des gültigen Landesgraduierföhrungsgesetzes vom 30.07.2001 (GVBl. LSA S. 318), zuletzt geändert durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Graduierföhrungsgesetzes vom 10.12.2015 (GVBl. LSA S. 613). In den veranschlagten Mitteln sind eingesparte Landesmittel aus der BAföG-Reform (Zusage des Bundes zur Übernahme der BAföG-Finanzierung ab 2015) in Höhe von jährlich 2.000.000 EUR für 2025 und 2026 enthalten.

685 88	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	4.000.000	800.000	800.000
			2.772.717	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 15 02 Titelgruppe 73.

894 88	139	Zuschüsse für Investitionen	0	0	0
			400.473	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 88			13.200.000	13.200.000	13.200.000
				22.500.000	18.000.000

90 Umsetzung des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 06 02 Titel 231 90.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Am 01. Januar 2021 trat die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über den Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (BLV ZSL) vom 6. Juni 2019 in Kraft.

Diese Vereinbarung verstetigt die Vorläufervereinbarung zum Hochschulpakt 2020 und die damit verbundene Unterstützung durch den Bund. Es gibt jedoch keine pauschale Vorausberechnung der Bundesmittel für die Länder mehr. Jährlich werden anhand der aktuellen statistischen Daten und gewichteter Parameter zu Studienanfängern, Studierenden in der Regelstudienzeit und Absolventen die Länder anteilmäßig an den Bundesmitteln zum ZSL beteiligt. Am 4. November 2022 wurde die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über den Zukunftsvertrag Studium und Lehre Stärken angepasst. Entsprechend den Regelungen zum ZSL hat Sachsen-Anhalt eine Verpflichtungserklärung gegenüber dem Bund abgegeben. Sachsen-Anhalt hat sich dabei zu den folgenden Schwerpunkten verpflichtet:

1. den "Erhalt der Studienkapazitäten" und
2. die "Verbesserung der Studienbedingungen/Rahmenbedingungen des Studiums, durch eine Erhöhung des Anteils des hauptberuflich tätigen unbefristeten wissenschaftlich und künstlerischen Personals.

Die Bundesmittel sind entsprechend der Verpflichtungserklärung bzw. der Verwaltungsvereinbarung einzusetzen.

Vgl. auch einnahmeseitige Erläuterungen.

685 90	139	Zuschüsse zu Maßnahmen zur Umsetzung des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken	44.800.000	42.486.100	42.416.900
			40.102.079	0	0

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu Nr. 2 verbindlich.

Erläuterungen:

Die Bundesmittel aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (ZSL) werden gemäß landesinterner Vereinbarung über die Umsetzung des ZSL im Land Sachsen-Anhalt für die Jahre 2021 bis 2027 den Hochschulen zur Verausgabung zugewiesen. Die Mittel dienen der Umsetzung der Verpflichtungserklärung des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 2 der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes über den ZSL.

Nachrichtlich: Summe TGr. 90	44.800.000	42.486.100	42.416.900
		0	0

92 Kofinanzierung zu EU-Mitteln für ESF-Maßnahmen für die Förderperiode 2014 bis 2020 im Bereich Wissenschaft und Forschung

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Notwendige Kofinanzierungsmittel in Höhe 20 v. H. für ESF-Maßnahmen in der Förderperiode 2014 bis 2020.

Dies betrifft die landesseitige Kofinanzierung für Maßnahmen aus der Technischen Hilfe für ESF V-Maßnahmen im Bereich Wissenschaft und Forschung.

671 92	139	Kostenerstattung zur Administration von ESF-Maßnahmen im Bereich Wissenschaft und Forschung / Technische Hilfe	0	0	0
			5.600	0	0

Erläuterungen:

Landesseitige Kofinanzierung (20 v.H.) zur Erstattung der Kosten an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die Administration von ESF V-Projekten für den Bereich Wissenschaft des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt aus Mitteln der Technischen Hilfe.

685 92	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
			421.407	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 92	0	0	0
		0	0

93 Kofinanzierung zu EU-Mitteln für EFRE-Maßnahmen für die Förderperiode 2014 bis 2020 im Bereich Wissenschaft und Forschung

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Notwendige Kofinanzierung für EFRE-Mittel in der Förderperiode 2014-2020.

Dies betrifft die notwendige Kofinanzierung für die einzelne Maßnahmen der Prioritätsachse 1, Investitionspriorität 1a im Bereich Wissenschaft und Forschung mit den dafür beschlossenen Finanzierungsverhältnissen.

685 93	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
			1.316.715	0	0

812 93	139	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			162.491	0	0

Erläuterungen:

Notwendige Kofinanzierung für EFRE-Maßnahmen aus dem Teilziel 1, Handlungsfeld 1a für den Bereich Wissenschaft und Forschung des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt für die Förderperiode 2014 bis 2020.

894 93	139	Zuschüsse für Investitionen	0	0	0
			1.471.478	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93	0	0	0
		0	0

97 Kofinanzierung zu EU-Mitteln für EFRE-Maßnahmen für die Förderperiode 2021 bis 2027 im Bereich Wissenschaft und Forschung

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Notwendige Kofinanzierung in Höhe von 40 v. H. für EFRE-Maßnahmen in der Förderperiode 2021 bis 2027.

Es sollen Projekte zu den Forschungsschwerpunkten sowie Projekte der angewandten Spitzenforschung gefördert werden. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf Projekten in den Themenfeldern der Leitmärkte und Querschnittsbereiche der Regionalen Innovationsstrategie liegen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine starke FuE-Basis in den Spezialisierungsfeldern der Leitmärkte einschließlich der Querschnittsbereiche auf- und ausbauen, die dazu beiträgt, laufend neue Ansatzpunkte für Innovationen zu identifizieren. Daneben wird angestrebt, die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt im Feld der internationalen Spitzenforschung und Spitzencluster, insbesondere auch in den Themenfeldern der Leitmärkte und Querschnittsbereiche, weiter zu etablieren. Dies erhöht die Sichtbarkeit der FuE-Akteure in Sachsen-Anhalt und bereitet auf eine erfolgreiche Teilnahme an Programmen wie z. B. Horizon Europe vor.

Zum anderen wird der Ausbau der FuE- und Innovationsinfrastruktur an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen unterstützt. Vorgesehen sind u.a. die Ausstattung und Sanierung von technischen Anlagen und Laboren, z. B. in Form von Netzwerken der Informations- und Kommunikationstechnologie, Anschaffung von Geräten, Instrumenten, Apparaten, Ausrüstungen und Anlagen für Forschungszwecke, technische Laborausstattung sowie Prüf- und Messtechnik. Vorgesehen ist die Erweiterung der Förderung der Forschungsschwerpunkte in der angewandten Forschung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen (Center for Behavioral Brain Sciences CBBS, Center for Dynamic Systems CDS, Center for Method Development CMD, Medizintechnik (STIMULATE), Autonomie im Alter, Biodiversitätszentrum iDiv, Wissenschaftscampus für pflanzenbasierte Bioökonomie WCH, Biotechnologie/Proteinforschung, Materialwissenschaften, Kompetenzzentrum für angewandte und technologieorientierte Forschung KAT).

Hinzu kommen aktuelle Forschungsgebiete wie erneuerbare Energien, Digitalisierung, künstliche Intelligenz sowie Pandemieforschung in mehreren Aspekten (Virologie, Epidemiologie, Sozial- und Gesundheitsforschung, Psychologie), all dies auch im Hinblick auf die Generierung weiterer Drittmittel von Bund und EU sowie zur Verbreiterung vorhandener Kompetenz durch die Einwerbung "kluger Köpfe". U.a. im Bereich der Medizin geht es auch um eine Verbesserung der Geräteausrüstung für Forschungszwecke.

Im Bereich der Hochschulen für angewandte Wissenschaften können neben dem KAT vor allem auch Vorhaben der Third Mission (Wissens- und Technologietransfer, Messen und Tagungen, Patente einschließlich Erstellung von Funktionsmustern, Wissenschaftskommunikation) gefördert werden, auch im Hinblick auf eine stärkere Internationalisierung.

685 97	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	13.484.400	30.180.200	10.039.700
			0	39.502.700	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		29.002.500			29.002.500
2026		29.002.500			29.002.500
2027		13.534.500	21.385.300		34.919.800
2028			18.117.400		18.117.400
2029 ff.					
Summen		71.539.500	39.502.700		111.042.200

894 97	139	Investitionen in Wissenschaft und Forschung	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 97			13.484.400	30.180.200	10.039.700
				39.502.700	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

98 Kofinanzierung zu EU-Mitteln für ESF+-Maßnahmen für die Förderperiode 2021 bis 2027 im Bereich Wissenschaft und Forschung

Übertragbar

**** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.**

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Notwendige Kofinanzierung in Höhe von 40 v. H. für ESF-Maßnahmen in der Förderperiode 2021 bis 2027.

Die ESF-Maßnahme dient der Verbesserung der Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie der Herstellung der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung . Dabei sollen z.B. die strukturellen Rahmenbedingungen für Gleichstellung in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (bspw. Coachings und Mentorings zur Karriereplanung, Post-Doc-Brückenförderungen, Promotionen und Juniorprofessuren von Frauen, Motivation von Frauen für MINT-Berufe, Maßnahme FEM-Power) verbessert werden. Ebenfalls soll der Ausbau von Projekten mit Beteiligung an Netzwerken der europäischen Spitzenforschung durch Sach- und Personalmittel unterstützt werden. Ferner zielt die Förderung auf eine Verbesserung der internationalen Kompetenz im Wissenschaftssystem Sachsen-Anhalts (u.a. Auf-/Ausbau internationaler Graduiertenkollegs und Doktorandenschulen, online-gestützte Studienangebote, Einrichtung dualer Studiengänge/ Studiengänge mit am Bedarf der Wirtschaft ausgerichteter Praxisphasen, Aufstockungs- und Promotionsstipendien). Zudem sollen Qualifizierungsmaßnahmen für Personal im Bereich Medizin und Pflegewissenschaften zur Erhöhung der Akademisierung in diesem Bereich umgesetzt werden.

685 98	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	3.166.700	5.500.000	2.200.000
			0	6.633.200	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		4.000.000			4.000.000
2026		4.000.000			4.000.000
2027		2.333.300	4.333.200		6.666.500
2028			2.300.000		2.300.000
2029 ff.					
Summen		10.333.300	6.633.200		16.966.500

Nachrichtlich: Summe TGr. 98	3.166.700	5.500.000	2.200.000
		6.633.200	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	348.100	16.161.600	697.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	44.800.000	42.486.100	42.416.900
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	214.900	206.300	206.300
Gesamteinnahme		45.363.000	58.854.000	43.320.300

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	13.994.000	17.990.000 78.500.000	17.995.000 18.000.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.320.200	734.100 300.000	593.900 177.700
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	77.859.300	92.663.600 54.651.400	70.244.700 2.857.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	17.814.500	15.450.000 21.000.000	16.494.000 14.000.000
Gesamtausgabe		110.988.000	126.837.700	105.327.600
Gesamtsumme der VE			154.451.400	35.034.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-65.625.000	-67.983.700	-62.007.300

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 03 Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Einnahmen und Ausgaben im Kapitel 0603 richten sich nach den im § 2 der Anlage zum Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) vereinbarten Finanzierungsschlüsseln. Die Finanzierungsschlüssel sind in den Erläuterungen zu den jeweiligen Titeln ausgewiesen. Auf dieser Grundlage beschließen Bund und Länder über die Förderhöhe. Insoweit sind Abweichungen einzelner Haushaltsansätze im Rahmen des veranschlagten Gesamthaushaltsvolumens (Zuschussbedarf) im Kapitel 0603 zulässig. Darüberhinausgehende überplanmäßige Ausgaben bedürfen der Einwilligung nach § 37 LHO.

Vgl. Allgemeiner Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0602.

Erläuterungen:

Im Kapitel 0603 sind die Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die im Zusammenhang mit der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung stehen. Diese Einrichtungen und Vorhaben werden von Bund und Ländern aufgrund des GWK-Abkommens nach unterschiedlichen Schlüsseln gefördert. Der Pakt für Forschung wird in einer vierten Phase (PFI IV) fortgesetzt. Erstmals läuft der Pakt über einen Zeitraum von zehn Jahren von 2021 bis 2030. In diesem Zeitraum sollen die Budgets jährlich um 3% steigen. Bund und Länder tragen diesen Aufwuchs nach den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln gemeinsam. Bei der im PFI III bis 2020 erreichten Grundfinanzierung kehren Bund und Länder ab 2024 bis 2030 sukzessive zu den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln zurück. Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben bei TGr. 61 - Zuschuss an die Leibniz-Institute - berücksichtigt gem. Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung der Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. (AV-WGL) den Bundes- und Länderanteil (Bruttoveranschlagung).

Einnahmen

119 41	164	Rückzahlungen aus Überzahlungen	0	0	0
			753.975		

Erläuterungen:

Rückzahlungen aus Überzahlungen für gemeinsam finanzierte Einrichtungen.

232 01	164	Sonstige Zuweisungen von Ländern	539.100	687.500	711.500
			352.622		

Erläuterungen:

Die Genbank des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) besitzt in Mecklenburg-Vorpommern Außenstellen (Teilsammlungen Nord). Der dafür aufzubringende Sitzlandanteil wird von Mecklenburg-Vorpommern erstattet.

232 03	164	Erstattungen aus der multilateralen Finanzierung (§ 2 Abs. 1 der Anlage zum GWK-Abkommen)	3.985.000	4.347.300	4.200.000
			3.797.982		

Erläuterungen:

Der ländergemeinsam aufzubringende Teil des Zuwendungsbetrages für Einrichtungen, die nach der Ausführungsvereinbarung WGL (AV-WGL) zum GWK-Abkommen gemeinsam gefördert werden, wird mit dem Ziel einer angemessenen Lastenverteilung unter den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel getragen.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 03 Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Zuschuss an Leibniz-Institute

Erläuterungen:

Auf der Grundlage von § 2 (1) der Anlage zum GWK-Abkommen und der Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung der Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (AV-WGL) werden Mitgliedseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft durch den Bund und die Länder grundsätzlich mit einem Finanzierungsschlüssel 50:50 gefördert. Der Bund weist den auf ihn entfallenden Finanzierungsanteil dem Sitzland zu.

231 61	164	Zuweisungen des Bundes gem. GWK-Abkommen	45.990.500	47.064.200	47.906.000
			45.450.780		

Erläuterungen:

Auf der Grundlage von § 2 (1) der Anlage zum GWK-Abkommen werden Einrichtungen gem. AV-WGL durch den Bund und die Länder mit einem Finanzierungsschlüssel 50:50 gefördert. Der Bund weist den auf ihn entfallenden Finanzierungsanteil dem Sitzland zu.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			45.990.500	47.064.200	47.906.000

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 03 Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

671 01	164	Erstattungen an Sonstige	100.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die ländergemeinsam zu tragende Zuwendung für die Einrichtungen gemäß AV-WGL werden nach Feststellung der Höhe des jährlichen Zuwendungsbedarfes nach Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Nach Vorliegen der IST-Abrechnungen mit zweijährigem Verzug sind die überzahlten Länderbeiträge zurückzuerstatten.

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0603 Titel 232 03.

685 21	164	Zuschuss an die Max-Planck-Gesellschaft	28.647.800	30.011.100	30.248.600
			27.113.364	0	0

Übertragbar

**** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.**

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Institutionelle Förderung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG) auf der Grundlage des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen).

Die MPG ist Trägerorganisation von zur Zeit 85 Einrichtungen (Institute, Forschungsstellen, Arbeitsgruppen), darunter drei Einrichtungen in Sachsen-Anhalt. Diese Max-Planck-Institute und Einrichtungen betreiben Grundlagenforschung in den Natur-, Bio-, Geistes- und Sozialwissenschaften im Dienste der Allgemeinheit. Max-Planck-Institute engagieren sich in Forschungsgebieten, die besonders innovativ sind, sowie einen speziellen finanziellen oder zeitlichen Aufwand erfordern. Ihr Forschungsspektrum entwickelt sich dabei ständig weiter, um Antworten auf zukunftssträchtige wissenschaftliche Fragen zu finden. Die MPG sieht es als besondere Aufgabe an, eng mit den Hochschulen zu kooperieren.

Der Zuwendungsbedarf wird aufgrund § 2 (1) der Anlage zum GWK-Abkommen i. V. m. der Ausführungsvereinbarung MPG (AV-MPG) vom Bund und den Ländern je zur Hälfte getragen. Er wird vom Ausschuss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz - dem Vertreter des Bundes und der Länder angehören - geprüft und von der GWK festgestellt. Der Länderanteil wird nach Abzug einer Sitzlandquote in Höhe von 50 v. H. grundsätzlich nach dem Königsteiner Schlüssel berechnet.

Neben dem gemeinsam aufzubringenden Zuschussbedarf können Bund und Länder im gegenseitigen Einvernehmen Sonderleistungen erbringen.

685 22	137	Zuschuss an die Deutsche Forschungsgemeinschaft	27.269.900	28.695.000	30.134.300
			25.877.300	0	0

Übertragbar

**** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.**

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 03 Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 22

Erläuterungen:

Institutionelle Förderung auf der Grundlage des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen)

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ist die zentrale Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland. Sie dient der Wissenschaft in all ihren Zweigen durch die Förderung von Forschungsprojekten an Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen. Die DFG fördert wissenschaftliche Exzellenz und Qualität durch die Auswahl der besten Projekte im Wettbewerb und setzt Impulse für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt dem wissenschaftlichen Nachwuchs und der Chancengleichheit für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Ferner berät sie Parlamente und Behörden in wissenschaftlichen Fragen. Der Zuwendungsbedarf im Rahmen einer institutionellen Förderung wird aufgrund § 2 (1) der Anlage zum GWK-Abkommen i.V.m. der Ausführungsvereinbarung DFG (AV-DFG) vom Bund und den Ländern von 58 : 42 getragen. Der Anteil der Länder wird nach dem Königsteiner Schlüssel berechnet.

Neben dem gemeinsam aufzubringenden Zuschussbedarf wenden Bund und Länder im gegenseitigen Einvernehmen abweichende Finanzierungsschlüssel für die Fortsetzung der Wissenschaftspakte an.

Der Ansatz beinhaltet folgende Finanzierungsanteile des Landes Sachsen-Anhalt für die Zuwendung an die DFG:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	institutionellen Förderung	25.916.300	27.289.400	28.688.600
2.	Programmpauschalen	1.303.700	1.342.900	1.383.000
3	Verwaltungskosten zur Durchführung der Exzellenzstrategie	43.200	56.000	56.000
4.	Verwaltungskosten zur Administration zum Aufbau und Förderung einer nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NDFI)	6.700	6.700	6.700
	Summe	27.269.900	28.695.000	30.134.300

685 25	164	Zuschuss für Akademienvorhaben	693.500	710.000	1.015.000
			676.500	0	0

Erläuterungen:

Projektförderung auf der Grundlage des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen).

Der Zuwendungsbedarf wird aufgrund § 2 (3) der Anlage zum GWK-Abkommen i. V. m. der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm (AV-AK) vom Bund und den Ländern in einem Verhältnis 50 : 50 getragen. Der Länderanteil für Akademienvorhaben wird vom Sitzland, in dem das Vorhaben bearbeitet wird, aufgebracht. Folgende Vorhaben werden zurzeit in Sachsen-Anhalt gefördert:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Akademie Mainz	256.000	265.000	300.000
	- Hallesche Handelsausgabe			
2.	Akademie Berlin/Brandenburg	55.000	57.500	55.000
	- Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)			
3.	Akademie Leipzig	382.500	387.500	525.000
	- Deutsche Inschriften des Mittelalters Sachsen und Thüringen			
	- Historisch-kritische Edition Speners aus der Berliner Zeit			
4.	Akademie Göttingen	0	0	135.000
	- Sicherheit und Freiheit. Die Anfänge des Staats- und Verfassungsschutzes im 19. Jahrhundert			
	- Erschließung und Digitalisierung des Materials der Überwachungsbehörden des Deutschen Bundes (1819-1848)			
	Summe	693.500	710.000	1.015.000

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 03 Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

685 26	164	Zuschuss an die acatech	0	0	0
			33.702	0	0

Erläuterungen:
acatech ist 2024 aus der gemeinsamen Finanzierung ausgeschieden.

685 27	164	Zuschuss an die NAKO Gesundheitsstudie	131.000	202.000	145.000
			151.000	0	0

Übertragbar
Erläuterungen:
Projektförderung auf der Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung über die gemeinsame Förderung der NAKO Gesundheitsstudie gemäß Artikel 91b des Grundgesetzes.

894 01	164	Zuschuss für Investitionen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen	1.500.000	1.500.000	1.500.000
			1.500.000	0	0

Übertragbar
Erläuterungen:
Infrastrukturkosten zur Neuansiedlungen von Forschungseinrichtungen im Wege von Sonderfinanzierungen.
Für die Ansiedlung des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums in Cochstedt wurden insgesamt 15,815 Mio. EUR zum Auf- und Ausbau der Infrastruktur bewilligt, davon 2019 0,815 Mio. EUR und von 2020 bis 2029 jährlich jeweils 1,5 Mio. EUR.

Titelgruppe(n)

61 Zuschuss an Leibniz-Institute

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

******* Gemäß § 15 Abs. 2 LHO werden bis zu 20 v.H. des Zuwendungsbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugelassen.

Erläuterungen:

Auf der Grundlage von § 2 (1) der Anlage zum GWK-Abkommen und der Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung der Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (AV-WGL) werden Mitgliedseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft durch den Bund und die Länder grundsätzlich mit einem Finanzierungsschlüssel 50:50 gefördert. Es sind folgende Gesamtausgaben für die Leibniz-Institute vorgesehen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
a)	Leibniz-Institut für Neurobiologie (LIN)	16.372.000	18.515.000	18.880.000
b)	Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie (IPB)	17.684.000	18.470.000	18.378.000
c)	Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK)	35.106.000	35.275.000	37.099.000
d)	Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO)	6.056.000	6.050.000	6.183.000
e)	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (IWH)	8.534.000	9.161.000	9.586.000
	Summe	83.752.000	87.471.000	90.126.000

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 03 **Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben - LIN

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	9.467.147	9.468.000	9.589.000	9.600.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	3.664.829	4.411.000	5.155.000	5.433.000
3. Schuldendienst				
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	739.140	390.000	740.000	787.000
5. Ausgaben für Investitionen	1.218.486	2.163.000	3.487.000	3.510.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben (SB-Mittel)	2.200.000			
Zusammen:	17.289.602	16.432.000	18.971.000	19.330.000
Einnahmen				
1. Eigene Einnahmen	435.602	60.000	456.000	450.000
2. Besondere Finanzierungseinnahmen (SB-Mittel Vorjahr)	1.126.000			
Mithin Fehlbetrag	15.728.000	16.372.000	18.515.000	18.880.000
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers				
b) das Land mit	6.904.457	7.363.535	8.572.112	8.891.689
c) den Bund mit	8.823.543	9.008.465	9.942.888	9.988.311
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit				
e) Private				
Zusammen:	15.728.000	16.372.000	18.515.000	18.880.000

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 03 **Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben - IPB

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	7.806.994	9.252.000	9.905.000	10.157.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	5.287.201	4.571.000	4.077.000	4.051.000
3. Schuldendienst				
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	774.457	921.000	1.200.000	1.223.000
5. Ausgaben für Investitionen	2.942.000	3.000.000	3.348.000	3.007.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben (SB-Mittel)	3.295.000			
Zusammen:	20.105.652	17.744.000	18.530.000	18.438.000
Einnahmen				
1. Eigene Einnahmen	140.731	60.000	60.000	60.000
2. Besondere Finanzierungseinnahmen (SB-Mittel Vorjahr)	1.427.000			
Mithin Fehlbetrag	18.537.921	17.684.000	18.470.000	18.378.000
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers				
b) das Land mit	8.319.379	8.006.610	8.538.842	8.632.073
c) den Bund mit	10.218.542	9.677.390	9.931.158	9.745.927
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit				
e) Private				
Zusammen:	18.537.921	17.684.000	18.470.000	18.378.000

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 03 **Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben - IPK

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	18.174.709	20.691.000	20.593.000	21.282.600
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	11.543.641	11.654.900	11.830.000	12.390.300
3. Schuldendienst				
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1.795.496	1.036.700	1.678.000	1.720.200
5. Ausgaben für Investitionen	2.365.000	2.323.400	1.774.000	2.305.900
6. Besondere Finanzierungsausgaben (SB-Mittel)	4.400.000			
Zusammen:	38.278.846	35.706.000	35.875.000	37.699.000
Einnahmen				
1. Eigene Einnahmen	633.846	600.000	600.000	600.000
2. Besondere Finanzierungseinnahmen (SB-Mittel Vorjahr)	3.922.000			
Mithin Fehlbetrag	33.723.000	35.106.000	35.275.000	37.099.000
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers				
b) das Land mit	14.848.931	15.827.941	16.299.950	17.299.460
c) den Bund mit	18.874.069	19.278.059	18.975.050	19.799.540
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit				
e) Private				
Zusammen:	33.723.000	35.106.000	35.275.000	37.099.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben - IAMO

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	4.133.352	4.481.000	4.481.000	4.587.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.131.368	1.173.000	1.158.000	1.181.000
3. Schuldendienst				
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	329.077	296.000	296.000	300.000
5. Ausgaben für Investitionen	155.000	186.000	182.000	185.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben (SB-Mittel)	200.000			
Zusammen:	5.948.797	6.136.000	6.120.000	6.253.000
Einnahmen				
1. Eigene Einnahmen	130.797	80.000	70.000	70.000
2. Besondere Finanzierungseinnahmen (SB-Mittel Vorjahr)	0			
Mithin Fehlbetrag	5.818.000	6.056.000	6.050.000	6.183.000
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers				
b) das Land mit	2.554.184	2.723.872	2.771.560	2.888.748
c) den Bund mit	3.263.816	3.332.128	3.278.440	3.294.252
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit				
e) Private				
Zusammen:	5.818.000	6.056.000	6.050.000	6.183.000

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 03 Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben - IWH

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	6.058.942	6.596.000	6.660.000	7.023.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.309.447	1.880.000	1.260.000	1.285.000
3. Schuldendienst				
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	409.572	537.000	633.000	660.000
5. Ausgaben für Investitionen	648.707	496.000	653.000	663.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben (SB-Mittel)	1.252.000			
Zusammen:	9.678.668	9.509.000	9.206.000	9.631.000
Einnahmen				
1. Eigene Einnahmen	9.268	975.000	45.000	45.000
2. Besondere Finanzierungseinnahmen (SB-Mittel Vorjahr)	1.471.400			
Mithin Fehlbetrag	8.198.000	8.534.000	9.161.000	9.586.000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers
- b) das Land mit 3.600.269 3.839.516 **4.224.263** **4.508.011**
- c) den Bund mit 4.597.731 4.694.484 **4.936.737** **5.077.989**
- d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit
- e) Private

Zusammen: 8.198.000 8.534.000 **9.161.000** **9.586.000**

685 61 164 Zuschuss für den Betrieb **72.925.000** **74.704.000** **76.516.000**
70.082.000 0 0

894 61 164 Zuschuss für Investitionen **10.827.000** **12.767.000** **13.610.000**
11.596.000 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 **83.752.000** **87.471.000** **90.126.000**
0 0

62 Zuschuss an Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft

Übertragbar

** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 03 Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Institutionelle Förderung auf der Grundlage des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen)

Der Bund und die Länder fördern Großforschungseinrichtungen auf der Grundlage von § 2 (2) der Anlage zum GWK-Abkommen gemeinsam. Diese Einrichtungen sind in der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) zusammengefasst. Die Finanzierungsanteile sind in den entsprechenden Ausführungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Sitzländern vereinbart.

Das Land Sachsen-Anhalt ist beteiligt an:

1. Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH (UFZ)

Das UFZ wird seit 2003 programmorientiert gefördert.

Finanzierung:

- Anteil des Bundes 90 v.H.
- Anteil des Freistaates Sachsen 5 v.H.
- Anteil des Landes Sachsen-Anhalt 5 v.H.

2. Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE)

Das DZNE besteht aus dem Kernzentrum in Bonn und Außenstellen an den Partnerstandorten Göttingen, München, Tübingen, Magdeburg, Rostock/Greifswald, Witten, Dresden, Berlin und Ulm.

Finanzierung:

- Anteil des Bundes 90 v.H.
- Anteil der beteiligten Länder 10 v.H.

Das DZNE wird seit 2015 programmorientiert gefördert. Jedes Land trägt den gem. § 2 (1) der Ausführungsvereinbarung zum Verwaltungsabkommen zum GWK-Abkommen zur Finanzierung des DZNE auf seinen Standort entfallenden Anteil. Die Verwaltungsausgaben werden nach diesem Verhältnis am Gesamtaufwand getragen.

3. Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

Das DLR ist das Forschungszentrum der Bundesrepublik Deutschland für Luft- und Raumfahrt. Seine Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Luftfahrt, Raumfahrt, Energie, Verkehr, Digitalisierung und Sicherheit sind in nationale und internationale Kooperationen eingebunden. Darüber hinaus ist das DLR im Auftrag der Bundesregierung für die Planung und Umsetzung der deutschen Raumfahrtaktivitäten zuständig. Das DLR etabliert eine Außenstelle für ein nationales Erprobungszentrum für unbemannte Luftfahrtsysteme in Cochstedt.

Finanzierung:

- Anteil des Bundes 90 v.H.
- Anteil des Sitzlandes 10 v.H.

Zusätzlich ist eine Verwaltungsumlage zu tragen.

4. Deutsches Zentrum für Psychische Gesundheit (DZP)

Der Vorantrag des Konsortiums bestehend aus Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Friedrich-Schiller-Universität Jena wurde ausgewählt und aufgefordert den Vollartrag zu erarbeiten.

Mittel wurden ab 2024 in Höhe einer ersten zu erwartenden Beteiligung eingeplant. Für 2025 und 2026 gibt es zunächst eine Projektförderung durch das BMBF.

685 62	164	Zuschuss für den Betrieb	6.244.900	5.697.400	6.213.300
			5.003.740	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)	3.675.400	3.433.000	3.836.700
2.	Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE)	504.200	492.000	551.000
3.	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)	1.565.300	1.772.400	1.825.600
4.	Deutsches Zentrum für Psychische Gesundheit (DZP)	500.000	0	0
	Summe	6.244.900	5.697.400	6.213.300

894 62	164	Zuschuss für Investitionen	418.800	647.500	680.900
			646.725	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 03 Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 894 62

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH (UFZ)	142.800	484.000	479.800
2.	Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE)	5.300	12.000	45.000
3.	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)	270.700	151.500	156.100
4.	Deutsches Zentrum für Psychische Gesundheit (DZP)	0	0	0
	Summe	418.800	647.500	680.900

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	6.663.700	6.344.900	6.894.200
		0	0

64 Zuschuss an die Deutsche Akademie Leopoldina zu Halle/Saale

Übertragbar

** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Institutionelle Förderung auf der Grundlage des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen).

Die Deutsche Akademie der Naturforscher LEOPOLDINA ist die älteste deutsche Akademie (gegründet 1652) und zugleich die mitgliedstärkste Akademie. Seit dem 14. Juli 2008 ist sie nationale Akademie der Wissenschaften.

Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung als überregionale Gelehrten-gesellschaft ist die Leopoldina als einzige deutsche Akademie in die gemeinsame Forschungsförderung aufgenommen. Gemäß Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Sachsen-Anhalt vom Dezember 1991 tragen der Bund und das Land den Zuschussbedarf grundsätzlich im Verhältnis 80:20.

Die Vereinbarung von Sonderfinanzierungen sind zulässig.

685 64	164	Zuschuss für den Betrieb	2.851.000	2.590.000	3.124.000
			2.590.000	0	0
894 64	164	Zuschuss für Investitionen	32.000	30.000	40.000
			30.000	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			2.883.000	2.620.000	3.164.000
				0	0

76 Zuschuss an die Fraunhofer Gesellschaft

Übertragbar

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 03 Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Außeruniversitäre Forschungsförderung gem. GWK-Abkommen

Die Fraunhofer-Gesellschaft e.V. (FhG) betreibt Forschung und Entwicklung auf wirtschaftlich oder gesellschaftlich relevanten Gebieten der angewandten Naturwissenschaften und der Technik. Die institutionelle Förderung durch Bund und Länder ermöglicht der FhG die Bearbeitung selbstgewählter Forschungsthemen zur Sicherung ihres wissenschaftlichen Potenzials und die Entwicklung neuer Technologien.

Die Mittel der institutionellen Förderung werden gemäß GWK-Abkommen i. V. m. Ausführungsvereinbarung FhG (AV-FhG) im Verhältnis 90:10 vom Bund und den Ländern aufgebracht. Der auf die Länder entfallende Teil des Zuwendungsbetrages wird auf die Länder in Höhe von einem Drittel nach dem Königsteiner Schlüssel und in Höhe von zwei Dritteln entsprechend dem Verhältnis des Zuwendungsbedarfes der Sitzlandinstitute umgelegt.

Das Land Sachsen-Anhalt hat für die im Land ansässigen Einrichtungen der FhG:

- IFF Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung mit Sitz in Magdeburg
 - IMWS Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen mit Sitz in Halle
 - CSP Fraunhofer-Center für Silizium-Photovoltaik mit Sitz in Halle
 - CBP Chemisch-Biotechnologisches Prozesszentrum mit Sitz in Leuna
 - PAZ Fraunhofer-Pilotanlagenzentrum für Polymersynthese und -verarbeitung in Schkopau
 - IZI-MWT Fraunhofer-Abteilung Molekulare Wirkstoffbiochemie und Therapieentwicklung mit Sitz in Halle
 - IWES Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme Institutsteil Leuna
- eine Fehlbedarfsfinanzierung aufzubringen.

685 76	164	Zuschuss für den Betrieb	1.670.100 1.634.900	1.625.000 0	1.737.100 0
894 76	164	Zuschuss für Investitionen	383.400 402.800	720.200 0	728.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.600.000			1.600.000
2026		4.300.000			4.300.000
2027		5.000.000			5.000.000
2028		11.100.000			11.100.000
2029 ff.					
Summen		22.000.000			22.000.000

Erläuterungen:

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2024

Die im HHJ 2024 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung wird nicht in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 76	2.053.500	2.345.200 0	2.465.100 0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 03 Außeruniversitäre Forschungsförderung gemäß GWK-Abkommen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	50.514.600	52.099.000	52.817.500
Gesamteinnahme		50.514.600	52.099.000	52.817.500

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	140.533.200	144.234.500	149.133.300
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	13.161.200	15.664.700	16.558.900
			0	0
Gesamtausgabe		153.694.400	159.899.200	165.692.200
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-103.179.800	-107.800.200	-112.874.700

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 04 **Martin-Luther-Universität Halle - Wittenberg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

- *** 1. Die Ausgaben der Titel 685 02 und 894 02 sind gegenseitig deckungsfähig. Nicht verbrauchte Budgetmittel sind übertragbar, dies gilt auch für nicht verbrauchte Mittel aus Titel 685 03 und Titel 685 06.
2. Die Hochschule kann auf die Erhebung von Einnahmen aus Veröffentlichungen in begründeten Fällen verzichten, insbesondere dann, wenn es sich um den länderübergreifenden Druckaustausch handelt.
3. Die Zahlungen zur Unterstützung und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen können im Wege der Billigkeit gewährt werden (Wirtschaftsplan).
4. Zweckgebundene Ausgaben, für die Mittel Dritter bereitgestellt werden, dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen geleistet werden und sind in den entsprechenden Titelgruppen des Wirtschaftsplanes nachzuweisen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Allgemeines

1. Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (nachfolgend Universität genannt) entwickelt unter Berücksichtigung der Rahmenvereinbarung Forschung und Innovation die Forschungsschwerpunkte

- Aufklärung - Religion - Wissen,
- Gesellschaft und Kultur in Bewegung. Diffusion - Experiment - Institution,
- Biowissenschaften, darin Makromolekulare Strukturen und biologische Informationsverarbeitung,
- Materialwissenschaften, darin nanostrukturierte und photoelektrische Materialien

in Kooperation insbesondere mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und anderen Hochschulen.
Bei der Ausgestaltung wird die Forschung der Medizinischen Fakultät einbezogen. Geschlechtergleichstellung sowie internationale Forschungsk Kooperationen und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses werden dabei als wichtige Potentiale weiterentwickelt.
Die Forschungsschwerpunkte an der Universität werden ergänzt durch thematische Forschungen, die durch ihre Exzellenz und internationale Sichtbarkeit das Bild der Universität als klassische Universität bestärkt.
Forschung und Lehre werden unter Einbeziehung der Schwerpunkte interdisziplinär und fach- sowie hochschulübergreifend organisiert und durchgeführt.

Die Lehrerausbildung wird durch die Universität an die sich entwickelnden Anforderungen angepasst.

2. Die Veranschlagung der Haushaltsmittel für die Jahre 2025/2026 erfolgt nach folgenden Prämissen:

Das Budget der Universität wird auf der Grundlage der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 als Globalzuschuss veranschlagt.

Das Budget beinhaltet:

- den Zuschuss Betrieb (Titel 685 02): Dieser enthält 1 Mio. EUR für die gesetzlichen Aufgaben der Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) Halle als Landesbibliothek, 1 Mio. EUR Zuschuss für den Standort Halle des Landesstudienkollegs und 2 Mio. EUR zur Weiterfinanzierung des iDiv sowie 150.000 EUR ab 2026 zusätzliche Mittel für eine Professur für das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit;
- den Zuschuss für zusätzliche Kapazitäten in der Lehramtsausbildung (Titel 685 03): Zur Sicherstellung der Einstellungsbedarfe an Lehrkräften wurde ab 2018 die Kapazität für die erste Phase der Lehramtsausbildung von 550 auf 800 und ab 2022 auf 1.000 angehoben.
- den Inflationsausgleich (Titel 685 06) und
- den Zuschuss Investitionen (Titel 894 02).

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0604 Titel 685 04 getroffen worden.

3. Die veranschlagten Mittel werden der Universität gem. § 114 Abs. 3 HSG LSA als Globalzuschuss zugewiesen und gem. § 17a LHO unter Berücksichtigung der Regelungen der Zielvereinbarung bewirtschaftet.
Die Bewirtschaftung des Globalzuschusses durch die Universität erfolgt außerhalb des Landeshaushaltes. Die kassenmäßige Verwaltung der Mittel erfolgt in eigener Zuständigkeit auf der Basis des bestätigten Wirtschaftsplanes über die hochschuleigene Zahlstelle.
Die Steuerungselemente der Kostenrechnung, des Controllings und des Berichtswesens sind an der Universität eingeführt und werden weiterentwickelt.

4. Die abzubauenen Stellen/Planstellen werden dienststellenbezogen konkret in der Titelgruppe 96 - Stellenüberhang - ausgewiesen. Die finanziellen Mittel hierzu sind im Wirtschaftsplan veranschlagt.

5. Weiterhin erhält die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) aus dem Epl. 07 Kap. 0758, Titel 685 61 auf der Grundlage von mehrjährigen Verträgen einen Zuschuss für Zertifikatsstudiengänge. Durch diese Weiterbildungsangebote an der MLU wird sichergestellt, dass die nicht lehramtsbezogen ausgebildeten Lehrkräfte eine Möglichkeit erhalten, das reguläre Lehramt zu erwerben, um ihren Unterricht auf qualitativ hochwertigem Niveau durchführen zu können.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

	Ist-Betrag 2023 (einschl. Drittmittel)	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben (HGr. 4)	173.749.351	146.569.900	155.719.300	158.790.100
2. Sächliche Verwaltungsausgaben (HGr. 5)	49.326.460	35.622.700	40.576.500	42.237.900
3. Zuschüsse für laufende Zwecke (HGr. 6)	1.728.735	128.500	128.500	128.500
4. Investitionen (HGr. 7; 8)	3.653.901	2.760.000	2.764.400	2.764.400
5. Bes. Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	64.428.924	0	3.351.980	0
Zusammen	292.887.371	185.081.100	202.540.680	203.920.900
Einnahmen				
eigene Einnahmen (HGr. 1; 2; 3)	117.285.718	2.456.600	8.413.780	4.923.800
Mithin Landeszuschuss gesamt	175.601.653	182.624.500	194.126.900	198.997.100
Davon:				
Zuschuss aus Kapitel 0604 Titel 685 02	159.514.953	164.707.800	179.209.400	179.311.100
Zuschuss aus Kapitel 0604 Titel 685 03	8.237.500	9.987.500	11.737.600	13.162.600
Zuschuss aus Kapitel 0604 Titel 685 04	0	4.121.200	501.200	3.516.000
Zuschuss aus Kapitel 0604 Titel 685 05	0	0	0	0
Zuschuss aus Kapitel 0604 Titel 685 06	1.166.400	1.458.000	328.700	657.400
Zuschuss aus Kapitel 0604 Titel 685 09	2.000.000	0	0	0
Zuschuss aus Kapitel 0604 Titel 894 02	2.350.000	2.350.000	2.350.000	2.350.000
Zuschuss aus Kapitel 0602 Titel 685 33	2.332.800	0	0	0
Nachrichtlich: im Zuschuss/Titel 685 02 enthaltene Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025			11.336.600	11.336.600

Übersicht über die Festlegung der Hochschulen zur geplanten Verwendung der übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mittel (ohne Drittmittel) aus dem (den) Vorjahr(en) / hier: Bestandsveränderung der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage

	V – Ist 2024	WPL 2025	WPL 2026	MFP 2027	MFP 2028	MFP 2029
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		Entnahme aus der Ausgleichsrücklage				
1. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum 01.01.2024	2.012.600					
2. Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage im Rahmen der HH-Durchführung 2024 aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem Vorjahr (2023)						
3. Entnahme aus der hochschul- eigenen Ausgleichsrücklage an den Hochschulhaushalt im Finanzplanungszeitraum	-713.600	-588.800	-710.200			
4. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum Jahresende	1.299.000	(710.200)	(0)	(0)	(0)	(0)

Die Zuführungen und Abführungen von übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem (den) Vorjahr(en) an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage werden von der Hochschule gem. § 114 HSG LSA i. V. mit den § 25, 62 LHO im Rahmen der Haushaltsdurchführung vorgenommen.
Darüber hinaus stehen die aus dem Vorjahr übertragenen Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung zur Verfügung.

Ausgaben

685 02	133	Zuschuss Betrieb	164.707.800	179.209.400	179.311.100
			159.514.953	727.244.800	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

*** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten der Titel 685
02 und 894 02
eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		172.497.200			172.497.200
2026		172.449.000	181.661.100		354.110.100
2027		172.330.600	181.849.100		354.179.700
2028		344.601.400	181.867.300		526.468.700
2029 ff.			181.867.300		181.867.300
Summen		861.878.200	727.244.800		1.589.123.000

Erläuterungen:

1. Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.
2. Das Land beteiligt sich an der Weiterfinanzierung des iDiv (zweckgebunden) ab dem Jahr 2025 mit 2.000.000 EUR.
3. Der Ansatz 2025 berücksichtigt die Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung i.H.v. 11.336.600 EUR zzgl. des Differenzbetrags zu den im HH 2024 bereits im Budget enthaltenen Tarifmitteln i.H.v. 214.200 EUR.
4. Der von 2020-2024 vom Land an die MLU gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 1.458.000 EUR wurde in den Zuschuss Betrieb überführt.
5. Der Ansatz 2026 enthält zusätzliche Mittel i.H.v. 150.000 EUR für eine zusätzliche Stelle W3 ab dem WS 2026/2027. Für das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit sind vier Professuren vorgesehen, davon zwei vom Land Sachsen-Anhalt finanziert. Eine W3-Professur soll im Herbst 2026 besetzt sein. Sowohl die Haushaltsmittel für die W3- als auch die für eine weitere W2-Professur werden ab 2027 in der MiPla veranschlagt.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

685 03	133	Zuschuss für zusätzliche Kapazitäten in der Lehramtsausbildung	9.987.500	11.737.600	13.162.600
			8.237.500	53.662.800	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	9.993.800				9.993.800
2026			13.162.600		13.162.600
2027			13.500.100		13.500.100
2028			13.500.100		13.500.100
2029 ff.			13.500.000		13.500.000
Summen	9.993.800		53.662.800		63.656.600

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 04 Martin-Luther-Universität Halle - Wittenberg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 03

Erläuterungen:

Zur Sicherstellung der Einstellungsbedarfe an Lehrkräften wurden gem. Kabinettsbeschluss vom 30.01.2018 die Kapazitäten für die erste Phase der Lehramtsausbildung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg von 550 auf 800 angehoben. Die Mehrbedarfe (250 Studienplätze) werden seit Beginn des Wintersemesters 2018 durch das Land finanziert. Dabei wurde bis einschließlich 2022 pro Studienanfänger von durchschnittlichen Kosten i.H.v. 6.500 EUR pro Jahr ausgegangen. Gem. der Fortschreibung des Berichts der Expertengruppe zur Bestimmung des längerfristigen Lehrkräftebedarfs durch das Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt mit dem Datenstand des Schuljahres 2019/20 wirken einer zunehmenden Bedarfsdeckung ab 2025 steigende Schülerzahlen, eine jährlich hohe Anzahl aus dem Schuldienst ausscheidender Lehrkräfte und eine noch zu geringe Absolventenquote in der ersten Phase der Lehramtsausbildung entgegen. Der Lehrkräftebedarf kann nur etwa zur Hälfte aus dem Lehrkräfteangebot gedeckt werden. Zwischen 2026 und 2030 kann das Lehrkräfteangebot unter den im Bericht beschriebenen Annahmen etwa 85% des jährlichen Einstellungsbedarfs an öffentlichen und freien Schulen decken. Somit wurden ab dem Jahr 2022 die Kapazitäten für die Lehramtsausbildung auf 1.000 angehoben, um dem weiterhin gestiegenen Bedarf an Lehrkräften Rechnung zu tragen.

In Abstimmung mit dem MWU hat die MLU ein Berechnungsmodell für die spezifischen fachbezogenen Kosten in der Lehrerbildung entwickelt und quantitativ auf die bestehenden Lehramtsstudiengänge angewendet. Im Ergebnis zeigt sich, dass eine lehramtsspezifische Pauschale an der MLU eine Finanzierung von 30.000 EUR pro Studienplatz verlangt, während bisher 26.000 EUR vom Land gezahlt wurden. Ab dem HHJ 2023 wurde der Mehrbedarf für die zusätzlichen Kapazitäten auf der Grundlage dieses Berechnungsmodells der MLU ermittelt, das entspricht durchschnittlichen Kosten i.H.v. 7.500 EUR pro Studienanfänger und Jahr.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Der Mehrbedarf für die befristete Erhöhung der Kapazität von 550 auf 1.000 Lehramtsstudienplätze an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist Gegenstand der neuen mehrjährigen Zielvereinbarung 2025-2029. Zur Haushaltsvorsorge wird eine VE im HHJ 2025 ausgebracht. Es handelt sich um eine Planungsgröße für die Jahre 2026 bis 2029.

685 04	133	Zuschuss für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen	4.121.200	501.200	3.516.000
			4.113.489	0	0

Erläuterungen:

Die auf der Grundlage der Spitzrechnung der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025 ermittelten Mehrbedarfe wurden für das Jahr 2025 bereits in das Budget der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg überführt.

Die Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen aufgrund künftiger Tarifabschlüsse werden für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Einzelplan 06 in Höhe von 100 % der Tarifvorsorge bei einer unterstellten Tarifierhöhung von 2,0 % veranschlagt. Die Ausreichung der budgeterhöhenden Zuschüsse erfolgt auf der Grundlage einer Spitzabrechnung zum dann vorliegenden Tarifabschluss.

685 06	133	Inflationsausgleich	1.458.000	328.700	657.400
			1.166.400	4.601.800	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.749.600			1.749.600
2026		2.041.200	657.400		2.698.600
2027		2.332.800	986.100		3.318.900
2028		5.540.400	1.314.800		6.855.200
2029 ff.			1.643.500		1.643.500
Summen		11.664.000	4.601.800		16.265.800

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 04 Martin-Luther-Universität Halle - Wittenberg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 06

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt gewährt den Hochschulen einen pauschalen Inflationsausgleich i.H.v. 1% der durchschnittlichen Sachausgaben (HGr. 5 WPL) und der durchschnittlichen Ausgaben für Zuschüsse (HGr. 6 WPL) aus der Zielvereinbarungsperiode (2020-2024), der jährlich kumulierend ausgereicht wird.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Die Gewährung eines angemessenen Inflationsausgleiches wird weiterhin Gegenstand der neuen Zielvereinbarung sein. Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

685 09	133	Zuschuss für die Universitäts- und Landesbibliothek Halle	0	0	0
			2.000.000	0	0

Erläuterungen:

Der zusätzliche Zuschuss wurde einmalig im HHJ 2023 bereitgestellt. Ab dem HHJ 2024 sind die Mittel im Zuschuss Betrieb (Titel 685 02) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg enthalten.

894 02	133	Zuschuss Investitionen	2.350.000	2.350.000	2.350.000
			2.350.000	0	0

Erläuterungen:

Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.

894 03	133	Zuschuss zum Ausbau der digitalen Ausstattung von Hörsälen, Seminar-, Beratungs- und sonstigen Lehrräumen	0	0	0
			800.000	0	0

Titelgruppe(n)

91 Planstellen und Stellen im Globalhaushalt

422 91	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0

428 91	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

92 Personalstellenpool für zusätzliche unbefristete Stellen im Globalhaushalt

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Zur flexiblen Gestaltung der Stellenbewirtschaftung können die Hochschulen zusätzliche unbefristete Stellen im Tarifbereich im Umfang von maximal 25 % der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel in der Stellenübersicht bei Titel 428 92 ausbringen. Die vollumfängliche und nachhaltige Finanzierungsverantwortung obliegt dabei den Hochschulen.

428 92	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 92			0	0	0
				0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

96 Stellenüberhang

****** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

******* Kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls bestimmt sich durch die beim kw-Vermerk dargestellte Erläuterung.

Erläuterungen:

1. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 13.07.2004 das Hochschulstrukturkonzept der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vom 21.06.2004 bestätigt. Danach wird die Universität unter Beachtung der Zielvereinbarung durch Profilierung, Schwerpunktbildung und Konzentration der Angebotsstrukturen die Leistungsfähigkeit erhöhen und ihre Tätigkeit effizienter gestalten. Sich ergebende Effizienzrenditen werden auch zum Personalabbau genutzt. Diese Regelung hat auch Bestandskraft nach der Verabschiedung der Landeshochschulstrukturplanung im Jahr 2014.
In den Jahren 2006 bis 2024 sind von 182 kw-Stellen 175 abgebaut worden. Ab 2025 sind noch 7 kw-Stellen abzubauen.

2. Darüber hinaus erfolgte im Jahr 2005 ein weiterer Zugang zur Titelgruppe 96 in Höhe von insgesamt 105 Stellen (Altfälle). Diese zusätzlichen Überhangstellen setzen sich wie folgt zusammen:
- 62 Stellen aus Kap. 0602 (im Jahr 2002 beschlossene Abbauraten)
- 43 Stellen Übernahme von WiSeG-Personal (Beendigung des Landesvertrages mit der WiSeG-GmbH zum 31.12.2004).
In den Jahren 2005 bis 2024 sind von 105 kw-Stellen 100 kw-Stellen abgebaut worden. Ab 2025 sind noch 5 kw-Stellen abzubauen.

3. Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029 Anlage 2 Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen ist die Universität zu notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen während der Umsetzung des Hochschulstrukturplanes ermächtigt.

422 96	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 96	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
429 96	133	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 04 Martin-Luther-Universität Halle - Wittenberg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	180.274.500	191.776.900	196.647.100
			785.509.400	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.350.000	2.350.000	2.350.000
			0	0
Gesamtausgabe		182.624.500	194.126.900	198.997.100
Gesamtsumme der VE			785.509.400	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-182.624.500	-194.126.900	-198.997.100

Wirtschaftsplan
der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
für 2025-2026

Vorwort zum Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan enthält alle zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für die entsprechend der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 zu erfüllenden Aufgaben und zu erbringenden Leistungen. Die Haushaltsführung erfolgt nach der im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Veranschlagungssystematik.

Neben den allgemeinen Regelungen der Haushaltsführung des Landes gelten für die Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben die in den Zielvereinbarungen 2025-2029 ausgewiesenen Bewirtschaftungsregelungen.

Dies sind insbesondere:

Die von der Hochschule nach Maßgabe des jeweils geltenden Hochschulgesetzes und ggf. auf der Grundlage des Allgemeinen Verwaltungskostenverfahrensgesetzes erhobenen Gebühren und Entgelte stehen der Hochschule zusätzlich zum Budget als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung.

Mehrausgaben sind durch Einsparungen aus dem verfügbaren Gesamtbudget zu erwirtschaften.

Vom Grundsatz der Gesamtdeckung ausgenommen sind die durch gesonderten Haushaltsvermerk im Wirtschaftsplan der Hochschule ausgewiesenen Haushaltsstellen (z.B. projektgebunden zugewiesene Mittel und Drittmittel). Die zweckgebundenen Projektzuweisungen werden mit Auflagen zur Qualitätssicherung und -kontrolle verbunden.

Dem Grundsatz der Selbstversicherung entsprechend versichert das Land seine Risiken für Schäden und Vermögen nicht und trägt im Schadensfall die entsprechenden Kosten aus Haushaltsmitteln (vgl. VV Nr. 11 zu § 34 LHO). An der Hochschule anfallende Ausgaben für Schadensfälle werden bis zu insgesamt 25.000 EUR im Haushaltsjahr aus dem Budget finanziert. Nachweise der Schadensfälle einschließlich der vorgenommenen Regressprüfungen werden im Rahmen der Rechnungslegung festgestellt.

Am Jahresende nicht in Anspruch genommene Haushaltsmittel (Zuweisungen zum Budget, sonstige Einnahmen und projektbezogen zugewiesene Haushaltsmittel) werden von der Hochschule innerhalb der Laufzeit der Zielvereinbarung in voller Höhe in das Folgejahr übertragen und stehen ihr uneingeschränkt mit Beginn des neuen Haushaltsjahres für die jeweilige Zweckbestimmung zur Verfügung. Die Übertragung der nicht verbrauchten Mittel erfolgt zum Jahresabschluss ausgabeseitig als Übertrag in das Folgejahr und einnahmeseitig als Übertrag aus dem Vorjahr bei den entsprechenden Haushaltsstellen im WPL der Hochschule.

Land und Hochschule bekennen sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Hochschulentwicklung und verpflichten sich, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Förderprogramme des Bundes, der EU und anderer Förderinstitutionen mitzufinanzieren. Land und Hochschule stimmen Näheres im Einzelfall ab.

In entsprechender Anwendung des § 25 Abs.3 LHO gleicht die Hochschule Überschreitungen der verfügbaren Ausgaben im Vereinbarungszeitraum vollständig aus.

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0604 Titel 685 04 getroffen worden.

Von haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen gemäß § 41 LHO und sonstigen vom Ministerium der Finanzen erlassenen hauswirtschaftlichen Beschränkungen, soweit sie für den übrigen Bereich des Landeshaushalts allgemein in Kraft treten, ist die Hochschule befreit.

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	EINNAHMEN				
111 01	Gebühren, sonstige Entgelte	635.741	802.000	612.000	612.000
	Erläuterungen:				
	1. Gebühren ULB	77.390	130.000	75.000	75.000
	2. Sonstige Gebühren	549.852	671.500	536.000	536.000
	3. Gebühren Archiv	1.470	500	1.000	1.000
	4. Langzeitstudiengebühren	7.029	0	0	0
	Summe	635.741	802.000	612.000	612.000
111 41	Eintrittsgelder vom botanischen Garten u. Museen	37.931	22.500	22.500	22.500
112 01	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	13.403	7.500	7.500	7.500
119 01	Einnahmen aus Nebentätigkeit	0	1.500	1.500	1.500
119 31	Einnahmen aus Veröffentlichungen *Abweichend von § 61 Abs. 1 u. § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	524	500	500	500
119 51	Vermischte Einnahmen	2.565.736	193.500	3.193.500	2.934.100
124 01	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung u. Nutzung	137.282	182.000	132.000	132.000
	Erläuterungen:				
	1. Amts- und Dienstwohnungen	14.320	24.000	11.000	11.000
	2. Mietwohnungen u. Einzelwohnräume	65.165	126.000	47.000	47.000
	3. Dienst- u. Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	22.615	22.000	22.000	22.000
	4. Pachten u. Nutzungsentgelte f. unbeb. Lieg.	2.310	500	500	500
	5. Sonst. Mieten u. Pachten	32.872	9.500	51.500	51.500
	Summe	137.282	182.000	132.000	132.000
125 01	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen u. Diensten aus wirtschaftl. Tätigkeit	8.355	6.000	6.000	6.000
125 42	Einnahmen aus Mehrwertsteuer * Vgl. K-Vermerk zu Titel 542 01	0	0	0	0
132 01	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	1.100	15.000	15.000	15.000
132 02	Erlöse aus der Veräußerung sonst. beweglicher Sachen	12.478	12.500	12.500	12.500
232 01	Zuschuss des Landes – Epl. 06 – Grundbudget	161.864.953	167.057.800	181.559.400	181.661.100
232 02	Zuschuss des Landes – Epl. 06, 685 04 für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen	0	4.121.200	501.200	3.516.000
232 05	Zuschuss für zusätzliche Kapazitäten in der Lehramtsausbildung	8.237.500	9.987.500	11.737.600	13.162.600
232 06	Inflationsausgleich (1 % p.a.)	1.166.400	1.458.000	328.700	657.400
232 08	Zuschuss für anteilige Kompensation Energiekostenentwicklung	2.332.800	0	0	0
232 09	Zuschuss landesbibliothekarische Aufgaben	2.000.000	0	0	0
235 01	Zuweisung von der Bundesanstalt für Arbeit	3.429	0	0	0
236 01	Einnahmen aus Erstattung von Sozialversicherungsträgern	365.902	310.000	310.000	310.000
351 01	Entnahme aus der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage	457.700	713.600	588.800	710.200
389 01	Übertrag aus dem Vorjahr	9.769.236	0	0	0
389 03	Übertrag für die Rückflüsse 2025 an den Landeshaushalt	0	0	3.351.980	0

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Titelgruppe(n)				
71	Lehre und Forschung				
119 71	Einnahmen aus Ersatzleistungen	112.217	150.000	120.000	120.000
	Nachrichtlich: Summe TGr. 71	112.217	150.000	120.000	120.000
78	Kulturarbeit *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 78				
125 78	Einnahmen aus Kulturarbeit	76.221	40.000	40.000	40.000
282 78	Zuschüsse Dritter zu kulturellen Veranstaltungen	0	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 78	76.221	40.000	40.000	40.000
81	Drittmittelforschung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81				
282 81	Einnahmen für Drittmittelforschung	40.503.591	0	0	0
389 81	Übertrag aus dem Vorjahr	5.407.129	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	45.910.720	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82				
119 82	Sonstige zweckgebundene Einnahmen	500.467	0	0	0
282 82	Sonstige zweckgebundene Zuschüsse	7.595.199	0	0	0
389 82	Übertrag aus dem Vorjahr	22.301.154	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	30.396.820	0	0	0
83	Steuerpflichtige Drittmittelforschung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83				
125 83	Einnahmen für Auftragsforschung	951.030	0	0	0
389 83	Übertrag aus dem Vorjahr	2.759.933	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	3.710.963	0	0	0
84	Sonstige steuerpflichtige zweckgebundene Mittel *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84				
125 84	Sonstige steuerpflichtige zweckgebundene Einnahmen	785.816	0	0	0
389 84	Übertrag aus dem Vorjahr	514.158	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	1.299.974	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90				
232 90	Zuweisung aus dem Hochschulpakt 2020 / Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	16.079.990	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	2.371.361	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	13.708.629	0	0	0
	* Zusätzlich enthaltene Bundesmittel in Höhe von 54.000 Euro für die Umsetzung Projekt LAW (Learning Agreement Websystem)				
	Nachrichtlich: Zuzüglich ergebnisneutraler Durchlaufposition für die Medizinische Fakultät (Kapitel 06 05)	600.000			

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
389 90	Übertrag aus dem Vorjahr	5.689.996	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	424.135	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	5.265.861	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90	21.769.986	0	0	0
	AUSGABEN				
427 01	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	1.267.783	1.832.200	1.632.200	1.632.200
	Erläuterungen:				
	1. Zur Deckung unabweisbaren Bedarfes für Vertretungstätigkeit	814.787	1.281.000	1.082.000	1.082.000
	2. Befristete Weiterbeschäftigung von ausgebildeten Kräften	452.996	551.200	550.200	550.200
	Summe	1.267.783	1.832.200	1.632.200	1.632.200
427 21	Entschädigung für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	738.455	1.275.000	1.125.100	1.114.400
	Erläuterungen:				
	Vergütung für Lehraufträge				
427 39	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte von Landesbediensteten im Mutterschutz	246.516	310.000	310.000	310.000
428 03	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	653.753	743.900	612.300	624.600
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur SV und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung	653.753	722.200	610.300	610.300
	2. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v.H.) davon: Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhungen	0	21.700	2.000	14.300
	Summe	653.753	743.900	612.300	624.600
443 01	Kosten für Inanspruchnahme von überbetrieblichen ärztlichen Diensten	843	3.100	3.100	3.100
511 01	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände	1.062.755	1.030.000	1.205.000	1.205.000
	Erläuterungen:				
	1. Geschäftsbedarf	153.428	215.000	215.000	215.000
	2. Kommunikation	146.418	200.700	200.700	200.700
	3. Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände	646.532	514.300	689.300	689.300
	4. Sonstiges	116.377	100.000	100.000	100.000
	Summe	1.062.755	1.030.000	1.205.000	1.205.000
514 01	Verbrauchsmaterial, Haltung von Fahrzeugen	451.447	422.000	482.000	482.000
	Erläuterungen:				
	1. Haltung von Fahrzeugen	215.124	202.800	220.000	220.000
	2. Dienst- u. Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	42.213	42.500	45.000	45.000
	3. Verbrauchsmaterial	194.110	176.700	217.000	217.000
	4. Sonstiges	0	0	0	0
	Summe	451.447	422.000	482.000	482.000
	Bestand an Dienstfahrzeugen:	Ist 2023	2024 erforderlich	2025 erforderlich	2026 erforderlich
	Personenkraftwagen	15	15	15	15
	Lastkraftwagen	1	0	0	0

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Nutz- u. Sonderfahrzeuge	36	37	37	37
	Landwirtschaftliche Maschinen	40	40	40	40
	Luftfahrzeuge (Drohnen)	16	15	16	16
	Fahrräder	33	28	33	33
	Gesamt	141	135	141	141
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	11.678.697	14.938.400	15.188.400	15.440.000
	Erläuterungen:				
	1. Heizung	2.343.286	3.431.000	3.531.000	3.581.000
	2. Elektrizität (ohne Heizung) u. sonst. Energiebedarf	4.713.650	7.381.500	7.481.500	7.681.500
	3. Reinigung, Müllabfuhr usw. Be- und Entwässerung	2.836.632	2.239.000	2.289.000	2.290.600
	4. Bewachung	710.037	850.300	850.300	850.300
	5. Sonstiges	1.075.092	1.036.600	1.036.600	1.036.600
	Summe	11.678.697	14.938.400	15.188.400	15.440.000
518 01	Mieten und Pachten	3.815.113	5.217.100	4.879.100	4.959.100
	Erläuterungen:				
	1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen u. Räume	3.684.761	5.112.100	4.877.900	4.941.300
	Davon: für Forschung und Lehre		4.961.600	4.665.558	4.758.600
	Davon: für Verwaltung		150.500	212.342	182.700
	2. Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	120.469	94.100	1.000	16.000
	3. Für Leasing	9.883	10.900	200	1.800
	Summe	3.815.113	5.217.100	4.879.100	4.959.100
518 02	Mietzahlungen an die Franckeschen Stiftungen	1.524.286	1.594.800	1.634.700	1.675.600
519 01	Unterhaltung der Grundstücke u. baulichen Anlagen	1.494.679	1.675.000	1.675.000	1.975.000
	Erläuterungen:				
	1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	1.439.126	1.460.000	1.460.000	1.700.000
	2. Gemietete u. gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	55.553	215.000	215.000	275.000
	Summe	1.494.679	1.675.000	1.675.000	1.975.000
523 01	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	3.986.613	2.696.700	3.196.700	3.446.700
	Erläuterungen:				
	1. Bücher u. Zeitschriften der Bibliotheken	3.961.867	2.480.900	3.121.700	3.371.700
	2. Einzel- u. Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	8.400	25.000	25.000	25.000
	3. Einbände	16.346	190.800	50.000	50.000
	Summe	3.986.613	2.696.700	3.196.700	3.446.700
525 01	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	183.425	150.600	200.600	230.600
526 01	Gerichts- und ähnliche Kosten	22.052	30.000	30.000	30.000
526 02	Sachverständige	0	1.000	1.000	1.000
527 01	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	38.019	45.100	45.100	49.600
527 03	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- u. Schwerbehindertenangelegenheiten	4.078	4.100	4.100	4.100
529 01	Verfügungsmittel der Hochschulleitung	1.500	1.500	1.500	1.500
531 01	Veröffentlichungen	44.712	16.000	73.600	73.600
	Erläuterungen:				
	1. Amtliche Druckwerke	1.882	500	2.000	2.000
	2. Öffentlichkeitsarbeit	42.830	15.500	71.600	71.600
	3. Techn. u. wiss. Druckwerke	0	0	0	0
	4. Sonst. Veröffentlichungen	0	0	0	0

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Summe	44.712	16.000	73.600	73.600
532 01	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	715.469	115.000	515.000	697.500
533 01	Dienstleistungen Außenstehender	598.121	917.000	1.067.000	1.067.000
536 01	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	96.607	109.600	109.600	114.600
537 01	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	464.271	295.000	295.000	310.000
542 01	Umsatzsteuer *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 42	0	0	0	0
546 59	Vermischte Verwaltungsausgaben	143.720	100.000	2.600.000	2.900.000
	Erläuterungen:				
	1. Patentgebühren	19.359	14.300	14.300	14.300
	2. Sonst. Anforderungen	91.963	70.500	2.570.500	2.870.500
	Davon: Landeszuschussfinanzierung iDiv			2.000.000	2.000.000
	3. RK Vorstellungsreisen/Gremienarbeit	538	200	200	200
	4. Erhöhung der Studienqualität	31.860	15.000	15.000	15.000
	Summe	143.720	100.000	2.600.000	2.900.000
681 01	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	12.566	25.000	25.000	25.000
681 04	Sonstige Zuschüsse und sonstige Leistungen	0	3.500	3.500	3.500
711 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0	0
811 01	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	20.000	22.000	22.000
	Erläuterungen:				
	Ersatzbeschaffungen 2022/2023				
	Kfz-Typ/detaillierte Übersicht der Sonderausstattungen				
	1. VW-Caddy (Ersatzbeschaffung)		19.400	21.400	21.400
	1.1 Sonderausstattung gesamt		600	600	600
	Summe		20.000	22.000	22.000
	Als Sonderausstattung ist vorgesehen: Zu 1.1 Winterräder				
811 06	Erwerb von Nutz- u. Sonderfahrzeugen	43.902	74.600	77.000	77.000
	Erläuterungen:				
	Ersatzbeschaffung 2022/2023				
	Kfz-Typ/detaillierte Übersicht der Sonderausstattungen				
	1. VW-Bus 4Motion (Ersatzbeschaffung)		37.300	38.500	38.500
	2. VW-Bus 4Motion (Ersatzbeschaffung)		37.300	38.500	38.500
	Summe		74.600	77.000	77.000
	Als Sonderausstattung ist vorgesehen: Zu 1.-2. Winterräder				
812 15	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen und sonstigen beweglichen Sachen	6.995	125.000	125.000	125.000
	Erläuterungen:				
	Mediale Grundausstattung für Hörsäle (Ersatz)		60.000	60.000	60.000
	Ausstattung von Seminarräumen incl. Hörsaaltechnik		60.000	60.000	60.000
	Teilersatz und Ergänzung Medientechnik		5.000	5.000	5.000
	Summe		125.000	125.000	125.000
911 01	Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage	0	0	0	0

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
989 01	Übertrag in das Folgejahr	19.814.645	0	0	0
989 03	Rückflüsse 2025 an den Landeshaushalt	0	0	3.351.980	0
	Titelgruppe(n)				
69	Beschäftigungsentgelte wiss. Personal und studentische Hilfskräfte/Gastprofessoren/Gastvorträge				
427 69	Beschäftigungsentgelte für wiss. u. studentische Hilfskräfte sowie für Gastprofessoren und Dozenten	1.264.629	1.176.200	1.316.200	1.416.200
	Erläuterungen:				
	1. Wissenschaftliche u. stud. Hilfskräfte	1.262.129	1.050.100	1.190.100	1.290.100
	2. Gastprofessuren	2.500	126.100	126.100	126.100
	Summe	1.264.629	1.176.200	1.316.200	1.416.200
429 69	Vergütungen für Gastvorträge	112.295	80.000	100.000	120.000
	Nachrichtlich: Summe TGr. 69	1.376.924	1.256.200	1.416.200	1.536.200
70	Gleichstellungbeauftragte/r				
527 70	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	1.546	1.000	1.000	2.000
547 70	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	7.545	5.000	5.000	6.000
	Nachrichtlich: Summe TGr. 70	9.091	6.000	6.000	8.000
71	Lehre und Forschung				
511 71	Geschäftsbedarf sowie Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	3.207.373	2.912.600	3.370.100	3.385.000
	Erläuterungen:				
	1. Geschäftsbedarf	317.395	330.600	330.600	330.600
	2. Kommunikation	247.451	220.000	260.000	260.000
	3. Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2.642.527	2.362.000	2.779.500	2.794.400
	4. Sonstiges	0	0	0	0
	Summe	3.207.373	2.912.600	3.370.100	3.385.000
514 71	Verbrauchsmittel für Lehre und Forschung	1.170.124	1.077.700	1.128.500	1.178.500
	Erläuterungen:				
	1. Labor, Röntgen	516.921	481.500	486.500	511.500
	2. Futtermittel	8.916	10.000	10.000	10.000
	3. Verbrauchsmaterial	626.946	556.200	602.000	627.000
	4. Pflanz- u. Saatgut, Dünge- u. Pflanzenschutzmittel	17.341	30.000	30.000	30.000
	Summe	1.170.124	1.077.700	1.128.500	1.178.500
518 71	Mieten und Pachten	138.602	110.000	130.000	140.000
	Erläuterungen:				
	1. Miete Software	11.015	2.000	5.000	10.000
	2. Miete Geräte	75.526	55.000	72.000	77.000
	3. Kopierkosten	52.061	53.000	53.000	53.000
	Summe	138.602	110.000	130.000	140.000
525 71	Aus- und Fortbildung	672.109	330.000	480.000	580.000
	Erläuterungen:				
	1. Lehrbücher	41.049	47.500	47.500	47.500
	2. Gerätschaften	2.481	7.500	7.500	7.500
	3. Verbrauchsstoffe, Lehrmittel	15.881	35.000	35.000	35.000
	4. Weiterbildung	612.698	240.000	390.000	490.000
	Summe	672.109	330.000	480.000	580.000

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
527 71	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	481.172	170.000	470.000	485.000
532 71	Veröffentlichungen	100.827	90.000	110.000	120.000
533 71	Dienstleistungen Außenstehender	449.307	510.000	551.000	551.000
534 71	Exkursionen	119.962	95.000	135.000	135.000
547 71	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	57.928	90.000	90.000	90.000
681 71	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen ** Ausgaben können auch für Billigkeitsleistungen gem. § 53 LHO geleistet werden.	3.600	30.000	30.000	30.000
812 71	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	1.970.456	2.200.400	2.200.400	2.200.400
	Erläuterungen: Weitere Vervollständigung der Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände sowie der Erwerb von Geräten in Lehre und Forschung				
	Nachrichtlich: Summe TGr. 71	8.371.460	7.615.700	8.695.000	8.894.900
77	Pflege internationaler Beziehungen				
547 77	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	3.433	1.000	1.000	1.000
681 77	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen ** Ausgaben können auch für Billigkeitsleistungen gem. § 53 LHO geleistet werden.	43.343	70.000	70.000	70.000
	Nachrichtlich: Summe TGr. 77	46.776	71.000	71.000	71.000
78	Kulturarbeit *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 125 78 und 282 78				
429 78	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0	0
547 78	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	99.208	41.000	71.000	71.000
	Nachrichtlich: Summe TGr. 78	99.208	41.000	71.000	71.000
81	Drittmittelforschung *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 282 81 und 389 81				
429 81	Nicht aufteilbare Personalausgaben	24.659.980	0	0	0
547 81	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	11.706.118	0	0	0
685 81	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	99.250	0	0	0
812 81	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	338.753	0	0	0
989 81	Übertrag in das Folgejahr	9.106.619	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	45.910.720	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 82, 282 82 und 389 82				
428 82	Personal auf Zusatzstellen lt. Zielvereinbarung 2020	0	0	0	0
429 82	Nicht aufteilbare Personalausgaben	4.353.417	0	0	0
547 82	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	70.797	0	0	0

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
685 82	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	1.569.976	0	0	0
711 82	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0	0
812 82	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	634.549	0	0	0
989 82	Übertrag in das Folgejahr	23.768.082	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	30.396.821	0	0	0
83	Steuerpflichtige Drittmittelforschung *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 83, 282 83 und 389 83				
429 83	Nicht aufteilbare Personalausgaben	309.447	0	0	0
547 83	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	673.811	0	0	0
685 83	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0
812 83	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	218.360	0	0	0
989 83	Übertrag in das Folgejahr	2.509.344	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	3.710.962	0	0	0
84	Sonstige steuerpflichtige zweckgebundene Mittel *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 84, 282 84 und 389 84				
429 84	Nicht aufteilbare Personalausgaben	250.387	0	0	0
547 84	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	484.644	0	0	0
685 84	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0
812 84	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
989 84	Übertrag in das Folgejahr	564.943	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	1.299.974	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 231 90 und 389 90				
428 90	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.008.552	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	8.008.552	0	0	0
429 90	Nicht aufteilbare Personalausgaben	1.742.666	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	1.742.666	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	0	0	0	0
547 90	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.942.417	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	788.347	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	2.154.070	0	0	0
685 90	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
	Erläuterungen:				

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	0	0	0	0
711 90	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	146.577	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	146.577	0	0	0
812 90	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	264.483	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	264.483	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	0	0	0	0
989 90	Übertrag in das Folgejahr	8.665.291	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	8.665.291	0	0	0
	* Zusätzlich enthaltene Bundesmittel in Höhe von 54.000 Euro für die Umsetzung Projekt LAW (Learning Agreement Websystem)				
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90*	21.769.986	0	0	0

*Im Jahr 2023 sind aus den folgenden Haushaltsstellen **Landesmittel** zur Umsetzung des Hochschulpakts 2020 / Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken eingesetzt worden:

Nachweis Mitteleinsatz der Gegenfinanzierung (in EUR)

Titel	Ist 2023
427 21	335.482
427 69	0
428 91	20.371.836
Summe	20.707.318

Übersicht über die Festlegung der Hochschule zur geplanten Verwendung der übertragenen Bundesmittel (in Euro)

	Übertrag aus 2023	Planung für 2024	Planung für 2025	Planung für 2026
konsumtiv		6.000.000		
darunter Personal		5.500.000		
investiv				
nicht differenzierbar		2.665.291		
Summe	8.665.291	8.665.291		

91	Planstellen und Stellen im Globalhaushalt				
422 91	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	25.103.368	28.072.800	28.490.900	29.210.700
	Erläuterungen:				
	1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	25.103.368	27.255.100	28.396.200	28.546.200
	2. Aufwandsentschädigungen				
	3. Sonstige Leistungen				
	4. Übergangsgelder				
	5. Vorsorge für Besoldungserhöhungen (100 v.H.) davon: Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhungen	0	817.700	94.700	664.500
	Summe	25.103.368	28.072.800	28.490.900	29.210.700
428 91	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	104.078.610	111.703.500	120.837.400	123.254.100
	Erläuterungen:				

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	1. Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur SV und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung	104.078.610	108.450.000	120.435.900	120.435.900
	2. Aufwandsentschädigung				
	3. Sonstige Leistungen				
	4. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v.H.) davon: Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhungen	0	3.253.500	401.500	2.818.200
	Summe	104.078.610	111.703.500	120.837.400	123.254.100
	Nachrichtlich: Summe TGr. 91	129.181.978	139.776.300	149.328.300	152.464.800
92	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gemäß Zielvereinbarung ab 2020				
429 92	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 92	0	0	0	0
96	Personalüberbestand/Stellen- und Personalabbau				
422 96	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	163.685	282.000	286.100	215.300
	Erläuterungen:				
	1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	163.685	273.800	285.100	208.600
	2. Vorsorge für Besoldungserhöhungen (100 v.H.) davon: Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhungen	0	8.200	1.000	6.700
	Summe	163.685	282.000	286.100	215.300
428 96	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	676.654	691.100	605.900	489.400
	Erläuterungen:				
	I.				
	1. Umsetzung aus 0604/425 01 und 426 01 WPL 6004 in 2006	178.832	286.600	225.500	147.000
	2. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v.H.) davon: Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhungen	0	8.600	900	4.800
	Summe I:	178.832	295.200	226.400	151.800
	II.				
	1. Übernahme aus Kap. 0602 TGr 96 in 2005	497.822	384.400	378.400	330.100
	2. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v.H.) davon: Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhungen	0	11.500	1.100	7.500
	Summe II:	497.822	395.900	379.500	337.600
	Summe Titel 428 96 gesamt:	676.654	691.100	605.900	489.400
429 96	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung	118.311	400.100	400.100	400.100
	Nachrichtlich: Summe TGr. 96	958.650	1.373.200	1.292.100	1.104.800
99	Kosten für Informations- u. Kommunikationstechnik				
511 99	Geschäftsbedarf, Kommunikation sowie Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte und Gebrauchsgegenstände	584.329	750.000	750.000	750.000
514 99	Verbrauchsmittel der maschinellen Aufbereitung	29.644	80.500	80.500	80.500
812 99	Erwerb von Ausrüstungsgegenständen	24.826	340.000	340.000	340.000
	Erläuterungen:				
	Desktop-Virtualisierungen		55.000	60.000	55.000
	Server-Ersatz und Ergänzungen		70.000	70.000	60.000
	PC / Ersatz		45.000	30.000	40.000
	Aktualisierung Virtualisierungscluster		0	0	0
	Erweiterung Virtualisierungscluster		35.000	55.000	35.000
	Software-Erweiterung Virtualisierungscluster		0	0	0
	Aktualisierung Kartensystemtechnik		80.000	80.000	40.000

Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Aktualisierung/Erweiterung Stagesysteme		55.000	45.000	110.000
	SAN/Datentechnik		0	0	0
	Summe		340.000	340.000	340.000
831 99	Beteiligungen	5.000			
	Nachrichtlich: Summe TGr. 99*	643.799	1.170.500	1.170.500	1.170.500

* 1. Zusätzlich zum Ist des Jahres 2023 sind aus den folgenden Haushaltsstellen Ausgaben für IT getätigt worden:

Titel	Ist 2023 in EUR
511 01	161.823
511 71	1.110.238
514 01	366
514 71	1.616
517 01	744
518 71	11.036
525 01	0
525 71	3.733
532 01	2.743
533 01	24.481
533 71	8.495
546 59	63
547 70	0
547 71	1.498
812 15	0
812 71	212.249

2. Bei Bedarf kann die Hochschule ergänzend zu den Planansätzen der Jahre 2025 und 2026 in Umsetzung des flexiblen Einsatzes des Globalbudgets aus folgenden Haushaltsstellen Mittel für IT verausgaben:
Kapitel 0604, Titel 511 01, 514 01, 517 01, 519 01, 523 01, 525 01, 532 01, 533 01, 546 59, 812 15 und TGr. 71 (511 71, 514 71, 518 71, 525 71, 532 71, 533 71, 547 71, 812 71), TGr. 70 und TGr. 78.

Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben im
Wirtschaftsplan

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Einnahmen					
HG 1	Eigene Einnahmen	5.838.301	1.433.000	4.163.000	3.903.600
HG 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen	240.149.764	182.934.500	194.436.900	199.307.100
HG 3	Besondere Finanzierungseinnahmen	46.899.306	713.600	3.940.780	710.200
	Einnahmen gesamt	292.887.371	185.081.100	202.540.680	203.920.900
Ausgaben/Betrieb					
HG 4	Personalausgaben	173.749.351	146.569.900	155.719.300	158.790.100
HG 5	Sächliche Verwaltungsausgaben	49.326.460	35.622.700	40.576.500	42.237.900
HG 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse	1.728.735	128.500	128.500	128.500
	Ausgaben Betrieb	224.804.546	182.321.100	196.424.300	201.156.500
Ausgaben/Investitionen					
HG 7	Baumaßnahmen	146.577	0	0	0
HG 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	3.507.324	2.760.000	2.764.400	2.764.400
	Ausgaben Investitionen	3.653.901	2.760.000	2.764.400	2.764.400
HG 9	Besondere Finanzierungsausgaben	64.428.924	0	3.351.980	0
	Ausgaben gesamt	292.887.371	185.081.100	202.540.680	203.920.900

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 05 Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Zuschüsse an die Medizinische Fakultät (Titel 682 04; 682 06; 682 51; 682 52; 682 55; 682 56; 682 57; 682 58; 891 02; 891 03) werden gemäß § 15 Abs. 2 LHO bewirtschaftet.

Erläuterungen:

Allgemeines

Das Kapitel enthält die Einnahmen und die Ausgaben der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie den Zuschuss des Landes für Investitionen und für die Rechtsmedizin an das Universitätsklinikum Halle (Saale), A.ö.R. Das Land hat zum 01.01.2006 auf der Grundlage von § 7 Abs. 1 Hochschulmedizingesetz (HMG LSA) das Universitätsklinikum der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts, A.ö.R., errichtet.

Für das Jahr 2025/2026 basiert die Veranschlagung auf der Grundlage des HMG LSA i. d. F. vom 12.08.2005 i. V. mit der Zielvereinbarung des Landes Sachsen-Anhalt mit der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und dem Universitätsklinikum Halle (Saale), A.ö.R., für den Zeitraum 2025 bis 2029. Das Land garantiert der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre sowie dem Universitätsklinikum Halle (Saale), A.ö.R., gemäß § 23 Abs. 2 HMG LSA jeweils jährlich die in der Zielvereinbarung der Medizinischen Fakultät Halle und dem Universitätsklinikum, A.ö.R., unter Abschnitt D - Ressourcen - dargestellten Zuschüsse und Zuweisungen für den Budgetzeitraum von 2025 bis 2029. Die Veranschlagung der Zuschüsse zum Erfolgsplan für 2025/2026 erfolgt für die Human- und die Zahnmedizin auf Basis Normwert (NW).

Die vergangenen Tarif- und Besoldungserhöhungen sind entsprechend der Abschlüsse im Normwertverfahren eingeflossen. Die daraus ermittelten Mehrbedarfe (100 v.H.) wurden für die Jahre 2025 und 2026 bereits zuschusserhöhend bei der Grund- und Forschungsergänzungsausstattung berücksichtigt. Zudem enthält der Zuschuss für Grund- und Ergänzungsausstattung eine Energiepauschale, einen Inflationsausgleich (Überführung des 2020 bis 2024 ausgereichten Zuschusses), Nachwirkungen aus Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie den Mehrbedarf aufgrund der Tarifierhebung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024. Bei dem Titel 682 04 (Zuschusserhöhung für Tarif- und Besoldungserhöhung) wurde ab dem 01.11.2025 eine Tarifvorsorge in Höhe von 2% veranschlagt.

Gemäß Koalitionsvertrag leistet das Land den Medizinischen Fakultäten ab dem Haushaltsjahr 2020 einen angemessenen Inflationsausgleich.

Aufgrund der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz wird der Zuschuss für Forschung und Lehre (Erfogsplan und Finanzplan) nach Grundaussstattung (70 v.H.) und Forschungsergänzungsausstattung (30 v.H.) bemessen. Die Forschungsergänzungsausstattung hat als fester Bestandteil der Finanzierung, die ständige Anpassung an die wissenschaftliche Entwicklung zu gewährleisten und wird leistungsabhängig intrafakultär vergeben. Damit soll die Hochschulmedizin kompetitiv erhalten werden. Der der Veranschlagung zugrundeliegende Wirtschaftsplan (gegliedert in Erfolgsplan und Finanzplan) ist nach diesen Grundsätzen erarbeitet.

Die Erfolgsplanzuführung resultiert aus der Grundaussstattung (human- und zahnmedizinische Ausbildung) mit einem Anteil von 74 v. Hundert und der Forschungsergänzungsausstattung (hier nur die humanmedizinische Ausbildung) mit 26 v. Hundert. Weiter werden der Medizinischen Fakultät für den Studiengang "Evidenzbasierte Pflege" für das Jahr 2025 770.300 EUR und für das Jahr 2026 777.200 EUR gewährt. Für den Studiengang "Hebammenwissenschaft" 770.300 EUR im Jahr 2025 und 777.200 EUR im Jahr 2026 gewährt. Für die Umsetzung der Änderungen der Approbationsordnung Zahnmedizin sind 2.500.000 EUR eingestellt. Im Jahr 2025 und 2026 werden der Medizinischen Fakultät zur Vorbereitung der Umsetzung des Masterplanes Transformationskosten in Höhe von je 500.000 EUR zur Verfügung gestellt.

Die Zuschüsse für Investitionen an die Medizinische Fakultät (Grund- und Forschungsergänzungsausstattung) werden analog der o.g. Vorgabe aufgeteilt und entsprechend zugewiesen. Die Finanzplanzuführungen an die Medizinische Fakultät wurde nach den durchschnittlich bilanzierten Abschreibungen des Jahres 2015 sowie den Sondertatbeständen (IT-Projekte) bestimmt und seitdem durchgeschrieben. Die in 2025 und 2026 veranschlagten Investitionen sind zum weiteren Abbau des Investitionsstaus an der Medizinischen Fakultät in Höhe des Ansatzes des Jahrs 2024 durchgeschrieben.

Die Investitionsmittel des Landes gem. § 23 Abs. 2 HMG LSA für das Jahr 2025/2026 werden an das Universitätsklinikum, Halle (Saale) A.ö.R in Höhe von je 11.000.000 EUR gezahlt. Weiterhin werden dem Universitätsklinikum Mittel in Höhe von je 2.600.000 EUR in den Jahren 2025/2026 als investiver Zuschuss zur Umsetzung des IT-Sicherheitsgesetzes bereitgestellt.

Die Wirtschaftsführung der Medizinischen Fakultät wird vom Universitätsklinikum im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages gemäß § 6 Abs. 4, § 20 Abs. 3 sowie § 23 Abs. 7 HMG LSA übernommen.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 05 **Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Verbindliche Erläuterung:

Die Zuschüsse zur Grundausstattung aus dem Landeshaushalt sind so bemessen, dass eine Ausbildungskapazität von 185 Studienanfängern in der Humanmedizin und 40 Studienanfängern in der Zahnmedizin erreicht wird. Überhangpersonal ist in der TGr. 96 ausgewiesen.

Die für den Studiengang Humanmedizin gültige Kapazitätsverordnung (KapVO) differenziert drei Lehreinheiten: Vorklinische Medizin, Klinisch-Theoretische Medizin und Klinische Medizin. Unter den nach KapVO zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen wird die Aufnahmekapazität der Medizinischen Fakultät insbesondere durch die Lehreinheit Vorklinische Medizin der Stellenbeilage definiert. Die Stellenbeilage geht von der Voraussetzung aus, dass 185 Studienanfängern die Ausbildung im Bereich Humanmedizin ermöglicht werden kann.

Nach der derzeitigen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte bzw. des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt ist eine durch den Haushaltsgesetzgeber beschlossene normative Vorgabe - wie die Stellenbeilage - als Grundlage für die Bemessung der Aufnahmekapazität erforderlich.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Medizinische Fakultät Halle (Saale)
Stellenbeilage inkl. Titelgruppe 96 lt. Haushaltsplan LSA 2025/26
Zusammenfassung nach Lehreinheiten und sonstigen Stellen

	Lehreinheit Vor- klinische Medizin	Lehreinheit Klinisch- theoretische und Klinisch- praktische Medizin	Zentrale Einrich- tungen	Akade- mische Verwaltung	Verrechnungs- stellen für gemeinsame HHdurchführg. mit Universi- tätsklinikum	Summe 2025/26
Beamte						
Ärztl. Dienst						
unbefristet	7	45	0	0	0	52
befristet	0	9	0	0	0	9
Med.-techn. Dienst						
unbefristet	4	15,0 ⁸	7	0	0	26
befristet	0	2	0	0	0	2
Verwaltungsdienst						
unbefristet	0	0	0	5	0	5
Beschäftigte						
Ärztlicher Dienst						
unbefristet	0	57,5	3	0	0	60,5
befristet	0	116,0 ²	2	0	0	118
Ärztl. Dienst (TV-L)						
unbefristet	3	1	0	2	0	6
befristet	11,5	2,5	4,5	0	0	18,5
Med.-techn. Dienst (wiss. Mitarbeiter)						
unbefristet	3	18 ⁹	7	0	0	28
befristet	7	30 ³	0	0	0	37
Wissenschaftler ges.	35,5	296	23,5	7	0	362
Med.-techn. Dienst (nicht wiss. Mitarbeiter)						
unbefristet	23,5 ⁴	144,0 ⁵	30,0 ⁶	3,5 ⁷	5	206
befristet	0	0	0	0	0	
Funktionsdienst						
unbefristet	0	53	0	0	8	61
Verwaltungsdienst						
unbefristet	0	0	0	11,0 ¹	50	61
Verwaltungsdienst (WiMi)						
unbefristet	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 2025/26	59	493	53,5	21,5	63	690

¹ darunter 1 x TG96 E3 (Ref.3.7 Personal) kw 01.01.2047

² darunter 2 VK Pflege, 1 VK Hebammen

³ darunter 8 VK Pflege, 9 VK Hebammen

⁴ darunter 1 VK Pflege, 0,5 VK Hebammen

⁵ darunter 2 VK Pflege, 1 VK, Hebammen

⁶ darunter 6 VK Pflege, 3 VK Hebammen

⁷ darunter 1 VK Pflege, 0,5 VK Hebammen

⁸ darunter 1 VK W3-Hebammen und 1 VK W2-Hebammen sowie 1 VK W3-Pflegewissenschaften und 1 VK W2-Pflegewissenschaften

⁹ darunter 1 VK Hebammen

Ausgaben

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 05 Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 02	132	Dienstleistungen des Rechtsmedizinischen Instituts Halle-Wittenberg - Anstalt des öffentlichen Rechts - für das Land Sachsen-Anhalt	800.000	600.000	600.000
			800.000	2.400.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		800.000			800.000
2026		800.000	600.000		1.400.000
2027		800.000	600.000		1.400.000
2028		800.000	600.000		1.400.000
2029 ff.		1.600.000	600.000		2.200.000
Summen		4.800.000	2.400.000		7.200.000

Erläuterungen:

Die Finanzierung des Instituts für Rechtsmedizin ist weiterhin erforderlich. Die veranschlagten Haushaltsmittel dienen zur anteiligen Deckung des durch die Leistungserbringung für die Strafverfolgungsbehörden sowie im Bereich der Opferambulanz verursachten Defizites.

Am Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Halle/Saale, AöR, sind mindestens folgende Leistungen zu erbringen:

- Obduktionen,
- Toxikologische Untersuchungen/DNA-Analysen,
- Blutalkoholbestimmungen,
- Gewaltopferuntersuchungen.

Die Veranschlagung für das Jahr 2025/2026 beinhaltet ebenfalls den anteiligen Ausgleich für mögliche Defizite für das in Magdeburg als Außenstelle geführte Rechtsmedizinische Institut Halle für die dort für die Strafverfolgungsbehörden erbrachten Obduktionen und Gewaltopferuntersuchungen. Für die Zuschussgewährung des Rechtsmedizinischen Institutes wird ein Vertrag zwischen dem Universitätsklinikum Halle/Saale, AöR, und dem Land Sachsen-Anhalt geschlossen. Die im Jahr 2025 und 2026 durch Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden sowie im Bereich der Opferambulanz verursachten Defizite sind durch eine Kosten- und Leistungsrechnung des Rechtsmedizinischen Instituts Halle, einschließlich der Außenstelle Magdeburg, nachzuweisen und in den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschluss des Jahres 2025 und 2026 des Universitätsklinikums Halle (Saale), AöR, als Gewinn- und Verlustrechnung aufzunehmen.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

682 04	132	Zuschuss für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen	2.008.700	196.000	1.376.000
			989.812	0	0

Erläuterungen:

Die Mehrbedarfe für Tarif- und Besoldungserhöhungen aufgrund des Tarifabschlusses TV-L vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung, einschließlich Nachwirkungen 2024 und 2025 ohne Ärzte sowie der Mehrbedarf aufgrund der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 wurden für das Jahr 2025 bereits in den Zuschuss der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle (Saale) überführt.

Die Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen auf Grund künftiger Tarifabschlüsse werden ab dem 01.11.2025 für das Jahr 2025/2026 pauschal mit 2 % Tarifvorsorge veranschlagt.

Die Ausreichung der Zuschüsse erfolgt auf der Grundlage einer Spitzabrechnung zum dann vorliegenden Tarifabschluss. Für den Fall zu gering veranschlagter Ansätze wird der Mehrbedarf aus dem Einzelplan 13 ansatzerhöhend bereitgestellt.

682 06	132	Inflationsausgleich	756.500	202.700	405.400
			605.200	2.837.800	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 06

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		907.800			907.800
2026		1.059.100	405.400		1.464.500
2027		1.210.400	608.100		1.818.500
2028		1.361.700	810.800		2.172.500
2029 ff.		1.513.000	1.013.500		2.526.500
Summen		6.052.000	2.837.800		8.889.800

Erläuterungen:

Gem. Koalitionsvertrag Sachsen-Anhalt 2016 bis 2021 leistet das Land den Medizinischen Fakultäten einen angemessenen Inflationsausgleich. Es wird ein pauschaler Inflationsausgleich in Höhe von 1% der durchschnittlichen Aufwendungen der Medizinischen Fakultät (Kontengruppen 65, 66, 67, 68, 69, 70 und 72 WPL) aus der Zielvereinbarungsperiode 2020 - 2024 gewährt.

Dieser Betrag beläuft sich für die Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität auf 202.700 EUR und wird über die Laufzeit der neuen Zielvereinbarung 2025 - 2029 jährlich kumulierend ausgereicht.

Erläuterung zu Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

682 51	132	Finanzierung des BSc-Studienganges "Evidenzbasierte Pflege"	647.300	770.300	777.200
			647.300	3.108.800	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 06 05 Titel 682 52.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.247.300			1.247.300
2026		1.247.300	777.200		2.024.500
2027		1.247.300	777.200		2.024.500
2028		1.247.300	777.200		2.024.500
2029 ff.		1.247.300	777.200		2.024.500
Summen		6.236.500	3.108.800		9.345.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 51

Erläuterungen:

1. Anteilige Finanzierung der Betriebskosten für den Studiengang "Evidenzbasierte Pflege"

Hierzu gehören insbesondere:

- Personalkosten für den Pflegestudiengang in den Instituten/Kliniken der Fakultät,
- Personalkosten für den Pflegestudiengang in zentralen Einrichtungen der Fakultät,
- Sach- und nicht aktivierungspflichtige Investitionskosten für den Pflegestudiengang in den Instituten / Kliniken der Fakultät,
- Sach- und nicht aktivierungspflichtige Investitionskosten für den Pflegestudiengang in zentralen Einrichtungen der Fakultät.

Weitere 600.000 EUR werden aus dem Zukunftsvertrag "Studium und Lehre stärken" zur Verfügung gestellt.

2. Der Ansatz 2025 berücksichtigt die Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 123.000 EUR.

3. Der Ansatz 2026 berücksichtigt weitere Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 6.900 EUR.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

682 52	132	Finanzierung des BSc-Studienganges "Hebammenwissenschaft"	810.800 623.600	770.300 3.108.800	777.200 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 05 Titel 682 51.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.247.300			1.247.300
2026		1.247.300	777.200		2.024.500
2027		1.247.300	777.200		2.024.500
2028		1.247.300	777.200		2.024.500
2029 ff.		1.247.300	777.200		2.024.500
Summen		6.236.500	3.108.800		9.345.300

Erläuterungen:

1. Anteilige Finanzierung der Betriebskosten für die Akademische Hebammenausbildung

Hierzu gehören insbesondere:

- Personalkosten für die Akademische Hebammenausbildung in den Instituten/Kliniken der Fakultät,
- Personalkosten für die Akademische Hebammenausbildung in zentralen Einrichtungen der Fakultät,
- Sach- und nicht aktivierungspflichtige Investitionskosten für die Akademische Hebammenausbildung in den Instituten / Kliniken der Fakultät,
- Sach- und nicht aktivierungspflichtige Investitionskosten für die Akademische Hebammenausbildung in zentralen Einrichtungen der Fakultät.

Weitere 600.000 EUR werden aus dem Zukunftsvertrag "Studium und Lehre stärken" zur Verfügung gestellt.

2. Die Studienanfängerplätze werden ab dem Jahr 2025 auf 40 erhöht.

3. Der Ansatz 2025 berücksichtigt die Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 118.800 EUR.

4. Der Ansatz 2026 berücksichtigt weitere Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 6.900 EUR.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 05 Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

682 55	132	Finanzierung für Grundausrüstung (Zg)	47.386.000	51.781.400	51.963.100
			47.386.000	207.852.400	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 06 05 Titel 891 02.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		47.386.000			47.386.000
2026		47.386.000	51.963.100		99.349.100
2027		47.386.000	51.963.100		99.349.100
2028		47.386.000	51.963.100		99.349.100
2029 ff.		47.386.000	51.963.100		99.349.100
Summen		236.930.000	207.852.400		444.782.400

Erläuterungen:

Finanzierung der Betriebskosten für die Grundausrüstung, inklusive Zahnmedizin.
 Hierzu gehören insbesondere:

- Personalkosten für Grundausrüstung in den Instituten/Kliniken der Fakultät,
- Personalkosten für Grundausrüstung in zentralen Einrichtungen der Fakultät,
- Sach- und nicht aktivierungspflichtige Investitionskosten für Grundausrüstung in den Instituten / Kliniken der Fakultät,
- Sach- und nicht aktivierungspflichtige Investitionskosten für Grundausrüstung in zentralen Einrichtungen der Fakultät.

Im Ansatz 2025 wurde ansatzerhöhend berücksichtigt:

1. Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 3.295.900 EUR.
2. Der von 2020-2024 vom Land gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 529.600 EUR wurde überführt.
3. Zusätzliche Energiepauschale in Höhe von 569.900 EUR.

Der Ansatz 2026 berücksichtigt weitere Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 181.700 EUR.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

682 56	132	Finanzierung für Forschungsergänzungsausrüstung (Ze)	16.698.000	18.246.800	18.310.800
			16.698.000	73.243.200	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 06 05 Titel 891 03.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		16.698.000			16.698.000
2026		16.698.000	18.310.800		35.008.800
2027		16.698.000	18.310.800		35.008.800
2028		16.698.000	18.310.800		35.008.800
2029 ff.		16.698.000	18.310.800		35.008.800
Summen		83.490.000	73.243.200		156.733.200

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 05 Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 56

Erläuterungen:

Finanzierung der Betriebskosten für die Forschungsergänzungsausstattung
 Hierzu gehören insbesondere:

- Finanzierung der Forschungsschwerpunkte (Sonderforschungsbereiche, Forschungsinstitute und Forschungszentren),
- Anreize für besondere Leistungen in Forschung und Lehre (Leistungsorientierte Mittelverteilung),
- Modellvorhaben in der Ausbildung,
- Förderung von Dienstleistungen sowie
- Förderprogramme zur Weiterbildung.

Im Ansatz 2025 wurde ansatzerhöhend berücksichtigt:

1. Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 1.188.800 EUR.
2. Der von 2020-2024 vom Land gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 226.900 EUR wurde überführt.
3. Zusätzliche Energiepauschale in Höhe von 133.100 EUR.

Der Ansatz 2026 berücksichtigt weitere Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 64.000 EUR.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

682 57	132	Umsetzung Masterplan Humanmedizin	1.000.000	500.000	500.000
			500.000	3.500.000	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 06 05 Titel 682 58.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.000.000			2.000.000
2026		2.000.000	500.000		2.500.000
2027		2.000.000	1.000.000		3.000.000
2028		2.000.000	1.000.000		3.000.000
2029 ff.		2.000.000	1.000.000		3.000.000
Summen		10.000.000	3.500.000		13.500.000

Erläuterungen:

Gemäß Koalitionsvertrag des Bundes wurde gemeinsam von Bund und Ländern ein Masterplan Medizinstudium 2020 für eine zielgerichtete Auswahl der Studienplatzbewerber, zur Förderung der Praxisnähe und zur Stärkung der Allgemeinmedizin im Studium entwickelt.

Anpassung der Ziele, Inhalte und Organisation des Medizinstudiums an die aktuellen Erfordernisse.

Die Änderung der Approbationsordnung für Ärzte ist noch nicht abgeschlossen. Voraussichtlich wird die Änderung der Approbationsordnung nicht vor dem Jahr 2027 in Kraft treten.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

682 58	132	Rechtliche Umsetzung der Änderung der Approbationsordnung für Zahnärzte	2.500.000	2.500.000	2.500.000
			2.500.000	10.000.000	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 05 Titel 682 57.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 05 Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 58

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.500.000			2.500.000
2026		2.500.000	2.500.000		5.000.000
2027		2.500.000	2.500.000		5.000.000
2028		2.500.000	2.500.000		5.000.000
2029 ff.		2.500.000	2.500.000		5.000.000
Summen		12.500.000	10.000.000		22.500.000

Erläuterungen:

Die seit 1955 bestehende Approbationsordnung der Zahnärzte wurde auf Bundesebene reformiert und den jetzigen Ansprüchen angepasst. Die präventiven, restaurativen und strukturehaltenden Lerninhalte werden gestärkt, der Unterricht fächerübergreifend und problemorientiert ausgerichtet sowie den Strahlenschutz aufgewertet. Anpassung der Ziele, Inhalte und Organisation des Medizinstudiums an die aktuellen Erfordernisse.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

891 01	132	Zuschüsse für Investitionen an das Universitätsklinikum, Anstalt öffentlichen Rechts	11.000.000	11.000.000	11.000.000
			11.000.000	44.000.000	0

*** Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 0602 Titel 894 61.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		11.000.000			11.000.000
2026		11.000.000	11.000.000		22.000.000
2027		11.000.000	11.000.000		22.000.000
2028		11.000.000	11.000.000		22.000.000
2029 ff.		11.000.000	11.000.000		22.000.000
Summen		55.000.000	44.000.000		99.000.000

Erläuterungen:

Finanzierung der aktivierungspflichtigen Investitionen des Universitätsklinikums Halle (Saale) AöR, insbesondere für Anlagegüter mit einer Nutzungszeit von über 3 Jahren und einem Anschaffungspreis zwischen 250 EUR netto und 200 TEUR brutto, die überwiegend der Krankenversorgung dienen.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

891 02	132	Zuschüsse für Investitionen für Grundausstattung (Zg)	2.731.900	2.731.900	2.731.900
			1.331.900	10.927.600	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 05 Titel 682 55.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 05 **Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 02

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.731.900			2.731.900
2026		2.731.900	2.731.900		5.463.800
2027		2.731.900	2.731.900		5.463.800
2028		2.731.900	2.731.900		5.463.800
2029 ff.		2.731.900	2.731.900		5.463.800
Summen		13.659.500	10.927.600		24.587.100

Erläuterungen:

Finanzierung der aktivierungspflichtigen Anlagegüter mit einer Nutzungszeit von über 3 Jahren und einem Anschaffungswert zwischen 250 EUR netto und 200 TEUR brutto, die überwiegend für die Bereiche
- Grundausrüstung in den Instituten der Fakultät, Kliniken der Fakultät sowie
- Grundausrüstung in den zentralen Einrichtungen der Fakultät
notwendig sind.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht.
Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

891 03	132	Zuschüsse für Investitionen für Forschungsergänzungsausstattung (Ze)	1.179.100 579.100	1.179.100 4.716.400	1.179.100 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 05 Titel 682 56.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.179.100			1.179.100
2026		1.179.100	1.179.100		2.358.200
2027		1.179.100	1.179.100		2.358.200
2028		1.179.100	1.179.100		2.358.200
2029 ff.		1.179.100	1.179.100		2.358.200
Summen		5.895.500	4.716.400		10.611.900

Erläuterungen:

Finanzierung der aktivierungspflichtigen Anlagegüter
mit einer Nutzungszeit von über 3 Jahren und Anschaffungswert zwischen 250 EUR netto und 200 TEUR brutto, die für die Bereiche
- Forschungsschwerpunkte (Sonderforschungsbereiche, Forschungsinstitute und Forschungszentren),
- Anreize für besondere Leistungen in Forschung und Lehre (LOM)
- Modellvorhaben in der Ausbildung,
- Förderprogramme zur Weiterbildung
dienen.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht.
Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

891 04	132	Zuschuss für Investitionen zur Umsetzung des IT-Sicherheitsgesetzes an das Universitätsklinikum, Anstalt öffentlichen Rechts	2.600.000 1.600.000	2.600.000 10.400.000	2.600.000 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 04

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.600.000			2.600.000
2026		2.600.000	2.600.000		5.200.000
2027		2.600.000	2.600.000		5.200.000
2028		2.600.000	2.600.000		5.200.000
2029 ff.		2.600.000	2.600.000		5.200.000
Summen		13.000.000	10.400.000		23.400.000

Erläuterungen:

Am 17. Juli 2015 ist die Änderung des Gesetzes zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) des Bundes in Kraft getreten. Dies schreibt Einrichtungen, die kritische Infrastrukturen betreiben (d.h. Informationssysteme, die Objekt z.B. von "Hackerangriffen" sein können) vor, alle 2 Jahre Mindeststandards an IT-Sicherheit nachzuweisen.

Im Juni 2017 trat der zweite Teil der Umsetzungsverordnung auf Grund von § 10 des Gesetzes über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Gesetz - BSIG) in Kraft, der die Krankenhäuser, somit auch die Universitätsklinika, in den Anwendungsbereich des BSI-Gesetzes einbezieht. Diese mussten somit innerhalb von zwei Jahren die Einhaltung von Mindeststandards an IT-Sicherheit nachweisen.

Mit dem im Mai 2021 in Kraft getretenen "Zweiten Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme" (IT-SiG 2.0) wurden die Pflichten von Betreibern Kritischer Infrastrukturen verschärft.

Die erhöhten Anforderungen an neue Systeme, qualifizierte Lieferanten und Sicherheitsnachweisen erfordern künftig weitere zusätzliche Investitionen. Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben erfordert zusätzliche Investitionen in die Basis-IT-Infrastruktur in den Bereichen

- kleine Baumaßnahmen
 - Anlagegüter IT
 - Anlagegüter Technik inklusive Medizintechnik
- am Universitätsklinikum Halle (Saale), A.ö.R.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

Titelgruppe(n)

91		Planstellen und Stellen in Globalhaushalten			
422 91	132	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 91	132	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

96 **Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau**

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls ist in den kw-Vermerken bei den Stellenplänen und Stellenübersichten festgelegt.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 05 **Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Auf der Grundlage ihres Strukturkonzeptes und der abgeschlossenen Zielvereinbarungen wird die Medizinische Fakultät durch Profilierung, Schwerpunktbildung und Konzentration der Angebotsstrukturen die Leistungsfähigkeit erhöhen und ihre Tätigkeit effizienter gestalten. Sich ergebende Effizienzrenditen werden auch zum Personalabbau genutzt. Bis zum 31.12.2046 wird die verbliebene Stelle abgebaut.

422 96	132	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 96	132	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 05 **Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	800.000	600.000	600.000
			2.400.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	71.807.300	74.967.500	76.609.700
			303.651.000	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	17.511.000	17.511.000	17.511.000
			70.044.000	0
Gesamtausgabe		90.118.300	93.078.500	94.720.700
Gesamtsumme der VE			376.095.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-90.118.300	-93.078.500	-94.720.700

**Kurzübersicht des Wirtschaftsplanes
der Medizinischen Fakultät
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
für 2025/2026**

Vorbemerkungen

Die Wirtschaftsführung für die Medizinische Fakultät richtet sich nach § 23 Hochschulmedizingesetz des Landes Sachsen-Anhalt (HMG LSA). Der Fakultätsvorstand hat gem. § 3 Abs. 4 Nr. 8 HMG LSA einen Wirtschaftsplan getrennt nach Erfolgs- und Finanzplan aufzustellen. Die Zusammenarbeit der Medizinischen Fakultät mit dem Universitätsklinikum erfolgt gem. § 24 HMG LSA. Der Wirtschaftsplan der Medizinischen Fakultät wird wie für das Universitätsklinikum nach den Grundsätzen der Krankenhausbuchführung und des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Der nachstehende Wirtschaftsplan wurde durch den Fakultätsvorstand am 02.09.2024 genehmigt.

Grundlage der Höhe der Zuschüsse 2025/2026 bildet § 1 Abs. 6 Satz 2 HMG LSA und damit die Bestimmung der Grund- und Forschungsergänzungsausstattung über Normwert. Die vergangenen Tarif- und Besoldungserhöhungen sind entsprechend der Abschlüsse im Normwertverfahren eingeflossen. Die daraus ermittelten Mehrbedarfe (100 v. H.) wurden für die Jahre 2025 und 2026 bereits zuschusserhöhend bei der Grund- und Forschungsergänzungsausstattung berücksichtigt. Zudem enthält der Zuschuss für Grund- und Ergänzungsausstattung eine Energiepauschale, einen Inflationsausgleich (Überführung des 2020 bis 2024 ausgereichten Zuschusses), Nachwirkungen aus Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie den Mehrbedarf aufgrund der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024. Bei dem Titel 682 04 (Zuschusserhöhung für Tarif- und Besoldungserhöhung) wurde ab dem 01.11.2025 eine Tarifvorsorge in Höhe von 2% veranschlagt.

Die Erfolgsplanzuführung resultiert aus der Grundausrüstung (human- und zahnmedizinische Ausbildung) mit einem Anteil von 74 v. Hundert und der Forschungsergänzungsausstattung (hier nur die humanmedizinische Ausbildung) mit 26 v. Hundert. Für den Studiengang "Evidenzbasierte Pflege" werden der Medizinischen Fakultät für das Jahr 2025 1.370.300 EUR und für das Jahr 2026 1.377.200 EUR bereitgestellt; davon jeweils 600.000 EUR aus dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“. Für den Studiengang „Hebammenwissenschaft“ werden 1.370.300 EUR im Jahr 2025 und 1.377.200 EUR im Jahr 2026 zur Verfügung gestellt, davon jeweils 600.000 EUR aus dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“. Darüber hinaus werden im Jahr 2025/2026 2.500.000 EUR für die Umsetzung der Änderungen der Approbationsordnung Zahnmedizin veranschlagt. Für die Umsetzung des Masterplans Medizin werden in den Jahren 2025 und 2026 der Medizinischen Fakultät vorerst Mittel zur Vorbereitung der Umsetzung des Masterplans in Höhe von jeweils 500.000 EUR zur Verfügung gestellt.

Weiterhin wird ein pauschaler Inflationsausgleich in Höhe von 1% der durchschnittlichen Aufwendungen der Kontengruppen 65, 66, 67, 68, 69, 70 und 72 des Wirtschaftsplanes aus der Zielvereinbarungsperiode 2020 bis 2024 gewährt. Dieser Betrag beläuft sich für die Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität auf 202.700 EUR und wird über die Laufzeit der neuen Zielvereinbarung 2025 bis 2029 jährlich kumulierend ausgereicht.

Gemäß Zielvereinbarung 2025 bis 2029 werden die Ansätze für Investitionen für Grund- und Ergänzungsausstattung seit dem Jahr 2024 durchgeschrieben. Diese Ansätze stellen jedoch keinen Ersatz für die bereits abgeschriebenen Investitionen der Vorjahre dar und enthalten auch keine Investitionsmittel für Berufungen und Baumaßnahmen für die Jahre 2025 und 2026. Der tatsächliche Bedarf an Investitionen ist bedeutend höher, als in den Ansätzen dargestellt.

Die Finanzierung für die Grundausrüstung und Forschungsergänzungsausstattung der Medizinischen Fakultät erfolgt im Verhältnis 70 zu 30.

Vermerke zum Wirtschaftsplan

Die Konten der Grundausrüstung des Erfolgsplanes sind nur mit den Konten für Grundausrüstung des Finanzplanes gegenseitig deckungsfähig. Die Konten der Forschungsergänzungsausstattung des Erfolgsplanes sind nur mit den Konten für Forschungsergänzungsausstattung des Finanzplanes gegenseitig deckungsfähig.

Die Investitionsausgaben erhöhen oder vermindern sich um Mehr- oder Mindererlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen über bzw. unter dem Buchwert.

Erträge aus Drittmitteln sind übertragbar. In unabweisbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Erträge begründet werden, wenn eine verbindliche Zusage des Drittmittelgebers vorliegt oder wenn durch schriftlichen Zuwendungsbescheid öffentliche Mittel bereits förmlich bewilligt sind.

Konten- gruppe Konto	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Teil A: Erfolgsplan					
I. ERTRÄGE					
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	18.581.745	18.298.000	20.683.000	21.728.000
43	Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	39.720	40.000	40.000	40.000
472	Zuweisungen u. Zuschüsse d. öffentl. Hand für lfd. Zwecke	71.929.481	72.407.300	76.167.500	77.809.700
darunter:					
472000	Zuschuss zur Finanzierung der Grundausstattung	47.386.000	47.386.000	51.781.400	51.963.100
472010	Zuschuss zur Finanzierung der Forschungsergänzungsausstattung	16.698.000	16.698.000	18.246.800	18.310.800
	Zuschuss für Tarif- und Besoldungserhöhungen	989.812	2.008.700	196.000	1.376.000
...	Zuschuss BSc-Studienganges "Evidenzbasierte Pflege"***	1.247.300	1.247.300	1.370.300	1.377.200
...	Zuschuss BSc-Studienganges "Hebammenwissenschaft"***	623.600	810.800	1.370.300	1.377.200
...	Zuschuss Umsetzung Masterplan	500.000	1.000.000	500.000	500.000
...	Zuschuss Umsetzung der Änderung der Approbationsordnung für Zahnärzte	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000
	Inflationsausgleich	605.200	756.500	202.700	405.400
	Zuschuss Energiekosten	2.500.000			
472040	Hochschulpaktmittel zur Finanzierung PGW aus Kapitel 0602 TGr. 90	0	0	0	0
472	Sonst. Zuweisungen u. Zuschüsse d. öffentl. Hand	140.854			
470	Umwidmung in den Finanzplan	-1.261.285			
50/51	Zinsen und ähnliche Erträge	47.795			
56	Erträge Leistungsverrechnung Forschung	1.779.126	800.000	600.000	600.000
57	Sonstige ordentliche Erträge	1.965.932	300.000	300.000	300.000
59	Übrige Erträge / a.o. nicht planbare Erträge	-8.132			
	Gesamtsumme Erträge	94.335.667	91.845.300	97.790.500	100.477.700
II. AUFWENDUNGEN					
60-64	Personalaufwand	60.475.115	64.015.300	65.835.500	67.582.700
	davon Vorsorge Tarif- und Besoldungserhöhungen	989.812	2.008.700	196.000	1.376.000
65	Lebensmittel	90.291	60.000	95.000	100.000
66	Medizinischer Bedarf	7.628.195	7.700.000	7.750.000	7.900.000
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	7.362.714	4.500.000	6.100.000	6.500.000
68	Wirtschaftsbedarf	4.461.578	3.450.000	4.450.000	4.500.000
69	Verwaltungsbedarf*	3.746.116	2.750.000	3.500.000	3.650.000
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	217.441	0	250.000	260.000
72	Instandhaltung, Material für Eigenleistung*	3.354.342	3.000.000	3.350.000	3.450.000
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	917.274	750.000	930.000	950.000
76	Abschreibungen auf Sachanlagen	79.049	70.000	80.000	85.000
77	Mietaufwand geförd. Anlagegüter				
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.320.812	5.550.000	5.450.000	5.500.000
	a.o. nicht planbare Aufwendungen	435.678			
	Gesamtsumme Aufwendungen	94.088.606	91.845.300	97.790.500	100.477.700
	Gesamt - Aufwendungen Erfolgsplan	94.088.606	91.845.300	97.790.500	100.477.700
	Gesamt - Erträge Erfolgsplan	94.335.667	91.845.300	97.790.500	100.477.700
*	davon IT-Aufwendungen aus Pos. 69 und 72	1.298.722	1.050.000	1.300.000	1.350.000

*** 600.000 EUR finanziert aus dem /Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ (ab 2025 ff.)

Konten- gruppe Konto	Zweckbestimmung	IST 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Teil B: Finanzplan					
I. ZUFÜHRUNGEN					
470000	Zuführungen zu Investitionen der Grundausrüstung	1.331.900	2.731.900	2.731.900	2.731.900
470010	Zuführungen zu Investitionen der Forschungsergänzungsausrüstung	579.100	1.179.100	1.179.100	1.179.100
470	Umwidmung aus dem Erfolgsplan	1.261.285			
4701	Sachmittelspenden, Zuwendungen für kleine und große Baumaßnahmen				
	Gesamtsumme Zuführungen	3.172.285	3.911.000	3.911.000	3.911.000
II. INVESTITIONEN					
01	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	297.126	1.426.000	1.426.000	1.426.000
06	Technische Anlagen in Betriebsbauten	727.717	409.000	409.000	409.000
07	Einrichtungen und Ausrüstungen**	3.667.513	1.564.000	1.564.000	1.564.000
08	Anzahlung auf Anlagen	149.988			
09	Immaterielle Vermögensgegenstände**	326.848	512.000	512.000	512.000
	Gesamtsumme Investitionen	5.169.192	3.911.000	3.911.000	3.911.000
	Gesamt - Investitionen Finanzplan	5.169.192	3.911.000	3.911.000	3.911.000
	Gesamt - Zuführungen Finanzplan	3.172.285	3.911.000	3.911.000	3.911.000
**	davon IT-Investitionen aus Pos. 07 und 09	688.720	940.000	940.000	940.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

- *** 1. Die Ausgaben der Titel 685 02 und 894 02 sind gegenseitig deckungsfähig. Nicht verbrauchte Budgetmittel sind übertragbar, dies gilt auch für nicht verbrauchte Mittel aus Titel 685 03 und Titel 685 06.
2. Die Hochschule kann auf die Erhebung von Einnahmen aus Veröffentlichungen in begründeten Fällen verzichten, insbesondere dann, wenn es sich um den länderübergreifenden Druckaustausch handelt.
3. Die Zahlungen zur Unterstützung und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen können im Wege der Billigkeit gewährt werden (Wirtschaftsplan).
4. Zweckgebundene Ausgaben, für die Mittel Dritter bereitgestellt werden, dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen geleistet werden und sind in den entsprechenden Titelgruppen des Wirtschaftsplanes nachzuweisen.

Erläuterungen:

Allgemeines

1. Die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle (nachfolgend BURG genannt) ist die einzige Kunsthochschule des Landes Sachsen-Anhalt. Sie besitzt ein im bundesweiten Spektrum der Kunsthochschulen unverwechselbares Profil. Die BURG strebt die weitere Stärkung in den Bereichen der Lehramtsausbildung und der Multimediaausbildung sowie eine Implementierung des Lehrbereiches Kunst im öffentlichen Raum an. Sie bildet Studierende in Studiengängen der gesamten Breite der Gestaltung und der Kunst einschließlich der zugehörigen Wissenschaften aus.

Das lehrbezogene Profil der BURG wird durch folgende Schwerpunkte charakterisiert:

- Malerei / Grafik, Plastik, Medien, Lehramt Kunst,
- Kommunikationsdesign, Innenarchitektur, Multimedia/VR-Design, Industriedesign,
- Mode / Textil, Kunst und Design ergänzende Wissenschaften incl. Designwissenschaften und Kunstwissenschaften.

Forschung und Lehre werden unter Einbeziehung der Schwerpunkte interdisziplinär und fach- sowie hochschulübergreifend organisiert und durchgeführt.

2. Die Veranschlagung der Haushaltsmittel für die Jahre 2025/2026 erfolgt nach folgenden Prämissen:

Das Budget der Hochschule wird auf der Grundlage der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 als Globalzuschuss veranschlagt.

Das Budget beinhaltet:

- den Zuschuss Betrieb (Titel 685 02),
- den Zuschuss für zusätzliche Kapazitäten in der Lehramtsausbildung (Titel 685 03), zur Sicherstellung der Einstellungsbedarfe an Lehrkräften wurde seit 2020 die Kapazität für die erste Phase der Lehramtsausbildung von 10 auf 20 angehoben (begrenzt auf fünf Jahrgänge),
- den Inflationsausgleich (Titel 685 06) und
- den Zuschuss Investitionen (Titel 894 02).

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0606 Titel 685 04 getroffen worden.

3. Die veranschlagten Mittel werden der BURG gem. § 114 Abs. 3 HSG LSA als Globalzuschuss zugewiesen und gem. § 17a LHO unter Berücksichtigung der Regelungen der Zielvereinbarung bewirtschaftet.

Die Bewirtschaftung des Globalzuschusses durch die BURG erfolgt außerhalb des Landeshaushaltes. Die kassenmäßige Verwaltung der Mittel erfolgt in eigener Zuständigkeit auf der Basis des bestätigten Wirtschaftsplanes über die hochschuleigene Zahlstelle.

Die Steuerungselemente der Kostenrechnung, des Controllings und des Berichtswesens sind an der BURG eingeführt und werden weiterentwickelt.

4. Die abzubauenen Stellen/Planstellen werden dienststellenbezogen konkret in der Titelgruppe 96 - Stellenüberhang - ausgewiesen. Die finanziellen Mittel hierzu sind im Wirtschaftsplan veranschlagt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

	Ist-Betrag 2023 (einschl. Drittmittel)	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben (HGr. 4)	15.282.990	14.042.400	14.638.000	14.976.400
2. Sächliche Verwaltungsausgaben (HGr. 5)	3.904.014	3.459.700	3.514.300	3.548.800
3. Zuschüsse für laufende Zwecke (HGr. 6)	165.955	0	0	0
4. Investitionen (HGr. 7; 8)	300.148	200.000	200.000	200.000
5. Bes. Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	5.602.906	0	491.350	0
Zusammen	25.256.013	17.702.100	18.843.650	18.725.200
Einnahmen				
eigene Einnahmen (HGr. 1; 2; 3)	8.092.114	144.000	521.350	30.000
Mithin Landeszuschuss gesamt	17.163.900	17.558.100	18.322.300	18.695.200
Davon:				
Zuschuss aus Kapitel 0606 Titel 685 02	16.223.700	16.536.700	17.695.100	17.695.100
Zuschuss aus Kapitel 0606 Titel 685 03	213.800	288.800	347.600	357.600
Zuschuss aus Kapitel 0606 Titel 685 04	0	382.100	45.100	373.500
Zuschuss aus Kapitel 0606 Titel 685 06	120.400	150.500	34.500	69.000
Zuschuss aus Kapitel 0606 Titel 894 02	200.000	200.000	200.000	200.000
Zuschuss aus Kapitel 0602 Titel 685 33	406.000	0	0	0
Nachrichtlich: im Zuschuss/Titel 685 02 enthaltene Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024			990.300	990.300

Übersicht über die Festlegung der Hochschulen zur geplanten Verwendung der übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mittel (ohne Drittmittel) aus dem (den) Vorjahr(en) / hier: Bestandsveränderung der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage

	V – Ist 2024	WPL 2025	WPL 2026	MFP 2027	MFP 2028	MFP 2029
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		Entnahme aus der Ausgleichsrücklage				
1. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum 01.01.2024	1.000.000					
2. Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage im Rahmen der HH-Durchführung 2024 aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem Vorjahr (2023)						
3. Entnahme aus der hochschul- eigenen Ausgleichsrücklage an den Hochschulhaushalt im Finanzplanungszeitraum				1.000.000		
4. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum Jahresende	1.000.000	(1.000.000)	(1.000.000)	(0)	(0)	(0)

Die Zuführungen und Abführungen von übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem (den) Vorjahr(en) an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage werden von der Hochschule gem. § 114 HSG LSA i. V. mit den § 25, 62 LHO im Rahmen der Haushaltsdurchführung vorgenommen.
Darüber hinaus stehen die aus dem Vorjahr übertragenen Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung zur Verfügung.

Ausgaben

685 02	133	Zuschuss Betrieb	16.536.700	17.695.100	17.695.100
			16.223.700	71.580.400	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 06 Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

*** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten der Titel 685
02 und 894 02
eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		17.137.800			17.137.800
2026		17.137.800	17.895.100		35.032.900
2027		17.137.800	17.895.100		35.032.900
2028		34.219.300	17.895.100		52.114.400
2029 ff.			17.895.100		17.895.100
Summen		85.632.700	71.580.400		157.213.100

Erläuterungen:

1. Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.
2. Der Ansatz 2025 berücksichtigt die Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung i.H.v. 990.300 EUR zzgl. des Differenzbetrags zu den im HH 2024 bereits im Budget enthaltenen Tarifmitteln i.H.v. 17.600 EUR.
3. Der von 2020-2024 vom Land an die Burg Giebichenstein Kunsthochschule gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 150.500 EUR wurde in den Zuschuss Betrieb überführt.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

685 03	133	Zuschuss für zusätzliche Kapazitäten in der Lehramtsausbildung	288.800 213.800	347.600 1.475.400	357.600 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			357.600		357.600
2027			367.600		367.600
2028			375.100		375.100
2029 ff.			375.100		375.100
Summen			1.475.400		1.475.400

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 06 Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 03

Erläuterungen:

Zur Sicherstellung der Einstellungsbedarfe an Lehrkräften wurden gem. Kabinettsbeschluss vom 30.01.2018 die Kapazitäten für die erste Phase der Lehramtsausbildung an der Burg Giebichenstein von 10 auf 20 angehoben. Die Mehrbedarfe (10 Studienplätze) sind auf fünf Jahrgänge mit jeweils zehn Semestern befristet, beginnend mit dem Wintersemester 2020/2021. Bis zum HHJ 2022 wurde pro Studienanfänger von durchschnittlichen Kosten i.H.v. 6.500 EUR pro Jahr ausgegangen. In Abstimmung mit dem MWU hat die MLU ein Berechnungsmodell für die spezifischen fachbezogenen Kosten in der Lehrerbildung entwickelt und quantitativ auf die bestehenden Lehramtsstudiengänge angewendet. Im Ergebnis zeigt sich, dass eine lehramtsspezifische Pauschale an der MLU eine Finanzierung von 30.000 EUR pro Studienplatz verlangt. Die Kostenermittlung für die MLU, als Modell für die Lehrerbildung im Land, wurde auf die KHH übertragen. Ab dem HHJ 2023 wurde der Mehrbedarf für die zusätzlichen Kapazitäten daher auf der Grundlage des Berechnungsmodells der MLU ermittelt, das entspricht durchschnittlichen Kosten i.H.v. 7.500 EUR pro Studienanfänger und Jahr.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Der Mehrbedarf für die befristete Erhöhung der Kapazität von 10 auf 20 Lehramtsstudienplätze an der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle ist Gegenstand der neuen mehrjährigen Zielvereinbarung 2025-2029. Zur Haushaltsvorsorge wird eine VE im HHJ 2025 ausgebracht. Es handelt sich um eine Planungsgröße für die Jahre 2026 bis 2029.

685 04	133	Zuschuss für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen	382.100	45.100	373.500
			358.343	0	0

Erläuterungen:

Die auf der Grundlage der Spitzrechnung der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025 ermittelten Mehrbedarfe wurden für das Jahr 2025 bereits in das Budget der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle überführt.

Die Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen aufgrund künftiger Tarifabschlüsse werden für die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle im Einzelplan 06 in Höhe von 100 % der Tarifvorsorge bei einer unterstellten Tarifierhöhung von 2,0 % veranschlagt. Die Ausreichung der budgeterhöhenden Zuschüsse erfolgt auf der Grundlage einer Spitzabrechnung zum dann vorliegenden Tarifabschluss.

685 06	133	Inflationsausgleich	150.500	34.500	69.000
			120.400	483.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		180.600			180.600
2026		210.700	69.000		279.700
2027		240.800	103.500		344.300
2028		571.900	138.000		709.900
2029 ff.			172.500		172.500
Summen		1.204.000	483.000		1.687.000

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt gewährt den Hochschulen einen pauschalen Inflationsausgleich i.H.v. 1% der durchschnittlichen Sachausgaben (HGr. 5 WPL) und der durchschnittlichen Ausgaben für Zuschüsse (HGr. 6 WPL) aus der Zielvereinbarungsperiode (2020-2024), der jährlich kumulierend ausgereicht wird.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Die Gewährung eines angemessenen Inflationsausgleiches wird weiterhin Gegenstand der neuen Zielvereinbarung sein. Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

894 02	133	Zuschuss Investitionen	200.000	200.000	200.000
			200.000	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 06 Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 894 02

Erläuterungen:

Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle. Die Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.

894 03	133	Zuschuss zum Ausbau der digitalen Ausstattung von Hörsälen, Seminar-, Beratungs- und sonstigen Lehrräumen	0	0	0
			0	0	0

Titelgruppe(n)

91 Planstellen und Stellen im Globalhaushalt

422 91	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0

428 91	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

92 Personalstellenpool für zusätzliche unbefristete Stellen im Globalhaushalt

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Zur flexiblen Gestaltung der Stellenbewirtschaftung können die Hochschulen zusätzliche unbefristete Stellen im Tarifbereich im Umfang von maximal 25 % der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel in der Stellenübersicht bei Titel 428 92 ausbringen. Die vollumfängliche und nachhaltige Finanzierungsverantwortung obliegt dabei den Hochschulen.

428 92	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 92			0	0	0
				0	0

96 Stellenüberhang

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls bestimmt sich durch die beim kw-Vermerk dargestellte Erläuterung.

Erläuterungen:

1. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 15.06.2004 das Hochschulstrukturkonzept der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle vom 04.06.2004 bestätigt. Danach wird die Hochschule unter Beachtung der jeweils geltenden Zielvereinbarung durch Profilierung, Schwerpunktbildung und Konzentration der Angebotsstrukturen die Leistungsfähigkeit erhöhen und ihre Tätigkeit effizienter gestalten. Sich ergebende Effizienzrenditen werden auch zum Personalabbau genutzt. Diese Regelung hat auch Bestandskraft nach der Verabschiedung der Landeshochschulstrukturplanung im Jahr 2014. Die Hochschule hat in Umsetzung des o. g. Hochschulstrukturkonzeptes das der TGr. 96 zugeordnete Überhangpersonal vollständig abgebaut.

2. Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029 Anlage 2 Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen ist die Hochschule zu notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen während der Umsetzung des Hochschulstrukturplanes ermächtigt.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 06 **Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
422 96	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 96	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
429 96	133	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 06 Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	17.358.100	18.122.300	18.495.200
			73.538.800	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	200.000	200.000	200.000
			0	0
Gesamtausgabe		17.558.100	18.322.300	18.695.200
Gesamtsumme der VE			73.538.800	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-17.558.100	-18.322.300	-18.695.200

Wirtschaftsplan
der
Burg Giebichenstein
Kunsthochschule Halle
für 2025/2026

Vorwort zum Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan enthält alle zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle für die entsprechend der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 zu erfüllenden Aufgaben und zu erbringenden Leistungen. Die Haushaltsführung erfolgt nach der im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Veranschlagungssystematik.

Neben den allgemeinen Regelungen der Haushaltsführung des Landes gelten für die Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben die in den Zielvereinbarungen 2025-2029 ausgewiesenen Bewirtschaftungsregelungen.

Dies sind insbesondere:

Die von der Hochschule nach Maßgabe des jeweils geltenden Hochschulgesetzes und eventuell auf der Grundlage des Allgemeinen Verwaltungskostenverfahrensgesetzes erhobenen Gebühren und Entgelte stehen der Hochschule zusätzlich zum Budget als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung.

Mehrausgaben sind durch Einsparungen aus dem verfügbaren Gesamtbudget zu erwirtschaften.

Vom Grundsatz der Gesamtdeckung ausgenommen sind die durch gesonderten Haushaltsvermerk im Wirtschaftsplan der Hochschule ausgewiesenen Haushaltsstellen (z. B. projektgebunden zugewiesene Mittel und Drittmittel). Die zweckgebundenen Projektzuweisungen werden mit Auflagen zur Qualitätssicherung und -kontrolle verbunden.

Dem Grundsatz der Selbstversicherung entsprechend versichert das Land seine Risiken für Schäden und Vermögen nicht und trägt im Schadensfall die entstehenden Kosten aus Haushaltsmitteln (vgl. VV Nr. 11 zu § 34 LHO). An der Hochschule anfallende Ausgaben für Schadensfälle werden bis zu insgesamt 25.000 EUR im Haushaltsjahr aus dem Budget finanziert. Nachweise der Schadensfälle einschließlich der vorgenommenen Regressprüfungen werden im Rahmen der Rechnungslegung festgestellt.

Am Jahresende nicht in Anspruch genommene Haushaltsmittel (Zuweisungen zum Budget, sonstige Einnahmen und vorhabenbezogenen zugewiesenen Haushaltsmittel) werden von der Hochschule innerhalb der Laufzeit der Zielvereinbarung in voller Höhe in das Folgejahr übertragen und stehen ihr uneingeschränkt mit Beginn des neuen Haushaltsjahres für die jeweilige Zweckbestimmung zur Verfügung. Die Übertragung der nicht verbrauchten Mittel erfolgt zum Jahresabschluss ausgabeseitig als Übertrag in das Folgejahr und einnahmeseitig als Übertrag aus dem Vorjahr bei den entsprechenden Haushaltsstellen im Wirtschaftsplan der Hochschule.

Land und Hochschule bekennen sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Hochschulentwicklung und verpflichten sich, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Förderprogramme des Bundes, der EU und anderer Förderinstitutionen mitzufinanzieren. Land und Hochschule stimmen Näheres im Einzelfall ab.

In entsprechender Anwendung des § 25 Abs. 3 LHO gleicht die Hochschule Überschreitungen der verfügbaren Ausgaben im Vereinbarungszeitraum vollständig aus.

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0606 Titel 685 04 getroffen worden.

Von haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen gemäß § 41 LHO und sonstigen vom Ministerium der Finanzen erlassenen hauswirtschaftlichen Beschränkungen, soweit sie für den übrigen Bereich des Landeshaushalts allgemein in Kraft treten, ist die Hochschule befreit.

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
EINNAHMEN					
119 05	Eigene Einnahmen * Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden	112.768	30.000	30.000	30.000
	Erläuterungen:				
	1. Verwaltungseinnahmen aus Gebühren und Beiträgen	10.126	5.000	5.000	5.000
	darunter Mahn- und Verwaltungsgebühren	8.276	5.000	5.000	5.000
	darunter Langzeitstudien- und Gasthörergebühren	1.850	0	0	0
	2. Einnahmen aus Erstattungen	26.610	0	0	0
	3. Einnahmen zur Förderung von Forschung und Lehre	30.367	0	0	0
	4. Einnahmen aus Dienstleistungen	4.869	5.000	5.000	5.000
	darunter Einnahmen aus Veröffentlichungen	4.869	5.000	5.000	5.000
	5. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	28.519	20.000	20.000	20.000
	6. Verkaufseinnahmen	7.448	0	0	0
	7. Sonstige Einnahmen	4.830	0	0	0
	Summe	112.768	30.000	30.000	30.000
232 01	Zuschuss des Landes – Epl. 06 / Grundbudget	16.423.700	16.736.700	17.895.100	17.895.100
	Erläuterungen:				
	1. Zuschuss aus Kapitel 0606 Titel 685 02	16.423.700	16.536.700	17.695.100	17.695.100
	2. Zuschuss aus Kapitel 0606 Titel 894 02 (Invest)	200.000	200.000	200.000	200.000
	Summe	16.109.400	16.736.700	17.895.100	17.895.100
232 02	Zuschuss des Landes für Tarif- und Besoldungserhöhungen / Epl. 06	0	382.100	45.100	373.500
232 05	Zuschuss des Landes für zusätzliche Kapazitäten in der Lehramtsausbildung	213.800	288.800	347.600	357.600
	Erläuterungen: Erhöhung der Kapazitäten um 10 Studienplätze ab 2020				
232 06	Zuschuss des Landes für Inflationsausgleich	120.400	150.500	34.500	69.000
232 08	Zuschuss zur Kompensation der Energiekostenentwicklung	406.000	0	0	0
235 01	Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit	0	0	0	0
235 05	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0	0	0
351 01	Entnahmen aus Ausgleichsrücklage	0	114.000	0	0
389 01	Übertrag aus Vorjahr	4.270.005	0	0	0
	Erläuterungen: Bestandsübertrag der nicht verbrauchten Mittel aus dem Vorjahr				
389 03	Rückflüsse an den Landeshaushalt aus Übertrag Vorjahr	0	0	491.350	0
Titelgruppe(n)					

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
81	Drittmittelforschung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81				
282 81	Einnahmen für Drittmittelforschung	333.236	0	0	0
389 81	Übertrag aus Vorjahr	-98.86	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	234.371	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82				
119 82	Sonstige zweckgebundene Einnahmen	141.470	0	0	0
282 82	Sonstige zweckgebundene Zuschüsse	730.040	0	0	0
389 82	Übertrag aus Vorjahr	1.337.567	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	2.209.077	0	0	0
83	Auftragsforschung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83				
125 83	Einnahmen für Auftragsforschung	6.578	0	0	0
389 83	Übertrag aus Vorjahr	1.533	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	8.111	0	0	0
84	Sonstige wirtschaftliche Tätigkeit * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84				
125 84	Einnahmen für sonstige wirtschaftliche Tätigkeit	106.172	0	0	0
389 84	Übertrag aus Vorjahr	8.174	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	114.347	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90				
231 90	Zuweisung aus dem Hochschulpakt 2020/Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	725.669	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	107.326	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	618.343	0	0	0
389 90	Übertrag aus Vorjahr	417.767	0	0	0
	Erläuterungen;				
	davon Hochschulpakt 2020	209.431	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	208.336	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90	1.143.436	0	0	0
	AUSGABEN				
427 05	Personalausgaben im Grundhaushalt	980.663	337.300	380.300	380.300
	Erläuterungen:				

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	1. Studentische, wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte, Modelle	334.803	88.000	88.000	88.000
	2. Nebenamtliche Lehrkräfte (inkl. Künstlersozialabgabe)	386.108	249.300	292.300	292.300
	3. Gastprofessuren	146.525	0	0	0
	4. Gastvorträge	84.893	0	0	0
	5. Sonstige	43.022	0	0	0
	Summe	980.663	337.300	380.300	380.300
428 03	Entgelte der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der auszubildenden Kräfte	189.748	130.700	142.500	145.800
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte einschl. Zuschläge, Zulagen u. Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage	189.748	126.900	142.000	142.000
	2. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v.H.)	0	3.800	500	3.800
	davon Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhungen	0	3.800	500	3.800
	Summe	189.748	130.700	142.500	145.800
	Erläuterungen:				
	Entgelte für 7 Auszubildende				
529 01	Verfügun gsmittel der Hochschulleitung	1.487	1.500	1.500	1.500
546 59	Sachausgaben im Grundhaushalt	3.588.014	3.408.200	3.462.800	3.497.300
	Erläuterungen:				
	Die Mittel sind gemäß der in § 3, 4, 5, 54, 55 Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt formulierten Aufgabenstellungen für folgende Zwecke vorgesehen:				
	1. Lehre und Forschung (ohne st ellengebundenes Personal)	738.997	416.150	469.100	472.050
	a) Fachbereich Kunst	113.440	106.750	108.100	109.450
	b) Fachbereich Design	159.696	159.400	161.000	162.600
	c) Fonds, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement	465.861	150.000	200.000	200.000
	Summe	738.997	416.150	469.100	472.050
	Die Mittel sind vorgesehen für die Grundbudgets der Fachbereiche Kunst und Design, für die Öffentlichkeitsarbeit/Veranstaltungsmanagement sowie für leistungsbezogene Fonds zur Förderung von Projekten und Innovationen.				
	2. Internationalisierung und internationale Beziehungen	10.837	40.000	40.000	40.000
	Die Hochschule verfügt über internationale Kontakte zu Partnerhochschulen. Zur Pflege dieser internationalen Beziehungen werden o.g. Mittel eingesetzt				
	3. Wissenschaftliche Infrastruktur / Zentrale Betriebseinheiten	391.363	390.000	442.200	447.200
	Die Mittel sind in den zentralen Betriebseinheiten Hochschulrechenzentrum, Hochschulbibliothek (mit Archiv und Sammlung), Hochschuldruckerei, Zentrale Werkstätten, Textile Werkstätten, Designhaus Halle sowie Hochschulgalerie insbesondere für die zentrale Beschaffung von Literatur, Technik, Software, Verbrauchsmaterialien, den Ankauf von Kunstobjekten sowie für die zentrale Wartung des lokalen Datennetzes, der Telekommunikationsanlage, der technischen Ausstattungen, Software und Kommunikationskosten vorgesehen. Die Finanzierung der Leistungen der Druckerei, der Zentralen Werkstätten und der Textilen Werkstätten erfolgt teilweise durch interne Leistungsverrechnung.				
	4. Verbesserung der Chancengleichheit	1.929	4.000	4.000	4.000

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Mit dem Ansatz werden die finanziellen Aufwendungen für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten erfasst.					
5.	Betriebs- und Bewirtschaftungsausgaben	1.959.813	2.226.050	2.128.500	2.150.050
a)	Ausgaben für Anmietungen	576.146	544.650	591.750	591.750
b)	weitere Betriebs- und Bewirtschaftungsausgaben	1.383.666	1.681.400	1.536.750	1.558.300
	Summe	1.959.813	2.226.050	2.128.500	2.150.050
a)	Ausgaben für Anmietungen	576.146	544.650	591.750	591.750
Für die an der Hochschule vorgesehenen Studienplätze werden Ausgaben für angemietete Objekte/Flächen veranschlagt.					
Verwendungszweck (Nutzfläche)					
	Lehrgebäude (3.352,73 m²)	386.924	377.500	396.600	396.600
	Galerieräume (479,00 m²)	45.984	46.000	46.000	46.000
	Galerieräume (23,90 m²)	857	1.150	0	0
	Ausstellungsräume	15.408	0	29.150	29.150
	Sporträume	0	0	0	0
	Nebenkosten	126.973	120.000	120.000	120.000
	Summe	576.146	544.650	591.750	591.750
b)	weitere Betriebs- und Bewirtschaftungsausgaben	1.383.666	1.681.400	1.536.750	1.558.300
	Heizenergie	368.893	300.000	409.900	420.000
	Elektroenergie	213.876	300.000	296.700	296.700
	Reinigung	338.011	375.000	380.000	380.000
	Entsorgung	58.307	58.000	58.000	58.000
	Wasser / Abwasser	63.706	58.000	58.000	58.000
	Bewachung	160.094	150.000	155.000	155.000
	Grundstücke	115.324	120.000	120.000	120.000
	Wartung und Reparatur/Instandhaltung/Ersatz von Gebäudeausrüstungen	94.252	90.000	79.150	90.600
	Sonstige Betriebs- und Bewirtschaftungsausgaben	-28.798	230.400	-20.000	-20.000
	Summe	1.383.666	1.681.400	1.536.750	1.558.300
6.	Sachausgaben für den sonstigen laufenden Bedarf	504.432	332.000	379.000	384.000
a)	personenbezogene Ausgaben	58.469	70.000	107.200	107.200
b)	institutionsbezogene Ausgaben	445.963	262.000	271.800	276.800
	Summe	504.432	332.000	379.000	384.000
Zum laufenden Bedarf werden unter den personenbezogenen Ausgaben im Wesentlichen Weiterbildungs- und Reisekosten sowie Arbeitssicherheit und -medizinische Ausgaben veranschlagt. Die institutionenbezogenen Ausgaben beinhalten u.a. die Poststelle, Transporte und Fuhrpark, Büroausstattung/Geschäftsbedarf, Mitgliedschaften sowie Fremd- und Dienstleistungen.					
Bestand an Dienstfahrzeugen					
		Ist 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
	Personenkraftwagen	3	2	2	2
	Lastkraftwagen	1	1	1	1
	Nutz- und Sonderfahrzeuge (Bus)	1	1	1	1
	Summe	5	4	4	4
	davon Leasing	1	1	1	1
681 01	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	5.635	0	0	0
685 05	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
711 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	72.406	0	0	0
811 01	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0	0
811 06	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0	0	0	0
894 05	Investitionen im Grundhaushalt	188.207	200.000	200.000	200.000
	Erläuterungen:				
	1. Für Lehre und Forschung	54.708	80.000	70.000	70.000
	2. Für IuK-Technik	20.349	40.000	40.000	40.000
	3. Sonstige	113.151	80.000	90.000	90.000
	Summe	188.207	200.000	200.000	200.000
	Die Investitionsbedarfe der Wissenschaftlichen Infrastruktur / Zentralen Betriebseinheiten sind mit Ausnahme des Hochschulrechenzentrums (2. Für IuK-Technik) unter 3. Sonstige enthalten.				
911 01	Zuführungen an Ausgleichsrücklage	28.000	0	0	0
989 01	Übertrag in das Folgejahr	3.965.161	0	0	0
	Erläuterungen: Bestandsübertrag nicht verbrauchter Mittel in das Folgejahr.				
989 03	Rückflüsse an den Landeshaushalt	0	0	491.350	0
	Titelgruppe(n)				
81	Drittmittelforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 282 81 und 389 81				
429 81	Nicht aufteilbare Personalausgaben	164.923	0	0	0
547 81	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	75.145	0	0	0
685 81	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0
711 81	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0	0
812 81	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
989 81	Übertrag in das Folgejahr	-5.697	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	234.371	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 82, 282 82 und 389 82				
429 82	Nicht aufteilbare Personalausgaben	532.113	0	0	0
547 82	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	105.728	0	0	0
685 82	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	155.520	0	0	0
711 82	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0	0

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
812 82	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	34.006	0	0	0
989 82	Übertrag in das Folgejahr	1.381.711	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	2.209.077	0	0	0
83	Auftragsforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 83 und 389 83				
429 83	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0	0
547 83	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.535	0	0	0
685 83	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0
812 83	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
989 83	Übertrag in das Folgejahr	6.576	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	8.111	0	0	0
84	Sonstige wirtschaftliche Tätigkeit * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 84 und 389 84				
429 84	Nicht aufteilbare Personalausgaben	59.962	0	0	0
547 84	Ausgaben für sonstige wirtschaftliche Tätigkeit	47.364	0	0	0
685 84	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	4.800	0	0	0
812 84	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
989 84	Übertrag in das Folgejahr	2.221	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	114.347	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 231 90 und 389 90				
428 90	Entgelte für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen	900.668	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	316.757	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	583.911	0	0	0
429 90	Nicht aufteilbare Personalausgaben	16.056	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	16.056	0	0	0
547 90	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.777	0	0	0

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	1.777	0	0	0
685 90	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	0	0	0	0
711 90	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	0	0	0	0
812 90	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	0	0	0	0
989 90	Übertrag in das Folgejahr	224.935	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	224.935	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90*	224.935	0	0	0

* Im Jahr 2023 sind aus den folgenden Haushaltsstellen Landesmittel zur Umsetzung des Hochschulpakts 2020/Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken eingesetzt worden:

Nachweis Mitteleinsatz der Gegenfinanzierung:

Titel	Ist 2023
422 91 - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.122.558
428 91 - Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	107.424
Summe	1.229.982

Übersicht über die Festlegung der Hochschule zur geplanten Verwendung der übertragenen Bundesmittel:	Übertrag 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
konsumtiv	224.935	112.468	112.467	0
darunter Personal	224.935	112.468	112.467	0
investiv				
nicht differenzierbar				
Summe	224.935	112.468	112.467	0

91 Planstellen und Stellen im Globalhaushalt

422 91 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten 3.719.890 5.207.200 5.383.400 5.506.100

Erläuterungen:

1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen 3.719.890 5.064.200 5.366.300 5.366.300

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	2. Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
	3. Sonstige Leistungen	0	0	0	0
	4. Vorsorge für Besoldungserhöhungen (100 v.H.)	0	143.000	17.100	139.800
	davon: Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhungen	0	143.000	17.100	139.800
	Summe	3.719.890	5.207.200	5.383.400	5.506.100
428 91	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.053.813	8.078.400	8.384.200	8.586.600
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte einschl. Zuschläge, Zulagen u. Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage	8.053.813	7.843.100	8.356.700	8.356.700
	2. Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
	3. Sonstige Leistungen	0	0	0	0
	4. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v.H.)	0	235.300	27.500	229.900
	davon: Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhungen	0	235.300	27.500	229.900
	Summe	8.053.813	8.078.400	8.384.200	8.586.600
	Nachrichtlich: Summe TGr. 91	11.773.703	13.285.600	13.767.600	14.092.700
92	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gemäß Zielvereinbarung ab 2020				
428 92	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	364.795	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 92	364.795	0	0	0
96	Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau				
422 96	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0	0	0	0
428 96	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
429 96	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gemäß Zielvereinbarung ab 2020	300.359	288.800	347.600	357.600
	Nachrichtlich: Summe TGr. 96	300.359	288.800	347.600	357.600
99	Kosten für Informations- und Kommunikationstechnik				
547 99	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	82.965	50.000	50.000	50.000
812 99	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	5.529	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 99*	88.493	50.000	50.000	50.000

Erläuterungen:

* 1. Im Ist des Jahres 2023 sind aus folgenden
Haushaltsstellen Ausgaben für IT getätigt worden:

Titel	Ist 2023
546 59 - Sachausgaben im Grundhaushalt	103.960
894 05 - Investitionen im Grundhaushalt	15.651
Summe	119.611

2. Bei Bedarf kann die BURG ergänzend zu den
Planansätzen der Jahre 2025 und 2026 in Umsetzung
des flexiblen Einsatzes des Globalbudgets aus
folgenden Haushaltsstellen Mittel für IT verausgaben:
Kapitel 0606, Titel 546 59 und Titel 894 05.

Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben im WPL		Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz
		2023	2024	2025	2026
		EUR	EUR	EUR	EUR
Einnahmen					
HGr. 1	Eigene Einnahmen	366.988	30.000	30.000	30.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen	18.952.845	17.558.100	18.322.300	18.695.200
HGr. 3	Besondere Finanzierungseinnahmen	5.936.180	114.000	491.350	0
Einnahmen gesamt		25.256.014	17.702.100	18.843.650	18.725.200
Ausgaben / Betrieb					
HGr. 4	Personalausgaben	15.282.990	14.042.400	14.638.000	14.976.400
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben	3.904.014	3.459.700	3.514.300	3.548.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse	165.955	0	0	0
Ausgaben Betrieb		19.352.959	17.502.100	18.152.300	18.525.200
Ausgaben / Baumaßnahmen					
HGr. 7	Baumaßnahmen	72.406	0	0	0
Ausgaben Baumaßnahmen		72.406	0	0	0
Ausgaben / Investitionen					
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	227.742	200.000	200.000	200.000
Ausgaben Investitionen		227.742	200.000	200.000	200.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	5.602.906	0	491.350	0
Ausgaben gesamt:		25.256.014	17.702.100	18.843.650	18.725.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Zuschüsse an die Medizinische Fakultät (Titel 682 04, 682 06, 682 51, 682 55, 682 56, 682 57, 891 02, 891 03) werden gemäß § 15 Abs. 2 LHO bewirtschaftet.

Erläuterungen:

Allgemeines:

Das Kapitel enthält die Einnahmen und die Ausgaben der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg sowie den Zuschuss des Landes für Investitionen an das Universitätsklinikum Magdeburg, A.ö.R. Das Land hat zum 01.01.2006 auf der Grundlage von § 7 Abs. 1 Hochschulmedizingesetz (HMG LSA) das Universitätsklinikum der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg als rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts, A.ö.R., errichtet.

Für das Jahr 2025/2026 basiert die Veranschlagung auf der Grundlage des HMG LSA i. d. F. vom 12.08.2005 i. V. mit der Zielvereinbarung des Landes Sachsen-Anhalt mit der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und dem Universitätsklinikum Magdeburg, A.ö.R., für den Zeitraum 2025 bis 2029. Das Land garantiert der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre sowie dem Universitätsklinikum Magdeburg, A.ö.R., gemäß § 23 Abs. 2 HMG LSA jeweils jährlich die in der Zielvereinbarung der Medizinischen Fakultät Magdeburg und dem Universitätsklinikum, A.ö.R., unter Abschnitt D - Ressourcen - dargestellten Zuschüsse und Zuweisungen für den Budgetzeitraum von 2025 bis 2029. Die Veranschlagung der Zuschüsse zum Erfolgsplan für 2025/2026 erfolgt auf Basis Normwert (NW). Die vergangenen Tarif- und Besoldungserhöhungen sind entsprechend der Abschlüsse im Normwertverfahren eingeflossen. Die daraus ermittelten Mehrbedarfe (100 v.H.) wurden für die Jahre 2025 und 2026 bereits Zuschusserhöhend bei der Grund- und Forschungsergänzungsausstattung berücksichtigt. Zudem enthält der Zuschuss für Grund- und Ergänzungsausstattung eine Energiepauschale, einen Inflationsausgleich (Überführung des 2020 bis 2024 ausgereichten Zuschusses), Nachwirkungen aus Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie den Mehrbedarf aufgrund der Tarifierhebung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024. Bei dem Titel 682 04 (Zuschusserhöhung für Tarif- und Besoldungserhöhung) wurde ab dem 01.11.2025 eine Tarifvorsorge in Höhe von 2 % veranschlagt.

Gemäß Koalitionsvertrag leistet das Land den Medizinischen Fakultäten ab dem HHJ 2020 einen angemessenen Inflationsausgleich.

Aufgrund der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz wird der Zuschuss für Forschung und Lehre (Erfolgsplan und Finanzplan) nach Grundaussstattung (70 v.H.) und Forschungsergänzungsausstattung (30 v.H.) bemessen. Die Forschungsergänzungsausstattung hat als fester Bestandteil der Finanzierung die ständige Anpassung an die wissenschaftliche Entwicklung zu gewährleisten und wird leistungsabhängig intrafakultär vergeben. Damit soll die Hochschulmedizin kompetitiv erhalten werden. Der der Veranschlagung zugrunde liegende Wirtschaftsplan (gegliedert in Erfolgsplan und Finanzplan) ist nach diesen Grundsätzen erarbeitet. Weiter werden für den Studiengang "Immunologie" der Medizinischen Fakultät für das Jahr 2025 216.400 EUR und für das Jahr 2026 217.200 EUR gewährt. Im Jahr 2025 und 2026 werden der Medizinischen Fakultät zur Vorbereitung der Umsetzung des Masterplanes Transformationskosten in Höhe von je 500.000 EUR zur Verfügung gestellt.

Die Zuschüsse für Investitionen an die Medizinische Fakultät (Grund- und Forschungsergänzungsausstattung) werden analog der o.g. Vorgabe aufgeteilt und entsprechend zugewiesen. Die Finanzplanzuführungen an die Medizinische Fakultät wurde nach den durchschnittlich bilanzierten Abschreibungen des Jahres 2015 sowie den Sondertatbeständen (IT-Projekte) bestimmt und seitdem durchgeschrieben. Die in 2025 und 2026 veranschlagten Investitionen sind zum weiteren Abbau des Investitionsstaus an der Medizinischen Fakultät in Höhe des Ansatzes des Jahres 2024 durchgeschrieben.

Die Investitionsmittel des Landes gem. § 23 Abs. 2 HMG LSA für das Jahr 2025/2026 werden an das Universitätsklinikum Magdeburg, A.ö.R. in Höhe von je 11.000.000 EUR gezahlt. Weiterhin werden dem Universitätsklinikum Mittel in Höhe von je 2.780.000 EUR in den Jahren 2025/2026 als investiver Zuschuss zur Umsetzung des IT-Sicherheitsgesetzes bereitgestellt.

Die Wirtschaftsführung der Medizinischen Fakultät wird vom Universitätsklinikum im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages gemäß § 6 Abs. 4, § 20 Abs. 3 sowie § 23 Abs. 7 HMG LSA übernommen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Verbindliche Erläuterung:

Die Zuschüsse zur Grundausrüstung aus dem Landeshaushalt sind so bemessen, dass eine Ausbildungskapazität von 185 Studienanfängern in der Humanmedizin erreicht wird.

Die für den Studiengang Humanmedizin gültige Kapazitätsverordnung (KapVO) differenziert drei Lehreinheiten: Vorklinische Medizin, Klinisch-Theoretische Medizin und Klinische Medizin. Unter den nach KapVO zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen wird die Aufnahmekapazität der Medizinischen Fakultät insbesondere durch die Lehreinheit Vorklinische Medizin der Stellenbeilage definiert. Die Stellenbeilage geht von der Voraussetzung aus, dass 185 Studienanfängern die Ausbildung im Bereich Humanmedizin ermöglicht werden kann.

Nach der derzeitigen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte bzw. des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt ist eine durch den Haushaltsgesetzgeber beschlossene normative Vorgabe - wie die Stellenbeilage - als Grundlage für die Bemessung der Aufnahmekapazität erforderlich.

Medizinische Fakultät Magdeburg
Stellenbeilage inkl. Titelgruppe 96 lt. Haushaltsplan LSA 2025_2026
Zusammenfassung nach Lehreinheiten und sonstigen Stellen

	Lehrein- heit Vor- klinische Medizin	Lehrein- heit Klinisch- theoreti- sche Medizin	Lehrein- heit Klinisch- praktische Medizin	Zentrale Einrich- tungen	Akademi- sche Verwaltung	Verrechnungs- stellen / Sperr- stellen für gemeinsame HHdurchführg. mit Universi- tätsklinikum	Summe
Beamte							
Ärztl. Dienst							
unbefristet	2,0	15,0	35,0	0	1,0	5,0	58,0
befristet	0	1,0	1,0	0	0	0	2,0
Med.-techn. Dienst							
unbefristet	8,0	8,0	6,0	0	0	0	22,0
befristet	1,0	5,0	7,0	0	0	0	13,0
Verwaltungsdienst							
unbefristet	0	0	0	0	0	0	0
Beschäftigte							
Ärztl. Dienst							
unbefristet	0	10,5	48,5	0	1,0	2,0	62,0
befristet	0	11,5	25,5	2,0	0,75	0,25	40,0
Ärztl. Dienst (TV-L)							
unbefristet	1,0	0	0	1,0	0	0	2,0
befristet	1,0	0	0	0	0	0	1,0
Med.-techn. Dienst (nicht wiss. Mitarbeiter)							
unbefristet	48,5	61,5	106,25	36,25	2,5	17,25	272,25
Med.-techn. Dienst (wiss. Mitarbeiter)							
unbefristet	2,0	7,0	4,0	1,0	2,0	0	16,0
befristet	19,0	11,5	12,5	2,0	2,0	0	47,0
Funktionsdienst							
unbefristet	0	2,0	2,0	0	0	0	4,0
Technischer Dienst							
unbefristet	0	0	0	0	0	0	0
Verwaltungsdienst							
unbefristet	0	0	1,0	0	17,75	0	18,75
Verwaltungsdienst (WiMi)							
unbefristet	0	0	0	1,0	10,0	0	11,0
Gesamtsumme	82,5	133,0	248,75	43,25	37,0	24,5	569,0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

682 04	132	Zuschuss für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen	1.676.500	161.700	1.134.800
			1.216.000	0	0

Erläuterungen:

Die Mehrbedarfe für Tarif- und Besoldungserhöhungen aufgrund des Tarifabschlusses TV-L vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung, einschließlich Nachwirkungen 2024 und 2025 ohne Ärzte, sowie der Mehrbedarf aufgrund der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 wurden für das Jahr 2025 bereits in den Zuschuss der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg überführt.

Die Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen auf Grund künftiger Tarifabschlüsse werden ab dem 01.11.2025 für das Jahr 2025/2026 pauschal mit 2 % Tarifvorsorge veranschlagt.

Die Ausreichung der Zuschüsse erfolgt auf der Grundlage einer Spitzabrechnung zum dann vorliegenden Tarifabschluss.

Für den Fall zu gering veranschlagter Ansätze wird der Mehrbedarf aus dem Einzelplan 13 ansatzerhöhend bereitgestellt.

682 06	132	Inflationsausgleich	572.500	119.500	239.000
			458.000	1.673.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		687.000			687.000
2026		801.500	239.000		1.040.500
2027		916.000	358.500		1.274.500
2028		1.030.500	478.000		1.508.500
2029 ff.		1.145.000	597.500		1.742.500
Summen		4.580.000	1.673.000		6.253.000

Erläuterungen:

Gem. Koalitionsvertrag Sachsen-Anhalt 2016 bis 2021 leistet das Land den Medizinischen Fakultäten einen angemessenen Inflationsausgleich. Es wird ein pauschaler Inflationsausgleich in Höhe von 1% der durchschnittlichen Aufwendungen der Medizinischen Fakultät (Kontengruppen 65, 66, 67, 68, 69, 70 und 72 WPL) aus der Zielvereinbarungsperiode 2020 - 2024 gewährt. Dieser Betrag beläuft sich für die Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität auf 119.500 EUR und wird über die Laufzeit der neuen Zielvereinbarung 2025 - 2029 jährlich kumulierend ausgereicht.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht.

Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

682 51	132	Finanzierung des Masterstudienganges Immunologie	203.800	216.400	217.200
			203.800	868.800	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		203.800			203.800
2026		203.800	217.200		421.000
2027		203.800	217.200		421.000
2028		203.800	217.200		421.000
2029 ff.		203.800	217.200		421.000
Summen		1.019.000	868.800		1.887.800

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 08 Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg und Klinikum

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 51

Erläuterungen:

1. Finanzierung der Betriebskosten für den Masterstudiengang "Immunologie"

Hierzu gehören insbesondere:

- Personalkosten für den Masterstudiengang in Instituten/Kliniken der Fakultät,
- Personalkosten für den Masterstudiengang in zentralen Einrichtungen der Fakultät,
- Sach- und nicht aktivierungspflichtige Investitionskosten für den Masterstudiengang in den Instituten / Kliniken der Fakultät,
- Sach- und nicht aktivierungspflichtige Investitionskosten für den Masterstudiengang in zentralen Einrichtungen der Fakultät.

2. Der Ansatz 2025 berücksichtigt die Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung i.H.v. 12.600 EUR.

3. Der Ansatz 2026 berücksichtigt weitere Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung i.H.v. insgesamt 800 EUR.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

682 55	132	Finanzierung für Grundausrüstung (Zg)	38.961.800	42.575.800	42.725.200
			38.961.800	170.900.800	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 06 08 Titel 891 02.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		38.961.800			38.961.800
2026		38.961.800	42.725.200		81.687.000
2027		38.961.800	42.725.200		81.687.000
2028		38.961.800	42.725.200		81.687.000
2029 ff.		38.961.800	42.725.200		81.687.000
Summen		194.809.000	170.900.800		365.709.800

Erläuterungen:

Finanzierung der Betriebskosten für die Grundausrüstung

Hierzu gehören insbesondere:

- Personalkosten für Grundausrüstung in den Instituten/Kliniken der Fakultät,
- Personalkosten für Grundausrüstung in zentralen Einrichtungen der Fakultät,
- Sach- und nicht aktivierungspflichtige Investitionskosten für Grundausrüstung in den Instituten / Kliniken der Fakultät,
- Sach- und nicht aktivierungspflichtige Investitionskosten für Grundausrüstung in zentralen Einrichtungen der Fakultät.

Im Ansatz 2025 wurde ansatzerhöhend berücksichtigt:

1. Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 2.774.000 EUR.
2. Der von 2020-2024 vom Land gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 400.750 EUR wurde überführt.
3. Zusätzliche Energiepauschale i.H.v. 439.250 EUR.

Der Ansatz 2026 berücksichtigt weitere Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 149.400 EUR.

682 56	132	Finanzierung für Forschungsergänzungsausrüstung (Ze)	16.698.000	18.246.800	18.310.800
			16.698.000	73.243.200	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 06 08 Titel 891 03.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 56

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		16.698.000			16.698.000
2026		16.698.000	18.310.800		35.008.800
2027		16.698.000	18.310.800		35.008.800
2028		16.698.000	18.310.800		35.008.800
2029 ff.		16.698.000	18.310.800		35.008.800
Summen		83.490.000	73.243.200		156.733.200

Erläuterungen:

Finanzierung der Betriebskosten für die Forschungsergänzungsausstattung.

Hierzu gehören insbesondere:

- Finanzierung der Forschungsschwerpunkte (Sonderforschungsbereiche, Forschungsinstitute und Forschungszentren),
- Anreize für besondere Leistungen in Forschung und Lehre (Leistungsorientierte Mittelverteilung),
- Modellvorhaben in der Ausbildung,
- Förderung von Dienstleistungen sowie
- Förderprogramme zur Weiterbildung.

Im Ansatz 2025 wurde ansatzerhöhend berücksichtigt:

1. Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 1.188.800 EUR.
2. Der von 2020-2024 vom Land gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 171.750 EUR wurde überführt.
3. Zusätzliche Energiepauschale in Höhe von 188.250 EUR.

Der Ansatz 2026 berücksichtigt weitere Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung sowie der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024 i.H.v. insgesamt 64.000 EUR.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

682 57	132	Umsetzung Masterplan Humanmedizin	1.000.000	500.000	500.000
			500.000	3.500.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.000.000			2.000.000
2026		2.000.000	500.000		2.500.000
2027		2.000.000	1.000.000		3.000.000
2028		2.000.000	1.000.000		3.000.000
2029 ff.		2.000.000	1.000.000		3.000.000
Summen		10.000.000	3.500.000		13.500.000

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 08 Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg und Klinikum

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 57

Erläuterungen:

Gemäß Koalitionsvertrag des Bundes wurde gemeinsam von Bund und Ländern ein Masterplan Medizinstudium 2020 für eine zielgerichtete Auswahl der Studienplatzbewerber, zur Förderung der Praxisnähe und zur Stärkung der Allgemeinmedizin im Studium entwickelt.

Anpassung der Ziele, Inhalte und Organisation des Medizinstudiums an die aktuellen Erfordernisse.

Die Änderung der Approbationsordnung für Ärzte ist noch nicht abgeschlossen. Voraussichtlich wird die Änderung der Approbationsordnung nicht vor dem Jahr 2027 in Kraft treten.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht.

Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

891 01	132	Zuschüsse für Investitionen an das Universitätsklinikum, Anstalt öffentlichen Rechts	11.000.000	11.000.000	11.000.000
			11.000.000	44.000.000	0

*** Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 0602 Titel 894 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		11.000.000			11.000.000
2026		11.000.000	11.000.000		22.000.000
2027		11.000.000	11.000.000		22.000.000
2028		11.000.000	11.000.000		22.000.000
2029 ff.		11.000.000	11.000.000		22.000.000
Summen		55.000.000	44.000.000		99.000.000

Erläuterungen:

Finanzierung der aktivierungspflichtigen Investitionen des Universitätsklinikums Magdeburg A.ö.R., insbesondere für Anlagegüter mit einer Nutzungszeit von über 3 Jahren und einem Anschaffungspreis zwischen 250 EUR netto und 200 TEUR brutto, die überwiegend der Krankenversorgung dienen.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht.

Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

891 02	132	Zuschüsse für Investitionen für Grundausstattung (Zg)	2.900.400	2.900.400	2.900.400
			1.500.400	11.601.600	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 08 Titel 682 55.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.900.400			2.900.400
2026		2.900.400	2.900.400		5.800.800
2027		2.900.400	2.900.400		5.800.800
2028		2.900.400	2.900.400		5.800.800
2029 ff.		2.900.400	2.900.400		5.800.800
Summen		14.502.000	11.601.600		26.103.600

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 08 Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg und Klinikum

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 02

Erläuterungen:

Finanzierung der aktivierungspflichtigen Anlagegüter mit einer Nutzungszeit von über 3 Jahren und einem Anschaffungswert zwischen 250 EUR netto und 200 TEUR brutto, die überwiegend für die Bereiche
- Grundausrüstung in den Instituten der Fakultät, Kliniken der Fakultät sowie
- Grundausrüstung in den zentralen Einrichtungen der Fakultät
notwendig sind.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

891 03	132	Zuschüsse für Investitionen für Forschungsergänzungsausrüstung (Ze)	1.242.700 642.700	1.242.700 4.970.800	1.242.700 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 08 Titel 682 56.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.242.700			1.242.700
2026		1.242.700	1.242.700		2.485.400
2027		1.242.700	1.242.700		2.485.400
2028		1.242.700	1.242.700		2.485.400
2029 ff.		1.242.700	1.242.700		2.485.400
Summen		6.213.500	4.970.800		11.184.300

Erläuterungen:

Finanzierung der aktivierungspflichtigen Anlagegüter mit einer Nutzungszeit von über 3 Jahren und Anschaffungswert zwischen 250 EUR netto und 200 TEUR brutto, die für die Bereiche
- Forschungsschwerpunkte (Sonderforschungsbereiche, Forschungsinstitute und Forschungszentren),
- Anreize für besondere Leistungen in Forschung und Lehre (LOM)
- Modellvorhaben in der Ausbildung,
- Förderprogramme zur Weiterbildung
dienen.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

891 04	132	Zuschuss für Investitionen zur Umsetzung des IT-Sicherheitsgesetzes an das Universitätsklinikum, Anstalt öffentlichen Rechts	2.780.000 990.000	2.780.000 11.120.000	2.780.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.780.000			2.780.000
2026		2.780.000	2.780.000		5.560.000
2027		2.780.000	2.780.000		5.560.000
2028		2.780.000	2.780.000		5.560.000
2029 ff.		2.780.000	2.780.000		5.560.000
Summen		13.900.000	11.120.000		25.020.000

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 08 **Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg und Klinikum**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 04

Erläuterungen:

Am 17. Juli 2015 ist die Änderung des Gesetzes zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) des Bundes in Kraft getreten.

Dies schreibt Einrichtungen, die kritische Infrastrukturen betreiben (d.h. Informationssysteme, die Objekt z.B. von "Hackerangriffen" sein können) vor, alle 2 Jahre Mindeststandards an IT-Sicherheit nachzuweisen.

Im Juni 2017 trat der zweite Teil der Umsetzungsverordnung auf Grund von § 10 des Gesetzes über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Gesetz - BSIG) in Kraft, der die Krankenhäuser, somit auch die Universitätsklinika, in den Anwendungsbereich des BSI-Gesetzes einbezieht. Diese mussten somit innerhalb von zwei Jahren die Einhaltung von Mindeststandards an IT-Sicherheit nachweisen.

Mit dem im Mai 2021 in Kraft getretenen "Zweiten Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme" (IT-SiG 2.0) wurden die Pflichten von Betreibern Kritischer Infrastrukturen verschärft.

Die erhöhten Anforderungen an neue Systeme, qualifizierte Lieferanten und Sicherheitsnachweisen erfordern künftig weitere zusätzliche Investitionen. Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben erfordert zusätzliche Investitionen in die Basis-IT-Infrastruktur in den Bereichen

- kleine Baumaßnahmen
 - Anlagegüter IT
 - Anlagegüter Technik inklusive Medizintechnik
- am Universitätsklinikum Magdeburg, A.ö.R.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

Titelgruppe(n)

91 Planstellen und Stellen in Globalhaushalten

422 91	132	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 91	132	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

96 Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau

422 96	132	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 96	132	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0	0
				0	0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 08 **Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg und Klinikum**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	0	0	0
		0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	59.112.600	61.820.200	63.127.000
		250.185.800	0
HGr. 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	17.923.100	17.923.100	17.923.100
		71.692.400	0
Gesamtausgabe	77.035.700	79.743.300	81.050.100
Gesamtsumme der VE		321.878.200	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-77.035.700	-79.743.300	-81.050.100

**Kurzübersicht des Wirtschaftsplanes
der Medizinischen Fakultät
der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
für 2025/2026**

Vorbemerkungen

Die Wirtschaftsführung der Medizinischen Fakultät Magdeburg richtet sich nach § 23 Hochschulmedizingesetz des Landes Sachsen-Anhalt (HMG LSA). Der Fakultätsvorstand hat gem. § 3 Abs. 4 Nr. 8 HMG LSA einen Wirtschaftsplan getrennt nach Erfolgs- und Finanzplan aufzustellen. Gemäß § 24 Abs. 3 HMG LSA sind die Leistungen für Forschung und Lehre im Wirtschaftsplan der Medizinischen Fakultät getrennt vom Wirtschaftsplan des Universitätsklinikums nachzuweisen. Aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrages sind die Leistungen sowie die Umlageschlüssel bzw. Verrechnungspreise zu bestimmen.

Im Mai 2023 wurde das Handbuch Trennungsrechnung nach dem Verursacherprinzip seitens der Gremien verabschiedet. Der Einsatz der neuen Trennungsrechnung nach dem Verursachungsprinzip erfolgt erstmals für das Jahr 2023.

Für das Geschäftsjahr 2023 wurden erstmals die Ist-Zahlen nach der Trennungsrechnung nach dem Verursacherprinzip vorgelegt. Bis zum Abschluss der Prüfung der Jahresabschlüsse gelten diese als vorläufig.

Der nachstehende Wirtschaftsplan wurde durch den Fakultätsvorstand am 12.11.2024 genehmigt.

Grundlage der Höhe der Zuschüsse 2025 und 2026 bildet § 1 Abs. 6 Satz 2 HMG LSA und damit die Bestimmung der Grund- und Forschungsergänzungsausstattung über Normwert. Die Tarif- und Besoldungserhöhungen der Vorjahre sind entsprechend der Abschlüsse im Normwertverfahren eingeflossen. Die dadurch ermittelten Mehrbedarfe (100 v. H.) wurden für die Jahre 2025/26 bereits zuschusserhöhend bei der Grund- und Forschungsergänzungsausstattung berücksichtigt. Zudem enthält der Zuschuss für Grund- und Ergänzungsausstattung eine Energiepauschale, einen Inflationsausgleich (Überführung des 2020 bis 2024 ausgereichten Zuschusses), Nachwirkungen aus Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie den Mehrbedarf aufgrund der Tarifeinigung zum TV-Ärzte vom 26.03.2024. Bei dem Titel 682 04 (Zuschusserhöhung für Tarif- und Besoldungserhöhung) wurde ab dem 01.11.2025 eine Tarifvorsorge in Höhe von 2% veranschlagt.

Für den Studiengang "Immunologie" werden der Medizinischen Fakultät im HHJ 2025 216.400 EUR und für das HHJ 2026 217.200 EUR gewährt.

Weiterhin wird ein pauschaler Inflationsausgleich in Höhe von 1% der durchschnittlichen Aufwendungen der Kontengruppen 65, 66, 67, 68, 69, 70 und 72 des Wirtschaftsplanes aus der Zielvereinbarungsperiode 2020 bis 2024 gewährt. Dieser Betrag beläuft sich für die Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität auf 119.500 EUR und wird über die Laufzeit der neuen Zielvereinbarung 2025 bis 2029 jährlich kumulierend ausgereicht.

Für die Umsetzung des Masterplans Medizin werden in den Jahren 2025 und 2026 der Medizinischen Fakultät vorerst Mittel zur Vorbereitung der Umsetzung des Masterplans in Höhe von jeweils 500.000 EUR zur Verfügung gestellt.

Gemäß Zielvereinbarung 2025 bis 2029 werden die Ansätze für Investitionen für Grund- und Ergänzungsausstattung für das Jahr 2025 und 2026 auf dem Niveau des Jahres 2024 veranschlagt. Diese Ansätze stellen jedoch keinen Ersatz für die bereits abgeschrieben Investitionen der Vorjahre dar und enthalten auch keine ausreichenden Investitionsmittel für Berufungen und Baumaßnahmen für die Jahre 2025 und 2026. Der tatsächliche Bedarf an Investitionen ist bedeutend höher.

Die Finanzierung für die Grund- und Forschungsergänzungsausstattung der Medizinischen Fakultät erfolgt im Verhältnis 70 zu 30.

Vermerke zum Wirtschaftsplan

Die Konten der Grundausrüstung Forschung und Lehre des Erfolgsplanes sind nur mit den Konten für Grundausrüstung Forschung und Lehre des Finanzplanes gegenseitig deckungsfähig. Die Konten der Forschungsergänzungsausstattung des Erfolgsplanes sind nur mit den Konten für Forschungsergänzungsausstattung des Finanzplanes gegenseitig deckungsfähig.

Die Investitionsausgaben erhöhen oder vermindern sich um Mehr- oder Mindererlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen über bzw. unter dem Buchwert.

Erträge aus Drittmitteln sind übertragbar. In unabwiesbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen aus Drittmitteln vor Eingang der Erträge begründet werden, wenn eine verbindliche Zusage des Drittmittelgebers vorliegt oder wenn durch schriftlichen Zuwendungsbescheid öffentliche Mittel bereits förmlich bewilligt worden sind.

Konten- gruppe Konto	Zweckbestimmung	Ist ¹⁾ Trennungs- rechnung	Ansatz ³⁾	Ansatz ³⁾	Ansatz ³⁾
		2023	2024	2025	2026
		EUR	EUR	EUR	EUR

Teil A: Erfolgsplan

I. ERTRÄGE

40	Erlöse aus allg. stationären Krankenhausleistungen	0	0	0	0
41	Erlöse aus Wahlleistungen	0	0	0	0
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	5.732	0	0	0
43	Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	0	14.000	14.000	14.000
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	0	0	0	0
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben	80.495	0	0	0
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	59.654.861	124.309.000	128.972.000	132.292.900
davon:					
472000	Zuschuss der Finanzierung für Grundausrüstung Forschung und Lehre	38.961.800	38.961.800	42.575.800	42.725.200
davon:					
472010	Zuschuss der Finanzierung für Ergänzungsausrüstung Forschung und Lehre	16.698.000	16.698.000	18.246.800	18.310.800
davon:					
472030	Zuschuss für Tarif- und Besoldungserhöhungen	855.261	1.676.500	161.700	1.134.800
davon:					
472060	Zuschuss Umsetzung Masterplan	500.000	1.000.000	500.000	500.000
davon:					
472011	Zuschuss Inflationsausgleich	458.000	572.500	119.500	239.000
davon:					
472013	Zuschuss Etablierung Masterstudiengang Immunologie	203.800	203.800	216.400	217.200
davon:					
472001	Zuschuss Energiekosten (Kapitel 0602 Titel 685 33)	1.202.040	0	0	0
davon:					
472290, 472320, 473000 u.a.	diverse Zuweisungen und Zuschüsse Schwerbehinderte, sonst. öffentl. Träger, Dritte, Studienzuschüsse	775.960	15.000	15.000	15.000
davon:					
472330	Zuweisungen des Universitätsklinikums für die Inanspruchnahme des ärztlichen Personals in der Krankenversorgung gemäß § 6 Abs. 4 HMG LSA		65.181.400	67.136.800	69.150.900
50	Erträge aus Beteiligung an verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
51	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
52	Erträge aus dem Abgang des Anlagevermögens	0	0	0	0
54	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	45.458	0	0	0
57	Sonstige ordentliche Erträge	2.047.577	2.050.000	2.050.000	2.050.000
59	Übrige Erträge	139.865	220.000	220.000	220.000
	Gesamtsumme Erträge	61.973.988	126.593.000	131.256.000	134.576.900

Konten- gruppe Konto	Zweckbestimmung	Ist ¹⁾ Trennungs- rechnung 2023 EUR	Ansatz ³⁾ 2024 EUR	Ansatz ³⁾ 2025 EUR	Ansatz ³⁾ 2026 EUR
II. AUFWENDUNGEN					
60-64	Personalaufwand	41.780.108	47.399.500	49.487.600	50.674.900
60-64	Personalaufwand für das ärztliche Personal, das gem. § 6 Abs. 4 HMG LSA in der Krankenversorgung tätig ist		65.181.400	67.136.800	69.150.900
65	Lebensmittel	27	0	0	0
66	Medizinischer Bedarf	2.788.199	2.260.000	2.281.700	2.303.400
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	3.140.617	2.700.000	2.725.900	2.751.800
68	Wirtschaftsbedarf	2.554.613	1.420.000	1.433.600	1.447.200
69	Verwaltungsbedarf ²⁾	1.829.601	740.000	747.100	754.200
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	5.109.107	3.422.100	3.454.900	3.487.700
72	Instandhaltung, Material für Eigenleistung ²⁾	2.944.851	1.920.000	1.938.400	1.956.800
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	524.376	280.000	280.000	280.000
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.008	0	0	0
76	Abschreibungen auf Sachanlagen	279.338	190.000	190.000	190.000
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen ²⁾	1.543.736	2.020.000	1.520.000	1.520.000
79	Übrige Aufwendungen	25.865	60.000	60.000	60.000
div.	Aufwendungen gemäß Masterplan 2020 Humanmedizin ⁴⁾		0	0	0
div.	Aufwendungen Etablierung Masterstudiengang Immunologie ⁴⁾		0	0	0
div.	Ausgleich voraussichtliches Defizit der Fakultät gemäß Trennungsrechnung ⁵⁾		-1.000.000	0	0
	Gesamtsumme Aufwendungen	62.523.446	126.593.000	131.256.000	134.576.900
	Gesamt-Aufwendungen Erfolgsplan	62.523.446	126.593.000	131.256.000	134.576.900
	Gesamt-Erträge Erfolgsplan	61.973.988	126.593.000	131.256.000	134.576.900

¹⁾ Das Jahresergebnis 2023 der Medizinischen Fakultät wird erstmals per Trennungsrechnung nach dem Verursachungsprinzip ermittelt. Aufgrund der noch laufenden Jahresabschlussprüfung für 2023 stehen noch keine testierten Ist-Zahlen für 2023 zur Verfügung, es handelt sich um einen vorläufigen Stand.

²⁾ darunter Summe der in den Kontengruppen 69, 72 und 78 (ohne Lizenzen der Medizinischen Zentralbibliothek) enthaltenen IT-Ausgaben der Medizinischen Fakultät Magdeburg

³⁾ Planung gemäß Trennungsrechnung nach Verursachungsprinzip auf Basis des Handbuchs Trennungsrechnung und der zu erwartenden Veränderungen in der Aufteilung der Erträge und Aufwendungen. Die Planansätze für die Jahre 2025 und 2026 sind danach ggf. einer Prüfung und Neubewertung zu unterziehen.

⁴⁾ Die Aufwendungen des Ansatzes sind in den Kontengruppen 60-79 enthalten.

⁵⁾ Ausgehend vom Ergebnis der Trennungsrechnung 2019 nach dem Verursachungsprinzip ist für die Fakultät ein negatives Ergebnis zu erwarten. Dieses soll durch strukturelle Änderungen und Sparmaßnahmen sukzessive abgebaut werden. Für das Jahr 2024 wird aus aktueller Sicht noch ein Defizit von 1 Mio. Euro erwartet. Um den Planansatz 2024 ausgeglichen darzustellen, wurde auf der Aufwandsseite eine planerische Einsparung um 1 Mio. Euro vorgenommen. Siehe auch Erläuterungen unter Fußnote ³⁾.

1.698.268 1.485.200 1.551.100 1.551.100

Konten- gruppe Konto	Zweckbestimmung	Ist ¹⁾ Trennungs- rechnung	Ansatz	Ansatz	Ansatz
		2023	2024	2025	2026
		EUR	EUR	EUR	EUR

Teil B: Finanzplan

I. ZUSCHÜSSE

470000	Zuschüsse für Investitionen für Grundausstattung	1.387.439	2.900.400	2.900.400	2.900.400
470010	Zuschüsse für Investitionen für Forschungsergänzungsausstattung	594.582	1.242.700	1.242.700	1.242.700
	Gesamtsumme Zuschüsse	1.982.021	4.143.100	4.143.100	4.143.100

II. INVESTITIONEN

01	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	36.788	1.640.700	1.460.000	1.594.700
07	Einrichtungen und Ausstattungen ²⁾	1.377.777	2.102.400	2.283.100	2.148.400
08	Anlagen im Bau/Anzahlungen	464.326	0	0	0
09	Immaterielle Vermögensgegenstände ²⁾	103.130	400.000	400.000	400.000
	Gesamtsumme Investitionen	1.982.021	4.143.100	4.143.100	4.143.100

Gesamt-Investitionen Finanzplan **1.982.021** **4.143.100** **4.143.100** **4.143.100**

Gesamt-Zuschüsse Finanzplan **1.982.021** **4.143.100** **4.143.100** **4.143.100**

¹⁾ Aufgrund der noch laufenden Jahresabschlussprüfung für 2023 stehen noch keine testierten Ist-Zahlen für 2023 zur Verfügung, es handelt sich um einen vorläufigen Stand.

²⁾ darunter Summe der in den Kontengruppen 07 und 09 enthaltenen IT-Ausgaben der Medizinischen Fakultät Magdeburg 103.130 480.000 480.000 480.000

Anlage zum Wirtschaftsplan

Teil C:

Ärztliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gem. § 6 Abs. 3 HMG bei der Hochschule beschäftigt sind und Aufgaben in der Krankenversorgung wahrnehmen
(Besondere Titelgruppe Ärzte)

Entgeltgruppe	Stellen			Funktion
	2024	2025	2026	
Ä4	26	26	26	Ärztlicher Dienst
Ä3	110	110	110	Ärztlicher Dienst
Ä2	100	100	100	Ärztlicher Dienst
Ä1	194	194	194	Ärztlicher Dienst
	430	430	430	Zusammen

Haushaltsvermerke:

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

- *** 1. Die Ausgaben der Titel 685 02 und 894 02 sind gegenseitig deckungsfähig. Nicht verbrauchte Budgetmittel sind übertragbar, dies gilt auch für nicht verbrauchte Mittel aus Titel 685 03 und Titel 685 06.
2. Die Hochschule kann auf die Erhebung von Einnahmen aus Veröffentlichungen in begründeten Fällen verzichten, insbesondere dann, wenn es sich um den länderübergreifenden Druckaustausch handelt.
3. Die Zahlungen zur Unterstützung und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen können im Wege der Billigkeit gewährt werden (Wirtschaftsplan).
4. Zweckgebundene Ausgaben, für die Mittel Dritter bereitgestellt werden, dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen geleistet werden und sind in den entsprechenden Titelgruppen des Wirtschaftsplanes nachzuweisen.

Erläuterungen:

Allgemeines

1. Mit der Konzentration auf vereinbarte Angebotsstrukturen, die in Abstimmung mit den anderen Hochschulen erfolgt ist, hat die Otto-von-Guericke Universität Magdeburg (nachstehend OvGU genannt) die Basis für den Ausbau ihres Profils geschaffen. Das lehrebezogene Profil der Universität wird u.a. durch folgende Schwerpunkte charakterisiert:

- Ingenieurwissenschaften,
- Naturwissenschaften,
- Wirtschaftswissenschaften,
- Humanwissenschaften, u. a. Lehramtsausbildung,
- Medizin, u. a. Immunologie.

Forschung und Lehre werden unter Einbeziehung der Schwerpunkte interdisziplinär und fach- sowie hochschulübergreifend organisiert und durchgeführt.

2. Die Veranschlagung der Haushaltsmittel für die Jahre 2025/2026 erfolgt nach folgenden Prämissen:

Das Budget der OvGU wird auf der Grundlage der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 als Globalzuschuss veranschlagt.

Das Budget beinhaltet:

- den Zuschuss Betrieb (Titel 685 02);
- den Zuschuss für zusätzliche Kapazitäten in der Lehramtsausbildung (Titel 685 03): Zur Sicherstellung der Einstellungsbedarfe an Lehrkräften wurde ab 2018 die Kapazität für die erste Phase der Lehramtsausbildung von 130 auf 200 angehoben.
- den Inflationsausgleich (Titel 685 06) und
- den Zuschuss Investitionen (Titel 894 02).

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0611 Titel 685 04 getroffen worden.

3. Die veranschlagten Mittel werden der OvGU gem. § 114 Abs. 3 HSG LSA als Globalzuschuss zugewiesen und gem. § 17a LHO unter Berücksichtigung der Regelungen der Zielvereinbarung bewirtschaftet.

Die Bewirtschaftung des Globalzuschusses durch die Hochschule erfolgt außerhalb des Landeshaushaltes. Die kassenmäßige Verwaltung der Mittel erfolgt in eigener Zuständigkeit auf der Basis des bestätigten Wirtschaftsplanes über die hochschuleigene Zahlstelle.

Die Steuerungselemente der Kostenrechnung, des Controllings und des Berichtswesens sind an der Hochschule eingeführt und werden weiterentwickelt.

4. Die abzubauenen Stellen/Planstellen werden dienststellenbezogen konkret in der Titelgruppe 96 - Stellenüberhang - ausgewiesen. Die finanziellen Mittel hierzu sind im Wirtschaftsplan veranschlagt.

5. Weiterhin erhält die Otto-von-Guericke Universität Magdeburg aus dem Epl. 07 Kap. 0758, Titel 685 61 auf der Grundlage von mehrjährigen Verträgen einen Zuschuss für Zertifikatsstudiengänge. Durch diese Weiterbildungsangebote an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg wird sichergestellt, dass die nicht lehramtsbezogen ausgebildeten Lehrkräfte eine Möglichkeit erhalten, das reguläre Lehramt zu erwerben, um ihren Unterricht auf qualitativ hochwertigem Niveau durchführen zu können.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

	Ist-Betrag 2023 (einschl. Drittmittel)	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben (HGr. 4)	116.005.385	86.832.200	90.430.200	92.198.500
2. Sächliche Verwaltungsausgaben (HGr. 5)	37.842.044	27.808.500	26.885.700	25.553.300
3. Zuschüsse für laufende Zwecke (HGr. 6)	2.250.833	32.900	83.400	83.800
4. Investitionen (HGr. 7; 8)	11.922.432	2.000.000	2.000.000	2.000.000
5. Bes. Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	85.085.977	0	5.665.730	0
Zusammen	253.106.671	116.673.600	125.065.030	119.835.600
Einnahmen				
eigene Einnahmen (HGr. 1; 2; 3)	142.964.697	5.655.000	9.445.730	2.160.000
Mithin Landeszuschuss gesamt	110.141.974	111.018.600	115.619.300	117.675.600
Davon:				
Zuschuss aus Kapitel 0611 Titel 685 02	99.975.074	102.172.400	109.477.400	109.477.400
Zuschuss aus Kapitel 0611 Titel 685 03	2.942.500	3.562.500	3.632.600	3.702.600
Zuschuss aus Kapitel 0611 Titel 685 04	0	2.403.200	291.300	2.059.600
Zuschuss aus Kapitel 0611 Titel 685 06	704.400	880.500	218.000	436.000
Zuschuss aus Kapitel 0611 Titel 894 02	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
Zuschuss aus Kapitel 0602 Titel 685 33	4.520.000	0	0	0
Nachrichtlich: im Zuschuss/Titel 685 02 enthaltene Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025			6.391.600	6.391.600

Übersicht über die Festlegung der Hochschulen zur geplanten Verwendung der übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mittel (ohne Drittmittel) aus dem (den) Vorjahr(en) / hier: Bestandsveränderung der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage

	V – Ist 2024	WPL 2025	WPL 2026	MFP 2027	MFP 2028	MFP 2029
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		Entnahme aus der Ausgleichsrücklage				
1. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum 01.01.2024	10.120.000					
2. Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage im Rahmen der HH-Durchführung 2024 aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem Vorjahr (2023)	0					
3. Entnahme aus der hochschul- eigenen Ausgleichsrücklage an den Hochschulhaushalt im Finanzplanungszeitraum	5.230.000	3.355.000	1.535.000			
4. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum Jahresende	4.890.000	(1.535.000)	(0)	(0)	(0)	(0)

Die Zuführungen und Abführungen von übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem (den) Vorjahr(en) an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage werden von der Hochschule gem. § 114 HSG LSA i. V. mit den § 25, 62 LHO im Rahmen der Haushaltsdurchführung vorgenommen.
Darüber hinaus stehen die aus dem Vorjahr übertragenen Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung zur Verfügung.

Ausgaben

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

685 02	133	Zuschuss Betrieb	102.172.400	109.477.400	109.477.400
			99.975.074	445.909.600	0

*** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten der Titel 685 02 und 894 02 eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		106.650.100			106.650.100
2026		106.650.100	111.477.400		218.127.500
2027		106.650.100	111.477.400		218.127.500
2028		211.706.400	111.477.400		323.183.800
2029 ff.			111.477.400		111.477.400
Summen		531.656.700	445.909.600		977.566.300

Erläuterungen:

1. Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.
2. Der Ansatz 2025 berücksichtigt die Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung i.H.v. 6.391.600 EUR zzgl. des Differenzbetrags zu den im HH 2024 bereits im Budget enthaltenen Tariff Mitteln i.H.v. 32.900 EUR.
3. Der von 2020-2024 vom Land an die OvGU gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 880.500 EUR wurde in den Zuschuss Betrieb überführt.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

685 03	133	Zuschuss für zusätzliche Kapazitäten in der Lehramtsausbildung	3.562.500	3.632.600	3.702.600
			2.942.500	15.125.400	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.511.300				2.511.300
2026	2.056.300		3.702.600		5.758.900
2027	2.591.300		3.772.600		6.363.900
2028			3.825.100		3.825.100
2029 ff.			3.825.100		3.825.100
Summen	7.158.900		15.125.400		22.284.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 03

Erläuterungen:

Zur Sicherstellung der Einstellungsbedarfe an Lehrkräften wurden gem. Kabinettsbeschluss vom 30.01.2018 die Kapazitäten für die erste Phase der Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität von 130 auf 200 angehoben. Die Mehrbedarfe (70 Studienplätze) werden seit Beginn des Wintersemesters 2018 durch das Land finanziert. Bis zum HHJ 2022 wurde pro Studienanfänger von durchschnittlichen Kosten in Höhe von 6.500 EUR pro Jahr ausgegangen. In Abstimmung mit dem MWU hat die MLU ein Berechnungsmodell für die spezifischen fachbezogenen Kosten in der Lehrerbildung entwickelt und quantitativ auf die bestehenden Lehramtsstudiengänge angewendet. Im Ergebnis zeigt sich, dass eine lehramtsspezifische Pauschale an der MLU eine Finanzierung von 30.000 EUR pro Studienplatz verlangt. Die Kostenermittlung für die MLU, als Modell für die Lehrerbildung im Land, wurde auf die OvGU übertragen. Ab dem HHJ 2023 wurde der Mehrbedarf für die zusätzlichen Kapazitäten daher auf der Grundlage des Berechnungsmodells der MLU ermittelt, das entspricht durchschnittlichen Kosten in Höhe von 7.500 EUR pro Studienanfänger und Jahr.

Im Ergebnis des Bildungsgipfels vom 19.01.2023 wurden an der Universität Magdeburg im bisherigen Fächerangebot die Kombinationsmöglichkeiten im Lehramtsstudium weiter flexibilisiert sowie eine strukturgerechte Erweiterung des Angebots vorgenommen. Das Fach Chemie wird dauerhaft als Unterrichtsfach angeboten und befristet für die Phase des erhöhten Lehrereinstellungsbedarfs auch für die Lehrämter an Sekundarschulen und an Gymnasien geöffnet, analog zu Mathematik und Physik.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Der Mehrbedarf für die befristete Erhöhung der Kapazität von 130 auf 200 Lehramtsstudienplätze an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ist Gegenstand der neuen mehrjährigen Zielvereinbarung 2025-2029. Zur Haushaltsvorsorge wird eine VE im HHJ 2025 ausgebracht. Es handelt sich um eine Planungsgröße für die Jahre 2026 bis 2029.

685 04	133	Zuschuss für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen	2.403.200	291.300	2.059.600
			2.846.332	0	0

Erläuterungen:

Die auf der Grundlage der Spitzrechnung der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025 ermittelten Mehrbedarfe wurden für das Jahr 2025 bereits in das Budget der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg überführt.

Die Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen auf Grund künftiger Tarifabschlüsse werden für die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg im Einzelplan 06 in Höhe von 100 % der Tarifvorsorge bei einer unterstellten Tarifierhöhung von 2,0 % veranschlagt. Die Ausreichung der budgeterhöhenden Zuschüsse erfolgt auf der Grundlage einer Spitzabrechnung zum dann vorliegenden Tarifabschluss.

685 06	133	Inflationsausgleich	880.500	218.000	436.000
			704.400	3.052.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.056.600			1.056.600
2026		1.232.700	436.000		1.668.700
2027		1.408.800	654.000		2.062.800
2028		3.345.900	872.000		4.217.900
2029 ff.			1.090.000		1.090.000
Summen		7.044.000	3.052.000		10.096.000

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt gewährt den Hochschulen einen pauschalen Inflationsausgleich i.H.v. 1% der durchschnittlichen Sachausgaben (HGr. 5 WPL) und der durchschnittlichen Ausgaben für Zuschüsse (HGr. 6 WPL) aus der Zielvereinbarungsperiode (2020-2024), der jährlich kumulierend ausgereicht wird.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Die Gewährung eines angemessenen Inflationsausgleiches wird weiterhin Gegenstand der neuen Zielvereinbarung sein. Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 11 **Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

894 02	133	Zuschuss Investitionen	2.000.000	2.000.000	2.000.000
			2.000.000	0	0

Erläuterungen:

Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.

894 03	133	Zuschuss zum Ausbau der digitalen Ausstattung von Hörsälen, Seminar-, Beratungs- und sonstigen Lehrräumen	0	0	0
			4.667.500	0	0

Titelgruppe(n)

91 Planstellen und Stellen im Globalhaushalt

422 91	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0

428 91	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

92 Personalstellenpool für zusätzliche unbefristete Stellen im Globalhaushalt

****** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Zur flexiblen Gestaltung der Stellenbewirtschaftung können die Hochschulen zusätzliche unbefristete Stellen im Tarfbereich im Umfang von maximal 25 % der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel in der Stellenübersicht bei Titel 428 92 ausbringen. Die vollumfängliche und nachhaltige Finanzierungsverantwortung obliegt dabei den Hochschulen.

428 92	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 92			0	0	0
				0	0

96 Stellenüberhang

****** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

******* Kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls bestimmt sich durch die beim kw-Vermerk dargestellte Erläuterung.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 11 **Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

1. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 15.06.2004 das Hochschulstrukturkonzept der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg vom 04.06.2004 bestätigt. Danach wird die Universität unter Beachtung der Zielvereinbarung durch Profilierung, Schwerpunktbildung und Konzentration der Angebotsstrukturen die Leistungsfähigkeit erhöhen und ihre Tätigkeit effizienter gestalten. Sich ergebende Effizienzrenditen werden auch zum Personalabbau genutzt. Diese Regelung hat auch Bestandskraft nach der Verabschiedung der Landeshochschulstrukturplanung im Jahr 2014.
Die Universität hat in Umsetzung des o. g. Hochschulstrukturkonzeptes das der TGr. 96 zugeordnete Überhangpersonal vollständig abgebaut.

2. Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029 Anlage 2 Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen ist die Hochschule zu notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen während der Umsetzung des Hochschulstrukturplanes ermächtigt.

422 96	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 96	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
429 96	133	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 11 **Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	109.018.600	113.619.300	115.675.600
			464.087.000	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.000.000	2.000.000	2.000.000
			0	0
Gesamtausgabe		111.018.600	115.619.300	117.675.600
Gesamtsumme der VE			464.087.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-111.018.600	-115.619.300	-117.675.600

Wirtschaftsplan
der
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
für 2025/2026

Vorwort zum Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan enthält alle zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg für die entsprechend der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 zu erfüllenden Aufgaben und zu erbringenden Leistungen. Die Haushaltsführung erfolgt nach der im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Veranschlagungssystematik.

Neben den allgemeinen Regelungen der Haushaltsführung des Landes gelten für die Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben die in den Zielvereinbarungen 2025-2029 ausgewiesenen Bewirtschaftungsregelungen:

Dies sind insbesondere:

Die von der Hochschule nach Maßgabe des jeweils geltenden Hochschulgesetzes und eventuell auf der Grundlage des Allgemeinen Verwaltungskostenverfahrensgesetzes erhobenen Gebühren und Entgelte stehen der Hochschule zusätzlich zum Budget als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung.

Mehrausgaben sind durch Einsparungen aus dem verfügbaren Gesamtbudget zu erwirtschaften.

Vom Grundsatz der Gesamtdeckung ausgenommen sind die durch gesonderten Haushaltsvermerk im Wirtschaftsplan der Hochschule ausgewiesenen Haushaltsstellen (z. B. projektgebunden zugewiesene Mittel und Drittmittel). Die zweckgebundenen Projektzuweisungen werden mit Auflagen zur Qualitätssicherung und -kontrolle verbunden.

Dem Grundsatz der Selbstversicherung entsprechend versichert das Land seine Risiken für Schäden und Vermögen nicht und trägt im Schadensfall die entstehenden Kosten aus Haushaltsmitteln (vgl. VV Nr. 11 zu § 34 LHO). An der Hochschule anfallende Ausgaben für Schadensfälle werden bis zu insgesamt 25.000 Euro im Haushaltsjahr aus dem Budget finanziert. Nachweise der Schadensfälle einschließlich der vorgenommenen Regressprüfungen werden im Rahmen der Rechnungslegung festgestellt.

Am Jahresende nicht in Anspruch genommene Haushaltsmittel (Zuweisungen zum Budget, sonstige Einnahmen und vorhabenbezogen zugewiesene Haushaltsmittel) werden von der Hochschule innerhalb der Laufzeit der Zielvereinbarung in voller Höhe in das Folgejahr übertragen und stehen ihr uneingeschränkt mit Beginn des neuen Haushaltsjahres für die jeweilige Zweckbestimmung zur Verfügung. Die Übertragung der nicht verbrauchten Mittel erfolgt zum Jahresabschluss ausgabeseitig als Übertrag in das Folgejahr und einnahmeseitig als Übertrag aus dem Vorjahr bei den entsprechenden Haushaltsstellen im Wirtschaftsplan der Hochschule.

Land und Hochschule bekennen sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Hochschulentwicklung und verpflichten sich, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Förderprogramme des Bundes, der EU und anderer Förderinstitutionen mitzufinanzieren. Land und Hochschule stimmen Näheres im Einzelfall ab.

In entsprechender Anwendung des § 25 Abs. 3 LHO gleicht die Hochschule Überschreitungen der verfügbaren Ausgaben im Vereinbarungszeitraum vollständig aus.

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0611 Titel 685 04 getroffen worden.

Von haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen gemäß § 41 LHO und sonstigen vom Ministerium der Finanzen erlassenen haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen, soweit sie für den übrigen Bereich des Landeshaushalts allgemein in Kraft treten, ist die Hochschule befreit.

Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	EINNAHMEN				
111 01	Gebühren, sonstige Entgelte	228.358	225.000	225.000	225.000
	Erläuterungen:				
	1. Gebühren für Bibliotheksnutzung	26.347	55.000	35.000	35.000
	2. Sonstige Gebühren	44.162	55.000	55.000	55.000
	3. Studiengebühren	157.849	115.000	135.000	135.000
	Summe	228.358	225.000	225.000	225.000
119 01	Einnahmen aus Nebentätigkeit	54	5.000	5.000	5.000
119 31	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	0	0	0	0
119 51	Vermischte Einnahmen	330.788	50.000	50.000	250.000
124 01	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	177.968	130.000	130.000	130.000
	Erläuterungen:				
	1. Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0	0
	2. Mietwohnungen und Einzelräume	0	0	0	0
	3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	177.968	0	0	0
	4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0	0
	5. Sonstige Mieten und Pachten	0	130.000	130.000	130.000
	Summe	177.968	130.000	130.000	130.000
125 01	Erlöse aus Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	0	0	0	0
125 42	Einnahmen aus Mehrwertsteuer * Vgl. K-Vermerk zu Titel 54201	0	0	0	0
132 01	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0	0	0	0
132 02	Erlöse aus Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	74.322	15.000	15.000	15.000
232 01	Zuschuss des Landes – Epl. 06 / Grundbudget	101.975.074	102.625.100	111.477.400	111.477.400
232 01	Zuschuss des Landes – Epl. 06/ Sonderzuschuss Inflation	0	1.547.300	0	0
232 02	Zuschuss des Landes für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen / Epl. 06 (bis 2014 Epl. 13)	0	2.403.200	291.300	2.059.600
232 03	Zuschuss für zusätzliche Kapazitäten in der Lehramtsausbildung	2.942.500	3.562.500	3.632.600	3.702.600
232 04	Zuschuss Corona-Sonderzahlung	0	0	0	0
232 08	Zuschuss zur Kompensation der Energiekostenentwicklung	4.520.000	0	0	0
235 01	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0	0
235 02	Sonstige Zuweisungen der BfA für Schwerbehinderte	1.944	0	0	0
235 05	Sonstige Zuweisungen der BfA zur Regelung der Altersteilzeit	0	0	0	0
235 06	Sonstige Zuweisungen – Inflationsrate	704.400	880.500	218.000	436.000
235 07	Zuschuss zur anteiligen Kompensation der Langzeitstudiengebühren	0	0	0	
351 01	Entnahme aus der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage	0	5.230.000	3.355.000	1.535.000
389 01	Übertrag aus Vorjahr	17.734.193	0	0	0

Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Erläuterungen: Bestandsübertrag der nicht verbrauchten Mittel aus dem Vorjahr				
389 03	Übertrag für die Rückflüsse 2025 an den Landeshaushalt	0	0	5.665.730	0
	Titelgruppe(n)				
81	Drittmittelforschung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81				
282 81	Einnahmen für Drittmittelforschung	37.052.705	0	0	0
389 81	Übertrag aus Vorjahr	30.493.254	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	67.545.959	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82				
119 82	Sonstige zweckgebundene Einnahmen	5.221.183	0	0	0
389 82	Übertrag aus dem Vorjahr	3.286.477	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	8.507.660	0	0	0
83	Steuerpflichtige Drittmittelforschung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83				
125 83	Einnahmen für Auftragsforschung	0	0	0	0
282 83	Zuschüsse für Auftragsforschung	2.687.027	0	0	0
389 83	Übertrag aus dem Vorjahr	6.167.478	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	8.854.505	0	0	0
84	Sonstige steuerpflichtige zweckgebundene Mittel *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84				
119 84	Sonstige steuerpflichtige zweckgebundene Einnahmen	9.759.770	0	0	0
125 84	Einnahmen aus Umsatzsteuer	0	0	0	0
389 84	Übertrag aus dem Vorjahr	9.707.376	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	19.467.146	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes und des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken				
231 90	Zuweisungen aus dem Hochschulpakt	1.638.314	0	0	0
	Zuweisungen aus dem ZSL*	7.894.926	0	0	0
	*Zusätzlich enthaltene Bundesmittel in Höhe von 54.000 € für die Umsetzung Projekt LAW (Learning Agreement Websystem)				
389 90	Übertrag aus dem Vorjahr Hochschulpakt	9.324.502	0	0	0
	Übertrag aus dem Vorjahr ZSL	1.184.058	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90	20.041.800	0	0	0
	AUSGABEN				
422 01	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen u. Beamten	0	0	0	0

Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Erläuterungen:				
	1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Ge- setz beruhender Zulagen und Leistungen	0	0	0	0
	2. Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
	3. Sonstige Leistungen	0	0	0	0
	4. Zuweisungen aus Epl. 13 / Tarifvorsorge	0	0	0	0
	Summe	0	0	0	0
422 05	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0	0	0	0
427 01	Beschäftigungsentgelte für Vertretungskräfte und Aushilfskräfte	319.315	427.500	347.500	347.500
427 02	Vergütungen an Praktikanten	0	0	0	0
427 21	Entschädigung für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	239.859	227.000	242.000	242.000
427 39	Beschäftigungsentgelt für Ersatzkräfte von Landesbediensteten im Mutterschutz	0	0	0	0
428 01	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Altersversorgung	0	0	0	0
	2. Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
	3. Sonstige Leistungen	0	0	0	0
	4. Zuweisungen aus Epl.13 / Tarifvorsorge	0	0	0	0
	Summe	0	0	0	0
428 03	Entgelte der ständig nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	585.102	631.900	652.000	665.000
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte der ständig nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	585.102	613.500	649.800	652.000
	2. Vorsorge für Tariferhöhungen (100 v. H.)	0	18.400	2.200	15.200
	davon: Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04	0	0	2.200	15.200
	(bis 2018 i. H. v. 90 v.H.)				
	Summe	585.102	631.900	652.000	665.000
443 01	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen ärztlichen Diensten	101.558	110.000	110.000	110.000
511 01	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.446.277	1.719.500	1.725.200	1.574.500
	Erläuterungen:				
	1. Geschäftsbedarf	63.606	75.000	75.000	74.000
	2. Kommunikation	176.285	300.000	200.000	200.000
	3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	916.005	1.110.500	1.150.200	1.000.500
	4. Sonstiges	290.381	234.000	300.000	300.000
	Summe	1.446.277	1.719.500	1.725.200	1.574.500
514 01	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	125.493	161.000	137.000	137.000
	Erläuterungen:				
	1. Haltung von Fahrzeugen	14.751	25.000	17.500	17.500
	2. Dienst- und Schutzbekleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	91.956	131.000	102.000	102.000

Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	3. Verbrauchsmittel	16.191	5.000	17.500	17.500
	4. Sonstiges	2.595	0	0	0
	Summe	125.493	161.000	137.000	137.000
	Bestand an Dienstfahrzeugen	V-Ist 2023	2024 Erforderlich	2025 Erforderlich	2026 Erforderlich
	Personenkraftwagen	4	5	4	4
	Lastkraftwagen	0	0	0	0
	Nutz- und Sonderfahrzeuge	11	13	11	11
	Davon: Anhänger	1	1	1	1
	Zusammen	15	18	15	15
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude u. Räume	10.956.368	13.084.800	12.660.000	12.500.000
	Erläuterungen:				
	1. Heizung	631.717	4.100.000	3.360.000	3.200.000
	2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	6.911.732	6.208.500	6.500.000	6.500.000
	3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	2.342.030	2.000.000	2.000.000	2.000.000
	4. Bewachungskosten	983.779	675.000	700.000	700.000
	5. Sonstiges	87.110	101.300	100.000	100.000
	Summe	10.956.368	13.084.800	12.660.000	12.500.000
518 01	Mieten und Pachten	377.791	405.500	405.500	405.500
	Erläuterungen:				
	1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	252.697	315.000	315.000	315.000
	2. Für Geräte, Maschinen, Fahrzeuge	113.269	50.500	50.500	50.500
	3. Für Leasing	11.825	40.000	40.000	40.000
	Summe	377.791	405.500	405.500	405.500
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.638.808	2.750.000	1.841.300	1.585.000
	Erläuterungen:				
	1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	1.638.808	2.750.000	1.841.300	1.585.000
	2. Gemietete und gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0	0
	Summe	1.638.808	2.750.000	1.841.300	1.585.000
519 04	Bauunterhaltung	0	0	0	
523 01	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen, Bibliotheken	1.651.809	1.900.000	2.250.000	2.250.000
	Erläuterungen:				
	1. Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	1.651.809	1.900.000	2.250.000	2.250.000
	2. Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände		0	0	0
	3. Einbände		0	0	0
	Summe	1.651.809	1.900.000	2.250.000	2.250.000
525 01	Aus- und Fortbildung	196.801	203.400	204.900	204.900
526 01	Gerichts- und ähnliche Kosten	75.681	70.600	71.100	71.100
527 01	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	68.386	80.700	71.700	71.700
527 03	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	6.377	4.000	4.000	4.000
529 01	Verfügungsmittel der Hochschulleitung	1.500	1.500	1.500	1.500
531 01	Veröffentlichungen	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	1. Amtliche Druckwerke	0	0	0	0
	2. Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0	0

Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0	0	0
	4. Sonstige Veröffentlichungen	0	0	0	0
	Summe	0	0	0	0
532 01	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	97.648	414.800	415.800	415.800
533 01	Dienstleistungen Außenstehender	105.455	201.700	128.700	108.700
536 01	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	57.935	90.600	61.600	61.600
537 01	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	103.009	86.100	111.300	86.300
542 01	Umsatzsteuer *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 42.	0	0	0	0
546 59	Vermischte Verwaltungsausgaben	559.510	769.200	1.109.200	536.400
	Erläuterungen:				
	1. Ersatz von Aufwendungen für Vorstellungsreisen	0	0	0	0
	2. Sonstige vermischte Verwaltungsausgaben	559.510	769.200	1.109.200	536.400
	Summe	559.510	769.200	1.109.200	536.400
681 01	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	200	0	0	0
681 04	Forschungs- und Fakultätspreise	19.805	11.400	26.500	26.500
711 01	Kleine Neu- um- und Erweiterungsbauten	539.830	0	0	0
811 01	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0	0
811 06	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0	50.000	50.000	50.000
	Erläuterungen:				
	Multicar M 27 2.0 C mit Ladekran	0	50.000	0	0
	Multicar			50.000	50.000
	Summe	0	50.000	50.000	50.000
812 15	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und sonstigen beweglichen Sachen	659.090	400.000	400.000	400.000
	Erläuterungen:				
	Erneuerung USV-Anlage	155.899	190.000	190.000	190.000
	Sonstige	245.879	0	0	0
	TK-Anlage - Lizenzen	8.517	60.000	60.000	60.000
	Erneuerung Brandmeldeanlage	96.312	0	0	0
	Lüftungsanlagen Hörsäle	152.483	150.000	150.000	150.000
	Summe	659.090	400.000	400.000	400.000
911 01	Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage	3.500.000	0	0	0
989 01	Übertrag in das Folgejahr	20.309.334	0	0	0
	Erläuterung:				
	Bestandsübertrag der nicht verbrauchten Mittel in das Folgejahr				
989 02	Coronasolidaritätsbeitrag	0	0	0	0
989 03	Rückflüsse 2025 an den Landeshaushalt	0	0	5.665.730	0
	Titelgruppe(n)				
69	Beschäftigungsentgelte wiss. Personal und studentische Hilfskräfte / Gastprofessoren / Gastvorträge				

Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
427 69	Entgelte f. wiss. und stud. Hilfskräfte sowie für Gastprofessoren und Dozenten	1.278.338	1.263.100	1.263.100	1.263.100
	Erläuterungen:				
	1. Wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte	1.278.338	1.263.100	1.263.100	1.263.100
	2. Gastprofessoren	0	0	0	0
	Summe	1.278.338	1.263.100	1.263.100	1.263.100
429 69	Vergütung für Gastvorträge	16.529	50.000	50.000	50.000
	Nachrichtlich: Summe TGr. 69	1.294.867	1.313.100	1.313.100	1.313.100
70	Gleichstellungsbeauftragte				
429 70	Nicht aufteilbare Personalausgaben	630	0	0	0
511 70	Geschäftsbedarf	2.433	0	0	0
525 70	Aus- und Fortbildung	1.539	0	0	0
547 70	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	3.000	3.000	3.000
	Nachrichtlich: Summe TGr. 70	4.602	3.000	3.000	3.000
71	Lehre und Forschung				
511 71	Geschäftsbedarf, Kommunikation sowie Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	2.496.798	2.622.200	2.522.600	2.492.500
	Erläuterungen:				
	1. Geschäftsbedarf	92.678	127.500	122.600	122.500
	2. Kommunikation	218.108	114.700	220.000	220.000
	3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.996.794	2.380.000	2.180.000	2.150.000
	4. Sonstiges	189.218	0	0	0
	Summe	2.496.798	2.622.200	2.522.600	2.492.500
514 71	Kleingeräte und Verbrauchsmittel für die Forschung	484.952	488.900	493.900	493.900
	Erläuterungen:				
	1. Verbrauchsmaterialien	469.756	403.400	443.900	443.900
	2. Kleingeräte	15.196	85.500	50.000	50.000
	Summe	484.952	488.900	493.900	493.900
518 71	Mieten und Pachten	288.124	259.100	306.600	306.600
	Erläuterungen:				
	1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	0	0	0	0
	2. Für Geräte, Maschinen, Fahrzeuge	288.124	259.100	306.600	306.600
	3. Für Leasing	0	0	0	0
	Summe	288.124	259.100	306.600	306.600
525 71	Aus- und Fortbildung	175.941	254.000	196.500	196.500
	Erläuterungen:				
	1. Lehrbücher	77.599	119.000	91.500	91.500
	2. Gerätschaften	27.840	35.000	30.000	30.000
	3. Verbrauchsstoffe	46.243	80.000	50.000	50.000
	4. Weiterbildung	24.259	20.000	25.000	25.000
	Summe	175.941	254.000	196.500	196.500
527 71	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	872.457	937.600	897.200	897.200

Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
533 71	Dienstleistungen Außenstehender	14.603	0	0	0
534 71	Zuschüsse zu Exkursionen und Fachpraktika	20.006	62.400	28.400	28.400
535 71	Beteiligungen an Messen und Ausstellungen	20.025	42.000	22.500	22.500
547 71	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	910.272	719.100	866.100	766.100
681 71	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	40.271	0	40.000	40.000
812 71	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	3.607.993	1.500.000	1.500.000	1.500.000
	Erläuterungen: Weitere Vervollständigung der Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der Erwerb von Geräten in Lehre und Forschung				
	Nachrichtlich: Summe TGr. 71	8.931.443	6.885.300	6.873.800	6.743.700
77	Pflege internationaler Beziehungen				
547 77	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	29.897	47.800	33.300	33.800
681 77	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen *** Ausgaben können auch für Billigkeitsleistungen gem. § 53 LHO geleistet werden.	14.644	21.500	16.900	17.300
	Nachrichtlich: Summe TGr. 77	44.541	69.300	50.200	51.100
81	Drittmittelforschung * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist- Einnahmen bei Titel 282 81 und Titel 389 81				
429 81	Nicht aufteilbare Personalausgaben	26.519.133	0	0	0
547 81	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.769.748	0	0	0
681 81	Stipendien	170.663	0	0	0
685 81	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	12.400	0	0	0
711 81	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0	0
812 81	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	1.095.074	0	0	0
989 81	Übertrag in das Folgejahr	37.978.941	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	67.545.959	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist- Einnahmen bei Titel 119 82 und bei Titel 389 82				
429 82	Nicht aufteilbare Personalausgaben	2.492.011	0	0	0
547 82	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	841.670	0	0	0
681 82	Stipendien	1.933.000	0	0	0
685 82	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0
711 82	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0	0
812 82	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	129.112	0	0	0

Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
989 82	Übertrag in das Folgejahr	3.111.867	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	8.507.660	0	0	0
83	Steuerpflichtige Drittmittelforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei den Titeln 125 83, 282 83 und 389 83				
429 83	Nicht aufteilbare Personalausgaben	739.939	0	0	0
542 83	Umsatzsteuer	0	0	0	0
547 83	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	709.940	0	0	0
681 83	Stipendien	59.850	0	0	0
685 83	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0
812 83	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	3.478	0	0	0
989 83	Übertrag in das Folgejahr	7.341.298	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	8.854.505	0	0	0
84	Sonstige steuerpflichtige zweckgebundene Mittel * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei den Titeln 119 84, 125 84 und 389 84				
429 84	Nicht aufteilbare Personalausgaben	1.265.955	0	0	0
547 84	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	8.185.242	0	0	0
685 84	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0
812 84	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	284.484	0	0	0
989 84	Übertrag in das Folgejahr	9.731.465	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	19.467.146	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 (HSP) und des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken (ZSL)				
427 90	Entgelte für wissenschaftliche Hilfskräfte u. Sonstige HSP	3.331.371	0	0	0
	Entgelte für wissenschaftliche Hilfskräfte u. Sonstige ZSL	303.169	0	0	0
428 90	Entgelte für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen HSP	0	0	0	0
	Entgelte für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ZSL	3.973.304	0	0	0
429 90	Nicht aufteilbare Personalausgaben HSP	0	0	0	0
	Nicht aufteilbare Personalausgaben ZSL	467.882	0	0	0
547 90	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben HSP	2.038.307	0	0	0
	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ZSL	1.221.557	0	0	0
681 90	Stipendien HSP	0	0	0	0
	Stipendien ZSL	0	0	0	0
711 90	Kleine Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten HSP	0	0	0	0
	Kleine Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten ZSL	0	0	0	0
712 90	Große Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten HSP	5.472.391	0	0	0
	Große Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten ZSL	0	0	0	0
812 90	Erwerb von Geräten HSP	120.747	0	0	0
	Erwerb von Geräten ZSL	0	0	0	0

Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
989 90	Übertrag in das Folgejahr HSP	0	0	0	0
	Übertrag in das Folgejahr ZSL	3.113.072	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90 Bundesmittel - HSP	10.962.816	0	0	0
	TGr. 90 Bundesmittel – ZSL*	9.078.984			
	* ZSL – Zusätzlich enthaltene Bundesmittel in Höhe von 54.000 € für die Umsetzung Projekt LAW (Learning Agreement Websystem)				
	*Im Jahr 2023 sind aus den folgenden Haushaltsstellen Landesmittel zur Umsetzung des Hochschulpakts 2020/ Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken eingesetzt worden:				
	Nachweis Mitteleinsatz zur Gegenfinanzierung:				
	Titel	Ist 2023			
	428 91	14.292.949			
	Summe	14.292.949			
	Übersicht über die Festlegung der Hochschule zur geplanten Verwendung der übertragenen Bundesmittel	Übertrag 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
	konsumtiv		3.113.072	0	0
	darunter Personal		3.113.072	0	0
	investiv		0	0	0
	nicht differenzierbar				
	Summe	3.113.072	3.113.072	0	0
91	Planstellen und Stellen im Globalhaushalt				
422 91	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	15.334.492	16.477.200	16.566.300	16.897.600
	Erläuterungen:				
	1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	15.334.492	15.997.300	16.511.700	16.566.300
	2. Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
	3. Sonstige Leistungen	0	0	0	
	4. 100 % Vorsorge für Besoldungsanpassungen	0	479.900	54.600	385.900
	davon: Zuweisungen aus Epl.06 / 685 04	0		54.600	385.900
	(bis 2018 i. H. v. 90 v.H.)				
	Summe	15.334.492	16.477.200	16.566.300	16.897.600
428 91	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	56.025.745	66.300.900	71.199.300	72.623.300
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Altersversorgung	56.025.745	64.396.000	70.964.800	71.199.300
	2. Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
	3. Sonstige Leistungen	0	0	0	
	4. 100% Vorsorge für Besoldungsanpassungen	0	1.904.900	234.500	1.658.500
	davon: Zuweisungen aus Epl.06 / 685 04	0		234.500	1.658.500
	(bis 2018 i. H. v. 90 v.H.)				
	Summe	56.025.745	66.300.900	71.199.300	72.623.300
	Nachrichtlich: Summe TGr. 91	71.360.237	82.778.100	87.765.600	89.520.900
428 92	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.280.693	0	0	0
96	Personalüberbestand/Stellen- und Personalabbau				

Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
422 96	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	0	0	0	0
	2. Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
	3. Sonstige Leistungen	0	0	0	0
	4. Vorsorge für Besoldungserhöhungen (100 v. H.)	0	0	0	0
	davon: Zuweisungen aus Epl.06 / 685 04	0	0	0	0
	(bis 2018 i. H. v. 90 v. H.)				
	Summe	0	0	0	0
428 96	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte einschl. Zulagen u. Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Altersversorgung	0	0	0	0
	2. Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
	3. Sonstige Leistungen	0	0	0	0
	4. Vorsorge für Besoldungserhöhungen (100 v. H.)	0	0	0	0
	davon: Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04	0			
	(bis 2018 i. H. v. 90 v.H.)				
	Summe	0	0	0	0
429 96	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung ab 2020	1.730.362	1.344.600	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 96	1.730.362	1.344.600	0	0
99	Kosten f. Information und Kommunikation				
511 99	Geschäftsbedarf, Kommunikation sowie Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte u. Gebrauchsgegenstände	289.683	421.000	300.300	280.000
	Erläuterungen:				
	1. Wartung und Instandhaltung	241.425	351.000	245.300	230.000
	2. Personalcomputer u. a. EDV-Geräte bis 5.000 EUR	35.162	50.000	40.000	35.000
	3. Software	13.096	20.000	15.000	15.000
	Summe	289.683	421.000	300.300	280.000
514 99	Verbrauchsmittel der maschinellen Aufbereitung	0	8.000	16.500	18.800
812 99	Erwerb von Ausrüstungsgegenständen	10.233	50.000	50.000	50.000
	Erläuterungen:				
	1. Erneuerung HISinOne Cluster (Beschaffung 2013)	0	50.000	50.000	50.000
	2. Verwaltungsserver (Oracle)	10.233			
	Summe	10.233	50.000	50.000	50.000
	Nachrichtlich: Summe TGr. 99*	299.916	479.000	366.800	348.800

Titel	Zweckbestimmung	Ist	WPL	Ansatz	Ansatz
Titelgruppe		2023	2024	2025	2026
		EUR	EUR	EUR	EUR

- * 1. Zusätzlich zum Ist des Jahres 2023 sind aus den folgenden Haushaltsstellen Ausgaben für IT getätigt worden:

511 71	1.498.891
514 71	11.046
525 71	22.332
547 71	10.495
812 71	819.040

2. Bei Bedarf kann die Hochschule ergänzend zu den Planansätzen der Jahre 2025 und 2026 in Umsetzung des flexiblen Einsatzes des Globalbudgets aus den folgenden Haushaltsstellen Mittel für IT verausgaben:
Kapitel 0611, WPL TGr. 71 (511 71, 514 71, 525 71, 547 71, 812 71).

Gesamtübersicht über die Einnahmen und
Ausgaben im Wirtschaftsplan

		Ist 2023 EUR	WPL 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Einnahmen				
HGr. 1	Eigene Einnahmen	15.792.443	425.000	425.000	625.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen	159.416.890	111.018.600	115.619.300	117.675.600
HGr. 3	Besondere Finanzierungseinnahmen	77.897.338	5.230.000	9.020.730	1.535.000
	Einnahmen gesamt	253.106.671	116.673.600	125.065.030	119.835.600
	Ausgaben/Betrieb				
HGr. 4	Personalausgaben	116.005.385	86.832.200	90.430.200	92.198.500
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben	37.842.044	27.808.500	26.885.700	25.553.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse	2.250.833	32.900	83.400	83.800
	Ausgaben Betrieb	156.098.262	114.673.600	117.399.300	117.835.600
	Ausgaben Investitionen				
HGr. 7	Ausgaben für Baumaßnahmen	6.012.221	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.910.211	2.000.000	2.000.000	2.000.000
	Ausgaben Investitionen	11.922.432	2.000.000	2.000.000	2.000.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	85.085.977	0	5.665.730	0
	Ausgaben gesamt	253.106.671	116.673.600	125.065.030	119.835.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

- *** 1. Die Ausgaben der Titel 685 02 und 894 02 sind gegenseitig deckungsfähig. Nicht verbrauchte Budgetmittel sind übertragbar, dies gilt auch für nicht verbrauchte Mittel aus Titel 685 06.
2. Die Hochschule kann auf die Erhebung von Einnahmen aus Veröffentlichungen in begründeten Fällen verzichten, insbesondere dann, wenn es sich um den länderübergreifenden Druckaustausch handelt.
3. Die Zahlungen zur Unterstützung und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen können im Wege der Billigkeit gewährt werden (Wirtschaftsplan).
4. Zweckgebundene Ausgaben, für die Mittel Dritter bereitgestellt werden, dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen geleistet werden und sind in den entsprechenden Titelgruppen des Wirtschaftsplanes nachzuweisen.

Erläuterungen:

Allgemeines

1. Mit der Konzentration auf vereinbarte Angebotsstrukturen, die in Abstimmung mit den anderen Hochschulen erfolgt ist, hat die Hochschule Magdeburg-Stendal (nachstehend Hochschule genannt) die Basis für den Ausbau ihres Profils geschaffen.

Die Hochschule verfügt mit den Fachbereichen

- Soziale Arbeit, Gesundheit und Medien,
 - Ingenieurwissenschaften / Industriedesign,
 - Wasser, Umwelt, Bau und Sicherheit am Standort Magdeburg sowie
 - Wirtschaft und
 - Angewandte Humanwissenschaften am Standort Stendal
- über ein profilbestimmendes Angebot in Lehre und Forschung.

Die Standorte sind besonders geeignet, eine die Ressourcen entlastende Kooperation zwischen den Hochschulen zu gestalten und die wissenschafts- und regionalpolitischen Anforderungen des Landes zu erfüllen. Forschung und Lehre werden unter Einbeziehung der Schwerpunkte interdisziplinär und fach- sowie hochschulübergreifend organisiert und durchgeführt.

2. Die Veranschlagung der Haushaltsmittel für die Jahre 2025/2026 erfolgt nach folgenden Prämissen:

Das Budget der Hochschule Magdeburg-Stendal wird auf der Grundlage der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 als Globalzuschuss veranschlagt.

Das Budget beinhaltet:

- den Zuschuss Betrieb (Titel 685 02): Dieser enthält Mittel in Höhe von 690.100 EUR für das Kompetenzzentrum Inklusive Bildung.
- den Inflationsausgleich (Titel 685 06) und
- den Zuschuss Investitionen (Titel 894 02).

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0615 Titel 685 04 getroffen worden.

3. Die veranschlagten Mittel werden der Hochschule gem. § 114 Abs. 3 HSG LSA als Globalzuschuss zugewiesen und gem. § 17a LHO unter Berücksichtigung der Regelungen der Zielvereinbarung bewirtschaftet.

Die Bewirtschaftung des Globalzuschusses durch die Hochschule erfolgt außerhalb des Landeshaushaltes. Die kassenmäßige Verwaltung der Mittel erfolgt in eigener Zuständigkeit auf der Basis des bestätigten Wirtschaftsplanes über die hochschuleigene Zahlstelle.

Die Steuerungselemente der Kostenrechnung, des Controllings und des Berichtswesens sind an der Hochschule eingeführt und werden weiterentwickelt.

4. Die abzubauenen Stellen/Planstellen werden dienststellenbezogen konkret in der Titelgruppe 96 - Stellenüberhang - ausgewiesen. Die finanziellen Mittel hierzu sind im Wirtschaftsplan veranschlagt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Hochschule Magdeburg-Stendal

	Ist-Betrag 2023 (einschl. Drittmittel)	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben (HGr. 4)	36.414.865	27.408.600	31.098.800	32.490.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben (HGr. 5)	9.867.373	6.230.400	6.296.700	5.548.400
3. Zuschüsse für laufende Zwecke (HGr. 6)	1.876.603	0	0	0
4. Investitionen (HGr. 7; 8)	2.228.875	300.000	300.000	300.000
5. Bes. Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	19.134.148	0	678.410	0
Zusammen	69.521.863	33.939.000	38.373.910	38.338.400
Einnahmen				
eigene Einnahmen (HGr. 1; 2; 3)	36.002.718	67.500	2.745.910	2.067.500
Mithin Landeszuschuss gesamt	33.519.145	33.871.500	35.628.000	36.270.900
Davon:				
Zuschuss aus Kapitel 0615 Titel 685 02	31.938.345	32.496.900	35.171.500	35.171.500
Zuschuss aus Kapitel 0615 Titel 685 04	0	775.100	90.800	668.000
Zuschuss aus Kapitel 0615 Titel 685 06	239.600	299.500	65.700	131.400
Zuschuss aus Kapitel 0615 Titel 894 02	300.000	300.000	300.000	300.000
Zuschuss aus Kapitel 0602 Titel 685 33	1.041.200	0	0	0
Nachrichtlich: im Zuschuss/Titel 685 02 enthaltene Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025			2.339.500	2.339.500

Übersicht über die Festlegung der Hochschulen zur geplanten Verwendung der übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mittel (ohne Drittmittel) aus dem (den) Vorjahr(en) / hier: Bestandsveränderung der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage

	V – Ist 2024	WPL 2025	WPL 2026	MFP 2027	MFP 2028	MFP 2029
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		Entnahme aus der Ausgleichsrücklage				
1. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum 01.01.2024	6.013.300					
2. Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage im Rahmen der HH-Durchführung 2024 aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem Vorjahr (2023)						
3. Entnahme aus der hochschul- eigenen Ausgleichsrücklage an den Hochschulhaushalt im Finanzplanungszeitraum	0	-2.000.000	-2.000.000	-2.013.300		
4. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum Jahresende	6.013.300	(4.013.300)	(2.013.300)	(0)	(0)	(0)

Die Zuführungen und Abführungen von übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem (den) Vorjahr(en) an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage werden von der Hochschule gem. § 114 HSG LSA i. V. mit den § 25, 62 LHO im Rahmen der Haushaltsdurchführung vorgenommen.
Darüber hinaus stehen die aus dem Vorjahr übertragenen Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung zur Verfügung.

Ausgaben

685 02	133	Zuschuss Betrieb	32.496.900	35.171.500	35.171.500
			31.938.345	141.886.000	0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 15 **Hochschule Magdeburg-Stendal**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

*** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten der Titel 685
02 und 894 02
eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		33.585.000			33.585.000
2026		33.585.000	35.471.500		69.056.500
2027		33.585.000	35.471.500		69.056.500
2028		67.170.000	35.471.500		102.641.500
2029 ff.			35.471.500		35.471.500
Summen		167.925.000	141.886.000		309.811.000

Erläuterungen:

1. Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Hochschule Magdeburg-Stendal. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.
2. Der Ansatz 2025 berücksichtigt die Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung i.H.v. 2.339.500 EUR zzgl. des Differenzbetrags zu den im HH 2024 bereits im Budget enthaltenen Tarifmitteln i.H.v. 35.600 EUR.
3. Der von 2020-2024 vom Land an die Hochschule Magdeburg-Stendal gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 299.500 EUR wurde in den Zuschuss Betrieb überführt.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

685 04	133	Zuschuss für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen	775.100	90.800	668.000
			826.579	0	0

Erläuterungen:

Die auf der Grundlage der Spitzrechnung der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025 ermittelten Mehrbedarfe wurden für das Jahr 2025 bereits in das Budget der Hochschule Magdeburg-Stendal überführt.
Die Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen auf Grund künftiger Tarifaabschlüsse werden für die Hochschule Magdeburg-Stendal im Einzelplan 06 in Höhe von 100 % der Tarifvorsorge bei einer unterstellten Tarifierhöhung von 2,0 % veranschlagt. Die Ausreichung der budgeterhöhenden Zuschüsse erfolgt auf der Grundlage einer Spitzabrechnung zum dann vorliegenden Tarifaabschluss.

685 06	133	Inflationsausgleich	299.500	65.700	131.400
			239.600	919.800	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		359.400			359.400
2026		419.300	131.400		550.700
2027		479.200	197.100		676.300
2028		1.138.100	262.800		1.400.900
2029 ff.			328.500		328.500
Summen		2.396.000	919.800		3.315.800

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 15 Hochschule Magdeburg-Stendal

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 06

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt gewährt den Hochschulen einen pauschalen Inflationsausgleich i.H.v. 1% der durchschnittlichen Sachausgaben (HGr. 5 WPL) und der durchschnittlichen Ausgaben für Zuschüsse (HGr. 6 WPL) aus der Zielvereinbarungsperiode (2020-2024), der jährlich kumulierend ausgereicht wird.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Die Gewährung eines angemessenen Inflationsausgleiches wird weiterhin Gegenstand der neuen Zielvereinbarung sein. Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

894 02	133	Zuschuss Investitionen	300.000	300.000	300.000
			300.000	0	0

Erläuterungen:

Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Hochschule Magdeburg-Stendal. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.

894 03	133	Zuschuss zum Ausbau der digitalen Ausstattung von Hörsälen, Seminar-, Beratungs- und sonstigen Lehrräumen	0	0	0
			520.000	0	0

Titelgruppe(n)

91 Planstellen und Stellen im Globalhaushalt

422 91	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0

428 91	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

92 Personalstellenpool für zusätzliche unbefristete Stellen im Globalhaushalt

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Zur flexiblen Gestaltung der Stellenbewirtschaftung können die Hochschulen zusätzliche unbefristete Stellen im Tarifbereich im Umfang von maximal 25 % der Drittmittel und Zukunftsmittel in der Stellenübersicht bei Titel 428 92 ausbringen. Die vollumfängliche und nachhaltige Finanzierungsverantwortung obliegt dabei den Hochschulen.

428 92	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 92			0	0	0
				0	0

96 Stellenüberhang

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls bestimmt sich durch die beim kw-Vermerk dargestellte Erläuterung.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 15 **Hochschule Magdeburg-Stendal**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

1. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 15.06.2004 das Hochschulstrukturkonzept der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) vom 24.03.2004 bestätigt. Danach wird die Fachhochschule (jetzt Hochschule Magdeburg-Stendal) unter Beachtung der Zielvereinbarung durch Profilierung, Schwerpunktbildung und Konzentration der Angebotsstrukturen die Leistungsfähigkeit erhöhen und ihre Tätigkeit effizienter gestalten. Sich ergebende Effizienzrenditen werden auch zum Personalabbau genutzt. Diese Regelung hat auch Bestandskraft nach der Verabschiedung der Landeshochschulstrukturplanung im Jahr 2014. In den Jahren 2006 bis 2024 sind von 10 kw-Stellen 7 abgebaut worden. Ab 2025 sind noch 3 Stellen abzubauen.

2. Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029 Anlage 2 Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen ist die Hochschule zu notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen während der Umsetzung des Hochschulstrukturplanes ermächtigt.

422 96	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 96	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
429 96	133	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 15 **Hochschule Magdeburg-Stendal**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	33.571.500	35.328.000	35.970.900
			142.805.800	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	300.000	300.000	300.000
			0	0
Gesamtausgabe		33.871.500	35.628.000	36.270.900
Gesamtsumme der VE			142.805.800	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-33.871.500	-35.628.000	-36.270.900

Wirtschaftsplan
der
Hochschule Magdeburg-Stendal
für 2025/2026

Vorwort zum Wirtschaftsplan,

Der Wirtschaftsplan enthält alle zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben der Hochschule Magdeburg-Stendal für die entsprechend der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 zu erfüllenden Aufgaben und zu erbringenden Leistungen. Die Haushaltsführung erfolgt nach der im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Veranschlagungssystematik.

Neben den allgemeinen Regelungen der Haushaltsführung des Landes gelten für die Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben die in den Zielvereinbarungen 2025-2029 ausgewiesenen Bewirtschaftungsregelungen.

Dies sind insbesondere:

Die von der Hochschule nach Maßgabe des jeweils geltenden Hochschulgesetzes und eventuell auf der Grundlage des Allgemeinen Verwaltungskostenverfahrensgesetzes erhobenen Gebühren und Entgelte stehen der Hochschule zusätzlich zum Budget als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung.

Mehrausgaben sind durch Einsparungen aus dem verfügbaren Gesamtbudget zu erwirtschaften.

Vom Grundsatz der Gesamtdeckung ausgenommen sind die durch gesonderten Haushaltsvermerk im Wirtschaftsplan der Hochschule ausgewiesenen Haushaltsstellen (z. B. projektgebunden zugewiesene Mittel und Drittmittel). Die zweckgebundenen Projektzuweisungen werden mit Auflagen zur Qualitätssicherung und -kontrolle verbunden.

Dem Grundsatz der Selbstversicherung entsprechend versichert das Land seine Risiken für Schäden und Vermögen nicht und trägt im Schadensfall die entstehenden Kosten aus Haushaltsmitteln (vgl. VV Nr. 11 zu § 34 LHO). An der Hochschule anfallende Ausgaben für Schadensfälle werden bis zu insgesamt 25.000 EUR im Haushaltsjahr aus dem Budget finanziert. Nachweise der Schadensfälle einschließlich der vorgenommenen Regressprüfungen werden im Rahmen der Rechnungslegung festgestellt.

Am Jahresende nicht in Anspruch genommene Haushaltsmittel (Zuweisungen zum Budget, sonstige Einnahmen und vorhabenbezogenen zugewiesenen Haushaltsmittel) werden von der Hochschule innerhalb der Laufzeit der Zielvereinbarung in voller Höhe in das Folgejahr übertragen und stehen ihr uneingeschränkt mit Beginn des neuen Haushaltsjahres für die jeweilige Zweckbestimmung zur Verfügung. Die Übertragung der nicht verbrauchten Mittel erfolgt zum Jahresabschluss ausgabeseitig als Übertrag in das Folgejahr und einnahmeseitig als Übertrag aus dem Vorjahr bei den entsprechenden Haushaltsstellen im Wirtschaftsplan der Hochschule.

Land und Hochschule bekennen sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Hochschulentwicklung und verpflichten sich, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Förderprogramme des Bundes, der EU und anderer Förderinstitutionen mitzufinanzieren. Land und Hochschule stimmen Näheres im Einzelfall ab.

In entsprechender Anwendung des § 25 Abs. 3 LHO gleicht die Hochschule Überschreitungen der verfügbaren Ausgaben im Vereinbarungszeitraum vollständig aus.

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0615 Titel 685 04 getroffen worden.

Von haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen gemäß § 41 LHO und sonstigen vom Ministerium der Finanzen erlassenen haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen, soweit sie für den übrigen Bereich des Landeshaushalts allgemein in Kraft treten, ist die Hochschule befreit.

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
EINNAHMEN					
119 05	Eigene Einnahmen gesamt	78.392	67.500	67.500	67.500
	** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden				
	Erläuterungen: Vereinnahmt werden u.a. Verwaltungsgebühren, Einnahmen aus Nebentätigkeiten, Ersatzleistungen sowie Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung und Erlöse aus Veräußerungen, wie z.B.:				
	1. vermischte Einnahmen (Mahngebühren etc.)	31.968	27.500	27.500	27.500
	2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	17.410	35.000	35.000	35.000
	3. Verkauf von Geräten	12.500	0	0	0
	4. Einnahmen aus Werkstoffverkäufen	1.591	0	0	0
	5. Mahngebühr Bibliothek	6.698	0	0	0
	6. Gebühren staatliche Anerkennung, Zinsen	8.225	5.000	5.000	5.000
232 01	Zuschuss des Landes – Epl. 06 / Grundbudget	32.238.345	32.796.900	35.471.500	35.471.500
	davon Erhöhung des Grundbudgets ab 2017	1.920.000	1.920.000	1.920.000	1.920.000
	davon Kompetenzzentrum Inklusive Bildung	658.500	690.100	690.100	690.100
232 02	Zuschuss des Landes für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen / Epl. 06	0	775.100	90.800	668.000
232 06	Inflationsausgleich	239.600	299.500	65.700	131.400
232 07	Zuschuss des Landes zur anteiligen Kompensation des Wegfalls der Langzeitstudiengebühren	0	0	0	0
232 08	Zuschuss des Landes zur Kompensation der gestiegenen Energiekosten	1.041.200	0	0	0
235 01	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0	0
235 05	Sonstige Zuweisungen der BfA zur Regelung der Altersteilzeit	0	0	0	0
351 01	Entnahme aus der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage	700.000	0	2.000.000	2.000.000
389 01	Übertrag aus Vorjahr	7.236.694	0	0	0
	Erläuterungen: Bestandsübertrag der nicht verbrauchten Mittel aus dem Vorjahr				
389 03	Übertrag für die Rückflüsse 2025 an den Landeshaushalt	0	0	678.410	0
	Titelgruppe(n)				
81	Drittmittelforschung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81				
282 81	Einnahmen aus Drittmittelforschung	6.776.610	0	0	0
389 81	Übertrag Vorjahr	1.698.535	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	8.475.145	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82				
282 82	Sonstige zweckgebundene Zuschüsse	5.872.576	0	0	0
389 82	Übertrag Vorjahr	3.940.740	0	0	0

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	9.813.316	0	0	0
83	Auftragsforschung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83				
125 83	Einnahmen aus Auftragsforschung	260.634	0	0	0
389 83	Übertrag Vorjahr	734.068	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	994.702	0	0	0
84	sonstige steuerpflichtige Projekte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84				
125 84	Einnahmen sonstige steuerpflichtige Projekte	268.813	0	0	0
389 84	Übertrag Vorjahr	555.583	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	824.395	0	0	0
90	HSP 2020 und Zukunftsvertrag				
231 90	Zuweisung aus dem HSP 2020	714.097	0	0	0
	Zuweisung aus dem Zukunftsvertrag*	2.964.812	0	0	0
389 90	Übertrag Vorjahr		0	0	0
	davon HSP	3.451.881			
	davon ZSL	749.283	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90	7.880.073	0	0	0

*Zusätzlich enthaltene Bundesmittel in Höhe von 54.000 Euro für die Umsetzung Projekt LAW (Learning Agreement Websystem)

AUSGABEN

427 05	Personalausgaben im Grundhaushalt gesamt	661.637	800.000	800.000	800.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind für folgende Zwecke vorgesehen:

1. Studentische/ wissenschaft. Hilfskräfte, Gastprofessuren	548.137	460.000	460.000	460.000
2. Sonstige Personalausgaben/ Krankheitsvertretungen	1.300	240.000	240.000	240.000
3. wiss. Hilfskräfte intern. Beziehungen	78.100	50.000	50.000	50.000
4. Personalausgaben aus LSG	30.200	0	0	0
5. Vergütung Mutterschutz/ zentrale Reserve	3.900	50.000	50.000	50.000
Summe	661.637	800.000	800.000	800.000

Grundlegendes Element der Ausbildung an den Hochschulen ist der enge Praxisbezug. Deshalb werden an den Hochschulen Sachsen-Anhalts ca. 20 % der erforderlichen Lehrveranstaltungen von Berufspraktikern gehalten, die die Lehrtätigkeit an der Hochschule neben ihrem Hauptberuf in der Wirtschaft wahrnehmen (nebenamtliche Kräfte). Hinzu kommen Lehrangebote, die durch Gastprofessor*innen und Gastdozent*innen oder durch einmalige Gastvorträge abgedeckt werden, weil sie zur Abrundung des Studienfaches gebraucht werden. Aufgrund der speziellen fachlichen Ausrichtung und der Anzahl der erforderlichen Stunden wird aus wirtschaftlichen Gründen auf eine Veranschlagung von Stellen für diesen Zweck verzichtet. Um den reibungslosen Lehrbetrieb abzusichern, müssen für zeitweilig unbesetzte Professuren ebenfalls Lehraufträge erteilt werden.

Darüber hinaus fällt in jedem Fall ein bestimmtes Aufgabenspektrum (Betreuung von Kleingruppenveranstaltungen, Tutorien, Mitarbeit an angewandten Forschungsprojekten usw.) an, das durch wissenschaftliche Hilfskräfte realisiert wird. Außerdem können nur durch weitere Hilfskräfte die Öffnungszeiten der Hochschulbibliothek und des Bereichs IT- und Medientechnik verlängert werden.

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
428 03	Entgelte der auszubildenden Kräfte	38.823	54.400	60.800	70.300
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte der auszubildenden Kräfte	38.823	52.800	53.900	68.900
	2. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v. H.)		1.600	6.900	1.400
	Summe:	38.823	54.400	60.800	70.300
519 01	Bauunterhaltsmaßnahmen	0	0	0	0
529 01	Verfügungsmittel der Hochschulleitung	500	500	1.000	1.000
	Erläuterungen:				
	Die Mittel werden für dienstliche Anlässe durch die Hochschulleitung, auch zur Betreuung ausländischer und anderer Gäste benötigt. Es ist geplant den Betrag auf 1.000 EUR zu erhöhen.				
546 59	Sachausgaben im Grundhaushalt gesamt	6.914.863	6.129.900	6.195.700	5.447.400
	Erläuterungen:				
	Die Mittel sind gemäß der in § 3, 4, 5, 54, 55 Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt formulierten Aufgabenstellungen für folgende Zwecke vorgesehen:				
	1. Lehre und Forschung	1.147.667	1.300.000	1.375.000	1.100.000
	Erläuterungen:				
	Zur Absicherung einer qualitativ hohen und praxisbezogenen Lehre sind entsprechende Lehr- und Lernmittel sowie die Anschaffung und Unterhaltung von Geräten unumgänglich. Dazu gehören u.a.:				
	- Wartung und Unterhaltung als Folgekosten aus Großgerätebeschaffungen nach § 91b bzw. §143c GG				
	- Ergänzung von Labormessgeräten, Wartung vorhandener Geräte und Versuchsanlagen				
	- Lehr- und Lernsoftware, Multimediasystem, CAD-Software, Grafiksoftware etc.				
	- Laborverbrauchsmaterialien, wie Laborglasgeräte, Filterpapier, Beschriftungsmaterial, div. Chemikalien, Eichsubstanzen etc.				
	Weiterhin enthalten die veranschlagten Mittel Ausgaben für:				
	Dienstreisen der Fachbereiche, Exkursionen lt. Studienplan, Fernmeldegebühren, Aus- und Fortbildung der Bediensteten in den Fachbereichen, Kosten für Dienstleistungen Außenstehender (z.B. Werkverträge) sowie Geschäftsbedarf.				
	Die Hochschule legt insbesondere ihre Schwerpunkte auf die Planung und Einführung von internationalen Studiengängen und den Ausbau des Weiterbildungsangebotes. Ebenfalls sollen weitere Voraussetzungen für die Erweiterung von Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen geschaffen werden.				
	2. Internationalisierung und internationale Beziehungen	63.734	80.000	80.000	80.000
	Erläuterung				
	Die Hochschule verfügt über weitläufige internationale Kontakte, die zumeist durch Kooperationsverträge u. a. zu Partnerhochschulen geregelt sind. Es werden internationale Studiengänge angeboten bzw. aufgebaut.				
	Die hier geplanten Mittel werden für zentrale Aktivitäten (über das International Office), für die Fahrtkostenbezuschussung für praxisbezogene Ausbildungsabschnitte, für Reisekosten zur Realisierung der Auslandsreisen im Rahmen der in Hochschulkoooperationsvereinbarungen festgelegten Aktivitäten und für Kontaktanbahnungsreisen sowie Aufenthalts- und Betreuungskosten bereitgestellt. Darüber hinaus gehende Mittelbereitstellungen durch den DAAD, durch Projektförderung über das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt etc. bedürfen i.d.R. einer Gegenfinanzierung aus Haushaltsmitteln der Hochschule.				
	3. Wissenschaftliche Infrastruktur (Bibliothek, Zentrum für Kommunikation und Informationsverarbeitung u.ä.)	930.210	600.000	600.000	500.000
	Erläuterungen:				
	Für den Bereich IT- und Medientechnik sowie für die Hochschulbibliothek sind o.g. Mittel für folgende Sachausgaben geplant:				
	Hardwarewartung und -ergänzung, Updates, Folgekosten Arbeitsplatzcomputer, Technik für mobiles Arbeiten, Softwarewartung und -ergänzung.				
	Dabei handelt es sich um zentrale fachbereichsübergreifende Beschaffungen. Schwerpunktmäßig soll weiterhin der Multimediabereich als Zentrum für interdisziplinäre Medien ausgebaut werden. Die Hochschulbibliothek soll die Aussonderung und Modernisierung des Bibliotheksbestandes fortsetzen sowie die Einführung von E-Books und anderen elektronischen Medienzugängen forcieren.				

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	4. Verbesserung der Chancengleichheit	6.545	15.000	15.000	15.000
	Erläuterungen: Mit diesem Ansatz werden die finanziellen Aufwendungen für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten sowie die Koordination für Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit erfasst.				
	5. Betriebs- und Bewirtschaftungskosten	3.290.684	3.100.000	3.100.000	3.100.000
	Erläuterungen:				
	Kostenart	Ist 2023	2025/2026 (Flächen in Landes- eigentum)	2025/2026 (ange- mietete Flächen)	
	Mieten und Pachten	121.129	0	100.000	
	Reinigung	850.352	805.000	5.000	
	Bewachung	408.647	350.000	0	
	Wartung/ Reparatur betriebstechnischer Anlagen	307.260	280.000	0	
	Pflege und Unterhaltung Grünanlagen, Straßenreinigung,	353.497	370.000	0	
	Sonstige Kosten in Summe	246.293	210.000	0	
	Wasser/Abwasser	24.561	25.000	5.000	
	Wärmeenergie/ Gas	413.837	400.000	25.000	
	Elektroenergie	565.107	500.000	25.000	
	Gesamt:	3.290.684	3.100.000		
	6. Sachausgaben für den sonstigen laufenden Bedarf				
	a) personalbezogen	255.181	454.900	400.000	300.200
	Erläuterungen: Die o.g. Mittel wurden/ werden u.a. für folgende Zwecke bereitgestellt: Aus- und Fortbildung der Bediensteten, Botendienste, Pressesprecher, Öffentlichkeitsarbeit etc.				
	b) institutionsbezogen	243.487	455.000	500.700	227.200
	Erläuterungen: Die o.g. Mittel wurden/ werden u.a. für folgende Zwecke bereitgestellt: Inserate/Stellenausschreibungen, Postgebühren, Gerichtskosten, Mitgliedsbeiträge, Fuhrpark etc.				
	c) Sonstige Sachausgaben in Summe außer a) und b)	977.355	0	0	0
	Bestand an Dienstfahrzeugen				
		Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	Personenkraftwagen	3	3	3	3
	Nutz- und Sonderfahrzeuge	6	6	6	6
	Fahrräder	3	3	3	3
	Zusammen	12	12	12	12
	davon: Anhänger	3	3	3	3
	7. Kompetenzzentrum Inklusive Bildung	0	125.000	125.000	125.000
681 01	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0	0
685 05	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0
711 01	Baumaßnahmen	0	0	0	0

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
811 01	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0	0
811 06	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0	0	0	0
894 05	Investitionen im Grundhaushalt	516.138	300.000	300.000	300.000
	Erläuterungen:				
	Die geplanten Mittel sind für die Vervollständigung und den Ersatz an Geräten erforderlich.				
	1. Für Lehre und Forschung	189.078	150.000	150.000	150.000
	2. Für IuK-Technik	327.060	150.000	150.000	150.000
911 01	Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage	6.013.300	0	0	0
911 02	Zuführung an Betriebsmittelrücklage	0	0	0	0
989 01	Übertrag in das Folgejahr	3.833.710	0	0	0
	Erläuterungen:				
	Bestandsübertrag nicht verbrauchter Mittel in das Folgejahr				
989 03	Rückflüsse an den Landeshaushalt	0	0	678.410	0
	Titelgruppe(n)				
81	Drittmittelforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen Titel 282 81 und 389 81.				
429 81	Nicht aufteilbare Personalausgaben	5.446.426	0	0	0
547 81	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	714.618	0	0	0
685 81	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen		0	0	0
812 81	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	47.809	0	0	0
989 81	Übertrag in das Folgejahr	2.266.291	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	8.475.145	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 82 und 389 82.				
429 82	Nicht aufteilbare Personalausgaben	1.583.933	0	0	0
547 82	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.390.339	0	0	0
685 82	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	1.876.603	0	0	0
812 82	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	368.667	0	0	0
989 82	Übertrag in das Folgejahr	4.593.773	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	9.813.316	0	0	0
83	Auftragsforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 83, 282 83 und 389 83.				
429 83	Nicht aufteilbare Personalausgaben	103.749	0	0	0

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
542 83	Umsatzsteuer		0	0	0
547 83	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	74.346	0	0	0
81283	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen		0	0	0
98983	Übertrag in das Folgejahr	816.607	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	994.702	0	0	0
84	Sonstige steuerpflichtige Projekte * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 84, 282 84 und 389 84.				
429 84	Nicht aufteilbare Personalausgaben	86.884	0	0	0
542 84	Vorsteuer		0	0	0
547 84	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	72.741	0	0	0
685 84	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen		0	0	0
812 84	Erwerb von Geräten		0	0	0
989 84	Übertrag in das Folgejahr	664.770	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	824.395	0	0	0
90	Zukunftsvertrag (ZSL)				
422 90	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	1.219.247	0	0	0
428 90	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	971.729	0	0	0
429 90	Nicht aufteilbare Personalausgaben	555.227	0	0	0
547 90	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	22.197	0	0	0
711 90	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0	0
812 90	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
90	HSP 2020				
429 90	Nicht aufteilbare Personalausgaben	2.276.729	0	0	0
547 90	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	592.990	0	0	0
711 90	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1.296.260	0	0	0
812 90	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
989 90	Übertrag in das Folgejahr	945.696	0	0	0
	davon HSP	0			
	davon ZSL	945.696			
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90*	7.880.073	0	0	0

*Zusätzlich enthaltene Bundesmittel in Höhe von 54.000
Euro für die Umsetzung Projekt LAW (Learning Agreement
Websystem)

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
*Im Jahr 2023 sind aus folgenden Haushaltsstellen Landesmittel zur Umsetzung des Hochschulpakts 2020/ Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken eingesetzt worden: Nachweis Mitteleinsatz der Gegenfinanzierung					
Titel					
422 91		1.301.076			
428 91		1.081.867			
Summe		2.382.943			
Übersicht über die Festlegung der Hochschule zur geplanten Verwendung der übertragenen Bundesmittel		Übertrag 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
konsumtiv					
darunter Personal					
investiv					
nicht differenzierbar			945.696		
Summe		945.696	945.696		
91	Planstellen und Stellen im Globalhaushalt				
422 91	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	8.590.663	10.631.600	12.016.300	12.543.800
Erläuterungen:					
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen			10.321.900	11.150.600	12.321.200
2. Aufwandsentschädigungen			0	0	0
3. Sonstige Leistungen			0	0	0
4. Vorsorge für Besoldungserhöhungen (100 v. H.)			309.700	865.700	222.600
Summe			10.631.600	12.016.300	12.543.800
428 91	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	13.718.808	15.631.700	17.974.600	18.816.900
Erläuterungen:					
1. Entgelte einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur gesetzlichen Altersversorgung			15.176.400	16.439.200	18.468.800
2. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v. H.)			455.300	1.535.400	348.100
Summe			15.631.700	17.974.600	18.816.900
Nachrichtlich: Summe TGr. 91		22.309.471	26.263.300	29.990.900	31.360.700
92	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung ab 2020				
428 92	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	377.152	0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 92		377.152	0	0	0
96	Personalüberbestand/Stellen- und Personalabbau				
428 96	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	235.635	290.900	247.100	259.000

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR

Erläuterungen:

1. Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur gesetzlichen Altersversorgung		282.400	224.800	253.900
2. Aufwandsentschädigungen		0	0	0
3. Sonstige Leistungen		0	0	0
4. Vorsorge für Tariferhöhungen (100 v. H.)		8.500	22.300	5.100
Summe	235.635	290.900	247.100	259.000

429 96	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung	548.222	0	0	0

Erläuterungen:

1. Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur gesetzlichen Altersversorgung		0	0	0
2. Aufwandsentschädigungen		0	0	0
3. Sonstige Leistungen		0	0	0
4. Vorsorge für Tariferhöhungen (100 v. H.)		0	0	0
Summe	548.222	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 96	783.857	290.900	247.100	259.000

99 Kosten für Information und Kommunikation

547 99	Nicht aufteilbare Sachausgaben Information/Kommunikationstechnik	84.779	100.000	100.000	100.000

812 99	Erwerb von Ausrüstungsgegenständen IuK-Technik		0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 99*	84.779	100.000	100.000	100.000

*1. Zusätzlich zum Ist des Jahres 2023 sind aus folgenden HH-Stellen Ausgaben für IT getätigt worden:

Haushaltsstelle	Ist (in EUR)
0615 - 546 59 Sachausgaben im Grundhaushalt	84.711
0615 - 894 05 Investitionen im Grundhaushalt	516.138
Summe	600.849

*Bei Bedarf kann die Hochschule ergänzend zu den Planansätzen der Jahre 2025/2026 in Umsetzung des flexiblen Einsatzes des Globalbudgets aus folgenden Haushaltsstellen Mittel für IT verausgaben:
Kapitel 0615 Titel 546 59 und 894 05

Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben im
Wirtschaftsplan

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Einnahmen					
HGr. 1	Eigene Einnahmen	607.839	67.500	67.500	67.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen	49.847.239	33.871.500	35.628.000	36.270.900
HGr. 3	Besondere Finanzierungseinnahmen	19.066.784	0	2.678.410	2.000.000
Einnahmen gesamt		69.521.863	33.939.000	38.373.910	38.338.400
Ausgaben Betrieb					
HGr. 4	Personalausgaben	36.414.865	27.408.600	31.098.800	32.490.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben	9.867.373	6.230.400	6.296.700	5.548.400
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse	1.876.603	0	0	0
Ausgaben Betrieb		48.158.841	33.639.000	37.395.500	38.038.400
Ausgaben Investitionen					
HGr. 7	Ausgaben für Baumaßnahmen	1.296.260	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen	932.615	300.000	300.000	300.000
Ausgaben Investitionen		2.228.874	300.000	300.000	300.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	19.134.148	0	678.410	0
Ausgaben gesamt		69.521.863	33.939.000	38.373.910	38.338.400

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 16 Hochschule Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

- *** 1. Die Ausgaben der Titel 685 02 und 894 02 sind gegenseitig deckungsfähig. Nicht verbrauchte Budgetmittel sind übertragbar, dies gilt auch für nicht verbrauchte Mittel aus Titel 685 06.
2. Die Hochschule kann auf die Erhebung von Einnahmen aus Veröffentlichungen in begründeten Fällen verzichten, insbesondere dann, wenn es sich um den länderübergreifenden Druckaustausch handelt.
3. Die Zahlungen zur Unterstützung und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen können im Wege der Billigkeit gewährt werden (Wirtschaftsplan).
4. Zweckgebundene Ausgaben, für die Mittel Dritter bereitgestellt werden, dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen geleistet werden und sind in den entsprechenden Titelgruppen des Wirtschaftsplanes nachzuweisen.

Erläuterungen:

Allgemeines:

1. Mit der Konzentration auf vereinbarte Angebotsstrukturen, die in Abstimmung mit den anderen Hochschulen erfolgt ist, hat die Hochschule Anhalt (nachfolgend Hochschule genannt) die Basis für den Ausbau ihres Profils geschaffen.

Das lehrbezogene Profil der Hochschule wird durch folgende Schwerpunkte charakterisiert:

- Landwirtschaft, Ökotoxikologie und Landschaftsentwicklung,
- Wirtschaft,
- Architektur, Facility Management und Geoinformation,
- Design,
- Informatik und Sprachen,
- Elektrotechnik, Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen,
- Angewandte Biowissenschaften und Prozesstechnik.

Forschung und Lehre werden unter Einbeziehung der Schwerpunkte interdisziplinär und fach- sowie hochschulübergreifend organisiert und durchgeführt.

2. Die Veranschlagung der Haushaltsmittel für die Jahre 2025/2026 erfolgt nach folgenden Prämissen:

Das Budget der Hochschule wird auf der Grundlage der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 als Globalzuschuss veranschlagt.

Das Budget beinhaltet:

- den Zuschuss Betrieb (Titel 685 02): Dieser enthält 500.000 EUR Zuschuss für den Standort Köthen des Landesstudienkollegs.
- den Inflationsausgleich (Titel 685 06) und
- den Zuschuss Investitionen (Titel 894 02).

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0616 Titel 685 04 getroffen worden.

3. Die veranschlagten Mittel werden der Hochschule gem. § 114 Abs. 3 HSG LSA als Globalzuschuss zugewiesen und gem. § 17a LHO unter Berücksichtigung der Regelungen der Zielvereinbarung bewirtschaftet.

Die Bewirtschaftung des Globalzuschusses durch die Hochschule erfolgt außerhalb des Landeshaushaltes. Die kassenmäßige Verwaltung der Mittel erfolgt in eigener Zuständigkeit auf der Basis des bestätigten Wirtschaftsplanes über die hochschuleigene Zahlstelle.

Die Steuerungselemente der Kostenrechnung, des Controllings und des Berichtswesens sind an der Hochschule eingeführt und werden weiterentwickelt.

4. Die abzubauenen Stellen/Planstellen werden dienststellenbezogen konkret in der Titelgruppe 96 - Stellenüberhang - ausgewiesen. Die finanziellen Mittel hierzu sind im Wirtschaftsplan veranschlagt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Hochschule Anhalt

	Ist-Betrag 2023 (einschl. Drittmittel)	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben (HGr. 4)	45.996.920	34.742.600	36.828.500	37.548.300
2. Sächliche Verwaltungsausgaben (HGr. 5)	14.910.321	8.131.000	8.136.800	8.230.100
3. Zuschüsse für laufende Zwecke (HGr. 6)	500	500	500	500
4. Investitionen (HGr. 7; 8)	7.120.495	716.200	716.200	716.200
5. Bes. Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	25.581.248	0	729.310	0
Zusammen	93.609.484	43.590.300	46.411.310	46.495.100
Einnahmen				
eigene Einnahmen (HGr. 1; 2; 3)	50.852.684	50.000	803.310	74.000
Mithin Landeszuschuss gesamt	42.756.800	43.540.300	45.608.000	46.421.100
Davon				
Zuschuss aus Kapitel 0616 Titel 685 02	40.183.500	41.464.200	44.693.600	44.693.600
Zuschuss aus Kapitel 0616 Titel 685 04	0	1.002.900	113.800	842.500
Zuschuss aus Kapitel 0616 Titel 685 06	285.600	357.000	84.400	168.800
Zuschuss aus Kapitel 0616 Titel 894 02	716.200	716.200	716.200	716.200
Zuschuss aus Kapitel 0602 Titel 685 33	1.571.500	0	0	0
Nachrichtlich: im Zuschuss/Titel 685 02 enthaltene Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025			2.813.700	2.813.700

Übersicht über die Festlegung der Hochschulen zur geplanten Verwendung der übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mittel (ohne Drittmittel) aus dem (den) Vorjahr(en) / hier: Bestandsveränderung der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage

	V – Ist 2024	WPL 2025	WPL 2026	MFP 2027	MFP 2028	MFP 2029
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		Entnahme aus der Ausgleichsrücklage				
1. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum 01.01.2024	1.900.000					
2. Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage im Rahmen der HH-Durchführung 2024 aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem Vorjahr (2023)	0					
3. Entnahme aus der hochschul- eigenen Ausgleichsrücklage an den Hochschulhaushalt im Finanzplanungszeitraum	1.900.000					
4. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum Jahresende	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)

Die Zuführungen und Abführungen von übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem (den) Vorjahr(en) an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage werden von der Hochschule gem. § 114 HSG LSA i. V. mit den § 25, 62 LHO im Rahmen der Haushaltsdurchführung vorgenommen.
Darüber hinaus stehen die aus dem Vorjahr übertragenen Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung zur Verfügung.

Ausgaben

685 02	133	Zuschuss Betrieb	41.464.200	44.693.600	44.693.600
			40.183.500	181.639.200	0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 16 **Hochschule Anhalt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

*** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten der Titel 685
02 und 894 02
eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		42.673.900			42.673.900
2026		42.673.900	45.409.800		88.083.700
2027		42.673.900	45.409.800		88.083.700
2028		85.347.800	45.409.800		130.757.600
2029 ff.			45.409.800		45.409.800
Summen		213.369.500	181.639.200		395.008.700

Erläuterungen:

1. Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Hochschule Anhalt. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.
2. Der Ansatz 2025 berücksichtigt die Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung i.H.v. 2.813.700 EUR zzgl. des Differenzbetrags zu den im HH 2024 bereits im Budget enthaltenen Tarifmitteln i.H.v. 58.700 EUR.
3. Der von 2020-2024 vom Land an die Hochschule Anhalt gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 357.000 EUR wurde in den Zuschuss Betrieb überführt.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

685 04	133	Zuschuss für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen	1.002.900 1.044.254	113.800 0	842.500 0

Erläuterungen:

Die auf der Grundlage der Spitzrechnung der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025 ermittelten Mehrbedarfe wurden für das Jahr 2025 bereits in das Budget der Hochschule Anhalt überführt.

Die Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen auf Grund künftiger Tarifabschlüsse werden für die Hochschule Anhalt im Einzelplan 06 in Höhe von 100 % der Tarifvorsorge bei einer unterstellten Tarifierhöhung von 2,0 % veranschlagt. Die Ausreichung der budgeterhöhenden Zuschüsse erfolgt auf der Grundlage einer Spitzabrechnung zum dann vorliegenden Tarifabschluss.

685 06	133	Inflationsausgleich	357.000 285.600	84.400 1.181.600	168.800 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		428.400			428.400
2026		499.800	168.800		668.600
2027		571.200	253.200		824.400
2028		1.356.600	337.600		1.694.200
2029 ff.			422.000		422.000
Summen		2.856.000	1.181.600		4.037.600

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 16 Hochschule Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 06

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt gewährt den Hochschulen einen pauschalen Inflationsausgleich i.H.v. 1% der durchschnittlichen Sachausgaben (HGr. 5 WPL) und der durchschnittlichen Ausgaben für Zuschüsse (HGr. 6 WPL) aus der Zielvereinbarungsperiode (2020-2024), der jährlich kumulierend ausgereicht wird.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Die Gewährung eines angemessenen Inflationsausgleiches wird weiterhin Gegenstand der neuen Zielvereinbarung sein. Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

894 02	133	Zuschuss Investitionen	716.200	716.200	716.200
			716.200	0	0

Erläuterungen:

Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Hochschule Anhalt. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.

894 03	133	Zuschuss zum Ausbau der digitalen Ausstattung von Hörsälen, Seminar-, Beratungs- und sonstigen Lehrräumen	0	0	0
			1.150.000	0	0

Titelgruppe(n)

91 Planstellen und Stellen im Globalhaushalt

422 91	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0

428 91	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

92 Personalstellenpool für zusätzliche unbefristete Stellen im Globalhaushalt

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Zur flexiblen Gestaltung der Stellenbewirtschaftung können die Hochschulen zusätzliche unbefristete Stellen im Tarifbereich im Umfang von maximal 25 % der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel in der Stellenübersicht bei Titel 428 92 ausbringen. Die vollumfängliche und nachhaltige Finanzierungsverantwortung obliegt dabei den Hochschulen.

428 92	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 92			0	0	0
				0	0

96 Stellenüberhang

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls bestimmt sich durch die beim kw-Vermerk dargestellte Erläuterung.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 16 **Hochschule Anhalt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

1. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 15.06.2004 das Hochschulstrukturkonzept der Hochschule Anhalt (FH) vom 24.03.2004 bestätigt. Danach wird die Hochschule Anhalt unter Beachtung der jeweils geltenden Zielvereinbarung durch Profilierung, Schwerpunktbildung und Konzentration der Angebotsstrukturen die Leistungsfähigkeit erhöhen und ihre Tätigkeit effizienter gestalten. Sich ergebende Effizienzrenditen werden auch zum Personalabbau genutzt. Diese Regelung hat auch Bestandskraft nach der Verabschiedung der Landeshochschulstrukturplanung im Jahr 2014.
In den Jahren 2006 bis 2024 sind von 32 kw-Stellen 29 abgebaut worden. Ab 2025 werden noch 3 Stellen abgebaut.

2. Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029 Anlage 2 Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen ist die Hochschule zu notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen während der Umsetzung des Hochschulstrukturplanes ermächtigt.

422 96	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 96	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
429 96	133	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 16 **Hochschule Anhalt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	42.824.100	44.891.800	45.704.900
			182.820.800	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	716.200	716.200	716.200
			0	0
Gesamtausgabe		43.540.300	45.608.000	46.421.100
Gesamtsumme der VE			182.820.800	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-43.540.300	-45.608.000	-46.421.100

Wirtschaftsplan
der
Hochschule Anhalt
für 2025/2026

Vorwort zum Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan enthält alle zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben der Hochschule Anhalt für die entsprechend der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 zu erfüllenden Aufgaben und zu erbringenden Leistungen. Die Haushaltsführung erfolgt nach der im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Veranschlagungssystematik.

Neben den allgemeinen Regelungen der Haushaltsführung des Landes gelten für die Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben die in den Zielvereinbarungen 2025-2029 ausgewiesenen Bewirtschaftungsregelungen.

Dies sind insbesondere:

Die von der Hochschule nach Maßgabe des jeweils geltenden Hochschulgesetzes und eventuell auf der Grundlage des Allgemeinen Verwaltungskostenverfahrensgesetzes erhobenen Gebühren und Entgelte stehen der Hochschule zusätzlich zum Budget als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung.

Mehrausgaben sind durch Einsparungen aus dem verfügbaren Gesamtbudget zu erwirtschaften.

Vom Grundsatz der Gesamtddeckung ausgenommen sind die durch gesonderten Haushaltsvermerk im Wirtschaftsplan der Hochschule ausgewiesenen Haushaltsstellen (z.B. projektgebunden zugewiesene Mittel und Drittmittel). Die zweckgebundenen Projektzuweisungen werden mit Auflagen zur Qualitätssicherung und -kontrolle verbunden.

Dem Grundsatz der Selbstversicherung entsprechend versichert das Land seine Risiken für Schäden und Vermögen nicht und trägt im Schadensfall die entstehenden Kosten aus Haushaltsmitteln (vgl. VV Nr. 11 zu § 34 LHO). An der Hochschule anfallende Ausgaben für Schadensfälle werden bis zu insgesamt 25.000 EUR im Haushaltsjahr aus dem Budget finanziert. Nachweise der Schadensfälle einschließlich der vorgenommenen Regressprüfungen werden im Rahmen der Rechnungslegung festgestellt.

Am Jahresende nicht in Anspruch genommene Haushaltsmittel (Zuweisungen zum Budget, sonstige Einnahmen und vorhabenbezogenen zugewiesenen Haushaltsmittel) werden von der Hochschule innerhalb der Laufzeit der Zielvereinbarung in voller Höhe in das Folgejahr übertragen und stehen ihr uneingeschränkt mit Beginn des neuen Haushaltsjahres für die jeweilige Zweckbestimmung zur Verfügung. Die Übertragung der nicht verbrauchten Mittel erfolgt zum Jahresabschluss ausgabeseitig als Übertrag in das Folgejahr und einnahmeseitig als Übertrag aus dem Vorjahr bei den entsprechenden Haushaltsstellen im Wirtschaftsplan der Hochschule.

Land und Hochschule bekennen sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Hochschulentwicklung und verpflichten sich, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Förderprogramme des Bundes, der EU und anderer Förderinstitutionen mitzufinanzieren. Land und Hochschule stimmen Näheres im Einzelfall ab.

In entsprechender Anwendung des § 25 Abs. 3 LHO gleicht die Hochschule Überschreitungen der verfügbaren Ausgaben im Vereinbarungszeitraum vollständig aus.

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0616 Titel 685 04 getroffen worden.

Von haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen gemäß § 41 LHO und sonstigen vom Ministerium der Finanzen erlassenen hauswirtschaftlichen Beschränkungen, soweit sie für den übrigen Bereich des Landeshaushalts allgemein in Kraft treten, ist die Hochschule befreit.

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
EINNAHMEN					
119 05	Eigene Einnahmen gesamt ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden	157.788	50.000	74.000	74.000
	Erläuterungen: Vereinnahmt werden u.a. Gebühren, Einnahmen aus Veröffentlichungen, Einnahmen aus Nebentätigkeiten sowie Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung und Erlöse aus Veräußerungen, wie z. B.:				
	1. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	61.857	33.000	33.000	33.000
	2. Erlöse aus Veräußerung von beweglichen Sachen und Dienstleistungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	-48.816	3.000	3.000	3.000
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0	0	0	
	4. Erlöse aus Gebühren u. Beiträgen	101.125	14.000	14.000	14.000
	5. sonstige Erlöse	43.622	0	24.000	24.000
	6. Erlöse aus Langzeitstudiengebühren	0	0	0	
	Summe	157.788	50.000	74.000	74.000
232 01	Zuschuss des Landes – Epl. 06 / Grundbudget davon Erhöhung Grundbudget ab 2017	40.899.700 2.110.000	42.180.400 2.110.000	45.409.800 2.110.000	45.409.800 2.110.000
232 02	Zuschuss des Landes für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen / Epl. 06	0	1.002.900	113.800	842.500
232 06	Zuschuss des Landes für Inflationsausgleich	285.600	357.000	84.400	168.800
232 07	Zuschuss des Landes zur anteiligen Kompensation des Wegfalls der Langzeitstudiengebühren	0	0	0	0
232 08	Zuschüsse an Einrichtungen zur Kompensation der Energiekostenentwicklung	1.571.500	0	0	0
235 01	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0	0
235 05	Sonstige Zuweisungen der BfA zur Regelung der Altersteilzeit	0	0	0	0
351 01	Entnahme aus der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage	0	0	0	0
389 01	Übertrag aus Vorjahr Bestandsübertrag der nicht verbrauchten Mittel aus dem Vorjahr	4.447.428	0	0	0
389 03	Übertrag für die Rückflüsse 2025 an den Landeshaushalt	0	0	729.310	0
Titelgruppen					
81	Drittmittelforschung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81				
282 81	Einnahmen aus Drittmittelforschung	10.071.391	0	0	0
389 81	Übertrag aus Vorjahr	2.776.905	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	12.848.296	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82				
119 82	Sonstige zweckgebundene Einnahmen	6.971.506	0	0	0
389 82	Übertrag aus Vorjahr	12.378.905	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	19.350.411	0	0	0
83	Auftragsforschung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83				

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
125 83	Einnahmen aus Umsatzsteuer		0	0	0
282 83	Einnahmen aus Auftragsforschung	311.345	0	0	0
389 83	Übertrag aus Vorjahr	666.233	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	977.578	0	0	0
84	Sonstige steuerpflichtige Projekte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84				
125 84	Einnahmen aus Umsatzsteuer	0	0	0	0
282 84	Einnahmen sonstige steuerpflichtige Projekte	785.627	0	0	0
389 84	Übertrag aus Vorjahr	291.255	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	1.076.882	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90				
231 90	Zuweisung aus dem Hochschulpakt 2020/ Zukunftsvertrag Studium und Lehre	4.544.417	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	903.343	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	3.641.074	0	0	0
	*Zusätzlich enthaltene Bundesmittel in Höhe von 54.000 Euro für die Umsetzung Projekt LAW (Learning Agreement Websystem).				
389 90	Übertrag aus Vorjahr	7.449.884	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	4.283.561	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	3.166.323	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90	11.994.301	0	0	0
	AUSGABEN				
427 05	Personalausgaben im Grundhaushalt gesamt	1.211.769	1.031.000	1.031.000	1.031.000
	Erläuterungen:				
	Die Mittel sind für folgende Zwecke vorgesehen:				
	1. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte	247.828	220.000	220.000	220.000
	2. Nebenamtliche Lehrkräfte	757.247	731.000	731.000	731.000
	3. Gastprofessuren	206.694	80.000	80.000	80.000
	Summe	1.211.769	1.031.000	1.031.000	1.031.000
	Grundlegendes Element der Ausbildung an den Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt ist, dass ca. 20 % der erforderlichen Lehrveranstaltungen von Berufspraktikern gehalten werden, die die Lehrtätigkeit an der Fachhochschule neben ihrem Hauptberuf in der Wirtschaft wahrnehmen (nebenamtliche Lehrkräfte). Hinzu kommen Lehrangebote, die durch GastprofessorInnen und GastdozentInnen oder durch einmalige Gastvorträge abgedeckt werden, weil sie zur Abrundung des Studienfaches gebraucht werden. Aufgrund der speziellen fachlichen Ausrichtung und der Anzahl der erforderlichen Stunden, wird aus wirtschaftlichen Gründen auf eine Veranschlagung von Stellen für diesen Zweck verzichtet. Darüber hinaus fällt in jedem Fall ein bestimmtes Aufgabenspektrum (Betreuung von Kleingruppenveranstaltungen, Tutorien, Mitarbeit an angewandten Forschungsprojekten) an, das durch wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte realisiert wird.				
428 03	Entgelte der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der auszubildenden Kräfte	29.432	52.100	58.000	58.900

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte und Zulagen, jährl. Zuwendungen, Sozialversicherung, Arbeitgeberanteil usw.	29.432	50.500	57.800	57.500
	2. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v.H.) davon Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 (bis 2018 i.H.v. 90 v.H.)	0	1.600	200	1.400
	Summe	29.432	52.100	58.000	58.900
529 01	Verfügun gsmittel der Hochschulleitung	494	500	500	500
	Erläuterungen: Die Mittel werden für dienstliche Anlässe durch die Hochschulleitung, auch zur Betreuung ausländischer und anderer Gäste benötigt.				
546 59	Sachausgaben im Grundhaushalt gesamt	8.746.180	8.110.500	8.116.300	8.209.600
	Erläuterungen: Die Mittel sind gemäß den in den §§ 3, 4, 5, 54, 55 des Hochschulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt formulierten Aufgabenstellungen für folgende Zwecke vorgesehen:				
	1. Lehre und Forschung (ohne st ellengebundenes Personal)	1.458.793	1.516.000	1.516.000	1.516.000
	Erläuterungen: Zur Absicherung einer qualitativ hohen und praxisbezogenen Lehre auch in Bezug auf neue Lehr- und Lernformen (E-Learning-Systeme) sind o.g. Ausgaben für Lehr- und Lernmittel sowie für die Anschaffung und Unterhaltung von Geräten vorgesehen. Durch eine qualitative Verbesserung der Ausstattung der erforderlichen Funktionsräume (Hörsäle, Seminar, Labor- und Projekträume) sind weitere notwendige Ergänzungen geplant, die zur Verbesserung der Studienbedingungen führen und den Ansprüchen der Studierenden für eine moderne Ausbildung gerecht werden. Ein besonderer Schwerpunkt ist auch für die Jahre 2025 und 2026 die weitere Forcierung des Einsatzes neuer Medien in allen Studiengängen sowie in der Verwaltung. Die Hochschule wird verstärkt an der Entwicklung von Online-Lehrmodulen arbeiten, um effektiv über Fachbereichs- und Standortgrenzen hinaus Lehrveranstaltungen anbieten zu können. Die genannten Techniken sind unverzichtbar für eine zukunftsorientierte Ausbildung der Studierenden, um die Akzeptanz und Wirksamkeit in der regionalen Wirtschaft zu erhöhen. Mit der flächendeckenden Einführung eines Qualitätsmanagementsystems „Lehre“ ist die Vorbereitung für die Systemakkreditierung getroffen und löst damit stufenweise die Einzelakkreditierung der Studiengänge ab. Diese Vorgehensweise ist finanzwirtschaftlich zu berücksichtigen.				
	2. Internationalisierung und internationale Beziehungen	93.847	100.000	100.000	100.000
	Erläuterungen: Die Hochschule Anhalt verfügt mit derzeit 2.817 ausländischen Studierenden und insgesamt 210 Hochschulpartnerschaften über ein starkes Potential an Internationalität in Lehre und Forschung. Die geplanten Mittel werden auf der Grundlage der Zielvereinbarung zum Ausbau des Bildungsexportes benötigt. Sie werden für die Aus- und Fortbildung von Studenten und Mitarbeitern im Ausland (einschl. der sprachlichen Vorbereitung), die Fahrtkostenbezuschung für praxisbezogene Ausbildungsabschnitte, Reisekosten zur Realisierung der Ausreisen im Rahmen der in Hochschulkooperationsvereinbarungen festgelegten Aktivitäten und Kontaktanbahnungsreisen sowie Aufenthalts- und Betreuungskosten für anreisende Wissenschaftler bereitgestellt. Darüberhinausgehende Mittelbereitstellungen durch den DAAD, durch Projektförderung über das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt etc. bedürfen i.d.R. einer Gegenfinanzierung aus Haushaltsmitteln der Hochschule.				
	3. Wissenschaftliche Infrastruktur (Bibliothek, Rechenzentrum u.ä.)	222.865	665.000	665.000	665.000
	Erläuterungen: Die Ausgaben für Rechentechnik sind vorgesehen für Verbrauchsmaterialien sowie die Komplettierung und Wartung vorhandener und neu zu beschaffender PC-Technik auch unter dem Aspekt der Virtualisierung von IT-Diensten (u.a. WLAN-Ausbau). Die Bibliothek unterstützt Forschung, Lehre und Studium der Hochschule durch eine qualitativ hochwertige Literatur- und Informationsversorgung. Den Wissenschaftlern, Studierenden und Mitarbeitern der Hochschule Anhalt steht ein breiter Medienbestand zur Verfügung, der sich aus verschiedenen Publikationsformen zusammensetzt. Die Mittel für den Bibliotheks- bereich sind vorgesehen für die Beschaffung und Nutzung von Print- und Onlinere ssourcen u.a. gedruckte oder elektronische				

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR

Zeitschriften und Bücher sowie lizenzierte Fachdatenbanken und –portale.

4. Verbesserung der Chancengleichheit	9.314	1.500	13.900	13.900

Erläuterungen:

Mit diesem Ansatz werden die finanziellen Aufwendungen für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten erfasst.

5. Betriebs- und Bewirtschaftungskosten	5.326.971	4.708.000	4.713.800	4.841.800

Erläuterungen:

Gebäudekosten/Grundbesitzabgaben	889.788	640.000	640.000	640.000
Wasser/Abwasser	123.587	100.000	100.000	100.000
Bewachung	781.155	848.000	848.000	848.000
Reinigung	1.219.081	1.320.000	1.320.000	1.320.000
Heizenergie/Betriebsstoffe/Benzin	911.152	650.000	655.800	683.800
Elektroenergie	950.852	700.000	700.000	800.000
Pflege u. Unterhaltung betrieblicher Einbauten u. Außenanlagen	112.496	110.000	110.000	110.000
Mietkosten (incl. Bewirtschaftungskostenpauschale für angemietete HNF-Flächen) ¹⁾	338.860	340.000	340.000	340.000
Summe	5.326.971	4.708.000	4.713.800	4.841.800

¹⁾ Bewirtschaftungskostenpauschale f. Mietflächen in Dessau und Transferzentren in Köthen und Bernburg. Der Erhöhung der Betriebs- und Bewirtschaftungskosten durch ständig steigende Preise wird durch geeignete Einsparungsmaßnahmen im Rahmen der Gebäudebewirtschaftung entgegengewirkt.

Übersicht angemieteter Räume/Gebäude

Verwendungszweck / Nutzfläche	Jahres- miete
a. Kinderbetreuung/Tagespflege/Fernstudium / 75 m ²	6.000
b. Projekträume / 1.756 m ²	247.620
c. Medienzentrum / 577 m ²	71.917
d. Gästewohnung / 47 m ²	4.008
e. Studententreff / 57 m ²	7.315
Summe	338.860

6. Sachausgaben für den sonstigen laufenden Bedarf	1.634.390	1.120.000	1.107.600	1.072.900

a) personenbezogene Ausgaben	376.978	400.000	400.000	400.000

Erläuterung:

für personenbezogene Kosten - Reisekosten, Post- und Fernmeldegebühren, Aus- und Fortbildung, usw.

b) institutionsbezogene Ausgaben	1.257.412	720.000	707.600	672.900

Erläuterung:

Für Stellenausschreibungen, Kfz-Betrieb, Veröffentlichungen, Gerichtskosten usw.

Unter der Zweckbestimmung „Veröffentlichungen“ sind z.B. Ausgaben für:

- Hochschulbericht, Vorlesungsverzeichnisse und Studienführer, Ordnungen
- Druck von Diplommurkunden, Zeugnissen, Zertifikaten etc.
- wiss. Tagungsbände und Forschungsberichte
- Technische u. wiss. Druckwerke (Beiträge zur Kunst, Wissenschaft und Technik, Werbebroschüre, Infoblatt)
- Öffentlichkeitsarbeit (Faltblätter, Berichte, Immatrikulation)
- Sonstiges (Material zur Studienberatung)
- Finanzielle Absicherung von Tagungen, Informationsveranstaltungen, Messe- und Ausstellungsbeteiligung veranschlagt.

Veröffentlichungen sind gem. § 3 Abs. 9, 10 sowie § 74 Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt notwendig. Die höheren Ausgaben resultieren insbesondere aus der durch die Umstellung des gesamten Studiensystems an der Hochschule erforderlichen Um- und Neugestaltung aller Veröffentlichungen, der Zeugnisgestaltung, der datentechnischen Umsetzung der Studienordnungen. Des Weiteren wurden Kosten für die Erstellung von Unterlagen für die Akkreditierung von Studiengängen sowie Gebühren dafür veranschlagt.

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Bestand an Dienstfahrzeugen				
		Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	Personenkraftwagen	2	2	2	2
	Lastkraftwagen	0	0	0	
	Nutz- und Sonderfahrzeuge	41	41	41	41
	Zusammen	43	43	43	43
681 01	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0	0
685 05	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	500	500	500	500
	Erläuterungen: Die Mittel werden für die Verleihung des Zipp-Preises verwendet.				
811 01	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0	0
811 06	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen		0	0	0
894 05	Investitionen im Grundhaushalt	434.342	696.200	696.200	696.200
	Erläuterungen: Für die Absicherung einer praxisbezogenen qualitativ guten Lehre und Forschung (Praktika, Übungen) sind die Vervollständigung und der Ersatz von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und der Erwerb von Geräten notwendig. Weiterhin wird der Einsatz neuer Medien in allen Studiengängen weiter ausgebaut. Darüber hinaus sind Mittel für die Ausstattung von Seminarräumen, Laboren, Hörsälen sowie betriebstechnische Ausrüstungen vorgesehen.				
911 01	Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage	1.900.000	0	0	0
989 01	Übertrag in das Folgejahr	3.675.077	0	0	0
	Erläuterungen: Bestandsübertrag nicht verbrauchter Mittel in das Folgejahr.				
989 02	Corona-Solidaritätsbeitrag	0	0	0	0
	Erläuterungen: Corona-Solidaritätsbeitrag gemäß Protokollnotiz zur Zielvereinbarung 2020-2024				
989 03	Rückflüsse 2025 an den Landeshaushalt	0	0	729.310	0
	Titelgruppen				
81	Drittmittelforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen Titel 282 81 und 389 81.				
429 81	Nicht aufteilbare Personalausgaben	7.294.282	0	0	0
547 81	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.072.677	0	0	0
685 81	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen		0	0	0
812 81	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	647.032	0	0	0
989 81	Übertrag in das Folgejahr	3.834.305	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	12.848.296	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 82 und 389 82.				
429 82	Nicht aufteilbare Personalausgaben	2.364.496	0	0	0
547 82	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	3.019.436	0	0	0
685 82	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
711 82	Baumaßnahmen	171.497	0	0	0
812 82	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	133.396	0	0	0
989 82	Übertrag in das Folgejahr	13.661.586	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	19.350.411	0	0	0
83	Auftragsforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 83, 282 83 und 389 83.				
429 83	Nicht aufteilbare Personalausgaben	179.585	0	0	0
542 83	Umsatzsteuer		0	0	0
547 83	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	168.291	0	0	0
812 83	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	17.130	0	0	0
989 83	Übertrag in das Folgejahr	612.572	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	977.578	0	0	0
84	Sonstige steuerpflichtige Projekte * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 84, 282 84 und 389 84				
429 84	Nicht aufteilbare Personalausgaben	96.275	0	0	0
542 84	Umsatzsteuer				
547 84	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	680.124	0	0	0
812 84	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	2.517	0	0	0
989 84	Übertrag in das Folgejahr	297.966	0	0	0
	Nachrichtlich Summe TGr. 84	1.076.882	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 231 90 und 389 90				
428 90	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	0	0	0	0
429 90	Nicht aufteilbare Personalausgaben	3.511.866	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	1.472.471	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	2.039.395	0	0	0
547 90	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	1.168.112	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	602.988	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	565.124	0	0	0

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
685 90	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
	<u>Erläuterungen:</u>				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	0	0	0	0
711 90	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	3.318.221	0	0	0
	<u>Erläuterungen:</u>				
	davon Hochschulpakt 2020	1.852.760	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	1.465.461	0	0	0
812 90	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.396.360	0	0	0
	<u>Erläuterungen:</u>				
	davon Hochschulpakt 2020	1.258.685	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	1.137.675	0	0	0
989 90	Übertrag ins Folgejahr	1.599.742	0	0	0
	<u>Erläuterungen:</u>				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	1.599.742	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TG 90*	11.994.301	0	0	0

*Zusätzlich enthaltene Bundesmittel in Höhe von 54.000 Euro für die Umsetzung Projekt LAW (Learning Agreement Websystem).

*Im Jahr 2023 sind aus den folgenden Haushaltsstellen Landesmittel zur Umsetzung des Hochschulpakts 2020/Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken eingesetzt worden:

Nachweis Mitteleinsatz der Gegenfinanzierung (in Euro)

Titel	Ist 2023
422 91	3.004.513
davon Hochschulpakt 2020	1.473.804
davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	1.530.709
Summe	3.004.513

Übersicht über die Festlegung der Hochschule zur geplanten Verwendung der übertragenen Bundesmittel	Übertrag 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
Konsumtiv		1.066.000	0	0
darunter Personal		1.066.000	0	0
Investiv		533.742	0	0
Nicht differenzierbar		0	0	0
Summe	1.599.742	1.599.742	0	0

91 Planstellen und Stellen im Globalhaushalt

422 91	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	11.125.748	14.832.800	15.575.600	15.908.500

Erläuterungen:

1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	11.125.748	14.384.700	15.526.100	15.541.600
2. Besondere Zulagen	0	0	0	0

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	3. Vorsorge für Besoldungserhöhungen (100 v.H.) davon Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 (bis 2018 i.H.v. 90 v.H.)	0	448.100	49.500	366.900
	Summe	11.125.748	14.832.800	15.575.600	15.908.500
428 91	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	19.986.435	18.622.800	20.009.600	20.437.300
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte und Zulagen, jährl. Zuwendungen, Sozialversicherung, Arbeitgeberanteil usw.	19.986.435	18.075.400	19.946.000	19.965.900
	2. Jubiläumszuwendungen	0	0	0	0
	3. Vorsorge für Tariferhöhungen (100 v.H.) davon Zuweisungen aus Epl. 06 / 685 04 (bis 2018 i.H.v. 90 v.H.)	0	547.400	63.600	471.400
	Summe	19.986.435	18.622.800	20.006.600	20.437.300
	Nachrichtlich: Summe TGr. 91	31.112.183	33.455.600	35.585.200	36.345.800
92	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung ab 2020				
428 92	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 92	0	0	0	0
96	Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau				
422 96	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	0	0	0	0
	2. Vorsorge für Besoldungserhöhungen (100 v.H.) davon Zuweisungen aus Epl 06 / 685 04 (bis 2018 i.H.v. 90 v.H.)	0	0	0	0
	Summe	0	0	0	0
428 96	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	197.032	203.900	154.300	112.600
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte und Zulagen, jährl. Zuwendungen, Sozialversicherung, Arbeitgeberanteile usw.	197.032	198.100	153.800	109.800
	2. Vorsorge für Tariferhöhungen (100 v.H.) davon Zuweisungen aus Epl 06 / 685 04 (bis 2018 i.H.v. 90 v.H.)	0	5.800	500	2.800
	Summe	197.032	203.900	154.300	112.600
429 96	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung	0	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 96	197.032	203.900	154.300	112.600
99	Kosten für Informations- und Kommunikationstechnik				
547 99	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	55.007	20.000	20.000	20.000
812 99	Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen	0	20.000	20.000	20.000
	Nachrichtlich: Summe TGr. 99*	55.007	40.000	40.000	40.000

Titel	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz
		2023	2024	2025	2026
		EUR	EUR	EUR	EUR

Erläuterungen:

*1. Im Ist des Jahres 2023 sind aus folgenden Haushaltsstellen Ausgaben für IT getätigt worden.

546 59 – Sachausgaben im Grundhaushalt	676.002
894 05 – Investitionen im Grundhaushalt	27.847
Summe	703.849

2. Bei Bedarf kann die Hochschule ergänzend zu den Planansätzen der Jahre 2025 und 2026 in Umsetzung des flexiblen Einsatzes des Globalbudgets aus folgenden Haushaltsstellen Mittel für IT verausgaben:
Kapitel 0616 Titel 546 59 und 894 05

Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben im Wirtschaftsplan		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Einnahmen					
HGr. 1	Eigene Einnahmen	7.129.294	50.000	74.000	74.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen	58.469.580	43.540.300	45.608.000	46.421.100
HGr. 3	Besondere Finanzierungseinnahmen	28.010.610	0	729.310	0
Einnahmen gesamt		93.609.484	43.590.300	46.411.300	46.495.100
Ausgaben/Betrieb					
HGr. 4	Personalausgaben	45.996.920	34.742.600	36.828.500	37.548.300
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben	14.910.321	8.131.000	8.136.800	8.230.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse	500	500	500	500
Ausgaben Betrieb		60.907.741	42.874.100	44.965.800	45.778.900
Ausgaben/Baumaßnahmen					
HGr. 7	Baumaßnahmen	3.489.718	0	0	0
Ausgaben Baumaßnahmen		3.489.718	0	0	0
Ausgaben/Investitionen					
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.630.777	716.200	716.200	716.200
Ausgaben Investitionen		3.630.777	716.200	716.200	716.200
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	25.581.248	0	729.310	0
Ausgaben gesamt		93.609.484	43.590.300	46.411.310	46.495.100

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 17 Hochschule Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

- *** 1. Die Ausgaben der Titel 685 02 und 894 02 sind gegenseitig deckungsfähig. Nicht verbrauchte Budgetmittel sind übertragbar, dies gilt auch für nicht verbrauchte Mittel aus Titel 685 06.
2. Die Hochschule kann auf die Erhebung von Einnahmen aus Veröffentlichungen in begründeten Fällen verzichten, insbesondere dann, wenn es sich um den länderübergreifenden Druckaustausch handelt.
3. Die Zahlungen zur Unterstützung und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen können im Wege der Billigkeit gewährt werden (Wirtschaftsplan).
4. Zweckgebundene Ausgaben, für die Mittel Dritter bereitgestellt werden, dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen geleistet werden und sind in den entsprechenden Titelgruppen des Wirtschaftsplanes nachzuweisen.

Erläuterungen:

Allgemeines:

1. Mit der Konzentration auf vereinbarte Angebotsstrukturen, die in Abstimmung mit den anderen Hochschulen erfolgt ist, hat die Hochschule Harz (nachfolgend Hochschule genannt) die Basis für den Ausbau ihres Profils geschaffen. Die Hochschule verfügt nach der Neustrukturierung mit den Fachbereichen

am Standort Wernigerode

- Wirtschaftswissenschaften

- Automatisierung und Informatik und

am Standort Halberstadt

- Verwaltungswissenschaften

über ein profilbestimmendes Angebot in Lehre und anwendungsorientierter Forschung.

Ziel ist die nachhaltige Internationalisierung von Studium und Lehre sowie die Positionierung der Hochschule im internationalen Hochschul- und Forschungsraum als auch die Vertiefung der Einbindung der Hochschule in der Region.

Forschung und Lehre werden unter Einbeziehung der Schwerpunkte interdisziplinär und fach- sowie hochschulübergreifend organisiert und durchgeführt.

2. Die Veranschlagung der Haushaltsmittel für die Jahre 2025/2026 erfolgt nach folgenden Prämissen:

Das Budget der Hochschule Harz wird auf der Grundlage der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 als Globalzuschuss veranschlagt.

Das Budget beinhaltet:

- den Zuschuss Betrieb (Titel 685 02). Dieser Titel enthält 40.000 EUR als zweckgebundene Mittel für die Kooperation mit der Moses-Mendelssohn-Akademie.

- den Inflationsausgleich (Titel 685 06) und

- den Zuschuss Investition (Titel 894 02)

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0617 Titel 685 04 getroffen worden.

3. Die veranschlagten Mittel werden der Hochschule gem. § 114 Abs. 3 HSG-LSA als Globalzuschuss zugewiesen und gem. § 17a LHO unter Berücksichtigung der Regelungen der Zielvereinbarung bewirtschaftet.

Die Bewirtschaftung des Globalzuschusses durch die Hochschule erfolgt außerhalb des Landeshaushaltes. Die kassenmäßige Verwaltung der Mittel erfolgt in eigener Zuständigkeit auf der Basis des bestätigten Wirtschaftsplanes über die hochschuleigene Zahlstelle.

Die Steuerungselemente der Kostenrechnung, des Controllings und des Berichtswesens sind an der Hochschule eingeführt und werden weiterentwickelt.

4. Die abzubauenen Stellen/Planstellen werden dienststellenbezogen konkret in der Titelgruppe 96 - Stellenüberhang - ausgewiesen. Die finanziellen Mittel hierzu sind im Wirtschaftsplan veranschlagt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Hochschule Harz

	Ist-Betrag 2023 (einschl. Drittmittel)	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben (HGr. 4)	18.901.435	16.496.500	18.292.000	18.664.900
2. Sächliche Verwaltungsausgaben (HGr. 5)	5.997.323	2.059.800	1.250.100	1.269.300
3. Zuschüsse für laufende Zwecke (HGr. 6)	200	0	0	0
4. Investitionen (HGr. 7; 8)	3.083.073	530.000	530.000	530.000
5. Bes. Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	10.969.287	0	454.430	0
Zusammen	38.951.318	19.086.300	20.526.530	20.464.200
Einnahmen				
eigene Einnahmen (HGr. 1; 2; 3)	20.512.118	30.200	484.630	30.200
Mithin Landeszuschuss gesamt	18.439.200	19.056.100	20.041.900	20.434.000
Davon				
Zuschuss aus Kapitel 0617 Titel 685 02	17.596.000	17.933.600	19.417.800	19.417.800
Zuschuss aus Kapitel 0617 Titel 685 04	0	435.500	59.200	416.400
Zuschuss aus Kapitel 0617 Titel 685 06	111.200	139.000	34.900	69.800
Zuschuss aus Kapitel 0617 Titel 894 02	530.000	530.000	530.000	530.000
Zuschuss aus Kapitel 0602 Titel 685 33	202.000	0	0	0
Nachrichtlich: im Zuschuss/Titel 685 02 enthaltene Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025	0	0	1.315.000	1.315.000

Übersicht über die Festlegung der Hochschulen zur geplanten Verwendung der übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mittel (ohne Drittmittel) aus dem (den) Vorjahr(en) / hier: Bestandsveränderung der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage

	V – Ist 2024	WPL 2025	WPL 2026	MFP 2027	MFP 2028	MFP 2029
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	Entnahme aus der Ausgleichsrücklage					
1. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum 01.01.2024	0					
2. Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage im Rahmen der HH-Durchführung 2024 aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem Vorjahr (2023)						
3. Entnahme aus der hochschul- eigenen Ausgleichsrücklage an den Hochschulhaushalt im Finanzplanungszeitraum	0					
4. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum Jahresende	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)

Die Zuführungen und Abführungen von übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem (den) Vorjahr(en) an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage werden von der Hochschule gem. § 114 HSG LSA i. V. mit den § 25, 62 LHO im Rahmen der Haushaltsdurchführung vorgenommen.
Darüber hinaus stehen die aus dem Vorjahr übertragenen Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung zur Verfügung.

Ausgaben

685 02	133	Zuschuss Betrieb	17.933.600	19.417.800	19.417.800
			17.596.000	79.629.200	0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 17 **Hochschule Harz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

*** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten der Titel 685
02 und 894 02
eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		18.858.500			18.858.500
2026		18.858.500	19.947.800		38.806.300
2027		18.858.500	19.947.800		38.806.300
2028		37.555.000	19.866.800		57.421.800
2029 ff.			19.866.800		19.866.800
Summen		94.130.500	79.629.200		173.759.700

Erläuterungen:

1. Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Hochschule Harz. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.
2. Der Ansatz 2025 berücksichtigt die Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung i.H.v. 1.315.000 EUR zzgl. des Differenzbetrags zu den im HH 2024 bereits im Budget enthaltenen Tarifmitteln i.H.v. 30.100 EUR.
3. Der von 2020-2024 vom Land an die Hochschule Harz gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 139.000 EUR wurde in den Zuschuss Betrieb überführt.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

685 04	133	Zuschuss für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen	453.500	59.200	416.400
			437.026	0	0

Erläuterungen:

Die auf der Grundlage der Spitzrechnung der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025 ermittelten Mehrbedarfe wurden für das Jahr 2025 bereits in das Budget der Hochschule Harz überführt.

Die Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen aufgrund künftiger Tarifabschlüsse werden für die Hochschule Harz im Einzelplan 06 in Höhe von 100 % der Tarifvorsorge bei einer unterstellten Tarifierhöhung von 2,0 % veranschlagt. Die Ausreichung der budgeterhöhenden Zuschüsse erfolgt auf der Grundlage einer Spitzabrechnung zum dann vorliegenden Tarifabschluss.

685 06	133	Inflationsausgleich	139.000	34.900	69.800
			111.200	488.600	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		166.800			166.800
2026		194.600	69.800		264.400
2027		222.400	104.700		327.100
2028		528.200	139.600		667.800
2029 ff.			174.500		174.500
Summen		1.112.000	488.600		1.600.600

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 17 Hochschule Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 06

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt gewährt den Hochschulen einen pauschalen Inflationsausgleich i.H.v. 1% der durchschnittlichen Sachausgaben (HGr. 5 WPL) und der durchschnittlichen Ausgaben für Zuschüsse (HGr. 6 WPL) aus der Zielvereinbarungsperiode (2020-2024), der jährlich kumulierend ausgereicht wird.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Die Gewährung eines angemessenen Inflationsausgleiches wird weiterhin Gegenstand der neuen Zielvereinbarung sein. Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

894 02	133	Zuschuss Investitionen	530.000	530.000	530.000
			530.000	0	0

Erläuterungen:

Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Hochschule Harz. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.

894 03	133	Zuschuss zum Ausbau der digitalen Ausstattung von Hörsälen, Seminar-, Beratungs- und sonstigen Lehrräumen	0	0	0
			1.500.000	0	0

Titelgruppe(n)

91 Planstellen und Stellen im Globalhaushalt

422 91	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0

428 91	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

92 Personalstellenpool für zusätzliche unbefristete Stellen im Globalhaushalt

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Zur flexiblen Gestaltung der Stellenbewirtschaftung können die Hochschulen zusätzliche unbefristete Stellen im Tarifbereich im Umfang von maximal 25 % der Drittmittel und Zukunftsmittel in der Stellenübersicht bei Titel 428 92 ausbringen. Die vollumfängliche und nachhaltige Finanzierungsverantwortung obliegt dabei den Hochschulen.

428 92	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 92			0	0	0
				0	0

96 Stellenüberhang

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls bestimmt sich durch die beim kw-Vermerk dargestellte Erläuterung.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 17 **Hochschule Harz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

1. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 15.06.2004 das Hochschulstrukturkonzept der Hochschule Harz vom 29.02.2004 bestätigt. Danach wird die Hochschule unter Beachtung der Zielvereinbarung durch Profilierung, Schwerpunktbildung und Konzentration der Angebotsstrukturen die Leistungsfähigkeit erhöhen und ihre Tätigkeit effizienter gestalten. Sich ergebende Effizienzrenditen werden auch zum Personalabbau genutzt. Diese Regelung hat auch Bestandskraft nach der Verabschiedung der Landeshochschulstrukturplanung im Jahr 2014.
In den Jahren 2006 bis 2024 sind von 14 kw-Stellen 11 abgebaut worden. Ab 2025 werden noch 3 Stellen abgebaut.

2. Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029 Anlage 2 Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen ist die Hochschule zu notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen während der Umsetzung des Hochschulstrukturplanes ermächtigt.

422 96	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 96	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
429 96	133	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gemäß Zielvereinbarung	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 17 **Hochschule Harz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	0	0	0
		0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	18.526.100	19.511.900	19.904.000
		80.117.800	0
HGr. 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	530.000	530.000	530.000
		0	0
Gesamtausgabe	19.056.100	20.041.900	20.434.000
Gesamtsumme der VE		80.117.800	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-19.056.100	-20.041.900	-20.434.000

Wirtschaftsplan
der
Hochschule Harz Wernigerode
für 2025/2026

Vorwort zum Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan enthält alle zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben der Hochschule Harz Wernigerode für die neu abzuschließende Zielvereinbarung 2025-2029 zu erfüllenden Aufgaben und zu erbringenden Leistungen. Die Haushaltsführung erfolgt nach der im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Veranschlagungssystematik.

Neben den allgemeinen Regelungen der Haushaltsführung des Landes gelten für die Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben die in den Zielvereinbarungen 2025-2029 ausgewiesenen Bewirtschaftungsregelungen.

Dies sind insbesondere:

Die von der Hochschule nach Maßgabe des jeweils geltenden Hochschulgesetzes und eventuell auf der Grundlage des Allgemeinen Verwaltungskostenverfahrensgesetzes erhobenen Gebühren und Entgelte stehen der Hochschule zusätzlich zum Budget als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung.

Mehrausgaben sind durch Einsparungen aus dem verfügbaren Gesamtbudget zu erwirtschaften.

Vom Grundsatz der Gesamtdeckung ausgenommen sind die durch gesonderten Haushaltsvermerk im Wirtschaftsplan der Hochschule ausgewiesenen Haushaltsstellen (z. B. projektgebunden zugewiesene Mittel und Drittmittel). Die zweckgebundenen Projektzuweisungen werden mit Auflagen zur Qualitätssicherung und -kontrolle verbunden.

Dem Grundsatz der Selbstversicherung entsprechend versichert das Land seine Risiken für Schäden und Vermögen nicht und trägt im Schadensfall die entstehenden Kosten aus Haushaltsmitteln (vgl. VV Nr. 11 zu § 34 LHO). An der Hochschule anfallende Ausgaben für Schadensfälle werden bis zu insgesamt 25.000 EUR im Haushaltsjahr aus dem Budget finanziert. Nachweise der Schadensfälle einschließlich der vorgenommenen Regressprüfungen werden im Rahmen der Rechnungslegung festgestellt.

Am Jahresende nicht in Anspruch genommene Haushaltsmittel (Zuweisungen zum Budget, sonstige Einnahmen und vorhabenbezogenen zugewiesenen Haushaltsmittel) werden von der Hochschule innerhalb der Laufzeit der Zielvereinbarung in voller Höhe in das Folgejahr übertragen und stehen ihr uneingeschränkt mit Beginn des neuen Haushaltsjahres für die jeweilige Zweckbestimmung zur Verfügung. Die Übertragung der nicht verbrauchten Mittel erfolgt zum Jahresabschluss ausgabeseitig als Übertrag in das Folgejahr und einnahmeseitig als Übertrag aus dem Vorjahr bei den entsprechenden Haushaltsstellen im Wirtschaftsplan der Hochschule.

Land und Hochschule bekennen sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Hochschulentwicklung und verpflichten sich, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Förderprogramme des Bundes, der EU und anderer Förderinstitutionen mitzufinanzieren. Land und Hochschule stimmen Näheres im Einzelfall ab.

In entsprechender Anwendung des § 25 Abs. 3 LHO gleicht die Hochschule Überschreitungen der verfügbaren Ausgaben im Vereinbarungszeitraum vollständig aus.

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0617 Titel 685 04 getroffen worden.

Von haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen gemäß § 41 LHO und sonstigen vom Ministerium der Finanzen erlassenen haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen, soweit sie für den übrigen Bereich des Landeshaushalts allgemein in Kraft treten, ist die Hochschule befreit.

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
EINNAHMEN					
119 05	Eigene Einnahmen gesamt ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden Erläuterungen: Vereinnahmt werden u.a. Verwaltungsgebühren, Einnahmen aus Veröffentlichungen, Einnahmen aus Nebentätigkeiten sowie Einnahmen aus Vermietung / Verpachtung und Erlöse aus Veräußerungen, wie z.B.:	25.811	30.200	30.200	30.200
	1. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0	5.000	5.000	5.000
	2. Erlöse aus Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	0	0	0	0
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0	0	0	0
	4. Erlöse aus Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	0	0	0	0
	5. Einnahmen aus Bibliotheks- und Verwaltungsgebühren	25.811	25.200	25.200	25.200
	6. Zweitstudiengebühren	0	0	0	0
232 01	Zuschuss des Landes – Epl. 06 / Grundbudget davon Erhöhung Grundbudget ab 2017	17.596.000 1.090.000	18.463.600 1.090.000	19.947.800 1.090.000	19.947.800 1.090.000
232 02	Zuschuss des Landes für Tarif- und Besoldungserhöhungen Epl.13 (ab 2015 aus Epl. 06)	0	453.500	59.200	416.400
232 06	Zuschuss Inflationsausgleich 1 %	111.200	139.000	34.900	69.800
232 07	Zuschuss des Landes zur anteiligen Kompensation des Wegfalls der Langzeitstudiengebühren	0	0	0	0
232 08	Zuschuss des Landes zu Kompensation der Energie- kostenentwicklung	202.000	0	0	0
235 01	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0	0
235 05	Sonstige Zuweisungen der BfA zur Regelung der Altersteilzeit	0	0	0	0
351 01	Entnahme aus Ausgleichsrücklage	0	0	500.000	1.100.000
389 01	Übertrag aus Vorjahr Bestandsübertrag der nicht verbrauchten Budgetmittel und zweckgebundenen Mittel aus dem Vorjahr	5.743.254	0	0	0
389 03	Übertrag für die Rückflüsse 2025 an den Landeshaushalt	0	0	454.430	0
Titelgruppe(n)					
81	Drittmittelforschung				
282 81	Einnahmen aus Drittmittelforschung	1.600.222	0	0	0
389 81	Übertrag aus Vorjahr *Vgl. K- Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81	1.960.101	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	3.560.323	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel				
119 82	Sonstige zweckgebundene Einnahmen	1.303.165	0	0	0
389 82	Übertrag aus Vorjahr *Vgl. K- Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82	4.330.117	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	5.633.282	0	0	0

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
83	Auftragsforschung				
125 83	Einnahmen aus Umsatzsteuer	0	0	0	0
282 83	Einnahmen aus Auftragsforschung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83	-32.953	0	0	0
389 83	Übertrag aus Vorjahr *Vgl. K- Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83	344.294	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	311.341	0	0	0
84	Sonstige steuerpflichtige Projekte *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitel TG 84				
125 84	Zweckgebundene steuerpflichtige Einnahmen	0	0	0	0
282 84	Einnahmen aus steuerpflichtigen Dienstleistungen	21.301	0	0	0
389 84	Übertrag aus Vorjahr	100.291	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr 84	121.593	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90				
231 90	Zuweisung aus dem Hochschulpakt 2020/Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	2.544.922	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	476.159	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	2.068.763*	0	0	0
	*excl. 270.000 EUR zur Auszahlung an die am Projekt LAW (Learning Agreement Websystem) beteiligten fünf Hochschulen				
389 90	Übertrag aus Vorjahr	2.322.082	0	0	0
	Erläuterungen;				
	davon Hochschulpakt 2020	784.418	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	1.537.664	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90	4.867.004	0	0	0
	AUSGABEN				
427 05	Personalausgaben im Grundhaushalt gesamt	485.837	450.000	450.000	450.000
	Erläuterungen:				
	Die Mittel sind für folgende Zwecke vorgesehen:				
	1. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte	481.645	270.000	270.000	270.000
	2. Nebenamtliche Hilfskräfte	-2.814	178.000	178.000	178.000
	3. Gastprofessuren	0	0	0	0
	4. sonstige	7.006	2.000	2.000	2.000
	Summe	485.837	450.000	450.000	450.000
428 03	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	33.941	36.300	42.300	43.200
	1. Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	33.941	35.300	42.200	42.200
	2. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v. H.)		1.000	100	1.000
	Davon: Zuweisungen aus dem Epl. 06 / 685 04 (bis 2018 i.H. v. 90 v. H.)		1.000	100	1.000
	Summe	33.941	44.500	42.300	43.200

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Erläuterungen: Vergütung für 3 Auszubildende in Angestelltenberufen					
529 01	Verfüungsmittel der Hochschulleitung	500	500	500	500
Erläuterungen: Die Mittel werden für dienstliche Anlässe durch die Hochschulleitung, auch zur Betreuung ausländischer und anderer Gäste benötigt.					
546 59	Sachausgaben im Grundhaushalt gesamt	4.622.800	2.039.300	1.229.600	1.248.800
Erläuterungen: Die Mittel sind gemäß der in § 3, 4, 5, 54, 55 Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt formulierten Aufgabenstellungen für folgende Zwecke vorgesehen:					
	1. Lehre und Forschung (ohne stelligegebundenes Personal)	1.113.170	50.000	296.100	300.700
	2. Internationalisierung und internationale Beziehungen	59.634	55.000	15.900	16.100
	3. Wissenschaftliche Infrastruktur (Bibliothek, Rechenzentrum u. ä.)	795.122	100.000	211.500	214.800
	4. Verbesserung der Chancengleichheit	64.719	50.000	17.200	17.500
	5. Betriebs- und Bewirtschaftungskosten	2.037.268	1.644.300	541.900	550.300
Erläuterungen: Kostenart:					
	Gebäudeunterhaltung				
	Wasser / Abwasser	244.472	100.000	65.000	66.100
	Bewachung	101.863	160.400	27.100	27.500
	Reinigung	162.982	380.000	43.300	44.000
	Heizenergie	427.826	340.000	113.800	115.600
	Elektroenergie	183.354	289.900	48.800	49.500
	Pflege und Unterhaltung betr. Einbauten und Außenanlagen	733.417	280.000	195.100	198.100
		183.354	94.000	48.800	49.500
	6. Sachausgaben für den sonstigen laufenden Bedarf	552.887	70.000	92.700	149.400
	6. a) personalbezogen	387.021	49.000	64.900	104.600
	6. b) institutionsbezogen	165.866	21.000	27.800	44.800
	Bestand an Dienstfahrzeugen	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	Personenkraftwagen	2	2	2	2
	Nutz- und Sonderfahrzeuge	3	2	2	2
	Zusammen	5	4	4	4
681 01	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	200	0	0	0
811 01	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0	0
811 06	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0	0	0	0

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
894 05	Investitionen im Grundhaushalt	2.943.543	500.000	500.000	500.000
	<u>Erläuterungen:</u>				
	1. Für Lehre und Forschung	24.439	301.300	301.300	301.300
	2. Für IuK-Technik	60.993	198.700	198.700	198.700
	3. Sonstige	2.858.111	0	0	0
	Summe	2.943.543	500.000	500.000	500.000
911 01	Zuführungen an Ausgleichsrücklage	0	0	0	0
989 01	Übertrag in das Folgejahr	2.901.002	0	0	0
	Erläuterungen: Bestandsübertrag nicht verbrauchter Budgetmittel in das Folgejahr.				
989 02	Verrechnungen Bauleistungen	0	0	0	0
989 03	Rückflüsse 2025 an den Landeshaushalt	120.000*	0	454.430	0
	*Rückzahlung 2023 von zweckgebundenen Haushaltsmitteln zur Teilfinanzierung der Stiftungsprofessur Moses-Mendelssohn-Akademie (MMA)				
	Titelgruppe(n)				
81	Drittmittelforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen Titel 282 81				
429 81	Nicht aufteilbare Personalausgaben	1.652.469	0	0	0
547 81	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	188.057	0	0	0
685 81	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0
812 81	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
989 81	Übertrag in das Folgejahr	1.719.797	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	3.560.323	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 82.				
429 82	Nicht aufteilbare Personalausgaben	344.235	0	0	0
547 82	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	585.674	0	0	0
685 82	Sonstige Zuschüsse für sonstige Leistungen	0	0	0	0
812 82	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
989 82	Übertrag in das Folgejahr	4.703.372	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	5.633.282	0	0	0
83	Auftragsforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistete werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 83 und				

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
429 83	282 83. Nicht aufteilbare Personalausgaben	4.729	0	0	0
542 83	Umsatzsteuer	0	0	0	0
547 83	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-79.513	0	0	0
812 83	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
98983	Übertrag in das Folgejahr	386.125	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	311.341	0	0	0
84	Sonstige steuerpflichtige Projekte *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 84 und 389 84				
429 84	Nicht aufteilbare Personalausgaben	8.448	0	0	0
547 84	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.091	0	0	0
81284	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0	0
989 84	Übertrag in das Folgejahr	111.054	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	121.593	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpakts 2020 und des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 231 90 und 389 90				
422 90	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten davon HSP davon ZSL	576.814	0	0	0
427 90	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige davon HSP davon ZSL	243.477	0	0	0
428 90	Entgelte für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen davon HSP davon ZSL	1.484.542	0	0	0
429 90	Nicht aufteilbare Personalausgaben davon HSP davon ZSL	1.127.580	0	0	0
547 90	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben davon HSP davon ZSL	273.658	0	0	0
685 90	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
711 90	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten davon HSP davon ZSL	2.766	0	0	0
812 90	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	130.231	0	0	0

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	davon HSP davon ZSL				
989 90	Übertrag in das Folgejahr	1.027.936	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	1.027.936			
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90*	4.867.004	0	0	0
	*excl. 270.000 EUR zur Auszahlung an die am Projekt LAW (Learning Agreement Websystem) beteiligten fünf Hochschulen				
	*Im Jahr 2023 sind aus den folgenden Haushaltsstellen Landesmittel zur Umsetzung des Hochschulpakts 2020/Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken eingesetzt worden:				
	Nachweis Mitteleinsatz der Gegenfinanzierung				
	Titel	Ist 2023			
	422 91 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.672.772			
	Summe IST	1.672.772			
	Übersicht über die Festlegung der Hochschule zur geplanten Verwendung der übertragenen Bundesmittel (in EUR) HSP/ZVSL	Übertrag 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
	konsumtiv	1.027.936	700.000	327.936	0
	darunter Personal	1.027.936	700.000	327.936	0
	Investiv		0	0	0
	nicht differenzierbar		0	0	0
	Summe	1.027.936	700.000	327.936	0
91	Planstellen und Stellen im Globalhaushalt				
422 91	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen u. Beamten	5.749.531	6.646.800	7.368.100	7.523.000
	Erläuterungen:				
	1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	5.749.531	6.455.300	7.343.600	7.351.000
	2. Aufwandsentschädigungen		0	0	0
	3. Sonstige Leistungen		0	0	0
	4. Vorsorge für Besoldungserhöhungen (100 v. H.)	0	191.500	24.500	172.000
	Davon: Zuweisungen aus dem Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhung	0	191.500	24.500	172.000
	Summe	5.749.531	6646.800	7.368.100	7.523.000
428 91	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6.664.037	8.950.000	9.103.600	9.293.100
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Sozialversicherung und Umlage zur ges. Altersversorgung	6.664.037	8.700.600	9.073.400	9.080.600
	2. Aufwandsentschädigungen		0	0	0
	3. Sonstige Leistungen		0	0	0
	4. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v. H.)		249.400	30.200	212.500
	Davon: Zuweisungen aus dem Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhung		249.400	30.200	212.500
	Summe	6.664.037	8.950.000	9.103.600	9.293.100

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
	Nachrichtlich: Summe TGr 91	12.413.567	15.596.800	16.417.700	16.816.100
92	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung ab 2020				
428 92	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	225.992	233.600	1.139.200	1.162.900
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Sozialversicherung und Umlage zur ges. Altersversorgung		227.100	1.135.400	1.136.300
	2. Aufwandsentschädigungen		0	0	0
	3. Sonstige Leistungen		0	0	0
	4. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v. H.)		6.500	3.800	26.600
	Davon: Zuweisungen aus dem Epl. 06 / 685 04 Tarif - und Besoldungserhöhung		6.500	3.800	26.600
	Summe	225.992	233.600	1.139.200	1.162.900
	Nachrichtlich: Summe TGr. 92	225.992	233.600	1.139.200	1.162.900
96	Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau				
422 96	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen u. Beamten	77.139	79.500	188.800	192.700
	Erläuterungen:				
	1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	77.139	77.200	188.200	188.300
	2. Aufwandsentschädigungen		0	0	0
	3. Sonstige Leistungen		0	0	0
	4. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v. H.)		2.300	600	4.400
	Davon: Zuweisungen aus dem Epl. 06 / 685 04 Tarif- und Besoldungserhöhung		2.300	600	4.400
	Summe	77.139	79.500	188.800	192.700
428 96	Entgelte der Arbeiter und Arbeiterinnen	96.188	100.300	0	0
	Erläuterungen:				
	1. Entgelte einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie AG- Anteil zur SV und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung	96.188	97.500	0	0
	2. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v.H.)		2.800	0	0
	Davon: Zuweisung aus dem Epl. 06 / 685 04 Tarif- Besoldungserhöhung		2.800	0	0
	Summe	96.188	100.300	0	0
429 96	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung	126.479	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr 96	299.805	179.800	188.800	192.700
99	Kosten für Information und Kommunikation				
547 99	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	0	20.000	20.000	20.000
812 99	Erwerb von Ausrüstungsgegenständen	0	30.000	30.000	30.000
	Nachrichtlich: Summe TG 99	0	50.000	50.000	50.000

Titel	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz
		2023	2024	2025	2026
		EUR	EUR	EUR	EUR

*1

Zusätzlich zum Ist des Jahres 2023 sind aus folgenden HH-Stellen Ausgaben für IT getätigt worden:

Titel	Ist 2023
546 59 – Sachausgaben im Grundhaushalt	337.943
894 05 – Investitionen im Grundhaushalt	24.439
Summe	362.382

*2

Bei Bedarf können die Hochschulen ergänzend zu den Planungsansätzen des Jahres 2024 in Umsetzung des flexiblen Einsatzes des Globalbudgets aus folgenden Haushaltsstellen Mittel für IT verausgaben:
Kapitel 0617: Titel 546 59, 894 05

		Ist 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben im Wirtschaftsplan					
Einnahmen					
HGr. 1	Eigene Einnahmen	1.328.976	30.200	30.200	30.200
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen	22.572.692	19.056.100	20.041.900	20.434.000
HGr. 3	Besondere Finanzierungseinnahmen	14.800.140	0	454.430	0
	Einnahmen gesamt	38.701.808	19.086.300	20.526.530	20.464.200
Ausgaben/ Betrieb					
HGr. 4	Personalausgaben	18.901.435	16.496.500	18.292.000	18.664.900
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben	5.747.813	2.059.800	1.250.100	1.269.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse	200	0	0	0
	Ausgaben Betrieb	24.649.448	18.556.300	19.542.100	19.934.200
HGr.7	Baumaßnahmen	2.767	0	0	0
Ausgaben/Investitionen					
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.080.306	530.000	530.000	530.000
	Ausgaben Investitionen	3.083.072	530.000	530.000	530.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	10.969.287	0	454.430	0
	Ausgaben gesamt	38.701.808	19.086.300	20.526.530	20.464.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

- *** 1. Die Ausgaben der Titel 685 02 und 894 02 sind gegenseitig deckungsfähig. Nicht verbrauchte Budgetmittel sind übertragbar, dies gilt auch für nicht verbrauchte Mittel aus Titel 685 06.
2. Die Hochschule kann auf die Erhebung von Einnahmen aus Veröffentlichungen in begründeten Fällen verzichten, insbesondere dann, wenn es sich um den länderübergreifenden Druckaustausch handelt.
3. Die Zahlungen zur Unterstützung und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen können im Wege der Billigkeit gewährt werden (Wirtschaftsplan).
4. Zweckgebundene Ausgaben, für die Mittel Dritter bereitgestellt werden, dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen geleistet werden und sind in den entsprechenden Titelgruppen des Wirtschaftsplanes nachzuweisen.

Erläuterungen:

Allgemeines:

1. Mit der Konzentration auf vereinbarte Angebotsstrukturen, die in Abstimmung mit den anderen Hochschulen erfolgt ist, hat die Hochschule Merseburg (nachfolgend Hochschule genannt) die Basis für den Ausbau ihres Profils geschaffen.

Das lehrbezogene Profil der Hochschule wird durch folgende Kernschwerpunkte charakterisiert:

- Mechatronik, Automation, Physikalische Technik;
- Chemie-, Umwelt- und Verfahrenstechnik;
- Maschinenbau, Kunststofftechnik, Produktionstechnik;
- Informatik, Kommunikationstechnik,
- Betriebswirtschafts- und Managementlehre und
- Sozialarbeitswissenschaften / Soziale, sexuelle und kulturelle Bildung.

Als interdisziplinäre Profile sind folgende vereinbart worden:

- Technische Redaktion und Wissenskommunikation;
- Sozial- / Kulturmanagement;
- Kultur- und Medienwissenschaften;
- Wirtschaftsingenieurwesen und Wirtschaftsinformatik;
- Ingenieurinformatik und Ingenieurpädagogik.

Forschung und Lehre werden unter Einbeziehung der Schwerpunkte interdisziplinär und fach- sowie hochschulübergreifend organisiert und durchgeführt.

2. Die Veranschlagung der Haushaltsmittel für die Jahre 2025/2026 erfolgt nach folgenden Prämissen:

Das Budget der Hochschule Merseburg wird auf der Grundlage der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 als Globalzuschuss veranschlagt.

Das Budget beinhaltet:

- den Zuschuss Betrieb (Titel 685 02);
- den Inflationsausgleich (Titel 685 06) und
- den Zuschuss Investitionen (Titel 894 02).

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0618 Titel 685 04 getroffen worden.

3. Die veranschlagten Mittel werden der Hochschule gem. § 114 Abs. 3 HSG-LSA als Globalzuschuss zugewiesen und gem. § 17a LHO unter Berücksichtigung der Regelungen der Zielvereinbarung bewirtschaftet.

Die Bewirtschaftung des Globalzuschusses durch die Hochschule erfolgt außerhalb des Landeshaushaltes. Die kassenmäßige Verwaltung der Mittel erfolgt in eigener Zuständigkeit auf der Basis des bestätigten Wirtschaftsplanes über die hochschuleigene Zahlstelle.

Die Steuerungselemente der Kostenrechnung, des Controllings und des Berichtswesens sind an der Hochschule eingeführt und werden weiterentwickelt.

4. Die abzubauenen Stellen/Planstellen werden dienststellenbezogen konkret in der Titelgruppe 96 - Stellenüberhang - ausgewiesen. Die finanziellen Mittel hierzu sind im Wirtschaftsplan veranschlagt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Hochschule Merseburg

	Ist-Betrag 2023 (einschl. Drittmittel)	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben (HGr. 4)	22.350.207	18.901.700	20.339.000	20.837.300
2. Sächliche Verwaltungsausgaben (HGr. 5)	7.525.870	3.947.100	3.567.600	3.493.800
3. Zuschüsse für laufende Zwecke (HGr. 6)	233.095	0	0	0
4. Investitionen (HGr. 7; 8)	437.671	600.000	600.000	600.000
5. Bes. Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	16.033.500	0	878.790	0
Zusammen	46.580.343	23.448.800	25.385.390	24.931.100
Einnahmen				
eigene Einnahmen (HGr. 1; 2; 3)	23.012.743	45.000	923.790	45.000
Mithin Landeszuschuss gesamt	23.567.600	23.403.800	24.461.600	24.886.100
Davon:				
Zuschuss aus Kapitel 0618 Titel 685 02	21.670.000	22.086.500	23.757.100	23.757.100
Zuschuss aus Kapitel 0618 Titel 685 04	0	507.300	61.400	442.800
Zuschuss aus Kapitel 0618 Titel 685 06	168.000	210.000	43.100	86.200
Zuschuss aus Kapitel 0618 Titel 894 02	600.000	600.000	600.000	600.000
Zuschuss aus Kapitel 0602 Titel 685 33	1.129.600	0	0	0
Nachrichtlich: im Zuschuss/Titel 685 02 enthaltene Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025			1.431.500	1.431.500

Übersicht über die Festlegung der Hochschulen zur geplanten Verwendung der übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mittel (ohne Drittmittel) aus dem (den) Vorjahr(en) / hier: Bestandsveränderung der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage

	V – Ist 2024	WPL 2025	WPL 2026	MFP 2027	MFP 2028	MFP 2029
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		Entnahme aus der Ausgleichsrücklage				
1. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum 01.01.2024						
2. Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage im Rahmen der HH-Durchführung 2024 aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem Vorjahr (2023)						
3. Entnahme aus der hochschul- eigenen Ausgleichsrücklage an den Hochschulhaushalt im Finanzplanungszeitraum						
4. Bestand der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage zum Jahresende			(0)	(0)	(0)	(0)

Die Zuführungen und Abführungen von übertragenen, nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem (den) Vorjahr(en) an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage werden von der Hochschule gem. § 114 HSG LSA i. V. mit den §§ 25, 62 LHO im Rahmen der Haushaltsdurchführung vorgenommen.
Darüber hinaus stehen die aus dem Vorjahr übertragenen Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung zur Verfügung.

Ausgaben

685 02	133	Zuschuss Betrieb	22.086.500	23.757.100	23.757.100
			21.670.000	97.428.400	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

*** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten der Titel 685
02 und 894 02
eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		23.222.100			23.222.100
2026		23.222.100	24.357.100		47.579.200
2027		23.222.100	24.357.100		47.579.200
2028		46.444.200	24.357.100		70.801.300
2029 ff.			24.357.100		24.357.100
Summen		116.110.500	97.428.400		213.538.900

Erläuterungen:

1. Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Hochschule Merseburg. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.
2. Der Ansatz 2025 berücksichtigt die Mehrbedarfe aus der Tarifeinigung der Länder vom 09.12.2023 und der damit korrespondierenden Besoldungsanpassung i.H.v. 1.431.500 EUR zzgl. des Differenzbetrags zu den im HH 2024 bereits im Budget enthaltenen Tarifmitteln i.H.v. 29.100 EUR.
3. Der von 2020-2024 vom Land an die Hochschule Merseburg gezahlte Inflationsausgleich i.H.v. 210.000 EUR wurde in den Zuschuss Betrieb überführt.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 ausgebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 ausgebrachten VE erfolgt.

685 04	133	Zuschuss für künftige Tarif- und Besoldungserhöhungen	507.300	61.400	442.800
			525.954	0	0

Erläuterungen:

Die auf der Grundlage der Spitzrechnung der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2024/2025 ermittelten Mehrbedarfe wurden für das Jahr 2025 bereits in das Budget der Hochschule Merseburg überführt.
Die Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen auf Grund künftiger Tarifabschlüsse werden für die Hochschule Merseburg im Einzelplan 06 in Höhe von 100 % der Tarifvorsorge bei einer unterstellten Tarifierhöhung von 2,0 % veranschlagt. Die Ausreichung der budgeterhöhenden Zuschüsse erfolgt auf der Grundlage einer Spitzabrechnung zum dann vorliegenden Tarifabschluss.

685 06	133	Inflationsausgleich	210.000	43.100	86.200
			168.000	603.400	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		252.000			252.000
2026		294.000	86.200		380.200
2027		336.000	129.300		465.300
2028		798.000	172.400		970.400
2029 ff.			215.500		215.500
Summen		1.680.000	603.400		2.283.400

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 18 Hochschule Merseburg

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 06

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt gewährt den Hochschulen einen pauschalen Inflationsausgleich i.H.v. 1% der durchschnittlichen Sachausgaben (HGr. 5 WPL) und der durchschnittlichen Ausgaben für Zuschüsse (HGr. 6 WPL) aus der Zielvereinbarungsperiode (2020-2024), der jährlich kumulierend ausgereicht wird.

Erläuterung zur Verpflichtungsermächtigung im HHJ 2025

Die Gewährung eines angemessenen Inflationsausgleiches wird weiterhin Gegenstand der neuen Zielvereinbarung sein. Für eine neue mehrjährige Zielvereinbarung für die Jahre 2025-2029 ist vorsorglich eine neue VE im HHJ 2025 eingebracht. Diese VE wird nur dann in Anspruch genommen, sofern keine Inanspruchnahme der im HHJ 2024 eingebrachten VE erfolgt.

894 02	133	Zuschuss Investitionen	600.000	600.000	600.000
			600.000	0	0

Erläuterungen:

Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Hochschule Merseburg. Die Einnahmen und Ausgaben sind im anliegenden Wirtschaftsplan im Einzelnen ausgewiesen.

894 03	133	Zuschuss zum Ausbau der digitalen Ausstattung von Hörsälen, Seminar-, Beratungs- und sonstigen Lehrräumen	0	0	0
			100.000	0	0

Titelgruppe(n)

91 Planstellen und Stellen im Globalhaushalt

422 91	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 91	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

92 Personalstellenpool für zusätzliche unbefristete Stellen im Globalhaushalt

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Zur flexiblen Gestaltung der Stellenbewirtschaftung können die Hochschulen zusätzliche unbefristete Stellen im Tarfbereich im Umfang von maximal 25 % der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel in der Stellenübersicht bei Titel 428 92 ausbringen. Die vollumfängliche und nachhaltige Finanzierungsverantwortung obliegt dabei den Hochschulen.

428 92	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 92			0	0	0
				0	0

96 Stellenüberhang

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Kw durch Wegfall der Aufgabe. Der Zeitpunkt des Wegfalls bestimmt sich durch die beim kw-Vermerk dargestellte Erläuterung.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 18 **Hochschule Merseburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

1. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 15.06.2004 das Hochschulstrukturkonzept der Hochschule Merseburg vom 04.06.2004 bestätigt. Danach wird die Hochschule unter Beachtung der jeweils geltenden Zielvereinbarung durch Profilierung, Schwerpunktbildung und Konzentration der Angebotsstrukturen die Leistungsfähigkeit erhöhen und ihre Tätigkeit effizienter gestalten. Sich ergebende Effizienzrenditen werden auch zum Personalabbau genutzt. Diese Regelung hat auch Bestandskraft nach der Verabschiedung der Landeshochschulstrukturplanung im Jahr 2014.

Die Hochschule hat in Umsetzung des o. g. Hochschulstrukturkonzeptes das der TGr. 96 zugeordnete Überhangpersonal vollständig abgebaut.

2. Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029 Anlage 2 Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen ist die Hochschule zu notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen während der Umsetzung des Hochschulstrukturplanes ermächtigt.

422 96	133	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 96	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
429 96	133	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gemäß Zielvereinbarung	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 18 **Hochschule Merseburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	0	0	0
		0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	22.803.800	23.861.600	24.286.100
		98.031.800	0
HGr. 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	600.000	600.000	600.000
		0	0
Gesamtausgabe	23.403.800	24.461.600	24.886.100
Gesamtsumme der VE		98.031.800	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-23.403.800	-24.461.600	-24.886.100

Wirtschaftsplan
der
Hochschule Merseburg
für 2025/2026

Vorwort zum Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan enthält alle zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben der Hochschule Merseburg für die entsprechend der neu abzuschließenden Zielvereinbarung 2025-2029 zu erfüllenden Aufgaben und zu erbringenden Leistungen. Die Haushaltsführung erfolgt nach der im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Veranschlagungssystematik.

Neben den allgemeinen Regelungen der Haushaltsführung des Landes gelten für die Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben die in den Zielvereinbarungen 2025-2029 zu vereinbarenden ausgewiesenen Bewirtschaftungsregelungen.

Dies sind insbesondere:

Die von der Hochschule nach Maßgabe des jeweils geltenden Hochschulgesetzes und eventuell auf der Grundlage des Allgemeinen Verwaltungskostenverfahrensgesetzes erhobenen Gebühren und Entgelte stehen der Hochschule zusätzlich zum Budget als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung.

Mehrausgaben sind durch Einsparungen aus dem verfügbaren Gesamtbudget zu erwirtschaften.

Vom Grundsatz der Gesamtdeckung ausgenommen sind die durch gesonderten Haushaltsvermerk im Wirtschaftsplan der Hochschule ausgewiesenen Haushaltsstellen (z.B. projektgebunden zugewiesene Mittel und Drittmittel). Die zweckgebundenen Projektzuweisungen werden mit Auflagen zur Qualitätssicherung und -kontrolle verbunden.

Dem Grundsatz der Selbstversicherung entsprechend versichert das Land seine Risiken für Schäden und Vermögen nicht und trägt im Schadensfall die entstehenden Kosten aus Haushaltsmitteln (vgl. VV Nr. 11 zu § 34 LHO). An der Hochschule anfallende Ausgaben für Schadensfälle werden bis zu insgesamt 25.000 EUR im Haushaltsjahr aus dem Budget finanziert. Nachweise der Schadensfälle einschließlich der vorgenommenen Regressprüfungen werden im Rahmen der Rechnungslegung festgestellt.

Am Jahresende nicht in Anspruch genommene Haushaltsmittel (Zuweisungen zum Budget, sonstige Einnahmen und vorhabenbezogenen zugewiesenen Haushaltsmittel) werden von der Hochschule innerhalb der Laufzeit der Zielvereinbarung in voller Höhe in das Folgejahr übertragen und stehen ihr uneingeschränkt mit Beginn des neuen Haushaltsjahres für die jeweilige Zweckbestimmung zur Verfügung. Die Übertragung der nicht verbrauchten Mittel erfolgt zum Jahresabschluss ausgabeseitig als Übertrag in das Folgejahr und einnahmeseitig als Übertrag aus dem Vorjahr bei den entsprechenden Haushaltsstellen im Wirtschaftsplan der Hochschule.

Land und Hochschule bekennen sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Hochschulentwicklung und verpflichten sich, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Förderprogramme des Bundes, der EU und anderer Förderinstitutionen mitzufinanzieren. Land und Hochschule stimmen Näheres im Einzelfall ab.

In entsprechender Anwendung des § 25 Abs. 3 LHO gleicht die Hochschule Überschreitungen der verfügbaren Ausgaben im Vereinbarungszeitraum vollständig aus.

Für die Absicherung des Mehrbedarfes aus künftigen Tarifabschlüssen und Besoldungserhöhungen ist Haushaltsvorsorge bei Kapitel 0618 Titel 685 04 getroffen worden.

Von haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen gemäß § 41 LHO und sonstigen vom Ministerium der Finanzen erlassenen hauswirtschaftlichen Beschränkungen, soweit sie für den übrigen Bereich des Landeshaushalts allgemein in Kraft treten, ist die Hochschule befreit.

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 EUR
EINNAHMEN					
119 05	Eigene Einnahmen gesamt ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden Erläuterungen: Vereinnahmt werden u. a. Verwaltungsgebühren, Einnahmen aus Veröffentlichungen, Einnahmen aus Nebentätigkeiten sowie Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung und Erlöse aus Veräußerungen, wie z. B.:	949.175	45.000	45.000	45.000
	1. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung u. Nutzung	4.240	15.000	15.000	15.000
	2. Erlöse aus Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	0	0	0	0
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0	0	0	0
	4. Erlöse aus Veräußerung sonstiger beweglicher Sa- chen	0	0	0	0
	5. Langzeitstudiengebühren	0	0	0	0
	6. Vermischte Einnahmen	944.935	30.000	30.000	30.000
Die geplanten Einnahmen resultieren aus der Planung der vermischten Einnahmen auf Basis von Durchschnittswerten der letzten drei Jahre sowie unter Berücksichtigung erkennbarer Entwicklungstendenzen.					
232 01	Zuschuss des Landes – Epl. 06 / Grundbudget Davon: Erhöhung Grundbudget ab 2017	22.270.000 960.000	22.686.500 960.000	24.357.100 960.000	24.357.100 960.000
232 02	Zuschuss des Landes für künftige Tarif- und Besoldungs- erhöhungen / Epl. 06	0	507.300	61.400	442.800
232 06	Inflationsausgleich	168.000	210.000	43.100	86.200
232 07	Zuschuss des Landes zur anteiligen Kompensation des Wegfalls der Langzeitstudiengebühren	0	0	0	0
232 08	Zuschüsse an Einrichtungen zur Kompensation der Ener- giekosten	1.129.600	0	0	0
235 01	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0	0
235 05	Sonstige Zuweisungen der BfA zur Regelung der Alters- teilstzeit	0	0	0	0
351 01	Entnahme aus der hochschuleigenen Ausgleichsrücklage	0	0	0	0
389 01	Übertrag aus Vorjahr Bestandsübertrag der nicht verbrauchten Mittel	4.703.335	0	0	0
389 03	Übertrag für die Rückflüsse 2025 an den Landeshaushalt	0	0	878.790	0
Titelgruppen					
81	Drittmittelforschung *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81				
282 81	Einnahmen aus Drittmittelforschung	1.792.107	0	0	0
389 81	Übertrag aus Vorjahr (zweckgebundene Mittel)	768.026	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	2.560.133	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82				
119 82	Sonstige zweckgebundene Einnahmen	2.446.106	0	0	0
282 82	Sonstige zweckgebundene Zuschüsse	0	0	0	0

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 EUR
389 82	Übertrag aus Vorjahr (zweckgebundene Mittel)	5.027.551	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	7.473.657	0	0	0
83	Auftragsforschung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83				
282 83	Einnahmen aus Auftragsforschung	225.553	0	0	0
389 83	Übertrag aus Vorjahr (zweckgebundene Mittel)	32.455	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	258.008	0	0	0
84	Sonstige steuerpflichtige Projekte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83				
282 84	Einnahmen sonstige steuerpflichtige Projekte	731.916	0	0	0
389 84	Übertrag aus dem Vorjahr	1.129.316	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	1.861.232	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und des Zukunfts- vertrages Studium und Lehre stärken *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe				
231 90	Zuweisung aus dem Hochschulpakt 2020/Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken	2.194.932	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	436.941	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre*	1.757.991	0	0	0
	* Zusätzlich enthaltene Bundesmittel in Höhe von 54.000 EUR für die Umsetzung Projekt LAW (Learning Agree- ment Websystem)				
389 90	Übertrag aus Vorjahr	3.012.270	0	0	0
	Erläuterungen:	0	0	0	0
	davon Hochschulpakt 2020	2.014.133	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	998.137	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 90	5.207.202	0	0	0
	AUSGABEN				
427 05	Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für ne- benamtlich und nebenberuflich Tätige	645.678	800.000	700.000	700.000
	Erläuterungen:				
	Die Mittel sind für folgende Zwecke vorgesehen:				
	1. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte	106.684	84.100	90.000	90.000
	2. Nebenamtliche Lehrkräfte	116.655	465.900	210.000	210.000
	3. Gastprofessuren	0		0	0
	4. Sonstige	422.339	250.000	400.000	400.000
	Gesamt	645.678	800.000	700.000	700.000

Die Entwicklung der geplanten Ausgaben gesamt gegenüber dem Ist/Plan Vorjahr resultiert im Wesentlichen ausfolgen-
den Sachverhalten:

zu 1.: Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte

Die Ermittlung des Finanzbedarfs orientiert sich an der hochschulinternen Mittelverteilung. Die Planung ist somit abhän-
gig von der Anzahl der besetzten Professorenstellen, von der geplanten Lehrnachfrage, gemessen in Studierendenzahl,
sowie vom geplanten Vergütungssatz. Die Ist-Ausgaben 2023 lagen über den Planwerten, da seitens der einzelnen
Organisationseinheiten in Umsetzung der hochschulinternen Budgetierung dieser Ansatz zu Lasten anderer Titel ver-
stärkt wurde, um vorübergehenden Mehrbedarf bzw. erforderliche Vertretungsbedarf abzusichern. Es wird davon aus-
gegangen, dass dieser Mehrbedarf ab dem Haushaltsjahr 2025 bestehen bleibt.

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 EUR
zu 2.: Nebenamtliche Lehrkräfte					
Der Ansatz wurde ausgehend vom Anteil der planmäßigen Lehrleistung durch Berufspraktiker an der Lehnachfrage insgesamt auf der Grundlage der Kapazitätsrechnung gebildet. Aus der Gegenüberstellung von Lehnachfrage zum vorhandenen Lehrangebot ergibt sich weiterhin ein Zusatzbedarf an Lehraufträgen aufgrund fehlender Besetzungen. Hinzu kommen Lehrangebote von Berufspraktikern, die neben ihrer Lehrtätigkeit einen Hauptberuf in der Wirtschaft wahrnehmen und so in ihren Lehrangeboten der Lehre an Hochschulen darstellen. Die Ist-Ausgaben 2023 lagen unter den Planwerten, da seitens der einzelnen Organisationseinheiten in Umsetzung der hochschulinternen Budgetierung entschieden wurde, mehr befristete Aushilfs- und Vertretungskräfte einzustellen und deshalb ging der Bedarf an Honorarkräften zurück. Der für 2024 geplante Mehrbedarf wird sich ab 2025, wegen der befristeten Einstellung von Aushilfs- und Vertretungskräften nicht manifestieren.					
Zu 4: Sonstige					
Dieser Planwert hat die Ausgaben der befristeten Weiterbeschäftigung von Auszubildenden der Hochschule im unmittelbaren Anschluss an die abgeschlossene Berufsausbildung zum Inhalt. Ebenso werden hier die Ausgaben für weitere befristete Einstellungen von Aushilfskräften kalkuliert. Diese Aushilfskräfte werden besonders in den Monaten des laufenden Studienbetriebes zur ausfallbedingten Vertretung oder zur Unterstützung bei zeitlich begrenztem erhöhten Arbeitsaufwand im Rahmen von Verwaltungstätigkeiten oder innerhalb der Aufgabengebiete der Zentralen Einheiten eingesetzt. Die Ist-Ausgaben 2023 lagen deutlich über den Planwerten, da seitens der einzelnen Organisationseinheiten in Umsetzung der hochschulinternen Budgetierung dieser Ansatz zu Lasten anderer Titel verstärkt wurde, um den vorübergehenden Mehrbedarf bzw. erforderliche Vertretungsbedarfe abzusichern. Hier wird davon ausgegangen, dass sich der Mehrbedarf fortsetzen wird.					
428 03	Entgelte der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der auszubildenden Kräfte	43.601	128.600	123.900	128.700
	Erläuterungen:				
	1. Vergütung der ständigen nur stundenweise beschäftigten Angestellten sowie der auszubildenden Kräfte	43.601	124.900	123.500	125.800
	2. Vorsorge für Tarifierhöhungen (100 v.H.)	0	3.700	400	2.900
	Davon: Zuweisung aus dem Epl. 06 / 685 04				
	Summe	43.601	128.600	123.900	128.700
529 01	Verfüegungsmittel der Hochschulleitung	485	500	500	500
	Erläuterungen:				
	Die Mittel werden für dienstliche Anlässe durch die Hochschulleitung verwendet, insbesondere zur Betreuung in- und ausländischer Gäste. Die Höhe der angesetzten Mittel ist nicht auskömmlich und wird durch Dritte verstärkt.				
546 59	Sachausgaben im Grundhaushalt gesamt	6.077.196	3.889.600	3.510.100	3.436.300
	Erläuterungen:				
	Die Mittel sind gemäß der in den §§ 3, 4, 5, 54 und 55 Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt formulierten Aufgabenstellungen für folgende Zwecke vorgesehen:				
	1. Lehre und Forschung	766.780	500.000	500.000	500.000
	Erläuterungen:				
	Die geplanten Sachausgaben dienen der Sicherung einer praxisorientierten Lehre auf qualitativ hohem Niveau.				
	Folgende Finanzierungsschwerpunkte sind enthalten:				
	- Lehr- und Lernmittel sowie Ergänzung, Ersatz und Unterhaltung von Geräten und Ausstattungen				
	- Laborverbrauchsmaterialien, Geschäftsbedarf, sonstige Materialien				
	- Dienstreisen, Exkursionen, Aus- und Weiterbildung der Bediensteten in den Fachbereichen				
	- Online-Lehrmodule, Multimediasysteme, Lehr- und Lernsoftware sowie CAD-Anwendungen				
	- Forschungs- und Entwicklungsleistungen Dritter, sonstige Dienstleistungen Dritter				
	- Akkreditierungen und Reakkreditierungen von Studiengängen				
	2. Internationalisierung und internationale Beziehungen	3.744	10.000	10.000	10.000
	Erläuterungen:				
	Die Hochschule verfügt über vielfältige internationale Kontakte, die zu einem großen Anteil durch Kooperationsverträge, z. B. zu Partnerhochschulen, inhaltlich untersetzt sind. Die Internationalisierung des Studienangebots wird ständig ausgebaut und soll weiter verstärkt werden. In 2023 lagen die entsprechenden Ausgaben, aufgrund von pandemiebedingten Nachwirkungen unter dem Haushaltsansatz. Ab 2025 wird erneut von einer Erhöhung der Ausgaben ausgegangen.				

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 EUR
	3. Wissenschaftliche Infrastruktur (Bibliothek, Rechenzentrum u. Ä.)	734.731	177.100	147.600	125.000
	Erläuterungen: Inhaltliche Schwerpunkte dieses Planwertes sind: - Sachkostenbudgets der Zentralen Einheiten (Rechenzentrum, Bibliothek, Sport, Akademisches Auslandsamt/ Sprachenzentrum) - Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der Campusmanagementsoftware - Betrieb und Unterhalt des lokalen Datennetzes - Gebühren für den Anschluss an das Deutsche Wissenschaftsnetz - Hardwarewartungen, Hardwareergänzungen - zentrale Softwarebeschaffungen - zentrale Literaturbeschaffungen				
	4. Verbesserung der Chancengleichheit	2.436	2.500	2.500	2.500
	Erläuterungen: Mit diesem Ansatz werden die finanziellen Aufwendungen für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten erfasst.				
	5. Betriebs- und Bewirtschaftungskosten	3.365.921	2.950.000	2.700.000	2.648.800
	Erläuterungen: Zum Inhalt gehören folgende Kostenarten:				
	- Mieten und Pachten				
	- Wasser/Abwasser	120.184	150.000	100.000	100.000
	- Bewachung	401.537	350.000	300.000	300.000
	- Reinigung/Entsorgung	665.160	500.000	400.000	398.800
	- Heizenergie	1.028.719	1.060.000	1.060.000	1.060.000
	- Elektroenergie/Erdgas	554.617	540.000	540.000	540.000
	- Pflege u. Unterhaltung betriebstechnischer Anlagen, betriebl. Einbauten und Außenanlagen	595.704	350.000	300.000	250.000
	Kontrollsumme	3.365.921	2.950.000	2.700.000	2.648.800
	Durch die aktuelle außenpolitische Situation waren in dem Jahr 2023 für Wärme und Elektroenergie deutliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Diese sind auch weiterhin zu erwarten. Im Falle ungünstiger Witterungsbedingungen oder im Falle ausschreibungsbedingt höherer Kosten sind die veranschlagten Ausgaben insbesondere für Wärme- und Elektroenergie nicht auskömmlich und müssen durch Einsparungen in Personalkosten- oder Investitionstiteln kompensiert werden.				
	6. Sachausgaben für den sonstigen laufenden Bedarf	1.203.584	250.000	150.000	150.000
	a) personalbezogen	117.257	50.000	30.000	30.000
	Erläuterungen: Als personenbezogene Sachausgaben werden die Kosten für Dienstreisen, Aus- und Fortbildung sowie Kommunikation veranschlagt.				
	b) institutionsbezogen	1.086.327	200.000	120.000	120.000
	Erläuterungen: Institutionsbezogene Sachausgaben enthalten die Planwerte für folgende Aufwendungen: - Geschäftsbedarf, - Bekanntmachungen, - Dienstleistungen Dritter, - Geschäftsausstattungen, - Öffentlichkeitsarbeit - Leasing-Raten für ein Dienst-Kfz des Rektorates - Anwalts- und Gerichtskosten.				
	Die Abweichung der Plansummen zu den tatsächlichen Ist-Ausgaben des Haushaltsjahres 2023 resultiert aus der Planung auf der Basis von Erfahrungs- und Durchschnittswerten unter Einbeziehung von Entwicklungstendenzen und Arbeitsschwerpunkten. Im laufenden Haushaltsvollzug können insbesondere durch Preissteigerungen im Bereich Geschäftsbedarf sowie unvorhersehbare Kosten von Rechtsstreitigkeiten Abweichungen von den Planwerten ergeben. Diese werden im laufenden Vollzug durch Einsparungen in den Personalkosten- und Investitionstiteln kompensiert.				

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 EUR
Bestand an Dienstfahrzeugen					
		Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	Personenkraftwagen	1	1	1	1
	Nutz- und Sonderfahrzeuge	6	4	6	6
	davon: Anhänger	2	2	2	2
	Zusammen	7	5	7	7
In 2023 wurde zusätzlich ein Anhänger angeschafft, der über ein Drittmittelprojekt finanziert wird.					
685 05	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen Erläuterungen: Diese Mittel werden für Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen verwendet.	5.725	0	0	0
894 05	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	99.689	600.000	600.000	600.000
	Erläuterungen:				
	1. Investitionen Lehre und Forschung	73.920	535.000	535.000	535.000
	2. Sonstige Investitionen (inkl. wiss. Infrastruktur)	25.769	65.000	65.000	65.000
	Summe	99.689	600.000	600.000	600.000
Die Ursachen für das vergleichsweise niedrige Investitionsniveau 2023 sind maßgeblich auf die aktuell hohe Marktnachfrage und damit verbundenen Lieferengpässen zurückzuführen. Geplante Investitionen insbesondere Gerätebeschaffungen konnten nicht rechtzeitig durchgeführt werden. Die Einsparungen wurden allerdings durch Mehrbedarfe in anderen Titelgruppen voll ausgeschöpft. Außerdem wurden teilweise Geräte unterhalb der Investitionsgrenze angeschafft, die als Sachausgaben erfasst wurden.					
911 01	Zuführung an die hochschuleigene Ausgleichsrücklage	0	0	0	
989 01	Übertrag in das Folgejahr Erläuterungen: Bestandsübertrag nicht verbrauchter Mittel in das Folgejahr.	6.855.511	0	0	0
989 02	Corona-Solidarbeitrag der Hochschulen LSA	0	0	0	0
989 03	Rückflüsse an den Landeshaushalt	0	0	878.790	0
81	Drittmittelforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen Titel 282 81 und 389 81.				
429 81	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	1.202.498	0	0	0
547 81	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	76.225	0	0	0
685 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0	0
812 81	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Gegenständen	136.840	0	0	0
989 81	Übertrag in das Folgejahr (zweckgebundene Mittel)	1.144.571	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 81	2.560.134	0	0	0
82	Sonstige zweckgebundene Mittel * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 82, 389 82.				
429 82	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	1.662.291	0	0	0
547 82	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	-117.364	0	0	0

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 EUR
685 82	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	227.370	0	0	0
812 82	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Gegenständen	58.477	0	0	0
989 82	Übertrag in das Folgejahr (zweckgebundene Mittel)	5.642.883	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 82	7.473.657	0	0	0
83	Auftragsforschung * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 83, 282 83 und 389 83.				
429 83	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	33.065	0	0	0
547 83	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	201.744	0	0	0
685 83	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0	0
812 83	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Gegenständen	0	0	0	0
989 83	Übertrag in das Folgejahr (zweckgebundene Mittel)	23.199	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 83	258.008	0	0	0
84	sonstige steuerpflichtige Projekte * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 125 84, 282 84 und 389 84.				
429 84	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	249.663	0	0	0
547 84	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	232.076	0	0	0
685 84	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0	0
812 84	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Gegenständen	50.000	0	0	0
989 84	Übertrag in das Folgejahr (zweckgebundene Mittel)	1.329.493	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 84	1.861.232	0	0	0
90	Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 und des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 231 90 und 389 90				
428 90	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.326.932	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	1.326.932	0	0	0
429 90	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	1.751.816	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	1.490.762	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	261.054	0	0	0
547 90	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.000.802	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	925.260	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	75.542	0	0	0

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 EUR
685 90	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	0	0	0	0
711 90	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	0	0	0	0
812 90	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Gegenständen	89.809	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	35.051	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	54.758	0	0	0
989 90	Übertrag in das Folgejahr	1.037.843	0	0	0
	Erläuterungen:				
	davon Hochschulpakt 2020	0	0	0	0
	davon Zukunftsvertrag Studium und Lehre	1.037.843	0	0	0
	Nachrichtlich Summe TGr. 90*	5.207.202	0	0	0

* Zusätzlich enthaltene Bundesmittel in Höhe von 54.000 EUR für die Umsetzung Projekt LAW (Learning Agreement Websystem)

Im Jahr 2023 sind aus den folgenden Haushaltsstellen Landesmittel zur Umsetzung des Hochschulpakts 2020/Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken eingesetzt worden:

Nachweis Mitteleinsatz der Gegenfinanzierung (in EUR)

Titel	Ist 2023
422 91	1.634.631
Summe	1.634.631

Übersicht über die Festlegung der Hochschule zur Geplanten Verwendung der übertragenen Bundesmittel	Übertrag 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
Konsumtiv		38.270	999.573	0
darunter Personal		38.270	999.573	0
Investiv		0	0	0
nicht differenzierbar		0	0	0
Summe	1.037.843	38.270	999.573	0

91 Planstellen und Stellen im Globalhaushalt

422 91	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen u. Beamten	6.014.282	7.283.100	7.967.800	8.245.200
	Erläuterungen:				
	1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	6.014.282	7.073.700	7.941.300	8.059.400
	2. Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
	3. Sonstige Leistungen	0	0	0	0
	4. Vorsorge für Besoldungsanpassungen (100 v.H.) Davon: Zuweisungen aus dem Epl. 06 / 685 04 (bis 2018 i.H.v. 90 v.H.)	0	209.400	26.500	185.800
	Summe	6.014.282	7.283.100	7.967.800	8.245.200
428 91	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.081.937	10.380.200	11.249.500	11.513.800

TGr. Titel	Zweckbestimmung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 EUR
Erläuterungen:					
	1. Entgelte einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage	9.081.937	10.086.000	11.215.000	11.259.700
	2. Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
	3. Sonstige Leistungen	0	0	0	0
	4. Vorsorge für Tariferhöhungen (100 v.H.) Davon: Zuweisungen aus dem Epl. 06 / 685 04 (bis 2018 i.H.v. 90 v.H.)	0	294.200	34.500	254.100
	Summe	9.081.937	10.380.200	11.249.500	11.513.800
	Nachrichtlich: Summe TGr. 91	15.096.219	17.663.300	19.217.300	19.759.000
92	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung ab 2020	0	0	0	0
428 92	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 92	0	0	0	0
96	Personalüberbestand/Stellen- und Personalabbau				
422 96	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen u. Beamten	0	0	0	0
428 96	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
Erläuterungen:					
	1. Entgelte einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage	0	0	0	0
	2. Vorsorge für Tariferhöhungen (100 v.H.) Davon: Zuweisung aus dem Epl. 06 / 685 04	0	0	0	0
	Summe	0	0	0	0
429 96	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gemäß Zielvereinbarung	338.444	309.800	297.800	249.600
	Nachrichtlich: Summe TGr. 96	338.444	309.800	297.800	249.600
99	Kosten für Informations- und Kommunikationstechnik				
547 99	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	54.706	57.000	57.000	57.000
812 99	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2.856	0	0	0
	Nachrichtlich: Summe TGr. 99*	57.562	57.000	57.000	57.000

*1. Zusätzlich zum Ist des Jahres 2023 sind aus folgenden HH-Stellen Ausgaben für IT getätigt worden:

0618/546 59 – Sachausgaben im Grundhaushalt	505.837 EUR
0618/894 05 – Investitionen im Grundhaushalt	11.913 EUR
Summe	517.750 EUR

*2. Bei Bedarf kann die Hochschule ergänzend zu den Planansätzen der Jahre 2025 und 2026 in Umsetzung des flexiblen Einsatzes des Globalbudgets aus folgenden Haushaltsstellen Mittel für IT verausgaben:
Kapitel 0618, Titel 546 59 und 894 05

Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben im Wirtschaftsplan		Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
Einnahmen					
HGr. 1	Eigene Einnahmen	3.395.281	45.000	45.000	45.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen	28.512.109	23.403.800	24.461.600	24.886.100
HGr. 3	Besondere Finanzierungseinnahmen	14.672.953	0	878.790	0
Einnahmen gesamt		46.580.343	23.448.800	25.385.390	24.931.100
Ausgaben/Betrieb					
HGr. 4	Personalausgaben	22.350.207	18.901.700	20.339.000	20.837.300
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben	7.525.870	3.947.100	3.567.600	3.493.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse	233.095	0	0	0
HGr. 7	Ausgaben für Baumaßnahmen		0	0	0
Ausgaben Betrieb		30.109.172	22.848.800	23.906.600	24.331.100
Ausgaben/Investitionen					
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- derungsmaßnahmen	437.671	600.000	600.000	600.000
Ausgaben Investitionen		437.671	600.000	600.000	600.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	16.033.500	0	878.790	0
Ausgaben gesamt		46.580.343	23.448.800	25.385.390	24.931.100

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 21 Studentenwerke und Ausbildungsförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Mit Ausnahme der Mittel aus dem Betrauungsakt an die Studentenwerke Halle und Magdeburg richten sich die Einnahmen und Ausgaben im Kapitel 0621 nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Um auf geänderte Bedarfe bei bestehenden Rechtsverpflichtungen im Zuge des AFBG und des BAföG reagieren zu können, werden mit Ausnahme des Titels 685 01 und der Ausgabetitelgruppen 64 und 65 Abweichungen einzelner Haushaltsansätze im Rahmen des veranschlagten Gesamthaushaltsvolumens (Zuschussbedarf) im Kapitel 0621 zugelassen. Darüber hinausgehende überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Einwilligung nach § 37 LHO.

Vgl. Allgemeiner Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0602.

Erläuterungen:

Allgemeines

Im Kapitel 0621 sind der jährliche Bedarf zur Kostenerstattung für den Vollzug des studentischen BAföG und die anteilige Fehlbedarfsfinanzierung der studentischen Verpflegung für die Studentenwerke Halle und Magdeburg sowie die Mittel für die Ausbildungsförderung veranschlagt. Die Studentenwerke sind gemäß § 1 Abs. 1 des Studentenwerkesgesetzes vom 16.02.2006 (StuWG) rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung. Der Zuschuss des Landes an die Studentenwerke wird gem. § 9 Abs. 1. StuWG als Zuschuss ausgereicht und dient der Erfüllung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben der Studentenwerke. Ab 2017 ist dieser Zuschuss auf der Grundlage von Betrauungsakten für die jeweilige wirtschaftliche Tätigkeit gem. den geltenden EU-Verordnungen auszureichen. Ab dem 01. Januar 2015 trägt der Bund die Ausgaben für Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vollständig und auf Dauer. Die finanziellen Mittel für BAföG für Studierende teilen sich auf in Darlehen und Zuschüsse. Die Ausgaben für die Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung entsprechend dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden ebenfalls in diesem Kapitel veranschlagt. Nach dem AFBG werden 78 v. H. der Ausgaben für die berufliche Aufstiegsfortbildungsförderung vom Bund und 22 v. H. vom Land getragen.

Einnahmen

231 01	144	Zuweisungen des Bundes für die Aufstiegsfortbildungsförderung nach dem AFBG	24.058.900 20.162.725	22.651.200	22.651.200

*** Vgl. Vermerk zu Kapitel 0621 Titel 681 59.

Erläuterungen:

Gem. § 28 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden die Zuschüsse für die berufliche Aufstiegsfortbildungsförderung zu 78 v. H. vom Bund und zu 22 v. H. von den Bundesländern getragen. Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0621 Titel 681 59.

231 02	142	Zuweisung des Bundes für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG	72.573.600 70.679.658	73.920.000	73.920.000

*** Vgl. Vermerk zu Kapitel 0621 Titel 681 42 und Titel 681 43.

Erläuterungen:

Gem. § 56 Abs. 1 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) werden die Ausgaben für die Ausbildungsförderung ab dem HHJ 2015 vollständig vom Bund getragen. Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0621 Titel 681 42 und Titel 681 43.

231 03	861	Zuweisung des Bundes für den einmaligen Heizkostenzuschuss nach dem Heizkostenzuschussgesetz (HeizkZuschG)	0 5.181.555	0	0

*** Vgl. Vermerk zu Kapitel 0621 Titel 681 45.

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 21 **Studentenwerke und Ausbildungsförderung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 03

Erläuterungen:

Die Zuweisung entfällt ab dem HHJ 2024.

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 21 Studentenwerke und Ausbildungsförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

533 02	144	Dienstleistungen Außenstehender im Rahmen der Durchführung des AFBG	180.000 184.116	190.000 0	190.000 0

Erläuterungen:

Erstattung von Leistungen an die KfW Bankengruppe gem. § 14 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) für die Verwaltung der Bankdarlehen.

613 01	142	Fallpauschale im Zuge des Mehrbelastungsausgleichs durch Umsetzung Heizkostenzuschussgesetz	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Der Zuschuss entfällt ab dem HHJ 2024.

681 42	141	Zuschüsse für die Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler	29.181.600 25.635.094	28.512.000 0	28.512.000 0

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 0621 Titel 231 02 . Die Ausgaben dürfen im Vorgriff auf zu erwartende Einnahmen geleistet werden.

Gem. § 15 Abs. 1 Satz 2 LHO dürfen zu zahlende Förderbeträge einschließlich anfallender Zinsen auch nach Abschluss des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Gem. § 56 Abs. 1 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) werden die Ausgaben für Schülerinnen und Schüler vollständig vom Bund getragen.

Für das Land Sachsen-Anhalt wird 2025 und 2026 jeweils mit einer durchschnittlichen Anzahl von 3.600 geförderten Schülerinnen und Schülern pro Monat gerechnet. Bei einem durchschnittlichen Zuschuss von monatlich 660 EUR je Schülerin/ Schüler beträgt der Finanzbedarf in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 jeweils 28.512.000 EUR.

681 43	142	Zuschüsse für die Ausbildungsförderung für Studierende	43.392.000 42.362.209	45.408.000 0	45.408.000 0

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 0621 Titel 231 02. Die Ausgaben dürfen im Vorgriff auf zu erwartende Einnahmen geleistet werden.

Gem. § 15 Abs. 1 Satz 2 LHO dürfen zu zahlende Förderbeträge einschließlich anfallender Zinsen auch nach Abschluss des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Gem. § 56 Abs. 1 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) werden Ausgaben für Studierende vollständig vom Bund getragen. Die Ausbildungsförderung wird zur Hälfte als Zuschuss und zur Hälfte als Darlehen gezahlt. Für das Land Sachsen-Anhalt wird 2025 und 2026 jeweils mit einer durchschnittlichen Anzahl von 8.600 geförderten Studierenden pro Monat gerechnet. Bei einem durchschnittlichen Zuschuss von monatlich 440 EUR je Förderfall beträgt der Finanzbedarf in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 jeweils 45.408.000 EUR.

681 44	045	Zuschüsse für die Studentenwerke zur Kompensation von persönlichen Notlagen der Studierenden	220.000 220.000	220.000 0	220.000 0

Übertragbar

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 21 Studentenwerke und Ausbildungsförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 44

Erläuterungen:

Die Hilfen sind subsidär zu anderen staatlichen Hilfen für Studierende und umfassen auf Antrag u.a. Geldleistungen, Mietzuschüsse und Sozialberatungen.

Der Haushaltsansatz verteilt sich auf das Studentenwerk Halle A.ö.R. in Höhe von 120.000 EUR und auf das Studentenwerk Magdeburg A.ö.R. in Höhe von 100.000 EUR.

681 45	861	Zuschüsse für Heizkosten nach dem Heizkostenzuschussgesetz	0 5.181.555	0 0	0 0

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 0621 Titel 231 03 . Die Ausgaben dürfen im Vorgriff auf zu erwartende Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Zuschuss entfällt ab dem HHJ 2024.

681 59	144	Zuschüsse für die Aufstiegsfortbildungsförderung nach dem AFBG	30.844.800 28.189.114	29.040.000 0	29.040.000 0

Übertragbar

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden, wenn die entsprechenden Bundesmittel in Höhe von 78 v. H. bei Kapitel 0621 Titel 231 01 bereitgestellt werden. Die Ausgaben dürfen im Vorgriff auf zu erwartende Einnahmen geleistet werden.

Gem. § 15 Abs.1 Satz 2 LHO dürfen zu zahlende Förderbeträge einschl. der anfallenden Zinsen auch nach Abschluss des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Gem. § 28 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden die Zuschüsse für die berufliche Aufstiegsfortbildungsförderung zu 78 v. H. vom Bund und zu 22 v. H. von den Bundesländern getragen. Für die Jahre 2025 und 2026 wird mit 2.200 Leistungsempfänger/-innen im Monatsdurchschnitt gerechnet. Je Förderfall wird eine monatliche Zuschussleistung von 1.100 EUR im Durchschnitt angenommen.

685 01	142	Erstattungen an die Studentenwerke für den übertragenen Wirkungskreis	3.887.500 3.726.300	3.949.700 0	4.012.900 0

Erläuterungen:

Die Studentenwerke nehmen die Aufgabe für den Vollzug des studentischen BAföG als Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises wahr. Auf die Erstattung der dabei entstehenden Aufwendungen besteht ein Rechtsanspruch.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Förderungsverwaltung des Studentenwerkes Magdeburg	1.712.700	1.740.100	1.767.900
2.	Förderungsverwaltung des Studentenwerkes Halle	2.174.800	2.209.600	2.245.000
	Summe	3.887.500	3.949.700	4.012.900

685 02	142	Zuschuss an das Studentenwerk Magdeburg für die Wohnheimunterhaltung	0 0	300.000 0	0 0

Erläuterungen:

Zuschuss für Sanierungsmaßnahmen beim Studentenwerk Magdeburg.

894 01	142	Sonderzuschuss an das Studentenwerk Halle	0 0	500.000 0	0 0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 21 Studentenwerke und Ausbildungsförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 894 01

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Sonderzuschuss an das Studentenwerk Halle zur Aufrechterhaltung des Versorgungsauftrages für die Hochschulgastronomie.

Titelgruppe(n)

64 Studentenwerk Halle

685 64	142	Zuschüsse zum lfd. Betrieb	3.523.000	3.739.100	3.860.400
			2.976.600	0	16.671.800

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.307.800				3.307.800
2026	3.428.400				3.428.400
2027				5.384.600	5.384.600
2028				5.556.000	5.556.000
2029 ff.				5.731.200	5.731.200
Summen	6.736.200			16.671.800	23.408.000

Erläuterungen:

Das Land gewährt dem Studentenwerk Halle gemäß § 9 Abs. 1 Studentenwerksgesetz eine Zuwendung zur Erfüllung von Aufgaben, die dem Studentenwerk durch rechtsverbindlich auferlegte Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstehen. Die Zuwendung erfolgt auf der Grundlage des vom Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung erlassenen Betrauungsaktes vom 23. Mai 2017 und der 4. Änderung vom 13. Dezember 2023 gemäß Beschluss 2012/21/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichleistungen zugunsten des Studentenwerks Halle für Dienstleistungen im Bereich Verpflegung der Studierenden.

894 64	142	Zuschüsse für lfd. Investitionen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	3.523.000	3.739.100	3.860.400
		0	16.671.800

65 Studentenwerk Magdeburg

685 65	142	Zuschüsse zum lfd. Betrieb	2.121.300	2.132.400	2.202.800
			1.621.800	0	9.522.800

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 21 **Studentenwerke und Ausbildungsförderung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 65

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.944.600				1.944.600
2026	2.024.100				2.024.100
2027				3.074.100	3.074.100
2028				3.173.500	3.173.500
2029 ff.				3.275.200	3.275.200
Summen	3.968.700			9.522.800	13.491.500

Erläuterungen:

Das Land gewährt dem Studentenwerk Magdeburg gemäß § 9 Abs. 1 Studentenwerkgesetz eine Zuwendung zur Erfüllung von Aufgaben, die dem Studentenwerk durch rechtsverbindlich auferlegte Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstehen. Die Zuwendung erfolgt auf der Grundlage des vom Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung erlassenen Betrauungsaktes vom 20. Mai 2017 und der 4. Änderung vom 13. Dezember 2023 gemäß Beschluss 2012/21/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichleistungen zugunsten des Studentenwerks Magdeburg für Dienstleistungen im Bereich Verpflegung der Studierenden.

894 65	142	Zuschüsse für lfd. Investitionen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			2.121.300	2.132.400	2.202.800
				0	9.522.800

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 21 Studentenwerke und Ausbildungsförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	96.632.500	96.571.200	96.571.200

Gesamteinnahme		96.632.500	96.571.200	96.571.200

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	180.000	190.000	190.000
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	113.170.200	113.301.200	113.256.100
			0	26.194.600

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	500.000	0
			0	0

Gesamtausgabe		113.350.200	113.991.200	113.446.100

Gesamtsumme der VE			0	26.194.600

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-16.717.700	-17.420.000	-16.874.900

A Erfolgsplan

Studentenwerk Halle

gesamt

	IST-Wert 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	18.614.431,29	20.660.860,00	21.547.770,96	21.547.720,96
a) Mieten und Betriebskosten	8.311.723,90	10.112.000,00	10.959.000,96	10.959.000,96
b) Warenerlöse der Hochschulgastronomie	5.060.069,98	4.786.560,00	5.112.320,00	5.112.270,00
c) Studentenwerksbeiträge	4.805.768,41	5.366.700,00	5.314.950,00	5.314.950,00
d) Sonstige Umsatzerlöse	436.869,00	395.600,00	161.500,00	161.500,00
2. Sonstige betriebl. Erträge	1.469.327,67	53.800,00	53.000,00	53.500,00
3. Zuweisungen zum Erfolgsplan	10.308.625,59	8.581.000,00	9.968.694,00	10.125.394,00
dav. für Amt für Ausbildungsförderung	2.090.600,00	2.174.800,00	2.209.600,00	2.245.000,00
dav. Betrauungsakt	2.976.600,00	3.523.000,00	3.739.100,00	3.860.400,00
dav. Sonderzuschuss für die Mehrausgaben für Energie	2.500.000,00			
dav. Sonderzuschuss persönliche Notlagen Studierende	120.000,00	120.000,00	120.000,00	120.000,00
dav. Zuschuss zum Betrieb unserer	2.621.425,59	2.763.200,00	3.899.994,00	3.899.994,00
Zwischensumme Erträge	30.392.384,55	29.295.660,00	31.569.464,96	31.726.614,96
4. Materialaufwand	8.046.034,59	8.660.900,00	8.540.049,69	9.148.592,66
a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	2.545.609,25	2.188.200,00	3.487.886,58	3.796.172,24
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.500.425,34	6.472.700,00	5.052.163,11	5.352.420,42
5. Personalaufwand	11.546.262,14	11.659.700,00	13.808.633,70	14.266.311,51
6. Abschreibungen	1.426.187,02	1.419.400,00	1.710.272,73	1.637.972,43
7. sonst. Betriebliche Aufwendungen	7.820.090,22	5.083.000,00	5.473.880,23	5.132.821,94
8. Steuern und Zinsen	-99.821,64	171.100,00	67.136,04	72.886,04
9. Rückstellung	15.482,58			
Zwischensumme Aufwendungen	28.754.234,91	26.994.100,00	29.599.972,39	30.258.584,58
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.638.149,64	2.301.560,00	1.969.492,57	1.468.030,38

B Finanzplan

	IST-Wert 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
I Investitionen	3.079.322,49	8.680.000,00	966.200,00	1.231.400,00
II Tilgung Fremddarlehen	1.158.522,16	530.000,00	260.660,13	265.537,32
III Deckungsmittel	4.237.844,65	9.210.000,00	1.226.860,13	1.496.937,32
1. Abschreibungen	1.426.187,02	1.419.400,00	1.710.272,73	1.637.972,43
2. Verwendung von freien Eigenmitteln aus der Gewinnrücklage	2.811.657,63	3.790.600,00	-483.412,60	-141.035,11
3. Fördermittel				
4. Darlehensaufnahme	0,00	4.000.000,00		
Summe Deckungsmittel	4.237.844,65	9.210.000,00	1.226.860,13	1.496.937,32
Summe Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00

C Investitionsplan

1. Hochschulgastronomie	160.915,79	350.000,00	429.000,00	527.000,00
darunter Erneuerung der Küchen- und Ausgabegeräte	160.915,79		376.000,00	427.000,00
darunter elektronische Etiketten			53.000,00	
darunter Erneuerung der Lüftung				100.000,00
2. Ausbildungsförderung	45.566,34	40.000,00	30.000,00	40.000,00
3. Wohnheime	1.667.724,04	7.250.000,00	435.500,00	569.900,00
darunter für Neubau Emil Abderhalden-Str. 7	157.855,42	5.800.000,00		
darunter für Neubau Emil-Abderhalden-Str. 45	1.445.815,66	1.190.000,00		
darunter für Umbau Hoher Weg	17.212,82			
darunter für Ersatzmöblierung Wohnheime	46.840,14	260.000,00	435.500,00	569.900,00
4. Sonstige Bereiche	1.205.116,32	1.040.000,00	71.700,00	94.500,00
darunter. für Erweiterung KITA Merseburg	831.399,57	0,00		
darunter für Kostenbeteiligung San. Ratke-Gebäude			33.500,00	104.400,00
Gesamt	3.079.322,49	8.680.000,00	966.200,00	1.231.400,00

A Erfolgsplan

Studentenwerk

Magdeburg

gesamt

	IST-Wert 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	10.872.885,00	9.357.000,00	11.917.340,00	12.320.340,00
a) Mieten und Betriebskosten	4.507.745,00	3.800.000,00	4.600.000,00	4.800.000,00
b) Warenerlöse der Hochschulgastronomie	2.773.103,00	2.400.000,00	3.400.000,00	3.600.000,00
c) Studentenwerksbeiträge	3.161.898,00	2.985.000,00	3.682.840,00	3.682.840,00
d) Sonstige Umsatzerlöse	430.139,00	172.000,00	234.500,00	237.500,00
2. Sonstige betriebl. Erträge	1.318.992,00	16.000,00	67.100,00	68.200,00
3. Zuweisungen zum Erfolgsplan	6.404.950,00	4.524.000,00	4.562.500,00	4.670.700,00
dav. für Amt für Ausbildungsförderung	1.635.700,00	1.712.700,00	1.740.100,00	1.767.900,00
dav. Betrauungsakt	1.621.800,00	2.121.300,00	2.132.400,00	2.202.800,00
dav. Sonderzuschuss für die Mehrausgaben für Energie	2.400.000,00		0,00	0,00
dav. Zuschuss f. persönliche Notlagen der Studierenden	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
dav. Zuschuss zum Betrieb unserer Kindertageseinrichtungen	619.307,00	590.000,00	590.000,00	600.000,00
dav. Quarantäne Zuschüsse, Mutterschutz, AOK Projekte	28.143,00			
Zwischensumme Erträge	18.596.827,00	13.897.000,00	16.546.940,00	17.059.240,00
4. Materialaufwand	5.779.501,00	5.382.862,00	6.878.906,00	6.917.477,00
a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	1.498.411,00	1.229.862,00	1.651.406,00	1.733.977,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.281.090,00	4.153.000,00	5.227.500,00	5.183.500,00
5. Personalaufwand	5.865.146,00	6.326.506,00	7.151.749,00	7.366.301,00
6. Abschreibungen	803.140,00	1.156.910,00	1.067.932,00	889.961,00
7. sonst. Betriebliche Aufwendungen	2.477.852,00	2.183.800,00	2.111.800,00	2.114.400,00
8. Steuern und Zinsen	181.295,00	167.849,00	197.831,00	203.331,00
9. Rückstellung	292.115,00			
Zwischensumme Aufwendungen	15.399.049,00	15.217.927,00	17.408.218,00	17.491.470,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.197.778,00	-1.320.927,00	-861.278,00	-432.230,00

B Finanzplan

	IST-Wert 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	EUR	EUR	EUR	EUR
I Investitionen	3.498.934,00	1.500.000,00	1.500.000,00	1.500.000,00
II Tilgung Fremddarlehen				
III Deckungsmittel	3.498.934,00	1.906.579,00	1.500.000,00	1.500.000,00
1. Abschreibungen	803.140,00	1.156.910,00	1.067.932,00	889.961,00
2. Verwendung von freien Eigenmitteln aus der Gewinnrücklage	2.695.015,00	749.669,00	432.068,00	610.039,00
3. Fördermittel	779,00			
4. Darlehensaufnahme				
Summe Deckungsmittel	3.498.934,00	1.906.579,00	1.500.000,00	1.500.000,00
Summe Finanzergebnis	0,00	406.579,00	0,00	0,00

C Investitionsplan

1. Hochschulgastronomie	839.871,00	640.000,00	460.000,00	460.000,00
darunter Ern. Kühlzelle	758.997,00	500.000,00		
darunter Ern. div. Küchentechnik & Umbauten	76.487,00	140.000,00	460.000,00	460.000,00
darunter sonstige HG	4.387,00			
2. Ausbildungsförderung	1.648,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
3. Wohnheime	2.595.362,00	850.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00
darunter Umbau WH 2-Raum zu 1-Raum	2.316.992,00	300.000,00	0,00	0,00
darunter für Ersatzmöblierung Wohnheime	100.590,00	150.000,00	40.000,00	40.000,00
darunter für Umbau Heizungsanlage*		400.000,00	900.000,00	900.000,00
darunter für elektr. Schließanlage	56.424,00	0,00	0,00	0,00
darunter sonstige WH	9.777,00		60.000,00	60.000,00
darunter BeratungsCenter	111.579,00			
4. Sonstige Bereiche	62.053,00	0,00	30.000,00	30.000,00
Gesamt	3.498.934,00	1.500.000,00	1.500.000,00	1.500.000,00

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 30 Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Versorgungsausgaben, entsprechende Erstattungen sowie Fürsorgeleistungen und Beihilfen für den Hochschulbereich veranschlagt.

Einnahmen

281 02	011	Erstattungen von Versorgungszuschlägen an das Land für beamtete drittmittelfinanzierte Professuren	205.200 178.301	226.800	201.600

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 06 30 Titel 422 02.

Erläuterungen:

Von Dritten gezahlte Versorgungszuschläge der Hochschulen, die an das Land für spätere Nachversicherungen bzw. Pensionszahlungen abgeführt werden.

Titelgruppe(n)

61 Versorgung und Beihilfen für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

281 61	138	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes“	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0	0

62 Versorgung und Beihilfen für die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

281 62	138	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes“	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	0	0

63 Versorgung und Beihilfen für die Otto-von-Guericke Universität Magdeburg

281 63	138	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes“	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0

64 Versorgung und Beihilfen für die HS Magdeburg-Stendal

281 64	138	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes“	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 30 **Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
65		Versorgung und Beihilfen für die HS Anhalt			
281 65	138	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes“	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	0	0
66		Versorgung und Beihilfen für die HS Harz			
281 66	138	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes“	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0	0
67		Versorgung und Beihilfen für die HS Merseburg			
281 67	138	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes“	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			0	0	0
68		Versorgung und Beihilfen für die Medizinische Fakultät Halle			
281 68	138	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes“	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 68			0	0	0
69		Versorgung und Beihilfen für die Medizinische Fakultät Magdeburg			
281 69	138	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes“	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 69			0	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 30 Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 02	133	Nachversicherungspflicht für aus dem Landesdienst ausscheidende Bedienstete	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 06 30 Titel 281 02.

Erläuterungen:

Im Ansatz ist u.a. die Nachversicherung von aus dem Beamtenverhältnis ausgeschiedenen Professorinnen und Professoren berücksichtigt.

441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	2.847.100	2.666.900	2.739.000
			2.522.598	0	0

Erläuterungen:

Für die Hochschulen und Medizinischen Fakultäten des Landes Sachsen-Anhalt sind hier zentral die Haushaltsmittel für Beihilfen an Beamtinnen und Beamte gemäß den Beihilfevorschriften veranschlagt.

443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	43.200	20.300	20.300
			20.298	0	0

Erläuterungen:

Für die Hochschulen und Medizinischen Fakultäten des Landes Sachsen-Anhalt sind hier zentral die Haushaltsmittel für Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für die Bediensteten an den Hochschulen und Medizinischen Fakultäten veranschlagt.

443 06	841	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0	0	0
			0	0	0

453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	182.200	216.700	216.700
			216.702	0	0

Erläuterungen:

		2024	2025	2026
		EUR	EUR	EUR
1.	Trennungsgeld	72.900	86.700	86.700
2.	Umzugskostenvergütungen	109.300	130.000	130.000
	Summe	182.200	216.700	216.700

Für die Hochschulen und Medizinischen Fakultäten des Landes Sachsen-Anhalt sind hier zentral die Haushaltsmittel für Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen an Beamtinnen und Beamte an den Hochschulen und Medizinischen Fakultäten gem. der geltenden Verordnungen veranschlagt.

453 11	841	Trennungsgeld für Aus- und Fortbildung	9.000	5.600	5.600
			5.555	0	0

Erläuterungen:

Für die Hochschulen und Medizinischen Fakultäten des Landes Sachsen-Anhalt werden hier zentral die Ausgaben für Trennungsgeld und Aufwendungen der Bediensteten an den Hochschulen und Medizinischen Fakultäten bei Aus- und Fortbildungslehrgängen verbucht.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	24.397.900	31.010.200	33.885.500
			28.364.731	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 30 Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 916 13

Erläuterungen:

Zuführungen aufgrund § 5 Pensionsfondsgesetz LSA

Titelgruppe(n)

61 Versorgung und Beihilfen für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

*** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) LHO genannten Ausgaben.

432 61	138	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter und für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	14.395.000 14.066.826	16.034.500 0	16.878.300 0

Erläuterungen:

Zahlungen lt. Landesbeamtenversorgungsgesetz

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter		14.389.000	16.028.500	16.872.300
2.	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter		6.000	6.000	6.000
3.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersbegrenzung		0	0	0
Summe			14.395.000	16.034.500	16.878.300

443 61	138	Fürsorgeleistungen und Unterstützung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	3.100 700	0 0	0 0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund Beamtenversorgungsgesetz

446 61	138	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	2.801.000 2.843.140	4.443.900 0	5.244.300 0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund des Landesbeamtenversorgungsgesetz Sachsen-Anhalt

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			17.199.100	20.478.400 0	22.122.600 0

62 Versorgung und Beihilfen für die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

*** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) LHO genannten Ausgaben.

432 62	138	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter und für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.110.000 2.134.218	2.381.200 0	2.557.400 0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 30 **Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 432 62

Erläuterungen:

Zahlungen lt. Landesbeamtenversorgungsgesetz

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.104.000	2.375.200	2.551.400
2.	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.000	6.000	6.000
3.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersbegrenzung	0	0	0
	Summe	2.110.000	2.381.200	2.557.400

443 62	138	Fürsorgeleistungen und Unterstützung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund Beamtenversorgungsgesetz

446 62	138	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	198.500	242.700	266.000
			196.004	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund des Landesbeamtenversorgungsgesetz Sachsen-Anhalt

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	2.308.500	2.623.900	2.823.400
		0	0

63 **Versorgung und Beihilfen für die Otto-von-Guericke Universität Magdeburg**

*** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) LHO genannten Ausgaben.

432 63	138	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter und für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.930.100	7.679.500	8.159.200
			6.754.727	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen lt. Landesbeamtenversorgungsgesetz

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.924.100	7.673.500	8.153.200
2.	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.000	6.000	6.000
3.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersabgrenzung	0	0	0
	Summe	6.930.100	7.679.500	8.159.200

443 63	138	Fürsorgeleistungen und Unterstützung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund Beamtenversorgungsgesetz

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 30 Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

446 63	138	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	1.056.000 797.726	842.400 0	864.700 0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund des Landesbeamtenversorgungsgesetz Sachsen-Anhalt

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	7.986.100	8.521.900 0	9.023.900 0

64 Versorgung und Beihilfen für die HS Magdeburg-Stendal

*** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) LHO genannten Ausgaben.

432 64	138	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter und für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.788.200 3.772.994	4.521.300 0	4.738.000 0

Erläuterungen:

Zahlungen lt. Landesbeamtenversorgungsgesetz

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.782.200	4.515.300	4.732.000
2.	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten und Richterinnen und Richter	6.000	6.000	6.000
3.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersbegrenzung	0	0	0
Summe		3.788.200	4.521.300	4.738.000

443 64	138	Fürsorgeleistungen und Unterstützung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund Beamtenversorgungsgesetz

446 64	138	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	395.500 429.457	479.600 0	504.700 0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund des Landesbeamtenversorgungsgesetz Sachsen-Anhalt

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	4.183.700	5.000.900 0	5.242.700 0

65 Versorgung und Beihilfen für die HS Anhalt

*** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) LHO genannten Ausgaben.

432 65	138	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter und für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.114.200 5.582.778	6.910.300 0	7.303.400 0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 30 **Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 432 65

Erläuterungen:

Zahlungen lt. Landesbeamtenversorgungsgesetz

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.108.200	6.904.300	7.297.400
2.	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.000	6.000	6.000
3.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersbegrenzung	0	0	0
	Summe	6.114.200	6.910.300	7.303.400

443 65	138	Fürsorgeleistungen und Unterstützung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund Beamtenversorgungsgesetz

446 65	138	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	1.075.300	944.400	1.019.100
			795.014	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund des Landesbeamtenversorgungsgesetz Sachsen-Anhalt

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	7.189.500	7.854.700	8.322.500
		0	0

66 **Versorgung und Beihilfen für die HS Harz**

*** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) LHO genannten Ausgaben.

432 66	138	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter und für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.770.500	3.117.300	3.186.100
			2.457.921	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen lt. Landesbeamtenversorgungsgesetz

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.764.500	3.111.300	3.180.100
2.	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.000	6.000	6.000
3.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersbegrenzung	0	0	0
	Summe	2.770.500	3.117.300	3.186.100

443 66	138	Fürsorgeleistungen und Unterstützung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund Beamtenversorgungsgesetz

06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -
06 30 Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

446 66	138	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	264.100 311.304	354.800 0	376.600 0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund des Landesbeamtenversorgungsgesetz Sachsen-Anhalt

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	3.034.600	3.472.100 0	3.562.700 0

67 Versorgung und Beihilfen für die HS Merseburg

*** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) LHO genannten Ausgaben.

432 67	138	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter und für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.266.500 3.245.797	3.731.900 0	4.000.100 0

Erläuterungen:

Zahlungen lt. Landesbeamtenversorgungsgesetz

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.260.500	3.725.900	3.994.100
2.	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.000	6.000	6.000
3.	Versorgungsbezüge für Beamtinnen, beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersbegrenzung	0	0	0
Summe		3.266.500	3.731.900	4.000.100

443 67	138	Fürsorgeleistungen und Unterstützung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund Beamtenversorgungsgesetz

446 67	138	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	558.900 495.742	709.100 0	815.800 0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund des Landesbeamtenversorgungsgesetz Sachsen-Anhalt

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	3.825.400	4.441.000 0	4.815.900 0

68 Versorgung und Beihilfen für die Medizinische Fakultät Halle

*** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) LHO genannten Ausgaben.

432 68	138	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.733.000 2.331.044	2.838.900 0	3.203.300 0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 30 **Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 432 68

Erläuterungen:

Zahlungen lt. Landesbeamtenversorgungsgesetz

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Versorgungsbezüge für Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.727.000	2.832.900	3.197.300
2.	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.000	6.000	6.000
3.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersbegrenzung	0	0	0
	Summe	2.733.000	2.838.900	3.203.300

443 68	138	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund Beamtenversorgungsgesetz

446 68	138	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	565.500	495.100	538.500
			408.218	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund des Landesbeamtenversorgungsgesetz Sachsen-Anhalt

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	3.298.500	3.334.000	3.741.800
		0	0

69 **Versorgung und Beihilfen für die Medizinische Fakultät Magdeburg**

*** Die Ausgaben sind im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) LHO genannten Ausgaben.

432 69	138	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.101.100	3.582.500	3.780.600
			2.786.792	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen lt. Landesbeamtenversorgungsgesetz

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Versorgungsbezüge für Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.095.100	3.576.500	3.774.600
2.	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.000	6.000	6.000
3.	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersbegrenzung	0	0	0
	Summe	3.101.100	3.582.500	3.780.600

443 69	138	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund Beamtenversorgungsgesetz

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 30 **Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

446 69	138	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	266.200 390.795	507.000 0	565.100 0

Erläuterungen:

Zahlungen aufgrund des Landesbeamtenversorgungsgesetz Sachsen-Anhalt

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	3.367.300	4.089.500 0	4.345.700 0

06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Wissenschaft und Forschung -**
06 30 **Versorgung und Beihilfen für die Hochschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	205.200	226.800	201.600

Gesamteinnahme		205.200	226.800	201.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	55.474.200	62.725.900	66.982.800
			0	0

HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	24.397.900	31.010.200	33.885.500
			0	0

Gesamtausgabe		79.872.100	93.736.100	100.868.300

Gesamtsumme der VE			0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-79.666.900	-93.509.300	-100.666.700

Stellenpläne

Stellenübersichten

Kapitel 06 02Allgemeine Bewilligungen (Stellenplan)
Kapitel 06 04Martin-Luther-Universität Halle - Wittenberg (Stellenplan)
Kapitel 06 05Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum (Stellenplan)
Kapitel 06 06Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle (Stellenplan)
Kapitel 06 08Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg und Klinikum (Stellenplan)
Kapitel 06 11Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Stellenplan)
Kapitel 06 15Hochschule Magdeburg-Stendal (Stellenplan)
Kapitel 06 16Hochschule Anhalt (Stellenplan)
Kapitel 06 17Hochschule Harz (Stellenplan)
Kapitel 06 18Hochschule Merseburg (Stellenplan)
Stellenübersicht TGr. 96 2025
Stellenübersicht TGr. 96 2026
Stellenübersicht übrige TGr. 2025
Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 70 (70)				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
W 3	Professor/-in	18	18	18
W 2	Professor/-in	26	26	26
Summe :		44	44	44

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 70 (70)				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Wissenschaftlicher Dienst	1	1	1
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	2	9	9
Summe :		3	10	10

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Um- setzungen		Umwand- lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe- nen- nun- gen	Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13	7											+7	
Ohne TG 96		7											+7	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 91	(91)			
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B3	Kanzler oder Kanzlerin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	1	1
B2	Direktor oder Direktorin der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
W 3	Rektor oder Rektorin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	1	1
W 3	Universitätsprofessor/-in	172 ³⁾	173 ³⁾	173 ³⁾
W 2	Universitätsprofessor/-in	116 ³⁾	117 ³⁾	117 ³⁾
W 1	Professor/-in als Juniorprofessor/-in	30	30	30
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A15	Baudirektor/-in	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in	5	5	5
A15	Bibliotheksdirektor/-in	4	4	4
A14	Akademische(r) Oberrat/-rätin	10	10	10
A14	Oberregierungsrat/-rätin	15	15	15
A14	Oberbibliotheksrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.2	Bibliotheksrat/-rätin	8	8	8
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.2	Akademische/r Rat/Rätin	25	25	25
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	4	4	4
A13 L2.1	Bibliotheksoberratsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	2	2	2
A12	Bibliotheksamtsrat/-rätin	1	1	1
A11	Bibliotheksamtsmann/-frau	4	4	4
A11	Regierungsamtsmann/-frau	6	6	6
A10	Bibliotheksobersinspektor/-in	3	3	3
A10	Regierungsobersinspektor/-in	4	4	4
A9 L2.1	Bibliotheksinspektor/-in	2	2	2
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	12	12	12
A8	Regierungshauptsekretär/-in	2	2	2
A7	Regierungsobersekretär/-in	1	1	1
Summe :		434	436	436

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

W 3 Universitätsprofessor/-in 33 ^{1) 2)} **33** ^{1) 2)} **33** ^{1) 2)}

Summe [Leerstellen]: 33 **33** **33**

- 1) Für gemeinsame Berufungen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
- 2) Die Leerstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2, C 3 und C 4 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.
- 3) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2, C 3 und C 4 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen W 3 am 30.09.2027 befristet für zusätzliche Lehramtsausbildung (aus HH 2019)

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle W 3 (aus HH 2015/2016)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	W 3	1											+1	neu
2	W 2	1											+1	neu
Ohne TG 96		2											+2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91	(91)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 15 Ü	Datenverarbeitungsdienst	1	1	1
E 15	Datenverarbeitungsdienst	3	3	3
E 15	Wissenschaftlicher Dienst	15	15	15
E 14	Datenverarbeitungsdienst	2	2	2
E 14	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 14	Wissenschaftlicher Dienst	113	113	113
E 14	Bibliotheksdienst	3	3	3
E 13	Bibliotheksdienst	11	11	11
E 13	Datenverarbeitungsdienst	11	11	11
E 13	Verwaltungsdienst	23	23	23
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	509	509	509

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 12	Technischer Dienst	12	12	12
E 12	Datenverarbeitungsdienst	2	2	2
E 12	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 11	Datenverarbeitungsdienst	5	5	5
E 11	Technischer Dienst	29	29	29
E 11	Verwaltungsdienst	13	13	13
E 10	Technischer Dienst	27	27	27
E 10	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	40	40	40
E 9b	Bibliotheksdienst	35	35	35
E 9b	Datenverarbeitungsdienst	4	4	4
E 9b	Technischer Dienst	51	51	51
E 9b	Sonstiger Dienst	1	1	1
E 9a	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 9a	Technischer Dienst	12	12	12
E 9a	Handwerklicher Dienst	0	0	0
E 9a	Sonstiger Dienst	2	2	2
E 8	Bibliotheksdienst	3	3	3
E 8	Handwerklicher Dienst	0	0	0
E 8	Sonstige Dienste	5	5	5
E 8	Technischer Dienst	85	85	85
E 8	Verwaltungsdienst	15	15	15
E 7	Verwaltungsdienst	14	14	14
E 7	Sonstige Dienste	5	5	5
E 7	Techn. Dienst	26	26	26
E 7	Handwerklicher Dienst	0	0	0
E 6	Bibliotheksdienst	23	23	23
E 6	Handwerklicher Dienst	0	0	0
E 6	Sonstige Dienste	4	4	4
E 6	Technischer Dienst	42	42	42
E 6	Verwaltungsdienst	75	75	75
E 6	Kraftfahrdienst	0	0	0
E 6	Betriebsdienst	0	0	0
E 5	Betriebsdienste	0	0	0
E 5	Bibliotheksdienst	12	12	12
E 5	Sonstige Dienste	9	9	9
E 5	Technischer Dienst	28	28	28
E 5	Verwaltungsdienst	109	109	109
E 5	Datenverarbeitungsdienst	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 5	Handwerklicher Dienst	0	0	0
E 5	Aufsichtsdienst	0	0	0
E 5	Labordienst	0	0	0
E 4	Kraftfahrdienst	0	0	0
E 4	Sonstiger Dienst	3	3	3
E 4	Techn. Dienst	3	3	3
E 3	Betriebsdienste	0	0	0
E 3	Bibliotheksdienst	0	0	0
E 3	Aufsichtsdienst	0	0	0
E 3	Labordienst	0	0	0
E 3	Sonstige Dienste	0	0	0
E 3	Techn. Dienst	2	2	2
E 2 Ü	Hauswirtschaftlicher Dienst	0	0	0
E 2 Ü	Labordienst	0	0	0
E 2 Ü	Techn. Dienst	2	2	2
E 2	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		1.400	1.400	1.400

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen	E 14	künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2019)
1 Stelle	E 14	am 30.09.2027 befristet für zusätzliche Lehramtsausbildung	(aus HH 2019)
34 Stellen	E 13	am 30.09.2027 befristet für zusätzliche Lehramtsausbildung	(aus HH 2019)
20 Stellen	E 13	am 30.09.2027 befristet für zusätzliche Lehramtsausbildung	(aus HH 2019)
1 Stelle	E 11	am 30.09.2027 befristet für zusätzliche Lehramtsausbildung	(aus HH 2019)
1 Stelle	E 8	am 30.09.2027 befristet für zusätzliche Lehramtsausbildung	(aus HH 2019)
2 Stellen	E 6	am 30.09.2027 befristet für zusätzliche Lehramtsausbildung	(aus HH 2019)
1 Stelle	E 5	am 30.09.2027 befristet für zusätzliche Lehramtsausbildung	(aus HH 2019)

428 92 (92)

Stellenanzahl
2024 **2025** **2026**

Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029, Anlage 2, Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen, kann die Hochschule ab dem HHJ 2020 im Tarifbereich im Umfang von maximal 25% der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel zusätzliche unbefristete Stellen ausbringen. Diese Stellen werden bei Titel 428 92 ausgewiesen.

EntgeltGruppe

E 15	Wissenschaftlicher Dienst	5	5	5
E 14	Wissenschaftlicher Dienst	40	41	41
E 13	Datenverarbeitungsdienst	5	5	5
E 13	Verwaltungsdienst	14	14	14

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 13	Wissenschaftlicher Dienst	66	121	121
E 11	Datenverarbeitungsdienst	4	2	2
E 11	Technischer Dienst	10	2	2
E 11	Verwaltungsdienst	6	6	6
E 9b	Verwaltungsdienst	10	9	9
E 9b	Datenverarbeitungsdienst	5	0	0
E 9b	Technischer Dienst	5	1	1
Summe :		170	206	206

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14	1											+1	
2	E 13	35											+55	
3								5						5 Stellen E13 Wissenschaftlicher Dienst aus E9b Datenverarbeitungsdienst
4								4						4 Stellen E13 Wissenschaftlicher Dienst aus E9b Technischer Dienst
5								1						1 Stelle E13 Wissenschaftlicher Dienst aus E9b Verwaltungsdienst
6								8						8 Stellen E13 Wissenschaftlicher Dienst aus E11 Technischer Dienst
7								2						2 Stellen E13 Wissenschaftlicher Dienst aus E11 Datenverarbeitungsdienst
8	E 11								2				-2	2 Stellen E11 Datenverarbeitungsdienst in E13 Wissenschaftlicher Dienst
9	E 11								8				-8	8 Stellen E11 Technischer Dienst in E13 Wissenschaftlicher Dienst
10	E 9b								1				-1	1 Stelle E9b Verwaltungsdienst nach E13 Wissenschaftlicher Dienst
11	E 9b								5				-5	5 Stellen E9b Datenverarbeitungsdienst nach E13 Wissenschaftlicher Dienst
12	E 9b								4				-4	4 Stellen E9b Technischer Dienst nach E13 Wissenschaftlicher Dienst
Ohne TG 96		36						20	20				+36	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

				Stellenanzahl		
				2024	2025	2026
422 96 (96)						

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

W 2	Universitätsprofessor/-in	3 1)	3 1)	3 1)
Summe :		3	3	3

- 1) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2, C 3 und C 4 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	W 2	am 31.03.2026	Änderung des kw-Vermerkes vom 31.03.2025 infolge Erhöhung des Pensionseintrittsalters Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze (Zugang aus Kapitel 0611/ 422 96)	(aus HH 2010/2011)
1 Stelle	W 2	am 31.03.2028	Änderung des kw-Vermerkes vom 30.11.2026 infolge Erhöhung des Pensionseintrittsalters Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze (Zugang aus Kapitel 0611/422 96)	(aus HH 2010/2011)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle W 2 am 31.03.2031 Änderung des kw-Vermerkes vom 31.03.2029 infolge Erhöhung des Pensionseintrittsalters (aus HH 2010/2011)
Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze (Zugang aus Kapitel 0611/ 422 96)

			Stellenanzahl		
			2024	2025	2026
428 96	(96)				
<i>EntgeltGruppe</i>					
E 14	Wiss. Dienst/ Bibl. Dienst/Verw. Dienst		2	1	1
E 13	Wiss. Dienst/ Bibl. Dienst/Verw. Dienst		4	4	3
E 12	Wiss. Dienst/ Bibl. Dienst/Verw. Dienst		0	0	0
E 11	Verw. Dienst/Techn. Dienst		1	1	1
E 9	Verw. Dienst/Techn. Dienst/Bibliotheksdienst		0	0	0
E 7	Sonstige Dienste		1	1	1
E 6	Verw. Dienst/Techn. Dienst/Bibliotheksdienst		1	1	1
E 5	Verw. Dienst/Techn. Dienst/Bibliotheksdienst		0	0	0
E 3	Sonstige Dienste		0	0	0
E 3	Bibliotheksdienst		1	1	1
Summe :			10	9	8

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 14 am 30.09.2031 Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (Zugang ab 01.01.2012 aus Kapitel 0611 / 428 96) (aus HH 2012/2013)

1 Stelle E 13 am 30.04.2027 Änderung des kw-Vermerkes vom 31.12.2025 infolge Erhöhung des Renteneintrittsalters - Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (aus HH 2008/2009)

1 Stelle E 13 am 30.06.2026 Änderung des kw-Vermerkes vom 31.07.2017 infolge personalwirtschaftliche Maßnahmen - Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (aus HH 2008/2009)

1 Stelle E 13 am 30.11.2031 Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (Zugang ab 01.01.2012 aus Kapitel 0611 / 428 96) (aus HH 2012/2013)

1 Stelle E 11 am 31.10.2030 Änderung des kw-Vermerkes vom 21.12.2028 infolge Erhöhung des Renteneintrittsalters - Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (aus HH 2008/2009)

1 Stelle E 7 am 31.05.2030 Änderung des kw-Vermerkes vom 14.07.2028 infolge Erhöhung des Renteneintrittsalters - Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (aus HH 2008/2009)

1 Stelle E 6 am 28.02.2033 Änderung des kw-Vermerkes vom 09.02.2031 infolge Erhöhung des Renteneintrittsalters - Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (aus HH 2008/2009)

1 Stelle E 3 am 30.11.2052 Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze (aus HH 2017/2018)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96													-1	
Veränderungen in 2026														
2	E 13		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96													-1	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 14	am 31.01.2024	Änderung des kw-Vermerkes vom 12.01.2023 infolge Erhöhung des Renteneintrittsalters - Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2008/2009)
1 Stelle	E 13	am 30.11.2025	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (Zugang ab 01.01.2012 aus Kapitel 0611 / 428 96)	(aus HH 2012/2013)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
429 96	(96)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Wiss. Dienst/ Bibl. Dienst/Verw. Dienst		10	10
Summe :		10	10	10

Stellen künftig wegfallend:

10 Stellen	E 13	am 31.12.2026	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13	10*											0	neue Stellen
2			10*											Vollzug kw-vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96		10*	10*										0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

10 Stellen E 13 am 31.12.2026 Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (aus HH 2025/2026)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

10 Stellen E 13 am 31.12.2024 Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (aus HH 2022)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 91	(91)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
W 3	Universitätsprofessor/-in	53 ¹⁾	53 ¹⁾	53 ¹⁾
W 2	Universitätsprofessor/-in	17 ¹⁾	17 ¹⁾	17 ¹⁾
W 1	Professor/-in als Juniorprofessor/-in	9	9	9
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A14	Akademische(r) Oberrat/-rätin	10	10	10
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Pharmazieoberrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Regierungsoberratsrat/-rätin	2	2	2
Summe :		94	94	94

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

W 3	Universitätsprofessor/-in	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾
Summe [Leerstellen]:		1	1	1

- 1) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppe C 3 und C 4 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.
- 2) Für gemeinsame Berufungen an außeruniversitären Einrichtungen.

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91	(91)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
Ä 3	ärztlicher Dienst	22	22	22
Ä 2	ärztlicher Dienst	108	108	108
Ä 1	ärztlicher Dienst	73	73	73
E 15	Medizinisch-technischer Dienst	10	10	10
E 14	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 14	Medizinisch-technischer Dienst	25	25	25
E 13	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 13	Medizinisch-technischer Dienst	33	33	33
E 12	Medizinisch-technischer Dienst	6	6	6
E 11	Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst	3	3	3
E 10	Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst	9	9	9
E 9b	Med.-techn. Dienst, Verwaltungsdienst	21	21	21

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 9a	Med.-techn. Dienst, Verwaltungsdienst	33	33	33
E 8	Med.-techn.-Dienst/Verw.dienst/Techn. Dienst	84	84	84
E 7	Med.-techn.-Dienst/Verw.dienst/Techn. Dienst	2	2	2
E 6	Med.-techn.-Dienst/Verw.dienst/Techn. Dienst	28	28	28
E 5	Med.-techn.-Dienst/Wirtsch.- u. Versorgungsdienst/Techn. Dienst	50	50	50
E 4	Med.-techn.-Dienst/Wirtsch.- u. Versorgungsdienst/Techn. Dienst	4	4	4
E 3	Med.-techn.-Dienst/Verw.dienst/Wirtsch.- u. Versorgungsdienst/Techn. Dienst	10	10	10
E 2 Ü	Wirtsch.- u. Versorgungsdienst	9	9	9
KR 4a	Pflege- und Funktionsdienst	16	16	16
KR 7a	Pflege- und Funktionsdienst	45	45	45
Summe :		595	595	595

428 96 (96)

EntgeltGruppe

E 3	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		1	1	1

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 3

Sonstiges

(aus HH 2017/2018)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 91	(91)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
W 3	Kanzler oder Kanzlerin der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle	0	1 ²⁾	1 ²⁾
W 3	Professor/-in an einer Kunsthochschule	23 ¹⁾	23 ¹⁾	23 ¹⁾
W 3	Rektor oder Rektorin der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle	1	1	1
W 2	Professor/-in an einer Kunsthochschule	37 ¹⁾	37 ¹⁾	37 ¹⁾
A15	Kanzler oder Kanzlerin der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle	1	0 ³⁾	0 ³⁾
A15	Regierungsdirektor/-in	0	1 ³⁾	1 ³⁾
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	4	4	4
A10	Regierungsoberinspektor/-in	2	2	2
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	1	1	1
Summe :		70	71	71

- 1) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2, C 3 und C 4 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.
- 2) Besetzung mit Kanzler und Kanzlerin, gem. Anlage 2 zu § 27 Satz 1 des Besoldungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 8. Februar 2011(GVBl. LSA S. 68)
- 3) Änderung der Dienstbezeichnung von Kanzler und Kanzlerin der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle in Regierungsdirektor/-in

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	W 3	1											+1	neu
2	A15											1	-1	1 Stelle A15 Kanzler oder Kanzlerin der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle in A15 Regierungsdirektor/-in
3	A15											1	+1	1 Stelle A15 Regierungsdirektor/-in aus A15 Kanzler oder Kanzlerin der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle
Ohne TG 96		1										1	+1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91	(91)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 15	Wissenschaftlicher Dienst	12	12	12
E 14	Wissenschaftl. Dienst	5	5	5
E 13	Verwaltungsdienst	8	8	8
E 13	Wissenschaftl. Dienst	15	16	15
E 11	Technischer Dienst	3	3	3
E 11	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 10	Bibliotheksdienst	1	1	1
E 10	Technischer Dienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	6	6	6
E 9b	Bibliotheksdienst	2	2	2
E 9b	Technischer Dienst	12	12	12
E 9a	Technischer Dienst	9	9	9
E 8	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 7	Techn. Dienst	3	3	3
E 7	Handwerklicher Dienst	3	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	11	11	11
E 5	Hausmeisterdienst	4	4	4
E 5	Technischer Dienst	2	2	2
E 5	Verwaltungsdienst	3	3	3
Summe :		108	109	108

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13	1											+1	neu
Ohne TG 96		1											+1	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
2	E 13		1										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96			1										-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 13 am 31.05.2025 künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (aus HH 2025/2026)

Stellenanzahl
2024 2025 2026

428 92 (92)

Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029, Anlage 2, Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen, kann die Hochschule ab dem HHJ 2020 im Tarifbereich im Umfang von maximal 25% der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel zusätzliche unbefristete Stellen ausbringen. Diese Stellen werden bei Titel 428 92 ausgewiesen.

EntgeltGruppe

E 13	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	2	2	2
E 12	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 10	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9b	Technischer Dienst	1	1	1
E 9a	Technischer Dienst	2	2	2
E 9a	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	2	2	2
Summe :		12	12	12

Stellenanzahl
2024 2025 2026

429 96 (96)

EntgeltGruppe

E 13	Wissenschaftlicher Dienst	3	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	2	1	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 9a	Verwaltungsdienst	0	1	1
E 9a	Technischer Dienst	0	2	2
E 7	Technischer Dienst	2	1	0
E 6	Technischer Dienst	1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	0	1	1
E 5	Technischer Dienst	1	1	1
E 5	Verwaltungsdienst	2	2	2
Summe :		11	12	10

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 7	am 31.10.2025	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
2 Stellen	E 13	am 31.03.2030	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9b	am 30.09.2025	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	am 30.11.2050	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	am 31.08.2027	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	am 31.12.2027	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	am 01.10.2038	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	am 31.12.2029	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 5	am 31.12.2029	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	am 31.12.2029	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13	2*											-1	neu
2			3*											Vollzug kw-Vermerk
3	E 9b	1*											-1	neu
4			2*											Vollzug kw-Vermerk
5	E 9a	1*											+1	neu
6	E 9a	2*											+2	neu
7	E 7		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
8	E 6	1*											0	neu
9			1*											Vollzug kw-Vermerk
10	E 6	1*											+1	neu
11	E 5	1*											0	neu
12			1*											Vollzug kw-Vermerk
13	E 5	2*											0	neu
14			2*											Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96		11*	10*										+1	
Veränderungen in 2026														
15	E 9b		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
16	E 7		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96			2*										-2	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen	E 13	am 31.03.2030	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9b	am 30.09.2025	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	am 30.11.2050	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	am 31.08.2027	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	am 31.12.2027	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	am 01.10.2038	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	am 31.12.2029	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 5	am 31.12.2029	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	am 31.12.2029	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftl. Regelungen ZV	(aus HH 2025/2026)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 13	am 30.09.2026	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 13	am 31.12.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2022)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	E 7	am 31.03.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 6	am 31.12.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2022)
2 Stellen	E 5	am 31.12.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 5	am 31.12.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 13	am 31.03.2025	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 9b	am 28.02.2034	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 9b	am 31.03.2025	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 91	(91)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
W 3	Universitätsprofessor/-in	49 ¹⁾	49 ¹⁾	49 ¹⁾
W 2	Universitätsprofessor/-in	21 ¹⁾	21 ¹⁾	21 ¹⁾
W 1	Professor/-in als Juniorprofessor/-in	15	15	15
A14	Akademische(r) Oberrat/-rätin	10	10	10
Summe :		95	95	95

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

W 3	Universitätsprofessor/-in	12 ^{2) 3)}	12 ^{2) 3)}	12 ^{2) 3)}
Summe [Leerstellen]:		12	12	12

- 1) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 3 und C 4 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.
- 2) Die Leerstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 3 und C 4 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.
- 3) Für gemeinsame Berufungen an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91	(91)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
Ä 3	ärztlicher Dienst	36	36	36
Ä 2	ärztlicher Dienst	32	32	32
Ä 1	ärztlicher Dienst	34	34	34
E 15	Ärztl. Dienst/Med.-techn. Dienst	5	5	5
E 14	Ärztl. Dienst/Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst	22	23	23
E 13	Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst	50	49	49
E 12	Medizinisch-technischer Dienst	1	1	1
E 11	Medizinisch-technischer Dienst	8	10	10
E 10	Medizinisch-technischer Dienst	20	20	20
E 9b	Med.-techn. Dienst, Verwaltungsdienst	144	143	143
E 8	Medizinisch-technischer Dienst	16	17	17
E 6	Med.-techn.Dienst/Verwaltungsdienst/Funktionsdienst	71	69	69
E 5	Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst	27	27	27
E 3	Medizinisch-technischer Dienst	3	3	3

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 2	Medizinisch-technischer Dienst	2	2	2
KR 7a	Pflege- und Funktionsdienst	3	3	3
Summe :		474	474	474

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14							1					+1	1 Stelle E14 Ärztl. Dienst/Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst aus E13 Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst
2	E 13								1				-1	1 Stelle E13 Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst in E14 Ärztl. Dienst/Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst
3	E 11							2					+2	1 Stelle E11 Medizinisch-technischer Dienst aus E9b techn. Dienst, Verwaltungsdienst
4	E 9b							1					-1	1 Stelle E9b Med.-techn. Dienst, Verwaltungsdienst aus E8 Medizinisch-technischer Dienst
5									2					1 Stelle E9b Med. techn. Dienst, Verwaltungsdienst in E11 Medizinisch-technischer Dienst
6	E 8							2					+1	1 Stelle E8 Medizinisch-technischer Dienst aus E6 Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst/Funktionsdienst
7									1					1 Stelle E8 Medizinisch-technischer Dienst in E9b Med.-techn. Dienst, Verwaltungsdienst
8	E 6								2				-2	1 Stelle E6 Med.-techn. Dienst/Verwaltungsdienst/Funktionsdienst in E8 Medizinisch-technischer Dienst
Ohne TG 96								6	6				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 91	(91)			
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B3	Kanzler oder Kanzlerin der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg	1	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
C2	Hochschuldozent/-in	0	0	0
W 3	Kanzler oder Kanzlerin der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg	0	1 7)	1 7)
W 3	Rektor oder Rektorin der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg	1	1	1
W 3	Universitätsprofessor/-in	99 1) 5) 6)	100 1) 5) 6)	100 1) 5) 6)
W 2	Universitätsprofessor/-in	61 1) 4)	61 1) 4)	61 1) 4)
W 1	Professor/-in als Juniorprofessor/-in	40	40	40
A16	Leitende(r) Direktor/-in	1	1	1
A16	Ltd. Bibliotheksdirektor/-in	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in	5	5	5
A15	Bibliotheksdirektor/-in	1	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin	10	10	10
A14	Oberbibliotheksrat/-rätin	3	3	3
A13 L2.2	Bibliotheksrat/-rätin	3	3	3
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	4	4	4
A13 L2.2	Akademische/r Rat/Rätin	9	9	9
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	3	3	3
A11	Bibliotheksamtmann/-frau	2	2	2
A11	Regierungsamtmann/-frau	6	6	6
A11	Archivamtmann/-frau	1	1	1
A10	Bibliotheksoberinspektor/-in	6	6	6
A10	Regierungsoberinspektor/-in	4	4	4
A9 L1.2	Archivamtsinspektor/-in	1	1	1
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	2	1	1
Summe :		264	264	264

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

W 3	Universitätsprofessor/-in	13 2) 3)	18 2) 3)	18 2) 3)
Summe [Leerstellen]:		13	18	18

- 1) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2, C 3 und C 4 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.
- 2) Die Leerstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2, C 3 und C 4 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.
- 3) Für gemeinsame Berufungen an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.
- 4) Davon 3 Planstellen zweckgebunden zur Einrichtung eines Forschungszentrums für Neurowissenschaften.
- 5) Eine Planstelle von Kapitel 0611 in Kapitel 0604 - eine Rückführung erfolgt nach Ausscheiden des Stelleninhabers.
- 6) Für gemeinsame Berufungen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen "nach Berliner Modell"
- 7) Besetzung mit Kanzler/-in, gem. Anlage 2 zu § 27 Satz 1 des Besoldungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 8. Februar 2011 (GVBl. LSA S. 68)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle W 3 in W 2 am 31.03.2030 LBesG LSA (aus HH 2015/2016)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	B3								1				-1	1 Stelle B3 Kanzler oder Kanzlerin der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg in W3 Kanzler oder Kanzlerin der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg
2	W 3							1					+1	1 Stelle W3 Kanzler oder Kanzlerin der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg aus B3 Kanzler oder Kanzlerin der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg
3	W 3	1											+1	neu
4	A9 L1.2						1						-1	1 Stelle A9 Regierungsamtsinspektor/-in in E11 Verwaltungsdienst
Ohne TG 96		1					1	1	1				0	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
5	W 3	5											+5	neu
Leerstellen		5											+5	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenanzahl

2024 2025 2026

428 91 (91)

EntgeltGruppe

E 15 Verwaltungsdienst

6 6 6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 15	Wissenschaftlicher Dienst	22	22	22
E 14	Datenverarbeitungsdienst	3	3	3
E 14	Verwaltungsdienst	9	10	10
E 14	Wissenschaftlicher Dienst	150	149	149
E 13	Bibliotheksdienst	4	4	4
E 13	Datenverarbeitungsdienst	18	19	19
E 13	Technischer Dienst	19	19	19
E 13	Verwaltungsdienst	17	17	17
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	231	232	232
E 12	Technischer Dienst	22	21	21
E 12	Datenverarbeitungsdienst	0	1	1
E 12	Verwaltungsdienst	11	10	10
E 11	Bibliotheksdienst	7	7	7
E 11	Datenverarbeitungsdienst	17	23	23
E 11	Technischer Dienst	17	17	17
E 11	Verwaltungsdienst	11	12	12
E 11	Wissenschaftlicher Dienst	4	4	4
E 10	Datenverarbeitungsdienst	7	4	4
E 10	Bibliotheksdienst	4	4	4
E 10	Technischer Dienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	30	31	31
E 9b	Bibliotheksdienst	4	4	4
E 9b	Datenverarbeitungsdienst	4	4	4
E 9b	Technischer Dienst	10	11	11
E 9a	Verwaltungsdienst	50	60	60
E 9a	Bibliotheksdienst	2	2	2
E 9a	Datenverarbeitungsdienst	8	7	7
E 9a	Technischer Dienst	35	34	34
E 8	Bibliotheksdienst	0	0	0
E 8	Technischer Dienst	23	22	22
E 8	Verwaltungsdienst	6	6	6
E 7	Verwaltungsdienst	11	11	11
E 7	Technischer Dienst	51	49	49
E 6	Bibliotheksdienst	17	17	17
E 6	Technischer Dienst	18	17	17
E 6	Verwaltungsdienst	82	72	72
E 5	Bibliotheksdienst	0	0	0
E 5	Technischer Dienst	12	12	12
E 5	Verwaltungsdienst	2	2	2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 4	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 4	Technischer Dienst	3	3	3
E 4	Bibliotheksdienst	0	0	0
E 3	Technischer Dienst	4	4	4
E 2	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 2	Technischer Dienst	1	1	1
Summe :		959	960	960

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 9a	künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2021)
1 Stelle	E 14	künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen	(aus HH 2023)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14					1							+1	1 Stelle E14 Verwaltungsdienst aus E14 Wissenschaftlicher Dienst
2	E 14						1						-1	1 Stelle E14 Wissenschaftlicher Dienst nach E14 Verwaltungsdienst
3	E 13							1					+1	1 Stelle E13 Datenverarbeitungsdienst aus E10 Datenverarbeitungsdienst
4	E 13						1						0	1 Stelle E13 Verwaltungsdienst nach E13 Wissenschaftlicher Dienst
5								1						1 Stelle E13 Verwaltungsdienst aus E12 Verwaltungsdienst
6	E 13					1							+1	1 Stelle E13 Wissenschaftlicher Dienst aus E13 Verwaltungsdienst
7	E 12						1						-1	1 Stelle E12 Technischer Dienst nach E12 Datenverarbeitungsdienst
8	E 12					1							+1	1 Stelle E12 Datenverarbeitungsdienst aus E12 Technischer Dienst
9	E 12								1				-1	1 Stelle E12 Verwaltungsdienst nach E13 Verwaltungsdienst
10	E 11					1							+6	1 Stelle E11 Datenverarbeitungsdienst aus E9a Technischer Dienst
11								2						2 Stellen E11 Datenverarbeitungsdienst aus E10 Datenverarbeitungsdienst
12								3						3 Stelle E11 Datenverarbeitungsdienst aus E9a Datenverarbeitungsdienst
13	E 11					1							+1	1 Stelle E11 Verwaltungsdienst aus A9 Regierungsinspektor/-in
14	E 10								1				-3	1 Stelle E10 Datenverarbeitungsdienst nach E13 Datenverarbeitungsdienst
15									2					2 Stellen E10 Datenverarbeitungsdienst nach E11 Datenverarbeitungsdienst
16	E 9b					1							+1	1 Stelle E9b Verwaltungsdienst aus E9b Technischer Dienst
17	E 9b						1						+1	1 Stelle E9b Technischer Dienst nach E9b Verwaltungsdienst
18								1						1 Stelle E9b Technischer Dienst aus E9a Technischer Dienst
19								1						1 Stelle E9a technischer Dienst nach E9b technischer Dienst
20	E 9a								10				+10	10 Stellen E9a Verwaltungsdienst aus E6 Verwaltungsdienst
21	E 9a					1							-1	1 Stelle E9a Datenverarbeitungsdienst aus E8 Technischer Dienst
22						1								1 Stelle E9a Datenverarbeitungsdienst aus E7 Technischer Dienst
23									3					3 Stellen E9a Datenverarbeitungsdienst nach E11 Datenverarbeitungsdienst
24	E 9a						1						-1	1 Stelle E9a Technischer Dienst nach E11 Datenverarbeitungsdienst
25									1					1 Stelle E9a Technischer Dienst aus E8 Technischer Dienst

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
26								1						1 Stelle E9a Technischer Dienst aus E6 Technischer Dienst
27									1					1 Stelle E9a Technischer Dienst nach E9b Technischer Dienst
28									1					1 Stelle E9a technischer Dienst nach E9b technischer Dienst
29	E 8						1						-1	1 Stelle E8 Technischer Dienst in E9a Datenverarbeitungsdienst
30								1						1 Stelle E8 Technischer Dienst aus E7 Technischer Dienst
31									1					1 Stelle E8 Technischer Dienst nach E9a Technischer Dienst
32	E 7						1						-2	1 Stelle E7 Technischer Dienst nach E9a Datenverarbeitungsdienst
33									1					1 Stelle E7 Technischer Dienst nach E8 Technischer Dienst
34	E 6								1				-1	1 Stelle E6 Technischer Dienst nach E9a Technischer Dienst
35	E 6								10				-10	10 Stellen E6 Verwaltungsdienst nach E9a Verwaltungsdienst
Ohne TG 96						8	7	22	22				+1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 92	(92)			

Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029, Anlage 2, Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen, kann die Hochschule ab dem HHJ 2020 im Tarifbereich im Umfang von maximal 25% der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel zusätzliche unbefristete Stellen ausbringen. Diese Stellen werden bei Titel 428 92 ausgewiesen.

EntgeltGruppe

E 15	Wissenschaftlicher Dienst	10	10	10
E 14	Wissenschaftlicher Dienst	20	20	20
E 13	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	47	47	47
E 11	Verwaltungsdienst	15	15	15
E 11	Wissenschaftlicher Dienst	20	20	20
Summe :		112	112	112

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 96	(96)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
C1	Assistent/-in/Wissenschaftliche/r Assistent/-in	0	0	0
W 2	Universitätsprofessor/-in	0	0	0
Summe :		0	0	0

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 96	(96)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Wissenschaftlicher Dienst	0	0	0
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	0	0	0
Summe :		0	0	0

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
429 96	(96)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Verwaltungsdienst	3	4	3
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	13	18	15
E 11	Verwaltungsdienst	1	0	0
E 9a	Technischer Dienst	1	0	0
E 9a	Verwaltungsdienst	2	2	1
E 6	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 5	Technischer Dienst	1	1	0
Summe :		23	27	21

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen	E 13	am 30.09.2026	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 13	am 30.09.2027	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
8 Stellen	E 13	am 31.12.2026	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	E 13	am 31.12.2027	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	am 30.06.2028	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 6	am 31.03.2026	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13	4*											+1	neu
2			3*											Vollzug kw-Vermerk
3	E 13	18*											+5	neu
4			13*											Vollzug kw-Vermerk
5	E 11		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
6	E 9a		1*										-1	Vollzug kw-vermerk
7	E 9a	2*											0	neu
8			2*											Vollzug kw-Vermerk
9	E 6	2*											0	
10			2*											Vollzug kw-Vermerk
11	E 5	1*											0	neu
12			1*											Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96		27*	23*										+4	
Veränderungen in 2026														
13	E 13		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
14	E 13		3*										-3	Vollzug kw-Vermerk
15	E 9a		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
16	E 5		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96			6*										-6	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen	E 13	am 30.09.2026	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 13	am 30.09.2027	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
8 Stellen	E 13	am 31.12.2026	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	E 13	am 31.12.2027	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	am 30.06.2028	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 6	am 31.03.2026	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen	E 6	am 30.11.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (Verwaltungsdienst)	(aus HH 2019)
1 Stelle	E 5	am 31.12.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (Technischer Dienst)	(aus HH 2019)
13 Stellen	E 13	am 31.12.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (Wissenschaftlicher Dienst)	(aus HH 2019)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

3 Stellen	E 13	am 31.12.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (Verwaltungsdienst)	(aus HH 2019)
1 Stelle	E 9a	am 31.12.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (Techn. Dienst)	(aus HH 2024)
2 Stellen	E 9a	am 31.12.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (Verwaltungsdienst)	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 11	am 31.12.2024	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (Verwaltungsdienst)	(aus HH 2024)
3 Stellen	E 13	am 30.06.2025	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 13	am 31.08.2025	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 9a	am 31.12.2025	Inanspruchnahme der Stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	am 31.12.2025	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 91	(91)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
W 3	Rektor oder Rektorin der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)	1	1	1
W 3	Professor/-in an einer Fachhochschule	14 ¹⁾	14 ¹⁾	14 ¹⁾
W 2	Professor/-in an einer Fachhochschule	132 ¹⁾	132 ¹⁾	132 ¹⁾
A15	Kanzler und Kanzlerin einer Fachhochschule	1	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.2	Bibliotheksrat/-rätin	1	1	1
A11	Bibliotheksamtmann/-frau	1	1	1
Summe :		152	152	152

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes.Gruppe*

W 3	Professor/-in an einer Fachhochschule	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾
W 2	Professor/-in an einer Fachhochschule	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾
Summe [Leerstellen]:		2	2	2

- 1) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2, C 3 und C 4 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.
- 2) Für gemeinsame Berufungen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91	(91)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 13	Bibliotheksdienst	1	1	1
E 13	Datenverarbeitungsdienst	2	2	2
E 13	Verwaltungsdienst	17	17	17
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	31 ¹⁾	31 ¹⁾	31 ¹⁾
E 12	Verwaltungsdienst	12	12	12
E 11	Datenverarbeitungsdienst	14	14	14
E 11	Technischer Dienst	29	29	29
E 11	Verwaltungsdienst	8	8	8
E 10	Datenverarbeitungsdienst	2	2	2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 10	Bibliotheksdienst	1	1	1
E 10	Technischer Dienst	7	7	7
E 10	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 9b	Verwaltungsdienst	7	7	7
E 9b	Bibliotheksdienst	2	2	2
E 9b	Datenverarbeitungsdienst	1	1	1
E 9a	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 9a	Technischer Dienst	1	1	1
E 8	Datenverarbeitungsdienst	1	1	1
E 8	Technischer Dienst	5	5	5
E 8	Verwaltungsdienst	6	6	6
E 7	Techn. Dienst	3	3	3
E 6	Bibliotheksdienst	5	5	5
E 6	Technischer Dienst	1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	30	30	30
E 5	Bibliotheksdienst	0	0	0
E 5	Technischer Dienst	0	0	0
E 3	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		194	194	194

- 1) Davon erhalten 16 Stelleninhaber/-innen, die als Lehrkräfte für besondere Aufgaben eingesetzt sind, ein außertarifliches Entgelt in Höhe der Entgeltgruppe E 13 TV-L.

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 13 künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (aus HH 2023)

	Stellenanzahl		
	2024	2025	2026
428 92 (92)			

Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029, Anlage 2, Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen, kann die Hochschule ab dem HHJ 2020 im Tarifbereich im Umfang von maximal 25% der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel zusätzliche unbefristete Stellen ausbringen. Diese Stellen werden bei Titel 428 92 ausgewiesen.

EntgeltGruppe

E 13	Verwaltungsdienst	20	20	20
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	16	16	16
Summe :		36	36	36

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 96	(96)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	1	0	0
E 11	Wissenschaftlicher Dienst	1	1	1
E 10	Technischer Dienst	1	1	1
E 9a	Technischer Dienst	1	1	1
E 7	Techn. Dienst	1	0	0
Summe :		5	3	3

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 11	am 01.06.2036	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2008/2009)
1 Stelle	E 10	am 01.03.2031	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2008/2009)
1 Stelle	E 9a	am 01.10.2035	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2020/2021)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13		1*										-1	vorzeitiger Vollzug kw-Vermerk
2	E 7		1*										-1	vorzeitiger Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96			2*										-2	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 13	am 01.01.2025	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2008/2009)
1 Stelle	E 7	am 01.02.2030	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2008/2009)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 91 (91)				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
W 3	Präsident oder Präsidentin der Hochschule Anhalt (FH)	1	1	1
W 3	Professor/-in an einer Fachhochschule	15 ¹⁾	15 ¹⁾	15 ¹⁾
W 2	Professor/-in an einer Fachhochschule	149 ¹⁾	149 ¹⁾	149 ¹⁾
A15	Kanzler und Kanzlerin einer Fachhochschule	1	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.2	Bibliotheksrat/-rätin	1	1	1
Summe :		168	168	168

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes.Gruppe*

W 3	Professor/-in an einer Fachhochschule	3 ^{1) 2)}	6 ^{1) 2)}	6 ^{1) 2)}
Summe [Leerstellen]:		3	6	6

- 1) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2 und C 3 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.
- 2) Für gemeinsame Berufungen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparungen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nungen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
LEERSTELLEN														
1	W 3	3											+3	neu
Leerstellen		3											+3	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91 (91)				
<i>EntgeltGruppe</i>				
AT A 16	Wissenschaftlicher Dienst	1	1	1
E 15	Wissenschaftlicher Dienst	0	0	0
E 14	Datenverarbeitungsdienst	2	2	2
E 14	Verwaltungsdienst	5	5	5

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 14	Wissenschaftlicher Dienst	0	0	0
E 13	Bibliotheksdienst	1	1	1
E 13	Datenverarbeitungsdienst	1	1	1
E 13	Technischer Dienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst	10	12	12
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	50 ¹⁾	56 ¹⁾	56 ¹⁾
E 12	Technischer Dienst	42	43	43
E 12	Datenverarbeitungsdienst	5	5	5
E 12	Verwaltungsdienst	8	10	10
E 12	Wiss. Dienst	0	0	0
E 11	Datenverarbeitungsdienst	2	2	2
E 11	Technischer Dienst	40	43	43
E 11	Verwaltungsdienst	9	7	7
E 10	Datenverarbeitungsdienst	2	1	1
E 10	Technischer Dienst	3	1	1
E 9	Bibliotheksdienst	0	0	0
E 9	Technischer Dienst	0	0	0
E 9	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 9b	Verwaltungsdienst	10	17	17
E 9b	Bibliotheksdienst	5	5	5
E 9b	Technischer Dienst	4	4	4
E 9a	Verwaltungsdienst	3	0	0
E 9a	Technischer Dienst	5	4	4
E 8	Technischer Dienst	6	5	5
E 8	Verwaltungsdienst	9	7	7
E 7	Techn. Dienst	8	7	7
E 6	Bibliotheksdienst	5	5	5
E 6	Datenverarbeitungsdienst	0	0	0
E 6	Technischer Dienst	9	9	9
E 6	Verwaltungsdienst	14	13	13
E 5	Bibliotheksdienst	0	0	0
E 5	Technischer Dienst	4	4	4
E 5	Verwaltungsdienst	3	2	2
E 4	Kraftfahrdienst	3	3	3
E 3	Sonstige Dienste	0	0	0
Summe :		270	276	276

1) Davon erhalten 14 Stellenplaninhaber/-innen, die als Lehrkräfte für besondere Aufgaben eingesetzt sind, ein außertarifliches Entgelt in Höhe der Entgeltgruppe E 13 TV-L.

Stellen künftig wegfallend:

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle E 6

Technischer Dienst; nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen

(aus HH 2022)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13					1							+2	1 Stelle E13 Verwaltungsdienst von E 10 Datenverarbeitungsdienst
2						1								1 Stelle E13 Verwaltungsdienst von E10 Technischer Dienst
3	E 13	6											+6	neu
4	E 12							1					+1	1 Stelle E12 Technischer Dienst von E10 Technischer Dienst
5	E 12							2					+2	2 Stellen E12 Verwaltungsdienst aus E11 Verwaltungsdienst
6	E 11							1					+3	1 Stelle E11 Technischer Dienst von E9a Technischer Dienst
7								1						1 Stelle E11 Technischer Dienst von E8 Technischer Dienst
8								1						1 Stelle E11 Technischer Dienst von E7 Technischer Dienst
9	E 11									2			-2	2 Stellen E11 Verwaltungsdienst nach E12 Verwaltungsdienst
10	E 10						1						-1	1 Stelle E10 Datenverarbeitungsdienst nach E 13 Verwaltungsdienst
11	E 10						1						-2	1 Stelle E10 Technischer Dienst nach E13 Verwaltungsdienst
12										1				1 Stelle E10 Technischer Dienst nach E12 Technischer Dienst
13	E 9b							3					+7	3 Stellen E9b Verwaltungsdienst von E9a Verwaltungsdienst
14								2						2 Stellen E9b Verwaltungsdienst von E8 Verwaltungsdienst
15								1						1 Stelle E9b Verwaltungsdienst von E6 Verwaltungsdienst
16								1						1 Stelle E9b Verwaltungsdienst von E5 Verwaltungsdienst
17	E 9a									3			-3	3 Stellen E9a Verwaltungsdienst nach E9b Verwaltungsdienst
18	E 9a									1			-1	1 Stelle E9a Technischer Dienst nach E11 Technischer Dienst
19	E 8									1			-1	1 Stelle E8 Technischer Dienst nach E11 Technischer Dienst
20	E 8									2			-2	2 Stellen E8 Verwaltungsdienst nach E9b Verwaltungsdienst
21	E 7									1			-1	1 Stelle E7 Technischer Dienst nach E11 Technischer Dienst
22	E 6									1			-1	1 Stelle E6 Verwaltungsdienst nach E9b Verwaltungsdienst
23	E 5									1			-1	1 Stelle E5 Verwaltungsdienst nach E9b Verwaltungsdienst
Ohne TG 96		6				2	2	13	13				+6	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 92	(92)			

Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029, Anlage 2, Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen, kann die Hochschule ab dem HHJ 2020 im Tarifbereich im Umfang von maximal 25% der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel zusätzliche unbefristete Stellen ausbringen. Diese Stellen werden bei Titel 428 92 ausgewiesen.

EntgeltGruppe

E 13	Datenverarbeitungsdienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	20	20	20
E 12	Technischer Dienst	5	5	5
E 12	Datenverarbeitungsdienst	1	2	2
E 12	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Datenverarbeitungsdienst	3	2	2
E 11	Technischer Dienst	4	4	4
E 11	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 10	Verwaltungsdienst	3	3	3
Summe :		43	43	43

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 12							1					+1	1 Stelle E12 Datenverarbeitungsdienst aus E11 Datenverarbeitungsdienst
2	E 11								1				-1	1 Stelle E11 Datenverarbeitungsdienst nach E12 Datenverarbeitungsdienst
Ohne TG 96								1	1				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 96	(96)			

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

W 2	Professor/-in an einer Fachhochschule	1 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾
Summe :		1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2 und C 3 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle W 2 am 30.06.2026 Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze (aus HH 2015/2016)

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 96	(96)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 8	Technischer Dienst	1	1	0
E 6	Technischer Dienst	1	1	1
Summe :		2	2	1

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 6 am 31.01.2028 Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (aus HH 2008/2009)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2026														
1	E 8		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96			1*										-1	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 8 am 30.11.2025 Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (aus HH 2008/2009)

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
429 96	(96)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Verwaltungsdienst	1	0	0
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	8 ¹⁾	3 ¹⁾	2 ¹⁾
E 12	Technischer Dienst	0	3	2
E 12	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Datenverarbeitungsdienst	3	0	0
E 11	Verwaltungsdienst	4	4	0
E 11	Technischer Dienst	1	1	0
E 10	Verwaltungsdienst	1	1	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 9b	Verwaltungsdienst	1	1	0
E 9a	Technischer Dienst	1	0	0
E 8	Technischer Dienst	0	0	0
E 8	Verwaltungsdienst	1	1	0
E 6	Verwaltungsdienst	1	0	0
E 3	Verwaltungsdienst	1	1	0
E 2	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 2	Sonstige Dienste	4	6	2
Summe :		28	22	7

- 1) Davon erhalten 1 Stellenplaninhaber/-in, die als Lehrkräfte für besondere Aufgaben eingesetzt sind, ein außertarifliches Entgelt in Höhe der Entgeltgruppe E 13 TV-L.

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 13	am 31.01.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 13	am 31.03.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 12	am 30.04.2029	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 12	am 30.12.2028	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 12	am 31.01.2029	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 2	am 30.12.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
2	E 13		5*										-5	Vollzug kw-Vermerke
3	E 12	3*											+3	neu
4	E 12	1*											0	neu
5			1*											Vollzug kw-Vermerk
6	E 11		3*										-3	Vollzug kw-Vermerke
7	E 9a		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
8	E 6		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
9	E 2	2*											+2	neu
Ohne TG 96													0	
TG 96		6*	12*										-6	
Veränderungen in 2026														
10	E 13		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
11	E 12		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
12	E 11		4*										-4	Vollzug kw-Vermerk
13	E 11		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
14	E 10		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
15	E 9b		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
16	E 8		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
17	E 3		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
18	E 2		4*										-4	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96			15*										-15	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 12	am 30.04.2029	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 12	am 30.12.2028	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 12	am 31.01.2029	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 2	am 30.12.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 14	am 31.12.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 13	am 30.09.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 13	am 31.03.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 13	am 31.10.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 13	am 31.12.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 11	am 30.04.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2023)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	E 9a	am 31.07.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 13	am 30.04.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 13	am 30.06.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 11	am 30.09.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
4 Stellen	E 2	am 30.12.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 6	am 30.12.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
5 Stellen	E 11	am 30.12.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 10	am 30.12.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 8	am 30.12.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 3	am 30.12.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 11	am 31.03.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 9b	am 31.12.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 12	am 31.12.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 12	am 30.05.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 91	(91)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
W 3	Kanzler und Kanzlerin einer Fachhochschule	1 ³⁾	1 ³⁾	1 ³⁾
W 3	Professor/-in an einer Fachhochschule	7 ¹⁾	7 ¹⁾	7 ¹⁾
W 3	Rektor oder Rektorin der Hochschule Harz (FH)	1	1	1
W 2	Professor/-in an einer Fachhochschule	85 ¹⁾	85 ¹⁾	85 ¹⁾
A15	Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	1	1	1
A11	Bibliotheksamtmann/-frau	1	1	1
A9 L2.1	Regierungsinspektor/-in, Bibliotheksinspektor/-in	2	2	2
Summe :		100	100	100

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes.Gruppe*

W 2	Professor/in	0 ²⁾	0 ²⁾	0 ²⁾
Summe [Leerstellen]:		0	0	0

- 1) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2 und C 3 BBesO in Anspruch genommen werden.
- 2) Für gemeinsame Berufungen an außeruniversitären Einrichtungen
- 3) Besetzung mit Kanzler und Kanzlerin, gem. Anlage 2 zu § 27 Satz 1 des Besoldungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 8. Februar 2011(GVBl. LSA S. 68)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91	(91)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Verwaltungsdienst	11	11	11
E 13	Wissenschaftl. Dienst	19 ¹⁾	19 ¹⁾	19 ¹⁾
E 13	IT-Dienst	1	1	1
E 11	IT-Dienst	13	13	13
E 11	Technischer Dienst	9	8	8
E 11	Verwaltungsdienst	8	9	9
E 11	Bibliotheksdienst	0	1	1
E 10	IT-Dienst	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 10	Technischer Dienst	1	2	2
E 10	Verwaltungsdienst	14	14	14
E 10	Bibliotheksdienst	0	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	6	6	6
E 9b	Bibliotheksdienst	2	0	0
E 9b	Technischer Dienst	4	3	3
E 9b	Wissenschaftlicher Dienst	2 ²⁾	2 ²⁾	2 ²⁾
E 9a	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 8	Bibliotheksdienst	0	1	1
E 8	Verwaltungsdienst	9	9	9
E 6	Bibliotheksdienst	2	0	0
E 6	Verwaltungsdienst	4	9	9
E 5	Hausmeisterdienst	2	2	2
E 5	Verwaltungsdienst	8	4	4
E 4	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 3	Technischer Dienst	2	2	2
Summe :		123	123	123

- 1) Davon erhalten 15 Stellenplaninhaber/-innen, die als Lehrkräfte für besondere Aufgaben eingesetzt sind, ein außertarifliches Entgelt in Höhe der Entgeltgruppe E 13 TV-L.
- 2) Davon erhalten 2 Stellenplaninhaber/-innen, die als Lehrkräfte für besondere Aufgaben in E 9b eingruppiert sind, zuzüglich eines außertariflichen Entgeltes in Höhe der Entgeltgruppe E 11 TV-L.

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle E 13 in E 12 Wiss. Dienst; mit Ausscheiden des Stelleninhabers (aus HH 2015/2016)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11						1						-1	1 Stelle E11 Technischer Dienst in E11 Verwaltungsdienst
2	E 11					1							+1	1 Stelle E11 Verwaltungsdienst aus E11 Technischer Dienst
3	E 11							1					+1	1 Stelle E11 Bibliotheksdienst aus E9b Bibliotheksdienst
4	E 10							1					+1	1 Stelle E10 Technischer Dienst aus E9b Technischer Dienst
5	E 10							1					+1	1 Stelle E10 Bibliotheksdienst aus E9b Bibliotheksdienst
6	E 9b								1				-2	1 Stelle E9b Bibliotheksdienst in E11 Bibliotheksdienst
7									1					1 Stelle E9b Bibliotheksdienst in E10 Bibliotheksdienst
8	E 9b								1				-1	1 Stelle E9b Technischer Dienst in E10 Technischer Dienst
9	E 8							1					+1	1 Stelle E8 Bibliotheksdienst aus E6 Bibliotheksdienst
10	E 6						1						-2	1 Stelle E6 Bibliotheksdienst in E6 Verwaltungsdienst
11									1					1 Stelle E6 Bibliotheksdienst in E8 Bibliotheksdienst
12	E 6					1							+5	1 Stelle E6 Verwaltungsdienst aus E6 Bibliotheksdienst
13								4						4 Stellen E6 Verwaltungsdienst aus E5 Verwaltungsdienst
14	E 5								4				-4	4 Stellen E5 Verwaltungsdienst in E6 Verwaltungsdienst
Ohne TG 96						2	2	8	8				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenanzahl

2024 **2025** **2026**

428 92 (92)

Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029, Anlage 2, Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen, kann die Hochschule ab dem HHJ 2020 im Tarifbereich im Umfang von maximal 25% der Drittmittel und Zukunftsmittel zusätzliche unbefristete Stellen ausbringen. Diese Stellen werden bei Titel 428 92 ausgewiesen.

EntgeltGruppe

E 13	IT-Dienst	1	1	1
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	9	9	9
E 13	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 11	Technischer Dienst	2	2	2
E 11	Verwaltungsdienst	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 10	Verwaltungsdienst	2	2	2
Summe :		17	17	17

422 96 (96)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A14	Oberregierungsrat/-rätin	2	2	2
Summe :		2	2	2

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A14	am 31.08.2027	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2008/2009)
1 Stelle	A14	am 31.08.2028	Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze	(aus HH 2008/2009)

429 96 (96)

EntgeltGruppe

E 13	Datenverarbeitungsdienst	0	1	1
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	1 ¹⁾	2 ¹⁾	2 ¹⁾
E 13	Verwaltungsdienst	1	0	0
E 11	Datenverarbeitungsdienst	0	1	1
E 11	Technischer Dienst	1	1	0
E 10	Verwaltungsdienst	1	4	2
E 9b	Verwaltungsdienst	1	1	0
E 8	Verwaltungsdienst	1	2	2
E 8	Techn. Dienst	1	0	0
Summe :		7	12	8

- 1) 1 Stelleninhaber*in, die als Lehrkraft für besondere Aufgaben eingestellt ist, erhält ein außertarifliches Entgelt in Höhe der Entgeltgruppe E 13 TV-L

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 13	am 01.03.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 13	am 14.02.2027	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 13	am 31.08.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 11	am 31.03.2027	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 10	am 30.06.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	E 10	am 31.01.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 8	am 31.08.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 8	am 31.10.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13	1*											+1	neu
2	E 13	1*											+1	neu
3	E 13		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
4	E 11	1*											+1	neu
5	E 10	3*											+3	neu
6	E 8	1*											+1	neu
7	E 8		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96		7*	2*										+5	
Veränderungen in 2026														
8	E 11		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
9	E 10		2*										-2	Vollzug kw-Vermerk
10	E 9b		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96			4*										-4	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 13	am 14.02.2027	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 13	am 31.08.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 11	am 31.03.2027	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 10	am 30.06.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 10	am 31.01.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 8	am 31.10.2026	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 8	am 11.06.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 13	am 28.02.2024	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 11	am 31.08.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 10	am 31.08.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 9b	am 31.08.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 10	am 31.12.2025	Inanspruchnahme stellenwirtschaftlicher Regelungen gem. ZV	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 91 (91)				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
W 3	Rektor oder Rektorin der Hochschule Merseburg (FH)	1	1	1
W 3	Professor/-in an einer Fachhochschule	8 ¹⁾	8 ¹⁾	8 ¹⁾
W 2	Professor/-in an einer Fachhochschule	84 ¹⁾	84 ¹⁾	84 ¹⁾
A15	Kanzler und Kanzlerin einer Fachhochschule	1	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	4	4	4
Summe :		99	99	99

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

W 2	Professor/-in an einer Fachhochschule	3 ²⁾	3 ²⁾	3 ²⁾
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		4	4	4

- 1) Die Planstellen dürfen auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2 und C 3 LBesG LSA in Anspruch genommen werden.
- 2) Für gemeinsame Berufungen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A13 L2.2 am 31.08.2029 Sonstiges (aus HH 2022)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91 (91)				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Bibliotheksdienst	1	1	1
E 13	Datenverarbeitungsdienst	2	2	2
E 13	Verwaltungsdienst	12	13	13
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	24	23	23
E 12	Datenverarbeitungsdienst	3	3	3
E 12	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 12	Technischer Dienst	0	0	0
E 11	Datenverarbeitungsdienst	11	11	11
E 11	Technischer Dienst	25	25	25
E 11	Verwaltungsdienst	10	10	10

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 10	Bibliotheksdienst	1	1	1
E 9b	Datenverarbeitungsdienst	1	1	1
E 9b	Technischer Dienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	12	14	14
E 9b	Bibliotheksdienst	3	4	4
E 9a	Verwaltungsdienst	6	6	6
E 9a	Technischer Dienst	2	2	2
E 8	Verwaltungsdienst	5	4	4
E 7	Technischer Dienst	3	3	3
E 6	Bibliotheksdienst	2	1	1
E 6	Technischer Dienst	6	6	6
E 6	Verwaltungsdienst	15	14	14
E 5	Technischer Dienst	0	0	0
E 5	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 3	Technischer Dienst	0	0	0
Summe :		147	147	147

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle E 11 in E 13 Verwaltungsdienst (aus HH 2020/2021)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13					1							+1	1 Stelle E13 Verwaltungsdienst aus E13 Wissenschaftlicher Dienst
2	E 13						1						-1	1 Stelle E13 Wissenschaftlicher Dienst in E13 Verwaltungsdienst
3	E 9b							1					+2	1 Stelle E9b Verwaltungsdienst aus E6 Verwaltungsdienst
4								1						1 Stelle E9b Verwaltungsdienst aus E8 Verwaltungsdienst
5	E 9b							1					+1	1 Stelle E9b Bibliotheksdienst aus E6 Bibliotheksdienst
6	E 8								1				-1	1 Stelle E8 Verwaltungsdienst in E9b Verwaltungsdienst
7	E 6								1				-1	1 Stelle E6 Bibliotheksdienst in E9b Bibliotheksdienst
8	E 6								1				-1	1 Stelle E6 Verwaltungsdienst in E9b Verwaltungsdienst
Ohne TG 96						1	1	3	3				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenanzahl			
	2024	2025	2026
428 92 (92)			

Gemäß Zielvereinbarung 2025-2029, Anlage 2, Nr. 3.3 Stellenwirtschaftliche Regelungen, kann die Hochschule ab dem HHJ 2020 im Tarifbereich im Umfang von maximal 25% der Drittmittel und Zukunftsvertragsmittel zusätzliche unbefristete Stellen ausbringen. Diese Stellen werden bei Titel 428 92 ausgewiesen.

EntgeltGruppe

E 13	Verwaltungsdienst	2	3	3
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	4	3	3
E 11	Datenverarbeitungsdienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	3	3	3
Summe :		14	14	14

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13					1							+1	1 Stelle E13 Verwaltungsdienst aus E13 Wissenschaftlicher Dienst
2	E 13						1						-1	1 Stelle E13 Wissenschaftlicher Dienst in E13 Verwaltungsdienst
Ohne TG 96						1	1						0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
429 96	(96)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Wissenschaftlicher Dienst	1	1	0
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	4	4	4
E 12	Datenverarbeitungsdienst	1	1	1
E 8	Verwaltungsdienst	2	1	1
E 5	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		9	8	7

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 8	am 30.09.2027	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 14	am 30.06.2025	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2022)
4 Stellen	E 13	am 31.12.2030	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 12	am 31.10.2028	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelung gem. ZV	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 5	am 31.01.2028	Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV	(aus HH 2022)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 12	1*											0	neu
2			1*											Vollzug kw-Vermerk
3	E 8		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96		1*	2*										-1	
Veränderungen in 2026														
4	E 14		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk
Ohne TG 96													0	
TG 96			1*										-1	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 12 am 31.10.2028 Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelung gem. ZV (aus HH 2025/2026)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 8 am 30.11.2024 Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (aus HH 2024)

1 Stelle E 12 am 31.10.2024 Inanspruchnahme der stellenwirtschaftlichen Regelungen gem. ZV (aus HH 2024)

[illegible]

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

	Einzelpläne										
	0602	0604	0605	0606	0608	0611	0615	0616	0617	0618	Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung C und W											
C2 L2.2						0					0
W 3 L2.2	18	174	53	25	49	102	15	16	9	9	470
W 2 L2.2	26	117	17	37	21	61	132	149	85	84	729
W 1 L2.2		30	9		15	40					94
Summe	44	321	79	62	85	203	147	165	94	93	1.293
Besoldungsordnung B											
B3 L2.2		1				0					1
B2 L2.2		1									1
Summe		2				0					2
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2		1	1			2					4
A15 L2.2		10	1	1		6	1	1	1	1	22
A14 L2.2		26	11		10	13	2	1	1	1	65
A13 L2.2		34		1		16	1	1		4	57
A13 L2.1		5	2								7
A12 L2.1		3		4		3			1		11
A11 L2.1		10				9	1		1		21
A10 L2.1		7		2		10					19
A9 L2.1		2							2		4
A9 L1.2		12		1		2					15
A8 L1.2		2									2
A7 L1.2		1									1
Summe		113	15	9	10	61	5	3	6	6	228
Summe 2025	44	436	94	71	95	264	152	168	100	99	1.523
Summe 2024	44	434	94	70	95	264	152	168	100	99	1.520
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
ATA 16								1			1
Ä 3			22		36						58
Ä 2			108		32						140
Ä 1			73		34						107
E 15 Ü		1									1
E 15		23	10	12	5	38		0			88
E 14	1	161	27	5	23	182	4	7			410
E 13	9	694	35	28	49	338	87	93	43	45	1.421
E 12		17	6	1	1	32	12	66		4	139
E 11		57	3	5	10	98	51	62	34	48	368
E 10		28	9	4	20	10	10	5	20	1	107
E 9								0			0
E 9b		141	21	21	143	50	10	26	11	23	446

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

	Einzelpläne										
	0602	0604	0605	0606	0608	0611	0615	0616	0617	0618	Summe
E 9a		17	33	12		103	4	4	3	8	184
E 8		108	84	5	17	28	12	12	10	4	280
E 7		45	2	6		60	3	7		3	126
E 6		144	28	13	69	106	36	27	9	24	456
E 5		159	50	9	27	14	0	6	6	1	272
E 4		6	4			6		3	2		21
E 3		2	10		3	4	1	0	2	0	22
E 2 Ü		2	9								11
E 2		1			2	3					6
KR 4a			16								16
KR 7a			45		3						48
Summe 2025	10	1.606	595	121	474	1.072	230	319	140	161	4.728
Summe 2024	3	1.570	595	120	474	1.071	230	313	140	161	4.677
Stellen 2025	54	2.042	689	192	569	1.336	382	487	240	260	6.251
Stellen 2024	47	2.004	689	190	569	1.335	382	481	240	260	6.197
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung C und W											
W 3 L2.2		33	1		12	18	1	6			71
W 2 L2.2							1		0	3	4
Summe		33	1		12	18	2	6	0	3	75
Besoldungsordnung A											
A13 L2.2										1	1
Summe										1	1
Summe 2025		33	1		12	18	2	6	0	4	76
Summe 2024		33	1		12	13	2	3	0	4	68
Leerstellen 2025		33	1		12	18	2	6	0	4	76
Leerstellen 2024		33	1		12	13	2	3	0	4	68

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

	Einzelpläne										
	0602	0604	0605	0606	0608	0611	0615	0616	0617	0618	Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung C und W											
C2 L2.2						0					0
W 3 L2.2	18	174	53	25	49	102	15	16	9	9	470
W 2 L2.2	26	117	17	37	21	61	132	149	85	84	729
W 1 L2.2		30	9		15	40					94
Summe	44	321	79	62	85	203	147	165	94	93	1.293
Besoldungsordnung B											
B3 L2.2		1				0					1
B2 L2.2		1									1
Summe		2				0					2
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2		1	1			2					4
A15 L2.2		10	1	1		6	1	1	1	1	22
A14 L2.2		26	11		10	13	2	1	1	1	65
A13 L2.2		34		1		16	1	1		4	57
A13 L2.1		5	2								7
A12 L2.1		3		4		3			1		11
A11 L2.1		10				9	1		1		21
A10 L2.1		7		2		10					19
A9 L2.1		2							2		4
A9 L1.2		12		1		2					15
A8 L1.2		2									2
A7 L1.2		1									1
Summe		113	15	9	10	61	5	3	6	6	228
Summe 2026	44	436	94	71	95	264	152	168	100	99	1.523
Summe 2025	44	436	94	71	95	264	152	168	100	99	1.523
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
ATA 16								1			1
Ä 3			22		36						58
Ä 2			108		32						140
Ä 1			73		34						107
E 15 Ü		1									1
E 15		23	10	12	5	38		0			88
E 14	1	161	27	5	23	182	4	7			410
E 13	9	694	35	27	49	338	87	93	43	45	1.420
E 12		17	6	1	1	32	12	66		4	139
E 11		57	3	5	10	98	51	62	34	48	368
E 10		28	9	4	20	10	10	5	20	1	107
E 9								0			0
E 9b		141	21	21	143	50	10	26	11	23	446

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

	Einzelpläne										
	0602	0604	0605	0606	0608	0611	0615	0616	0617	0618	Summe
E 9a		17	33	12		103	4	4	3	8	184
E 8		108	84	5	17	28	12	12	10	4	280
E 7		45	2	6		60	3	7		3	126
E 6		144	28	13	69	106	36	27	9	24	456
E 5		159	50	9	27	14	0	6	6	1	272
E 4		6	4			6		3	2		21
E 3		2	10		3	4	1	0	2	0	22
E 2 Ü		2	9								11
E 2		1			2	3					6
KR 4a			16								16
KR 7a			45		3						48
Summe 2026	10	1.606	595	120	474	1.072	230	319	140	161	4.727
Summe 2025	10	1.606	595	121	474	1.072	230	319	140	161	4.728
Stellen 2026	54	2.042	689	191	569	1.336	382	487	240	260	6.250
Stellen 2025	54	2.042	689	192	569	1.336	382	487	240	260	6.251
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung C und W											
W 3 L2.2		33	1		12	18	1	6			71
W 2 L2.2							1		0	3	4
Summe		33	1		12	18	2	6	0	3	75
Besoldungsordnung A											
A13 L2.2										1	1
Summe										1	1
Summe 2026		33	1		12	18	2	6	0	4	76
Summe 2025		33	1		12	18	2	6	0	4	76
Leerstellen 2026		33	1		12	18	2	6	0	4	76
Leerstellen 2025		33	1		12	18	2	6	0	4	76

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 07
Ministerium für Bildung

Vorwort zum Einzelplan 07

A. Einleitung - Überblick zu Politischen Handlungsbereichen und strategischen Zielen

Die zentrale Herausforderung des Ministeriums für Bildung in den Haushaltsjahren 2025/2026 liegt weiterhin in einer auskömmlichen Personalausstattung der Schulen des Landes. Obwohl im Schuljahr 2023/2024 eine Rekordzahl an Einstellungen erreicht werden konnte – annähernd 2.000 grundständig ausgebildete Lehrkräfte, Lehrkräfte im Seiteneinstieg, Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Verwaltungsassistenzen wurden eingestellt – sind weiterhin alle Anstrengungen auf die Gewinnung von noch mehr Lehrkräften und weiterem Unterstützungspersonal, den besseren und effizienteren Einsatz sowie der Qualifizierung des Personals zu richten. Die im Ergebnis des von Herrn Ministerpräsident im Januar 2023 einberufenen Bildungsgipfels eingeleiteten Maßnahmen werden auch künftig konsequent umgesetzt.

Die Anreizsysteme für die Lehrkräftegewinnung und -bindung werden fortgeführt und ausgebaut. Zu nennen sind u.a. die mit Beginn des Schuljahres 2023/24 begonnene stufenweise Besoldungserhöhung für Grundschullehrkräfte in drei Schritten auf A/E13, ein Zulagensystem bei Abordnungen an Schulen mit schwieriger Unterrichtsversorgung, mehr Beförderungstellen und die Höhergruppierung von Fachpraxislehrkräften an Berufsbildenden Schulen.

Mit dem erfolgreichen Start des Praxisintegrierenden Lehramtsstudiums im Herbst 2024 und der Fortführung des Weltenretter-Stipendiums begleitet die Werbekampagne „Weltenretter“ zwei wichtige Maßnahmen zur perspektivischen Lehrkräftegewinnung und sorgt für die entsprechende Aufmerksamkeit der Zielgruppen. Darüber hinaus entwickelt sich die Kampagne weiterhin stark im Bereich der gezielten Ansprache und Beratung für das Lehramtsstudium mit Beschäftigungsperspektive in Sachsen-Anhalt sowie als Beratungs- und Kommunikationsstelle für geeignete Fachkräfte im Seiteneinstieg an den Schulen des Landes. Auch die Kommunikation und Bewerbung geeigneter Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte im Seiteneinstieg gehört inzwischen zum Portfolio der Weltenretter-Kampagne.

Um die steigende Arbeitslast in Schulen weiter abzufangen und zu reduzieren, wurden weitere Stellen für Unterstützungspersonal, insbesondere für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemeldet. Die größten Herausforderungen liegen weiterhin im Erreichen der VzÄ-Ziele im Bereich der Lehrkräfte. Weitere Flexibilisierungen der Einstellungs Voraussetzungen, insbesondere in den problematischen Schulformen Sekundar- und Gemeinschaftsschule, sollen dies kompensieren. Zusätzlich zu den bisher 380 ESF-geförderten und von Land und Kommunen kofinanzierten Stellen für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter werden Anfang 2025 weitere 85 Stellen besetzt werden können. Um die Sprachförderung von Schülerinnen und Schülern ohne ausreichende Deutschkenntnisse zu stärken, sollen spezialisierte Lehrkräfte mit „Deutsch als Zielsprache“ eingestellt werden.

Das Land investiert nachhaltig in den Schulbau und in die Schul-IT-Infrastruktur. Über das Sondervermögen Corona (SVC) leitet das Land weitere Mittel in die IT-Ausstattung und in Bau- und Ausstattungsmaßnahmen der Schulen. Mehrere EU-Programme zur Schul-IT-Ausstattung ergänzen die Maßnahmen zur Unterstützung unserer Schulträger.

Neben den infrastrukturellen Fragen der Digitalisierung von Schule forciert das Land die inhaltliche Dimension digitaler Unterstützungsangebote weiter. Mit der erfolgten Einrichtung des Fachbereiches „Digitalität in der Schule“ am Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung werden zentrale Vorhaben stärker gebündelt. Das im SVC verortete Projekt „Digitalassistent“ liefert Fortbildungs- und Unterstützungsangebote für Lehrkräfte und Schulen. Es ist vorgesehen, das Projekt durch weitere Digitalassistentinnen und Digitalassistenten zu verstärken und das Angebot permanent auszubauen. Zudem startet das Land das Projekt Lernwelt Sachsen-Anhalt, indem mehrdimensionale digitale Unterstützungssysteme für Schulen bereitgestellt werden sollen. Die Webakademie, ein zentrales Instrument der Begabtenförderung, wird mit Landesmitteln ausgebaut. Die Beschaffung von Bildungsinhalten und die Qualifizierung des Bildungsservers sind mittlerweile finanzrelevante Daueraufgaben.

Die Unterstützung von Schulen in sozial benachteiligten Lagen ist aus Bildungsgerechtigkeitsaspekten eine prioritäre Aufgabe. Auch ob der Folgewirkungen für die Gesellschaft, sind Investitionen in diese Schulen besonders bedeutend. Zum Schuljahr 2024/2025 ist der Startschuss für das Startchancen-Programm des Bundes und der Länder gefallen. 97 Schulen aus Sachsen-Anhalt, die sich besonderen sozialen Herausforderungen ausgesetzt sehen, nehmen hieran teil. 30 Schulen sind mit Beginn des Schuljahres 2024/2025 gestartet, alle Übrigen folgen zum Schuljahr 2025/2026.

Das Ministerium für Bildung unterstützt gezielt Innovationen in unseren Schulen (und darüber hinaus). Deshalb werden Projekte zu neuen Lernformen (Praxislernetag, Produktives Lernen, Modell alternativer Unterrichtsorganisation 4+1, etc.) finanziell unterstützt. Insbesondere die Überführung und der Ausbau des Produktiven Lernens ist ein wirksames Instrument, um die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss zu senken. Insgesamt soll Schule weiter für externe Partner in unserer vielfältigen Bildungslandschaft geöffnet werden. Erstmals werden außerschulische Lernorte mit einem Budget angeregt, weitere Projekte in Kooperation mit unseren Schulen für unsere Schülerinnen und Schüler aufzulegen. Die am Modellprojekt „Kooperation Schule-Hort“ teilnehmenden Grundschulen werden weiterhin finanziell unterstützt, um die Qualität der Angebote in der Ganztagsbetreuung zu steigern.

Im Bereich der Erwachsenenbildung wird das Ministerium für Bildung die Investitionen ins „Lebenslange Lernen“ schrittweise erhöhen. Die Erwachsenenbildungsträger können sich auf eine stabile Finanzierungspartnerschaft mit dem Land verlassen. Einen besonderen Fokus nimmt hierbei das Thema „Alphabetisierung und Grundbildung“ ein. Um die gesellschaftliche Teilhabe von unseren Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, finanzieren wir flächendeckend Angebote zur Verbesserung der „Literalität“ mit erheblichen Landes- und EU-Mitteln.

B. Überblick nach Politischen Handlungsbereichen

Das Ministerium für Bildung gliedert sich neben dem Leitungsbereich mit Ministerbüro, Parlaments- und Kabinettsangelegenheiten und Presse/Öffentlichkeitsarbeit in drei Abteilungen:

Abteilung 1	- Allgemeine und übergreifende Angelegenheiten
Abteilung 2	- Schulaufsicht der allgemein- und berufsbildenden Schulen
Abteilung 3	- Ressourcen, Rahmenbedingungen, Unterstützungssysteme

Im Einzelplan 07 sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Aufgabenbereiche veranschlagt:

Kapitel 0701	- Ministerium für Bildung
Kapitel 0702	- Allgemeine Bewilligungen
Kapitel 0704	- Landeszentrale für politische Bildung
Kapitel 0706	- Landesschulamt

Kapitel 0707	- Schulen allgemein
Kapitel 0709	- Schulen in freier Trägerschaft
Kapitel 0712	- Förderschulen für Geistigbehinderte
Kapitel 0713	- Förderschulen für Lernbehinderte
Kapitel 0714	- Sonstige Förderschulen
Kapitel 0716	- Schulen des 2. Bildungsweges
Kapitel 0717	- Gymnasien
Kapitel 0718	- Gesamtschulen
Kapitel 0719	- Gemeinschaftsschulen
Kapitel 0720	- Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung
Kapitel 0721	- Grundschulen
Kapitel 0722	- Sekundarschulen
Kapitel 0730	- Förderung Schulbau, Ausstattung
Kapitel 0731	- Landesschule Pforta
Kapitel 0732	- Latina „August Hermann Francke“ Halle
Kapitel 0733	- Landesgymnasium für Musik Wernigerode
Kapitel 0734	- Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt
Kapitel 0735	- Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle
Kapitel 0736	- Landesbildungszentrum Tangerhütte
Kapitel 0737	- Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle
Kapitel 0738	- Landesbildungszentrum für Blinde und Sehgeschädigte Halle
Kapitel 0739	- Landesschule des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg)
Kapitel 0758	- Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA)

Dem Ministerium für Bildung sind nachgeordnet:

Landesdienststellen:

- Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt
- Landesschulamt
- Landeszentrale für politische Bildung

Sonstige Einrichtungen:

- Latina „August Hermann Francke“ Halle
- Landesschule Pforta
- Landesgymnasium für Musik Wernigerode
- Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt
- Landesbildungszentrum für Blinde und Sehgeschädigte Halle
- Landesbildungszentrum Tangerhütte
- Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle
- Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle
- Landesschule des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg)

Juristische Personen des öffentlichen Rechts:

Stiftung Schulpforta

Genderziele:

Im SchulG LSA (§ 1 Abs. 2 UAbs. 6) ist als Teil des Erziehungs- und Bildungsauftrags der Schule die Verpflichtung festgeschrieben, Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen zu vermitteln, welche die Gleichachtung und Gleichberechtigung der Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Abstammung, ihrer Rasse, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Identität, ihrer Sprache, ihrer Heimat und Herkunft, ihrem Glauben, ihrer religiösen und politischen Anschauung fördern.

Die geschlechtersensible Berufsorientierung soll verstetigt werden. Das Ministerium für Bildung ist federführend bei der Organisation des jährlich stattfindenden „Girls' Day- Mädchen-Zukunftstag / Boys' Day- Jungen-Zukunftstag“. Ziel dieses besonderen Berufsorientierungstages ist es, Mädchen und Jungen für Berufsfelder zu interessieren, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind. Das Ministerium für Bildung ist seit 2020 Partnerorganisation von „Klischeefrei - Initiative zur Berufs- und Studienwahl“ und macht sich für eine Berufs- und Studienwahl frei von Geschlechterklischees stark.

Gemeinsam mit dem Bereich Gleichstellung im Landesschulamt werden regelmäßig Schulungen für ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte der Schulen durchgeführt. Ziel ist die Unterstützung von Lehrkräften bei der Bewältigung von Problemlagen im Schulalltag. Fortbildungsthemen sind u.a. geschlechtliche Vielfalt, ehrbezogene Gewalt, Zwangsverheiratung, sexuelle Ausbeutung, häusliche Gewalt gegen Mädchen mit und ohne Behinderung.

Alle veranschlagten Bildungsausgaben (s. Überblickstabelle unter B. 2.) wurden dem Gender Marker GG1 (Gender = Nebenziel) zugeordnet. Ausgenommen davon sind die Ausgaben bei Titel 916 13 - Gender Marker GG0 (Gender = kein Ziel).

	GG2 = Gender ist Haupt- ziel	GG1 = Gender ist Neben- ziel	GG0 = Gender kein Ziel
Gesamtsumme Ausgaben Haushaltsansatz in EUR im Haushaltsjahr 2025	0	1.819.309.700	134.443.700
Gesamtsumme Ausgaben Haushaltsansatz in EUR im Haushaltsjahr 2026	0	1.829.172.600	142.857.600

Die im Einzelplan 07 des Ministeriums für Bildung veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind zum gegenwärtigen Stand auf der Grundlage der Funktionskennziffern (FZ) wie folgt den Politischen Handlungsbereichen zuzuordnen:

Ansätze in 1.000 EUR

FZ	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		2024	2024	2025	2025	2026	2026
0	Allgemeine Dienste	1.466	55.576	1.470	37.798	1.470	39.331
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	1.466	55.576	1.470	37.798	1.470	39.331
011	Politische Führung	40	35.755	40	13.123	40	12.730
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, soweit nicht unter Funktionen 048, 058, 068, 118 und 138	1.426	19.821	1.430	24.675	1.430	26.602
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	0	0	0	0	0	0
045	Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	0	0	0	0	0	0
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	115.364	1.702.495	40.359	1.759.164	13.961	1.765.721
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	842	1.120.910	848	1.206.898	848	1.221.196
111	Unterrichtsverwaltung	78	20.002	78	20.024	78	18.909
112	Öffentliche Grundschulen		326.779		369.160		360.615
113	Private Grundschulen		41.544		43.451		45.581
114	Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonderschulen/Förderschulen)	764	571.098	769	608.443	769	621.487
115	Private weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonderschulen/Förderschulen)		125.551		118.606		122.637
118	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Schulen		35.936		47.215		51.966
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	114.447	547.691	39.417	516.783	13.019	507.967
124	Öffentliche Sonderschulen/Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	51	208.943	54	225.461	53	229.740
125	Private Sonderschulen/ Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs		15.646		12.478		12.855
127	Öffentliche berufliche Schulen	1.720	129.161	2.530	134.050	2.530	136.148
128	Private berufliche Schulen		38.188		33.619		33.960
129	Sonstige schulische Aufgaben	112.676	155.754	36.833	111.176	10.436	95.265
15	Sonstiges Bildungswesen	75	32.356	95	34.019	95	34.985
153	Sonstige Weiterbildung (ohne Förderung für Teilnehmende)	47	10.967	47	10.641	47	10.930
154	Ausbildung der Lehrkräfte	28	21.389	48	23.378	48	24.055
18	Kultur und Religion		1.468		1.394		1.502
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken		1.468		1.394		1.502
19	Kultur und Religion		70		70		70
199	Kirchliche Angelegenheiten		70		70		70
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	277	27	177	27	177	27
25	Arbeitsmarktpolitik	250	0	150	0	150	0
253	Aktive Arbeitsmarktpolitik	250	0	150	0	150	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)		0		0		0

261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit		0		0		0
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	27	27	27	27	27	27
291	Sonstige soziale Angelegenheiten	27	27	27	27	27	27
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				336		323
69	Regionale Fördermaßnahmen				336		323
692	Verbesserung der Infrastruktur				336		323
8	Finanzwirtschaft		134.677		156.428		166.628
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.		17.771		21.984		23.770
841	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.		17.771		21.984		23.770
85	Rücklagen		116.906		134.444		142.858
851	Rücklagen		116.906		134.444		142.858
	Gesamtsumme	117.107	1.892.774	42.006	1.953.753	15.608	1.972.030

C. Organisatorische oder sonstige Veränderungen

Zum 01.01.2025 geht die Trägerschaft der Schule des zweiten Bildungswegs (Abendgymnasium und Kolleg) von den Städten Magdeburg und Halle auf das Land über. Die Landesschule wird ihren Hauptstandort in Magdeburg haben, sowie einen Teilstandort in Halle. Die ab 2025 für den Betrieb der Schule zwingend notwendigen Personal- und Sachmittel wurden im vorliegenden DHH 2025/2026 ausgebracht.

D. Geplante Hochbaumaßnahmen

Die Haushaltsmittel für Hochbaumaßnahmen des Ministeriums für Bildung sind im Einzelplan 20 bei Kapitel 2003 veranschlagt. Folgende GNUM-Maßnahmen ist zu nennen:

- Laufend seit 2021:
Landesschule Pforta, Sanierung Schulgebäude (2. Teilmaßnahme)

E. EU-Förderung

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung werden im Rahmen der Förderung durch die EU-Fonds EFRE/JTF, ESF+ sowie ELER die nachfolgend dargestellten Maßnahmen durchgeführt.

Im Einzelnen ergibt sich folgende Aufteilung:

Übersicht über die im Rahmen der EU-Förderung 2014-2022(25) im Bereich des Einzelplanes 07 im Haushaltsjahr 2025 geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR				HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	TGr. ggf. Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Kommune	Übrige	Kap.	TGr. ggf. Titel
ELER 2014 – 2022 einschl. Wiederaufbaufonds										
1390	70	Code 7.3 Prior. 6C	IKT an Schulen	0	0	0	0	0	-	-
1390	77			3.475.200	0	0	0	0	-	-
			Summe	3.475.200	0	0	0	0	-	-

Übersicht über die im Rahmen der EU-Förderung 2021-2027 im Bereich des Einzelplanes 07 im Haushaltsjahr 2025 geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR				HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	TGr. ggf. Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Kommune	Übrige	Kap.	TGr. ggf. Titel
EFRE/JTF 2021 – 2027										
1321	80	15.03.3.	"ESF-nahe" Maßnahme i.S. der transferrelevanten schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung, einschließlich Infrastruktur (Bildung)	6.234.500	0	0	1.727.900	0	-	-
			Summe	6.234.500	0	0	1.727.900	0	-	-
ESF+ 2021 – 2027										
1322	67	21.10.0.	Alphabetisierung und Grundbildung	3.000.000	1.000.000	0	600.000	400.000	0702	TGr. 97
1322	67	21.01.0.	Schulerfolg sichern	23.366.200	9.724.500	0	5.853.100	0	0702	TGr. 97
			Summe	26.366.200	10.724.500	0	6.453.100	400.000	-	-
ELER (GAP-SP) 2023 – 2027										
1391	68	EL-0413	IKT an Schulen	4.298.100	0	0	1.074.600	0	-	-
			Summe	4.298.100	0	0	1.074.600	0	-	-

Übersicht über die im Rahmen der EU-Förderung 2021-2027 im Bereich des Einzelplanes 07 im Haushaltsjahr 2026 geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR				HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	TGr. ggf. Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Kommune	Übrige	Kap.	TGr. ggf. Titel
EFRE/JTF 2021 – 2027										
1321	80	15.03.3.	"ESF-nahe" Maßnahme i.S. der transferrelevanten schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung, einschließlich Infrastruktur (Bildung)	17.525.500	0	0	4.857.000	0	-	-
			Summe	17.525.500	0	0	4.857.000	0	-	-
ESF+ 2021 – 2027										
1322	67	21.10.0.	Alphabetisierung und Grundbildung	4.200.000	1.400.000	0	840.000	560.000	0702	TGr. 97
1322	67	21.01.0.	Schulerfolg sichern	23.986.900	9.997.700	0	5.993.700	0	0702	TGr. 97
			Summe	28.186.900	11.397.700	0	6.833.700	560.000	-	-
ELER (GAP-SP) 2023 – 2027										
1391	68	EL-0413	IKT an Schulen	4.248.100	0	0	1.062.100	0	-	-
			Summe	4.248.100	0	0	1.062.100	0	-	-

07 Ministerium für Bildung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
07 01	Ministerium für Bildung		40.000	1.430.000		1.470.000	54.051.400
07 02	Allgemeine Bewilligungen		0			0	0
07 04	Landeszentrale für politische Bildung		26.600	0		26.600	1.384.000
07 06	Landesschulamt		63.400	0		63.400	39.218.400
07 07	Schulen allgemein		247.100	0	8.168.100	8.415.200	6.511.100
07 09	Schulen in freier Trägerschaft		36.000			36.000	
07 12	Förderschulen für Geistigbehinderte			0		0	101.504.100
07 13	Förderschulen für Lernbehinderte					0	63.063.600
07 14	Sonstige Förderschulen					0	63.201.600
07 16	Schulen des 2. Bildungsweges			0		0	2.722.200
07 17	Gymnasien					0	295.424.600
07 18	Gesamtschulen					0	38.703.100
07 19	Gemeinschaftsschulen			0		0	92.873.900
07 20	Berufsbildende Schulen/ Erwachsenenbildung		50.000	2.650.000		2.700.000	138.325.300
07 21	Grundschulen					0	383.690.700
07 22	Sekundarschulen					0	195.936.600
07 30	Förderung Schulbau, Ausstattung		0		28.396.900	28.396.900	
07 31	Landesschule Pforta		579.400			579.400	
07 32	Latina "August Herrmann Francke" Halle		33.900			33.900	
07 33	Landesgymnasium für Musik Wernigerode		154.300	1.500		155.800	0
07 34	Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt		8.500	0		8.500	5.400
07 35	Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle		21.300	0		21.300	5.900
07 36	Landesbildungszentrum Tangerhütte		23.700	0		23.700	5.400
07 37	Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle		0	0		0	5.900
07 38	Landesbildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Halle		0	27.000		27.000	5.900
07 39	Landesschule des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg)					0	

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
1.363.700	0		35.000	1.048.000	56.498.100	-55.028.100	0	07 01
1.394.200	11.739.500		0	206.300	13.340.000	-13.340.000	3.615.000	07 02
1.001.500	1.395.000		70.000	0	3.850.500	-3.823.900	0	07 04
1.850.300			44.200	1.593.500	42.706.400	-42.643.000	0	07 06
8.214.000	29.742.700		9.334.900	0	53.802.700	-45.387.500	228.158.500	07 07
	208.152.900				208.152.900	-208.116.900	0	07 09
3.000	7.000			6.859.500	108.373.600	-108.373.600	0	07 12
3.000				4.799.300	67.865.900	-67.865.900	0	07 13
1.000				4.716.100	67.918.700	-67.918.700	0	07 14
500				298.800	3.021.500	-3.021.500	0	07 16
20.000				38.582.700	334.027.300	-334.027.300	0	07 17
10.000				5.927.500	44.640.600	-44.640.600	0	07 18
1.000	0			8.436.900	101.311.800	-101.311.800	0	07 19
832.100	6.354.200		1.600.000	16.944.400	164.056.000	-161.356.000	540.000	07 20
15.000				30.362.000	414.067.700	-414.067.700	0	07 21
10.000				14.071.200	210.017.800	-210.017.800	0	07 22
0	0		28.896.900		28.896.900	-500.000	48.102.800	07 30
1.049.300	0		56.400		1.105.700	-526.300	0	07 31
1.760.500	0		48.500		1.809.000	-1.775.100	4.356.700	07 32
700.800	0		39.900		740.700	-584.900	0	07 33
495.500	0		24.000		524.900	-516.400	0	07 34
621.100	0		55.000		682.000	-660.700	0	07 35
527.800	0		15.000		548.200	-524.500	0	07 36
469.200	0		25.000		500.100	-500.100	0	07 37
257.900	0		24.000		287.800	-260.800	0	07 38
626.700			25.000		651.700	-651.700	0	07 39

07 Ministerium für Bildung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
07 58	Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)		48.000	0	0	48.000	15.216.400
	Summe 2025		1.332.200	4.108.500	36.565.000	42.005.700	1.491.855.500
	Summe 2024		1.324.700	3.384.600	112.397.900	117.107.200	1.362.323.100
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+7.500	+723.900	-75.832.900	-75.101.500	+129.532.400

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
5.874.400	2.036.700		100.000	1.127.400	24.354.900	-24.306.900	1.606.200	07 58
27.102.500	259.428.000		40.393.800	134.973.600	1.953.753.400	-1.911.747.700	286.379.200	
38.054.700	267.883.300		107.390.700	117.122.600	1.892.774.400	-1.775.667.200	395.283.400	
-10.952.200	-8.455.300		-66.996.900	+17.851.000	+60.979.000	-136.080.500	-108.904.200	

07 Ministerium für Bildung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
07 01	Ministerium für Bildung		40.000	1.430.000		1.470.000	57.018.300
07 02	Allgemeine Bewilligungen		0			0	0
07 04	Landeszentrale für politische Bildung		26.600	0		26.600	1.468.000
07 06	Landesschulamt		63.400	0		63.400	38.832.500
07 07	Schulen allgemein		247.100	0	8.168.100	8.415.200	8.037.200
07 09	Schulen in freier Trägerschaft		36.000			36.000	
07 12	Förderschulen für Geistigbehinderte			0		0	104.286.200
07 13	Förderschulen für Lernbehinderte					0	64.250.900
07 14	Sonstige Förderschulen					0	64.268.500
07 16	Schulen des 2. Bildungsweges			0		0	2.806.600
07 17	Gymnasien					0	301.050.600
07 18	Gesamtschulen					0	39.609.800
07 19	Gemeinschaftsschulen			0		0	95.610.900
07 20	Berufsbildende Schulen/ Erwachsenenbildung		50.000	2.650.000		2.700.000	142.079.400
07 21	Grundschulen					0	375.924.300
07 22	Sekundarschulen					0	201.139.100
07 30	Förderung Schulbau, Ausstattung		0		2.000.000	2.000.000	
07 31	Landesschule Pforta		579.400			579.400	
07 32	Latina "August Herrmann Francke" Halle		33.900			33.900	
07 33	Landesgymnasium für Musik Wernigerode		154.300	1.500		155.800	0
07 34	Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt		8.500	0		8.500	5.400
07 35	Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle		21.300	0		21.300	5.900
07 36	Landesbildungszentrum Tangerhütte		22.700	0		22.700	5.400
07 37	Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle		0	0		0	5.900
07 38	Landesbildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Halle		0	27.000		27.000	5.900
07 39	Landesschule des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg)					0	

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
1.395.900	0		35.000	1.114.000	59.563.200	-58.093.200	0	07 01
1.502.200	12.543.600		0	206.300	14.252.100	-14.252.100	2.215.000	07 02
1.001.500	1.395.000		70.000	0	3.934.500	-3.907.900	0	07 04
1.891.700			25.200	1.833.400	42.582.800	-42.519.400	4.764.000	07 06
7.973.900	38.473.400		9.634.900	0	64.119.400	-55.704.200	206.979.700	07 07
	215.033.700				215.033.700	-214.997.700	0	07 09
3.000	7.000			7.276.700	111.572.900	-111.572.900	0	07 12
3.000				5.123.400	69.377.300	-69.377.300	0	07 13
1.000				4.996.400	69.265.900	-69.265.900	0	07 14
500				315.600	3.122.700	-3.122.700	0	07 16
20.000				40.791.600	341.862.200	-341.862.200	0	07 17
10.000				6.269.000	45.888.800	-45.888.800	0	07 18
1.000	0			8.892.300	104.504.200	-104.504.200	0	07 19
834.100	6.559.900		1.600.000	18.012.200	169.085.600	-166.385.600	460.000	07 20
15.000				32.524.200	408.463.500	-408.463.500	0	07 21
10.000				14.904.100	216.053.200	-216.053.200	0	07 22
0	0		2.000.000		2.000.000	0	291.161.300	07 30
1.062.200	0		40.800		1.103.000	-523.600	0	07 31
1.757.000	0		52.900		1.809.900	-1.776.000	0	07 32
703.700	0		34.000		737.700	-581.900	0	07 33
495.500	0		24.000		524.900	-516.400	0	07 34
621.200	0		55.500		682.600	-661.300	0	07 35
525.800	0		30.000		561.200	-538.500	0	07 36
503.200	0		25.000		534.100	-534.100	0	07 37
259.900	0		24.000		289.800	-262.800	0	07 38
626.700			25.000		651.700	-651.700	0	07 39

07 Ministerium für Bildung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
07 58	Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)		48.000	0	0	48.000	15.295.000
	Summe 2026		1.331.200	4.108.500	10.168.100	15.607.800	1.511.705.800
	Summe 2025		1.332.200	4.108.500	36.565.000	42.005.700	1.491.855.500
	2026 mehr(+) / weniger(-)		-1.000	0	-26.396.900	-26.397.900	+19.850.300

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
5.827.400	2.082.900		100.000	1.148.000	24.453.300	-24.405.300	19.510.100	07 58
27.045.400	276.095.500		13.776.300	143.407.200	1.972.030.200	-1.956.422.400	525.090.100	
27.102.500	259.428.000		40.393.800	134.973.600	1.953.753.400	-1.911.747.700	286.379.200	
-57.100	+16.667.500		-26.617.500	+8.433.600	+18.276.800	-44.674.700	+238.710.900	

07 **Ministerium für Bildung**
07 01 **Ministerium für Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Ausgaben aller Kapitel (ohne Kapitel 0704, 0709).
Innerhalb des Einzelplanes 07 können bei einem Titel der Hauptgruppen 5 bis 8 ohne 100%-igen Drittmittelanteil nicht mehr benötigte Mittel zu anderen Zweckbestimmungen umgesetzt werden. Dabei sind vorrangig Ansätze für Investitionen zu verstärken. Haushaltsansätze werden, wenn im Einzelfall mehr als 150.000 EUR überschritten werden, auf Beschluss des Ausschusses für Finanzen nach Empfehlung des Ausschusses für Bildung verstärkt.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0701 beträgt zum 31.12.2025 139 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0701 beträgt zum 31.12.2026 139 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben des Ministeriums für Bildung veranschlagt. Darüber hinaus sind die Ausgaben für Beihilfen, Fürsorgeleistungen und Unterstützungen und Trennungsgelder in den Titeln 441 02, 443 01, 443 11, 446 01, 453 01 und 453 11 zentral für den Einzelplan 07 eingestellt.

Einnahmen

111 01	011	Einnahmen aus Gebühren	0 0	0	0
119 41	011	Rückzahlung von Überzahlungen	40.000 27.775	40.000	40.000
Erläuterungen: Einnahmen aus Rückzahlungen nicht verbrauchter Fördermittel und Rückflüsse von Kassenmitteln					
119 51	011	Vermischte Einnahmen	0 1.599	0	0
235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	1.426.100 1.430.009	1.430.000	1.430.000

07 Ministerium für Bildung
07 01 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

412 04	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen	1.000 138	500 0	500 0

Erläuterungen:

Zentral für den Einzelplan 07 sind hier Mittel für die Entschädigungen der Vorsitzenden der Einigungsstellen veranschlagt.

421 01	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	182.000 184.731	193.400 0	198.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	177.300	188.700	193.400
2.	Dienstaufwandsentschädigung	4.300	4.300	4.300
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0	0
4.	Sonderzuwendung	400	400	400
	Summe	182.000	193.400	198.100

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	5.339.300 5.207.204	5.576.500 0	5.088.600 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	5.339.300	5.576.500	5.088.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	5.339.300	5.576.500	5.088.600

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer)	0 0	0 0	0 0

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.195.300 5.247.726	5.422.500 0	5.460.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	385.700	371.400	316.100
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.809.600	5.051.100	5.143.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	5.195.300	5.422.500	5.460.000

431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	352.000 320.089	288.000 0	295.000 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 01 **Ministerium für Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	7.019.800 7.135.882	7.868.400 0	8.055.500 0
432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	624.100 734.520	935.300 0	1.035.800 0
438 01	018	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	27.400 28.153	33.000 0	33.800 0
441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	17.670.600 18.331.309	21.903.100 0	23.689.000 0
Erläuterungen: Für den Einzelplan 07 sind hier zentral die Haushaltsmittel für Beihilfen an Beamtinnen und Beamte gemäß den Beihilfevorschriften veranschlagt.					
443 01	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	117.800 189.576	189.600 0	189.600 0
Erläuterungen: Für den Einzelplan 07 sind hier die Fürsorgeleistungen und Unterstützungen veranschlagt. Bei dieser Haushaltsstelle werden neben der Erstattung von Kosten im Rahmen der Unfallfürsorge nach Abschnitt V des Beamtenversorgungsgesetzes (Dienstunfallkosten, Ausgaben für Unfallausgleich und Unfallruhegehalt) auch die Aufwendungen der Dienststellen für Rehabilitationsmaßnahmen gem. § 48 LBG LSA nachgewiesen.					
443 02	011	Amtsärztliche Untersuchungen	500 0	500 0	500 0
Erläuterungen: Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen gem. §§ 10, 45 und 49 LBG LSA für Beamtinnen und Beamte und § 3 TV-L für Tarifbeschäftigte.					
443 03	011	Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASIG)	13.300 8.439	20.100 0	20.100 0
Erläuterungen: Ausgaben für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz.					
443 06	011	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0 0	0 0	0 0
443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	4.900 4.177	4.200 0	4.200 0
446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	9.388.200 8.872.778	11.535.300 0	12.866.600 0
Erläuterungen: Für den Einzelplan 07 sind hier zentral die Beihilfen an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gemäß den Beihilfevorschriften veranschlagt.					
453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	90.200 72.025	73.000 0	73.000 0
Erläuterungen:					
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Trennungsgeld	76.700	63.000	63.000

07 Ministerium für Bildung
07 01 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 453 01

2.	Umzugskostenvergütungen	13.500	10.000	10.000
	Summe	90.200	73.000	73.000

Zentral für den Einzelplan 07 sind hier die Haushaltsmittel für Trennungsgeld (TG) und Umzugskostenvergütungen (UKV) veranschlagt.

453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	10.000 889	8.000 0	8.000 0

Erläuterungen:

Zentral für den Einzelplan 07 sind hier die Haushaltsmittel für Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Aus- und Fortbildung veranschlagt.

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	138.200 111.871	142.400 0	146.600 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	68.900	64.600	64.800
2.	Kommunikation	32.300	32.800	33.300
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	37.000	45.000	48.500
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	138.200	142.400	146.600

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	52.500 50.409	54.000 0	54.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	51.000	38.000	38.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	500	15.000	15.000
4.	Sonstiges	1.000	1.000	1.000
	Summe	52.500	54.000	54.000

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
PKW	4	4	4	4
Zusammen	4	4	4	4

Darunter geleaste/ gemietete Dienstkraftfahrzeuge

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
PKW	4	4	4	4
Zusammen	4	4	4	4

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	368.200 340.383	365.300 0	382.700 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 01 **Ministerium für Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	118.800	108.700	113.700
4.	Bewachung	229.400	246.600	259.000
5.	Sonstiges	20.000	10.000	10.000
	Summe	368.200	365.300	382.700

517 30	011	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	684.900	0	0
			358.700	0	0

Erläuterungen:

Nebenkostenvorauszahlungen an den Landesbetrieb BLSA für die Liegenschaft Magdeburg, Turmschanzenstraße 27, 29, 31 und 32.

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Nebenkosten im MVM mehr zu veranschlagen. Die Nebenkosten werden zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

518 01	011	Mieten und Pachten	7.800	8.000	8.200
			7.118	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	0	0	0
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	7.800	8.000	8.200
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	7.800	8.000	8.200

518 13	011	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing von DKfz)	17.300	25.100	26.400
			13.856	0	0

Erläuterungen:

Leasingkosten für Ministerfahrzeug, Staatssekretärsfahrzeug, Referentenfahrzeuge.

518 30	011	Mieten und Pachten an BLSA	658.100	0	0
			619.519	0	0

Erläuterungen:

Mietzahlungen an den Landesbetrieb BLSA für die Liegenschaft Magdeburg, Turmschanzenstraße 27, 29, 31 und 32

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Kaltmieten im MVM mehr zu veranschlagen.

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	0	0
			22.743	0	0

522 01	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	100.000	20.000	20.000
			15.293	0	0

Erläuterungen:

Haushaltsmittel für sonstige Gutachten, Untersuchungen und Beratungsleistungen.

525 01	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	25.000	40.000	40.000
			8.640	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 01 **Ministerium für Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Art der Aus- und Fortbildung

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen	10.000	10.000	10.000
2.	Führungskräftequalifikationen	10.000	15.000	15.000
3.	Coaching-Leistungen	5.000	15.000	15.000
	Summe	25.000	40.000	40.000

525 02	011	Aus- und Fortbildung der Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen	8.400	8.400	8.400
			3.320	0	0

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	23.400	23.400	23.400
			6.803	0	0

Erläuterungen:

Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungskosten u. a. Kosten des Fiskus.

526 02	011	Sachverständige	4.000	4.000	4.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Sachverständigenentschädigung, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke.

526 03	011	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	12.000	2.500	2.500
			678	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen.

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	45.600	55.000	55.000
			58.214	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten allgemein, Reisekosten für Auslandsdienstreisen, Wegstreckenentschädigungen für die Nutzung anerkannter Beförderungsmittel.

527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	14.200	14.200	14.200
			6.039	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für die Wahrnehmung der Aufgaben der Personalratsmitglieder und der Interessen der Schwerbehinderten.

529 01	011	Verfügungsmittel der Ministerin und des Staatssekretärs	7.500	7.500	7.500
			5.732	0	0

Erläuterungen:

Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen für die Ministerin und den Staatssekretär, unter anderem Preise für Schülerwettbewerbe, Ehrengeschenke bei Jubiläen an außerhalb der Landesverwaltung stehende Personen, Kranzspenden bei Ableben von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, einmalige Spenden an Vereine usw., Kosten aus Anlass von Empfängen, Dienstjubiläen, Dienstbesprechungen und der Verabschiedung von verdienten Bediensteten.

529 05	011	Verfügungsfonds der Landesregierung	2.600	2.600	2.600
			2.500	0	0

*** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

07 **Ministerium für Bildung**
07 01 **Ministerium für Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 529 05

Erläuterungen:

Vorgesehen für repräsentative Veranstaltungen (inkl. Gastgeschenken), die von bildungspolitischer Bedeutung für das Land Sachsen-Anhalt sind. Ausgestaltung von Empfängen anlässlich des Besuches von Delegationen sowie Bewirtung aus Anlass überregionaler Fachveranstaltungen, für die das Land Sachsen-Anhalt Ausrichter ist. Hierunter fallen auch Fachveranstaltungen (Konferenzen, Tagungen, Ausstellungen) bei der Landesvertretung in Brüssel oder in den bekannten Partnerregionen.

531 01	011	Veröffentlichungen	25.700 8.568	25.700 0	25.700 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	10.000	10.000	10.000
2.	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0	0
4.	Sonstige Veröffentlichungen	15.700	15.700	15.700
	Summe	25.700	25.700	25.700

531 02	011	Kommunikations- und Marketingmaßnahmen zur Lehrkräfteerkrutierung in Sachsen-Anhalt	300.000 264.467	300.000 0	300.000 0

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Bewerbung offener Stellen für Lehrkräfte im Schuldienst, Rekrutierung von geeignetem Personal sowie Lehramtsanwärtern im Vorbereitungsdienst. Entwicklung neuer Marketingmaßnahmen für die Ansprache aller Zielgruppen, Schülerinnen und Schüler, Studierenden, Lehrer im Vorbereitungsdienst, Lehrkräfte, Lehrkräfte im Ruhestand sowie Lehrkräfte im Seiteneinstieg, Entwicklung neuer Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen für die praxisintegrierte Ausbildung von Lehrkräften; Bewerbung des Stipendiums über geeignete Kommunikationskanäle.

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	70.000 69.806	70.000 0	70.000 0

Erläuterungen:

Für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 sind die nachfolgend dargestellten Vorhaben geplant:

- Aktuelle Veröffentlichungen und rechtliche Anpassungen im Bereich Bildung;
- Ausrichtung regionaler und überregionaler Konferenzen;
- Pressternine der Ministerin und des Staatssekretärs;
- Bildungsmessen, Sachsen-Anhalt-Tag;
- Ausgaben für die Homepage etc.

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	162.000 113.595	183.600 0	192.700 0

Erläuterungen:

Vertrag "Post- und Scanstellendienstleistungen", Fahrdienstleistungen sowie sonstige Dienstleistungen

533 02	011	Dienstleistungen Außenstehender für das Betriebliche Gesundheitsmanagement	10.000 1.581	10.000 0	10.000 0

Erläuterungen:

Hier sind Mittel für Dienstleistungen Außenstehender für Maßnahmen im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements im Ministerium für Bildung veranschlagt.

533 04	011	Dienstleistungen Außenstehender / Lehrkräfteerkrutierung	1.000.000 324.394	0 0	0 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 01 **Ministerium für Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 04

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.000.000			1.000.000
2026		1.000.000			1.000.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		2.000.000			2.000.000

Erläuterungen:

Die Maßnahmen werden beendet. Soweit sich aus der Abwicklung vertraglicher Bindungen Ausgabenbedarfe ergeben, werden diese innerhalb des Deckungskreises der OGr. 51-54 des Epl. 07 kompensiert.

534 01	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	2.000	2.000	2.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Umzüge aufgrund von Umstrukturierungen innerhalb des Hauses.

542 01	011	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

547 01	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

681 01	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	35.000	35.000	35.000
			34.957	0	0

Erläuterungen:

Neubeschaffung sowie Ersatz und Ergänzung der Kantinen- und Küchenausstattung, Büromöbel / Ergänzung vorhandener Dienstzimmerausstattungen.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	918.100	1.048.000	1.114.000
			654.615	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 01 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	40.000	40.000	40.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.426.100	1.430.000	1.430.000
Gesamteinnahme		1.466.100	1.470.000	1.470.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	46.036.400	54.051.400	57.018.300
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.739.400	1.363.700	1.395.900
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	35.000	35.000	35.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	918.100	1.048.000	1.114.000
			0	0
Gesamtausgabe		50.728.900	56.498.100	59.563.200
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-49.262.800	-55.028.100	-58.093.200

07 **Ministerium für Bildung**
07 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0702 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0702 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel 0702 sind Beiträge für die nach dem Königsteiner Schlüssel von den Ländern finanzierte Einrichtung FWU sowie Mittel zur Abgeltung von urheberrechtlichen Ausgleichsansprüchen und das Stipendienprogramm für Lehramtsstudierende veranschlagt.

Außerdem werden die Veranschlagung für die Förderung der kirchlichen Akademien in Sachsen-Anhalt sowie die Kofinanzierungsmittel der EU- Förderperiode 2021 - 2027 im Kapitel 0702 dargestellt.

Einnahmen

119 41	011	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 02 Titel 681 51.

119 51	011	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			1.725		

Titelgruppe(n)

61 **Zuschüsse des Integrationsamtes aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach SGB IX (Bereich Dienststellen des MB)**

Übertragbar

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 0702
Titelgruppe 61

111 61	011	Einnahmen aus Ausgleichsabgabe nach SGB IX	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0

68 **Ausgaben zur Bewältigung der Ukraine-Krise**

119 68	129	Rückzahlung von Überzahlungen	0	0	0
			278.874		

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

539 01	186	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	1.467.700	1.394.200	1.502.200
			926.206	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Abgeltung urheberrechtlicher Ausgleichsansprüche für die Nutzung nach § 60 a Urheberrechtsgesetz. Die Abgeltung bestimmt sich nach drei zwischen allen Bundesländern und den Verwertungsgesellschaften geschlossenen Verträgen.

Veranschlagt sind die Mittel wie folgt:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gesamtvertrag zur öffentlichen Zugänglichmachung und öffentlichen Wiedergabe für Nutzungen an Schulen	679.200	649.100	706.800
2.	Gesamtvertrag zu Vervielfältigungen an Schulen	593.800	615.200	636.700
3.	Vertrag zum Betrieb eines "Presseportals für Schulen" und zur Nutzung von Pressebeiträgen an Schulen	194.700	129.900	158.700
Summe		1.467.700	1.394.200	1.502.200

671 01	692	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	345.800	336.400	323.300
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		235.100			235.100
2026		235.100			235.100
2027		235.100			235.100
2028		235.100			235.100
2029 ff.		235.100			235.100
Summen		1.175.500			1.175.500

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	JTF-Programm	110.700	101.300	88.200
2.	IKT-ELER 2023-2027	235.100	235.100	235.100
Summe		345.800	336.400	323.300

681 51	154	Stipendienprogramm Lehramtsstudierende	405.000	585.000	729.000
			180.000	855.000	855.000

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 07 02 Titel 119 41.

07 Ministerium für Bildung
07 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 51

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	360.000	180.000			540.000
2026	324.000	180.000	180.000		684.000
2027	203.400	180.000	180.000	180.000	743.400
2028	9.000	180.000	180.000	180.000	549.000
2029 ff.		135.000	315.000	495.000	945.000
Summen	896.400	855.000	855.000	855.000	3.461.400

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2025 und 2026 sind für die Vergabe von jährlich 25 Stipendien à 600,00 Euro monatlich über die gesamte Studiendauer von fünf Jahren ab den Wintersemestern veranschlagt. Da die Vergabe der Stipendien in der Regel für die Dauer der Regelstudienzeit von 5 Jahren erfolgt und jährlich aufwachsen wird, entstehen in den Folgejahren jährliche weitere Finanzbedarfe in Höhe von jeweils 180.000 Euro.

Vergabe von Stipendien zur langfristigen Personalbindung an Sachsen-Anhalts Studierende:

- im Lehramt Sekundarschule und nachrangig weitere Lehrämter
- in Fächern/ Fächerkombinationen gemäß der in der Fortschreibung des Berichts der Expertenkommission ermittelten Bedarfsrangfolge
- mit der verbindlichen Zusage, für die Dauer des Stipendiums an der Schule mit besonderem Einstellungsbedarf zu unterrichten

684 01	199	Zuschüsse für kirchliche Veranstaltungen	0	0	0
			0	0	0

685 01	129	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	13.800	13.800	13.800
			12.657	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse des Landes an das Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) gem. § 7 des Gesellschaftsvertrages.

685 02	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			120.000	0	0

685 52	111	Zuschüsse an die ZFU	9.800	9.800	9.800
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an den Kosten der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) entsprechend dem Königsteiner Schlüssel.

893 01	199	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			2.855.000	0	0

981 01	129	Zuschuss an die KMK - Verrechnung zwischen Kapiteln	214.900	206.300	206.300
			30.000	0	0

*** Verrechnung mit Kapitel 0602 Titel 381 01

Erläuterungen:

Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an den Kosten der Einrichtung einer Ständigen wissenschaftlichen Kommission der KMK und am Haushalt des Sekretariats der KMK.

07 Ministerium für Bildung
07 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Zuschüsse des Integrationsamtes aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach SGB IX (Bereich Dienststellen des MB)

Übertragbar

*** Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 0702 Titelgruppe 61. Die Ausgaben dürfen als Vorfinanzierung geleistet werden bis zur Höhe des durch Bescheid des Integrationsamtes gewährten Zuschusses.

Erläuterungen:

Zuschüsse des Integrationsamtes für Zwecke der besonderen Leistungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich der begleitenden Hilfe.

429 61	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 0	0 0	0 0
547 61	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
812 61	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0 0	0 0

66 Förderung von kirchlichen Akademien in Sachsen-Anhalt

684 66	199	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	70.000 70.000	70.000 0	70.000 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschüsse für Projekte der kirchlichen Akademien in Sachsen-Anhalt.

893 66	199	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			70.000	70.000 0	70.000 0

68 Ausgaben zur Bewältigung der Ukraine-Krise

427 68	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0
511 68	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
525 68	129	Lehr- und Lernmittel	220.000 0	0 0	0 0

07 Ministerium für Bildung
07 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
527 68	129	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	0 0	0 0	0 0
533 68	129	Dienstleistungen Außenstehender	100.000 0	0 0	0 0
547 68	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 28.273	0 0	0 0
685 68	129	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	500.000 3.550.399	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 68			820.000	0 0	0 0
93		Kofinanzierung von EU- Mitteln der Förderperiode 2014- 2020 /Technische Hilfe			
		Übertragbar			
		** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.			
		Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.			
		Erläuterungen:			
		Landesseitige Kofinanzierung für Ausgaben im Rahmen der Technischen Hilfe /EU- Fonds/Förderperiode 2014- 2020			
428 93	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
533 93	129	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
671 93	129	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs.2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0 0	0 0	0 0
684 93	261	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
685 93	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 93	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
883 93	129	Landesmittel zur Finanzierung von EU- Programmen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 93			0	0 0	0 0

07 Ministerium für Bildung
07 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

97 Kofinanzierung von EU-Mitteln der Förderperiode 2021-2027

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen sind durch Absetzten von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Landesseitige Kofinanzierung für Ausgaben im Rahmen der EU-Fonds/ Förderperiode 2021 - 2027

684 97	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	11.474.700 11.316.023	9.724.500 0	9.997.700 0

****** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	6.483.000	9.724.500			16.207.500
2026	6.665.100	9.997.700			16.662.800
2027	6.822.200	10.233.200			17.055.400
2028	3.828.500	5.742.900			9.571.400
2029 ff.					
Summen	23.798.800	35.698.300			59.497.100

Erläuterungen:

Landesmittel zur Kofinanzierung des EU-Programms "Schulerfolg sichern"

Die Landkreise und kreisfreien Städte übernehmen ab dem Schuljahr 2024/2025 eine anteilige Mitfinanzierung in Höhe von 10 v.H.

685 97	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	500.000 74.187	500.000 1.425.000	700.000 725.000

Übertragbar

******* Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zulasten des Titels 686 97 im Kapitel 0702 in Anspruch genommen werden. Die in 2025 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 zulasten der Jahre 2026 ff. erfolgt ist. Die in 2026 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 und der VE 2025 zulasten der Jahre 2027 ff. erfolgt ist.

07 Ministerium für Bildung
07 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 97

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	243.300	500.000			743.300
2026	184.700	500.000	700.000		1.384.700
2027	109.600	400.000	625.000	625.000	1.759.600
2028		100.000	100.000	100.000	300.000
2029 ff.					
Summen	537.600	1.500.000	1.425.000	725.000	4.187.600

Erläuterungen:

Landesmittel zur Kofinanzierung des EU-Programms "Alphabetisierung und Grundbildung"

686 97	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	500.000	500.000	700.000
			165.138	1.335.000	635.000

Übertragbar

*** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zulasten des Titels 685 97 im Kapitel 0702 in Anspruch genommen werden. Die in 2025 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 zulasten der Jahre 2026 ff. erfolgt ist. Die in 2026 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 und der VE 2025 zulasten der Jahre 2027 ff erfolgt ist.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	253.400	500.000			753.400
2026	122.400	500.000	700.000		1.322.400
2027	113.100	400.000	535.000	535.000	1.583.100
2028		100.000	100.000	100.000	300.000
2029 ff.					
Summen	488.900	1.500.000	1.335.000	635.000	3.958.900

Erläuterungen:

Landesmittel zur Kofinanzierung des EU-Programms "Alphabetisierung und Grundbildung"

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	12.474.700	10.724.500	11.397.700
		2.760.000	1.360.000

07 Ministerium für Bildung
07 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0

Gesamteinnahme	0	0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.787.700	1.394.200	1.502.200
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.819.100	11.739.500	12.543.600
			3.615.000	2.215.000

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
			0	0

HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	214.900	206.300	206.300
			0	0

Gesamtausgabe	15.821.700	13.340.000	14.252.100

Gesamtsumme der VE		3.615.000	2.215.000

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-15.821.700	-13.340.000	-14.252.100

07 Ministerium für Bildung
07 04 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0704 beträgt zum 31.12.2025 17 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0704 beträgt zum 31.12.2026 17 Vollzeitäquivalente.

Die Ausgaben sind innerhalb der HGr. 4 bis 8 und zwischen den Hauptgruppen und dem Titel 916 13 deckungsfähig.
Davon ausgenommen sind die Titel 684 01, 684 02 und 684 03.

Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die Abs. 3 und 4 der Erläuterungen verbindlich.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Mit Beschluss vom 7./22.5.1991 hat die Landesregierung die Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt errichtet.

Das Ministerium für Bildung hat mit der Landeszentrale für politische Bildung eine Zielvereinbarung zur Haushaltsführung auf der Grundlage des § 17a LHO für den Zeitraum 01.01.2024 bis zum 31.12.2026 abgeschlossen. Für die Zeit nach dem 31.12.2026 ist eine Anschlussvereinbarung vorgesehen.

Zur Erfüllung der vereinbarten Aufgaben und Ziele wird der Landeszentrale für politische Bildung für den vereinbarten Zeitraum jährlich ein Budget zur Verfügung gestellt. Das Budget wird über die Differenz zwischen den veranschlagten Ausgaben, mit Ausnahme der Titel 684 01, 684 02 und 684 03, und den veranschlagten Einnahmen ermittelt.
Alle erzielten Einnahmen, soweit sie nicht einer Zweckbindung unterliegen (z.B. Drittmittel), stehen der Landeszentrale für politische Bildung als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung.
Mehrausgaben sind durch Einsparungen aus dem verfügbaren Gesamtbudget zu erwirtschaften. Die Landeszentrale für politische Bildung gleicht Überschreitungen der verfügbaren Ausgaben im Vereinbarungszeitraum vollständig aus.
Zweckgebundene Einnahmen, die durch Dritte bereitgestellt werden, verstärken die Ausgabeansätze in Höhe der Ist-Einnahmen.

Am Jahresende nicht verbrauchte Budgetmittel außerhalb der Hauptgruppe 4 und des Titels 916 13 werden innerhalb der Laufzeit der Zielvereinbarung zu mindestens 2/3 in das Folgejahr übertragen und stehen nach Feststellung des endgültigen Jahresabschlusses in dieser Höhe zur Verfügung. Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt. Für vorhabengebundene übertragene Haushaltsmittel, Drittmittel und sonstige zweckgebundene Mittel gelten die dazu erlassenen Regelungen.

Einnahmen

119 02	153	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung (Eigenbeteiligung)	25.600 0	25.600	25.600
119 03	153	Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen für Seminare	0 6.240	0	0
119 04	153	Einnahmen für Abgaben von Publikationen	0 6.322	0	0
119 41	153	Rückzahlung von Überzahlungen	0 40.928	0	0
119 46	153	Ersatzleistungen	500 0	500	500

07 **Ministerium für Bildung**
07 04 **Landeszentrale für politische Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

132 02	153	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	500 0	500	500
282 01	153	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0 0	0	0

Titelgruppe(n)

63 **Projekte und Veranstaltungen im Rahmen europapolitischer Maßnahmen**
 Übertragbar
 * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 04
 Titelgruppe 63.

272 63	153	Sonstige Zuschüsse von der EU	0 38.000	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 04 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	153	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	86.800 88.609	93.700 0	96.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	86.800	93.700	96.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	86.800	93.700	96.000

427 01	153	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

428 01	153	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.223.500 1.076.593	1.290.300 0	1.372.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	121.200	256.200	260.100
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.102.300	1.034.100	1.111.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	1.223.500	1.290.300	1.372.000

443 02	153	Amtsärztliche Untersuchungen	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen gem. §§ 10, 45 und 49 LBG LSA für Beamtinnen und Beamte und § 3 TV-L für Tarifbeschäftigte.

443 03	153	Überbetriebliche betriebsärztliche und sicherheitstechnische Dienste	0 0	0 0	0 0

511 01	153	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	29.600 14.395	29.600 0	29.600 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 04 **Landeszentrale für politische Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	6.200	6.200	6.200
2.	Kommunikation	15.200	15.200	15.200
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5.000	5.000	5.000
4.	Sonstiges	3.200	3.200	3.200
	Summe	29.600	29.600	29.600

514 01	153	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	8.000	8.000	8.000
			5.079	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	8.000	8.000	8.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände			
3.	Verbrauchsmittel			
4.	Sonstiges			
	Summe	8.000	8.000	8.000

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

lfd. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	PKW	2	2	2	2
	Zusammen	2	2	2	2

Darunter geleaste / gemietete Dienstkraftfahrzeuge

lfd. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	PKW	2	2	2	2
	Zusammen	2	2	2	2

517 01	153	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	27.500	27.500	27.500
			22.189	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	8.100	8.100	8.100
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	19.300	19.300	19.300
4.	Bewachung	0	0	0
5.	Sonstiges	100	100	100
	Summe	27.500	27.500	27.500

Nebenkostenerhöhungen sind aus dem Budget zu erbringen.

518 01	153	Mieten und Pachten	111.600	111.600	111.600
			96.480	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	111.600	111.600	111.600

07 Ministerium für Bildung
07 04 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3.	Für Leasing	0	0	0
Summe		111.600	111.600	111.600

Mieterhöhungen sind aus dem Budget zu erbringen.

518 13	153	Miete oder private Vorfinanzierung (z.B. Leasing) von Dkzfz	7.000	7.000	7.000
			3.208	0	0

Erläuterungen:

Leasingrate für zwei Dienst-Kfz

518 30	153	Mietzahlungen an BLSA	0	0	0
			0	0	0

519 01	153	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.000	5.000	5.000
			0	0	0

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen		0	0	0
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen		5.000	5.000	5.000
Summe			5.000	5.000	5.000

522 01	153	Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	50.000	0
			41.267	0	0

Erläuterungen:

Finanzierung von Sachausgaben für externe Gutachter, unter anderem dem Gutachter für den Sachsen-Anhalt-Monitor (SAM).

Der Sachsen-Anhalt-Monitor ist eine seit 2007 etablierte Langzeitstudie, die repräsentative Daten zu den Einstellungen der Bevölkerung des Landes zu Fragen der Landesidentität, Wirtschaftsentwicklung und Staatsordnung erhebt. Der Sachsen-Anhalt-Monitor bildet durch einen zweijährigen Turnus sowie anlassbezogen langfristige Entwicklungen in Sachsen-Anhalt ab und macht Erfolge der Landesentwicklung, ebenso Probleme und Defizite, sichtbar. Die Ergebnisse und gewonnenen Erkenntnisse des Sachsen-Anhalt-Monitors unterstützen die Arbeit der Landesregierung. Auftraggeber für den Sachsen-Anhalt-Monitor ist die Landeszentrale für politische Bildung. Der nächste Sachsen-Anhalt-Monitor ist für das Jahr 2025 geplant.

525 01	153	Aus- und Fortbildung	1.000	1.000	1.000
			400	0	0

525 02	153	Lehr- und Lernmittel	25.000	25.000	25.000
			42.695	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Das Angebot der Lehr- und Lernmittel leistet einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung der Landeszentrale. Es steht täglich interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die Literaturstelle zur Verfügung und findet andererseits Einsatz und Verwendung bei Seminaren und Veranstaltungen der Landeszentrale. Das Publikationsangebot umfasst sowohl Standardliteratur zur politischen Bildung als auch aktuelle Sachbücher und Schriften zum Thema Landesgeschichte, Gesellschaft und Umwelt, Recht und Verfassung, Europa und Internationales, Medien sowie Extremismus.

07 Ministerium für Bildung
07 04 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 02

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrbücher		23.000	23.000	23.000
2.	Gerätschaften		1.000	1.000	1.000
3.	Verbrauchsstoffe		1.000	1.000	1.000
Summe			25.000	25.000	25.000

527 01	153	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	14.000	14.000	14.000
			9.138	0	0

532 01	153	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	38.200	38.200	38.200
			68.848	0	0

*** In Abweichung von § 63 Abs. 3 LHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen an öffentliche Dienststellen und Institutionen, an Abgeordnete, an wissenschaftliche Anstalten und Vereine, zu Austauschzwecken und in Einzelfällen auch an anderer Stellen und Persönlichkeiten, soweit ein dienstliches Interesse nachweislich besteht, unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Inhaltliche Schwerpunkte sind:

- Entwicklung und Umsetzung neuer Methoden und Formate der politischen Bildung im Bereich neuer Medien,
- Weiterentwicklung der Auftritte der Landeszentrale im Internet (Website, soziale Netzwerke) zur Vermittlung von Bildungseinheiten,
- Kooperationsprojekte mit Medienpartnern in Sachsen-Anhalt,
- Steigerung der Bekanntheit der Landeszentrale und ihrer Angebote (u. a. durch Merchandising/Werbemittel).

In den Jahren 2025 und 2026 sind im Bereich Publikationen und Druckwerke folgende Schwerpunktthemen geplant:

- 35 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt,
- 35 Jahre deutsche Wiedervereinigung,
- 80 Jahre Ende des 2. Weltkrieges,
- 100 Jahre Bauhaus in Dessau,
- verschiedene Druckwerke zur Landtagswahl 2026 (Broschüre, Faltblatt),
- weitergehende Veröffentlichungen und landesbezogene sowie aktuelle gesellschafts- und staatspolitische Themen und Ereignisse,
- Landesgeschichte Sachsen-Anhalt,
- Jahreskalender der Literaturstelle der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

533 01	153	Dienstleistungen Außenstehender	2.500	2.500	2.500
			9.112	0	0

534 01	153	Tagungen und Kurse, Ausstellungen und Aufführungen staatspolitischen Inhalts	631.100	481.100	531.100
			790.626	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Erläuterung

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1	Veranstaltungen		511.100	361.100	411.100
2	Studienreisen		120.000	120.000	120.000
Summe			631.100	481.100	531.100

07 Ministerium für Bildung
07 04 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 534 01

Kosten für die Durchführung eigener Veranstaltungen (einschließlich Kinderbetreuung), Tagungen, Studienfahrten und Ausstellungen, auch in Zusammenarbeit mit öffentlichen und schulischen Einrichtungen sowie Maßnahmen der ehemaligen Kampagne "Demokratie stärken".

Inhaltliche Schwerpunkte der Veranstaltungen sind:

- Sachsen-Anhalt-Tag im Jahr 2026 (verkleinerte Präsentation),
- 20 Jahre Netzwerk für Demokratie und Toleranz (2025),
- Themenstraße Weltoffenes Sachsen-Anhalt beim Sachsen-Anhalt-Tag 2026,
- 80 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus (2025),
- Erweiterung des Zielgruppenspektrums für die politische Bildung (bildungsferne Jugendliche, Migranten etc.),
- Initiierung und Förderung von Prozessen zur demokratischen Teilhabe,
- politische Kommunikation im Kontext neuer Medien,
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen-Anhalt,
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in Sachsen-Anhalt,
- kritische Auseinandersetzung mit den Folgen der beiden Diktaturen in Deutschland,
- Projekte zu Themen der Erinnerungskultur u.a. Pädagogik von Gedenkstättenfahrten,
- Projekte und Bildungsfahrten nach Treblinka und Auschwitz,
- Projekte im Rahmen der Kooperation mit der Gedenkstätte Treblinka,
- Projekte im Rahmen der Kooperation mit der französischen Partnerregion Centre Val de Loire, (u.a. Mémoires croisées),
- Extremismus und Terrorismus,
- Jüdisches Leben in Deutschland heute,
- Bildungsangebote über Antisemitismus und Antijudaismus,
- politische Bildung für Migranten, insbesondere Geflüchtete,
- Schulnetzwerk "Schule ohne Rassismus „Äi Schule mit Courage“,
- Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt,
- Förderung und Stärkung des Demokratieverständnisses,
- Auseinandersetzungen mit den Erscheinungsformen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit,
- Schärfung des Bewusstseins für die Aufgaben der Friedenssicherung, Sicherheit und Verteidigung,
- Ausprägung und Stärkung eines europäischen Bewusstseins,
- Informationen über die Funktionsweise der EU und zu europäischen Themen sowie zur Zukunft der EU,
- Europe Direct Magdeburg,
- Informationen der Funktionsweise des politischen Systems von der Kommunalpolitik bis zur EU einschließlich Beteiligung als mündiger Staatsbürger,
- Informationen über die landeskundlichen und landesgeschichtlichen Gegebenheiten Sachsens-Anhalts,
- bundesweiter Aktionstag Netzpolitik,
- Kooperationen mit freien Trägern im NewMedia und netzpolitischen Bereich,
- Orientierung für Bürgerinnen und Bürger bei aktuellen politischen Themen,
- Demokratische Institutionen und ihre Funktionsweisen,
- Weiterentwicklung des politischen Systems,
- Zusammenhänge einer globalisierten Welt,
- Internationale Konflikte und ihre Ursachen,
- Aufarbeitung politischen Unrechts, Wege des Zusammenfindens und der Versöhnung,
- Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik,
- Innergesellschaftliche Konfliktpotenziale und zivilisierte Wege zu ihrer Lösung,
- aus der Geschichte lernen, Wege in einen totalitären Staat erkennen,
- inklusive Formen der politischen Bildung,
- Klima und Energie als Herausforderungen an das politische System,
- Vorbereitung Bundestags- und Landtagswahl.

Geplant sind Studienreisen:

- zu den Europäischen Institutionen,
- nach Israel,
- zu Bundestag/ Bundesrat.

542 01	153	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für die Landeszentrale für politische Bildung erfolgen zentral aus diesem Titel.

546 01	153	Vermischte Verwaltungsausgaben	1.000	1.000	1.000
			460	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 04 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
684 01	153	Zuschüsse für politische Bildungsarbeit der den Parteien nahestehenden Stiftungen und Bildungswerke	300.000 0	300.000 0	300.000 0
Erläuterungen: Gefördert werden politische Stiftungen, deren Arbeit den Zielen und Wertvorstellungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt und der universellen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen entspricht, bei der Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben hinsichtlich der politischen Bildungsarbeit.					
684 02	153	Zuschüsse an kommunalpolitische Organisationen	170.000 170.000	170.000 0	170.000 0
Erläuterungen: Gefördert werden kommunalpolitische Organisationen, deren Arbeit den Zielen und Wertvorstellungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt und der universellen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen entspricht, bei der Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben hinsichtlich der politischen Bildungsarbeit.					
684 03	153	Zuschüsse an politische Jugendorganisationen	125.000 0	125.000 0	125.000 0
Erläuterungen: Gefördert werden Projekte und Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit von Jugendorganisationen politischer Parteien, deren Arbeit den Zielen und Wertvorstellungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt entspricht. Die Projekte und Maßnahmen dienen der Entwicklung demokratischen Bewusstseins und der Einübung demokratischer Verhaltensweisen vor allem bei jungen Menschen. Sie sollen junge Menschen zur Beschäftigung mit Politik und zur Beteiligung an der Gestaltung des sozialen Zusammenlebens und politischer Prozesse anregen.					
685 01	153	Zuschüsse zur Durchführung von Maßnahmen zur politischen Bildung an öffentliche Einrichtungen	0 3.000	0 0	0 0
Erläuterungen: Zuwendungen für Projekte im Rahmen des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz sowie für Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben".					
685 02	153	Zuschüsse für Projekte zur Stärkung der Demokratie an öffentliche Einrichtungen	325.000 256.211	325.000 0	325.000 0
Erläuterungen: Zuwendungen für Projekte zur Stärkung der Demokratie an Bildungsträger in Sachsen-Anhalt, die sich der allgemeinen politischen Bildung widmen und deren Aufgabenstellung der Landeszentrale dienen bzw. entsprechen. Die Grundlage für die Vergabe bildet die Richtlinie "Richtlinien der LpB LSA über die Gewährung von Zuwendungen zur Durchführung von Maßnahmen zur politischen Bildung". Mittel zur Durchführung von Gedenkstättenfahrten, insbesondere zu den Gedenkstätten der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt sind veranschlagt.					
686 01	153	Zuschüsse zur Durchführung von Maßnahmen zur politischen Bildung an freie Träger	75.000 375.455	250.000 0	250.000 0
Erläuterungen: Zuwendungen u. a. für Projekte und Maßnahmen: - Bundesprogramms "Zusammenhalt durch Teilhabe", - Deutsche Einheit und Transformationsprozess nach 1989/90 im europäischen Kontext, - Gedenkstättenfahrten (auch im Rahmen der Bundesförderung, z. Bsp. Kinder- und Jugendplan), - Historisch-politische Bildung, - Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage					
686 02	153	Zuschüsse für Projekte zur Stärkung der Demokratie an freie Träger	300.000 100.515	225.000 0	225.000 0
Erläuterungen: siehe Erläuterung zu Kap. 0704 Titel 685 02					

07 **Ministerium für Bildung**
07 04 **Landeszentrale für politische Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

812 15	153	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	70.000	70.000	70.000
			24.137	0	0

Erläuterungen:

Weiterentwicklung bzw. erforderliche Aktualisierung der Stolperstein-App zum Zwecke einer landesweiten Vernetzung und Qualifizierung und einer digitalen Präsentation aller Standorte und potentiellen Fundstellen sowie für weiterführende Bildungs-Angebote zum Thema.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	0	0
			0	0	0

Titelgruppe(n)

63 **Projekte und Veranstaltungen im Rahmen europapolitischer Maßnahmen**

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 04 Titelgruppe 63.

429 63	153	Nicht aufteilbare Personalaufgaben	0	0	0
			0	0	0

511 63	153	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

527 63	153	Reisekostenvergütungen bei Dienstreisen	0	0	0
			0	0	0

532 63	153	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0

533 63	153	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

534 63	153	Projekte und Veranstaltungen im europäischen Kontext	0	0	0
			26.046	0	0

547 63	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

		Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0
				0	0

64 **Maßnahmen "Projekte Deutsche Einheit"**

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sollen Maßnahmen gefördert werden, welche die Entwicklung zur und nach der Deutschen Einheit aufgreifen und dabei auch die aktuelle Situation und die heutigen Diskurse zum Thema Ost-West berücksichtigen. Dabei geht es auch um den europäischen Transformationsprozess.

427 64	153	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige sowie Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 04 **Landeszentrale für politische Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

532 64	153	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	200.000 23.840	200.000 0	200.000 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			200.000	200.000 0	200.000 0

07 Ministerium für Bildung
07 04 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	26.600	26.600	26.600
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		26.600	26.600	26.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	1.310.300	1.384.000	1.468.000
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.101.500	1.001.500	1.001.500
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.295.000	1.395.000	1.395.000
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	70.000	70.000	70.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		3.776.800	3.850.500	3.934.500
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-3.750.200	-3.823.900	-3.907.900

07 **Ministerium für Bildung**
07 06 **Landesschulamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0706 beträgt zum 31.12.2025 261 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0706 beträgt zum 31.12.2026 261 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben des gemäß § 1 des Gesetzes zur Änderung schulaufsichtlicher und schulfachlicher Regelungen vom 07.12.2011 zum 01.01.2012 errichteten Landesschulamtes veranschlagt. In das Landesschulamt sind alle schulaufsichtlichen Aufgabenbereiche der Abteilung 5 sowie die Beschäftigten des Landesverwaltungsamtes, die diese Aufgaben wahrnahmen (Schulabteilung), gesetzlich übergegangen.

Einnahmen

111 01	111	Einnahmen aus Gebühren	55.000	55.000	55.000
			85.776		

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Gebühren für Amtshandlungen und Genehmigungsverfahren für allgemein- und berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft sowie Abnahme von Nichtschülerprüfungen gem. ALLGO LSA.

Die Veranschlagung erfolgte bis zum Haushaltsjahr 2022 im Kapitel 0701 Titel 111 01. Der Wechsel der Veranschlagung folgt dem Übergang der Aufgabe vom Ministerium für Bildung auf das Landesschulamt. Die Historie bleibt bestehen.

111 12	111	Verwaltungsgebühren nach dem Dolmetschergesetz	2.500	2.500	2.500
			743		

Erläuterungen:

Gebühr für die Feststellung der fachlichen Eignung für das Übersetzen und Dolmetschen bei Gerichten, Behörden oder Notaren aufgrund der berufsqualifizierenden Abschlüsse gem. DolmG LSA v. 16.12.2009, GVBl.S. 700.

119 51	111	Vermischte Einnahmen	2.000	2.000	2.000
			12.986		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gerichtsverfahren und sonstigen Rückerstattungen

124 01	111	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	3.300	3.900	3.900
			0		

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen		0		0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume		0		0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen		0		0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften		0		0
5.	Sonstige Mieten und Pachten		3.300	3.900	3.900
Summe			3.300	3.900	3.900

235 05	111	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0	0
			0		

281 01	111	Erstattung von Versorgungsbezügen gemäß § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0	0	0
			0		

07 Ministerium für Bildung
07 06 Landesschulamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	111	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	8.883.700 8.613.600	8.359.100 0	6.592.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	8.883.700	8.359.100	6.592.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	8.883.700	8.359.100	6.592.400

422 41	129	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	16.612.200 13.684.196	18.046.900 0	18.517.800 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	16.612.200	18.046.900	18.517.800
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
4.	Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs-(Forst-)praktikanten	0	0	0
	Summe	16.612.200	18.046.900	18.517.800

427 01	111	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	49.000 401.828	367.800 0	411.000 0

428 01	111	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.179.500 8.069.899	9.285.800 0	9.872.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.179.500	9.285.800	9.872.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	8.179.500	9.285.800	9.872.200

428 03	111	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	0 0	0 0

432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.374.800 2.376.068	3.102.100 0	3.382.400 0

07 Ministerium für Bildung
07 06 Landesschulamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	29.400 16.677	16.700 0	16.700 0

443 02	111	Amtsärztliche Untersuchungen	1.100 437	500 0	500 0

Erläuterungen:

Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen gem. §§ 10, 45 und 49 LBG LSA für Beamtinnen und Beamte und § 3 TV-L für Tarifbeschäftigte

443 03	111	Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin	36.300 23.647	36.300 0	36.300 0

Erläuterungen:

Ausgaben für die arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung.

443 04	111	Betriebliches Gesundheitsmanagement	17.600 3.198	3.200 0	3.200 0

511 01	111	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	361.000 283.103	392.100 0	401.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	204.700	240.700	240.700
2.	Kommunikation	142.300	137.900	147.500
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13.500	13.000	12.500
4.	Sonstiges	500	500	500
Summe		361.000	392.100	401.200

Bei diesem Titel sind u. a. die Ausgaben für die Beschaffung diagnostischer Testverfahren und Verbrauchsmaterialien (Paper-Pencil) für den Bereich des schulpyschologischen Dienstes sowie des Mobilen Sonderpädagogischen Diagnostischen Dienstes (MSDD) und der Geschäftsbedarf für die Arbeit der Beratungslehrkräfte veranschlagt.

Bis 2022 erfolgte die Veranschlagung des Geschäftsbedarfes der Beratungslehrkräfte im Kapitel 0707 Titel 511 77. Die Historie bleibt unverändert.

514 01	111	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	10.000 3.363	7.000 0	7.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	10.000	7.000	7.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	0	0	0
4.	Sonstiges	0	0	0
Summe		10.000	7.000	7.000

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
Pkw	1	1	1	1
Zusammen	1	1	1	1

07 Ministerium für Bildung
07 06 Landesschulamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

Darunter geleaste / gemietete Dienstkraftfahrzeuge

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
Pkw	1	1	1	1
Zusammen	1	1	1	1

517 01	111	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	215.900	150.700	171.700
			96.684	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	5.900	2.000	2.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	600	900
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	115.000	102.600	123.100
4.	Bewachung	63.000	1.200	1.400
5.	Sonstiges	32.000	44.300	44.300
	Summe	215.900	150.700	171.700

517 30	111	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	404.200	0	0
			191.005	0	0

Erläuterungen:

Nebenkostenvorauszahlung an den BLSA für die Standorte Magdeburg Turmschanzenstraße 27, 28, 31 und Walloner Berg 6-7, Halle Barbarastraße 2 sowie Dessau-Roßlau Nantegasse 6.

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Nebenkosten im MVM mehr zu veranschlagen. Die Nebenkosten werden zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

518 01	111	Mieten und Pachten	23.400	15.100	15.100
			9.616	0	4.764.000

*** Die Verpflichtungsermächtigungen 2026 darf nur unter Anrechnung der in 2024 gebundenen Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 0706 Titel 518 01 in Anspruch genommen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.217.900			1.217.900
2026		1.217.900			1.217.900
2027		1.217.900		476.400	1.694.300
2028		8.525.300		476.400	9.001.700
2029 ff.				3.811.200	3.811.200
Summen		12.179.000		4.764.000	16.943.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	13.100	4.800	4.800
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	10.300	10.300	10.300
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	23.400	15.100	15.100

07 **Ministerium für Bildung**
07 06 **Landesschulamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Mietvertrages zur Unterbringung des Landesschulamtes in einem neuen Dienstgebäude als Hauptsitz im Zusammenhang mit dem Komplettauszug des Landesschulamtes aus dem Dienstgebäude des Landesverwaltungsamtes in Halle. Der genaue Zeitpunkt des Einzuges in den neuen Hauptsitz des LSchA steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest.

518 13	111	Miete und private Vorfinanzierung (z.B. Leasing und DKfz)	4.500	4.500	4.500
			3.360	0	0

518 30	111	Mieten und Pachten an BLSA	442.800	0	0
			404.028	0	0

Erläuterungen:

Mietzahlungen an den BLSA für die Standorte Magdeburg Turmschanzenstraße 27, 28, 31 und Walloner Berg 6-7; Dessau-Roßlau Nantegasse 6; Halle Barbarastraße 2.

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Kaltmieten im MVM mehr zu veranschlagen.

519 01	111	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.000	1.000	1.000
			146	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	1.000	1.000
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	1.000	0	0
	Summe	1.000	1.000	1.000

523 01	111	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	76.400	74.400	77.600
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	25.300	23.300	24.200
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	23.000	23.000	24.000
3.	Einbände	28.100	28.100	29.400
	Summe	76.400	74.400	77.600

525 01	111	Aus- und Fortbildung	613.200	198.200	198.200
			192.115	0	0

Erläuterungen:

In diesem Titel sind die Ausgaben für Fortbildungsmaßnahmen des Landesschulamtes incl. der Schulungen der Schulpsychologen, des Mobilen Sonderpädagogischen Diagnostischen Dienstes (MSDD) und der Interessenvertretungen veranschlagt.

526 01	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	4.900	5.000	5.000
			6.293	0	0

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich des Landesschulamtes veranschlagt.

07 **Ministerium für Bildung**
07 06 **Landesschulamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
526 02	111	Sachverständige	5.000 0	5.000 0	5.000 0
		Erläuterungen: Ausgaben für die Leistungen von Dolmetscherinnen und Dolmetschern zur Unterstützung der Beratung und Diagnostik von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund im Rahmen der schulpsychologischen Beratung sowie Sprachfeststellungsprüfungen.			
527 01	111	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	235.600 261.170	265.000 0	265.000 0
		Erläuterungen: Reisekosten allgemein einschl. der Wegstreckenentschädigungen für anerkannte Kraftfahrzeuge der Beschäftigten des Landesschulamtes, der Beratungslehrkräfte, des Mobilen Sonderpädagogischen Diagnostischen Dienstes (MSDD) und des Landesschulsportkoordinators. Bis 2022 erfolgte die Veranschlagung der Reisekosten der Beratungslehrkräfte im Kapitel 0707 im Titel 527 77. Die Historie bleibt unverändert.			
527 03	111	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	11.500 3.471	11.500 0	11.500 0
		Erläuterungen: Reisekostenvergütung für Reisen in Personalvertretungs-, Schwerbehinderten- und Gleichstellungsangelegenheiten.			
529 01	111	Verfügungsmittel	0 0	0 0	0 0
531 01	111	Veröffentlichungen	6.500 1.037	6.500 0	6.500 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Amtliche Druckwerke	6.000	6.000	6.000
		2. Öffentlichkeitsarbeit	500	500	500
		3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke			
		4. Sonstige Veröffentlichungen			
		Summe	6.500	6.500	6.500
532 01	111	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	2.500 315	2.500 0	2.500 0
533 01	111	Dienstleistung Außenstehender	286.900 159.140	696.800 0	704.900 0
		Erläuterungen: Ausgaben Dienstleistungsvertrag für Post- und Botendienst sowie weiterer Personaldienstleister für das Landesschulamt			
534 01	111	Behördenumzüge	15.000 3.853	15.000 0	15.000 0
		Erläuterungen: Umzüge zwischen den Standorten.			
542 01	111	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 06 **Landesschulamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 542 01

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das Landesschulamt erfolgen zentral aus diesem Titel.

547 01	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

681 01	111	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

812 15	111	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	40.800	44.200	25.200
			58.423	0	0

Erläuterungen:

Neubeschaffung

2 Arbeitsplatzausstattungen Ausstattungsgruppe 4,
Ausstattung zweite Poststelle für VIS

Ergänzungsbeschaffung

Regale Archivräume, Registratur
Dienstzimmerausstattung

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	1.159.300	1.269.900	1.490.100
			976.365	0	0

981 01	111	Verrechnung zwischen Kapiteln	2.000	2.000	2.000
			1.095	0	0

*** Verrechnung mit Kapitel 0343 Titel 381 01

Erläuterungen:

Druckdienstleistungen durch das Statistische Landesamt.

981 02	011	Verrechnung zwischen den Kapiteln 0706 und 0310	0	321.600	341.300
			0	0	0

*** Verrechnung mit Kapitel 0310 Titel 381 01

Erläuterungen:

Unterbringung des Landesschulamtes in der Liegenschaft des LVvA (Ernst-Kamieth-Straße in Halle)

07 Ministerium für Bildung
07 06 Landesschulamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	62.800	63.400	63.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		62.800	63.400	63.400

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	36.183.600	39.218.400	38.832.500
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.720.300	1.850.300	1.891.700
			0	4.764.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	40.800	44.200	25.200
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	1.161.300	1.593.500	1.833.400
			0	0
Gesamtausgabe		40.106.000	42.706.400	42.582.800
Gesamtsumme der VE			0	4.764.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-40.043.200	-42.643.000	-42.519.400

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Im Kapitel 0707 sind insbesondere Haushaltsmittel für Gremien nach dem Schulgesetz, Mittel zur Förderung außerschulischer Lernorte sowie für Maßnahmen zum Ausbau der Begabten- und Hochbegabtenförderung, für Wettbewerbe, zum Ausbau internationaler Schulpartnerschaften, zur Erhöhung der Fremdsprachen- und interkulturellen Kompetenz, der Qualitätssicherung und Entwicklung, Mittel zur Finanzierung des Modellvorhabens "Bachelorstudiengang Duales Studium für das Lehramt an Sekundarschulen" sowie Mittel zur Förderung der politischen, ökologischen, ökonomischen und kulturellen Bildung und zur Förderung des Schulsports eingestellt. Die Mittel für das Duale Lernen in Form von Praxiserntagen und produktivem Lernen sind in der TGr. 78 "Duales Lernen in Form von Praxiserntagen und Produktivem Lernen" veranschlagt.

Die Mittel zur Förderung und weiteren Entwicklung der Eigenverantwortung von Schule werden in der TGr. 80 "Eigenverantwortung von Schulen einschließlich des weiteren Ausbaus von Ganztagsangeboten" zusammengefasst veranschlagt. Sie umfassen Lernmittel, Aufwendungen für nebenberuflich Tätige, Schulfahrtzuschüsse und Reisekosten für Dienstreisen, Projekte im Rahmen von Schulprogrammen sowie Fortbildungskosten und Mittel zur Einrichtung von Angeboten mit außerunterrichtlichen Partnern im Rahmen des Ganztagsangebotes.

Darüber hinaus ist hier das Startchancenprogramm des Bundes und der Länder veranschlagt. Es soll dazu beitragen die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems in Deutschland nachhaltig zu verbessern wie auch die Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Beginn des Startchancenprogramms: Schuljahr 2024/ 2025 mit einer Laufzeit von 10 Jahren.

Im Bereich Bildung sind derzeit folgende Förderrichtlinien gültig:

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für bildungsbezogene Projekte und Angebote,
RdErl. des MK vom 01.08.2007 (SVBl. LSA S. 283), zuletzt geändert durch RdErl. des MK vom 22.07.2013 (SVBl. LSA S. 227)
2. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des internationalen Schüleraustausches im Rahmen von Schulpartnerschaften,
RdErl. des MK vom 31.01.2011 (SVBl. LSA S. 33)
3. RdErl. "Bereitstellung von Budgets zur Erhöhung der Eigenverantwortung von öffentlichen Schulen",
RdErl. des MB vom 15.12.2020 (SVBl. LSA S. 2)
4. RdErl. "Begabtenförderung"
RdErl. des MK vom 21.03.2011 (SVBl. LSA S. 128), zuletzt geändert durch RdErl. des MB vom 11.10.2017 (SVBl. LSA S. 187)
5. RdErl. "Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften Sport an allgemeinbildenden Schulen"
RdErl. des MB vom 01.03.2019 (SVBl. LSA S. 64), zuletzt geändert durch RdErl. des MB vom 02.08.2022 (SVBl. LSA S. 159)

Einnahmen

111 01	129	Gebühren, sonstige Entgelte	3.500 2.559	3.500	3.500

Erläuterungen:

Gebühren für Beglaubigungen von Zeugniskopien, für Feststellungen der Gleichwertigkeit von Abschlüssen sowie für die Erstellung von Widerspruchsbescheiden.

119 41	129	Rückzahlung von Überzahlungen	28.600 220.123	28.600	28.600

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückforderungen im Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung.

119 46	129	Ersatzleistungen	210.000 79.206	200.000	200.000

Erläuterungen:

Schadensersatzleistungen von Versicherungen der Unfallgegner für den Ausfall von Lehrkräften aufgrund von Unfällen.

119 51	111	Vermischte Einnahmen	15.000 36.309	15.000	15.000

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gerichtsverfahren und sonstigen Rückerstattungen

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

282 02	129	Spenden für Wettbewerbe o. ä.	0	0	0
			0		

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 07 Titel 541 02.

381 01	045	Verrechnung zwischen Titeln / Mittel Epl. 13 - Umsetzung des Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche"	0	0	0
			0		

Titelgruppe(n)

61 **Zuschüsse des Integrationsamtes aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach SGB IX (Bereich Schulen)**

Übertragbar

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 0707
Titelgruppe 61

111 61	011	Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe nach SGB IX	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0	0

64 **Kulturelle Bildung in Sachsen-Anhalt / Kreativpotentiale**

Übertragbar

119 64	011	Rückzahlung von Überzahlungen	0	0	0
			0		

282 64	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0

70 **Internationale Beziehungen im Bildungsbereich - Internationaler Schüler und Lehreraustausch - Regionalpartnerschaften**

Übertragbar

282 70	129	Überweisungen des Bundes für Bundesprogramme und sonstige Zuschüsse	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	0	0	0

76 **Modellvorhaben dualer Studiengänge für Lehrämter**

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 07
Titelgruppe 76.

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
119 76	154	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 76			0	0	0
77		Qualitätsentwicklung, Begabtenförderung, Wettbewerbe			
		Übertragbar			
111 77	129	Gebühren, sonstige Entgelte	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 77			0	0	0
79		Unterstützung von Schulen in sozial schwierigen Lagen			
119 79	129	Sonstige Einnahmen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 79			0	0	0
80		Eigenverantwortung von Schulen einschließlich des weiteren Ausbaus von Ganztagsschulangeboten			
		Übertragbar			
111 80	129	Gebühren für die Ausleihe von Lernmitteln	0 2.625.916	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 07 Titelgruppe 80.			
119 80	129	Schadensersatz für Schulbücher	0 146.999	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 07 Titelgruppe 80.			
235 80	129	Erstattung von der Bundesanstalt für Arbeit für die Umsetzung von Bildungsgutscheinen für zertifizierte Bildungsgänge	0 140.384	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 07 Titel 535 80.			
		Erläuterungen:			
		Einnahmen gem. § 40 Abs. 5 SchulG LSA für die Durchführung der durch die Bundesanstalt für Arbeit geförderten Einzelumschulungen an Berufsbildenden Schulen mit den zertifizierten Bildungsgängen Altenpflege, Altenpflegehilfe, Physiotherapie und Sozialpädagogik.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 80			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		
81		Umsetzung des Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche"			
359 81	045	Entnahme aus der Rücklage - Aufholen nach Corona	0 9.476.952	0	0
381 81	045	Verrechnung zwischen Titeln / Mittel Epl. 13	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 81			0	0	0
83		Förderung außerschulischer Lernorte			
119 83	129	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 83			0	0	0
84		Bundesmittel - Startchancenprogramm - Schulbau (Säule I)			
		Übertragbar			
119 84	129	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 0	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 07 Titel 631 84.					
Erläuterungen:					
Vereinnahmung von durch Empfänger zurückgezahlten Bundesmitteln aus überzahlten Zuweisungen sowie anfallender Zinsen.					
334 84	129	Zuweisungen des Bundes	0 0	8.168.100	8.168.100
** Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.					
*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 0707 TGr. 84					
Nachrichtlich: Summe TGr. 84			0	8.168.100	8.168.100
85		Bundesmittel - Startchancenprogramm - Chancenbudget (Säule II)			
		Übertragbar			
* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 07 Titelgruppe 85.					
119 85	129	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 0	0	0
Erläuterungen:					
Einnahmen aus Überzahlungen sowie anfallender Zinsen.					

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
359 85	129	Entnahme aus der Rücklage - Startchancenprogramm	0 0	0	0
Erläuterungen:					
Etwaige Verwendung der nicht verbrauchten Mittel aus Vorjahren zur Finanzierung von Ausgaben aus dem Startchancenprogramm.					
Zuführungen erfolgen bei Kapitel 0707 Titel 919 85.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 85			0	0	0
86		Bundesmittel - Startchancenprogramm - Multiprofessionelle Teams (Säule III)			
Übertragbar					
* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 07 Titelgruppe 86.					
119 86	129	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 0	0	0
Erläuterungen:					
Einnahmen aus Überzahlungen sowie anfallender Zinsen.					
359 86	129	Entnahme aus der Rücklage - Startchancenprogramm	0 0	0	0
Erläuterungen:					
Etwaige Verwendung der nicht verbrauchten Mittel aus Vorjahren zur Finanzierung von Ausgaben aus dem Startchancenprogramm.					
Zuführungen erfolgen bei Kapitel 0707 Titel 919 86.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 86			0	0	0
87		Kofinanzierung Startchancenprogramm - Chancenbudget (Säule II) und Multiprofessionelle Teams (Säule III)			
Übertragbar					
* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 07 Titelgruppe 87.					
119 87	129	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 0	0	0
359 87	129	Entnahmen aus der Rücklage Startchancenprogramm	0 0	0	0
Erläuterungen:					
Etwaige Verwendung der nicht verbrauchten Mittel aus Vorjahren zur Finanzierung von Ausgaben aus dem Startchancenprogramm.					
Zuführungen erfolgen bei Kapitel 0707 Titel 919 87.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 87			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

88 **Kofinanzierung Startchancenprogramm Schulbau (Säule I)**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 07
Titelgruppe 88.

119 88	129	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 88			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

427 07	129	Beschäftigungsentgelte für Praktikantinnen und Praktikanten	0	0	0
			0	0	0

427 12	129	Gestellungsgeld für kirchliche Lehrkräfte	2.800.000	3.000.000	3.000.000
			2.575.286	0	0

Erläuterungen:

Die Evangelischen Landeskirchen und die Katholische Kirche in Sachsen-Anhalt stellen aufgrund von Gestellungsverträgen für den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen kirchliche Lehrkräfte gegen Zahlung von Gestellungsgeldern zur Verfügung. Hinzu kommen Kosten für den jüdischen Religionsunterricht. Die Lehrkräfte stehen in keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Land.

427 22	129	Unterrichtsentgelte für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst für selbstständig erteilten Unterricht	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Zahlung der Unterrichtsentgelte richtet sich nach der Unterrichtsvergütungsverordnung (UntVergVO vom 17.11.2022) im Rahmen des Personalkostenbudgets der Kapitelgruppe ABS.

428 01	129	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			2.528.097	0	0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der Personalausgaben der Schulverwaltungsassistenz erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2024 in den Schulkapiteln. Die Ansätze wurden auf die Kapitel 0717, 0720 und 0722 verteilt.

428 03	129	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	156.600	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ab Haushaltsjahr 2025 erfolgt die Veranschlagung der Ausgaben des Modellvorhabens Duales Studiums für das Lehramt an Sekundarschulen im Kapitel 0707 in der Titelgruppe 76.

443 01	129	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	0	0	0
			-2.208	0	0

443 02	129	Amtsärztliche Untersuchungen	45.300	40.400	40.400
			40.333	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen der Beamten gem. §§ 10, 45 und 49 LBG LSA und § 3 TV-L für Tarifbeschäftigte.

443 03	129	Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASIG)	1.513.900	1.513.900	2.522.600
			1.566.964	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz und Umsetzung von Arbeitgeberpflichten gem. ArbSchG für das Landespersonal an Schulen in öffentlicher Trägerschaft.

511 01	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000	90.000	12.000
			7.693	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	0	80.000	2.000
2.	Kommunikation	0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
4.	Sonstiges	10.000	10.000	10.000
	Summe	10.000	90.000	12.000

Ausgaben für Kranzspenden und Nachrufe, Überarbeitung und Erstellung Krisenordner.

511 02	129	Kosten für schriftliche Prüfungen im Sekundarbereich I und II sowie zentrale Leistungserhebungen im Primar- und Sekundarbereich I	30.000	0	0
			29.770	0	0

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel für Fachaufgaben mit Bezug auf Abschlussprüfungen und zentrale Leistungserhebungen werden in der neuen Titelgruppe 68 im Kapitel 0758 (LISA) zusammengefasst. Deshalb werden die bisher hier veranschlagten Haushaltsmittel ab 2025 im Kapitel 0758 Titel 511 68 veranschlagt.

525 01	154	Aus- und Fortbildung der Lehrpersonalräte	47.600	47.600	47.600
			40.419	0	0

Erläuterungen:

Bei dieser Haushaltsstelle sind die Ausgaben für die Teilnahme an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen der Lehrpersonalräte, der Schwerbehindertenvertreter sowie der Gleichstellungsbeauftragten im Bereich der Schulen des LSA veranschlagt.

526 01	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	5.000	5.000	5.000
			291.183	0	0

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) veranschlagt.

526 02	129	Sachverständige	20.000	20.000	20.000
			13.086	0	0

Erläuterungen:

Vergütung von Fremdprüfern im Zusammenhang mit Sprachfeststellungsprüfungen sowie Vergütung von Dolmetschern / Sprachmittlern für eine rechtssichere Kommunikation zwischen Vertretern der Schulen und Sorgeberechtigten mit Migrationshintergrund.

527 01	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	450.000	450.000	450.000
			343.784	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Lehrkräfte, Pädagogischen Mitarbeiter/innen und Schulverwaltungsassistenz nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG).

527 03	129	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	17.500	20.000	20.000
			18.056	0	0

Erläuterungen:

Reisekostenvergütungen in Personalvertretungsangelegenheiten sowie der Schwerbehindertenvertreter und Gleichstellungsbeauftragten auf Regional- und Schulebene.

533 02	011	Dienstleistungen Außenstehender	30.000	0	0
			25.000	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 02

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel für Fachaufgaben mit Bezug auf Abschlussprüfungen und zentrale Leistungserhebungen werden in der neuen Titelgruppe 68 im Kapitel 0758 (LISA) zusammengefasst. Deshalb werden die veranschlagten Haushaltsmittel ab 2025 im Kapitel 0758 Titel 533 68 verortet.

541 02	129	Verwendung zweckgebundener Spenden für Wettbewerbe o.ä.	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 07 07 Titel 282 02.

681 02	129	Übernahme von Kosten für die Stornierung von Schulfahrten	0	0	0
			0	0	0

684 01	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für Projekte der Schulsozialarbeit	805.000	878.700	1.042.100
			769.552	620.000	0

*** Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung
verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		778.700			778.700
2026		802.100	240.000		1.042.100
2027		826.200	240.000		1.066.200
2028		496.400	140.000		636.400
2029 ff.					
Summen		2.903.400	620.000		3.523.400

Erläuterungen:

Die hier veranschlagten Mittel setzen sich wie folgt zusammen:

1. Berücksichtigt ist die Finanzierung der 14 weiteren Stellen der Schulsozialarbeit bis Ende des Schuljahres 2027/ 2028. Die Finanzierung resultiert aus der Inanspruchnahme der VE 2024. Die Landkreise und kreisfreien Städte beteiligen sich ab dem Schuljahr 2024/ 2025 mit 10 v. H.

2. Ferner wurden Mittel und die VE zur Finanzierung von 4 weiteren Stellen der Schulsozialarbeit für die Landesschulen bis Ende des Schuljahres 2027/ 2028 berücksichtigt, um Zuwendungsbescheide oder Zuwendungsverträge mit Trägern der Jugendhilfe zu ermöglichen.

684 02	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für Austauschprogramme	58.000	58.000	58.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für ein bildungsorientiertes Austauschprogramm in die USA. Das Programm "USA for You!" soll Schülerinnen und Schülern im Alter von 14 bis 17 Jahren, die einen ersten oder mittleren Schulabschluss anstreben und i. d. R. eine Haupt- oder Realschule besuchen, eine erste vollfinanzierte Austauscheraufahrt und die Erhöhung der fremdsprachlichen und interkulturellen Kompetenz ermöglichen.

685 01	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS)	410.000	827.000	761.000
			220.000	1.666.000	0

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	220.000	357.000			577.000
2026			761.000		761.000
2027			580.000		580.000
2028			325.000		325.000
2029 ff.					
Summen	220.000	357.000	1.666.000		2.243.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Projekt: Serviceagentur "Ganztägig Lernen" Sachsen-Anhalt (SAG)	310.000	322.000	325.000
2.	Projekt: Prozessbegleitung des Modellvorhabens "Grundschule und Hort im Dialog"	100.000	505.000	436.000
	Summe	410.000	827.000	761.000

Zu 1.

Die Ausgaben dienen der mehrjährigen projektbezogenen Förderung der Serviceagentur "Ganztägig Lernen" Sachsen-Anhalt (SAG) der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS). Durch die Zuwendung werden durch die SAG u. a. folgende Schwerpunktaufgaben realisiert:

Standortbegleitung, Netzwerkarbeit, Vor-Ort-Beratung der Schulen, Vermittlung von Kooperationspartnern, Organisation von Hospitationen, Fortbildungsangeboten und Öffentlichkeitsarbeit.

Ziel: Unterstützung der qualitativen Ganztagschulentwicklung in Sachsen-Anhalt, der Weiterentwicklung von Ganztagskonzepten und für die fachliche Begleitung zu Fragen der Ganztagsangebotsgestaltung.

Laufzeit: 01.01.2023 bis 31.12.2025 bzw. 01.01.2026 bis 31.12.2028

Zu 2.

Die Ausgaben dienen der mehrjährigen projektbezogenen Förderung der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) im Rahmen der 1. Modellprojekt-Tranche sowie der anschließenden 2. Modellprojekt-Tranche. Durch die Zuwendung werden u. a. folgende Schwerpunktaufgaben realisiert: Standortbegleitung, Vor-Ort-Beratung der Schulen und Kooperationspartner, Prozessbegleitung, Fachberatung der Schulen, Netzwerkarbeit, Organisation, Moderation und Begleitung von landesweiten Arbeitsreffen, digitale Fachimpulse.

Ziel: Stärkung der träger- und einrichtungsübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Leitungen und pädagogischen Fachkräften aus Grundschulen und Horten.

Laufzeit: 01.01.2024 bis 30.09.2025

Erweiterung ZWB für die Laufzeit vom 01.08.2025 bis 31.07.2027. Die DKJS wird im überschneidenden Zeitraum 2025 auf zusätzliche Fachkräfte für die Prozessbegleitung zurückgreifen müssen.

685 02	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an das Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA e.V.)	228.000	232.000	232.000
			225.000	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		232.000			232.000
2026		232.000			232.000
2027		232.000			232.000
2028					
2029 ff.					
Summen		696.000			696.000

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

Erläuterungen:

Mittel für Zuwanderung schulpflichtiger Kinder von Asylbewerbern. Die Servicestelle "Interkulturelles Lernen an Schulen" berät Schulen, Migrantenorganisationen und andere lokale Kooperationspartner u.a. in der Entwicklung und Verbreitung von Unterrichtsprojekten und Unterrichtsmaterialien zum Interkulturellen Lernen.

685 03	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	80.000	119.000	119.000
			74.918	0	0

Erläuterungen:

Vorbereitung und Durchführung der Schülerzeitungskampagne durch den Verband junger Medienmacher "fjp-media"

685 04	129	Zuschüsse im Rahmen von Verwaltungsabkommen der KMK	480.000	655.000	715.000
			381.749	0	0

Erläuterungen:

Anteilige Ausgaben nach dem Königsteiner Schlüssel für nationale und internationale Schülerleistungsvergleiche wie PISA, TIMSS, PIRLS/IGLU, Bildungstrend, nationale Bildungsberichterstattung, gemeinsam finanzierte Einrichtungen von Bund und Ländern wie ZIB, der Länder wie IQB, FDZ sowie länderübergreifende innovative Projekte und Arbeitsvorhaben der KMK wie die Weiterentwicklung der Bildungsstandards, die Umstellung auf technologiebasiertes Testen, das DZLM-Programm QuaMath; Bildungsmonitoring, für Deutsch-polnischen Bildungsausschuss, Rat für Deutsche Rechtschreibung, Geschäftsstelle Deutsche Schulsportstiftung, anteilige Personalkosten zur Koordinierung von Projekten und politischen Vorhaben wie "Leistung macht Schule (LemaS) - Förderung leistungsstarker Schülerinnen und Schüler", Pakt für berufliche Schulen.

685 05	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	0	0	0
			0	0	0

685 06	129	Zuschüsse an außerschulische Partner für "Erste-Hilfe-Kurse"	100.000	150.000	200.000
			23.929	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	150.000				150.000
2026	200.000				200.000
2027	200.000				200.000
2028					
2029 ff.					
Summen	550.000				550.000

Erläuterungen:

Unter Berücksichtigung der Empfehlung des Schulausschusses der KMK zur Einführung von Modulen zum Thema "Wiederbelebung" werden zur Stärkung von Erste-Hilfe-Kenntnissen für Schülerinnen und Schüler an den Schulen Erste-Hilfe-Kurse angeboten. Die Umsetzung erfolgt fächerübergreifend im Unterricht und durch zusätzliche außerunterrichtliche Angebote, die in Kooperation mit außerschulischen Partnern umgesetzt werden.

685 07	129	Zuschüsse für Sportlehrungen	10.000	10.000	10.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Zuschuss für die allgemeinbildenden Schulen des Landes für Ehrungsveranstaltungen im schulsportlichen Bereich, unter anderem für Sachkosten und Kosten für Dienstleister.

981 01	129	Verrechnung zwischen Kapiteln	0	0	0
			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 981 01

*** Verrechnung mit Kapitel 0343 Titel 381 01

Erläuterungen:

Verrechnung mit dem Statistischen Landesamt.

Titelgruppe(n)

61 Zuschüsse des Integrationsamtes aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach SGB IX (Bereich Schulen)

Übertragbar

*** Ausgaben der Titelgruppe 61 dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kap. 0707 Titelgruppe 61. Die Ausgaben dürfen als Vorfinanzierung geleistet werden bis zur Höhe des durch Bescheid des Integrationsamtes gewährten Zuschusses.

Erläuterungen:

Zuschüsse des Integrationsamtes für Zwecke der besonderen Leistungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich der begleitenden Hilfe.

429 61	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 0	0 0	0 0
547 61	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
812 61	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0 0	0 0

64 Kulturelle Bildung in Sachsen-Anhalt / Kreativpotentiale

Übertragbar

Erläuterungen:

Weiterentwicklung, Systematisierung und Strukturierung der im Land vorhandenen Angebote und Ansätze kultureller Bildung und kultureller Schulentwicklung und Unterstützung der Entwicklung kreativer Kompetenzen im Hinblick auf veränderte Anforderungen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt durch die Digitalisierung (KMK-Strategie "Bildung in der digitalen Welt"; OECD Learning Compass 2030)

427 64	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	71.000 0	71.100 0	71.100 0
511 64	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
525 64	129	Aus- und Fortbildung	0 0	0 0	0 0
527 64	129	Reisekosten für Dienstreisen	0 0	0 0	0 0

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
531 64	129	Veröffentlichungen	0 0	0 0	0 0
547 64	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 18.253	0 0	0 0
671 64	129	Rückzahlung an die Stiftung Mercator	0 0	0 0	0 0
684 64	129	Zuschüsse für Schulen zur Umsetzung bildungsbezogener Projekte	100.000 108.588	100.000 0	100.000 0
Erläuterungen:					
Das Projekt "Kreativpotentiale Sachsen-Anhalt" soll als Projekt der schulischen kulturellen Bildung auch nach dem Auslaufen der Förderung durch die Mercator GmbH dauerhaft fortgeführt werden.					
685 64	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an die DKJS zur Umsetzung des Projekts Kreativpotentiale	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			171.000	171.100 0	171.100 0
65		Förderung für den Schulsport			
Übertragbar					
** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.					
*** Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 13 02 Titel 122 01. Der aus anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 gedeckte Teil der veranschlagten Ausgaben in Höhe von 872.400 EUR für 2025 und 889.200 EUR für 2026 darf nur im Umfang der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden. In Höhe der anteiligen Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben geleistet werden.					
Erläuterungen:					
In dieser Titelgruppe werden Mittel veranschlagt, die der praktischen Umsetzung der "Vereinbarung über das Aktionsbündnis Schulsport und Vereinssport 2000 im Land Sachsen-Anhalt" v. 10.09.1999 gem. RdErl. "Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften Sport an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen" dienen. Es werden Mittel bereitgestellt für Ausscheidungswettbewerbe zur Vorbereitung von JUGEND TRAINIERT FÜR OLYMPIA & PARALYMPICS.					
427 65	129	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	520.500 536.065	521.000 0	531.000 0
Erläuterungen:					
Aufwandsentschädigung für die Betreuung von Arbeitsgemeinschaften Sport. Die Bewirtschaftung erfolgt im Rahmen von Schulbudgets auf der Grundlage des SchulG LSA § 24 Abs. 2.					
525 65	129	Lehrmittel	17.800 15.475	17.900 0	18.200 0
Erläuterungen:					
Mittel zur Beschaffung von Sportgeräten und sporttechnischen Ausrüstungen für Arbeitsgemeinschaften Sport. Die Bewirtschaftung erfolgt im Rahmen von Schulbudgets auf der Grundlage des SchulG LSA § 24 Abs. 2.					

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
527 65	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	187.500 116.235	187.800 0	191.400 0
		Erläuterungen: Fahrtkosten für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Schulsportwettbewerben und Ausgaben für die Bundesfinals sowie Ausbildung von Schulsportassistentinnen und Schulsportassistenten.			
547 65	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	75.500 137.149	75.600 0	77.100 0
		Erläuterungen: Ausgaben für Sachkosten, die bei der Durchführung von Schulsportwettbewerben und Ehrungsveranstaltungen anfallen. Die Bewirtschaftung erfolgt im Rahmen von Schulbudgets auf der Grundlage des SchulG LSA § 24 Abs. 2. Des Weiteren sind die Sach- und Reisekosten der Terminkonferenz für die Schulsportkoordinatorinnen und Schulsportkoordinatoren für JTfO / JTfP für Paralympics zu finanzieren.			
684 65	129	Zuschüsse für laufende Zwecke	70.000 35.926	70.100 0	71.500 0
		Erläuterungen: Gewährung von Zuwendungen an den Landessportbund, an Kreis- und Stadtsportbünde sowie an eingetragene und gemeinnützige Sportvereine und Landesfachverbände zur Entwicklung außerunterrichtlicher Sportangebote für Kinder- und Jugendliche (z.B. Errichtung von Talentgruppen).			
685 65	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
883 65	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			871.300	872.400 0	889.200 0
66		Förderung von bildungsbezogenen Projekten			
		Übertragbar			
		** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.			
		*** Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 13 02 Titel 122 01. Der aus anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 gedeckte Teil der veranschlagten Ausgaben in Höhe von 788.000 EUR für 2025 und 803.100 EUR für 2026 darf nur im Umfang der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden. In Höhe der anteiligen Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben geleistet werden.			
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:			
		a) die Sachkosten für Streitschlichter und Mediatoren sowie Mittel für Projekte im Rahmen der Bildung für nachhaltige Projekte (BNE) und b) Zuwendungen für Maßnahmen, die zur Entwicklung und Umsetzung von bildungsbezogenen Projekten an Schulen bestimmt sind.			
533 66	129	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

547 66	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	22.500	22.500	22.500
			21.494	0	0

Erläuterungen:

Sachkosten für Streitschlichter und Mediatoren sowie für Projekte im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

681 66	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an natürliche Personen	0	0	0
			0	0	0

683 66	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

685 66	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

686 66	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	736.400	765.500	780.600
			727.237	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		335.000			335.000
2026		335.000			335.000
2027		335.000			335.000
2028		335.000			335.000
2029 ff.					
Summen		1.340.000			1.340.000

Erläuterungen:

Förderung der

- a) von der obersten Schulbehörde anerkannten Projekte, die von den Schulen bei Bedarf abgerufen werden können;
- b) Projekte, die in Zusammenarbeit mit der Schule entwickelt werden und
- c) Maßnahmen, die zur Entwicklung und Umsetzung von bildungsbezogenen Projekten an Schulen bestimmt sind und die auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung, die mit der obersten Schulbehörde abgeschlossen wurde, durchgeführt werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	758.900	788.000	803.100
		0	0

70 **Internationale Beziehungen im Bildungsbereich -**
Internationaler Schüler und Lehreraustausch -
Regionalpartnerschaften

Übertragbar

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen internationaler Beziehungen im Bildungsbereich, zur Umsetzung der europäischen Dimension im Unterricht, zum weiteren Ausbau internationaler Schulpartnerschaften, zur Erhöhung der Fremdsprachen- und interkulturellen Kompetenz.

429 70	129	Aufwendungen für Fremdsprachenassistenten	228.200	228.200	228.200
			133.746	0	0

Erläuterungen:

Fremdsprachenassistenten (FSA)-Programm für Sachsen-Anhalt.

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
527 70	129	Reisekostenzuschüsse für Hospitations- und Studienaufenthalte sowie für vorbereitende Besuche zur Anbahnung von Schulpartnerschaften	81.000 42.850	81.000 0	81.000 0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Reisekosten für Lehrkräfte und Bildungsverantwortliche, die im Zusammenhang mit Fahrten in Partnerregionen und Schwerpunktländer zur Anbahnung und Ausgestaltung der Zusammenarbeit entstehen sowie für Dienstreisen im Rahmen internationaler Schulpartnerschaften und Beziehungen.			
534 70	129	Fortbildung/Studienaufenthalte	65.000 23.911	65.000 0	65.000 0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Mittel für die Fortbildung von ausländischen Deutschlehrkräften, für Hospitations- und Studienaufenthalte von Lehrkräften und Bildungsverantwortlichen aus Partnerregionen und Schwerpunktländern sowie für das Schülerstipendienprogramm.			
547 70	129	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0 1.793	0 0	0 0
633 70	129	Zuschüsse für internationale Schulaustauschprojekte	280.000 264.725	310.000 0	350.000 0
		Erläuterungen: Zuschüsse für internationale Schulaustauschprojekte im Rahmen von Schulpartnerschaften (Begegnungen am eigenen Ort sowie am Ort des Partners)			
681 70	129	Zuschüsse für die Entsendung von Lehrern nach Mittel-, Ost- und Südosteuropa	0 0	0 0	0 0
685 70	129	Zuschüsse zur Förderung von Projekten im Bereich des interkulturellen Lernens und zur Erhöhung der Fremdsprachenkompetenz	40.000 4.877	40.000 0	40.000 0
		Erläuterungen: Unterstützung von Einzel- und Schwerpunktprojekten im Bereich des interkulturellen Lernens der europäischen Bildung und zur Entwicklung von Fremdsprachenkompetenz im Zusammenhang insbesondere mit Partnerregionen und Schwerpunktländern.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			694.200	724.200 0	764.200 0
71		Kosten des Landeselternrates, Landesschulbeirates und Landesschülerrates			
		Übertragbar			
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für die - durch die Tätigkeit des Landeselternrates, Landesschülerrates und Landesschulbeirates entstehenden notwendigen Ausgaben gem. § 81 SchulG LSA einschließlich der Erstattung von Auslagen an die Mitglieder des Landeselternrates, Landesschulbeirates und Landesschülerrates wie Reisekosten, Übernachtungskosten gemäß geltender Verordnung, - sächliche Ausstattung des Landesschulbeirates sowie der Geschäftsstelle für den Landeselternrat und Landesschülerrat (gem. §§ 75, 81 SchulG LSA).			
412 71	111	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	46.000 22.457	48.500 0	48.500 0
		Erläuterungen: Aufwendungen für Gremiumsmitglieder des Landesschülerrates, Landeselternrates und Landesschulbeirates.			

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
427 71	111	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0
511 71	111	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5.400 1.854	5.400 0	5.400 0
		Erläuterungen: Sächliche Ausstattung des Landesschulbeirates sowie der Geschäftsstelle des Landeselternrates und Landesschülerrates.			
518 71	111	Mieten und Pachten	2.000 0	2.000 0	2.000 0
		Erläuterungen: Mieten und Pachten für die Durchführung von Veranstaltungen der Gremien nach dem Schulgesetz - außerhalb der Geschäftsstellen (z.B. Landestreffen bzw. Regionalkonferenz).			
527 71	111	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 0	0 0	0 0
531 71	111	Veröffentlichungen	1.500 0	1.500 0	1.500 0
		Erläuterungen: Ausgaben für Veröffentlichungen im Rahmen der Aufgaben des Landeselternrates, Landesschulbeirates und Landesschülerrates.			
547 71	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	700 0	700 0	700 0
685 71	111	Mitgliedsbeitrag an den Bundeselternrat	1.700 1.620	1.700 0	1.700 0
		Erläuterungen: Mitgliedsbeiträge für den Bundeselternrat.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 71			57.300	59.800 0	59.800 0
76		Modellvorhaben dualer Studiengänge für Lehrämter			
		Übertragbar			
		* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 07 Titelgruppe 76.			
		** Die Ausgaben der Titelgruppe 76 sind auch einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ausgaben von Kapitel 07 07 Titelgruppe 80.			
		Erläuterungen: Hier sind Mittel für das Modellvorhaben "Bachelorstudiengang Duales Studium für das Lehramt an Sekundarschulen" veranschlagt.			
428 76	154	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	630.000 0	1.134.000 0
		Erläuterungen: Studienentgelte für die Teilnehmer am Bachelorstudiengang			

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

527 76	154	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 0	0 0	0 0
547 76	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	381.000 0	389.700 0
685 76	154	Semestergebühren	0 0	33.500 217.200	41.700 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			41.700		41.700
2027			50.000		50.000
2028			50.000		50.000
2029 ff.			75.500		75.500
Summen			217.200		217.200

Erläuterungen:

Semestergebühren für die Teilnehmenden am Studiengang.

Nachrichtlich: Summe TGr. 76	0	1.044.500 217.200	1.565.400 0

77 Qualitätsentwicklung, Begabtenförderung, Wettbewerbe

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für:

- den Betrieb einer Begabungsdagnostischen Beratungs- und Informationsstelle (BRAIN- Sachsen- Anhalt) zur Hochbegabtdiagnostik,
- Aufwendungen zur Weiterentwicklung der Begabtenförderung,
- BISS-Transfer-Veranstaltungen und Maßnahmen
- den Betrieb des Schulmobils für die Kinder beruflich Reisender und
- Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung/Qualitätssicherung.

427 77	129	Aufw. für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0 0	0 0	0 0
429 77	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben im Rahmen von Begabtenförderung und Wettbewerben	41.000 16.230	41.000 0	41.000 0
511 77	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	150.000 96.897	150.000 0	150.000 0
527 77	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	18.000 10.134	18.000 0	18.000 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 77

Erläuterungen:

Veranschlagung von Reisekosten für die Wettbewerbsbetreuer im Rahmen der Begabtenförderung, der Schulentwicklung und der Beratungslehrkräfte.

533 77	129	Dienstleistung Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

547 77	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	311.000	323.000	323.000
			335.282	0	0

Erläuterungen:

Sachmittel für die Begabtenförderung, Wettbewerbe

633 77	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

681 77	129	Zuschüsse für begabte Schülerinnen und Schüler zur Wohnheimunterbringung in sozialen Härtefällen	0	0	0
			0	0	0

685 77	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	460.000	438.400	418.700
			80.000	0	0

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026		100.000			100.000
2027		100.000			100.000
2028		100.000			100.000
2029 ff.					
Summen		400.000			400.000

Erläuterungen:

1. Veranschlagt sind Kosten für den Betrieb einer Begabungsdagnostischen Beratungs- und Informationsstelle (BRAIN Sachsen-Anhalt) zur Hochbegabungsdagnostik (s. hierzu auch die VE 2024 für den Abschluss eines Kooperationsvertrages mit der MLU).
2. Kosten aus der erforderlichen Unterstützung der teilnehmenden Schulen, für BISS-Transfer-Veranstaltungen und Maßnahmen

686 77	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	5.000	7.000	5.000
			5.018	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 77

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	100.000	5.000			105.000
2026		5.000			5.000
2027		5.000			5.000
2028		5.000			5.000
2029 ff.					
Summen	100.000	20.000			120.000

Erläuterungen:

Vertrag des Landes Sachsen-Anhalt mit dem Verein "Mobile Schule e.V." , Förderung von Sachmitteln für Kinder beruflich Reisender.

Nachrichtlich: Summe TGr. 77	985.000	977.400	955.700
		0	0

78 **Duales Lernen in Form von Praxislertagen und Produktivem Lernen**

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

******* Gemäß § 24 Abs. 2 SchulG LSA werden nicht verbrauchte Budgetmittel der Schule in das nachfolgende Haushaltsjahr übertragen.

Erläuterungen:

Ausgaben für das Duale Lernen in Form von "Praxislertagen" und "Produktivem Lernen" sowie zur Unterstützung der Schulen bei der Erprobung neuer Modelle zur Unterrichtsorganisation gemäß Landtagsbeschluss 8/818 vom 24.02.2022.

429 78	129	Nicht aufteilbare Personalkosten	142.200	167.000	170.400
			137.739	0	0

Erläuterungen:

Personalausgaben der Pädagogischen Arbeitsstelle "Praxislertage" für das Modellprojekt "Duales Lernen in Form von Praxislertagen".

511 78	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	120.500	10.500	10.500
			2.910	0	0

Erläuterungen:

Ausstattung der Pädagogischen Arbeitsstelle "Praxislertage" für das Modellprojekt "Duales Lernen in Form von Praxislertagen"

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 78

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Praxislerntag PLT	10.500	10.500	10.500
2.		Produktives Lernen PL	110.000	0	0
		Summe	120.500	10.500	10.500

518 78	129	Mieten und Pachten	7.000	0	0
			200	0	0

522 78	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

525 78	129	Aus- und Fortbildung	7.000	4.000	4.000
			7.750	0	0

Erläuterungen:

			2024	2025	2026
1.		Praxislertage PLT	2.000	2.000	2.000
2.		Produktives Lernen PL	5.000	2.000	2.000
		Zusammen	7.000	4.000	4.000

1. Für Fortbildungen der Bediensteten der Pädagogischen Arbeitsstelle "Praxislertage" für das Modellprojekt "Duales Lernen in Form von Praxislertagen".

2. Für die Lehr- und Lernmittel für die Netzwerktreffen der Lehrkräfte im "Produktiven Lernen".

527 78	129	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	117.800	46.200	46.200
			6.781	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für Lehrkräfte zu Praxislernorten, Fortbildungen und Netzwerktreffen im Rahmen des Modellprojektes "Duales Lernen in Form von Praxislertagen".

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Praxislertage PLT	67.800	46.200	46.200
2.		Produktives Lernen PL	50.000	0	0
		Summe	117.800	46.200	46.200

533 78	129	Dienstleistungen Außenstehender	0	264.000	264.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Mittel für den Einsatz externer Bildungsträger bei der Organisation und Durchführung des Modellprojekts "Duales Lernen in Form von Praxislertagen" an einzelnen Schulen.

684 78	129	Zuschüsse für laufende Zwecke	809.300	529.400	640.000
			3.682	0	0

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 78

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		242.000			242.000
2026		121.000			121.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		363.000			363.000

Erläuterungen:

Sachkosten und Fahrtkosten für Schülerinnen und Schüler für das Modellprojekt "Duales Lernen in Form von Praxislernetagen"

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Praxislernetage PLT	664.300	529.400	640.000
2.	Produktives Lernen PL	76.000	0	0
3.	Modellprojektschulen	69.000	0	0
	Summe	809.300	529.400	640.000

685 78	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	223.200	223.200
			0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagung einer schuljahresbezogenen Zuweisung für das "Produktive Lernen".

883 78	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	300.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausstattung der Lernwerkstätten für das "Produktive Lernen"

Nachrichtlich: Summe TGr. 78	1.203.800	1.244.300	1.658.300
		0	0

79 **Unterstützung von Schulen in sozial schwierigen Lagen**

429 79	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

511 79	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

547 79	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

685 79	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

686 79	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	710.000	210.000	210.000
			282.196	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 79

Erläuterungen:

Umsetzung des Bundesprogramms "Schule macht stark!" im Land Sachsen-Anhalt, Einsatz von Landesmitteln zur Unterstützung der beteiligten Schulen.

893 79	129	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 79			710.000	210.000	210.000
				0	0

80 Eigenverantwortung von Schulen einschließlich des weiteren Ausbaus von Ganztagsschulangeboten

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 07 Titel 111 80 und Kapitel 07 07 Titel 119 80.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Ausgaben der Titelgruppe 80 sind auch einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben von Kapitel 0707 Titelgruppe 76.

*** Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 13 02 Titel 122 01. Der aus anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 gedeckte Teil der veranschlagten Ausgaben in Höhe von 1.491.500 EUR für 2025 und 1.520.200 EUR für 2026 darf nur im Umfang der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden. In Höhe der anteiligen Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben geleistet werden.

Gem. SchulG LSA § 24 (2) werden nicht verbrauchte Budgetmittel der Schule in das nachfolgende Haushaltsjahr übertragen.

Erläuterungen:

Hier sind schulbezogene Personal- und Sachausgaben mit dem Ziel der Erhöhung der Eigenständigkeit der Schulen in ausgewählten Bereichen veranschlagt.

427 80	129	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	200.000	250.000	250.000
			227.372	0	0

525 80	129	Lernmittel	5.049.100	5.049.100	5.049.100
			7.891.573	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Lernmittel gemäß § 72 Abs. 1 Schulgesetz LSA.
Die Veranschlagung erfolgt gem. geltender Lernmittelkostenentlastungsverordnung.
Gebühren für die Ausleihe von Lernmitteln werden ausschließlich für Lernmittel eingesetzt.

527 80	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	456.000	700.000	700.000
			617.258	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 80

Erläuterungen:

Reisekosten für Lehrkräfte und Begleitpersonen an allgemein- und berufsbildenden Schulen aus Anlass von Schulfahrten und sonstigen schulischen Veranstaltungen.

533 80	129	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			191.568	0	0

535 80	129	Sonstige Sachkosten der zertifizierten Berufsbildenden Schulen	0	0	0
			130.107	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 07 07 Titel 235 80.

Erläuterungen:

Zertifizierte Berufsbildende Schulen können die Einnahmen von der Bundesanstalt für Arbeit für Sachausgaben im Rahmen ihrer pädagogischen Arbeit nutzen.

547 80	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Bei diesem Titel sind Sachausgaben für die Durchführung von systembezogenen Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der Budgets nachzuweisen.

684 80	129	Zuschüsse für Schulfahrten und Durchführung von Projekten im Rahmen von Schulprogrammen	1.489.700	1.491.500	1.520.200
			1.937.689	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme an Schulfahrten und anderen schulischen Veranstaltungen, wie Maßnahmen zur Studienorientierung, Berufsorientierung und Veranstaltungen an anderen Lernorten. Veranschlagt sind Haushaltsmittel zur Errichtung von Angeboten in Kooperation mit außerschulischen Partnern, zur Unterstützung durch Fortbildung und Coaching sowie von bildungsbezogenen Projekten im Rahmen von Schulprogrammen.

685 80	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	5.835.100	4.130.500	4.473.900
			2.968.523	0	1.444.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		912.000			912.000
2026		532.000			532.000
2027				912.000	912.000
2028				532.000	532.000
2029 ff.					
Summen		1.444.000		1.444.000	2.888.000

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 80

Erläuterungen:

1. Veranschlagung einer schuljahresbezogenen Zuweisung für die überjährige Sicherung und Planungssicherheit für kontinuierliche Ganztagsschulangebote und Kooperationsvereinbarungen für die Durchführung von außerunterrichtlichen Ganztagsschulangeboten in der Sekundarstufe I. Fortführung "FSJ an Ganztagsschulen", Budget für außerunterrichtliche schulische Projekte sowie ergänzender Einsatz von Experten im Unterricht in Eigenverantwortung der Schulen: 3.271.500 EUR,

2. Veranschlagung einer schuljahresbezogenen Zuweisung für den Personaleinsatz am Modellprojekt "Kooperation Hort-Grundschule" i.H.v. 450.000 EUR im Jahr 2025.

3. "BFD 27+ an Schulen": 120.000 EUR.

4. Zuschüsse für Maßnahmen und Projekte für die Umsetzung von inhaltlichen Schwerpunkten der Europaschulen und UNESCO-Projektschulen: 100.000 EUR.

5. Veranschlagung einer schuljahresbezogenen Zuweisung für Ganztagsgrundschulen i. H. v. 189.000 EUR im Jahr 2025 und 532.400 EUR im Jahr 2026

686 80	129	Zuschüsse für laufende Zwecke für Ganztagsschulangebote für Schulen in freier Trägerschaft	0 25.008	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 80			13.029.900	11.621.100 0	11.993.200 1.444.000

81 **Umsetzung des Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche"**

422 81	045	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 4.886	0 0	0 0
427 81	045	Beschäftigungsentgelte und Honorare	0 371.102	0 0	0 0
428 81	045	Mehrarbeits-/ Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 14.172	0 0	0 0
511 81	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 182.935	0 0	0 0
525 81	045	Aus- und Fortbildung	0 0	0 0	0 0
527 81	045	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 0	0 0	0 0
533 81	045	Dienstleistung Außenstehender	0 387.640	0 0	0 0
684 81	045	Zuschüsse an öffentliche Schulen zur Umsetzung des Aktionsprogramms	0 5.899.050	0 0	0 0
685 81	045	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 68.731	0 0	0 0
686 81	045	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft zur Umsetzung des Aktionsprogramms	0 17.025	0 0	0 0

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

812 81	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 1.834.860	0 0	0 0
919 81	045	Zuführung zur Rücklage	0 696.552	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 81			0	0 0	0 0

82 Flexibles Personalbudget im Schulbereich

Übertragbar

*** Gem. SchulG LSA § 24 (2) werden nicht verbrauchte Honorarmittel der Schulen in das nachfolgende Haushaltsjahr übertragen.

Erläuterungen:

Es sind schulbezogene Personal- und Sachausgaben mit dem Ziel der Erhöhung der Eigenständigkeit der Schulen veranschlagt.

427 82	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 13.846.911	0 0	0 0
525 82	129	Honorare für Unterstützungskräfte	5.000.000 566.296	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 82			5.000.000	0 0	0 0

83 Förderung außerschulischer Lernorte

633 83	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
671 83	129	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0 0	90.400 728.400	182.100 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			182.100		182.100
2027			182.100		182.100
2028			182.100		182.100
2029 ff.			182.100		182.100
Summen			728.400		728.400

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 83

Erläuterungen:

Es ist vorgesehen, die Administration der Förderrichtlinie Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von bildungsbezogenen Projekten an außerschulischen Lernorten und von Bildungspartnern auf die IB zu übertragen. Dazu ist beabsichtigt, 2025 einen entsprechenden öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der IB abzuschließen, der zunächst bis 2029 befristet werden soll. Ausgaben, die über die Richtlinie bewilligt werden sollen, sind bei Kapitel 0707 TGr. 66 (Förderung von bildungsbezogenen Projekten) und TGr. 83 (Förderung außerschulischer Lernorte) veranschlagt.

684 83	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	50.000	50.000	50.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für Schullandheime zur Gestaltung des Aufenthalts von Schulklassen

685 83	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	120.000	120.000	120.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für das Projekt "Chemie zum Anfassen"

686 83	129	Sonstige Zuschüsse an Träger außerschulischer Lernorte	1.330.000	939.600	847.900
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 83			1.500.000	1.200.000	1.200.000
				728.400	0

84 Bundesmittel - Startchancenprogramm - Schulbau (Säule I)

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

******* Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden. Die in 2025 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 zulasten der Jahre 2026 ff. erfolgt ist. Die in 2026 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 und der VE 2025 zulasten der Jahre 2027 ff. erfolgt ist.

Ausgaben bei den Titeln 883 84 und 893 84 dürfen nur in Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 07 Titel 334 84 geleistet werden. Die Ausgaben der Titel 883 84 und 893 84 erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 334 84.

Erläuterungen:

Das Startchancenprogramm des Bundes und der Länder soll dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems in Deutschland nachhaltig zu verbessern, die Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Das Programm soll im Schuljahr 2024/2025 starten und mit einer Laufzeit von zehn Jahren den Veränderungsprozessen im Bildungswesen Rechnung tragen. Ziel des Investitionsprogramms für eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung sind Beiträge zu modernen, klimagerechten und barrierefreien Lernorten. Dazu sollen im Besonderen Verbesserungen in Form von lernfördernden Räumen, moderner Infrastruktur und Lernflächen (zum Beispiel Kreativlabore, Multifunktionsräume oder Räumlichkeiten für inklusives Lernen) sowie attraktive Arbeitsplätze und Arbeitsbereiche für das pädagogische Personal dienen.

631 84	129	Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesmittel	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 07 Titel 119 84.

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 84

Erläuterungen:

Erstattung nicht verbrauchter Bundesmittel sowie anfallender Zinsen an den Bund.

883 84	129	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Schulträger	0	8.168.100	8.168.100
			0	73.513.700	73.513.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		9.679.700			9.679.700
2026		9.679.700	8.168.100		17.847.800
2027		9.679.700	8.168.100	8.168.100	26.015.900
2028		67.757.900	8.168.100	8.168.100	84.094.100
2029 ff.			49.009.400	57.177.500	106.186.900
Summen		96.797.000	73.513.700	73.513.700	243.824.400

Erläuterungen:

Finanzhilfen für Investitionen im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zum Investitionsprogramm Startchancen.

893 84	129	Zuweisungen für Investitionen an Freie Schulträger	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 84			0	8.168.100	8.168.100
				73.513.700	73.513.700

**85 Bundesmittel - Startchancenprogramm - Chancenbudget
(Säule II)**

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 07 Titelgruppe 85.

** Ausgaben dürfen nur geleistet werden im Umfang des auf Sachsen-Anhalt entfallenden Anteils der Ist-Einnahmen aus der Umsatzsteuer zur Umsetzung des Startchancenprogramms (Säule II) bei Kapitel 13 01 Titel 015 01. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen auch überschritten werden in Höhe der Hälfte der nicht verausgabten, in 2024 bei Kapitel 13 01 Titel 015 01 zur Umsetzung des Startchancenprogramms von Bund und Ländern zweckgebunden eingegangenen Einnahmen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Gemäß § 24 Abs. 2 SchulG LSA werden nicht verbrauchte Budgetmittel der Schule in das nachfolgende Haushaltsjahr übertragen.

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Das Startchancenprogramm des Bundes und der Länder soll dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems in Deutschland nachhaltig zu verbessern, die Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Das Programm soll im Schuljahr 2024/2025 starten und mit einer Laufzeit von zehn Jahren den Veränderungsprozessen im Bildungswesen Rechnung tragen. Das Chancenbudget soll die Schulautonomie stärken, Spielräume für diejenigen eröffnen, die vor Ort Verantwortung tragen und das Miteinander an der Schule jeden Tag aufs Neue gestalten. Es soll einen Beitrag zur Schul- und Unterrichtsentwicklung leisten.

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung der Säule II des Startchancenprogramms mit einem Anteil am Umsatzsteueraufkommen auf Basis der Einwohnerstände zum 30.06. des jeweiligen Jahres; der Haushaltsplanung 2025/2026 wurden die auf Basis der Einwohnerstände zum 31.03.2024 ermittelten Beträge im Umfang von 7.640.000 Euro im Jahr 2025 und 7.595.000 Euro im Jahr 2026 zu Grunde gelegt.

427 85	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0
429 85	129	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	0	0	0
			0	0	0
522 85	129	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0
525 85	129	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0
526 85	129	Honorare	0	0	0
			0	0	0
527 85	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
			0	0	0
533 85	129	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
547 85	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0
633 85	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
684 85	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	7.640.000	7.595.000
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		7.259.800			7.259.800
2026		7.259.800			7.259.800
2027		7.259.800			7.259.800
2028		47.188.700			47.188.700
2029 ff.					
Summen		68.968.100			68.968.100

685 85	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 85	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

919 85	129	Zuführung zur Rücklage - Startchancenprogramm	0	0	0
			0	0	0

*** Ausgaben in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei Kapitel 13 01 Titel 015 01 zur Umsetzung des Startchancenprogramms von Bund und Ländern, die nicht zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 07 07 Titelgruppe 85 benötigt werden, sind der Rücklage zuzuführen.

Erläuterungen:

Zweckgebundene Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO zur Finanzierung von Ausgaben aus dem Startchancenprogramm (Säule II).

Entnahmen erfolgen bei Kapitel 07 07 Titel 359 85.

Nachrichtlich: Summe TGr. 85	0	7.640.000	7.595.000
		0	0

86 Bundesmittel - Startchancenprogramm - Multiprofessionelle Teams (Säule III)

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 07 Titelgruppe 86.

** Ausgaben dürfen nur geleistet werden im Umfang des auf Sachsen-Anhalt entfallenden Anteils der Ist-Einnahmen aus der Umsatzsteuer zur Umsetzung des Startchancenprogramms (Säule III) bei Kapitel 13 01 Titel 015 01. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen auch überschritten werden in Höhe der Hälfte der nicht verausgabten, in 2024 bei Kapitel 13 01 Titel 015 01 zur Umsetzung des Startchancenprogramms von Bund und Ländern zweckgebunden eingegangenen Einnahmen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden. Die in 2025 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 zulasten der Jahre 2026 ff. erfolgt ist. Die in 2026 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 und der VE 2025 zulasten der Jahre 2027 ff. erfolgt ist.

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Das Startchancen-Programm des Bundes und der Länder soll dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems in Deutschland nachhaltig zu verbessern, die Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Das Programm soll im Schuljahr 2024/2025 starten und mit einer Laufzeit von zehn Jahren den Veränderungsprozessen im Bildungswesen Rechnung tragen. Die am Startchancen-Programm teilnehmenden Schulen sollen mit zusätzlichen Stellen für Multiprofessionelle Teams personell unterstützt und multiprofessionelle Teams weiterentwickelt werden. Neben Sozialpädagoginnen und -pädagogen sollen auch pädagogische Fachkräfte ihre Kompetenzen einbringen können.

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung der Säule III des Startchancenprogramms mit einem Anteil am Umsatzsteueraufkommen auf Basis der Einwohnerstände zum 30.06. des jeweiligen Jahres; der Haushaltsplanung 2025/2026 wurden die auf Basis der Einwohnerstände zum 31.03.2024 ermittelten Beträge im Umfang von 7.640.000 Euro im Jahr 2025 und 7.595.000 Euro im Jahr 2026 zu Grunde gelegt.

427 86	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0
429 86	129	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	0 0	0 0	0 0
522 86	129	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0
525 86	129	Aus- und Fortbildung	0 0	0 0	0 0
526 86	129	Honorare	0 0	0 0	0 0
527 86	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 0	0 0	0 0
533 86	129	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
547 86	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
633 86	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
684 86	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0 0	7.640.000 68.355.000	7.595.000 60.760.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		7.259.800			7.259.800
2026		7.259.800	7.595.000		14.854.800
2027		7.259.800	7.595.000	7.595.000	22.449.800
2028		47.188.700	7.595.000	7.595.000	62.378.700
2029 ff.			45.570.000	45.570.000	91.140.000
Summen		68.968.100	68.355.000	60.760.000	198.083.100

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen der Finanzierung der multiprofessionellen Teams an den Startchancenschulen.

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

685 86	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 86	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
919 86	129	Zuführung zur Rücklage - Startchancenprogramm	0 0	0 0	0 0

*** Ausgaben in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei Kapitel 13 01 Titel 015 01 zur Umsetzung des Startchancenprogramms von Bund und Ländern, die nicht zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 07 07 Titelgruppe 86 benötigt werden, sind der Rücklage zuzuführen.

Erläuterungen:

Zweckgebundene Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO zur Finanzierung von Ausgaben aus dem Startchancenprogramm (Säule III).

Entnahmen erfolgen bei Kapitel 07 07 Titel 359 86.

Nachrichtlich: Summe TGr. 86	0	7.640.000	7.595.000
		68.355.000	60.760.000

87 **Kofinanzierung Startchancenprogramm - Chancenbudget (Säule II) und Multiprofessionelle Teams (Säule III)**

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 07 Titelgruppe 87.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden. Die in 2025 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 zu Lasten der Jahre 2026 ff. erfolgt ist. Die in 2026 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 und der VE 2025 zu Lasten der Jahre 2027 ff. erfolgt ist.

Gemäß § 24 Abs. 2 SchulG LSA werden nicht verbrauchte Budgetmittel der Schule in das nachfolgende Haushaltsjahr übertragen.

Erläuterungen:

Bei dieser Titelgruppe ist der Eigenanteil des Landes Sachsen-Anhalt an der Finanzierung des Startchancenprogramms des Bundes und der Länder für die Programmsäulen II und III veranschlagt.

427 87	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0
429 87	129	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	0 0	0 0	0 0

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

511 87	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0

522 87	129	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	176.200 0	0 0

Erläuterungen:

Ziel:

Zur Umsetzung des Startchancen-Programms bedarf es einer fachlich-inhaltlichen Unterstützung durch die Beratung der Partnerschaft Deutschland - Berater der öffentlichen Hand GmbH (Inhouse-Geschäft).

Inhalt:

Am 01.08.2024 ist bundesweit das Startchancen-Programm (SCP) angelaufen. Es handelt sich beim SCP um das bisher umfangreichste bildungspolitische Programm der Bundesrepublik, angelegt für die Dauer von 10 Jahren. Der Aufbau des Programms durch die Länder und das BMBF steht vor dem Hintergrund des kurzfristigen Starts, der hohen inhaltlichen Komplexität, dem großen Interesse der Politik und Öffentlichkeit unter besonders hohem Druck. Gleichzeitig ist von Bedeutung, dass in der Startphase ein gutes Fundament gelegt wird, um das Programm erfolgreich durchzuführen und Strukturen aufzubauen. Vor diesem Hintergrund besteht die Notwendigkeit, Unterstützungsleistungen zur konzeptionellen, methodischen und personellen SCP-Programmplanung in Anspruch zu nehmen.

Laufzeit:

2024 bis 2025

525 87	129	Aus- und Fortbildung	0 0	0 0	0 0

526 87	129	Honorare	0 0	0 0	0 0

527 87	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 0	0 0	0 0

533 87	129	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0

547 87	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0

633 87	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0

671 87	129	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0 0	466.800 4.201.200	466.800 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			466.800		466.800
2027			466.800		466.800
2028			466.800		466.800
2029 ff.			2.800.800		2.800.800
Summen			4.201.200		4.201.200

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 87

Erläuterungen:

Kostenerstattung an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung Investitionsprogramm Startchancen.

684 87	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

685 87	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	800.000	1.515.400	9.603.000
			0	68.355.000	60.760.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.800.000			2.800.000
2026		2.800.000	7.595.000		10.395.000
2027		2.800.000	7.595.000	7.595.000	17.990.000
2028		2.800.000	7.595.000	7.595.000	17.990.000
2029 ff.			45.570.000	45.570.000	91.140.000
Summen		11.200.000	68.355.000	60.760.000	140.315.000

Erläuterungen:

Die Kofinanzierungsmittel aus den Verpflichtungsermächtigungen beziehen sich auf die Säule III des Startchancenprogramms.

686 87	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

919 87	129	Zuführungen zur Rücklage - Startchancenprogramm	0	0	0
			0	0	0

*** Zuführungen dürfen nur geleistet werden in Höhe nicht verbrauchter Ausgaben entsprechend dem auf die Kofinanzierung entfallenden Anteil an den bei Kapitel 0707 Titel 919 85 und 919 86 der Rücklage zugeführten Bundesmitteln.

Erläuterungen:

Zweckgebundene Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO zur Finanzierung von Ausgaben aus dem Startchancenprogramm.

Entnahmen erfolgen bei Kapitel 0707 Titel 359 87.

Nachrichtlich: Summe TGr. 87	800.000	2.158.400	10.069.800
		72.556.200	60.760.000

88 Kofinanzierung Startchancenprogramm Schulbau (Säule I)

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 07 Titelgruppe 88.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

07 **Ministerium für Bildung**
07 07 **Schulen allgemein**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden. Die in 2025 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der bei Kapitel 0707 TGr. 87 veranschlagten VE 2024 zu Lasten der Jahre 2026 ff. erfolgt ist. Die in 2026 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2024 bei Kapitel 0707 TGr. 87 und der VE 2025 zu Lasten der Jahre 2027 ff. erfolgt ist.

Erläuterungen:

Bei dieser Titelgruppe ist der Eigenanteil des Landes Sachsen-Anhalt an der Finanzierung des Startchancenprogramms des Bundes und der Länder für die Programmsäule I veranschlagt.

883 88	129	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Schulträger	0	1.166.800	1.166.800
			0	10.502.000	10.502.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			1.166.800		1.166.800
2027			1.166.800	1.166.800	2.333.600
2028			1.166.800	1.166.800	2.333.600
2029 ff.			7.001.600	8.168.400	15.170.000
Summen			10.502.000	10.502.000	21.004.000

Erläuterungen:

Finanzhilfe für Investitionen im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung Investitionsprogramm Startchancen.

893 88	129	Zuweisungen für Investitionen an Freie Schulträger	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 88	0	1.166.800	1.166.800
		10.502.000	10.502.000

07 Ministerium für Bildung
07 07 Schulen allgemein

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	257.100	247.100	247.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	8.168.100	8.168.100
Gesamteinnahme		257.100	8.415.200	8.415.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	5.764.700	6.511.100	8.037.200
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	12.305.400	8.214.000	7.973.900
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	15.008.200	29.742.700	38.473.400
			144.142.800	122.964.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	9.334.900	9.634.900
			84.015.700	84.015.700
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		33.078.300	53.802.700	64.119.400
Gesamtsumme der VE			228.158.500	206.979.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-32.821.200	-45.387.500	-55.704.200

07 Ministerium für Bildung
07 09 Schulen in freier Trägerschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben im Kapitel 07 09 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind Ausgaben für Schulen in freier Trägerschaft (Ersatzschulen) veranschlagt.

Die finanzielle Förderung von Schulen in freier Trägerschaft erfolgt gem. § 18 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA).

Gemäß § 18 Abs. 1 Satz 1 SchulG LSA erhalten anerkannte Ersatzschulen Finanzhilfe, wenn sie nach § 17 Abs. 1 SchulG LSA die Gewähr dafür bieten, dauernd die Genehmigungsvoraussetzungen zu erfüllen. Davon ist nach einem dreijährigen beanstandungsfreien Schulbetrieb auszugehen.

Dies trifft nach § 18 Abs. 3 SchulG LSA ebenso für Ersatzschulen zu, die die Gewähr dafür bieten, dass sie dauernd die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllen.

Für die Ermittlung der Zuschüsse ist für die Zeit ab dem 01.01.2025 ein neues Finanzhilfemodell vorgesehen. Für dieses neue Modell ist für das Schuljahr 2024/2025 in § 86 SchulG LSA eine Übergangsregelung ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Zuschüsse für den Schulbetrieb der Haushaltsjahre 2025 und 2026 wurde demnach erstmals das neue Finanzhilfemodell herangezogen. In dessen Rahmen wurden die Ist-Kosten der Schulen in öffentlicher Trägerschaft sowie die Daten der Schulstatistik der folgenden Jahre zugrunde gelegt:

- Jahresrechnung Landeshaushalt Einzelplan 07 Ministerium für Bildung Jahre 2018 bis 2023
- Einnahmen und Ausgaben der kommunalen Schulträger für die Jahre 2011 bis 2022
- Daten der Schulstatistik der Schuljahre 2017/2018 bis 2023/2024.

Die bis zum in Krafttreten des neuen Finanzhilfemodells vorgesehene Übergangsfinanzierung in § 86 Abs. 4 SchulG LSA in Form der Steigerung der Schülerkostensätze um 6,35 % entfällt folglich zum 01.08.2025. Diese wurde zur Ermittlung der Zuschüsse ab dem 01.08.2025 nicht mehr berücksichtigt.

07 Ministerium für Bildung
07 09 Schulen in freier Trägerschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Schulform	Schuljahr 2024/2025		Schuljahr 2025/2026	
	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
	Anzahl der anerkannten Ersatzschulen	Anzahl der finanzhilfebe- rechtigten Schüler an genehmigten und anerkannten Ersatzschulen	Anzahl der anerkannten Ersatzschulen	Anzahl der finanzhilfebe- rechtigten Schüler an genehmigten und anerkannten Ersatzschulen
Grundschulen	58	6.722	58	6.748
Sekundarschulen	20	3.650	20	3.740
Förderschulen	7	504	7	504
Gesamtschulen	6	2.057	6	1.884
Gymnasien	14	6.588	14	6.759
Freie Waldorfschulen	4	1.415	4	1.482
Gemeinschaftsschulen	6	1.780	6	1.940
Gesamt:	115	22.716	115	23.057
Berufsbildende Schulen	128	5.289	128	5.319
Gesamt	243	28.005	243	28.376

Einnahmen

111 41	129	Rückzahlung von Überzahlungen	36.000 27.000	36.000	36.000

Erläuterungen:

Rückzahlung des Bildungszentrums Ostharz GmbH (BZG Ostharz).

07 **Ministerium für Bildung**
07 09 **Schulen in freier Trägerschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

684 04	128	Leistungen für berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft nach § 18 SchulG LSA	38.188.100 33.762.536	33.618.500 0	33.960.200 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Haushaltsmittel für in die Finanzhilfe einzubeziehender berufsbildender Ersatzschulen.					
684 05	113	Zuschüsse an Grundschulen in freier Trägerschaft	41.543.600 42.365.346	43.451.100 0	45.581.300 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Haushaltsmittel für in die Finanzhilfe einzubeziehender Grundschulen.					
684 06	115	Zuschüsse an Sekundarschulen in freier Trägerschaft	26.671.000 25.993.213	25.042.600 0	27.006.600 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Haushaltsmittel für in die Finanzhilfe einzubeziehender Sekundarschulen.					
684 07	115	Zuschüsse an Gesamtschulen in freier Trägerschaft	21.236.200 20.725.416	17.806.600 0	16.413.500 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Haushaltsmittel für in die Finanzhilfe einzubeziehender Gesamtschulen.					
684 08	115	Zuschüsse an Gymnasien in freier Trägerschaft	55.320.300 56.015.329	52.294.100 0	53.032.800 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Haushaltsmittel für in die Finanzhilfe einzubeziehender Gymnasien.					
684 09	115	Zuschüsse an Freie Waldorfschulen	10.478.000 11.492.376	9.838.500 0	10.604.400 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Haushaltsmittel für in die Finanzhilfe einzubeziehenden Freien Waldorfschulen.					
684 10	125	Zuschüsse an Förderschulen in freier Trägerschaft	15.645.900 14.753.983	12.477.800 0	12.854.800 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Haushaltsmittel für in die Finanzhilfe einzubeziehenden Förderschulen in freier Trägerschaft.					
684 12	115	Zuschüsse für die Gemeinschaftsschulen in freier Trägerschaft	11.845.700 11.697.101	13.623.700 0	15.580.100 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Haushaltsmittel für in die Finanzhilfe einzubeziehenden Gemeinschaftsschulen in freier Trägerschaft.					
684 13	129	Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft gemäß § 16 Abs. 5 HG	0 0	0 0	0 0

07 Ministerium für Bildung
07 09 Schulen in freier Trägerschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	36.000	36.000	36.000

Gesamteinnahme		36.000	36.000	36.000

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	220.928.800	208.152.900	215.033.700
			0	0

Gesamtausgabe		220.928.800	208.152.900	215.033.700

Gesamtsumme der VE			0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-220.892.800	-208.116.900	-214.997.700

07 Ministerium für Bildung
07 12 Förderschulen für Geistigbehinderte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Personalausgaben sowie die Gerichts- und ähnliche Kosten für die Lehrkräfte an Förderschulen für Geistigbehinderte veranschlagt. Die Sachausgaben werden gemäß § 70 Schulgesetz durch die Schulträger finanziert.

Einnahmen

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 12 **Förderschulen für Geistigbehinderte**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	124	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	34.155.300 34.065.627	38.880.200 0	39.962.900 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	34.155.300	38.880.200	39.962.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
Summe		34.155.300	38.880.200	39.962.900

422 51	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 165.639	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

427 01	124	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 19.137	0 0	0 0

428 01	124	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	54.403.700 56.985.649	61.399.400 0	62.836.600 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	54.403.700	61.399.400	62.836.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		54.403.700	61.399.400	62.836.600

428 51	124	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 128.839	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

07 **Ministerium für Bildung**
07 12 **Förderschulen für Geistigbehinderte**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

432 01	118	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	921.900	1.167.000	1.427.500
			997.668	0	0

432 02	118	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	52.600	57.500	59.200
			54.088	0	0

526 01	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	3.000	3.000	3.000
			732	0	0

Erläuterungen:

Bei diesem Titel sind die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich der Förderschulen für Geistigbehinderte veranschlagt.

681 01	124	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	5.414.100	6.859.500	7.276.700
			4.913.664	0	0

Titelgruppe(n)

70 Ferienprogrammangebote

Übertragbar

Erläuterungen:

Für außerunterrichtliche Ferienangebote oder ergänzende Förderangebote an Schulbesuchstagen können freie Träger, Vereine oder natürliche Personen im Rahmen des RdErl. des MK vom 31.08.2012 gewonnen und vergütet werden. Im Zusammenhang mit den o. g. Leistungen sind auch Zahlungen von Zuschüssen an die Schulträger der Förderschulen möglich.

427 70	129	Beschäftigungsentgelte	0	0	0
			0	0	0

547 70	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

685 70	129	Sonstige Zuschüsse an Schulträger zur Ferienbetreuung	7.000	7.000	7.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Bei diesem Titel sind Zuschüsse an Schulträger für außerunterrichtliche Ferienangebote und schulergänzende Förderangebote für Schülerinnen und Schüler an Förderschulen für Geistigbehinderte veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	7.000	7.000	7.000
		0	0

07 Ministerium für Bildung
07 12 Förderschulen für Geistigbehinderte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0

Gesamteinnahme	0	0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	89.533.500	101.504.100	104.286.200
			0	0

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.000	3.000	3.000
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.000	7.000	7.000
			0	0

HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	5.414.100	6.859.500	7.276.700
			0	0

Gesamtausgabe	94.957.600	108.373.600	111.572.900

Gesamtsumme der VE		0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-94.957.600	-108.373.600	-111.572.900

07 Ministerium für Bildung
07 13 Förderschulen für Lernbehinderte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Personalausgaben sowie die Gerichts- und ähnliche Kosten für die Beschäftigten an den Förderschulen für Lernbehinderte veranschlagt. Die Sachausgaben werden gemäß § 70 Schulgesetz durch die Schulträger finanziert.

Einnahmen

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 13 Förderschulen für Lernbehinderte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	124	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	27.001.000 27.031.359	30.475.900 0	31.214.900 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	27.001.000	30.475.900	31.214.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	27.001.000	30.475.900	31.214.900

422 51	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 251.749	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

427 01	124	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 87.072	0 0	0 0

428 01	124	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	28.957.500 31.329.926	29.884.000 0	29.979.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	28.957.500	29.884.000	29.979.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	28.957.500	29.884.000	29.979.000

428 51	124	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 181.916	0 0	0 0

07 Ministerium für Bildung
07 13 Förderschulen für Lernbehinderte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 51

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

432 01	118	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.853.100 2.039.586	2.378.000 0	2.666.600 0
432 02	118	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	110.100 196.432	325.700 0	390.400 0
526 01	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	3.000 3.584	3.000 0	3.000 0

Erläuterungen:

Bei diesem Titel sind die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich der Förderschulen für Lernbehinderte veranschlagt.

681 01	124	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 164	0 0	0 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	3.679.700 3.391.460	4.799.300 0	5.123.400 0

07 Ministerium für Bildung
07 13 Förderschulen für Lernbehinderte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit
 Ausnahme für Investitionen

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	57.921.700	63.063.600	64.250.900
		0	0
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.000	3.000	3.000
		0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0	0
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	3.679.700	4.799.300	5.123.400
		0	0
Gesamtausgabe	61.604.400	67.865.900	69.377.300
Gesamtsumme der VE		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-61.604.400	-67.865.900	-69.377.300

07 **Ministerium für Bildung**
07 14 **Sonstige Förderschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben und Gerichts- und ähnliche Kosten für die Beschäftigten der Förderschulen für Körperbehinderte, der Schulen mit Ausgleichsklassen und Sprachheilschulen nachgewiesen. Die Sachkosten werden gemäß § 70 Schulgesetz durch die Schulträger finanziert.

Einnahmen

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 14 Sonstige Förderschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	124	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	25.097.000 24.454.567	27.449.200 0	28.109.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	25.097.000	27.449.200	28.109.300
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
Summe		25.097.000	27.449.200	28.109.300

422 51	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 215.189	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

427 01	124	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 12.989	0 0	0 0

428 01	124	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	32.454.500 33.540.496	34.849.200 0	35.064.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	32.454.500	34.849.200	35.064.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		32.454.500	34.849.200	35.064.200

428 51	124	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 139.107	0 0	0 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 14 **Sonstige Förderschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 51

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

432 01	118	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	423.100 593.221	903.200 0	1.095.000 0
432 02	118	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.800 0	0 0	0 0
526 01	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	1.000 495	1.000 0	1.000 0
Erläuterungen:					
Bei diesem Titel sind die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich der Sonstigen Förderschulen veranschlagt.					
681 01	124	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	3.918.900 3.422.789	4.716.100 0	4.996.400 0

07 Ministerium für Bildung
07 14 Sonstige Förderschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit
Ausnahme für Investitionen

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	57.981.400	63.201.600	64.268.500
		0	0
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.000	1.000	1.000
		0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0	0
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	3.918.900	4.716.100	4.996.400
		0	0
Gesamtausgabe	61.901.300	67.918.700	69.265.900
Gesamtsumme der VE		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-61.901.300	-67.918.700	-69.265.900

07 Ministerium für Bildung
07 16 Schulen des 2. Bildungsweges

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Personalausgaben für die Lehrkräfte an den Schulen des zweiten Bildungsweges (gemäß § 7 Schulgesetz) veranschlagt. Die Sachausgaben werden gemäß § 70 Schulgesetz durch die Schulträger finanziert.

Einnahmen

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 16 **Schulen des 2. Bildungsweges**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	114	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.200.500 1.316.744	1.515.400 0	1.559.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.200.500	1.515.400	1.559.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
Summe		1.200.500	1.515.400	1.559.400

422 51	114	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 1.695	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

427 01	114	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 64.138	0 0	0 0

428 01	114	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.249.500 1.312.009	1.074.300 0	1.099.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	114.600	122.600	123.100
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.134.900	951.700	976.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		1.249.500	1.074.300	1.099.300

428 51	114	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 5.177	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

07 **Ministerium für Bildung**
07 16 **Schulen des 2. Bildungsweges**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
432 01	118	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	69.600 70.930	78.200 0	80.100 0
432 02	118	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 27.117	54.300 0	67.800 0
526 01	114	Gerichts- und ähnliche Kosten	500 477	500 0	500 0
Erläuterungen: Bei diesem Titel werden die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Zuständigkeitsbereich der Schulen des 2. Bildungsweges veranschlagt.					
681 01	114	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	191.200 203.102	298.800 0	315.600 0

07 Ministerium für Bildung
07 16 Schulen des 2. Bildungsweges

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0

Gesamteinnahme	0	0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	2.519.600	2.722.200	2.806.600
			0	0

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	500	500	500
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0	0

HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	191.200	298.800	315.600
			0	0

Gesamtausgabe	2.711.300	3.021.500	3.122.700

Gesamtsumme der VE		0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-2.711.300	-3.021.500	-3.122.700

07 Ministerium für Bildung
07 17 Gymnasien

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Bei diesem Kapitel sind die Personalausgaben für die Beschäftigten an Gymnasien sowie die Gerichts- und ähnliche Kosten veranschlagt. Die übrigen Sachkosten finanziert gemäß § 70 Schulgesetz der Schulträger.

Einnahmen

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 28.643	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 17 Gymnasien

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	114	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	130.468.600 132.466.725	162.179.800 0	167.312.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	130.468.600	162.179.800	167.312.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	130.468.600	162.179.800	167.312.100

422 51	114	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 697.175	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

427 01	114	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 2.570.116	0 0	0 0

427 21	127	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	0 0	0 0	0 0

428 01	114	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	121.116.100 124.131.799	125.362.800 0	125.218.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.991.500	2.914.400	2.913.400
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	118.124.600	122.448.400	122.304.700
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	121.116.100	125.362.800	125.218.100

428 04	114	Entgelte der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Lehrkräfte	218.700 247.651	205.500 0	215.900 0

Erläuterungen:

Bei dieser Haushaltsstelle werden die Entgelte der Speziallehrkräfte an den Gymnasien in Landesträgerschaft zur Sicherstellung der Instrumentalausbildung sowie der künstlerischen Ausbildung am Burggymnasium Wettin veranschlagt.

Die Veranschlagung erfolgte bis zum Haushaltsjahr 2021 im Kapitel 0717 Titel 427 21. Eine Umsetzung der Historie erfolgt nicht.

07 **Ministerium für Bildung**
07 17 **Gymnasien**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
428 51	114	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 834.127	0 0	0 0
		Erläuterungen: Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets. Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.			
432 01	118	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	5.328.200 6.001.384	7.189.400 0	7.756.900 0
432 02	118	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	354.100 366.056	487.100 0	547.600 0
526 01	114	Gerichts- und ähnliche Kosten	20.000 12.778	20.000 0	20.000 0
		Erläuterungen: Bei diesem Titel werden die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich der Gymnasien veranschlagt.			
681 01	114	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 2.585	0 0	0 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	35.129.900 33.972.226	38.582.700 0	40.791.600 0

07 Ministerium für Bildung
07 17 Gymnasien

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit
Ausnahme für Investitionen

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	257.485.700	295.424.600	301.050.600
		0	0
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	20.000	20.000	20.000
		0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0	0
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	35.129.900	38.582.700	40.791.600
		0	0
Gesamtausgabe	292.635.600	334.027.300	341.862.200
Gesamtsumme der VE		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-292.635.600	-334.027.300	-341.862.200

07 Ministerium für Bildung
07 18 Gesamtschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0 01

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Bei diesem Kapitel werden die Personalausgaben sowie die Gerichts- und ähnliche Kosten für die Beschäftigten an Gesamtschulen nachgewiesen. Die übrigen Sachkosten werden gemäß § 70 Schulgesetz durch die Schulträger finanziert.

Einnahmen

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 18 Gesamtschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	114	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	17.292.500 17.519.028	20.154.600 0	20.976.800 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	17.292.500	20.154.600	20.976.800
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	17.292.500	20.154.600	20.976.800

422 51	114	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 6.170	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

427 01	114	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 795.362	0 0	0 0

428 01	114	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	16.739.200 18.283.959	17.304.500 0	17.362.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	461.700	370.700	372.200
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	16.277.500	16.933.800	16.990.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	16.739.200	17.304.500	17.362.400

428 51	114	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 80.064	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

07 **Ministerium für Bildung**
07 18 **Gesamtschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
432 01	118	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	880.900 944.582	1.204.600 0	1.231.200 0
432 02	118	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	38.100 39.301	39.400 0	39.400 0
526 01	114	Gerichts- und ähnliche Kosten	10.000 738	10.000 0	10.000 0
Erläuterungen: Bei diesem Titel werden die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Zuständigkeitsbereich der Gesamtschulen veranschlagt.					
681 01	114	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 314	0 0	0 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	4.670.900 4.579.751	5.927.500 0	6.269.000 0

07 Ministerium für Bildung
07 18 Gesamtschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit
Ausnahme für Investitionen

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	34.950.700	38.703.100	39.609.800
		0	0
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	10.000	10.000	10.000
		0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0	0
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	4.670.900	5.927.500	6.269.000
		0	0
Gesamtausgabe	39.631.600	44.640.600	45.888.800
Gesamtsumme der VE		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-39.631.600	-44.640.600	-45.888.800

07 Ministerium für Bildung
07 19 Gemeinschaftsschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Bei diesem Kapitel werden die Personalausgaben sowie die Gerichts- und ähnliche Kosten für die Beschäftigten an Gemeinschaftsschulen nachgewiesen. Die übrigen Sachkosten werden gemäß § 70 Schulgesetz durch die Schulträger finanziert.

Einnahmen

235 05	114	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattung von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 19 **Gemeinschaftsschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	114	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	26.835.600 26.604.538	30.523.900 0	31.547.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	26.835.600	30.523.900	31.547.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	26.835.600	30.523.900	31.547.200

422 51	114	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 325.470	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

427 01	114	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 2.116.201	0 0	0 0

428 01	114	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	55.580.900 62.449.450	61.617.300 0	63.198.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	55.580.900	61.617.300	63.198.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	55.580.900	61.617.300	63.198.500

428 51	114	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 809.660	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

07 **Ministerium für Bildung**
07 19 **Gemeinschaftsschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
432 01	118	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	448.100 551.811	732.700 0	865.200 0
432 02	118	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
526 01	114	Gerichts- und ähnliche Kosten	1.000 579	1.000 0	1.000 0
Erläuterungen:					
Bei diesem Titel sind die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaftsschulen veranschlagt.					
681 01	114	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 37	0 0	0 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	7.027.700 6.598.686	8.436.900 0	8.892.300 0

07 Ministerium für Bildung
07 19 Gemeinschaftsschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0

Gesamteinnahme	0	0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	82.864.600	92.873.900	95.610.900
			0	0

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.000	1.000	1.000
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0

HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	7.027.700	8.436.900	8.892.300
			0	0

Gesamtausgabe	89.893.300	101.311.800	104.504.200

Gesamtsumme der VE		0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-89.893.300	-101.311.800	-104.504.200

07 Ministerium für Bildung
07 20 Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0720 beträgt zum 31.12.2025 1.735 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 20 Vollzeitäquivalente überschritten werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0720 beträgt zum 31.12.2026 1.735 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 20 Vollzeitäquivalente überschritten werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Personalausgaben, Reisekosten und Gerichts- und ähnliche Kosten für die Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen veranschlagt. Darüber hinaus werden in diesem Kapitel auch die Einnahmen und Ausgaben zur Förderung der Erwachsenenbildung auf der Grundlage des Erwachsenenbildungsgesetzes (EBG LSA v. 25.03.2021, GVBl LSA 2021, Seite 126) nachgewiesen.

Einnahmen

111 01	127	Gebühren, sonstige Entgelte	40.000 25.410	30.000	30.000

Erläuterungen:

Bei dieser Haushaltsstelle werden Gebühren für das Ausstellen von Urkunden und Bescheinigungen sowie Prüfungsgebühren für den Erwerb von Fremdsprachenzertifikaten nachgewiesen.

235 01	253	Erstattungen durch die Bundesagentur für Arbeit (gemäß § 40 SchulG)	250.000 95.608	150.000	150.000

Erläuterungen:

Einnahmen für personelle und sächliche Verwaltungsausgaben nach § 40 Abs. 5 SchulG LSA für die Durchführung der durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Einzelumschulungen.

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0

281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 77.891	0	0

Titelgruppe(n)

61	Förderung der Erwachsenenbildung Übertragbar

07 Ministerium für Bildung
07 20 Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

119 61	153	Sonstige Einnahmen	20.000	20.000	20.000
			41.230		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 20
Titelgruppe 61.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	20.000	20.000	20.000

64 Pflegeschulen an öffentlichen berufsbildenden Schulen

Übertragbar

Erläuterungen:

Mit Inkrafttreten der Verordnung über die Finanzierung in der Pflege (PflAFinV) des Bundes zum 01.01.2020 wird die Finanzierung der Pflegeschulen über eine Fondsfinanzierung gesichert.

119 64	127	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			5.500		

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 20
Titelgruppe 64.

234 64	127	Zuweisungen aus dem Sondervermögen Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege	1.680.000	2.500.000	2.500.000
			1.946.350		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 20
Titelgruppe 64.

Erläuterungen:

In den Jahren 2020 und 2021 erfolgte die Veranschlagung im Kapitel 07 20 Titel 234 63.

235 64	127	Einnahmen von der BA - Bildungsgutscheine	0	0	0
			0		

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 20
Titelgruppe 64.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	1.680.000	2.500.000	2.500.000

07 **Ministerium für Bildung**
07 20 **Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	127	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	79.710.100 77.666.015	87.068.600 0	88.653.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	79.710.100	87.068.600	88.653.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	79.710.100	87.068.600	88.653.500

422 51	127	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 855.877	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

427 01	127	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 186.452	0 0	0 0

427 22	127	Unterrichtsentgelte für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst für selbstständig erteilten Unterricht	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Zahlung der Unterrichtsentgelte richtet sich nach der Unterrichtsvergütungsverordnung im Rahmen des Personalkostenbudgets Kapitel 07 20.

427 31	127	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	4.800 5.708	5.800 0	5.800 0

Erläuterungen:

Vergütungen für die Abnahme staatlicher Prüfungen in den nichtärztlichen Heil- und Hilfsberufen und zum Erwerb des Fremdsprachenzertifikats.

427 32	127	Entschädigungen für die Abnahme von Nichtschülerprüfungen	0 0	0 0	0 0

428 01	127	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	46.517.100 47.292.001	43.425.200 0	43.936.300 0

07 Ministerium für Bildung
07 20 Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	114.200	241.800	247.700
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	46.402.900	43.183.400	43.688.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	46.517.100	43.425.200	43.936.300

428 51	127	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 422.720	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

432 01	118	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.385.600 4.296.473	6.036.000 0	7.671.600 0

432 02	118	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	240.400 190.897	235.700 0	258.200 0

525 01	127	Aus- und Fortbildung	27.000 15.606	43.500 0	45.500 0

Erläuterungen:

Fortbildungskosten für verantwortliche Lehrkräfte der Schulentwicklungsgruppen für die etablierte und weitere Ausgestaltung im Rahmen der Umsetzung des Ganzheitlichen Qualitätsmanagement Sachsen-Anhalt (GQM) an berufsbildenden Schulen.

526 01	127	Gerichts- und ähnliche Kosten	20.000 2.830	10.000 0	10.000 0

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich der berufsbildenden Schulen veranschlagt.

526 02	127	Sachverständige	0 0	30.000 0	30.000 0

Erläuterungen:

Vergütung von Fremdprüfungen im Zusammenhang mit Sprachfeststellungsprüfungen

527 01	127	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	60.000 75.151	75.000 0	75.000 0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Lehrkräfte und Schulverwaltungsassistenten an Berufsbildenden Schulen nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG).

527 03	127	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	1.000 568	1.000 0	1.000 0

07 Ministerium für Bildung
07 20 Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
Angaben in EUR					

noch zu 527 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekosten für die Durchführung von Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten. Weiterhin sind die Reisekosten der Gleichstellungsbeauftragten auf Regional- und Schulebene nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) veranschlagt.

547 01	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	800	800	800
			384	0	0

Erläuterungen:

Erstattung von Material- und sonstigen Aufwendungen zur Erstellung von Hörtextaufnahmen für die Abnahme von Prüfungen zum Erwerb des Fremdsprachenzertifikats.

633 03	127	Erstattungen an Träger von Berufsschulen bei länderübergreifender Beschulung nicht sachsenanhaltischer Auszubildender	320.000	320.000	320.000
			237.288	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 07 20 Titel 681 02.

Erläuterungen:

Gemäß § 70 Abs. 3 SchulG LSA erstattet das Land den Trägern von berufsbildenden Schulen die Sachausgaben für Schülerinnen und Schüler, die nicht aus Sachsen-Anhalt kommen. Die Höhe richtet sich nach der geltenden Gastschulbeitragsverordnung. Die Beschulungen erfolgen auf der Grundlage der Splitterberufsvereinbarung der KMK und entsprechender bilateraler Vereinbarungen des Ministeriums für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt.

681 01	127	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

681 02	127	Zuschüsse zu den Kosten der Unterbringung und den Fahrtkosten für auswärtige Auszubildende an Berufsschulen	1.000.000	750.000	750.000
			532.215	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 07 20 Titel 633 03.

*** Mehreinnahmen bei Kap. 07 20 Titel 111 01 können zugunsten Kap. 07 20 Titel 681 02 verwendet werden.

Erläuterungen:

Auswärtige Auszubildende innerhalb und außerhalb Sachsen- Anhalts erhalten zum Besuch der zugewiesenen Berufsschule anteilig als Festbetrag Übernachtungskosten und Fahrtkosten gemäß einer Richtlinie für auswärtig beschulte Berufsschülerinnen und Berufsschüler mit Wohnsitz in Sachsen- Anhalt (Berufsschulrichtlinie - RabAz). Die Zuwendung wird unabhängig vom Einkommen gewährt.

684 01	127	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	14.248.900	16.764.300	17.832.100
			12.348.477	0	0

Titelgruppe(n)

61 Förderung der Erwachsenenbildung

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 07 20 Titel 119 61.

07 Ministerium für Bildung
07 20 Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Zuschüsse nach dem Gesetz zur Förderung und Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt (EBG-LSA) und der EB-VO in der jeweils geltenden Fassung. Der Ansatz für die Titelgruppe wird in zwei Stufen 2024 und 2026 erhöht.

Die Förderung setzt sich aus vier Bestandteilen zusammen:

- dem Basiszuschuss (§ 6 EBG-LSA),
- dem leistungsbezogenen Zuschuss (§ 7 EBG-LSA),
- dem themenbezogenen Zuschuss (§ 8 EBG-LSA) und
- der Projektförderung (§ 9 EBG-LSA).

Die Ausgaben für die Fach- und Koordinierungsstelle "Alphabetisierung und Grundbildung in Sachsen-Anhalt" sind im Titel 684 61 veranschlagt.

412 61	153	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	4.000	4.000	4.000
			263	0	0

Erläuterungen:

Hier werden die Aufwendungen für den Landesausschuss für Erwachsenenbildung und für den Bildungsfreistellungsbeirat veranschlagt.

533 61	153	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

546 61	153	Erwachsenenbildungspreis Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Preis der Ministerin für Bildung zur Würdigung innovativer Leistungen der anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen.

547 61	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.900	1.900	1.900
			0	0	0

684 61	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	2.372.100	2.372.100	2.441.000
			2.499.316	0	460.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	104.500				104.500
2026	104.500				104.500
2027				115.000	115.000
2028				115.000	115.000
2029 ff.				230.000	230.000
Summen	209.000			460.000	669.000

Erläuterungen:

Die Förderung der Erwachsenenbildung erfolgt nach Maßgabe des Gesetzes zur Förderung und Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt. Danach ist die Erwachsenenbildung ein eigenständiger, mit Schule, Hochschule und Berufsausbildung gleichberechtigter Teil des gesamten Bildungssystems und steht allen offen. Aus diesem Titel ergeben die Zuschüsse gem. Erwachsenenbildungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung an soziale oder ähnliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung (u. a. Uranias, KEB, Arbeit und Leben, LEB). Darüber hinaus wird aus dem Titel die Fach- und Koordinierungsstelle "Alphabetisierung und Grundbildung in Sachsen-Anhalt" gefördert.

685 61	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentlichen Einrichtungen	2.712.100	2.712.100	2.848.900
			2.034.018	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 20 Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 61

Erläuterungen:

Die Förderung der Erwachsenenbildung erfolgt nach Maßgabe des Gesetzes zur Förderung und Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt. Danach ist die Erwachsenenbildung ein eigenständiger, mit Schule, Hochschule und Berufsausbildung gleichberechtigter Teil des gesamten Bildungssystems und steht allen offen. Aus diesem Titel ergehen die Zuschüsse gem. Erwachsenenbildungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung an öffentliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung ((Kreis-) Volkshochschulen) des Landes.

893 61	153	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			5.090.100	5.090.100	5.295.800
				0	460.000

62 Landesprogramm Alphabetisierung und Grundbildung

Übertragbar

Erläuterungen:

Die Förderung erfolgt nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Umsetzung des Landesprogramms zur "Alphabetisierung und Grundbildung in Sachsen-Anhalt" in der jeweils geltenden Fassung.

533 62	153	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
547 62	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0
671 62	127	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0
684 62	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
685 62	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0
				0	0

63 Pflegeschulen in privater Trägerschaft

Erläuterungen:

Ausgaben zur Umsetzung des Landesausführungsgesetzes zum Pflegeberufegesetz Sachsen-Anhalt (AG LSA PflBG).

671 63	153	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der IB Sachsen-Anhalt	100.000	100.000	100.000
			34.555	540.000	0

07 Ministerium für Bildung
07 20 Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 63

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	100.000				100.000
2026			100.000		100.000
2027			110.000		110.000
2028			110.000		110.000
2029 ff.			220.000		220.000
Summen	100.000		540.000		640.000

Erläuterungen:

Zuschüsse für Miet- und Investitionskosten an Pflegeschulen in privater Trägerschaft gem. der Verordnung über die Förderung der Miet- und Investitionskosten von Pflegeschulen (VO FördMietInvestKpflVO LSA) vom 08.09.2020, GVBl. LSA, S. 480.

Kostenerstattung an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Rahmen der Erfüllung des GBV vom 05.10.2020 zur Auszahlung der Förderung der Miet- und Investitionskosten an Pflegeschulen gem. § 4 Abs. 1 der o. g. VO.

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

684 63	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Kosten für die Gewährung von allgemeinbildendem Unterricht.

685 63	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Träger	0	0	0
			0	0	0

893 63	153	Zuschüsse für Investitionen und Mieten an freie Träger von Pflegeschulen	2.000.000	1.600.000	1.600.000
			1.450.200	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für Miet- und Investitionskosten an Pflegeschulen in privater Trägerschaft gemäß Verordnung über die Förderung der Miet- und Investitionskosten von Pflegeschulen vom 08.09.2020 (FördMietInvestKpflVO LSA).

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			2.100.000	1.700.000	1.700.000
				540.000	0

64 Pflegeschulen an öffentlichen berufsbildenden Schulen

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 07 20 Titel 234 64.

*** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist- Einnahmen bei Kapitel 07 20 Titel 119 64 und Kapitel 07 20 Titel 235 64.

Erläuterungen:

Aus dieser Titelgruppe werden Auszahlungen aus dem Ausgleichsfonds an die Pflegeschulen an öffentlichen Berufsbildenden Schulen vorgenommen.

422 64	127	Bezüge der an der Pflegeausbildung tätigen planmäßigen Beamtinnen und Beamten	466.700	750.000	750.000
			680.174	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 20 Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 422 64

Erläuterungen:

Hier erfolgt die Veranschlagung der anteilig auf die Pflegeausbildung entfallenden Personalausgaben. Die Planstellen werden bei Kapitel 07 20 Titel 422 01 geführt. Die VzÄ-Zählung erfolgt im Kapitel 07 20.

427 64	127	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	33.000	50.000	50.000
			32.400	0	0

Erläuterungen:

Hier erfolgt die Veranschlagung von Ausgaben für Experten aus dem Landesdienst.

428 64	127	Entgelte der im Bereich der Pflegeausbildung tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	277.200	750.000	750.000
			706.553	0	0

Erläuterungen:

Hier erfolgt die Veranschlagung der anteilig auf die Pflegeausbildung entfallenden Personalausgaben. Die Stellen werden bei Kapitel 07 20 Titel 428 01 geführt. Die VzÄ-Zählung erfolgt im Kapitel 07 20.

525 64	127	Aus- und Fortbildungen; Lehr- und Lernmittel	126.000	442.000	442.000
			353.040	0	0

526 64	127	Aufwendungen für Honorarkräfte	66.000	20.900	20.900
			15.304	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für den Einsatz externer Experten.

527 64	127	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	16.500	12.000	12.000
			4.930	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagung der Ausgaben für die Praxisbegleitung gem. Pfl-VO.

532 64	127	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	25.000	90.000	90.000
			57.730	0	0

533 64	127	Dienstleistungen Außenstehender	5.000	5.000	5.000
			134	0	0

Erläuterungen:

Hier erfolgt die Veranschlagung der Ausgaben für Evaluation und der Zertifizierungen (AZAV).

535 64	127	Sonstige Sachausgaben der zertifizierten Pflegeschulen	0	0	0
			0	0	0

547 64	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	104.500	100.000	100.000
			16.197	0	0

684 64	127	Zuschüsse für Schulfahrten	380.000	100.000	100.000
			30.845	0	0

916 64	851	Zuführung an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" der an der Pflegeausbildung tätigen planmäßigen Beamtinnen und Beamten	180.100	180.100	180.100
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			1.680.000	2.500.000	2.500.000
				0	0

07 Ministerium für Bildung
07 20 Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	60.000	50.000	50.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.930.000	2.650.000	2.650.000
Gesamteinnahme		1.990.000	2.700.000	2.700.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	130.638.900	138.325.300	142.079.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	453.700	832.100	834.100
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	6.884.200	6.354.200	6.559.900
			540.000	460.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.000.000	1.600.000	1.600.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	14.429.000	16.944.400	18.012.200
			0	0
Gesamtausgabe		154.405.800	164.056.000	169.085.600
Gesamtsumme der VE			540.000	460.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-152.415.800	-161.356.000	-166.385.600

07 Ministerium für Bildung
07 21 Grundschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Bei diesem Kapitel werden die Personalausgaben für die Beschäftigten der Grundschulen sowie die Gerichts- und ähnliche Kosten veranschlagt. Die übrigen Sachkosten sind gemäß § 70 Schulgesetz durch den Schulträger zu finanzieren.

Einnahmen

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 21 Grundschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	112	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	99.729.600 94.105.348	125.893.100 0	129.005.700 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	99.729.600	125.893.100	129.005.700
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	99.729.600	125.893.100	129.005.700

Anhebung der Besoldung auf A 13: 1. Stufe ab 01.08.2023, 2. Stufe ab 01.08.2024, Abschluss 01.08.2025

422 51	112	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 610.954	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

427 01	112	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 4.276.731	0 0	0 0

428 01	112	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	227.034.100 226.632.050	243.252.200 0	231.594.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	227.034.100	243.252.200	231.594.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	227.034.100	243.252.200	231.594.200

Anhebung der Entgelte auf E 13: 1. Stufe ab 01.08.2023, 2. Stufe ab 01.08.2024, Abschluss 01.08.2025

428 51	112	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 1.519.488	0 0	0 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 21 **Grundschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 51

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

432 01	118	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	11.703.700 12.426.970	14.210.400 0	14.954.900 0

432 02	118	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	244.100 265.831	335.000 0	369.500 0

526 01	112	Gerichts- und ähnliche Kosten	15.000 7.194	15.000 0	15.000 0

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich der Grundschulen veranschlagt.

681 01	112	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 1.749	0 0	0 0

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	27.575.300 23.970.267	30.362.000 0	32.524.200 0

07 Ministerium für Bildung
07 21 Grundschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit
Ausnahme für Investitionen

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	338.711.500	383.690.700	375.924.300
		0	0
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	15.000	15.000	15.000
		0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0	0
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	27.575.300	30.362.000	32.524.200
		0	0
Gesamtausgabe	366.301.800	414.067.700	408.463.500
Gesamtsumme der VE		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-366.301.800	-414.067.700	-408.463.500

07 Ministerium für Bildung
07 22 Sekundarschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Bei diesem Kapitel sind die Personalausgaben für die Beschäftigten an Sekundarschulen sowie die Ausgaben für Gerichts- und ähnliche Kosten veranschlagt. Die übrigen Sachkosten finanziert gemäß § 70 Schulgesetz der Schulträger.

Einnahmen

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 24.288	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 22 **Sekundarschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	114	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	53.427.900 52.376.595	60.081.000 0	61.989.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	53.427.900	60.081.000	61.989.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
Summe		53.427.900	60.081.000	61.989.100

422 51	114	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0 1.050.041	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

427 01	114	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 2.471.939	0 0	0 0

428 01	114	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	142.901.000 149.254.876	124.075.000 0	126.664.800 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	142.901.000	124.075.000	126.664.800
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		142.901.000	124.075.000	126.664.800

Bis 2023 war bei diesem Titel der Landesanteil zur Sicherung der Finanzierung von ESF-Projekten im Rahmen der Förderperiode 2014 - 2020 (2023) veranschlagt.

428 51	114	Mehrarbeits-Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 2.275.996	0 0	0 0

Erläuterungen:

Auszahlung von Mehrarbeitsvergütungen nach § 63 Abs. 3 LBG sowie von Ausgleichszahlungen für Mehrzeiten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nach § 63 Abs. 1 LBG i.V.m. § 45a LBesG im Rahmen des Personalkostenbudgets.

Ausgleichszahlungen können für abzugeltende Mehrzeiten (Zusatzstunden, Vorgriffsstunden, Flexistunden) nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Verbindung mit der Ausgleichszahlungsverordnung geleistet werden.

07 **Ministerium für Bildung**
07 22 **Sekundarschulen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
432 01	118	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	9.429.700 9.945.962	11.122.400 0	11.735.000 0
432 02	118	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	445.900 474.070	658.200 0	750.200 0
526 01	114	Gerichts- und ähnliche Kosten	10.000 1.641	10.000 0	10.000 0
Erläuterungen:					
Bei diesem Titel werden die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich der Sekundarschulen veranschlagt.					
681 01	114	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 1.300	0 0	0 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	11.981.800 10.500.846	14.071.200 0	14.904.100 0

07 Ministerium für Bildung
07 22 Sekundarschulen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit
Ausnahme für Investitionen

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	206.204.500	195.936.600	201.139.100
		0	0
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	10.000	10.000	10.000
		0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0	0
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	11.981.800	14.071.200	14.904.100
		0	0
Gesamtausgabe	218.196.300	210.017.800	216.053.200
Gesamtsumme der VE		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-218.196.300	-210.017.800	-216.053.200

07 **Ministerium für Bildung**
07 30 **Förderung Schulbau, Ausstattung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels
0701

Erläuterungen:

Allgemeines

Im Land Sachsen-Anhalt besteht anzuerkennender Schulraumsanierungsbedarf, der von den Kommunen als Schulträger durch Baumaßnahmen nur mit finanzieller Unterstützung des Landes nach § 73 SchulG LSA gedeckt werden kann.

In der Titelgruppe 62 dieses Kapitels sind die Finanzhilfen für Investitionen finanzschwacher Kommunen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur im Rahmen des Bundesprogramms nach Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) veranschlagt. Gefördert werden sowohl kommunale als auch freie Schulträger im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen (Richtlinie Schulinfrastruktur)".

Weiterhin werden im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung "DigitalPakt Schule 2019 - 2024" kommunale Schulträger einschließlich Landesschulen, freie Schulträger sowie landesweite und länderübergreifende Investitionsmaßnahmen in digitalen Bildungsinfrastrukturen gefördert. Diese Förderung soll im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung "DigitalPakt Schule 2" fortgeführt werden.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

62 Förderung von Investitionen in die Schulinfrastruktur

Übertragbar

119 62	129	Rückzahlung von Überzahlungen	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 30 Titel 631 62.

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Bundesmitteln aus überzahlten Zuweisungen sowie anfallender Zinsen.

334 62	129	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen in die Schulinfrastruktur	26.700.000	24.396.900	0
			22.432.604		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kap. 07 30 Titelgruppe 62.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			26.700.000	24.396.900	0

63 Förderung von Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur/ Bundesmittel im Rahmen des Digitalpaktes

Übertragbar

119 63	129	Rückzahlung von Überzahlungen	0	0	0
			37.077		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 30 Titel 631 63.

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Bundesmitteln aus überzahlten Zuweisungen sowie anfallenden Zinsen.

334 63	129	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur	85.697.900	4.000.000	2.000.000
			14.338.598		

07 **Ministerium für Bildung**
07 30 **Förderung Schulbau, Ausstattung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 334 63

*** Vgl. K- Vermerk zu Kap. 0730 Titelgruppe 63.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	85.697.900	4.000.000	2.000.000

64 **Kofinanzierung von Bundesmitteln im Rahmen des Digitalpaktes**

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 30 Titelgruppe 64.

119 64	129	Rückzahlung von Überzahlungen	0	0	0
			0		

332 64	129	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0

65 **Förderung Schulbau, Ausstattung**

Übertragbar

119 65	129	Rückzahlung von Überzahlungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vereinnahmung von überzahlten Zuweisungen sowie anfallender Zinsen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0

69 **Förderung von Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur/ Bundesmittel im Rahmen des Digitalpakts Schule 2**

Übertragbar

119 69	129	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 30 Titel 631 69.

334 69	129	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur	0	0	0
			0		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 30 Titelgruppe 69

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	0	0	0

70 **Kofinanzierung von Bundesmitteln im Rahmen des Digitalpakts Schule 2**

Übertragbar

07 **Ministerium für Bildung**
07 30 **Förderung Schulbau, Ausstattung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 30
Titelgruppe 70.

119 70	129	Rückzahlung von Überzahlungen	0 0	0	0
332 70	129	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 30 **Förderung Schulbau, Ausstattung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

682 01	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
893 01	129	Zuschüsse für Investitionen an die Franckeschen Stiftungen	0	0	0
			0	0	0

Titelgruppe(n)

62 Förderung von Investitionen in die Schulinfrastruktur

Übertragbar

*** Ausgaben bei den Titeln 883 62 und 893 62 dürfen nur in Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 30 Titel 334 62 geleistet werden. In Höhe der Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben geleistet werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft im Bundesgebiet fördert der Bund im Rahmen des Kapitels 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) zu 90 v.H. die Investitionen finanzschwacher Kommunen in die Bildungsinfrastruktur. Gefördert werden können sowohl kommunale als auch freie Schulträger. Sachsen-Anhalt stehen hierfür 116.431.000 EUR zur Verfügung. Der Eigenanteil in Höhe von 10 v.H. ist von den Zuwendungsempfängern zu tragen. Die Kosten für die Umsetzung des Förderprogramms übernimmt das Land.

Es gelten die Regelungen des Kapitels 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sowie der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Sachsen-Anhalt.

631 62	129	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesfinanzhilfen	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 30 Titel 119 62.

Erläuterungen:

Erstattung nicht verbrauchter Bundesmittel sowie anfallender Zinsen an den Bund.

671 62	129	Kostenerstattungen auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

883 62	129	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Schulträger	25.700.000	20.737.300	0
			20.905.883	0	0

Erläuterungen:

Finanzhilfen für Investitionen kommunaler Schulträger in die Bildungsinfrastruktur im Rahmen des Bundesprogramms nach Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG).

893 62	129	Zuschüsse für Investitionen an Freie Träger	1.000.000	3.659.600	0
			1.526.721	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 30 Förderung Schulbau, Ausstattung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 62

Erläuterungen:

Finanzhilfen für Investitionen freier Schulträger in die Bildungsinfrastruktur im Rahmen des Bundesprogramms nach Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG).

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	26.700.000	24.396.900	0
		0	0

63 Förderung von Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur/ Bundesmittel im Rahmen des Digitalpaktes

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Ausgaben bei den Titeln 533 63, 633 63, 682 63, 686 63, 812 63, 882 63, 883 63, 891 63 und 893 63 dürfen nur in Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 30 Titel 334 63 geleistet werden. In Höhe der Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben geleistet werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Gemäß Verwaltungsvereinbarung "Digitalpakt Schule 2019 - 2024" stehen dem Land Sachsen-Anhalt in den Jahren 2019 - 2024 Mittel in Höhe von 137.582.000 EUR zur Verfügung.

Angesichts der Covid-19-Pandemie wurden die folgenden drei Zusatzvereinbarungen geschlossen:

1. Sofortausstattungsprogramm (Mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler)
2. Administration (Förderung von professionellen Strukturen zur Administration)
3. Leihgeräte für Lehrkräfte

Der Umfang der Finanzhilfen aus den Zusatzvereinbarungen beträgt jeweils 13.758.200 EUR.

Der Bund beteiligt sich jeweils mit einer Förderquote von höchstens 90 v. H..

Es gelten die Regelungen der Verwaltungsvereinbarung "DigitalPakt Schule 2019 - 2024" sowie der Zusatzvereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Sachsen-Anhalt.

Als Landesprojekte sind vorgesehen:

- Dienstleistungen zum Aufbau eines Beratungsnetzwerkes für Schulen zur Umsetzung des DigitalPaktes,
- Dienstleistungen zur Entwicklung und Nutzung von Systemen, Werkzeugen und Diensten (z. B. Softwareprodukte, digitale Medien und Werkzeuge),
- Aufbau und Weiterentwicklung von digitalen Lehr- und Lerninfrastrukturen, pädagogischer Arbeitsplattformen,
- Vorgenannte Dienstleistungen auch für Lehrerbildung

Als länderübergreifende Projekte (in Federführung des Landes Sachsen-Anhalt oder anderer Bundesländer) sind vorgesehen:

- Entwicklung, Adaption und Bereitstellung von Systemen, Werkzeugen und Diensten (z. B. Softwareprodukte, digitale Medien und Werkzeuge),
- Vorgenannte Dienstleistungen auch für die Lehrerbildung

533 63	129	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
631 63	129	Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesfinanzhilfen	0	0	0
			23.994	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 30 Titel 119 63.

07 Ministerium für Bildung
07 30 Förderung Schulbau, Ausstattung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 63

Erläuterungen:

Erstattung nicht verbrauchter Bundesmittel sowie anfallender Zinsen an den Bund.

633 63	011	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	6.800.200 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Zuschüsse an kreisfreie Städte, Landkreise und Gemeinden im Rahmen der Mittel aus dem Digitalpakt, 2. Zusatzvereinbarung, zur Förderung von Schuladministratoren und der Verstärkung der digitalen Fortbildung. Hiermit soll durch weitere Ressourcen ein verstärkter Einsatz von digitalen Endgeräten in den Schulen und bei den Lehrkräften ermöglicht werden.

682 63	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	558.000 337.171	0 0	0 0

Erläuterungen:

Beschaffung über Dataport im Rahmen des DigitalPaktes.

686 63	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	901.100 0	0 0	0 0

812 63	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2.811.200 868.825	0 0	0 0

Erläuterungen:

Beschaffung, Entwicklung und Aufbau von IT- Infrastrukturen und Softwaresystemen.

882 63	129	Zuweisungen für Investitionen an Länder	2.000.000 280.428	4.000.000 0	2.000.000 0

Erläuterungen:

Ausgaben für die gemeinsame Gestaltung von Projekten mit anderen Ländern.

883 63	129	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Schulträger	65.460.700 9.741.237	0 0	0 0

Erläuterungen:

Finanzhilfen für Investitionen kommunaler Schulträger in die digitale Bildungsinfrastruktur im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung "DigitalPakt Schule 2019 - 2024".

891 63	129	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0

893 63	129	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger	7.166.700 3.113.640	0 0	0 0

Erläuterungen:

Finanzhilfen für Investitionen freier Schulträger in die digitale Bildungsinfrastruktur im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung "DigitalPakt Schule 2019 - 2024".

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			85.697.900	4.000.000 0	2.000.000 0

07 Ministerium für Bildung
07 30 Förderung Schulbau, Ausstattung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

64 Kofinanzierung von Bundesmitteln im Rahmen des Digitalpaktes

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 30 Titelgruppe 64.

** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Kofinanzierung der Landesschulen des Landes Sachsen-Anhalt für Investitionsmaßnahmen in digitale Bildungsstrukturen gemäß der Verwaltungsvereinbarung "DigitalPakt Schule 2019 - 2024" zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Sachsen-Anhalt.

Der Eigenanteil in Höhe von 10 v. H. für die Landesschulen ist vom Land Sachsen-Anhalt zu erbringen.

Es sind Landesprojekte und länderübergreifende Projekte (in Federführung des Landes Sachsen-Anhalt oder anderer Bundesländer) vorgesehen.

Landesprojekte:

- Investitionen und Dienstleistungen zum Aufbau eines Beratungsnetzwerkes für Schulen zur Umsetzung des DigitalPaktes
- Dienstleistungen zur Entwicklung und Nutzung von Systemen, Werkzeugen und Diensten (z.B. Softwareprodukte, digitale Medien und Werkzeuge)
- Aufbau und Weiterentwicklung von digitalen Lehr- und Lerninfrastrukturen, pädagogischer Arbeitsplattformen
- vorgenannte Infrastrukturen auch für die Lehrerbildung

Länderübergreifende Projekte:

- die Entwicklung, Adaption und Bereitstellung von Systemen, Werkzeugen und Diensten (z.B. Softwareprodukte, digitale Medien und Werkzeuge)
- Aufbau und Weiterentwicklung von digitalen Lehr- und Lerninfrastrukturen, pädagogischer Arbeitsplattformen
- vorgenannte Infrastrukturen auch für die Lehrerbildung

533 64	129	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
633 64	011	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
682 64	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
686 64	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
812 64	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	418.300 87.151	0 0	0 0
882 64	129	Zuweisungen für Investitionen an Länder	193.500 19.525	500.000 0	0 0
Erläuterungen:					
Ausgaben für die gemeinsame Gestaltung von Projekten mit anderen Ländern.					
883 64	129	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Schulträger	0 0	0 0	0 0
891 64	129	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0

07 Ministerium für Bildung
07 30 Förderung Schulbau, Ausstattung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

893 64	129	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	611.800	500.000	0
		0	0

65 Förderung Schulbau, Ausstattung

Übertragbar

*** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden. Die in 2025 ausgebrachte VE darf nur unter Anrechnung der in 2024 gebundenen Verpflichtungsermächtigung bei Kapitel 0730 Titel 671 65 und Titel 883 65 sowie unter Anrechnung der bei Kapitel 5307, Titelgruppe 86 in den Jahren 2022 bis 2026 verausgabten und gebundenen Mittel in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen:

Förderung von Investitionen in Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Schulgebäuden.

671 65	129	Kostenerstattungen auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	6.300.000

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.100.000			2.100.000
2026		2.100.000			2.100.000
2027		2.100.000		1.260.000	3.360.000
2028				1.575.000	1.575.000
2029 ff.				3.465.000	3.465.000
Summen		6.300.000		6.300.000	12.600.000

Erläuterungen:

Kostenerstattungen auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Schulbaumaßnahmen an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen des Landes Sachsen-Anhalt (Schulbauförderprogramm)".

883 65	129	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Schulträger	0	0	0
			0	48.102.800	75.129.900

Übertragbar

07 Ministerium für Bildung
07 30 Förderung Schulbau, Ausstattung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 65

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		25.043.300			25.043.300
2026		25.043.300			25.043.300
2027		25.043.300	48.102.800	15.023.500	88.169.600
2028				18.783.500	18.783.500
2029 ff.				41.322.900	41.322.900
Summen		75.129.900	48.102.800	75.129.900	198.362.600

Erläuterungen:

Förderung von Investitionen in Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Schulgebäuden.

Auf Basis der 2025 ausgebrachten VE können Verpflichtungen bis 2027 eingegangen werden. In den Jahren 2025 und 2026 werden die Projekte aus dem Epl. 53 Sondervermögen Corona finanziert, im Jahr 2027 erfolgt die Finanzierung über den Epl. 07. Das Gesamtvolumen der Maßnahme i. H. v. 48,1 Mio. EUR bleibt davon unberührt.

Mit der 2026 ausgebrachten VE soll ein neues Landesschulbauprogramm aufgelegt werden.

893 65	129	Zuweisungen für Investitionen an Freie Schulträger	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Förderung von Investitionen in Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Schulgebäuden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0
		48.102.800	81.429.900

**69 Förderung von Investitionen in die digitale
Bildungsinfrastruktur/ Bundesmittel im Rahmen des
Digitalpakts Schule 2**

Übertragbar

*** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe 69 in Anspruch genommen werden.

Ausgaben bei den Titeln 533 69, 633 69, 682 69, 686 69, 812 69, 882 69, 883 69, 891 69 und 893 69 dürfen nur in Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 30 Titel 334 63 geleistet werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

07 **Ministerium für Bildung**
07 30 **Förderung Schulbau, Ausstattung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Gemäß der in Verhandlung befindlichen Verwaltungsvereinbarung zum "DigitalPakt Schule 2" sollen dem Land Sachsen-Anhalt in den Jahren 2025 bis 2029 Mittel in Höhe von ca. 100.000.000 EUR zur Verfügung gestellt werden.

Der Bund beteiligt sich mit einer Förderquote von höchstens 50 v. H..

Hierbei sollen folgende Schwerpunkte unterstützt werden:

1. Basis Stärkung der digitalen Schulinfrastruktur durch die Schulträger
2. Austauschprogramm für Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten
3. Administration (Förderung von professionellen Strukturen zur Administration)
4. Leihgeräte für Lehrkräfte

Als Einzelvorhaben sind vorgesehen:

- Dienstleistungen zur Entwicklung und Nutzung von Systemen, Werkzeugen und Diensten (z.B. Softwareprodukte, digitale Medien und Werkzeuge)
- Aufbau und Weiterentwicklung von digitalen Lehr- und Lerninfrastrukturen, pädagogischer Arbeitsplattformen
- vorgenannte Infrastrukturen auch für die Lehrerbildung

Diese können auch als länderübergreifende Vorhaben in Federführung des Landes Sachsen-Anhalt oder anderer Bundesländer durchgeführt werden.

533 69	129	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
631 69	129	Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesfinanzhilfen	0 0	0 0	0 0
Übertragbar					
* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 07 30 Titel 119 69.					
633 69	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
671 69	129	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0 0	0 0	0 0
682 69	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
686 69	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
812 69	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
882 69	129	Zuweisungen für Investitionen an Länder	0 0	0 0	0 0
883 69	129	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Schulträger	0 0	0 0	0 90.365.700

07 Ministerium für Bildung
07 30 Förderung Schulbau, Ausstattung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 69

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				15.000.000	15.000.000
2028				35.000.000	35.000.000
2029 ff.				40.365.700	40.365.700
Summen				90.365.700	90.365.700

Erläuterungen:

Finanzhilfen für Investitionen kommunaler Schulträger in die digitale Bildungsinfrastruktur im Rahmen der in Verhandlung befindlichen Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule 2.

891 69	129	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
893 69	129	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger	0	0	0
			0	0	10.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				1.500.000	1.500.000
2028				4.000.000	4.000.000
2029 ff.				4.500.000	4.500.000
Summen				10.000.000	10.000.000

Erläuterungen:

Finanzhilfen für Investitionen freier Schulträger in die digitale Bildungsinfrastruktur im Rahmen der in Verhandlung befindlichen Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule 2.

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	0	0	0
		0	100.365.700

70 Kofinanzierung von Bundesmitteln im Rahmen des Digitalpakts Schule 2

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 30 Titelgruppe 70.

07 Ministerium für Bildung
07 30 Förderung Schulbau, Ausstattung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zulasten aller Titel der Titelgruppe 70 in Anspruch genommen werden. Die in 2026 ausgebrachte VE darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, wie keine Inanspruchnahme der VE 2025 zulasten der Jahre 2027 ff. erfolgt ist.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Kofinanzierung der Landesschulen des Landes Sachsen-Anhalt für Investitionsmaßnahmen in digitale Bildungsstrukturen gemäß der in Verhandlung befindlichen Verwaltungsvereinbarung "DigitalPakt Schule 2" zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Sachsen-Anhalt.

Gemäß dieser Verwaltungsvereinbarung "DigitalPakt Schule 2" sollen dem Land Sachsen-Anhalt in den Jahren 2025 bis 2029 Mittel in Höhe von ca. 100.000.000 EUR zur Verfügung gestellt werden. Der Eigenanteil in Höhe von 50 v. H. zu den Bundesfinanzhilfen ist vom Land Sachsen-Anhalt zu erbringen.

Hierbei sollen folgende Schwerpunkte unterstützt werden:

1. Basis Stärkung der digitalen Schulinfrastruktur durch die Schulträger
2. Ausstattungsprogramm für Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten
3. Administration (Förderung von professionellen Strukturen zur Administration)
4. Leihgeräte für Lehrkräfte

Als Einzelvorhaben sind vorgesehen:

- Dienstleistungen zur Entwicklung und Nutzung von Systemen, Werkzeugen und Diensten (z. B. Softwareprodukte, digitale Medien und Werkzeuge)
- Aufbau und Weiterentwicklung von digitalen Lehr- und Lerninfrastrukturen, pädagogischer Arbeitsplattformen
- vorgenannte Infrastrukturen auch für die Lehrerbildung

Diese können auch als länderübergreifende Vorhaben in Federführung des Landes Sachsen-Anhalt oder anderer Bundesländer durchgeführt werden.

533 70	129	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
633 70	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
671 70	129	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0 0	0 0	0 9.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				2.500.000	2.500.000
2028				2.000.000	2.000.000
2029 ff.				4.500.000	4.500.000
Summen				9.000.000	9.000.000

07 Ministerium für Bildung
07 30 Förderung Schulbau, Ausstattung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 70

Erläuterungen:

Haushaltsvorsorge wurde vorbehaltlich der noch in Abstimmung befindlichen Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule 2 getroffen, um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der IB zur administrativen Umsetzung des DigitalPakt Schule 2 schließen zu können.

682 70	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
686 70	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
812 70	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
882 70	129	Zuweisungen für Investitionen an Länder	0 0	0 0	0 0
883 70	129	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Schulträger	0 0	0 0	0 90.365.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				15.000.000	15.000.000
2028				35.000.000	35.000.000
2029 ff.				40.365.700	40.365.700
Summen				90.365.700	90.365.700

Erläuterungen:

Haushaltsvorsorge für die Kofinanzierung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen kommunaler Schulträger in die digitale Bildungsinfrastruktur im Rahmen der in Verhandlung befindlichen Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule 2.

891 70	129	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 70	129	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger	0 0	0 0	0 10.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				1.500.000	1.500.000
2028				4.000.000	4.000.000
2029 ff.				4.500.000	4.500.000
Summen				10.000.000	10.000.000

07 **Ministerium für Bildung**
07 30 **Förderung Schulbau, Ausstattung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 70

Erläuterungen:

Haushaltsvorsorge für die Kofinanzierung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen freier Schulträger in die digitale Bildungsinfrastruktur im Rahmen der in Verhandlung befindlichen Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule 2.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	0	0	0
		0	109.365.700

07 Ministerium für Bildung
07 30 Förderung Schulbau, Ausstattung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	112.397.900	28.396.900	2.000.000
Gesamteinnahme		112.397.900	28.396.900	2.000.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0 0	0 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	8.259.300	0 0	0 15.300.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	104.750.400	28.896.900 48.102.800	2.000.000 275.861.300
Gesamtausgabe		113.009.700	28.896.900	2.000.000
Gesamtsumme der VE			48.102.800	291.161.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-611.800	-500.000	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 31 **Landesschule Pforta**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel sind die Sachausgaben, Investitionen und damit verbundene Einnahmen der sich gemäß § 65 Abs. 4 Schulgesetz LSA in Landesträgerschaft befindlichen Landesschule Pforta veranschlagt.
Die Personalausgaben, damit verbundene Einnahmen sowie Stellen der Landesschule sind im Kapitel 07 17 veranschlagt.

Einnahmen

119 26	114	Einnahmen aus Unterkunft in Internaten	512.400	515.400	515.400
			496.126		

Erläuterungen:

Einnahmen für die Bereitstellung von Unterkünften im Internat. Zum Schuljahr 2023/2024 gilt eine neue Gebührenordnung. Diese wurde im GVBl. LSA Nr. 16/2023 vom 20.7.2023 die "Verordnung zur Änderung gebührenrechtlicher Vorschriften im Schulwesen" vom 11.7.2023 verkündet.

07 **Ministerium für Bildung**
07 31 **Landesschule Pforta**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

124 01	114	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	55.200	61.000	61.000
			56.753		

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	21.800	27.800	27.800
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	30.200	30.000	30.000
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	1.600	1.600	1.600
5.	Sonstige Mieten und Pachten	1.600	1.600	1.600
	Summe	55.200	61.000	61.000

129 01	114	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			88		

Titelgruppe(n)

62 **Veranstaltungen im schulischen Rahmen**

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 31
Titelgruppe 62.

119 62	114	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

282 62	114	Einnahmen aus Schulveranstaltungen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	0	0

63 **Instrumente für den inhaltlichen Schwerpunkt Musik**

Übertragbar

111 63	114	Ausleihgebühren für Musikinstrumente	3.000	3.000	3.000
			2.985		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 31 Titel 511 63.

Erläuterungen:

Einnahmen für die Nutzung und Ausleihe schuleigener Instrumente. Die Höhe der Gebühren ist in der ALLGO LSA geregelt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	3.000	3.000	3.000

07 Ministerium für Bildung
07 31 Landesschule Pforta

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

511 01	114	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	27.600 26.681	27.000 0	27.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	5.000	4.800	4.800
2.	Kommunikation	7.000	5.700	5.700
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	11.000	12.500	12.500
4.	Sonstiges	4.600	4.000	4.000
	Summe	27.600	27.000	27.000

514 01	114	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	13.700 7.610	10.200 0	10.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	5.000	4.600	4.600
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	500	500	500
3.	Verbrauchsmittel	7.200	4.300	4.300
4.	Sonstiges	1.000	800	800
	Summe	13.700	10.200	10.200

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

Ist. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	Pkw	1	1	1	1
	Zusammen	1	1	1	1

Darunter geleaste / gemietete Dienstkraftfahrzeuge

Ist. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	Pkw	0	0	0	0
	Zusammen	0	0	0	0

517 01	114	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	788.400 750.563	788.100 0	788.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	320.000	276.000	276.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	126.500	131.000	131.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	283.000	316.400	316.400
4.	Bewachung	54.200	58.500	58.500
5.	Sonstiges	4.700	6.200	6.200
	Summe	788.400	788.100	788.100

519 01	114	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	73.000 58.986	73.000 0	73.000 0

07 Ministerium für Bildung
07 31 Landesschule Pforta

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 519 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	73.000	73.000	73.000
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
Summe		73.000	73.000	73.000

523 01	114	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	10.000 9.993	10.000 0	10.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	9.000	9.000	9.000
2.	Einzelbände, Fortsetzungswerke	0	0	0
3.	Einbände	1.000	1.000	1.000
Summe		10.000	10.000	10.000

525 01	114	Aus- und Fortbildung	500 0	500 0	500 0

Erläuterungen:

Fortbildungsveranstaltungen des Verwaltungs- und technischen Personals

525 02	114	Lehr- und Lernmittel	27.700 18.346	27.900 0	27.600 0

Erläuterungen:

Zur Durchführung eines qualitativ angemessenen und lehrplankonformen Unterrichts werden Anschaffungen für die Fachschaften veranschlagt.

526 01	114	Gerichts- und ähnliche Kosten	0 1.028	0 0	0 0

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich der Landesschule Pforta veranschlagt.

527 01	114	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	500 212	500 0	500 0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Bediensteten der Landesschule Pforta nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG).

533 01	114	Dienstleistungen Außenstehender	70.200 72.836	101.100 0	113.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verpflegung	24.200	57.300	66.400
2.	Grünflächen- und Sportplatzpflege	38.200	36.400	39.500
3.	Winterdienst	7.800	7.400	7.400
Summe		70.200	101.100	113.300

07 **Ministerium für Bildung**
07 31 **Landesschule Pforta**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Zu Position 1.

Für die Verpflegung der Internatsschülerinnen und Schüler sind Gebühren gemäß Erlass zu zahlen, die gegenüber dem Dienstleister zu entrichten sind. Die Gebühren sind nicht kostendeckend. Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Deckung der Finanzierungslücke gegenüber dem Dienstleister.

533 02	114	Instandhaltung historischer Kultur- und Kunstgegenstände	4.500 5.000	2.000 0	3.000 0
542 01	114	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
681 01	114	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
812 15	114	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	49.600 28.900	51.300 0	35.700 0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung 2025:

- Mobiliar und Zubehör der Internatszimmer, Clubräume, Klausurgebäude
- Technik für den Fachbereich Chemie

Ersatzbeschaffung 2026:

- Mobiliar und Zubehör der Internatszimmer, Clubraum

Titelgruppe(n)

62 Veranstaltungen im schulischen Rahmen

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 31 Titelgruppe 62.

429 62	114	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 0	0 0	0 0
547 62	114	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 290	500 0	500 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	500 0	500 0

63 Instrumente für den inhaltlichen Schwerpunkt Musik

Übertragbar

Erläuterungen:

Ausgaben für die Reparatur, die Wartung, den Ersatz und die Ergänzungsbeschaffung von Instrumenten an der Landesschule Pforta zur Aufrechterhaltung des inhaltlichen Schwerpunktes Musik

511 63	114	Geschäftsbedarf, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und Instrumente	8.500 0	8.500 0	8.500 0

- * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 07 31 Titel 111 63.

07 **Ministerium für Bildung**
07 31 **Landesschule Pforta**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
547 63	114	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 5.872	0 0	0 0
812 63	114	Neu- und Ersatzbeschaffung von Instrumenten	13.200 0	5.100 0	5.100 0
Erläuterungen:					
Neubeschaffung:					
diverse Musikinstrumente					
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			21.700	13.600 0	13.600 0

07 Ministerium für Bildung
07 31 Landesschule Pforta

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	570.600	579.400	579.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			
Gesamteinnahme		570.600	579.400	579.400

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben		0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.024.600	1.049.300	1.062.200
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	62.800	56.400	40.800
Gesamtausgabe		1.087.400	1.105.700	1.103.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-516.800	-526.300	-523.600

07 **Ministerium für Bildung**
07 32 **Latina "August Hermann Francke" Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel sind die Sachausgaben, Investitionen und damit verbundene Einnahmen des sich gemäß § 65 Abs. 4 Schulgesetz LSA in Landesträgerschaft befindlichen Landesgymnasiums Latina August Hermann Francke Halle veranschlagt. Die Personalausgaben, damit verbundene Einnahmen sowie Stellen des Landesgymnasiums sind im Kapitel 07 17 veranschlagt.

Einnahmen

119 26	114	Einnahmen aus der Unterkunft in Internaten	28.400 27.997	28.400	28.400

Erläuterungen:

Einnahmen für die Bereitstellung von Unterkünften im Internat. Zum Schuljahr 2023/2024 gilt eine neue Gebührenordnung. Diese wurde im GVBl. LSA Nr. 16/2023 vom 20.7.2023 die "Verordnung zur Änderung gebührenrechtlicher Vorschriften im Schulwesen" vom 11.7.2023 verkündet.

124 01	114	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1.600 1.680	500	500

07 **Ministerium für Bildung**
07 32 **Latina "August Herrmann Francke" Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 124 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	1.600	500	500
	Summe	1.600	500	500

Einnahmen aus der Nutzung sonstiger Räumlichkeiten (Turnhalle)

Titelgruppe(n)

63 **Instrumente für den inhaltlichen Schwerpunkt Musik**

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 32
Titelgruppe 63.

111 63	114	Ausleihgebühren für Musikinstrumente	5.000 5.202	5.000	5.000

Erläuterungen:

Einnahmen für die Nutzung und Ausleihe schuleigener Instrumente
Die Höhe der Gebühren ist in der ALLGO LSA geregelt.

132 63	114	Einnahmen aus der Veräußerung von Musikinstrumenten	0 8.200	0	0

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Veräußerung ungenutzter Musikinstrumente aus dem Bestand der Latina August Hermann Francke.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			5.000	5.000	5.000

07 Ministerium für Bildung
07 32 Latina "August Herrmann Francke" Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

511 01	114	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	31.600 27.680	31.100 0	31.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	4.600	4.700	4.700
2.	Kommunikation	3.100	3.700	3.700
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.200	9.800	9.800
4.	Sonstiges	13.700	12.900	12.900
	Summe	31.600	31.100	31.100

514 01	114	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	1.300 882	1.300 0	1.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	0	0	0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	300	300	300
3.	Verbrauchsmittel	800	800	800
4.	Sonstiges	200	200	200
	Summe	1.300	1.300	1.300

517 01	114	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	583.000 676.909	673.600 0	673.600 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	112.200	143.200	143.200
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	63.500	96.000	96.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	304.650	314.300	314.300
4.	Bewachung	600	700	700
5.	Sonstiges	102.050	119.400	119.400
	Summe	583.000	673.600	673.600

518 02	114	Mietzahlungen an die Franckeschen Stiftungen	953.200 924.241	953.200 4.356.700	953.200 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 32 **Latina "August Herrmann Francke" Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 02

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	980.900				980.900
2026	409.300		543.900		953.200
2027			953.200		953.200
2028			953.200		953.200
2029 ff.			1.906.400		1.906.400
Summen	1.390.200		4.356.700		5.746.900

Erläuterungen:

Bei diesem Titel sind Ausgaben und Verpflichtungsermächtigung für die Mietzahlungen der Latina August Hermann Francke an die Franckeschen Stiftungen veranschlagt. Mit den Franckeschen Stiftungen besteht ein unbefristeter Mietvertrag.

519 01	114	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.700	9.500	9.500
			5.468	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	5.700	9.500	9.500
Summe		5.700	9.500	9.500

523 01	114	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	700	700	700
			698	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	700	700	700
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	0	0	0
3.	Einbände	0	0	0
Summe		700	700	700

525 01	114	Aus- und Fortbildung	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Fortbildungsveranstaltungen des Verwaltungs- und technischen Personals

525 02	114	Lehr- und Lernmittel	16.100	16.000	16.000
			11.911	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 32 **Latina "August Herrmann Francke" Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 02

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verbrauchsmaterialien	3.100	3.100	3.100
2.	Literatur/ Lehrfilme/ Bildmaterial	1.100	1.000	1.000
3.	Lehr-/ Unterrichtsmaterial	7.300	7.300	7.300
4.	Geräte	4.600	4.600	4.600
	Summe	16.100	16.000	16.000

526 01	114	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich des Landesgymnasiums

527 01	114	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Bediensteten des Landesgymnasiums nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG).

533 01	114	Dienstleistungen Außenstehender	57.200	60.600	60.600
			46.774	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verpflegung	23.100	25.300	25.300
2.	Pförtner	33.300	34.000	34.000
3.	Instrumententransport	800	1.300	1.300
	Summe	57.200	60.600	60.600

Zu Position 1.

Für die Verpflegung der Internatsschülerinnen und Schüler sind Gebühren gemäß Erlass zu zahlen, die gegenüber dem Dienstleister zu entrichten sind. Die Gebühren sind nicht kostendeckend. Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Deckung der Finanzierungslücke gegenüber dem Dienstleister.

542 01	114	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

681 01	114	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

812 15	114	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	25.000	38.500	47.900
			13.490	0	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung 2025:

- Geschirrspüler Mensa
- Bestuhlung Unterrichtsräume Haus 42/43 - 7 Räume

Ersatzbeschaffung 2026:

- Bestuhlung Unterrichtsräume Haus 42/43 - 11 Räume

07 Ministerium für Bildung
07 32 Latina "August Herrmann Francke" Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

62 Veranstaltungen im schulischen Rahmen

Übertragbar

Erläuterungen:

Ausgaben für die Durchführung von Schulveranstaltungen, wie zum Beispiel der Besuch von Ausstellungen, künstlerischen Veranstaltungen, sowie für Schulfeste

547 62	114	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 128	0 0	0 0

Erläuterungen:

TGr entfällt, Titel 547 62 kann noch nicht gelöscht werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0
				0	0

63 Instrumente für den inhaltlichen Schwerpunkt Musik

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 07 32 Titelgruppe 63.

Erläuterungen:

Ersatz-/ Ergänzungsbeschaffung sowie Instandhaltung von Musikinstrumenten zur Wertsteigerung und Bewahrung einer hochwertigen Ausstattung zur Aufrechterhaltung des inhaltlichen Schwerpunkts Musik

511 63	114	Geschäftsbedarf, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und Instrumente	18.400 44.206	13.500 0	10.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Instandsetzung Flügel	10.000	5.000	0
2.	Stimmung Flügel, Kaviere	4.000	4.500	4.500
3.	Ersatz Kleininstrumente	500	500	500
4.	Reparatur anderer schuleigener Instrumente	2.900	3.500	3.500
5.	Klavierbänke	1.000	0	0
6.	Ersatz Technik			1.000
7.	Anschaffung Zubehör (Notenständer)			500
Summe		18.400	13.500	10.000

812 63	114	Neu- und Ersatzbeschaffung von Instrumenten	10.000 0	10.000 0	5.000 0

Erläuterungen:

Neubeschaffung 2025:
Klavier

Ersatzbeschaffung 2026:
Carbon-Bögen für hochwertige Violinen

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			28.400	23.500	15.000
				0	0

07 Ministerium für Bildung
07 32 Latina "August Herrmann Francke" Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	35.000	33.900	33.900

Gesamteinnahme		35.000	33.900	33.900

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.668.200	1.760.500 4.356.700	1.757.000 0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0 0	0 0

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	35.000	48.500 0	52.900 0

Gesamtausgabe		1.703.200	1.809.000	1.809.900

Gesamtsumme der VE			4.356.700	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.668.200	-1.775.100	-1.776.000

07 **Ministerium für Bildung**
07 33 **Landesgymnasium für Musik Wernigerode**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel sind die Sachausgaben, Investitionen und damit verbundene Einnahmen des sich gemäß § 65 Abs. 4 Schulgesetz LSA in Landesträgerschaft befindlichen Landesgymnasiums für Musik Wernigerode veranschlagt. Die Personalausgaben, damit verbundene Einnahmen sowie Stellen des Landesgymnasiums sind im Kapitel 07 17 veranschlagt.

Einnahmen

119 26	114	Einnahmen aus Unterkunft in Internaten	153.500 122.207	150.500	150.500

Erläuterungen:

Einnahmen für die Bereitstellung von Unterkünften im Internat. Zum Schuljahr 2023/2024 gilt eine neue Gebührenordnung. Diese wurde im GVBl. LSA Nr. 16/2023 vom 20.7.2023 die "Verordnung zur Änderung gebührenrechtlicher Vorschriften im Schulwesen" vom 11.7.2023 verkündet.

129 01	114	Sonstige Einnahmen	500 426	500	500

07 **Ministerium für Bildung**
07 33 **Landesgymnasium für Musik Wernigerode**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 129 01

Erläuterungen:

Nutzungsentgelte für Waschmaschinen- und Trocknernutzung im Internat

Titelgruppe(n)

62 Veranstaltungen im schulischen Rahmen

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 33
Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Schulveranstaltungen (Chorauftritte, Schulfeste)

119 62	114	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0
282 62	114	Einnahmen aus Schulveranstaltungen	1.500 2.834	1.500	1.500
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			1.500	1.500	1.500

63 Instrumente für den inhaltlichen Schwerpunkt Musik

Übertragbar

Erläuterungen:

Einnahmen aus Leistungsgebühren Musikinstrumente

111 63	114	Ausleihgebühren für Musikinstrumente	3.300 4.205	3.300	3.300
* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 33 Titelgruppe 63. Erläuterungen: Einnahmen für die Nutzung und Ausleihe schuleigener Instrumente. Die Höhe der Gebühren ist in der AIIGO LSA geregelt.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			3.300	3.300	3.300

07 Ministerium für Bildung
07 33 Landesgymnasium für Musik Wernigerode

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

511 01	114	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	42.500 35.494	39.800 0	37.900 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	3.700	4.200	4.200
2.	Kommunikation	7.100	5.800	5.800
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	23.500	18.500	19.800
4.	Sonstiges	8.200	11.300	8.100
	Summe	42.500	39.800	37.900

514 01	114	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	6.300 8.136	6.900 0	6.900 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	2.700	3.000	3.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	3.100	3.100	3.100
4.	Sonstiges	500	800	800
	Summe	6.300	6.900	6.900

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

lfd. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	Pkw	1	1	1	1
	Zusammen	1	1	1	1

Darunter geleaste / gemietete Dienstkraftfahrzeuge

lfd. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	Pkw	0	0	0	0
	Zusammen	0	0	0	0

517 01	114	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	289.000 274.421	301.100 0	301.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	15.000	17.300	17.300
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	6.500	4.100	4.100
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	120.300	121.100	121.100
4.	Bewachung	145.200	156.600	156.600
5.	Sonstiges	2.000	2.000	2.000
	Summe	289.000	301.100	301.100

517 30	114	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	231.200 181.455	0 0	0 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 33 **Landesgymnasium für Musik Wernigerode**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 30

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Nebenkosten im MVM mehr zu veranschlagen. Die Nebenkosten werden zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

518 01	114	Mieten und Pachten	108.000	109.900	109.900
			108.264	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	107.800	109.700	109.700
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3.	Für Leasing	200	200	200
Summe		108.000	109.900	109.900

518 30	114	Mieten und Pachten an BLSA	317.200	0	0
			262.450	0	0

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Kaltmieten im MVM mehr zu veranschlagen.

519 01	114	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	14.500	12.700	17.500
			9.256	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	9.400	8.600	12.400
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	5.100	4.100	5.100
Summe		14.500	12.700	17.500

523 01	114	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	500	500	500
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	0	0	0
3.	Einbände	0	0	0
Summe		500	500	500

525 01	114	Aus- und Fortbildung	500	500	500
			740	0	0

Erläuterungen:

Fortbildungsveranstaltungen des Verwaltungs- und technischen Personals des Landesgymnasiums

525 02	114	Lehr- und Lernmittel	4.500	4.500	4.500
			4.494	0	0

526 01	114	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 33 **Landesgymnasium für Musik Wernigerode**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 526 01

Erläuterungen:

Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich des Landesgymnasiums

527 01	114	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Bediensteten (Verwaltungspersonal und technisches Personal) des Landesgymnasiums nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG).

533 01	114	Dienstleistungen Außenstehender	163.600	205.900	205.900
			170.750	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verpflegung	55.600	97.900	97.900
2.	Instrumententransporte/ Havariebeseitigung	2.500	2.500	2.500
4.	Hausmeisterdienste, Winterdienst/ Outsourcing	105.500	105.500	105.500
Summe		163.600	205.900	205.900

Zu Position 1.

Für die Verpflegung der Internatsschülerinnen und Schüler sind Gebühren gemäß der ALLGO LSA zu zahlen, die gegenüber dem Dienstleister zu entrichten sind. Die Gebühren sind nicht kostendeckend. Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Deckung der Finanzierungslücke gegenüber dem Dienstleister.

542 01	114	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

681 01	114	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

812 15	114	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	34.000	29.000	29.000
			28.292	0	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung 2025:

- Ausstattung Internatszimmer
- Kombidämpfer Internatsküche
- Mobiliar Cafeteria

Ersatzbeschaffung 2026:

- Ausstattung Internatszimmer
- Kombidämpfer Internatsküche
- Mobiliar Cafeteria

Titelgruppe(n)

62 **Veranstaltungen im schulischen Rahmen**

Übertragbar

07 **Ministerium für Bildung**
07 33 **Landesgymnasium für Musik Wernigerode**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden
bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 07 33
Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Ausgaben für die Durchführung von Schulveranstaltungen, zum Beispiel Konzertaufführungen der Chöre, die Ausgestaltung von Schulfesten, Chorjubiläen und anderer Schulfeste

429 62	114	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 0	0 0	0 0
547 62	114	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500 1.833	500 0	500 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			500	500 0	500 0

63 Instrumente für den inhaltlichen Schwerpunkt Musik

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden
bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 07 33 Titel 111
63.

Erläuterungen:

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung sowie Instandhaltung von Musikinstrumenten zur Wertsteigerung und Bewahrung einer hochwertigen Ausstattung zur Aufrechterhaltung des inhaltlichen Schwerpunktes Musik

511 63	114	Geschäftsbedarf, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und Instrumente	18.000 0	18.000 0	18.000 0
547 63	114	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 4.500	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die bisher hier veranschlagten Ausgaben werden ab 2024 im Titel 511 63 veranschlagt. Eine Umsetzung der Historie erfolgt nicht.

812 63	114	Neu- und Ersatzbeschaffungen von Instrumenten	5.000 5.500	10.900 0	5.000 0

Erläuterungen:

Neubeschaffung 2025:
- Yamaha N1X

Neubeschaffung 2026:
- E-Piano

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			23.000	28.900 0	23.000 0

07 Ministerium für Bildung
07 33 Landesgymnasium für Musik Wernigerode

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	157.300	154.300	154.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.500	1.500	1.500
Gesamteinnahme		158.800	155.800	155.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.196.800	700.800	703.700
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	39.000	39.900	34.000
			0	0
Gesamtausgabe		1.235.800	740.700	737.700
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.077.000	-584.900	-581.900

07 Ministerium für Bildung
07 34 Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel sind die Sachausgaben, Investitionen und damit verbundene Einnahmen des sich gemäß § 65 Abs. 4 Schulgesetz LSA in Landesträgerschaft befindlichen Carl-Kehr-Schule, Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte Halberstadt veranschlagt. Die Personalausgaben, damit verbundene Einnahmen sowie Stellen des Landesbildungszentrums sind in den Kapiteln 07 12 bis 07 14 veranschlagt.

Einnahmen

119 25	124	Einnahmen aus der Abgabe von Verpflegung	1.300 322	500	500
119 26	124	Einnahmen aus Unterkunft in Internaten	3.200 3.055	3.200	3.200

07 **Ministerium für Bildung**
07 34 **Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 26

Erläuterungen:

Einnahmen für die Bereitstellung von Unterkünften im Internat. Zum Schuljahr 2023/2024 gilt eine neue Gebührenordnung. Diese wurde im GVBl. LSA Nr. 16/2023 vom 20.7.2023 die "Verordnung zur Änderung gebührenrechtlicher Vorschriften im Schulwesen" vom 11.7.2023 verkündet.

124 01	124	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	0	0	0
	Summe	0	0	0

129 01	124	Sonstige Einnahmen	3.000	4.800	4.800
			5.415		

Erläuterungen:

Einnahmen für Leistungen der vollstationären Pflege nach § 43a SGB XI von den Pflegekassen für pflegebedürftige Kinder im Wohnheim des Landesbildungszentrum

231 01	291	Zuweisungen vom Bund für den Bundesfreiwilligendienst	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Zuweisungen des Bundes erfolgt aus kassentechnischen Gründen für alle Landesbildungszentren bei Kapitel 07 38 Titel 231 01.

Titelgruppe(n)

62 **Veranstaltungen im schulischen Rahmen**

Übertragbar

282 62	124	Einnahmen aus Schulveranstaltungen	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 34 Titel 547 62.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 34 Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

427 05	291	Entgelte für Beschäftigte im Bundesfreiwilligendienst	5.400 0	5.400 0	5.400 0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Zuweisungen des Bundes erfolgt aus kassentechnischen Gründen für alle Landesbildungszentren bei Kapitel 07 38 Titel 231 01. Hier ist der Einsatz für eine Person ganzjährig geplant.

511 01	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	26.300 23.558	23.200 0	23.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	3.100	3.200	3.200
2.	Kommunikation	4.500	2.200	2.200
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8.400	7.600	7.600
4.	Sonstiges	10.300	10.200	10.200
	Summe	26.300	23.200	23.200

514 01	124	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	7.200 6.401	8.000 0	8.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	0	0	0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	500	700	700
3.	Verbrauchsmittel	6.700	7.300	7.300
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	7.200	8.000	8.000

517 01	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	208.600 195.460	234.100 0	234.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	206.200	232.500	232.500
4.	Bewachung	1.600	1.100	1.100
5.	Sonstiges	800	500	500
	Summe	208.600	234.100	234.100

517 30	124	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	364.200 193.818	0 0	0 0

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Nebenkosten im MVM mehr zu veranschlagen. Die Nebenkosten werden zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

07 **Ministerium für Bildung**
07 34 **Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

518 01	124	Mieten und Pachten	19.900	25.500	25.500
			19.607	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	18.000	25.500	25.500
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	900	0	0
3.	Für Leasing	1.000	0	0
Summe		19.900	25.500	25.500

518 30	124	Mieten und Pachten an BLSA	550.800	0	0
			558.623	0	0

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Kaltmieten im MVM mehr zu veranschlagen.

519 01	124	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4.800	4.800	4.800
			3.928	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	4.800	4.800	4.800
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
Summe		4.800	4.800	4.800

523 01	124	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	600	600	600
			600	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	600	600	600
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	0	0	0
3.	Einbände	0	0	0
Summe		600	600	600

525 01	124	Aus- und Fortbildung	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Fortbildungsveranstaltungen des Verwaltungs- und technischen Personals der Landesschule

525 02	124	Lehr- und Lernmittel	4.800	4.800	4.800
			4.782	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 34 Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 02

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrbücher, ohne Lernmittelfreiheit	1.800	1.800	1.800
2.	Gerätschaften	2.100	2.100	2.100
3.	Verbrauchsstoffe	900	900	900
Summe		4.800	4.800	4.800

526 01	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich der Landesschule

527 01	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Bediensteten der Carl-Kehr-Schule nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG).

533 01	124	Dienstleistungen Außenstehender	223.700	189.500	189.500
			215.790	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verpflegung	66.900	84.500	84.500
2.	Hausmeisterdienste	35.000	0	0
3.	Grün- und Umlandpflege	23.300	0	0
4.	Winterdienst	9.600	7.700	7.700
5.	Nachtwachen	82.500	91.200	91.200
6.	Heilpädagogisches Voltigieren	5.800	5.500	5.500
7.	Gebärdensprachdolmetscher	600	600	600
Summe		223.700	189.500	189.500

Zu Position 1.

Für die Verpflegung der Internatsschülerinnen und Schüler sind Gebühren gemäß der AllGO LSA zu zahlen, die gegenüber dem Dienstleister zu entrichten sind. Die Gebühren sind nicht kostendeckend. Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Deckung der Finanzierungslücke gegenüber dem Dienstleister.

533 02	124	Transportkosten behinderter Schüler	3.600	3.500	3.500
			1.568	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Transportkosten für Schülerinnen und Schüler für Fahrten zwischen Internat und Schule sowie zum Besuch des Reit- und Schwimmunterrichts	3.600	3.500	3.500
Summe		3.600	3.500	3.500

542 01	124	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 34 **Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

681 01	124	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

812 15	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	24.000	24.000	24.000
			21.957	0	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung 2025:
- Lifter Taubblindenbereich

Neubeschaffung 2025:
- Soundfieldanlage

Neubeschaffung 2026:
- Insektenschutzrollos SWH

Titelgruppe(n)

62 **Veranstaltungen im schulischen Rahmen**

Übertragbar

Erläuterungen:

Ausgaben zur Durchführung von Schulveranstaltungen

547 62	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.000	500	500
			500	0	0

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 07 34 Titel 282 62.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	2.000	500	500
		0	0

07 Ministerium für Bildung
07 34 Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halberstadt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	7.500	8.500	8.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		7.500	8.500	8.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	5.400	5.400	5.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.417.500	495.500	495.500
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	24.000	24.000	24.000
			0	0
Gesamtausgabe		1.446.900	524.900	524.900
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.439.400	-516.400	-516.400

07 Ministerium für Bildung
07 35 Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel sind die Sachausgaben, Investitionen und damit verbundene Einnahmen der sich gemäß § 65 Abs. 4 Schulgesetz LSA in Landesträgerschaft befindlichen Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte "A. Klotz", Halle veranschlagt. Die Personalausgaben, damit verbundene Einnahmen sowie Stellen des Landesbildungszentrums sind in den Kapiteln 07 12 bis 07 14 veranschlagt.

Einnahmen

119 25	124	Einnahmen aus der Abgabe von Verpflegung	0 3.598	0	0
119 26	124	Einnahmen aus Unterkunft in Internaten	16.000 10.086	16.000	16.000

07 **Ministerium für Bildung**
07 35 **Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 26

Erläuterungen:

Einnahmen für die Bereitstellung von Unterkünften im Schülerwohnheim des Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte "A. Klotz". Das Internat beherbergt Schülerinnen und Schüler der drei Landesbildungszentren in Halle: LBZ für Hörgeschädigte "A. Klotz", LBZ für Blinde- und Sehbehinderte sowie das LBZ für Körperbehinderte (Kapitel 07 35, 07 37 und 07 38)
Zum Schuljahr 2023/2024 gilt eine neue Gebührenordnung. Diese wurde im GVBl. LSA Nr. 16/2023 vom 20.7.2023 die "Verordnung zur Änderung gebührenrechtlicher Vorschriften im Schulwesen" vom 11.7.2023 verkündet.

129 01	124	Sonstige Einnahmen	6.700	5.300	5.300
			5.448		

Erläuterungen:

Einnahmen für Leistungen der vollstationären Pflege nach § 43 a SGB XI von den Pflegekassen für pflegebedürftige Kinder im Schülerwohnheim

231 01	291	Zuweisungen vom Bund für den Bundesfreiwilligendienst	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Zuweisungen des Bundes erfolgt aus kassentechnischen Gründen für alle Landesbildungszentren bei Kapitel 07 38 Titel 231 01.

Titelgruppe(n)

62 **Veranstaltungen im schulischen Rahmen**

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 35
Titelgruppe 62.

282 62	124	Einnahmen aus Schulveranstaltungen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 35 **Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

427 05	291	Entgelte für Beschäftigte im Bundesfreiwilligendienst	5.400	5.400	5.400
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Zuweisungen des Bundes erfolgt aus kassentechnischen Gründen für alle Landesbildungszentren bei Kapitel 07 38 Titel 231 01.
Hier ist der Einsatz für eine Person ganzjährig geplant.

511 01	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	23.700	23.700	23.700
			17.472	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	2.500	2.500	2.500
2.	Kommunikation	1.400	1.500	1.500
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13.100	11.600	11.800
4.	Sonstiges	6.700	8.100	7.900
	Summe	23.700	23.700	23.700

514 01	124	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	3.900	3.900	3.900
			3.098	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	400	400	400
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	300	300	300
3.	Verbrauchsmittel	3.200	3.200	3.200
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	3.900	3.900	3.900

517 01	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	213.000	216.900	216.900
			184.211	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	207.400	211.600	211.600
4.	Bewachung	2.300	2.300	2.300
5.	Sonstiges	3.300	3.000	3.000
	Summe	213.000	216.900	216.900

517 30	124	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	276.600	0	0
			196.585	0	0

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Nebenkosten im MVM mehr zu veranschlagen. Die Nebenkosten werden zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

07 Ministerium für Bildung
07 35 Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
518 01	124	Mieten und Pachten	2.500 1.336	2.100 0	2.100 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	2.500	2.100	2.100
		2. Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
		3. Für Leasing	0	0	0
		Summe	2.500	2.100	2.100
518 30	124	Mieten und Pachten an BLSA	626.900 564.124	0 0	0 0
		Erläuterungen:			
		Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Kaltmieten im MVM mehr zu veranschlagen.			
519 01	124	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	9.400 4.553	13.600 0	11.900 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	9.400	13.600	11.900
		2. Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
		Summe	9.400	13.600	11.900
523 01	124	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	500 467	500 0	500 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	500	500	500
		2. Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	0	0	0
		3. Einbände	0	0	0
		Summe	500	500	500
525 01	124	Aus- und Fortbildung	500 214	500 0	500 0
		Erläuterungen:			
		Fortbildungsveranstaltungen des Verwaltungs- und technischen Personals des Landesbildungszentrums			
525 02	124	Lehr- und Lernmittel	3.700 3.597	3.700 0	3.700 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 35 **Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 02

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehr- und Lernmittel	3.000	3.150	3.150
2.	Gerätschaften	500	400	400
3.	Verbrauchsstoffe	200	150	150
	Summe	3.700	3.700	3.700

526 01	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich des Landesbildungszentrums

527 01	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Bediensteten (Verwaltungspersonal und technisches Personal) des Landesbildungszentrums nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG).

533 01	124	Dienstleistungen Außenstehender	298.200	353.000	354.800
			270.702	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verpflegung	76.100	129.600	130.500
2.	Hausmeisterdienste	36.400	39.100	39.600
3.	Pförtner- und Kontrolldienst (Schülerwohnheim)	67.300	64.100	64.500
4.	Nachtwachen (Schülerwohnheim)	84.300	86.800	86.800
5.	Grünflächenpflege	18.100	18.200	18.200
6.	Winterdienst	16.000	15.200	15.200
	Summe	298.200	353.000	354.800

Zu Position 1.

Für die Verpflegung der Internatsschülerinnen und Schüler sind Gebühren gemäß der ALLGO LSA zu zahlen, die gegenüber dem Dienstleister zu entrichten sind. Die Gebühren sind nicht kostendeckend. Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Deckung der Finanzierungslücke gegenüber dem Dienstleister.

533 02	124	Transportkosten behinderter Schüler und Schülerinnen	2.500	2.200	2.200
			800	0	0

Erläuterungen:

Transportkosten behinderter Schülerinnen und Schüler zum Schwimmunterricht

542 01	124	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

681 01	124	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

811 06	124	Erwerb von Nutz-/ Sonderfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 35 **Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

812 15	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	49.700	55.000	55.500
			54.603	0	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung 2025:

- Ausstattung drei Klassenräume
- Ausstattung einer Wohneinheit mit drei Schlafräumen im Wohnheim
- Ausstattung Turnhalle

Ersatzbeschaffung 2026:

- Ausstattung zwei Klassenräume
- Ausstattung einer Wohneinheit mit drei Schlafräumen im Wohnheim
- Ausstattung Lehrerzimmer

Titelgruppe(n)

62 **Veranstaltungen im schulischen Rahmen**

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 35 Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Ausgaben zur Durchführung von Schulveranstaltungen

429 62	124	Nicht aufteilbare Personalausgaben	500	500	500
			0	0	0

547 62	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500	500	500
			892	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			1.000	1.000	1.000
				0	0

07 Ministerium für Bildung
07 35 Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	22.700	21.300	21.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		22.700	21.300	21.300

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	5.900	5.900	5.900
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.462.400	621.100	621.200
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	49.700	55.000	55.500
			0	0
Gesamtausgabe		1.518.000	682.000	682.600
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.495.300	-660.700	-661.300

07 Ministerium für Bildung
07 36 Landesbildungszentrum Tangerhütte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel sind die Sachausgaben, Investitionen und damit verbundene Einnahmen der sich gemäß § 65 Abs. 4 Schulgesetz LSA in Landesträgerschaft befindlichen Landesbildungszentrums Tangerhütte (Förderschule für Körperbehinderte, Blinde und Sehgeschädigte) veranschlagt. Die Personalausgaben, damit verbundene Einnahmen sowie Stellen des Landesbildungszentrums sind in den Kapiteln 07 12 bis 07 14 veranschlagt.

Einnahmen

119 25	124	Einnahme aus der Abgabe von Verpflegung	1.000 1.101	6.000	5.000
119 26	124	Einnahmen aus Unterkunft in Internaten	8.000 7.279	10.200	10.200

07 **Ministerium für Bildung**
07 36 **Landesbildungszentrum Tangerhütte**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 26

Erläuterungen:

Einnahmen für die Bereitstellung von Unterkünften im Internat. Zum Schuljahr 2023/2024 gilt eine neue Gebührenordnung. Diese wurde im GVBl. LSA Nr. 16/2023 vom 20.7.2023 die "Verordnung zur Änderung gebührenrechtlicher Vorschriften im Schulwesen" vom 11.7.2023 verkündet.

124 01	124	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	3.700	0	0
			1.025		

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	3.700	0	0
	Summe	3.700	0	0

129 01	124	Sonstige Einnahmen	8.400	7.500	7.500
			10.524		

Erläuterungen:

Einnahmen für Leistungen der vollstationären Pflege nach § 43a SGB XI von den Pflegekassen für pflegebedürftige Kinder im Wohnheim

231 01	291	Zuweisung des Bundes für den Bundesfreiwilligendienst	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Zuweisungen des Bundes erfolgt aus kassentechnischen Gründen für alle Landesbildungszentren bei Kapitel 07 38 Titel 231 01.

Titelgruppe(n)

62 **Veranstaltungen im schulischen Rahmen**

Übertragbar

282 62	124	Einnahmen aus Schulveranstaltungen	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 36 Titel 547 62.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 36 Landesbildungszentrum Tangerhütte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

427 05	291	Entgelte für Beschäftigte im Bundesfreiwilligendienst	5.400 0	5.400 0	5.400 0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Zuweisungen des Bundes erfolgt aus kassentechnischen Gründen für alle Landesbildungszentren bei Kapitel 07 38 Titel 231 01. Hier ist der Einsatz für eine Person ganzjährig geplant.

511 01	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	23.300 22.415	29.100 0	28.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	4.100	4.100	4.100
2.	Kommunikation	4.400	3.900	3.900
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.500	6.500	5.500
4.	Sonstiges	7.300	14.600	14.600
	Summe	23.300	29.100	28.100

514 01	124	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	9.400 5.144	9.400 0	9.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	4.000	4.000	4.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	300	500	500
3.	Verbrauchsmittel	5.100	4.900	4.900
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	9.400	9.400	9.400

Bestand an Dienstkraftwagen

Ifd. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	Pkw	2	2	2	2
	Zusammen	2	2	2	2

Darunter geleaste / gemietete Dienstkraftwagen

Ifd. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	Pkw	0	0	0	0
	Zusammen	0	0	0	0

517 01	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	240.600 176.193	244.600 0	244.600 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 36 **Landesbildungszentrum Tangerhütte**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	233.200	238.200	238.200
4.	Bewachung	0	2.000	2.000
5.	Sonstiges	7.400	4.400	4.400
	Summe	240.600	244.600	244.600

517 30	124	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	628.300	0	0
			239.823	0	0

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Nebenkosten im MVM mehr zu veranschlagen. Die Nebenkosten werden zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

518 01	124	Mieten und Pachten	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	200	200	200
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	300	300	300
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	500	500	500

518 30	124	Mieten und Pachten an BLSA	459.100	0	0
			285.964	0	0

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Kaltmieten im MVM mehr zu veranschlagen.

519 01	124	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	8.100	8.100	8.100
			728	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	8.100	8.100	8.100
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
	Summe	8.100	8.100	8.100

523 01	124	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	500	500	500
			451	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 36 Landesbildungszentrum Tangerhütte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 523 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	500	500	500
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	0	0	0
3.	Einbände	0	0	0
	Summe	500	500	500

525 01	124	Aus- und Fortbildung	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen des Verwaltungs- und technischen Personals des Landesbildungszentrums

525 02	124	Lehr- und Lernmittel	12.700	7.000	7.000
			5.229	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrbücher, -materialien	11.600	6.000	6.000
3.	Verbrauchsstoffe	1.100	1.000	1.000
	Summe	12.700	7.000	7.000

526 01	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich des Landesbildungszentrums

527 01	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Bediensteten des Landesbildungszentrums nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG)

533 01	124	Dienstleistung Außenstehender	155.700	226.100	226.100
			150.743	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verpflegung	125.700	173.500	173.500
2.	Winterdienst	30.000	52.600	52.600
	Summe	155.700	226.100	226.100

Zu Position 1.

Für die Verpflegung der Internatsschülerinnen und Schüler sind Gebühren gemäß der ALLGO LSA zu zahlen, die gegenüber dem Dienstleister zu entrichten sind. Die Gebühren sind nicht kostendeckend. Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Deckung der Finanzierungslücke gegenüber dem Dienstleister.

07 **Ministerium für Bildung**
07 36 **Landesbildungszentrum Tangerhütte**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

542 01	124	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

681 01	124	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

812 15	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	30.000	15.000	30.000
			24.696	0	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung 2025:

- Ausstattung Mobiliar Klassenräume (ergonomische Stühle, höhenverstellbare Schülertische)

Ersatzbeschaffung 2026:

- Ausstattung Klassenraum (Physikkabinett)

Titelgruppe(n)

62 **Veranstaltungen im schulischen Rahmen**

Übertragbar

Erläuterungen:

Ausgaben zur Durchführung von Schulveranstaltungen (zum Beispiel Kinderfeste, Fasching, Theateraufführungen, Ballettveranstaltungen im Rahmen des Rhythmikunterrichts)

547 62	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500	1.500	500
			209	0	0

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 07 36 Titel 282 62.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	500	1.500	500
		0	0

07 Ministerium für Bildung
07 36 Landesbildungszentrum Tangerhütte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21.100	23.700	22.700
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		21.100	23.700	22.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	5.400	5.400	5.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.539.700	527.800	525.800
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	30.000	15.000	30.000
			0	0
Gesamtausgabe		1.575.100	548.200	561.200
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.554.000	-524.500	-538.500

07 Ministerium für Bildung
07 37 Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel sind die Sachausgaben, Investitionen und damit verbundene Einnahmen der sich gemäß § 65 Abs. 4 Schulgesetz LSA in Landesträgerschaft befindlichen Landesbildungszentrums für Körperbehinderte Halle veranschlagt. Die Personalausgaben, damit verbundene Einnahmen sowie Stellen des Landesbildungszentrums sind in den Kapiteln 07 12 bis 07 14 veranschlagt.

Einnahmen

119 25	124	Einnahmen aus der Abgabe von Verpflegung	0 0	0	0
124 01	124	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0 0	0	0
231 01	291	Zuweisungen vom Bund für den Bundesfreiwilligendienst	0 0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 37 **Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 01

Erläuterungen:

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Zuweisungen des Bundes erfolgt aus kassentechnischen Gründen für alle Landesbildungszentren bei Kapitel 07 38 Titel 231 01.

Titelgruppe(n)

62 **Veranstaltungen im schulischen Rahmen**

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 37
Titelgruppe 62.

119 62	124	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0
282 62	124	Einnahmen aus Schulveranstaltungen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 37 Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

427 05	291	Entgelte für Beschäftigte im Bundesfreiwilligendienst	5.400 2.957	5.400 0	5.400 0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Zuweisungen des Bundes erfolgt aus kassentechnischen Gründen für alle Landesbildungszentren bei Kapitel 07 38 Titel 231 01. Hier ist der Einsatz für eine Person ganzjährig geplant.

511 01	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	27.600 19.441	20.100 0	20.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	3.200	4.200	4.200
2.	Kommunikation	2.600	600	600
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000	7.000	7.000
4.	Sonstiges	11.800	8.300	8.200
	Summe	27.600	20.100	20.000

514 01	124	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	6.100 4.067	6.100 0	6.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	3.000	3.000	3.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	400	600	600
3.	Verbrauchsmittel	2.700	2.500	2.500
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	6.100	6.100	6.100

Bestand an Dienstkraftfahrzeuge

lfd. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	PKW	1	1	1	1
	Zusammen	1	1	1	1

Darunter geleaste / gemietet Dienstkraftfahrzeuge

lfd. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	PKW	0	0	0	0
	Zusammen	0	0	0	0

517 01	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	243.000 192.803	243.200 0	255.400 0

07 Ministerium für Bildung
07 37 Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	234.000	233.700	245.400
4.	Bewachung	6.700	7.000	7.400
5.	Sonstiges	2.300	2.500	2.600
	Summe	243.000	243.200	255.400

517 30	124	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	424.800	0	0
			302.073	0	0

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Nebenkosten im MVM mehr zu veranschlagen. Die Nebenkosten werden zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

518 01	124	Mieten und Pachten	5.900	7.000	7.400
			8.201	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	5.900	7.000	7.400
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	5.900	7.000	7.400

518 30	124	Mieten und Pachten an BLSA	854.500	0	0
			925.911	0	0

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Kaltmieten im MVM mehr zu veranschlagen.

519 01	124	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	12.500	10.800	11.600
			4.122	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	12.500	10.800	11.600
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
	Summe	12.500	10.800	11.600

523 01	124	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	500	500	500
			500	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 37 **Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 523 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	500	500	500
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	0	0	0
3.	Einbände	0	0	0
	Summe	500	500	500

525 01	124	Aus- und Fortbildung	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen des Verwaltungs- und technischen Personals des Landesbildungszentrums

525 02	124	Lehr- und Lernmittel	9.000	9.000	9.000
			8.920	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrbücher / Lehrmittel	300	2.000	2.000
2.	Gerätschaften	7.700	1.000	1.000
2.	Verbrauchsmaterialien	1.000	6.000	6.000
	Summe	9.000	9.000	9.000

526 01	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich des Landesbildungszentrums

527 01	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	500	500	500
			42	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Bediensteten des Landesbildungszentrums nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG)

533 01	124	Dienstleistungen Außenstehender	114.400	159.000	179.300
			119.415	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verpflegung	50.000	91.000	108.500
2.	Hausmeisterdienste	12.200	12.200	12.200
3.	Grünflächenpflege	38.700	41.500	43.600
4.	Winterdienst	13.500	14.300	15.000
	Summe	114.400	159.000	179.300

Zu Position 1.

Für die Verpflegung der Internatsschülerinnen und Schüler sind Gebühren gemäß der AllGO LSA zu zahlen, die gegenüber dem Dienstleister zu entrichten sind. Die Gebühren sind nicht kostendeckend. Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Deckung der Finanzierungslücke gegenüber dem Dienstleister.

07 **Ministerium für Bildung**
07 37 **Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 02	124	Transportkosten behinderter Schülerinnen und Schüler	11.800	11.300	11.700
			8.303	0	0

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Transportkosten für Schülerinnen und Schüler an Förderschulen für Fahrten zwischen Schule und Schwimmhalle		8.600	7.800	8.200
2.	Transportkosten für Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Teilnahme an Praktika		1.700	2.000	2.000
3.	Transportkosten für Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Teilnahme am Unterricht an anderen Lernorten		1.500	1.500	1.500
Summe			11.800	11.300	11.700

542 01	124	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

547 01	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

681 01	124	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

812 15	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	35.000	25.000	25.000
			23.530	0	0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung 2025 und 2026:

- Liegen,
- Ausstattung Klassenzimmer

Titelgruppe(n)

62 Veranstaltungen im schulischen Rahmen

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 37 Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Ausgaben zur Durchführung von Schulveranstaltungen bspw. Kinderfeste, Faschingsfeste, Besuche von Theateraufführungen und Ballettveranstaltungen im Rahmen des Rhythmikunterrichts sowie Zoobesuche usw.

429 62	124	Nicht aufteilbare Personalausgaben	500	500	500
			0	0	0

547 62	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.200	1.200	1.200
			1.488	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	1.700	1.700	1.700
		0	0

07 Ministerium für Bildung
07 37 Landesbildungszentrum für Körperbehinderte Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	5.900	5.900	5.900
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.712.300	469.200	503.200
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	35.000	25.000	25.000
			0	0
Gesamtausgabe		1.753.200	500.100	534.100
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.753.200	-500.100	-534.100

07 Ministerium für Bildung
07 38 Landesbildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel sind die Sachausgaben, Investitionen und damit verbundene Einnahmen der sich gemäß § 65 Abs. 4 Schulgesetz LSA in Landsträgerschaft befindlichen Landesbildungszentrums für Blinde und Sehbehinderte Halle "Hermann von Helmholtz" veranschlagt. Die Personalausgaben, damit verbundene Einnahmen sowie Stellen des Landesbildungszentrums sind in den Kapiteln 07 12 bis 07 14 veranschlagt.

Einnahmen

111 01	124	Gebühren und sonstige Entgelte	0 0	0	0
231 01	291	Zuweisungen vom Bund für den Bundesfreiwilligendienst	27.000 4.829	27.000	27.000

07 **Ministerium für Bildung**
07 38 **Landesbildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 01

Erläuterungen:

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Zuweisungen des Bundes erfolgt aus kassentechnischen Gründen für alle Landesbildungszentren bei Kapitel 07 38 Titel 231 01. Pro Landesbildungszentrum ist der Einsatz eines Bundesfreiwilligen geplant.

Titelgruppe(n)

62 **Veranstaltungen im schulischen Rahmen**

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 38
Titelgruppe 62.

119 62	124	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 38 **Landesbildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

427 05	291	Entgelte für Beschäftigte im Bundesfreiwilligendienst	5.400	5.400	5.400
			4.494	0	0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Zuweisungen des Bundes erfolgt aus kassentechnischen Gründen für alle Landesbildungszentren bei Kapitel 07 38 Titel 231 01. Hier ist der Einsatz für eine Person ganzjährig geplant.

511 01	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.500	19.700	19.700
			6.068	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	1.700	1.700	1.700
2.	Kommunikation	2.200	2.200	2.200
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.500	6.500	6.500
4.	Sonstiges	10.100	9.300	9.300
	Summe	20.500	19.700	19.700

514 01	124	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	7.900	7.900	7.900
			3.688	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	3.900	4.000	4.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	400	400	400
3.	Verbrauchsmittel	3.600	3.500	3.500
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	7.900	7.900	7.900

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

Ifd. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	Pkw	1	1	1	1
	Zusammen	1	1	1	1

Darunter geleaste / gemietete Dienstkraftfahrzeuge

Ifd. Nr.	Typ	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
1	Pkw	0	0	0	0
	Zusammen	0	0	0	0

517 01	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	112.700	107.400	107.400
			88.558	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 38 **Landesbildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	103.900	98.800	98.800
4.	Bewachung	6.800	6.600	6.600
5.	Sonstiges	2.000	2.000	2.000
	Summe	112.700	107.400	107.400

517 30	124	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	134.300	0	0
			81.411	0	0

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Nebenkosten im MVM mehr zu veranschlagen. Die Nebenkosten werden zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

518 01	124	Mieten und Pachten	1.500	2.100	2.100
			2.049	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	1.500	2.100	2.100
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	1.500	2.100	2.100

518 30	124	Mieten und Pachten an BLSA	188.100	0	0
			161.114	0	0

Erläuterungen:

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Kaltmieten im MVM mehr zu veranschlagen.

519 01	124	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	11.400	9.900	11.400
			1.387	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	11.400	9.900	11.400
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
	Summe	11.400	9.900	11.400

523 01	124	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	500	500	500
			500	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	500	500	500
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 38 Landesbildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 523 01

3.	Einbände	0	0	0
	Summe	500	500	500

Ausgaben im Zusammenhang mit dem Erhalt und der Weiterführung der bestehenden Bibliothek

525 01	124	Aus- und Fortbildung	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen des Verwaltungs- und technischen Personals des Landesbildungszentrums

525 02	124	Lehr- und Lernmittel	9.500	11.100	10.600
			7.963	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrbücher	1.100	1.100	1.100
2.	Gerätschaften	8.400	8.400	8.400
3.	Verbrauchsstoffe	0	0	0
	Summe	9.500	9.500	9.500

526 01	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			119	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich des Landesbildungszentrums

527 01	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Bediensteten des Landesbildungszentrums nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG)

533 01	124	Dienstleistung Außenstehender	60.900	76.600	77.100
			39.604	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verpflegung	26.300	42.800	43.300
2.	Hausmeisterdienste	24.300	24.000	24.000
4.	Winterdienst	10.300	9.800	9.800
	Summe	60.900	76.600	77.100

Zu Position 1.

Für die Verpflegung der Internatsschülerinnen und Schüler sind Gebühren gemäß der AllGO LSA zu zahlen, die gegenüber dem Dienstleister zu entrichten sind. Die Gebühren sind nicht kostendeckend. Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Deckung der Finanzierungslücke gegenüber dem Dienstleister.

533 02	124	Transportkosten behinderter Schülerinnen und Schüler	16.000	21.200	21.700
			13.331	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 38 **Landesbildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Halle**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 02

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Transportkosten für Schülerinnen und Schüler an Förderschulen für Fahrten zwischen Schule und Internat sowie Monatsfahrkarten für einzelne SuS	13.000	18.200	18.700
2.	Transportkosten für Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Teilnahme an Praktika (Lernen an anderen Lernorten)	2.000	2.000	2.000
3.	Transportkosten für Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Teilnahme am Unterricht an anderen Lernorten	1.000	1.000	1.000
Summe		16.000	21.200	21.700

542 01	124	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
547 01	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
681 01	124	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
812 15	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	30.000 22.301	24.000 0	24.000 0

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung 2025 und 2026:

- Braillezeile
- mechanische Blindenschriftmaschinen
- Bildschirmlesegerät

Titelgruppe(n)

62 Veranstaltungen im schulischen Rahmen

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 38 Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Ausgaben, einschließlich Personalausgaben, zur Durchführung von Schulveranstaltungen bspw. Kinderfeste, Faschingsfeste, Besuche von Theateraufführungen und Ballettveranstaltungen im Rahmen des Rhythmikunterrichts sowie Zoobesuche usw.

429 62	124	Nicht aufteilbare Personalausgaben	500 0	500 0	500 0
547 62	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500 275	500 0	500 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			1.000	1.000 0	1.000 0

07 Ministerium für Bildung
07 38 Landesbildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte Halle

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	27.000	27.000	27.000
Gesamteinnahme		27.000	27.000	27.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	5.900	5.900	5.900
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	564.800	257.900	259.900
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	30.000	24.000	24.000
			0	0
Gesamtausgabe		600.700	287.800	289.800
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-573.700	-260.800	-262.800

07 Ministerium für Bildung
07 39 Landesschule des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2025 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2025 43 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 13.861 Vollzeitäquivalente. Zur Erreichung der im Koalitionsvertrag vereinbarten 103-prozentigen Unterrichtsversorgung kann dieses um maximal 339 Vollzeitäquivalente überschritten werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 können bis zu 200 Vollzeitäquivalente des Vollzeitäquivalentzieles für die Lehrkräfte in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) für die Einstellung von Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden.

Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kapiteln 0707 und 0712 - 0739 (ohne 0730) beträgt zum 31.12.2026 1.900 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Verwaltungs- und technische Personal in den Kapiteln 0712 - 0739 (ohne 0720, 0730) beträgt zum 31.12.2026 43 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Zum 01.01.2025 soll gemäß § 65 Abs. 4 Schulgesetz LSA die Schule des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg) aufgrund ihrer besonderen Bedeutung und zum Erhalt der Schulform (Daseinsfürsorge) in die Landesträgerschaft überführt werden. Hauptsitz der Schule des zweiten Bildungsweges ist Magdeburg, zweiter Standort ist Halle. Die Sachausgaben, Investitionen und damit verbundene Einnahmen werden ab 2025 im Kapitel 07 39 veranschlagt.

Einnahmen

111 01	114	Gebühren und sonstige Entgelte	0	0	0
			0		
129 01	114	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			0		

07 Ministerium für Bildung
07 39 Landesschule des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

511 01	114	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	15.800	15.800
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf		2.200	2.200
2.	Kommunikation		2.000	2.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		6.600	6.600
4.	Sonstiges		5.000	5.000
	Summe		15.800	15.800

514 01	114	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0	1.400	1.400
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen		0	0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände		400	400
3.	Verbrauchsmittel		0	0
4.	Sonstiges		1.000	1.000
	Summe		1.400	1.400

517 01	114	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	264.800	264.800
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung			
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf			
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung			
4.	Bewachung			
5.	Sonstiges		264.800	264.800
	Summe		264.800	264.800

Die Nebenkosten sind in den Mietverträgen mit den Städten vertraglich geregelt. Die Bewirtschaftung durch die Städte beinhaltet auch Reinigung, Hausmeisterdienste, Elektrizität und Wartung.

518 01	114	Mieten und Pachten	0	336.200	336.200
			0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 39 Landesschule des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		336.200			336.200
2026		336.200			336.200
2027		336.200			336.200
2028		2.353.400			2.353.400
2029 ff.					
Summen		3.362.000			3.362.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss von Mietverträgen für die Immobilien der Schulen mit den Kommunen Magdeburg und Halle ab 01.01.2025. Es sollen 10-jährige Mietverträge geschlossen werden.

519 01	114	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	3.000	3.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen			
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen		3.000	3.000
Summe			3.000	3.000

523 01	114	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken			
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände			
3.	Einbände			
Summe				

525 01	114	Aus- und Fortbildung	0	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen des Verwaltungs- und technischen Personals der Landesschule

525 02	114	Lehr- und Lernmittel	0	4.500	4.500
			0	0	0

526 01	114	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten) im Bereich der Landesschule.

07 **Ministerium für Bildung**
07 39 **Landesschule des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
527 01	114	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	500	500
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Reisekosten für die Durchführung von Dienstreisen der Bediensteten des Landesbildungszentrums nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG)			
542 01	114	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0
547 01	114	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0
681 01	114	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0
812 15	114	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	25.000	25.000
			0	0	0

07 **Ministerium für Bildung**
07 39 **Landesschule des zweiten Bildungsweges (Abendgymnasium und Kolleg)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 **Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dgl.**

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	626.700	626.700
		0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		
		0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	25.000	25.000
		0	0
Gesamtausgabe		651.700	651.700
Gesamtsumme der VE		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-651.700	-651.700

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 0701

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0758 beträgt zum 31.12.2025 175 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0758 beträgt zum 31.12.2026 175 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für die Fachaufgaben des LISA veranschlagt, u. a. für:

- alle Maßnahmen der Lehreraus-, Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung des Landes, der Universitäten und der Kirchen gem. Staatsvertrag
- die Qualifizierung der Seiteneinsteigenden
- pädagogische Fachtagungen und wissenschaftliche Bildungskonferenzen
- die Prüfung und Bereitstellung von print und digitalen Medien für den Unterricht sowie die Bereitstellung von digitalen Unterrichtsangeboten
- die Umsetzung der KMK-Beschlüsse zur Strategie "Bildung in der digitalen Welt", Ableitung von Maßnahmen zur digitalen Transformation in der Bildung und zur Strategie "Bildung für nachhaltige Entwicklung"
- die Lehrerbildung und Lehramtsprüfungen
- die Evaluation, Schulleistungsuntersuchungen und zentralen Leistungserhebungen
- die Aufgaben des LISA im Beratungs- und Unterstützungssystem von Schulen sowie die schulaufsichtlichen Aufgaben des LISA im Rahmen des Schulgesetzes
- die Erarbeitung von Abschlussprüfungen, Lehrplänen und curricularen Begleitmaterialien
- die empirische Unterrichtsforschung und Begleitung von schulischen Modellvorhaben
- das Projekt Lernwelten zur Erprobung neuer Lernsettings

Einnahmen

111 01	154	Gebühren für die Prüfung von Schulbüchern	20.000 17.060	20.000	20.000

Erläuterungen:

Die Prüfung soll auf Print und Digitale Medien für den Unterricht erweitert werden.

111 11	154	Verwaltungsgebühren	6.000 5.027	0	0

119 02	154	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden	0 0	0	0

119 31	154	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0 0	10.000	10.000

** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

In der Regel erfolgt eine unentgeltliche Abgabe von Druckwerken des LISA innerhalb des Geschäftsbereiches des MB sowie gegenüber den Zielgruppen des LISA gem. § 63 LHO.
Gemäß IZG LSA vom 19.06.2008 (GVBl. 12/2006 S. 242) besteht ein gesetzlicher Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen, hier die Prüfungsaufgaben der vergangenen Jahre. Dies wird ab Jahrgang 2023 durch Verlage realisiert.

119 41	154	Rückzahlung von Überzahlungen	0 0	0	0

Erläuterungen:

Rückzahlungen der Künstlersozialkasse aus vorausgezählten Künstlersozialabgaben.

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

119 51	154	Vermischte Einnahmen	1.000	1.000	1.000
			842		

124 01	154	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1.000	1.000	1.000
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Vermietung von Tagungsräumen.

281 01	129	Gebühren für die Prüfung von Print und digitalen Medien für den Unterricht	0	0	0
			800		

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 58 Titel 526 05.

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Erstattung von Auslagen für Schulbuchgutachterhonorare durch die Schulbuchverlage, welche Schulbücher zur Prüfung und Zulassung im LSA einreichen.

Titelgruppe(n)

61 Aufgaben des LISA im Beratungs- und Unterstützungssystem von Schulen und in der Lehrerbildung

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 58 Titelgruppe 61.

119 61	154	Sonstige Verwaltungseinnahmen aus der Abwicklung der Lehreraus-, Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung	0	0	0
			18.805		

Erläuterungen:

Eigenbeträge der Kursteilnehmenden.

231 61	154	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen für aktuell-bildungspolitische Initiativen des Bundes zu Themenbereichen wie Ökologie, Gesundheitserziehung, Gewalt und Medien, politische Bildung, sexualisierte Gewalt, Digitalisierung in der Bildung, Begabtenförderung.

282 61	154	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Zuwendungen Dritter zur Durchführung aktuell-bildungspolitischer Maßnahmen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0	0

64 Digitalität in der schulischen Bildung

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 58 Titelgruppe 64.

282 64	154	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			17.000		

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 282 64

Erläuterungen:

Einnahmen aus Kooperationsvereinbarungen mit Kommunen des LSA zur Bereitstellung digitaler Medien im Unterricht.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0

65 Modellversuche im Rahmen der Europäischen Union und Kooperationsvereinbarungen zwischen Bund und Länder

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 58 Titelgruppe 65.

231 65	129	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		
272 65	129	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland	0	0	0
			0		
282 65	129	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Eigenbeiträge der Teilnehmer an Maßnahmen im Rahmen europäischer Drittmittelbewirtschaftung sowie Sponsoring.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0

66 Durchführung des Sportmotoriktestes

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 07 58 Titelgruppe 66.

111 66	129	Kostenbeitrag des Landessportbundes im Rahmen der Auswertung des Sportmotoriktestes	0	0	0
			0		
381 66	129	Kostenbeitrag des MI im Rahmen der Auswertung des Sportmotoriktestes	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Anteil des Landessportbundes an den Personal- und Sachkosten für die Auswertung des Sportmotoriktestes.

Erläuterungen:

Anteil des MI an den Personal- und Sachkosten für die Auswertung des Sportmotoriktestes. Vgl. Kap. 0346 Titel 981 01.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	0	0

67 Pädagogische Arbeitsstellen, Modellvorhaben und Projekte

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 58 Titelgruppe 67.

231 67	154	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			71.270		

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 67

Erläuterungen:

Zuweisungen von Dritten für befristete Bildungsprojekte (Kulturelle Lernorte, Nachhaltigkeit)

282 67	154	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Zuweisungen von Dritten für befristete Bildungsprojekte (Kulturelle Lernorte, Nachhaltigkeit)

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	0	0	0

68 Prüfungen und zentrale Leistungserhebungen

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 58
Titelgruppe 68.

119 68	154	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0	10.000	10.000
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	0	10.000	10.000

69 Lehrerausbildung und Lehramtsprüfungen

Übertragbar

Erläuterungen:

Gebühren für die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

111 69	154	Gebühren, sonstige Entgelte	0	6.000	6.000
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	0	6.000	6.000

**70 Qualifizierung zukünftiger schulischer Führungskräfte;
Entwicklungs- und Unterstützungsmaßnahmen schulischer
Führungskräfte (FKQ/ FKE)**

Übertragbar

282 70	129	Sonstige Zuweisungen aus dem Inland	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 07 58
Titelgruppe 70.

07 **Ministerium für Bildung**

07 58 **Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 282 70

*** Umsetzungen von Kap. 07 07 - TGr. 68 Titel 282 68

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	154	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	4.797.000 4.892.247	5.611.300 0	5.727.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	4.797.000	5.611.300	5.727.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	4.797.000	5.611.300	5.727.400

427 01	154	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs-und Aushilfskräfte	281.800 306.485	60.000 0	60.000 0

427 11	154	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	7.000 6.730	0 0	0 0

427 39	154	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte von Landesbediensteten im Mutterschutz	0 0	0 0	0 0

428 01	154	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.854.800 7.770.768	8.028.600 0	7.925.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	339.100	360.800	365.400
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.515.700	7.667.800	7.560.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	7.854.800	8.028.600	7.925.400

428 03	154	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	61.700 46.733	91.100 0	121.500 0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 03

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	1 Fachinformatiker 01.08.2021 bis 31.07.2024	10.300	0	0
2.	1 Verwaltungsfachangestellter, 01.08.2023 bis 31.07.2025	17.700	10.900	0
3.	1 Kaufmann/-frau Digitalisierungsmanagement, 01.08.2023 bis 31.07.2026	17.700	20.600	11.500
4.	1 Verwaltungsfachangestellte/-r, 01.08.2024 bis 31.07.2027	8.000	19.000	19.900
5.	1 Fachinformatiker/-in, 01.08.2024 bis 31.07.2027	8.000	19.000	19.900
6.	1 Verwaltungsfachangestellte/-r, 01.08.2025 bis 31.07.2028	0	7.800	19.000
7.	1 Fachinformatiker/-in, 01.08.2025 bis 31.07.2028	0	7.800	19.000
8.	1 Duales Studium IT-Management-Verwaltungsinformatik (BA), 01.08.2025 bis 30.09.2029	0	6.000	24.400
9.	1 Kaufmann/-frau Digitalisierungsmanagement, 01.08.2026 bis 31.07.2029	0	0	7.800
Summe		61.700	91.100	121.500

432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richter und Richterinnen	796.200 752.243	892.000 0	911.700 0

432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0

443 02	154	Amtsärztliche Untersuchungen	1.000 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Gesetzlich vorgeschriebene Untersuchungen der Beamten sowie Untersuchungen für Beschäftigte auf Anlass der gesundheitlichen Feststellung der Eignung für die auszuübenden Tätigkeiten.

443 03	154	Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	50.000 26.453	50.000 0	50.000 0

Erläuterungen:

Ausgaben nach dem Arbeitssicherheitsgesetz für das Gesundheitsmanagement und Gefährdungsanalyse sowie die Betreuung durch die Fachkraft für Arbeitssicherheit und den Betriebsarzt. Ausbildung zu Brandschutz- und Ersthelfern sowie regelmäßige Belehrungen und Schulungen.

511 01	154	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	153.100 123.554	150.000 0	150.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	72.100	40.000	40.000
2.	Kommunikation	66.000	72.000	72.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	9.000	32.000	32.000
4.	Sonstiges	6.000	6.000	6.000
Summe		153.100	150.000	150.000

514 01	154	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	28.000 17.569	25.000 0	25.000 0

07 **Ministerium für Bildung**
07 58 **Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	6.000	6.000	6.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	22.000	19.000	19.000
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	28.000	25.000	25.000

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
Pkw	5	5	5	5
Zusammen	5	5	5	5

Darunter geleaste/ gemietete Dienstkraftfahrzeuge

	Ist 2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
Pkw	5	5	5	5
Zusammen	5	5	5	5

517 01	154	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	952.000 795.138	952.000 0	952.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	271.000	271.000	271.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	72.000	72.000	72.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	166.500	166.500	166.500
4.	Bewachung	150.000	150.000	150.000
5.	Sonstiges	292.500	292.500	292.500
	Summe	952.000	952.000	952.000

517 30	154	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	243.200 180.325	0 0	0 0

Erläuterungen:

Nebenkosten für Riebeckplatz Halle an BLSA.

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Nebenkosten im MVM mehr zu veranschlagen. Die Nebenkosten werden zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

518 01	154	Mieten und Pachten	610.000 571.703	610.000 0	610.000 0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	529.200				529.200
2026	536.500				536.500
2027	543.900				543.900
2028	336.400				336.400
2029 ff.					
Summen	1.946.000				1.946.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	610.000	610.000	610.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3.	Für Leasing	0	0	0
Summe		610.000	610.000	610.000

518 13	154	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing von DKfz)	33.000	33.000	33.000
			26.529	0	0
518 30	154	Mieten und Pachten an BLSA	490.000	0	0
			378.603	0	0

Erläuterungen:

Mietzahlungen für Riebeckplatz Halle an BLSA.

Das Mieter-Vermieter-Modell (MVM) wird mit Ende des Jahres 2024 aufgegeben. Daher sind ab 2025 keine Kaltmieten im MVM mehr zu veranschlagen.

523 01	154	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	41.000	41.000	41.000
			42.144	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	10.000	10.000	10.000
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	31.000	31.000	31.000
3.	Einbände	0	0	0
Summe		41.000	41.000	41.000

525 01	154	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	30.000	25.000	25.000
			24.648	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Hier werden sowohl die Fortbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezüglich der Fachaufgaben, als auch gesetzlich vorgeschriebene Pflichtfortbildungen und die überbetriebliche Ausbildung der Auszubildenden erfasst.
Im Rahmen des Gesundheitsmanagements werden Seminare angeboten. Inhouse Seminare werden zur Führungskräftequalifizierung sowie zur Digitalisierung im Rahmen der Fachaufgaben sowie der Verwaltungsarbeit angeboten.

Um die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der Fachaufgaben auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft (Berücksichtigung von Inklusion, Differenzierung, Heterogenität, Digitalität) unter Berücksichtigung der jeweils geltenden rechtlichen Vorgaben zu gewährleisten, ist die systematische Fortbildung der Referenten zu gewährleisten.
Der neue Fachbereich Digitalität in der schulischen Bildung wird neue Fortbildungsansätze für die Mitarbeiter veranlassen.
Datenschutz und Informationssicherheit spielen bei der zunehmenden Digitalisierung eine wesentliche Rolle.

526 01	154	Gerichts- und ähnliche Kosten	15.000	12.000	12.000
			8.457	0	0

Erläuterungen:

In diesem Titel werden die Ausgaben für Gerichtsstreitigkeiten (Prozessgebühren, Anwalts- und Gerichtsvollzieherkosten, Vergleichszahlungen usw.) im Bereich des LISA gebucht. Die Ausgaben werden mit der Ausschreibung der Stellenbesetzungen außerhalb des Landesdienstes und der Stellenbesetzungen im Projekt Digitalassistenten verursacht.

526 02	154	Sachverständige	5.000	5.000	5.000
			214	0	0

Erläuterungen:

Einführung eAkte, Beratung zu BNE und Digitalität

526 05	129	Prüfung von Print und digitalen Medien für den Unterricht	6.000	1.000	1.000
			800	0	0

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 07 58 Titel 281 01.

527 01	154	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	900.000	150.000	150.000
			802.534	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten zur Erfüllung der Fachaufgaben des LISA, für Mitglieder fach- und schulformspezifischer Projekt- und Arbeitsgruppen, Beratungsstelle Hochbegabungsförderung, Schulwettbewerbe, Fachtagungen.
Wiederaufnahme der Tätigkeit der Schulevaluation ab Schuljahr 2023/ 2024.
Aufnahme der Tätigkeit des neuen Fachbereiches Digitalität in der schulischen Bildung.

527 03	154	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	1.500	4.000	4.000
			4.080	0	0

531 01	154	Veröffentlichungen	34.000	31.000	31.000
			30.578	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	0	0	0
2.	Öffentlichkeitsarbeit	1.000	1.000	1.000
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	15.000	15.000	15.000
4.	Sonstige Veröffentlichungen	18.000	15.000	15.000
	Summe	34.000	31.000	31.000

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
532 01	154	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	5.000 1.581	2.500 0	2.500 0
533 01	154	Dienstleistungen Außenstehender	15.000 1.900	15.000 0	15.000 0
		Erläuterungen: Ausgaben für notwendige Evaluationen von Organisationsinstrumenten sowie Ausgaben für aktuelle bildungspolitisch-relevante Projekte.			
534 01	154	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	25.000 10.867	15.000 0	15.000 0
		Erläuterungen: Behördenumzüge in allen Behördenstandorten zur Verdichtung und Rückgewinnung von Seminarräumen.			
542 01	154	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung erfolgen zentral aus diesem Titel.			
546 01	154	sächliche Verwaltungsausgaben	0 1.031	0 0	0 0
		Erläuterungen: Abgabebzahlungen im Rahmen des Einsatzes Freischaffender (Künstlersozialabgabe).			
547 01	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
681 01	154	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
812 15	154	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	100.000 66.030	100.000 0	100.000 0
		Erläuterungen: 2025: Veranstaltungsmanagement 2026: Ausstattung von u. a. Funktionsräumen; Ersatz- und Ergänzungsausstattungen der Büros, Veranstaltungsräume, Konferenztechnik/ Veranstaltungsmanagement an allen Standorten sowie Umrüstung im Hinblick auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit/ Energieeinsparung. Umsetzung von Sicherheitskonzepten, Zutrittskontrollmanagement, Umsetzung ISMS Maßnahme und Nachhaltigkeitsstrategien. Zur Realisierung der Verdichtung der Arbeitsplätze Einführung von New Work Modellen, Ausstattung Küchentechnik.			
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	809.800 671.478	1.127.400 0	1.148.000 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 **Aufgaben des LISA im Beratungs- und Unterstützungssystem von Schulen und in der Lehrerbildung**

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 58 Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Hier sind zentral alle Mittel für die staatliche Lehrerfort- und Weiterbildung, die Fortbildung von Lehrkräften durch kirchliche Bildungsträger im Rahmen von Staatsverträgen und die Finanzierung der Zertifikatskurse an den Universitäten eingestellt.

Schwerpunktaufgaben der Lehrerfortbildung sind:

Qualifizierung vor Seiteneinsteigenden, Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Digitalisierung in der Bildung.

In der Lehrerweiterbildung ergeben sich die Schwerpunkte sowohl aus aktuell- bildungspolitischen Anforderungen (insbesondere Seiteneinsteigende und Sonderpädagogik) sowie aus dem mittelfristigen Bedarf zur Absicherung einer ressourcengerechten Unterrichtsversorgung (insbesondere Informatik, MINT, Kunsterziehung, Musik, Sport und Fremdsprachen sowie ggf. DaZ). Auch in 2025 werden ehemalige ESF-Projekte im Regelbereich durch das Land umgesetzt.

Es besteht Bedarf an einer finanziellen Erhöhung aufgrund der "Vorgeschalteten Einführungskurse zur Qualifizierung der Seiteneinsteigenden" sowie einer stetig steigenden Zahl an Seiteneinsteigenden (über 500 in 2023). Mehrbedarf für das Jahr ergibt sich auch aus dem geplanten Pilotprojekt zur Umsetzung der Maßnahme "Begleitung der Seiteneinsteigenden durch Ruheständler" sowie durch Qualifizierungsmaßnahmen für Meister, Erzieher und Fachpraxislehrer. Zudem werden Sach- und Reisekosten für neue Projekte wie z. B. die Landeskoordination der KMK-Maßnahme "QuaMath" benötigt.

429 61	154	Nicht aufteilbare Personalausgaben	251.000	273.000	273.000
			190.147	0	0

Erläuterungen:

Vergütungen für Referenten der Fachaufgabe Fort- und Weiterbildung und sonstiger mit der Fachaufgabe zusammenhängender Honorare gem. RdErl. des MK vom 01.08.2008 (SVBl. LSA 2008, S. 346), RdErl. des MK vom 02.12.2013 (SVBl. LSA 2013, S. 297) sowie im Rahmen der fachaufsichtlichen Aufgaben des LISA zur Unterstützung und Beratung von Schulen (RdErl. des MK vom 12.12.2013, SVBl. LSA 2013, S. 300).

518 61	154	Mieten und Pachten	48.000	70.000	70.000
			72.491	0	0

Erläuterungen:

Anmietung von Seminarraumkapazitäten, Fachkabinetten, Turn- und Schwimmhallen.

525 61	154	Aus- und Fortbildung	120.000	152.000	130.000
			21.523	0	0

Erläuterungen:

Eingestellt sind in diesem Titel finanzielle Mittel für lehrerbildungsrelevante Lehr- und Lernmittel. Weiterhin werden Fachtagungen, Bildungskongresse und Projekte zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Sachsen-Anhalt sowie die Projektarbeit zur Weiterentwicklung der Fachaufgaben Professionalisierung von Lehrkräften (z. B. SE) finanziert. Neu ist die Lehrerfortbildung im Bereich der Mikrotechnologie und der Weiterbildungskurs Wirtschaft ab 2025.

526 61	154	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			2.782	0	0

527 61	154	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	1.290.200	1.602.100	1.567.800
			1.146.492	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 61

Erläuterungen:

Reisekosten für Referenten, Teilnehmende und sonstige Adressaten (insbesondere Lehrkräfte im Seiteneinstieg) im Zusammenhang mit der Professionalisierung von Lehrkräften.

533 61	154	Dienstleistung Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

547 61	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	6.000	6.000	10.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Sonstige Sachausgaben für die Durchführung von staatlichen Lehrerfort- und Lehrerweiterbildungsmaßnahmen gem. RdErl. des MK v. 19.11.2012 "Die Schule als professionelle Lerngemeinschaft" SVBl. LSA aus 2012, S. 264 und RdErl. des MK v. 02.12.2013, SVBl. LSA, S.297 sind hier eingestellt.

Sachkosten im Zusammenhang mit fachaufsichtlichen Aufgaben des LISA zur Unterstützung und Beratung von Schulen (RdErl. des MK vom 12.12.2013, SVBl. 2013, S. 300) sowie Sachkosten im Rahmen der Fortbildungsinitiative "QuaMath" (KMK RS Nr. 489/2021)

685 61	154	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1.681.700	2.036.700	2.082.900
			1.145.501	1.526.200	2.147.600

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.196.400	611.500			1.807.900
2026	464.100	897.500	555.000		1.916.600
2027	45.000	540.000	659.000	665.000	1.909.000
2028		78.100	277.500	817.500	1.173.100
2029 ff.			34.700	665.100	699.800
Summen	1.705.500	2.127.100	1.526.200	2.147.600	7.506.400

Erläuterungen:

Zuweisungen an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die Otto-von-Guericke Universität Magdeburg zur Weiterbildung mit dem Ziel von Studienabschlüssen für nicht ausreichend qualifizierte Lehrer (Einfachlehrer, Seiten- und Quereinsteigende). Gemäß § 16 Abs. 3 Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt bieten die Universitäten Weiterbildungskurse an, die mit einem Zertifikat abschließen. Die Finanzierung der Kurse fällt nicht in das Hochschulbudget, da es sich um eine Sondermaßnahme des Landes handelt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	3.396.900	4.139.800	4.133.700
		1.526.200	2.147.600

62 Rahmenrichtlinien- und Lehrplanarbeit

Übertragbar

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Erarbeitung, Überarbeitung und Fortschreibung von Lehrplänen, sowie curricularen Unterstützungsmaterialien (auch digitalisiert) für Sachsen-Anhalt im allgemeinbildenden und berufsbildenden Bereich.

427 62	154	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	25.000	74.900	90.500
			39.278	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 62

Erläuterungen:

Mittel für Aufwandsentschädigungen für die Kommissionsmitglieder zur Erstellung und Implementierung von Lehrplänen sowie curricularen Unterstützungsmaterialien aufgrund:

1. des Konzeptes Lehrplanarbeit Grund- und Sekundarschule (bildungspolitische Schwerpunktsetzungen, z. B. KMK-Bildungsstandards, Bildung für nachhaltige Entwicklung, fachdidaktische Entwicklungen)
2. des Konzeptes für die Überarbeitung der Fachlehrpläne Naturwissenschaften Gymnasium/ berufliches Gymnasium (neue Bildungsstandards für die Naturwissenschaften)
3. bildungspolitischer Entwicklungen im Bereich der beruflichen Bildung.

Finanzierung von Projektarbeiten in der Fachaufgabe curriculärer Materialien aufgrund kontinuierlicher Weiterentwicklungen sowie aktueller Anforderungen

511 62	154	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs-und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	15.000	15.000
			0	0	0

Erläuterungen:

- Umsetzung der KMK-Strategie "Bildung in der digitalen Welt", z. B.: Sensoren für Naturwissenschaften, Verleih durch Mediathek vorgesehen
- Kosten für Optimierung, Rückmeldung von Fachverfahren in die Schulpraxis
- Erprobung von Tools und Anwendungen für die Lehrplanumsetzung im Unterricht

518 62	154	Mieten und Pachten	0	27.000	27.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Anmietung von Beratungsräumen für Kommissionstagungen

527 62	154	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	17.000	43.800	44.100
			16.804	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten im Zusammenhang mit der konzeptionellen Vorbereitung, Erarbeitung, Überarbeitung und Implementation von Lehrplänen, curricularen Begleitmaterialien sowie anderen Veröffentlichungen für die unterrichtliche und außerunterrichtliche Schularbeit.

531 62	154	Veröffentlichungen	20.000	30.000	39.000
			10.319	0	0

Erläuterungen:

Kosten für Lizenzen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Lehrplänen und curricularen Begleitmaterialien sowie deren Druck und Versand, eingeschlossen deren Aufbereitung für digitale Veröffentlichungen. Erprobung moderner Werkzeuge für curriculare Begleitmaterialien. Aus dem IZG LSA leitet sich eine umfassende Veröffentlichungspflicht ab.

533 62	154	Dienstleistungen Außenstehender	31.000	26.300	25.800
			0	0	0

Erläuterungen:

Mittel für Aufwandsentschädigungen für externe Kommissionsmitglieder, die keine Lehrkraft sind (z. B. wissenschaftliche Begleitung) sowie sonstige externe Leistungen zur Erstellung und Implementierung von Lehrplänen sowie curricularen Unterstützungsmaterialien aufgrund:

1. des Konzeptes Lehrplanarbeit Grund- und Sekundarschule (bildungspolitische Schwerpunktsetzungen, z. B. KMK-Bildungsstandards, Bildung für nachhaltige Entwicklung, fachdidaktische Entwicklungen)
2. des Konzeptes für die Überarbeitung der Fachlehrpläne Naturwissenschaften Gymnasium/ berufliches Gymnasium (neue Bildungsstandards für die Naturwissenschaften)
3. bildungspolitischer Entwicklungen im Bereich der beruflichen Bildung.
Finanzierung von Projektarbeiten in der Fachaufgabe curriculare Materialien aufgrund kontinuierlicher Weiterentwicklungen sowie aktueller Anforderungen

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
547 62	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 452	0 0	0 0
684 62	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			93.000	217.000 0	241.400 0
64		Digitalität in der schulischen Bildung			
		Übertragbar			
		* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 58 Titelgruppe 64.			
		Erläuterungen:			
		Der Fachbereich "Digitalität in der schulischen Bildung" wurde zum 01.01.2023 gegründet. Die Organisationseinheit des LISA bündelt Ressourcen und Kompetenzen, um Entwicklungsprozesse im Kontext der digitalen Transformation sowie damit verbundene bildungspolitische Maßnahmen nachhaltig zu gestalten.			
		Schwerpunkte der Arbeit lassen sich unmittelbar aus KMK-Beschlüssen der Strategie "Bildung in der digitalen Welt" und deren Ergänzungen sowie den Landeskonzptionen zur Umsetzung dieser bildungspolitischen Maßnahmen ableiten. Insofern unterstützt der Fachbereich in Fragen der digitalen Transformation, schulischen Medienbildung und bei der Nutzung digitaler pädagogischer Dienste mit dem Ziel, lernwirksames Lehren und Lernen in einer digital geprägten Welt zu ermöglichen und zugleich die Medienkompetenz bei Lehrenden und Lernenden zu entwickeln.			
		Dies erfolgt u. a. durch: Bereitstellung, Betreuung und Support digitaler pädagogischer Dienste, Vernetzung und Transfer, Erprobung und Evaluation von Medientechnologien, Bereitstellung, Produktion und Distribution von Medien in verschiedenen Formaten für den Unterrichtseinsatz sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildung, Beteiligung an der Entwicklung, Erprobung und Umsetzung von Curricula, Lern- und Prüfungsformaten und dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Unterricht.			
427 64	154	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberuflich Tätige	62.000 5.040	62.000 0	62.000 0
		Erläuterungen:			
		Vergütungen zur Finalisierung von Kursmaterialien zur Entwicklung von digitalen Kompetenzen Lehrender. Vergütungen für die Erstellung bzw. Anpassung von Lehr- und Lernmaterialien, Konzeptionierungen, Erprobungen im Kontext von Schulversuchen sowie Unterstützung aller Fachaufgaben mangels eigener Kompetenzen oder Kapazitäten. Der Fachbereich Digitalität in der schulischen Bildung befand sich 2023 in der Aufbauphase, die auch 2024 nicht abgeschlossen sein wird. Daher sind Dritte für die dringend erwarteten Arbeitsergebnisse zur Entwicklung der digitalen Arbeit an Schulen unabdingbar.			
511 64	154	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 4.728	12.000 0	12.000 0
		Erläuterungen:			
		Geschäftsbedarf und Ausstattung medienpädagogischer Beraterinnen und Berater; Ausstattung für die Produktion spezieller Medien (u. a. fremdsprachliche Höraufgaben; Audiovisuelle Aufnahme von Unterricht im Rahmen der Lehrerbildung); Kommunikationsgebühren für Anwendungen/ Sprachmodelle durch Schulen, Medienpädagogische Berater und sonstige Beauftragte des LISA (Fachseminarleiter, Kommissionsmitglieder).			
517 64	154	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0 0	0 0	0 0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

518 64	154	Mieten und Pachten	34.000	14.000	14.000
			4.300	0	0

Erläuterungen:

Anmietung von externen Kongresshallen, Räumen und sonstigen Veranstaltungsorten für die Durchführung von Großveranstaltungen mit Bezug zur Digitalität in der schulischen Bildung.

522 64	154	Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	80.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027			80.000		80.000
2028					
2029 ff.					
Summen			80.000		80.000

Erläuterungen:

Abschluss eines Vertrags mit einer Laufzeit von 2025 bis 2027 für die wissenschaftliche Begleitung bei der Umsetzung von digital gestütztem Unterricht basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen; Evidenzbasierte Bewertung der Zweckmäßigkeit der geplanten Maßnahmen; Recherchetätigkeiten und Analyse qualitativer sowie quantitativer Merkmale zur Evaluation der eingesetzten digitalen Konzepte und Werkzeuge.

Die Finanzierung erfolgt in den Jahren 2025 und 2026 über das SVC. Die VE dient der Ausfinanzierung des Vertrages im Jahr 2027.

525 64	154	Lehr- und Lernmittel	0	15.000	15.000
			201.621	0	17.362.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				5.000.000	5.000.000
2028				5.750.000	5.750.000
2029 ff.				6.612.500	6.612.500
Summen				17.362.500	17.362.500

Erläuterungen:

Ermöglichung der landesweiten digitalen Mediendistribution für das Lehren und Lernen in der Digitalität (Digitale Lernstandserhebungen, Pädagogische Diagnostik, Kollaboration- und Kommunikation, Lernsoftware und Unterrichtsmaterialien auch insb. mit KI-Elementen, Werkzeuge für Sondpädagogik und Inklusion sowie berufliche Bildung;

Erfüllung von Nutzungsverträge mit Kommunen zum Einsatz digitaler Lehr- und Lernmittel, die über das Medienportal im Bildungsserver bereitgestellt werden;

Erweiterung und Aktualisierung des medialen Bestandes durch Ankauf von Lehr- und Lernmitteln für Lehrkräfte und Lernende entsprechend fachlicher oder bildungspolitischer Erfordernisse;

Aufwendung für die Integration von (bundesweiten) Medienangeboten und -standards bzw. länderübergreifenden Projekten (u. a. SODIX/ MUNDO, MKIS, MEM).

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
527 64	154	Reisekosten medienpädagogische Beratung	20.000 72.544	72.000 0	72.000 0
Erläuterungen:					
Reisekosten für die Fachaufgaben und medienpädagogischen Berater gem. RdErl. des MK v. 31.07.2012 (SVBl. LSA 10/2012).					
531 64	154	Veröffentlichungen	80.000 12.573	30.000 0	30.000 0
Erläuterungen:					
Medienproduktion zur Implementation der neuen Lehrpläne (z.B. exemplarische Unterrichtsstunden zu Zwecken der Fortbildung und kollegialen Nachbearbeitung, audiovisuelle Anteile in niveaubestimmenden Aufgaben, Prüfungssimulationen); Produktion audiovisueller Anteile in zentralen Leistungserhebungen oder Abschlussprüfungen; Kosten für bundeseinheitlichen Metadatenstandards, GEMA, Rechteerwerb für Medieneinsatz; Dienstleistungen für Veröffentlichungen (z. B. Duplizierung, Druck, Erstellen von Animationen, grafische Leistungen, kompetente Leistungen der Medienproduktion; Aufwendung für die Zusammenführung oder Erstellung von Webseiten, Apps, sonstige Produkte in den Bereichen: z. B. audio, audio-visual, VR, KI).					
533 64	154	Dienstleistungen Außenstehender für Eigenproduktion	0 11.359	80.000 0	80.000 0
Erläuterungen:					
Aufwendungen für Dienste Dritter mit Bezug zu aktuellen Entwicklungen außerhalb der Kern- und Querschnittsaufgaben, für die Erfüllung von Anforderungen, die temporär oder projektbasiert spezifischen Expertisen erforderlich machen (z. B. Lernwelten).					
547 64	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
812 64	154	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	89.000 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			285.000	285.000 80.000	285.000 17.362.500
65		Modellversuche im Rahmen der Europäischen Union und Kooperationsvereinbarungen zwischen Bund und Länder			
Übertragbar					
* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-einnahmen bei Kapitel 07 58 Titelgruppe 65.					
429 65	154	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 0	0 0	0 0
511 65	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
525 65	129	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	0 0	0 0	0 0
527 65	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 0	0 0	0 0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
547 65	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	0 0	0 0
66		Durchführung des Sportmotoriktestes			
		Übertragbar			
		* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 07 58 Titelgruppe 66.			
429 66	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 0	0 0	0 0
511 66	129	Auswertung des Sportmotoriktestes	3.900 3.305	3.500 0	3.500 0
		Erläuterungen:			
		Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an den Sachkosten für die Auswertung des Sportmotoriktests. Im Einvernehmen zwischen MB, MI, LSB und Deutscher Sportlehrerverband wird in den Schulen ein Sportmotoriktest durchgeführt. Veranschlagt sind Sachkosten zur Durchführung.			
686 66	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			3.900	3.500 0	3.500 0
67		Pädagogische Arbeitsstellen, Modellvorhaben und Projekte			
		Übertragbar			
		* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 58 Titelgruppe 67.			
		Erläuterungen:			
		Ausgaben für Bildungsprojekte, die vollständig oder anteilig von verschiedenen Partnern getragen werden. Bildungsprojekte sind u. a. AG "Kulturelle Lernorte", das Projekt "Kreativpotential Schule". Maßnahmen zur digitalen Bildung durch Implementierung digitaler Medien bei der Unterstützung der museumspädagogischen Betreuung von Lernorten und kultureller Medienbildung im Rahmen Kreativpotenzial Schule.			
429 67	154	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 750	0 0	0 0
		Erläuterungen:			
		Ausgaben für befristete Bildungsprojekte, die vollständig oder anteilig von verschiedenen Partnern getragen werden.			
527 67	154	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	3.500 1.905	8.500 0	8.500 0
		Erläuterungen:			
		Reisekosten im Rahmen von Pädagogischen Arbeitsstellen, Modellvorhaben und Projekten. Gestaltung eines neuen Lernortes mit dem Themenfeld Demokratiebildung und Extremismus-/ Antisemitismusprävention in Wittenberg.			
533 67	154	Dienstleistungen Außenstehender	20.000 0	5.000 0	5.000 0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 67

Erläuterungen:

Gestaltung eines neuen Lernortes mit dem Themenfeld Demokratiebildung und Extremismus-/ Antisemitismusprävention in Wittenberg.

547 67	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	16.500	86.500	36.500
			106.445	0	0

Erläuterungen:

Gestaltung eines neuen Lernortes mit dem Themenfeld Demokratiebildung und Extremismus-/ Antisemitismusprävention in Wittenberg. Ausgaben für Bildungsprojekte, die vollständig oder anteilig von verschiedenen Partnern getragen werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			40.000	100.000	50.000
				0	0

68 Prüfungen und zentrale Leistungserhebungen

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 58 Titelgruppe 68.

Erläuterungen:

Kosten im Zusammenhang mit Abschlussprüfungen und zentralen Leistungserhebungen (ZLE).

427 68	154	Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	8.500	8.500
			0	0	0

Erläuterungen:

- Honorare für Sprecherleistungen für Prüfungen und zentrale Leistungserhebungen
- Gutachten für Prüfungsarbeiten

511 68	154	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	46.200	41.700
			0	0	0

Erläuterungen:

Kosten für schriftliche Prüfungen im Sekundarbereich I und II sowie zentrale Leistungserhebungen im Primar- und Sekundarbereich I.

518 68	154	Mieten und Pachten	0	8.000	8.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Miete für Nutzung von Räumen im Rahmen der Kommissionsarbeit zur Erstellung von Prüfungen und zentralen Leistungserhebungen.

527 68	154	Reisekostenvergütungen von Dienstreisen	0	80.000	80.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten im Rahmen der Kommissionsarbeit zur Erstellung von Prüfungen und zentralen Leistungserhebungen.

531 68	154	Veröffentlichungen	0	2.000	2.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Begleitende Veröffentlichungen zu Angelegenheiten der ZLE/ Prüfungen

533 68	154	Dienstleistungen Außenstehender	0	40.000	45.000
			0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 68

Erläuterungen:

Kosten für die Herstellung der Auswertung von zentralen Leistungserhebungen in digitaler Form bzw. Umstellung auf technologiebasiertes Assessment (TBA), (Zusammenarbeit mit aufgabenerstellenden und auswertenden Einrichtungen, u. a. IQB, Universität Jena) KMK-Beschluss.

547 68	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			0	184.700	185.200
				0	0

69 Lehrerausbildung und Lehramtsprüfungen

Übertragbar

Erläuterungen:

Grundsatzangelegenheiten zur Ausbildung in den Lehrämtern:

- Planung und Durchführung der seminaristischen und schulpraktischen Ausbildung von LiV im regulären VD und Seiteneinsteigenden im berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst an den Seminarstandorten Halle und Magdeburg,
- Fortbildung aller an der Ausbildung Beteiligten (Hauptseminarleiter, Fachseminarleiter, Mitarbeiter des Landesprüfungsamtes)
- Organisation und Durchführung von Ersten Staatsprüfungen (1. LPVO - Allg. bild. Sch.) und Laufbahnprüfungen (LVO-Lehramt) sowie Anerkennung ausländischer Lehramtsabschlüsse (AL VO LSA)

429 69	154	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	18.000	18.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Honorare für externe Referenten im Rahmen der Qualifizierung in den Haupt- und Fachseminaren.

Honorare für Referenten im Rahmen der Klausurtagungen der einzelnen Lehrämter und der jährlichen Klausurtagung des FB 3

511 69	154	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	35.000	35.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Telekommunikation für Haupt- und Fachseminarleiter für datenschutzgerechtes und mobiles Arbeiten. Einsatz KI in der Ausbildung (TK-Kosten).

518 69	154	Mieten und Pachten	0	30.000	30.000
			0	0	0

Erläuterungen:

- Anmietung von Veranstaltungsräumen für die Vereidigungen der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und die feierliche Überreichung der Zeugnisse an die Absolventen des Vorbereitungsdienstes.
- Anmietung von Räumen für die Durchführung von Seminaren.
- Anmietung von Räumlichkeiten für die Durchführung von staatlichen Abschlussprüfungen.

525 69	154	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	0	5.000	5.000
			0	0	0

Erläuterungen:

- Fachspezifische Fortbildungen der Haupt- und Fachseminarleiter,
- Fortbildung der Referenten des Landesprüfungsamtes zum Thema Prüfungsrecht

526 69	154	Gerichts-, Anwalts- und Vollstreckungskosten	0	5.000	5.000
			0	0	0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 526 69

Erläuterungen:

Anwaltliche Vertretung und Gerichtskosten im Zusammenhang mit Ersten und Zweiten Staatsprüfungen der Lehrerausbildung.

527 69	154	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	670.000	670.000
			0	0	0

Erläuterungen:

- Reisekosten für Seiteneinsteigende im Vorbereitungsdienst, Lehramtsanwärter/ Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst sowie der Haupt- und Fachseminarleiter,
- Reisekosten für Referenten und BSB des Landesprüfungsamtes,
- Reisekosten für Haupt- und Fachseminarleiter sowie der Referenten des Landesprüfungsamtes im Rahmen der lehramts- und bereichsbezogenen Klausurtagungen,
- Reisekosten im Rahmen des Projektes "Schule in der digital geprägten Welt",
- Reisekosten im Rahmen der individuellen Fortbildungen der Hauptseminarleiter und Referenten des LPA (z. B. Kongresse vom BAK, Ganztagsschulkongress, Grundschulkongress, Expertentagung Lehrerbildung, Bildungspolitisches Forum, Forum Leadership in der Lehrerbildung, Didacta etc.)

547 69	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			0	763.000	763.000
				0	0

**70 Qualifizierung zukünftiger schulischer Führungskräfte;
Entwicklungs- und Unterstützungsmaßnahmen schulischer
Führungskräfte (FKQ/ FKE)**

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 07 58 Titel 282 70.

Erläuterungen:

Hier sind zentral alle Mittel für die amtsvorbereitende Qualifizierung zukünftiger schulischer Führungskräfte (FKQ) sowie der amtsbegleitenden Entwicklungs- und Unterstützungsmaßnahmen schulischer Führungskräfte (FKE) eingestellt. Diese waren bisher (bis 2024) in den Haushalten des LISA und Landesschulamts (LSchA) getrennt veranschlagt.

Schwerpunktaufgaben der Führungskräftequalifizierung sind:

Qualifizierung für die Übernahme von Schulleitungsaufgaben von im Schulsystem befindlichem Lehrpersonal. Im Rahmen der amtsbegleitenden Führungskräfteentwicklung werden hier die Mittel für mehr als 1.500 schulischen Führungskräfte in Sachsen-Anhalt ohne Fachseminarleiter (FSL) verortet.

Schwerpunktaufgaben der Führungskräfteentwicklung sind u. a.:

Umsetzung aktuell-bildungspolitischer Anforderung an Schule (z. B. LemaS, Demokratiebildung, etc.), Maßnahmen im Rahmen der Unterrichts- und Schulentwicklung als Aufgaben schulischer Führungskräfte, Umsetzung von Maßnahmen aus dem Startchancenprogramm des Bundes, Workshops u. a. zu Schulrecht, Beurteilungsverfahren, Krisenmanagement etc.

429 70	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	47.000	47.000
			0	0	0

*** Umsetzungen von Kap. 07 07 - TGr. 68 Titel 429 68

511 70	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	3.000	4.000
			0	0	0

*** Umsetzungen von Kap. 07 07 - TGr. 68 Titel 511 68

518 70	129	Mieten und Pachten	0	200.000	221.000
			0	0	0

*** Umsetzungen von Kap. 07 07 - TGr. 68 Titel 518 68

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
525 70	129	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	0	5.000	6.000
			0	0	0
		*** Umsetzungen von Kap. 07 07 - TGr. 68 Titel 525 68			
527 70	129	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	0	160.000	160.000
			0	0	0
		*** Umsetzungen von Kap. 07 07 - TGr. 68 Titel 527 68			
531 70	129	Veröffentlichungen	0	5.000	5.000
			0	0	0
		*** Umsetzungen von Kap. 07 07 - TGr. 68 Titel 531 68			
533 70	129	Dienstleistungen Außenstehender	0	207.000	230.000
			0	0	0
		*** Umsetzungen von Kap. 07 07 - TGr. 68 Titel 533 68			
547 70	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	3.000	3.000
			0	0	0
		*** Umsetzungen von Kap. 07 07 - TGr. 68 Titel 547 68			
812 70	129	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
		*** Umsetzungen von Kap. 07 07 - TGr. 68 Titel 812 68			
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			0	630.000	676.000
				0	0

07 Ministerium für Bildung
07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	28.000	48.000	48.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		28.000	48.000	48.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	14.187.500	15.216.400	15.295.000
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	5.296.900	5.874.400	5.827.400
			80.000	17.362.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.681.700	2.036.700	2.082.900
			1.526.200	2.147.600
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	189.000	100.000	100.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	809.800	1.127.400	1.148.000
			0	0
Gesamtausgabe		22.164.900	24.354.900	24.453.300
Gesamtsumme der VE			1.606.200	19.510.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-22.136.900	-24.306.900	-24.405.300

Stellenpläne

Stellenübersichten

Kapitel 07 01 Ministerium für Bildung (Stellenplan)
Kapitel 07 04 Landeszentrale für politische Bildung (Stellenplan)
Kapitel 07 06 Landesschulamt (Stellenplan)
Kapitel 07 12 Förderschulen für Geistigbehinderte (Stellenplan)
Kapitel 07 13 Förderschulen für Lernbehinderte (Stellenplan)
Kapitel 07 14 Sonstige Förderschulen (Stellenplan)
Kapitel 07 16 Schulen des 2. Bildungsweges (Stellenplan)
Kapitel 07 17 Gymnasien (Stellenplan)
Kapitel 07 18 Gesamtschulen (Stellenplan)
Kapitel 07 19 Gemeinschaftsschulen (Stellenplan)
Kapitel 07 20 Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung (Stellenplan)
Kapitel 07 21 Grundschulen (Stellenplan)
Kapitel 07 22 Sekundarschulen (Stellenplan)
Kapitel 07 58 Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen- Anhalt (LISA) (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026
Stellenübersicht übrige TGr. 2025
Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
B9	Staatssekretär oder Staatssekretärin	1	1	1
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	2	2	2
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	1	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	14	14	14

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A16	Ministerialrat/-rätin	3	3	3
A15	Regierungsschuldirektor/-in, Regierungsdirektor/-in, Studiendirektor/-in	30	30	30
A14	Oberregierungsrat/-rätin; Oberstudienrat/-rätin	14	14	14
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	20	20	20
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	17	17	17
A11	Regierungsamtmann/-frau	3	3	3
A10	Regierungsoberinspektor/-in	1	1	1
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	10 ¹⁾	10 ¹⁾	10 ¹⁾
Summe :		117	117	117

LEERSTELLEN

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B2	Ministerialrat/-rätin	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		1	1	1

1) Eine Stelleninhaberin erhält eine Zulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesG LSA.

428 01

EntgeltGruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
AT A 16	Ministerialrat/-rätin	2	2	2
AT B 9	Staatssekretär/Staatssekretärin	0	0	0
AT B 2	Ministerialrat/-rätin	1	1	1
E 15 Ü	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 15	Verwaltungsdienst	6	6	6
E 14	Verwaltungsdienst	3	3	3

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 13	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 9b	Verwaltungsdienst	3 ¹⁾	3 ¹⁾	3 ¹⁾
E 9a	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 8	Datenverarbeitungsdienst	1	1	1
E 8	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 6	Sonstige Dienste	0	0	0
E 6	Verwaltungsdienst	8 ²⁾	8 ²⁾	8 ²⁾
E 5	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 4	Kraftfahrdienst	4 ³⁾	4 ³⁾	4 ³⁾
Summe :		45	45	45

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 15 Ü	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		2	2	2

- 1) Die Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkraft der/des Staatssekretärin/ Staatssekretärs erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2) Die Vorzimmerkräfte der Abteilungsleiter/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.: 1412-3076/S8.
Eine ehemalige Vorzimmerkraft erhält eine außertarifliche abbaubare Besitzstandszulage (Vorzimmerzulage) auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az: 1412-3076/S8.
- 3) Ein Kraftfahrer erhält eine übertarifliche abbaubare persönliche Zulage auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 18.09.2017; Az.: 1412-9410.

Stellen künftig umzuwandeln:

2 Stellen	AT A 16	in A16	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2020/2021)
1 Stelle	AT B 2	in B2	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2024)

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 15 Ü	Beurlaubung gem. § 28 TV-L	(aus HH 2023)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B2	Direktor oder Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung	0	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Landesplanungsdirektor/-in	1	1	1
Summe :		1	1	1

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
AT B 2	Direktor oder Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung	1	1	1
E 15 Ü at	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 15	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 13	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 11	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 10	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 9a	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	2	2	2
Summe :		21	21	21

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	AT B 2	in B2	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 15 Ü at	in A16	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2023)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B3	Direktorin/Direktor des Landesschulamtes	1	1	1
B2	Stellvertreterin oder Stellvertreter der Direktorin oder des Direktors des Landesschulamtes	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	2	2	2
A16	Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in als Referatsleiter oder Leiter von Schulaufsichtsbereichen bei einer Landesbehörde	5	5	5
A15	Psychologiedirektor/-in	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in	4	4	4
A15	Regierungsschuldirektor/-in	62	62	62
A14	Psychologieoberrat/-rätin	26	26	26
A14	Oberregierungsrat/-rätin	11	11	11
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	6	6	6
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	13	16	16
A11	Regierungsamtsmann/-frau	19	17	17
A10	Regierungsoberinspektor/-in	28	27	27
A9 L2.1	Regierungsinspektor/-in	2	2	2
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	1	1	1
A8	Regierungshauptsekretär/-in	37	32	32
A7	Regierungsoberssekretär/-in	6	6	6
A6 L1.2	Regierungssekretär/-in	1	1	1
Summe :		228	223	223

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A15	Regierungsschuldirektor/-in	5	5	5
A14	Psychologieoberrat/-rätin	4	4	4
A14	Oberregierungsrat/-rätin	2	2	2
A11	Regierungsamtsmann/-frau	2	2	2
A10	Regierungsoberinspektor/-in	3	3	3

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A8	Regierungshauptsekretär/-in	6	6	6
Summe [Leerstellen]:		22	22	22

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-spar-run-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umben-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A12							1					+3	Hebung von A 10
2								2						Hebung von A 11
3	A11								2				-2	Hebung nach A 12
4	A10								1				-1	Hebung nach A 12
5	A8						5						-5	Umwandlung von A 8
Ohne TG 96							5	3	3				-5	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

422 41

Bes.Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
A13 L2.2	Studienreferendare/-innen (Lehramt Gymnasium)	350	350	350
A13 L2.2	Studienreferendare/-innen (Lehramt an berufsbildenden Schulen)	84	84	84
A13 L2.1	Förderschullehrer-Anwärter/-innen	120	120	120
A13 L2.1	Sekundarschullehrer-Anwärter/-innen	157	157	157
A12	Grundschullehrer-Anwärter/-innen	229	229	229
Summe :		940	940	940

428 01

EntgeltGruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
AT A 16	Leitende/r Regierungsdirektor/in als Referatsleiter oder Leiter von Schulaufsichtsbereichen bei einer Landesbehörde	1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 12	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	5	6	6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 10	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	2	0	0
E 9a	Verwaltungsdienst	14	22	22
E 8	Verwaltungsdienst	10	7	7
E 6	Verwaltungsdienst	32	32	32
E 5	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		69	73	73

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle AT A 16 in A16 am 01.08.2030 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2020/2021)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11							1					+1	Hebung von E 9b
2	E 9b				1								-2	Umsetzung nach 07 58
3									1					Hebung nach E 11
4	E 9a					5							+8	Umwandlung zu E 9a
5								3						Hebung von E 8
6	E 8								3				-3	Hebung nach E 9a
Ohne TG 96					1	5		4	4				+4	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Allgemeiner Haushaltsvermerk: Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung können Planstellen und Stellen in diesem Kapitel auch für die Kapitel 0713, 0714, 0716, 0717, 0718, 0719, 0720, 0721 und 0722 in Anspruch genommen werden.

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Förderschulrektor und Förderschulrektorin in einer sonstigen Förderschule mit mehr als 90 Schülern	23	26	26
A14	Fachseminarleiter/-in	0	4	4
A14	Förderschulrektor und Förderschulrektorin in einer sonstigen Förderschule mit mehr als 45 bis zu 90 Schülern	16 ¹⁾	14 ¹⁾	14 ¹⁾
A14	Förderschulkonrektor und Förderschulkonrektorin als ständiger Vertreter des Leiters/der Leiterin einer sonstigen Förderschule mit mehr als 90 Schülern	23 ¹⁾	26 ¹⁾	26 ¹⁾
A14	Förderschulkonrektor und Förderschulkonrektorin als ständiger Vertreter des Leiters/der Leiterin einer sonstigen Förderschule mit mehr als 45 bis zu 90 Schülern	16	14	14
A14	Zweiter Förderschulkonrektor und zweite Förderschulkonrektorin einer sonstigen Förderschule mit mehr als 135 Schülern	8	8	8
A14	Förderschulrektor und Förderschulrektorin in einer sonstigen Förderschule mit bis zu 45 Schülern	1	0	0
A13 L2.1	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	590	590	590
Summe :		677	682	682

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 L2.1	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	47	47	47
Summe [Leerstellen]:		47	47	47

1) erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 der Bes.-Gr. A 14 LBesG LSA

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A15			1									+3	Umsetzung von 0714/422 01
2				2										Umsetzung von 0722/422 01
3	A14			1									+4	Umsetzung von 0713/422 01
4												2		
5												1		
6	A14						2						-2	Umwandlung
7	A14			1									+3	Umsetzung von 0714/422 01
8						2								Umwandlung
9	A14											2	-2	Änderung der Amtsbezeichnung - FSL
10	A14											1	-1	Änderung der Amtsbezeichnung - FSL
Ohne TG 96				5		2	2					3	+5	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

428 01

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

E 13	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	120	120	120
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		120	120	120

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 9a	Schulverwaltungsassistenz	46	1	1
E 9a	Pädagogische Mitarbeiterin oder pädagogischer Mitarbeiter mit therapeutisch orientierten Förderangeboten	52	52	52
S 8b	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	578	789	789
S 4	Betreuerin oder Betreuer	42	42	42
Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:		718	884	884
Summe :		838	1.004	1.004

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

E 13	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	12 ¹⁾	12 ¹⁾	12 ¹⁾
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		12	12	12

Stellenanzahl

2024

2025

2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 9a	Pädagogische Mitarbeiterin oder pädagogischer Mitarbeiter mit therapeutisch orientierten Förderangeboten	7	7	7
S 8b	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	45	45	45
S 4	Betreuerin oder Betreuer	3	3	3
Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:		55	55	55
Summe [Leerstellen]:		67	67	67

1) Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nicht personengebunden.

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Ein-sparun-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
1	E 9a				10								-45	Umsetzung zu 0721/428 01
2					28									Umsetzung zu 0722/428 01
3					7									Umsetzung zu 0719/428 01
4	S 8b	211											+211	neue Stelle bei Nutzung des 3* Vermerkes ABS
Ohne TG 96		211			45								+166	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Allgemeiner Haushaltsvermerk: Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung können Planstellen und Stellen in diesem Kapitel auch für die Kapitel 0712, 0714, 0716, 0717, 0718, 0719, 0720, 0721 und 0722 in Anspruch genommen werden.

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Förderschulrektor und Förderschulrektorin einer Förderschule für Lernbehinderte mit mehr als 180 Schülern	21	24	24
A14	Fachseminarleiter/-in	16	7	7
A14	Förderschulrektor und Förderschulrektorin einer Förderschule für Lernbehinderte mit mehr als 90 bis zu 180 Schülern	7 ¹⁾	5 ¹⁾	5 ¹⁾
A14	Förderschulkonrektor und Förderschulkonrektorin als ständiger Vertreter/ständige Vertreterin des Leiters einer Förderschule für Lernbehinderte mit mehr als 180 Schülern	21 ¹⁾	24 ¹⁾	24 ¹⁾
A14	Förderschulrektor und Förderschulrektorin einer Förderschule für Lernbehinderte mit bis zu 90 Schülern	3	1	1
A14	Förderschulkonrektor und Förderschulkonrektorin als ständiger Vertreter/ständige Vertreterin des Leiters einer Förderschule für Lernbehinderte mit mehr als 90 bis zu 180 Schülern	7	5	5
A14	Zweite Förderschulkonrektorin oder zweiter Förderschulkonrektor einer Förderschule für Lernbehinderte mit mehr als 270 SuS	9	9	9
A13 L2.1	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	650	650	650
Summe :		734	725	725
LEERSTELLEN				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A14	Förderschulrektor und Förderschulrektorin einer Förderschule für Lernbehinderte mit mehr als 90 bis zu 180 Schülern	2 ¹⁾	2 ¹⁾	2 ¹⁾
A13 L2.1	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	50	50	50
Summe [Leerstellen]:		52	52	52

1) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 14 LBesG LSA.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A15							2					+3	Hebung von A 14
2								1						Hebung von A 14
3	A14				9								-9	Umsetzung zu 0714/422 01
4	A14											2	-2	Änderung der Amtsbezeichnung
5	A14			1									+3	Umsetzung von 0722/422 01
6												2		
7	A14				1								-2	Umsetzung zu 0712/422 01 und Änderung der Amtsbezeichnung - FSL
8									1					Hebung nach A 15
9	A14								2				-2	Hebung nach A 15
Ohne TG 96				1	10			3	3			2	-9	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

428 01

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

E 13	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	149	149	149

Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		149	149	149

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 9a	Schulverwaltungsassistenz	0	3	3

S 8b	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	140	140	140

Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:		140	143	143

Summe :		289	292	292

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

E 13	Lehrer/-in	10 ¹⁾	10 ¹⁾	10 ¹⁾

Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		10	10	10

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

S 8b Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in 35 ¹⁾ 35 ¹⁾ 35 ¹⁾

Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]: 35 35 35

Summe [Leerstellen]: 45 45 45

- 1) Die in der Stellenübersicht ausgebrachten Leerstellen sind zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nicht personengebunden.

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
1	E 9a			2									+3	Umsetzung von 0714/428 01
2				1										Umsetzung von 0720/428 01
Ohne TG 96				3									+3	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

07 14 Sonstige Förderschulen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Allgemeiner Haushaltsvermerk: Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung können Planstellen und Stellen in diesem Kapitel auch für die Kapitel 0712, 0713, 0716, 0717, 0718, 0719, 0720, 0721 und 0722 in Anspruch genommen werden.

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Förderschulrektor und Förderschulrektorin in einer sonstigen Förderschule mit mehr als 90 Schülern	19	18	18
A14	Fachseminarleiter/-in	0	10	10
A14	Förderschulrektor und Förderschulrektorin in einer sonstigen Förderschule mit mehr als 45 bis zu 90 Schülern	3 ¹⁾	3 ¹⁾	3 ¹⁾
A14	Förderschulkonrektor und Förderschulkonrektorin als ständiger Vertreter des Leiters/der Leiterin einer sonstigen Förderschule mit mehr als 90 Schülern	19 ¹⁾	18 ¹⁾	18 ¹⁾
A14	Förderschulkonrektor und Förderschulkonrektorin als ständiger Vertreter des Leiters/der Leiterin einer sonstigen Förderschule mit mehr als 45 bis zu 90 Schülern	3	3	3
A14	Zweiter Förderschulkonrektor und zweite Förderschulkonrektorin einer sonstigen Förderschule mit mehr als 135 Schülern	10	9	9
A13 L2.1	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	571	571	571
Summe :		625	632	632

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 L2.1	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	50	50	50
Summe [Leerstellen]:		50	50	50

1) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 der Bes.-Gr. A 14 LBesG LSA.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A15				1								-1	Umsetzung zu. 0712/422 01
2	A14			9									+10	Umsetzung von 0713/422 01
3												1		
4	A14				1								-1	Umsetzung zu 0712/422 01
5	A14											1	-1	
Ohne TG 96				9	2							1	+7	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

E 13	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	128	128	128

Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		128	128	128

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 10	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 9b	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9a	Schulverwaltungsassistenz	16	6	6
E 9a	Pädagogische Mitarbeiterin oder pädagogischer Mitarbeiter mit therapeutisch orientierten Förderangeboten	0	9	9
E 6	Verwaltungsdienst	7	7	7
E 5	Hausmeister/-in	9	9	9
E 5	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 4	Haus- und Hofarbeiter/-in	1	1	1
E 3	Haus- und Hofarbeiter/-in	1	1	1
E 2	Reinigungsdienst	4	4	4
S 17	Pädagogische/r Mitarbeiter/in mit fachlich koordinierenden Aufgaben	0	1	1
S 15	Pädagogische Mitarbeiterin/ Pädagogischer Mitarbeiter mit koordinierenden Aufgaben	3	4	4
S 8b	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	284	273	273
S 4	Betreuerin oder Betreuer	20	20	20

Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:		353	343	343

Summe :		481	471	471

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

LEERSTELLEN*EntgeltGruppe***Lehrkräfte in der Funktion als**

E 13	Förderschullehrer und Förderschullehrerin	10 ¹⁾	10 ¹⁾	10 ¹⁾

Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:	10	10	10

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

S 8b	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	48 ¹⁾	48 ¹⁾	48 ¹⁾

Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:	48	48	48

Summe [Leerstellen]:	58	58	58

- 1) Die in der Stellenübersicht ausgebrachten Leerstellen sind zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nicht personengebunden.

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Ein-spar-un-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
1	E 9a				2								-10	Umsetzung zu 0713/428 01
2					8									Umsetzung zu 0717/428 01
3	E 9a					9							+9	Umwandlung von S 8b
4	S 17							1					+1	Hebung von S 15
5	S 15							2					+1	Hebung von S 8b
6									1					Hebung nach S 17
7	S 8b						9						-11	Umwandlung zu E 9a
8									2					Hebung nach S 15
Ohne TG 96					10	9	9	3	3				-10	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Allgemeiner Haushaltsvermerk: Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung können Planstellen und Stellen in diesem Kapitel auch für die Kapitel 0712, 0713, 0714, 0717, 0718, 0719, 0720, 0721 und 0722 in Anspruch genommen werden.

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Oberstudiendirektor/-in als Leiter/-in	0	0	0
A15	Studiendirektor(in) als ständ. Vertreter(in) d. Leiters(in)	1 1)	1 1)	1 1)
A15	Studiendirektor/-in zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben	2	2	2
A14	Oberstudienrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.2	Studienrat/-rätin	25	25	25
Summe :		30	30	30

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 L2.2	Studienrat/-rätin	5	5	5
Summe [Leerstellen]:		5	5	5

1) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A15 LBesG LSA.

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
Lehrkräfte in der Funktion als				
AT A 16	Oberstudiendirektorin oder Oberstudiendirektor als Leiterin oder Leiter einer Schule des 2. Bildungsweges	1	1	1
E 13	Studienrat/-rätin	7	7	7
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		8	8	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer				
E 8	Verwaltungsdienst	0	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	0	1	1
Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:		0	2	2
Summe :		8	10	10

Stellen künftig umzuwandeln:

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle AT A 16 in A16

mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des
Stelleninhabers

(aus HH 2020/2021)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Um- setzungen		Umwand- lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe- nen- nun- gen	Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
1	E 8	1											+1	für neue LS 2. Bildungsweg (Kap. 0739)
2	E 6	1											+1	Für neue LS 2. Bildungsweg (Kap. 0739)
Ohne TG 96		2											+2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Allgemeiner Haushaltsvermerk: Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung können Planstellen und Stellen in diesem Kapitel auch für die Kapitel 0712, 0713, 0714, 0716, 0718, 0719, 0720, 0721 und 0722 in Anspruch genommen werden.

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Oberstudiendirektor/-in als Leiter eines Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern	37	39	39
A15	Studiendirektor/-in zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben, Fachbetreuer/-in, Fachseminarleiter/-in	216	216	216
A15	Studiendirektor/-in als ständ. Vertr. d. Leiters/-in eines Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern	65 ¹⁾	65 ¹⁾	65 ¹⁾
A15	Studiendirektor(in) als ständ. Vertreter(in) d. Leiters/d. Leiterin eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums	2 ¹⁾	0 ¹⁾	0 ¹⁾
A14	Oberstudienrat/-rätin	444	424	424
A13 L2.2	Studienrat/-rätin	2.411	2.411	2.411
A13 L2.1	Sekundarschullehrer(in)	110	110	110
Summe :		3.285	3.265	3.265

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A15	Studiendirektor/-in zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben, Fachbetreuer/-in, Fachseminarleiter/-in	5	5	5
A15	Studiendirektor/in als Leiter/-in eines Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾
A14	Oberstudienrat/-rätin	35 ²⁾	35 ²⁾	35 ²⁾
A13 L2.2	Studienrat/-rätin	170	170	170
Summe [Leerstellen]:		211	211	211

1) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 15 LBesG LSA.

2) Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nicht personengebunden.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-spa-run-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16					1							+2	Umwandlung in A 16
2						1								Umwandlung in A 16
3	A15				2								-2	Umsetzung zu 0722/422 01 und Senkung
4	A14				20								-20	Umsetzung zu 0718/422 01
Ohne TG 96					22	2							-20	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

428 01

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

		2024	2025	2026
AT A 16	Oberstudiendirektorin oder Oberstudiendirektor als Leiterin oder Leiter eines Gymnasiums mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern	21	20	20
E 15 Ü at	Oberstudiendirektorin oder Oberstudiendirektor als Leiterin oder Leiter eines Gymnasiums mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern	8	7	7
E 14	Oberstudienrat/-rätin	368	368	368
E 13	Studienrat/-rätin	387	387	387

Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]: 784 782 782

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 10	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 9b	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 9a	Schulverwaltungsassistenz	11	19	19
E 8	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 6	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 5	Hausmeister/-in	8	8	8
E 5	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 4	Haus- und Hofarbeiter/-in	2	2	2
S 11b	Sozial- und Erziehungsdienst	2	2	2
S 9	Sozial- und Erziehungsdienst	1	1	1
S 8a	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	46	46	46

Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]: 83 91 91

Summe : 867 873 873

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

E 15	Studiendirektor/-in	3 ¹⁾	3 ¹⁾	3 ¹⁾
E 13	Studienrat/-rätin, Lehrer/-in	20	20	20

Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]: 23 23 23

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E 8	Verwaltungsdienst	1	1	1
S 8a	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	4	4	4

Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]: 5 5 5

Summe [Leerstellen]: 28 28 28

- 1) Die in der Stellenübersicht ausgebrachten Leerstellen sind zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nicht personengebunden.

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen E 4 Wegfall in Abhängigkeit vom Outsourcing (aus HH 2019)

Stellen künftig umzuwandeln:

17 Stellen AT A 16 in A16 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2022)

3 Stellen AT A 16 in A16 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2024)

7 Stellen E 15 Ü at in A16 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2022)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Lehrkräfte in der Funktion als														
1	AT A 16						1						-1	Umwandlung von AT A 16
2	E 15 Ü at						1						-1	Umwandlung von E 15 Üat
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
3	E 9a			8									+8	Umsetzung von 0714/428 01
Ohne TG 96				8			2						+6	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

veränderte Vermerke

Stellen künftig umzuwandeln:

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

17 Stellen AT A 16 in A16 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2022)

7 Stellen E 15 Ü at in A16 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2022)

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 04				
<i>EntgeltGruppe</i>				
Lehrkräfte in der Funktion als				
E 13	Studienrat/-rätin	15	15	15
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		15	15	15
Summe :		15	15	15

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Allgemeiner Haushaltsvermerk: Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung können Planstellen und Stellen in diesem Kapitel auch für die Kapitel 0712, 0713, 0714, 0716, 0717, 0719, 0720, 0721 und 0722 in Anspruch genommen werden.

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Direktor/-in einer Gesamtschule	3	3	3
A15	Direktorstellvertreter/-in einer Gesamtschule mit Oberstufe	6 ¹⁾	6 ¹⁾	6 ¹⁾
A15	Didaktische/r Leiter/-in einer Gesamtschule mit mehr als 540 Schülern	6	6	6
A15	Studiendirektor/-in zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben	16	16	16
A15	Direktorin oder Direktor einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 540 SuS	1	1	1
A15	Direktorstellvertreterin oder Direktorstellvertreter einer Gesamtschule als ständiger Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 540 und bis zu 1000 SuS	1	1	1
A14	Oberstudienrat/-rätin	9	29	29
A14	Direktorstellvertreter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 540 Schülern	1	1	1
A14	Didaktische/-r Leiter/-in einer Gesamtschule mit bis zu 540 Schülern	1	1	1
A13 L2.2	Studienrat/-rätin	171	171	171
A13 L2.1	Sekundarschullehrer(in)	114	114	114
Summe :		329	349	349
LEERSTELLEN				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A13 L2.2	Studienrat/-rätin	20	20	20
Summe [Leerstellen]:		20	20	20

1) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 15 LBesG LSA.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-spar-un-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A14			20									+20	Umsetzung von 0717/422 01
Ohne TG 96				20									+20	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

			Stellenanzahl		
			2024	2025	2026
428 01					
<i>EntgeltGruppe</i>					
Lehrkräfte in der Funktion als					
AT A 16	Direktor/-in einer Gesamtschule		2	2	2
E 15 Ü at	Oberstudiendirektorin oder Oberstudiendirektor als Leiterin oder Leiter eines Schulverbundes		1	1	1
E 15 Ü at	Direktor oder Direktorin einer Gesamtschule mit Oberstufe		1	1	1
E 14	Oberstudienrat/-rätin		16	16	16
E 13	Lehrer/-in		49	49	49
E 13	Studienrat/-rätin		83	83	83
E 13	Sekundarschullehrer(in)		69	69	69
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:			221	221	221
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer					
E 9a	Schulverwaltungsassistenz		4	3	3
S 8a	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in		27	27	27
Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:			31	30	30
Summe :			252	251	251

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

E 13	Sekundarschullehrer(in)		2	2	2
E 13	Lehrer/-in		2 1)	2 1)	2 1)
E 13	Studienrat/-rätin, Lehrer/-in		4 1)	4 1)	4 1)
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:			8	8	8
Summe [Leerstellen]:			8	8	8

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1) Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nicht personengebunden.

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	AT A 16	in A16	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2022)
1 Stelle	AT A 16	in A16	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2023)
1 Stelle	E 15 Ü at	in A16	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2024)
1 Stelle	E 15 Ü at	in A16	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2024)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
1	E 9a				1								-1	Umsetzung zu 0719/428 01
Ohne TG 96					1								-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Allgemeiner Haushaltsvermerk: Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung können Planstellen und Stellen in diesem Kapitel auch für die Kapitel 0712, 0713, 0714, 0716, 0717, 0718, 0720, 0721 und 0722 in Anspruch genommen werden.

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Direktorin oder Direktor einer Gemeinschaftsschule mit Oberstufe und mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern mit der Laufbahnbefähigung für das Lehramt an Gymnasien	2	1	1
A15	Direktor(in) einer Gemeinschaftsschule mit mehr als 360 Schülern	20	22	22
A15	Direktorstellvertreter/-in als ständige/-r Vertreter/-in der Leiterin/des Leiters einer Gemeinschaftsschule mit Oberstufe mit mehr als 360 Schülerinnen u. Schülern m. d. Laufbahnbefähigung f. d. Lehramt an Gymnasien	2 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾
A14	Fachseminarleiter/-in	7	7	7
A14	Direktor(in) einer Gemeinschaftsschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern	20 ²⁾	20 ²⁾	20 ²⁾
A14	Direktorstellvertreter(in) einer Gemeinschaftsschule als ständiger Vertreter d. Leiter(in) mit mehr als 360 Schülern	20 ²⁾	22 ²⁾	22 ²⁾
A14	Direktorstellvertreter(in) einer Gemeinschaftsschule als ständiger Vertreter d. Leiter(in) mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern	20	20	20
A14	Zweite Direktorstellvertreterin oder Zweiter Direktorstellvertreter einer Gemeinschaftsschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern	4	3	3
A14	Pädagogische/-r Koordinator/-in einer Gemeinschaftsschule mit mehr als 540 Schülern	3	0	0
A13 L2.2	Studienrat/-rätin	309	309	309
A13 L2.1	Pädagogische(r) Koordinator(in) einer Gemeinschaftsschule mit mehr als 360 Schülern	15 ³⁾	15 ³⁾	15 ³⁾
A13 L2.1	Sekundarschullehrer(in)	433	433	433
Summe :		855	853	853

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes.Gruppe*

A13 L2.2	Studienrat/-rätin	50	50	50
Summe [Leerstellen]:		50	50	50

- 1) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 zur Bes.Gr. A 15 LBesG LSA
 2) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 zur Bes.Gr. A 14 LBesG LSA
 3) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 11 zur Besoldungsgruppe A13 LBesG LSA

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16					1					1		-1	Senkung nach A 15
2	A15						1						+2	Umwandlung
3										1				Senkung von A 16
4	A15						1						-1	Umwandlung
5	A14					2							+2	Umwandlung
6	A14				1								-1	Umsetzung zu 0721/422 01 und Änderung der Amtsbezeichnung
7	A14				1								-3	Umsetzung zu 0721/422 01 und Änderung der Amtsbezeichnung
8							2							Umwandlung und Hebung
Ohne TG 96					2	3	3			1	1		-2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Studienrat/-rätin	280	280	280
E 13	Sekundarschullehrer(in)	117	117	117
E 9a	Schulverwaltungsassistenz	9	17	17
S 8a	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	88	88	88
Summe :		494	502	502

LEERSTELLEN*EntgeltGruppe*

E 13	Studienrätin oder Studienrat, Sekundarschullehrerin oder Sekundarschullehrer	50	50	50
Summe [Leerstellen]:		50	50	50

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9a			1									+8	Umsetzung von 0718/428 01
2				7										Umsetzung von 0712/428 01
Ohne TG 96				8									+8	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Allgemeiner Haushaltsvermerk: Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung können Planstellen und Stellen in diesem Kapitel auch für die Kapitel 0712, 0713, 0714, 0716, 0717, 0718, 0719, 0721 und 0722 in Anspruch genommen werden.

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Oberstudiendirektor/-in als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern	23	22	22
A15	Studiendirektor/-in zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben, Fachbetreuer/-in, Fachseminarleiter/-in	102	102	102
A15	Studiendirektor/-in als ständ. Vertr. d. Leiters/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern	24 ¹⁾	24 ¹⁾	24 ¹⁾
A14	Oberstudienrat/-rätin	243	243	243
A13 L2.2	Studienrat/-rätin	925	932	932
A11	Lehrer/-in für Fachpraxis	60	60	60
Summe :		1.377	1.383	1.383

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes. Gruppe*

A14	Oberstudienrat/-rätin	10	10	10
A13 L2.2	Studienrat/-rätin	90	90	90
Summe [Leerstellen]:		100	100	100

1) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 zu BesGr. A 15 LBesG LSA.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparun-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16						1						-1	Umwandlung in AT A 16
2	A13 L2.2	7											+7	neu aus Stellenbedarfsermittlung
Ohne TG 96		7					1						+6	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
Lehrkräfte in der Funktion als				
AT A 16	Oberstudiendirektorin oder Oberstudiendirektor als Leiterin oder Leiter einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern	1	2	2
E 15	Studiendirektor/-in zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben	12	12	12
E 15	Studiendirektor/-in als ständ. Vertr. d. Leiters/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern	1 2)	1 2)	1 2)
E 14	Oberstudienrat/-rätin	170	170	170
E 13	Lehrer/-in	201	281	281
E 13	Studienrat/-rätin	159	159	159
E 11	Lehrer/-in	18	18	18
E 10	Lehrer/-in für Fachpraxis	80	0	0
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		642	643	643
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer				
E 9a	Schulverwaltungsassistentz	11	10	10
Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:		11	10	10
Summe :		653	653	653

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

E 15	Studiendirektor/-in	1 1)	1 1)	1 1)
E 14	Oberstudienrat/-rätin	7 1)	7 1)	7 1)
E 13	Studienrat/-rätin, Lehrer/-in	50 1)	50 1)	50 1)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 10	Lehrer/-in für Fachpraxis	2 1)	2 1)	2 1)
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		60	60	60
Summe [Leerstellen]:		60	60	60

1) Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nicht personengebunden.

2) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 zu BesGr. A 15 LBesG LSA.

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 14 nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (aus HH bis 2007)

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle AT A 16 in A16 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2020/2021)

1 Stelle AT A 16 in A16 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2025/2026)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Lehrkräfte in der Funktion als														
1	AT A 16					1							+1	Umwandlung
2	E 13							80					+80	Hebung von E 10
3	E 10								80				-80	Hebung nach E 13 durch Änderung der Eingruppierung
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
4	E 9a				1								-1	Umsetzung zu 0713/428 01
Ohne TG 96					1	1		80	80				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:**Stellen künftig umzuwandeln:**

1 Stelle AT A 16 in A16 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2025/2026)

428 64 (64)

EntgeltGruppe

	2024	2025	2026
E 11 Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Allgemeiner Haushaltsvermerk: Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung können Planstellen und Stellen in diesem Kapitel auch für die Kapitel 0712, 0713, 0714, 0716, 0717, 0718, 0719, 0720 und 0722 in Anspruch genommen werden.

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				

Bes.Gruppe

A15 L2.1	Rektor oder Rektorin einer Grundschule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern	0	7	7
A14 L2.1	Konrektorin oder Konrektor als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern	0	153	153
A14 L2.1	Rektorin oder Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern	0	153 ¹⁾	153 ¹⁾
A14 L2.1	Konrektorin oder Konrektor als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern	0	7 ¹⁾	7 ¹⁾
A14 L2.1	Rektorin oder Rektor als Leiterin oder Leiter einer Grundschule mit bis zu 180 Schülerinnen und Schülern	0	277	277

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes.Gruppe*

A14	Fachseminarleiter/-in an einem Staatlichen Seminar für Lehrämter	27	27	27
A14	Rektor/-in einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern	5	0	0
A13 L2.1	Lehrer/-in	0	2.687	2.687
A13 L2.1	Rektorin oder Rektor als Leiterin oder Leiter einer Grundschule mit bis zu 180 Schülern	284	0	0
A13 L2.1	Konrektorin oder Konrektor als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern	152 ¹⁾	0	0
A13 L2.1	Rektorin oder Rektor als Leiterin oder Leiter einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern	152 ¹⁾	0	0
A13 L2.1	Konrektor/-in als ständige/r Vertreter/-in der/des Leiters/-in einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern	5 ¹⁾	0	0
A12	Lehrer/-in	2.684	0	0
Summe :		3.309	3.311	3.311

LEERSTELLEN*Bes.Gruppe*

A14 L2.1	Rektorin oder Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern	0	1 ²⁾	1 ²⁾
A14 L2.1	Rektorin oder Rektor als Leiterin oder Leiter einer Grundschule mit bis zu 180 Schülerinnen und Schülern	0	5 ²⁾	5 ²⁾

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes.Gruppe*

A13 L2.1	Lehrer/-in	0	238	238

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A13 L2.1	Rektorin oder Rektor als Leiterin oder Leiter einer Grundschule mit bis zu 180 Schülern	5 2)	0	0
A13 L2.1	Rektorin oder Rektor als Leiterin oder Leiter einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern	1 1) 2)	0	0
A12	Lehrer/-in	238 2)	0	0
Summe [Leerstellen]:		244	244	244

1) Erhält eine Amtszulage nach Fußnote 11 zur BesGr. A 13 LBesG LSA.

2) Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nicht personengebunden.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A15 L2.1							7					+7	Hebung von A 14
2	A14 L2.1							153					+153	Hebung von A 13 L2.1
3	A14 L2.1							153					+153	Hebung von A 13 L2.1
4	A14 L2.1							7					+7	Hebung von A 13 L2.1
5	A14 L2.1							277					+277	Hebung von A 13 L2.1
6	A14			1									-5	Umsetzung von 0719/422 01
7				1										Umsetzung von 0719/422 01
8									7					Hebung nach A 15 L2.1 - Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
9	A13 L2.1							2.68					+2.687	Hebung von A 12
10	A13 L2.1							7						
11							1						-284	Umwandlung und Hebung
12							2							Umwandlung und Senkung
13							1							Umwandlung
14									277					Hebung nach A 14 L2.1 - Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
15	A13 L2.1					1						3	-152	Senkung nach A 12
16									153					Umwandlung
17	A13 L2.1													Hebung nach A 14 L2.1 - Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
18						1			153				-152	Umwandlung
19	A13 L2.1													Hebung nach A 14 L2.1 - Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz 2023
20						2			7				-5	Umwandlung
21	A12								2.68				-2.684	Hebung nach A 14 L2.1 - Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
22									7					Hebung nach A 13 L2.1 - Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
										3				Senkung von A 13 L2.1
Ohne TG 96				2		4	4	3.28	3.28	3	3		+2	
TG 96								4	4				0	
LEERSTELLEN														
23	A14 L2.1	1											+1	Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
24	A14 L2.1	5											+5	Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
25	A13 L2.1	238											+238	Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
26	A13 L2.1		5										-5	Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
27	A13 L2.1		1										-1	Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
28	A12		238										-238	Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
Leerstellen		244	244										0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

			Stellenanzahl		
			2024	2025	2026
428 01					
<i>EntgeltGruppe</i>					
Lehrkräfte in der Funktion als					
E 13	Lehrer/-in		0	940	940
E 11	Lehrer/-in		940	0	0
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:			940	940	940
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer					
E 9a	Schulverwaltungsassistenz		3	13	13
S 8a	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in		707	707	707
Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:			710	720	720
Summe :			1.650	1.660	1.660

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

E 14	Fachseminarleiter/-in an einem Staatlichen Seminar für Lehrämter	2 ¹⁾	2 ¹⁾	2 ¹⁾
E 13	Lehrer/-in	0	20 ¹⁾	20 ¹⁾
E 11	Lehrer/-in	20 ¹⁾	0	0

Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]: 22 22 22

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

S 8a	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	90	90	90

Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]: 90 90 90

Summe [Leerstellen]: 112 112 112

1) Die in der Stellenübersicht ausgebrachten Leerstellen sind zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nicht personengebunden.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Lehrkräfte in der Funktion als														
1	E 13							940					+940	Hebung von E 11
2	E 11								940				-940	Hebung nach E 13- Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
3	E 9a			10									+10	Umsetzung von 0712/428 01
Ohne TG 96				10				940	940				+10	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
Lehrkräfte in der Funktion als														
4	E 13	20											+20	Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
5	E 11		20										-20	Änderung der Besoldung ab 01.08.2025 nach Art. 3 Haushaltsbegleitgesetz
Leerstellen		20	20										0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Allgemeiner Haushaltsvermerk: Zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung können Planstellen und Stellen in diesem Kapitel auch für die Kapitel 0712, 0713, 0714, 0716, 0717, 0718, 0719, 0720 und 0721 in Anspruch genommen werden.

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Sekundarschulrektorin oder Sekundarschulrektor einer Sekundarschule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern	46	48	48
A14	Fachseminarleiter/-in	16	16	16
A14	Sekundarschulkonrektorin oder Sekundarschulkonrektor als ständige Vertreterin oder ständiger Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Sekundarschule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern	46 ¹⁾	48 ¹⁾	48 ¹⁾
A14	Sekundarschulkonrektorin oder Sekundarschulkonrektor als ständige Vertreterin oder ständiger Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Sekundarschule mit mehr als 180 und bis zu 360 Schülerinnen und Schülern	59	56	56
A14	Sekundarschulrektorin oder Sekundarschulrektor einer Sekundarschule mit mehr als 180 und bis zu 360 Schülerinnen und Schülern	59 ¹⁾	56 ¹⁾	56 ¹⁾
A14	Sekundarschulrektorin oder Sekundarschulrektor einer Sekundarschule mit bis zu 180 Schülerinnen und Schülern	0	0	0
A14	Zweite Sekundarschulkonrektorin oder Zweiter Sekundarschulkonrektor einer Sekundarschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern	6	7	7
A13 L2.1	Sekundarschullehrerin oder Sekundarschullehrer mit der Befähigung für das Lehramt an Sekundarschulen bei einer entsprechenden Verwendung	0	0	0
A13 L2.1	Sekundarschullehrer/-in mit der Befähigung für das Lehramt an Sekundarschulen oder mit einer Lehrbefähigung für die Klassen 5 bis 10 bei einer entsprechenden Verwendung	1.853	1.853	1.853
Summe :		2.085	2.084	2.084

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes.Gruppe*

A15	Sekundarschulrektorin oder Sekundarschulrektor einer Sekundarschule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern	3	3	3
A14	Sekundarschulrektorin oder Sekundarschulrektor einer Sekundarschule mit mehr als 180 und bis zu 360 Schülerinnen und Schülern	6	6	6
A13 L2.1	Sekundarschullehrer(in)	248	248	248
Summe [Leerstellen]:		257	257	257

1) Erhält eine Zulage nach Fußnote 1 zur BesGr. A 14 LBesG LSA.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A15			2									+2	Umsetzung von 0717/422 01 Umsetzung zu 0712/422 01 und Hebung nach A 15 Umsetzung zu 0713/422 01 und Änderung der Amtsbezeichnung
2	A14											2	+2	
3	A14				2								-3	
4												1		
5	A14				1								-3	
6												2		
7	A14											1	+1	
Ohne TG 96				2	3							3	-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
Lehrkräfte in der Funktion als				
E 13	Sekundarschullehrer/-in mit der Befähigung für das Lehramt an Sekundarschulen oder mit einer Lehrbefähigung für die Klassen 5 bis 10 bei einer entsprechenden Verwendung	1.396	1.396	1.396
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		1.396	1.396	1.396
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer				
E 9a	Schulverwaltungsassistenz	13	41	41
S 8a	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	213	213	213
Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:		226	254	254
Summe :		1.622	1.650	1.650

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

Lehrkräfte in der Funktion als

E 14	Konrektor/-in als ständ. Vertr. d. Leiters/-in einer Sekundarschule mit mehr als 360 Schülern	1 2)	1 2)	1 2)
E 14	Konrektor/-in als ständ. Vertr. d. Leiters/-in in einer Sekundarschule mit mehr als 180 bis 360 Schülern	3 1)	3 1)	3 1)
E 13	Sekundarschullehrer/-in mit der Befähigung für das Lehramt an Sekundarschulen oder mit einer Lehrbefähigung für die Klassen 5 bis 10 bei einer entsprechenden Verwendung	45 1)	45 1)	45 1)
Summe [Lehrkräfte in der Funktion als]:		49	49	49

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

S 8a	Pädagogische/-r Mitarbeiter/-in	20	20	20
Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:		20	20	20
Summe [Leerstellen]:		69	69	69

- 1) Die in der Stellenübersicht ausgebrachten Leerstellen sind zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nicht personengebunden.
- 2) Erhält eine Zulage nach Fußnote 1 zur BesGr. A 14 LBesG LSA.

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer														
1	E 9a			28									+28	Umsetzung von 0712/428 01
Ohne TG 96				28									+28	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

FESTE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
B3	Direktor oder Direktorin des Landesinstitutes für Schulqualität und Lehrerbildung	1	1	1
B2	Stellvertreter oder Stellvertreterin des Direktors oder der Direktorin des Landesinstitutes für Schulqualität und Lehrerbildung	1	1	1

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A16	Oberstudiendirektor/-in als Leiter/-in eines Staatlichen Seminars für Lehrämter	1	1	1
A16	Lt. Regierungsschuldirektor/-in, Lt. Regierungsdirektor/-in	4	4	4
A15	Studiendirektor/-in, Seminarkonrektor/-in als ständige/-r Vertreter/-in des Leiters/der Leiterin eines Staatlichen Seminars für Lehrämter	2	2	2
A15	Studiendirektor/-in, Seminarkonrektor/-in mit eigenständiger Leitungsfunktion für einen Seminarbereich an einem Staatlichen Seminar für Lehrämter	34	34	34
A15	Regierungsschuldirektor/-in , Regierungsdirektor/-in, Psychologiedirektor/-in	40	40	40
A14	Psychologieoberrat/-rätin	0	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin	0	5	5
A14	Regierungsschulrat/-in ; Oberstudienrat/-in	0	17	17
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Oberstudienrat/-rätin, Psychologieoberrat/-rätin	23	0	0
A13 L2.1	Regierungsoberratsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	4	5	5
A11	Regierungsamtsmann/-frau	2	1	1
A10	Regierungsoberratsinspektor/-in	4	4	4
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	2	2	2
A8	Regierungshauptsekretär/-in	1	1	1
A7	Regierungsoberratssekretär/-in	4	4	4

Summe :		124	124	124

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A15	Regierungsschuldirektor/-in, Regierungsdirektor/-in, Psychologiedirektor/-in	2	2	2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A8	Regierungshauptsekretär/-in	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		3	3	3

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A14											1	+1	
2	A14											5	+5	
3	A14											17	+17	
4	A14											17	-23	Trennung der Amtsbezeichnung
5												5		Trennung der Amtsbezeichnung
6												1		Trennung der Amtsbezeichnung
7	A12							1					+1	Hebung von A 11
8	A11								1				-1	Hebung nach A 12
Ohne TG 96								1	1			23	0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
AT A 16	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 15	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 15	Angestellte(r) in der Funktion als Studiendirektor(in), Seminarkonrektor(in) mit eigenständiger Leitungsfunktion für einen Seminarbereich an einem Staatlichen Seminar für Lehrämter	5	5	5
E 14	Verwaltungsdienst	12	12	12
E 13	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 12	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	2	5	5
E 10	Verwaltungsdienst	6	6	6
E 9b	Verwaltungsdienst	7	7	7
E 9a	Verwaltungsdienst	4	6	6
E 8	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	29	26	26
E 5	Verwaltungsdienst	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 4	Sonstige Dienste	1	0	0
Summe :		82	83	83

LEERSTELLEN*EntgeltGruppe*

E 14	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9a	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	4	4	4
Summe [Leerstellen]:		8	8	8

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	AT A 16	in A16	am 28.02.2038	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2022)
1 Stelle	AT A 16	in A16	am 31.07.2034	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2024)
1 Stelle	AT A 16	in A16	am 31.07.2037	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2024)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11							2					+3	Hebung von E 6
2								1						Hebung von E 9b
3	E 9b			1									0	Umsetzung von 07 06
4									1					Hebung nach E 11
5	E 9a							2					+2	Hebung von E 6
6	E 6							1					-3	Hebung von E 4
7									2					Hebung nach E 11
8									2					Hebung nach E 9a
9	E 4								1				-1	Hebung nach E 6
Ohne TG 96				1				6	6				+1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

[illegible]

Kapitel											
0721	0722	0758								Summe	
											1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung B 1 B9 L2.2 1 B6 L2.2 2 B5 L2.2 3 B3 L2.2 16 B2 L2.2
		2								23	Summe
		5								80	Besoldungsordnung A
	48	76								753	A16 L2.2
7										7	A15 L2.2
27	183	23								1.216	A15 L2.1
590										590	A14 L2.2
										3.850	A14 L2.1
2.687	1.853	1								7.050	A13 L2.2
0		5								38	A13 L2.1
		1								81	A12 L2.1
		4								32	A11 L2.1
										2	A10 L2.1
		2								13	A9 L2.1
		1								33	A9 L1.2
		4								10	A8 L1.2
										1	A7 L1.2
3.311	2.084	122								13.756	A6 L1.2
											Summe
3.311	2.084	124								13.779	Summe 2025
3.309	2.085	124								13.776	Summe 2024
											3. Beamte im Vorbereitungsdienst 434 A13 L2.2 277 A13 L2.1 229 A12 L2.1
										940	Summe
										940	Summe 2025
										940	Summe 2024
		3									4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 31 ATA 16 0 AT B 9 2 AT B 2 10 E 15 Ü at 1 E 15 Ü

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0701	0704	0706	0712	0713	0714	0716	0717	0718	0719	0720
E 15	6	1									13
E 14	3	4	1					368	16		170
E 13	1	2	1	120	149	128	7	402	201	397	440
E 12			1								
E 11	4	1	6								18
E 10		1	1			5		3			0
E 9b	3	5	0			1		3			
E 9a	4	3	22	53	3	15		19	3	17	10
E 8	4		7				1	4			
E 6	8	2	32			7	1	2			
E 5	4		1			11		9			
E 4	4					1		2			
E 3						1					
E 2						4					
S 17						1					
S 15						4					
S 11b								2			
S 9								1			
S 8b				789	140	273					
S 8a								46	27	88	
S 4				42		20					
Summe 2025	45	21	73	1.004	292	471	10	888	251	502	653
Summe 2024	45	21	69	838	289	481	8	882	252	494	653
Stellen 2025	162	22	1.236	1.686	1.017	1.103	40	4.153	600	1.355	2.036
Stellen 2024	162	22	1.237	1.515	1.023	1.106	38	4.167	581	1.349	2.030
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B2 L2.2	1										
Summe	1										
Besoldungsordnung A											
A15 L2.2			5					6			
A14 L2.2			6		2			35			10
A14 L2.1											
A13 L2.2							5	170	20	50	90
A13 L2.1				47	50	50					
A12 L2.1											
A11 L2.1			2								
A10 L2.1			3								

[illegible]

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0701	0704	0706	0712	0713	0714	0716	0717	0718	0719	0720
A8 L1.2			6								
Summe			22	47	52	50	5	211	20	50	100
Summe 2025	1		22	47	52	50	5	211	20	50	100
Summe 2024	1		22	47	52	50	5	211	20	50	100
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 15 Ü	1										
E 15								3			1
E 14	1										7
E 13				12	10	10		20	8	50	50
E 11											
E 10											2
E 9b											
E 9a				7							
E 8								1			
E 6											
S 8b				45	35	48					
S 8a								4			
S 4				3							
Summe 2025	2			67	45	58		28	8	50	60
Summe 2024	2			67	45	58		28	8	50	60
Leerstellen 2025	3		22	114	97	108	5	239	28	100	160
Leerstellen 2024	3		22	114	97	108	5	239	28	100	160

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

Kapitel											
0721	0722	0758								Summe	
		1								7	A8 L1.2
244	257	3								1.061	Summe
244	257	3								1.062	Summe 2025
244	257	3								1.062	Summe 2024
2 20 0 90	4 45 20	2 1 1 4									4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
										1	E 15 Ü
										4	E 15
										16	E 14
										225	E 13
										0	E 11
										2	E 10
										1	E 9b
										8	E 9a
										1	E 8
										4	E 6
										128	S 8b
										114	S 8a
										3	S 4
112	69	8								507	Summe 2025
112	69	8								507	Summe 2024
356	326	11								1.569	Leerstellen 2025
356	326	11								1.569	Leerstellen 2024

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

[illegible]

Kapitel											
0721	0722	0758								Summe	
											1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung B 1 B9 L2.2 1 B6 L2.2 2 B5 L2.2 3 B3 L2.2 16 B2 L2.2
		2								23	Summe
		5								80	Besoldungsordnung A
	48	76								753	A16 L2.2
7										7	A15 L2.2
27	183	23								1.216	A15 L2.1
590										590	A14 L2.2
										3.850	A14 L2.1
2.687	1.853	1								7.050	A13 L2.2
0		5								38	A13 L2.1
		1								81	A12 L2.1
		4								32	A11 L2.1
										2	A10 L2.1
										13	A9 L2.1
		2								13	A9 L1.2
		1								33	A9 L1.2
		4								10	A8 L1.2
										1	A7 L1.2
3.311	2.084	122								13.756	A6 L1.2
											Summe
3.311	2.084	124								13.779	Summe 2026
3.311	2.084	124								13.779	Summe 2025
											3. Beamte im Vorbereitungsdienst 434 A13 L2.2 277 A13 L2.1 229 A12 L2.1
										940	Summe
										940	Summe 2026
										940	Summe 2025
		3									4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 31 AT A 16 0 AT B 9 2 AT B 2 10 E 15 Ü at 1 E 15 Ü

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	0701	0704	0706	0712	0713	0714	0716	0717	0718	0719	0720
E 15	6	1									13
E 14	3	4	1					368	16		170
E 13	1	2	1	120	149	128	7	402	201	397	440
E 12			1								
E 11	4	1	6								18
E 10		1	1			5		3			0
E 9b	3	5	0			1		3			
E 9a	4	3	22	53	3	15		19	3	17	10
E 8	4		7				1	4			
E 6	8	2	32			7	1	2			
E 5	4		1			11		9			
E 4	4					1		2			
E 3						1					
E 2						4					
S 17						1					
S 15						4					
S 11b								2			
S 9								1			
S 8b				789	140	273					
S 8a								46	27	88	
S 4				42		20					
Summe 2026	45	21	73	1.004	292	471	10	888	251	502	653
Summe 2025	45	21	73	1.004	292	471	10	888	251	502	653
Stellen 2026	162	22	1.236	1.686	1.017	1.103	40	4.153	600	1.355	2.036
Stellen 2025	162	22	1.236	1.686	1.017	1.103	40	4.153	600	1.355	2.036
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B2 L2.2	1										
Summe	1										
Besoldungsordnung A											
A15 L2.2			5					6			
A14 L2.2			6		2			35			10
A14 L2.1											
A13 L2.2							5	170	20	50	90
A13 L2.1				47	50	50					
A12 L2.1											
A11 L2.1			2								
A10 L2.1			3								

Kapitel											
0721	0722	0758								Summe	
		10								30	E 15
		12								574	E 14
940	1.396	3								4.187	E 13
		1								2	E 12
0		5								34	E 11
		6								16	E 10
		7								19	E 9b
13	41	6								209	E 9a
		3								19	E 8
		26								78	E 6
		1								26	E 5
		0								7	E 4
										1	E 3
										4	E 2
										1	S 17
										4	S 15
										2	S 11b
										1	S 9
707	213									1.202	S 8b
										1.081	S 8a
										62	S 4
1.660	1.650	83								7.603	Summe 2026
1.660	1.650	83								7.603	Summe 2025
4.971	3.734	207								22.322	Stellen 2026
4.971	3.734	207								22.322	Stellen 2025
											Leerstellen: 1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung B B2 L2.2
										1	
										1	Summe Besoldungsordnung A
	3	2								16	A15 L2.2
	6									59	A14 L2.2
6										6	A14 L2.1
										335	A13 L2.2
238	248									633	A13 L2.1
0										0	A12 L2.1
										2	A11 L2.1
										3	A10 L2.1

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	0701	0704	0706	0712	0713	0714	0716	0717	0718	0719	0720
A8 L1.2			6								
Summe			22	47	52	50	5	211	20	50	100
Summe 2026	1		22	47	52	50	5	211	20	50	100
Summe 2025	1		22	47	52	50	5	211	20	50	100
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 15 Ü	1										
E 15								3			1
E 14	1										7
E 13				12	10	10		20	8	50	50
E 11											
E 10											2
E 9b											
E 9a				7							
E 8								1			
E 6											
S 8b				45	35	48					
S 8a								4			
S 4				3							
Summe 2026	2			67	45	58		28	8	50	60
Summe 2025	2			67	45	58		28	8	50	60
Leerstellen 2026	3		22	114	97	108	5	239	28	100	160
Leerstellen 2025	3		22	114	97	108	5	239	28	100	160

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

Kapitel											
0721	0722	0758								Summe	
		1								7	A8 L1.2
244	257	3								1.061	Summe
244	257	3								1.062	Summe 2026
244	257	3								1.062	Summe 2025
2 20 0 90	4 45 20	2 1 1 4									4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
										1	E 15 Ü
										4	E 15
										16	E 14
										225	E 13
										0	E 11
										2	E 10
										1	E 9b
										8	E 9a
										1	E 8
										4	E 6
										128	S 8b
										114	S 8a
										3	S 4
112	69	8								507	Summe 2026
112	69	8								507	Summe 2025
356	326	11								1.569	Leerstellen 2026
356	326	11								1.569	Leerstellen 2025

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

[illegible]

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 08

**Ministerium für Wirtschaft, Tourismus,
Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und
Tourismus-**

Vorwort zum Einzelplan 08

A. Gliederung des Einzelplanes 08

Der Einzelplan 08 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereiches des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten für den Bereich Wirtschaft und Tourismus.

Der Einzelplan umfasst folgende Kapitel:

Kapitel 08 01	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (Personalausgaben und Ausgaben zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes, Öffentlichkeitsarbeit)
Kapitel 08 02	Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus
Kapitel 08 11	Eichverwaltung
Kapitel 08 14	Landesamt für Geologie und Bergwesen

B. Organisationsstruktur des Geschäftsbereiches – Bereich Wirtschaft und Tourismus

Dem Ministerium unterstehen folgende Landesbehörden:

Das Landeseichamt (LEA) in Halle als Landesbetrieb nach § 26 LHO mit Außenstellen in Dessau und in Magdeburg mit Nebenstelle in Stendal (Kapitel 08 11).

Das Landesamt für Geologie- und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) in Halle (Kapitel 08 14).

Weiterhin untersteht die Landesanstalt für Altlastenfreistellung des Landes Sachsen-Anhalt (LAF) der Aufsicht des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten. Die LAF erhält Zuschüsse aus dem Kapitel 08 02.

C. Wirtschafts- und tourismuspolitische Ziele

Eine leistungsfähige Wirtschaft hat für das Land Sachsen-Anhalt zur Sicherung von Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und Steueraufkommen eine herausgehobene Bedeutung. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen weiter verbessert werden, um unternehmerische Potenziale freizusetzen. Noch vorhandene Unterschiede gegenüber anderen Bundesländern in der Betriebsgrößenstruktur sollen durch die Ansiedlung großer Unternehmen, aber auch durch die Forcierung des Wachstums der bestehenden kleinen und mittständischen Betriebe überwunden werden.

Das Hauptaugenmerk der Wirtschaftspolitik liegt deshalb in Sachsen-Anhalt auf dem Abbau struktureller Defizite und damit einer langfristigen Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes an die gesamtdeutsche Entwicklung. Entscheidend sind die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung als Ausgleich weiterhin bestehender Struktur Nachteile sowie die Unterstützung der Wirtschaft auf ihrem Weg zur Klimaneutralität. Unter dieser Zielsetzung ist der Mittelstand als wirtschaftliches Rückgrat des Landes weiterhin zu fördern und zu stärken. Er ist ein bedeutsamer Stabilisierungsfaktor der Wirtschaft.

Zur Ausschöpfung von Wachstumspotenzialen und zur Steigerung der Produktivität in den Unternehmen gehört die Förderung von Investitionen zu den entscheidenden Eckpunkten der Wirtschaftspolitik des Landes. Mit neuen Landesrichtlinien für die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) reagiert das Land auf die geänderten Rahmenbedingungen regionalwirtschaftlicher Entwicklung, insbesondere die Transformation hin zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 sowie die demografische Alterung. Mit einer geänderten Interventionslogik der GRW im Bereich der Förderung gewerblicher Investitionen wird nicht mehr nur auf den überregionalen Absatz der Betriebe abgestellt, vielmehr rücken konkrete regionalwirtschaftliche Effekte in den Förderblickpunkt. Weiterhin sollen im Rahmen der regionalen Investitionsförderung Anreize zum Übergang auf klimaneutrales Wirtschaften gesetzt werden.

Das künftige wirtschaftliche Wachstum des Landes wird in Zukunft wesentlich davon abhängen, auch die ökologischen Innovationspotenziale der Unternehmen zu verwirklichen und in die Märkte einzubringen. Daher kommt dem weiteren Ausbau des Innovationssystems des Landes eine zentrale Rolle zu. Die Potenziale digitaler Technologien sind für die Geschäftsmodelle der Unternehmen zu nutzen. Die Förderung von Forschung und Entwicklungsvorhaben bettet sich in die fortgeschriebene Regionale Innovationsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt 2021-2027 ein.

Einen weiteren Eckpfeiler bilden die Erschließung von Auslandsmärkten und die Anwerbung internationaler Investoren. Daneben sind die Begleitung großer und kleinerer Neuansiedlungen sowie Unterstützung bei Unternehmensgründungen weitere Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik. Eine weitere Aufgabe wird die übergeordnete Projektkoordinierung und das Projektmanagement für die landesseitige Begleitung des Prozesses der Entwicklung und Erschließung des interkommunalen High-Tech Parks sein. Der High-Tech Park wird eine strukturprägende Bedeutung haben. Durch die Landesregierung können auf der Grundlage der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von wirtschaftsnahen Infrastrukturen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) kommunale wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen gefördert werden.

Neben der unmittelbaren finanziellen Förderung soll der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt auch dadurch gestärkt werden, dass sowohl Neuansiedlungen als auch bereits vorhandene Unternehmen Unterstützung bei der Fachkräftesicherung erhalten. So soll eine Standort- und Talentkampagne der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG) in Sachsen-Anhalt, im Bundesgebiet und im europäischen sowie außereuropäischen Ausland dazu beitragen, dass mehr Arbeitskräfte, Fachkräfte und angehende Fachkräfte zur Arbeits- bzw. Ausbildungsaufnahme nach Sachsen-Anhalt zuwandern oder auch wieder zurückkehren und hiebleiben. Die gesellschaftliche Anerkennung des unternehmerischen Handelns, der Abbau von bürokratischen Hürden und die Berücksichtigung der unternehmerischen Belange beim Erlass neuer Vorschriften sind ergänzende wirtschaftspolitische Handlungsfelder.

Eine aktuelle und herausfordernde Aufgabe geht mit der Entscheidung einher, in Deutschland bis zum Jahr 2038 aus der Kohleverstromung auszusteigen. Die betroffenen Länder und die Braunkohlereviere, in Sachsen-Anhalt das Mitteldeutsche Revier, müssen große Anstrengungen unternehmen, um auch künftig tragfähige Wirtschaftsstrukturen zu erhalten und neu auszurichten. Hierfür ist ein enges Zusammenwirken aller

relevanten Akteure, insbesondere auch der mitteldeutschen Wirtschaft, unabdingbar. Das Strukturentwicklungsprogramm für das Mitteldeutsche Revier bietet dafür eine geeignete Grundlage.

Sachsen-Anhalt ist mit seinen starken Tourismusregionen ein modernes und attraktives Reiseland. Der Tourismus als Querschnittsbranche ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Sachsen-Anhalt, schafft und erhält Arbeitsplätze und leistet für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt und des ländlichen Raums einen wichtigen Beitrag. Die konsequente Umsetzung des Masterplan Tourismus Sachsen-Anhalt 2027 dient dazu, den Tourismus wettbewerbsfähig im nationalen und internationalen Tourismusmarkt aufzustellen. Ein schlagkräftiges und wirkungsvolles Standortmarketing für Sachsen-Anhalt ist erforderlich, um den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt weiter bekannt zu machen. Ziele sind die Steigerung der Wertschöpfung durch den Tourismus, die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen im und durch den Tourismus sowie die Verbesserung des Images des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Sachsen-Anhalt.

D. Genderziele

Die Förderung der Chancengleichheit sowie der Geschlechtergerechtigkeit verlangt eine Einbeziehung der unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen in sämtlichen Strukturen, in die Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen, in die Produkte, in die Kommunikation und in die Steuerung, um das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern tatsächlich verwirklichen zu können.

Die Gleichstellung ist ein zentrales Ziel der Landesregierung, d.h. die Gleichstellung ist bei jeglichem Verwaltungshandeln zu beachten und stets mitzudenken, somit auch in der Planung und Umsetzung der Operationellen Programme für die nunmehr gestartete EU-Strukturfondsperiode 2021 bis 2027.

Gleichstellung und die Möglichkeit einer gleichen Teilhabe trägt zu einer geschlechtergerechten und solidarischen Gesellschaft bei, die den wachsenden, unterschiedlichen Herausforderungen der Arbeitswelt effizient und besser gerecht wird. Zudem verlangt der sich zukünftig noch verstärkende Fachkräftemangel, sämtlichen Bediensteten, gleich welcher geschlechtlichen Zugehörigkeit, die bestmöglichen Optionen zu bieten.

Zur Verbesserung der beruflichen Chancen werden die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben mit einer weitgehenden Flexibilisierung der Arbeitszeit durch Verfügbarkeit einer Funktionsarbeitszeit und der Möglichkeit der Inanspruchnahme von Telearbeit gestärkt. Das bereits etablierte Gesundheitsmanagement soll zukünftig ausgebaut und um neue Aspekte erweitert werden.

Zur Unterstützung und Förderung von Existenzgründungen – und damit auch der Förderung von Existenzgründerinnen und weiblichen Selbständigen – sind für 2025/2026 zur Umsetzung der ESF+-Programme ego.-KONZEPT und ego.-START/WISSEN Ansätze im Einzelplan 08 in Höhe von jährlich rund 5,7 Mio. Euro (und korrespondierend im Einzelplan 13 in Höhe von jährlich 8,5 Mio. Euro) geplant. Diese ESF+-Programme dienen u. a. dem Querschnittsziel „Gleichstellung von Frauen und Männern“, daher sind diese Ansätze grundsätzlich mit dem Gender-Marker GG1 ausgewiesen.

Tabelle zum Gender-Marker

Geplante Inanspruchnahme des finanziellen Ermächtigungsrahmens (Ausgaben) bezogen auf das Querschnittsziel der Herstellung der Chancengleichheit von Männern und Frauen“:

	GG2 = Gender ist Hauptziel	GG1 = Gender ist Nebenziel	GG0 = Gender ist kein Ziel
Gesamtsumme Haushaltsansatz (EUR) in 2025	1.500	59.205.000	196.449.400
Gesamtsumme Haushaltsansatz (EUR) in 2026	1.500	59.796.700	229.334.100

E. EU-Förderung

Im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung EFRE und ESF+ 2021 – 2027 werden folgende Maßnahmen im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten – Bereich Wirtschaft und Tourismus durchgeführt:

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung EFRE 2021 bis 2027 im Bereich des Einzelplanes 08 im Haushaltsjahr 2025 geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinan- zierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	IB / IBG	Kap.	Titel
1321	686 68	11.03.0	Förderung von FuE-Projekten (Einzel-, Gemeinschafts- und Verbundförderung), von Prozess- und Organisationsinnovationen sowie Maßnahmen des WTT	15.000.000					Unternehmen
1321	686 68	11.03.0	Digital and creativ Economy	23.080.000					
1321	686 68	11.06.1	Digital Innovation	15.000.000					Unternehmen
1321	686 68	11.06.2	Digital Creativity	7.000.000					Unternehmen
1321	686 68	11.06.3	Cross Innovation	1.080.000					Unternehmen
1321	831 68	11.01.0	Risikokapitalfonds IV	0					sonstige öffentliche Mittel
1321	862 68	11.07.0	KMU Darlehnsfonds	0					sonstige öffentliche Mittel
1321	892 68	11.02.0	Ausbau der wirtschaftsnahen, anwendungsorientierten Innovationsinfrastruktur für KMU im außeruniversitären Bereich	6.000.000					Unternehmen
1321	892 68	11.09.0	Kleines Investitionsförderprogramm	15.000.000					Unternehmen
1321	894 68	11.08.0	Förderung von Maßnahmen an Hochschulen zur Unterstützung des Wissenstransfers in Gründungen (ego.-Programme)	5.000.000					
			Gesamtsumme EFRE VI	64.080.000	0	0	0		

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung ESF+ 2021 bis 2027 im Bereich des Einzelplanes 08 im Haushaltsjahr 2025 geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinan- zierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	IB / IBG	Kap.	Titel
1322	683 68	21.09.1	Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung der Existenzgründung (ego-Programme) ego.-START/Wissen	4.000.000	2.666.700			0802	683 98
1322	683 68	21.09.2	Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung der Existenzgründung (ego-Programme) ego.-KONZEPT	4.500.000	3.000.000			0802	683 98
			Gesamtsumme ESF+	8.500.000	5.666.700				

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung EFRE 2021 bis 2027 im Bereich des Einzelplanes 08 im Haushaltsjahr 2026 geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinan- zierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	IB / IBG	Kap.	Titel
1321	686 68	11.03.0	Förderung von FuE-Projekten (Einzel-, Gemeinschafts- und Verbundförderung), von Prozess- und Organisationsinnovationen sowie Maßnahmen des WTT	40.000.000					Unternehmen
1321	686 68	11.03.0	Digital and creativ Economy	29.680.000					
1321	686 68	11.06.1	Digital Innovation	18.450.000					Unternehmen
1321	686 68	11.06.2	Digital Creativity	10.000.000					Unternehmen
1321	686 68	11.06.3	Cross Innovation	1.230.000					Unternehmen
1321	831 68	11.01.0	Risikokapitalfonds IV	0					sonstige öffentliche Mittel
1321	862 68	11.07.0	KMU Darlehnsfonds	18.550.000			12.366.700		sonstige öffentliche Mittel
1321	892 68	11.02.0	Ausbau der wirtschaftsnahen, anwendungsorientierten Innovationsinfrastruktur für KMU im außeruniversitären Bereich	7.000.000					Unternehmen
1321	892 68	11.09.0	Kleines Investitionsförderprogramm	21.000.000					Unternehmen
1321	894 68	11.08.0	Förderung von Maßnahmen an Hochschulen zur Unterstützung des Wissenstransfers in Gründungen (ego.-Programme)	5.000.000					
			Gesamtsumme EFRE VI	121.230.000	0	0	12.366.700		

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung ESF+ 2021 bis 2027 im Bereich des Einzelplanes 08 im Haushaltsjahr 2026 geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinan- zierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	IB / IBG	Kap.	Titel
1322	683 68	21.09.1	Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung der Existenzgründung (ego-Programme) ego.-START/Wissen	4.000.000	2.666.700			0802	683 98
1322	683 68	21.09.2	Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung der Existenzgründung (ego-Programme) ego.-KONZEPT	4.500.000	3.000.000			0802	683 98
			Gesamtsumme ESF+	8.500.000	5.666.700				

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
08 01	Ministerium		45.500	78.100		123.600	38.135.400
08 02	Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus		7.853.300	1.095.200	71.348.200	80.296.700	
08 11	Eichverwaltung		0			0	
08 14	Landesamt für Geologie und Bergwesen		3.747.800	0	0	3.747.800	9.138.100
	Summe 2025		11.646.600	1.173.300	71.348.200	84.168.100	47.273.500
	Summe 2024		11.418.900	1.172.700	77.669.100	90.260.700	42.990.100
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+227.700	+600	-6.320.900	-6.092.600	+4.283.400

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
3.278.800	79.500		20.000	1.886.900	43.400.600	-43.277.000	105.800	08 01
4.496.500	42.109.700		148.393.500	0	194.999.700	-114.703.000	193.353.900	08 02
	999.700		395.000		1.394.700	-1.394.700	0	08 11
2.468.400	800		3.783.900	469.700	15.860.900	-12.113.100	2.680.000	08 14
10.243.700	43.189.700		152.592.400	2.356.600	255.655.900	-171.487.800	196.139.700	
12.051.000	37.731.600		163.083.900	2.045.100	257.901.700	-167.641.000	183.564.800	
-1.807.300	+5.458.100		-10.491.500	+311.500	-2.245.800	-3.846.800	+12.574.900	

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
08 01	Ministerium		45.500	78.100		123.600	38.689.100
08 02	Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus		7.713.300	645.200	77.424.200	85.782.700	
08 11	Eichverwaltung		0			0	
08 14	Landesamt für Geologie und Bergwesen		3.747.800	0	0	3.747.800	8.728.400
	Summe 2026		11.506.600	723.300	77.424.200	89.654.100	47.417.500
	Summe 2025		11.646.600	1.173.300	71.348.200	84.168.100	47.273.500
	2026 mehr(+) / weniger(-)		-140.000	-450.000	+6.076.000	+5.486.000	+144.000

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
3.350.700	79.600		20.000	2.015.900	44.155.300	-44.031.700	140.000	08 01
2.761.500	41.432.900		183.448.400	0	227.642.800	-141.860.100	168.090.400	08 02
	892.300		647.500		1.539.800	-1.539.800	0	08 11
2.458.600	2.600		4.083.900	520.900	15.794.400	-12.046.600	5.308.500	08 14
8.570.800	42.407.400		188.199.800	2.536.800	289.132.300	-199.478.200	173.538.900	
10.243.700	43.189.700		152.592.400	2.356.600	255.655.900	-171.487.800	196.139.700	
-1.672.900	-782.300		+35.607.400	+180.200	+33.476.400	-27.990.400	-22.600.800	

08 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-**
08 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0801 und 0802 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 322 Vollzeitäquivalente.
Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0801 und 0802 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 322 Vollzeitäquivalente.

Einnahmen

111 01	011	Verwaltungsgebühren	1.000 82	1.000	1.000
		Erläuterungen:			
		Einnahmen aus Fachfortbildungsveranstaltungen			
111 04	011	Gebühren für kartellbehördliche Verfahren; Bußgelder	1.000 3.805	500	500
119 51	011	Vermischte Einnahmen	5.000 1.334	3.000	3.000
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0 0	41.000	41.000
		Erläuterungen:			
		Entgelte aus Vermietung von Stellplätzen an Bedienstete des MWL.			
261 01	669	Kostenerstattung von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	77.500 78.105	78.100	78.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	204.300 206.732	217.300 0	222.600 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	198.800	212.500	217.800
2.	Dienstaufwandsentschädigung	5.000	4.300	4.300
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0	0
4.	Sonderzuwendung	500	500	500
	Summe	204.300	217.300	222.600

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	10.418.800 10.731.214	11.079.000 0	10.657.800 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	10.418.800	11.079.000	10.657.800
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	10.418.800	11.079.000	10.657.800

422 41	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	764.400 727.055	897.000 0	1.182.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	764.400	897.000	1.182.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
4.	Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs-(Forst)praktikanten/-innen	0	0	0
	Summe	764.400	897.000	1.182.400

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

427 03	011	Entgelte für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten	80.600 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	5.600	0	0
2.	Entgelte für Praktikantinnen/Praktikanten	0	0	0
3.	Entgelte für Tierärzte in Weiterbildung	75.000	0	0
	Summe	80.600	0	0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
Angaben in EUR					
427 31	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	3.000 2.350	2.400 0	2.400 0
Erläuterungen:					
Haushaltsmittel für nebenamtliche und nebenberufliche Prüfer/-innen und Dozent/-innen bei Prüfungen und Lehrgängen im Rahmen der Laufbahnausbildung der Referendare und Anwärter der Fachlaufbahnen des MWL der Laufbahngruppe 2, 1. und 2. Einstiegsamt sowie für nebenamtliche und nebenberufliche Dozent/-innen im Rahmen der Unterrichtstätigkeit bei Fortbildungsmaßnahmen im Geschäftsbereich des MWL.					
427 39	011	Beschäftigungsentgelte für Aushilfsangestellte von Landesbediensteten im Mutterschutz	0 0	0 0	0 0
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.932.700 12.669.564	13.901.400 0	13.688.900 0
Erläuterungen:					
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der		0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		970.000	1.019.600	1.020.800
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		11.962.700	12.881.800	12.668.100
2.	Aufwandsentschädigungen		0	0	0
3.	Sonstige Leistungen		0	0	0
Summe			12.932.700	13.901.400	13.688.900
428 51	011	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	239.200 247.617	272.000 0	273.200 0
432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.748.300 6.539.056	8.263.900 0	8.639.300 0
Erläuterungen:					
Zentrale Veranschlagung für die Einzelpläne 08 und 09.					
432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	233.700 267.301	318.000 0	343.300 0
Erläuterungen:					
Zentrale Veranschlagung für die Einzelpläne 08 und 09.					
441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	941.300 847.162	1.424.400 0	1.713.000 0
Erläuterungen:					
Zentrale Veranschlagung für die Einzelpläne 08 und 09.					
441 03	841	Beihilfen an Angestellte	0 0	0 0	0 0
443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	4.000 4.728	4.700 0	4.700 0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 443 01

Erläuterungen:

Kostenerstattung u. a. an Beamte/-innen im Zusammenhang mit Dienstunfällen gemäß Beamtenversorgungsgesetz. Zentrale Veranschlagung für die Einzelpläne 08 und 09.

443 02	011	Amtsärztliche Untersuchungen	500	500	500
			416	0	0

443 03	841	Arbeitsmedizinische, sicherheitstechnische Betreuung und sonstige ärztliche Untersuchungen	35.000	29.400	29.400
			29.343	0	0

443 06	841	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0	0	0
			0	0	0

443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	800	3.600	3.600
			3.552	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für die Einzelpläne 08 und 09.

446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	1.063.400	1.589.700	1.795.900
			1.177.405	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für die Einzelpläne 08 und 09.

453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	27.000	26.000	26.000
			25.944	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Trennungsgeld	22.000	21.000	21.000
2.	Umzugskostenvergütungen	5.000	5.000	5.000
	Summe	27.000	26.000	26.000

Zentrale Veranschlagung für die Einzelpläne 08 und 09.

453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	138.000	106.100	106.100
			106.058	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Trennungsgeld für Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen	138.000	106.100	106.100
2.	Ausbildungsbeihilfen	0	0	0
	Summe	138.000	106.100	106.100

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 08 und 09.

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	263.200	331.100	326.600
			234.092	0	0

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	163.500	197.400	217.900
2.	Kommunikation	64.200	76.200	76.200
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	28.000	25.000	25.000
4.	Sonstiges	7.500	32.500	7.500
	Summe	263.200	331.100	326.600

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	88.700	87.200	87.200
			69.265	0	0

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	79.000	79.000	79.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	8.700	8.200	8.200
3.	Verbrauchsmittel	1.000	0	0
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	88.700	87.200	87.200

Unterhaltungskosten für insgesamt acht Dienstkraftfahrzeuge, vgl. Titel 518 13 im Kapitel 08 01.
Dienst- und Schutzbekleidung für Referendare und Auszubildende im Forstbereich.

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	308.000	330.300	336.700
			265.902	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	75.800	67.400	69.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	123.500	126.400	129.300
4.	Bewachung	85.900	113.100	114.300
5.	Sonstiges	22.800	23.400	24.100
	Summe	308.000	330.300	336.700

518 01	011	Mieten und Pachten	1.479.400	1.564.700	1.597.600
			1.381.520	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.384.000				1.384.000
2026	1.422.700				1.422.700
2027	1.462.400				1.462.400
2028	1.503.300				1.503.300
2029 ff.					
Summen	5.772.400				5.772.400

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	1.377.800	1.463.100	1.496.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	101.600	101.600	101.600
3.	Für Leasing	0	0	0
Summe		1.479.400	1.564.700	1.597.600

Der Bedarf erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr 2024 aus folgenden Gründen:

Die Kaltmiete ist gekoppelt an die Entwicklung der Verbraucherpreise.

Weiterhin erhöhen sich die an den Vermieter zu zahlenden Nebenkosten aufgrund der Entwicklung der Energiepreise.

Bei diesem Titel sind Ausgaben in Höhe von 57.900 EUR (2025) bzw. 58.700 EUR (2026) veranschlagt für die Anmietung von Diensträumen in der Kantstraße 4 in Magdeburg. Die Ausgaben für diese Diensträume waren bis zum Jahr 2024 bei Kapitel 0801 Titel 518 30 veranschlagt.

518 11	011	Ressortbezogene Digitalisierungsstrategie des MWL - Lizenzgebühren	0 0	0 0	0 0
518 13	011	Miete oder private Vorfinanzierung (z.B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen.	43.100 20.957	43.100 0	43.100 0

Erläuterungen:

Nr.	Bestand an Leasingfahrzeugen	Ist 01.01.2024	Soll 2025	Soll 2026
1.	PKW	8	8	8
Zusammen		8	8	8

518 30	011	Mietzahlungen an BLSA	57.900 49.780	0 0	0 0

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen Kapitel 0801 Titel 518 01.

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0 0	0 0	0 0

522 01	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	3.000 1.574	6.500 0	6.500 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		70.000			70.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		70.000			70.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

Erläuterungen:

Die Ausgaben werden für steuerrechtliche Beratungsleistungen benötigt. Mit der Vertretung des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten in allen steuerrechtlichen Angelegenheiten gegenüber der Finanzverwaltung, sonstigen Behörden und Stellen wurde die Steuergesellschaft Born mbH beauftragt.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

522 10	011	Entwicklung und Erschließung des High-Tech Parks -	50.000	50.000	50.000
		Ausgaben für Gutachten, Studien, Beraterverträge	100.435	50.000	50.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026			50.000		50.000
2027				50.000	50.000
2028					
2029 ff.					
Summen		50.000	50.000	50.000	150.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Nachtrag II: Beauftragung eines Beraters für die Begleitung des immissions-schutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens	0	25.560	0
2.	Nachtrag III: Beauftragung eines Beraters für die Begleitung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens	0	0	25.560
3.	Sonstige rechtliche Beratungen	50.000	24.440	24.440
	Summe	50.000	50.000	50.000

zu 1 und 2.

Für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zur Errichtung und Betrieb einer Halbleiterfabrik zur Herstellung von elektronischen Bauelementen soll gewährleistet werden, dass ein Informationsaustausch zwischen den beteiligten Trägern öffentlicher Belange und den bestehenden Projekt- und Arbeitsgruppen sowie eine eigene vollumfängliche Informationsgewinnung reibungslos und unverzüglich sichergestellt wird.

Die Beauftragung erfolgte bereits vom 1. September 2022 bis zum 31. März 2023 sowie vom 1. Januar bis zum 31. Juli 2024 (Nachtrag I). Es wird eine Beauftragung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 (Nachtrag II) sowie vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2026 (Nachtrag III) angestrebt.

zu 3.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung und Erschließung des HTP kann die Einbeziehung externen Sachverständes erforderlich werden. Insbesondere können rechtliche Bewertungen notwendig werden, bei denen die erforderlichen Kenntnisse oder Erfahrungen im MWL nicht kurzfristig zur Verfügung stehen.

522 11	011	Ressortbezogene Digitalisierungsstrategie des MWL -	0	0	50.000
		Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	50.000	90.000

**08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 11

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			50.000		50.000
2027				90.000	90.000
2028					
2029 ff.					
Summen			50.000	90.000	140.000

Erläuterungen:

Im Jahr 2026 soll ein Projekt zur Einführung einer KI im MWL gestartet werden. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie sollen technische, fachliche und organisatorische Rahmenbedingungen untersucht und erarbeitet werden. Des Weiteren erfolgt eine Markterkundung und die Vorbereitung der Produktbeschaffung. Im Ergebnis soll ein Konzept für eine geeignete KI-Lösung für das MWL erarbeitet werden. Es ist vorgesehen, einen Vertrag mit einem Gesamtvolumen von 140.000 € für Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen mit einer Laufzeit von 24 Monaten abzuschließen.

525 01	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	150.600	183.700	190.900
			192.027	0	0

Erläuterungen:

Kosten für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen sowie für Lernmittel im Rahmen der Aus- und Fortbildung der Bediensteten des Ministeriums.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausbildungslehrgänge für Referendare/Anwärter inkl. Semestergebühren	20.700	19.000	19.000
2.	Qualifizierungsbedarfe Fachabteilungen und Fachfortbildungsprogramm	38.500	72.000	72.000
3.	Führungskräftequalifizierung	8.000	8.000	8.000
4.	Coaching	2.000	2.000	2.000
5.	sonstige Ausgaben	2.000	3.000	3.000
6.	IT-Fachanwendungen (LEFIS, LaFIS, profil c/s, VIS-Suite)	79.400	79.700	86.900
	Summe	150.600	183.700	190.900

525 02	011	Aus- und Fortbildung Gleichstellungsbeauftragte MWL	1.500	1.500	1.500
			1.190	0	0

Erläuterungen:

Veranstaltungen u.a. für weibliche Personalratsmitglieder (Personalvertretungsgesetz LSA), Vertreterinnen der Schwerbehinderten (Sozialgesetzbuch Teil IX) und ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte (Frauenfördergesetz).

525 03	011	Aus- und Fortbildung Personalvertretung	15.100	15.100	15.100
			12.214	0	0

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	50.000	75.000	75.000
			23.934	0	0

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Anfallende Gerichts- und Anwaltskosten sowie Auslagen. Evtl. Erstattungen etc., die von den Gegenparteien erfolgreich zurückgefordert wurden, werden direkt in diesem Titel vereinnahmt.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
Angaben in EUR					
526 02	011	Sachverständige	15.000 5.619	2.000 0	2.000 0
Erläuterungen:					
Einkauf von Informationsdienstleistungen durch Erwerb von Zugriffsrechten auf externe Wirtschafts- und Unternehmensdatenbanken (Lizenzrecht).					
526 10	011	Entwicklung und Erschließung des High-Tech Parks - Sachverständige	4.000 0	4.000 0	4.000 0
** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.					
Erläuterungen:					
Dolmetscher- und Übersetzungsleistungen im Rahmen der Entwicklung und Erschließung des High-Tech Parks.					
527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	140.000 192.030	160.000 0	160.000 0
** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.					
Erläuterungen:					
Reisekostenvergütung an Mitarbeiter/-innen des Ministeriums aufgrund durchgeführter Dienstreisen.					
527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	6.000 4.354	5.000 0	5.000 0
Erläuterungen:					
Reisekosten der Personalvertretung (Haupt- und örtlicher Personalrat MWL), der Schwerbehindertenvertretung und der Gleichstellungsbeauftragten.					
529 01	011	Verfügungsmittel des Ministers und der Staatssekretäre	7.500 7.105	7.500 0	7.500 0
** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.					
529 05	011	Verfügungsmittel der Landesregierung	10.000 5.041	15.000 0	15.000 0
** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.					
Erläuterungen:					
Ausgestaltung von Empfängen anlässlich des Besuches von Delegationen sowie Bewirtung aus Anlass überregionaler Fachveranstaltungen, für die das Land Sachsen-Anhalt Ausrichter ist. Hierunter fallen auch Fachveranstaltungen (Konferenzen, Tagungen, Ausstellungen) bei der Landesvertretung in Brüssel, um auf europäischer Ebene innovative Projekte vorzustellen, Kooperationspartner zu gewinnen und Entscheidungsträger auf EU-Ebene für die politischen und fachlichen Belange des MWL zu sensibilisieren.					
531 01	011	Veröffentlichungen	10.000 33.358	15.000 0	15.000 0
Erläuterungen:					
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke		0	0	0
2.	Öffentlichkeitsarbeit		0	0	0
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke		0	0	0
4.	Sonstige Veröffentlichungen		10.000	15.000	15.000
Summe			10.000	15.000	15.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 01

Geplante Veröffentlichungen von Stellenausschreibungen.

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	170.000	170.000	150.000
			139.921	5.800	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			5.800		5.800
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			5.800		5.800

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Allgemeine Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit	50.000	50.000	30.000
2.	Online-Kommunikation: Social Media und Onlinemarketing	49.000	49.000	49.000
3.	Publikationen	34.000	34.000	34.000
4.	Anzeigenschaltungen	37.000	37.000	37.000
	Summe	170.000	170.000	150.000

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	128.500	136.000	135.900
			85.749	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Auswahlverfahren Duales Studium "Forstwirtschaft und Ökosystemmanagement" und "Landwirtschaft"	6.000	9.500	9.500
2.	Beteiligung an Ausbildungs- und Berufsmessen	6.000	10.000	10.000
3.	Betriebliches Gesundheitsmanagement	7.000	7.000	7.000
4.	Finanzierung der koordinierten Länderstatistik	1.000	1.000	1.000
5.	Post- und Scan Dienstleistungen	105.000	105.000	105.000
6.	Bewerbermanagementplattform	3.500	3.500	3.400
	Summe	128.500	136.000	135.900

533 02	011	Umsetzung des Einheitlichen Ansprechpartners sowie Maßnahmen zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen im Land Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu
vereinnahmen.

533 03	011	Dienstleister "Umsetzung Digitalisierungsstrategie 2030"	64.400	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ab 2025 werden die Kosten im Einzelplan 19, Kapitel 1915, Titel 511 95 veranschlagt.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
533 04	011	Ausgaben für die Ausübung des Vorsitzes der Agrarministerkonferenz 2022 (AMK/ACK)	0 -14	0 0	0 0
Erläuterungen:					
Bis zum Jahr 2023 waren bei dem Titel die Ausgaben für den Vorsitz der Agrarministerkonferenz (AMK) im Jahr 2022 veranschlagt.					
533 11	011	Ressortbezogene Digitalisierungsstrategie des MWL - Dienstleistungen Außenstehender	0 0	70.600 0	70.600 0
Erläuterungen:					
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1		New Work und digitale Skills in sensiblen Unternehmensbereichen, Digitale Lernplattform (Themen: Daten und Data Analytics), Objective Key Results (OKR)	0	15.600	15.600
2		Testbetriebsnetz und Nachhaltigkeitsbewertung (TBN) in Umsetzung der entsprechenden zugrunde liegenden EU-VO	0	55.000	55.000
Summe			0	70.600	70.600
537 01	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	0 0	0 0	0 0
542 01	011	Umsatzsteuer	0 1.268	0 0	0 0
Erläuterungen:					
Die Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt erfolgt zentral aus diesem Titel.					
546 10	011	Entwicklung und Erschließung des High-Tech Parks - Aufwendungen für Veranstaltungen	10.000 0	5.000 0	5.000 0
Erläuterungen:					
Ausgaben für Veranstaltungen (z. B. Bürgerdialoge) im Rahmen der Entwicklung und Erschließung des High-Tech Parks.					
546 59	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	1.500 0	500 0	500 0
Erläuterungen:					
Kleinausgaben, die wegen ihrer Geringfügigkeit nicht gesondert veranschlagt werden dürfen und den bestehenden Titeln nicht zuzuordnen sind.					
632 01	011	Verwaltungskostenerstattung an Länder	3.200 2.881	3.200 0	3.300 0
** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.					
Erläuterungen:					
Anteilige Kosten des Landes Sachsen-Anhalt für die Geschäftsstelle der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz. Die Kosten werden vom Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten sowie vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales (Kapitel 1401, Titel 632 01) je zur Hälfte getragen.					
633 03	012	Erstattungen an Kommunen und Landkreise im Rahmen der Ausführung der EU-Dienstleistungsrichtlinie	0 0	0 0	0 0

**08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 03

*** Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 2.000 EUR zu Lasten der Ausgaben des Einzelplanes 08.

Erläuterungen:

Ausgaben für die Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (Europäische Dienstleistungsrichtlinie) sowie der Umsetzung der 2013 novellierten Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.
Der Titel wird bei Bedarf verstärkt.

681 01	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
684 01	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände u. ä. Institutionen	73.300 21.256	76.300 0	76.300 0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Mitgliedsbeiträge

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Deutscher Ausschuss für das Grubenrettungswesen (DAGRW)	256	256	256
2.	Deutsch-Ukrainisches Forum e. V.	500	500	500
3.	ECRN asbl.	5.000	6.000	6.000
4.	forum vergabe e. V.	1.000	1.000	1.000
5.	Vanguard Initiative	16.500	18.500	18.500
6.	Interessenvertretung Wasserstoff Ostdeutschland	50.000	50.000	50.000
	Summe	73.256	76.256	76.256

812 15	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	50.000 74.455	20.000 0	20.000 0

Erläuterungen:

Für die Ersatzbeschaffung von Arbeitsplatzausstattungen werden Ausgaben in Höhe von 20.000 EUR/Jahr geplant.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	1.698.800 1.474.611	1.886.900 0	2.015.900 0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	7.000	45.500	45.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	77.500	78.100	78.100
Gesamteinnahme		84.500	123.600	123.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	33.835.000	38.135.400	38.689.100
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.077.400	3.278.800	3.350.700
			105.800	140.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	76.500	79.500	79.600
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	50.000	20.000	20.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	1.698.800	1.886.900	2.015.900
			0	0
Gesamtausgabe		38.737.700	43.400.600	44.155.300
Gesamtsumme der VE			105.800	140.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-38.653.200	-43.277.000	-44.031.700

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0801 und 0802 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 322 Vollzeitäquivalente.
Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 0801 und 0802 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 322 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Vorbemerkungen zu den Ausgaben

Ausgabetitel, die zur Erfüllung ähnlicher oder verwandter Zwecke dienen, sind unter übergeordneten Zweckbestimmungen in folgenden Titelgruppen zusammengefasst.

TGr. 61 Braunkohlesanierung und Altbergbau
TGr. 65 Ergänzende Mittelstandsförderung
TGr. 66 Erschließung und Entwicklung von industriellen Alt- und Neustandorten durch die GSA zur Unterstützung von Neuinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft
TGr. 67 Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
TGr. 69 Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" - Kofinanzierung des EFRE V
TGr. 70 Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" - zusätzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Coronapandemie
TGr. 71 Förderung des Tourismus
TGr. 72 Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben sowie Technologietransfer
TGr. 79 Maßnahmen zur Förderung des Absatzes und der Außenwirtschaft
TGr. 82 Zuschüsse an die Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF)
TGr. 83 Zuführungen zum Sondervermögen "Altlastensanierung" Kapitel 5410
TGr. 85 Förderung der Interregionalen und Entwicklungszusammenarbeit
TGr. 86 Beteiligung des Landes an der Ziel-Förderung der EU - Europäische Territoriale Zusammenarbeit 2021-2027
TGr. 88 EU-Anteil an der Ziel-Förderung der EU - Europäische Territoriale Zusammenarbeit 2021-2027
TGr. 90 EU-Anteil an der Ziel-Förderung der EU - Europäische Territoriale Zusammenarbeit 2014-2020
TGr. 92 Landesanteil für Maßnahmen im Rahmen des ESF V
TGr. 93 Landesanteil für Maßnahmen im Rahmen des EFRE V
TGr. 98 Landesanteil für Maßnahmen im Rahmen des ESF+

Einnahmen

119 21	651	Rückflüsse aus Überzahlungen und Rückforderungen im Rahmen von Billigkeitsleistungen des Landes infolge des Anschlages auf den Weihnachtsmarkt Magdeburg am 20.12.2024	0 0	0	0

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterung bei Kapitel 08 02 Titel 681 21.

119 32	649	Rückflüsse aus Überzahlungen und Rückforderungen im Rahmen von Billigkeitsleistungen des Bundes zur Bewältigung der Energiekrise - Härtefallhilfen	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titel 631 32.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen bei Kapitel 08 02 Titel 631 32.

119 41	691	Rückflüsse aus Überzahlungen und Rückforderungen	100.000 498.922	400.000	400.000

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückerstattungen im Bereich von Wirtschaftsfördermaßnahmen ohne die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", ohne Corona-Hilfsprogramme und ohne Härtefallhilfen Energie.

119 42	691	Rückflüsse aus Überzahlungen und Rückforderungen im Rahmen der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	7.000.000 2.038.625	7.000.000	7.000.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 42

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titel 631 01.

119 43	045	Rückflüsse aus Überzahlungen und Rückforderungen im Rahmen von Billigkeitsleistungen des Bundes zur Bewältigung der Coronapandemie - Soforthilfen	0 2.968.746	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titel 631 43.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen bei Kapitel 08 02 Titel 631 43.

119 44	045	Rückflüsse aus Überzahlungen und Rückforderungen im Rahmen von Billigkeitsleistungen des Landes zur Bewältigung der Coronapandemie - Soforthilfen	500.000 703.353	250.000	150.000

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2020 wurden im Einzelplan 08 Corona-Soforthilfen des Landes umgesetzt (Kapitel 08 02 Titel 681 44). Grundlage war die Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen für KMU mit bis zu 50 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) einschl. Kleinstunternehmen, Solo-Selbstständigen und Angehörigen freier Berufe zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise (Corona-Soforthilfe); RdErl. des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung vom 29. März 2020. Die Corona-Soforthilfe konnte bis zum 31. Mai 2020 beantragt werden. Auszahlungen erfolgten bis zum 31. Juli 2020. Die Finanzierung der Billigkeitsleistungen für Antragsteller mit mehr als 10 und bis zu 50 Beschäftigten erfolgte durch das Land. Aufgrund von laufenden Kontrollmaßnahmen zur bestimmungsgemäßen Verwendung der Corona-Soforthilfen kann es noch zu Rückzahlungen kommen.

119 45	045	Rückflüsse aus Überzahlungen und Rückforderungen im Rahmen von Billigkeitsleistungen des Bundes zur Bewältigung der Coronapandemie - Überbrückungshilfen	0 2.360.888	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titel 631 45.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen bei Kapitel 08 02 Titel 631 45.

119 46	045	Rückflüsse aus Überzahlungen und Rückforderungen im Rahmen von Billigkeitsleistungen des Bundes und des Landes zur Bewältigung der Coronapandemie - Härtefallhilfen	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titel 631 46.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen bei Kapitel 08 02 Titel 631 46.

119 51	691	Vermischte Einnahmen	10.000 129.510	50.000	50.000

Erläuterungen:

Einnahmen aus Stundungs- und Verzugszinsen sowie aus der Verzinsung von Erstattungsansprüchen im Bereich von Wirtschaftsfördermaßnahmen.

231 32	649	Zuweisungen des Bundes zur Bewältigung der Energiekrise - Härtefallhilfen	0 78.553	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titel 681 32.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen bei Kapitel 08 02 Titel 681 32.

231 45	045	Zuweisungen des Bundes zur Bewältigung der Coronapandemie - Überbrückungshilfen	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titel 681 45.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 45

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen bei Kap. 08 02 Titel 681 45.

359 01	045	Entnahme aus der Rücklage für Billigkeitsleistungen des Bundes an Unternehmen zur Bewältigung der Coronapandemie	0 6.382.588	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titel 681 45.

** Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

*** Entnahmen - über den Planansatz hinaus - dürfen bei Bedarf geleistet werden.

Erläuterungen:

Mit dem Nachtragshaushalt 2021 wurde eine Rücklage für Billigkeitsleistungen des Bundes an Unternehmen zur Bewältigung der Coronapandemie gebildet. Der Hintergrund bestand darin, dass es für den letztmöglichen Abruf der Bundesmittel für die verschiedenen Corona-Überbrückungshilfen Stichtage gab. Demgegenüber konnten die Bundesmittel aber noch nicht vollständig an die hilfebedürftigen Unternehmen ausgezahlt werden, weil Anträge noch nicht abschließend bearbeitet worden sind (z.B. noch in Prüfung, Klageverfahren bzw. Rechtsstreitigkeiten). Auszahlungen können sich im Ergebnis der Prüfung von Schlussabrechnungen auch ergeben, wenn die vorläufig bewilligte Hilfe im Vergleich zu dem sich ergebenden Anspruch gemäß Schlussabrechnung geringer war. Die Zahlungen sind mittels 12 Unterkonten den jeweiligen Einzelprogrammen zugeordnet. Der Rücklagenbestand beläuft sich per 01.01.2024 auf 37.910.229,51 Euro. Die Entnahme erfolgt bedarfsweise. Es ist noch nicht bekannt, in welcher Höhe Auszahlungen an die hilfebedürftigen Unternehmen im Jahr 2024 erfolgen, so dass die Mittel zum Teil weiterhin für Auszahlungen nach dem Jahr 2024 vorgehalten werden müssen oder an den Bund zurückzuführen sind, soweit keine Auszahlungen mehr zu erwarten sind.

Titelgruppe(n)

65		Ergänzende Mittelstandsförderung			
133 65	635	Erlöse aus der Veräußerung und Rückführung von Beteiligungen	0 0	0	0

Erläuterungen:

In der Vergangenheit waren bei diesem Titel Einnahmen aus zurückfließenden Beteiligungsmitteln der MBG - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft sowie der tbG Technologie-Beteiligungsgesellschaft aus dem Konsolidierungsprogramm "Impuls 2000" veranschlagt. Es handelt sich um ein Altprogramm ohne planmäßige Einnahmen.

162 65	635	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	18.600 144.344	140.000	100.000

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus bewilligten Mittelstandsdarlehen mit EU-Bezug. Da die Zinseinnahmen aus gewährten EU-Mitteln wieder für die Förderung von KMU einzusetzen sind, wurden diese bei der Veranschlagung von Projekten im Einzelplan 08 berücksichtigt.

182 65	635	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	13.300 34.019	13.300	13.300

Erläuterungen:

Tilgungsrückflüsse aus bewilligten Mittelstandsdarlehen mit EU-Bezug. Da die Rückflüsse aus gewährten EU-Mitteln wieder für die Förderung von KMU einzusetzen sind, wurden diese bei der Veranschlagung von Projekten im Einzelplan 08 berücksichtigt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			31.900	153.300	113.300

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

66 Erschließung und Entwicklung von industriellen Alt- und Neustandorten durch die GSA zur Unterstützung von Neuinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 08 02 Titelgruppe 66.

124 66	811	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	0 605	0	0
131 66	811	Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen	0 3.040.087	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0	0

67 GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 08 02 Titelgruppe 67.

Erläuterungen:

Die Ausgaben im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRWG) werden zur Hälfte vom Bund erstattet. Weitere Einnahmen sind bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 70 (zusätzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Coronapandemie) veranschlagt.

231 67	691	Zuweisungen des Bundes als Anteil zur GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	1.000.000 84.644	1.000.000	550.000
331 67	691	Zuweisungen des Bundes für Investitionen als Anteil zur GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	54.068.400 39.863.289	49.643.700	77.424.200
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			55.068.400	50.643.700	77.974.200

69 GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" - Kofinanzierung des EFRE V

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 08 02 Titelgruppe 69.

331 69	691	Zuweisungen des Bundes für Investitionen als Anteil zur GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	0 129.075	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 69			0	0	0

70 GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" - zusätzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Coronapandemie

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 08 02 Titelgruppe 70.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen bei Kap. 08 02 Einnahmetitelgruppe 67.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
331 70	045	Zuweisungen des Bundes für Investitionen als Anteil zur GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	23.600.700 17.175.861	21.704.500	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			23.600.700	21.704.500	0
82		Zuschüsse an die Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF)			
119 82	332	Sonstige Einnahmen	0 312.316	0	0
Erläuterungen:					
Rückzahlungen der Landesanstalt für Altlastenfreistellung von nicht verwendeten Haushaltsmitteln.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 82			0	0	0
88		EU-Anteil an der Ziel-Förderung der EU - Europäische Territoriale Zusammenarbeit 2021-2027			
271 88	692	Erstattungen von der EU	95.200 0	95.200	95.200
* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 08 02 Titelgruppe 88.					
*** Erstattungen durch die EU für Partnerregionen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.					
Erläuterungen:					
Siehe Erläuterungen bei Kapitel 0802 Ausgabetitelgruppe 88.					
Hier sind die Einnahmen von der EU veranschlagt.					
Auf diesem Titel werden auch Erstattungen durch die EU für Partnerregionen im Rahmen von Projekten unter Federführung (Lead-Partnerschaft) des Landes Sachsen-Anhalt vereinnahmt. Die Weiterleitung dieser eingenommenen Mittel an die Partnerregionen erfolgt durch Absetzen von den Einnahmen.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 88			95.200	95.200	95.200
90		EU-Anteil an der Ziel-Förderung der EU - Europäische Territoriale Zusammenarbeit 2014-2020			
271 90	692	Erstattungen von der EU	0 5.757	0	0
*** Erstattungen durch die EU für Partnerregionen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 90			0	0	0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 10	692	Entwicklung und Erschließung des High-Tech Parks -	1.750.000	1.750.000	0
		Ausgaben für Gutachten, Studien, Beraterverträge	626.766	0	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.750.000				1.750.000
2026	1.750.000				1.750.000
2027	750.000				750.000
2028					
2029 ff.					
Summen	4.250.000				4.250.000

Erläuterungen:

Nach Durchlaufen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens wurde ein Projektsteuerer für zwölf Monate - mit der Option einer dreimaligen Verlängerung - am 13. November 2023 beauftragt. Insbesondere werden folgende Leistungen erbracht:

- die übergeordnete Projektkoordination und das Stakeholdermanagement für die landesseitige Begleitung des Prozesses der Erschließung und Entwicklung des HTP,
- die strategische Unterstützung bei der begleitenden Projektkommunikation & Öffentlichkeitsbeteiligung,
- die strategische Unterstützung beim Aufbau eines überregionalen Technologie-, Start-up und Branchenökosystems Mikroelektronik,
- die Auswertung und Analyse strukturpolitischer (Folge-)Effekte.

533 02	012	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			4.355	0	0

533 03	692	Dienstleistungen Außenstehender zur Durchführung	0	0	0
		baufachlicher Prüfungen	0	0	0

*** Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 600.000 EUR zu Lasten des Landesanteils der Ausgaben von Kapitel 08 02 Titelgruppe 67.

Erläuterungen:

Ausgaben für die Beauftragung Dritter mit der Durchführung baufachlicher Prüfungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Die Höhe der Sach- und Honorarkosten für externe Prüfungen lässt sich nicht beziffern. Daher erfolgt bei Bedarf eine Verstärkung des Titels zu Lasten des Landesanteils der GRW.

533 05	681	Maßnahmen zur Verbesserung der Mitarbeiter- und	3.000.000	2.000.000	2.000.000
		Personalgewinnung zur Unterstützung von Unternehmen und	541.977	0	0
		deren Umfeld			

Übertragbar

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Programm zur Verbesserung der Mitarbeiter- und Personalgewinnung in Unternehmen, einschließlich Bestandsunternehmen, sowie kleine und mittlere Unternehmen in wichtigen Schlüsselbranchen und Branchen, die der Sicherung der Daseinsvorsorge dienen. Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt durch die Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG).

631 01	691	Sonstige Zuweisungen an den Bund	3.500.000	3.500.000	3.500.000
			1.019.312	0	0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 01

Übertragbar

- * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 50 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 08 02 Titel 119 42.

Erläuterungen:

Abführung der hälftigen Rückflüsse aus Überzahlungen und Rückforderungen im Rahmen der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" an den Bund.

631 32	649	Rückzahlung überzahlter und zurückgeforderter Billigkeitsleistungen des Bundes zur Bewältigung der Energiekrise - Härtefallhilfen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

- * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 08 02 Titel 119 32.

Erläuterungen:

Im Einzelplan 08 wurden Härtefallhilfen zur Bewältigung der Energiekrise umgesetzt (Kapitel 08 02 Titel 231 32 und Titel 681 32). Grundlagen waren die Verwaltungsvereinbarung über Härtefallhilfen für kleine und mittlere Unternehmen wegen stark gestiegener Energiekosten zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Bundesrepublik Deutschland vom 08./22.03.2023 sowie die Richtlinien über die Gewährung von Härtefallhilfen aus Gründen der Billigkeit für Unternehmen, die im Jahr 2022 besonders stark von Energiepreisstörungen betroffen sind, Erl. des MWL vom 09.03.2023 - 21-32321-14/4 (MBI. LSA S. 90). Die Härtefallhilfen sind Billigkeitsleistungen und werden den Ländern vom Bund zur Verfügung gestellt. Die Ausführung des Programms erfolgt durch die Länder. Rückzahlungen sind an den Bundeshaushalt zurückzuführen. Die Abführung an den Bund erfolgt bei diesem Titel, nachdem die Mittel zuvor bei Kapitel 08 02 Titel 119 32 vereinnahmt worden sind. Das Programm ist beendet. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es noch zu Rückzahlungen kommt.

631 43	045	Rückzahlung überzahlter und zurückgeforderter Billigkeitsleistungen des Bundes zur Bewältigung der Coronapandemie - Soforthilfen	0	0	0
			2.968.746	0	0

Übertragbar

- * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 08 02 Titel 119 43.

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2020 wurden im Einzelplan 08 Corona-Soforthilfen des Bundes umgesetzt (Kapitel 08 02 Titel 231 43 und Titel 681 43). Grundlagen waren die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Sachsen-Anhalt über die Soforthilfen des Bundes für die Gewährung von Überbrückungshilfen als Billigkeitsleistungen für "Corona-Soforthilfen insbesondere für kleine Unternehmen und Soloselbstständige" und die Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen für KMU mit bis zu 50 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) einschl. Kleinstunternehmen, Solo-Selbstständigen und Angehörigen freier Berufe zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise (Corona-Soforthilfe); RdErl. des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung vom 29. März 2020. Die Corona-Soforthilfe konnte bis zum 31. Mai 2020 beantragt werden. Auszahlungen erfolgten bis zum 31. Juli 2020. Die Finanzierung der Billigkeitsleistungen für Antragsteller mit bis zu 10 Beschäftigten hat der Bund übernommen. Die Ausführung des Programms erfolgte bzw. erfolgt durch die Länder. Aufgrund von laufenden Verfahren kann es noch zu Rückzahlungen kommen. Rückzahlungen (einschließlich Zinsen) sind an den Bundeshaushalt zurückzuführen. Die Abführung an den Bund erfolgt bei diesem Titel, nachdem die Mittel zuvor bei Kapitel 08 02 Titel 119 43 vereinnahmt worden sind.

631 45	045	Rückzahlung überzahlter und zurückgeforderter Billigkeitsleistungen des Bundes zur Bewältigung der Coronapandemie - Überbrückungshilfen	0	0	0
			2.360.888	0	0

Übertragbar

- * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 08 02 Titel 119 45.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 45

Erläuterungen:

In den Haushaltsjahren 2020 bis 2023 wurden im Einzelplan 08 Corona-Überbrückungshilfen des Bundes umgesetzt (Kapitel 08 02 Titel 231 45 und Titel 681 45). Grundlage war die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Sachsen-Anhalt über die Gewährung von Soforthilfen des Bundes als Billigkeitsleistung für "Corona-Überbrückungshilfen für kleine und mittelständische Unternehmen". Die bestehende Verwaltungsvereinbarung wurde jeweils um nachfolgend aufgelegte Hilfsmaßnahmen ergänzt (Überbrückungshilfe II, Novemberhilfe, Dezemberhilfe, erweiterte November- und Dezemberhilfe, Überbrückungshilfe III, Überbrückungshilfe III Plus und Überbrückungshilfe IV). Die Finanzierung der Billigkeitsleistungen hat der Bund übernommen. Die Ausführung der Programme erfolgt durch die Länder. Aufgrund der laufenden Schlussabrechnungen kommt es zu Rückzahlungen. Nichtverbrauchte Bundesmittel sowie Rückzahlungen (einschließlich Zinsen) sind an den Bundeshaushalt zurückzuführen. Die Abführung an den Bund erfolgt bei diesem Titel, nachdem die Mittel zuvor bei Kapitel 08 02 Titel 119 45 vereinnahmt worden sind.

631 46	045	Rückzahlung überzahlter und zurückgeforderter Billigkeitsleistungen des Bundes zur Bewältigung der Coronapandemie - Härtefallhilfen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

- * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 50 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 08 02 Titel 119 46.

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2021 wurden im Einzelplan 08 Corona-Härtefallhilfen des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt umgesetzt (Kapitel 08 02 Titel 231 46 und Titel 681 46). Grundlage war die Verwaltungsvereinbarung "Härtefallfazilität des Bundes und der Länder für die Gewährung von Härtefallhilfen" zwischen dem Bund und dem Land Sachsen-Anhalt über die Gewährung von Corona-Hilfen des Bundes als Billigkeitsleistung sowie die Richtlinie für die Gewährung von Härtefallhilfen aus Gründen der Billigkeit - "Härtefallhilfe Sachsen-Anhalt"; RdErl. des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten. Die Finanzierung der Billigkeitsleistungen erfolgte hälftig durch den Bund und das Land Sachsen-Anhalt. Die Ausführung des Programms erfolgte durch die Länder. Rückzahlungen können nicht ausgeschlossen werden. Der auf den Bund entfallende Anteil an den Rückzahlungen (einschließlich erhobener Zinsen) ist an den Bundeshaushalt zurückzuführen. Die Abführung an den Bund erfolgt bei diesem Titel, nachdem die Mittel zuvor bei Kapitel 08 02 Titel 119 46 vereinnahmt worden sind.

633 01	012	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.000.000	1.000.000	1.000.000
			1.000.000	0	0

Erläuterungen:

Für die Erfüllung der Aufgaben nach dem Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt - TVergG LSA) erhalten die Kommunen einen Betrag von insgesamt einer Million Euro für jedes Kalenderjahr (§ 25 TVergG LSA). Von diesem Betrag erhalten die kreisfreien Städte 25 v. H., die kreisangehörigen Gemeinden 55 v. H. und die Landkreise 20 v. H.. Die Verteilung der Mittel erfolgt jeweils zu 75 v. H. nach der Einwohnerzahl und zu 25 v. H. nach der Fläche. Die Auszahlung erfolgt in Raten zum 10. der Monate Februar, Mai, August und November eines jeden Kalenderjahres.

671 01	681	Kostenerstattung auf Grund öffentlich-rechtlicher Verträge im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	13.415.700	15.105.200	15.658.500
			6.494.920	5.500.000	1.800.000

Übertragbar

- * Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 08 02 Titel 671 04.

- ** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

- *** Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit dem Landesanteil der Ausgaben von Kapitel 0802 Titelgruppe 67.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	8.440.500	150.000			8.590.500
2026	9.023.100	150.000	2.000.000		11.173.100
2027	7.203.300	150.000	1.500.000	500.000	9.353.300
2028	6.153.700	150.000	1.000.000	500.000	7.803.700
2029 ff.	546.100		1.000.000	800.000	2.346.100
Summen	31.366.700	600.000	5.500.000	1.800.000	39.266.700

Erläuterungen:

Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt führt auf der Grundlage des Gesetzes zur Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt als rechtlich selbstständige Förderbank (IB ErrG) im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt die Bearbeitung und Abwicklung von Wirtschaftsförderprogrammen und die Prüfung der Verwendungsnachweise durch. Im Einzelfall erfolgt die Übertragung von Förderprogrammen und Fördermaßnahmen gemäß § 5 Abs. 2 IB ErrG aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages. Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene Geschäftsbesorgungsverträge mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.
Die Mittel sind für die Sparte Treuhandgeschäft Wirtschaftsförderung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt veranschlagt.

Weitere Mittel für die Aufgabenabwicklung durch die Investitionsbank für MWL/Bereich Wirtschaftsförderung werden im Landeshaushalt bereitgestellt bei:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kapitel 0802 Titel 671 04	90.000	58.600	49.400
2.	Kapitel 5321 Titel 671 98 (Sondervermögen "Corona")	2.261.700	13.138.100	4.422.300
	Summe	2.351.700	13.196.700	4.471.700

671 03	692	Kostenerstattung an eine Geschäftsstelle für INTERREG Europe und INTERACT	13.800 13.649	13.800 0	13.800 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	13.800				13.800
2026	13.800				13.800
2027	13.800				13.800
2028					
2029 ff.					
Summen	41.400				41.400

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beiträge des Landes Sachsen-Anhalt zur Technischen Hilfe INTERREG Europe und INTERACT.

INTERREG Europe ist ein Teil des INTERREG Strang C Programms und dient maßgeblich dem Erfahrungsaustausch und dem gegenseitigen Lernen zwischen europäischen, meist öffentlichen, Projektpartnern. Die INTERREG Europe-Verwaltungsstrukturen werden aus Mitteln der Technischen Hilfe (TH) bestehend aus EU-Mitteln und entsprechenden Mitteln der Mitgliedsstaaten/Regionen finanziert. Auf Sachsen-Anhalt entfällt ein Landesbeitrag in Höhe von 7.700 EUR p.a..

INTERACT ist ein Teil des INTERREG Strang C Programms und dient u.a. der Unterstützung der Förderprogramme INTERREG Europe (MWL federführend) und INTERREG Central Europe (MID federführend). Der Anteil Sachsen-Anhalts an der nationalen Kofinanzierung für INTERACT soll in einer Haushaltsstelle gemeinsam für beide Ressorts veranschlagt werden. Dieses übergreifende Programm unterstützt und verstärkt die Wirksamkeit der genannten Programme. Dazu sollen Erfahrungen der beiden Ausrichtungen (Europe und Central Europe) gebündelt, miteinander verzahnt und die Ergebnisse allen beteiligten Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werden. Die INTERACT-Verwaltungsstrukturen werden aus EU-Mitteln und der entsprechenden Kofinanzierung der Mitgliedsstaaten/Regionen finanziert. Auf Sachsen-Anhalt entfällt ein Landesbeitrag in Höhe von 6.100 EUR p.a..

671 04	681	Kostenerstattung auf Grund öffentlich-rechtlicher Verträge im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt - Hochwasserhilfe 2013	90.000 208.291	58.600 0	49.400 0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titel 671 01.

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Zur Bewältigung der Hochwasserschäden 2013 ist die Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) mit der fördertechnischen Abwicklung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für vom Hochwasser 2013 geschädigte gewerbliche Unternehmen und Angehörige Freier Berufe (Erstmaßnahmen) und der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013) / Abschnitt 2, Teil A "Hilfen zur Unterstützung hochwasserbetroffener Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehöriger Freier Berufe sowie wirtschaftsnaher Infrastruktur" betraut. Zu diesem Zweck wurden seinerzeit Geschäftsbesorgungsverträge zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt geschlossen. Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene Geschäftsbesorgungsverträge mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich des § 5 Abs. 2 Gesetz zur Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt als rechtlich selbstständige Förderbank (IB ErrG).

671 06	681	Kostenerstattung an Sonstige - Strategische Zusammenarbeit im Rahmen der Wirtschaftspolitik	2.000 13.547	0 0	0 0

681 21	651	Billigkeitsleistung des Landes für kleine und mittlere Unternehmen infolge des Anschlags auf den Weihnachtsmarkt Magdeburg am 20.12.2024	0 0	500.000 0	0 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Gewährung von Billigkeitsleistungen für kleine und mittlere Unternehmen, die aufgrund des Anschlages auf den Weihnachtsmarkt der Landeshauptstadt Magdeburg auf dem Alten Markt am 20.12.2024 und dessen vorzeitiger Beendigung oder aufgrund der befristeten Schließung ihrer Geschäfte im Umfeld des Anschlagsortes Schäden erlitten und für diese keine anderweitige Kompensation erhalten haben.

681 32	649	Billigkeitsleistungen des Bundes an Unternehmen zur Bewältigung der Energiekrise - Härtefallhilfen	0 78.553	0 0	0 0

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 08 02 Titel 231 32.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 32

Erläuterungen:

Aus dem Titel wurden im Jahr 2023 Härtefallhilfen ausgezahlt, die aus Gründen der Billigkeit an kleine und mittlere Unternehmen im Land Sachsen-Anhalt geleistet wurden, die besonders stark von gestiegenen Energiepreisen in Folge der Energiekrise und des Russland-Ukraine-Konfliktes betroffen waren. Die Härtefallhilfen wurden durch den Bund finanziert. Grundlagen waren die Verwaltungsvereinbarung über Härtefallhilfen für kleine und mittlere Unternehmen wegen stark gestiegener Energiekosten zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Bundesrepublik Deutschland vom 08./22.03.2023 sowie die Richtlinien über die Gewährung von Härtefallhilfen aus Gründen der Billigkeit für Unternehmen, die im Jahr 2022 besonders stark von Energiepreisteigerungen betroffen sind; Erl. des MWL vom 09.03.2023 - 21-32321-14/4 (MBI. LSA S. 90). Das Programm ist beendet.

681 45	045	Billigkeitsleistungen des Bundes an Unternehmen zur Bewältigung der Coronapandemie - Überbrückungshilfen	0 6.382.588	0 0	0 0

Übertragbar

- * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Ist-einnahmen bei Kapitel 08 02 Titel 231 45 und Kapitel 08 02 Titel 359 01.

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden die Corona-Überbrückungshilfen und weitere Corona-Hilfen des Bundes an Unternehmen im Land Sachsen-Anhalt ausgezahlt. Grundlage ist die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Sachsen-Anhalt über die Gewährung von Soforthilfen des Bundes als Billigkeitsleistung für "Corona-Überbrückungshilfen für kleine und mittelständische Unternehmen". Die Vereinbarung wurde jeweils um nachfolgend aufgelegte Hilfsmaßnahmen ergänzt (Überbrückungshilfe II, Novemberhilfe, Dezemberhilfe, erweiterte November- und Dezemberhilfe, Überbrückungshilfe III, Überbrückungshilfe III Plus und Überbrückungshilfe IV). Seit dem Jahr 2022 erfolgen Auszahlungen aufgrund von Entnahmen aus der Rücklage (Kapitel 08 02 Titel 359 01) oder aufgrund bedarfsweise vereinnahmter Bundesmittel bei Kapitel 08 02 Titel 231 45.

684 01	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	740.500 489.502	745.100 2.250.000	750.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	250.100	500.000			750.100
2026			750.000		750.000
2027			750.000		750.000
2028			750.000		750.000
2029 ff.					
Summen	250.100	500.000	2.250.000		3.000.100

Erläuterungen:

Förderung von Maßnahmen zur nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt. Die Ausgaben werden zum Teil als Kofinanzierung von Bundesmitteln aus dem Förderprogramm Integration durch Qualifizierung ("IQ") geplant, welche im ESF-Plus Bundesprogramm ab 2023 bereitstehen. Gefördert werden insbesondere Beratungen zum Zweck der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse und zur Qualifizierung, Qualifizierungsbegleitung oder die Unterstützung bei der Akquise von Fachkräften.

685 01	681	Zuschüsse an die Investitions- u. Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG)	7.300.000 6.039.882	7.300.000 1.500.000	7.300.000 1.500.000

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titelgruppe 71.

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

*** Gegenseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 100.000 EUR mit Kapitel 09 02 Titelgruppe 66.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.500.000			1.500.000
2026			1.500.000		1.500.000
2027				1.500.000	1.500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		1.500.000	1.500.000	1.500.000	4.500.000

Erläuterungen:

Unternehmensgegenstand der seit dem 01.01.2007 bestehenden Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG) ist gemäß Gesellschaftsvertrag:

- die Akquisition von Unternehmen für das Land Sachsen-Anhalt in Deutschland, Europa sowie weltweit;
- die Förderung der Ansiedlung neuer Unternehmen sowie die Beratung und Betreuung ansässiger Betriebe durch unentgeltliche Serviceleistungen mit dem Ziel, die wirtschaftliche Struktur des Landes Sachsen-Anhalt zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten;
- das Image- und Standortmarketing sowie das touristische Außenmarketing für den Standort Sachsen-Anhalt im In- und Ausland.

Die IMG erhält aus diesem Titel eine institutionelle Förderung des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten. Daneben führt die IMG Drittmittelprojekte durch, welche u.a. aus Mitteln der EU, des Bundes und des Landes finanziert werden können.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der IMG im Bereich der institutionellen Förderung (in EUR)

Angaben

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Personalausgaben	3.027.943	3.453.300	3.640.300	3.901.300
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	767.964	770.000	703.000	799.000
3. Ausgaben für Investitionen	40.520	50.000	150.000	50.000
4. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
5. Steuern	5.001	22.000	22.000	22.000
6. Investorenservice	599.678	974.800	1.166.100	1.081.100
7. Image- und Standortmarketing	755.187	753.500	765.900	680.900
8. Gründerkampagne	0	0	100.000	100.000
9. Unternehmenskommunikation	147.122	228.500	138.500	138.500
10. Tourismusmarketing	1.004.495	1.197.900	842.200	757.200
Zusammen	6.347.910	7.450.000	7.528.000	7.530.000

Einnahmen

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Umsatzerlöse, sonstige Einnahmen	174.072	150.000	228.000	230.000
2. Zinsen	707	0	0	0
3. Institutionelle Förderung Land	6.300.000	7.300.000	7.300.000	7.300.000
Zusammen	6.474.779	7.450.000	7.528.000	7.530.000

1. Die im Jahr 2023 aus dem Landeshaushalt ausgezahlte institutionelle Förderung betrug 6.039.882 Euro. Zusätzlich wurden im Jahr 2023 nicht verbrauchte Fördermittel aus der institutionellen Förderung 2022 in Höhe von 260.118 Euro mit der Förderung 2023 kassenmäßig verrechnet, so dass die Förderung im Jahr 2023 insgesamt 6.300.000 Euro betrug.

2. Im Jahr 2023 wurden Fördermittel in Höhe von 126.869 Euro nicht verbraucht. Diese sollen mit der institutionellen Förderung des Jahres 2024 verrechnet werden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der IMG im Bereich der Drittmittelprojekte (in EUR)

Angaben

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Maßnahmen zur Stärkung der Kreativwirtschaft	119.602	120.000	110.000	110.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 01

2. Außenwirtschaft und Delegationsreisen	0	40.000	0	0
3. Hugo-Junkers-Preis für Forschung und Innovation	67.227	220.000	80.000	220.000
4. Tourismusprojekte	1.374.743	1.800.000	1.250.000	750.000
5. Dienstleistungen Staatskanzlei und Landtag	0	359.300	200.000	0
6. UNESCO Marketing	632.117	880.000	400.000	0
7. Dienstleistungen Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten	7.932	193.000	80.000	150.000
8. sonstige Dienstleistungen	12.266	58.000	108.000	0
9. Projekte Standortmarketing	98.135	55.150	70.000	70.000
10. Aktion Heimat shoppen	19.410	20.000	10.000	10.000
11. Talente für Sachsen-Anhalt	541.977	3.000.000	2.000.000	2.000.000
Zusammen	2.873.409	6.745.450	4.308.000	3.310.000

Einnahmen

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Maßnahmen zur Stärkung der Kreativwirtschaft	119.602	120.000	110.000	110.000
2. Außenwirtschaft und Delegationsreisen	0	40.000	0	0
3. Hugo-Junkers-Preis für Forschung und Innovation	67.227	220.000	80.000	220.000
4. Tourismusprojekte	1.374.743	1.800.000	1.250.000	750.000
5. Dienstleistungen Staatskanzlei und Landtag	0	359.300	200.000	0
6. UNESCO Marketing	632.117	880.000	400.000	0
7. Dienstleistungen Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten	7.932	193.000	80.000	150.000
8. sonstige Dienstleistungen	12.266	58.000	108.000	0
9. Projekte Standortmarketing	98.135	55.150	70.000	70.000
10. Aktion Heimat shoppen	19.410	20.000	10.000	10.000
11. Talente für Sachsen-Anhalt	541.977	3.000.000	2.000.000	2.000.000
Zusammen	2.873.409	6.745.450	4.308.000	3.310.000

Stellenübersicht IMG

Entgeltgruppe

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Geschäftsführung AT	1	1	1	1
2. AT	1	2	2	2
3. E 15	4	4	4	4
4. E 14	8	9	9	9
5. E 13	3	4	4	4
6. E 12	2	2	3	4
7. E 11	10	12	12	12
8. E 10	4	5	5	5
9. E 9b	2	2	2	2
10. E 8	0	1	1	1
11. E 6	1	0	0	0
12. Auszubildende/Trainee/Praktikanten	1	2	2	2
13. Befristete Projektmitarbeiter	7	8	7	3
Zusammen	44	52	52	49

686 01	681	Zuschüsse an das Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	200.000 150.467	150.000 550.000	150.000 0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	100.000				100.000
2026			150.000		150.000
2027			200.000		200.000
2028			200.000		200.000
2029 ff.					
Summen	100.000		550.000		650.000

Erläuterungen:

Projektförderung des Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt (EEN).

Die Arbeit des EEN Sachsen-Anhalt ist eingebettet in das EU-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (Binnenmarktprogramm) von 2021-2027. Es zielt darauf ab, Wachstum zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit von Unternehmen innerhalb der Europäischen Union zu stärken. Das EEN wurde bereits in der EU-Förderperiode 2007-2013 im Rahmen des EU-Programms für Wettbewerb und Innovation (CIP) und in der EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des EU-Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME) unterstützt. Das EEN Sachsen-Anhalt ist aktuell ein von der tti Magdeburg GmbH geführtes Konsortium aus zwei Partnern.

Das Netzwerk steht allen Unternehmen in Sachsen-Anhalt unabhängig von der Kammerzugehörigkeit zur Verfügung. Es unterstützt und fördert die Internationalisierung der Unternehmen (insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen) sowie deren Wettbewerbsfähigkeit, als Teil eines europaweiten Netzwerkes von EEN, das alle Regionen abdeckt.

Schwerpunkte der Arbeit sind u. a.

- Information und Beratung der KMU zu Fragen des Europäischen Binnenmarktes, EU-Förderprogrammen, EU-Initiativen und darauf basierender nationaler Ausführungsbestimmungen,
- Organisation und Durchführung von Kooperationsprojekten, Unterstützung bei der Kooperationspartnersuche,
- Erleichterung grenzübergreifender Partnerschaften,
- Errichtung von Kommunikationskanälen zwischen KMU und EU,
- spezifische Innovationsunterstützungsdienstleistungen im Rahmen von Horizont 2020 (KMU-Instrument).

Die Finanzierung des EEN erfolgt durch EU-Mittel, Landesmittel und Eigenmittel. Die EU-Mittel werden nicht im Landeshaushalt vereinnahmt. Der Konsortialführer tti Magdeburg GmbH erhält die EU-Mittel direkt von der EU. Die Landesmittel zur Projektförderung sind hier veranschlagt.

In der Förderperiode 2021-2027 gibt es zwei Bewilligungsrunden durch die EU. Die erste Projektlaufzeit umfasst den Zeitraum 01/2022 - 06/2025. Die zweite Projektphase wird mit der Laufzeit 07/2025 bis 12/2028 geplant. Entsprechend dieser Projektphasen ist eine Landesbeteiligung (Ko-Finanzierung) vorgesehen.

892 01	634	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	11.500.000	0

*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten des Landesanteils der Ausgaben von Kapitel 08 02 Titelgruppe 67.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			5.200.000		5.200.000
2027			6.300.000		6.300.000
2028					
2029 ff.					
Summen			11.500.000		11.500.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 01

Erläuterungen:

Mit der Bundesförderung Industrie und Klimaschutz unterstützt der Bund klimafreundliche Investitions- sowie Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben in der Industrie. Das Förderprogramm soll dazu beitragen, die nationalen und europäischen Klimaschutzziele im Industriesektor zu erreichen sowie den Produktionshochlauf der notwendigen Transformationstechnologien in Deutschland zu beschleunigen. Bei Fördervolumen über 15 Millionen Euro ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Bundesförderung regelmäßig die Bereitstellung einer Kofinanzierung durch die Länder. Ein Unternehmen aus Sachsen-Anhalt aus dem Bereich der Mineralölverarbeitung hat eine Bundesförderung beantragt, die die Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln durch das Land erfordern würde. Aus diesem Titel würden die Kofinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Weil die Bedarfe insbesondere in zeitlicher Hinsicht abschließend noch nicht feststehen, wird die Bereitstellung der Mittel bei Fälligkeit zu Lasten der Landesanteile der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erfolgen.

892 02	691	Innovationsförderung für sachsen-anhaltische Werften	0	251.600	0
			362.700	500.000	250.000

*** Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 500.000 EUR zu Lasten des Landesanteils der Ausgaben von Kapitel 08 02 Titelgruppe 67.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		740.200			740.200
2026		191.300	250.000		441.300
2027			250.000	250.000	500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		931.500	500.000	250.000	1.681.500

Erläuterungen:

Mit der Richtlinie zum Förderprogramm "Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze" vom 24. Juni 2024 wird ein seit dem Jahr 2005 bestehendes Bundesprogramm weitergeführt. Werften können danach eine Förderung für die industrielle Anwendung neuartiger Produkte und Verfahren in Höhe von maximal 15 bis 50 Prozent der damit verbundenen Aufwendungen erhalten. Mit diesen Innovationen soll die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Werften auf dem Weltschiffbaumarkt erhöht werden. Die Zuwendung wird seit 2016 für Unternehmen, die nicht als KMU im Sinne der Richtlinie zu qualifizieren sind, zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von dem Bundesland gewährt, in dem der Antragsteller seinen Sitz oder Geschäftsbetrieb hat bzw. in welchem der überwiegende Teil der durch den Antragsteller ausgeführten Wertschöpfung an der Innovation stattfindet. Zu diesem Zweck haben der Bund und das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2024 eine Verwaltungsvereinbarung für eine gemeinsame Innovationsförderung abgeschlossen. Das vom Bund für die Administration der Richtlinie beauftragte BAFA entscheidet mit den im Rahmen einer Kofinanzierung beteiligten Bundesländern über die Vergabe der für das Haushaltsjahr verfügbaren Fördermittel aufgrund pflichtgemäßen Ermessens.

892 03	691	Förderung von Projekten im Bereich der Batteriewertschöpfung	0	0	0
			0	6.600.000	0

*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten des Landesanteils der Ausgaben von Kapitel 08 02 Titelgruppe 67.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 03

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			1.741.000		1.741.000
2027			3.045.000		3.045.000
2028			1.814.000		1.814.000
2029 ff.					
Summen			6.600.000		6.600.000

Erläuterungen:

Auf der Grundlage der Richtlinie "Resilienz und Nachhaltigkeit des Ökosystems der Batteriezellfertigung" vom 15. August 2023 fördert der Bund strategische Investitionsvorhaben zum Aufbau von Produktionskapazitäten entlang der gesamten Wertschöpfungskette wiederaufladbarer, elektrochemischer Energiespeicher. Förderfähig sind zudem auch FuE-Aufwendungen, die in direktem Zusammenhang mit den Investitionen stehen. Die Förderung muss zu wesentlichen Teilen Investitionen zum Auf- und Ausbau von großskaligen Produktionskapazitäten entlang der Wertschöpfungskette der Batterie dienen. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Bundesförderung ist die Bereitstellung einer Kofinanzierung durch die Länder. Aus diesem Titel sollen die notwendigen Eigenmittel des Landes Sachsen-Anhalt für zwei Projekte bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden. Weil die Bedarfe insbesondere in zeitlicher Hinsicht abschließend noch nicht feststehen, wird die Bereitstellung der Mittel bei Fälligkeit zu Lasten der Landesanteile der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erfolgen.

893 01	652	Förderung der Errichtung eines Bernstein-Erlebniszentrums	0	0	0
			0	0	1.800.000

*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten des Landesanteils der Ausgaben von Kapitel 08 02 Titelgruppe 67.
 Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				500.000	500.000
2028				800.000	800.000
2029 ff.				500.000	500.000
Summen				1.800.000	1.800.000

Erläuterungen:

Haushaltsmittel für die Errichtung eines Bernstein-Erlebniszentrums in der Stadt Bitterfeld-Wolfen. Die Haushaltsmittel sind als ergänzende Landesförderung für zu leistende Förderungen im Rahmen des Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (Kapitel 13 32) einzusetzen.

919 01	045	Zuführung an eine Rücklage für Billigkeitsleistungen des Bundes an Unternehmen zur Bewältigung der Coronapandemie	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen bei Kapitel 08 02 Titel 359 01.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

972 01	691	Globale Minderausgaben	0	0	0
			0	0	0
981 01	011	Verrechnung zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	2.000	0	0
			0	0	0

Titelgruppe(n)

61 Braunkohlesanierung und Altbergbau

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

*** Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig bis zur Höhe der Planansätze mit Kapitel 0814 Titelgruppe 63.

522 61	631	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	5.000	0	0
			0	0	0
533 61	631	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
884 61	631	Zuweisungen für Investitionen an das Sondervermögen Altlastensanierung Sachsen-Anhalt	0	800.000	1.300.000
			670.000	0	0

Erläuterungen:

Im Jahr 2018 wurden die Projekte "Stadtsicherung Bitterfeld" und "Kraftwerkssiedlung" auf der Grundlage einer Zahlungs- und Ablösevereinbarung vom Bund an das Land Sachsen-Anhalt übertragen. Zur Finanzierung der Projekte wurden dem Sondervermögen Altlastensanierung im Jahr 2018 Bundesmittel pauschaliert zugeführt. Für die Gesamtfinanzierung der Projekte sind neben den Bundesmitteln auch Kofinanzierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt erforderlich. Das Land führt seinen Finanzierungsanteil bis zum Jahr 2028 dem Sondervermögen Altlastensanierung zu. Aus diesem Titel werden die Kofinanzierungsmittel aus dem Einzelplan 08 ausgezahlt.

892 61	631	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	5.310.000	4.800.000	5.750.000
			5.881.545	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	4.800.000				4.800.000
2026	5.400.000				5.400.000
2027	5.800.000				5.800.000
2028					
2029 ff.					
Summen	16.000.000				16.000.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 61

Erläuterungen:

Die Braunkohlesanierung in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erfolgt derzeit auf der Grundlage des Sechsten ergänzenden Verwaltungsabkommens zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastenfinanzierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995 über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 2023 bis 2027 (VA VII Braunkohlesanierung) vom 8. Dezember 2022.

Der Finanzierungsanteil des Landes Sachsen-Anhalt ist hier veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	5.315.000	5.600.000	7.050.000
		0	0

65 Ergänzende Mittelstandsförderung

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

******* Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit dem Landesanteil der Ausgaben von Kapitel 08 02 Titelgruppe 67.

Erläuterungen:

Basierend auf dem Mittelstandsförderungsgesetz (MFG LSA) haben die einzelnen Maßnahmen das Ziel, die Leistungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Wirtschaft herzustellen, zu erhalten und zu steigern.

533 65	635	Dienstleistungen Außenstehender	60.000	0	0
			20.147	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		12.000			12.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		12.000			12.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

633 65	635	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

681 65	635	Zuschüsse an natürliche Personen	600.000	700.000	700.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für das Förderprogramm Meisterbonus zur Förderung der erfolgreichen Absolvierung einer Aufstiegsfortbildung, deren Abschluss von der Bund-Länder-Koordinierungsstelle für den Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (DQR) dem DQR-Niveau 6 zugeordnet wurde sowie der Meister-Plus-Ausbildung "Gestalter im Handwerk".

683 65	635	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	50.000	50.000	50.000
			3.416	50.000	50.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 65

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026			50.000		50.000
2027				50.000	50.000
2028					
2029 ff.					
Summen		50.000	50.000	50.000	150.000

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei der Kontaktabbauung im Ausland.

685 65	635	Zuschüsse an Sonstige	571.800	547.800	550.200
			524.307	120.000	120.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		320.000			320.000
2026			120.000		120.000
2027				120.000	120.000
2028					
2029 ff.					
Summen		320.000	120.000	120.000	560.000

Erläuterungen:

- a) Maßnahmen zur Stärkung der Kreativwirtschaft als Querschnittsbranche: Branchenwettbewerb BESTFORM, Maßnahmen zu Marketing und Vernetzung (110.000 Euro / 110.000 Euro)
- b) Maßnahmen zur Stärkung des Handels (10.000 Euro / 10.000 Euro)
- c) anteilige institutionelle Förderung des Deutschen Handwerksinstituts e.V. -DHI- (43.800 Euro / 46.200 Euro)
- d) Zuschussprogramm zur Förderung der Teilnahme an Praktika in Betrieben im Land Sachsen-Anhalt (200.000 Euro / 200.000 Euro)
- e) Förderung der Beratung von Handwerksunternehmen (124.000 Euro / 124.000 Euro)
- f) Förderung des Kompetenzzentrums "Gestalter im Handwerk" (60.000 Euro / 60.000 Euro)

892 65	635	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	700.000	550.000	550.000
			350.000	350.000	350.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		350.000			350.000
2026			350.000		350.000
2027				350.000	350.000
2028					
2029 ff.					
Summen		350.000	350.000	350.000	1.050.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 65

Erläuterungen:

Zuschussprogramm Meistergründungsprämie zur Unterstützung von Neugründungen und Unternehmensnachfolgen im Bereich des Handwerks.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	1.981.800	1.847.800	1.850.200
		520.000	520.000

66 Erschließung und Entwicklung von industriellen Alt- und Neustandorten durch die GSA zur Unterstützung von Neuinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft

- * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 66.

Erläuterungen:

Bis zum Haushaltsjahr 2023 waren in dieser Titelgruppe Haushaltsmittel veranschlagt, die der GSA Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH zur Verfügung gestellt wurden. Die GSA war im Treuhandauftrag für das Land tätig. Gegenstand des Unternehmens war u. a. der Erwerb, die Verwaltung, die Vermarktung sowie die Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten sowie von sonstigen Gegenständen des Anlagevermögens im Zusammenhang mit der Entwicklung und Realisierung von Nutzungskonzepten zur Verbesserung der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und Rekonstruktion von Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Die GSA ist aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 12.09.2017 und des Beschlusses ihrer Gesellschafterversammlung vom 24.11.2017 mit Wirkung vom 01.01.2018 in der Liquidation.

517 66	811	Bewirtschaftung des Anlagevermögens	0	0	0
			9.136	0	0
533 66	811	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			6.983	0	0
821 66	811	Erwerb und Aufbereitung von Anlagevermögen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0	0
				0	0

67 GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

Übertragbar

- * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 67.
- ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
 Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Ausgaben aus dem Landesanteil bis zur Höhe von 600.000 EUR sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten von Kapitel 08 02 Titel 533 03.
Ausgaben aus dem Landesanteil sind gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 08 02 Titel 671 01.
Ausgaben aus dem Landesanteil sind gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 08 02 Titelgruppe 65.
Ausgaben aus dem Landesanteil bis zur Höhe von 500.000 EUR sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten von Kapitel 08 02 Titel 892 02.
Ausgaben aus dem Landesanteil sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten von Kapitel 08 02 Titel 892 01.
Ausgaben aus dem Landesanteil sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten von Kapitel 08 02 Titel 892 03.
Ausgaben aus dem Landesanteil sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten von Kapitel 08 02 Titel 893 01.

Erläuterungen:

Die Fördermaßnahme gründet sich auf das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" - GRW-Gesetz (GRWG) vom 06.10.1969 (BGBl. I S. 1861), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2021 (BGBl. I S. 770).
Der Bund erstattet dem Land nach Artikel 91a Abs. 3 Grundgesetz die Hälfte der dem Land entstehenden Ausgaben. Die Erstattungen sind bei Kapitel 08 02 Einnahmetitelgruppen 67 und 70 veranschlagt.

Förderschwerpunkt der Gemeinschaftsaufgabe ist die Unterstützung der regionalen Investitionstätigkeit, um Einkommen und Beschäftigung in strukturschwachen Regionen zu sichern und zu erhöhen. Dazu gewährt die GRW direkte Zuschüsse zu Investitionskosten privater Unternehmen und zu kommunalen wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen. Die Bildung von Cluster- und Kooperationsnetzwerken wird ebenfalls unterstützt.

533 67	691	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
632 67	691	Sonstige Zuweisungen zur GA-Begleitforschung	0 0	0 0	0 0
633 67	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.000.000 169.287	2.000.000 0	1.100.000 0
683 67	691	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
883 67	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	34.712.200 18.774.862	33.095.800 0	61.939.300 0
892 67	691	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	73.424.600 60.951.717	66.191.600 155.477.400	92.909.100 155.111.500

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 67

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	100.854.600	50.801.400			151.656.000
2026	49.786.800	55.070.700	53.851.500		158.709.000
2027		48.702.100	54.173.800	54.173.700	157.049.600
2028			47.452.100	50.093.900	97.546.000
2029 ff.				50.843.900	50.843.900
Summen	150.641.400	154.574.200	155.477.400	155.111.500	615.804.500

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	110.136.800	101.287.400	155.948.400
		155.477.400	155.111.500

**69 GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" -
Kofinanzierung des EFRE V**

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 69.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bis zum Haushaltsjahr 2023 waren in dieser Titelgruppe Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) einschließlich Kofinanzierungsanteile des Landes in gleicher Höhe veranschlagt, die der Kofinanzierung des EFRE V dienen.

883 69	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 84.287	0 0	0 0
892 69	691	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 173.863	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 69			0	0 0	0 0

**70 GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" -
zusätzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Coronapandemie**

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 70.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Die Kofinanzierungsanteile des Landes sind im Wirtschaftsplan Sondervermögen "Corona", Kapitel 53 08 Titelgruppe 65 veranschlagt. Weitere Erläuterungen siehe Kapitel 08 02 Titelgruppe 67.

883 70	045	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.866.900 1.513.111	7.234.800 0	0 0
892 70	045	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	15.733.800 15.662.749	14.469.700 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			23.600.700	21.704.500 0	0 0

71 Förderung des Tourismus

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 08 02 Titel 685 01.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die weitere Entwicklung des Tourismus in den Reiseregionen des Landes ist von erheblicher wirtschaftlicher sowie arbeitsmarktpolitischer Bedeutung. Dazu gehört sowohl die Steigerung der Gästezahlen und Gästeübernachtungen als auch die qualitative Verbesserung von Angeboten angepasst an veränderte Kundenbedürfnisse und Marktbedingungen.

Der Tourismus stärkt die Bekanntheit und das Image Sachsen-Anhalts als attraktives Reiseland und nachhaltiger Lebens- und Erlebnisraum in allen Regionen. Er ist wichtiger Wirtschaftsfaktor und trägt als weicher Standortfaktor maßgeblich zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftsräume, zur lokalen Wirtschaftsförderung sowie zur Stärkung regionaler Identität und Kultur bei.

Neben der Tourismusbranche leisten auch die Zukunftsbranchen in Sachsen-Anhalt einen entscheidenden Beitrag zur Wirtschafts- und Imageentwicklung Sachsen-Anhalts. Im Rahmen des Standortmarketings gilt es, die Stärken und Erfolge in diesen Bereichen kommunikativ hervorzuheben, um Investoren und Fachkräfte zu gewinnen und dem Land weiteren Auftrieb zu verleihen.

522 71	652	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 35.276	0 0	0 100.000

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				100.000	100.000
2028					
2029 ff.					
Summen				100.000	100.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 71

Erläuterungen:

Der Masterplan Tourismus Sachsen-Anhalt läuft 2027 aus. Der Masterplan Tourismus stellt den strategischen Rahmen des Landes zur Stärkung der Tourismuswirtschaft, zur Positionierung des Landes und seiner Destinationen im Tourismusmarkt und zur Weiterentwicklung der touristischen Strukturen dar. Mit Hilfe eines externen Beraters im Jahr 2027 ist eine Evaluierung sowie Fortschreibung der Tourismusstrategie Sachsen-Anhalt erforderlich.

533 71	652	Dienstleistungen Außenstehender	340.000	340.000	340.000
			104.738	550.000	550.000

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		300.000			300.000
2026		200.000	300.000		500.000
2027			250.000	300.000	550.000
2028				250.000	250.000
2029 ff.					
Summen		500.000	550.000	550.000	1.600.000

Erläuterungen:

- a) Dienstleistungen zur Betreuung touristischer Schwerpunkte, Basismanagement zur Schaffung, Verbesserung und Pflege der touristischen Infrastruktur sowie die Umsetzung des Masterplans Tourismus Sachsen-Anhalt 2027.
b) Maßnahmen zur Stärkung von Image und Bekanntheit des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalts.

633 71	652	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	310.000	310.000	310.000
			219.410	500.000	500.000

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		250.000			250.000
2026		200.000	300.000		500.000
2027			200.000	300.000	500.000
2028				200.000	200.000
2029 ff.					
Summen		450.000	500.000	500.000	1.450.000

Erläuterungen:

Touristische Maßnahmen und Projekte von Kommunen in Sachsen-Anhalt und Finanzierung des Sonderpreises "Straße der Romanik".

683 71	652	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

685 71	652	Zuschüsse an Tourismusverbände und andere Organisationen	2.370.000	2.520.000	2.670.000
			2.502.106	3.500.000	3.500.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 71

**** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.**

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	564.300	1.700.000			2.264.300
2026		1.300.000	2.000.000		3.300.000
2027			1.500.000	2.000.000	3.500.000
2028				1.500.000	1.500.000
2029 ff.					
Summen	564.300	3.000.000	3.500.000	3.500.000	10.564.300

Erläuterungen:

I. Institutionelle Förderung:
 Tourismusverband Sachsen-Anhalt e. V.

II. Projektförderung:

Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände im Tourismus zur Koordination und Vernetzung landesbedeutsamer touristischer Themen und Projekte u.a. entsprechend der Tourismusentwicklungsrichtlinie. Diese beinhaltet auch die Möglichkeit zur Förderung von Projekten zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem Masterplan Tourismus Sachsen-Anhalt 2027 der IMG und weiterer Fachverbände. Hinzu kommen Projekte zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt.

	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung Tourismusverband Sachsen-Anhalt	820.000	820.000	820.000
2. Projektförderungen	1.550.000	1.700.000	1.850.000
Zusammen	2.370.000	2.520.000	2.670.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 71

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und die Stellen des Tourismusverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	499.480	558.200	571.597	577.884
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	329.353	315.010	301.613	295.326
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	5.000	5.000	5.000	5.000
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	833.833	878.210	878.210	878.210
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	48.492	58.210	58.210	58.210
Mithin Fehlbetrag:	785.341	820.000	820.000	820.000
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	81.785	0	0	0
b) das Land mit	703.556	820.000	820.000	820.000
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	785.341	820.000	820.000	820.000
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
Entgeltgruppe 13	1,00	1,00	1,00	1,00
Entgeltgruppe 10	0,00	1,00	1,00	1,00
Entgeltgruppe 9	1,00	0,00	0,00	0,00
Entgeltgruppe 8	6,80	5,80	5,80	5,80
Entgeltgruppe 5	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	9,80	8,80	8,80	8,80
Insgesamt	9,80	8,80	8,80	8,80

686 71	652	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 45.000	0 0	0 0
883 71	652	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
893 71	652	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	100.000 0	0 0	0 0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 71

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.000.000			2.000.000
2026		2.000.000			2.000.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		4.000.000			4.000.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

894 71	652	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 71			3.120.000	3.170.000	3.320.000
				4.550.000	4.650.000

72 Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben sowie Technologietransfer

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die Regionale Innovationsstrategie (RIS) ist bestimmendes Instrument zur Umsetzung und Begleitung der EU-Strukturfondsperiode 2021 bis 2027. Ziel ist die Verbesserung der Innovationsfähigkeit des Mittelstandes. Zur Herausarbeitung und Identifizierung relevanter Zukunftsthemen in strategisch bedeutsamen Leitmärkten ist es erforderlich, externe Expertise, regionale Akteure und etablierte Arbeitsgremien im Rahmen von Fachsymposien, Konferenzen und Netzwerkveranstaltungen zur Weiterentwicklung der RIS einzubinden.

533 72	165	Dienstleistungen Außenstehender	50.000	50.000	50.000
			8.699	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Fortschreibung/Weiterentwicklung der Regionalen Innovationsstrategie 2021 bis 2027 durch Leitmarktarbeitsgruppen.

683 72	165	Zuschüsse für lfd. Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

686 72	165	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			10.000	0	0

892 72	165	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

893 72	165	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 72	50.000	50.000	50.000
		0	0

79 Maßnahmen zur Förderung des Absatzes und der Außenwirtschaft

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 08 02 Titelgruppe 85.

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Der Außenhandel trägt wesentlich zur Steigerung der Wirtschaftskraft des Landes Sachsen-Anhalt bei. Ein erfolgreicher Markteintritt im Ausland ist in erster Linie das Ergebnis unternehmerischer Initiative und einer guten Vermarktungsstrategie. Ein Eintritt und das dauerhafte Bestehen auf Auslandsmärkten sind aber oft nur mit entsprechender politischer und finanzieller Unterstützung realisierbar. Nach wie vor liegt die Exportquote des Landes deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Aktuelle weltpolitische Ereignisse werden darüber hinaus zu massiven und grundsätzlichen Veränderungen in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der EU als auch Deutschlands führen, die auch die Außenwirtschaftsbeziehungen des Landes nachhaltig beeinflussen werden. Vor diesem Hintergrund erfolgte auch die Erarbeitung einer neuen Außenwirtschaftsstrategie des Landes, um insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) noch zielgerichteter bei der Erschließung ausländischer Märkte zu unterstützen. Nur so sind gerade KMU in der Lage, ihre exportfähigen, innovativen Produkte international zu vermarkten und durch die Verbreiterung ihrer Absatzbasis (Diversifizierung) ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und damit die Wirtschaftskraft des Landes nachhaltig zu verbessern.

533 79 651 Dienstleistungen Außenstehender	150.000	150.000	150.000
	218.720	150.000	150.000

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		150.000			150.000
2026			150.000		150.000
2027				150.000	150.000
2028					
2029 ff.					
Summen		150.000	150.000	150.000	450.000

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU durch Unterstützung der internationalen Markterschließung (Beispiele: Empfang von Wirtschaftsdelegationen, Delegationsreisen ins Ausland, Weiterführung der Auslandsrepräsentanzen in China/Shanghai und Vietnam/Hanoi).

686 79 651 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	110.000	110.000	110.000
	98.653	0	0

Erläuterungen:

Zweckgebundene Finanzierung von internationalen Markterschließungsmaßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen aus Sachsen-Anhalt (insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen), z.B. Delegationsreisen des Landes, Organisation und Durchführung eines jährlichen Außenwirtschaftstages und weiterer Fachveranstaltungen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 79	260.000	260.000	260.000
		150.000	150.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

82 Zuschüsse an die Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF)

Erläuterungen:

Grundlage ist das Gesetz über die Landesanstalt für Altlastenfreistellung (Altlastenanstaltsgesetz - LAFG) vom 25.10.1999 (GVBl. LSA S. 336), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05.01.2024 (GVBl. LSA S. 2). Danach ist die Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF) zuständig für die Entscheidung über Freistellungsanträge nach Art. 1 § 4 Abs. 3 des Umweltschadengesetzes, die Erfüllung bestehender Rechtsverpflichtungen aus zwischen Land und Bund abgeschlossenen Pauschalierungsvereinbarungen über die Abgeltung des Bundesanteils an der Altlastenfreistellung und die Durchführung damit zusammenhängender Maßnahmen aus Mitteln und im Rahmen der Zweckbindung des Sondervermögens "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt". Dies umfasst gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 LAFG auch altlastenbedingte Sanierungen von Böden und Wasserkörpern, die zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie notwendig sind. Hierbei kann es sich auch um Maßnahmen handeln, bei denen kein Bezug zur Freistellung gegeben ist.

Die Zuschüsse aus dieser Titelgruppe an die LAF dienen der Deckung der laufenden Personal- und Sachkosten, um eine qualifizierte und effektive Aufgabenerledigung sicherzustellen. Die eingestellten Mittel sind unabdingbar notwendig zur Absicherung der Leistungsfähigkeit der LAF.

Die Ausgabemittel für Projekte im Rahmen der Altlastensanierung sind nicht im Wirtschaftsplan der Landesanstalt, sondern im Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt" veranschlagt.

Der Wirtschaftsplan der Landesanstalt für Altlastenfreistellung des Landes Sachsen-Anhalt für die Wirtschaftsjahre 2025 und 2026 ist dem Kapitel 0802 als Anlage beigelegt.

522 82	332	Ausgaben für Studien, Gutachten und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0
533 82	332	Dienstleistungen Außenstehender für Gesundheitsmanagement	2.500 2.000	2.500 0	2.500 0
Erläuterungen:					
Maßnahmen im Gesundheitsmanagement. Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dienen.					
682 82	332	Zuschüsse für laufende Zwecke	1.649.000 1.610.500	1.617.500 0	1.654.300 0
891 82	332	Zuschüsse für Investitionen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 82			1.651.500	1.620.000 0	1.656.800 0

83 Zuführungen zum Sondervermögen "Altlastensanierung" Kapitel 5410

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt hat mit der BvS am 23.10.2001 einen sogenannten Generalvertrag abgeschlossen. Die Beteiligung des Bundes an Sanierungsmaßnahmen ökologischer Altlasten in Sachsen-Anhalt wird dementsprechend im Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt" verwaltet. Auf der Grundlage des Gesetzes über das Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt" vom 05.12.2000 (GVBl. LSA S. 669), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 05.01.2024 (GVBl. LSA S. 2, 3), hat das Sondervermögen Anspruch auf die Zuführung von Landesmitteln aus dem Landeshaushalt in Höhe von 21,0 Mio. Euro.

634 83	332	Zuführungen zum Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt"	0 0	0 0	0 0
884 83	332	Zuführungen zum Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt"	21.000.000 21.000.000	21.000.000 0	21.000.000 0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 83	21.000.000	21.000.000	21.000.000
		0	0

85 Förderung der Interregionalen und Entwicklungszusammenarbeit

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 08 02 Titelgruppe 79.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Grundlage der Förderung bilden die strategischen Ziele der Landesregierung für die künftige Europapolitik und die internationale Zusammenarbeit vom 12. Juli 2022 sowie die Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit (EZ) des Landes Sachsen-Anhalt vom 12. März 2019. Darüber hinaus werden mehrjährige Programme des Bundes (u. a. Eine Welt Promotor*innen-Programm) kofinanziert.

Themen sind der Aufbau und die Vertiefung von Kontakten zu europäischen und außereuropäischen Staaten und Regionen, die Förderung bi- und multilateraler Kontakte, die Gestaltung partnerschaftlicher Beziehungen zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und verschiedenen Regionen im Ausland sowie die Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

Bestehende Regionalpartnerschaften des Landes sollen aktiv ressortbezogen begleitet und umgesetzt werden. Darüber hinaus sollen die Kontakte zu den Regionen intensiviert werden, mit denen eine weitere Zusammenarbeit geplant ist.

533 85 023 Dienstleistungen Außenstehender	85.000	85.000	100.000
	80.000	285.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			95.000		95.000
2027			95.000		95.000
2028			95.000		95.000
2029 ff.					
Summen			285.000		285.000

Erläuterungen:

Inanspruchnahme von Dienstleistern für Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Übersetzungen etc. im Zusammenhang mit Projekten und Maßnahmen der Interregionalen und Entwicklungszusammenarbeit (5.000 EUR/Jahr). Außerdem sind bei diesem Titel Ausgaben für das seit Jahren laufende Landesprogramm für ausländische Studierende an Hochschulen/ Universitäten des Landes "Partner von morgen" veranschlagt (80.000 bzw. 95.000 EUR).

685 85 023 Zuschüsse zur Förderung der Interregionalen und Entwicklungszusammenarbeit	215.000	215.000	200.000
	185.076	50.000	60.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 85

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	115.000	169.600			284.600
2026	20.000	169.600	20.000		209.600
2027		160.800	20.000	30.000	210.800
2028			10.000	20.000	30.000
2029 ff.				10.000	10.000
Summen	135.000	500.000	50.000	60.000	745.000

Erläuterungen:

Förderung der Interregionalen Zusammenarbeit (20.000 EUR/Jahr) und Förderung der Entwicklungszusammenarbeit im Inland einschließlich des Eine Welt Promotor*innen-Programms (195.000 bzw. 180.000 EUR).

Die Belastungen aus der VE-Inanspruchnahme 2022 werden im Jahr 2025 teilweise aus Titel 533 85 bedient.

Nachrichtlich: Summe TGr. 85	300.000	300.000	300.000
		335.000	60.000

**86 Beteiligung des Landes an der Ziel-Förderung der EU -
Europäische Territoriale Zusammenarbeit 2021-2027**

Übertragbar

**** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.**
 Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

***** Im Rahmen der Zielsetzung der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit dürfen mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen Mehrausgaben geleistet und zusätzliche Verpflichtungen eingegangen werden.**

Erläuterungen:

Auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 2021/1060 vom 24. Juni 2021 (Allgemeine Verordnung über die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds) und der Verordnung (EU) Nr. 2021/1059 über besondere Bestimmungen für das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln unterstützte Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" (Interreg) erfolgt in der Förderperiode 2021-2027 die Unterstützung von Programmen der "Europäischen Territorialen Zusammenarbeit" (ETZ).

Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit beinhaltet die grenzüberschreitende (Teil A), transnationale (Teil B) und interregionale Zusammenarbeit (Teil C) zur Förderung einer harmonischen ausgewogenen Entwicklung und Gestaltung des europäischen Raumes. Auch in der Förderperiode 2021-2027 kann Sachsen-Anhalt nur an den beiden Ausrichtungen "transnational" und "interregional" teilnehmen. Die Vergabe der EU-Mittel erfolgt im Rahmen von EU-weiten Wettbewerben (sogenannten Calls). Die Erstattung des EU-Anteils erfolgt nachträglich auf der Grundlage der halbjährlichen Berichterstattung und Prüfung.

Die Beteiligungssätze wurden in der Förderperiode 2021-2027 harmonisiert (80% Erstattung der EU-Mittel / 20% Landesmittel).

In der Titelgruppe 86 werden die Kofinanzierungsmittel des Landes in Höhe von 20 % geplant. Die EU-Mittel (80%) sind bei Kapitel 0802 Titelgruppe 88 veranschlagt.

533 86	692	Dienstleistungen Außenstehender	21.000	21.000	21.000
			0	0	0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 86

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		21.000			21.000
2026		21.000			21.000
2027		21.000			21.000
2028					
2029 ff.					
Summen		63.000			63.000

547 86	692	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	2.800	2.800	2.800
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.800			2.800
2026		2.800			2.800
2027		2.800			2.800
2028					
2029 ff.					
Summen		8.400			8.400

Nachrichtlich: Summe TGr. 86	23.800	23.800	23.800
		0	0

**88 EU-Anteil an der Ziel-Förderung der EU - Europäische
Territoriale Zusammenarbeit 2021-2027**

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 08 02 Titel 271 88.
- ** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.
Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.
- *** Im Rahmen der Zielsetzung der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit dürfen mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen Mehrausgaben geleistet und zusätzliche Verpflichtungen eingegangen werden.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 2021/1060 vom 24. Juni 2021 (Allgemeine Verordnung über die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds) und der Verordnung (EU) Nr. 2021/1059 über besondere Bestimmungen für das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln unterstützte Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" (Interreg) erfolgt in der Förderperiode 2021-2027 die Unterstützung von Programmen der "Europäischen Territorialen Zusammenarbeit" (ETZ).

Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit beinhaltet die grenzüberschreitende (Teil A), transnationale (Teil B) und interregionale Zusammenarbeit (Teil C) zur Förderung einer harmonischen ausgewogenen Entwicklung und Gestaltung des europäischen Raumes. Auch in der Förderperiode 2021-2027 kann Sachsen-Anhalt nur an den beiden Ausrichtungen "transnational" und "interregional" teilnehmen. Die Vergabe der EU-Mittel erfolgt im Rahmen von EU-weiten Wettbewerben (sogenannten Calls). Die Erstattung des EU-Anteils erfolgt nachträglich auf der Grundlage der halbjährlichen Berichterstattung und Prüfung.

Die Beteiligungssätze wurden in der Förderperiode 2021-2027 harmonisiert (80% Erstattung der EU-Mittel / 20% Landesmittel).

In der Titelgruppe 88 werden die EU-Mittel in Höhe von 80 % geplant. Der Landesanteil zur Kofinanzierung ist bei Kapitel 0802 Titelgruppe 86 veranschlagt.

533 88	692	Dienstleistungen Außenstehender	84.000	84.000	84.000
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		84.000			84.000
2026		84.000			84.000
2027		84.000			84.000
2028					
2029 ff.					
Summen		252.000			252.000

547 88	692	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	11.200	11.200	11.200
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		11.200			11.200
2026		11.200			11.200
2027		11.200			11.200
2028					
2029 ff.					
Summen		33.600			33.600

Nachrichtlich: Summe TGr. 88	95.200	95.200	95.200
		0	0

92 Landesanteil für Maßnahmen im Rahmen des ESF V
Übertragbar

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Abweichend von § 35 Abs.1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bis zum Jahr 2023 waren in der Titelgruppe Kofinanzierungsmittel des Landes für Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF V) veranschlagt.

683 92	253	Zuschüsse für lfd. Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			26.557	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 92			0	0	0
				0	0

93 Landesanteil für Maßnahmen im Rahmen des EFRE V

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Bis zum Jahr 2023 waren in der Titelgruppe Kofinanzierungsmittel des Landes für Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) veranschlagt.

883 93	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
			13.276	0	0

892 93	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			-280.270	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93			0	0	0
				0	0

98 Landesanteil für Maßnahmen im Rahmen des ESF+

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Landesanteil zur Kofinanzierung der in Kapitel 1322 Titelgruppe 68 veranschlagten Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF+). Die Handlungsfelder sind der im Vorwort zum Epl. 08 vorangestellten Übersicht zur ESF - Strukturfondsförderung 2021 bis 2027 zu entnehmen.

683 98	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	3.000.000	5.666.700	5.666.700
			392.800	3.921.500	2.248.900

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 98

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	512.400	1.866.700			2.379.100
2026	124.000	1.200.000	2.266.700		3.590.700
2027		766.700	1.400.000	1.866.700	4.033.400
2028		383.300	254.800	382.200	1.020.300
2029 ff.					
Summen	636.400	4.216.700	3.921.500	2.248.900	11.023.500

Erläuterungen:

Programm "Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und des Wissenstransfers in Gründungen (ego.-KONZEPT sowie ego.-STARTWISSEN)"

Nachrichtlich: Summe TGr. 98	3.000.000	5.666.700	5.666.700
		3.921.500	2.248.900

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 02 Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	7.641.900	7.853.300	7.713.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.095.200	1.095.200	645.200
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	77.669.100	71.348.200	77.424.200
Gesamteinnahme		86.406.200	80.296.700	85.782.700

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	5.561.500	4.496.500 985.000	2.761.500 800.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	37.137.800	42.109.700 17.941.500	41.432.900 9.778.900
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	158.847.500	148.393.500 174.427.400	183.448.400 157.511.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	2.000	0 0	0 0
Gesamtausgabe		201.548.800	194.999.700	227.642.800
Gesamtsumme der VE			193.353.900	168.090.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-115.142.600	-114.703.000	-141.860.100

Wirtschaftsplan der Landesanstalt für Altlastenfreistellung des Landes Sachsen-Anhalt

Wirtschaftsjahre 2025 und 2026

Anlage zum Kapitel 0802
Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan

B: Finanzplan

Anlage: Stellenplan

A: Erfolgsplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	1. Umsatzerlöse	2.874.889	1.550.000	1.625.500	1.657.300
52	a) verwaltungswirtschaftliche Erträge				
52	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten	16.580	10.000	8.000	3.000
51	c) Zuweisungen und Zuschüsse, Kostenerstattungen sowie Produktabgeltung	1.385.573	1.540.000	1.617.500	1.654.300
	d) Zuschüsse für laufende Zwecke (Gruppe 682)*	1.472.736			
51	e) Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel)				
53	2. Bestandsveränderungen				
53	3. Andere aktivierte Eigenleistungen				
54	4. sonstige Erträge	27.061	20.000	20.000	20.000
545	a) Auflösung des Sonderpostens für Investitionen	26.696			
	Zwischensumme Erträge (1-4):	2.901.950	1.570.000	1.645.500	1.677.300
	5. Materialaufwand	359.087	378.400	375.800	365.900
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit				
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	359.087	378.400	375.800	365.900
	6. Personalaufwand	2.174.485	2.480.000	2.500.000	2.580.000
62+63	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung) davon für Beschäftigte	1.853.669	2.132.800	2.150.000	2.218.800
	davon für Beamte				
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	320.816	347.200	350.000	361.200
	davon für Beschäftigte	264.514	272.200	274.400	283.200
	davon für Beamte				
6411	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen (lt. PZVO u. 30% Regelung)	56.302	75.000	75.600	78.000
66	7. Abschreibungen	26.695	20.000	20.000	20.000
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	8.691	10.000	10.000	10.000
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen				
	c) auf technische Anlagen und Maschinen				
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.004	10.000	10.000	10.000
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch				
	8. sonstige Aufwendungen	336.038	340.400	367.000	365.500
72	a) Sonstige Personalaufwendungen				
73	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten		5.000	5.000	5.000
75	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise und Werbung	27.731	47.500	58.200	46.700
75	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	19.326	3.300	18.300	13.300
79	e) Betriebliche Steuern				
629	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte	288.981	284.600	285.500	300.500

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
71	g) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung				
71	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)				
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	2.896.305	3.218.800	3.262.800	3.331.400
	Betriebsergebnis (1-8):	5.645	-1.648.800	-1.617.300	-1.654.100
55	9. Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge				
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				
77	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
	Finanzergebnis (9-12):	0	0	0	0
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	5.645	-1.648.800	-1.617.300	-1.654.100
58	14. Außerordentliche Erträge				
	14.1 davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt				
78	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen				
75	15.1 Übrige Aufwendungen				
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):	0	0	0	0
79	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag				
79	18. sonstige Steuern	145	200	200	200
	a) Steuern und steuerähnliche Aufwendungen	145	200	200	200
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.500	-1.649.000	-1.617.500	-1.654.300
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)				
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss				
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage - Zuführung zur Gewinnrücklage				
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.				
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist - Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.				
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht				
	26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan		-1.649.000	-1.617.500	-1.654.300
	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen: a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen, b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern.				
	28. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		-1.649.000	-1.617.500	-1.654.300
	Der Wert lt. Ziffer 28 ist gemäß den HTR-LSA auf volle Euro auf- oder abzurunden.				

Erläuterung: Die Aufwandspositionen (mit Ausnahme der Abschreibungen) sind gegenseitig deckungsfähig.

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
02	I. Investitionen				
05	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizen- zen an solchen Rechten und Werten		10.000	3.000	7.000
06	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte				
07	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch				
08	d) Technische Anlagen und Maschinen				
	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	15.708	10.000	12.000	3.000
	Summe: Investitionsvorhaben	15.708	20.000	15.000	10.000
	II. Deckungsmittel				
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investiti- onszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Er- folgsplan hinzugerechnet worden.	15.708	20.000	15.000	10.000
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)				
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagege- genständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)				
	4. Zuschüsse für Investitionen (Gruppe 891)	0			
	Summe: Deckungsmittel	15.708	20.000	15.000	10.000
	Zuführung für Investitionen (I - II)		0	0	0

Erläuterung: Die Ausgabepositionen sind gegenseitig deckungsfähig.

Anlage zum Wirtschaftsplan

Stellenplan

Entgeltgruppe	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Außertariflich (GF, Stellv. GF)	2	2	2	2
E 15 (Projektleiter /Justiziar)	2	4	4	4
E 14 (Projektleiter)	1	1	1	1
E 13 (Technischer Dienst)	6	7	7	7
E 12 (Technischer Dienst)	8	8	8	8
E 11 (Technischer Dienst)	3	2	2	2
E 9 (Verwaltungsdienst)	3	3	3	3
E 6 (Sonstige Dienste)	1	1	1	1
E 5 (Sonstige Dienste)	1	1	1	1
Gesamt:	27	29	29	29

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0811 beträgt zum 31.12.2025 49 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0811 beträgt zum 31.12.2026 49 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Die Errichtung der Landeseichverwaltung mit Sitz in Halle und den Außenstellen in Magdeburg, Dessau und Stendal wurde von der Landesregierung am 12. Februar 1991 beschlossen (MBI. LSA Nr. 4/91, S. 38). Die Außenstelle Stendal ist seit 1. Januar 2012 der Außenstelle Magdeburg als Nebenstelle zugeordnet.

Entsprechend dem Beschluss der Landesregierung vom 21. August 2001 wurde das Landeseichamt Sachsen-Anhalt (LEA) zum 1. Januar 2002 in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO überführt (MBI. LSA Nr. 51/2001, S. 966).

Es arbeitet nach den Grundsätzen der Betriebsordnung des LEA gemäß dem Erlass des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft vom 15. April 2013 (MBI. LSA Nr. 19/2013 vom 10. Juni 2013).

Das LEA wendet bei der kaufmännischen Buchführung u. a. die Rechtsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) entsprechend an. Im Haushaltsplan werden gemäß § 26 LHO bei Kapitel 0811 nur die Zuführungen/Ablieferungen veranschlagt. Einzelheiten ergeben sich aus nachfolgend abgedrucktem Wirtschaftsplan.

Im Erfolgsplan werden die betrieblichen Aufwendungen (Personal- und Sachkosten) und die Erträge aus der Eich-, Prüf- und Kontrolltätigkeit gegenüber gestellt. Im Finanzplan werden der Finanzbedarf für Investitionen und die zur Deckung erforderlichen Mittel dargestellt.

Die Führung des LEA in der Form eines Landesbetriebes nach § 26 LHO ermöglicht eine Steuerung der Geschäftsvorgänge nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien. Ziel ist es, mit angepasster Leistungsstruktur des Landesbetriebes bei der Ausgestaltung interner Betriebsabläufe schnell und unbürokratisch agieren zu können und somit die Leistungserbringung für die Wirtschaft und die Verbraucher zu optimieren.

Dem LEA als Landesbetrieb obliegt die Erfüllung der Aufgaben der nach Landesrecht zuständigen Behörde beim Vollzug der derzeitigen Bestimmungen im gesetzlich geregelten Mess- und Eichwesen, insbesondere

- dem Mess- und Eichgesetz,
 - des Einheiten- und Zeitgesetzes,
 - der Mess- und Eichverordnung,
 - der Mess- und Eichgebührenverordnung,
 - der Fertigpackungsverordnung,
 - dem Waffen- und dem Beschussgesetz
- in der jeweils geltenden Fassung.

Aufgabenbereiche des LEA sind vorrangig:

- Eichung von Messgeräten im gesetzlich geregelten Bereich,
- Prüfung von Messgeräten,
- Anerkennung und Beaufsichtigung von Prüfstellen der Energie- und Wasserversorgung,
- Anerkennung und Beaufsichtigung von Instandsetzerbetrieben,
- Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Zuständigkeiten,
- Überwachung von Fertigpackungen, Maßbehältnissen und Schankgefäßen,
- Überwachung der Verwendung von Messgeräten und Messwerten (Verwenderüberwachung),
- Überwachung der in Verkehr gebrachten Produkte nach dem Mess- und Eichgesetz,
- Überwachung des Inverkehrbringens und der in Verkehr gebrachten Messgeräte nach den Richtlinien 2004/22/EG (ab 20. April 2016: 2014/32/EU) und 2009/23/EG (ab 20. April 2016: 2014/31/EU),
- Vergabe von Ursprungszeichen für unregistrierte Schusswaffen und Führen des Registers (Waffengesetz),
- Durchführung von Konformitätsbewertungen nach den Richtlinien 2004/22/EG (ab 20. April 2016: 2014/32/EU) und 2009/23/EG (ab 20. April 2016: 2014/31/EU) sowie nach dem Mess- und Eichgesetz.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Mit Wirkung vom 3. März 2015 wurden dem LEA weitere Aufgaben auf Basis nachstehender Rechtsgrundlagen übertragen:

- Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG),
- Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG) in den Produktkategorien Kraftfahrzeuge und Reifen im Sinne des § 2 Nr. 1 EnVKG,
- Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV),
- Verordnung (EG) Nr. 1222/2009 über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter.

Das Aufgabenspektrum im Bereich der Marktüberwachung wurde mit

- dem Textilkennzeichnungsgesetz (TextilKennzG), der Textilkennzeichnungsverordnung (EU) Nr. 1007/2011,
- weiteren Aufgaben im Vollzug des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG) erweitert.

Die hieraus resultierenden Aufgabenbereiche des LEA sind vorrangig:

- Überwachung der in Verkehr gebrachten Produkte (Marktüberwachung) nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz,
- Überwachung der Produktkennzeichnung nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz, der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung und der Verordnung (EG) Nr. 1222/2009 über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter,
- Überwachung der in Verkehr gebrachten Textilien oder textil ähnlichen Produkten (Marktüberwachung) nach dem Textilkennzeichnungsgesetz (TextilKennzG); Textilkennzeichnungsverordnung,
- Produktprüfungen bei Nichterfüllung der Anforderungen im eigenen Labor oder mittels Vergabe an externe Prüflabore.

Überwacht werden die Produkte bei der Herstellung, beim Inverkehrbringen, bei der Inbetriebnahme, beim Ausstellen und bei der Bereitstellung im Handel auf Grundlage von Verordnungen der EU-Kommission für die konkreten zu überwachenden Produkte. Adressaten der Marktüberwachung sind Hersteller, Importeure und Händler.

Das LEA erhebt für seine Leistungen Gebühren nach der Mess- und Eichgebührenverordnung sowie Bußgelder gemäß dem Mess- und Eichgesetz i. V. m. dem Ordnungswidrigkeitengesetz und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA).

Die Abrechnung bei Verstößen gegen das Energieverbrauchsrelevante Produkte Gesetz (EVPG), das Textilkennzeichnungsgesetz (TextilKennzG) sowie gegen das Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG) erfolgt nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz i. V. m. der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) nach Zeitaufwand.

Für die im Zusammenhang mit den gesetzlichen Aufgaben stehenden privatrechtlich erbrachten Leistungen werden Entgelte berechnet.

Einnahmen

111 01	611	Eichgebühren, sonstige Entgelte	0 0	0	0
112 01	611	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	0 0	0	0
121 36	611	Gewinne des Landeseichamtes	0 0	0	0

08 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-**
08 11 **Eichverwaltung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

682 36	611	Zuschüsse für lfd. Zwecke an das Landeseichamt	516.500 421.682	999.700 0	892.300 0
891 36	611	Zuschüsse für Investitionen an das Landeseichamt	780.500 340.000	395.000 0	647.500 0

Titelgruppe(n)

89		Planmäßiges Personal der Landesbetriebe nach § 26 LHO			
422 89	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0 0	0 0	0 0
428 89	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 89			0	0 0	0 0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 11 Eichverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben		0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	516.500	999.700	892.300
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	780.500	395.000	647.500
Gesamtausgabe		1.297.000	1.394.700	1.539.800
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.297.000	-1.394.700	-1.539.800

Wirtschaftsplan für Landesbetriebe nach § 26 LHO LSA

Anlage zum Kapitel 08 11
Bezeichnung des Ministeriums

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Landeseichamt
Wirtschaftsjahr 2025/26**

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan
B: Finanzplan
C: Leistungsplan

A: Erfolgsplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	1. Umsatzerlöse	3.871.399	3.572.500	3.430.000	3.445.000
52	a) Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse				
52	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten	3.449.717	3.572.500	3.430.000	3.445.000
51	c) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen				
	d) Zuschüsse für laufende Zwecke (Gruppe 682)	421.682			
51	e) Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel)				
53	2. Bestandsveränderungen				
53	3. Andere aktivierte Eigenleistungen				
54	4. sonstige Erträge	153.619	147.000	393.800	523.300
545	a) Auflösung des Sonderpostens für Investitionen	111.483	132.000	378.800	508.300
	Zwischensumme Erträge (1-4):	4.025.018	3.719.500	3.823.800	3.968.300
	5. Materialaufwand	501.888	693.000	687.200	684.400
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	200.584	304.100	276.400	293.500
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	301.304	388.900	410.800	390.900
62+63	6. Personalaufwand	3.085.549	3.089.700	3.427.700	3.344.200
	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung)	2.487.674	2.425.600	2.614.700	2.548.500
	davon für Beschäftigte	2.263.876	2.214.300	2.334.100	2.262.300
	davon für Beamte	223.798	211.300	280.600	286.200
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	597.875	664.100	813.000	795.700
	davon für Beschäftigte	486.560	553.500	658.300	638.100
	davon für Beamte	711	600	1.000	1.000
6411	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen (lt. PZVO u. 30% Regelung)	110.604	110.000	153.700	156.600
66	7. Abschreibungen	352.823	365.500	397.000	526.500
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	20.204	14.000	18.000	18.000
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen	61.344	61.500	61.500	61.500
	c) auf technische Anlagen und Maschinen	13.153		66.700	93.900
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	258.122	290.000	250.800	353.100
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch				
	8. sonstige Aufwendungen	265.980	321.300	329.800	323.700
72	a) Sonstige Personalaufwendungen	35.992	40.500	50.400	50.000
73	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	112.272	209.000	181.500	171.500
75	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise und Werbung	86.391	62.800	86.300	90.600
75	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	27.369	5.000	7.600	7.600
79	e) Steuern	3.956	4.000	4.000	4.000
629	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte				

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
71	g) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung				
71	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)				
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	4.206.240	4.469.500	4.841.700	4.878.800
	Betriebsergebnis (1-8):	-181.222	-750.000	-1.017.900	-910.500
55	9. Erträge aus Beteiligungen				
56	9.1 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge				
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				
77	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
	Finanzergebnis (9-12):	0	0	0	0
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	-181.222	-750.000	-1.017.900	-910.500
58	14. Außerordentliche Erträge 14.1 davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt				
78	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen				
75	15.1 Übrige Aufwendungen				
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):	0	0	0	0
79	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag				
79	18. sonstige Steuern a) Steuern und steuerähnliche Aufwendungen				
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-181.222	-750.000	-1.017.900	-910.500
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)				
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss				
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage - Zuführung zur Gewinnrücklage				
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.		233.500	18.200	18.200
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist - Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.				
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht				
	26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan				
	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen: a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen, b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern.				
	28. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		-516.500	-999.700	-892.300

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
02	I. Investitionen				
	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizen- zen an solchen Rechten und Werten	41.272			
05	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte				
06	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch				
07	d) Technische Anlagen und Maschinen	26.977	115.000	20.000	50.000
08	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	221.983	665.500	375.000	597.500
	Summe: Investitionsvorhaben	290.232	780.500	395.000	647.500
	II. Deckungsmittel				
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investiti- onszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Er- folgsplan hinzugerechnet worden.				
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)				
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagege- genständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)				
	4. Zuschüsse für Investitionen (Gruppe 891)	290.232,00			
	Summe: Deckungsmittel	290.232,00	0	0	0
	Zuführung für Investitionen (I - II)		780.500	395.000	647.500

C: Leistungsplan

Leistungen für 2025

Bereich / Kostenstelle / Kostenträger	Erlöse - EUR -	Gesamtaufwendungen / -kosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
Fachdezernat	768.411	968.340	-199.929
Eichtechnischer Dienst	1.207.536	1.521.746	-314.210
Außenstelle Magdeburg	878.278	1.106.813	-228.535
Nebenstellen Stendal	219.377	276.461	-57.084
Außenstelle Dessau	768.398	968.340	-199.942
Gesamtsumme	3.842.000	4.841.700	-999.700

Leistungen für 2026

Bereich / Kostenstelle / Kostenträger	Erlöse - EUR -	Gesamtaufwendungen / -kosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
Fachdezernat	797.311	975.760	-178.449
Eichtechnischer Dienst	1.252.953	1.553.407	-280.454
Außenstelle Magdeburg	911.311	1.115.294	-203.983
Nebenstellen Stendal	227.628	278.579	-50.951
Außenstelle Dessau	797.297	975.760	-178.463
Gesamtsumme	3.986.500	4.878.800	-892.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0814 beträgt zum 31.12.2025 113 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0814 beträgt zum 31.12.2026 113 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Mit Beschluss der Landesregierung vom 27. November 2001 wurde zum 1. Januar 2002 das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) durch Verschmelzung der Bergämter Halle und Staßfurt und des Geologischen Landesamtes (GLA) gebildet und der Aufgabenbereich festgelegt.

Das LAGB ist eine obere Landesbehörde im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt.

Das LAGB berät und unterstützt die Landesregierung und deren nachgeordnete Behörden auf den Gebieten der angewandten Geowissenschaften und der Bodenkunde. Hierzu führt das Landesamt geologische, bodenkundliche, geochemische und geophysikalische Untersuchungen durch, soweit hieran ein öffentliches Interesse besteht.

Für alle öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten des Bergbaus in Sachsen-Anhalt, insbesondere in genehmigungs- und aufsichtsrechtlichen Sachen auf Grundlage des Bundesberggesetzes (BBergG), in Fragen der Sicherheit von Bergbaubetrieben und der Vorsorge und Abwendung von Gefahren aus bergbaulichen Tätigkeiten für Mensch und Umwelt ist das LAGB die für Sachsen-Anhalt zuständige Bergbehörde. Als Aufsichtsbehörde für Betriebe, die unter den Geltungsbereich des BBergG fallen, unterhält das LAGB eine Rufbereitschaft für dringende Angelegenheiten der Gefahrenabwehr und für Anzeigen von Umweltgefährdungen.

Mit der Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten im Altbergbau (AltBBZustÜtrV ST) vom 19. Dezember 2007 wurde dem LAGB auch die Zuständigkeit für die Abwehr von Gefahren aus früherer bergbaulicher Tätigkeit in Bereichen stillgelegter bergbaulicher Anlagen, die nicht mehr der Bergaufsicht unterliegen, übertragen. Das LAGB veranlasst in diesem Zusammenhang unter Wahrung des Grundsatzes der Subsidiarität auf Grundlage des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit in stillgelegten Altbergbau-Anlagen des Tiefbaus, für die ein Rechtsnachfolger nicht vorhanden oder nicht feststellbar ist und berät Behörden, Planungsingenieure und Bürger in geotechnisch-bergbaulichen Fragestellungen.

Seit seiner Gründung am 1. Januar 2002 unter Zusammenlegung des GLA mit den Bergämtern Halle und Staßfurt zum LAGB war die Behörde zergliedert. Um die Arbeitsfähigkeit des LAGB dauerhaft sicherstellen zu können und zu bündeln, wurde das LAGB im Oktober 2022 am neuen Standort Fliederwegkaserne in Halle (Saale) zentralisiert. Hierfür hatte das Ministerium der Finanzen am 26. Juli 2017 den Planungsauftrag für die GNUE "Herrichtung Dienstgebäude für LAGB, Abriss und Ersatzneubau Fliederwegkaserne 13 (Haus 2)" erteilt. Am 13. April 2023 wurde der Neubau feierlich übergeben. Darüber hinaus unterhält das LAGB am Standort Halle (Saale) das Landesbohrkernlager, in dem mehr als 150 lfd. km Bohrkerne vorgehalten werden.

Das LAGB erhebt für seine Leistungen nach dem BBergG und anderen gesetzlichen Grundlagen Gebühren und Auslagen nach der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO), wie auch nach dem Geodatenzugangsgesetz (GeoZG), dem Umweltinformationsgesetz (UIG) und dem Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt (IZG LSA).

Einnahmen

111 01	611	Gebühren und sonstige Entgelte	1.000.000 1.129.887	1.000.000	1.000.000

Erläuterungen:

Verwaltungsgebühren und Auslagen insbesondere für Zulassungen, Zustimmungen, Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Beurkundungen, Bescheinigungen u.ä..

112 01	611	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	1.000 3.364	1.000	1.000

Erläuterungen:

Einnahmen aus Bußgeldverfahren

119 32	611	Einnahmen aus dem Verkauf geologischer Karten	1.000 965	800	800

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 32

Erläuterungen:

Entgelte aus dem Verkauf der vom Landesamt für Geologie und Bergwesen erarbeiteten und herausgegebenen geologischen Karten und Publikationen.

119 46	611	Ersatzleistungen	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 14 Titelgruppe 63.

119 51	611	Vermischte Einnahmen	1.000 490	1.000	1.000

Erläuterungen:

Sonstige geringfügige Verwaltungseinnahmen, die nicht anderweitig zugeordnet werden können.

122 01	611	Einnahmen aus Förderabgaben	2.630.000 2.547.031	2.630.000	2.630.000

Erläuterungen:

Vereinnahmung der Förderabgabe nach §§ 31 und 32 Bundesberggesetz (BBergG) i. V. m. der Verordnung über Feldes- und Förderabgaben des Landes Sachsen-Anhalt (FörderAVO) nach Marktwert, Art und Umfang der zu gewinnenden Bodenschätze wie Steinsalz, Sole, Kies, Sand, Naturstein und andere Gesteine.

Der Vereinnahmung der Feldesabgabe nach § 32 BBergG i. V. m. FörderAVO liegen derzeit nur wenige Erlaubnisrechte zugrunde.

124 01	611	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	27.000 0	15.000	15.000

Erläuterungen:

Entgelte aus der Vermietung von Parkplätzen an Landesbedienstete.

331 36	165	Zuweisungen für Investitionen vom Bund im Rahmen des Projekts "WärmeGut"	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 14 Titel 812 36.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen bei Kapitel 08 14 Titel 812 36.

Titelgruppe(n)

61 Fachbehördliche Beratungs- und Untersuchungstätigkeit des LAGB für Dritte

119 61	611	Einnahmen aus Aufträgen für Dritte	0 10.774	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 08 14 Titel 533 61.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0	0

62 Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem Abfallgesetz LSA

111 62	611	Einnahmen aufgrund der Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem Abfallgesetz	110.000 69.180	100.000	100.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 111 62

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 08 14
Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Einnahmen aufgrund der Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem Abfallgesetz.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	110.000	100.000	100.000

**64 Projekt der Bundesanstalt für Geowissenschaften und
Rohstoffe**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 08 14
Titelgruppe 64.

231 64	165	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			117.480		
272 64	165	Sonstige Zuschüsse von der EU	0	0	0
			19.153		

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	611	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.019.000 1.992.536	2.138.300 0	2.103.900 0

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen		2.019.000	2.138.300	2.103.900
2.	Aufwandsentschädigungen		0	0	0
3.	Sonstige Zulagen		0	0	0
4.	Übergangsgelder		0	0	0
Summe			2.019.000	2.138.300	2.103.900

422 41	611	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	0 0	0 0	0 0

422 51	611	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	500 0	0 0	0 0

427 01	611	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

427 02	611	Vergütungen an Praktikantinnen und Praktikanten	11.400 1.211	1.300 0	1.300 0

Erläuterungen:

Vergütungen an Praktikantinnen und Praktikanten, die zur Vermittlung von beruflichen Fertigkeiten, Kenntnissen und Erfahrungen beschäftigt werden. Für das LAGB stellt das Angebot von Praktika aufgrund des Fachkräftemangels eine wichtige Möglichkeit zur praktischen Wissensvermittlung und zukünftigen Fachkräftegewinnung dar. Geplant wird insbesondere die Beschäftigung von Studierenden und Absolventen in bergbaulichen und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen.

427 39	611	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte von Landsbediensteten im Mutterschutz	0 0	0 0	0 0

428 01	611	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.105.700 6.475.020	6.998.200 0	6.622.900 0

Erläuterungen:

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		119.700	127.400	130.500
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		6.986.000	6.870.800	6.492.400
2.	Aufwandsentschädigungen		0	0	0
3.	Sonstige Leistungen		0	0	0
Summe			7.105.700	6.998.200	6.622.900

428 51	611	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	500 0	0 0	0 0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	1.000 283	300 0	300 0
443 03	611	Arbeitsmedizinische, sicherheitstechnische Betreuung und sonstige ärztliche Untersuchungen	17.000 0	0 0	0 0
511 01	611	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	92.300 95.923	107.200 0	98.200 0
Erläuterungen:					
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Geschäftsbedarf	64.800	71.500	73.500
		2. Kommunikation	20.500	17.200	17.200
		3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.000	6.000	6.000
		4. Sonstiges	1.000	12.500	1.500
		Summe	92.300	107.200	98.200
511 02	611	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände für Fachaufgaben	75.000 68.449	88.000 0	68.700 0
Erläuterungen:					
Erwerb von Geräten, Ersatzteilen u.ä. für Fachaufgaben sowie Wartung und Prüfung unterschiedlicher Geräte nach bestehenden Rechtsvorschriften (z.B. Jahreskalibrierung der Bohrmesstechnik).					
514 01	611	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	71.900 56.701	71.500 0	71.500 0
Erläuterungen:					
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Haltung von Fahrzeugen	50.700	50.300	50.300
		2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	7.000	7.000	7.000
		3. Verbrauchsmittel	14.200	14.200	14.200
		4. Sonstiges	0	0	0
		Summe	71.900	71.500	71.500
Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (einschließlich Leasingfahrzeuge)					
			Ist 01.01.2023	Soll 2024	Soll 2025
		Nutzfahrzeuge	1	1	1
		PKW	8	9	9
		PKW-Anhänger	1	1	1
		Zusammen	10	11	11
517 01	611	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	107.900 208.007	99.800 0	101.900 0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	5.000	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	1.500	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	72.000	72.700	74.800
4.	Bewachung	8.600	8.600	8.600
5.	Sonstiges	20.800	18.500	18.500
	Summe	107.900	99.800	101.900

517 30	611	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	378.900	0	0
			436.197	0	0

Erläuterungen:

Aufgrund des Wegfalls des Mieter-/Vermieter- (BLSA) Modells werden ab dem Haushaltsjahr 2025 keine Ausgaben mehr veranschlagt.

518 01	611	Mieten und Pachten	23.400	23.400	23.400
			451.798	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	4.400	4.400	4.400
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	19.000	19.000	19.000
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	23.400	23.400	23.400

Die Position 1 setzt sich aus der Miete für die Seismikstationen Neuenburg, Muldenstein und Landsberg zusammen.

518 13	611	Miete oder private Vorfinanzierung (z.B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	110.100	114.900	114.900
			80.466	0	0

Erläuterungen:

Leasingraten für Dienstfahrzeuge

Bestand an Leasingfahrzeugen		Ist 01.01.2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.	Nutzfahrzeuge	0	1	1	1
2.	PKW	9	9	9	9
	Zusammen	9	10	10	10

518 30	611	Mietzahlungen an BLSA	648.300	0	0
			181.284	0	0

Erläuterungen:

Aufgrund des Wegfalls des Mieter-/Vermieter- (BLSA) Modells werden ab dem Haushaltsjahr 2025 keine Ausgaben mehr veranschlagt.

522 01	611	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	110.000	80.000	80.000
			3.570	0	0

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachterleistungen i.R.d. Untertage-, Bohrloch-, und Speicherbergbaus	60.000	30.000	30.000
2.	Finanzwirtschaftliche/steuerliche Gutachten und Studien unter Einschluss der rechtlichen Querbezüge	40.000	40.000	40.000
3.	Kleinere umwelttoxikologische Gutachten	10.000	10.000	10.000
	Summe	110.000	80.000	80.000

525 01	611	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	30.000	60.000	60.000
			27.330	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Aus- und Fortbildung von Bediensteten einschließlich Sprachausbildung, Ausbildungsbeihilfen für die Teilnahme an Fortbildungskursen und -lehrgängen sowie Ausgaben für Reisen und Honorare für Lehrkräfte.

526 01	611	Gerichts- und ähnliche Kosten	160.000	130.000	130.000
			2.082	0	0

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Die Ausgaben für externe juristische Begleitung und Beratung wurden bis zum Haushaltsjahr 2023 bei dem Titel 526 02 veranschlagt.

526 02	611	Sachverständige	49.000	32.000	47.000
			33.995	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Sachverständige nach § 29b BImSchG / § 16 12. BImSchV	24.000	12.000	12.000
2.	Verifizierung rechtswidriger Abfalleinbringung	25.000	5.000	5.000
3.	Wirtschaftsprüfungen i.R.d. Erhebung der Förderabgabe	0	15.000	30.000
	Summe	49.000	32.000	47.000

527 01	611	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	30.000	40.000	40.000
			29.236	0	0

Erläuterungen:

Reisekostenvergütung an Mitarbeiter/-innen des LAGB aufgrund durchgeführter Dienstreisen.

527 03	611	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	3.000	3.000	3.000
			2.624	0	0

529 01	611	Verfügungsmittel des Präsidenten/der Präsidentin	500	500	500
			397	0	0

Erläuterungen:

Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen für den Präsidenten/die Präsidentin.

531 01	611	Veröffentlichungen	17.000	17.000	32.000
			11.823	0	0

08 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-**
08 14 **Landesamt für Geologie und Bergwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	0	0	0
2.	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	15.000	15.000	30.000
4.	Sonstige Veröffentlichungen	2.000	2.000	2.000
	Summe	17.000	17.000	32.000

532 01	611	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	4.600	5.000	5.000
			1.440	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für das Layout und den Druck von Flyern, Broschüren, Postern, für Fotoarbeiten und die Teilnahme an Veranstaltungen und Messen.

533 01	611	Dienstleistungen Außenstehender	850.000	756.700	751.500
			269.305	750.000	0

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026		500.000	250.000		750.000
2027		500.000	250.000		750.000
2028			250.000		250.000
2029 ff.					
Summen		1.500.000	750.000		2.250.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 in EUR	2026 in EUR
1.	Fortschreibung der geowissenschaftlichen Datenbasis, Strukturanpassung und der Methodenentwicklung	10.000	10.000	10.000
2.	Bestandserweiterung und -pflege im Geoarchiv	10.000	10.000	10.000
3.	Paläontologische und sedimentologische Untersuchungen	35.000	35.000	35.000
4.	Spezielle mineralogische und petrographische Untersuchungen	30.000	30.000	30.000
5.	Laufende Datenerfassung seismologischer Stationen	6.000	6.000	6.000
6.	Fortschreibung der Datenerfassung für das FIS Geophysik	20.000	20.000	20.000
7.	Wiederbeprobung Bodendauerbeobachtungsflächen	15.000	10.000	10.000
8.	Kartierbegleitende Untersuchungen für geologische und bodenkundliche Landesaufnahme	45.000	60.000	60.000
9.	Geochronologie	40.000	30.000	30.000
10.	Überwachung geogener Oberflächenbewegungen/ geogenes Risikopotential	45.000	19.000	17.500
11.	Weiterführung des FIS Ingenieurgeologie	25.000	29.000	19.000
12.	Weiterführung des FIS Rohstoffgeologie	20.000	9.000	9.000
13.	Analytik zur Rohstoffcharakterisierung, -bewertung und -sicherung	35.000	20.000	20.000
14.	Weiterführung des FIS Hydrogeologie und Umsetzung der EU-WRRL	35.000	34.000	19.000
15.	Sicherung und öffentliche Bereitstellung von Fachdaten (Datenbereitstellung nach GeoIDG, StandAG, UIG, GeoZG, IZG LSA und INSPIRE-Richtlinie)	5.000	5.000	5.000
16.	Sicherung und öffentliche Bereitstellung von Bewertungsdaten (Datenbereitstellung nach GeoIDG, StandAG, UIG, GeoZG, IZG LSA und INSPIRE-Richtlinie)	10.000	10.000	10.000
17.	Fortführung des Fachkatasters für geotechnische Kennwerte des Steine-, Erden- und Braunkohlebergbaus, einschließlich des Sanierungsbergbaus	30.000	25.000	20.000
18.	Interamt	4.000	4.000	4.000
19.	Verwaltungsvereinbarung BoreholmML2INSPIRE	3.700	3.700	3.700
20.	Transport von Gesteinsproben und Bohrkernen	10.000	10.000	10.000
21.	Aktive Tektonik	40.000	40.000	40.000
22.	Fernerkundung	40.000	30.000	30.000
23.	Harmonisierung Makroseismik Deutschland	3.000	3.000	3.000
24.	Vorbereitung und Durchführung von Erörterungsterminen i.R.v. PFV	5.000	0	0
25.	Geophysikalische Messungen	25.000	25.000	25.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

26.	Weiterentwicklung digitaler geologischer und bodenkundlicher Daten und Karten	25.000	45.000	45.000
27.	Aufbau des "Geowissenschaftlichen Archiv-System Sachsen-Anhalt" (GAS.ST) zur Langzeitsicherung und öffentlichen Bereitstellung bisher verschriftlichter Information der geowissenschaftlichen Archive (Bohr-, Montan-/Berichts- und Kartenarchiv) in digitaler Form gem. GeoIDG. Hierzu bisher auch die Erl.-Pos. 1, 2, 15 u. 16.	278.300	234.000	260.300
Zusammen		850.000	756.700	751.500

536 01	611	Verfahrensauslagen bei Verwaltungsbehörden	2.000 2.102	2.000 0	2.000 0

Erläuterungen:

Kosten für Amtshandlungen/Genehmigungen anderer Behörden im Zusammenhang mit Planfeststellungsverfahren und anderer Verfahren.

537 01	611	Kosten für Behördenumzüge, Verlegungen	2.000 9.641	2.000 0	2.000 0

542 01	611	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt erfolgt zentral aus diesem Titel.

546 59	611	Vermischte Verwaltungsausgaben	500 48	500 0	500 0

Erläuterungen:

Kleinausgaben, die wegen ihrer Geringfügigkeit nicht gesondert veranschlagt werden dürfen und den bestehenden Titeln nicht zuzuordnen sind.

681 01	611	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 2.656	0 0	0 0

Erläuterungen:

Kosten für Schadenersatz und ähnliche Leistungen im Landesamt für Geologie und Bergwesen.

685 01	611	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	800 760	800 0	2.600 0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Deutsche Geologische Gesellschaft (DGGV e.V.)	175	175	175
2.	Berufsverband Deutscher Geologen, Geophysiker und Mineralogen (BDG e.V.)	200	200	200
3.	Gesellschaft für Bergbau, Metallurgie, Rohstoff- und Umwelttechnik (GDMB e.V.)	250	250	250
4.	Deutsche Quartärvereinigung (DEUQUA e.V.)	65	65	65
5.	Fachsektion Hydrogeologie in der DGGV (FH-DGGV e.V.)	70	70	70
6.	RING-TEAM	0	0	1.785
	Summe	760	760	2.545

812 15	611	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	13.900 0	13.900 0	13.900 0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 08 14 Titel 812 35.

Erläuterungen:

Ersatz von Dienstzimmerausstattungen zur Erfüllung bzw. Einhaltung der Bestimmungen und Vorschriften über Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit (Ersatzbeschaffung).

812 35	611	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	25.000 112.535	50.000 0	25.000 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 08 14 Titel 812 15.

Erläuterungen:

Beschaffung XRF-Handspektrometer zur Bestimmung des Elementgehalts, Ersatzbeschaffung GPS-Messtechnik mit Kartenanzeige zur Erfassung von Tagesbrüchen und Beschaffung eines Gasmessgerätes zur Messung von etwaigen Methanimmissionen an der Gasinfrastruktur

812 36	165	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben im Rahmen des Projekts "WärmeGut"	0 0	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-einnahmen bei Kapitel 08 14 Titel 331 36.

Erläuterungen:

Neubeschaffung eines Wärmeleitfähigkeitsmessgerätes. Der Erwerb erfolgt im Rahmen des Projektes "WärmeGut - Flankierung des Erdwärmepumpen-Rollouts für die Wärmewende durch eine bundesweite, einheitliche Bereitstellung von Geoinformationen zur oberflächennahen Geothermie in Deutschland". Die Finanzierung erfolgt vollständig aus Bundesmitteln.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	341.500 339.001	466.900 0	518.100 0

981 01	891	Verrechnung zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	500 50	500 0	500 0

Erläuterungen:

Gebühren für Leistungen/Nutzung von Daten der Vermessungs- und Katasterverwaltung gemäß Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen. Abführung an Kapitel 1406 Titel 381 01.

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Fachbehördliche Beratungs- und Untersuchungstätigkeit des LAGB für Dritte

533 61	011	Dienstleistungen Außenstehender	0 9.644	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Steinnahmen bei Kapitel 08 14 Titel 119 61.

Erläuterungen:

Ausgaben, die bei der Ausführung besonderer fachbehördlicher Beratungs- und Untersuchungstätigkeiten des LAGB für Dritte anfallen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
				0	0

62 Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem Abfallgesetz LSA

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 08 14 Titel 111 62.

Erläuterungen:

Das LAGB - Bereich Bergwesen - ist gemäß § 32 Abs. 3 des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zuständige Behörde für den Vollzug des Abfallrechts, wenn Abfälle in einer untertägigen, der Bergaufsicht unterstehenden Anlage entsorgt werden. Damit verbunden ist die Durchführung von Genehmigungsverfahren nach den Vorschriften der Nachweisverordnung und der EG-Abfallverbringungsverordnung sowie die Wahrnehmung der abfallrechtlichen Aufsicht.

533 62	611	Dienstleistungen Außenstehender	1.000 0	1.000 0	1.000 0

Erläuterungen:

Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter, die im Rahmen von Genehmigungsverfahren erforderlich sind.

547 62	611	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500 270	500 0	500 0

Erläuterungen:

Im Abfallnachweissystem nach der Nachweisverordnung (Fachverfahren Asys) wird ein elektronisches Verfahren geführt. Dafür sind Signaturkarten und entsprechende Kartenlesegeräte für eine elektronische Signatur des Sachbearbeiters/der Sachbearbeiterin notwendig. In diesem Zusammenhang entstehen Kosten für den Austausch der Signaturkarten.

981 62	611	Verrechnung zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	2.300 854	2.300 0	2.300 0

Erläuterungen:

Kosten-/Gebührenanteile zur Refinanzierung der Zentralen Koordinierungsstelle Abfall (ZKS-Abfall). Abführung an Kapitel 1917 Titel 381 65.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			3.800	3.800	3.800
				0	0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

63 Maßnahmen zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit in stillgelegten Bergbaubetrieben ohne Rechtsnachfolger und der Bergaufsicht

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 08 14 Titel 119 46.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig bis zur Höhe der Planansätze mit Kapitel 0802 Titelgruppe 61.

521 63	632	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	40.000	40.000	40.000
			14.410	0	0

Erläuterungen:

Kontrolle, Begutachtung, Überwachung und kleinere Gefahrenabwehrmaßnahmen in stillgelegten Bergbaubetrieben.

522 63	632	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	110.000	85.000	55.000
			59.085	0	0

Erläuterungen:

		2024 in EUR	2025 in EUR	2026 in EUR
1.	Fachliche Gutachterleistung zum Verfahren ABP Tagebau Nachterstedt/Schadeleben und TRL Königsau	30.000	30.000	30.000
2.	Fachliche Gutachterleistung zum Verfahren ABP Tagebau Wulfersdorf	30.000	30.000	0
3.	Fachliche Gutachterleistung bei Gefahreneintritt	50.000	25.000	25.000
Zusammen		110.000	85.000	55.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 63

zu 1.

Geotechnische Fachbegleitung des LAGB bei der Prüfung von Antragsunterlagen zur Sicherung des Tagebaues Nachterstedt inkl. Standsicherheitsuntersuchungen unter Berücksichtigung einer touristischen Zwischennutzung des Concordiassees.

Inhaltsbeschreibung:

Sichtung und geotechnische Prüfung von Antragsunterlagen, Ausführungsplanungen, Monitoring- und Qualitätssicherungsergebnissen im Zuge von geotechnischen Spezialbauverfahren. Durchführung von geotechnischen Berechnungen mit im LAGB nicht verfügbarer Spezialsoftware anhand neu gewonnener Erkundungsdaten und Ergebnisse zum baubegleitenden hydraulischen und geotechnischen Monitoring. Fachtechnische Auswertung des Sanierungserfolges infolge der in verschiedenen Böschungsbereichen durchgeführten Sprengverdichtung. Fachtechnische Begleitung des LAGB im Rahmen der Bergaufsicht bei Befahrungen und Teilnahme an Fachgesprächen mit der Antragstellerin.

Zielstellung:

Fachliche Unterstützung und Bewertung i.R.d. Prüfung der Genehmigungsanträge auf Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen gemäß §55 BBergG - insbesondere zu dynamischen Verdichtungsverfahren zur Herstellung standsicherer Endböschungen, der Funktionssicherheit der Bauwerke und der Standsicherheit der Böschungen unter besonderer Berücksichtigung der Verflüssigungsproblematik der Kippenmaterialien zur Gewährleistung der Betriebssicherheit und öffentlichen Sicherheit bei steigendem Grundwasser- und Seewasserspiegel sowie komplizierter unerwarteter und veränderten Baugrundverhältnissen im Zuge der Sanierungsarbeiten gegenüber den Planungsgrundlagen.

Laufzeit:

Es wird von einer Laufzeit von ca. 5 bis 7 Monaten ausgegangen.

zu 2.

Geotechnische Fachbegleitung des LAGB bei der Prüfung von Antragsunterlagen zu laufenden bzw. noch zu realisierenden Sanierungsmaßnahmen mit Spezialbauverfahren und Sondertechnologie im Tagebau Wulfersdorf.

Inhaltsbeschreibung:

Plausibilitätsprüfung der Antragsunterlagen und zugehöriger Berichterstattungen der LMBV hinsichtlich geotechnischer Belange sowie in Einzelfällen Durchführung von geotechnischen Vergleichsberechnungen zu Standsicherheitsnachweisen, geotechnische Bewertung vorliegender und noch vorzulegender Erkundungsergebnisse hinsichtlich Betriebs- und öffentliche Sicherheit, Bewertung von Standsicherheitsnachweisen und -einschätzungen für Zwischen- und Endzustände inkl. der Böschungssysteme außerhalb der gesicherten Bereiche unter Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen im Tagebau Wulfersdorf mit Seewasserspiegel- und Grundwasserwiederanstieg, Maßnahmen zum hydraulischen und geotechnischen Monitoring.

Zielstellung:

Erfassung, Darstellung und fachtechnische, betriebsplanbezogene Bewertung von lfd. Bergbausanierungsmaßnahmen im Tagebau Wulfersdorf, hier insbesondere die bisherigen und geplanten Maßnahmen des Abschlussbetriebsplanes (ABP) Tagebau Wulfersdorf (Vergleich zur Planung/bergrechtlichen Genehmigung; Soll-Ist-Vergleich der Ausführungsplanung mit dem Bauablauf und der Bauausführung, geotechnische Untersuchungen und Standsicherheitsberechnungen usw.).

Laufzeit:

Es wird von einer Laufzeit von ca. 5 bis 7 Monaten ausgegangen.

533 63	632	Dienstleistungen Außenstehender	494.200	708.400	730.000
			193.688	680.000	330.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		52.400			52.400
2026		8.000	350.000		358.000
2027			330.000	330.000	660.000
2028					
2029 ff.					
Summen		60.400	680.000	330.000	1.070.400

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 63

Erläuterungen:

			2024 in EUR	2025 in EUR	2026 in EUR
1.	Geotechnisch- bergschadenkundliche Bewertung von Altbergbaugebieten		30.000	30.000	30.000
2.	Geophysik und Senkungsmessung (Vermessungsleistung)				
2.1.	Bergsenkungsgebiet Staßfurt		0	56.000	0
2.2.	Gruben/Kali- und Steinsalzgruben		37.000	50.000	30.000
2.3.	Unterwasservermessungen in Restlöchern mittels Sonar		75.000	75.000	75.000
3.	Restaurierung des historischen Risswerkes		20.000	20.000	20.000
4.	Datenerfassung für die Vervollständigung der Informationssysteme Kali- und Steinsalzbergbau sowie Erz- und Spatbergbau (ISA-KS und ISA-ES)		20.000	20.000	20.000
5.	Probenahme und Untersuchung von Verfüllmaterialien in Tagebauen bzw. Bergbaubetrieben		80.000	80.000	80.000
6.	Ingenieurleistungen zur Sicherung und Verwahrung				
6.1.	Sicherung und Verwahrung von kleineren/mittleren Tagesbrüchen, allg. Planungsleistungen für die Sicherung und Verwahrung von Stollen und anderen Altbergbauobjekten		125.000	125.000	125.000
6.2.	Sicherung und Verwahrung Hagentalstollen bei Gernrode		92.200	52.400	50.000
6.3.	Sicherung und Verwahrung Schwefelstollen Alexisbad		0	200.000	300.000
7.	Digitale Aktenhaltung Altunterlagen Bergbau		15.000	0	0
Zusammen			494.200	708.400	730.000
681 63	632	Schadensersatzleistungen	0	0	0
			0	0	0
893 63	632	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	3.367.000	3.720.000	4.045.000
			6.634.540	1.250.000	4.978.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	997.500	1.166.000			2.163.500
2026	236.000	707.000	625.000		1.568.000
2027			625.000	3.584.000	4.209.000
2028				461.500	461.500
2029 ff.				933.000	933.000
Summen	1.233.500	1.873.000	1.250.000	4.978.500	9.335.000

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 63

Erläuterungen:

Sicherungs- und Verwahrungsmaßnahmen zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit in stillgelegten Bergbaugebieten ohne Rechtsnachfolger und der Bergaufsicht. Hierbei handelt es sich insbesondere um Arbeiten zur Abwehr von Gefahren aus Tagesbrüchen, Rutschungen sowie Bauschäden infolge Altbergbaus.

Insbesondere folgende Maßnahmen sind geplant:

		2024 in EUR	2025 in EUR	2026 in EUR
1.	Gefahrenabwehrmaßnahmen in den Tontagebauen Möckern und Vehlitz (Sicherungs-/ Nachsorgemaßnahmen)	1.960.000	1.370.000	470.000
2.	Sicherung und Verwahrung Hagentalstollen bei Gernrode	1.257.000	1.100.000	625.000
3.	Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei Schadensereignissen (Tagesbrüche) und Maßnahmen zur präventiven Gefahrenabwehr	150.000	150.000	150.000
4.	Weitere Sicherungsmaßnahmen an Stollen und anderen Altbergbauobjekten			
4.1	Wasserlösestellen im Froschmühlenstollen und Heinitzstollen		250.000	300.000
4.2	Kalischächte Friedenshall II, ASL VII und Leopoldshall III		350.000	2.500.000
4.3	ehem. Werkstein-/ Kupferschiefertiefbau Hettstedt, Katzensteg/Gerbstedter Straße		500.000	
Zusammen		3.367.000	3.720.000	4.045.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	4.011.200	4.553.400	4.870.000
		1.930.000	5.308.500

64 Projekt der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Übertragbar

- * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 08 14 Titelgruppe 64.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Personal- und Sachkosten für ein Projekt der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Projektinhalt ist eine systematische Erkundung des unterirdischen Raumes hinsichtlich der verschiedenen Möglichkeiten zur Errichtung von Energiespeichern (z.B. in Salzkavernen oder Porenspeichern). Es soll ein digitales, grenzüberschreitend abgestimmtes strukturgeologisches 3D-Modell des norddeutschen Beckens erarbeitet werden, das die Analyse und Bewertung verschiedener Nutzungsoptionen erlauben wird. Das Projekt wird in Zusammenarbeit der Staatlichen Geologischen Dienste (SGD) von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt unter Federführung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) durchgeführt.

Die Finanzierung erfolgt vollständig durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Ab Ende 2019 bzw. Anfang 2020 beteiligt sich die EU außerdem mit einer Teilfinanzierung.

Das Projekt verläuft in zwei Phasen. Mit Abschluss der ersten Phase zum 31.12.2021 (TUNB) wurden nun unterschiedliche, parameterabhängige Konzepte für die Erstellung und Harmonisierung von Modellen entwickelt. Mit dem Beginn der zweiten Phase am 01.01.2022 gilt es diese unter dem Projekt TUNB-Velo 2.0 (Laufzeit bis 30.06.2025) in ein allgemeingültiges Konzept unter Berücksichtigung geologischer und geophysikalischer Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung, Erstellung von Volumenmodellen und deren Parametrisierung zu überführen.

427 64 165 Beschäftigungsentgelte für Projektpersonal	0	0	0
	74.162	0	0

08 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-**
08 14 **Landesamt für Geologie und Bergwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
547 64	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 17.372	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0 0	0 0

08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten -Wirtschaft und Tourismus-
08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.770.000	3.747.800	3.747.800
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		0	0
Gesamteinnahme		3.770.000	3.747.800	3.747.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	9.155.100	9.138.100	8.728.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.412.100	2.468.400	2.458.600
			1.430.000	330.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	800	800	2.600
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.405.900	3.783.900	4.083.900
			1.250.000	4.978.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	344.300	469.700	520.900
			0	0
Gesamtausgabe		16.318.200	15.860.900	15.794.400
Gesamtsumme der VE			2.680.000	5.308.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-12.548.200	-12.113.100	-12.046.600

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 08 01 Ministerium (Stellenplan)
Kapitel 08 11 Eichverwaltung (Stellenplan)
Kapitel 08 14 Landesamt für Geologie und Bergwesen (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026
Stellenübersicht TGr. 89 2025
Stellenübersicht TGr. 89 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

FESTE GEHÄLTER*Bes. Gruppe*

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
B9	Staatssekretär/-in	2	2	2
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	4	3	3
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	1	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	19	19	19

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes. Gruppe*

A16	Ministerialrat/-rätin	13	13	13
A15	Berg-, Regierungsdirektor/-in	27	24	24
A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Forstdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Veterinärdirektor/-in	27	27	27
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberrat/-rätin, Forstoberrat/-rätin, Vermessungsoberrat/-rätin, Veterinäroberrat/-rätin	17	17	17
A14	Oberregierungsrat/-rätin	8	8	8
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	19	19	19
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin, Forstrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin	20	20	20
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsamtsrat/-rätin, Forstamtsrat/-rätin, Vermessungsamtsrat/-rätin	29	29	29
A12	Bau-, Regierungsamtsrat/-rätin	16	15	15
A12	Regierungs-, Bibliotheksamtsrat/-rätin	1	1	1
A11	Regierungs-, Bauamtmann/-frau	3	2	2
A11	Regierungsamtmann/-frau, Landwirtschaftsamtmann/-frau, Forstamtmann/-frau, Vermessungsamtmann/-frau	5	5	5
A10	Berg-, Regierungsoberinspektor/-in	0	0	0
A10	Regierungsoberinspektor/-in, Landwirtschaftsoberinspektor/-in	0	0	0
A10	Regierungsoberinspektor/-in, Bibliotheksoberspektor/-in	0	0	0
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	3	3	3
Summe :		216	210	210

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		1	1	1

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A13 L2.2 Sonstiges (aus HH 2014)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	B5		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziele
2	A15		3										-3	Anpassung VzÄ-Ziele
3	A12		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziele
4	A11		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziele
Ohne TG 96			6										-6	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

422 41

Bes.Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
A13 L2.2	Forstreferendar/-in	7	9	12
A13 L2.2	Landwirtschaftsreferendar/-in	5	5	5
A10	Landwirtschaftsoberinspektorenanwärter/-in	8	11	16
A9 L2.1	Forstinspektorenanwärter/-in	24	26	31
Summe :		44	51	64

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A13 L2.2	2											+2	Erhöhung der Ausbildungszahlen
2	A10	3											+3	Erhöhung der Ausbildungszahlen
3	A9 L2.1	2											+2	Erhöhung der Ausbildungszahlen
Ohne TG 96		7											+7	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
4	A13 L2.2	3											+3	Erhöhung der Ausbildungszahlen
5	A10	5											+5	Erhöhung der Ausbildungszahlen
6	A9 L2.1	5											+5	Erhöhung der Ausbildungszahlen
Ohne TG 96		13											+13	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

427 03

EntgeltGruppe

E 14 Fachärzte / Fachtierärzte in Weiterbildung

Stellenanzahl
2024 2025 2026

1 1 1
Summe : 1 1 1

428 01

EntgeltGruppe

AT A 16 Verwaltungsdienst

AT B 5 Verwaltungsdienst

AT B 2 Verwaltungsdienst

E 15 Ü at Verwaltungsdienst

E 15 Ü Verwaltungsdienst

E 15 Verwaltungsdienst

E 14 Verwaltungsdienst

E 13 Verwaltungsdienst

E 12 Verwaltungsdienst

E 12 Verwaltungsdienst/Technischer Dienst

E 11 IT-Dienst

Stellenanzahl
2024 2025 2026

5 5 5
1 1 1
2 2 2
0 0 0
2 2 2
21 20 20
23 23 23
6 5 5
27 26 26
9 9 9
2 2 2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 11	Verwaltungsdienst	9	9	9
E 10	Verwaltungsdienst	7 ¹⁾	7 ¹⁾	7 ¹⁾
E 10	Techn. Verw./Landw. Dienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst, Landwirtschaftlicher Verwaltungsdienst	3	2	2
E 9a	Verwaltungsdienst	7	7	7
E 8	Verwaltungsdienst	8	8	8
E 6	Verwaltungsdienst	13 ²⁾	10 ²⁾	10 ²⁾
E 5	Verwaltungsdienst	1	0	0
E 4	Kraftfahrdienst	6	6	6
Summe :		153	145	145

- 1) Die Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkraft der/des Staatssekretärin/ Staatssekretärs erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2) Die Vorzimmerkräfte der/des Abteilungsleiterin/ Abteilungsleiters erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.

Stellen künftig umzuwandeln:

- 1 Stelle AT A 16 in A16 (aus HH 2022)
- 1 Stelle AT B 2 in B2 (aus HH 2019)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 15		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziele
2	E 13		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziele
3	E 12		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziele
4	E 11		1										0	Anpassung VzÄ-Ziele
5								1						Aufgabenveränderung
6	E 9b								1				-1	Aufgabenveränderung
7	E 6		3										-3	Anpassung VzÄ-Ziele
8	E 5		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziele
Ohne TG 96			8					1	1				-8	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 89	(89)			
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B2	Direktor oder Direktorin des Landeseichamtes	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A14	Eichober-, Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Eich-, Regierungsrat/-rätin	1	1	1
A10	Regierungsoberinspektor/-in	1	1	1
Summe :		4	4	4

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 89	(89)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	1	1	1
E 12	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	1	1	1
E 11	Technischer Dienst	6	6	6
E 10	Technischer Dienst	12 ¹⁾	12 ¹⁾	12 ¹⁾
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	9	9	9
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	0	2	2
E 8	Technischer Dienst	18	16	16
Summe :		48	48	48

1) 1 Stelleninhaber erhält eine befristete außertarifliche Zulage auf der Grundlage des Schnellbriefs des Ministeriums der Finanzen vom 17.10.2019, Az. 1412-3085/6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Um- setzungen		Umwand- lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe- nen- nun- gen	Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9a							2					+2	Bedarfsanpassung/Aufgabenzuwachs
2	E 8								2				-2	Bedarfsanpassung/Aufgabenzuwachs
Ohne TG 96								2	2				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B3	Präsident/-in des Landesamtes für Geologie und Bergwesen	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende/r Berg-, Geologie-, Regierungsdirektor/-in	2	2	2
A15	Berg-, Bergvermessungsdirektor/-in	5	5	5
A15	Regierungsdirektor/-in	3	3	3
A14	Berg-, Geologie-, Bergvermessungsoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin, Technischer Oberrat/-rätin	10	10	10
A13 L2.2	Berg-, Bergvermessungs-, Geologie-, Regierungsrat/-rätin	24	24	24
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Berg-, Vermessungs-, Regierungsoberamtsrat/-rätin, Technische/r Oberamtsrat/-rätin	5	5	5
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Technische/r Amtsrat/-rätin	13	13	13
A11	Vermessungs-, Regierungsamtmann/-frau, Technische/r Amtmann/-frau	14	14	14
A10	Regierungsoberinspektor/-in, Technische/r Oberinspektor/-in	4	4	4
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	1 1)	1 1)	1 1)
Summe :		83	83	83

1) mit Amtszulage gem. Fußnote 1) zur Bes.Gruppe A 9 LBesO

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle A9 L1.2 in A9 L2.1 nach Ausscheiden des Stelleninhabers (aus HH 2022)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 41				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A13 L2.2	Berg-, Bergvermessungsreferendar/-in	1	1	1
Summe :		1	1	1

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 15 Ü at	Verwaltungsdienst	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 15	Wiss. Dienst/ Verw. Dienst/ Techn. Dienst	4	4	4
E 14	Wiss. Dienst/ Verw. Dienst/ Techn. Dienst	8	8	8
E 13	Wiss. Dienst/Verw. Dienst/Techn. Dienst	16	16	16
E 12	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	10	10	10
E 11	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	11	8	8
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	2	0	0
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	2	0	0
E 8	Techn.-/Verwaltungsdienst	6	0	0
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	3	0	0
Summe :		63	47	47

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11		3										-3	Anpassung VzÄ-Ziele
2	E 9b		2										-2	Anpassung VzÄ-Ziele
3	E 9a		2										-2	Anpassung VzÄ-Ziele
4	E 8		6										-6	Anpassung VzÄ-Ziele
5	E 6		3										-3	Anpassung VzÄ-Ziele
Ohne TG 96			16										-16	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

[illegible]

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

[illegible]

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 09

**Ministerium für Wirtschaft, Tourismus,
Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft
und Forsten -**

Vorwort zum Einzelplan 09

A. Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

EU-Agrarpolitik

Die Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU sind die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität bei umweltgerechter Wirtschaftsweise, die Gewährleistung angemessener Einkommen und zeitgemäßer Arbeitsbedingungen für die in der Landwirtschaft Beschäftigten, die Versorgung der Verbraucher und Verbraucherinnen mit ausreichend Nahrungsmitteln zu vertretbaren Preisen und die Stabilisierung der Märkte. Seit ihrer Einführung 1958 wurde die GAP mehrfach an geänderte Rahmenbedingungen angepasst und die Schwerpunkte verändert. So ist heute den gesellschaftlichen Anforderungen an Umwelt-, Tier- und Klimaschutz verstärkt Rechnung zu tragen. Der Fokus der Gemeinsamen Agrarpolitik liegt damit nicht mehr nur auf landwirtschaftlicher Erzeugung. Gegenüber ökonomischen Zielen gewinnen ökologische und soziale Ziele wie Förderung der Biodiversität und die Entwicklung des ländlichen Raums sowie der Kulturlandschaft, aber auch die Thematik des Klimawandels zunehmend an Bedeutung.

Die damit verbundenen Anpassungsprozesse werden durch die Agrarpolitik, vor allem im Rahmen der Förderung über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), förderpolitisch flankiert.

Landwirtschaftliche Betriebe und Ländliche Räume

Sachsen-Anhalt ist durch eine überwiegend ländliche Struktur geprägt. Land- und Ernährungswirtschaft sind wirtschaftlich und sozial tragende Säulen im ländlichen Raum. Als Wirtschaftszweig spielt die Landwirtschaft durch die nachhaltige Erzeugung qualitativ hochwertiger pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse sowie nachwachsender Rohstoffe eine wichtige Rolle. Sie gehört zu den erfolgreichen Branchen im Land. Gründe sind vor allem die vielerorts günstigen natürlichen Standortbedingungen und die Betriebsstrukturen in der landwirtschaftlichen Primärproduktion. Der Anteil des Sektors Land- und Forstwirtschaft einschließlich der Fischerei an der Bruttowertschöpfung des Landes Sachsen-Anhalt betrug 2023 2,6 %. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil bei 0,8 %. Dies verdeutlicht den besonderen Stellenwert der Land- und Forstwirtschaft in Sachsen-Anhalt. Besondere Herausforderungen für die Sicherung und Steigerung der Wertschöpfung ergeben sich für die Land- und Forstwirtschaft in den nächsten Jahren vor allem aus der Anpassung an den Klimawandel, aus den steigenden gesellschaftlichen und rechtlichen Ansprüchen und Anforderungen an eine nachhaltig umweltschonende Bodenbewirtschaftung sowie eine tiergerechte aber auch wettbewerbsfähige Nutztierhaltung unter besonderer Berücksichtigung des Tierwohls und Tierseuchenschutzes. Marktrisiken sind im Rahmen eines auf das Unternehmen abgestimmten Risikomanagements zu integrieren. Die Dürre im Jahr 2018, aber auch die Trockenheit in 2019, 2020 und 2022, die Coronakrise, der Ukrainekrieg, die Marktverwerfungen in Deutschland und die Situation auf den Rohstoffmärkten, vor allem aber auf den Energiemärkten sowie der Frost im April 2024 stellen die landwirtschaftlichen Unternehmen und die Ernährungswirtschaft im Allgemeinen vor große wirtschaftliche Herausforderungen.

Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft für die Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Biodiversität soll weiter gestärkt werden. Die Akzeptanz der Bevölkerung für die Tierhaltung ist als wichtige Voraussetzung für die Sicherung und den Ausbau der Veredlungswirtschaft durch intensive Kommunikation zu stärken. Die artgerechte, standortgebundene und umweltverträgliche Tierhaltung sowie die Tierzucht einschließlich der Gesundheit und Robustheit sowie die Erhaltung vom Aussterben bedrohter Nutztierassen werden weiterhin unterstützt.

Die ländlichen Räume sind vielfältig und werden zunehmend durch den Struktur- und Klimawandel geprägt. Wirtschaftsstarke Regionen im Umland der Verdichtungsräume sind ebenso vorhanden wie periphere Regionen ohne größere Entwicklungskerne. Die Ressourcen und Potentiale der einzelnen Regionen bezüglich Natur, Landschaft, Kultur, Tradition und Tourismus sind für ihre eigenständige Entwicklung zu nutzen. Der demografische Wandel - insbesondere ein weiterer Bevölkerungsrückgang und die Zunahme des Anteils älterer Menschen - gehört zu den großen Herausforderungen der ländlichen Räume. Dies gilt sowohl in Bezug auf die kommunale Infrastruktur, die ortsbildprägenden Bausubstanzen, die Einrichtungen der Daseinsvorsorge als auch im Hinblick auf den sich abzeichnenden Fachkräftemangel in der Landwirtschaft. Das Land hält mit der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau, hierbei insbesondere mit der Fachschule für Landwirtschaft in Haldensleben und dem Zentrum für Tierhaltung und Technik in Iden, Einrichtungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Landwirtschaft vor, die einen wesentlichen Beitrag zur Bereitstellung qualifizierter Fachkräfte und Informationen für die Agrarwirtschaft in Sachsen-Anhalt leisten. Des Weiteren werden Existenzgründungen von Junglandwirten durch öffentliche Mittel unterstützt und seit 2024 nunmehr auch Zuschüsse für Schülerpraktika in den Grünen Berufen gewährt.

Ernährung und Agrarmarkt

Die Ernährungswirtschaft ist die beschäftigungsstärkste Branche des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen-Anhalt. Sie hat sich in Bezug auf die Arbeitsplätze und die Umsatzzahlen in der Vergangenheit positiv entwickelt. Gemeinsam mit der Landwirtschaft ist sie strukturgebend für unser Bundesland. Durch die herausragenden Präsentationen unserer qualitativ hochwertigen Lebensmittel auf überregionalen und international bedeutenden Publikumsmessen (z. B. die Grüne Woche in Berlin) sowie regionalen Warenbörsen (z. B. die mitteldeutsche Warenbörse in Leipzig) wird der Absatz der land- und ernährungswirtschaftlichen Unternehmen unterstützt.

Die Ernährungsbildung von Kindern und Jugendlichen wird durch gezielte Projekte auch zukünftig weiter in den Fokus gerückt. Ebenso trägt das EU-Schulprogramm (Obst, Gemüse, Schulumilch) zur Vermittlung gesunder Ernährung nachhaltig bei.

Die Land- und Ernährungswirtschaft soll weiterhin durch gezielte Marketingmaßnahmen auf hohem Niveau unterstützt werden. Die Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte, die Förderung des Absatzes, die Information der Öffentlichkeit über die moderne Landwirtschaft und die Förderung der gesunden Ernährung stehen im Vordergrund des politischen Handelns. Durch eine investive Förderung von Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen wird der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse gestärkt und die Wertschöpfung in der Fläche erhöht.

Fischerei

Der Sektor der Berufsfischerei und Aquakultur in Sachsen-Anhalt besteht aus wenigen, überwiegend kleinen und familiengeführten Betrieben, die in der Region fest verwurzelt sind und ihre Erträge nahezu ausschließlich direktvermarkten. Die Angelfischerei hat die Berufsfischerei in Bezug auf Fangerträge längst überholt und weiterhin gutes Wachstumspotenzial. Durch die Verbindung von Naherholung in der Natur und Eigenbeschaffung von Nahrungsmitteln bedient sie gleich zwei Trendthemen, die vor allem auch für junge Menschen und nicht zuletzt in der

Corona-Pandemie erneut an Bedeutung gewonnen haben. Ob beruflich oder privat ausgeübt, die Binnenfischerei und Aquakultur in Sachsen-Anhalt stellt heute in der Regel eine nachhaltige Form der Gewässernutzung dar und übernimmt vielerorts wichtige Naturschutzaufgaben. Positiv hervorzuheben sind ebenfalls erste Erfolge des Wanderfischprogramms, im Rahmen dessen Lachs und Meerforelle wieder in Sachsen-Anhalt etabliert werden sollen. Auch Erhaltungsmaßnahmen des Aals werden gefördert.

Den Chancen stehen aber auch große Herausforderungen gegenüber: Trotz einzelner Fortschritte in dieser Hinsicht beeinträchtigen Querverbauungen und hohe Nährstoffeinträge weiterhin die ökologische Durchgängigkeit bzw. die Qualität vieler Gewässer. Die zunehmende Trockenheit führt zum Verschwinden kleinerer Gewässer und zu Konflikten um die Ressource Wasser. Auch wachsende Populationen von zum Teil geschützten Tierarten wie Kormoran und Fischotter setzen Fischbestände in natürlichen Gewässern unter Druck und können hohe, existenzgefährdende Ausfälle in Aquakulturanlagen verursachen. Für verschiedene Förderzwecke stehen die von den Fischereischeininhabern erhobene zweckgebundene Fischereiabgabe sowie Landesmittel zur Verfügung. Fischereiwissenschaftliche Forschung erfolgt in Sachsen-Anhalt als eines von vier Trägerländern durch das Institut für Binnenfischerei e.V. Potsdam Sacrow.

Forstwirtschaft

Der Wald in Sachsen-Anhalt nimmt einen Anteil an der Landesfläche Sachsen-Anhalts von ca. 26 % ein. Damit gehört Sachsen-Anhalt nicht zu den walдреichen Flächenländern Deutschlands. Umso größer ist die Bedeutung bestehender Waldfunktionen für die Gesellschaft. Die Forstverwaltung Sachsen-Anhalts hat dabei die Aufgabe, den Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern. Die im Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalt formulierten behördlichen Aufgaben sichern bestehende Waldfunktionen nachhaltig, auch unter den sich ändernden klimatischen Bedingungen. Der Landeswald dient dem Allgemeinwohl in besonderem Maße und ist nach ökologischen und wirtschaftlichen Erfordernissen zu bewirtschaften.

Der Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt bewirtschaftet vollumfänglich den Landeswald mit dem Wirtschaftsziel der Erhaltung und der nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes als Gesamtressource, wobei die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion eine Einheit bilden. Das Landeszentrum Wald nimmt die Aufgaben der forstlichen Fachbehörde nach § 34 Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalt wahr, hierunter fallen u.a. ein Betreuungs- und Dienstleistungsangebot für den Körperschafts- und Privatwald, Aufgaben des eigentumsübergreifenden Waldschutzes, des vorbeugenden Waldbrandschutzes, der Umweltbildung sowie als Träger öffentlicher Belange des Waldes. Beide Forstbetriebe tragen in allen übertragenen Geschäftsbereichen zur nachhaltigen Entwicklung und Bereitstellung des umweltfreundlichen Rohstoffes Holz im Land Sachsen-Anhalt bei.

Jagd

In Sachsen-Anhalt gilt auf ca. 1,7 Mio. Hektar land- und forstwirtschaftlicher Fläche das Jagdrecht. Das entspricht ca. 83 % der Landesfläche. Neben der Produktion von hochwertigem Wildbret dient die Jagd der als Hege bezeichneten Erhaltung eines den landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepassten, artenreichen und gesunden Wildbestandes sowie der Pflege und Sicherung seiner Lebensgrundlagen.

Der Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt übt neben anderen Flächenverwaltern des Landes allein in 137.000 ha Landeswald, somit auf 8 % der Jagdfläche in Sachsen-Anhalt, das Jagdausübungsrecht aus und leistet entsprechende Vorbildwirkung gegenüber privaten Revierinhabern und der Öffentlichkeit.

Angepasste Wildbestände helfen bei der weiteren Umwandlung der Wälder in klimaangepasste, standortgerechte und stabile Mischwälder, um so die vielfältigen Funktionen für die Daseinsvorsorge und das Klima zu gewährleisten. Ein gesunder arten- und altersstufenreicher Wald bietet dem Wild dabei optimale Bedingungen und trägt letztlich auch wieder höhere Wilddichten.

Jährlich werden über die Jagdscheinbeantragung und -verlängerung durch die Landkreise und kreisfreien Städte Jagdabgaben von den rd. 13.000 Jägerinnen und Jägern im Land vereinnahmt. Diese gilt es im Benehmen mit dem Landesjagdverband für Maßnahmen des Wildschutzes, der Wildforschung, für besondere Maßnahmen der Hege oder ähnliche jagdliche Zwecke zu verwenden.

Gender

Ein umfassendes Gender-Management verlangt eine Einbeziehung von unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen der Menschen in Strukturen, in die Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen, in Produkte, in die Kommunikation und in die Steuerung, um das Ziel der Gleichstellung tatsächlich verwirklichen zu können.

Die Koalition bekennt sich zur Weiterführung einer aktiven Gleichstellungspolitik, die gleichberechtigte Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet.

B. Zentrale Zielsetzung in den politischen Handlungsbereichen

Vorbemerkungen:

Mit den Maßnahmen der Agrar- und Forstpolitik soll der Land- und Forstwirtschaftssektor wirtschaftlich gestärkt werden, um die Wertschöpfung in den ländlichen Räumen zu erhöhen. Die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen hat gegenüber dem Erhalt multifunktionaler, vitaler ländlicher Räume nicht an Bedeutung verloren. Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine zeigen, wie wichtig ein angemessener Selbstversorgungsgrad durch eine stabile einheimische Land- und Ernährungswirtschaft noch immer ist. Natur- und Umweltschutz, Verbraucherschutz, Tierschutz, Tierseuchenschutz und Klimaschutz, aber auch Anpassung an Klimaänderungen sowie sozialverträgliche Arbeitsbedingungen und gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum sind Herausforderungen, die bei der Gewährung öffentlicher Mittel eine besondere Berücksichtigung finden und zu einer nachhaltigen Agrar- und Forstpolitik beitragen.

1. Landwirtschaft und Ländliche Räume

- Zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umwelt- und klimaschonenden, tiergerechten, multifunktionalen Landwirtschaft können investive Maßnahmen in landwirtschaftlichen Unternehmen gefördert werden. Gefördert werden Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen, Rationalisierung und Senkung der Produktionskosten und zur Erhöhung der betrieblichen Wertschöpfung unter besonderer Berücksichtigung der Verbesserung des Verbraucher-, Tier-, Umwelt- und Klimaschutzes. Ebenso werden Maßnahmen zur Verbesserung der spezifischen Umwelt- und Klimaschutzleistungen der landwirtschaftlichen Unternehmen und Maßnahmen der Risikoversorge gefördert.
- Die Verbesserung des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes durch eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen wird mit verschiedenen Maßnahmen unterstützt. Dazu gehören die Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) einschließlich des Ökolandbaus sowie die Bereitstellung von Fachinformationen für die landwirtschaftlichen Betriebe durch die Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau.
 - Mit AUKM haben Landwirte die Möglichkeit, Beihilfen vom Land zu erhalten, wenn sie sich freiwillig verpflichten, Produktionsverfahren, die dem Schutz der Umwelt und der Erhaltung des natürlichen Lebensraumes und der genetischen Ressourcen in der Landwirtschaft dienen, anzuwenden. Die beispielsweise für das Anlegen mehrjähriger Blühstreifen oder für eine extensive Grünlandbewirtschaftung gezahlten Beihilfen gleichen die wirtschaftlichen Nachteile aus, die durch die Teilnahme an den in der Regel fünfjährigen AUKM entstehen. Seit 2024 verfolgt Sachsen-Anhalt als eins von drei Bundesländern auch den kooperativen Ansatz. Dies beinhaltet eine gemeinsame Beantragung der AUKM mit dem Vorteil, dass die Planung, Beantragung und Durchführung von AUKM für die Flächen mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe in einem zusammenhängenden Gebiet erfolgt. So können die Maßnahmen großflächig aufeinander abgestimmt und zusätzlich Biotopverbundmaßnahmen in der Fläche umgesetzt werden. Neben dem Beitrag zum Klimaschutz haben diese Maßnahmen vor allem den Erhalt oder die Verbesserung der biologischen Vielfalt, die Umsetzung von Natura 2000, die Verbesserung der Bodenstruktur, die Verringerung der Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinträge sowie den Tierschutz zum Ziel. Grundlage für die Umsetzung von Natura 2000 bilden die Landesverordnung zur Unterschutzstellung der Natura 2000-Gebiete im Land Sachsen-Anhalt (N2000-LVO LSA), sonstige Rechtsverordnungen sowie vertragliche Vereinbarungen zur Sicherung der Natura 2000-Gebiete sowie die Umsetzung derjenigen proaktiven Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen, die nicht im Rahmen von Rechtsverordnungen geregelt werden können. Die in den Förderrichtlinien festgeschriebenen Auflagen müssen über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen hinausgehen. In Natura 2000- und Naturschutzgebieten gelten zur Erreichung der Schutzziele bedeutend höhere gesetzliche Mindestanforderungen, insbesondere beim Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz. Um die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Folgen für die Landwirtschaft zu begrenzen, können die landwirtschaftlichen Betriebe Ausgleichszahlungen beantragen. In Gebieten, die naturbedingt durch schwierige Standortverhältnisse benachteiligt sind, kann ebenfalls eine Ausgleichszulage gewährt werden. Damit wird zur Aufrechterhaltung der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen und somit zur Erhaltung der Landschaft beigetragen.
 - Der ökologische Landbau genießt auch in Zukunft Vertrauens- und Bestandsschutz. Nach den letzten Erhebungen werden in Sachsen-Anhalt rund 121.000 ha ökologisch bewirtschaftet, das sind 10,5 % der landwirtschaftlichen Fläche.

Die Maßnahmen sind Teil des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum 2014 - 2022 (Auszahlungen bis 2025) sowie des GAP-Strategieplans 2023 - 2027 und werden in der Regel mit Mitteln der EU aus dem ELER unterstützt und national kofinanziert mit Mitteln der GAK oder mit reinen Landesmitteln - siehe dazu Buchstabe D.

- Neben den vorgenannten Maßnahmen stehen insbesondere die Bereiche Düngung und Pflanzenschutz/Pflanzengesundheit im öffentlichen und politischen Fokus vor dem Hintergrund der Ökologisierung und der Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft. Die konventionelle und auch die ökologische Landwirtschaft werden damit vor große Herausforderungen gestellt. Um die landwirtschaftlichen Betriebe hier wettbewerbsfähig zu halten, sind Beratung, Monitoring und betriebliche Förderungen weiterhin auszubauen und zu konzentrieren.
- Die Förderung von Erbniederlassungen von Junglandwirten leistet einen Beitrag zum Erhalt der Vielfalt der landwirtschaftlichen Unternehmen, trägt zu einer breiten Eigentums- und Besitzstreuung bei und setzt einen Gegentrend zur Abwanderung junger Menschen aus dem ländlichen Raum. Zudem kann die Attraktivität der Landwirtschaft für Nachwuchskräfte gesteigert werden.
- Um die Wertschöpfung in der Produktionskette der Land- und Ernährungswirtschaft zu stabilisieren und zu verbessern, erfolgt eine Förderung von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die Förderung soll darüber hinaus einen Beitrag zur Verbesserung der Effizienz des Ressourceneinsatzes - insbesondere von Wasser und Energie - leisten.
- Zur Förderung der gleichwertigen Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen sind diese als Wirtschafts-, Arbeits-, Lebens-, Erholungs- und Kulturraum zu stärken und ihre regionalen Identitäten zu bewahren. Hierzu sind mit den Maßnahmen der ländlichen Entwicklung Investitionen in ländliche Infrastrukturen und das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen sowie Anreize zur Erhöhung der Wertschöpfung und Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen zu bieten. Maßnahmen der ländlichen Entwicklung sind insbesondere:
 - Unterstützung von Beteiligungsprozessen, des Ehrenamtes, bürgerschaftlichen Engagements und Dorf Wettbewerben auf Kreis-, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene,
 - Förderung der Landfrauen-, Landjugend- und Landseniorenangelegenheiten sowie der Landesarbeitsgemeinschaft für Urlaub und Freizeit auf dem Lande,
 - Unterstützung von LEADER/CLLD,
 - Flurneuordnungsverfahren und Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) und dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG). Sie sichern die Verbesserung der Agrarstruktur, die gemeindliche Entwicklung, den Naturschutz und die Verwirklichung großer Infrastrukturmaßnahmen (Bau von Autobahnen, Bundesstraßen, Bahntrassen und Deichrückverlegung). Mit den Verfahren sollen konkurrierende Nutzungsansprüche an den Grund und Boden aufgehoben, bedarfsgerechte Grundstücke ausgewiesen und landeskulturelle Nachteile behoben werden. Darüber hinaus bieten Flurneuordnungs- und Bodenordnungsverfahren Instrumente, den negativen Folgen des Klimawandels entgegen zu wirken sowie eine zukunftsfähige nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum zu unterstützen und zu sichern.

- Mit der Verbesserung der infrastrukturellen und baulichen Verhältnisse in den Dörfern im Rahmen von LEADER/CLLD wird ein Beitrag zur Lösung der im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel stehenden Probleme geleistet. Dies umfasst auch die Förderung der Investitionen, die in den politischen Gemeinden abgestimmt sind, die Sicherung der Daseinsvorsorge und die innerörtliche Entwicklung.
- Ein regelmäßiges Monitoring durch das Wolfskompetenzzentrum (WZI) zeigt eine jährliche Zunahme und weitere Verbreitung von Wölfen in Sachsen-Anhalt. Damit einher gehen Angriffe auf Nutztiere in Weidehaltung. Um einen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der landwirtschaftlichen Weidetierhalter und dem naturschutzfachlich strengen Schutzstatus des Wolfes zu erreichen, fördert das Land Maßnahmen des Herdenschutzes. Seit 2013 werden aus Landesmitteln Zuwendungen für Maßnahmen des präventiven Herdenschutzes gewährt. Beginnend ab 2023 werden hierfür Mittel aus der GAK genutzt (Näheres zur GAK siehe Punkt D.). Weiterhin wird seit 2021 eine Förderung der laufenden Betriebsausgaben angeboten, die sich für die Tierhalter aus erhöhten Aufwendungen für den Herdenschutz vor dem Wolf ergeben. Diese Förderung erfolgt für einen fünfjährigen Verpflichtungszeitraum. Aus Landesmitteln wird betroffenen Betrieben zudem im Falle von nachgewiesenen Wolfsrissen ein Schadensausgleich als Billigkeitsleistung gewährt.
- Zur Förderung des Tierschutzes sollen die Tierschutzvereine bei investiven Maßnahmen und bei der Organisation von Bildungsangeboten finanziell unterstützt werden. Gleiches gilt für die unverzichtbare ehrenamtliche Tätigkeit von Tierschutzvereinen bei der Versorgung und Eindämmung der Population freilebender herrenloser Katzen.
- Zur Realisierung des Beschlusses des Landtages von Sachsen-Anhalt vom 26. April 2012 (Drs. 6/1073) „Artgerechte und gesellschaftlich anerkannte Nutztierhaltung voranbringen“ sind Maßnahmen zur Entwicklung einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und von der Gesellschaft akzeptierten landwirtschaftlichen Nutztierhaltung umzusetzen, auch im Hinblick auf eine zukünftigen Anforderungen Rechnung tragende berufliche Erstausbildung sowie Fort- und Weiterbildung in den landwirtschaftlichen Berufen.
- Förderung der Tierzucht in Qualität und Diversität durch Leistungsprüfungen in der Tierzucht, Verbesserung der genetischen Qualität, Erhaltung tiergenetischer Ressourcen in der Landwirtschaft, Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse.
- Förderung der Inanspruchnahme von Beratungsdiensten zur Verbesserung der wirtschaftlichen, tier- und umweltbezogenen Produktionsbedingungen zur Gewährleistung einer leistungsfähigen und an zukünftige Anforderungen ausgerichteten Landwirtschaft. Gegenstand der Förderung ist die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen durch landwirtschaftliche Unternehmen und Erzeugerzusammenschlüsse
 - a) zur Verbesserung des Tierwohls,
 - b) zur Verbesserung der Ressourceneffizienz, des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes.
- Die Landkreise und kreisfreien Städte sollen bei der Bekämpfung von möglichen Tierseuchen durch das Vorhalten von Material für den Ausbruchsfall und durch Präventionsmaßnahmen wie die Zahlung einer Prämie für das Auffinden und Beprobieren von toten Wildschweinen, die Erlegungprämie für Wildschweine oder die Ausbildung von Kadaversuchhunden unterstützt werden. Das Land beteiligt sich auch über Ländervereinbarungen z. B. an den Kosten für ein mobiles Bekämpfungszentrum oder der Maul- und Klauenseuche-Vakzine-Bank der Länder.
- Die Zuschüsse zu den Beihilfen für die Tierkörperbeseitigung wurden durch die Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz im Jahr 2024 wiedereingeführt. Die Tierkörperbeseitigung stellt eine tragende Säule der Tierseuchenprophylaxe dar. Da diese hohe Kosten verursachen kann, sollen Tierhalterinnen und Tierhalter entlastet werden.

Weitere Ziele:

- Förderung von Forschung und Innovation im Agrar- und Forstbereich in den Schwerpunkten Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Nachhaltigkeit sowie Smart Farming
- Teilnahme am EU-Schulprogramm gemäß Landtagsbeschluss vom 03.09.2009

2. Ernährung und Agrarmarkt

- Förderung des Absatzes von Agrarerzeugnissen und Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft, der Qualität dieser Erzeugnisse, der gesunden Ernährung sowie Agrarmarketingprojekte wie:
 - Teilnahme an Handelsbörsen und Länderwochen sowie Werbemaßnahmen
 - Teilnahme an Messen und Ausstellungen (u.a. Grüne Woche in Berlin)
 - Veranstaltungen/Projekte zur Ernährungsbildung
- Durchführung von Erzeuger- und Handelskontrollen im Bereich Geoschutz (VO [EU] 2024/1143) unter Berücksichtigung der gesteigerten Anforderungen auf Grundlage der VO (EU) 2017/625; Gewinnung weiterer geschützter Produkte
- Umsetzung des Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetzes vom 4. April 2017 (BGBl. I S. 772) zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56), des Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgezuständigkeitsgesetzes - ESVZG LSA vom 12. Mai 2021 (GVBl. LSA 2021, 284) und der Verordnung zur Datenübermittlung zum Zweck der Ausführung der Vollzugsvorkehrungen nach § 12 Absatz 1 des Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetzes (ESVG-Datenübermittlungsverordnung - ESVDüV) vom 9. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 76)

3. Forstwirtschaft

- Mit der Leitlinie Wald hat sich die Landesforstverwaltung bei der Bewirtschaftung des Waldes zu einer naturnahen Waldbewirtschaftung bekannt. Die Leitlinie beinhaltet die Strategie des Landes für die Waldbewirtschaftung. Die Leitlinie Wald ist in diesem Umfeld von sich verändernden Ansprüchen und Gegebenheiten eine Orientierung für die Landesforstverwaltung und die Waldbesitzenden des Landes. Sie ist den äußeren sich wandelnden Bedingungen ebenso unterworfen, wie der Wald und seine Lebensräume selbst und wird auch in Zukunft weiterentwickelt sein.

- Die Entwicklung des Waldes vor dem Hintergrund dieses Leitbildes ist durch entsprechende Förderschwerpunkte zu flankieren. Die forstpolitischen Instrumente des Landes sollen insbesondere durch Strukturverbesserungen zu einem höheren Maß an wirtschaftlicher Eigenständigkeit in den Organisationen des Waldbesitzes führen. Fachliche Schwerpunkte der Förderung sind die Bereiche Anpassung an den Klimawandel, Ausbau der Klimaschutzfunktion der Wälder, naturnahe Waldbewirtschaftung und Erhöhung der Biodiversität. Besondere Unterstützung ist bei der Bewältigung der Extremwetterereignisse seit dem Jahr 2018 und dem Waldumbau notwendig. Die Beseitigung der durch die Extremwettersituation hervorgerufenen Waldschäden wird voraussichtlich einen Zeitraum von 10 bis 12 Jahren beanspruchen.
- Grundlage für die positiven wirtschaftlichen, klimapolitischen und ökologischen Leistungen von Wald und Holz sind leistungsfähige und professionelle Forstbetriebe. Diese sichern die Multifunktionalität des Waldes, Arbeitsplätze im ländlichen Raum und die Bereitstellung des Rohstoffes Holz für die Holzindustrie im Land. Vor diesem Hintergrund ist der Einsatz von Fördermitteln für die Forstwirtschaft nach wie vor erforderlich.
- Der Klimawandel stellt für die nachhaltige multifunktionale Forstwirtschaft mit ihrer weitreichenden Bindung an die Standortverhältnisse und ihren langen Produktionszeiträumen eine besondere Herausforderung dar. Zur wissenschaftlichen Absicherung notwendiger Klimaanpassungsmaßnahmen wurde durch die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt die regionale Waldbauplanung in Sachsen-Anhalt und die Herkunftsempfehlungen für forstliches Vermehrungsgut im Land überarbeitet. Die Ergebnisse liegen in Form einer Webapplikation für alle Waldbesitzenden vor.

4. Gender-Maßnahmen

Es werden Maßnahmen ergriffen, um die Diversität zu erhöhen, für Chancen(un)gleichheit zu sensibilisieren und Perspektivvielfalt zu schaffen.

Zur Verbesserung der beruflichen Chancen von Frauen in der Verwaltung werden die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere für Eltern durch Maßnahmen wie zum Beispiel flexible Arbeitszeiten oder Regelungen zur Heimarbeit weiter gestärkt.

Geeignete Frauen sollen für Beförderungsposten vorgeschlagen und entsprechend gefördert werden. Die Potenziale der weiblichen (Nachwuchs-) Führungskräfte sollen durch besondere Fortbildungen geweckt sowie Sozial-, Fach- und Methodenkompetenzen entwickelt und gestärkt werden.

Im Rahmen der Evaluierung und Überarbeitung von Förderrichtlinien sollen - insbesondere im Hinblick auf die Ausgestaltung der Auswahlkriterien sowohl bei geeigneten EU-Fördermaßnahmen als auch bei Landesförderprogrammen - die Belange der Gleichstellung deutlicher in den Vordergrund gerückt werden um der gesellschaftlichen Diversität gerecht zu werden.

Digitale Verfahren sollen insgesamt diskriminierungs- und barrierefrei sowie geschlechtsneutral ausgestaltet werden.

Geplante Inanspruchnahme des finanziellen Ermächtigungsrahmens des Einzelplanes 09 bezogen auf das Querschnittsziel der Herstellung der Chancengleichheit:

Epl. 09	GG2 = Genderziel ist Hauptziel	GG1 = Genderziel ist Nebenziel	GG0 = Gender ist kein Ziel
Ausgaben 2025 in EUR	0	57.032.700	113.882.600
Ausgaben 2026 in EUR	0	53.336.900	100.526.600

C. Organisatorische oder sonstige Veränderungen

Es sind keine organisatorischen Veränderungen gegenüber der Haushaltsplanaufstellung 2024 eingetreten.

D. EU-Fonds und GAK

Die wesentliche EU-Förderung erfolgt auf der Grundlage des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum des Landes Sachsen-Anhalt (EPLR) durch den ELER-Fonds. In der neuen EU-Förderphase ab 2023 wird der EPLR durch den nationalen GAP-Strategieplan ersetzt. Die EU beteiligt sich in der EU-Förderphase 2014 - 2022 mit bis zu 75 % bzw. 90 % an den öffentlichen Ausgaben. In der Förderphase ab 2023 ist eine differenzierte EU-Beteiligung von 60 % bzw. 80 % vorgesehen. Die Kofinanzierung erfolgt zu wesentlichen Anteilen durch die GAK aber auch durch das Land und die Kommunen. Die ELER-Förderung leistet somit einen wesentlichen Anteil zur Haushaltskonsolidierung des Landes.

Die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes aus dem ELER trägt darüber hinaus zur Verwirklichung folgender Ziele bei:

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
- Verbesserung der Umwelt und der Landschaft,
- Steigerung der Lebensqualität in den ländlichen Räumen und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft.

Die Maßnahmen/Interventionen des ELER stellen eine Ergänzung zu den nationalen, regionalen und lokalen Aktionen dar und begleiten und ergänzen die Markt- und Einkommensstützungsmaßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik.

EU-Förderphase 2014 - 2022 (Auszahlungen erfolgen bis 2025)

Für die Förderung des ländlichen Raumes wurden folgende Prioritäten gesetzt:

1. Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten,
2. Verbesserung der Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft in allen Regionen und Förderung innovativer landwirtschaftlicher Techniken und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung,
3. Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette, einschließlich der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, des Tierschutzes und des Risikomanagements in der Landwirtschaft,

4. Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme,
5. Förderung der sozialen Inklusion, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten.

EU-Förderphase 2023 - 2027

Für die Förderung über den ELER ist seit 2023 der GAP-Strategieplan entscheidend. Dieser ist die Grundlage für die Umsetzung der EU-Förderung im Bereich der GAP ab 2023 in Deutschland.

Wesentliche Rechtsgrundlagen sind die EU-Verordnung 2021/2115 zur Erstellung der GAP-Strategiepläne („GAP-Strategieplan-Verordnung“) sowie die Verordnung über horizontale Fragen und Finanzregelungen (EU-Verordnung 2021/2116).

Das EU-Recht gibt für die nationalen GAP-Strategiepläne folgende allgemeine Ziele vor:

- Förderung eines intelligenten, wettbewerbsfähigen, krisenfesten und diversifizierten Agrarsektors, der die langfristige Ernährungssicherheit gewährleistet,
- Unterstützung und Stärkung von Umweltschutz, einschließlich der biologischen Vielfalt, und Klimaschutz sowie Beitrag zur Verwirklichung der umwelt- und klimabezogenen Ziele der Union, einschließlich ihrer Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris,
- Stärkung des sozioökonomischen Gefüges in ländlichen Gebieten.

Der GAP-Strategieplan unterstützt eine resiliente landwirtschaftliche Produktion, honoriert Umwelt- und Klimaschutzleistungen und trägt zur Zukunftsfestigkeit der ländlichen Räume bei.

Mehr als die Hälfte der EU-Mittel werden nach dem GAP-Strategieplan für Umwelt- und Klimaziele eingesetzt. Damit leistet er im Zusammenhang mit dem „Green Deal“ der EU wichtige Beiträge zur Biodiversitätsstrategie und zur Farm to Fork-Strategie.

Die GAK bleibt das zentrale Instrument zur Förderung der Agrarstrukturpolitik in Deutschland. Die Umsetzung obliegt den Ländern. In Sachsen-Anhalt ist die GAK das wichtigste Kofinanzierungsinstrument zu ELER-Mitteln. Die GAK wird zu 60 % aus Mitteln des Bundes und zu 40 % aus Mitteln des Landes finanziert.

Hauptziele der GAK nach dem GAK-Rahmenplan 2024 - 2027 sind:

- die Verbesserung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft,
- die Verbesserung der wirtschaftlichen, tier- und umweltbezogenen Produktionsbedingungen zur Gewährleistung einer leistungsfähigen und an zukunftsfähigen Anforderungen ausgerichteten Landwirtschaft,
- die Unterstützung standortangepasster, besonders umweltgerechter Wirtschaftsweisen und die Anpassung der Land- und Forstwirtschaft an die Erfordernisse des Umwelt- und Naturschutzes, auch mittels des Vertragsnaturschutzes,
- die Sicherung und Stärkung der Funktionsfähigkeit der Strukturen in den ländlichen Räumen.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
09 02	Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen	755.000	228.000	15.000	49.000	1.047.000	0
09 03	Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan			10.122.500	14.755.700	24.878.200	
09 05	Allgemeine Bewilligungen, Maßnahmen nach dem Gesetz der Modulation					0	
09 06	Zuwendungen und Erstattungen der EU - Förderphase bis 1999					0	
09 07	Zuwendungen der EU - Förderphase 2000-2006					0	
09 08	Zuwendungen der EU - 2007- 2013 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und für den Fischereisektor durch den Europäischen Fischereifonds (EFF)					0	
09 09	Erstattungen der EU durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft - EGFL		0	297.000		297.000	
09 10	Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten		188.000	100.000	2.574.000	2.862.000	31.947.200
09 60	Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)		1.527.500	2.013.500	252.000	3.793.000	17.342.400
09 80	Landesbetriebe der Forstverwaltung, Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt		14.502.500			14.502.500	1.254.900
09 81	Nationalpark Harz		433.500	3.696.400	247.500	4.377.400	4.116.500
	Summe 2025	755.000	16.879.500	16.244.400	17.878.200	51.757.100	54.661.000
	Summe 2024	710.000	26.892.800	13.940.700	21.541.200	63.084.700	53.720.400
	2025 mehr(+) / weniger(-)	+45.000	-10.013.300	+2.303.700	-3.663.000	-11.327.600	+940.600

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
4.606.300	15.207.500		1.640.000	760.300	22.214.100	-21.167.100	7.552.900	09 02
20.000	16.850.900		24.592.900	0	41.463.800	-16.585.600	32.865.000	09 03
					0		0	09 05
					0		0	09 06
					0		0	09 07
					0		0	09 08
	0				0	+297.000	0	09 09
5.165.100	0		468.000	1.157.200	38.737.500	-35.875.500	9.312.000	09 10
4.940.400	571.700	1.300.000	2.027.300	315.400	26.497.200	-22.704.200	57.900.000	09 60
137.400	29.036.400		1.300.000	16.400	31.745.100	-17.242.600	0	09 80
5.160.900	327.300	304.000	278.000	70.900	10.257.600	-5.880.200	15.000	09 81
20.030.100	61.993.800	1.604.000	30.306.200	2.320.200	170.915.300	-119.158.200	107.644.900	
23.762.900	58.539.900	1.304.000	35.483.700	2.291.800	175.102.700	-112.018.000	123.005.200	
-3.732.800	+3.453.900	+300.000	-5.177.500	+28.400	-4.187.400	-7.140.200	-15.360.300	

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
09 02	Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen	755.000	228.000	15.000	49.000	1.047.000	0
09 03	Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan			6.869.200	12.562.400	19.431.600	
09 05	Allgemeine Bewilligungen, Maßnahmen nach dem Gesetz der Modulation					0	
09 06	Zuwendungen und Erstattungen der EU - Förderphase bis 1999					0	
09 07	Zuwendungen der EU - Förderphase 2000-2006					0	
09 08	Zuwendungen der EU - 2007- 2013 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und für den Fischereisektor durch den Europäischen Fischereifonds (EFF)					0	
09 09	Erstattungen der EU durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft - EGFL		0	297.000		297.000	
09 10	Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten		190.400	100.000	0	290.400	29.777.700
09 60	Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)		1.531.900	1.568.400	61.800	3.162.100	15.799.500
09 80	Landesbetriebe der Forstverwaltung, Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt		12.594.400			12.594.400	1.262.100
09 81	Nationalpark Harz		433.500	2.882.400	239.500	3.555.400	3.862.900
	Summe 2026	755.000	14.978.200	11.732.000	12.912.700	40.377.900	50.702.200
	Summe 2025	755.000	16.879.500	16.244.400	17.878.200	51.757.100	54.661.000
	2026 mehr(+) / weniger(-)	0	-1.901.300	-4.512.400	-4.965.500	-11.379.200	-3.958.800

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
4.877.500	13.136.400		3.140.000	116.800	21.270.700	-20.223.700	8.583.400	09 02
0	11.448.700		20.937.300	0	32.386.000	-12.954.400	37.381.500	09 03
					0		0	09 05
					0		0	09 06
					0		0	09 07
					0		0	09 08
	0				0	+297.000	0	09 09
2.772.200	0		193.200	1.212.700	33.955.800	-33.665.400	0	09 10
5.154.300	646.000	2.300.000	1.532.600	322.800	25.755.200	-22.593.100	0	09 60
87.400	27.902.900		2.224.500	16.900	31.493.800	-18.899.400	0	09 80
4.210.400	327.300	304.000	226.000	71.400	9.002.000	-5.446.600	0	09 81
17.101.800	53.461.300	2.604.000	28.253.600	1.740.600	153.863.500	-113.485.600	45.964.900	
20.030.100	61.993.800	1.604.000	30.306.200	2.320.200	170.915.300	-119.158.200	107.644.900	
-2.928.300	-8.532.500	+1.000.000	-2.052.600	-579.600	-17.051.800	+5.672.600	-61.680.000	

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Allgemeines

Im Kapitel 09 02 sind die aus Landesmitteln finanzierten Förderprogramme, die der Agrarpolitik des Landes in Übereinstimmung mit den Bundes- und EU-Maßnahmen dienen, zusammengefasst. Darunter sind auch Maßnahmen, für die nachträglich EU-Mittel erstattet werden. Die zur Kofinanzierung von EU-Mitteln der Förderung 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds des ländlichen Raumes (ELER) notwendigen Landesmittel sind in der TGr. 93 veranschlagt. Die zur Kofinanzierung von EU-Mitteln der Förderung 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds des ländlichen Raumes (ELER) notwendigen Landesmittel sind in der TGr. 97 veranschlagt.

Ferner enthält das Kapitel Einnahmen und Ausgaben, die anderen Fachkapiteln nicht zuzuordnen sind.

Einnahmen

099 01	532	Fischereiabgabe	400.000 445.843	430.000	430.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 685 42.

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Fischereiabgabe nach dem Fischereigesetz.

099 02	531	Jagdagabe	310.000 391.526	325.000	325.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 685 43.

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Jagdagabe nach dem Landesjagdgesetz.

111 01	012	Verwaltungseinnahmen aus Erhebungskostenpauschale	10.000 0	10.000	10.000

Erläuterungen:

20 v. H. Pauschalerstattung durch Wiedereinziehungen bei Unregelmäßigkeiten gemäß Art. 56 (3) der VO (EU) 2021/2116 und 25 v. H. des Einbehalts aus Kürzungen und Ausschlüssen im Bereich Konditionalität gemäß Art. 86 der VO (EU) 2021/2116.

111 11	523	Verwaltungsgebühren	3.000 1.192	3.000	3.000

Erläuterungen:

Kostentarife nach der ALLGO zur Umsetzung der Bundestierärzteordnung (BTÄO).

119 41	521	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln	200.000 206.681	200.000	200.000

Erläuterungen:

Rückzahlungen aus Landesförderprogrammen aus Vorjahren (z. B. Widerruf von Bescheiden).

119 42	521	Rückzahlungen von Überzahlungen - Begabtenförderung -	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

119 51	511	Vermischte Einnahmen	5.000 14.537	5.000	5.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 51

Erläuterungen:

Stundungs-, Verzugszinsen und dgl.

231 01	523	Zuweisungen vom Bund für Begabtenförderung	5.000	5.000	5.000
			9.744		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 681 02.

231 02	531	Zuweisungen vom Bund für Erhebungen zur Kohlenstoffinventur	0	0	0
			8.256		

Erläuterungen:

Zuweisungen des Bundes für die Kohlenstoffinventur im Wald für übernommene Bundesaufgaben durch das Land.

Vorsorglich Leertitel.

231 03	531	Beteiligung des Bundes an drittmittelgeförderten Projekten der angewandten forstlichen Forschung und -entwicklung	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 533 13.

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

382 01	891	Abgabe nach dem Weingesetz	48.000	49.000	49.000
			48.312		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 982 01.

Erläuterungen:

Abgabe nach § 43 Nr. 1 des Weingesetzes. Bei mehr als 5 Ar Weinbergfläche ist vom Eigentümer oder Nutzungsberechtigten eine jährliche Abgabe von 0,67 EUR je Ar zu entrichten.

Titelgruppe(n)

61 Staatliche Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen

282 61	523	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	10.000	10.000	10.000
			7.459		

Erläuterungen:

Erstattungen der vom Land verauslagten Kosten zum Betreiben der nationalen Datenbank für Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen durch den Landeskontrollverband (LKV).

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	10.000	10.000	10.000

73 Bewältigung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft verursacht durch Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse

119 73	522	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	64.000	10.000	10.000
			14.168		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 631 73.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 73

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen einschließlich Zinsen im Zusammenhang mit Hilfsprogrammen zur Bewältigung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft, verursacht durch Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse.

Aktuell sind noch zwei Verfahren anhängig.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	64.000	10.000	10.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	521	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	25.000	125.000	100.000
			10.000	100.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		25.000			25.000
2026			100.000		100.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		25.000	100.000		125.000

Erläuterungen:

Kurzbezeichnung der Leistung	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR				
1.1 Gutachten zum Flurbereinigungsverfahren Abfanggraben Schönebeck	100.000	100.000	100.000	0
2. Gleichartige Beratungsleistungen ab 20.000 EUR				
2.1 Überarbeitung der Gesetze zum Bodenmarkt	25.000	0	0	0
3. Sonstige Beratungsleistungen von weniger als 20.000 EUR				
4. Ausnahmen gem. § 34 a Abs. 5 LHO				
Zusammen	125.000	100.000	100.000	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

zu 1.1

Die Flurbereinigungsbehörde beabsichtigt zur Aufstellung des Flurbereinigungsplanes des Flurbereinigungsverfahrens "OU Schönebeck B 246a (2. PA)" im Rahmen eines Gutachtens prüfen lassen, ob die Anlagen G01 und G02 (Abfanggraben Schönebeck) aus naturschutzfachlicher und bodenhydrologischer Sicht, insbesondere unter dem Aspekt weiter sinkender Grundwasserspiegel infolge des fortschreitenden Klimawandels, noch erforderlich und als gemeinschaftliche Anlage im Sinne von § 39 FlurbG wirtschaftlich vertretbar sind.

Im Ergebnis des Gutachtens wird die Flurbereinigungsbehörde entscheiden, ob der Abfanggraben Schönebeck als gemeinschaftliche Anlage im Sinne von § 39 FlurbG Gegenstand des Plans nach § 41 FlurbG ist.

Im Rahmen des Gutachtens müssen die Grundwasserdaten der vergangenen Jahre ausgewertet werden und es muss unter Berücksichtigung der zu erwartenden Klimaänderungen eine Prognose abgegeben werden, ob sich die Verhältnisse von Anfang der 2010er Jahre wiederholen können. Gegebenenfalls müssen die Ergebnisse mit einem Modell überprüft werden. Die Laufzeit ist auf zwei Jahre ausgelegt.

zu 2.1

Studien und Gutachten zu verschiedenen rechtlichen Fragen im Rahmen der Überarbeitung der Gesetze zum Bodenmarkt gemäß den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag.

Die Überarbeitung der Gesetze zum Bodenmarkt in einem neuen Agrarstrukturgesetz ist noch nicht abgeschlossen und soll fortgeführt werden. Ziel ist, entsprechend dem Beschluss des Landtages vom 11.03.2021 (Drucksache 7/7451) eine gesetzliche Regelung zur Sicherung und Abwehr von Gefahren und Nachteilen für die Agrarstruktur neu zu erarbeiten. Es sollen die örtlichen landwirtschaftlichen Betriebe gestärkt und bessere Entwicklungsmöglichkeiten erzielt werden. Insbesondere will der Gesetzgeber bei der Neugestaltung des Bodenverkehrsrechts inhaltliche Regelungslücken schließen.

So u. a. hinsichtlich maßgeblicher Verbesserungen der Regelungsmöglichkeiten

- zum Schutz der Agrarstruktur vor Nichtlandwirten durch Erwerb von Unternehmensbeteiligungen (Share Deals),
- hinsichtlich wesentlicher Beeinträchtigungen des Wettbewerbs am regionalen Bodenmarkt durch marktbeherrschende Stellung,

- zur Vermeidung von Konzentration des Bodeneigentums und der Pacht,
- zur Bestimmung des Umfangs der Eingriffsmöglichkeiten in das Eigentum.

Es ist davon auszugehen, dass noch weitergehende juristische Prüfungen, insbesondere zur vertiefenden Klärstellung gesellschaftsrechtlicher, kartellrechtlicher und verfassungsrechtlicher Fragen zu erörtern sind. Für fundierte Argumentationen werden externe Studien und Gutachten zu erstellen sein, dabei kommen nur wenige Spezialisten juristischer Lehrstühle in Frage.

Die Laufzeit ist auf zwei Jahre ausgelegt und soll 2025 enden.

522 11	523	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge (Evaluierung EU-Schulprogramm)	25.000 0	25.000 25.000	25.000 50.000

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 09 02 Titel 533 11 und Kapitel 09 02 Titel 683 06.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			25.000		25.000
2027				25.000	25.000
2028				25.000	25.000
2029 ff.					
Summen			25.000	50.000	75.000

Erläuterungen:

Kurzbezeichnung der Leistung	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR				
1.1 Evaluierung EU-Schulprogramm	25.000	25.000	25.000	50.000
2. Gleichartige Beratungsleistungen ab 20.000 EUR				
3. Sonstige Beratungsleistungen von weniger als 20.000 EUR				

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 11

4. Ausnahmen gem. § 34 a Abs. 5 LHO

Zusammen	25.000	25.000	25.000	50.000

zu 1.1

In Artikel 8 Abs. 2 der DVO (EU) 2019/39 ist festgelegt, dass die Mitgliedstaaten die Umsetzung ihres EU-Schulprogramms zur Förderung des Verzehrs von Obst, Gemüse und Milch bewerten müssen und seine Wirksamkeit zu beurteilen haben. Die Daten sollen unabhängig von der Behörde, die die Umsetzung des Programms verwaltet, gesammelt und analysiert werden. Die Evaluierung der Umsetzung und Wirksamkeit des Programms ist gemäß der Durchführungsverordnung DVO (EU) 2017/39 vom 03.11.2016 vorgegeben. Für eine unabhängige Bewertung der Umsetzung des Verfahrens und der Wirksamkeit des Programms in Sachsen-Anhalt wird externer und unabhängiger Sachverstand benötigt. Die Möglichkeit der Durchführung dieser Evaluierung durch eine Landeseinrichtung wird nicht gesehen, da diese Tätigkeit keine Aufgabe der Landesverwaltung oder einer nachgeordneten Behörde ist. Die Aufgabe ist inhaltlich und zeitlich von den Daueraufgaben der Verwaltung gemäß Geschäftsverteilungsplan abgrenzbar.

Die Evaluierung muss zweimal innerhalb der Förderperiode erfolgen. Es ist geplant, jene Evaluierungen in den Schuljahren 2025/26 und 2027/28 durchzuführen.

Die Laufzeit der jeweiligen Evaluierung ist auf zwei Jahre ausgelegt.

526 03	521	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	6.700	6.700	6.700
			2.960	0	0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Sitzungsgelder/Reisekosten	6.000	6.000	6.000
2.	Durchführung der Sitzung des Tierschutzbeirates des Landes Sachsen-Anhalt	700	700	700
	Summe	6.700	6.700	6.700

zu 1.

Sitzungsgelder und Reisekosten der Mitglieder für Fachkommissionen für die Eignungsprüfung öffentlich bestellter Sachverständiger.

zu 2.

Durchführung von Sitzungen des Tierschutzbeirates des Landes Sachsen-Anhalt.

532 02	523	Prüfungen in der Rennpferdezucht	60.000	34.000	34.000
			20.500	0	0

Erläuterungen:

Der Deutsche Galopp e. V. ist nach dem Tierschutzgesetz anerkannte Züchtervereinigung im Bereich Vollblutzucht und verantwortlich für die Zucht sowie den Renn- und Wettbetrieb auf den deutschen Galopprennbahnen. Die örtlichen Rennvereine sind mit der Veranstaltung der Rennen nach den Bestimmungen der Renn- und Zuchtbuchordnung beauftragt. Die in Sachsen-Anhalt tätigen Rennvereine erhalten eine Unterstützung für die Ausrichtung von Rennprüfungen. Galopprennen sind als Leistungsprüfungen gemäß Verordnung über die Leistungsprüfung und Zuchtwertfeststellung bei Pferden vom 02.02.2001 (BGBl. I, S. 189) anzusehen.

Bei bis zu 30.000 EUR des Ansatzes 2025 und 2026 handelt es sich um die Gewährung von Billigkeitsleistungen in den Jahren 2025 und 2026 zum Ausgleich des unverschuldet entstandenen Nachteils aufgrund der fehlenden Zuweisung aus dem anteiligen Aufkommen der Sportwettensteuer gemäß § 7 Abs. 1 Rennwett- und Lotteriesgesetz.

533 01	523	Dienstleistungen Außenstehender für die Aufbereitung von Buchführungsergebnissen	22.000	22.000	22.000
			7.206	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Erläuterungen:

Lieferung, Zusammenstellung und Auswertung von Buchführungsergebnissen landwirtschaftlicher Betriebe (BMEL-Jahresabschlüsse) für den Agrarbericht der Bundesregierung nach dem Landwirtschaftsgesetz vom 05.09.1955 (Landwirtschaftsgesetz in der im BGBl. III, Gliederungsnummer 780-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 358 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I, S. 1474) geändert worden ist) und den Agrarbericht des Landes Sachsen-Anhalt nach § 21 Landwirtschaftsgesetz Sachsen-Anhalt vom 28.10.1997 (GVBl. LSA S. 919, zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.12.2010, GVBl. LSA S. 567) sowie zur Beurteilung der Wirksamkeit agrarpolitischer Maßnahmen.

Nach Artikel 76 GAP-SP-VO-E haben die Mitgliedstaaten sicherzustellen, "dass die einschlägigen Berechnungen angemessen und korrekt sind und im Voraus anhand einer fairen, ausgewogenen und überprüfbaren Berechnungsmethode erstellt wurden. Zu diesem Zweck nehmen Stellen, die von den für die Umsetzung des GAP-Strategieplans zuständigen Behörden funktionell unabhängig sind und die über entsprechende Erfahrung verfügen, die Berechnung vor oder bestätigen, dass die Berechnungen angemessen und korrekt sind".

533 02	521	Dienstleistungen Außenstehender für das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem - InVeKoS	330.000 311.501	330.000 0	330.000 0

Erläuterungen:

Im Rahmen der EU-Agrarförderung sind die Mitgliedstaaten verpflichtet ein Kontrollsystem einzurichten, dass die ordnungsgemäße Zahlung der EU-Beihilfen an die Endbegünstigten sicherstellt. Das Kontrollsystem ist im Art. 40a der VO (EU) Nr. 809/2014 beschrieben, es umfasst seit 2021 im Wesentlichen die Aufgaben: Flächenmonitoring inkl. zusätzliche Kontrollen, Stichprobe KdM und Kommunikation zwischen Antragstellern und Verwaltung.

Seit 2023 erfolgt durch die VO (EU) 2021/2116 die Fortführung des Flächenmonitorings als Area Monitoring System (AMS, "Flächenüberwachungssystem"), ebenfalls ein Verfahren der regelmäßigen und systematischen Beobachtung, Verfolgung und Bewertung landwirtschaftlicher Tätigkeiten. Ein wesentlicher Aspekt ist die immer stärker werdende Mitwirkungspflicht der antragstellenden Betriebe, insbesondere durch die eigenverantwortliche Dokumentation von beihilferelevanten Sachverhalten durch geotagged Fotos. Hierzu ist die Einrichtung, Betrieb und ständige Weiterentwicklung einer gesonderten Software (FotoApp) erforderlich, die die direkte Kommunikation und Bereitstellung der Nachweisdokumente zwischen Antragstellern und Verwaltung sicherstellt.

Spätestens ab 2027 ist dieses System verpflichtend bei mindestens 70% der Interventionen in allen Mitgliedstaaten voll funktionsfähig einzusetzen. Ebenso ist es erforderlich, für die Verwaltung neue Technologien zur Kontrolldurchführung bereitzustellen. Die Einrichtung und ständige Weiterentwicklung der Bestandteile des Systems, sowie erforderliche Schulungen erfolgen durch hierfür spezialisierte Dienstleister, ebenso wie die Erweiterung und Anpassung von Funktionalitäten des landwirtschaftlichen Feldblockkatasters als Grundlage des Flächenüberwachungssystems.

533 03	523	Dienstleistungen Außenstehender für die Nationale Genbank landwirtschaftlicher Nutztiere	20.000 10.648	20.000 0	20.000 0

Erläuterungen:

Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Zuchttieren sowie der Beschaffung, Gewinnung und Lagerung von genetischem Material (Samen, Eizellen, Embryonen, Tiere, Gewebe) für die Deutsche Genbank landwirtschaftlicher Nutztiere und deren Verwendung entstehen sowie zur Umsetzung des Monitorings gem. § 9 Tierzuchtgesetz.

Gem. Vereinbarung des Bundes und der Länder zur Deutschen Genbank landwirtschaftlicher Nutztiere obliegt den Ländern die Beschaffung und Einlagerung des Genmaterials sowie die Regelung zur Verwendung. Die externen Dienstleister sind landwirtschaftliche Unternehmen sowie Zucht- und Besamungsorganisationen für die jeweiligen Nutztierarten.

Nach erfolgreichem Start des Programms ist für weitere Nutztierarten die Vorbereitung und Umsetzung zur Einlagerung von Genmaterial und dessen Verwendung vorgesehen.

533 04	523	Dienstleistungen Außenstehender für Lebensmitteluntersuchungen	20.000 0	6.000 0	6.000 0

Erläuterungen:

Kosten für Laboranalysen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel mit den Unionszeichen "geschützte geografische Angabe" (g. g. A.), "geschützte Ursprungsbezeichnung" (g. U.) und "garantiert traditionelle Spezialität" (g. t. S.). Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel und der Verordnung (EU) 625/2017 sind neben der Untersuchung der Produktaufmachung auch Laboranalysen durchzuführen. Die Kosten für diese Untersuchungen sind dem Landesamt für Verbraucherschutz zu erstatten.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 05	523	Dienstleistungen Außenstehender für das Fachinformationssystem Gentechnologie	25.000 12.753	25.000 0	60.000 0

Erläuterungen:

Im Jahr 2019 wurde im Rahmen des VKoopUIS-Projektes "Fachinformationssystem Gentechnik" (FisGt) mit Sachsen eine Verwaltungsvereinbarung eingegangen, die es erlaubt, die von Sachsen entwickelte Datenbanklösung FisGt zu nutzen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Das FisGt stellt eine behördenübergreifende Datenbank für den Vollzug des Gentechnikrechts, insbesondere für die Bearbeitung und Verwaltung von Anmelde- und Genehmigungsverfahren in Sachsen-Anhalt dar.

Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet die Länder Verwaltungsleistungen über Onlineportale zur Verfügung zu stellen. Für die Anbindung an ein entsprechendes Onlineformular für die Beantragung von gentechnischen Anlagen ist die Weiterentwicklung und Anpassung der Datenbank FisGt notwendig. Schnittstellen in der Datenbank für die Übertragung von Formulardaten sind einzurichten. Zur Pflege und gemeinsamen Weiterentwicklung der Datenbank werden von den Kooperationspartnern Kosten zu gleichen Teilen veranschlagt.

533 06	523	Dienstleistungen Außenstehender zur Umsetzung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes	0 0	20.000 0	5.000 0

Erläuterungen:

Das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz (TierHaltKennzG; BGBl. I Nr. 220 vom 23. August 2023) ist am 24. August 2023 in Kraft getreten. Dieses Gesetz regelt die Kennzeichnung von Lebensmitteln tierischen Ursprungs mit der Haltungsform der Tiere, von denen die Lebensmittel gewonnen wurden. Die Länder sind für den Vollzug des TierHaltKennzG zuständig. Die Umsetzung des TierHaltKennzG stellt eine neue Aufgabe dar.

Gemäß § 36 TierHaltKennzG sind die Landesregierungen ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Übertragung von Aufgaben der zuständigen Behörde auf Personen des Privatrechts im Wege der Beleihung zu regeln. Das Land Sachsen-Anhalt beabsichtigt hiervon Gebrauch zu machen und per Rechtsverordnung bestimmte Aufgaben dieses Gesetzes, u. a. die Entgegennahme und Bearbeitung von Mitteilungen der Tierhalter, der Festlegung der Kennnummer und Mitteilung an den Tierhalter sowie die Bearbeitung von Änderungsmitteilungen einschl. der Einrichtung und des Betriebes eines elektronischen Registers, an den Landeskontrollverband für Leistungs- und Qualitätsprüfung Sachsen-Anhalt e. V. (LKV) zu übertragen. Der LKV ist für diese Aufgabe sachkundig, von den betroffenen Wirtschaftskreisen unabhängig, zuverlässig und bietet die Gewähr, dass die notwendige Ausstattung und Organisation vorhanden ist. Der LKV ist bereits mit amtlichen Aufgaben betraut, insbesondere der Vergabe von Registriernummern nach dem Veterinärrecht. Der LKV ist den Tierhaltern in Sachsen-Anhalt als zentrale Stelle für die Kennnummernvergabe somit bereits bekannt.

Die Kosten in 2025 ergeben sich aus einem einmaligen Erfüllungsaufwand. In den Folgejahren wird mit jährlichen Kosten in Höhe von 5.000 EUR geplant.

533 07	523	Dienstleistungen Außenstehender für die Datenbanken Ökolandbau (Saatgutdatenbank, Tierdatenbank)	4.600 9.321	4.600 0	4.600 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 07

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Saatgutdatenbank	2.300	2.300	2.300
2.	Tierdatenbank	2.300	2.300	2.300
Summe		4.600	4.600	4.600

zu 1.

Gemäß Artikel 26 Absatz 1 der VO (EU) 2018/848 (gültig ab 01.01.2022) sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Datenbanken für Pflanzenvermehrungsmaterial (Saat- und Pflanzgut) als Instrument der Kontrolle der Verfügbarkeit von ökologischem Saat- und Pflanzgut für Unternehmen einzurichten. Damit wird gewährleistet, dass nur noch in begründeten Ausnahmefällen nichtökologisch erzeugtes Saatgut im ökologischen Landbau eingesetzt wird.

Die Führung der Datenbank www.organicXseeds.de erfolgt einheitlich für alle Bundesländer auf vertraglicher Basis durch das Forschungsinstitut für Biologischen Landbau (FiBL), die Finanzierung nach einem abgestimmten Länderschlüssel.

zu 2.

Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 26 Absatz 2 der VO (EU) 2018/848 über Systeme verfügen, die es den Unternehmen, die ökologische Tiere oder ökologische juvenile Aquakulturtiere vermarkten und in ausreichenden Mengen innerhalb eines angemessenen Zeitraums liefern können, ermöglichen, bestimmte Informationen freiwillig und kostenlos zusammen mit ihren Namen und Kontaktangaben zu veröffentlichen. Die Datenbank ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass nichtökologische Tiere oder nichtökologische Aquakulturtiere nur unter den in der genannten Verordnung genannten Voraussetzung und in den der Verordnung genannten Ausnahmefällen im ökologischen Landbau eingesetzt werden.

Die Tierdatenbank (www.organicxlivestock.de) wurde im Rahmen eines durch den Bund geförderten Projektes durch das FiBL entwickelt. Die Führung der Tierdatenbank erfolgt seit 2022 einheitlich für alle Bundesländer auf vertraglicher Basis durch das FiBL, die Finanzierung nach einem abgestimmten Länderschlüssel.

533 08	511	Dienstleistungen Außenstehender für die Flurneuordnungsbehörden	1.000.000	3.000.000	3.000.000
			0	4.460.000	5.600.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.282.100	1.000.000			3.282.100
2026	750.000	2.000.000	860.000		3.610.000
2027		1.000.000	1.600.000	1.600.000	4.200.000
2028		1.000.000	1.000.000	2.000.000	4.000.000
2029 ff.			1.000.000	2.000.000	3.000.000
Summen	3.032.100	5.000.000	4.460.000	5.600.000	18.092.100

Erläuterungen:

Zur Beschleunigung der Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) und dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG), die der Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes, der Gestaltung des ländlichen Raumes sowie der Verbesserung der Aquastruktur dienen, werden geeignete Stellen und öffentlich bestellte Vermessungsingenieure mit hoheitlichen Aufgaben betraut. Verpflichtungsermächtigungen werden für mehrjährige Flurneuordnungsverfahren veranschlagt.

Ab 2024 werden in Folge der gekürzten EU-Mittel für die EU-Förderperiode 2023 - 2027 keine ELER-Fördermittel für die neuen Beauftragungen geeigneter Stellen und ÖbVermInng mit hoheitlichen Aufgaben bereit stehen. Die Kompensation erfolgt durch Landesmittel.

Die 2024 ausgebrachte VE wird nicht vollständig in Anspruch genommen.

533 10	512	Dienstleistungen Außenstehender für waldbesitzübergreifende Waldschutzmaßnahmen	300.000	300.000	300.000
			565.995	0	0

Übertragbar

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 10

Erläuterungen:

Gemäß § 16 Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalt - LWaldG führt das Landeszentrum Wald Sachsen-Anhalt (LZ Wald) Bekämpfungsmaßnahmen durch, die im Interesse der Allgemeinheit zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für größere Waldgebiete notwendig und nur für eine Vielzahl von Waldbesitzern gemeinsam durchgeführt werden können. Dazu gehören Schutzmaßnahmen wie z. B. die aviochemische Bekämpfung von Kieferngrößschädlingen, Nonne, Eichenfraßgesellschaft und Eichenprozessionsspinner. Die Kosten dafür trägt das Land (§ 16 Abs. 6 LWaldG).

533 11	523	Dienstleistungen Außenstehender für Schulobst und -gemüse und Schulmilch	6.000 1.853	6.000 0	6.000 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 522 11.

Erläuterungen:

Das EU-Programm ist durch die teilnehmenden Bildungseinrichtungen von pädagogischen Maßnahmen zur Ernährungsbildung zu begleiten. Als Unterstützung der flankierenden Maßnahmen werden den teilnehmenden Einrichtungen z. B. Informationsmaterialien/Broschüren aus nationalen Mitteln zur Verfügung gestellt.

533 12	512	Dienstleistungen Außenstehender für die Datenerhebung im Wald (Bundeswaldinventur 4)	40.000 180.000	50.000 725.000	325.000 0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			325.000		325.000
2027			200.000		200.000
2028			100.000		100.000
2029 ff.			100.000		100.000
Summen			725.000		725.000

Erläuterungen:

Gemäß § 41a Abs.1 Bundeswaldgesetz ist zur Erfüllung der Aufgaben dieses Gesetzes von Rechtsakten der Europäischen Union oder völkerrechtlich verbindlicher Vereinbarungen im Anwendungsbereich dieses Gesetzes vorbehaltlich des Absatzes 3 alle zehn Jahre eine auf das gesamte Bundesgebiet bezogene forstliche Großrauminventur auf Stichprobenbasis (Bundeswaldinventur) durchzuführen. Sie soll einen Gesamtüberblick über die großräumigen Waldverhältnisse und forstlichen Produktionsmöglichkeiten liefern. Die dazu erforderlichen Messungen und Beschreibungen des Waldzustandes (Grunddaten) sind nach einem einheitlichen Verfahren vorzunehmen. Dazu ist auf die Verwertbarkeit der Grunddaten auch im Rahmen der Beobachtung nach § 6 Bundesnaturschutzgesetz zu achten. Die Länder erheben diese Grunddaten und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft stellt sie zusammen und wertet sie aus. Das Land hat die Kosten der Erhebung zu tragen. Der Bund trägt die Kosten für die Zusammenstellung und Auswertung.

Gemäß § 41a Abs. 3 Bundeswaldgesetz sind zur Erfüllung von Berichtspflichten in den Jahren zwischen zwei Bundeswaldinventuren Daten zum Kohlenstoffvorrat im Wald zu erheben (Kohlenstoffinventur). Die Datenerhebung beginnt in 2025.

533 13	512	Dienstleistungen Außenstehender für drittmittelgeförderte Projekte der angewandten forstlichen Forschung und Entwicklung	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Istennahmen bei Kapitel 09 02 Titel 231 03.

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
533 14	523	Dienstleistungen Außenstehender für die Entschädigung der Auswahlkommission der Landesgartenschauen	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.			
533 15	623	Dienstleistungen Außenstehender zur Durchführung baufachlicher Prüfungen	0 0	0 0	0 0
		*** Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 250.000 EUR zu Lasten des Landesanteils der Ausgaben von Kapitel 09 03 Titel 892 05. Erläuterungen: Ausgaben für die Beauftragung Dritter mit der Durchführung baufachlicher Prüfungen im Rahmen der GAK. Die Höhe der Sach- und Honorarkosten für externe Prüfungen lässt sich nicht beziffern. Daher erfolgt bei Bedarf eine Verstärkung des Titels zu Lasten des Landesanteils der GAK.			
533 16	523	Dienstleistungen Außenstehender für das Wirkungsmonitoring Düngeverordnung	48.000 52.124	48.000 0	48.000 0
		Erläuterungen: Im Ergebnis eines Vertragsverletzungsverfahrens zur Nitratrictlinie hat die Europäische Kommission Deutschland aufgefordert, ein Monitoringprogramm einzurichten, das in kurzen Zeiträumen Aussagen über die Effektivität der Maßnahmen der Düngeverordnung 2020 (DüV) zulässt. Das Monitoring soll vor allem in den belasteten Gebieten eine schnelle Nachsteuerung ermöglichen. Des Weiteren soll sichergestellt werden, dass bislang nicht belastete Gebiete sich nicht negativ entwickeln. Das Monitoring soll alle Länder anhand repräsentativer Informationen erfassen. Sachsen-Anhalt bringt das Einzugsgebiet einer belasteten EU-Nitrat-Messstelle als Modellregion, welche die Besonderheiten des Mitteldeutschen Trockengebietes abbildet, im Wirkungsmonitoring zur Düngeverordnung ein. In der Modellregion werden entsprechende Bodenuntersuchungen einschließlich der spezifischen Laboranalytik durchgeführt, um Aussagen zu den Nitratabbau und -verlagerungsprozessen treffen zu können. Der Bund hat eine Mitfinanzierung und Betreuung der Modellregionen bis Ende 2026 zugesichert.			
542 01	512	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
		Übertragbar Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.			
547 01	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	3.000 0	3.500 0	3.500 0
		Erläuterungen: Geringfügige Ausgaben, die nicht anderweitig zugeordnet werden können.			
631 01	523	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Rückzahlungen aus Überzahlungen - Begabtenförderung	0 0	0 0	0 0
		Übertragbar * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 02 Titel 119 42. Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.			
632 01	523	Zuständige Stelle für die Berufsanerkennung in den Grünen Berufen	0 0	5.600 24.500	4.700 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			4.700		4.700
2027			4.800		4.800
2028			4.900		4.900
2029 ff.			10.100		10.100
Summen			24.500		24.500

Erläuterungen:

Betrieb der zentralen Antragstelle für die Gleichwertigkeitsprüfung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen im land- und forstwirtschaftlichen sowie gartenbaulichen Bereich durch das Land Niedersachsen.

633 01	511	Mehrbelastungsausgleich Kommunen	932.500	954.500	965.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Mehrbelastungsausgleich gemäß Art. 87 Landesverfassung für die Wahrnehmung von Aufgaben, die wirtschaftlich und zweckmäßig durch die Landkreise und kreisfreien Städte erfüllt werden können und daher gemäß § 5 Landesorganisationsgesetz auf die Kommunen zur Erfüllung nach Weisung zu übertragen sind.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kontrollaufgaben im Rahmen des Geoschutzes für Wein	34.500	36.000	36.000
2.	Kontrollaufgaben im Rahmen des Herkunftsschutzes für Spirituosen	34.500	36.000	36.000
3.	Kontrollaufgaben auf dem Gebiet der Düngeverordnung / Umsetzung der DüngeMitteilungsVO LSA	70.000	70.000	70.000
4.	Kontrollaufgaben im Rahmen der Stoffstrombilanzverordnung	257.000	257.000	257.000
5.	Kontrollaufgaben im Rahmen der Wirtschaftsdüngerverbleibverordnung	69.000	69.000	69.000
6.	Vollzug der Verordnung über ergänzende düngerechtliche Vorschriften (DüngeRZusVO ST)	278.000	278.000	278.000
7.	Kontrolle der Rückverfolgbarkeit u. der gemeinsamen Vermarktungsnormen für Erzeugnisse der Fischerei u. Aquakultur	32.000	35.200	37.000
8.	Durchführung des Holzhandels-Sicherungs-Gesetzes	157.500	173.300	182.000
	Summe	932.500	954.500	965.000

633 02	521	Zuweisungen für die Koordinierung der Deutschen Genbank Rose (Europa-Rosarium Sangerhausen)	0	0	100.000
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026		100.000			100.000
2027		100.000			100.000
2028		100.000			100.000
2029 ff.		200.000			200.000
Summen		500.000			500.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 02

Erläuterungen:

Bis zum 31.12.2024 (letzte Auszahlung 2025) erfolgt die Förderung des Genbanknetzwerks Rose mit ELER-Mitteln aus der EU-Förderperiode 2014 bis 2022. Jene Förderung entfällt in der neuen Förderperiode.

Aufgrund eines erheblichen Landesinteresses an der weiteren Unterstützung des Genbanknetzwerks Rose soll das Projekt künftig mit Landesmitteln finanziert werden. Die Förderung soll am 01.01.2025 beginnen und (zunächst) für einen Zeitraum von fünf Jahren bewilligt werden, um ein kontinuierliches Arbeiten im Projekt zu ermöglichen. Es soll eine jährliche Abrechnung, Nachweisführung und Auszahlung für das vorangegangene Kalenderjahr erfolgen. Die erste Auszahlung ist für das Jahr 2026 vorgesehen.

671 01	511	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	66.000 0	60.000 0	206.100 0

Erläuterungen:

Die Investitionsbank wickelt im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten Förder- und Beihilfemaßnahmen ab.

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

671 02	523	Erstattungen an die Tierseuchenkasse und das Landesamt für Verbraucherschutz	120.000 61.138	120.000 0	120.000 0

Übertragbar

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 09 Titel 271 10.

Erläuterungen:

Die EU gewährt eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zur Tilgung und Überwachung von Tierseuchen sowie von Untersuchungen zur Verhütung von Zoonosen. Deutschland (BMEL) erhält für die durchgeführten Programme die festgelegte Finanzhilfe und erstattet den Bundesländern die Finanzhilfe für Probenahmekosten, Untersuchungskosten, Entschädigungen usw.. Aufgrund der Beteiligung an verschiedenen Programmen erhalten die Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt und das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt anteilig EU Erstattungen.

Im Rahmen der Berichterstattung gem. der VO (EU) Nr. 652/2014 erfolgt eine Rückerstattung an das Landesamt für Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt und an die Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt. Die Erstattung durch die EU wird in Kapitel 0909, Titel 271 10 vereinnahmt.

676 01	511	Erstattungen von Anlastungen an die EU	20.200 3.620	20.000 0	20.000 0

Erläuterungen:

Erstattungen von Anlastungen durch die EU, die sich aufgrund der Überschreitung von Zahlungsfristen im Zusammenhang mit der Auszahlung von EGFL- bzw. ELER-Maßnahmen ergeben sowie finanzielle Folgen gemäß VO (EU) 2021/2116 im Rahmen von konformitätsbezogenen Rechnungsabschlusssentscheidungen und aus der Nichtwiedereinzahlung von Unregelmäßigkeiten.

681 01	521	Hütehaltung	0 238.830	0 0	0 0

Erläuterungen:

Hütehaltung ist eine wichtige Unterstützung der Schafhaltung und ein Baustein der Gesamtkonzeption "Schafhaltung in Sachsen-Anhalt voranbringen".

Ab 2024 erfolgt die Förderung aus ELER-Mitteln.

681 02	523	Zuschüsse für die Begabtenförderung	5.000 9.744	5.000 0	5.000 0

Übertragbar

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 02 Titel 231 01.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 02

Erläuterungen:

Zuschuss an Absolventen einer Berufsausbildung entsprechend der "Richtlinie über die Begabtenförderung berufliche Bildung für junge Absolventinnen und Absolventen einer Berufsausbildung" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

682 01	523	Erstattungen an die Tierseuchenkasse	50.000	150.000	150.000
			376.579	0	0

Erläuterungen:

Zuweisung an die Tierseuchenkasse (TSK) für Entschädigungen und Beihilfen bei Auftreten von Tierseuchen sowie für amtlich angewiesene Bekämpfungsmaßnahmen. Das Land Sachsen-Anhalt beteiligt sich an den Kosten nach dem Gesetz über die Tierseuchenkasse und zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes (AG TierGesG).

Infolge von Seuchenfällen in 2023 mussten Entschädigungszahlungen geleistet werden, weshalb die Ist-Ausgaben 2023 erhöht waren.

683 03	523	Zuschüsse zur Förderung der Tierzucht	42.300	42.300	42.300
			19.389	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 09 02 Titel 686 08.

Erläuterungen:

Zuschüsse zur allgemeinen Förderung der Tierzucht bei allen Tierarten (einschließlich der im Tierzuchtgesetz (TierZG) bisher nicht erfassten Tierarten), unter anderem zur Erhöhung der

- Leistungsfähigkeit,
- Wirtschaftlichkeit,
- Qualität der Erzeugnisse,
- Wettbewerbsfähigkeit der Zuchtprodukte des Landes und
- genetischen Vielfalt.

Vorgesehen sind folgende Förderungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kleintierzucht	35.300	35.300	35.300
2.	Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde und INTERBULL	2.000	2.000	2.000
3.	Erhaltung der Biodiversität	5.000	5.000	5.000
	Summe	42.300	42.300	42.300

Die Fördermaßnahmen werden entsprechend den zugrunde liegenden Landesrichtlinien gewährt.

683 04	523	Zuschüsse zur Sicherung der Artenvielfalt und Stabilisierung der Schaf- und Ziegenbestände in Sachsen-Anhalt	1.000.000	900.000	800.000
			663.200	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titelgruppe 70.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen Unterstützungsleistungen für die Schaf- und Ziegenhaltung in Sachsen-Anhalt, um Tierbestände zu stabilisieren, die Artenvielfalt nachhaltig zu sichern und den Erhalt des Berufsstandes zu fördern.

683 05	522	Zuschüsse zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse	250.000	250.000	250.000
			242.304	164.000	164.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 05

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		164.000			164.000
2026			164.000		164.000
2027				164.000	164.000
2028					
2029 ff.					
Summen		164.000	164.000	164.000	492.000

Erläuterungen:

Zuschüsse zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse zur Umsetzung des GAP-Strategieplans (RL Sektorprogramm Bienenförderung).

Landesanteil zur Kofinanzierung von Maßnahmen gem. Art 54-56 der GAP-Strategieplanverordnung. Die EU erstattet bis zu 50 v. H. der Maßnahmen unter Kapitel 09 09 Titel 271 01.

683 06	522	Zuschüsse zur Ausreichung von Schulobst und -gemüse und Schulmilch	790.000 279.472	550.000 490.000	700.000 490.000

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 522 11.

*** Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 09 02 TGr. 66

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		490.000			490.000
2026			490.000		490.000
2027				490.000	490.000
2028					
2029 ff.					
Summen		490.000	490.000	490.000	1.470.000

Erläuterungen:

Ab dem Schuljahr 2017/2018 wird in Sachsen-Anhalt das EU-Programm für Schulen und Kindertagesstätten (Schulobst und -gemüse und/oder Schulmilch) angeboten. Damit wurden die bisherigen EU-Programme "Schulmilch" und "Schulobst und -gemüse" ersetzt. Das bisherige Erstattungsverfahren beim Schulobstprogramm wird durch ein Direktzahlungsverfahren abgelöst. Damit entfällt eine Erstattung der Mittel durch die EU. Die von der EU bereit gestellten Mittel werden durch die Landesmittel aufgestockt.

683 07	531	Zuschüsse zur Wiederaufforstung	200.000 0	0 0	0 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 07

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		150.000			150.000
2026		150.000			150.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		300.000			300.000

Erläuterungen:

Die in 2023 und 2024 veranschlagten Mittel wurden nicht in Anspruch genommen, da mit der GAK-Förderung alle bewilligungsfähigen Anträge bedient werden konnten. Die Zuschüsse über Kapitel 0902 Titel 683 07 werden zukünftig, um Landesmittel zu schonen und Förderungen mit Drittmittelbezug zu ermöglichen, nicht mehr veranschlagt.

Die 2024 ausgebrachte VE wird nicht in Anspruch genommen.

684 01	523	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	23.200	23.700	23.700
			22.775	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 09 60 Titel 684 01.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Mitgliedsbeiträge des MWL an die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG)	5.000	5.000	5.000
2.	Verband der Landwirtschaftskammern (VLK)	10.300	10.300	10.300
3.	Mitgliedsbeitrag des Landes Sachsen-Anhalt an den Deutschen Forstwirtschaftsrat e. V.	7.000	7.000	7.000
4.	Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e. V. (HLBS)	300	1.000	1.000
5.	Deutscher Verband für Landschaftspflege	500	300	300
6.	Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL)	100	100	100
	Summe	23.200	23.700	23.700

684 03	531	Landesbeirat Holz Sachsen-Anhalt, FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council) und PEFC-System (Programme for the Endorsement of Forest Certification schemes)	12.000	12.000	12.000
			11.367	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 03

Erläuterungen:

1.Landesbeirat Holz Sachsen-Anhalt

Der Landesbeirat Holz Sachsen-Anhalt dient als Plattform des Austausches verschiedener Akteure der stofflichen und energetischen Holznutzung und berät das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten bei allen wichtigen Entscheidungen in der Forst- und Holzwirtschaft.

Der Landesbeirat Holz ist:

- Ansprechpartner für alle Betriebe und Organisationen in der Forst- und Holzwirtschaft Sachsen-Anhalts,
- neutrale Plattform und Förderer des Informationsaustausches,
- Impulsgeber für gezielte Forschung und Entwicklung.

Projekte des Landesbeirates Holz u. a.:

- Landes-Bau-Ausstellung in Magdeburg
- Holzbaupreise
- Holzaktionstage

2.FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council)

Die FSC-Waldzertifizierung bildet das Herzstück des FSC-Systems. Sie bestätigt, dass ein bestimmtes Waldgebiet gemäß der FSC-Prinzipien und -Kriterien bewirtschaftet wird. Das Leitbild des FSC ist die natürliche Waldgesellschaft.

Der FSC hat 10 Prinzipien und 56 Kriterien.

Forstbetriebe, die ihre Wälder nach den FSC-Standards bewirtschaften, tragen einen großen Teil dazu bei, diese natürlichen Waldgesellschaften zu erhalten oder neu zu schaffen.

Über integrierte Sozialstandards werden darüber hinaus lokale Interessen berücksichtigt, die Rechte der Arbeitnehmer gesichert und ein umfassender Unfallschutz sowie ein hoher Ausbildungs- und Sicherheitsstandard gefordert. Ziel ist eine wirtschaftlich tragfähige Betriebsführung durch eine effiziente und schonende Ressourcennutzung.

In Sachsen-Anhalt existiert derzeit die FSC Bewirtschaftungsgruppe Naumburg mit ca. 15.000 ha, die durch das LZW, Betreuungsförstamt Naumburg, geleitet und geführt wird.

3.PEFC-System (Programme for the Endorsement of Forest Certification schemes)

PEFC verfolgt folgende Ziele:

- Dokumentation und Verbesserung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung
- Verbesserung des Images der Forstwirtschaft und ihrer Marktpartner
- Unterstützung des Marketings für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Waldwirtschaft

Das System zur Zertifizierung nachhaltiger Waldbewirtschaftung soll Verbrauchern Gewähr dafür bieten, dass Produkte mit dem PEFC-Logo aus Forstbetrieben mit einer nachhaltigen und besonders umwelt- und sozialverträglichen Waldbewirtschaftung stammen.

Für die Region Sachsen-Anhalt wurde am 08.12.2005 der Verein Regionale PEFC-Arbeitsgruppe Sachsen-Anhalt e. V. (RAG) gegründet.

685 01	521	Modellprojekt AUKM zur Vorbereitung der EU-Förderperiode 2021 bis 2027	0 276.904	0 0	0 0

Erläuterungen:

Zur Vorbereitung der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) in der neuen EU-Förderperiode wurde im Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2023 ein Modellprojekt nach niederländischem AUKM-Modell durchgeführt, um zu simulieren wie eine kooperative Antragstellung von AUKM in der nächsten Förderperiode in Sachsen-Anhalt ausgestaltet werden sollte.

685 02	512	Zuschüsse im Rahmen von Verwaltungsabkommen	41.000 40.940	46.000 0	46.000 0

Erläuterungen:

Erstattung anteiliger Kosten für die Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt am Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik entsprechend dem jeweiligen Haushaltsplan. Weiterführende Förderung des KWF (Grundlage: Verwaltungsvereinbarung lt. "Gemeinsames Ministerialblatt Nr. 18 vom 19. Mai 1992", ab 1995 gültiger Umlageschlüssel von 2,3 %).

685 03	531	Zuschüsse gemäß § 48a Landesjagdgesetz	4.000 3.975	4.200 0	4.200 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 03

Erläuterungen:

Gemäß § 48 a des Landesjagdgesetzes erfolgte die Übertragung von Aufgaben der Jagdbehörde und der zuständigen Behörde im Sinne des Bundesjagdgesetzes für die Eigenjagdbezirke des Landes und seines Sondervermögens, die durch Forstbetriebe des Landes verwaltet werden, und für die Eigenjagdbezirke des Bundes und seines Sondervermögens, die durch die Forstbetriebe des Bundes verwaltet werden, an die Landkreise und kreisfreien Städte.
Aufgrund der Regelungen des § 48 a Landesjagdgesetz besteht für die Landkreise und kreisfreien Städte ab dem Jahr 2011 ein Anspruch von jährlich 25 EUR je Eigenjagdbezirk für diese übertragende Aufgabe.

685 04	521	Zuschüsse für das EU-LIFE-Projekt Weinbau "Eco-Smart Viticulture for Climate Change Adaption"	124.800 122.100	61.100 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	61.100				61.100
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	61.100				61.100

Erläuterungen:

Das EU LIFE-Projekt Weinbau "Eco-Smart Viticulture for Climate Change Adaption" wurde von der EU mit einer Laufzeit bis 2025 genehmigt. Inhalt des Projektes ist es, klimaangepasste Weinbaupraktiken mit europäischen Partnern zu prüfen, um die Effizienz und Flexibilität in der Bewirtschaftung zu steigern und die Biodiversität zu erhöhen. Im Fokus stehen Biodiversitäts- und Bewässerungsversuche sowie der Wissenstransfer. Das Projekt besitzt eine hohe Praxisrelevanz für den Weinbau in Sachsen-Anhalt.

Die geplanten Mittel sind zur Unterstützung des Eigenanteils (45 %) der Projektpartner Landgesellschaft Sachsen-Anhalt, Landesweingut Kloster Pforta und Fachhochschule Anhalt für dieses Projekt vorgesehen. Die Kofinanzierung des Projekts erfolgt über EU-Mittel (55 %).

685 05	511	Zuschüsse für Praktika in den Grünen Berufen	300.000 0	250.000 0	250.000 0

Erläuterungen:

Zuschussprogramm zur Förderung der Teilnahme an Praktika in den Grünen Berufen und in Tierarztpraxen mit dem Schwerpunkt "Betreuung landwirtschaftlicher Nutztiere" im Land Sachsen-Anhalt.

685 42	532	Zuschüsse für das Fischereiwesen	400.000 415.550	430.000 0	430.000 0

Übertragbar

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 02 Titel 099 01.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die nach § 30 Abs. 4 Fischereigesetz zu erhebende Fischereiabgabe ist für Maßnahmen des Fischereischutzes, des Fischartenschutzes, der Fischereiforschung, für besondere Maßnahmen der Hege oder ähnliche fischereiwirtschaftliche Zwecke sowie für gebotene Ausgleichszahlungen zu verwenden.

685 43	531	Zuschüsse für das Jagdwesen	310.000 309.482	325.000 0	325.000 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 43

Übertragbar

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 02 Titel 099 02.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Ausgaben in Verbindung mit der Jagdabgabe entsprechend § 22 Abs. 2 des Landesjagdgesetzes für Maßnahmen des Wildschutzes, der Wildforschung, der Hege u. ä. jagdlichen Zwecken im Benehmen mit dem Landesjagdverband.

686 02	523	Zuschüsse an länderübergreifende Einrichtungen (Mehrländereinrichtung)	413.400	425.700	442.500
			287.909	90.000	90.000

*** Teilumsetzung von Kap. 09 02 Titel 683 05

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	52.300	25.000			77.300
2026	25.000	25.000	30.000		80.000
2027	25.000	25.000	30.000	30.000	110.000
2028			30.000	30.000	60.000
2029 ff.				30.000	30.000
Summen	102.300	75.000	90.000	90.000	357.300

Erläuterungen:

Zuschüsse des Landes im Rahmen von Verwaltungsabkommen zur Finanzierung von Mehrländereinrichtungen/ länderübergreifenden Einrichtungen.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Vereinbarung mit Brandenburg:	0		0
1.1.	Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf e. V. (LIB)	160.400	171.700	178.500
1.2.	Institut für Binnenfischerei e. V. Potsdam Sacrow (IBF)	120.000	120.000	130.000
2.	Vereinbarung mit Bund und Ländern:	0		0
2.1.	Zentrum für Betriebswirtschaft im Gartenbau e. V.	4.500	5.500	5.500
2.2.	Bund-Ländervereinbarung über die Markt- und Preisberichtserstattung durch die Agrarmarkt-Informations-Gesellschaft mbH (AMI)	60.000	60.000	60.000
3.	Ländervereinbarung der ostdeutschen Bundesländer über die Agrarmarktprimärdatenerhebung durch die Marktinformationsstelle Ost (MIO)	40.000	40.000	40.000
4.	Ländervereinbarung Hopfenforschung/Hopfenzüchtung	20.000	20.000	20.000
5.	Ländervereinbarung über die Einrichtung und den Betrieb einer Geschäftsstelle der Länderarbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (LÖK)	8.500	8.500	8.500
Summe		413.400	425.700	442.500

zu 1.1.

Die Projektförderung des LIB wird im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung ab 2024 über das Land Brandenburg abgewickelt. Es erfolgt eine Teilumsetzung in Höhe von 104.000 EUR von Kap. 0902 Titel 683 05. Die EU erstattet bis zu 50 v. H. der Maßnahmen unter Kapitel 09 09 Titel 271 01.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 03	523	Zuschüsse im Rahmen des Verwaltungsabkommens über die Förderung des KTBL-Arbeitsprogramms "Kalkulationsunterlagen" sowie der Versuchsstation Dethlingen	15.400 15.008	22.400 0	26.400 0

Erläuterungen:

Zuschüsse für eine IT-gerechte betriebs- und arbeitswirtschaftliche Datensammlung für bundeseinheitliche Kalkulationsunterlagen an das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) gemäß Verwaltungsvereinbarung.

In der Versuchsstation Dethlingen wird die Entwicklung von Verfahren und technischen Lösungen bei der Bestellung, Pflege, Lagerung und Aufbereitung von Kartoffeln durchgeführt. In diesem Zusammenhang werden pflanzenbauliche, ökologische und ökonomische Aspekte für die landwirtschaftliche Praxis untersucht. In Sachsen-Anhalt werden keine Untersuchungen mit ähnlicher Fragestellung durchgeführt.

686 04	523	Zuschüsse zur Preisermittlungsstelle	1.000 575	1.000 0	1.000 0

Erläuterungen:

Gemäß der Verordnung über Preisnotierung, Preisermittlung und Preiserhebung für Milcherzeugnisse vom 16. Juni 2011 (BGBl Teil I Nr. 27) i. V. m. der Vereinbarung über die Durchführung von Notierungen, repräsentativen Preisermittlungen und repräsentativen Preiserhebungen vom 27. September 2011 ist die Finanzierung der Tätigkeit durch die beteiligten Länder zu sichern.

686 07	523	Zuschüsse für Marketing- und Informationsmaßnahmen des ökologischen Landbaus	15.000 15.000	15.000 10.000	15.000 10.000

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titelgruppe 66.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		10.000			10.000
2026			10.000		10.000
2027				10.000	10.000
2028					
2029 ff.					
Summen		10.000	10.000	10.000	30.000

Erläuterungen:

Projektförderung für Absatz- und Informationsmaßnahmen im ökologischen Landbau unter Berücksichtigung der im Öko-Aktionsplan Sachsen-Anhalt festgelegten Ziele.

Der ökologische Landbau leistet mit seiner an die Naturfunktionen angepassten Wirtschaftsweise einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft, zum Schutz der natürlichen Ressourcen und zum Erhalt der Lebensqualität.

Förderung von Projekten zur Unterstützung aktueller Anforderungen der Entwicklung des Ökolandbaus in Sachsen-Anhalt, der Vermarktung, von Absatzmaßnahmen, der Öffentlichkeitsarbeit, Verbraucheraufklärung, zur Durchführung der Öko-Aktionstage sowie der Unterstützung der Durchführung regionaler Fachgespräche zur Sicherstellung der Umsetzung neuer EU-Vorgaben.

686 08	523	Zuschüsse für Leistungsprüfungen in der Tierzucht	293.000 278.035	293.000 0	293.000 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 683 03.

Erläuterungen:

Den Beliehenen wurde gemäß § 9 Abs. 2 Tierzuchtgesetz vom 18. Januar 2019 (BGBl. I, S. 18) zuletzt geändert am 20. Dezember 2022 (BGBl. I, S. 2752) in Verbindung mit § 2 Tierzuchtdurchführungsverordnung (TierZDVO LSA) in der jeweils geltenden Fassung, die Durchführung der Leistungsprüfungen und Zuchtwertschätzung übertragen.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 08

Vorgesehen ist folgende Erstattung von Aufwendungen für übertragene Aufgaben (die Aufteilung zwischen den Tierarten ist flexibel):

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Rind	133.000	133.000	133.000
2.	Schaf / Ziege	85.000	85.000	85.000
3.	Pferd	75.000	75.000	75.000
	Summe	293.000	293.000	293.000

Auf der Grundlage des Tierzuchtgesetzes und der Tierzuchtdurchführungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt obliegt die Durchführung der Leistungsprüfungen und Zuchtwertschätzungen bei den jeweiligen Tierarten dem Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten und den von ihm beauftragten Organisationen und Stellen bzw. den tierzuchtrechtlich verantwortlichen Organisationen (Zuchtverbände, Landeskontrollverband, Landeseinrichtungen). Das Verfahren zur Erstattung von Aufwendungen für übertragene Aufgaben ist auf der Grundlage der Verträge über die Beleihung zur Durchführung von Aufgaben der Leistungsprüfung und Zuchtwertschätzung geregelt.

883 01	523	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Durchführung von Landesgartenschauen	819.100 5.984.418	1.500.000 0	3.000.000 0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.500.000			1.500.000
2026		3.000.000			3.000.000
2027		1.500.000			1.500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		6.000.000			6.000.000

Erläuterungen:

Der Sockelbetrag für die Durchführung der Landesgartenschau 2027 beträgt 6 Mio. EUR verteilt auf die Jahre 2025 - 2027.

981 02	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	155.000 127.698	67.800 0	67.800 0

Erläuterungen:

Kosten für die Lieferung von Daten und Gewährung von Lizenzrechten der Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung zur Nutzung der Geobasisdaten im Rahmen der Fachinformationssysteme und Fachanwendungen.
Abführung an Kapitel 14 06 Titel 381 01.

982 01	891	Abführungen an den Deutschen Weinfonds	48.000 48.312	49.000 0	49.000 0

Übertragbar

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 02 Titel 382 01.

Erläuterungen:

Die nach § 43 Nr. 1 des Weingesetzes zu entrichtende Abgabe ist an den Deutschen Weinfonds in Mainz abzuführen. Der Deutsche Weinfonds ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel die Qualität und den Absatz des Weines zu fördern und auf den Schutz der durch Rechtsvorschriften für inländischen Wein festgelegten Bezeichnungen im In- und Ausland hinzuwirken.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Staatliche Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen

Übertragbar

Erläuterungen:

Mittel zur Durchführung staatlicher Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen (u. a. Immunisierungen, Beteiligung an MKS-Vakzine-Bank) und Beteiligung an den Kosten entsprechend abgeschlossener Ländervereinbarungen.

Grundlage:

- Tiergesundheitsgesetz und die dazu ergangenen VO des BMEL
- Allgemeine Verwaltungsvorschriften über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Lebensmittelrechts, des Rechts der tierischen Nebenprodukte, des Weinrechts, des Futtermittelrechts und des Tabakrechts (AVV Rahmen-Überwachung AVV RÜb)

511 61	523	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			65	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

514 61	523	Arzneimittel, Heilmittel	40.000	30.000	30.000
			13.600	0	0

Erläuterungen:

Beschaffung von Impfstoffen, Arzneimitteln, sonstigen beweglichen Sachen oder Präventionsmaßnahmen zur Tierseuchenbekämpfung.

518 61	523	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

533 61	523	Dienstleistungen Außenstehender	350.000	350.000	330.000
			391.142	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Task Force Ländervereinbarung	10.000	10.000	10.000
2.	Mobiles Bekämpfungszentrum	10.000	10.000	10.000
3.	Betrieb nationale Datenbanken	12.000	12.000	12.000
4.	Beteiligung an der MKS-Vakzinebank der Länder	35.000	35.000	35.000
5.	Beteiligung an der MKS-Diagnostikabank	20.000	20.000	20.000
6.	Fortbildung für Tierärzte / Tierseuchenübungen im Land Sachsen-Anhalt	15.000	15.000	15.000
7.	Zuweisungen an das Landesamt für Verbraucherschutz - BSE Tests verendender Rinder / TSE Schafe und Ziegen / Genotypisierung	100.000	100.000	100.000
8.	Qualitätsmanagement im Veterinärwesen	3.000	3.000	3.000
9.	AVV Data (Verwaltungsvereinbarung Bund-Länder)	40.000	0	0
10.	Entsorgung Fallwild	100.000	100.000	100.000
11.	Öffentlichkeitsarbeit	5.000	5.000	5.000
12.	Tierseuchennachrichtensystem (TSN)	0	17.000	17.000
13.	Kontrollprogramm tierische Nebenprodukte	0	3.000	3.000
14.	Futtermitteljahrestagung	0	20.000	0
Summe		350.000	350.000	330.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 61

zu 9.
Der Länderbeitrag wird ab 2025 im Einzelplan 19 veranschlagt.

zu 12.
Aufgrund eines Plattformwechsels der Software BALVI iP hin zu einer Mehrschichtarchitektur und Webapplikation (BALVI iP2) ist der Fortbestand und damit die Möglichkeit zur Mitnutzung der einzelnen Länder-CITRIX-Infrastrukturen für das TSN (Tierseuchennachrichtensystem) nicht mehr sichergestellt. Für das TSN ist ein Wechsel hin zu einer Web-basierten Plattform erforderlich. Für die Neuprogrammierung müssen daher entsprechend Haushaltsmittel eingeplant werden.

zu 13.
Gemäß § 16 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Lebensmittelrechts, des Rechts der tierischen Nebenprodukte, des Weinrechts, des Futtermittelrechts und des Tabakrechts (AVV Rahmen-Überwachung - AVV RÜb) vom 20.01.2021 erstellt das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) das Kontrollprogramm tierische Nebenprodukte und deren Folgeprodukte in nicht personenbezogener Form in Zusammenarbeit mit den Ländern. Nach Einschätzung des BVL entspricht das derzeitige Kontrollprogramm nicht den Anforderungen aus der VO (EU) 2017/625. Insbesondere sollte das Kontrollprogramm um eine geplante amtliche Probenahme und Untersuchung der Proben ergänzt werden. Diese Proben sollen auf die Länder verteilt werden.

zu 14.
Die Futtermitteljahrestagung findet jährlich in einem anderen Bundesland statt. In 2025 findet jene in Sachsen-Anhalt statt.

534 61	523	Nutz- und Zuchttierhaltung	50.600	21.600	48.600
			46.088	0	0

Erläuterungen:

Beschaffung von Kadaversuchhunden inkl. Ausbildung, Erstausrüstung, Tierarztkosten und Pauschalen für Diensthundeführer. In 2026 ist die Ausbildung von sechs Kadaversuchhunden geplant. Um den Aufwand auch für die Diensthundeführer-Schule möglichst gering zu halten, findet die Ausbildung alle zwei Jahre statt.

542 61	523	Umsatzsteuer	10.500	10.500	10.500
			6.590	0	0

Erläuterungen:

Mittel für die Zahlungen der Umsatzsteuer, die auf der Grundlage der Ländervereinbarungen über die MKS-Vakzinebank und MKS-Diagnostikabank zu zahlen sind.

633 61	523	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Bekämpfungsmaßnahmen der Afrikanischen Schweinepest	1.975.000	1.350.000	1.350.000
			1.369.501	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Mehrbelastungsausgleich	175.000	175.000	175.000
2.	Erlegungsprämie	1.800.000	1.175.000	1.175.000
	Summe	1.975.000	1.350.000	1.350.000

zu 1.
Erstattung der mit der Vereinbarung einhergehenden Verwaltungskosten an alle Landkreise und kreisfreien Städte. Die Verteilung der Gesamtzahlung erfolgt nach dem Anteil der Reviere in den Landkreisen und kreisfreien Städten an der Gesamtzahl der antragsberechtigten Reviere im Land Sachsen-Anhalt.

zu 2.
Vor dem Hintergrund der sich ausbreitenden Afrikanischen Schweinepest (ASP) und des Beschlusses des Landtages von Sachsen-Anhalt vom 15.10.2020 (Drucksache 7/6747) gewährt das Land Sachsen-Anhalt, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten, eine pauschale Erlegungsprämie zur Schaffung eines Anreizes zur Reduktion der Schwarzwildbestände im Land Sachsen-Anhalt.

Für die Erlegung von Schwarzwild aller Altersklassen in Sachsen-Anhalt, exklusive führender Bachen, werden je Stück erlegten Schwarzwildes 65 EUR Erlegungsprämie nach Maßgabe einer Verwaltungsvereinbarung gewährt. Für Schwarzwild, das im Rahmen der Erfüllung dienstlicher Aufgaben oder in Gehegen erlegt wurde, wird keine Erlegungsprämie gewährt.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
683 61	523	Zuschüsse für die Tierkörperbeseitigung	800.000	1.250.000	1.281.000
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Auf der Grundlage des Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG-AG) beteiligt sich das Land an den Beihilfen der Tierseuchenkasse für die Beseitigung von Tierkörpern bestimmter Tierarten.			
811 61	523	Erwerb von Fahrzeugen	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich Leertitel.			
812 61	523	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich Leertitel.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			3.226.100	3.012.100	3.050.100
				0	0
62		Förderung des Fischerei- und Aquakultursektors			
		Übertragbar			
		** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.			
		Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.			
		Erläuterungen:			
		Förderung zur Verbesserung der Strukturen im Fischerei- und Aquakultursektor sowohl im Primärbereich als auch im Bereich der Direktvermarktung mit folgenden Schwerpunkten:			
		- Steigerung des Mehrwerts oder der Qualität von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen			
		- Verringerung von Umweltauswirkungen			
		- Umweltleistungen in der Karpfenteichwirtschaft			
		- Umstellung auf ökologische/biologische Aquakultur			
		- Diversifizierung, Steigerung der Energieeffizienz			
		- Beratung sowie Partnerschaften zwischen Wissenschaften und Fischern			
		- Entschädigungen zum Ausgleich von Schäden durch geschützte Tierarten			
681 62	532	Entschädigungen zum Ausgleich von Schäden durch geschützte Tierarten	0	40.000	40.000
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Auf Grund der insgesamt angespannten betriebswirtschaftlichen Situation der KMU im Fischerei- und Aquakultursektor führen die wachsenden, durch geschützte Tiere verursachten Schäden zunehmend zu Existenzgefährdungen in den Unternehmen. Einen Schwerpunkt bilden hierbei die durch Kormorane verursachten Schäden.			
		Für den Erhalt der Karpfenteichwirtschaft und der traditionellen Fluss- und Seenfischerei ist die Gewährung entsprechender Entschädigungen auch in ST erforderlich. Die Ermittlung des Bedarfs erfolgte auf Basis eines von der Mehrländereinrichtung Institut für Binnenfischerei umgesetzten Forschungsvorhabens zur "Ermittlung der Schäden durch Prädatoren in den Teichwirtschaften Sachsen-Anhalts" aus dem Jahr 2023 sowie einer vom LVwA erstellten gutachterlichen Schadenschätzung.			
683 62	532	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	55.000	40.000	40.000
			24.767	240.000	25.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		30.000			30.000
2026		30.000	40.000		70.000
2027		30.000	40.000	5.000	75.000
2028		30.000	40.000	5.000	75.000
2029 ff.		30.000	120.000	15.000	165.000
Summen		150.000	240.000	25.000	415.000

Erläuterungen:

- Umweltleistungen in der Karpfenteichwirtschaft zum Erhalt der Kulturlandschaft und zur Förderung der biologischen Vielfalt (Mindestverpflichtungszeitraum 5 Jahre)
- Umstellung von einer konventionellen Aquakultur auf eine ökologische und biologische Aquakultur
- Beratungsdienste, fachliche Beratungsleistungen

Die 2024 ausgebrachte VE wird nicht vollständig in Anspruch genommen.

684 62	532	Zuschüsse an Vereine und Verbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

685 62	532	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

892 62	532	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	70.000	40.000	40.000
			9.129	0	0

Erläuterungen:

Förderung zur Verbesserung der Strukturen im Fischerei- und Aquakultursektor sowohl im Primärbereich als auch im Bereich der Direktvermarktung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	125.000	120.000	120.000
		240.000	25.000

64 Tierschutz

Übertragbar

- **** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Zuschüsse zur Unterstützung der Kastration von freilebenden herrenlosen Katzen, zur Förderung von Investitionen in Tierheimen und tierheimähnlichen Einrichtungen Sachsen-Anhalts, für Projekte und Maßnahmen, die der Stärkung des Tierbewusstseins dienen, für Schulungen und Weiterbildungen sowie zur Öffentlichkeitsarbeit im Tierschutz.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

532 64	523	Öffentlichkeitsarbeit	6.000	6.000	10.000
			17	0	0

*** Umsetzungen von Kap. 09 02 - TGr. 68 Titel 532 68

Erläuterungen:

- Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit über tierschutzfachliche Sachverhalte.
- Vergabe des Tierschutzpreises alle zwei Jahre.

533 64	523	Dienstleistungen Außenstehender	130.000	110.000	110.000
			113.262	100.000	120.000

*** Umsetzungen von Kap. 09 02 - TGr. 68 Titel 533 68

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			100.000		100.000
2027				120.000	120.000
2028					
2029 ff.					
Summen			100.000	120.000	220.000

Erläuterungen:

Unterstützung von Kastrationsmaßnahmen bei freilebenden, herrenlosen Katzen durch Tierschutzvereine. (100.000 EUR)

Durchführung von Schulungen für amtliches Kontrollpersonal gemäß der VO (EU) 2017/625 vom 15.03.2017 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz. (10.000 EUR)

547 64	523	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	4.500	4.500	4.500
			0	0	0

*** Umsetzungen von Kap. 09 02 - TGr. 68 Titel 547 68

Erläuterungen:

Durchführung von Fachveranstaltungen für Landwirte, Mitglieder von Tierschutzvereinen und andere Tierhalter.

684 64	523	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	10.500	10.500	10.500
			0	0	0

*** Umsetzungen von Kap. 09 02 - TGr. 68 Titel 684 68

Erläuterungen:

Förderrichtlinie Tierschutz

Unterstützung von Projekten und Maßnahmen, die der Stärkung des Tierbewusstseins und einer Verbesserung der Mensch-Tier-Beziehung dienen, insbesondere Bildungsangebote für Kindergärten und Grundschulen.

685 64	523	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	15.000	15.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Finanzierung des Länderanteils an der Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der Länder über die Einrichtung, Koordinierung, Organisation und Finanzierung einer gemeinsamen Zentralstelle zur Überwachung der im Internet gehandelten Wirbeltiere ab 2025.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

893 64	523	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	80.000	100.000	100.000
			74.840	0	0

Erläuterungen:

Förderrichtlinie Tierschutz

Gefördert werden Investitionen (Neu-, Erweiterungs-, Um- und Ausbauten) in Tierheimen in Sachsen-Anhalt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	231.000	246.000	250.000
		100.000	120.000

**65 Sonstige Förderung der Landwirtschaft-, Landfrauen-,
Landjugend- und Landseniorenangelegenheiten**

Übertragbar

****** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der
Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Projektförderung werden Einzelmaßnahmen (Seminare, Informationsveranstaltungen, Vergleichswettkämpfe etc.) des Landfrauen- und des Landjugendverbandes, der Landesarbeitsgemeinschaft für Urlaub und Freizeit auf dem Lande, der Landsenioren sowie beispielhafte Beschäftigungsinitiativen für Frauen im ländlichen Raum gefördert.

533 65	523	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

547 65	523	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

686 65	523	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an Körperschaften, Verbände u. ä.	220.500	258.500	285.500
			192.962	134.400	134.400

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		127.000			127.000
2026			134.400		134.400
2027				134.400	134.400
2028					
2029 ff.					
Summen		127.000	134.400	134.400	395.800

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 65

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Institutionelle Förderung	0		0
1.1.	Landfrauenverband Sachsen-Anhalt e. V.	85.400	85.400	85.400
1.2.	Landjugendverband Sachsen-Anhalt e. V.	49.000	49.000	49.000
2.	Projektförderung	0		0
2.1.	Landfrauenverband Sachsen-Anhalt e. V.	32.600	49.100	62.600
2.2.	Landjugendverband Sachsen-Anhalt e. V.	26.500	43.000	56.500
2.3.	Landesarbeitsgemeinschaft für Urlaub und Freizeit auf dem Lande Sachsen-Anhalt	7.000	7.000	7.000
2.4.	Landseniorenverband Sachsen-Anhalt e. V.	20.000	25.000	25.000
	Summe	220.500	258.500	285.500

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	220.500	258.500	285.500
		134.400	134.400

66 Agrarmarketing

Übertragbar

* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 09 02 Titel 686 07.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Gegenseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 100.000 EUR mit Kapitel 08 02 Titel 685 01.
Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 09 02 Titel 683 06.

Erläuterungen:

Zuschüsse zur Umsetzung der Landesaufgabe Agrarmarketing sowie zu einzelbetrieblichen Maßnahmen des Agrarmarketings.

Bis 2024 trug die TGr. die Bezeichnung "Agrarmarketingmaßnahmen und Ausstellungen/Messen, einschließlich Nutztierschauen".

532 66 522	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen des Landes	3.000 23.328	12.000 0	4.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Messen, Tierschauen und Ausstellungen im Bundesgebiet	0	7.500	0
2.	Ehrenpreise für die Bereiche Tierzucht, Milchwirtschaft, Garten und Weinbau	3.000	4.500	4.500
	Summe	3.000	12.000	4.500

zu 1.

Im Jahr 2025 findet in Sachsen-Anhalt eine große überregionale Tierschau statt.

zu 2.

Ab 2025 werden mehr Mittel veranschlagt, da sich die Beschaffung von Ehrenpreisen, Sachpreisen, Plaketten und Urkunden erheblich verteuert hat.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

547 66	522	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

633 66	522	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

683 66	522	Zuschüsse für einzelbetriebliche Maßnahmen des Agrarmarketings	1.073.000	1.077.000	647.500
			1.942.178	490.000	490.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		535.000			535.000
2026			490.000		490.000
2027				490.000	490.000
2028					
2029 ff.					
Summen		535.000	490.000	490.000	1.515.000

Erläuterungen:

Zuschüsse von einzelbetrieblichen Maßnahmen für Leistungen auf dem Gebiet des Agrarmarketings zur Unterstützung des Absatzes von Produkten der Land- und Ernährungswirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt.

Hierzu zählen insbesondere:

- Förderung von Marketingaktivitäten
- Finanzierung von Maßnahmen des Regional- und Gemeinschaftsmarketings
- Förderung von Messeauftritten und -teilnahmen auf regionalen und überregionalen Fach- und Publikumsmessen (u. a. Internationale Grüne Woche). Selbiges gilt für Ausstellungen und Tierschauen.

Hochwertige Qualitätslebensmittel finden zunehmend Zuspruch durch Verbraucherinnen und Verbraucher. Daher sind Maßnahmen zur Herausstellung der besonderen Qualität und Vorteile der heimischen Produkte notwendig, um hier richtungsweisende Rahmenbedingungen und langfristig stabile Absatzwege für die heimische Land- und Ernährungswirtschaft zu schaffen.

Die vorwiegend klein- und mittelständischen Unternehmen der sachsen-anhaltischen Land- und Ernährungswirtschaft sind auf staatliche Unterstützung angewiesen, da sie überwiegend nicht in der Lage (personell und finanziell) sind, entsprechende Maßnahmen eigenständig durchzuführen.

Aus strategischen Gesichtspunkten wird die einzelbetriebliche Förderung von Absatzmaßnahmen (nicht Messen) der Ernährungswirtschaft ab dem Jahr 2026 nicht mehr durchgeführt und die einzelbetriebliche Förderung der Direktvermarktung reduziert. Statt der einzelbetrieblichen Förderung von Absatzmaßnahmen der Ernährungswirtschaft und Direktvermarktung werden ab dem Jahr 2026 umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen in Form von Weiterbildungen, Fachveranstaltungen und Workshops durchgeführt. In Absprache mit der Zielgruppe werden relevante Unternehmensaspekte adressiert (z.B. Nachhaltigkeit, KI, Export, Arbeitskräfte) und entsprechend neue Formate entwickelt. Für die Direktvermarktung werden dann zusätzlich mehr warengruppenorientierte Weiterbildungen erfolgen. Diese Maßnahmen sind ab dem Jahr 2026 dann Bestandteil der institutionellen Förderung unter Kapitel 0902 Titel 685 66.

Durch diese Verfahrensweise können die Fördermittel künftig zielgerichteter eingesetzt werden und reine Mitnahmeeffekt werden vermieden.

685 66	522	Zuschüsse an die Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH	1.555.500	1.911.000	2.348.000
			250.000	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 66

Erläuterungen:

Die Aufgaben der Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (AMG) liegen in der Beratung, Information, Kommunikation, Weiterbildung und Netzwerkarbeit auf allen Gebieten der Land- und Ernährungswirtschaft. Daneben ist die AMG ein wichtiges Bindeglied in der Vermittlung zwischen Land- und Ernährungswirtschaft auf der einen und der Gesellschaft auf der anderen Seite. Dies ist insofern von Bedeutung, da sich die gesellschaftlichen Ansprüche an die Land- und Ernährungswirtschaft kontinuierlich verändern. Insbesondere Aspekte wie Regionalität sowie Natur- und Umweltschutz sind verstärkt in den Fokus gerückt. Weiterhin sorgt die AMG für eine wichtige sektorübergreifende Vernetzung zwischen Land- und Ernährungswirtschaft und Tourismus. Dadurch können wichtige Impulse für eine übergreifende Regionalvermarktung gesetzt werden. Die AMG agiert somit an wichtigen Schnittstellen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und setzt Maßnahmen von bedeutendem Landesinteresse wie die Durchführung des Wettbewerbes "Kulinarisches Sachsen-Anhalt", die Landespräsentation auf der Grünen Wochen oder das Landeserntedankfest um.

Seit dem Jahr 2024 ist die AMG eine 100 prozentige Landesgesellschaft. Dadurch wurden neue Landesaufgaben an die AMG übertragen. Demzufolge wurden teilweise Mittel innerhalb der Titelgruppe umgesetzt. Darüber hinaus wurde Vorsorge für allg. Tarifierungen und inflationsbedingte Preissteigerungen getroffen.

Aus strategischen Gesichtspunkten wird die einzelbetriebliche Förderung von Absatzmaßnahmen (nicht Messen) der Ernährungswirtschaft ab dem Jahr 2026 nicht mehr durchgeführt und die einzelbetriebliche Förderung der Direktvermarktung unter Kapitel 0902 Titel 683 66 deutlich gekürzt. Aus diesen Gründen sinken die eigenen Einnahmen und Erträge der AMG erheblich. Gleiches gilt für die in diesen Projekten enthaltenen Ausgaben für Fremdleistungen.

Statt der einzelbetrieblichen Förderung von Absatzmaßnahmen der Ernährungswirtschaft und Direktvermarktung werden ab dem Jahr 2026 umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen in Form von Weiterbildungen, Fachveranstaltungen und Workshops durchgeführt. In Absprache mit der Zielgruppe werden relevante Unternehmensaspekte adressiert (z.B. Nachhaltigkeit, KI, Export, Arbeitskräfte) und entsprechend neue Formate entwickelt. Für die Direktvermarktung werden dann zusätzlich mehr warengruppenorientierte Weiterbildungen erfolgen. Diese Maßnahmen sind ab dem Jahr 2026 Bestandteil der institutionellen Förderung. Aufgrund der für die Maßnahmen notwendigen Ressourcen (Personal- und Sachmittel) erhöht sich die institutionelle Förderung entsprechend.

Durch diese Verfahrensweise können die Fördermittel künftig zielgerichteter eingesetzt werden und reine Mitnahmeeffekt werden vermieden.

Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (AMG)
 Ausgaben

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Personalausgaben	900.801	1.031.000	1.252.900	1.351.500
2. Sonstige Ausgaben	286.520	315.000	320.000	330.000
3. Landesaufgaben	0	772.000	910.500	1.034.000
4. Projektmittel/Fremdleistungen	2.490.791	1.526.500	1.580.200	864.100
5. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
6. Ausgaben für AfA und Investitionen	24.254	30.000	33.500	33.500
7. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
8. Steuern	784	5.000	1.500	1.500
Zusammen	3.703.150	3.679.500	4.098.600	3.614.600

Einnahmen

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Eigene Einnahmen und Erträge	3.401.396	2.124.000	2.187.600	1.266.600
2. Sonstige Drittmittel	57.643	0	0	0
3. Zinsen	149	0	0	0
4. Institutionelle Förderung Land	250.000	1.555.500	1.911.000	2.348.000
Zusammen	3.709.188	3.679.500	4.098.600	3.614.600

Gewinn 2023: 6.038 EUR

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 66

Stellenübersicht der AMG

Entgeltgruppe *	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Geschäftsführung	1	1	1	1
2. E 13	8	10	10	10
3. E 11	4	2	3	3
4. E 9	1	1	1	1
5. Ausbildung	1	1	1	1
6. Praktikum	2	2	2	2
Zusammen	17	17	18	18

* Die Entlohnung erfolgt in Anlehnung an den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TVL), die Entgeltgruppen gelten als Obergrenze. Die Einhaltung des Besserstellungsverbots wird jährlich vom Wirtschaftsprüfer geprüft.

686 66	522	Zuschüsse für Ausstellungen einschließlich Nutztierschauen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	2.631.500	3.000.000	3.000.000
		490.000	490.000

67 Ernährungssicherstellung/Ernährungsnotfallvorsorge

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Umsetzung des Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetzes (ESVG) vom 4. April 2017 (BGBl. I S. 772) zuletzt geändert durch Artikel 275 der Fünften Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) und des Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgezuständigkeitsgesetz - ESVZG LSA vom 12. Mai 2021 (GVBl. LSA 2021, 284).

Nach dem Ernährungssicherstellungs- und vorsorgegesetz (ESVG) besteht für die Länder die Verpflichtung zur Ausführung dieses Gesetzes und auf dessen Grundlage erlassener Rechtsverordnungen. Es sind organisatorische, personelle und materielle Vorkehrungen zu treffen, um die Ausführung dieses Gesetzes sowie der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen in einer Versorgungskrise sicherstellen zu können.

Gebotene Maßnahmen zur Vorsorge für eine Versorgungskrise sind zu treffen. Im Falle einer Versorgungskrise ist die Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um den Selbstschutz der Bevölkerung zu stärken und die Bevölkerung über entsprechende private Vorsorgemaßnahmen zur Stärkung des Selbstschutzes zu informieren. Die Landkreise, kreisfreien Städte, Städte und Kommunen sind umfassend zu schulen.

511 67	511	Geschäftsbedarf	3.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

533 67	511	Dienstleistungen Außenstehender	14.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

547 67	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.000	0	0
			0	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 547 67

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.000			2.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		2.000			2.000

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

812 67	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67		19.000	0	0
			0	0

69 Ernährungsangelegenheiten und Lebensmittel

Übertragbar

Erläuterungen:

Mit der "Nationalen Strategie gegen Lebensmittelverschwendung" und der Informationsinitiative "Zu gut für die Tonne!" setzt sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gegen das Wegwerfen von Lebensmitteln ein. Bis zum Jahr 2030 sollen die Lebensmittelabfälle gemäß den Globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen halbiert werden. Im Zuge einer Bund-Länder-AG werden bundesweite Projekte und Maßnahmen zur Thematik der Lebensmittelverschwendung geplant. Um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden, braucht es Verhaltensänderungen bei allen Akteuren. Z. B. findet jährlich eine bundesweite Aktion "Aktionswoche Deutschland rettet Lebensmittel!" statt. Die Bundesländer setzen die Aktion mit geeigneten Maßnahmen um. Um erfolgreich gegen Lebensmittelverschwendung vorzugehen, bedarf es eines stärkeren Bewusstseins für das Problem der Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Lebensmittelversorgungskette sowohl in der Land- und Ernährungswirtschaft als auch bei den Verbraucherinnen und Verbraucher.

- Förderung von Projekten im Bereich der Ernährungsinformation- und bildung, u. a. die Vermittlung von Kenntnissen über Lebensmittel, ihre Erzeugung, Verarbeitung und Verwendung (Zielgruppe Kinder und Jugendliche)
- Förderung von Projekten zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung

684 69	523	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

685 69	523	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	25.000	15.000	15.000
			0	0	0

686 69	523	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	25.000	15.000	15.000
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69		50.000	30.000	30.000
			0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

70 Herdenschutz

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 09 02 Titel 683 04.

Erläuterungen:

Der Wolf gehört nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG i. V. m. Anhang II und IV der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zu den streng geschützten Arten und untersteht dem Schutz nach §§ 44 ff. NatSchG LSA. Durch diese strengen europäischen und nationalen Schutzmaßnahmen hat sich der Wolf in den letzten Jahren auch in Sachsen-Anhalt ausgebreitet und vermehrt. Die steigenden Populationszahlen führen zu immer mehr Übergriffen auf domestizierte Haustiere und landwirtschaftliche Nutztiere in Weidehaltung. Zur Unterstützung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung durch Weidehaltung und zur Verringerung von Konflikten zwischen Artenschutz und Weidehaltung sowie Akzeptanzverbesserung werden durch das Land Entschädigungen für Nutzungseinschränkungen gemäß § 33 Abs. 3 NatSchG LSA (zu § 68 Abs. 4 BNatSchG) als Billigkeitsleistungen gewährt.

681 70	521	Entschädigung für Nutzungsbeschränkungen gemäß NatSchG LSA	48.000 15.603	48.000 0	48.000 0

Erläuterungen:

Entschädigungen für Nutzungseinschränkungen gemäß § 33 Abs. 3 NatSchG LSA (zu § 68 Abs. 4 BNatSchG). Schadensausgleichszahlungen für durch Wolf und Luchs verursachte Schäden an Nutztieren in der gewerblichen Tierhaltung und Hobbyhaltung.

683 70	521	Finanzierung von Maßnahmen zur Schadensprävention	0 685.397	0 0	0 0

Erläuterungen:

Um Landesmittel zu schonen und gleichzeitig der zu erwartenden erhöhten Antragstellung gerecht zu werden, wurde ab dem Jahr 2024 auf eine GAK-Förderung entsprechend dem GAK-Förderungsgrundsatz zur Förderung von "Investitionen zum Schutz vor Schäden durch den Wolf" umgestellt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			48.000	48.000 0	48.000 0

73 Bewältigung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft verursacht durch Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse

Übertragbar

Erläuterungen:

Aufgrund der Extremwetterereignisse (Sturmschäden, Dürre) der Vergangenheit sollen über diese Titelgruppe die Mittelflüsse sowohl von Landes- als auch von Bundesmitteln z. B. in Form von Zuwendungen oder Billigkeitsleistungen im Rahmen der Nationalen Rahmenrichtlinie zur Gewährung staatlicher Zuwendungen zur Bewältigung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft verursacht durch Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse erfolgen.

631 73	522	Rückzahlungen an den Bund	32.000 7.084	5.000 0	5.000 0

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um 50 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 02 Titel 119 73.

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen, Rückforderungen, Zinsen u. a.

681 73	522	Billigkeitsleistungen an private Unternehmen im Bereich der Landwirtschaft zum Ausgleich von Schäden durch Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse	30.000 39.175	0 0	0 0

*** Billigkeitsleistungen nach § 53 LHO. Diese sind von der Deckungsfähigkeit zu Lasten anderer Titel ausgenommen.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 73

Erläuterungen:

Aufgrund der zunehmenden Extremwetterereignisse sollen Landesmittel z. B. in Form von Zuwendungen oder Billigkeitsleistungen ausgereicht werden.

683 73	522	Zuschüsse für Versicherungsprämien	0	1.000.000	1.000.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Ab 2025 sollen Obstbaubetriebe eine finanzielle Unterstützung bei den Prämien von Versicherungen gegen Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse wie beispielsweise Starkfrost, Sturm und Starkregen erhalten.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	62.000	1.005.000	1.005.000
		0	0

74 Zuschüsse für die Modellprojekte "5 mal 5.000 Hektar"

Übertragbar

* Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 09 03 Titel 892 05.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der neu aufgelegten Landesförderung "5 mal 5.000 Hektar" sollen in fünf Regionen in Sachsen-Anhalt fünf Modellprojekte auf fünf Forschungsfeldern z. B. Holznutzungs- und Bewässerungskonzepte entwickelt werden, die nach einer erfolgreichen Erprobung auch für andere Regionen Anwendung finden können.

522 74	523	Ausgaben für Studien, Gutachten und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

533 74	523	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

542 74	523	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

685 74	523	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	200.000	100.000	0
			49.950	0	0

Erläuterungen:

Förderung eines Modellvorhabens zur Beregnung im Weinbau in der Region Saale-Unstrut.

686 74	523	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 74

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

883 74	523	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

891 74	523	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	800.000	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.100.000			1.100.000
2026		1.100.000			1.100.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		2.200.000			2.200.000

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Die 2024 ausgebrachte VE wird nicht in Anspruch genommen.

892 74	523	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 74	1.000.000	100.000	0
		0	0

75 Förderung der Durchführung von Berufs- und Vergleichswettkämpfen

Übertragbar

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Gemäß § 6 Abs. 1 LWG LSA (GVBl. LSA S. 919) ist die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung zu fördern.

Berufliche Wettbewerbe im Bereich der Agrar-, Forst- und Hauswirtschaft haben in Deutschland eine lange Tradition. Sie dienen in erster Linie dazu, dem Berufsstand Anregungen und Erfahrungen für die berufliche Praxis zu vermitteln sowie darüber hinaus die Persönlichkeitsentwicklung des berufsständischen Nachwuchses zu fördern.

Außerordentlich wichtig sind diese Wettbewerbe für die Darstellung der grünen Berufe in der Öffentlichkeit und für die Werbung von Jugendlichen für eine Berufsausbildung in der Agrar-, Forst- und Hauswirtschaft.

Bundesweit werden Berufswettbewerbe regelmäßig in verschiedenen Sparten ausgetragen, für die sich die Jugendlichen über regionale und Landesvergleiche qualifizieren müssen:

- Landwirtschaft
- Tierwirtschaft
- Forstwirtschaft
- Hauswirtschaft
- Leistungspflügen
- Leistungsmelken

412 75	522	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	2.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Entschädigung (einschließlich Reisekosten) für ehrenamtlich Tätige bei Berufswettbewerben.

Vorsorglich Leertitel.

534 75	522	Sachaufwand der Aus- und Fortbildung, Prüfung Außenstehender	3.200	3.200	3.200
			0	0	0

Erläuterungen:

Reisekostenvergütung für Teilnehmer an Berufswettbewerben auf Regional-, Landes- und Bundesebene:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entscheide auf regionaler Ebene	1.000	1.000	1.000
2.	Landesausscheid Leistungspflügen, Leistungsmelken und Hauswirtschaft	1.000	1.000	1.000
3.	Bundesentscheide	1.200	1.200	1.200
	Summe	3.200	3.200	3.200

547 75	522	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	20.400	16.700	20.400
			10.232	0	0

Erläuterungen:

Sachaufwand für die Durchführung von Berufswettbewerben und Vergleichswettkämpfen auf Regional-, Landes- und Bundesebene (z. B. Preise, Feldentschädigungen, Materialien).

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entscheide auf regionaler Ebene	3.500	3.500	3.500
2.	Landesausscheide Leistungspflügen, Leistungsmelken und Hauswirtschaft	2.500	2.500	2.500
3.	Ehrungen der Besten (Abschluss-, Meister- und Fortbildungsprüfung)	7.000	7.000	7.000
4.	Holzfällermeisterschaft	3.700	3.700	3.700
5.	Landesmeisterschaft Waldarbeiter Sachsen-Anhalt	3.700	0	3.700
	Summe	20.400	16.700	20.400

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 547 75

zu 5.
Die Landesmeisterschaft findet alle zwei Jahre statt.

686 75	522	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	10.000 10.089	17.500 0	10.000 0

Erläuterungen:
Zuschüsse für die turnusmäßig stattfindenden Berufswettbewerbe.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Berufswettbewerb der Landjugend	0	10.000	0
2.	Berufswettbewerb Gartenbau	0	4.500	0
3.	Landschaftscup	7.000	3.000	7.000
4.	Melkwettbewerb	3.000	0	3.000
Summe		10.000	17.500	10.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 75	35.600	37.400 0	33.600 0

76 Bürgerschaftliches Engagement

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Umsetzung des Artikels 35 a der Landesverfassung durch die Unterstützung des bürgerlichen Engagements.

In den ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts gibt es rund 2.000 Dörfer. Für die überwiegende Mehrheit der Menschen ist das Dorf der Lebensmittelpunkt. Für Sachsen-Anhalt sind lebenswerte Dörfer daher besonders wichtig. Die unmittelbare Einflussnahme der Dorfbewohner auf Entscheidungen, die ihr Dorf betreffen, ist aber aufgrund der Gemeindestrukturen oftmals gering. Dies wirkt hemmend auf das bürgerliche Engagement. Hierzu braucht es vor allem Menschen, die ihre Heimat gestalten, denen es gelingt, andere anzustecken und mitzunehmen. Wichtig sind Arbeitsplätze und soziale Einrichtungen, aber auch ein interessantes Vereinsleben. Entscheidend ist auch, wie sich die Bürger an der Ideenfindung beteiligen, was die Dorfbewohner gemeinsam mit den kommunal Verantwortlichen bewirken, wie sie mit konkreten Aktivitäten zur Entwicklung des Dorfes beitragen und die Möglichkeiten und Gegebenheiten vor Ort nutzen.

Der Haushaltsansatz dient dazu, diese Initiative von Bürgern, Vereinen, Verbänden, Institutionen und Dörfern in ihrem Tun zu unterstützen und in Veranstaltungen eine Plattform für den Erfahrungsaustausch auf Europäischer-, Bundes-, Landes- und Kreisebene zu geben.

Wettbewerbe

Der Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" wird vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in einem dreijährigen Turnus ausgelobt und in drei Stufen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene durchgeführt.

Der Wettbewerb zum "Europäischen Dorferneuerungspreis" wird von der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung im Rhythmus von zwei Jahren ausgelobt.

Die Ausschreibung "Neulandgewinner - Zukunft erfinden vor Ort" war über 10 Jahre ein Programm der Robert Bosch Stiftung (www.neulandgewinner.de) für die neuen Bundesländer zur Unterstützung von Initiativen im ländlichen Raum. Diese Aufgabe hat ab 2022 das Projektbüro des Thünen-Institutes für Regionalentwicklung e. V. und der Verein "Neuland gewinnen e. V." übernommen und erhalten dafür finanzielle Zuwendungen vom Bund, verschiedenen Institutionen und den teilnehmenden Ländern.

Teils erhebliche Schwankungen der benötigten Mittel aufgrund von zwei- bis dreijährigem Turnus der Wettbewerbe.

412 76	522	Entschädigung für ehrenamtlich Tätige	0 0	0 0	0 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 412 76

Erläuterungen:

Die Landesbewertungskommission wird alle drei Jahre zum Landeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" berufen. Unter Beachtung der Bewertungsbereiche setzt sich die Landesbewertungskommission interdisziplinär aus 6 bis 8 Juroren zusammen, die aus verschiedenen Tätigkeitsfeldern (außerhalb der Verwaltung) kommen können.
Die Mittel sind für die Entschädigung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Privaten oder im Verein Tätigen, die in die Landesbewertungskommission berufen werden, vorgesehen.

527 76	522	Reisekosten für Dienstreisen	0	1.000	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Landesbewertungskommission wird alle drei Jahre zum Landeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" berufen. Unter Beachtung der Bewertungsbereiche setzt sich die Landesbewertungskommission interdisziplinär aus 6 bis 8 Juroren zusammen. Für die Bereisung werden ca. 7-10 Arbeitstage geplant.

Die Siegerdörfer des Landeswettbewerbs nehmen am Bundeswettbewerb teil und werden im Rahmen der Internationalen Grünen Woche ausgezeichnet.

547 76	522	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	15.000	10.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Mittel in 2025 sind für die Auszeichnungsveranstaltung zum 12. Landeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" für eine Veranstaltung mit ca. 300 bis 400 Teilnehmern aus den teilnehmenden Orten. Die Ausgaben dienen der Ausgestaltung der Auszeichnungsfeier: Technik, Unterhaltung, Aufsteller, Getränke, Tafeln, Urkunden, Präsente usw.

In 2026 dienen die Mittel dem Aufruf und der Öffentlichkeitsarbeit für den 13. Landeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft".

633 76	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	104.800	30.000	5.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Bundeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" auf Kreis-, Landes- und Bundesebene
2024: Im Wettbewerb auf Kreisebene sollen alle Teilnehmer, die ihre besondere Bereitschaft zum bürgerlichen Engagement durch die Teilnahme am Wettbewerb zeigen, eine Zuwendung aus Landesmitteln zur Vitalisierung der Dorfgemeinschaft erhalten. Voraussichtlich 125 Dörfer erhalten je 800 EUR, insgesamt 100.000 EUR.
2025: Die Teilnehmer am Landeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" erhalten Preisgelder zwischen 1.000 und 3.000 EUR, insgesamt in Höhe von 30.000 EUR.
2026: Bundeswettbewerb und Verkündung der Sieger; keine Landesmittel notwendig.

Europäischer Dorferneuerungspreis

2026: Im Wettbewerb um den "Europäische Dorferneuerungspreis" vertritt alle 2 Jahre ein Dorf das Land Sachsen-Anhalt. Vom MWL werden die Teilnahmegebühren in Höhe von 2.000 EUR übernommen. Gleichzeitig erhält das Dorf eine einmalige Zuweisung für die Herstellung und Einreichung der Antragsunterlagen, Präsentation des Dorfes bei der Jurybegehung und für die Fahrtkosten zur Teilnahme an der Auszeichnungsveranstaltung (im In- oder Ausland) in Höhe von 3.000 EUR.

684 76	521	Zuweisungen an Vereine	120.000	80.000	95.000
			75.000	0	160.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	5.000	75.000			80.000
2026		75.000			75.000
2027		10.000		80.000	90.000
2028				80.000	80.000
2029 ff.					
Summen	5.000	160.000		160.000	325.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 76

Erläuterungen:

Die Ausschreibung "Neulandgewinner - Zukunft erfinden vor Ort" war über 10 Jahre ein Programm der Robert Bosch Stiftung (www.neulandgewinner.de) für die neuen Bundesländer zur Unterstützung von Initiativen im ländlichen Raum. Diese Aufgabe hat ab 2022 das Projektbüro des Thünen-Institutes für Regionalentwicklung e. V. und der Verein "Neuland gewinnen e. V." übernommen und erhalten dafür finanzielle Zuwendungen vom Bund, verschiedenen Institutionen und den teilnehmenden Bundesländern.

893 76	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 76			224.800	126.000	110.000
				0	160.000

78 Gesundheitsbezogener Verbraucherschutz bei Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen

533 78	011	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			490	0	0

*** Umsetzungen nach Kap. 08 01 Titel 525 01

632 78	011	Finanzierung länderübergreifender Aufgaben im Verbraucherschutz	46.000	47.000	48.000
			24.587	0	0

Erläuterungen:

Betrieb der gemeinsamen Zentralstelle der Länder "Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB) sowie Tabakerzeugnisse - G@ZIELT".

633 78	011	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Aufgabenwahrnehmung nach dem Verbraucherinformationsgesetz	700	700	700
			650	0	0

Erläuterungen:

Ausgleich für Mehrausgaben bei den Kommunen gem. § 6 des Gesetzes zur Ausführung des Verbraucherinformationsgesetzes Sachsen-Anhalt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 78			46.700	47.700	48.700
				0	0

93 Kofinanzierung zu EU-Mitteln zur Förderung der Entwicklung des ländl. Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Nationale Kofinanzierung ab dem Haushaltsjahr 2014 im Rahmen der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) 2014-2022. Die EU-Mittel sind bei Kapitel 13 90 veranschlagt.

Die letzten Auszahlungen der Förderperiode erfolgen bis Ende 2025.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

633 93	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

682 93	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

683 93	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen - Kofinanzierung zu ELER	2.325.000 303.988	2.522.400 0	0 0

Erläuterungen:

Förderprogramm	2025	VE 2025	2026	VE 2026
1. Existenzgründungsbeihilfen Art. 19 Junglandwirteförderung	64.300	0	0	0
2. Ausgleichzahlungen Natura 2000	2.458.100	0	0	0
Zusammen	2.522.400	0	0	0

zu 1.

Als Teil der Junglandwirte- und Existenzgründerinitiative Sachsen-Anhalt zur Unterstützung von Nachwuchskräften in der Landwirtschaft gewährt das Land Beihilfen im Rahmen des EPLR.

Das Land beteiligt sich mit 25 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die hier aufgeführten VE sind zentral bei Kapitel 09 02 Titel 892 93 veranschlagt. Die EU-Mittel in Höhe von 75 v. H. der öffentlichen Ausgaben sind bei Kapitel 13 90 Titel 683 07 veranschlagt.

zu 2.

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, auf denen umweltspezifische Bewirtschaftungsbeschränkungen durch die Umsetzung der Richtlinien 79/409/EWG, 92/43/EWG (Natura 2000) bestehen. Die Umschichtungsmittel (100% ELER) für den Natura 2000-Ausgleich waren nur bis 2023 auskömmlich. Zum Ausgleich werden ab 2024 Kofi-Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt.

Die letzten Auszahlungen der Förderperiode erfolgen bis Ende 2025.

684 93	521	Zuschüsse an Vereine und Verbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

685 93	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

686 93	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

862 93	521	Darlehen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

863 93	521	Darlehen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

883 93	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

892 93	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen - Kofinanzierung zu ELER	67.800	0	0
			15.750	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	314.700	356.800			671.500
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	314.700	356.800			671.500

Erläuterungen:

Bei diesem Titel sind auch die Verpflichtungsermächtigungen von Kapitel 09 02 Titel 683 93, 893 93 und 981 93 veranschlagt.
Siehe Haushaltsvermerk der Titelgruppe.

893 93	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	52.300	0	0
			78.111	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

894 93	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

981 93	521	Verrechnungen zwischen den Kapiteln	932.800	643.500	0
			1.542.542	0	0

Erläuterungen:

Zur Beschleunigung der Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz, die der Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes, der Gestaltung des ländlichen Raumes sowie der Verbesserung der Agrarstruktur dienen, werden "Geeignete Stellen" und "Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure" mit hoheitlichen Aufgaben und der Vermessung betraut. Die Kosten der Vergabe von Dienstleistungen der Flurbereinigungsbehörden an Außenstehende wird über den ELER im Rahmen des Entwicklungsprogramms zur Entwicklung des ländlichen Raumes (EPLR) 2014-2022 gefördert. Grundlage bildet Art. 17 der VO (EG) Nr. 1305.

Die EU-Mittel sind bei Kapitel 13 90 Titel 981 62 veranschlagt. Die Verrechnung erfolgt an Kapitel 09 10 Titel 381 01.

Die Verfahrenskosten der Flurbereinigung sind in der EU-Förderperiode 2023 - 2027 nicht mehr mit ELER-Mitteln förderfähig. Bis einschließlich 2025 erfolgt ausschließlich die Restabwicklung der EU-Förderperiode 2014 - 2022 (n+3). Die Förderung der Verfahrenskosten der Flurbereinigung erfolgt zukünftig durch Landesmittel unter Kapitel 0902 Titel 533 08.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 93	3.377.900	3.165.900	0
		0	0

97 Kofinanzierung zu EU-Mitteln zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER 2023 bis 2027)

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Nationale Kofinanzierung ab dem Haushaltsjahr 2023 im Rahmen der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) 2023 bis 2027. Die EU-Mittel sind bei Kapitel 13 91 veranschlagt.

683 97 521 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	418.200	408.400	645.300
	0	500.000	1.250.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	64.400	200.000			264.400
2026		440.000			440.000
2027	44.800	239.200	300.000	210.000	794.000
2028		160.000		480.000	640.000
2029 ff.			200.000	560.000	760.000
Summen	109.200	1.039.200	500.000	1.250.000	2.898.400

Erläuterungen:

Bei diesem Titel sind auch die Verpflichtungsermächtigungen von Kapitel 09 02 Titel 892 97 veranschlagt. Siehe Haushaltsvermerk der Titelgruppe.

	2025	VE 2025	2026	VE 2026
1. Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP)	0	0	0	360.000
2. Existenzgründungsbeihilfen Junglandwirteförderung	408.400	500.000	645.300	800.000
Zusammen	408.400	500.000	645.300	1.160.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 97

zu 1.

Gefördert werden die Tätigkeiten von operationellen Gruppen gemäß Art. 56 Abs. 1 (VO) ELER und deren Innovationsprojekte im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) "Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit" (Art. 35 Abs. 1c und 2b VO ELER), z. B.

- Tätigkeit der Operationellen Gruppen (OG) der EIP "Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft"

- Innovationsprojekte im Rahmen der EIP "Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft" zur Entwicklung neuer Erzeugnisse, Prozesse und Technologien im Agrar-, Nahrungsmittel- und Forstsektor.

Das Land beteiligt sich mit 20 v. H. an den zuschussfähigen Ausgaben. Die EU-Mittel in Höhe von 80 v. H. der zuschussfähigen Ausgaben sind bei Kapitel 13 91 TGr. 61 veranschlagt.

zu 2.

Als Teil der Junglandwirte- und Existenzgründerinitiative Sachsen-Anhalt zur Unterstützung von Nachwuchskräften in der Landwirtschaft gewährt das Land Beihilfen für Existenzgründungen von Junglandwirten für laufende Kosten privater Unternehmen.

Das Land beteiligt sich mit 40 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die EU-Mittel in Höhe von 60 v. H. der öffentlichen Ausgaben sind bei Kapitel 13 91 Titel 683 01 veranschlagt.

892 97	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

	2025	VE 2025	2026	VE 2026
Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP)	0	0	0	90.000
Zusammen	0	0	0	90.000

Gefördert werden die Tätigkeiten von operationellen Gruppen gemäß Art. 56 Abs. 1 (VO) ELER und deren Innovationsprojekte im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) "Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit" (Art. 35 Abs. 1c und 2b VO ELER), z. B.

- Tätigkeit der Operationellen Gruppen (OG) der EIP "Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft"

- Innovationsprojekte im Rahmen der EIP "Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft" zur Entwicklung neuer Erzeugnisse, Prozesse und Technologien im Agrar-, Nahrungsmittel- und Forstsektor.

Das Land beteiligt sich mit 20 v. H. an den zuschussfähigen Ausgaben. Die EU-Mittel in Höhe von 80 v. H. der zuschussfähigen Ausgaben sind bei Kapitel 13 91 TGr. 61 veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	418.200	408.400	645.300
		500.000	1.250.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 02 Allgemeine Bewilligungen, Landesfördermaßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	710.000	755.000	755.000
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	282.000	228.000	228.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	15.000	15.000	15.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	48.000	49.000	49.000
Gesamteinnahme		1.055.000	1.047.000	1.047.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	2.000	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.572.500	4.606.300	4.877.500
			5.410.000	5.770.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	14.503.000	15.207.500	13.136.400
			2.142.900	2.813.400
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.889.200	1.640.000	3.140.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	1.135.800	760.300	116.800
			0	0
Gesamtausgabe		20.102.500	22.214.100	21.270.700
Gesamtsumme der VE			7.552.900	8.583.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-19.047.500	-21.167.100	-20.223.700

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Förderungen gemäß dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK-Gesetz - GAKG) und dem für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe aufgestellten Rahmenplan (Beteiligungsverhältnis Bund 60 %, Land 40 %). Die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe im Sinne des Artikels 91a Abs. 1 des Grundgesetzes dient u. a. dazu, eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft zu gewährleisten und ihre Wettbewerbsfähigkeit im gemeinsamen Markt der Europäischen Union zu ermöglichen. Dabei sind die Ziele und Erfordernisse der Raumordnung, Landesplanung sowie des Umweltschutzes und des Tierschutzes zu beachten. Bei den Maßnahmen ist ökologischen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Bei der Bildung der Titelgruppen wurde berücksichtigt, dass die nach den Fördergrundsätzen des Rahmenplanes und den Richtlinien des Landes möglichen Zuwendungsempfänger durch Einrichtung geeigneter Titel abgedeckt werden.

Gemäß dem jährlichen Haushaltsgesetz dürfen Umschichtungen bei den Einzeltiteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) vorgenommen werden, wenn die im Haushalt für die Gemeinschaftsaufgabe insgesamt veranschlagten Landesmittel nicht überschritten werden. Die veranschlagten Komplementärfinanzierungsverhältnisse sind dabei beizubehalten. Weiterhin sind die für die GAK zur Verfügung stehenden Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des veranschlagten Gesamtrahmens für Zwecke der Gemeinschaftsaufgabe gegenseitig deckungsfähig; hierbei ist die insgesamt vorgesehene Verteilung der Fälligkeiten auf künftige Haushaltsjahre beizubehalten.

Neu ab 2025 ist eine Regelung zur gegenseitigen Deckungsfähigkeit zwischen den Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) im Einzelplan 08 und der GAK. Die Deckungsfähigkeit ist beschränkt auf den Landesanteil und darf nur zur Bindung von Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgaben genutzt werden. Diese Regelung erleichtert die Bindung bereitstehender Bundesmittel.

Die Titelgruppe 65 beinhaltet den Sonderrahmenplan "Förderung der ländlichen Entwicklung". Im Zuge der Umstrukturierung der GAK 2024 wurde der Sonderrahmenplan aufgelöst und in die reguläre GAK integriert.

Die Titelgruppe 76 beinhaltet die Mittel für Maßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald.

Die Titelgruppe 77 beinhaltet den Sonderrahmenplan "Maßnahmen des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt". Im Zuge der Umstrukturierung der GAK 2024 wurde der Sonderrahmenplan aufgelöst und in die reguläre GAK integriert.

Die Titelgruppe 93 beinhaltet die nationale Kofinanzierung zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2014-2020. Die EU-Mittel sind in Kapitel 13 90 (ELER) veranschlagt.

Die neue Titelgruppe 97 beinhaltet die nationale Kofinanzierung zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2023-2027. Die EU-Mittel sind in Kapitel 13 91 (ELER) veranschlagt.

Seit 2024 wird der Bundesanteil der GAK-Maßnahmen "Waldumbau" und "Wiederaufforstung" (Titel 892 72, 892 93, 892 97) aus dem Sondervermögen des Bundes "Klima- und Transformationsfonds" (KTF) zweckgebunden finanziert.

Einnahmen

119 41	521	Rückzahlung von Überzahlungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	0 471.039	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 03 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Rückzahlung von Überzahlungen, Rückforderungen und ggf. Zinsen (z. B. aufgrund von Widerruf von Bescheiden).

231 01	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund zur Förderung von landwirtschaftlichen Beratungsdienstleistungen	210.000 168.795	90.000	90.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 03 Titel 683 01.

231 02	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund für die Förderung der Verbesserung von Gesundheit und Robustheit landwirtschaftlicher Nutztiere	960.000 943.246	600.000	600.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 03 Titel 685 41.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
231 03	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund zur Förderung einer Markt- und standortangepasste Landwirtschaft einschließlich Ökolandbau und zur Gewährung einer Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 03 Titel 683 03.			
231 05	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund für den Vertragsnaturschutz/Freiwillige Naturschutzleistungen (FNL)	0 44.066	0	0
		*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0903 Titel 683 04.			
231 06	521	Zuweisungen des Bundes für Zuschüsse Pflanzenschutzmittelverbotsausgleich (PSA)	0 0	600.000	600.000
		*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0903 Titel 683 06.			
331 02	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für den ländlichen Wegebau	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 03 Titel 883 02.			
331 03	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Erzeugnisse	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 03 Titel 892 01.			
331 05	623	Zuweisungen des Bundes für Beregnungsverbände	0 0	1.200.000	2.400.000
		*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 03 Titel 892 05.			
Titelgruppe(n)					
62		Flurneuordnung (Flurbereinigung)			
231 62	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund für Flurneuordnung (Flurbereinigung)	24.000 12.415	12.000	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 62.			
331 62	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für Flurneuordnung (Flurbereinigung)	3.360.000 3.950.822	2.700.000	2.700.000
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 62.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			3.384.000	2.712.000	2.700.000
63		Kleinstunternehmen der Grundversorgung, Einrichtungen der lokalen Basisdienstleistungen			
331 63	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	0 5.549	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 63.			

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0

64 Dorferneuerung, Dorfentwicklung

231 64	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund für Dorferneuerung, Dorfentwicklung	120.000 141.415	90.000	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 64.

331 64	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für Dorferneuerung, Dorfentwicklung	870.000 696.458	367.500	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 64.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	990.000	457.500	0

65 Sonderrahmenplan "Förderung der ländlichen Entwicklung" (weggefallen)

231 65	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund für den Sonderrahmenplan "Ländliche Entwicklung"	0 0	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 65.

331 65	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für den Sonderrahmenplan "Ländliche Entwicklung"	180.000 9.863	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 65.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	180.000	0	0

70 Marktstrukturverbesserungen

231 70	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund für Marktstrukturverbesserungen	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 70.

331 70	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für Marktstrukturverbesserungen	1.200.000 279.216	900.000	900.000

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 70.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	1.200.000	900.000	900.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
71		Schutz vor Schäden durch den Wolf			
231 71	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund	474.200 331.358	456.000	507.000
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 71.			
331 71	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	600.000 52.197	300.000	300.000
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 71.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 71			1.074.200	756.000	807.000
72		Naturnahe Waldbewirtschaftung, Einkommensverlustprämie			
231 72	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund für waldbauliche Maßnahmen	10.200 17.475	6.600	2.400
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 72.			
331 72	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für waldbauliche Maßnahmen	2.865.000 1.254.015	1.200.000	1.500.000
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 72.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			2.875.200	1.206.600	1.502.400
74		Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse			
231 74	521	Sonstige Zuweisungen des Bundes für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	2.340.000 875.549	900.000	900.000
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 74.			
331 74	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 74.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 74			2.340.000	900.000	900.000
75		Forstwirtschaftlicher Wegebau			
231 75	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund für forstwirtschaftlichen Wegebau	0 0	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 75

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 75.

331 75	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für forstwirtschaftlichen Wegebau	60.000 186.505	120.000	120.000

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 75.

Nachrichtlich: Summe TGr. 75			60.000	120.000	120.000

76 Maßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald

231 76	521	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen zur Bewältigung von Extremwetterereignissen im Wald	900.000 2.587.727	1.500.000	1.500.000

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 76.

331 76	521	Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Bewältigung von Extremwetterereignissen im Wald	900.000 719.136	577.100	509.900

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 76.

Nachrichtlich: Summe TGr. 76			1.800.000	2.077.100	2.009.900

77 Sonderrahmenplan "Maßnahmen des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt" (weggefallen)

231 77	521	Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Sonderrahmenplans "Maßnahmen des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt"	0 607.874	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 77.

331 77	521	Zuweisungen des Bundes für Investitionen im Rahmen des Sonderrahmenplans "Maßnahmen des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt"	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 77.

Nachrichtlich: Summe TGr. 77			0	0	0

78 Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe (Agrarinvestitionsförderungsprogramm/ Diversifizierung)

231 78	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund für das Agrarinvestitionsförderungsprogramm	0 0	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03
Titelgruppe 78.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
331 78	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für das Agrarinvestitionsförderungsprogramm	0 0	540.000	540.000
		*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 78.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 78			0	540.000	540.000
93		Kofinanzierung zu EU-Mitteln zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2014-2022 (2025)			
231 93	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund	3.160.000 5.210.552	4.420.000	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 93.			
331 93	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	3.724.700 3.395.566	3.071.100	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 93.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 93			6.884.700	7.491.100	0
97		Kofinanzierung zu EU-Mitteln zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europ. Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2023-2027 (2029)			
231 97	521	Sonstige Zuweisungen vom Bund	1.260.000 0	1.447.900	2.669.800
		*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 97.			
331 97	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	3.550.000 0	3.780.000	3.592.500
		*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 03 Titelgruppe 97.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 97			4.810.000	5.227.900	6.262.300

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	521	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Rückzahlung von Überzahlungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe -	0	0	0
			260.931	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 60 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 119 41.

683 01	521	Landwirtschaftliche Beratungsdienstleistungen	350.000	150.000	150.000
			281.326	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 01.

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen und Erzeugerzusammenschlüsse für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten zur Verbesserung der wirtschaftlichen, tier- und umweltbezogenen Produktionsbedingungen zur Gewährleistung einer leistungsfähigen und an zukünftige Anforderungen ausgerichteten Landwirtschaft. Gegenstand der Förderung ist die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen

a) zur Verbesserung des Tierwohls,

b) zur Verbesserung der Ressourceneffizienz, des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes.

Zuwendungsempfänger sind die Anbieter der Beratungsleistungen unbeschadet der gewählten Rechtsform, der Endbegünstigte der Zuwendung ist der landwirtschaftliche Betrieb, der eine vergünstigte Beratungsleistung erhält. Die Beratungsleistungen sind von privaten fach- und sachkundigen Stellen (öffentliche Liste privater Beratungskräfte nach Artikel 12 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Landes Sachsen-Anhalt) zu erbringen.

Grundlagen:

1. § 7 Abs. 1 Landwirtschaftsgesetz Sachsen-Anhalt,

2. GAK-Rahmenplan, Förderbereich 2 - Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen, Maßnahmegruppe B - Beratung,

3. Verordnung über die Anerkennung von landwirtschaftlichen Beratungskräften (Berateranerkenntnisverordnung) vom 29.04.2019

4. Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von landwirtschaftlichen Beratungsdienstleistungen (Richtlinien landwirtschaftliche Beratungsförderung) in der geltenden Fassung

683 03	521	Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung einschließlich Ökolandbau, Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, Agrarumweltmaßnahmen	0	0	0
			0	2.550.000	2.050.000

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 03.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027					
2028		3.650.000			3.650.000
2029 ff.			2.550.000	2.050.000	4.600.000
Summen		3.650.000	2.550.000	2.050.000	8.250.000

Erläuterungen:

	2025 (EUR)	2025 (VE)	2026 (EUR)	2026 (VE)
1. Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL)	0	2.550.000	0	2.050.000
2. Ökolandbau			0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 03

3. Ausgleichszulage (AGZ)			0	0
Zusammen		0	2.550.000	2.050.000

Zu 1.+2.

Zuschüsse an landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Unternehmen im Rahmen einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung (MSL) und des ökologischen Landbaus.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 4: Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen in Sachsen-Anhalt (Richtlinie AUKM) in der geltenden Fassung

Die VE 2025 zu Lasten 2030 dient der Absicherung von 4-jährigen Fördermaßnahmen MSL. Bis einschließlich 2029 werden diese Maßnahmen aus EU-Mitteln (Kapitel 13 91) und der entsprechenden Kofinanzierung aus Titel 683 97 finanziert (n+2). Nach Ablauf von "n+2" ist das letzte Auszahlungsjahr 2030 über reine GAK im o. g. Titel vollumfänglich abzusichern. Sollten in 2030 EU-Mittel aus der neuen Förderperiode zur Verfügung stehen, wird eine Finanzierung durch ELER-Mitteln und nur eine anteilige Kofinanzierung aus GAK angestrebt.

Die VE 2026 zu Lasten 2030 dient der Absicherung von 3-jährigen Fördermaßnahmen MSL. Bis einschließlich 2029 werden diese Maßnahmen aus EU-Mitteln (Kapitel 13 91) und der entsprechenden Kofinanzierung aus Titel 683 97 finanziert (n+2). Nach Ablauf von "n+2" ist das letzte Auszahlungsjahr 2030 über reine GAK im o. g. Titel vollumfänglich abzusichern. Sollten in 2030 EU-Mittel aus der neuen Förderperiode zur Verfügung stehen, wird eine Finanzierung durch ELER-Mitteln und nur eine anteilige Kofinanzierung aus GAK angestrebt.

Zu 3.

Zuschüsse als Ausgleichszulage wird für landwirtschaftliche Flächen in benachteiligten Gebieten zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und zum Ausgleich ständiger natürlicher und wirtschaftlicher Nachteile gewährt.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 9: Benachteiligte Gebiete und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung einer Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (Richtlinie Ausgleichszulage) in der geltenden Fassung

Die Ausgleichszulage wird als ELER-finanzierte Maßnahme umgesetzt. Die EU-Kofinanzierung erfolgt aus Kapitel 0903 Titel 683 93.

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

683 04	521	Vertragsnaturschutz/Freiwillige Naturschutzleistungen (FNL) einschl. Hühhaltung	0	0	0
			73.443	1.000.000	1.000.000

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Istannahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 05.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027					
2028		1.287.500			1.287.500
2029 ff.			1.000.000	1.000.000	2.000.000
Summen		1.287.500	1.000.000	1.000.000	3.287.500

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 04

Erläuterungen:

Zuschüsse für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes/Freiwillige Naturschutzleistungen (FNL)

Zuwendungszweck: Schutz und Wiederherstellung von Lebensräumen und Lebensstätten in der Agrarlandschaft
 Grundlage: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 4: Markt- und standortangepasste sowie umweltgerechte Landbewirtschaftung einschließlich Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen in Sachsen-Anhalt (Richtlinie AUKM) in der jeweils geltenden Fassung

Die VE 2025 zu Lasten 2030 dient der Absicherung von 4-jährigen Fördermaßnahmen FNL. Bis einschließlich 2029 werden diese Maßnahmen aus EU-Mitteln (Kapitel 13 91) und der entsprechenden Kofinanzierung aus Titel 683 97 finanziert (n+2). Nach Ablauf von "n+2" ist das letzte Auszahlungsjahr 2030 über reine GAK im o. g. Titel vollumfänglich abzusichern. Soweit in 2030 EU-Mittel aus der neuen Förderperiode zur Verfügung stehen, wird eine Finanzierung durch ELER-Mitteln und nur eine anteilige Kofinanzierung aus GAK angestrebt.

Die VE 2026 zu Lasten 2030 dient der Absicherung von 3-jährigen Fördermaßnahmen FNL. Bis einschließlich 2029 werden diese Maßnahmen aus EU-Mitteln (Kapitel 13 91) und der entsprechenden Kofinanzierung aus Titel 683 97 finanziert (n+2). Nach Ablauf von "n+2" ist das letzte Auszahlungsjahr 2030 über reine GAK im o. g. Titel vollumfänglich abzusichern. Sollten in 2030 EU-Mittel aus der neuen Förderperiode zur Verfügung stehen, wird eine Finanzierung durch ELER-Mitteln und nur eine anteilige Kofinanzierung aus GAK angestrebt.

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

683 06	521	Zuschüsse Pflanzenschutzmittelverbotsausgleich (PSA)	0	1.000.000	1.000.000
			0	1.000.000	1.400.000

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der
 Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 06.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			1.000.000		1.000.000
2027				1.400.000	1.400.000
2028					
2029 ff.					
Summen			1.000.000	1.400.000	2.400.000

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, auf denen umweltspezifische Bewirtschaftungsbeschränkungen durch den Artikel 4 Absatz 1 der PflSchAnwV bestehen
 Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 4: Markt- und standortangepasste sowie umweltgerechte Landbewirtschaftung einschließlich Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von besonders nachhaltiger Verfahren im Zusammenhang mit der Umsetzung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie: Pflanzenschutzmittelverbot - Ausgleich (PSA) in der geltenden Fassung

Bisher erfolgte die Förderung über den Sonderrahmenplan "Maßnahmen des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt" (Titelgruppe 77). Im Zuge der Umstrukturierung der GAK 2024 wurde der Sonderrahmenplan aufgelöst und in die reguläre GAK integriert. Daher erfolgt ab 2025 die Förderung mit regulären GAK-Mitteln aus dem neuen Titel 683 06.

Die VE 2025 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

685 41	521	Verbesserung der Gesundheit und Robustheit landwirtschaftlicher Nutztiere	1.600.000 1.572.077	1.000.000 0	1.000.000 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der
 Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 02.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 41

Erläuterungen:

Ausgehend von der Charta für "Landwirtschaft und Verbraucher" zielt der Fördergrundsatz u. a. darauf ab, die Gesundheit und Robustheit landwirtschaftlicher Nutztiere weiter zu verbessern. Dabei werden züchterisch relevante Merkmale erhoben, ausgewertet und für die Abschätzung der genetischen Qualität der Tiere zur Erreichung eines züchterischen Fortschritts und für betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit und Robustheit aufbereitet.

Zwendungsempfänger sind Zuchtorganisationen oder Kontrollvereinigungen, die nach den Bestimmungen des Tierschutzrechts die Leistungsprüfungen oder Zuchtwertschätzungen vornehmen oder Stellen, die Datenerhebungen und -auswertungen unter Aufsicht der zuständigen Fachbehörde zur Bestimmung der genetischen Qualität durchführen.

Grundlagen:

GAK-Rahmenplan, Förderbereich 6: Gesundheit und Robustheit landwirtschaftlicher Nutztiere und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für die Verbesserung von Gesundheit und Robustheit landwirtschaftlicher Nutztiere in Sachsen-Anhalt (Richtlinie Gesundheit und Robustheit) in der geltenden Fassung

883 02	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den ländlichen Wegebau	0	0	0
			0	0	4.200.000

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Istentnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 331 02.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.000.000			1.000.000
2026		1.000.000			1.000.000
2027				2.700.000	2.700.000
2028				1.500.000	1.500.000
2029 ff.					
Summen		2.000.000		4.200.000	6.200.000

Erläuterungen:

Förderung von Aufwendungen für dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen zur Erschließung der landwirtschaftlichen und touristischen Entwicklungspotentiale

Grundlagen:

GAK Rahmenplan, Förderbereich 1: Integrierte ländliche Entwicklung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (Richtlinien RELE 2014-2020) in der geltenden Fassung

Die VE 2024 und 2025 werden nicht in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

892 01	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Erzeugnisse	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Istentnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 331 03.

Erläuterungen:

Förderung von Maßnahmen, die dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, der Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verbessern, Innovationspotentiale erschließen sowie den Energieeinsatz und Umweltbelastungen zu verringern

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 3: Verbesserung der Vermarktungsstrukturen, Maßnahmengruppe 3 B. - Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur der Fischwirtschaft und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Fischerei und Aquakultur (Richtlinie Fischerei und Aquakultur) in der geltenden Fassung

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

892 05	623	Förderung von Investitionen in überbetriebliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Wasserressourcen	0	2.000.000	4.000.000
			0	7.000.000	7.000.000

* Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 09 02 Titelgruppe 74.

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 331 05.
 Ausgaben aus dem Landesanteil bis zur Höhe von 250.000 EUR sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten von Kapitel 09 02 Titel 533 15.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.500.000			2.500.000
2026		2.500.000	3.000.000		5.500.000
2027			3.000.000	3.000.000	6.000.000
2028			1.000.000	3.000.000	4.000.000
2029 ff.				1.000.000	1.000.000
Summen		5.000.000	7.000.000	7.000.000	19.000.000

Erläuterungen:

Förderung von Investitionen von Beregnungsverbänden in die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Wasserressourcen. Gefördert werden können der Neubau und die Erweiterung von wassersparenden überbetrieblichen Einrichtungen zur Entnahme, Speicherung und Zuleitung von Wasser für Beregnungszwecke.
 Grundlagen: GAK Rahmenplan, Förderbereich 7: Wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Maßnahme 2.0 und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den Neubau und Erweiterung von Anlagen zur Wasserspeicherung, Grundwasseranhebung und Pumpenanlagen zur überbetrieblichen Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Wasserressourcen (Richtlinie Beregnungsverbände) in der geltenden Fassung

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

Titelgruppe(n)

62 Flurneuordnung (Flurbereinigung)

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 62 und Kapitel 09 03 Titel 331 62.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und Gestaltung des ländlichen Raumes zur Verbesserung der Agrarstruktur in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) und dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG) einschließlich Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes sowie der Vorhaben des freiwilligen Nutzungstausches auf der Grundlage der Grundsätze der integrierten ländlichen Entwicklungsplanung.

Zur Feststellung und Neuordnung der Eigentumsverhältnisse werden Verfahren nach §§ 56 und 64 LwAnpG und nach §§ 86 und 87 FlurbG (Unternehmensflurbereinigungen) abgearbeitet.

Um die Verfügbarkeit über das neu zu ordnende Eigentum an Boden und Gebäuden schnell zu erreichen, müssen die Vermessungs- und Baumaßnahmen kurzfristig durchgeführt werden. In Verfahren nach dem FlurbG (§§ 86, 87, 91) und LwAnpG (§§ 56, 64) fallen die Ausführungskosten der Teilnehmergeinschaft zur Last und werden entsprechend der Richtlinie gefördert.

Zuwendungsempfänger: Teilnehmergeinschaften, deren Zusammenschlüsse, Wasser- und Bodenverbände, juristische Personen (Titel 686 62, 893 62); Gemeinden und Verbände, natürliche Personen (Titel 893 62).

Grundlagen:

GAK-Rahmenplan, Förderbereich 1: Verbesserung ländlicher Strukturen, Maßnahmegruppe A. Integrierte Ländliche Entwicklung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (Richtlinien RELE 2014-2020) in der geltenden Fassung (bis einschl. 2025); Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Flurneuordnung in Sachsen-Anhalt (FÖFLUR) in der geltenden Fassung

Zusätzlich zu den vorgesehenen Mitteln sind für diesen Zweck Mittel zur Kofinanzierung der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) 2014 bis 2020 vorgesehen; veranschlagt im Kapitel 0903 TGr. 93. Die Fortsetzung der Förderung in der neuen ELER Förderperiode 2021 (bzw. 2023) bis 2027 ist vorgesehen; veranschlagt in der Haushaltsstelle Kapitel 1391 Titel 893 01.

533 62	521	Dienstleistungen Außenstehender	40.000	20.000	0
			20.691	40.000	40.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	20.000	20.000			40.000
2026		20.000	20.000		40.000
2027			20.000	20.000	40.000
2028				20.000	20.000
2029 ff.					
Summen	20.000	40.000	40.000	40.000	140.000

Erläuterungen:

Mittel zur Vorbereitungen von Flurneuordnungs- und Flurbereinigungsmaßnahmen (u. a. Zweckforschungsuntersuchungen, Erhebungen)

Die VE 2024 und 2025 werden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

883 62	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
893 62	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	5.600.000	4.500.000	4.500.000
			6.584.703	4.000.000	4.000.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.000.000	2.000.000			5.000.000
2026	3.000.000	2.000.000	2.000.000		7.000.000
2027		2.000.000	2.000.000	2.000.000	6.000.000
2028				2.000.000	2.000.000
2029 ff.					
Summen	6.000.000	6.000.000	4.000.000	4.000.000	20.000.000

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen in der Flurneuordnung (Flurbereinigung). Die ausgebrachten VE sind für mehrjährige Verfahren veranschlagt.

Die VE 2024 und 2025 werden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	5.640.000	4.520.000	4.500.000
		4.040.000	4.040.000

63 Kleinstunternehmen der Grundversorgung, Einrichtungen der lokalen Basisdienstleistungen

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 331 63.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Zuwendungszweck: Sicherung, Schaffung, Verbesserung und Ausdehnung der Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung und Schaffung, Sicherung, Verbesserung und Ausdehnung von Einrichtungen der Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung

Grundlage: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 1: Integrierte Ländliche Entwicklung, Maßnahme 7.0 Kleinstunternehmen der Grundversorgung und Maßnahme 8.0 Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (Richtlinien RELE 2014-2020) in der geltenden Fassung

683 63	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

686 63	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

883 63	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

892 63	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			9.249	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 63

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen an Kleinunternehmen der Grundversorgung

893 63	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen zur Förderung von Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0
		0	0

64 Dorferneuerung, Dorfentwicklung

**** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.**

***** Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 64 und Kapitel 09 03 Titel 331 64.**

Erläuterungen:

Die Dorferneuerung und -entwicklung zielt in Umsetzung lokaler Entwicklungskonzepte auf die Verbesserung der Attraktivität und der Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes. Sie begleitet im Rahmen der Verbesserung der Agrarstruktur den demografischen Wandel in ländlich geprägten Orten. Die Förderung dient der Schaffung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, um die Dörfer im dezentralen Siedlungsgefüge als eigenständige Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturräume zu erhalten und zu entwickeln. Den Schwerpunkt der Maßnahme bildet die Schaffung, Erhaltung und Entwicklung der kommunalen Infrastruktur. Die Gewährung von Zuwendungen an den u. g. Empfängerkreis erfolgt zur Durchführung von Projekten entsprechend den Fördergrundsätzen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes".

Zuwendungsempfänger: Gemeinden und Gemeindeverbände (Titel 633 64 und 883 64); Teilnehmergemeinschaften und ihre Zusammenschlüsse, Wasser- und Bodenverbände, juristische Personen (Titel 892 64), natürliche Personen (Titel 893 64).

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 1: Integrierte ländliche Entwicklung und die entsprechenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (Richtlinien RELE 2014-2020) in der geltenden Fassung

Zusätzlich zu den vorgesehenen Mitteln sind für diesen Zweck Mittel zur Kofinanzierung der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) 2014 bis 2020 vorgesehen; veranschlagt im Kapitel 0903 TGr. 93.

533 64	521	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

633 64	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	200.000	150.000	0
			235.691	100.000	100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	50.000	150.000			200.000
2026		100.000	50.000		150.000
2027			50.000	50.000	100.000
2028				50.000	50.000
2029 ff.					
Summen	50.000	250.000	100.000	100.000	500.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 64

Erläuterungen:

Gewährung von Zuwendungen an den o. a. Empfängerkreis zur Begleitung der Durchführung von Projekten und zur Erarbeitung von integrierten Gemeindeentwicklungskonzepten (IGEK). Da ein Teil der Planungen überjährig sein wird, sind Verpflichtungsermächtigungen eingestellt.

Die VE 2024 und 2025 werden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

883 64	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.000.000	312.500	0
			883.396	500.000	1.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	312.500	300.000			612.500
2026		100.000	300.000		400.000
2027			200.000	600.000	800.000
2028				400.000	400.000
2029 ff.					
Summen	312.500	400.000	500.000	1.000.000	2.212.500

Erläuterungen:

Die geplanten Mittel dienen der Förderung für investive Vorhaben der Gemeinden. Gefördert werden insbesondere Vorhaben der Ländlichen Entwicklung (Dorferneuerung, Touristische Infrastruktur). Die Förderung leistet damit einen Beitrag für die Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Die VE 2024 und 2025 werden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

892 64	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	150.000	75.000	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	75.000	300.000			375.000
2026		100.000			100.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	75.000	400.000			475.000

Erläuterungen:

Gewährung von Zuwendungen für Investitionen entsprechend den der Dorferneuerung zugrunde liegenden Fördergrundsätzen.

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

893 64	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	300.000	225.000	0
			277.368	400.000	400.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 64

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	225.000	250.000			475.000
2026		200.000	250.000		450.000
2027			150.000	250.000	400.000
2028				150.000	150.000
2029 ff.					
Summen	225.000	450.000	400.000	400.000	1.475.000

Erläuterungen:

Gewährung von Zuwendungen für Investitionen entsprechend den der Dorferneuerung zugrunde liegenden Fördergrundsätzen.

Die VE 2024 und 2025 werden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	1.650.000	762.500	0
		1.000.000	1.500.000

65 Sonderrahmenplan "Förderung der ländlichen Entwicklung"
(weggefallen)

*** Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 65 und Kapitel 09 03 Titel 331 65.

Erläuterungen:

Im Jahr 2018 wurden seitens des Bundes erstmals GAK-Mittel für den neuen Sonderrahmenplan "Ländliche Entwicklung" eingestellt. Der Sonderrahmenplan entspricht dem Förderbereich 1 "Integrierte ländliche Entwicklung" des regulären GAK-Rahmenplans und stellt zusätzliche Mittel über den regulären Rahmenplan hinaus bereit.

Im Zuge der Umstrukturierung der GAK 2024 wurde der Sonderrahmenplan aufgelöst und in die reguläre GAK integriert.

883 65	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
892 65	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
893 65	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	300.000	0	0
			16.438	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026		250.000			250.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		750.000			750.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 65

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	300.000	0	0
		0	0

70 Marktstrukturverbesserungen

Übertragbar

- * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Istentnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 70 und Kapitel 09 03 Titel 331 70.

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Marktstrukturverbesserung.

Durch die Förderung soll die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung, deren Tätigkeit sich nicht gleichzeitig auf die Erzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse bezieht, oder Erzeugerzusammenschlüssen in Form von Erzeugerorganisationen und deren Vereinigungen verbessert werden. Damit soll ein Beitrag zur Absatzsicherung oder zur Schaffung von Erlösvorteilen für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf der Erzeugerebene geschaffen werden.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 3: Verbesserung der Vermarktungsstrukturen, Maßnahmegruppe A. Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zur Marktstrukturverbesserung für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Richtlinie Marktstrukturverbesserung) in der geltenden Fassung

683 70 521 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
	0	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für laufende Zwecke zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen landwirtschaftlicher Erzeugnisse werden in Sachsen-Anhalt derzeit nicht angeboten.

892 70 521 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	2.000.000	1.500.000	1.500.000
	465.360	2.000.000	2.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	375.000	1.500.000			1.875.000
2026		500.000	1.500.000		2.000.000
2027			500.000	1.500.000	2.000.000
2028				500.000	500.000
2029 ff.					
Summen	375.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	6.375.000

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Marktstrukturverbesserung

Die VE 2024 und 2025 werden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	2.000.000	1.500.000	1.500.000
		2.000.000	2.000.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

71 Schutz vor Schäden durch den Wolf

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 71 und Kapitel 09 03 Titel 331 71.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Der Wolf gehört nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG i. V. m. Anhang II und IV der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 zu den streng geschützten Arten und untersteht dem Schutz nach §§ 44 ff. NatSchG LSA. Zur Unterstützung einer nachhaltigen Landwirtschaft durch Weidehaltung und zur Verringerung von Konflikten zwischen Artenschutz und Weidehaltung sowie Akzeptanzverbesserung werden Zuwendungen für laufende Betriebsausgaben zum Schutz vor Schäden durch den Wolf an landwirtschaftlichen Nutztieren in Weidehaltung zur Sicherung umweltfreundlicher Weidepraktiken gewährt. Zudem können Investitionen zum Herdenschutz, wie Nachtpferche u. a. gefördert werden.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 4: Markt- und standortangepasste Landwirtschaft einschließlich Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege; Maßnahmengruppe J. - Schutz vor Schäden durch den Wolf; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von zusätzlichen laufenden Betriebsausgaben zum Schutz vor Schäden durch den Wolf in Sachsen-Anhalt (Richtlinie Herdenschutz Betriebsausgaben) und Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zum Schutz vor Schäden durch den Wolf in Sachsen-Anhalt (Richtlinie Herdenschutz Investitionen) in den geltenden Fassungen

683 71	521	Zuschüsse an private Unternehmen für laufende Zwecke	790.300	760.000	845.000
			552.263	495.000	2.250.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	621.900	600.000			1.221.900
2026	394.800	600.000	110.000		1.104.800
2027	130.700	600.000	110.000	500.000	1.340.700
2028	46.900	600.000	110.000	500.000	1.256.900
2029 ff.		300.000	165.000	1.250.000	1.715.000
Summen	1.194.300	2.700.000	495.000	2.250.000	6.639.300

Erläuterungen:

Zuschüsse für laufende Betriebsausgaben zum Schutz vor dem Wolf (fünfjährige Fördermaßnahmen)

Die VE 2024 und 2025 werden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

686 71	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
			0	0	0

892 71	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	1.000.000	500.000	500.000
			86.996	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen zum Schutz vor dem Wolf

Bis 2023 erfolgte die Förderung aus Landesmitteln, veranschlagt bei Kapitel 0902 Titel 683 70.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71			1.790.300	1.260.000	1.345.000
				495.000	2.250.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

72 Naturnahe Waldbewirtschaftung, Einkommensverlustprämie

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 72 und Kapitel 09 03 Titel 331 72.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind die Erstaufforstungsmaßnahmen und waldbaulichen Maßnahmen zusammengefasst.

Die Erstaufforstung umfasst Zuschüsse zur Kulturbegründung und Pflege während der ersten fünf Jahre sowie die Gewährung eines Einkommensausgleiches nach Erstaufforstung landwirtschaftlicher Flächen.

Die waldbaulichen Maßnahmen umfassen Zuschüsse zu Maßnahmen zur Umstellung auf naturnahe Waldbewirtschaftung. Hierzu gehören die Wiederaufforstung von Misch- und Laubbeständen sowie der Voranbau und Unterbau, einschließlich Naturverjüngung mit standortgerechten Baum- und Straucharten, der Zaunbau zum Schutz der geförderten Kultur, die Kulturpflege und Nachbesserung (Nachpflanzungen bei witterungsbedingten Pflanzausfällen), Bodenschutzkalkungen.

Zuwendungsempfänger sind u. a. land- und forstwirtschaftliche Unternehmer, natürliche und juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts als Besitzer forstwirtschaftlicher Flächen, forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse. Grundlage: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 5: Forsten, Maßnahmegruppe A. Naturnahe Waldbewirtschaftung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze, Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der naturnahen Waldbewirtschaftung, für die Ausarbeitung von Waldbewirtschaftungsplänen und die Durchführung forstwirtschaftlicher Wegebaumaßnahmen im Land Sachsen-Anhalt (Richtlinie Forst 2019) in der geltenden Fassung

Zusätzlich zu den hier veranschlagten Mitteln sind für diesen Zweck weitere Mittel zur Kofinanzierung der Förderung der Entwicklung des Ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) 2014 bis 2020 im Kapitel 0903 TGr. 93 veranschlagt.

683 72	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen - Einkommensverlustprämie	17.000 29.124	11.000 0	4.000 0

Erläuterungen:

Für die Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen wurden zum Ausgleich für die damit verbundenen Einkommensverluste über einen Zeitraum von 20 Jahren bzw. 15 Jahren Prämien gewährt. Die Prämienhöhe beträgt in Abhängigkeit von der vorherigen Nutzungsart, der Bodenwertzahl sowie der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Zuwendungsempfängerkreis mindestens 175 EUR, maximal 715 EUR je Jahr und Hektar. Aufgrund unterschiedlicher Herleitung der Prämien seit 1990 wurden die bestehenden Rechtsverpflichtungen überprüft und der tatsächliche Bedarf je Jahr veranschlagt. Enthalten ist der tatsächliche Bedarf der eingegangenen Erstaufforstungsprämie. Weitere Rechtsverpflichtungen wurden seit 2012 nicht mehr eingegangen.

684 72	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0

892 72	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen; Naturnahe Waldbewirtschaftung/Waldumbau	4.775.000 2.090.024	2.000.000 2.500.000	2.500.000 2.500.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 72

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			2.500.000		2.500.000
2027				2.500.000	2.500.000
2028					
2029 ff.					
Summen			2.500.000	2.500.000	5.000.000

Erläuterungen:

Maßnahmen im Rahmen der naturnahen Waldbewirtschaftung dienen der Erhöhung der Stabilität der Wälder gegenüber biotischen und abiotischen Schadfaktoren sowie der Erhöhung der Ertragsfähigkeit der Bestände. Etwa 60 Prozent der Wälder Sachsen-Anhalts sind Nadelreinbestände. Diese Wälder zeichnen sich zwar durch einen hohen nutzbaren Holzzuwachs aus, sind aber in der Regel als Lebensräume weniger wertvoll als Mischbestände mit Laubholz. In der Leitlinie Wald des Landes Sachsen-Anhalt wird daher ein konsequenter Umbau der Nadelreinbestände in Mischbestände mit Laubholzbeteiligung gefordert.

Vorgesehen ist weiterhin die Bezuschussung von Pflege- und Schutzmaßnahmen auf Kulturen zur Sicherung der Investitionen sowie von Maßnahmen der Bodenschutzkalkung zur strukturellen Verbesserung des Boden- und Nährstoffhaushaltes.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der nächsten Jahre ist die Sanierung der Wälder und Wiederaufforstung der Schadflächen (Blößen), die durch Insektenkalamitäten und andere Schäden insbesondere infolge der Extremwetterverhältnisse in den Jahren 2017 bis 2022 beträchtlich in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 5: Forsten, Maßnahmegruppe A. Naturnahe Waldbewirtschaftung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze, Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der naturnahen Waldbewirtschaftung, für die Ausarbeitung von Waldbewirtschaftungsplänen und die Durchführung forstwirtschaftlicher Wegebaumaßnahmen im Land Sachsen-Anhalt (Richtlinie Forst 2019) in der geltenden Fassung

Nachrichtlich: Summe TGr. 72	4.792.000	2.011.000	2.504.000
		2.500.000	2.500.000

74 Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Ist-einnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 74 und Kapitel 09 03 Titel 331 74.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

In Sachsen-Anhalt gibt es ca. 500.000 Hektar Wald. Davon gehört die Hälfte rund 50.000 privaten Waldbesitzern. Zur Überwindung struktureller Nachteile haben sich im Land Sachsen-Anhalt etwa 140 Forstbetriebsgemeinschaften gegründet, die insgesamt 102.000 Hektar Wald bewirtschaften und deren Durchschnittsgröße knapp 800 Hektar beträgt. Ziel der Landesregierung ist, dass im Laufe der kommenden Jahre Forstbetriebsgemeinschaften weiter wachsen und untereinander zusammenschließen, um noch bessere Marktpositionen vor allem beim Verkauf des Holzes zu erreichen. Für kleine Waldbesitzer ist die Mitgliedschaft in einer Forstbetriebsgemeinschaft deshalb von Vorteil.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 5: Forsten, Maßnahmegruppe C. Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (Richtlinie forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse) in der geltenden Fassung

683 74	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse (Zusammenfassung Holzangebot u. a.)	2.900.000	500.000	500.000
			312.743	440.000	340.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 74

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	19.200	100.000			119.200
2026	8.000	100.000	100.000		208.000
2027		100.000	100.000	100.000	300.000
2028		160.000	80.000	80.000	320.000
2029 ff.			160.000	160.000	320.000
Summen	27.200	460.000	440.000	340.000	1.267.200

Erläuterungen:

Die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse sind für die Durchführung forstwirtschaftlicher Maßnahmen im kleinen und mittleren Privatwald unentbehrlich. Ziel der Förderung ist die Überwindung struktureller Nachteile, insbesondere aufgrund von Kleinflächigkeit und Besitzersplitterung, durch überbetriebliche Zusammenarbeit im Rahmen forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse. Darüber hinaus sollen Produktions- und Absatzbedingungen in der Forstwirtschaft durch Konzentrationsprozesse fortlaufend modernisiert werden.
 Gefördert werden: Mitgliederinformation/-aktivierung, eigenständige überbetriebliche Zusammenfassung und Koordinierung des Holzangebotes, Professionalisierung, Gutachten.

686 74	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse (Waldpflegeverträge)	1.000.000	1.000.000	1.000.000
			1.146.506	3.600.000	2.600.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	484.000	1.000.000			1.484.000
2026	83.700	1.000.000	1.000.000		2.083.700
2027		1.000.000	1.000.000	1.000.000	3.000.000
2028		1.600.000	1.600.000	1.600.000	4.800.000
2029 ff.					
Summen	567.700	4.600.000	3.600.000	2.600.000	11.367.700

Erläuterungen:

Die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse sind für die Durchführung forstwirtschaftlicher Maßnahmen im kleinen und mittleren Privatwald unentbehrlich. Ziel der Förderung ist die Überwindung struktureller Nachteile, insbesondere aufgrund von Kleinflächigkeit und Besitzersplitterung, durch überbetriebliche Zusammenarbeit im Rahmen forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse. Darüber hinaus sollen Produktions- und Absatzbedingungen in der Forstwirtschaft durch Konzentrationsprozesse fortlaufend modernisiert werden.

Die VE 2024 und 2025 werden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

892 74	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 74			3.900.000	1.500.000	1.500.000
				4.040.000	2.940.000

75 Forstwirtschaftlicher Wegebau

Übertragbar

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 75 und Kapitel 09 03 Titel 331 75.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Über ein großer ausgebautes Wegenetz sollen bessere Voraussetzungen zur Waldbrandbekämpfung und -vorbeugung sowie zur Überwachung und bei Bekämpfungssaktionen von Forstschädlingen geschaffen werden. Unzureichend erschlossene Waldgebiete sollen für eine nachhaltige Bewirtschaftung, zur Prävention sowie Bewältigung von Schadereignissen und für die erholungssuchende Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Hierfür werden der Neubau, die grundlegende Instandsetzung und die Befestigung bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter forstwirtschaftlicher Wege gefördert.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 5: Forsten, Maßnahmegruppe B. Forstwirtschaftliche Infrastruktur und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der naturnahen Waldbewirtschaftung, für die Ausarbeitung von Waldbewirtschaftungsplänen und die Durchführung forstwirtschaftlicher Wegebaumaßnahmen im Land Sachsen-Anhalt (Richtlinie Forst 2019) in der geltenden Fassung

892 75	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	100.000	200.000	200.000
			310.842	100.000	100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			100.000		100.000
2027				100.000	100.000
2028					
2029 ff.					
Summen			100.000	100.000	200.000

Erläuterungen:

Über ein großer ausgebautes Wegenetz sollen bessere Voraussetzungen zur Waldbrandbekämpfung und -vorbeugung sowie zur Überwachung und bei Bekämpfungssaktionen von Forstschädlingen geschaffen werden. Unzureichend erschlossene Waldgebiete sollen für eine nachhaltige Bewirtschaftung, zur Prävention sowie Bewältigung von Schadereignissen und für die erholungssuchende Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Hierfür werden der Neubau und die grundlegende Instandsetzung und die Befestigung bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter forstwirtschaftlicher Wege gefördert.

893 75	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 75	100.000	200.000	200.000
		100.000	100.000

**76 Maßnahmen zur Bewältigung der durch
Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald**

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 76 und Kapitel 09 03 Titel 331 76.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Das Aufeinandertreffen widriger Witterungsbedingungen in den Jahren seit 2017 (Stürme, Dürre und Hitze) und die damit einhergehenden Massenvermehrung von Schadorganismen hat in den Wäldern bundesweit erhebliche Schäden verursacht. Die Wälder Sachsen-Anhalts sind durch die Extremwetterereignisse in den vergangenen Jahren stark geschädigt. Zur Sicherung und Wiederherstellung von Waldökosystemen werden Maßnahmen zur Aufarbeitung und Beseitigung des Schadholzes und Beräumung der Kalamitätsflächen, zum Transport und der Lagerung der Kalamitätshölzer, zur Vorbeugung und Bekämpfung der Schadorganismen und Maßnahmen des integrierten Pflanzenschutzes und des Waldbrandschutzes (ohne Investitionen) gefördert.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 5: Forsten, Maßnahmegruppe F Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald (Richtlinie Waldschutz) in der geltenden Fassung

683 76	521	Zuschüsse für sonstige Waldmaßnahmen	1.500.000	2.500.000	2.500.000
			4.312.878	0	0

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald (ohne Investitionen)

892 76	521	Investitionen für Waldschutzmaßnahmen	1.500.000	961.900	849.800
			1.198.561	100.000	100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026			100.000		100.000
2027				100.000	100.000
2028					
2029 ff.					
Summen		500.000	100.000	100.000	700.000

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald (Investitionen)

Nachrichtlich: Summe TGr. 76	3.000.000	3.461.900	3.349.800
		100.000	100.000

77 Sonderrahmenplan "Maßnahmen des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt" (weggefallen)

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Istannahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 77 und Kapitel 09 03 Titel 331 77.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Bundesregierung hat im September 2019 das Aktionsprogramm Insektenschutz für bessere Lebensbedingungen für Insekten in Deutschland beschlossen. Zur Verbesserung der nationalen Finanzierung von Maßnahmen des Insektenschutzes im Rahmen des Aktionsprogramms wurde in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) der Sonderrahmenplan "Maßnahmen zum Insektenschutz in der Agrarlandschaft" eingerichtet. Ab dem Jahr 2023 wird dieser Sonderrahmenplan zu einem Sonderrahmenplan "Maßnahmen des Ökolandbaus und der Biologischen Vielfalt" weiterentwickelt.

Im Zuge der Umstrukturierung der GAK 2024 wurde der Sonderrahmenplan aufgelöst und in die reguläre GAK integriert.

Über den Sonderrahmenplan erfolgte bisher auch die Förderung besonders nachhaltiger Verfahren im Zusammenhang mit der Umsetzung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie, hier der Pflanzenschutzmittelverbot - Ausgleich (PSA). Künftig erfolgt die Förderung über den neuen Titel 683 06.

683 77	521	Zuschüsse an private Unternehmen für laufende Zwecke	0	0	0
			1.013.124	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.400.000			1.400.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		1.400.000			1.400.000

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, auf denen umweltspezifische Bewirtschaftungsbeschränkungen durch den Artikel 4 Absatz 1 der PflSchAnwV bestehen; Pflanzenschutzmittelverbot - Ausgleichs (PSA)

Nach Wegfall des Sonderrahmenplans erfolgt ab 2025 die Förderung über den neuen Titel 683 06 mit regulären GAK-Mitteln. Die VE 2024 wird bei Inanspruchnahme ggf. aus diesem Titel bedient.

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient (dann aus Titel 683 06).

892 77	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 77			0	0	0
				0	0

78 Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe
(Agrarinvestitionsförderungsprogramm/ Diversifizierung)

Übertragbar

*** Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 78 und Kapitel 09 03 Titel 331 78.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Mit der einzelbetrieblichen Investitionsförderung soll die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen weiter gestärkt werden. Das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) ist das zentrale Programm zur Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben. Gefördert werden betriebliche Investitionen zur Verbesserung

- der Wettbewerbsfähigkeit durch Rationalisierung und Kostensenkung,
- der Produktions- und Arbeitsbedingungen,
- der Einkommenskombinationen,
- des Energieeinsatzes,
- des Tierschutzes, Tierwohls und der Tierhygiene sowie
- des Klima- und Umweltschutzes

in landwirtschaftlichen Unternehmen.

Zuwendungsempfänger können landwirtschaftliche Unternehmen aller Rechts- und Erwerbsformen sein.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 2: Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen, Maßnahmegruppe A. Einzelbetriebliche Förderung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP-Richtlinie) in der geltenden Fassung

Zusätzlich zu den hier veranschlagten Mitteln sind für diesen Zweck weitere Mittel zur Kofinanzierung der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) für die Förderperioden 2014 bis 2022 (2025) und 2023 bis 2027 (2029) in den Titelgruppen 93 und 97 veranschlagt.

Darüber hinaus können im Rahmen der Diversifizierung Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen im ländlichen Raum gefördert werden.

Grundlage ist der Fördergrundsatz 2 des GAK Rahmenplans "Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen, A: Einzelbetriebliche Förderung, Maßnahme 2.0 Diversifizierung".

683 78	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
892 78	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	900.000	900.000
			0	450.000	450.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		800.000			800.000
2026		300.000	300.000		600.000
2027			150.000	300.000	450.000
2028				150.000	150.000
2029 ff.					
Summen		1.100.000	450.000	450.000	2.000.000

Erläuterungen:

Zuschüssen für einzelbetriebliche Investitionsförderung in landwirtschaftlichen Unternehmen

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 2: Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen, Maßnahmegruppe A. Einzelbetriebliche Förderung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP-Richtlinie) in der geltenden Fassung

Zusätzlich zu den hier veranschlagten Mitteln sind für diesen Zweck weitere Mittel zur Kofinanzierung der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) 2014 bis 2020 im Kapitel 09 03 TGr. 93 veranschlagt. Für die neue Förderperiode ab 2023 sind die Mittel unter Kapitel 09 03 TGr. 97 geplant.

Darüber hinaus können im Rahmen der Diversifizierung Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen im ländlichen Raum gefördert werden.

Grundlage ist der Fördergrundsatz 2 des GAK Rahmenplans "Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen, A: Einzelbetriebliche Förderung, Maßnahme 2.0 Diversifizierung".

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 78	0	900.000	900.000
		450.000	450.000

93 Kofinanzierung zu EU-Mitteln zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2014-2022 (2025)

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 93 und Kapitel 09 03 Titel 331 93.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Nationale Kofinanzierung zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2014-2022 (2025): Die EU-Mittel sind im Kapitel 13 90 veranschlagt.

Die Förderperiode 2014-2022 endet mit n+3 im Haushaltsjahr 2025.

533 93	521	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
633 93	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
682 93	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
683 93	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen - Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung und Ökolandbau, Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete	5.266.800	7.366.700	0
			8.684.253	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.808.000	6.360.000			8.168.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	1.808.000	6.360.000			8.168.000

Erläuterungen:

2025 (EUR)

1. Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL)	400.000
2. Ökolandbau	6.966.700
3. Ausgleichszulage (AGZ)	0
Zusammen	7.366.700

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 93

Zu 1.+2.

Nationale Kofinanzierung von Zuschüssen an landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Unternehmen im Rahmen einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung und des ökologischen Landbaus. Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 Titel 683 05.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 4: Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung (MSL-Richtlinie) in der geltenden Fassung

Zu 3.

Zuschüsse als Ausgleichszulage wird für landwirtschaftliche Flächen in benachteiligten Gebieten zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und zum Ausgleich ständiger natürlicher und wirtschaftlicher Nachteile gewährt.

Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 Titel 683 06.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 9: Benachteiligte Gebiete und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung einer Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (Richtlinie Ausgleichszulage) in der geltenden Fassung

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

684 93	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände	0 0	0 0	0 0
686 93	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
862 93	521	Darlehen an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
883 93	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
892 93	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	2.274.600 1.404.864	2.117.100 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	859.500	396.700			1.256.200
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	859.500	396.700			1.256.200

Erläuterungen:

2025 (EUR)	
1. Modernisierung landwirtschaftl. Betriebe (Agrarinvestitionsförderungsprogramm)	655.900
2. Dorferneuerung, Dorfentwicklung	737.500
3. Touristische Infrastruktur	57.000
4. Naturnahe Waldbewirtschaftung / Waldumbau	666.700
5. Waldbewirtschaftungspläne	0
Zusammen	2.117.100

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 93

Zu 1.

Nationale Kofinanzierung von Zuschüssen für Investitionen an landwirtschaftliche Betriebe zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft. Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 Titel 892 01. Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 2: Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen, Maßnahmengruppe A. Einzelbetriebliche Förderung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP-Richtlinie) in der geltenden Fassung

Zu 2.

Nationale Kofinanzierung von Zuschüssen für investive Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung und -entwicklung. Die Dorferneuerung und -entwicklung zielt in Umsetzung lokaler Entwicklungskonzepte auf die Verbesserung der Attraktivität und der Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes. Die Förderung begleitet im Rahmen der Verbesserung der Agrarstruktur den demografischen Wandel in ländlich geprägten Orten und dient der Schaffung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, um die Dörfer im dezentralen Siedlungsgefüge als eigenständige Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturräume zu erhalten. Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 TGr. 69. Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 1: Integrierte Ländliche Entwicklung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (Richtlinien RELE 2014-2020) in der geltenden Fassung

Zu 3.

Nationale Kofinanzierung von Zuschüssen zur Förderung einer touristischen Infrastruktur. Die touristische Infrastruktur ist auf Grundlage lokaler Entwicklungskonzepte auf die Erschließung regionaler und touristischer Entwicklungsmöglichkeiten gerichtet. Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. der zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 TGr. 68. Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 1: Integrierte Ländliche Entwicklung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (Richtlinien RELE 2014-2020) in der geltenden Fassung

Zu 4.

Nationale Kofinanzierung von Zuschüssen für Investitionen zur Schaffung von Grundlagen für die Umsetzung einer naturnahen Waldbewirtschaftung. Dazu gehören Schutz-, Umbau- und Pflegemaßnahmen zur Erhaltung der Waldfunktionen, zur Sicherung und Erhöhung der Stabilität der Wälder gegenüber biotischen und abiotischen Schädigungen. Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 TGr. 67. Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 5: Forsten, Maßnahmengruppe A. Naturnahe Waldbewirtschaftung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der naturnahen Waldbewirtschaftung, für die Ausarbeitung von Waldbewirtschaftungsplänen und die Durchführung von forstwirtschaftlichen Wegebaumaßnahmen im Land Sachsen-Anhalt (Richtlinie Forst 2019) in der geltenden Fassung

Zu 5.

Nationale Kofinanzierung für die Ausarbeitung von Waldbewirtschaftungsplänen. Die EU beteiligt sich mit 90 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 Titel 892 61. Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 5: Forsten, Maßnahmengruppe B. Forstwirtschaftliche Infrastruktur und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der naturnahen Waldbewirtschaftung, für die Ausarbeitung von Waldbewirtschaftungsplänen und die Durchführung von forstwirtschaftlichen Wegebaumaßnahmen im Land Sachsen-Anhalt (Richtlinie Forst 2019) in der geltenden Fassung

893 93	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	3.933.300	3.001.400	0
			4.254.412	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	980.000	1.289.200			2.269.200
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	980.000	1.289.200			2.269.200

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 93

Erläuterungen:

2025 (EUR)	
1. Flurneuordnung (Flurbereinigung)	2.620.900
2. Dorferneuerung, Dorfentwicklung	223.300
3. Touristische Infrastruktur	7.200
4. LEADER-Mainstream	0
5. Ländlicher Wegebau	150.000
Zusammen	3.001.400

Zu 1.

Nationale Kofinanzierung der Förderung von Ausführungskosten nach § 105 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und Landwirtschaftsanpassungsgesetz. Die Förderung erfolgt im Rahmen des Entwicklungsprogramms zur Entwicklung des ländlichen Raumes (EPLR) 2014 bis 2020. Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 Titel 893 62. Verpflichtungsermächtigungen werden veranschlagt für mehrjährige Flurneuordnungsverfahren.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 1: Integrierte Ländliche Entwicklung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (Richtlinien RELE 2014-2020) in der geltenden Fassung

Zu 2.

Nationale Kofinanzierung von Zuschüssen für Investitionen privater Unternehmen im Rahmen der Dorferneuerung und -entwicklung. Die Dorferneuerung und -entwicklung zielt in Umsetzung lokaler Entwicklungskonzepte auf die Verbesserung der Attraktivität und der Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes. Die Förderung begleitet im Rahmen der Verbesserung der Agrarstruktur den demografischen Wandel in ländlich geprägten Orten und dient der Schaffung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse um die Dörfer im dezentralen Siedlungsgefüge als eigenständige Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturräume zu erhalten und zu entwickeln. Des Weiteren soll durch diese Förderung auch eine Unterstützung der finanzschwachen Kommunen erfolgen. Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 Titelgruppe 69.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 1: Integrierte Ländliche Entwicklung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (Richtlinien RELE 2014-2020) in der geltenden Fassung

Zu 3.

Nationale Kofinanzierung von Zuschüssen für Investitionen privater Unternehmen im Rahmen der Touristischen Infrastruktur. Die Förderung der Touristischen Infrastruktur zielt in Umsetzung lokaler Entwicklungskonzepte und in Abstimmung mit den regionalen Tourismusverbänden auf die Erschließung regionaler touristischer Entwicklungsmöglichkeiten ab. Des Weiteren soll durch diese Kofinanzierung auch eine Unterstützung der finanzschwachen Kommunen erfolgen. Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 Titelgruppe 68.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 1: Verbesserung der ländlichen Strukturen, Maßnahmengruppe A. Integrierte Ländliche Entwicklung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (Richtlinien RELE 2014-2020) in der geltenden Fassung

Zu 4.

Nationale Kofinanzierung LEADER-Mainstream: Gefördert werden LEADER-Projekte, die im Rahmen von anderen Maßnahmen des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum 2014-2020 (EPLR) verwirklicht werden. Es handelt sich um Maßnahmen, die im EPLR auf der Grundlage der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" programmiert wurden, insbesondere die Dorferneuerung und -entwicklung und die Touristischen Infrastruktur. Die EU beteiligt sich mit 90 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 Titelgruppe 78. Die EU beteiligt sich mit bis zu 90 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die EU-Kofinanzierung ist im Kapitel 13 90 TGr. 78 veranschlagt.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 93

Zu 5.:

Nationale Kofinanzierung zur Förderung von Aufwendungen für dem ländlichen Charakter angepasster Infrastrukturmaßnahmen zur Erschließung der landwirtschaftlichen oder touristischen Entwicklungspotentiale im Rahmen der Einkommensdiversifizierung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, insbesondere der Verbesserung der Agrarstruktur und des ländlichen Raumes als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum. Neben der Erschließung landwirtschaftlicher Grundstücke zielt die Förderung auf eine Verbesserung der Anbindung der Betriebsstätten. Die Reduzierung der Fahrstrecken führt zu einer Reduzierung des Aufwandes an Treibstoffen, der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes mit positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz. Die Durchführung dient weiterhin zur Entflechtung des landwirtschaftlichen und übrigen Verkehrs und damit verbundener höherer Verkehrssicherheit. Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 90 Titel 883 01. Ab 2021 besteht für finanzschwache Kommunen die Möglichkeit, eine 20-prozentige Erhöhung der Förderung für den ländlichen Wegebau aus GAK-Mitteln zu erhalten (max. Förderung von 90%).
Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 1: Verbesserung der ländlichen Strukturen, Maßnahmengruppe A. Integrierte Ländliche Entwicklung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (Richtlinien RELE 2014-2020) in der geltenden Fassung

981 93	521	Verrechnungen zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 93			11.474.700	12.485.200 0	0 0

97 Kofinanzierung zu EU-Mitteln zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europ. Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2023-2027 (2029)

*** Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 03 Titel 231 97 und Kapitel 09 03 Titel 331 97.

Erläuterungen:

Nationale Kofinanzierung zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2021-2027, veranschlagt in Kapitel 13 91. Aufgrund von Verzögerungen beginnt die Förderphase erst 2023.

533 97	521	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
633 97	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
682 97	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehme	0 0	0 0	0 0
683 97	011	Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL), Ökolandbau, Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (AGZ), Vertragsnaturschutz/Freiwillige Naturschutzleistungen (FNL) inkl. Hühelhaltung	2.100.000 0	2.413.200 2.490.000	4.449.700 1.364.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 97

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.100.000	773.000			2.873.000
2026	3.030.000	1.916.500			4.946.500
2027	2.930.000	1.916.500	878.000		5.724.500
2028	2.100.000	1.916.500	878.000	730.000	5.624.500
2029 ff.		1.760.500	734.000	634.000	3.128.500
Summen	10.160.000	8.283.000	2.490.000	1.364.000	22.297.000

Erläuterungen:

	2025 (EUR)	VE 2025 (EUR)	2026 (EUR)	VE 2026 (EUR)
1. Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL)	2.148.200	1.530.000	3.783.200	820.000
2. Ökolandbau	0	360.000	144.000	144.000
3. Vertragsnaturschutz / Freiwillige Naturschutzleistungen (FNL) inkl. Hütelhaltung	265.000	600.000	522.500	400.000
Zusammen	2.413.200	2.490.000	4.449.700	1.364.000

Zu 1.+2.

Zuschüsse an landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Unternehmen im Rahmen der markt- und standortangepassten sowie umweltgerechte Landbewirtschaftung und des ökologischen Landbaus. Die EU beteiligt sich mit 80 v. H. an den zuschussfähigen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 91 Titel 683 05 und 683 06.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 4: Markt- und standortangepasste sowie umweltgerechte Landbewirtschaftung einschließlich Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen in Sachsen-Anhalt (Richtlinie AUKM) in der geltenden Fassung

Zu 3.

Zuschüsse an landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Unternehmen im Rahmen der markt- und standortangepassten sowie umweltgerechte Landbewirtschaftung. Verwendungszweck: Schutz und Wiederherstellung von Lebensräumen und Lebensstätten wildlebender Tier- und Pflanzenarten in der Agrarlandschaft. Die EU beteiligt sich mit 80 v. H. an den zuschussfähigen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 91 Titel 683 07.

Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 4: Markt- und standortangepasste sowie umweltgerechte Landbewirtschaftung einschließlich Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege

Die Vorbelastungen aus VE bis 2023 ergeben sich aus Übergängen zwischen alter und neuer Förderperiode und erfolgten Bewilligungen bei Kapitel 09 03 Titel 683 93, die ab 2026 (nach Ablauf n+3) aus Kapitel 09 03 Titel 683 97 gezahlt werden.

Die VE 2024 wird nicht vollständig in Anspruch genommen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit bedient.

684 97	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände	0	0	0
			0	0	0
686 97	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
883 97	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
892 97	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	4.416.700	3.300.000	3.487.500
			0	2.100.000	2.137.500

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 97

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.600.000			1.600.000
2026		800.000	1.300.000		2.100.000
2027			800.000	1.337.500	2.137.500
2028				800.000	800.000
2029 ff.					
Summen		2.400.000	2.100.000	2.137.500	6.637.500

Erläuterungen:

	2025 (EUR)	VE 2025 (EUR)	2026 (EUR)	VE 2026 (EUR)
1. Modernisierung landwirtschaftl. Betriebe (Agrarinvestitionsförderungsprogramm)	2.800.000	1.800.000	2.800.000	1.800.000
2. Naturnahe Waldbewirtschaftung / Waldumbau	500.000	300.000	687.500	337.500
Zusammen	3.300.000	2.100.000	3.487.500	2.137.500

Zu 1.

Nationale Kofinanzierung von Zuschüssen für Investitionen an landwirtschaftliche Betriebe zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft. Die EU beteiligt sich mit 60 v. H. an den zuschussfähigen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 91 Titel 892 01. Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 2: Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen, Maßnahmengruppe A. Einzelbetriebliche Förderung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms im Rahmen des GAP-Strategieplans (AFP-Richtlinie GAP-SP) in der geltenden Fassung

Zu 2.

Nationale Kofinanzierung von Zuschüssen für Investitionen zur Schaffung von Grundlagen für die Umsetzung einer naturnahen Waldbewirtschaftung. Dazu gehören Schutz-, Umbau- und Pflegemaßnahmen zur Erhaltung der Waldfunktionen, zur Sicherung und Erhöhung der Stabilität der Wälder gegenüber biotischen und abiotischen Schädigungen. Die EU beteiligt sich mit 80 v. H. an den zuschussfähigen Ausgaben, veranschlagt in Kapitel 13 91 TGr. 64. Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 5: Forsten, Maßnahmengruppe A. Naturnahe Waldbewirtschaftung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von forstwirtschaftlichen Maßnahmen im Land Sachsen-Anhalt (Förderrichtlinie Waldbau/Forst LSA 2025) in der geltenden Fassung

893 97	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	1.500.000	3.000.000	2.500.000
			0	2.000.000	2.350.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.000.000			2.000.000
2026		2.000.000	500.000		2.500.000
2027		2.000.000	1.500.000	1.400.000	4.900.000
2028				950.000	950.000
2029 ff.					
Summen		6.000.000	2.000.000	2.350.000	10.350.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 97

Erläuterungen:

Nationale Kofinanzierung der Förderung von Ausführungskosten nach § 105 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und Landwirtschaftsanpassungsgesetz. Die EU beteiligt sich mit 60 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die EU-Kofinanzierung ist im Kapitel 13 91 Titel 893 01 veranschlagt.
 Grundlagen: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 1: Integrierte Ländliche Entwicklung und die entsprechend geltenden Fördergrundsätze; Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Flurneuordnung in Sachsen-Anhalt (FÖFLUR) in der geltenden Fassung

981 97	521	Verrechnungen zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	8.016.700	8.713.200	10.437.200
		6.590.000	5.851.500

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 03 Allgemeine Bewilligungen, Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	9.458.400	10.122.500	6.869.200
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	17.309.700	14.755.700	12.562.400
Gesamteinnahme		26.768.100	24.878.200	19.431.600

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	40.000	20.000 40.000	0 40.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	15.724.100	16.850.900 11.675.000	11.448.700 11.104.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	28.849.600	24.592.900 21.150.000	20.937.300 26.237.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0 0	0 0
Gesamtausgabe		44.613.700	41.463.800	32.386.000
Gesamtsumme der VE			32.865.000	37.381.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-17.845.600	-16.585.600	-12.954.400

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 05 Allgemeine Bewilligungen, Maßnahmen nach dem Gesetz der Modulation

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Es erfolgt nur noch die Restabwicklung von Einnahmen aus Rückforderungen.

Einnahmen

119 41	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen sonstiger Fördermaßnahmen des Bundes	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 05 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Rückzahlung von Überzahlungen (z. B. Widerruf von Bescheiden).

119 42	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 05 Titel 631 02.

Erläuterungen:

Rückzahlung von Überzahlungen (z. B. Widerruf von Bescheiden).

119 43	521	Rückzahlung von Mitteln des EAGFL, Abteilung Garantie	0 85	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 05 Titel 631 03.

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 05 Allgemeine Bewilligungen, Maßnahmen nach dem Gesetz der Modulation

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	521	Sonstige Zuweisungen an den Bund -Rückzahlung von Überzahlungen	0	0	0
			0	0	0
		Übertragbar			
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 05 Titel 119 41.			
631 02	521	Sonstige Zuweisungen an den Bund -Rückzahlung von Überzahlungen im Rahmen der GA	0	0	0
			0	0	0
		Übertragbar			
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 70 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 09 05 Titel 119 42.			
631 03	521	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Rückzahlung von Mitteln des EAGFL, Abteilung Garantie -	0	0	0
			0	0	0
		Übertragbar			
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 05 Titel 119 43.			

09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -**
09 05 **Allgemeine Bewilligungen, Maßnahmen nach dem Gesetz der Modulation**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
 Schuldendienst und dgl.

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit
 Ausnahme für Investitionen

0

0

Gesamtausgabe

Gesamtsumme der VE

0

0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 06 Zuwendungen und Erstattungen der EU - Förderphase bis 1999

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Allgemeines

Förderungen aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL) ab 1994 bis 1999.

Es erfolgt nur noch die Restabwicklung von Einnahmen aus Rückforderungen.

Einnahmen

119 42	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung der Vermarktung und Verarbeitung landwirtsch. Produkte (Ziel 1 Gebiet)	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 06 Titel 631 01.			
119 43	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung der Vermarktung und Verarbeitung fischwirtsch. Produkte (Ziel 1 Gebiet)	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 06 Titel 631 02.			
119 44	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (Ziel 1 Gebiet)	0 8.625	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 06 Titel 631 03.			
119 45	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung aus dem Bereich EU-Gemeinschaftsinitiativen	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 06 Titel 631 04.			

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 06 Zuwendungen und Erstattungen der EU - Förderphase bis 1999

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	521	Sonstige Zuweisungen -Rückzahlung aus Überzahlungen im Rahmen der EG-Förderung der Vermark. u. Verarb. landwirtsch. Produkte	0 0	0 0	0 0
		Übertragbar			
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 06 Titel 119 42.			
631 02	521	Sonstige Zuweisungen -Rückzahlung aus Überzahlungen im Rahmen der EG-Förderung der Vermark. u. Verarb. fischwirtsch. Produkte	0 0	0 0	0 0
		Übertragbar			
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 06 Titel 119 43.			
631 03	521	Sonstige Zuweisungen -Rückzahlung aus Überzahlungen im Rahmen der EG-Förderung der Entw. im ländlichen Raum	0 12.000	0 0	0 0
		Übertragbar			
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 06 Titel 119 44.			
631 04	521	Sonstige Zuweisungen -Rückzahlung aus Überzahlungen im Rahmen der EU-Förderung von Gemeinschaftsinitiativen	0 0	0 0	0 0
		Übertragbar			
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 06 Titel 119 45.			

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 06 Zuwendungen und Erstattungen der EU - Förderphase bis 1999

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dgl.

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit
Ausnahme für Investitionen

0 0

Gesamtausgabe

Gesamtsumme der VE

0 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 07 Zuwendungen der EU - Förderphase 2000-2006

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Allgemeines

Die Förderung erstreckte sich über den Gesamtplanungszeitraum 2000-2006, sie erfolgte auf der Grundlage eines Operationellen Programms aus Mitteln des EU-Agrarfonds (EAGFL), Abteilung Ausrichtung.

Es erfolgt nur noch die Restabwicklung von Einnahmen aus Rückforderungen.

Einnahmen

119 42	523	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte OP 2000-2006	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 07 Titel 631 01.			
119 44	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung der ländlichen Entwicklung OP 2000-2006	0 1.359	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 07 Titel 631 03.			
119 45	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung aus dem Bereich EU-Gemeinschaftsinitiativen	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 07 Titel 631 04.			

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 07 Zuwendungen der EU - Förderphase 2000-2006

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	523	Sonstige Zuweisungen - Rückzahlungen aus Überzahlungen im Rahmen der EU-Förderung der Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 07 Titel 119 42.

631 03	521	Sonstige Zuweisungen - Rückzahlungen aus Überzahlungen im Rahmen der EU-Förderung der ländlichen Entwicklung OP 2000-2006	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 07 Titel 119 44.

631 04	521	Sonstige Zuweisungen - Rückzahlung aus Überzahlungen im Rahmen der EU-Förderung von Gemeinschaftsinitiativen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 07 Titel 119 45.

09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -**
09 07 **Zuwendungen der EU - Förderphase 2000-2006**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
 Schuldendienst und dgl.

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit
 Ausnahme für Investitionen

0

0

Gesamtausgabe

Gesamtsumme der VE

0

0

09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -**
09 08 **Zuwendungen der EU - 2007-2013 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und für den Fischereisektor durch den Europäischen Fischereifonds (EFF)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
Angaben in EUR					

Erläuterungen:

Es erfolgt nur noch die Restabwicklung von Einnahmen aus Rückforderungen.

Einnahmen

119 42	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) für Maßnahmen der Schwerpunktachse 1	0 170.709	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 08 Titel 631 01.					
119 43	522	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) für Maßnahmen der Schwerpunktachse 2	0 517	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 08 Titel 631 02.					
119 44	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) für Maßnahmen der Schwerpunktachse 3	0 0	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 08 Titel 631 03.					
119 45	532	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung durch den Europäischen Fischereifonds (EFF)	0 0	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 08 Titel 631 04.					
119 50	521	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den ELER für Maßnahmen der Schwerpunktachse 1	0 0	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 08 Titel 631 05.					
119 52	522	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den ELER für Maßnahmen der Schwerpunktachse 2	0 0	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 08 Titel 631 06.					
119 53	521	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den ELER für Maßnahmen der Schwerpunktachse 3	0 1.773	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 08 Titel 631 07.					
119 54	532	Zinsen aus Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung durch den Europäischen Fischereifonds (EFF)	0 0	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 08 Titel 631 08.					

09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -**

09 08 **Zuwendungen der EU - 2007-2013 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und für den Fischereisektor durch den Europäischen Fischereifonds (EFF)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	521	Sonstige Zuweisungen - Rückzahlungen aus Überzahlungen im Rahmen der EU-Förderung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) aus Maßnahmen der Schwerpunktachse 1	0 75.526	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 08 Titel 119 42.

631 02	522	Sonstige Zuweisungen - Rückzahlungen aus Überzahlungen im Rahmen der EU-Förderung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) aus Maßnahmen der Schwerpunktachse 2	0 533	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 08 Titel 119 43.

631 03	521	Sonstige Zuweisungen - Rückzahlungen aus Überzahlungen im Rahmen der EU-Förderung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) aus Maßnahmen der Schwerpunktachse 3	0 21.150	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 08 Titel 119 44.

631 04	532	Sonstige Zuweisungen - Rückzahlungen aus Überzahlungen im Rahmen der EU-Förderung durch den Europäischen Fischereifonds (EFF)	0 0	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 08 Titel 119 45.

631 05	521	Sonstige Zuweisungen - Zinsen aus Überzahlungen sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung durch den ELER aus Maßnahmen der Schwerpunktachse 1	0 0	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 08 Titel 119 50.

631 06	522	Sonstige Zuweisungen - Zinsen aus Überzahlungen sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung durch den ELER aus Maßnahmen der Schwerpunktachse 2	0 1.462	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 08 Titel 119 52.

631 07	521	Sonstige Zuweisungen - Zinsen aus Überzahlungen sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung durch den ELER aus Maßnahmen der Schwerpunktachse 3	0 0	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 08 Titel 119 53.

631 08	532	Sonstige Zuweisungen - Zinsen aus Rückzahlungen sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung durch den Europäischen Fischereifonds (EFF)	0 0	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 08 Titel 119 54.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 09 Erstattungen der EU durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft - EGFL

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Erstattungen der EU durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft - EGFL - für Maßnahmen der Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig und für Maßnahmen der staatlichen Tierseuchenbekämpfung.

Einnahmen

119 42	521	Erstattungen der EU	0	0	0
			26.250		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 09 Titel 631 01.

271 01	522	Erstattungen der EU für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse	177.000	177.000	177.000
			110.626		

Erläuterungen:

Die EU erstattet im Rahmen der Umsetzung von Maßnahmen gemäß Art 54 - 56 der Verordnung (EU) 2021/2115 (GAP-Strategieplanverordnung) Ausgaben zur Förderung des Bienenzuchtsektors.

Die Höhe der Erstattung beträgt bis zu 50 v. H. der Maßnahmen. Die Ausgaben sind im Kapitel 09 02 Titel 683 05 und Titel 686 02 veranschlagt.

271 10	523	Erstattungen der EU im Rahmen der staatlichen Tierseuchenbekämpfung	120.000	120.000	120.000
			62.888		

Erläuterungen:

Jährliche Entscheidung der Kommission über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zur Tilgung und Überwachung von Tierseuchen sowie für Untersuchungen zur Verhütung von Zoonosen. Die Höhe der Einnahmen wird in den einzelnen Programmen festgelegt.

Die EU gewährt gemäß der VO (EU) Nr. 2021/690 eine Finanzhilfe der Gemeinschaft an bestimmte Mitgliedstaaten für die von diesen vorgelegte Programme zur Tilgung und Überwachung von Tierseuchen sowie für Untersuchungen zur Verhütung von Zoonosen. Deutschland erhält für die Programme, an denen es sich beteiligt, die für das jeweilige Programm festgelegte Finanzhilfe und erstattet den Ländern die in den einzelnen Programmen festgelegte Finanzhilfe (Probenahmekosten, Untersuchungskosten, Entschädigungen usw.) - Ausgaben siehe Kapitel 09 02 Titel 671 02.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 09 Erstattungen der EU durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft - EGFL

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	521	Sonstige Zuweisungen - Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 09 09 Titel 119 42.

09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -**
09 09 **Erstattungen der EU durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft - EGFL**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	297.000	297.000	297.000
Gesamteinnahme		297.000	297.000	297.000

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0 0	0 0
Gesamtausgabe		0	0	0
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		297.000	297.000	297.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 09 10 beträgt zum 31.12.2025 507 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 09 10 beträgt zum 31.12.2026 507 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

In Kapitel 09 10 sind die Einnahmen und Ausgaben der 4 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ÄLFF):

ALFF Altmark
ALFF Mitte
ALFF Anhalt
ALFF Süd

veranschlagt.

Die ÄLFF sind die Behörden der Ortsebene der Landwirtschafts- und Agrarstrukturverwaltung des Landes mit folgenden wesentlichen Aufgaben:

- Maßnahmen zur Neuordnung des Grundbesitzes auf der Grundlage des LwAnpG und FlurbG,
- Hoheitsaufgaben sowie Marktordnung und Förderung der Landwirtschaft, Gartenbau, Pflanzenschutz, Tierzucht, Aufgaben im Rahmen der Berufsbildung in der Land- und Hauswirtschaft,
- Förderung des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft,
- forstliche Förderung.

Einnahmen

111 01	511	Gebühren, sonstige Entgelte	5.800	16.500	16.500
			17.869		

Erläuterungen:

Gebühren für die Untersuchung von Fruchtholzproben, Export und Zertifizierung, Baumschulenkontrollen im Bereich Pflanzenschutz und Gebühren für die Genehmigung von Ersatzmaßnahmen in der Forstwirtschaft.

111 11	511	Verwaltungsgebühren	151.500	151.500	153.900
			165.950		

Erläuterungen:

Verwaltungsgebühren - Kostentarife nach der AllGO

In den Einnahmen sind Gebühren für allgemeine Amtshandlungen, Sachkundenachweise für den Pflanzenschutz enthalten.

112 01	511	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	0	0	0
			500		

Erläuterungen:

Bußgelder für den Vollzug der Verordnung über das Inverkehrbringen und Befördern von Wirtschaftsdünger, des Pflanzenschutzgesetzes und des Tierschutzgesetzes.

Vorsorglich Leertitel.

119 41	511	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

119 45	511	Umsatzsteuerrückzahlung aus Vorjahren	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

119 46 511 Ersatzleistungen **0** **0** **0**
4.798

Erläuterungen:

Erstattungen von haftenden Versicherungsunternehmen sowie von Bediensteten im Erstattungsverfahren.

Vorsorglich Leertitel.

119 51 511 Vermischte Einnahmen **1.000** **1.000** **1.000**
3.263

Erläuterungen:

Sonstige nicht zuordnungsbar Verwaltungseinnahmen.

124 01 511 Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung **18.000** **19.000** **19.000**
19.149

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	11.500	11.500	11.500
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	6.500	7.500	7.500
5.	Sonstige Mieten und Pachten	0	0	0
	Summe	18.000	19.000	19.000

zu 3.

Untervermietung von 10 Büroräumen/Flur im ALFF Altmark (Stendal) an die Geschäftsstelle Norddeutsche Bauernsiedlung GmbH.

zu 4.

Parkplatzgebühren auf landeseigenen Parkplätzen (ALFF Süd, ALFF Mitte und ALFF Altmark).

132 01 511 Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen **30.600** **0** **0**
2.005

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	ALFF Anhalt	4.100	0	0
2.	ALFF Mitte	4.000	0	0
3.	ALFF Altmark	22.500	0	0
	Summe	30.600	0	0

Verkaufserlöse für auszusondernde Dienstkraftfahrzeuge entsprechend der Fahrzeugbewertung.

132 02 511 Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen **0** **0** **0**
0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

261 01 511 Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland **183.300** **100.000** **100.000**
100.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 261 01

Erläuterungen:

Erstattungen von Verfahrens- und sonstigen Kosten durch den Unternehmensträger in Unternehmensflurbereinigungen nach § 88 Nr. 9 FlurbG, insbesondere Bundesautobahn A14 und diverse Ortsumgehungen.

381 01	511	Verrechnungen zwischen Kapiteln im Rahmen der Flurbereinigung	3.731.200 3.508.001	2.574.000	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 10 Titel 533 01.

Erläuterungen:

Abwicklung der Finanzierung von Flurbereinigungsverfahren unter Beteiligung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes.

Zur Beschleunigung der Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und Landwirtschaftsanpassungsgesetz, die der Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes, der Gestaltung des ländlichen Raumes sowie der Verbesserung der Agrarstruktur dienen, werden geeignete Stellen und öffentlich bestellte Vermessungsingenieure mit hoheitlichen Aufgaben betraut. Die Kosten der Vergabe von Dienstleistungen der Flurbereinigungsbehörden an Außenstehende werden über den ELER im Rahmen des Entwicklungsprogramms zur Entwicklung des ländlichen Raumes (EPLR) gefördert. Die Kosten werden von den Flurbereinigungsbehörden aus Kapitel 09 10 Titel 533 01 gezahlt. Die Verrechnung erfolgt von Kapitel 13 90 Titel 981 62 und Kapitel 09 02 Titel 981 93.

Die Verfahrenskosten der Flurbereinigung sind in der EU-Förderperiode 2023 - 2027 nicht mehr mit ELER-Mitteln förderfähig. Bis einschließlich 2025 erfolgt ausschließlich die Restabwicklung der EU-Förderperiode 2014 - 2022 (n+3). Die Förderung der Verfahrenskosten der Flurbereinigung erfolgt zukünftig durch Landesmittel unter Kapitel 0902 Titel 533 08.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	511	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.068.600 6.113.760	6.689.600 0	6.836.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	6.068.600	6.689.600	6.836.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	6.068.600	6.689.600	6.836.000

422 05	511	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0 0	0 0	0 0

422 41	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	0 0	0 0	0 0

427 01	511	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

427 31	511	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	0 0	0 0	0 0

428 01	511	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	25.548.100 24.547.437	24.986.300 0	22.663.700 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	223.300	238.400	244.200
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	25.324.800	24.747.900	22.419.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	25.548.100	24.986.300	22.663.700

428 03	511	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	176.300 149.073	215.000 0	247.800 0

Erläuterungen:

Einstellung von jeweils 4 dualen Studenten (1 pro ALFF) in 2023 und 2024. Für 2026 ist die Einstellung von 4 weiteren dualen Studenten geplant.

Im ALFF Mitte ist alle zwei Jahre die Einstellung von einem Auszubildenden als Vermessungstechniker/in vorgesehen.

428 51	511	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
443 01	511	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen, insbesondere Unfallfürsorge	0 0	0 0	0 0
443 02	511	Amtsärztliche Untersuchungen	1.500 27.825	1.600 0	1.600 0
*** Teilumsetzung nach Kap. 09 10 Titel 443 03					
443 03	511	Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz und arbeitsmedizinische Vorsorgeleistungen	66.100 2.281	54.700 0	28.600 0
*** Teilumsetzung von Kap. 09 10 Titel 443 02					
Erläuterungen:					
Leistungen nach dem ASiG / Vorsorgeleistungen - z. B. Bildschirmarbeitsplatzbrillen.					
511 01	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	355.900 275.781	312.400 0	358.600 0
Erläuterungen:					
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Geschäftsbedarf	94.300	102.200	102.200
2.		Kommunikation	144.100	126.900	141.600
3.		Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	84.200	49.400	81.600
4.		Sonstiges	33.300	33.900	33.200
		Summe	355.900	312.400	358.600
zu 3.					
Ersatz und Ergänzung					
Im Hinblick auf die Anforderungen der Arbeitssicherheit, des Gesundheitsmanagements und der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit sind Ersatzbeschaffungen unabweisbar für alle 4 ÄLFF. Die Überprüfung ortsveränderlicher Geräte findet alle zwei Jahre statt (2026).					
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Dienstzimmerausstattungen Ersatz Mobiliar etc.	27.300	24.200	20.000
2.		Wartung Gerätschaften	24.100	25.200	21.800
3.		Überprüfung ortsveränderlicher Geräte	32.800	0	39.800
		Summe	84.200	49.400	81.600
zu 4.					
Sonstiges wie Wartungsverträge von Kopiergeräten und Unterhaltung diverser Technik (u. a. Fax-Geräte, Frankiermaschinen, Einbruchmeldeanlagen und Telekommunikationsanlagen).					
511 02	511	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	12.800 4.728	14.600 0	14.900 0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind u. a. Kosten für die Kalibrierung der Vermessungsgeräte, Instandsetzung der GPS-Geräte und ELTA-Geräte sowie die Unterhaltung von Pflanzenschutzgeräten (Eichung, Kalibrierung). Im ÄLFF Süd sind zudem Wartungen für die Wetterstationen veranschlagt.					
511 03	511	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	13.500 9.079	9.400 0	7.800 0
514 01	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	215.500 188.899	220.300 0	224.800 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	215.500	220.300	224.800
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	0	0	0
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	215.500	220.300	224.800

	Ist 31.12.2023	2024	2025	2026
1.	PKW Kauf	12	11	11
2.	PKW-Leasing	51	52	52
3.	Transporter/Kleinbusse - Kauf	4	4	4
4.	Transporter/Kleinbusse - Leasing	1	1	1
5.	Anhänger	7	7	7
	Zusammen	75	75	75

Die Ansatzserhöhung ist auf Kostensteigerungen beim Kraftstoff und Reparaturen zurückzuführen.

514 03	511	Dienst- und Schutzkleidung	7.300 7.957	9.500 0	9.700 0

Erläuterungen:

Dienst- und Schutzkleidung für Fachpersonal, Personal mit Aufgabenübertragung für Kontrollen der landwirtschaftlichen Fachstellen, im Bereich Pflanzenschutz sowie Wetterschutzbekleidung für Vor-Ort-Kontrollen im Bereich InVeKoS und Forst für alle ÄLFF.

514 04	511	Kleingeräte	2.600 759	2.300 0	2.600 0

Erläuterungen:

Bedarf an Kleingeräten u.a. für Pflanzenschutz, Vermessung, Forst und Weinbau.

514 05	511	Labor- und Fotobedarf	800 476	900 0	900 0

Erläuterungen:

Laborbedarf für den Pflanzenschutz und die Landesweinprüfstelle; Fotobedarf für Agrarstruktur sowie in der Landwirtschaft.

514 06	511	Arzneimittel	900 344	1.000 0	900 0

Erläuterungen:

Ersatz von Verbandskästen bzw. deren überlagerter Inhalt und Zeckenschutzmittel für Vor-Ort-Kontrollen.

514 08	511	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungshilfen	4.600 3.260	4.400 0	4.400 0

Erläuterungen:

Dienstkleidungszuschuss von monatlich 17,38 EUR für 21 Forstbedienstete.

517 01	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	473.700 409.567	509.900 0	509.900 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	94.100	93.100	93.100

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	61.900	66.000	68.600
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	246.000	260.500	260.500
4.	Bewachung	25.700	40.200	37.300
5.	Sonstiges	46.000	50.100	50.400
Summe		473.700	509.900	509.900

Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage des Ist-Verbrauches einschließlich Preissteigerung für die nicht im "Kernaufgabenkatalog BLSA" erfassten Positionen und Liegenschaften. Die Ansatzerhöhung ist u. a. auf steigende Kosten für Strom und Gas sowie fast sämtlicher Dienstleistungsbereiche (Bewachung, Abfallentsorgung, Aktenvernichtung, Unterhalts- und Glasreinigungen) in Folge von Preisanpassungen und Tarifierhöhung zurückzuführen.

zu 5.

- Schneeberäumung
- Verbrauchsmaterial (z. B. Streugut)
- Nebenkostenabrechnung ALFF Mitte, Außenstelle Wanzleben

517 30	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch BLSA	330.800	0	0
			208.800	0	0

Erläuterungen:

Ab dem Jahr 2025 werden die Kaltmieten und Mietnebenkosten im Mieter-Vermieter-Modell zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

518 01	511	Mieten und Pachten	762.100	835.300	870.200
			663.629	9.312.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	400.800	382.500			783.300
2026	400.800	382.500			783.300
2027	400.800	382.500			783.300
2028	400.800	382.500			783.300
2029 ff.	405.600	8.124.800	9.312.000		17.842.400
Summen	2.008.800	9.654.800	9.312.000		20.975.600

Erläuterungen:

Abschluss des Mietvertrages für das ALFF Altmark, Standort Salzwedel, mit Unterzeichnung MF/ BLSA vom 12.12.2012 (Laufzeit: 10 Jahre von 01.12.2013 bis 30.11.2023 - Verpflichtungsermächtigung ausgebracht in 2014 i. H. v. 1.840.000 EUR). Der Mietvertrag wurde unter Wahrnehmen des Optionsrechtes für 5 Jahre bis zum 30.11.2028 verlängert (VE i. H. v. 990.000 EUR in 2022).

Abschluss des Mietvertrages für das ALFF Mitte, Standort Wanzleben, mit Unterzeichnung MF/ BLSA vom 25.09.2020 (Laufzeit: 10 Jahre von 01.03.2021 bis 28.02.2031 - Verpflichtungsermächtigung ausgebracht in 2020 i. H. v. 2.028.000 EUR).

Abschluss des Mietvertrages für das ALFF Mitte, Standort Halberstadt, mit Unterzeichnung MF/ BLSA vom 09.09.2014 (Laufzeit: 10 Jahre von 01.01.2015 bis 31.12.2024 - Verpflichtungsermächtigung ausgebracht in 2014 i. H. v. 1.946.000 EUR). Der Mietvertrag wurde unter Wahrnehmen des Optionsrechtes für 5 Jahre bis zum 31.12.2029 verlängert (VE i. H. v. 1.038.500 EUR in 2024).

Abschluss des Mietvertrages für das gesamte ALFF Süd, Standort Weißenfels, für 20 Jahre in 2025 beabsichtigt (VE i. H. v. 9.312.000 EUR). Mietbeginn nach erfolgtem Umbau für 2029 vorgesehen.

Die 2024 ausgebrachte VE wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	701.200	768.400	803.300
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	60.900	66.900	66.900

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	762.100	835.300	870.200

zu 1.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
a.	ALFF Altmark (1.802 qm)	233.600	253.900	278.000
b.	ALFF Mitte: HBS und WZL (5.313,66 qm)	455.600	501.100	511.800
c.	Saalmiete für Infoveranstaltungen; alle ÄLFF	10.000	11.000	11.100
d.	ALFF Süd, Anmietung PKW-Stellplätze	2.000	2.400	2.400
	Summe	701.200	768.400	803.300

zu a)

Mietzins ALFF Altmark: SAW: 253.900 EUR / 278.000 EUR

zu b)

Mietzins ALFF Mitte: WZL: 251.100 EUR / 261.300 EUR

Mietzins ALFF Mitte: HBS: 250.000 EUR / 250.500 EUR

zu 2.

Miete Kopierer.

518 13	511	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	251.300 204.635	249.200 0	321.900 0

*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 09 10 Titel 811 01 und Kapitel 09 60 Titel 811 01.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Leasingraten	226.900	240.100	279.500
2.	Wertminderung	18.700	6.700	26.100
3.	Überführung bei Tauschbeschaffung	5.700	2.400	16.300
	Summe	251.300	249.200	321.900

2025/2026 enden die Leasingverträge für einige Fahrzeuge. Aufgrund der anstehenden Neuausschreibungen sind Anpassungen der Leasingraten zu erwarten. Zusätzlich sollen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor durch elektrisch betriebene Fahrzeuge ersetzt werden.

518 30	511	Mietzahlungen an BLSA	688.300 645.622	0 0	0 0

Erläuterungen:

Ab dem Jahr 2025 werden die Kaltmieten und Mietnebenkosten im Mieter-Vermieter-Modell zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

519 01	511	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	62.500 64.437	74.000 0	74.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	17.700	18.700	18.700
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	44.800	55.300	55.300
	Summe	62.500	74.000	74.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

525 01	511	Aus- und Fortbildung	18.800	19.600	19.600
			14.317	0	0

Erläuterungen:

Der Bedarf an Aus- und Fortbildung ergibt sich aus den stetig wachsenden fachlichen Anforderungen aller Bediensteten auf der Grundlage zunehmender rechtlicher Gesetzesgrundlagen / Vorschriften.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausbildungs- und Fortbildungsveranstaltungen	12.100	12.000	12.000
2.	Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	3.500	4.100	4.100
3.	Erstattung von Prüfungsgebühren	1.100	1.400	1.400
4.	Sonstiger Aufwand (Inhouse Schulungen)	2.100	2.100	2.100
	Summe	18.800	19.600	19.600

525 02	511	Lehrmittel	600	500	400
			110	0	0

Erläuterungen:

Auffüllung bzw. Ersatzbeschaffung von Moderationskoffern für Inhouse-Schulungen und anderen Verbrauchsmaterialien für die Ausbildungsberatung.

526 01	511	Gerichts- und ähnliche Kosten	52.400	61.700	36.700
			17.204	0	0

Erläuterungen:

Gerichtskosten im Zusammenhang mit Prozessen zur landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Förderung und der Flurneuordnung.

526 02	511	Sachverständige	16.900	16.900	16.900
			10.024	0	0

Erläuterungen:

Aufwendungen für Gutachten innerhalb von Verfahren nach § 64 LwAnpG und Kosten gemäß § 31 FlurbG, Kosten für Nachschätzungen zur Reichsbodenschätzung sowie für Butter- und Käseprüfungen.

526 05	511	Entschädigungen	6.000	6.000	6.000
			4.347	0	0

Erläuterungen:

Entschädigungen für die Landesweinprüfstelle gemäß RdErl. des MRLU vom 20.09.1996 (MBI. LSA Nr. 56/1996 - Seite 2186) und Entschädigungen für Fachkräfte im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen für Landwirte.

527 01	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	21.700	21.700	21.700
			14.052	0	0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung erfolgt entsprechend der sich aus der Wahrnehmung der Aufgaben im unbedingt erforderlichen Umfang ableitenden Dienstreisetätigkeit und der Vor-Ort-Kontrollen im Bereich Landwirtschaft, Agrarstruktur, einschließlich Dorferneuerung und Forstbereich unter Berücksichtigung der Änderung des Bundesreisekostengesetzes ab 2014.

527 03	511	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	900	900	900
			411	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten (§ 42 Landespersonalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalt). Reisekostenvergütungen für Sitzungen des Personalrates und der Schwerbehindertenvertretungen sowie zur Teilnahme an Sitzungen des BPR bzw. HPR.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

531 01	511	Veröffentlichungen	65.300 25.594	54.400 0	53.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	0	0	0
2.	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0	0
4.	Sonstige Veröffentlichungen	65.300	54.400	53.000
Summe		65.300	54.400	53.000

zu 4.

Öffentliche Bekanntmachungen von Flurbereinigungsbeschlüssen gemäß §§ 6 und 110 Flurbereinigungsgesetz und im Bereich Forst müssen, bedingt durch die Gemeindegebietsreform ab 2010, in der Tageszeitung und im Amtsblatt veröffentlicht werden (OVG LSA vom 28.10.2015). Die Bekanntmachung ist in der Flurbereinigungsgemeinde sowie in den angrenzenden Gemeinden durchzuführen. Der Ansatz umfasst mehrere sehr umfangreiche Flurbereinigungsverfahren z. B. die BAB 14 betreffend.

533 01	511	Dienstleistungen Außenstehender für die Flurneuordnungsbehörden	3.731.200 3.508.001	2.574.000 0	0 0

Übertragbar

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 10 Titel 381 01.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Zur Beschleunigung der Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und Landwirtschaftsanpassungsgesetz, die der Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes, der Gestaltung des ländlichen Raumes sowie der Verbesserung der Agrarstruktur dienen, werden geeignete Stellen und öffentlich bestellte Vermessungsingenieure mit hoheitlichen Aufgaben betraut. Die Kosten der Vergabe von Dienstleistungen der Flurbereinigungsbehörden an Außenstehende werden über den ELER im Rahmen des Entwicklungsprogramms zur Entwicklung des ländlichen Raumes (EPLR) 2014 bis 2020 gefördert. Die Verrechnung erfolgt von Kapitel 09 10 Titel 381 01 über Kapitel 13 90 Titel 981 62 (EU-Mittel, 75 v. H.) und Kapitel 09 02 Titel 981 93 (Kofinanzierung 25 v. H.). Grundlage bildet Art. 17 der VO (EU) Nr. 1305/2013.

Die Verfahrenskosten der Flurbereinigung sind in der EU-Förderperiode 2023 - 2027 nicht mehr mit ELER-Mitteln förderfähig. Bis einschließlich 2025 erfolgt ausschließlich die Restabwicklung der EU-Förderperiode 2014 - 2022 (n+3). Die Förderung der Verfahrenskosten der Flurbereinigung erfolgt zukünftig durch Landesmittel unter Kapitel 0902 Titel 533 08.

533 02	511	Dienstleistungen Außenstehender	102.000 88.870	162.500 0	200.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Laboruntersuchungen im Rahmen hoheitlicher Kontrollen gem. Erlass des ML vom 10.11.1995 im Bereich des Pflanzenschutzes	700	400	300
2.	Fremdvergabe Empfangs- und Pförtnerdienst	99.300	159.600	197.400
3.	Referentenvorträge für Personalversammlung	500	1.000	1.000
4.	Unterstützung durch Sachverständige in der Flurneuordnung im ALFF Süd	1.500	1.500	1.500
Summe		102.000	162.500	200.200

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 02

zu 2.
ALFF Altmark
Standort Salzwedel 52.100 EUR / 54.700 EUR.
Standort Stendal 53.000 EUR / 59.200.

ALFF Mitte
Standort Halberstadt 26.000 EUR / 52.000 EUR.
Vergabe eines Empfangs- und Pförtnerdienstes ab Mitte 2025 geplant.

ALFF Süd
Standort Weißenfels 31.500 EUR
Vergabe eines Empfangs- und Pförtnerdienstes ab Mitte 2026 geplant.

2025: Fremdvergabe von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Elektronischer Verwaltungsarbeit (EVA) 28.500 EUR

zu 4.
Eine Unterstützung durch Sachverständige in der Flurneuordnung ist unter anderem notwendig, bei der Wertermittlung (z. B. Waldflurbereinigung) oder im Fall einer Nachschätzung in der Flurbereinigung.

533 04	511	Dienstleistungen Außenstehender für Gesundheitsmanagement	1.800 594	1.500 0	1.500 0

Erläuterungen:

Maßnahmen Gesundheitsmanagement
Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dienen.

534 01	511	Sachaufwand der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	1.000 640	1.000 0	1.000 0

Erläuterungen:

Die Sachverständigen der Qualitätsweinprüfung sind jährlich zu schulen (VV zur Durchführung von Qualitätsprüfungen von Wein vom 12.11.2013, MBI LSA S.626).
Ebenfalls im Ansatz enthalten sind die Haushaltsmittel für die Organisation und Durchführung der Schulungen.

536 01	511	Umzug und Verlegung von Dienststellen	250.000 0	0 0	12.500 0

Erläuterungen:

Aufgrund von Umbauarbeiten im ALFF Anhalt in 2026 erfolgt ein Umzug in Übergangsräumlichkeiten.

542 01	511	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

547 01	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	1.200 81	1.200 0	1.200 0

Erläuterungen:

Geringfügige Ausgaben, die nicht anderweitig zugeordnet werden können.

681 01	511	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

811 01	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	125.600	21.800	0
			44.468	0	0

Übertragbar

*** Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 09 10 Titel 518 13
und Kapitel 09 60 Titel 518 13.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Neubeschaffung	0	0	0
2.	Ersatzbeschaffung	125.600	21.800	0
	Summe	125.600	21.800	0

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
2.1.	PKW Geländewagen / geländegängiges Fahrzeug	58.700	0	0
2.2.	PKW Kastenwagen mit / ohne Sonderausstattung	66.900	0	0
2.3.	Spezialanhänger für Pflanzenschutzspritze	0	21.800	0
	Summe	125.600	21.800	0

zu 2.1.

ALFF Anhalt:

Ersatzbeschaffung für DE-FS 402 (DACIA-DUSTER), Einsatz im Bereich Pflanzenschutz, geländegängiges Fahrzeug, Befahren von unwegsamen Wegen, dadurch verstärkter Unterbodenschutz und Bodenfreiheit notwendig (27.200 EUR).

ALFF Mitte:

Ersatzbeschaffung für HZ- AL 105 (VW Caddy), Einsatz im Bereich Pflanzenschutz, geländegängiges Fahrzeug, Befahren von unwegsamen Wegen, dadurch verstärkter Unterbodenschutz und Bodenfreiheit notwendig (31.500 EUR).

zur Aussonderung vorgesehen:

DE-FS 402 Baujahr 2015

HZ-AL 105 Baujahr 2014

zu 2.2.

ALFF Altmark:

Ersatzbeschaffung für SDL-DT 11 (Mercedes Benz Vito mit Einbauten), Einsatz im Bereich der Agrarstruktur für die Vermesser, geländegängiges Fahrzeug, Befahren von unwegsamen Wegen, dadurch verstärkter Unterbodenschutz und Bodenfreiheit notwendig, einschließlich Spezialeinbau für Unterbringung vermessungstechnischer Geräte und Verbrauchsmaterialien. 58.100 EUR + Spezialeinbau 8.800 EUR = 66.900 EUR

Der Kauf ist dem Leasing vorzuziehen, da Spezialeinbauten zwingend notwendig und beim Leasing nicht möglich sind.

zur Aussonderung vorgesehen:

SDL-DT 11 Baujahr 2017

zu 2.3.

Die Ersatzbeschaffung des Spezialanhängers hängt mit der Ersatzbeschaffung des Parzellenspritzgerätes zusammen. Aufgrund der Maße des neuen Parzellenspritzgerätes bedarf es eines größeren Spezialanhängers.

812 15	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	327.100	145.400	113.200
			15.356	0	0

Übertragbar

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 15

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen

Der weiterhin erhöhte Ansatz ergibt sich aus der fortwährenden Erneuerung des Mobiliars in den ÄLFF. Die Möbel sind teilweise noch aus den Jahren 1991/1992.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstzimmerausstattung	327.100	145.400	113.200
	Summe	327.100	145.400	113.200

zu 1.

ALFF Anhalt:

2025: Dienstzimmerausstattungen à 3.300 EUR gemäß HTR 2025/26. Insgesamt 3 Arbeitsplätze in Höhe von 9.900 EUR.

2026: Dienstzimmerausstattungen à 3.300 EUR gemäß HTR 2025/26. Insgesamt 3 Arbeitsplätze in Höhe von 9.900 EUR.

ALFF Mitte:

2025: 11 Sitz-Steh-Arbeitsplätze in Höhe von 11.000 EUR sowie weiteres Ersatzmobiliar in Höhe von 8.700 EUR.

Ersatzbeschaffung des Zeiterfassungsterminals in Wanzleben in Höhe von 6.000 EUR und der Archivrollschränke in Halberstadt in Höhe von 19.300 EUR.

2026: 30 Sitz-Steh-Arbeitsplätze in Höhe von 30.000 EUR sowie weiteres Ersatzmobiliar in Höhe von 9.000 EUR.

Ersatzbeschaffung der Archivrollschränke in Halberstadt in Höhe von 64.300 EUR.

ALFF Süd:

2025: Beschaffung von Mobiliar im Zusammenhang mit dem Umzug von Halle nach Weißenfels in Höhe von 90.500 EUR.

812 17	511	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	80.000	300.800	80.000
			37.124	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	GPS Geräte InVeKoS	80.000	80.000	80.000
2.	Ersatzbeschaffung	0	220.800	0
	Summe	80.000	300.800	80.000

zu 1.

Die EU hat in der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 zur Umsetzung des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) u. a. vorgeschrieben, dass die Mitgliedstaaten Anträge, die im Rahmen der Agrarförderung gestellt werden, zu kontrollieren haben. Im Land Sachsen-Anhalt wird dies seit dem Jahr 2021 u. a. durch Kontrollen durch Monitoring umgesetzt. Mit der neuen GAP seit dem Jahr 2023 werden mit der VO (EU) 2021/2116 weitere Anforderungen mit der Einführung des Area Monitoring System (AMS) an das integrierte System für Kontrollen gestellt. Zudem wurden weitere Vor-Ort zu kontrollierende Interventionen (Gekoppelte Maßnahmen im Bereich Mutterkuh, Schafe/Ziegen) eingeführt. Dies bedeutet für Sachsen-Anhalt, dass die zuständigen Bewilligungsbehörden weitere vor Ort Kontrollen bei den landwirtschaftlichen Betrieben durchzuführen haben. Dazu gehört auch eine Qualitätsbewertung für Stichproben aller Interventionen, welche zu 100 % vor Ort geprüft werden müssen. Im Bereich der Direktzahlungen werden ca. 260 Millionen EUR an die Antragsteller ausgezahlt.

Die in den Ämtern für Landwirtschaft und Flurneuordnung und Forsten (ÄLFF) für die Erledigung der Vor-Ort-Kontrollen verwendeten GPS-Messgeräte entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik für die künftig geforderten Kontrollvorgaben. Eine schrittweise Ersetzung der vorhandenen Geräte durch neuere, den Anforderungen grundsätzlich entsprechende Technik, ist unerlässlich, um Anlastungen der EU aufgrund von unzureichender Verfahrensumsetzung zu verhindern.

zu 2.

GNSS-Empfänger 26.700 EUR

Feldrechner für Vermesser 9.800 EUR

GPS-Messgeräte 130.000 EUR

Digitales Multifunktionsmikroskop 11.100 EUR

Pflanzenschutzspritzen 43.200 EUR

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	839.100	1.154.000	1.209.500
			696.354	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

981 01	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	4.000	3.200	3.200
			374	0	0

Erläuterungen:

Für Leistungen in den Verfahren nach dem LwAnpG verlangt die Vermessungs- und Katasterverwaltung auf der Grundlage des VwKostG LSA Gebühren und Auslagen - 4 ÄLFF je 800 EUR.

Abführung an Kapitel 14 06 Titel 381 01.

Titelgruppe(n)

64 Regulierung Hochwasserschutz 2013

427 64	511	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte	166.300	0	0
			168.139	0	0

Erläuterungen:

4 befristete Einstellungen bis 31.12.2024 zur Regulierung von Hochwasserschäden aus 2013.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	166.300	0	0
		0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	206.900	188.000	190.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	183.300	100.000	100.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	3.731.200	2.574.000	0
Gesamteinnahme		4.121.400	2.862.000	290.400

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	32.026.900	31.947.200	29.777.700
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	7.452.400	5.165.100	2.772.200
			9.312.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	532.700	468.000	193.200
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	843.100	1.157.200	1.212.700
			0	0
Gesamtausgabe		40.855.100	38.737.500	33.955.800
Gesamtsumme der VE			9.312.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-36.733.700	-35.875.500	-33.665.400

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 09 60 beträgt zum 31.12.2025 278 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 09 60 beträgt zum 31.12.2026 278 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben der durch Beschluss der Landesregierung vom 19.12.2000 als nicht rechtsfähige Behörde errichteten Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG).

Der Hauptsitz der LLG ist am Standort Bernburg, hier werden u. a. die Aufgaben

- der Stabsstelle des Präsidenten,
- der allgemeinen Verwaltung,
- des ökologischen Landbaus,
- Beraterseminare Betriebswirtschaft,
- sozio-ökonomische Beratung,
- des Acker- und Pflanzenbaus einschl. Pflanzenschutz sowie
- von Teilen des landwirtschaftlichen Untersuchungswesens

wahrgenommen.

Daneben befinden sich an den Standorten

- Haldensleben die Fachschule für Landwirtschaft als Teil der Abteilung 1,
- Halle-Lettin
 - der Hauptsitz des landwirtschaftlichen Untersuchungswesens,
 - die in der Stabsstelle des Präsidenten eingegliederte Fachkraft für Arbeitssicherheit,
- Iden
 - das Zentrum für Tierhaltung und Technik (ZTT) sowie der
 - landwirtschaftliche Betrieb Iden (LHO-Betrieb),
- Magdeburg Teile der Projektgruppe ALB (Asiatischer Laubholzbockkäfer) des Dezernates allgemeiner Pflanzenschutz, Pflanzengesundheit,
- Quedlinburg das Dezernat Gartenbau sowie
- Beetzendorf, Gadegast, Hayn und Walbeck jeweils eine Versuchsstation.

Zum 01.07.2020 wurde die Stabsstelle "Informationstechnologie" dem damaligen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie angegliedert.

Zum 15.12.2020 wurde die Stabsstelle des Präsidenten (StP) eingerichtet.

Einnahmen

111 11	511	Verwaltungsgebühren	1.181.200 1.115.218	1.198.600	1.200.900

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren entsprechend der ALLGO Sachsen-Anhalt:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verwaltungs- und Lehrgangsgebühren	433.000	483.600	485.900
2.	Untersuchungsgebühren	77.700	70.000	70.000
3.	Verwaltungsgebühren und Auslagen für Feldbesichtigung Pflanzkartoffeln	50.000	50.000	50.000
4.	Verwaltungsgebühren und Auslagen für Feldbesichtigung Saatgut	395.500	395.500	395.500
5.	Beschaffenheitsprüfung einschließlich Bericht ISTA und OECD	225.000	199.500	199.500
	Summe	1.181.200	1.198.600	1.200.900

111 45	511	Prüfungsgebühren	15.400 13.798	15.400	15.400

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 111 45

Erläuterungen:

Sachkundeprüfungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln entsprechend § 9 PflSchG und Sachkunde VO in Höhe von jährlich 10.000 EUR.

Prüfungsgebühren für Lehrgänge "Betäuben und Töten" in Höhe von jährlich 5.400 EUR.

112 01	511	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	2.000	5.000	5.000
			13.942		

Erläuterungen:

Bei Verstößen gegen das Saatgutverkehrsgesetz, das Pflanzenschutzgesetz und der Öko-Verordnungen werden Bußgelder erhoben.

119 01	511	Einnahmen aus Nebentätigkeit	0	0	0
			213		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

119 11	511	Einnahmen für Aufträge Dritter	10.400	10.400	10.400
			9.840		

Erläuterungen:

Die Einnahmen betreffen die Vergütung von EU-Prüfungen bzw. Versuchen für die Sortenförderungsgesellschaft. Die Berechnung erfolgt nach Anzahl der Prüfglieder und die Entscheidung über die Versuche erfolgt jeweils im Vorjahr des Prüfungsjahres.

119 31	511	Einnahmen aus Veröffentlichungen	37.800	40.500	40.500
			40.288		

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Verkauf der Jahresberichte, Dokumentationen und Abonnementsentgelte für Warndiensthinweise sowie aus Veröffentlichungen in Zeitungen/Zeitschriften und Honoraren.

119 34	523	Rückzahlung von nicht verwendeten Investitionszuschüssen des landwirtschaftlichen Betriebes Iden	0	0	0
			2.151		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

119 35	523	Rückzahlung von nicht verwendeten Investitionszuschüssen der Landgestüt Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

119 45	511	Umsatzsteuerrückzahlungen aus Vorjahren	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

119 51	511	Vermischte Einnahmen	3.500	3.500	3.500
			8.950		

Erläuterungen:

Sonstige vermischte Einnahmen.

121 34	523	Abführungen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb Iden	0	0	0
			0		

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 121 34

Erläuterungen:

Nach Abschluss eines Wirtschaftsjahres erfolgt die Erstellung des testierten endgültigen Abschlusses des Betriebes. Da das Ergebnis des Jahresabschlusses eines Wirtschaftsjahres erst im nachfolgenden Wirtschaftsjahr bekannt ist, erfolgt eine entsprechende Abführung eines Überschusses aus einem Wirtschaftsjahr im darauffolgenden Haushaltsjahr nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Ministerium der Finanzen gemäß Grundsatzterlass zu den Landesbetrieben nach § 26 Landeshaushaltsordnung Sachsen-Anhalt Nr. 3.9.

124 01	511	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	174.900	167.100	169.200
			151.300		

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	153.000	149.000	151.100
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	4.200	1.000	1.000
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	17.700	17.100	17.100
5.	Sonstige Mieten und Pachten	0	0	0
	Summe	174.900	167.100	169.200

zu 2.

Einnahmen für Unterkunft der Schüler, der Auszubildenden und der Lehrgangsteilnehmer.

zu 4.

Pachteinnahmen für Ausgleichsflächen der Versuchsstationen, Grünfläche Quedlinburg und Umland Halle / Lettin.

125 01	511	Erlöse der Versuchsgüter, -anlagen, -anstalten	42.500	34.100	34.100
			25.304		

Erläuterungen:

Erlöse der Versuchsgüter, -anlagen, -anstalten aus dem Verkauf von Ernteprodukten.

Versuchsstationen: Beetzendorf, Gadegast, Hayn und Walbeck

Versuchswesen: Bernburg

125 02	511	Erlöse aus dem Verkauf von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Produkten	1.200	1.400	1.400
			1.471		

Erläuterungen:

Einnahmen aus der gärtnerischen Versuchsdurchführung. Der Obstverkauf ist stark von den Witterungsbedingungen / Ernteergebnissen abhängig.

132 01	511	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	1.000	1.000	1.000
			7.785		

132 02	511	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	500	500	500
			50		

231 01	511	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund	104.500	165.000	165.000
			175.005		

Erläuterungen:

Wertprüfungen und Bundessortenversuche für das Bundessortenamt.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

62 Förderung der Einrichtungen der überbetrieblichen Ausbildungsstätte

231 62 511 Sonstige Zuweisungen vom Bund 0 0 0

Erläuterungen:

Fördermittel für die Lehrwerkstätten der überbetrieblichen Ausbildungsstätte.

Vorsorglich Leertitel.

331 62 511 Zuweisungen für Investitionen vom Bund 156.600 252.000 61.800

Erläuterungen:

Für die überbetriebliche Ausbildung am ZTT Iden sollen folgende Investitionen mit einer Förderung durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bei einer Förderquote von 60 v. H. angeschafft werden:

Investition	Ausgaben 2025	Fördermittel 2025	Ausgaben 2026	Fördermittel 2026
1. Autonome Fütterungsanlage für Rinder	420.000	252.000	0	0
2. Feldspritze	0	0	53.000	31.800
3. Fahrsimulator	0	0	50.000	30.000
Zusammen	420.000	252.000	103.000	61.800

zu 1.

Die Automation in der Tierhaltung nimmt immer weiter zu. Aktuell sind insbesondere die Arbeiten um die Grundfuttermittellieferung von Rindern ins Zentrum gerückt. Mit autonomen Fütterungsanlagen kann den Tieren das Grundfutter aufgrund der Rationsgestaltung mit mehreren täglichen Fütterungszeiten mit kleineren Portionen artgerecht und dem Tierwohl entsprechend vorgelegt werden. Gleichzeitig kann eine bessere Futteraufnahme bei sinkendem Arbeitsaufwand die Produktionseffizienz in der Rinderhaltung erhöhen. Für eine qualifizierte Ausbildung an einer solchen Anlage soll dieses System angeschafft und installiert werden. Neben der technischen Kenntnisvermittlung sollen vor allem aber praktische Erfahrungen gesammelt und an die Lehrgangsteilnehmer weitergegeben werden.

zu 2.

Feldspritze mit umfangreicher Ausstattung wie Amatron & Section Control zur Unterweisung an aktueller Landtechnik mit hohem Umweltstandard wie Einzeldüsenanschaltung, teilflächenspezifische Applikation und automatisierter, georeferenzierter Dokumentation zur Mittelausbringung.

zu 3.

Im Bestand der LLG befindet sich bereits ein Simulator, der häufig und erfolgreich in die Ausbildung eingebunden werden kann. Für die Simulation von kooperativen Arbeiten zwischen zwei Maschinen soll nun ein zweiter Simulator beschafft werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	156.600	252.000	61.800

65 Durchführung von überregionalen und anderen fremdfinanzierten Veranstaltungen

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitelgruppe.

119 65 511 Vermischte Einnahmen 0 0 0

231 65 511 Sonstige Zuweisungen vom Bund 0 0 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 65

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 60 Titelgruppe 65.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0

67 Schließung von Indikationslücken im Pflanzenschutz

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 60
Titelgruppe 67.

111 67	511	Verwaltungsgebühren/ Schließung von Indikationslücken im Pflanzenschutz	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

119 67	511	Sonstige Einnahmen für Aufträge Dritter/ Schließung von Indikationslücken im Pflanzenschutz	47.000	50.000	50.000
			41.480		

Erläuterungen:

Schließung von Indikationslücken im Pflanzenschutz.

231 67	511	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

232 67	511	Sonstige Zuweisungen von Ländern / Schließung von Indikationslücken im Pflanzenschutz	75.600	70.000	70.000
			33.704		

Erläuterungen:

Schließung von Indikationslücken im Pflanzenschutz

Die Durchführung und Umsetzung des Pflanzenschutzgesetzes (PflSchG) liegt nach § 59 Abs. 1 PflSchG bei den Bundesländern.

Den hierzu nach Landesrecht zuständigen Pflanzenschutzbehörden obliegt nach § 59 Abs. 2 Nr. 4 PflSchG die Mitwirkung bei der Schließung von Bekämpfungslücken. Das Land Sachsen-Anhalt koordiniert die Arbeiten der Lückenindikation auf dem Gebiet des Heil- und Gewürzpflanzenanbaus.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	122.600	120.000	120.000

68 Versuchswesen der LLG

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 60
Titelgruppe 68.

Erläuterungen:

siehe Ausgabetitelgruppe

119 68	511	Sonstige Einnahmen für Aufträge Dritter	0	0	0
			48.853		

231 68	511	Sonstige Zuweisungen vom Bund	169.900	519.200	327.400
			351.635		

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 68

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	ValiProg	79.700	0	0
2.	FokusTUN	0	110.700	110.600
3.	Säure+ im Feld	90.200	64.300	0
4.	Acktrock	0	263.600	216.800
5.	Transform	0	80.600	0
	Summe	169.900	519.200	327.400

232 68	011	Sonstige Zuweisungen von den Ländern	20.000	133.500	20.000
			125.191		

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	LWK Niedersachsen	20.000	20.000	20.000
2.	Erasmus-Projekt	0	113.500	0
	Summe	20.000	133.500	20.000

zu 1.

Kooperationsvertrag mit der LWK Niedersachsen zur Durchführung von Versuchen; jährlich neue Versuchsfragen.

zu 2.

Erasmus-Projekt zur Entwicklung von Lehrplänen und Lehrmaterialien zum Thema "Renaturierung von Lebensräumen" für berufsbildende Schulen im Bereich Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gartengestaltung. Die Förderquote der EU liegt bei 44 %.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	189.900	652.700	347.400

70 Bekämpfung Asiatischer Laubholzbockkäfer (ALB)

*** Mit Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 vom 30.06.2014 besteht grundsätzlich die Möglichkeit einer Erstattung der geleisteten Aufwendungen durch die EU. Der Verfahrensablauf des EU- Antragsverfahrens zur Bekämpfung des ALB erstreckt sich derzeit über mehrere Haushaltsjahre (Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1161 der Kommission vom 23.06.2017 und Leitfaden für Antragssteller für die Finanzierung von Pflanzenschutz- Sofortmaßnahmen SANTE/2017/10564/Rev 5 vom April 2021).

Es werden die ggf. erstattungsfähigen Einnahmen des EU-Gesamtantragsverfahrens aller Beteiligter (Land Sachsen-Anhalt, Dritte: Bund, Gemeinden und Gemeindeverbände) vereinnahmt.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Seit August 2014 wurde wegen des Auftretens des Quarantäneschaderregers Asiatischer Laubholzbockkäfer (ALB) im Norden der Landeshauptstadt Magdeburg, des Bördekreises und des Landkreises Jerichower Land entsprechend der RL 2000/29/EG PflanzenbeschauVO (PBVO) vom 03.04.2000 und dem Durchführungsbeschluss EU 2015/893 der Kommission vom 09.06.2015 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Anoplophora glabripennis (Motschulsky) eine Quarantänezone eingerichtet. Die Quarantänezone musste durch neue Funde lebender Larven in Laubbäumen zwischenzeitlich auf bis zu 61 km² erweitert werden. Gegenwärtig umfasst die Quarantänezone ca. 49 km². Der ALB wird über die Grenzen Europas hinaus als ein gefährlicher Schädling in Laubbäumen angesehen. Wegen seines großen Schadpotenzials muss der ALB bei Befallsfeststellung ausgerottet werden. Als Schaderreger ist der ALB in Anhang I der PBVO vom 03.04.2000 (BGBl. I S. 337) zuletzt geändert durch Art. 1 V.v. (veröffentlicht im BAnz AT am 15.08.2016), Anhang I A I a) Nr. 4.1 der Richtlinie 2000/29/EG aufgeführt.

Am 10. Januar 2017 wurde im Bundesanzeiger der "Notfallplan und die Leitlinie zur Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers Anoplophora glabripennis in Deutschland" vom 04. November 2016 des Julius Kühn-Institutes (JKI) veröffentlicht. Diese Rechtsgrundlagen stellen das Kernstück der nationalen Bekämpfungsstrategie gegen den ALB dar. Alle erforderlichen Maßnahmen gelten für die gesamte Quarantänezone entsprechend den o. g. Rechtsnormen. Eine Aufhebung des Quarantänestatus kann gemäß Durchführungsbeschluss (EU) 2015/893 Artikel 7 in Verbindung mit Anhang III Abs. 1 Ab. 4 erfolgen, wenn der spezifizierte Organismus über einen Zeitraum, der mindestens einen Lebenszyklus und ein zusätzliches Jahr umfasst, aber auf jeden Fall nicht weniger als vier aufeinanderfolgende Jahre auf Grund der Erhebungen nach Anhang III Abs. 3 Nr. 1 Buchstabe h nicht mehr festgestellt wird.

119 70	511	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Rückzahlungen von beteiligten sonstigen öffentlichen Stellen gemäß Titel 631 70 und 633 70.

Vorsorglich Leertitel.

231 70	511	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

232 70	511	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

271 70	511	Erstattungen von der EU	1.349.600	1.125.800	986.000
			2.039.375		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 60 Titel 631 70, 633 70 und 676 70.

Erläuterungen:

Anteilige EU-Erstattung der Ausgaben im Rahmen des EU-Solidaritätsantragsverfahren zur Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers aus Vorjahren in 2025/26.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			1.349.600	1.125.800	986.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	511	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	734.800 750.887	789.100 0	808.700 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	734.800	789.100	808.700
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	734.800	789.100	808.700

422 05	511	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

427 01	511	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	329.500 311.484	311.500 0	311.500 0

* Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 09 60 Titel 427 11, Kapitel 09 60 Titel 427 21 und Kapitel 09 60 Titel 427 31.

Erläuterungen:

Es sind Kosten veranschlagt für Aushilfskräfte insbesondere im Versuchswesen für Bestell-, Pflege- und Erntearbeiten auf den gärtnerischen Versuchsfeldern und für die Ernteermittlung. Im Rahmen der unterschiedlichen Versuchsdurchführung Schad- und Befallüberwachung ist ein hoher Arbeitsaufwand erforderlich, der nicht mit eigenem Personal erledigt werden kann, da dieser zu Vegetationsspitzen bzw. saisonaler Probenahme auftritt.

427 11	511	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	24.300 11.679	9.100 0	9.100 0

* Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 09 60 Titel 427 01.

Erläuterungen:

Entschädigungen für Fachreferenten, insbesondere zur Durchführung von Fachtagen und -veranstaltungen z. B. Tag der Betriebswirtschaft, Spargeltag, Obstbautag, Tag des Mutterkuhhalters, Mitteldeutscher Schweinetag, Feldtage u. a. sowie zur Absicherung der Feldbestandsprüfung lt. Saatgutverkehrsgesetz.

427 21	511	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	12.900 6.530	6.700 0	6.700 0

* Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 09 60 Titel 427 01.

Erläuterungen:

Entschädigungen für Gastdozenten aus Wissenschaft und Wirtschaft, die zu Spezialthemen die Aufgabenspezifität unterstützen.

427 31	511	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	2.400 0	2.400 0	2.400 0

* Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 09 60 Titel 427 01.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 31

Erläuterungen:

Entschädigungen für die Mitglieder des Prüfungsausschusses für den "Sachkundenachweis über den Schutz von Tieren beim Transport" sowie den Erwerb der "Sachkunde Ruhigstellen, Betäuben und Töten". Die vorgeschriebene Besetzung im Prüfungsausschuss erfolgt mit externen Tierärzten, da die LLG nicht über eigene Tierärzte im Personalbestand verfügt.

428 01	511	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	14.867.000	15.756.100	14.333.100
			15.547.394	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	133.100	132.700	60.000
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	14.733.900	15.623.400	14.273.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	14.867.000	15.756.100	14.333.100

428 03	511	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	32.000	50.600	72.600
			50.836	0	0

Erläuterungen:

HHJ 2024 = 3 Auszubildende => davon eine Neueinstellung (Chemielaborant)
HHJ 2025 = 4 Auszubildende => davon zwei Neueinstellungen (Biologielaborant)
HHJ 2026 = 4 Auszubildende => davon eine Neueinstellung (Biologielaborant)

428 51	511	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

443 01	511	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen, insbesondere Unfallfürsorge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

443 02	511	Amtsärztliche Untersuchungen	50.000	46.800	46.800
			46.725	0	0

Erläuterungen:

Grundlage ist der Vertrag für die arbeitsmedizinische / betriebsärztliche Betreuung. Der Vertrag beinhaltet die betriebsärztliche Grundbetreuung aller Standorte der LLG. Arbeitsmedizinische Untersuchungen werden nach GOÄ abgerechnet.

443 03	511	Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz, ASiG und arbeitsmedizinische Vorsorgeleistungen	3.000	2.000	2.000
			1.945	0	0

Erläuterungen:

Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) und arbeitsmedizinische Vorsorgeleistungen - z. B. Computerarbeitsplatzbrillen.

511 01	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	191.700	188.000	185.800
			166.906	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	27.400	19.400	19.400
2.	Kommunikation	58.300	59.300	59.300
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	74.300	50.800	48.600
4.	Sonstiges	31.700	58.500	58.500
	Summe	191.700	188.000	185.800

zu 3.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatzausstattungen			
1.1.	DZ-Ausstattungen	23.200	23.800	23.800
1.2.	Ersatzbeschaffung Mobiliar	30.100	10.700	10.100
2.	Büromaschinen	0	300	600
3.	Wirtschaftsgeräte	1.500	9.600	8.900
4.	Werkstattausrüstungen (Ersatz von verschlissenen Werkzeugen)	1.500	5.200	4.100
5.	Sonstiges	18.000	1.200	1.100
	Summe	74.300	50.800	48.600

zu 1.1.

1 DZ-Ausstattungen gemäß Ausstattungsgruppe 3 à 3.100 EUR = 3.100 EUR; 9 DZ-Ausstattungen gemäß Ausstattungsgruppe 4 à 2.300 EUR = 20.700 EUR.

zu 4. Sonstiges

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Unterhaltung der Geräte durch eigene und fremde Kräfte einschließlich der notwendigen Werkstoffe und Verbrauchsmittel	20.100	25.100	25.100
2.	Kosten der Wartung von Büromaschinen	11.600	13.400	13.400
3.	Plomben zur Sicherung von Proben im Bereich Saatgutverkehr	0	20.000	20.000
	Summe	31.700	58.500	58.500

zu 1.

Laufende Verträge u. a. Kopiertechnik, Miete und Wartung Fernmeldeanlagen und Reinigung Küche / Mensa in Iden.

zu 2.

Frankiersysteme an den Standorten Bernburg und Halle/Lettin (Fernaufladung), Credifon- und Wartungsverträge.

511 02	511	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	284.500	311.700	312.200
			300.166	0	0

Erläuterungen:

Wartungs- und Reparaturleistungen für:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Analyse- und Labortechnik	229.000	260.100	260.600
2.	Wäge-, Fütterungs- und Tränketeknik	18.400	16.600	16.600
3.	Gewächshaus- und Bewässerungsanlagen	10.000	12.000	12.000
4.	Fachgeräte für den Pflanzenbau	27.100	23.000	23.000
	Summe	284.500	311.700	312.200

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

511 03 511 Ersatz und Ergänzung von Geräten für Fachaufgaben **156.900** **157.100** **149.300**
63.941 0 0

Erläuterungen:

Dieser Titel umfasst die Ersatzbeschaffungen der einzelnen Abteilungen der LLG.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Zentrum für Acker- und Pflanzenbau / Abt. 2	65.400	61.700	58.500
2.	Zentrum für Tierhaltung und Technik / Abt. 3	27.600	31.500	26.900
3.	Landwirtschaftliches Untersuchungswesen / Abt. 4	63.900	63.900	63.900
Summe		156.900	157.100	149.300

514 01 511 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen **298.700** **307.800** **297.600**
282.850 0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	176.500	178.700	168.500
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	119.400	125.200	125.200
4.	Sonstiges	2.800	3.900	3.900
Summe		298.700	307.800	297.600

zu 1.

- Reparaturen, Ersatzteile, TÜV-AU, Kfz-Steuer

zu 3.

- Kraftstoff

zu 4.:

- z. B. Verbandskästen, Warnwesten, Abschleppseile, Wagenheber

	Ist 31.12.2023	2024	2025	2026
PKW (Kauf)	5	5	5	5
PKW (Leasing)	22	22	22	22
Transporter / Kleinbusse	22	20	22	22
Traktoren	28	28	29	28
Kleintransporter / Schlepper	22	22	22	22
Anhänger	34	35	34	34
Hebefahrzeuge	12	12	12	12
Universalfahrzeuge	9	10	8	9
Spezialfahrzeuge	26	26	26	26
Zusammen	180	180	180	180

514 03 511 Dienst- und Schutzkleidung **19.800** **25.800** **25.800**
17.294 0 0

Erläuterungen:

Dienst- und Schutzkleidung für Hausmeister, Hausarbeiter, Versuchstechniker, Fachpersonal und Auszubildende.

514 04 511 Kleingeräte **31.300** **31.000** **31.500**
11.176 0 0

514 05 511 Labor-, Röntgen- und Fotobedarf **225.100** **225.500** **225.500**
206.794 0 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 05

Erläuterungen:

Bedarf der Abteilungen der LLG.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Zentrum für Acker- und Pflanzenbau; Abt. 2	35.100	37.000	37.000
2.	Zentrum für Tierhaltung und Technik; Abt. 3	3.000	1.500	1.500
3.	Landwirtschaftliches Untersuchungswesen; Abt. 4	187.000	187.000	187.000
Summe		225.100	225.500	225.500

zu 1.

Ansatz für Umsetzung Düngerecht / Laborbedarf u. a. für Umsetzung Bodenschutzgesetz.

zu 2.

Zur Abdeckung des Bedarfs an Analysen in den Versuchsanstellungen.

zu 3.

Verbrauchsmittel 95.000 EUR

Chemikalien 77.000 EUR

Gase 15.000 EUR

514 06	511	Arzneimittel	1.000	1.000	1.000
			580	0	0

Erläuterungen:

Ersatz und Ergänzung von Verbandskästen.

514 07	511	Pflanz- und Saatgut	116.300	127.900	133.800
			75.562	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Saatgut	38.800	44.600	46.800
2.	Düngemittel	43.300	38.200	40.100
3.	Pflanzenschutzmittel	16.200	36.100	37.900
4.	Anzuchterden	18.000	9.000	9.000
Summe		116.300	127.900	133.800

Bei den einzelnen Positionen sind die Aufwendungen in den Versuchsjahren fachgebietsspezifisch unterschiedlich hoch. Bei den langlebigen Gehölzversuchen des Obst- und Galabaues sind höhere Aufwendungen zum Erhalt dieser Gehölzbestände (z.B. Pflanzenschutz) nötig.

514 08	511	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

517 01	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	617.000	615.700	646.400
			553.185	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	423.600	426.600	447.900
4.	Bewachung	185.700	180.300	189.300

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

5.	Sonstiges	7.700	8.800	9.200
	Summe	617.000	615.700	646.400

Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage des Istverbrauches einschließlich Preissteigerung für die nicht im "Kernaufgabenkatalog BLSA" erfassten Positionen und Liegenschaften.
Die Kosten für Heizung, Elektrizität sowie Be- und Entwässerung sind im Einzelplan 20 veranschlagt.

517 30	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch BLSA	1.753.800	0	0
			992.289	0	0

Erläuterungen:

Ab dem Jahr 2025 werden die Kaltmieten und Mietnebenkosten im Mieter-Vermieter-Modell zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

518 01	511	Mieten und Pachten	90.700	80.800	80.800
			81.572	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	24.500	23.600	23.600
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	66.200	57.200	57.200
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	90.700	80.800	80.800

zu 1.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Pachtzahlungen für die Versuchsstationen	14.600	14.000	14.000
2.	Pachtzahlungen für das Versuchswesen Bernburg	9.000	8.700	8.700
3.	Anmietung Garagen/Gutshof für Versuchstechnik	900	900	900
	Summe	24.500	23.600	23.600

zu 2.

Miete für Flaschen für technische Gase und Sondergase im Untersuchungsbetrieb, Miete Kopierer und Miete für landwirtschaftliche Maschinen, Fahrzeuge und Geräte.

518 13	511	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	64.900	63.000	63.000
			51.571	0	0

*** Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 09 10 Titel 811 01 und Kapitel 09 60 Titel 811 01.

Erläuterungen:

Leasingraten

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Leasingraten	53.900	54.100	54.100
2.	Wertminderung	2.000	3.500	3.500
3.	Überführungskosten	9.000	5.400	5.400
	Summe	64.900	63.000	63.000

518 30	511	Mietzahlungen an BLSA	3.247.300	0	0
			2.881.559	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 30

Erläuterungen:

Ab dem Jahr 2025 werden die Kaltmieten und Mietnebenkosten im Mieter-Vermieter-Modell zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

519 01	511	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	66.900 48.366	66.900 0	70.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	66.900	66.900	70.300
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
Summe		66.900	66.900	70.300

zu 1.

Pflege und Unterhaltung der Grünanlagen, Parks und Außenanlagen der einzelnen Standorte.

519 02	511	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	70.300 28.504	35.000 0	35.000 0

Erläuterungen:

Übernahme der Wartungs- und Reparaturkosten technischer Anlagen (u. a. Speziallabore) entsprechend Nutzungsvereinbarung BLSA (u. a. Wartung Klimaanlage, Lüftungstechnik im Labor, TÜV Brücken-/ Portalkräne, Winden-/ Hub-/ Zuggeräte).

Höherer Ansatz in 2024 aufgrund der notwendigen Ertüchtigung des Datennetzwerks.

522 01	511	Ausgaben für Studien, Gutachten und Beraterverträge	5.500 87.929	5.500 0	5.500 0

Erläuterungen:

Kurzbezeichnung der Leistung	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR				
2. Gleichartige Beratungsleistungen ab 20.000 EUR				
3. Sonstige Beratungsleistungen von weniger als 20.000 EUR				
3.1. Auftragsberatung bei EU-weiten Ausschreibungen durch Auftragsberatungsstelle	5.000	0	5.000	0
3.2. Aussonderungsgutachten gemäß LHO und KfzR	500	0	500	0
4. Ausnahmen gem. § 34 a Abs. 5 LHO				
Zusammen	5.500	0	5.500	0

525 01	511	Aus- und Fortbildung	44.600 21.806	51.700 0	51.200 0

Erläuterungen:

Der erhöhte Bedarf an Aus- und Fortbildung ergibt sich aus den stetig wachsenden fachlichen Anforderungen aller Bediensteten auf der Grundlage zunehmender rechtlicher Gesetzesgrundlagen / Vorschriften.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 01

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fahrtkostenpauschale für Lehrlinge gemäß BRKG, Vorbereitungslehrgänge üA und DEULA, Gebühren für Eintragung Berufsausbildungsverträge (BAV), Zulassungsgebühren zu Prüfungen	2.400	6.400	5.300
2.	Fortbildungsveranstaltungen einschließlich Reisekosten, Besuch von Messen, Ausstellungen und Fachtagungen	42.200	45.300	45.900
Summe		44.600	51.700	51.200

525 02	511	Lehr- und Lernmittel	60.300	57.000	57.000
			42.943	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrbücher und Fachzeitschriften	4.500	5.300	5.300
2.	Ausbildungs-, Lehr- und Anschauungsmaterialien	24.100	22.400	22.400
3.	Verbrauchsstoffe	31.700	29.300	29.300
Summe		60.300	57.000	57.000

zu 1.

Ergänzung von pädagogischen und methodischen Neuauflagen, DEULA-Blättern sowie Arbeitsmappen, Aufstockung bestehender Klassensätze an Neuerscheinungen u. a. Ausbildungsunterlagen für die überbetriebliche Ausbildung.

zu 2.

Anschauungsmaterialien, Unterrichtsmodelle, Zusatzgeräte zur Dokumentation der Lehrgangsinhalte, Vervollständigung der Lehrwerkstätten.

zu 3.

Verbrauchsmaterialien für die Ausbildung und Verbrauchsstoffe für Übungen im Bereich Tierproduktion und Landwirtschaft.

525 03	511	Qualifizierung Fachschullehrer	1.000	1.000	1.000
			1.033	0	0

Erläuterungen:

Berufsbegleitende pädagogisch-didaktische Qualifizierung von Quereinsteigern für die Unterrichtstätigkeit an berufsbildenden Schulen (Landwirtschaftliche Fachschule Haldensleben) gemäß Schulgesetz Sachsen-Anhalt und KMK-Rahmenvereinbarung.

526 01	511	Gerichts- und ähnliche Kosten	15.000	10.000	10.000
			2.144	0	0

Erläuterungen:

Kosten für Mahn- und Vollstreckungsverfahren bei Gerichten und Gerichtsvollziehern. Gerichtskosten für anhängige Verfahren. Der Ansatz für Gerichtskosten ist vor allem durch die Geltung der EU-ÖKO-BVO sowie der hierzu erlassenen EU-ÖKO-DVO begründet.

527 01	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	40.000	46.500	46.500
			40.498	0	0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung erfolgt entsprechend der sich aus der Wahrnehmung der Aufgaben im unbedingt erforderlichen Umfang abzuleitenden Dienstreisetätigkeiten. Ebenfalls im Ansatz enthalten sind große Wegstreckenentschädigungen.

527 03	511	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	500	500	500
			83	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 03

Erläuterungen:

Nach Landespersonalvertretungsgesetz (PersVG LSA) § 42 (Kosten und Sachaufwand des Personalrates) trägt der Dienstherr alle anfallenden Ausgaben aller Personalvertretungsebenen.

531 01	511	Veröffentlichungen	51.900	49.300	49.300
			19.853	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	0	0	0
2.	Öffentlichkeitsarbeit	14.000	14.000	14.000
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	35.900	33.300	33.300
4.	Sonstige Veröffentlichungen	2.000	2.000	2.000
	Summe	51.900	49.300	49.300

zu 2.

Für Präsentation an diversen Veranstaltungen wie Agra-Messe Leipzig, Mehrländerverbund, Landeserntedankfest, Tag der offenen Tür, Historisches Erntefest u. a.

zu 3.

Pflanzenschutzempfehlungen, Versuchsberichte zum integrierten Pflanzenschutz, Ergebnisberichte standort- und umweltgerechte Landwirtschaft, Informationsmaterial zum Bodenschutzgesetz, zu Wasserrahmenrichtlinien, zum Monitoring und zur Biodiversität.

zu 4.

Faltblätter der LLG, Agrarberichte und Sonderdrucke zu Fachtagungen.

533 01	511	Dienstleistungen Außenstehender	855.300	800.000	800.000
			704.036	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ernteausswertung	22.500	15.800	15.800
2.	Entsorgung Laborabfälle	7.500	7.400	7.400
3.	Rückstandsuntersuchungen/Resistenzuntersuchungen/ sonst. Laboruntersuchungen	140.100	195.900	195.900
4	Umsetzung Qualitätsmanagement in der LLG (EU 2017/ 625)	15.000	31.500	0
5.	Vorbereitung von Versuchsflächen u. ä.	63.400	62.500	62.500
6.	Fotoarbeiten, Kopie- und Übersetzungsarbeiten, Buchführungsauswertungen u. a.	9.300	7.200	10.400
7.	Akkreditierung/Zertifizierung	51.000	35.700	35.700
8.	Projekte des Garten- und Landschaftsbaus	3.000	3.500	3.500
9.	Hausmeisterservice	44.200	44.200	44.200
10.	Umsetzung BBodSchG, WRRL, Monitoring	99.200	86.800	86.800
11.	Umsetzung Pflanzenschutzgesetz, Weiterentwicklung AGRUM-DE	66.200	52.500	52.500
12.	Vollzug des Düngerechts	73.200	88.700	88.700
13.	Augenstecklingsprüfung	135.000	113.300	135.400
14.	Risikoanalyse bei Pflanzenimporten	14.000	11.200	11.200
15.	Zusammenarbeit im Versuchswesen mit Niedersachsen	50.000	0	0
16.	Biodiversität - Insektensterben	18.500	1.800	8.000
17.	Landwirtschaft 4.0, GeoBox, Agraratlas	18.400	17.500	17.500
18.	Dienstleistungen Feldbestands- und Saatgutprüfung	20.000	20.000	20.000
19.	Transport üA-Anreise Goldbeck / Iden	4.800	4.500	4.500
	Summe	855.300	800.000	800.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 02	511	Wäschereileistungen für Internate	35.600	44.800	45.800
			43.770	0	0

Erläuterungen:

Dienstleistungen privater Unternehmen auf vertraglicher Grundlage; Reinigungsleistungen von Internatswäsche.

533 04	511	Dienstleistungen Außenstehender für Gesundheitsmanagement im landwirtschaftlichen Betrieb Iden	1.000	1.000	1.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dienen.

533 05	511	DLG-Feldtage	0	150.000	400.000
			0	400.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			400.000		400.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			400.000		400.000

Erläuterungen:

Die DLG-Feldtage sind eine über Deutschland hinaus bekannte Leistungsschau der Landwirtschaft, die in jährlich wechselnden Bundesländern stattfindet. In 2026 erfolgt die Durchführung der DLG-Feldtage in Bernburg. Sachsen-Anhalt fungiert hierbei als Mitveranstalter, wobei die LLG für die Organisation, Gestaltung und Durchführung der Landespräsentation zuständig ist.

533 06	511	Dienstleistungen Außenstehender für Gesundheitsmanagement	2.000	2.000	2.000
			20	0	0

Erläuterungen:

Maßnahmeumsetzung der Gefährdungsanalyse psychischer Belastungen am Arbeitsplatz. Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dienen.

536 01	511	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	4.600	5.000	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Wiedereinzug in das sanierte Gebäude 5 in Iden.

538 01	511	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	35.600	38.300	37.100
			12.303	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 538 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Unterkunftsgeräte	27.300	33.900	11.900
2.	Sonstiges	8.300	4.400	25.200
Summe		35.600	38.300	37.100

zu 1.

Ersatz und Ergänzung von Freizeitgeräten und -spielen sowie Medien im Freizeitraum im Internat und Außenanlage für Freizeit sowie Ersatz irreparabler Einzeilmöbel (u. a. Spindschränke, Betten, Möbel), verschlissener Gardinen/Vorhänge, Insektenschutzrollos und Wärmeschutzfolien im Wohnbereich Internat.

zu 2.

Ersatzbeschaffung Bettzeug, Bettwaren/Handtücher

542 01	511	Umsatzsteuer	10.000	0	0
			64.308	0	0

Übertragbar

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die geänderten Regelungen des § 2b UstG für die Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts gelten ab dem 01.01.2027.

547 01	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	1.800	1.800	1.800
			1.883	0	0

Erläuterungen:

Fracht- und Transportkosten, Einzahlungsgebühren u. ä. Ausgaben.

681 01	511	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			11.039	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

682 34	523	Zuschuss an den landwirtschaftlichen Betrieb Iden gemäß Wirtschaftsplan	635.000	516.000	586.000
			309.900	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für laufende Zwecke sowie Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren des landwirtschaftlichen Betriebes Iden gemäß Wirtschaftsplan Anlage 1 zum Kapitel 09 60.

684 01	511	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	47.400	48.200	52.500
			42.957	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 09 02 Titel 684 01.

Erläuterungen:

Beiträge für fachorientierte Mitgliedschaften der LLG in Vereinigungen, Verbänden und Gesellschaften, die in der Gesamtheit für die Aufgabenerfüllung im Ausbildungs- und Versuchswesen notwendig sind.

685 34	523	Zahlungen für vom landwirtschaftlichen Landesbetrieb Iden erbrachte Dienstleistungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorge Leertitel.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

811 01	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

*** Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 09 10 Titel 518 13 und Kapitel 09 60 Titel 518 13.

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

811 03	511	Erwerb von Luftfahrzeugen	800	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

2024: Drohne mit GPS, FPV und UHD-Kamera.

Drohnen werden für die Kitzrettung, die Erstellung von Ertragskarten, die Wild- und Hagelschadenbonitur oder ganz allgemein für die Bestandskontrolle eingesetzt. Aus diesem Grund wird im Rahmen des Ausbildungsthemas "Precision Farming" ein Schwerpunkt auf den Einsatz einer Drohne gelegt.

811 06	511	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	960.700	658.000	410.000
			321.231	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen

		2025	2026
1.	Minibagger mit Anbaugeräten	50.000	0
2.	Parzellenmähdrescher mit Wägesystem und NIRS-Technik	370.000	0
3.	Teleskoplader	238.000	0
4.	Grünfütterernter mit Wägesystem	0	250.000
5.	Schlepper	0	160.000
Zusammen		658.000	410.000

zu 1.

Aussonderung BOBCAT 320 - Minibagger, Baujahr 1996.

zu 2.

Aussonderung Parzellenmähdrescher Wintersteiger Nurserymaster Elite, Baujahr 1993.

zu 3.

Aussonderung Teleskoplader Dieci Farmer, Baujahr 2010.

zu 4.

Aussonderung Grünfütterernter HEGE, Baujahr 1994.

zu 5.

Aussonderung Traktor ZETOR, Baujahr 1987.

812 13	511	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

812 15	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	21.700	37.500	34.700
			12.593	0	0

Übertragbar

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 15

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen für die Standorte.

812 16	511	Erwerb von Unterkunftsgeschäften und Spinnstoffen	40.200	37.800	43.900
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Ersatz des Mobiliars (Baujahr 1993) des Wohnheims Bornsche Straße der Fachschule Haldensleben.

812 17	511	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	655.300	502.000	580.000
			433.447	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Neu- und Ersatzbeschaffungen

		2025	2026
1.	Schlachtkörpermodell vom Schwein	6.000	0
2.	Gaschromatograph MS/MS	250.500	0
3.	Baumschnittmaschine	35.500	0
4.	Scheibenegge	26.000	0
5.	Kartoffelwaschmaschine	12.000	0
6.	Drillmaschine	10.000	0
7.	Forstmulchgerät AGRIMASTER	17.500	0
8.	zwei Körnerzählgeräte Contador	14.500	0
9.	Stereomikroskop Stemi 508 doc	6.500	0
10.	Tischautoklav	19.000	0
11.	zwei Präzisionswaagen	11.000	0
12.	Reinstwasseranlage (Ersatz)	25.000	0
13.	Präzisionshackgerät mit GPS-gesteuerter Einzelaushebung sowie Kameralenkung	50.000	0
14.	Vakuumpumpstation	18.500	0
15.	Mörsermühle	0	24.000
16.	zwei Pflanzenschutzspritzen	0	50.000
17.	Elektronisches Betäubungsgerät	0	6.000
18.	Flüssigkeitschromatograph MS/MS	0	500.000
Zusammen		502.000	580.000

812 19	511	Erwerb von Lehr- und Lernmitteln	21.000	11.000	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

In 2025 ist die Ersatzbeschaffung eines Klauenpflegestandes geplant. Eine gute Klauengesundheit ist maßgeblich mit entscheidend für die Sicherung des Tierwohls in Milchviehherden. In der überbetrieblichen Ausbildung stellt die Klauenpflege einen Schwerpunkt dar.

891 34	523	Zuschüsse für Investitionen an den landwirtschaftlichen Betrieb Iden	361.000	361.000	361.000
			361.000	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen an den landwirtschaftlichen Betrieb Iden gemäß Wirtschaftsplan (Anlage zum Kapitel 09 60).

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	276.300 239.451	315.400 0	322.800 0

Titelgruppe(n)

62 Förderung der Einrichtungen der überbetrieblichen Ausbildungsstätte

Übertragbar

525 62	511	Lehr- und Lernmittel	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Infolge der Förderung der überbetrieblichen Ausbildungsstätte dienen die Ausgaben Ausstattungsmaßnahmen im Lehr- und Lernmittelbereich.

Vorsorglich Leertitel.

712 62	511	Hochbaumaßnahmen	1.000.000 55.525	1.300.000 57.500.000	2.300.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.000.000			1.000.000
2026		1.000.000	2.300.000		3.300.000
2027		1.000.000	2.300.000		3.300.000
2028		1.000.000	2.300.000		3.300.000
2029 ff.		34.500.000	50.600.000		85.100.000
Summen		38.500.000	57.500.000		96.000.000

Erläuterungen:

Modernisierung der überbetrieblichen Berufsbildungsstätte Zentrum für Tierhaltung und Technik Iden (ZTT Iden) - Neubau Kompetenzzentrum für art- und umweltgerechte Tierhaltung als Fördermaßnahme des Bundes. Die Förderung erfolgt gemäß §§ 23, 44 BHO i. V. m. den "Gemeinsamen Richtlinien für die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) und ihrer Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren" und unterliegt den Vorgaben der Richtlinie für die Durchführung von Zuwendungsbaumaßnahmen RZBau - Nr. 6.

Aufgrund der umfangreichen und zeitaufwendigen Erstellung von notwendigen Gutachten kam es zu Verzögerungen der Planung für das ZTT Iden. Die Verpflichtungsermächtigung ist für die Planung und Durchführung der Baumaßnahme erforderlich.

811 62	511	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	240.000 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

812 62	511	Erwerb von Lehr- und Lernmitteln	21.000 0	420.000 0	103.000 0

Erläuterungen:

Für die überbetriebliche Ausbildung am ZTT Iden sollen folgende Investitionen mit einer Förderung durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bei einer Förderquote von 60 v. H. angeschafft werden:

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 62

		Ausgaben 2025	Fördermittel 2025	Ausgaben 2026	Fördermittel 2026
1.	Autonome Fütterungsanlage für Rinder	420.000	252.000	0	0
2.	Feldspritze	0	0	53.000	31.800
3.	Fahrsimulator	0	0	50.000	30.000
Zusammen		420.000	252.000	103.000	61.800

zu 1.

Die Automation in der Tierhaltung nimmt immer weiter zu. Aktuell sind insbesondere die Arbeiten um die Grundfuttermittellieferung von Rindern ins Zentrum gerückt. Mit autonomen Fütterungsanlagen kann den Tieren das Grundfutter aufgrund der Rationsgestaltung mit mehreren täglichen Fütterungszeiten mit kleineren Portionen artgerecht und dem Tierwohl entsprechend vorgelegt werden. Gleichzeitig kann eine bessere Futteraufnahme bei sinkendem Arbeitsaufwand die Produktionseffizienz in der Rinderhaltung erhöhen. Für eine qualifizierte Ausbildung an einer solchen Anlage soll dieses System angeschafft und installiert werden. Neben der technischen Kenntnisvermittlung sollen vor allem aber praktische Erfahrungen gesammelt und an die Lehrgangsteilnehmer weitergegeben werden.

zu 2.

Feldspritze mit umfangreicher Ausstattung wie Amatron & Section Control zur Unterweisung an aktueller Landtechnik mit hohem Umweltstandard wie Einzeldüsenanschaltung, teilflächenspezifische Applikation und automatisierter, georeferenzierter Dokumentation zur Mittelausbringung.

zu 3.

Im Bestand der LLG befindet sich bereits ein Simulator, der häufig und erfolgreich in die Ausbildung eingebunden werden kann. Für die Simulation von kooperativen Arbeiten zwischen zwei Maschinen soll nun ein zweiter Simulator beschafft werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	1.261.000	1.720.000	2.403.000
		57.500.000	0

64 Öffentlichkeits- und Projektarbeit der Fachschule für Landwirtschaft

531 64 511 Öffentlichkeitsarbeit	10.000	10.000	10.000
	692	0	0

Erläuterungen:

Werbematerial (Flyer, Broschüren, Filme etc.) für die Fachschulbildungsgänge im Fachbereich Agrarwirtschaft einschließlich des Schwerpunktes ökologischer Landbau.

547 64 511 Vermischte Verwaltungsausgaben	7.500	7.500	7.500
	2.694	0	0

Erläuterungen:

Erstattungen der anteiligen Kosten der LLG für Sachkosten wie Exkursionen, Materialien etc.

671 64 511 Erstattungen an Sonstige im Inland	7.500	7.500	7.500
	7.236	0	0

Erläuterungen:

Leistungen im Rahmen der Erhöhung des Praxisanteils in der Ausbildung, beispielsweise durch Exkursionen in Betriebe sowie die Begleitung von Projekten durch spezialisierte Landwirte / Landwirtinnen und dgl.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	25.000	25.000	25.000
		0	0

65 Durchführung von überregionalen und anderen fremdfinanzierten Veranstaltungen

Übertragbar

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 09 60 Titel 231 65.

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitelgruppe.

511 65	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
527 65	511	Reisekostenvergütungen	0 0	0 0	0 0
531 65	511	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	0 0	0 0	0 0
533 65	511	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
547 65	511	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	0 0	0 0

67 Schließung von Indikationslücken im Pflanzenschutz

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 60 Titelgruppe 67.

511 67	511	Geschäftsbedarf, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.					
514 67	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0 0	0 0	0 0
Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.					
525 67	511	Aus- und Fortbildung	0 0	0 0	0 0
Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.					
527 67	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 0	0 0	0 0
Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.					
531 67	511	Veröffentlichungen	0 0	0 0	0 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 67

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

533 67	511	Dienstleistungen Außenstehender	122.600	120.000	120.000
			48.915	0	0

Erläuterungen:

Schließung von Indikationslücken im Pflanzenschutz

Die Durchführung und Umsetzung des Pflanzenschutzgesetzes (PflSchG) liegt nach § 59 Abs. 1 PflSchG bei den Bundesländern.

Den hierzu nach Landesrecht zuständigen Pflanzenschutzbehörden obliegt nach § 59 Abs. 2 Nr. 4 PflSchG die Mitwirkung bei der Schließung von Bekämpfungslücken. Das Land Sachsen-Anhalt koordiniert die Arbeiten der Lückenindikation auf dem Gebiet des Heil- und Gewürzpflanzenanbaus.

547 67	511	Sonstige vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			122.600	120.000	120.000
				0	0

68 Versuchswesen der LLG

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 60 Titelgruppe 68.

Erläuterungen:

Realisierung von diversen Projekten im Versuchswesen der LLG auf der Grundlage von Rahmenvereinbarungen und Kooperationsvereinbarungen zu verschiedenen Einrichtungen, darunter

- Verbundprojekte über die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Bonn
- Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Landwirtschaftskammer Niedersachsen (LWK)
- Kooperationsvereinbarung zwischen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Hochschule Anhalt und der LLG.

Vereinbarungen in Zusammenarbeit mit

- dem Julius-Kühn-Institut, Bundesforschungsanstalt für Kulturpflanzen
- dem Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum
- dem Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
- der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern
- dem Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung des Landes Brandenburg
- der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft

sowie Geldgebern aus der freien Wirtschaft und Interessenverbänden.

427 68	511	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte	128.200	368.100	206.600
			236.671	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 68

Erläuterungen:

Drittmittelprojekte

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	ValiProg	68.500	0	0
2.	FokusTUN	0	67.200	67.500
3.	Säure+ im Feld	59.700	40.700	0
4.	Acktrock	0	124.100	78.100
5.	Transform	0	76.300	0
6.	TeamUp	0	59.800	61.000
	Summe	128.200	368.100	206.600

511 68	511	Unterhaltung und Ersatz der Geräte für Fachaufgaben	29.400	163.300	122.500
			12.156	0	0

Erläuterungen:

Für die Sicherstellung der Bereitstellung, Funktionssicherheit und Messgenauigkeit von Geräten.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	LWK Niedersachsen	6.000	6.000	6.000
2.	ValiProg	3.000	0	0
3.	FokusTUN	0	2.400	1.100
4.	Säure+ im Feld	20.400	15.600	0
5.	Acktrock	0	118.500	107.400
6.	Transform	0	3.600	0
7.	TeamUp	0	17.200	8.000
	Summe	29.400	163.300	122.500

514 68	511	Kleingeräte und Verbrauchsmittel	7.000	10.300	2.000
			2.062	0	0

Erläuterungen:

Kleingeräte und Verbrauchsmittel für Versuchsanstellungen LWK Niedersachsen und andere Projektpartner.

527 68	511	Reisekosten	4.600	24.900	11.000
			7.622	0	0

Erläuterungen:

Reise- und Fahrkosten für die Drittmittelprojekte Versuchswesen.

533 68	511	Dienstleistungen Außenstehender	20.700	61.800	73.600
			112.833	0	0

Erläuterungen:

Drittmittelprojekte Versuchswesen

Diverse Dienstleistungen, wie Untersuchungsleistungen und Datenerfassung

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	LWK Niedersachsen	12.000	12.000	12.000
2.	ValiProg	3.700	0	0
3.	FokusTUN	0	35.900	42.400
4.	Säure+ im Feld	5.000	2.900	0
5.	Acktrock	0	7.200	19.200
6.	Transform	0	3.800	0
	Summe	20.700	61.800	73.600

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

547 68	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	0
			7.332	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	189.900	628.400	415.700
		0	0

70 Bekämpfung Asiatischer Laubholzbockkäfer (ALB)

Übertragbar

*** Mit Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 vom 30.06.2014 besteht grundsätzlich die Möglichkeit einer Erstattung der geleisteten Aufwendungen durch die EU. Der Verfahrensablauf des EU- Antragsverfahrens zur Bekämpfung des ALB erstreckt sich derzeit über mehrere Haushaltsjahre (Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1161 der Kommission vom 23.06.2017 und Leitfaden für Antragssteller für die Finanzierung von Pflanzenschutz- Sofortmaßnahmen SANTE/2017/10564/Rev 5 vom April 2021). Eventuelle Rückforderungen der EU-Kommission und der daraus resultierenden Rückzahlungen an die EU-Kommission können nicht veranschlagt werden, da sie nicht bezifferbar sind. Konkrete Beträge ergeben sich erst aus dem entsprechenden EU-Antragsverfahren und dessen Erstattungsbescheiden. Insofern sind die ggf. anfallenden Ausgaben im Rahmen von eventuellen Rückforderungen der EU über den Gesamthaushalt des Landes Sachsen-Anhalt abzudecken.

Erläuterungen:

Seit August 2014 wurde wegen des Auftretens des Quarantäneschaderregers Asiatischer Laubholzbockkäfer (ALB) im Norden der Landeshauptstadt Magdeburg, des Bördekreises und des Landkreises Jerichower Land entsprechend der RL 2000/29/EG PflanzenbeschauVO (PBVO) vom 03.04.2000 und dem Durchführungsbeschluss EU 2015/893 der Kommission vom 09.06.2015 über Maßnahmen zum Schutz der Union gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Anoplophora glabripennis (Motschulsky) eine Quarantänezone eingerichtet. Die Quarantänezone musste durch neue Funde lebender Larven in Laubbäumen zwischenzeitlich auf bis zu 61 km² erweitert werden. Gegenwärtig umfasst die Quarantänezone ca. 49 km². Der ALB wird über die Grenzen Europas hinaus als ein gefährlicher Schädling in Laubbäumen angesehen. Wegen seines großen Schadpotenzials muss der ALB bei Befallsfeststellung ausgerottet werden. Als Schaderreger ist der ALB in Anhang I der PBVO vom 03.04.2000 (BGBl. I S. 337) zuletzt geändert durch Art. 1 V.v. (veröffentlicht im BAnz AT am 15.08.2016), Anhang I A I a) Nr. 4.1 der Richtlinie 2000/29/EG aufgeführt. Am 10. Januar 2017 wurde im Bundesanzeiger der "Notfallplan und die Leitlinie zur Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers Anoplophora glabripennis in Deutschland" vom 04. November 2016 des Julius Kühn-Institutes (JKI) veröffentlicht. Diese Rechtsgrundlagen stellen das Kernstück der nationalen Bekämpfungsstrategie gegen den ALB dar. Alle erforderlichen Maßnahmen gelten für die gesamte Quarantänezone entsprechend den o. g. Rechtsnormen. Eine Aufhebung des Quarantänestatus kann gemäß Durchführungsbeschluss (EU) 2015/893 Artikel 7 in Verbindung mit Anhang III Abs. 1 Ab. 4 erfolgen, wenn der spezifizierte Organismus über einen Zeitraum, der mindestens einen Lebenszyklus und ein zusätzliches Jahr umfasst, aber auf jeden Fall nicht weniger als vier aufeinanderfolgende Jahre auf Grund der Erhebungen nach Anhang III Abs. 3 Nr. 1 Buchstabe h nicht mehr festgestellt wird.

427 70	511	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

428 70	511	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

429 70	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

511 70	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	40.500	42.500	42.500
			28.693	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf, Büromaterial	3.000	3.000	3.000
2.	Kommunikation, Telefongebühren, SIM-Karten	6.000	8.000	8.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	11.500	11.500	11.500
4.	Geräte für Fachaufgaben ALB	20.000	20.000	20.000
	Summe	40.500	42.500	42.500

zu 4.
Ausgaben für den Ersatz von Kletterausrüstung, Klettergurt, Werkzeuge, Seile, Wurfbeutel, Steigklemmen, Klettersysteme, Baumschoner, Wurfseile, Ersatzakkus für Akkusäge.

514 70	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	36.500	49.000	49.000
			45.480	0	0

Erläuterungen:

Verbrauchsstoffe für Fahrzeuge und Hebebühne sowie deren Unterhaltung in Höhe von 15.000 EUR.
Arbeitsmaterialien und Arbeitsschutzkleidung für die Maßnahmen Kartierung, Monitoring, Pheromonfallen und Lockstoff einschließlich Zubehör in Höhe von 34.000 EUR.

	Ist 31.12.2023	2024	2025	2026
Transporter/Kleinbusse	4	4	4	4
Hebefahrzeuge	1	1	1	1
Zusammen	5	5	5	5

517 70	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	12.700	0	0
			13.721	0	0

Erläuterungen:

Ab dem Jahr 2025 werden die Kaltmieten und Mietnebenkosten im Mieter-Vermieter-Modell zentral im Einzelplan 20 veranschlagt.

518 70	511	Mieten und Pachten	65.600	96.400	96.400
			75.890	0	0

Erläuterungen:

Miete für Räume in Zielitzer Straße Magdeburg aufgrund von Kooperationsvereinbarung mit Stadt Magdeburg 29.200 EUR.
Miete für Hebebühne und Kopierer 67.200 EUR.

522 70	511	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	5.000	5.000	5.000
			0	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 70

Erläuterungen:

Kurzbezeichnung der Leistung	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR				
2. Gleichartige Beratungsleistungen ab 20.000 EUR				
3. Sonstige Beratungsleistungen von weniger als 20.000 EUR				
3.1. Auftragsberatung bei EU-weiten Ausschreibungen durch Auftragsberatungsstelle	5.000	0	5.000	0
4. Ausnahmen gem. § 34 a Abs. 5 LHO				
Zusammen	5.000	0	5.000	0

zu 3.1.

Unterstützung durch die Auftragsberatungsstelle bei der EU-weiten Ausschreibung von Monitoringleistungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers (ALB).

525 70	511	Aus- und Fortbildung	10.000 4.663	10.000 0	10.000 0

Erläuterungen:

Besuch von Weiterbildungsveranstaltungen (jährliche Pflichtunterweisung für Seilkletterer und für die Benutzung der Hubsteiger) sowie Weiterbildung für Vergaberecht, Absicherung von Baustellen, PSA-Prüfer-Befähigung u. ä.

526 70	511	Gerichts- und ähnliche Kosten	3.000 0	3.000 0	3.000 0

Erläuterungen:

Ausgaben für eventuelle Klageverfahren nach der Zustellung von Fällungsbescheiden.

527 70	511	Reisekosten	1.000 12	1.000 0	1.000 0

Erläuterungen:

Dienstreisen zum Zwecke des Erfahrungsaustausches.

531 70	511	Veröffentlichungen	5.000 4.365	5.000 0	5.000 0

Erläuterungen:

Informationsmaterialien (z.B. Flyer, Broschüren, Schautafeln, Kartenmaterial, Beschilderung Quarantäne-Zone) für betroffene Bürger im Rahmen der Informationspflicht über die Bekämpfungsmaßnahmen des Asiatischen Laubholzbockkäfer (ALB) sowie diverse Veröffentlichungen und give-aways. Ausstattung für Präsentationsraum Magdeburg sowie Beschaffung eines mobilen Messestandsystems (Roll-Ups, Infotisch).

533 70	511	Dienstleistungen Außenstehender für die Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers (ALB)	1.129.100 759.730	829.100 0	829.100 0

Erläuterungen:

u. a. externe Dienstleister im Rahmen des Monitoring, Baumfällungen in der 100 m Zone, Vernichtungs- bzw. Verbrennungskosten, Spürhundeeinsatz in schwerzugänglichen Gebieten/Risikogebieten einschl. Flächenvorbereitung, PCR-Analysen, Softwareanpassung, Rückschnitt der Stockausschläge/Anwuchs auf den alten Fällzonen, Kosten für Sammelplatz.

547 70	511	Sonstige vermischte Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

631 70	511	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

*** Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 09 60 Titel 271 70 abzüglich der Ist-Ausgaben bei Kapitel 09 60 Titel 633 70 und Titel 676 70 geleistet werden.

Erläuterungen:

Weiterleitung der EU-Erstattungen an beteiligte sonstige öffentliche Stellen (z. B. Bundeseinrichtungen) gemäß der EU-Vorgaben.

Vorsorglich Leertitel.

633 70	511	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

*** Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 09 60 Titel 271 70 abzüglich der Ist-Ausgaben bei Kapitel 09 60 Titel 631 70 und Titel 676 70 geleistet werden.

Erläuterungen:

Weiterleitung der EU-Erstattungen an beteiligte sonstige öffentliche Stellen (z. B. Stadt Magdeburg, Landkreise) gemäß der EU-Vorgaben.

Vorsorglich Leertitel.

676 70	511	Erstattungen an die EU	0	0	0
			0	0	0

*** Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 09 60 Titel 271 70 abzüglich der Ist-Ausgaben bei Kapitel 09 60 Titel 631 70 und Titel 633 70 geleistet werden.

Erläuterungen:

Rückzahlungen an die EU im Rahmen des EU-Solidaritätsantragsverfahrens zur Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers.

Vorsorglich Leertitel.

811 70	511	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

812 70	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	1.308.400	1.041.000	1.041.000
		0	0

89 Planmäßiges Personal in den Landesbetrieben nach § 26 LHO

428 89	511	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Personalausgaben werden innerhalb des Wirtschaftsplans ausgewiesen.

09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -**
09 60 **Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 89	0	0	0
		0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.517.400	1.527.500	1.531.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.719.600	2.013.500	1.568.400
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	156.600	252.000	61.800
Gesamteinnahme		3.393.600	3.793.000	3.162.100

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	16.184.100	17.342.400	15.799.500
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	9.911.100	4.940.400	5.154.300
			400.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	689.900	571.700	646.000
			0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	1.000.000	1.300.000	2.300.000
			57.500.000	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.321.700	2.027.300	1.532.600
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	276.300	315.400	322.800
			0	0
Gesamtausgabe		30.383.100	26.497.200	25.755.200
Gesamtsumme der VE			57.900.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-26.989.500	-22.704.200	-22.593.100

Wirtschaftsplan für Landesbetriebe nach § 26 LHO LSA

Anlage zum Kapitel 0960
Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Landwirtschaftlicher Betrieb Iden der LLG
Wirtschaftsjahr 2025/2026**

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan
B: Finanzplan
C: Leistungsplan

A: Erfolgsplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
52	1. Umsatzerlöse	4.139.608	3.610.000	3.700.000	3.680.000
52	a) Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	3.806.496	3.595.000	3.685.000	3.665.000
52	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten	23.212	15.000	15.000	15.000
51	c) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	309.900	0	0	0
	d) Zuschüsse für laufende Zwecke (Gruppe 682)				
51	e) Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel)				
53	2. Bestandsveränderungen	184.872	0	0	0
53	3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
54	4. sonstige Erträge	472.873	530.000	530.000	530.000
545	a) Auflösung des Sonderpostens für Investitionen	379.869	500.000	500.000	500.000
	Zwischensumme Erträge (1-4):	4.797.353	4.140.000	4.230.000	4.210.000
60	5. Materialaufwand	3.024.086	2.525.000	2.446.000	2.446.000
	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	2.533.614	2.245.000	2.166.000	2.166.000
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	490.472	280.000	280.000	280.000
62+63	6. Personalaufwand	1.460.919	1.600.000	1.650.000	1.700.000
	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung) davon für Beschäftigte	1.221.743	1.344.000	1.386.000	1.428.000
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Beschäftigte	235.816	256.000	264.000	272.000
6411	davon für Beamte				
	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen (lt. PZVO u. 30% Regelung)	3.360			
66	7. Abschreibungen	373.531	500.000	500.000	500.000
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	5.000	5.000	5.000
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen	107.045	315.000	315.000	315.000
	c) auf technische Anlagen und Maschinen	263.191	180.000	180.000	180.000
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.295			
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch				
72	8. sonstige Aufwendungen	140.857	125.000	125.000	125.000
73	a) Sonstige Personalaufwendungen				
75	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	116.459	100.000	100.000	100.000
75	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise und Werbung	23.673	25.000	25.000	25.000
75	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	725	0	0	0
79	e) Steuern				
629	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte				

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
71	g) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung				
71	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)				
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	4.999.393	4.750.000	4.721.000	4.771.000
	Betriebsergebnis (1-8):	-202.040	-610.000	-491.000	-561.000
55	9. Erträge aus Beteiligungen	8.270	2.000	2.000	2.000
56	9.1 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge				
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0
77	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	183	0	0	0
	Finanzergebnis (9-12):	8.087	2.000	2.000	2.000
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	-193.953	-608.000	-489.000	-559.000
58	14. Außerordentliche Erträge				
	14.1 davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt				
78	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen				
75	15.1 Übrige Aufwendungen				
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):	0	0	0	0
79	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	951	2.000	2.000	2.000
79	18. sonstige Steuern	21.561	25.000	25.000	25.000
	a) Steuern und steuerähnliche Aufwendungen				
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-216.465	-635.000	-516.000	-586.000
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)				
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss				
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage				
	- Zuführung zur Gewinnrücklage				
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.				
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist				
	- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.				
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht				
	26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan		-635.000	-516.000	-586.000
	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen:				
	a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen,				
	b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern.				
	28. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		-635.000	-516.000	-586.000
	Der Wert lt. Ziffer 28 ist gemäß den HTR-LSA auf volle 100 EUR auf- oder abzurunden.				

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Die Gliederung und Bezeichnung der Posten erfolgt nach § 275 Abs. 2 HGB. Die Bezeichnung und Zuordnung der einzelnen Konten zu den Positionen des Erfolgsplanes erfolgt nach dem bundeseinheitlichen Verwaltungskontenrahmen

Die Erträge und die Aufwendungen wurden unter weitgehender Beibehaltung des Produktionsspektrums anhand der durchschnittlichen Ist-Ergebnisse der fünf Vorjahre kalkuliert. Hinsichtlich der starken Volatilität der Preise für Agrarrohstoffe sowohl auf der Einkaufs- als auch auf der Verkaufsseite sind die Werte mit der in der Vergangenheit üblichen kaufmännischen Vorsicht angesetzt.

Der Veränderungen beim Personalaufwand resultieren aus den gültigen Tarifverträgen.

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
02	I. Investitionen				
	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0	1.000	1.000	1.000
05	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	57.737	0	0	0
06	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch				
07	d) Technische Anlagen und Maschinen	318.175	300.000	320.000	310.000
08	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.761	60.000	40.000	50.000
	Summe: Investitionsvorhaben	400.673	361.000	361.000	361.000
	II. Deckungsmittel				
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Erfolgsplan hinzugerechnet worden.				
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)	41.200			
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)				
	4. Zuschüsse für Investitionen (Gruppe 891)	359.473			
	Summe: Deckungsmittel	400.673	0	0	0
	Zuführung für Investitionen (I - II)		361.000	361.000	361.000

Erläuterungen zum Finanzplan 2025

Nr.		Maßnahme allgemein	Kostenplanung	Maßnahmen konkret
2025-1	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	Beteiligungen	1.000	Nachzeichnung von Geschäftsanteilen
2025-2	Maschinen und Geräte	Bodenbearbeitungsgeräte	70.000	Grubber
2025-3	Maschinen und Geräte	Drilltechnik	130.000	Drillmaschine
2025-4	Maschinen und Geräte	Traktoren	120.000	Traktor Pflanzenproduktion
2025-5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Stallausrüstung	30.000	Erneuerung Stallausrüstung Rinder, Schafe, Schweine
2025-6	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Büroeinrichtung, Werkstattbedarf, Tierhaltungsbedarf	10.000	IT- Technik, Werkzeuge, Technik der Innenwirtschaft
		Summe	361.000	

Begründung

- 2025-1 Milchliefergenossenschaft, satzungsgemäße Anpassung der Geschäftsanteile an aktuelle Milchlieferung.
- 2025-2 Der zu ersetzende Grubber ist nach über 20 Einsatzjahren verschlissen.
- 2025-3 Die zu ersetzende Drillmaschine ist nach 15 Einsatzjahren verschlissen.
- 2025-4 Der zu ersetzende Traktor (Baujahr 2006) ist verschlissen und zu ersetzen.
- 2025-5 Die Stallausrüstungen sind nach z.T. 20 Nutzungsjahren verschlissen und entsprechen nicht mehr den aktuellen Erfordernissen an Tierwohl und Tiergerechtigkeit. In den nächsten Jahren sind die Umrüstungen fortzusetzen.
- 2025-6 In dieser Position sind alle Ersatzbeschaffungen für Computertechnik, Werkstattbedarf, Werkzeuge, Reinigungsgeräten etc. zusammengefasst, die bei nicht planbarem Totalausfall zu tätigen sind.

Erläuterungen zum Finanzplan 2026

Nr.		Maßnahme allgemein	Kostenplanung	Maßnahmen konkret
2026-1	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	Beteiligungen	1.000	Nachzeichnung von Geschäftsanteilen
2026-2	Maschinen und Geräte	Fütterungstechnik	240.000	Ersatzbeschaffung Futtermischwagen
2026-3	Maschinen und Geräte	Erntetechnik	30.000	Schwadlüfter
2026-4	Maschinen und Geräte	Transporttechnik	40.000	Anhänger Schüttguttransport
2026-5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Stallausrüstung	40.000	Erneuerung Stallausrüstung Rinder, Schafe, Schweine
2026-6	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Büroeinrichtung, Werkstattbedarf, Tierhaltungsbedarf	10.000	IT- Technik, Werkzeuge, Technik der Innenwirtschaft
		Summe	361.000	

Begründung

- 2026-1 Milchliefergenossenschaft, satzungsgemäße Anpassung der Geschäftsanteile an aktuelle Milchlieferrung.
- 2026-2 Der zu ersetzende Futtermischwagen ist im täglichen Dauereinsatz. Ein Ersatz ist vor dem Totalausfall notwendig.
- 2026-3 Das zu ersetzende Gerät ist nach über 20 Einsatzjahren verschlissen.
- 2026-4 Ersatz für 2 über 45 Jahre alte Anhänger aus DDR- Produktion.
- 2026-5 Die Stallausrüstungen sind nach z.T. 20 Nutzungsjahren verschlissen und entsprechen nicht mehr den aktuellen Erfordernissen an Tierwohl und Tiergerechtigkeit. In den nächsten Jahren sind die Umrüstungen fortzusetzen.
- 2026-6 In dieser Position sind alle Ersatzbeschaffungen für Computertechnik, Werkstattbedarf, Werkzeuge, Reinigungsgeräten etc. zusammengefasst, die bei nicht planbarem Totalausfall zu tätigen sind.

C: Leistungsplan

Leistungsplan für 2025

Bereich / Kostenstelle / Kostenträger	Erlöse 2025 -EUR-	Kosten 2025 -EUR-	Finanzierungssaldo 2025 -EUR-
Pflanzenproduktion	840.000	633.150	206.850
Tierproduktion	2.560.000	3.376.800	-816.800
<i>davon vertragliche Dienstleistungen (s.U.)</i>	<i>455.000</i>	<i>770.000</i>	<i>-315.000</i>
Liegenschaften, Forst, Sonstiges	50.000	126.630	-76.630
allgemeine Verwaltung (incl. EU- Prämien)	280.000	84.420	195.580
Auflösung SoPo / AfA	500.000	500.000	0
Finanzergebnis	2.000	0	2.000
Steuern		27.000	-27.000
Gesamtsumme	4.232.000	4.748.000	-516.000
Erläuterung zum Leistungsplan:			
Planung der vertraglichen Dienstleistungen (dienstleistungsbedingter Mehraufwand) 2025			
Bereich / Kostenstelle / Kostenträger			
Lehrwerkstatt Schweinehaltung	150.000	-350.000	-200.000
Lehrwerkstatt Rinderhaltung		-75.000	-75.000
Lehrwerkstatt Schafhaltung	90.000	-145.000	-55.000
Lehrwerkstatt Technik		-5.000	-5.000
Kostenanteil Parzellenversuche		-5.000	-5.000
Leistungsprüfungen Schaf, Schlachthaus	215.000	-190.000	25.000
Summe dienstleistungsbed. Mehraufwand	455.000	-770.000	-315.000
dienstleistungsbedingter Mehraufwand ohne AfA und ohne Auflösung Sonderposten			

Leistungsplan für 2026

Bereich / Kostenstelle / Kostenträger	Erlöse 2026 -EUR-	Kosten 2026 -EUR-	Finanzierungssaldo 2026 -EUR-
Pflanzenproduktion	840.000	640.650	199.350
Tierproduktion	2.560.000	3.416.800	-856.800
<i>davon vertragliche Dienstleistungen (s.U.)</i>	<i>455.000</i>	<i>770.000</i>	<i>-315.000</i>
Liegenschaften, Forst, Sonstiges	50.000	128.130	-78.130
allgemeine Verwaltung (incl. EU- Prämien)	260.000	85.420	174.580
Auflösung SoPo / AfA	500.000	500.000	0
Finanzergebnis	2.000	0	2.000
Steuern		27.000	-27.000
Gesamtsumme	4.212.000	4.798.000	-586.000
Erläuterung zum Leistungsplan:			
Planung der vertraglichen Dienstleistungen (dienstleistungsbedingter Mehraufwand) 2026			
Bereich / Kostenstelle / Kostenträger			
Lehrwerkstatt Schweinehaltung	150.000	-350.000	-200.000
Lehrwerkstatt Rinderhaltung		-75.000	-75.000
Lehrwerkstatt Schafhaltung	90.000	-145.000	-55.000
Lehrwerkstatt Technik		-5.000	-5.000
Kostenanteil Parzellenversuche		-5.000	-5.000
Leistungsprüfungen Schaf, Schlachthaus	215.000	-190.000	25.000
Summe dienstleistungsbed. Mehraufwand	455.000	-770.000	-315.000
dienstleistungsbedingter Mehraufwand ohne AfA und ohne Auflösung Sonderposten			

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 80 Landesbetriebe der Forstverwaltung, Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 09 80 beträgt zum 31.12.2025 621 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 09 80 beträgt zum 31.12.2026 621 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel 09 80 sind die Landesbetriebe Landeszentrum Wald und Landesforstbetrieb veranschlagt. Das Landeszentrum Wald ist forstliche Fachbehörde und für die Aufgaben nach § 34 Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalt zuständig. Der Landesforstbetrieb hat die Aufgabe, den Landeswald nachhaltig und kostendeckend zu bewirtschaften. Die Personalausgaben der beiden Landesbetriebe sind in den jeweiligen Wirtschaftsplänen enthalten.

Weiterhin ist im Kapitel 09 80 der Beitrag des Landes Sachsen-Anhalt zur Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt der Länder Hessen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein veranschlagt (Titelgruppe 63).

Einnahmen

119 37	812	Rückzahlung von nicht verwendeten Investitionszuschüssen des Landeszentrum Wald - LZW	0 0	0	0
119 44	531	Rückzahlung von nicht verwendeten Investitionszuschüssen des Landesforstbetriebes - LFB	0 0	0	0
121 37	531	Abführungen aus dem Landeszentrum Wald - LZW	0 1.039.963	0	0

Erläuterungen:

Nach Abschluss eines Wirtschaftsjahres erfolgt die Erstellung des testierten endgültigen Abschlusses des Betriebes. Da das Ergebnis des Jahresabschlusses eines Wirtschaftsjahres erst im nachfolgenden Wirtschaftsjahr bekannt ist, erfolgt eine entsprechende Abführung eines Überschusses aus einem Wirtschaftsjahr im darauffolgenden Haushaltsjahr nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Ministerium der Finanzen gemäß Grundsatzterlass zu den Landesbetrieben nach § 26 Landeshaushaltsordnung Sachsen-Anhalt Nr. 3.9.

121 44	531	Abführungen aus dem Landesforstbetrieb - LFB	24.200.000 3.000.000	14.502.500	12.594.400

Erläuterungen:

Nach Abschluss eines Wirtschaftsjahres erfolgt die Erstellung des testierten endgültigen Abschlusses des Betriebes. Da das Ergebnis des Jahresabschlusses eines Wirtschaftsjahres erst im nachfolgenden Wirtschaftsjahr bekannt ist, erfolgt eine entsprechende Abführung eines Überschusses aus einem Wirtschaftsjahr im darauffolgenden Haushaltsjahr nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Ministerium der Finanzen gemäß Grundsatzterlass zu den Landesbetrieben nach § 26 Landeshaushaltsordnung Sachsen-Anhalt Nr. 3.9.

Titelgruppe(n)

63 Mehrländerverbund forstliches Versuchswesen

Erläuterungen:

Einnahmen auf der Grundlage des am 01. Februar 2006 in Kraft getretenen Staatsvertrages zwischen den Ländern Niedersachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, über die Errichtung der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) gemäß Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 77 vom 20.12.2013.

119 63	531	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln	0 4.666	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63

0 0 0

09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -**
09 80 **Landesbetriebe der Forstverwaltung, Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

533 37	531	Dienstleistungen Außenstehender für Gesundheitsmanagement im Landeszentrum Wald - LZW	6.000	6.000	6.000
			6.000	0	0

Erläuterungen:

Maßnahmen Gesundheitsmanagement; Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dienen. Der Ansatz orientiert sich an den steigenden Anforderungen und Ansprüchen im Gesundheitsmanagement des LZW.

533 44	531	Dienstleistungen Außenstehender für Gesundheitsmanagement im Landesforstbetrieb - LFB	1.000	1.000	1.000
			1.000	0	0

Erläuterungen:

Maßnahmen Gesundheitsmanagement; Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dienen.

682 37	531	Zuschuss an das Landeszentrum Wald - LZW	26.579.000	28.218.800	27.085.300
			23.797.425	0	0

Erläuterungen:

Zuschuss für laufende Zwecke an das Landeszentrum Wald gemäß Wirtschaftsplan Anlage 1 zum Kapitel 0980.

682 44	531	Zuschuss an den Landesforstbetrieb - LFB	0	0	0
			0	0	0

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Zuschuss für laufende Zwecke an den Landesforstbetrieb gemäß Wirtschaftsplan Anlage 2 zum Kapitel 0980.

891 37	531	Zuschuss für Investitionen an das Landeszentrum Wald - LZW	1.300.000	1.300.000	2.224.500
			1.030.000	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschuss für Investitionen an das Landeszentrum Wald gemäß Wirtschaftsplan Anlage 1 zum Kapitel 0980.

891 44	531	Zuschuss für Investitionen an den Landesforstbetrieb - LFB	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Titelgruppe(n)

63 **Mehrländerverbund forstliches Versuchswesen**

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 80 Landesbetriebe der Forstverwaltung, Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Ausgaben auf der Grundlage des am 01. Februar 2006 in Kraft getretenen Staatsvertrages zwischen den Ländern Niedersachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, über die Errichtung der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) gemäß Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 77 vom 20.12.2013.

422 63	512	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	33.000 27.384	41.000 0	42.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	33.000	41.000	42.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	33.000	41.000	42.400

428 63	512	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.316.700 1.205.113	1.213.900 0	1.219.700 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlungen und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.316.700	1.213.900	1.219.700
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	1.316.700	1.213.900	1.219.700

429 63	512	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

511 63	512	Beschaffung von Geräten für Fachaufgaben (Bodenzustandserhebung)	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

514 63	512	Dienst- und Schutzbekleidung für das Fachpersonal	3.400 2.016	3.400 0	3.400 0

Erläuterungen:

Dienstkleidungszuschuss von monatlich 17,38 EUR für 16 Bedienstete.

533 63	512	Dienstleistungen Außenstehender für Bodenzustandserhebung (BZE)	125.400 230.400	127.000 0	77.000 0

Übertragbar

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 80 Landesbetriebe der Forstverwaltung, Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 63

Erläuterungen:

Die Forstchefkonferenz hat sich auf der Tagung am 23./24. März 2017 dafür ausgesprochen, dass die Außenaufnahmen für die nächste bundesweite Bodenzustandserhebung im Zeitraum 2022 bis 2024 erfolgen und die Bundesländer den Beginn der Aufnahmen eigenständig festlegen.

Sachsen-Anhalt hat im Haushaltsjahr 2021 mit den vorbereitenden Maßnahmen begonnen. Die BZE wird durch die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt (NW-FVA) durchgeführt. Die BZE umfasst die Bereiche Boden (Bodenchemie, Bodenphysik und Bodenmorphologie), Waldernährung, Kronenzustand, Waldwachstum, Vegetation und Totholz. Aufgrund von veränderten Parametern bei der Durchführung wurde unter Beteiligung des BMEL der Erhebungszeitraum bis 2026 verlängert.

547 63	512	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

684 63	512	Ausbau Waldbau in Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA)	90.000	125.800	125.800
			90.000	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Projekt Recherche, Prüfung, Integration ECO-Datenbank, Auswertungen	50.000	50.000	50.000
2.	Projekt Umsetzung Konzept Samenplantage	37.000	37.000	37.000
3.	Untersuchung gemäß § 18 Forstvermehrungsgutgesetz	3.000	3.000	3.000
4.	Servicestelle integrierter Pflanzenschutz im Wald	0	5.800	5.800
5.	Neuanlage von Samenplantagen	0	30.000	30.000
Summe		90.000	125.800	125.800

Projektdurchführung auf der Grundlage des am 01. Februar 2006 in Kraft getretenen Staatsvertrages zwischen den Ländern Niedersachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, über die Errichtung der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) gemäß Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 77 vom 20.12.2013.

zu 1.

Aufbereitung der Bodenprofile aus den Standortkartierungen in Sachsen-Anhalt. Die durch dieses Projekt erweiterte Datenbasis wird insbesondere für die Klimaforschung in den Bereichen Stoff- und Wasserhaushaltsmodellierung, Risikomanagement und klimasensitive Wachstumsmodellierung benötigt.

zu 2.

Maßnahmen der Pflege und Ernteunterstützung auf den Samenplantagen in Sachsen-Anhalt.

zu 3.

Beim Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut ist die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben des FoVG von herausragender Bedeutung. Gemäß § 18 FoVG obliegt die Kontrolle der Forstsamen-/Forstpflanzenbetriebe den Ländern.

zu 4.

Aufgrund der angespannten Zulassungssituation bei Pflanzenschutzmitteln im Wald wird die Servicestelle zur Verbesserung der Pflanzenschutzmittelverfügbarkeit im Forst in der NW-FVA eingerichtet.

zu 5.

Zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 21.03.2024 (Drucksache 8/3929) unterstützt das Land Sachsen-Anhalt die Anlage und Unterhaltung von Samenplantagen durch die strategische Weiterentwicklung und den Ausbau des vorhandenen Samenplantagenetzes. Dazu existiert ein gesicherter Flächenpool für die Anlage von neuen Plantagen in den nächsten Jahren. Die NW-FVA wurde mit dem mittelfristigen Aufbau von Samenplantagen mit bislang noch nicht vorhandenen Arten beauftragt. Parallel dazu sind gealterte Plantagen schrittweise zu erneuern.

686 63	512	Zuschuss an den Mehrländerverbund	434.000	691.800	691.800
			406.000	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 80 Landesbetriebe der Forstverwaltung, Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 63

Erläuterungen:

Auf der Grundlage des am 01. Februar 2006 in Kraft getretenen Staatsvertrages über die Errichtung der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt werden die bisher in den beteiligten Ländern anfallenden Aufgaben im forstlichen Versuchswesen zentral wahrgenommen.

916 63	512	Zuführung an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	22.000 8.454	16.400 0	16.900 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			2.024.500	2.219.300 0	2.177.000 0

89 Planmäßiges Personal in den Landesbetrieben nach § 26 LHO

Erläuterungen:

Die Personalausgaben werden innerhalb der Wirtschaftspläne ausgewiesen.

422 89	531	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
427 89	531	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0
428 89	531	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 89			0	0 0	0 0

09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -**
09 80 **Landesbetriebe der Forstverwaltung, Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	24.200.000	14.502.500	12.594.400

Gesamteinnahme	24.200.000	14.502.500	12.594.400

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	1.349.700	1.254.900	1.262.100
		0	0

HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	135.800	137.400	87.400
		0	0

HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	27.103.000	29.036.400	27.902.900
		0	0

HGr. 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.300.000	1.300.000	2.224.500
		0	0

HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	22.000	16.400	16.900
		0	0

Gesamtausgabe	29.910.500	31.745.100	31.493.800

Gesamtsumme der VE	0	0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-5.710.500	-17.242.600	-18.899.400

Wirtschaftsplan für Landesbetriebe nach § 26 LHO LSA

Anlage 1 zum Kapitel 0980
Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Landeszentrum Wald
Wirtschaftsjahr 2025/2026**

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan
B: Finanzplan
C: Leistungsplan

A: Erfolgsplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	V-Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	1. Umsatzerlöse	27.239.764	3.200.000	2.816.600	2.579.300
52	a) Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	3.442.339	3.200.000	2.816.600	2.579.300
52	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten				
51	c) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen				
	d) Zuschüsse für laufende Zwecke (Gruppe 682)	23.797.425			
51	e) Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszu- schüsse (durchlaufende Mittel)				
53	2. Bestandsveränderungen	89.502	20.000		
53	3. Andere aktivierte Eigenleistungen				
54	4. sonstige Erträge ohne Zinsen	2.345.428	1.400.000	2.019.400	2.440.700
545	a) Auflösung des Sonderpostens für Investitionen	1.285.862	1.000.000	1.300.000	1.300.000
	Zwischensumme Erträge (1-4): o. Zinsen	29.674.694	4.620.000	4.836.000	5.020.000
	5. Materialaufwand	1.804.130	1.731.600	2.045.200	2.021.400
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sons- tige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	905.315	781.600	1.194.700	1.170.900
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	898.815	950.000	850.500	850.500
62+63	6. Personalaufwand	22.894.128	23.916.400	25.583.600	24.220.100
	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung)	18.324.860	19.206.800	20.712.300	19.446.700
	davon für Beschäftigte	11.844.464	12.970.500	14.442.500	13.210.700
	davon für Beamte	6.480.396	6.236.300	6.269.800	6.236.000
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	4.569.268	4.709.600	4.871.300	4.773.400
	davon für Beschäftigte	2.417.037	2.500.000	2.705.600	2.528.300
	davon für Beamte				
6411	davon für Zuweisungen an Pensions- und Un- terstützungskassen (lt. PZVO u. 30% Regelung)	2.152.231	2.209.600	2.165.700	2.245.100
66	7. Abschreibungen	1.227.869	1.100.000	1.309.500	1.325.600
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	73.206	80.000	83.000	83.500
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen	363.327	400.000	419.000	424.000
	c) auf technische Anlagen und Maschinen	121.595	120.000	125.700	127.500
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	669.741	500.000	681.800	690.600
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch				
	8. sonstige Aufwendungen	4.137.902	4.416.000	4.075.500	4.497.200
72	a) Sonstige Personalaufwendungen	107.205	140.000	136.800	143.300
73	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2.447.665	2.450.000	2.192.500	2.234.000
75	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Do- kumentation, Information, Reise und Werbung	1.205.749	1.350.000	1.360.600	1.734.300
75	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges so- wie Wertkorrekturen und periodenfremde Auf- wendungen	359.870	350.000	368.600	368.600
79	e) Steuern				
629	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte	17.413	126.000	17.000	17.000

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	V-Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
71	g) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung				
71	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)				
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	30.064.029	31.164.000	33.013.800	32.064.300
	Betriebsergebnis (1-8):	-389.335	-26.544.000	-28.177.800	-27.044.300
55	9. Erträge aus Beteiligungen				
56	9.1 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge	19.953			
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				
77	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.253			
	Finanzergebnis (9-12):				
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	-374.634	-26.544.000	-28.177.800	-27.044.300
58	14. Außerordentliche Erträge				
	14.1 davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt				
78	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen				
75	15.1 Übrige Aufwendungen				
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):	-374.634	-26.544.000	-28.177.800	-27.044.300
79	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag				
79	18. sonstige Steuern	35.905	35.000	41.000	41.000
	a) Steuern und steuerähnliche Aufwendungen				
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-410.539	-26.579.000	-28.218.800	-27.085.300
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)				
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss				
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage				
	- Zuführung zur Gewinnrücklage				
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.				
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist				
	- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.				
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht				
	26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan		-26.579.000	-28.218.800	-27.085.300
	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen:				
	a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen,				
	b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern.				
	28. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		-26.579.000	-28.218.800	-27.085.300
	Der Wert lt. Ziffer 28 ist gemäß den HTR-LSA auf volle 100 EUR auf- oder abzurunden.				

Erläuterungen zum Erfolgsplan

KG 52: Die Leistungen für Dritte müssen aufgrund der fehlenden Kapazitäten im Bereich des Einsatzes von Waldarbeitern reduziert werden.

KG 60: Der Anstieg gegenüber dem Ansatz 2024 ist vorrangig durch die allg. Preissteigerung bedingt.

KG 62+63: Die Mehrausgaben resultieren aus den gültigen Tarifverträgen.

KG 66: Die Abschreibungen im Bereich der anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden in 2024 zu gering bemessen. Aufgrund der Investitionen der letzten Jahre ergeben sich höhere Abschreibungen.

KG 75: Der Anstieg gegenüber dem Ansatz 2024 ist vorrangig durch die allg. Preissteigerung bedingt.

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	V-Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
02	I. Investitionen				
	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	22.030	140.000	140.000	150.000
05	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	325.105	500.000	930.000	1.925.000
06	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch				
07	d) Technische Anlagen und Maschinen	297.581	240.000	240.000	230.000
08	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	474.907	420.000	590.000	595.000
	Summe: Investitionsvorhaben	1.119.623	1.300.000	1.900.000	2.900.000
	II. Deckungsmittel				
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Erfolgsplan hinzugerechnet worden.				
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)	89.623		600.000	675.500
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)				
	4. Zuschüsse für Investitionen (Gruppe 891)	1.030.000			
	Summe: Deckungsmittel	1.119.623	0	600.000	675.500
	Zuführung für Investitionen (I - II)		1.300.000	1.300.000	2.224.500

Erläuterungen zum Finanzplan

	2025	2026
Kontengruppe 02 – Konzessionen und gewerbliche Schutzrechte		
Softwarelizenzen für GIS-Systeme etc., Umstellung Betriebssoftware (Fibu, Anbu, KLR)	140.000 EUR	150.000 EUR
Summe:	140.000 EUR	150.000 EUR
Kontengruppe 05 – Grundstücke, grundstückseigene Rechte		
Baumaßnahmen an Geschäftsbauten außerhalb der Bauunterhalt insbesondere Ertüchtigung der Landesdarre	930.000 EUR	1.925.000 EUR
Summe:	930.000 EUR	1.925.000 EUR
Kontengruppe 07 Technische Anlagen und Maschinen		
Forstspezialmaschinen, Motorsägen, Freischneider sowie forstl. Kleingeräte	240.000 EUR	230.000 EUR
Summe:	240.000 EUR	230.000 EUR
Kontengruppe 08 – Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
Dienst-Kfz	250.000 EUR	250.000 EUR
EDV-Technik	200.000 EUR	200.000 EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	140.000 EUR	145.000 EUR
Summe:	590.000 EUR	595.000 EUR
Gesamtsumme:	1.900.000 EUR	2.900.000 EUR

C: Leistungsplan

Leistungen für 2025

Bereich / Kostenstelle / Kostenträger	Erlöse - EUR -	Gesamtaufwendungen / -kosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
Beratung	-	5.000.000	- 5.000.000
Betreuung	2.000.000	2.000.000	-
Dienstleistungen	2.380.000	3.780.000	-1.400.000
Waldpädagogik/Ausbildung	210.000	6.850.000	-6.640.000
Hoheitliche Aufgaben	214.000	8.924.800	-8.710.800
Verwaltung/sonstige Leistungen	32.000	6.500.000	-6.468.000
Gesamtsumme:	4.836.000	33.054.800	-28.218.800

Leistungen für 2026

Bereich / Kostenstelle / Kostenträger	Erlöse - EUR -	Gesamtaufwendungen / -kosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
Beratung	-	4.500.000	-4.500.000
Betreuung	2.000.000	2.000.000	-
Dienstleistungen	2.485.000	3.780.000	-1.295.000
Waldpädagogik/Ausbildung	250.000	7.300.000	-7.050.000
Hoheitliche Aufgaben	250.000	8.025.300	-7.775.300
Verwaltung/sonstige Leistungen	35.000	6.500.000	-6.465.000
Gesamtsumme:	5.020.000	32.105.300	-27.085.300

Erläuterungen zum Leistungsplan

Pos. Beratung: Das LZW hat die Aufgabe, die Waldbesitzenden durch Beratung bei der Bewirtschaftung ihres Waldes und der Erfüllung der ihnen nach § 14 sowie § 34 LWaldG obliegenden Pflichten zu unterstützen. Beratung beinhaltet Rat und Anleitung zur ordnungsgemäßen Forstwirtschaft und erfolgt gemäß § 14 Abs. 1 LWaldG unentgeltlich.

Pos. Betreuung: Es handelt sich um Dienstleistungen gemäß der Verordnung über Betreuung für den Privat- und Körperschaftswald (PKWaldVO) vom 29. Juni 2020 (GVBl. LSA Nr. 25/2020). Das LZW wurde ermächtigt, die Betreuung des Privat- und Körperschaftswaldes ab dem 1. Januar 2021 nach Vollkosten anzubieten.

In den Gesamtaufwendungen ist die Kontengruppe 79 (Sonstige Steuern) in Höhe von 41.000 EUR enthalten.

Wirtschaftsplan für Landesbetriebe nach § 26 LHO LSA

Anlage 2 zum Kapitel 09 80

Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

**Wirtschaftsplan für den Landesforstbetrieb
Wirtschaftsjahr 2025/2026**

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan

B: Finanzplan

C: Leistungsplan

A: Erfolgsplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	V-Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	1. Umsatzerlöse	63.084.793	39.400.000	49.096.000	49.096.000
52	a) Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	63.084.793	39.400.000	49.096.000	49.096.000
52	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten				
51	c) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen				
	d) Zuschüsse für laufende Zwecke (Gruppe 682)				
51	e) Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszu- schüsse (durchlaufende Mittel)				
53	2. Bestandsveränderungen	- 2.507.431		-2.501.000	-2.501.000
53	3. Andere aktivierte Eigenleistungen				
54	4. sonstige Erträge	887.675	600.000	1.000.000	1.000.000
545	a) Auflösung des Sonderpostens für Investitionen				
	Zwischensumme Erträge (1-4):	61.465.037	40.000.000	47.595.000	47.595.000
	5. Materialaufwand	36.428.957	27.000.000	34.171.400	34.171.400
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sons- tige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	7.240.695	2.500.000	5.468.300	5.468.300
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	29.188.262	24.500.000	28.703.100	28.703.100
62+63	6. Personalaufwand	15.522.951	15.937.200	18.300.800	17.377.000
	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung)	12.354.091	12.733.300	14.753.200	14.138.200
	davon für Beschäftigte	8.560.217	8.990.400	10.447.000	10.176.400
	davon für Beamte	3.793.874	3.742.900	4.306.200	3.961.800
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	3.168.860	3.203.900	3.547.600	3.238.800
	davon für Beschäftigte	1.906.963	1.900.000	1.993.600	1.849.300
	davon für Beamte				
6411	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unter- stützungskassen (lt. PZVO u. 30% Regelung)	1.261.897	1.303.900	1.554.000	1.389.500
66	7. Abschreibungen	1.307.219	1.300.000	1.437.900	1.437.900
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	28.171	33.000	31.000	31.000
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen	999.759	967.000	1.099.700	1.099.700
	c) auf technische Anlagen und Maschinen				
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	279.289	300.000	307.200	307.200
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch				
	8. sonstige Aufwendungen	4.639.164	3.300.000	5.571.900	5.571.900
72	a) Sonstige Personalaufwendungen	145.354	97.000	280.500	280.500
73	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1.488.676	166.000	1.907.800	1.907.800
75	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Do- kumentation, Information, Reise und Werbung	222.112	117.000	339.300	339.300
75	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwen- dungen	2.554.691	2.627.000	2.773.500	2.773.500
79	e) Steuern	228.331	293.000	270.800	270.800
629	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte				

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	V-Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
71	g) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung				
71	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)				
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	57.898.291	47.537.200	59.482.000	58.558.200
	Betriebsergebnis (1-8):	3.566.746	-7.537.200	-11.887.000	-10.963.200
55	9. Erträge aus Beteiligungen				
56	9.1 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge	13.758	45.000	13.800	13.800
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				
77	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.497		1.500	1.500
	Finanzergebnis (9-12):	12.261	45.000	12.300	12.300
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	3.579.007	-7.492.200	-11.874.700	-10.950.900
58	14. Außerordentliche Erträge 14.1 davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt				
78	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen				
75	15.1 Übrige Aufwendungen				
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):				
79	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag				
79	18. sonstige Steuern a) Steuern und steuerähnliche Aufwendungen				
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.579.007	-7.492.200	-11.874.700	-10.950.900
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)				
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss				
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage - Zuführung zur Gewinnrücklage		7.492.200	11.874.700	10.950.900
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.				
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist - Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.				
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht				
	26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan		0	0	0
	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen: a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen, b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern.				
	28. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		0	0	0
	Der Wert lt. Ziffer 28 ist gemäß den HTR-LSA auf volle 100 EUR auf- oder abzurunden.				

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Die Sanierung und Wiederbewaldung der durch Dürre, Sturm und Schädlingsbefall zerstörten Waldflächen hält an. So können insgesamt ca. 1.500 ha jährlich mit klimatoleranten Baumarten in Kultur gebracht werden. Elementar hierfür sind die Rücklagen des Landesforstbetriebes.

Es ist weiterhin mit Ausfällen junger Pflanzen auf den bisherigen Pflanzungen durch Dürre zu rechnen, noch bevor die Pflanzen sicher angewachsen sind. Dadurch entsteht zusätzlicher finanzieller und organisatorischer Aufwand. Das Ausgleichen von Ausfällen ist essentiell, da zum Teil komplette Anpflanzungen durch Dürre/Hitzeschäden ausfallen. Es dient der Sicherung der Investitionen. Es ist mit ca. 150 - 200 ha an Nachbesserungen auf bereits gepflanzten Flächen pro Jahr zu rechnen.

Der endgültige Wegfall der Fichten aus der Bewirtschaftung hat einen nicht kompensierbaren Ertragsverlust zur Folge. Ein starker Fortschritt des Schädlingsbefalls in dürregeschädigten Laubholzbeständen führt zu Wertverlusten. Besonders Bestände mit seit längerem abgestorbenen Eichen müssen deutlich negativ bewertet werden, da hier ein erheblicher Wertverlust stattfindet. Es kommt insgesamt zu größeren Lagerbeständen und zur Entwertung eingeschlagener Hölzer, weil diese nicht wie vorgesehen verkauft werden können.

Die Waldpflege wurde in den Krisenjahren kapazitätsbedingt zurückgestellt. Ausbleibende Pflegen wirken sich nachhaltig negativ auf Qualität und Stabilität zukünftiger Wälder aus und damit auch auf stabile Erlöse der Zukunft. Um den Betrieb und seine Wälder mittelfristig bis dauerhaft, nachhaltig zu sichern, werden die Pflegeflächen in den kommenden Jahren erhöht. Diese Maßnahmen sollen den Wald qualitativ und die Erlöse quantitativ sichern.

Die immer noch durch die intensive Holzabfuhr geschädigte Infrastruktur der Forstwege bedarf der Wiederherstellung. Durch den Wegfall der intensiven Holzmengen der vergangenen Jahre ist von einer zukünftig längeren Haltbarkeit der Wege auszugehen.

Im Zuge des Fachkräftemangels wird die Ausbildung von Forstwirten im Landesforstbetrieb intensiviert. Im Forstbetrieb Ostharz wird voraussichtlich im Jahr 2025 die Ausbildungsstätte wieder aktiviert. Es sollen jährlich bis zu vier Auszubildende für den Beruf des Forstwirtes eingestellt werden. Mit der Planung eines Neubaus für die Ausbildung im Forstbetrieb Süd wurde im Jahr 2024 begonnen.

Es braucht künftig innovative und alternative Finanzierungskonzepte, weshalb im Jahr 2024 eine Stabstelle eingerichtet wurde, die sich mit neuen Dienstleistungen und Produkten beschäftigt.

Der Kalkulation des Wirtschaftsplanes liegen folgende wesentliche Positionen zugrunde:

Umsatzerlöse Holzernte:

2025: 46.161.000 EUR
2026: 46.161.000 EUR

Bei stabilen Verhältnissen wird der o.g. Umsatzerlös durch Holzverkauf avisiert. Die Hiebsmenge an Holz unterliegt jedoch einer gewissen Unschärfe auf Grund umweltbedingter Einflüsse (Dürre, Schädlinge etc.). Dadurch können sich die Holzeinschlagsmengen innerhalb kürzester Zeit erheblich verändern. Für die Jahre 2025 und 2026 ist eine Hiebsmenge von jeweils 669.000 Festmetern mit einem Durchschnittspreis von 69 EUR/FM kalkuliert.

Umsatzerlöse Wildbewirtschaftung:

2025: 1.500.000 EUR
2026: 1.500.000 EUR

Die Umsatzerlöse durch die Wildbewirtschaftung zeigen sich in den letzten Jahren stabil.

KG 60+61: Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen:

2025: 34.171.400 EUR
2026: 34.171.400 EUR

In diesem Betrag sind 10.000.000 EUR/Jahr für die Pflanzung inkl. Saat- und Pflanzgut enthalten. Aufgrund des weiterhin erheblichen Bedarfs an Wiederaufforstung erfolgt eine Orientierung an dem vorläufigen Ist 2023.

Zur Sicherung der Verfügbarkeit von Pflanzen sowie Dienstleistern in den Bereichen der Pflanzenbeschaffung, der waldbaulichen Tätigkeiten, Wegebauarbeiten, Verkehrssicherung und Vorarbeiten sind längerfristige Vereinbarungen unumgänglich. Dies können Mehrjahresverträge, Lohnanzuchtverträge etc. sein.

KG 62+63: Bezüge

Die Mehrausgaben resultieren aus den gültigen Tarifverträgen.

KG 72: Sonstige Personalaufwendungen

Es sind überwiegend Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und Fortbildungskosten enthalten. Das Gesundheitsmanagement spielte in den vergangenen Jahren eine eher untergeordnete Rolle. Auf Grund der Krankenstände und der Problematik der Gewinnung neuer Fachkräfte ist ein aktives Gesundheitsmanagement dringend erforderlich. Im Bereich der Fortbildungen und Qualifizierung der Mitarbeiter besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Hier sind insbesondere Maßnahmen im Rahmen der Einführung neuer IT-Anwendungen, aber auch Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Personals, zur Begegnung sich ändernder Rahmenbedingungen und Prozessanpassungen enthalten.

KG 73: Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten

Es erfolgt eine Orientierung an dem vorläufigen Ist 2023. Zudem sind durch den Gesetzgeber Auflagen erteilt worden, die Maßnahmen im Bereich der energetischen Instandhaltung der Gebäude nach sich ziehen (u. a. Gutachten, Dämmung, Heizung). Diese werden in den kommenden Jahren sukzessive umgesetzt. Die kalamitätsbedingte Steigerung der Kosten für Reparaturen und Instandhaltung von Maschinen und Geräten sind hier ebenfalls berücksichtigt. Für die Wartung von Hard- und Software ist auf Grund von Anwendungsumstellungen ebenfalls von einem höheren Bedarf auszugehen.

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	V-Ist 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
02	I. Investitionen				
	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	15.605	260.000	448.000	381.000
05	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte		500.000	400.000	200.000
06	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch				
07	d) Technische Anlagen und Maschinen	1.378.609	1.786.700	1.830.000	1.530.000
08	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	225.414	715.400	2.409.200	659.000
	Summe: Investitionsvorhaben	1.619.628	3.262.100	5.087.200	2.770.000
	II. Deckungsmittel				
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Erfolgsplan hinzugerechnet worden.	1.193.446	1.300.000	1.437.900	1.437.900
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)	39.976	1.462.100	3.249.300	1.132.100
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)	386.206	500.000	400.000	200.000
	4. Zuschüsse für Investitionen (Gruppe 891)	0			
	Summe: Deckungsmittel	1.619.628	3.262.100	5.087.200	2.770.000
	Zuführung für Investitionen (I - II)		0	0	0

Erläuterungen zum Finanzplan

	<u>2025</u>	<u>2026</u>
Kontengruppe 02 Konzession		
Diverse Softwarelizenzen	448.000 EUR	381.000 EUR
Gesamt	448.000 EUR	381.000 EUR
Kontengruppe 05 Grundstücke (Erhaltung des Grundvermögens)		
Flächenankauf	400.000 EUR	200.000 EUR
Gesamt	400.000 EUR	200.000 EUR
Kontengruppe 07 Technischen Anlagen und Maschinen		
Brücken und Wege	130.000 EUR	130.000 EUR
Forstliche Maschinen	1.300.000 EUR	1.000.000 EUR
Dienst-Kfz	400.000 EUR	400.000 EUR
Gesamt	1.830.000 EUR	1.530.000 EUR
Kontengruppe 08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
Geschäftsbauten*	2.215.200 EUR	465.000 EUR
Büro- und Geschäftsausstattung	70.000 EUR	70.000 EUR
EDV-Technik	80.000 EUR	80.000 EUR
Geringwertige Wirtschaftsgüter	44.000 EUR	44.000 EUR
Gesamt	2.409.200 EUR	659.000 EUR
Gesamtsumme	5.087.200 EUR	2.770.000 EUR

* Hierin enthalten sind 1.817.200 EUR für Bauarbeiten an der Ausbildungsstätte im Forstbetrieb Süd.

C: Leistungsplan

Leistungen für 2025

Bereich / Kostenstelle / Kostenträger / Produktgruppe	Erlöse - EUR -	Gesamtaufwendungen / -kosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
PG 1 Holzernte	46.161.000	15.000.000	31.161.000
PG 2 Wiederbewaldung (Forstkulturen)	-	10.000.000	- 10.000.000
PG 3 Waldpflege	-	3.500.000	- 3.500.000
PG 4 Wildbewirtschaftung	1.500.000	2.500.000	- 1.000.000
PG 5 Wege	-	170.000	- 170.000
PG 6 Biodiversität und Schutzfunktion	190.000	180.000	10.000
PG 7 sonstige Produkte Dienstleistungen	1.245.000	1.200.000	45.000
Weitere Aufwendungen	-	8.631.200	- 8.631.200
Sonstige Erträge	1.000.000	-	1.000.000
Bestandsänderungen	- 2.501.000	-	- 2.501.000
Personalkosten	-	18.300.800	- 18.300.800
Gesamtsumme/Betriebsergebnis	47.595.000	59.482.000	- 11.887.000
Zinsen/Finanzergebnis	13.800	1.500	12.300
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			- 11.874.700

Leistungen für 2026

Bereich / Kostenstelle / Kostenträger / Produktgruppe	Erlöse - EUR -	Gesamtaufwendungen / -kosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
PG 1 Holzernte	46.161.000	15.000.000	31.161.000
PG 2 Wiederbewaldung (Forstkulturen)	-	10.000.000	- 10.000.000
PG 3 Waldpflege	-	3.500.000	- 3.500.000
PG 4 Wildbewirtschaftung	1.500.000	2.500.000	- 1.000.000
PG 5 Wege	-	170.000	- 170.000
PG 6 Biodiversität und Schutzfunktion	190.000	180.000	10.000
PG 7 sonstige Produkte Dienstleistungen	1.245.000	1.200.000	45.000
Weitere Aufwendungen	-	8.631.200	- 8.631.200
Sonstige Erträge	1.000.000	-	1.000.000
Bestandsänderungen	- 2.501.000	-	- 2.501.000
Personalkosten	-	17.377.000	- 17.377.000
Gesamtsumme/Betriebsergebnis	47.595.000	58.558.200	- 10.963.200
Zinsen/Finanzergebnis	13.800	1.500	12.300
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			- 10.950.900

Erläuterungen zum Leistungsplan

PG – Produktgruppe

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 09 81 beträgt zum 31.12.2025 63 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 09 81 beträgt zum 31.12.2026 63 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

In Umsetzung des Staatsvertrages über die gemeinsame Verwaltung der Nationalparke "Harz (Niedersachsen)" und "Harz (Sachsen-Anhalt)" vom 05.01.2006 wurden beide Nationalparkverwaltungen zusammengeführt. Das Gebiet des Nationalparks "Harz (Niedersachsen)" und das Gebiet des Nationalparks "Harz (Sachsen-Anhalt)" werden in ihrer Gesamtheit als "Nationalpark Harz" bezeichnet. Mit dem Staatsvertrag wurden insbesondere eine gemeinsame Nationalparkverwaltung mit Sitz in Wernigerode errichtet, ein gemeinsamer Nationalparkbeirat und ein gemeinsamer wissenschaftlicher Beirat eingerichtet sowie die Grundlage für eine gemeinsame Planung für das Nationalparkgebiet geschaffen.

Ab dem Haushaltsjahr 2012 werden unabhängig davon, um welche Aufgabe es sich handelt, alle Haushaltstitel der Nationalparkverwaltung im Haushaltsplan des Landes Sachsen-Anhalt dargestellt, um auf diese Weise eine Gesamtübersicht herbeizuführen und die Mittelbewirtschaftung nur über ein Rechnungssystem abzuwickeln (Ausnahme: Personalkosten der Bediensteten Niedersachsens werden über die dortige Bezügestelle verausgabt).

Die Befugnisse der beiden Länder, wie sie in dem Staatsvertrag und den gesetzlichen Bestimmungen geregelt sind, bleiben davon unberührt. Die Darstellung der Titel und Titelgruppen im Haushaltsplan des Landes Sachsen-Anhalt, die sich allein auf die Erledigung niedersächsischer Aufgaben beziehen (Titel 111 01, 119 51, 124 01, 125 01, 132 01, 282 10 und 632 01 sowie die Einnahme- und Ausgabe-Titelgruppen 81, 82 und 83), hat folglich deklaratorische Bedeutung; sie wird, soweit erforderlich, den vorangegangenen Regelungen des Haushaltsplanes des Landes Niedersachsen und im Haushaltsvollzug von niedersächsischen Behörden getroffenen Entscheidungen jeweils angepasst. Die Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik sind aufgrund des Betreuungsvertrages mit IT.Niedersachsen ab dem Haushaltsjahr 2023 vollständig länderübergreifend in Titelgruppe 73 veranschlagt.

Personalausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Zusammenhang mit der Nationalparkverwaltung sind veranschlagt bei Kapitel 09 81 Titel 422 01 und 428 01 sowie Titel 428 61. Stellen, die im Zusammenhang mit der Erledigung länderübergreifender Aufgaben stehen, werden von den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt im Verhältnis 1,8 zu 1 zur Verfügung gestellt.

Einnahmen

111 01	331	Gebühren und tarifliche Entgelte	0	0	0
			0		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Niedersachsen betreffend (Einnahmeabführung an Niedersachsen über Kapitel 09 81 Titel 632 01)

Vorsorglich Leertitel.

119 45	331	Umsatzsteuerrückzahlungen aus Vorjahren	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

119 51	331	Vermischte Einnahmen	20.000	20.000	20.000
			9.248		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Niedersachsen betreffend (Einnahmeabführung an Niedersachsen über Kapitel 09 81 Titel 632 01)

124 01	331	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	100.000	100.000	100.000
			70.837		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titel 632 01.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 124 01

Erläuterungen:

Niedersachsen betreffend (Einnahmeabführung an Niedersachsen über Kapitel 09 81 Titel 632 01)

125 01	331	Erlöse aus Waldbehandlung und Wildbestandsregulierung	365.000	170.000	170.000
			119.748		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Einnahmen (Niedersachsen betreffend) aus der Verwertung des im Zuge der Waldentwicklung anfallenden Holzes und aus dem Wildbretverkauf (Einnahmeabführung an Niedersachsen über Kapitel 09 81 Titel 632 01).

132 01	331	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	15.000	15.000	15.000
			29.560		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Aussonderung von Fahrzeugen in Niedersachsen (Einnahmeabführung an Niedersachsen über Kapitel 09 81 Titel 632 01)

282 10	331	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Niedersachsen betreffend (Einnahmeabführung an Niedersachsen über Kapitel 09 81 Titel 632 01)

Vorsorglich Leertitel.

Titelgruppe(n)

61 Nationalparkverwaltung Harz (Sachsen-Anhalt)

111 61	331	Gebühren und sonstige Entgelte	5.000	5.000	5.000
			4.279		

Erläuterungen:

Einnahmen auf Grundlage gebührenpflichtiger Verwaltungsakte (Allgemeine Gebührenordnung LSA)

119 61	331	Sonstige Verwaltungseinnahmen	11.000	11.000	11.000
			12.120		

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatzleistungen für verursachte Schäden; Rückzahlung von Überzahlungen	250	250	250
2.	Entgelt für Wildbestandsregulierung (75 EUR/Mitjäger)	3.750	3.750	3.750
3.	Rangereinsatz	7.000	7.000	7.000
Summe		11.000	11.000	11.000

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen und Entschädigungen für verursachte Schäden, Rückzahlungen von Überzahlungen, aus Rangereinsatz und aus Entgelt Wildbestandsregulierung.

124 61	331	Mieten und Pachten	18.500	18.500	18.500
			18.865		

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 124 61

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	400	400	400
5.	Sonstige Mieten und Pachten	18.100	18.100	18.100
	Summe	18.500	18.500	18.500

zu 5.

Mieteinnahmen Brockenhaus, Funkturm Schierke und Praktikantenwohnung.

125 61	331	Erlöse aus forstwirtschaftlichem Betrieb	100.000 214.453	75.000	75.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Einnahmen aus Holzverkäufen	75.000	40.000	35.000
2.	Wildbretverkauf	25.000	35.000	40.000
	Summe	100.000	75.000	75.000

132 61	331	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	48.000 0	15.000	15.000

Erläuterungen:

Erlös aus dem Verkauf je eines VW-Pritschenfahrzeugs und eines Wetterschutzwagens - sofern sich eine Ersatzbeschaffung realisieren lässt

2025 - WR-NP 24

2026 - WR-NP 9

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			182.500	124.500	124.500

71 Länderübergreifende Aufgaben des Nationalparks Harz

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titelgruppe 71.

112 71	331	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	2.000 1.773	2.000	2.000

Erläuterungen:

Einnahmen aus Ordnungswidrigkeitsverfahren (Bußgelder und Verwarnungsgelder) nach den Nationalparkgesetzen, den Naturschutzgesetzen, den Landesjagd-, Landesforst- und Landeswaldgesetzen der Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

119 71	331	Sonstige Verwaltungseinnahmen	2.000 1.955	2.000	2.000

Erläuterungen:

Verkauf von Broschüren

132 71	331	Erlöse aus Veräußerung von beweglichen Sachen	0 7.399	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

231 71	331	Sonstige Zuweisungen vom Bund	5.400	5.400	5.400
			0		

Erläuterungen:

Erstattung für Einsatz eines Bundesfreiwilligen im Naturschutz- und Ökologiebereich (BFD).

232 71	331	Sonstige Zuweisungen von Ländern	608.000	765.000	775.000
			555.506		

Erläuterungen:

Beteiligung des Landes Niedersachsen an den Ausgaben für länderübergreifende Aufgaben des Nationalparks Harz entsprechend der Regelung des Staatsvertrages über die gemeinsame Verwaltung der Nationalparke Harz Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, GVBl. LSA Nr. 9/2006.

332 71	331	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	13.000	22.500	6.500
			20.686		

Erläuterungen:

Beteiligung des Landes Niedersachsen an den Ausgaben für länderübergreifende Aufgaben des Nationalparks Harz entsprechend der Regelung des Staatsvertrages über die gemeinsame Verwaltung der Nationalparke Harz Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, GVBl. LSA Nr. 9/2006.

381 71	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	35.700	51.000	56.000
			0		

Erläuterungen:

Zur finanziellen Absicherung der Brockenhaus GmbH erstattet das MWU aus Kapitel 15 09 Titel 981 01 dem MWL jährlich den Landesanteil der anfallenden Personalkosten für die Umwelterziehung, Umweltaus- und fortbildung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	666.100	847.900	846.900

72 Jugendwaldheim (länderübergreifend)

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titelgruppe 72

Erläuterungen:

Einnahmen des Jugendwaldheims Brunnenbachsmühle

232 72	331	Sonstige Zuweisungen von Ländern	5.000	5.000	5.000
			3.320		

Erläuterungen:

Beteiligung des Landes Niedersachsen an den Ausgaben für länderübergreifende Aufgaben des Nationalparks Harz entsprechend der Regelung des Staatsvertrages über die gemeinsame Verwaltung der Nationalparke Harz Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, GVBl. LSA Nr. 9/2006.

282 72	331	Teilnehmerbeiträge	43.000	43.000	43.000
			69.171		

Erläuterungen:

U. a. Einnahmen aus Fremdübernachtung und -vermietung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 72	48.000	48.000	48.000

73 Informations- und Kommunikationstechnologie (länderübergreifend)

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titelgruppe 73

09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -**
09 81 **Nationalpark Harz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
232 73	331	sonstige Zuweisungen von Ländern	257.000 225.930	257.000	257.000
332 73	331	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			257.000	257.000	257.000
74		Sonstige länderübergreifende Projekte			
232 74	331	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0 0	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titelgruppe 74. Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 74			0	0	0
79		Spenden und deren Verwendung (länderübergreifend)			
282 79	331	Spenden und sonstige Zuschüsse	0 70.001	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 81 Titelgruppe 79. Erläuterungen: Vereinnahmung von Spenden zur Unterstützung der länderübergreifenden Aufgaben des Nationalparks Harz. Vorsorglich Leertitel.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 79			0	0	0
81		Nationalparkverwaltung Harz (Niedersachsen)			
* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 81 Titelgruppe 81.					
232 81	331	Sonstige Zuweisungen von Ländern	271.000 287.037	278.000	278.000
332 81	331	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	83.000 0	110.000	113.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 81			354.000	388.000	391.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

82 Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, Waldbehandlung und Wildbestandsregulierung (Niedersachsen)

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 81 Titelgruppe 82.

232 82	331	Sonstige Zuweisungen von Ländern	975.000 968.000	2.240.000	1.416.000
235 82	331	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit für Aushilfskräfte	1.000 0	1.000	1.000
282 82	331	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland	8.000 0	8.000	8.000
332 82	331	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	154.000 148.602	54.000	54.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 82			1.138.000	2.303.000	1.479.000

83 Verstärkte Förderung des Naturschutzes (Niedersachsen)

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 09 81 Titelgruppe 83.

Erläuterungen:

Die TGr. ist übereinstimmend mit der TGr. 83 in Kapitel 15 24 im Haushalt Niedersachsens, um so die Handhabung bzgl. des Vollzuges und der Abrechnung der verstärkten Förderung des Naturschutzes zu ermöglichen. Veranschlagt sind Verstärkungsmittel zum Ausgleich des Wegfalls der Förderung von Naturschutzmaßnahmen nach dem Verkauf der Harzwasserwerke. Die Mittel werden eingesetzt für die Durchführung von Maßnahmen zum Schutz und zur Renaturierung von Biotopen sowie für den Erwerb von Geräten.
Die Bewirtschaftung erfolgt durch Sachsen-Anhalt, die Erstattung der ausgezahlten Beträge erfolgt durch Niedersachsen quartalsweise.

232 83	331	Sonstige Zuweisungen von Ländern	94.000 39.890	94.000	94.000
332 83	331	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	10.000 4.798	10.000	10.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 83			104.000	104.000	104.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	331	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	210.800 220.238	319.300 0	325.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	210.800	319.300	325.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
Summe		210.800	319.300	325.200

Die anteilige Wahrnehmung von länderübergreifenden Aufgaben erfolgt entsprechend dem am 05.01.2006 unterzeichneten Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über die gemeinsame Verwaltung der Nationalparke "Harz (Niedersachsen)" und "Harz (Sachsen-Anhalt)".

428 01	331	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.376.900 1.356.078	1.193.800 0	901.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 1.376.900	0 1.193.800	0 901.300
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		1.376.900	1.193.800	901.300

Die anteilige Wahrnehmung von länderübergreifenden Aufgaben erfolgt entsprechend dem am 05.01.2006 unterzeichneten Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über die gemeinsame Verwaltung der Nationalparke "Harz (Niedersachsen)" und "Harz (Sachsen-Anhalt)".

542 01	331	Umsatzsteuer Niedersachsen	2.500 1.233	2.500 0	2.500 0

Übertragbar

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titel 632 01. Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für den Nationalpark Harz (Niedersachsen) erfolgen aus diesem Titel.

Zu zahlende Umsatzsteuer aus Einnahmen für:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Vermietung Praktikantenunterkünfte "Oderhaus"	100	100	100
2.	Entgelt Wildbestandsregulierung	2.400	2.400	2.400
Summe		2.500	2.500	2.500

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

632 01	331	Einnahmeabführung an Niedersachsen	497.500	300.000	300.000
			230.164	0	0

Übertragbar

*** Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 81 Titel 111 01, 119 51, 124 01, 125 01, 132 01 und 282 10 abzüglich der Ist-Ausgaben bei Kapitel 09 81 Titel 542 01 und 681 01 (Niedersachsen betreffend).

681 01	331	Schadensersatzleistung und Unfallentschädigung (Niedersachsen/Sachsen-Anhalt)	0	0	0
			5.613	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 09 81 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	14.600	70.900	71.400
			15.070	0	0

Titelgruppe(n)

61 Nationalparkverwaltung Harz (Sachsen-Anhalt)

Erläuterungen:

Die Nationalparkverwaltung Harz nimmt in ihrem Zuständigkeitsbereich die Aufgaben der unteren Forst- und Jagdbehörde wahr. Veranschlagt sind Einnahmen und Ausgaben, die zur Finanzierung der Aufgaben auf dem Gebiet des Nationalparkes "Harz (Sachsen-Anhalt)" anfallen. Die Löhne der Waldarbeiter sind ebenfalls in der Titelgruppe geplant.

428 61	331	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.513.100	2.546.500	2.579.500
			2.008.980	0	0

443 61	331	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	4.800	4.800	4.800
			11.209	0	0

Erläuterungen:

(Amts-)ärztliche und Reihenuntersuchungen für Beamte, Angestellte, Waldarbeiter und Ranger.

459 61	331	Sonstiges	8.000	8.000	8.000
			9.270	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstzimmeraufwand für Bedienstete (5 Revierleiter)	3.000	3.000	3.000
2.	Anteilige Miete für Dienstzimmer von 5 Revierleitern in Miet- bzw. Privatwohnungen	4.000	4.000	4.000
3.	Jagdaufwandsentschädigung und Futterbeihilfe lt. Jagdnutzungsrichtlinie Sachsen-Anhalt	1.000	1.000	1.000
Summe		8.000	8.000	8.000

511 61	331	Geräte für Fachaufgaben	12.000	12.000	12.000
			94.964	0	0

Erläuterungen:

Ersatz und Ergänzung von Geräten für Fachaufgaben wie Messmittel, Kluppen, Freischneider.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

514 61	331	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	176.100	176.100	176.100
			183.767	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	58.000	58.000	58.000
2.	Dienst- und Schutzbekleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände Waldarbeiter	15.000	15.000	15.000
3.	Dienstkleidungszuschuss Beamte/Angestellte	2.100	2.100	2.100
4.	Verbrauchsmittel	100.000	100.000	100.000
5.	Sonstiges	1.000	1.000	1.000
	Summe	176.100	176.100	176.100

zu 4.

Buchenpflanzen: 60.000 EUR

Material für Bohlenstieg und Geländer: 20.000 EUR

Material für die Reparatur von Kulturgattern (Laubholzpflanzungen): 5.000 EUR

Material für nationalparkkonforme jagdliche Infrastruktur (Latten, Bohlen, Nägel): 15.000 EUR

Gemäß NLP-Gesetz und NLP-Plan besteht der Auftrag, aktive Waldentwicklung hin zu mehr Naturnähe durchzuführen. Nach Erreichen des 75%-Ziels zum Jahresende 2022 sind weiterhin aktive Pflanzmaßnahmen von Laubbäumen im Schwerpunkt ehemaliger 500m-Sicherungsstreifen notwendig und von den angrenzenden wirtschaftenden Forstbetrieben gefordert. Damit soll erreicht werden, dass für künftige Waldgenerationen ein Laubwaldpufferstreifen auf NLP-Fläche ein erneutes Übergreifen von Borkenkäferkalamitäten eingeschränkt wird. Das bedeutet aktive Pflanzmaßnahmen in den unteren und mittleren Lagen. In Abstimmung mit dem LFB Sachsen-Anhalt wurde 2021 die Borkenkäferbekämpfung im 500m-Borkenkäfersicherungsstreifen an der Grenze zu den Landesforsten eingestellt. Das bedeutet weiterhin umfangreiche Vorbereitung der Flächen im Nationalpark durch Pflanzung von Laubbäumen (Rotbuche, Roterle, Pionierbaumarten) in diesen Flächen. Diese Maßnahmen müssen zeitnah begonnen werden, um die Sicherung des Aufwuchses zu gewährleisten. Zwei Borkenkäferclaims werden dauerhaft Bestand haben (gegenüber von Großprivatwald und Kommunalwald).

Des Weiteren unterhält der NLP Besucherlenkungseinrichtungen in besonders sensiblen Naturräumen, die durch Bohlenstiege für die Besucher zugänglich sind.

Wildbestandsregulierung bleibt eine Daueraufgabe im NLP Harz (Schutz der Nachbarn vor übermäßigen Wildschäden, Sicherung der Schutzziele des NLP lt. NLP-Gesetz und NLP-Plan). Mit der zunehmenden Fläche der Naturdynamikzone werden die Anforderungen an eine nationalparkkonforme Ausübung der Wildbestandsregulierung höher. Der Waldwandel verlangt immer wieder die Anpassung der jagdlichen Infrastruktur an die örtlichen Gegebenheiten (Totholzbereiche, Freiflächen).

	Ist 31.12.2023	2024	2025	2026
Anhänger	11	11	11	11
PKW (Kauf)	6	7	8	8
LKW, Nutz-/Sonderfahrzeug	5	6	6	6
Quad	2	2	2	2
UTV-Vehicle	1	1	1	1
Zusammen	25	27	28	28

517 61	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	329.700	300.000	300.000
			182.375	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 61

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Energie (Heizung, Strom, Gas)	220.000	200.000	200.000
2.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	38.000	29.300	29.300
3.	Schneeräumen und Streuen innerhalb der Grundstücke oder aufgrund von Anliegerverpflichtungen	500	500	500
4.	Versicherung	200	200	200
5.	Bewachung	0	0	0
6.	Sonstige Ausgaben für die Bewirtschaftung	71.000	70.000	70.000
	Summe	329.700	300.000	300.000

zu 6.

Grundsteuer A und B, Abgaben an Wasser- und Abwasserverbände.

518 61	331	Mieten und Pachten	10.000	25.000	25.000
			31.012	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	0	0	0
2.	Für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	0	16.000	16.000
3.	Für Leasing	0	0	0
4.	Sonstiges	1.000	0	0
5.	Miete Brandsensoren Future Forest Initiative	9.000	9.000	9.000
	Summe	10.000	25.000	25.000

521 61	331	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	5.500	5.500	5.500
			0	0	0

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Sachaufwand für die Unterhaltung nicht öffentlicher Wege bzw. landeseigener Liegenschaften. Zusätzliches Wegebaumaterial für Kleinreparaturen (Eigeneinbau) nach Schäden, Streugut (Winterdienst UNIMOG).

522 61	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	46.000	57.000	15.000
			3.345	15.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			15.000		15.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			15.000		15.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 61

Erläuterungen:

Kurzbezeichnung der Leistung	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	0	0	0	0
1.1. Gutachten zur FFH-Verträglichkeitsprüfung für die Gesamtmaßnahme zur Totholzberäumung im Revier Schierke	57.000	15.000	15.000	0
2. Gleichartige Beratungsleistungen ab 20.000 EUR	0	0	0	0
3. Sonstige Beratungsleistungen von weniger als 20.000 EUR	0	0	0	0
4. Ausnahmen gem. § 34 a Abs. 5 LHO	0	0	0	0
Zusammen	57.000	15.000	15.000	0

zu 1.1.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung eines Fachgutachtens zur FFH-Verträglichkeitsprüfung (einschl. Fachgutachten zum gesetzlichen Biotopschutz und zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung) für die Gesamtmaßnahme zur Totholzberäumung im Revier Schierke des Nationalparks Harz.

Im Sommer 2022 fanden im Revier Schierke des Nationalparks Harz zwei Großbrände statt. Bei beiden Brandereignissen geriet sowohl liegendes als auch stehendes Totholz großflächig bis in die Baumspitzen in Brand. Der trotz schwacher Winde weiträumig wirkende Funkenflug verursachte in den umliegenden Gebieten zahlreiche weitere Brandausbruchstellen. Die speziell von Totholz ausgehende Brandlast konnte mangels geeigneter wissenschaftlicher Grundlagen seinerzeit lediglich auf Basis der konkreten Erfahrungen aus den beiden Großbrandereignissen eingeschätzt werden. Als Präventivmaßnahme zur Verhinderung einer zukünftigen Brandausbreitung durch Funkenflug in unmittelbar angrenzende, z. T. auch bebaute Bereiche entschied sich die Nationalparkverwaltung Harz nach Auswertung der beiden Großbrandereignisse im Rahmen des Gebietsmanagements daher zur teilweisen Entnahme noch vorhandenen, vor allem auch stehenden Totholzes innerhalb des ehemaligen, ca. 500 m breiten Borkenkäfer-Schutzstreifens im Randbereich der Ortslage Schierke. Dies führt zu kontroversen Diskussionen. Diese entstanden insbesondere auch wegen des Fehlens einer detaillierten naturschutzfachlichen und -rechtlichen Prüfung zur Zulässigkeit der Totholzberäumungen, insbesondere die habitatschutzrechtliche Verträglichkeitsprüfung sowohl in Bezug auf das im Bereich der Maßnahmenflächen betroffene FFH-Gebiet als auch auf das Vogelschutzgebiet, die Prüfung bezüglich der Vorgaben des gesetzlichen Biotopschutzes sowie die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung. Dies sollte nunmehr nachgeholt werden. Das Gutachten wurde bereits mehrfach ausgeschrieben. Nach Überarbeitung der Leistungsbeschreibung soll es in 2024 erneut ausgeschrieben und in 2025 beendet werden. Sollte es weiterhin zu Verzögerungen kommen, wurde vorsorglich eine VE 2025 zu Lasten 2026 ausgebracht.

533 61	331	Dienstleistungen Außenstehender	320.000	320.000	320.000
			352.495	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verkehrssicherungsmaßnahmen an öffentlichen Straße, Verweilorten etc. sowie aus Arbeitssicherheitsgründen, Waldschutz, Holzurückung, Hackereinsatz, veterinärhygienische Untersuchungen, ASP-Vorsorge, Spuren von Loipen	300.000	300.000	300.000
2.	Organisation von Maßnahmen der Wildbestandsregulierung	15.000	15.000	15.000
3.	Kosten Schälkartierung/Monitoring ST (anteilig)	5.000	5.000	5.000
	Summe	320.000	320.000	320.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 61

-Waldschutz (Holzeinschlag und -rückung bei Borkenkäferbefall - Schwerpunkt im 500 m Streifen, Aufarbeitung von Wind- und Schneebruch)
 -Waldbrandschutz (Unterhaltung der Löschwasserentnahmestellen, Neuanlegung weiterer)
 -Aufschneiden von Waldwegen nach Sturm, Eisanhang und Schneebruch
 -Waldentwicklung, -erneuerung: Flächenvorbereitung, Pflanzlöcher bohren, Pflanzungen von Rotbuche, Bergahorn u.a. Laubhölzern, Gatterbau für besonders gefährdete Laubhölzer
 -Verkehrssicherung: umfangreiche Totholzflächen erfordern stark erhöhten Aufwand entlang der Wanderwege, Laufstrecken für Sportwettkämpfe, Loipen, der Buslinie, Besucherschwerpunkte (z.B. Taubenklippe, Borkenkäferpfad, Rastplätze) sowie in der Nähe von Städten und Gemeinden; erhöhter Anteil von Problembaumfällungen
 -Verkehrssicherungsmaßnahmen entlang von Wegen für die Arbeitssicherheit des Personals und beauftragter Unternehmer
 -Gewährleistung und Entwicklung der jagdlichen Infrastruktur

542 61	331	Umsatzsteuer	2.200	2.200	2.200
			1.287	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für den Nationalpark Harz (Sachsen-Anhalt) erfolgen aus diesem Titel.

547 61	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500	500	500
			4.355	0	0

Erläuterungen:

Geringfügige Ausgaben, die nicht anderweitig zugeordnet werden können.

637 61	331	Erstattung von Verwaltungsausgaben FÖJ	6.100	8.400	8.400
			2.880	0	0

Erläuterungen:

Beteiligung der Einsatzstelle für das FÖJ an den Verwaltungskosten der Trägereinrichtungen (monatlicher Beitrag, Bahncard, zusätzlich angewiesene Fahrten).

681 61	331	Wildschadenserstattung	0	0	0
			897	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

685 61	331	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	2.500	2.500	2.500
			2.500	0	0

Erläuterungen:

Jahresbeitrag Mitgliedschaft im Landschaftspflegeverband Harz e. V.

761 61	331	Bau von Forstwegen und sonstige Tiefbaumaßnahmen	250.000	250.000	250.000
			454.577	0	0

Erläuterungen:

Umsetzung von Maßnahmen, wie u. a.
 - Großdurchlässe, Brücken, Durchlässe
 - Gräbenunterhaltung
 - Wegeinstandhaltung
 - Bauwerksprüfungen (Brücken)

Der Nationalpark Harz (Teil Sachsen-Anhalt) ist verantwortlich für die Instandsetzung eines umfangreichen Forst- und Wanderwegenetzes von ca. 260 km Länge einschließlich Brückenbauwerken, Großdurchlässen und Durchlässen. Wegekategorien und Ausbaugrade sind im aktuellen Wegeplan (Nationalparkgesetz) verbindlich festgelegt. Qualität und Zustand der Wanderwege im NLP Harz tragen wesentlich zur Verbesserung der Besucherlenkung, des touristischen Angebotes und damit auch der Akzeptanz des Nationalparks regional und überregional bei. Dringend notwendige Instandhaltungsmaßnahmen sind durchzuführen, um weitere Schäden vom Landeseigentum abzuwenden. Verbindliche Absprachen existieren mit dem Landkreis Harz und den Städten Wernigerode und Ilsenburg zur Zuwegung für Rettungs- und Löschfahrzeuge im schwierigen Gelände für den Einsatzfall.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

811 61	331	Erwerb von Fahrzeugen	256.000	87.000	57.000
			7.735	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Neubeschaffung	36.600	30.000	0
2.	Ersatzbeschaffung	219.400	57.000	57.000
	Summe	256.000	87.000	57.000

zu 1.

Im Haushaltsjahr 2024 wird ein ausgebildeter Forstwirtschaftsmeister eingestellt und in diesem Zusammenhang mit Sonderaufgaben betraut. Es handelt sich hier um die Konzeption, Koordination und Umsetzung von Maßnahmen im baulichen, anlagentechnischen und organisatorischen Brandschutz für alle Liegenschaften (Gebäude) in Sachsen-Anhalt der Nationalparkverwaltung Harz. Der Einsatz eines privaten KFZ gegen Kilometerentschädigung hat sich auf Grund des teilweise sehr schlechten Wegezustandes und der Umfänglichkeit und Gewährleistung von Flexibilität nicht bewährt. Sämtliche Mitarbeiter im FB 3 (Forstwirte, Mitarbeiter Werkstatt, Revierleiter, Fachbereichsleiter, Berufsjäger) können i. d. R. die erforderlichen Arbeiten bzw. Fahrten mittels Dienst-Kfz erledigen. Hier soll eine Gleichbehandlung hergestellt werden.

zu 2.

Durch den ständigen und dauerhaften Einsatz im schwierigen Gelände und aufgrund des Alters der Pritschenfahrzeuge (Revier Hohne und Scharfenstein) kommt es zu immer höheren Reparaturkosten, die einen Ersatz in 2025/2026 notwendig machen.

812 61	331	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	135.500	36.000	36.000
			3.884	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatzbeschaffung Wetterschutzwagen	0	36.000	36.000
2.	Neubeschaffung Seitenmulcher	25.000	0	0
3.	Neubeschaffung Wegehobel	30.000	0	0
4.	Neubeschaffung Kompakttraktor mit Anbaugeräten	80.500	0	0
	Summe	135.500	36.000	36.000

zu 1.

Ersatzbeschaffung je eines Wetterschutzwagens (Personalwagens) in 2025 und 2026.

zu 2.

Der Seitenmulcher soll als Anbaugerät für den Unimog der Werkstatt Drängetal beschafft werden. Er soll einer kontinuierlich erforderlichen Unterhaltung von Waldwegen in Eigenregie der Nationalparkverwaltung dienen. Insbesondere werden an zahlreichen Waldwegen Maßnahmen zur Herstellung bzw. Unterhaltung des Lichtraumprofils erforderlich. Auf zahlreichen Wegebänken wachsen kleine Bäume aus Naturverjüngung (Fichte, Birke, Erle, Lärche etc.) die entfernt werden müssen um langfristig das Wegeprofil zu erhalten und eine Befahrung durch Rettungsfahrzeuge sicherstellen. Hierbei wird eine kontinuierliche Wiederholung dieser Maßnahmen erforderlich.

zu 3.

Der Wegehobel soll als Anbaugerät für den Unimog der Werkstatt Drängetal beschafft werden. Er soll einer kontinuierlich erforderlichen Unterhaltung von Waldwegen in Eigenregie der Nationalparkverwaltung dienen. Die mittels aufgebrachtem Wegebaumaterial instandgesetzten Wege bedürfen einer permanenten Unterhaltung mittels Wegehobel. Weiterhin können zeitnah kleinere Wegeinstandsetzungsmaßnahmen durchgeführt bevor größere Schäden an Wegen entstehen.

zu 4.

Es wird geplant einen Kompakttraktor mit Frontlader und Anbaugeräte (Böschungsmähwerk, Räumschild ...) für Materialtransporte auf schmalen schwer zu befahrbaren Wegen und Pfaden anzuschaffen. Erfolgreicher Wegerückbau und Abstufungen der Wegekategorien machen immer längere Transportwege auf schwer zu befahrenen Wegen erforderlich. Für Materialtransporte auf diesen Wegen z. B. für touristische Infrastruktur (Schilderbäume, Geländer, Bohlenstege, Sitzbänke ...), jagdliche Einrichtungen, Rückbau alter Zäune usw. soll ein geländegängiger kleiner Traktor angeschafft werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61		4.078.000	3.841.500	3.802.500
			15.000	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

71 Länderübergreifende Aufgaben des Nationalparks Harz

Übertragbar

*** Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 81 Titel 112 71, 119 71, 132 71, 231 71, 381 71 und um bis zu 155,56 v. H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 81 Titel 232 71 und 332 71.

412 71	331	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	3.000	3.000	3.000
			2.065	0	0

Erläuterungen:

Erstattung Fahrtkosten, Aufwendungen Nationalparkbeirat und Wissenschaftlicher Beirat.

427 71	331	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	8.100	8.100	8.100
			4.059	0	0

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 09 81 Titel 112 71, 119 71, und 231 71 und bis zu 155,56 v.H. der Ist-Einnahmen bei Kapitel 09 81 Titel 232 71 und 332 71.

Erläuterungen:

Einsatz von 6 Praktikanten in den Aufgabenbereichen:

- Führung von Touristengruppen durch den Nationalpark, auf der Brockenkuppe und im Brockengarten
- Unterstützung bei der Besetzung der Nationalparkinformationsstellen
- Arbeit mit Kinder- und Jugendgruppen, Gestaltung von Naturerlebnistagen "Natur erleben - Natur verstehen"
- Zusammenarbeit mit Schulen der Region

Einsatz einer/eines Bundesfreiwilligen im Naturschutz- und Ökologiebereich im Fachbereich 4 (Unterstützung der Tätigkeiten im Hohnhof)

443 71	331	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	4.000	4.000	4.000
			262	0	0

Erläuterungen:

Projekte mit den AOKen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen im Rahmen des Gesundheitsmanagements

511 71	331	Geschäftsbedarf	129.400	135.000	135.000
			83.228	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 71

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	15.000	15.000	15.000
2.	Kommunikation	70.000	70.000	70.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000	10.000	10.000
4.	Bücher, Fachzeitschriften, Zeitungen	9.000	9.000	9.000
5.	Sonstiges	6.000	6.000	6.000
6.	Geräte für Fachaufgaben	19.400	25.000	25.000
	Summe	129.400	135.000	135.000

zu 2.

Ausstattung mit Smartphones - Arbeitssicherheit, Verbesserung Kommunikation in der Fläche, GIS - Vereinfachung der wissenschaftlichen Arbeit.

zu 6.

Geräte für den Bereich Naturschutz, Forschung und Dokumentation
Geräte für die Werkstätten Oderhaus und Wernigerode

514 71	331	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	191.000	195.000	195.000
			171.871	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	116.000	116.000	116.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	45.000	45.000	45.000
3.	Verbrauchsmittel (Werkstätten Wernigerode, Oderhaus und Fachbereich 2)	26.000	30.000	30.000
4.	Sonstiges	4.000	4.000	4.000
	Summe	191.000	195.000	195.000

zu 3.

Luchstelemetrie, Fledermaus- und Kleinsäugererfassung, Material für terrestrisches Wirbellosenmonitoring, Materialien zur Fließgewässer- und Mooruntersuchung, Material Waldstrukturaufnahmen, Material Brockengarten, Material für das Labor

	Ist 31.12.2023	2024	2025	2026
Anhänger	4	5	5	5
LKW (Kauf)	1	1	1	1
LKW (Leasing)	1	1	1	1
PKW (Kauf)	5	5	5	5
PKW (Leasing)	1	1	1	1
Quad	1	1	1	1
Zusammen	13	14	14	14

518 71	331	Mieten und Pachten	11.200	11.700	8.700
			7.033	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fahrzeugleasing	10.200	10.200	7.200
2.	Miete Frankiermaschine	500	500	500
3.	Sonstiges	500	1.000	1.000
4.	Miete für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	0	0	0
	Summe	11.200	11.700	8.700

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 71

zu 3.

sonstige Mieten: Raummiete für wissenschaftliche Tagungen und sonstige Veranstaltungen

522 71	331	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	2.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	0	0	0	0
2. Gleichartige Beratungsleistungen ab 20.000 EUR	0	0	0	0
3. Sonstige Beratungsleistungen von weniger als 20.000 EUR	0	0	0	0
4. Ausnahmen gem. § 34 a Abs. 5 LHO	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0

Vorsorglich Leertitel.

525 71	331	Aus- und Fortbildung	11.500	11.500	25.000
			36.526	0	0

Erläuterungen:

Schulungsprogramme zur Umweltbildung und -erziehung, Fortbildungsveranstaltungen, Umsetzung Personalentwicklungskonzept, Frauenförderplan, gemeinsame Fortbildung der örtlichen Personalräte (Niedersachsen und Sachsen-Anhalt), externe fachliche Fortbildungen für neue Mitarbeiter, in 2026 geplante Meisterschule

527 71	331	Reisekosten	22.200	22.200	22.200
			16.248	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten allgemein - länderübergreifend.

532 71	331	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	382.000	582.000	617.000
			359.493	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 71

Erläuterungen:

- Printmedien, Internet, audiovisuelle Medien

- Besucherlenkung, Informations- und Bildungsinstallationen im Gelände (Schautafeln, Beschilderung, Themenpfade)

Einige Naturerlebnispfade im Nationalpark zeigen aufgrund ihres Alters inzwischen inhaltlichen Überarbeitungs- und grundlegenden Sanierungsbedarf, auch um Schaden von den Besucherinnen und Besuchern abzuwenden (z.B. Wildnispfad Ilseburg, Naturmythenpfad Braunlage, Löwenzahnpfad Drei Annen Hohne, WaldWandelWeg Torfhaus). Um die Pfade dauerhaft attraktiv zu halten und somit den Auftrag der Informationsvermittlung sicherzustellen, sind neben reinen Informationstafeln ansprechende Mitmachelemente und z.T. auch digitale Begleitmedien anzubieten. Für die Sanierung und eine weitere Steigerung der Attraktivität der genannten Pfade sind in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 zusätzliche Haushaltsmittel notwendig.

- öffentlichkeitswirksame Kampagnen (Waldwandel, Müll, schutzgebietskonforme Freizeitnutzung)

- Messen und Veranstaltungen (Wiss. Tagung, Kunstausstellung NATUR MENSCH, Fotowettbewerb HarzNatur, Wechselausstellungen, regionale und überregionale Messen und Veranstaltungen)

- Kooperation mit der Region, Tourismus, Nationalpark-Partner

- Fortführung Sozioökonomisches Monitoring / Akzeptanzforschung

- Betrieb und Unterhaltung (inkl. Dauerausstellungen) der Nationalparkhäuser Ilsetal, Schierke, HohneHof (inkl. Außeninstallationen) und HarzWaldHaus Bad Harzburg sowie der Informationsstellen Bad Sachsa, Braunlage, Bad Lauterberg, Sieber, Riefensbeek, Altenau, Halberstadt und Lonau

Ebenso wie die Naturerlebnispfade haben auch einige der Nationalpark-Informationsstellen dringenden Überarbeitungsbedarf.

- Unterhalt der Informationseinrichtungen TorfHaus, Sankt Andreasberg und Brockenhaus

- Unterhaltung der Schaugehege (Luchs, Auerhuhn)

- Bildungsarbeit (Bildungszentrum, Junior Ranger, Zertifizierte Natur- und Landschaftsführer, Wildnisbildung, Partnerschulen, Bildungsmaterialien, Evaluierungen)

- Bundesweites Junior Ranger-Camp 2026 im Nationalpark Harz

2026 findet das bundesweite Junior Ranger-Treffen nach 2006 zum zweiten Mal im Nationalpark Harz statt. Das Treffen wird im Rotationsverfahren von den Großschutzgebieten unter dem Dach der Nationalen Naturlandschaften e.V. ausgerichtet. Bis zu 300 teilnehmende Kinder und Jugendliche aus den Großschutzgebieten Deutschlands werden erwartet. Das Treffen hat eine hohe Strahlkraft über den Harz hinaus. Im Rahmen des Treffens wird ein umfangreiches naturkundliches Bildungsprogramm für die Teilnehmenden angeboten. Da der Teilnahmebeitrag im Rahmen der bundesweiten Junior-Treffen üblicherweise einen symbolischen Betrag nicht überschreitet, um keine Kinder oder Jugendlichen von der Veranstaltung auszuschließen, besteht im Rahmen der Bildungsarbeit des Nationalparks für 2026 ein erheblicher Mehrbedarf an Haushaltsmitteln.

- Jugendwaldheim (mehrtägige Bildungsprogramme)

533 71	331	Dienstleistungen Außenstehender	180.400	259.500	229.500
			177.724	0	0

Erläuterungen:

Werkverträge für Laboruntersuchungen, Monitoring, Wegenaturierung, Moorforschung und -kartierung, Walddynamik, Fließgewässer, Quellbiotope, Zoologie, Botanik, Geologie und Naturwaldforschung, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Artenschutzmaßnahmen

Fremdleistungen Werkstatt Oderhaus und Wernigerode (u. a. Schärfen von Sägeblättern).

542 71	331	Umsatzsteuer	500	500	500
			118	0	0

Übertragbar

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 542 71

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für den Nationalpark Harz (länderübergreifend anteilig für Sachsen-Anhalt und Niedersachsen) erfolgen aus diesem Titel.

Verkauf von Broschüren/Schriftenreihen länderübergreifend

547 71	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			571	0	0

685 71	331	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	13.800	16.400	16.400
			16.009	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Mitgliedsbeitrag "Nationale Naturlandschaften e. V."	11.300	11.300	11.300
2.	Mitgliedsbeitrag Föderation EUROPARC	600	3.200	3.200
3.	Harzer Tourismusverband	300	300	300
4.	Gartenträume e. V.	1.600	1.600	1.600
	Summe	13.800	16.400	16.400

811 71	332	Erwerb von Fahrzeugen	7.000	0	0
			32.179	0	0

812 71	331	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	45.000	35.000	10.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Ergänzung und Ersatzbeschaffung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für die Werkstätten Drängelal und Oderhaus sowie des Nationalparkhauses Ilsetal

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	1.011.100	1.283.900	1.274.400
		0	0

72 Jugendwaldheim (länderübergreifend)

Übertragbar

*** Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 81 Titel 282 72 und um 155,56 v. H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 81 Titel 232 72.

Erläuterungen:

Die Kosten des Betriebs des Jugendwaldheims Brunnenbachsmühle für die Unterbringung und Verpflegung von Jugendlichen während des Jugendwaldeinsatzes sowie von Freizeitgruppen werden als länderübergreifende Aufgabe aus dieser Titelgruppe finanziert. Die Kostenübernahme erfolgt entsprechend Art. 8 Abs. 1 des Staatsvertrages im Verhältnis 1,8 zu 1 durch das Land Niedersachsen und das Land Sachsen-Anhalt.

429 72	331	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

542 72	331	Umsatzsteuer	1.300	1.300	1.300
			785	0	0

Übertragbar

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 542 72

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Zu zahlende Umsatzsteuer aus Einnahmen für Fremdvermietung im Jugendwaldheim. Entsprechende Einnahmen kommen bei Kapitel 09 81 Titel 282 72 auf.

547 72	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	49.400 73.550	49.400 0	49.400 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			50.700	50.700 0	50.700 0

**73 Informations- und Kommunikationstechnologie
(länderübergreifend)**

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um 155,56 v. H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 81 Titel 232 73 und 332 73.

Erläuterungen:

Die Titelgruppe dient der Veranschlagung der Kosten für die länderübergreifenden IT-Aufgaben der Nationalparkverwaltung.

511 73	331	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	0 13.171	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

533 73	331	Dienstleistungen Außenstehender	399.700 338.286	400.000 0	400.000 0

Erläuterungen:

Die Betreuung des niedersächsischen Datennetzes durch die Niedersächsischen Landesforsten (NLF) wurde mit Ablauf des Jahres 2021 beendet. Für die einheitliche Betreuung wurde ab 2022 der Dienstleister IT.Niedersachsen gebunden.

682 73	331	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

812 73	331	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73			399.700	400.000 0	400.000 0

74 Sonstige länderübergreifende Projekte

Übertragbar

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 81 Titel 232 74.

532 74	332	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

533 74	332	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

547 74	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 74			0	0	0
				0	0

79 Spenden und deren Verwendung (länderübergreifend)

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 09 81 Titel 282 79.

Erläuterungen:
Verwendung von Spenden Dritter zur Unterstützung der länderübergreifenden Aufgaben der Nationalparkverwaltung Harz.
Vorsorglich Leertitelgruppe.

429 79	331	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

511 79	331	Geräte für Fachaufgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

532 79	331	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

547 79	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			170.125	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich Leertitel.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
684 79	331	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich Leertitel.			
761 79	331	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich Leertitel.			
812 79	331	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich Leertitel.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 79			0	0	0
				0	0
81		Nationalparkverwaltung Harz (Niedersachsen)			
		Übertragbar			
		* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 81 Titelgruppe 81.			
459 81	331	Sonstiges	29.000	29.000	29.000
			28.049	0	0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände Forstwirte	23.000	23.000	23.000
2.		Entschädigung Arbeitszimmer, Jagdaufwand, Futtergeld	6.000	6.000	6.000
		Summe	29.000	29.000	29.000
514 81	331	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	75.000	75.000	75.000
			72.275	0	0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Haltung von Fahrzeugen	75.000	75.000	75.000
2.		Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.		Verbrauchsmittel	0	0	0
4.		Sonstiges	0	0	0
		Summe	75.000	75.000	75.000

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 81

	Ist 31.12.2023	2024	2025	2026
PKW	18	18	18	18
LKW, Nutz-/Sonderfahrzeug	11	11	11	11
Zusammen	29	29	29	29

517 81	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	122.000 152.220	129.000 0	129.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Energie (Heizung, Strom, Gas)	53.000	53.000	53.000
2.	Beiträge für Wasserunterhaltungsverbände (Rhume- u. Okerverband)	69.000	76.000	76.000
	Summe	122.000	129.000	129.000

518 81	331	Mieten und Pachten	33.000 22.297	33.000 0	33.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	33.000	33.000	33.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	33.000	33.000	33.000

519 81	331	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	12.000 3.623	12.000 0	12.000 0

546 81	331	Vermischte Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

547 81	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 8.330	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

711 81	331	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

811 81	331	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	83.000 0	110.000 0	113.000 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 81

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatzbeschaffung von Dienst-Pkw mit Sonderausstattung	33.000	0	0
2.	Ersatzbeschaffung einer Transporter Pritsche	50.000	0	0
3.	Ersatzbeschaffung von zwei E-Fahrzeugen mit Sonderausstattung	0	110.000	113.000
Summe		83.000	110.000	113.000

2025

1.Ersatzbeschaffung für GS-NP 12, Einsatz Revierleiterin Revier Oderhaus, geländegängiges E-Fahrzeug, Befahren von unwegsamen Wegen, dadurch verstärkter Unterbodenschutz und Bodenfreiheit sowie Allrad notwendig. Als weitere Sonderausstattung ist eine Anhängerkupplung erforderlich - 55.000 EUR

2.Ersatzbeschaffung für GS-NP 21, Einsatz Funktionsstelle Monitoring, geländegängiges E-Fahrzeug, Befahren von unwegsamen Wegen, dadurch verstärkter Unterbodenschutz und Bodenfreiheit sowie Allrad notwendig. Als weitere Sonderausstattung ist eine Anhängerkupplung erforderlich - 55.000 EUR

zur Aussonderung vorgesehen:

- 1.GS-NP 12 - Baujahr 2016
- 2.GS-NP 21 - Baujahr 2016

2026

1.Ersatzbeschaffung für BRL-NP 306, Einsatz Revierleiter Revier Torfhaus, geländegängiges E-Fahrzeug, Befahren von unwegsamen Wegen, dadurch verstärkter Unterbodenschutz und Bodenfreiheit sowie Allrad notwendig. Als weitere Sonderausstattung ist eine Anhängerkupplung erforderlich - 56.500 EUR

2.Ersatzbeschaffung für GS-NP 201, Einsatz Funktionsstelle Wegebau geländegängiges E-Fahrzeug, Befahren von unwegsamen Wegen, dadurch verstärkter Unterbodenschutz und Bodenfreiheit sowie Allrad notwendig. Als weitere Sonderausstattung ist eine Anhängerkupplung erforderlich - 56.500 EUR

zur Aussonderung vorgesehen:

1. BRL-NP 306 - Baujahr 2017
2. GS-NP 201 - Baujahr 2017

812 81	331	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 81			354.000	388.000	391.000
				0	0

82 Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, Waldbehandlung und Wildbestandsregulierung (Niedersachsen)

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 81 Titelgruppe 82.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Zu den Aufgaben der Nationalparkverwaltung gehört die Entwicklung von Waldflächen zu Naturdynamikbereichen sowie die Reduzierung des Bestandes jagdbarer Tierarten im Einklang mit der Nationalparkzielsetzung. Ausgaben im Rahmen der Waldbehandlung fallen an für Holzernte, Samen- und Pflanzenbeschaffung, Bestandsbegründung und -pflege sowie Waldschutz. Darin enthalten sind auch Ausgaben für Maschinen und Geräte, Unternehmereinsätze, Unterhaltung von Wegen und Schutzhütten. Zur Wildbestandsregulierung gehören alle Ausgaben im Zusammenhang mit der Bejagung, der Hege, der Wildverwertung und der Untersuchung der Wildbestandsentwicklung inklusive jagdlicher Effizienzanalysen.

Im Zuge der Durchführung des Gesetzes über den Nationalpark "Harz (Niedersachsen)" sind im Nationalpark eine Vielzahl von Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsarbeiten (§ 11 NPG-HarzNI) zu verrichten. Die Kosten trägt gemäß § 13 NPG-HarzNI i. V. m. § 15 Abs. 2 und 3 NAGBNatSchG das Land. Analog zu dieser Titelgruppe wurde im Haushalt des Niedersachsen im Einzelplan 15, Kapitel 15 24 die Titelgruppe 82 ausgebracht. Es werden auch Billigkeitsleistungen gemäß § 53 LHO für Nutztierrisse durch den Luchs gezahlt. Für Meldungen von Luchsrissen werden Aufwandsentschädigungen geleistet.

429 82	331	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

514 82	331	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse	2.000	2.000	2.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten - soweit das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt - nach Maßgabe der jeweils geltenden Regelungen des MU Niedersachsen eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung. Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24.03.1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

519 82	331	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	53.000	53.000	53.000
			27.130	0	0

Erläuterungen:

Für den Nationalpark sind umfangreiche nicht waldbauliche Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen notwendig. Für diese nach § 15 NAGBNatSchG durchzuführenden Maßnahmen entstehen Planungs- und Durchführungskosten.

533 82	331	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

547 82	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	975.000	2.194.000	1.270.000
			940.870	0	0

Erläuterungen:

Abschluss von Werkverträgen zur Vorbereitung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Bestandslenkung und für wissenschaftliche Untersuchungen sowie zur Umsetzung von Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der biologischen Vielfalt.

681 82	331	Schadensersatzleistungen für Wildschäden	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

711 82	331	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	54.000	54.000	54.000
			148.602	0	0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 711 82

Erläuterungen:

Reparatur von Brücken

761 82	331	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

812 82	331	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	54.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ergänzungsbeschaffung eines Forstraktors für die Übernahme von Unternehmerarbeiten in Eigenregie.

Nachrichtlich: Summe TGr. 82			1.138.000	2.303.000	1.379.000
				0	0

83 Verstärkte Förderung des Naturschutzes (Niedersachsen)

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 09 81 Titelgruppe 83.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Verstärkungsmittel zum Ausgleich des Wegfalls der Förderung von Naturschutzmaßnahmen nach dem Verkauf der Harzwasserwerke.

429 83	331	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

519 83	331	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	70.000	70.000	70.000
			32.772	0	0

Erläuterungen:

Mittel zur Durchführung von Maßnahmen zum Schutz und zur Renaturierung von Biotopen.

533 83	331	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

547 83	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	24.000	24.000	24.000
			7.118	0	0

Erläuterungen:

Mittel für den Aufbau von wissenschaftlichen Datenbanken, für genetische Untersuchungen sowie sonstige Ausgaben für Forschung und Dokumentation.

09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -**
09 81 **Nationalpark Harz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
633 83	331	Zuweisungen zur Ausstattung und Unterhaltung von Informationseinrichtungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.			
761 83	331	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.			
812 83	331	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10.000 4.798	10.000 0	10.000 0
		Erläuterungen: Kauf von Telemetriesendern.			
893 83	331	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 83			104.000	104.000 0	104.000 0

09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Landwirtschaft und Forsten -
09 81 Nationalpark Harz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	686.500	433.500	433.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.267.400	3.696.400	2.882.400
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	295.700	247.500	239.500
Gesamteinnahme		3.249.600	4.377.400	3.555.400

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	4.157.700	4.116.500	3.862.900
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.651.100	5.160.900	4.210.400
			15.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	519.900	327.300	327.300
			0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	304.000	304.000	304.000
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	590.500	278.000	226.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	14.600	70.900	71.400
			0	0
Gesamtausgabe		9.237.800	10.257.600	9.002.000
Gesamtsumme der VE			15.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-5.988.200	-5.880.200	-5.446.600

Stellenpläne

Stellenübersichten

Kapitel 09 10 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (Stellenplan)

Kapitel 09 60 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG) (Stellenplan)

Kapitel 09 80 Landesbetriebe der Forstverwaltung, Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt (Stellenplan)

Kapitel 09 81 Nationalpark Harz (Stellenplan)

Stellenübersicht 2025

Stellenübersicht 2026

Stellenübersicht übrige TGr. 2025

Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenübersicht TGr. 89 2025

Stellenübersicht TGr. 89 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in, Leitende/r Landwirtschaftsdirektor/-in, Leitende/r Forstdirektor/-in	4	4	4
A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Forstdirektor/-in	26	26	26
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberrat/-rätin, Vermessungsoberrat/-rätin, Forstoberrat/-rätin	25	25	25
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin	5	5	5
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin, Forstrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberamtsrat/-rätin, Forstoberamtsrat/-rätin, Vermessungsoberamtsrat/-rätin	18	18	18
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsamtsrat/-rätin, Vermessungsamtsrat/-rätin, Forstamtsrat/-rätin	47	47	47
A11	Regierungsamtmann/-frau, Landwirtschaftsamtmann/-frau, Vermessungsamtmann/-frau	25	28	28
A11	Forstamtmann/-frau, Regierungsamtmann/-frau	25	25	25
A10	Regierungsoberinspektor/-in, Landwirtschaftsoberinspektor/- in, Vermessungsoberinspektor/-in	40	43	43
A10	Forstoberinspektor/-in, Regierungsoberinspektor/-in	24	24	24
A9 L2.1	Regierungsinspektor/-in, Landwirtschaftsinspektor/-in, Vermessungsinspektor/-in	2	2	2
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	1	1	1
A8	Regierungshauptsekretär/-in, Vermessungshauptsekretär/-in	1	1	1
A7	Regierungsobersekretär/-in, Vermessungsobersekretär/-in	1	1	1
Summe :		244	250	250

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Forstdirektor/-in	2	2	2
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsamtsrat/-rätin, Vermessungsamtsrat/-rätin, Forstamtsrat/-rätin	2	2	2
Summe [Leerstellen]:		4	4	4

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A11							3					+3	Aufgabenveränderung
2	A10			6									+3	Umsetzung von 0310, LEADER/CLLD im Bereich ELER
3									3					Aufgabenveränderung
Ohne TG 96				6				3	3				+6	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

			Stellenanzahl		
			2024	2025	2026
428 01					
<i>EntgeltGruppe</i>					
E 14	Techn. Verw./Landw. Dienst		1	1	1
E 13	Techn. Verw./Landw. Dienst		7	7	7
E 12	Techn. Verw./Landw. Dienst		9	9	9
E 11	Techn. Verw./Landw. Dienst		45	45	45
E 11	Verwaltungsdienst		2	2	2
E 10	Techn. Verw./Landw. Dienst		84	84	84
E 10	Verwaltungsdienst		3	3	3
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst		41	41	41
E 9b	Verwaltungsdienst, Landwirtschaftlicher Verwaltungsdienst		97	86	86
E 9a	Verwaltungsdienst, Landwirtschaftlicher Verwaltungsdienst		4	4	4
E 8	Techn. Verw./Landw. Dienst		23	23	23
E 7	Techn.-/Verwaltungsdienst		3	3	3
E 6	Techn. Verw./Landw. Dienst, Sonstige Dienste		27	21	21
E 5	Landwirtschaftl. Dienst, Verwaltungsdienst/Techn. Verwaltungsdienst		0	0	0
Summe :			346	329	329

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 14	Techn. Verw./Landw. Dienst	2	2	2
E 12	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 11	Techn. Verw./Landw. Dienst	4	4	4
E 9b	Verwaltungsdienst, Landwirtschaftlicher Verwaltungsdienst	4	4	4
Summe [Leerstellen]:		13	13	13

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9b		11										-11	Anpassung VzÄ-Ziele
2	E 6		6										-6	Einsparung VzÄ-Ziele
Ohne TG 96			17										-17	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	2025	2026
B3	Präsident/-in der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau	1	1	1

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	2025	2026
A16	Leitende/r Landwirtschaftsdirektor/-in, Leitende/r Studiendirektor/-in	3	3	3
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Forstdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Veterinärdirektor/-in, Studiendirektor/-in	12	12	12
A14	Forstoberrat/-rätin	1	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberrat/-rätin	6	6	6
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin	6	6	6
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/rätin, Landwirtschaftsoberamtsrat/-rätin	2	2	2
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsamtsrat/-rätin	3	3	3
A11	Regierungsamtmann/-frau, Landwirtschaftsamtmann/-frau	14	14	14
A11	Forstamtmann/-frau, Regierungsamtmann/-frau	1	1	1
A10	Regierungsoberinspektor/-in, Landwirtschaftsoberinspektor/-in	4	4	4
Summe :		54	54	54

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	2025	2026
A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Forstdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Veterinärdirektor/-in	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsamtsrat/-rätin	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		2	2	2

428 01

EntgeltGruppe

		2024	2025	2026
E 15	Wiss. Dienst/Verw. Dienst	10	10	10

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 14	Verwaltungsdienst/wissenschaftl. Dienst, Techn.-/Verwaltungsdienst	36	36	36
E 13	Studienrat/-rätin	2	2	2
E 13	Tierärztl./Lebensmitteluntersuchungsdienst/Verw. Dienst	3	3	3
E 13	Wiss. Dienst/Verw. Dienst/Techn. Dienst	15	15	15
E 12	Landwirtschaftl. Dienst, Techn.-/Verwaltungsdienst	10	10	10
E 11	Landwirtschaftl. Dienst, Verwaltungsdienst/Techn. Verwaltungsdienst	36	36	36
E 10	Landwirtschaftl. Dienst, Verwaltungsdienst/Techn. Verwaltungsdienst	16	16	16
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst, Landwirtschaftlicher Verwaltungsdienst	3	3	3
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	6	6	6
E 9a	Verwaltungsdienst, Landwirtschaftlicher Verwaltungsdienst	14	14	14
E 8	Landwirtschaftl. Dienst, Verwaltungsdienst/Techn. Verwaltungsdienst	1	1	1
E 7	Landwirtschaftl. Dienst, Verwaltungsdienst/Techn. Verwaltungsdienst	17	17	17
E 6	Landwirtschaftl. Dienst, Verwaltungsdienst/Techn. Verwaltungsdienst	4 ¹⁾	4 ¹⁾	4 ¹⁾
E 6	Verwaltungs-, Veterinär- u. Lebensmitteluntersuchungsdienst	9	9	9
E 6	Hausmeisterdienst	1	1	1
E 5	Hausmeister-/Handwerklicher Dienst/Küchendienst, Sonstige Dienste (Gärtner, landw. Arbeiter)	14	14	14
E 5	Landwirtschaftl. Dienst, Verwaltungsdienst/Techn. Verwaltungsdienst	10	10	10
E 5	Sonstige Dienste (Gärtner, landw. Arbeiter), Technischer Dienst	7	7	7
E 5	Verwaltungs-, Veterinär- u. Lebensmitteluntersuchungsdienst	1	1	1
E 4	Sonstige Dienste (Gärtner, landw. Arbeiter), Handwerklicher Dienst	5	5	5
E 3	Sonstige Dienste	6	0	0
Summe :		228	222	222

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 15	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 12	Regierungsamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsamtsrat/-rätin	3	3	3
Summe [Leerstellen]:		6	6	6

1) Der Vorzimmerkraft des Leiters der oberen Landesbehörde kann für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmerdienst eine außertarifliche widerrufliche Zulage auf Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.: 1412-3076/S8 gewährt werden.

Stellen künftig wegfallend:

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

3 Stellen E 11 am 31.12.2025 Corona-Mehrbedarf

(aus HH 2022)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 3		6										-6	Anpassung VzÄ-Ziele
Ohne TG 96			6										-6	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 70	(70)			

Die Stellen sind vorsorglich zur Absicherung der Bekämpfungsmaßnahmen des Asiatischen Laubholzbockkäfers eingestellt.

EntgeltGruppe

E 13	Techn.-/Verwaltungsdienst, Forstwirtschaftlicher Dienst	0	0	0
E 11	Techn.-/Verwaltungsdienst, Forstwirtschaftlicher Dienst	0	0	0
E 5	Techn.-/Verwaltungsdienst/Sonstige Dienste, Forstwirt/-in	0	0	0
Summe :		0	0	0

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 89	(89)			

EntgeltGruppe

GG 10	Betriebsleiter	0	0	0
GG 9	Technischer Dienst, sonstiger Dienst	0	0	0
GG 6	Verwaltungsdienst	0	0	0
LG6	Landwirtschaftlicher Dienst, Sonstige Dienste	0	0	0
E 8	Betriebsleiter	1	1	1
E 7	Technischer Dienst	1	1	1
LG7	Landwirtschaftlicher Dienst, sonst. Dienst	0	0	0
E 6	Landwirtschaftl. Dienst, Verwaltungsdienst/Techn. Verwaltungsdienst	6	6	6
E 5	Landwirtschaftl. Dienst, Verwaltungsdienst/Techn. Verwaltungsdienst	17	17	17
LG5	Landwirtschaftlicher Dienst, sonst. Dienste	0	0	0

09 60

Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 4	Techn. Dienst, Landwirtschaftlicher Dienst, sonst. Dienste	4	4	4
Summe :		29	29	29

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 63	(63)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende/r Forstdirektor/-in	0	0	0
A15	Forstdirektor/-in	2	2	2
A14	Forstoberrat/-rätin	5	5	5
A12	Forstamtsrat/-rätin, Regierungsamtsrat/-rätin	3	3	3
A11	Forstamtmann/-frau, Regierungsamtmann/-frau	2	2	2
A10	Forstoberinspektor/-in, Regierungsoberinspektor/-in	0	0	0
Summe :		12	12	12

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 63	(63)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Wissenschaftlicher Dienst, Forstwirtschaftlicher Dienst	1	1	1
E 13	Wissenschaftlicher Dienst, Forstwirtschaftlicher Dienst	1	1	1
E 11	Forstwirtschaftlicher Dienst	3	2	2
E 10	Verwaltungsdienst, Forstwirtschaftlicher Dienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9a	Verwaltungsdienst, Forstwirtschaftlicher Verwaltungsdienst	1	1	1
E 8	Techn.-/Verwaltungsdienst, Forstwirtschaftlicher Dienst	0	0	0
Summe :		8	7	7

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Ein-spar-un-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziele
Ohne TG 96			1										-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 89	(89)			

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B2	Direktor/-in des Landesforstbetriebes	1	1	1
B2	Direktor/-in des Landeszentrums Wald	1	1	1

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A16	Leitende/r Forstdirektor/-in	2	2	2
A15	Forstdirektor/-in	12	0	0
A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Forstdirektor/-in	1	14	14
A14	Forstoberrat/-rätin	1	0	0
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberrat/-rätin, Forstoberrat/-rätin, Vermessungsoberrat/-rätin, Veterinäroberrat/-rätin	32	32	32
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin, Forstrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin	0	1	1
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin, Forstrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberamtsrat/-rätin, Forstoberamtsrat/-rätin, Vermessungsoberamtsrat/-rätin	4	3	3
A12	Forstamtsrat/-rätin, Regierungsamtsrat/-rätin	23	28	28
A11	Forstamtmann/-frau, Regierungsamtmann/-frau	130	125	125
A10	Forstoberinspektor/-in, Regierungsoberinspektor/-in	45	45	45
Summe :		252	252	252

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Forstdirektor/-in	2	2	2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A12	Forstamtsrat/-rätin, Regierungsamtsrat/-rätin	4	4	4
Summe [Leerstellen]:		6	6	6

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle A13 L2.1 in A11

(aus HH 2014)

BesGr./EntgeltGr.	LZW	LFB	Zusammen
B2	1	1	2
A16	1	1	2
A15	6	8	14
A14	26	6	32
A13		1	1
A13	1	2	3
A12	19	9	28
A11	76	49	125
A10	42	3	45
Zusammen	172	80	252

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A15											12	-12	Aufgabenveränderung
2	A15							1					+13	
3												12		
4	A14											1	-1	Aufgabenveränderung
5	A14								1				0	
6												1		
7	A13 L2.2							1					+1	Aufgabenveränderung
8	A13 L2.1									1			-1	Aufgabenveränderung
9	A12							5					+5	Aufgabenveränderung
10	A11									5			-5	Aufgabenveränderung
Ohne TG 96								7	7			13	0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 89	(89)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 15	Forstwirtschaftlicher Dienst	1	1	1
E 13	Forstwirtschaftlicher Dienst	1	2	2
E 12	Forstwirtschaftlicher Dienst	3	3	3
E 11	Forstwirtschaftlicher Dienst, Verwaltungsdienst	22	21	21

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 10	Forstwirtschaftlicher Dienst	12	12	12
E 10	Forstwirtschaftlicher Dienst, Verwaltungsdienst	13	13	13
E 9b	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 9a	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 9a	Forstwirtschaftlicher Dienst	3	3	3
E 9a	Wirtschaftsleiter/-in	1	1	1
E 8	Forstwirtschaftlicher Dienst	4	4	4
E 8	Verwaltungsdienst	14	14	14
E 8	Waldarbeiter/-in	29	29	29
E 8	Forstwirtschaftsmeister/-in, Maschinenführer/-in	27	27	27
E 7	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 7	Maschinenführer/-in	8	8	8
E 6	Verwaltungsdienst	53 ¹⁾	53 ¹⁾	53 ¹⁾
E 6	Waldarbeiter/-in	91	91	91
E 6	Forstwirt/-in, Waldarbeiter/-in, Maschinenführer/-in	21	21	21
E 5	Technischer Dienst	1	1	1
E 5	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 5	Forstwirt/-in, Waldarbeiter/-in, Revierjäger/-in	102	94	94
Summe :		417	409	409

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 11	Forstwirtschaftlicher Dienst	3	3	3
E 8	Forstwirtschaftlicher Dienst	20	20	20
Summe [Leerstellen]:		23	23	23

- 1) Der Vorzimmerkraft des Leiters der oberen Landesbehörde kann für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmerdienst eine außertarifliche widerrufliche Zulage auf Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.: 1412-3076/S8 gewährt werden.

BesGr./EntgeltGr.	LZW	LFB	Zusammen
E 15	0	1	1
E 13	0	2	2
E 12	0	3	3
E 11	4	17	21
E 10	11	14	25
E 9b	3	0	3
E 9a	1	7	8
E 8	46	28	74
E 7	1	9	10
E 6	140	25	165
E 5	2	95	97
Zusammen	208	201	409

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13							1					+1	Aufgabenveränderung
2	E 12							1					0	Aufgabenveränderung
3									1					Aufgabenveränderung
4	E 11								1				-1	Aufgabenveränderung
5	E 5		8										-8	Anpassung VzÄ-Ziele
Ohne TG 96			8					2	2				-8	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Auszubildende werden ohne Stelle aus dem Wirtschaftsplan finanziert.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
A15	Forstdirektor/-in	2	2	2
A14	Forstoberrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.2	Forstrat/-rätin	5	5	5
A11	Forstamtmann/-frau, Regierungsamtmann/-frau	8	8	8
Summe :		17	17	17

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Forstdirektor/-in	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		1	1	1

428 01

EntgeltGruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
E 13	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 8	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 6	Verwaltungsdienst	5	5	5
Summe :		12	12	12

428 61 (61)

EntgeltGruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
E 9b	Sonstiger Dienst	1	1	1
E 8	Waldarbeiter/-in	4	4	4
E 7	Sonstige Dienste	10	10	10
E 7	Waldarbeiter/-in	14	14	14
E 6	Waldarbeiter/-in	11	11	11
Summe :		40	40	40

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0910	0960	0981								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B B3 L2.2		1									1
Summe		1									1
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	4	4									8
A15 L2.2	26	12	2								40
A14 L2.2	25	7	2								34
A13 L2.2	5	6	5								16
A13 L2.1	18	2									20
A12 L2.1	47	3									50
A11 L2.1	53	15	8								76
A10 L2.1	67	4									71
A9 L2.1	2										2
A9 L1.2	1										1
A8 L1.2	1										1
A7 L1.2	1										1
Summe	250	53	17								320
Summe 2025	250	54	17								321
Summe 2024	244	54	17								315
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 15		10									10
E 14	1	36									37
E 13	7	20	1								28
E 12	9	10									19
E 11	47	36	2								85
E 10	87	16									103
E 9b	127	5	2								134
E 9a	4	20									24
E 8	23	1	2								26
E 7	3	17									20
E 6	21	14	5								40
E 5	0	32									32
E 4		5									5
E 3		0									0
Summe 2025	329	222	12								563
Summe 2024	346	228	12								586
Stellen 2025	579	276	29								884
Stellen 2024	590	282	29								901

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	0910	0960	0981								Summe
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung A											
A15 L2.2	2	1	1								4
A12 L2.1	2	1									3
Summe	4	2	1								7
Summe 2025	4	2	1								7
Summe 2024	4	2	1								7
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 15		3									3
E 14	2										2
E 12	3	3									6
E 11	4										4
E 9b	4										4
Summe 2025	13	6									19
Summe 2024	13	6									19
Leerstellen 2025	17	8	1								26
Leerstellen 2024	17	8	1								26

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	0910	0960	0981								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B B3 L2.2		1									1
Summe		1									1
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	4	4									8
A15 L2.2	26	12	2								40
A14 L2.2	25	7	2								34
A13 L2.2	5	6	5								16
A13 L2.1	18	2									20
A12 L2.1	47	3									50
A11 L2.1	53	15	8								76
A10 L2.1	67	4									71
A9 L2.1	2										2
A9 L1.2	1										1
A8 L1.2	1										1
A7 L1.2	1										1
Summe	250	53	17								320
Summe 2026	250	54	17								321
Summe 2025	250	54	17								321
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 15		10									10
E 14	1	36									37
E 13	7	20	1								28
E 12	9	10									19
E 11	47	36	2								85
E 10	87	16									103
E 9b	127	5	2								134
E 9a	4	20									24
E 8	23	1	2								26
E 7	3	17									20
E 6	21	14	5								40
E 5	0	32									32
E 4		5									5
E 3		0									0
Summe 2026	329	222	12								563
Summe 2025	329	222	12								563
Stellen 2026	579	276	29								884
Stellen 2025	579	276	29								884

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	0910	0960	0981								Summe
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung A											
A15 L2.2	2	1	1								4
A12 L2.1	2	1									3
Summe	4	2	1								7
Summe 2026	4	2	1								7
Summe 2025	4	2	1								7
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 15		3									3
E 14	2										2
E 12	3	3									6
E 11	4										4
E 9b	4										4
Summe 2026	13	6									19
Summe 2025	13	6									19
Leerstellen 2026	17	8	1								26
Leerstellen 2025	17	8	1								26

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

[illegible]

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 11
Ministerium für Justiz und
Verbraucherschutz

Vorwort zum Einzelplan 11

A. Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Die Judikative ist eine der drei Gewalten in unserem Rechtsstaat. Dem Landtag obliegt die gesetzgebende Gewalt, der Landesregierung und den Landesbehörden die vollziehende Gewalt sowie der Judikative mit den Gerichten die Recht sprechende Gewalt. Zur Justiz gehören auch die Staatsanwaltschaften, die Justizvollzugsanstalten und der Soziale Dienst der Justiz.

Das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt stellt sicher, dass die Justiz ihre vielfältigen und verantwortungsvollen Aufgaben zuverlässig erledigen und sich dabei zeitgemäßer Arbeitsmittel und -methoden bedienen kann. Um eine zuverlässige Arbeit zu ermöglichen, muss die Justiz in allen Bereichen mit qualifiziertem Personal bedarfsgerecht ausgestattet sein. Im Land Sachsen-Anhalt stellt sich die besondere Herausforderung, in den nächsten Jahren eine hohe Anzahl von Altersabgängen zu kompensieren. Dazu tragen eine kontinuierliche Ausbildung und gleichmäßig auf die einzelnen Jahre verteilte Neueinstellungen wirksam bei.

Zeitgemäße Arbeit erfordert in zunehmendem Maße die Umstellung auf digitalisierte Prozesse. Hierbei spielen sowohl die Kommunikation zwischen den Beteiligten – der elektronische Rechtsverkehr – als auch die Arbeitsweise der einzelnen Akteure – die elektronische Aktenführung – eine wesentliche Rolle. Beide Aufgaben werden im Land Sachsen-Anhalt durch die Entwicklungskooperationen in Länderverbünden sowie Pilotierungen in den Dienststellen vorangetrieben. Diesbezügliche Sachausgaben und Investitionen sind im Einzelplan 19 im Kapitel 19 20 etatisiert.

Nach dem Beschluss der Landesregierung über den Aufbau der Landesregierung Sachsen-Anhalt und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche (MBL LSA 2021, S. 660) ist das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz im Einzelnen zuständig für:

- Angelegenheiten der Rechtsetzung (Rechtsetzung – einschließlich Verfassungsmäßigkeit, Notwendigkeit, Vollzugseignung und Rechtsfolgenabschätzung –, Rechtsvereinfachung, Rechtsbereinigung, Rechtsförmlichkeit) und Verkündungswesen samt Amtsblattstelle (GVBl. LSA, MBl. LSA, SVBl. LSA und JMBL. LSA), Vorschrifteninformationssystem,
- Europarecht,
- Freiwillige Gerichtsbarkeit,
- Gerichtsorganisation und Gerichtsverfassung,
- Gerichtsverfahrensrecht und -kostenrecht,
- Gnadenwesen,
- Juristen- und Justizaus- und -fortbildung,
- Justizverwaltungsangelegenheiten,
- Justizvollzug,
- Landesjustizprüfungsamt,
- Landesopferbeauftragte/r,
- Mitgliedschaft in den Richterwahlausschüssen nach Artikel 95 Abs. 2 Grundgesetz und § 1 Abs. 3 Richterwahlgesetz,
- Notariats- und Anwaltswesen,
- Ordnungswidrigkeitenrecht,
- Recht der Schieds- und Schlichtungsstellen,
- Rechtshilfe,
- Soziale Dienste der Justiz,
- Stasi-Unterlagen-Gesetz,
- Strafrecht, Verfassungsrecht des Bundes und des Landes, soweit Rechtsetzung und Landesverfassungsgericht,
- Völkerrecht,
- Verbraucherschutz (Verbraucherberatung, -zentrale, -datenschutz, -bildung einschließlich sonstiger allgemeiner Angelegenheiten des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes; zivilrechtlicher Verbraucherschutz),
- Zentrale Anlaufstelle für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen,
- Zivilrecht.

Im Einzelplan 11 sind neben dem Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz folgende Gerichte und Landesbehörden etatisiert:

- 1 Landesverfassungsgericht
- 1 Oberlandesgericht
- 4 Landgerichte
- 25 Amtsgerichte
- 1 Generalstaatsanwaltschaft
- 4 Staatsanwaltschaften
- 6 Dienststellen des Sozialen Dienstes der Justiz
- 3 Justizvollzugsanstalten
- 1 Jugendanstalt
- 1 Jugendarrestanstalt
- 1 Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen i. S. d. § 26 LHO
- 1 Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt
- 4 Arbeitsgerichte
- 1 Obergerverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt
- 2 Verwaltungsgerichte
- 1 Landessozialgericht Sachsen-Anhalt
- 3 Sozialgerichte
- 1 Finanzgericht des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Ausgaben im Haushalt für Justiz und Verbraucherschutz beruhen überwiegend auf Rechtsverpflichtungen.

Die Personalausgaben (HGr. 4, 6 und 9) sind die größte Ausgabenposition. Der Gesamtansatz beträgt im Jahr 2025 rd. 407 Mio. EUR und im Jahr 2026 rd. 410 Mio. EUR (einschließlich der Entschädigungen für ehrenamtliche Richter und für Vollstreckungsbeamte). Damit beträgt der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben rd. 67 v. H. in 2025 und 2026.

Der zweite wesentliche Ausgabenblock des Justizhaushaltes sind die Auslagen in Rechtssachen (Kapitel 11 20 Titel 685 05 und Kapitel 11 11 Gr. 536) mit einem Anteil von rd. 20 v. H. an den Gesamtausgaben in 2025 und 2026. Der Gesamtansatz hierfür beträgt im Jahr 2025 rd. 118,5 Mio. EUR und rd. 119,5 Mio. EUR in 2026. Die Höhe der Verfahrensauslagen bestimmt sich insbesondere nach der Anzahl und Art der Verfahrens-eingänge, ist aber auch vom Ablauf des einzelnen Verfahrens abhängig, beispielsweise davon, in welchem Umfang Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe zu bewilligen ist oder Sachverständigengutachten einzuholen sind. Einer strategischen Steuerung der Auslagen in Rechtssachen sind aufgrund der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen (Justizgewährungsanspruch gemäß Artikel 19 Abs. 4, Artikel 20 Abs. 3 GG, richterliche Unabhängigkeit gemäß Artikel 97 Abs. 1 GG, sachliche Unabhängigkeit der Rechtspfleger gemäß § 9 RPfG und Legalitätsprinzip gemäß § 152 Abs. 2 StPO) enge Grenzen gesetzt.

Für eine flächendeckende, fachlich versierte, persönliche und unabhängige Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher werden im Kapitel 11 02 für die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e.V. (VZSA) Haushaltsmittel in Höhe von rd. 2,5 Mio. EUR in 2025 und 2026 bereitgestellt.

B. Genderziel

Um auf allen Verwaltungsebenen der Justiz die Gleichstellungs-Kompetenz zu erhöhen und die Bediensteten in ihrem gleichstellungsorientierten Verwaltungshandeln zu stärken, bietet das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz seinen Bediensteten im Ministerium ein „Coaching zum gleichstellungsorientierten Verwaltungshandeln“ an. Diese Maßnahme soll fortgeführt werden und auf die Präsidenten, Präsidentinnen, Direktorinnen und Direktoren im Geschäftsbereich ausgeweitet werden. Die Erhöhung der Gleichstellungskompetenz hat das Ziel, die Führungskräfte für die Unterrepräsentanz von Frauen in Leitungsfunktionen zu sensibilisieren, sie zu motivieren, sich aktiv für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Arbeitsalltag einzusetzen und geeignete Frauen für Beförderungsposten vorzuschlagen und sie entsprechend zu fördern. Außerdem werden Fortbildungen speziell für weibliche Führungskräfte angeboten sowie Schulungen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Haushaltsansätze für Maßnahmen mit Genderziel

	GG 2= Genderziel ist Hauptziel	GG 1= Genderziel ist Nebenziel	GG 0= Genderziel ist kein Ziel
Gesamtsumme Haushaltsansatz in € im Haushaltsjahr 2025	0	460.975.500	130.036.200
Gesamtsumme Haushaltsansatz in € im Haushaltsjahr 2026	0	465.547.300	129.035.200

Aufgrund der Zuordnungsregeln sind die budgetrelevanten Ausgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften, der Justizvollzugsbehörden und des Sozialen Dienstes der Justiz (jeweils Titel 685 02 in den Kapiteln 11 20, 11 30 und 11 40) vollständig als Gender-Nebenziel (GG 1) eingeordnet worden, weil in den Budgets auch die Personalausgaben der in diesen Bereichen tätigen Landesbediensteten etatisiert sind.

C. Geplante Hochbaumaßnahmen

Die Mittel für die Bauunterhaltung sowie für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz im Einzelplan 20 veranschlagt. Die Mittel für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie für die Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung oder im Rahmen von PPP-Projekten sind ebenfalls im Einzelplan 20 veranschlagt.

D. EU-Strukturfondsförderung

Übersicht über die im Rahmen der EU-Förderung 2021 – 2027 im Bereich des Einzelplanes 11 im Haushaltsjahr 2025 geplanten Maßnahmen

(alle Angaben in Euro)

Ebene	Min.	Haushaltsjahr 2025 EU-Fonds Programm/Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landes- anteil	Bundes- anteil	Übrige (Mittel- her- kunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
SZ h (SZ8) / M 15	MJ	Maßnahmen der Re- integration von Straf- gefangenen	60		40		13 22/ 684 64	1.375.500	11 02/ 684 97	917.000	0	0

**Übersicht über die im Rahmen der EU-Förderung 2021 – 2027 im Bereich des Einzelplanes 11
im Haushaltsjahr 2026 geplanten Maßnahmen**

(alle Angaben in Euro)

Ebene	Min.	Haushaltsjahr 2026 EU-Fonds Programm/Maßnahme	Finanzierungs- verhältnis (%)				EU-Mittel-Ausgaben		Aussagen zur nationalen Kofinanzierung			
			EU	Bund	Land	Übrige	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Betrag	Kapitel/ TGr. ggf. Titel	Landes- anteil	Bundes- anteil	Übrige (Mittel- her- kunft)
1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
SZ h (SZ8) / M 15	MJ	Maßnahmen der Re- integration von Straf- gefangenen	60		40		13 22/ 684 64	1.465.500	11 02/ 684 97	977.000	0	0

E. Modernes Haushaltswesen in der Justiz

1. Allgemeine Grundlagen der outputorientierten Budgetierung

Um den steigenden Anforderungen an die öffentlichen Haushalte gerecht werden zu können, setzt die Justiz des Landes Sachsen-Anhalt konsequent und stetig auf die Umsetzung eines modernen Haushaltswesens.

Die outputorientierte Budgetierung mit Produkthaushalten ist im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften, im Justizvollzug und im Sozialen Dienst der Justiz etabliert.

Die Zuweisung der Budgets erfolgt auf der Grundlage von § 17a LHO. Steuerungselemente sind die Kosten- und Leistungsrechnung und das darauf aufbauende Controlling sowie Zielvereinbarungen.

Die Struktur der budgetierten Kapitel ermöglicht durch die kostenartenorientierte Gesamtsicht auf das Budget und dessen Aufteilung auf die Leistungen (Produkte) der Justiz eine transparente Darstellung der Haushaltsansätze. Mit der Zielstellung, die Leistungs- und Wirkungsorientierung in den Fokus zu stellen, werden auch produktorientierte Leistungskennziffern in den Haushalt aufgenommen.

In den Kapiteln 11 20, 11 30 und 11 40 sind die zu erwartenden Einnahmen und geplanten Ausgaben der budgetierten Dienststellen in der im Landeshaushalt einheitlichen Titelstruktur veranschlagt. Die Erläuterungen der Haushaltsansätze berücksichtigen die justizspezifischen Besonderheiten.

Budgetbestandteile auf der Grundlage von § 17a LHO sind die in den kameralen Titeln 685 02 und 894 02 veranschlagten Ausgaben sowie die Verwaltungseinnahmen des Titels 119 59. Die Ausgabebefugnis erhöht sich jeweils um die Mehreinnahmen bei den Verwaltungseinnahmen des Titels 119 59.

Durch die besonderen (verfassungs-)rechtlichen Rahmenbedingungen der Justiz ist im Kapitel 11 20 eine Unterscheidung der Haushaltsmittel in „budgetrelevant“ und „nicht budgetrelevant“ erforderlich. Um den Justizgewährungsanspruch (Artikel 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 GG), die richterliche Unabhängigkeit (Artikel 97 Abs. 1 GG), das Legalitätsprinzip (§ 152 Abs. 2 StPO) und die sachliche Unabhängigkeit der Rechtspfleger (§ 9 RPflG) nicht zu beeinflussen, sind die in den gerichtlichen Verfahren zu erhebenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben gemäß den Beschlüssen der Justizministerkonferenz nicht budgetrelevant. Die Verfahrenseinnahmen und die bei Titel 685 05 veranschlagten Ausgaben sind jedoch Bestandteil des Finanzrahmens.

2. Erläuterungen zur Planungsmethodik der Kosten und Erlöse

Veranschlagt werden ausschließlich zahlungsorientierte Kosten und Erlöse. Kalkulatorische Kosten zur transparenteren Abbildung des tatsächlichen Ressourcenverbrauches werden nachrichtlich ausgewiesen.

Die Bemessung der Personalausgaben beruht auf den Vorgaben der Haushaltstechnischen Richtlinien des Ministeriums der Finanzen und berücksichtigt die zu erwartenden Ist-Ausgaben für den voraussichtlichen Personalkörper je Dienststelle.

Im Ergebnis werden die Personalausgaben entsprechend der geplanten Arbeitskraftverteilung outputorientiert für Produkte ausgewiesen.

Die Sachkosten werden kostenartenorientiert im Vorleistungsbereich sowie produktspezifisch geplant. Im Vorleistungsbereich geplante Sachkosten werden mit Hilfe eines Planumlageverfahrens abschließend outputorientiert auf die Produkte verrechnet. Haushaltsmittel zur Erfüllung von Rechtsverpflichtungen aufgrund bestehender Verträge werden entsprechend der jeweiligen vertraglichen Bestimmungen geplant.

Die im Produkthaushalt dargestellten Verwaltungserlöse entsprechen den nach herkömmlicher Methodik geplanten Ist-Einnahmen.

Grundlage für die Planung der Verfahrenseinnahmen und Verfahrensauslagen im Kapitel 11 20 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) ist eine qualifizierte Geschäftszahlenprognose auf Ebene der Produkte (z. B. Zivilsachen, Strafsachen).

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
11 01	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz		50.900	2.800.000		2.850.900	26.578.400
11 02	Allgemeine Bewilligungen		150.000			150.000	72.128.300
11 11	Landesverfassungsgericht		0			0	512.600
11 20	Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften		135.342.900			135.342.900	
11 30	Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug		2.941.500			2.941.500	
11 40	Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz		100			100	
	Summe 2025		138.485.400	2.800.000		141.285.400	99.219.300
	Summe 2024		128.894.100	2.803.500		131.697.600	83.748.700
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+9.591.300	-3.500		+9.587.800	+15.470.600

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
915.300	0		15.000	1.743.800	29.252.500	-26.401.600	0	11 01
2.138.200	5.373.000			202.600	79.842.100	-79.692.100	110.200	11 02
45.200	0			0	557.800	-557.800	0	11 11
	364.990.300		486.600		365.476.900	-230.134.000	0	11 20
	104.322.400		2.632.500		106.954.900	-104.013.400	3.355.600	11 30
	8.927.500		0		8.927.500	-8.927.400	0	11 40
3.098.700	483.613.200		3.134.100	1.946.400	591.011.700	-449.726.300	3.465.800	
4.535.500	468.601.400		2.442.600	1.516.400	560.844.600	-429.147.000	9.789.300	
-1.436.800	+15.011.800		+691.500	+430.000	+30.167.100	-20.579.300	-6.323.500	

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
11 01	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz		50.900	2.800.000		2.850.900	26.925.200
11 02	Allgemeine Bewilligungen		150.000			150.000	78.617.600
11 11	Landesverfassungsgericht		0			0	528.800
11 20	Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften		136.342.600			136.342.600	
11 30	Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug		2.990.100			2.990.100	
11 40	Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz		100			100	
	Summe 2026		139.533.700	2.800.000		142.333.700	106.071.600
	Summe 2025		138.485.400	2.800.000		141.285.400	99.219.300
	2026 mehr(+) / weniger(-)		+1.048.300	0		+1.048.300	+6.852.300

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
921.500	0		25.000	1.810.000	29.681.700	-26.830.800	0	11 01
2.152.700	5.144.600			202.600	86.117.500	-85.967.500	5.937.100	11 02
45.200	0			0	574.000	-574.000	0	11 11
	363.031.100		486.800		363.517.900	-227.175.300	0	11 20
	104.888.700		975.000		105.863.700	-102.873.600	1.377.300	11 30
	8.827.700		0		8.827.700	-8.827.600	0	11 40
3.119.400	481.892.100		1.486.800	2.012.600	594.582.500	-452.248.800	7.314.400	
3.098.700	483.613.200		3.134.100	1.946.400	591.011.700	-449.726.300	3.465.800	
+20.700	-1.721.100		-1.647.300	+66.200	+3.570.800	-2.522.500	+3.848.600	

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

11 01 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 11 01 beträgt zum 31.12.2025 170 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 11 01 beträgt zum 31.12.2026 170 Vollzeitäquivalente.

Einnahmen

111 45	011	Prüfungsgebühren	12.000 5.300	8.000	8.000

Erläuterungen:

Gebühren für die Abnahme von Notenverbesserungsprüfungen in der ersten und zweiten juristischen Prüfung gemäß Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Juristen (§§ 27, 52 JAPrVO).
Perspektivisch wird mit einem Anstieg der Verbesserungsprüfungen und der damit verbundenen Einnahmen gerechnet.

119 31	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0 1.695	0	0

Erläuterungen:

Einnahmen aus Abführungen der Druckerei für die Herausgabe der Amtsblätter für das Land Sachsen-Anhalt. Weniger aufgrund der gestiegenen Kosten für den Vertrieb gedruckter Amtsblätter (bei Kapitel 11 01 Titel 531 01).

119 47	011	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

119 51	011	Vermischte Einnahmen	30.000 6.210	30.000	30.000

124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	12.900 12.815	12.900	12.900

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	12.900	12.900	12.900
Summe		12.900	12.900	12.900

Einnahmen aus der Vermietung von PKW-Stellflächen.

281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes	2.803.500 2.714.206	2.800.000	2.800.000

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 01 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	187.400 189.357	199.300 0	204.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	182.700	194.600	199.500
2.	Dienstaufwandsentschädigung	4.300	4.300	4.300
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0	0
4.	Sonderzuwendung	400	400	400
	Summe	187.400	199.300	204.200

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	8.355.200 7.985.627	9.328.700 0	9.499.900 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	8.355.200	9.328.700	9.499.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	8.355.200	9.328.700	9.499.900

422 05	011	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	0	0	0
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	0	0	0

427 12	011	Entschädigung für die/den ehrenamtlich tätige/n Landesopferbeauftragte/n	15.000 11.250	15.000 0	15.000 0

Erläuterungen:

Die Mittel sind für die pauschale Entschädigung aller mit der Tätigkeit der/des Landesopferbeauftragten verbundenen Aufwendungen veranschlagt.

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.843.200 2.954.926	2.812.600 0	2.417.500 0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

11 01 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	111.200	118.400	121.300
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.732.000	2.694.200	2.296.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	2.843.200	2.812.600	2.417.500

431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	266.900	191.200	195.900
			218.764	0	0

432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.978.900	4.389.600	4.579.700
			4.249.749	0	0

432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	173.000	198.800	198.800
			198.796	0	0

441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	7.262.000	8.037.500	8.296.900
			7.518.603	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

443 01	841	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	133.800	148.800	148.800
			148.799	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

443 02	011	Amtsärztliche Untersuchungen	3.000	500	500
			87	0	0

443 03	056	Ausgaben der Heilfürsorge für in den Justizvollzugsdienst übernommene Polizeivollzugsbeamte	10.800	7.800	7.800
			7.776	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

443 07	011	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	1.600	1.600
			1.574	0	0

446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	644.300	841.800	953.400
			618.587	0	0

453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	129.500	115.000	115.000
			114.917	0	0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 01 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 453 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Trennungsgeld	126.500	112.000	112.000
2.	Umzugskostenvergütungen	3.000	3.000	3.000
Summe		129.500	115.000	115.000

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	241.400 290.192	290.200 0	290.200 0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Trennungsgelder für Referendare/-innen und Beamtenanwärter/-innen.

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	65.100 52.732	60.800 0	60.800 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	14.500	15.200	15.900
2.	Kommunikation	34.900	36.900	37.400
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12.700	5.700	4.500
4.	Sonstiges	3.000	3.000	3.000
Summe		65.100	60.800	60.800

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	34.000 25.006	30.000 0	30.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	16.000	16.000	16.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	18.000	14.000	14.000
4.	Sonstiges	0	0	0
Summe		34.000	30.000	30.000

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Personenkraftwagen	5	5	5	5
Lastkraftwagen	0	0	0	0
Nutz- und Sonderfahrzeuge	0	0	0	0
Zusammen	5	5	5	5

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	190.200 182.154	206.400 0	217.200 0

** Rückzahlungen, Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

11 01 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	114.200	125.700	129.700
4.	Bewachung	75.000	79.200	86.000
5.	Sonstiges	1.000	1.500	1.500
	Summe	190.200	206.400	217.200

517 30	011	Zahlungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume an BLSA	332.200	0	0
			162.563	0	0

** Rückzahlungen, Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Ab 2025 zentrale Veranschlagung im Einzelplan 20 aufgrund der Beendigung des Mieter-Vermieter-Modells mit dem Landesbetrieb BLSA.

518 01	011	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

518 13	011	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von DKfz	22.500	27.300	27.300
			20.871	0	0

518 30	011	Mietzahlungen an BLSA	879.900	0	0
			862.600	0	0

Erläuterungen:

Ab 2025 Beendigung des Mieter-Vermieter-Modells mit dem Landesbetrieb BLSA.

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.500	1.500	1.500
			201	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	1.500	1.500	1.500
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
	Summe	1.500	1.500	1.500

Veranschlagt sind die Kosten außerhalb von Wartungsverträgen, die zur Aufrechterhaltung von technischen Anlagen der Dienstgebäude erforderlich sind.

519 30	011	Zahlung für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen an BLSA	40.000	0	0
			34.000	0	0

** Rückzahlungen, Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

523 01	011	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	80.000	81.000	81.000
			81.618	0	0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

11 01 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 523 01

Erläuterungen:

		2023	2024	2025	2026
1.	Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	45.000	46.000	47.000	47.000
2.	Einzel- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	31.000	31.000	31.000	31.000
3.	Einbände	3.000	3.000	3.000	3.000
Zusammen		79.000	80.000	81.000	81.000

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	35.000 12.839	45.000 0	35.000 0

Erläuterungen:

Gerichts- und Anwaltskosten bei Gerichtsverfahren, an denen das Land beteiligt ist.

526 02	011	Sachverständige	6.900 324	3.900 0	3.900 0

Erläuterungen:

Übersetzungskosten für internationale Rechtshilfe in Strafsachen sowie Kosten des IT-Kontrollbeirates im Rahmen des Justiz-IT-Gesetzes.

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	45.000 57.015	61.000 0	62.500 0

527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	29.000 22.424	24.500 0	26.000 0

529 01	011	Verfügungsmittel der Ministerin und des Staatssekretärs	7.500 3.411	7.500 0	7.500 0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagung der Verfügungsmittel der Ministerin und des Staatssekretärs gemäß Nr. 4.3.7 der HTR-LSA.

529 05	011	Verwendungsfonds der Landesregierung	22.900 1.846	19.800 0	11.900 0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagung der Verfügungsmittel der Landesregierung gemäß Nr. 4.3.7 der HTR-LSA.

531 01	013	Veröffentlichungen	68.000 8.571	50.000 0	40.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	37.000	19.000	30.000
2.	Öffentlichkeitsarbeit	31.000	31.000	10.000
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0		0
4.	Sonstige Veröffentlichungen	0	0	0
Summe		68.000	50.000	40.000

11 **Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz**

11 01 **Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 01

Für die Herausgabe von Veröffentlichungen, die zur Aufklärung der Bevölkerung und der Vermittlung rechtlicher Kenntnisse dienen, besteht eine verfassungsrechtliche und den demokratischen Grundsätzen folgende staatliche Verpflichtung. Bereits vorhandene Veröffentlichungen werden weiterhin in aktualisierten Fassungen nachgedruckt, neue Broschüren werden durch Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen und Verabschiedung neuer Gesetze auf Bundes- sowie Landesebene zur Befriedung widerstreitender Interessen entwickelt. Hinzu kommen gesetzliche Erfordernisse, etwa Maßnahmen bzgl. Barrierefreiheit oder Leichter Sprache.

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	383.000	201.600	217.900
			147.355	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Die sonstige Öffentlichkeitsarbeit dient der Präsentation der Justiz als modernen Dienstleister und zeitgemäße Institution zur Befriedung widerstreitender Interessen. Bereits vorhandene Veröffentlichungen über Regierungsarbeit, Aufgaben und Organisation der Justiz werden weiterhin aktualisiert bzw. neu herausgegeben. Ferner werden Maßnahmen weitergeführt und neue, wie das Projekt Schülerrichter, entwickelt, um die Akzeptanz des Rechtsstaates zu sichern und zu steigern. So werden weiterhin Tage der Offenen Tür, öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen der Justiz gefördert und unterstützt. Hinzu kommen gesetzliche Erfordernisse, etwa Maßnahmen bzgl. Barrierefreiheit oder Leichter Sprache. Darüber hinaus ist die Verstärkung von Maßnahmen zur Personalgewinnung und der Opferhilfe erforderlich. Für Maßnahmen zur Personalgewinnung sollen neben den klassischen Werbemaßnahmen (u.a. Plakate, Flyer, Anzeigen, Radiowerbung, Berufsfindungsmessen) verstärkt Online-Medien genutzt werden, zum Beispiel Webseiten und Social Media-Kanäle. Die Internetseite www.justizkarriere.sachsen-anhalt.de soll zu einem zentralen Anlaufpunkt für potentielle Bewerberinnen und Bewerber ausgebaut werden.

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	4.000	1.000	2.000
			487	0	0

Erläuterungen:

Kosten für die Aktenvernichtung gemäß den Aufbewahrungsbestimmungen.

534 30	011	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/Leistungen	35.000	48.000	48.000
			58.710	0	0

Erläuterungen:

Ersatz und Ergänzung von Dienstzimmerausstattungen.

546 59	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	35.000	31.000	15.000
			29	0	0

Erläuterungen:

Höhere Kosten in 2025 für interne Umzüge.

547 01	011	Amtschef- und Justizministerkonferenz	0	15.000	4.000
			0	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Vermischte Ausgaben für die von Sachsen-Anhalt auszurichtenden Amtschef- und Justizministerkonferenzen sowie in diesem Zusammenhang auszurichtende Bund/Länder-Arbeitstreffen.

Für die Ausrichtung der Amtschefkonferenz ist Sachsen-Anhalt im Jahr 2025 das Vorsitzland. Für die Justizministerkonferenz hat Sachsen-Anhalt den Vorsitz im Jahr 2027.

547 02	011	Ausgaben für den Normenkontrollrat	0	0	30.000
			0	0	0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 01 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 547 02

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Normenkontrollrats u.a. Aufwandsentschädigungen, Reisekosten und sonstige Verwaltungsausgaben.

681 01	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			16.900	0	0
811 01	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0
812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	16.000	15.000	25.000
			15.159	0	0
Erläuterungen:					
Ersatz und Ergänzung von Dienstzimmerausstattungen.					
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	1.313.800	1.743.800	1.810.000
			980.081	0	0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 01 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	54.900	50.900	50.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.803.500	2.800.000	2.800.000
Gesamteinnahme		2.858.400	2.850.900	2.850.900

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	24.244.400	26.578.400	26.925.200
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.316.700	915.300	921.500
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	16.000	15.000	25.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	1.313.800	1.743.800	1.810.000
			0	0
Gesamtausgabe		27.890.900	29.252.500	29.681.700
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-25.032.500	-26.401.600	-26.830.800

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 11 02 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 11 02 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Einnahmen

119 44	011	Einnahmen aus Umsatzsteuer	0 0	0	0
119 51	011	Vermischte Einnahmen	65.000 138.593	150.000	150.000

Erläuterungen:

Umfasst unter anderem Einnahmen aus nicht zuordenbaren Verwahrungen.

Mehr gegenüber Plan 2024 in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 41	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	2.652.000	2.969.000	5.766.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Den Rechtsreferendaren/-innen soll ab dem Einstellungsjahr 2024 die Möglichkeit eröffnet werden, das Referendariat alternativ im Beamtenverhältnis auf Widerruf zu absolvieren.

427 31	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	492.300	444.700	444.700
			344.650	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrvergütung für nebenamtliche Lehrkräfte		379.500	316.600	316.600
2.	Prüfungsvergütung für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse		112.800	128.100	128.100
Summe			492.300	444.700	444.700

428 03	051	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	2.337.200	2.799.700	662.500
			4.191.051	0	0

Erläuterungen:

Ab dem Einstellungsjahr 2024 soll den Rechtsreferendaren/-innen alternativ die Möglichkeit der Einstellung im Beamtenverhältnis auf Widerruf eröffnet werden.

432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	28.883.500	35.694.500	39.045.500
			29.170.512	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Versorgungsbezüge der Beamten/-innen und Richter/-innen der Ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Fachgerichte, des Justizvollzugs (einschließlich LBBG) und des Sozialen Dienstes der Justiz.

432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	4.559.900	5.108.400	5.512.300
			4.300.390	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamten/-innen und Richter/-innen der Ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Fachgerichte, des Justizvollzugs (einschließlich LBBG) und des Sozialen Dienstes der Justiz.

432 03	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter mit besonderer Altersgrenze	11.436.400	13.540.200	14.452.200
			10.749.296	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Versorgungsbezüge der Beamten/-innen mit besonderer Altersgrenze im Justizvollzug (einschließlich LBBG).

443 06	012	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	264.300	386.500	386.500
			386.453	0	0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 443 11

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfänger/-innen der Ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Fachgerichte, des Justizvollzugs (einschließlich LBBG) und des Sozialen Dienstes der Justiz.

446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	8.433.300 8.856.042	11.181.300 0	12.343.900 0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen der Ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Fachgerichte, des Justizvollzugs (einschließlich LBBG) und des Sozialen Dienstes der Justiz.

511 02	011	Kosten der zentralen Beschaffung von Vordrucken	400.000 317.239	345.100 0	345.100 0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Kosten für die Herstellung und Beschaffung von Vordrucken, Aktendeckeln und weiteren Verbrauchsmitteln für den Einzelplan 11.

511 03	011	Festnetz-Telefondienstleistungen	0 80	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral bei Kapitel 14 01 in der Titelgruppe 61 veranschlagt.

518 01	011	Mieten und Pachten	580.000 528.792	600.000 0	600.000 0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	0	0	0
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	580.000	600.000	600.000
3.	Für Leasing	0	0	0
Summe		580.000	600.000	600.000

Zentrale Veranschlagung der Mieten für Kopiergeräte für den Einzelplan 11.

522 01	011	Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	38.000 0	0 0	0 0

525 01	011	Aus- und Fortbildung	1.007.400 753.738	1.033.900 0	1.040.300 0

** Kostenbeiträge und Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausbildungslehrgänge	502.000	388.600	399.600
2.	Fortbildungsveranstaltungen	483.100	628.000	623.400

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 01

3.	Prüfervergütungen	22.300	17.300	17.300
	Summe	1.007.400	1.033.900	1.040.300

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11 mit Ausnahme von Reisekosten der Fortbildungsveranstaltungen für die budgetierten Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kapitel 11 20).

Tendenziell ist durch die zunehmend gesetzlich verankerte Fortbildungspflicht und die damit verbundene Erforderlichkeit eines umfangreichen Angebotes an Fortbildungen auch weiterhin mit einem ansteigenden Mittelbedarf für Aus- und Fortbildung zu rechnen. Zudem sind Kostensteigerungen durch Maßnahmen zur Stärkung des Rechtsreferendariats und zur nachhaltigen Verbesserung des Angebotes der Fortbildung der neu in das Amt berufenen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bzw. Schöffinnen und Schöffen für die Gerichte zu erwarten.

525 02	011	Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen	71.200	59.200	67.300
			34.936	0	0

** Kostenbeiträge und Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	78.000	100.000	100.000
			77.040	0	0

Erläuterungen:

Kosten für die Nutzung und Pflege der Datenbank der Rechtsnormen und der Verwaltungsvorschriften einschließlich der Bekanntmachungsquellen und der Fundstellennachweise sowie der Rechtssprechungsdatenbank im Bürgerservice. Mehr aufgrund von Preissteigerungen nach Neuausschreibung des Vertrags.

542 01	011	Umsatzsteuer	0	0	0
			37.019	0	0

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

632 01	011	Erstattungen von Personal- und Sachausgaben an Länder	684.400	777.200	954.700
			496.460	0	0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 02 Titel 632 02.

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kosten für die Ausbildung von Rechtspflegeranwärter/-innen des LSA an Hochschulen anderer Bundesländer	360.100	424.100	520.300
2.	Kosten für die Ausbildung von Gerichtsvollzieher/-innen des LSA an der Justizschule Pegnitz (Freistaat Bayern)	14.300	10.000	34.000
3.	Kosten für die Ausbildung von Amtsanwälten/-innen des LSA an der Justizbildungs- und Fortbildungsstätte Monschau (Nordrhein-Westfalen)	30.400	45.200	79.600
4.	Kosten für die Ausbildung von Justizwachmeister/-innen des LSA an der Justizschule Pegnitz (Freistaat Bayern)	98.000	100.000	101.200
5.	Kosten für die Teilnahme von Rechtspflegern/-innen des LSA am Aufbaustudiengang in Nordrhein-Westfalen	8.000	8.000	8.000
6.	Anteil an den Kosten der Deutschen Richterakademie (DRA) in Trier/WuStrau	83.000	91.500	82.000

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

7.	Erstattungen an das European Judicial Training Network (EJTN) - Europäische Richterfortbildung	800	800	800
8.	Kosten für die Ausbildung von Anwörter/-innen des gehobenen Justizvollzugs- und Verwaltungsdienstes des LSA an Hochschulen anderer Bundesländer	64.800	57.600	88.800
9.	Fortbildung Norddeutsche Länder und Bundesfinanzakademie	25.000	40.000	40.000
Summe		684.400	777.200	954.700

Zu 1.

Kosten für die Ausbildung von Rechtspflegeranwärter/-innen des LSA an Hochschulen anderer Bundesländer. Nach der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Sachsen-Anhalt und Berlin über die gemeinsame Ausbildung für den gehobenen Justizdienst sind dem Land Berlin anteilige Kosten für das Studium der Anwörter/-innen bei der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin zu erstatten.

Zu 2.

Anteil an den Kosten für die Ausbildung von Gerichtsvollziehern/GV-Prüfungsbeamten an der Bayerischen Justizakademie.

Zu 6.

Anteil an den Kosten der Deutschen Richterakademie in Trier/Wustrau. Die Deutsche Richterakademie mit ihren Fortbildungsstätten in Trier und Wustrau ist eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder. Die Kosten für die Tagungsstätten tragen der Bund und die Länder je zur Hälfte. Der Länderanteil wird nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegt.

Zu 8.

Kosten für die Ausbildung von Anwörter/-innen des gehobenen Justizvollzugs- und Verwaltungsdienstes des Landes Sachsen-Anhalt an Fachhochschulen anderer Bundesländer. Nach der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen über die gemeinsame Ausbildung des gehobenen Justizvollzugs- und Verwaltungsdienstes sind anteilige Kosten für das Studium der Anwörter/-innen an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel zu erstatten.

632 02	011	Sonstige Zuweisungen	185.100	203.500	197.500
			148.452	110.200	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 02 Titel 632 01.

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			1.100		1.100
2027			109.100		109.100
2028					
2029 ff.					
Summen			110.200		110.200

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 ist vorgesehen für die Fortschreibung des Personalbedarfsberechnungssystems PEBB\$Y im Jahr 2027

1. Erstellung Leistungsbeschreibung,
Durchführung Vergabeverfahren, Controlling
Dienstleistung

2025
2.200

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 02

2. unmittelbare Organisation, Überwachung und Auswertung der bundesweiten Erhebung	108.000
Zusammen	110.200

Erläuterung gem. § 34a Abs. 1 LHO:

Das bundesweite Personalbedarfsberechnungssystem der Justiz (PEBB\$Y) soll im Jahr 2027 für die ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften durch eine repräsentative Neuerhebung der Datengrundlage aktualisiert werden. Gegenstand der von den Ländern zu beauftragenden Beratungsleistung ist die unmittelbare Organisation, Überwachung und Auswertung der bundesweiten Erhebung. Die Kosten werden von den Ländern anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel getragen.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil an den Kosten der Zentralen Stelle der Justizverwaltungen in Ludwigsburg	55.000	56.100	57.200
2.	Anteil an den Personal- und Sachkosten des gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in Berlin	1.500	1.500	1.500
3.	Kosten für die Beteiligung an dem von Nordrhein-Westfalen betriebenen Internetportal "www.verwaltungsgerichtsbarkeit.de"	300	300	300
4.	Anteil an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle e.V. in Wiesbaden (KrimZ)	14.500	15.600	15.600
5.	Kosten für die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter	12.500	16.000	16.000
6.	Kosten für die Nutzung der Asylfaktdokumentation bei dem VG Wiesbaden	14.300	14.300	14.300
7.	Anteil an den Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit dem Betrieb des Europäischen Mahngerichts Deutschland	2.500	3.500	3.500
8.	Kosten für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen in Insolvenzverfahren im Internet über das von Nordrhein-Westfalen betriebene Portal "www.insolvenzbekanntmachungen.de"	5.000	6.000	6.000
9.	Kosten für die Veröffentlichung von Bekanntmachungen in Zwangsversteigerungsverfahren im Internet über das von Nordrhein-Westfalen betriebene Portal "www.zvg-portal.de"	2.500	3.000	3.000
10.	Kosten für die Beteiligung an dem von Nordrhein-Westfalen betriebenen Internetportal "www.justizauktion.de"	12.000	8.500	9.000
11.	Anteil an den Kosten für die Errichtung und den Betrieb des zentralen elektronischen Schutzschriftenregisters der Länder (ZSR)	60.000	60.000	60.000
12.	Anteil an den Kosten für die elektronische Kostenmarke	5.000	10.000	10.000
13.	Anteil an den Kosten für länderübergreifend eingesetzte Personalbedarfsbemessungssysteme (PEBB\$Y)	0	8.700	1.100
Summe		185.100	203.500	197.500

671 01	011	Kostenerstattungen auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	238.800	299.600	239.100
			344.300	0	0

Übertragbar

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		299.600			299.600
2026		239.100			239.100
2027		290.100			290.100
2028		187.000			187.000
2029 ff.		128.500			128.500
Summen		1.144.300			1.144.300

Erläuterungen:

Ausgaben für Kostenerstattungen auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Durchführung des EU-Förderprogramms "Maßnahmen zur Reintegration von Menschen, die von Straffälligkeit betroffen bzw. bedroht sind" in der EU-Förderperiode - Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+) 2021 bis 2027.

684 01	011	Zuschüsse zur Förderung der Verbraucherberatung	2.279.600	2.459.700	2.510.300
			2.214.192	0	5.937.100

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.459.700			2.459.700
2026		2.510.300			2.510.300
2027				2.932.100	2.932.100
2028				3.005.000	3.005.000
2029 ff.					
Summen		4.970.000		5.937.100	10.907.100

Erläuterungen:

Die Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalt sollen als eigenverantwortliche und selbstbewusste Konsumenten gestärkt werden. Ziel ist es, die Finanz- und Verbraucherkompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher mittels Aufklärung und der Information zu stärken und ihnen eine leicht zugängliche, niedrigschwellige Beratung anzubieten. Die Unterstützung der Verbraucherinnen und Verbraucher erfolgt durch die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e.V. (VZSA), insbesondere zur Gewährleistung der unabhängigen Beratung und Information und der Wahrnehmung von Verbraucherinteressen gegenüber Wirtschaft und Politik.

Seit dem Jahr 2023 ist die institutionellen Förderung um die Pflegerechtsberatung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen (bis 2022 als Projektförderung im Kapitel 11 02 Titel 684 03 veranschlagt) erweitert.

Für die Fortsetzung der institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale in den Haushaltsjahren 2027 und 2028 und den Abschluss eines entsprechenden Zuwendungsvertrages ist die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2026 erforderlich.

Die fortgesetzte Beteiligung der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt am "Fakeshop-Finder" zum sicheren Online-Shopping ist in den Planansätzen berücksichtigt.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 01

Übersicht über die Institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	2.917.778	2.974.414	3.337.572	3.385.182
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	623.331	594.461	644.575	622.439
3. Schuldendienst	2.100	1.900	1.900	1.900
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	5.710	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	332.405	0	0	0
Zusammen	3.881.324	3.570.775	3.984.047	4.009.521
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	73.121	98.678	92.106	92.106
Mithin Fehlbetrag:	3.808.203	3.472.097	3.891.941	3.917.415
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	339.790	0	0	0
b) das Land mit	2.380.008	2.433.878	2.733.391	2.789.965
c) den Bund mit	875.844	828.018	905.838	874.638
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	193.651	189.700	226.512	226.512
e) Private	18.910	20.500	26.200	26.300
Zusammen	3.808.203	3.472.096	3.891.941	3.917.415
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
Institution				
E 14	1,00	1,00	1,00	1,00
E 13	1,63	1,63	1,63	1,63
E 12	6,75	6,75	6,75	6,75
E 10	2,37	2,37	2,37	2,37
E 9	12,07	12,07	12,07	12,07
E 8	1,75	1,75	1,75	1,75
E 6	3,75	3,75	3,75	3,75
E 4	0,93	0,93	0,93	0,93
Stellenbestand Projektförderung	11,50	11,50	14,20	14,20
Summe	41,75	41,75	44,45	44,45
Insgesamt	41,75	41,75	44,45	44,45

Position 1 - Personalausgaben - Zusammensetzung

	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Institutionelle Förderung	1.972.286	2.100.890	2.277.785	2.329.195
2. Projektförderungen	945.492	873.524	1.059.787	1.055.987
Zusammen	2.917.778	2.974.414	3.337.572	3.385.182

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 01

Erläuterungen zu den Positionen b) bis d)

Position b) Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt - Zusammensetzung

	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Institutionelle Förderung	2.214.192	2.279.566	2.459.700	2.510.294
2. Projektförderungen	165.816	154.313	273.691	279.671
Zusammen	2.380.008	2.433.879	2.733.391	2.789.965

Position c) - Förderung durch den Bund - Zusammensetzung

	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Institutionelle Förderung	59.850	79.534	82.000	83.000
2. Projektförderungen	815.994	748.484	823.838	791.638
Zusammen	875.844	828.018	905.838	874.638

Position d) - Förderung durch sonstige Gebietskörperschaften - Zusammensetzung

	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Institutionelle Förderung	27.911	32.000	32.000	32.000
2. Projektförderungen	165.740	157.700	194.512	194.512
Zusammen	193.651	189.700	226.512	226.512

Position e) Sonstige Zuwendungsgeber

	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Sonstige Erstattungen aus dem Inland	17.728	20.000	25.000	25.000
2. Sonstige Zuschüsse und Spenden aus dem Inland	1.182	500	1.200	1.300
Zusammen	18.910	20.500	26.200	26.300

684 03	011	Zuschüsse zur Förderung des Projektes Pflegerrechtsberatung	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Seit dem Haushaltjahr 2023 ist das Projekt "Hotline Pflegerrechtsberatung" in die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e.V. integriert.

685 01	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	121.000 0	214.200 0	214.200 0

Übertragbar

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Zuweisungen an das Zentrum für multimediales Lehren und Lernen (LZZ) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit der Durchführung der schriftlichen Prüfungen des staatlichen Pflichtfachtteils der Ersten juristischen Prüfung und der Zweiten Juristischen Staatsprüfung in elektronischer Form ("E-Examen"). Mehr aufgrund der angepassten Kostenkalkulation des LZZ.

686 03	011	Zuschuss zu den Lebenshaltungskosten der Hospitanten der IRZ-Stiftung	800 0	800 0	800 0

981 01	011	Erstattungen von Aufwendungen des Statistischen Landesamtes für die Aufbereitung von Geschäftsstatistiken der Justiz (§ 19 StatG-LSA)	202.600 202.547	202.600 0	202.600 0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

80 Opferhilfefonds

Übertragbar

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

*** Billigkeitsleistungen nach § 53 LHO

Erläuterungen:

Mit dem Opferhilfefonds soll Betroffenen in Härtefällen die Möglichkeit eröffnet werden, finanzielle Hilfen zur Bewältigung des erlittenen Unrechts und seiner Folgen zu erhalten.

412 80	241	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	0	4.000	4.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Entschädigungen für die ehrenamtlich tätigen Mitglieder und Stellvertreter der Kommission, die über die Gewährung von Hilfeleistungen aus dem Opferhilfefonds entscheidet.

631 80	241	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	1.000	1.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteilige Kosten aus dem Beitritt Sachsen-Anhalts zur Verwaltungsvereinbarung des Bundes über ein "Gemeinsames Bund-Länder-Beratungstelefon nach einem Anschlagsgeschehen".

681 80	241	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	50.000	500.000	50.000
			0	0	0

684 80	241	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 80	50.000	505.000	55.000
		0	0

93 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Programmen - Förderperiode 2014 - 2020

684 93	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93	0	0	0
		0	0

97 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Programmen - Förderperiode 2021 - 2027

Übertragbar

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen sowie dazugehörige und im efReporter 3 (BEM) zu erfassende Verzugszinsen, die auf Basis von geprüften abrechnungsfähigen Ausgaben entstanden sind, sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Alle übrigen Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

*** Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten Operationellen Programms Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung der Landesstrategie für die EU-Fonds-Förderung 2021 bis 2027 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 60 v. H. aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und in Höhe von 40 v. H. aus Landesmitteln vorgesehen.

Die ESF-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landesmitteln kofinanzierten Maßnahmen sind bei Kapitel 13 22 in der Titelgruppe 64 veranschlagt (vgl. Vorwort).

684 97	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	860.000	917.000	977.000
			800.000	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	917.000				917.000
2026	977.000				977.000
2027	1.040.000				1.040.000
2028	1.108.000				1.108.000
2029 ff.					
Summen	4.042.000				4.042.000

Erläuterungen:

Die vorgesehenen Ansätze beziehen sich auf Projekte in dem Maßnahmefeld "Täter-Opfer-Ausgleich, Gefangenen- und Entlassungsfürsorge sowie sonstige Beihilfen und Unterstützungen".

Hierbei sollen von Straffälligkeit betroffene oder bedrohte Menschen aktiv (wieder-)eingegliedert werden. Ziel ist die Steigerung der Arbeitsmarktpartizipation und die Verbesserung der sozialen Integration.

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	860.000	917.000	977.000
		0	0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	65.000	150.000	150.000

Gesamteinnahme		65.000	150.000	150.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	59.058.900	72.128.300	78.617.600
			0	0

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.174.600	2.138.200	2.152.700
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.419.700	5.373.000	5.144.600
			110.200	5.937.100

HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	202.600	202.600	202.600
			0	0

Gesamtausgabe		65.855.800	79.842.100	86.117.500

Gesamtsumme der VE			110.200	5.937.100

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-65.790.800	-79.692.100	-85.967.500

11 **Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz**
11 11 **Landesverfassungsgericht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel des Landesverfassungsgerichts sind aus haushaltstechnischen Gründen im Einzelplan 11 bei Kapitel 11 11 veranschlagt. Die besondere Stellung des Landesverfassungsgerichts als Verfassungsorgan wird dadurch nicht berührt.

Einnahmen

119 51	051	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen für ehrenamtliche Richterinnen/Richter und Beisitzerinnen/Beisitzer	88.200 81.900	88.200 0	88.200 0

Erläuterungen:

Dienstaufwandsentschädigungen

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	für Mitglieder	59.400	59.400	59.400
2.	für Stellvertreter	28.800	28.800	28.800
	Summe	88.200	88.200	88.200

Die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts erhalten gemäß § 8 Abs. 3 Landesverfassungsgerichtsgesetz (LVerfGG) eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 600 EUR sowie eine zusätzliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 50 EUR für jedes entschiedene Verfahren, an dessen Entscheidung sie mitgewirkt haben. Vertreter erhalten gemäß § 12 Abs. 3 LVerfGG eine Aufwandsentschädigung in Höhe des halben Betrages der den Mitgliedern zustehenden Entschädigung.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	120.000 123.614	130.900 0	134.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	120.000	130.900	134.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	120.000	130.900	134.100

427 11	051	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	3.600 0	3.600 0	3.600 0

Erläuterungen:

Die gemäß § 14 Abs. 3 LVerfGG zur Unterstützung des Präsidenten des Landesverfassungsgerichts in den Verwaltungsgeschäften und zur Mitwirkung als wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen herangezogenen Richter/-innen im Landesdienst erhalten für ihre Nebentätigkeit eine monatliche Entschädigung in Höhe von bis zu 300 EUR.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	145.800 118.203	166.800 0	169.400 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	145.800	166.800	169.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	145.800	166.800	169.400

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 11 Landesverfassungsgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	78.700 80.705	87.700 0	89.800 0
432 02	058	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
443 02	051	Amtsärztliche Untersuchungen	0 0	0 0	0 0
443 11	058	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0 0	0 0	0 0
446 01	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	9.100 18.873	35.400 0	43.700 0
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	22.500 19.842	23.000 0	23.000 0
Erläuterungen:			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Geschäftsbedarf	6.000	6.500	6.500
2.		Kommunikation	11.000	11.000	11.000
3.		Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5.500	5.500	5.500
4.		Sonstiges	0	0	0
Summe			22.500	23.000	23.000
514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	6.500 4.115	7.000 0	7.000 0
Erläuterungen:			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.		Haltung von Fahrzeugen	6.200	6.700	6.700
2.		Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	300	300	300
3.		Verbrauchsmittel	0	0	0
4.		Sonstiges	0	0	0
Summe			6.500	7.000	7.000
Bestand an Dienstfahrzeugen			Ist 2023	Plan 2024	Soll 2025
Personenkraftwagen			1	1	1
Lastkraftwagen			0	0	0
Nutz- bzw. Sonderfahrzeuge			0	0	0
Zusammen			1	1	1
Mehr im Hinblick auf höhere Kraftstoffpreise.					
518 01	051	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0
518 13	051	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von DKfz	5.500 4.539	5.500 0	5.500 0

11 **Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz**
11 11 **Landesverfassungsgericht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 13

Erläuterungen:

Mehr gegenüber dem Ist 2023 aufgrund von Preissteigerungen.

526 02	051	Sachverständige	0 0	0 0	0 0
527 01	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	6.000 3.889	6.000 0	6.000 0
529 01	051	Zur Verfügung der Präsidentin/ des Präsidenten des Landesverfassungsgerichts	500 0	500 0	500 0
529 04	051	Verfügungsmittel für außergewöhnlichen Aufwand	0 0	0 0	0 0
** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.					
534 30	051	Zahlungen für von einem Landesbetrieb erbrachte Lieferungen/ Leistungen	3.200 3.096	3.200 0	3.200 0
536 11	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte	0 0	0 0	0 0
536 12	051	Zeugenentschädigungen	0 0	0 0	0 0
536 13	051	Sachverständigenentschädigungen	0 0	0 0	0 0
536 16	051	Sonstige Verfahrensauslagen	0 0	0 0	0 0
536 17	051	Reisekosten des Gerichts	0 0	0 0	0 0
546 59	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
681 01	051	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0 0	0 0	0 0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 11 Landesverfassungsgericht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0

Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	445.400	512.600	528.800
			0	0

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	44.200	45.200	45.200
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0

HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
			0	0

Gesamtausgabe		489.600	557.800	574.000

Gesamtsumme der VE			0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-489.600	-557.800	-574.000

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei oder ein Ministerium in Sachsen-Anhalt abgeordnet sind und die Dienstbezüge aus Stellen bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine/n andere/n Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

Die im budgetierten Bereich erwirtschafteten Einsparungen werden im Folgejahr zu zwei Dritteln als Ausgabereist zur Verfügung gestellt und zu einem Drittel an den Landeshaushalt abgeführt.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 11 20 beträgt zum 31.12.2025 3.021 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 11 20 beträgt zum 31.12.2026 3.021 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Es sind vorhanden

- 1 Oberlandesgericht
- 4 Landgerichte
- 25 Amtsgerichte
- 1 Generalstaatsanwaltschaft
- 4 Staatsanwaltschaften
- 1 Landesarbeitsgericht
- 4 Arbeitsgerichte
- 1 Finanzgericht
- 1 Obergerverwaltungsgericht
- 2 Verwaltungsgerichte
- 1 Landessozialgericht
- 3 Sozialgerichte.

Informationen zu allgemeinen Grundlagen der Budgetierung und Erläuterungen zur Planungsmethodik sind für alle budgetierten Bereiche zentral im Vorwort ausgewiesen.

Einnahmen

112 59	051	Nicht budgetrelevante Einnahmen/ Verfahrenseinnahmen	125.755.300 119.854.890	135.000.000	136.000.000

** Rückzahlungen und Erstattungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die in den Verfahren zu erhebenden Einnahmen aus Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten sowie Geldauflagen zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt.
Die Einnahmen sind nicht budgetrelevant.

Mehr gegenüber dem Ist 2023 in Anpassung an die aktuelle Einnahmeentwicklung.
Berücksichtigt sind darüber hinaus die Auswirkungen der geplanten bundesgesetzlichen Kostenrechtsänderungen.

119 59	051	Budgetrelevante Einnahmen/ Sonstige Verwaltungseinnahmen	294.100 319.130	342.900	342.600

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 20 Titel 685 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Verwaltungseinnahmen, die sich im Wesentlichen aus den Erträgen aus Vermietung und Verpachtung (Stellplatzmieten), Kostenerstattungen von Mitarbeitern/-innen, Erträgen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie Erstattungen Dritter zusammensetzen.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 05	051	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0	0	0
			0	0	0
422 41	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	0	0	0
			0	0	0
685 02	051	Zuschüsse für budgetrelevante Ausgaben	239.805.500	246.492.600	243.561.700
			235.781.316	0	0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 20 Titel 894 02.

** Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kapitel 11 20 Titel 119 59.

Rückzahlungen, Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	7.559.400	240.000			7.799.400
2026	7.715.400	240.000			7.955.400
2027	7.715.400	240.000			7.955.400
2028	7.715.400	240.000			7.955.400
2029 ff.	29.306.400	1.440.000			30.746.400
Summen	60.012.000	2.400.000			62.412.000

Erläuterungen:

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind auf Grundlage von § 17a LHO dem Budget der Ordentlichen Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Fachgerichte, das sich aus den beigefügten Produkthaushalten ergibt, zuzuordnen. Die budgetrelevanten Ausgaben entfallen auf:

	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Personalausgaben	202.242.853	200.330.700	220.981.600	217.670.600
2. Sachkosten	33.221.789	39.213.700	25.124.900	25.538.700
3. Investitionen unter 5.000 EUR	316.674	261.100	386.100	352.400
Zusammen	235.781.316	239.805.500	246.492.600	243.561.700

Die Zuordnung der Personalausgaben zum einzelplanübergreifenden Personalkostenbudget sowie die damit einhergehende einseitige Deckungsfähigkeit zulasten Einzelplan 13 Kapitel 13 02 Titel 461 01 und Titel 916 12 bleiben unberührt (§§ 8, 9 HG 2025/2026).

Darüber hinausgehende Erläuterungen sind in den Anlagen dargestellt.

In den Personalausgaben sind die Ausgaben der arbeitsmedizinischen und arbeitssicherheitstechnischen Betreuung für den gesamten Einzelplan 11 berücksichtigt.

Die geplanten Sachkosten entfallen u. a. auf:

	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
a) Mietzahlungen an einen Landesbetrieb (LB BLSA)	8.529.290	10.299.500	0	0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

b) Mietzahlungen an einen Drittvermieter	7.381.597	8.826.600	8.824.000	9.010.200
Zusammen	15.910.887	19.126.100	8.824.000	9.010.200

zu a)
 Ab 2025 Beendigung des Mieter-Vermieter-Modells mit dem Landesbetrieb BLSA.

zu b)
 Mehr gegenüber dem Ist 2023 aufgrund steigender Mietpreise bei Drittliegenschaften wegen Indexierung (Kopplung an Verbraucherpreisindex).

zu b) Mietzahlungen an einen Drittvermieter:

Dienststelle	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
AG Bitterfeld-Wolfen	119.108	119.200	119.200	119.200
AG Köthen *	211.822	0	0	0
AG Zerbst	180.422	198.400	198.500	198.500
AG Magdeburg, Justizzentrum	2.646.658	3.051.900	3.141.900	3.294.600
AG Aschersleben, ZwSt. Staßfurt	278.740	356.900	301.900	324.700
AG Bernburg	312.000	406.400	343.200	343.200
AG Halle (Saale), Justizzentrum	3.357.459	4.261.400	4.371.500	4.371.500
StA Magdeburg, ZwSt. Halberstadt	167.676	185.000	240.000	240.000
StA Halle, ZwSt. Naumburg	107.712	121.200	107.800	118.500
Interimsbedarf	0	126.200	0	0
Drittmieten gesamt:	7.381.597	8.826.600	8.824.000	9.010.200

* Ankauf durch das Land, ab 2024 Bewirtschaftung durch den Landesbetrieb BLSA

Ab 2025 zentrale Veranschlagung der Mietnebenkosten für landeseigene Liegenschaften im Einzelplan 20.

Für 2025 und 2026 sind keine nach den Transparenzregelungen zu erläuternden Beratungsleistungen geplant.

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Personenkraftwagen	19	19	19	19
Lastkraftwagen	0	0	0	0
Nutz- und Sonderfahrzeuge	5	5	3	3
Zusammen	24	24	22	22

685 05	051	Zuschüsse für nicht budgetrelevante Ausgaben	113.340.100	118.497.700	119.469.400
			109.923.511	0	0

** Rückzahlungen und Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die in den Verfahren der budgetierten Gerichte und Staatsanwaltschaften - einschließlich der Verbraucherinsolvenzen und Regelinsolvenzen natürlicher Personen - zu leistenden Auslagen sowie die sonstigen nicht budgetrelevanten Ausgaben für:

Entschädigungen ehrenamtlicher Richter/-innen,
Entschädigungen beigeordneter Anwälte/-innen,
Vergütungen der Insolvenzverwalter/-innen und Treuhänder/-innen,
Zeugenentschädigungen,
Sachverständigenentschädigungen,
Untersuchungs- und Unterbringungskosten,
Bekanntmachungskosten,
Reisekosten des Gerichts,
Kosten der Beratungshilfe,
Kosten auf Grund des Betreuungsgesetzes,
sonstige Verfahrensauslagen (bisher Titel der Gruppe 536),
Entschädigungen der Vollstreckungsbeamten/-innen (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen),
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen,
Entschädigungen bei überlangem Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren und
Erstattungen an Gebietskörperschaften und Länder.

Darüber hinaus werden auch die auf dem Selbstversicherungsprinzip beruhenden, nicht budgetrelevanten Ausgaben für Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen der budgetierten Dienststellen aus Kapitel 11 20 Titel 685 05 geleistet. Ausgabemittel sind hierfür nicht veranschlagt.

Enthalten sind auch die Erstattungen an Gebietskörperschaften für die elektronische Aufenthaltsüberwachung ("Fußfessel") und der Anteil Sachsen-Anhalts an den Kosten der in Deutschland tätigen Delegierten Europäischen Staatsanwälte.

Mehr gegenüber dem Ist 2023 in Anpassung an die aktuelle Ausgabeentwicklung und die geplanten bundesgesetzlichen Kostenrechtsänderungen.

Enthalten sind u. a. die Auswirkungen der Betreuungsrechtsreform und des Gesetzes zur Regelung einer Inflationsausgleichs-Sonderzahlung für berufliche Betreuer, Betreuungsvereine und ehrenamtliche Betreuer und zur Änderung weiterer Gesetze (BGBl. I Nr. 391 vom 22.12.2023).

Mehrausgaben entstehen darüber hinaus insbesondere für die Entschädigung von Rechtsanwälten, Sachverständigen/ Dolmetschern, Zeugen und Verfahrenspflegern sowie die Gewährung von Beratungshilfe.

894 02	051	Zuschüsse für Investitionen	373.900	486.600	486.800
			472.986	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 20 Titel 685 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die geplanten Investitionen in Anlagen mit einem Anschaffungswert ab 5.000 EUR einschließlich Umsatzsteuer.

Titelgruppe(n)

91		Planmäßiges Personal in Globalhaushalten und Produkthaushalten			
422 91	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 91	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	126.049.400	135.342.900	136.342.600

Gesamteinnahme	126.049.400	135.342.900	136.342.600

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben

0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	353.145.600	364.990.300	363.031.100

0	0

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	373.900	486.600	486.800

0	0

Gesamtausgabe	353.519.500	365.476.900	363.517.900

Gesamtsumme der VE		0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-227.470.100	-230.134.000	-227.175.300

Kapitel 11 20: Kosten- und Erlösübersicht gesamt

Erlöse	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	119.854.878	125.755.300	135.000.000	136.000.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	319.130	294.100	342.900	342.600
Summe (Gesamteinnahmen Kapitel 11 20)	120.174.008	126.049.400	135.342.900	136.342.600

Budgetrelevante Kosten				
- Personalkosten	202.263.181	200.330.700	220.981.600	217.670.600
Bezüge (Besoldung, Entgelte, Anwärter)	187.120.011	181.607.300	201.160.300	198.328.700
Zuführung an Pensionsfonds LSA (Titel 916 13)	14.574.986	17.955.000	19.253.100	18.773.700
Amtsärztliche Untersuchungen/arbeitsmed. Betreuung	568.185	768.400	568.200	568.200
- Sachkosten	33.125.839	39.213.700	25.124.900	25.538.700
Allgemeine Verwaltungskosten	3.042.133	3.343.000	3.401.200	3.405.700
Bibliothek	1.171.690	1.221.900	1.278.200	1.291.900
Mieten/ Pachten	15.910.887	19.126.100	8.824.000	9.010.200
- Mietzahlungen an den Landesbetrieb	8.529.290	10.299.500	0	0
- Mietzahlungen an Drittvermieter	7.381.597	8.826.600	8.824.000	9.010.200
Nebenkosten der Immobilien	8.513.765	11.026.000	6.720.100	6.832.800
Telefon/ Post	4.487.364	4.496.700	4.901.400	4.998.100
- Investitionen	865.282	635.000	872.700	839.200
davon: Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	392.296	261.100	386.100	352.400
davon: Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	472.986	373.900	486.600	486.800
Summe budgetrelevanter Kosten	236.254.302	240.179.400	246.979.200	244.048.500
<i>Nachrichtlich: Titel 685 02</i>	235.781.316	239.805.500	246.492.600	243.561.700
Nicht budgetrelevante Kosten				
- Verfahrensauslagen (Titel 685 05)	109.923.511	113.340.100	118.497.700	119.469.400
Entschädigungen beigeordneter Anwälte	17.877.357	19.185.600	19.929.600	20.082.100
Zeugenentschädigungen	1.799.955	2.109.400	2.247.000	2.133.100
Sachverständigenentschädigungen	27.176.609	29.741.600	31.408.400	31.695.100
Bekanntmachungskosten	110.272	148.800	109.700	108.700
Kosten der Beratungshilfe	860.495	1.050.400	1.023.500	1.023.500
Kosten auf Grund des Betreuungsgesetzes	43.215.784	42.289.600	43.842.900	44.349.700
Vergütung/Auslagen Insolvenzverwalter/Treuhänder	4.081.529	3.856.400	4.258.900	4.258.900
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	897.622	880.700	940.600	941.200
Entschädigung Ehrenamtlicher Richter/Beisitzer	789.110	979.600	849.100	849.100
Entschädigung von Vollstreckungsbeamten	8.117.353	7.895.600	8.550.900	8.550.900
Übrige Verfahrensauslagen	4.997.425	5.202.400	5.337.100	5.477.100
Summe nicht budgetrelevanter Kosten	109.923.511	113.340.100	118.497.700	119.469.400
Gesamtsumme aller Kosten	346.177.813	353.519.500	365.476.900	363.517.900

Nachrichtlich: Kalkulatorische Kosten	2023	2024	2025	2026
Werteverzehr des Vermögens (Abschreibung)	1.862.179	2.177.200	2.196.600	2.196.000
Rückstellungen für Pensionen (30%)	42.781.529	41.521.149	45.991.581	45.344.188
Summe kalkulatorischer Kosten	44.643.708	43.698.349	48.188.181	47.540.188

Finanzkennzahlen	2023	2024	2025	2026
Personalkosten-Quote in %	58,4	56,7	60,5	59,9
Sachkosten-Quote in %	9,6	11,1	6,9	7,0
Rechtsauslagen-Quote in %	31,7	32,0	32,4	32,9
Investitions-Quote (gesamt) in %	0,3	0,2	0,2	0,2

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Kapitel 11 20: Kosten- und Erlösübersicht der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften

Erlöse	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Verfahrenserlöse (<i>Titel 112 59</i>)	115.477.250	121.557.500	130.625.000	131.625.000
Verwaltungserlöse (<i>Titel 119 59</i>)	318.755	293.500	342.900	342.600
Summe (Gesamteinnahmen Kapitel 11 20)	115.796.004	121.851.000	130.967.900	131.967.600

Budgetrelevante Kosten				
- Personalkosten	170.289.868	167.666.800	186.381.300	184.044.900
Bezüge (Besoldung, Entgelte, Anwärter)	157.649.667	152.268.900	169.667.800	167.710.500
Zuführung an Pensionsfonds LSA (<i>Titel 916 13</i>)	12.072.648	14.637.300	16.153.100	15.771.500
Amtsärztliche Untersuchungen/arbeitsmed. Betreuung	567.553	760.600	560.400	562.900
- Sachkosten	32.462.110	38.408.300	24.647.800	25.049.700
Allgemeine Verwaltungskosten	2.939.403	3.204.900	3.280.700	3.277.900
Bibliothek	834.577	878.500	929.300	938.100
Mieten/ Pachten	15.796.263	18.967.500	8.824.000	9.010.200
- Mietzahlungen an den Landesbetrieb	8.414.667	10.140.900	0	0
- Mietzahlungen an Drittvermieter	7.381.597	8.826.600	8.824.000	9.010.200
Nebenkosten der Immobilien	8.405.392	10.861.900	6.714.000	6.827.000
Telefon/ Post	4.486.474	4.495.500	4.899.800	4.996.500
- Investitionen	829.087	568.700	801.600	802.500
davon: Investitionen HGr. 6 (in <i>Titel 685 02</i>)	356.101	216.600	328.100	315.700
davon: Investitionen HGr. 8 (<i>Titel 894 02</i>)	472.986	352.100	473.500	486.800
Summe budgetrelevanter Kosten	203.581.065	206.643.800	211.830.700	209.897.100
<i>Nachrichtlich: Titel 685 02</i>	203.108.079	206.291.700	211.357.200	209.410.300
Nicht budgetrelevante Kosten				
- Verfahrensauslagen (<i>Titel 685 05</i>)	104.334.956	105.832.800	111.179.300	112.239.500
Entschädigungen beigeordneter Anwälte	15.584.042	16.170.500	17.007.400	17.225.800
Zeugenentschädigungen	1.692.377	1.961.900	2.026.900	2.004.400
Sachverständigenentschädigungen	24.262.209	25.772.200	27.552.300	27.770.800
Bekanntmachungskosten	110.272	148.800	109.700	108.700
Kosten der Beratungshilfe	860.495	1.050.400	1.023.500	1.023.500
Kosten auf Grund des Betreuungsgesetzes	43.215.784	42.289.600	43.842.900	44.349.700
Vergütung/Auslagen Insolvenzverwalter/Treuhänder	4.081.529	3.856.400	4.258.900	4.258.900
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	897.622	880.700	940.600	941.200
Entschädigung Ehrenamtlicher Richter/Beisitzer	519.133	619.000	536.700	536.100
Entschädigung von Vollstreckungsbeamten	8.117.353	7.895.600	8.550.900	8.550.900
Übrige Verfahrensauslagen	4.994.140	5.187.700	5.329.500	5.469.500
Summe nicht budgetrelevanter Kosten	104.334.956	105.832.800	111.179.300	112.239.500
Gesamtsumme aller Kosten	307.916.021	312.476.600	324.030.000	323.156.600

Nachrichtlich: Kalkulatorische Kosten	2023	2024	2025	2026
Werteverzehr des Vermögens (Abschreibung)	1.775.386	2.087.600	2.105.300	2.107.400
Rückstellungen für Pensionen (30% des Besoldungsanteils)	35.699.420	34.480.957	38.420.900	37.977.674
Summe kalkulatorischer Kosten	37.474.806	36.568.557	40.526.200	40.085.074

Finanzkennzahlen	2023	2024	2025	2026
Personalkosten-Quote in %	55,3	53,6	57,7	57,1
Sachkosten-Quote in %	10,5	12,3	7,6	7,8
Rechtsauslagen-Quote in %	33,9	33,9	34,4	34,8
Investitions-Quote (gesamt) in %	0,3	0,2	0,3	0,3

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Kapitel 11 20: Geschäftszahlen, sonstige Kennzahlen und verfahrensorientierte Erlösinformationen
- Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften -

a) Geschäftszahlen

Bezeichnung	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Geschäftszahlen Amtsgerichte*	600.983	607.363	606.969	602.400
Geschäftszahlen Landgerichte	11.769	12.800	11.490	11.073
Geschäftszahlen Oberlandesgericht	3.988	4.191	4.069	3.767
Geschäftszahlen Staatsanwaltschaften	298.475	294.605	308.340	307.640
Geschäftszahlen Generalstaatsanwaltschaft	3.241	3.320	3.362	3.362

b) Kennzahlen zur Personalstruktur

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Frauenquote in %	69,30	68,91	68,79
Quote der Frauen in Führungspositionen Laufbahngruppe 2 2. Einstiegsamt in %	40,31	41,60	42,05
Durchschnittliches Alter in Jahren	49,42	49,31	49,06
Teilzeitquote in %	12,37	11,39	12,94
Schwerbehindertenquote in %**	4,94	4,61	4,61

c) Verfahrensorientierte Erlösinformationen

Produktgruppe	Ist 2023***	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Zivilsachen/Familiensachen AG	17.340.138	17.060.653	20.258.400	20.779.000
Vollstreckungsverfahren AG	8.849.700	9.260.430	10.291.300	9.467.300
Strafsachen/Ordnungswidrigkeiten AG	846.205	809.986	1.002.800	1.063.200
Angelegenheiten d. Freiwilligen Gerichtsbarkeit AG	44.731.487	49.369.541	48.898.800	51.113.600
Sonstige Verfahren AG	9.436.622	8.483.770	9.794.400	9.802.700
Verwaltung (ext.) AG	62.151	96.020	82.800	82.800
Summe Amtsgerichte:	81.266.303	85.080.400	90.328.500	92.308.600
Zivilsachen LG	9.555.285	10.309.442	10.298.800	9.910.400
Strafsachen LG	141.207	133.228	183.200	183.400
Sonstige Rechtspflegetätigkeit LG	112	300	200	200
Verwaltung (ext.) LG	42.377	36.029	46.300	46.300
Summe Landgerichte:	9.738.982	10.479.000	10.528.500	10.140.300
Zivilsachen/Familiensachen OLG	2.903.141	2.631.800	3.127.000	2.461.500
Sonstige Verfahren OLG	14.142	6.000	6.900	6.500
Verwaltung (ext.) OLG	26.504	19.700	29.000	29.000
Summe Oberlandesgericht:	2.943.787	2.657.500	3.162.900	2.497.000
Ermittlungsverfahren gg. Erw. StA	19.911.741	21.604.018	22.141.500	22.141.500
Ermittlungsverfahren gg. Jugend. StA	400.797	406.048	441.700	441.700
Ordnungswidrigkeitenverfahren StA	1.237.767	1.321.212	1.421.800	1.421.800
Sonstige staatsanwalt. Verfahren StA	2.752	930	900	900
Verwaltung (ext.) StA	7.824	0	0	0
Summe Staatsanwaltschaften:	21.560.880	23.332.208	24.005.900	24.005.900
Ermittlungsverf./ Mitwirk. a. ger. HV GenStA	108	2.500	2.500	2.500
Sonstige Tätigkeiten GenStA	24	300	300	300
Verwaltung (ext.) GenStA	0	100	100	100
Summe Generalstaatsanwaltschaft:	132	2.900	2.900	2.900

* Einschließlich Mahnsachen für Thüringen und Sachsen (Zentrales Mahngericht)

** Angabe für den gesamten Geschäftsbereich des MJ

*** Gerundete Darstellungen der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Amtsgerichte

Produkte der Amtsgerichte	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Zivilsachen / Familiensachen				
Budget	23.710.306	24.381.000	24.253.000	23.932.100
davon Personalkosten	19.661.471	19.586.100	21.411.100	21.026.300
davon Sachkosten	4.048.835	4.794.900	2.841.900	2.905.800
Nicht budgetrelevante Kosten	15.670.074	15.926.900	16.683.400	17.085.600
Gesamtkosten Zivilsachen/Familiensachen (Amtsgericht)	39.380.380	40.307.900	40.936.400	41.017.700
Geschäftszahlen:	76.424	68.344	75.421	75.590
Vollstreckungsverfahren				
Budget	10.453.264	10.639.800	10.656.400	10.522.900
davon Personalkosten	8.474.205	8.358.500	8.916.900	8.759.400
davon Sachkosten	1.979.059	2.281.300	1.739.500	1.763.500
Nicht budgetrelevante Kosten	6.721.328	6.742.700	7.320.600	7.350.900
Gesamtkosten Vollstreckung (Amtsgericht)	17.174.592	17.382.500	17.977.000	17.873.800
Geschäftszahlen:	75.596	77.101	77.557	77.394
Straf- und Ordnungswidrigkeitensachen				
Budget	18.704.288	19.104.400	19.901.000	19.646.300
davon Personalkosten	15.659.321	15.461.400	17.416.900	17.107.000
davon Sachkosten	3.044.967	3.643.000	2.484.100	2.539.300
Nicht budgetrelevante Kosten	10.131.877	9.499.800	10.582.800	10.705.400
Gesamtkosten Straf- und Ordnungswidrig. (Amtsgericht)	28.836.165	28.604.200	30.483.800	30.351.700
Geschäftszahlen:	56.404	56.459	57.445	57.954
Freiwillige Gerichtsbarkeit				
Budget	39.488.616	40.139.800	39.278.800	38.719.000
davon Personalkosten	32.946.060	32.278.900	35.338.500	34.700.000
davon Sachkosten	6.542.555	7.860.900	3.940.300	4.019.000
Nicht budgetrelevante Kosten	46.980.280	46.160.800	47.815.200	48.297.500
Gesamtkosten Freiwillige Gerichtsbarkeit (Amtsgericht)	86.468.895	86.300.600	87.094.000	87.016.500
Geschäftszahlen:	288.360	311.647	297.849	293.946
Sonstige Verfahren				
Budget	10.244.887	10.134.700	10.585.500	10.397.700
davon Personalkosten	9.926.032	9.695.500	10.298.100	10.107.400
davon Sachkosten	318.855	439.200	287.400	290.300
Nicht budgetrelevante Kosten	9.120.903	9.137.100	9.738.600	9.739.600
Gesamtkosten Sonstige Verfahren (Amtsgericht)	19.365.789	19.271.800	20.324.100	20.137.300
Geschäftszahlen (nur Beratungshilfe):	9.989	13.140	9.995	9.963
Hinterlegte Schuldnerverzeichnisse:		17.298	14.269	13.214
Eingänge Eintragungsanordnungen Schuldnerverzeichnisse:		66.417	65.834	65.834
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	1.803.510	1.735.800	1.738.700	1.714.800
davon Personalkosten	1.539.244	1.425.800	1.551.300	1.522.500
davon Sachkosten	264.265	310.000	187.400	192.300
Nicht budgetrelevante Kosten	8.996	8.000	5.200	5.200
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.) (Amtsgericht)	1.812.506	1.743.800	1.743.900	1.720.000
Verrechnungen				
davon Personalkosten	4.656.967	4.512.300	5.226.800	5.155.200
davon Sachkosten	7.564.228	8.393.100	8.819.300	8.967.800
Gesamtsumme Verrechnungen	12.221.195	12.905.400	14.046.100	14.123.000
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	219.664	134.400	184.600	200.300
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	327.865	245.400	340.900	404.300
Gesamtsumme Investitionen	547.529	379.800	525.500	604.600

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Produkte der Amtsgerichte	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	205.807.052	206.896.000	213.130.800	212.844.600
davon Budget	117.173.595	119.420.700	120.985.000	119.660.400
davon Personalkosten	92.863.301	91.318.500	100.159.600	98.377.800
davon Sachkosten	23.762.765	27.722.400	20.299.900	20.678.000
davon Investitionen	547.529	379.800	525.500	604.600
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	88.633.457	87.475.300	92.145.800	93.184.200
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	116.845.730	119.175.300	120.644.100	119.256.100
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	81.266.303	85.080.400	92.127.000	94.181.100
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	120.157	100.700	98.900	98.900
Gesamterlöse	81.386.461	85.181.100	92.225.900	94.280.000

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch Cent-genaue Berechnung geringfügig abweichen.

Anlagen zum Produkthaushalt der Amtsgerichte

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für Amtsgerichte

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Zivilsachen am Amtsgericht			
durchschn. Verfahrensdauer Zivilsachen in Monaten	5,6	5,6	5,3
Anteil der Zivilverfahren (Bagatellverfahren) mit einem Streitwert bis 500 EUR in %	28,1	32,6	26,1
Familiensachen am Amtsgericht			
durchschn. Verfahrensdauer Familiensachen in Monaten	6,8	6,8	6,7
Anteil der Familiensachen in denen einer oder beiden Parteien Verfahrenskostenhilfe bewilligt wurde in %	59,5	55,7	54,3
Straf- und Ordnungswidrigkeitensachen			
durchschn. Verfahrensdauer Strafsachen gg. Erwachsene in Monaten	6,1	6,2	6,3
durchschn. Verfahrensdauer Strafsachen gg. Jugendliche in Monaten	5,1	5,5	5,5
Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit			
Bestand an anhängigen Betreuungsverfahren (prognostizierter Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung steigt von 24,3 % im Jahr 2011 auf 31,2 % im Jahr 2025)	44.999	44.564	47.302
Sonstige Verfahren			
Anzahl der Fälle nach dem Beratungshilfegesetz	13.244	11.868	9.989

b) Investitionsplanung

Anlagenklasse	2025			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
5710 - Gebäudeeinrichtungen	0	12.100	41.500	53.600
7820 - Sicherheitstechnik	0	41.000	0	41.000
8620 - Post- und Briefbearbeitungsgeräte	0	6.900	0	6.900
8640 - Kommunikationsanlagen und -geräte	0	62.900	0	62.900
8710 - Büroeinrichtung	15.000	145.500	16.000	176.500
Gesamtergebnis	15.000	268.400	57.500	340.900

Anlagenklasse	2026			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
5710 - Gebäudeeinrichtungen	0	5.200	0	5.200
7820 - Sicherheitstechnik	0	24.000	20.000	44.000
8620 - Post- und Briefbearbeitungsgeräte	0	35.000	0	35.000
8640 - Kommunikationsanlagen und -geräte	0	13.600	30.200	43.800
8670 - Zeiterfassungsgeräte	0	17.300	0	17.300
8710 - Büroeinrichtung	5.600	128.400	116.000	250.000
8720 - Unterkunftsausstattung	0	9.000	0	9.000
Gesamtergebnis	5.600	232.500	166.200	404.300

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Landgerichte

Produkte der Landgerichte	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Zivilsachen (Landgericht)				
Budget	12.823.426	13.940.400	12.520.400	12.404.200
davon Personalkosten	10.735.822	11.217.300	11.915.500	11.814.000
davon Sachkosten	2.087.603	2.723.100	604.900	590.200
Nicht budgetrelevante Kosten	4.396.096	4.234.900	4.481.800	4.418.000
Gesamtkosten Zivilsachen (Landgericht)	17.219.522	18.175.300	17.002.200	16.822.200
Geschäftszahlen:	6.869	7.568	6.531	6.149
Strafsachen (Landgericht)				
Budget	11.765.659	13.232.000	11.431.400	11.313.600
davon Personalkosten	10.011.756	10.805.700	10.933.800	10.839.200
davon Sachkosten	1.753.903	2.426.300	497.600	474.400
Nicht budgetrelevante Kosten	6.182.662	6.568.600	6.868.300	6.895.000
Gesamtkosten Strafsachen (Landgericht)	17.948.321	19.800.600	18.299.700	18.208.600
Geschäftszahlen:	4.900	5.232	4.959	4.879
Sonstige Rechtspflege­­tätigkeit (Landgericht)				
Budget	783.828	604.400	691.100	686.600
davon Personalkosten	607.898	467.800	660.600	656.500
davon Sachkosten	175.930	136.600	30.500	30.100
Nicht budgetrelevante Kosten	2.405	400	2.800	2.800
Gesamtkosten Son. Rechtspf.­­tätigkeit (Landgericht)	786.233	604.800	693.900	689.400
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	1.695.907	1.712.300	1.552.000	1.535.400
davon Personalkosten	1.462.187	1.409.800	1.481.800	1.467.800
davon Sachkosten	233.720	302.500	70.200	67.600
Nicht budgetrelevante Kosten	1.095	3.700	2.300	2.300
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	1.697.002	1.716.000	1.554.300	1.537.700
Verrechnungen				
davon Personalkosten	2.271.326	1.961.600	2.599.400	2.574.400
davon Sachkosten	955.088	1.145.100	563.500	572.600
Gesamtsumme Verrechnungen	3.226.414	3.106.700	3.162.900	3.147.000
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	44.361	39.500	69.300	47.100
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	60.740	39.300	40.400	11.300
Gesamtsumme Investitionen	105.101	78.800	109.700	58.400
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	40.982.593	43.482.200	40.822.700	40.463.300
davon Budget	30.400.335	32.674.600	29.467.500	29.145.200
davon Personalkosten	25.088.990	25.862.200	27.591.100	27.351.900
davon Sachkosten	5.206.244	6.733.600	1.766.700	1.734.900
davon Investitionen	105.101	78.800	109.700	58.400
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	10.582.259	10.807.600	11.355.200	11.318.100
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	30.339.595	32.635.300	29.427.100	29.133.900
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	9.738.982	10.479.000	10.534.200	10.146.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	62.915	65.600	63.300	63.300
Gesamterlöse	9.801.897	10.544.600	10.597.500	10.209.300

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Anlagen zum Produkthaushalt der Landgerichte

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für Landgerichte

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Zivilsachen am Landgericht			
durchschn. Verfahrensdauer Zivilsachen (1. Instanz) in Monaten	10,9	11,7	12,3
durchschn. Verfahrensdauer Zivilsachen (Berufungsinst.) in Monaten	5,5	5,3	6,0
Strafsachen am Landgericht			
durchschn. Verfahrensdauer Strafsachen (1. Instanz, alle Spruchkörper) in Monaten	7,5	6,9	6,3
durchschn. Verfahrensdauer Strafsachen (Berufungsinstanz, alle Spruchkörper) in Monaten	5,1	5,2	3,9

b) Investitionsplanung

Anlagenklasse	2025			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
7320 - Medien- und Tontechnik, Unterhaltungselektronik	0	4.900	0	4.900
8640 - Kommunikationsanlagen und -geräte	0	8.800	0	8.800
8710 - Büroeinrichtung	0	26.700	0	26.700
Gesamtergebnis	0	40.400	0	40.400

Anlagenklasse	2026			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
7320 - Medien- und Tontechnik, Unterhaltungselektronik	0	6.000	0	6.000
8710 - Büroeinrichtung	0	5.300	0	5.300
Gesamtergebnis	0	11.300	0	11.300

Kapitel 11 20: Produkthaushalt des Oberlandesgerichts Naumburg

Produkte des Oberlandesgerichts Naumburg	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Zivilsachen/Familiensachen (Oberlandesgericht)				
Budget	3.719.210	4.114.900	4.444.100	4.270.800
davon Personalkosten	3.367.214	3.418.000	4.171.500	3.983.900
davon Sachkosten	351.996	696.900	272.600	286.900
Nicht budgetrelevante Kosten	153.826	167.300	170.100	135.500
Gesamtkosten Zivilsachen/Familiensachen (OLG)	3.873.036	4.282.200	4.614.200	4.406.300
Geschäftszahlen:	2.813	3.044	2.880	2.517
Strafsachen (Oberlandesgericht)				
Budget	572.546	744.500	691.300	664.000
davon Personalkosten	522.954	624.400	653.100	623.700
davon Sachkosten	49.593	120.100	38.200	40.300
Nicht budgetrelevante Kosten	-582.109	293.400	220.900	221.100
Gesamtkosten Strafsachen (OLG)	-9.563	1.037.900	912.200	885.100
Geschäftszahlen:	1.012	962	1.054	1.095
Sonstige Verfahren (Oberlandesgericht)				
Budget	74.151	63.200	86.000	82.700
davon Personalkosten	66.462	51.500	80.000	76.400
davon Sachkosten	7.689	11.700	6.000	6.300
Nicht budgetrelevante Kosten	18.568	32.500	20.000	18.900
Gesamtkosten Sonstige Verfahren (OLG)	92.719	95.700	106.000	101.600
Geschäftszahlen:	163	185	162	155
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	5.769.334	5.538.900	6.240.500	6.722.000
davon Personalkosten	5.199.965	5.152.400	6.075.600	6.548.100
davon Sachkosten	569.369	386.500	164.900	173.900
Nicht budgetrelevante Kosten	39.869	20.200	20.600	20.600
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	5.809.203	5.559.100	6.261.100	6.742.600
Verrechnungen				
Budget	4.888.653	4.587.600	5.068.900	4.918.900
davon Personalkosten	4.028.405	3.879.700	4.342.400	4.173.500
davon Sachkosten	860.248	707.900	726.500	745.400
Nicht budgetrelevante Kosten	144.484	167.300	176.800	186.800
Gesamtsumme Verrechnungen	5.033.137	4.754.900	5.245.700	5.105.700
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	12.405	13.700	20.200	21.200
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	24.326	36.100	23.700	35.200
Gesamtsumme Investitionen	36.731	49.800	43.900	56.400
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	14.835.262	15.779.600	17.183.100	17.297.700
davon Budget	15.060.625	15.098.900	16.574.700	16.714.800
davon Personalkosten	13.185.000	13.126.000	15.322.600	15.405.600
davon Sachkosten	1.838.895	1.923.100	1.208.200	1.252.800
davon Investitionen	36.731	49.800	43.900	56.400
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	-225.363	680.700	608.400	582.900
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	15.036.300	15.062.800	16.551.000	16.679.600
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	2.944.353	2.657.700	3.163.200	2.497.300
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	124.094	111.000	164.100	163.800
Gesamterlöse	3.068.447	2.768.700	3.327.300	2.661.100

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Anlage zum Produkthaushalt des Oberlandesgerichts

Investitionsplanung

Anlagenklasse	2025			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
7410 - Anlagen u.Geräte f. Arbeitssicherh.+Umweltschutz	0	0	8.700	8.700
7820 - Sicherheitstechnik	6.000	0	0	6.000
8710 - Büroeinrichtung	0	9.000	0	9.000
Gesamtergebnis	6.000	9.000	8.700	23.700

Anlagenklasse	2026			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
7410 - Anlagen u.Geräte f. Arbeitssicherh.+Umweltschutz	0	0	9.000	9.000
8670 - Zeiterfassungsgeräte	0	7.000	0	7.000
8710 - Büroeinrichtung	0	9.600	9.600	19.200
Gesamtergebnis	0	16.600	18.600	35.200

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Staatsanwaltschaften

Produkte der Staatsanwaltschaften	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene				
Budget	24.787.182	23.425.100	27.384.200	27.165.000
davon Personalkosten	23.951.686	22.422.500	26.606.300	26.382.100
davon Sachkosten	835.497	1.002.600	777.900	782.900
Nicht budgetrelevante Kosten	4.535.828	5.306.300	5.451.000	5.485.400
Gesamtkosten Ermittlungsverfahren gg. Erwachsene	29.323.010	28.731.400	32.835.200	32.650.400
Geschäftszahlen:	232.839	230.740	242.025	241.225
Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende				
Budget	2.645.868	2.637.100	3.058.100	3.032.900
davon Personalkosten	2.551.578	2.523.100	2.971.200	2.945.400
davon Sachkosten	94.290	114.000	86.900	87.500
Nicht budgetrelevante Kosten	88.412	96.900	115.500	115.500
Gesamtkosten Ermittlungsverfahren gg. Jugendl./Heranw.	2.734.280	2.734.000	3.173.600	3.148.400
Geschäftszahlen:	24.017	22.400	24.700	24.800
Ordnungswidrigkeitenverfahren				
Budget	363.838	385.700	383.200	379.800
davon Personalkosten	350.947	369.200	372.300	368.800
davon Sachkosten	12.890	16.500	10.900	11.000
Nicht budgetrelevante Kosten	0	500	800	800
Gesamtkosten Ordnungswidrigkeitenverfahren	363.838	386.200	384.000	380.600
Geschäftszahlen:	9.299	9.500	9.700	9.700
Wahrnehmung der gerichtlichen Hauptverhandlung				
Budget	2.491.317	2.486.300	2.784.400	2.757.400
davon Personalkosten	2.390.878	2.367.600	2.705.200	2.677.300
davon Sachkosten	100.439	118.700	79.200	80.100
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0	0
Gesamtkosten Wahrnehmung gerichtl. Hauptverhandlung	2.491.317	2.486.300	2.784.400	2.757.400
Vollstreckungssachen				
Budget	5.784.737	5.997.400	6.452.900	6.400.300
davon Personalkosten	5.577.287	5.731.300	6.268.600	6.215.000
davon Sachkosten	207.450	266.100	184.300	185.300
Nicht budgetrelevante Kosten	6.898	3.000	7.600	7.600
Gesamtkosten Vollstreckungssachen	5.791.635	6.000.400	6.460.500	6.407.900
Geschäftszahlen:	26.742	29.900	29.000	29.000
Sonstige staatsanwaltliche Aufgaben				
Budget	329.703	337.800	374.500	370.300
davon Personalkosten	317.860	323.900	363.700	359.400
davon Sachkosten	11.843	13.900	10.800	10.900
Nicht budgetrelevante Kosten	60.428	98.700	88.100	88.100
Gesamtkosten Sonstige staatsanwaltliche Aufgaben	390.131	436.500	462.600	458.400
Geschäftszahlen:	5.549	2.025	2.875	2.875
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	972.460	946.900	1.100.100	1.093.400
davon Personalkosten	934.160	902.300	1.070.300	1.063.100
davon Sachkosten	38.300	44.600	29.800	30.300
Nicht budgetrelevante Kosten	67	0	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	972.528	946.900	1.100.100	1.093.400
Verrechnungen				
davon Personalkosten	679.047	686.400	754.600	751.100
davon Sachkosten	79.676	111.700	93.800	94.700
Gesamtsumme Verrechnungen	758.724	798.100	848.400	845.800

Produkte der Staatsanwaltschaften	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	71.081	21.600	47.100	38.700
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	60.055	24.000	53.100	22.300
Gesamtsumme Investitionen	131.136	45.600	100.200	61.000
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	42.956.597	42.565.400	48.149.000	47.803.300
davon Budget	38.264.964	37.060.000	42.486.000	42.105.900
davon Personalkosten	36.753.444	35.326.300	41.112.200	40.762.200
davon Sachkosten	1.380.384	1.688.100	1.273.600	1.282.700
davon Investitionen	131.136	45.600	100.200	61.000
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	4.691.633	5.505.400	5.663.000	5.697.400
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	38.204.909	37.036.000	42.432.900	42.083.600
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	21.527.480	23.337.500	24.797.400	24.797.400
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	8.867	9.100	9.300	9.300
Gesamterlöse	21.536.346	23.346.600	24.806.700	24.806.700

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Anlagen zum Produkthaushalt der Staatsanwaltschaften

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für Staatsanwaltschaften

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Wirkungskennzahlen für die Staatsanwaltschaften			
Anklagequote in %	7,1	6,9	5,7
Einstellungsquote in %	60,2	60,4	63,5
Anzahl der vollstreckten Einziehungsentscheidungen	2.135	1.791	1.471
Wert der in Vollstreckungsverfahren eingezogenen Vermögensgegenstände in EUR (Sollstellungen)	11.676.000	15.914.000	11.957.000

b) Investitionsplanung

Anlagenklasse	2025			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
7820 - Sicherheitstechnik	25.000	0	0	25.000
8620 - Post- und Briefbearbeitungsgeräte	0	5.100	0	5.100
8710 - Büroeinrichtung	12.000	11.000	0	23.000
Gesamtergebnis	37.000	16.100	0	53.100

Anlagenklasse	2026			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
8710 - Büroeinrichtung	10.000	12.300	0	22.300
Gesamtergebnis	10.000	12.300	0	22.300

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg

Produkte der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Ermittlungsverfahren und Mitwirkung am gerichtl. Verfahren				
Budget	755.983	794.600	679.600	666.300
davon Personalkosten	638.584	644.800	646.700	632.500
davon Sachkosten	117.399	149.800	32.900	33.800
Nicht budgetrelevante Kosten	5.223	88.200	91.800	91.800
Gesamtkosten Ermittlungsverf. und Mitwirkung a. ger. Verf.	761.206	882.800	771.400	758.100
Geschäftszahlen:	1.994	1.105	1.117	1.117
Sonstige Tätigkeiten				
Budget	585.812	635.500	532.400	522.000
davon Personalkosten	497.305	514.300	504.700	493.600
davon Sachkosten	88.507	121.200	27.700	28.400
Nicht budgetrelevante Kosten	514	4.500	4.000	4.000
Gesamtkosten Sonstige Tätigkeiten	586.326	640.000	536.400	526.000
Geschäftszahlen:	3.960	1.985	1.995	1.995
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	290.326	234.900	243.300	238.400
davon Personalkosten	245.509	191.000	232.200	227.000
davon Sachkosten	44.817	43.900	11.100	11.400
Nicht budgetrelevante Kosten	138.948	121.000	161.100	161.100
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	429.274	355.900	404.400	399.500
Geschäftszahlen:	528	230	250	250
Verrechnungen				
davon Personalkosten	881.384	683.700	812.200	794.300
davon Sachkosten	23.372	26.200	27.700	27.700
Nicht budgetrelevante Kosten	508.013	1.150.000	1.150.000	1.200.000
Gesamtsumme Verrechnungen	1.412.770	1.859.900	1.989.900	2.022.000
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	8.590	7.400	6.900	8.400
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	7.300	15.400	13.700
Gesamtsumme Investitionen	8.590	14.700	22.300	22.100
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	3.198.166	3.753.300	3.724.400	3.727.700
davon Budget	2.545.469	2.389.600	2.317.500	2.270.800
davon Personalkosten	2.262.783	2.033.800	2.195.800	2.147.400
davon Sachkosten	274.095	341.100	99.400	101.300
davon Investitionen	8.590	14.700	22.300	22.100
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	652.697	1.363.700	1.406.900	1.456.900
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	2.545.469	2.382.300	2.302.100	2.257.100
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	132	2.900	3.200	3.200
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	2.722	7.100	7.300	7.300
Gesamterlöse	2.854	10.000	10.500	10.500

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Anlagen zum Produkthaushalt der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg

Investitionsplanung

Anlagenklasse	2025			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
8710 - Büroeinrichtung	0	15.400	0	15.400
Gesamtergebnis	0	15.400	0	15.400

Anlagenklasse	2026			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
8670 - Zeiterfassungsgeräte	0	6.000	0	6.000
8710 - Büroeinrichtung	0	7.700	0	7.700
Gesamtergebnis	0	13.700	0	13.700

Kapitel 11 20: Kosten- und Erlösübersicht der Fachgerichte

	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	4.377.628	4.197.800	4.375.000	4.375.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	375	600	0	0
Summe (Gesamteinnahmen Kapitel 1120)	4.378.004	4.198.400	4.375.000	4.375.000

Budgetrelevante Kosten				
- Personalkosten	31.973.313	32.663.900	34.600.300	33.625.700
Bezüge (Besoldung, Entgelte, Anwärter)	29.470.343	29.338.400	31.492.500	30.618.200
Zuführung an Pensionsfonds LSA (Titel 916 13)	2.502.338	3.317.700	3.100.000	3.002.200
Amtsärztliche Untersuchungen/arbeitsmed. Betreuung	632	7.800	7.800	5.300
- Sachkosten	663.729	805.400	477.100	489.000
Allgemeine Verwaltungskosten	102.731	138.100	120.500	127.800
Bibliothek	337.113	343.400	348.900	353.800
Mieten/ Pachten	114.623	158.600	0	0
- Mietzahlungen an den Landesbetrieb	114.623	158.600	0	0
Nebenkosten der Immobilien	108.372	164.100	6.100	5.800
Telefon/ Post	889	1.200	1.600	1.600
- Investitionen	36.195	66.300	71.100	36.700
davon: Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	36.195	44.500	58.000	36.700
davon: Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	21.800	13.100	0
Summe budgetrelevanter Kosten	32.673.238	33.535.600	35.148.500	34.151.400
Nachrichtlich: Titel 685 02	32.673.238	33.513.800	35.135.400	34.151.400
Nicht budgetrelevante Kosten				
- Verfahrensauslagen (Titel 685 05)	5.588.554	7.507.300	7.318.400	7.229.900
Entschädigungen beigeordneter Anwälte	2.293.315	3.015.100	2.922.200	2.856.300
Zeugenentschädigungen	107.578	147.500	220.100	128.700
Sachverständigenentschädigungen	2.914.401	3.969.400	3.856.100	3.924.300
Bekanntmachungskosten	0	0	0	0
Kosten der Beratungshilfe	0	0	0	0
Kosten auf Grund des Betreuungsgesetzes	0	0	0	0
Vergütung/Auslagen Insolvenzverwalter/Treuhänder	0	0	0	0
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	0	0	0	0
Entschädigung Ehrenamtlicher Richter/Beisitzer	269.976	360.600	312.400	313.000
Entschädigung von Vollstreckungsbeamten	0	0	0	0
Übrige Verfahrensauslagen	3.284	14.700	7.600	7.600
Summe nicht budgetrelevanter Kosten	5.588.554	7.507.300	7.318.400	7.229.900
Gesamtsumme aller Kosten	38.261.792	41.042.900	42.466.900	41.381.300

Nachrichtlich: Kalkulatorische Kosten	2023	2024	2025	2026
Werteverzehr des Vermögens (Abschreibung)	86.794	89.600	91.300	88.600
Rückstellungen für Pensionen (30% des Besoldungsanteils)*	7.078.912	7.047.219	7.564.643	7.354.632
Summe kalkulatorischer Kosten	7.078.912	7.136.819	7.655.943	7.443.232

Finanzkennzahlen	2023	2024	2025	2026
Personalkosten-Quote in %	84	80	81	81
Sachkosten-Quote in %	2	2	1	1
Rechtsauslagen-Quote in %	15	18	17	17
Investitions-Quote (gesamt) in %	0,09	0,16	0,17	0,09

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

**Kapitel 11 20: Geschäftszahlen und sonstige Kennzahlen
- Fachgerichte -**

a) Geschäftszahlen

Bezeichnung	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Geschäftszahlen Arbeitsgerichte	6.559	7.310	7.050	7.050
Geschäftszahlen Landesarbeitsgericht	752	750	650	650
Geschäftszahlen Finanzgericht	996	1.504	1.504	1.504
Geschäftszahlen Verwaltungsgerichte	5.491	5.320	5.500	5.540
Geschäftszahlen Oberverwaltungsgericht	799	795	780	780
Geschäftszahlen Sozialgerichte	12.058	17.795	13.270	13.215
Geschäftszahlen Landessozialgericht	1.491	1.900	1.635	1.635

b) Kennzahlen zur Personalstruktur

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Frauenquote in %	67,18	66,59	67,07
Quote der Frauen in Führungspositionen Laufbahngruppe 2 2. Einstiegsamt in %	33,33	33,33	42,7
Durchschnittliches Alter in Jahren	49,05	49,45	50,3
Teilzeitquote in %	19,26	18,99	20,82
Schwerbehindertenquote in % *	4,94	4,61	4,61

c) Verfahrensorientierte Erlösinformationen: Darstellung verfahrensoientierter Ist-Einnahmen (Titel 112 59)

Produktbereich	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Alle Produkte der Arbeitsgerichte	784.663	796.800	870.000	870.000
Alle Produkte des Landesarbeitsgerichts	150.372	185.000	180.000	180.000
Alle Produkte des Finanzgerichts	460.145	400.000	500.000	500.000
Alle Produkte der Verwaltungsgerichte	1.342.211	1.140.000	1.500.000	1.500.000
Alle Produkte des Oberverwaltungsgerichts	648.661	220.000	250.000	250.000
Alle Produkte der Sozialgerichte	776.754	1.230.000	825.000	825.000
Alle Produkte des Landessozialgerichts	648.661	220.000	250.000	250.000

* Angabe für den gesamten Geschäftsbereich des MJ

** Gerundete Darstellungen der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Arbeitsgerichte

Produkte der Arbeitsgerichte	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (Ca- und Ga-Sachen)				
Budget	4.147.470	3.961.100	4.551.000	4.227.800
davon Personalkosten	4.123.683	3.937.400	4.528.300	4.202.800
davon Sachkosten	23.787	23.700	22.700	25.000
Nicht budgetrelevante Kosten	1.255.850	1.323.200	1.445.500	1.445.500
Gesamtkosten Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	5.403.320	5.284.300	5.996.500	5.673.300
Geschäftszahlen:	6.622	6.800	6.650	6.650
Sonstige Rechtssachen				
Budget	179.414	167.400	197.600	183.700
davon Personalkosten	178.265	166.300	196.500	182.500
davon Sachkosten	1.150	1.100	1.100	1.200
Nicht budgetrelevante Kosten	2.972	700	2.900	2.900
Gesamtkosten Sonstige Rechtssachen	182.386	168.100	200.500	186.600
Geschäftszahlen:	425	510	400	400
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	54.221	35.500	55.600	54.500
davon Personalkosten	53.979	35.300	55.400	54.300
davon Sachkosten	242	200	200	200
Nicht budgetrelevante Kosten	87	0	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	54.308	35.500	55.600	54.500
Verrechnungen				
davon Personalkosten	261.861	320.200	328.200	311.500
davon Sachkosten	0	0	0	0
Gesamtsumme Verrechnungen	261.861	320.200	328.200	311.500
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	6.525	9.000	13.300	11.500
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	0	0	0
Gesamtsumme Investitionen	6.525	9.000	13.300	11.500
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	5.908.402	5.817.100	6.594.100	6.237.400
davon Budget	4.649.492	4.493.200	5.145.700	4.789.000
davon Personalkosten	4.617.789	4.459.200	5.108.400	4.751.100
davon Sachkosten	25.178	25.000	24.000	26.400
davon Investitionen	6.525	9.000	13.300	11.500
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	1.258.909	1.323.900	1.448.400	1.448.400
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	4.649.492	4.493.200	5.145.700	4.789.000
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	784.663	796.800	870.000	870.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	17	0	0	0
Gesamterlöse	784.680	796.800	870.000	870.000

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Anlagen zum Produkthaushalt der Arbeitsgerichte

Wirkungsorientierte Kennzahlen für Arbeitsgerichte

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Arbeitsgerichtliche Urteilsverfahren durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	5,3	4,4	4,4
Arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	5,1	4,4	4,9

Kapitel 11 20: Produkthaushalt des Landesarbeitsgerichts

Produkte des Landesarbeitsgerichts	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (Ca- und Ga-Sachen)				
Budget	1.138.681	1.009.000	1.196.900	1.128.300
davon Personalkosten	1.101.599	969.500	1.157.300	1.087.400
davon Sachkosten	37.082	39.500	39.600	40.900
Nicht budgetrelevante Kosten	36.573	50.100	40.600	40.600
Gesamtkosten Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	1.175.254	1.059.100	1.237.500	1.168.900
Geschäftszahlen:	603	550	500	500
Sonstige Rechtssachen				
Budget	120.409	121.300	123.600	116.500
davon Personalkosten	116.321	116.500	119.500	112.300
davon Sachkosten	4.088	4.800	4.100	4.200
Nicht budgetrelevante Kosten	982	1.300	1.200	1.200
Gesamtkosten Sonstige Rechtssachen	121.391	122.600	124.800	117.700
Geschäftszahlen:	149	200	150	150
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	27.175	33.600	29.200	27.500
davon Personalkosten	26.314	32.300	28.200	26.500
davon Sachkosten	860	1.300	1.000	1.000
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	27.175	33.600	29.200	27.500
Verrechnungen				
davon Personalkosten	97.205	94.600	94.400	88.700
davon Sachkosten	133.568	138.000	139.400	141.000
Gesamtsumme Verrechnungen	230.773	232.600	233.800	229.700
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	0	0	1.500	1.500
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	7.300	0	0
Gesamtsumme Investitionen	0	7.300	1.500	1.500
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	1.554.592	1.455.200	1.626.800	1.545.300
davon Budget	1.517.038	1.403.800	1.585.000	1.503.500
davon Personalkosten	1.341.439	1.212.900	1.399.400	1.314.900
davon Sachkosten	175.598	183.600	184.100	187.100
davon Investitionen		7.300	1.500	1.500
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	37.554	51.400	41.800	41.800
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	1.517.038	1.396.500	1.585.000	1.503.500
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	150.372	185.000	180.000	180.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	13	0	0	0
Gesamterlöse	150.385	185.000	180.000	180.000

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Anlagen zum Produkthaushalt des Landesarbeitsgerichts

Wirkungsorientierte Kennzahlen für das Landesarbeitsgericht

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Berufungsverfahren in arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahren durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	15,1	18,6	19,6
Beschwerdeverfahren in arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	13,1	9,7	12,4

Kapitel 11 20: Produkthaushalt des Finanzgerichts

Produkte des Finanzgerichts	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Rechtssachen nach § 33 Abs. 1 FGO				
Budget	2.792.306	2.865.000	2.828.100	2.771.000
davon Personalkosten	2.557.383	2.514.800	2.796.500	2.737.500
davon Sachkosten	234.924	350.200	31.600	33.500
Nicht budgetrelevante Kosten	50.984	41.100	54.800	65.700
Gesamtkosten Rechtssachen nach § 33 Abs. 1 FGO	2.843.290	2.906.100	2.882.900	2.836.700
Geschäftszahlen:	982	1.500	1.500	1.500
Sonstige Rechtssachen				
Budget	13.763	6.400	13.900	13.600
davon Personalkosten	12.300	5.600	13.700	13.400
davon Sachkosten	1.463	800	200	200
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0	0
Gesamtkosten Sonstige Rechtssachen	13.763	6.400	13.900	13.600
Geschäftszahlen:	14	4	4	4
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	22.401	27.600	23.300	22.800
davon Personalkosten	20.585	24.200	23.000	22.500
davon Sachkosten	1.816	3.400	300	300
Nicht budgetrelevante Kosten	492	0	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	22.893	27.600	23.300	22.800
Verrechnungen				
davon Personalkosten	50.321	80.200	61.500	60.300
davon Sachkosten	0	0	0	0
Gesamtsumme Verrechnungen	50.321	80.200	61.500	60.300
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	13.662	8.600	20.700	5.200
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	8.500	5.400	0
Gesamtsumme Investitionen	13.662	17.100	26.100	5.200
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	2.943.930	3.037.400	3.007.700	2.938.600
davon Budget	2.892.454	2.996.300	2.952.900	2.872.900
davon Personalkosten	2.640.589	2.624.800	2.894.700	2.833.700
davon Sachkosten	238.203	354.400	32.100	34.000
davon Investitionen	13.662	17.100	26.100	5.200
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	51.476	41.100	54.800	65.700
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	2.892.454	2.987.800	2.947.500	2.872.900
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	460.145	400.000	500.000	500.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	0	0	0	0
Gesamterlöse	460.145	400.000	500.000	500.000

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Anlagen zum Produkthaushalt des Finanzgerichts

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für das Finanzgericht

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Klageverfahren durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	24,8	27,9	31,2
Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	5,5	6,0	10,2

b) Investitionsplanung

Anlagenklasse	2025			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
8640 - Kommunikationsanlagen und -geräte	0	5.400	0	5.400
Gesamtergebnis	0	5.400	0	5.400

Anlagenklasse	2026			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
	0	0	0	0
Gesamtergebnis	0	0	0	0

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Verwaltungsgerichte

Produkte der Verwaltungsgerichte	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Hauptsacheverfahren				
Budget	3.377.406	3.673.500	3.829.100	3.795.500
davon Personalkosten	3.367.436	3.662.500	3.820.400	3.785.500
davon Sachkosten	9.970	11.000	8.700	10.000
Nicht budgetrelevante Kosten	69.411	59.700	83.300	86.000
Gesamtkosten Hauptsacheverfahren	3.446.817	3.733.200	3.912.400	3.881.500
Geschäftszahlen:	2206	2.200	2.200	2.250
Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz				
Budget	953.167	897.200	1.091.600	1.082.300
davon Personalkosten	950.410	894.500	1.089.100	1.079.400
davon Sachkosten	2.757	2.700	2.500	2.900
Nicht budgetrelevante Kosten	1.827	3.600	3.400	3.900
Gesamtkosten Verf. zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	954.993	900.800	1.095.000	1.086.200
Geschäftszahlen:	735	910	840	850
Hauptsacheverfahren in Asylsachen				
Budget	1.716.294	2.064.500	1.962.100	1.942.400
davon Personalkosten	1.711.429	2.058.600	1.957.700	1.937.500
davon Sachkosten	4.865	5.900	4.400	4.900
Nicht budgetrelevante Kosten	154.042	238.100	208.000	208.000
Gesamtkosten Hauptsacheverfahren in Asylsachen	1.870.336	2.302.600	2.170.100	2.150.400
Geschäftszahlen:	1750	1.600	1.800	1.800
Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz in Asylsachen				
Budget	584.959	442.200	663.500	656.800
davon Personalkosten	583.220	441.000	662.000	655.200
davon Sachkosten	1.739	1.200	1.500	1.600
Nicht budgetrelevante Kosten	0	2.000	1.600	1.600
Gesamtkosten Verf. zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz in Asylsachen	584.959	444.200	665.100	658.400
Geschäftszahlen:	695	430	500	480
Sonstige Verfahren (z.B. Vollstreckungsverfahren)				
Budget	93.397	115.500	107.500	106.200
davon Personalkosten	93.216	115.200	107.300	106.000
davon Sachkosten	181	300	200	200
Nicht budgetrelevante Kosten	290	500	700	700
Gesamtkosten Sonstige Verfahren (z.B. Vollstreckungsverf.)	93.687	116.000	108.200	106.900
Geschäftszahlen:	105	180	160	160
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	46.260	71.600	46.000	46.000
davon Personalkosten	46.101	71.400	45.900	45.800
davon Sachkosten	160	200	100	200
Nicht budgetrelevante Kosten				
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	46.260	71.600	46.000	46.000
Verrechnungen				
davon Personalkosten	309.750	304.700	369.700	364.000
davon Sachkosten	0	0	0	0
Gesamtsumme Verrechnungen	309.750	304.700	369.700	364.000
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	4.744	10.000	13.400	10.000
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	0	7.700	0
Gesamtsumme Investitionen	4.744	10.000	21.100	10.000

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	7.311.546	7.883.100	8.387.600	8.303.400
davon Budget	7.085.976	7.579.200	8.090.600	8.003.200
davon Personalkosten	7.061.561	7.547.900	8.052.100	7.973.400
davon Sachkosten	19.672	21.300	17.400	19.800
davon Investitionen	4.744	10.000	21.100	10.000
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	225.569	303.900	297.000	300.200
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	7.085.976	7.579.200	8.082.900	8.003.200
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	1.342.211	1.140.000	1.500.000	1.500.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	92	0	0	0
Gesamterlöse	1.342.302	1.140.000	1.500.000	1.500.000

Anlagen zum Produkthaushalt der Verwaltungsgerichte

a) Wirkungsorientierte Kennzahlen für Verwaltungsgerichte

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Hauptsacheverfahren			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	15,9	15,6	15,3
Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	2,7	2,1	2,4
Hauptsacheverfahren in Asylsachen			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	13,7	13,0	9,9
Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz in Asylsachen			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	1,1	1,0	0,7

b) Investitionsplanung

Anlagenklasse	2025			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
8710 - Büroeinrichtung	0	7.700	0	7.700
Gesamtergebnis	0	7.700	0	7.700

Anlagenklasse	2026			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
	0	0	0	0
Gesamtergebnis	0	0	0	0

Kapitel 11 20: Produkthaushalt des Oberverwaltungsgerichts

Produkte des Oberverwaltungsgerichts	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren				
Budget	185.586	249.400	206.600	206.800
davon Personalkosten	181.852	244.400	202.800	202.900
davon Sachkosten	3.735	5.000	3.800	3.900
Nicht budgetrelevante Kosten	3.668	3.900	4.500	4.500
Gesamtkosten Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren	189.254	253.300	211.100	211.300
Geschäftszahlen:	26	20	20	20
Erstinstanzliche Eilverfahren				
Budget	12.650	35.000	14.700	14.700
davon Personalkosten	12.309	34.300	14.400	14.400
davon Sachkosten	341	700	300	300
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0	0
Gesamtkosten Erstinstanzliche Eilverfahren	12.650	35.000	14.700	14.700
Geschäftszahlen:	7	10	10	10
Rechtsmittel in allg. Hauptverfahren				
Budget	1.041.435	861.400	1.132.000	1.132.700
davon Personalkosten	1.020.035	844.100	1.111.100	1.111.400
davon Sachkosten	21.401	17.300	20.900	21.300
Nicht budgetrelevante Kosten	3.518	8.700	6.800	6.800
Gesamtkosten Rechtsmittel in allg. Hauptverfahren	1.044.954	870.100	1.138.800	1.139.500
Geschäftszahlen:	394	280	300	300
Rechtsmittel in Asyl-Hauptverfahren				
Budget	83.473	152.100	93.600	93.700
davon Personalkosten	81.732	149.100	91.900	91.900
davon Sachkosten	1.741	3.000	1.700	1.800
Nicht budgetrelevante Kosten	3.006	3.800	4.900	4.900
Gesamtkosten Rechtsmittel in Asyl-Hauptverfahren	86.479	155.900	98.500	98.600
Geschäftszahlen:	76	135	100	100
Rechtsmittel in Eilverfahren				
Budget	374.616	368.000	408.700	408.900
davon Personalkosten	366.576	360.600	401.100	401.200
davon Sachkosten	8.040	7.400	7.600	7.700
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0	0
Gesamtkosten Rechtsmittel in Eilverfahren	374.616	368.000	408.700	408.900
Geschäftszahlen:	158	200	200	200
Sonstige Verfahren				
Budget	84.894	106.500	94.000	94.200
davon Personalkosten	83.233	104.400	92.300	92.400
davon Sachkosten	1.661	2.100	1.700	1.800
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0	0
Gesamtkosten Sonstige Verfahren	84.894	106.500	94.000	94.200
Geschäftszahlen:	138	150	150	150
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	51.510	44.500	46.600	46.600
davon Personalkosten	50.448	43.600	45.700	45.700
davon Sachkosten	1.062	900	900	900
Nicht budgetrelevante Kosten	0	0	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	51.510	44.500	46.600	46.600

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Produkte des Oberverwaltungsgerichts	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Verrechnungen				
davon Personalkosten	286.516	240.000	340.900	341.000
davon Sachkosten	128.911	134.900	137.600	140.400
Gesamtsumme Verrechnungen	415.427	374.900	478.500	481.400
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	6.336	4.000	6.500	5.000
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	0	0	0
Gesamtsumme Investitionen	6.336	4.000	6.500	5.000
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	2.266.120	2.212.200	2.497.400	2.500.200
davon Budget	2.255.928	2.195.800	2.481.200	2.484.000
davon Personalkosten	2.082.699	2.020.500	2.300.200	2.300.900
davon Sachkosten	166.893	171.300	174.500	178.100
davon Investitionen	6.336	4.000	6.500	5.000
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	10.192	16.400	16.200	16.200
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	2.255.928	2.195.800	2.481.200	2.484.000
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	648.661	220.000	250.000	250.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	232	500	0	0
Gesamterlöse	648.893	220.500	250.000	250.000

Anlagen zum Produkthaushalt des Oberverwaltungsgerichts

Wirkungsorientierte Kennzahlen für das Oberverwaltungsgericht

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	13,9	16,3	22,1
Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	1,3	7,8	3,5
Berufungen mit Anträgen auf Zulassung			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	5,4	7,3	7,0
Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	3,6	1,6	1,1

Kapitel 11 20: Produkthaushalt der Sozialgerichte

Produkte der Sozialgerichte	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Krankenversicherung				
Budget	2.280.114	2.188.400	2.345.100	2.280.300
davon Personalkosten	2.273.928	2.181.700	2.338.700	2.274.200
davon Sachkosten	6.186	6.700	6.400	6.100
Nicht budgetrelevante Kosten	174.239	206.900	250.700	182.000
Gesamtkosten Krankenversicherung	2.454.352	2.395.300	2.595.800	2.462.300
Geschäftszahlen:	6.996	4.400	3.100	3.100
Vertragsarztangelegenheiten				
Budget	85.525	66.500	92.400	90.800
davon Personalkosten	85.349	66.400	92.200	90.600
davon Sachkosten	176	100	200	200
Nicht budgetrelevante Kosten	2.684-	500	100	100
Gesamtkosten Vertragsarztangelegenheiten	82.841	67.000	92.500	90.900
Geschäftszahlen:	276	80	90	90
Pflegeversicherung				
Budget	255.705	194.600	262.200	254.500
davon Personalkosten	255.010	194.000	261.500	253.800
davon Sachkosten	694	600	700	700
Nicht budgetrelevante Kosten	133.956	170.600	150.400	150.400
Gesamtkosten Pflegeversicherung	389.660	365.200	412.600	404.900
Geschäftszahlen:	642	370	360	360
Unfallversicherung				
Budget	440.407	424.000	447.700	434.700
davon Personalkosten	439.196	422.500	446.500	433.600
davon Sachkosten	1.211	1.500	1.200	1.100
Nicht budgetrelevante Kosten	311.299	412.500	495.100	495.100
Gesamtkosten Unfallversicherung	751.706	836.500	942.800	929.800
Geschäftszahlen:	660	500	500	500
Rentenversicherung				
Budget	1.445.901	1.672.700	1.490.900	1.448.800
davon Personalkosten	1.442.013	1.667.500	1.486.900	1.445.100
davon Sachkosten	3.888	5.200	4.000	3.700
Nicht budgetrelevante Kosten	1.405.120	1.932.600	1.669.000	1.664.200
Gesamtkosten Rentenversicherung	2.851.021	3.605.300	3.159.900	3.113.000
Geschäftszahlen:	2.838	2.000	1.600	1.550
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit				
Budget	490.670	496.100	515.900	501.900
davon Personalkosten	489.398	494.600	514.600	500.700
davon Sachkosten	1.272	1.500	1.300	1.200
Nicht budgetrelevante Kosten	22.876	53.100	25.200	23.800
Gesamtkosten Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	513.546	549.200	541.100	525.700
Geschäftszahlen:	562	890	550	530
Angelegenheiten nach dem SGB II sowie alle Kostensachen				
Budget	3.854.631	4.457.900	4.039.800	3.933.000
davon Personalkosten	3.844.827	4.444.900	4.029.400	3.923.100
davon Sachkosten	9.804	13.000	10.400	9.900
Nicht budgetrelevante Kosten	802.584	1.048.700	995.000	995.000
Gesamtkosten Angelegenheiten nach dem SGB II sowie alle Kostensachen	4.657.215	5.506.600	5.034.800	4.928.000
Geschäftszahlen:	4.210	6.500	4.500	4.500

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Produkte der Sozialgerichte	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Streitigkeiten nach dem SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz				
Budget	326.001	406.200	344.800	335.500
davon Personalkosten	325.204	404.800	343.900	334.700
davon Sachkosten	797	1.400	900	800
Nicht budgetrelevante Kosten	51.715	116.800	77.200	77.200
Gesamtkosten Streitigkeiten nach dem SGB XII und AsylbLG	377.717	523.000	422.000	412.700
Geschäftszahlen:	444	700	650	650
Versorgungs- und Entschädigungssachen				
Budget	90.475	58.100	94.400	91.700
davon Personalkosten	90.221	57.900	94.200	91.500
davon Sachkosten	254	200	200	200
Nicht budgetrelevante Kosten	85.314	61.300	112.100	119.200
Gesamtkosten Versorgungs- und Entschädigungssachen	175.790	119.400	206.500	210.900
Geschäftszahlen:	62	75	80	85
Angelegenheiten nach dem SGB IX				
Budget	949.567	980.100	982.300	955.600
davon Personalkosten	947.220	977.100	979.700	953.200
davon Sachkosten	2.346	3.000	2.600	2.400
Nicht budgetrelevante Kosten	508.616	1.019.300	961.300	926.500
Gesamtkosten Angelegenheiten nach dem SGB IX	1.458.183	1.999.400	1.943.600	1.882.100
Geschäftszahlen:	1.000	1.630	1.240	1.250
Sonstiges				
Budget	90.185	54.600	93.400	90.600
davon Personalkosten	89.946	54.400	93.200	90.400
davon Sachkosten	239	200	200	200
Nicht budgetrelevante Kosten	5.057	116.100	50.100	50.100
Gesamtkosten Sonstiges	95.242	170.700	143.500	140.700
Geschäftszahlen:	74	650	600	600
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	19.428	23.300	20.500	19.800
davon Personalkosten	19.367	23.200	20.400	19.700
davon Sachkosten	61	100	100	100
Nicht budgetrelevante Kosten	346	0	400	400
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	19.775	23.300	20.900	20.200
Verrechnungen				
davon Personalkosten	712.280	718.400	749.400	729.700
davon Sachkosten	0	0	0	0
Gesamtsumme Verrechnungen	712.280	718.400	749.400	729.700
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	4.929	8.600	2.600	3.500
davon: Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	6.000	0	0
Gesamtsumme Investitionen	4.929	14.600	2.600	3.500
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	14.544.256	16.893.900	16.268.000	15.854.400
davon Budget	11.045.818	11.755.500	11.481.400	11.170.400
davon Personalkosten	11.013.962	11.707.400	11.450.600	11.140.300
davon Sachkosten	26.928	33.500	28.200	26.600
davon Investitionen	4.929	14.600	2.600	3.500
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	3.498.438	5.138.400	4.786.600	4.684.000
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	11.045.818	11.749.500	11.481.400	11.170.400

Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	776.754	1.230.000	825.000	825.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)		100		
Gesamterlöse	776.754	1.230.100	825.000	825.000

Anlagen zum Produkthaushalt der Sozialgerichte

Wirkungsorientierte Kennzahlen für Sozialgerichte

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Klageverfahren			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	23,3	25,8	27,6
Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	2,1	1,7	1,7

Kapitel 11 20: Produkthaushalt des Landessozialgerichts

Produkte des Landessozialgerichts	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Krankenversicherung				
Budget	206.678	189.200	227.600	222.100
davon Personalkosten	205.974	188.200	226.500	221.000
davon Sachkosten	704	1.000	1.100	1.100
Nicht budgetrelevante Kosten	9.187	20.200	15.100	15.100
Gesamtkosten Krankenversicherung	215.864	209.400	242.700	237.200
Geschäftszahlen:	86	150	120	120
Vertragsarztangelegenheiten				
Budget	4.921	5.900	5.400	5.300
davon Personalkosten	4.901	5.900	5.400	5.300
davon Sachkosten	20	0	0	0
Nicht budgetrelevante Kosten	1.593	5.400	2.200	2.200
Gesamtkosten Vertragsarztangelegenheiten	6.514	11.300	7.600	7.500
Geschäftszahlen:	10	10	10	10
Pflegeversicherung				
Budget	34.056	17.800	35.000	34.100
davon Personalkosten	33.939	17.700	34.800	33.900
davon Sachkosten	117	100	200	200
Nicht budgetrelevante Kosten	150	400	300	300
Gesamtkosten Pflegeversicherung	34.206	18.200	35.300	34.400
Geschäftszahlen:	14	25	25	25
Unfallversicherung				
Budget	299.110	246.400	309.300	301.700
davon Personalkosten	298.080	245.100	307.800	300.200
davon Sachkosten	1.030	1.300	1.500	1.500
Nicht budgetrelevante Kosten	62.729	128.000	90.300	90.300
Gesamtkosten Unfallversicherung	361.839	374.400	399.600	392.000
Geschäftszahlen:	106	130	110	110
Rentenversicherung				
Budget	796.073	897.700	854.700	833.900
davon Personalkosten	793.396	893.000	850.500	829.600
davon Sachkosten	2.678	4.700	4.200	4.300
Nicht budgetrelevante Kosten	330.110	320.100	419.000	419.000
Gesamtkosten Rentenversicherung	1.126.184	1.217.800	1.273.700	1.252.900
Geschäftszahlen:	329	450	400	400
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit				
Budget	49.109	76.900	52.800	51.500
davon Personalkosten	48.931	76.500	52.500	51.200
davon Sachkosten	178	400	300	300
Nicht budgetrelevante Kosten	300	1.100	700	700
Gesamtkosten Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	49.409	78.000	53.500	52.200
Geschäftszahlen:	29	40	40	40
Angelegenheiten nach dem SGB II sowie alle Kostensachen				
Budget	1.179.911	1.102.200	1.241.800	1.211.500
davon Personalkosten	1.175.862	1.096.400	1.235.700	1.205.300
davon Sachkosten	4.048	5.800	6.100	6.200
Nicht budgetrelevante Kosten	20.305	29.400	21.500	21.500
Gesamtkosten Angelegenheiten nach dem SGB II sowie alle Kostensachen	1.200.216	1.131.600	1.263.300	1.233.000
Geschäftszahlen:	707	800	600	600

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

Produkte des Landessozialgerichts	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Streitigkeiten nach dem SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz				
Budget	132.355	90.800	141.600	138.100
davon Personalkosten	131.908	90.300	140.900	137.400
davon Sachkosten	448	500	700	700
Nicht budgetrelevante Kosten	413	1.700	1.100	1.100
Gesamtkosten Streitigkeiten nach dem SGB XII und AsylbLG	132.768	92.500	142.700	139.200
Geschäftszahlen:	66	90	90	90
Versorgungs- und Entschädigungssachen				
Budget	72.731	57.400	74.000	72.200
davon Personalkosten	72.489	57.100	73.600	71.800
davon Sachkosten	242	300	400	400
Nicht budgetrelevante Kosten	8.673	30.500	14.700	14.700
Gesamtkosten Versorgungs- und Entschädigungssachen	81.404	87.900	88.700	86.900
Geschäftszahlen:	10	20	20	20
Angelegenheiten nach dem SGB IX				
Budget	229.334	225.800	238.500	232.700
davon Personalkosten	228.591	224.600	237.300	231.500
davon Sachkosten	743	1.200	1.200	1.200
Nicht budgetrelevante Kosten	68.452	93.500	101.100	101.100
Gesamtkosten Angelegenheiten nach dem SGB IX	297.786	319.300	339.600	333.800
Geschäftszahlen:	200	120	140	140
Sonstiges				
Budget	3.139	4.900	3.600	3.500
davon Personalkosten	3.127	4.900	3.600	3.500
davon Sachkosten	13	0	0	0
Nicht budgetrelevante Kosten	799	500	1.200	1.200
Gesamtkosten Sonstiges	3.938	5.400	4.800	4.700
Geschäftszahlen:	56	50	50	50
Entschädigungsklagen gem. § 201 GVG, § 202 S. 2 SGG				
Budget	28.797	33.300	31.800	31.000
davon Personalkosten	28.697	33.100	31.600	30.800
davon Sachkosten	100	200	200	200
Nicht budgetrelevante Kosten	3.705	900	6.400	6.400
Gesamtkosten Entschädigungsklagen gem. § 201 GVG, § 202 S. 2 SGG	32.502	34.200	38.200	37.400
Geschäftszahlen:	38	15	30	30
Verwaltung (extern orientiert)				
Budget	184.799	156.000	190.100	185.400
davon Personalkosten	184.205	155.200	189.200	184.500
davon Sachkosten	595	800	900	900
Nicht budgetrelevante Kosten	0	500	0	0
Gesamtkosten Verwaltung (ext. orient.)	184.799	156.500	190.100	185.400
Verrechnungen				
davon Personalkosten	5.174	3.200	5.500	5.400
davon Sachkosten	0	0	0	0
Gesamtsumme Verrechnungen	5.174	3.200	5.500	5.400
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	0	4.300	0	0
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	0	0	0
Gesamtsumme Investitionen	0	4.300	0	0

Produkte des Landessozialgerichts	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	3.732.603	3.744.000	4.085.300	4.002.000
davon Budget	3.226.188	3.111.800	3.411.700	3.328.400
davon Personalkosten	3.215.275	3.091.200	3.394.900	3.311.400
davon Sachkosten	10.914	16.300	16.800	17.000
davon Investitionen	0	4.300	0	0
davon nicht budgetrelevante Kosten (Titel 685 05)	506.415	632.200	673.600	673.600
Titel 685 02 (Personal- u. Sachkosten, Investitionen bis 5.000 EUR)	3.226.188	3.111.800	3.411.700	3.328.400
Erlöse				
Verfahrenserlöse (Titel 112 59)	214.822	226.000	250.000	250.000
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	0	0	0	0
Gesamterlöse	214.822	226.000	250.000	250.000

Anlagen zum Produkthaushalt des Landessozialgerichts

Wirkungsorientierte Kennzahlen für das Landessozialgericht

Kennzahlen	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Berufungsverfahren			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	22,9	23,9	22,6
Beschwerdeverfahren			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	9,6	9,7	13,8
Beschwerdeverfahren gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	6,9	3,1	16,9

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei oder ein Ministerium in Sachsen-Anhalt abgeordnet sind und die Dienstbezüge aus Stellen bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine/n andere/n Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

Die im budgetierten Bereich erwirtschafteten Einsparungen werden im Folgejahr zu zwei Dritteln als Ausgaberesult zur Verfügung gestellt und zu einem Drittel an den Landeshaushalt abgeführt.

Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 11 30 beträgt zum 31.12.2025 982 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 11 30 beträgt zum 31.12.2026 982 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Gemäß dem Gesetz über die Justizvollzugsanstalten in Sachsen-Anhalt (JVAG LSA) bestehen:

3 Justizvollzugsanstalten mit Sitz in Burg, Halle (Saale) und Volkstedt,

1 Jugendstrafanstalt mit Sitz in Schkopau OT Raßnitz (Jugendanstalt Raßnitz) sowie

1 Jugendarrestanstalt mit Sitz in Halle (Saale).

Der Vollzug der Sicherungsverwahrung erfolgt in der Justizvollzugsanstalt Burg und ist vom Strafvollzug getrennt.

Zusätzlich werden gemäß einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Sachsen-Anhalt weibliche Gefangene aus Sachsen-Anhalt in einer Anstalt des Landes Brandenburg kostenpflichtig untergebracht.

Darüber hinaus besteht der Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) i. S. d. § 26 LHO mit Sitz in Schkopau OT Raßnitz und Niederlassungen in allen Justizvollzugsbehörden des Landes. Der LBBG ist nicht Teil des Budgets. Seine Zuschüsse für laufende Zwecke sowie Investitionen werden gesondert veranschlagt und der Wirtschaftsplan als Anlage zum Kapitel ausgewiesen.

Informationen zu allgemeinen Grundlagen der Budgetierung und Erläuterungen zur Planungsmethodik sind für alle budgetierten Bereiche zentral im Vorwort ausgewiesen.

Die im Produkthaushalt ausgewiesenen Produktbereiche setzen sich wie folgt zusammen:

1. Behandlung und Betreuung:

Sicherungsverwahrung, Sozialtherapie, Psychosoziale Behandlungs- und Beratungsmaßnahmen, Betreuung, Freizeit und Sport, Entlassungsvorbereitung und Übergangsmanagement, Planung des Vollzuges
 nachrichtlich: Arbeit, Schulische und berufliche Bildung

2. Versorgung:

Verpflegung, Medizinische Versorgung, Unterkunft und Ausstattung, Verwaltung der Gefangenenengelder, Transport

3. Technische und administrative Sicherheit:

Technische Sicherheit, Kontrolle und Beaufsichtigung (innen), Kontrolle und Beaufsichtigung (außen)

4. Externe Aufgaben:

Zentrale Auskunftsstelle, Ausbildung/ Fortbildung für Dritte

Einnahmen

119 59	056	Budgetrelevante Einnahmen / Sonstige	2.724.700	2.941.500	2.990.100
		Verwaltungseinnahmen	2.381.041		

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 30 Titel 685 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Verwaltungseinnahmen, die sich im Wesentlichen aus den Erträgen aus Vermietung und Verpachtung sowie Nebenkostenerstattungen vom Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG), Kostenerstattungen von Mitarbeitern/-innen und Gefangenen sowie Erträgen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen zusammensetzen.

121 31	056	Ablieferungen des Landesbetriebes	0	0	0
			61.332		

11 **Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz**
11 30 **Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 121 31

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Ablieferungen des Landesbetriebes für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG).

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 41	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	0	0	0
			0	0	0
682 31	056	Zuschüsse für laufende Zwecke an einen Landesbetrieb	13.194.700	13.555.400	13.799.400
			12.326.200	0	0

Erläuterungen:

Laufender Zuschuss zur Deckung von Betriebsverlusten des Landesbetriebes für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) gemäß Erfolgsplan im Wirtschaftsplan.

Für 2025 und 2026 sind keine nach den Transparenzregelungen zu erläuternden Beratungsleistungen geplant.

Bestand an Dienstfahrzeugen des LBBG:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Personenkraftwagen	5	5	5	5
Lastkraftwagen	0	0	0	0
Nutz- und Sonderfahrzeuge	15	15	15	15
Zusammen	20	20	20	20

685 02	056	Zuschüsse für budgetrelevante Ausgaben	89.075.200	90.767.000	91.089.300
			85.448.873	3.185.600	0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 30 Titel 894 02.

** Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kapitel 11 30 Titel 119 59.

Rückzahlungen, Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	4.634.100				4.634.100
2026	646.800		425.100		1.071.900
2027	659.700		884.100		1.543.800
2028	672.900		919.200		1.592.100
2029 ff.	4.329.900		957.200		5.287.100
Summen	10.943.400		3.185.600		14.129.000

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

Erläuterungen:

Die Belastungen durch früher in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen (VE) setzen sich zusammen aus der planmäßigen VE aus dem Jahr 2012 für die therapeutischen und sozialpädagogischen Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Sicherungsverwahrung (ehemals Kapitel 11 05 Titel 533 02) sowie den planmäßigen VE aus den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 für die Erstattung der Kosten für die Unterbringung weiblicher Gefangener im Land Brandenburg.

Für die Erstattung der Kosten für die Unterbringung weiblicher Gefangener im Land Brandenburg sind für das Haushaltsjahr 2025 Ausgabemittel i. H. v. 4.505.400 Euro sowie für das Haushaltsjahr 2026 Ausgabemittel i. H. v. 4.800.400 Euro geplant. Die Kostenerstattung erfolgt auf Grundlage der unbefristet geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Sachsen-Anhalt vom 28.09.2012, für die eine Verpflichtungsermächtigung in Anspruch genommen wurde. Die Fortsetzung der Verwaltungsvereinbarung stellt formal keine erneute Verpflichtung dar, so dass seit dem Haushaltsjahr 2023 dafür keine neue Verpflichtungsermächtigung ausgebracht wird (VV Nr. 2 zu § 16 LHO).

Die in 2025 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für eine Vereinbarung über die Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der Unterbringung von psychisch erkrankten Gefangenen und Untergebrachten in einer Einrichtung des Maßregelvollzuges des Landes Sachsen-Anhalt (§ 74 Abs. 1a JVollzGB I LSA bzw. § 49 Abs. 1a JVollzGB II LSA). Hierbei wird für das Jahr 2026 Vorsorge für 3 Behandlungsfälle und ab dem Jahr 2027 ff. für 6 Behandlungsfälle getroffen.

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind auf Grundlage von § 17a LHO dem Budget des Justizvollzuges, das sich aus dem beigefügten Produkthaushalt ergibt, zuzuordnen. Die budgetrelevanten Ausgaben entfallen auf:

	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Personalkosten	53.009.462	51.625.800	56.325.600	55.398.200
2. Sachkosten	32.356.985	37.296.900	34.359.000	35.608.700
3. Investitionen unter 5.000 EUR	82.426	152.500	82.400	82.400
Zusammen	85.448.873	89.075.200	90.767.000	91.089.300

Die Zuordnung der Personalausgaben zum einzelplanübergreifenden Personalkostenbudget sowie die damit einhergehende einseitige Deckungsfähigkeit zulasten Einzelplan 13 Kapitel 1302 Titel 461 01 und Titel 916 12 bleiben unberührt (§§ 8, 9 HG 2025/2026).

zu 2.:

Ab 2025 zentrale Veranschlagung der Mietnebenkosten für landeseigene Liegenschaften im Einzelplan 20. Mehr für steigende Bewirtschaftungskosten der Liegenschaften, Verpflegung und medizinische Versorgung der Gefangenen.

In den Sachkosten sind die Ausgaben im Zusammenhang mit der Versorgung der Mitarbeiter/-innen mit Dienstkleidung für den gesamten Einzelplan 11 berücksichtigt. Darüber hinausgehende Erläuterungen sind in den Anlagen dargestellt.

Für 2025 und 2026 sind keine nach den Transparenzregelungen zu erläuternden Beratungsleistungen geplant.

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Personenkraftwagen	27	27	27	28
Lastkraftwagen	1	1	1	1
Nutz- und Sonderfahrzeuge	12	12	12	12
Zusammen	40	40	40	41

Zudem werden durch den PPP-Vertragspartner im Rahmen seiner Dienstleistungsverpflichtungen aus dem Dienstleistungsvertrag "Sicherheitshilfsdienste" weiterhin 5 Personenkraftwagen zur Verfügung gestellt.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

Die geplanten Sachkosten beinhalten u. a. vertragliche Verpflichtungen aus den PPP-Verträgen für die JVA Burg:

		Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1.	Nutzungsentgelt gem. §§ 17, 18 sowie 6, 7 und 14 PPP-Projektvertrag (Vertrag II)	4.973.856	5.480.700	5.645.100	5.827.700
2.	Vertragsanpassungen gem. §§ 6, 7 und 14 PPP-Projektvertrag (Vertrag II)	41.507	50.000	50.000	50.000
3.	Vertrag über Verwaltungshilfsdienste (Vertrag IV)	479.284	503.700	563.300	585.900
4.	Vertrag über die Gesundheitsfürsorge (Vertrag VI)	1.318.294	1.495.400	1.445.000	1.502.800
5.	Vertrag über die Sozialfürsorge (Vertrag VII)	1.324.908	1.407.100	1.427.600	1.484.800
6.	Vertrag über die Sicherheitshilfsdienste (Vertrag IX)	1.170.278	1.229.900	1.424.800	1.481.800
7.	Medienversorgung gem. § 19a PPP-Projektvertrag	1.714.625	2.035.200	1.495.000	1.554.900
8.	Therapeutische und sozialpädagogische Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Sicherungsverwahrung	492.602	713.100	736.700	756.400
	Zusammen:	11.515.355	12.915.100	12.787.500	13.244.300

zu 1.

Das Nutzungsentgelt gestaltet sich aufgrund der vereinbarten Wertsicherungsklauseln (sog. Indexierung) dynamisch.

zu 2.

Folgende vollzuglich oder betrieblich veranlassten Zusatzleistungen sind im Rahmen des PPP-Projektes geplant:
 Sonstige Vertragsanpassungen gem. §§ 6, 7 und 14 PPP-Projektvertrag (ab 2025): 50.000 Euro p.a.

zu 7.

Die Medienversorgung der JVA Burg wird gem. § 19a PPP-Projektvertrag jährlich neu ausgeschrieben. Auf dieser Grundlage werden die zu veranschlagenden Kosten kalkuliert.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

nachrichtlich:

Verpflichtungsermächtigung aus dem Jahr 2006 bei Kapitel 20 14 Titel 823 61:

Maß- nahme	Kapitel Titel Unterko.	Gesamtkosten bzw. Kostenschätzung		Finanzierungsverlauf					Laufzeit (Vertrags- ende/ Jahr)	Kaufpreis bei Vertrags- ende (Option)	
				Ist bis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Folgejahre			
Errichtung und Teilbetrieb der JVA Burg			Angaben in EUR								
	20 03 534 62	TM Bau	175.329.009	102.859.700	7.013.200	7.013.200	7.013.200	51.429.709	Vertrags- unterzeich- nung im Dez. 2006		
	823 62 J002										
	11 30 685 02	TM Betrieb	336.670.991	139.078.400	12.202.000	13.701.300	12.537.900	159.151.391			
		Gesamt (VE)	512.000.000	241.938.100	19.215.200	20.714.500	19.551.100	210.581.100	Laufzeit 25 Jahre (2009 bis 2034)		

Die in der Verpflichtungsermächtigung bei Kapitel 1130 Titel 685 02 veranschlagten Kosten sind bis zum Haushaltsjahr 2016 bei Kapitel 11 05 Titel 533 01 und hinsichtlich der Medienversorgung gem. §19 a des PPP-Projektvertrages für die JVA Burg bei Kapitel 11 05 Titel 517 01 (Untermenge) ausgewiesen.

Die hier ausgewiesene Jahresscheibe umfasst nicht den erst im Jahr 2012 gesondert geschlossenen Vertrag über therapeutische und sozialpädagogische Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Sicherungsverwahrung (vgl. lfd. Nr. 8 der Übersicht zu den PPP-Verträgen für die JVA Burg).

Seit dem Haushaltsjahr 2017 sind alle Entgelte der PPP-Verträge für die JVA Burg bei Kapitel 11 30 Titel 685 02 veranschlagt.

891 31	056	Zuschüsse für Investitionen an einen Landesbetrieb	76.700	98.500	81.900
			160.400	0	0

** Rückzahlungen und Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Investiver Zuschuss an den Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) gemäß Finanzplan im Wirtschaftsplan.

894 02	056	Zuschüsse für Investitionen	1.976.000	2.534.000	893.100
			2.720.249	170.000	1.377.300

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 30 Titel 685 02.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.131.000			1.131.000
2026			170.000		170.000
2027				941.700	941.700
2028				435.600	435.600
2029 ff.					
Summen		1.131.000	170.000	1.377.300	2.678.300

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 894 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die geplanten Investitionen in Anlagen mit einem Anschaffungswert ab 5.000 EUR einschließlich Umsatzsteuer.

Auf die Anlage zum Produkthaushalt "Investitionsplanung" wird Bezug genommen.

Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für:

	2025	2026
Ergänzungsbeschaffung mittlerer Gefangenentransportwagen	170.000	
Ersatzbeschaffung Haufraumschließanlage		491.700
Ersatzbeschaffung schwerer Gefangenentransportbus		885.600
Zusammen	170.000	1.377.300

Titelgruppe(n)

89 Planmäßiges Personal der Landesbetriebe nach § 26 LHO

422 89	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 89	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 89			0	0	0
				0	0

91 Planmäßiges Personal in Globalhaushalten und Produkthaushalten

422 91	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 91	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.724.700	2.941.500	2.990.100

Gesamteinnahme	2.724.700	2.941.500	2.990.100

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben

0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	102.269.900	104.322.400	104.888.700
			3.185.600	0

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.052.700	2.632.500	975.000
			170.000	1.377.300

Gesamtausgabe	104.322.600	106.954.900	105.863.700

Gesamtsumme der VE		3.355.600	1.377.300

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-101.597.900	-104.013.400	-102.873.600

Kapitel 11 30: Kosten- und Erlösübersicht des Justizvollzuges (ohne Wirtschaftsplan)

	Ist 2023	Ansatz 2024*	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Erlöse				
aus Vermietung und Verpachtung vom LBBG	1.009.500	1.246.600	1.246.600	1.246.600
aus Nebenkostenerstattungen vom LBBG	750.200	848.700	848.700	848.700
Sonstige Erlöse	621.341	629.400	846.200	894.800
Summe	2.381.041	2.724.700	2.941.500	2.990.100

Budgetrelevante Kosten				
- Personalkosten	53.009.462	51.625.800	56.325.600	55.398.200
Bezüge (Besoldung, Entgelte, Anwärter)	47.424.992	44.906.100	49.468.400	48.323.500
Zuführung an Pensionsfonds LSA	5.579.642	6.704.700	6.842.200	7.059.700
Personalnebenkosten	4.828	15.000	15.000	15.000
- Sachkosten	32.356.985	37.296.900	34.359.000	35.608.700
Allgemeine Verwaltungskosten	8.165.899	9.150.300	8.936.200	9.257.200
Nebenkosten der Immobilien	5.560.152	7.454.100	4.732.200	4.756.600
Vertragliche Verpflichtungen aus PPP-Verträgen	11.515.355	12.915.100	12.787.500	13.244.300
Sonstige Dienstleistungen Außenstehender	4.023.028	3.521.500	3.397.700	3.550.200
Unterbringung weiblicher Gefangener im Land Brandenburg	3.092.551	4.255.900	4.505.400	4.800.400
- Investitionen	2.802.676	2.128.500	2.616.400	975.500
Investitionen zwischen 488 EUR - 5.000 EUR (Titel 685 02)	82.427	152.500	82.400	82.400
Investitionen über 5.000 EUR (Titel 894 02)	2.720.249	1.976.000	2.534.000	893.100
Summe	88.169.122	91.051.200	93.301.000	91.982.400
Nachrichtlich: Titel 685 02	85.448.873	89.075.200	90.767.000	91.089.300
Nachrichtlich: Titel 894 02	2.720.249	1.976.000	2.534.000	893.100

Nachrichtlich: Kalkulatorische Kosten	2023	2024	2025	2026
Rückstellungen für Pensionen (30% des Besoldungsanteils)	12.176.675	11.529.933	12.701.333	12.407.373

Finanzkennzahlen	2023	2024	2025	2026
Personalkostenquote in %	60,12	56,70	60,37	60,23
Sachkostenquote in %	36,70	40,96	36,83	38,71
Kostendeckungsquote in %	2,70	2,99	3,15	3,25
Investitionsquote (gesamt) in %	3,18	2,34	2,80	1,06

Outputorientierte Kennzahlen	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Durchschn. Zahl der Gefangenen p.a. (ohne weibliche Gefangene)	1.650	1.650	1.650	1.650
Durchschn. Zahl der weiblichen Gefangenen im Land Brandenburg p.a.	70	70	70	70

Kennzahlen zur Personalstruktur	Ist 2020	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Frauenquote in %	34,63	34,91	35,27	35,73
Quote der Frauen in Führungspositionen Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt in %	50,00	58,33	50,00	56,25
Durchschnittliches Alter in Jahren	46,47	46,68	46,81	46,24
Teilzeitquote in %	5,11	4,46	5,21	5,17
Schwerbehindertenquote in % **	4,75	4,94	4,61	4,61

* Gerundete Darstellungen der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

** Angabe für den gesamten Geschäftsbereich des MJ

Kapitel 11 30: Produkthaushalt des Justizvollzuges

Produkte des Justizvollzuges	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Behandlung und Betreuung				
Sicherungsverwahrung				
Personalkosten	721.214	938.300	1.048.800	1.044.400
Sachkosten	1.110.622	1.488.500	1.457.700	1.521.100
<i>Therapeutische und sozialpädagogische Dienstleistungen</i>	492.602	715.100	738.700	758.400
Gesamtkosten Sicherungsverwahrung	1.831.836	2.426.800	2.506.500	2.565.500
Anzahl vorgehaltener Therapieplätze p.a.:	18	18	18	30
Sozialtherapie				
Personalkosten	2.058.396	3.544.000	3.710.700	3.637.100
Sachkosten	878.211	1.067.600	1.037.700	1.078.600
Gesamtkosten Sozialtherapie	2.936.607	4.611.600	4.748.400	4.715.700
Anzahl vorgehaltener Therapieplätze p.a.:	84	84	84	84
Psychosoziale Behandlungs- und Beratungsmaßnahmen				
Personalkosten	2.747.091	3.212.800	3.170.400	3.110.300
Sachkosten	1.534.998	2.052.500	1.752.200	1.823.800
Gesamtkosten Psychosoziale Behandlungs- und Beratungsmaßnahmen	4.282.088	5.265.300	4.922.600	4.934.100
durchschnittl. Anzahl der Teilnehmer Psychosozialer Behandlungs- und Beratungsmaßnahmen in Einzel- und Gruppenarbeit p.m.:	1.211	2.200	2.003	2.003
Betreuung				
Personalkosten	7.514.446	7.829.900	8.765.000	8.614.000
Sachkosten	2.617.735	3.140.000	3.032.500	3.170.900
<i>Seelsorgerische Tätigkeiten</i>	729.313	836.500	840.700	893.500
Gesamtkosten Betreuung	10.132.181	10.969.900	11.797.500	11.784.900
durchschnittliche Anzahl vorgehaltener Betreuungsmaßnahmen p.m.:	1.211	1.268	1.278	1.278
Freizeit und Sport				
Personalkosten	1.325.109	1.209.600	1.355.400	1.321.500
Sachkosten	1.658.110	2.017.700	1.715.700	1.777.700
Gesamtkosten Freizeit und Sport	2.983.219	3.227.300	3.071.100	3.099.200
durchschnittliche Anzahl der angebotenen Maßnahmen p.m.:	436	603	647	647
Entlassungsvorbereitung und Übergangsmanagement				
Personalkosten	1.507.629	771.600	868.000	849.400
Sachkosten	1.341.369	1.584.600	1.300.700	1.349.600
Gesamtkosten Entlassungsvorbereitung und Übergangsmanagement	2.848.997	2.356.200	2.168.700	2.199.000
Anzahl der Entlassungen p.a.:	2.740	2.695	2.833	2.833
Arbeit sowie Schulische und Berufliche Bildung				
Die Produkte werden durch den Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) erstellt und in dessen Wirtschaftsplan abgebildet. Sie sind nicht Teil des Budgets.	Nachrichtlich: Der Zuschussbedarf für das Produkt Arbeit ist in 2025/ 2026 mit rd. 5,5 Mio. bzw. 5,6 Mio. EUR und für das Produkt Schulische und Berufliche Bildung mit rd. 8,1 Mio. bzw. 8,2 Mio. EUR veranschlagt.			
Planung des Vollzuges				
Personalkosten	2.943.825	2.499.000	2.784.700	2.733.000
Sachkosten	1.296.259	1.654.000	1.387.400	1.443.000
Gesamtkosten Planung des Vollzuges	4.240.084	4.153.000	4.172.100	4.176.000
Anzahl bearbeiteter Vollzugspläne und Vollzugsplanfortschreibungen p.a.:	2.350	3.450	2.920	2.920
Summe Produktgruppe Behandlung und Betreuung:	29.255.014	33.010.100	33.386.900	33.474.400

Produkte des Justizvollzuges	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
2. Versorgung				
Verpflegung				
Personalkosten	2.221.414	1.788.900	2.005.900	1.967.500
Sachkosten	4.190.369	4.546.700	4.407.700	4.508.500
- <i>Lebensmittel</i>	2.571.010	2.659.000	2.741.000	2.784.600
Gesamtkosten Verpflegung	6.411.784	6.335.600	6.413.600	6.476.000
Anzahl der Verpflegungstage:	554.582	605.500	602.300	602.300
Medizinische Versorgung				
Personalkosten	2.756.771	2.077.000	2.397.200	2.350.800
Sachkosten	6.279.952	5.923.800	5.356.300	5.518.200
- <i>Medikamente</i>	562.983	545.000	595.000	615.000
- <i>Verbrauchsmittel</i>	75.917	90.000	83.100	84.100
- <i>Heil- und Hilfsmittel</i>	87.544	118.300	90.900	95.900
- <i>Allgemeinmedizinische Versorgung</i>	529.780	300.000	284.600	294.600
- <i>Fachärztliche Versorgung</i>	438.599	570.000	529.500	539.500
- <i>Psychologische/ therapeutische Versorgung</i>	8.740	20.000	13.600	15.600
- <i>Zahnärztliche Versorgung</i>	399.138	415.000	389.200	394.200
- <i>Unterbring. in Justizvollzugskrankenhäusern</i>	1.792.585	996.900	814.100	848.700
- <i>Unterbring. in externen Krankenhäusern</i>	344.330	425.000	370.000	370.000
Gesamtkosten Medizinische Versorgung	9.036.723	8.000.800	7.753.500	7.869.000
durchschnittliche Anzahl der Gefangenen mit Anspruch auf medizinische Versorgung p.a.:	1.521	1.650	1.575	1.580
Unterkunft und Ausstattung				
Personalkosten	2.137.831	1.427.800	1.605.800	1.580.000
Sachkosten	2.787.169	3.104.800	2.995.300	3.100.500
- <i>Externe Reinigung der Gefangenenkleidung</i>	847.398	838.800	927.000	943.000
Gesamtkosten Unterkunft und Ausstattung	4.925.000	4.532.600	4.601.100	4.680.500
Anzahl der vorgehaltenen Haft-, Arrest- und Unterkunftsplätze (SV):	1.942	1.942	1.887	1.899
Verwaltung der Gefangenengelder				
Personalkosten	1.418.950	987.300	1.109.000	1.090.400
Sachkosten	985.583	1.209.800	963.400	999.600
Gesamtkosten Verwaltung der Gefangenengelder	2.404.533	2.197.100	2.072.400	2.090.000
Anzahl der Geschäftsvorfälle:	97.202	106.500	98.500	98.500
Transport				
Personalkosten	2.070.326	2.620.900	2.750.400	2.708.700
Sachkosten	1.576.503	2.022.100	1.769.000	1.860.500
- <i>Betrieb und Unterhaltung von Fahrzeugen</i>	204.231	240.400	235.200	230.700
- <i>Leasing von Fahrzeugen</i>	72.820	92.500	48.200	84.200
Gesamtkosten Transport	3.646.829	4.643.000	4.519.400	4.569.200
Anzahl der gefahrenen Kilometer:	635.486	672.500	677.000	677.000
Summe Produktgruppe Versorgung:	26.424.869	25.709.100	25.360.000	25.684.700
3. Technische und administrative Sicherheit				
Technische Sicherheit				
Personalkosten	1.023.500	543.400	609.400	594.700
Sachkosten	2.074.929	2.235.000	2.156.900	2.206.500
- <i>Instandhaltung und Wartung Sicherungsanlagen</i>	1.000.486	940.600	1.089.200	1.100.200
Gesamtkosten Technische und administrative Sicherheit	3.098.429	2.778.400	2.766.300	2.801.200
Anzahl der vorgehaltenen Haft-, Arrest- und Unterkunftsplätze (SV):	1.942	1.942	1.887	1.899

Produkte des Justizvollzuges	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Kontrolle und Beaufsichtigung (innen)				
Personalkosten	19.316.180	19.391.400	21.071.700	20.766.500
Sachkosten	2.843.444	3.871.600	3.888.800	4.064.400
Gesamtkosten Kontrolle und Beaufsichtigung (innen)	22.159.625	23.263.000	24.960.500	24.830.900
Anzahl der vorgehaltenen Haft-, Arrest- und Unterkunftsplätze (SV):	1.942	1.942	1.887	1.899
Kontrolle und Beaufsichtigung (außen)				
Personalkosten	1.551.457	2.183.500	2.448.800	2.412.800
Sachkosten	1.029.147	1.326.400	1.092.800	1.136.600
Gesamtkosten Kontrolle und Beaufsichtigung (außen)	2.580.605	3.509.900	3.541.600	3.549.400
Anzahl der vorgehaltenen Haft-, Arrest- und Unterkunftsplätze (SV):	1.942	1.942	1.887	1.899
Summe Produktgruppe Technische und administrative Sicherheit:	27.838.659	29.551.300	31.268.400	31.181.500
4. Externe Aufgaben				
Zentrale Auskunftsstelle				
Personalkosten	89.320	61.600	76.700	76.000
Sachkosten	20	100	100	100
Gesamtkosten Zentrale Auskunftsstelle	89.340	61.700	76.800	76.100
Anzahl der Anfragen:	108	120	120	120
Ausbildung/ Fortbildung für Dritte				
Personalkosten	0	0	0	0
Sachkosten	24.819	50.900	43.600	48.000
Gesamtkosten Ausbildung/ Fortbildung für Dritte	24.819	50.900	43.600	48.000
Summe Produktgruppe Externe Aufgaben:	114.158	112.600	120.400	124.100
Verrechnungen				
Personalkosten	1.606.003	538.800	547.700	541.100
Sachkosten	127.744	800	1.200	1.100
Gesamtkosten Verrechnungen	1.733.747	539.600	548.900	542.200
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	88.169.122	91.051.200	93.301.000	91.982.400
Personalkosten	53.009.462	51.625.800	56.325.600	55.398.200
Sachkosten	32.356.985	37.296.900	34.359.000	35.608.700
Investitionen	2.802.676	2.128.500	2.616.400	975.500

* Gerundete Darstellung der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen

Anlage zum Produkthaushalt

Investitionsplanung

Anlagenklasse	2025			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
7710 - Medizinische Anlagen und Geräte	0	100.000	0	100.000
7820 - Sicherheitstechnik	61.000	1.770.200	0	1.831.200
8440 - Sonstige Transportmittel	0	0	6.000	6.000
8510 - Sonstige Betriebsausstattung	8.800	170.700	112.300	291.800
8710 - Büroeinrichtung	0	47.000	0	47.000
8720 - Unterkunftsausstattung	79.900	178.100	100	258.000
Gesamtergebnis	149.700	2.266.000	118.300	2.534.000

Anlagenklasse	2026			
	Ergänzung	Ersatz	Neu	Anmeldung
7510 - Anlagen, Maschinen, Geräte	0	3.900	0	3.900
7820 - Sicherheitstechnik	0	73.000	27.000	100.000
8430 - Sonderfahrzeuge	0	162.400	170.000	332.400
8510 - Sonstige Betriebsausstattung	10.600	172.200	7.900	190.700
8710 - Büroeinrichtung	0	73.900	0	73.900
8720 - Unterkunftsausstattung	7.000	175.200	0	182.200
8740 - Spiel-, Sport- und Freizeitausstattung	0	10.000	0	10.000
Gesamtergebnis	17.600	670.600	204.900	893.100

Wirtschaftsplan für Landesbetriebe nach § 26 LHO LSA

Anlage zum Kapitel 11 30
Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen Wirtschaftsjahr 2025/2026

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan
B: Finanzplan
C: Leistungsplan

A: Erfolgsplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	1. Umsatzerlöse	16.617.546,59	4.327.900	4.504.800	4.649.200
50	a) Verwaltungswirtschaftliche Erträge	4.277.046,59	4.327.900	4.504.800	4.649.200
51	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten				
54	c) Zuweisungen und Zuschüsse, Kostenerstattungen sowie Produktabgeltung	12.340.500,00			
58	d) Zuweisungen, Zuschüssen und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel)				
52	2. Bestandsveränderungen				
52	3. Andere aktivierte Eigenleistungen	3.658,00	4.500	10.100	14.400
53	4. sonstige Erträge	254.784,14	315.700	430.400	442.500
	davon sonstige Erträge	17.140,58	150.600	199.000	201.000
537	davon Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionen	237.643,56	165.100	231.400	241.500
	Zwischensumme Erträge (1-4):	16.875.988,73	4.648.100	4.945.300	5.106.100
	5. Materialaufwand	-4.040.960,36	-4.463.900	-4.070.900	-4.053.200
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	-1.325.551,49	-1.381.700	-1.404.900	-1.435.200
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.715.408,87	-3.082.200	-2.666.000	-2.618.000
	6. Personalaufwand	-9.530.163,36	-10.287.700	-11.342.800	-11.730.700
62+63	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung)	-7.262.967,37	-8.058.400	-8.562.300	-8.835.100
	davon Löhne für Gefangene	-2.140.676,61	-2.613.300	-2.749.600	-2.831.800
	davon für Beschäftigte	-1.939.147,62	-2.488.500	-2.568.800	-2.705.800
	davon für Beamte	-3.182.843,14	-2.956.600	-3.243.900	-3.297.500
	davon sonstige Aufwendungen mit Bezugscharakter	-300,00			
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.267.195,99	-2.229.300	-2.780.500	-2.895.600
640	davon Lohnbereich Gefangene	-629.296,63	-641.800	-867.700	-893.600
641	davon für Beschäftigte	-426.896,68	-386.900	-486.100	-497.500
	davon für Beamte	-1.211.002,68	-1.200.600	-1.426.700	-1.504.500
647	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen (30%-Regelung)	-1.060.129,89	-1.069.800	-1.237.900	-1.296.800
649	davon Beihilfen und Unterstützungsleistungen (Fürsorgeleistungen)	-150.872,79	-130.800	-188.800	-207.700
66	7. Abschreibungen	-241.612,44	-168.700	-235.400	-261.700
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	-772,00	-800	-1.000	-1.000
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen	-6.230,00	-4.400	-5.800	-5.800
	c) auf technische Anlagen und Maschinen	-130.532,62	-119.700	-156.700	-158.100
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-104.077,82	-43.800	-71.900	-96.800
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch				
	8. Sonstige Aufwendungen	-3.015.036,15	-2.922.500	-2.851.600	-2.859.900
65	a) Sonstige Personalaufwendungen	-23.569,04	-34.900	-24.500	-24.500
67	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-2.361.415,92	-2.488.500	-2.495.800	-2.495.800
68	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise und Werbung	-16.977,97	-23.100	-21.500	-21.500

Kontengruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
69	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	-278.213,03	-1.400	-6.900	-5.400
70	e) Betriebliche Steuern	-930,52	-1.000	-1.000	-1.000
73	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte	-304.938,40	-346.600	-271.900	-281.700
71	g) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung	-28.991,27	-27.000	-30.000	-30.000
78	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)				
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	-16.827.772,31	-17.842.800	-18.500.700	-18.905.500
	Betriebsergebnis (1-8):	34.410,51	-13.194.700	-13.555.400	-13.799.400
56	9. Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren				
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge				
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				
75	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-0,07			
	Finanzergebnis (9-12):	-0,07			
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	48.216,35	-13.194.700	-13.555.400	-13.799.400
59	14. Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahmen und Erträge aus Auflösungen von Rücklagen und Stöcken				
	14.1 davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt				
79	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen				
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):				
77	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag				
72	18. sonstige Steuern				
	a) Steuern und steuerähnliche Aufwendungen				
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	48.216,35	-13.194.700	-13.555.400	-13.799.400
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)				
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss				
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage				
	- Zuführung zur Gewinnrücklage				
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.				
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist				
	- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.				
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht				
	26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan		-13.194.700	-13.555.400	-13.799.400
	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen:				
	a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen,				
	b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern.				
	28. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		-13.194.700	-13.555.400	-13.799.400

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Kontengruppe 54:

Im Erfolgsplan sind die Zuschüsse für laufende Zwecke aus dem Landeshaushalt Kapitel 11 30 Titel 682 31 dargestellt. Im Ansatz Position 1. c) für das Haushaltsjahr 2023 (Ist-Wert) setzen sich die Zuschüsse wie folgt zusammen:

Kapitel	Titel	Bezeichnung	Ist-Wert 2023 -EUR-
11 30	682 31	Zuschüsse für laufende Zwecke an einen Landesbetrieb	12.326.200
11 30	685 02	Zuschüsse für budgetrelevante Ausgaben	14.300
			12.340.500

In Kapitel 11 30 Titel 685 02 sind u. a. die Ausgaben im Zusammenhang mit der Versorgung der Mitarbeiter/-innen mit Dienstkleidung für den gesamten Einzelplan 11 berücksichtigt. Die darin veranschlagten Ausgaben für den Werkdienst des Landesbetriebes sind im Haushaltsjahr 2023 an den Landesbetrieb übertragen worden. Ab dem Haushaltsjahr 2024 und somit auch für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 werden die Ausgaben für die Versorgung der Mitarbeiter/-innen des Landesbetriebes mit Dienstkleidung aus Transparenzgründen aus Kapitel 11 30 Titel 682 31 finanziert.

Kontengruppe 61:

In der Kontengruppe 61 sind u. a. die Aufwendungen für Aus- und Fortbildung der Gefangenen durch Dritte erfasst. Aufgrund von überjährigen Maßnahmenzeiträumen ist es erforderlich, in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 Verträge mit überjährigen Laufzeiten i. H. v. 2.292.900 Euro bzw. 2.242.900 Euro für die Durchführung von schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen zu schließen.

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ansatz 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
02	I. Investitionen			-800	
05	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				
06	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte				
07	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch				
08	d) Technische Anlagen und Maschinen	-154.900	-42.700	-38.500	-50.100
	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-13.800	-37.600	-63.200	-49.500
	Summe: Investitionsvorhaben	-168.700	-80.300	-102.500	-99.600
	II. Deckungsmittel				
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Erfolgsplan hinzugerechnet worden.	8.300	3.600	4.000	17.700
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)				
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)				
	Summe: Deckungsmittel	8.300	3.600	4.000	17.700
	Zuführung für Investitionen (I - II)	-160.400	-76.700	-98.500	-81.900

Anlage zum Finanzplan

Übersicht über Gesamtinvestitionsmaßnahmen 2025:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Investition	NL	Bezeichnung der Kst.	N/E/+	Kosten Gesamt -EUR-	Art	Inv./ GWG
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Inventar Besprechungsraum	Halle	Zentrale Kosten	E	900	BGA	GWG
2	Aktenarchiv	Halle	Zentrale Kosten	E	1.200	BGA	GWG
3	Büroausstattung	Halle	Zentrale Kosten	E	4.000	BGA	Inv.
4	Multifunktionsgerät	Halle	UB Palettenbau	E	600	BGA	Inv.
5	Absauganlage	Halle	UB Palettenbau	E	16.000	TAuM	Inv.
6	Umweltschrank	Halle	BOM GaLa	N	1.600	BGA	Inv.
7	Freischneider	Halle	BOM GaLa	E	1.200	BGA	Inv.
8	Mulchrasenmäher	Halle	BOM GaLa	E	1.100	TAuM	Inv.
9	Häcksler	Halle	BOM GaLa	E	2.000	BGA	Inv.
10	Software	Halle	BOM Elektrotechnik	E	800	Konz.	Inv.
11	Multifunktionsgerät	Halle	EB Schneiderei	E	600	BGA	Inv.
12	Multifunktionsgerät	JAA	Jugendarrestanstalt	E	600	BGA	Inv.
13	Büromöbel	JAA	Jugendarrestanstalt	E	4.000	BGA	Inv.
14	Streugutwagen	Raßnitz	BVJ Agrar	N	400	BGA	GWG
15	Akkuschrauber	Raßnitz	LEB Tischler	E	800	TAuM	Inv.
16	Gabelhubwagen mit Waage	Raßnitz	LEB Tischler	E	1.000	BGA	Inv.
17	Handoberfräse	Raßnitz	LEB Tischler	E	900	TAuM	Inv.
18	Zwingenwagen	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	N	500	BGA	GWG
19	Palettenwagen	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	N	500	BGA	GWG
20	Kantenfräse/Oberfräse	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	N	500	TAuM	GWG
21	Magnetbohrmaschine	Raßnitz	LEB Metalltechnik	N	1.400	TAuM	Inv.
22	mobile Schweißrauchabsaugung	Raßnitz	LEB Metalltechnik	N	5.000	TAuM	Inv.
23	Satiniermaschine	Burg	EB Schlosserei	E	1.600	TAuM	Inv.
24	Bandschleifer	Burg	EB Schlosserei	E	3.100	TAuM	Inv.
25	Laptop	Burg	EB Schlosserei	E	2.000	BGA	Inv.
26	Gewindeschneidmaschine	Burg	EB Schlosserei	N	2.800	TAuM	Inv.
27	PC-Arbeitsplätze, Server.	Burg	EB Schneiderei	E	9.500	BGA	Inv.
28	Transferdrucker	Burg	EB Schneiderei	E	4.700	BGA	Inv.
29	Elektrogabelhubwagen mit Trittbrett	Burg	UB Brennenstuhl	E	12.000	BGA	Inv.
30	Handgabelhubwagen	Burg	UB Brennenstuhl	E	2.400	BGA	Inv.
31	Akku-Pendelhubstichsäge	Volkstedt	EB Polsterei	E	400	TAuM	Inv.
32	Industrienähmaschine	Volkstedt	EB Polsterei	E	1.000	TAuM	Inv.
33	Notebook	Volkstedt	Teilhabe Arbeitsleben	N	700	BGA	Inv.
34	Ergonomische Arbeitstische	Volkstedt	Arbeitstherapie	N	8.000	BGA	Inv.
35	Brennofen	Volkstedt	Arbeitstherapie	E	3.900	TAuM	Inv.
36	Designsoftware	Burg	EB Schneiderei	E	4.800	BGA	Inv.
					102.500		

Anteil der geringwertigen Wirtschaftsgüter am Gesamtinvestitionsvolumen 2025:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Investition	NL	Bezeichnung der Kst.	N/E/+	Kosten -EUR-	Art	Inv./ GWG
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Inventar Besprechungsraum	Halle	Zentrale Kosten	E	900	BGA	GWG
2	Aktenarchiv	Halle	Zentrale Kosten	E	1.200	BGA	GWG
14	Streugutwagen	Raßnitz	BVJ Agrar	N	400	BGA	GWG
18	Zwingenwagen	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	N	500	BGA	GWG
19	Palettenwagen	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	N	500	BGA	GWG
20	Kantenfräse/Oberfräse	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	N	500	TAuM	GWG
					4.000		

Übersicht über Gesamtinvestitionsmaßnahmen 2026:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Investition	NL	Bezeichnung der Kst.	N/E/+	Kosten -EUR-	Art	Inv./ GWG
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Akkuschrauber	Halle	BOM Elektro	N	200	TAuM	GWG
2	Arbeitsstische	Halle	UB Palettenbau	E	4.000	BGA	Inv.
3	Rollplatten mit Hebelroller	Halle	UB Palettenbau	E	4.000	BGA	Inv.
4	Schiebetürenschränke	Raßnitz	Zentrale Kosten	N	900	BGA	GWG
5	Bürodrehstühle	Raßnitz	Zentrale Kosten	E	1.400	BGA	GWG
6	Dienstzimmerausstattung	Raßnitz	Zentrale Kosten	E	700	BGA	GWG
7	Schreibtisch	Raßnitz	Zentrale Kosten	E	1.400	BGA	Inv.
8	Rasenmäher	Raßnitz	BVJ Agrar	E	1.100	TAuM	Inv.
9	fahrbarer Arbeitstisch	Raßnitz	BOM Gala	E	700	TAuM	Inv.
10	Schubkarren	Raßnitz	BOM Gala	E	500	BGA	GWG
11	Bürodrehstuhl	Raßnitz	BOM Gala	N	400	BGA	GWG
12	Dienstzimmerausstattung	Raßnitz	BOM Gala	E	1.700	BGA	Inv.
13	Schreibtisch	Raßnitz	LEB Tischler	E	800	BGA	Inv.
14	Dienstzimmerausstattung	Raßnitz	LEB Tischler	E	600	BGA	GWG
15	Bürodrehstühle	Raßnitz	LEB Tischler	E	1.100	BGA	GWG
16	Schreibtisch	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	N	1.300	BGA	Inv.
17	Dienstzimmerausstattung	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	N	600	BGA	GWG
18	Dienstzimmerausstattung	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	E	1.700	BGA	Inv.
19	Bürodrehstühle	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	E	1.100	BGA	GWG
20	Bandrollapparat mit Zubehör	Raßnitz	LEB Metall	E	3.300	BGA	Inv.
21	Manuelle Sickenmaschine	Raßnitz	LEB Metall	N	1.500	BGA	Inv.
22	Bürodrehstühle	Raßnitz	LEB Metall	E	700	BGA	GWG
23	Langbandschleifer	Burg	EB Tischlerei	E	8.400	TAuM	Inv.
24	Bandsäge	Burg	EB Tischlerei	E	4.100	TAuM	Inv.
25	PC-Arbeitsplätze	Burg	EB Tischlerei	E	2.000	BGA	Inv.
26	Multifunktionsgerät	Burg	EB Schlosserei	E	600	BGA	Inv.
27	Arbeitsdrehstühle	Burg	EB Schneiderei	E	8.000	BGA	GWG
28	Elektrogabelhubwagen	Burg	UB Palettenbau	E	8.000	BGA	Inv.
29	Werkzeugstahlschränke	Burg	UB Nordpack	E	1.700	BGA	Inv.
30	Tonabscheider	Burg	Arbeitstherapie	N	500	BGA	GWG
31	Kapp- und Gehrungssäge	Burg	Arbeitstherapie	E	600	TAuM	Inv.
32	Stehhilfen	Volkstedt	UB Newcycle	E	1.000	BGA	GWG
33	mobile Absaugung	Volkstedt	Arbeitstherapie	E	5.000	TAuM	Inv.
34	Stickmaschine	Burg	EB Schneiderei	E	30.000	TAuM	Inv.
					99.600		

Anteil der geringwertigen Wirtschaftsgüter am Gesamtinvestitionsvolumen 2026:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Investition	NL	Bezeichnung der Kst.	N/E/+	Kosten -EUR-	Art	Inv./ GWG
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Akkuschrauber	Halle	BOM Elektro	N	200	TAuM	GWG
4	Schiebetürenschränke	Raßnitz	Zentrale Kosten	N	900	BGA	GWG
5	Bürodrehstühle	Raßnitz	Zentrale Kosten	E	1.400	BGA	GWG
6	Dienstzimmerausstattung	Raßnitz	Zentrale Kosten	E	700	BGA	GWG
10	Schubkarren	Raßnitz	BOM GaLa	E	500	BGA	GWG
11	Bürodrehstuhl	Raßnitz	BOM GaLa	N	400	BGA	GWG
14	Dienstzimmerausstattung	Raßnitz	LEB Tischler	E	600	BGA	GWG
15	Bürodrehstühle	Raßnitz	LEB Tischler	E	1.100	BGA	GWG
17	Dienstzimmerausstattung	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	N	600	BGA	GWG
19	Bürodrehstühle	Raßnitz	LEB Ausbaufacharb.	E	1.100	BGA	GWG
22	Bürodrehstühle	Raßnitz	LEB Metall	E	700	BGA	GWG
27	Arbeitsdrehstühle	Burg	EB Schneiderei	E	8.000	BGA	GWG
30	Tonabscheider	Burg	Arbeitstherapie	N	500	BGA	GWG
32	Stehhilfen	Volkstedt	UB Newcycle	E	1.000	BGA	GWG
					17.700		

Spalte 3:

NL	=	Niederlassung
Halle	=	Niederlassung in der Justizvollzugsanstalt Halle
Burg	=	Niederlassung in der Justizvollzugsanstalt Burg
Volkstedt	=	Niederlassung in der Justizvollzugsanstalt Volkstedt
Raßnitz	=	Niederlassung in der Jugendanstalt Raßnitz
JAA	=	Niederlassung in der Jugendarrestanstalt Halle

Spalte 4:

Kst.	=	Kostenstelle
EB	=	Eigenbetrieb
UB	=	Unternehmerbetrieb
LEB	=	Lehreigenbetrieb
BOM	=	Berufsorientierungsmaßnahme
BVJ	=	Berufsvorbereitungsjahr
GaLa	=	Garten- und Landschaftsbau

Spalte 5:

E	=	Ersatzmaßnahme
N	=	Neuanschaffung
+	=	Erweiterung und Ergänzung vorhandener Einrichtungen und Maschinen

Spalte 7:

Konz.	=	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte u. ä. Rechte, Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten
TAuM	=	Technische Anlagen und Maschinen
BGA	=	Betriebs- und Geschäftsausstattung

Spalte 8:

Inv.	=	Investitionen (> 410 Euro + USt)
GWG	=	Geringwertige Wirtschaftsgüter (≤ 410 Euro + USt)

C: Leistungsplan

Leistungsplan für 2025

Konten-Gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Burg 2025 -EUR-	Volkstedt 2025 -EUR-	Halle 2025 -EUR-	Raßnitz 2025 -EUR-	JAA Halle 2025 -EUR-	Zentrale 2025 -EUR-	Gesamt 2025 -EUR-
50-54	1.-4. Erlöse und Erträge	2.912.700	808.300	876.000	343.100	500	4.700	4.945.300
60+61	5. Materialaufwand	-2.197.500	-453.100	-425.700	-982.900	-100	-11.600	-4.070.900
62-64	6. Personalaufwand	-3.441.300	-1.597.200	-2.535.100	-1.909.400	-551.800	-1.308.000	-11.342.800
66	7. Abschreibungen	-115.700	-24.000	-35.900	-54.600	-500	-4.700	-235.400
65+ 67-70+ 73+71	8. sonstige Aufwendungen	-899.100	-331.900	-988.100	-539.600	-500	-92.400	-2.851.600
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	-6.653.600	-2.406.200	-3.984.800	-3.486.500	-552.900	-1.416.700	-18.500.700
	Betriebsergebnis (1-8):	-3.740.900	-1.597.900	-3.108.800	-3.143.400	-552.400	-1.412.000	-13.555.400
	Finanzergebnis (9-12):							
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	-3.740.900	-1.597.900	-3.108.800	-3.143.400	-552.400	-1.412.000	-13.555.400
79	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):							
	19. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-3.740.900	-1.597.900	-3.108.800	-3.143.400	-552.400	-1.412.000	-13.555.400

Leistungsplan für 2026

Konten-Gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Burg 2026 -EUR-	Volkstedt 2026 -EUR-	Halle 2026 -EUR-	Raßnitz 2026 -EUR-	JAA Halle 2026 -EUR-	Zentrale 2026 -EUR-	Gesamt 2026 -EUR-
50-54	1.-4. Erlöse und Erträge	3.008.600	852.300	889.400	350.600	500	4.700	5.106.100
60+61	5. Materialaufwand	-2.184.100	-466.600	-442.400	-968.400	-100	-11.600	-4.053.200
62-64	6. Personalaufwand	-3.555.700	-1.648.300	-2.618.700	-1.970.600	-571.200	-1.366.200	-11.730.700
66	7. Abschreibungen	-130.500	-25.100	-36.100	-64.800	-500	-4.700	-261.700
65+ 67-70+ 73+71	8. sonstige Aufwendungen	-903.100	-337.000	-991.800	-535.100	-500	-92.400	-2.859.900
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	-6.773.400	-2.477.000	-4.069.000	-3.538.900	-572.300	-1.474.900	-18.905.500
	Betriebsergebnis (1-8):	-3.764.800	-1.624.700	-3.179.600	-3.188.300	-571.800	-1.470.200	-13.799.400
	Finanzergebnis (9-12):							
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	-3.764.800	-1.624.700	-3.179.600	-3.188.300	-571.800	-1.470.200	-13.799.400
79	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):							
	19. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-3.764.800	-1.624.700	-3.179.600	-3.188.300	-571.800	-1.470.200	-13.799.400

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 40 Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei oder ein Ministerium in Sachsen-Anhalt abgeordnet sind und die Dienstbezüge aus Stellen bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine/n andere/n Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

Die im budgetierten Bereich erwirtschafteten Einsparungen werden im Folgejahr zu zwei Dritteln als Ausgaberesult zur Verfügung gestellt und zu einem Drittel an den Landeshaushalt abgeführt.

Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 11 40 beträgt zum 31.12.2025 121 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 11 40 beträgt zum 31.12.2026 121 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Es sind insgesamt 6 Dienststellen mit Sitz in Dessau-Roßlau, Halberstadt, Halle (Saale), Magdeburg, Naumburg und Stendal vorhanden. Die vier Nebensitze befinden sich in Merseburg, Sangerhausen, Staßfurt und Wittenberg.

Informationen zu allgemeinen Grundlagen der Budgetierung und Erläuterungen zur Planungsmethodik sind für alle budgetierten Bereiche zentral im Vorwort ausgewiesen.

Die im Produkthaushalt ausgewiesenen Produktbereiche setzen sich wie folgt zusammen:

1. Beratung und Betreuung:
Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Gerichtshilfe, Opferberatung, Zeugenbetreuung, Psychosoziale Prozessbegleitung, Täter-Opfer-Ausgleich (subsidiär), Gruppen- und Trainingsmaßnahmen, Forensische Ambulanz
2. Freie Straffälligenhilfe:
Täter-Opfer-Ausgleich, Kriminalprävention, Gefangenen- und Entlassungsfürsorge

Einnahmen

119 59	059	Budgetrelevante Einnahmen / Sonstige Verwaltungseinnahmen	100 6.194	100	100

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 11 40 Titel 685 02

Erläuterungen:

Weniger Einnahmen aus Zuwendungen des Landes (z.B. infolge von Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerrufs von Zuwendungsbescheiden), da die Förderung künftig überwiegend aus ESF-Plus-Mitteln (Kapitel 11 02 bzw. Kapitel 13 22) erfolgt und entsprechende Einnahmen dort erhoben werden.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 40 Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

685 02	059	Zuschüsse für budgetrelevante Ausgaben	8.766.200	8.927.500	8.827.700
			8.512.315	0	0

Übertragbar

- * Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 11 40 Titel 894 02.
- ** Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kapitel 11 40 Titel 119 59.

Rückzahlungen/ Erstattungen und Kostenbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben für

- Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt zu Maßnahmen der Straffälligenentschuldung sowie des Täter-Opfer-Ausgleichs nach Strafgesetzbuch,
- sonstige Beihilfen und Unterstützungen sowie
- Gefangenen- und Entlassungsfürsorge

auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		48.000			48.000
2026		48.000			48.000
2027		48.000			48.000
2028					
2029 ff.					
Summen		144.000			144.000

Erläuterungen:

Im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Sachsen-Anhalt stehen für den Produktbereich "Freie Straffälligenhilfe" Mittel des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) im Einzelplan 13 sowie Kofinanzierungsmittel in Kapitel 11 02 zur Verfügung. Die hier im Titel 685 02 veranschlagten Mittel beziehen sich auf Projekte, die nicht im Rahmen des Operationellen Programms aus ESF-Plus-Mitteln und nationalen Kofinanzierungsmitteln gefördert werden.

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind auf der Grundlage von § 17a LHO dem Budget des Sozialen Dienstes, das sich aus dem beigefügtem Produkthaushalt ergibt, zuzuordnen.

	Ist 2023	Plan 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Personalkosten	7.857.136	7.797.200	8.417.900	8.322.400
2. Sachkosten	611.070	761.000	446.100	442.900
3. Investitionen unter 5.000 EUR	13.132	15.000	30.500	29.400
4. Zuwendungen	30.977	193.000	33.000	33.000
Zusammen	8.512.315	8.766.200	8.927.500	8.827.700

Die Zuordnung der Personalausgaben zum einzelplanübergreifenden Personalkostenbudget sowie die damit einhergehende einseitige Deckungsfähigkeit zulasten Einzelplan 13 Kapitel 1302 Titel 461 01 und Titel 916 12 bleiben unberührt (§§ 8, 9 HG 2025/2026).

Darüber hinausgehende Erläuterungen sind in der "Kosten- und Erlösübersicht des Sozialen Dienstes der Justiz" sowie im "Produkthaushalt des Sozialen Dienstes der Justiz" dargestellt.

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 40 Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 02

zu 2.:

Beendigung des Mieter-Vermieter-Modells mit dem Landesbetrieb BLSA.

Ab 2025 zentrale Veranschlagung der Mietnebenkosten für landeseigene Liegenschaften im Einzelplan 20.

Für 2025 und 2026 sind keine nach den Transparenzregelungen zu erläuternden Beratungsleistungen geplant.

894 02	059	Zuschüsse für Investitionen	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 11 40 Titel 685 02.

Titelgruppe(n)

91		Planmäßiges Personal in Globalhaushalten und Produkthaushalten			
422 91	059	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 91	059	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 91			0	0	0
				0	0

11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
11 40 Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	100	100	100

Gesamteinnahme		100	100	100

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben

	0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	8.766.200	8.927.500	8.827.700

	0	0

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0

	0	0

Gesamtausgabe		8.766.200	8.927.500	8.827.700

Gesamtsumme der VE			0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-8.766.100	-8.927.400	-8.827.600

Kapitel 11 40: Kosten- und Erlösübersicht des Sozialen Dienstes der Justiz

	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Erlöse				
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	6.194	100	100	100
Summe (Gesamteinnahmen Kapitel 11 40)	6.194	100	100	100
Budgetrelevante Kosten				
- Personalkosten	7.857.136	7.797.200	8.417.900	8.322.400
Bezüge (Besoldung, Entgelte, Anwärter)	7.614.168	7.544.900	8.128.300	8.024.200
Zuführung an Pensionsfonds LSA (ehem. Titel 916 13)	242.923	247.600	289.100	297.700
Amtsärztliche Untersuchungen	44	4.700	500	500
- Sachkosten	611.070	761.000	446.100	442.900
Mieten/ Pachten	304.873	318.600	171.200	172.300
- Mietzahlungen an den Landesbetrieb	159.431	166.000	0	0
- Mietzahlungen an Drittvermieter	145.442	152.600	171.200	172.300
Nebenkosten der Immobilien	148.738	246.600	106.100	104.600
Reisekosten und Porto	87.394	82.000	96.700	97.100
Sonstige allgemeine Verwaltungskosten	70.065	113.800	72.100	68.900
- Zuwendungen	30.977	193.000	33.000	33.000
Zuwendungen Täter-Opfer-Ausgleich	2.679	3.000	3.000	3.000
Zuwendungen Kriminalprävention	28.299	190.000	30.000	30.000
Zuwendungen ZEBRA, MOVES	0	0	0	0
- Investitionen	13.132	15.000	30.500	29.400
Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	13.132	15.000	30.500	29.400
Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	0	0	0
Summe budgetrelevanter Kosten	8.512.315	8.766.200	8.927.500	8.827.700
<i>Nachrichtlich: Titel 685 02</i>	8.512.315	8.766.200	8.927.500	8.827.700

Nachrichtlich: Kalkulatorische Kosten	2023	2024	2025	2026
Werteverzehr des Vermögens (Abschreibung)**	11.617	15.311	17.500	18.000
Rückstellungen für Pensionen (30% des Besoldungsanteils)	919.543	911.178	981.634	969.062
Summe kalkulatorischer Kosten	931.160	950.512	999.134	987.062

Finanzkennzahlen	2023	2024	2025	2026
Personalkosten-Quote in %	92,30	88,95	94,29	94,28
Sachkosten-Quote in %	7,18	8,68	5,00	5,02
Investitionsquote gesamt in %	0,15	0,17	0,34	0,33

Kennzahlen zur Personalstruktur	Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023
Frauenquote in %	71,43	72,13	73,48
Quote der Frauen in Führungspositionen Laufbahngr. 2, 2. Einstiegsamt in %	Laufbahn im Sozialen Dienst nicht vorhanden		
Durchschnittliches Alter in Jahren	51,06	51,89	51,05
Teilzeitquote in %	39,85	46,72	45,45
Schwerbehindertenquote in %	9,02	12,30	12,88

* Gerundete Darstellungen der Istwerte, Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

** Daten basieren auf dem aktuellen Einführungsstand der Anlagenbuchhaltung.

Kapitel 11 40: Produkthaushalt des Sozialen Dienstes der Justiz

Produkte des Sozialen Dienstes der Justiz	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Beratung und Betreuung				
Bewährungshilfe				
Personalkosten	3.964.270	3.928.700	4.022.600	3.981.000
Sachkosten	335.489	407.600	248.400	247.200
Gesamtkosten	4.299.759	4.336.300	4.271.000	4.228.200
Geschäftszahlen:	2.915	2.955	3.010	3.010
Führungsaufsicht				
Personalkosten	1.410.600	1.380.800	1.600.500	1.588.200
Sachkosten	101.151	129.700	76.200	75.800
Gesamtkosten	1.511.751	1.510.500	1.676.700	1.664.000
Geschäftszahlen:	1.279	1.265	1.295	1.295
Gerichtshilfe				
Personalkosten	873.573	885.500	959.000	951.400
Sachkosten	53.695	74.500	46.400	47.000
Gesamtkosten	927.269	960.000	1.005.400	998.400
Geschäftszahlen:	1.013	1.135	1.310	1.310
Opferberatung				
Personalkosten	674.297	609.400	783.200	776.400
Sachkosten	60.442	68.400	51.600	50.500
Gesamtkosten	734.739	677.800	834.800	826.900
Geschäftszahlen:	733	2.507	950	950
Zeugenbetreuung				
Personalkosten	267.966	283.600	289.700	286.900
Sachkosten	15.151	26.100	7.400	7.700
Gesamtkosten	283.117	309.700	297.100	294.600
Geschäftszahlen:	1.494	1.720	1.560	1.560
Psychosoziale Prozessbegleitung				
Personalkosten	9.604	31.000	11.600	11.500
Sachkosten	6.526	4.500	2.900	3.700
Gesamtkosten	16.130	35.500	14.500	15.200
Geschäftszahlen:	54	61	52	52
Täter-Opfer-Ausgleich (subsidiär)				
Personalkosten	18.927	19.900	19.700	19.400
Sachkosten	1.777	2.600	700	700
Gesamtkosten	20.703	22.500	20.400	20.100
Geschäftszahlen:	7	15	14	14
Gruppen- und Trainingsmaßnahmen				
Personalkosten	98.946	77.500	111.000	94.400
Sachkosten	15.624	14.900	7.600	5.300
Gesamtkosten	114.570	92.400	118.600	99.700
Geschäftszahlen:	62	225	85	85
Forensische Ambulanz				
Personalkosten	403.132	398.400	474.500	468.800
Sachkosten	21.215	32.700	4.900	5.000
Gesamtkosten	424.347	431.100	479.400	473.800
Geschäftszahlen:	95	95	50	50
2. Freie Straffälligenhilfe**				
Täter-Opfer-Ausgleich: Zuwendungen	2.679	3.000	3000	3.000
Kriminalprävention: Zuwendungen	28.299	190.000	30.000	30.000
Gesamtsumme Zuwendungen	30.977	193.000	33.000	33.000

Produkte des Sozialen Dienstes der Justiz	Ist 2023*	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Verrechnungen				
Personalkosten	135.821	182.400	146.100	144.400
Sachkosten	0	0	0	0
Gesamtsumme Verrechnungen	135.821	182.400	146.100	144.400
Investitionen				
davon Investitionen HGr. 6 (in Titel 685 02)	13.132	15.000	30.500	29.400
davon Investitionen HGr. 8 (Titel 894 02)	0	0	0	0
Gesamtsumme Investitionen	13.132	15.000	30.500	29.400
Gesamtkosten (Produkte, Investitionen, Verrechnungen)	8.512.315	8.766.200	8.927.500	8.827.700
Personalkosten	7.857.136	7.797.200	8.417.900	8.322.400
Sachkosten	611.070	761.000	446.100	442.900
Zuwendungen	30.977	193.000	33.000	33.000
Investitionen	13.132	15.000	30.500	29.400
Titel 685 02 (Personal-, Sachkosten, Zuwendungen und Investitionen bis 5.000 EUR)	8.512.315	8.766.200	8.927.500	8.827.700
Erlöse				
Verwaltungserlöse (Titel 119 59)	6.194	100	100	100

* Gerundete Darstellungen von Istwerten und Summenzeilen können durch centgenaue Berechnung geringfügig abweichen.

** Künftig wird der überwiegende Teil der Maßnahmen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus (vgl. Kapitel 1102 bzw. Kapitel 1322) finanziert. Die im Titel 685 02 veranschlagten Mittel beziehen sich auf Projekte, die nicht im Rahmen des Operationellen Programms gefördert werden können.

Stellenpläne

Stellenübersichten

Kapitel 11 01 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz (Stellenplan)
Kapitel 11 02 Allgemeine Bewilligungen (Stellenplan)
Kapitel 11 11 Landesverfassungsgericht (Stellenplan)
Kapitel 11 20 Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften (Stellenplan)
Kapitel 11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug (Stellenplan)
Kapitel 11 40 Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026
Stellenübersicht übrige TGr. 2025
Stellenübersicht übrige TGr. 2026
Stellenübersicht TGr. 89 2025
Stellenübersicht TGr. 89 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
B9	Staatssekretär oder Staatssekretärin	1	1	1
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	3	3	3
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	1	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	21 ¹⁾	22 ¹⁾	22 ¹⁾

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A16	Ministerialrat/-rätin	8 ¹⁾	8 ¹⁾	8 ¹⁾
A15	Regierungsdirektor/-in	18 ¹⁾	20 ¹⁾	20 ¹⁾
A14	Oberregierungsrat/-rätin	17 ¹⁾	17 ¹⁾	17 ¹⁾
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	40	40	40
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	20	20	20
A11	Regierungsamtmann/-frau	11	11	11
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	12 ²⁾	12 ²⁾	12 ²⁾
A8	Regierungshauptsekretär/-in	4	4	4
A7	Regierungsobersekretär/-in	0	0	0
A6 L1.1	Oberamtsmeister/-in	1	1	1
A5	Oberamtsmeister/-in	1	1	1

Summe :		161	164	164

LEERSTELLEN

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B9	Staatssekretär/-in	0	0	0
B2	Ministerialrat/-rätin	2	2	2

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A14	Oberregierungsrat/-rätin	1 ³⁾	1 ³⁾	1 ³⁾
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	1 ³⁾	1 ³⁾	1 ³⁾
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	1 ³⁾	1 ³⁾	1 ³⁾
A11	Regierungsamtmann/-frau	1 ³⁾	1 ³⁾	1 ³⁾

Summe [Leerstellen]:		6	6	6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1) Die Stellen dürfen von Richtern/-innen und Staatsanwälten/-wältinnen (Bes.-Gr. R1, R2 und R3 LBesO) verwaltet werden (vgl. 1120 - Leerstellen -).
- 2) 3 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
- 3) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	B2	1											+1	Beschluss FIN vom 06.02.2025 (Bereinigungssitzung)
2	A15	2											+2	Beschluss FIN vom 06.02.2025 (Bereinigungssitzung)
Ohne TG 96		3											+3	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 15 Ü at	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 15	Techn. Dienst / Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 10	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 9b	Verwaltungsdienst	2 ¹⁾	2 ¹⁾	2 ¹⁾
E 9b	Bibliotheksdienst	1	1	1
E 8	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 6	Verwaltungsdienst	7 ²⁾	7 ²⁾	7 ²⁾
E 5	Schreibdienst	7	7	7
E 4	Kraftfahrdienst	4	4	4
E 4	Sonstige Dienste	1	1	1
Summe :		35	35	35

- 1) Die Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkraft der/des Staatssekretärin/ Staatssekretärs erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2) Die zweite Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkräfte der/des Abteilungsleiterin/ Abteilungsleiters erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 9b	Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	E 6	Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

7 Stellen	E 5	Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 4	(Sonstige Dienste) Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	E 15 Ü at in A16	Stelle künftig umzuwandeln in eine Planstelle der BesGr. A16 - Ministerialrat/-rätin - nach Ausscheiden des Stelleninhabers/ der Stelleninhaberin und Nachbesetzung mit einem Beamten/ einer Beamtin.	(aus HH 2020/2021)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 9b	Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	E 6	Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)
7 Stellen	E 5	Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 4	(Sonstige Dienste) Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)

11 02 Allgemeine Bewilligungen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 41				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A13 L2.2	Referendar/-in	300 1)	300 1)	300 1)
Summe :		300	300	300

- 1) Auf den Stellen können auch Beamtinnen und Beamte auf Widerruf geführt werden, die Anwärterbezüge nach Bes. Gruppe A13Z oder einer gleichwertigen anderen Besoldungsgruppe beziehen.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A13 L2.1	Justizoberamtsrat/-rätin	1	1	1
A9 L1.2	Justizamtsinspektor/-in	1 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾
Summe :		2	2	2

1) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 01				
<i>Entgelt Gruppe</i>				
E 5	Schreib-u. Fernschreibdienst	2	2	2
E 4	Kraftfahrdienst	1	1	1
Summe :		3	3	3

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 05				
<i>Bes.Gruppe</i>				
R1	Richter/-in, Staatsanwalt/-wältin	80	0	0
Summe :		80	0	0
LEERSTELLEN				
<i>Bes.Gruppe</i>				
R1	Richter/-in, Staatsanwalt/-wältin	8 1)	0	0
Summe [Leerstellen]:		8	0	0

1) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparun-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Um-be-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	R1		64				16						-80	Anpassung an den Stellenbedarf Umwandlung R1H in R1 -StA-
2														
Ohne TG 96			64				16						-80	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
3	R1		8										-8	Umsetzung in Leerstellen Titel 422 91
Leerstellen			8										-8	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 41				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A9 L2.1	Rechtspflegeranwärter/-in	85	110	110
A8	Gerichtsvollzieheranwärter/-in	10	10	10
A7	Justizobersekretäranwärter/-in	0	170	170
A6 L1.2	Justizsekretäranwärter/-in	170	0	0
A5	Justizhauptwachtmeisteranwärter/-in	0	40	40
A4	Justizhauptwachtmeisteranwärter/-in	40	0	0
Summe :		305	330	330

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

LEERSTELLEN

Bes.Gruppe

A9 L2.1	Rechtspflegeranwärter/-in	5 ¹⁾	5 ¹⁾	5 ¹⁾
A7	Justizobersekretär/anwärter/-in	0	5 ¹⁾	5 ¹⁾
A6 L1.2	Justizsekretär/anwärter/-in	5 ¹⁾	0	0
Summe [Leerstellen]:		10	10	10

1) Nicht personengebunden.

Planstellen künftig umzuwandeln:

11 Stellen	A9 L2.1	in A9 L2.1	(in Planstellen) - Justizinspektor/-in - nach Abschluss der Ausbildung.	(aus HH 2017/2018)
7 Stellen	A7	in A7	(in Planstellen) - Justizobersekretär/-in nach Abschluss der Ausbildung	(aus HH 2017/2018)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-spar-un-gen	Um-set-zungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Um-be-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A9 L2.1	25											+25	
2	A7					170							+170	Umwandlung aus A6 L1.2, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
3	A6 L1.2						170						-170	Umwandlung in A7, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
4	A5					40							+40	Umwandlung aus A4, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
5	A4						40						-40	Umwandlung in A5, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
Ohne TG 96		25				210	210						+25	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
6	A7	5											+5	Umwandlung aus A6 L1.2, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
7	A6 L1.2		5										-5	Umwandlung in A7, Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
Leerstellen		5	5										0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

7 Stellen	A7	in A7	(in Planstellen) - Justizobersekretär/-in nach Abschluss der Ausbildung	(aus HH 2017/2018)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

7 Stellen	A6 L1.2	in A6 L1.2	(in Planstellen) - Justizsekretär/-in - nach Abschluss der Ausbildung.	(aus HH 2017/2018)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 91	(91)			
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
R8	Präsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1	1
R6	Generalstaatsanwalt/-wältin - als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-wältinnen im Bezirk -	1	1	1
R6	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1	1
R6	Präsident/-in des Landessozialgerichts	1	1	1
R6	Präsident/-in des Obergerverwaltungsgerichts	1	1	1
R5	Präsident/-in des Landgerichts - an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt -	3	3	3
R5	Präsident/-in des Finanzgerichts	1	1	1
R4	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin - als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-wältinnen -	2	2	2
R4	Präsident/-in des Landgerichts - an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen - einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt -	1	1	1
R4	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1	1
R4	Präsident/-in des Amtsgerichts - an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen -	1	1	1
R3	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin - als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht -	3 ¹⁾	3 ¹⁾	3 ¹⁾
R3	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin - als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte/-innen -	2	2	2
R3	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts	2	2	2
R3	Präsident/-in des Amtsgerichts - an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen -	1	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Finanzgerichts	1	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichtes	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾
R3	Vizepräsident/-in des Obergerverwaltungsgerichts	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾
R3	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	1 ²⁾	1 ²⁾	1 ²⁾
R3	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landessozialgericht	4	4	4
R3	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landesarbeitsgericht	7	7	7
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Oberlandesgericht	11	11	11
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Obergerverwaltungsgericht	2	2	2
R3	Vizepräsident/-in des Landgerichts als ständige/r Vertreter/-in eines/r Präsidenten/-in eines Gerichts mit 81 und mehr Richterplanstellen, einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt	3	3	3

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

R3	Präsident/-in des Sozialgerichts	2	2	2
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Finanzgericht	4	4	4
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
R2	Direktor/-in des Amtsgerichts an einem Gericht mit 4 und mehr Richterplanstellen -	23 ³⁾	23 ³⁾	23 ³⁾
R2	Direktor/-in des Arbeitsgerichts	4 ⁴⁾	4 ⁴⁾	4 ⁴⁾
R2	Direktor/-in des Sozialgerichts an einem Gericht mit 4 und mehr Richterplanstellen	1 ³⁾	1 ³⁾	1 ³⁾
R2	Vizepräsident/-in des Landgerichts - als ständige/r Vertreter/-in eines/r Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R3 oder R4 -	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
R2	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts - als ständige/r Vertreter/-in eines/r Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R3 oder R4 -	2 ⁶⁾	2 ⁶⁾	2 ⁶⁾
R2	Oberstaatsanwalt/-wältin - als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und als der/die ständige Vertreter/-in eines/r leitenden Oberstaatsanwalts/-wältin der Bes.-Gr. R3 oder R4 -	4 ⁷⁾	4 ⁷⁾	4 ⁷⁾
R2	Richter/-in am Arbeitsgericht als ständige/r Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 oder mehr Richterplanstellen	3	3	3
R2	Richter/-in am Finanzgericht	14	14	14
R2	Richter/-in am Landessozialgericht	14	14	14
R2	Richter/-in am Obergerichtsverwaltungsgericht	10	10	10
R2	Vizepräsident/-in des Verwaltungsgerichts	2 ⁵⁾	2 ⁵⁾	2 ⁵⁾
R2	Vorsitzende(r) Richter/-in am Verwaltungsgericht	13	13	13
R2	Richter/-in am Oberlandesgericht, Vorsitzende/r Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht - als weitere/r aufsichtführende/r Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen -, - als ständige/r Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen -, Oberstaatsanwalt/-wältin - als Dezernent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht -, - als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht -	151	151	151
R2	Vizepräsident/-in des Sozialgerichts	2 ⁶⁾	2 ⁶⁾	2 ⁶⁾
R2	Richter/-in am Sozialgericht als der/die ständige Vertreter/-in eines Direktors	1	1	1
R2	Richter/-in am Sozialgericht als weitere/r aufsichtführende/r Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen	4	4	4
R1	Richter/-in am Arbeitsgericht	24	24	24
R1	Richter/-in am Sozialgericht	58	58	58
R1	Richter/-in am Verwaltungsgericht	35	35	35
R1	Staatsanwalt/-wältin	135	151	151
R1	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht	298	298	298
A15	Regierungsdirektor/-in	5	5	5
A14	Oberregierungsrat/-rätin	9	9	9
A13 L2.1	Oberamtsanwalt/-wältin	30 ⁸⁾	30 ⁸⁾	30 ⁸⁾

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A13 L2.1	Justizoberamtsrat/-rätin	51 ²⁰⁾	51 ²⁰⁾	51 ²⁰⁾
A12	Amtsanwalt/-wältin	20	20	20
A12	Justizamtsrat/-rätin	126	126	126
A11	Justizamtmann/-frau	190	190	190
A10	Justizoberinspektor/-in	159	159	159
A9 L2.1	Justizinspektor/-in	0	0	0
A9 L1.2	Obergerichtsvollzieher/-in	108 ²¹⁾	108 ²¹⁾	108 ²¹⁾
A9 L1.2	Justizamtsinspektor/-in	131 ⁹⁾	131 ⁹⁾	131 ⁹⁾
A8	Gerichtsvollzieher/-in	42	37	37
A8	Justizhauptsekretär/-in	479	479	479
A7	Justizobersekretär/-in	45	45	45
A6 L1.1	Erste(r) Justizhauptwachtmeister/-in	47 ¹⁰⁾	43 ¹⁰⁾	43 ¹⁰⁾
A5	Justizhauptwachtmeister/-in	0	172 ¹¹⁾	172 ¹¹⁾
A5	Erste/r Justizhauptwachtmeister/-in	188 ¹¹⁾	0	0
Summe :		2.488	2.479	2.479

LEERSTELLEN

FESTE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

R3	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landessozialgericht	2 ^{13) 18)}	2 ^{13) 18)}	2 ^{13) 18)}
R3	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landesarbeitsgericht	2 ^{13) 15)}	2 ^{13) 15)}	2 ^{13) 15)}
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Oberlandesgericht	3 ^{13) 14)}	3 ^{13) 14)}	3 ^{13) 14)}
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Obergerichtsverwaltungsgericht	2 ^{13) 17)}	2 ^{13) 17)}	2 ^{13) 17)}
R3	Vorsitzende/r Richter/-in am Finanzgericht	1 ¹³⁾	1 ¹³⁾	1 ¹³⁾

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

R2	Richter/-in am Finanzgericht	3 ^{13) 16)}	3 ^{13) 16)}	3 ^{13) 16)}
R2	Richter/-in am Landessozialgericht	2 ¹³⁾	2 ¹³⁾	2 ¹³⁾
R2	Richter/-in am Obergerichtsverwaltungsgericht	1 ¹³⁾	1 ¹³⁾	1 ¹³⁾
R2	Vorsitzende(r) Richter/-in am Verwaltungsgericht	1 ¹³⁾	1 ¹³⁾	1 ¹³⁾
R2	Richter/-in am Oberlandesgericht, Vorsitzende/r Richter/-in am Landgericht	3 ¹³⁾	3 ¹³⁾	3 ¹³⁾
R2	Vorsitzende/r Richter/-in am Landgericht und Oberstaatsanwalt/-wältin	4 ¹³⁾	4 ¹³⁾	4 ¹³⁾
R1	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht, Staatsanwalt/-wältin	20 ¹³⁾	25 ¹³⁾	25 ¹³⁾
R1	Richter/-in am Arbeitsgericht	4 ¹³⁾	5 ¹³⁾	5 ¹³⁾
R1	Richter/-in am Sozialgericht	4 ¹³⁾	5 ¹³⁾	5 ¹³⁾
R1	Richter/-in am Verwaltungsgericht	4 ¹³⁾	5 ¹³⁾	5 ¹³⁾
A11	Justizamtmann/-frau	3 ¹³⁾	3 ¹³⁾	3 ¹³⁾

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A10	Justizoberinspektor/-in	14 ¹³⁾	14 ¹³⁾	14 ¹³⁾
A8	Justizhauptsekretär/-in	8 ¹³⁾	8 ¹³⁾	8 ¹³⁾
A7	Justizobersekretär/-in	36 ¹³⁾	36 ¹³⁾	36 ¹³⁾
A6 L1.1	Erste(r) Justizhauptwachmeister/-in	4 ^{10) 13)}	4 ^{10) 13)}	4 ^{10) 13)}
Summe [Leerstellen]:		121	129	129

- 1) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. R 3 LBesO.
- 2) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 3 LBesO.
- 3) Der/Die Stelleninhaber/-in an einem Gericht mit 8 oder mehr Richterplanstellen erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 2 LBesO.
- 4) 3 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 2 LBesO.
- 5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 10 zur Bes.-Gr. R 2 LBesO.
- 6) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 9 zur Bes.-Gr. R 2 LBesO.
- 7) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 LBesO.
- 8) 6 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 9 zur Bes.-Gr. A 13 LBesO.
- 9) 37 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
- 10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 6 LBesO.
- 11) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 5 LBesO.
- 13) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.
- 14) Davon können bis zu zwei Leerstellen auch für Vorsitzende Richter/-innen am Oberlandesgericht und für Leitende Oberstaatsanwälte/-wältinnen genutzt werden, soweit sie im Ministerium (Kapitel 11 01) eine freie Planstellen der Bes.-Grn. A14 - Oberregierungsrat/-rätin -, A15 - Regiergungsdirektor/- in - oder A16/B2 - Ministerialrat/-rätin - LBesO verwalten und Bezüge aus den Leerstellen nicht gezahlt werden. Sie können auch in der Bes.-Gr. R2 LBesO - Richter/-in am Oberlandesgericht -, - Vorsitzende/r Richter/-in am Landgericht -, - Oberstaatsanwalt/-wältin - oder in der Bes.-Gr. R1 LBesO - Richter/-in am Landgericht, - Richter/-in am Amtsgericht - und - Staatsanwalt/-wältin - in Anspruch genommen werden (vgl. 1101 - Planmäßige Beamte/-innen).
- 15) Davon kann eine Leerstelle auch für eine/n Vorsitzende/n Richter/-in am Landesarbeitsgericht genutzt werden, soweit er/sie im Ministerium (Kapitel 11 01) eine freie Planstellen der Bes.-Grn. A14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16/B 2 (Ministerialrat/-rätin) LBesO verwaltet und Bezüge aus der Leerstelle nicht gezahlt werden. Sie kann auch in der Bes.-Gr. R1 LBesO (Richter/-in am Arbeitsgericht) in Anspruch genommen werden (vgl. 1101 - Planmäßige Beamte/-innen).
- 16) Davon kann eine Leerstelle auch für eine/n Richter/-in am Finanzgericht genutzt werden, soweit er/sie im Ministerium (Kapitel 11 01) eine freie Planstelle der Bes.-Grn. A 14 (Oberregierungsrat), A 15 (Regierungsdirektor) oder A 16/B 2 (Ministerialrat) LBesO verwaltet und Bezüge aus dieser Leerstelle nicht gezahlt werden (vgl. 11 01 - Planmäßige Beamte/-innen).
- 17) Davon kann eine Leerstelle auch für eine/n Vorsitzende/n Richter/-in am Oberverwaltungsgericht genutzt werden, soweit er/sie im Ministerium (Kapitel 11 01) eine freie Planstellen der Bes.-Grn. A14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16/B 2 (Ministerialrat/-rätin) LBesO verwaltet und Bezüge aus der Leerstelle nicht gezahlt werden. Sie kann auch in der Bes.-Gr. R 2 LBesO (Richter/-in am Oberverwaltungsgericht, Vorsitzende/r Richter/-in am Verwaltungsgericht) oder Bes.-Gr. R1 LBesO (Richter/-in am Verwaltungsgericht) in Anspruch genommen werden (vgl. 1101 - Planmäßige Beamte/-innen).
- 18) Davon kann eine Leerstelle auch für eine/n Vorsitzende/n Richter/-in am Landessozialgericht genutzt werden, soweit er/sie im Ministerium (Kapitel 11 01) eine freie Planstellen der Bes.-Grn. A14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16/B 2 (Ministerialrat/-rätin) LBesO verwaltet und Bezüge aus der Leerstelle nicht gezahlt werden. Sie kann auch in der Bes.-Gr. R 2 LBesO (Richter/-in am Landessozialgericht) oder Bes.-Gr. R1 LBesO (Richter/-in am Sozialgericht) in Anspruch genommen werden (vgl. 1101 - Planmäßige Beamte/-innen).
- 20) 10 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 13 LBesO.
- 21) 32 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.

Planstellen künftig wegfallend:

5 Stellen	R1	am 31.12.2027	(Arbeitsgericht) Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)
6 Stellen	R1	am 31.12.2027	(Sozialgericht) Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)
35 Stellen	R1	am 31.12.2027	(Landgericht, Amtsgericht) Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	R1					16							+16	Umwandlung R1H in R1 -StA-
2	A8		5										-5	Anpassung an den Stellenbedarf
3	A6 L.1.1						4						-4	Umwandlung A6Z -EJHW- in E4 -JH-
4	A5											172	+172	Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
5	A5						16						-188	Umwandlung A5Z -EJHW- in E4 -JH-
6												172		Anpassung an das Landesbesoldungsgesetz
Ohne TG 96			5			16	20					172	-9	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
7	R1	5											+5	Umsetzung aus Leerstellen Titel 422 05
8	R1	1											+1	Umsetzung aus Leerstellen Titel 422 05
9	R1	1											+1	Umsetzung aus Leerstellen Titel 422 05
10	R1	1											+1	Umsetzung aus Leerstellen Titel 422 05
Leerstellen		8											+8	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

5 Stellen	R1	am 31.12.2027	(Arbeitsgericht) Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)
6 Stellen	R1	am 31.12.2027	(Sozialgericht) Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)
35 Stellen	R1	am 31.12.2027	(Landgericht, Amtsgericht) Anpassung an den Stellenbedarf	(aus HH 2025/2026)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91	(91)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 15 Ü	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 15	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 14	Techn.-/Verwaltungsdienst	2	2	2
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	3	3	3
E 12	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	3	3	3
E 11	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 11	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	39	68	68
E 10	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	29	0	0
E 9b	Verwaltungsdienst	13	13	13
E 9b	Verwaltungsdienst, Bibliotheksdienst	3	3	3
E 9a	Verwaltungsdienst	685 3) 4)	649 1) 3) 4)	649 1) 3) 4)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	9	21	21
E 8	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	6	0	0
E 8	Verwaltungsdienst	0 4)	0 4)	0 4)
E 8	Verwaltungsdienst, Bibliotheksdienst	1	1	1
E 6	Technischer Dienst	3	0	0
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	0	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	0 1) 3)	0 1) 3)	0 1) 3)
E 6	Verwaltungsdienst, Bibliotheksdienst	5	5	5
E 5	Hausmeister/-in	5	6	6
E 5	Schreib- und Fernschreibdienst	4 2)	4 2)	4 2)
E 4	Justizhelfer/-in	43	62	62
E 4	Kraftfahrdienst	1	1	1
Summe :		861	851	851

- 1) Bis zu 15 % der Stellen können vorübergehend dem Schreib- und Fernschreibdienst zugeordnet werden.
- 2) Bis zu 15 % der Stellen können vorübergehend dem Verwaltungsdienst zugeordnet werden.
- 3) Den Vorzimmerkräften
 - der Präsidenten/-innen der Amtsgerichte,
 - der Präsidenten/-innen der Landgerichte,
 - der Präsidenten/-innen der Verwaltungsgerichte und
 - der Präsidenten/-innen der Sozialgerichte
 sowie
 der Vorzimmerkraft
 - des/der Generalstaatsanwalts/-wältin,
 - des/der Präsidenten/-in des Landesarbeitsgerichts,
 - des/der Präsidenten/-in des Finanzgerichts,
 - des/der Präsidenten/-in des Oberverwaltungsgerichts und
 - des/der Präsidenten/-in des Landessozialgerichts
 kann für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmerdienst eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013, Az.: 1412-3076/S8 gewährt werden.
- 4) Der Vorzimmerkraft des/der Präsidenten/-in des Oberlandesgerichts kann für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmerdienst eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013, Az.: 1412-3076/S8 gewährt werden.

Stellen künftig wegfallend:

12 Stellen	E 9a	Anpassung an den Stellenbedarf gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 10.01.2025	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 6	Anpassung an den Stellenbedarf gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 10.01.2025	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	E 5	Anpassung an den Stellenbedarf gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 10.01.2025	(aus HH 2025/2026)

Stellen künftig umzuwandeln:

20 Stellen	E 10	in A10	Stellen der Entgeltgruppe E 10 - Verwaltungsdienst/ Technischer Dienst - im Bedarfsfall künftig umzuwandeln in Planstellen der Bes.Gruppe A 10 - Justizoberinspektor/-in - im Falle der Verbeamtung des jeweiligen Stelleninhabers/der jeweiligen Stelleninhaberin.	(aus HH 2022)
649 Stellen	E 9a	in A7	Stellen der Entgeltgruppe E 9a - Verwaltungsdienst - künftig umzuwandeln in Planstellen der Bes.Gruppe A 7 - Justizobersekretär/-in - wenn die Besetzung mit einem/r Beamten/-in erfolgen soll.	(aus HH 2024)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

62 Stellen E 4 in A5

Stellen der Entgeltgruppe E 4 - Justizhelfer - künftig (aus HH 2025/2026)
 umzuwandeln in Planstellen der Bes.Gruppe A 5 -
 Justizhauptwachmeister/in - mit Amtszulage gemäß Fußnote
 1 zur Bes.Gruppe A 5 LBesO wenn die Besetzung mit einem/r
 Beamten/in erfolgen soll.

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Um- setzungen		Umwand- lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe- nen- nun- gen	Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11							29					+29	Hebung E10 -VD/TD- nach E11 -VD/TD-
2	E 10								29				-29	Hebung E10 -VD/TD- nach E11 -VD/TD-
3	E 9a		30										-36	Anpassung an den Stellenbedarf
4												6		Umbenennung von E9a -VD- in E9a -VD/ TD-
5	E 9a							6					+12	Hebung E8 -VD/TD- nach E9a -VD/TD-
6												6		Umbenennung von E9a -VD- in E9a -VD/ TD-
7	E 8								6				-6	Hebung E8 -VD/TD- nach E9a -VD/TD-
8	E 6											3	-3	Umbenennung von E6 -TD- in E6 -VD/ TD-
9	E 6											3	+3	Umbenennung von E6 -TD- in E6 -VD/ TD-
10	E 5							1					+1	Hebung/Umbenennung von E4 -JH- nach/in E5 -HM-
11	E 4					4							+19	Umwandlung A6Z -EJHW- in E4 -JH-
12						16								Umwandlung A5Z -EJHW- in E4 -JH-
13									1					Hebung/Umbenennung von E4 -JH- nach/in E5 -HM-
Ohne TG 96			30			20		36	36			9	-10	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

12 Stellen E 9a	Anpassung an den Stellenbedarf gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 10.01.2025	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen E 6	Anpassung an den Stellenbedarf gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 10.01.2025	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen E 5	Anpassung an den Stellenbedarf gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 10.01.2025	(aus HH 2025/2026)

Stellen künftig umzuwandeln:

62 Stellen E 4 in A5	Stellen der Entgeltgruppe E 4 - Justizhelfer - künftig umzuwandeln in Planstellen der Bes.Gruppe A 5 - Justizhauptwachmeister/in - mit Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.Gruppe A 5 LBesO wenn die Besetzung mit einem/r Beamten/in erfolgen soll.	(aus HH 2025/2026)

veränderte Vermerke

Stellen künftig umzuwandeln:

11 20

Budgetierte Einrichtungen - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

649 Stellen E 9a in A7

Stellen der Entgeltgruppe E 9a - Verwaltungsdienst - künftig
umzuwandeln in Planstellen der Bes.Gruppe A 7 -
Justizobersekretär/-in - wenn die Besetzung mit einem/r
Beamten/-in erfolgen soll.

(aus HH 2024)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 41				
	<i>Bes. Gruppe</i>			
A9 L2.1	Inspektoranwärter/-in im Justizvollzugsdienst	20	20	20
A7	Obersekretäranwärter/-in im Justizvollzugsdienst	135	135	135
Summe :		155	155	155

LEERSTELLEN*Bes. Gruppe*

A9 L2.1	Inspektoranwärter/-in im Justizvollzugsdienst	3 ¹⁾	3 ¹⁾	3 ¹⁾
A7	Obersekretäranwärter/-in im Justizvollzugsdienst	5 ¹⁾	5 ¹⁾	5 ¹⁾
Summe [Leerstellen]:		8	8	8

1) Nicht personengebunden.

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 89	(89)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	<i>Bes. Gruppe</i>			
A15	Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst	8	8	8
A12	Amtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	1	1	1
A11	Amtmann/-frau im Justizvollzugsdienst	2	2	2
A10	Oberinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	1	1	1
A9 L1.2	Betriebsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	9 ¹⁾	9 ¹⁾	9 ¹⁾
A9 L1.2	Amtsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	21 ¹⁾	18 ¹⁾	18 ¹⁾
A8	Verwaltungshauptsekretär/-in	6	6	6
A8	Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst	28	31	31
A8	Hauptwerkmeister/-in im Justizvollzugsdienst	23	22	22
A7	Verwaltungsobersekretär/-in	1	1	1
Summe :		102	101	101

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes. Gruppe*

A15	Regierungsdirektor/-in	1 ³⁾	1 ³⁾	1 ³⁾

11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A13 L2.1	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst	1 3)	1 3)	1 3)
A10	Oberinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	1 3)	1 3)	1 3)
A9 L1.2	Betriebsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	1 2) 3)	1 2) 3)	1 2) 3)
A9 L1.2	Amtsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	1 3)	1 3)	1 3)
A8	Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst	1 3)	1 3)	1 3)
Summe [Leerstellen]:		6	6	6

- 1) 3 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
2) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
3) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

Planstellen künftig umzuwandeln:

7 Stellen A9 L1.2 in A8

Planstellen künftig umzuwandeln in Planstellen der
Bes.Gruppe A8 - Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst -
mit Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers/der jeweiligen
Stelleninhaberin.

(aus HH 2022)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Um- set- zungen		Umwand- lun- gen		Hebungen		Senkungen		Umben- nun- gen	Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A9 L1.2										3		-3	Senkung A9 L1.2 -AI i. JVD- nach A8 - HS i. JVD- (3xVollzug ku-Vermerk)
2	A8									3			+3	Senkung A9 L1.2 -AI i. JVD- nach A8 - HS i. JVD- (3xVollzug ku-Vermerk)
3	A8						1						-1	Umwandlung A8 -HWM i. JVD- in E8 - VD-
Ohne TG 96							1			3	3		-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 89	(89)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 10	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	1	3	3
E 9a	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 8	Verwaltungsdienst	4	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		13	14	14

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 10	Verwaltungsdienst	1 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾
Summe [Leerstellen]:		1	1	1

1) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9b							2					+2	Hebung E9a -VD- nach E9b -VD-
2	E 9a							1					0	Hebung E8 -VD- nach E9a -VD-
3								1						Hebung E8 -VD- nach E9a -VD-
4									2					Hebung E9a -VD- nach E9b -VD-
5	E 8					1							-1	Umwandlung A8 -HWM i. JVD- in E8 -VD-
6									1					Hebung E8 -VD- nach E9a -VD-
7									1					Hebung E8 -VD- nach E9a -VD-
Ohne TG 96						1		4	4				+1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenanzahl

2024 **2025** **2026**

422 91 (91)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A16	Leitende(r) Psychologiedirektor/-in	2	2	2
A16	Leitende(r) Medizinaldirektor/-in	3	3	3
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	4 ¹⁾	3 ¹⁾	3 ¹⁾
A15	Psychologiedirektor/-in	7	7	7
A15	Regierungsdirektor/-in	8	8	8
A15	Medizinaldirektor/-in	4	1	1
A14	Psychologieoberrat/-rätin	9	9	9
A14	Oberregierungsrat/-rätin	6	6	6
A13 L2.2	Psychologierat/-rätin	13	13	13
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	4	4	4
A13 L2.1	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst	1	1	1
A13 L2.1	Oberamtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	12	12	12
A13 L2.1	Sozialoberamtsrat/-rätin	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A12	Amtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	13	13	13
A12	Sozialamtsrat/-rätin	5	5	5
A11	Amtmann/-frau im Justizvollzugsdienst	16	21	21
A11	Sozialamtman/-frau	13	13	13
A10	Sozialoberinspektor/-in	3	3	3
A10	Oberinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	29	24	24
A9 L2.1	Sozialinspektor/-in	1	0	0
A9 L2.1	Inspektor/-in im Justizvollzugsdienst	0	0	0
A9 L1.2	Amtsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	341 ³⁾	336 ³⁾	336 ³⁾
A9 L1.2	Verwaltungsamtsinspektor/-in	14 ⁴⁾	14 ⁶⁾	14 ⁶⁾
A8	Verwaltungshauptsekretär/-in	13	13	13
A8	Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst	393	348	348
A8	Abteilungsschwester/-pfleger	5	5	5
A7	Verwaltungsoberssekretär/-in	0	0	0
A7	Oberssekretär/-in im Justizvollzugsdienst	0	0	0
Summe :		920	865	865

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
A15	Regierungsdirektor/-in	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
A14	Psychologieoberrat/-rätin	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
A13 L2.1	Oberamtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
A13 L2.1	Sozialoberamtsrat/-rätin	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
A12	Amtsrat/-rätin im Justizvollzugsdienst	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾
A9 L1.2	Amtsinspektor/-in im Justizvollzugsdienst	3 ^{4) 5)}	3 ^{4) 5)}	3 ^{4) 5)}
A8	Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst	3 ⁵⁾	3 ⁵⁾	3 ⁵⁾
Summe [Leerstellen]:		13	13	13

- 1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 16 LBesO.
- 3) 75 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
- 4) 2 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
- 5) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.
- 6) 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.

Planstellen künftig umzuwandeln:

85 Stellen A9 L1.2 in A8

Planstellen künftig umzuwandeln in Planstellen der Bes.Gruppe A8 - Hauptsekretär/-in im Justizvollzugsdienst- mit Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers/der jeweiligen Stelleninhaberin.

(aus HH 2022)

11 30 Budgetierte Einrichtungen - Justizvollzug

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16						1						-1	Umwandlung A16Z -Ltd. RD- in Ä2 - Facharzt-
2	A15						3						-3	Umwandlung A15 -MedDir- in Ä2 - Facharzt-
3	A11							5					+5	Hebung von A10 -OI i. JVD- nach A11 - AM i. JVD-
4	A10								5				-5	Hebung von A10 -OI i. JVD- nach A11 - AM i. JVD-
5	A9 L2.1						1						-1	Umwandlung A9 L2.1 -SI i. JVD- in S12 - Soz.Erz.D-
6	A9 L1.2											5	-5	Senkung von A9 L1.2 -AI i. JVD- nach A8 -HS i. JVD- (5xVollzug ku-Vermerk)
7	A8		48										-45	Anpassung an den Stellenbedarf
8							2							Umwandlung A8 -HS i. JVD- in E8 -TD-
9										5				Senkung von A9 L1.2 -AI i. JVD- nach A8 -HS i. JVD- (5xVollzug ku-Vermerk)
Ohne TG 96			48				7	5	5	5	5		-55	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91	(91)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
Ä 2	Facharzt/Fachärztin	0	4	4
E 11	Technischer Dienst	3	5	5
E 10	Technischer Dienst	1	1	1
E 10	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 9a	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 8	Betriebstechniker/-in	1	1	1
E 8	Technischer Dienst	0	0	0
E 8	Verwaltungsdienst	14	14	14
E 6	Verwaltungsdienst	10	9	9
E 5	Technischer Dienst	4	2	2
E 5	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 5	Schreibdienst	6	5	5
E 4	Kraftfahrdienst	2	1	1
KR 7	Pflegedienst	12	12	12
S 15	Sozial- und Erziehungsdienst	2	2	2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

S 12 Sozial- und Erziehungsdienst 6 7 7

Summe : 66 68 68

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 10 Verwaltungsdienst 1 1) 1 1) 1 1)

E 5 Schreibdienst 2 1) 2 1) 2 1)

Summe [Leerstellen]: 3 3 3

1) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	Ä 2					3							+4	Umwandlung A15 -MedDir- in Ä2 - Facharzt-
2						1								Umwandlung A16Z -Ltd. RD- in Ä2 - Facharzt-
3	E 11							2					+2	Hebung E8 -TD- nach E11 -TD-
4	E 8					2							0	Umwandlung A8 -HS i. JVD- in E8 -TD-
5									2					Hebung E8 -TD- nach E11 -TD-
6	E 6		1										-1	Anpassung an den Stellenbedarf
7	E 5		2										-2	Anpassung an den Stellenbedarf
8	E 5		1										-1	Anpassung an den Stellenbedarf
9	E 4		1										-1	Anpassung an den Stellenbedarf
10	S 12					1							+1	Umwandlung A9 L2.1 -SI i. JVD- in S12 - Soz.Erz.D-
Ohne TG 96			5			7		2	2				+2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 91	(91)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A13 L2.1	Sozialrat/-rätin	6	6	6
A12	Sozialamtsrat/-rätin	14	14	14
A11	Sozialamtmann/-frau	28	28	28
A10	Sozialoberinspektor/-in	23	23	23
A9 L2.1	Sozialinspektor/-in	0	0	0
Summe :		71	71	71

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A11	Sozialamtmann/-frau	2 1)	2 1)	2 1)
Summe [Leerstellen]:		2	2	2

1) Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht personengebunden.

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 91	(91)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 5	Schreibdienst	23	18	18
S 18	Sozial- und Erziehungsdienst	1	1	1
S 17	Sozial- und Erziehungsdienst	0	1	1
S 15	Sozial- und Erziehungsdienst	60	59	59
Summe :		84	79	79

Stellen künftig wegfallend:

11 Stellen E 5

Anpassung an den Stellenbedarf

(aus HH 2025/2026)

Stellen künftig umzuwandeln:

59 Stellen S 15 in A10

Stellen im Bedarfsfall künftig umzuwandeln in Planstellen der Bes.Gruppe A10 - Sozialoberinspektor/-in - im Falle der Verbeamtung des jeweiligen Stelleninhabers/der jeweiligen Stelleninhaberin.

(aus HH 2022)

11 40

Budgetierte Einrichtungen - Sozialer Dienst der Justiz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 5		5					1					-5	Anpassung an den Stellenbedarf
2	S 17												+1	Hebung S15 -Soz.Erz.D- nach S17 - Soz.Erz.D-
3	S 15								1				-1	Hebung S15 -Soz.Erz.D- nach S17 - Soz.Erz.D-
Ohne TG 96			5					1	1				-5	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

11 Stellen E 5

Anpassung an den Stellenbedarf

(aus HH 2025/2026)

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	1101	1102	1111	1120	1130						Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	1										1
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	3										3
B3 L2.2	1										1
B2 L2.2	22										22
Summe	28										28
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	8										8
A15 L2.2	20										20
A14 L2.2	17										17
A13 L2.2	2										2
A13 L2.1	40		1								41
A12 L2.1	20										20
A11 L2.1	11										11
A9 L1.2	12		1								13
A8 L1.2	4										4
A7 L1.2	0										0
A6 L1.1	1										1
A5 L1.1	1										1
Summe	136		2								138
Summe 2025	164		2								166
Summe 2024	161		2								163
2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte											
Besoldungsordnung R											
R1 L2.2				0							0
Summe				0							0
Summe 2025				0							0
Summe 2024				80							80
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2		300									300
A9 L2.1				110	20						130
A8 L1.2				10							10
A7 L1.2				170	135						305
A6 L1.2				0							0
A5 L1.1				40							40

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	1101	1102	1111	1120	1130						Summe
2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte											
Besoldungsordnung R R1 L2.2				0							0
Summe				0							0
Summe 2025				0							0
Summe 2024				8							8
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A9 L2.1				5	3						8
A7 L1.2				5	5						10
A6 L1.2				0							0
Summe				10	8						18
Summe 2025				10	8						18
Summe 2024				10	8						18
Leerstellen 2025	6			10	8						24
Leerstellen 2024	6			18	8						32

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	1101	1102	1111	1120	1130						Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	1										1
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	3										3
B3 L2.2	1										1
B2 L2.2	22										22
Summe	28										28
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	8										8
A15 L2.2	20										20
A14 L2.2	17										17
A13 L2.2	2										2
A13 L2.1	40		1								41
A12 L2.1	20										20
A11 L2.1	11										11
A9 L1.2	12		1								13
A8 L1.2	4										4
A7 L1.2	0										0
A6 L1.1	1										1
A5 L1.1	1										1
Summe	136		2								138
Summe 2026	164		2								166
Summe 2025	164		2								166
2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte											
Besoldungsordnung R											
R1 L2.2				0							0
Summe				0							0
Summe 2026				0							0
Summe 2025				0							0
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2		300									300
A9 L2.1				110	20						130
A8 L1.2				10							10
A7 L1.2				170	135						305
A6 L1.2				0							0
A5 L1.1				40							40

[illegible]

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	1101	1102	1111	1120	1130						Summe
2. Beamtete und richterliche Hilfskräfte											
Besoldungsordnung R R1 L2.2				0							0
Summe				0							0
Summe 2026				0							0
Summe 2025				0							0
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A9 L2.1				5	3						8
A7 L1.2				5	5						10
A6 L1.2				0							0
Summe				10	8						18
Summe 2026				10	8						18
Summe 2025				10	8						18
Leerstellen 2026	6			10	8						24
Leerstellen 2025	6			10	8						24

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

	Einzelpläne										
	1120	1130	1140								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung R											
R8 L2.2	1										1
R6 L2.2	4										4
R5 L2.2	4										4
R4 L2.2	5										5
R3 L2.2	45										45
R2 L2.2	249										249
R1 L2.2	566										566
Summe	874										874
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2		8									8
A15 L2.2	5	16									21
A14 L2.2	9	15									24
A13 L2.2		17									17
A13 L2.1	81	14	6								101
A12 L2.1	146	18	14								178
A11 L2.1	190	34	28								252
A10 L2.1	159	27	23								209
A9 L2.1	0	0	0								0
A9 L1.2	239	350									589
A8 L1.2	516	366									882
A7 L1.2	45	0									45
A6 L1.1	43										43
A5 L1.1	172										172
Summe	1.605	865	71								2.541
Summe 2025	2.479	865	71								3.415
Summe 2024	2.488	920	71								3.479
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
Ä 2		4									4
E 15 Ü	2										2
E 15	3										3
E 14	2										2
E 13	3										3
E 12	3										3
E 11	70	5									75
E 10	0	3									3
E 9b	16										16
E 9a	670	2									672
E 8	1	15									16
E 6	8	9									17
E 5	10	8	18								36

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

	Einzelpläne										
	1120	1130	1140							Summe	
E 4	63	1								64	
KR 7		12								12	
S 18			1							1	
S 17			1							1	
S 15		2	59							61	
S 12		7								7	
Summe 2025	851	68	79							998	
Summe 2024	861	66	84							1.011	
Stellen 2025	3.330	933	150							4.413	
Stellen 2024	3.349	986	155							4.490	
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung R											
R3 L2.2	10									10	
R2 L2.2	14									14	
R1 L2.2	40									40	
Summe	64									64	
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2		1								1	
A15 L2.2		1								1	
A14 L2.2		2								2	
A13 L2.1		2								2	
A12 L2.1		1								1	
A11 L2.1	3		2							5	
A10 L2.1	14									14	
A9 L1.2		3								3	
A8 L1.2	8	3								11	
A7 L1.2	36									36	
A6 L1.1	4									4	
Summe	65	13	2							80	
Summe 2025	129	13	2							144	
Summe 2024	121	13	2							136	
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 10		1								1	
E 5		2								2	
Summe 2025		3								3	
Summe 2024		3								3	
Leerstellen 2025	129	16	2							147	
Leerstellen 2024	121	16	2							139	

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

	Einzelpläne									
	1120	1130	1140							Summe
1. Planmäßige Beamte										
Besoldungsordnung R										
R8 L2.2	1									1
R6 L2.2	4									4
R5 L2.2	4									4
R4 L2.2	5									5
R3 L2.2	45									45
R2 L2.2	249									249
R1 L2.2	566									566
Summe	874									874
Besoldungsordnung A										
A16 L2.2		8								8
A15 L2.2	5	16								21
A14 L2.2	9	15								24
A13 L2.2		17								17
A13 L2.1	81	14	6							101
A12 L2.1	146	18	14							178
A11 L2.1	190	34	28							252
A10 L2.1	159	27	23							209
A9 L2.1	0	0	0							0
A9 L1.2	239	350								589
A8 L1.2	516	366								882
A7 L1.2	45	0								45
A6 L1.1	43									43
A5 L1.1	172									172
Summe	1.605	865	71							2.541
Summe 2026	2.479	865	71							3.415
Summe 2025	2.479	865	71							3.415
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
Ä 2		4								4
E 15 Ü	2									2
E 15	3									3
E 14	2									2
E 13	3									3
E 12	3									3
E 11	70	5								75
E 10	0	3								3
E 9b	16									16
E 9a	670	2								672
E 8	1	15								16
E 6	8	9								17
E 5	10	8	18							36

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

[illegible]

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 13
Allgemeine Finanzverwaltung

Vorwort Einzelplan 13

A. Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Im Einzelplan 13 sind unter der Bezeichnung „Allgemeine Finanzverwaltung“ im Wesentlichen Einnahmen und Ausgaben vereinigt, die entweder keine oder mehrere der übrigen Einzelpläne berühren oder für deren Nachweis an dieser Stelle ein besonderes finanzwirtschaftliches Interesse besteht. Im inneren Gefüge des Haushalts stellt der Einzelplan 13 mit seinem erheblichen Überschuss den Ausgleich des Gesamthaushalts her. Auch findet sich hier das allgemeine Haushaltsvollzugrisiko der Erwirtschaftung der Globalen Minderausgabe und ähnliches wieder.

B. 1. Zentrale Zielsetzung in den politischen Handlungsbereichen und Aufgabenbereichen des Ressorts

Im Einzelplan 13 sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Aufgabenbereiche veranschlagt:

Kap. 13 01	Steuern
Kap. 13 02	Allgemeine Bewilligungen
Kap. 13 05	Hochwasserhilfen 2002
Kap. 13 06	Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 – 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord
Kap. 13 07	Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE IV) 2007 – 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd
Kap. 13 08	Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 – 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord
Kap. 13 09	Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF IV) 2007 – 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd
Kap. 13 10	Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern
Kap. 13 12	Finanzzuweisungen an die Gemeinden
Kap. 13 15	Zuschüsse an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften
Kap. 13 16	Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 – 2020
Kap. 13 17	Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF V) 2014 – 2020
Kap. 13 18	Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des EFRE V 2014 - 2020
Kap. 13 19	Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des ESF V 2014 - 2020
Kap. 13 20	Vermögensverwaltung
Kap. 13 21	Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE VI) 2021 - 2027
Kap. 13 22	Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF VI) 2021 - 2027
Kap. 13 25	Schuldenverwaltung
Kap. 13 31	Hochwasserhilfen 2013
Kap. 13 32	Strukturstärkung Kohleregionen
Kap. 13 50	Versorgung
Kap. 13 90	Zuweisungen der EU – 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)
Kap. 13 91	Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)
Kap. 13 96	Zentrale Veranschlagung der Stellen und Mittel für Bedienstete in der Freistellungsphase der Altersteilzeit

Kapitel 1301 – Steuern und Kapitel 1310 – Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern

Die Ansätze der Steuern und steuerinduzierten Einnahmen basieren auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Steuerschätzung" Mai 2024.

Kapitel 1302 – Allgemeine Bewilligungen

Veranschlagt sind hier die Verstärkungsmittel zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalausgaben und für Beihilfen sowie für Zuführungen an den Pensionsfonds für Neueinstellungen.

Kapitel 1312 – Finanzzuweisungen an die Gemeinden

Hier erfolgt die Veranschlagung der Zuweisungen an die Kommunen auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) für 2025 in Höhe von 2.135.290.900 EUR und 2026 in Höhe von 2.136.086.700 EUR sowie weiterer Zuweisungen an die Kommunen außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes.

Veranschlagt sind weiterhin die Erstattungen von Zinsen und Kosten an die Investitionsbank für das kommunale Teilentschuldungsprogramm STARK II. Mit diesem Programm unterstützte das Land die Kommunen bei ihren Konsolidierungsbemühungen. Ziel des Programms war es, mit der Ablösung von bestehenden Darlehen und der folgenden Anschlussfinanzierung nebst Tilgungszuschuss einen effektiven Beitrag zum Schuldenabbau zu leisten. Der Bewilligungszeitraum für das Programm STARK II endete am 31.12.2018. Für die Jahre 2025 und 2026 entstehen noch Kosten für die Abwicklung der bis zum 31.12.2018 erfolgten Umschuldungen.

Des Weiteren sind hier die Erstattungen von Zinsen und Kosten an die Investitionsbank für die Programme zur Förderung von Investitionen zur Sanierung und Modernisierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen im ländlichen Raum (STARK III ELER) sowie zur Förderung von Investitionen zur energetischen Sanierung und Modernisierung von öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen (STARK III plus EFRE) veranschlagt.

Letztlich erfolgt eine Veranschlagung der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen auf der Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft (STARK V-Richtlinie) sowie der Kostenerstattung an die Investitionsbank für die Umsetzung der Förderrichtlinie. Auf der Grundlage des 1. Kapitels des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes fördert der Bund 90 v. H. der förderfähigen Investitionskosten finanzschwacher Kommunen. Den Eigenanteil der Kommunen in Höhe von 10 v. H. übernimmt das Land und reicht diesen zusammen mit den Fördermitteln des Bundes aus. In diesem Zusammenhang erfolgte aufgrund der wiederholten Verlängerung des Förderzeitraums die Überprüfung der Zweckbindungsfristen durch die IB (bis längstens 2038).

Kapitel 1315 – Zuschüsse an Religionsgemeinschaften

Hier erfolgt die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben an die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf der Grundlage der geschlossenen Staatsverträge.

Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

In Kapitel 1320 finden sich alle Veranschlagungen in Verbindung mit der Verwaltung von Landesbeteiligungen sowie anderen Zahlungsflüssen aus Vermögen des Landes (wie z.B. Darlehnsrückflüsse). Insbesondere sind im Kapitel 1320 Kapitalzuführungen (z.B. an die IPS und an die HTP-GmbH) veranschlagt, die den Saldo der finanziellen Transaktionen dominieren.

Kapitel 1325 – Schuldenverwaltung

In Kapitel 1325 erfolgt die Veranschlagung des Schuldendienstes und der Zahlungen aus der Vergabe von Bürgschaften und Garantien. Insbesondere finden sich hier auch die Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt sowie die Tilgungen von Darlehen, wobei der Saldo aus Schuldenaufnahmen und Tilgungen die Nettokreditaufnahme bzw. die Nettotilgung für ein Jahr ausweist.

	2025	2026
Schuldenaufnahmen	4.471.518.200 EUR	4.420.870.700 EUR
Tilgungen	-3.342.000.000 EUR	-3.392.000.000 EUR
Nettokreditaufnahme (+) Nettotilgung (-)	1.129.518.200 EUR	1.028.870.700 EUR

darunter

Nettokreditaufnahmen	Gesetzliche Grundlage	2025	2026
Finanzierung Nettosaldo aus finanziellen Transaktionen	§ 18 Abs. 2 LHO	402.929.900 EUR	426.483.500 EUR
Konjunkturbedingte Kreditaufnahmen	§ 18 Abs. 4 und 7 LHO	174.542.700 EUR	112.284.700 EUR
Notlagenbedingte Kreditaufnahmen*	§ 18 Abs. 5 LHO	552.045.600 EUR	490.102.500 EUR
Gesamt		1.129.518.200 EUR	1.028.870.700 EUR

* Gemäß § 3 Absatz 1 Satz 4 HG 2025/2026 ist eine zusätzliche Kreditaufnahme i. H. v. bis zu 300.000.000 EUR jährlich möglich.

und

Nettokreditilgungen für	Gesetzliche Grundlage	2025	2026
Finanzierung Nettosaldo aus finanziellen Transaktionen	§ 18 Abs. 2 LHO	-,-- EUR	-,-- EUR
Konjunkturbedingte Kreditaufnahmen	§ 18 Abs. 4 und 7 LHO	-,-- EUR	-,-- EUR
Notlagenbedingte Kreditaufnahmen	§ 18 Abs. 5 LHO	-,-- EUR	-,-- EUR
Gesamt		-,-- EUR	-,-- EUR

Eine Nettokreditaufnahme ist nur unter Beachtung der Schuldenbremse (nach Grundgesetz und nach Landesverfassung) zulässig. Die genaue Ausgestaltung der Schuldenbremse ist für das Land in § 18 LHO geregelt. Während für Kreditaufnahmen nach § 18 Abs. 5 LHO Tilgungen entsprechend Landtagsbeschluss zu leisten sind, ergeben sich obligatorische Tilgungen nach § 18 Abs. 2 LHO im Rahmen des Haushaltsvollzuges. Tilgungen nach § 18 Abs. 4 und 7 LHO werden mit der Haushaltsaufstellung sowie unter Berücksichtigung der Konjunkturkomponente als Ergebnis der Steuerschätzung berechnet.

Die ex ante-Konjunkturkomponente gemäß Steuerschätzung Mai 2024 errechnet sich für das Jahr **2025** folgt:

		Ländergesamtheit	Sachsen-Anhalt
1	absolute nominale Produktionslücke (gerundet auf Mio. EUR)	-48.289,98	
2	Budgetsemielastizität der Ländergesamtheit	0,1341	
3	ex ante-Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit (Zeile 1 x Zeile 2; gerundet auf Mio. EUR)	-6.475,69	
4	Anteil der Steuereinnahmen Sachsen-Anhalt an den Steuereinnahmen der Ländergesamtheit im Jahr 2023 (gerundet in %)		2,6954
5	Ex ante-Konjunkturkomponente Sachsen-Anhalt (Zeile 3 x Zeile 4; gerundet auf Mio. EUR)		-174,54

genaue Berechnung erfolgt mit ungerundeten Beträgen

Die ex ante-Konjunkturkomponente gemäß Steuerschätzung Mai 2024 errechnet sich für das Jahr **2026** wie folgt:

		Ländergesamtheit	Sachsen-Anhalt
1	absolute nominale Produktionslücke (gerundet auf Mio. EUR)	-31.065,33	
2	Budgetsemielastizität der Ländergesamtheit	0,1341	
3	ex ante-Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit (Zeile 1 x Zeile 2; gerundet auf Mio. EUR)	-4.165,86	
4	Anteil der Steuereinnahmen Sachsen-Anhalt an den Steuereinnahmen der Ländergesamtheit im Jahr 2023 (gerundet in %)		2,6954
5	Ex ante-Konjunkturkomponente Sachsen-Anhalt (Zeile 3 x Zeile 4; gerundet auf Mio. EUR)		-112,28

genaue Berechnung erfolgt mit ungerundeten Beträgen

B.2 Der Gender Marker macht in der nachfolgend dargestellten Tabelle die geplante Inanspruchnahme des finanziellen Ermächtigungsrahmens bezogen auf das Querschnittsziel der „Herstellung der Chancengleichheit von Männern und Frauen“ sichtbar. Aus der Markierung lassen sich keine Rückschlüsse über Ergebnisse oder Wirkungen ableiten. Hierfür muss der Gender-Marker um geeignete Instrumente des Monitorings und der Evaluierung ergänzt werden. Mit dem Einzelplan 13 als Querschnittseinzelplan werden keine eigenen Genderziele verfolgt. Die Finanzierungsanteile der Zusatz- und Sonderversorgung sowie der Personalausgaben sind in den Nebenzielen enthalten. Hier soll durch einen geschlechter-sensiblen Einsatz der Haushaltsmittel die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert werden.

	GG2= Gender ist Hauptziel	GG1= Gender ist Nebenziel	GG0= Gender ist kein Ziel
Haushaltsansatz 2025	781.700 Euro	666.215.100 Euro	3.861.675.800 Euro
Haushaltsansatz 2026	1.177.500 Euro	740.143.400 Euro	4.028.832.500 Euro

Im Bereich der EU-Förderung werden in den Operationellen Programmen Genderziele abgebildet. Hierzu wird auf die Vorworte der jeweiligen Einzelpläne verwiesen.

C. Organisatorische oder sonstige Veränderungen

D. EU-Förderung

Im Epl. 13 werden die EU-Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF) bzw. Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) sowie des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) einschließlich der Technischen Hilfe veranschlagt.

Zu den geplanten inhaltlichen Schwerpunkten der Förderperiode 2014 – 2020 im EFRE und ESF bzw. 2014 – 2022 im ELER wird auf die Vorbemerkungen zu den Kapiteln 1316, 1317 und 1390 verwiesen. Eine Gesamtübersicht über die einzelnen Maßnahmen ist im Vorbericht dargestellt.

Für die Förderperiode 2021 – 2027 wurde die Programmierungsphase für den EFRE und ESF Plus im Jahr 2022 abgeschlossen, die Programme wurden im dritten Quartal 2022 seitens der EU-Kommission genehmigt. Bezüglich des JTF, der Bestandteil des EFRE-Programms ist, wurde eine entsprechende Änderung des EFRE-Programms von der EU-Kommission am 20.10.2022 genehmigt. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten wird auf die Vorbemerkungen in den Kapiteln 1321 und 1322 bzw. für die TGr. 80 im Kapitel 1321 verwiesen. Eine Gesamtübersicht über die einzelnen Maßnahmen ist im Vorbericht dargestellt.

Die neue Förderperiode im ELER beginnt auf Grund des sog. Übergangszeitraums erst 2023. Der GAP-Strategieplan Deutschland 2023 - 2027 wurde am 21.11.2022 durch die EU-KOM genehmigt. Für die geplanten Interventionskategorien wird auf die Erläuterungen im Kapitel 1391 verwiesen.

Die Veranschlagung der einzelnen Förderperioden erfolgt bei:

- Kapitel 1306, 1307, 1308, 1309 - Förderperioden bis 2013 (EFRE und ESF)
- Kapitel 1316, 1317, 1318 und 1319 - Förderperiode 2014 bis 2020 (EFRE V und ESF V)
- Kapitel 1321 und 1322 - Förderperiode 2021 bis 2027 (EFRE VI und ESF VI)
- Kapitel 1390 - Förderperiode 2014 bis 2022 (ELER)
- Kapitel 1391 Förderperiode 2023 bis 2027 (ELER)

E. Sonstiges

Beilage 1 Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Sachsen-Anhalt an Unternehmen

Beilage 2 Übersicht über die Schuldendiensthilfen

13 Allgemeine Finanzverwaltung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
13 01	Steuern	9.210.589.000				9.210.589.000	
13 02	Allgemeine Bewilligungen	16.710.000	33.692.100	780.000	156.049.800	207.231.900	60.902.900
13 05	Hochwasserhilfen 2002		0			0	
13 06	Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord					0	
13 07	Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE IV) 2007 - 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd					0	
13 08	Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord					0	
13 09	Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF IV) 2007 - 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd					0	
13 10	Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern			1.550.776.100		1.550.776.100	
13 12	Finanzzuweisungen an die Gemeinden				1.395.500	1.395.500	
13 15	Zuschüsse an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften					0	
13 16	Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 - 2020			0	0	0	
13 17	Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF V) 2014 - 2020			0		0	0
13 18	Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des EFRE V 2014 - 2020					0	0
13 19	Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des ESF V 2014 - 2020			0		0	0
13 20	Vermögensverwaltung		12.725.300		3.067.300	15.792.600	

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
	67.200				67.200	+9.210.521.800	0	13 01
2.385.000	576.442.000			-386.700.000	253.029.900	-45.798.000	1.500.000	13 02
	0				0	0	0	13 05
	0				0	0	0	13 06
					0		0	13 07
					0		0	13 08
					0		0	13 09
	500				500	+1.550.775.600	0	13 10
150.000	2.015.669.600		197.775.500		2.213.595.100	-2.212.199.600	100.000	13 12
	46.814.300				46.814.300	-46.814.300	0	13 15
0	0	0	0		0	0	0	13 16
0	0				0	0	0	13 17
0	0				0	0	0	13 18
0	0				0	0	0	13 19
75.000	849.000		410.195.000	3.067.300	414.186.300	-398.393.700	0	13 20

13 Allgemeine Finanzverwaltung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
13 21	Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)		0	119.570.600	177.794.800	297.365.400	1.882.800
13 22	Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"		0	115.382.300	0	115.382.300	820.600
13 25	Schuldenverwaltung		6.550.000		1.129.518.200	1.136.068.200	
13 31	Hochwasserhilfen 2013		15.000	5.967.200	39.815.000	45.797.200	747.200
13 32	Strukturstärkung Kohleregionen		0	1.274.400	109.815.300	111.089.700	
13 50	Versorgung		0	40.694.700		40.694.700	0
13 90	Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)		0	25.767.000	65.672.200	91.439.200	4.206.200
13 91	Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)		0	43.250.100	39.641.100	82.891.200	0
13 96	Zentrale Veranschlagung der Stellen und Mittel für Bedienstete in der Freistellungsphase der Altersteilzeit					0	0
	Summe 2025	9.227.299.000	52.982.400	1.903.462.400	1.722.769.200	12.906.513.000	68.559.700
	Summe 2024	9.101.101.000	54.046.900	3.490.751.600	244.417.700	12.890.317.200	356.358.400
	2025 mehr(+) / weniger(-)	+126.198.000	-1.064.500	-1.587.289.200	+1.478.351.500	+16.195.800	-287.798.700

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
980.800	117.666.900	2.326.100	179.439.400	0	302.296.000	-4.930.600	1.677.000	13 21
1.075.400	113.486.300			0	115.382.300	0	0	13 22
366.141.000	550.000		10.000.000		376.691.000	+759.377.200	0	13 25
220.000	5.015.000	15.000	39.800.000		45.797.200	0	0	13 31
2.785.000	2.259.200		116.206.700		121.250.900	-10.161.200	311.710.100	13 32
0	419.667.800			40.114.700	459.782.500	-419.087.800	0	13 50
1.344.100	47.271.200		38.180.000	1.930.500	92.932.000	-1.492.800	0	13 90
46.900	37.114.800		42.566.100	7.119.600	86.847.400	-3.956.200	2.180.000	13 91
					0	0	0	13 96
375.203.200	3.382.873.800	2.341.100	1.034.162.700	-334.467.900	4.528.672.600	+8.377.840.400	317.167.100	
359.391.700	3.385.702.600	2.375.400	1.229.213.200	-378.128.000	4.954.913.300	+7.935.403.900	829.248.600	
+15.811.500	-2.828.800	-34.300	-195.050.500	+43.660.100	-426.240.700	+442.436.500	-512.081.500	

13 Allgemeine Finanzverwaltung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
13 01	Steuern	9.563.164.000				9.563.164.000	
13 02	Allgemeine Bewilligungen	17.325.000	34.341.300	780.000	107.712.200	160.158.500	100.612.000
13 05	Hochwasserhilfen 2002		0			0	
13 06	Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord					0	
13 07	Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE IV) 2007 - 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd					0	
13 08	Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord					0	
13 09	Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF IV) 2007 - 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd					0	
13 10	Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern			1.585.585.000		1.585.585.000	
13 12	Finanzzuweisungen an die Gemeinden				0	0	
13 15	Zuschüsse an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften					0	
13 16	Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 - 2020			0	25.000.000	25.000.000	
13 17	Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF V) 2014 - 2020			0	5.000.000	5.000.000	0
13 18	Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des EFRE V 2014 - 2020					0	
13 19	Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des ESF V 2014 - 2020			0		0	0
13 20	Vermögensverwaltung		58.879.300		3.067.300	61.946.600	

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
	67.200				67.200	+9.563.096.800	0	13 01
2.435.000	515.204.100			-399.700.000	218.551.100	-58.392.600	0	13 02
	0				0	0	0	13 05
	0				0	0	0	13 06
					0		0	13 07
					0		0	13 08
					0		0	13 09
	500				500	+1.585.584.500	0	13 10
100.000	2.009.225.200		190.600.000		2.199.925.200	-2.199.925.200	634.800	13 12
	48.959.700				48.959.700	-48.959.700	0	13 15
0	25.000.000	0	0		25.000.000	0	0	13 16
	5.000.000				5.000.000	0	0	13 17
0					0	0	0	13 18
0	0				0	0	0	13 19
175.000	853.000		478.486.000	3.067.300	482.581.300	-420.634.700	0	13 20

13 Allgemeine Finanzverwaltung

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
13 21	Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)		0	120.174.800	314.096.600	434.271.400	1.911.600
13 22	Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"		0	120.451.000	0	120.451.000	838.400
13 25	Schuldenverwaltung		22.347.600		1.028.870.700	1.051.218.300	
13 31	Hochwasserhilfen 2013		15.000	5.000.000	25.948.000	30.963.000	0
13 32	Strukturstärkung Kohleregionen		0	1.395.500	141.627.700	143.023.200	
13 50	Versorgung		0	45.987.300		45.987.300	0
13 90	Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)		0	0	0	0	0
13 91	Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)		0	77.793.900	47.909.000	125.702.900	2.690.200
13 96	Zentrale Veranschlagung der Stellen und Mittel für Bedienstete in der Freistellungsphase der Altersteilzeit					0	0
	Summe 2026	9.580.489.000	115.583.200	1.957.167.500	1.699.231.500	13.352.471.200	106.052.200
	Summe 2025	9.227.299.000	52.982.400	1.903.462.400	1.722.769.200	12.906.513.000	68.559.700
	2026 mehr(+) / weniger(-)	+353.190.000	+62.600.800	+53.705.100	-23.537.700	+445.958.200	+37.492.500

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
1.028.800	120.133.000	5.997.700	312.291.500	0	441.362.600	-7.091.200	3.689.400	13 21
1.511.200	118.101.400			0	120.451.000	0	0	13 22
421.756.000	530.000		10.000.000		432.286.000	+618.932.300	0	13 25
0	5.015.000	0	25.948.000		30.963.000	0	0	13 31
2.919.000	2.249.500		149.788.400		154.956.900	-11.933.700	468.324.900	13 32
0	433.513.600			45.407.300	478.920.900	-432.933.600	0	13 50
0	0		0	0	0	0	0	13 90
1.789.600	74.539.200		52.109.000	0	131.128.000	-5.425.100	2.500.000	13 91
					0	0	0	13 96
431.714.600	3.358.391.400	5.997.700	1.219.222.900	-351.225.400	4.770.153.400	+8.582.317.800	475.149.100	
375.203.200	3.382.873.800	2.341.100	1.034.162.700	-334.467.900	4.528.672.600	+8.377.840.400	317.167.100	
+56.511.400	-24.482.400	+3.656.600	+185.060.200	-16.757.500	+241.480.800	+204.477.400	+157.982.000	

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 01 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Rückzahlungen und Erstattungen sind durch Absetzen von den Einnahmen zu verausgaben.

Erläuterungen:

Die Ansätze der Steuern und steuerinduzierten Einnahmen basieren auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Steuerschätzung" Mai 2024.

Einnahmen

011 01	821	Lohnsteuer	4.028.235.300 3.686.030.866	4.423.529.400	4.701.176.500

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer werden zu 100 v. H. nachgewiesen und um die gesetzlichen Anteile des Bundes und der Gemeinden gemindert.

011 02	821	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer	-604.235.300 -552.904.630	-663.529.400	-705.176.500

Erläuterungen:

Für die Verteilung des Steueraufkommens auf die Gemeinden gelten die Bestimmungen des Artikels 106 Abs. 5 GG.

011 03	821	Bundesanteil an der Lohnsteuer	-1.712.000.000 -1.566.563.118	-1.880.000.000	-1.998.000.000

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG steht das Aufkommen der Einkommensteuer, soweit es nicht nach Artikel 106 Abs. 5 GG den Gemeinden zugewiesen wird, und das Aufkommen der Körperschaftsteuer dem Bund und den Ländern gemeinsam (Gemeinschaftsteuer) je zur Hälfte (50 v. H.) zu.

011**		Lohnsteuer (Landesanteil)	1.712.000.000 1.566.563.118	1.880.000.000	1.998.000.000

012 01	821	Veranlagte Einkommensteuer	1.054.117.600 998.907.456	1.007.058.800	1.061.176.500

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 011 01.

012 02	821	Gemeindeanteil an der veranlagten Einkommensteuer	-158.117.600 -149.836.118	-151.058.800	-159.176.500

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 011 02.

012 03	821	Bundesanteil an der veranlagten Einkommensteuer	-448.000.000 -424.535.669	-428.000.000	-451.000.000

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 011 03.

012**		Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	448.000.000 424.535.669	428.000.000	451.000.000

013 01	821	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer)	376.000.000 298.617.908	290.000.000	302.000.000

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 011 01.

013 03	821	Bundesanteil an den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer)	-188.000.000 -149.308.954	-145.000.000	-151.000.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 01 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 013 03

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 011 03.

013**		Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungssteuer) (Landesanteil)	188.000.000 149.308.954	145.000.000	151.000.000

014 01	821	Körperschaftsteuer	848.000.000 889.418.177	680.000.000	712.000.000

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 011 01.

014 03	821	Bundesanteil an der Körperschaftsteuer	-424.000.000 -444.709.089	-340.000.000	-356.000.000

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 011 03.

014**		Körperschaftsteuer (Landesanteil)	424.000.000 444.709.089	340.000.000	356.000.000

015 01	821	Umsatzsteuer (Gesamtanteil)	6.047.526.000 5.708.807.607	6.103.519.000	6.277.094.000

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 106 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 5a GG steht das Aufkommen der Umsatzsteuer dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zu. Die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern sowie unter den Ländern erfolgt auf der Grundlage des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern.

Weiterhin wurden hier die zu erwartenden Mehreinnahmen für

- das Startchancenprogramm Säule II und III für 2025 i. H. v. 15.280.000 Euro und 2026 i. H. v. 15.190.000 Euro,
- für das Kita Qualitätsgesetz für 2025 i. H. v. 50.699.000 Euro und für 2026 i. H. v. 50.374.000 Euro,
- für die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes für 2025 i. H. v. 2.540.000 Euro und für 2026 i. H. v. 2.530.000 Euro

veranschlagt.

015 02	821	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-170.000.000 -162.185.323	-169.000.000	-173.000.000

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 015 01.

015**		Umsatzsteuer (Landesanteil)	5.877.526.000 5.546.622.284	5.934.519.000	6.104.094.000

017 01	821	Gewerbsteuerumlage (Landesanteil)	66.000.000 66.598.433	71.000.000	75.000.000

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 106 Abs. 6 GG i. V. m. § 6 des Gemeindefinanzreformgesetzes haben die Gemeinden eine Umlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens abzuführen, die auf den Bund und das Land aufzuteilen ist. Für die Gewerbsteuerumlage ist der Landesanteil veranschlagt.

018 01	821	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	45.454.500 61.064.809	175.000.000	170.454.500

018 02	821	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Gemeindeanteil)	-5.454.500 -7.327.777	-21.000.000	-20.454.500

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 01 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
018 03	821	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Bundesanteil)	-20.000.000 -26.868.516	-77.000.000	-75.000.000
018**		Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungsbeträge (Landesanteil)	20.000.000 26.868.516	77.000.000	75.000.000
019 01	821	Mindeststeuer	0 0	0	12.000.000
		Erläuterungen: Vgl. Erläuterung zu Titel 011 01. Steueraufkommen nach dem Gesetz zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für Unternehmensgruppen (Mindeststeuergesetz - MinStG) vom 21.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 397).			
019 03	821	Bundesanteil an der Mindeststeuer	0 0	0	-6.000.000
		Erläuterungen: Vgl. Erläuterung zu Titel 011 03.			
019**		Sonstige Gemeinschaftsteuern (Landesanteil)	0 0	0	6.000.000
		A Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	8.735.526.000	8.875.519.000	9.216.094.000
052 01	821	Erbschaftsteuer	28.000.000 27.380.835	28.000.000	29.000.000
053 01	821	Grunderwerbsteuer	232.000.000 229.899.543	216.000.000	228.000.000
055 01	821	Totalisatorsteuer	70.000 40.791	70.000	70.000
		** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 1301 Titel 686 11. Erläuterungen: Gemäß § 10 RennwLottG hat der Unternehmer des Totalisators von den am Totalisator gewetteten Beträgen eine Steuer in Höhe von 5,3 v. H. zu entrichten.			
056 01	821	Andere Rennwettsteuern	0 0	0	0
057 01	821	Lotteriesteuer	40.000.000 39.264.830	41.000.000	41.000.000
058 01	821	Sportwettensteuer	10.000.000 10.703.722	10.000.000	10.000.000
058 02	821	Virtuelle Automatensteuer	8.000.000 5.742.592	5.000.000	5.000.000
		Erläuterungen: Nach der Neufassung des Rennwett- und Lotteriegesetzes vom 25.06.2021 BGBl I S. 2065 werden virtuelle Automaten Spiele und Online-Poker besteuert.			
058 03	821	Online-Pokersteuer	1.000.000 835.592	1.000.000	1.000.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 01 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 058 03

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 058 02

059 01	821	Feuerschutzsteuer	18.000.000	19.000.000	19.000.000
			17.429.044		

Erläuterungen:

Gemäß § 23 des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ist das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer anteilig für Zwecke des Brandschutzes zu verwenden. Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0331.

061 01	821	Biersteuer	15.000.000	15.000.000	14.000.000
			14.465.913		

		B Landessteuern	352.070.000	335.070.000	347.070.000

		Summe A und B	9.087.596.000	9.210.589.000	9.563.164.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 01 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

686 11	821	Zuschüsse an Rennvereine	67.200	67.200	67.200
			39.159	0	0

** Ausgaben dürfen geleistet werden bis zu 96 v. H. der
Isteinnahmen bei Kapitel 1301 Titel 055 01.

Erläuterungen:

Gemäß § 10 RennwLottG hat der Unternehmer des Totalisators von den am Totalisator gewetteten Beträgen eine Steuer in Höhe von 5,3 v. H. zu entrichten. Die Rennvereine erhalten gemäß § 7 RennwLottG eine Zuweisung aus der Totalisatorsteuer in Höhe von bis zu 96 v. H. der Ist-Einnahmen.

812 23	821	Annahme von Kunstgegenständen an Zahlungsstatt gem. § 224 a der Abgabenordnung	0	0	0
			0	0	0

*** Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Höhe der an Zahlungsstatt angenommenen Kunstgegenstände. Ausgaben dürfen nur im Wege der Verrechnung mit der zu tilgenden Steuerschuld geleistet werden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 01 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	9.087.596.000	9.210.589.000	9.563.164.000
Gesamteinnahme		9.087.596.000	9.210.589.000	9.563.164.000

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	67.200	67.200	67.200
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		0	0
Gesamtausgabe		67.200	67.200	67.200
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		9.087.528.800	9.210.521.800	9.563.096.800

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

093 01	821	Spielbankabgabe	10.505.000 12.748.924	12.610.000	13.125.000

Erläuterungen:

Gemäß § 12 Spielbankgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpielbG LSA) hat die Spielbank eine am Bruttospielertrag ausgerichtete Spielbankabgabe zu entrichten.

093 05	821	Zusatzabgabe von Spielbanken	3.000.000 4.645.293	4.100.000	4.200.000

Erläuterungen:

Neben der Spielbankabgabe (Titel 093 01) hat die Spielbank eine Zusatzabgabe zu entrichten. Diese beträgt 40 v. H. des nach § 13 Abs. 2 bis 4 Spielbankgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpielbG LSA) ermittelten Gewinns.

122 01	861	Glücksspielabgabe nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GlüG LSA	27.545.300 28.154.493	27.579.100	28.110.300

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Nach dem Glücksspielgesetz des Landes Sachsen-Anhalt - in der Fassung vom 23.04.2021 - haben die Unternehmer gem. § 9 Glücksspielgesetz in der Änderungsfassung vom 23.04.2021 (GlüG LSA) eine Glücksspielabgabe abzuführen. Hier dargestellt/ veranschlagt ist die laut Lotto-Toto GmbH geplante Glücksspielabgabe. Die Ausgaben erfolgen in den Fachressorts und dürfen nur in Höhe der tatsächlichen Ist-Einnahmen des jeweiligen Haushaltsjahres geleistet werden. Gemäß § 9 Abs. 3 des Glücksspielgesetzes sind die geplanten Einnahmen wie folgt zu verwenden:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	24. v. H. für wohlfahrtspflegerische Aufgaben der Verbände, die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (Liga Sachsen-Anhalt) zusammengeschlossen sind, nach Richtlinien der Landesregierung, Kapitel 0509 TGr. 67	6.745.800	6.754.100	6.884.200
2.	4 v. H. für die Förderung wohlfahrtspflegerischer Einzelmaßnahmen durch das für die Wohlfahrtspflege zuständige Ministerium, Kapitel 0509 TGr. 68	1.124.300	1.125.700	1.147.400
3.	34 v. H. für Sportorganisationen und Sportvereine im Land Sachsen-Anhalt, Kapitel 0346 Titel 684 05	8.994.400	9.099.300	9.479.600
	Kapitel 0346 Titel 684 09	168.600	168.900	172.900
	Kapitel 0346 Titel 684 10	112.400	100.000	100.000
	Kapitel 0346 Titel 893 02	281.100	200.000	0
4.	19 v. H. für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports im Lande Sachsen-Anhalt nach Richtlinien der Landesregierung, Kapitel 0517 TGr. 61	3.091.900	3.067.500	3.126.600
	Kapitel 0707 TGr. 66	758.900	788.000	803.100
	Kapitel 0707 TGr. 80	1.489.700	1.491.500	1.520.200
5.	5 v. H. für die Förderung des Schul- und Hochschulsport durch das für Schul- und Hochschulangelegenheiten zuständige Ministerium, Kapitel 0602 TGr. 79	534.000	534.700	545.000
	Kapitel 0707 TGr. 65	871.300	872.400	889.200
6.	12 v. H. für die Förderung kultureller Maßnahmen im Land Sachsen-Anhalt nach Richtlinien der Landesregierung,			

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 122 01

Kapitel 1787 TGr. 86	3.372.900	3.377.000	3.442.100
Summe	27.545.300	27.579.100	28.110.300

Des Weiteren erfolgt eine Abführung nach § 9 Abs. 3 Nr. 7 Glücksspielgesetz durch den Unternehmer direkt an den Destinatär; hier: Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt in Höhe von 2 v. H.

2025 von 562.900 Euro
2026 von 573.700 Euro

122 05	861	Glückspielabgabe nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GlüG LSA	6.000.000 6.452.516	6.113.000	6.231.000

Erläuterungen:

Nach dem Glücksspielgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (GlüG LSA) haben die Unternehmer gem. § 9 Abs. 4 Satz 2 50 v. H. der Glücksspielabgaben an das Land abzuführen.

231 01	841	Rückerstattungen gemäß Betriebsrentenstärkungsgesetz - Förderbetrag zur betrieblichen Altersversorgung (BAV-Förderbetrag) nach § 100 Einkommensteuergesetz (EStG)	370.000 297.570	330.000	330.000

Erläuterungen:

Ab 2018 wurde ein neuer BAV-Förderbetrag zur betrieblichen Altersversorgung eingeführt (§100 EStG). Dieser Förderbetrag ist ein staatlicher Zuschuss, den der Arbeitgeber erhält, wenn er Arbeitnehmern mit einem monatlichen Bruttoarbeitslohn von max. 2.575 Euro eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung zusätzlich zum Arbeitslohn gewährt. Der Arbeitgeber muss für den Beschäftigten jährlich einen zusätzlichen Beitrag von mind. 240 Euro in eine betriebliche Altersversorgung einzahlen. Der Förderbetrag beträgt 30 v. H. des zusätzlichen Arbeitgeberbeitrags, höchstens 288 Euro.

234 01	045	Zuführungen aus dem Sondervermögen Corona	1.491.315.200 0	0	0

Erläuterungen:

2024: vollständige Auflösung der Rücklage im Wirtschaftsplan 53 Sondervermögen "Corona"; Mittel sind zur Tilgung bei Kapitel 1325 Titel 325 02 zu verwenden

281 02	841	Rückerstattung von Rabatten für Arzneimittel	400.000 959.082	450.000	450.000

Erläuterungen:

Am 1. Januar 2011 ist das Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in der gesetzlichen Krankenversicherung (AMNOG) in Kraft getreten. Bestandteil des AMNOG ist das Gesetz über Rabatte für Arzneimittel. Die Einrichtung dieses zentralen Einnahmetitels folgt den Vorgaben der Bund-/Länderumfrage und soll die Vereinnahmung der Rabatte von der zentralen Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten (ZESAR) ermöglichen.

334 01	861	Zuweisungen für Investitionen von der BvS - PMO	0 0	0	0

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR werden hier vereinnahmt.

Entsprechend Art. 2 Abs. 1 der zwischen Bund und Ländern am 11. Februar 1994 abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung (VV) sind die Mittel gemeinnützig für investive und investitionsfördernde Maßnahmen zu verwenden. Die Ausgaben sind in den jeweiligen Facheinzelplänen veranschlagt. Der von der BvS vorgegebenen Verwendungszeitraum beträgt nach Eingang im Kalenderjahr weitere 4 Jahre.

359 01	851	Entnahme Allgemeinen Rücklage - Deckungsmittel für Folgejahre	0 0	141.642.800	132.712.200

*** Weitere Entnahmen - über den Planansatz hinaus - dürfen bei Bedarf geleistet werden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 359 01

Erläuterungen:

Zuführungen erfolgen bei Kapitel 1302 Titel 919 02.

Der Bestand der Allgemeine Rücklage beträgt insgesamt 274.355.062,27 Euro.

359 03	851	Entnahme Rücklage PMO	11.431.500 9.569.683	4.407.000	0

*** Entnahme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Ausgaben in den Facheinzelplänen.

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der Ausgaben erfolgt in den jeweiligen Facheinzelplänen. Zur Deckung der Ausgaben werden die Mittel aus der Rücklage in der jeweils benötigten Höhe entnommen.

PMO 2018

Vollständige Verausgabung der Mittel in 2023. Insgesamt standen PMO-Mittel i. H. v. 37.171.097 Euro zur Verfügung.

PMO 2021

Entsprechend der Vereinbarung zur Abrechnung und Verteilung des PMO -Vermögens zwischen der BvS und den Ländern sind die Mittel bis 31.12.2025 vollständig zu verausgaben und abzurechnen (VV 2018 vom 01.06.2018).

Insgesamt stehen PMO Mittel (2021) i. H. v. 26.822.031,08 Euro zur Verfügung. Bisher verausgabt wurden 10.983.531,08 Euro.

	2025	2026
Entnahme zur Deckung der Ausgaben in den Facheinzelplänen	4.407.000	0
Zusammen	4.407.000	0

PMO 2024

Zuweisungen der BVS in Höhe von 1.225.223,33 Euro.

359 04	881	Entnahme Rücklage - Deckung Ausgabereste	0 0	50.000.000	0

*** Weitere Entnahmen - über den Planansatz hinaus - dürfen bei Bedarf geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuführungen erfolgen bei Kapitel 1302 Titel 919 04.

Der Bestand der Rücklage beträgt 50.000.000 Euro.

359 06	851	Entnahme Konjunkturrücklage gemäß § 18 LHO	44.377.200 347.910.468	0	0

*** Entnahmen - über den Planansatz hinaus - dürfen nach den Vorgaben des § 18 LHO geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuführungen erfolgen bei Kapitel 1302 Titel 919 06.

Vgl. auch Erläuterung bei Kapitel 1325 Titel 325 01.

Die in 2022 in Höhe von 347.910.468 Euro gebildete Konjunkturrücklage ist mit der Entnahme in 2023 vollständig aufgebraucht.

372 02	821	Globale Steuermindereinnahmen aus Steuerrechtsänderungen	0 0	-40.000.000	-25.000.000

13 **Allgemeine Finanzverwaltung**
13 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

382 01	891	Erstattungen von Aufwendungen für Job-Tickets durch die Bediensteten	0	0	0
			0		

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 1302 Titel 982 01.

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

Titelgruppe(n)

61 **Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben im Bereich der Förderpolitik**

119 61	013	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 13 02
Titelgruppe 61.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 02	861	Nachversicherungen für aus dem Landesdienst ausscheidende Bedienstete	5.000.000 7.274.027	7.500.000 0	8.000.000 0
Erläuterungen: Zentral im Epl. 13 veranschlagt. Im Ansatz ist u. a. auch die Nichtübernahme von Beamtenanwärtern und das Ausscheiden von langjährig im Beamtenverhältnis stehenden Personen berücksichtigt.					
441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	10.000.000 0	7.000.000 0	8.000.000 0
Erläuterungen: Verstärkungsmittel für die in den Einzelplänen veranschlagten Ausgaben der Gruppen 441 und 446.					
446 01	048	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und dgl.	23.000.000 0	3.000.000 0	2.000.000 0
Erläuterungen: Vgl. Erläuterung zu Titel 441 02.					
461 01	881	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalausgaben (ohne Versorgung)	275.700.000 0	43.402.900 0	82.612.000 0
Erläuterungen: Verstärkungsmittel für die in den Einzelplänen veranschlagten Ausgaben der Obergruppe 42 und den Personalausgaben der Titel in den Gruppen 682 und 685.					
462 02	881	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	0 0	0 0	0 0
522 01	012	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	50.000 0	50.000 0	50.000 0
Erläuterungen: Wissenschaftliche Begleitung und Unterstützung von Projekten, u. a. Finanzwirtschaftliche Zielsysteme, Controlling sowie für finanz- und haushaltswirtschaftliche Analysen.					
531 01	012	Veröffentlichungen	35.000 11.976	35.000 0	35.000 0
Erläuterungen: Kosten für den Druck des Haushaltsplanes sowie ggf. von Nachträgen.					
534 11	861	Lohnsteuer des Landes für die VBL-Umlage	2.400.000 2.304.349	2.300.000 0	2.350.000 0
614 01	851	Zuführung an das Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"	0 0	0 0	0 0
614 02	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Corona des Landes Sachsen-Anhalt"	638.438.600 135.648.564	552.045.600 0	490.102.500 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 614 02

*** Ausgaben sowie Mehrausgaben bis zur Höhe von jährlich 300.000.000 Euro dürfen nur in der Höhe der Ist-Ausgaben im Wirtschaftsplan 53 "Sondervermögen "Corona" geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Zuweisung dieser Mittel steht unter dem Vorbehalt der jährlichen Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation nach § 18 Abs. 5 LHO durch den Landtag.

616 12	223	Beitragszahlungen an die Unfallkasse Sachsen-Anhalt als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung nach SGB VII	18.928.200 19.197.889	19.427.800 0	20.010.000 0

633 01	821	Anteil der Spielbankgemeinden an der Spielbank- und Zusatzabgabe	2.701.000 3.468.756	3.342.000 0	3.465.000 0

Übertragbar

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Ausgaben dürfen in Höhe der anteiligen Einnahmen bei Kapitel 1302 Titel 093 01 und Titel 093 05 geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach § 18 Spielbankgesetz (SpielbG) erhält die Gemeinde, in der sich eine Spielbank befindet, einen Anteil von 20 v. H. an der Spielbankabgabe (Kapitel 1302 Titel 093 01), der auf diese Spielbank entfällt und dem Land tatsächlich zufließt. Des Weiteren erhalten die einzelnen Spielbankgemeinden einen Anteil von 20 v. H. an der Zusatzabgabe (Kapitel 1302 Titel 093 05).

671 02	012	Erstattung des Landesanteils an den Kosten der Geschäftsstelle der Tarifgemeinschaft deutscher Länder	115.000 102.640	120.000 0	120.000 0

Erläuterungen:

Seit 1991 ist das Land Sachsen-Anhalt Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Nach Satzung der TdL §§ 5 und 7 Nr. 6 ist das Land verpflichtet, die durch die Mitgliederversammlung festgesetzten Jahresbeiträge zu zahlen.

671 03	014	Erstattungen an die Unfallkasse Sachsen-Anhalt	6.600 475	6.600 0	6.600 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Kostenerstattung an die Unfallkasse Sachsen-Anhalt aufgrund der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Unfallkasse und dem Land Sachsen-Anhalt für die Erstellung der Meldung über Dienstunfälle an EUROSTAT (MBI. LSA 2019 S. 134), mit der Änderung vom März 2020 (MBI. LSA 2020 S. 224), gemäß § 89 Absatz 2 Landesbeamtenversorgungsgesetz Sachsen-Anhalt.

681 03	291	Leistungen zur Beseitigung außerordentlicher Notstände (Katastrophenfonds)	0 1.800.000	0 0	0 0

*** MF wird ermächtigt, Ausgaben bis zu 5 Mio. Euro im Einzelfall zu leisten, wenn für diesen Zweck an anderer Stelle Mittel eingespart werden.
Aus den Ausgaben dürfen auch Billigkeitsleistungen gemäß § 53 LHO gewährt werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitel.

2023 wurden dem MI zur Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom 05.12.2023 Mittel in Höhe von 1.8 Mio. Euro zur Beseitigung außerordentlicher Notstände aufgrund des Katastrophewaldbrandes Harz 2022 zur Verfügung gestellt.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
916 12	851	Zuführung an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" zur Finanzierung der Versorgungslasten der Beamten	10.000.000 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Verstärkungsmittel für Zuführungen an den Pensionsfonds (Titel 916 13) für Neueinstellungen. Bis zum Haushaltsjahr 2014 wurden diese Verstärkungsmittel bei Kapitel 13 50 Titel 461 01 veranschlagt.			
919 02	851	Zuführung Allgemeine Rücklage - Deckungsmittel für Folgejahre	0 274.355.062	0 0	0 0
		*** Weitere Zuführungen - über den Planansatz hinaus - dürfen geleistet werden. Erläuterungen: Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO Entnahmen bei Kapitel 1302 Titel 359 01.			
919 03	851	Zuführung Rücklage PMO	0 0	0 0	0 0
		*** Weitere Zuführungen - über den Planansatz hinaus - dürfen geleistet werden. Erläuterungen: Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO Entnahmen bei Kapitel 1302 Titel 359 03.			
919 04	851	Zuführung Rücklage - Deckung Ausgabereste	0 50.000.000	0 0	0 0
		** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. *** Weitere Zuführungen - über den Planansatz hinaus - dürfen geleistet werden. Erläuterungen: Übersteigen nach Ablauf des Haushaltsjahres die tatsächlich eingegangenen Einnahmen die tatsächlich geleisteten Ausgaben des Landes, sind vor der Rücklagenbildung für spezifische Ausgabenreste bis zu 100 Mio. Euro dieser Rücklage zuzuführen, soweit dies erforderlich ist, um die Freigabe von Ausgaberesten in zukünftigen Haushalten zu gewährleisten. Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO. Entnahmen bei Kapitel 1302 Titel 359 04.			
919 06	851	Zuführungen Konjunkturrücklage gemäß § 18 LHO	0 0	0 0	0 0
		*** Zuführungen - über den Planansatz hinaus - dürfen nach den Vorgaben des § 18 LHO geleistet werden. Erläuterungen: Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 LHO. Entnahmen erfolgen bei Kapitel 1302 Titel 359 06. Vgl. auch Erläuterung bei Kapitel 1325 Titel 325 01.			

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

961 01	871	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
vorsorglich Leertitel

971 01	881	Globale Mehrausgaben	300.000	300.000	300.000
			0	0	0

Erläuterungen:
Zur Deckung der Mehrausgaben für Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen bei Titel 681 01 in den Fachressorts, sofern keine Deckung innerhalb der Ausgaben des betroffenen Fachressorts erfolgen kann. Die Darstellung erfolgt mit der Haushaltsrechnung.

971 10	881	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	5.244.200				5.244.200
2026	7.218.100				7.218.100
2027	14.560.400				14.560.400
2028	9.280.000				9.280.000
2029 ff.					
Summen	36.302.700				36.302.700

Erläuterungen:
2023:
Verstärkungsmittel für Erst-Verträge mit der IB Sachsen-Anhalt infolge des IB-Errichtungsgesetzes einschließlich Nebenkosten der Ressorts.

Bereitgestellte VE - Verstärkungsmittel werden im jeweiligen Fachressort als Baransatz ausgewiesen.

972 01	881	Globale Minderausgaben	-436.999.300	-387.000.000	-400.000.000
			0	0	0

982 01	891	Zahlungen für Job-Tickets an die Verkehrsunternehmen	0	0	0
			0	0	0

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 1302 Titel 382 01. Soweit bei Fälligkeit der Zahlungen des Landes Sachsen-Anhalt die Erstattungen bei Titel 382 01 noch nicht oder noch nicht in voller Höhe eingegangen sind, dürfen die Ausgaben ausnahmsweise - ohne das Verfahren nach 37 LHO - in der unbedingt erforderlichen Höhe geleistet werden. Die Ausgaben sind in diesem Falle zu Lasten des Deckungskreises der OGr. 51 bis 54 gemäß § 9 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 2023 zu erwirtschaften.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 982 01

Erläuterungen:

Im Rahmen der Fürsorgepflicht bemüht sich das Land Sachsen-Anhalt für seine Bediensteten um preisgünstige Job-Tickets der DB Vertrieb GmbH. Als Partner für die abzuschließenden Verträge kommt nach den Bedingungen der DB Vertrieb GmbH nur das Land Sachsen-Anhalt in Betracht, das sich gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 des Vertrages mit der DB Regio GmbH dazu verpflichtet, ausstehende Forderungen des Vertragspartners gegenüber den Bediensteten nach zweimaliger Mahnung zu übernehmen. Das Land sichert sich seine Ansprüche jeweils im konkreten Einzelfall durch eine Gehaltsabtretungserklärung des zahlungspflichtigen Bediensteten.

Da die Ticketnutzer im Innenverhältnis den Gegenwert des vorauslagten Forderungsbetrages gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt zu erstatten haben, liegt ein Fall sog. "durchlaufender Gelder" vor.

In Einnahme und Ausgabe sind hierfür jeweils Leertitel ausgebracht, da die Höhe der anfallenden Beträge nicht bekannt ist. Die Ausgabeermächtigung bemisst sich nach der Isteinnahme. Vorsorglich wird durch Haushaltsvermerk die Zahlung zugelassen, wenn in Sonderfällen - trotz Abtretungserklärung - die Erstattung durch den Ticketerwerber unmöglich werden sollte.

Titelgruppe(n)

61 Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben im Bereich der Förderpolitik

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 119 61.

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Das Land strebt an, insbesondere ein Instrument zur IT-gestützten Erstellung von Förderrichtlinien zu schaffen. Darüber hinaus können auch andere IT-Projekte, die im Bereich Förderpolitik konzipiert werden, finanziert werden

533 61	013	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
671 61	013	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0
		*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.			
685 61	013	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	1.500.000	1.500.000
			0	1.500.000	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			1.500.000		1.500.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			1.500.000		1.500.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	1.500.000	1.500.000
		1.500.000	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	13.505.000	16.710.000	17.325.000
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	33.545.300	33.692.100	34.341.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.492.085.200	780.000	780.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	55.808.700	156.049.800	107.712.200
Gesamteinnahme		1.594.944.200	207.231.900	160.158.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	313.700.000	60.902.900	100.612.000
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.485.000	2.385.000	2.435.000
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	660.189.400	576.442.000	515.204.100
			1.500.000	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	-426.699.300	-386.700.000	-399.700.000
			0	0
Gesamtausgabe		549.675.100	253.029.900	218.551.100
Gesamtsumme der VE			1.500.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		1.045.269.100	-45.798.000	-58.392.600

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 05 Hochwasserhilfen 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Hier erfolgt die Abwicklung der Hochwasserhilfen 2002 entsprechend § 8 Abs. 6 Aufbauhilfefondsgesetz (AufhFG)

Einnahmen

119 41	692	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Bundesmitteln	0 67.535	0	0
119 42	692	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln	0 33.472	0	0
119 51	692	Vermischte Einnahmen	0 7.369	0	0

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen bei Titel 632 01.

Gemäß § 4 Abs. 2 AufhFG sind ungebundene Restmittel (d. h. programmbezogene Rückzahlungen aus Rückforderungen inkl. Zinsen sowie Rückzahlungen der Länder an den Freistaat Sachsen) an Bund und Länder anteilig zu erstatten. Dies erfolgt durch den Freistaat Sachsen. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt beträgt hier 1,39 v. H. der Gesamtrückzahlungen (Gesamtfondshöhe des Aufbauhilfefonds betrug 6,281 Mrd. Euro davon Anteil Sachsen-Anhalts 87 Mio. Euro entspricht 1,39 v. H.). Die Rückzahlungen belaufen sich auf bisher insgesamt 188.446 Euro.

13 **Allgemeine Finanzverwaltung**
13 05 **Hochwasserhilfen 2002**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

632 01	692	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge	0	0	0
			101.007	0	0

Erläuterungen:

Die Rückzahlungen sind entsprechend § 8 Abs. 5 Aufbauhilfefondsgesetz an den Freistaat Sachsen zu leisten. Durch den Freistaat Sachsen erfolgt entsprechend § 8 Abs. 6 Aufbauhilfefondsgesetz die Organisation der Rückzahlungen an Bund und Länder. Entsprechende Rückzahlungen werden bei Kapitel 1305 Titel 119 51 vereinnahmt.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 05 Hochwasserhilfen 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0 0	0 0
Gesamtausgabe		0	0	0
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 06 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1307.

Innerhalb des Kapitels 1306 sind alle Titelgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Ausgaben des Titels 689 01 und der Titelgruppen dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen im Kapitel 1306.

Erläuterungen:

Die Förderperioden sind ausgabeseitig grundsätzlich abgeschlossen. Die Abschlussunterlagen der Förderperiode 2000 bis 2006 wurden im Jahr 2010 bei der Europäischen Kommission eingereicht, die der Förderperiode 2007 bis 2013 im Jahr 2017. Die Bearbeitung ist auf Grund offener Vorhaben noch nicht abschließend erfolgt.

Die Leertitel in den Ausgabebetitelgruppen dienen hauptsächlich der Nachverfolgung offener Forderungen des Programmzeitraums 2007 bis 2013 (Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord) und stehen für Ausgaben zur Verfügung, die auf Grund nicht abgeschlossener Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gegebenenfalls noch für diesen Programmzeitraum zu leisten sind.

Einnahmen

119 41	691	Rückflüsse aus Rückforderungen	0	0	0
			275.780		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Erstattungsansprüchen im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord. Die Einnahmen müssen an die EU-Kommission zurückgeführt werden.

119 44	692	Rückflüsse aus Überzahlungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückflüssen von nicht verwendeten Mitteln im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung. Die Einnahmen fließen dem Gesamthaushalt zu.

119 51	692	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			970.910		

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Verzinsung der Erstattungsansprüche im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord. Die Einnahmen, die sich auf im eFREporter erfasste Zinsen beziehen, müssen unter Umständen an die EU-Kommission zurückgeführt werden.

359 01	851	Entnahmen aus der Rücklage EFRE und ESF zurückliegende Förderperioden	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Etwaige Verwendung von Einnahmen aus Vorjahren für Rückzahlungen an die EU-Kommission im Zusammenhang mit der Strukturfondsförderung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 - 2013.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 06 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

689 01	692	Rückzahlungen an die EU-Kommission	0	0	0
			31.428	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Rückzahlungen an die EU-Kommission aus der Strukturfondsförderung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord.

919 01	851	Zuführungen an die Rücklage EFRE und ESF zurückliegende Förderperioden	0	0	0
			1.422.638	0	0

*** Einnahmen bei den Kapiteln 1306 und 1307 Titel 119 41, 119 51, 271 01 und 346 01, die nicht zur Deckung der EU-Ausgaben bei den Kapiteln 1306 und 1307 benötigt werden, sind der Rücklage zuzuführen.

Erläuterungen:

Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO

Titelgruppe(n)

68 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (Epl. 08)

892 68	691	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 68

0	0	0
	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 06 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
		0	0

HGr. 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		0	0

HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben		0	0

Gesamtausgabe	0	0	0

Gesamtsumme der VE		0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 07 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE IV) 2007 - 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 1306.

Innerhalb des Kapitels 1307 sind alle Titelgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Ausgaben des Titels 689 01 und der Titelgruppen dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen in den Kapiteln 1307 und 1306.

Erläuterungen:

Das Kapitel bleibt aus Abrechnungszwecken gegenüber der Europäischen Kommission (Abgrenzung zur Strukturfondsförderung des EFRE IV, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord) bestehen.

Die Förderperiode ist ausgabeseitig grundsätzlich abgeschlossen. Im Haushaltsjahr 2017 wurden die Abschlussunterlagen bei der Europäischen Kommission eingereicht. Die Bearbeitung ist auf Grund offener Vorhaben noch nicht abschließend erfolgt.

Die Leertitel in den Ausgabeteilgruppen dienen hauptsächlich der Nachverfolgung offener Forderungen aus dem Programmzeitraum und stehen für Ausgaben zur Verfügung, die auf Grund nicht abgeschlossener Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gegebenenfalls noch zu leisten sind.

Einnahmen

119 41	691	Rückflüsse aus Rückforderungen	0	0	0
			23.732		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Erstattungsansprüchen im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung des Programmzeitraums 2007 bis 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd. Die Einnahmen müssen an die EU-Kommission zurückgeführt werden.

119 51	692	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			183.644		

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Verzinsung der Erstattungsansprüche im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung des Programmzeitraums 2007 bis 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd. Die Einnahmen, die sich auf im eFREporter erfasste Zinsen beziehen, müssen unter Umständen an die EU-Kommission zurückgeführt werden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 07 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE IV) 2007 - 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

689 01	692	Rückzahlungen an die EU-Kommission	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Rückzahlungen an die EU-Kommission aus der Strukturfondsförderung des Programmzeitraums 2007 bis 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd, im Rahmen der Schlussabrechnung.

Titelgruppe(n)

68 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (Epl. 08)

883 68	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			0	0	0
				0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
 13 07 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE IV) 2007 - 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dgl.

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit
Ausnahme für Investitionen

0 0

HGr. 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen

0 0

Gesamtausgabe

Gesamtsumme der VE

0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 08 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1309.

Innerhalb des Kapitels 1308 sind alle Titelgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Ausgaben des Titels 689 01 und der Titelgruppen dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen im Kapitel 1308.

Erläuterungen:

Die Förderperioden sind ausgabeseitig grundsätzlich abgeschlossen. Die Abschlussunterlagen der Förderperiode 2000 bis 2006 wurden im Jahr 2010 bei der Europäischen Kommission eingereicht, die der Förderperiode 2007 bis 2013 im Jahr 2017. Die Bearbeitung ist auf Grund offener Vorhaben noch nicht abschließend erfolgt.

Die Leertitel in den Ausgabebetitelgruppen dienen der Nachverfolgung offener Forderungen des Programmzeitraums 2007 bis 2013 (Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord). Die Titelgruppe 73 wurde aus dem Kapitel 1304 umgesetzt und dient der Nachverfolgung offener Forderungen des Programmzeitraums 2000 bis 2006.

Einnahmen

119 41	253	Rückflüsse aus Rückforderungen	0	0	0
			29.185		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Erstattungsansprüchen im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord. Die Einnahmen müssen an die EU-Kommission zurückgeführt werden.

119 44	253	Rückflüsse aus Überzahlungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückflüssen von nicht verwendeten Mitteln der EU-Strukturfondsförderung. Die Einnahmen fließen dem Gesamthaushalt zu.

119 51	253	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			6.611		

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Verzinsung der Erstattungsansprüche im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord. Die Einnahmen, die sich auf im eREporter erfasste Zinsen beziehen, müssen unter Umständen an die EU-Kommission zurückgeführt werden.

359 01	851	Entnahmen aus der Rücklage EFRE und ESF zurückliegende Förderperioden	0	0	0
			1.540		

Erläuterungen:

Etwaige Verwendung von Einnahmen aus Vorjahren für Rückzahlungen an die EU-Kommission im Zusammenhang mit der Strukturfondsförderung der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 - 2013.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 08 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

689 01	253	Rückzahlungen an die EU-Kommission	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Rückzahlungen an die EU-Kommission aus der Strukturfondsförderung der Programmzeiträume bis 2006 und 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord.

919 01	851	Zuführungen an die Rücklage EFRE und ESF zurückliegende Förderperioden	0	0	0
			73.311	0	0

*** Einnahmen bei den Kapiteln 1308 und 1309 Titel 119 41, 119 51 und 271 01, die nicht zur Deckung der EU-Ausgaben bei den Kapiteln 1308 und 1309 benötigt werden, sind der Rücklage zuzuführen.

Erläuterungen:

Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO

Titelgruppe(n)

63 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Epl. 05)

683 63	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			0	0	0
				0	0

73 Förderung der beruflichen Qualifikation - Programmzeitraum 2000 - 2006 - EU-Anteil -

683 73	253	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	0	0
				0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 08 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds der Programmzeiträume bis 2006 sowie 2007 bis 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

0 0

HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben

0 0

Gesamtausgabe

Gesamtsumme der VE

0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 09 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF IV) 2007 - 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 08.

Innerhalb des Kapitels 1309 sind alle Titelgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Ausgaben des Titels 689 01 und der Titelgruppen dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen in den Kapiteln 1309 und 1308.

Erläuterungen:

Das Kapitel bleibt aus Abrechnungszwecken gegenüber der Europäischen Kommission (Abgrenzung zur Strukturfondsförderung des ESF IV, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Nord) bestehen.

Die Förderperiode ist ausgabeseitig grundsätzlich abgeschlossen. Im Haushaltsjahr 2017 wurden die Abschlussunterlagen bei der Europäischen Kommission eingereicht. Die Bearbeitung ist auf Grund offener Forderungen noch nicht abschließend erfolgt.

Die Leertitel in den Ausgabeteilgruppen dienen der Nachverfolgung offener Forderungen aus dem Programmzeitraum.

Einnahmen

119 41	253	Rückflüsse aus Rückforderungen	0	0	0
			35.769		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Erstattungsansprüchen im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung des Programmzeitraums 2007 bis 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd. Die Einnahmen müssen an die EU-Kommission zurückgeführt werden.

119 51	253	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			205		

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Verzinsung der Erstattungsansprüche im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung des Programmzeitraums 2007 bis 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd. Die Einnahmen, die sich auf im efREporter erfasste Zinsen beziehen, müssen unter Umständen an die EU-Kommission zurückgeführt werden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 09 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF IV) 2007 - 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

689 01	253	Rückzahlungen an die EU-Kommission	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Rückzahlungen an die EU-Kommission aus der Strukturfondsförderung des Programmzeitraums 2007 bis 2013, Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd, im Rahmen der Schlussabrechnung.

Titelgruppe(n)

63 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Epl. 05)

683 63	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			0	0	0
				0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
 13 09 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF IV) 2007 - 2013 für das Fördergebiet Sachsen-Anhalt Süd

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dgl.

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit
Ausnahme für Investitionen

0 0

Gesamtausgabe

Gesamtsumme der VE

0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 10 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

211 02	821	Allgemeine Bundesergänzungszuweisung	925.000.000 822.975.581	921.000.000	960.000.000

Erläuterungen:

Gemäß § 11 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes vom 20.12.2001 in der jeweils geltenden Fassung, erhalten finanzschwache Länder zur ergänzenden Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen.

211 03	821	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung - Kosten politische Führung -	70.993.000 70.993.000	78.157.000	78.157.000

Erläuterungen:

Gemäß § 11 Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes vom 20.12.2001 in der jeweils geltenden Fassung, erhalten finanzschwache Länder zur ergänzenden Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs Sonderbedarfs- Bundesergänzungszuweisungen - Kosten politische Führung-.

Weiterhin wurden hier für die HHJ 2025 und 2026 die zu erwartenden Mehreinnahmen i. H. v. je 7.164.000 Euro veranschlagt.

211 05	821	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung - Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit -	15.334.000 15.334.000	15.334.000	7.142.900

Erläuterungen:

Gemäß § 11 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes vom 20.12.2001 in der jeweils geltenden Fassung, erhalten finanzschwache Länder zur ergänzenden Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen. In einem Abstand von drei Jahren (nächste im Jahr 2025) erfolgt eine Überprüfung der Höhe, die Anpassung wird ab dem Folgejahr vorgenommen.

211 06	821	Allgemeine Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Kraftfahrzeugsteuer	232.285.100 232.285.139	232.285.100	232.285.100

Erläuterungen:

Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Kraftfahrzeugsteuer gemäß dem Gesetz zur Neuregelung der Kfz-steuer und Änderung anderer Gesetze (BGBl. I S. 1170) vom 29. Mai 2009.

211 07	821	Gemeindesteuerkraftzuweisung	390.000.000 285.362.473	289.000.000	295.000.000

Erläuterungen:

Zahlungen gemäß § 11 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes vom 20.12.2001 in der jeweils geltenden Fassung.

211 08	821	Forschungsförderung	11.000.000 10.420.935	15.000.000	13.000.000

Erläuterungen:

Zahlungen gemäß § 11 Abs. 6 des Finanzausgleichsgesetzes vom 20.12.2001 in der jeweils geltenden Fassung.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 10 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

212 01	821	Länderfinanzausgleich	0	0	0
			0		

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

Erläuterungen:

Mit der Neuregelung des Finanzkraftausgleichs ab 2020 entfallen die Zahlungen des Bundes.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 10 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

687 01	029	Anteil des dem Land Österreich zustehenden Biersteueraufkommens gem. Artikel 12 des Vertrages vom 2.12.1890	500 237	500 0	500 0

Erläuterungen:

Nach dem deutsch-österreichischen Vertrag vom 2. Dezember 1890 über den Anschluss der österreichischen Gemeinde Mittelberg an das Zollsystem des Deutschen Reiches (RGBl. 1891, S. 59) ist der Bund Vertragspartner und im Außenverhältnis zu Österreich verpflichtet, den Biersteueranteil abzuführen. Im Innenverhältnis fordert der Bund den von den Ländern vereinnahmten Biersteueranteil zurück. Gemäß Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 1. Oktober 1992 entfallen von dem Biersteueranteil auf Bayern die Hälfte und die zweite Hälfte auf die anderen Länder. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt beträgt 1,02 v. H.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 10 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.644.612.100	1.550.776.100	1.585.585.000
Gesamteinnahme		1.644.612.100	1.550.776.100	1.585.585.000

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	500	500	500
			0	0
Gesamtausgabe		500	500	500
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		1.644.611.600	1.550.775.600	1.585.584.500

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzausgleichsgesetz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Nachfolgend aufgeführte Titel sind gegenseitig deckungsfähig: 613 04, 613 05, 613 06, 613 13, 613 16, 613 17, 883 01 und 883 04. Diese Ausgaben dürfen nur in der sich aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) ergebenden Höhe geleistet werden. Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Allgemeines:

1. Das Land gewährt den Kommunen Zuweisungen auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes mit folgenden Zweckbestimmungen:

- Zuweisungen zur Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises
- Zuweisungen zur Wahrnehmung der Aufgaben des eigenen Wirkungskreises
- Investitionspauschale
- Zuweisungen für Investitionen an Kreisstraßen
- Ausgleichsstock

2. Die Aufgliederung der Finanzausgleichsgesetzes ist entsprechend den Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes vorgenommen worden.

	2025	2026
Auftragskostenpauschale	627.583.800	645.828.200
Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB VIII sowie der Aufgabe der Schülerbeförderung und der Unterhaltung der Kreisstraßen	192.355.200	193.179.100
Schlüsselzuweisungen	1.071.760.000	1.066.206.700
Investitionspauschale	160.000.000	160.000.000
Zuweisungen für Investitionen an Kreisstraßen	30.000.000	30.000.000
Ausgleichsstock	53.591.900	40.872.700
	2.135.290.900	2.136.086.700

Einnahmen

334 01	693	Zuweisungen vom Bund zum Abbau kommunaler Altschulden	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 12 Titel 633 04.

Erläuterungen:

Im Koalitionsvertrag 2021 bis 2025 zwischen der SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der FDP (Bund) ist festgehalten, dass den Kommunen bei der Lösung der Altschuldenproblematik geholfen werden soll, indem sie von Altschulden entlastet werden. Dies könne nur in einem übergreifenden Konsens gelingen, der das Einvernehmen der Länder erfordere und einer Änderung des Grundgesetzes bedürfe, für die die entsprechende Mehrheit im Deutschen Bundestag und Bundesrat nötig sei.

359 01	821	Entnahme aus der Rücklage - Ausgleichsstock	0	0	0
			0		

*** Weitere Entnahmen - über den Planansatz hinaus - dürfen bei Bedarf geleistet werden.

Erläuterungen:

Entnahme der nicht verausgabten Mittel aus Vorjahren zur Finanzierung von Leistungen an Kommunen aus dem Ausgleichsstock.

Zuführungen erfolgen bei Kapitel 1312 Titel 919 01.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzaufweisungen an die Gemeinden

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

63 STARK III - Förderung v. Investitionen zur energetischen Sanierung u. Modernisierung v. öffentl. Gebäuden u. Infrastrukturen (STARK III plus EFRE) sowie - Sanierung u. Modernisierung von Kindertageseinrichtungen u. Schulen im ländli.Raum (STARK III ELER)

119 63	692	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0	0	0
			185.359		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0

64 Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen - STARK V

Erläuterungen:
siehe Ausgabeteilgruppe

119 64	692	Rückzahlungen von Überzahlungen (einschl. Zinsen)	0	0	0
			4.602		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 12 Titel 631 64.

334 64	692	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Förderung finanzschwacher Kommunen	2.253.200	1.395.500	0
			1.595.318		

Erläuterungen:

Insgesamt stehen den Kommunen im Land Sachsen-Anhalt 123.200.000 EUR - Bundesmittel (90 v.H.) i.H.v. 110.880.000 EUR und Landesmittel (10 v.H.) i.H.v. 12.320.000 EUR - zur Verfügung. Bisher sind Mittel i.H.v. 121.649.428 EUR den Kommunen zur Auszahlung gereicht worden. Damit stehen für 2025 noch Fördermittel i.H.v. 1.550.571 EUR - Bundesmittel i.H.v. 1.395.514 EUR und Landesmittel i.H.v. 155.057 EUR zur Auszahlung zur Verfügung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	2.253.200	1.395.500	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzausweisungen an die Gemeinden

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	821	Gutachten zur Überprüfung des horizontalen Finanzausgleichs	0 39.490	0 0	0 0
522 02	821	Gutachten zur Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichs	100.000 0	150.000 100.000	100.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		250.000			250.000
2026			100.000		100.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		250.000	100.000		350.000

Erläuterungen:

Ein Gutachten zur Überprüfung des horizontalen Finanzausgleichs (d. h. der Kriterien zur Verteilung der Schlüsselzuweisungen) wurde 2022/2023 erstellt (vgl. Titel 522 01). Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wurden im Rahmen der Weiterentwicklung des Finanzausgleichsgesetzes ab dem Jahr 2024 umgesetzt. Für eine Überprüfung auch des vertikalen Finanzausgleichs (d. h. der Bestimmung der Finanzausgleichsmasse) fehlte es zum Zeitpunkt der Ausschreibung dieses Gutachtens u. a. an der notwendigen Datenbasis, aus der sich die Nettoabschreibungen der Kommunen ergeben.

Nach Vorliegen einer belastbaren Datenbasis in Form von überwiegend aufgestellten und geprüften Jahresabschlüssen der Kommunen bis zum Jahr 2019 soll ein weiteres finanzwissenschaftliches Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich erstellt werden, das vor allem die Bestimmung der Finanzausgleichsmasse in den Blick nimmt. Die Prüfungsdauer wird mindestens 18 Monate betragen.

Die konkreten Fragestellungen dieses weiteren Gutachtens wurden vor der inhaltlichen Auftragserteilung im Ausschuss für Finanzen am 20. Juni 2024 vorgestellt und beschlossen.

613 04	821	Ausgleichsstock	40.000.000 13.783.643	53.591.900 0	40.872.700 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Leistungen an Kommunen gemäß § 17 FAG.

Ist das Land für Befreiungen von der Zahlung der Finanzkraftumlage mit Mitteln des Ausgleichsstocks in Vorleistung getreten, fließen die Erstattungen dem Ausgleichsstock im darauffolgenden Jahr zu.

613 05	821	Schlüsselzuweisungen	1.061.445.800 878.682.082	1.071.760.000 0	1.066.206.700 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuweisungen an Kommunen gemäß § 12 FAG.

613 06	821	Auftragskostenpauschale	609.891.100 477.827.532	627.583.800 0	645.828.200 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzausweisungen an die Gemeinden

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 613 06

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuweisungen an Kommunen gemäß § 4 FAG.

613 09	821	Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch	0 83.557.393	0 0	0 0

613 13	821	Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch	133.779.600 107.395.392	132.588.000 0	133.579.200 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte gemäß § 9 FAG.

613 16	821	Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgabe der Schülerbeförderung	27.839.000 25.910.093	27.223.500 0	27.056.200 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte gemäß § 10 FAG.

613 17	821	Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgabe der Unterhaltung der Kreisstraßen	32.543.700 32.452.493	32.543.700 0	32.543.700 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte gemäß § 11 FAG.

633 04	693	Zuweisungen an Kommunen zum Abbau kommunaler Altschulden	0 0	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 12 Titel 334 01.

Erläuterungen:

Vgl. Begründung zu Kapitel 1312 Titel 334 01.

633 05	259	Zuweisungen an kommunale Träger gemäß Grundsicherungsgesetz Sachsen-Anhalt aufgrund der Sonderlasten durch die Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe	12.880.600 12.880.600	12.880.600 0	6.000.000 0

Erläuterungen:

Zuweisungen an kommunale Träger nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Grundsicherungsgesetz Sachsen-Anhalt.

633 12	259	Zuweisungen an kommunale Träger gemäß Grundsicherungsgesetz Sachsen-Anhalt aufgrund des SGB II ersparter Wohngeldaufwendungen des Landes	56.800.000 56.800.000	56.800.000 0	56.800.000 0

Erläuterungen:

Zuweisungen an kommunale Träger nach § 4 Abs. 1 Satz 2 Grundsicherungsgesetz Sachsen-Anhalt.

633 15	821	Kostenausgleich an Kommunen für Mehrbelastungen der Kfz - Zulassungsbehörden	124.000 124.000	124.000 0	124.000 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzaufwendungen an die Gemeinden

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 15

Erläuterungen:

Die bei den Kommunen durch die Wahrnehmung der Mitwirkung der Zulassungsbehörden bei der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer entstehenden Mehraufwendungen werden durch die Zahlung eines jährlichen Pauschbetrages abgegolten (§ 5 Abs. 3 des Gesetzes über die Mitwirkung der Zulassungsbehörden bei der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer).

671 07	692	Erstattungen von Zinsen und Kosten für Teilentschuldung	68.500	41.500	23.300
			111.340	0	0

*** Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	23.300				23.300
2026	16.700				16.700
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	40.000				40.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die in den folgenden Jahren anfallenden Administrationsaufwendungen der Investitionsbank Sachsen-Anhalt für das kommunale Teilentschuldungsprogramm STARK II, mit dem den Kommunen zinsverbilligte Darlehen mit einer Laufzeit von 5 bzw. 10 Jahren zur Ablösung bestehender Darlehen sowie ein Tilgungszuschuss gewährt wurden. Mit dem Programm konnten Darlehen mit Fälligkeit bis zum 31.12.2018 abgelöst werden.

883 01	821	Investitionspauschale	160.000.000	160.000.000	160.000.000
			200.001.118	0	0

Erläuterungen:

Zuweisungen an Kommunen gemäß § 16 FAG.

883 02	692	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	300.000	600.000	600.000
			0	0	0

*** Gemäß § 17 Abs. 1, Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		600.000			600.000
2026		600.000			600.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		1.200.000			1.200.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzzuweisungen an die Gemeinden

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 02

Erläuterungen:

Die Mittel werden verwendet für:

- Stadt Oranienbaum-Wörlitz - Ersatzneubau der Kita "Oranienbaumer Spielgarten" von insgesamt 1.500.000 EUR.

Die Mittel werden als direkte Zuweisung außerhalb des Zuwendungsrechts (§§ 23,44 LHO) gewährt.

883 03	692	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	5.625.000	5.625.000	0
			0	0	0

*** Gemäß § 17 Abs. 1, Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		5.625.000			5.625.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		5.625.000			5.625.000

Erläuterungen:

Die Mittel werden verwendet für:

- Landkreis Salzlandkreis - Modellprojekt energieeffiziente, pandemiefeste Unterrichtsversorgung im ländlichen Raum - Einzelmaßnahme: Schulbauprojekt Seelandschule, Bereitstellung von 75 v. H. (11,25 Mio. EUR) an den Gesamtkosten (15 Mio. EUR) erfolgen durch das Land.

Die Mittel werden als direkte Zuweisung außerhalb des Zuwendungsrechts (§§ 23, 44 LHO) gewährt.

883 04	821	Zuweisungen für Investitionen an Kreisstraßen	30.000.000	30.000.000	30.000.000
			29.999.992	0	0

Erläuterungen:

Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte gemäß § 16a FAG.

919 01	821	Zuführung an die Rücklage - Ausgleichsstock	0	0	0
			68.603.907	0	0

*** Weitere Zuführungen - über den Planansatz hinaus - dürfen bei Bedarf geleistet werden.

Erläuterungen:

Im laufenden Haushaltsjahr nicht verausgabte Mittel bei Kapitel 1312 Titel 613 04 (Ausgleichsstock) werden der Rücklage zugeführt. Zweckgebundene Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO zur Finanzierung von Leistungen an Kommunen aus dem Ausgleichsstock.

Entnahmen erfolgen bei Kapitel 1312 Titel 359 01.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzaufweisungen an die Gemeinden

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

62 Innovations- und Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen - STARK III (Förderperiode 2007 bis 2013)

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 12 Titelgruppe 63.

671 62	692	Erstattung von Zinsen und Kosten an die Investitionsbank	34.400	6.400	1.300
			139.074	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 13 12 Titel 671 63.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.300				1.300
2026	1.300				1.300
2027	1.300				1.300
2028	1.400				1.400
2029 ff.	65.000				65.000
Summen	70.300				70.300

Erläuterungen:

Gefördert werden insbesondere energetische Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen mit den dazugehörigen Sportstätten. Für finanzschwache Kommunen, Städte und Landkreise, die nicht in der Lage sind, die Kofinanzierungsmittel aus eigener Kraft zu bewältigen, erfolgt die Kofinanzierung über ein Darlehensprogramm der Investitionsbank. Die Zinsen hierfür werden zu 100 v. H. vom Land übernommen.

Veranschlagt sind hier die anfallenden Zinskosten sowie die Administrationsaufwendungen der Investitionsbank

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	34.400	6.400	1.300
		0	0

63 STARK III - Förderung v. Investitionen zur energetischen Sanierung u. Modernisierung v. öffentl. Gebäuden u. Infrastrukturen (STARK III plus EFRE) sowie - Sanierung u. Modernisierung von Kindertageseinrichtungen u. Schulen im ländli.Raum (STARK III ELER)

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 13 12 Titelgruppe 62.

533 63	692	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier die Kosten für externe Unterstützung des Programms STARK III. Weitere Dienstleistungen u. a. für energetisches Monitoring, Übersetzungen, Druckaufträge, Publikationen.

Die Förderperiode ist im Jahr 2023 mit dem Abschluss der Vorhaben ausgelaufen. Somit besteht in den folgenden Jahre für den Titel 533 63 kein Mittelbedarf mehr.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzzuweisungen an die Gemeinden

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

671 63	692	Erstattung von Zinsen und Kosten an die Investitionsbank	292.100	434.000	144.700
			1.247.086	0	634.800

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 12 Titel 671 62.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	220.700				220.700
2026	199.400				199.400
2027	252.600				252.600
2028	103.200				103.200
2029 ff.				634.800	634.800
Summen	775.900			634.800	1.410.700

Erläuterungen:

Für finanzschwache Kommunen, Städte und Landkreise, die nicht in der Lage sind, die Kofinanzierungsmittel aus eigener Kraft zu bewältigen, erfolgt die Kofinanzierung bei Kindertageseinrichtungen und Schulen über ein Darlehensprogramm der Investitionsbank. Die Zinsen hierfür werden zu 100 v. H. vom Land übernommen.

Veranschlagt sind hier die anfallenden Zinskosten sowie die Administrationsaufwendungen der Investitionsbank für diese Darlehen.

Auf Grund des Abschlusses der Förderperiode können keine neuen Darlehensverträge zur Kofinanzierung der Vorhabenträger mehr aufgenommen werden.

Des Weiteren sind hier die Erstattungen der Kosten an die Investitionsbank für die Programme zur Förderung von Investitionen zur Sanierung und Modernisierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen im ländlichen Raum (STARK III ELER) sowie zur Förderung von Investitionen zur energetischen Sanierung und Modernisierung von öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen (STARK III plus EFRE) veranschlagt.

883 63	692	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.171.400	0	0
			1.598.138	0	0

Erläuterungen:

Finanzierung der nicht mit EU-Mitteln förderfähigen Kosten für die allgemeine Sanierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie der förderfähigen Kosten für die energetische Sanierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen, die nicht mehr aus EU-Mitteln erstattet werden können (nationale Ausfinanzierung, um die Wiedereinzahlung der für diese Vorhaben bisher erstatteten EU-Anteile zu vermeiden).

Die Förderperiode ist im Jahr 2023 mit dem Abschluss der Vorhaben ausgelaufen. Somit besteht in den folgenden Jahre für den Titel 883 63 kein Mittelbedarf mehr.

893 63	692	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger	115.000	0	0
			179.444	0	0

Erläuterungen:

Finanzierung der nicht mit EU-Mitteln förderfähigen Kosten für die allgemeine Sanierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie der förderfähigen Kosten für die energetische Sanierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen, die nicht mehr aus EU-Mitteln erstattet werden können (nationale Ausfinanzierung, um die Wiedereinzahlung der für diese Vorhaben bisher erstatteten EU-Anteile zu vermeiden).

Die Förderperiode ist im Jahr 2023 mit dem Abschluss der Vorhaben ausgelaufen. Somit besteht in den folgenden Jahre für den Titel 893 63 kein Mittelbedarf mehr.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			2.578.500	434.000	144.700
				0	634.800

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzaufweisungen an die Gemeinden

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

64 Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen - STARK V

Übertragbar

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für den denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen (außer Zinsen) sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Es gelten die Regelungen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sowie der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Sachsen-Anhalt.

Erläuterungen:

Zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft im Bundesgebiet fördert der Bund - im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) - 90 v. H. der Investitionen finanzschwacher Kommunen. Sachsen-Anhalt stehen hierfür 110.880.000 EUR zur Verfügung. Der Eigenanteil von 10 v. H. wird vom Land übernommen.

631 64	692	Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesmittel (einschl. Zinsen)	0 4.142	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 12 Titel 119 64.

671 64	692	Kostenerstattung für die Umsetzung der Förderrichtlinie	90.900 18.369	92.200 0	45.200 0

*** Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	44.100				44.100
2026	45.200				45.200
2027	37.300				37.300
2028	38.400				38.400
2029 ff.	429.400				429.400
Summen	594.400				594.400

Erläuterungen:

Mit der Umsetzung des Förderprogramms wurde die Investitionsbank LSA beauftragt. Hierzu wurde am 23.02.2016 ein entsprechender Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen dem MF und der IB geschlossen. Mit Änderung des KInvFG wurde der Förderzeitraum zunächst um zwei Jahre verlängert. Die Verlängerung wurde vom Land übernommen, die STARK V - RL entsprechend geändert sowie der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem 1. Nachtrag vom 22.08.2017 angepasst. In 2020 wurde der Förderzeitraum nochmals um ein Jahr bis zum 31.12.2022 verlängert. Die STARK V - RL wurde entsprechend angepasst und der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der IB mit dem 2. Nachtrag vom 31.05.2021 verlängert. Aufgrund einer weiteren Änderung des KInvFG vom 10.09.2021 wurde der Förderzeitraum um weitere zwei Jahre verlängert, um den Folgen der Corona-Pandemie Rechnung zu tragen. Die STARK V- Richtlinie wurde angepasst sowie der Vertrag zur Umsetzung des Förderprogramms STARK V mit der Investitionsbank unterzeichnet. In diesem Zusammenhang erfolgt aufgrund der wiederholten Verlängerung des Förderzeitraumes die Überprüfung der Zweckbindungsfristen durch die IB (bis längstens 2038).

883 64	692	Zuweisungen für Investitionen zur Förderung finanzschwacher Kommunen	2.503.500 1.772.575	1.550.500 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzaufweisungen an die Gemeinden

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 64

*** Ausgaben dürfen in Höhe von 111,1 v. H. der Einnahmen bei Kapitel 1312 Titel 334 64 geleistet werden.

Erläuterungen:

Insgesamt stehen den Kommunen im Land Sachsen-Anhalt 123.200.000 EUR - Bundesmittel (90 v.H.) i.H.v. 110.880.000 EUR und Landesmittel (10 v.H.) i.H.v. 12.320.000 EUR - zur Verfügung. Bisher sind Mittel i.H.v. 121.649.428 EUR den Kommunen zur Auszahlung gereicht worden. Damit stehen für 2025 noch Fördermittel i.H.v. 1.550.571 EUR - Bundesmittel i.H.v. 1.395.514 EUR und Landesmittel i.H.v. 155.057 EUR zur Auszahlung zur Verfügung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	2.594.400	1.642.700	45.200
		0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 12 Finanzausweisungen an die Gemeinden

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	2.253.200	1.395.500	0	
Gesamteinnahme		2.253.200	1.395.500	0	

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	100.000	150.000 100.000	100.000 0	
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.975.789.700	2.015.669.600 0	2.009.225.200 634.800	
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	200.714.900	197.775.500 0	190.600.000 0	
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		0	0	
Gesamtausgabe		2.176.604.600	2.213.595.100	2.199.925.200	
Gesamtsumme der VE			100.000	634.800	
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.174.351.400	-2.212.199.600	-2.199.925.200	

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 15 Zuschüsse an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

684 31	199	Zuschüsse für die evangelischen Gliedkirchen in Sachsen-Anhalt	36.412.300 33.715.075	37.246.900 0	38.953.900 0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 13 15 Titel 684 33 und Kapitel 13 15 Titel 684 34.

Erläuterungen:

Staatsleistungen gem. Art. 13 des Staatsvertrages des Landes Sachsen-Anhalt mit den Evangelischen Landeskirchen vom 15. September 1993.

684 33	199	Zuschüsse für die Katholische Kirche in Sachsen-Anhalt	7.494.600 6.939.407	7.666.400 0	8.017.700 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 15 Titel 684 31.

Erläuterungen:

Staatsleistungen gem. Art. 18 des Staatsvertrages des Landes Sachsen-Anhalt mit dem Heiligen Stuhl vom 15. Januar 1998 i. V. m. dem Schlussprotokoll zu Art. 18 Abs. 3 (Anpassung der Staatsleistungen).

684 34	199	Zuschüsse an den Landesverband Jüdischer Gemeinden	1.858.400 1.720.728	1.901.000 0	1.988.100 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 15 Titel 684 31.

Erläuterungen:

Gesamtzuschuss (Landeszuschuss) gem. Art. 13 des Staatsvertrages des Landes Sachsen-Anhalt mit der Jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2006.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 15 Zuschüsse an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	45.765.300	46.814.300	48.959.700
			0	0
Gesamtausgabe		45.765.300	46.814.300	48.959.700
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-45.765.300	-46.814.300	-48.959.700

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 16 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Innerhalb des Kapitels 1316 sind alle Titelgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Ausgaben des Titels 689 01 dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen im Kapitel 1316.

Erläuterungen:

Im Jahr 2025 erfolgen die im Hinblick auf das abschließende Gewährpaket notwendigen Abschlussarbeiten. Das abschließende Gewährpaket ist spätestens im Februar 2026 bei der Europäischen Kommission einzureichen.

Einnahmen

119 41	692	Rückflüsse aus Rückforderungen	0 0	0	0

Erläuterungen:

Einnahmen aus Erstattungsansprüchen im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung Programmzeitraum 2014 - 2020. Die Einnahmen müssen an die EU-Kommission zurückgeführt werden

119 51	692	Vermischte Einnahmen	0 249.918	0	0

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Verzinsung der Erstattungsansprüche im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung Programmzeitraum 2014 bis 2020.

271 01	692	Erstattungen von der EU	1.550.000 68.353.532	0	0

346 01	692	Zuschüsse für Investitionen von der EU	29.450.000 294.224.303	0	0

359 01	851	Entnahmen aus der Rücklage EFRE und ESF zurückliegende Förderperioden	0 0	0	25.000.000

Erläuterungen:

Verwendung von Einnahmen aus Vorjahren, die nicht zur Deckung der EU-Ausgaben benötigt wurden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 16 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

689 01	692	Rückzahlungen an die EU-Kommission	0	0	25.000.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Rückzahlungen an die EU-Kommission im Ergebnis der Einreichung des abschließenden Gewährpakets und der anschließenden Prüfung durch die Europäische Kommission. Der veranschlagte Rückzahlbetrag resultiert daraus, dass im Verlauf der Förderperiode nicht ausreichend öffentliche Ausgaben zur Programmerfüllung geleistet worden sind.

919 01	851	Zuführungen an die Rücklage EFRE und ESF zurückliegende Förderperioden	0	0	0
			0	0	0

*** Einnahmen, die nicht zur Deckung von Ausgaben des Kapitels 1316 benötigt werden, sind der Rücklage "EFRE und ESF zurückliegende Förderperioden" zuzuführen.

Erläuterungen:

Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO

Titelgruppe(n)

61 Programm zur Förderung von Investitionen zur energetischen Sanierung öffentlicher Infrastrukturen (STARK III plus EFRE) - im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums der Finanzen

Übertragbar

633 61	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
685 61	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
713 61	692	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0
			-11.198	0	0
812 61	692	Kosten für erstmalige Einrichtung	0	0	0
			0	0	0
883 61	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			39.390.588	0	0
893 61	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			1.383.946	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61

0	0	0
	0	0

62 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums der Finanzen - Hochbau - (Epl. 20)

Übertragbar

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 16 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
713 62	165	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0
			19.857.936	0	0
812 62	165	Kosten für die erstmalige Einrichtung	0	0	0
			1.020.429	0	0
821 62	165	Grunderwerb	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0
				0	0
64		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales (Epl. 14)			
		Übertragbar			
533 64	791	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
633 64	421	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			5.208.368	0	0
671 64	791	Erstattungen an sonstige Bereiche	0	0	0
			0	0	0
682 64	691	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
683 64	791	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			162.337	0	0
685 64	791	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			-50.517	0	0
733 64	791	Neubau, Umrüstung, Erneuerung und Weiterentwicklung von Intelligenten Verkehrssystemen im Bereich klassifizierter Straßen	0	0	0
			0	0	0
883 64	423	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			21.829.708	0	0
891 64	791	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
892 64	791	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			29.749	0	0
894 64	791	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			-47.647	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0	0
				0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 16 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
65		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Epl. 15)			
		Übertragbar			
633 65	623	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
682 65	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
683 65	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
684 65	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
685 65	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
883 65	642	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 8.902.425	0 0	0 0
892 65	642	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 15.250.349	0 0	0 0
893 65	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 9.227.441	0 0	0 0
894 65	623	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	0 0	0 0
66		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Epl. 06)			
		Übertragbar			
685 66	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 11.652.420	0 0	0 0
686 66	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
812 66	139	Erwerb von Geräten und sonstige bewegliche Sachen	0 24.016.871	0 0	0 0
893 66	162	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 16 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
894 66	139	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 28.796.216	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0 0	0 0
67		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bildung (Epl. 07)			
		Übertragbar			
812 67	692	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
883 67	692	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Schulträger	0 10.004.349	0 0	0 0
893 67	692	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger	0 1.184.023	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			0	0 0	0 0
68		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (Epl. 08)			
		Übertragbar			
633 68	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
683 68	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 -28.676	0 0	0 0
685 68	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 77.693	0 0	0 0
686 68	692	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 16.705.472	0 0	0 0
831 68	691	Erwerb von Beteiligungen	0 1.500.000	0 0	0 0
862 68	691	Darlehen an private Unternehmen	0 7.250.000	0 0	0 0
883 68	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 34.117	0 0	0 0
892 68	691	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 24.182.612	0 0	0 0
894 68	691	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 -756.913	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 16 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 68

0 0 0
0 0

70 Zuschüsse und Zuweisungen aus dem MWU-Darlehensfonds für innovative Projekte (Epl. 15)

Übertragbar

883 70 642 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände 0 0 0
0 0 0

891 70 646 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen 0 0 0
0 0 0

892 70 642 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen 0 0 0
0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70

0 0 0
0 0

72 Zuschüsse und Zuweisungen für Investitionen im Zuge der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Entwicklungsstrategie (Community Led Local Development - CLLD) im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums der Finanzen - EU-VB EFRE/ESF

Übertragbar

633 72 692 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände 0 0 0
0 0 0

682 72 692 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen 0 0 0
0 0 0

683 72 692 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen 0 0 0
0 0 0

684 72 692 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen 0 0 0
0 0 0

685 72 692 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0
0 0 0

883 72 692 Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände 0 0 0
2.350.643 0 0

891 72 692 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen 0 0 0
0 0 0

892 72 692 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen 0 0 0
0 0 0

893 72 692 Zuschüsse für Investitionen an freie Träger 0 0 0
1.532.411 0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 16 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
894 72	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			0	0 0	0 0
73		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (Epl. 17)			
		Übertragbar			
511 73	187	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
633 73	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 3.425.219	0 0	0 0
685 73	187	Zuschüsse für laufende Zwecke	0 0	0 0	0 0
686 73	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 2.904.861	0 0	0 0
883 73	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 10.564.128	0 0	0 0
893 73	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 6.187.302	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 16 Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.550.000	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	29.450.000	0	25.000.000
Gesamteinnahme		31.000.000	0	25.000.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	25.000.000
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		0	0
Gesamtausgabe		0	0	25.000.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		31.000.000	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 17 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Innerhalb des Kapitels 1317 sind alle Titelgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Ausgaben des Titels 689 01 dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen im Kapitel 1317.

Erläuterungen:

Im Jahr 2025 erfolgen die im Hinblick auf das abschließende Gewährpaket notwendigen Abschlussarbeiten. Das abschließende Gewährpaket ist spätestens im Februar 2026 bei der Europäischen Kommission einzureichen.

Einnahmen

119 41	253	Rückflüsse aus Rückforderungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Erstattungsansprüchen im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung Programmzeitraum 2014 - 2020. Die Einnahmen müssen an die EU-Kommission zurückgeführt werden.

119 51	253	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			16.815		

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Verzinsung der Erstattungsansprüche im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung Programmzeitraum 2014 bis 2020.

271 01	253	Erstattungen aus dem EU-Sozialfonds	19.000.000	0	0
			111.485.918		

359 01	851	Entnahmen aus der Rücklage EFRE und ESF zurückliegende Förderperioden	0	0	5.000.000
			0		

Erläuterungen:

Verwendung von Einnahmen aus Vorjahren, die nicht zur Deckung der EU-Ausgaben benötigt wurden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 17 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

689 01	253	Rückzahlungen an die EU-Kommission	0	0	5.000.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Rückzahlungen an die EU-Kommission im Ergebnis der Einreichung des abschließenden Gewährpakets und der anschließenden Prüfung durch die Europäische Kommission. Der veranschlagte Rückzahlbetrag resultiert daraus, dass der zu Beginn der Förderperiode seitens der EU-Kommission gezahlte Vorschuss nicht vollständig mit förderfähigen Ausgaben unterlegt werden konnte.

919 01	851	Zuführungen an die Rücklage EFRE und ESF zurückliegende Förderperioden	0	0	0
			0	0	0

*** Einnahmen, die nicht zur Deckung von Ausgaben des Kapitels 1317 benötigt werden, sind der Rücklage "EFRE und ESF zurückliegende Förderperioden" zuzuführen.

Erläuterungen:

Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO

Titelgruppe(n)

62 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales (Epl. 14)

Übertragbar

633 62	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

684 62	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0
				0	0

63 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Epl. 05)

Übertragbar

633 63	253	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			181.440	0	0

681 63	153	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	0	0	0
			1.133.774	0	0

682 63	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

683 63	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			5.062.178	0	0

684 63	266	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			984.420	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 17 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
685 63	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			-12.502	0	0
686 63	253	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			864.825	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			0	0	0
				0	0
64		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz (Epl. 11)			
		Übertragbar			
683 64	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
684 64	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			-82.718	0	0
685 64	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0	0
				0	0
65		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Epl. 15)			
		Übertragbar			
633 65	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
683 65	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
684 65	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			439.202	0	0
685 65	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	0	0
				0	0
66		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Epl. 06)			
		Übertragbar			
684 66	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 17 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
685 66	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 6.309.230	0 0	0 0
686 66	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0 0	0 0
67		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bildung (Epl. 07)			
		Übertragbar			
422 67	141	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0 0	0 0	0 0
427 67	141	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 998	0 0	0 0
428 67	141	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
525 67	141	Aus- und Fortbildung	0 51.184	0 0	0 0
633 67	141	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 98.476	0 0	0 0
683 67	141	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 132.171	0 0	0 0
684 67	141	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0 459.587	0 0	0 0
685 67	141	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 67	141	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			0	0 0	0 0
68		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (Epl. 08)			
		Übertragbar			
683 68	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 103.027	0 0	0 0
686 68	253	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 17 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 17 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
685 72	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			0	0 0	0 0
73		Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (Epl. 17)			
		Übertragbar			
684 73	141	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 73	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 252.156	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 17 Strukturfondsförderung des Europäischen Sozialfonds (ESF V) 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	19.000.000	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			5.000.000
Gesamteinnahme		19.000.000	0	5.000.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	5.000.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		0	0
			0	0
Gesamtausgabe		0	0	5.000.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		19.000.000	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 18 Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des EFRE V 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Förderperiode ist ausgabenseitig grundsätzlich abgeschlossen. Es werden keine Ausgaben mehr im Rahmen der Technischen Hilfe bezogen auf die Strukturfondsförderung des EFRE V 2014 - 2020 getätigt.

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Technischen Hilfe im engeren Sinne - EU-Anteil

Übertragbar

422 61	692	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0 496.008	0 0	0 0
428 61	692	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 683.495	0 0	0 0
522 61	692	Gutachten	0 95.019	0 0	0 0
526 61	692	Evaluierung	0 34.552	0 0	0 0
531 61	692	Öffentlichkeitsarbeit	0 16.216	0 0	0 0
532 61	692	Öffentlichkeitsarbeit CLLD	0 4.986	0 0	0 0
547 61	692	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 14.613	0 0	0 0
671 61	692	Clearing, Consulting, Controlling	0 2.802.142	0 0	0 0
682 61	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 285.921	0 0	0 0
685 61	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 56.799	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0 0	0 0

62 Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Technischen Hilfe im engeren Sinne - Landesanteil

Übertragbar

422 62	692	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0 121.688	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 18 Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des EFRE V 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
428 62	692	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			170.874	0	0
522 62	692	Gutachten	0	0	0
			23.755	0	0
526 62	692	Evaluierung	0	0	0
			8.638	0	0
531 62	692	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			4.054	0	0
532 62	692	Öffentlichkeitsarbeit CLLD	0	0	0
			1.247	0	0
547 62	692	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			3.653	0	0
671 62	692	Clearing, Consulting, Controlling	0	0	0
			700.535	0	0
682 62	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			71.480	0	0
685 62	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			14.200	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0
				0	0
71		Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Technischen Hilfe im weiteren Sinne - EU-Anteil			
		Übertragbar			
428 71	692	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			47.559	0	0
531 71	692	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			37.646	0	0
671 71	029	Dienstleistungen der Investitionsbank	0	0	0
			8.847.581	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 71			0	0	0
				0	0
72		Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Technischen Hilfe im weiteren Sinne - Landesanteil			
		Übertragbar			
428 72	692	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			11.890	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 18 Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des EFRE V 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		
531 72	692	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			9.412	0	0
671 72	692	Dienstleistungen der Investitionsbank	0	0	0
			2.212.019	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			0	0	0
				0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 18 Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des EFRE V 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamtausgabe		0	0	0
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 19 Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des ESF V 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Förderperiode ist ausgabenseitig grundsätzlich abgeschlossen. Es werden keine Ausgaben mehr im Rahmen der Technischen Hilfe bezogen auf die Strukturfondsförderung des ESF V 2014 - 2020 getätigt.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

61 Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Technischen Hilfe im engeren Sinne - EU-Anteil

232 61	253	Rückerstattung anderer Bundesländer für Leitstelle efREporter	0 1.941.023	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0

62 Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Technischen Hilfe im engeren Sinne - Landesanteil

232 62	253	Rückerstattung anderer Bundesländer für Leitstelle efREporter	0 485.256	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 19 Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des ESF V 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Technischen Hilfe im engeren Sinne - EU-Anteil

Übertragbar

422 61	253	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0 20.745	0 0	0 0
428 61	253	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 500.304	0 0	0 0
522 61	253	Gutachten	0 54.551	0 0	0 0
526 61	253	Evaluierung	0 14.808	0 0	0 0
531 61	253	Öffentlichkeitsarbeit	0 6.950	0 0	0 0
532 61	253	Öffentlichkeitsarbeit CLLD	0 2.137	0 0	0 0
547 61	253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 6.263	0 0	0 0
671 61	253	Clearing, Consulting, Controlling	0 3.571.363	0 0	0 0
682 61	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 122.538	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0 0	0 0

62 Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Technischen Hilfe im engeren Sinne - Landesanteil

Übertragbar

422 62	253	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0 5.186	0 0	0 0
428 62	253	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 125.076	0 0	0 0
522 62	253	Gutachten	0 13.638	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 19 Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des ESF V 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
526 62	253	Evaluierung	0 3.702	0 0	0 0
531 62	253	Öffentlichkeitsarbeit	0 1.737	0 0	0 0
532 62	253	Öffentlichkeitsarbeit CLLD	0 534	0 0	0 0
547 62	253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 1.566	0 0	0 0
671 62	253	Clearing, Consulting, Controlling	0 892.841	0 0	0 0
682 62	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 30.634	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0 0	0 0
71		Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Technischen Hilfe im weiteren Sinne - EU-Anteil			
		Übertragbar			
428 71	253	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 144.045	0 0	0 0
671 71	029	Dienstleistungen der Investitionsbank	0 -105.628	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 71			0	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 19 Technische Hilfe im Rahmen der Strukturfondsförderung des ESF V 2014 - 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		0	0	0
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 20 Vermögensverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

121 11 812 Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des öffentlichen Rechts **0** **0** **0**
0

121 12 812 Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des privaten Rechts **6.036.600** **5.099.500** **6.518.500**
3.533.838

Erläuterungen:

Die Beteiligungen des Landes Sachsen-Anhalt und die zu erwartenden Gewinne sind - bei Ansatzveranschlagung - in der Beilage 1 zum Einzelplan 13 sachlich geordnet und zusammengestellt.

134 01 812 Kapitalrückzahlungen der HTP GmbH **0** **0** **50.000.000**
0

*** Einnahmen sind zur Tilgung bei Kapitel 1325 Titel 325 02 zu verwenden.

161 03 812 Zinseinnahmen durch die Inanspruchnahme von Betriebsmittelvorschüssen im Einzelplan 09 **1.000** **1.000** **1.000**
0

Erläuterungen:

Die nach § 26 LHO wirtschaftenden Landesbetriebe (Landwirtschaftlicher Betrieb - Tierproduktion Iden, Landesforstbetrieb, Landesbetrieb für Privatwaldbetreuung und Forstservice) erhalten zur Sicherstellung der Liquidität Betriebsmittelvorschüsse. Für die Inanspruchnahme sind Zinsen zu berechnen.

162 55 812 Zinsen aus Zwischenanlagen für Wirtschafts-, Agrar- und Wohnungsbauförderung **0** **300.000** **300.000**
0

Erläuterungen:

Es handelt sich um die Vereinnahmung von Zinsen aus der Verwaltung von Treuhandmitteln der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, die dem Landeshaushalt zugeführt werden.

382 07 891 Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG - Zinsen - **411.200** **315.000** **315.000**
228.696

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 20 Titel 982 04.

Erläuterungen:

Die Gewährung der öffentlichen Darlehen erfolgt im Rahmen der Förderung der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe im Haupterwerb. Die Darlehen sind mit 1 v. H. zu verzinsen. Der Bundesanteil der Zinsrückführungen beträgt 60 v. H.

382 08 891 Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG - Tilgungen - **2.752.300** **2.752.300** **2.752.300**
2.524.327

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 20 Titel 982 04.

Erläuterungen:

Die Gewährung der öffentlichen Darlehen erfolgt im Rahmen der Förderung der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe im Haupterwerb. Die Darlehen sind nach vier tilgungsfreien Jahren unter Zuwachs der ersparten Zinsen mit 2 v. H. zu tilgen. Der Bundesanteil der Tilgungsrückführungen beträgt 60 v. H.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 20 Vermögensverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

67 Darlehen aus dem Epl. 06

Erläuterungen:

Aufgrund des 25. BAföG-Änderungsgesetzes übernimmt der Bund ab 2015 die Förderung in voller Höhe. Gemäß § 56 Abs. 2 BAföG hat das Bundesverwaltungsamt von den ab dem Jahr 2015 eingezogenen Beträgen und Zinsen aus Darlehen nach § 17 Absatz 2 Satz 1 insgesamt 2,058 Milliarden Euro an die Länder abzuführen. Die pauschalierte Auskehrung wird sich voraussichtlich über rund elf Jahre ab 2015 erstrecken (vgl. BT-Drs. 18/2663, S. 50). Die letzten Einnahmen werden zum Haushaltsjahr 2025 erwartet.

Gem. § 56 Abs. 2a BAföG hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau 35 vom Hundert der von ihr nach § 18d Absatz 1 für den Bund eingezogenen Beträge und Zinsen aus Darlehen, die ihr bis zum 31. Dezember 2014 erstattet wurden, in dem Verhältnis an die Länder abzuführen, in dem die auf Bewilligungsbescheide der Ämter aus den Jahren 2012 bis 2014 gezahlten Darlehensbeträge zueinander stehen.

162 67	812	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	0 0	0	0
182 67	812	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	5.635.000 5.627.333	5.280.000	15.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			5.635.000	5.280.000	15.000

68 Darlehen aus dem Epl. 09

162 68	812	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	274.200 152.464	210.000	210.000

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 382 07 und zu Titel 382 08.

Zinsen aus öffentlichen Darlehen im Rahmen der Förderung der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe im Haupterwerb (Landesanteil 40 v. H.).

182 68	812	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	1.834.800 1.682.885	1.834.800	1.834.800

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 382 07 und zu Titel 382 08.

Darlehensrückflüsse aus öffentlichen Darlehen im Rahmen der Förderung der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe im Haupterwerb (Landesanteil 40 v. H.).

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			2.109.000	2.044.800	2.044.800

69 Darlehen aus dem Epl. 14

162 69	812	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	0 0	0	0

173 69	812	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0	0

182 69	812	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	0 0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 20 Vermögensverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	0	0	0

72 Darlehen aus dem Epl. 08

Erläuterungen:

Rückflüsse aus den bisher ausgereichten Darlehen im Sondervermögen "Förderfonds Sachsen-Anhalt". Die Rückflüsse aus gewährten EU - Mitteln für Programme zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind veranschlagt im Einzelplan 08.

162 72	812	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	0	0	0
			60.615		

Erläuterungen:

Zinsrückflüsse aus den ausgereichten Darlehen im Sondervermögen "Förderfonds Sachsen-Anhalt".

182 72	812	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Tilgungsrückflüsse aus den ausgereichten Darlehen im Sondervermögen "Förderfonds Sachsen-Anhalt".

Nachrichtlich: Summe TGr. 72	0	0	0

73 Darlehen aus dem Epl. 03

162 73	812	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	0	0	0
			0		

182 73	812	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 20 Vermögensverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	812	Ausgaben für Studien, Gutachten und Beraterverträge	375.000	50.000	150.000
			220.684	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Begleitung und Unterstützung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des zentralen Beteiligungsmanagements

1. Projekt Risikomanagement i. H. v. 75.000 Euro

Inhalt:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat mit seinem Beschluss zur Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2010 vom 21.03.2013 auf Empfehlung des Unterausschuss Rechnungsprüfung vom 02.05.2012 die Landesregierung beauftragt, eine regelmäßige Evaluation für alle Beteiligungen des Landes unabhängig von der Organisationsform der Beteiligungsverwaltung durchzuführen. Schwerpunkt der Untersuchung ist die Identifizierung von Risiken für das Land Sachsen-Anhalt, welche sich aus dem Beteiligungsportfolio ergeben können.

Die PD hat im Zeitraum 2023/24 ein Fachkonzept für ein Risikomanagementtool erarbeitet, welches das Land Sachsen-Anhalt in den Stand versetzt, für das Land relevante Risiken seiner Beteiligungen zu erfassen und portfolioübergreifend zu bewerten sowie zu steuern. Im Haushaltsjahr 2026 soll das Risikomanagement für das Beteiligungsportfolio implementiert werden. Im Rahmen der Einführung und des Changemanagements ist eine externe Begleitung vorgesehen.

Ziel:

Nachdem die PD das Fachkonzept erstellt hat, wird diese über eine Inhouse-Vergabe mit der Beratungsleitung zur Implementierung beauftragt.

Zeitraum:

Die Implementierung des Risikomanagements soll im 1. Halbjahr 2026 starten und voraussichtlich bis zum 31.12.2026 abgeschlossen werden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 20 Vermögensverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

2. Projekt Nachhaltigkeit

Im Jahr 2025 sind noch nachlaufende Beratungsbedarfe insbesondere bei der Implementierung der Nachhaltigkeitsstrategien der Unternehmen sowie der Erhebung von geeigneten Kennzahlen für die künftige Nachhaltigkeitsberichterstattung im Beteiligungsbericht zu erwarten.

a) Implementierung der Nachhaltigkeitsstrategien in 2025 (25.000 Euro)

Inhalt:

In den Jahren 2023 und 2024 wurden im Rahmen des Nachhaltigkeitsprojekts in den Landesbeteiligungen die Grundlagen für die Erstellung von unternehmenseigenen Nachhaltigkeitskonzepten im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt gelegt. Daneben wurden auch die wesentlichen Kennzahlen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung identifiziert.

Ziel:

Mit Unterstützung des Beratungsunternehmens sollen die entwickelten Nachhaltigkeitsstrategien in die Unternehmenspraxis integriert werden. Zudem sollen wirtschaftliche Verfahren zur tatsächlichen Erhebung der notwendigen Unternehmenskennzahlen im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung eingeführt werden.

Zeitraum:

Die Betreuung durch das Beratungsunternehmen soll im gesamten Jahr 2025 erfolgen.

b) Unterstützung bei der Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten in 2026 (25.000 Euro)

Inhalt:

Im Jahr 2026 sind durch die Beteiligungsunternehmen erstmalig Nachhaltigkeitsberichte für das vorangegangene Geschäftsjahr 2025 nach den Vorgaben der europäischen Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) bzw. dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) zu erstellen.

Ziel:

Mit Unterstützung eines externen Beraters sollen die erforderlichen Nachhaltigkeitsberichte durch die projektbeteiligten Unternehmen erstellt werden. Hierzu ist es erforderlich im Rahmen des Netzwerkes der Nachhaltigkeitskoordinatoren Workshops durchzuführen und Beratungssprechstunden zu Einzelfragen anzubieten. In diesem Zusammenhang ist auch eine Schulung der Beteiligungsverwaltungen und der Mitglieder der Aufsichtsräte zur Auswertung der Nachhaltigkeitsberichte erforderlich.

Zeitraum:

Die Betreuung durch das Beratungsunternehmen soll im gesamten Jahr 2026 erfolgen.

3. Neustrukturierung SALEG

Im Jahr 2025 wird für den Abschluss der Neustrukturierung der SALEG zur Herstellung der Inhouse-Fähigkeit mit weiteren Kosten in Höhe von 25.000 Euro gerechnet.

Inhalt:

Nachdem planmäßig zum Anfang Januar 2025 die betrieblichen, strukturellen und gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen wurden, damit die Dienstleistungen der SALEG durch das Land künftig inhouse gem. § 108 GWB beauftragt werden können, sollen im Jahr 2025 u.a. Kommunen im Land die Möglichkeit erhalten, der neu gegründeten Landesgesellschaft SALEG Landes- und Kommunalservicegesellschaft mbH ("SALEG Service GmbH") beizutreten, um deren Leistungen im Rahmen der Inhouse-Beauftragung in Anspruch nehmen zu können.

Ziel:

Es soll die Unterstützung externer Rechts-, Steuer und Wirtschaftsberatung in Anspruch genommen werden, um die Herstellung der Inhouse-Fähigkeit der neuen SALEG Service GmbH abzuschließen und so eine Möglichkeit zu bieten, die es Kommunen und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten, Stiftungen und öffentlichen Unternehmen im Land erlaubt, dem Gesellschafterkreis der SALEG Service GmbH künftig in einem standardisierten Verfahren beizutreten. Außerdem ist es erforderlich, durch externe Berater die Inhouse-Fähigkeit der erreichten Struktur überprüfen und gutachterlich bestätigen zu lassen. Dies schafft Rechtssicherheit auch für Kommunen, Anstalten, Stiftungen etc., die den Wunsch äußern dem Gesellschafterkreis der SALEG Service GmbH beizutreten.

Zeitraum:

Die erforderlichen Leistungen sollen vollständig im ersten Halbjahr 2025 in Anspruch genommen werden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 20 Vermögensverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
526 01	812	Gerichts- und ähnliche Kosten	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich Leertitel			
533 01	812	Dienstleistungen Außenstehender	25.000 0	25.000 0	25.000 0
		Erläuterungen: Schulungsmaßnahmen für Gremienmitglieder, Informationsveranstaltungen für Geschäftsführer, Unterstützungsmaßnahmen für die Erstellung und Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes sowie Nutzerschulungen für die neu eingeführte Beteiligungsmanagementsoftware.			
831 29	812	Kapitalzuführungen an die MF AG	0 0	25.000.000 0	0 0
		Erläuterungen: Die Auswirkungen der Krisen wirken zu einem großen Teil noch immer fort und haben die MFAG wirtschaftlich weit zurückgeworfen. Die ursprünglich beschlossene Geschäftsplanung, die von einer durch das Unternehmen tragfähigen Fremdfinanzierung ausging, lässt sich aktuell nicht verwirklichen. Ausgehend von einem Sanierungsgutachten soll die bestehende Finanzierungslücke bis Ende 2026 durch verschiedene Bausteine im Rahmen eines vereinbarten Finanzierungskonzeptes geschlossen werden. Damit soll die Finanzierungsfähigkeit der MFAG-Gruppe wiederhergestellt werden. Als Anteilseigner unterstützt das Land Sachsen-Anhalt den Sanierungskurs und wird im Jahr 2025 eine Zuführung zur Kapitalrücklage in Höhe von bis zu 25 Mio. Euro vornehmen.			
831 30	812	Finanzierung HTP GmbH	1.500.000 0	1.500.000 0	2.000.000 0
		Erläuterungen: Erforderliche Kosten der HTP GmbH zur Aufrechterhaltung des laufenden Geschäftsbetriebs.			
831 31	812	Kapitalzuführungen an die HTP GmbH	250.000.000 0	200.000.000 0	200.000.000 0
		Erläuterungen: Kapitalzuführung an die HTP GmbH für den Ankauf der erforderlichen Flächen, deren Erschließung und des späteren Betriebs des High-Tech Parks (HTP).			
831 33	812	Errichtung und Anschubfinanzierung der SALEG Landes- und Kommunalservicegesellschaft mbH	0 0	500.000 0	0 0
831 34	812	Kauf weiterer SALEG mbH - Anteile	0 7.250.390	0 0	0 0
		Erläuterungen: Anteilskauf wurde in 2023 vollzogen.			
831 35	812	Kapitalzuführung an die IPS GmbH	190.007.300 25.731.200	180.150.000 0	273.445.000 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 20 Vermögensverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 831 35

Erläuterungen:

Die Kapitalzuführung erfolgt hauptsächlich zur weiteren Entwicklung der bereits an die IPS übertragenen Projekte, zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs der Gesellschaft und zur grundsätzlichen Ermöglichung der Umsetzung des Gesellschaftszwecks. Der abschätzbare Gesamtumfang der Maßnahmen auf Basis aktueller Planungsstände stellt sich wie folgt dar:

- Ersatzneubau Dienstgebäude des LKA am Standort Barleben (ca. 25.080.000 € / 85.000.000 €)
- Neubau einer Justizvollzugsanstalt am Standort Halle (Saale) OT Tornau (ca. 1.000.000 € / 3.500.000 €)
- Erweiterung der Justizvollzugsanstalt am Standort Volkstedt 1. Bauabschnitt (ca. 80.000.000 € / 57.760.000 €)
- Errichtung einer Abschiebungssicherungseinrichtung am Standort Volkstedt (ca. 17.415.000 € / 13.645.000 €)
- Errichtung eines Gebäudes zur konzentrierten Unterbringung des AG Aschersleben (ca. 2.500.000 € / 12.000.000 €)
- Maßnahmen zur Sicherstellung der Unterbringung des FA Dessau-Roßlau (ca. 280.000 € / 0 €)
- Maßnahmen zur zukünftigen Unterbringung des LVerGeo in Dessau (ca. 1.810.000 € / 0 €)
- Maßnahmen Projekt "Neuer Campus Zentralklinikum" für das Universitätsklinikum Magdeburg (ca. 26.000.000 € / 63.000.000 €)
- Neubau Ministerministerium (ca. 2.500.000 € / 10.000.000 €)
- Neubau Finanzamt Staßfurt (ca. 1.500.000 € / 8.500.000 €)
- Neubau Anwärterwohnheim (ca. 12.215.000 € / 12.215.000 €)
- Neubau Parkhaus am Campus der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU) (ca. 8.000.000 € / 5.875.000 €)

Die dargestellten Bedarfe werden mit den durchzuführenden Planungen (Planungsleistungen in den Leistungsphasen 1 bis 3 nach HOAI), den damit in Zusammenhang entstehenden Kosten, weiteren Kosten für rechtliche Beratungen und insbesondere auch Begleitungen im Kontext mit den erforderlichen (europaweiten) Ausschreibungsverfahren, den notwendigen Grundstücksankäufen, durchzuführenden Voruntersuchungen bzw. (archäologische) Erkundungen an den Standorten und ersten Sanierungsmaßnahmen bei den Liegenschaften in Dessau-Roßlau begründet.

Die Planungskosten orientieren sich im Wesentlichen auch an den geschätzten Baukosten. Dabei entfällt ca. ein Anteil zwischen 24/100 bis hin zu 40/100 der Gesamtplanungskosten auf die Leistungsphasen 1 bis 3 nach HOAI.

Für die Projekte Ersatzneubau des LKA in Barleben, Erweiterung der JVA Volkstedt 1. Bauabschnitt, Errichtung der Abschiebesicherungseinrichtung Volkstedt, Errichtung eines Neubaus für das AG Aschersleben, Neubau Anwärterwohnheim und Neubau Parkhaus am Campus der OvGU werden die Bedarfe zudem begründet für weitere Kosten im Zusammenhang mit den Leistungsphasen 4 bis 7 nach HOAI (Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung und Vergabe von Bauleistungen) und für die Projekte (JVA Volkstedt, Abschiebesicherungseinrichtung Volkstedt, Neubau AG Aschersleben, Neubau Anwärterwohnheim und Neubau Parkhaus am Campus der OvGU) für Kosten im Zusammenhang mit Bauleistungen.

Für Personal- und Verwaltungsaufwand bzw. den Geschäftsbetrieb der IPS werden weitere ca. 1.850.000 € für 2025 bzw. 1.950.000 € für 2026 veranschlagt.

Unter Berücksichtigung der projektspezifischen Fortschritte sind Verschiebungen hinsichtlich der unterschiedlichen IST-Werte bis zum Ende des HH 2026 möglich. Der Gesamtansatz in entsprechend benannter Höhe wird dennoch nicht überschritten. Einen Anspruch der IPS auf Zuführung des Gesamtbetrages besteht nicht. Es erfolgen bedarfsgerechte quartalsweise Zuführungen.

831 36	812	Kauf von Anteilen der Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (AMG)	0	0	0
			78.423	0	0

Erläuterungen:

2023 wurde der Anteilskauf vollzogen.

982 04	891	Abführung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG	3.163.500	3.067.300	3.067.300
			2.753.024	0	0

Übertragbar

- * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 20 Titel 382 07 und Kapitel 13 20 Titel 382 08.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Titel 382 07 und zu Titel 382 08. Hier ist der Bundesanteil von 60 v. H. veranschlagt.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 20 Vermögensverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Zuschüsse und Kapitalzuführungen an die Mitteldeutsche Medienförderung GmbH

Erläuterungen:

Die Mitteldeutsche Medienförderung GmbH (MDM) ist eine gemeinsam von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie MDR und ZDF finanzierte Gesellschaft. Hier wird der - entsprechend Ländervereinbarung vorgesehene Zuschussbeitrag - veranschlagt. Das Land Sachsen-Anhalt ist mit 20 v. H. an der MDM beteiligt.

682 61	812	Zuschüsse zum Ausgleich von Verlusten	845.000 806.004	849.000 0	853.000 0
831 61	812	Kapitalzuführungen an Unternehmen	3.049.800 2.843.996	3.045.000 0	3.041.000 0

Erläuterungen:

Die Mitteldeutsche Medien GmbH ist eine gemeinsam von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie MDR und ZDF finanzierte Gesellschaft. Hier wird der - entsprechend Ländervereinbarung vorgesehene Zuschussbeitrag - veranschlagt. Das Land ist mit 20 v. H. an der Mitteldeutschen Medien GmbH beteiligt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			3.894.800	3.894.000 0	3.894.000 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 20 Vermögensverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13.781.600	12.725.300	58.879.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	3.163.500	3.067.300	3.067.300
Gesamteinnahme		16.945.100	15.792.600	61.946.600

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	400.000	75.000 0	175.000 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	845.000	849.000 0	853.000 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	444.557.100	410.195.000 0	478.486.000 0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	3.163.500	3.067.300 0	3.067.300 0
Gesamtausgabe		448.965.600	414.186.300	482.581.300
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-432.020.500	-398.393.700	-420.634.700

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Innerhalb des Kapitels 1321 sind alle Ausgabetitelgruppen gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme der Titelgruppen 81 und 97.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Im Kapitel 1321 werden die im Rahmen des "EFRE-Programms 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" vorgesehenen EFRE-Mittel für das Land Sachsen-Anhalt veranschlagt. Als Bestandteil dieses Programms werden hier auch die EU-Mittel des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) ausgewiesen. Für den Bereich der Zuschüsse und Zuweisungen im Zuge der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Entwicklungsstrategien (Community-Led Local Development - CLLD) sind in diesem Kapitel zusätzlich auch die Landesmittel (TGr. 97) enthalten.

Der EFRE zielt insbesondere auf die Sicherung langfristigen Wachstums auf Basis von FuE und Innovation ab. Darüber hinaus steht die Bewältigung des demografischen Wandels im Fokus. Der JTF dient der Unterstützung der europäischen Kohleregionen beim Übergang zu einer weitgehend treibhausneutralen Wirtschaft und Gesellschaft.

Für die Laufzeit 2021 - 2027 (2029) stehen dem Land für das Programm (inkl. Pauschalbetrag Technische Hilfe) insgesamt bis zu rd. 1.676 Mio. Euro zur Verfügung.

Für die Fachbereiche der bewirtschaftenden Ressorts sind im Kapitel 1321 je Einzelplan folgende Titelgruppen veranschlagt:

- TGr. 62 Ministerium der Finanzen - Hochbau - (Epl. 20)
- TGr. 64 Ministerium für Infrastruktur und Digitales (Epl. 14)
- TGr. 65 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Epl. 15)
- TGr. 66 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Epl. 06)
- TGr. 68 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (Epl. 08)
- TGr. 70 CO2-Darlehensfonds des MWU (Epl. 15)
- TGr. 72 Investitionen im Zuge der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklungsstrategien (Community-Led Local Development - CLLD) - EU-Anteil
- TGr. 80 Förderung im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF)
- TGr. 81 Aufwendungen für die Umsetzung des EFRE-Programms 2021 - 2027
- TGr. 97 Investitionen im Zuge der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklungsstrategien (Community-Led Local Development - CLLD) - Landesanteil

In den Erläuterungen zu den Titeln dieser Titelgruppe ist die Aufteilung der Haushaltsplanansätze auf die Aktionen bzw. Teilaktionen des Programms dargestellt. Die Bezeichnungen entsprechen im Wesentlichen denen der jeweiligen Finanzplanebene. Inhaltliche Erläuterungen zu den einzelnen Aktionen bzw. Teilaktionen können dem jeweiligen Maßnahmenbogen entnommen werden.

Auf die Ausführungen im Vorbericht, insbesondere bezüglich der Veranschlagung der Kofinanzierungsmittel, wird verwiesen.

Einnahmen

119 51	693	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Verzinsung der Erstattungsansprüche im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung Programmzeitraum 2021 bis 2027.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

271 01	693	Erstattungen von der EU	72.496.800	99.968.900	100.875.300
			9.762.606		

Erläuterungen:

Vorfinanzierungen der EU-Kommission für die EFRE-Förderung 2021 - 2027 sowie Einnahmen für konsumtive Strukturfondsausgaben. Ab dem Haushaltsjahr 2025 werden die Einnahmen für die JTF-Förderung in der TGr. 80 veranschlagt.

Die Höhe der Einnahmen steht in direkter Abhängigkeit zu den tatsächlich getätigten Ausgaben. Die Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des EFRE VI werden von der EU-Kommission auf Antrag erstattet. Die Beantragung erfolgt ausschließlich durch die EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF im Ministerium der Finanzen.

346 01	693	Zuschüsse für Investitionen von der EU	169.980.300	140.333.600	213.453.500
			11.729.198		

Erläuterungen:

Vorfinanzierungen der EU-Kommission für die EFRE-Förderung 2021 - 2027 sowie Einnahmen für investive Strukturfondsausgaben. Ab dem Haushaltsjahr 2025 werden die Einnahmen für die JTF-Förderung in der TGr. 80 veranschlagt.

Die Höhe der Einnahmen steht in direkter Abhängigkeit zu den tatsächlich getätigten Ausgaben. Die Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des EFRE VI werden von der EU-Kommission auf Antrag erstattet. Die Beantragung erfolgt ausschließlich durch die EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF im Ministerium der Finanzen.

359 01	851	Entnahmen aus der Rücklage EFRE/JTF und ESF laufende Förderperiode	0	0	0
			37.530		

Erläuterungen:

Verwendung von Einnahmen aus Vorjahren, die nicht zur Deckung der EU-Ausgaben benötigt wurden.

Titelgruppe(n)

80 Förderung im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF)

Erläuterungen:

Die Einnahmen für den JTF waren bis zum Haushaltsjahr 2024 anteilig bei Kapitel 1321 Titel 271 01 und 346 01 veranschlagt.

Die Höhe der Einnahmen steht in direkter Abhängigkeit zu den tatsächlich getätigten Ausgaben. Die Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des JTF werden von der EU-Kommission auf Antrag erstattet. Die Beantragung erfolgt ausschließlich durch die EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF im Ministerium der Finanzen.

271 80	692	Erstattungen von der EU	0	14.866.900	14.896.900
			0		

Erläuterungen:

Vorfinanzierungen der EU-Kommission für die JTF-Förderung 2021 - 2027 sowie Einnahmen für konsumtive Ausgaben im Zusammenhang mit dem JTF. Bis zum Haushaltsjahr 2024 wurden die Einnahmen für die JTF-Förderung im Titel 1321 271 01 veranschlagt.

Die Höhe der Einnahmen steht in direkter Abhängigkeit zu den tatsächlich getätigten Ausgaben. Die Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des JTF werden von der EU-Kommission auf Antrag erstattet. Die Beantragung erfolgt ausschließlich durch die EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF im Ministerium der Finanzen.

346 80	692	Zuschüsse für Investitionen von der EU	0	37.461.200	100.643.100
			0		

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 346 80

Erläuterungen:

Vorfinanzierungen der EU-Kommission für die JTF-Förderung 2021 - 2027 sowie Einnahmen für investive Ausgaben im Zusammenhang mit dem JTF. Bis zum Haushaltsjahr 2024 wurden die Einnahmen für die JTF-Förderung im Titel 1321 346 01 veranschlagt.

Die Höhe der Einnahmen steht in direkter Abhängigkeit zu den tatsächlich getätigten Ausgaben. Die Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des JTF werden von der EU-Kommission auf Antrag erstattet. Die Beantragung erfolgt ausschließlich durch die EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF im Ministerium der Finanzen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80	0	52.328.100	115.540.000

81 Aufwendungen für die Umsetzung des EFRE-Programms 2021 - 2027

232 81	692	Rückerstattung anderer Bundesländer für Leitstelle efREporter	4.228.500	4.734.800	4.402.600
			0		

Erläuterungen:

Anteilige Erstattung der Bundesländer für die Weiterentwicklung und Nutzung des efREporters (s. auch Erläuterung zu 1321 671 81).

Nachrichtlich: Summe TGr. 81	4.228.500	4.734.800	4.402.600

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

671 01	692	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	1.937.600
			0	0	0

Erläuterungen:

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich der in der Zweckbestimmung benannten Regelung.

689 01	692	Rückzahlungen an die EU-Kommission	0	0	0
			0	0	0

*** Mehrausgaben können bis zur Höhe der Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO geleistet werden.

Erläuterungen:

Etwaige Rückzahlungen an die EU-Kommission im Ergebnis der Rechnungslegung gemäß Artikel 100 Abs. 2 der VO (EU) Nr. 1060/2021.

Bei der Ermittlung der endgültigen Erstattungen für das vorangegangene Geschäftsjahr berücksichtigt die EU-Kommission im Rahmen der Rechnungslegung gem. Artikel 100 Abs. 1 b) der VO (EU) Nr. 1060/2021 auch die im betreffenden Geschäftsjahr geleisteten Zwischenzahlungen und die in Artikel 100 Abs. 1 c) der VO (EU) Nr. 1060/2021 benannten Vorfinanzierungen. Im Ergebnis kann es ggf. zu Rückforderungen seitens der EU-Kommission kommen, die - sofern möglich - mit nachfolgenden Zahlungen, die für dasselbe Programm noch geschuldet werden, verrechnet werden. Eine derartige Einziehung stellt keine Finanzkorrektur dar und mindert nicht die Unterstützung aus den Fonds für das Programm.

919 01	851	Zuführungen an die Rücklage EFRE/JTF und ESF laufende Förderperiode	0	0	0
			11.491.804	0	0

*** Die nicht zur Deckung von EU-Ausgaben benötigten EU-Einnahmen aus dem EU-Haushalt werden der Rücklage zugeführt.

Erläuterungen:

Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO

Titelgruppe(n)

62 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums der Finanzen - Hochbau - (Epl. 20)

Übertragbar

711 62	165	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	600.000	195.000	954.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10500	Ausbau der anwendungsorientierten öffentlichen FuE-Infrastruktur	0	600.000	195.000	954.000
Zusammen		0	600.000	195.000	954.000

713 62	165	Erschließungs- und Baukosten	1.710.400	2.131.100	5.043.700
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 713 62

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10500	Ausbau der anwendungsorientierten öffentlichen FuE-Infrastruktur	0	1.710.400	2.131.100	5.043.700
Zusammen		0	1.710.400	2.131.100	5.043.700

812 62	165	Kosten für die erstmalige Einrichtung	0	0	13.200
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10500	Ausbau der anwendungsorientierten öffentlichen FuE-Infrastruktur	0	0	0	13.200
Zusammen		0	0	0	13.200

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			2.310.400	2.326.100	6.010.900
				0	0

**64 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des
Ministeriums für Infrastruktur und Digitales (Epl. 14)**

Übertragbar

633 64	421	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	500.000	400.000	300.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E30100	Nachhaltige, multimodale Mobilität	0	500.000	400.000	300.000
Zusammen		0	500.000	400.000	300.000

682 64	691	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	475.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E30100	Nachhaltige, multimodale Mobilität	0	475.000	0	0
Zusammen		0	475.000	0	0

683 64	791	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	580.000	200.000	200.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E30100	Nachhaltige, multimodale Mobilität	0	580.000	200.000	200.000
Zusammen		0	580.000	200.000	200.000

684 64	791	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	320.000	200.000	200.000
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 64

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E30100 Nachhaltige, multimodale Mobilität	0	320.000	200.000	200.000
Zusammen	0	320.000	200.000	200.000

685 64	791	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	475.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E30100 Nachhaltige, multimodale Mobilität	0	475.000	0	0
Zusammen	0	475.000	0	0

686 64	791	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	320.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E30100 Nachhaltige, multimodale Mobilität	0	320.000	0	0
Zusammen	0	320.000	0	0

883 64	791	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.500.000	5.500.000	5.250.000
			0	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E30100 Nachhaltige, multimodale Mobilität	0	7.500.000	5.500.000	5.250.000
Zusammen	0	7.500.000	5.500.000	5.250.000

887 64	791	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0	0	0
			0	0	0

891 64	791	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

892 64	791	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

893 64	791	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

894 64	791	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			10.170.000	6.300.000	5.950.000
				0	0

65 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Epl. 15)

Übertragbar

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

883 65 642 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände **15.550.000** **23.000.000** **46.600.000**
0 0 0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E20100	Energieeffizienzmaßnahmen in öffentl. Infrastrukturen	0	9.000.000	10.000.000	30.000.000
E20400	Energieeffizienz von Trink- u. Abwasseranlagen	0	0	5.000.000	7.000.000
E20810	Sachsen-Anhalt KLIMA III - Klimawandelresilienz	0	2.800.000	1.900.000	2.600.000
E20820	Sachsen-Anhalt KLIMA III - Starkregenrisikomanagement	0	3.750.000	6.100.000	7.000.000
Zusammen		0	15.550.000	23.000.000	46.600.000

892 65 642 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen **15.000.000** **26.000.000** **33.500.000**
0 0 0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E20300	Sachsen-Anhalt ENERGIE	0	6.000.000	10.000.000	12.000.000
	Energieeffizienz in Unternehmen				
E20500	Sektorenkopplung	0	6.000.000	11.000.000	15.000.000
E20600	Energie-Speicherförderprogramm	0	3.000.000	5.000.000	6.500.000
Zusammen		0	15.000.000	26.000.000	33.500.000

893 65 623 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige **6.509.900** **21.330.600** **33.042.600**
0 0 0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E20700	Landeshochwasserschutz	0	6.509.900	21.330.600	33.042.600
Zusammen		0	6.509.900	21.330.600	33.042.600

Nachrichtlich: Summe TGr. 65 **37.059.900** **70.330.600** **113.142.600**
0 0 0

66 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Epl. 06)

Übertragbar

685 66 139 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen **20.922.300** **45.270.300** **15.059.500**
0 0 0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10400	Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT - Forschung und Innovation	0	20.922.300	45.270.300	15.059.500
Zusammen		0	20.922.300	45.270.300	15.059.500

894 66 139 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen **0** **0** **0**
0 0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	20.922.300	45.270.300	15.059.500
		0	0

68 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (Epl. 08)

Übertragbar

683 68	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
686 68	692	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	19.715.000	38.080.000	69.680.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10300	Förderung v. FuE-Projekten, Prozess- u. Organisationsinnovationen sowie Maßnahmen des WTT	0	5.000.000	15.000.000	40.000.000
E10610	Digital Innovation	0	10.675.000	15.000.000	18.450.000
E10620	Digital Creativity	0	3.700.000	7.000.000	10.000.000
E10630	Cross Innovation	0	340.000	1.080.000	1.230.000
Zusammen		0	19.715.000	38.080.000	69.680.000

831 68	691	Erwerb von Beteiligungen	9.000.000	0	0
			10.000.000	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10100	Risikokapitalfonds	10.000.000	9.000.000	0	0
Zusammen		10.000.000	9.000.000	0	0

862 68	691	Darlehen an private Unternehmen	6.200.000	0	18.550.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10700	KMU-Darlehensfonds	0	6.200.000	0	18.550.000
Zusammen		0	6.200.000	0	18.550.000

892 68	691	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	15.000.000	21.000.000	28.000.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10200	Ausbau d. wirtschaftsnahen, anwendungsorientierten Innovationsinfrastruktur für KMU im außeruniversitären Bereich	0	3.000.000	6.000.000	7.000.000
E10900	Kleines Investitionsförderprogramm	0	12.000.000	15.000.000	21.000.000
Zusammen		0	15.000.000	21.000.000	28.000.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

894 68	691	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	4.000.000	5.000.000	5.000.000
			0	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E10800 ego.-Programme (ego.-Inkubator und ego.-Gründungstransfer)	0	4.000.000	5.000.000	5.000.000
Zusammen	0	4.000.000	5.000.000	5.000.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	53.915.000	64.080.000	121.230.000
		0	0

70 Zuschüsse und Zuweisungen aus dem CO2-Darlehensfonds des MWU (Epl. 15)

Übertragbar

891 70	646	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	12.500.000	12.500.000	12.500.000
			0	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E20200 CO2-Darlehensfonds	0	12.500.000	12.500.000	12.500.000
Zusammen	0	12.500.000	12.500.000	12.500.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	12.500.000	12.500.000	12.500.000
		0	0

72 Zuschüsse und Zuweisungen für Investitionen im Zuge der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklungsstrategien (Community-Led Local Development - CLLD) im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums d. Finanzen - EU-VB EFRE/ESF (EU-Anteil)

Übertragbar

633 72	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.940.300	3.359.700	3.363.500
			0	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E40300 Management, Sensibilisierung, LAG-Betrieb (EU)	0	4.940.300	3.359.700	3.363.500
Zusammen	0	4.940.300	3.359.700	3.363.500

683 72	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

684 72	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

685 72	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

883 72	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	5.635.000	23.676.900	25.000.000
			0	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E40200 CLLD-Projekte außerhalb städt. Gebiete EFRE (EU)	0	5.635.000	23.676.900	25.000.000
Zusammen	0	5.635.000	23.676.900	25.000.000

892 72	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

893 72	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 72	10.575.300	27.036.600	28.363.500
		0	0

80 Förderung im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF)

Übertragbar

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind die EU-Mittel des JTF veranschlagt:

	IST 2023	2024	2025	2026
Stk Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Stabsstelle Strukturwandel	0	8.000.000	11.050.200	15.900.200
MB Ministerium für Bildung	0	5.125.000	6.234.500	17.525.500
MWU Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt	0	69.200.000	27.233.400	74.533.300
MID Ministerium für Infrastruktur und Digitales	0	2.950.000	3.850.000	3.900.000
MS Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	0	0	3.960.000	3.681.000
Zusammen	0	85.275.000	52.328.100	115.540.000

Im Sinne einer effektiven Abgrenzung der Fördermöglichkeiten im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes sowie der EU-Fonds und der Absicherung von Vorhaben, die im Sinne der Umsetzung eines innovationsgetragenen und wirtschaftsnahen Strukturwandels bedeutsam sind, soll der Einsatz des JTF auf folgende Förderbereiche konzentriert werden:

1. Verbesserung der Industrieinfrastruktur (insb. Wasserstoff-Infrastruktur, Verfahren zur Ressourceneffizienz)
2. Haltefaktoren für Fachkräfte und Familien (durch Verbesserung der Mobilitätsangebote, dezentrale Co-Working-Spaces im ländlichen Raum)
3. Bildung, Forschung und Entwicklung
4. Neues Europäisches Bauhaus

533 80	693	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

633 80	693	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	350.000	487.100	487.100
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 80

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E50210	Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	0	100.000	50.000	50.000
E50221	Verbesserung der Mobilitätsangebote	0	250.000	250.000	250.000
E50410	angewandte NEB-Projekte	0	0	25.000	25.000
E50420	NEB-Reallabore	0	0	162.100	162.100
Zusammen		0	350.000	487.100	487.100

682 80	693	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	250.000 0	800.000 0	800.000 0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E50210	Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	0	0	50.000	50.000
E50222	Verbesserung der Mobilitätsangebote	0	250.000	750.000	750.000
Zusammen		0	250.000	800.000	800.000

683 80	693	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	3.300.000 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E50410	angewandte NEB-Projekte	0	600.000	0	0
E50420	NEB-Reallabore	0	2.700.000	0	0
Zusammen		0	3.300.000	0	0

684 80	693	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0 0	50.000 0	50.000 0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E50210	Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	0	0	50.000	50.000
Zusammen		0	0	50.000	50.000

685 80	693	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	10.600.000 0	12.225.500 0	12.225.500 0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E50210	Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	0	100.000	0	0
	Verbesserung der Mobilitätsangebote	0	500.000	0	0
E50320	interdisziplinäre Transferforschung (Entwicklung)	0	10.000.000	7.666.700	7.666.700
E50410	angewandte NEB-Projekte	0	0	600.000	600.000
E50420	NEB-Reallabore	0	0	3.958.800	3.958.800
Zusammen		0	10.600.000	12.225.500	12.225.500

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 80	693	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	1.304.300	1.334.300
			0	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E50410 angewandte NEB-Projekte	0	0	958.400	988.400
E50420 NEB-Reallabore	0	0	345.900	345.900
Zusammen	0	0	1.304.300	1.334.300

713 80	693	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0
			0	0	0

812 80	693	Kosten für erstmalige Einrichtung	0	0	0
			0	0	0

821 80	693	Grunderwerb	0	0	0
			0	0	0

831 80	693	Erwerb von Beteiligungen	0	0	0
			0	0	0

862 80	693	Darlehen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

883 80	693	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	11.325.000	15.169.500	29.006.500
			0	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E50210 Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	0	500.000	225.000	250.000
E50221 Verbesserung der Mobilitätsangebote	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Inklusionszentrum oder andere Maßnahmen zur Förderung von Partizipation, Integration und Inklusion	0	1.500.000	0	0
E50250 Campushaus Neustadt	0	0	3.960.000	3.681.000
E50330 Bildungscampus Naumburg	0	5.125.000	6.234.500	17.525.500
E50410 angewandte NEB-Projekte	0	1.400.000	850.000	750.000
E50420 NEB-Reallabore	0	1.800.000	2.900.000	5.800.000
Zusammen	0	11.325.000	15.169.500	29.006.500

891 80	693	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	1.250.000	1.250.000
			0	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E50210 Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	0	0	1.250.000	1.250.000
Zusammen	0	0	1.250.000	1.250.000

892 80	693	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	49.200.000	11.225.000	58.550.000
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 80

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E50110	Grüner Wasserstoff	0	20.100.000	1.000.000	8.000.000
E50120	Ressourceneffizienz	0	4.800.000	4.000.000	16.000.000
E50130	Ressourceneffizienz (Einzelprojekt Gelsenwasser)	0	13.300.000	1.000.000	9.300.000
E50140	Grüner Wasserstoff (Großelektrolyseure)	0	11.000.000	5.000.000	25.000.000
E50210	Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	0	0	225.000	250.000
Zusammen		0	49.200.000	11.225.000	58.550.000

Das Unterkonto E50140 "Grüner Wasserstoff (Großelektrolyseure)" war im Haushaltsplan 2024 mit "Grüner Wasserstoff (Einzelprojekt MIBRAG)" bezeichnet.

893 80	693	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	1.150.000	3.100.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E50410	angewandte NEB-Projekte	0	0	1.150.000	3.100.000
Zusammen		0	0	1.150.000	3.100.000

894 80	693	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	10.250.000	8.666.700	8.736.600
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E50210	Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	0	250.000	0	0
E50310	Forschungsinfrastruktur (Forschung)	0	10.000.000	8.566.700	8.566.600
E50410	angewandte NEB-Projekte	0	0	100.000	170.000
Zusammen		0	10.250.000	8.666.700	8.736.600

Nachrichtlich: Summe TGr. 80			85.275.000	52.328.100	115.540.000
				0	0

81 Aufwendungen für die Umsetzung des EFRE-Programms 2021 - 2027

Übertragbar

*** Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen können im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit bei allen Titeln der TGr. 81 des Kapitels 1321 in Anspruch genommen werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit 1322 TGr. 81.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe werden die Ausgaben veranschlagt, die zur Umsetzung der Pflichtaufgaben der EU-Behörden aus den EU-Verordnungen benötigt werden. Dazu zählen u. a. Ausgaben für Evaluierung, Information und Kommunikation, das Datenbanksystem und für das Personal der EU-Behörden.

Im Gegensatz zu den vorherigen Förderperioden werden die geleisteten Ausgaben im Rahmen der Technischen Hilfe nunmehr pauschal abgerechnet. Von den in einem Zahlungsantrag geltend gemachten Ausgaben werden pauschal 3,5 % bzw. 4 % (JTF-Anteil) für die Umsetzung der im Zusammenhang mit dem EFRE VI-Programm (inkl. JTF) stehenden Pflichtaufgaben der EU-Behörden an das Land erstattet. Eine Unterscheidung in EU- und Landesmittel entfällt damit.

422 81	692	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	774.400 18.540	745.700 0	749.800 0

Erläuterungen:

Mit diesen Mitteln werden die Personalkosten der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF und der EU-Prüfbehörde EFRE/ESFF/JTF finanziert.

428 81	692	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.149.400 18.990	1.137.100 0	1.161.800 0

Erläuterungen:

Mit diesen Mitteln werden die Personalkosten der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF und der EU-Prüfbehörde EFRE/ESFF/JTF finanziert.

522 81	692	Gutachten	0 0	0 0	0 0

525 81	692	Aus- und Fortbildung	20.000 0	0 0	0 0

526 81	692	Evaluierung	0 0	0 0	0 0

527 81	692	Dienstreisen	20.000 0	0 0	0 0

531 81	692	Öffentlichkeitsarbeit	873.800 0	970.800 0	1.018.800 0

Erläuterungen:

Die EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF hat nach den EU-Verordnungen sicherzustellen, dass bestimmte Informations- und Publizitätsverpflichtungen eingehalten werden. Danach informiert die EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF über die Vorhaben im Rahmen des EFRE VI-Programms (inkl. JTF) und sorgt für deren Bekanntmachung. Die Informationen richten sich an die Öffentlichkeit sowie an die Begünstigten und sollen die Rolle der Gemeinschaft betonen; außerdem soll dadurch die Transparenz der Unterstützung aus dem EFRE VI und dem JTF gewährleistet werden.

533 81	692	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0

547 81	692	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	10.000 0	10.000 0	10.000 0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Sachkosten, die bei der Umsetzung des EFRE VI-Programms (inkl. JTF) entstehen, insbesondere für die Vorbereitung und Durchführung von Sitzungen und Teilnahme an Sitzungen des Begleitausschusses des Landes, der Verwaltungsbehörde des Bundes und der EU-Kommission.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

671 81	692	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	11.130.100	14.330.100	13.534.500
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	12.001.100	450.900			12.452.000
2026	11.126.400	425.500			11.551.900
2027	8.141.600	437.600			8.579.200
2028	7.937.700	430.600			8.368.300
2029 ff.	3.634.200				3.634.200
Summen	42.841.000	1.744.600			44.585.600

Erläuterungen:

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich der in der Zweckbestimmung benannten Regelung.

Veranschlagt sind zum einen Mittel für die Organisation und Durchführung der Finanzkontrolle, wobei es sich laut den EU-Verordnungen um eine Pflichtaufgabe im Rahmen des EFRE VI-Programms (inkl. JTF) handelt.

Zum anderen sind Mittel für die Sicherstellung des laufenden Betriebs und der Wartung des Datenbanksystems eFREporter Sachsen-Anhalt durch externe Dienstleister sowie Unterstützungsleistungen für die EU-Prüfbehörde EFRE/ESF/JTF veranschlagt.

Der eFREporter wird auch von den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern genutzt. Im Zuge einer Kooperationsvereinbarung beteiligen sich diese Bundesländer an der Finanzierung des Datenbanksystems. Für die entsprechenden Einnahmen ist die Haushaltsstelle 1321 232 81 vorgesehen.

682 81	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 81			13.977.700	17.193.700	16.474.900
				0	0

97 Zuschüsse und Zuweisungen für Investitionen im Zuge der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklungsstrategien (Community-Led Local Development - CLLD) im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums d. Finanzen - EU-VB EFRE/ESF (Landesanteil)

Übertragbar

*** Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen können im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit bei allen Titeln der TGr. 97 des Kapitels 1321 in Anspruch genommen werden.

633 97	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.411.500	959.900	961.000
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 97

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	959.900				959.900
2026	961.000				961.000
2027	961.700				961.700
2028	968.900				968.900
2029 ff.	487.000				487.000
Summen	4.338.500				4.338.500

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
L40300 Management, Sensibilisierung, LAG-Betrieb (Land)	0	1.411.500	959.900	961.000
Zusammen	0	1.411.500	959.900	961.000

683 97	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
684 97	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
685 97	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
883 97	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	945.500	3.970.700	4.192.600
			0	1.677.000	3.689.400

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.760.900			1.760.900
2026		1.593.200	838.500		2.431.700
2027			838.500	1.844.700	2.683.200
2028				1.844.700	1.844.700
2029 ff.					
Summen		3.354.100	1.677.000	3.689.400	8.720.500

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
L40200 CLLD-Projekte außerhalb städt. Gebiete EFRE (Land)	0	945.500	3.970.700	4.192.600
Zusammen	0	945.500	3.970.700	4.192.600

892 97	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

893 97	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 97			2.357.000	4.930.600	5.153.600
				1.677.000	3.689.400

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	76.725.300	119.570.600	120.174.800
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	169.980.300	177.794.800	314.096.600
Gesamteinnahme		246.705.600	297.365.400	434.271.400

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	1.923.800	1.882.800	1.911.600
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	923.800	980.800	1.028.800
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	75.289.200	117.666.900	120.133.000
			0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	2.310.400	2.326.100	5.997.700
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	168.615.400	179.439.400	312.291.500
			1.677.000	3.689.400
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		249.062.600	302.296.000	441.362.600
Gesamtsumme der VE			1.677.000	3.689.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.357.000	-4.930.600	-7.091.200

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Innerhalb des Kapitels 1322 sind alle Ausgabetitelgruppen gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme der Titelgruppe 81.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Im Kapitel 1322 werden die im Rahmen des "ESF Plus Programms Sachsen-Anhalt 2021 - 2027" vorgesehenen EU-Mittel für das Land Sachsen-Anhalt veranschlagt.

Der Schwerpunkt des ESF Plus liegt auf der Bekämpfung des Fachkräftemangels und der negativen Auswirkungen des sozioökonomischen Hintergrunds auf Chancen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Für die Laufzeit 2021 - 2027 (2029) stehen dem Land für das Programm (inkl. Pauschalbetrag Technische Hilfe) insgesamt bis zu rd. 571 Mio. Euro zur Verfügung.

Für die Fachbereiche der bewirtschaftenden Ressorts sind im Kapitel 1322 je Einzelplan folgende Titelgruppen veranschlagt:

- TGr. 63 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Epl. 05)
- TGr. 64 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz (Epl. 11)
- TGr. 66 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Epl. 06)
- TGr. 67 Ministerium für Bildung (Epl. 07)
- TGr. 68 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (Epl. 08)
- TGr. 72 Aufwendungen im Zuge der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklungsstrategien (Community-Led Local Development - CLLD)
- TGr. 81 Aufwendungen für die Umsetzung des ESF+-Programms 2021 - 2027

In den Erläuterungen zu den Titeln dieser Titelgruppe ist die Aufteilung der Haushaltsplanansätze auf die Aktionen bzw. Teilaktionen des Programms dargestellt. Die Bezeichnungen entsprechen im Wesentlichen denen der jeweiligen Finanzplanebene. Inhaltliche Erläuterungen zu den einzelnen Aktionen bzw. Teilaktionen können dem jeweiligen Maßnahmenbogen entnommen werden.

Auf die Ausführungen im Vorbericht, insbesondere bezüglich der Veranschlagung der Kofinanzierungsmittel, wird verwiesen.

Einnahmen

119 51	253	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Verzinsung der Erstattungsansprüche im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung Programmzeitraum 2021 bis 2027.

271 01	253	Erstattungen von der EU	95.124.200	115.382.300	120.451.000
			5.714.067		

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 271 01

Erläuterungen:

Vorfinanzierungen der EU-Kommission für die ESF+-Förderung 2021 - 2027 sowie Einnahmen für konsumtive Strukturfondsausgaben.

Die Höhe der Einnahmen steht in direkter Abhängigkeit zu den tatsächlich getätigten Ausgaben. Die Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des ESF+ VI werden von der EU-Kommission auf Antrag erstattet. Die Beantragung erfolgt ausschließlich durch die EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF im Ministerium der Finanzen.

359 01	851	Entnahmen aus der Rücklage EFRE/JTF und ESF laufende Förderperiode	0 0	0	0

Erläuterungen:

Verwendung von Einnahmen aus Vorjahren, die nicht zur Deckung der EU-Ausgaben benötigt wurden.

Titelgruppe(n)

81 Aufwendungen für die Umsetzung des ESF+-Programms 2021 - 2027

232 81	253	Rückerstattung anderer Bundesländer für Leitstelle efREporter	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 81

0 0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

671 01	253	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

689 01	253	Rückzahlungen an die EU-Kommission	0	0	0
			0	0	0

*** Mehrausgaben können bis zur Höhe der Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO geleistet werden.

Erläuterungen:

Etwaige Rückzahlungen an die EU-Kommission im Ergebnis der Rechnungslegung gemäß Artikel 100 Abs. 2 der VO (EU) Nr. 1060/2021.

Bei der Ermittlung der endgültigen Erstattungen für das vorangegangene Geschäftsjahr berücksichtigt die EU-Kommission im Rahmen der Rechnungslegung gem. Artikel 100 Abs. 1 b) der VO (EU) Nr. 1060/2021 auch die im betreffenden Geschäftsjahr geleisteten Zwischenzahlungen und die in Artikel 100 Abs. 1 c) der VO (EU) Nr. 1060/2021 benannten Vorfinanzierungen. Im Ergebnis kann es ggf. zu Rückforderungen seitens der EU-Kommission kommen, die - sofern möglich - mit nachfolgenden Zahlungen, die für dasselbe Programm noch geschuldet werden, verrechnet werden. Eine derartige Einziehung stellt keine Finanzkorrektur dar und mindert nicht die Unterstützung aus den Fonds für das Programm.

919 01	851	Zuführungen an die Rücklage EFRE/JTF und ESF laufende Förderperiode	0	0	0
			0	0	0

*** Die nicht zur Deckung von EU-Ausgaben benötigten Einnahmen aus dem EU-Haushalt werden der Rücklage zugeführt.

Erläuterungen:

Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO

Titelgruppe(n)

63 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Epl. 05)

Übertragbar

522 63	291	Ausgaben für Studien, Gutachten und Beratungsleistungen	105.000	106.200	234.000
			0	0	0

Erläuterungen:

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nr.	Erläuterungstext	2023	2024	2025	2026
1.	Gutachten zur Entwicklung spezifischer Förderansätze zur verbesserten Arbeitsmarktintegration von Frauen im SGB II in der Maßnahme „Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz“. - Laufzeit 2024-2026; Gesamtkosten ESF+- und Landesmittel 165.000 Euro - Mit dem Gutachten sollen landesspezifische Probleme und Hemmnisse arbeitsloser Frauen im SGB II in unterschiedlichen Lebenslagen im Hinblick auf die Aufnahme einer Beschäftigung ermittelt und analysiert werden. Daraus sollen Unterstützungsbedarfe abgeleitet sowie Empfehlungen für Beratungs- und Förderleistungen entwickelt werden, die Frauen im SGB II die Integration in den sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkt erleichtern. Der in 2024 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 165.000 Euro vor. Der darin enthaltene Anteil an ESF-Mitteln (60% - 99.000 Euro) teilt sich so auf, dass 15.000 Euro für 2024, 42.000 Euro für 2025 und 42.000 Euro für 2026 vorgesehen sind.	0	15.000	42.000	42.000
2.	Beauftragung von Beratungsleistungen zum Thema „Geschlechtergerecht aus der Krise“ – Auswirkungen und Lehren der Corona-Pandemie (und weiterer paralleler Krisen) für die Landespolitik. - Laufzeit 2025-2027; Gesamtkosten ESF+- und Landesmittel 145.000 Euro - Analyse der geschlechtsspezifischen Krisenfolgen für das Land Sachsen-Anhalt sowie Ableitung von Handlungsempfehlungen für verschiedene Fachpolitiken des Landes, um Krisenpolitik geschlechtergerecht auszugestalten. Der in 2025 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 145.000 Euro vor. Der darin enthaltene Anteil an ESF-Mitteln (60% - 57.000 Euro) teilt sich so auf, dass 18.000 Euro für 2025, 36.000 Euro für 2026 und 33.000 Euro für 2027 vorgesehen sind.	0	0	18.000	36.000
3.	Beauftragung von Beratungsleistungen zur Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamts im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit. - Laufzeit 2025-2027; Gesamtkosten ESF+- und Landesmittel 175.000 Euro - Konzeption und Initiierung von Programmen zur Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamts in Sachsen-Anhalts im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit. Ziel ist die Gestaltung von Rahmenbedingungen, die die gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen und Männern ermöglichen. Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von § 1 Frauenfördergesetz Sachsen-Anhalt und Art. 34 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Der in 2024 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 175.000 Euro vor. Der darin enthaltene Anteil an ESF-Mitteln (60% - 105.000 Euro) teilt sich so auf, dass 15.000 Euro für 2025, 60.000 Euro für 2026 und 30.000 Euro für 2027 vorgesehen sind.	0	0	15.000	60.000
4.	Beauftragung einer Wirkungsanalyse für die vom MS ergriffenen Maßnahmen zur Herstellung von Gleichstellung im Berufsorientierungsprozess mit dem Schwerpunkt BRAFO. - Laufzeit 2025-2027; Gesamtkosten ESF+ und Landesmittel 255.800 Euro - Mit der Wirkungsanalyse sollen Handlungsbedarfe zur Gleichstellung im Berufsorientierungsprozess identifiziert, gleichstellungsfördernde Ansätze und Instrumente in BO-Projekten bewertet sowie erfolgreiche Handlungsansätze im BO-System des MS vernetzt und übertragen werden. Der in 2025 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 255.800 Euro vor. Der darin enthaltene Anteil an ESF-Mitteln (60% - 153.500 Euro) teilt sich so auf, dass 31.200 Euro für 2025, 60.000 Euro für 2026 und 62.300 Euro für 2027 eingeplant sind.	0	0	31.200	60.000
5.	Beauftragung einer Studie zur geschlechtergerechten Gestaltung der ökologischen Transformation in Sachsen-Anhalt - Laufzeit 2026-2028; Gesamtkosten ESF+ und Landesmittel 255.800 Euro - Die notwendige ökologische Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise hat umfangreiche aber bisher nur wenig systematisch untersuchte Gleichstellungsimplikationen. Der Vierte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung wird sich daher mit dem Thema „Gleichstellung in der ökologischen Transformation“ befassen und soll Anfang 2025 vorliegen. Auf dieser Grundlage soll eine Studie die gleichstellungsbezogenen Implikationen für Sachsen-Anhalt und die Landespolitik konkretisieren. Der in 2026 neu zu schließende Vertrag sieht Gesamtausgaben in Höhe von 255.800 Euro vor. Der darin enthaltene Anteil an ESF-Mitteln (60% - 153.500 Euro) teilt sich so auf, dass 36.000 Euro für 2026, 72.000 Euro für 2027 und 45.500 Euro für 2028 eingeplant sind.	0	0	0	36.000
Gesamt:		0	15.000	106.200	234.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 63

		IST 2023	2024	2025	2026
E10320	Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz	0	105.000	106.200	234.000
Zusammen		0	105.000	106.200	234.000

533 63	253	Dienstleistungen Außenstehender	0	45.500	153.500
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10320	Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz	0	0	45.500	153.500
Zusammen		0	0	45.500	153.500

633 63	253	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	9.160.500	13.643.700	16.212.000
			3.269.381	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10613	ÜiA-Berater/in Jugendhilfe in Jugendberufsagenturen	157.346	620.900	493.700	520.400
E10614	ÜiA-Spezifische Modellprojekte	0	0	0	0
	ÜiA-Ausbildungsmanagement	0	0	750.000	1.125.000
E10622	ZmA-FAMICO	1.961.233	3.000.000	3.400.000	3.400.000
E10624	ZmA-Regionale Koordination	696.516	1.300.000	1.100.000	1.100.000
	ZmA-Job-Koordinatoren (JOKO)	0	0	500.000	600.000
E11100	Örtliches Teilhabemanagement (ÖTHM)	454.286	4.239.600	3.750.000	4.600.000
E11200	Empowerment für Eltern	0	0	3.650.000	4.866.600
Zusammen		3.269.381	9.160.500	13.643.700	16.212.000

Die Abkürzung "ZmA" steht für "Zukunft mit Arbeit", "ÜiA" für "Übergang in Ausbildung".

671 63	253	Kostenerstattungen	0	0	0
			0	0	0

681 63	253	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	2.600.000	3.000.000	3.000.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10801	Weiterbildung individuell	0	2.600.000	3.000.000	3.000.000
Zusammen		0	2.600.000	3.000.000	3.000.000

683 63	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	37.829.300	28.498.700	30.617.100
			19.667.381	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 63

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E9999E	Berufsorientierung und Berufsvorbereitung (BRAFO)	4.906.750	5.200.600	4.403.000	4.782.000
E10220	Netzwerkstelle (BRAFO)	0	0	149.700	170.000
E10310	Gleichberechtigte Lebensperspektiven	109.959	440.000	300.000	400.000
E10320	Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz	0	45.000	0	0
E10611	ÜiA-Vertiefte Berufsorientierung und Verbundausbildung	1.091.977	4.655.700	1.461.700	1.221.400
E10612	ÜiA-Regio-Netzwerkstelle	209.449	505.400	0	0
E10614	ÜiA-Spezifische Modellprojekte	0	686.100	0	0
E10621	ZmA-STABIL	4.234.293	7.500.000	7.536.800	7.536.800
E10623	ZmA-Aktive Eingliederung	3.067.088	5.300.000	4.004.000	4.389.000
E10625	ZmA-Kompetenzagenturen	1.409.403	4.632.000	1.228.900	1.303.700
E10702	Assistierte Ausbildung Pflege	2.208.893	2.560.000	3.249.600	4.538.200
E10802	Weiterbildung betrieblich	0	2.600.000	3.000.000	3.000.000
E10803	Fachkräftesicherung	2.429.568	3.704.500	3.165.000	3.276.000
E11200	Empowerment für Eltern	0	0	0	0
Zusammen		19.667.380	37.829.300	28.498.700	30.617.100

Die Abkürzung "ZmA" steht für "Zukunft mit Arbeit", "ÜiA" für "Übergang in Ausbildung".

684 63	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	2.782.900 797.796	14.854.900 0	16.830.600 0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E9999E	Berufsorientierung und Berufsvorbereitung (BRAFO)	0	0	1.890.000	2.050.000
E10401	FSJ	586.230	2.147.900	2.302.700	2.639.700
E10402	FÖJ	211.565	635.000	634.800	634.800
E10611	ÜiA-Vertiefte Berufsorientierung und Verbundausbildung	0	0	1.830.000	1.470.000
E10612	ÜiA-Regio-Netzwerkstelle	0	0	268.200	242.700
E10621	ZmA-STABIL	0	0	363.200	363.200
E10623	ZmA-Aktive Eingliederung	0	0	1.196.000	1.311.000
E10625	ZmA-Kompetenzagenturen	0	0	1.850.000	1.950.000
E10702	Assistierte Ausbildung Pflege KAUSA Landesstelle	0	0	0	390.000
E10802	Weiterbildung betrieblich	0	0	0	0
E10803	Fachkräftesicherung	0	0	870.000	912.600
E11200	Empowerment für Eltern	0	0	3.650.000	4.866.600
Zusammen		797.795	2.782.900	14.854.900	16.830.600

Die Abkürzung "ZmA" steht für "Zukunft mit Arbeit", "ÜiA" für "Übergang in Ausbildung".

685 63	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	320.000 83.139	330.000 0	390.000 0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10310	Gleichberechtigte Lebensperspektiven	83.139	320.000	330.000	390.000
Zusammen		83.139	320.000	330.000	390.000

686 63	253	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	4.000.000 3.406.698	4.000.000 0	4.000.000 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 63

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10701	Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU)	3.406.698	4.000.000	4.000.000	4.000.000
Zusammen		3.406.698	4.000.000	4.000.000	4.000.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	56.797.700	64.479.000	71.437.200
		0	0

**64 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des
Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz (Epl. 11)**

Übertragbar

684 64	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	1.290.000	1.375.500	1.465.500
			1.200.000	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E11300	Reintegration von Strafgefangenen	1.200.000	1.290.000	1.375.500	1.465.500
Zusammen		1.200.000	1.290.000	1.375.500	1.465.500

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	1.290.000	1.375.500	1.465.500
		0	0

**66 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des
Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und
Umwelt (Epl. 06)**

Übertragbar

685 66	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	4.750.000	8.250.000	3.300.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E10500	Sachsen-Anhalt Wissenschaft (Gleichstellung, Qualifikation, Nachwuchs)	0	4.750.000	8.250.000	3.300.000
Zusammen		0	4.750.000	8.250.000	3.300.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	4.750.000	8.250.000	3.300.000
		0	0

**67 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des
Ministeriums für Bildung (Epl. 07)**

Übertragbar

684 67	141	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	19.048.800	23.366.200	23.986.900
			15.518.141	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 67

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E10100 Schulerfolg sichern	15.518.141	19.048.800	23.366.200	23.986.900
Zusammen	15.518.141	19.048.800	23.366.200	23.986.900

685 67	141	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1.500.000	1.500.000	2.100.000
			222.561	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E11000 Alphabetisierung und Grundbildung	222.561	1.500.000	1.500.000	2.100.000
Zusammen	222.561	1.500.000	1.500.000	2.100.000

686 67	141	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1.500.000	1.500.000	2.100.000
			495.414	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E11000 Alphabetisierung und Grundbildung	495.414	1.500.000	1.500.000	2.100.000
Zusammen	495.414	1.500.000	1.500.000	2.100.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	22.048.800	26.366.200	28.186.900
		0	0

68 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (Epl. 08)

Übertragbar

683 68	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	4.500.000	8.500.000	8.500.000
			589.200	0	0

Erläuterungen:

	IST 2023	2024	2025	2026
E10910 ego.-START/ ego.-WISSEN	325.200	2.250.000	4.000.000	4.000.000
E10920 ego.-KONZEPT	264.000	2.250.000	4.500.000	4.500.000
Zusammen	589.200	4.500.000	8.500.000	8.500.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	4.500.000	8.500.000	8.500.000
		0	0

72 Zuschüsse und Zuweisungen im Zuge der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklungsstrategien (Community-Led Local Development - CLLD) im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums der Finanzen - EU-VB EFRE/ESF

Übertragbar

633 72	253	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.500.000	1.600.000	2.000.000
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 72

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E20100	CLLD - Bildung, Beschäftigung, Lernmobilität	0	0	1.600.000	2.000.000
E20200	CLLD - Soziale Integration, Teilhabe	0	1.500.000	0	0
Zusammen		0	1.500.000	1.600.000	2.000.000

683 72	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

684 72	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.500.000	1.600.000	2.000.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		IST 2023	2024	2025	2026
E20100	CLLD - Bildung, Beschäftigung, Lernmobilität	0	0	0	0
E20200	CLLD - Soziale Integration, Teilhabe	0	1.500.000	1.600.000	2.000.000
Zusammen		0	1.500.000	1.600.000	2.000.000

685 72	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 72			3.000.000	3.200.000	4.000.000
				0	0

81 Aufwendungen für die Umsetzung des ESF+-Programms 2021 - 2027

Übertragbar

*** Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen können im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit bei allen Titeln der TGr. 81 des Kapitels 1322 in Anspruch genommen werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit 1321 TGr. 81.

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe werden die Ausgaben veranschlagt, die zur Umsetzung der Pflichtaufgaben der EU-Behörden aus den EU-Verordnungen benötigt werden. Dazu zählen u. a. Ausgaben für Evaluierung, Information und Kommunikation, das Datenbanksystem und für das Personal der EU-Behörden.

Im Gegensatz zu den vorherigen Förderperioden werden die geleisteten Ausgaben im Rahmen der Technischen Hilfe nunmehr pauschal abgerechnet. Von den in einem Zahlungsantrag geltend gemachten Ausgaben werden pauschal 4 % für die Umsetzung der im Zusammenhang mit dem ESF+ VI-Programm stehenden Pflichtaufgaben der EU-Behörden an das Land erstattet. Eine Unterscheidung in EU- und Landesmittel entfällt damit.

422 81	253	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	53.500	55.800	56.500
			1.800	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 422 81

Erläuterungen:

Mit diesen Mitteln werden die Personalkosten der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF und der EU-Prüfbehörde EFRE/ESFF/JTF finanziert.

428 81	253	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	707.500 13.680	764.800 0	781.900 0

Erläuterungen:

Mit diesen Mitteln werden die Personalkosten der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF und der EU-Prüfbehörde EFRE/ESFF/JTF finanziert.

522 81	253	Gutachten	350.000 0	620.000 0	740.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	600.000				600.000
2026	740.000				740.000
2027	740.000				740.000
2028	740.000				740.000
2029 ff.	740.000				740.000
Summen	3.560.000				3.560.000

Erläuterungen:

Vertrag	Inhalt/Ziel	Laufzeit
Evaluierung "Bewertung des EFRE/ESF LSA in FP 2021-2027 inkl. Sozioökonomische Analyse	Die EU- Verwaltungsbehörde ist gemäß Artikel 44 VO (EU) 2021/1060 dazu verpflichtet, die Programme des EFRE, ESF+ und JTF anhand eines oder mehrerer der folgenden Kriterien: Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, Kohärenz und Unionsmehrwert, evaluieren zu lassen, um Konzept und Durchführung der Programme qualitativ zu verbessern. Die Evaluierungen können auch andere relevante Kriterien wie Inklusion, Nichtdiskriminierung und Sichtbarkeit abdecken. Darüber hinaus wird bis zum 30. Juni 2029 für jedes Programm eine Evaluierung zur Bewertung von dessen Auswirkungen durchgeführt. Mit den Evaluierungen werden funktional unabhängige interne oder externe Sachverständige im Wege der europaweiten Ausschreibung beauftragt.	28.02.2024 bis 31.12.2029 (optional 15.02.2031)

525 81	253	Aus- und Fortbildung	2.000 0	22.000 0	22.000 0

526 81	253	Evaluierung	65.000 0	50.000 0	50.000 0

Erläuterungen:

Es werden Maßnahmen zur effektiven Umsetzung, Weiterentwicklung und Zielerreichung des ESF+ VI-Programms finanziert.

527 81	253	Dienstreisen	1.000 0	21.000 0	21.000 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

531 81	253	Öffentlichkeitsarbeit	206.700 0	206.700 0	286.700 0
533 81	253	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
547 81	253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	4.000 0	4.000 0	4.000 0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Sachkosten, die bei der Umsetzung des ESF+ VI entstehen, insbesondere für die Vorbereitung und Durchführung von Sitzungen und Teilnahme an Sitzungen des Begleitausschusses des Landes, der Verwaltungsbehörde des Bundes und der EU-Kommission.

671 81	253	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	476.000 0	610.200 0	726.200 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	610.200				610.200
2026	726.200				726.200
2027	798.400				798.400
2028	998.100				998.100
2029 ff.					
Summen	3.132.900				3.132.900

Erläuterungen:

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich der in der Zweckbestimmung benannten Regelung.

Veranschlagt sind zum einen Mittel für die Organisation und Durchführung der Finanzkontrolle, wobei es sich laut den EU-Verordnungen um eine Pflichtaufgabe im Rahmen des ESF+ IV-Programms handelt. Zum anderen sind Mittel für die Sicherstellung des laufenden Betriebs und der Wartung des Datenbanksystems efRReporter Sachsen-Anhalt durch externe Dienstleister sowie Unterstützungsleistungen für die EU-Prüfbehörde EFRE/ESF/JTF sowie beim CLLD veranschlagt.

682 81	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	797.300 0	745.900 0	745.900 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	745.900				745.900
2026	745.900				745.900
2027	745.900				745.900
2028	745.900				745.900
2029 ff.					
Summen	2.983.600				2.983.600

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 81

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für den Betrieb des efREporter sowie des eCohesion Portals für Verträge mit der Dataport AöR.

685 81	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	74.700	111.200	127.200
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	111.200				111.200
2026	127.200				127.200
2027	131.100				131.100
2028					
2029 ff.					
Summen	369.500				369.500

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für das Kompetenzzentrum der Wirtschafts- und Sozialpartner Sachsen-Anhalt für die ESI-Fonds in der Förderperiode 2021-2027.

Nachrichtlich: Summe TGr. 81	2.737.700	3.211.600	3.561.400
		0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	95.124.200	115.382.300	120.451.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		95.124.200	115.382.300	120.451.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	761.000	820.600	838.400
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	733.700	1.075.400	1.511.200
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	93.629.500	113.486.300	118.101.400
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		95.124.200	115.382.300	120.451.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 25 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

111 12	062	Gebühren aus der Verwaltung von Bürgschaften	650.000 808.439	550.000	530.000

Erläuterungen:

Einnahmen aus Entgelten für vom Land übernommene Bürgschaften / Garantien oder andere Gewährleistungen. Die Entgelte werden in der Regel vom Bürgschafts-/Garantienehmer erhoben und nach der Verrechnung mit den Anteilen des Bundes als Nettoentgelte an das Land abgeführt. Eine genaue Berechnung der zu erwartenden Entgelte ist auf Grund der Abhängigkeit des Betrages vom Umfang des Neugeschäfts, der Kreditsalden und der Ausfälle nicht möglich.

162 01	812	Zinseinnahmen aus Zwischenanlagen	0 23.462.565	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 1325 Titel 575 02. Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO werden Ausgaben im Zusammenhang mit Zwischenanlagen von den Einnahmen abgesetzt.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Zwischenanlagen können nur bei Vorliegen günstiger Marktsituationen erwirtschaftet werden.

162 53	812	Zinsen aus Geldanlagen der Kassen	6.000.000 31.851.469	6.000.000	21.817.600

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 1325 Titel 575 02.

Erläuterungen:

Die Höhe der Zinseinnahmen ist vom Zinsniveau des Geldmarktes und der jeweiligen Liquiditätslage abhängig, Buchung von Negativzinsen.

325 01	831	Schuldenaufnahmen auf dem Kreditmarkt	4.316.603.900 4.623.890.251	4.471.518.200	4.420.870.700

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Einnahmen aus Krediten dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden; desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Krediten noch zugunsten des abschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.

Erläuterungen:

Es handelt sich ausschließlich um nicht zweckgebundene Kredite vom Kreditmarkt. Kredite können auch in einer anderen Währung als EURO aufgenommen werden.

Die Höhe der Kreditaufnahme auf dem Kreditmarkt bestimmt sich nach den Regelungen des § 3 HG 2025/2026.

Im Falle einer negativen konjunkturellen Entwicklung dürfen bis zur Höhe der Konjunkturkomponente entweder Mittel der Konjunkturrücklage entnommen (Kapitel 1302 Titel 359 06) oder, soweit diese nicht über Mittel in hinreichender Höhe verfügt, Kredite zur Finanzierung von Ausgaben aufgenommen werden.

Vgl. auch Kapitel 1302 Titel 359 06 /919 06 Entnahmen /Zuführungen von/an die Konjunkturrücklage.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 25 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 325 01

Für 2025 ist eine Nettokreditaufnahmeermächtigung i. H. v. 1.129.518.200 Euro vorgesehen. Diese ergibt sich aus folgender Veranschlagung:

- i. H. v. 174.542.700 Euro ex ante Konjunkturkomponente (Steuerschätzung Mai 2024),
- i. H. v. 402.929.900 Euro aus einer Ermächtigung gemäß § 18 Abs. 2 LHO (Kreditaufnahmen für vermögensmehrnde finanzielle Transaktionen),
- i. H. v. 552.045.600 Euro (sowie bis zu 300.000.000 Euro gemäß § 3 Abs. 1 Satz 4 HG 2025/2026) aus der Ermächtigung gemäß § 18 Abs. 5 LHO (Kreditaufnahme aufgrund einer außergewöhnlichen Notsituation)

Für 2026 ist eine Nettokreditaufnahmeermächtigung i. H. v. 1.028.870.700 Euro vorgesehen. Diese ergibt sich aus folgender Veranschlagung:

- i. H. v. 112.284.700 Euro ex ante Konjunkturkomponente (Steuerschätzung Mai 2024),
- i. H. v. 426.483.500 Euro aus einer Ermächtigung gemäß § 18 Abs. 2 LHO (Kreditaufnahmen für vermögensmehrnde finanzielle Transaktionen; dieser Wert beinhaltet auch die Tilgung in Höhe der Kapitalrückführung der HTP GmbH von 50.000.000 Euro bei Kapitel 1320 Titel 134 01),
- i. H. v. 490.102.500 Euro (sowie bis zu 300.000.000 Euro gemäß § 3 Abs. 1 Satz 4 HG 2025/2026) aus der Ermächtigung gemäß § 18 Abs. 5 LHO (Kreditaufnahme aufgrund einer außergewöhnlichen Notsituation)

325 02	831	Tilgung von Darlehen	-4.733.315.200	-3.342.000.000	-3.392.000.000
			-4.201.915.633		

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Entsprechend den Kreditfälligkeiten wurden Tilgungen veranschlagt.

Vgl. auch Erläuterungen bei Kapitel 1325 Titel 325 01.

325**		Netto-Kreditfinanzierung	-416.711.300	1.129.518.200	1.028.870.700
			421.974.618		

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 25 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	831	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	85.000	120.000	135.000
			2.153	0	0

Erläuterungen:

2025

Vergabe eines Gutachtens im Rahmen der periodischen Prüfung des Einsatzes der derivativen Finanzinstrumente durch ein unabhängiges Wirtschaftsprüfungsunternehmen (Prüfung der HHJ 2020, 2021 und 2022).

2026

Vergabe eines Gutachtens im Rahmen der periodischen Prüfung des Einsatzes der derivativen Finanzinstrumente durch ein unabhängiges Wirtschaftsprüfungsunternehmen (Prüfung der HHJ 2023, 2024 und 2025).

527 01	831	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 25 Titel 575 02.

533 01	831	Dienstleistungen Außenstehender	1.200.000	1.221.000	1.221.000
			918.855	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 25 Titel 575 02.

Erläuterungen:

Ausgaben die für Ratings durch internationale Ratingagenturen anfallen, Kosten für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie für die Aktualisierung und Nutzung der Kapitalmarktprogramme MTN und CP für das Risikomanagement.

Ab 2025 Veranschlagung von Zahlungen an im Ausland ansässige Unternehmer, bei denen die Umsatzsteuer nach § 13b UStG zu berechnen und abzuführen ist (1.000 Euro).

542 02	012	Umsatzsteuer nach § 13b UStG	1.000	0	0
			646	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 25 Titel 575 02.

Erläuterungen:

Zahlungen an im Ausland ansässige Unternehmer, bei denen die Umsatzsteuer nach § 13b UStG zu berechnen und abzuführen ist.

Zukünftige Veranschlagungen erfolgen bei Kapitel 1325 Titel 533 01.

575 02	831	Zinsausgaben für Darlehen und Schuldverschreibungen an Kreditmarkt	325.500.000	341.300.000	396.900.000
			362.254.400	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 13 25 Titel 527 01, Kapitel 13 25 Titel 533 01, Kapitel 13 25 Titel 575 03, Kapitel 13 25 Titel 575 04, Kapitel 13 25 Titel 575 06 und Kapitel 13 25 Titel 542 02.

*** Die Ausgaben innerhalb des Deckungskreises dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 1325 Titel 162 01 und Kapitel 1325 Titel 162 53.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 25 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 575 02

Erläuterungen:

Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Kreditaufnahme auch Nutzungsrechte zu übertragen und zurück zu leasen und dadurch anfallende Zahlungen entsprechend Zinszahlungen zu leisten. Hiermit verbundene Verträge dürfen in jedem Einzelfall nur mit Zustimmung des Ausschusses für Finanzen geschlossen werden.

Für die Berechnung wurde der Kreditbestand zum Zeitpunkt des Beginns des Haushaltsaufstellungsverfahrens sowie die voraussichtliche Kreditaufnahme zugrunde gelegt.

575 03	831	Geldbeschaffungskosten	10.000.000	10.000.000	10.000.000
			2.358.121	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 25 Titel 575 02.

*** Aufschläge (Agio) bei der Kreditaufnahme sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Geldbeschaffungskosten werden basierend auf den Vorjahren veranschlagt.

575 04	831	Ausgaben zur Erzielung von Zinsminderungen	7.500.000	7.500.000	7.500.000
			-4.229.825	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 25 Titel 575 02.

** Einnahmen im Zusammenhang mit derivativen Geschäften sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Mehrausgaben führen i. d. R. zu Minderausgaben bei "Zinsausgaben für Darlehen und Schuldverschreibungen an Kreditmarkt".

575 06	831	Zinsausgaben für Kassenverstärkungskredite und sonstige schwebende Verpflichtungen	6.000.000	6.000.000	6.000.000
			19.127.324	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 25 Titel 575 02.

*** Zinseinnahmen aus den Besicherungsanhängen zu den Rahmenverträgen für Finanztermingeschäfte können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage eines prognostizierten Geldmarktzinses sowie auf Basis der Vorjahreswerte der Liquiditätslage des Landes.

671 01	012	Mandatarvertrag des Landes mit der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt	650.000	550.000	530.000
			423.967	0	0

*** Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 1325 Titel 111 12.

Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	550.000				550.000
2026	530.000				530.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	1.080.000				1.080.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 25 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Erläuterungen:

Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt ist aufgrund eines abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages seit 2016 im Bereich Landesbürgschaften als Mandatar des Landes tätig. Ab 2022 erfolgt eine getrennte Darstellung der anfallenden Gebühren für die Mandatartätigkeit und der landesseitig vereinnahmten Entgelte (vgl. Kapitel 1325 Titel 111 12).

871 01	681	Für die Inanspruchnahme und für Aufwendungen zur Vermeidung von Verlusten aus Bürgschafts-, Gewähr- pp. Verträgen sowie Kosten im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme, die nicht durch den Mandatarvertrag des Landes gedeckt sind	5.000.000	10.000.000	10.000.000
			-798.803	0	0

** Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Die Veranschlagung wurde ausgehend von den übernommenen Garantien und Bürgschaften vorgenommen. Im Ansatz sind auch die damit im Zusammenhang entstehenden Kosten der Rechtsverfolgung enthalten. Das Land kann der IB im Garantiefall entweder den Kreditausfall in einer Summe oder der IB die jährlichen Refinanzierungskosten des notleidenden Engagements erstatten.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 25 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	6.650.000	6.550.000	22.347.600
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	-416.711.300	1.129.518.200	1.028.870.700
Gesamteinnahme		-410.061.300	1.136.068.200	1.051.218.300

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	350.286.000	366.141.000	421.756.000
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	650.000	550.000	530.000
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.000.000	10.000.000	10.000.000
			0	0
Gesamtausgabe		355.936.000	376.691.000	432.286.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-765.997.300	759.377.200	618.932.300

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden, wenn in derselben Titelgruppe entsprechende Einnahmen eingegangen sind. Mehrausgaben dürfen nur geleistet werden, wenn in derselben Titelgruppe Mehreinnahmen eingegangen sind.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Es gelten die Regelungen des Aufbauhilfefonds-Einrichtungsgesetz vom 15.7.2013 (BGBl. I S. 2401), der Aufbauhilfefeuerordnung vom 16.8.2013 (BGBl. I S. 3233), der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern.

Erläuterungen:

Bereitstellung finanzieller Mittel zur Schadensbeseitigung der durch die Hochwasserkatastrophe im Juni 2013 entstandenen Schäden.

Einnahmen

119 42	692	Rückzahlungen von Überzahlungen (einschl. Zinsen)	0 11.933	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 41.

Titelgruppe(n)

61 Programm zur Behebung von Hochwasserschäden an Kulturdenkmalen und kulturellen Einrichtungen (Staatskanzlei)

119 61	187	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 599	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 61.

234 61	187	Sonstige Zuweisungen	2.247.300 492.244	967.200	0

334 61	187	Zuweisungen für Investitionen	2.200.000 2.263.078	7.800.000	948.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			4.447.300	8.767.200	948.000

63 Programm für Maßnahmen zur Schadensbeseitigung der gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige Freier Berufe (MWL)

119 63	691	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 63.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
234 63	691	Sonstige Zuweisungen	0 0	0	0
334 63	691	Zuweisungen für Investitionen	13.847.000 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			13.847.000	0	0
64		Wiederherstellung hochwassergeschädigter Landesstraßen (MID)			
119 64	692	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 0	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 64.					
234 64	692	Sonstige Zuweisungen	0 0	0	0
334 64	692	Zuweisungen für Investitionen	65.000 1.938.039	15.000	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			65.000	15.000	0
65		Programm zur Behebung von Hochwasserschäden an Wohngebäuden (MID)			
119 65	692	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	60.000 18.439	5.000	5.000
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 65.					
334 65	692	Zuweisungen für Investitionen	50.000 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			110.000	5.000	5.000
66		Programm zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den Gemeinden (MID)			
119 66	692	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	10.000 133.185	10.000	10.000
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 66.					
234 66	692	Sonstige Zuweisungen	0 0	0	0
334 66	692	Zuweisungen für Investitionen	100.000.000 71.676.163	20.000.000	20.000.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			100.010.000	20.010.000	20.010.000

67 Programm zur Behebung von Hochwasserschäden in der Forstwirtschaft (MWL)

119 67	531	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 67.

234 67	531	Sonstige Zuweisungen	0 0	0	0

334 67	531	Zuweisungen für Investitionen	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			0	0	0

70 Programm zur Beseitigung von Schäden an Hochwasserschutzanlagen des LHW (MWU)

119 70	623	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 70.

234 70	623	Sonstige Zuweisungen	10.000.000 5.000.000	5.000.000	5.000.000

334 70	623	Zuweisungen für Investitionen	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			10.000.000	5.000.000	5.000.000

71 Programm zur Beseitigung von Schäden an ländlichen Wegen (MWL)

119 71	521	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 1.410.886	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 71.

234 71	521	Sonstige Zuweisungen	0 0	0	0

334 71	521	Zuweisungen für Investitionen	0 14.341.663	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 71			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
72		Programm zur Beseitigung von Schäden an forstwirtschaftlichen Wegen (MWL)			
119 72	531	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 72.			
234 72	531	Sonstige Zuweisungen	0 0	0	0
334 72	531	Zuweisungen für Investitionen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			0	0	0
73		Programm zur Wiederherstellung der Landesliegenschaften - Ressortbau (MF)			
119 73	162	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 73.			
334 73	162	Zuweisungen für Investitionen	0 1.349.179	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	0	0
74		Programm zur Wiederherstellung der Landesliegenschaften - Hochschulbau (MF)			
119 74	133	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 74.			
334 74	133	Zuweisungen für Investitionen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 74			0	0	0
75		Programm zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den Gemeinden - Sportstätten (MI)			
119 75	322	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 0	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 75.			
234 75	322	Sonstige Zuweisungen	55.500 0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
334 75	322	Zuweisungen für Investitionen	11.044.500 6.077.746	12.000.000	5.000.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 75			11.100.000	12.000.000	5.000.000
78		Programm zur Beseitigung von Schäden an Hochwasserschutzanlagen außerhalb von Gemeinden (MWU)			
119 78	623	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 59.632	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 78.					
234 78	623	Sonstige Zuweisungen	0 0	0	0
334 78	623	Zuweisungen für Investitionen	0 65.494	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 78			0	0	0
81		Programm zur Beseitigung von Schäden an Hochschulen (MWU)			
119 81	133	Rückzahlungen von Überzahlungen einschl. Zinsen	0 0	0	0
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 31 Titel 631 81.					
234 81	133	Sonstige Zuweisungen	0 0	0	0
334 81	133	Zuweisungen für Investitionen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 81			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 41	692	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel (einschl. Zinsen)	0	0	0
			11.933	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 42.

Titelgruppe(n)

61 Programm zur Behebung von Hochwasserschäden an Kulturdenkmälern und kulturellen Einrichtungen (Staatskanzlei)

429 61	187	Nicht aufteilbare Personalausgaben	748.200	747.200	0
			304.022	0	0

514 61	187	Verbrauchsmaterial, Haltung von Fahrzeugen	510.200	0	0
			381	0	0

533 61	187	Dienstleistungen Außenstehender	365.400	150.000	0
			96.298	0	0

547 61	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	516.700	70.000	0
			91.543	0	0

631 61	187	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0	0	0
			599	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 61.

812 61	187	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	106.800	0	0
			0	0	0

883 61	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.000.000	7.000.000	870.000
			1.300.855	0	0

893 61	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	200.000	800.000	78.000
			962.222	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			4.447.300	8.767.200	948.000
				0	0

63 Programm für Maßnahmen zur Schadensbeseitigung der gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige Freier Berufe (MWL)

631 63	691	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 63.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
683 63	691	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
883 63	691	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.253.000 0	0 0	0 0
892 63	691	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	10.594.000 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			13.847.000	0 0	0 0
64		Wiederherstellung hochwassergeschädigter Landesstraßen (MID)			
533 64	692	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
631 64	692	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0 0	0 0	0 0
* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 64.					
731 64	692	Wiederherstellung hochwassergeschädigter Landesstraßen	65.000 1.938.039	15.000 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			65.000	15.000 0	0 0
65		Programm zur Behebung von Hochwasserschäden an Wohngebäuden (MID)			
631 65	411	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	60.000 18.439	5.000 0	5.000 0
* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 65.					
894 65	411	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	50.000 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			110.000	5.000 0	5.000 0
66		Programm zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den Gemeinden (MID)			
631 66	692	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	10.000 133.185	10.000 0	10.000 0
* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 66.					

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
633 66	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
883 66	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	100.000.000 71.676.163	20.000.000 0	20.000.000 0
894 66	692	Zuschüsse für Investitionen an die Investitionsbank für Maßnahmen der Hochwasserschadensbeseitigung in Kleingartenanlagen, Wochenendhaus- und Ferienhausgebieten	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			100.010.000	20.010.000 0	20.010.000 0
67		Programm zur Behebung von Hochwasserschäden in der Forstwirtschaft (MWL)			
631 67	531	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0 0	0 0	0 0
* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Istentnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 67.					
683 67	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
892 67	531	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 67	531	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			0	0 0	0 0
70		Programm zur Beseitigung von Schäden an Hochwasserschutzanlagen des LHW (MWU)			
631 70	623	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0 0	0 0	0 0
* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Istentnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 70.					
682 70	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	10.000.000 5.000.000	5.000.000 0	5.000.000 0
893 70	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			10.000.000	5.000.000 0	5.000.000 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
71		Programm zur Beseitigung von Schäden an ländlichen Wegen (MWL)			
631 71	521	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0 1.410.886	0 0	0 0
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 71.			
633 71	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
883 71	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 14.341.663	0 0	0 0
892 71	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 71	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
		Nachrichtlich: Summe TGr. 71	0	0 0	0 0
72		Programm zur Beseitigung von Schäden an forstwirtschaftlichen Wegen (MWL)			
631 72	531	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0 0	0 0	0 0
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 72.			
633 72	531	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
883 72	531	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
892 72	531	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 72	531	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
		Nachrichtlich: Summe TGr. 72	0	0 0	0 0
73		Programm zur Wiederherstellung der Landesliegenschaften - Ressortbau (MF)			
631 73	162	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0 0	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 73

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 73.

713 73	162	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0 1.349.179	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	0 0	0 0

**74 Programm zur Wiederherstellung der Landesliegenschaften -
Hochschulbau (MF)**

519 74	133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0 0	0 0	0 0

631 74	692	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0 0	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 74.

711 74	133	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 74			0	0 0	0 0

**75 Programm zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den
Gemeinden - Sportstätten (MI)**

631 75	322	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0 0	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 75.

633 75	322	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	44.400 0	0 0	0 0

684 75	322	Zuschüsse an Verbände und Vereine	11.100 0	0 0	0 0

883 75	322	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	9.990.000 6.077.746	12.000.000 0	5.000.000 0

893 75	322	Zuschüsse für Investitionen an Verbände und Vereine	1.054.500 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 75			11.100.000	12.000.000 0	5.000.000 0

**78 Programm zur Beseitigung von Schäden an
Hochwasserschutzanlagen außerhalb von Gemeinden (MWU)**

631 78	623	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0 59.632	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 78

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 78.

684 78	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an Unterhaltungsverbände	0	0	0
			0	0	0

894 78	623	Zuschüsse für Investitionen an Unterhaltungsverbände	0	0	0
			65.494	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 78			0	0	0
				0	0

**81 Programm zur Beseitigung von Schäden an Hochschulen
(MWU)**

631 81	133	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl. Zinsen	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 13 31 Titel 119 81.

685 81	133	Zuweisungen für laufende Zwecke an Hochschulen	0	0	0
			0	0	0

894 81	133	Zuweisungen für Investitionen an Hochschulen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 81			0	0	0
				0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 31 Hochwasserhilfen 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	70.000	15.000	15.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	12.302.800	5.967.200	5.000.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	127.206.500	39.815.000	25.948.000
Gesamteinnahme		139.579.300	45.797.200	30.963.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	748.200	747.200	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.392.300	220.000	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10.125.500	5.015.000	5.015.000
			0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	65.000	15.000	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	127.248.300	39.800.000	25.948.000
			0	0
Gesamtausgabe		139.579.300	45.797.200	30.963.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Ausgaben der TGrn 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68 und 69 können in Höhe von 105,6 v. H. der Einnahmen bei Kapitel 1332 Titel 331 01 für Kommunale Projekte (5 v. H. Kofinanzierung Land) und in Höhe von 111,1 v. H. für Landesvorhaben, für kommunale Vorhaben die in den Jahren 2020 und 2021 mit der Maßgabe einer vollständigen Übernahme des kommunalen Eigenanteils durch das Land bewilligt wurden bzw. für Projekte Sonstiger Träger mit Bestätigung der Förderwürdigkeit bis Ende 2022 (10 v. H. Kofinanzierung Land) geleistet werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der TGrn. 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68 und 69 sind jeweils innerhalb der Titelgruppe und gegenseitig deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO können Erstattungen und Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sowie dazugehörige Verzugszinsen durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Es gelten die im § 10 Abs. 6 HG 2025/2026 getroffenen Regelungen.

Zur Abmilderung der Folgen des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung stellt der Bund den betroffenen Ländern umfangreiche Mittel auf der Grundlage des im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen vom 08.08.2020 (BGBl. 37/2020 vom 13.08.2020 Bl. 1795 ff.) unter Artikel 1 verankerten Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) sowie der Bund-Länder-Vereinbarung zur Durchführung des Investitionsgesetz Kohleregionen vom 27.08.2020 unter Vorgabe bestimmter Leitlinien zur Verfügung.

Der Bund stellt den drei deutschen Kohleregionen ab 2020 bis längstens 2038 Finanzhilfen im Umfang von insgesamt 14 Mrd. EUR zur Verfügung. Daraus entfallen für Sachsen-Anhalt 1,626 Mrd. EUR. Die Finanzhilfen nach Artikel 104b des Grundgesetzes werden den Ländern trägerneutral für Investitionen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Das Fördergebiet im Mitteldeutschen Revier Sachsen-Anhalt setzt sich aus folgenden Gemeinden und Gemeindeverbänden zusammen: die Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Mansfeld-Südharz und Saalekreis sowie die kreisfreie Stadt Halle. In dieser Region sollen die Finanzhilfen auf Grundlage der Landesförderrichtlinie "Sachsen-Anhalt Revier 2038" (direktes Antragsverfahren und Förderaufrufe) sowie im Rahmen eigener Investitionsvorhaben des Landes eingesetzt werden. Gemäß InvKG beteiligt sich der Bund mit bis zu 90 Prozent, die Länder einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligen sich mit mindestens 10 Prozent am Gesamtvolumen des öffentlichen Finanzierungsanteils der förderfähigen Kosten der jeweiligen Investition. Gemäß Richtlinie kann das Land im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Hälfte des kommunalen Mindest-Eigenanteils übernehmen.

Im Kapitel 1332 erfolgt die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben für Vorhaben des "Landesarms" (Kapitel 1 InvKG), bezüglich der Ausgaben folgt die Darstellung in den Titelgruppen 61 bis 69 den Förderbereichen entsprechend § 4 InvKG.

Zusätzlich zur Bereitstellung der Finanzhilfen für die Länder setzt der Bund eigene Maßnahmen in den drei Kohleregionen um. Dazu gehört unter anderem das Bundesprogramm STARK - Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten. Das Programm hilft den Kohlestandorten dabei, den Übergang von einer kohleorientierten Wirtschaft zu einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftsstruktur zu bewältigen. Mit dem Programm werden Projekte unterstützt, die diesen Prozess beschleunigen. Das Land Sachsen-Anhalt beteiligt sich an diesem Programm mit eigenen Projekten (Ideenwettbewerb Revierpionier zur Bürgerbeteiligung) und unterstützt kommunale Antragsteller aus Sachsen-Anhalt bei der Umsetzung ihrer STARK-Vorhaben. Die Veranschlagung der entsprechenden Einnahmen und Ausgaben erfolgt in der Titelgruppe 70.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

119 41	692	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 32 Titel 631 01.

231 01	692	Sonstige Zuweisungen des Bundes	0	0	0
			0		

331 01	692	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	142.546.000	109.815.300	141.627.700
			13.450.000		

Erläuterungen:

Veranschlagung von Einnahmen für alle 9 Förderbereiche nach § 4 InvKG inklusive Förderaufrufe und Landesvorhaben.

Titelgruppe(n)

70 STARK

119 70	692	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 32 Titel 631 70.

231 70	692	Sonstige Zuweisungen des Bundes	1.274.400	1.274.400	1.395.500
			1.272.803		

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	1.274.400	1.274.400	1.395.500

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

533 01	692	Dienstleistungen Außenstehender, v.a. Beauftragung	0	1.369.000	1.369.000
		baufachlicher Prüfungen im Rahmen der Beleihung durch die	0	343.000	343.000
		zentrale Koordinierungsstelle (LVwA)			

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			343.000		343.000
2027				343.000	343.000
2028					
2029 ff.					
Summen			343.000	343.000	686.000

Erläuterungen:

Mittel für die Beauftragung der baufachlichen Prüfung nach ZBau durch das LVwA, zentrale Koordinierungsstelle für Zuwendungsbauten, in den beliebigen Bereichen Abwasseranlagen, Wasserversorgungsanlagen und Energieanlagen, für Fördervorhaben des InvKG - Landesarms.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für Fälle überjähriger Beauftragung vorgesehen.

631 01	692	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel einschl.	0	0	0
		Zinsen.	0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 32 Titel 119 41.

631 02	692	Rückzahlungen von Bundesmitteln	254.700	144.000	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Es handelt sich hier um Rückzahlungen an den Bund von bisher (auch in Vorjahren) geleisteten Überzahlungen auf Grund der zwischenzeitlichen Einstufung der Eigenmittel sonstiger Träger als nicht zum öffentlichen Finanzierungsanteil gehörig durch den Bund.

671 01	692	Kostenerstattung für die Umsetzung an die Investitionsbank	1.210.000	1.727.000	1.788.200
		Sachsen-Anhalt	1.041.630	0	8.500.000

*** Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.310.000				1.310.000
2026	1.330.000				1.330.000
2027				1.500.000	1.500.000
2028				1.400.000	1.400.000
2029 ff.				5.600.000	5.600.000
Summen	2.640.000			8.500.000	11.140.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Erläuterungen:

Die Mittel des Bundes sowie ggf. Kofinanzierungsanteile des Landes werden v.a. auf Grundlage der Förderrichtlinie Sachsen-Anhalt Revier 2038 verausgabt. Die Umsetzung der Richtlinie wird u.a. der Investitionsbank Sachsen-Anhalt auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrags übertragen. Ziel ist es, den durch die bundespolitische Entscheidung zum Ausstieg aus der Kohleverstromung bedingten Strukturwandel in den betroffenen Kohleregionen innerhalb Sachsen-Anhalts durch förderpolitische Maßnahmen bis zum Jahr 2038 positiv zu beeinflussen. Dem gleichen Ziel dient die Übernahme des Eigenanteils von bewilligten Vorhaben des Bundesprogramms zur Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten (STARK) i. H. v. 10 v.H. bei eigenen Landesprojekten sowie i. H. v. 5 v. H. bei kommunalen Projekten durch Landesmittel. Der Bedarf wurde im Landeshaushalt abgebildet.

Aufwandsentschädigung der Investitionsbank (IB) für den Zeitraum 2022 - 2026.

Titelgruppe(n)

61 Förderung wirtschaftsnahe Infrastruktur

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier Projekte zur Schaffung wirtschaftsnaher Infrastruktur ohne öffentliche Verkehrswege, insbesondere Erwerb und Herrichtung von Flächen für Unternehmen sowie die energetische Sanierung von infolge des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung zur Verfügung stehenden Gebäuden zur Nachnutzung (Bsp.: Industrie-/Gewerbeparks, z.T. mit Fokus auf Nachhaltigkeit und/oder Wasserstoff; Wasserstoffinfrastruktur). Veranschlagt sind hier auch die Mittel für den Förderaufruf Wasserstoff einschl. der Kofinanzierung i. H. v 5 v. H. für kommunale Vorhaben.

633 61	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
883 61	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	50.718.500 9.983.534	39.277.200 22.948.100	41.518.000 128.203.900

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	39.277.200	41.266.900			80.544.100
2026	34.286.100	59.629.500	2.818.400		96.734.000
2027	45.728.100	60.796.800	4.517.800	463.800	111.506.500
2028	27.279.000	75.000.000	2.037.300	695.700	105.012.000
2029 ff.	81.837.000	225.000.000	13.574.600	127.044.400	447.456.000
Summen	228.407.400	461.693.200	22.948.100	128.203.900	841.252.600

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier u. a. die Mittel für den Förderaufruf Wasserstoff einschl. der Kofinanzierung iHv 5 v. H. für Kommunen durch das Land.

Die in 2024 veranschlagte VE wird voraussichtlich nur teilweise in Anspruch genommen. In 2026 veranschlagte VE entfallen, insofern die entsprechenden Vorhaben bereits 2025 bewilligt werden.

891 61	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	820.000 152.812.500	13.405.600 72.833.500

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			13.405.600		13.405.600
2027			36.912.200	21.638.900	58.551.100
2028			24.383.400	18.472.300	42.855.700
2029 ff.			78.111.300	32.722.300	110.833.600
Summen			152.812.500	72.833.500	225.646.000

Erläuterungen:

In 2026 veranschlagte VE entfallen, insofern die entsprechenden Vorhaben bereits in 2025 bewilligt werden.

893 61	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	455.600	0
			178.163	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	410.300				410.300
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	410.300				410.300

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	50.718.500	40.552.800	54.923.600
		175.760.600	201.037.400

62 Verkehr

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier Verkehrsvorhaben ohne Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen, insbesondere zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden sowie Schienenbahnen, die nicht Eisenbahnen des Bundes sind, im Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs. (Bsp.: Ausbau und Qualifizierung von ÖPNV-Schnittstellen).

633 62	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

883 62	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.351.700	4.489.800	2.595.000
			76.053	1.499.000	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.889.800	600.000			4.489.800
2026	576.000	520.000	1.499.000		2.595.000
2027		50.000			50.000
2028		50.000			50.000
2029 ff.					
Summen	4.465.800	1.220.000	1.499.000		7.184.800

891 62	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
893 62	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			2.351.700	4.489.800	2.595.000
				1.499.000	0

63 öffentliche Fürsorge

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier Vorhaben der öffentlichen Fürsorge zur Verbesserung wirtschaftsbezogener Standortbedingungen, insbesondere Ausbau von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Investitionen in die Gesundheits- und Kultureinrichtungen sowie altersgerechter Umbau und Barriereabbau (Bsp.: Kindertagesstätten; Entwicklung einer Kinder-, Jugend- und Seniorenwerkstatt zum gemeinsamen Lernen und der Berufsvorbereitung; Inklusionszentrum mit Beschäftigungsmöglichkeiten für Angestellte mit Behinderungen; regionale Gesundheits- und Notfallzentren).

633 63	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
883 63	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	21.445.000	21.918.100	22.157.200
			478.667	17.132.800	14.342.800

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	9.697.200	23.198.300			32.895.500
2026	8.803.300	18.017.200	10.689.600		37.510.100
2027		5.400.000	3.488.700	3.493.000	12.381.700
2028		5.000.000	2.897.500	3.928.600	11.826.100
2029 ff.		5.000.000	57.000	6.921.200	11.978.200
Summen	18.500.500	56.615.500	17.132.800	14.342.800	106.591.600

Erläuterungen:

Die in 2024 veranschlagte VE wird voraussichtlich nur teilweise in Anspruch genommen.

891 63	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

893 63	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.020.000	6.353.600	1.513.500
			1.293.984	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	6.353.600				6.353.600
2026	1.513.500				1.513.500
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	7.867.100				7.867.100

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	22.465.000	28.271.700	23.670.700
		17.132.800	14.342.800

64 Städtebau, Stadt- und Regionalentwicklung

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier u. a. Mittel für Vorhaben aus dem Bereich des Städtebaus, z.B. der Altstadtsanierung oder der Pflege bedeutender, kulturstiftender Denkmäler. Die umzusetzenden Investitionen erfordern einen strukturpolitischen Effekt im Sinne des InvKG. Insbesondere sind hier die Mittel für den Förderaufruf Altstadtsanierung und Denkmalpflege im Burgenlandkreis veranschlagt (Gesamt volumen des Förderaufrufs von 2020 bis 2026: 100 Mio. EUR InvKG-Bundesmitten zzgl. Landeskofinanzierung i. H. v. 5 v. H. für Vorhaben in kommunaler Trägerschaft), insofern die Vorhaben nicht in Absprache mit dem Bund aufgrund des konkreten Verwendungszwecks einem anderen Förderbereich zugeordnet wurden.

633 64	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

883 64	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	19.809.700	14.785.600	16.102.200
			148.500	19.924.200	35.739.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	27.000	3.500.000			3.527.000
2026		3.000.000	11.632.700		14.632.700
2027			4.425.500	14.455.000	18.880.500
2028			2.725.000	13.047.000	15.772.000
2029 ff.			1.141.000	8.237.000	9.378.000
Summen	27.000	6.500.000	19.924.200	35.739.000	62.190.200

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier vor allem die Mittel für den Förderaufruf Altstadtsanierung und Denkmalpflege Burgenlandkreis (bei Vorhaben in kommunaler Trägerschaft zzgl. Landeskofinanzierung iHv 5 v. H.), insofern die Vorhaben nicht in Absprache mit dem Bund aufgrund des Schwerpunkts des Verwendungszwecks einem anderen Förderbereich zugeordnet wurden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
891 64	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 64	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			19.809.700	14.785.600 19.924.200	16.102.200 35.739.000

65 Digitalisierung, Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur

** Die Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils innerhalb aller
Ausgabetitel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier v. a. Mittel für die Landesinvestition "Digitale Infrastrukturen in der Strukturwandelregion" zzgl. der Kofinanzierung i. H. v. 10 v. H. (Aufbau von 5G-Campusnetzen; Ausbau der Glasfaserbackbone-Infrastruktur als Basis für 5G- und Gigabitausbau; Lückenlose Bestandsaufnahme von Funklöchern durch den Einsatz innovativer Messverfahren, die eine kontinuierliche Überprüfung der Mobilfunk-Coverage ermöglichen; Fortsetzung der WLAN- und Freifunkförderung; Etablierung von Fördermöglichkeiten für LoRaWAN-Projekte, lokale Rechenzentren und Anwendungsforschung), insoweit diese nicht in Absprache mit dem Bund dem Förderbereich "Infrastrukturen für Forschung, Innovation und Technologietransfer sowie ergänzende betriebliche Aus- und Weiterbildung" (entspricht TGr. 67) zugeordnet wurden.

533 65	692	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
633 65	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
883 65	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.872.800 71.463	5.000.000 10.000.000	5.000.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.222.200			2.222.200
2026		7.777.800			7.777.800
2027			5.000.000		5.000.000
2028			5.000.000		5.000.000
2029 ff.					
Summen		10.000.000	10.000.000		20.000.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier u. a. die Mittel für die Landesinvestition "Digitale Infrastrukturen in der Strukturwandelregion" zzgl. der Kofinanzierung iHv 10 v. H.

Die in 2024 veranschlagte VE wird voraussichtlich nur teilweise in Anspruch genommen.

891 65	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

892 65	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

893 65	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	7.872.800	5.000.000	5.000.000
		10.000.000	0

66 touristische Infrastruktur

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier u. a. Mittel für Vorhaben zur Schaffung wirtschaftsnaher Infrastruktur im Sinne der Stärkung des Tourismus im Revier, z.B. Investitionen in die Herrichtung von und den Zugang zu Industriedenkmälern, die touristische Nutzbarmachung einer Schlossruine, die Ertüchtigung von Museen, die Errichtung überregionaler Radwanderwege.

633 66	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

883 66	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	25.126.200	9.818.700	9.878.200
			1.969.522	10.779.600	44.525.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	4.518.700	5.300.000			9.818.700
2026	1.103.900	4.400.000	2.866.000		8.369.900
2027		2.200.000	3.366.200	12.587.000	18.153.200
2028		2.200.000	3.597.400	9.593.500	15.390.900
2029 ff.			950.000	22.345.200	23.295.200
Summen	5.622.600	14.100.000	10.779.600	44.525.700	75.027.900

891 66	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

893 66	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	1.351.300	1.710.000
			0	0	641.300

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				641.300	641.300
2028					
2029 ff.					
Summen				641.300	641.300

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	25.126.200	11.170.000	11.588.200
		10.779.600	45.167.000

67 Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier Vorhaben zur Schaffung von Infrastrukturen für Forschung, Innovation und Technologietransfer sowie ergänzende betriebliche Aus- und Weiterbildung (Bsp.: Investitionen in Forschungsfunktionsgebäude mit diskriminierungsfreiem Zugang für Forschergruppen, inbes. in den Themenfeldern des Strukturentwicklungsprogramms, wie Bioökonomie, Wasserstoff; zudem: innovative (Aus-)Bildungszentren).

In der Titelgruppe werden auch Mittel aus der Landesinvestition "Digitale Infrastrukturen in der Strukturwandelregion" abgebildet, die in Absprache mit dem Bund dem Förderbereich "Infrastrukturen für Forschung, Innovation und Technologietransfer sowie ergänzende betriebliche Aus- und Weiterbildung" zugeordnet wurden.

533 67	692	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
633 67	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
883 67	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.165.000	3.800.000	11.837.500
			0	0	111.667.800

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				7.606.000	7.606.000
2028				10.033.700	10.033.700
2029 ff.				94.028.100	94.028.100
Summen				111.667.800	111.667.800

891 67	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
892 67	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
893 67	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	2.721.800	527.800
			0	63.333.400	16.755.600

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 67

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026		42.000.000	527.800		42.527.800
2027		47.000.000	6.227.800	1.500.000	54.727.800
2028		15.000.000	14.250.000	10.000.000	39.250.000
2029 ff.		45.000.000	42.327.800	5.255.600	92.583.400
Summen		149.000.000	63.333.400	16.755.600	229.089.000

Erläuterungen:

Die 2024 veranschlagte VE wird voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	10.165.000	6.521.800	12.365.300
		63.333.400	128.423.400

**68 Klima- und Umweltschutz; energetischen Sanierung von
Infrastrukturen, Investitionen Bodensanierung und
Lärmschutz**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier u. a. Mittel zur Schaffung nachhaltiger Energiesysteme und Vorhaben der Abfallwirtschaft und Luftreinhaltung (z. B. Modellvorhaben zur klimaneutralen Energieversorgung).

633 68	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
883 68	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	14.567.800	0	619.900
			0	0	25.547.300

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				3.641.700	3.641.700
2028				4.377.300	4.377.300
2029 ff.				17.528.300	17.528.300
Summen				25.547.300	25.547.300

891 68	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	190.000	1.928.500
			0	5.367.500	3.895.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 68

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			1.738.500		1.738.500
2027			2.166.000	950.000	3.116.000
2028			731.500	712.500	1.444.000
2029 ff.			731.500	2.232.500	2.964.000
Summen			5.367.500	3.895.000	9.262.500

893 68	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	5.225.000	20.995.000
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	5.225.000	20.000.000			25.225.000
2026	20.995.000	10.000.000			30.995.000
2027	14.445.000	10.000.000			24.445.000
2028	1.485.000	10.000.000			11.485.000
2029 ff.		20.000.000			20.000.000
Summen	42.150.000	70.000.000			112.150.000

Erläuterungen:

Die 2024 veranschlagte VE wird voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	14.567.800	5.415.000	23.543.400
		5.367.500	29.442.300

69 Naturschutz und Landschaftspflege

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier u. a. Mittel für Maßnahmen zur Renaturierung und Umgestaltung ehemaliger Tagebauflächen sowie zu deren Aufforstung. Bergrechtliche Verpflichtungen der Unternehmen bleiben unberührt.

633 69	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
883 69	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
893 69	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 69			0	0	0
				0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

70 STARK

Erläuterungen:

Aus dem InvKG-Bundesarm wird das Revier durch das Bundesprogramm STARK ("Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten") insbesondere beim Aufbau von braunkohlespezifischen Strukturentwicklungs- und Steuerungskapazitäten i. H. v. 90% der förderfähigen Kosten unterstützt. Das Land übernimmt den Eigenanteil i. H. v. 10% bei eigenen Projekten sowie i. H. v. 5% bei kommunalen Projekten. Dieser Bedarf ist im Landeshaushalt abzubilden.

522 70	692	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

533 70	692	Dienstleistungen Außenstehender	1.416.000	1.416.000	1.550.000
			1.414.225	6.200.000	4.650.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.416.000				1.416.000
2026			1.550.000		1.550.000
2027			1.550.000	1.550.000	3.100.000
2028			1.550.000	1.550.000	3.100.000
2029 ff.			1.550.000	1.550.000	3.100.000
Summen	1.416.000		6.200.000	4.650.000	12.266.000

Erläuterungen:

Aufteilung	davon in 2023	davon in 2024	davon in 2025	davon in 2026
Landesmittel	141.600	141.600	141.600	155.000
Bundesmittel	1.274.400	1.274.400	1.274.400	1.395.000
Zusammen	1.416.000	1.416.000	1.416.000	1.550.000

Hier erfolgt die Veranschlagung für den Ideenwettbewerb "Revierpionier" zur Bürgerbeteiligung. Das Land übernimmt den Eigenanteil von 10 v.H.

Die VE ist erforderlich, um einen Fortsetzungsantrag für das STARK -Vorhaben Revierpionier vorzubereiten und im Erfolgsfall umzusetzen.

Die VE 2026 darf nur in der Höhe in Anspruch genommen werden, in der die ausgebrachte VE 2025 nicht benötigt wurde.

631 70	692	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel (einschl. Zinsen)	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 32 Titel 119 70.

633 70	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	600.000	388.200	461.300
			305.113	1.370.000	680.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 70

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		70.000			70.000
2026		30.000	330.000		360.000
2027			320.000	200.000	520.000
2028			300.000	180.000	480.000
2029 ff.			420.000	300.000	720.000
Summen		100.000	1.370.000	680.000	2.150.000

Erläuterungen:

Veranschlagung einer VE ist erforderlich für die Übernahme des Eigenanteils von bewilligten kommunalen Vorhaben des Bundesprogramms zur Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten (STARK) i. H. v. 10 v.H. bei eigenen Landesprojekten sowie i. H. v. 5 v. H. bei kommunalen Projekten durch Landesmittel und dient dazu, den durch die bundespolitische Entscheidung zum Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038 bedingten Strukturwandel in den betroffenen Kohleregionen innerhalb Sachsen-Anhalts positiv zu beeinflussen, hier konkret die Beteiligung des Landes und seiner Kommunen am Bundesprogramm STARK.

883 70	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
893 70	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			2.016.000	1.804.200	2.011.300
				7.570.000	5.330.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 32 Strukturstärkung Kohleregionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.274.400	1.274.400	1.395.500
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	142.546.000	109.815.300	141.627.700
Gesamteinnahme		143.820.400	111.089.700	143.023.200

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.416.000	2.785.000 6.543.000	2.919.000 4.993.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.064.700	2.259.200 1.370.000	2.249.500 9.180.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	153.076.700	116.206.700 303.797.100	149.788.400 454.151.900
Gesamtausgabe		156.557.400	121.250.900	154.956.900
Gesamtsumme der VE			311.710.100	468.324.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-12.737.000	-10.161.200	-11.933.700

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 50 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

119 41	012	Rückforderungen Sozialversicherungsbeitrag für den Zeitraum 2008 bis 2011	0 577.296	0	0

*** Gemäß § 35 Abs. 1 LHO dürfen Rückzahlungen zu viel erhobener Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Aufgrund des Urteils des Bundessozialgerichts vom 23. Mai 2017 AZ: B 12 KR 6/16 können Erstattungsanträge für zu Unrecht gezahlte Sozialversicherungsbeiträge für den Zeitraum von 2008 bis 2011 gestellt werden.

Die Erstattung der gezahlten SV-Beiträge ist maßgeblich davon anhängig, ob die betroffene Person für den Zeitraum die sogenannte Riesterförderung in Anspruch genommen hat oder ob seitens der Sozialversicherungsträger für den Zeitraum Geldleistungen, z. B. Krankengeld gezahlt wurde.

281 05	291	Erstattung der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe durch die Landesbetriebe nach § 26 LHO	10.000 36.398	30.000	30.000

Erläuterungen:

Erstattung der vom Land für die Landesbetriebe nach § 26 LHO verauslagten Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe auf Grund Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX)

281 06	018	Erstattungen von Versorgungszuschlägen für Beamte	550.000 465.227	550.000	550.000

Erläuterungen:

Erstattungsleistungen gem. § 12 Abs. 2 Landesbeamtenversorgungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt.

281 07	018	Erstattungen von Pensionslasten von Landesbetrieben und den Produkthaushalten des MJ (Epl. 11)	33.911.600 29.173.316	39.214.700	44.507.300

*** Vgl. *** Vermerk zu Kapitel 13 50 Titel 916 11 und Titel 916 14.

Erläuterungen:

siehe Ausgabetitel

281 08	018	Erstattungen von Versorgungszuschlägen für Beamte gemäß § 1 Abs. 4 der Pensionsfonds-Zuführungsverordnung	900.000 1.003.347	900.000	900.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 50 Titel 916 15.

Erläuterungen:

Erstattungsleistungen gem. Landesbeamtenversorgungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (LBeamVG LSA), die auf die Zuführungen nach § 5 Abs. 5 des Pensionsfondsgesetzes i.V. m. § 1 Abs. 4 der Pensionsfonds-Zuführungsverordnung in das Sondervermögen Pensionsfonds anzurechnen sind.

Titelgruppe(n)

61 Versorgungslastenteilung - Staatsvertrag -

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 61 erfolgt die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag Versorgungslastenteilung und dem Versorgungslastenteilungsgesetz Sachsen-Anhalt.

231 61	018	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 1.401.956	0	0

13 **Allgemeine Finanzverwaltung**
13 50 **Versorgung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
232 61	018	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0 10.061.549	0	0
233 61	018	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0 2.151.107	0	0
359 61	018	Entnahme aus dem Pensionsfonds	0 0	0	0
** Die Entnahme aus den Pensionsfonds des Landes Sachsen- Anhalt erfolgt soweit die Ausgaben bei Kapitel 1350 Titel 631 61, 632 61 und 633 61 die Einnahmen bei Kapitel 1350 Titel 231 61, 232 61 und 233 61 übersteigen.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 50 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

439 01	018	Sonstige Versorgungsbezüge	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 50 Titel 631 12.

Erläuterungen:

Der Ansatz beinhaltet die Zuschüsse der Beiträge zur Pflegeversicherung an die Empfänger von nicht überführten Leistungen. Den Zuschuss zur Pflegeversicherung erhalten Empfänger der befristeten erweiterten Versorgung, des Vorruhestandsgeldes sowie der Übergangsrente, die in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig versichert sind. Der Zuschuss wird rückwirkend gewährt. Auf Grund der zur Zeit ruhenden Zahlfälle, die jederzeit aktive Zahlfälle werden können, und des geringfügigen Ansatzes wird der Titel auf Null gesetzt.

461 01	881	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Versorgungsausgaben	35.000.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Verstärkungsmittel für die ab dem Haushaltsjahr 2007 in die Ressorts umgesetzten Versorgungsbezüge.

522 01	012	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Der Einsatz der Mittel erfolgt für die Erstellung eines versicherungsmathematischen Gutachtens. Das Gutachten ist Grundlage für die Aktualisierung der Zuführungssätze zum Pensionsfonds, welche in der Pensionszuführungsverordnung vom 9. Februar 2008 (GVBl. LSA S. 64), zuletzt geändert mit Verordnung vom 21. Juni 2018 (GVBl. LSA S. 191) geregelt sind. Gemäß § 5 Abs. 2 Satz 3 Pensionsfondsgesetz vom 6. Dezember 2006 (GVBl. LSA S. 538), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 5. Dezember 2018 (GVBl. LSA S. 412, 415) sind die Zuführungssätze bei sich ändernden Verhältnissen anzupassen; daher erfolgt eine regelmäßige Überprüfung (alle 3 - 5 Jahre). Das letzte Gutachten wurde 2022 erstellt.

614 01	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"	900.000	1.000.000	1.100.000
			644.086	0	0

Erläuterungen:

Gemäß § 160 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Aus Vereinfachungsgründen wird die vom Land zu entrichtende Ausgleichsabgabe zentral im Epl. 13 nachgewiesen und dem Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe" bei Kapitel 5020 Titel 381 01 zugeführt.

631 01	229	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund im Zusammenhang mit der Sondernversorgung	120.000	120.000	120.000
			91.180	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 50 Titel 631 12.

Erläuterungen:

Gemäß dem Gesetz zur Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften aus Zusatz- und Sondernversorgungssystemen von Ländern des Beitrittsgebietes in Verbindung mit der Erstattungsordnung (einschl. der AAÜG-Erstattungs-Änderungsverordnung) sowie für durch das Bundesversicherungsamt durchgeführte Leistungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b bis d AAÜG sind anteilige Verwaltungskosten zu erstatten.

631 02	229	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund im Zusammenhang mit der Zusatzversorgung	304.800	273.600	273.600
			296.513	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 50 Titel 631 12.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 50 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 02

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 1350 Titel 631 01.

631 11	229	Sonstige Erstattungen an den Bund für Sonderversorgung der Angehörigen der Polizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs	142.000.000 135.647.854	140.000.000 0	144.000.000 0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 13 50 Titel 631 12.

Erläuterungen:

Nach § 15 des Gesetzes zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebietes werden dem Bund die entstehenden Aufwendungen für die nach § 4 AAÜG überführten Sonderversorgungsleistungen sowie nach § 9 AAÜG für nicht überführte Sonderversorgungsleistungen von den Ländern im Beitrittsgebiet erstattet.

631 12	229	Erstattungen an den Bund für Zusatzversorgungssysteme	276.914.100 263.989.233	278.274.200 0	288.020.000 0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 13 50 Titel 439 01, Kapitel 13 50 Titel 631 01, Kapitel 13 50 Titel 631 02 und Kapitel 13 50 Titel 631 11.

Erläuterungen:

Nach § 15 Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) werden dem Bund die entstehenden Aufwendungen für die Zusatzversorgungssysteme von den Ländern im Beitrittsgebiet erstattet. Die Veranschlagung beruht auf der Entwicklung der monatlichen Erstattungsbeträge.

916 11	851	Zuführungen von Landesbetrieben u. ä. an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	9.004.300 8.729.652	9.162.300 0	9.455.200 0

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 50 Titel 281 07, soweit diese die Landesbetriebe betreffen.

Erläuterungen:

Abführungen der unselbständigen Landesbetriebe an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" bei Kapitel 5501 Titel 232 02 gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 1 des Pensionsfondsgesetzes.

916 12	851	Zuführung an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Mittel werden aus dem Landeshaushalt gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 3 des Pensionsfondsgesetzes dem Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" bei Kapitel 5501 Titel 232 05 zugeführt.

916 14	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" - Produkthaushalte des MJ (Epl. 11)	24.907.300 20.443.664	30.052.400 0	35.052.100 0

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 50 Titel 281 07, soweit diese die Produkthaushalte des MJ (Epl. 11) betreffen.

Erläuterungen:

Die Mittel werden aus dem Landeshaushalt gemäß § 5 Abs. 2 des Pensionsfondsgesetzes dem Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" bei Kapitel 5501 Titel 232 03 zugeführt.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 50 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

916 15	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" für beurlaubte Beamte	900.000 1.003.637	900.000 0	900.000 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 50 Titel 281 08.

Erläuterungen:

Abführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" gemäß § 5 Abs. 5 des Pensionsfondsgesetzes bei Kapitel 5501 Titel 232 06.

916 16	851	Zuführung an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0 21.000.000	0 0	0 0

Erläuterungen:

Zahlungen entsprechend § 16 Abs. 6 HG 2020/2021.

Für das Jahr 2023 erfolgte eine Sonderzuführung gemäß § 5 Abs. 3 Pensionsfondsgesetz an den Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt.

Titelgruppe(n)

61 Versorgungslastenteilung - Staatsvertrag -

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 61 erfolgt die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag Versorgungslastenteilung und dem Versorgungslastenteilungsgesetz Sachsen-Anhalt.

631 61	018	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0 1.014.632	0 0	0 0

632 61	018	Sonstige Zuweisungen an Länder	0 7.852.220	0 0	0 0

633 61	018	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 359.209	0 0	0 0

916 61	851	Zuführungen an den Pensionsfonds	0 4.206.290	0 0	0 0

** Die Zuführungen an den Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt (Kapitel 5501 Titel 232 07) erfolgen soweit die Einnahmen bei Kapitel 1350 Titel 231 61, 232 61 und 233 61 die Ausgaben bei Kapitel 1350 Titel 631 61, 632 61 und 633 61 übersteigen.

Erläuterungen:

Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 2 des Pensionsfondsgesetzes von Einnahmen aus dem Staatsvertrag Versorgungslastenteilung bei Kapitel 5501 Titel 232 07.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 50 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	35.371.600	40.694.700	45.987.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			
Gesamteinnahme		35.371.600	40.694.700	45.987.300

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	35.000.000	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	420.238.900	419.667.800	433.513.600
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	34.811.600	40.114.700	45.407.300
			0	0
Gesamtausgabe		490.050.500	459.782.500	478.920.900
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-454.678.900	-419.087.800	-432.933.600

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Innerhalb des Kapitels 1390 sind mit Ausnahme der Titelgruppen 77 und 93 alle Ausgabetitel gegenseitig deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 1390 beträgt zum 31.12.2025 10 Vollzeitäquivalente. Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 1390 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente. Die Einhaltung des Zieles richtet sich nach den Ausgaben für das Personal der VB-ELER die im Einzelplan 13 veranschlagt werden. Das aus dem Kapitel 1390 bezahlte Personal anderer Behörden wird auf die VZÄ Ziele der jeweiligen anderen Behörden angerechnet. Dies betrifft die Personalausgaben der Technischen Hilfe im Kapitel 1390 Titel 427 93 und Titel 427 76.

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Förderung erstreckt sich nunmehr über den Gesamtplanungszeitraum 2014-2022, sie erfolgt über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Auf der Grundlage der Übergangsverordnung (EU) Nr. 2020/2220 verlängert sich die ursprüngliche Laufzeit des ELER 2014-2020 um weitere zwei Jahre bis zum Jahr 2022.

Aus diesen Mitteln können agrarstrukturelle Maßnahmen und Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung gefördert werden. Bei den in diesem Zusammenhang gewährten Zuschüssen handelt es sich um eine Förderung der EU, die eine öffentliche Kofinanzierung des Mitgliedsstaates und/oder eine private Beteiligung voraussetzt. Entsprechende Komplementärmittel hierzu sind vorgesehen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" sowie einzelner Landesförderprogramme.

Die Förderung erfolgt über folgende Prioritäten der ländlichen Entwicklung (LE-Prioritäten):

LE-Priorität 1: Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten,

LE-Priorität 2: Verbesserung der Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft in allen Regionen und Förderung innovativer landwirtschaftlicher Techniken und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung,

LE-Priorität 3: Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette, einschließlich der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, des Tierschutzes und des Risikomanagements in der Landwirtschaft,

LE-Priorität 4: Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme,

LE-Priorität 6: Förderung der sozialen Inklusion, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten

Neben den Maßnahmen der einzelnen LE-Prioritäten im Kapitel 1390 ist die Technische Hilfe für den ELER veranschlagt. Die Technische Hilfe unterstützt gemäß Artikel 59 Absatz 1 der VO (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 u.a. Vorhaben zur Verwaltung, zum Monitoring, zur Evaluierung, zur Information und Kommunikation, zur Vernetzung, zur Konfliktbeilegung sowie zur Kontrolle und Prüfung.

Weiterhin ist neben den EU-Mitteln für den ELER in diesem Kapitel die nationale Kofinanzierung für Vorhaben der Technischen Hilfe, LEADER-Management und LEADER/CLLD-Projekte veranschlagt.

Die Übergangsverordnung (EU) Nr. 2020/2220 ermöglicht die Bereitstellung von Übergangsmitteln sowie die Umschichtung von Mitteln der 1. Säule, den sogenannten Direktzahlungsmitteln, in die 2. Säule. Diese Mittel werden wie die originären ELER-Mittel verwendet.

Darüber hinaus werden durch die Übergangsverordnung Mittel aus dem Wiederaufbaufonds bereitgestellt. Diese Mittel sind in der Titelgruppe 77 veranschlagt.

Auf die Ausführungen im Vorbericht, insbesondere die Veranschlagung der Kofinanzierung wird verwiesen.

Einnahmen

119 41	521	Rückzahlungen von Landesmitteln (nationale Kofinanzierung) aus Maßnahmen der Technischen Hilfe, LEADER - Management und CLLD/LEADER	0 48	0	0
119 42	521	Rückzahlungen von EU-Mitteln aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)	0 231.384	0	0

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 90 Titel 631 01.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
119 50	521	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen aus EU-Mitteln sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den ELER	0 3.750	0	0
		Übertragbar			
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 90 Titel 631 05.			
271 01	521	Erstattungen von der EU	45.557.900 54.839.437	17.940.900	0
		Erläuterungen:			
		Einnahmen für konsumtive Ausgaben des ELER. Die Höhe der Einnahmen steht in direkter Abhängigkeit zu den tatsächlich getätigten Ausgaben. Die Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) werden von der EU-Kommission auf Antrag erstattet. Die Beantragung erfolgt ausschließlich durch die Zahlstelle für den ELER.			
346 04	521	Zuschüsse für Investitionen von der EU	94.820.500 92.229.104	32.945.700	0
		Erläuterungen:			
		Einnahmen für investive Ausgaben des ELER. Die Höhe der Einnahmen steht in direkter Abhängigkeit zu den tatsächlich getätigten Ausgaben. Die Ausgaben des Landes im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) werden von der EU-Kommission auf Antrag erstattet. Die Beantragung erfolgt ausschließlich durch die Zahlstelle für den ELER.			
346 05	521	Zuschüsse für Investitionen von der EU aus Vorjahren	0 0	0	0
		Erläuterungen:			
		Einnahmen für investive Ausgaben des ELER über die bei den Titeln 27101 und 346 04 veranschlagten Einnahmen hinaus aufgrund noch ausstehender Erstattungszahlungen der EU-Kommission.			
359 01	851	Entnahmen aus der Rücklage - ELER	0 0	25.779.300	0
		Erläuterungen:			
		Einnahmen aus Vorjahren, die zur Deckung der EU-Ausgaben im Haushaltsjahr benötigt werden.			
Titelgruppe(n)					
77		Wiederaufbaufonds			
		Erläuterungen:			
		Siehe Ausgabetitelgruppe.			
272 77	521	Erstattungen von der EU	33.410.900 4.143.744	7.826.100	0
346 77	521	Zuschüsse für Investitionen von der EU	8.087.100 1.505.019	6.947.200	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 77			41.498.000	14.773.300	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	521	Sonstige Zuweisungen - Rückzahlungen aus Überzahlungen im Rahmen der EU-Förderung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)	0 231.384	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 90 Titel 119 42.

631 05	521	Sonstige Zuweisungen - Zinsen aus Überzahlungen sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung durch den ELER	0 3.750	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 90 Titel 119 50.

683 04	521	Ausgleichszahlungen für Natura 2000	7.807.000 4.269.319	14.045.700 0	0 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, auf denen umweltspezifische Bewirtschaftungsbeschränkungen durch die Umsetzung der Richtlinien 79/409/EWG, 92/43/EWG (Natura 2000) bestehen.

Der ELER beteiligt sich im Rahmen der Vorgaben des EPLR mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung in Höhe von 25 v. H. der öffentlichen Ausgaben ist im Kapitel 0902 Titel 683 93 veranschlagt.

Bei Verwendung der Umschichtungsmittel aus der 1. Säule der GAP beteiligt sich die EU ab dem HHJ 2024 zum Teil mit 100 v. H. an den zuschussfähigen Ausgaben.

683 05	521	Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung und Ökolandbau	14.600.000 28.399.462	24.425.000 0	0 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für umwelt- und klimagerechte Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Ausgleich von erhöhten Kosten und Einkommensverlusten. Die Förderung erfolgt unter Beteiligung der EU und des Bundes im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 60 v. H. an den Ausgaben des Landes. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titel 683 93 veranschlagt.

Bei Verwendung der Umschichtungsmittel aus der 1. Säule der GAP beteiligt sich die EU ab dem HHJ 2019 zum Teil mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

Maßnahmen	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung	7.121.097	4.000.000	3.395.000	0
Ökolandbau	21.278.365	10.600.000	21.030.000	0
Zusammen	28.399.462	14.600.000	24.425.000	0

683 06	521	Ausgleichszulage	4.500.000 4.149.807	0 0	0 0

Übertragbar

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 06

Erläuterungen:

Gewährung einer Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und zum Ausgleich ständiger natürlicher und wirtschaftlicher Nachteile. Die Förderung erfolgt unter Beteiligung der EU und des Bundes im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 60 v. H. an den nationalen Ausgaben des Landes. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titel 683 93 veranschlagt.

683 07	521	Junglandwirte	261.200	192.700	0
			576.494	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Als Teil der Junglandwirte- und Existenzgründerinitiative Sachsen-Anhalts zur Unterstützung von Nachwuchskräften in der Landwirtschaft gewährt das Land Sachsen-Anhalt Beihilfen im Rahmen der VO (EU) Nr. 1305/2013, Artikel 19 für Existenzgründungen für laufende Kosten privater Unternehmen.

Der ELER beteiligt sich im Rahmen der Vorgaben des EPLR mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung in Höhe von 25 v. H. der öffentlichen Ausgaben ist im Kapitel 0902 Titel 683 93 veranschlagt.

883 01	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den ländlichen Wegebau	3.300.000	1.250.700	0
			2.112.613	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Förderung von Aufwendungen dem ländlichen Charakter angepasster Infrastrukturmaßnahmen zur Erschließung der landwirtschaftlichen oder touristischen Entwicklungspotentiale im Rahmen der Einkommensdiversifizierung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, insbesondere der Verbesserung der Agrarstruktur und des ländlichen Raumes als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum. Neben der Erschließung landwirtschaftlicher Grundstücke zielt die Förderung auf eine Verbesserung der Anbindung der Betriebsstätten. Die Reduzierung der Fahrstrecken führt zu einer Reduzierung des Aufwandes an Treibstoffen, der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes mit positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz. Die Durchführung dient weiterhin zur Entflechtung des landwirtschaftlichen und übrigen Verkehrs und damit verbundener höherer Verkehrssicherheit.

Grundlage der Förderung ist Art. 20 der VO (EU) Nr. 1305/2013.

Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 75 v. H. an den Ausgaben des Landes. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titelgruppe 93 veranschlagt.

883 02	521	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink-/ Abwasser	5.275.000	3.746.600	0
			2.253.454	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert werden nach Maßgabe des EPLR Trinkwassergewinnungs- und Trinkwasseraufbereitungsanlagen, Anlagen zur Verteilung des Trinkwassers, Abwasser-, Kläranlagen und Kanäle. Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die erforderliche Kofinanzierung wird durch die Eigenbeteiligung der Kommunen erbracht.

892 01	521	Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe	2.100.000	1.967.500	0
			1.456.509	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Es werden Zuschüsse gewährt für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft.

Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 09 03 Titelgruppe 93 veranschlagt.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage - ELER	0	0	0
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 919 01

Erläuterungen:

Rücklage gem. § 62 Abs. 4 LHO

Titelgruppe(n)

61 Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (EIP/OPG)

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert werden sowohl die Erarbeitung von Konzepten der Zusammenarbeit als auch die Einrichtung und Tätigkeit von operationellen Gruppen im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) "Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit" (Art. 35 Abs.1c und 2b VO (EU) Nr. 1305/2013), z.B.

- Schaffung und Betrieb operationeller Gruppen der EIP "Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft"
- Innovationsprojekte im Rahmen der EIP "Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft"
- Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Ansätze für Umweltprojekte/Praktiken
- Ausarbeitung von Waldbewirtschaftungsplänen.

Der ELER beteiligt sich mit 90 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 09 02 und 09 03 Titelgruppe 93 veranschlagt.

683 61	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	790.800 768.350	0 0	0 0
685 61	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 61	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0 0	0 0	0 0
892 61	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	460.500 35.253	0 0	0 0
893 61	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
894 61	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			1.251.300	0 0	0 0

62 Flurneuordnung, Hecken und Feldgehölze als Strukturelemente

Übertragbar

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Flurneuordnung:

Gefördert werden die Ausführungs- und Verfahrenskosten zur Neuordnung ländlicher Grundstücke und Gestaltung des ländlichen Raumes zur Verbesserung der Agrarstruktur in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) und dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG) einschließlich Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes sowie Vorhaben des freiwilligen Landtausches.

Die Maßnahmen der Flurbereinigung tragen maßgeblich zum Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, insbesondere Erosionsschutz, Begleitung der Energiewende, Ressourcenschutz, Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme und zum Erhalt der Biodiversität bei.

Grundlage bildet Art. 17 der VO (EU) Nr. 1305/2013.

Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben für Maßnahmen der Flurneuordnung. Die Kofinanzierung für die Ausführungskosten ist im Kapitel 09 03 Titelgruppe 93 und für die Verfahrenskosten im Kapitel 09 02 Titelgruppe 93 veranschlagt.

Hecken und Feldgehölze als Strukturelemente:

Gefördert werden nichtproduktive Investitionen zur Neuanlage von Hecken und Feldgehölzen sowie dem Heckenumbau gemäß den Förderrichtlinien Hecken und Feldgehölze vom 17.06.2015.

Der ELER beteiligt sich mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

Maßnahmen	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Flurneuordnung	13.153.091	9.798.400	9.793.000	0
Hecken und Feldgehölze als Strukturelemente	201.301	200.000	0	0
Zusammen	13.354.392	9.998.400	9.793.000	0

533 62	521	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
883 62	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	80.000	0	0
			83.777	0	0
892 62	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	40.000	0	0
			24.824	0	0
893 62	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	7.080.000	7.862.500	0
			11.176.240	0	0
981 62	521	Verrechnung der Dienstleistungen Außenstehender für Flurbereinigungsbehörden	2.798.400	1.930.500	0
			2.069.551	0	0
		Nachrichtlich: Summe TGr. 62	9.998.400	9.793.000	0
				0	

63 Forstwirtschaftlicher Wegebau

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert werden Neubau sowie die Befestigung und Grundinstandsetzung forstwirtschaftlicher Wege nach den Vorgaben des ELER. Die Maßnahme zielt durch die Entwicklung eines multifunktionalen Wegenetzes insbesondere auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft und Steigerung des Freizeitwertes der Wälder ab.

Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 09 03 Titelgruppe 93 veranschlagt.

883 63	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

892 63	521	Zuschüsse für Investitionen an privaten Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			0	0	0
				0	0

64 Agrarumweltmaßnahmen (Freiwillige Naturschutzleistungen, umweltschonende Wirtschaftsdüngerausbringung und genetische Ressourcen)

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für naturschutzgerechte Bewirtschaftungsmaßnahmen, die dem Erhalt des natürlichen Lebensraumes und dem Schutz der Umwelt dienen, für die umweltschonende Wirtschaftsdüngerausbringung aus Strohhaltung, die Erhaltung und Bestandszunahme gefährdeter Nutztierassen, für laufende Zwecke im Inland für das Anlegen von Kryokonserven sowie der Durchführung von Zuchtprogrammen, sowie zur Sicherung pflanzengenetischer Ressourcen an Wild- und Kulturarten und die Erstellung von Genbanknetzwerken.

Die EU beteiligt sich mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

Maßnahmen	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Freiwillige Naturschutzleistungen	4.427.014	3.000	240.200	0
umweltschonende Wirtschaftsdüngerausbringung	280.658	0	121.900	0
genetische Ressourcen gefährdeter Nutztierassen	91.380	115.000	0	0
genetische Ressourcen pflanzlicher Wild- und Kulturarten	80.000	80.000	80.000	0
Zusammen	4.879.052	198.000	442.100	0

682 64	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (genetische Ressourcen pflanzlicher Wild- und Kulturarten)	80.000	80.000	0
			80.000	0	0

683 64	521	Zuschüsse für Agrarumweltmaßnahmen für laufende Zwecke an private Unternehmen (Freiwillige Naturschutzleistungen, umweltschonende Wirtschaftsdüngerausbringung und genetische Ressourcen gefährdeter Nutztierassen)	118.000	362.100	0
			4.799.053	0	0

686 64	521	Zuschüsse für Agrarumweltmaßnahmen für laufende Zwecke im Inland (genetische Ressourcen gefährdeter Nutztierassen)	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			198.000	442.100	0
				0	0

65 Waldumweltmaßnahmen

Übertragbar

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Freiwillige Waldumweltmaßnahmen:

Ziel der Maßnahme ist die Erhöhung der Biodiversität in Wäldern, insbesondere die Erhaltung des Zustands von Lebensräumen und Arten im Schutzgebietssystem Natura 2000. Der Fokus der Maßnahme ist dabei insbesondere auf Arten gerichtet, die in der Reife- und Zerfallsphase von Wäldern vorkommen. Da durch forstwirtschaftliche Nutzung solche Phasen nur in geringem Umfang vorkommen, soll durch die Ausweisung von Biotopbäumen und Totholz sowie die Gewährleistung eines angemessenen Anteils an Altholz der Habitatraum für solche Arten erhalten und erweitert werden.

Etwa 35 % der betroffenen Waldfläche sind Privatwälder. Da die zu schützenden Arten zu großen Teilen von dem Vorhandensein von sehr altem und totem Holz abhängen, sind Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensräume nicht nur mit zusätzlichen Kosten, sondern vor allem mit Einkommensverlusten durch Nutzungsverzicht verbunden. Diese Nachteile sollen für freiwillige Umweltvorhaben ausgeglichen werden.

Die EU beteiligt sich mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

683 65	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	899.000	0	0
			340.540	0	0
892 65	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			899.000	0	0
				0	0

66 Wissenstransfer/Netzwerk Stadt-Land

Übertragbar

Erläuterungen:

Grundlage für die Förderung des Netzwerkes Stadt-Land bildet Artikel 35 VO (EU) Nr. 1305/2013. Gefördert werden u.a. die Initiierung und Realisierung von Konferenzen, Seminaren und anderen Veranstaltungen zum Ideen-, Gedanken-, Informations- und Erfahrungsaustausch, Analysen, Studien und Forschungsprojekte.
Der ELER beteiligt sich mit 90 v. H. an den zuschussfähigen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 09 02 Titelgruppe 93 veranschlagt.

633 66	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
682 66	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
683 66	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 238.059	0 0	0 0
684 66	521	Zuschüsse für Vereine und Verbände	0 0	0 0	0 0
883 66	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
892 66	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 66	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	220.300 439.798	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			220.300	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

67 Naturnahe Waldbewirtschaftung/Vorbeugung von Waldschäden

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert werden Investitionen u.a. die Umwandlung von Wäldern durch Vorarbeiten und Pflanzung sowie Schutz- und Pflegemaßnahmen für die gepflanzten Kulturen zur Erhaltung der Waldfunktionen sowie der Sicherung und Erhöhung der Stabilität der Wälder gegen biotischen (Schadinsekten) und abiotischen (Sturm, Schneebruch, Waldbrand) Schädigungen. Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" mit 60 v. H. an den nationalen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 09 03 Titelgruppe 93 veranschlagt.

891 67	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für naturnahe Waldbewirtschaftung	0 0	0 0	0 0
892 67	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für naturnahe Waldbewirtschaftung	1.370.000 1.620.039	2.000.000 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			1.370.000	2.000.000 0	0 0

68 Touristische Infrastruktur

Übertragbar

Erläuterungen:

Die Förderung der touristischen Infrastruktur zielt, in Umsetzung lokaler Entwicklungskonzepte durch die Erschließung regionaler, touristischer Entwicklungsmöglichkeiten, auf die Verbesserung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes. Gefördert werden dem ländlichen Charakter angepasste investive Vorhaben. Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" mit 60 v. H. an den nationalen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titelgruppe 93 veranschlagt.

633 68	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
685 68	521	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Fremdenverkehr und ökologisch orientierten Tourismus	0 0	0 0	0 0
883 68	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	900.000 512.401	201.500 0	0 0
892 68	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	200.000 54.543	50.000 0	0 0
893 68	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	100.000 106.688	21.600 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 68			1.200.000	273.100 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

69 Entwicklung im ländlichen Raum (Dorferneuerung, Dorferneuerung, Breitband, Sportstätten, Feuerwehrhäuser und Löschwasserentnahmestellen)

Übertragbar

Erläuterungen:

Die Förderung ist vorrangig auf die ländlichen Gemeinden zur Beseitigung infrastruktureller Defizite, zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und Stärkung der dörflichen Gemeinschaft ausgerichtet. Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung für die Dorferneuerung/-entwicklung ist im Kapitel 09 03 Titelgruppe 93 und wurde für Sportstätten im Kapitel 03 46 Titelgruppe 62 veranschlagt. Die nationale Kofinanzierung für Breitband und die Feuerwehrhäuser und Löschwasserentnahmestellen wird durch den Eigenanteil der Kommunen erbracht.

Maßnahmen	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Dorferneuerung/-entwicklung	3.690.657	6.300.000	4.357.300	0
Breitband	11.163.233	6.554.400	1.430.500	0
Sportstätten	601.130	0	0	0
Feuerwehrhäuser, Löschwasserentnahmestellen	0	6.374.200	0	0
Zusammen	15.455.020	19.228.600	5.787.800	0

633 69	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
883 69	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	17.228.600 13.968.662	5.117.800 0	0 0
892 69	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 1.956	0 0	0 0
893 69	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	2.000.000 1.484.402	670.000 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 69			19.228.600	5.787.800 0	0 0

70 Schulen

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert werden Schulbaumaßnahmen im Rahmen des Programms STARK III und IKT-Vorhaben nach den Vorgaben des ELER 2014-2022. Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

Die nationale Kofinanzierung für diese Vorhaben wird durch den Eigenanteil der Kommunen erbracht.

Maßnahmen	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Programm STARK III - Sanierung Schulen	5.883.870	7.095.100	0	0
IKT-Vorhaben an Schulen	0	0	0	0
Zusammen	5.883.870	7.095.100	0	0

511 70	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Geräte	0 0	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
633 70	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
685 70	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
812 70	129	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0
883 70	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.095.100 5.883.870	0 0	0 0
892 70	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 70	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			7.095.100	0 0	0 0

71 Kindertageseinrichtungen

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert werden Investitionen nach den Vorgaben des ELER 2014-2022. Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

In der EU-Förderperiode 2014-2022 wird die Maßnahme im Rahmen des Programms STARK III gefördert. Die nationale Kofinanzierung für diese Vorhaben wird durch den Eigenanteil der Kommunen erbracht.

633 71	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
883 71	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen	1.948.900 4.639.323	0 0	0 0
892 71	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 71	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 71			1.948.900	0 0	0 0

72 Hochwasserschutz

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert werden Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes nach den Vorgaben des EPLR. Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung für den Hochwasserschutz ist im Kapitel 1514 Titelgruppe 73 veranschlagt.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
883 72	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
893 72	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	32.589.300 27.926.022	7.474.200 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			32.589.300	7.474.200 0	0 0
73		Naturnahe Gewässerentwicklung und Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie Gewässer			
		Übertragbar			
		Erläuterungen:			
		Förderfähig sind Investitionen zur naturnahen Gewässerentwicklung durch Schaffung von Gewässerentwicklungsräumen, Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit der Gewässer und Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten und Erhebungen. Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 1514 Titelgruppe 74 veranschlagt.			
533 73	521	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
684 73	521	Zuschüsse für Vereine und Verbände	9.057.600 6.081.504	0 0	0 0
685 73	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
893 73	521	Zuschüsse für Investitioen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
894 73	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			9.057.600	0 0	0 0
74		Erhaltung der Steillagen im Weinbaugebiet Saale-Unstrut			
		Übertragbar			
		Erläuterungen:			
		Gefördert werden Vorhaben zur Wiederherstellung von aus der Nutzung gefallen Rebflächen, die Instandsetzung von Weinbergmauern und baulichen Anlagen sowie die Wiederherstellung gebietstypischer Weinberghäuser und Weinkeller in Steillagen des Weinbaugebietes Saale-Unstrut entsprechend den Vorgaben des EPLR. Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0902 TGr 93 veranschlagt.			
883 74	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 90.107	0 0	0 0
892 74	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	83.400 36.334	0 0	0 0
893 74	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	83.400 87.732	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 74	166.800	0	0
		0	0

75 Netzwerk Natura 2000; Biodiversität

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert wird die Ausarbeitung von Schutz- und Bewirtschaftungsplänen für Natura 2000-Gebiete und sonstige Gebiete mit hohem Naturschutzwert, Aktionen zur Förderung des Umweltbewusstseins im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt, Gebiete mit hohem Naturschutzwert oder dem Schutzgebietssystem Natura 2000, Studien und Investitionen im Zusammenhang mit der Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung des natürlichen Erbes von Dörfern, ländlichen Landschaften und Gebieten mit hohem Naturschutzwert, einschließlich der Großschutzgebiete des Landes.

Grundlage der Förderung ist Artikel 20 der VO (EU) Nr.1305/2013. Die Maßnahmen dienen zur Erfüllung nationaler und internationaler Verpflichtungen im Rahmen von Biodiversitätsabkommen, einschließlich der Umsetzung des Netzwerkes Natura 2000.

Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 1514 Titelgruppe 71 veranschlagt.

633 75	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			6.676	0	0

682 75	521	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

683 75	521	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

684 75	521	Zuschüsse an Vereine, Verbände und Stiftungen	2.985.000	789.300	0
			462.025	0	0

685 75	521	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			480.840	0	0

883 75	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			322.454	0	0

893 75	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			328.187	0	0

981 75	521	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0
			295.513	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 75	2.985.000	789.300	0
		0	0

76 Technische Hilfe, Management LEADER und LEADER/CLLD-Projekte

Übertragbar

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

1. Technische Hilfe

Förderfähig sind u.a. die Verwaltung des EPLR, Personal-, Sach- und Reisekosten zur Durchführung und Kontrolle, Begleitung und Bewertung, IT-Hard- und Software, Öffentlichkeitsarbeit, Studien, Gutachten, Pilot- und Demonstrationsvorhaben sowie die Vorbereitung und Sitzung des regionalen Begleitausschusses im Rahmen des EPLR. Der ELER beteiligt sich mit 75 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierungsmittel in Höhe von 25 v. H. sind in Kapitel 1390 TGr. 93 veranschlagt.

2. LEADER-Management und LEADER/CLLD-Projekte

Gefördert werden u.a. Ausgaben zum Betreiben lokaler Aktionsgruppen und für die Sensibilisierung der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Umsetzung der lokalen Entwicklungsstrategien. Zu den LEADER-Managerausgaben gehören neben den jeweiligen vorhabensbezogenen Ausgaben auch Ausgaben für die Sensibilisierung der Bevölkerung, wie z.B. Öffentlichkeitsarbeit und für Fortbildung von Mitgliedern lokaler Aktionsgruppen und anderen interessierten Bürgern. Von besonderer Bedeutung ist die Durchführung der bestätigten LEADER-Entwicklungskonzepte im Rahmen gebietsübergreifender sowie transnationaler Initiativen (Kooperationsvorhaben) und entsprechender LEADER/CLLD-Projekte (Community-Led Local Development - durch örtliche Gruppen getragene Entwicklungsprojekte).

Der ELER beteiligt sich mit 90 v. H. an den zuschussfähigen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 1390 TGr. 93 veranschlagt.

Maßnahmen	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Technische Hilfe	2.891.381	4.299.300	4.478.200	0
Management LEADER und LEADER/CLLD	9.926.651	5.179.900	0	0
Zusammen	12.818.032	9.479.200	4.478.200	0

422 76	521	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	173.300	101.400	0
			132.132	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 422 93.

427 76	521	Beschäftigungsentgelte Technische Hilfe	2.164.000	2.131.600	0
			1.604.106	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 427 93.

****Die folgende Erläuterung wird gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO für verbindlich erklärt.**

Personalausgaben werden nur für EU-Aufgaben veranschlagt, die in Ressorts außerhalb des Finanzministeriums wahrgenommen werden. Die Personalausgaben werden auf die VZÄ-Ziele der in Anspruch nehmenden Ressorts angerechnet, in dem die Stellen für diese Bediensteten ausgebracht sind. Hierfür sind VZÄ-Ziele und Stellen der anderen Ressorts zu nutzen.

428 76	521	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	456.800	493.800	0
			365.756	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 428 93.

511 76	521	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Technische Hilfe	10.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 511 93.

514 76	521	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	3.100	10.600	0
			3.309	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 76

Erläuterungen:

Verweis auf Übersicht bei Kapitel 1390 Titel 514 93.

518 76	521	Mieten und Pachten	4.500	6.300	0
			4.541	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Übersicht bei Kapitel 1390 Titel 518 93.

522 76	521	Gutachten, Studien und Beraterverträge	569.100	227.300	0
			441.504	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 522 93.

527 76	521	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen für Technische Hilfe, Management LEADER	8.000	4.400	0
			2.645	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 527 93.

532 76	521	Öffentlichkeitsarbeit	160.000	103.700	0
			23.795	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 532 93.

533 76	521	Dienstleistungen Außenstehender für Technische Hilfe, Management LEADER	366.300	576.500	0
			136.856	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 533 93.

547 76	521	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten für Technische Hilfe, Management LEADER	92.000	79.200	0
			25.875	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 547 93.

633 76	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Technische Hilfe, Management LEADER	0	0	0
			1.063.209	0	0

671 76	521	Kostenerstattung an die Investitionsbank/Technische Hilfe	15.500	83.200	0
			155.158	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 671 93.

682 76	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen für Technische Hilfe, Management LEADER	0	0	0
			0	0	0

683 76	521	Zuschüsse an private Unternehmen Technische Hilfe, Management LEADER	50.000	0	0
			7.313	0	0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 683 93.

684 76	521	Zuschüsse an Vereine und Verbände für Technische Hilfe, Management LEADER	50.000	0	0
			1.715	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung**13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 76

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 684 93.

685 76	521	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Technische Hilfe, Management LEADER	336.700 583.572	7.400 0	0 0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 685 93.

812 76	521	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für Technische Hilfe, Management LEADER	190.000 75.494	652.800 0	0 0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 812 93.

883 76	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.829.900 5.186.850	0 0	0 0

Erläuterungen:

Zuschüsse für kommunale Investitionen aus den lokalen Entwicklungsstrategien (LES) im Rahmen von LEADER.

Der ELER beteiligt sich mit 90 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben Die nationale Kofinanzierung für diese Vorhaben wird durch den Eigenanteil der Kommunen erbracht.

892 76	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	750.000 337.164	0 0	0 0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 892 93.

893 76	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.250.000 2.667.037	0 0	0 0

Erläuterungen:

Verweis auf Erläuterungen bei Kapitel 1390 Titel 893 93.

Nachrichtlich: Summe TGr. 76			9.479.200	4.478.200 0	0 0

77 Wiederaufbaufonds

Übertragbar

Erläuterungen:

Der Wiederaufbaufonds dient der Unterstützung der Mitgliedstaaten zur Überwindung der Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die Förderung des ländlichen Raumes erfolgt im Rahmen der Kriterien des Wiederaufbaufonds durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Die Förderung aus dem Wiederaufbaufonds erstreckt sich über die Restlaufzeit des ELER 2014-2022 (2025). Unter Beachtung der EU-rechtlichen Vorgaben sind gemäß Artikel 58 a Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 mindestens 37 v. H. der Mittel für Agrar-Umwelt- und Klimamaßnahmen sowie mindestens 55 v. H. der Mittel sind für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und sonstiger Unternehmen, sowie Basisdienstleistungen, Dorferneuerung und Zusammenarbeit zu verausgaben. Dabei sind durch die Maßnahmen die Ziele des Green Deal, die Digitalisierung, sowie die Resilienz nach der Corona-Pandemie bei ihrer Umsetzung zu berücksichtigen.

Der ELER beteiligt sich mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

Maßnahmen	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
ökologischer Landbau	1.677.781	20.000.000	2.085.000	0
Netzwerk Natura 2000; Biodiversität	990.696	1.374.100	1.695.400	0
Naturnahe Gewässerentwicklung und Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie Gewässer	1.730.843	3.574.100	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
		Dorfentwicklung	835.266	772.100	146.900
		Breitbandausbau	0	0	0
		IKT-Vorhaben an Schulen	0	7.962.700	3.475.200
		Feuerwehrrhäuser und Löschwasserentnahmestellen	119.697	7.315.000	6.800.300
		Technische Hilfe	294.480	500.000	570.500
		Zusammen	5.648.763	41.498.000	14.773.300
427 77	521	Beschäftigungsentgelte	500.000	570.500	0
			294.480	0	0
633 77	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.007.100	3.057.800	0
			2.440	0	0
682 77	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
683 77	521	Zuschüsse an private Unternehmen	20.000.000	2.085.000	0
			1.677.781	0	0
684 77	521	Zuschüsse an Vereine und Verbände	4.948.200	1.695.400	0
			2.169.042	0	0
685 77	521	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	955.600	417.400	0
			0	0	0
883 77	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.387.100	6.813.500	0
			160.885	0	0
892 77	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	200.000	38.200	0
			108.791	0	0
893 77	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	500.000	95.500	0
			1.211.695	0	0
981 77	521	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0
			23.648	0	0
		Nachrichtlich: Summe TGr. 77	41.498.000	14.773.300	0
				0	0
78		LEADER-Mainstream			
		Übertragbar			
		Erläuterungen:			
		Gefördert werden LEADER-Projekte im Rahmen von Maßnahmen des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum nach Konstituierung von lokalen Aktionsgruppen.			
		Die EU beteiligt sich mit 90 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 60 v. H. an den Ausgaben des Landes. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titelgruppe 93 veranschlagt.			
633 78	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
683 78	521	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

684 78	521	Zuschüsse an Vereine, Verbände und Stiftungen	0 0	0 0	0 0
883 78	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.500.000 3.851.672	0 0	0 0
892 78	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 102.722	0 0	0 0
893 78	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.347.700 2.997.914	0 0	0 0
981 78	521	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 78			4.847.700	0 0	0 0

93 Kofinanzierung zu EU-Mitteln zur Förderung der Entwicklung des ländl. Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Nationale Kofinanzierung ab dem Haushaltsjahr 2014 im Rahmen der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2014 bis 2022 für Vorhaben der Technischen Hilfe, LEADER-Management und LEADER/CLLD-Projekte im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums der Finanzen. Die EU-Mittel sind bei Kapitel 1390 TGr. 76 veranschlagt.

Maßnahmen	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Technische Hilfe	963.794	1.433.100	1.492.800	0
Management LEADER und LEADER/CLLD	198.708	170.000	0	0
Zusammen	1.162.502	1.603.100	1.492.800	0

422 93	521	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	57.700 44.044	33.800 0	0 0

Erläuterungen:

Mit diesen Mitteln werden die Personalkosten der Verwaltungsbehörde ELER finanziert. Der Ansatz entspricht dem nationalen Anteil des Personals im Rahmen der Technischen Hilfe.

427 93	521	Beschäftigungsentgelte	721.300 534.702	710.500 0	0 0

Erläuterungen:

Der Ansatz entspricht dem nationalen Anteil des Personals in den Maßnahme umsetzenden Ressorts, die aus der Technischen Hilfe finanziert werden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 93

****Die folgende Erläuterung wird gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO für verbindlich erklärt.**

Personalausgaben werden nur für EU-Aufgaben veranschlagt, die in Ressorts außerhalb des Finanzministeriums wahrgenommen werden. Die Personalausgaben werden auf die VZÄ-Ziele der in Anspruch nehmenden Ressorts angerechnet, in dem die Stellen für diese Bediensteten ausgebracht sind. Hierfür sind VZÄ-Ziele und Stellen der anderen Ressorts zu nutzen.

428 93	521	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	152.300	164.600	0
			121.919	0	0

Erläuterungen:

Mit diesen Mitteln werden die Personalkosten der Verwaltungsbehörde ELER finanziert. Der Ansatz entspricht dem nationalen Anteil des Personals im Rahmen der Technischen Hilfe.

511 93	521	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sonstige Gebrauchsgegenstände	3.300	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die EU beteiligt sich im Rahmen der Technischen Hilfe an den Kosten für Tätigkeiten der Vorbereitung, Verwaltung, Begleitung, Bewertung, Information und Kontrolle in Höhe von 75 v. H.

Die EU-Kofinanzierung ist bei Kapitel 1390 TGr. 76 veranschlagt.

514 93	521	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	1.000	3.500	0
			1.103	0	0

Erläuterungen:

Gemäß VO (EU) Nr. 1305/2013 in Verbindung mit VO (EU) Nr. 1303/2013 beteiligt sich die EU im Rahmen der Technischen Hilfe an den Kosten für Tätigkeiten der Ausarbeitung, Verwaltung, Begleitung, Bewertung, Information und Kommunikation, Vernetzung, Konfliktbeilegung, Kontrolle und Prüfung in Höhe von 75 v. H.

Hierzu gehört auch der damit in Verbindung stehende Bedarf an Verbrauchsmitteln und Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen.

Ab 2016 erfolgte die Beschaffung von zwei Leasingfahrzeugen für den Kontrollbereich des zentralen Prüfdienstes.

Die EU-Kofinanzierung ist bei Kapitel 1390 Titel 514 76 veranschlagt.

Bestand an Dienstfahrzeugen	Ist 2023	Soll 2024	Für 2025 erforderlich	Für 2026 erforderlich
PKW (Kauf)	0	0	0	0
PKW (Leasing)	2	2	2	0
Zusammen	2	2	2	0

518 93	521	Mieten und Pachten	1.500	2.100	0
			1.514	0	0

Erläuterungen:

Gemäß VO (EU) Nr. 1305/2013 in Verbindung mit VO (EU) Nr. 1303/2013 beteiligt sich die EU im Rahmen der Technischen Hilfe an den Kosten für Tätigkeiten der Ausarbeitung, Verwaltung, Begleitung, Bewertung, Information und Kommunikation, Vernetzung, Konfliktbeilegung, Kontrolle und Prüfung in Höhe von 75 v. H.

Hierzu gehören auch die damit in Verbindung stehenden Bedarfe an Leasingraten für die Haltung von zwei Leasingfahrzeugen für den Kontrollbereich des zentralen Prüfdienstes.

Die EU-Kofinanzierung ist bei Kapitel 1390 Titel 518 76 veranschlagt.

Leasingraten	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Leasingraten	1.514	1.500	2.100	0
Zusammen	1.514	1.500	2.100	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

522 93	521	Gutachten, Studien und Beraterleistungen	189.700	75.800	0
			147.168	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	61.200	96.300			157.500
2026	71.700	423.500			495.200
2027		465.800			465.800
2028					
2029 ff.					
Summen	132.900	985.600			1.118.500

Erläuterungen:

Gemäß VO (EU) Nr. 1305/2013 in Verbindung mit VO (EU) Nr. 1303/2013 beteiligt sich die EU im Rahmen der Technischen Hilfe an den Kosten für Tätigkeiten der Ausarbeitung, Verwaltung, Begleitung, Bewertung, Konfliktbeilegung, Kontrolle und Prüfung.

Die EU-Beteiligung beträgt bei Vorhaben der Technischen Hilfe 75 v. H. und bei Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung Leader/CLLD in Höhe von bis zu 90 v. H.

Erläuterungstext	2025 Euro
<u>Evaluierung Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum 2014 bis 2022 (EPLR)</u> Gemäß Artikel 66 der VO 1305/2013 hat die Verwaltungsbehörde eine Evaluierung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum 2014-2022 (EPLR) über die gesamte Förderphase durchzuführen und gemäß Artikel 78 der genannten VO bis zum 31.12.2026 der Kommission zu übermitteln. Die Evaluierung ist extern zu vergeben. Aufgrund der Verlängerung der Förderphase um 2 Jahre (ursprüngliches Ende der aktuellen Förderphase war der 31.12.2023) wurden in das EPLR 238.608.208,00 EUR einprogrammiert. Weitere 63.418.891,00 EUR wurden ebenfalls im Verlängerungszeitraum aus dem Wiederaufbaufonds einprogrammiert. Im ersten Evaluierungsvertrag sind diese Mittel und die damit umzusetzenden Förderprogramme für eine Bewertung bisher nicht berücksichtigt, so dass am 27.02.2023 eine Vertragsanpassung hinsichtlich der Vergütung und der Laufzeitverlängerung erfolgte Die Laufzeit des Vertrages ist bis mindestens 31.12.2026 sicherzustellen, sie wurde mit einer Ex-Post-Berichterstattung bis 31.12.2027 geschlossen und geht damit über die aktuelle Förderphase hinaus. Laufzeit des Vertrages für die aktuelle Förderphase: 2021 bis 2025 Gesamtkosten (ELER und Landesmittel) der aktuellen Förderphase: 648.761,36 EUR Laufzeit des Vertrages neue Förderphase: 2027 Kalkulierte Gesamtkosten (ELER) neue Förderphase: 248.951,80 EUR	36.100

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 93

Erläuterungstext	2025 Euro
<u>HNV-Indikator</u> Der HNVF-Indikator dient der Umsetzung der Art. 69 der VO (EU) Nr. 1305/2013 sowie Art. 14 der DVO 808/2014 als Teil des gemeinsamen Begleitungs- und Bewertungssystems (CMES). Er muss sowohl als Kontextindikator als auch als Wirkungsindikator im Rahmen der Bewertung des EPLR gegenüber der EU berichtet werden. Er ist Bestandteil der Liste der Erfolgsindikatoren der Nationalen Strategie zur Biodiversität. Da die notwendigen Daten statistisch im Land Sachsen-Anhalt nicht erhoben werden, ist eine externe Vergabe notwendig. Laufzeit des Vertrages: 2023 bis 2025 Gesamtkosten (ELER und Kofinanzierung): 92.307,89 EUR	9.600

Erläuterungstext	2025 Euro
<u>Blühstreifen</u> Begleitung von Maßnahmen zur Integration naturbetonter Strukturelemente der Feldflur (Blühstreifenprogramm) Im Rahmen des Projektes sollen die entwickelten AUKM-Förderprogramme zur Anlage von naturbetonten Strukturelementen in der Feldflur begleitet, unterstützt und weiter in Hinblick auf die Biodiversitätsziele und Praktiken optimiert werden, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem "Blühstreifenprogramm" liegt. Mehrjährige Blühstreifen und Flächen werden mit standortangepassten Saatgutmischungen bestellt. Ziel im 1. Verpflichtungsjahr ist die Etablierung eines blütenreichen Bestandes, der Nützlingen, Bienen und anderen Wildtieren als Wirts-, Nahrungs- und Schutzpflanze dient und über Jahre einen Blühaspekt bieten kann. Rechtzeitige Pflegeschnitte sind für die Zielerreichung essentiell. Darauf abgestimmt wird ein Monitoring der Blühstreifen und Blühflächen (insbes. Praxisflächen) auf unterschiedlichen Standorten durchgeführt. Mit den Ergebnissen soll rechtzeitig auf Probleme mit z.B. unerwünschten Pflanzenarten reagiert werden können, um allgemein sehr schnell möglichen Fehlentwicklungen entgegensteuern zu können. Laufzeit des Vertrages: 01.02.2021 bis 31.12.2023 mit Verlängerungsoption bis 31.12.2025., die am 28.11.2023 in Anspruch genommen wurde. Gesamtausgaben (ELER und Kofinanzierung): 260.970,67 EUR	15.100

13
13 90

Allgemeine Finanzverwaltung
Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 93

Erläuterungstext	2025 Euro
<u>Innovationsdienstleister EIP</u> Installierung eines Innovationsdienstleisters (IDL) zur Umsetzung der Maßnahme „EIP“ des EPLR Durch die Installierung eines Innovationsdienstleisters soll, vergleichbar mit anderen Bundesländern, die Qualität der Projektanträge verbessert werden. Es wird erwartet, dass durch die Tätigkeit des IDL mehr Anträge gestellt werden. Des Weiteren ist der IDL erster Ansprechpartner für die operationellen Gruppen (OG) im Land Sachsen-Anhalt und für andere Institutionen des Bundes und der EU. Weiterhin werden durch die erlangten Informationen des IDL die OG auf den aktuellen Stand in Deutschland und Europa gehalten. Ziel ist die stärkere Vernetzung der Akteure untereinander, so dass eine bessere Verzahnung zwischen der Forschung und der praktizierenden Land- bzw. Forstwirtschaft erreicht werden kann. Dies kann zur schnelleren Überleitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis führen. Laufzeit des letzten Vertrages: 2017 bis 2023, der Vertrag wurde nicht verlängert. In 2024 soll ein neuer Vertrag für die Jahre 2024 bis 2025 ausgeschrieben und geschlossen werden. Gesamtausgaben (ELER und Kofinanzierung): 90.000,00 EUR	15.000

Die im Haushaltsjahr 2024 ausgebrachten VE in einer Gesamthöhe von 985.600 € beinhalten Ausgaben für die Neuausschreibung für das Flächenmonitoring. Der bislang als Beratungsleistung eingestufte Vertrag Flächenmonitoring wird ab dem Haushaltsplan 2025/2026 als Dienstleistungsvertrag eingestuft. Die Barmittel sind bei Kapitel 1390 Titel 533 76 und 533 93 veranschlagt.

Aufgrund der Verlängerung der Förderphase um 2 Jahre, müssen auslaufende Verträge, die bis zum Haushaltsjahr 2021 im Kapitel 1390 bei Titel 533 93 veranschlagt waren neu ausgeschrieben werden oder bestehende Verträge entsprechend verlängert werden. Durch die Verträge werden Pflichtaufgaben der EU-Verwaltungsbehörde ELER, die sich aus den EU-Verordnungen ergeben, erfüllt.

Die im Haushaltsjahr 2026 und 2027 kassenwirksam werdenden VE aus den Jahren ab 2022 wurden in der nachfolgenden Förderphase des ELER im Kapitel 1391 Titel 522 67 angemeldet.

527 93	521	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.700	1.500	0
			882	0	0

Erläuterungen:

Gemäß VO (EU) Nr. 1305/2013 in Verbindung mit VO (EU) Nr. 1303/2013 beteiligt sich die EU im Rahmen der Technischen Hilfe an den Kosten für Tätigkeiten der Ausarbeitung, Verwaltung, Begleitung, Bewertung, Information und Kommunikation, Vernetzung, Konfliktbeilegung, Kontrolle und Prüfung in Höhe von 75 v. H. und bei Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung LEADER/CLLD in Höhe von bis zu 90 v. H.

Hierzu gehören auch die damit in Verbindung stehenden Reisekosten. Reisekosten fallen u. a. in nachfolgenden Bereichen an:

1. VB ELER
2. Monitoringstelle
3. Kontrollen
4. Leader/CLLD

532 93	521	Öffentlichkeitsarbeit	53.300	34.600	0
			9.374	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 93

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	10.000	5.000			15.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	10.000	5.000			15.000

Erläuterungen:

Gemäß VO (EU) Nr. 1305/2013 in Verbindung mit VO (EU) Nr. 1303/2013 beteiligt sich die EU im Rahmen der Technischen Hilfe an den Kosten für Tätigkeiten der Information, Kommunikation, Vernetzung.

Vorgesehen sind Informationsveranstaltungen für Antragsteller und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen (auch fondsübergreifend) zu den Maßnahmen LEADER/CLLD und EIP, sowie zum EPLR und dem GAP-Strategieplan.

Die EU beteiligt sich im Rahmen der Technischen Hilfe an den Kosten zur Umsetzung der Vorhaben in Höhe von 75 v. H. Die EU-Kofinanzierung ist bei Kapitel 1390 TGr. 76 veranschlagt.

533 93	521	Dienstleistungen Außenstehender	122.100	192.200	0
			14.967	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	80.800				80.800
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	80.800				80.800

Erläuterungen:

Gemäß VO (EU) Nr. 1305/2013 in Verbindung mit VO (EU) Nr. 1303/2013 beteiligt sich die EU im Rahmen der Technischen Hilfe an den Kosten für Tätigkeiten der Ausarbeitung, Verwaltung, Begleitung, Bewertung, Konfliktbeilegung, Kontrolle und Prüfung.

Die EU-Beteiligung beträgt bei Vorhaben der Technischen Hilfe 75 v. H. und bei Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung LEADER/CLLD in Höhe von bis zu 90 v. H.

Für die Vorbereitung der neuen Förderphase stehen insbesondere im Bereich des Monitorings, LEADER/CLLD und der Programmierung des GAP-Strategieplans verstärkt Aufgaben an, für die Dienstleistungen an Außenstehende vergeben werden müssen, z.B. Klärung der Datenbereitstellung für Pflichtindikatoren.

547 93	521	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	30.700	26.400	0
			8.625	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 547 93

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.000				3.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	3.000				3.000

Erläuterungen:

Die EU beteiligt sich im Rahmen der Technischen Hilfe an den Kosten für Tätigkeiten der Vorbereitung, Verwaltung, Begleitung, Bewertung, Information und Kontrolle. Hierzu gehören auch damit in Verbindung stehende Verwaltungsausgaben. Die EU-Beteiligung beträgt bei Maßnahmen der Technischen Hilfe 75 v.H.

Die EU-Kofinanzierung ist bei Kapitel 13 90 TGr. 76 veranschlagt.

Die im Haushaltsjahr 2023 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen sind für die Verlängerung auslaufender Verträge für Vergabeschulungen vorgesehen.

671 93	129	Kostenerstattung an die Investitionsbank/Technische Hilfe	5.200	27.700	0
			51.719	0	0

Erläuterungen:

Die EU beteiligt sich im Rahmen der Technischen Hilfe an den Kosten zur Umsetzung der Vorhaben in Höhe von 75 v. H. Die EU-Kofinanzierung ist bei Kapitel 1390 TGr. 76 veranschlagt.

Der Ansatz enthält die Forderungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Umsetzung des Förderprogramms Next Generation Access (NGA) - Breitbandausbau in Sachsen-Anhalt, der im Jahr 2025 endet.

Weiterhin enthalten sind Zahlungen an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt, welche aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag zur Erbringung von fördernahen Dienstleistungen im Rahmen der Entwicklung und des Betriebes des Kommunikationsportals efDialog im Auftrag der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF resultieren.

Zwischen der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF und der EU-Verwaltungsbehörde ELER wurde über die gemeinsame Nutzung von Confluence für die digitale Gremienarbeit eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen. Die Leistung wird in der Förderphase 2023-2027 ab dem Haushaltsjahr 2026 in Kapitel 1391 fortgeführt.

683 93	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	10.000	0	0
			813	0	0

Erläuterungen:

Im Rahmen von LEADER/CLLD:

Zuschüsse für die Durchführung von Projekten zur Umsetzung der bestätigten Lokalen Entwicklungsstrategien (LES). Für die Durchführung von mehrjährigen Projekten wurden Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

Die EU-Beteiligung beträgt bei Projekten LEADER/CLLD 90 v. H.

684 93	521	Zuschüsse an Vereine und Verbände	10.000	0	0
			191	0	0

Erläuterungen:

Im Rahmen von LEADER/CLLD:

Zuschüsse für die Durchführung von Projekten zur Umsetzung der bestätigten Lokalen Entwicklungsstrategien (LES).

Die EU-Beteiligung beträgt bei Projekten LEADER/CLLD 90 v. H.

685 93	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	38.900	2.500	0
			15.885	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 93

Erläuterungen:

Die EU beteiligt sich im Rahmen der Technischen Hilfe an Projekten, Studien und Gutachten, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Umsetzung des Entwicklungsprogrammes für den ländlichen Raum 2014 - 2022 stehen, in Höhe von 75 v. H.

Die Durchführung eines Pilotprojektes zum kooperativen Naturschutz wurden ab dem Haushaltsjahr 2020 Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

Im Rahmen von LEADER/CLLD:

Zuschüsse für die Durchführung von Projekten zur Umsetzung der bestätigten Lokalen Entwicklungsstrategien (LES).

Die EU-Beteiligung beträgt bei Projekten LEADER/CLLD 90 v. H.

812 93	521	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Geräten	63.400	217.600	0
			25.165	0	0

Erläuterungen:

Aus Technischer Hilfe ist die Beschaffung von technischen Geräten (PC-Technik, Messgeräte) , die zur Umsetzung des Programms erforderlich sind, möglich. Die EU beteiligt sich mit 75 v. H. an den öffentlichen Ausgaben. Die EU-Kofinanzierung ist bei Kapitel 1390 TGr. 76 veranschlagt.

892 93	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	40.000	0	0
			37.463	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für die Durchführung von LEADER/CLLD-Projekten zur Umsetzung der bestätigten Lokalen Entwicklungsstrategien (LES).

Für die Durchführung von mehrjährigen Projekten wurden Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

Die EU-Beteiligung beträgt bei Maßnahmen LEADER/CLLD 90 v. H.

893 93	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	100.000	0	0
			146.969	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für die Durchführung von LEADER/CLLD-Projekten zur Umsetzung der bestätigten Lokalen Entwicklungsstrategien (LES).

Die EU-Beteiligung beträgt bei Maßnahmen LEADER/CLLD 90 v. H.

Nachrichtlich: Summe TGr. 93			1.603.100	1.492.800	0
				0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	78.968.800	25.767.000	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	102.907.600	65.672.200	0
Gesamteinnahme		181.876.400	91.439.200	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	4.225.400	4.206.200	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.617.300	1.344.100	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	74.525.800	47.271.200	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	100.312.600	38.180.000	0
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	2.798.400	1.930.500	0
			0	0
Gesamtausgabe		183.479.500	92.932.000	0
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.603.100	-1.492.800	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Innerhalb des Kapitels 1391 sind mit Ausnahme der Titelgruppe 97 alle Ausgabetitel gegenseitig deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwaltungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 1391 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente. Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 1391 beträgt zum 31.12.2026 10 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel 1391 sind die im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2023-2027 vorgesehenen EU-Mittel für das Land Sachsen-Anhalt veranschlagt.

Der GAP-Strategieplan Deutschland 2023 - 2027 wurde am 21.11.2022 durch die EU-KOM genehmigt.

Die Verordnung zum GAP-Strategieplan beinhaltet folgende Interventionskategorien für den ELER, die zu beschreiben sind:

- a) Umwelt-, Klima- und Bewirtschaftungsverpflichtungen gem. Art. 70,
- b) naturbedingte oder andere gebietsspezifische Benachteiligungen gem. Art. 71,
- c) Gebietsspezifische Benachteiligungen, die sich aus bestimmten verpflichtenden Anforderungen ergeben gem. Art. 72,
- d) Investitionen gem. Art. 73/74,
- e) Niederlassung von Junglandwirten und Existenzgründungen im ländlichen Raum gem. Art. 75,
- f) Risikomanagementinstrumente gem. Art. 76,
- g) Zusammenarbeit gem. Art. 77,
- h) Wissensaustausch und Verbreitung von Informationen gem. Art. 78.

Einnahmen

119 41	521	Rückzahlungen von Landesmitteln (nationale Kofinanzierung)	0 0	0	0
119 42	521	Rückzahlungen von EU-Mitteln aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung durch den ELER	0 0	0	0
		Übertragbar			
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 91 Titel 631 01.			
119 50	521	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen aus EU-Mitteln, sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung durch den ELER	0 0	0	0
		Übertragbar			
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 13 91 Titel 631 05.			
271 01	521	Erstattungen aus dem ELER für konsumtive Ausgaben	31.497.000 5.557.615	40.219.200	72.978.500

Erläuterungen:

Einnahmen für konsumtive Ausgaben des ELER. Die Höhe der Einnahmen steht in direkter Abhängigkeit zu den tatsächlich getätigten Ausgaben. Die Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) werden von der EU-Kommission auf Antrag erstattet. Die Beantragung erfolgt ausschließlich durch die Zahlstelle für den ELER.

271 02	521	Erstattung der Pauschale Technische Hilfe	2.240.200 0	3.030.900	4.815.400

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 271 02

Erläuterungen:

Gemäß Art. 94 der VO (EU) 2021/2115 vom 02.12.2021 wird die Technische Hilfe als Pauschalsatz in Höhe von 4 % auf der Grundlage der zur Erstattung angemeldeten Ausgaben bei den einzelnen Interventionen gezahlt.

346 01	521	Erstattungen aus dem ELER für investive Ausgaben	27.813.200	39.641.100	47.406.500
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen für investive Ausgaben des ELER. Die Höhe der Einnahmen steht in direkter Abhängigkeit zu den tatsächlich getätigten Ausgaben. Die Ausgaben des Landes im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) werden von der EU-Kommission auf Antrag erstattet. Die Beantragung erfolgt ausschließlich durch die Zahlstelle für den ELER.

359 01	521	Einnahmen aus der Rücklage ELER	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Vorjahren, die zur Deckung der EU-Ausgaben bei den Interventionen des ELER im Haushaltsjahr benötigt werden.

359 02	521	Einnahmen aus der Rücklage Technische Hilfe Pauschale	0	0	502.500
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Vorjahren, die zur Deckung der EU-Ausgaben für die Technische Hilfe im Haushaltsjahr benötigt werden.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	521	Sonstige Zuweisungen - Rückzahlungen von EU-Mitteln aus Zuwendungen im Rahmen der EU durch den ELER	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 91 Titel 119 42.

631 05	521	Sonstige Zuweisungen - Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen aus EU-Mitteln, sowie Stundungs- und Verzugszinsen im Rahmen der EU-Förderung durch den ELER	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 13 91 Titel 119 50.

671 01	521	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	100.000	247.000	399.000
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der EU-Verwaltungsbehörde ELER und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Umsetzung des in der Landesrichtlinie LEADER für den ELER enthaltenen Förderbereich Gebietsübergreifende und transnationale Kooperationen.

683 01	521	Junglandwirte	600.000	612.600	967.800
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Als Teil der Junglandwirte- und Existenzgründerinitiative Sachsen-Anhalt zur Unterstützung in der Landwirtschaft gewährt das Land Beihilfen für Existenzgründungen von Junglandwirten für laufende Kosten privater Unternehmen. Die EU beteiligt sich mit 60 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist in Kapitel 0902 Titelgruppe 97 veranschlagt.

683 02	521	Ausgleichszulage	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Gewährung einer Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und zum Ausgleich ständiger natürlicher und wirtschaftlicher Nachteile.

Die EU beteiligt sich mit 65 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 60 v. H. an den Ausgaben des Landes. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titelgruppe 97 veranschlagt.

683 03	521	tiergenetische Ressourcen	0	158.300	179.100
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für die Erhaltung gefährdeter einheimischer Nutztierassen.

Die EU beteiligt sich mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

683 04	521	Ausgleichszahlungen für Natura 2000	0	0	1.000.000
			0	0	0

Übertragbar

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 04

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, auf denen umweltspezifische Bewirtschaftungsbeschränkungen durch die Umsetzung der Richtlinie 79/409/EWG (Natura 2000) bestehen.
Die EU beteiligt sich mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

683 05	521	Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung	8.400.000	8.592.800	15.132.800
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für umwelt- und klimagerechte Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Ausgleich von erhöhten Kosten und Einkommensverlusten.
Im Rahmen der Verwendung der originären ELER-Mittel beteiligt sich die EU mit 80 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 60 v. H. an den Ausgaben des Landes. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titelgruppe 97 veranschlagt.

Bei Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel aus der 1. Säule beteiligt sich die EU mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

683 06	521	Ökolandbau	0	0	23.951.700
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für umwelt- und klimagerechte Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Ausgleich von erhöhten Kosten und Einkommensverlusten.
Im Rahmen der Verwendung der originären ELER-Mittel beteiligt sich die EU mit 80 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 60 v. H. an den Ausgaben des Landes. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titelgruppe 97 veranschlagt.

Bei Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel aus der 1. Säule beteiligt sich die EU mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

683 07	521	Freiwillige Naturschutzleistungen	9.500.000	11.750.000	12.780.000
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für naturschutzgerechte Bewirtschaftungsmaßnahmen, die dem Erhalt des natürlichen Lebensraumes und dem Schutz der Umwelt dienen.
Im Rahmen der Verwendung der originären ELER-Mittel beteiligt sich die EU mit 80 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 60 v. H. an den Ausgaben des Landes. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titelgruppe 97 veranschlagt.
Bei Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel aus der 1. Säule beteiligt sich die EU mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

683 08	521	Kooperativen des Naturschutzes in der Landwirtschaft	300.000	793.000	1.075.000
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmen für umwelt- und klimagerechte Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Ausgleich von erhöhten Kosten und Einkommensverlusten einschließlich Transaktionskosten.

Die EU beteiligt sich mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

883 01	521	Breitband	2.100.000	4.000.000	2.900.000
			0	0	0

Übertragbar

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 01

Erläuterungen:

Die Förderung ist auf die ländlichen Gemeinden zur Beseitigung infrastruktureller Defizite und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen durch den Ausbau der Digitalisierung ausgerichtet. Die Maßnahmen beinhalten den Glasfaser und 5 G-Mobilisusbau im ländlichen Raum.

Die EU beteiligt sich mit 60 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 5314 Titelgruppe 74 und Kapitel 14 02 Titelgruppe 80 veranschlagt.

892 01	521	Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe	5.500.000	4.200.000	4.200.000
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Es werden Zuschüsse gewährt für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft.

Die EU beteiligt sich mit 60 v.H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 60 v. H. an den nationalen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titelgruppe 97 veranschlagt.

893 01	521	Flurneuordnung	2.250.000	4.500.000	3.750.000
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert werden die Ausführungskosten zur Neuordnung ländlicher Grundstücke und Gestaltung des ländlichen Raumes zur Verbesserung der Agrarstruktur in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) und dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG) einschließlich Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes sowie Vorhaben des freiwilligen Landtausches.

Die Maßnahmen der Flurbereinigung tragen maßgeblich zum Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, insbesondere Erosionsschutz, Begleitung der Energiewende, Ressourcenschutz, Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme und zum Erhalt der Biodiversität bei.

Die EU beteiligt sich mit 60 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 60 v. H. an den nationalen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titelgruppe 97 veranschlagt.

919 01	521	Zuführung an die Rücklage - ELER	5.557.600	4.088.700	0
			5.557.615	0	0

*** Die nicht zur Deckung der EU-Ausgaben benötigten Einnahmen aus dem EU-Haushalt werden der Rücklage zugeführt.

Erläuterungen:

Rücklage gem. § 62 Abs. 4 LHO

919 02	521	Zuführung an die Rücklage Technische Hilfe	2.240.200	3.030.900	0
			0	0	0

*** Die nicht zur Deckung der EU-Ausgaben benötigten Einnahmen der Technischen Hilfe aus dem EU-Haushalt werden der Rücklage zugeführt.

Erläuterungen:

Rücklage gem. § 62 Abs. 4 LHO

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Europäische Innovationspartnerschaft (EIP)

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert werden die Tätigkeit von operationellen Gruppen und deren Innovationsprojekte im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) "Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit", z. B.
- Tätigkeit der Operationellen Gruppen (OG) der EIP "Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft"
- Innovationsprojekte im Rahmen der EIP "Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft" zur Entwicklung neuer Erzeugnisse, Prozesse und Technologien im Agrar-, Nahrungsmittel- und Forstsektor.

Die EU beteiligt sich mit 80 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0902 Titelgruppe 97 veranschlagt.

683 61	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	72.800	0	0
			0	0	0
685 61	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
686 61	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
			0	0	0
892 61	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
893 61	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0
894 61	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			72.800	0	0
				0	0

62 Netzwerk Natura 2000; Biodiversität

Übertragbar

Erläuterungen:

Gefördert werden nicht-produktive Investitionen im Biotop- und Artenschutz. Die Maßnahmen leisten einen wirksamen Beitrag zum Schutz der Biodiversität, der Verbesserung von Ökosystemleistungen und zur Erhaltung von Lebensräumen und Landschaften.

Der ELER beteiligt sich mit 80 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 1512 Titelgruppe 71 veranschlagt.

633 62	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
682 62	521	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
683 62	521	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

684 62	521	Zuschüsse an Vereine, Verbände und Stiftungen	681.600	1.600.000	3.200.000
			0	0	0

685 62	521	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

883 62	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

893 62	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

981 62	521	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			681.600	1.600.000	3.200.000
				0	0

63 Naturnahe Gewässerentwicklung und Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie Gewässer

Übertragbar

Erläuterungen:

Förderfähig sind Investitionen zur naturnahen Gewässerentwicklung durch Schaffung von Gewässerentwicklungsräumen, Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit der Gewässer und Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten und Erhebungen.

Die EU beteiligt sich mit 80 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 1512 Titelgruppe 74 veranschlagt.

533 63	521	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

684 63	521	Zuschüsse für Vereine und Verbände	1.888.000	3.088.000	3.440.000
			0	0	0

685 63	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

893 63	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

894 63	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			1.888.000	3.088.000	3.440.000
				0	0

64 Naturnahe Waldbewirtschaftung/ Vorbeugung von Waldschäden

Übertragbar

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Gefördert werden Investitionen u. a. die Umwandlung von Wäldern durch Vorarbeiten und Pflanzung sowie Schutz- und Pflegemaßnahmen für die gepflanzten Kulturen zur Erhaltung der Waldfunktion sowie der Sicherung und Erhöhung der Stabilität der Wälder gegen biotische (Schadinsekten) und abiotische (Sturm, Schneebruch, Dürre, Waldbrand) Schädigungen.

Die EU beteiligt sich mit 80 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Der Bund beteiligt sich mit 60 v. H. an den nationalen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 0903 Titelgruppe 97 veranschlagt.

891 64	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
892 64	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	3.000.000	2.000.000	2.750.000
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			3.000.000	2.000.000	2.750.000
				0	0

65 Waldumweltmaßnahmen

Übertragbar

Erläuterungen:

Ziel der Maßnahmen ist die Erhöhung der Biodiversität in den Wäldern, insbesondere die Erhaltung des Zustandes von Lebensräumen und Arten im Schutzgebietssystem NATURA 2000 und in Waldflächen mit besonderem Naturschutzwert. Das sind Waldflächen in Naturschutzgebieten und Waldflächen außerhalb des Schutzgebietssystems NATURA 2000, die Lebensraumtypen nach FFH-Richtlinie entsprechen bzw. zu solchen entwickelt werden können. Der Fokus der Maßnahme ist dabei insbesondere auf Arten gerichtet, die in der Reife- und Zerfallsphase von Wäldern vorkommen. Durch die Schaffung von artgerechten Waldstrukturen soll aktiv dem Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten entgegengewirkt werden. Etwa 35 v. H. der betroffenen Waldfläche sind Privatwälder. Da die zu schützenden Arten zu großen Teilen von dem Vorhandensein von sehr altem und totem Holz abhängen, sind Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensräume mit zusätzlichen Kosten und Einkommensverlusten durch Nutzungsverzicht verbunden. Diese Nachteile sollen im Rahmen der Verpflichtung zu freiwilligen Umweltmaßnahmen ausgeglichen werden.

Die EU beteiligt sich mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

683 65	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	600.000	1.700.000	1.700.000
			0	0	0
892 65	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			600.000	1.700.000	1.700.000
				0	0

66 Hochwasserschutz

Übertragbar

Erläuterungen:

Im ELER-Hochwasserrisikomanagement werden Investitionen in die materielle Infrastruktur zur Anpassung des Hochwasserschutzes an die Klimaveränderungen und zur Vorsorge vor Naturkatastrophen sowie zur Minderung der Folgen von Starkregen und extremen Niedrigwasserperioden gefördert.

Der ELER beteiligt sich mit 80 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist im Kapitel 1512 Titelgruppe 73 veranschlagt.

883 66	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

893 66	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	3.963.200	9.241.100	13.456.500
			0	0	0

		Nachrichtlich: Summe TGr. 66	3.963.200	9.241.100	13.456.500
				0	0

67 Technische Hilfe

Übertragbar

Erläuterungen:

Förderfähig sind u.a. die Verwaltung des Programms, Personal-, Sach- und Reisekosten zur Durchführung und Kontrolle, Begleitung und Bewertung, IT-Hard- und Software, Öffentlichkeitsarbeit, Studien, Gutachten, Pilot- und Demonstrationsvorhaben.

Die EU beteiligt sich mit 100 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben.

422 67	521	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0	0	259.400
			0	0	0

427 67	521	Beschäftigungsentgelte	0	0	1.700.000
			0	0	0

428 67	521	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	730.800
			0	0	0

511 67	521	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	0	0	5.000
			0	0	0

514 67	521	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0	0	6.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Bestand an Dienstfahrzeugen	Ist 2023	Soll 2024	Für 2025 erforderlich	Für 2026 erforderlich
PKW (Kauf)	0	0	0	0
PKW (Leasing)	0	0	0	2
Zusammen	0	0	0	2

518 67	521	Mieten und Pachten	0	0	9.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Leasingraten	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Leasingraten	0	0	0	9.000
Zusammen	0	0	0	9.000

522 67	521	Gutachten, Studien und Beraterleistungen	0	0	354.800
			0	480.000	0

13

Allgemeine Finanzverwaltung

13 91

Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 67

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			120.000		120.000
2027			120.000		120.000
2028			120.000		120.000
2029 ff.			120.000		120.000
Summen			480.000		480.000

Erläuterungen:

Die im Haushaltsjahr 2025 ausgebrachten VE in einer Gesamthöhe von 480.000 € beinhalten Ausgaben für den EIP-Innovationsdienstleister in Höhe von 240.000 € und für das Blühstreifenprogramm in Höhe von 240.000 €. Der bislang als Beratungsleistung eingestufte Vertrag Flächenmonitoring wird ab dem Haushaltsplan 2025/2026 als Dienstleistungsvertrag eingestuft. Die Barmittel sind bei Kapitel 1391 Titel 533 67 veranschlagt.

Erläuterungstext	2026 Euro
<u>Blühstreifen</u> Begleitung von Maßnahmen zur Integration naturbetonter Strukturelemente der Feldflur (Blühstreifenprogramm) Im Rahmen des Projektes sollen die entwickelten AUKM-Förderprogramme zur Anlage von naturbetonten Strukturelementen in der Feldflur begleitet, unterstützt und weiter in Hinblick auf die Biodiversitätsziele und Praktiken optimiert werden, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem "Blühstreifenprogramm" liegt. Mehrjährige Blühstreifen und Flächen werden mit standortangepassten Saatgutmischungen bestellt. Ziel im 1. Verpflichtungsjahr ist die Etablierung eines blütenreichen Bestandes, der Nützlingen, Bienen und anderen Wildtieren als Wirts-, Nahrungs- und Schutzpflanze dient und über Jahre einen Blühaspekt bieten kann. Rechtzeitige Pflegeschnitte sind für die Zielerreichung essentiell. Darauf abgestimmt wird ein Monitoring der Blühstreifen und Blühflächen (insbes. Praxisflächen) auf unterschiedlichen Standorten durchgeführt. Mit den Ergebnissen soll rechtzeitig auf Probleme mit z.B. unerwünschten Pflanzenarten reagiert werden können, um allgemein sehr schnell möglichen Fehlentwicklungen entgegensteuern zu können. Es lief ein Vertrag vom 01.02.2021 bis 31.12.2023 mit Verlängerungsoption bis 31.12.2025, die am 28.11.2023 in Anspruch genommen wurde. In 2025 soll ein neuer Vertrag mit einer Laufzeit von 2026 bis 2029 ausgeschrieben und geschlossen werden. Gesamtausgaben (100 % ELER-Finanzierung): 240.000,00 EUR	60.000

13

Allgemeine Finanzverwaltung

13 91

Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 67

Erläuterungstext	2026 Euro
<u>Innovationsdienstleister EIP</u> Installierung eines Innovationsdienstleisters (IDL) zur Umsetzung der Maßnahme „EIP“ des EPLR Durch die Installierung eines Innovationsdienstleisters soll, vergleichbar mit anderen Bundesländern, die Qualität der Projektanträge verbessert werden. Es wird erwartet, dass durch die Tätigkeit des IDL mehr Anträge gestellt werden. Des Weiteren ist der IDL erster Ansprechpartner für die operationellen Gruppen (OG) im Land Sachsen-Anhalt und für andere Institutionen des Bundes und der EU. Weiterhin werden durch die erlangten Informationen des IDL die OG auf den aktuellen Stand in Deutschland und Europa gehalten. Ziel ist die stärkere Vernetzung der Akteure untereinander, so dass eine bessere Verzahnung zwischen der Forschung und der praktizierenden Land- bzw. Forstwirtschaft erreicht werden kann. Dies kann zur schnelleren Überleitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis führen. Ein Vertrag lief von 2017 bis 2023, in 2024 wurde ein neuer Vertrag für die Jahre 2024 bis 2025 ausgeschrieben und geschlossen. Es ist geplant, in 2025 einen weiteren Vertrag für die Jahre 2026 – 2028 auszuschreiben und abzuschließen. Gesamtausgaben (100 % ELER-Finanzierung): 240.000,00 EUR	60.000

Erläuterungstext	2026 Euro
<u>Evaluierung Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum 2014 bis 2022 (EPLR)</u> Gemäß Artikel 66 der VO 1305/2013 hat die Verwaltungsbehörde eine Evaluierung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum 2014-2022 (EPLR) über die gesamte Förderphase durchzuführen und gemäß Artikel 78 der genannten VO bis zum 31.12.2026 der Kommission zu übermitteln. Die Evaluierung ist extern zu vergeben. Aufgrund der Verlängerung der Förderphase um 2 Jahre (ursprüngliches Ende der aktuellen Förderphase war der 31.12.2023) wurden in das EPLR 238.608.208,00 EUR einprogrammiert. Weitere 63.418.891,00 EUR wurden ebenfalls im Verlängerungszeitraum aus dem Wiederaufbaufonds einprogrammiert. Im ersten Evaluierungsvertrag waren diese Mittel und die damit umzusetzenden Förderprogramme für eine Bewertung bisher nicht berücksichtigt, so dass am 27.02.2023 eine Vertragsanpassung hinsichtlich der Vergütung und der Laufzeitverlängerung erfolgte. Die Laufzeit des Vertrages ist bis mindestens 31.12.2026 sicherzustellen, sie wurde mit einer Ex-Post-Berichterstattung bis 31.12.2027 geschlossen und geht damit über die alte Förderphase des EPLR hinaus. Laufzeit des Vertrages für die alte Förderphase (EPLR): 2021 bis 2025 Gesamtkosten (ELER und Landesmittel) der aktuellen Förderphase: 648.761,36 EUR Laufzeit des Vertrages für die neue Förderphase (GAP-SP): bis 2027 Kalkulierte Gesamtkosten (100 % ELER-Mittel) neue Förderphase: 248.951,80 EUR	183.500

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 67

Erläuterungstext	2026 Euro
<u>Beratungsleistungen zu vergaberechtlichen Fragen</u> Die Zahlstelle sieht auf Grund von bestehenden Feststellungen bei Verwaltungskontrollen zur Auftragsvergabe den Bedarf, potentiell Begünstigte mit Beratungsleistungen für eine korrekte Auftragsvergabe im Vorfeld und in der Begleitung eines Förderverfahrens finanziell zu unterstützen. Diese Regelung zur Beratung ist unabhängig von den Regelungen der jeweiligen Richtlinien und anderen förderprogrammspezifischen Regelungen für alle Antragsteller von ELER-Mitteln möglich. Das eingeführte System dient der Vermeidung von Fehlern und Senkung der Fehlerquote im Rahmen der Auftragsvergabe sowie zur Verfahrenserleichterung der Antragsteller. Es ist eine Reaktion auf die in den Vorjahren festgestellten Fehler zur Auftragsvergabe in Sachsen-Anhalt und als Aktion im Aktionsplan Fehlerreduzierung des Landes Sachsen-Anhalt festgeschrieben, Laufzeit des Vertrages: 2026 - 2028 Gesamtausgaben (100 % ELER Finanzierung): 120.000,00 EUR	51.300

527 67	521	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	7.000
			0	0	0
532 67	521	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	160.000
			0	0	0
533 67	521	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	1.060.200
			0	0	0
547 67	521	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	120.000
			0	0	0
671 67	521	Kostenerstattungen an die Investitionsbank	0	0	35.700
			0	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt, welche aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag zur Erbringung von fördernahen Dienstleistungen im Rahmen der Entwicklung und des Betriebes des Kommunikationsportals efDialog im Auftrag der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF resultieren.
Zwischen der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF und der EU-Verwaltungsbehörde ELER wurde über die gemeinsame Nutzung von Confluence für die digitale Gremienarbeit eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen. Die Leistung wird in der Förderphase 2023-2027 ab dem Haushaltsjahr 2026 in Kapitel 1391 fortgeführt.

685 67	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	5.000
			0	0	0
812 67	521	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	865.000
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			0	0	5.317.900
				480.000	0

68 IKT-Vorhaben an Schulen
Übertragbar

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Förderung dient der Schaffung, Erweiterung und Modernisierung der informations- und kommunikationstechnischen Grundstrukturen für die Anwendung elektronischer Medien in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen.

Die EU beteiligt sich mit 80 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die nationale Kofinanzierung für diese Vorhaben wird durch den Eigenanteil der Kommunen erbracht.

633 68	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.289.500 0	3.653.400 0	3.603.400 0
685 68	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	277.500 0	644.700 0	644.700 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 68			1.567.000	4.298.100 0	4.248.100 0

69 LEADER

Übertragbar

Erläuterungen:

Gebietsübergreifende und transnationale Kooperationen:

Von besonderer Bedeutung ist die Durchführung der bestätigten LEADER-Entwicklungsstrategien im Rahmen gebietsübergreifender sowie transnationaler Initiativen (Kooperationsvorhaben) und entsprechender LEADER/CLLD-Projekte (Community-Led Local Development - durch örtliche Gruppen getragene Entwicklungsprojekte).

LEADER-Projekte:

Gefördert werden LEADER-Projekte im Rahmen der Entwicklung der nachhaltigen, multimodalen Mobilität, der Entwicklung der Feuerwehr-, Sportstätten- und Freibäderinfrastruktur sowie ländlichen Entwicklung entsprechend der von den Lokalen Aktionsgruppen bestätigten Lokalen Entwicklungsstrategien. Basis der LEADER-Förderung bildet die Intervention LEADER (Interventions-Code EL-0703) und die insoweit einschlägigen Regelungen des GAP-Strategieplans für Deutschland.

Die EU beteiligt sich mit 80 v. H. an den zuschussfähigen öffentlichen Ausgaben. Die Kofinanzierung ist in Kapitel 1390 Titelgruppe 97 veranschlagt.

527 69	521	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	5.000 0	7.500 0	9.000 0
533 69	521	Dienstleistungen Außenstehender	25.000 0	30.000 0	45.000 0
633 69	521	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	100.000 0	200.000 0
682 69	521	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	250.000 0	300.000 0	350.000 0
683 69	521	Zuschüsse an private Unternehmen	800.000 0	1.000.000 0	1.500.000 0
684 69	521	Zuschüsse an Vereine und Verbände	500.000 0	800.000 0	1.300.000 0
685 69	521	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	750.000 0	1.000.000 0	1.400.000 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
686 69	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0 0	300.000 0	500.000 0
883 69	521	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.500.000 0	4.000.000 0	5.000.000 0
887 69	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0 0	500.000 0	750.000 0
891 69	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	200.000 0	400.000 0
892 69	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	2.500.000 0	3.500.000 0	4.500.000 0
893 69	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	5.000.000 0	7.000.000 0	9.000.000 0
894 69	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	500.000 0	700.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 69			13.330.000	19.237.500 0	25.654.000 0
70		Nicht EU-förderfähige Mehrwertsteuer			
		Übertragbar			
511 70	521	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	0 0	0 0	0 0
514 70	521	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0 0	0 0	0 0
518 70	521	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0
522 70	521	Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0
532 70	521	Öffentlichkeitsarbeit	0 0	0 0	0 0
533 70	521	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
547 70	521	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	0 0	0 0	0 0
812 70	521	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			0	0 0	0 0

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

97 Kofinanzierung zu EU-Mitteln

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Nationale Kofinanzierung ab dem Haushaltsjahr 2023 im Rahmen der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) 2023-2027 für Vorhaben im Bereich LEADER im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums der Finanzen. Die EU-Mittel für LEADER sind im Kapitel 1391 Titelgruppe 69 veranschlagt.

527 97	521	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	1.300 0	1.900 0	2.300 0
533 97	521	Dienstleistungen Außenstehender	6.300 0	7.500 0	11.300 0
683 97	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	200.000 0	250.000 100.000	375.000 100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		75.000			75.000
2026		25.000	75.000		100.000
2027			25.000	75.000	100.000
2028				25.000	25.000
2029 ff.					
Summen		100.000	100.000	100.000	300.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für die Durchführung von mehrjährigen LEADER-Projekten veranschlagt. Es handelt sich um Projekte zur Umsetzung der zugelassenen Lokalen Entwicklungsstrategien.

684 97	521	Zuschüsse an Vereine und Verbände	125.000 0	200.000 0	325.000 0
685 97	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	187.500 0	250.000 0	350.000 0
686 97	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0 0	75.000 0	125.000 0
887 97	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0 0	125.000 0	187.500 0
891 97	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	50.000 0	100.000 0
892 97	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	625.000 0	875.000 500.000	1.125.000 800.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 97

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		225.000			225.000
2026		75.000	375.000		450.000
2027			125.000	600.000	725.000
2028				200.000	200.000
2029 ff.					
Summen		300.000	500.000	800.000	1.600.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für die Durchführung von mehrjährigen LEADER-Projekten veranschlagt. Es handelt sich um Projekte zur Umsetzung der zugelassenen Lokalen Entwicklungsstrategien.

893 97	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.250.000	1.750.000	2.250.000
			0	1.100.000	1.600.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		375.000			375.000
2026		125.000	825.000		950.000
2027			275.000	1.200.000	1.475.000
2028				400.000	400.000
2029 ff.					
Summen		500.000	1.100.000	1.600.000	3.200.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für die Durchführung von mehrjährigen LEADER-Projekten veranschlagt. Es handelt sich um Projekte zur Umsetzung der zugelassenen Lokalen Entwicklungsstrategien.

894 97	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	125.000	175.000
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 97			2.395.100	3.709.400	5.026.100
				1.700.000	2.500.000

13 Allgemeine Finanzverwaltung
13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	33.737.200	43.250.100	77.793.900
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	27.813.200	39.641.100	47.909.000
Gesamteinnahme		61.550.400	82.891.200	125.702.900

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	2.690.200
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	37.600	46.900	1.789.600
			480.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	26.521.900	37.114.800	74.539.200
			100.000	100.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	29.688.200	42.566.100	52.109.000
			1.600.000	2.400.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	7.797.800	7.119.600	0
			0	0
Gesamtausgabe		64.045.500	86.847.400	131.128.000
Gesamtsumme der VE			2.180.000	2.500.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.495.100	-3.956.200	-5.425.100

13 Allgemeine Finanzverwaltung

13 96 Zentrale Veranschlagung der Stellen und Mittel für Bedienstete in der Freistellungsphase der Altersteilzeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die im Kapitel 13 96 ausgebrachten Planstellen/Stellen sind ausschließlich mit Bediensteten in der Freistellungsphase der Altersteilzeit besetzt. Der Abbau der Planstellen/Stellen erfolgt zum Ende der Altersteilzeit.

Ausgaben

Titelgruppe(n)

67 Ministerium für Bildung - Epl. 07

422 67	114	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0
428 67	114	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			6.963	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			0	0	0
				0	0

13 **Allgemeine Finanzverwaltung**
13 96 **Zentrale Veranschlagung der Stellen und Mittel für Bedienstete in der Freistellungsphase der Altersteilzeit**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	0	0	0
		0	0
Gesamtausgabe	0	0	0
Gesamtsumme der VE		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	0	0	0

Beilage 1

Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Sachsen-Anhalt an Unternehmen des privaten und Anstalten des öffentlichen Rechts im Haushaltsjahr 2025

Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 101.250,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			75.000	0201/533 69	
			1.077.000	0902/683 66	
			1.911.000	0902/685 66	

Brockenhaus GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 16.000,00
in v. H. 64,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 3.700,00
in v. H. 5,91

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			212.000	14 09/ 732 64	Verwaltungskosten (Ingenieursleistungen, Geschäftskosten)

Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 500,00
in v. H. 1,85

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			91.100	0602/685 29	

FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 10.225,84
in v. H. 6,25

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			13.800	0702/685 01	

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.300,00
in v. H. 5,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			3.433.000	0603/685 62	
			484.000	0603/894 62	

Historische Kuranlagen und Goethe-Theater Bad Lauchstädt GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.601,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			587.000	1784/682 64	Zuwendungsvertrag
			120.000	1784/893 64	2022-2025 vom 01.12.2021

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.022,58
in v. H. 2,44

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) GID - Gesellschaft für infrastrukturelle Dienste mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 487,80
in v. H. 0,49

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

High Tech Park GmbH in Gründung

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 200.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			1.500.000	1320/831 30	Finanzierung
			200.000.000	1320/831 31	Kapitalzuführung

IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 6.000.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
				1321/831 68	Tranche für RKF IV

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) IBG Beteiligungsverwaltung Komplementär GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) IBG Innovationsfonds GmbH & Co. KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 500.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) IBG Risikokapitalfonds I GmbH & Co. KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.000.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

d) IBG Risikokapitalfonds II GmbH & Co. KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.000.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

e) IBG Risikokapitalfonds III GmbH & Co. KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 500.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

f) IBG Risikokapitalfonds IV GmbH & Co. KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 500.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			7.300.000	0802/685 01	
			2.000.000	0802/533 05	
			120.000	0802/685 65	
			80.000	0802/533 71	
			770.000	0802/685 71	
			600.000	1786/685 66	
			180.000	1787/532 73	
			550.000	5308/685 62	

IPS Immobilien- und Projektmanagementgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			180.150.000	1320/831 35	

Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt GmbH (LENA GmbH)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
2.300	14 01/ 119 61	Fernmeldehauptzentrale, CVS-Sprachrahmenvertrag	2.476.500	1506/685 03	

Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH - Gemeinnütziges Unternehmen für die Entwicklung des ländlichen Raumes

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 8.709.990,00
in v. H. 94,45

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
435.499	1320/121 12		300.000	2001/KGr. 61	Verwaltertätigkeit
1.153.000	5132/124 02		400.000	5132/517 02	Bewirtschaftungskosten
			650.000	2001/681 59	Verwaltertätigkeit

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Landesweingut Kloster Pforta GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 94.452,15
in v. H. 94,45

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			3.000	0201/529 05	
			3.500	0201/546 01	
			2.300	0204/546 02	

Vermögensverwaltungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 100.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
150.000	1320/121 12				

Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 3.200.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
514.000	1320/121 12				
27.579.100	1302/122 01				
6.113.000	1302/122 05				

MDSE Mitteldeutsche Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 500.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
4.000.000	1320/121 12				

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) GSA Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH i.L

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 52.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) Infra Leuna GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 100.000.000,00
in v. H. 3,25

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) MDVV Mitteldeutsche Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 250.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Mitteldeutsche Flughafen Aktiengesellschaft (MFAG)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.520.280,00
in v. H. 18,54

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			25.000.000	1320/831 29	

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Flughafen Dresden GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 534.256,25
in v. H. 17,43

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) Flughafen Dresden Service GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 4.455,10
in v. H. 17,43

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) Flughafen Leipzig/Halle GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 891.059,04
in v. H. 17,43

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

d) Flughafen 1. Objektgesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 8.713,80
in v. H. 8,71

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

e) Flughafen 2. Objektverwaltungsgesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 2.178,45
in v. H. 8,71

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

f) Flughafen 2. Objektgesellschaft mbH & Co.KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 6.971,04
in v. H. 8,71

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

g) PortGround GmbH Leipzig

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 92.700,00
in v. H. 18,54

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

h) FSG Flughafenservice Gesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 4.739,67
in v. H. 18,54

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Mitteldeutsche Medienförderung GmbH (MDM)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 11.000,00
in v. H. 20,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			849.000	1320/682 61	
			3.045.000	1320/831 61	

Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 511.300,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
7.100	14 01/ 119 61	Fernmeldehauptzentrale, CVS-Sprachrahmenvertrag	15.500	14 03/ 686 03	
			10.883.000	14 03/ 682 63	
			142.000	14 03/ 683 63	
			600.000	14 03/ 892 63	
			128.000	14 03/ 682 64	

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 3.498,30
in v. H. 4,60

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			181.000	1403/633 63	

b) Deutschlandtarifverbund GmbH (DTVG)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 824,62
in v. H. 1,50

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			122.000	1403/683 63	

Partnerschaft Deutschland – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 20.000,00
in v. H. 1,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			250.000	0201/522 61	
			380.800	0513/522 66	
			176.200	0707/522 87	
			25.000	1320/522 01	
			411.300	5321/522 97	

SALEG Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 8.572.152,48
in v. H. 89,99

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
4.000	2001/KGr. 52	Erbbaupachtvertrag	400.000	0201/533 61	
			500.000	1410/522 01	

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Magdeburger Bau- und Schulservice GmbH (MBS)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 16.166,95
in v. H. 16,17

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

SALEG Kommunalservicegesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			500.000	1320/831 33	

Salus Altmark Holding gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 20.450,00
in v. H. 81,80

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			20.000	5020/683 61	
			1.452	5020/684 61	
			52.821	5020/683 62	

diese Gesellschaft und das Land halten Anteile an der:

a) Salus gGmbH Betreibergesellschaft für sozialorientierte Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt

Höhe der unmittelbaren Beteiligung des Landes in Euro 1.536,00
in v. H. 6,00
Höhe der mittelbaren Beteiligung des Landes in Euro 19.684,35
in v. H. 76,89

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			95.578.700	0512/671 01	
			1.187.600	0512/671 02	
			5.917.000	0512/891 01	
			572.460	0513/684 71	
					Prognose (Berechnung auf Grundlage der Daten aus 2024)

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			892.690	0513/891 65	Prognose (Berechnung auf Grundlage der Daten aus 2024)
			3.098.049	0513/891 66	Gesamtanteil Bund lt. überjährigen Bescheid
			2.109.195	5305/891 82	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			595.500	5305/891 83	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			20.796	5020/683 62	

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Salus-Praxis GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 20.723,00
in v. H. 82,89

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			3.888	5020/683 62	

b) Salus-Service GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 21.220,35
in v. H. 82,89

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

die Salus Altmark Holding gGmbH hält Anteile an der:

b) Altmark-Klinikum gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.247.500,00
in v. H. 49,90

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			1.184.700	0513/891 65	Prognose (Berechnung auf Grundlage der Daten aus 2024)
			4.732.429	5321/891 97	
			2.675.503	0513/891 66	Gesamtanteil Bund lt. Überjährigen Bescheid
			3.027.046	5305/891 82	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			2.700.970	5305/891 83	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Klinikdienste am Altmark-Klinikum GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 12.475,00
in v. H. 49,90

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) Fachärztliche Zentrum am Altmark-Klinikum GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 49.900,00
in v. H. 49,90

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

die Salus Altmark Holding gGmbH hält Anteile an der:

c) Krankenhaus Seehausen gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 760.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			308.840	0513/891 65	Prognose (Berechnung auf Grundlage der Daten aus 2024)
			852.822	0513/891 66	Gesamtanteil Bund lt. Überjährigen Bescheid
			497.780	5305/891 82	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			627.330	5305/891 83	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid

Kommunale IT-UNION eG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 5.000,00
in v. H.

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			7.000	1783/547 99	
			13.104.200	5319/TGr. 75	

Dataport

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 7.500.000,00
in v. H. 14,71

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			4.000	0101/511 99	Zertifikate
			32.300	0101/533 99	Nutzung Landesdatennetz
			165.000	0321/682 65	
			132.100	0506/682 40	
			60.000	0506/891 40	
			33.700	0507/511 01	
			3.200	0507/525 01	
			46.650	0507/533 99	
			47.350	0507/547 99	

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			10.000	0507/812 99	Beschaffung von Standard-IT gem. Rahmenvertrag des Landes Sachsen-Anhalt im investiven Bereich
			745.900	1322/682 81	
			30.000	1404/682 01	
			35.000	1601/547 99	Lizenzen und Serviceleistungen im Rahmen IT-Betrieb LRH
			100	1801/511 99	
			3.500	1801/533 99	
			22.346.200	1901/682 61	
			122.600	1901/682 62	
			192.615	1901/682 63	
			6.544.700	1901/682 65	
			257.000	1901/682 66	
			5.309.100	1901/682 67	
			1.807.685	1901/682 95	
			379.300	1902/682 61	
			5.117.300	1902/891 61	
			2.692.600	1902/682 62	
			2.500.000	1902/891 62	
			4.068.600	1902/682 63	
			7.079.200	1902/682 94	
			500.000	1902/891 94	
			1.943.000	1902/682 95	
			96.800	1903/682 65	
			16.500	1905/511 94	
			10.200	1905/511 95	
			8.200	1905/525 95	
			7.100	1905/682 95	
			17.500	1905/812 95	
			95.500	1907/682 61	
			154.400	1907/891 61	
			281.800	1907/682 68	
			155.300	1907/682 69	
			127.100	1907/682 95	
			16.810.200	1908/682 62	
			299.600	1908/891 63	
			435.400	1908/682 65	
			250.100	1908/682 95	
			554.400	1909/682 65	
			584.000	1909/682 69	
			23.200	1909/682 70	
			914.500	1909/682 74	
			60.600	1909/891 75	
			600.000	1910/522 65	
			1.463.000	1910/682 65	
			2.456.900	1910/682 67	
			1.352.000	1910/682 68	
			500.000	1910/522 95	
			3.746.900	1910/682 95	
			25.700	1911/682 61	
			12.600	1911/682 95	
			16.800	1911/891 95	
			384.000	1915/682 63	
			198.600	1915/682 95	
			238.000	1915/891 95	

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			16.500	1917/682 64	Die Ausgaben sind für das Webhosting der LÜSA-Internetseite veranschlagt. Die Ausgaben sind ab 2026 im Titel 533 64 veranschlagt.
			513.700	1917/682 68	
			636.600	1917/682 69	
			3.491.300	1920/682 70	
			134.100	1920/891 70	
			1.083.600	1923/ 82 63	
			4.530.200	1923/682 66	
			359.600	1923/891 66	
			346.000	1923/682 67	
			18.100	1923/682 93	
			163.000	1923/682 95	
			3.586.500	2001/KGr. 73	Wirtschaftsplan
			17.752.400	5319/682 75	
			69.958.100	5319/682 76	Wirtschaftsplan
			55.000	5319/812 76	
			36.463.200	5319/891 76	Wirtschaftsplan
421.800	2001/KGr. 52				

diese Anstalt hält Anteile an der:

a) ProVitako - Marketing und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister eG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 5.000,00
in v. H.

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) govdigital eG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 10.000,00
in v. H.

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) PD Berater der öffentlichen Hand GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 2.000,00
in v. H. 0,01

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

FITKO Föderale IT-Kooperation

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			3.341.100	1910/682 64	
			68.800	1911/682 61	
			421.450	5319/682 75	OZG-Leistungen: Finanzierung aus der lfd. Maßnahme Nr. 41 des CSV

GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder A. ö. R. (GKL)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 58.600,00
in v. H. 2,93

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

diese Anstalt hält Anteile an der:

a) Wettstein GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder (GGL)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			14.000	0302/682 01	

Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 100.000.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			961.000	0201/671 61	
			50.000	0201/671 64	
			2.000.000	0302/671 01	
			27.600	0346/671 01	
			556.700	0407/671 01	Kostenerstattung für Leistungen der Bescheinigenden Stelle EGFL/ELER (Erstattung der Personalkosten der IB sowie der Sach- und Gemeinkosten für Landes- und IB-Bedienstete)
			27.400	0502/533 01	Umsetzung VN-Prüfung Krankenhausfinanzierung (§9 KHG)
			8.943.000	0502/671 01	Umsetzung EU-Programme ESF Plus, EFRE und JTF (ursprünglich bei 0505/ 671 90)
			270.000	0503/671 01	Aufgabenübertragung an IB
			128.000	0505/671 69	Aufgabenübertragung an IB
			1.134.000	0509/671 01	Umsetzung PflegeberufeG
			483.500	0509/671 02	Umsetzung Pfleghelfer*innen-ausbildung

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			143.700	0513/671 03	Pflegepersonal-StärkungsG und VN-Pauschale KH Förderung
			862.600	0513/671 66	Umsetzung KHZG/Transformationsfonds
			3.682.200	0602/671 01	
			335.100	0702/671 01	Umsetzung IKT-RL GAP / SVC 2023-2026 für den Bereich des ELER.
			1.300	0702/671 01	Umsetzung „ESF-nahe“ Maßnahme i. S. der transfer relevanten schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung, einschließlich Infrastruktur (Bildung) – JTF-Förderung Bildungscampus Naumburg; Erlass des MB vom 21. Dezember 2023
			466.800	0707/671 87	Startchancen-Programm
			100.000	0720/671 63	Umsetzung des LAGPflBG
			90.400	0707/671 83	Förderung außerschulischer Lernorte
			15.105.200	0802/671 01	
			58.600	0802/671 04	
			60.000	0902/671 01	
			299.600	1102/671 01	Reintegrationsmaßnahmen für Menschen, die von Straffälligkeit betroffen sind (MJ LSA)
			41.500	1312/671 07	
			6.400	1312/671 62	
			434.000	1312/671 63	
			92.200	1312/671 64	
			14.330.100	1321/671 81	
			610.200	1322/671 81	
			550.000	1325/671 01	
			1.727.000	1332/671 01	
			83.200	1390/671 76	EU-Mittel aus der Technischen Hilfe des ELER für
			27.700	1390/671 93	Landesmittel aus der Technischen Hilfe des ELER für Kostenerstattungen an die IB (25 %)
			247.000	1391/671 01	Landesmittel für GBV im Bereich LEADER
			186.400	1402/671 01	
			100.000	1402/671 79	

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			35.000	1402/671 81	
			205.000	1403/671 01	
			6.700	1403/671 64	
			372.600	1404/671 62	
			120.000	1404/671 64	
			512.500	1410/671 01	
			3.163.000	1410/671 61	
			164.500	1502/671 03	
			15.700	1506/671 01	
			224.300	1506/671 02	
			6.675.300	1506/671 03	
			1.114.000	1702/671 01	ö/r Vertrag Aufgabenübertragung nach § 5 Abs. 1 Satz 4 IB ErrG
			4.600	1702/671 04	ö/r Vertrag Sonderfonds Kulturveranstaltungen (Bundesmittel)
			305.800	1787/671 75	ö/r Vertrag Industriekultur
			9.600	2004/671 93	GBV IB EFRE V
			294.600	2004/671 97	GBV IB EFRE VI
			16.600	5305/671 79	Maßnahme 9 SVC einschl. Suchtproj.
			779.400	5305/671 81	Maßnahme 11 SVC
			500.000	5305/671 82	Maßnahme 12 SVC
			265.100	5305/671 83	Maßnahme 13 SVC
			70.000	5307/671 82	Maßnahme 25 SVC
			7.300	5317/671 65	ö/r Vertrag Kulturs Netz
			13.138.100	5321/671 98	Maßnahme 58 SVC (MWL)

KfW Bankengruppe (KfW)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 22.497.450,00
in v. H. 0,60

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Norddeutsche Landesbank (NORD/LB)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 198.000.000,06
in v. H. 6,22

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H.

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt (MBG) mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H.

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum (GKDZ) der Polizeien der Länder Berlin, Brandenburg,

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			60.700	1908/891 95	

Landesanstalt für Altlastenfreistellung

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 54,50
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			2.500	0802/533 82	
			1.617.500	0802/682 82	
			1.617.500	5410/892 06	

Studentenwerk Halle Anstalt des öffentlichen Rechts

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			120.000	0621/681 44	
			2.209.600	0621/685 01	
			500.000	0621/894 01	
			3.739.100	0621/685 64	

Studentenwerk Magdeburg Anstalt des öffentlichen Rechts

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			100.000	0621/681 44	
			1.740.100	0621/685 01	
			300.000	0621/685 02	
			2.132.400	0621/685 65	

Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
12.000	1401/119 61		4.050.000	1332/883 66	Projektförderung Strukturwandel
			2.200	1503/533 62	
			3.581.700	1503/682 62	
			1.345.000	1503/891 62	
			4.797.200	1505/893 02	
			2.800.000	Kapitel 1332	Förderrichtlinie Sachsen-Anhalt Revier 2038

die Anstalt hält Anteile an der:

a) Talsperren-Wasserkraft Sachsen-Anhalt GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 75.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
120.000	0909/271 10		120.000	0902/671 02	
			150.000	0902/682 01	

Universitätsklinikum Halle (Saale) A.ö.R

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 16.938.064,70
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			3.000.000	0602/894 61	7,5 Mio. € für beide Universitätskliniken veranschlagt
			600.000	0605/533 02	
			11.000.000	0605/891 01	
			2.600.000	0605/891 04	
			390.000	1321/713 62	ant. GNUE Bau
			33.685.546	2004/713 62	ant. GNUE Bau
			334.000	2004/812 62	ant. GNUE Ersteinrichtung
			2.439.600	2004/823 62	GNUE Haus 20
			260.000	2004/713 97	ant. GNUE Bau
			4.059.189	0513/891 66	Gesamtanteil Bund lt. Überjährigen Bescheid
			1.739.653	5305/891 82	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			1.250.000	5306/894 89	SV Corona; 2,5 Mio. € für beide Universitätskliniken veranschlagt.
			141.730	5321/685 97	SV Corona

die Anstalt hält Anteile an der:

a) Medizinisches Versorgungszentrum Universitätsklinikum Halle gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 50.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) UKH Energie GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 50.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) UKH Service GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 80.400,00
in v. H. 80,40

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

d) Dia VZ GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 12.500,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

e) Universitätsklinikum Halle (Saale) Pflege GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 6.225,00
in v. H. 24,90

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

f) Halle School of Health Care gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 12.600,00
in v. H. 50,40

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

g) MVZ Saale-Klinik GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 32.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Universitätsklinikum Magdeburg A.ö.R

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 16.944.053,02
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			12.500	0101/443 03	betriebsärztl. Grundbetreuung sowie Durchführung arbeitsmed. Vorsorgeuntersuchungen

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			67.000	0103/685 62	Projekt „Verstetigung eines Kompetenznetzwerks für die psychosoziale Beratung von Menschen in Sachsen-Anhalt, die Opfer von SED-Unrecht geworden sind“ mit der Universitätsklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie Magdeburg
			4.060.403	0513/891 66	Gesamtanteil Bund lt. überjährigen Bescheid
				0602/894 61	7,5 Mio. € für beide Universitätskliniken veranschlagt
			4.500.000		
			11.000.000	0608/891 01	
			2.780.000	0608/891 04	
			570.000	1321/713 62	ant. GNUE Bau
			31.495.000	2004/713 62	ant. GNUE Bau
			1.000.000	2004/812 62	ant. GNUE Ersteinrichtung
			380.000	2004/713 97	ant. GNUE Bau
			1.740.173	5305/891 82	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			1.250.000,00	5306/894 89	SV Corona; 2,5 Mio. € für beide Universitätskliniken veranschlagt

die Anstalt hält Anteile an der:

a) UMR Universitätsklinikum Magdeburg Reinigungsservice GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 12.750,00
in v. H. 51,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) Magdeburger Uniklinik Service GmbH (MUKS)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) Medizinisches Versorgungszentrum Universitätsklinikum Magdeburg gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Beilage 1

Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Sachsen-Anhalt an Unternehmen des privaten und Anstalten des öffentlichen Rechts im Haushaltsjahr 2026

Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 101.250,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			75.000	0201/533 69	
			647.500	0902/683 66	
			2.348.000	0902/685 66	

Brockenhaus GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 16.000,00
in v. H. 64,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 3.700,00
in v. H. 5,91

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			118.000	1409/732 64	

Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 500,00
in v. H. 1,85

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			93.400	0602/685 29	

FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 10.225,84
in v. H. 6,25

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			13.800	0702/685 01	

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.300,00
in v. H. 5,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			3.836.700	0603/685 62	
			479.800	0603/894 62	

Historische Kuranlagen und Goethe-Theater Bad Lauchstädt GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.601,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			598.800	1784/682 64	
			150.000	1784/893 64	

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.022,58
in v. H. 2,44

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) GID - Gesellschaft für infrastrukturelle Dienste mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 487,80
in v. H. 0,49

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

High Tech Park GmbH in Gründung

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 200.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
50.000.000	1320/134 01	Kapitalrückzahlungen der HTP GmbH	2.000.000	1320/831 30	Finanzierung
			200.000.000	1320/831 31	Kapitalzuführung

IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 6.000.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) IBG Beteiligungsverwaltung Komplementär GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) IBG Innovationsfonds GmbH & Co. KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 500.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) IBG Risikokapitalfonds I GmbH & Co. KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.000.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

d) IBG Risikokapitalfonds II GmbH & Co. KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.000.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

e) IBG Risikokapitalfonds III GmbH & Co. KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 500.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

f) IBG Risikokapitalfonds IV GmbH & Co. KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 500.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			7.300.000	0802/685 01	
			2.000.000	0802/533 05	
			120.000	0802/685 65	
			150.000	0802/533 71	
			820.000	0802/685 71	
			450.000	1786/685 66	

IPS Immobilien- und Projektmanagementgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			273.445.000	1320/831 35	

Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt GmbH (LENA GmbH)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
2.800	1401/119 61		2.460.800	1506/685 03	

Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH - Gemeinnütziges Unternehmen für die Entwicklung des ländlichen Raumes

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 8.709.990,00
in v. H. 94,45

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
435.499	1320/121 12		330.000	2001/KGr. 61	Verwaltertätigkeit
1.153.000	5132/124 02		400.000	5132/517 02	Bewirtschaftungskosten
			650.000	2001/681 59	Verwaltertätigkeit

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Landesweingut Kloster Pforta GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 94.452,15
in v. H. 94,45

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			3.500	0201/546 01	
			3.000	0201/529 05	
			2.800	0204/546 02	

Vermögensverwaltungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 100.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
150.000	1320/121 12				

Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 3.200.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
1.933.000	1320/121 12				
28.110.300	1302/122 01				
6.231.000	1302/122 05				

MDSE Mitteldeutsche Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 500.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
4.000.000	1320/121 12				

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) GSA Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH i.L

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 52.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) Infra Leuna GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 100.000.000,00
in v. H. 3,25

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) MDVV Mitteldeutsche Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 250.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Mitteldeutsche Flughafen Aktiengesellschaft (MFAG)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.520.280,00
in v. H. 18,54

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Flughafen Dresden GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 534.256,25
in v. H. 17,43

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) Flughafen Dresden Service GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 4.455,10
in v. H. 17,43

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) Flughafen Leipzig/Halle GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 891.059,04
in v. H. 17,43

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

d) Flughafen 1. Objektgesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 8.713,80
in v. H. 8,71

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

e) Flughafen 2. Objektverwaltungsgesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 2.178,45
in v. H. 8,71

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

f) Flughafen 2. Objektgesellschaft mbH & Co.KG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 6.971,04
in v. H. 8,71

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

g) PortGround GmbH Leipzig

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 92.700,00
in v. H. 18,54

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

h) FSG Flughafenservice Gesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 4.739,67
in v. H. 18,54

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Mitteldeutsche Medienförderung GmbH (MDM)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 11.000,00
in v. H. 20,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			853.000	1320/682 61	
			3.041.000	1320/831 61	

Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 511.300,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
8.200	14 01/ 119 61	Fernmeldehauptzentrale, CVS-Sprachrahmenvertrag	15.900	14 03/ 686 03	
			11.838.000	14 03/ 682 63	
			146.000	14 03/ 683 83	
			1.400.000	14 03/ 892 63	
			134.000	14 03/ 682 64	

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 3.498,30
in v. H. 4,60

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			190.000	1403/633 63	

b) Deutschlandtarifverbund GmbH (DTVG)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 824,62
in v. H. 1,50

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			124.100	1403/683 63	

Partnerschaft Deutschland – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 20.000,00
in v. H. 1,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			250.000	0201/522 61	
			380.800	0513/522 66	
			100.000	1320/522 01	
			181.000	5321/522 97	

SALEG Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 8.572.152,48
in v. H. 89,99

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
4.000	2001/KGr. 52	Erbbaupachtvertrag	400.000 500.000	0201/533 61 1410/522 01	

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Magdeburger Bau- und Schulservice GmbH (MBS)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 16.166,95
in v. H. 16,17

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

SALEG Landes- und Kommunalservicegesellschaft mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Salus Altmark Holding gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 20.450,00
in v. H. 81,80

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			20.000 1.460 53.000	5020/683 61 5020/684 61 5020/683 62	

diese Gesellschaft und das Land halten Anteile an der:

a) Salus gGmbH Betreibergesellschaft für sozialorientierte Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt

Höhe der unmittelbaren Beteiligung des Landes in Euro 1.536,00
in v. H. 6,00
Höhe der mittelbaren Beteiligung des Landes in Euro 19.684,35
in v. H. 76,89

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			108.775.200 1.232.900 1.677.000 572.460 861.070 3.098.049 2.109.195	0512/671 01 0512/671 02 0512/891 01 0513/684 71 0513/891 65 0513/891 66 5305/891 82	 Prognose (Berechnung auf Grundlage der Daten aus 2024) Prognose (Berechnung auf Grundlage der Daten aus 2024) Gesamtanteil Bund lt. überjährigen Bescheid Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			595.500	5305/891 83	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			20.800	5020/683 62	

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Salus-Praxis GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 20.723,00
in v. H. 82,89

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			3.888	5020/683 62	

b) Salus-Service GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 21.220,35
in v. H. 82,89

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

die Salus Altmark Holding gGmbH hält Anteile an der:

b) Altmark-Klinikum gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 1.247.500,00
in v. H. 49,90

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			782.750	0513/891 65	Prognose (Berechnung auf Grundlage der Daten aus 2024)
			2.413.778	0513/891 66	Gesamtanteil Bund lt. Überjährigen Bescheid
			3.027.046	5305/891 82	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			2.700.970	5305/891 83	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Klinikdienste am Altmark-Klinikum GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 12.475,00
in v. H. 49,90

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
				5020/683 62	

b) Fachärztliche Zentrum am Altmark-Klinikum GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 49.900,00
in v. H. 49,90

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

die Salus Altmark Holding gGmbH hält Anteile an der:

c) Krankenhaus Seehausen gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 760.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			204.050	0513/891 65	Prognose (Berechnung auf Grundlage der Daten aus 2024)
			852.822	0513/891 66	Gesamtanteil Bund lt. überjährigen Bescheid
			497.780	5305/891 82	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			627.330	5305/891 83	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid

Kommunale IT-UNION eG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 5.000,00
in v. H.

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			7.000	1783/547 99	
			14.089.000	5319/TGr. 75	

Dataport

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 7.500.000,00
in v. H. 14,71

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			8.000	0101/511 99	Zertifikate
			32.300	0101/533 99	Nutzung Landesdatennetz
			170.000	0321/682 65	
			132.100	0506/682 40	
			60.000	0506/891 40	
			33.700	0507/511 01	
			3.300	0507/525 01	
			46.650	0507/533 99	
			47.350	0507/547 99	
			10.000	0507/812 99	Beschaffung von Standard-IT gem. Rahmenvertrag des Landes Sachsen-Anhalt im investiven Bereich
			745.900	1322/682 81	
			35.000	1601/547 99	Lizenzen und Serviceleistungen im Rahmen IT-Betrieb LRH
			100	1801/511 99	
			3.500	1801/533 99	
			23.861.200	1901/682 61	
			127.100	1901/682 62	
			163.865	1901/682 63	
			7.147.600	1901/682 65	
			223.800	1901/682 66	
			2.695.000	1901/682 67	
			1.495.000	1901/682 95	
			443.300	1902/682 61	

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			5.218.000	1902/891 61	
			3.955.500	1902/682 62	
			2.000.000	1902/891 62	
			4.086.100	1902/682 63	
			10.658.800	1902/682 94	
			500.000	1902/891 94	
			2.233.000	1902/682 95	
			96.800	1903/682 65	
			8.000	1905/511 94	
			10.240	1905/511 95	
			8.200	1905/525 95	
			7.100	1905/682 95	
			17.500	1905/812 95	
			95.500	1907/682 61	
			154.400	1907/891 61	
			281.800	1907/682 68	
			155.300	1907/682 69	
			127.100	1907/682 95	
			16.810.200	1908/682 62	
			299.600	1908/891 63	
			454.700	1908/682 65	
			260.100	1908/682 95	
			554.400	1909/682 65	
			591.700	1909/682 69	
			23.200	1909/682 70	
			914.500	1909/682 74	
			60.600	1909/891 75	
			1.963.000	1910/682 65	
			2.456.900	1910/682 67	
			3.100.000	1910/682 68	
			500.000	1910/522 95	
			3.746.900	1910/682 95	
			25.700	1911/682 61	
			12.600	1911/682 95	
			33.600	1911/891 95	
			384.000	1915/682 63	
			188.600	1915/682 95	
			238.000	1915/891 95	
			10.000	1917/533 64	Die Ausgaben sind für das Webhosting der LÜSA-Internetseite veranschlagt. Die Ausgaben waren bis 2025 im Titel 682 64 veranschlagt.
			513.700	1917/682 68	
			631.600	1917/682 69	
			3.678.400	1920/682 70	
			1.083.600	1923/682 63	
			4.515.200	1923/682 66	
			359.600	1923/891 66	
			424.500	1923/682 67	
			74.100	1923/682 93	
			163.000	1923/682 95	
			3.698.100	2001/KGr. 73	Wirtschaftsplan
			18.317.400	5319/682 75	Wirtschaftsplan
			42.974.000	5319/682 76	Wirtschaftsplan
			10.000	5319/812 76	
			26.559.700	5319/891 76	Wirtschaftsplan
421.800	2001/KGr. 52				

diese Anstalt hält Anteile an der:

a) ProVitako - Marketing und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister eG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 5.000,00
in v. H.

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) govdigital eG

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 10.000,00
in v. H.

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) PD Berater der öffentlichen Hand GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 2.000,00
in v. H. 0,01

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

FITKO Föderale IT-Kooperation

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			4.119.400	1910/682 64	OZG-Leistungen: Finanzierung aus der lfd. Maßnahme Nr. 41 des CSV
			24.900	1911/682 61	
			326.410	5319/682 75	

GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder A. ö. R. (GKL)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 58.600,00
in v. H. 2,93

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

diese Anstalt hält Anteile an der:

a) Wettstein GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder (GGL)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			395.000	0302/682 01	

Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 100.000.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			885.000	0201/671 61	
			75.000	0201/671 64	
			2.581.000	0302/671 01	
			8.700	0346/671 01	
			571.600	0407/671 01	Kostenerstattung für Leistungen der Bescheinigenden Stelle EGFL/ELER (Erstattung der Personalkosten der IB sowie der Sach- und Gemeinkosten für Landes- und IB-Bedienstete)
			7.561.600	0502/671 01	Umsetzung EU-Programme ESF Plus, EFRE und JTF (ursprünglich bei 0505/ 671 90)
			690.000	0503/671 01	Aufgabenübertragung an die IB
			50.000	0505/671 69	Aufgabenübertragung an die IB
			1.212.000	0509/671 01	Umsetzung PflegeberufeG
			231.700	0509/671 02	Umsetzung Pflegehelfer*innen-ausbildung Pflegepersonal-StärkungsG und VN-Pauschale KH
			349.100	0513/671 03	Förderung Umsetzung KHZG/Transformationsfonds
			820.400	0513/671 66	
			4.490.800	0602/671 01	
			235.100	0702/671 01	Umsetzung IKT-RL GAP / SVC 2023-2026 für den Bereich des ELER.
			88.200	0702/671 01	Umsetzung „ESF-nahe“ Maßnahme i. S. der transfer relevanten schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung, einschließlich Infrastruktur (Bildung) – JTF-Förderung Bildungscampus Naumburg; Erlass des MB vom 21. Dezember 2023
			466.800	0707/671 87	Startchancen-Programm
			100.000	0720/671 63	Umsetzung des LAGPflBG

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			182.100	0707/671 83	Förderung außerschulischer Lernorte
			15.658.500	0802/671 01	
			49.400	0802/671 04	
			206.100	0902/671 01	
			239.100	1102/671 01	Reintegrationsmaßnahmen für Menschen, die von Straffälligkeit betroffen sind (MJ LSA)
			23.300	1312/671 07	
			1.300	1312/671 62	
			144.700	1312/671 63	
			45.200	1312/671 64	
			1.937.600	1321/671 01	
			13.534.500	1321/671 81	
			726.200	1322/671 81	
			530.000	1325/671 01	
			1.788.200	1332/671 01	
			399.000	1391/671 01	Landesmittel für GBV im Bereich LEADER
			35.700	1391/671 67	EU-Mittel für Entwicklung und Betrieb des Kommunikationsportals efDialog
			160.600	1402/671 01	
			200.000	1402/671 79	
			70.000	1402/671 81	
			262.800	1403/671 01	
			7.100	1403/671 64	
			387.000	1404/671 62	
			401.500	1410/671 01	
			3.163.000	1410/671 61	
			118.500	1502/671 03	
			14.200	1506/671 01	
			205.000	1506/671 02	
			9.116.200	1506/671 03	
			1.931.700	1702/671 01	ö/r Vertrag Aufgabenübertragung nach § 5 Abs. 1 Satz 4 IB ErrG
			2.500	1702/671 04	ö/r Vertrag Sonderfonds Kulturveranstaltungen (Bundesmittel)
			322.700	1787/671 75	ö/r Vertrag Industriekultur
			1.900	2004/671 93	GBV IB EFRE V
			466.500	2004/671 97	GBV IB EFRE VI
			143.000	5305/671 79	Maßnahme 9 SVC einschl. Suchtproj.
			593.500	5305/671 81	Maßnahme 11 SVC
			600.000	5305/671 82	Maßnahme 12 SVC
			54.400	5305/671 83	Maßnahme 13 SVC
			70.000	5307/671 82	Maßnahme 25 SVC

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			2.600	5317/671 65	ö/r Vertrag Kultur ans Netz
			4.422.300	5321/671 98	Maßnahme 58 SVC (MWL)

KfW Bankengruppe (KfW)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 22.497.450,00
in v. H. 0,60

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Norddeutsche Landesbank (NORD/LB)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 198.000.000,06
in v. H. 6,22

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

diese Gesellschaft hält Anteile an der:

a) Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H.

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt (MBG) mbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H.

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum (GKDZ) der Polizeien der Länder Berlin, Brandenburg,

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			124.000	1908/891 95	

Landesanstalt für Altlastenfreistellung

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 54,50
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			2.500	0802/533 82	
			1.654.300	0802/682 82	
			1.654.300	5410/892 06	

Studentenwerk Halle Anstalt des öffentlichen Rechts

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			120.000	0621/681 44	
			2.245.000	0621/685 01	
			3.860.400	0621/685 64	

Studentenwerk Magdeburg Anstalt des öffentlichen Rechts

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			100.000	0621/681 44	
			1.767.900	0621/685 01	
			2.202.800	0621/685 65	

Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			2.480.000	1332/883 66	Projektförderung Strukturwandel
13.500	14 01/ 119 61	Fernmeldehaupt- zentrale, CVS- Sprachrahmen- vertrag	2.200	1503/533 62	
			3.781.700	1503/682 62	
			1.567.000	1503/891 62	
			500.000	1505/893 02	
			500.000	Kapitel 1332	Förderrichtlinie Sachsen-Anhalt Revier 2038

die Anstalt hält Anteile an der:

a) Talsperren-Wasserkraft Sachsen-Anhalt GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 75.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro -
in v. H. -

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
120.000	0909/271 10		120.000	0902/671 02	
			150.000	0902/682 01	

Universitätsklinikum Halle (Saale) A.ö.R

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 16.938.064,70
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			14.100	0101/443 03	betriebsärztl. Grundbetreuung sowie arbeitsmed. Vorsorgeuntersuchungen
			67.000	0103/685 62	Projekt „Verstetigung eines Kompetenznetzwerks für die psychosoziale Beratung von Menschen in Sachsen-Anhalt, die Opfer von SED-Unrecht geworden sind“ mit der Universitätsklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie Magdeburg
			4.059.189	0513/891 66	Gesamtanteil Bund lt. Überjährigen Bescheid
			1.739.653	5305/891 82	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			3.500.000	0602/894 61	7,5 Mio. € für beide Universitätskliniken veranschlagt
			600.000	0605/533 02	
			11.000.000	0605/891 01	
			2.600.000	0605/891 04	
			646.800	1321/713 62	ant. GNUE Bau
			13.200	1321/812 62	ant. GNUE Ersteinrichtung
			28.180.000	2004/713 62	ant. GNUE Bau
			331.000	2004/812 62	ant. GNUE Ersteinrichtung
			2.439.600	2004/823 62	GNUE Haus 20
			431.200	2004/713 97	ant. GNUE Bau
			8.800	2004/812 97	ant. GNUE Ersteinrichtung
			1.750.000	5306/894 89	SV Corona; 3,5 Mio. € für beide Universitätskliniken veranschlagt
			148.810	5321/685 97	SV Corona

die Anstalt hält Anteile an der:

a) Medizinisches Versorgungszentrum Universitätsklinikum Halle gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 50.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) UKH Energie GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 50.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) UKH Service GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 80.400,00
in v. H. 80,40

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

d) Dia VZ GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 12.500,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

e) Universitätsklinikum Halle (Saale) Pflege GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 6.225,00
in v. H. 24,90

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

f) Halle School of Health Care gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 12.600,00
in v. H. 50,40

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

g) MVZ Saale-Klinik GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 32.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Universitätsklinikum Magdeburg A.ö.R

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 16.944.053,02
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			4.060.403	0513/891 66	Gesamtanteil Bund lt. überjährigen Bescheid
			1.740.173	5305/891 82	Gesamtanteil Land lt. überjährigen Bescheid
			4.000.000	0602/894 61	7,5 Mio. € für beide Universitätskliniken veranschlagt
			11.000.000	0608/891 01	
			2.780.000	0608/891 04	
			564.000	1321/713 62	ant. GNUE Bau
			41.600.000	2004/713 62	ant. GNUE Bau

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen
			3.600.000	2004/812 62	ant. GNUE Ersteinrichtung
			376.000	2004/713 97	ant. GNUE Bau
			1.750.000,00	5306/ 894 89	SV Corona; 3,5 Mio. € für beide Universitätskliniken veranschlagt

die Anstalt hält Anteile an der:

a) UMR Universitätsklinikum Magdeburg Reinigungsservice GmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 12.750,00
in v. H. 51,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

b) Magdeburger Uniklinik Service GmbH (MUKS)

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

c) Medizinisches Versorgungszentrum Universitätsklinikum Magdeburg gGmbH

Höhe der Beteiligung des Landes in Euro 25.000,00
in v. H. 100,00

Einnahmen des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen	Ausgaben des Landes	Kapitel / Titel / Titelgruppe	Bemerkungen

Übersicht

über die Schuldendiensthilfen

Kapitel	Titel/ TGr.	Bezeichnung	Ansatz 2025		Ansatz 2026	
			E	A	E	A
			- EUR -		- EUR -	
04 06	261 01	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben für die Verwaltung der Kirchensteuer	2.000.000	0	2.000.000	0
04 06	261 02	Erstattung sonstiger Verwaltungskosten	6.000	0	6.000	0
		Summe Kapitel 04 06	2.006.000	0	2.006.000	0
		Summe Einzelplan 04	2.006.000	0	2.006.000	0
08 01	261 01	Kostenerstattung von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen	0	0	0	0
		Summe Kapitel 08 01	0	0	0	0
		Summe Einzelplan 08	0	0	0	0
09 10	261 01	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	100.000	0	100.000	0
		Summe Kapitel 09 10	100.000	0	100.000	0
		Summe Einzelplan 09	100.000	0	100.000	0
14 09	261 01	Einnahmen von Verwaltungsanteilen aus Vereinbarungen mit Dritten (Eisenbahnkreuzungsgesetz)	0	0	0	0
		Summe Kapitel 14 09	0	0	0	0
		Summe Einzelplan 14	0	0	0	0
15 05	TGr. 68	Abwasserabgabe				
15 05	663 68	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	0	0	0	0
		Summe Kapitel 15 05	0	0	0	0
		Summe Einzelplan 15	0	0	0	0
		Gesamtsumme	2.106.000	0	2.106.000	0

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 13 21 Förderung im Rahmen des Programms "EFRE-Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt" (inkl. JTF)
(Stellenplan)

Kapitel 13 22 Förderung im Rahmen des Programms "ESF Plus Programm 2021 - 2027 Sachsen-Anhalt"
(Stellenplan)

Kapitel 13 90 Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die
Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) (Stellenplan)

Kapitel 13 91 Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die
Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) (Stellenplan)

Stellenübersicht übrige TGr. 2025

Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 81	(81)			
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B2	Ministerialrat/-rätin	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende/r Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in	4	4	4
A14	Oberregierungsrat/-rätin	8	8	8
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	0	0	0
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	5	5	5
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	7	7	7
A11	Regierungsamtmann/-frau	1	1	1
A9 L1.2	Regierungsinspektor/-in	1	1	1
A8	Regierungshauptsekretär/-in	0	0	0
Summe :		28	28	28

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Regierungsrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	2	2	2
Summe [Leerstellen]:		4	4	4

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 81	(81)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
AT A 16	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 14	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 11	Verwaltungsdienst	0	0	0
Summe :		0	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 81	(81)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Ministerialrat/-rätin	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	3	3	3
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	2	2	2
A11	Regierungsamtmann/-frau	0	0	0
Summe :		9	9	9

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Regierungsrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	2	2	2
Summe [Leerstellen]:		4	4	4

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 81	(81)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	0	0	0
E 11	Verwaltungsdienst	0	0	0
Summe :		0	0	0

13 90

Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 93 (93)				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B2	Ministerialrat/-rätin	1	1	0
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Forstdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Veterinärdirektor/-in	2	2	0
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberrat/-rätin, Vermessungsoberrat/-rätin	1	1	0
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin, Forstrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberamtsrat/-rätin, Forstoberamtsrat/-rätin, Vermessungsoberamtsrat/-rätin	4	4	0
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsamtsrat/-rätin, Forstamtsrat/-rätin, Vermessungsamtsrat/-rätin	1	1	0
A11	Regierungsamtmann/-frau, Landwirtschaftsamtmann/-frau, Forstamtmann/-frau, Vermessungsamtmann/-frau	0	0	0
Summe :		9	9	0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2026														
1	B2				1								-1	Umsetzung nach 1391-422 67
2	A15				2								-2	Umsetzung nach 1391-422 67
3	A14				1								-1	Umsetzung nach 1391-422 67
4	A13 L2.1				4								-4	Umsetzung nach 1391-422 67
5	A12				1								-1	Umsetzung nach 1391-422 67
Ohne TG 96					9								-9	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 93 (93)				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Verwaltungsdienst	1	1	0

13 90

Zuwendungen der EU - 2014 bis 2022 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 12	Verwaltungsdienst	2	2	0
Summe :		3	3	0

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 12	Verwaltungsdienst	2	2	0
Summe [Leerstellen]:		2	2	0

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2026														
1	E 13				1								-1	Umsetzung nach 1391-428 67
2	E 12				2								-2	Umsetzung nach 1391-428 67
Ohne TG 96					3								-3	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
3	E 12		2										-2	Umsetzung nach 1391-428 67
Leerstellen			2										-2	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

13 91

Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 67 (67)				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B2	Ministerialrat/-rätin	0	0	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Forstdirektor/-in	0	0	4
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberrat/-rätin, Vermessungsoberrat/-rätin	0	0	1
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin, Forstrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin	0	0	6
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsamtsrat/-rätin, Forstamtsrat/-rätin, Vermessungsamtsrat/-rätin	0	0	1
A11	Regierungsamtmann/-frau, Landwirtschaftsamtmann/-frau, Forstamtmann/-frau, Vermessungsamtmann/-frau	0	0	0
Summe :		0	0	13

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2026														
1	B2			1									+1	Umsetzung von 1390-422 93
2	A15	2											+4	Neu (Stellenreserve)
3				2										Umsetzung von 1390-422 93
4	A14			1									+1	Umsetzung von 1390-422 93
5	A13 L2.1	2											+6	Neu (Stellenreserve)
6				4										Umsetzung von 1390-422 93
7	A12			1									+1	Umsetzung von 1390-422 93
Ohne TG 96		4		9									+13	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 67 (67)				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Verwaltungsdienst	0	0	1

13 91

Zuwendungen der EU - 2023 bis 2027 durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 12	Verwaltungsdienst	0	0	2
Summe :		0	0	3

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 12	Verwaltungsdienst	0	0	2
Summe [Leerstellen]:		0	0	2

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2026														
1	E 13			1									+1	Umsetzung von 1390-428 93
2	E 12			2									+2	Umsetzung von 1390-428 93
Ohne TG 96				3									+3	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
3	E 12	2											+2	Umsetzung von 1390-428 93
Leerstellen		2											+2	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

	Einzelpläne										
	1321	1322	1390	1391							Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B2 L2.2	1		1	0							2
Summe	1		1	0							2
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	1	1									2
A15 L2.2	4	1	2	0							7
A14 L2.2	8	1	1	0							10
A13 L2.2	0	1									1
A13 L2.1	5	3	4	0							12
A12 L2.1	7	2	1	0							10
A11 L2.1	1	0	0	0							1
A9 L1.2	1										1
A8 L1.2	0										0
Summe	27	9	8	0							44
Summe 2025	28	9	9	0							46
Summe 2024	28	9	9	0							46
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
ATA 16	0										0
E 14	0										0
E 13		0	1	0							1
E 12			2	0							2
E 11	0	0									0
Summe 2025	0	0	3	0							3
Summe 2024	0	0	3	0							3
Stellen 2025	28	9	12	0							49
Stellen 2024	28	9	12	0							49
Leerstellen:											
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung A											
A15 L2.2	2	2									4
A13 L2.1	2	2									4
Summe	4	4									8
Summe 2025	4	4									8
Summe 2024	4	4									8

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

	Einzelpläne										
	1321	1322	1390	1391							Summe
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 12			2	0							2
Summe 2025			2	0							2
Summe 2024			2	0							2
Leerstellen 2025	4	4	2	0							10
Leerstellen 2024	4	4	2	0							10

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

	Einzelpläne										
	1321	1322	1390	1391							Summe
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 12			0	2							2
Summe 2026			0	2							2
Summe 2025			2	0							2
Leerstellen 2026	4	4	0	2							10
Leerstellen 2025	4	4	2	0							10

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 14

Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Vorwort zum Einzelplan 14

A. Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Das Ressort ist für die Bereiche Städtebau, Bauaufsicht und Landesentwicklung, Verkehrsinfrastruktur und Mobilität, Digitale Gesellschaft und Geoinformation sowie für die Digitale Verwaltung zuständig.

Mit Beschluss der Landesregierung über den Aufbau der Landesregierung Sachsen-Anhalt und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche vom 19.10.2021 (MBL LSA 2021, S. 660) wurde der bisher dem Ministerium der Finanzen (MF) obliegende Aufgabenbereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) des Landes Sachsen-Anhalt einschließlich Sachgebiet 35 des Finanzamtes Dessau-Roßlau dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales übertragen. Gleichzeitig wurde der Aufgabenbereich „Digitalisierung“ vom vormaligen Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (Referate 15 und 16) dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales zugeordnet. Die veränderte Abgrenzung der Geschäftsbereiche wird aufgrund der in Folge erforderlichen Neuausrichtung bzw. Neuorganisation der Ministerialverwaltung ab dem Jahr 2022 sukzessive haushaltsrelevante Organisationsveränderungen nach sich ziehen.

B. Zentrale Zielsetzung in den Politischen Handlungsbereichen

Das Ministerium (Kapitel 14 01) gliedert sich neben der Stabsstelle „Planung und Kommunikation“ (Ministerbüro, Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Bereich Kabinetts-, Landtags- und Bundesratsangelegenheiten) in 5 Abteilungen:

Abteilung 1 – Allgemeine Angelegenheiten

Abteilung 2 – Städtebau und Bauaufsicht, Landesentwicklung

Abteilung 3 – Verkehrsinfrastruktur und Mobilität

Abteilung 4 – Digitale Gesellschaft und Geoinformation

Abteilung 5 – Digitale Verwaltung

Die Vollzugsaufgaben werden von den der Fachaufsicht des Ministeriums unterstehenden Referaten 305 (Bauwesen), 306 (Städte- und Wohnungsbauförderung, Wohnungswesen, Schulbauförderung), 307 (Verkehrswesen) und 308 (Planfeststellungsverfahren) des Landesverwaltungsamtes (LVwA) wahrgenommen. Die Dienstaufsicht über die Referate obliegt dem Ministerium für Inneres und Sport.

Vom Ministerium wird die Dienst- und Fachaufsicht über das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVermGeo Sachsen-Anhalt) und über die Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt (LSBB LSA) wahrgenommen.

Im Einzelplan 14 sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Aufgabenbereiche veranschlagt:

Kapitel 14 01 – Ministerium

Kapitel 14 02 – Allgemeine Bewilligungen

Kapitel 14 03 – Verkehr

Kapitel 14 04 – Raumordnung und Landesentwicklung

Kapitel 14 06 – Geoinformations- und Vermessungswesen

Kapitel 14 07 – Städtebau

Kapitel 14 09 – Landesstraßenbaubehörde

Kapitel 14 10 – Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Darüber hinaus sind folgende Planstellen und Stellen (ohne Leerstellen) in den Kapiteln 14 01, 14 06 und 14 09 ausgebracht:

Stellen Einzelplan 14	Haushaltsjahr 2025									
	Beamte/ Beamtinnen			Arbeitnehmer/ -innen			Bestand 01.01.2025			
	422 01	422 41	Gesamt	428 01	Titelgruppen	Gesamt	422 01 428 01	422 41	Titelgruppen	Gesamt
					428 61 428 62 428 63				428 61 428 62 428 63	
Kapitel 14 01 (Ministerium)	220	2	222	127		127	347	2		349
Kapitel 14 06 (LVermGeo)	349	27	376	495		495	844	27		871
Kapitel 14 09 (LSBB LSA)	183	21	204	527	605	1.132	710	21	605	1.336
Gesamt	752	50	802	1.149	605	1.754	1.901	50	605	2.556

Stellen Einzelplan 14	Haushaltsjahr 2026									
	Beamte/ Beamtinnen			Arbeitnehmer/ -innen			Bestand 01.01.2026			
	422 01	422 41	Gesamt	428 01	Titelgruppen	Gesamt	422 01 428 01	422 41	Titelgruppen	Gesamt
					428 61 428 62 428 63				428 61 428 62 428 63	
Kapitel 14 01 (Ministerium)	220	2	222	127		127	347	2		349
Kapitel 14 06 (LVermGeo)	349	27	376	495		495	844	27		871
Kapitel 14 09 (LSBB LSA)	183	21	204	527	605	1.132	710	21	605	1.336
Gesamt	752	50	802	1.149	605	1.754	1.901	50	605	2.556

Für den Ressortbereich wurden für 2025 und 2026 zum Stichtag 31.12. folgende Vollzeitäquivalente (VzÄ-Ziele) festgelegt:

Übersicht VzÄ	Vollzeitäquivalente (VzÄ-Ziel)	Vollzeitäquivalente (VzÄ-Ziel)	Vollzeitäquivalente (VzÄ-Ziel)
	2024	2025	2026
Kapitel 14 01/ 14 04 (Ministerium)	286	275	275
Kapitel 14 06 (LVermGeo)	755	739	739
Kapitel 14 09 (LSBB LSA)	1.203	1.148	1.148
Gesamt	2.244	2.162	2.162

1. Überblick nach Politischen Handlungsbereichen und Rückblick

Mit dem durch die Landesregierung gefassten Beschluss über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche vom 19.10.2021 (MBI. LSA 2021, S. 660), zuletzt geändert durch Beschluss der Landesregierung vom 31.01.2023 (MBI. LSA 2023, S. 55), erstreckt sich die Ressortzuständigkeit auf die Bereiche Bauordnungsrecht, Bauplanungsrecht, Bautechnik, Beauftragte oder Beauftragter der Landesregierung für Informations- und Kommunikationstechnologie (CIO), Demografische Entwicklung, Digitale Gesellschaft, Digitale Infrastrukturen, Digitale Verwaltung, Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung des Verkehrs, E-Government in der Landesverwaltung, Elektronische Aktenführung und Vorgangsbearbeitung, DMS/VBS, Europäische Raumentwicklung, Fernmeldehauptzentrale, Förderung des kommunalen Straßenbaus, Straßenbaufinanzierung, Geodateninfrastruktur und Geoinformationswesen, Güterkraftverkehr und Logistik, Häfen und Schifffahrt, Informationssicherheit, Informationssicherheitsbeauftragte oder -beauftragter für die Landesverwaltung (CISO), IT-Haushalt, IT-Planungsrat, Föderale IT-Kooperation (FITKO), Kommunikationsinfrastruktur des Landes, Landesfördermitteldatenbank und Landesleitstelle für die Landesfördermitteldatenbank, Luftverkehr, Luftsicherheit und Wetterdienst, Mobilitätskonzepte und -studien für alternative Antriebe, Multikanalservice des Landes, Nachhaltige Raumentwicklung, Onlinezugangsgesetz, Open-Government, Open-Data, Ordnung des Straßenverkehrs, Personalmanagementsystem PROMIS (inklusive Fachverfahren Personalkostenhochrechnung - PersoKH und ohne Fachverfahren Informationssystem des Landes Sachsen-Anhalt - ISA), Post und Telekommunikation, Radverkehrsinfrastruktur und Radverkehrskoordination, Raumordnung, Landesentwicklungsplanung, Grundlagen der Regionalplanung, Raumordnungskataster, Sicherung der Landesentwicklung einschließlich der landesplanerischen Abstimmung von Einzelprojekten, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bestehend aus Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Öffentlichem Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) (einschließlich Regionalisierung des SPNV), Städtebau, Städtebauförderung, Stadt-Umland-Problematik hinsichtlich raumordnerischer Belange in Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres und Sport, Straßenplanung und -bau, Straßenrecht, Straßenunterhaltung und -betrieb, Straßenverkehrstechnik, Strukturwandel für die Verkehrsinfrastruktur, Verkehrspolitik, -planung und -forschung, Verkehrssicherheit, Vermessungs- und Katasterwesen, Vollständiger technischer Betrieb des Landesportals; Koordinierung der E-Government-Angebote der Landesverwaltung für die Öffentlichkeit, Wohngeld, Wohnungsbauförderung, Wohnungs- und Mietrecht, Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete, Wohnungswirtschaft und Zentrale Infrastrukturdienste.

2. Strategische Ziele und Vorhaben

Die angestrebte Haushaltskonsolidierung macht eine zielgerichtete Schwerpunktsetzung in den einzelnen Handlungsfeldern und Verknüpfung mit übergeordneten Zielsetzungen erforderlich.

Der Prozess der Weiterentwicklung der Digitalen Agenda für das Land Sachsen-Anhalt hin zu einer Strategie „Sachsen-Anhalt Digital 2030“ wurde im Jahr 2022 begonnen. In dieser Strategie wendet sich die Landesregierung einer digitalen Transformation aller gesellschaftlichen Bereiche zu, angefangen mit einer modernen digitalen Verwaltung über die weitere Verbesserung der digitalen Infrastruktur bis hin zur Schaffung der Voraussetzungen für eine gelingende Digitalisierung der Unternehmen und aller zivilgesellschaftlichen Akteure in Sachsen-Anhalt. Das Ministerium bündelt und koordiniert diese Aufgaben und leistet insbesondere einen eigenen Beitrag zum Breitband- und Mobilfunkausbau, zum E-Government sowie zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.

So ist zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt ein gut ausgebautes Straßennetz unabdingbare Voraussetzung. Das Land benötigt leistungsfähige Verkehrsanschlüsse an die Wirtschaftszentren der Nachbarregionen und Europas sowie eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, die mit den Anforderungen des internationalen Handels und den Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung Schritt hält. Im Bereich des Straßenbaus kommt der Unterhaltung und Instandsetzung von Brücken und Landesstraßen grundsätzlich Priorität vor Neubaumaßnahmen zu. Überfällige Erhaltungsmaßnahmen und der regelgerechte, den tatsächlichen Verkehrsbelastungen anzupassende Um- und Ausbau des bestehenden Landesstraßennetzes führen zu einem erhöhten Bedarf, der aufgrund der Haushaltskonsolidierung des Landes auch im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung nicht gedeckt werden kann. Gleichwohl müssen ungeachtet der engen finanziellen Spielräume auch notwendige Straßenverkehrsprojekte der Landes- und Bundesverkehrswegeplanung realisiert werden.

Die Erhöhung der Attraktivität des Öffentlichen Verkehrs durch den Einsatz neuer Verkehrstechnologien und angewandter Verkehrsforschung stellt ebenfalls einen wichtigen Aspekt im Zusammenhang mit den verkehrspolitischen Zielen der Zukunft dar.

Die Sicherung von bezahlbarem und angemessenem Wohnen für alle Bürgerinnen und Bürger ist eine Kernaufgabe der Daseinsvorsorge. Finanzhilfen des Bundes für die Wohnungsbauförderung im Wohnungsbestand sind zur Schaffung eines zeitgemäßen, nachfrage- und klimagerechten Wohnraums mit sozialverträglichen Mieten einzusetzen. Auch außerhalb der sozialen Wohnraumförderung ist die Erhaltung von Bestandsimmobilien ein Schwerpunkt der Landesregierung. Dazu gehören die energetische Modernisierung und der altersgerechte Umbau. An der Stadtentwicklung Beteiligte werden als wichtige und stabilisierende Faktoren für die Wohnungsmärkte unterstützt.

Die Städtebauförderung hat sich als ein Instrument bewährt, das lokale und regionale Identität prägt und zukünftig sichert. Zur Stabilisierung zentralörtlicher Funktionen und zur Sicherung der Daseinsvorsorge in dünn besiedelten ländlichen Räumen werden die Städtebauförderung und die Förderung der ländlichen Entwicklung aufeinander abgestimmt.

Mit dem neuen LEP für Sachsen-Anhalt wird der verbindliche Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Landes festgelegt. Für die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die Sicherung der Daseinsvorsorge, Klimaschutz, Klimawandel, den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Stärkung des ländlichen Raums sind die planerischen Voraussetzungen zu schaffen. Zur Analyse der Verwirklichung des Landesentwicklungsplans hat sich die Raumb Beobachtung als Instrument bewährt, welche weiterzuentwickeln ist.

Mit der Fortführung des Förderprogramms demografischer Wandel können weiterhin Pilotprojekte, gute Beispiele und kleinere Investitionen umgesetzt und somit der Prozess der Anpassung und Gestaltung des demografischen Wandels weiterhin unterstützt werden. Durch das Programm zur Förderung der Regionalentwicklung werden erfolgreich regionale Maßnahmen auf konzeptioneller und planerischer Ebene finanziell unterstützt. Dieses Programm wurde an die aktuellen Herausforderungen der Regionalentwicklung angepasst und wird kontinuierlich fortgesetzt. Seitens der Landesentwicklungsplanung erfolgt weiterhin die Teilnahme am Programm zur Förderung der Europäischen territorialen Zusammenarbeit. Der Erfahrungsaustausch auf transnationaler (INTERREG CENTRAL EUROPE) und interregionaler Ebene (INTERREG Europe) widmen sich die Akteure und Akteurinnen aktuellen Herausforderungen, wie z.B. dem demografischen Wandel, der Digitalisierung oder dem Flächenmanagement.

Politikfeld / Politischer Handlungsbereich	Strategische Ziele	Maßnahmen mit Bezug zum Ziel	Hinweise zu Effektivität, Nachhaltigkeit, Bürgernähe und Effizienz
Verkehrsinfrastruktur	Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	Personelle Sicherstellung der Verwaltung von Straßen- und Brückenbau	
	Sicherstellung der Auftragsverwaltung an den Bundesstraßen	Absicherung der Planung und der Bauüberwachung bei Baumaßnahmen	
	Sicherstellung von Betrieb und Unterhaltung der Bundesstraßen und Landesstraßen	Sicherstellung des Betriebs und der Unterhaltung der Bundesstraßen	
		Sicherstellung des Betriebs und der Unterhaltung der Landesstraßen	
	Sicherstellung der Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen	Erfüllung der von einzelnen Landkreisen mit gesonderten Verträgen übernommenen Aufgaben	
	Unterstützung der kommunalen Baulastträger beim gemeindlichen Straßenbau	Förderung von kommunalen Baulastträgern	
	Umsetzung von sonstigen Maßnahmen des Straßenverkehrs	Förderung von Projekten der Landesverkehrswacht	

Politikfeld / Politischer Handlungsbereich	Strategische Ziele	Maßnahmen mit Bezug zum Ziel	Hinweise zu Effektivität, Nachhaltigkeit, Bürgernähe und Effizienz
	Gewährleistung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)	Sicherstellung des SPNV auf der Grundlage von Verkehrsverträgen	
		Förderung des ÖSPV – Zuweisungen nach § 8 ÖPNVG LSA für den Straßenpersonennahverkehr – Förderung von Verkehrsverbünden – Besondere Förderung von Verkehren im ÖPNV - Landesnetz	
		Förderung von Investitionen in den ÖPNV – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen aus Mitteln des GVFG- Bundesprogramms – Förderung von Maßnahmen an Bahnhöfen und an Schnittstellen	
		Förderung der HSB nach bestehendem Ländervertrag	
		Gewährleistung der Umsetzung des ÖPNV durch die NASA GmbH	
	Besondere Maßnahmen im Bereich der Eisenbahnen	Erstattungen an nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen	
		Förderung von erhaltenswerten technischen Denkmälern	
	Besondere Maßnahmen im Bereich der Luftfahrt	Finanzierung von besonderen Maßnahmen der Luftsicherung	
	Umsetzung sonstiger Maßnahmen im Bereich Verkehrs-wesen	Umsetzung von Maßnahmen aus dem IVS-Rahmenplan	
		Zuschüsse an Häfen, Fähren und Verkehrslandeplätze	
		Erfüllung von Landesaufgaben auf dem Gebiet der Luft- und Eisenbahnaufsicht	
		Unterstützung von nichtbundeseigenen Eisenbahnen für die Nachrüstung von Strecken mit einer punktförmigen Zugbeeinflussung (PZB)	
		Unterstützung für Investitionen im Bereich von Gleisanlagen	
		Zuschüsse zur Stärkung des Logistikstandortes	
Raum-planung und Landes-entwicklung	Maßnahmen zur Raumordnung und Förderung der Landesentwicklung	INTERREG EUROPE / CENTRAL EUROPE und Europäische territoriale Zusammenarbeit	Förderung ist Ziel der EU zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in Europa Projekte zur Umsetzung der europapolitischen Ziele der Landesregierung
		Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans	Der LEP koordiniert Nutzungsansprüche an den Raum und sorgt für eine ausgewogene Raum- und Siedlungsstruktur.
		Zuweisungen und Zuschüsse für Maßnahmen und Projekte zur Förderung der Regionalentwicklung	Förderung von Konzepten zur Entwicklung von Regionen in Sachsen-Anhalt zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Politikfeld / Politischer Handlungsbereich	Strategische Ziele	Maßnahmen mit Bezug zum Ziel	Hinweise zu Effektivität, Nachhaltigkeit, Bürgernähe und Effizienz
	Gestaltung des demografischen Wandels	Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des demografischen Wandels	Förderung leistet einen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge
		Unterstützung der kommunalen Ebene und Mobilisierung der gesellschaftlichen Eigenkräfte	
	Gewährleistung eines einheitlichen und den Anforderungen von Politik, Verwaltung und Wirtschaft gerecht werdenden Geobasisinformationssystems	Führung des Liegenschaftskatasters als Nachweis aller Flurstücke und Gebäude zur Gewährleistung des Eigentums an Grund und Boden	Geobasisdaten werden aufgrund ihrer Bedeutung als staatliche Infrastrukturleistung durch die Geoinformationsverwaltung erfasst, geführt und den Anforderungen von Staat und Gesellschaft entsprechend zur Nutzung bereitgestellt. Interessenneutrale, interoperable, flächendeckende und einheitliche Geobasisdaten sind Grundlage für die Führung und Verknüpfung unterschiedlicher raumbezogener Informationen und gewährleisten eine effektive und effiziente hoheitliche Aufgabenwahrnehmung. Geobasisinformationen sind Grundlage raumbezogener Entscheidungen in allen gesellschaftlichen Bereichen und unterstützen somit die Nachhaltigkeit in Planungs- und Entscheidungsprozessen von Politik, Verwaltung und Wirtschaft.
		Landesvermessung zur Gewährleistung staatlicher Kernaufgaben wie der Landesverteidigung, des Katastrophenschutzes und der Daseinsvorsorge	
		Führung des Geobasisinformationssystems als Kern der Geodateninfrastruktur	
Städte- und Wohnungsbau	Förderung des Wohnungsbaus	Einsatz der Finanzhilfen zur Schaffung von Wohneigentum, zum Mietwohnungsneubau und zur zeitgemäßen Aufwertung des Wohnungsbestandes. Erhalt von Bestandsimmobilien u.a. energetische Modernisierung und der altersgerechte Umbau	Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen Sachsen-Anhalts durch wohnraumfördernde Maßnahmen für Menschen, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können.
	Städtebauförderung	Förderung der Stadtentwicklung gemäß der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung sowie StäBauFRL.	
Soziale Hilfen und Entschädigungen	Wohngeld	Abfederung der Wohnkosten für Mieter und Eigentümer gemäß Wohngeldgesetz.	
Digitalisierung	Digitale Verwaltung	IKT-Infrastruktur der Landesverwaltung, E-Government der Landes- und kommunalen Verwaltungen, Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)	
	Digitale Gesellschaft, Digitalisierungsprojekte	Strategie „Sachsen-Anhalt Digital 2030“, Bündelung und Koordinierung: CDOs, Digitalisierungsboard, Steuerungsboard, Digitalrat, Gesprächskreise; Digitalisierungsprojekte zur Umsetzung der Digitalstrategie, Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Open Data, Open Source	
	Digitale Infrastruktur	Ausbau Digitaler Infrastrukturen im Land Sachsen-Anhalt (Glasfaser, Mobilfunk, öffentliche WLAN-Netze, Freifunkinitiativen)	

3. Übersichtstabelle Politische Handlungsbereiche und Budgetanteile

Die Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans 14, die aus haushaltstechnischen Gründen den Funktionen (FZ) abstrakt zugeordnet sind, stellen sich wie folgt dar:

FZ	Funktionen (Aufgaben- bereiche)	Haushaltsjahr 2024		Haushaltsjahr 2025		Haushaltsjahr 2026	
		Einnahmen EUR	Ausgaben EUR	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
0	Allgemeine Dienste	2.276.200	67.138.600	1.828.200	47.108.000	1.017.200	46.995.100
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	2.276.200	67.138.600	1.828.200	47.108.000	1.017.200	46.995.100
011	Politische Führung	1.826.200	52.123.400	1.289.700	29.460.300	478.700	28.104.200
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	450.000	15.015.200	538.500	17.647.700	538.500	18.890.900
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	9.000	9.000	11.900	11.900	9.000	9.000
14	Förderung der Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungs- teilnehmende und dgl.	9.000	9.000	11.900	11.900	9.000	9.000
144	Förderung für Weiterbildungs- teilnehmende	9.000	9.000	11.900	11.900	9.000	9.000
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarkt- politik	80.002.000	160.635.100	62.261.500	125.131.000	62.259.500	125.018.000
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	80.002.000	160.302.000	62.261.500	124.618.500	62.259.500	124.616.500
233	Wohngeld	80.002.000	160.302.000	62.261.500	124.618.500	62.259.500	124.616.500
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	0	333.100	0	512.500	0	401.500
291	Sonstige soziale Angelegenheiten	0	333.100	0	512.500	0	401.500
4	Wohnungs- wesen, Städte- bau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschafts- dienste	74.226.400	185.576.700	52.878.900	146.238.800	45.836.500	129.009.500
41	Wohnungs- wesen, Wohnungsbau- prämie	18.046.000	31.150.600	7.950.700	13.555.100	8.929.900	15.164.100
411	Förderung des Wohnungsbaues	18.046.000	31.150.600	7.950.700	13.555.100	8.929.900	15.164.100

FZ	Funktionen (Aufgaben- bereiche)	Haushaltsjahr 2024		Haushaltsjahr 2025		Haushaltsjahr 2026	
		Einnahmen EUR	Ausgaben EUR	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebau- förderung	56.180.400	154.426.100	44.928.200	132.683.700	36.906.600	113.845.400
421	Geoinformation	6.863.800	54.696.500	6.769.100	56.263.300	6.769.100	55.036.300
422	Raumordnung und Landesplanung	350.700	6.093.800	73.200	4.101.600	109.200	2.667.500
423	Städtebau- förderung	48.965.900	93.635.800	38.085.900	72.318.800	30.028.300	56.141.600
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	0	0	0	0	0	0
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	0	0	0	0	0
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum	0	0	0	0	0	0
6	Energie- und Wasserwirt- schaft, Gewerbe, Dienstleistungen	0	9.375.000	0	8.490.000	0	6.445.000
69	Regionale Fördermaß- nahmen	0	9.375.000	0	8.490.000	0	6.445.000
692	Verbesserung der Infrastruktur	0	9.375.000	0	8.490.000	0	6.445.000
7	Verkehrs- und Nachrichten- wesen	673.008.500	918.304.600	684.273.000	895.560.500	789.131.600	1.017.259.100
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichten- wesens	481.500	47.427.500	397.100	46.735.500	399.100	38.541.300
711	Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	481.500	47.427.500	397.100	46.735.500	399.100	38.541.300
72	Straßen	37.914.300	201.764.300	41.365.500	181.764.000	41.550.500	204.323.500
721	Bundesauto- bahnen	0	0	0	0	0	0
722	Bundesstraßen	33.881.400	18.127.300	36.904.700	19.257.600	37.262.200	22.237.900
723	Landesstraßen	40.000	174.501.400	14.800	155.168.900	15.300	159.593.400
724	Kreisstraßen	3.907.900	3.907.900	4.361.000	4.361.000	4.188.000	4.188.000
725	Gemeindestraßen	0	3.760.000	0	1.900.000	0	17.226.000
729	Sonstiger Straßenverkehr	85.000	1.467.700	85.000	1.076.500	85.000	1.078.200
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	0	50.000	0	50.000	0	50.000
732	Förderung der Schifffahrt	0	50.000	0	50.000	0	50.000
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennah- verkehr	629.066.100	648.117.800	635.816.000	653.079.800	740.350.600	757.659.400
741	Öffentlicher Personennah- verkehr	629.064.200	645.900.900	635.814.100	651.157.900	740.348.700	755.702.400
742	Eisenbahnen	1.900	2.216.900	1.900	1.921.900	1.900	1.957.000

FZ	Funktionen (Aufgaben- bereiche)	Haushaltsjahr 2024		Haushaltsjahr 2025		Haushaltsjahr 2026	
		Einnahmen EUR	Ausgaben EUR	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
75	Luftfahrt	0	407.300	0	0	0	251.000
751	Luftfahrt	0	407.300	0	0	0	251.000
79	Sonstiges Verkehrswesen	5.546.600	20.537.700	6.694.400	13.931.200	6.831.400	16.433.800
791	Sonstiges Verkehrswesen	5.546.600	20.537.700	6.694.400	13.931.200	6.831.400	16.433.800
8	Finanzwirtschaft	941.200	4.265.800	697.500	5.104.000	697.500	5.218.300
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	1.114.500	0	1.487.500	0	1.580.500
841	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	1.114.500	0	1.487.500	0	1.580.500
85	Rücklagen	0	3.066.000	0	3.575.600	0	3.596.900
851	Rücklagen	0	3.066.000	0	3.575.600	0	3.596.900
89	Haushalts- technische Verrechnungen	941.200	85.300	697.500	40.900	697.500	40.900
891	Haushalts- technische Verrechnungen	941.200	85.300	697.500	40.900	697.500	40.900
Gesamt		830.463.300	1.345.304.800	801.951.000	1.227.644.200	898.951.300	1.329.954.000

C. Genderziel zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Landesregierung hat sich verpflichtet, konkrete Schritte für die Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern in die Wege zu leiten. In diesem Kontext wurde die Erhöhung des Frauenanteils auf 50 v. H. in gehobenen Funktionen der Landesverwaltung und der nachgeordneten Bereiche als Ziel festgeschrieben. Weiterhin wurde vereinbart, dass alle Verfahren im Verwaltungshandeln auf Geschlechtergerechtigkeit hin auszurichten sind.

Daher wurde bei ausgewählten Haushaltsansätzen im Einzelplan 14 Gender als Nebenziel identifiziert. Hier soll durch einen geschlechtersensiblen Einsatz der Haushaltsmittel die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert werden.

Im Einzelplan 14 sind Maßnahmen in folgender Höhe mit Gender als Haupt- oder Nebenziel veranschlagt:

	GG2 = Genderziel ist Hauptziel	GG1 = Genderziel ist Nebenziel	GG0 = Genderziel ist kein Ziel
Haushaltsansatz in EUR im Haushaltsjahr 2025	0	165.938.200	1.061.706.000
Haushaltsansatz in EUR im Haushaltsjahr 2026	0	153.914.400	1.176.039.600

D. Organisatorische oder sonstige Veränderungen

Mit Beschluss der Landesregierung über den Aufbau der Landesregierung Sachsen-Anhalt und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche vom 19. Oktober 2021 obliegen dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales zusätzlich u. a. die Aufgabenbereiche „Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) des Landes Sachsen-Anhalt“ einschließlich Sachgebiet 35 des Finanzamtes Dessau-Roßlau und der Bereich der „Digitalisierung“. Dieser Aufgabenaufwuchs bedingt eine erforderliche Neuausrichtung bzw. Neuorganisation der Ministerialverwaltung und zieht haushaltsrelevante Organisationsveränderungen nach sich, die über das Jahr 2021 hinauswirken.

E. Geplante Hochbaumaßnahmen

Im Ressortbereich sind nachfolgende Hochbaumaßnahmen geplant:

Neubau von Landesstraßenmeistereien am Standort Bernburg und Ebendorf sowie der Verkehrsmanagementzentrale (VMZ). Weiterhin sind Baumaßnahmen an den Standorten der Straßenmeisterei Merseburg, Jessen, Diemitz und Salzwedel geplant.

Die Mittel für die Bauunterhaltung, für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten - mit Ausnahme der Baumaßnahmen an Straßen (Kapitel 14 09) -, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales im Einzelplan 20 veranschlagt.

F. EU-Förderung

In der EU-Förderperiode 2021 bis 2027 (**EFRE VI**) werden sowohl die EFRE-Maßnahme „nachhaltige, multimodale Mobilität“ als auch die Maßnahmen des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) „Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“ und „Verbesserung der Mobilitätsangebote“ gefördert. Der EFRE trägt dazu bei, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern. Der JTF dient der Unterstützung der europäischen Kohleregionen beim Übergang zu einer weitgehend treibhausneutralen Wirtschaft und Gesellschaft. Er ist als eine gesonderte Prioritätsachse im EFRE VI-Programm dargestellt. Die Ziele, die mit der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen verfolgt werden, sind im Programm EFRE/JTF Sachsen-Anhalt beschrieben.

Für die EU-Förderperiode **ELER** (Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes) **2014 – 2020 (2025)** sind Haushaltsmittel für investive Maßnahmen zur Förderung des Breitbandausbaus eingestellt. In der neuen EU-Förderperiode **ELER 2023 – 2027 (2029)** werden neben der Förderung des Breitbandausbaus auch im Rahmen des LEADER-Ansatzes Maßnahmen zur nachhaltigen, multimodalen Mobilität umgesetzt.

Weiterhin sind im Bereich des MID Kofinanzierungsmittel und EU-Mittel für die Gemeinschaftsinitiativen **INTERREG EUROPE/ CENTRAL EUROPE** sowie für Europäische territoriale Zusammenarbeit (Kapitel 14 04 Titelgruppe 61) veranschlagt.

Im Einzelnen ergibt sich für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 folgende Aufteilung:

Haushaltsjahr 2025					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR				HH-Stelle Kofinanzierung	
Kapitel	TGr./ Titel	Lfd. Nr. (Ebene/ Code)	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Kommunen (Gemeinden, LK, kreisfreie Städte)	Übrige	Kapitel	TGr./ Titel
EFRE VI 2021 – 2027 (2029)										
13 21	633 64 682 64 683 64 684 64 685 64 686 64 883 64	13.01.0.	Nachhaltige, multimodale Mobilität	6.300.000	2.950.000	0	983.334	266.667	14 03	633 97 883 97
	633 80 682 80 684 80 685 80 883 80 891 80 892 80 894 80	15.02.1.	Digitale Daseins- vorsorge im ländlichen Raum	1.850.000	0	0	117.858	675.000		
	633 80 682 80 685 80 883 80	15.02.2.	Verbesserung der Mobilitäts- angebote	2.000.000	0	0	535.715	321.429		
Gesamt EFRE VI 2021 – 2027 (2029)				10.150.000	2.950.000	0	1.636.907	1.263.096		
ELER 2014 – 2022 (2025)										
13 90	883 69	6C	Breitband	1.430.500	0	0	0	0		
Gesamt ELER 2014 – 2022 (2025)				1.430.500	0	0	0	0		

Haushaltsjahr 2025					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR				HH-Stelle Kofinanzierung	
Kapitel	TGr./ Titel	Lfd. Nr. (Ebene/ Code)	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Kommunen (Gemeinden, LK, kreisfreie Städte)	Übrige	Kapitel	TGr./ Titel
ELER 2023 – 2027 (2029)										
13 91	883 01		Breitband	4.000.000	2.666.667	0	0	0	14 02	TGr. 79
										TGr. 80
									53 14	TGr. 74
Gesamt ELER 2023 – 2027 (2029)				4.000.000	2.666.667	0	0	0		
INTERREG – Projekte/ ETZ										
14 04	TGr. 61		Regional- entwicklung	43.200	10.800	0	0	0	14 04	TGr. 61
Gesamt INTERREG-Projekte				43.200	10.800	0	0	0		
Gesamt EU-Mittel				15.623.700	5.627.467	0	1.636.907	1.263.096		

Haushaltsjahr 2026					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR				HH-Stelle Kofinanzierung	
Kapitel	TGr./ Titel	Lfd. Nr. (Ebene/ Code)	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Kommunen (Gemeinden, LK, kreisfreie Städte)	Übrige	Kapitel	TGr./ Titel
EFRE VI 2021 – 2027 (2029)										
13 21	633 64 682 64 683 64 684 64 685 64 686 64 883 64	13.01.0.	Nachhaltige, multimodale Mobilität	5.950.000	2.775.000	0	925.000	266.667	14 03	633 97 883 97
	633 80 682 80 684 80 685 80 883 80 891 80 892 80 894 80	15.02.1.	Digitale Daseins- vorsorge im ländlichen Raum	1.900.000	0	0	128.572	685.715		
	633 80 682 80 685 80 883 80	15.02.2.	Verbesserung der Mobilitäts- angebote	2.000.000	0	0	750.000	107.143		
Gesamt EFRE VI 2021 – 2027 (2029)				9.850.000	2.775.000	0	1.803.572	1.059.525		

Haushaltsjahr 2026					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR				HH-Stelle Kofinanzierung	
Kapitel	TGr./ Titel	Lfd. Nr. (Ebene/ Code)	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Kommunen (Gemeinden, LK, kreisfreie Städte)	Übrige	Kapitel	TGr./ Titel
ELER 2023 – 2027 (2029)										
13 91	883 01		Breitband	2.900.000	1.933.333	0	0	0	14 02	TGr. 80
									53 14	TGr. 74
Gesamt ELER 2023 – 2027 (2029)				2.900.000	1.933.333	0	0	0		
INTERREG –Projekte/ ETZ										
14 04	TGr. 61		Regional- entwicklung	79.200	19.800	0	0	0	14 04	TGr. 61
Gesamt INTERREG-Projekte				79.200	19.800	0	0	0		
Gesamt EU-Mittel				12.829.200	4.728.133	0	1.803.572	1.059.525		

G. Sonstiges

Zu Beginn des Kapitels 14 01 ist ein allgemeiner Haushaltsvermerk ausgebracht, der das Ministerium für Infrastruktur und Digitales berechtigt, innerhalb des Einzelplans 14 bei einem Titel der Hauptgruppen 5 bis 8 ohne 100%-igen Drittmittelanteil nicht mehr benötigte Mittel zu anderen Zweckbestimmungen umzusetzen. Dabei sind vorrangig Ansätze für Investitionen zu verstärken.

Die Ermächtigung ist insbesondere erforderlich, um flexibel auf Veränderungen der Drittmittelanteile bei Mischfinanzierungen oder in Katastrophenfällen (z. B. Hochwasser) unverzüglich reagieren zu können. Drittmittel resultieren aus zweckgebundenen Direkteinnahmen von der Europäischen Union, dem Bund, anderen Bundesländern, Landkreisen und Kommunen.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
14 01	Ministerium		125.700	538.500		664.200	41.140.700
14 02	Allgemeine Bewilligungen			0	40.790.000	40.790.000	0
14 03	Verkehr		464.000	454.272.800	147.068.600	601.805.400	75.000
14 04	Raumordnung und Landesentwicklung		30.000	43.200		73.200	15.000
14 06	Geoinformations- und Vermessungswesen		6.768.600	12.400	697.500	7.478.500	50.022.600
14 07	Städtebau		2.800.000		35.285.900	38.085.900	
14 09	Landesstraßenbaubehörde		397.100	35.336.500	5.944.000	41.677.600	73.226.400
14 10	Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens		10.000	62.261.500	9.104.700	71.376.200	
	Summe 2025		10.595.400	552.464.900	238.890.700	801.951.000	164.479.700
	Summe 2024		10.776.000	561.691.100	257.996.200	830.463.300	154.639.400
	2025 mehr(+) / weniger(-)		-180.600	-9.226.200	-19.105.500	-28.512.300	+9.840.300

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
4.105.700	442.200		35.000	1.364.100	47.087.700	-46.423.500	7.920.000	14 01
965.000	3.211.400		47.190.000	0	51.366.400	-10.576.400	66.615.000	14 02
260.000	537.375.500		89.842.000	0	627.552.500	-25.747.100	376.749.600	14 03
983.000	2.348.500		755.100		4.101.600	-4.028.400	789.000	14 04
5.736.100	249.000		267.500	872.600	57.147.800	-49.669.300	5.911.700	14 06
	1.400.000		70.571.800		71.971.800	-33.885.900	90.036.200	14 07
41.370.500	1.395.700	91.951.200	17.129.200	1.829.800	226.902.800	-185.225.200	123.671.300	14 09
665.000	128.519.000		12.329.600	0	141.513.600	-70.137.400	21.209.600	14 10
54.085.300	674.941.300	91.951.200	238.120.200	4.066.500	1.227.644.200	-425.693.200	692.902.400	
56.122.800	716.892.500	118.755.400	295.293.400	3.601.300	1.345.304.800	-514.841.500	639.077.400	
-2.037.500	-41.951.200	-26.804.200	-57.173.200	+465.200	-117.660.600	+89.148.300	+53.825.000	

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
14 01	Ministerium		45.700	538.500		584.200	42.413.300
14 02	Allgemeine Bewilligungen			0	45.580.000	45.580.000	0
14 03	Verkehr		464.000	435.657.400	265.565.600	701.687.000	75.000
14 04	Raumordnung und Landesentwicklung		30.000	79.200		109.200	60.000
14 06	Geoinformations- und Vermessungswesen		6.768.600	9.500	697.500	7.475.600	48.467.600
14 07	Städtebau		2.800.000		27.228.300	30.028.300	
14 09	Landesstraßenbaubehörde		399.100	35.886.300	5.579.200	41.864.600	61.526.500
14 10	Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens		10.000	62.259.500	9.352.900	71.622.400	
	Summe 2026		10.517.400	534.430.400	354.003.500	898.951.300	152.542.400
	Summe 2025		10.595.400	552.464.900	238.890.700	801.951.000	164.479.700
	2026 mehr(+) / weniger(-)		-78.000	-18.034.500	+115.112.800	+97.000.300	-11.937.300

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
3.936.600	487.900		35.000	1.592.700	48.465.500	-47.881.300	0	14 01
1.030.000	3.075.600		65.306.000	0	69.411.600	-23.831.600	975.000	14 02
212.000	612.216.300		117.652.000	0	730.155.300	-28.468.300	3.890.455.400	14 03
883.000	1.506.500		218.000		2.667.500	-2.558.300	470.000	14 04
6.107.600	261.700		208.400	598.800	55.644.100	-48.168.500	1.293.000	14 06
	1.400.000		54.456.600		55.856.600	-25.828.300	90.036.200	14 07
39.958.700	1.416.100	105.551.200	15.658.100	1.896.300	226.006.900	-184.142.300	122.877.500	14 09
515.000	128.361.000		12.870.500	0	141.746.500	-70.124.100	9.605.300	14 10
52.642.900	748.725.100	105.551.200	266.404.600	4.087.800	1.329.954.000	-431.002.700	4.115.712.400	
54.085.300	674.941.300	91.951.200	238.120.200	4.066.500	1.227.644.200	-425.693.200	692.902.400	
-1.442.400	+73.783.800	+13.600.000	+28.284.400	+21.300	+102.309.800	-5.309.500	+3.422.810.000	

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Ausgaben aller Kapitel (ohne Kapitel 14 06).

Das Ministerium für Infrastruktur und Digitales ist berechtigt, innerhalb des Einzelplans 14 bei einem Titel der Hauptgruppen 5 bis 8 ohne 100%-igen Drittmittelanteil nicht mehr benötigte Mittel zu anderen Zweckbestimmungen umzusetzen. Dabei sind vorrangig Ansätze für Investitionen zu verstärken. Umsetzungen von Drittmitteln zwischen den Hauptgruppen 5 bis 8 wegen nicht mehr benötigter Mittel unterliegen der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen unter fachlicher Bewertung des Ausschusses für Infrastruktur und Digitales, wenn im Einzelfall mehr als 500.000 EUR überschritten werden sollen.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 14 01 und 14 04 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 275 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 14 01 und 14 04 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 275 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Das Ministerialkapitel enthält die Einnahmen, Personal-, Sach- und Investitionsausgaben, die zur zweckgerichteten Aufgabenerfüllung des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales als oberste Landesbehörde im Rahmen des Verwaltungsvollzuges entstehen.

Darüber hinaus sind gemäß Nr. 4.2.1 der Haushaltstechnischen Richtlinien des Landes Sachsen-Anhalt (HTR-LSA) die Ansätze für Beihilfen auf Grund der Beihilfavorschriften und Fürsorgeleistungen für Beamtinnen und Beamte, für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen für den gesamten Ressortbereich (Einzelplan 14) veranschlagt.

Einnahmen

111 11	011	Verwaltungsgebühren	10.000 8.966	10.000	10.000

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gebühren und Auslagen für Zustimmungen im Einzelfall und Bauartgenehmigungen	8.966	10.000	10.000	10.000
Zusammen		8.966	10.000	10.000	10.000

Gebühren und Auslagen aller Art, Benutzungsgebühren, Leistungsgebühren, tarifliche Entgelte, insbesondere Zulassungs- und Verwaltungsgebühren für Bausachverständige, Prüfingenieure, Zustimmungen im Einzelfall und Bauartgenehmigungen.

111 12	011	Sonstige Entgelte	10.000 0	10.000	10.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 01 Titel 427 11.

119 31	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0 0	0	0

** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 31

Erläuterungen:

Broschüren über die einschlägigen Förderprogramme dürfen an Interessenten in kleiner Stückzahl unentgeltlich abgegeben werden. Für kommerzielle Zwecke werden die Gebühren nach der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der zurzeit geltenden Fassung erhoben.

119 42	011	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln (einschließlich Zinsen)	3.000 2.693	3.000	3.000

119 46	011	Ersatzleistungen	2.000 0	2.000	2.000

Erläuterungen:

Schadensersatz durch Inanspruchnahme Dritter.

119 47	011	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0

Erläuterungen:

Hat die Beamtin oder der Beamte, die oder der wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den sie oder er in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamtin oder Beamter erleidet, einen rechtskräftig festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld gegen einen Dritten, kann die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrages übernehmen, soweit dies zur Vermeidung einer unbilligen Härte notwendig ist. Der rechtskräftigen Feststellung steht ein Vergleich nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung gleich, sobald er unwiderruflich und der Höhe nach angemessen ist.

Nachweisung der Erstattungsbeträge.

119 51	011	Vermischte Einnahmen	800 0	700	700

Erläuterungen:

Stundungs- und Verzugszinsen (sofern nicht wegen des kausalen Zusammenhangs bei Kapitel 14 01 Titel 119 42 nachgewiesen) und geringfügige Verwaltungseinnahmen (z. B. aus Nebentätigkeiten), die nicht anderweitig zugeordnet werden können.

281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	450.000 538.460	538.500	538.500

Erläuterungen:

Die Versorgungslastenteilung erfolgt auf der Grundlage des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags durch Zahlung einer Abfindung. An dieser Stelle sind die Abwicklungen von Altfällen veranschlagt. In den übrigen Fällen erfolgt die Veranschlagung bei Kapitel 13 50 TGr. 61.

281 02	011	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	0 9.011.755	0	0

Titelgruppe(n)

61 Fernmeldehauptzentrale des Landes

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 01
Titelgruppe 61.

119 61	011	Erstattungen von Fernmeldegebühren durch Sonstige	201.400 324.341	100.000	20.000

381 61	011	Erstattung von Fernmeldegebühren durch Landesbehörden	0 0	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	201.400	100.000	20.000

62 Erstattungen im Rahmen des IT-Fachkongresses

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt war 2023 für die Ausrichtung des 11. IT-Fachkongresses des IT-Planungsrates zuständig. Die Ausgaben waren im Kapitel 14 01 Titel 546 01 veranschlagt.

119 62	011	Einnahmen durch Eintrittsgelder	0	0	0
			42.160		
281 62	011	Erstattungen der FITKO AöR	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	187.400 189.357	196.300 0	200.100 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	184.662	182.705	191.600	195.400
2.	Dienstaufwandsentschädigung	4.295	4.295	4.300	4.300
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0	0	0
4.	Sonderzuwendung	400	400	400	400
Zusammen		189.357	187.400	196.300	200.100

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	9.289.300 9.289.783	9.530.000 0	9.039.800 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	9.289.783	9.289.300	9.530.000	9.039.800
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		9.289.783	9.289.300	9.530.000	9.039.800

422 41	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	0 0	0 0	0 0

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 36.753	0 0	0 0

Erläuterungen:

Entgelt der nur vorübergehend zu unvermeidlichen Vertretungen aushilfsweise Tätigen.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	36.753	0	0	0
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		36.753	0	0	0

427 11	011	Entschädigungen für Mitglieder von Prüfungsausschüssen	17.400 2.000	2.000 0	2.000 0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 11

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 14 01 Titel 111 12.

Erläuterungen:

Gemäß § 8 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahnen des gehobenen technischen Verwaltungsdienstes (APVOgtechD) vom 30. Oktober 2003 in der zurzeit gültigen Fassung wird zur Abnahme der Laufbahnprüfung ein Prüfungsausschuss vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales gebildet. Auf der Grundlage von Nr. 5 der Richtlinie über die Vergütung von nebenamtlichen, nebenberuflichen Prüfungstätigkeiten im Bereich der Landesverwaltung (RdErl. MF vom 10. September 1997 - 26.04019/97 - MBl. LSA S. 1842) wird die nebenamtliche, nebenberufliche Prüfungstätigkeit gemäß Erlass über die Vergütung von nebenamtlichen, nebenberuflichen Prüfungstätigkeiten in Prüfungsausschüssen des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt vom 15. Juni 2008 vergütet.

Weiterhin ist das Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt als oberste Bauaufsichtsbehörde Anerkennungsbehörde für Prüfeningenieure für Standsicherheit, Prüfeningenieure für Brandschutz im Land Sachsen-Anhalt. Gemäß § 6 Abs. 1 der Verordnung über Prüfeningenieure und Prüfsachverständige (PPVO) vom 25. November 2014 in der zurzeit gültigen Fassung entscheidet die oberste Bauaufsichtsbehörde (Anerkennungsbehörde) über den Antrag auf Anerkennung. Für das Anerkennungsverfahren wurden gemäß § 11 Abs. 1 und § 21 Abs. 1 PPVO Prüfungsausschüsse eingerichtet. Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse erhalten für ihre Tätigkeit Aufwandsentschädigungen und Auslagen einschließlich Reisekosten.

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	11.544.900	12.106.600	12.428.600
			11.433.705	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zulagen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.048.475	814.300	1.240.600	1.247.600
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10.385.230	10.730.600	10.866.000	11.181.000
2.	Aufwandsentschädigungen		0	0	0
3.	Sonstige Leistungen		0	0	0
Zusammen		11.433.705	11.544.900	12.106.600	12.428.600

428 03	011	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	84.000	144.000	244.800
			6.826	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen und Gewährung von Stipendien	6.826	84.000	144.000	244.800
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		6.826	84.000	144.000	244.800

	IT-Management - Verwaltungsinformatik B. A.	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	1 Studierende/r, Zeitraum: 01.09.2023 bis 31.08.2026	6.826	16.800	21.600	14.400
2.	4 Studierende, Zeitraum: 01.09.2024 bis 31.08.2027	0	67.200	86.400	86.400

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 03

3.	5 Studierende, Zeitraum: 01.09.2025 bis 31.08.2028	0	0	36.000	108.000
4.	5 Studierende, Zeitraum: 01.09.2026 bis 31.08.2029	0	0	0	36.000
Zusammen		6.826	84.000	144.000	244.800

Veranschlagt sind Ausgaben für ein duales Studium (jährlich 5 Studenten bzw. Studentinnen) im IT-Bereich. Für die Dauer des Studiums erhält der/die Studierende ein monatliches Entgelt.

431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	202.700 206.240	222.700 0	228.200 0

Erläuterungen:

Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung.

432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	11.565.400 11.628.710	13.819.400 0	14.684.400 0

Erläuterungen:

Zahlungen gemäß §§ 2 ff. BeamtVG LSA.

432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	953.300 777.179	956.700 0	1.046.400 0

Erläuterungen:

Zahlungen gemäß §§ 24 ff. BeamtVG LSA.

441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	1.075.900 1.202.774	1.388.700 0	1.481.700 0

Erläuterungen:

Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen an öffentlich-rechtliche Landesbedienstete des Geschäftsbereichs auf Grund der im Land Sachsen-Anhalt jeweils geltenden Beihilfavorschriften.

443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	3.700 21.065	21.100 0	21.100 0

Erläuterungen:

Gemäß §§ 37 ff. BeamtVG LSA haben Beamte, die einen Dienstunfall erleiden, gesetzlich manifestierte Ansprüche auf Unfallfürsorgeleistungen durch den Dienstherrn (z. B. Kostenerstattung des Heilverfahrens nach § 37 i. V. m. § 41 BeamtVG LSA, Gewährung eines Unfallausgleichs). Weiterhin sind Ausgaben für Rehabilitationsmaßnahmen nach § 48 LBG LSA veranschlagt.

443 02	011	Amtsärztliche Untersuchungen	13.700 15.538	20.000 0	20.000 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Arbeitssicherheit	4.156	7.500	7.500	7.500
2.	Arbeitsmedizin	11.382	5.700	12.000	12.000
3.	sonstige amtsärztliche Untersuchungen	0	500	500	500
Zusammen		15.538	13.700	20.000	20.000

Ausgaben für Reihenuntersuchungen sowie Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen, betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten sowie von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit (u. a. auch arbeitsmedizinische Untersuchungen).

443 03	011	Betriebliches Gesundheitsmanagement	4.500 4.621	5.000 0	5.000 0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 443 03

Erläuterungen:

Durch eine kontinuierliche Arbeitsverdichtung und das ansteigende Durchschnittsalter der Bediensteten im Landesdienst besteht die Notwendigkeit, das vorhandene Personal gesund, motiviert und leistungsfähig zu halten. Dies wurde bereits durch den Handlungsleitfaden "Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung", der durch die Staatskanzlei erarbeitet wurde, bekräftigt. Im Haushaltsjahr 2025/2026 soll weiterhin die Struktur des betrieblichen Gesundheitsmanagements gefestigt und gesundheitsfördernde Maßnahmen im Steuerungsgremium umgesetzt werden.

Darüber hinaus sind Bestandteil des betrieblichen Gesundheitsmanagements:

Flexibilisierung der Arbeitszeit, Ermöglichung von Teilzeit, mobiler Arbeit, Führungskräftefortbildungen, Dienstvereinbarung zur Suchtprävention, Gymnastikangebote, Massageangebote, ergonomische Büroausstattung, Vorsorgeuntersuchungen, betriebliches Eingliederungsmanagement, Fortbildungen zu Sozialkompetenzen, Coaching sowie Einsatz von Mediatorinnen und Mediatoren.

443 06	011	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	1.600 0	1.600 0	1.600 0

Erläuterungen:

Das Verfahren richtet sich nach dem Gem. RdErl. des MI, MF und MJ vom 16. Juni 1995 - 15.21.03018.200 (MBI. LSA S. 1343).

443 07	011	Ausgaben auf Grund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Hat die Beamtin oder der Beamte, die oder der wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den sie oder er in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamtin oder Beamter erleidet, einen rechtskräftig festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld gegen einen Dritten, kann die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrages übernehmen, soweit dies zur Vermeidung einer unbilligen Härte notwendig ist. Der rechtskräftigen Feststellung steht ein Vergleich nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung gleich, sobald er unwiderruflich und der Höhe nach angemessen ist.

443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	16.900 20.472	20.500 0	20.500 0

Erläuterungen:

Zahlungen gemäß §§ 37 ff. BeamVG LSA.

446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	2.276.900 2.062.258	2.628.400 0	2.911.400 0

Erläuterungen:

Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Geschäftsbereichs sowie deren Hinterbliebene auf Grund der im Land Sachsen-Anhalt jeweils geltenden Beihilfenvorschriften.

453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	7.100 22.059	28.000 0	28.000 0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Trennungsgeld	22.059	7.100	28.000	28.000
2. Umzugskostenvergütung	0	0	0	0
Zusammen	22.059	7.100	28.000	28.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 453 01

Veranschlagt sind Ausgaben für zu gewährendes Trennungsgeld aufgrund der jährlichen Einstellungen im technischen Referendariat (LSBB, LVermGeo) und damit verbundenen Abordnungen/ Entsendungen zu den Ausbildungsstätten.

453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	27.800 49.622	49.700 0	49.700 0

Erläuterungen:

Die Mittel sind für Beamte, die am Aufstiegsverfahren bzw. für Beschäftigte, die an den weiterführenden Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, veranschlagt.

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	255.800 216.709	263.300 0	265.300 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	24.806	66.800	60.000	60.000
2.	Kommunikation	30.824	38.300	46.900	48.600
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	36.726	39.700	39.700	39.700
4.	Sonstiges	124.353	111.000	116.700	117.000
Zusammen		216.709	255.800	263.300	265.300

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	50.000 39.058	50.000 0	50.000 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	39.058	47.500	47.500	47.500
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0	0	0
3.	Verbrauchsmittel	0	0	0	0
4.	Sonstiges	0	2.500	2.500	2.500
Zusammen		39.058	50.000	50.000	50.000

		2023	2024	2025	2026
Bestand an Dienstkraftfahrzeugen					
	Pkw (Leasing)	7	7	7	7
Zusammen		7	7	7	7

Siehe auch Titel 518 13.

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	598.500 437.886	637.800 0	657.700 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	117.417	100.000	129.200	136.300
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	52.726	195.400	189.900	198.700
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	105.217	133.300	139.700	141.700
4.	Bewachung	101.405	95.000	105.500	106.000
5.	Sonstiges	61.121	74.800	73.500	75.000
Zusammen		437.886	598.500	637.800	657.700

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

In Abstimmung der Dienststellen im Liegenschaftsquartier Turmschanzenstraße 28-32 sind nach Aufteilung der Aufgaben die Haushaltsmittel für die Vegetationspflege, die Verkehrsflächenreinigung und den Winterdienst zentral bei Kapitel 14 01 Titel 517 01 veranschlagt.

517 30	011	Bewirtschaftung landeseigener Grundstücke, Gebäude und Räume	707.100	0	0
			529.195	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR
1.	Halle (Saale), Neustädter Passage 15	13.700	16.600
2.	Magdeburg, Turmschanzenstraße 30	174.795	416.800
3.	Halle (Saale), Barbarastr. 2 (Datenknoten)	321.500	245.200
4.	Magdeburg, Olvenstedter Str. 1-2 (Fernmeldehauptzentrale)	4.700	11.700
5.	Magdeburg, Otto-von-Guericke-Straße 4 (Büroräume Betriebszentrum ITN-ST)	4.900	5.700
6.	Magdeburg, Otto-von-Guericke-Straße 4 (Büroräume PROMIS)	9.600	11.100
Zusammen		529.195	707.100

Bis zum Jahr 2024 wurden die Ausgaben für Mietnebenkosten ressortbezogen veranschlagt, die im Rahmen des Mieter-Vermieter-Modells für die Bewirtschaftung landeseigener Grundstücke, Gebäude und Räume an den Landesbetrieb BLSA entrichtet wurden. Das Mieter-Vermieter-Modell wird ab dem Jahr 2025 eingestellt. Für landeseigene Liegenschaften werden die Ausgaben für Mietnebenkosten zentral im Wirtschaftsplan des Landesbetriebs BLSA als Anlage zum Einzelplan 20 abgebildet.

518 01	011	Mieten und Pachten	472.300	488.000	504.500
			460.487	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	436.000				436.000
2026	452.400				452.400
2027	469.700				469.700
2028	487.800				487.800
2029 ff.	1.961.300				1.961.300
Summen	3.807.200				3.807.200

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	460.487	466.300	482.000	498.500
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	6.000	6.000	6.000
3.	Für Leasing	0	0	0	0
Zusammen		460.487	472.300	488.000	504.500

Zu 1.

Anmietung von Räumlichkeiten u. a. auch Saalmieten für Personalversammlungen.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Magdeburg, Elbe-Office; Büroräume 2055,62 qm; 6 Stellplätze	420.300	420.300	436.000	452.500
2.	Magdeburg, ITN-ST; Büroräume 215,58 qm; Technikraum 53,6 qm	40.487	40.000	40.000	40.000
3.	Saalmiete	0	6.000	6.000	6.000
Zusammen		460.787	466.300	482.000	498.500

518 13	011	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	30.900 19.648	34.700 0	34.700 0

Erläuterungen:

Für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen sind die Kraftfahrzeugrichtlinien (RdErl. des MF vom 3. Februar 2014, MBl. LSA S. 127, zuletzt geändert durch RdErl. vom 7. November 2017, MBl. LSA S. 734) in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Leasing von 7 Dienstkraftfahrzeugen im Rahmen von jeweiligen Jahresverträgen einschließlich nachfolgenden Ersatzleasings für wiederum jeweils ein Jahr im Rahmen des § 38 Abs. 4 Satz 1 LHO. Bei entsprechend nachgewiesener Wirtschaftlichkeit können auch Leasingverträge mit einer längeren Laufzeit (max. 2 Jahre) abgeschlossen werden. Die einzelnen Berechnungen haben ergeben, dass Beschaffungen im Wege des Leasings wirtschaftlicher sind als Kaufangebote. Für die Inanspruchnahme von veranschlagten Mitteln für die Anmietung oder das Leasing von Dienstkraftfahrzeugen gilt die Einwilligung des Ministeriums der Finanzen nach den VV Nr. 4.2 zu § 38 LHO mit Inkrafttreten des Haushaltsführungserlasses für das jeweilige Haushaltsjahr als erteilt.

Eine Veranschlagung bei Kapitel 14 01 Titel 811 01 erfolgt daher nicht.

Unterhaltungskosten werden bei Kapitel 14 01 Titel 514 01 nachgewiesen.

Die für den Kauf festgesetzten Kaufpreishöchstgrenzen und die für Leasing festgesetzten Höchstgrenzen für emissionsarme Personenkraftfahrzeuge (Anlage 5 HTR-LSA) sowie die im jeweiligen Haushaltsjahr dargestellte Anzahl an Dienstkraftfahrzeugen werden nicht überschritten. Bei Ersatzbeschaffungen in 2025/2026 sind die dann aktuell geltenden Werte maßgebend.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	1 Pkw für Ministerin (Nr. 5.2 Buchst. b KfzR) mit Verbrennungs-, Elektro- oder Hybridantrieb	2.910	6.600	9.600	9.600
2.	2 Pkw für Staatssekretäre (Nr. 5.2 Buchst. c KfzR) mit Verbrennungs-, Elektro- oder Hybridantrieb	5.833	10.800	10.800	10.800
3.	2 Pkw für Ministerialverwaltung (Nr. 5.2 Buchst. e KfzR) mit Verbrennungs- oder Hybridantrieb	5.851	7.000	7.500	7.500
4.	1 Pkw für Ministerialverwaltung (Nr. 5.2 Buchst. e KfzR) mit Elektro- oder Hybridantrieb	2.796	3.500	3.800	3.800
5.	1 Pkw für allgemeinen Dienstbetrieb (Nr. 5.3 KfzR) mit Verbrennungs-, Elektro- oder Hybridantrieb	2.258	3.000	3.000	3.000
Zusammen		19.648	30.900	34.700	34.700

Die Preis- und Leasingratenobergrenzen berücksichtigen die behördenspezifischen Preisnachlässe für Personenkraftwagen.

Zu 1. und 2.

Personengebundene Fahrzeuge zur alleinigen und uneingeschränkten Nutzung.

518 30	011	Mietzahlungen an den Landesbetrieb BLSA	555.600 560.411	0 0	0 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR
1.	Halle (Saale), Neustädter Passage 15; Büroräume 538,91 qm	41.469	42.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 30

2.	Magdeburg, Turmschanzenstraße 30; Büroräume 4643,05 qm; 98 Stellplätze	414.361	407.700
3.	Magdeburg, Otto-v.-Guericke-Str. 4; Büroräume Betriebszentrum ITN-ST 195,93 qm	22.490	24.700
4.	Halle (Saale), Barbarastr. 2 (Datenknoten); Büroräume 558,37 qm	26.913	26.800
5.	Magdeburg, Olvenstedter Str. 1-2 (Fernmeldehauptzentrale); Büroräume 207,74 qm; 2 Stellplätze	13.794	11.600
6.	Magdeburg, Otto-v.-Guericke-Str. 4; Büroräume PROMIS 339,79 qm	41.384	42.800
Zusammen		560.411	555.600

Bis zum Jahr 2024 wurden die Ausgaben für die Nutzung von landeseigenen Grundstücken, Gebäuden und Räumen veranschlagt, die an den Landesbetrieb BLSA im Rahmen des Mieter-Vermieter-Modells entrichtet wurden. Das Mieter-Vermieter-Modell wird ab dem Jahr 2025 eingestellt. Für landeseigene Liegenschaften sind daher ab dem Haushaltsjahr 2025 keine Nutzungsentgelte an den Landesbetrieb BLSA zu entrichten.

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4.000	5.000	5.000
			20.163	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	20.163	4.000	5.000	5.000
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0	0
Zusammen	20.163	4.000	5.000	5.000

Zu 1.

Gemäß Nutzungsvereinbarung zwischen dem Landesbetrieb BLSA und dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales obliegen die Kosten für Kleinstreparaturen, wie z. B. Havarien im Rohrleitungssystem, Tischlerarbeiten u. a. m. dem Mieter.

522 01	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	4.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Gemäß den Haushaltstechnischen Richtlinien des Landes Sachsen-Anhalt (HTR-LSA) werden die Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge der Gruppe 522 zugeordnet und daher bei Titel 522 01 veranschlagt. In Abgrenzung dazu werden Ausgaben für alle übrigen Dienstleistungen Außenstehender, insbesondere für fachspezifische Dienstleistungen, weiterhin der Gruppe 533 zugeordnet.

525 01	011	Aus- und Fortbildung	26.000	70.000	78.000
			50.400	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Fortbildungsveranstaltungen (einschl. Kostenerstattung für Unterkunft und Verpflegung)	50.200	22.550	64.300	72.300
2. Lehr- und Lernmittel	0	1.450	1.700	1.700
3. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte, Umschulung von Hilfskräften	200	2.000	3.500	3.500
4. Sonstiger Aufwand	0	0	500	500
Zusammen	50.400	26.000	70.000	78.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 01

Zu 1.

Einschließlich der Aufwendungen für Aus- und Fortbildung der im Rahmen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT) eingesetzten Bediensteten, ohne IT-Administratoren (siehe Kapitel 19 23).

525 03	011	Aus- und Fortbildung der Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen	14.600 2.705	10.000 0	12.000 0

Erläuterungen:

Veranstaltungen für Personalratsmitglieder (Personalvertretungsgesetz LSA), Vertreter der Schwerbehinderten (Sozialgesetzbuch Neuntes Buch - Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) und ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte (Frauenförderungsgesetz).

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	50.000 15.707	50.000 0	50.000 0

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Nachzuweisen sind die Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, Stempelgebühren sowie die Erstattung barer Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner.

526 02	011	Sachverständige	6.000 0	6.000 0	6.000 0

Erläuterungen:

Aufwendungen für Honorare, Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Ersatz von Auslagen einschließlich Ausgaben für Reisen und Verpflegung.

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	76.700 89.889	102.000 0	102.000 0

Erläuterungen:

Erstattungen von Aufwendungen (u. a. Tage- und Übernachtungsgeld, Fahrtkosten, Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung sowie Nebenkosten) nach dem geltenden Reisekostenrecht für In- und Auslandsdienstreisen anlässlich von Vorortterminen, auswärtigen Konferenzen und Sitzungen, Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen sowie für Dienstreisen am Dienst- oder Wohnort.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Politische Führung	9.927	15.000	15.000	15.000
2.	Allgemeine Angelegenheiten	59.384	34.700	60.000	60.000
3.	Städtebau und Bauaufsicht, Landesentwicklung	6.272	8.500	8.500	8.500
4.	Verkehrsinfrastruktur und Mobilität	5.386	8.000	8.000	8.000
5.	Digitale Gesellschaft und Geoinformation	8.031	5.500	5.500	5.500
6.	Digitale Verwaltung	889	5.000	5.000	5.000
Zusammen		89.889	76.700	102.000	102.000

Zu 2.

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für die zentrale Beschaffung von Onlinetickets der Deutschen Bahn AG und von Verkehrsverbünden für alle Organisationseinheiten des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales.

527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	6.300 2.320	4.000 0	4.000 0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 03

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Hauptpersonalrat und Hauptschwerbehindertenvertretung	2.320	6.100	3.800	3.800
2.	Örtlicher Personalrat	0	200	200	200
Zusammen		2.320	6.300	4.000	4.000

529 01	011	Verfügun gsmittel der Ministerin und der Staatssekretäre	7.500 2.563	7.500 0	7.500 0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

529 05	011	Verfügun gsfonds der Landesregierung	1.000 0	1.000 0	1.000 0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Zur Ausgestaltung von Empfängen anlässlich des Besuches von Delegationen sowie für die Bewirtung aus Anlass überregionaler Fachveranstaltungen, für die das Land Sachsen-Anhalt Ausrichter ist.
Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Erlass des MF über die Haushaltsführung ab dem Haushaltsjahr 2025/2026 (Bewirtschaftung von Verfügungsmitteln).

531 01	011	Veröffentlichungen	5.000 0	32.500 0	4.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke		0	0
2.	Öffentlichkeitsarbeit	5.000	32.500	4.500
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke		0	0
4.	Sonstige Veröffentlichungen		0	0
Zusammen		5.000	32.500	4.500

Zu 2. Öffentlichkeitsarbeit

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
2.1	Layout und Druck Wohnungsmarktbericht	0	25.000	0
2.2	Handreichungen zu landesplanerischen Abstimmungen und Raumverträglichkeitsprüfungen	0	2.500	2.500
2.3	Rahmenplan zur Einführung und Nutzung Intelligenter Verkehrssysteme (IVS) in Sachsen-Anhalt	0	5.000	2.000
2.4	Landesverkehrswegeplan	5.000	0	0
Summe		5.000	32.500	4.500

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	360.600 345.461	355.900 0	366.400 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fachveranstaltungen	185.912	199.700	242.500	225.000
2.	Internet-Repräsentanz und Social-Media-Aktivitäten	75.266	111.900	54.900	54.900
3.	Pressearbeit	47.820	35.000	40.000	40.000
4.	Fotoarbeiten	0	2.000	2.000	2.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 01

5.	Broschüren, Faltblätter, Flyer	36.463	12.000	16.500	44.500
Zusammen		345.461	360.600	355.900	366.400

Zu 1. Fachveranstaltungen

Veranschlagt sind Ausgaben u. a. für folgende Messen und Fachtagungen:

- Teilnahme an verschiedenen Messen (SaaleBau Halle, Smart Country Convention),
- Tag der offenen Tür der Ministerien, Sachsen-Anhalt-Tag,
- Teilnahme an Messen und Veranstaltungen zur Nachwuchsgewinnung,
- Fachtagungen zu Intelligenten Verkehrssystemen in Sachsen-Anhalt, Elektromobilität im Verkehr,
- Bund-Länder-Arbeitskreise (u. a. Fahrerlaubniswesen, Beförderung gefährlicher Güter, Verkehrssicherheitsbeirat, Berufskraftfahrerqualifikation),
- Branchendialoge "Logistik" im Rahmen der Logistik.Initiative Sachsen-Anhalt,
- Fachkommissionen "Bautechnik/Bauaufsicht", "Städtebau", "Recht des Wohnungswesens",
- Fachveranstaltungen "Raumordnungsverfahren/ Raumverträglichkeitsprüfung",
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen, Bund-Länder-Fachausschuss Güterverkehrsgesetz,
- Fachkonferenz "Demografie",
- IT-Grundschutztag,
- Workshops und Zielgruppenveranstaltungen mit Bezug auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (IKT-Kreis etc.),
- Informationsveranstaltungen und Workshops zur Umsetzung von Open Data,
- verschiedene Präsentationen, beispielsweise "Lange Nacht der Wissenschaft", "Cycle Tour".

Zu 2. Internet-Repräsentanz und Social-Media-Aktivitäten

Veranschlagt sind Ausgaben u. a. für:

- Demografie-Portal,
- die Schaffung einer barrierefreien Informationstechnik,
- für Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung,
- Produktion für Social-Media-Kanäle,
- Pflege und Aktualisierung des Breitband- und Digital-Portals.

Zu 3. Pressearbeit

		2025 EUR	2026 EUR
3.1	Bewirtung der Gäste vor Ort, auf Pressereisen, Pressekonferenzen, Ausstattung des Presseabends, Verleihung Demografie-Preis, Vorstellung des Grundstückmarktberichts	20.000	20.000
3.2	Pressemonitoring; Erstellung des täglichen Pressespiegels	20.000	20.000
Zusammen		40.000	40.000

Zu 4. Fotoarbeiten

Ministerin, Staatssekretäre, Dokumentation für Pressearchiv und sonstige Veröffentlichungen.

Zu 5. Broschüren, Faltblätter, Flyer

		2025 EUR	2026 EUR
5.1	Publikationen im Rahmen der Logistik.Initiative Sachsen-Anhalt	9.500	11.500
5.2	Publikation zur Stadtentwicklung	0	20.000
5.3	Broschüren/Flyer zur Wohnraumförderung	2.000	8.000
5.4	Informationsmaterialien zur Nachwuchsgewinnung im Bereich Geodäsie	5.000	5.000
Zusammen		16.500	44.500

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 01 011 Dienstleistungen Außenstehender **55.700** **67.500** **67.500**
51.501 0 0

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Hausmeistertätigkeiten (Dienstleistungsvertrag)	51.501	50.700	62.500	62.500
2.	Anpassung Zeiterfassungssystem	0	5.000	5.000	5.000
Zusammen		51.501	55.700	67.500	67.500

Gemäß den Haushaltstechnischen Richtlinien des Landes Sachsen-Anhalt (HTR-LSA) werden die Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge der Gruppe 522 zugeordnet und daher bei Titel 522 01 veranschlagt.

537 01 011 Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen **5.000** **5.000** **5.000**
1.534 0 0

Erläuterungen:

Ausgaben für Behördenteilumzüge und hausinterne Umzüge auf Grund von Zusammenlegungen bzw. Umorganisation von Abteilungen bzw. Referaten.

542 01 012 Umsatzsteuer **0** **0** **0**
0 0 0

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Nachgewiesen wird die vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales zu entrichtende Umsatzsteuer an die Finanzverwaltung für steuerpflichtige Leistungen oder den steuerpflichtigen Erwerb.

546 01 011 Ausrichtung von Fachveranstaltungen **0** **15.000** **15.000**
22.871 0 0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	11. IT-Fachkongress des IT-Planungsrates 29.03.-30.03.2023	22.871	0	0	0
2.	Fachveranstaltung zur Neuaufstellung des ÖPNV-Plans 2030 - 2040	0	0	15.000	15.000
Zusammen		22.871	0	15.000	15.000

547 01 011 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben **500** **500** **500**
36 0 0

Erläuterungen:

Zusammenfassung von sächlichen Verwaltungsausgaben, die nicht auf die Gruppen 511 bis 546 aufgeteilt werden können.

632 01 011 Erstattungen für gemeinsame Verwaltungseinrichtungen **365.000** **395.000** **440.700**
286.101 0 0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 14 01 Titel 686 01.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)	214.248	277.500	277.500	320.200
2.	Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Landesminister (ARGEBAU)	0	10.000	10.000	10.000
3.	Deutsches Institut für Normung (DIN) e. V.	24.731	42.500	52.000	55.000
4.	Wirtschafts- und Verkehrskonferenz (Geschäftsstelle)	2.881	3.500	4.000	4.000
5.	Freistaat Bayern: Sachkosten für die internationale Arbeit auf dem Gebiet des Seilbahnwesens	5.754	6.500	6.500	6.500
6.	Leitstelle X-Bau/X-Planung	11.527	15.000	15.000	15.000
7.	Bautechnische Untersuchungen	26.960	10.000	30.000	30.000
Zusammen		286.101	365.000	395.000	440.700

Zu 1.

Das Deutsche Institut für Bautechnik übt seine Tätigkeit auf der Grundlage des zwischen Bund und Ländern geschlossenen Abkommens als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin aus. Das Institut dient der einheitlichen Erfüllung bautechnischer Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts. Gemäß § 11 des DIBt-Abkommens erhebt das Institut nach Maßgabe seiner Satzung Gebühren, Auslagenersatz und Leistungsentgelte. Der Bund erstattet dem Institut die anderweitig nicht gedeckten Kosten, die diesem durch Wahrnehmung von Aufgaben im Auftrag des Bundes entstehen. Der weitere Finanzbedarf für die Einrichtung und Unterhaltung des Instituts wird zwischen den Ländern nach dem Königssteiner Schlüssel aufgeteilt.

Zu 2.

Die Geschäftsstelle ARGEBAU ist dem Deutschen Institut für Bautechnik (DIBt) zugeordnet. Grundlage der Zahlung ist das DIBt-Abkommen (Ländergesetz zum Staatsvertrag).

Zu 7.

In Abstimmung mit den Ländern und unter der Betreuung des Deutschen Instituts für Bautechnik werden Aufträge für bautechnische Untersuchungen auf dem Gebiet der Bauaufsicht aus den von den Ländern bereitgestellten Mitteln vergeben. Ein für diese Aufgaben höchstens zu verwendender Betrag verteilt sich nach dem Königssteiner Schlüssel.

681 01	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	500	500	500
			9.011.755	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Schadenersatzleistungen gemäß RdErl. des MF vom 6. April 1993 in der jeweils geltenden Fassung und Unfallentschädigungen.

686 01	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	22.700	46.700	46.700
			22.035	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 01 Titel 632 01.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. (DV) Berlin	600	600	600	600
2.	Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) Köln	512	550	550	550
3.	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) Stuttgart	1.023	1.050	1.050	1.050
4.	Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft (DVWG)	400	0	0	0
5.	Deutscher Verkehrssicherheitsrat e. V. Bonn	3.900	3.900	3.900	3.900
6.	Elbe Allianz e. V.	600	600	600	600
7.	Inland Waterway Promotion (SPC)	15.000	15.000	15.000	15.000
8.	GovTech Campus Deutschland e. V.	0	1.000	25.000	25.000
Zusammen		22.035	22.700	46.700	46.700

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	15.900 17.808	15.000 0	15.000 0

** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind notwendige Ausgaben für die Ausstattung von Dienstzimmern der Ausstattungsgruppe 2 (a 5.300 €).

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	1.386.900 1.110.029	1.323.200 0	1.551.800 0

Erläuterungen:

Die Zuführungen an den Pensionsfonds nach § 5 Abs. 2 des Pensionsfondsgesetzes sind dezentral unter Berücksichtigung der Pensionsfonds-Zuführungsverordnung vom 9. Februar 2008 (GVBl. LSA S. 64), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Januar 2024 (GVBl. LSA S. 25) in der jeweils geltenden Fassung bei diesem Titel zu veranschlagen.

981 01	891	Verrechnungen zwischen den Kapiteln	85.300 85.244	40.900 0	40.900 0

Erläuterungen:

Erwerb von Nutzungs- und Vervielfältigungsrechten für amtliche Geobasisdaten der Vermessungs- und Katasterverwaltung; Ausgleich zugunsten des Kapitels 14 06 Titel 381 01.

Titelgruppe(n)

61 Fernmeldehauptzentrale des Landes

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 01 Titelgruppe 61.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Sachausgaben für die Erledigung von Aufgaben der Fernmeldehauptzentrale des Landes. Die Fernmeldegebühren waren bis 2021 dezentral in den jeweiligen Ressorteinzelplänen veranschlagt. Mit Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden durch Beschluss vom 19. Oktober 2021 werden diese Ausgaben ab dem Jahr 2022 für das gesamte Land zentral bei Kapitel 14 01 in der Ausgabetitelgruppe 61 veranschlagt.

Die Ausgaben für die TK-Anlagen sind im Einzelplan 19 bei den jeweiligen Ressortkapiteln in der Titelgruppe 94 veranschlagt.

511 61	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.890.000	1.900.000	1.700.000
			1.320.973	7.920.000	0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.980.000			1.980.000
2026		1.980.000	1.980.000		3.960.000
2027		1.980.000	1.980.000		3.960.000
2028		1.980.000	1.980.000		3.960.000
2029 ff.			1.980.000		1.980.000
Summen		7.920.000	7.920.000		15.840.000

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	0	0	0	0
2.	Kommunikation	1.320.973	1.890.000	1.900.000	1.700.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie sonst. Gebrauchsgegenstände	0	0	0	0
4.	Sonstiges	0	0	0	0
Zusammen		1.320.973	1.890.000	1.900.000	1.700.000

525 61	011	Aus- und Fortbildung	2.000	0	0
			2.895	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben für Aus- und Fortbildung der Bediensteten der Fernmeldehauptzentrale (MID) werden ab dem Jahr 2025 bei Kapitel 14 01 Titel 525 01 veranschlagt.

527 61	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	1.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben für Dienstreisen der Bediensteten der Fernmeldehauptzentrale (MID) werden ab dem Jahr 2025 bei Kapitel 14 01 Titel 527 01 veranschlagt.

812 61	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	20.000	20.000	20.000
			0	0	0

** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind notwendige Ausgaben für Ersatzbeschaffungen. Die Bedarfe ergeben sich aus dem Austausch von Technik (z. B. Router, Kabel etc.) an Standorten der Landesverwaltung, deren Anschlüsse von der Fernmeldehauptzentrale (FMHZ) zentral verwaltet werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	1.913.000	1.920.000	1.720.000
		7.920.000	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	227.200	125.700	45.700
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	450.000	538.500	538.500
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			
Gesamteinnahme		677.200	664.200	584.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	37.272.500	41.140.700	42.413.300
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	5.186.100	4.105.700	3.936.600
			7.920.000	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	388.200	442.200	487.900
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	35.900	35.000	35.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	1.472.200	1.364.100	1.592.700
			0	0
Gesamtausgabe		44.354.900	47.087.700	48.465.500
Gesamtsumme der VE			7.920.000	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-43.677.700	-46.423.500	-47.881.300

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. Allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 14 01.

Erläuterungen:

In Kapitel 14 02 werden außerhalb von Titelgruppen einzelne Fördermaßnahmen für den kommunalen Straßenbau im Landeshaushalt abgebildet.

Das Kapitel 14 02 enthält in der Titelgruppe 61 die in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen durchlaufenden Investitionsmittel, die der Bund dem Land Sachsen-Anhalt im Rahmen des GVFG-Bundesprogramms zur Verfügung stellt.

Infolge der Neufassung des Bundesfernstraßenmautgesetzes steht den Kommunen, die gem. § 5 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) Baulasträger der Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen sind, ihr Anteil an der ausgeweiteten LKW-Maut zu.

Aus verfassungsrechtlichen Gründen darf der Bund keine unmittelbaren Zahlungen an die kommunale Ebene leisten. Daher wird die Abwicklung im Landeshaushalt an dieser Stelle in den Leertiteln 382 01 und 982 01 als durchlaufende Posten dargestellt.

Die Titelgruppe 80 enthält Ausgaben für Projekte, die in den Ländern aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (PMO-Vermögen nach § 20 b des Gesetzes über Parteien und andere politische Vereinigungen (PartG-DDR)) finanziert werden.

In den Titelgruppen 73, 79 und 81 sind Ausgaben für die Unterstützung des Breitbandausbaus, für Digitalisierungsprojekte, den Ausbau digitaler Infrastrukturen sowie die Umsetzung der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" veranschlagt.

Einnahmen

119 41	011	Rückzahlung von Überzahlungen aus Bundesmitteln (einschließlich Zinsen)	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 02 Titel 631 41.

119 42	741	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln (einschließlich Zinsen)	0 60.059	0	0

331 04	521	Zuweisungen für Investitionen vom Bund als Anteil zur GA "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	0 589.000	0	0

Erläuterungen:

Zuweisungen des Bundes (bis 2023) für die Förderung gemäß dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK-Gesetz - GAKG).

382 01	722	Durchlaufende Posten	0 3.059.427	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 02 Titel 982 01.

Erläuterungen:

Weiterleitung der vom Bund erhobenen streckenbezogenen LKW-Maut an kommunale Baulasträger auf Grund des Bundesfernstraßenmautgesetzes.

Titelgruppe(n)

61 Leistungen des Bundes auf Grund des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz) (bis 2019) und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

119 61	723	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 26.054	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 61

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 02
Titelgruppe 61.

331 61	741	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	46.630.000	40.790.000	45.580.000
			32.689.704		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 02
Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Es handelt sich um Zuweisungen des Bundes für die Programme nach § 6 Abs. 1 und § 10 Abs. 2 Satz 1 und 3 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. In Sachsen-Anhalt werden zurzeit die zwei Straßenbahn-Großvorhaben "Stadtbahn Halle 2025" in Halle (Saale) und die zweite Nord-Süd-Verbindung in der Landeshauptstadt Magdeburg in diesen Programmen umgesetzt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	46.630.000	40.790.000	45.580.000

73 **Unterstützung des Breitbandausbaus und**
Digitalisierungsprojekte aus Drittmitteln

231 73	692	Sonstige Zuweisungen des Bundes	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 02
Titelgruppe 73.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	0	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 41	011	Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesfinanzhilfen (einschließlich Zinsen)	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 14 02 Titel 119 41.

633 01	011	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für den Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)	10.850.000	0	0
			7.083.024	0	0

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 14 02 Titel 683 01.

671 01	011	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	115.000	186.400	160.600
			0	0	0

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	148.500				148.500
2026	143.500				143.500
2027	30.600				30.600
2028					
2029 ff.	15.400				15.400
Summen	338.000				338.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Umsetzung der

		IST 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Straßenbauvorhaben an Bundes- oder Landestraßen in den Oberzentren in Sachsen-Anhalt	0	0	37.900	17.100
2.	Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Digitalen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum aus dem Fonds für einen gerechten Übergang (RL JTF Digitale Daseinsvorsorge)	0	115.000	148.500	143.500
Zusammen		0	115.000	186.400	160.600

682 01	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

683 01	011	Zuschüsse für laufende Zwecke des Schienenpersonennahverkehrs	10.850.000	0	0
			-8.546.943	0	0

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 14 02 Titel 633 01.

686 01	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

883 01	725	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Baulastträger	0	1.300.000	16.626.000
			0	0	0

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		11.266.500			11.266.500
2026		11.266.500			11.266.500
2027		11.266.500			11.266.500
2028		11.266.500			11.266.500
2029 ff.		22.533.000			22.533.000
Summen		67.599.000			67.599.000

Erläuterungen:

Zuwendungen an die kreisfreien Städte Magdeburg und Halle (Saale) zur Instandsetzung bzw. Neuerrichtung von landesbedeutsamen und innerstädtischen Verkehrsprojekten an Bundesstraßen oder Landesstraßen, deren Baulast den Städten über 80.000 Einwohnern übertragen wurde. Die Zuwendungen werden im Rahmen des § 44 LHO, abweichend von Nr. 2.2 VV-Gk zu § 44 LHO, nicht als Teilfinanzierung ausgereicht.

883 02	725	Zuweisungen für Investitionen zur Sonderförderung für den Ausbau der Kreisstraße 1020	2.760.000	0	0
			3.000.000	0	0

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

883 03	725	Zuschüsse des Landes für Maßnahmen an Bahnübergängen im Zuge von kommunalen Straßen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz	1.000.000	600.000	600.000
			521.599	0	0

Erläuterungen:

Nach § 13 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) trägt das Land einen Teil der Kosten für bauliche Veränderungen an Bahnübergängen:

- a) bei Kreuzungen mit Schienenwegen einer Eisenbahn des Bundes 1/6 für Maßnahmen im Zuge von kommunalen Straßen;
- b) bei Kreuzungen mit Schienenwegen einer nicht bundeseigenen Eisenbahn 1/3 für Maßnahmen im Zuge von Bundesstraßen, von Bundes- und Landesstraßen in der Baulast von Gemeinden sowie von kommunalen und sonstigen Straßen.

883 04	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der GA "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	0	0	0
			981.700	0	0

Erläuterungen:

Förderung gemäß dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK-Gesetz - GAKG) bis 2023. Die Mittel dienen der Verbesserung der Breitbandversorgung in den ländlichen Gebieten. Sie konnten als nationale Kofinanzierung im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) eingesetzt werden.

982 01	722	Durchlaufende Posten	0	0	0
			3.059.427	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 14 02 Titel 382 01.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 982 01

Erläuterungen:

Mit der Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes (BFStrMG) im Jahr 2017 wurde die LKW-Maut mit Wirkung vom 1. Juli 2018 auf alle Bundesstraßen ausgeweitet. Damit wird die LKW-Maut auch auf Strecken generiert, die sich nicht in der Baulast des Bundes befinden (Ortsdurchfahrten, für die gem. § 5 Abs. 2 Satz 1 FStrG Gemeinden mit mehr als 80.000 Einwohnern gesetzlicher Straßenbaulastträger sind).

Nach § 11 Abs. 3 des neugefassten BFStrMG ist eine Zuweisung entsprechender Anteile des Mautaufkommens an diese Straßenbaulastträger vorgesehen. Die den Kommunen als Straßenbaulastträger für Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen zustehenden Mauteinnahmen werden vom Bund an die Länder ausgekehrt. Das Mautaufkommen ist in vollem Umfang zweckgebunden für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur für die Bundesstraßen zu verwenden. Das Land ist an der Bewirtschaftung der Mittel nicht beteiligt.

Titelgruppe(n)

61 Leistungen des Bundes auf Grund des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz) (bis 2019) und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 14 02 Titel 119 61 und Kapitel 14 02 Titel 331 61.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Leistungen des Bundes aufgrund des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 100 v. H.	30.466.347	46.630.000	40.790.000	45.580.000
2.	Anteil Land 0 v. H.	0	0	0	0
Zusammen		30.466.347	46.630.000	40.790.000	45.580.000

Es handelt sich um Maßnahmen des Bundesprogrammes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Die Landesmittel zu den komplementären Maßnahmen sind im Kapitel 14 03 Titel 883 01 veranschlagt.

731 61	723	Landesstraßenbaumaßnahmen	0	0	0
			0	0	0
883 61	725	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Baulastträger	0	0	0
			-897	0	0
891 61	741	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	46.630.000	40.790.000	45.580.000
			30.558.609	0	0

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 61

Erläuterungen:

Bundesprogramm nach dem GVFG für Straßenbahn-Neubaumaßnahmen in Halle und Magdeburg

892 61	741	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			-91.365	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			46.630.000	40.790.000	45.580.000
				0	0

73 Unterstützung des Breitbandausbaus und Digitalisierungsprojekte aus Drittmitteln

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 14 02 Titel 231 73.

** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen aller Ausgabeteil der Titelgruppe sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die Finanzierung der Ausgaben erfolgt aus zweckgebundenen Einnahmen vom Bund aus den Versteigerungserlösen der Digitalen Dividende II. Entsprechende Einnahmen sind in den Jahren 2015, 2016 und 2017 und 2021 eingegangen. Die in der Vergangenheit nicht verbrauchten Einnahmen sollen durch die Bildung und Übertragung von Ausgaberesten in den Folgejahren verausgabt werden. Am Jahresende 2025 bzw. 2026 sollen wiederum nicht verbrauchte Mittel nach 2026 bzw. 2027 übertragen werden.

Aus den verfügbaren Mitteln der Titelgruppe wird unter anderem die Umsetzung der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" (einschließlich Unterstützung des kommunalen Breitbandausbaus) für das Land Sachsen-Anhalt finanziert. Weiterhin soll die im Jahr 2017 begonnene Förderung der Errichtung öffentlicher WLAN-Netze und die Förderung von Freifunkinitiativen in Sachsen-Anhalt fortgesetzt werden.

427 73	692	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

522 73	692	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

533 73	692	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			715.420	0	0

633 73	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

637 73	692	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	0	0	0
			0	0	0

671 73	692	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			65.133	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 73

Erläuterungen:

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

682 73	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
683 73	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
685 73	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 73	692	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
883 73	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 329.848	0 0	0 0
887 73	692	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0 0	0 0	0 0
891 73	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
892 73	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 28.000	0 0	0 0
893 73	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0 -279	0 0	0 0
894 73	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	0 0	0 0

79 **Maßnahmen im Rahmen des weiteren Ausbaus der digitalen
Infrastrukturen**

Übertragbar

* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 14 02 Titelgruppe 81.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind ab dem Jahr 2025 Landesmittel zur weiteren Förderung des Ausbaus der digitalen Infrastrukturen.

Bis einschließlich 2024 wurde die Förderung des Ausbaus digitaler Infrastrukturen überwiegend aus PMO-Mitteln finanziert und bei Kapitel 14 02 TGr. 80 nachgewiesen. Im Jahr 2025 sind in der TGr. 80 letztmalig PMO-Mittel aus der Tranche 2020/2021 in Höhe von 2.000.000 EUR zur Ausfinanzierung der Maßnahmen veranschlagt.

518 79	692	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0
522 79	692	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0
533 79	692	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
633 79	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
637 79	692	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	0 0	0 0	0 0
671 79	692	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0 0	100.000 400.000	200.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			148.000		148.000
2027			115.000		115.000
2028			86.000		86.000
2029 ff.			51.000		51.000
Summen			400.000		400.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Umsetzung der ELER-Breitbandförderung bis 2027.

682 79	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
683 79	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
685 79	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 79	692	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
883 79	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	2.500.000 65.000.000	2.500.000 0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 79

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027			25.000.000		25.000.000
2028			25.000.000		25.000.000
2029 ff.			15.000.000		15.000.000
Summen			65.000.000		65.000.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ausbau digitaler Infrastrukturen wie:

- den Gigabitausbau - Durchführung von Glasfaserausbau-Projekten
- die Leerrohrmitverlegung - Durchführung von Projekten zur Reduzierung der Kosten für den Breitband- und Mobilfunkausbau durch Hebung von Synergien durch Leerrohrmitverlegung
- den Mobilfunkausbau - Durchführung von 5G- und LORAWAN-Projekten
- WLAN/Freifunk - Durchführung von Projekten zur Schaffung öffentlicher und kostenfrei nutzbarer WLAN-Netze für die Förderung von 5G- und LORAWAN-Projekten und für die Errichtung öffentlicher WLAN-Netze.

887 79	692	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0	0	0
			0	0	0
891 79	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
892 79	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
893 79	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0
894 79	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 79			0	2.600.000	2.700.000
				65.400.000	0

80 **Ausbau digitaler Infrastrukturen**

Übertragbar

****** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen aller Ausgabetitel der Titelgruppe sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ausbau digitaler Infrastrukturen. Mit Beschluss des Landtages von Sachsen-Anhalt vom 05.04.2019 "Sachsen-Anhalts digitale Infrastruktur zukunftsfest machen" (LT-Drs. 7/4211) wurde die Notwendigkeit entsprechender Förderinstrumente festgestellt.

Die Finanzierung von WLAN-Projekten und Projekten zum Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum erfolgt mit sog. PMO-Mitteln aus der Tranche 2020/2021, die dem Land Sachsen-Anhalt aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2025 sind in der TGr. 80 letztmalig PMO-Mittel aus der Tranche 2020/2021 in Höhe von 2.000.000 EUR zur Ausfinanzierung der Maßnahmen veranschlagt. Zur weiteren Förderung des Ausbaus der digitalen Infrastrukturen sind ab dem Jahr 2025 Landesmittel bei Kapitel 14 02 TGr. 79 veranschlagt.

518 80	692	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0
522 80	692	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0
533 80	692	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
633 80	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
637 80	692	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	0 0	0 0	0 0
682 80	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
683 80	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
685 80	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 80	692	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
883 80	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	5.600.000 4.487.086	2.000.000 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.000.000			2.000.000
2026		2.000.000			2.000.000
2027		2.000.000			2.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen		6.000.000			6.000.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 80

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ausbau digitaler Infrastrukturen wie:

- den Gigabitausbau - Durchführung von Glasfaserausbau-Projekten
- die Leerrohrmitverlegung - Durchführung von Projekten zur Reduzierung der Kosten für den Breitband- und Mobilfunkausbau durch Hebung von Synergien durch Leerrohrmitverlegung
- den Mobilfunkausbau - Durchführung von 5G- und LORAWAN-Projekten
- WLAN/Freifunk - Durchführung von Projekten zur Schaffung öffentlicher und kostenfrei nutzbarer WLAN-Netze für die Förderung von 5G- und LORAWAN-Projekten und für die Errichtung öffentlicher WLAN-Netze.

887 80	692	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0 0	0 0	0 0
891 80	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 1.152.604	0 0	0 0
892 80	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 67.240	0 0	0 0
893 80	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0 657.920	0 0	0 0
894 80	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 80			5.600.000	2.000.000 0	0 0

**81 Umsetzung der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030",
Förderung von Digitalisierungsprojekten im Kontext der
Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030"**

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 02 Titelgruppe 79.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Umsetzung der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" sowie Fortführung des umfassenden Beteiligungsprozesses zur Umsetzung der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" und Förderung von Digitalisierungsprojekten als Einzelprojekte.

Entsprechend des Beschlusses der Landesregierung zur Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" sind Mittel für Digitalisierungsprojekte, die der Umsetzung der in der Strategie verankerten Querschnittsziele dienen, im Einzelplan 14 zentral zu veranschlagen. Demzufolge sind die Ressorts zukünftig angewiesen, für Digitalisierungsprojekte in der eigenen fachlichen Verantwortung im jeweiligen Facheinzelplan Ausgaben direkt zu veranschlagen ("projektscharf" oder als CDO-Budget).

Entsprechend reduziert sich der Ansatz der Titelgruppe 81 im Vergleich zum Vorjahr, da der Fokus bei der Verwendung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im EP 14 zunehmend auf die Förderung von Querschnittszielen der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" gerichtet ist.

Querschnittsziele der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" sind Digitale Souveränität, "Risiken als Chancen zu verstehen", IT-Sicherheit, Datenschutz, Barrierefreiheit, Gleichheit von Frauen und Männern, Ethik, Open Data sowie Open Source. Ebenfalls wird ein Ziel der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" als Querschnittsziel definiert, wenn es mindestens zwei Ressorts betrifft.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

In den jeweiligen Titeln der Titelgruppe 81 sind entsprechend der Zweckbestimmung folgende Ausgaben veranschlagt:

Titel 522 81, 532 81 und 533 81

Veranschlagt sind Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Dienstleistungen Außenstehender nicht nur für das Ministerium für Infrastruktur und Digitales, sondern auch Ausgaben, die seitens des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales als Koordinator für die Ressorts für die Einzel- und Gesamtstrategie benötigt werden. Dies sind Ausgaben insbesondere für die Finanzierung von Controlling-Maßnahmen für die Maßnahmen zur Erfüllung der Ziele der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030", für die Durchführung von Online- und Präsenz-Workshops und für die Dokumentation in Wort und Bild in Online-Medien.

Titel 633 81, 637 81, 682 81, 683 81, 684 81, 685 81 und 686 81

Veranschlagt sind Ausgaben für Digitalisierungsprojekte und Künstliche Intelligenz (KI). Die Förderung der Digitalisierungsprojekte erfolgt seit 2018 auf der Grundlage von §§ 23 und 44 LHO Sachsen-Anhalt als Einzelförderung mittels Finanzierungsgrundsätzen. Die landesgeförderten Digitalisierungsprojekte tragen auch weiterhin zur Stärkung der strategischen Ziele der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" bei. Im Rahmen der themengebundenen Förderung von Digitalisierungsprojekten werden die Ausgaben explizit für nachfolgende Zwecke eingesetzt:

- Umsetzung von Kulturwandelprojekten zur Stärkung der Digitalisierung im Land Sachsen-Anhalt,
- Digitalisierungsprojekte zur ressortübergreifenden Zielerfüllung der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030",
- Umsetzung von Digitalisierungsprojekten von Stellen außerhalb der Landesverwaltung, um die Digitalstrategie zu erfüllen.

522 81	692	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	350.000	100.000	175.000
			227.886	100.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		125.000			125.000
2026			100.000		100.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		125.000	100.000		225.000

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachten				
2.	Studien				
2.1	Intervallstudie zur Evaluation der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030": empirische Analyse der Digitalisierung in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt		100.000	0	75.000
3.	Beraterverträge				
3.1	Unterstützungsleistungen für dezentrale Querschnittsprojekte im Bereich des MID in Verbindung mit der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030"	227.886	250.000	0	0
3.2	Umsetzung der Cloudstrategie des Landes im MID	0	0	50.000	50.000
3.3	Projekt Digitaler Zwilling	0	0	50.000	50.000
Zusammen		227.886	350.000	100.000	175.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 81

Zu 2.1

Inhalt:

Veranschlagt sind Ausgaben für eine Intervallstudie zur Evaluation der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030": empirische Analyse der Digitalisierung in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt.

Damit soll der Prozess der Entstehung und Umsetzung der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" evaluiert werden, um Fortschritte der Digitalisierung in Sachsen-Anhalt sichtbar und vor allem messbar zu machen, aber auch Defizite zu erkennen und ggf. umsteuern zu können. Vergleichbare Daten liegen bisher höchstens punktuell und nicht repräsentativ für Sachsen-Anhalt vor, so dass kein bundes- und europaweiter Vergleich möglich ist. Mit der Intervallstudie, die parallel zum Strategieprozess schnellstmöglich durch einen leistungsfähigen externen Dienstleister erbracht werden soll, sollen belegbare empirische Daten erhoben werden, um das Image als "Land mit der roten Laterne" abzulegen. Die Studie soll dabei die Digitalisierung der Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft umfassen und beginnend mit dem Ist-Stand in 2024 das Erreichte vor Ende der Legislatur dokumentieren.

Teil 1: 2024

1. Erstellung eines Indikatorensets anhand von deutschland- und europaweiten Benchmarks und Indizes zur Digitalisierung,
2. Bestimmung der Ausgangslage mittels einer Online-Befragung sowie qualitativen Analyse,
3. Sonderauswertung Digitale Resilienz,
4. Empfehlungen für die Digitalstrategie

Teil 2: 2026

1. Vergleich Veränderung gegenüber 2024,
2. Sonderauswertung Verwaltungsdigitalisierung,
3. Empfehlungen für Nachjustierung der Digitalstrategie

Ziel:

An Lebenslagen und Milieus in Sachsen-Anhalt orientierte strategische Ausrichtung der Digitalisierung; Messbarkeit und wissenschaftlich fundierter Vergleich und Bewertung im bundesweiten und europäischen Kontext.

Laufzeit:

2024 bis 2026

Zu 3.2

Inhalt:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Analyse, Evaluierung, Umsetzungsberatung und anschließende Migration vorhandener IT-Infrastruktur mit dem Ziel, moderne Cloud-Umgebungen zu etablieren, um Synergien beim Betrieb zu heben und durch die Umstellung auch CloudReady Fachanwendungen zu ermöglichen. Mit Verabschiedung der Cloudstrategie des Landes, auf Basis des Themenfeldes 1 insbesondere Ziel 2 und 3 der Digitalstrategie des Landes Sachsen-Anhalt, wird die Notwendigkeit entsprechender Projekte festgestellt. Das Projekt zielt insbesondere auf die optimale Unterstützung der Digital-Strategie des Landes Sachsen-Anhalt sowie die folgenden Aspekte für die Nutzung von Cloud-Lösungen ab.

Das Projekt konzentriert sich auf die Analyse und Evaluierung der Bestands-IT-Architektur und die Beratung zur Ergänzung der aktuellen vor Ort betriebenen IT-Lösungen durch Cloud-Dienste.

Ziel:

Das Projekt soll die Digitalisierung der Verwaltung durch die Migration auf eine moderne IT-Infrastruktur unterstützen und Grundlagen für weitere IT-Architektur-Migrationen legen.

Laufzeit:

2025 bis 2026

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 81

Zu 3.3

Inhalt:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Analyse, Evaluierung, Umsetzungsberatung und technische Konzeption eines Digitalen Zwillings mit dem Ziel, die Basisarchitektur für Digitale Zwillinge des Landes und der Kommunen zu etablieren, um Synergien beim Betrieb zu heben und durch die Umstellung auf die Geobasisdaten eine schnelle Skalierung im Land zu ermöglichen. Das Projekt zielt insbesondere auf die optimale Unterstützung der Digital-Strategie des Landes Sachsen-Anhalt sowie die folgenden Aspekte für die Etablierung des Digitalen Zwillings. Für einen erfolgreichen Projektablauf ist es zwingend notwendig, dass zahlreiche Experten wie beispielsweise Projektmanager, IT-Spezialisten, Geodatenexperten sowie weitere Fachleute ihre Expertise bündeln und zusammenwirken. Durch dieses Expertenwissen soll gewährleistet werden, dass der Aufbau des Digitalen Zwillings unter Berücksichtigung bereits vorhandener Strukturen von Beginn an effizient und synergetisch verlaufen kann.

Ziel:

Das Projekt soll die Digitalisierung der Verwaltung durch die Etablierung und Skalierung eines Digitalen Zwillings in einer modernen IT-Infrastruktur unterstützen.

Laufzeit:

2025 bis 2026

532 81	692	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	225.000	65.000	55.000
			5.552	25.000	25.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			25.000		25.000
2027				25.000	25.000
2028					
2029 ff.					
Summen			25.000	25.000	50.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Umsetzung der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" für das Ministerium und als Ressortkoordinator für die Gesamtstrategie, für die Durchführung von Online- und Präsenz-Workshops sowie für die Dokumentation in Wort und Bild in Online-Medien.

533 81	692	Dienstleistungen Außenstehender	600.000	800.000	800.000
			2.202.112	250.000	250.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		350.000			350.000
2026		225.000	250.000		475.000
2027				250.000	250.000
2028					
2029 ff.					
Summen		575.000	250.000	250.000	1.075.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 81

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Weiterentwicklung und Betrieb eines elektronisches Maßnahmetools	21.747	100.000	0	0
2.	Unterstützungsleistungen für dezentrale Querschnittsprojekte im Bereich des MID in Verbindung mit der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030"	2.180.365	500.000	650.000	650.000
3.	Koordination der Ressortstrategien mit der Gesamtstrategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030"	0	0	150.000	150.000
Zusammen		2.202.112	600.000	800.000	800.000

633 81	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	400.000	500.000	500.000
			0	150.000	150.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		300.000			300.000
2026		200.000	100.000		300.000
2027			50.000	100.000	150.000
2028				50.000	50.000
2029 ff.					
Summen		500.000	150.000	150.000	800.000

637 81	692	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	250.000	300.000	300.000
			0	0	0

671 81	692	Kostenerstattung aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	35.000	70.000
			0	140.000	0

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			70.000		70.000
2027			70.000		70.000
2028					
2029 ff.					
Summen			140.000		140.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Umsetzung der Förderung von Co-Working-Plätzen für das nördliche Sachsen-Anhalt.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

682 81	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	400.000	300.000	300.000
			381.447	100.000	100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		300.000			300.000
2026		200.000	100.000		300.000
2027				100.000	100.000
2028					
2029 ff.					
Summen		500.000	100.000	100.000	700.000

683 81	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	200.000	200.000	200.000
			0	0	0

684 81	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	200.000	200.000	200.000
			0	0	0

685 81	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	450.000	500.000	300.000
			0	150.000	150.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		300.000			300.000
2026		200.000	100.000		300.000
2027			50.000	100.000	150.000
2028				50.000	50.000
2029 ff.					
Summen		500.000	150.000	150.000	800.000

686 81	692	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	700.000	890.000	845.000
			647.224	300.000	300.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026		300.000	200.000		500.000
2027			100.000	200.000	300.000
2028				100.000	100.000
2029 ff.					
Summen		800.000	300.000	300.000	1.400.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
883 81	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
887 81	692	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0 0	0 0	0 0
891 81	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
892 81	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 81	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0 0	0 0	0 0
894 81	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 81			3.775.000	3.890.000 1.215.000	3.745.000 975.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	46.630.000	40.790.000	45.580.000
Gesamteinnahme		46.630.000	40.790.000	45.580.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.175.000	965.000	1.030.000
			375.000	275.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	24.415.000	3.211.400	3.075.600
			1.240.000	700.000
HGr. 7	Baumaßnahmen		0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	55.990.000	47.190.000	65.306.000
			65.000.000	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		81.580.000	51.366.400	69.411.600
Gesamtsumme der VE			66.615.000	975.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-34.950.000	-10.576.400	-23.831.600

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. Allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 14 01.

Erläuterungen:

Das Kapitel 14 03 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Förderbereiche des öffentlichen Straßen- und Schienenpersonennahverkehrs, des Wasserstraßen- und Luftverkehrs sowie des Rad- und Fußverkehrs, die nicht im Kapitel 14 02 veranschlagt sind.

Einnahmen

111 11	791	Verwaltungsgebühren	31.600 7.027	31.600	31.600

Erläuterungen:

Gebühren und Auslagen aller Art, Benutzungsgebühren, Leistungsgebühren, tarifliche Entgelte

Verwaltungseinnahmen auf Grund der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr vom 25. Januar 2011 (BGBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 24. Januar 2024 (BGBl. I Nr. 25):

- Anerkennung und Überprüfung von Überwachungsorganisationen,
- Zustimmung zur Betrauung von Prüfsingenieuren mit der Durchführung der amtlich vorgeschriebenen Fahrzeuguntersuchung,
- Anerkennung als amtlich anerkannter Sachverständiger,
- Anordnung nach § 45 Abs. 6 Straßenverkehrsordnung,
- Erlaubnisse und Ausnahmegenehmigungen nach der Straßenverkehrsordnung und Straßenverkehrszulassungsordnung sowie auf Grund von Maßnahmen (z. B. Ausnahmegenehmigungen) im Bereich des Transports gefährlicher Güter.

111 12	741	Gebühreneinnahmen für die Wahrnehmung der Bahnaufsicht im Auftrag des Landes	170.000 174.818	175.000	175.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 03 Titel 682 12.

Erläuterungen:

Die für Verwaltungshandlungen anfallenden Gebühren sind auf der Grundlage der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der zurzeit geltenden Fassung zu erheben.

Eine Kostendeckung für die Aufgabenwahrnehmung wird durch das Gebührenaufkommen nicht erreicht.

111 13	742	Gebühreneinnahmen für die Prüfung der Eisenbahnbetriebsleiter	1.900 2.050	1.900	1.900

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 03 Titel 671 02.

111 14	729	Prüfungsgebühren für anerkannte Kfz-Sachverständige, Fahrlehrer und Prüfsingenieure	85.000 92.838	85.000	85.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 03 Titel 427 14.

Erläuterungen:

Verwaltungseinnahmen für die Prüfung von Bewerbern als Fahrlehrer, Kfz-Sachverständige und Prüfsingenieure in einer amtlichen Überwachungsorganisation.

Die Höhe der veranschlagten Einnahmen erfolgt unter Berücksichtigung der Ist-Beträge der vergangenen Jahre.

112 01	791	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	500 5.116	500	500

119 41	791	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Bundesmitteln (einschließlich Zinsen)	0 26.009	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 03 Titel 631 41.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 41

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Bundesmitteln aus überzahlten Zuweisungen sowie anfallenden Zinsen im Rahmen der Umsetzung des Sonderprogramms "Stadt und Land" zur Förderung von Investitionen in den Radverkehr gemäß Verwaltungsvereinbarung vom 5. November/22. Dezember 2020.

119 42	741	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln (einschließlich Zinsen)	20.000 41.370	20.000	20.000

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Landesmitteln aus überzahlten Zuweisungen sowie anfallenden Zinsen, insbesondere im Rahmen der Umsetzung des Sonderprogramms "Förderung der Errichtung von Landstromanlagen" gemäß Verwaltungsvereinbarung vom 3. November 2020.

331 01	791	Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Förderung der Errichtung von Landstromanlagen	0 0	0	0

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 03 Titel 892 01.

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2024 sind keine weiteren Förderungen zur Errichtung von Landstromanlagen geplant.

331 02	791	Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Förderung des Radverkehrs	5.514.500 23.400.073	6.662.300	6.799.300

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 03 Titel 883 02.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung Sonderprogramm "Stadt und Land" vom 5. November/ 22. Dezember 2020 gewährt der Bund nach Art. 104 b des Grundgesetzes investive Zuweisungen zur Förderung des Radverkehrs, die in den Jahren bis 2030 kassenwirksam werden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 03 Titel 883 02).

Titelgruppe(n)

63 Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 03 Titelgruppe 63.

Erläuterungen:

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Nahverkehrsleistungen werden die vom Bund bereitgestellten Mittel nach den Bestimmungen des Regionalisierungsgesetzes eingesetzt.

119 63	741	Zinseinnahmen aus nicht zweckentsprechend verwendeten Regionalisierungsmitteln	100.000 28.476	100.000	100.000

129 63	741	Sonstige Einnahmen	5.000 21.700.000	50.000	50.000

231 63	741	Zuweisungen des Bundes zur Finanzierung konsumtiver Ausgaben nach dem Regionalisierungsgesetz	426.082.100 408.067.546	432.572.800	413.957.400

331 63	741	Zuweisungen des Bundes für Investitionen nach dem Regionalisierungsgesetz	62.772.900 74.895.000	62.082.400	88.241.600

359 63	741	Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage zur Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen nach dem Regionalisierungsgesetz - Deckungsmittel für Folgejahre	71.584.200 0	78.323.900	170.524.700

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 359 63

** Eine Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ist nur zulässig, wenn bestehende Zahlungsverpflichtungen des Landes nicht durch die Einnahmen nach dem Regionalisierungsgesetz und durch die Inanspruchnahme von Ausgaberesten der Vorjahre gemäß § 45 Abs. 2 und 4 LHO erfüllt werden können.

Erläuterungen:

Verwendung von Einnahmen aus Vorjahren, die nicht zur Deckung der Ausgaben zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz benötigt wurden.

Zuführungen werden bei Kapitel 14 03 Titel 919 63 verausgabt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	560.544.200	573.129.100	672.873.700

65 Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz für die Umsetzung des Deutschlandtickets

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 03 Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Mit dem 9. Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes stellt der Bund ab dem Jahr 2023 jährlich Bundesmittel in Höhe von 21.700.000 EUR zur Verfügung. Diese Mittel sind zweckgebunden zur Finanzierung des Deutschlandtickets einzusetzen. Die durch den Bund zur Verfügung gestellten Mittel werden bei Kapitel 14 03 Titel 231 65 vereinnahmt und bei den Titeln 633 65 und 683 65 verausgabt.

119 65	741	Zinseinnahmen aus nicht zweckentsprechend verwendeten Regionalisierungsmitteln	0 0	0	0

231 65	741	Zuweisungen des Bundes zur anteiligen Finanzierung der Ausgaben für das Deutschlandticket	21.700.000 0	21.700.000	21.700.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	21.700.000	21.700.000	21.700.000

66 Besondere Maßnahmen der Luftsicherheit

111 66	751	Gebühreneinnahmen gemäß Luftsicherheitsgesetz	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 03 Titelgruppe 66.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

427 14	729	Entschädigungen für nebenamtlich Tätige	75.000	75.000	75.000
			51.207	0	0

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 90 v.H. der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 03 Titel 111 14.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Aufwandsentschädigungen nebenamtlicher und nebenberuflicher Mitglieder der Prüfungsausschüsse für die Prüfung der Bewerber als Fahrlehrer, Kfz-Sachverständiger und Prüflingenieur in einer amtlich anerkannten Überwachungsorganisation.

522 01	741	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

533 01	741	Dienstleistungen Außenstehender	25.000	25.000	25.000
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1	Spezielle Antragsprüfung für Großvorhaben der Straßenbahninfrastruktur des GVFG-Bundesprogramms (Straßenbahnprojekt Halle, 2. Nord-Süd-Verbindung Magdeburg)	0	25.000	25.000	25.000
Zusammen		0	25.000	25.000	25.000

Zu 1.

Inhalt:

Veranschlagt werden Ausgaben für spezielle Antragsprüfungen von ÖPNV-Großvorhaben im Bereich der Straßenbahninfrastruktur des GVFG-Bundesprogramms. Damit wird einer Prüfungsbeanstandung des Bundesrechnungshofes vom 2. Juni 2020 Rechnung getragen, künftig die Antragsprüfung derartiger Vorhaben, die sehr spezielles Fachwissen auf diesem Gebiet erfordert, durch eigenes Personal des Landes vorzunehmen bzw. durch das Land als fachspezifische Dienstleistung zu beauftragen. Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) teilt die Feststellung des Bundesrechnungshofes.

Bezüglich der seit Längerem in der Umsetzung befindlichen Vorhaben ist das Land angehalten, die in der Vergangenheit mit diesen konkreten Vorhaben befassten und für diesen Bereich spezialisierten Unternehmen im Rahmen der weiteren Teilmaßnahmen zu beauftragen.

Die Landesverwaltung kann diese Prüfung auf Grund der fehlenden spezifischen Fachkenntnisse nicht selbst vornehmen.

Ziel:

Vorlage von entscheidungsreifen Anträgen des Landes (bzw. Verkehrsunternehmen, Aufgabenträger, Land) beim BMDV.

Zeitraum:

dauerhaft

631 41	791	Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesfinanzhilfen (einschließlich Zinsen)	0	0	0
			26.009	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-einnahmen bei Kapitel 14 03 Titel 119 41.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 41

Erläuterungen:

Rückzahlung landesseitig nicht verausgabter Bundesmittel im Rahmen der Umsetzung des Sonderprogramms "Stadt und Land" zur Förderung von Investitionen in den Radverkehr.

633 01	741	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte für den Ausbildungsverkehr	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Ausgaben zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA) werden in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 bei Kapitel 14 03 Titel 633 63 nachgewiesen.

633 02	732	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte für die Aus- und Weiterbildung in der Binnenschifffahrt	50.000 0	50.000 200.000	50.000 0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			50.000		50.000
2027			50.000		50.000
2028			50.000		50.000
2029 ff.			50.000		50.000
Summen			200.000		200.000

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/2397 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt ist es zukünftig u. a. notwendig, praktische Prüfungen entweder an Bord eines Ausbildungsfahrzeuges oder eines Schiffssimulators abzulegen. Eine der beiden einzigen Binnenschifferschulen in Deutschland befindet sich in Schönebeck (Elbe). Bislang verfügt jedoch nur die Binnenschifferschule in Duisburg über einen Schiffssimulator. Die Anschaffung und Inbetriebnahme des bislang fehlenden Schiffssimulators ist an der Binnenschifferschule Schönebeck voraussichtlich für 2025 geplant.

Der Schiffssimulator soll zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses in der Binnenschifffahrt und der Erhöhung der Sicherheit und Leichtigkeit im Schiffsverkehr dienen. Dem bereits vorhandenem und weiter zunehmendem Fachkräftemangel im Bereich der Binnenschifffahrt soll damit entgegengewirkt werden. Mittels der Absicherung des notwendigen Fachkräftebedarfs wird zudem der im Koalitionsvertrag verankerten Zielsetzung zur Verlagerung von Gütern auf die Wasserstraße entsprochen.

Da die Anforderungen an Binnenschiffer in den verschiedenen Bereichen (z. B. Digitalisierung, alternative Antriebe, Umweltschutz) kontinuierlich steigen, ist die Aneignung zusätzlichen Fachwissens sowohl in der Ausbildung als auch im Berufsleben elementar. In diesem Rahmen soll die verstärkte Nutzung digitaler Aus- und Weiterbildungsinstrumente (z. B. Simulatoren) unterstützt werden.

Die nach der Inbetriebnahme des Schiffssimulators anfallenden Betriebskosten werden zum Teil durch das Land Sachsen-Anhalt finanziert. Im Detail handelt es sich hier um jährlich wiederkehrende Ausgaben in Höhe von ca. 50.000 EUR für den IT-Supportvertrag des Simulationsherstellers. Diese Ausgaben werden erst nach Anschaffung des Simulators voraussichtlich in dem Jahr 2025 kassenwirksam.

671 01	011	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	77.300 25.850	205.000 160.000	262.800 0

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	125.000				125.000
2026	102.800		160.000		262.800
2027	64.100				64.100
2028	29.200				29.200
2029 ff.	12.500				12.500
Summen	333.600		160.000		493.600

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen und Zuweisungen zur Förderung der Verbesserung der Mobilitätsangebote	25.850	77.300	125.000	102.800
2.	Umsetzung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Landesverkehrswacht	0	0	80.000	160.000
Zusammen		25.850	77.300	205.000	262.800

Zu 1.

Veranschlagt sind Ausgaben zur Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen und Zuweisungen zur Förderung der Verbesserung der Mobilitätsangebote.

Zu 2.

Veranschlagt sind ab dem Haushaltsjahr 2025 Ausgaben für die Umsetzung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Landesverkehrswacht.

671 02	742	Erstattungen der Auslagen für die Prüfung der Eisenbahnbetriebsleiter an das Eisenbahn-Bundesamt	1.900 1.850	1.900 0	1.900 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 14 03 Titel 111 13.

Erläuterungen:

Die Abnahme der Prüfung zum Eisenbahnbetriebsleiter erfolgt durch das Eisenbahn-Bundesamt. Das Land Sachsen-Anhalt setzt die Kosten der Prüfungszulassung insgesamt fest. Die Auslagen der Abnahme der Prüfung werden an das Eisenbahn-Bundesamt erstattet.

671 03	742	Erstattungen an nicht bundeseigene öffentliche Eisenbahnen gemäß § 16 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes hinsichtlich höhengleicher Kreuzungen mit den Bundesstraßen nachgeordneten Straßen	1.900.000 1.576.089	1.600.000 0	1.600.000 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Gemäß § 16 Abs. 1 und Abs. 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) hat das Land den nicht bundeseigenen öffentlichen Eisenbahnen Belastungen und Nachteile auszugleichen, die sich u. a. aus den Aufwendungen für die Erhaltung von höhengleichen Kreuzungen mit öffentlichen Straßen gemäß § 3 Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA) ergeben, wenn die Eisenbahnen für mehr als die Hälfte der Aufwendungen aufkommen. Dazu gehören auch Ausgleichszahlungen für die den öffentlichen Eisenbahnen auferlegten Mehraufwendungen bei den Ruhegehältern und Renten gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. Abs. 2 Satz 2 AEG.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

682 12	741	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	925.400 784.934	813.800 0	823.700 0

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 03 Titel 111 12.

Erläuterungen:

Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Luftaufsicht	578.820	253.400	191.800	201.700
2. Eisenbahnaufsicht	206.114	672.000	622.000	622.000
Zusammen	784.934	925.400	813.800	823.700

Zu 1. Luftaufsicht

Gemäß § 29 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) in der zurzeit geltenden Fassung ist das Land verpflichtet, die Luftaufsicht zu stellen. Dies erfolgt durch die Beauftragung an entsprechendes Personal der jeweiligen Flugplatzunternehmer. Dafür wird den Flugplatzbetreibergesellschaften entsprechend der Richtlinie nFl I - 170/01 des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) ein Zuschuss gewährt.

Zu 2. Eisenbahnaufsicht

Veranschlagt sind Aufwendungen des Landes für die technische Aufsicht über die nicht bundeseigenen Eisenbahnen und Straßenbahnen.

686 01	791	Zuschüsse zur Stärkung des Logistikstandortes Sachsen-Anhalt durch Vereine und andere Institutionen	15.000 3.735	15.000 0	15.000 0

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Hierunter fallen Maßnahmen, die insbesondere durch Vereine und Institutionen mit dem Ziel der Verkehrsverlagerung auf Schiene und Wasserstraße stattfinden, aber auch die Auslobung eines Transferpreises für Mobilität und Logistik für studentische Arbeiten mit Bezug zum Logistikstandort Sachsen-Anhalt bzw. die Durchführung einer Logistik Challenge als Maßnahme zur Berufsorientierung für Schüler und Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt.

686 02	729	Zuschüsse an Organisationen für Maßnahmen der Unfallverhütung	1.153.700 1.060.701	1.001.500 1.929.000	1.003.200 0

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	365.000	278.000			643.000
2026	365.000	278.000			643.000
2027	365.000	278.000			643.000
2028	365.000	278.000			643.000
2029 ff.			1.929.000		1.929.000
Summen	1.460.000	1.112.000	1.929.000		4.501.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 02

Erläuterungen:

Für Maßnahmen zur Unfallverhütung werden der Landesverkehrswacht Sachsen-Anhalt e. V. und anderen Organisationen Zuschüsse nach Maßgabe des Haushalts ohne Anerkennung einer Rechtspflicht (§ 3 Abs. 2 LHO) gewährt. Die Landesmittel werden im Rahmen der Projektförderung als freiwillige Leistung durch jährliche Zuwendungsbescheide auf Antrag und in Übereinstimmung mit dem vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales aufgestellten und weiterzuentwickelnden Verkehrssicherheitskonzept oder -programm zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere für gefährdete Zielgruppen, wie Kinder, Senioren oder Behinderte, bewilligt.

Des Weiteren sind hier die Maßnahmen im Rahmen des PEER-Projekts an Fahrschulen (Prävention alkohol- und drogenbedingter Verkehrsunfälle 18- bis 25-jähriger Fahrer) sowie Mittel für das landesweite Projekt "Schulweghelfer" veranschlagt.

Schließlich werden Maßnahmen zur Verkehrserziehung von Flüchtlingen sowie zur Förderung von örtlichen Jugendverkehrsschulen veranschlagt.

686 03	742	Zuschüsse zur Förderung technischer Denkmäler	315.000	320.000	355.100
			243.767	150.000	320.000

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026		50.000	100.000		150.000
2027			50.000	270.000	320.000
2028				50.000	50.000
2029 ff.					
Summen		150.000	150.000	320.000	620.000

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt fördert technische Denkmäler im Sinne des Denkmalschutzgesetzes (Liste 40 gefährdeter Denkmäler/Industriedenkmäler in Sachsen-Anhalt vom 6. März 2008) oder andere gleichwertige technische Denkmäler mit verkehrlichem Bezug, die im Landesinteresse erhaltenswürdig sind. Vorrangig werden technische Denkmäler gefördert, die mit dem Schienenverkehr in Verbindung stehen (z. B. Lokomotiven, Kleinbahnwagen, Lokschruppen, Straßenbahnen) sowie andere dem Transport dienende technische Denkmäler (z. B. Schiffshebewerk). In begründeten Einzelfällen erstreckt sich die Förderung auf technische und industrielle Gegenstände, die der Geschichts- und Traditionspflege dienen.

883 01	741	Zuweisungen für Investitionen im Öffentlichen Personennahverkehr an kommunale Baulastträger	16.076.300	14.700.000	14.700.000
			14.614.823	0	0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 14 03 Titel 891 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszweckes auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 01

Erläuterungen:

Leistungen des Landes auf Grund § 8b Abs. 3 ÖPNVG LSA.

Es handelt sich um komplementäre Maßnahmen zum Bundesprogramm nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Die Bundesmittel sind im Kapitel 14 02 Titelgruppe 61 veranschlagt.

Für den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr standen 2019 letztmalig Entflechtungsmittel, die im Kapitel 14 02 veranschlagt waren, zur Verfügung. Ab 2020 werden die weggefallenen Entflechtungsmittel durch die Erhöhung des Landesanteils am Umsatzsteueraufkommen kompensiert. Diese Mittel sind im Kapitel 14 03 Titel 883 01 veranschlagt.

883 02	791	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Radverkehrsvorhaben	5.514.500 23.400.073	6.662.300 2.797.000	6.799.300 0

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 03 Titel 331 02.

** Verpflichtungen dürfen ohne Einwilligung des MF eingegangen werden.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		6.662.200			6.662.200
2026		6.240.700	558.600		6.799.300
2027		5.924.700	562.600		6.487.300
2028		5.632.200	558.600		6.190.800
2029 ff.			1.117.200		1.117.200
Summen		24.459.800	2.797.000		27.256.800

Erläuterungen:

Auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung Sonderprogramm "Stadt und Land" gewährt der Bund nach Artikel 104 b des Grundgesetzes investive Zuweisungen in die Radverkehrsinfrastruktur, die bei Kapitel 14 03 Titel 331 02 vereinnahmt werden. Insgesamt stehen dem Land Sachsen-Anhalt in den Jahren 2024 bis 2030 rund 32,8 Mio. EUR zur Verfügung. Die Komplementärfinanzierung erfolgt durch die jeweiligen Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die Investitionszuweisungen sind Bestandteil des Klimaschutzprogrammes 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 und sollen die Radverkehrsinfrastruktur verbessern, d. h. deren Attraktivität und Sicherheit erhöhen sowie einen Beitrag zur Schaffung durchgängiger Netze leisten. Ziel ist, sowohl in urbanen als auch in ländlichen Räumen das Fahrradfahren sicherer und attraktiver für die Radfahrenden zu gestalten und einen Umstieg vom Kfz auf das Fahrrad zu erreichen.

891 01	741	Zuschüsse für Investitionen im Öffentlichen Personennahverkehr an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 03 Titel 883 01.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 01

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszweckes auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Leistungen des Landes auf Grund § 8b Abs. 3 ÖPNVG LSA.

Für den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr standen 2019 letztmalig Entflechtungsmittel, die im Kapitel 14 02 veranschlagt waren, zur Verfügung. Seit 2020 werden die weggefallenen Entflechtungsmittel durch die Erhöhung des Landesanteils am Umsatzsteueraufkommen kompensiert. Diese Mittel sind im Kapitel 14 03 Titel 883 01 veranschlagt. Der Titel 891 01 wird vorsorglich als Leertitel eingerichtet.

892 01	791	Zuweisungen für Investitionen zur Förderung der Errichtung von Landstromanlagen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Ist-Einnahmen bei Kapitel 14 03 Titel 331 01.

Erläuterungen:

Auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung "Förderung zur Errichtung von Landstromanlagen" hat der Bund bis 2023 Zuweisungen für die Förderung des Neu- und Ausbaus von Landstromanlagen an Liegeplätzen der See- und Binnenschifffahrt gewährt. Die Zuweisungen wurden bei Kapitel 14 03 Titel 331 01 vereinnahmt und komplementär durch das Land (50 v. H.) finanziert. Mit der investiven Förderung sollte der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Hafenwirtschaft und den Herausforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes im Schiffsverkehr und in den Häfen Rechnung getragen werden.

Ab dem Haushaltsjahr 2024 sind keine weiteren Förderungen zur Errichtung von Landstromanlagen geplant.

892 02	729	Zuweisungen für Investitionen zur Förderung der Errichtung von Wasserstofftankstellen (HRS)	239.000	0	0
			0	0	0

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO können Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abgesetzt werden.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszweckes auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die seitens des Bundes ab 2024 geplante Förderung von öffentlich zugänglichen Wasserstofftankstellen (HRS) im Straßenverkehr mit dem Schwerpunkt Schwerlastfahrzeuge wird nicht umgesetzt.

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 70 v. H. (nachrichtlich: nicht über Landeshaushalt)	0	557.500	0	0
2.	Anteil Land 30 v. H.	0	239.000	0	0
Zusammen		0	796.500	0	0

Titelgruppe(n)

61 **Umsetzung von ÖPNV-Infrastrukturprojekten im Zusammenhang mit großen Unternehmensansiedlungen**

Übertragbar

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen aller Ausgabetitel der Titelgruppe sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

522 61	741	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

533 61	741	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

682 61	741	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Im Zusammenhang mit der großen Unternehmensansiedlung ist die Umsetzung von Bau und Betrieb der Infrastruktur im S-Bahn-Bereich sowie der Betrieb zusätzlicher Angebote im Kontext interkommunaler High-Tech-Park (HTP) geplant. Für den Pendlerverkehr ist es beabsichtigt, einen Anteil der Verkehre des Umweltverbundes (ÖPNV und Radverkehr) von ca. 25 % zu erreichen. Des Weiteren soll das Regionalverkehrsangebot, insbesondere im S-Bahn-Netz, reorganisiert und optimiert werden.

883 61	741	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Gebietskörperschaften für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

892 61	741	Zuschüsse für Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
				0	0

62 Zuweisungen und Zuschüsse für ein Azubi-Ticket

Übertragbar

** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen aller Ausgabetitel der Titelgruppe sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet und Verpflichtungen eingegangen werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel oder Verpflichtungsermächtigungen für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe wurde die anteilige Finanzierung eines Jahrestickets für Auszubildende abgebildet.

Die Verkehrsunternehmen des SPNV und die Aufgabenträger des ÖPNV erhalten dafür einen finanziellen Ausgleich der durch Mindereinnahmen entstehenden Kosten.

Auf Grund der Einführung eines vergünstigten Deutschlandtickets zum 01.05.2023 wird von der Weiterführung eines konkurrierenden Azubi-Tickets bis auf Weiteres abgesehen.

633 62	741	Zuweisungen an die Aufgabenträger	0	0	0
			0	0	0
682 62	741	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
683 62	741	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0
				0	0

63 Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 14 03 Titelgruppe 63.

** Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Nahverkehrsleistungen werden die vom Bund bereitgestellten Mittel nach den Bestimmungen des Regionalisierungsgesetzes eingesetzt.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Anteil Land 0 v. H.	0	0	0	0
2. Anteil Bund 100 v. H.	483.743.131	560.544.200	573.129.100	672.873.700
Zusammen	483.743.131	560.544.200	573.129.100	672.873.700

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

522 63	741	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

633 63	741	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften (Landkreise, kreisfreie Städte) für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)	102.395.900	103.275.100	104.408.000
			105.600.764	17.600.000	18.500.000

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	70.600	19.440.000			19.510.600
2026	70.600	1.174.000	17.600.000		18.844.600
2027	70.600	996.200		18.500.000	19.566.800
2028		867.000			867.000
2029 ff.		656.000			656.000
Summen	211.800	23.133.200	17.600.000	18.500.000	59.445.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Konsumtiver Anteil der Zuweisungen für die Gewährleistung des ÖPNV durch kommunale Aufgabenträger auf der Grundlage von § 8a Abs.4 ÖPNVG	49.990.161	54.143.700	54.689.700	55.382.400
2.	Finanzierung des Ausbildungsverkehrs nach § 9 ÖPNVG	31.000.000	31.000.000	31.000.000	31.000.000
3.	Fortführung des ÖPNV Landesnetzes	16.702.228	16.600.000	17.100.000	17.600.000
4.	Zuweisungen gem § 8b Abs. 2 ÖPNVG	97.900	220.600	220.600	220.600
5.	Tarifausgleiche für Verkehrsverbünde (ÖPNV-Anteil)	226.098	431.600	264.800	205.000
6.	Azubi-Ticket	813.600	0	0	0
7.	9-Euro-Ticket	-95.882	0	0	0
8.	ÖPNV-Rettungsschirm (Bundesanteil)	-845.151	0	0	0
9.	Rückzahlung Regionalisierungsmittel	-216.364	0	0	0
10.	Deutschlandticket	7.928.174	0	0	0
Zusammen		105.600.764	102.395.900	103.275.100	104.408.000

Für folgende Maßnahmen sind Verpflichtungsermächtigungen (VE) veranschlagt:

Nr.	Art der Leistung	VE 2025 EUR	VE 2026 EUR
1.	ÖPNV-Landesnetz Bus	17.600.000	18.500.000
Zusammen		17.600.000	18.500.000

682 63	741	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	12.399.000	13.373.000	14.100.000
			18.938.732	200.000	1.070.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 63

Übertragbar

** Umsetzung von Kapitel 14 03 Titel 533 63 und Titel 534 63.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	278.500	250.000			528.500
2026	278.500		200.000		478.500
2027	278.500			450.000	728.500
2028	50.000			200.000	250.000
2029 ff.				420.000	420.000
Summen	885.500	250.000	200.000	1.070.000	2.405.500

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausgleich von anfallenden Negativzinsen	0	0	0	0
2.	Vertrags- und Ausschreibungsmanagement davon	1.669.627			
2.1	Wartungsverträge für die Datenbanksysteme ivu.control und ivu.locate und Erweiterungen des Systems		227.000	130.000	132.000
2.2	Verkehrserhebungen, Qualitätskontrollen, Kundenzufriedenheit, Beschwerdemanagement		145.000	180.000	145.000
2.3	Vertragsmanagement, juristische Unterstützung im Bereich Verkehrsverträge und Ausschreibungen Fahrzeugcontrolling, elektronische Vergaben		1.304.000	1.000.000	850.000
2.4	Neuerstellung und Umsetzung des ÖPNV-Planes		244.000	50.000	50.000
2.5	Fahrplanstudien, Durchführung verkehrsplanerischer Prognoserechnungen, Machbarkeitsuntersuchungen S- Bahn Netz und Machbarkeitsuntersuchungen Stationen		100.000	100.000	100.000
3.	Machbarkeitsstudien und Nutzen- / Kostenuntersuchungen für Infrastrukturvorhaben sowie zur Umgestaltung und Optimierung von Verkehrsnetzen, Machbarkeitsstudien von Vorhaben des Förderprogramms Revita, des Bahnhofs- und Schnittstellenprogramms und des IVS-Rahmenplanes	74.400	390.000	350.000	350.000
4.	INSA/Rufbus/DELFI	143.750	280.000	280.000	285.000
5.	Planerische Leistungen	185.924	400.000	400.000	350.000
6.	Zuschuss an die NASA	7.467.314	9.309.000	10.883.000	11.838.000
7.	Azubi-Ticket	9.514.410	0	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 63

8.	Rückzahlungen Regionalisierungsmittel	-116.693	0	0	0
Zusammen		18.938.732	12.399.000	13.373.000	14.100.000

Zu 2.

Veranschlagt sind Ausgaben, die mit der Planung, Steuerung und Verwaltung der Verkehrsverträge zusammenhängen. Dies betrifft u. a. die Erstellung des ÖPNV-Plans, die Finanzierung der Vergabekosten (z. B. Softwareanpassungen), der Verkehrserhebungen, des Abrechnungssystems ivu.control sowie Aufwendungen im Fall von Rechtsstreitigkeiten. Konkrete Vorhaben sind: Fahrplanstudien, Durchführung verkehrsplanerischer Prognoserechnungen, Machbarkeitsuntersuchungen zu den Themen "S-Bahn Netz" und "Stationen".

Zu 2.3

Inhalt:

Mit der Inanspruchnahme von externen Rechtsberatungen werden kurzfristige, juristische Bearbeitungen von komplexen und facettenreichen Vertragsangelegenheiten in Bezug auf die SPNV-Verkehrsverträge sichergestellt. Diese betreffen eine Vielzahl von speziellen, zum Teil ineinander übergreifenden Rechtsgebieten (u. a. Vergaberecht im Bereich ÖPNV, Insolvenzrecht, Wirtschaftsrecht, Steuerrecht und Gesellschaftsrecht), die insbesondere auch eine entsprechende Fachexpertise erfordern. Des Weiteren wird die Übernahme der SPNV-Fahrzeuge durch das Land und damit der Aufbau eines Landesfahrzeugpools erwogen. Im Vorfeld dessen sind Sachverhaltserklärungen und Untersuchungen technischer, wirtschaftlicher, organisatorischer und juristischer Art durchzuführen. Für den Großteil dieser Untersuchungen ist die Beauftragung von externen fachlichen Beratungsleistungen erforderlich.

Ziel:

Abschluss eines Rahmenvertrages für Rechtsberatungen in Bezug auf das SPNV-Vertragsmanagement sowie die Sicherstellung der Umsetzung der SPNV-Verkehrsverträge.

Laufzeit:

2023 - 2026

Die Neuausschreibung ist für 2026 geplant (Zeitraum: 2027 - 2030).

Zu 2.4

Inhalt:

Mit Hilfe des Landesverkehrsmodells werden Prognosen zur Entwicklung der Verkehrsnachfrage aufgrund der absehbaren Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie unter Zugrundelegung verschiedener Entwicklungen der Infrastruktur und des Verkehrsangebotes durchgeführt. Für die Erarbeitung der Verkehrsprognosen sind folgende Grunddaten notwendig:

- a) Strukturdaten (Einwohnerzahl, Schüler- und Schulplatzzahlen, Berufstätige an Wohn- und Arbeitsort usw.)
- b) Empirische Daten zu Mobilitätskennziffern (Verkehrszwecke, Wegehäufigkeiten, Zeitaufwände für Wege etc.)
- c) Empirische Daten zum Verkehrsmittelwahlverhalten
- d) Empirische Daten zur heutigen Nutzung der Verkehrsträger im Netz (Netzbelastung, ggf. Darstellung von Quelle-Ziel-Beziehungen)

Dabei werden in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt die dort vorhandenen Daten genutzt. Insbesondere die Daten aus b) und c) werden heute aus bundesweiten Erhebungen des Systems repräsentativer Verkehrserhebungen (SrV) und Mobilität in Deutschland entnommen.

Ziel:

Die Ergebnisse bilden die Grundlage für Investitionsentscheidungen sowie für die Entwicklung der Finanzmittel im Bahn-Bus-Landesnetz. Weiterhin bildet das Landesverkehrsmodell eine Grundlage für die Fortschreibung des ÖPNV-Plans.

Laufzeit:

2022 - 2028

Zu 3.

Veranschlagt sind Ausgaben für u. a. die Erstellung von Machbarkeitsstudien, Nutzen-Kosten-Untersuchungen für Infrastrukturvorhaben sowie für die Umgestaltung und Optimierung von Verkehrsnetzen. Weiterhin vorgesehen sind Machbarkeitsstudien für die Vorhaben des Förderprogramms Revita, die Vorhaben des Bahnhof- und Schnittstellenprogramms und des IVS-Rahmenplanes.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 63

Zu 4.

Das landesweite Nahverkehrsinformationssystem INSA ist im Internet verfügbar und bietet durchgängige Fahrplanauskünfte für Bahn und Bus in Sachsen-Anhalt, im sächsischen Teil des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) sowie im bundesweiten Bahnverkehr an.

INSA dient dem Abbau von Zugangshemmnissen durch Verbesserung der Fahrgastinformation zu den Angeboten des SPNV sowie des ÖSPV (inklusive flexibler Bedienformen) und leistet somit im Wesentlichen Unterstützung bei der Optimierung der Verkehrsangebote im Land Sachsen-Anhalt mit dem Ziel eines intelligenten Verkehrsträgermixes. Diese Fahrgastinformationen werden auf verschiedenen konventionellen und innovativen Wegen zur Verfügung gestellt (Internet, Callcenter, Mobiltelefon, dynamische Anzeigen an Haltestellen). Darüber hinaus stehen diese den Kunden (insbesondere an ländlichen Haltestellen) und den Unternehmen auch als Echtzeitinformation zur Verfügung. Als Grundlage für ein landesweites Verkehrsmanagement sind Erweiterungen erforderlich.

DELFI ist eine durchgängige elektronische Fahrgastinformation, die sowohl den technologischen als auch den organisatorischen Rahmen für eine einheitliche Routenberechnung im öffentlichen Personenverkehr darstellt. Mit diesem Kooperationsnetzwerk aller Bundesländer und weiterer Partner werden technische Voraussetzungen zur Auskunftserteilung länderübergreifender Reiseketten geschaffen.

Zu 5.

Veranschlagt sind Ausgaben für:

- a) Verträge für die Wartungs- und Supportleistungen für verschiedene Softwarebausteine und IT-Dienstleistungen zur Entwicklung und Wartung sowie Reengineering von Software und Anbindung externer Datenquellen an die interne IT-Systemlandschaft der NASA GmbH,
- b) Mitgliedsbeiträge,
- c) Zugriffsrechte und diverse Daten des Statistischen Landesamtes bzw. des Bundesamtes für Statistik,
- d) die Bewertung von Planungsunterlagen ausgewählter SPNV-Zugangsstellen bezüglich der Berücksichtigung der Belange der Barrierefreiheit,
- e) Verkehrsplanerische Untersuchungen: ÖPNV-Konsolidierungskonzepte der Landkreise

Zu 6.

Mit einem Vertrag zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der NASA GmbH sind Managementaufgaben, insbesondere im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV), auf die NASA GmbH übertragen worden. Für diese treuhänderische Aufgabenerledigung erhält die NASA GmbH vom Land Mittel für vertraglich vereinbarte Leistungen nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes.

In Umsetzung befindet sich eine Weiterentwicklung der NASA GmbH zur Mobilitätskompetenzstelle für den ÖPNV und in den Bereichen Intelligenter Verkehrssysteme. Auch mit Blick auf die Herausforderungen der künftigen Mobilität vor dem Hintergrund von Digitalisierung, Klimaschutz, Schadstoffminimierung sowie die in Tiefe und Breite gestiegenen Anforderungen an die Planung, Bestellung und Finanzierung des SPNV hat die NASA GmbH in Abstimmung mit dem Gesellschafter und mit der Fachabteilung ein Konzept "Weiterentwicklung NASA" aufgestellt. Dies folgt neben den o. g. Aspekten auch dem Ziel, aktuell dauerhaft extern vergebene Aufträge nach Möglichkeit zu internalisieren, auch um Fachkompetenz dauerhaft im Land Sachsen-Anhalt anzusiedeln bzw. nutzbar zu machen. Auch künftig gilt es, dieses Konzept weiteren Aufgabenstellungen und vertieften Anforderungen anzupassen und fortzuschreiben.

Für folgende Maßnahmen sind Verpflichtungsermächtigungen (VE) veranschlagt:

Nr.	Art der Leistung	VE 2025 EUR	VE 2026 EUR
1.	Vertrags- und Ausschreibungsmanagement	0	820.000
2.	planerische Leistungen	200.000	250.000
Zusammen		200.000	1.070.000

683 63	741	Zuschüsse für laufende Zwecke des ÖPNV - insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)	381.226.400 294.772.581	393.324.100 249.133.500	466.124.100 3.847.022.400

Übertragbar

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 63

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	359.476.800	18.806.600			378.283.400
2026	390.034.700	18.052.000	56.638.500		464.725.200
2027	400.438.400	18.380.400	32.005.700	39.761.600	490.586.100
2028	407.618.700	18.848.400	32.644.800	38.970.000	498.081.900
2029 ff.	4.653.654.600	67.463.700	127.844.500	3.768.290.800	8.617.253.600
Summen	6.211.223.200	141.551.100	249.133.500	3.847.022.400	10.448.930.200

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Zuschüsse für laufende Zwecke im ÖPNV	272.721.565	365.087.200	377.736.300	449.986.000
2.	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Harzer Schmalspurbahn (HSB*) (Umsetzung des Verkehrsvertrages mit der HSB seit 2021)	8.393.265	9.245.100	9.480.000	9.850.000
3.	Tarifausgleich für Verkehrsverbünde (SPNV-Anteil)	75.303	660.000	205.000	207.000
4.	INSA Call-Center	320.800	310.000	356.000	372.000
5.	Betrieb und Umsetzung IVS und Mobilitätsportal	349.926	2.000.000	2.300.000	2.695.000
5.1	Einführung von herstellernabhängigen standardisierten Modulen für die elektronische Kontrolle von Fahrausweisen				
5.2	Anschluss landesweiter Tarifserver an das Buchungssystem (BuBe)				
5.3	Öffnung des Buchungssystems (BuBe) für Apps Dritter				
6.	Zukunftsfonds	509.362	1.673.600	950.000	700.000
6.1	Landesweites digitales Schließ- und Buchungssystem für Radabstellplätze an Zugangsstellen des Bahn-Bus-Landesnetzes				
6.2	Machbarkeitsstudie mit Variantenuntersuchung für die Errichtung von Operations Control Centers (OCC) in Sachsen-Anhalt als Voraussetzung für das automatisierte Fahren im ÖSPV				
6.3	BMDV-Initiative "Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV" (StadtLand+und Harzbewegt)				
6.4	Automatisiertes Fahren im SPNV				
7.	Fahrgastinformation/ Imagekampagne ÖPNV	1.695.548	1.800.000	1.800.000	1.800.000
8.	Corona-Rettungsschirm SPNV	21.379.580	0	0	0
9.	Beitrag Deutschlandtarifverbund GmbH	17.788	50.000	122.000	124.100
10.	Zuschuss sonstige Projekte	155.756	300.500	274.800	290.000
11.	Azubi-Ticket	29.056	0	0	0
12.	Rückzahlungen Regionalisierungsmittel	-3.421.906	0	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
13.		Deutschlandticket	-7.457.744	0	0
14.		Fachzentrum moderne Mobilität	4.282	100.000	100.000
Zusammen			294.772.581	381.226.400	393.324.100

noch zu 683 63

*) Weitere Zuschüsse an die HSB sind im Kapitel 1403 Titel 892 63 veranschlagt.

Zu 4.

Die NASA GmbH betreibt im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt und in Kooperation mit den beteiligten Verkehrsunternehmen sowie dem Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) das landesweite Nahverkehrsinformationssystem "INSA". Grundlage dafür ist der ÖPNV-Plan für Sachsen-Anhalt. INSA ist seit April 2001 unter anderem verfügbar als landesweite Telefonauskunft. Der bestehende Vertrag mit dem Betreiber der Telefonauskunft soll verlängert und spätestens nach Ablauf der möglichen Vertragsverlängerung in 2026 neu ausgeschrieben werden.

Zu 5.

Veranschlagt sind Ausgaben für Verträge für die Wartungs- und Supportleistungen verschiedener Softwarebausteine, für die Begleitung der Einführung von rechnergestützten Betriebsleitsystemen (RBL) im Regionalverkehr, für die landesweite Nutzung des Handytickets, für die Wartung des landesweiten Check-In-Be-Out-Systems, die Umsetzung von Handyticketfunktionen und Chipkarte.

In den Jahren 2022 / 2023 wurde eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des INSA-Gesamtsystems durchgeführt. Im Ergebnis ist die Neuausschreibung des Teil-Systems "INSA-RBL" (ITCS) vorgesehen. Die Neuausschreibung des INSA-RBLs soll fachlich durch ein Ingenieurbüro unterstützt werden.

Für die im Rahmen der EFRE-Förderung in der Umsetzung befindlichen Projekte Entwicklung eines Buchungssystems sowie der entsprechenden Benutzeroberflächen für den Erwerb von elektronischen Fahrausweisen für die Auskunftssysteme INSA und Mobilitätsportal (BuBe) sind für die Dauer der Zweckbindungsfrist von 5 Jahren Mittel für die Systemwartung zu planen. Für die Gewährleistung der dynamischen Fahrgastinformation im ländlichen Raum sind die notwendigen Betriebskosten zu veranschlagen. Dies ist notwendig für den Betrieb von Regio-DFI und von Standard-DFI-Anlagen. Mit den Standard-DFI ist es möglich den Fahrgästen eine hohe Qualität an Echtzeit-Abfahrtsinformationen und Störungsinformationen an zentralen Umsteigepunkten im Land Sachsen-Anhalt bereitzustellen.

Zu 5.1

Inhalt:

Die Haushaltsmittel sind für die Entwicklung von herstellerunabhängigen standardisierten Modulen für die elektronische Kontrolle von Fahrausweisen für Tarifinhaber (Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbünde) in Sachsen-Anhalt vorgesehen. Damit kann die Beschaffung von Vertriebstechnik im ÖPNV vereinfacht und die Einführung elektronischer Ticketingsysteme unterstützt werden. Die Beauftragung der Entwicklung erfolgt vorbehaltlich der finanziellen Beteiligung der Tarifinhaber.

Ziel:

Durch die Einführung von herstellerunabhängigen standardisierten Modulen für die elektronische Kontrolle von Fahrausweisen kann eine Automatisierung der elektronischen Kontrolle von digitalen Fahrscheinen (Handyticket und Chipkarte) vorangetrieben werden.

Laufzeit:
2025-2027

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 63

Zu 5.2

Inhalt:

Das im Rahmen des EFRE-Projektes BuBe angeschaffte Buchungssystem für elektronische Tickets über die INSA-App basiert derzeit auf den vom Hersteller entwickelten Tarifmodulen. Zum Vorantreiben der Standardisierung wird im Zuge des Projekts landesweite Tarifauskunft ein zentraler Tarifserver beschafft. Dieser soll im Zielzustand sämtliche in Sachsen-Anhalt existierende ÖPNV-Tarife in digitaler Form beinhalten und zur Auskunftserteilung zur Verfügung stehen. Durch den landesweiten Tarifserver sollen die herstellereinspezifischen Tarifmodule abgelöst werden. Hierfür soll das Buchungssystem an den zu beschaffenden landesweiten Tarifserver angeschlossen werden. Mit dieser Verfahrensweise wird sichergestellt, dass das Buchungssystem auf Basis einer herstellerunabhängigen Tarifquelle arbeitet.

Ziel:

Durch die Umstellung wird ein tarifübergreifender Vertrieb im Projekt Mitteldeutschland mobil (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) sowie weiterer Nachbarbundesländer möglich.

Laufzeit:

2025-2031

Zu 5.3

Inhalt:

Das Buchungssystem (BuBe) ist bisher nur in den Benutzeroberflächen INSA und Mobilitätsportal verfügbar. Um das Buchungssystem auch anderen Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt mit eigenen Apps zur Verfügung stellen zu können, muss der Dienstleister Hacon das Buchungssystem für Apps Dritter öffnen. Hierfür muss Hacon eine Schnittstelle für Dritte entwickeln. Eine Öffnung des Buchungssystems sorgt für Synergieeffekte in Sachsen-Anhalt, da im Land ansässige Verkehrsunternehmen ihre Apps behalten und nur um eine Handyticketfunktion erweitern können. Weiterhin wird dadurch die digitale Vernetzung und der Ausbau des E-Ticketings im Land Sachsen-Anhalt vereinfacht.

Ziel:

Eine Öffnung des Buchungssystems sorgt für Synergieeffekte in Sachsen-Anhalt, da im Land ansässige Verkehrsunternehmen ihre Apps behalten und nur um eine Handyticketfunktion erweitern können.

Laufzeit:

2025-2031

Zu 6.

Veranschlagt sind Ausgaben für den pilothaften Einsatz von Bussen mit Brennstoffzellenantrieb im Linienbetrieb von Verkehrsunternehmen, für den Testeinsatz von autonomen Shuttles sowie für die Untersuchung zum automatisierten Fahren im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr.

Zu 6.1

Inhalt:

Derzeit sind die meisten gesicherten Abstellplätze für Fahrräder (Fahrradboxen und Sammelschließanlagen) an den Bahnstationen des Landes mit herkömmlichen Schließsystemen ausgestattet. Meist ist ein Schlüssel in der jeweiligen Gemeindeverwaltung abzuholen. Zukünftig sollen derartige Anlagen in Sachsen-Anhalt mit einem zeitgemäßen, landesweit einheitlichen, digitalen System ausgestattet werden, sodass eine Buchung des Stellplatzes unmittelbar durch die Nutzenden vor Ort geschehen kann. Vorgesehen ist die Beauftragung eines externen Dienstleisters durch die NASA GmbH.

Ziel:

Mit dem beschriebenen Vorhaben werden Festlegungen aus dem Koalitionsvertrag 2021 - 2026 umgesetzt, wonach für einen zukunftsfähigen Radverkehr moderne Fahrradabstellanlagen erforderlich sind und im Rahmen des Schnittstellenprogramms gesicherte Fahrradstellplätze an Bahnhöfen sowie bedeutenden Haltestellen ausgebaut werden sollen.

Laufzeit:

2025-2029

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 63

Zu 6.2

Inhalt:

Die Einrichtung von Operations Control Center (OCC) ist Voraussetzung für das automatisierte Fahren ab SAE-Level 4 im ÖSPV. OCC dienen der Überwachung und Steuerung von automatisierten Fahrzeugen und sind für den Betrieb ohne Bedienpersonal im Fahrzeug unerlässlich. Im Rahmen dieser Studie sollen die unterschiedlichen und komplexen Anforderungen (u. a. betriebliche, technische, infrastrukturelle, wirtschaftliche, sicherheitstechnische und personelle Aspekte) betrachtet und Umsetzungsvarianten gegenübergestellt werden. Die Studie greift damit die Zielstellungen des ÖPNV-Planes (Auswirkungen des autonomen Fahrens) auf und ordnet sich in die Zielsetzungen des IVS-Rahmenplanes ein. Darüber hinaus erhebt die Studie auch den Anspruch, einen Handlungsleitfaden zur Einrichtung und zum Betrieb von OCC für Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger im Land zu bieten.

Ziel:

Umsetzung der Klimaschutzziele

Laufzeit: 2024 -2026

Zu 6.3

Inhalt und Ziel:

Das seitens des Bundes geförderte Innovationsprojekt STADTLand+ (Mitteldeutschland vernetzt) und Harzbewegt dient der Stärkung des ÖPNV im Land Sachsen-Anhalt. Die Förderrichtlinie "Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV" vom BMVD hat sich die Förderung innovativer ÖPNV-Projekte zum Ziel gesetzt, welche CO2-Emissionen im Verkehrsbereich durch ein attraktives Angebot nachhaltig reduzieren.

Das Land Sachsen-Anhalt finanziert anteilig die Umsetzung.

Laufzeit:

2022 - 2025

Zu 6.4

Inhalt:

Im Rahmen eines Workshops wurde der Auftrag zur Untersuchung des automatisierten Fahrens im SPNV erteilt. Im Folgenden wurde ein Strategiepapier in Vorbereitung der Landeskonzferenz "autonomes und vernetztes Fahren" erstellt. In Fortführung dessen wurde ein Umsetzungskonzept zum automatisierten Fahren im SPNV und zum autonomen Fahren im ÖSPV dem MID übergeben.

Eine Untersuchung zum automatisierten Fahren im SPNV war im Haushaltsjahr 2024 geplant.

In Fortführung der Untersuchung sollen die infrastrukturellen Rahmenbedingungen und fahrzeugseitigen Anpassungen untersucht und umgesetzt werden.

Ziel:

Zukunftsorientierter und leistungsfähiger Betrieb im Schienenpersonennahverkehr.

Hierzu erfolgt die Durchführung eines Testbetriebes mit einem Eisenbahnverkehrsunternehmen auf einer Strecke, die die Voraussetzungen für das automatisierte Fahren erfüllt. Perspektivisch soll auf Strecken, die die Infrastruktur besitzen und die Fahrzeuge entsprechend ausgerüstet sind, automatisiert gefahren werden - zum jetzigen Erkenntnisstand wird kein fahrerloses Fahren angestrebt.

Laufzeit:

2025 - 2032

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 63

Zu 7.

Inhalt:

Die NASA-GmbH betreut im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt und entsprechend den Vorgaben des ÖPNV-Plans das Bahn-Bus-Landesnetz (BBLN), das alle Zugverbindungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sowie ausgewählte Busverbindungen enthält, die vom Land direkt mitfinanziert werden. Zur Bewerbung und Stärkung des komplexen Angebotes soll das Marketingprogramm neu aufgelegt werden. Es handelt sich im Wesentlichen um Maßnahmen der Information, Kommunikation und Werbung zum Angebot des ÖPNV im Land Sachsen-Anhalt. Übergreifende Themen, die über orts- oder produktbezogene Aktivitäten hinausgehen, werden in der Dachmarke "Mein Takt" vermarktet, weil hier die Belange verschiedener Unternehmen und Akteure betroffen sind.

Dies betrifft insbesondere die bewährten Projekte:

Fortführung und Pflege der Dachmarke "Mein Takt" im BBLN des Landes Sachsen-Anhalt und der Marke "INSA - Der starke Nahverkehr" für die verkehrsträgerübergreifende Kommunikation, Mobilteam, Schulprojekt und Seniorenprojekt "Bahn und Bus", Kundenmagazin für Fahrgäste im BBLN, Schülerferienticket, Fahrgastbeirat, Markierung von Fahrzeugen und Stationen.

Ziel:

Fortführung des Marketings der Dachmarke "Mein Takt".

Die Marketingmaßnahmen dienen insbesondere der umfassenden Information der Reisenden über das Verkehrsangebot zur Stärkung des ÖPNV gegenüber anderen Verkehrsträgern sowie zur Erfüllung des politischen Auftrags zur Verbesserung des Modal Split zugunsten des ÖPNV. Des Weiteren soll eine Erhöhung der Fahrgastzahlen zur Senkung des Zuschussbedarfs im ÖPNV führen.

Laufzeit:

2023 - 2026

Die Neuausschreibung ist für 2026 geplant (Zeitraum: 2027 - 2030).

Zu 9.

Inhalt:

Die im deutschen Nahverkehr operierenden Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) sowie gesetzliche Aufgabenträger des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) und von diesen mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragte Institutionen (Beauftragte) haben 2021 die Deutschlandtarifverbundgesellschaft mbH gegründet. Die NASA GmbH ist von Beginn an Gesellschafter der Deutschlandtarifverbundgesellschaft mbH. Dafür ist ein jährlicher Finanzierungsbeitrag zu leisten.

Ziel:

Mit der Gründung der Deutschlandtarifverbund GmbH wird ein neuer Impulsgeber ins Leben gerufen, um den SPNV-Markt aktiv zu gestalten und ihn insgesamt zu stärken. Eine größere Einflussnahme auf Tarifgestaltung und Einnahmenaufteilung ist demzufolge geboten und wird mit einem Beitritt zur Gesellschaft ermöglicht.

Laufzeit:

dauerhaft

Zu 10.

Inhalt:

Der am 1. Juli 2016 gegründete Verein zur Förderung einer durchgängigen elektronischen Fahrgastinformation (DELFI) e.V. ist der operative Arm von DELFI und fungiert als eine gemeinsame Plattform zur Kooperation von Bund, Ländern und Verkehrsverbünden. Der Verein bringt als zentrale Schaltstelle von DELFI verschiedene Akteure und unterschiedliche Themen des ÖPNV zusammen. Für das Land Sachsen-Anhalt ist die NASA GmbH als Mitglied dieses Vereins beauftragt worden. Die Finanzierung der Aktivitäten des DELFI-Vereins ist in den Beschlüssen der Verkehrsministerkonferenzen sowie des Arbeitskreises ÖPV der Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauleitungen (GKVS) vereinbart worden. Durch die NASA GmbH ist ein jährlicher Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

Ziel:

Umsetzung von Maßnahmen für eine einheitliche, durchgängige und übergreifende Fahrgastinformation.

Laufzeit:

dauerhaft

Des Weiteren sind Ausgaben für die Umsetzung zeitlich befristeter Forschungsprojekte (aktuell: Opener Next, Forschungsprojekt "Digitalisierung der Braunkohleregion mit DELFI Tarif (DELTA)", Planung für ein JTF-Vorhaben MAImO und Projekt OEBIS - Konzept zur ÖPNV-Beschleunigung in ländlichen Regionen) geplant.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 63

Zu 14.

Inhalt:

Die Gründung des Fachzentrums für moderne Mobilität im Land Sachsen-Anhalt erfolgt innerhalb der NASA GmbH.

Der aktuelle Koalitionsvertrag 2021 - 2026 sieht eine verstärkte Unterstützung der Kommunen im Mobilitätsmanagement, insbesondere bei der Stärkung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes in der Nahmobilität vor. Der NASA GmbH wird dabei eine tragende Rolle zugewiesen:

"Wir schaffen die finanzielle Grundlage für die Entwicklung neuer Angebote in den Kommunen (Mobilitätsmanagement, Bike- und Carsharingangebote sowie Aktivitäten im Fuß- und Radverkehr)" (S. 78).

"Zur Stärkung der Nahmobilität sehen wir die NASA GmbH als wichtigen Impulsgeber, um die Attraktivität vernetzter Verkehrsmittel im Umweltverbund von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr deutlich zu verbessern." (S. 79).

Darüber hinaus erfolgt die Teilnahme an länderübergreifenden Netzwerken mit dem Ziel, dass die Länder die Kommunen bei der Entwicklung bedarfsorientierter Mobilitätslösungen unterstützen können.

Die Aktivitäten des Landes im Rahmen einer nachhaltigen Tourismusentwicklung sollen unterstützt und Beratungskapazitäten für die Weiterentwicklung der ÖPNV-Angebote in den Tourismusregionen bereit gestellt werden.

Ziel:

Das "Fachzentrum moderne Mobilität" plant folgende Leistungen:

- Erstellung von verkehrsplanerischen Konzepten und Machbarkeitsstudien zu Mobilitätsprojekten vor Ort in Zusammenarbeit mit den Kommunen
- Studien zu landesweiten Mobilitätsprojekten
- Fachinformationen und Veranstaltungen zu Themen der nachhaltigen Alltagsmobilität sowie der touristischen Mobilität

Laufzeit: dauerhaft

Für folgende Maßnahmen sind Verpflichtungsermächtigungen (VE) veranschlagt:

Nr.	Art der Leistung	VE 2024 EUR	VE 2025 EUR	VE 2026 EUR
1.	Zukunftsfonds	200.000	2.300.000	150.000
2.	Verbunderweiterung marego-Nord	1.240.000	0	0
3.	Betrieb INSA-RBL	600.000	0	0
4.	Zusatzfahrzeuge im Netz Saale-Thüringen-Südharz	78.157.200	0	0
5.	Angebotsausweitung	61.353.900	0	0
6.	Einsatz alternativer Kraftstoffe - Hydrotreated Vegetable Oils (HVO)	0	17.855.500	0
7.	Neuausschreibung von SPNV-Leistungen	0	124.598.000	3.746.903.400
8.	Umrüstung SPNV-Fahrzeugflotte auf ETCS	0	100.100.000	89.350.000
9.	Betrieb landesweite Nutzung Handyticket, Wartung des landesweiten Check-In-Be-Out-Systems, von Handyticketfunktionen und Chipkarte sowie Fahrgastinformationsanzeigen	0	4.280.000	0
10.	INSA Callcenter	0	0	3.019.000
11.	Fahrgastinformation/ Imagekampagne ÖPNV (Dachmarke)	0	0	7.600.000
Zusammen		141.551.100	249.133.500	3.847.022.400

883 63	741	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Gebietskörperschaften für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)	17.985.100	18.100.900	17.247.800
			13.088.545	5.000.000	4.000.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 63

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	400.000	1.500.000			1.900.000
2026	541.600	800.000	3.000.000		4.341.600
2027			2.000.000	2.500.000	4.500.000
2028				1.500.000	1.500.000
2029 ff.					
Summen	941.600	2.300.000	5.000.000	4.000.000	12.241.600

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Investiver Anteil der Zuweisungen für die Gewährleistung des ÖPNV durch kommunale Aufgabenträger auf der Grundlage von § 8a Abs.4 ÖPNVG	9.514.417	11.485.100	11.600.900	11.747.800
2.	Umsetzung der Anforderungen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zur barrierefreien Umgestaltung des ÖPNV	1.041.571	1.000.000	1.000.000	1.000.000
3.	Qualitätsverbesserungen im ÖPNV insbesondere für das Schnittstellenprogramm	2.875.847	5.500.000	5.500.000	4.500.000
4.	Rückzahlungen Regionalisierungsmittel	-343.290	0	0	0
Zusammen		13.088.545	17.985.100	18.100.900	17.247.800

Für folgende Maßnahmen sind Verpflichtungsermächtigungen (VE) veranschlagt:

Nr.	Art der Leistung	VE 2024 EUR	VE 2025 EUR	VE 2026 EUR
1.	Schnittstellenprogramm-Kommunen	1.800.000	4.500.000	3.500.000
2.	Haltestellenprogramm	500.000	500.000	500.000
Zusammen		2.300.000	5.000.000	4.000.000

892 63	741	Zuschüsse für Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr	46.537.800 37.594.532	45.056.000 85.305.100	70.993.800 14.700.000

** Verpflichtungen dürfen ohne Einwilligung des MF eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	35.746.000	9.310.000			45.056.000
2026	19.031.000	7.960.000	36.233.800		63.224.800
2027	6.040.000	20.728.100	17.324.800	4.500.000	48.592.900
2028	5.200.000	11.239.000	10.458.400	5.200.000	32.097.400
2029 ff.	5.200.000	6.960.000	21.288.100	5.000.000	38.448.100
Summen	71.217.000	56.197.100	85.305.100	14.700.000	227.419.200

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Qualitätsverbesserung im ÖPNV, insbesondere für das Bahnhofs- und Schnittstellenprogramm Teil: private Zuwendungsempfänger	5.976.149	9.500.000	7.974.500	7.200.000
2.	Abriss von Bahnhofsgebäuden und weiteren Nebengebäuden an Bahnstationen	0	0	0	0
3.	Vereinbarung über die Finanzierung der Infrastruktur-maßnahmen der Harzer Schmalspurbahn GmbH (HSB)*)	0	5.840.400	7.008.500	7.218.800
4.	Umsetzung des IVS-Rahmenplanes	363.558	2.500.000	5.000.000	3.600.000
4.1	Neubeschaffung INSA-RBL				
4.2	Redesign Mobilitätsportal / Dashboard				
4.3	Einführung von herstellerunabhängigen standardisierten Modulen für die elektronische Kontrolle von Fahrausweisen				
4.4	Anschluss landesweiter Tarifserver an das Buchungssystem (BuBe)				
4.5	Öffnung des Buchungssystems (BuBe) für Apps Dritter				
4.6	Einführung landesweites Check-In-Be-Out-System				
5.	Qualitätsverbesserungen bei der Netz-Infrastruktur	3.451.186	4.500.000	4.000.000	4.000.000
6.	Revitalisierung von Bahnhofsgebäuden	151.342	3.000.000	3.000.000	2.500.000
7.	ÖSPV-Förderung Straßenbahnbetriebshof	1.859.877	6.054.400	4.000.000	4.994.000
8.	ÖSPV-Förderung Straßenbahnbeschaffung	25.011.000	9.063.000	9.037.000	34.585.000
9.	Vermietgeschäft Regio-DFI	15.842	930.000	600.000	1.400.000
10.	Zukunftsfonds (E-Ticketing, Einführung Chipkarte, STADTLand+)	663.464	3.060.000	750.000	1.000.000
11.	Sonderprogramm Dynamische Fahrgastinformation	163.988	500.000	1.500.000	1.500.000
11.1	Regio DFI 2.0				
11.2	Standard-DFI				
12.	FABB-2-Projekt - Umsetzung des Bundesprogramms	277.000	440.000	1.566.000	1.546.000
13.	Hauptuntersuchungen - Förderprogramme für SPNV-Fahrzeuge	250.000	800.000	350.000	250.000
14.	Investitionen für sonstige Projekte		350.000	270.000	200.000
15.	Rückzahlungen Regionalisierungsmittel	-588.874	0	0	0
16.	Komplementärfinanzierung GVFG-Bundesprogramm (DB-Vorhaben)				1.000.000
Zusammen		37.594.532	46.537.800	45.056.000	70.993.800

*) Weitere Zuschüsse an die HSB sind bei Kapitel 14 03 Titel 683 63 veranschlagt.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 63

Zu 4.

Im Rahmen der Umsetzung des IVS-Rahmenplanes erfolgen u. a. Funktionserweiterungen sowie zusätzliche Funktionalitäten für INSA, INSA-RBL, Mobilitätsportal und die Zentrale Datendrehscheibe. Veranschlagt sind Ausgaben für Beschaffung, Entwicklung und Lizenzierung von Software bzw. Softwarebausteinen sowie für die Anbindung externer Datenquellen und die Beschaffung von Hardware. In der Regel verursachen diese Erweiterungen auch laufende Wartungskosten.

Zu 4.1:

Inhalt:

In den Jahren 2022/2023 wurde eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des INSA-Gesamtsystems durchgeführt. Im Ergebnis ist die Neuausschreibung des Teil-Systems "INSA-RBL" (ITCS) vorgesehen. Mit Hilfe eines ITCS werden die Verkehrsunternehmen in die Lage versetzt, Echtzeitdaten zu generieren, die wiederum Einzug in die landesweite Fahrplanauskunft finden. Darüber hinaus dient das ITCS der Überwachung des Betriebsgeschehens. Verspätungen können z. B. schnell erkannt und Anschlüsse zuverlässig gesichert werden. Darüber hinaus liefert das ITCS, durch die Möglichkeit der Erstellung von Statistiken und Reports, einen Beitrag zum unternehmenseigenen Qualitätsmanagement.

Ziel:

Mit dem neuen ITCS ist es möglich den Fahrgästen in Sachsen-Anhalt Echtzeit-Abfahrtsinformationen und eine verlässliche Prognose zu bieten.

Laufzeit: 2025-2026

Zu 4.2

Inhalt:

Die Haushaltsmittel sind für die Neugestaltung der Oberfläche des Mobilitätsportals vorgesehen.

Ziel:

Im Zuge der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des INSA-Gesamtsystems und der Neuausrichtung des Mobilitätsportals soll eine neue Oberfläche beschafft werden, die den veränderten Bedürfnissen der nun adressierten Zielgruppe entspricht. Dabei soll das Erscheinungsbild und die individuelle Funktionsübersicht in einer Art Dashboard umgesetzt werden.

Laufzeit: 2026

Zu 4.3

Inhalt:

Die Haushaltsmittel sind für die Entwicklung von herstellerunabhängigen standardisierten Modulen für die elektronische Kontrolle von Fahrausweisen für Tarifyhaber (Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbünde) in Sachsen-Anhalt vorgesehen. Damit kann die Beschaffung von Vertriebstechnik im ÖPNV vereinfacht und die Einführung elektronischer Ticketingsysteme unterstützt werden. Die Beauftragung der Entwicklung erfolgt vorbehaltlich der finanziellen Beteiligung der Tarifyhaber.

Ziel:

Durch die Einführung von herstellerunabhängigen standardisierten Modulen für die elektronische Kontrolle von Fahrausweisen kann eine Automatisierung der elektronischen Kontrolle von digitalen Fahrscheinen (Handyticket und Chipkarte) vorangetrieben werden.

Laufzeit: 2025-2027

Zu 4.4

Inhalt:

Das im Rahmen des EFRE-Projektes BuBe angeschaffte Buchungssystem für elektronische Tickets über die INSA-App basiert derzeit auf den vom Lieferanten entwickelten Tarifmodulen. Zum Vorantreiben der Standardisierung wird im Zuge des Projekts landesweite Tarifauskunft ein zentraler Tarifserver beschafft. Dieser soll im Zielzustand sämtliche in Sachsen-Anhalt existierende ÖPNV-Tarife in digitaler Form beinhalten und zur Beauskunftung zur Verfügung stehen. Durch den landesweiten Tarifserver sollen die herstellerepezifischen Tarifmodule abgelöst werden. Hierfür soll das Buchungssystem an den zu beschaffenden landesweiten Tarifserver angeschlossen werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass das Buchungssystem auf Basis einer herstellerunabhängigen Tarifquelle arbeitet.

Ziel:

Durch die Umstellung wird ein tarifübergreifender Vertrieb im Projekt Mitteldeutschland mobil (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) sowie weiterer Nachbarbundesländer möglich.

Laufzeit: 2025-2027

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 63

Zu 4.5

Inhalt:

Das Buchungssystem (BuBe) ist bisher nur in den Benutzeroberflächen INSA und Mobilitätsportal verfügbar. Um das Buchungssystem auch anderen Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt mit eigenen Apps zur Verfügung stellen zu können, ist die Schaffung einer Schnittstelle für Dritte erforderlich. Eine Öffnung des Buchungssystems sorgt für Synergieeffekte in Sachsen-Anhalt, da im Land ansässige Verkehrsunternehmen ihre eigenen Apps weiter nutzen und nur um eine Handyticketfunktion erweitern können. Weiterhin wird dadurch die digitale Vernetzung und der Ausbau des E-Ticketings im Land Sachsen-Anhalt vereinfacht.

Ziel:

Eine Öffnung des Buchungssystems sorgt für Synergieeffekte in Sachsen-Anhalt, da im Land ansässige Verkehrsunternehmen ihre eigenen Apps weiter nutzen und nur um eine Handyticketfunktion erweitern können.

Laufzeit: 2025-2027

Zu 4.6

Inhalt:

Die Haushaltsmittel sind für die Einführung eines landesweiten Check-In-Be-Out-Systems vorgesehen.

Ziel:

Die Einführung eines landesweiten Check-In-Be-Out-Systems soll die ÖPNV-Nutzung vereinfachen und damit die Zugangsbarrieren zum ÖPNV absenken.

Laufzeit: 2025 - 2027

Zu 10.

Die Fortentwicklung der E-Ticketing-Systeme in Sachsen-Anhalt erfolgt permanent, die Umsetzung einer landesweiten Lösung - Teilprojekt Chipkarte ist abhängig von der Entwicklung beim Deutschlandtarif. Die Zielstellung des Landes Sachsen-Anhalt zur Einführung von landesweiten E-Ticketing-Systemen leitet sich aus dem ÖPNV-Plan des Landes Sachsen-Anhalt und dem IVS-Rahmenplan Sachsen-Anhalt ab.

Inhalt:

Die Haushaltsmittel sind für die Förderung der Einführung von Chipkartensystemen bei Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt vorgesehen, die bisher noch kein Chipkartensystem angeschafft haben. Ausgehend von Beschaffungen der Chipkartensysteme im Rahmen des D-Tickets verbleiben noch einige Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt ohne Chipkartensystem.

Ziel:

Ausrüstung der verbleibenden Verkehrsunternehmen mit Chipkartensystemen u. a. zur Schaffung der Voraussetzungen für einen papierlosen ÖPNV und zur Förderung der Digitalisierung.

Laufzeit: 2025-2028

Des Weiteren ist der Landesanteil für die Umsetzung der BMVI-Initiative "Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV" (StadtLand+ und Harzbewegt) in den Jahren 2022 bis 2025 veranschlagt.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 63

Zu 11.

Eine umfassende und jederzeit verfügbare Fahrgastinformation auch über das tatsächliche Betriebsgeschehen ("Echtzeitdaten") ist ein wesentlicher Bestandteil eines modernen und attraktiven Verkehrssystems. Die Gewährleistung ihrer Verfügbarkeit ist daher auch ein wesentlicher Bestandteil des ÖPNV-Plans des Landes Sachsen-Anhalt. Die Fahrgastinformation ist zudem im IVS-Rahmenplan unter der Maßnahme "I.12 Ausbau und Erweiterung des Informationssystems Nahverkehr Sachsen-Anhalt INSA" verankert. Die NASA GmbH wird im Auftrag des Landes zukünftig die Beschaffung, Aufstellung sowie den Betrieb der Anlagen übernehmen.

Zu 11.1

Inhalt:

Die NASA GmbH beabsichtigt im Jahr 2025 Kleinanzeiger zur dynamischen Fahrgastinformation (DFI) an Haltestellen, sogenannte "Regio-DFI", zu beschaffen und aufzustellen.

Ziel:

Mit den Regio-DFI soll den Fahrgästen eine hohe Qualität an Echtzeit-Abfahrtsinformationen insbesondere an Haltestellen im ländlichen Raum angeboten werden.

Laufzeit: 2025-2027

Zu 11.2

Inhalt:

Beschaffung von DFI-Anlagen ab dem Jahr 2025 innerhalb eines Rahmenvertrages zur Verbesserung der Fahrgastinformation im Bahnhofsumfeld.

Ziel:

Mit den Standard-DFI ist es möglich den Fahrgästen eine hohe Qualität an Echtzeit-Abfahrtsinformationen und Störungsinformationen an zentralen Umsteigepunkten im Land Sachsen-Anhalt bereitzustellen.

Laufzeit: 2025-2029

Zu 12.

Bei den FABB-2-Projekten handelt es sich um das ZIP-Folgeprogramm des Bundes zur Förderung des barrierefreien Ausbaus kleiner und mittlerer Bahnhöfe bis 2026. Die Abkürzung FABB steht hier für die Förderinitiative zur Attraktivitätssteigerung und Barrierefreiheit von Bahnhöfen.

Zu 14.

Hierbei handelt es sich um Ausgaben für die Umsetzung zeitlich befristeter Forschungsprojekte (aktuell: Forschungsprojekt "Digitalisierung der Braunkohleregion mit DELFI Tarif (DELTA)", Planung für ein JTF-Vorhaben MAlmO und Projekt OEBIS - Konzept zur ÖPNV-Beschleunigung in ländlichen Regionen).

Zu 15.

Bei den Rückzahlungen des Haushaltsjahres 2023 handelt es sich um Erstattungen im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung.

Für folgende Maßnahmen sind Verpflichtungsermächtigungen (VE) veranschlagt:

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 63

Nr.	Art der Leistung	VE 2024 EUR	2025 EUR	VE 2026 EUR
1.	Vereinbarung über die Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen der Harzer Schmalspurbahn (HSB)	33.150.000	30.200.500	0
2.	Maßnahmen zur Verbesserung der Netz-Infrastruktur	1.500.000	0	12.000.000
3.	Revitalisierung von Bahnhofsgebäuden und Schnittstellenprogramm	2.000.000	2.000.000	2.000.000
4.	Beschaffung Datendrehscheibe und INSA-System	1.000.000	0	0
5.	ÖSPV-Förderung Straßenbahnbeschaffung	18.547.100	26.904.600	0
6.	Qualitätsverbesserungen im Bahnhofsprogramm (Verlängerung Rahmenvereinbarung)	0	12.400.000	0
7.	Sonderprogramm Dynamische Fahrgastinformation	0	4.000.000	0
8.	Maßnahmen zur Verbesserung Intelligenten Verkehrssysteme (ITCS-System, Check-In-Be-Out, Handyticketfunktionen, Chipkartenfunktionen und landesweiter Tarifserver und Tarifauskunft)	0	3.400.000	700.000
9.	Zukunftsfonds - Maßnahmen im Rahmen E-Ticketing und Chipkartensysteme	0	6.400.000	0
Zusammen		56.197.100	85.305.100	14.700.000

919 63	741	Zuführungen an die zweckgebundene Rücklage zur Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen nach dem Regionalisierungsgesetz - Deckungsmittel für Folgejahre	0	0	0
			13.747.977	0	0

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Zweckgebundene Rücklage gemäß § 62 Absatz 4 LHO zur Finanzierung der Ausgaben nach dem Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die Differenz zwischen den Einnahmen bei Kapitel 14 03 Titel 231 63 und 331 63 und den Ausgaben bei Kapitel 14 03 Titel 522 63, 633 63, 682 63, 683 63, 883 63 und 892 63 ist der Rücklage zuzuführen.

Übersteigen nach Ablauf des Haushaltsjahres die tatsächlich eingegangenen Einnahmen die tatsächlich geleisteten Ausgaben des Landes, sind bis zur Höhe dieses Saldos der Rücklage weitere Mittel zuzuführen, soweit dies erforderlich ist, um Ausgabereste, die zur Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen nach dem Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs übertragen wurden oder werden, zu decken und damit die zweckentsprechende Verwendung bereits vereinnahmter Regionalisierungsmittel zu gewährleisten.

Darüber hinaus sollen weitere Mittel der Rücklage zugeführt werden, sofern sie aus dem vorgenannten Saldo zur Verfügung stehen.

Entnahmen werden bei Kapitel 14 03 Titel 359 63 vereinnahmt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			560.544.200	573.129.100	672.873.700
				357.238.600	3.885.292.400

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

64 **Verkehrsinfrastruktur**

****** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen aller Ausgabetitel der Titelgruppe sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

******* Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Land 100 v. H.	4.416.991	10.228.200	3.523.900	6.114.500
2.	Anteil Bund 0 v. H.	0	0	0	0
Zusammen		4.416.991	10.228.200	3.523.900	6.114.500

522 64	791	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	350.000	0	0
			215.841	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur bahnseitigen Anbindung im Personen- und Güterverkehr sowie für ein Mobilitätskonzept, insbesondere im ÖPNV/ Fernverkehr und Radverkehr	215.841	350.000	0	0
Zusammen		215.841	350.000	0	0

Zu 1.

Inhalt:

Die Haushaltsmittel sind für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur bahnseitigen Anbindung im Personen- und Güterverkehr sowie für ein Mobilitätskonzept, insbesondere im ÖPNV/ Fernverkehr und Radverkehr im Zusammenhang mit einer geplanten Unternehmensansiedlung in Sachsen-Anhalt vorgesehen.

Ziel:

Schaffung der Voraussetzungen für eine verkehrlich optimale Anbindung im Rahmen einer Unternehmensansiedlung in Sachsen-Anhalt durch umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen und ÖPNV-Konzepte.

Laufzeit:

2022 - 2024

533 64	791	Dienstleistungen Außenstehender	5.000	5.000	7.000
			3.792	0	10.000

Übertragbar

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 64

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				5.000	5.000
2028				5.000	5.000
2029 ff.					
Summen				10.000	10.000

Erläuterungen:

Inhalt:

Die Mittel sind für die Rezertifizierung des Qualitätsmanagements der zuständigen Luftfahrtbehörden des Landes Sachsen-Anhalt vorgesehen. Dabei handelt es sich um das MID als oberste Luftfahrtbehörde sowie das Landesverwaltungsamt (LVwA) als obere Luftfahrtbehörde, die seit 2014 über ein erfolgreiches und zertifiziertes Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001 verfügen. Bereits im Jahr 2020 wurde erfolgreich die erneute Rezertifizierung durchgeführt. Die weitere Vervollkommnung und Implementierung der Norm ist Gegenstand der täglichen Aufgabenerfüllung. Der Vertrag beinhaltet die externe Dienstleistung einer Rezertifizierung inkl. zwei Überwachungsaudits. In 2026 ist eine erneute Rezertifizierung geplant.

Ziel:

Die Aufrechterhaltung des Zertifikatsstatus mittels einer jährlichen externen Überwachung.

Laufzeit:

bis 2028

547 64	791	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

633 64	791	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	150.000	150.000	225.000
			0	150.000	0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		150.000			150.000
2026		150.000	75.000		225.000
2027			75.000		75.000
2028					
2029 ff.					
Summen		300.000	150.000		450.000

Erläuterungen:

Veranschlagt werden zeitlich befristete Zuweisungen an ausgewählte Gemeinden, die im Rahmen eines landesweiten Wettbewerbsverfahrens alternative Mobilitätskonzepte (z. B. die Nutzung von E-Carsharing, den Aufbau von Mobilitätsstationen, das Schaffen multimodaler Mobilitätsangebote) als freiwillige Aufgabe testweise einführen wollen.

Seit dem Jahr 2024 wird die Goethestadt Bad Lauchstädt unterstützt. Weiter ist vorgesehen, ab dem Jahr 2025 eine weitere Gemeinde zeitlich befristet für die Dauer von maximal drei Jahren finanziell zu unterstützen.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

671 64 791 Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen **6.000** **6.700** **7.100**
Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land 5.400 0 0
und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	6.700				6.700
2026	7.100				7.100
2027	7.700				7.700
2028	5.800				5.800
2029 ff.	5.500				5.500
Summen	32.800				32.800

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Umsetzung der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in die öffentliche Eisenbahninfrastruktur nicht bundeseigener Eisenbahnen für den Güterverkehr in Sachsen-Anhalt - NE-Infrastrukturrichtlinien.

682 64 791 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen **649.400** **789.400** **840.400**
382.311 625.000 80.000

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		75.000			75.000
2026			625.000		625.000
2027				80.000	80.000
2028					
2029 ff.					
Summen		75.000	625.000	80.000	780.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Maßnahmen IVS-Rahmenplan	0	25.000	0	0
2.	Betrieb Mobilitätsportal	29.821	80.000	110.000	120.000
3.	Mitgliedsbeiträge KOV-VM und IST mobility e. V.	6.200	6.400	6.400	6.400
4.	Betrieb der Verkehrsinformationen Sachsen-Anhalt (VISA)	70.311	75.000	75.000	75.000
5.	Managementaufgaben bei der Steuerung von Förderprogrammen	35.824	63.000	59.000	60.000
6.	Beteiligung an der Verkehrsforschung	0	100.000	300.000	330.000
7.	Umsetzung von Maßnahmen nach dem InvKG (Investitionsgesetz Kohleregion)	29.262	70.000	69.000	74.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
Angaben in EUR					
noch zu 682 64					
	8.	Planung, Begleitung und Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen und ÖPNV-Konzepten im Zusammenhang mit Unternehmensansiedlungen	210.893	215.000	0
	9.	Betrieb von INSA	0	15.000	20.000
	10.	Koordinierungsstelle für die Überwachung und Sicherstellung des SaubFahrzeugBeschG	0	0	150.000
Zusammen			382.311	649.400	789.400
					840.400

noch zu 682 64

Zu 1.

Es werden keine Kosten für die Einbeziehung Außenstehender durch die NASA GmbH zur Umsetzung der Maßnahmen des IVS-Rahmenplans mehr veranschlagt.

Zu 2.

Veranschlagt sind Ausgaben zur Sicherstellung des Betriebs des Mobilitätsportals Mitteldeutschland. Das Mobilitätsportal Mitteldeutschland bündelt (Echtzeit-)Informationen zum Verkehr im Land - zum Straßenverkehr wie zum Fußgänger- und Radverkehr - kombiniert mit Auskünften zu Bahn und Bus. Das Portal liefert und verknüpft Routen für verschiedene Ansprüche und Verkehrsmittel. So wird im Straßenverkehr die aktuelle Verkehrslage berücksichtigt (einschließlich Baustellen und Sperrungen) und es werden Parkplätze und P+R-Stellplätze angezeigt.

Zu 3.

Die NASA GmbH ist Mitglied des ITS mobility e. V. (Kompetenzcluster für intelligente Mobilität) sowie der KOV-VM (Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement Mitteldeutschland). Die Ausgaben für die Mitgliedsbeiträge sind anteilig (zu je 50 Prozent) in den Titelgruppen 63 und 64 veranschlagt.

Zu 4.

Hier sind für die Informationsplattform "Verkehrsinformationen Sachsen-Anhalt" (VISA) die Betriebskosten veranschlagt.

Zu 5.

Veranschlagt sind Zuschüsse an die NASA GmbH zur Umsetzung des Sonderprogramms des Bundes "Stadt und Land".

Zu 6.

Veranschlagt sind Kosten der Beteiligung der NASA GmbH an der Verkehrsforschung mit Bezug zu Maßnahmen des IVS-Rahmenplans und der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Verbesserung der Mobilitätsangebote im Kontext des Europäischen Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund).

Zu 7.

Für Maßnahmen zur Unterstützung des Strukturwandels in den Braunkohleregionen stellt der Bund den betroffenen Ländern Finanzhilfen zur Verfügung. Die NASA GmbH wird nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) auf der Grundlage der Richtlinie Sachsen-Anhalt Revier 2038 mehrere Projekte, insbesondere im Zusammenhang mit der verkehrlichen Anbindung entstehender Gewerbe- und Industrieflächen umsetzen. Veranschlagt sind dafür die entsprechenden Ausgaben der NASA GmbH.

Zu 8.

Das Land Sachsen-Anhalt unterstützt umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen und ÖPNV-Konzepte, welche insbesondere im Zusammenhang mit neuen Unternehmensansiedlungen stehen.

Diese sind ab dem Haushaltsjahr 2025 bei Kapitel 14 03 Titelgruppe 61 veranschlagt.

Zu 9.

INSA ist die Fahrplanauskunft für den öffentlichen Personennahverkehr in Sachsen-Anhalt und im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV). Veranschlagt sind Ausgaben für die zu leistenden Betriebskosten, welche sich aus der Integration von Informationen zu Sharingangeboten des Individualverkehrs ergeben.

Zu 10.

Die NASA GmbH nimmt die zentralen Aufgaben des Landes aus dem SaubFahrzeugBeschG (Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge) und der Branchenvereinbarung zur Umsetzung des SaubFahrzeugBeschG im Busbereich in einer Koordinierungsstelle wahr, zu der die Personalkosten veranschlagt werden.

883 64	791	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.627.000	0	1.648.000
			-13.424	300.000	1.061.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 64

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.266.800			1.266.800
2026			300.000		300.000
2027				1.061.000	1.061.000
2028					
2029 ff.					
Summen		1.266.800	300.000	1.061.000	2.627.800

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Zuweisungen auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Sachsen-Anhalt	18.155	325.000	0	0
2.	Zuweisungen für landesbedeutsam eingestufte Fährn gemäß aktueller Fährkonzeption	-31.579	802.000	0	1.648.000
3.	Modellprojekt zum Laden von Elektrofahrzeugen in Stadtquartieren	0	500.000	0	0
Zusammen		-13.424	1.627.000	0	1.648.000

Zu 2.

Im Jahr 2026 sind Landrevisionen durchzuführen.

891 64	791	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	835.700	497.800	1.307.000
			602.033	350.000	1.292.000

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		267.800			267.800
2026			350.000		350.000
2027				1.292.000	1.292.000
2028					
2029 ff.					
Summen		267.800	350.000	1.292.000	1.909.800

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Zuschuss für landesbedeutsame Fährn gemäß aktueller Fährkonzeption	0	0	0	1.177.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
		2. Zuschüsse auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Sachsen-Anhalt	456.105	325.000	267.800
		3. IVS-Maßnahmen (Erweiterung Mobilitätsportal)	21.144	90.000	200.000
		4. Zuschüsse für Investitionen an Verkehrslandeplätzen	124.784	360.700	0
		5. Erweiterung von INSA	0	60.000	30.000
		Zusammen	602.033	835.700	497.800
					1.307.000

noch zu 891 64

Zu 1.
Im Jahr 2026 sind Landrevisionen durchzuführen.

Zu 2.
Im Jahr 2025 sind Ausgaben für Zuschüsse veranschlagt, die im Rahmen des Ladeinfrastrukturprogramms für natürliche und juristische Personen bewilligt werden können. Das Ziel des Förderprogramms ist, den Aufwuchs an öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Land Sachsen-Anhalt voranzutreiben.

Zu 3.
Veranschlagt werden Kosten für die funktionale und inhaltliche Erweiterung des Mobilitätsportals (u. a. Erweiterung alternativer Mobilitätskonzepte, Integration von weiteren Mobilitätsdaten und Umleitungsstrecken infolge von Baustellen).

Zu 5.
INSA ist die Fahrplanauskunft für den öffentlichen Personennahverkehr in Sachsen-Anhalt und im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV). Veranschlagt sind Kosten für die digitale Darstellung/ Bereitstellung von Informationen zu Sharingangeboten des Individualverkehrs.

892 64	791	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	6.552.600	2.000.000	2.000.000
			3.171.038	850.000	850.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.267.800			2.267.800
2026			850.000		850.000
2027				850.000	850.000
2028					
2029 ff.					
Summen		2.267.800	850.000	850.000	3.967.800

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Stärkung des regionalen Schienengüterverkehrs durch Förderung der Eisenbahninfrastruktur	2.525.940	2.000.000	2.000.000	2.000.000
2.	Zur Bundesförderung ergänzende Landesförderung von Maßnahmen bei nicht bundeseigenen Eisenbahnen nach dem Schienengüterfernverkehrsnetzfordergesetz	0	4.200.000	0	0
3.	Zuschüsse auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Sachsen-Anhalt	156.663	325.000	0	0
4.	ERFA-Gleisanschluss	37.592	27.600	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 64

5.	Zuschuss für landesbedeutsame Fahren gemäß aktueller Fährkonzeption	650.691	0	0	0
6.	Rückzahlungen aus Vorjahren	-199.848	0	0	0
Zusammen		3.171.038	6.552.600	2.000.000	2.000.000

Zu 1.

Auf Grundlage der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zur Stärkung des regionalen Schienengüterverkehrs in Sachsen-Anhalt (MBL LSA. 2022, 148) gewährt das Land Sachsen-Anhalt Zuschüsse für Projekte, die den Neu- und Ausbau bzw. den Erhalt des regionalen Schienennetzes in Sachsen-Anhalt zum Inhalt haben und somit einen Beitrag zur Steigerung des Anteils des Schienengüterverkehrs am gesamten Güterverkehr in Sachsen-Anhalt leisten.

894 64	791	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	52.500	75.000	80.000
			50.000	0	0

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für weitere ergänzende Investitionen in das Galileo-Testfeld Sachsen-Anhalt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			10.228.200	3.523.900	6.114.500
				2.275.000	3.293.000

65 **Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz für die Umsetzung des Deutschlandtickets**

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 14 03 Titelgruppe 65.

** Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Mit dem 9. Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes stellt der Bund ab dem Jahr 2023 jährlich Bundesmittel in Höhe von 21.700.000 EUR zur Verfügung. Diese Mittel sind zweckgebunden zur Finanzierung des Deutschlandtickets einzusetzen. Die durch den Bund zur Verfügung gestellten Mittel werden bei Kapitel 14 03 Titel 231 65 vereinnahmt und bei den Titeln 633 65 und 683 65 verausgabt.

633 65	741	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften (Landkreise, kreisfreie Städte) für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)	10.850.000	10.850.000	10.850.000
			0	0	0
683 65	741	Zuschüsse für laufende Zwecke des ÖPNV - insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)	10.850.000	10.850.000	10.850.000
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			21.700.000	21.700.000	21.700.000
				0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

66 **Besondere Maßnahmen der Luftsicherheit**

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 03 Titel 111 66.

Erläuterungen:

In § 16 Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG) vom 11. Januar 2005 (BGBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. April 2020 (BGBl. I S. 840) geändert worden ist, sind die Zuständigkeiten für die Belange der Luftsicherheit geregelt.

Die Aufgaben der Luftsicherheitsbehörden nach diesem Gesetz und nach der VO (EG) Nr. 2320/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt werden von den Ländern im Auftrag des Bundes ausgeführt.

Auf Grund der zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten auf verschiedenen Gebieten der Gefahrenabwehr vom 6. Dezember 2005 und Erlass des vormaligen Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr vom 5. April 2005 ist das Landesverwaltungsamt zuständige Luftsicherheitsbehörde.

Ab 1. April 2022 wurde der Flugbetrieb in der Stufe 2 der schrittweisen Wiederinbetriebnahme am Verkehrsflughafen Magdeburg/ Cochstedt (VFH CSO) aufgenommen. Da in dieser Phase kein Sicherheitsbereich eingerichtet wurde und kein kontrollpflichtiger Passagierverkehr stattfand, waren seitens des Landes Sachsen-Anhalts zunächst keine Haushaltsmittel für die Aufgabenwahrnehmung nach § 5 LuftSiG bereitzustellen. Die Stufe 2 wurde am 31. März 2024 beendet.

Für die daran anschließende Stufe 3 wird nach erfolgter Risikobewertung und Abstimmung mit dem DLR e.V. ebenfalls auf die Einrichtung eines (temporären) Sicherheitsbereiches verzichtet.

Erst mit der Aufnahme des Flugbetriebs in der Stufe 4 mit kontrollpflichtigem Passagierverkehr, voraussichtlich zum 1. Januar 2027, ist nach heutigem Kenntnisstand ein (temporärer) Sicherheitsbereich zwingend einzurichten. Sachsen-Anhalt hat hierfür die notwendigen personellen und technischen Voraussetzungen für die Luftsicherheitskontrollen nach §§ 5 und 8 LuftSiG zu schaffen.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Anteil Land 100 v. H.	0	407.300	0	251.100
Zusammen	0	407.300	0	251.100

547 66	751	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	134.800	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Raum- und Personalkosten	0	134.800	0	0
Zusammen		0	134.800	0	0

Zu 1.

Ein Flughafenbetreiber ist gemäß § 8 LuftSiG verpflichtet, der Luftsicherheitsbehörde auf ihrem Betriebsgelände geeignete Räume für die Durchführung hoheitlicher Luftsicherheitskontrollen gemäß § 5 LuftSiG zur Verfügung zu stellen und diese zu unterhalten. Dafür kann der Flughafenbetreiber von der Luftsicherheitsbehörde eine Selbstkostenvergütung gemäß § 8 Abs. 3 LuftSiG verlangen.

812 66	751	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	272.500	0	251.100
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			407.300	0	251.100
				0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

67 **Rad- und Fußverkehr**

Übertragbar

* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 14 03 Titelgruppe 97.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die Titelgruppe dient der zentralen Veranschlagung der Ausgaben für den Rad- und Fußverkehr, soweit diese nicht im Zusammenhang mit Baumaßnahmen an Bundes- und Landesstraßen stehen. Ausgenommen hiervon sind Ausgaben im Rahmen des Sonderprogramms "Stadt und Land", für die Bundesmittel zur Verfügung stehen sowie Ausgaben im Rahmen der Strukturförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE VI - 2021 bis 2027 (2029)).

522 67	791	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	200.000	200.000	150.000
			0	50.000	50.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026			50.000		50.000
2027				50.000	50.000
2028					
2029 ff.					
Summen		50.000	50.000	50.000	150.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachten			
1.1	Umsetzung des Landesradverkehrsplanes	150.000	150.000	100.000
1.2	Aufstellung eines Landes-Fußverkehrsplanes	50.000	50.000	50.000
2.	Studien	0	0	0
3.	Beraterverträge	0	0	0
Zusammen		200.000	200.000	150.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 67

Zu 1.1 und 1. 2.

Inhalt:

Veranschlagt werden seit dem Jahr 2022 Ausgaben für freiberufliche Leistungen zur Umsetzung der Einzelmaßnahmen des Landesradverkehrsplans (LRVP) 2030, die mit Kabinettsbeschluss vom 9. Februar 2021 (Vorlage 1259) der Zuständigkeit der Radverkehrskoordination im Ministerium für Infrastruktur und Digitales (MID) zugewiesen wurden und gemäß Koalitionsvertrag umzusetzen sind.

Des Weiteren soll bis 2025 aufbauend auf dem nationalen Fußverkehrsplan ein Landes-Fußverkehrsplan erarbeitet werden.

Ziel:

Umsetzung der Maßnahmen des LRVP 2030 gemäß Kabinettsbeschluss vom 9. Februar 2021 (Vorlage 1259) und Koalitionsvertrag 2021 - 2026 sowie Förderung des Fußverkehrs in Sachsen-Anhalt.

Zeitraum:

dauerhaft (mindestens für die Laufzeit des LRVP 2030)

533 67	791	Dienstleistungen Außenstehender	30.000 0	30.000 0	30.000 0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Erarbeitung von Planungsleitfäden und Arbeitshilfen sowie Schaffung von fachspezifischen Fort- und Weiterbildungsangeboten für die Landes- und Kommunalebene	30.000	30.000	30.000
Zusammen		30.000	30.000	30.000

Zu 1.

Inhalt:

Veranschlagt werden seit dem Jahr 2022 Ausgaben für die Maßnahmen "HF I / M5 - Erarbeitung eines Leitfadens für die Landesebene", "HF I / M6 - Erarbeitung von Leitfäden für die kommunale Praxis", "HF IV / M4 - Fort- und Weiterbildungsangebote zum Radverkehr" und "HF IV / M5 - Informationsangebot des Landes" des Landesradverkehrsplans (LRVP) 2030, die mit Kabinettsbeschluss vom 9. Februar 2021 (Vorlage 1259) der Zuständigkeit der Radverkehrskoordination im MID zugewiesen wurden.

Ziel:

Umsetzung der Maßnahmen des LRVP 2030 gemäß dem Kabinettsbeschluss vom 9. Februar 2021 (Vorlage 1259) und Koalitionsvertrag 2021 - 2026.

Zeitraum:

dauerhaft (mindestens für die Laufzeit des LRVP 2030)

633 67	791	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	300.000 278.250	300.000 4.000.000	300.000 0

** Umsetzung von Kapitel 14 09 Titel 738 65.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027			1.000.000		1.000.000
2028			1.000.000		1.000.000
2029 ff.			2.000.000		2.000.000
Summen			4.000.000		4.000.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 67

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Maßnahmen des Landesradverkehrsplanes	300.000	300.000	300.000
2.	Kommunale Rad- und Fußverkehrbeauftragte	0	0	0
Zusammen		300.000	300.000	300.000

Zu 1.

Inhalt:

Veranschlagt werden seit dem Jahr 2022 Ausgaben für die Maßnahmen "HF I / M7 - Unterstützung von Modellprojekten" sowie die Handlungsfelder "HF IV - Aktive Zusammenarbeit der Landesebene mit den Kommunen" und "HF V - Verkehrssicherheit, Mobilitäts- und Verkehrserziehung" des Landesradverkehrsplans (LRVP) 2030, die mit Kabinettsbeschluss vom 9. Februar 2021 (Vorlage 1259) der Zuständigkeit der Radverkehrskoordination im MID zugewiesen wurden und gemäß Koalitionsvertrag umzusetzen sind.

Ziel:

Umsetzung der Maßnahmen der LRVP 2030 gemäß dem Kabinettsbeschluss vom 09. Februar 2021 (Vorlage 1259) und Koalitionsvertrag 2021 - 2026.

Zeitraum:

dauerhaft (mindestens für die Laufzeit des LRVP 2030)

671 67	791	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0 0	0 0	0 0
685 67	791	Zuschüsse an die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen (AGFK)	250.000 244.810	250.000 0	250.000 1.500.000

** Umsetzung von Kapitel 14 03 Titel 685 02.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		250.000			250.000
2026		250.000			250.000
2027		250.000		250.000	500.000
2028		750.000		250.000	1.000.000
2029 ff.				1.000.000	1.000.000
Summen		1.500.000		1.500.000	3.000.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende Leistungen:

Nr.	Art der Leistung	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Personalkosten	150.000	150.000	150.000
2.	Verwaltungsausgaben	60.000	60.000	60.000
3.	Basisaufgaben	70.000	70.000	70.000
4.	Mitgliedsbeiträge	-30.000	-30.000	-30.000
Zusammen		250.000	250.000	250.000

Die Mittel sind zur Förderung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) in Umsetzung des Beschlusses des Landtages vom 16. Dezember 2016 (LT-Drs. 7/769) sowie des Koalitionsvertrages 2021 - 2026 veranschlagt.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	780.000	780.000	730.000
		4.050.000	1.550.000

97 **Nationale Kofinanzierung von EU-Mitteln der Förderperiode**
EFRE VI (2021 - 2027)

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 03 Titelgruppe 67.
- ** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.
- *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Es werden die Mittel zur anteiligen Kofinanzierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der Strukturförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung veranschlagt.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Anteil Land 100 v. H.				
- Kapitel 14 03 TGr. 97	0	4.000.000	2.950.000	2.775.000
Zusammen Kofinanzierung Land	0	4.000.000	2.950.000	2.775.000
2. nachrichtlich Anteil Dritter	0	2.780.000	1.250.000	1.191.700
3. nachrichtlich EFRE VI - Kapitel 13 21 TGr. 64	0	10.170.000	6.300.000	5.950.000
Zusammen	0	16.950.000	10.500.000	9.916.700

Dargestellt sind hier die Finanzierungsverhältnisse in der EFRE VI - Förderperiode 2021 - 2027 (2029).

514 97	791	Erwerb von Lastenrädern	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

633 97	791	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und	250.000	200.000	150.000
		Gemeindeverbände zur Kofinanzierung von EFRE-Mitteln	0	150.000	0
		(EFRE VI)			

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		150.000			150.000
2026		100.000			100.000
2027			150.000		150.000
2028					
2029 ff.					
Summen		250.000	150.000		400.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 03 **Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

883 97	791	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Kofinanzierung von EFRE-Mitteln (EFRE VI)	3.750.000	2.750.000	2.625.000
			0	7.800.000	0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.750.000			1.750.000
2026		1.725.000	900.000		2.625.000
2027			5.515.000		5.515.000
2028			1.385.000		1.385.000
2029 ff.					
Summen		3.475.000	7.800.000		11.275.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	4.000.000	2.950.000	2.775.000
		7.950.000	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 03 Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	414.000	464.000	464.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	447.782.100	454.272.800	435.657.400
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	139.871.600	147.068.600	265.565.600
Gesamteinnahme		588.067.700	601.805.400	701.687.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	75.000	75.000	75.000
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	744.800	260.000	212.000
			50.000	60.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	523.765.000	537.375.500	612.216.300
			274.297.500	3.868.492.400
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	99.443.000	89.842.000	117.652.000
			102.402.100	21.903.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		624.027.800	627.552.500	730.155.300
Gesamtsumme der VE			376.749.600	3.890.455.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-35.960.100	-25.747.100	-28.468.300

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 04 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. Allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 14 01.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 14 01 und 14 04 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 275 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 14 01 und 14 04 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 275 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Ausgaben für die fachspezifischen Aufgaben der Raumordnung und Landesentwicklung, die die Rahmenbedingungen für die fachliche Aufgabenerledigung ermöglichen, nachzuweisen.

Umsetzung der neuen Leitbilder der Raumordnung

Eine nachhaltige Raumentwicklung erfordert die Umsetzung neuer Leitbilder der Raumordnung mit innovativen Ansätzen, um den Strukturwandel zu bewältigen. Dazu bedarf es einer querschnittsorientierten und fachübergreifenden Raumordnung und Landesplanung. Diese soll langfristig selbsttragende Prozesse in Gang setzen oder verstärken und zugleich den Zugang zu Fördermitteln eröffnen.

Gestaltung des demografischen Wandels

Die Gewährleistung der Daseinsvorsorge und der Erhalt der Lebensqualität im ländlichen Raum ist unter den Bedingungen des demografischen Wandels eine besondere Herausforderung, der sich Sachsen-Anhalt in vielfältiger Weise stellt.

Für langfristig tragfähige Entscheidungen sind Entwicklungsstrategien und konkrete Umsetzungsprojekte notwendig, die aufzeigen, wie in den neuen politischen Strukturen und in Zusammenarbeit von Akteuren die aktuellen Herausforderungen des demografischen Wandels effektiv gelöst werden können.

INTERREG EUROPE / INTERREG CENTRAL EUROPE und Europäische territoriale Zusammenarbeit

Die Förderung der "Europäischen territorialen Zusammenarbeit" (ETZ) stellt ein Ziel der Europäischen Union zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in Europa dar. Maßnahmen im Rahmen des Ziels der "Europäischen territorialen Zusammenarbeit" werden aus dem EFRE unterstützt und sollen dazu beitragen, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Regionen innerhalb der EU zu verringern. Die Zusammenarbeit wird auf drei Ebenen gefördert: die grenzübergreifende, die transnationale und die interregionale Zusammenarbeit. Sachsen-Anhalt beteiligt sich aktiv an Maßnahmen und Projekten im Rahmen der transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit. Diese Maßnahmen und Projekte sind nicht Bestandteil des OP EFRE Sachsen-Anhalt. Die Vergabe der Mittel erfolgt im Rahmen von Wettbewerben, sogenannten Calls.

Metropolregionen

Durch abgestimmte Planungen zwischen den Ländern des mitteldeutschen Raumes soll die europäische Dimension der Metropolregion Mitteldeutschland unter Einbeziehung der Oberzentren Sachsen-Anhalts und Thüringens gestärkt und weiterentwickelt werden.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

61 INTERREG EUROPE und Europäische territoriale Zusammenarbeit - Projekte zur Regionalentwicklung

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 04 Titelgruppe 61.

119 61	422	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 0	0	0
272 61	422	Zuschüsse der Europäischen Union	79.200 172.960	43.200	79.200

Erläuterungen:

Erstattungen der EU für geleistete Ausgaben des Landes im Rahmen der Umsetzung von EFRE/ INTERREG-Projekten.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	79.200	43.200	79.200

62 **Zuweisungen und Zuschüsse für Maßnahmen und Projekte zur Förderung der Gestaltung des Demografischen Wandels**

119 62 422 Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln (einschließlich Zinsen)	15.000 30.322	30.000	30.000

Erläuterungen:

Rückzahlung nicht verbrauchter bzw. nicht zweckentsprechend verwendeter Fördermittel einschließlich Zinsen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	15.000	30.000	30.000

63 **INTERREG EUROPE - Projekte im Bereich Demografie**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 04
 Titelgruppe 63.

272 63 422 Zuschüsse der Europäischen Union	256.500 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	256.500	0	0

64 **Zuweisungen und Zuschüsse für Maßnahmen und Projekte zur Förderung der Regionalentwicklung**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 04
 Titelgruppe 64.

119 64 422 Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln	0 2.321.495	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 04 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	422	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	280.000	260.000	240.000
			60.389	250.000	220.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	50.000	50.000			100.000
2026	30.000	30.000	130.000		190.000
2027		30.000	30.000	130.000	190.000
2028			60.000	30.000	90.000
2029 ff.			30.000	60.000	90.000
Summen	80.000	110.000	250.000	220.000	660.000

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der VE 2025 und VE 2026 ist für die Ausschreibung von überjährigen Beratungsleistungen hinsichtlich der externen Untersuchung in Bezug auf die Auswirkungen aus der Umsetzung des Landesentwicklungsplans auf die Umwelt (Nr. 1.1) sowie der "Konzeptionierung und Entwicklung eines digitalen Planungstools als Entscheidungshilfe bei landesplanerischen Abstimmungen gem.§ 13 LEntwG LSA" (Nr. 3.1) notwendig.

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachten				
1.1	Umweltauswirkungen LEP 2010, ggf. Nachfolge-VO	0	80.000	90.000	90.000
1.2	Erarbeitung einer landeseinheitlichen Methodik zur Ermittlung des Gewerbeflächenbedarfs im Rahmen von landesplanerischen Abstimmungen gem. § 13 LEntwG LSA	0	40.000	0	0
1.3	Vorgangseingangsdatenbank	10.389	0	0	0
2.	Studien				
2.1	Umweltbericht zum LEP-Neuaufstellungsverfahren	50.000	50.000	50.000	50.000
2.2	Umweltbelange in landesplanerischen Abstimmungsprozessen gemäß LEntwG LSA	0	50.000	10.000	0
2.3	Digitalisierung in landesplanerischen Abstimmungsprozessen gemäß LEntwG LSA	0	60.000	10.000	0
3.	Beraterverträge				
3.1	Konzeptionierung und Entwicklung eines digitalen Planungstools als Entscheidungshilfe bei landesplanerischen Abstimmungen gem.§ 13 LEntwG LSA	0	0	100.000	100.000
Zusammen		60.389	280.000	260.000	240.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

zu 1.1

Inhalt:

Die Raumbbeobachtung soll die erheblichen Auswirkungen aus der Umsetzung des Landesentwicklungsplans auf die Umwelt überwachen (§16 (3) LEntwG LSA). Das bedarf einer externen Untersuchung.

Ziel:

Evaluierung des LEP aus der Raumbbeobachtungssicht mit dem Schwerpunkt Umwelt.

Laufzeit:

4 Jahre

zu 2.1

Inhalt:

Durchführung der Umweltprüfung und Erstellen des Umweltberichts im Rahmen der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes für Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ROG durch einen externen Dienstleister.

Ziel:

Ermittlung sowie Darstellung und Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen des LEP auf zu schützende Güter (Menschen, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Luft, Klima, Landschaft etc.).

Laufzeit:

bis 2026

zu 2.2

Inhalt:

Sach- und fachgerechte Untersuchung zur Aufstellung landeseinheitlicher Verfahrensregelungen zur Prüfung der Auswirkungen raumbbedeutsamer Vorhaben auf die Schutzgüter gemäß UVPG unter Berücksichtigung der Kriterien nach Anlage 3 UVPG als Grundlage für die Überarbeitung der Richtlinie zur Durchführung landesplanerischer Abstimmungen raumbbedeutsamer Planungen und Maßnahmen.

Ziel:

Optimierung/ Beschleunigung landesplanerischer Abstimmungsprozesse gemäß § 14 LEntwG LSA für raumbbedeutsame Planungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung von Verfahren zur Prüfung der Raumverträglichkeit in Umsetzung geänderter fachrechtlicher Rahmenbedingungen; im Sinne einer besseren Verzahnung der Verfahrensebenen und zur Vermeidung langwieriger Mehrfachbefassungen Bereitstellung eines Instruments zur rechtssicheren und effizienten Behandlung der umwelt- und naturschutzrechtlichen Belange in dieser den Zulassungsverfahren vorgelagerten Verfahrensstufe.

Laufzeit:

4-6 Monate

zu 2.3

Inhalt:

Erstellung einer technisch/ organisatorischen Konzeption zur Integration und Interaktion von Fachverfahren in landesplanerischen Abstimmungsprozessen (u. a. Beteiligungs-/ Informationstool, Amtliches Raumordnungsinformationssystem/ Raumordnungskataster, Vorgangseingangsdatenbank) im Zusammenhang mit der Elektronischen Verwaltungsarbeit (EVA) und unter Einbindung verschiedener Akteure, wie u. a. Vorhabenträger, Träger öffentlicher Belange, Öffentlichkeit zur Sicherstellung der Anforderungen gemäß einschlägiger Fachgesetze, insbesondere OZG und ROG.

Ziel:

Optimierung/ Beschleunigung landesplanerischer Abstimmungsprozesse gemäß §§ 13, 14 LEntwG LSA für raumbbedeutsame Planungen und Maßnahmen in Umsetzung geänderter fachrechtlicher Rahmenbedingungen zur Digitalisierung und damit Beschleunigung von Planungsprozessen; Konzeption als Grundlage für notwendige IT-seitige Entwicklungsleistungen zur Integration und Interaktion von Fachverfahren in landesplanerischen Abstimmungsprozessen.

Laufzeit:

4-6 Monate

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

zu 3.1

Inhalt:

Konzeptionierung und Entwicklung eines digitalen Planungstools als Instrument landesplanerischer Abstimmungsprozesse gemäß § 13 LEntwG LSA zur Abschätzung des kommunalen Bedarfs an Wohnbau- und Gewerbeflächen unter Berücksichtigung der Eigenentwicklung in nicht-zentralen Orten.

Ziel:

Bereitstellung eines Instruments zur Unterstützung der Kommunen bei der Ermittlung ihrer künftigen Flächenbedarfe für Wohnbau und Gewerbe sowie zur raumordnerischen Bewertung diesbezüglicher Bedarfe bzw. Planungsvorhaben im Sinne einer konsistenten, einheitlichen Abstimmungsgrundlage zur Ermittlung von Flächenbedarfen im Rahmen landesplanerischer Abstimmungsprozesse mit folgenden Schwerpunkten:

- Evaluierung der bisherigen Entwicklung und Erarbeitung von Status-Quo-Analysen
- Tool/ System/ Rechner zur Ermittlung des regionalen/kommunalen Wohnbau- und Gewerbeflächenbedarfs
- Darstellung von Entwicklungspotentialen im Wohnungsbestand

Laufzeit:

12 Monate (2025 - 2026)

531 01	422	Veröffentlichungen	66.600	58.500	68.500
			8.038	20.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			20.000		20.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			20.000		20.000

Erläuterungen:

Die VE wird für den Druck des Entwurfs des Landesentwicklungsplans, Umweltbericht und kartographische Darstellung (Nr. 3.1) benötigt.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Amtliche Druckwerke	0	0	0	0
2. Öffentlichkeitsarbeit	8.038	26.600	8.500	8.500
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	40.000	50.000	60.000
4. Sonstige Veröffentlichungen	0	0	0	0
Zusammen	8.038	66.600	58.500	68.500

Zu 2. Öffentlichkeitsarbeit

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
2.1 Broschüren				
2.1.1 Broschüre INTERREG	0	2.000	2.000	2.000
2.1.2 Broschüre Raumordnung	0	5.000	5.000	5.000
2.1.3 Thematische Raumordnungskarten	0	5.000	0	0
2.1.4 Broschüre Demografie-Preis	8.038	8.100	0	0
2.1.5 Begleitung Raumbeobachtungsbericht	0	5.000	0	0
2.2 Flyer (Handzettel, Faltblatt)				

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 01

2.2.1	Faltblatt Raumordnung und Landesentwicklung	0	1.500	1.500	1.500
Zusammen		8.038	26.600	8.500	8.500

Zu 3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
3.1	Druck Landesentwicklungsplan, Umweltbericht und kartografische Darstellung	0	40.000	50.000	60.000
Zusammen		0	40.000	50.000	60.000

533 01	422	Dienstleistungen Außenstehender	521.500 134.919	576.500 465.000	486.500 230.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	30.000	170.000			200.000
2026			260.000		260.000
2027			205.000	230.000	435.000
2028					
2029 ff.					
Summen	30.000	170.000	465.000	230.000	895.000

Erläuterungen:

Die VE 2025 dient der anteiligen Finanzierung zur Beauftragung externer Dienstleister für die Maßnahmen

- Nr. 1. "X-Planung (Fortsetzung des Moderationsprozesses)" 150.000 EUR
- Nr. 4. "Landesinitiative Flächenrecycling" 125.000 EUR
- Nr. 10. "Dokumentenanalyse Raumbbeobachtung/ Raumordnung" 40.000 EUR
- Nr. 12. "Folgeprojekt Flächenmanagement" 150.000 EUR

Die VE 2026 dient der anteiligen Finanzierung zur Beauftragung externer Dienstleister für die Maßnahmen

- Nr. 11. "Entwicklung eines Monitoring-Instrumentariums" 150.000 EUR
- Nr. 12. "Folgeprojekt Flächenmanagement" 80.000 EUR

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	X-Planung (Fortsetzung des Moderationsprozesses)	12.495	125.000	125.000	80.000
2.	Konzeptionelle Weiterentwicklung der ARIS-Fachanwendungen	18,5	70.000	0	0
3.	Datenbeschaffung für den Raumbbeobachtungsbericht	5.355	6.500	6.500	6.500
4.	Landesinitiative Flächenrecycling (Maßnahme "Umsetzung/ Weiterentwicklung Potenzialflächenkataster")	0	95.000	95.000	70.000
5.	Metropolregion	50.000	50.000	50.000	50.000
6.	Onlinebeteiligungsverfahren bei der Aufstellung LEP	17.850	40.000	40.000	20.000
7.	ARIS als Instrument der digitalen Planungsbeschleunigung	49.200	0	0	0
8.	Exzerpieren im Rahmen der Beteiligungsauswertung	0	100.000	100.000	0
9.	Konzeption Flächenmanagement und Umsetzung	0	35.000	50.000	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 04 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	
			Angaben in EUR			
noch zu 533 01						
	10.	Dokumentenanalyse	0	0	110.000	40.000
		Raumbeobachtung/Raumordnung				
	11.	Entwicklung eines Monitoring-Instrumentariums zur kontinuierlichen Evaluierung des Landesentwicklungsplans	0	0	0	150.000
	12.	Folgeprojekt Flächenmanagement	0	0	0	70.000
Zusammen			134.918,5	521.500	576.500	486.500

Zu 1.
 Inhalt:
 Externe Moderation zur landesweiten Umsetzung X-Planung u. a. mit den Kommunen und Regionalen Planungsgemeinschaften.

Ziel:
 Einführung des Datenstandards X-Planung entsprechend Kabinettsbeschluss vom 20.12.2022.

Laufzeit: 2025 bis 2027

Zu 3.
 Inhalt:
 Datenbeschaffung und externe Analyse zur Erstellung des Raumbeobachtungsbericht gemäß § 20 LEntwG LSA.

Ziel:
 Automatisierte Datenbeschaffung u. a. vom Statistischen Landesamt.

Laufzeit: fortlaufend

Zu 4.
 Inhalt:
 Weiterentwicklung Potenzialflächenkataster-Deeplearning in einem Folge-Projekt sollen die Ergebnisse verfeinert und für öffentlichen Gebrauch nutzbar gemacht werden.

Ziel:
 Nutzerspezifische, vertiefende Kategorien von Brachflächen, Baulücken, Innenentwicklungspotenziale erfassen und ein Flächenmanagement gemäß § 15 (3) LEntwG LSA im ARIS visualisieren.

Laufzeit: 2025 bis 2027

Zu 5.
 Das Land Sachsen-Anhalt und die Freistaaten Thüringen und Sachsen unterstützen die Zusammenarbeit der in der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD) kooperierenden Gebietskörperschaften in den Handlungsfeldern Verkehr, Wirtschaft, Tourismus, Bildung, Wissenschaft, Sport, Kultur und Marketing gemäß Vereinbarung über die finanzielle Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit in der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland vom 17. März 2017. Die vielen, jährlich umgesetzten Projekte der EMMD zeugen von einer guten länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Landkreisen, Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Um diese weiter fachgerecht mit einem großen Nutzen für alle Beteiligten leisten zu können, ist eine entsprechende, dem Aufwand gerecht werdende finanzielle Ausstattung der EMMD unabdingbar.

Laufzeit: fortlaufend

Zu 6.
 Im Rahmen der Planaufstellung ist gemäß § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) der Öffentlichkeit sowie den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen frühzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf des Raumordnungsplans, zur Planbegründung sowie zum Umweltbericht zu geben. Bei der Beteiligung sollen laut ROG elektronische Informationstechnologien ergänzend genutzt werden.

Ziel:
 Eröffnung digitaler Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit im Rahmen des Landesentwicklungsplans.

Laufzeit: 4 Jahre

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Zu 8.

Inhalt:

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Aufstellung des LEP werden voraussichtlich mehrere tausend Einzelhinweise zum Plan selbst, zu seiner Begründung sowie zum Umweltbericht eingehen. Diese sind sorgfältig zu exzerpieren. Das heißt, die eingegangenen Unterlagen müssen erfasst, systematisiert und bearbeitet werden, um beklagbare Abwägungsmangel ausschließen zu können.

Ziel:

Exzerpieren (Zuordnung von konkreten Festlegungen) von Stellungnahmen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Neuaufstellung des LEP als Grundlage für den Abwägungsprozess.

Laufzeit: 2024 bis 2025

zu 9.

Inhalt und Ziel:

Wissenschaftlich begleitetes Flächenmanagement mit Landesspezifika und Schwerpunkt Flächenrecycling in Sachsen-Anhalt entwickeln und in ein Folgeprojekt umsetzen.

Laufzeit: 2024 bis 2025

zu 10.

Inhalt:

Dokumentenanalyse Raumb Beobachtung/Raumordnung

KI-gestützte Ermittlung von Trends und Schwerpunkten aus landesplanerischen Stellungnahmen für die Raumb Beobachtung/Raumordnung.

Ziel:

KI-Anwendungstoolentwicklung zur Suche und Darstellung von Trends und Schwerpunkten (Texterkennung und Zuordnung durch KI)

Laufzeit: 2025 bis 2026

zu 11.

Inhalt:

Für den neuen Landesentwicklungsplan sollte zeitnah nach dem Inkrafttreten (vrs. im Jahr 2026) eine dauerhafte Beobachtung respektive Evaluierung der Wirkung seiner Zielfestlegungen initiiert werden, um die Landesplanung in die Lage zu versetzen, jederzeit auf etwaige Fehlentwicklungen angemessen planerisch reagieren oder (Teil-)Fortschreibungen der Planung aufgrund sich ändernder Rahmenbedingungen vornehmen zu können. Für die Etablierung einer kontinuierlichen Evaluierung des Landesentwicklungsplans bedarf es der Erarbeitung einer grundlegenden Methodik.

Zudem sind gem. § 8 Abs. 4 Raumordnungsgesetz die im Rahmen der Umweltprüfung prognostizierten voraussichtlich erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Landesentwicklungsplans auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und um in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Für die obligatorische Überwachung gem. § 8 Abs. 4 Raumordnungsgesetz ist ebenfalls eine Methodik zu entwickeln. Diese sollte in einen kontinuierlichen Evaluierungsprozess des Landesentwicklungsplans integriert werden.

Laufzeit: 2026 bis 2027

zu 12.

Inhalt:

Folgeprojekt Flächenmanagement: Umsetzung der Konzeption, Datenerfassung, -transfer, -auswertung, -visualisierung im ARIS.

Ziel:

Entwicklung von Fachanwendungen, die künftige Schwerpunktthemen berücksichtigen

Laufzeit:

2026 bis 2027

546 01	422	Ausrichtung von Fachveranstaltungen	60.000	59.000	59.000
			65.803	34.000	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 04 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 546 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			34.000		34.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			34.000		34.000

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2025 soll der Demografie-Preis 2026 ausgeschrieben werden. Hierfür ist die Veranschlagung einer VE notwendig.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Schwerpunkt Regionalentwicklung	2.720	19.000	25.000	25.000
2.	Schwerpunkt Demografie	63.012	41.000	34.000	34.000
Zusammen		65.732	60.000	59.000	59.000

Zu 1.

	Schwerpunkt Regionalentwicklung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.1	Regionalkolloquien zum Landesentwicklungsplan gemäß § 14 Abs. 1 Raumordnungsgesetz	2.720	19.000	19.000	19.000
1.2	Erörterungstermine LEP Neuaufstellung	0	0	6.000	6.000
Zusammen		2.720	19.000	25.000	25.000

Zu 2.

	Schwerpunkt Demografie	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
2.1	Veranstaltungen der Demografie-Allianz	0	7.000	0	0
2.2	Verleihung des Demografie-Preises	46.409	34.000	34.000	34.000
2.3	Regionalkonferenz Demografie	16.603	0	0	0
Zusammen		63.012	41.000	34.000	34.000

637 01	422	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	1.100.000	1.000.000	1.000.000
			800.000	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Gemäß § 23 Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vom 23. April 2015 in der aktuell gültigen Fassung erhalten die Regionalen Planungsgemeinschaften vom Land Finanzierungsbeiträge.

682 01	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	30.000	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Visualisierung von Ergebnissen und Entwicklungen der 8. Regionalisierten Bevölkerungsprognose.

- Erstellung einer Story Map

- technische Umsetzung und Erstellung der Multimedialinhalte durch Dataport AöR

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 01	422	Auslobung Demografie-Preis	9.500	9.500	9.500
			8.500	0	0

Erläuterungen:

Preisgelder anlässlich der jährlichen Auslobung des Demografie-Preises Sachsen-Anhalt.

Titelgruppe(n)

61 **INTERREG EUROPE und Europäische territoriale
Zusammenarbeit - Projekte zur Regionalentwicklung**

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 04 Titelgruppe 61.

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung im letzten Absatz verbindlich.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die geplanten Ausgaben und zu erwartenden Einnahmen für ein neues INTERREG EUROPE Projekt. Die Ausgaben für das Projekt werden durch die EU zeitlich nachgelagert erstattet. Über die gesamte Laufzeit des Projektes erstattet die EU 80 v. H. der Projektausgaben, 20 v. H. der Projektausgaben werden durch das Land kofinanziert.

Darüber hinaus ist der Pflichtteil Sachsen-Anhalts an der Finanzierung der Technischen Hilfe von Central EUROPE veranschlagt. Des Weiteren beteiligt sich Sachsen-Anhalt gemeinsam mit allen anderen Bundesländern und dem Bund an der Finanzierung des Programms INTERACT (Teil der Förderprogramme INTERREG).

Zur Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen auf Grund der bewilligten Förderkonzepte dürfen Ausgaben vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales ausnahmsweise über die Haushaltsansätze der TGr. 61 des Kapitels 14 04 hinaus geleistet werden, wenn entsprechende Einnahmen bei Kapitel 14 04 Titel 272 61 aufkommen. Ein ggf. im laufenden Haushaltsjahr entstehender Fehlbetrag ist im Einzelplan 14 kassenmäßig zu decken. Ein durch Buchungsschluss bedingter, nicht im Fälligkeitsjahr nachweisbarer Finanzierungsanteil der Europäischen Union ist als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO unter Anrechnung im Folgejahr darzustellen. Das Ministerium der Finanzen kann von den vorstehenden Bewirtschaftungsvorgaben Ausnahmen zulassen.

427 61	422	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	60.000	15.000	60.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Personalausgaben des für die Umsetzung zuständigen Bediensteten des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales für ein neues zu beantragendes Projekt. Die EU-Erstattung ist mit 80 v. H. der im Rahmen der Projektumsetzung gezahlten Personalausgaben geplant.

527 61	422	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	4.000	4.000	4.000
			2.241	0	0

Erläuterungen:

Erstattung von Aufwendungen (u. a. Tage- und Übernachtungsgeld, Fahrtkosten, Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung sowie Nebenkosten) nach dem geltenden Reisekostenrecht für In- und Auslandsdienstreisen anlässlich von Vorortterminen, auswärtigen Konferenzen und Sitzungen im Rahmen der Realisierung des EU-Projektes.

533 61	422	Dienstleistungen Außenstehender	20.000	20.000	20.000
			12.956	20.000	20.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 04 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			20.000		20.000
2027				20.000	20.000
2028					
2029 ff.					
Summen			20.000	20.000	40.000

Erläuterungen:

Fachspezifische Leistungen für INTERREG-Projekte

Inhalt:

Veranschlagt sind neben Ausgaben für die Projektrealisierung, für das Projekt- und Finanzmanagement (First Level Controller) und für die Projektevaluierung auch Ausgaben für fachspezifische Dienstleistungen Außenstehender zur Unterstützung im Verfahren der Beantragung neuer Projekte.

Es handelt sich grundsätzlich um Mittel zur Länderbeteiligung an EU-Projekten der Strukturfondsperiode sowie den Pflichtteil Sachsen-Anhalts an der Finanzierung Technische Hilfe Central Europe. Des Weiteren beteiligt sich Sachsen-Anhalt gemeinsam mit allen anderen Bundesländern und dem Bund an der Finanzierung des Programms INTERACT (Teil der Förderprogramme INTERREG). Im Rahmen der Durchführung von Projekten sind durch einen First Level Controller die Dokumente zu prüfen und zu zertifizieren.

Ziel:

Durchführung von INTERREG-Projekten.

Laufzeit:

fortlaufend

547 61	422	Nicht aufteilbare sächl. Verwaltungsausgaben	5.000	5.000	5.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten u. a. für Veranstaltungen, Druckerzeugnisse, Werbemittel und Anschaffungen sowie projektbezogene Reisekosten des assoziierten Partners für ein neues Projekt.

612 61	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an andere Länder	0	0	0
			0	0	0

631 61	422	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

683 61	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

685 61	422	Zuschüsse für interregionale Zusammenarbeit	0	0	0
			90.571	0	0

686 61	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände	10.000	10.000	10.000
			10.000	0	0

Erläuterungen:

Beitrag des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales zur Finanzierung des Vereins TRANSROMANICA e. V..

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			99.000	54.000	99.000
				20.000	20.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

62 **Zuweisungen und Zuschüsse für Maßnahmen und Projekte zur Förderung der Gestaltung des Demografischen Wandels**

Übertragbar

** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Gefördert wurden Maßnahmen und Projekte, die die Gestaltung des demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt unterstützen. In den Jahren 2025 und 2026 erfolgt die Ausfinanzierung der geförderten Maßnahmen.

633 62	422	Sonstige zweckgebundene Zuweisungen an Gemeinden	378.700	203.500	100.000
			303.325	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	53.500	150.000			203.500
2026		100.000			100.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	53.500	250.000			303.500

Erläuterungen:

Die Zuweisungen wurden nach der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des demografischen Wandels" in der jeweils geltenden Fassung gewährt.

671 62	422	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	365.100	372.600	387.000
			55.435	0	0

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	60.600	312.000			372.600
2026	30.400	356.600			387.000
2027	5.900	340.400			346.300
2028		8.600			8.600
2029 ff.					
Summen	96.900	1.017.600			1.114.500

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 04 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 62

Erläuterungen:

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen somit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

Das Land hat der Investitionsbank die Durchführung und Umsetzung der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des demografischen Wandels" in der jeweils geltenden Fassung als Treuhandgeschäft übertragen. Die damit verbundenen Aufwendungen der Investitionsbank werden durch das Land erstattet.

682 62	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	200.000 0	0 0	0 0
684 62	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	100.000 28.400	92.900 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	42.900	50.000			92.900
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	42.900	50.000			92.900

Erläuterungen:

Die Zuweisungen wurden nach der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des demografischen Wandels" in der jeweils geltenden Fassung gewährt.

685 62	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
883 62	422	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	74.700 166.346	184.100 0	118.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	64.100	120.000			184.100
2026		118.000			118.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	64.100	238.000			302.100

Erläuterungen:

Die Zuweisungen wurden nach der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des demografischen Wandels" in der jeweils geltenden Fassung gewährt.

887 62	422	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0 0	0 0	0 0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

891 62	422	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

893 62	422	Zuschüsse für Investitionen im Inland	130.000	131.000	100.000
			90.913	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		131.000			131.000
2026		100.000			100.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		231.000			231.000

Erläuterungen:

Die Zuweisungen wurden nach der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des demografischen Wandels" in der jeweils geltenden Fassung gewährt.

894 62	422	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	1.248.500	984.100	705.000
		0	0

63 **INTERREG EUROPE - Projekte im Bereich Demografie**

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 04 Titelgruppe 63.

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung im letzten Absatz verbindlich.

427 63	422	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	60.000	0	0
			0	0	0

527 63	422	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	7.500	0	0
			0	0	0

533 63	422	Dienstleistungen Außenstehender	66.500	0	0
			0	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 63

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		77.500			77.500
2026		78.000			78.000
2027		28.000			28.000
2028					
2029 ff.					
Summen		183.500			183.500

Erläuterungen:

VE 2024 wurde nicht in Anspruch genommen, da kein EU-Projekt durchgeführt wird.

547 63	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	7.500	0	0
			0	0	0
685 63	422	Zuschüsse für internationale Zusammenarbeit	138.200	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			279.700	0	0
				0	0

64 **Zuweisungen und Zuschüsse für Maßnahmen und Projekte
zur Förderung der Regionalentwicklung**

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden
bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 04
Titelgruppe 64.

** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils
gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Gefördert wurden Maßnahmen und Projekte der regionalen Entwicklung auf Grundlage der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt" in der jeweils geltenden Fassung im Sinne von § 14 Absatz 1 Raumordnungsgesetz (ROG). Im Jahr 2025 erfolgt die Ausfinanzierung der geförderten Maßnahmen.

633 64	422	Sonstige zweckgebundene Zuweisungen an Gemeinden	329.000	160.000	0
			334.564	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		160.000			160.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		160.000			160.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 64

Erläuterungen:

Gefördert wurden Maßnahmen und Projekte der regionalen Entwicklung auf Grundlage der Richtlinie zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt vom 18. April 2012 i.d.F. vom 04. Januar 2016 im Sinne § 14 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG).

671 64	422	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	200.000 127.171	120.000 0	0 0

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		120.000			120.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		120.000			120.000

Erläuterungen:

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

Das Land hat der Investitionsbank die Durchführung und Umsetzung der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt" in der jeweils geltenden Fassung als Treuhandgeschäft übertragen. Die damit verbundenen Aufwendungen der Investitionsbank werden durch das Land erstattet.

682 64	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	485.000 30.000	200.000 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		200.000			200.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		200.000			200.000

Erläuterungen:

Gefördert wurden Maßnahmen und Projekte der regionalen Entwicklung auf Grundlage der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt" in der jeweils geltenden Fassung im Sinne von § 14 Absatz 1 Raumordnungsgesetz (ROG).

684 64	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 04 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

685 64	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	375.000	150.000	0
			62.390	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		150.000			150.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		150.000			150.000

Erläuterungen:

Gefördert wurden Maßnahmen und Projekte der regionalen Entwicklung auf Grundlage der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt" in der jeweils geltenden Fassung im Sinne von § 14 Absatz 1 Raumordnungsgesetz (ROG).

883 64	422	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	380.000	180.000	0
			82.596	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		180.000			180.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		180.000			180.000

Erläuterungen:

Gefördert wurden Maßnahmen und Projekte der regionalen Entwicklung auf Grundlage der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt" in der jeweils geltenden Fassung im Sinne von § 14 Absatz 1 Raumordnungsgesetz (ROG).

891 64	422	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	180.000	80.000	0
			58.830	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		80.000			80.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		80.000			80.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 04 **Raumordnung und Landesentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 64

Erläuterungen:

Gefördert wurden Maßnahmen und Projekte der regionalen Entwicklung auf Grundlage der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt" in der jeweils geltenden Fassung im Sinne von § 14 Absatz 1 Raumordnungsgesetz (ROG).

893 64	422	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Gefördert wurden Maßnahmen und Projekte der regionalen Entwicklung auf Grundlage der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt" in der jeweils geltenden Fassung im Sinne von § 14 Absatz 1 Raumordnungsgesetz (ROG).

894 64	422	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	480.000	180.000	0
			131.343	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		180.000			180.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		180.000			180.000

Erläuterungen:

Gefördert wurden Maßnahmen und Projekte der regionalen Entwicklung auf Grundlage der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt" in der jeweils geltenden Fassung im Sinne von § 14 Absatz 1 Raumordnungsgesetz (ROG).

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	2.429.000	1.070.000	0
		0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 04 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	15.000	30.000	30.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	335.700	43.200	79.200
Gesamteinnahme		350.700	73.200	109.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	120.000	15.000	60.000
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.038.600	983.000	883.000
			789.000	470.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.690.500	2.348.500	1.506.500
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.244.700	755.100	218.000
			0	0
Gesamtausgabe		6.093.800	4.101.600	2.667.500
Gesamtsumme der VE			789.000	470.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-5.743.100	-4.028.400	-2.558.300

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 14 06 beträgt zum 31.12.2025 739 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 14 06 beträgt zum 31.12.2026 739 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation besitzt vier Standorte (Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Magdeburg, Stendal).

Die Ausgaben des Kapitels 14 06 sind im Wesentlichen veranschlagt für:

- die Einrichtung und Erhaltung der Festpunktfelder und den Satellitenpositionierungsdienst,
- die Führung des Geobasisinformationssystems,
- die Geotopographische Landesaufnahme mit der Modellierung der Landschaftsdaten,
- die Herausgabe und Laufendhaltung der amtlichen Topographischen Landeskartenwerke,
- die Führung des Liegenschaftskatasters,
- die Erledigung von Liegenschaftsvermessungen,
- die Führung des Kaufpreisinformationssystems und die Aufgaben im Rahmen der Grundstückswertermittlung und bei Bodenordnungsmaßnahmen,
- die Mitwirkung in Grenzangelegenheiten des Landes, der Landkreise und Gemeinden,
- die Koordinierung des fachlichen Betriebes der Geodateninfrastruktur Sachsen-Anhalt einschließlich der zentralen Komponenten,
- die Vernetzung von Geodaten und Geodatenportalen.

Das Geoinformationswesen wird als budgetierte Einrichtung geführt. Das Ministerium für Infrastruktur und Digitales (vormals Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr) hat mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation seit dem Haushaltsjahr 2018 eine Zielvereinbarung zur Haushaltsführung unter Bezugnahme auf § 17a LHO abgeschlossen. Diese gilt bis zum Abschluss einer Anschlusszielvereinbarung fort.

Einnahmen

111 11	421	Verwaltungsgebühren	1.295.000 3.225.936	1.270.600	1.270.600

Erläuterungen:

Gebühren für Auskünfte über Liegenschaften aus dem Liegenschaftsbuch und der Liegenschaftskarte, Bereitstellung und Nutzung von Geobasisdaten des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) und des Geobasisinformationssystems, sonstige Verwaltungsgebühren.

112 01	421	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	0 0	0	0

119 11	421	Einnahmen für Aufträge Dritter	5.215.000 4.842.847	5.159.000	5.159.000

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 542 01.

Erläuterungen:

Gebühren für Leistungen zur Unterlagenvorbereitung, Vermessung und Auswertungen von Liegenschaftsvermessungen sowie zur Fortführung des Liegenschaftskatasters,
 Gebühren für Leistungen im Zusammenhang mit Bodenordnungsverfahren nach dem BauGB und anderen Gesetzen,
 Gebühren für Leistungen zur Bereitstellung und Nutzung von Geobasisdaten des Amtlichen Festpunktinformationssystems (AFIS),
 Gebühren für Kalibrierungen, Geodätische Berechnungen und übrige Aufträge Dritter.

In diesem Titel werden sowohl umsatzsteuerpflichtige als auch umsatzsteuerfreie Gebühren vereinnahmt. Die Umsatzsteuer ist in der Höhe von 285.000 EUR veranschlagt und wird als Ausgabe bei Kapitel 14 06 Titel 542 01 an das Finanzamt abgeführt.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 11

	2025 EUR	2026 EUR
Entgelte (netto)	1.500.000	1.500.000
Umsatzsteuer (19%)	285.000	285.000
Zusammen	1.785.000	1.785.000

119 13	421	Einnahmen aus Grundstückswertermittlung und Kaufpreissammlung	216.000 281.259	222.800	222.800

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 542 01.

Erläuterungen:

Gebühren für die Erstellung von Verkehrswertgutachten, für Auskünfte aus der Kaufpreissammlung des Gutachterausschusses und Gebühren für die analoge Abgabe von Bodenrichtwertkarten.

In diesem Titel werden sowohl umsatzsteuerpflichtige als auch umsatzsteuerfreie Gebühren vereinnahmt. Die Umsatzsteuer ist in Höhe von 21.000 EUR veranschlagt und wird als Ausgabe bei Kapitel 14 06 Titel 542 01 an das Finanzamt abgeführt.

	2025 EUR	2026 EUR
Entgelte (netto)	110.526	110.526
Umsatzsteuer (19%)	21.000	21.000
Zusammen	131.526	131.526

119 31	421	Einnahmen aus Veröffentlichungen	57.300 111.309	59.400	59.400

** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

Gebühren für die Abgabe von Topographischen Landeskartenwerken und analogen Luftbildern.

Die Abgabe von Veröffentlichungen kann bei Bedarf unentgeltlich an öffentliche Dienststellen, Institutionen und an Abgeordnete zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken erfolgen.

119 41	421	Rückzahlungen von Überzahlungen	5.000 283	5.000	5.000

119 45	421	Umsatzsteuerrückzahlungen aus Vorjahren	0 0	0	0

119 46	421	Ersatzleistungen und andere Entschädigungen aus Versicherungsverträgen und von Privaten	15.000 2.390	14.000	14.000

Erläuterungen:

Schadensersatz durch Inanspruchnahme Dritter.

119 47	421	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0

Erläuterungen:

Hat die Beamtin oder der Beamte, die oder der wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den sie oder er in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamtin oder Beamter erleidet, einen rechtskräftig festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld gegen einen Dritten, kann die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrages übernehmen, soweit dies zur Vermeidung einer unbilligen Härte notwendig ist. Der rechtskräftigen Feststellung steht ein Vergleich nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung gleich, sobald er unwiderruflich und der Höhe nach angemessen ist.

Nachweisung der Erstattungsbeträge.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

119 51	421	Vermischte Einnahmen	500	500	500
			0		

124 01	421	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	13.500	26.000	26.000
			13.065		

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0	0
2.	Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0	0
3.	Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0	0
4.	Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0	0
5.	Sonstige Mieten und Pachten	13.065	13.500	26.000	26.000
Zusammen		13.065	13.500	26.000	26.000

Zu 5. Sonstige Mieten und Pachten

Erhebung von Entgelten für Parkplatzvermietung gem. RdErl. MF vom 26. September 2001 (MBI. LSA S.884), zuletzt geändert durch den RdErl. des MF vom 11. Januar 2024 (MBI. LSA 2024, S. 137) an folgenden Standorten:

- 28 Stellplätze Dienstgebäude Stendal, Scharnhorststraße 89
- 56 Stellplätze Dienstgebäude Halle, Neustädter Passage 15

Die vereinnahmte gesetzliche Umsatzsteuer ist als Ausgabe bei Kapitel 14 06 Titel 542 01 veranschlagt.

	2025 EUR	2026 EUR
Entgelte (netto)	21.849	21.849
Umsatzsteuer (19%)	4.151	4.151
Zusammen	26.000	26.000

124 30	421	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Landesbetrieben	0	0	0
			0		

132 01	421	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	5.000	5.000	5.000
			26.271		

*** Im Zusammenhang mit den Veräußerungsvorbereitungs- und Veräußerungsbegleitkosten stehende Aufwendungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagung von Einnahmen aufgrund der Ersatzbeschaffung auszusondernder Dienstkraftfahrzeuge gemäß Nr. 6.2 der Kraftfahrzeugrichtlinien (RdErl. des MF vom 03.02.2014, MBI. LSA S. 127, zuletzt geändert durch RdErl. vom 07.11.2017, MBI. LSA S. 734) in der jeweils geltenden Fassung.

In den Haushaltsjahren 2025 und 2026 ist die Aussonderung von je einem Geomobil vorgesehen.

132 02	421	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	6.000	6.300	6.300
			3.370		

*** Im Zusammenhang mit den Veräußerungsvorbereitungs- und Veräußerungsbegleitkosten stehende Aufwendungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

231 01	421	Sonstige Zuweisungen vom Bund	35.000	0	0
			42.935		

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 01

Erläuterungen:

Zuweisungen vom Bund aufgrund eines Vertrages über die kontinuierliche Übermittlung amtlicher digitaler Geobasisdaten der Länder zur Nutzung im Bundesbereich.

231 02	144	Zuweisungen vom Bund für Studienbeihilfen, Stipendien und Ausbildungsbeihilfen	9.000 5.266	11.900	9.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 681 51.

Erläuterungen:

Veranschlagung von Bundeszuweisungen für das Förderprogramm "Weiterbildungsstipendium" im Rahmen der Begabtenförderung "Berufliche Bildung für junge Absolventen einer Berufsausbildung". Die Auszahlung des Stipendiums erfolgt durch die gemäß Berufsbildungsgesetz zuständige Stelle.

282 01	421	Zuschüsse Dritter	500 300	500	500

Erläuterungen:

Einnahmen Dritter zur Finanzierung der "Zeitschrift für das Öffentliche Vermessungswesen des Landes Sachsen-Anhalt - LSA VERM".

381 01	891	Verrechnung zwischen Kapiteln	941.200 708.285	697.500	697.500

Erläuterungen:

Gebühren, insbesondere für die Nutzung von Geobasisdaten durch die Ressorts.

	Verrechnung von	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kapitel 03 02 Titel 981 01	44.932	56.000	48.000	48.000
2.	Kapitel 08 14 Titel 981 01	50	500	500	500
3.	Kapitel 09 02 Titel 981 02	127.698	155.000	67.800	67.800
4.	Kapitel 09 10 Titel 981 01	374	4.000	3.200	3.200
5.	Kapitel 14 01 Titel 981 01	85.244	85.300	40.900	40.900
6.	Kapitel 14 09 Titel 981 64	2.777	50.000	50.000	50.000
7.	Kapitel 14 09 Titel 981 65	266.743	400.000	400.000	400.000
8.	Kapitel 15 01 Titel 981 02	130.110	140.000	85.000	85.000
9.	Kapitel 17 83 Titel 981 01	50.358	50.400	2.100	2.100
Zusammen		708.286	941.200	697.500	697.500

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	16.716.200 17.569.441	18.084.500 0	17.017.100 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2025 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Grund beruhender Zulagen und Leistungen	17.569.441	16.716.200	18.084.500	17.017.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		17.569.441	16.716.200	18.084.500	17.017.100

422 41	421	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	262.100 134.393	518.000 0	620.600 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	134.393	262.100	518.000	620.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
4.	Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs- (Forst)praktikanten	0	0	0	0
Zusammen		134.393	262.100	518.000	620.600

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 422 41

		Anzahl, Ausbildungsberuf und Zeitraum	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
	1.	1 Anwärter LG 2.2 technischer Verwaltungsdienst der Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation, 01.11.2022 bis 31.10.2024	26.600	0	0
	2.	4 Anwärter LG 2.1 technischer Verwaltungsdienst der Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation, 01.10.2023 bis 30.09.2024	64.800	0	0
	3.	3 Anwärter LG 2.2 techn. Verwaltungsdienst Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation, 01.11.2023 bis 31.10.2025	98.100	84.300	0
	4.	3 Anwärter LG 2.2, techn. Verwaltungsdienst Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation, 01.11.2024 bis 31.10.2026	17.100	102.300	84.600
	5.	10 Anwärter LG 2.1, techn. Verwaltungsdienst Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation, 01.11.2024 bis 31.10.2025	55.500	244.000	0
	6.	6 Anwärter LG 2.2, techn. Verwaltungsdienst Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation, 01.11.2025 bis 31.10.2027	0	35.400	204.600
	7.	10 Anwärter LG 2.1, techn. Verwaltungsdienst Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation, 01.11.2025 bis 31.10.2026	0	52.000	244.000
	8.	6 Anwärter LG 2.2, techn. Verwaltungsdienst Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation, 01.11.2026 bis 31.10.2028	0	0	35.400
	9.	10 Anwärter LG 2.1, techn. Verwaltungsdienst Geodäsie und Geoinformation, 01.11.2026 bis 31.10.2027	0	0	52.000
		Zusammen	262.100	518.000	620.600
427 01	421	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs-und Aushilfskräfte	307.100	514.500	528.100
			465.005	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	465.005	307.100	514.500	528.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		465.005	307.100	514.500	528.100

427 02	421	Vergütungen an Praktikantinnen und Praktikanten	0	0	0
			0	0	0

427 31	421	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	1.100	1.600	1.600
			0	0	0

Erläuterungen:

Vergütung von nebenamtlichen, nebenberuflichen Prüfungstätigkeiten im Bereich der Landesverwaltung gemäß RdErl. des MF vom 10. 9. 1997 - 26.04019/97 (MBI. LSA Nr.50/1997, S. 1842) für die Aufgabenstellung sowie die Aufsichtsführung, Prüfungsdurchsicht und mündliche Prüfungsabnahme für die Ausbildung des vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes.

428 01	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	28.627.400	29.270.300	28.518.100
			28.048.047	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	28.048.047	28.627.400	29.270.300	28.518.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		28.048.047	28.627.400	29.270.300	28.518.100

428 03	421	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	1.477.700	1.556.500	1.710.900
			1.300.361	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 03

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen und Gewährung von Stipendien	1.300.361	1.477.700	1.556.500	1.710.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		1.300.361	1.477.700	1.556.500	1.710.900

	Berufsausbildung zum Geomatiker / zur Geomatikerin	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	8 Auszubildende, Zeitraum: 01.08.2021 bis 31.07.2024	116.000	0	0
2.	10 Auszubildende, Zeitraum: 01.08.2022 bis 31.07.2025	188.000	117.200	0
3.	11 Auszubildende, Zeitraum: 01.08.2023 bis 31.07.2026	266.300	223.600	129.000
4.	15 Auszubildende, Zeitraum: 01.08.2024 bis 31.07.2027	109.500	273.000	306.000
5.	10 Auszubildende, Zeitraum: 01.09.2025 bis 31.07.2028	0	74.000	182.000
6.	10 Auszubildende, Zeitraum: 01.09.2026 bis 31.07.2029	0	0	74.000
Zusammen		679.800	687.800	691.000

Die Auszubildenden erhalten während der regulären Ausbildungsdauer von 3 Jahren durchschnittlich 1.590 EUR pro Monat.

	Studiengänge Fachrichtung Vermessung und Geoinformation	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	10 Studierende (Bachelor), Zeitraum: 01.10.2020 bis 31.03.2024	59.400	0	0
2.	9 Studierende (Bachelor), Zeitraum: 01.10.2021 bis 31.03.2025	208.800	52.100	0
3.	9 Studierende (Bachelor), Zeitraum: 01.10.2022 bis 31.03.2026	232.000	224.500	52.500
4.	5 Studierende (Bachelor), Zeitraum: 01.10.2023 bis 31.03.2027	163.200	124.900	125.200
5.	10 Studierende (Bachelor), Zeitraum: 01.10.2024 bis 31.03.2028	71.100	250.000	250.000
6.	3 Studierende (Master), Zeitraum: 01.04.2024 bis 30.09.2025	63.400	62.100	0
7.	15 Studierende (Bachelor), Zeitraum: 01.10.2025 bis 31.03.2029	0	88.500	375.000
8.	3 Studierende (Master), Zeitraum: 01.04.2025 bis 30.09.2026	0	66.600	62.100
9.	15 Studierende (Bachelor), Zeitraum: 01.10.2026 bis 31.03.2030	0	0	88.500
10.	3 Studierende (Master), Zeitraum: 01.04.2026 bis 30.09.2027	0	0	66.600
Zusammen		797.900	868.700	1.019.900

Die Studierenden im Bachelorstudiengang erhalten für die Regelstudienzeit von 7 Semestern durchschnittlich 1.950 EUR pro Monat.

Die Studierenden im Masterstudiengang erhalten für die Regelstudienzeit von 3 Semestern durchschnittlich 2.300 EUR pro Monat.

443 02	421	Amtsärztliche Untersuchungen	58.000	69.200	69.200
			17.907	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 443 02

Erläuterungen:

Ausgaben für Reihenuntersuchungen und Schutzimpfungen sowie Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen, betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten sowie von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit (u.a. auch arbeitsmedizinische Untersuchungen).

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Arbeitssicherheit	4.203	20.100	29.100	29.100
2.	Arbeitsmedizin	13.487	35.400	37.600	37.600
3.	Sonstige amtsärztliche Untersuchungen	217	2.500	2.500	2.500
Zusammen		17.907	58.000	69.200	69.200

443 03	421	Betriebliches Gesundheitsmanagement	8.000	8.000	2.000
			1.348	0	0

Erläuterungen:

Im den Haushaltsjahren 2025 und 2026 sollen weiterhin die Struktur des betrieblichen Gesundheitsmanagements gefestigt und gesundheitsfördernde Maßnahmen umgesetzt werden.

Dies beinhaltet insbesondere:

- Kosten für Analyseverfahren und konzeptionelle Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements,
- Aufklärung zu verschiedenen Themen wie z. B. Suchtverhalten (Nikotin, Alkohol usw.),
- Konfliktbewältigung am Arbeitsplatz,
- gesundheitsfördernde Einzelmaßnahmen,
- Aktualisierung der Gefährdungsbeurteilungen.

443 07	421	Ausgaben auf Grund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Hat die Beamtin oder der Beamte, die oder der wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den sie oder er in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamtin oder Beamter erleidet, einen rechtskräftig festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld gegen einen Dritten, kann die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrages übernehmen, soweit dies zur Vermeidung einer unbilligen Härte notwendig ist. Der rechtskräftigen Feststellung steht ein Vergleich nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung gleich, sobald er unwiderruflich und der Höhe nach angemessen ist.

511 01	421	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	352.500	295.200	332.600
			233.948	0	0

Übertragbar

- * Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 14 06 Titel 511 02, Kapitel 14 06 Titel 514 01, Kapitel 14 06 Titel 517 01, Kapitel 14 06 Titel 517 30, Kapitel 14 06 Titel 518 01, Kapitel 14 06 Titel 518 13, Kapitel 14 06 Titel 518 30, Kapitel 14 06 Titel 519 01, Kapitel 14 06 Titel 522 01, Kapitel 14 06 Titel 525 01, Kapitel 14 06 Titel 525 03, Kapitel 14 06 Titel 526 01, Kapitel 14 06 Titel 526 03, Kapitel 14 06 Titel 526 05, Kapitel 14 06 Titel 527 01, Kapitel 14 06 Titel 527 03, Kapitel 14 06 Titel 531 01, Kapitel 14 06 Titel 533 01, Kapitel 14 06 Titel 536 01, Kapitel 14 06 Titel 537 01, Kapitel 14 06 Titel 542 01, Kapitel 14 06 Titel 546 59, Kapitel 14 06 Titel 632 01, Kapitel 14 06 Titel 681 01, Kapitel 14 06 Titel 685 21, Kapitel 14 06 Titel 811 01, Kapitel 14 06 Titel 811 06 und Kapitel 14 06 Titel 812 15.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	93.935	118.500	116.800	120.400
2.	Kommunikation	118.234	158.000	141.500	145.700

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

3.	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.636	74.000	36.000	65.500
4.	Sonstiges	1.143	2.000	900	1.000
Zusammen		233.948	352.500	295.200	332.600

Zu 1. Geschäftsbedarf

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.1	Geschäftsbetrieb allgemein	21.663	15.000	18.400	19.000
1.2	Vermarkungsmaterial	36.136	55.000	57.900	59.600
1.3	Büro- und Kanzleibedarf	33.145	40.500	34.600	35.700
1.4	Bekanntmachungen	2.991	8.000	5.900	6.100
Zusammen		93.935	118.500	116.800	120.400

Zu 2. Kommunikation

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
2.1	Leistungsentgelte für Postdienstleistungen	99.356	135.000	121.800	125.500
2.2	Leistungsentgelte für Fernmeldedienstleistungen	11.008	15.000	11.400	11.700
2.3	Sonstiges (z. B. Rundfunkgebühren)	7.870	8.000	8.300	8.500
Zusammen		118.234	158.000	141.500	145.700

Hinweis zu 2.2.: Die Telefongebühren für das Festnetz werden seit dem Haushaltsjahr 2022 zentral in Kapitel 14 01 veranschlagt.

Zu 3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
3.1	Beschaffung/Erwerb von technischen Geräten	6.101	3.000	4.400	4.500
3.2	Wartung und Reparatur von technischen Geräten	473	3.000	600	600
3.3	Beschaffung/Erwerb von sonstigen Ausstattungsgegenständen	14.017	21.000	24.700	25.400
3.4	Wartung und Reparatur von sonstigen Ausstattungsgegenständen	45	47.000	6.300	35.000
Zusammen		20.636	74.000	36.000	65.500

Rechtsgrundlagen: Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit vom 7. August 1996 (ArbSchG - Arbeitsschutzgesetz), in der zuletzt geänderten Fassung durch Artikel 6k des Gesetzes vom 16. September 2022, Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (BildSchArbV - Bildschirmarbeitsverordnung als Teil der Arbeitsstätten VO), DGUV Information 215-410 Bildschirm- und Büroarbeitsplätze (Leitfaden für die Gestaltung) sowie u. a. DIN EN 349, DIN EN 527, DIN EN 1023, DIN EN 1335, DIN 4543-1 und DIN 4550.

511 02	421	Erwerb und Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	40.000 19.674	33.500 0	34.700 0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Erwerb von Fachgeräten	14.608	24.500	23.400	24.200
2.	Wartung und Reparatur von Fachgeräten	5.065	10.000	8.400	8.700

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 02

3.	Sicherheitseinrichtungen für den vermessungstechnischen Außendienst	0	5.500	1.700	1.800
Zusammen		19.673	40.000	33.500	34.700

Zu 1. Erwerb von Fachgeräten

Beschaffung von Stativen, Fluchtstäben, Kabelsuchgeräten, Messbändern, Optische Lote, Prismenstäben, Prismenstabstiven, Reflektoren für elektronische Distanzmesser, Bohrhämmern, Funkgeräten, diversen Akkus, Laserentfernungsmessern, Digitalthermometer, Kalibrierungsvorrichtungen für GNSS-Antennen und vermessungstechnischer Ausrüstung für die Kalibrierstrecke (z. B. Reflektoren, Dreifüße).

514 01	421	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	168.000	168.500	168.500
			153.145	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EIR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	144.524	156.500	159.000	159.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	4.278	7.500	5.500	5.500
3.	Verbrauchsmittel	3.542	3.000	3.000	3.000
4.	Sonstiges	800	1.000	1.000	1.000
Zusammen		153.144	168.000	168.500	168.500

Zu 1. Haltung von Fahrzeugen

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.1	Betriebsstoffe	92.259	104.400	105.500	105.500
1.2	Unterhaltung und Instandsetzung	36.631	40.400	40.000	40.000
1.3	Kraftfahrzeugsteuer und technische Prüfung	15.634	11.700	13.500	13.500
Zusammen		144.524	156.500	159.000	159.000

	Bestand an Dienstkraftfahrzeugen	2023	2024	2025	2026
1.	Pkw (Leasing)	10	10	9	9
2.	Nutz- und Sonderfahrzeuge	29	29	29	29
Zusammen		39	39	38	38

Zu 2. Nutz- und Sonderfahrzeuge

		2023	2024	2025	2026
2.1	Geomobile	23	23	23	23
2.2	Motorisiertes Nivellement	2	2	2	2
2.3	LKW	1	1	1	1
2.4	PKW - Hochdachkombi	1	1	1	1
2.5	Absperrtafel/Hänger	2	2	2	2
Zusammen		29	29	29	29

517 01	421	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.314.600	1.132.800	1.191.100
			801.491	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	102.459	211.500	222.100	233.300
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	206.688	482.100	318.900	335.100
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	407.430	509.000	479.300	505.500
4.	Bewachung	40.791	47.700	48.400	50.400
5.	Sonstiges	44.123	64.300	64.100	66.800
Zusammen		801.491	1.314.600	1.132.800	1.191.100

Bewirtschaftungskosten landeseigener Liegenschaften werden bei Kapitel 14 06 Titel 517 30 veranschlagt.

517 30	421	Bewirtschaftung landeseigener Grundstücke, Gebäude und Räume	283.600	0	0
			251.600	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO fließen Erstattungen und Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR
1.	Heizung	58.200	104.900
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	73.900	107.800
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung usw.	14.200	19.900
4.	Bewachung	2.200	2.800
5.	Sonstiges	103.100	48.200
Zusammen		251.600	283.600

Bis zum Jahr 2024 wurden die Ausgaben für Mietnebenkosten ressortbezogen veranschlagt, die im Rahmen des Mieter-Vermieter-Modells für die Bewirtschaftung landeseigener Grundstücke, Gebäude und Räume an den Landesbetrieb BLSA entrichtet wurden. Das Mieter-Vermieter-Modell wird ab dem Jahr 2025 eingestellt. Für landeseigene Liegenschaften werden die Ausgaben für Mietnebenkosten zentral im Wirtschaftsplan des Landesbetriebs BLSA als Anlage zum Einzelplan 20 abgebildet.

518 01	421	Mieten und Pachten	1.830.400	2.067.500	2.178.300
			1.667.609	5.671.700	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.344.400	370.200			1.714.600
2026		2.219.900	510.900		2.730.800
2027		2.331.000	529.300		2.860.300
2028		2.447.600	548.400		2.996.000
2029 ff.		4.795.700	4.083.100		8.878.800
Summen	1.344.400	12.164.400	5.671.700		19.180.500

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	1.666.324	1.828.900	2.066.000	2.176.800
2.	Für Maschinen, Geräten, Fahrzeugen	0	0	0	0
3.	Für Leasing	1.285	1.500	1.500	1.500
Zusammen		1.667.609	1.830.400	2.067.500	2.178.300

Zu 1. Grundstücke, Gebäude, Anlagen

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.1	Büroräume in Magdeburg, Otto-von Guericke-Str. 15 - (10.394 m²)	1.334.203	1.467.900	1.422.500	1.591.700
1.2	Tiefgarage City Carré, Magdeburg - 24 Stellplätze	11.232	12.000	12.000	12.000
1.3	Garage für Sonderfahrzeuge in Magdeburg, Lübecker Str. 53-63 - (539 m²)	28.502	31.000	42.600	44.200
1.4	Büroräume in Dessau, Elisabethstr. 5 - (4.406 m² inkl. Fahrzeughalle 540 m²)	288.000	300.000	320.000	0
1.5	Büroräume in Dessau, Kühnauer Str. 164a, b inkl. Garage und Stellplätze - (3.930 m²)	0	0	250.900	510.900
1.6	Miete für die Aufstellung der SAPOS Anlagen	0	4.000	4.000	4.000
1.7	Raummieten für Veranstaltungen	4.387	14.000	14.000	14.000
Zusammen		1.666.324	1.828.900	2.066.000	2.176.800

Zu 3. Leasing für Zahlenstellenterminals

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Leasing für Zahlenstellenterminals	1.285	1.500	1.500	1.500
Zusammen		1.285	1.500	1.500	1.500

Im Rahmen der Verlängerung des Mietvertrages für den Standort Magdeburg wurde im Jahr 2024 eine neue VE ab 2026 für weitere 5 Jahre ausgebracht. Da das Unterbringungskonzept des LB BLSA eine perspektivische Unterbringung des LVermGeo in einer landeseigenen Liegenschaft erst ab 2029 plant, ist die Verlängerung des bestehenden Mietvertrages durch Optionsausübung erforderlich. Diese VE wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Für die Unterbringung des LVermGeo am Standort Dessau-Roßlau wurde seitens des Landes die Immobilien- und Projektmanagementgesellschaft Sachsen-Anhalt (IPS) beauftragt, die Liegenschaft in der Kühnauer Str. 164 a, b käuflich zu erwerben und für das LVermGeo zu sanieren. Die Zeitplanung der IPS sieht eine bezugsfertige Übergabe der Liegenschaft an das LVermGeo zum 01.07.2025 vor. Ab diesem Zeitpunkt sind nach Auffassung der IPS die Mietzahlungen zu leisten, obwohl ein Einzug zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgen kann, da die Ertüchtigung mit ITN-ST noch durch den LB BLSA vorzunehmen ist. Im Haushaltsjahr 2025 wird daher eine VE mit einer Laufzeit von 10 Jahren als Grundlage eines Mietvertrages mit der IPS (2025 bis 2035) veranschlagt. Übergangsweise wurde für das Haushaltsjahr 2024 zur Realisierung der Unterbringung in der bisherigen Liegenschaft in der Elisabethstr. 15 eine Anschluss-VE für die Jahre 2025 - 2029 veranschlagt, die nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden wird.

518 13	421	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	53.300 39.611	54.900 0	54.900 0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 13

Erläuterungen:

Für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen sind die Kraftfahrzeugrichtlinien (RdErl. des MF vom 3. Februar 2014, MBl. LSA S. 127, zuletzt geändert durch RdErl. vom 7. November 2017, MBl. LSA S. 734) in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Leasing von 9 Dienstkraftfahrzeugen im Rahmen von jeweiligen Jahresverträgen einschließlich nachfolgenden Ersatzleasings für wiederum jeweils ein Jahr im Rahmen von § 38 Abs. 4 LHO. Bei entsprechend nachgewiesener Wirtschaftlichkeit können auch Leasingverträge mit einer längeren Laufzeit (max. 2 Jahre) abgeschlossen werden. Die einzelnen Berechnungen haben ergeben, dass Beschaffungen im Wege des Leasings regelmäßig wirtschaftlicher sind als Kaufangebote. Für die Inanspruchnahme von veranschlagten Mitteln für die Anmietung oder das Leasing von Dienstkraftfahrzeugen gilt die Einwilligung des Ministeriums der Finanzen nach den VV Nr. 4.2 zu § 38 LHO mit Inkrafttreten des Haushaltsführungserlasses für das jeweilige Haushaltsjahr als erteilt.

Die für den Kauf festgesetzten Kaufpreishöchstgrenzen und die für Leasing festgesetzten Höchstgrenzen für emissionsarme Personenkraftfahrzeuge (Anlage 6 HTR-LSA) werden nicht überschritten.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	1/1/0/0 Pkw für Präsident (Nr. 5.2 Buchstabe f KfzR) - 28.000 EUR	5.198	3.500	0	0
2.	5/5/4/4 Pkw Kombi für allg. Dienstbetrieb (Nr. 5.3 KfzR) - 22.000 EUR	12.631	13.200	11.700	11.700
3.	4/4/5/5 Pkw Gelände für allg. Dienstbetrieb inkl. Sonderausstattung	20.049	20.600	27.800	27.800
4.	Abrechnung Fahrzeugrückgabe Leasing, Inspektion	0	10.000	10.000	10.000
5.	Sonstiges (u. a. Überführungskosten, Leasing von Winterreifen für alle Fahrzeuge)	1.733	6.000	5.400	5.400
Zusammen		39.611	53.300	54.900	54.900

518 30	421	Mietzahlungen an den Landesbetrieb BLSA	819.100	0	0
			691.117	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR
1.	Bürräume in Halle (Saale), Neustädter Passage 15 - (7983 m²)	512.873	622.700
	64 Stellplätze	11.520	19.200
2.	Bürräume in Stendal, Scharnhorsterstr. 89 - (2782 m²)	157.094	166.940
	45 Stellplätze und 6 Garagen	9.630	10.260
3.	SAPOS-Referenzstation, Wernigeröder Str. 3-5 in Oberharz am Brocken OT Benneckenstein		
Zusammen		691.117	819.100

Bis zum Jahr 2024 wurden die Ausgaben für die Nutzung von landeseigenen Grundstücken, Gebäuden und Räumen veranschlagt, die an den Landesbetrieb BLSA im Rahmen des Mieter-Vermieter-Modells entrichtet wurden. Das Mieter-Vermieter-Modell wird ab dem Jahr 2025 eingestellt. Für landeseigene Liegenschaften sind daher ab dem Haushaltsjahr 2025 keine Nutzungsentgelte an den Landesbetrieb BLSA zu entrichten.

519 01	421	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	147.000	149.300	155.600
			114.048	0	0

Übertragbar

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 519 01

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	7.541	15.700	16.000	16.900
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	106.507	131.300	133.300	138.700
Zusammen		114.048	147.000	149.300	155.600

522 01	421	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Gemäß den Haushaltstechnischen Richtlinien des Landes Sachsen-Anhalt (HTR-LSA) werden die Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge der Gruppe 522 zugeordnet und daher bei Titel 522 01 veranschlagt. In Abgrenzung dazu werden Ausgaben für alle übrigen Dienstleistungen Außenstehender, insbesondere für fachspezifische Dienstleistungen, weiterhin der Gruppe 533 zugeordnet.

525 01	421	Aus- und Fortbildung	126.100	98.600	104.600
			74.591	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lehrmittel	558	1.000	2.000	2.000
2.	Ausbildungslehrgänge	10.380	56.200	44.800	50.800
3.	Fortbildungsveranstaltungen	62.903	68.100	51.000	51.000
4.	Sonstiges	750	800	800	800
Zusammen		74.591	126.100	98.600	104.600

Zu 1. und 2.

Kosten für die Ausbildung der Auszubildenden, Beamtenanwärter und Referendare.

Zu 3.

Die Kosten für die Fortbildungsveranstaltungen beinhalten auch die Aufwendungen für die Aus- und Fortbildung im Rahmen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT). Schulungen sowie Aus- und Fortbildungen für IT-Administratoren sind im Kapitel 19 23 veranschlagt.

Zu 4.

Jahresbeitrag des Landes Sachsen-Anhalt zum Gemeinschaftsfond beim Kuratorium des Oberprüfungsamtes für das technische Referendariat.

525 03	421	Aus- und Fortbildung der Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen	5.000	10.000	10.000
			9.024	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 03

Erläuterungen:

Veranstaltungen u. a. für Personalratsmitglieder (Personalvertretungsgesetz LSA), Vertreter der Schwerbehinderten (Sozialgesetzbuch Neuntes Buch - Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) und ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte (Frauenfördergesetz) sowie Kostenerstattungen für Unterkunft und Verpflegung an die budgetierte Einrichtung für Aus- und Fortbildung des Landes Sachsen-Anhalt gemäß Runderlass des MF vom 11. Mai 2006 (n. v.) i. V. m. der Nutzungsentgeltordnung für Leistungen des AFI vom 2. Mai 2014 (MBI. LSA S. 255).

526 01	421	Gerichts- und ähnliche Kosten	10.000	5.400	5.400
			4.255	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Nachzuweisen sind die Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten und Stempelgebühren sowie die Erstattung barer Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner, soweit sie nicht als Bestandteil von Hauptausgaben und Pauschalabfindungen aufgrund von Urteilen und Vergleichen gezahlt werden.

526 03	421	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	246.000	362.500	273.900
			214.602	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Entschädigungen und Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz für die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Sachsen-Anhalt. Weiterhin veranschlagt sind Ausgaben für den Geschäftsbedarf der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses, wie insbesondere Fachbücher sowie Loseblatt- und Entscheidungssammlungen mit Online-Zugängen.

526 05	421	Entschädigungen	16.000	12.000	12.000
			10.545	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die zuständige Stelle i. S. d. Berufsbildungsgesetzes für die Einrichtung eines Berufsbildungsausschusses und von Prüfungsausschüssen für die Ausbildungsberufe in der Geoinformationstechnologie nach GeolTAusbV vom 30.05.2010 (BGBl. I S. 694):

- Geomatiker/ Geomatikerin
- Vermessungstechniker/ Vermessungstechnikerin,

für die anfallenden Entschädigungen und Reisekosten der Mitglieder des Berufsbildungsausschusses sowie Geschäftsbedarf, Druckschriften und Verbrauchsmaterial.

527 01	421	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	211.400	203.500	209.700
			159.263	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Reisekostenvergütungen nach dem Bundesreisekostengesetz (wie z. B. Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung, Tage- und Übernachtungsgeld) sowie Feldaufwandvergütung an Mitarbeiter/-innen des LVermGeo aufgrund durchgeführter Dienstreisen.

Zur Erledigung der Fachaufgaben ergibt sich folgender Bedarf:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1,	Reisekosten allgemein	73.167	103.000	93.500	96.900
2.	Wegstreckenentschädigung	0	0	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 01

3.	Feldaufwandvergütung	16.750	30.800	31.300	31.300
4.	Reisekosten allgemein PTravel	69.346	77.600	78.700	81.500
Zusammen		159.263	211.400	203.500	209.700

Reisekosten, Wegstreckenentschädigung und Feldaufwandvergütung werden den Antragstellern als Auslagen in Rechnung gestellt und bei Kapitel 14 06 Titel 119 11 vereinnahmt.

527 03	421	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	2.400 647	1.400 0	1.500 0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

529 01	421	Verfügun gsmittel	700 604	700 0	700 0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Die Inanspruchnahme erfolgt gemäß dem Erlass des MF über die Haushaltsführung für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 (Bewirtschaftung von Verfügungsmitteln).

531 01	421	Veröffentlichungen	5.500 3.904	5.400 0	5.600 0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Amtliche Druckwerke	0	0	0	0
2. Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0	0
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0	0	0
4. Sonstige Veröffentlichungen	3.904	5.500	5.400	5.600
Zusammen	3.904	5.500	5.400	5.600

Zu 4. Sonstige Veröffentlichungen

Druckkosten der "Zeitschrift für das Öffentliche Vermessungswesen des Landes Sachsen-Anhalt (LSA VERM)" sowie Autorenbeiträge. Der Verkaufserlös der LSA VERM wird bei Kapitel 14 06 Titel 119 31 vereinnahmt.

533 01	421	Dienstleistungen Außenstehender	557.700 472.733	746.300 240.000	932.000 1.293.000

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			240.000		240.000
2027				1.293.000	1.293.000
2028					
2029 ff.					
Summen			240.000	1.293.000	1.533.000

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Grundlagenvermessungen, Amtliche Bezugssysteme (§ 7 VermGeoG LSA)				
1.1	Vergaben an wissenschaftliche Institutionen und geeignete Unternehmen	19.243	20.000	20.000	20.000
1.2	Arbeiten im amtlichen Raumbezug	0	20.000	20.000	20.000
1.3	Sollstreckenbestimmung der Landeskalibrierstrecke	0	0	3.000	0
2.	Geotopografische Landesaufnahme, Landesluftbildsammlung (§ 8 VermGeoG LSA)				
2.1	Übernahme von Beständen in die Landesluftbildsammlung	0	1.000	1.000	1.000
2.2	Geotopografische Befliegungen	277.515	350.000	380.000	387.000
2.3	Realisierung des "Digitalen Zwillings Sachsen-Anhalt"	0	0	60.000	240.000
3.	Topografische Landeskartenwerke (§ 9 VermGeoG LSA)				
3.1	Druckleistungen (Topografische Karten)	122	2.000	2.000	2.000
3.2	Dienstleistungen zum Vertrieb analoger Erzeugnisse	0	2.000	2.000	2.000
4.	Führung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters und des Geobasisinformationssystems (§ 11 VermGeoG LSA)				
4.1	Druckleistungen (Erstellung von Nutzerinformationen u. a.)	4.316	9.300	8.300	10.000
4.2	Optimierung der Geobasisinformation	171.537	153.400	250.000	250.000
Zusammen		472.733	557.700	746.300	932.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Zu 1.1

Inhalt:

Als gesetzliche Aufgabe sind durch die Geoinformationsbehörde einheitliche geodätische Bezugssysteme (Amtliche Bezugssysteme) zu schaffen. Dazu sind Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Bundesländer (AdV) zum bundeseinheitlichen Festpunktfeld zu realisieren. Zur konsequenten Umsetzung in den Bereichen Lage, Höhe und Schwere sind jährliche Untersuchungen (z. B. Kalibrierung von Digitalnivellieren sowie Nivellierlatten) zur Genauigkeits- und Zuverlässigkeitssteigerung neuer Verfahrenstechniken in Zusammenarbeit mit externen Einrichtungen (u. a. FH Neubrandenburg, Universitäten, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie) durch Vergabe zu realisieren. Die Arbeiten können durch das LVermGeo nicht durchgeführt werden, da langjährige Erfahrungen und vor allem teure Spezialsoft- und -hardware notwendig sind, deren Bedienung nur durch Fachkräfte möglich ist.

Eine Beschaffung solcher Spezialsoft- und -hardware sowie der Erwerb des notwendigen Wissens durch Mitarbeiter des LVermGeo wäre - wenn überhaupt möglich - bei weitem teurer als eine Vergabe einzelner Leistungen an entsprechende Institutionen. Dieses Wissen ist im Allgemeinen nur an Universitäten oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen vorhanden.

Ziel:

Führung der Amtlichen Bezugssysteme als Grundlage für die Geobasisdaten und für alle anderen öffentlichen Vermessungen: Erwerb von Dienstleistungen für jährliche Untersuchungen (z. B. Kalibrierung von Digitalnivellieren) sowie zur Genauigkeits- und Zuverlässigkeitssteigerung neuer Verfahrenstechniken von wissenschaftlichen Institutionen und geeigneten Unternehmen, welche nicht durch das LVermGeo durchgeführt werden können.

Laufzeit:

dauerhaft

Zu 1.2

Inhalt:

Im Rahmen der AdV-Messkampagne und der daraus resultierenden Folgearbeiten zur landesweiten Einrichtung und Erhaltung von Geodätischen Grundnetzpunkten sowie zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages zur Schaffung und Erhaltung einheitlicher geodätischer Bezugssysteme (Lage, Höhe und Schwere) müssen vorbereitende Maßnahmen getroffen und umfangreiche Messungen durchgeführt werden. Erkenntnisse aus dem langjährigen Monitoring der SAPOS-Referenzstationen sowie die Weiterentwicklung bestehender Messverfahren und die Entwicklung neuer Messverfahren auch aufbauend auf neuen Datengrundlagen (z. B. Radardaten aus Satellitenbeobachtungen) können Vorbereitungs- und Einrichtungsarbeiten nach sich ziehen.

Auf Grund der vorhandenen Ressourcen ist dies nur durch Optimierung der technischen Einsatzmittel bzw. Vergabe von vorbereitenden Arbeiten zur Gewährleistung der notwendigen Vermessungsarbeiten möglich. In der Planung sind Maßnahmen für bodenvermarktete SAPOS-Referenzstationen zur Verknüpfung des Raumbezugs mit Daten der Fernerkundung (Corner-Reflektor) vorgesehen. Diese dienen der Qualitätssicherung und berücksichtigen bundesweite Entwicklungen zur Nutzung neuer Messverfahren im geodätischen Raumbezug.

Ziel:

Führung der Amtlichen Bezugssysteme als Grundlage für die Geobasisdaten und für alle anderen öffentlichen Vermessungen: Erwerb von Dienstleistungen für vorbereitende Arbeiten zur Gewährleistung notwendiger Vermessungsarbeiten mit entsprechenden Gerätschaften, welche nicht im LVermGeo vorhanden sind.

Laufzeit:

dauerhaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Zu 1.3

Inhalt:

Die Sollstreckenbestimmung für die Landeskalibrierstrecke ist in regelmäßigen Abständen zu wiederholen, sodass signifikante Veränderungen der Sollstrecken festgestellt werden können. Dies kann nur mit einem elektronischen Hochleistungspräzisionsdistanzmesser durchgeführt werden, der nicht im LVerGeo vorhanden ist. Eine Beschaffung ist für die turnusmäßigen Arbeiten wirtschaftlich nicht zu vertreten, folglich ist die Sollstreckenbestimmung zu vergeben. Die nächsten Sollstreckenbestimmungen müssen in den Jahren 2028 und 2031 ff. durchgeführt werden.

Die Landeskalibrierstrecke wird vom LVerGeo, den ÖbVermlng und den anderen behördlichen Vermessungsstellen sowie Ingenieurbüros genutzt, um elektronische Distanzmesser zu kalibrieren und somit im Weiteren die geforderten Genauigkeitsansprüche bei den Vermessungsarbeiten zu gewährleisten und sicherzustellen.

Ziel:

Qualitätssicherung der Erfassung von Geobasisdaten:

Erwerb einer Dienstleistung zur Sollstreckenbestimmung mit hochgenauen Präzisionsmessinstrumenten, welche im LVerGeo nicht vorhanden sind.

Laufzeit:

dauerhaft

Zu 2.1

Inhalt:

Nach § 8 VermGeoG LSA hat das LVerGeo als hoheitliche Aufgabe die Landesluftbildsammlung zu führen.

Luftbilderzeugnisse aus Befliegungen, Satellitenbilder und andere Fernerkundungsergebnisse, die im Auftrag anderer öffentlicher Dienststellen durchgeführt wurden, werden aufgenommen. Hierzu sind entsprechende Auslagen zu erstatten.

Ziel:

Aktualisierung der Geobasisdaten:

Erstattungen von Auslagen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Luftbilderzeugnissen für die Landesluftbildsammlung.

Laufzeit:

dauerhaft

Zu 2.2

Inhalt:

Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe einer systematischen zeitnahen Erfassung und Aktualisierung des Landesgebietes mit seinen topografischen Gegenständen und Geländeformen sind jährlich geotopografische Befliegungen durchzuführen. Diese dienen einerseits als Grundlage zur Herstellung von Digitalen Orthofotos für ca. 50 % der Landesfläche. Auf deren Basis erfolgt die Aktualisierung der Nachweise der Topografischen Landesaufnahme, der Topografischen Landeskartenwerke und des Liegenschaftskatasters sowie Fachdaten anderer öffentlicher Verwaltungen. Die Digitalen Orthofotos haben darüber hinaus einen hohen dokumentarischen Wert, da darin das Landesgebiet regelmäßig bildhaft festgehalten wird.

Im Weiteren werden Befliegungen zur Erfassung der aktuellen Geländeformen für ca. 17% des Landesgebietes durchgeführt. Dies dient der Sicherstellung der bundesweiten Grundaktualität sowie der Spitzenaktualität für hochwasser- und bodensenkungsgefährdete Gebiete. Diese aktuellen dreidimensionalen Geländedaten kommen anschließend in verschiedenen Aufgabenbereichen des LVerGeo (u. a. Aktualisierung der 3D-Gebäudemodelle; Digitaler Zwilling) sowie der Landesverwaltung (z. B. Hochwasserschutz im Kontext mit der Europäischen Richtlinie 2007/60/EG) zum Einsatz.

Ziel:

Aktualisierung der Geobasisdaten:

Erwerb von Dienstleistungen zur Durchführung von geotopographischen Befliegungen zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe nach VermGeoG LSA zur zeitnahen Erfassung und Aktualisierung des Landesgebietes in den jeweiligen Geobasisdaten und als Grundlage für die Fachdaten anderer öffentlicher Verwaltungen.

Laufzeit:

dauerhaft

Zu 2.3

Inhalt:

Ein räumliches, digitales und flächendeckendes 3D-Abbild Sachsen-Anhalts in hoher Genauigkeit ist grundlegende Basis für weitere Geofachdaten, mit der vielfältige gesellschaftsrelevante Prozesse analysiert, Zukunftsszenarien (Klimasimulationen etc.) simuliert sowie konkrete Ereignisse beispielsweise im Katastrophenfall aktiv begleitet und bedarfsgerecht digital präsentiert werden können.

Ziel:

Aufbau eines landesweiten "Digitalen Zwillings" im Rahmen der Geodateninfrastruktur

Laufzeit:

2025 - 2027

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Zu 3.1

Inhalt:

Aus dem Vermessungs- und Geoinformationsgesetz (VermGeoG LSA) ergibt sich für das LVerGeo als Geoinformationsbehörde die Aufgabe, die Ergebnisse der Geotopografischen Landesaufnahme in unterschiedlichen Maßstäben darzustellen. Die Amtlichen Topografischen Karten können durch das LVerGeo nicht gedruckt werden, da das Vorhalten der erforderlichen großformatigen Druckmaschinen (Druckerei) nicht mehr wirtschaftlich ist. Die erforderlichen Druckleistungen werden deshalb vergeben.

Ziel:

Bereitstellung von Geobasisdaten:

Erwerb von Dienstleistungen zum Druck von Topographischen Karten, da die erforderlichen Druckmaschinen nicht im LVerGeo vorhanden sind.

Laufzeit:

dauerhaft

Zu 3.2

Inhalt:

Aus § 10 VermGeoG LSA ergibt sich für das LVerGeo als Geoinformationsbehörde die Aufgabe, die Ergebnisse der geotopografischen Landesaufnahme in unterschiedlichen Maßstäben und verschiedenen Ausgabeformen darzustellen. Bisher war die Harzkarte gleichzeitig die offizielle Karte des Harzklubs und diente der Förderung des landesübergreifenden Nationalparks Harz. Diese wurde über einen Vertrag mit den drei Parteien (Harzklub, Land Niedersachsen und Land Sachsen-Anhalt) hergestellt. An dieser Harzkarte bestand in den Jahren ihrer Herausgabe ein reges öffentliches Interesse.

Mittlerweile wurde die analoge Herstellung der Harzkarte jedoch beendet, es erfolgte die Umstellung auf eine digitale Führung. Zwischen den drei Partnern (Harzklub, LGN und LVerGeo) werden 2024 neue Gespräche aufgenommen, um den landesübergreifenden Nationalpark Harz auch weiterhin zu fördern. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch in künftigen Vereinbarungen Dienstleistungen auf das LVerGeo zukommen. Um diese zu ermöglichen, wird aus heutiger Sicht an dem Finanzvolumen festgehalten.

Ziel:

In Zusammenarbeit des LVerGeo mit der niedersächsischen Geoinformationsverwaltung und dem Harzklub e. V. wurde in der Vergangenheit ein analoges Harzkartenset herausgegeben.

Es ist geplant, die Informationen zu den Harzwanderwegen nur noch digital zu veröffentlichen. Damit entfallen die Aufwendungen für die Produktion der Karten, der genannten Falttaschen und damit im Zusammenhang stehender Arbeiten. Lediglich für die Herstellung (Plotten) und das Laminieren von Auszügen aus der digitalen Harzkarte für Zwecke des Harzklubs könnten Kosten entstehen.

Laufzeit:

dauerhaft

Zu 4.1

Inhalt:

Zur sachbezogenen Information der Nutzer, zur Steigerung des Bekanntheitsgrades des LVerGeo und um den Anspruch der Bürger auf Information nachzukommen, werden Informationen in Form von Broschüren und Handreichungen in unterschiedlicher Form, Gestaltung und Auflagenhöhe benötigt. Ziel ist hierbei, über das LVerGeo, seine Leistungen und Angebote umfassend zu informieren und dem gesetzlichen Verbreitungsauftrag entsprechend §10 VermGeoG LSA nachzukommen.

Mit der regelmäßigen Aktualisierung des Leistungsverzeichnisses und der erstmals in 2024 geplanten Ausbildungsbroschüre wird eine analoge Nutzerinformation auf Messen, (insbesondere auf Ausbildungsmessen und weiteren Veranstaltungen) zusätzlich zur Online-Ausgabe im Portal gewährleistet. Eine Eigenanfertigung der Broschüre ist qualitativ nicht realisierbar, weshalb die Anfertigung derartiger Nutzerinformationen in Vergabeleistung erforderlich ist. Weitere Fachbroschüren werden ausschließlich online angeboten. Ein Druck erfolgt nur noch in Ausnahmefällen. Die Nachwuchskräftegewinnung hat eine hohe Priorität. Für die Beteiligung an Ausbildungsmessen und für die Anwerbung von Auszubildenden werden neben der o. g. Ausbildungsbroschüre weitere Dokumente und Materialien benötigt. Aktuell kommt der gezielten Anwerbung von Arbeitskräften zusätzlich zur Nachwuchskräftegewinnung eine ebenso hohe Priorität zu. Auch bei dazu geeigneten Messen und Veranstaltungen sind entsprechende Druckmittel vorzuhalten.

Ziel:

Erwerb von Dienstleistungen zum Druck von Nutzerinformationen (z. B. Broschüren, Flyer, Handouts) für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit für die Information der Nutzer zu den Leistungen des LVerGeo sowie zur Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung.

Laufzeit:

dauerhaft

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Zu 4.2

Inhalt:

Entsprechend dem VermGeoG LSA ist das Geobasisinformationssystem mit seinen Hauptbestandteilen Liegenschaftskataster und Geotopografie zur Erfüllung seiner Aufgaben qualitätsgerecht zu führen.

Für das Liegenschaftskataster besteht Optimierungsbedarf, der auch der Bereinigung von Flächendifferenzen in den Angaben des Liegenschaftsbuches und der Liegenschaftskarte im Vorfeld der Grundsteuerreform dient. Es ist in diesen Bereichen für Planungszwecke, u. a. für individuelle Bauvorhaben, Bauleitplanung, Verkehrswegeplanung etc. und dem hiermit in Verbindung stehenden Vollzug der Vorhaben (wie Eigentumsregelungen bei öffentlicher Inanspruchnahme) unbedingt zu verbessern.

Die Optimierung des Liegenschaftskatasters von Amts wegen wird durch örtliche Überprüfungen/Passpunktbestimmungen/ Liegenschaftsvermessungen als Voraussetzung innendienstlicher Korrekturen durchgeführt. Dafür stehen dem LVermGeo auch künftig die notwendigen Außendienstkapazitäten nicht zur Verfügung und somit sollen Vermessungsleistungen zur Passpunktbestimmung an Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure vergeben werden. Zusätzlich besteht die Zielvereinbarung 04 (Qualitätssicherung Geobasisdaten) zwischen dem LVermGeo und dem MID. Worin als Teilziel die Optimierung des Liegenschaftskatasters von Amts wegen einschließlich des Flächenabgleichs in der Phase 1 (Abweichungen > 5.000 m²) durchzuführen ist.

Ziel:

Qualitätssicherung der Geobasisdaten:

Erwerb von Dienstleistungen zur Optimierung von Geobasisdaten als Grundlage für ein aktuelles Liegenschaftskataster für Planungszwecke von Land, Kommunen und Eigentümern sowie zur steuerlichen Erhebung. Die erforderliche Außendienstkapazitäten stehen dem LVermGeo nicht zur Verfügung. Die Ausführung der örtlichen Arbeiten für die Optimierung des Liegenschaftskatasters erfolgen durch die Aufgabenträger nach § 1 Abs. 2 VermGeoG LSA, die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure des Landes.

Laufzeit:

dauerhaft

536 01	421	Verfahrensauslagen	1.000	1.000	1.000
			942	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Ausgaben für Entschädigungen der gemäß Art. 233 § 2 Abs. 3 EGBGB i. V. m. § 16 VwVfG bestellten Vertreter für nicht feststellbare Grundstückseigentümer oder für Grundstückseigentümer, deren Aufenthalt unbekannt ist. Die Kosten werden dem Antragsteller als Auslagen in Rechnung gestellt und bei Kapitel 14 06 Titel 119 11 wieder vereinnahmt.

537 01	421	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	24.000	40.000	87.000
			5.587	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Umsetzung von Dienstzimmereinrichtungen, Akten, Bücher u.s.w. durch Dienstleistungsunternehmen; Kosten von Behördenumzügen, hausinterne Umzüge auf Grund einer Vielzahl von altersbedingten Personalabgängen sowie Neueinstellungen und damit verbundenen Umstrukturierungen mit den Auswirkungen des mobilen Arbeitens bzw. aufgrund von Renovierungsarbeiten und Erstbezug eines sanierten Dienstgebäudes.

542 01	421	Umsatzsteuer	305.000	310.200	310.200
			201.022	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

** Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 19 v. H. der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 06 Titel 119 11, Kapitel 14 06 Titel 119 13 und Kapitel 14 06 Titel 124 01.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 542 01

Erläuterungen:

Die Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das Kapitel 14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen erfolgt zentral aus diesem Titel.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Umsatzsteuer	201.022	305.000	310.200	310.200
Zusammen	201.022	305.000	310.200	310.200

Zur weiteren Erläuterung der o. g. Ansätze sowie für die Erläuterungen der entsprechenden Einnahme- und Ausgabetitel (gem. Nr. 4. 3. 9 der HTR-LSA 2025/2026) wird nachfolgend die Umsatzsteuer für die geschätzten umsatzsteuerpflichtigen Ist-Einnahmen 2025/2026 dargestellt:

	Entgelt (netto) 2025 EUR	Umsatzsteuer 2025 EUR	Umsatzsteuer 2026 EUR
1. Gebühren für Aufträge Dritter u. a. Liegenschaftsvermessungen, Bodenordnungsverfahren, Kalibrierleistungen und Geodätische Berechnungen (Kapitel 14 06 Titel 119 11, Umsatzsteuer 19%)	1.500.000	285.000	285.000
2. Gebühren für die Erstellung von Verkehrswertgutachten durch den Gutachterausschuss (Kapitel 14 06 Titel 119 13, Umsatzsteuer 19%)	110.526	21.000	21.000
3. Entgelte für Parkplatzvermietungen (Kapitel 14 06 Titel 124 01, Umsatzsteuer 19 %)	21.849	4.151	4.151
Zusammen	1.632.375	310.151	310.151

546 59	421	Sonstiges	46.100	37.400	38.300
			28.776	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Ausgaben für Kartenlesegeräte (EC-Karte mit Zahlungsgarantie, VISA/MasterCard mit Zahlungsgarantie), Gebühren für den Geoshop, Bankgebühren, Ausgaben für die Teilnahme an Messen und Ausstellungen, Kranzspenden, Traueranzeigen, Stellenanzeigen u. a..

632 01	421	Sonstige Zuweisungen an Länder	52.000	54.000	54.000
			48.261	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Finanzierungsanteile der Länder zum Finanzierungsplan Koordinierung und Betrieb GDI-DE für den gemeinsamen Ausbau und Betrieb der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) gemäß gleichlautender Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern (VV GDI-DE 2017).

681 01	421	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	4.500	3.900	3.900
			3.421	0	0

Übertragbar

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 01

Erläuterungen:

Schadensersatzleistungen gemäß RdErl. des MF vom 6. April 1993 in der jeweils geltenden Fassung und Unfallentschädigungen.

681 51	144	Studienbeihilfen und dgl.	9.000 5.266	11.900 0	9.000 0

Übertragbar

- * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 14 06 Titel 231 02.

Erläuterungen:

Veranschlagung für die Auszahlung der vom Bund gewährten Zuweisungen für das Förderprogramm "Weiterbildungsstipendium" im Rahmen der Begabtenförderung "Berufliche Bildung für junge Absolventen einer Berufsausbildung". Die Auszahlung des Stipendiums erfolgt durch die gemäß Berufsbildungsgesetz zuständige Stelle.

685 21	421	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	175.900 110.332	179.200 0	194.800 0

Übertragbar

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Kostenbeitrag für die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) und zur Finanzierung der länderübergreifenden Aufgaben.

811 01	421	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	64.000 28.560	66.000 0	68.400 0

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen aufgrund der Überalterung des Fahrzeugbestandes und daraus resultierender Unwirtschaftlichkeit (Reparaturen, Ausfalltage, Verbrauch, Umweltplakette). Die Ausgaben für notwendige Ersatzbeschaffungen, die den veranschlagten Ansatz überschreiten, dürfen im Haushaltsvollzug im Rahmen erwirtschafteter Mittel des Deckungskreises der budgetierten Einrichtung geleistet werden.

Ersatzbeschaffungen von 3 Dienstkraftfahrzeugen (Kleinbusse) mit folgender Sonderausstattung: Sicherheitslackierung RAL 2011, neueste Sicherheitsstandards, Standheizung, zweite Batterie, erhöhte Nutzlast, langer Radstand, Bodenplatte im Lade-/Fahrgastraum, angepasste Sitzbank hinten, Anhängerzugvorrichtung, Unterbodenschutz für extreme Beanspruchung, Allradantrieb, All-Terrain Bereifung, Klimaanlage, mobile Rundumleuchte, Gitterwand zwischen Lade- und Fahrgastraum, Sicherheitsmarkierung an den Wagenecken, fachspezifischer Innenausbau zum Transport von Stativen, Fluchtstangen, Prismenstäben und sonstiger vermessungstechnischer Ausrüstung.

811 06	421	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0 0	0 0	0 0

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

812 15	421	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	377.100 296.476	201.500 0	140.000 0

- * Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 06 Titel 511 01.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 06 **Geoinformations- und Vermessungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 15

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	2/2/1/1 Tachymeter mit mittlerer Genauigkeit	46.874	60.000	30.000	30.000
2.	3/4/1/1 mobile GNSS-Empfänger	105.762	115.000	30.000	30.000
3.	0/1/0/0 Präzisionsnivellier	0	20.000	0	0
4.	5/5/3/3 GNSS-Referenzstationsempfänger	115.428	130.000	65.000	65.000
5.	Erneuerung Dienstzimmersausstattungen und Archiveinrichtungen	28.412	52.100	76.500	15.000
Zusammen		296.476	377.100	201.500	140.000

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	545.400 396.414	872.600 0	598.800 0

Erläuterungen:

Die Zuführungen an den Pensionsfonds nach § 5 Abs. 2 des Pensionsfondsgesetzes sind dezentral unter Berücksichtigung der Pensionsfonds-Zuführungsverordnung vom 9. Februar 2008 (GVBl. LSA S. 64), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Januar 2024 (GVBl. LSA S. 25) in der jeweils geltenden Fassung bei diesem Titel zu veranschlagen.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	6.828.300	6.768.600	6.768.600
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	44.500	12.400	9.500
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	941.200	697.500	697.500
Gesamteinnahme		7.814.000	7.478.500	7.475.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	47.457.600	50.022.600	48.467.600
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6.565.400	5.736.100	6.107.600
			5.911.700	1.293.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	241.400	249.000	261.700
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	441.100	267.500	208.400
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	545.400	872.600	598.800
			0	0
Gesamtausgabe		55.250.900	57.147.800	55.644.100
Gesamtsumme der VE			5.911.700	1.293.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-47.436.900	-49.669.300	-48.168.500

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 07 Städtebau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. Allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels
14 01.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für folgende Fachaufgaben
nachgewiesen:

Städtebauliche Förderprogramme

a) auf der Grundlage der jährlichen Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder
nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen werden bis 2019 bewilligte Förderungen
für

- städtebaulichen Denkmalschutz
- Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
- Stadtumbau (Rückbau und Aufwertung)
- Kleinere Städte und Gemeinden
- Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt
- Zukunft Stadtgrün

bis zum Jahr 2023 ausfinanziert.

b) auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Art.
104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen werden den Kommunen ab 2020 Finanzhilfen in den
Programmen:

- Lebendige Zentren
- Sozialer Zusammenhalt
- Wachstum und nachhaltige Entwicklung

gewährt.

c) auf der Grundlage der VERORDNUNG (EG) Nr. 1083/2006 DES RATES vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen
über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und
zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 210 S. 25 ff.).

Einnahmen

119 41	423	Rückzahlung von Überzahlungen aus Bundesmitteln (einschließlich Zinsen)	1.400.000 961.708	1.400.000	1.400.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 07 Titel 631 41.

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Bundesmitteln aus überzahlten Zuweisungen sowie anfallende Zinsen.

119 42	423	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln (einschließlich Zinsen)	1.400.000 969.182	1.400.000	1.400.000

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Landesmitteln aus überzahlten Zuweisungen sowie anfallende Zinsen; Mehreinnahmen im Ergebnis von
Verwendungsnachweisprüfungen

331 02	423	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt	0 734.000	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 07 Titel 883 02.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung "Städtebauförderung" erfolgten vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2023
kassenwirksam wurden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 07 Titel 883 02).

331 03	423	Zuweisungen für Investitionen vom Bund im Rahmen des Programms "Zukunft Stadtgrün"	0 679.000	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 07 Städtebau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 331 03

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 07 Titel 883 03.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung "Städtebauförderung" erfolgten vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2023 kassenwirksam wurden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 07 Titel 883 03).

331 05	423	Zuweisung für Investitionen vom Bund im Rahmen des Programms "Stadtumbau Ost"	0 3.213.355	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 07 Titel 883 05.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung "Städtebauförderung" erfolgten vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2023 kassenwirksam wurden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 07 Titel 883 05).

331 06	423	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Förderung im Rahmen des Programms "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"	0 624.500	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 07 Titel 883 06.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung "Städtebauförderung" erfolgten vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2023 kassenwirksam wurden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 07 Titel 883 06).

331 09	423	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Förderung im Rahmen des Programms "Kleinere Städte und Gemeinden"	0 355.000	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 07 Titel 883 09.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung "Städtebauförderung" erfolgten vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2023 kassenwirksam wurden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 07 Titel 883 09).

331 10	423	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes	0 1.773.000	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 07 Titel 883 10.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung "Städtebauförderung" erfolgten vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2023 kassenwirksam wurden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 07 Titel 883 10).

331 11	423	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Förderung im Rahmen des Programms "Lebendige Zentren"	16.027.000 14.000.650	12.006.300	8.948.800

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 07 Titel 883 11.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung "Städtebauförderung" erfolgen vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2032 kassenwirksam werden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 07 Titel 883 11).

331 12	423	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Förderung im Rahmen des Programms "Sozialer Zusammenhalt"	12.376.300 10.248.550	9.778.700	7.737.400

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 07 Titel 883 12.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung "Städtebauförderung" erfolgen vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2032 kassenwirksam werden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 07 Titel 883 12).

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 07 **Städtebau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

331 13	423	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Förderung im Rahmen des Programms "Wachstum und nachhaltige Erneuerung"	17.297.600 14.496.915	13.500.900	10.542.100

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 07 Titel 883 13.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung "Städtebauförderung" erfolgen vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2032 kassenwirksam werden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 07 Titel 883 13).

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 07 Städtebau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 41	423	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesfinanzhilfen (einschließlich Zinsen)	1.400.000	1.400.000	1.400.000
			961.441	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 14 07 Titel 119 41.

883 02	423	Zuweisungen für Investitionen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt	0	0	0
			1.468.000	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 14 07 Titel 331 02.

** Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig:
Kapitel 14 07 Titel 883 02, 883 03, 883 05, 883 06, 883 09, 883 10 und 883 93.

Die Ansätze der gegenseitig deckungsfähigen Titel dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 50 v. H. (Kapitel 14 07 Titel 331 02)	734.000	0	0	0
2.	Anteil Land 50 v. H.	734.000	0	0	0
Zusammen		1.468.000	0	0	0

Gegenseitig deckungsfähige Ansätze und Verpflichtungsermächtigungen der gemeinsamen Förderprogramme des Bundes und des Landes in den Bereichen "Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen", "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt", "Energetische Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen", "Städtebauförderung im ländlichen Bereich", "Stadtumbau" (Rückbau von Gebäuden, städtebauliche Aufwertung in Umstrukturierungsgebieten), "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren", "Kleinere Städte und Gemeinden", "Städtebaulicher Denkmalschutz" und "Zukunft Stadtgrün".

Antragsberechtigt waren alle Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt. Förderfähige Kommunen sind die Stadtumbaukommunen gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der städtebaulichen Erneuerung in Sachsen-Anhalt (Städtebauförderrichtlinien-StäBauFRL, MBl. LSA Nr. 33/2021, S. 558).

Programmsstädte Soziale Stadt:

Bernburg, Bitterfeld-Wolfen, Blankenburg, Dessau-Roßlau, Halberstadt, Haldensleben, Halle (Saale), Magdeburg, Mansfeld, Merseburg, Sangerhausen, Stendal, Weißenfels, Wernigerode, Lutherstadt Wittenberg

Der durch Städtebaufördermittel nicht gedeckte Teil der Kosten der Maßnahmen ist durch Eigenmittel der Gemeinden zu tragen.

883 03	423	Zuweisungen für Investitionen im Rahmen des Programms "Zukunft Stadtgrün"	0	0	0
			1.358.000	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 14 07 Titel 331 03.

** Vgl. D-Vermerk bei Kapitel 14 07 Titel 883 02.
Die Ansätze der gegenseitig deckungsfähigen Titel dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 07 Städtebau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 03

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 50 v. H. (Kapitel 14 07 Titel 331 03)	679.000	0	0	0
2.	Anteil Land 50 v. H.	679.000	0	0	0
Zusammen		1.358.000	0	0	0

Im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verbesserung der urbanen grünen Infrastruktur wie u. a.

- städtebauliche Maßnahmen der Anlage,
- Sanierung bzw. Qualifizierung und Vernetzung öffentlich zugänglicher Grün- und Freiflächen im Rahmen der baulichen Erhaltung und Entwicklung von Quartieren als lebenswerte und gesunde Orte,
- die Steigerung der Lebens- und Wohnqualität,
- die gesellschaftliche Teilhabe,
- die Verbesserung des Stadtklimas und
- die Umweltgerechtigkeit, insbesondere durch eine gerechte Verteilung qualitativ hochwertigen Stadtgrüns sowie dem Erhalt der biologischen Vielfalt und der Naturerfahrung

hat der Bund ein Städtebauförderprogramm aufgelegt.

Antragsberechtigt waren alle Kommunen, die am Programm "Soziale Stadt" oder "Stadtumbau" oder "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" teilnehmen.

Programmstädte Zukunft Stadtgrün: Blankenburg, Magdeburg, Dessau-Roßlau

883 05	423	Zuweisungen für Investitionen im Rahmen des Programms "Stadtumbau Ost"	0	0	0
			6.433.960	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Istannahmen bei Kapitel 14 07 Titel 331 05.

** Vgl. D-Vermerk bei Kapitel 14 07 Titel 883 02.
Die Ansätze der gegenseitig deckungsfähigen Titel dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 50 v. H. (Kapitel 14 07 Titel 331 05)	3.216.980	0	0	0
2.	Anteil Land 50 v. H.	3.216.980	0	0	0
Zusammen		6.433.960	0	0	0

Im Zusammenhang mit dem zunehmenden Wohnungsleerstand und den damit einhergehenden wirtschaftlichen, sozialen und städtebaulichen Problemen hat der Bund ab Programmjahr 2002 ein Stadtumbauprogramm aufgelegt, das u. a. die Förderung des Rückbaus von Gebäuden vorsieht. Zeitgleich wurde das Stadtumbauprogramm Aufwertung durch den Bund initiiert. Die Zielstellung dieses Programnteils ist die Aufwertung von Stadtgebieten (Infrastruktur, Wohnumfeld, Neuordnung und Nutzung von Flächen infolge von Rückbau von Gebäuden u. dgl.).

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 07 Städtebau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 05

Förderfähige Kommunen waren die Stadtumbaukommunen gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der städtebaulichen Erneuerung in Sachsen-Anhalt (Städtebauförderungsrichtlinien-StäBauFRL, MBl. LSA Nr. 33/2021, S. 558), Anlage 13.

Programmstädte Stadtumbau:

Aken (Elbe), Aschersleben, Bernburg (Saale), Bitterfeld-Wolfen, Blankenburg (Harz), Burg, Calbe (Saale), Dessau-Roßlau, Lutherstadt Eisleben, Hansestadt Gardelegen, Genthin, Gräfenhainichen, Halberstadt, Haldensleben, Halle (Saale), Hansestadt Havelberg, Hettstedt, Hohenmölsen, Jessen (Elster), Klötze, Köthen (Anhalt), Leuna, Magdeburg, Merseburg, Naumburg (Saale), Nebra (Unstrut), Oschersleben (Bode), Osterburg (Altmark), Quedlinburg, Querfurt, Hansestadt Salzwedel, Sangerhausen, Schönebeck (Elbe), Staßfurt, Hansestadt Stendal, Tangerhütte, Tangermünde, Thale, Wanzleben (Börde), Weißenfels, Wernigerode, Lutherstadt Wittenberg, Wolmirstedt, Zeitz, Zerbst (Anhalt)

Der durch Städtebaufördermittel nicht gedeckte Teil der Kosten der Maßnahmen im Programmteil Aufwertung ist durch Eigenmittel der Gemeinden zu tragen.

883 06	423	Zuweisungen für Investitionen zur Förderung im Rahmen des Programms "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"	0	0	0
			1.249.000	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Istentnahmen bei Kapitel 14 07 Titel 331 06.

** Vgl. D-Vermerk bei Kapitel 14 07 Titel 883 02.

Die Ansätze der gegenseitig deckungsfähigen Titel dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 50 v. H. (Kapitel 14 07 Titel 331 06)	624.500	0	0	0
2.	Anteil Land 50 v. H.	624.500	0	0	0
Zusammen		1.249.000	0	0	0

Für die Stärkung von zentralen Versorgungsbereichen, die durch Funktionsverluste, insbesondere gewerblichen Leerstand, bedroht oder betroffen sind, legte der Bund ab 2008 ein Programm auf, das die Erhaltung und Entwicklung dieser Bereiche als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben zum Ziel hat.

Förderfähige Kommunen waren die Stadtumbaukommunen gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der städtebaulichen Erneuerung in Sachsen-Anhalt (Städtebauförderungsrichtlinien-StäBauFRL, MBl. LSA Nr. 33/2021, S. 558), Anlage 13.

Programmstädte Aktive Stadt- und Ortsteilzentren: Bernburg, Bitterfeld-Wolfen, Burg, Calbe (Saale), Dessau-Roßlau, Gardelegen, Haldensleben, Halle (Saale), Hettstedt, Jessen (Elster), Köthen, Leuna, Magdeburg, Merseburg, Naumburg (Saale), Quedlinburg, Schönebeck (Elbe), Staßfurt, Hansestadt Stendal, Wernigerode, Lutherstadt Wittenberg, Zeitz

Der durch Städtebaufördermittel nicht gedeckte Teil der Kosten der Maßnahmen ist durch Eigenmittel der Gemeinden zu tragen.

883 09	423	Zuweisungen für Investitionen zur Förderung im Rahmen des Programms "Kleinere Städte und Gemeinden"	0	0	0
			710.000	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Istentnahmen bei Kapitel 14 07 Titel 331 09.

** Vgl. D-Vermerk bei Kapitel 14 07 Titel 883 02.

Die Ansätze der gegenseitig deckungsfähigen Titel dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 07 **Städtebau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 09

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 50 v. H. (Kapitel 14 07 Titel 331 09)	355.000	0	0	0
2.	Anteil Land 50 v. H.	355.000	0	0	0
Zusammen		710.000	0	0	0

Die Mittel waren für das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm "Kleinere Städte und Gemeinden" veranschlagt.

Die Förderung diente der Beseitigung gebietsbezogener städtebaulicher Missstände und stellte eine Hilfestellung bei der Sicherung eines angemessenen Niveaus der Daseinsvorsorge mit Schwerpunkt auf innerörtlicher Abstimmung bzw. interkommunaler Zusammenarbeit dar.

In Abgrenzung zum ehemaligen Landesprogramm Städtebauförderung im ländlichen Bereich (Kapitel 14 07 Titel 883 04) wurden in diesem Programm Gemeinden unterhalb von Mittelzentren gefördert, die Projekte zur Bildung von Netzwerken bzw. Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit einreichen. Es galten die Regelungen der Städtebauförderung, insbesondere unter Beachtung der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund.

Förderfähig waren gemäß Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der städtebaulichen Erneuerung in Sachsen-Anhalt (Städtebauförderungsrichtlinien-StäBauFRL, MBl. LSA Nr. 33/2021, S. 558) alle Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt, ausgenommen hiervon sind die Gemeinden, die Funktionen als Ober- und Mittelzentren gemäß dem Landesentwicklungsplan wahrnehmen.

Programmstädte Kleinere Städte und Gemeinden:

Arneburg-Goldbeck, Arnstein, Bad Bibra, Bad Dürrenberg, Eckartsberga, VG Elbe-Havel-Land, Hansestadt Gardelegen, Gommern, Gröningen, Güsten, Harzgerode, Ilsenburg, Kelbra, Könnern, Landsberg, Laucha an der Unstrut, Lützen, Möckern, Mücheln, Nebra, Nienburg (Saale), Oberharz am Brocken, Oebisfelde-Weferlingen, Osterfeld, Sandersdorf-Brehna, Stadt Seeland, Tangerhütte, Teuchern, Wanzleben, Zahna-Elster, Zörbig

Der durch Städtebaufördermittel nicht gedeckte Teil der Kosten der Maßnahmen ist durch Eigenmittel der Gemeinden zu tragen.

883 10	423	Zuweisungen für Investitionen zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes	0	0	0
			3.546.000	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 14 07 Titel 331 10.

** Vgl. D-Vermerk bei Kapitel 14 07 Titel 883 02.

Die Ansätze der gegenseitig deckungsfähigen Titel dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 50 v. H. (Kapitel 14 07 Titel 331 10)	1.773.000	0	0	0
2.	Anteil Land 50 v. H.	1.773.000	0	0	0
Zusammen		3.546.000	0	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 07 Städtebau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 10

Förderfähig waren Programmstädte mit historischen Stadtkernen, welche vom Bund durch die Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz bestätigt wurden.

Programmstädte Städtebaulicher Denkmalschutz:

Annaburg, Aschersleben, Bad Lauchstädt, Ballenstedt, Bernburg (Saale), Blankenburg (Harz), Coswig (Anhalt), Derenburg als OT von Blankenburg, Lutherstadt Eisleben, Freyburg (Unstrut), Hansestadt Gardelegen, Halberstadt, Halle (Saale), Hansestadt Havelberg, Jessen (Elster), Köthen (Anhalt), Magdeburg, Merseburg, Naumburg (Saale), Oranienbaum-Wörlitz, Osterwieck, Prettin, Quedlinburg, Querfurt, Hansestadt Salzwedel, Sangerhausen, Stendal, Stolberg (Harz), Tangermünde, Weißenfels, Werben (Elbe), Wernigerode, Lutherstadt Wittenberg, Zeitz.

Der durch Städtebaufördermittel nicht gedeckte Teil der Kosten der Maßnahmen ist durch Eigenmittel der Gemeinden zu tragen.

883 11	423	Zuweisungen für Investitionen im Rahmen des Programms “Lebendige Zentren“	32.054.000	24.012.600	17.897.600
			28.001.300	28.213.200	28.213.200

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Istannahmen bei Kapitel 14 07 Titel 331 11.

** Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig:
Kapitel 14 07 Titel 883 11, 883 12 und 883 13.

Die Ansätze der gegenseitig deckungsfähigen Titel dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	21.963.800	7.526.600			29.490.400
2026	12.290.500	10.537.000	1.653.400		24.480.900
2027	4.515.900	6.021.200	3.558.200	1.653.400	15.748.700
2028		4.515.800	4.312.800	3.558.200	12.386.800
2029 ff.			18.688.800	23.001.600	41.690.400
Summen	38.770.200	28.600.600	28.213.200	28.213.200	123.797.200

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 50 v. H. (Kapitel 14 07 Titel 331 11)	14.000.650	16.027.000	12.006.300	8.948.800
2.	Anteil Land 50 v. H.	14.000.650	16.027.000	12.006.300	8.948.800
Zusammen		28.001.300	32.054.000	24.012.600	17.897.600

Gegenseitig deckungsfähige Ansätze und Verpflichtungsermächtigungen der gemeinsamen Förderprogramme des Bundes und des Landes in den Bereichen “Lebendige Zentren“, “Sozialer Zusammenhalt“, und “Wachstum und nachhaltige Erneuerung“.

	Ansatz 2025 EUR	VE 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
Kapitel 14 07 Titel 883 11	24.012.600	28.213.200	17.897.600	28.213.200
Kapitel 14 07 Titel 883 12	19.557.400	26.423.200	15.474.800	26.423.200
Kapitel 14 07 Titel 883 13	27.001.800	35.399.800	21.084.200	35.399.800
Zusammen	70.571.800	90.036.200	54.456.600	90.036.200

Darstellung des Landesprogramms mit Beteiligung des Bundes:

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 07 **Städtebau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 11

HHJ	Programm 2020	Programm 2021	Programm 2022	Programm 2023	Programm 2024	Programm 2025	Programm 2026	GESAMT
2024	5.214.000	8.318.000	9.490.000	7.526.600	395.400			30.944.000
BM	2.607.000	4.159.000	4.745.000	3.763.300	197.700			15.472.000
LM	2.607.000	4.159.000	4.745.000	3.763.300	197.700			15.472.000
2025		4.990.000	7.942.000	9.031.800	1.653.400	395.400		24.012.600
BM		2.495.000	3.971.000	4.515.900	826.700	197.700		12.006.300
LM		2.495.000	3.971.000	4.515.900	826.700	197.700		12.006.300
2026			4.764.000	7.526.600	3.558.200	1.653.400	395.400	17.897.600
BM			2.382.000	3.763.300	1.779.100	826.700	197.700	8.948.800
LM			2.382.000	3.763.300	1.779.100	826.700	197.700	8.948.800
2027				4.516.000	4.312.800	3.558.200	1.653.400	14.040.400
BM				2.258.000	2.156.400	1.779.100	826.700	7.020.200
LM				2.258.000	2.156.400	1.779.100	826.700	7.020.200
2028					8.625.600	4.312.800	3.558.200	16.496.600
BM					4.312.800	2.156.400	1.779.100	8.248.300
LM					4.312.800	2.156.400	1.779.100	8.248.300
2029					5.750.400	8.625.600	4.312.800	18.688.800
BM					2.875.200	4.312.800	2.156.400	9.344.400
LM					2.875.200	4.312.800	2.156.400	9.344.400
2030					4.312.800	5.750.400	8.625.600	18.688.800
BM					2.156.400	2.875.200	4.312.800	9.344.400
LM					2.156.400	2.875.200	4.312.800	9.344.400
2031						4.312.800	5.750.400	10.063.200
BM						2.156.400	2.875.200	5.031.600
LM						2.156.400	2.875.200	5.031.600
2032							4.312.800	4.312.800
BM							2.156.400	2.156.400
LM							2.156.400	2.156.400
GESAMT	5.214.000	13.308.000	22.196.000	28.601.000	28.608.600	28.608.600	28.608.600	
BM	2.607.000	6.654.000	11.098.000	14.300.500	14.304.300	14.304.300	14.304.300	
LM	2.607.000	6.654.000	11.098.000	14.300.500	14.304.300	14.304.300	14.304.300	

Antragsberechtigt sind alle Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Finanzhilfen werden eingesetzt für städtebauliche Gesamtmaßnahmen zur Anpassung, Stärkung, Revitalisierung und zum Erhalt von Stadt- und Ortskernen, historischen Altstädten, Stadtteilzentren und Zentren in Ortsteilen, zur Profilierung und Standortaufwertung sowie zum Erhalt und zur Förderung der Nutzungsvielfalt. Ziel ist ihre Entwicklung hin zu attraktiven und identitätsstiftenden Standorten für Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft und Kultur.

Der durch Städtebaufördermittel nicht gedeckte Teil der Kosten der Maßnahmen ist durch Eigenmittel der Gemeinden zu tragen.

883 12	423	Zuweisungen für Investitionen im Rahmen des Programms "Sozialer Zusammenhalt"	24.752.600 20.497.100	19.557.400 26.423.200	15.474.800 26.423.200

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 14 07 Titel 331 12.

** Vgl. D-Vermerk bei Kapitel 14 07 Titel 883 11.

Die Ansätze der gegenseitig deckungsfähigen Titel dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 07 **Städtebau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 12

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	17.638.600	6.465.600			24.104.200
2026	10.223.500	9.051.800	1.548.400		20.823.700
2027	3.879.300	5.172.400	3.332.400	1.548.400	13.932.500
2028		3.879.200	4.039.200	3.332.400	11.250.800
2029 ff.			17.503.200	21.542.400	39.045.600
Summen	31.741.400	24.569.000	26.423.200	26.423.200	109.156.800

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 50. v. H. (Kapitel 14 07 Titel 331 12)	10.248.550	12.376.300	9.778.700	7.737.400
2.	Anteil Land 50 v. H.	10.248.550	12.376.300	9.778.700	7.737.400
Zusammen		20.497.100	24.752.600	19.557.400	15.474.800

Darstellung des Landesprogramms mit Beteiligung des Bundes:

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 07 **Städtebau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 12

HHJ	Programm 2020	Programm 2021	Programm 2022	Programm 2023	Programm 2024	Programm 2025	Programm 2026	GESAMT
2024	3.478.000	6.030.000	7.486.000	6.465.600	370.400			23.830.000
BM	1.739.000	3.015.000	3.743.000	3.232.800	185.200			11.915.000
LM	1.739.000	3.015.000	3.743.000	3.232.800	185.200			11.915.000
2025		3.616.000	6.264.000	7.758.600	1.548.400	370.400		19.557.400
BM		1.808.000	3.132.000	3.879.300	774.200	185.200		9.778.700
LM		1.808.000	3.132.000	3.879.300	774.200	185.200		9.778.700
2026			3.758.000	6.465.600	3.332.400	1.548.400	370.400	15.474.800
BM			1.879.000	3.232.800	1.666.200	774.200	185.200	7.737.400
LM			1.879.000	3.232.800	1.666.200	774.200	185.200	7.737.400
2027				3.879.400	4.039.200	3.332.400	1.548.400	12.799.400
BM				1.939.700	2.019.600	1.666.200	774.200	6.399.700
LM				1.939.700	2.019.600	1.666.200	774.200	6.399.700
2028					8.078.400	4.039.200	3.332.400	15.450.000
BM					4.039.200	2.019.600	1.666.200	7.725.000
LM					4.039.200	2.019.600	1.666.200	7.725.000
2029					5.385.600	8.078.400	4.039.200	17.503.200
BM					2.692.800	4.039.200	2.019.600	8.751.600
LM					2.692.800	4.039.200	2.019.600	8.751.600
2030					4.039.200	5.385.600	8.078.400	17.503.200
BM					2.019.600	2.692.800	4.039.200	8.751.600
LM					2.019.600	2.692.800	4.039.200	8.751.600
2031						4.039.200	5.385.600	9.424.800
BM						2.019.600	2.692.800	4.712.400
LM						2.019.600	2.692.800	4.712.400
2032							4.039.200	4.039.200
BM							2.019.600	2.019.600
LM							2.019.600	2.019.600
GESAMT	3.478.000	9.646.000	17.508.000	24.569.200	26.793.600	26.793.600	26.793.600	
BM	1.739.000	4.823.000	8.754.000	12.284.600	13.396.800	13.396.800	13.396.800	
LM	1.739.000	4.823.000	8.754.000	12.284.600	13.396.800	13.396.800	13.396.800	

Antragsberechtigt sind grundsätzlich alle Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Finanzhilfen werden für Investitionen in städtebauliche Gesamtmaßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von Stadt- und Ortsteilen eingesetzt, die auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt sind (vgl. § 171 e BauGB). Damit soll ein Beitrag zur Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität und Nutzungsvielfalt, zur Integration aller Bevölkerungsgruppen und zur Stärkung des Zusammenhalts in der Nachbarschaft geleistet werden.

Der durch die Städtebaufördermittel nicht gedeckte Teil der Kosten der Maßnahmen ist durch Eigenmittel der Gemeinden zu tragen.

883 13	423	Zuweisungen für Investitionen im Rahmen des Programms "Wachstum und nachhaltige Erneuerung"	34.595.200 28.993.830	27.001.800 35.399.800	21.084.200 35.399.800

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200 v.H. der
Isteinnahmen bei Kapitel 14 07 Titel 331 13.

** Vgl. D-Vermerk bei Kapitel 14 07 Titel 883 11.

Die Ansätze der gegenseitig deckungsfähigen Titel dürfen nur
nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 07 **Städtebau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 13

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	24.431.200	8.821.000			33.252.200
2026	14.049.000	12.349.400	2.074.400		28.472.800
2027	5.292.600	7.056.800	4.464.600	2.074.400	18.888.400
2028		5.292.600	5.411.400	4.464.600	15.168.600
2029 ff.			23.449.400	28.860.800	52.310.200
Summen	43.772.800	33.519.800	35.399.800	35.399.800	148.092.200

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 50 v. H. (Kapitel 14 07 Titel 331 13)	14.496.915	17.297.600	13.500.900	10.542.100
2.	Anteil Land 50 v. H.	14.496.915	17.297.600	13.500.900	10.542.100
Zusammen		28.993.830	34.595.200	27.001.800	21.084.200

Darstellung des Landesprogramms mit Beteiligung des Bundes:

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 07 **Städtebau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 13

HHJ	Programm 2020	Programm 2021	Programm 2022	Programm 2023	Programm 2024	Programm 2025	Programm 2026	GESAMT
2024	5.042.000	8.558.000	10.398.000	8.821.000	496.200			33.315.200
BM	2.521.000	4.279.000	5.199.000	4.410.500	248.100			16.657.600
LM	2.521.000	4.279.000	5.199.000	4.410.500	248.100			16.657.600
2025		5.134.000	8.712.000	10.585.200	2.074.400	496.200		27.001.800
BM		2.567.000	4.356.000	5.292.600	1.037.200	248.100		13.500.900
LM		2.567.000	4.356.000	5.292.600	1.037.200	248.100		13.500.900
2026			5.228.000	8.821.000	4.464.600	2.074.400	496.200	21.084.200
BM			2.614.000	4.410.500	2.232.300	1.037.200	248.100	10.542.100
LM			2.614.000	4.410.500	2.232.300	1.037.200	248.100	10.542.100
2027				5.292.600	5.411.400	4.464.600	2.074.400	17.243.000
BM				2.646.300	2.705.700	2.232.300	1.037.200	8.621.500
LM				2.646.300	2.705.700	2.232.300	1.037.200	8.621.500
2028					10.822.800	5.411.400	4.464.600	20.698.800
BM					5.411.400	2.705.700	2.232.300	10.349.400
LM					5.411.400	2.705.700	2.232.300	10.349.400
2029					7.215.200	10.822.800	5.411.400	23.449.400
BM					3.607.600	5.411.400	2.705.700	11.724.700
LM					3.607.600	5.411.400	2.705.700	11.724.700
2030					5.411.400	7.215.200	10.822.800	23.449.400
BM					2.705.700	3.607.600	5.411.400	11.724.700
LM					2.705.700	3.607.600	5.411.400	11.724.700
2031						5.411.400	7.215.200	12.626.600
BM						2.705.700	3.607.600	6.313.300
LM						2.705.700	3.607.600	6.313.300
2032							5.411.400	5.411.400
BM							2.705.700	2.705.700
LM							2.705.700	2.705.700
GESAMT	5.042.000	9.413.000	24.338.000	33.519.800	35.896.000	35.896.000	35.896.000	
BM	2.521.000	6.846.000	12.169.000	16.759.900	17.948.000	17.948.000	17.948.000	
LM	2.521.000	6.846.000	12.169.000	16.759.900	17.948.000	17.948.000	17.948.000	

Antragsberechtigt sind grundsätzlich alle Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Finanzhilfen zur Förderung des Wachstums und der nachhaltigen Erneuerung in städtebauliche Gesamtmaßnahmen unterstützen Städte und Gemeinden bei der Bewältigung des wirtschaftlichen und demografischen Wandels in den Gebieten, die von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten und Strukturveränderungen betroffen sind. Die Städte und Gemeinden sollen frühzeitig in die Lage versetzt werden, sich auf Strukturveränderungen und auf die damit verbundenen städtebaulichen Auswirkungen einzustellen. Ziel ist es, das Wachstum und die nachhaltige Erneuerung dieser Gebiete hin zu lebenswerten Quartieren zu befördern.

Der durch die Städtebaufördermittel nicht gedeckte Teil der Kosten der Maßnahmen ist durch Eigenmittel der Gemeinden zu tragen.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 07 Städtebau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.800.000	2.800.000	2.800.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	45.700.900	35.285.900	27.228.300
Gesamteinnahme		48.500.900	38.085.900	30.028.300

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.400.000	1.400.000 0	1.400.000 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	91.401.800	70.571.800 90.036.200	54.456.600 90.036.200
Gesamtausgabe		92.801.800	71.971.800	55.856.600
Gesamtsumme der VE			90.036.200	90.036.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-44.300.900	-33.885.900	-25.828.300

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. Allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 14 01.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 14 09 beträgt zum 31.12.2025 1.148 Vollzeitäquivalente. Es gilt in Höhe von 5 Vollzeitäquivalenten als gesperrt.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 14 09 beträgt zum 31.12.2026 1.148 Vollzeitäquivalente. Es gilt in Höhe von 5 Vollzeitäquivalenten als gesperrt.

Erläuterungen:

Die LSBB nimmt alle Aufgaben der Planung, des Baus, der Erhaltung, des Betriebsdienstes und der Verwaltung der Bundes- und Landesstraßen wahr. Sie nimmt weiterhin die Aufgaben der betrieblichen Unterhaltung der Kreisstraßen wahr, soweit hierüber Vereinbarungen bestehen.

Das Ministerium für Infrastruktur und Digitales übt die Fach- und Dienstaufsicht aus.

Nach Art. 90 Abs. 3 GG verwalten die Länder die Bundesstraßen im Auftrage des Bundes. Der Bund und die Länder tragen die entstandenen Verwaltungsausgaben gemäß Art. 104 a Abs. 5 GG.

Kosten für den Betrieb der Bundesstraßen sowie die durch den Betrieb entstandenen Personalkosten werden dem Land erstattet. Einnahmen und Ausgaben hierfür sind in TGr. 62 veranschlagt.

Zweckausgaben, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, werden vom Bund mit einer Pauschale abgegolten, die sich aus den §§ 6 Abs. 3 und 10 a des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BStrVermG) ergibt. Einnahmen und Ausgaben hierfür sind in TGr. 64 veranschlagt.

Bauausgaben für Bundesstraßen werden unmittelbar aus dem Bundeshaushalt finanziert.

Der Dienstsitz der LSBB ist Magdeburg (Zentrale). Die Behörde unterhält fünf örtlich zuständige Regionalbereiche in Stendal (Nord), in Magdeburg (Mitte), in Halberstadt (West), in Dessau-Roßlau (Ost), in Halle (Süd). Den Regionalbereichen sind derzeit 23 Straßenmeistereien (Atzendorf, Berga, Bernburg, Diemitz, Ebendorf, Eisleben, Gardelegen, Gernrode, Halberstadt, Hödingen, Jessen, Körbelitz, Laucha, Merseburg, Oschersleben, Osterburg, Parey, Salzwedel, Sandersdorf, Stendal, Wittenberg, Zerbst und Zorbau) angegliedert.

Der Landesbetrieb BLSA wird bis zum 31.12.2027 im Auftrag der LSBB tätig. Die hierfür erforderlichen 5 VzÄ werden dem Landesbetrieb BLSA - Kapitel 20 01 - vorübergehend aus dem VzÄ-Ziel des Kapitel 14 09 zur Verfügung gestellt.

Einnahmen

111 11	711	Verwaltungsgebühren	55.000 61.531	53.000	54.000

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Gebühren und Auslagen für die Genehmigung von Sondernutzungsrechten.

Gesetzliche Grundlagen: Sondernutzungsgebührenverordnung und Allgemeine Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt in der jeweils geltenden Fassung.

119 11	711	Einnahmen für Aufträge Dritter	145.000 141.153	130.000	130.000

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Kalibrierung von Geräten.

Die vereinnahmte gesetzliche Umsatzsteuer ist als Ausgabe bei Kapitel 14 09 Titel 542 01 veranschlagt.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 11

Veranschlagt sind IST- Einnahmen im Haushaltsjahr 2025/2026 in Höhe von Netto 102.500 EUR (130.000 EUR geschätzte IST-Einnahmen abzüglich umsatzsteuerfreier Leistungen ins Ausland)

	2025 EUR	2026 EUR
Entgelte (Netto)	102.500	102.500
Umsatzsteuer (19%)	19.475	19.475
Zusammen	121.975	121.975

119 31	711	Einnahmen aus Veröffentlichungen	500	500	500
			0		

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Abgabe von Ausschreibungsunterlagen für Baumaßnahmen an Landesstraßen und Bundesstraßen. Bei öffentlicher Ausschreibung kann gemäß § 8 b der zurzeit geltenden Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) Teil A eine Erstattung der Kosten für die Vervielfältigung der Leistungsbeschreibung und der anderen Unterlagen sowie für die Kosten der postalischen Versendung verlangt werden.

119 45	711	Umsatzsteuerrückzahlungen aus Vorjahren	0	0	0
			0		

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

119 46	711	Ersatzleistungen	500	500	500
			0		

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Schadenersatz durch Inanspruchnahme Dritter.

119 47	711	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Hat die Beamtin oder der Beamte, die oder der wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den sie oder er in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamtin oder Beamter erleidet, einen rechtskräftig festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld gegen einen Dritten, kann die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrages übernehmen, soweit dies zur Vermeidung einer unbilligen Härte notwendig ist. Der rechtskräftigen Feststellung steht ein Vergleich nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung gleich, sobald er unwiderruflich und der Höhe nach angemessen ist.

Nachweisung der Erstattungsbeträge.

119 51	711	Vermischte Einnahmen	20.000	20.000	21.000
			20.376		

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Stundungs- und Verzugszinsen und geringfügige Verwaltungseinnahmen, die nicht anderweitig zugeordnet werden können.

U. a. Einnahmen aus Holzverkäufen inkl. Umsatzsteuer. Die vereinnahmte gesetzliche Umsatzsteuer ist als Ausgabe bei Kapitel 14 09 Titel 542 01 veranschlagt.

	2025 EUR	2026 EUR
Entgelte (Netto)	14.400	14.400
Umsatzsteuer (7 %)	1.008	1.008
Zusammen	15.408	15.408

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

124 01	711	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	14.000 18.481	16.100	16.100

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0	0
2. Mietwohnungen und Einzelwohnraum	0	0	0	0
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0	0
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	3.041	3.000	3.000	3.000
5. Sonstige Mieten und Pachten	15.440	11.000	13.100	13.100
Zusammen	18.481	14.000	16.100	16.100

U. a. Erhebung von Entgelten für die Parkplatzvermietung gem. RdErl. des MF vom 26. September 2001 (MBI. LSA S. 884), zuletzt geändert durch RdErl. des MF vom 11.01.2024 (MBI. LSA 2024, S. 137).

Einnahmen von Nutzungsentgelten für Parkplätze inkl. Umsatzsteuer. Die vereinnahmte gesetzliche Umsatzsteuer ist als Ausgabe bei Kapitel 14 09 Titel 542 01 veranschlagt.

	2025 EUR	2026 EUR
Entgelte (Netto)	11.000	11.000
Umsatzsteuer (19 %)	2.090	2.090
Zusammen	13.090	13.090

131 01	711	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	500 1.560	1.000	1.000

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken, Grundstücksbestandteilen (z. B. Gebäuden, Bauwerken zu Abbrucharbeiten) und beschränkt dinglichen Rechten (Nutzungs-, Verwertungs- und Sicherungs- bzw. Erwerbsrechten).

132 01	711	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	245.000 159.224	175.000	175.000

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Aussonderung von Dienstkraftfahrzeugen, Straßenbaugeräten und Ausrüstungen (vgl. Titel 811 01, 811 62, 811 63).

Einnahmen Gesamt:

	2025 EUR	2026 EUR
davon Zahlungen an den Bund	170.100	170.100
davon Einnahmen Land	175.000	175.000
Zusammen	345.100	345.100

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 132 01

Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen inkl. Umsatzsteuer. Die vereinnahmte gesetzliche Umsatzsteuer ist als Ausgabe bei Kapitel 14 09 Titel 542 01 veranschlagt.

	2025 EUR	2026 EUR
Entgelte (Netto)*	290.000	290.000
Umsatzsteuer (19 %)	55.100	55.100
Zusammen	345.100	345.100

*

Einnahmen Gesamt (Bundes- und Landesanteil)

132 02	711	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	1.000 30	1.000	1.000

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

233 01	723	Erstattungen von Kosten der Unterhaltung aus Ablösesummen infolge von Anschlüssen an klassifizierte Straßen	0 0	0	0

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

261 01	723	Einnahmen von Verwaltungsanteilen aus Vereinbarungen mit Dritten (Eisenbahnkreuzungsgesetz)	0 0	0	0

** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Erstattungen durch die Deutsche Bahn AG bei Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen, die in Verantwortung des Baulastträgers Straße durchgeführt werden.

Gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung sind 20 v. H. eines Drittels der teilbaren Kostenmasse für Verwaltungsausgaben zu veranschlagen.

Titelgruppe(n)

61		Unterhaltung des Brückenplatzes Hohndorf			
231 61	722	Erstattungen von Personalkosten vom Bund	157.300 173.018	175.600	140.400

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 09 Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 61.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			157.300	175.600	140.400

62		Betrieb und Unterhaltung der Bundesstraßen und Landesstraßen im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes			
231 62	722	Erstattungen der Aufwendungen für den Gemeinschaftsaufwand durch den Bund	21.848.900 21.898.970	24.394.000	24.904.700

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 09 Titelgruppe 62.

noch zu 231 62

Aufteilung des Ansatzes

331 62	722	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für den Gemeinschaftsaufwand	3.704.000	5.233.000	5.291.200
			2.689.852		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	25.552.900	29.627.000	30.195.900

233 63	724	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Landkreisen	2.859.400	3.650.000	3.900.000
			3.691.102		

333 63	724	Zuweisungen für Investitionen von Landkreisen	1.048.500	711.000	288.000
			576.019		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	3.907.900	4.361.000	4.188.000

231 64	722	Erstattungen und Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Auftragsverwaltung	8.171.200 10.245.099	7.102.100	6.925.900

Der Bund trägt gem. § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BStrVermG) die Zweckausgaben aus der Wahrnehmung der Straßenbaulast für die Bundesstraßen, soweit die Verwaltung nicht dem Bund zusteht.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	8.171.200	7.102.100	6.925.900

161 65	723	Zinsen aus der Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder der Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen	0 0	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 161 65

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 09
Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Zinseinnahmen im Zusammenhang mit Rückzahlungen aus den bei Titel 861 65 veranschlagten Vorfinanzierungsleistungen.
Die Höhe der Einnahmen ergibt sich aus den Zins- und Tilgungsplänen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0

67 **Forschungsprojekt SenAD 2**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 09
Titelgruppe 67.

Erläuterungen:

Das Projektvorhaben "Sensorintegration in Asphalt für ein datenbasiertes Degradationsmonitoring (SenAD 2)" verfolgt einen datenbasierten Ansatz zur Bestimmung und Prognose des strukturellen Zustands von Asphaltstraßen. Die Innovation liegt hauptsächlich in der Nutzung von KI-Verfahren zur Analyse von Straßendaten, die mittels eines neuartigen gewebebasierten Sensormaterials zerstörungsfrei, flächendeckend, kontinuierlich gewonnen werden. Durch großflächige Integration des Systems sind flächenübergreifende, echtzeitbasierte Aussagen zum Zustand und zu effektiven und nachhaltigen Erhaltungsmaßnahmen möglich.

Veranschlagt sind projektbezogene Einnahmen im Rahmen der Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr "mFUND". Die projektbezogenen Ausgaben sind in der Ausgabetitelgruppe 67 veranschlagt.

231 67	723	Erstattungen und Zuweisungen des Bundes	40.000	14.800	15.300
			0		

331 67	723	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	40.000	14.800	15.300

68 **Schutz, Pflege und Pflanzung von Alleen und einseitigen
Baumreihen in Sachsen-Anhalt (Alleenrücklage gemäß § 62
Absatz 4 LHO)**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 09
Titelgruppe 68.

Erläuterungen:

Zweckgebundene Einnahmen für die dauerhafte Finanzierung von Ausgaben zur Sicherstellung der notwendigen Planung, Pflanzung einschließlich fachgerechter Pflege von Alleen und einseitigen Baumreihen sowohl im Bereich des Landes, als auch des Bundes.

231 68	723	Zuweisungen des Bundes an die Alleenrücklage	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Zweckgebundene Ausgleichszahlungen des Bundes für die Alleenrücklage gemäß § 62 Absatz 4 LHO.

359 68	723	Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage zur Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen für Maßnahmen nach dem Alleenerlass (AlErl LSA)	0	0	0
			0		

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 359 68

** Eine Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage gemäß § 62 Absatz 4 LHO ist nur zulässig, wenn bestehende Zahlungsverpflichtungen des Landes nicht durch die Einnahmen bei Kapitel 14 09 Titel 231 68 und Titel 389 68 erfüllt werden können.

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Entnahmen aus der Alleenrücklage. Zuführungen an die Rücklage werden bei Kapitel 14 09 Titel 919 68 nachgewiesen.

389 68	723	Sonstige haushaltstechnische Verrechnungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Zweckgebundene Ausgleichszahlungen des Landes aus Kapitel 14 09 Titel 989 62 für die Alleenrücklage gemäß § 62 Absatz 4 LHO.

Verrechnung von	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Kapitel 14 09 Titel 989 62	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	711	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	4.988.400 5.110.811	3.381.700 0	3.498.000 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	5.110.811	4.988.400	3.381.700	3.498.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	sonstigen Leistungen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		5.110.811	4.988.400	3.381.700	3.498.000

422 05	011	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	440.800 493.084	0 0	0 0

422 41	711	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	313.600 191.316	385.800 0	345.600 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	191.316	313.600	385.800	345.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	sonstigen Leistungen	0	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0	0
Zusammen		191.316	313.600	385.800	345.600

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	6 Bauoberinspektoranwärter L 2.1, 01.10.2023 bis 31.12.2024	165.000	0	0
2.	3 Techn. Referendare L 2.2, 01.11.2023 bis 31.10.2025	90.400	61.800	0
3.	6 Bauoberinspektoranwärter L 2.1, 01.10.2024 bis 31.12.2025	41.400	165.000	0
4.	3 Technische Referendare L 2.2, 01.11.2024 bis 31.10.2026	16.800	100.800	21.600
5.	6 Bauoberinspektoranwärter L 2.1, 01.10.2025 bis 31.12.2026	0	41.400	165.000
6.	3 Techn. Referendare L 2.2, 01.11.2025 bis 31.10.2027	0	16.800	100.800
7.	6 Bauoberinspektoranwärter L 2.1, 01.10.2026 bis 31.12.2027	0	0	41.400
8.	3 Techn. Referendare L 2.2, 01.11.2026 bis 31.10.2028	0	0	16.800
Zusammen		313.600	385.800	345.600

427 01	711	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 58.543	74.800 0	61.500 0

Erläuterungen:

Entgelt der nur vorübergehend zu unvermeidlichen Vertretungen aushilfsweise Tätigen.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 01

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zulagen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersvorsorge der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	58.543	0	74.800	61.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		58.543	0	74.800	61.500

427 02	711	Vergütungen an Praktikantinnen und Praktikanten	24.000	12.400	24.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Vergütungen für 3 Praktikanten und Werksstudierende, die zur Vermittlung von beruflichen Fertigkeiten, Kenntnissen und Erfahrungen beschäftigt werden.

427 31	711	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	7.000	7.000	7.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Vergütung von nebenamtlichen, nebenberuflichen Dozenten für die Qualifizierungsmaßnahmen der Bauwarte sowie für den Lehrgang "Konstruktiver Ingenieurbau" als Teil der Ausbildung der Bauoberinspektoranwärter und Referendare.

428 01	711	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	32.245.800	34.325.600	27.395.100
			33.088.849	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	33.088.849	32.245.800	34.325.600	27.395.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		33.088.849	32.245.800	34.325.600	27.395.100

428 03	711	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	185.600	428.000	655.400
			7.976	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 03

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen und Gewährung von Stipendien	7.976	185.600	428.000	655.400
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		7.976	185.600	428.000	655.400

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	1 Auszubildender Baustoffprüfer, 01.08.2023 bis 31.07.2026	16.000	19.200	11.400
2.	1 Auszubildender Baustoffprüfer, 01.08.2024 bis 31.07.2027	7.600	19.200	19.200
3.	1 Auszubildender Baustoffprüfer, 01.08.2025 bis 31.07.2028	0	8.000	19.200
4.	1 Auszubildender Baustoffprüfer, 01.08.2026 bis 31.07.2029	0	0	8.000
5.	3 dual Studierende Bauingenieurwesen (ausbildungsintegriert), 01.10.2023 - 31.03.2028	64.800	64.800	64.800
6.	2 dual Studierende Verwaltungsdigitalisierung und -informatik 01.10.2023 - 31.07.2027	43.200	43.200	43.200
7.	2 dual Studierende Verwaltungsdigitalisierung und -informatik 01.09.2024 - 31.07.2028	10.800	43.200	43.200
8.	1 dual Studierende/r, Vermessung und Geoinformatik, 01.10.2024 bis 31.03.2028	5.400	21.600	21.600
9.	4 dual Studierende, Bauingenieurwesen (praxisintegriert), 01.10.2024 bis 31.03.2028	21.600	86.400	86.400
10.	3 dual Studierende, Bauingenieurwesen (ausbildungsintegriert), 01.10.2024 bis 31.03.2029	16.200	64.800	64.800
11.	2 dual Studierende Verwaltungsdigitalisierung und -informatik, 01.09.2025 bis 31.07.2028	0	14.400	43.200
12.	1 dual Studierende/r, Vermessung und Geoinformatik, 01.10.2025 bis 31.03.2029	0	5.400	21.600
13.	4 dual Studierende Bauingenieurwesen (praxisintegriert), 01.10.2025 bis 31.03.2029	0	21.600	86.400
14.	3 dual Studierende, Bauingenieurwesen (ausbildungsintegriert), 01.10.2025 bis 31.03.2030	0	16.200	64.800
15.	2 dual Studierende Verwaltungsdigitalisierung und -informatik 01.09.2026 bis 31.07.2030	0	0	14.400
16.	1 dual Studierende/r Vermessung und Geoinformatik, 01.10.2026 bis 31.03.2030			5.400

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 03

17.	4 dual Studierende, Bauingenieurwesen (praxisintegriert), 01.10.2026 bis 31.03.2030	0	0	21.600
18.	3 dual Studierende Bauingenieurwesen (ausbildungsintegriert), 01.10.2026 bis 31.03.2031	0	0	16.200
Zusammen		185.600	428.000	655.400

Für die Dauer des Studiums erhält der/die Studierende ein monatliches Entgelt.

428 51	711	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
443 02	711	Amtsärztliche Untersuchungen	17.000 21.259	30.000 0	30.000 0

Erläuterungen:

Ausgaben für Reihenuntersuchungen und Schutzimpfungen sowie Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen, betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten sowie von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit (u. a. auch arbeitsmedizinische Untersuchungen).

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Arbeitssicherheit	2.835	2.000	7.000	7.000
2.	Arbeitsmedizin	11.338	10.000	17.500	17.500
3.	Sonstige amtsärztliche Untersuchungen	7.086	5.000	5.500	5.500
Zusammen		21.259	17.000	30.000	30.000

Zu 3. Ausgaben für Eignungs- und Reihenuntersuchungen, Schutzimpfungen.

443 03	711	Betriebliches Gesundheitsmanagement	65.000 26.773	71.000 0	79.000 0

Erläuterungen:

- Ausgaben für Analyseverfahren und konzeptionelle Entwicklung eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements durch Dienstleister,
- Ausgaben zur Aufklärung über Suchtverhalten (Nikotin, Alkohol usw.),
- Konfliktbewältigung am Arbeitsplatz,
- gesundheitsfördernde Einzelmaßnahmen.

443 07	711	Ausgaben auf Grund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Hat die Beamtin oder der Beamte, die oder der wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den sie oder er in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamtin oder Beamter erleidet, einen rechtskräftig festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld gegen einen Dritten, kann die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrages übernehmen, soweit dies zur Vermeidung einer unbilligen Härte notwendig ist. Der rechtskräftigen Feststellung steht ein Vergleich nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung gleich, sobald er unwiderruflich und der Höhe nach angemessen ist.

511 01	711	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	642.200 485.962	548.300 0	500.900 0

Übertragbar

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

** Gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 14 09 Titel der OGr. 51 bis 54 außerhalb von Titelgruppen (ohne Titel 529 01 und 518 30) und Titel der OGr. 67, 68, 71, 81 (ohne Titel 681 01) sowie in Höhe des Landesanteils: TGr. 61, 62, 64, 65, 66 und 93.

Die Ausgaben des vorstehenden Deckungskreises erhöhen sich um die jeweiligen Mehreinnahmen bei Kapitel 14 09 Titel 111 11, 119 11, 119 31, 119 45, 119 46, 119 51, 124 01, 131 01, 132 01, 132 02, 233 01 und 261 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	76.157	119.100	105.400	98.700
2.	Kommunikation	86.172	127.600	120.200	120.200
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	232.972	238.400	205.500	177.400
4.	Sonstiges	90.661	157.100	117.200	104.600
Zusammen		485.962	642.200	548.300	500.900

Kapitel und OGr. sowie TGr. des Deckungskreises

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kapitel 14 09 OGr. 51 bis 54 außerhalb von TGr. (ohne Titel 518 30 und 529 01)	7.259.900	6.865.300	5.675.400
2.	Kapitel 14 09 OGr. 67	1.000	1.000	1.000
3.	Kapitel 14 09 OGr. 68 (ohne Titel 681 01)	42.700	6.800	6.800
4.	Kapitel 14 09 OGr. 71	650.000	700.000	450.000
5.	Kapitel 14 09 OGr. 81	508.600	322.700	189.100
6.	Kapitel 14 09 TGr. 61 (Landesanteil)	0	0	0
7.	Kapitel 14 09 TGr. 62 (Landesanteil)	45.102.300	49.307.900	43.378.500
8.	Kapitel 14 09 TGr. 64 (Landesanteil)	9.798.800	11.979.900	15.171.600
9.	Kapitel 14 09 TGr. 65 (Landesanteil)	99.153.800	76.219.200	86.003.700
10.	Kapitel 14 09 TGr. 66 (Landesanteil)	4.652.400	0	0
11.	Kapitel 14 09 TGr. 67 (Landesanteil)	0	0	0
Zusammen		167.169.500	145.402.800	150.876.100

514 01	711	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	444.400	394.400	367.400
			327.840	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	262.571	245.900	282.500	282.500
2.	Dienst- und Schutzkleidungen, persönliche Ausrüstungsgegenstände	39.641	94.300	53.400	50.000
3.	Verbrauchsmittel	23.902	101.100	56.600	33.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

4.	Sonstiges	1.726	3.100	1.900	1.900
Zusammen		327.840	444.400	394.400	367.400

zu 4. Sonstiges

Gebühren, Werksmaterialien und technisches Zubehör, sonstige nicht zu zuordnende Leistungen

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
PKW (Leasing)	58	58	57	57
LKW (Leasing)	0	0	0	0
PKW	0	0	0	0
LKW	0	0	0	0
Nutz- und Sonderfahrzeuge*	19	19	19	19
Zusammen	77	77	76	76

* Spezialfahrzeuge für den Bereich Vermessung, Brückenprüfung und Elektrofachkräfte

517 01	711	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	818.500	585.600	619.000
			574.793	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Heizung	92.084	210.400	120.400	134.400
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	128.761	205.600	125.600	127.600
3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	258.667	297.300	272.900	284.800
4. Bewachung	73.697	87.200	48.700	53.400
5. Sonstiges	21.584	18.000	18.000	18.800
Zusammen	574.793	818.500	585.600	619.000

Nebenkostenzahlungen für Landesliegenschaften werden bei Kapitel 14 09 Titel 517 30 nachgewiesen.

517 30	711	Bewirtschaftung landeseigener Grundstücke, Gebäude und Räume	508.600	0	0
			283.472	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S.1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR
1. Heizung	86.200	225.000
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	99.380	165.900
3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	69.540	82.800
4. Bewachung	25.512	31.500
5. Sonstiges	2.840	3.400
Zusammen	283.472	508.600

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 30

Bis zum Jahr 2024 wurden die Ausgaben für Mietnebenkosten ressortbezogen veranschlagt, die im Rahmen des Mieter-Vermieter-Modells für die Bewirtschaftung landeseigener Grundstücke, Gebäude und Räume an den Landesbetrieb BLSA entrichtet wurden. Das Mieter-Vermieter-Modell wird ab dem Jahr 2025 eingestellt. Für landeseigene Liegenschaften werden die Ausgaben für Mietnebenkosten zentral im Wirtschaftsplan des Landesbetriebs BLSA als Anlage zum Einzelplan 20 abgebildet.

518 01	711	Mieten und Pachten	1.112.000	1.075.000	1.120.000
			926.980	3.448.100	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	679.200	180.000			859.200
2026	699.300	185.000	325.200		1.209.500
2027	720.000	189.000	333.400		1.242.400
2028	741.400	194.000	342.700		1.278.100
2029 ff.	3.191.900	1.047.000	2.446.800		6.685.700
Summen	6.031.800	1.795.000	3.448.100		11.274.900

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	914.285	1.051.600	1.025.700	1.050.700
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	12.695	60.400	49.300	69.300
3.	Für Leasing	0	0	0	0
Zusammen		926.980	1.112.000	1.075.000	1.120.000

Zu 1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Magdeburg, City Carre, Hasselbachstraße 6, 4.765,78 m² Bürofläche, 11 Stellplätze	640.675	722.000	700.000	720.000
1.1	Versammlungsräume	2.414	5.000	5.000	5.000
2.	Halberstadt, Kalibrierstelle, 112,74 m² Bürofläche, 2 Garagen/ Stellplätze	1.713	2.500	2.500	2.500
3.	Dessau- Roßlau, Gropiusallee 1, 2.463 m² Bürofläche, 51 Garagen/ Stellplätze	130.033	132.100	127.600	127.600
3.1	Raummiete für Personalvertretung	550	600	600	600
4.	Halberstadt, Dienstgebäude Rabahne 4, 2.283,45 m² Bürofläche, 10 Garagen	138.600	175.000	175.800	180.800
4.1	1 Garage	420	500	500	500
4.2	Kaltarchiv, 174,90 m² Bürofläche	3.568	3.600	3.600	3.600
4.3	Raummiete für Personalvertretung	476	500	800	800

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
Angaben in EUR					
noch zu 518 01					
	5.	Mietkosten für Bauwerkprüftrupp Nord, lt. Kooperationsvereinbarung, 112,74 m² Bürofläche, 2 Garagen/ Stellplätze	0	14.300	14.300
	6.	Einnahme Parkplatzmiete (abzgl.)	-4.164	-4.500	-5.000
	Zusammen		914.285	1.051.600	1.025.700
				1.025.700	1.050.700

Zu 3. Für Leasing
Siehe Kapitel 14 09 Titel 518 13.

518 13	711	Miete und private Vorfinanzierung (Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	302.700	319.500	287.500
			315.824	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen sind die Kraftfahrzeugrichtlinien (RdErl. des MF vom 3. Februar 2014, MBl. LSA S. 127, zuletzt geändert durch RdErl. vom 7. November 2017, MBl. LSA S. 734) in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Leasing von 56 Dienstkraftfahrzeugen im Rahmen von jeweiligen Zweijahresverträgen einschließlich nachfolgenden Ersatzleasings für wiederum jeweils zwei Jahre im Rahmen des § 38 Abs. 4 LHO. Leasing von einem Dienstkraftfahrzeug im Rahmen von einem Jahresvertrag einschließlich nachfolgendem Ersatzleasing für wiederum ein Jahr im Rahmen des § 38 Abs. 4 LHO. Bei entsprechend nachgewiesener Wirtschaftlichkeit kann auch ein Leasingvertrag mit einer längeren Laufzeit (max. 2 Jahre) abgeschlossen werden. Die einzelnen Berechnungen haben ergeben, dass Beschaffungen im Wege des Leasings regelmäßig wirtschaftlicher sind, als Kaufangebote. Für die Inanspruchnahme von veranschlagten Mitteln für die Anmietung oder das Leasing von Dienstkraftfahrzeugen gilt die Einwilligung des Ministeriums der Finanzen nach den VV Nr. 4.2 zu § 38 LHO mit Inkrafttreten des Haushaltsführungserlasses für das jeweilige Haushaltsjahr als erteilt.

Die Veranschlagungshöhe einschließlich der Sonderausstattungen für die Dienstfahrzeuge richtet sich nach der gültigen Preisempfehlung des Herstellers (gem. Ziffer 4.6 Abs. 4 HTR-LSA 2025/2026).

Unterhaltungskosten werden bei Kapitel 14 09 Titel 514 01 nachgewiesen.

Die im jeweiligen Haushaltsjahr dargestellte Anzahl an Dienstkraftfahrzeugen wird nicht überschritten.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 13

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	1 PKW-Kombi (Nr. 5.2 Buchst. f) KfzR) (Sitz- und Lenkradheizung, Navigationssystem, Telefonfreisprecheinrichtung, Automatikgetriebe)	5.131	4.200	6.300	6.300
2.	PKW-Kombi als Verbrennungs-, Hybrid- oder Elektrofahrzeug für allg. Dienstbetrieb (Nr. 5.3 KfzR) (Sitz- und Lenkradheizung, Navigationssystem, Telefonfreisprecheinrichtung, Automatikgetriebe), 2024: 30 St., 2025 und 2026: je 44 St.	151.568	150.100	218.700	218.700
3.	PKW-Limousine für allg. Dienstbetrieb (Nr. 5.3 KfzR) (Sitz- und Lenkradheizung, Navigationssystem, Telefonfreisprecheinrichtung, Einparkhilfe (Abstandssensoren) vorn und hinten), 2024: 14 St., 2025 und 2026: je 0 St.	56.888	50.400	0	0
4.	PKW-Kombi für Fahrer für allg. Dienstbetrieb (Nr. 5.3 KfzR) (Standheizung, Sitz- und Lenkradheizung, Navigationssystem, automatisch öffnende Heckklappe, multifunktional einstellbarer Fahrersitz, Telefonfreisprecheinrichtung, Automatikgetriebe) 2024: 4 St., 2025 und 2026: je 3 St.	21.929	21.000	16.500	16.500
5.	9 PKW-Gelände für allg. Dienstbetrieb inkl. Sonderausstattung (Allrad, Fahrwerk für schlechte Straßen, erhöhte Bodenfreiheit, verbesserter Unterbodenschutz, Triebwerkschutz, Navigationssystem, Standheizung, Einparkhilfe (Abstandssensoren) vorn und hinten, Telefonfreisprecheinrichtung)	52.515	45.000	45.000	45.000
6.	Leasing von Winterreifen für alle Fahrzeuge	0	0	0	0
7.	Warnmarkierung für alle Fahrzeuge	0	0	0	0
8.	Fahrzeugabrechnung	27.793	32.000	33.000	1.000
Zusammen		315.824	302.700	319.500	287.500

518 30	711	Mietzahlungen an BLSA	955.500	0	0
			866.247	0	0

Übertragbar

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Genutzte landeseigene Liegenschaften

		Ist 2023 EUR	2024 EUR
1.	An der Fliederwegkaserne in Halle, Haus 4, 6.533,53 m² Bürofläche, ab 2025: 6.485,21 m² Bürofläche	394.128	392.100

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 30

2.	An der Fliederwegkaserne in Halle, Haus 20 - 19 Garagen	0	9.200
3.	An der Fliederwegkaserne in Halle, Haus 20 - 85 Stellplätze	0	25.500
4.	An der Fliederwegkaserne in Halle, Haus 20 - NF	0	0
5.	An der Fliederwegkaserne in Halle, Haus 4 - Brückenprüfer, 146,88 m² Bürofläche, ab 2025: 59,45 m² Bürofläche, 1 Garage/Stellplatz	0	8.900
6.	An der Fliederwegkaserne in Halle, Haus 4 - FM, 72,65 m² Bürofläche, 3 Garagen/Stellplätze; ab 2025: 50,09 m² Bürofläche, 1 Garage/Stellplatz	0	5.300
7.	VMZ-Magdeburg, Halberstädter Straße 39/39a in Magdeburg, 235 m² Bürofläche, ab 2025: 300 m² Bürofläche	0	23.600
8.	VMZ-Magdeburg, Halberstädter Straße 39/39a in Magdeburg, Tiefgarage, 3 Stellplätze	0	0
9.	Tessenowstraße 12 in Magdeburg, 4.032,10 m² Bürofläche, ab 2025: 3.722,04 m² Bürofläche	329.671	338.700
10.	Sachsenstraße 1 in Stendal, Gebäude 4, 2.535,97 m² Bürofläche	142.448	152.200
Zusammen		866.247	955.500

Bis zum Jahr 2024 wurden die Ausgaben für die Nutzung von landeseigenen Grundstücken, Gebäuden und Räumen veranschlagt, die an den Landesbetrieb BLSA im Rahmen des Mieter-Vermieter-Modells entrichtet wurden. Das Mieter-Vermieter-Modell wird ab dem Jahr 2025 eingestellt. Für landeseigene Liegenschaften sind daher ab dem Haushaltsjahr 2025 keine Nutzungsentgelte an den Landesbetrieb BLSA zu entrichten.

519 01	711	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.681.000 461.517	1.286.000 0	790.000 550.000

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				550.000	550.000
2028					
2029 ff.					
Summen				550.000	550.000

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	438.908	1.631.000	1.226.000	730.000
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	22.609	50.000	60.000	60.000
Zusammen		461.517	1.681.000	1.286.000	790.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 519 01

zu 1. Vorsorgemaßnahmen zur Absicherung des Betriebsdienstes in Krisenfällen (z. B. Folgen des Ukraine-Krieges, Naturkatastrophen)

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Notstromaggregate, je rd. 90.000 EUR	0	810.000	360.000	0
2.	Tankanlagen 5000 l, je rd. 25.000 EUR	0	225.000	100.000	0
3.	Planung Notstrom, je rd. 24.000 EUR	0	216.000	96.000	0
Zusammen		0	1.251.000	556.000	0

Hier sind 9 Landesmeistereien enthalten, außer SM Ebendorf und Bernburg.

522 01	711	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	755.000 4.931	1.342.000 812.000	942.000 180.000

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		405.000			405.000
2026		80.000	812.000		892.000
2027				180.000	180.000
2028					
2029 ff.					
Summen		485.000	812.000	180.000	1.477.000

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachten				
1.1	Grundsatzarbeit im Bereich Planung und Entwurf	0	20.000	20.000	20.000
1.2	Grundsatzaufgaben in Umweltschutz und Landschaftspflege	0	30.000	30.000	30.000
1.3	Grundsatzaufgaben im Artenschutz und FFH	0	10.000	0	0
1.4	Grundsatzaufgaben im Immissionsschutz	0	10.000	0	0
1.5	Grundsatzaufgaben in der Wassertechnik	0	10.000	0	0
1.6	Grundsatzaufgaben im Bereich Boden und Baugrund	0	10.000	0	0
1.7.	Anpassung der Richtlinien zur Ausarbeitung geotechnischer Berichte	4.931	0	0	0
2.	Studien				
3.	Beraterverträge				

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026	
Angaben in EUR						
noch zu 522 01						
	3.1	Begleitung der Einführung des Building Information Modeling (BIM) in den Planungs- und Bauprozess, externes Qualitätsmanagement (Initialisierungsphase)	0	80.000	80.000	0
	3.2	Begleitung der Aufstellung des Landesstraßenbedarfsplanes	0	50.000	160.000	0
	3.3	Fortschreibung der Straßenkategorisierung des Landes Sachsen-Anhalt	0	70.000	0	0
	3.4	Konzept emissionsarme Meisterei - Teil Hochbau	0	60.000	60.000	40.000
	3.5	Konzept emissionsarme Meisterei - Teil Fahrzeuge	0	25.000	75.000	0
	3.6	Modellprojekt Plastic Road	0	50.000	0	50.000
	3.7	Landesverkehrsprognose 2040	0	130.000	0	0
	3.8	Externes Gutachten zur Datenarchitektur und zum Datenmanagement im Kontext des digitalen Assetmanagements (BIM / Digitaler Zwilling)	0	200.000	0	0
	3.9	Begleitung der Einführung des Building Information Modeling (BIM) in den Planungs- und Bauprozess, externes Qualitätsmanagement (Kompetenzphase)	0	0	0	80.000
	3.10	Erstellung eines Alleenkonzeptes für die Bundes- und Landesstraßen	0	0	72.000	72.000
	3.11	juristische Beratung CDE Beschaffung	0	0	45.000	0
	3.12	Digitale Transformation in der LSBB mit dem Ziel der Geschäftsprozessoptimierung	0	0	800.000	650.000
Zusammen			4.931	755.000	1.342.000	942.000

Zu 1.1

Inhalt:

Erarbeitung von allgemeinen und grundsätzlichen Vorgaben (Planungshilfen, Leitfäden, Ausschreibungsunterlagen etc.) für die Planung und den Entwurf von Verkehrsanlagen in Sachsen-Anhalt

Ziel:

Vereinheitlichung von Arbeitsabläufen in den Bereichen Barrierefreiheit, Radwegeplanung, Windenergieanlagen, Klima, Wirtschaftlichkeit, etc.

Laufzeit:

2025/2026, jährlich fortlaufend

Zu 1.2

Inhalt:

Umsetzung neuer Regelwerke und Grundsatzurteile in den Planungs- und Bauprozess

Ziel:

Überarbeitung und Anpassung des internen Prüfkataloges der LSBB zu dem Fachgutachten UVS, die Erarbeitung eines internen Prüfkataloges der LSBB für die Prüfung von FFH-Verträglichkeitsprüfung sowie Erarbeitung einer Arbeitshilfe für die LSBB zur Ausschreibung von Baumpflanzungen und einer Arbeitshilfe zur Jungbaumpflege für den Straßenbetriebsdienst. Erstellung einer Arbeitshilfe zu Grundsätzen und zur planerischen Bewältigung von Artenschutzkonflikten mit der Feldlerche. Anpassung und Erneuerung von Informationssystemen zur Immissionsbelastung durch Verkehrswege an aktuelle Berechnungsvorschriften. Gestaltung von Planungsprozessen entsprechend aktueller Vorgaben und Entwicklung von Arbeitshilfen. Umsetzung neuer oder aktualisierter technischer Regelwerke in LSBB-interne Fachregelwerke (Dienstsanweisung, Handlungsanleitungen usw.), u.a. für die geotechnischen und umweltrelevanten Untersuchungen im Rahmen der Erkundung des Baugrundes für Straßenbaumaßnahmen der LSBB (RiLiGeoB).

Laufzeit:

2025/2026, fortlaufend

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

Zu 3.1

Inhalt:

Umsetzung des Masterplans des BMVI zur Einführung des BIM, Einführung eines Qualitätsmanagements zur Validierung der Implementierung

Ziel:

Bezugnehmend auf das Strategiepapier der BIM-Implementierung in der LSBB ist ein externes Qualitätsmanagement während der Initialisierungsphase vorgesehen mit folgenden operativen Zielen:

1. inhaltliche u. redaktionelle Validierung der BIM-Dokumente (AIA, BAP, IDM, Modellierungsrichtlinie, Schulungskonzept, LOIN-Konzept),
2. Hilfestellung im Implementierungsprozess in den Handlungsfeldern,
3. Kompetenzübergabe.

Laufzeit:

2024-2025

Zu 3.2

Inhalt:

Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplans - Teil Straße (Landesstraßenbauplan 2040). Fachplanung des Landes Sachsen-Anhalt für die Entwicklung eines integrierten Verkehrsangebotes im Landesstraßennetz.

Ziel:

Implementierung eines Steuerungsinstruments für die Priorisierung bzw. zur Entscheidungsfindung von Planungsbeginnen (bspw. Entwicklung einer Entscheidungsmatrix zur Priorisierung) von Landesstraßenneubauvorhaben.

Laufzeit:

2024-2025

Zu 3.4

Inhalt:

Schaffung der Rahmenbedingungen für klimafreundliches Fahren: Ladesäulenkonzept, Solaranlagenkonzept

Ziel:

Umsetzung Klimaschutzprogramm 2030

Laufzeit:

2024-2030

Zu 3.5

Inhalt:

Festsetzung/Erarbeitung der Rahmenbedingungen für die schrittweise Umstellung des Fuhrparks auf klimafreundliche Antriebsarten

Ziel:

Erarbeitung eines Konzeptes für die Umsetzung des Gesetzes über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge (Klimaschutzprogramm 2030).

Laufzeit:

2024-2031

Zu 3.6

Inhalt:

Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes, Bau eines Radwegs mit Bauelementen aus Recycling-Kunststoff

Ziel:

Erprobung einer Bauweise mit alternativen Baustoffen und einer Kombination von Oberbau und Entwässerungseinrichtung

Laufzeit:

2026-2027

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

Zu 3.9

Inhalt:

Umsetzung des Masterplans des BMVI zur Einführung des BIM, Einführung eines Qualitätsmanagements zur Validierung der Implementierung

Ziel:

Bezugnehmend auf das Strategiepapier der BIM-Implementierung in der LSBB ist ein externes Qualitätsmanagement während der Kompetenzphase vorgesehen mit folgenden operativen Zielen:

1. Validierung der fortgeschriebenen BIM-Dokumente,
2. Hilfestellung im Implementierungsprozess in den Handlungsfeldern,
3. Kompetenzübergabe.

Laufzeit:

2026-2027

Zu 3.10.

Inhalt:

Erstellung eines ganzheitlichen Alleenkzeptes für ST auf Veranlassung eines Erlasses des MID vom 31.08.23, hier der Landesanteil am Gesamtvertrag

Ziel:

Erarbeitung der Grundlagen für einen optimaleren Alleenschutz und die konzeptionelle Entwicklung der Alleen an Bundes- und Landesstraßen in ST auf der Grundlage eines Alleenkzeptes

Laufzeit:

2025-2026

Zu 3.11

Inhalt:

Elementarer Bestandteil der BIM-Methode ist eine gemeinsame Datenumgebung (Common Data Environment - CDE). Unter Berücksichtigung der aktuellen Kostenschätzung für die Beschaffung der CDE für die LSBB in der Kompetenzphase der BIM-Implementierung liegt der voraussichtliche Auftragswert über dem EU-Schwellenwert, so dass ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb durchzuführen ist. Das Beschaffungsverfahren inkl. Marktanalyse bedarf einer juristischen Begleitung.

Ziel:

1. Begleiten der Marktanalyse,
2. Begleiten der Aufstellung eines Anforderungs- und Kriterienkataloges zur Softwareausschreibung der LSBB CDE,
3. rechtssichere Aufstellung der Vergabeunterlagen für das Ausschreibungsverfahren,
4. juristische Begleiten und Durchführen des Ausschreibungsverfahrens.

Laufzeit:

2024-2025

Zu 3.12

Inhalt:

Im Zuge der Umsetzung der digitalen Transformation ist es zwingend notwendig, die vorh. Prozesse aufzunehmen, zu analysieren und ggf. zu optimieren, um die im Rahmen der Digitalisierung notwendigen Rahmenbedingungen zu erarbeiten. Die Geschäftsprozessanalyse bezieht sich primär auf die Maßnahmen der Digitalisierungsstrategie, BIM u. EVA

Ziel:

1. Erarbeitung eines Prozessregisters für die Maßnahmen der Digitalisierungsstrategie, Implementierung BIM, Einbindung EVA
2. Erarbeitung von Ist-Prozessen unter Berücksichtigung einer Prioritätensetzung,
3. Ist-Prozessanalyse,
4. Erarbeiten eines Optimierungskonzeptes inkl. der Untersuchung von Prozessen, Schnittstellen, Datenbanken, Soft- und Hardware,
5. Unterstützung bei der Soll-Prozesserarbeitung und -etablierung.

Laufzeit:

2025-2026

525 01	711	Aus- und Fortbildung	314.500	320.700	250.700
			163.871	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 01

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen (einschließlich Kostenerstattungen für Unterkunft und Verpflegung)	148.187	309.700	310.000	240.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	300	0	0
3.	Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	0	0	0	0
4.	Sonstiger Aufwand	15.684	4.500	10.700	10.700
Zusammen		163.871	314.500	320.700	250.700

Zu 1. Einschließlich der Aufwendungen für Aus- und Fortbildung der im Rahmen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT) eingesetzten Bediensteten, ohne IT-Administratoren (siehe Kapitel 19 23).

Zu 4.

Kostenerstattungen für Unterkunft und Verpflegung an die budgetierte Einrichtung für Aus- und Fortbildung des Landes Sachsen-Anhalt gemäß Runderlass des MF vom 11. Mai 2006 (n. v.) i. V. m. der Nutzungsentgeltordnung für Leistungen des Aus- und Fortbildungsinstitutes des Landes Sachsen-Anhalt (NEO-AFI-LSA) vom 2. Mai 2014 (MBI. LSA S. 255) und für die Teilnahme von Aufstiegsbeamten an Ausbildungslehrgängen (einschließlich Reisekosten).

525 03	711	Aus- und Fortbildung der Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen	17.500 10.345	17.500 0	10.500 0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranstaltungen für Personalratsmitglieder (Personalvertretungsgesetz LSA), Vertreter der Schwerbehinderten (Sozialgesetzbuch Neuntes Buch - Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) und ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte (Frauenförderungsgesetz) sowie Kostenerstattungen für Unterkunft und Verpflegung an die budgetierte Einrichtung für Aus- und Fortbildung des Landes Sachsen-Anhalt gemäß Runderlass des MF vom 11. Mai 2006 (n. v.) i. V. m. der Nutzungsentgeltordnung für Leistungen des Aus- und Fortbildungsinstitutes des Landes Sachsen-Anhalt (NEO-AFI-LSA) vom 2. Mai 2014 (MBI. LSA S. 255).

526 01	711	Gerichts- und ähnliche Kosten	100.000 123.756	130.000 0	145.000 0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Nachzuweisen sind die Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten und Stempelgebühren sowie die Erstattung barer Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner, soweit sie nicht als Bestandteil von Hauptausgaben und Pauschalabfindungen auf Grund von Urteilen und Vergleichen gezahlt werden.

526 02	711	Sachverständige	1.000 0	1.000 0	1.000 0

Übertragbar

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 526 02

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Aufwendungen für Honorare, Ersatz von Auslagen einschließlich Ausgaben für Reisen und Verpflegung.

527 01	711	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	120.000	90.000	90.000
			84.555	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Erstattung von Aufwendungen nach dem geltenden Reisekostenrecht für In- und Auslandsdienstreisen sowie Dienstgänge wie u. a. Tage- und Übernachtungsgeld, Fahrtkosten, Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung sowie Nebenkosten anlässlich von Vorortterminen, auswärtigen Konferenzen, Sitzungen und Fachtagungen.

527 03	711	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	30.000	25.000	25.000
			17.146	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

529 01	711	Verfügun gsmittel	1.500	1.500	1.500
			633	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Erlass des MF über die Haushaltsführung ab dem Haushaltsjahr 2025/2026 (Bewirtschaftung von Verfügungsmitteln).

531 01	711	Veröffentlichungen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

532 01	711	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	192.100	103.400	100.400
			48.116	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Externe Kommunikation mit Öffentlichkeit und Presse (alt: Messen und Tagungen)	11.171	55.000	79.100	78.400
2.	Personalmarketing/ Nachwuchsgewinnung (alt: Nachwuchsgewinnung, Broschüren, Faltblätter, Flyer)	36.945	137.100	20.000	20.000
3.	Interne Kommunikation/ Mitarbeiterbindung	0	0	4.300	2.000
Zusammen		48.116	192.100	103.400	100.400

533 01	711	Dienstleistungen Außenstehender	165.000	498.600	300.000
			218.304	199.200	120.000

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		173.600			173.600
2026		150.800	149.200		300.000
2027		50.000	50.000	120.000	220.000
2028					
2029 ff.					
Summen		374.400	199.200	120.000	693.600

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Aufbau eines Managementtools für Organisation/Koordinierung/ Dokumentation/Controlling von Sicherheitsaudits	0	15.000	0	0
2.	Verkehrswirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Untersuchungen	2.256	15.000	85.000	15.000
3.	VgV-Verfahren	0	60.000	60.000	60.000
4.	Zustandserfassung und -bewertung straßenbegleitender Radwege	159.384	0	33.600	115.000
5.	Beauftragung von Ingenieurbüros für die fachtechnische Prüfung von Zuwendungsverfahren (ZBau)	30.200	75.000	100.000	40.000
6.	operative Unterstützung bei der Prozessoptimierung	0	0	0	50.000
7.	Beauftragung von Ingenieurbüros für die Durchführung von vereinfachten Vorplanungen und Planungsraumanalysen	0	0	200.000	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
		8. Beauftragung eines Steuerberaters zur Unterstützung bei der Durchführung der Grundsteuererklärungen	0	0	20.000
		9. Doppeluntersuchung RsVminA u. Ersatzbaustoffverordnung	24.794	0	0
		10. Datenaufbereitung - Gutachten und Studien zur Landschaftspflege	1.670	0	0
Zusammen			218.304	165.000	498.600
					300.000

noch zu 533 01

Zu 2.

Inhalt:

Erarbeitung von allgemeinen und grundsätzlichen Vorgaben (Planungshilfen, Leitfäden, Ausschreibungsunterlagen etc.) für verkehrswirtschaftliche Untersuchungen sowie Durchführung verkehrswirtschaftlicher Untersuchungen und NKV-Ermittlungen (insb. im Zusammenhang mit LStrBP)

Ziel:

Erstellung von verkehrswirtschaftlichen sowie gesamtwirtschaftlichen Untersuchungen (NKV-Ermittlungen), (insb. im Zusammenhang mit LStrBP)

Laufzeit:

2024-2026

Zu 3.

Inhalt:

Durchführung von besonders personal- und zeitintensiven europaweiten Vergabeverfahren im Bereich der freiberuflichen Leistungen

Ziel:

Entlastung des ingenieurtechnischen Personals der Regionalbereiche. Derartige Verfahren sind im Regelbetrieb durch die Regionalbereiche nicht leistbar. Der Zeitaufwand für ein Verfahren beträgt i. d. R. mehr als ein dreiviertel Jahr.

Laufzeit:

dauerhaft, nach Bedarf

Zu 4.

Inhalt:

Zustandserfassung und -bewertung der Radwege Sachsen-Anhalt

Ziel:

Geplant ist die Erfassung der Eigenschaften der Fahrbahnoberflächen der Radwege an Landesstraßen mit speziell ausgerüstetem Messfahrzeug (Risse, Flickstellen, Aufbrüche) sowie die softwaregestützte Bewertung der erfassten Eigenschaften der Fahrbahnoberflächen als Grundlage der Erhaltungsplanung.

Laufzeit:

2025-2027

Zu 5.

Inhalt:

baufachliche Prüfung von Bauunterlagen gem. Nr. 6 ZBau, Überprüfung der Bauausführung gemäß ZBau Nr. 7, ggf. Prüfung des Verwendungsnachweises gemäß ZBau Nr. 8

Ziel:

ordnungsgemäße Prüfung der Aufgaben (Nr. 6 bis 8 ZBau) gemäß den baufachlichen Ergänzungsbestimmungen zu den VV zu § 44 LHO (ZBau) mittels Ingenieurbüros

Laufzeit:

fortlaufend

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Zu 6.

Inhalt:

Prozessoptimierung für eine kontinuierliche Verbesserung der Kernprozesse durch systematische Analyse, Entwicklung, Umsetzung und Verankerung von Maßnahmen

Ziel:

1. Analyse der zuvor aufgenommenen Prozesse inkl. der Ermittlung von Engpässen und Schwachstellen
2. Optimierung der Prozesse inkl. der Durchführung von Workshops, Einführung von Systemen bzw. Implementierung von Workflows
3. Befähigung eines Expertenteams zur nachhaltigen Verankerung von Prozessoptimierung

Laufzeit:

2026-2027

Zu 7.

Inhalt:

Beauftragung von Ingenieurbüros für die Durchführung von vereinfachten Vorplanungen und Planungsraumanalysen im Zusammenhang mit der Erstellung des Landesstraßenbauplans

Ziel:

Durchführung von vereinfachten Vorplanungen und Planungsraumanalysen im Zusammenhang mit der Erstellung des Landesstraßenbauplans

Laufzeit:

2025

Zu 8.

Inhalt:

Unterstützung bei der Abgabe der Grundsteuererklärung für alle grundsteuerpflichtigen Grundstücke in Verwaltung der LSBB (z. B. Acker-, Gehölz-, Wald-, oder Heideflächen) sowie für alle Flächen, auf denen im Zuge von Straßenbaumaßnahmen Ausgleichs- und Ersatzflächen geschaffen worden sind, da diese Flächen nicht grundsteuerbefreit nach dem Straßengesetz Sachsen-Anhalt bzw. dem Bundesfernstraßengesetz sind.

Ziel:

Durchführung von besonders personal- und zeitintensiven Aufgaben zur Entlastung des Verwaltungspersonals in allen Regionalbereichen.

Laufzeit:

dauerhaft

533 02	711	Dienstleistungen Außenstehender für den Druck von Straßenkarten	18.000 24.496	22.000 0	22.000 0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Überarbeitung der Straßenkarte der Kreise Maßstab 1:100.000	0	4.000	0	0
2.	Überarbeitung der Straßenkarte "Straßenverwaltung" Maßstab 1:200.000	1.312	0	0	0
3.	Überarbeitung der Straßenkarte "Bundesfernstraßenplanung" Maßstab 1:200.000	2.378	5.000	0	4.000
4.	Überarbeitung der Straßenkarte "Vorrangnetz für Sondertransporte" Maßstab 1:200.000	0	4.000	2.000	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026	
Angaben in EUR						
noch zu 533 02						
	5.	Überarbeitung der Straßenkarte “Kreuzungspunkte Straße/ Bahn“ Maßstab 1:200.000	0	5.000	2.500	0
	6.	Verkehrsmengenkarte auf Basis der Verkehrszählung 2020; Maßstab 1:200000	17.882	0	0	0
	7.	Straßenzustandskarte Landkreise Maßstab 1:100.000	2.924	0	0	14.000
	8.	Streifenkarte B6n Maßstab1:100.000	0	0	0	4.000
	9.	Regionalbereichskarten Maßstab 1:100.000	0	0	10.000	0
	10.	Karten mit Bedarfsumleitungen auf Bundes- und Landesstraßen an Autobahnen Maßstab 1:100.000	0	0	7.500	0
Zusammen			24.496	18.000	22.000	22.000

noch zu 533 02

Zu 3.
Turnusmäßige Fortschreibung der Karten unter Berücksichtigung der Änderungen im Straßennetz.

Zu 4.
Fortschreibung der Karten unter Berücksichtigung der Änderungen im Straßennetz sowie von Baumaßnahmen in deren Folge eine Nutzung von Streckenabschnitten durch Sondertransporte möglich geworden ist

Zu 5.
Fortschreibung der Karten unter Berücksichtigung der Änderungen im Straßennetz, der Änderungen infolge Umsetzung des Programms zur Beseitigung von Bahnübergängen.

Zu 7.
Fortschreibung der Karten unter Berücksichtigung der turnusmäßig stattfindenden Zustandserfassung und Bewertung.

Zu 8.
Fortschreibung der Karte infolge Fortschreitens bzw. Abschluss der Baumaßnahme.

Zu 9.
Fortschreibung der Karten unter Berücksichtigung der Änderungen im Straßennetz als Folge von Baumaßnahmen oder Umstufung von Straßen.

Zu 10.
Fortschreibung der Karten unter Berücksichtigung der Änderungen im Straßennetz als Folge von Baumaßnahmen oder durch Änderung der dauerhaft festgelegten Umleitungsstrecken für Bundesautobahnen.

537 01	711	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	16.000	0	0
			1.364	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u. a. die Ausgaben für die Migration der VMZ.

542 01	711	Umsatzsteuer	15.600	81.300	81.300
			14.661	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 542 01

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für Kapitel 14 09 Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt erfolgen zentral aus diesem Titel.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Umsatzsteuer	14.661	15.600	81.300	81.300
Zusammen	14.661	15.600	81.300	81.300

Zur weiteren Erläuterung der o. g. Ansätze sowie für die Erläuterungen der entsprechenden Einnahme- und Ausgabetitel (gem. Nr. 4.3.9 der HTR-LSA 2025/2026) werden nachfolgend die geschätzten umsatzsteuerpflichtige IST-Einnahmen 2025/2026 dargestellt:

Nr.	Leistung	Entgelt (Netto) 2025/2026 EUR	Umsatzsteuer 2025 EUR	Umsatzsteuer 2026 EUR
1.	Kalibrierleistungen (Kapitel 14 09 Titel 119 11, Umsatzsteuer 19 %)	102.500	19.475	19.475
2.	Holzverkäufe Kapitel (14 09 Titel 119 51, Umsatzsteuer 7 %)	14.400	1.008	1.008
3.	Nutzungsentgelte Parkplätze (Kapitel 14 09 Titel 124 01, Umsatzsteuer 19 %)	11.000	2.090	2.090
4.	Fahrzeug- und Geräteverkäufe (Kapitel 14 09 Titel 132 01, Umsatzsteuer 19 %)	290.000	55.100	55.100
5.	Nutzungsentgelte Parkplätze (Kapitel 14 09 Titel 518 01, Umsatzsteuer 19 %)	4.200	798	798
6.	Winterdienstvereinbarung mit der Stadt Dessau-Roßlau (Kapitel 14 09 Titel 521 62, Umsatzsteuer 19 %)	14.000	2.660	2.660
7.	öffentlich-rechtlicher Vertrag mit Thüringen (Kapitel 14 09 Titel 732 65, Umsatzsteuer 19 %)	825	157	157
Zusammen		436.925	81.288	81.288

543 01	711	Sonstige Steuern aus Leistungen der Kalibrierstelle	800	0	0
			0	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die von der Landesstraßenbaubehörde zu entrichtende Gewerbe- und Körperschaftssteuer.

544 01	711	Grundsteuern	0	20.000	20.000
			0	0	0

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

547 01	711	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5.000	5.000	2.700
			98	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

632 01	711	Erstattungen für gemeinsame Verwaltungseinrichtungen	11.900	11.900	11.900
			11.900	0	0

Erläuterungen:

671 01	711	Erstattungen von Ausbildungskosten	1.000	1.000	1.000
			0	0	0

681 01	711	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	150.000	110.000	110.000
			103.583	0	0

Schadensersatzleistungen gemäß RdErl. des MF vom 06. April 1993 in der jeweils geltenden Fassung.

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Stipendien	0	36.000	0	0
Zusammen	0	36.000	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 51

Der demografische Wandel sowie die konjunkturell bedingte Nachfrage von Fachkräften auf dem globalen Arbeitsmarkt erschweren die Sicherstellung einer sachgerechten Personalausstattung, insbesondere in den technischen Berufen. Mit der Gewährung von Stipendien sollte dem Bewerbermangel, insbesondere in der Fachrichtung Bauingenieurwesen, durch eine frühzeitige Bindung der Fachkräfte an den zukünftigen Arbeitgeber entgegengewirkt werden. Ab dem Haushaltsjahr 2025 sind für die Ausreichung von Stipendien keine Haushaltsmittel veranschlagt.

Die Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung mit Hochschulabschluss erfolgt in der LSBB über das duale Studium. Die Ausgaben dafür sind bei Kapitel 14 09 Titel 428 03 veranschlagt. Darüber hinaus sind Ausgaben für die Ausbildung von technischen Beamtinnen und Beamten im Beamtenverhältnis auf Widerruf (Vorbereitungsdienst) bei Kapitel 14 09 Titel 422 41 veranschlagt.

686 01	711	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	6.700	6.800	6.800
			6.098	0	0

Übertragbar

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verband der Straßenbaulaboratorien e.V.	135	100	100	100
2.	Nutzer der einheitlichen Rechnerzentralsoftware e.V. (NERZ e.V.)	2.901	3.500	3.500	3.500
3.	Deutscher Beton- und Bautechnik Verein e.V.	50	100	100	100
4.	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)	3.000	3.000	3.000	3.000
5.	Forstbetriebsgemeinschaft Am Diek	12	0	100	100
Zusammen		6.098	6.700	6.800	6.800

711 01	711	Kleine Neu-, Um und Erweiterungsbauten	650.000	700.000	450.000
			47.713	950.000	2.500.000

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.000.000			1.000.000
2026		1.000.000	450.000		1.450.000
2027			500.000	500.000	1.000.000
2028				1.000.000	1.000.000
2029 ff.				1.000.000	1.000.000
Summen		2.000.000	950.000	2.500.000	5.450.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 711 01

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	RB Ost - SM Wittenberg, Stützpunkt Schnellin - Platzbefestigung	0	100.000	50.000	252.000
2.	RB West - SM Gernrode, Stützpunkt Almfeld, Ausbau des Stützpunktes: Klein Kfz-Halle, Schüttboxen, Hofbefestigung, Ladestation	0	0	0	0
3.	RB West - SM Atzendorf, Überdachung von Stellplätzen für Anhänger und Winterdiensttechnik	0	375.000	358.000	0
4.	RB Süd - SM Laucha, Betriebs- und Sozialgebäude	0	0	0	0
5.	RB Süd - SM Merseburg, Kfz-Halle, Liegenschaft + Brückenprüftrupp Süd	0	175.000	0	0
6.	RB Süd - SM Diemitz - Baufeldfreimachung	47.713	0	0	0
7.	RB Mitte - SM Parey, Waschhalle	0	0	192.000	198.000
8.	RB Nord - SM Salzwedel, Erweiterung Betriebsgebäude	0	0	0	0
9.	RB Ost - SM Jessen, Abwasserhebeanlage	0	0	100.000	0
Zusammen		47.713	650.000	700.000	450.000

811 01	711	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	322.000	130.000	0
			0	0	0

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		130.000			130.000
2026		130.000			130.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		260.000			260.000

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstkraftfahrzeug Verwaltung (K-LKW) mit Sonderausstattung: Klimatisierung, Standheizung, Freisprecheinrichtung, Kosten je St. rd. 54.000 EUR; Ersatzbeschaffung 2024: 2 St.; Kosten je St. rd. 60.000 EUR; Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	0	108.000	60.000	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 01

2.	K-LKW Einfache Bauwerksprüfung; Allradantrieb, verstärktes Fahrwerk, erhöhte Bodenfreiheit, Anhängerkupplungsvorrichtung, Freispinneinrichtung, Standheizung, Klimatisierung, Spezialausstattung Bauwerksprüfung, Kosten je St. rd. 70.000 EUR; Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	0	0	70.000	0
3.	K-LKW Brückenprüftrupp; Allradantrieb, Differenzialsperren, langer Radstand, Dachaufbau und Leiter, Anhängerkupplungsvorrichtung, Klimatisierung, Standheizung, Freispinneinrichtung; Spezialausstattung Brückenprüftrupp, Kosten je St. rd. 152.000 EUR; Ersatzbeschaffung 2024: 1 St.	0	152.000	0	0
4.	K-LKW Fernmelder; Allradantrieb, Anhängerkupplungsvorrichtung, Klimatisierung, Standheizung, Freispinneinrichtung, Spezialausstattung Fernmelder, Kosten je St. rd. 62.000 EUR, Ersatzbeschaffung: 2024: 1 St.	0	62.000	0	0
Zusammen		0	322.000	130.000	0

Spezialfahrzeuge für die Bereiche Brückenprüfung, Bauwerksprüfung sowie Elektro- und Fernmeldefachkräfte.

812 13	711	Erwerb von Telekommunikationsanlagen	0	0	0
			0	0	0

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

812 15	711	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	186.600	192.700	189.100
			204.395	0	0

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 15

Erläuterungen:

Nr.	Gerät, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Büromöbel	75.450	52.000	68.000	5.000
2.	Tachymeter / Totalstation für Standort Magdeburg, Kosten je St. rd. 50.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2026: 1 St.	0	0	0	50.000
3.	Profometer, Kosten je St. rd. 6.500 EUR, Neubeschaffung 2025: 1 St., Neubeschaffung 2026: 1 St.	0	6.500	6.500	6.500
4.	Setzdehnungsmesser, Kosten je St. rd. 5.100 EUR, Neubeschaffung 2024: 1 St., Neubeschaffung 2025: 1 St., Ersatzbeschaffung 2026: 1 St.	0	5.100	5.100	5.100
5.	Bindemittelprüfanlage, Kosten je St. rd. 50.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2026: 1 St.	49.133	0	0	50.000
6.	Tachymeter/ Totalstation für Standort Halle, Kosten je St. rd. 50.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St.	0	50.000	0	0
7.	Empfänger für globale Navigationssatellitensysteme (GNSS-Empfänger), Kosten je St. rd. 25.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St., Kosten je St. rd. 65.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	22.963	25.000	65.000	0
8.	Digitalnivelliere, Kosten je St. rd. 6.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 2 St.	0	12.000	0	0
9.	Kanalinspektionskamera, Kosten je St. rd. 9.000 EUR, Neubeschaffung 2024: 1 St., Neubeschaffung 2026: 2 St.	0	9.000	0	18.000
10.	Leitungsortungsgerät, Kosten je St. rd. 12.000 EUR, Neubeschaffung 2024: 1 St.	0	12.000	0	0
11.	Drohne zur Bauwerksprüfung, Kosten je St. rd. 15.000 EUR, Neubeschaffung 2024: 1 St., Neubeschaffung 2026: 1 St.	0	15.000	0	15.000
12.	Kamera für Drohne zur Bauwerksprüfung, Kosten je St. rd. 5.100 EUR, Neubeschaffung 2025: 1 St.	0	0	5.100	0
13.	Outdoor-Tablets für Kompensationskataster, Kosten rd. 25.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	0	0	25.000	0
14.	Faltmaschine, Kosten je St. rd. 6.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	0	0	6.000	0
15.	Korrosionsschutzschichtdickenmessgerät, Kosten je St. rd. 6.000 EUR, Neubeschaffung 2025: 1 St.; Neubeschaffung 2026: 1 St.	0	0	6.000	6.000
16.	Wanddickenmessgerät, Kosten je St. rd. 6.000 EUR, Neubeschaffung 2025: 1 St.; Neubeschaffung 2026: 1 St.	0	0	6.000	6.000
17.	Schichtdickenmessgerät MIT-3, Kosten je St. rd. 20.000 EUR, Neubeschaffung 2026: 1 St.	0	0	0	20.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 15

18.	Kalibrierstand	0	0	0	7.500
	Schichtdickenmessgerät, Kosten je St. rd. 7.500 EUR, Neubeschaffung 2026: 1 St.				
19.	geodätischer Multifrequenz-MultiGNSS Rover	56.807	0	0	0
20.	Dynamisches Scherrheometer*	42	0	0	0
Zusammen		204.395	186.600	192.700	189.100

* Restbetrag nach Gutschrift

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	1.133.700 1.200.621	1.379.800 0	1.446.300 0

Erläuterungen:

Die Zuführungen an den Pensionsfonds nach § 5 Abs. 2 des Pensionsfondsgesetzes sind dezentral unter Berücksichtigung der Pensionsfonds-Zuführungsverordnung vom 9. Februar 2008 (GVBl. LSA S. 64), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Januar 2024 (GVBl. LSA S. 25) in der jeweils geltenden Fassung bei diesem Titel zu veranschlagen.

Titelgruppe(n)

61 Unterhaltung des Brückenplatzes Hohndorf

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 09 Titel 231 61.

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Erläuterungen:

Mit Wirkung vom 01. Januar 2021 sind die Aufgaben von Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der Bundesautobahnen auf die Autobahn GmbH des Bundes übergegangen.

Das Land Sachsen-Anhalt unterhält weiterhin den Brückenplatz Hohndorf. Die hierfür anfallenden Ausgaben erstattet der Bund vollständig.

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 100 v. H. (Kapitel 14 09 Titel 231 61)	173.018	157.300	175.600	140.400
2.	Anteil Land 0 v. H.	0	0	0	0
Zusammen		173.018	157.300	175.600	140.400

428 61	722	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	155.300 164.945	174.100 0	138.900 0

Übertragbar

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu den Entgeltgruppen verbindlich.

Erläuterungen:

Personalausgaben für das zur Unterhaltung des Brückenplatzes Hohndorf eingesetzte Personal.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 61

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	a) außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	b) tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	164.945	155.300	174.100	138.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		164.945	155.300	174.100	138.900

Bei Kapitel 14 09 Titel 428 61 sind nachfolgende 3 Stellen (aufgegliedert nach Anzahl und Entgeltgruppe) gemäß Nr. 2.6 der Haushaltstechnischen Richtlinien des Landes Sachsen-Anhalt (HTR-LSA) veranschlagt. Die Stellen werden dauerhaft zu Lasten des Bundes finanziert.

Entgeltgruppe	2024	2025	2026
E8 Technischer Dienst/Verwaltungsdienst	1	1	1
E6 Technischer Dienst/Verwaltungsdienst	0	2	2
E5 Technischer Dienst/Verwaltungsdienst	2	0	0
Zusammen	3	3	3

Hebung 2 Stellen von E5 nach E6 gemäß der Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9. Dezember 2023.

527 61	722	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.000	1.500	1.500
			1.056	0	0
		Übertragbar			
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			157.300	175.600	140.400
				0	0

62 Betrieb und Unterhaltung der Bundesstraßen und Landesstraßen im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 14 09 Titel 231 62 und Kapitel 14 09 Titel 331 62.

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 14 09 TGr. 62, Kapitel 14 09 TGr. 64, Kapitel 14 09 TGr. 65 und Kapitel 14 09 TGr. 66.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund (Kapitel 14 09 Titel 231 62, 331 62)	24.588.822	25.552.900	29.627.000	30.195.900

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

2.	Anteil Land	40.518.228	45.102.300	49.307.900	43.378.500
Zusammen		65.107.050	70.655.200	78.934.900	73.574.400

427 62	723	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			111.366	0	0

Übertragbar

428 62	723	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	29.468.400	32.256.900	27.127.500
			29.135.637	0	0

Übertragbar

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu den Entgeltgruppen verbindlich.

Erläuterungen:

Bei konkretem Nachweis von Personalmehrausgaben auf Grund von Tarif- und Besoldungserhöhungen erfolgt auf Antrag die Zuweisung von Personalverstärkungsmitteln durch das Ministerium der Finanzen aus dem Kapitel 13 02 Titel 461 01.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	29.135.637	29.468.400	32.256.900	27.127.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		29.135.637	29.468.400	32.256.900	27.127.500

	Aufteilung des Ansatzes	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund für drittmittelfinanziertes Personal (Kapitel 14 09 Titel 231 62)	11.973.073	13.271.900	14.523.900	14.906.300
2.	Anteil Land	17.162.564	16.196.500	17.733.000	12.221.200
Zusammen		29.135.637	29.468.400	32.256.900	27.127.500

Bei Kapitel 14 09 Titel 428 62 sind nachfolgende 567 Stellen (aufgegliedert nach Anzahl und Entgeltgruppen) gemäß Nr. 2.6 der Haushaltstechnischen Richtlinien des Landes Sachsen-Anhalt (HTR-LSA) veranschlagt. Davon wird in Abhängigkeit von den jährlich erbrachten Leistungen ein Teil der Stellen dauerhaft zu Lasten des Bundes finanziert.

	Entgeltgruppe	2024	2025	2026
	E9a Techn. Dienst/Verwaltungsdienst	25	213	213
	E8 Techn. Dienst/Verwaltungsdienst/Sonst. Dienste	179	0	0
	E7 Techn. Dienst/Verwaltungsdienst/Sonst. Dienste	0	37	37
	E6 Techn. Dienst/Verwaltungsdienst/Sonst. Dienste	37	317	317
	E5 Techn. Dienst/Verwaltungsdienst/Sonst. Dienste	326	0	0
Zusammen		567	567	567

Hebung 317 Stellen von E5 nach E6, 9 Stellen von E5 nach E9a, 37 Stellen von E6 nach E7 und 179 Stellen von E8 nach E9a gemäß der Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9. Dezember 2023.

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 62

	Berufsausbildung zum Straßenwärter	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	38 Auszubildende Straßenwärter, 01.08.2021 bis 31.07.2024	390.000	0	0
2.	35 Auszubildende Straßenwärter, 01.08.2022 bis 31.07.2025	612.500	416.500	0
3.	33 Auszubildende Straßenwärter, 01.08.2023 bis 31.07.2026	700.000	673.200	392.700
4.	40 Auszubildende Straßenwärter, 01.08.2024 bis 31.07.2027	340.000	816.000	816.000
5.	40 Auszubildende Straßenwärter, 01.08.2025 bis 31.07.2028	0	340.000	816.000
6.	40 Auszubildende Straßenwärter, 01.08.2026 bis 31.07.2029	0	0	340.000
Zusammen		2.042.500	2.245.700	2.364.700

443 62	723	Amtsärztliche Untersuchungen	98.000 83.517	100.000 0	100.000 0

Übertragbar

Erläuterungen:

Ausgaben für Reihenuntersuchungen und Schutzimpfungen sowie Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen, betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten sowie von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit (u. a. auch arbeitsmedizinische Untersuchungen).

511 62	723	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.904.000 2.051.866	2.138.000 0	2.183.000 0

Übertragbar

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	47.417	44.000	23.000	24.000
2.	Kommunikation	178.892	116.000	81.000	77.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.810.470	1.730.000	2.000.000	2.048.000
4.	Sonstiges	15.087	14.000	34.000	34.000
Zusammen		2.051.866	1.904.000	2.138.000	2.183.000

514 62	723	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	6.009.000 5.887.490	6.135.000 0	6.264.000 0

Übertragbar

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	5.054.958	5.160.000	5.266.000	5.377.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	368.417	375.000	385.000	391.000
3.	Verbrauchsmittel	133.452	136.000	138.000	143.000
4.	Sonstiges	330.663	338.000	346.000	353.000
Zusammen		5.887.490	6.009.000	6.135.000	6.264.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 62

zu. 1. Haltung von Fahrzeugen

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Betriebsstoffe	2.235.368	2.282.000	2.330.000	2.377.000
2.	Unterhaltung und Instandsetzung	2.819.590	2.878.000	2.936.000	3.000.000
3.	Kraftfahrzeugsteuer	0	0	0	0
Zusammen		5.054.958	5.160.000	5.266.000	5.377.000

Bedarf an Dienstkraftfahrzeugen - Nutz- und Sonderfahrzeuge -

Fahrzeuge nach Maßnahmenkatalog 7

Nutz- und Sonderfahrzeug	2023 (Anzahl)			2024 (Anzahl)			2025 (Anzahl)			2026 (Anzahl)		
	Land	Bund	Ges.	Land	Bund	Ges.	Land	Bund	Ges.	Land	Bund	Ges.
Lastkraftwagen	31	24	55	31	24	55	31	24	55	32	24	56
Mehrweckträger	37	30	67	37	30	67	37	30	67	37	30	67
Kleinlastkraftwagen	113	80	193	115	81	196	115	81	196	115	81	196
Kleine Mehrweckträger	14	10	24	15	10	25	15	10	25	16	10	26
Gabelstapler oder Radlader	17	13	30	17	13	30	17	13	30	17	13	30
Zusammen	212	157	369	215	158	373	215	158	373	217	158	375

Fahrzeuge für Bauwerkswarte oder Bauwarte

PKW	12	9	21	14	10	24	14	10	24	14	10	24

Die geplante Beschaffung von 3 PKW im Haushaltsjahr 2024 wird in das Haushaltsjahr 2025 verschoben.

517 62	723	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.879.000	1.548.000	1.580.000
			1.485.238	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	486.153	552.000	503.000	513.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	477.182	741.000	494.000	504.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	451.222	517.000	477.000	487.000
4.	Bewachung	37.963	35.000	40.000	41.000
5.	Sonstiges	32.718	34.000	34.000	35.000
Zusammen		1.485.238	1.879.000	1.548.000	1.580.000

518 62	723	Mieten und Pachten	430.700	523.000	456.500
			214.497	0	0

Übertragbar

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026		500.000			500.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		1.000.000			1.000.000

Erläuterungen:

Zu 1.:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	18.915	284.700	320.700	250.200
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	195.582	146.000	202.300	206.300
3.	Für Leasing	0	0	0	0
Zusammen		214.497	430.700	523.000	456.500

Zu 1.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	SM Merseburg Miete Raum/ Antenne Betriebsfunktechnik	1.227	1.300	1.300	1.300
2.	SM Diemitz Miete Salzhalle Schlettau	3.007	3.000	3.000	3.000
3.	SM Diemitz Miete Salzhalle Teutschenthal	8.400	8.400	8.400	8.400
4.	Mietzahlungen an AdB (ehemals ASM Plötzkau, Oberröblingen, Wernigerode)	0	265.000	0	0
4.1	Mietzahlungen an AdB, AM Wernigerode	0	0	58.000	58.000
4.2	Mietzahlungen an AdB, AM Oberröblingen	0	0	56.000	56.000
4.3	Mietzahlungen an AdB, AM Plötzkau	0	0	187.000	116.500
4.4	Mietzahlungen an AdB, AM Börde	0	0	0	0
5.	Betriebsfunk HSB Carlshaus	6.281	7.000	7.000	7.000
Zusammen		18.915	284.700	320.700	250.200

521 62	723	Betrieb, Wartung und Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	17.131.100	17.324.000	17.690.000
			16.625.823	0	0

Übertragbar

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 521 62

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Sofortmaßnahmen am Straßenkörper	1.885.982	1.839.000	1.920.000	1.949.000
2.	Grünpflege	2.208.145	3.031.000	2.724.000	2.754.000
3.	Wartung und Pflege der Straßenausstattung	1.440.065	1.404.000	737.000	874.000
4.	Reinigung	458.726	448.000	467.000	474.000
5.	Winterdienst	7.083.393	6.908.000	7.224.700	7.336.700
6.	Havariemaßnahmen	874.840	854.000	2.224.000	2.232.000
7.	Streckenaufsicht, technische Verwaltung	65.089	122.100	67.000	69.000
8.	Werkstatt, interner Service	513.213	501.000	523.000	530.000
9.	Kleinere Erhaltungsmaßnahmen	1.893.126	1.475.000	1.926.000	1.957.000
10.	Gebühren, Bescheide	203.244	549.000	243.000	246.000
11.	Einnahmen Schadensersatz	0	0	-715.000	-715.000
12.	Einnahmen Winterdienstvereinbarung mit der Stadt Dessau-Roßlau (Brutto)	0	0	-16.700	-16.700
Zusammen		16.625.823	17.131.100	17.324.000	17.690.000

522 62	723	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	102.500	452.500	0
			41.758	0	0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		222.500			222.500
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		222.500			222.500

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachten	0	0	0	0
2.	Studien	0	0	0	0
3.	Beraterverträge				
3.1	Erstellung eines Konzeptes zur Einrichtung einer Verkehrsmanagementzentrale des Landes Sachsen-Anhalt	41.758	0	0	0
3.2	Erstellung Konzept zur Erneuerung des Betriebsfunkes in den Meistereien	0	30.000	30.000	0
3.3	Projektverarbeitung Verkehrsmonitoring	0	32.500	262.500	0
3.4	Solekonzept	0	40.000	160.000	0
Zusammen		41.758	102.500	452.500	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 62

Zu 3.2

Inhalt:

Bestandsaufnahme, Bedarfsermittlung, Technologieabwägung, Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und fachtechnische Neukonzeption eines Systems zur Telekommunikation in den Meistereien

Ziel:

Erneuerung veralteter Gerätschaften des Betriebsfunks der Meistereien, da die verwendeten analogen Funkfrequenzen zum 31.12.2028 abgeschaltet werden

Laufzeit:

2024/2025

Zu 3.3

Inhalt:

Im Einklang mit dem IVS-Rahmenplan und der aktuellen Koalitionsvereinbarung der Landesregierung Sachsen-Anhalt beabsichtigt das Bundesland, ein umfassendes Verkehrsmonitoring und -sicherheitsscreening zu implementieren. Derzeit werden im Rahmen der Straßenverkehrszählungen (SVZ) Sachsen-Anhalt im Fünfjahresrhythmus an etwa 1.300 Messstellen auf Bundes- und Landesstraßen Verkehrsdaten an mehreren Tagen stichprobenartig manuell, das heißt durch Strichlisten, erhoben. Unter der Voraussetzung einer zuvor erstellten und durch das MID bestätigten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Umsetzung soll ein flächendeckendes Verkehrsmonitoring in Sachsen-Anhalt eingeführt werden. Dieses soll in Form von Verkehrserhebungen mittels temporärer Messsysteme das bestehende System ergänzen.

Ziel:

fachtechnische Konzeption zur Einführung und Umsetzung eines flächendeckenden temporären Messsystems (TM) in Sachsen-Anhalt

Laufzeit:

2024/2025

Zu 3.4

Inhalt:

Varianten- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum Einsatz von FS 30 (70% Salz und 30% Sole/FS 100 (100% Sole) zur Soleeigenherstellung bzw. zum Fremdbezug, zur ggf. notwendigen Optimierung der Räumschleifen und zum Einsatz der geeigneten Technik auf der Grundlage der geltenden Richtlinien zum Einsatz von Sole und zur Erneuerung der Soleanlagen.

Ziel:

Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für das Land Sachsen-Anhalt zur ggf. wirtschaftlichen Optimierung des Winterdienstes.

Laufzeit:

2024/2025

525 62	723	Aus- und Fortbildung	548.700	613.300	613.300
			253.081	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen (einschließlich Kostenerstattungen für Unterkunft und Verpflegung)	249.576	541.100	605.500	605.500
2.	Lehr- und Lernmittel	1.891	4.100	4.300	4.300
3.	Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	0	0	0	0
4.	Sonstiger Aufwand	1.614	3.500	3.500	3.500
Zusammen		253.081	548.700	613.300	613.300

527 62	723	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	200.000	170.000	170.000
			167.372	0	0

Übertragbar

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 62	723	Dienstleistungen Außenstehender	3.180.000	3.011.700	2.571.700
			2.603.194	1.176.000	905.000

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	13.900	1.322.000			1.335.900
2026	2.800	178.000	991.000		1.171.800
2027			165.000	860.000	1.025.000
2028			20.000	45.000	65.000
2029 ff.					
Summen	16.700	1.500.000	1.176.000	905.000	3.597.700

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1	Bauwerksprüfungen einschließlich objektbezogene Schadensanalyse, statische Nachrechnungen; Datenübernahme in die Straßendatenbank und netzbezogene Leistungen (Aufgabe aus Verkehrssicherungspflicht)	963.710	1.243.000	1.049.500	1.038.700
2.	Aufbaudatenermittlung	69.470	80.000	40.000	0
3.	Tragfähigkeitsmessungen	231.566	150.000	350.000	0
4.	Verkehrsbefragungen	13.232	21.000	14.000	14.000
5.	Deformationsmessungen an Straßen und Bauwerken während des Betriebs der Verkehrsanlage und zur Vorbereitung von Ersatzneubauten	396.970	400.000	400.000	400.000
6.	Automatische Leistungserfassung im Straßenbetriebsdienst Sachsen-Anhalt (ADE)	302.359	457.000	335.200	321.000
7.	Datenübernahme und Datenpflege Straßeninformationsbank, u. a. Unfalldaten; Kompensationskataster	31.758	55.000	40.000	40.000
8.	Kontrollprüfungen, Dauerzählstellen Bestandsdatenabgleich TT-SIB / ProUI	39.697	65.000	40.000	40.000
9.	Dienstleistungsvertrag für Baumkataster	33.080	50.000	40.000	40.000
10.	Datenübernahme und Datenpflege Radwegeinformationsbank TT-SIB LRVN	11.909	19.000	19.000	19.000
11.	Lärmmessungen auf Fahrbahndecken mittels CPX-Verfahren	6.616	10.000	10.000	10.000
12.	Bitumenuntersuchungen gemäß ARS 08/2019	19.848	30.000	0	0
13.	Planungs-, Bauvorbereitungs- und Bauüberwachungsleistungen zum Abbau der Nachpflanzungsverpflichtungen aus den Baumschauen	79.394	125.000	47.000	47.000
14.	Potentialrecherche Begleitgrün für Maßnahmen zum Insektenschutz	13.232	10.000	30.000	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
Angaben in EUR					
noch zu 533 62					
	15.	Übernahme Stützpreiskatalog/ Aufbereitung Kostendaten 2024 in MODSYS	13.232	10.000	10.000
	16.	Dienstleistungen für das Baumkataster Bäume in Ortsdurchfahrten	9.924	15.000	10.000
	17.	Unterhaltung der Entwässerungseinrichtungen, Bestandsvermessung für Entwässerungsanlagen ober- und unterirdischer Bestand während des Betriebs der Verkehrsanlage	132.323	200.000	140.000
	18.	Effizienz- und Funktionskontrollen ausgewählter Artenschutzmaßnahmen mit übergeordneter Bedeutung	13.232	20.000	10.000
	19.	Fortschreibung Fiktivkosten- Algorithmus zur Kostenbeteiligung der SBV an gemeindlichen Entwässerungsanlagen gemäß § 23 (5) StrG LSA	0	10.000	10.000
	20.	SIB BW 2.0, Datenpflege	0	50.000	10.000
	21	Projekte zur Digitalisierung der Bauwerksüberwachung	0	50.000	40.000
	22.	Zustandserfassung und -bewertung (ZEB) + (PMS)	72.778	110.000	110.000
	23.	AKR Untersuchungen an Ingenieurbauwerken	33.081	0	40.000
	24.	Sperrinformationssystem: Aktualisierung und Laufendhaltung des erforderlichen Straßennetzes	0	0	60.000
	25.	Erstellung von Netzknotenkarten, Netzknoten-Bauwerkskarten, Karten der Verkehrszeichenbrücken, Karten der Entwässerungsanlagen	0	0	20.000
	26.	Umsetzung der Ersatzbaustoffverordnung in der TT- SIB	0	0	10.000
	27.	Verkehrsmonitoring durch Einsatz temporärer Messsysteme in Sachsen-Anhalt	0	0	19.000
	28.	Erstellung von digitalen Bauwerksakten	29.773	0	8.000
	29.	Mobiles Laserscanning zur Erfassung von Straßen und Bauwerken	0	0	100.000
	30.	Rechnerische Erhaltsbedarfsprognose (PMS) für Bundes- und Landesstraßen	39.697	0	0
	31.	Datenauswertung von Langzeitzählstellen	46.313	0	0
Zusammen			2.603.194	3.180.000	3.011.700
					2.571.700

Zu 1.

Inhalt:

Bauwerksprüfungen nach DIN 1076, Objektbezogene Schadensanalyse, Nachrechnungen, Sonderprüfungen, sowie Datenpflege und Umstellung der SIB-Bauwerke Version 1.9 auf 2.0 (Ing.-Leistung), Datenaufnahme Durchlässe DN 400

Ziel:

Erfüllung von Aufgaben aus der Verkehrssicherungspflicht, Bestandserfassung, Zustandserfassung und Bewertung (Standssicherheit, Verkehrssicherheit, Dauerhaftigkeit) für Ingenieurbauwerke, Durchlässe und Straßenentwässerungssysteme

Laufzeit:

variabel, i. d. R. 1 Jahr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 62

Zu 2.

Inhalt:

Zur Ermittlung des Schichtenaufbaus des Landesstraßennetzes werden Bohrkerne entnommen und die Anzahl und Dicke der Schichten ermittelt. Die Ergebnisse werden in die Objektklassen "Aufbau" und "Bohrkernuntersuchungen" der Straßeninformationsbank übernommen.

Ziel:

Zur besseren Planung von Erhaltungs- und Ausbaumaßnahmen werden Bohrkerne zum Ermitteln des Schichtenaufbaus entnommen. Die Ergebnisse werden in die Objektklassen "Aufbau" und "Bohrkernuntersuchungen" der Straßeninformationsbank übernommen und stehen so schnell bei Bedarf zur Verfügung.

Laufzeit:

variabel, i. d. R. 1 Jahr

Zu 3.

Inhalt:

Zur Bildung homogener Bauabschnitte in den geplanten Erhaltungsmaßnahmen außerhalb geschlossener Ortschaften sind Tragfähigkeitsmessungen erforderlich. Mit deren Ergebnissen und unter Berücksichtigung der Verkehrsbelastung und der Zwischenausbaurichtlinie wird die Dicke des erforderlichen Hocheinbaus ermittelt.

Ziel:

Zur besseren Planung von Erhaltungsmaßnahmen außerhalb geschlossener Ortschaften sind Tragfähigkeitsmessungen zur Bildung homogener Bauabschnitte erforderlich. Mit den Ergebnissen der Tragfähigkeitsmessung unter Berücksichtigung der Verkehrsbelastung und der Zwischenausbaurichtlinie wird die Dicke des erforderlichen Hocheinbaus ermittelt.

Laufzeit:

variabel, i. d. R. 1 Jahr

Zu 4.

Inhalt:

Feststellung des tatsächlichen Verkehrsgeschehens im Rahmen von Umstufungsverfahren (Bund, Land).

Ziel:

Feststellung der aktuellen tatsächlichen Verkehrsbedeutung eines zur Umstufung vorgesehenen Streckenabschnittes als Grundlage der Feststellung der Änderung der Verkehrsbedeutung nach Verlegung des Verkehrs

Laufzeit:

1 Jahr

Zu 5.

Inhalt:

Durchführen von Überwachungs- und Deformationsvermessungen als Bestandteil der turnusmäßigen Bauwerkshauptprüfungen nach DIN 1076; Bewegungsmonitoring von Ingenieurbauwerken im Betrieb, Durchführen von Vermessungen an Straßen zur Überwachung von Senkungsgebieten und von ereignisbezogenen Deformationen (z. B. Böschungsbrüche, Erdbeben usw.); Untersuchungen in Vorbereitung von Instandsetzungsmaßnahmen an Ingenieurbauwerken sowie für die Erneuerung von Fahrbahndecken.

Ziel:

Prüfung und Gewährleistung der Betriebssicherheit der Verkehrseinrichtung, des Ingenieurbauwerks und Bereitstellung der Ergebnisdaten an die beteiligten Fachkollegen aus Planung, Bau und Betrieb

Laufzeit:

fortlaufend während des Betriebs der Verkehrsanlage

Zu 6.

Inhalt:

Bereitstellung der für den Betriebsdienst benötigten automatisiert zu erfassenden Daten (Leistungserfassung) entsprechend Ergebnis Neuausschreibung inklusive aller anfallenden Kosten (Gerätemiete, Lizenzgebühren Software, Wartung einschließlich Softwareänderungen (Überarbeitung der Datenübertragung/Datenschnittstelle zu ProUI etc.)).

Ziel:

Schaffung einer Datengrundlage zur Umsetzung Maßnahmekatalog Straßenbetriebsdienst (MK 1) - "Umsetzung der Steuerung des Straßenbetriebsdienstes in den Ländern" und zur Umsetzung der Richtlinie zur Ermittlung und Verrechnung von Kosten im Straßenbetriebsdienst an Bundesfernstraßen (RL Kosten)

Laufzeit:

4 bis maximal 10 Jahre

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 62

Zu 7.

Inhalt:

Hier werden die Daten aus der ZEB (Teilprojekt 4) in die Straßendatenbank übernommen. Des Weiteren erfolgt die Übernahme der Unfalldaten von der Polizei in die SIB mit Netzzuordnung (u. a. für Verkehrssicherheitscreening). Übernahme der Kontrollprüfungen der Prüfstellen in die Objektklasse "Kontrollprüfung" der Straßendatenbank.

Ziel:

Vorhalten einer aktuellen Straßendatenbank als Grundlage für die Abrechnung der Straßenmeistereien und qualifizierte Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen

Laufzeit:

1 Jahr

Zu 8.

Inhalt:

Übergabe der aktualisierten Bestandsdaten an das Projektinformationssystem ProUI des Betriebsdienstes. Grundlage für die Meistereien zur Erstellung der Jahresarbeitsplanung.

Ziel:

Notwendige Aktualisierung der Bestandsdaten in der Betriebsdienstsoftware.

Laufzeit:

1 Jahr

Zu 9.

Inhalt:

In dem Vertrag werden die Daten aller eigenen Baumwarte verifiziert und in die Straßendatenbank importiert. Auch die Aufteilung und Bereitstellung erforderlicher Daten für die Baumkontrolle erfolgt hier.

Ziel:

Ein referenziertes Baumkataster für die LSBB als Grundlage für Baumkontrollen und Zustand der Bäume.

Laufzeit:

1 Jahr

Zu 10.

Inhalt:

Hier werden Änderungen im Radwegenetz übernommen. Identifizierung der Radverkehrsanlagen in eigener Baulast vor Ort und deren Darstellung in der TT-SIB-LRVN.

Ziel:

Übernahme der straßenbegleitenden Radverkehrsanlagen in eigener Baulast in die TT-SIB-LRVN zur korrekten Darstellung im Amtlichen Landes-Radverkehrsinfrastruktur-Informationssystem (ALRIS).

Laufzeit:

1 Jahr

Zu 11.

Inhalt:

Die Ingenieurleistungen in Form von jährlichen Lärmmessungen auf Streckenabschnitten mit lärmmindernden Asphaltdeckschichten auf Erprobungsstrecken sind erforderlich, um die tatsächlichen Lärmemissionen über die Nutzungsdauer erfassen zu können.

Ziel:

Ziel ist die Erfassung der tatsächlichen Nutzungsdauer von lärmmindernden Asphaltdeckschichten.

Laufzeit:

variabel, i. d. R. 1 Jahr

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 62

Zu 13.

Inhalt:

Die Ingenieurleistungen werden erforderlich, um den Abbau der Ersatzpflanzungsverpflichtungen der LSBB aus den jährlichen Baumschauen in Zusammenarbeit mit den Regionalbereichen weiter voranzutreiben und dazu die planerischen und bauvorbereitenden Überwachungsleistungen zu erbringen.

Ziel:

konzentrierter Abbau der bestehenden Baumschulden der LSBB in Zusammenarbeit mit der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt auf externen Standorten übergreifend für die Regionalbereiche

Laufzeit:

fortlaufend bis zum Ende der Entwicklungspflege

Zu 14.

Inhalt:

Eruierung von wertvollen und im Sinne des Insektenschutzes aufwertungswürdigen Flächen an B- und L-Straßen

Ziel:

Konzepterarbeitung für aktiven Insektenschutz auf den Flächen der LSBB als Beitrag der SBV für diese gesamtpolitische Aufgabe.

Laufzeit:

2024/2025

Zu 15.

Inhalt:

Aufbereitung/Aktualisierung von Kostendaten im Zusammenhang mit der Fiktivkostenermittlung von Entwässerungsanlagen/ MODSYS.

Ziel:

Berücksichtigung Baupreisentwicklung bei der Berechnung von Entwässerungsanlagen.

Laufzeit:

2024/2025 und fortlaufend

Zu 16.

Inhalt:

Erfassung der Bäume innerhalb von Ortsdurchfahrten

Ziel:

Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht zur Vermeidung von Unfällen aus Totholz und Baumerkrankungen

Laufzeit:

2024-2026

Zu 17.

Inhalt:

Im Ergebnis mehrerer Urteile des BVwG stehen Nachweise zur Einhaltung von Umweltqualitätsnormen (UQN) der Oberflächengewässerverordnung 2016 (OGewV) im Zuge der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) aus. Es gibt bundesweit keine ausreichenden Erhebungen zur Qualität des neuen Behandlungsverfahrens Bodenfilter hinsichtlich aktuell verschärfter UQN. In einem Untersuchungsprogramm ist deshalb der erweiterte Nachweis der Ablaufqualität für neu errichtete Anlagen erforderlich.

Ziel:

Prüfung und Gewährleistung der Betriebssicherheit der Verkehrseinrichtung im Hinblick auf die Fahrdynamik (Aquaplaning) und Emissionsschutz (kontaminiertes Löschwasser oder andere Betriebe- oder Ladungsflüssigkeiten).

Laufzeit:

fortlaufend während des Betriebs der Verkehrsanlage

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 62

Zu 18.

Inhalt:

Erfolgs- und Wirksamkeitskontrolle von umgesetzten Maßnahmen mit Blick auf Erkenntnisgewinn für zukünftige Planungen und um Berichtspflichten nachzukommen.

Ziel:

Erfüllung von Berichtspflichten und Generierung von Erkenntnisgewinnen für zukünftige Planungen und Unterhaltungsmaßnahmen, um Erfolg und Wirksamkeit der Maßnahmen und eine wirtschaftliche Umsetzung zu gewährleisten.

Laufzeit:

2024/2025 und fortlaufend

Zu 19.

Inhalt:

Regelung zur Kostenbeteiligung der SBV an gemeindlichen Entwässerungsanlagen bei gemeinsamen Bauvorhaben

Ziel:

Schaffung einer für alle Regionalbereiche gültigen Regelung

Laufzeit:

2024-2026

Zu 20.

Inhalt:

Umstellung SIB BW 1.9 auf SIB BW 2.0/Datenpflege

Ziel:

Der Bund und die Länder entwickeln derzeit die Software SIB-Bauwerke 2.0. Diese soll SIB-Bauwerke 1.9 ersetzen, da diese heutigen IT-technischen als auch baufachtechnischen Anforderungen nicht mehr entspricht. Dementsprechend wird auch die Richtlinie Anweisung Straßeninformationsbank Teilsystem Bauwerksdaten aktualisiert und an die aktuellen Gegebenheiten und Kenntnisse angepasst. Die Daten von SIB-Bauwerke 1.9 sind zu SIB-Bauwerke 2.0 zu migrieren. Aufgrund der vorgenommenen Modelländerungen ist davon auszugehen, dass hier händische Datennachbearbeiten notwendig werden. Wenn im Rahmen dieses Prozesses Datenfehler und Datendefizite erkannt werden, sollten diese behoben werden. Nach dem derzeitigen Projektstand von SIB-Bauwerke 2.0 wird davon ausgegangen, dass Ende des Jahres 2023 erste Tests mit SIB-Bauwerke 2.0 durchgeführt werden können.

Laufzeit:

2 Jahre

Zu 21.

Inhalt:

Projekte zur Digitalisierung der Bauwerksüberwachung

Ziel:

Derzeit läuft ein IT-Projekt der Digitalisierung der Bauwerksüberwachung (Besichtigung und Beobachtung von Ingenieurbauwerken und Begehung von Becken und Durchlässen auf Grundlage der DIN 1076, DIN 19661-1 und der Regelwerke des DWA). Ziel dieses Projektes ist es, die Dokumentation der Überwachung auf Grundlage einer Software durchzuführen. Hier sind Daten anzupassen und nach zu erheben. Aus dieser Vorgehensweise ergeben sich erhebliche Vorteile in Bezug auf den Arbeitsablauf der Überwachung und den Informationsfluss der Überwachungsergebnisse.

Laufzeit:

2 Jahre

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 62

Zu 22.

Inhalt:

Erstellung der Grundlagedaten für die Zustandserfassung und -bewertung der Landesstraßen Sachsen-Anhalt

Ziel:

Zustandserfassung und -bewertung der Landesstraßen:

Geplant ist die Erfassung der Eigenschaften der Fahrbahnoberflächen der Landesstraßen mit speziell ausgerüsteten Messfahrzeugen (Risse, Flickstellen, Aufbrüche, Griffigkeit) sowie die softwaregestützte Bewertung der erfassten Eigenschaften der Fahrbahnoberflächen der Landesstraßen als Grundlage der Erhaltungsplanung.

Rechnerische Erhaltungsbedarfsprognose (PMS) der Landesstraßen:

Mit den Daten der Zustandserfassung, des Schichtenaufbaus und Liegedauer der Straßen, der Verkehrsbelastung und der geplanten Finanzmittel wird eine softwaregestützte Berechnung der jährlich durchzuführenden Erhaltungsmaßnahmen an Landesstraßen für die einzelnen Regionalbereiche vorgenommen.

Laufzeit:

3 Jahre

Zu 23.

Inhalt:

Untersuchungen an (Ingenieur) Bauwerken mit vorhandenen AKR-Schadensmerkmalen. Baustoff- und Materialuntersuchung zur Ermittlung des Zustandes von (Ingenieur) Bauwerken, sowie Aufstellen von Untersuchungsberichten, Konzepten für Erhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen.

Ziel:

Vorbereitung und Durchführung von Erhaltungsmaßnahmen auf Grundlage der erstellten Untersuchungsberichte und Konzepte.

Laufzeit:

variabel, i. d. R. 1 Jahr

Zu 24:

Inhalt:

Übertragung und Laufendhaltung eines aktuellen Straßennetz (alle Klassen) in das Sperrinformationssystem.

Ziel:

Das gesamte Straßennetz im Sperrinformationssystem wird kontinuierlich aktuell gehalten zur effizienten Bearbeitung des Baustellenmanagements.

Laufzeit:

1 Jahr

Zu 25.

Inhalt:

Erstellung von Gebrauchskarten für den Dienstbetrieb

Ziel:

Digitale Karten zum eigenen Ausdruck für die Nutzung im Betriebsdienst und weiteren internen und zum Teil auch externen Anwendungen.

Laufzeit:

1 Jahr

Zu 26.

Inhalt:

Die neue Ersatzbaustoffverordnung macht die Umsetzung in der TT-SIB erforderlich.

Ziel:

Eine lagerichtige Dokumentation der verbauten Ersatzbaustoffe gemäß Ersatzbaustoffverordnung.

Laufzeit:

1 Jahr

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 62

Zu 27.

Inhalt:

Bereitstellung der für die Verkehrszählung benötigten temporären Messsysteme entsprechend Ergebnis Neuausschreibung inklusive aller anfallenden Kosten (Wartung, Softwarebeschaffung, Datenauswertung)

Ziel:

Schaffung von intelligenten datengetriebenen Verkehrssystemen für die Straßenverkehrszählungen

Laufzeit:

2025/2026 fortlaufend

Zu 28.

Inhalt:

Digitalisierung der Bauwerksdaten/Bauwerksakten

Ziel:

Überführung der Bestandsbauwerksdaten aus analoger Form (Papier) in die digitale Bauwerksakte zur Komplettierung und Verbesserung der digitalen Daten. Des Weiteren wird dadurch das Projekt der digitalen Bauwerksüberwachung unterstützt.

Laufzeit:

variabel, i. d. R. 1 Jahr

Zu 29

Inhalt:

Ermittlung der Durchfahrtshöhen für Bauwerke als Basis für die Durchführung des VEMAGS-Verfahrens für GST; Erfassung der Fahrbahnoberflächegeometrie als Basis für U-/A- sowie Erhaltungsmaßnahmen

Ziel:

Bereitstellung von Daten für die Genehmigung von Groß- und Schwerlasttransporten und zur Vorbereitung von Erhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen.

Laufzeit:

2025-2029

534 62	723	Maßnahmen zum Alleenschutz und Entwicklung an Landesstraßen sowie Pflege und Unterhaltung von trassenfernen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aus dem Landesstraßenbereich	0	901.000	901.000
			0	800.000	800.000

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			200.000		200.000
2027			200.000	200.000	400.000
2028			200.000	200.000	400.000
2029 ff.			200.000	400.000	600.000
Summen			800.000	800.000	1.600.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Maßnahmen zum Alleenschutz (Pflege) und zur Entwicklung (Nachpflanzungen) sowie Pflege und Unterhaltung von trassenfernen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie deren Ablösung aus dem Landesstraßenbereich (ohne Planungs-, Bauvorbereitungs- und Bauüberwachungsleistungen).

671 62	723	Erstattungen an Ausbildungszentren für Fachpersonal	689.800	1.166.000	1.186.400
			824.390	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 62

Übertragbar

731 62	723	Instandsetzung von Straßen im Rahmen der Unterhaltung	400.000	400.000	400.000
			450.771	0	0

811 62	723	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen für den Bereich Betrieb und Unterhaltung der Bundesstraßen und Landesstraßen im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes	5.542.000	7.721.500	8.452.000
			3.150.509	7.547.000	6.875.000

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		8.250.000			8.250.000
2026		3.250.000	5.047.000		8.297.000
2027			2.500.000	4.375.000	6.875.000
2028				2.500.000	2.500.000
2029 ff.					
Summen		11.500.000	7.547.000	6.875.000	25.922.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 62

Erläuterungen:

Nr.	Fahrzeugart und Ausstattung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	LKW mit Ladekran und Hubsteigerkorb, Ausstattung für den Straßenbetriebsdienst, Kosten je 378.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 3 St., Kosten je 420.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 3 St., Ersatzbeschaffung 2026: 4 St.	0	1.134.000	1.260.000	1.680.000
2.	MGT mind. 170 kW mit Torsionsrahmen, Sicherheitsausstattung , R/L Lenkung, Kosten je 293.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 6 St., Kosten je St. rd. 300.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 6 St., Ersatzbeschaffung 2026: 6 St.	2.580.769	1.758.000	1.800.000	1.800.000
3.	K-MGT, Ausstattung für den Straßenbetriebsdienst, Kosten je 140.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St., Neubeschaffung 2024: 1 St., Kosten je St. rd. 165.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 3 St., Ersatzbeschaffung 2026: 5 St.	0	280.000	495.000	825.000
4.	Radlader/ Teleskopradlader/ Teleskoplader, Kosten je 135.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St., Kosten je St. rd. 140.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 3 St., Ersatzbeschaffung 2026: 4 St.	219.626	135.000	420.000	560.000
5.	K-LKW Doka, Plane + Spriegel oder Kasten, Ausstattung für den Straßenbetriebsdienst, Sicherheitsausstattung, Freisprecheinrichtung, Standheizung, Klimaanlage, Rückfahrkamera, Kosten je St. rd. 64.000 EUR, Ersatzbeschaffung: 2024: 18 St., Kosten je St. rd. 68.000 EUR, Ersatzbeschaffung: 2025: 21 St., Neubeschaffung 2025: 2 St., Ersatzbeschaffung: 2026: 20 St., Neubeschaffung 2026: 2 St.	0	1.152.000	1.564.000	1.496.000
6.	K-LKW Kasten, bis 3,5 t Gesamtgewicht, Ausstattung für den Straßenbetriebsdienst, Sicherheitsausstattung, Standheizung, Freisprecheinrichtung, Rückfahrkamera, Klimaanlage, Spezialausstattung Mosa, Kosten je St. rd. 68.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 4 St., Ersatzbeschaffung 2025: 8 St.	159.628	272.000	544.000	0
7.	Warnleitanhänger, Kosten je St. rd. 25.000 EUR, Ersatzbeschaffung: 2025: 10 St., Neubeschaffung 2025: 5 St., Ersatzbeschaffung: 2026: 10 St., Neubeschaffung 2026: 5 St.	5.386	0	375.000	375.000
8.	Gerätetransport- oder 3-Seit-Kippanhänger für K-LKW, Kosten je St. rd. 15.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 8 St.	2.321	0	120.000	0
9.	Tandem- Achs- Kippanhänger für LKW, Kosten je St. rd. 45.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 2 St.	0	0	90.000	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
			Ist 2023		VE 2025		VE 2026	
Angaben in EUR								
noch zu 811 62								
	10.	Holzhäcksleranhänger, Kosten je St. rd. 55.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2026: 4 St.	152.622	0	0	220.000		
	11.	PKW Kombi, Ausstattung für den Straßenbetriebsdienst Sicherheitsausstattung, Freisprecheinrichtung, Standheizung, Klimaanlage, langer Radstand, Spezialausstattung Bauwerkswart oder Bauwart, Kosten je St. rd. 47.000 EUR, Neubeschaffung 2024: 3 St., Neubeschaffung 2025: 3 St.	0	141.000	141.000	0		
	12.	MGT mind. 170 kW mit Torsionsrahmen, Sicherheitsausstattung , R/L Lenkung langer Radstand, Kosten je St. rd. 310.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St.	0	310.000	0	0		
	13.	K-LKW Bauwart/ Bauwerkswart/ Baumwart; Allradantrieb, Anhängerzugvorrichtung, Klimatisierung, Standheizung, Freisprecheinrichtung; Spezialausstattung Bauwerkswart/ Baumwart, Kosten je St. rd. 62.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 5 St., Ersatzbeschaffung 2025: 7 St., Ersatzbeschaffung 2026: 8 St.	0	310.000	434.000	496.000		
	14.	Kleinstgeräteträger mit Kehrbesen und Mähtechnik für Radwege, Kosten je St. rd. 50.000 EUR, Neubeschaffung 2024: 1 St.	0	50.000	0	0		
	15.	LKW-Kehrmaschine, Kosten je St. rd. 325.000 EUR, Neubeschaffung 2026: 1 St.	0	0	0	325.000		
	16.	Kleinkehrmaschine für Radwege, Kosten je St. rd. 135.000 EUR, Neubeschaffung 2026: 1 St.	0	0	0	135.000		
	17.	Bagger, Betriebsgewicht mind. 11 t, Sicherheitsausstattung, Kosten je St. rd. 178.500 EUR, Neubeschaffung 2025: 1 St.		0	178.500	0		
	18.	Hubarbeitsbühne als Anhänger, Kosten je St. rd. 60.000 EUR, Neubeschaffung 2025: 5 St., Neubeschaffung 2026: 5 St.	0	0	300.000	300.000		
	19.	Leitkegelabsetz- und aufnahmeanhänger, Kosten je St. rd. 120.000 EUR, Neubeschaffung 2026: 2 St.	0	0	0	240.000		
	20.	Tandem- Achs- Kippanhänger für K-LKW, Kosten je St. rd. 17.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2023: 6 St.	1.835	0	0	0		
	21.	K-LKW Kombi, Ausstattung für den Straßenbetriebsdienst, Sicherheitsausstattung, Freisprecheinrichtung, Klimaanlage, Kosten je St. rd. 46.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2023: 3 St.	0	0	0	0		
	22.	Mobile Vorwarntafeln LED, Kosten je St. rd. 26.000 EUR, Neubeschaffung 2022: 1 St.	28.322	0	0	0		
Zusammen			3.150.509	5.542.000	7.721.500	8.452.000		

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

812 62	723	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für den Bereich Betrieb und Unterhaltung der Bundesstraßen und Landesstraßen im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes	3.072.000 2.020.540	4.474.000 2.999.000	3.879.000 2.000.000

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		6.000.000			6.000.000
2026			2.999.000		2.999.000
2027				2.000.000	2.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen		6.000.000	2.999.000	2.000.000	10.999.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 62

Erläuterungen:

Nr.	Geräteart	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kombimähgerät MGT mit Torsionsrahmen und mit Zusatzmähköpfen als Astschere, Gestrüppmähkopf, Stuppenfräse, Buschhackerrotorkopf, Erdbohrgerät, Bankettfräse, Wildkrautbürste oder Schilderwaschgerät, Kosten je St. rd. 130.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 7 St., Kosten je St. rd. 140.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 5 St., Ersatzbeschaffung 2026: 6 St.	937.545	910.000	700.000	840.000
2.	Randstreifenmähgerät K-MGT, Kosten je St. rd. 35.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 3 St., Neubeschaffung 2024: 1 St.	63.699	140.000	0	0
3.	Leitpfostenwaschgerät MGT Kosten je St. rd. 13.500 EUR, Ersatzbeschaffung 2023: 7 St., Ersatzbeschaffung 2024: 3 St.	0	40.500	0	0
4.	Aufsatzstreuautomat mit Hydraulik-, Radnaben- oder Motorantrieb für LKW; Kosten je St. rd. 36.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 5 St., Ersatzbeschaffung 2025: 20 St., Ersatzbeschaffung 2026: 17 St.,	175.933	180.000	720.000	612.000
5.	Aufsatzstreuautomat für MGT, Kosten je St. rd. 28.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 7 St., Ersatzbeschaffung 2025: 11 St., Ersatzbeschaffung 2026: 6 St.	107.953	196.000	308.000	168.000
6.	Aufsatzstreuautomat für K-MGT, Kosten je St. rd. 18.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St. Neubeschaffung 2024: 1 St., Kosten je St. rd. 22.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 4 St., Ersatzbeschaffung 2026: 5 St.	0	36.000	88.000	110.000
7.	Handgeführte Mähgeräte, Kosten je St. rd. 18.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 6 St., Neubeschaffung 2024: 1 St., Kosten je St. rd. 25.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 5 St., Neubeschaffung 2025: 6 St.	0	126.000	275.000	0
8.	Funkampel (Quartett), Kosten je 18.000 EUR, Neubeschaffung 2024: 8 St.	0	144.000	0	0
9.	Schneepflug K-MGT oder Radlader, Kosten je St. rd. 10.000 EUR, Neubeschaffung 2024: 1 St., Kosten je St. rd. 12.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 10 St.	19.955	10.000	120.000	0
10.	Vibrationswalzen handgeführt, Kosten je St. rd. 16.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2026: 3 St.	43.840	0	0	48.000
11.	Salzbandladegerät, Kosten je St. rd. 45.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 4 St., Kosten je St. rd. 55.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 2 St.	0	180.000	110.000	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026	
Angaben in EUR						
noch zu 812 62						
	12.	Gießlanze mit Pumpe und Wasserfass, Kosten je St. rd. 50.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 9 St., Neubeschaffung 2025: 5 St., Ersatzbeschaffung 2026: 2 St., Neubeschaffung 2026: 4 St.	0	0	700.000	300.000
	13.	Zählgeräte für Kurzzeitzählungen (Beschaffung Fuß-, Rad-, Kfz-Zählgeräte), Kosten je St. rd. 5.000 EUR, Neubeschaffung 2025: 4 St., Neubeschaffung 2026: 2 St.	1.023	0	20.000	10.000
	14.	Kombiniertes Randstreifenmäh- und Leitpfostenwaschgerät K-MGT; Kosten je St. rd. 45.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 5 St., Ersatzbeschaffung 2026: 5 St.	0	0	225.000	225.000
	15.	Funkferngesteuertes Böschungsmähgerät, Kosten je St. rd. 40.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 7 St., Neubeschaffung 2024: 1 St., Neubeschaffung 2025: 2 St., Neubeschaffung 2026: 1 St.	198.820	320.000	80.000	40.000
	16.	Funkferngesteuerter Großmähgeräteträger, Kosten je St. rd. 90.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 2 St., Kosten je St. rd. 155.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2026: 2 St.	152.492	180.000	0	310.000
	17.	Betriebsfunktechnik, Ersatzbeschaffung 2023/2024	0	16.500	0	0
	18.	Leitpfostenwaschgerät K-MGT, Kosten je 12.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St., Neubeschaffung 2024: 1 St.	0	24.000	0	0
	19.	Kanalspülgerät als MGT-Vorbaugerät mit Fass, Kosten je St. rd. 40.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 4 St., Kosten je St. rd. 60.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 3 St.	0	160.000	180.000	0
	20.	Zusatzausstattung Betriebsdienst, Kosten je St. rd. 20.000 EUR, Neubeschaffung 2024: 5 St., Neubeschaffung 2025: 15 St., Neubeschaffung 2026: 10 St.	0	100.000	300.000	200.000
	21.	Thermocontainer/ Asphaltkocher, Kosten je St. rd. 15.000 EUR, Neubeschaffung 2024: 2 St., Kosten je St. rd. 25.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2026: 3 St.	0	30.000	0	75.000
	22.	Technik VMZ Land	0	250.000	0	0
	23.	Verkehrsmonitoring Seitenradargeräte, Kosten je St. rd. 5.800 EUR, Neubeschaffung 2024: 5 St., Kosten je St. rd. 6.000 EUR, Neubeschaffung 2025: 6 St., Neubeschaffung 2026: 20 St.	9.862	29.000	36.000	120.000
	24.	Schneefräse/ Randschwallschleuder MGT, Kosten je St. rd. 85.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2026: 5 St.	0	0	0	425.000
	25.	Vorbaukehrbesen MGT, K-MGT oder Radlader, Kosten je St. rd. 12.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2026: 5 St., Neubeschaffung 2026: 4 St.	0	0	0	108.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 62

26.		Schneepflug LKW/ MGT, Kosten je St. rd. 15.250 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 20 St.	0	0	305.000	0
27.		Leitpfostenwaschgerät MGT/ K-MGT, Kosten je St. rd. 14.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 6 St., Ersatzbeschaffung 2026: 4 St.	0	0	84.000	56.000
28.		Wildkrautbürste LKW, Kosten je St. rd. 15.000 EUR, Neubeschaffung 2025: 1 St.	0	0	15.000	0
29.		Randstreifenmähergerät MGT, Linksbetrieb mit Flachmähkopf, Kosten je St. rd. 65.000 EUR, Neubeschaffung 2025: 1 St.	0	0	65.000	0
30.		Mähausleger Großmähergeräteträger, Kosten je St. rd. 29.000 EUR, Neubeschaffung 2025: 1 St., Ersatzbeschaffung 2026: 2 St.	0	0	29.000	58.000
31.		Erneuerung Betriebsfunkanlagen und -geräte, Kosten rd. 100.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025, Kosten rd. 160.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2026	0	0	100.000	160.000
32.		Outdoor- Tablets für Baumkontrollen, Kosten je St. rd. 2.000 EUR, Neubeschaffung 2025: 7, Ersatzbeschaffung 2026: 7	19.876	0	14.000	14.000
33.		Schneepflug LKW, Kommunal- oder Elektrohydraulikantrieb, Kosten je St. rd. 10.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2023: 20 St., Neubeschaffung 2023: 3 St.	108.801	0	0	0
34.		Schneepflug MGT, Kosten je St. rd. 8.500 EUR, Ersatzbeschaffung 2023: 12 St.	91.868	0	0	0
35.		Banketträumgerät für MGT, Kosten je St. rd. 65.000 EUR, Neubeschaffung 2023: 2 St.	88.873	0	0	0
Zusammen			2.020.540	3.072.000	4.474.000	3.879.000

989 62	723	Sonstige haushaltstechnische Verrechnungen	0	0	0
			0	0	0

** Ausschließlich zweckgebundene Ausgleichszahlungen an Kapitel 14 09 Titel 389 68 für Maßnahmen zum Schutz sowie der fachgerechten Pflege einschließlich der Pflanzung von Alleen und einseitigen Baumreihen, unter Berücksichtigung der Anforderungen zur Verkehrssicherheit gemäß Alleenerlass (AlErl LSA).

Erläuterungen:

Zweckgebundene Ausgleichszahlungen des Landes an Kapitel 14 09 Titel 389 68 für die Alleenrücklage gemäß § 62 Absatz 4 LHO.

Verrechnung an	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Kapitel 14 09 Titel 389 68	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	70.655.200	78.934.900	73.574.400
		12.522.000	10.580.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

63 Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 14 09 Titel 233 63 und Kapitel 14 09 Titel 333 63.

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Dritter 100 v.H. (Kapitel 14 09 Titel 233 63, 333 63)	4.267.121	3.907.900	4.361.000	4.188.000
2.	Anteil Land	0	0	0	0
Zusammen		4.267.121	3.907.900	4.361.000	4.188.000

428 63	724	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.681.400 1.792.435	1.971.100 0	2.056.500 0

Übertragbar

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu den Entgeltgruppen verbindlich.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der				
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.792.435	1.681.400	1.971.100	2.056.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0	0
Zusammen		1.792.435	1.681.400	1.971.100	2.056.500

Es sind bei Kapitel 14 09 Titel 428 63 nachfolgende 35 Stellen (aufgegliedert nach Anzahl und Entgeltgruppe) gemäß Nr. 2.6 der Haushaltstechnischen Richtlinien des Landes Sachsen-Anhalt (HTR-LSA) veranschlagt. Die Stellen werden dauerhaft zu Lasten der Landkreise finanziert.

Entgeltgruppe	2023	2024	2025	2026
E9a Sonstige Dienste	0	0	10	10
E8 Sonstige Dienste	10	10	0	0
E7 Sonstige Dienste	0	0	1	1
E6 Sonstige Dienste	1	1	24	24
E5 Sonstige Dienste	24	24	0	0
Zusammen	35	35	35	35

Hebung 24 Stellen von E5 nach E6, 1 Stelle von E6 nach E7 und 10 Stellen von E8 nach E9a gemäß der Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9. Dezember 2023.

511 63	724	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	33.000 43.055	41.000 0	42.000 0

Übertragbar

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 63

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	522	400	0	0
2.	Kommunikation	130	100	0	0
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	41.751	32.000	40.000	41.000
4.	Sonstiges	652	500	1.000	1.000
Zusammen		43.055	33.000	41.000	42.000

514 63	724	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	315.000	283.000	288.000
			466.889	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	451.405	270.000	243.000	247.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	15.484	20.000	18.000	18.000
4.	Verbrauchsmittel	0	7.000	6.000	7.000
5.	Sonstiges	0	18.000	16.000	16.000
Zusammen		466.889	315.000	283.000	288.000

Bedarf an Dienstkraftfahrzeugen - Nutz- und Sonderfahrzeuge -

Fahrzeuge nach Maßnahmenkatalog 7

Nutz- und Sonderfahrzeug	2023 (Anzahl)	2024 (Anzahl)	2025 (Anzahl)	2026 (Anzahl)
Lastkraftwagen	5	4	4	4
Mehrzweckträger	4	4	4	4
Kleinlastkraftwagen	11	14	14	14
Kleine Mehrzweckträger	2	2	2	2
Gabelstapler oder Radlader	2	2	2	2
Zusammen	24	26	26	26

Fahrzeuge für Bauwerkswarte oder Bauwarte

PKW	0	0	2	0	0	2	0	0	2

517 63	724	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	79.000	73.000	74.000
			77.149	0	0

Übertragbar

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 63

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	25.258	26.000	23.900	24.200
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	24.730	25.000	23.400	23.800
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	23.462	24.000	22.200	22.500
4.	Bewachung	2.008	2.000	1.900	1.900
5.	Sonstiges	1.691	2.000	1.600	1.600
Zusammen		77.149	79.000	73.000	74.000

518 63	724	Mieten und Pachten	17.000	11.000	11.000
			10.315	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	6.845	11.000	7.300	7.300
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	3.470	6.000	3.700	3.700
3.	Für Leasing	0	0	0	0
Zusammen		10.315	17.000	11.000	11.000

521 63	724	Betrieb, Wartung und Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	690.000	1.238.300	1.395.900
			1.456.096	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Sofortmaßnahmen am Straßenkörper	189.468	90.000	158.000	170.000
2.	Grünpflege	189.994	90.000	158.300	171.000
3.	Wartung und Pflege der Straßenausstattung	123.154	58.000	100.200	112.000
4.	Reinigung	40.174	19.000	32.900	38.000
5.	Winterdienst	620.332	294.000	545.900	653.200
6.	Havariemaßnahmen	76.664	36.000	58.700	59.600
7.	Streckenaufsicht, technische Verwaltung	5.614	3.000	4.200	4.300
8.	Werkstatt, interner Service	44.911	21.000	35.600	36.200
9.	Kleinere Erhaltungsmaßnahmen	165.785	79.000	144.500	151.600
Zusammen		1.456.096	690.000	1.238.300	1.395.900

522 63	724	Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

527 63	724	Reisekosten	10.000	9.100	9.100
			9.088	0	0

Übertragbar

533 63	724	Dienstleistungen Außenstehender	34.000	23.500	23.500
			32.940	0	0

Übertragbar

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 63

Erläuterungen:

Nr.	Art der Leistung	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Automatische Leistungserfassung Sachsen-Anhalt	32.940	34.000	23.500	23.500
Zusammen		32.940	34.000	23.500	23.500

Zu 1.

Inhalt:

Anteilige Miete der Geräte für die Landkreise für die MBDE und Lizenzgebühren für die Software und deren Wartung einschließlich notwendiger Softwareänderungen (Überarbeitung der Datenübertragung/Datenschnittstelle Novasib zu ProUI), Nachrüstung der Kameraunterstützung der Bedienteile Novasib für die LKW und MGT.

Ziel:

Schaffung einer Datengrundlage zur Umsetzung Maßnahmenkatalog Straßenbetriebsdienst (MK 1) - "Umsetzung der Steuerung des Straßenbetriebsdienstes in den Ländern" und zur Umsetzung der Richtlinie zur Ermittlung und Verrechnung von Kosten im Straßenbetriebsdienst an Bundesfernstraßen (RL Kosten)

Laufzeit:

4 bis maximal 10 Jahre

547 63	724	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

811 63	724	Erwerb von Fahrzeugen für den Bereich Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen	595.000	422.000	190.000
			322.607	190.000	650.000

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		270.000			270.000
2026		325.000	190.000		515.000
2027				650.000	650.000
2028					
2029 ff.					
Summen		595.000	190.000	650.000	1.435.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 63

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	K-LKW Doka, Ausstattung für den Straßenbetriebsdienst, Sicherheitsausstattung, Plane + Spriegel oder Kasten, Freisprecheinrichtung, Standheizung, Klimaanlage, Rückfahrkamera, Kosten je St. 68.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St., Ersatzbeschaffung 2026: 1 St.	27.272	68.000	0	68.000
2.	MGT mind. 170 kW mit Torsionsrahmen, Sicherheitsausstattung, R/L-Lenkung, Kosten je St. rd. 300.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	295.335	0	300.000	0
3.	LKW mit Ladekran und Hubsteigerkorb, Ausstattung für den Straßenbetriebsdienst, Kosten je St. rd. 325.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St.	0	325.000	0	0
4.	K-MGT, Ausstattung für den Straßenbetriebsdienst, Kosten je St. rd. 140.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St.	0	140.000	0	0
5.	K-LKW Bauwerkswart/Baumwart; Allradantrieb, Anhängerzugvorrichtung, Klimatisierung, Standheizung, Freisprecheinrichtung; Spezialausstattung, Bauwerkswart/Baumwart, Kosten je St. rd. 62.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St., Ersatzbeschaffung 2025: 1 St., Ersatzbeschaffung 2026: 1 St.	0	62.000	62.000	62.000
6.	Hubarbeitsbühne als Anhänger, Kosten je St. rd. 60.000 EUR, Neubeschaffung 2025: 1 St.; 2026: 1 St.	0	0	60.000	60.000
Zusammen		322.607	595.000	422.000	190.000

812 63 724 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für den Bereich Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen **453.500** **289.000** **98.000**
253.412 100.000 150.000

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		400.000			400.000
2026			100.000		100.000
2027				150.000	150.000
2028					
2029 ff.					
Summen		400.000	100.000	150.000	650.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 63

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Aufsatzstreuautomat für LKW, Hydraulik-, Radnaben- oder Motorantrieb, Kosten je St. rd. 36.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 5 St., Ersatzbeschaffung 2026: 1 St.	0	180.000	0	36.000
2.	Aufsatzstreuautomat für MGT, Kosten je St. rd. 28.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St., Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	0	28.000	28.000	0
3.	Schneepflug LKW/MGT, Kosten je St. rd. 12.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	0	0	12.000	0
4.	Kombimähgerät MGT mit Torsionsrahmen und mit Zusatzmähköpfen als Astschere, Gestrüppmähkopf, Stubbenfräse, Buschhackerrotorkopf, Erdbohrgerät, Bankettfräse, Wildkrautbürste oder Schilderwaschgerät, Kosten je St. rd. 130.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St., Kosten je St. rd. 140.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	141.249	130.000	140.000	0
5.	Schneepflug LKW, Kommunal- und Elektrohydraulikantrieb, Kosten je St. rd. 10.000 EUR, Neubeschaffung 2023: 1 St.	6.101	0	0	0
6.	Schneepflug MGT, Kosten je St. rd. 8.500 EUR, Ersatzbeschaffung 2023: 1 St.	6.652	0	0	0
7.	Funkferngesteuertes Sichelmähergerät, Kosten je St. 40.000 EUR, Neubeschaffung 2023: 2 St.	99.410	0	0	0
8.	Vorbaukehrbesen MGT, K-MGT oder Radlader, Kosten je St. rd. 12.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St.; 2026: 1 St.	0	12.000	0	12.000
9.	Leitpfostenwaschgerät MGT/K-MGT, Kosten je St. rd. 13.500 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St., Kosten je St. rd. 14.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	0	13.500	14.000	0
10.	Gießlanze mit Pumpe und Wasserfass, Kosten je St. rd. 25.000 EUR, Neubeschaffung: 2024: 1 St., Kosten je St. rd. 50.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 1 St., Neubeschaffung 2026: 1 St.	0	25.000	50.000	50.000
14.	Handgeführte Mähgeräte, Kosten je St. rd. 25.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	0	0	25.000	0
15.	Zusatzausstattung Betriebsdienst, Kosten je St. rd. 20.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2025: 1 St.	0	0	20.000	0
11.	Aufsatzstreuautomat für K-MGT, Kosten je St. rd. 18.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St.	0	18.000	0	0
12.	Randstreifenmähergerät K-MGT, Kosten je St. rd. 35.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St.	0	35.000	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 63

13.		Leitpfostenwaschgerät K-MGT, Kosten je St. rd. 12.000 EUR, Ersatzbeschaffung 2024: 1 St.	0	12.000	0	0
Zusammen			253.412	453.500	289.000	98.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			3.907.900	4.361.000	4.188.000
				290.000	800.000

64 **Entwurfsbearbeitung, Bauaufsicht und Mitfinanzierung von
Straßenbaumaßnahmen an Bundesfernstraßen**

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 14 09 Titel 231 64.

** Vgl. D-Vermerke zu Kapitel 14 09 Titel 511 01 und Kapitel 14 09 TGr. 62.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Gemäß Art. 90 Abs. 2 und 3 Grundgesetz (GG) verwalten der Bund und die Länder die Bundesfernstraßen. Zu den Bundesfernstraßen gehören gemäß § 1 Abs. 4 Nr. 5 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) auch die Nebenbetriebe an Bundesfernstraßen.

Der Bund trägt gemäß § 6 Abs. 3 BStrVermG die Zweckausgaben aus der Wahrnehmung der Straßenbaulast für die Bundesstraßen, soweit die Verwaltung nicht dem Bund zusteht. Er gilt den Ländern Zweckausgaben, die bei der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht entstehen, durch die Zahlung einer Pauschale ab, die 5 v. H. der Baukosten beträgt.

533 64	722	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

547 64	722	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

631 64	722	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an den Bund	100.000	100.000	100.000
			0	0	0

Übertragbar

712 64	722	Planung und Bauüberwachung von Hochbaumaßnahmen an Bundesfernstraßen	200.000	550.000	550.000
			159.082	200.000	100.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 712 64

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026			100.000		100.000
2027			100.000	100.000	200.000
2028					
2029 ff.					
Summen		100.000	200.000	100.000	400.000

Erläuterungen:

Gemäß § 5 b Finanzverwaltungsgesetz (FVG) hat der Bund mit Verwaltungsabkommen der Staatlichen Hochbauverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt die Erledigung von Bauaufgaben des Bundes übertragen, in die auch die Straßenmeistereien des Bundes und sonstige Nebenanlagen an Bundesfernstraßen einbezogen sind.

Gemäß § 10 a des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BStrVermG) trägt der Bund nur die Zweckausgaben aus der Baulast und im Zusammenhang mit der Erhaltung und Bewirtschaftung des bundeseigenen Vermögens. Der Bund und die Länder tragen die entstandenen Verwaltungsausgaben gemäß Art. 104 a Abs. 5 GG.

Die veranschlagten Mittel der Bauüberwachung und Ausführungsplanung stehen in ursächlichem Zusammenhang mit dem vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgesehenen Bauprogramm zu den Straßenmeistereien in Sachsen-Anhalt.

731 64	722	Mitfinanzierung von Straßenbaumaßnahmen des Bundes	2.700.000	2.200.000	3.700.000
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.000.000	2.000.000			5.000.000
2026	1.828.000	2.500.000			4.328.000
2027		1.000.000			1.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen	4.828.000	5.500.000			10.328.000

Erläuterungen:

Zur Finanzierung umfangreicher zusätzlicher Schutzmaßnahmen im Zuge der Realisierung des Straßenbauvorhabens "Lückenschluss der BAB 14."

732 64	722	Planung und Bauüberwachung von Tiefbaumaßnahmen	14.920.000	16.082.000	15.988.000
			15.453.117	15.500.000	15.500.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 732 64

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.388.600	7.000.000			10.388.600
2026	1.846.900	1.000.000	9.000.000		11.846.900
2027	1.158.100	100.000	3.000.000	9.000.000	13.258.100
2028	90.000	300.000	1.500.000	3.000.000	4.890.000
2029 ff.		200.000	2.000.000	3.500.000	5.700.000
Summen	6.483.600	8.600.000	15.500.000	15.500.000	46.083.600

Erläuterungen:

Vergabe durch die

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) - Altverpflichtungen	905.000	520.000	212.000	118.000
2.	Bauverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt	14.548.117	14.400.000	15.870.000	15.870.000
Zusammen		15.453.117	14.920.000	16.082.000	15.988.000

Zu 1.

Der Konsortialvertrag und der Gesellschaftervertrag vom 7. Oktober 1991 beauftragen die DEGES, die Planung und Bauüberwachung der Bundesfernstraßenprojekte durchzuführen.

Für die Durchführung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit - Straße - BAB sind die auf das Land Sachsen-Anhalt entfallenden Kosten der DEGES für die Bundesautobahnen A 2, A 9, A 14, A 38, A 71 und A 143 veranschlagt.

Das Land Sachsen-Anhalt ist einer der Gesellschafter und somit verpflichtet, die projektbezogenen Kosten der Gesellschaft für sein Gebiet nach Maßgabe des jeweiligen Dienstleistungsvertrages zum Aufbau der überregionalen Verkehrsinfrastruktur in den fünf neuen Bundesländern zu leisten.

Zu 2.

Zur Absicherung der Planung und Bauüberwachung für laufende Maßnahmen an Bundesstraßen im Haushaltsjahr 2025 und 2026 und für die Vorbereitung künftiger Maßnahmen (Bundesverkehrswegeplan).

734 64	722 Vorfinanzierung vorbereitender Maßnahmen	0	100.000	1.709.500
		31.634	0	8.047.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				1.609.500	1.609.500
2028				1.609.500	1.609.500
2029 ff.				4.828.500	4.828.500
Summen				8.047.500	8.047.500

Erläuterungen:

Zur Vorfinanzierung von Kosten (u. a. Planungskosten und Kosten für eine notwendige Behelfsbrücke) im Zusammenhang mit dem Ersatzneubau Zerbster Brücke im Zuge der B 184 im Stadtgebiet Dessau-Roßlau.

981 64	722 Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushalts durch Maßnahmen an Bundesfernstraßen	50.000	50.000	50.000
		2.777	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 981 64

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Kapitel 14 06 Titel 381 01	2.777	50.000	50.000	50.000
Zusammen	2.777	50.000	50.000	50.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	17.970.000	19.082.000	22.097.500
		15.700.000	23.647.500

65 **Baumaßnahmen an Landesstraßen**

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 14 09 Titel 161 65.

** Vgl. D-Vermerke zu Kapitel 14 09 Titel 511 01 und Kapitel 14 09 TGr. 62.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Vorlage der Unterlagen nach § 24 LHO entfällt bei Maßnahmen über 5.000.000 EUR, wenn sie in der Anlage zu Kapitel 14 09 Titelgruppe 65 (Landesstraßenbauprogramm) ausgewiesen sind.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Ausgaben für den Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen und Maßnahmen mit Wiederherstellung des Gebrauchswertes (Erneuerung und Instandsetzung) veranschlagt, insbesondere für:

- Instandsetzungsmaßnahmen (Aufbringung bzw. Ersatz von Deckschichten, Oberflächenbehandlung, Ausbesserungen, Fahrbahnmarkierungen usw.),
- Erneuerungsmaßnahmen (Wiederherstellung des ursprünglichen Gebrauchswertes),
- Um- und Ausbaumaßnahmen (Verbesserung der Qualität und Kapazität einer vorhandenen Straße),
- Beteiligung an Maßnahmen Dritter,
- Neubaumaßnahmen (Herstellung neuer Straßenverbindungen),
- Landesstraßen begleitende Radwege
sowie die Ausgaben für die hierzu erforderliche Planung und Bauüberwachung und den Grunderwerb.

712 65	723	Vorarbeitskosten für Nebenanlagen an Landesstraßen	500.000	0	0
			470.294	1.000.000	0

noch zu 712 65

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	110.000	500.000			610.000
2026		110.000			110.000
2027			500.000		500.000
2028			500.000		500.000
2029 ff.					
Summen	110.000	610.000	1.000.000		1.720.000

Es sind Verpflichtungsermächtigungen für Erweiterungen der Dienstgebäude der Straßenmeistereien veranschlagt.

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		7.900.000			7.900.000
2026		10.000.000			10.000.000
2027		3.000.000	5.000.000	5.000.000	13.000.000
2028		2.000.000	5.000.000	3.000.000	10.000.000
2029 ff.			5.000.000	3.000.000	8.000.000
Summen		22.900.000	15.000.000	11.000.000	48.900.000

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Neubau einer Straßenmeisterei am Standort Bernburg, Ebendorf sowie einer VMZ Land. Darüber hinaus sind Ausgaben für Erweiterungen der Dienstgebäude der Straßenmeistereien an den Standorten Jessen, Merseburg, Diemitz und Salzwedel veranschlagt.

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	10.321.200	30.000.000			40.321.200
2026	1.231.300	8.000.000	34.000.000		43.231.300
2027	179.000	4.000.000	11.000.000	34.000.000	49.179.000
2028	54.200	2.200.000	2.000.000	11.000.000	15.254.200
2029 ff.				2.000.000	2.000.000
Summen	11.785.700	44.200.000	47.000.000	47.000.000	149.985.700

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 731 65

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Instandsetzung	37.560.665	9.000.000	26.318.800	31.158.700
2.	Erneuerung, Um- und Ausbau	18.403.364	52.749.400	12.422.800	17.654.700
3.	Neubau	3.840.029	0	0	0
4.	Beteiligung an Baumaßnahmen Dritter	31.607	0	0	0
Zusammen		59.835.665	61.749.400	38.741.600	48.813.400

732 65	723	Planung und Bauüberwachung (ohne Brückenbauwerke und Radwege)	6.000.000	6.500.000	6.500.000
			6.112.835	3.000.000	3.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	553.300	2.000.000			2.553.300
2026	53.600	1.200.000	2.000.000		3.253.600
2027		100.000	1.000.000	2.000.000	3.100.000
2028				1.000.000	1.000.000
2029 ff.					
Summen	606.900	3.300.000	3.000.000	3.000.000	9.906.900

733 65	723	Planung, Instandsetzung, Ersatz und Neubau von Brückenbauwerken	16.000.000	20.000.000	20.000.000
			16.535.774	16.000.000	16.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	4.655.800	10.000.000			14.655.800
2026	2.151.600	4.700.000	10.000.000		16.851.600
2027	19.800	100.000	4.000.000	10.000.000	14.119.800
2028			2.000.000	4.000.000	6.000.000
2029 ff.				2.000.000	2.000.000
Summen	6.827.200	14.800.000	16.000.000	16.000.000	53.627.200

734 65	723	Planung, Instandsetzung, Ersatz und Neubau von begleitenden Radwegen	9.804.400	6.077.600	6.840.300
			6.810.387	6.000.000	6.000.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 734 65

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.490.500	1.000.000			2.490.500
2026	124.500	300.000	4.500.000		4.924.500
2027	6.200	200.000	1.500.000	4.500.000	6.206.200
2028		200.000		1.500.000	1.700.000
2029 ff.					
Summen	1.621.200	1.700.000	6.000.000	6.000.000	15.321.200

735 65	723 Vorfinanzierung vorbereitender Maßnahmen	0	0	0
		14.697	0	0

Erläuterungen:

Die Vorfinanzierung von naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen eines Ökopools oder eines Ökokontos dient der Beschleunigung sowie Steigerung von Effektivität und Effizienz der Umsetzung von Baumaßnahmen an Landesstraßen.

736 65	723 Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Landesstraßen	600.000	600.000	600.000
		0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

1. Ausgaben (ohne Grunderwerbskosten) für Lärmschutzmaßnahmen, wenn der Mittelungspegel folgende

Immissionsgrenzwerte überschreitet:

- Krankenhäuser, Schulen, Kurheime, Altenheime, reine und allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete: 64/54 dB(A) (Tag/Nacht),
- Kerngebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete: 66/56 dB(A) (Tag/Nacht),
- Gewerbegebiete: 72/62 dB(A) (Tag/Nacht),
- Rastanlagen: 65 dB(A) (Nacht) für Lkw-Fahrer.

2. Ausgaben für Lärmschutzmaßnahmen, die nicht die unter 1. aufgeführten Kriterien erfüllen, im Einzelfall und als freiwillige Leistung des Landes. In Härtefällen können über das gesetzlich vorgesehene Mindestmaß hinaus Ausgaben für ergänzende Lärmschutzmaßnahmen infolge von Neubaumaßnahmen in der Zuständigkeit der Landesstraßenbaubehörde geleistet werden.

737 65	723 Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze im Zuge von Landesstraßen	0	0	0
		0	0	0

Erläuterungen:

Am 10. November 2016 wurde das "Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze" (DigiNetzG) beschlossen. Danach sind grundsätzlich bei allen Straßenbaumaßnahmen, die ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln finanziert werden und deren anfänglich geplante Dauer acht Wochen überschreitet, Kabelschutzrohre, ausgestattet mit Glasfaserkabeln, mit zu verlegen, soweit die jeweiligen Straßenbaumaßnahmen hierfür nicht offensichtlich ungeeignet bzw. digitale Hochgeschwindigkeitsnetze nicht bereits offensichtlich in ausreichender Kapazität vorhanden sind oder sich nicht ein Privater zur bedarfsgerechten Mitverlegung verpflichtet hat. Der Bund hat mit Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau ARS 02/ 2018 diese Vorgabe für die Bundesfernstraßen bereits umgesetzt. Die Regelung soll in Sachsen-Anhalt auch im Bereich der Landesstraßen umgesetzt werden.

812 65	723 Erstmalige Einrichtung von Nebenanlagen an Landesstraßen	0	250.000	500.000
		0	750.000	500.000

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 65

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			250.000		250.000
2027			500.000		500.000
2028				500.000	500.000
2029 ff.					
Summen			750.000	500.000	1.250.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Neubau einer Straßenmeisterei am Standort Bernburg und Ebendorf sowie für die VMZ Land.

821 65	723	Grunderwerb	1.500.000	2.300.000	1.000.000
			454.177	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben unter anderem für den Grunderwerb für die Errichtung einer VMZ Land sowie für den Kauf einer Bundesmeisterei.

861 65	723	Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder der Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder der Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen in Straßen in den Fällen, in denen unklare Rechtsverhältnisse bestehen.

Werden Straßenbauarbeiten dadurch verzögert, dass Versorgungsunternehmen seitens des Landes geltend gemachte Forderungen im Zusammenhang mit dem Bau, der Änderung oder der Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen in Straßen nicht anerkennen, können die hierfür erforderlichen Mittel im Wege der Vorfinanzierung bereitgestellt werden.

887 65	723	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	300.000	250.000	250.000
			108.449	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	250.000				250.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	250.000				250.000

Erläuterungen:

Finanzielle Verpflichtungen der Straßenbauverwaltung gegenüber Abwasserzweckverbänden gemäß § 23 Abs. 5 Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA).

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

892 65	723	Zuschüsse des Landes für Maßnahmen an Bahnübergängen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz	1.300.000 832.754	1.100.000 1.000.000	1.100.000 1.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	135.000	800.000			935.000
2026			800.000		800.000
2027			200.000	800.000	1.000.000
2028				200.000	200.000
2029 ff.					
Summen	135.000	800.000	1.000.000	1.000.000	2.935.000

Erläuterungen:

Nach § 13 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes (EKrG) trägt das Land einen Teil der Kosten für bauliche Veränderungen an Bahnübergängen:

- a) bei Kreuzungen mit Schienenwegen einer Eisenbahn des Bundes
 - 1/3 für Maßnahmen im Zuge von Landesstraßen als Träger der Straßenbaulast
- b) bei Kreuzungen mit Schienenwegen einer nichtbundeseigenen Eisenbahn
 - 2/3 für Maßnahmen im Zuge von Landesstraßen (1/3 als Träger der Straßenbaulast und 1/3 als Beitrag).

981 65	723	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushalts durch Maßnahmen an Landesstraßen	400.000 266.743	400.000 0	400.000 0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Kapitel 14 06 Titel 381 01	266.743	400.000	400.000	400.000
Zusammen	266.743	400.000	400.000	400.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	99.153.800	76.219.200 89.750.000	86.003.700 84.500.000

66 **Umsetzung von Infrastrukturprojekten im Zusammenhang mit großen Unternehmensansiedlungen**

** Vgl. D-Vermerke zu Kapitel 14 09 Titel 511 01 und Kapitel 14 09 TGr. 62.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich des Straßenbaus im Zusammenhang mit großen Unternehmensansiedlungen veranschlagt, insbesondere für:

- Instandsetzungsmaßnahmen (Aufbringung bzw. Ersatz von Deckschichten, Oberflächenbehandlung, Ausbesserungen, Fahrbahnmarkierungen, Bauwerke und Durchlässe usw.),
- Erneuerungsmaßnahmen (Wiederherstellung des ursprünglichen Gebrauchswertes),
- Um- und Ausbaumaßnahmen im Zuge des Bestandsnetzes an Knotenpunkten im Umfeld,
- Neubaumaßnahmen (Herstellung neuer Straßenverbindungen),
- Baustellenzufahrten,
- Neu- und Ausbaumaßnahmen, Sanierungen, Instandsetzungen an begleitenden Radwegen im Umfeld sowie die Ausgaben für die hierzu erforderliche Planung und Bauüberwachung und den Grunderwerb.

731 66	723	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne Brückenbauwerke und Radwege)	2.827.200	0	0
			1.952.700	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.000.000			2.000.000
2026		2.000.000			2.000.000
2027		2.000.000			2.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen		6.000.000			6.000.000

732 66	723	Planung und Bauüberwachung (ohne Brückenbauwerke und Radwege)	294.000	0	0
			149.390	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026	900	500.000			500.900
2027		500.000			500.000
2028					
2029 ff.					
Summen	900	1.500.000			1.500.900

733 66	723	Planung, Instandsetzung, Ersatz und Neubau von Brückenbauwerken	1.000.000	0	0
			0	0	0

734 66	723	Planung, Instandsetzung, Ersatz und Neubau von begleitenden Radwegen	110.400	0	0
			0	0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 734 66

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		250.000			250.000
2026		250.000			250.000
2027		250.000			250.000
2028					
2029 ff.					
Summen		750.000			750.000

821 66	723	Grunderwerb	420.800	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			4.652.400	0	0
				0	0

67 **Forschungsprojekt SenAD 2**

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 14 09 Titelgruppe 67.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Das Projektvorhaben "Sensorintegration in Asphalt für ein datenbasiertes Degradationsmonitoring (SenAD 2)" verfolgt einen datenbasierten Ansatz zur Bestimmung und Prognose des strukturellen Zustands von Asphaltstraßen. Die Innovation liegt hauptsächlich in der Nutzung von KI-Verfahren zur Analyse von Straßendaten, die mittels eines neuartigen gewebebasierten Sensormaterials zerstörungsfrei, flächendeckend, kontinuierlich gewonnen werden. Durch großflächige Integration des Systems sind flächenübergreifende, echtzeitbasierte Aussagen zum Zustand und zu effektiven und nachhaltigen Erhaltungsmaßnahmen möglich.

Veranschlagt sind projektbezogene Ausgaben. Die entsprechenden Einnahmen im Rahmen der Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr "mFUND" sind in der Einnahmetitelgruppe 67 veranschlagt.

427 67	723	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	24.000	8.000	8.000
			0	0	0
533 67	723	Dienstleistung Außenstehender	4.000	2.000	2.000
			0	0	0
547 67	723	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	12.000	4.800	5.300
			0	0	0
812 67	723	Erwerb von Geräten und sonstigen unbeweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	40.000	14.800	15.300
		0	0

68 Schutz, Pflege und Pflanzung von Alleen und einseitigen Baumreihen in Sachsen-Anhalt (Alleenrücklage gemäß § 62 Absatz 4 LHO)

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 14 09 Titelgruppe 68.

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

*** Verpflichtungen zu Lasten des Landes mit Fälligkeit in künftigen Haushaltsjahren dürfen nur in Höhe der in der Alleenrücklage gemäß § 62 Absatz 4 LHO verfügbaren Haushaltsmittel begründet werden.

Erläuterungen:

Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für die notwendige Planung, Pflanzung einschließlich fachgerechter Pflege von Alleen und einseitigen Baumreihen sowohl im Bereich des Landes, als auch des Bundes und für die Zuführung an die zweckgebundene Alleenrücklage gemäß § 62 Absatz 4 LHO.

533 68 723 Dienstleistungen Außenstehender für Maßnahmen nach dem Alleenerlass (AlErl LSA)	0	0	0
	0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Maßnahmen gemäß Alleenerlass (AlErl LSA) zum Schutz sowie zur notwendigen Planung, Pflanzung einschließlich fachgerechter Pflege von Alleen und einseitigen Baumreihen, unter Berücksichtigung der Anforderungen zur Verkehrssicherheit. Die Umsetzung der Maßnahmen wird zum großen Teil im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen der LSBB und der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH erfolgen (siehe Kapitel 14 09 Titel 682 68).

682 68 723 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen für Maßnahmen nach dem Alleenerlass (AlErl LSA)	0	0	0
	0	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für Maßnahmen gemäß Alleenerlass (AlErl LSA) zum Schutz sowie zur notwendigen Planung, Pflanzung einschließlich fachgerechter Pflege von Alleen und einseitigen Baumreihen, unter Berücksichtigung der Anforderungen zur Verkehrssicherheit. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt zum großen Teil im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen der LSBB und der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH.

919 68 723 Zuführungen an die zweckgebundene Rücklage zur Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen für Maßnahmen nach dem Alleenerlass (AlErl LSA)	0	0	0
	0	0	0

*** Zweckgebundene Rücklage gemäß § 62 Absatz 4 LHO zur Finanzierung der Ausgaben für Maßnahmen nach dem Alleenerlass - AlErl LSA.

Die Differenz zwischen der Summe der tatsächlichen eingegangenen Einnahmen bei Kapitel 14 09 Titel 231 68, 359 68, 389 68 und der Summe der tatsächlichen geleisteten Ausgaben bei Kapitel 14 09 Titel 533 68, 682 68 ist der Rücklage zuzuführen.

Erläuterungen:

Zuführung an die zweckgebundene Alleenrücklage gemäß § 62 Absatz 4 LHO zur Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz sowie zur notwendigen Planung, Pflanzung einschließlich fachgerechter Pflege von Alleen und einseitigen Baumreihen, unter Berücksichtigung der Anforderungen zur Verkehrssicherheit.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	0	0	0
		0	0

14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales**
14 09 **Landesstraßenbaubehörde**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

93 Nationale Kofinanzierung von EU-Mitteln

** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 14 09 Titel 511 01.

*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Anteilige Kofinanzierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2014 - 2020 (EFRE V).

533 93	723	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
		Übertragbar			
733 93	723	Neubau, Umrüstung, Erneuerung und Weiterentwicklung von Intelligenten Verkehrssystemen (IVS) im Bereich klassifizierter Straßen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 93			0	0	0
				0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 09 Landesstraßenbaubehörde

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	481.500	397.100	399.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	33.076.800	35.336.500	35.886.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	4.752.500	5.944.000	5.579.200
Gesamteinnahme		38.310.800	41.677.600	41.864.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	69.714.300	73.226.400	61.526.500
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	40.797.900	41.370.500	39.958.700
			6.435.300	2.555.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	995.400	1.395.700	1.416.100
			0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	118.755.400	91.951.200	105.551.200
			104.650.000	109.147.500
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	13.691.900	17.129.200	15.658.100
			12.586.000	11.175.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	1.583.700	1.829.800	1.896.300
			0	0
Gesamtausgabe		245.538.600	226.902.800	226.006.900
Gesamtsumme der VE			123.671.300	122.877.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-207.227.800	-185.225.200	-184.142.300

Anlage zu Kapitel 14 09 Titelgruppe 65 und 66 - Landesstraßenbauprogramm (Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen, Instandsetzung, Erneuerung, Um- und Ausbau, Neubau und begleitende Radwege sowie Verpflichtungen aus Maßnahmen Dritter)

Projis Nr.	Straßen- Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kapitel - Titel	Gesamtkosten		Finanzierung				
						bis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Folgejahre
				Angaben in EUR		Angaben in EUR				
13266	L2	HWS 2013-Räbel-Werben	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	797.300	0	783.800	3.100	2.700	7.700
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	84.140	20.000	64.140	0	0	0
			1409 - 82165	Grunderwerb	16.620	16.620				
			Summe		898.060	36.620	847.940	3.100	2.700	7.700
			1331 - 73164	Wiederherstellung hochwassergeschädigter Landesstraßen	3.791.260	3.791.260	0	0	0	0
Nachrichtlich:			Gesamt		4.689.320	3.827.880	847.940	3.100	2.700	7.700
21164	L15	Meßdorf - Beese	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	4.600.000	0	0	0	2.500.000	2.100.000
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	40.000	0	0	40.000	0	0
			Gesamt		4.640.000	0	0	40.000	2.500.000	2.100.000
14314	L22	Wassensdorf - Kreisgrenze mit Brücke Mittelgraben bei Buchhorst	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	3.872.533	315.671	2.862.682	363.310	61.730	269.140
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	541.677	310.923	161.450	57.329	2.400	9.575
			1409 - 73365	Planung, Inst., Ersatz und Neubau Brückenbauwerke	1.171.611	1.082.683	86.928	2.000	0	0
			1409 - 82165	Grunderwerb	5.000	0	0	3.000	2.000	0
			1409 - 98165	Verrechnung für Leistungen an Landesstraßen mit dem LVermGeo	30.000	0	0	15.000	15.000	0
			Gesamt		5.620.821	1.709.277	3.111.060	440.639	81.130	278.715
			* nachrichtlich RE Entwurf 05/2022		4.513.000					
16024	L24	OD Wegeleben	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	3.715.000	0	0	0	1.715.000	2.000.000
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	247.734	134.663	51.071	12.000	50.000	0
			Gesamt		3.962.734	134.663	51.071	12.000	1.765.000	2.000.000
20110	L30	RW Demker - Windberge	1409 - 73465	Planung, Instandsetzung und Neubau von begleitenden Radwegen	4.269.473	76.073	44.400	470.000	235.000	3.444.000
			1409 - 82165	Grunderwerb	145.000	0	0	65.000	60.000	20.000
			Gesamt		4.414.473	76.073	44.400	535.000	295.000	3.464.000
8228	L39	OD Seyda	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	4.769.709	203.433	946.276	1.770.000	1.550.000	300.000
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	612.801	359.310	56.491	92.000	55.000	50.000
			1409 - 82165	Grunderwerb	82.616	72.410	206	10.000	0	0
			Gesamt		5.465.126	635.153	1.002.973	1.872.000	1.605.000	350.000
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 12/2013		987.000					

Anlage zu Kapitel 14 09 Titelgruppe 65 und 66 - Landesstraßenbauprogramm (Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen, Instandsetzung, Erneuerung, Um- und Ausbau, Neubau und begleitende Radwege sowie Verpflichtungen aus Maßnahmen Dritter)

Projis Nr.	Straßen- Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kapitel - Titel	Gesamtkosten		Finanzierung				
						bis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Folgejahre
				Angaben in EUR		Angaben in EUR				
22074	L50	Baustellenzufahrten Eulenberg Nachrichtlich:	1409 - 732 66	Planung und BÜ (ohne Brückenbauwerke und Radwege)	81.336	31.336	0	50.000	0	0
			Summe		1.068.336	31.336	0	50.000	0	0
			HTTP	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne Brückenbauwerke und Radwege)	6.020.000	0	3.050.000	2.850.000	120.000	0
				Planung und BÜ (ohne Brückenbauwerke und Radwege)	176.400	0	63.200	113.200	0	0
				Planung, Instandsetzung, Ersatz und Neubau von begleitenden Radwegen	315.000	0	160.000	155.000	0	0
				Grunderwerb	422.000	0		100.000	150.000	172.000
			Summe		6.933.400	0	3.273.200	3.218.200	270.000	172.000
Gesamt				7.355.400	31.336	3.273.200	3.268.200	270.000	172.000	
18052	L51	OD Schönebeck	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	3.581.769	2.963.697	568.072	50.000	0	0
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	552.683	441.683	111.000	0	0	0
			1402 - 73161	Landeststraßenbaumaßnahmen	1.156.321	1.156.321	0	0	0	0
Gesamt				5.290.773	4.561.701	679.072	50.000	0	0	
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 01/2019		2.315.000					
14248	L54	Ferchland - Kletznick - B 107	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	5.113.062	2.071.912	290.390	20.040	20.060	2.710.660
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	522.147	363.134	41.500	66.000	50.000	1.513.000
			1409 - 82165	Grunderwerb	12.902	2.902	10.000	0	0	0
			1409 - 98165	Verrechnung für Leistungen an Landesstraßen mit dem LVermGeo	50.010	20.000	15.010	15.000	0	0
Gesamt				5.698.121	2.457.948	356.900	101.040	70.060	2.712.173	
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 12/2022		2.237.000					
14024	L72	OU Siersleben	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	8.579.884	35.884	0	0	100.000	8.444.000
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	555.511	451.771	47.430	56.310	0	0
			1409 - 82165	Grunderwerb	720.000	25.000	0	475.000	220.000	0
Gesamt				9.855.395	512.655	47.430	531.310	320.000	8.444.000	
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 03/2021		9.252.000					

Projis Nr.	Straßen- Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kapitel - Titel	Gesamtkosten		Finanzierung				
						bis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Folgejahre
				Angaben in EUR		Angaben in EUR				
8207	L73	BW 0003 Köthen Prosigker Brücke	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	8.645.894	4.690.767	1.390.127	1.580.000	1.900.000	-915.000
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	1.914.489	1.344.489	370.000	150.000	50.000	0
			1409 - 73365	Planung, Inst., Ersatz und Neubau Brückenbauwerke	7.249.041	7.662.482	211.835	-625.276	0	0
			1409 - 73465	Planung, Instandsetzung und Neubau von begleitenden Radwegen	3.462.063	2.644.000	700.000	118.063	0	0
			1409 - 82165	Grunderwerb	79.986	31.016	10.000	23.970	0	15.000
			Gesamt		21.351.473	16.372.754	2.681.962	1.246.757	1.950.000	-900.000
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 03/2014		5.494.000					
7410	L94	Hüttenrode - Almsfeld	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	6.000.000	0	0	0	2.000.000	4.000.000
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	935.528	288.528	10.000	337.000	150.000	150.000
			1409 - 82165	Grunderwerb	359.580	13.580	20.000	0	0	326.000
			Gesamt		7.295.108	302.108	30.000	337.000	2.150.000	4.476.000
4202	L123	L126 OD Zahna	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	4.009.879	3.532.429	413.450	34.270	12.300	17.430
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	1.185.160	1.120.580	50.110	7.140	4.268	3.062
			1409 - 73365	Planung, Inst., Ersatz und Neubau Brückenbauwerke	406.878	406.878	0	0	0	0
			1409 - 82165	Grunderwerb	103.751	83.751	20.000	0	0	0
			1402 - 73161	Landesstraßenbaumaßnahmen	1.392.939	1.392.939	0	0	0	0
			Gesamt		7.098.607	6.536.577	483.560	41.410	16.568	20.492
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 08/2007		2.281.000					
2202	L124	Ausbau der L124 Reinsdorf - Belziger Straße	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	4.092.628	4.998	1.151.600	1.750.000	1.657.000	-470.970
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	1.008.484	610.254	175.500	146.780	75.950	0
			1409 - 73365	Planung, Inst., Ersatz und Neubau Brückenbauwerke	724.583	724.583	0	0	0	0
			1409 - 73465	Planung, Instandsetzung und Neubau von begleitenden Radwegen	1.100.000	0	200.000	300.000	300.000	300.000
			1409 - 82165	Grunderwerb	65.934	33.131	18.803	5.000	5.000	4.000
			Gesamt		6.991.629	1.372.966	1.545.903	2.201.780	2.037.950	-166.970
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 05/2021		6.633.000					

Anlage zu Kapitel 14 09 Titelgruppe 65 und 66 - Landesstraßenbauprogramm (Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen, Instandsetzung, Erneuerung, Um- und Ausbau, Neubau und begleitende Radwege sowie Verpflichtungen aus Maßnahmen Dritter)

Projis Nr.	Straßen- Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kapitel - Titel	Gesamtkosten		Finanzierung				
						bis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Folgejahre
				Angaben in EUR		Angaben in EUR				
5219	L136	BW0050 Raguhn	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	196.814	196.814	0	0	0	0
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	19.657	19.657	0	0	0	0
			1409 - 73365	Planung, Inst., Ersatz und Neubau Brückenbauwerke	8.801.958	343.786	83.172	75.000	2.150.000	6.150.000
			Summe		9.018.429	560.257	83.172	75.000	2.150.000	6.150.000
			1331 - 73164	Wiederherstellung hochwassergeschädigter Landesstraßen	754	754	0	0	0	0
Nachrichtlich:			Gesamt		9.019.183	561.011	83.172	75.000	2.150.000	6.150.000
8205	L141	L141/L144 OD Zörbig	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	4.890.000	0	0	800.000	3.020.000	1.070.000
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	552.296	358.948	80.000	63.348	50.000	0
			1409 - 73365	Planung, Inst., Ersatz und Neubau Brückenbauwerke	1.013.853	29.853	0	284.000	700.000	0
			1409 - 73465	Planung, Instandsetzung und Neubau von begleitenden Radwegen	230.000	0	0	0	180.000	50.000
			1409 - 82165	Grunderwerb	220.717	42.717	0	60.000	60.000	58.000
			Gesamt		6.906.866	431.518	80.000	1.207.348	4.010.000	1.178.000
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 10/2011		2.941.000					
2125	L146	OA Cörmigk (Sixdorf) - KN L149	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	2.953.464	2.380.564	450.000	30.700	31.700	60.500
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	363.018	358.018	5.000	0	0	0
			1409 - 73365	Planung, Inst., Ersatz und Neubau Brückenbauwerke	1.019.643	1.010.643	9.000	0	0	0
			1409 - 82165	Grunderwerb	86.324	73.724	2.600	10.000	0	0
			1409 - 98165	Verrechnung für Leistungen an Landesstraßen mit dem LVermGeo	40.000	0	40.000	0	0	0
			Gesamt		4.462.449	3.822.949	506.600	40.700	31.700	60.500
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 06/2006		1.463.000					
9315	L151	OD Wallhausen	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	4.474.000	0	0	0	4.002.000	472.000
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	536.846	136.846	0	0	300.000	100.000
			1409 - 82165	Grunderwerb	26.000	0	0	0	26.000	0
			1409 - 98165	Verrechnung für Leistungen an Landesstraßen mit dem LVermGeo	7.000	0	0	0	7.000	0
			Gesamt		5.043.846	136.846	0	0	4.335.000	572.000

Projis Nr.	Straßen- Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kapitel - Titel	Gesamtkosten		Finanzierung					
						bis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Folgejahre	
				Angaben in EUR		Angaben in EUR					
3380	L177	Bw 0020, Unstrutbrücke Karsdorf	1409 - 73365	Planung, Inst., Ersatz und Neubau Brückenbauwerke	7.760.576	484.916	109.070	3.546.590	3.620.000	0	
			1409 - 73465	Planung, Instandsetzung und Neubau von begleitenden Radwegen	520.000	0	0	0	520.000	0	
			1409 - 82165	Grunderwerb	15.105	1.805	0	7.100	6.200	0	
			1409 - 98165	Verrechnung für Leistungen an Landesstraßen mit dem LVermGeo	7.800	0	0	7.800	0	0	
			Gesamt			8.303.481	486.721	109.070	3.561.490	4.146.200	0
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 03/2024			7.703.000					
16048	L205	Gerödigsberge - Markröhlitz	1409 - 73165	Instandsetzung, Erneuerung, Um-, Aus- und Neubau (ohne BW und RW)	9.542.800	0	516.800	6.377.000	2.649.000	0	
			1409 - 73265	Planung und Bauüberwachung (ohne BW und RW)	764.286	284.286	153.000	177.000	150.000	0	
			1409 - 73465	Planung, Instandsetzung und Neubau von begleitenden Radwegen	232.000	0	0	232.000	0	0	
			1409 - 82165	Grunderwerb	269.809	62.176	49.833	157.800	0	0	
			Gesamt		10.808.895	346.462	719.633	6.943.800	2.799.000	0	
			*nachrichtlich: Kostenberechnung 08/2019		5.539.000						
3347	L206	Bw 0042(alt40), Alte Saalebrücke,Weißenfels	1409 - 73365	Planung, Inst., Ersatz und Neubau Brückenbauwerke	13.556.616	874.166	178.820	178.820	6.374.810	5.950.000	
			1409 - 82165	Grunderwerb	1.000	0	0	1.000	0	0	
			Gesamt		13.557.616	874.166	178.820	179.820	6.374.810	5.950.000	
23061	L239	Stützwand bei Bad Suderode	1409 - 73365	Planung, Inst., Ersatz und Neubau Brückenbauwerke	5.474.460	16.460	40.000	273.000	1.760.000	3.385.000	
			Gesamt		5.474.460	16.460	40.000	273.000	1.760.000	3.385.000	

Anlage zu Kapitel 14 09 Titelgruppe 65 und 66 - Landesstraßenbauprogramm (Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen, Instandsetzung, Erneuerung, Um- und Ausbau, Neubau und begleitende Radwege sowie Verpflichtungen aus Maßnahmen Dritter)

Projis Nr.	Straßen- Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Kapitel - Titel	Gesamtkosten	Finanzierung				
					bis 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Folgejahre
				Angaben in EUR	Angaben in EUR				
		SM Bernburg	1409 - 712 65	Vorarbeitskosten	994.486	904.486	90.000	0	0
			1409 - 713 65	Planungs- und Baukosten	20.680.520	0	680.520	7.000.000	10.000.000
			1409 - 812 65	Erstmalige Einrichtung	232.239	232.239	0	0	0
			1409 - 821 65	Grunderwerb	211.455	0	0	0	211.455
			Gesamt		22.118.700	1.136.725	770.520	7.000.000	10.000.000
		SM Ebendorf	1409 - 712 65	Vorarbeitskosten	1.020.353	352,84	410.000,00	0	0
			1409 - 713 65	Planungs- und Baukosten	20.000.000	0	0	0	20.000.000
			1409 - 812 65	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
			1409 - 821 65	Grunderwerb	188.055	0	0	0	188.055
			Gesamt		21.208.408	353	410.000	0	20.798.055
		VMZ	1409 - 712 65	Vorarbeitskosten	937.500	0	0	0	937.500
			1409 - 713 65	Planungs- und Baukosten	15.000.000	0	0	0	15.000.000
			1409 - 812 65	Erstmalige Einrichtung	600.000	0	0	0	600.000
			1409 - 821 65	Grunderwerb	500.000	0	0	0	500.000
			Gesamt		17.037.500	0	0	0	17.037.500
		SM Jessen	1409 - 712 65	Vorarbeitskosten	550.000	0	0	0	550.000
			1409 - 713 65	Planungs- und Baukosten	12.000.000	0	0	0	12.000.000
			1409 - 812 65	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
			1409 - 821 65	Grunderwerb	0	0	0	0	0
			Gesamt		12.550.000	0	0	0	12.550.000
		SM Merseburg	1409 - 712 65	Vorarbeitskosten	350.000	0	0	0	350.000
			1409 - 713 65	Planungs- und Baukosten	10.000.000	0	0	0	10.000.000
			1409 - 812 65	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
			1409 - 821 65	Grunderwerb	0	0	0	0	0
			Gesamt		10.350.000	0	0	0	10.350.000
		SM Diemitz	1409 - 712 65	Vorarbeitskosten	350.000	0	0	0	350.000
			1409 - 713 65	Planungs- und Baukosten	10.000.000	0	0	0	10.000.000
			1409 - 812 65	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
			1409 - 821 65	Grunderwerb	0	0	0	0	0
			Gesamt		10.350.000	0	0	0	10.350.000
		SM Salzwedel	1409 - 712 65	Vorarbeitskosten	250.000	0	0	0	250.000
			1409 - 713 65	Planungs- und Baukosten	5.000.000	0	0	0	5.000.000
			1409 - 812 65	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
			1409 - 821 65	Grunderwerb	0	0	0	0	0
			Gesamt		5.250.000	0	0	0	5.250.000

*Kosten für Bau und Grunderwerb (ohne Dritte)

Landesmittel	Gesamt	259.446.705	42.583.623	17.053.286	30.011.394	48.670.118	119.800.620
HWS-Mittel	Gesamt	3.792.014	3.792.014	0	0	0	0
Kosten HTP	Gesamt	6.933.400	0	3.273.200	3.218.200	270.000	172.000
Summe		270.172.119	46.375.637	20.326.486	33.229.594	48.940.118	119.972.620

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. Allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 14 01.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für folgende Fachaufgaben nachgewiesen:

- Ausgaben für Evaluierung im Bereich Städtebau und
- Ausgaben für Querschnittsaufgaben sowie
- Ausgaben für Wohnraumförderung.

Die Einnahmen resultieren insbesondere aus der Bereitstellung von Mitteln des Bundes aus den jährlichen Verwaltungsvereinbarungen sozialer Wohnungsbau. Ab 2023 fördert der Bund über die Verwaltungsvereinbarung studentisches Wohnen und Wohnen für Auszubildende als Teilbereich des sozialen Wohnungsbaus zur Schaffung neuer Wohnheimplätze durch Neu-, Umbau oder Erweiterung.

Nachgewiesen werden ferner die Einnahmen und Ausgaben, die zur Abfederung der Wohnkosten an Mieterinnen/Mieter (Mietzuschüsse) und Eigentümerinnen/Eigentümer (Lastenzuschüsse) nach den Vorschriften des Wohngeldgesetzes vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. I Nr. 408) geändert worden ist, zu zahlen sind.

Einnahmen

119 41	011	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Bundesmitteln (einschließlich Zinsen)	0 63.245	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 10 Titel 631 41.

119 42	411	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln (einschließlich Zinsen)	10.000 13.667	10.000	10.000

231 01	233	Erstattungen der Aufwendungen für den Heizkostenzuschuss durch den Bund	2.000 14.324.178	2.000	0

Erläuterungen:

Erstattungen des Bundes nach dem Entwurf eines Gesetzes zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses für Wohngeldberechtigte sowie von mit Ausbildungsförderungsleistungen und von mit Unterhaltsbeitrag nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz Geförderten aufgrund stark gestiegener Energiekosten (Heizkostenzuschussgesetz - HeizkZuschG).

231 41	233	Erstattungen des Anteils des Bundes an den Aufwendungen für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz	80.000.000 62.259.476	62.259.500	62.259.500

Erläuterungen:

Nach den vorgenannten gesetzlichen Bestimmungen erstattet der Bund dem Land Sachsen-Anhalt die Hälfte der Aufwendungen.

331 01	011	Zuweisung für Investitionen des Bundes im Rahmen des Investitionspaktes "Förderung von Sportstätten"	1.599.000 1.595.894	1.164.000	433.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 10 Titel 883 01.

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung Investitionspakt "Förderung von Sportstätten" erfolgen vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2026 kassenwirksam werden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 10 Titel 883 01).

331 08	423	Zuweisungen für Investitionen des Bundes im Rahmen des Investitionspaktes "Soziale Integration im Quartier"	465.000 1.617.000	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 14 10 Titel 883 08.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 331 08

Erläuterungen:

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung Investitionspakt "Soziale Integration im Quartier" erfolgen vom Bund Zuweisungen, die in den Jahren bis 2024 kassenwirksam werden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 14 10 Titel 883 08).

Titelgruppe(n)

61 Maßnahmen der Wohnraumförderung

331 61	411	Zuschüsse für Investitionen für Maßnahmen der Wohnraumförderung	18.036.000	7.940.700	8.919.900
			5.939.373		

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 14 10
Titelgruppe 61

Erläuterungen:

Zuweisungen des Bundes für Investitionen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Zuweisungen des Bundes für soziale Wohnraumförderung	5.939.973	15.977.000	3.896.400	1.842.500
2.	Zuweisungen des Bundes für studentisches Wohnen und das Wohnen für Auszubildende	0	2.059.000	4.044.300	7.077.400
Zusammen		5.939.973	18.036.000	7.940.700	8.919.900

356 61	411	Entnahmen aus dem Wohnraumförderfonds	0	0	0
			1.781.812		

Erläuterungen:

Entnahmen aus dem Wohnraumförderfonds zur Komplementärfinanzierung von Bundesfinanzhilfen für Investitionen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus bis 2022. Ab dem Haushaltsjahr 2023 erfolgt die Komplementärfinanzierung von Bundesfinanzhilfen aus dem Landeshaushalt Kapitel 14 10 Titel 892 61 und 894 61.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	18.036.000	7.940.700	8.919.900

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	600.000	650.000	500.000
			500.000	0	0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	500.000	150.000			650.000
2026	500.000				500.000
2027	500.000				500.000
2028	500.000				500.000
2029 ff.					
Summen	2.000.000	150.000			2.150.000

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachten	0	0	0	0
2.	Studien	0	0	0	0
3.	Beraterverträge				
3.1	Landesbeitrag für das Kompetenzzentrum Stadtumbau	500.000	500.000	500.000	500.000
3.2	Untersuchung zu Trends und Bedarfen am Wohnungsmarkt		100.000	150.000	0
Zusammen		500.000	600.000	650.000	500.000

Zu 3.1

Inhalt:

Das Kompetenzzentrum unterstützt und berät die Landesregierung, hier insbesondere das Ministerium für Infrastruktur und Digitales im Hinblick auf Fragen der Stadtentwicklungspolitik, u. a. im Hinblick auf strategische Entscheidungen, insbesondere den Stadtumbau betreffend. Dies schließt die Installation und Organisation eines Beirates ein. Darüber hinaus unterstützt es die Landesregierung hinsichtlich der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Damit wird der mit der IBA Stadtumbau 2010 beschrittene Weg einer partizipativen Stadtentwicklung fortgeführt und weiterentwickelt. Neben der finanziellen Unterstützung des weiteren Stadtentwicklungs- bzw. Stadtumbauprozesses durch Städtebauförderung, bedarf es auch forthin einer Kompetenz, die sowohl der Landesregierung im Hinblick auf strategische und programmatische Entscheidungen als auch den Kommunen im Hinblick auf konzeptionelle Überlegungen und die Umsetzung der Stadtentwicklungskonzepte zur Verfügung steht. Das Kompetenzzentrum greift aktuelle Fragen und Probleme auf und erarbeitet mit den am Stadtumbauprozess Beteiligten Handlungs- bzw. Lösungsansätze und schreibt den Zukunftsplan Städtenetz Sachsen-Anhalt "Ein Land kann Wandel" fort.

Ziel:

Unterstützung und Beratung sowohl für Städte und Gemeinden als auch für das Land bei der Durchführung von Projekten im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung und die Sicherstellung eines Erfahrungsaustausches und des Wissenstransfers sowie Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Laufzeit:

bis 31.12.2028

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

Zu. 3.2

Inhalt:

Das Ministerium für Infrastruktur und Digitales Sachsen-Anhalt unterstützt im Rahmen verschiedener Förderprogramme Investitionen am Wohnungsmarkt. Im Vordergrund stehen dabei derzeit Maßnahmen im sozialen Wohnungsbau, im Wohnungsbestand sowie Maßnahmen zur Bildung selbstgenutzten Wohneigentums. Grundlage einer ziel- und bedarfsgerechten Förderung ist die Beobachtung, Analyse und Bewertung von Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt. Letztmalig erfolgte eine Analyse des Wohnungsmarktes mit dem Fachgutachten "Wohnungsmarktbericht Sachsen-Anhalt 2018".

Ziel:

Mit dem Gutachten sollen der Ist-Zustand aktuell erfasst und bewertet sowie Prognosen über die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt bis zum Jahr 2040 unter besonderer Berücksichtigung der demografischen Entwicklung abgegeben werden. Daraus sind Empfehlungen zur künftigen Ausgestaltung der Wohnungsbauförderung in Sachsen-Anhalt aufzuzeigen.

Laufzeit:

ca. 18 Monate

531 01	423	Veröffentlichungen	15.000	15.000	15.000
			0	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Öffentlichkeitsarbeit gem. Artikel 23 der Bund-Länder- Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung	0	15.000	15.000	15.000
Zusammen	0	15.000	15.000	15.000

533 01	423	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

631 41	011	Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesfinanzhilfen (einschließlich Zinsen)	0	0	0
			63.245	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 14 10 Titel 119 41.

633 01	233	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften	300.000	97.500	97.500
			117.231	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften gemäß Heizkostenzuschusszuständigkeitsgesetz	70.583	0	0	0
2. Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften gemäß Mietspiegelzuständigkeitsgesetz	46.648	300.000	97.500	97.500
Zusammen	117.231	300.000	97.500	97.500

671 01	291	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	333.100	512.500	401.500
			143.127	280.000	0

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026			280.000		280.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		100.000	280.000		380.000

Erläuterungen:

Das Land hat der Investitionsbank im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der vom Hochwasser 2013 verursachten Schäden die Umsetzung der Programme zur Behebung von Hochwasserschäden an Wohngebäuden sowie in Kleingartenanlagen, Wochenendhaus- und Feriengründen mittels Geschäftsbesorgungsvertrag übertragen (siehe Kapitel 13 31 TGr. 65 und 66).

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

Darüber hinaus wird die Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit der Umsetzung

- der Förderung der Nachrüstung von Bestandsbauten mit modernen Aufzugsanlagen sowie
- dem Abriss und der Sanierung im Bestand

beauftragt.

681 21	233	Zuweisungen für die Gewährung von Heizkostenzuschüssen	2.000	2.000	0
			14.324.178	0	0

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind mit und ohne Rechtsgrund gezahlte Beträge - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Absatz 2 der Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Der Bund gewährt insbesondere Wohngeldhaushalten, die mindestens in einem der Monate von Oktober 2021 bis März 2022 wohngeldberechtigt waren, einen einmaligen Heizkostenzuschuss in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße bzw. den Haushaltsmitgliedern. Auch im Jahr 2025 ist noch mit Nachbewilligungen zu rechnen. Mit dem Heizkostenzuschuss will der Bund die mit dem starken Anstieg der Energiekosten (Heizöl, Gas und Fernwärme) verbundenen finanziellen Lasten für die wohngeldberechtigten Haushalte abfedern. Der durch das Land zu gewährende einmalige Heizkostenzuschuss wird vollständig vom Bund erstattet.

Um eine unverzügliche Sicherstellung der Auszahlung des einmaligen Heizkostenzuschusses nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes zu ermöglichen, dürfen Ausgaben vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales ausnahmsweise über den Haushaltsansatz des Kapitels 14 10 Titel 681 21 hinaus geleistet werden, wenn sichergestellt ist, dass der Bund in dieser Höhe Erstattungen gewährt, die bei Kapitel 14 10 Titel 231 01 nachgewiesen werden. Die vorstehende Ermächtigung darf auf die abrechnende Stelle delegiert werden.

681 41	233	Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz	160.000.000	124.519.000	124.519.000
			124.518.953	0	0

Übertragbar

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 41

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind mit und ohne
Rechtsgrund gezahlte Beträge - auch aus Vorjahren - von der
Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 50. v. H. (Kapitel 1410 Titel 231 41)	62.259.476	80.000.000	62.259.500	62.259.500
2.	Anteil Land 50 v. H.	62.259.477	80.000.000	62.259.500	62.259.500
Zusammen		124.518.953	160.000.000	124.519.000	124.519.000

Um eine den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werdende unverzügliche Sicherstellung der Auszahlungen der Miet- und Lastenzuschüsse zu ermöglichen, dürfen Ausgaben vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales ausnahmsweise über den Haushaltsansatz des Kapitels 14 10 Titel 681 41 hinaus geleistet werden, wenn sichergestellt ist, dass zusätzliche Einnahmen bei Kapitel 14 10 Titel 231 41 eingehen. Die vorstehende Ermächtigung darf auf die abrechnende Stelle delegiert werden. Der im laufenden Haushaltsjahr nicht gedeckte Landesanteil und ein durch Buchungsschluss bedingter, nicht im Fälligkeitsjahr nachweisbarer Bundesanteil sind als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO unter Anrechnung im Folgejahr darzustellen.

685 01	423	Zuschüsse an das Fachwerkzentrum Quedlinburg	50.000	50.000	50.000
			50.000	0	0

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und
Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren -
von der Ausgabe abzusetzen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026		50.000			50.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		100.000			100.000

Erläuterungen:

Projektbezogene Zuschüsse zur Unterstützung der wissenschaftlichen und forschungsbegleitenden Arbeit des "Deutschen Fachwerkzentrums Quedlinburg e. V."

686 03	423	Zuschüsse für Aufgaben auf dem Gebiet des Städtebaus	110.000	175.000	130.000
			160.000	0	0

Übertragbar

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 03

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Veröffentlichungen und Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Landesinitiative Architektur und Baukultur in Sachsen-Anhalt	60.000	60.000	60.000	60.000
2.	Zuschuss zur Auslobung und Ausrichtung des Landesarchitekten- und Landesarchitektinnenpreises	0	0	65.000	0
3.	Zuschuss als Veranstalter des gemeinsamen Mitteldeutschen Architektentages als Zukunftsforum für Architekten und Stadtplaner für die Komplexität der Herausforderungen	0	0	0	20.000
4.	Zuschuss für die Durchführung des Wettbewerbs "Stadtumbau Award"	100.000	50.000	50.000	50.000
Zusammen		160.000	110.000	175.000	130.000

883 01	011	Zuweisungen für Investitionen im Rahmen des Investitionspaktes "Förderung von Sportstätten"	2.437.300	1.830.500	779.400
			2.344.040	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 159 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 14 10 Titel 331 01.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.830.500				1.830.500
2026	779.400				779.400
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	2.609.900				2.609.900

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund 83,33 v. H. bis 2021, ab 2022 55,56 v. H. (Kapitel 14 10 Titel 331 01)	1.595.894	1.599.000	1.164.000	433.000
2.	Anteil Land 16,67 v. H. bis 2021, ab 2022 44,44 v. H.	748.146	838.300	666.500	346.400
Zusammen		2.344.040	2.437.300	1.830.500	779.400

Auf Grundlage des Artikels 104b Grundgesetz stellt der Bund für den Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten den Ländern für das jeweilige Programmjahr Finanzhilfen zur Verfügung. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der sozialen Integration sowie der sozialen, physischen und psychischen Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger sind gemeinsame Anliegen von Bund, Ländern sowie Städten und Gemeinden. Der Investitionspakt ergänzt die Städtebauförderung und unterstützt Städte und Gemeinden bei einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und modernen Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Umwelt- und Klimaschutzes.

Programmstädte: Bad Bibra, Ballenstedt, Klötze, Lutherstadt Wittenberg, Sandersdorf-Brehna, Wolmirstedt, Bernburg, Güsten, Ilseburg, Merseburg, Osterfeld, Quedlinburg, Salzwedel, Wanzleben-Börde

Darstellung des Landesprogramms mit Beteiligung des Bundes

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 01

HHJ	Programm 2021	Programm 2022	GESAMT
2024	884.000	1.553.300	2.437.300
BM	736.000	863.000	1.599.000
LM	148.000	690.300	838.300
2025	531.000	1.299.500	1.830.500
BM	442.000	722.000	1.164.000
LM	89.000	577.500	666.500
2026		779.400	779.400
BM		433.000	433.000
LM		346.400	346.400
GESAMT	1.415.000	3.632.200	
BM	1.178.000	2.018.000	
LM	237.000	1.614.200	

883 07	423	Zuschüsse für Investitionen im Zusammenhang mit der Ein- und Durchführung eines Fördermittelcontrollings	101.000 121.837	107.000 0	90.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	107.000				107.000
2026		90.000			90.000
2027		90.000			90.000
2028		90.000			90.000
2029 ff.		90.000			90.000
Summen	107.000	360.000			467.000

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Anteil Bund 0 v. H.	0	0	0	0
2. Anteil Land 100 v. H.	121.837	101.000	107.000	90.000
Zusammen	121.837	101.000	107.000	90.000

Ausfinanzierung des 2005 im Zusammenhang mit dem Programm "Stadtumbau-Ost" begonnenen Fördermittelcontrollings. Die Vertragsleistung lief mit dem Jahr 2020 aus. Infolge der Neustrukturierung der Städtebauförderung ab 2020 ist eine Neuausrichtung der entsprechenden Evaluierung erforderlich. Das Instrument des Fördermittelcontrollings soll ab dem Jahr 2022 auf alle 3 Städtebauförderprogramme erweitert werden.

883 08	423	Zuweisungen für Investitionen des Bundes im Rahmen des Investitionspaktes "Soziale Integration im Quartier"	558.000 1.940.400	0 0	0 0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 120 v.H. der Istseinnahmen bei Kapitel 14 10 Titel 331 08.

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Anteil Bund 83,33 v. H. (Kapitel 14 10 Titel 331 08)	1.617.000	465.000	0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 08

2.	Anteil Land 16,67 v. H.	323.400	93.000	0	0
Zusammen		1.940.400	558.000	0	0

Der Bund stellt den Ländern ab 2017 zusätzliche Mittel im Bereich der Städtebauförderung zur Verfügung. Den Schwerpunkt bildet dabei der Investitionspakt "Soziale Integration im Quartier". Gefördert werden gemäß "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Integration, des sozialen Zusammenhalts im Quartier und zur Sanierung sozialer Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen in den Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt - Investitionspakt Soziale Integration im Quartier" investive Maßnahmen (Ausbau, Sanierung bzw. Ersatzneubauten z. B. von Kitas, Schulen, Bürgerhäusern, Stadtteilzentren) sowie investitionsbegleitende Maßnahmen (z. B. Integrationsmanager).
 Programmstädte: Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Jessen OT Schweinitz, Köthen, Güsten, Naumburg OT Bad Kösen, Stendal und Lutherstadt Wittenberg

Darstellung des Landesprogramms mit Beteiligung des Bundes

HHJ	Programm 2019	Programm 2020	GESAMT
2024		558.000	558.000
BM		465.000	465.000
LM		93.000	93.000
GESAMT	0	558.000	
BM	0	465.000	
LM	0	93.000	

Der durch Städtebaufördermittel nicht gedeckte Teil der Kosten der Maßnahmen ist durch Eigenmittel der Gemeinden zu tragen.

Titelgruppe(n)

61 Maßnahmen der Wohnraumförderung

*** Ausgaben der Titel 892 61 und 894 61 dürfen insgesamt geleistet werden bis zu 140 v. H. der Ist-Einnahmen bei Kapitel 14 10 Titel 331 61.

Erläuterungen:

Bundesmittel 100 v. H. / Landesmittel 40 v. H. der Bundesmittel, somit beträgt der Landesanteil an den Fördermitteln ab 2025 26,65 v. H.

671 61	411	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	1.201.900	3.163.000	3.163.000
			3.163.000	3.000.000	0

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.900.000			1.900.000
2026		1.900.000	1.000.000		2.900.000
2027		1.900.000	1.000.000		2.900.000
2028			1.000.000		1.000.000
2029 ff.					
Summen		5.700.000	3.000.000		8.700.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für die Kostenerstattung von Aufwendungen der Investitionsbank aus der Abwicklung von Maßnahmen im Bereich der sozialen Wohnraumförderung, die aus den Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung finanziert werden. Dies betrifft die Programme zur Modernisierung von Wohnraum sowie Junges Wohnen. Darüber hinaus sind hier ebenfalls die Mittel für die Kostenerstattung von Aufwendungen der Investitionsbank für die Programme Selbstgenutztes Wohneigentum, Mietwohnungsbau sowie Sachsen-Anhalt Modern veranschlagt.

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene Geschäftsbesorgungsverträge mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich dieser Regelung.

892 61	411	Zuschüsse für Investitionen für Maßnahmen für studentisches Wohnen und das Wohnen für Auszubildende	2.676.700	5.325.100	9.605.100
			0	17.929.600	9.605.300

** Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig:
Kapitel 14 10 Titel 892 61 und 894 61.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		4.381.000			4.381.000
2026		3.505.000	4.718.300		8.223.300
2027		3.505.000	4.718.300	2.527.700	10.751.000
2028		3.505.000	4.718.300	2.527.700	10.751.000
2029 ff.			3.774.700	4.549.900	8.324.600
Summen		14.896.000	17.929.600	9.605.300	42.430.900

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund bis 2024 rd. 77 v. H., 2025 rd. 76 v. H., 2026 rd. 74 v. H.	0	2.059.000	4.044.300	7.077.400
2.	Anteil Land bis 2024 rd. 23 v. H., 2025 rd. 24 v. H., 2026 rd. 26 v. H.	0	617.700	1.280.800	2.527.700
Zusammen		0	2.676.700	5.325.100	9.605.100

14

Ministerium für Infrastruktur und Digitales

14 10

Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 61

Das Land Sachsen-Anhalt gewährt im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung Zuwendungen für studentisches Wohnen und das Wohnen für Auszubildende. Die Ausgaben dienen zur Schaffung neuer Wohnheimplätze durch Neu-, Umbau oder Erweiterung einschließlich des erstmaligen Erwerbs von Wohnheimplätzen innerhalb von zwei Jahren nach Fertigstellung (Ersterwerb) und Modernisierung von Wohnheimplätzen einschließlich Gemeinschaftsräumen (Richtlinie Junges Wohnen MBl. LSA 2024, S. 239).

Finanzierungsverhältnis:
Ab dem Haushaltsjahr 2025 müssen Landesmittel in Höhe von 40 v. H. der in Anspruch genommenen Bundesmittel erbracht werden.

Darstellung des Landesprogrammes mit Beteiligung des Bundes

HHJ	Programm 2024	Programm 2025	Programm 2026	GESAMT
2024	876.400			876.400
BM	674.100			674.100
LM	202.300			202.300
2025	4.381.300	943.800		5.325.100
BM	3.370.200	674.100		4.044.300
LM	1.011.100	269.700		1.280.800
2026	4.381.300	4.718.300	505.500	9.605.100
BM	3.370.200	3.370.200	337.000	7.077.400
LM	1.011.100	1.348.100	168.500	2.527.700
2027	4.381.300	4.718.300	2.527.700	11.627.300
BM	3.370.200	3.370.200	1.685.100	8.425.500
LM	1.011.100	1.348.100	842.600	3.201.800
2028	3.505.100	4.718.300	2.527.700	10.751.100
BM	2.696.200	3.370.200	1.685.100	7.751.500
LM	808.900	1.348.100	842.600	2.999.600
2029		3.774.700	2.527.700	6.302.400
BM		2.696.200	1.685.100	4.381.300
LM		1.078.500	842.600	1.921.100
2030			2.022.200	2.022.200
BM			1.348.100	1.348.100
LM			674.100	674.100
GESAMT	17.525.400	18.873.400	10.110.800	
BM	13.480.900	13.480.900	6.740.400	
LM	4.044.500	5.392.500	3.370.400	

894 61	411	Zuschüsse für Investitionen für Maßnahmen der Wohnraumförderung	20.772.000 7.721.185	5.067.000 0	2.396.000 0

** Vgl. D-Vermerk bei Kapitel 14 10 Titel 892 61.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	10.515.000	10.306.000			20.821.000
2026	10.515.000	8.245.000			18.760.000
2027	3.505.000	8.245.000			11.750.000
2028		8.245.000			8.245.000
2029 ff.					
Summen	24.535.000	35.041.000			59.576.000

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 894 61

Erläuterungen:

Aufteilung des Ansatzes

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Bund	5.939.973	15.977.000	3.896.400	1.842.500
2.	Anteil Land	1.781.212	4.795.000	1.170.600	553.500
Zusammen		7.721.185	20.772.000	5.067.000	2.396.000

Das Land Sachsen-Anhalt gewährte bis Programmjahr 2022 im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung Zuwendungen für die Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden in Sachsen-Anhalt mit dem Ziel der Gewährleistung der Wohnraumversorgung für Haushalte, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Finanzierungsverhältnis:

Landesmittel in Höhe von 30 v. H. der in Anspruch genommenen Bundesmittel

Darstellung des Landesprogramms mit Beteiligung des Bundes

HHJ	Programm 2020	Programm 2021	Programm 2022	GESAMT
2024	526.000	2.671.000	2.396.000	5.593.000
BM	404.400	2.053.900	1.842.500	4.300.800
LM	121.600	617.100	553.500	1.292.200
2025		2.671.000	2.396.000	5.067.000
BM		2.053.900	1.842.500	3.896.400
LM		617.100	553.500	1.170.600
2026			2.396.000	2.396.000
BM			1.842.500	1.842.500
LM			553.500	553.500
GESAMT	526.000	5.342.000	7.188.000	
BM	404.400	4.107.800	5.527.500	
LM	121.600	1.234.200	1.660.500	

916 61	411	Zuführungen an den Wohnraumförderfonds	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Der Wohnraumförderfonds finanziert die Wohnraumförderprogramme des Landes Sachsen-Anhalt außerhalb der sozialen Wohnraumförderung. Er wird durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt geführt. Die Ausführung erfolgt als revolvingender Fonds. Über den Wohnraumförderfonds werden ausschließlich Darlehen ausgereicht.

Jährliche Rückflüsse (Zins- und Tilgungsleistungen) aus der Gewährung von Darlehen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung werden entsprechend dem revolvingenden Charakter dem Wohnraumförderfonds wieder zugeführt. Zum 31.12.2023 standen im Wohnraumförderfonds rund 16,8 Mio. EUR für die Ausreichung von Darlehen zur Verfügung.

Aus dem Fonds werden u. a. Maßnahmen im Rahmen der Darlehensgewährung aus folgenden Programmen finanziert:

1. Wohneigentum (MBI. LSA 2012, 500)

Der Erwerb von Wohnraum aus dem Bestand, gegebenenfalls in Verbindung mit der Sanierung bzw. Modernisierung des Wohnraums.

2. Sachsen-Anhalt MODERN

Sanierung und Modernisierung von Wohngebäuden (energieeffizientes Sanieren, altersgerechter Umbau, allgemeine Modernisierungsmaßnahmen)

3. Mietwohnungsneubau (MBI. LSA 2021, 213)

Gefördert wird die Schaffung von ausschließlich barrierearmen oder barrierefreien Wohnraum in Gebäuden mit mindestens drei Mietwohnungen durch Neubau (Lückenschließung) und Umbau oder Erweiterung bestehender Gebäude.

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	24.650.600	13.555.100	15.164.100
		20.929.600	9.605.300

62 Förderung der Barrierefreiheit und der Sanierung im Bestand

****** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO können Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abgesetzt werden.

******* Gemäß § 35 Abs. 2 S. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszweckes auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Haushaltsmittel für die Wiederaufnahme der Förderung der Nachrüstung von Bestandsbauten mit modernen Aufzugsanlagen sowie für die Förderung des Abrisses und der Sanierung im Bestand.

883 62	411	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	500.000	0	0
			0	0	0
891 62	411	Zuweisungen für Investitionen an öffentliche Unternehmen	2.000.000	0	0
			0	0	0
892 62	411	Zuweisungen für Investitionen an private Unternehmen	3.500.000	0	0
			0	0	0
893 62	411	Zuweisungen für Investitionen an Sonstige im Inland	500.000	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	6.500.000	0	0
		0	0

14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales
14 10 Allgemeine Aufgaben der Stadtentwicklung und des Wohnungswesens

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	10.000	10.000	10.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	80.002.000	62.261.500	62.259.500
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	20.100.000	9.104.700	9.352.900
Gesamteinnahme		100.112.000	71.376.200	71.622.400

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	615.000	665.000 0	515.000 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	161.997.000	128.519.000 3.280.000	128.361.000 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	33.045.000	12.329.600 17.929.600	12.870.500 9.605.300
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0 0	0 0
Gesamtausgabe		195.657.000	141.513.600	141.746.500
Gesamtsumme der VE			21.209.600	9.605.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-95.545.000	-70.137.400	-70.124.100

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 14 01 Ministerium (Stellenplan)
Kapitel 14 06 Geoinformations- und Vermessungswesen (Stellenplan)
Kapitel 14 09 Landesstraßenbaubehörde (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026
Stellenübersicht übrige TGr. 2025
Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B9	Staatssekretär/-in	1	1	1
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	4	4	4
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	1	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	16	16	16
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Ministerialrat/-rätin	14	14	14
A15	Bau-, Landesplanungs-, Regierungsdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in	36	37	38
A14	Bauoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin, Landesplanungsoberrat/-rätin, Vermessungsoberrat/-rätin	22	27	26
A13 L2.2	Bau-, Landesplanungs-, Regierungsrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin	1	0	0
A13 L2.1	Bau-, Landesplanungs-, Regierungsoberamtsrat/-rätin, Vermessungs-/ Kartographenoberamtsrat/-rätin, Steueroberamtsrat/-rätin	35 ¹⁾	37 ¹⁾	38 ¹⁾
A13 L2.1	Bau-, Landesplanungs-, Regierungsoberamtsrat/-rätin, Vermessungs-/ Kartographenoberamtsrat/-rätin	0	0	0
A12	Bau-, Landesplanungs-, Regierungsamtsrat/-rätin, Vermessungs-/Kartographenamtsrat/-rätin, Steueramtsrat/-rätin	50	62	61
A11	Bauamtmann/-frau, Landesplanungs-, Regierungsamtmann/-frau, Vermessungs-/ Kartographenamtmann/-frau, Steueramtmann/-frau	13	10	10
A10	Bau-, Landesplanungs-, Regierungsoberinspektor/-in, Vermessungs-/ Kartographenoberinspektor/-in	4	4	4
A9 L1.2	Vermessungs-, Kartographenamtsinspektor/-in, Regierungsamtsinspektor/-in, Steueramtsinspektor/-in	6	6	6
A8	Vermessungs-/Kartographenhauptsekretär/-in	0	0	0
Summe :		204	220	220

LEERSTELLEN**FESTE GEHÄLTER***Bes. Gruppe*

B9	Staatssekretär/-in	1	1	1

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes. Gruppe*

A16	Ministerialrat/-rätin	0	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A15	Bau-, Landesplanungs-, Regierungsdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in	2	2	2
A14	Bau-, Landesplanungs-, Oberregierungsrat/-rätin, Vermessungsobererrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Bau-, Landesplanungs-, Regierungsoberamtsrat/-rätin, Vermessungs-/ Kartographenoberamtsrat/-rätin	2 1)	2 1)	2 1)
Summe [Leerstellen]:		6	6	6

- 1) Die Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe A13 L2.1 führen überwiegend die bei der Besoldungsgruppe A13 L2.2 ausgewiesenen Amtsbezeichnungen.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	B2	am 31.12.2024	Wegfall ATZ-Ausgleichsstelle	(aus HH 2022)
8 Stellen	A12		mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	A11		mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	A10		mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A15					1							+1	Umwandlung von E15
2	A14			1									+5	Umsetzung von Kap. 14 06 Titel 422 01
3				2										Umsetzung von Kap. 14 06 Titel 422 01
4						1								Umwandlung von E13 nach A14
5								1						Hebung von A13 L2.2 (Neubewertung DP)
6	A13 L2.2								1				-1	Hebung nach A14 (Neubewertung DP)
7	A13 L2.1			1									+2	Umsetzung von Kap. 19 10 Titel 422 61
8								1						Hebung von A12 (Neubewertung DP)
9	A12			1									+12	Umsetzung von Kap. 19 10 Titel 422 61
10				6										Umsetzung von Kap. 14 06 Titel 422 01
11						2								Umwandlung von Kap. 14 01 Titel 428 01
12								4						Hebung von A11 (Neubewertung DP)
13									1					Hebung nach A13 L2.1 (Neubewertung DP)
14	A11					1							-3	Umwandlung von Kap. 14 01 Titel 428 01
15									4					Hebung nach A12 (Neubewertung DP)
Ohne TG 96				11		5		6	6				+16	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
16	A15							1					+1	Hebung von A14 (Neubewertung DP)
17	A14								1				-1	Hebung nach A15 (Neubewertung DP)
18	A13 L2.1							1					+1	Hebung von A12 (Neubewertung DP)
19	A12								1				-1	Hebung nach A13 L2.1 (Neubewertung DP)
Ohne TG 96								2	2				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

8 Stellen	A12	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	A11	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	A10	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 41				
	<i>Bes.Gruppe</i>			
A13 L2.2	Baureferendar/-in	2	2	2
Summe :		2	2	2

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 01				
	<i>EntgeltGruppe</i>			
AT A 16	Verwaltungs-, Technischer Dienst	6	5	5
AT B 9	Staatssekretär/Staatssekretärin	1	1	1
AT B 2	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 15 Ü at	Verwaltungsdienst	2	3	3
E 15	Verwaltungs-, Technischer Dienst	11	11	11
E 14	Verwaltungs-, Technischer Dienst	8	8	8
E 13	Verwaltungs-, Technischer Dienst	5	13	13
E 12	Verwaltungs-, Technischer Dienst	22	21	21
E 11	Verwaltungs-, Technischer Dienst	35	26	26
E 10	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst, Datenverarbeitungsdienst	0	0	0
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	7 ⁵⁾	9 ⁵⁾	9 ⁵⁾
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	9	8	8
E 8	Verwaltungs-, Technischer Dienst	5	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	10 ⁶⁾	10 ⁶⁾	10 ⁶⁾
E 5	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 4	Hausmeisterdienst/sonstige Dienste, Kraftfahrdienst	6	6	6
E 3	Hausmeisterdienst, Sonstige Dienste, Botendienst	0	0	0
Summe :		130	127	127

LEERSTELLEN

	<i>EntgeltGruppe</i>			
E 15 Ü	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 15	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	2	2	2
Summe [Leerstellen]:		4	4	4

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 5) Die Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkräfte der Staatssekretäre erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 24.04.1997; Az.:14.12-3077N und vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 6) Die zweite Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkräfte der/des Abteilungsleiterin/Abteilungsleiters erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 24.04.1997; Az: 14.12-3077N und vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen	E 15 Ü at	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 15	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 13	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 12	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
8 Stellen	E 11	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 8	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
6 Stellen	E 6	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	E 15 Ü at in A16	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	AT A 16						1						-1	Senkung nach E 15 Ü at
2	E 15 Ü at					1							+1	Senkung von AT A 16
3	E 15			1									0	Umsetzung von Kap. 19 10 Titel 428 61
4							1							Umwandlung nach A15
5	E 13			1									+8	Umsetzung von Kap. 19 10 Titel 428 61
6							1							Umwandlung von E13 nach A14
7								5						Hebung von E11 gem. Tarifvereinbarung vom 2. März 2019 (IKT-Beschäftigte)
8								3						Hebung von E12 gem. Tarifvereinbarung vom 2. März 2019 (IKT-Beschäftigte)
9	E 12							2					-1	Hebung von E11 (Neubewertung AP)
10									3					Hebung nach E13 gem. Tarifvereinbarung vom 2. März 2019 (IKT-Beschäftigte)
11	E 11						2						-9	Umwandlung nach Kap. 14 01 Titel 422 01
12									5					Hebung nach E13 gem. Tarifvereinbarung vom 2. März 2019 (IKT-Beschäftigte)
13									2					Hebung nach E12 (Neubewertung AP)
14	E 9b							2					+2	Hebung von E 8 (Neubewertung AP aufgrund Aufgabenänderung)
15	E 9a						1						-1	Umwandlung nach Kap. 14 01 Titel 422 01
16	E 8								2				-2	Hebung nach E 9b (Neubewertung AP aufgrund Aufgabenänderung)
Ohne TG 96				2		1	6	12	12				-3	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:*Stellen künftig wegfallend:*

2 Stellen	E 15 Ü at	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 15	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 13	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 12	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
8 Stellen	E 11	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 8	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
6 Stellen	E 6	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	E 15 Ü at	in A16	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B3	Präsident oder Präsidentin des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in, Leitende(r) Vermessungsdirektor/-in	8	4	4
A15	Regierungsdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in	18	22	22
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Vermessungsobererrat/-rätin	29	25	25
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin	3	7	7
A13 L2.1	Regierungsoberratsrat/-rätin, Vermessungs-/Kartographenoberratsrat/-rätin	24	23	23
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Vermessungs-/Kartographenamtsrat/-rätin	67	67	67
A11	Regierungsamtman/-frau, Vermessungs-/Kartographenamtman/-frau	66	68	68
A10	Regierungsoberinspektor/-in, Vermessungs-/Kartographenoberinspektor/-in	13	11	11
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in, Vermessungs-, Kartographenamtsinspektor/-in	56 ¹⁾	56 ¹⁾	56 ¹⁾
A8	Regierungshauptsekretär/-in, Vermessungs-/Kartographenhauptsekretär/-in	36	36	36
A7	Regierungsobersekretär/-in, Vermessungs- und Kartographenobersekretär/-in	43	29	29
Summe :		364	349	349

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes.Gruppe*

A15	Regierungsdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in	0	1	1
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Regierungsoberratsrat/-rätin, Vermessungs-/Kartographenoberratsrat/-rätin	3	3	3
Summe [Leerstellen]:		4	5	5

1) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 LBesG LSA

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16										4		-4	Senkung nach A15 (Organisationsänderung)
2	A15									4			+4	Senkung von A16 (Organisationsänderung)
3	A14				1								-4	Umsetzung nach Kap. 14 01 Titel 422 01
4											3			Senkung nach A13 L2.2 (Organisationsänderung)
5	A13 L2.2							1					+4	Hebung von A 13 L2.1 (infolge Neubewertung DP)
6										3				Senkung von A14 (Organisationsänderung)
7	A13 L2.1								1				-1	Hebung nach A 13 L2.2 (infolge Neubewertung DP)
8	A11							2					+2	Hebung von A 10 (infolge Neubewertung DP)
9	A10								2				-2	Hebung nach A 11 (infolge Neubewertung DP)
10	A7		6										-14	Einsparung (Einhaltung Stellenobergrenze)
11					6									Umsetzung nach Kap. 14 01 Titel 422 01
12					2									Umsetzung nach Kap. 14 01 Titel 422 01
Ohne TG 96			6		9			3	3	7	7		-15	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
13	A15	1											+1	Sonderurlaub
Leerstellen		1											+1	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 41				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A13 L2.2	Vermessungsreferendar/-in	12 ¹⁾	12 ¹⁾	12 ¹⁾
A10	Vermessungs-/Kartographenoberinspektoranwärter/-in	10 ¹⁾	10 ¹⁾	10 ¹⁾
A7	Vermessungs-/Kartographenobersekretäranwärter/-in	5 ¹⁾	5 ¹⁾	5 ¹⁾
Summe :		27	27	27

- 1) Für die Zeit der Laufbahnprüfung/Wiederholungsprüfung sind insgesamt 27 Stellen mit je zwei Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst besetzbar.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	3	3	3
E 12	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	36	36	36
E 11	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	88	89	89
E 10	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	33	32	32
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	89	89	89
E 8	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	109	108	108
E 7	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	58	58	58
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	70	67	67
E 5	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst, Sonstige Dienste	13	13	13
Summe :		499	495	495

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	1	1	1
E 12	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	5	7	7
E 11	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	5	8	8
E 10	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	1	10	10
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	6	6	6
E 8	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	6	6	6
E 7	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	3	3	3
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	2	10	10
Summe [Leerstellen]:		29	51	51

Stellen künftig wegfallend:

4 Stellen	E 9a	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
10 Stellen	E 8	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	E 6	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11							1					+1	Hebung von E10 (infolge Neubewertung AP)
2	E 10								1				-1	Hebung nach E11 (infolge Neubewertung AP)
3	E 8		1										-1	Einsparung (Einhaltung Stellenobergrenze)
4	E 6		3										-3	Einsparung (Einhaltung Stellenobergrenze)
Ohne TG 96			4					1	1				-4	
TG 96													0	
LEERSTELLEN														
5	E 12	2											+2	neue Leerstellen
6	E 11	3											+3	neue Leerstellen
7	E 10	9											+9	neue Leerstellen
8	E 6	8											+8	neue Leerstellen
Leerstellen		22											+22	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

4 Stellen	E 9a	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
10 Stellen	E 8	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	E 6	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B4	Präsident/-in der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt	1	1	1
B2	Abteilungsdirektor/-in	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende(r) Bau-, Regierungsdirektor/-in	5	5	5
A15	Bau-, Regierungsdirektor/-in	21	21	21
A14	Bau-, Oberregierungsrat/-rätin	33	33	33
A13 L2.2	Bau-, Regierungsrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.1	Bau-, Regierungsoberamtsrat/-rätin	45	57	57
A12	Bau-, Regierungsamtsrat/-rätin	44	31	31
A11	Bau-, Regierungsamtmann/-frau	17	16	16
A10	Bau-, Regierungsoberinspektor/-in	8	7	7
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	3	6	6
A8	Regierungshauptsekretär/-in	2	2	2
A7	Bau-, Regierungsobersekretär/-in	1	1	1
Summe :		183	183	183
LEERSTELLEN				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A14	Bau-, Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.2	Bau-, Regierungsrat/-rätin	3	3	3
A13 L2.1	Bau-, Regierungsoberamtsrat/-rätin	5	5	5
Summe [Leerstellen]:		9	9	9

Planstellen künftig wegfallend:

5 Stellen A10

mit Ausscheiden des Stelleninhabers

(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A13 L2.1							12					+12	Hebung von A12 (Neubewertung DP)
2	A12								12				-13	Hebung nach A13 L2.1 (Neubewertung DP)
3											1			Senkung nach A9 L1.2 (Neubewertung DP)
4	A11											1	-1	Senkung nach A9 L 1.2 (Neubewertung DP)
5	A10											1	-1	Senkung nach A9 L 1.2 (Neubewertung DP)
6	A9 L1.2									1			+3	Senkung von A12 (Neubewertung DP)
7										1				Senkung von A11 (Neubewertung DP)
8										1				Senkung von A10 (Neubewertung DP)
Ohne TG 96								12	12	3	3		0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

5 Stellen A10

mit Ausscheiden des Stelleninhabers

(aus HH 2025/2026)

	Stellenanzahl		
	2024	2025	2026

422 41*Bes.Gruppe*

A13 L2.2	Baureferendar/-in	9	9	9
A10	Technische/r Oberinspektorenanwärter/-in	12 ¹⁾	12 ¹⁾	12 ¹⁾
Summe :		21	21	21

1) Bauoberinspektor-Anwärter/in

	Stellenanzahl		
	2024	2025	2026

428 01*EntgeltGruppe*

E 14	Techn.-/Verwaltungsdienst	2	2	2
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	22	38	38
E 12	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	62	50	50
E 11	Techn.-/Verwaltungsdienst	179	175	175
E 10	Techn.-/Verwaltungsdienst	26	26	26
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	95	95	95

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	6	6	6
E 8	Techn.-/Verwaltungsdienst	42	67	67
E 6	Techn.-/Verwaltungsdienst	88	63	63
E 5	Techn.-/Verwaltungsdienst	1	1	1
E 4	Techn. Dienst, Verwaltungsdienst	4	4	4
Summe :		527	527	527

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 15	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	2	2	2
E 13	Techn.-/Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Techn.-/Verwaltungsdienst	11	11	11
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	7	7	7
E 8	Techn.-/Verwaltungsdienst	6	6	6
Summe [Leerstellen]:		27	27	27

Stellen künftig wegfallend:

15 Stellen	E 11	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	E 9b	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	E 8	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	E 6	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13							4					+16	Hebung von E11 (Neubewertung AP)
2								12						Hebung von E12 (Neubewertung AP)
3	E 12								12				-12	Hebung nach E13 (Neubewertung AP)
4	E 11								4				-4	Hebung nach E13 (Neubewertung AP)
5	E 8							25					+25	Hebung von E6 (Neubewertung AP)
6	E 6								25				-25	Hebung nach E8 (Neubewertung AP)
Ohne TG 96								41	41				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

15 Stellen	E 11	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

5 Stellen	E 9b	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	E 8	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	E 6	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 61	(61)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 8	Techn.-/Verwaltungsdienst	1	1	1
E 6	Techn.-/Verwaltungsdienst	0	2	2
E 5	Techn.-/Verwaltungsdienst	2	0	0
Summe :		3	3	3

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Ein-sparun-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
1	2	3	4	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 6							2					+2	Hebung von E5 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
2	E 5								2				-2	Hebung nach E6 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
Ohne TG 96								2	2				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 62	(62)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	25	213	213
E 8	Technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonstige Dienste	179	0	0
E 7	Technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonstige Dienste	0	37	37
E 6	Technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonstige Dienste	37	317	317
E 5	Technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonstige Dienste	326	0	0
Summe :		567	567	567

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 8	Techn.-/Verwaltungsdienst	15	15	15
Summe [Leerstellen]:		15	15	15

Stellen künftig wegfallend:

20 Stellen	E 9a	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	E 7	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
25 Stellen	E 6	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9a							9					+188	Hebung von E5 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
2								179						Hebung von E8 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
3	E 8								179				-179	Hebung nach E9a gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
4	E 7							37					+37	Hebung von E6 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
5	E 6							317					+280	Hebung von E5 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
6									37					Hebung nach E7 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
7	E 5								317				-326	Hebung nach E6 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
8									9					Hebung nach E9a gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
Ohne TG 96								542	542				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

20 Stellen	E 9a	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
5 Stellen	E 7	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)
25 Stellen	E 6	mit Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 63	(63)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	0	10	10
E 8	Sonstige Dienste	10	0	0
E 7	Technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonstige Dienste	0	1	1
E 6	Technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonstige Dienste	0	24	24
E 6	Sonstige Dienste	1	0	0
E 5	Sonstige Dienste	24	0	0
Summe :		35	35	35

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 8	Sonstige Dienste	2	2	2
Summe [Leerstellen]:		2	2	2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9a							10					+10	Hebung von E8 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
2	E 8								10				-10	Hebung nach E9a gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
3	E 7							1					+1	Hebung von E6 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
4	E 6							24					+24	Hebung von E5 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
5									1					Hebung nach E7 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
6												1		Funktionsanpassung von E6 Sonstige Dienste
7	E 6											1	-1	Funktionsanpassung nach E6 Technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonstige Dienste
8	E 5								24				-24	Hebung nach E6 gemäß Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9.12.2023
Ohne TG 96								35	35			1	0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	1401	1406	1409								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	1										1
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	4										4
B4 L2.2			1								1
B3 L2.2	1	1									2
B2 L2.2	16		1								17
Summe	23	1	2								26
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	14	4	5								23
A15 L2.2	37	22	21								80
A14 L2.2	27	25	33								85
A13 L2.2	0	7	2								9
A13 L2.1	37	23	57								117
A12 L2.1	62	67	31								160
A11 L2.1	10	68	16								94
A10 L2.1	4	11	7								22
A9 L1.2	6	56	6								68
A8 L1.2	0	36	2								38
A7 L1.2		29	1								30
Summe	197	348	181								726
Summe 2025	220	349	183								752
Summe 2024	204	364	183								751
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2	2	12	9								23
A10 L2.1		10	12								22
A7 L1.2		5									5
Summe	2	27	21								50
Summe 2025	2	27	21								50
Summe 2024	2	27	21								50
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16	5										5
AT B 9	1										1
AT B 2	0										0
E 15 Ü at	3										3
E 15	11										11
E 14	8		2								10
E 13	13	3	38								54
E 12	21	36	50								107

Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	1401	1406	1409								Summe
E 11	26	89	175								290
E 10	0	32	26								58
E 9b	9		95								104
E 9a	8	89	6								103
E 8	3	108	67								178
E 7		58									58
E 6	10	67	63								140
E 5	3	13	1								17
E 4	6		4								10
E 3	0										0
Summe 2025	127	495	527								1.149
Summe 2024	130	499	527								1.156
Stellen 2025	349	871	731								1.951
Stellen 2024	336	890	731								1.957
Leerstellen: 1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung B B9 L2.2	1										1
Summe Besoldungsordnung A A16 L2.2 A15 L2.2 A14 L2.2 A13 L2.2 A13 L2.1	1 0 2 1 1 2	 1 1 3	 1 3 5								1 0 3 2 4 10
Summe	5	5	9								19
Summe 2025	6	5	9								20
Summe 2024	6	4	9								19
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer E 15 Ü E 15 E 13 E 12 E 11 E 10 E 9b E 9a E 8 E 7	1 1 2 1	 1 7 8 10 6 6 3	 1 11 7 6 6								1 3 4 7 19 10 7 6 12 3

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	1401	1406	1409								Summe
E 6		10									10
Summe 2025	4	51	27								82
Summe 2024	4	29	27								60
Leerstellen 2025	10	56	36								102
Leerstellen 2024	10	33	36								79

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	1401	1406	1409								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	1										1
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	4										4
B4 L2.2			1								1
B3 L2.2	1	1									2
B2 L2.2	16		1								17
Summe	23	1	2								26
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	14	4	5								23
A15 L2.2	38	22	21								81
A14 L2.2	26	25	33								84
A13 L2.2	0	7	2								9
A13 L2.1	38	23	57								118
A12 L2.1	61	67	31								159
A11 L2.1	10	68	16								94
A10 L2.1	4	11	7								22
A9 L1.2	6	56	6								68
A8 L1.2	0	36	2								38
A7 L1.2		29	1								30
Summe	197	348	181								726
Summe 2026	220	349	183								752
Summe 2025	220	349	183								752
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2	2	12	9								23
A10 L2.1		10	12								22
A7 L1.2		5									5
Summe	2	27	21								50
Summe 2026	2	27	21								50
Summe 2025	2	27	21								50
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16	5										5
AT B 9	1										1
AT B 2	0										0
E 15 Ü at	3										3
E 15	11										11
E 14	8		2								10
E 13	13	3	38								54
E 12	21	36	50								107

	Kapitel										
	1401	1406	1409								Summe
E 11	26	89	175								290
E 10	0	32	26								58
E 9b	9		95								104
E 9a	8	89	6								103
E 8	3	108	67								178
E 7		58									58
E 6	10	67	63								140
E 5	3	13	1								17
E 4	6		4								10
E 3	0										0
Summe 2026	127	495	527								1.149
Summe 2025	127	495	527								1.149
Stellen 2026	349	871	731								1.951
Stellen 2025	349	871	731								1.951
Leerstellen: 1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B B9 L2.2	1										1
Summe Besoldungsordnung A	1										1
A16 L2.2	0										0
A15 L2.2	2	1									3
A14 L2.2	1		1								2
A13 L2.2		1	3								4
A13 L2.1	2	3	5								10
Summe	5	5	9								19
Summe 2026	6	5	9								20
Summe 2025	6	5	9								20
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 15 Ü	1										1
E 15	1		2								3
E 13	2	1	1								4
E 12		7									7
E 11		8	11								19
E 10		10									10
E 9b			7								7
E 9a		6									6
E 8		6	6								12
E 7		3									3

Zergliederung der Stellen,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	1401	1406	1409								Summe
E 6		10									10
Summe 2026	4	51	27								82
Summe 2025	4	51	27								82
Leerstellen 2026	10	56	36								102
Leerstellen 2025	10	56	36								102

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

[illegible]

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 15

**Ministerium für Wissenschaft, Energie,
Klimaschutz und Umwelt - Energie,
Klimaschutz und Umwelt -**

Vorwort zum Einzelplan 15

Der Einzelplan 15 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) für den Bereich Energie, Klimaschutz und Umwelt.

Energie sowie Klima- und Umweltschutz zählen zu den wichtigsten Zukunftsthemen - weltweit, in Deutschland und insbesondere auch in Sachsen-Anhalt.

Die - inzwischen überwundene - Energiekrise infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine seit Februar 2022 hat gezeigt, dass die deutsche Abhängigkeit von Energieträger-Importen deutlich reduziert werden muss. Im Mittelpunkt stehen hierbei gleichermaßen ein forcierter Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz, für die wir die erforderlichen Rahmenbedingungen setzen müssen. Dieser Ausbau erstreckt sich inzwischen nicht nur auf Wind- und Sonnenkraft, sondern bedarf in Kenntnis der Internationalität der Energiewirtschaft zudem erheblicher Investitionen in die Infrastruktur. Dadurch stärken wir nicht nur unsere Energiesouveränität, sondern zugleich auch den Klimaschutz. So senkt der dringend notwendige Übergang von fossilen, klimaschädlichen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen den Ausstoß an Treibhausgasen und sorgt damit für eine Begrenzung des allgegenwärtigen Klimawandels.

Ein konsequenter Natur- und Umweltschutz wiederum kann dazu beitragen, die Auswirkungen und die Folgen des anthropogenen Klimawandels in Form zunehmender Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Dürreperioden, Stürme und Starkregen auch in unserem Bundesland spürbar zu mindern. Aus den genannten Gründen ist es für Sachsen-Anhalt unerlässlich, in die drei Zukunftsthemen Energie, Klimaschutz und Umwelt zu investieren.

A. Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

1. Hochwasserschutz und Starkregenrisikomanagement

Die Umsetzung der 2007 in Kraft getretenen EG-Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (HWRM-RL) bildet mit ihrem Fokus auf modernen Hochwasserschutz - auch bedingt durch die Hochwasserereignisse 2002, 2013 und 2023/24 - ein zentrales Ziel der Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Verringerung nachteiliger Hochwasserfolgen, die großflächige Wiedergewinnung und Sicherung natürlicher Überschwemmungsgebiete, die Schaffung von weiterem Retentionsraum zum Wasserrückhalt sowie der Erhalt, der Neubau und die gezielte Anpassung bestehender Hochwasserschutzanlagen. G gleichermaßen sollen vorhandene Synergien zwischen Naturschutz, Gewässerschutz und Hochwasserschutz noch intensiver genutzt sowie das 2023 initiierte Deichvorland- und Auenmanagement zum Erhalt eines Status quo an der Elbe konsequent fortgeführt werden. Neben einem nachhaltigen und solidarischen Hochwasserschutz bildet dieses Vorgehen im Rahmen des 6jährigen Umsetzungszyklus der HWRM-RL einen wichtigen Baustein bei der Anpassung an Extremwetterereignisse im Zuge der Klimaveränderungen.

Die Umsetzung der HWRM-RL stellt eine besondere Herausforderung dar, welche, trotz der großen und sichtbaren Erfolge bei der Verbesserung des Hochwasserschutzes, in den kommenden Jahren weiterhin einen kontinuierlichen und hohen Investitionsbedarf erfordert. Dies gilt auch für das Starkregenrisikomanagement, das mit der Zunahme extremer Niederschlagsereignisse verstärkt zu berücksichtigen ist. Die Auswertung der Hochwasserereignisse im Juni 2013, im Juli 2017 (Harz), im Juli 2021 (Ahrtal) sowie im Dezember 2023/Januar 2024 hat darüber hinaus das dringende Erfordernis einer weiteren finanziellen Unterstützung der Kommunen bei den in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben zur Verbesserung des Hochwasserrisikomanagements, insbesondere im Bereich des Starkregenmanagements, verdeutlicht.

2. Gewässerschutz

Die EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ist seit Dezember 2000 in Kraft. Sie gibt europaweit einen Ordnungsrahmen für die Bewirtschaftung der Gewässer vor. Der Bundesgesetzgeber hat die WRRL im Wasserhaushaltsgesetz und in den darauf fußenden Verordnungen umgesetzt. Sie bestimmt, dass die natürlichen oberirdischen Gewässer grundsätzlich spätestens bis 2027 einen „guten Zustand“, die erheblich veränderten Gewässer und die künstlichen Gewässer einen „guten chemischen Zustand“ sowie das „gute ökologische Potential“ und das Grundwasser einen „guten chemischen und mengenmäßigen Zustand“ aufweisen müssen, wenn natürliche Gegebenheiten dies nicht verhindern oder weniger strenge Bewirtschaftungsziele für den Wasserkörper in Anspruch genommen werden. Um dieses anspruchsvolle Ziel zu erreichen, waren Bewirtschaftungspläne und entsprechende Maßnahmenprogramme aufzustellen, die einen Zeitraum von jeweils sechs Jahren umfassen. Der dritte Bewirtschaftungszeitraum hat am 22.12.2021 begonnen. Die Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme für diesen Zeitraum sind veröffentlicht und damit behördenverbindlich. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel dienen der Umsetzung der Maßnahmen und der Erfüllung der Anforderungen der EG-WRRL. Ein Verfahren der KOM wegen der Prüfung einer eventuellen Nicht-Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie konnte mit Verweis auf die laufende Umsetzung der Maßnahmen des dritten Bewirtschaftungsplans abgewendet werden.

3. Naturschutz

Der Rückgang und der Verlust von Arten sowie Beeinträchtigungen der Biodiversität sind aufgrund verschiedener Ursachen nicht aufzuhalten. Die Instrumente des Naturschutzes werden so eingesetzt, dass sie dem Rückgang, dem Verlust sowie den Beeinträchtigungen möglichst entgegenwirken und zu einer Verbesserung von Natur und Landschaft führen.

Der Schutz, der Erhalt und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt sowie der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen sind von übergeordneter Bedeutung und eine zentrale Aufgabe des Landes zur Erfüllung internationaler (Übereinkommen über die biologische Vielfalt, CBD), europäischer (EU-Biodiversitätsstrategie, Natura 2000) und nationaler (Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt) Zielstellungen und Verpflichtungen. Die damit verbundenen Herausforderungen sind nur ressortübergreifend zu lösen. Die Landesregierung hat deshalb bereits 2010 eine sektorübergreifende Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt verabschiedet, in der skizziert ist, was getan werden müsste. Der Einzelplan 15 leistet hierzu einen entsprechenden Beitrag, insbesondere durch Biotopkartierungen.

Eine besondere Bedeutung kommt den Großschutzgebieten bei der nachhaltigen Entwicklung der Natur- und Kulturlandschaft zu. Der Drömling und die Mittelbe sind als länderübergreifende Biosphärenreservate von der UNESCO anerkannt. Für das Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz ist ebenfalls die Antragstellung auf Anerkennung durch die UNESCO vorgesehen. Eine angemessene Verwaltung aller drei Biosphärenreservate des Landes ist sicherzustellen. Die Naturparke in freier Trägerschaft werden durch das Land bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere denen gemäß der Biodiversitätsstrategie, unterstützt.

Zwei Naturschutzgroßprojekte (NGP) werden derzeit gemeinsam mit dem Bund sowie den jeweiligen Trägern Naturschutzbund Deutschland (NABU) und Heinz-Siellmann-Stiftung umgesetzt, eines zudem mit dem Land Brandenburg. Ein weiteres befindet sich unter Beteiligung des Bundes und des Geo-Naturpark Saale-Unstrut-Triasland e.V. in der Planung (NGP „Saale-Unstrut“).

Das zusammenhängende ökologische Netz Natura 2000 stellt das wichtigste Element der europäischen und nationalen Strategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt und zur Erhaltung der Biodiversität in den Mitgliedsstaaten der EU dar. Die 2018 in Kraft getretene Landesverordnung Natura 2000 und die NSG-Verordnung „Mittelbe zwischen Mulde und Saale“ sichern die Natura 2000-Gebiete als besondere Schutzgebiete und ihren rechtlichen Vollzug. Die zur vollständigen Umsetzung von Natura 2000 notwendigen Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen, die nicht über die Landesverordnung Natura 2000 oder andere Schutzgebietsverordnungen geregelt werden konnten (pro-aktive Maßnahmen), sind im Rahmen verschiedener Aktivitäten zu realisieren. Auch den Forderungen der EU-KOM hinsichtlich der Verbesserung der Beobachtungs- und Kontrollsysteme für ein zielgerichtetes Management ist in diesem Zusammenhang Rechnung zu tragen.

Ein weiteres wichtiges System zur Verbesserung der Biodiversität ist der Arten- und Biotopschutz. Die Erhaltung, die Verbesserung und die Wiederherstellung der Lebensräume der heimischen Arten sind die wichtigsten Voraussetzungen für einen wirksamen Schutz der Artenvielfalt. Der Lebensraumschutz kann nicht allein in den nationalrechtlichen Schutzgebieten konzentriert werden und erfordert in vielen Bereichen weitergehende Schutzkonzepte. Von europaweiter und nationaler Bedeutung sind in diesem System die besonders und streng geschützten Arten, insbesondere die des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und die des Anhangs I der Vogelschutzrichtlinie, welche auf der gesamten Landesfläche zu schützen sind. Für einige dieser Arten trägt Sachsen-Anhalt bundesweit eine besondere Verantwortung. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung, auch gemeinsam mit engagierten Projektpartnern, bedarf jedoch einer entsprechenden finanziellen Ausstattung, die derzeit nicht vollständig gegeben ist.

Ein wichtiges Instrument für die Einschätzung und Entwicklung des Gefährdungsgrades von Arten sind die Roten Listen. Für die gezielte Unterstützung gefährdeter und geschützter Arten dienen Artenhilfsprogramme als fachlich fundierte Konzepte, zu denen sich die Regierungskoalition bekennt und sie auf niedrigem finanziellen Niveau fortführt. Neobiota können gefährdete und geschützte Arten sowie deren Lebensräume bedrohen. Deshalb sind ein Beobachtungssystem und darauf basierende Managementmaßnahmen wesentliche Bausteine, um gefährdete und geschützte Arten rechtzeitig und zielgerichtet vor Beeinträchtigungen durch gebietsfremde Arten zu bewahren. Folglich sind Mittel für das Monitoring invasiver Arten vorgesehen.

Seit der Ausweisung des Grünen Bandes als Nationales Naturmonument im Jahr 2019 gilt es, die gesetzlichen Vorgaben fortwährend umzusetzen, d. h. die planerischen Voraussetzungen für die Erhaltung und die Entwicklung des Biotopverbundes im Einklang mit der Erinnerungskultur zu schaffen und die Chancen für den Naturschutz, die Erinnerungskultur sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung zu nutzen.

Die Landschaftsplanung ist das zentrale vorsorgeorientierte Planungsinstrument von Naturschutz und Landschaftspflege. Mit ihr wird dementsprechend ein ganzheitlicher, flächendeckender Ansatz zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft verfolgt. Sie ist zudem wichtige Grundlage für die Berücksichtigung der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege in der Landesraumordnung, ordnet sich deshalb gut in die Fortschreibung der Landesentwicklungsplanung ein und ist somit auch wichtige Grundlage für effektive Standortentscheidungen von Investoren. Die Fortschreibung des landesweiten Landschaftsprogramms, bei dem die Kulturlandschaften Sachsen-Anhalts eine besondere Rolle einnehmen, ist damit eine zentrale Aufgabe in der aktuellen Legislaturperiode. Die Fortschreibung der Landschaftsrahmenpläne der Landkreise und kreisfreien Städte, für die in den Jahren 2023 und 2024 die konzeptionellen Vorarbeiten durchgeführt wurden, kann aufgrund begrenzter Mittel vorläufig nicht realisiert werden.

4. Bodenschutz

Böden sind eine begrenzte und nicht erneuerbare Naturressource. Der Boden ist in seiner Funktion als natürlicher Kohlenstoffspeicher auch für den Klimaschutz von überragender Bedeutung. Es ist deshalb Aufgabe des Bodenschutzes, die Böden in ihrer Multifunktionalität zu schützen und zu erhalten. Das schließt die nachhaltige Sicherung und Vermeidung von Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen und der Funktionen als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte sowie die Abwehr von schädlichen Bodenveränderungen ein. Mit dem Schutzgut Boden ist sparsam und schonend umzugehen; die Bodenversiegelung ist auf das notwendige Maß zu begrenzen und die Wiedernutzbarmachung bereits veränderter und beeinträchtigter Flächen anzustreben. Die Inanspruchnahme von Böden für Siedlungs- und Verkehrsflächen ist auf unter 1 ha/d zu begrenzen.

Das Verfahren zur Bodenfunktionsbewertung Sachsen-Anhalt, das die Eignung der Böden des Landes zur Wahrnehmung ihrer natürlichen Funktionen darstellt, gewährleistet eine gezielte Lenkung von Flächenneuansprüchen für Siedlung und Verkehr, um der im Klimaschutzplan langfristig angelegten Zielvorgabe der Reduzierung des Flächenverbrauches bis zum Jahr 2050 auf Netto-Null und somit dem Erreichen einer Flächenkreislaufwirtschaft zu entsprechen. Der zu erstellende Bodenschutzplan für das Land Sachsen-Anhalt stellt als strategisch ausgerichtete Fachplanung darüber hinaus eine der maßgebenden Grundlagen für die landeseinheitliche Umsetzung der Anforderungen des Bodenschutzes im Land und für die Berücksichtigung der Belange des Bodenschutzes in den verschiedenen Planungsebenen dar (so im Rahmen der Landes- und Regionalentwicklung bzw. auch der Kommunalplanung mit der Bauleitplanung).

5. Kreislauf- und Abfallwirtschaft

Die Kreislauf- und Abfallwirtschaft verändert sich insbesondere durch europäische Vorgaben hin zu einem Ressourcenmanagement. Mit den Aktionsplänen der Europäischen Union zur Kreislaufwirtschaft, dem Europäischen Grünen Deal für eine nachhaltige und klimafreundliche Wirtschaft sowie dem Legislativpaket zur Kreislaufwirtschaft wurden zentrale Abfallrichtlinien geändert. Anliegen dieser Fortentwicklung ist es, die Abfallvermeidung zu stärken, das Recycling voranzubringen sowie einen Binnenmarkt für Sekundärrohstoffe zu schaffen. Im Rahmen der Kunststoffstrategie wurde unter anderem die EU-Einwegkunststoff-Richtlinie erlassen. Von der Bundesregierung wurde im Juni 2024 der

Entwurf der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie im Ergebnis eines umfangreichen Dialogprozesses mit einer Vielzahl von Akteuren entlang der gesamten Wertschöpfungskette und verschiedener Branchen vorgelegt. Diese Strategie definiert ebenfalls langfristige Rahmenbedingungen.

Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft wird abgesichert durch die Getrennthaltung der Abfallströme, die Steigerung der verwertbaren Abfallmenge sowie die Etablierung hochwertiger Verfahren und Stoffströme.

Es sollen für Mensch und Umwelt schädliche Stoffe und Verbindungen dauerhaft aus dem Wertstoffkreislauf hinausgelöst werden, um eine Verschleppung in die verschiedenen Schutzgüter zu verhindern.

6. Immissionsschutz

Mit der Richtlinie 2008/50/EG über die Luftqualität und saubere Luft Europas werden Luftqualitätsziele und Grundsätze für eine gemeinsame Strategie zum Schutz vor schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt festgelegt. Die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht erfolgt durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und die 39. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (39. BImSchV). Als Instrument zur Einhaltung der europarechtlichen Grenzwerte dient die Luftreinhalteplanung. Trotz erstmaliger flächendeckender Einhaltung aller Grenzwerte im Jahr 2018 in Sachsen-Anhalt ist die Luftreinhalteplanung wegen der noch immer hohen Luftbelastung in den Ballungsräumen mit externer Unterstützung fortzuführen. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass die EU den ersten Entwurf der neuen Luftqualitätsrichtlinie vorgelegt hat, die 2024 veröffentlicht wird. Sicher ist, dass die Luftqualitätsgrenzwerte verschärft werden und folglich Fortschreibungen von Luftreinhalteplänen in den kommenden Jahren in Sachsen-Anhalt erforderlich werden könnten.

Im Jahr 2022 wurden in Sachsen-Anhalt Lärmkarten erstellt, in denen unter anderem die von Lärm betroffene Bevölkerung erfasst wird. Auf Grundlage dieser Lärmkarten sind bis Juli 2024 Lärmaktionspläne aufzustellen oder zu überarbeiten. Mit den Lärmaktionsplänen sollen Lärmprobleme und Lärmauswirkungen geregelt werden. Um den europäischen Vorgaben bei der Lärminderungsplanung gerecht zu werden, wird das Land die zuständigen Gemeinden weiterhin mit Fachwissen unterstützen.

7. Umsetzung der Wasserstoffstrategie

Insbesondere dem Sektor des produzierenden Gewerbes mit einem hohen und CO₂-intensiven Energiebedarf steht im Rahmen von Strukturwandel und Defossilisierung ein großer Transformationsprozess bevor, der durch innovative Energietechnologien zur Sektorenkopplung und zum Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft vorangebracht werden muss. Damit wird der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt gesichert und zukunftsfähig positioniert, was angesichts der bisherigen Abhängigkeit von russischem Erdgas von zentraler Bedeutung ist und eine nicht zu unterschätzende Aufgabe darstellt. Dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft dienen Förderschwerpunkte des Bundes und der EU, an denen Sachsen-Anhalt zur Unterstützung der energieintensiven Wirtschaft, nicht nur im Chemiedreieck, partizipiert:

- Die Förderung des Bundes und der Länder von IPCEI-Infrastrukturvorhaben zum Anschluss Mitteldeutschlands an das europäische Wasserstoffleitungsnetz (European Hydrogen Backbone), Bund und Land unterstützen dieses Projekt mit insgesamt etwa 180 Mio. €, Sachsen-Anhalt trägt einen Anteil von rund einem Drittel.
- Die EU fördert über den Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund, JTF) den Ausbau des „Grünen Wasserstoffs“ für Bedarfe der Industrie.

8. Energie- und Wärmewende

Zentraler Baustein zur Erreichung der Klimaneutralität Deutschlands ist die vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien. Die Dringlichkeit und die Bedeutung dieses Transformationsprozesses haben sich vor dem Hintergrund der Energiekrise nochmals erhöht. Die erneuerbaren Energien sind der Schlüssel für eine preiswerte und sichere Energieversorgung in der Zukunft. Sachsen-Anhalt leistet einen entscheidenden Beitrag für das Gelingen der Energiewende in Deutschland und gehört in vielen Bereichen der erneuerbaren Energien zu den Vorreitern. Mit über 5,3 Gigawatt Windenergieleistung und über 4,1 Gigawatt Solarenergieleistung nimmt Sachsen-Anhalt Spitzenstellungen im Bundesländervergleich ein. Bereits jetzt liegt der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung in Sachsen-Anhalt bei über 60 Prozent.

Die Energiepolitik der Landesregierung wird von dem Bekenntnis zur Notwendigkeit der Energiewende und von der Zielstellung einer hundertprozentigen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien im Strom-, Wärme- und Verkehrssektor getragen. Handlungsleitend ist das energiepolitische Zielviereck, bestehend aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Akzeptanz.

Zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele des Landes ist ein verstärkter Zubau von Wind- und Solarenergieanlagen in Sachsen-Anhalt unerlässlich. Sachsen-Anhalt wird mit einem Anteil von 2,2 Prozent der Landesfläche überdurchschnittlich zum bundesweiten Flächenziel nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz beitragen. Flankiert wird der verstärkte Ausbau der erneuerbaren Energien mit Maßnahmen zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung sowie zur Akzeptanzsteigerung. Die Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch eine finanzielle Beteiligung der Kommunen wird als zentraler Schlüssel für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien angesehen. Die erneuerbaren Energien stellen einen Standortvorteil im internationalen Wettbewerb dar und leisten einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung von Industrie und Gewerbe im Land. Sie sind daher als wichtiger Faktor für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt zu betrachten.

Durch das am 01.01.2024 in Kraft getretene Bundesgesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz - WPG) werden die Länder verpflichtet, sicherzustellen, dass auf ihrem Hoheitsgebiet Wärmepläne erstellt werden. Diese dienen der Verwaltung als Planungsinstrument, der Bevölkerung als Orientierungshilfe und geben Planungssicherheit für Infrastrukturunternehmen, um die Wärmeversorgung zukünftig abzusichern. Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern müssen die Wärmepläne bis zum 30.06.2026 erstellen, alle anderen Gemeinden bis zum 30.06.2028.

Darüber hinaus müssen Wärmenetze bis 2045 klimaneutral werden. Hierzu wird durch einen verpflichtenden Anteil erneuerbarer Energien in Wärmenetzen bis 2030 von 30 Prozent und bis 2040 von 80 Prozent der Anteil an fossiler Energie sukzessiv gesenkt.

Im Rahmen des EFRE/JTF-Programms 2021-2027 wird in Sachsen-Anhalt die Energie- und Wärmewende unterstützt. Ziele sind die Nutzung erneuerbarer Energien, die Einsparung von Treibhausgasemissionen und die Steigerung der Energieeffizienz.

9. Chemikaliensicherheit

Die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 14. Oktober 2020 zur europäischen Chemikalienstrategie bleibt ein bedeutender Schritt im Rahmen des „Green Deals“. Diese Strategie verfolgt die Ziele einer schadstofffreien Umwelt und des Schutzes von Gesundheit und Umwelt. Sie umfasst 55 konkrete Vorhaben und Maßnahmen, darunter die Überarbeitung der CLP-Verordnung, die von der EU-Kommission am 19. Dezember 2022 vorgeschlagen wurde. Die enthaltenen Maßnahmen zielen darauf ab, die Umweltverschmutzung zu verringern und nachhaltige Chemikalien bereitzustellen. Diese Überarbeitung ist entscheidend für die EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit und ergänzt die geplante Überarbeitung der REACH-Verordnung. Eine gemeinsame Anstrengung aller Akteure ist erforderlich, um eine lebenswerte Zukunft zu gewährleisten.

10. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Die Auswirkungen des Klimawandels haben sich in den vergangenen Jahren immer deutlicher gezeigt: Hitze, Dürre, Starkregen, Hochwasser, Hagel und Stürme haben Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren teilweise vor große Herausforderungen gestellt. Dies hat dazu geführt, dass die Bedeutung des Themas in allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens gestiegen ist und weiterhin Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Treibhausgasemissionen bis hin zur national angestrebten Netto-Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 zu senken sowie Anpassungen an unvermeidbare Folgen des Klimawandels umzusetzen. Die Information, die Einbeziehung und die Sensibilisierung der verschiedenen Akteure zu den Aspekten Senkung von Treibhausgasemissionen, Erhöhung der Energieeffizienz, Einsatz erneuerbarer Energien sowie Anpassung an den Klimawandel sind dabei wichtige Instrumente auf dem Weg zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Zukunft.

Aufgrund der Komplexität dieser interdisziplinären Themenbereiche und deren Wechselwirkungen bedarf es weiterhin der wissenschaftlichen Begleitung sowie der Durchführung von Wirkungsuntersuchungen, Studien und Modellvorhaben. Darüber hinaus sind Informationskampagnen, Wettbewerbe und Informationsmaterialien für die breite Öffentlichkeit notwendig, um die erforderlichen Transformationsprozesse in der Gesellschaft zu unterstützen und diese für den Wandel zu sensibilisieren.

Mit der Koalitionsvereinbarung für die aktuelle Legislaturperiode wurde für Sachsen-Anhalt ein konkretes Treibhausgas-Minderungsziel von 5,65 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten bis 2026 festgeschrieben. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde von Juli 2022 bis Juni 2023 ein Zukunfts- und Klimaschutzkongress durchgeführt, auf dem Wege und Rahmenbedingungen zur Erreichung dieses Minderungsziels diskutiert wurden. In einem Aktionsplan wurden, daraus resultierend, notwendige Rahmenbedingungen für den Klimaschutz in Sachsen-Anhalt sowie Instrumente und Aktionsschritte festgehalten, die von Teilnehmenden aus Wissenschaft, Verbänden, Kammern, Politik und weiteren Interessenvertretungen erarbeitet wurden.

Im Pariser Klimaabkommen hat sich die internationale Staatengemeinschaft darauf geeinigt, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius, möglichst auf 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. In diesem Kontext hat die Europäische Union im Rahmen des europäischen Green Deal sowie des Maßnahmenpakets „Fit for 55“ die energie- und klimaschutzpolitischen Ziele präzisiert. Ebenso hat die Bundesrepublik Deutschland die klimapolitische Zielsetzung im Rahmen der Novellierung des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) im Sommer 2021 deutlich angehoben, sodass bis zum Jahr 2045 Treibhausgasneutralität erreicht werden soll.

Der Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind also Querschnittsaufgaben, die alle Gesellschaftsbereiche – und innerhalb der Landesregierung alle Ressorts – betreffen. Die Weiterentwicklung und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen für Sachsen-Anhalt sind daher unerlässlich. Kontinuierliche Schwerpunkte in den Bereichen des Klimaschutzes und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels können u. a. die Sensibilisierung der Kommunen für diese Aufgabenbereiche und die Initiierung/Umsetzung kommunaler Anpassungsstrategien bzw. -maßnahmen sowie Klimaschutzkonzepte sein.

11. Strahlenschutz

Im Bereich Atomrecht und Strahlenschutz sorgt das Land Sachsen-Anhalt für einen sicheren Umgang mit radioaktiven Abfällen und für den Schutz des Menschen und der Umwelt vor der schädlichen Wirkung radioaktiver Strahlung. Schwerpunkte sind die sachgerechte Behandlung radioaktiver Altlasten, die Planung und die Organisation von Notfallmaßnahmen bei radiologischen Ereignissen und der Radonschutz. Für sonstige radioaktive Abfälle ist eine Landessammelstelle einzurichten. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen hat das Land Sachsen-Anhalt einen Vertrag zur Mitnutzung der Landessammelstelle des Freistaates Sachsen geschlossen. Das Land führt im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung Planfeststellungs- und -genehmigungsverfahren im laufenden Betrieb und zur Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben nach dem Atomgesetz durch.

12. Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier

Der von Bundestag und Bundesrat beschlossene nationale Kohleausstieg bis spätestens zum Jahr 2038 ist ein wesentlicher Baustein auf dem Weg der Bundesrepublik Deutschland zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2045. Zur Bewältigung der damit verbundenen strukturpolitischen Herausforderungen stellt der Bund auf der Grundlage des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) dem Land Sachsen-Anhalt für seinen Teil des Mitteldeutschen Reviers (Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Mansfeld-Südharz, Saalekreis sowie die Stadt Halle) bis spätestens zum Jahr 2038 insgesamt bis zu 4,8 Milliarden Euro zur Verfügung, davon bis zu 1,63 Milliarden Euro als Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden, unter anderem im Förderbereich Umwelt- und Klimaschutz.

Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer treibhausgasneutralen Kreislaufwirtschaft ist bei der Strukturentwicklung des Mitteldeutschen Reviers Sachsen-Anhalt ein richtungsweisendes Querschnittsthema. Die klimaneutrale Transformation der Energie- und Rohstoffversorgung des Reviers auf der Basis erneuerbarer Energien und des weiteren Aufbaus einer grünen Wasserstoffwirtschaft sowie die innovative Rückgewinnung von Wertstoffen und deren Rückführung in den Wirtschaftskreislauf sind dabei zentrale Bausteine.

Mit dem Just Transition Fund (JTF) der EU steht für das Mitteldeutsche Revier Sachsen-Anhalt in der Strukturfondsperiode 2021-2027 neben dem InvKG ein zusätzliches Förderinstrumentarium zur Verfügung. Von insgesamt dem Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung stehenden JTF-Finanzmitteln in Höhe von rund 364 Millionen Euro fließen 150 Millionen Euro in die Förderung von Vorhaben von Unternehmen zur Erzeugung, zur Speicherung und zum Transport von erneuerbar erzeugtem, grünem Wasserstoff im Industriesektor, weitere 30 Millionen

Euro in die Unterstützung von Vorhaben von kleinen und mittleren Unternehmen, die zum Übergang zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Kreislaufwirtschaft einschließlich der Steigerung der Ressourceneffizienz beitragen.

13. Gender

Ein umfassendes Gender-Management verlangt eine Einbeziehung von unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern in Strukturen, in die Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen, in Produkte, in die Kommunikation und in die Steuerung, um das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern tatsächlich verwirklichen zu können.

In der Koalitionsvereinbarung wurde die Verpflichtung verankert, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung sicherzustellen und die paritätische Besetzung aller Leitungsfunktionen der öffentlichen Verwaltung inklusive der Hochschulen und Schulen zu ermöglichen.

B. Zentrale Zielsetzung in den politischen Handlungsfeldern

1. Hochwasserschutz

- Die strategische Umsetzung der HWRM-RL erfolgt über die Landesstrategie zum Hochwasserschutz. Die Landesstrategie umfasst eine Darstellung und Beschreibung aller in Zuständigkeit des Landes liegenden Maßnahmen auf Basis aktueller Hochwasserrisikomanagementpläne und wird in einem 6jährigen Zyklus (2021-2027) fortgeschrieben bzw. aktualisiert.
- Die Sanierung und Ertüchtigung der Deichsysteme zur Schaffung eines DIN-gerechten Hochwasserschutzes bildet auch weiterhin den wesentlichen Schwerpunkt der Landesstrategie bis 2027. Um das Ausmaß der zu erwartenden klimatischen Veränderungen auf das Hochwasserrisikomanagement künftig zu begrenzen, ist es genauso wichtig, den Flüssen an geeigneten Stellen mehr Raum zurückzugeben und Retentionsflächen bzw. -räume in Form von Deichrückverlegungen und steuerbaren Flutungspoldern zu schaffen. Hierzu hat der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW) potenzielle Standorte für Hochwasserspolder und Deichrückverlegungen an den Gewässern Elbe, Mulde, Saale, Havel, Ohre, Schwarze Elster und Weiße Elster aufgezeigt, die weiter vertiefend untersucht und entsprechend einer Priorisierungssystematik umgesetzt werden sollen. Maßnahmen des LHW und des Talsperrenbetriebs Sachsen-Anhalt zur Hochwasserrückhaltung sind insbesondere auch Bestandteil des Nationalen Hochwasserschutzprogrammes des Bundes, welches nach dem Hochwasserereignis 2013 von den Umweltministern von Bund und Ländern beschlossen wurde.
- Die Schaffung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Einbindung von Hinweiskarten zum Starkregenrisiko in das Informationsportal des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Fortschreibung und Aktualisierung dieser Karten bilden ebenso einen Handlungsschwerpunkt wie die strategische Ausrichtung des Hochwasserrisikomanagements an den zu erwartenden klimatischen Entwicklungen anhand von Klimadaten und Klimaprojektionen für unsere mitteldeutsche Region.
- Um einer signifikanten Erhöhung der Wasserspiellagen bei Hochwasser durch eine Verbuschung der Deichvorländer langfristig entgegenzuwirken, ist es im Sinne des Hochwasserrisikomanagements notwendig, den bisher erreichten Status quo durch gezielte Maßnahmen dauerhaft zu sichern und dabei die Ziele des Hochwasserschutzes und des Naturschutzes in den sensiblen Auenbereichen miteinander zu verbinden.
- Durch die weitere Optimierung der Hochwasservorhersage und die Bereitstellung von Informationsmöglichkeiten für Behörden und Bürger in verschiedenen Medien wird den Anforderungen an eine moderne und zeitnahe Information Rechnung getragen.
- Ein weiterer Baustein zum vorbeugenden Hochwasserschutz ist die ordnungsgemäße Unterhaltung der Gewässer I. und II. Ordnung sowie der dazugehörigen wasserwirtschaftlichen Anlagen, um einen gefahrlosen Wasserabfluss zu gewährleisten. Mit der Novellierung des WG LSA kommt künftig mit der Verbesserung des Gebietswasserrückhaltes eine weitere, ebenso wichtige Aufgabe auf die Unterhaltungspflichtigen zu, um den Klimaveränderungen auch in Trockenperioden gerecht zu werden. Durch die weitere Optimierung der Hochwasservorhersage und die Bereitstellung von Informationsmöglichkeiten für Behörden und Bürger in verschiedenen Medien wird den Anforderungen an eine moderne und zeitnahe Information Rechnung getragen.

2. Gewässerschutz

- Ein wesentlicher Anteil der jährlich geplanten Landesmittel zur Umsetzung der WRRL wird für gesetzlich vorgegebene wasserwirtschaftliche Untersuchungen (Monitoring) der Oberflächengewässer und des Grundwassers verwendet. Dabei stehen biologische Untersuchungen und Untersuchungen gewässerspezifischer Stoffe im Grund- und Oberflächenwasser im Vordergrund. Zu den Projekten zur Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Ziele gemäß WRRL zählt auch die Erstellung der Gewässerentwicklungskonzepte (GEK) in Sachsen-Anhalt.
- Weiterer Ausbau der öffentlichen Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie Unterstützung bei der Bildung leistungsfähiger Organisationsstrukturen.
- Längere und häufigere Hitze- und Trockenperioden werden in den nächsten Jahren zu einem steigenden Wasserbedarf insgesamt sowie zu einem höheren Spitzenwasserbedarf führen. Darüber hinaus wird die hohe Nachfrage nach Ansiedlungsflächen auch für wasserintensive Industriezweige in den nächsten Jahren zu einem steigenden Wasserbedarf führen. Teilweise erreichen die Wassergewinnungsanlagen, die Wasserwerke und die Verteilungsnetze bereits jetzt ihre Kapazitätsgrenzen. Andererseits sind die Wasserversorger bestrebt, die wirtschaftliche Entwicklung im Land Sachsen-Anhalt durch die Bereitstellung von qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu unterstützen. Dafür werden in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen in neue Anlagen, aber auch in deren Substanzerhalt, notwendig sein.

3. Naturschutz

- Weitere Umsetzung der Aufgaben von Naturschutz und Landschaftspflege, insbesondere Durchführung des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 10.12.2010 (GVBl. LSA S. 569)
- Umsetzung von Natura 2000 im Land Sachsen-Anhalt, Erfüllung der proaktiven Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen
- Erhaltung der Biosphärenreservate gemäß den UNESCO-Kriterien sowie Entwicklung des Nationalen Naturmonuments, der ehemaligen innerdeutschen Grenze, zu einem durchgängigen Grünen Band
- Verbesserung des Managements für besonders und streng geschützte Arten, insbesondere die des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und des Anhangs I der Vogelschutzrichtlinie etc.

- Akzeptanzförderung gegenüber Wolf und Biber
- Fortschreibung des landesweiten Landschaftsprogramms unter besonderer Berücksichtigung der Kulturlandschaften Sachsen-Anhalts sowie Fortschreibung der Landschaftsrahmenpläne der Landkreise und kreisfreien Städte
- Managementmaßnahmen wie Beseitigung, Populationskontrolle oder Eindämmung invasiver gebietsfremder Arten sowie Wiederherstellungsmaßnahmen von Biotopen, Lebensraumtypen und Lebensräumen
- die Fortsetzung des „Sofortförderprogramms NaturWasserMensch“ erfolgt 2025 und 2026 auf niedrigerem finanziellen Niveau
- Beibehaltung der ressortübergreifenden Biodiversitätsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt; die Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt wird durch definierte sowie quantifizierbare Ziele und Maßnahmen untersetzt
- Schutz, Erhaltung und Verbesserung von Strukturelementen in der Normallandschaft außerhalb von Schutzgebieten als Lebensraum der Arten der Kulturlandschaft
- Erhaltung und Wiederherstellung der Qualität der naturschutzfachlichen Monitoringsysteme zur Ableitung strategischer Leitlinien für den Arten- und Biotopschutz sowie für die Anpassungen an Landschaftsveränderungen und Klimawandel
- Die Förderung von Naturschutzprojekten im Rahmen von EU-, Bundes- und Landesförderprogrammen, wie z. B. Biodiversität/Schutzgebietssystem Natura 2000 (ELER) und dem nicht-produktiven investiven Naturschutz (GAK), im EU-Förderprogramm Biodiversität/Schutzgebietssystem Natura 2000 (ELER, Förderperiode 2023-2027) wird fortgesetzt.
- Förderung einer effizienten, breitenwirksamen und auf ehrenamtlichem Engagement fußenden Naturschutzarbeit durch die Verstärkung der Förderung der Arbeit der Koordinierungsstellen der Naturschutz- und Landschaftspflegeverbände sowie die allgemeine Förderung des Ehrenamtes

4. Bodenschutz

- Verbesserung der Datenlage und der Datenverwaltung für schädliche Bodenveränderungen und Altlasten, für den Biotop- und Artenschutz sowie für Flächen, die im Rahmen der Eingriffsregelung angelegt wurden
- Schonung der natürlichen Ressource Boden (Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen zur Reduzierung der Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke), Sanierung und Entsiegelung von Flächen, Moorbodenschutz
- Erstellung eines Bodenschutzplanes nach § 8 BodSchAG LSA einschließlich Weiterentwicklung der Bodenfunktionsbewertung
- Altlasten- bzw. Bodensanierung und Bodenschutz im Zusammenhang mit dem Strukturwandel in den Braunkohleregionen Sachsen-Anhalts (Richtlinie Revier 2038 und Just Transition Fund) sowie landesweit über die Richtlinie CLLD EFRE in der Förderperiode 2021-2027 Epl. 13 (EU-Mittel)

5. Kreislauf- und Abfallwirtschaft

- Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung (insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung), Beseitigung von Abfällen gemäß Abfallhierarchie
- umweltgerechte Sammlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen aus Haushaltungen, Gewerbeabfällen, Bioabfällen, mineralischen Abfällen und gefährlichen Abfällen sowie Abfallvermeidung
- Weiterentwicklung der Entsorgungswirtschaft zu einer nachhaltigen und leistungsfähigen Ressourcenwirtschaft
- Stärkung von Wiederverwendung und Verwertung von mineralischen Abfällen
- Aufbau, Pflege/Anpassung und Optimierung abfallwirtschaftlicher Entsorgungsstrukturen
- Fortschreibung der Abfallwirtschaftsplanung, verstärkte Berücksichtigung der Ziele und Instrumente des Abfallvermeidungsprogramms zur Abfallvermeidung
- Optimierung der Anlagen- und Stoffstromüberwachung

6. Immissionsschutz

- Luftreinhalteplanung (5. Teil BImSchG; 39. BImSchV) und Evaluierung bestehender Luftreinhaltepläne
- Umsetzung von EU-Recht der sogenannten Seveso-III-Richtlinie

7. Umsetzung der Wasserstoffstrategie

- Ausbau der erneuerbaren Energien und Systemintegration, u.a. effiziente und zunehmend regionale Nutzung von Strommengen aus erneuerbaren Energien durch Sektorenkopplung (z. B. Power-to-X-Technologien, grüne Wasserstoffwirtschaft) (Änderung Bundesgesetzgebung, insbesondere Marktdesign).
- Aktualisierung und Nachschärfung der Wasserstoffstrategie für Sachsen-Anhalt.
- Das MWU stellt Fördermittel für die landesseitige Förderung der von Bund und Ländern gemeinsam geförderten IPCEI-Vorhaben im Bereich Wasserstoff bereit. Die IPCEI-Infrastrukturvorhaben bilden mittel- und langfristig die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung einer Modellregion für grünen Wasserstoff in Mitteldeutschland und gewährleisten den Anschluss Sachsen-Anhalts an die Wasserstoffleitungen aus Rostock und Salzgitter und damit an das europäische Wasserstoffleitungsnetz (European Hydrogen Backbone). Die beantragten Vorhaben sind Teile eines länderübergreifenden Pipelineausbaus, der nur in seiner Gesamtheit erfolgreich umgesetzt werden kann.
- Um die steigende Wasserstoff-Nachfrage der Industrie zu decken, werden mit im Einzelplan 13 veranschlagten EU-Mitteln über den Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund, JTF) im Förderbereich „Grüner Wasserstoff“ die Erzeugung, die Speicherung und der Transport für die industrielle Nutzung gefördert werden (zukunftsste Wertschöpfungskette). Im Einzelplan 15 werden die erforderlichen Mittel für die Umsetzung der Förderung durch die IB bereitgestellt.

8. Energie- und Wärmewende

Ausbau der erneuerbaren Energien und Systemintegration

- Forcierung der Flächenbereitstellung für Windenergie und Freiflächenphotovoltaik in Verbindung mit lokaler Akzeptanz und finanzieller Beteiligung von Kommunen
- Neue Anforderungen an die Energiewirtschaft (Änderung Bundes- und EU-Gesetzgebung, insbesondere Marktdesign) - stärkere Integration der erneuerbaren Energien und Anpassung des Stromsystems zur Sicherstellung der Energieversorgung u.a. mittels Flexibilitätsoptionen (Speicher, Demand Side Management, flexible Kraftwerke)

- Steigerung der Kosteneffizienz durch die Weiterentwicklung der wettbewerblichen Ermittlung der Förderhöhe (Änderung Bundesgesetzgebung, insbesondere Erneuerbare-Energien-Gesetz)
- Sicherung von Bestandsbioenergieanlagen insbesondere im Kontext landwirtschaftlicher Betriebe (Änderung Bundesgesetzgebung, insbesondere Erneuerbare-Energien-Gesetz)

Kommunale Wärmeplanung

- Sicherstellung einer klimaneutralen Wärmeversorgung bis zum Jahr 2045
- Erstellung von Wärmeplänen gemäß Wärmeplanungsgesetz (Landesgesetz zur Übertragung der Aufgaben aus der Wärmeplanung auf die Kommunen)
- nachhaltige kommunale Wärmeversorgung durch Sektorkopplung und Energieeffizienzsteigerung vorantreiben

9. Chemikaliensicherheit

- Überwachung der Herstellung, des Inverkehrbringens und der Verwendung von gefährlichen Stoffen gemäß den chemikalienrechtlichen Vorschriften
- Vollzug der REACH-Verordnung
- Überwachung von Biozid-Produkten und Biozid-Wirkstoffen sowie von ozonschichtschädigenden bzw. klimawirksamen Gasen gemäß den entsprechenden Verordnungen

10. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

- Weiterentwicklung von Klimaschutzmaßnahmen auf Landesebene
- Umsetzung der Anpassungsstrategie an den Klimawandel; Sensibilisierung für die Aufgabe in allen betroffenen gesellschaftlichen Bereichen und insbesondere Etablierung der Aufgabe auch auf kommunaler Ebene; Durchführung dafür notwendiger Projekte und Forschungsvorhaben
- Förderung innovativer Projekte des Klimaschutzes, der Anpassung an den Klimawandel, der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien
- Landesrechtliche Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes

2022 wurde zur Umsetzung von Energiewende- und Klimaschutzmaßnahmen ein Kommunikationsprozess (Zukunfts- und Klimaschutzkongress, ZuKK) gestartet. Dabei sind Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalt in einen gemeinsamen Austausch zum Thema „Klimaschutz“ getreten und haben Maßnahmen/Instrumente priorisiert, mit denen das Land Sachsen-Anhalt die festgelegten Klimaschutzziele erreichen soll.

Für die Umsetzung von Maßnahmen/Instrumenten im Ergebnis dieses ZuKK-Prozesses sind im Einzelplan 15 Haushaltsansätze in folgender Gesamthöhe veranschlagt:

Epl. 15	Gesamt Einzelplan 15	Ausgabenanteile mit Klima-Relevanz
Ausgaben 2025 in €	226.500.300	9.006.655
Ausgaben 2026 in €	231.216.100	14.621.557

11. Strahlenschutz

- Begleitung der Endlagersuche
- Durchführung des Planfeststellungsverfahrens zur Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) und der damit verbundenen Prüfung der Umweltverträglichkeit des Vorhabens sowie des Genehmigungsverfahrens im laufenden Betrieb nach Atomgesetz
- Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt gemäß Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrVG)
- Entsorgung radioaktiver Abfälle
- Erarbeitung von Notfallplänen
- Radonvorsorge

12. Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier

- Entwicklung der Energieversorgung in der Industrieregion auf der Basis erneuerbarer Energien sowie einer grünen Wasserstoffwirtschaft und weiterer Power-to-X-Technologien
- Stärkung von Innovation in der Energiewirtschaft
- stoffliche Verwertung nachwachsender Roh- und Reststoffe
- Initiierung neuer Naturerlebnisräume sowie Etablierung grüner Infrastruktur

13. Förderung nachhaltiger Entwicklung und Bildung für nachhaltige Entwicklung

- ressortübergreifende Federführung für die Koordinierung und Fortsetzung der Nachhaltigkeitsdebatte, für die Fortführung und Reflexion des Nachhaltigkeitsprozesses und die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts, ressortintern und sektorübergreifend sowie Befassung mit ausgewählten Schwerpunktthemen
- Die Förderung und die Koordinierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung als Grundlage für verantwortliches, vorausschauendes Handeln und den Kompetenzerwerb jedes Einzelnen für die nachhaltige Entwicklung in Kommunen und Regionen durch Bildungsprojekte, in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und zur Berufs- und Lebensorientierung sind wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung und für die dafür notwendigen Ideen und Impulse.

14. Information, Innovation und Partnerschaften im Umwelt- und Klimaschutz

- Neuaufstellung des Umweltinformationssystems
- verstärkte Ausrichtung der Umweltallianz Sachsen-Anhalt als Gesprächsforum zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Kommunen zu aktuellen Themen wie Energie, Klimawandel, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit in Arbeitskreisen, Workshops und vergleichbaren Formaten, Aufbau einer Online-Plattform, Förderung des unternehmerischen Engagements im Umwelt- und Klimaschutz
- Förderung von Forschung und Innovation in den Bereichen Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Nachhaltigkeit

15. Genderziel

Zur Verbesserung der beruflichen Chancen von Frauen in der Umweltverwaltung werden die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere für Eltern durch Maßnahmen, wie zum Beispiel flexible Arbeitszeiten oder Regelungen zur Telearbeit, weiter gestärkt.

Mittels spezieller Fortbildungen für weibliche (Nachwuchs-) Führungskräfte sollen Potenziale geweckt sowie Sozial-, Fach- und Methodenkompetenzen entwickelt und gestärkt werden. Damit sollen mehr Frauen für die Übernahme von Führungsaufgaben gewonnen werden.

Geplante Inanspruchnahme des finanziellen Ermächtigungsrahmens des Einzelplans 15 bezogen auf das Querschnittsziel der „Herstellung der Chancengleichheit von Männern und Frauen“:

Epl. 15	GG2 = Genderziel ist Hauptziel	GG1 = Genderziel ist Nebenziel	GG0 = Gender ist kein Ziel
Ausgaben 2025 in €	10.000	67.751.000	158.739.300
Ausgaben 2026 in €	10.000	67.361.200	163.844.900

C. Organisatorische oder sonstige Veränderungen

Organisatorische Veränderungen sind nicht geplant.

D. EU-Fonds und GAK

Die Förderung auf Grundlage des EFRE/JTF-Programms 2021-2027 trägt zur Verwirklichung folgender Ziele bei:

- Umweltschutz und Risikoversorge
- Internationalität
- grüner, CO₂-armer Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft und einem widerstandsfähigen Europa
- Unterstützung der Kohleregion im Mitteldeutschen Revier in Sachsen-Anhalt bei der Transformation zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft und Gesellschaft

Der EFRE beteiligt sich mit bis zu 60 % an den öffentlichen Ausgaben.

Am 26.08.2022 wurden das ESF Plus-Programm 2021-2027, am 06.09.2022 das EFRE-Programm und am 22.10.2022 der erste Änderungsantrag zum EFRE-Programm mit dem JTF als eigene Prioritätsachse von der Europäischen Kommission genehmigt.

Der ELER unterstützt im ländlichen Raum u. a. Projekte im Umwelt- und Energiebereich. Ziele sind die Gewährleistung der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und der Klimaschutz. Eine besondere Bedeutung nehmen dabei der Natur- und der Umweltschutz sowie der Hochwasserschutz ein.

Die ELER-Mittel speisen sich aus den GAP-Mitteln (GAP = Gemeinsame Agrarpolitik). Der ab 2023 geltende GAP-Strategieplan wurde am 21.11.2022 von der Europäischen Kommission genehmigt. Damit wurde die Grundlage für den Start der ELER-Programme ab Januar 2023 gelegt.

Die europäischen Mittel werden in folgenden Bereichen eingesetzt:

- Naturschutz (ELER-Mittel, wobei in den Jahren 2025 und 2026 keine Neubewilligungen erfolgen)
- Bodenschutz und Altlasten (Mittel aus dem Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier sowie EFRE-Mittel über LEADER/CLLD)
- Wasserwirtschaft (EFRE-Mittel - Verbesserung der Energieeffizienz von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen und ELER-Mittel)
- Hochwasserschutz (EFRE-, ELER- und GAK-Mittel)
- Klimaschutz/Klimaanpassung und Energiewende, inkl. Energieeffizienz, erneuerbarer Energien, Sektorenkopplung (EFRE-Mittel)

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung EFRE VI 2021 - 2027 - ohne JTF
im Bereich des Einzelplans 15 im Haushaltsjahr **2025** geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Übrige (Zuwendungs- empfänger)	Kap.	Tit.
1321	883 65	12.01.0	Energetische Sanierung von öffentlichen Nichtwohngebäuden und öffentlichen Infrastrukturen	10.000.000	0	0	1.111.200		
1321	892 65	12.03.0	Energieeffizienz in Unternehmen - Sachsen-Anhalt ENERGIE	10.000.000	0	0	12.222.200		
1321	892 65	12.05.0	Sektorenkopplung	11.000.000	0	0	29.087.500		
1321	892 65	12.06.0	Energie-Speicherförderprogramm	5.000.000	0	0	7.083.200		
1321	883 65	12.08.1	Sachsen-Anhalt KLIMA III - Klimawandelresilienz	1.900.000	0	0	211.100		
1321	883 65	12.08.2	Sachsen-Anhalt KLIMA III – Starkregenrisikomanagement	6.100.000	0	0	677.800		
1321	893 65	12.07.0	Landeshochwasserschutz	21.330.600	5.688.160	8.532.400	0	1512	893 61
1321	883 65	12.04.0	Energieeffizienz in Trink- und Abwasseranlagen	5.000.000	0	0	5.000.000		
Summe EFRE VI 2025 Epl. 15 (ohne JTF)				16.330.600	5.688.160	8.532.400	55.393.000		

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung EFRE VI 2021 - 2027 - ohne JTF
im Bereich des Einzelplans 15 im Haushaltsjahr **2026** geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Übrige (Zuwendungs empfänger)	Kap.	Tit.
1321	883 65	12.01.0	Energetische Sanierung von öffentlichen Nichtwohngebäuden und öffentlichen Infrastrukturen	30.000.000	0	0	3.333.300		
1321	892 65	12.03.0	Energieeffizienz in Unternehmen - Sachsen-Anhalt ENERGIE	12.000.000	0	0	14.666.700		
1321	892 65	12.05.0	Sektorenkopplung	15.000.000	0	0	39.664.700		
1321	892 65	12.06.0	Energie-Speicherförderprogramm	6.500.000	0	0	9.708.100		
1321	883 65	12.08.1	Sachsen-Anhalt KLIMA III - Klimawandelresilienz	2.600.000	0	0	288.900		
1321	883 65	12.08.2	Sachsen-Anhalt KLIMA III – Starkregenrisikomanagement	7.000.000	0	0	777.800		
1321	893 65	12.07.0	Landeshochwasserschutz	33.042.600	8.811.400	13.217.000	0	1512	893 61
1321	883 65	12.04.0	Energieeffizienz in Trink- und Abwasseranlagen	7.000.000	0	0	7.000.000		
Summe EFRE VI 2026 Epl. 15 (ohne JTF)				113.142.600	8.811.400	13.217.000	58.894.700		

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung EFRE VI 2021 - 2027 - nur JTF
im Bereich des Einzelplans 15 im Haushaltsjahr **2025** geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Übrige (Zuwendungs empfänger)	Kap.	Tit.
1321	892 80	15.01.1	Grüner Wasserstoff	1.000.000	0	0	1.857.200		
1321	892 80	15.01.2	Ressourceneffizienz	4.000.000	0	0	1.555.600		
1321	892 80	15.01.3	Ressourceneffizienz (Einzelprojektvorhaben)	1.000.000	0	0	1.500.000		
1321	892 80	15.01.4	Grüner Wasserstoff (Elektrolyseure)	5.000.000	0	0	10.060.300		
Summe EFRE VI 2025 Epl. 15 (nur JTF)				11.000.000	0	0	14.973.100		

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung EFRE VI 2021 - 2027 - nur JTF
im Bereich des Einzelplans 15 im Haushaltsjahr **2026** geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Übrige (Zuwendungs empfänger)	Kap.	Tit.
1321	892 80	15.01.1	Grüner Wasserstoff	8.000.000	0	0	14.857.200		
1321	892 80	15.01.2	Ressourceneffizienz	16.000.000	0	0	6.222.400		
1321	892 80	15.01.3	Ressourceneffizienz (Einzelprojektvorhaben)	9.300.000	0	0	13.950.000		
1321	892 80	15.01.4	Grüner Wasserstoff (Elektrolyseure)	25.000.000	0	0	50.301.300		
Summe EFRE VI 2026 Epl. 15 (nur JTF)				58.300.000	0	0	85.330.900		

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung ELER 2014 – 2020 und 2023 - 2027
im Bereich des Einzelplans 15 im Haushaltsjahr **2025** geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Übrige (Zuwendungs empfänger)	Kap.	Tit.
1390	893 72	6201	Hochwasserschutz	7.474.200	996.560	1.494.840	0	1514	893 73
1390	684 75	6301	Biodiversität, Schutzgebietssystem Natura 2000	789.300	263.100	0	0	1514	684 71
1390	684 73	6312	Förderung der naturnahen Gewässerentwicklung (Umsetzung WRRL)	0	0	0	0	1514	684 74
1390	684 77	6312/ EURI	Naturnahe Gewässerentwicklung und Umsetzung WRRL	0	0	0	0		
1390	684 77	6301/ EURI	Biodiversität, Schutzgebietssystem Natura 2000	1.695.400	0	0	0		
1390	883 02	6303/ 6304	Dienstleistungs- einrichtungen zur Grundversorgung Trink- /Abwasser	3.746.600			1.248.867		
1391	684 63	EL-0401- 02	Förderung der naturnahen Gewässerentwicklung (Umsetzung WRRL)	3.088.000	722.000	0	0	1512	684 74
1391	893 66	EL-0402	Hochwasserschutz	9.241.100	924.110	1.386.165	0	1512	893 73
1391	684 62	EL-0408	Nicht-produktive Investitionen zum Schutz natürlicher Ressourcen (Biodiversität, Schutzgebietssystem Natura 2000	1.600.000	400.000	0	0	1512	684 71
Summe ELER 2025 Epl. 15				27.634.600	3.305.700	2.881.005	1.248.867		

Übersicht über die im Rahmen der Strukturfondsförderung ELER 2023 - 2027
im Bereich des Einzelplans 15 im Haushaltsjahr **2026** geplanten Maßnahmen

					Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
Kap.	Titel	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel in EUR	Land	Bund	Übrige (Zuwendungs- empfänger)	Kap.	Tit.
1391	684 63	EL-0401-02	Förderung der naturnahen Gewässerentwicklung (Umsetzung WRRL)	3.440.000	860.000	0	0	1512	684 74
1391	893 66	EL-0402	Hochwasserschutz	13.456.500	1.345.650	2.018.475	0	1512	893 73
1391	684 62	EL-0408	Nicht-produktive Investitionen zum Schutz natürlicher Ressourcen (Biodiversität, Schutzgebietssystem Natura 2000)	3.200.000	800.000	0	0	1512	684 71
Summe ELER 2026 Epl. 15				20.096.500	3.005.650	2.018.475	0		

Haushaltsansätze Einzelplan 15 mit Klimaschutzrelevanz

Kapitel	Titel	Bezeichnung	Ansatz 2025 (EUR)	Anteil Klima- schutz- relevanz (%)	Betrag Klima- schutz- relevanz (EUR)	Ansatz 2026 (EUR)	Anteil Klima- schutz- relevanz (%)	Betrag Klima- schutz- relevanz (EUR)	Maßnahmekategorie
15 01	518 13	Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	58.000	18 %	10.440	59.000	18 %	10.620	Verkehr
15 01	685 65	Zuschüsse an die LENA	71.000	43 %	30.530	31.000	39 %	12.090	Energiewirtschaft
15 02	633 08	Mehrbelastungsausgleich Kommunen	513.000	95 %	487.350	509.000	96 %	488.640	Energiewirtschaft
15 02	533 66	Ausbau der Umweltallianz Sachsen-Anhalt	25.500	37 %	9.435	21.100	37 %	7.807	Wirtschaft
15 02	533 71	Klimaschutz, Klimawandel und seine Folgen, Energiewende	140.500	80 %	112.400	100.500	80 %	80.400	Gebäude
15 02	547 71	Klimaschutz, Klimawandel und seine Folgen, Energiewende	10.000	70 %	7.000	10.000	70 %	7.000	Gebäude
15 02	685 71	Klimaschutz, Klimawandel und seine Folgen, Energiewende	10.000	100 %	10.000	10.000	100 %	10.000	Gebäude
15 06	892 01	IPCEI Wasserstoff	8.339.500	100 %	8.339.500	14.005.000	100 %	14.005.000	Energiewirtschaft
					9.006.655				14.621.557

Haushaltsansätze Einzelplan 13 mit Klimaschutzrelevanz, soweit von MWU bewirtschaftet

Kapitel	Titel	Bezeichnung	Ansatz 2025 (EUR)	Anteil Klima- schutz- relevanz (%)	Betrag Klima- schutz- relevanz (EUR)	Ansatz 2026 (EUR)	Anteil Klima- schutz- relevanz (%)	Betrag Klima- schutz- relevanz (EUR)	Maßnahmekategorie
13 21	883 65	EFRE Energieeffizienz- maßnahmen in öffentl. Infrastrukturen; KLIMA III - Klimawandelresilienz und Starkregenrisikomanagement	23.000.000	100 %	23.000.000	46.600.000	100 %	46.600.000	Übergreifende Maßnahmen für Querschnittstechnologien
13 21	892 65	EFRE Energieeffizienz	26.000.000	19 %	4.940.000	33.500.000	19 %	6.365.000	Ausbau Wärmenetz und Erhöhung des EE-Anteils
13 21	892 65		26.000.000	19 %	4.940.000	33.500.000	19 %	6.365.000	Ausbau Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)
13 21	892 65		26.000.000	19 %	4.940.000	33.500.000	19 %	6.365.000	Abwärmenutzung
13 21	892 65		26.000.000	19 %	4.940.000	33.500.000	19 %	6.365.000	Dezentrale Energieversorgung/ Energieträgersubstitution
13 21	892 65		26.000.000	19 %	4.940.000	33.500.000	19 %	6.365.000	Substitution energieintensiver Materialien und Prozesse
13 21	892 65		26.000.000	5 %	1.300.000	33.500.000	5 %	1.675.000	Erweiterung von Netzwerken für betrieblichen Erfahrungsaustausch
					49.000.000				80.100.000

Haushaltsansätze des MWU in den Einzelplänen 13 und 15 zu den Maßnahmen mit Klimaschutzrelevanz nach Handlungsfeldern

Handlungsfelder	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Ansatz 2025 (EUR)	Anteil Klima- schutz- relevanz (%)	Betrag Klimaschutz- relevanz (EUR)	Ansatz 2026 (EUR)	Anteil Klima- schutz- relevanz (%)	Betrag Klimaschutz- relevanz (EUR)
<u>Energiewirtschaft</u>	13 21	892 65	EFRE Energieeffizienz	26.000.000	76 %	19.760.000	33.500.000	76 %	25.460.000
	15 01	518 13	Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	58.000	18 %	10.440	59.000	18 %	10.620
	15 01	685 65	Zuschüsse an die LENA	71.000	43 %	30.530	31.000	39 %	12.090
	15 02	633 08	Mehrbelastungsausgleich Kommunen	513.000	95 %	487.350	509.000	96 %	488.640
	15 06	892 01	IPCEI Wasserstoff	8.339.500	100 %	8.339.500	14.005.000	100 %	14.005.000
				34.981.500		28.627.820	48.104.000		39.976.350
<u>Gebäude</u>	15 02	533 71	Klimaschutz, Klimawandel und seine Folgen, Energiewende	140.500	80 %	112.400	100.500	80 %	80.400
	15 02	547 71		10.000	70 %	7.000	10.000	70 %	7.000
	15 02	685 71		10.000	100 %	10.000	10.000	100 %	10.000
				160.500		129.400	120.500		97.400
<u>Wirtschaft</u>	13 21	883 65	EFRE kom. HWS+TrinkAbw+ Brach+Konv.	23.000.000	100 %	23.000.000	46.600.000	100 %	46.600.000
	13 21	892 65	EFRE Energieeffizienz	26.000.000	24 %	6.240.000	33.500.000	24 %	8.040.000
	15 02	533 66	Ausbau der Umweltallianz Sachsen-Anhalt	25.500	37 %	9.435	21.100	37 %	7.807
				49.025.500		29.249.435	80.121.100		54.647.807

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
15 01	Ministerium		232.200	494.600	505.600	1.232.400	39.801.800
15 02	Allgemeine Bewilligungen		455.100	2.834.400	204.200	3.493.700	676.500
15 03	Landesbetriebe, Anstalten des öffentlichen Rechts		0			0	0
15 04	Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt		95.900	141.000	100.000	336.900	14.557.300
15 05	Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft	21.150.000	50.000	1.572.000	10.221.100	32.993.100	3.464.300
15 06	Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel		0	0		0	
15 09	Umwelt- und Naturschutzverwaltung		425.000	448.500	0	873.500	5.558.600
15 11	Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2007 bis 2013		0			0	
15 12	Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027	772.000	0		9.918.400	10.690.400	
15 14	Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020	0	0	0	1.494.800	1.494.800	
	Summe 2025	21.922.000	1.258.200	5.490.500	22.444.100	51.114.800	64.058.500
	Summe 2024	24.641.400	1.293.000	5.070.000	22.707.500	53.711.900	61.848.800
	2025 mehr(+) / weniger(-)	-2.719.400	-34.800	+420.500	-263.400	-2.597.100	+2.209.700

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
4.836.400	71.000		20.000	1.934.300	46.663.500	-45.431.100	196.000	15 01
2.871.000	8.917.800	0	340.300	64.400	12.870.000	-9.376.300	6.621.400	15 02
4.400	61.273.700		5.236.900		66.515.000	-66.515.000	0	15 03
2.544.300	1.400		892.000	312.600	18.307.600	-17.970.700	196.100	15 04
649.400	2.894.300		23.444.400	52.700	30.505.100	+2.488.000	59.446.600	15 05
303.500	9.391.800		8.339.500		18.034.800	-18.034.800	175.000	15 06
4.799.200	1.816.800		897.500	75.000	13.147.100	-12.273.600	22.249.700	15 09
	0				0	0	0	15 11
	1.172.000		16.530.700	0	17.702.700	-7.012.300	21.039.300	15 12
	263.100		2.491.400	0	2.754.500	-1.259.700	0	15 14
16.008.200	85.801.900	0	58.192.700	2.439.000	226.500.300	-175.385.500	109.924.100	
20.306.300	80.358.400	0	60.511.700	2.030.100	225.055.300	-171.343.400	195.142.800	
-4.298.100	+5.443.500	0	-2.319.000	+408.900	+1.445.000	-4.042.100	-85.218.700	

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
15 01	Ministerium		302.300	494.600	523.700	1.320.600	39.392.700
15 02	Allgemeine Bewilligungen		455.100	3.360.700	171.200	3.987.000	657.200
15 03	Landesbetriebe, Anstalten des öffentlichen Rechts		0			0	0
15 04	Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt		104.900	141.000	100.000	345.900	14.115.300
15 05	Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft	20.700.000	50.000	1.581.700	8.860.000	31.191.700	3.561.500
15 06	Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel		0	0		0	
15 09	Umwelt- und Naturschutzverwaltung		385.000	494.800	0	879.800	5.108.200
15 11	Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2007 bis 2013		0			0	
15 12	Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027	860.000	0		15.235.600	16.095.600	
15 14	Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020	0	0	0	0	0	
	Summe 2026	21.560.000	1.297.300	6.072.800	24.890.500	53.820.600	62.834.900
	Summe 2025	21.922.000	1.258.200	5.490.500	22.444.100	51.114.800	64.058.500
	2026 mehr(+) / weniger(-)	-362.000	+39.100	+582.300	+2.446.400	+2.705.800	-1.223.600

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
4.940.200	31.000		20.000	2.167.000	46.550.900	-45.230.300	125.000	15 01
3.377.100	10.005.000	0	285.300	91.400	14.416.000	-10.429.000	26.623.000	15 02
4.400	54.583.800		6.020.500		60.608.700	-60.608.700	0	15 03
2.539.300	1.400		361.100	345.700	17.362.800	-17.016.900	248.100	15 04
899.500	2.704.300		19.523.300	54.600	26.743.200	+4.448.500	37.360.000	15 05
303.500	11.796.200		14.005.000		26.104.700	-26.104.700	125.000	15 06
4.573.700	1.712.800		902.500	80.000	12.377.200	-11.497.400	25.959.900	15 09
	0				0	0	0	15 11
	1.660.000		25.392.600	0	27.052.600	-10.957.000	15.290.200	15 12
	0		0	0	0	0	0	15 14
16.637.700	82.494.500	0	66.510.300	2.738.700	231.216.100	-177.395.500	105.731.200	
16.008.200	85.801.900	0	58.192.700	2.439.000	226.500.300	-175.385.500	109.924.100	
+629.500	-3.307.400	0	+8.317.600	+299.700	+4.715.800	-2.010.000	-4.192.900	

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 1501, 1502 und 1505 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 297 Vollzeitäquivalente.
Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 1501, 1502 und 1505 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 297 Vollzeitäquivalente.

Aus dem Kapitel 1502 (ausgenommen Titelgruppe 82) finanziertes Personal anderer Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereiches wird auf das VzÄ-Ziel der jeweiligen anderen Behörde/Einrichtung angerechnet.

Aus dem Kapitel 1505 finanziertes Personal des Landesverwaltungsamtes und anderer Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereichs wird auf das VzÄ-Ziel der jeweiligen anderen Behörde/Einrichtung angerechnet.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die sich aus der Arbeit des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt ergebenden Einnahmen und Ausgaben.

Das Ministerium hat derzeit folgende Gliederung:

- Abt. 1 Zentralabteilung
- Abt. 2 Naturschutz, Wasserwirtschaft
- Abt. 3 Energie, Nachhaltigkeit, Strukturwandel
- Abt. 4 Technischer Umweltschutz, Bodenschutz, Klimaschutz
- Abt. 5 Hochschulen, Wissenschaft und Forschung

Einnahmen

111 03	011	Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen der Landesregulierungsbehörde	200.000 397.209	220.000	290.000

Erläuterungen:

Einnahmen der unabhängigen Landesregulierungsbehörde im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinien 2019/944/EG und 2024/1788/EG in Verbindung mit dem Gesetz über die Landesregulierungsbehörde des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Festlegung der Erlösobergrenze für eine Regulierungsperiode umfasst 5 Jahre. Die Gebühren für die Festlegung der Erlösobergrenze werden je nach Fertigstellung der Prüfverfahren über die verbleibenden Jahre der jeweiligen Regulierungsperiode verteilt. Infolge der sehr aufwendigen Prüfverfahren, die sich über die gesamte Regulierungsperiode ziehen, kann eine gleichmäßige Verteilung der Gebühren nicht erfolgen. Die Einnahmen sind zu Beginn einer Regulierungsperiode immer geringer und erhöhen sich zum Schluss der Regulierungsperiode, sodass geringere Einnahmen als 2023 anzusetzen sind. Die Einnahmen werden im Jahr 2026 ansteigen und 2027/2028 zum Ende der 4. Regulierungsperiode den Höchststand erreichen.

111 09	011	Gebühren für GLP-Kommission	1.800 2.552	1.800	1.800

Erläuterungen:

Es handelt sich um Einnahmen aus gebührenpflichtigen Inspektionen der Guten Laborpraxis (GLP) und der Erteilung der Bescheinigungen der Guten Laborpraxis (GLP).

111 11	011	Verwaltungsgebühren	1.000 285	0	0

Erläuterungen:

Gebühren in Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren, Gebühren und Auslagen auf dem Gebiet der Berufsbildung und beruflichen Weiterbildung nach dem Berufsbildungsgesetz sowie sonstige Gebühren aufgrund von Amtshandlungen im Ministerium.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
112 01	011	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	0 0	0	0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
119 01	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit	0 0	0	0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
119 02	011	Einnahmen aus Fachfortbildungsveranstaltungen	1.000 533	1.000	1.000
		Erläuterungen: Gebühren für externe Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt zur Absicherung der entstehenden Kosten.			
119 03	011	Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial	0 0	0	0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
119 04	011	Tagungsgebühren	0 0	0	0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
119 31	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0 0	0	0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
119 41	011	Rückzahlungen von Überzahlungen	500 1.374	500	500
119 46	011	Ersatzleistungen von Versicherungsunternehmen	2.800 1.656	2.500	2.500
119 47	841	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
119 51	011	Vermischte Einnahmen	1.000 24.759	5.000	5.000
		Erläuterungen: Veranschlagt sind geringfügige Einnahmen, die nicht anderweitig zugeordnet werden können.			
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1.200 1.200	1.400	1.500

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 124 01

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Vermietung von nicht genutzten Behindertenparkplätzen.

132 02	011	Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

235 01	011	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	434.300	494.600	494.600
			494.583		

Titelgruppe(n)

61 Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben nach dem SGB IX aus Mitteln der Ausgleichsabgabe

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 01
Titelgruppe 61.

232 61	011	Zuweisungen des Integrationsamtes zum Ausgleich behinderungsbedingter außergewöhnlicher Belastungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0	0

64 Geschäftsstelle BAföG-Digital

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 01
Titelgruppe 64.

381 64	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	259.300	295.800	305.400
			234.600		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Kapitel 1917 Titel 981 68.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	259.300	295.800	305.400

66 Geschäftsstelle AFBG Digital

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 01
Titelgruppe 66.

Erläuterungen:

Die Einnahmen werden aus der entgeltlichen Zurverfügungstellung des betriebenen Online-Antragsassistenten AFBG Digital im Nachnutzungsmodell EfA durch Umlage der entstehenden Kosten auf die nachnutzenden Länder generiert.

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

381 66	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	142.100	209.800	218.300
			146.496		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Kapitel 19 17 Titel 981 73.

Kosten für Fachliche Leitstelle AFBG Digital:

- Personalkosten
- Kosten für Miete, Nebenkosten, Telefon, Post, Reinigung

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	142.100	209.800	218.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister	187.400 189.357	199.300 0	204.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtsgehalt und Familienzuschlag	187.000	194.600	199.500
2.	Dienstaufwandsentschädigung	0	4.300	4.300
3.	Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0	0
4.	Sonderzuwendung	400	400	400
	Summe	187.400	199.300	204.200

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	8.989.800 8.898.317	9.783.600 0	9.851.600 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	8.989.800	9.783.600	9.851.600
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	8.989.800	9.783.600	9.851.600

422 05	011	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Gemäß Vorgaben des MF erfolgt die Veranschlagung ab 2022 in Kapitel 1501 Titel 427 03.

422 41	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	976.000 284.863	630.900 0	742.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	976.000	630.900	742.000
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
4.	Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs-(Forst-)praktikanten	0	0	0
	Summe	976.000	630.900	742.000

427 02	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte - Ansprechpartner Tierschutz	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

427 03	011	Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten	110.900 21.360	191.600 0	272.200 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 03

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte für Arbeitskräfte mit befristeten Verträgen	5.000	5.000	5.000
2.	Entgelte für Praktikantinnen / Praktikanten, Werkstudenten	5.000	5.000	5.000
3.	Entgelte für duale Studiengänge (Wasserwirtschaft, Verwaltungsinformatik / Verwaltungsdigitalisierung)	100.900	181.600	262.200
Summe		110.900	191.600	272.200

Auf Grund des Nachwuchskräftemangels im IT-Verwaltungsbereich und der Wasserwirtschaft werden seit 2023 Qualifizierungsverträge ausgeschrieben für entsprechende Studiengänge an der HS Harz und der HS MD-STD, um Studierende frühzeitig auswählen und binden zu können.

427 31	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	10.500 6.674	6.700 0	6.700 0

Erläuterungen:

Entschädigungen für Prüfungen und Lehrgänge im Rahmen der Laufbahnausbildung der Referendare und Anwärter der Fachlaufbahnen des MWU der Laufbahngruppe 2, 1. und 2. Einstiegsamt.

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.077.600 11.250.684	11.387.700 0	9.641.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.063.400 11.014.200	1.128.600 10.259.100	1.002.100 8.638.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		12.077.600	11.387.700	9.641.000

428 51	011	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.700 0	0 0	0 0

431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	257.800 235.010	191.400 0	196.100 0

432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	11.739.400 11.878.553	13.185.100 0	13.925.800 0

432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	985.700 961.820	1.130.300 0	1.214.500 0

434 01	011	Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Sachsen-Anhalt" aus der Versorgungsanpassung	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	410.400 396.865	451.700 0	500.500 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
441 05	841	Beihilfen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
443 01	841	Fürsorgemaßnahmen und Unterstützungen	11.500 9.353	9.400 0	9.400 0
		Erläuterungen: Leistungen der Dienstunfallfürsorge.			
443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	800 510	600 0	600 0
443 03	841	Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz und arbeitsmedizinische Vorsorgeleistungen	24.700 12.851	12.900 0	12.900 0
443 06	841	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
443 07	841	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	11.700 982	1.000 0	1.000 0
446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	1.958.300 1.900.851	2.262.000 0	2.442.500 0
453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	4.600 8.401	8.400 0	8.400 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Trennungsgeld	3.100	6.000	6.000
		2. Umzugskostenvergütungen	1.500	2.400	2.400
		Summe	4.600	8.400	8.400
453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	42.000 10.035	10.100 0	10.100 0
		Erläuterungen: Trennungsgeld für die Laufbahnausbildung der Anwärter*innen und Referendare*innen. Eine quantitative Erweiterung der Referendar- und Anwärterausbildung wird in allen Fachlaufbahnen des MWU zur Deckung des Bedarfs an Fachpersonal beabsichtigt.			
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	251.200 234.282	235.500 0	235.500 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	168.400	172.700	181.400
2.	Kommunikation	47.900	31.900	32.300
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30.900	30.900	21.800
4.	Sonstiges	4.000	0	0
	Summe	251.200	235.500	235.500

zu 1.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.1	Bibliotheksaufwand	146.400	152.700	160.400
1.2	Sonstiger Geschäftsbedarf	22.000	20.000	21.000
	Summe	168.400	172.700	181.400

zu 2.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
2.1	Post	11.000	9.000	9.000
2.2	Telekommunikation	34.000	20.000	20.400
2.3	Rundfunk- und Fernsehgebühren	2.900	2.900	2.900
	Summe	47.900	31.900	32.300

zu 3.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
3.1	Dienstzimmerausstattung	23.400	23.400	14.300
3.2	Bürotechnik	6.000	6.000	6.000
3.3	Wirtschaftsgeräte	1.000	1.000	1.000
3.4	Werkstattausrüstung	500	500	500
	Summe	30.900	30.900	21.800

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	89.000	94.200	95.600
			60.426	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	80.200	65.000	66.300
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	6.000	2.700	2.700
3.	Verbrauchsmittel	2.800	26.500	26.600
4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	89.000	94.200	95.600

zu 1. Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

		2023	2024	2025	2026
1.	Pkw (Eigentum)	0	1	0	0
2.	Pkw (Leasing)	9	8	8	8
	Zusammen	9	9	8	8

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

zu 1. Haltung von Fahrzeugen

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Betriebsstoffe	50.000	41.000	41.800
2.	Unterhaltung und Instandsetzung	25.000	20.000	20.500
3.	Kfz-Steuer	1.200	1.000	1.000
4.	Sonstiges	4.000	3.000	3.000
	Summe	80.200	65.000	66.300

zu 2. Dienstkleidungszuschuss

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstkleidungszuschuss Referendare/Anwärter	4.000	2.500	2.500
2.	Dienstkleidungszuschuss Bedienstete MWU	2.000	200	200
	Summe	6.000	2.700	2.700

zu 3. Verbrauchsmittel

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Schädlingsbekämpfung	1.300	0	0
2.	Händedesinfektion	1.500	1.500	1.600
3.	Verbrauchsmittel für Sanitäranlagen	22.000	25.000	25.000
	Summe	24.800	26.500	26.600

zu 3.3

Die Verbrauchsmittel für Sanitäranlagen waren 2024 in Kapitel 15 01 Titel 517 01 (unter Sonstiges) veranschlagt.

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.742.000	1.341.700	1.378.400
			1.304.235	0	0

Erläuterungen:

		2024	2025	2026
1.	Heizung	360.000	96.000	96.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	500.000	270.000	270.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	362.000	363.000	373.800
4.	Bewachung	216.000	236.000	243.000
5.	Sonstiges	304.000	376.700	395.600
	Zusammen	1.742.000	1.341.700	1.378.400

zu 1.

Absenkung entsprechend dem prognostizierten Preisniveau.

zu 2.

Elektroenergie gem. Vertrag.

zu 3.

Tgl. Unterhaltsreinigung, Glasreinigung.

zu 4.

24-Stunden-Bewachung an 365 Tagen/Jahr.

zu 5.

Übrige Nebenkosten inkl. Verwaltungskostenpauschale, Handwerkerleistungen.

517 30	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch BLSA	0	0	0
			0	0	0

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 30

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

518 01	011	Mieten und Pachten	1.976.400	2.036.700	2.090.700
			1.888.855	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.921.600				1.921.600
2026	1.955.200				1.955.200
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	3.876.800				3.876.800

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	1.895.900	1.958.700	2.011.700
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	80.500	78.000	79.000
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	1.976.400	2.036.700	2.090.700

zu 1.

Die Mietkosten sind enthalten für den Dienstsitz des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt in der Leipziger Straße 58 in Magdeburg (Mietobjekt).

Die Grundmiete beinhaltet die Kosten für Büro-, Kantinen- und Lagerflächen. Darüber hinaus sind Kosten für benötigte Stellflächen für Dienst- und Behindertenparkplätze und für Fahrräder berücksichtigt.

zu 2.

Miete für Kopierer inkl. Service und Kopien; ggf. Mietbusse

518 13	011	Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	60.000	58.000	59.000
			39.330	0	0

Erläuterungen:

		2024/2025 EUR / Monat	2024	2025	2026
LSA 9-1	(Hybrid)	867	10.405	10.405	10.717
LSA 9-2	(Verbrenner)	219	2.627	0	0
LSA 9-3	(E-Fahrzeug)	926	11.114	11.114	11.447
LSA 9-4	(E-Fahrzeug)	677	8.124	8.124	8.368
LSA 9-5	(E-Fahrzeug)	883	10.596	10.596	10.914
LSA 9-6	(E-Fahrzeug)	336	4.032	4.032	4.153
LSA 9-7	(Verbrenner)	274	3.283	3.283	3.382
LSA 9-8	(Verbrenner)	274	3.283	3.283	3.382
LSA 9-9	(Verbrenner)	250	2.999	2.999	3.089
zzgl.	Überführungskennzeichen		108	108	108
zzgl.	Abnutzung (8 * 250 EUR)		2.250	2.000	2.000
zzgl.	Überführungspauschale für die Fahrzeuge		9.000	1.200	1.200
Zusammen		4.706	67.821	57.144	58.760

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

518 30 011 Mietzahlungen an BLSA **0** **0** **0**
0 0 0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

519 01 011 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen **4.000** **4.000** **4.000**
2.397 0 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	4.000	4.000	4.000
Summe		4.000	4.000	4.000

zu 2.
Grundlage ist der Vertrag zwischen dem MWU und den Pfeifferschen Stiftungen Magdeburg.

522 01 011 Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge **424.700** **156.000** **181.000**
174.238 161.000 90.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	71.000	519.700			590.700
2026		389.700	161.000		550.700
2027		145.000		90.000	235.000
2028					
2029 ff.					
Summen	71.000	1.054.400	161.000	90.000	1.376.400

Erläuterungen:

Zur Vereinheitlichung werden ab 2025 folgende Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge in Kap. 1509 Titel 522 79 umgesetzt:

Kapitel 1501 Titel 522 01 Nr. 2 "Artenhilfsprogramme"

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	249.700	156.000	181.000
2.	Gleichartige Beratungsleistungen	140.000	0	0
3.	Sonstige Beratungsleistungen unter 20.000 EUR	5.000	0	0
4.	Ausnahmen gem. § 34a Abs. 5 LHO	30.000	0	0
Summe		424.700	156.000	181.000

zu 1.

	Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1.1	Anpassung der Vermeidungs- und Entsorgungsstrategien im Siedlungsbereich	20.000	25.000	25.000	45.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026	
			Angaben in EUR			
noch zu 522 01						
	1.2	Überwachung Abfallentsorgungsanlagen	0	20.000	20.000	25.000
	1.3	Entwicklung eines Bodenschutzplanes	60.000	60.000	60.000	0
	1.4	Aktualisierung Emissionskataster, Feinscreenings der Ballungsräume, Magdeburg und Halle, Untersuchungen Verkehrssituation	40.000	20.000	40.000	20.000
	1.5	Fachinformationssystem Länderinformationssystem für Anlagen (LIS-A-web - Vorsitz ST in der LG LIS-A-web 2025/26)	36.000	36.000	36.000	0
Zusammen			156.000	161.000	181.000	90.000

zu 1.1

Anpassung der Vermeidungs- und Entsorgungsstrategien im Siedlungsbereich

Für Siedlungsabfälle sind u. a. erweiterte Vermeidungs- und Recyclingvorgaben umzusetzen und neue Bestimmungen für die öffentliche Beschaffung einzuhalten. Die Produktverantwortung wird erweitert und Getrenntsammlungspflichten werden ausgeweitet. Diese Regelungen sind mit wesentlichen Auswirkungen auf die Abfallentsorgung in Sachsen-Anhalt verbunden, sodass die bisherigen Strategien zur Vermeidung und Entsorgung von Abfällen angepasst werden müssen.

Erheblicher Untersuchungsbedarf wird sich nach derzeitigem Stand prioritär aus der derzeit noch laufenden Novellierung der Gewerbeabfallverordnung ergeben. Im Vordergrund stehen die effiziente Überwachung und die Sicherstellung der Getrennthaltungspflichten erstmals im Kontext mit der Rolle der thermischen Restabfallanlagen als ein in Sachsen-Anhalt herausragender Teil der Entsorgungsinfrastruktur.

Im Bereich der abfallrechtlichen Marktüberwachung ist die strategische Ausrichtung für eine effiziente Marktüberwachung vor dem Hintergrund der seit Mitte 2021 geltenden Verordnung (EU) 2019/1020 über die Marktüberwachung und die Konformität von Produkten weiter voranzutreiben.

Die Abschätzung der Auswirkungen auf die öffentliche und private Entsorgungswirtschaft und die Erarbeitung alternativer / angepasster Entsorgungsstrategien wird als Ziel verfolgt.

Die Daten werden zudem für die Validierung des Abfallwirtschaftsplans des Landes benötigt und sind Grundlage für künftige Planfortschreibungen.

Laufzeit: 2025/2026

zu 1.2

Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen

Die Plausibilität von bestimmten Entsorgungswegen soll durch eine punktuelle Tiefenkontrolle der Register bei Erzeugern, Beförderern und Entsorgern überprüft werden. Die Anforderungen an die Registerführung sind in § 49 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes i. V. m. der Nachweisverordnung bestimmt. Vorzugsweise soll sich diese Überprüfung auf Abfallarten erstrecken, deren Auswirkungen bei länderübergreifenden Entsorgungen und grenzüberschreitenden Verbringungen eine Rolle spielen. Zum Jahresanfang 2024 sind wesentliche Neuerungen in der Deponieverordnung (DepV) in Kraft getreten. Ab 01.01.2024 gilt ein Ablagerungsverbot auf Deponien für Abfälle, die zur Vorbereitung zur Wiederverwendung oder zum Recycling getrennt gesammelt wurden sowie für Abfälle, die einer Verwertung zugeführt werden können. Dies regelt der neu eingeführte § 7 Abs. 3 DepV. Erfasst werden danach grundsätzlich alle verwertbaren Abfälle.

Vorzugsweise soll sich die Überprüfung auf Abfallarten erstrecken, deren Auswirkungen bei länderübergreifenden Entsorgungen und grenzüberschreitenden Verbringungen eine Rolle spielen. Die Wirksamkeit des neu geltenden Ablagerungsverbotes für Verwertungsabfälle ist in Sachsen-Anhalt zu überprüfen. Dazu sind Entsorgungsvorgänge zu erfassen und systematisch auszuwerten. Aus der Begutachtung heraus sollen Empfehlungen für die Vollzugsbehörden hinsichtlich der Umsetzung der Regelung entwickelt werden.

Laufzeit: 2026/2027

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

zu 1.3

Entwicklung eines Bodenschutzplanes für Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt stehen Böden durch die Folgen des Klimawandels, wie Trockenheit und Dürre, (Wald) Brände, Starkniederschläge und Extremwetterereignisse, zunehmend unter Stress. Überdies sind steigende Nutzungsansprüche an das Schutzgut Boden und daraus resultierende Flächenkonkurrenzen festzustellen.

Der Bodenschutzplan für Sachsen-Anhalt nach § 8 BodSchAG LSA soll als strategische ausgerichtete Fachplanung diese aktuellen Entwicklungen abbilden und wesentliche Handlungsgrundlage für einen nachhaltigen Umgang mit den Böden Sachsen-Anhalts unter den Herausforderungen der Klimaanpassung und der Energiewende sein. Hervorzuheben ist die Bedeutung eines solchen Bodenschutzplanes als Abwägungsgrundlage bei raumbedeutsamen Planungen und als wichtiger Baustein für die Landesentwicklungsplanung. Die Entwicklung des Bodenschutzplans beinhaltet dazu einerseits die Verbesserung der Datengrundlagen und der Datenverfügbarkeit zum Bodenschutz. Das schließt vor allem externe Bearbeitungen eines auf Landesebene anzuwendenden Bodenfunktionsbewertungsverfahrens unter Berücksichtigung der durch das Bundesbodenschutz- und Altlastengesetz (BBodSchG) rechtlich vorgegebenen Bodenfunktionen ein. Mit dem Bodenschutzplan sollen überdies verschiedener Planelemente, u.a. Karten zu Bodenfunktionen und Bodennutzungspotentialen, zu Böden mit hoher und/oder besonderer Funktionserfüllung und Wertigkeit bereitgestellt werden. Die Entwicklung des Bodenschutzplanes soll auch durch geeignete Mitwirkungs- und Beteiligungsformate mit professioneller Unterstützung und Moderation (u.a. Veranstaltungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung) begleitet werden, um die Transparenz und Akzeptanz einer solchen, verschiedene Rechtsbereiche erfassenden, Fachplanung sicherzustellen.

Der Entwicklung des Bodenschutzplans liegt ein Konzept zugrunde, das den inhaltlichen und zeitlichen Rahmen für die Bearbeitung vorgibt. Auch berücksichtigt es die erforderliche Mitwirkung und Beteiligung anderer Ressorts und der Öffentlichkeit. Das Konzept sieht bis Ende 2024 die Vorlage eines ersten Entwurfs zu einem Bodenschutzplan mit den wesentlichen Handlungsfeldern für den Bodenschutz in Sachsen-Anhalt vor. Dieser erste Entwurf ist in den beiden Folgejahren 2025 und 2026, unter Einsatz von Haushaltsmitteln für die Verbesserung von Datengrundlagen und -verfügbarkeiten zur Bodenfunktionsbewertung, für zu erarbeitende Planelemente sowie für die professionelle Unterstützung und Moderation des Entwicklungsprozesses, weitergehend zu konkretisieren, zu detaillieren sowie ressortübergreifend bis hin zur Vorlage der finalen Fassung und Veröffentlichung abzustimmen.

Laufzeit: 2024 bis 2026

zu 1.4

Aktualisierung Emissionskataster, Feinscreenings der Ballungsräume Magdeburg und Halle, Untersuchungen zu aktuellen Verkehrssituationen, Immissionsmodellierungen zur Abschätzung der Wirkung von Maßnahmen

Nach der RICHTLINIE 2008/50/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa sind von der zuständigen Behörde, das ist in Sachsen-Anhalt das MWU, bei Überschreitungen von Immissionsgrenzwerten oder der Gefahr einer Überschreitung Luftreinhaltepläne aufzustellen bzw. fortzuschreiben. Die EU hat die Novellierung der Richtlinie abgeschlossen. Die neue Luftqualitätsrichtlinie soll im Dezember 2024 veröffentlicht werden.

Die Evaluierung läuft seit 2022; es war bereits für 2023 eine Rechtsanpassung erwartet worden, insoweit waren Haushaltsanmeldungen vorgenommen worden. Sicher ist, dass die Luftqualitätsgrenzwerte verschärft werden und somit könnten Fortschreibungen von Luftreinhalteplänen in den kommenden Jahren in Sachsen-Anhalt erforderlich werden. Aufgrund der Änderungen sind ggf. Untersuchungen zur Sicherstellung des normenkonformen Vollzugs der neugefassten Luftqualitätsrichtlinie in Sachsen-Anhalt durchzuführen. Dafür ist eine qualifizierte Abschätzung zur Luftqualität notwendig. Aktuelle Grundlagendaten sind dafür eine wesentliche Voraussetzung.

Hierzu gehören u. a. das Emissionskataster, Feinscreenings der Ballungsräume Magdeburg und Halle zur Feststellung eventueller neuer Orte von Grenzwertüberschreitungen sowie die aktuelle Verkehrssituationen in den zu betrachtenden Gebieten. Zudem sind die Immissionsmodellierungen zur Abschätzung der Wirkung von Maßnahmen auf die Luftqualität notwendig (insbesondere die Wirksamkeit von verkehrslenkenden Maßnahmen). Die Planungen müssen zudem mit der Lärminderungsplanung abgestimmt werden, um Synergieeffekte zu nutzen.

Laufzeit: 2024 bis 2027

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

zu 1.5

Entwicklung einer modernen Webanwendung für das Fachinformationssystem Länder Informations System für Anlagen (LIS-A-web - Vorsitz ST in der LG LIS-A-web 2025/2026)

Das Fachinformationssystem LänderInformationsSystem für Anlagen (LIS-A) ist eine Fachanwendung mit der anlagenbezogene Vollzugs- und Überwachungsdaten verarbeitet und ausgewertet werden.

Das System unterstützt dabei die Immissionsschutzbehörden unter anderem bei :

- der Durchführung von Genehmigungs- und Anzeigeverfahren,
- der Anlagenüberwachung,
- der Störfallvorsorge und
- der Bearbeitung von Beschwerden und Klagen.

Die Rechtsgrundlage bildet das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) mit seinen Verordnungen (BImSchV). Sachsen-Anhalt ist der LIS-A-Kooperation im Jahr 2018 beigetreten.

Entscheidungsorgan der Länderkooperation ist die Leitungsgruppe (LG), deren Vorsitz turnusmäßig im Zwei-Jahres-Rhythmus unter den zwölf Kooperationspartnern (BE, BB, HH, HE, MV, NI, RP, SN, SH, SL, ST, TH) wechselt. Gemäß Geschäftsordnung der Kooperation vertritt der Vorsitz im Rahmen der Aufgabenerfüllung des Projektes die Partner (nach außen) und hat grundsätzlich die Vergabeverfahren der Kooperation durchzuführen. Gegenwärtig obliegt der Vorsitz SL und geht für die Jahre 2025 und 2026 auf ST über.

525 01	011	Aus- und Fortbildung	218.800	200.000	180.000
			148.868	0	0

Erläuterungen:

		2024	2025	2026
1.	Qualifizierungsbedarfe Fachabteilungen	35.800	20.000	21.000
2.	Führungskräfteschulungen / Frauen in Führungspositionen / Stärkung der Kompetenzen	35.000	25.000	20.000
3.	Coaching	5.000	10.000	10.000
4.	Fachfortbildungsprogramm	25.000	20.000	30.000
5.	IT-Fachanwenderschulungen / E-Learning	35.000	15.000	10.000
6.	Ausbildungslehrgänge Referendare und Anwärtler	20.000	60.000	60.000
7.	sonstige Ausgaben	20.000	20.000	20.000
8.	VIS-Schulungen BioRes und Neueinstellungen	43.000	9.000	9.000
9.	Präsenzschulungen für die Einführung von VIS in den BioRes	0	21.000	0
Zusammen		218.800	200.000	180.000

525 02	011	Fortbildung Personalvertretung-ÖPR / Schwerbehindertenvertretung	6.200	7.000	7.000
			6.835	0	0

Erläuterungen:

Schulungen / Beratungen zu relevanten Themen der Personalratsarbeit / Klausurtagung des ÖPR
Schulungen der Schwerbehindertenvertretung

525 03	011	Fortbildung Personalvertretung- Hauptpersonalrat / Hauptschwerbehindertenvertretung	6.200	6.000	6.000
			5.355	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 03

Erläuterungen:

1. Fortbildung Personalvertretung - Hauptpersonalrat
2. Fortbildung Hauptschwerbehindertenvertretung

Zu 1.

Fachfortbildungen für Vertiefung und Auffrischung spezieller Themen der Personalvertretung (Gesundheitsmanagement, Pflegezeitgesetz, neueste Rechtsprechung)

ca. 5 Supervisionen für spezielle und aktuelle Themen für Personalratsmitglieder, die durch die Grundlagenausbildung des AFI Sachsen-Anhalt nicht abgedeckt werden;

Workshop / Klausur des Hauptpersonalrates und der Ersatzmitglieder

Zu 2.

Das Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) schreibt in § 177 Absatz 1 Satz 1 zwingend vor, dass in Betrieben und Dienststellen, in denen wenigstens fünf schwerbehinderte Menschen nicht nur vorübergehend beschäftigt werden, eine Vertrauensperson und mindestens ein stellvertretendes Mitglied zu wählen sind. Für die Betrauten ergibt sich spezieller Fortbildungsbedarf. Weiterhin hat sich mit dem Bundesteilhabegesetz das Gesetz geändert, welche die wichtigste Grundlage für die Arbeit der Schwerbehindertenvertretungen bildet. EU-Richtlinien sowie Verordnungen wurden ebenfalls neu erlassen bzw. sind derzeit in Erarbeitung, welche wichtige Bausteine bilden für die Tätigkeit der Schwerbehindertenvertretungen. Diesbezüglich sind ebenfalls Schulungen notwendig.

525 09	011	Aus- und Fortbildung der GLP-Kommission und Qualitätsmanagementschulungen	12.600 9.868	15.800 0	16.600 0

Erläuterungen:

1. Weiterbildungsveranstaltungen der Inspektorinnen/Inspektoren zum Verfahren der behördlichen Überwachung der Einhaltung der Grundsätze der "Guten Laborpraxis" (GLP)
2. Schulungen Qualitätsmanagement

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	132.500 31.017	30.000 0	30.000 0

Erläuterungen:

Kosten für Gerichtsverfahren aus den Fachbereichen des MWU.

526 02	011	Sachverständige	34.500 2.901	10.000 0	10.000 0

Erläuterungen:

Sachverständige für die Arbeitssicherheit

526 04	011	Aufwandsentschädigungen	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

526 09	011	Ausgaben für Unterstützungsleistungen i. R. v. Inspektionstätigkeiten der Guten-Labor-Praxis (GLP)	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	100.000 111.283	95.000 0	95.000 0

Erläuterungen:

Reisekostenvergütung an Mitarbeiter/-innen des Ministeriums aufgrund durchgeführter Dienstreisen.

527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	9.000 3.355	5.000 0	5.000 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 03

Erläuterungen:

Gem. § 42 Landespersonalvertretungsgesetz trägt die Dienststelle alle anfallenden Kosten.

527 08	011	Reisekostenvergütung für LAGA	500	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für die Vertretung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) im Sektorkomitee "Laboratorien Umweltbereich" der dt. Akkreditierungsstelle (DAkkS).

527 09	011	Reisekostenvergütungen für GLP-Kommission	1.900	1.400	1.400
			374	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für Kommission "Gute Laborpraxis" (GLP) in Abhängigkeit von Ort und Anzahl der GLP-Inspektionen.

529 01	011	Verfügun gsmittel des Ministers und der Staatssekretäre	7.500	7.500	7.500
			4.335	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

529 05	011	Verfügun gsfonds der Landesregierung	2.700	2.700	2.700
			0	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Anteil des MWU am Verfügun gsfonds der Landesregierung.

531 01	011	Veröffentli chungen	30.000	25.000	25.000
			23.991	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
Sonstige Veröffentli chungen (insb. Stellenausschreibungen)	30.000	25.000	25.000
Summe	30.000	25.000	25.000

Die Haushaltsmittel sind für die Veröffentlichung von Stellenausschreibungen für herausgehobene Dienstposten zu verwenden, um hochqualifiziertes Fachpersonal, etwa in den technischen Bereichen, der allgemeinen Verwaltung (insbesondere Juristen) und in der Naturschutzverwaltung, gewinnen zu können.

Weitere Mittel werden für Werbung und Ausschreibungsveröffentlichungen im Rahmen der Nachwuchskräftegewinnung über die Laufbahnausbildung und duale Studiengänge verwendet, insbesondere hinsichtlich der Wasserwirtschaft und Verwaltungsdigitalisierung.

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	160.000	155.000	155.000
			152.339	0	0

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	30.000				30.000
2026	30.000				30.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	60.000				60.000

Erläuterungen:

- Erstellung und Veröffentlichung von Faltblättern, Broschüren und Berichten, Beiträgen durch Fachjournalisten,
- Durchführung von Pressekonferenzen, Fachkonferenzen einschließlich Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaften, Ausstellungen, Symposien und Seminare zu Fragen der Wissenschafts-, Umwelt-, Naturschutz-, Artenschutz-, Klima- sowie Energiepolitik,
- Durchführung von Aktionstagen, Wettbewerben, Kampagnen in den Bereichen Wissenschaft, Naturschutz und nachhaltige Entwicklung

Zunehmende multimediale Umsetzung von Digitalen Formaten, Kampagnen, Aktionstagen und Wettbewerben in den Social-Media-Kanälen, Ausbau des MWU-Webauftrittes, Erstellung von Onepager, Online-Marketing-Aktionen, vermehrter Einsatz der Veranstaltungsformate "Wettbewerb", "Preis" und "Informationsveranstaltung" um positive Entwicklungen in Sachsen-Anhalt in den Bereichen Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Preisgelder, Giveaways, Durchführung von Preisverleihungen) hervorzuheben und die Bürgerinnen und Bürger zielorientiert zu informieren.

532 02	011	Umweltpreis	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Seit 2023 veranschlagt bei Kapitel 1502 Titel 685 02.

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	196.500	184.200	205.700
			195.841	35.000	35.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		235.000			235.000
2026		100.000	35.000		135.000
2027				35.000	35.000
2028					
2029 ff.					
Summen		335.000	35.000	35.000	405.000

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Zur Vereinheitlichung wird folgende Dienstleistung Außenstehender ab 2025 in Kap. 15 09 Titel 533 79 umgesetzt:

- Kapitel 15 01 Titel 533 01 "Aktualisierung Rote Listen"
- Die VE 2024 i.H.v. 30.000 € wird bei Kapitel 15 09 Titel 533 79 in Anspruch genommen.

Durch die Fachbereiche des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt ist die Umsetzung / Fortführung der nachfolgend aufgeführten Themen vorgesehen.

Die Zuordnung der Barmittelsätze und der VE sowie die zeitliche Abfolge bei der Umsetzung der einzelnen Positionen erfolgt nach jeweils aktueller Prioritätensetzung anhand der fachlichen Erfordernisse.

Berücksichtigung findet hierbei auch die Höhe der jeweils tatsächlich eingegangenen VE.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Zentralabteilung			
		1.1 Poststelle	104.000	114.000	120.000
		1.2 Sonstiges	0	5.300	5.400
		2. Naturschutz und Wasserwirtschaft			
		2.1 Aktualisierung der Roten Listen des Landes	30.000	0	0
		3. Energie, Nachhaltigkeit, Strukturwandel			
		3.1 Öffentlichkeitsarbeit Freiwilliges ökologisches Jahr	4.000	4.000	4.000
		4. Technischer Umweltschutz, Bodenschutz, Klimaschutz			
		4.1 Vollzug REACH-VO und chemikalienrechtliche Überwachung	0	10.000	15.000
		4.2 Verbesserung der Datengrundlage und -verfügbarkeit zur Unterstützung eines nachhaltigen Bodenmanagements	29.300	0	0
		4.3 Vollzug der §§ 44 ff. BImSchG i.V.m. 39. BImSchV: Beschaffung von Daten "Bestand an Kraftfahrzeugen in Sachsen-Anhalt"	6.600	12.000	6.000
		4.4 Begleitung von Aktivitäten und Projekten zum Moorbodenschutz	12.300	0	0
		4.5 Aktualisierung des Online-Assistenten zum LAI- "Leitfaden für die Verbesserung des Schutzes gegen Lärm bei stationären Geräten"	6.300	0	0
		4.6 Vollzug Marktüberwachung	0	14.000	20.000
		4.7 Übertragung der Altbestände des Anzeigeverfahrens nach § 18 KrWG in den neu geschaffenen OZG-Dienst eANZAS	0	20.000	0
		4.8 Finalisierung Bodenschutzplans Sachsen-Anhalt - Datenaktualisierung und Veröffentlichung	0	0	30.000
		5. Informationssystem ICEland	4.000	4.900	5.300
		Summe	196.500	184.200	205.700
537 01	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	1.000	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Entsprechend der Geschäftsverteilungsstruktur sind kleinere Umzüge unvermeidlich, die durch eigenes Personal nicht in vollem Umfang realisiert werden können.			
542 01	331	Umsatzsteuer	1.000	1.000	2.000
			1.297	0	0
		Übertragbar			
		*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.			
		Erläuterungen:			
		Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das MWU (Einzelplan 15) erfolgen zentral aus diesem Titel.			
546 59	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	2.000	2.000	1.200
			1.217	0	0
		Erläuterungen:			
		Geringfügige Ausgaben, die nicht anderweitig zugeordnet werden können.			
547 01	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5.000	5.000	5.000
			3.733	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 547 01

Erläuterungen:

Sachausgaben für die unabhängige Landesregulierungsbehörde im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinien 2019/944/EG und 2024/1988/EG in Verbindung mit dem Gesetz über die Landesregulierungsbehörde des Landes Sachsen-Anhalt.

681 01	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

811 01	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	65.000	0	0
			0	0	0

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	90.000	20.000	20.000
			140.689	0	0

Erläuterungen:

Ersatz und Ergänzung von Mobiliar und Dienstzimmereinrichtungen, Beschaffung von Geräten, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	1.538.800	1.758.000	1.986.800
			1.286.895	0	0

981 02	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	140.000	85.000	85.000
			130.120	0	0

Erläuterungen:

Kosten für die Lieferung von Daten und die Gewährung von Lizenzrechten der Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung zur Nutzung der Geobasisdaten im Rahmen der Fachinformationssysteme und Fachanwendungen. Abführung an Kapitel 14 06 Titel 381 01.

Titelgruppe(n)

61 Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben nach dem SGB IX aus Mitteln der Ausgleichsabgabe

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 15 01 Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Vorsorglich Leertitelgruppe.

429 61	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

547 61	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
				0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

62 Ausgaben für die Ausübung der Vorsitze und Mitarbeit in Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaften und -Arbeitskreisen einschließlich Konferenzen

Übertragbar

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für turnusmäßig vereinbarte Vorsitztätigkeiten des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen von Bund/ Länder-Arbeitsgemeinschaften und Konferenzen sowie für die Mitarbeit in derartigen Gremien.

429 62	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	75.000	0	0
			0	0	0

527 62	011	Reisekosten	5.500	12.000	12.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Im Bereich Atomrecht / Strahlenschutzrecht finden in regelmäßigen Abständen Sitzungen des Länderausschusses für Atomkernenergie / Hauptausschuss und den dazugehörigen Fachausschüssen sowie jährliche Sitzungen der Bund / Länderausschüsse statt (bspw.: FAR - Fachausschuss Recht; FAS - Fachausschuss Strahlenschutz; FAVE - Fachausschuss für nukleare Ver- und Entsorgung).

533 62	011	Dienstleistung Außenstehender	12.800	12.800	22.800
			276.712	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Länderarbeitskreis Energiebilanzen (LAK)	12.800	12.800	12.800
2.	Vorsitz Bund / Länder-Arbeitsgemeinschaften Wasser (LAWA-AH) 2026-2029	0	0	10.000
Summe		12.800	12.800	22.800

zu 1.

Länderarbeitskreis Energiebilanzen:

Es handelt sich um Personal- und Sachmittelkosten der zentralen Organisationseinheit des Länderarbeitskreises für Energiebilanzen (LAK), die anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt werden.

zu 2.

Vorsitz Bund / Länder-Arbeitsgemeinschaften Wasser:

Das Land Sachsen-Anhalt wird turnusgemäß 2026-2029 den Vorsitz des Ständigen Ausschusses Hochwasserschutz und Hydrologie der Bund / Länder-Arbeitsgemeinschaften Wasser (LAWA-AH) übernehmen.

Die Höhe der geschätzten Aufwendungen orientiert sich an den Ausgaben von Sachsen, welche gegenwärtig den Vorsitz des LAWA-AH inne haben.

547 62	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	19.000	9.000	9.000
			5.598	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 547 62

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für turnusmäßig vereinbarte Vorsitztätigkeiten des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen von Bund/ Länder-Arbeitsgemeinschaften und Konferenzen sowie für die Mitarbeit in derartigen Gremien.

Im Jahr 2024 und 2025 hat Sachsen-Anhalt den Vorsitz des Rechtsausschusses (BORA) - ein Ausschuss der Bund / Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz LABO (Arbeitsgemeinschaft der Umweltministerkonferenz). In 2025 wird eine Sitzung in Sachsen-Anhalt stattfinden.

Im Bereich Atomrecht / Strahlenschutzrecht finden in regelmäßigen Abständen Sitzungen des Länderausschusses für Atomkernenergie / Hauptausschuss und der dazugehörigen Fachausschüsse sowie jährliche Sitzungen der Bund / Länderausschüsse statt (bspw.: FAR - Fachausschuss Recht; FAS - Fachausschuss Strahlenschutz; FAVE - Fachausschuss für nukleare Ver- und Entsorgung).

Der Sitzungsort wird für jede dieser Sitzungen neu festgelegt. Die Ausstattung der Sitzung obliegt dem Gastgeberland. Als Gastgeberland sind die Mittel für die Bereitstellung, die Ausstattung von Sitzungsräumen und die Ausgestaltung der gesamten Veranstaltung einzuplanen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	112.300	33.800	43.800
		0	0

63 Gesundheitsmanagement

533 63 011 Dienstleistungen Außenstehender	10.500	9.500	9.500
	9.216	0	0

Erläuterungen:

Die notwendigen Voraussetzungen werden gewährleistet, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeitenden dienen.

Folgende Maßnahmen sind u.a. vorgesehen:

- Förderung von Sport- und Anti-Stress-Kursen
- Angebote zur Gesundheitsförderung
- Durchführung von Gesundheitstagen
- Informationsveranstaltungen / Seminare / Workshops
- Ausstellungen zu gesundheitsrelevanten Themen

547 63 011 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	2.100	1.700	1.800
	1.699	0	0

Erläuterungen:

Sachkosten für die Aktivitäten für die Gesundheitsförderung, z.B. Sportutensilien, Verbrauchsmaterial, Trikots für sportliche Veranstaltungen (Außenwerbung).

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	12.600	11.200	11.300
		0	0

64 Geschäftsstelle BAföG-Digital

- * Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 01 Titelgruppe 64.

Erläuterungen:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet den Bund und die Länder, bis spätestens zum Ablauf des Jahres 2022 Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Die erfolgreiche Umsetzung des OZG ist eine gesamtstaatliche Aufgabe in verwaltungsträgerübergreifender Zusammenarbeit.

Sachsen-Anhalt hat die Federführung für das Themenfeld Bildung übernommen, was u.a. als ein zentrales Element die Digitalisierung des BAföG-Verfahrens beinhaltet. Zur Koordinierung der Umsetzung dieses zentralen Bausteins zwischen den 16 Bundesländern und dem Bund wurde die Geschäftsstelle BAföG-Digital mit Sitz in Sachsen-Anhalt eingerichtet.

Die Titelgruppe 64 enthält die für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs der Geschäftsstelle erforderlichen Ausgaben.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
422 64	019	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	184.600 167.668	212.200 0	218.900 0
428 64	019	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
441 64	019	Beihilfen an Beamtinnen und Beamte	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
443 64	019	Fürsorgemaßnahmen und Unterstützungen	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
453 64	019	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
511 64	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	700 0	700 0	700 0
		Erläuterungen: Telekommunikation: 300 EUR Geschäftsbedarf: 300 EUR Post: 100 EUR			
517 64	019	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	4.500 0	2.500 0	2.500 0
		Erläuterungen: Nebenkosten: 1.200 EUR Reinigung: 1.300 EUR			
518 64	019	Mieten und Pachten	6.100 0	6.500 0	6.500 0
		Erläuterungen: Anteilige Mietkosten für die Räumlichkeiten der drei Mitarbeiter der Geschäftsstelle BAföG Digital im MWU.			
527 64	019	Reisekosten	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
916 64	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	63.400 57.685	73.900 0	76.800 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			259.300	295.800 0	305.400 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

65 Umsetzung der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030"

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe erfolgt die Finanzierung von Digitalisierungsprojekten im Kontext der Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030". Die Strategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" wurde 2023 unter Federführung des Ministeriums für Infrastruktur und Digitalisierung erarbeitet. Sie bildet die strategischen Leitlinien für das künftige Handeln im Handlungsfeld "Digitalisierung". Die Strategie wird durch ressortinterne fachliche Digitalstrategien unteretzt und bildet für diese gleichzeitig den Rahmen.

511 65	692	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	50.000	0	0
			0	0	0

522 65	692	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 65	692	Dienstleistungen Außenstehender	330.000	97.000	70.000
			81.419	0	0

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		620.900			620.900
2026		497.600			497.600
2027		400.900			400.900
2028					
2029 ff.					
Summen		1.519.400			1.519.400

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Die Realisierung von digitalen Projekten erfordert in der Ausführung umfangreichen und spezifischen Sachverstand für die Leistungserbringung.

Dieser kann nicht durch die Verwaltung im notwendigen Umfang und in der notwendigen Spezifität vorgehalten werden.

685 65	692	Zuschüsse an die LENA	178.500	71.000	31.000
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 65

Erläuterungen:

Die Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt GmbH plant die Umsetzung verschiedener Digitalisierungsprojekte in ihrem Aufgabenbereich:

- Digitale Weiterentwicklung des "Kommunalen Energiemanagements" für die energieeffiziente Bewirtschaftung der eigenen Liegenschaften als einen ersten Schritt zur klimaneutralen Kommunalverwaltung
- Entwicklung von verschiedenen Bildungsformaten für eine zielgruppengerichtete Aufklärung und Kommunikation rund um das Thema Energiewende, Energietransformation und den Ausbau erneuerbarer Energien
- Weiterentwicklung von digitalen Assistenten für ein nachhaltiges Wissensmanagement
- Weiterentwicklung von digitalen Austauschformaten und Wissensplattformen für die Netzwerkarbeit

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	558.500	168.000	101.000
		0	0

66 Geschäftsstelle AFBG Digital

- * Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 01 Titelgruppe 66.

Erläuterungen:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtete den Bund und die Länder, bis spätestens zum Ablauf des Jahres 2022 Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Die erfolgreiche Umsetzung des OZG sowie der dauerhafte Betrieb der entwickelten Online-Dienste sind eine gesamtstaatliche Aufgabe in verwaltungsträgerübergreifender Zusammenarbeit. Sachsen-Anhalt hat die Federführung für das Themenfeld Bildung übernommen, was u.a. als ein zentrales Element die Digitalisierung der AFBG-Antragstellung beinhaltet. Zur Erfüllung der im Regelbetrieb entstehenden Pflichten des Landes Sachsen-Anhalt als Betreiber des Online-Dienstes AFBG Digital wird eine Fachliche Leitstelle mit Sitz in Sachsen-Anhalt benötigt. Die Titelgruppe 66 enthält die für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs der Fachlichen Leitstelle erforderlichen Ausgaben.

422 66 019 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	43.700	46.300
	44.954	0	0

428 66 019 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	135.800	83.200	88.000
	88.274	0	0

429 66 019 Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
	0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

441 66 019 Beihilfen an Beamtinnen und Beamte	0	0	0
	0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

443 66 019 Fürsorge und Unterstützungen	0	0	0
	0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

453 66 019 Trennungsgeld	0	0	0
	0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
511 66	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	500 0	500 0	500 0
		Erläuterungen: Anteilige Kosten für die Fachliche Leitstelle (2 Personen) von den Gesamtkosten für alle Bediensteten des MWU.			
517 66	019	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2.300 0	1.400 0	1.400 0
		Erläuterungen: Anteilige Kosten für 2 Mitarbeitende (1 Büroraum; 27,36 qm) der Fachlichen Leitstelle AFBG Digital			
518 66	019	Mieten und Pachten	3.500 0	3.600 0	3.700 0
		Erläuterungen: Anteilige Mietkosten für die Räumlichkeiten der Geschäftsstelle AFBG Digital im MWU.			
527 66	019	Reisekosten	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
916 66	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0 10.264	17.400 0	18.400 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			142.100	149.800 0	158.300 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	209.300	232.200	302.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	434.300	494.600	494.600
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	401.400	505.600	523.700
Gesamteinnahme		1.045.000	1.232.400	1.320.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	38.196.200	39.801.800	39.392.700
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	5.922.700	4.836.400	4.940.200
			196.000	125.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	178.500	71.000	31.000
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	155.000	20.000	20.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	1.742.200	1.934.300	2.167.000
			0	0
Gesamtausgabe		46.194.600	46.663.500	46.550.900
Gesamtsumme der VE			196.000	125.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-45.149.600	-45.431.100	-45.230.300

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 1501, 1502 und 1505 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 297 Vollzeitäquivalente.
Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 1501, 1502 und 1505 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 297 Vollzeitäquivalente.

Aus dem Kapitel 1502 (ausgenommen Titelgruppe 82) finanziertes Personal anderer Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereiches wird auf das VzÄ-Ziel der jeweiligen anderen Behörde/Einrichtung angerechnet.

Aus dem Kapitel 1505 finanziertes Personal des Landesverwaltungsamtes und anderer Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereichs wird auf das VzÄ-Ziel der jeweiligen anderen Behörde/Einrichtung angerechnet.

Erläuterungen:

Zur Vereinheitlichung werden ab 2025 folgende Haushaltsstellen in Kap. 1509 Titelgruppe 79 umgesetzt:

Kapitel 1502 Titel 522 10 "Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge i. R. v. Natura 2000"
Kapitel 1502 Titel 522 11 "Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge i. R. v. Biotopkartierungen"
Kapitel 1502 Titelgruppe 62 "Umgang mit gebietsfremden Arten"
Kapitel 1502 Titelgruppe 70 "Maßnahmen gemäß § 33 NatSchG LSA im Rahmen des Artenschutzes"

Im Kapitel 1502 sind die aus Landes-, Bundes- und Drittmitteln (außer EU-Mittel) finanzierten Förderprogramme, die der Umwelt- und Naturschutzpolitik des Landes in Übereinstimmung mit den Bundesmaßnahmen dienen, zusammengefasst.

Des Weiteren sind hier Einnahmen und Ausgaben eingestellt, die aufgrund ihrer übergreifenden Bedeutung für alle Funktionsbereiche des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) - Bereich Umwelt - keinem anderen Kapitel des Einzelplanes 15 zugeordnet werden können.

Einnahmen

119 41	332	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln	600.000 218.457	450.100	450.100

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Zuwendungen nach VV zu § 44 LHO in Höhe nicht verbrauchter bzw. nicht ordnungsgemäß verwendeter Mittel im Zusammenhang mit der Prüfungstätigkeit zu den Verwendungsnachweisen (voraussichtlich zu erwartendes Aufkommen).

119 42	332	Rückzahlungen aus Überzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	0 16.102	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 02 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Zuwendungen an GAK-Mitteln.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 43	332	Rückzahlungen von Überzahlungen anderer Zuwendungen mit Beteiligung des Bundes / der EU	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 02 Titel 676 01.

Erläuterungen:

Rückzahlungen im Zusammenhang mit der Prüfungstätigkeit zu den Verwendungsnachweisen (voraussichtlich zu erwartendes Aufkommen).

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
119 44	332	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen des IfG	0 0	0	0
		Erläuterungen: Rückzahlungen im Zusammenhang mit der Prüfungstätigkeit zu den Verwendungsnachweisen (voraussichtlich zu erwartendes Aufkommen). Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
119 51	332	Vermischte Einnahmen	25.000 2.163	0	0
		Erläuterungen: Stundungs-, Verzugszinsen und dgl.			
119 55	011	Sonstige Einnahmen	0 0	0	0
		Erläuterungen: Diverse, anderen Titeln nicht zuzuordnende Einnahmen. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
282 01	342	Kostenbeiträge Dritter zur Sicherung von Strahlenquellen	27.500 25.450	27.500	27.500
		Erläuterungen: Im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung nach Artikel 104a Abs. 2 Grundgesetz stellen die Länder bei der Durchführung des Atomgesetzes und des Strahlenschutzgesetzes sowie der darauf beruhenden Rechtsverordnungen Erstattungsanträge an den Bund für die auf das jeweilige Haushaltsjahr entfallenden Zweckausgaben. Die anteiligen Kosten für die Mitnutzung der Landessammelstelle im Freistaat Sachsen werden gebündelt vom Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (SMEKUL) zur Erstattung beim Bund angemeldet und nach Zahlungseingang anteilig an das Land Sachsen-Anhalt weitergeleitet.			
331 01	332	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Ökolandbaus und der Biologischen Vielfalt i. R. d. GAK (ehemals Sonderrahmenplan)	180.000 0	41.400	26.300
		*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 1502 Titel 893 01.			
Titelgruppe(n)					
61		Ersatzzahlungen für nicht vollständig kompensierbare Eingriffe in Natur und Landschaft und deren Verwendung			
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 02 Titelgruppe 61. Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachte Leertitelgruppe.			
111 61	332	Zahlungen gem. § 21 NatSchG LSA	0 0	0	0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
341 61	332	Zahlungen gem. § 21 NatSchG LSA	0 727.026	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 341 61

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0	0

63 Nicht-produktiver investiver Naturschutz und Vertragsnaturschutz i. R. d. Gemeinschaftsaufgabe

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 02
Titelgruppe 63.

231 63	332	Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

331 63	332	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	600.000	162.800	144.900
			135.422		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	600.000	162.800	144.900

67 Umsetzung Wärmeplanungsgesetz

Übertragbar

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 02
Titelgruppe 67.

359 67	649	Entnahme aus der Rücklage - Umsetzung Wärmeplanungsgesetz	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Etwaige Verwendung nicht verbrauchter Mittel aus Vorjahren zur Finanzierung von Ausgaben für Mehrbelastungen der Kommunen aus der Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes.

Zuführungen erfolgen bei Kapitel 1502 Titel 919 67.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	0	0	0

68 Beteiligung des Landes im Rahmen des Bundesaktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK)

231 68	332	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

331 68	332	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	0	0	0
			0		

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 331 68

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	0	0	0

73 Forschung und Innovation im Umwelt-, Klima- und Energiebereich, Interregionale Zusammenarbeit

119 73	165	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	0	0	0

76 Umsetzung des Strahlenschutzgesetzes

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt hat einen Anspruch auf die Erstattung von Kosten, soweit diese bei der Umsetzung des Strahlenschutzgesetzes entstanden sind. Infrage kommen Erstattungsansprüche aufgrund von Ausgaben aus dem Titel 533 76:

1. Maßnahmen der Gefahrenabwehr für Sicherungs-, Sicherstellungs- oder Entsorgungsmaßnahmen von radioaktiven Stoffen im Rahmen der Ersatzvornahmen nach § 55 SOG LSA (siehe Titel 112 76).
2. Evaluierung der festgelegten Radonvorsorgegebiete (siehe Titel 231 76).

Die Zweckausgabenerstattung durch den Bund erfolgt auf Antrag des Landes ST nach § 121 StrlSchG im jeweiligen Haushaltsjahr.

112 76	342	Einnahmen für Ersatzvornahmen im Zusammenhang mit der Durchführung des StrlSchG	5.000	5.000	5.000
			0		

Erläuterungen:

Korrespondierender Einnahmetitel zu Kapitel 1502 Titel 533 76 für Maßnahmen der Gefahrenabwehr: Angefallene Kosten für Sicherungs-, Sicherstellungs- oder Entsorgungsmaßnahmen für radioaktive Stoffe im Rahmen der Ersatzvornahme können auf Grundlage des § 55 Abs. 2 Satz 2 SOG LSA im Verwaltungsvollstreckungsverfahren beigetrieben werden, sofern der Verantwortliche bekannt und zahlungsfähig ist.

231 76	342	Erstattungen des Bundes im Zusammenhang mit der Durchführung des StrlSchG	0	0	18.600
			0		

Erläuterungen:

Korrespondierender Einnahmetitel zu Kapitel 1502 Titel 533 76 für die Evaluierung der festgelegten Radonvorsorgegebiete: Im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung nach Artikel 104a Abs. 2 GG stellen die Länder beim Vollzug des Strahlenschutzgesetzes sowie der darauf beruhenden Rechtsverordnungen Erstattungsanträge an den Bund für die auf das jeweilige Haushaltsjahr entfallenden Zweckausgaben. Die angefallenen Kosten im Rahmen der Evaluierung der festgesetzten Radonvorsorgegebiete nach § 121 Abs. 1 S. 3 StrlSchG werden zur Erstattung beim Bund angemeldet.

Nachrichtlich: Summe TGr. 76	5.000	5.000	23.600

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

78 Biosphärenreservate, Ausweisung und Evaluierung

Erläuterungen:

Im länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe arbeiten die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg eng zusammen. Koordiniert wird die Zusammenarbeit von einer Länderarbeitsgemeinschaft (LAG), deren Vorsitz im Zwei-Jahres-Rhythmus wechselt.

Den Vorsitz und damit die Zuständigkeit zur Bewirtschaftung der länderübergreifend bereitgestellten Mittel übernimmt das Land Sachsen-Anhalt wieder 2028 und 2029. Die Zusammenarbeit der Bundesländer in der LAG beruht auf der Rahmenvereinbarung vom 30.09.2022.

232 78	332	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 02
Titelgruppe 78.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 78	0	0	0

82 Durchsetzung des Atomgesetzes

Erläuterungen:

Der Ansatz unterteilt sich in Gebühren und Gebührenvorschüsse für geführte/laufende Verwaltungsverfahren nach § 9b AtG sowie Erstattungen für Auslagen der Planfeststellungsbehörde. Die durch die Antragstellerin (BGE) sukzessiv vorgelegten Antragsunterlagen wurden in Prüftiteln gebündelt und durch externe Sachverständige begutachtet. Die Kosten hierfür werden als Auslagen gemäß § 21 Abs. 2 AtG von der Antragstellerin des Verfahrens erstattet.

231 82	342	Erstattungen des Bundes im Zusammenhang mit der Durchführung des Atomgesetzes	2.231.500	2.806.900	3.314.600
			1.512.620		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 02
Titelgruppe 82.

Nachrichtlich: Summe TGr. 82	2.231.500	2.806.900	3.314.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

533 01	342	Dienstleistungen Außenstehender zur Entsorgung radioaktiver Reststoffe	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Kosten für die Entsorgung von Plutonium-Beryllium-Neutronenquellen.

Die dem Land dadurch entstehenden Kosten werden im Rahmen der Zweckausgabenerstattung nachträglich durch den Bund übernommen. Ein Antrag auf vollständige Erstattung wird gestellt.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 02	332	AURA-Unternehmenspreis	30.000	30.000	30.000
			29.969	60.000	60.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		30.000			30.000
2026		30.000			30.000
2027			30.000		30.000
2028			30.000		30.000
2029 ff.				60.000	60.000
Summen		60.000	60.000	60.000	180.000

Erläuterungen:

Auszeichnung für nachhaltiges Unternehmertum in Sachsen-Anhalt.

533 05	332	Dienstleistungen Außenstehender für Maßnahmen im Zusammenhang mit illegal entsorgten Abfällen	1.000	1.000	1.000
			3.537	1.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.000			1.000
2026			1.000		1.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		1.000	1.000		2.000

Erläuterungen:

Im Einzelnen nicht planbare Kosten für behördliche Maßnahmen zur Ersatzvornahme bei illegalen innerstaatlichen Entsorgungen oder grenzüberschreitenden Verbringungen.

Die Kosten dafür sind länderanteilig gemäß Staatsvertrag zur Bildung dieser gemeinsamen Einrichtung zu erstatten.

Die Veranschlagung erfolgt entsprechend der Erfüllung gesetzlicher Verpflichtung dem Grunde nach. Der Anteil Sachsen-Anhalts errechnet sich nach dem Königsteiner Schlüssel. Zusätzlich fallen für durchgeführte Maßnahmen Kosten an, die Sachsen-Anhalt selbst aufbringen muss.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 07	342	Dienstleistungen Außenstehender zur Sicherung von Strahlenquellen	3.500	17.500	14.000
			3.010	56.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			14.000		14.000
2027			14.000		14.000
2028			14.000		14.000
2029 ff.			14.000		14.000
Summen			56.000		56.000

Erläuterungen:

Das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) ist gemäß § 24 Abs. 2 S. 2 AtG i. V. m. der Zuständigkeits-VO für das Atom- und Strahlenschutzrecht LSA bei der Verwendung von Kernbrennstoffen sowie gemäß RdErl. des MI, MLU, MS, MW und MJ LSA zu Maßnahmen beim illegalen Umgang mit radioaktiven Stoffen außerhalb von Betrieben und bergbaulichen Einrichtungen zuständige Aufsichtsbehörde.
Die Kostenansätze setzen sich zusammen aus Mietaufwendungen, Kosten für die Ertüchtigung des Lagergebäudes und die turnusmäßigen Dichtheitsprüfungen. Die nächste Prüfung ist im HHJ 2025 vorgesehen.

533 09	342	Dienstleistungen Außenstehender auf dem Gebiet des Strahlenschutzes	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Im täglichen Dienstbetrieb des Fachreferates können zu bestimmten Sachverhalten die Inanspruchnahme Dritter zur Gefahrenabwehr oder Ersatzvornahmen Dritter erfolgen. Dritte können einen Ausgleichsanspruch geltend machen.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 10	332	Dienstleistungen Außenstehender Natura 2000	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

547 01	342	Landesanteil an den ungedeckten Betriebskosten der Landessammelstelle für radioaktive Abfälle in Rossendorf (Freistaat Sachsen)	27.500	28.900	28.900
			50.967	0	0

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt ist gemäß § 9a Abs. 3 AtG verpflichtet, die auf seinem Gebiet anfallenden radioaktiven Abfälle zwischenzulagern.

Das Land Sachsen-Anhalt hat keine eigene Landessammelstelle und nutzt daher, gemäß der im August 2003 geschlossenen Verwaltungsvereinbarung, die Landessammelstelle des Freistaates Sachsen. Die Beteiligung durch einen Zuschuss zu den Betriebskosten am Fehlbedarf der Landessammelstelle erfolgt gemäß der Verwaltungsvereinbarung (zwischen SN, ST und TH). Eine eigene Landesammelstelle wäre aufgrund der geringen Abfallmengen unwirtschaftlich.

Die Ausgaben werden regelmäßig als Zweckausgabenerstattung nach Art. 104a Abs. 2 GG gegenüber dem Bund geltend gemacht und wurden in der Vergangenheit auch vollumfänglich erstattet.

Die Höhe des Zuschusses wird durch den Freistaat Sachsen jährlich auf der Basis der im Vorjahr abgelieferten Abfallmengen aus Sachsen-Anhalt berechnet. Durch die Mitnutzung der sächsischen Landessammelstelle spart das Land Baukosten und hohe jährliche Personal- und Betriebskosten ein. Die Kosten können, je nachdem wie viele Abfälle aus Sachsen-Anhalt tatsächlich für das jeweilige Jahr angenommen werden, stark schwanken.

613 01	332	Sonstige Zuweisungen an Landkreise gem. § 22 Abs. 2 BodSchAG LSA	0	0	0
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 613 01

Erläuterungen:

Nach § 22 Abs. 2 Bodenschutz-Ausführungsgesetz Sachsen-Anhalt (BodSchAG LSA) trägt das Land im Fall einer Ersatzvornahme die Kosten für die von unteren Bodenschutzbehörden angeordneten Maßnahmen, soweit die untere Bodenschutzbehörde den fälligen Kostenersatz nicht vom Kostenpflichtigen erlangen kann und ein Ersatzanspruch auf anderer rechtlicher Grundlage nicht besteht oder nicht durchgesetzt werden kann.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

631 01	332	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Rückzahlungen von Überzahlungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	0 9.661	0 0	0 0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 60 v.H. der Ist-einnahmen bei Kapitel 15 02 Titel 119 42.

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen an den Bund im Rahmen der GAK in Höhe von 60 v. H. der Einnahmen des Titels 119 42.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

631 03	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben (IVU-Büro in Sevilla)	3.500 1.171	3.800 15.200	3.800 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			3.800		3.800
2027			3.800		3.800
2028			3.800		3.800
2029 ff.			3.800		3.800
Summen			15.200		15.200

Erläuterungen:

Unterstützung bei der Finanzierung zweier nationaler Experten zur Überarbeitung der BVT-Merkblätter (BVT = Beste verfügbare Techniken bzw. BREF - Best Available Techniques Reference Document) im europäischen IVU-Büro Sevilla (IVU = Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung).

Die bestehende Verwaltungsvereinbarung von 2020 zwischen Bund und Ländern über die Entsendung und Finanzierung von deutschen Experten ins europäische IVU-Büro läuft zum 07.01.2025 aus. Die Kosten im Zusammenhang mit der Entsendung von bis zu zwei Experten gleichzeitig waren bisher auf insgesamt 250.000 EUR jährlich begrenzt. Unter Berücksichtigung der steigenden Bezüge, der anfallenden Reisekosten und der Personalkosten ergibt sich zukünftig ein Gesamtmittelansatz von 280.000 EUR jährlich, der wiederum hälftig von Bund und Ländern getragen wird. Somit erhöht sich auch der Anteil von Sachsen-Anhalt. Eine adäquate Verwaltungsvereinbarung wird hierzu auf Grundlage des Beschlusses der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) geschlossen werden.

632 01	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben	32.000 27.756	45.000 0	45.000 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

Erläuterungen:

- Landesanteil zur Finanzierung der gem. Einrichtung der Länder gem. § 6 Abfallverbringungsgesetz
- Landesanteil zur Finanzierung der gemeinsamen Stelle nach § 7 Abs. 2a der Altfahrzeugverordnung
- Landesanteil zur Finanzierung der Servicestelle Stoffliche Marktüberwachung als gemeinsame Einrichtung der Länder gemäß Verwaltungsvereinbarung
- Landesanteil zur Finanzierung des UVP-Portals

Die Umlage erfolgt nach Königsteiner Schlüssel. Mit der zukünftigen Verwaltungsvereinbarung der Servicestelle Stoffliche Marktüberwachung, die von der 101. UMK zustimmend zur Kenntnis genommen wurde und 2024/25 in Kraft treten soll, werden der Aufgabenumfang und die Personalausstattung der Servicestelle aufgestockt.

633 01	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Lärmaktionsplan	0 29.724	0 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		150.000			150.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		150.000			150.000

Erläuterungen:

Förderung von Maßnahmen aus Lärmaktionsplänen.

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

633 08	332	Mehrbelastungsausgleich Kommunen	570.500 402.806	513.000 0	509.000 0

Erläuterungen:

Mehrbelastungsausgleich gemäß Art. 87 Landesverfassung für die Wahrnehmung von Aufgaben, die wirtschaftlich und zweckmäßig durch die Landkreise und kreisfreien Städte erfüllt werden können und daher gemäß § 5 Landesorganisationsgesetz auf die Kommunen zur Erfüllung nach Weisung übertragen sind.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Umsetzung Natura 2000 Verordnung	309.000	309.000	309.000
2.	Vollzug Grünes-Band-Gesetz	206.000	204.000	200.000
3.	Umsetzung Gebäudeenergiegesetz (GEG)	55.500	0	0
Summe		570.500	513.000	509.000

671 03	649	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0 0	164.500 0	118.500 12.000.000

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 15 06 Titel 671 03.

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 03

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				3.000.000	3.000.000
2028				3.000.000	3.000.000
2029 ff.				6.000.000	6.000.000
Summen				12.000.000	12.000.000

Erläuterungen:

Gemäß Verordnung zur Regelung der abweichenden Zuständigkeit für die Durchführung von Förderprogrammen oder Fördermaßnahmen des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (FM MWU ZustVO) vom 24.04.2024 wurde für den Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der IB zur Durchführung der Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung Haushaltsvorsorge getroffen.

676 01	332	Erstattungen an die EU	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 15 02 Titel 119 43.

Erläuterungen:

Rückführung von EU-Fördermitteln auf Grund der vom Zuwendungsempfänger getätigten Rückzahlungen, soweit die Wiederverwendung der Mittel nicht möglich ist.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

684 01	332	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	78.700	79.100	79.400
			16.906	0	0

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 15 02 Titel 685 01.

Erläuterungen:

		Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1.	Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau (BWK)	200	200	200	200
2.	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA)	490	500	490	490
3.	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)	250	250	250	250
4.	Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL)	440	0	500	500
5.	VDI Förderkreis der Kommission "Reinhaltung der Luft"	250	250	250	250
6.	Forum der Zukunftsenergien e.V. Berlin	1.100	1.100	1.100	1.100
7.	IMPEL - Europäisches Netzwerk für die Anwendung und Durchsetzung des Umweltrechts	121	200	200	200
8.	Arbeitsring Lärm der Deutschen Gesellschaft für Akustik e.V. (DEGA)	0	95	95	95
9.	Fachagentur Windenergie an Land e.V.	9.328	20.000	19.100	19.500
10.	Agentur für Erneuerbare Energien	2.211	2.211	2.900	2.800

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
Angaben in EUR					
noch zu 684 01					
	11.	Gesellschaft der Freunde und Förderer der OvGU e.V.	0	150	150
	12.	Informationsdienst Wissenschaft	700	700	800
	13.	Hydrogen Europe	1.815	3.000	3.000
	14.	Initiative für Wasserstoff in Ostdeutschland e.V.	0	50.000	50.000
	Zusammen		16.905	78.656	79.035

zu 9.

Die Windenergie an Land stellt einen wesentlichen Eckpfeiler in der Umsetzung der Energiewende dar. Die Landesregierung hat sich zu einer Energieversorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien bekannt. Zur Umsetzung des Aktionsplans des Zukunfts- und Klimaschutzkongresses wird es weiter darauf ankommen, den Ausbau der erneuerbaren Energien positiv zu begleiten. Die Fachagentur Wind an Land e.V. erstellt regelmäßig aktuelle Genehmigungs- und Ausbauzahlen für Windenergieanlagen. Weiterhin bearbeitet der Verein rechtliche Themen und bereitet diese für die Mitglieder auf. Die Fachagentur Windenergie an Land e.V. hat ihre Aktivitäten auf den Ausbau der Solarenergie ausgeweitet und heißt nun "Fachagentur zur Förderung einer natur- und umweltverträglichen Nutzung der Windenergie an Land und der Solarenergie e.V. (Fachagentur Wind- und Solarenergie)". Eine neue Beitragsordnung ist seit 1.1.2024 in Kraft.

zu 10.

Eine sachorientierte und rechtlich fundierte Informationsbereitstellung trägt zur Akzeptanzsteigerung der erneuerbaren Energien in der Bevölkerung bei. Mit der Mitgliedschaft von Sachsen-Anhalt, vertreten durch das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt, wird die Arbeit unterstützt. Der Verein betreut die Internetpräsenz "Förderal Erneuerbar" und schafft damit eine Plattform für die öffentlichkeitswirksame Aufbereitung von Daten zu erneuerbaren Energien. Dies unterstützt die Bestrebungen des Landes zur Erreichung der Klima- und Energieziele.

zu 13.

Der europäische Wasserstoffverband "Hydrogen Europe" hat im Jahr 2022 die Weiterführung der auslaufenden Kooperation "S3 Plattform European Hydrogen Valleys Partnership (S3EHVP)", in welcher Sachsen-Anhalt bisher Mitglied war, in Form einer regionalen Säule (Regional Pillar, sowie European Regional Committee) umgesetzt. In diesem Format eröffnen sich den Mitgliedsregionen u. a. folgende Beteiligungsmöglichkeiten bzw. Vorteile:

- Vernetzung der Regionen bzw. Unternehmen der Regionen im europäischen Kontext
- Erfahrungsaustausch und Wissensvermittlung
- Teilnahme in Arbeitsgruppen (EU-Politik und -Regulatorik, Förderung/Finanzierung, etc.).

zu 14.

Durch Beschluss der MPK-Ost am 7. Juli 2023 wurde der Verein "Initiative Wasserstoff Ostdeutschland" (IWO) gegründet. Aktuell findet die rechtliche Vereinsregistrierung zum e. V. durch das Amtsgericht Charlottenburg in Berlin statt. Nach Abschluss der Eintragung wird der e. V. seinen Sitz mit Einrichtung einer Geschäftsstelle in Berlin verorten. Ordentliche, stimmberechtigte Mitglieder des Vereins sind die ostdeutschen Länder sowie der Bund als stimmloses Netzwerkmitglied. Aufgrund der politischen Bedeutung des Themas Wasserstoff für die Energiewende erfolgt die Vertretung Sachsen-Anhalts im Verein durch das MWU. Dies betrifft die Vertretung in der Mitgliederversammlung und im Vorstand in den Jahren, in denen ST darin vertreten ist (erstmalig 2024/25). Die Vertretung des Landes ST im Verein erfolgt nach Absprache zwischen MWL und MWU durch das MWU. Die Besetzung des Vorstands erfolgte gemäß § 9 Abs. 4 der Satzung erstmalig auf der Mitgliederversammlung am 5. März 2024 und folgt dem Rotationsprinzip. Mit dem Vorsitz der MPK-Ost im Jahr 2024 ist für Sachsen-Anhalt die Mitgliedschaft im Vorstand des Vereins verbunden. Als Vorstandsvorsitzender wurde Abteilungsleiter Uwe Zischkale (MWU) durch die Mitglieder gewählt. Weiteres Vorstandsmitglied und Stellvertreter des Vorsitzenden ist Sachsen als vorheriges MPK-Ost-Vorsitzland. Die durch die Mitgliederversammlung beschlossene Beitragsordnung legt die Beiträge fest. Die ordentlichen Mitglieder (ostdeutsche Länder) zahlen ab dem Jahr 2024 einen jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 100.000 EUR. Der Bund hat sich bereiterklärt, als Netzwerkmitglied einmalig im Jahr 2024 einen Mitgliedsbeitrag von 500.000 EUR zu zahlen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt für Sachsen-Anhalt ab 2024 als ordentliches Mitglied insgesamt 100.000 EUR p. a. Dieser Betrag wird hälftig mit dem Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten geteilt, sodass für die Erbringung des Mitgliedsbeitrags 50.000 EUR p. a. durch das MWU einzuplanen sind.

684 03	332	Förderung von Vereinen und Verbänden auf dem Gebiet des Umweltschutzes	549.000 504.073	604.800 0	627.200 5.350.000

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 03

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	505.000	44.000			549.000
2026	505.000	44.000			549.000
2027				1.070.000	1.070.000
2028				1.070.000	1.070.000
2029 ff.				3.210.000	3.210.000
Summen	1.010.000	88.000		5.350.000	6.448.000

Erläuterungen:

Folgende Verteilung der finanziellen Mittel ist vorgesehen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Nach BNatSchG anerkannte Verbände			
1.1	NABU, LV LSA	86.960	86.960	86.960
1.2	Deutscher Gebirgs- und Wanderverein e. V., LV LSA	19.566	19.566	19.566
1.3	BUND, LV LSA	72.829	72.829	72.829
1.4	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V.	54.350	54.350	54.350
1.5	Ornithologenverband Sachsen-Anhalt e. V.	10.870	10.870	10.870
1.6	Landesjagdverband Sachsen-Anhalt e. V.	10.870	38.800	50.000
1.7	VDSF - Verband deutscher Sportfischer e. V., LV LSA	10.870	10.870	10.870
1.8	Imkerverband Sachsen-Anhalt e. V.	10.870	10.870	10.870
1.9	Landesanglerverband Sachsen-Anhalt e. V.	10.870	38.800	50.000
1.10	NaturFreunde Deutschland e. V., LV LSA	10.870	10.870	10.870
2.	Landesverband für Landschaftspflege Sachsen-Anhalt	250.010	250.010	250.010
	Summe	548.935	604.795	627.195

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 03

Im Interesse einer effizienten, breitenwirksamen und auf ehrenamtlichem Engagement fußenden Naturschutzarbeit wird die Förderung der anerkannten Naturschutzverbände und der Landschaftspflegeverbände fortgeführt. Durch die Förderung wird die Arbeit der Koordinierungsstellen der Naturschutz- und Landschaftspflegeverbände (Personal- und Sachkosten) unterstützt. Die koordinierte Arbeit der ehrenamtlichen Naturschutzfachleute leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben gemäß NatSchG LSA einschließlich der EU-Naturschutzverpflichtungen (Natura 2000, EU-Biodiversitätsstrategie).

Anerkannte Naturschutzverbände koordinieren die ehrenamtlichen Tätigkeiten der Naturschützer insbesondere im Hinblick auf die Kartierung und das Monitoring von Pflanzen- und Tierarten, Ökosystemen und Biotopen. Diese Daten bilden u. a. eine wichtige Grundlage bei der Vorbereitung von Plänen und Projekten und zur Erfüllung der Berichtspflichten im Rahmen der Umsetzung von Natura 2000. Weiterhin fertigen die Verbände Stellungnahmen nach § 63 BNatSchG zur Berücksichtigung der Belange von Natur und Landschaft bei der Durchführung von Plänen und Programmen. Naturschutzverbände führen praktische Naturschutzmaßnahmen im gesamtgesellschaftlichen Interesse durch und werben Drittmittel ein, um entsprechende Naturschutzprojekte durchzuführen.

Die Landschaftspflegeverbände führen praktische Naturschutzmaßnahmen im gesamtgesellschaftlichen Interesse durch und werben Drittmittel zur Durchführung von Naturschutzprojekten ein. Die Förderung dient der Arbeit von Vereinen Sachsen-Anhalts zur Unterstützung der Akteure und Initiativen für eine nachhaltige (wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausgewogene, dauerhaft tragfähige, eigenständige, zukunftsfähige) Entwicklung in den Kommunen und Regionen des Landes. Die Förderung dient des bürgerschaftlichen Engagements, der Kooperation und des Austauschs zu den relevanten Themen und Problemen mit dem Ziel der Sicherung einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Entwicklung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unter Berücksichtigung geltender Vorschriften der EU, des Bundes und des Landes.

Hervorzuheben sind die Förderung

- der Koordinierung der Vorbereitung und Durchführung des Tags der Regionen in Sachsen-Anhalt,
- von Impulsen für und des Austauschs über innovative Lösungen komplizierter Aufgaben und Probleme,
- des Austauschs und der Entwicklung innovativer Ideen und deren Umsetzung, Partnerschaften, die Bestimmungen von Entwicklungszielen und
- die Kreierung von intelligenten Maßnahmen zur Sicherung einer zukunftsfähigen Entwicklung in Kommunen und Regionen oder sektoral.

684 04	332	Förderung für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Vereine und Verbände auf dem Gebiet des Umweltschutzes	0 30.000	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V. hat 2023 eine einmalige Zahlung in Höhe von 30.000 EUR für Ersatzbeschaffungen erhalten.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

685 01	332	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften (öffentliche Einrichtungen)	259.800 255.798	285.000 0	290.900 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 15 02 Titel 684 01.

Erläuterungen:

Folgende Verteilung der finanziellen Mittel ist vorgesehen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ländergemeinschaft Wasser (LAWA)	55.000	55.000	55.000
2.	Deutsches Institut für Bautechnik	14.000	14.000	14.000
3.	Beitrag LSA an der FGG Elbe	175.100	195.300	201.200
4.	Zeitschrift "Hydrologie und Wasserwirtschaft"	620	700	700
5.	Innerstaatliche Institution "Bilgenentwässerungsvertrag"	15.000	15.000	15.000
6.	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)	0	5.000	5.000
Summe		259.720	285.000	290.900

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

685 02	332	Umweltpreis	5.000 5.000	5.000 0	5.000 0

Erläuterungen:

Finanzierung des Umweltpreises für den Umweltwettbewerb der Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz.

Das gesamte Preisgeld in Höhe von 20.000 EUR setzt sich zusammen aus Fördergeldern und Spenden der 12 Jurymitglieder. Darin enthalten sind 5.000 EUR vom MWU.

685 54	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen im Rahmen des Kompensationsflächenmanagements	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Einrichtung eines Kompensationsflächenmanagements unter Beteiligung der Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt (SUNK), die hierbei als Flächensicherer einbezogen werden soll.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

685 55	332	Zuwendungen an die SUNK im Rahmen der Zuordnung der Flächen des Nationalen Naturerbes - Flächenmanagement stiftungseigene Flächen	230.000 300.000	185.000 350.000	200.000 100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	70.000	65.000			135.000
2026	20.000	20.000	100.000		140.000
2027			100.000	50.000	150.000
2028			50.000	50.000	100.000
2029 ff.			100.000		100.000
Summen	90.000	85.000	350.000	100.000	625.000

Erläuterungen:

Finanzierung der Grunderwerbsteuer und weiterer Grundstücksübertragungskosten bei der Zuordnung der Flächen des Nationalen Naturerbes (NNE) an die Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt (SUNK) gemäß vertraglicher Vereinbarung zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der SUNK vom 28.01.2011 sowie der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Sachsen-Anhalt, der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG), der SUNK und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) vom 16.03.2011. Die Fälligkeit entsteht mit der Bescheidung über die Grunderwerbsteuer nach dem Erlass des Zuordnungsbescheides. Bislang gab es Verzögerungen bei der Besitzübertragung der Flächen des Nationalen Naturerbes.

Finanzierung der naturschutzfachlichen Entwicklung und Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes.

2025 werden voraussichtlich weitere NNE-Flächen (4. Tranche) an das Land Sachsen-Anhalt übertragen (neue Rahmenvereinbarung zwischen LSA, der BVVG, der SUNK und dem BMUV), sodass weitere Kosten im Zuge der neuen Zuordnung entstehen. Mit der Übertragung ergeht die Verpflichtung, die Flächen des NNE im Rahmen einer fachgerechten Betreuung, Verwaltung und Pflege zu entwickeln.

Mit den Mitteln werden die Finanzierung der naturschutzfachlichen Entwicklung und die Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes gewährleistet.

685 56	332	Zuschüsse für die SUNK	1.770.900 1.516.357	2.021.000 0	2.113.000 0

*** Es wird zugelassen, dass die SUNK auf der Grundlage einer mehrjährigen Finanzierungsvereinbarung am Jahresende nicht verbrauchte Mittel aus Zuwendungen des Landes überjährig verwenden und einer Rücklage gemäß § 105 Abs. 1 Nr. 2 LHO i. V. m. § 25 Abs. 2 LHO zuführen kann.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 56

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.065.900			2.065.900
2026		2.246.600			2.246.600
2027		2.316.600			2.316.600
2028		2.358.400			2.358.400
2029 ff.					
Summen		8.987.500			8.987.500

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz (in EUR)

Angaben

		Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1.	Personalausgaben	1.466.515	1.750.237	1.851.658	1.865.558
2.	Sächliche Verwaltungsausgaben	941.014	1.177.700	1.078.167	996.567
3.	Schuldendienst	0	0	0	0
4.	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	186.201	195.000	215.550	225.550
5.	Ausgaben für Investitionen	664.406	365.000	234.500	139.200
6.	Besondere Finanzierungsausgaben	2.643.134	513.000	593.041	493.041
Zusammen		5.901.270	4.000.937	3.972.916	3.719.916

Einnahmen

		Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1.	Eigene Einnahmen	606.030	498.500	483.548	438.548
2.	Besondere Finanzierungseinnahmen	3.778.883	1.731.537	1.468.368	1.168.368
	Mithin Fehlbetrag	1.516.357	1.770.900	2.021.000	2.113.000
	Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a)	eigene Mittel des Zuwendungsempfängers				
b)	das Land mit	1.516.357	1.770.900	2.021.000	2.113.000
c)	den Bund mit				
d)	sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit				
e)	Private				
	Zusammen	1.516.357	1.770.900	2.021.000	2.113.000

Stellenübersicht der Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz

Entgeltgruppe	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Geschäftsführung E 16	0	0	1	1
E 15	1	1	0	0
E 12	1	1	2	2
E 11	7	9	8	8
E 10	4	2	3	3
E 9b	2	2	2	2
E 8	3	4	3	3
E 6	3	2	3	3
Zusammen	21	21	22	22

Zuschüsse (institutionelle Förderung) für die wichtigen Aufgaben im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz der SUNK, der einzigen Umweltschutzstiftung des Landes Sachsen-Anhalt. Diese sollen gewährt werden, um dem ständigen Zuwachs an Verantwortung gerecht zu werden und zur Durchführung von wichtigen, im öffentlichen Interesse stehenden Aufgaben und Projekten. Außerdem sichert der Zuschuss die Umsetzung des Grünen-Band-Gesetzes vom 09.11.2019.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 56

Der Mehrbedarf gegenüber beruht zum einen auf den tariflichen Gehaltssteigerungen gem. TV-L und der vorgesehenen Anhebung der Stelle des/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin der SUNK durch Aufgabenzuwachs in Folge der Abschaffung des Vorstandes der Stiftung. Zudem ergibt sich Mehrbedarf für Personalkosten aus Höhergruppierungen, dem Erreichen weiterer Erfahrungsstufen und dem Inflationsausgleich.

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

893 01	332	Maßnahmen des Ökolandbaus und der Biologischen Vielfalt i. R. d. GAK (ehemals Sonderrahmenplan)	300.000	69.000	43.800
			0	0	0

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v. H. der Ist-einnahmen bei Kapitel 1502 Titel 331 01.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	69.000	200.000			269.000
2026	43.800	200.000			243.800
2027		100.000			100.000
2028					
2029 ff.					
Summen	112.800	500.000			612.800

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des nicht-produktiven investiven Naturschutzes.

Ab 2024 werden aus dem Titel 893 01 nur die in 2023 eingegangenen Rechtsverpflichtungen bedient. Hintergrund ist, dass der Sonderrahmenplan außer Kraft getreten ist und die Förderung aus dem regulären Rahmenplan erfolgt (Kapitel 1502 Titelgruppe 63). Die VE 2024 wird daher nicht in Anspruch genommen.

Titelgruppe(n)

61 Ersatzzahlungen für nicht vollständig kompensierbare Eingriffe in Natur und Landschaft und deren Verwendung

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Für nicht vollständig kompensierbare Eingriffe sind auf der Grundlage des § 8 NatSchG LSA Ersatzzahlungen durch den Verursacher zu leisten.

Die Ersatzzahlungen sind zweckgebunden für die Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes zu verwenden. Näheres wird durch die Ersatzzahlungsverordnung vom 28.02.2006 (GVBl. LSA Nr. 7/2006) geregelt.

Vorsorglich ausgebrachte Leertitelgruppe.

633 61	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

683 61	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an diverse Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 61

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 61	332	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 61	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
				0	0

63 Nicht-produktiver investiver Naturschutz und Vertragsnaturschutz i. R. d. Gemeinschaftsaufgabe

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 63.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Zuwendungszweck: Schutz und Wiederherstellung von Lebensräumen und Lebensstätten wildlebender Tier- und Pflanzenarten in der Agrarlandschaft

Grundlage: GAK-Rahmenplan, Förderbereich 4: Markt- und standortangepasste sowie umweltgerechte Landbewirtschaftung
Maßnahmengruppe H. Nicht-produktiver investiver Naturschutz

684 63	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 63	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 63	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	1.000.000	271.300	241.500
			225.703	0	1.100.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 63

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		450.000			450.000
2026		400.000			400.000
2027		300.000		400.000	700.000
2028		600.000		400.000	1.000.000
2029 ff.				300.000	300.000
Summen		1.750.000		1.100.000	2.850.000

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen, da 2025 und 2026 nicht genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Neubewilligungen 2025 müssen ausgesetzt werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	1.000.000	271.300	241.500
		0	1.100.000

64 Sofortförderprogramm NaturWasserMensch

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Gemäß Koalitionsvertrag wurde die frühere Artensofortförderung weiterentwickelt. Sie wird seit 2024 in der Titelgruppe 64 unter dem Namen "Sofortförderprogramm NaturWasserMensch" fortgeführt und veranschlagt.

Gefördert werden wirksame und zügig abzuschließende Maßnahmen, die im Zusammenhang mit den Schutzgütern Natur, Wasser und dem Menschen sowie im öffentlichen Interesse stehen und wahrgenommen werden. Die Maßnahmen weisen in den Bereichen Natur- oder Gewässerschutz einen Bezug zu Bürgerinnen und Bürger im Wohnumfeld auf.

Die Projekte sind dabei hinsichtlich des Umsetzungszeitraums und des Umfangs der benötigten Finanzmittel überschaubar. Das Förderprogramm fördert Maßnahmen, die in anderen Förderprogrammen nicht förderfähig sind.

Maßnahmen Natur und Mensch: Förderfähig sind Aufwendungen für Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Natur in der Nähe zum Menschen. Gefördert werden können insbesondere:

- Schaffung von Naturerfahrungsräumen: Hierbei handelt es sich um Grünflächen, auf denen sich vor allem Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene, aufhalten und die Natur frei erleben können.
- Schaffung von Ökogärten oder die ökologische Aufwertung von öffentlichen Park- und Gartenanlagen
- Aufwertung, Pflege und Entwicklung kommunaler Grünflächen zu strukturreichen Landschaftselementen
- Artenschutzmaßnahmen an und in Gebäuden, wie z.B. Fledermausquartiere, Nisthilfen oder artenreiche Trockenmauern
- Maßnahmen zum Insektenschutz im urbanen Raum und der Artenvielfalt
- Maßnahmen der praktischen Umweltbildung von Kindern und Jugendlichen
- Maßnahmen des Artenschutzes und der Biodiversität in öffentlichen Parks oder Gärten
- Maßnahmen zum Artenschutz oder zur Biotop-Pflege (z.B. Streuobstwiesen), die nicht über ELER oder GAK förderfähig sind

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Maßnahmen Wasser und Mensch: Förderfähig sind Aufwendungen für Vorhaben, die der Pflege und Entwicklung von Gewässern, dem Wasserrückhalt oder der Verbesserung der Gewässergüte dienen. Gefördert werden können insbesondere:

- Maßnahmen zur Sanierung von Klein- und Kleinstgewässern
- Maßnahmen zur Entwicklung ökologisch wertvoller Gewässerstrukturen, wie z.B. die naturnahe Umgestaltung von Uferverbauungen,
- Kommunale Maßnahmen für den Wasserrückhalt, zur Verbesserung der Gewässergüte oder der Biodiversität
- Maßnahmen zur Verbesserung des Wissens und Bewusstseins für das Themengebiet Wasser
- Kommunale Maßnahmen zur Versickerung von Niederschlagswasser mit innovativem ökologischem Charakter
- Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Funktion oder hydrologischen Funktion von oberirdischen Gewässern in öffentlichen Park- oder Gartenanlagen

Zuwendungsempfänger können zum Beispiel Gemeinden, Gemeindeverbände, Stiftungen, Vereine, Wasser- und Bodenverbände sowie Zweckverbände sein.

Förderzweck:

Verbesserung des menschlichen Naturerlebens, des Verständnisses für den Erhalt einer biodiversen Umwelt und der Kenntnisse komplexer Zusammenhänge in der Natur; Verbesserung eines dauerhaften Gewässermanagements.

532 64	332	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 64	332	Dienstleistungen Außenstehender für Projekte der Großschutzgebiete	200.000	0	0
			358.906	0	0

Erläuterungen:

Die Großschutzgebiete sind wichtige Partner bei der Umsetzung überschaubarer Projekte zum Artenschutz. Das Landesprogramm bietet den Großschutzgebieten eine Basis zur Erhaltung der übergeordneten Ziele, wie die biologische Vielfalt und Ökosystemfunktionen, Kulturlandschaften partizipativ zu bewirtschaften und weiterzuentwickeln. Im Bewilligungsverfahren werden alle eingehenden Anträge einer naturschutzfachlichen Bewertung unterzogen (u. a. Vereine, Gemeinden, BioRes) und aufgrund ihres Effektes für den Artenschutz in Sachsen-Anhalt priorisiert.

633 64	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	300.000	0	0
			138.487	0	0

684 64	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände	3.000.000	500.000	1.000.000
			2.483.407	2.000.000	2.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	425.900	1.000.000			1.425.900
2026		1.000.000	1.000.000		2.000.000
2027			1.000.000	1.000.000	2.000.000
2028				1.000.000	1.000.000
2029 ff.					
Summen	425.900	2.000.000	2.000.000	2.000.000	6.425.900

Erläuterungen:

Grundsätzlich sollen bei der Förderung vorwiegend einjährige Maßnahmen gefördert werden. Um jedoch Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt fördern zu können, die innerhalb eines Jahres nicht umsetzbar sind, ist eine Verpflichtungsermächtigung vorgesehen.

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

685 64	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	500.000	0	0
			109.000	0	0

883 64	332	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 64	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

894 64	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	4.000.000	500.000	1.000.000
		2.000.000	2.000.000

65 Verwendung von Mitteln aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen (PMO) der ehemaligen DDR

Übertragbar

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Das am 31.05.1990 von der Volkskammer der DDR beschlossene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Parteien und andere politische Vereinigungen - PartG-DDR - stellte das Vermögen der Parteien und mit ihnen verbundenen Organisationen, juristischen Personen und Massenorganisationen der DDR im In- und Ausland (PMO-Vermögen) unter Treuhänderschaft der Unabhängigen Kommission (§ 20b Abs. 3 PartG-DDR).

Verwendung der Mittel aus dem PMO-Vermögen für Maßnahmen aus dem Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt. Die Auszahlung der Mittel erfolgte bis 2022.

685 65	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

761 65	332	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0
		0	0

66 Ausbau der Umweltallianz Sachsen-Anhalt

Übertragbar

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Die 1999 gegründete Umweltallianz soll strategisch neu ausgerichtet und weiterentwickelt werden, das bestehende Bündnis soll zu einer Plattform für den Erfahrungsaustausch zu umweltbezogenen Maßnahmen weiter entwickelt werden.

Im Fokus der verstärkten Ausrichtung der Umweltallianz als Gesprächsforum (Arbeitskreise, Runde Tische, Workshops) sollen aktuelle inhaltliche Themen wie Energie, Klimawandel, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit stehen. Schwerpunkte sind dabei die praxisorientierte Ausgestaltung der umweltpolitischen Rahmenbedingungen, die Stärkung des betrieblichen Umweltschutzes und die Verwaltungsvereinfachung. Als wichtige Zugpferde fungieren der Preis der Umweltallianz Sachsen-Anhalt und der Umweltbonus in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", die unternehmerisches Engagement u. a. auf dem Gebiet der Ressourceneffizienz und der Green Economy fördern und wertschätzen.

Grundlage für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Kommunen bildet die 2007 geschlossene unbefristete Vereinbarung zur nachhaltigen Standortpolitik durch kooperativen Umweltschutz. Die Wirtschaftspartner stellen die Preisgelder für den im zweijährigen Rhythmus durchgeführten Umweltallianzwettbewerb zur Verfügung, richten Veranstaltungen aus und beteiligen sich auch finanziell an gemeinsamen Projekten.

526 66	332	Aufwandsentschädigungen	3.000 0	3.000 0	3.000 0

Erläuterungen:

Aufwandsentschädigungen für nicht dem Bündnis angehörende Externe (u. a. Jurymitglieder des Preises der Umweltallianz, wissenschaftliche Experten für Plattformgespräche).

527 66	332	Dienstreisekosten	3.000 0	3.000 0	3.000 0

Erläuterungen:

Reisekosten für nicht dem Bündnis angehörige Externe (u. a. Jurymitglieder des Preises der Umweltallianz, wissenschaftliche Experten für Plattformgespräche).

532 66	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	3.000 265	1.000 0	1.000 0

Erläuterungen:

Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Jahresveranstaltung, der Beiratsarbeit, der Workshops und der regionalen Stammtische.

533 66	332	Dienstleistungen Außenstehender	27.000 25.690	25.500 21.100	21.100 25.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		20.000			20.000
2026			21.100		21.100
2027				25.000	25.000
2028					
2029 ff.					
Summen		20.000	21.100	25.000	66.100

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 66

Erläuterungen:

Vergabe einzelner Arbeitspakete (u. a. Ausrichtung des Preises der Umweltallianz und der Jahresveranstaltung, Weiterentwicklung und Support einer Online-Plattform für den Erfahrungsaustausch zu umweltbezogenen Maßnahmen, Durchführung von Pilotprojekten zur Umsetzung der Umweltallianz etc.).

Die Landesregierung ist mit Unterzeichnung der Umweltallianzvereinbarung eine Vielzahl konkreter Verpflichtungen eingegangen. Deren Umsetzung sowie die Weiterentwicklung der Umweltallianz können nicht ohne externe Unterstützung bestritten werden. Zum diskontinuierlichen Arbeitsanfall kommt die Notwendigkeit hinzu, externen Sachverstand einzubeziehen bzw. die Unabhängigkeit der Ergebnisse nachweisen zu müssen. Das bundesweite Netzwerktreffen der Umwelt- und Nachhaltigkeitspartnerschaften der Länder soll 2025 in Sachsen-Anhalt als Plattform für Erfahrung- und Praxisaustausch stattfinden.

Die einzelnen Arbeitspakete, die nicht durch die Geschäftsstelle geleistet werden können, werden durch überjährige Vergaben unterstützt. Die VE wird benötigt, um die Managementleistungen für den Preis der Umweltallianz Sachsen-Anhalt sowie die Jahresveranstaltungen ordnungsgemäß beauftragen zu können. Die Vertragslaufzeiten erstrecken sich jeweils vom III. Quartal des Jahres bis zum IV. Quartal des Folgejahres. Auch Weiterentwicklung und Support der Online-Plattform müssen überjährig erfolgen, um die Begleitung der Projekte mit den vorhandenen Personalkapazitäten realisieren zu können.

547 66	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	36.000	32.500	28.100
		21.100	25.000

67 Umsetzung Wärmeplanungsgesetz

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 67.

** Ausgaben dürfen nur geleistet werden im Umfang des auf Sachsen-Anhalt entfallenden Anteils der Ist-Einnahmen aus der Umsatzsteuer zur Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes bei Kapitel 1301 Titel 015 01.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Der Bund stellt im Rahmen des am 01.01.2024 in Kraft getretenen Wärmeplanungsgesetzes (WPG) zweckgebunden Mittel zur Verfügung, damit die Länder den Kommunen die Mehrausgaben, die aus der Verpflichtung der Erstellung von Wärmeplanungen entstehen, ausgleichen können.

633 67	649	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Umsetzung Wärmeplanungsgesetz	0	2.540.000	2.530.000
			0	0	0

919 67	649	Zuführungen an sonstige Rücklagen - Umsetzung Wärmeplanungsgesetz	0	0	0
			0	0	0

*** Ausgaben in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei Kapitel 1301 Titel 015 01 zur Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes des Bundes, die nicht zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 1502 Titelgruppe 67 benötigt werden, sind der Rücklage zuzuführen.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 919 67

Erläuterungen:

Zweckgebundene Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO zur Finanzierung von Ausgaben aus der Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes des Bundes.

Entnahmen erfolgen bei Kapitel 1502 Titel 359 67.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	0	2.540.000	2.530.000
		0	0

68 Beteiligung des Landes im Rahmen des Bundesaktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK)

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1509 Titelgruppe 64 und 78 sowie 80.

Erläuterungen:

Die Bundesregierung hat sich mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) zum Ziel gesetzt, den allgemeinen Zustand und die Resilienz der Ökosysteme in Deutschland deutlich zu verbessern, so ihre Klimaschutzleistung zu stärken und damit einen dauerhaften Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Das ANK schafft und nutzt Synergien zwischen Klimaschutz und dem Erhalt der biologischen Vielfalt.

Das BMUV gewährt nach Maßgabe der jeweiligen Richtlinie, und der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu den §§ 23 und 44 Bundeshaushaltsordnung (BHO) Zuwendungen veranschlagt im Bundeshaushalt Einzelplan 60 Wirtschaftsplan des Klima- und Transformationsfonds Titel 686 31. Folgende Förderschwerpunkte betreffen den Einzelplan 15 des Landes Sachsen-Anhalt:

1. Schutz intakter Moore und Wiedervernässung
2. Naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Flüssen, Seen und Auen
3. Wildnis und Schutzgebiete
4. Böden als Kohlenstoffspeicher
5. Waldökosysteme für den Geschäftsbereich des MWU

Die Höhe der Zuwendung steht im Ermessen der Bundesbewilligungsbehörde. Veranschlagt sind Mittel und Verpflichtungsermächtigungen zur prozentualen Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt an Projekten Dritter und Ausgaben der Verwaltung im Geschäftsbereich des MWU, welche ebenfalls antragsberechtigt sind.

Die Einnahmen aus dem Antragsverfahren der Landesverwaltung sind in Kapitel 1502 Titel 232 68 und 332 68 veranschlagt.

Die Beteiligung des Bundes zur Förderung außenstehender Dritter fließt nicht über den Landeshaushalt.

522 68	332	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

532 68	332	Sonstige Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 68	332	Dienstleistungen Außenstehender	0	300.000	300.000
			0	1.500.000	1.500.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 68

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			300.000		300.000
2027			300.000	300.000	600.000
2028			300.000	300.000	600.000
2029 ff.			600.000	900.000	1.500.000
Summen			1.500.000	1.500.000	3.000.000

Erläuterungen:

1. Schutz intakter Moore und Wiedervernässung
2. Naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Flüssen, Seen und Auen
3. Wildnis und Schutzgebiete
4. Böden als Kohlenstoffspeicher (Entsiegelung)
5. Waldökosysteme

zu 1.

Ziel der Fördermaßnahmen sind die Stabilisierung und der Erhalt von Moorböden als natürliche Kohlenstoffspeicher. Hierfür soll die Torfzehrung in entwässerten Moorböden durch Anhebung der Wasserstände gemindert werden. Die Wiederherstellung torferhaltender hydrologischer Verhältnisse wird angestrebt. Ziel ist die Wiederherstellung und Unterstützung eines intakten lokalen Wasserhaushalts unter Berücksichtigung des rahmengebenden Landschaftswasserhaushalts und Niederschlagsregimes, geprägt von einer guten Wasserverfügbarkeit der Moorböden für die Vegetation. Die Fördermaßnahmen sollen die natürlichen Bodenfunktionen, den Wasserrückhalt in der Fläche sowie den natürlichen Landschaftswasserhaushalt stärken und auch zur Umsetzung der nationalen Wasserstrategie beitragen. Positive Nebeneffekte für Arten- und Naturschutz, Biodiversität, Nährstoffrückhalt oder Wasserhaushalt und -qualität sind ausdrücklich erwünscht.

zu 2.

Ziel ist es, das Wasser wieder stärker in der Landschaft zu halten und die schnelle Entwässerung großer Flächen zurückzuführen. Dies kann nicht nur lokalen Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden vorbeugen. Ein größeres und gleichmäßigeres Wasserangebot in der Fläche macht auch die dort bestehenden Ökosysteme widerstandsfähiger. Häufig ist es sogar die Grundvoraussetzung für weitergehende Renaturierungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen, z.B. die Wiedervernässung von Moorböden.

zu 3.

Ziel dieser Richtlinie ist es, dazu beizutragen, dass sich die Natur in Ergänzung zu großflächigen Wildnisgebieten auch auf kleineren Flächen wieder nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten entwickeln kann und damit relevante Flächen dauerhaft gesichert werden, um natürliche Lebensräume auch für künftige Generationen zu schützen, diese im Sinne des Biotopverbundes zu vernetzen und so einen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz in der Fläche zu leisten.

zu 4.

Das MWU ist ausschließlich im Bereich Grundlagen für die Entsiegelung und Flächenrecycling betroffen. Folgende Ziele werden durch Bodenentsiegelung unterstützt: Reduzierung von Hitzestress und Lufttrockenheit, Schaffung von Grün- und Freizeitflächen, Erhöhung der natürlichen Kühlfunktion der Böden insbesondere im urbanen Raum, Erhöhung von Wasserspeicherung und Retentionsfähigkeit, Wiederherstellung der ökologischen Funktionsfähigkeit und Kohlenstoffspeicherung in Böden, Steigerung der Biodiversität durch Wiederherstellung von naturnahen Lebensräumen.

zu 5.

Zusätzlich zu dem bestehenden Förderprogramm "Klimaangepasstes Waldmanagement", das den Waldbau hin zu klimaangepassten Wäldern über die Förderung gezielter Maßnahmen weiter beschleunigt, wird beabsichtigt, ein ergänzendes Förderinstrument zu entwickeln. Dieses schafft gezielte finanzielle Anreize für die Erreichung wünschenswerter Zustände wie zusätzliche Strukturvielfalt und Biodiversität in bereits naturnäheren Wäldern und zielt damit auch auf eine teils extensivierte Waldbewirtschaftung ab. So trägt das Förderinstrument weiter zur Stabilisierung und Erhöhung des Kohlenstoffspeichers in klimastabilen, ökologisch wertvollen Waldökosystemen bei. Veranschlagt sind ausschließlich Maßnahmen von Antragstellern die im Geschäftsbereich des MWU liegen.

547 68	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
633 68	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinde und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
682 68	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
684 68	332	Zuschüsse an Vereine und Verbände	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
685 68	332	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
822 68	332	Erwerb von unbebauten Grundstücken	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
891 68	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
893 68	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
894 68	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 68			0	300.000	300.000
				1.500.000	1.500.000

71 Klimaschutz, Klimawandel und seine Folgen, Energiewende
Übertragbar

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Die Folgen und Auswirkungen des Klimawandels haben sich in den vergangenen Jahren in Sachsen-Anhalt immer deutlicher gezeigt. Hitze, Dürre, Starkregen und Hochwasser, Hagel und Stürme haben Sachsen-Anhalt teilweise vor große Herausforderungen gestellt. Dadurch wurde die Bedeutung des Themas für alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens deutlich. Der fortschreitende anthropogene Klimawandel erfordert auf allen Ebenen der Gesellschaft Anstrengungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen bis hin zur national angestrebten Netto-Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 sowie Anpassungen an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels. Die Information, die Einbeziehung und Sensibilisierung der verschiedenen Akteure, u. a. Kommunen, zu den Aspekten Senkung von Treibhausgasemissionen, Erhöhung der Energieeffizienz, Einsatz erneuerbarer Energien sowie der Anpassung an den Klimawandel ist weiter zu verstärken. Aufgrund der Komplexität dieser interdisziplinären Themenbereiche und deren Wechselwirkungen bedarf es der wissenschaftlichen Begleitung sowie der Durchführung von Wirkungsuntersuchungen, Studien und Modellvorhaben. Darüber hinaus sind Informationskampagnen, Wettbewerbe und Informationsmaterialien für die breite Öffentlichkeit notwendig, um die erforderlichen Transformationsprozesse in der Gesellschaft zu unterstützen. Mit der Koalitionsvereinbarung für die aktuelle Legislaturperiode wurde für Sachsen-Anhalt ein konkretes Treibhausgas-Minderungsziel von 5,65 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten bis 2026 festgeschrieben. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Umsetzung der Energiewende sowie von Klimaschutzmaßnahmen voran zu bringen. Die im Rahmen des Zukunfts- und Klimaschutzkongresses priorisierten Maßnahmen / Instrumente sind durch die verschiedenen Akteure im Land umzusetzen.

511 71	332	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	0	0	0
			592	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

522 71	332	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	51.900	0	0
			201.104	0	450.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				200.000	200.000
2028				200.000	200.000
2029 ff.				50.000	50.000
Summen				450.000	450.000

Erläuterungen:

Kurzbezeichnung der Leistung	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR				
1.1 KRA Wasser/Hitze	0	0	0	450.000
2. Gleichartige Beratungsleistungen	0	0	0	0
3. Sonstige Beratungsleistungen von weniger als 20.000 EUR	0	0	0	0
4. Ausnahmen gem. § 34 a Abs. 5 LHO	0	0	0	0
Zusammen	0	0	0	450.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 71

zu 1.1

Die geplante Klimarisikoanalyse (KRA) dient der Ermittlung und Bewertung der gegenwärtigen und zukünftigen Risiken für das Handlungsfeld Wasser sowie für die Klimafolge Hitze im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels auf regionaler Ebene (Sachsen-Anhalt). Sie bildet damit die in § 10 KAnG geforderte, möglichst regionale, Grundlage für die ebenfalls gem. § 10 KAnG ab 31. Januar 2027 geforderte landeseigene vorsorgende Klimaanpassungsstrategie in diesen beiden Bereichen.

Mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln sollen

- a) weitere Handlungsfelder/ Klimafolgen untersucht sowie die gegenseitige Beeinflussung von Risiken in einzelnen Handlungsfeldern analysiert werden und
- b) aufbauend auf den Klimarisiken (dringende) Handlungserfordernisse identifiziert sowie Anpassungsmöglichkeiten aufgezeigt werden und
- c) eine Bewertung stattfinden, wie stark die identifizierten Anpassungsmöglichkeiten den Klimawandelfolgen entgegenwirken.

2027 vorgelagerte Wasserhaushaltsanalyse unter Verwendung von Klimaszenarien:

- Datenakquise
- landesweite Analyse der klimabedingten Veränderungen wichtiger Wasserhaushaltsgrößen
- ggfs. mögliche Entwicklung der Mittel- und Niedrigwasserabflüsse ausgewählter Fließgewässer in Sachsen-Anhalt

2028 Klimarisikoanalyse:

- Datenakquise
- Klimawirkungen festlegen, analysieren und bewerten
- Bewertung der physischen Klimarisiken
- ggfs. Identifizierung und Bewertung von Anpassungslösungen

2029 Berichtslegung

Laufzeit: 2027 bis 2029

525 71	332	Aus- und Fortbildung, Fachtagungen	1.000	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Fachspezifische Fortbildungen, Fachtagungen, Dialogreihen.

526 71	332	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

527 71	332	Reisekosten	1.000	500	500
			430	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für Referierende.

531 71	332	Veröffentlichungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

532 71	332	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			5.474	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 71	332	Dienstleistungen Außenstehender	245.000	140.500	100.500
			138.910	57.000	38.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 71

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	50.000	76.800			126.800
2026	50.000	40.000	57.000		147.000
2027		40.000		38.000	78.000
2028		40.000			40.000
2029 ff.					
Summen	100.000	196.800	57.000	38.000	391.800

Erläuterungen:

Fortführung von Maßnahmen zur Untersuchung und Dokumentation von Klimafolgen sowie der Quantifizierung von THG-Emissionen, damit im Zusammenhang stehende Vertrags- und Lizenzkosten sowie Begleitung von Klimaschutz und Klimawandel bezogenen Projekten (ReKIS, Orchideenmonitoring, Klimaschutzwettbewerbe). Aufgrund der Diskussionsergebnisse im Rahmen des Zukunfts- und Klimaschutzkongresses wurde eine Landeslizenz für den "Klimaschutz-Planer" erworben, um die Kommunen bei der Etablierung eines erfolgreichen Monitorings des kommunalen Klimaschutzes zu unterstützen und von Kosten zu entlasten.

547 71	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	15.000	10.000	10.000
			11.258	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Sitzungen der ressort- und fachübergreifenden Arbeitsgruppe "Klima" und des Wissenschaftlichen Beirates Klimaschutz, sonstige Fachveranstaltungen, Dialogforen und Workshops.

Für die Arbeitsgruppen, Fachveranstaltungen, Dialogforen und Workshops werden folgende Kosten kalkuliert:

Miete und Bewirtung: 3.750 EUR

Konferenztechnik: 1.750 EUR

Referenten: 4.500 EUR

633 71	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			130.000	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

682 71	332	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			1.194	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

683 71	332	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

685 71	332	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	0	10.000	10.000
			10.000	0	0

Erläuterungen:

Ausstattung des Wissenschaftlichen Beirates Klimaschutz mit Sachmitteln zur Professionalisierung seiner Arbeit als Impulsgeber und Wächter der Klimaschutzaktivitäten des Landes Sachsen-Anhalt.

686 71	332	Sonstige Zuschüsse im Inland	0	0	0
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 71

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 71	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71			313.900	161.500	121.500
				57.000	488.000

72 Ausgangs-/ Explosivstoffe

Erläuterungen:

Die VO (EU) 2019/1148 und das Ausgangsstoffgesetz legen Vorschriften für die Bereitstellung, die Verbringung, den Besitz und die Verwendung von Stoffen oder Gemischen fest, die für die unrechtmäßige Herstellung von Explosivstoffen missbraucht werden könnten.

Ziel ist es, in Sachsen-Anhalt Terroristen und anderen Tätern mit krimineller Energie den Zugriff auf Stoffe, die zur Explosivstoffherstellung geeignet sind, zu erschweren bzw. diesen Zugriff zu verhindern. Mit der Verortung (Inspektionsbehörde LVwA, Fachaufsicht MWU) der aus der VO (EU) 2019/1148 und dem Ausgangsstoffgesetz resultierenden Aufgaben ist die nachfolgende Veranschlagung zwingend erforderlich.

522 72	332	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	1.500	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

525 72	332	Aus- und Fortbildung	1.500	4.000	4.000
			3.646	0	0

Erläuterungen:

Fachspezifische Fortbildungsmaßnahmen (Fachtagungen u.ä.).

527 72	332	Reisekostenvergütung	1.500	1.500	1.500
			0	0	0

532 72	332	Öffentlichkeitsarbeit	1.000	1.000	1.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Kosten für Sensibilisierungsmaßnahmen (Raummiete, Technik, usw.).

533 72	332	Dienstleistungen Außenstehender	10.000	10.000	10.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Laborleistungen, Gefahrguttransport und Gefahrgutlagerung, Vernichtung u.ä.

547 72	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	3.000	3.000	3.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Anschaffungen von Technik, Schutzausrüstung, Transportkoffern für beschlagnahmte Ausgangsstoffe für Explosivstoffe.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 72	18.500	19.500	19.500
		0	0

73 Forschung und Innovation im Umwelt-, Klima- und Energiebereich, Interregionale Zusammenarbeit

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 06 02 Titel 685 88.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

*** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 15 02 Titel 119 73.

Erläuterungen:

Schwerpunktmäßig werden Forschungsprojekte mit Ausrichtung auf Umweltschutz, Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und zukunftsorientierte Energienutzung sowie Schlüsselprojekte insbesondere der interregionalen Zusammenarbeit in den Politikfeldern Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz sowie Green Economy gefördert.

Ziel ist die pilothafte Unterstützung von anwendungsorientierten und auf spezifische Anforderungen im Umwelt-, Klima- und Energiebereich ausgerichteten Forschungsaktivitäten bzw. Netzwerken, insbesondere von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Die Förderung dient u.a. der Umsetzung des Aktionsplans des Zukunfts- und Klimaschutzkongresses, der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel sowie der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Darüber hinaus werden Projekte und Initiativen zur Umsetzung der Internationalisierungs- und Europastrategie mit den dort verankerten Partnerregionen des Landes sowie mit weiteren Regionen, die bilaterale Kooperationsbeziehungen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt in den o. g. Politikfeldern unterhalten, unterstützt.

531 73	165	Veröffentlichungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 73	165	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

547 73	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

682 73	165	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

683 73	165	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

685 73	165	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	1.400.000	526.000	526.600
			526.440	526.600	1.350.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	98.800	1.050.000			1.148.800
2026		250.000	276.600		526.600
2027			250.000	1.100.000	1.350.000
2028				250.000	250.000
2029 ff.					
Summen	98.800	1.300.000	526.600	1.350.000	3.275.400

Erläuterungen:

Forschungsprojekte, insbesondere von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, haben i. d. R. eine mehrjährige Laufzeit und lassen sich meist nicht in jährige, in sich abgeschlossene Teilvorhaben trennen. Für die Förderung von Umwelt-, Klima- und Energieforschungsprojekten ist deshalb die Einstellung mehrjähriger VE notwendig.

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen, da 2025 und 2026 nicht genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

686 73	165	Zuschüsse für Forschung und Innovation	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	1.400.000	526.000	526.600
		526.600	1.350.000

76 Umsetzung des Strahlenschutzgesetzes

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Umsetzung des Strahlenschutzgesetzes für:

1. Aufgaben des Landes Sachsen-Anhalt aus dem Radon-Maßnahmenplan des Bundes (siehe Titel 532 76)
2. Evaluierung der festgelegten Radonvorsorgegebiete (siehe Titel 533 76)
3. Bestimmung der spezifischen Radioaktivität in Bauprodukten (siehe Titel 533 76)
4. Maßnahmen der Gefahrenabwehr (siehe Titel 533 76)
5. Lagerung von Kaliumjodidtabletten (siehe Titel 547 76)

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

532 76	342	Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Umsetzung des Strahlenschutzgesetzes	25.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Aus dem Radon-Maßnahmenplan des Bundes leiten sich für Sachsen-Anhalt im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit folgende Aufgaben ab:

1. Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zur Öffentlichkeitsarbeit, um ein Grundverständnis zum Thema Radon in der Bevölkerung zu schaffen.
2. Entwicklung landespezifischer Strategien zur Öffentlichkeitsarbeit, welche regionalen Gegebenheiten zur Radonbelastung Rechnung tragen.

In Sachsen-Anhalt sind hauptsächlich der Harz und das südliche Harzvorland als Tourismusregionen von einer Radonbelastung betroffen. Diese Branche soll spezifisch in Form mehrerer Abendveranstaltungen über das Thema informiert werden. Zusätzlich soll ein Faltblatt entwickelt und den Tourismusverbänden zur Verfügung gestellt werden.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 76	342	Dienstleistungen Außenstehender	11.000	41.000	59.500
			95.772	18.500	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		14.400			14.400
2026		14.400	18.500		32.900
2027		14.400			14.400
2028		14.400			14.400
2029 ff.					
Summen		57.600	18.500		76.100

Erläuterungen:

1. Evaluierung der festgelegten Radonvorsorgegebiete:

Radon-222-Aktivitätskonzentrationsmessungen in der Luft von Gebäuden mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen. Die Festlegung von Gebieten nach § 121 StrlSchG (Radonvorsorgegebiete) erfolgte zum 30.12.2020. Danach haben die zuständigen Behörden der Länder diese Festlegung innerhalb von 10 Jahren zu evaluieren (§ 121 Abs. 1 S. 3 StrlSchG) und zudem gemäß § 122 Abs. 3 und 4 StrlSchG in Verbindung mit Ziff. II.8 des Radon-Maßnahmenplans des Bundes die bereits ergriffenen Maßnahmen zum Schutz vor Radon zu überprüfen (VE 2024 mit Kassenwirksamkeit ab 2025).

2. Feststellung der Radonkonzentration außerhalb der festgelegten Radonvorsorgegebiete:

Außerhalb der bisher festgelegten Radonvorsorgegebiete soll für radonverdächtige Gebiete durch Innenmessungen festgestellt werden, inwieweit die Kriterien des § 153 StrlSchV erfüllt sind (VE 2025 mit Kassenwirksamkeit 2026).

3. Bestimmung der spezifischen Radioaktivität in Bauprodukten:

Das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) nimmt aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern die Aufgaben der zuständigen Behörde nach §§ 134, 135 des Strahlenschutzgesetzes wahr. Soweit das DIBt als zuständige Behörde tätig wird, fallen Kosten beim MWU an. Das DIBt hat Anspruch auf Ersatz seiner nicht durch Gebühren, Auslagenersatz und Leistungsentgelte abgedeckten Kosten. Alternativ hätte Sachsen-Anhalt eine eigene (neue) zuständige Behörde einrichten und unterhalten müssen. Die Aufgabenübertragung auf das DIBt ist im Vergleich dazu die wirtschaftlichere Lösung, zumal alle Länder dieser Aufgabenübertragung zugestimmt haben.

4. Maßnahmen der Gefahrenabwehr:

Falls Sicherungs-, Sicherstellungs- oder Entsorgungsmaßnahmen für radioaktive Stoffe notwendig sind, können Dritte zur Durchführung dieser Maßnahmen herangezogen (§ 10 SOG LSA) oder zivilrechtlich beauftragt werden.

Bei der Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen sind die diesen Personen entstandenen Aufwendungen nach § 69 SOG LSA zu ersetzen. Zivilrechtliche Aufträge begründen eine entsprechende Pflicht zur Vergütung der Leistungen. In Betracht kommen Entschädigungen bzw. Vergütungen für die Nutzung von Räumlichkeiten, die Durchführung von Prüfungen und Untersuchungen, die Kapselung von undichten Strahlenquellen, die Entsorgung von radioaktiven Abfällen, den entstehenden Arbeitsaufwand u. ä.

Ggf. werden Maßnahmen im Rahmen der Ersatzvornahme (§ 55 SOG LSA) durchgeführt.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

547 76	342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben - Fachgerechte Lagerung von Kaliumjodidtabletten	8.400	8.400	8.400
			0	0	0

Erläuterungen:

Der Bund hat dem Land nach § 104 StrlSchG Schutzwirkstoffe (Kaliumjodidtabletten) für den Katastrophenschutz zur Versorgung der Bevölkerung infolge eines radiologischen Notfalls zur Verfügung gestellt (sog. Jodblockade). Zuständig für die Verteilung der Tabletten sind die Katastrophenschutzbehörden. Die Tabletten lagern derzeit dezentral in der Nähe der jeweiligen Standorte der unteren Katastrophenschutzbehörden. In einem Notfall ist es jedoch wegen der schnelleren Zugriffsmöglichkeit erforderlich, die Tabletten direkt bei den unteren Katastrophenschutzbehörden zu lagern. Im Rahmen des Konnexitätsprinzips haben sie dann einen Anspruch auf Erstattung der für die Wahrnehmung der staatlichen Aufgaben entstandenen Kosten. Die unteren Katastrophenschutzbehörden sind als Kommunalbehörden derzeit rechtlich nicht zur Bevorratung der Tabletten verpflichtet, daher soll mit ihnen eine Verwaltungsvereinbarung hierüber geschlossen werden. Enthalten sind auch Lagerungs-/Umlagerungskosten, die dem MWU ggf. direkt entstehen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 76	44.400	49.400	67.900
		18.500	0

78 Biosphärenreservate, Ausweisung und Evaluierung

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 15 02 Titel 232 78.

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Um den internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden, werden Biosphärenreservate auf der Grundlage der "Kriterien für die Anerkennung und Überprüfung von Biosphärenreservaten der UNESCO in Deutschland" anerkannt und die Entwicklung bestehender Biosphärenreservate überprüft.

Ein Biosphärenreservat ist eine von der UNESCO initiierte Modellregion, in der nachhaltige Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht exemplarisch verwirklicht werden soll. Das Programm "Der Mensch und die Biosphäre (Man and the Biosphere Programme, MAB-Programm)" sorgt für die Weiterentwicklung und die Evaluation der Biosphärenreservate sowie deren Vernetzung im Weltnetz der Biosphärenreservate. UNESCO-Biosphärenreservate haben internationale Strahlkraft für touristische Aspekte, garantieren eine nachhaltige Regionalentwicklung und stärken die Identität der Region.

Im länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe arbeiten die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg eng zusammen. Koordiniert wird die Zusammenarbeit von einer Länderarbeitsgemeinschaft (LAG), deren Vorsitz im Zwei-Jahres-Rhythmus wechselt. Den Vorsitz und damit die Zuständigkeit zur Bewirtschaftung der länderübergreifend bereitgestellten Mittel übernimmt das Land Sachsen-Anhalt wieder 2028 und 2029. Die Zusammenarbeit der Bundesländer in der LAG beruht auf der Rahmenvereinbarung vom 30.09.2022. Die Finanzierung aller länderübergreifender Aufgaben erfolgt auf Grundlage der genäherten Flächenanteile wie folgt: Sachsen-Anhalt 44%, Brandenburg 18%, Niedersachsen 19%, Mecklenburg-Vorpommern 16%, Schleswig-Holstein 3%.

522 78	332	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

532 78	332	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	10.000	1.200	1.200
			1.211	0	0

533 78	332	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

547 78	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 143	500 0	500 0
632 78	332	Sonstige Zuweisungen an Länder	28.600 0	94.600 66.000	105.600 120.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			33.000		33.000
2027			33.000	40.000	73.000
2028				40.000	40.000
2029 ff.				40.000	40.000
Summen			66.000	120.000	186.000

Erläuterungen:

Der Vorsitz der Länderarbeitsgruppe liegt seit 2024 in Niedersachsen. Mittel zur Erfüllung der länderübergreifenden Aufgaben sind entsprechend der Rahmenvereinbarung durch Sachsen-Anhalt bereitzustellen. Für alle Biosphärenreservate ist die Aufstellung eines flächendeckenden Rahmenkonzeptes verbindlich. Im Rahmen der letzten Evaluierung des Biosphärenreservates im Jahr 2017 wurde durch das MAB-Nationalkomitee darauf hingewiesen, dass das bestehende Rahmenkonzept des Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe aus dem Jahr 2006 fortzuschreiben ist, da die aktuellen Kriterien auf Grundlage des Lima-Aktionsplanes 2016 keine ausreichende Berücksichtigung im bisherigen Konzept fanden. Turnusmäßig erfolgt die Evaluierung von Biosphärenreservaten alle 10 Jahre, ein Evaluierungsbericht ist dafür vorzulegen. Öffentlichkeitsarbeit sowie die Umsetzung des Partnerprogramms (nachhaltige Regionalentwicklung im Biosphärenreservat) sind für das Biosphärenreservat länderübergreifend durchzuführen und zu finanzieren.

Nachrichtlich: Summe TGr. 78	38.600	96.300 66.000	107.300 120.000

81 Maßnahmen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie

Übertragbar

**** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.**

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Die Deutschen Aktionstage für Nachhaltigkeit finden jedes Jahr im Herbst statt. Auch Sachsen-Anhalt beteiligt sich mit den Wochen der Nachhaltigkeit daran, um die Inhalte der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes mit besonderem Fokus auf Klimawandel und Klimaanpassung und der damit verbundenen Maßnahmen für eine nachhaltige Zukunft umzusetzen. Die Zertifizierung von BNE-Einrichtungen wird weiterhin verfolgt. Aus Gründen der formalen Trennung der strategischen Ausrichtung von Nachhaltigkeit/ BNE und der Förderung konkreter BNE-Projekte erfolgt die Ausweisung der Förderung konkreter BNE-Projekte bei Kapitel 1502 TGr. 95.

522 81	332	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

527 81	332	Reisekosten	2.500	500	1.000
			201	0	0

Erläuterungen:

Übernachtungs- und Fahrtkosten der Geschäftsstelle, Reisekosten für Fortbildungsangebote für Träger der BNE.

Reisekosten werden für die Mitglieder der Zertifizierungskommission (Dritte im Auftrag des Landes) und für Fortbildungen von BNE-Akteuren im Auftrag des Landes erstattet.

Durch die steigende Anzahl Zertifizierungswilliger und Rezertifizierer ist auch mit steigenden Ausgaben in den nächsten Jahren zu rechnen.

533 81	332	Dienstleistungen Außenstehender	84.000	82.000	82.000
			82.346	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Die Inhalte der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, insbesondere des Themas Klimawandel und der damit verbundenen Maßnahmen für eine nachhaltige Zukunft, erfordern bis 2030 besondere Anstrengungen, um die Ziele des Landes und des Bundes zu erreichen. Hierin begründet sich auch der Mittelansatz für 2025/26 ff. Mit gezielten Maßnahmen, die sich an ausgewählten Sustainable Development Goals (SDGs) orientieren, sollen in den 5 Planungsregionen Nachhaltigkeitsprojekte umgesetzt und nachhaltige Themen in der Öffentlichkeit Beachtung finden.

547 81	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	43.500	47.500	47.500
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Mittel sind für die Vorbereitung und Durchführung von Sitzungen der Zertifizierungskommission und sonstige "nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben" der Titelgruppe vorgesehen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 81	130.000	130.000	130.500
		0	0

82 Durchsetzung des Atomgesetzes

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 02 Titel 231 82.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) soll das ERAM stillgelegt werden. Hierzu wurde ein Planfeststellungsantrag gemäß § 9b des Atomgesetzes (AtG) gestellt. Das MWU ist gemäß § 24 Abs. 2 AtG i. V. m. § 58 Abs. 3 AtG i. V. m. der Zuständigkeitsverordnung für das Atom- und Strahlenschutzrecht (AtZustVO) zuständige Planfeststellungsbehörde. Rechtsgrundlage des Planfeststellungsverfahrens ist § 9b AtG i. V. m. §§ 72 bis 75, 77 und 78 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG).

Das Planfeststellungsverfahren entfaltet gemäß § 75 Abs. 1 VwVfG grundsätzlich Konzentrationswirkung (Zuständigkeits-, Verfahrens- und Entscheidungskonzentration). Das MWU entscheidet daher in eigener Zuständigkeit über alle im Zusammenhang mit der Planfeststellung zu erteilenden Genehmigungen und Erlaubnisse (u. a. Genehmigungen nach Strahlenschutzrecht, immissionsrechtliche Genehmigungen, Baugenehmigungen etc.) in einem einheitlichen Planfeststellungsbeschluss.

Eine Ausnahme bilden die Vorschriften des Berg- und Tiefspeicherrechts, die gemäß § 9b Abs. 5 Nr. 3 AtG von der Konzentrationswirkung des atomrechtlichen Verfahrens grundsätzlich ausgeschlossen sind. Hiervon wiederum ausgenommen und somit von der Konzentrationswirkung vollständig erfasst sind gemäß § 57b Abs. 3 S. 2 BBergG die Vorschriften über die Erstellung eines obligatorischen Rahmenbetriebsplans. Weiterhin bilden wasserrechtliche Erlaubnisse gemäß § 19 WHG eine Ausnahme von der vollständigen Konzentrationswirkung, da hierfür zwar eine Zuständigkeits- und Verfahrenskonzentration, nicht jedoch eine Entscheidungskonzentration gegeben ist.

Wasserrechtliche Erlaubnisse hat das MWU daher im Einvernehmen mit der zuständigen Wasserbehörde gesondert auszusprechen. Das MWU hat zur sachverständigen Begutachtung der von der BGE eingereichten und noch einzureichenden Unterlagen im Planfeststellungsverfahren Sachverständige gemäß § 20 AtG beauftragt (siehe auch Titel 526 82). Gemäß § 12b AtG i. V. m. der Verordnung für die Überprüfung der Zuverlässigkeit zum Schutz gegen Entwendung oder Freisetzung radioaktiver Stoffe nach dem Atomgesetz (Atomrechtliche Zuverlässigkeitsüberprüfungs-Verordnung - AtZüV) überprüft das MWU die atomrechtliche Zuverlässigkeit aller mit der sachverständigen Begutachtung der Unterlagen der BGE befassten Personen der beauftragten Sachverständigenunternehmen.

Für Anträge zur Änderung der Dauerbetriebsgenehmigung des ERAM im Bereich des Bergbaus (Neuauffahrung von Strecken und/oder Abbauen im Zusammenhang mit der Offenhaltung) sind gutachterliche Stellungnahmen oder Sachverständige hinzuzuziehen. Dies betrifft insbesondere Vorhaben in Schachtnähe oder im Zentralteil.

422 82	341	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	148.700	222.600	195.200
			149.470	0	0

429 82	341	Nicht aufteilbare Personalausgaben	490.700	453.900	462.000
			277.267	0	0

441 82	341	Beihilfen an Beamtinnen und Beamte	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

443 82	341	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

453 82	341	Trennungsgeld	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

525 82	341	Aus- und Fortbildungskosten	2.000	2.000	2.000
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 82

Erläuterungen:

Die Prüfung der Antragsunterlagen zur Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben hat gemäß den Sicherheitsprinzipien des AtG nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zu erfolgen. Zur Kompetenzerhaltung der Genehmigungsbehörde sind entsprechende Aus- und Fortbildungskosten vorzuhalten. Die Kosten sind für das Fachreferat im Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) und für die Projektgruppe ERAM am Landesamt für Geologie und Bergwesen (LAGB) zu planen.

526 82	342	Gutachterkosten ERA Morsleben	1.500.000	2.000.000	2.500.000
			660.147	0	0

Erläuterungen:

Am 25. April 2017 sind die Betreiberaufgaben für das Endlager Morsleben auf die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) übertragen worden. Die BGE erstellt seitdem die noch ausstehenden Genehmigungsunterlagen zur Stilllegung des Endlagers. Die von der Antragstellerin sukzessiv vorgelegten Verfahrensunterlagen werden durch externe Sachverständige begutachtet. Hierzu wurden ein Hauptgutachter für geowissenschaftliche Fragestellungen und ein Hauptgutachter für Fragen der Langzeitsicherheit über jeweils einen Rahmenvertrag gebunden. Die konkreten Sachverständigenleistungen zu den Verfahrensunterlagen werden über Einzelaufträge innerhalb der Rahmenverträge beauftragt. Die Rahmenverträge enden spätestens mit rechtskräftigem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens.

Die Kosten (Sachverständigenleistungen, vergleichbare Kosten und Aufwendungen) im Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung des ERAM werden als Auslagen gemäß § 21 Abs. 2 AtG von der Antragstellerin des Verfahrens erstattet.

Für Anträge zur Änderung der Dauerbetriebsgenehmigung des ERAM im Bereich des Bergbaus (Neuauffahrung von Strecken und/oder Abbauen im Zusammenhang mit der Offenhaltung) sind gutachterliche Stellungnahmen oder Sachverständige hinzuzuziehen. Dies betrifft insbesondere Vorhaben in Schachtnähe oder im Zentralteil. Diese Expertise ist ggf. von Sachverständigen zu leisten.

Die Kosten (Sachverständigenleistungen, vergleichbare Kosten und Aufwendungen) im Offenhaltungsbetrieb des ERAM werden als Auslagen gemäß § 21 Abs. 2 AtG von der Antragstellerin des Verfahrens erstattet.

527 82	341	Reisekostenvergütungen	4.000	4.000	4.000
			238	0	0

Erläuterungen:

Zur Durchführung der komplexen Antragsverfahren nach § 9b AtG sind diverse Dienstreisen durchzuführen, welche als Auslagen von der Antragstellerin zu tragen sind. Die Kosten sind für das Fachreferat im MWU und für die Projektgruppe ERAM am Landesamt für Geologie und Bergwesen (LAGB) zu planen.

532 82	342	Ausgaben für Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung	25.000	25.000	25.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Am 25. April 2017 sind die Betreiberaufgaben für das Endlager Morsleben auf die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) übertragen worden. Die BGE erstellt seitdem die noch ausstehenden Genehmigungsunterlagen zur Stilllegung des Endlagers. Nach Prüfung dieser Unterlagen durch das MWU wird ggf. eine ergänzende Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach Verwaltungsverfahrensgesetz notwendig werden. Die Kosten hierfür sind von der Antragstellerin zu tragen und werden als Auslagen erstattet.

533 82	342	Dienstleistungen Außenstehender	25.000	25.000	25.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Am 25. April 2017 sind die Betreiberaufgaben für das Endlager Morsleben auf die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) übertragen worden. Die BGE erstellt seitdem die noch ausstehenden Genehmigungsunterlagen zur Stilllegung des Endlagers. Parallel stellt die BGE Anträge zur Änderung der fortgeltenden Dauerbetriebsgenehmigung des Endlagers Morsleben.

Innerhalb der Verfahren nach § 9b AtG sind für bestimmte Entscheidungen zusätzliche Leistungen Dritter (bspw. baurechtliche oder wasserrechtliche Stellungnahmen) erforderlich, die innerhalb der Planfeststellungsbehörde nicht selbst erbracht werden können. Die hierfür anfallenden Kosten und Aufwendungen werden von der Antragstellerin erstattet.

Weiterhin dienen diese Mittel zur Absicherung von Gerichtsverfahren gegen Entscheidungen in Verfahren nach § 9b AtG.

547 82	342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	10.000	10.000	10.000
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 547 82

Erläuterungen:

Die Kosten für diesen Titel sind für das Fachreferat im MWU und für die Projektgruppe ERAM am Landesamt für Geologie und Bergwesen (LAGB) zu planen.

Folgende Kosten können anfallen:

- notwendige technische Arbeitsplatzausstattung sowie anteilige Hard- und Softwarebetreuung vorhandener Technik oder notwendig werdender Technik
- ergänzende fachspezifische Arbeitsplatzausstattung und Arbeitsmittel
- notwendige technische Ausstattung für Videokonferenzen (bspw. APC-Kamera, Headset etc.).

916 82	341	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	26.100 28.859	64.400 0	91.400 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 82			2.231.500	2.806.900 0	3.314.600 0

89 Förderung der Aufgaben des Storchenhofs Loburg, des Förderkreises Museum Heineanum, des Fördervereins Großtrappenschutz und der Stiftung Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Förderung im Zusammenhang mit der satzungsgemäßen Aufgabenerledigung der Vogelschutzwarte Storchenhof Loburg e. V., des Förderkreises für Vogelkunde und Naturschutz am Museum Heineanum e. V., des Fördervereins Großtrappenschutz sowie der Stiftung Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt.

Möglich ist eine Projektförderung in Form der Vollfinanzierung. Über die Förderfähigkeit der einzelnen Projekte entscheidet die bewilligende Stelle als Einzelfallentscheidung auf Grundlage einer Zielvereinbarung.

684 89	332	Zuschüsse an Verbände und Vereine	489.000 320.816	441.000 100.000	441.000 1.140.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	50.000	380.000			430.000
2026		380.000	50.000		430.000
2027			50.000	380.000	430.000
2028				380.000	380.000
2029 ff.				380.000	380.000
Summen	50.000	760.000	100.000	1.140.000	2.050.000

Erläuterungen:

Folgende Verteilung der finanziellen Mittel ist vorgesehen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Förderverein Großtrappenschutz e. V.	80.000	80.000	80.000
2.	Vogelschutzwarte Storchenhof Loburg e. V.	144.000	111.000	111.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 89

3.	Förderkreis für Vogelkunde und Naturschutz am Museum Heineanum e. V.	200.000	200.000	200.000
4.	Stiftung Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt	65.000	50.000	50.000
Summe		489.000	441.000	441.000

Die Förderhöhe für die genannten Verbände ab 2024 basiert auf Zielvereinbarungen (ZV) zwischen MWU und dem jeweiligen Verband.

Die Einstellung der VE für die Folgejahre 2025 und 2026 sichert die Kontinuität in der Unterstützung der Arbeit der Verbände.

685 89	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 89			489.000	441.000	441.000
				100.000	1.140.000

92 Ressourceneffizienz Sachsen-Anhalt

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Ziel ist es, in Sachsen-Anhalt die Entnahme und Nutzung der natürlichen Ressourcen entlang der gesamten Wertschöpfungskette nachhaltiger zu gestalten sowie die damit verbundenen Umweltbelastungen so weit wie möglich zu reduzieren. Dieser Prozess erfordert eine enge Begleitung durch die Landesregierung. Es sind insbesondere die Abfallvermeidung und die hochwertige Verwertung von Abfällen zu fokussieren. In Sachsen-Anhalt ist die Ressourceneffizienz im Einklang von Wirtschaft und Zivilgesellschaft auszubauen. Dieser Prozess ist langfristig angelegt und erfordert eine enge Begleitung durch die Landesregierung. Initiativen sollen unterstützt, der Dialog mit der Wirtschaft und den Bürgern ermöglicht, Beratung und Förderung koordiniert und das Thema in der Öffentlichkeit dargestellt und vermittelt werden.

Gemäß dem Landtagsbeschluss vom 24.02.2023 "Vernetzen und Reparieren vor Ort - Mit einem Reparaturatlas Sachsen-Anhalt die Instandsetzung von Elektro- und Elektronikgeräten nachhaltig unterstützen" wird die Landesregierung u.a. gebeten, Maßnahmen zur Verbraucherinformation und -sensibilisierung auf den Weg zu bringen und es den Bürgerinnen und Bürgern zu erleichtern, einfach und bequem im Internet Reparaturmöglichkeiten in ihrer Nähe zu finden.

Darüber hinaus sind die aktive Verbreitung, Weiterentwicklung und der enge Dialog mit Anwendern des Leitfadens zur Wiederverwendung und Verwertung von mineralischen Abfällen in Sachsen-Anhalt vorgesehen. Mittelfristig sind die Auswirkungen der geplanten Mantelverordnung auf den Leitfaden zu ermitteln und regelungsbedürftige Sachverhalte zu konkretisieren.

Die VE ist für die haushaltsjahrübergreifende Bewirtschaftung dieser Mittel notwendig. Die Ansatzhöhe basiert auf Erfahrungen aus Vorjahren. Soll-Ist-Abweichungen können sich aus Verzögerungen in der Projektbearbeitung ergeben.

522 92	332	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	120.000	15.000	50.000
			38.585	50.000	40.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 92

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		80.000			80.000
2026			50.000		50.000
2027				40.000	40.000
2028					
2029 ff.					
Summen		80.000	50.000	40.000	170.000

Erläuterungen:

Die VE wird teilweise auch bei Kapitel 1502 Titel 533 92 in Anspruch genommen.

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Kurzbezeichnung der Leistung	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	0	0	0	0
1.1 Entwicklung praxisorientierter Mustervergabeblätter für die Nutzung mineralischer Ersatzbaustoffe in technischen Bauwerken des Hoch- und Tiefbaus	15.000	50.000	50.000	40.000
1.2 Fortsetzung der Umsetzung des Landtagsbeschlusses (LT-Beschluss vom 24.02.2023, Drs. 8/2310), insbesondere im Rahmen der Umweltbildung (Durchführung und Auswertung eines Modellprojektes)	0	0	0	0
2. Gleichartige Beratungsleistungen	0	0	0	0
3. Sonstige Beratungsleistungen von weniger als 20.000 EUR	0	0	0	0
4. Ausnahmen gem. § 34a Abs. 5 LHO	0	0	0	0
Zusammen	15.000	50.000	50.000	40.000

zu 1.1

Entwicklung praxisorientierter Mustervergabeblätter für die Nutzung mineralischer Ersatzbaustoffe in technischen Bauwerken des Hoch- und Tiefbaus

Die ErsatzbaustoffV als neue rechtliche Regelung definiert bundeseinheitlich Umweltaanforderungen zur Herstellung und Verwendung gütegesicherter mineralischer Ersatzbaustoffe. Ergänzt werden diese neuen Anforderungen voraussichtlich durch eine so genannte Abfallende-Verordnung. Die vergaberechtlichen und technischen Anforderungen für die nachfolgende Verwendung von mineralischen Ersatzbaustoffen im Hoch- und Tiefbau sollen auf Basis der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen analysiert werden. Das Ziel besteht darin, die Nachfrage nach mineralischen Ersatzbaustoffen in öffentlichen Aufträgen zu erhöhen.

Inhalt des Vorhabens ist die Analyse der rechtlichen Vorgaben des Vergaberechts im Land Sachsen-Anhalt sowie der rechtlichen und baufachlichen Erfordernisse zur Verwendung mineralischer Ersatzbaustoffe im Hoch- und Tiefbau. Als Ergebnis soll den ausschreibenden Stellen eine geeignete Grundlage im Sinne von Checklisten bzw. Arbeitsblättern zur Verfügung gestellt werden. Im Anschluss sollen die erstellten Arbeitshilfen den ausschreibenden Stellen in einem Veranstaltungsrahmen erläutert werden.

Laufzeit: 2025 bis 2026

525 92	332	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 92

Erläuterungen:

Fachspezifische Fortbildung und Fachtagungen.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

526 92	332	Aufwandsentschädigungen	1.000	1.000	1.000
			1.174	0	0

Erläuterungen:

Aufwandsentschädigungen für wissenschaftliche Experten oder Jurymitglieder im Rahmen von Wettbewerben oder Preisverleihungen.

527 92	332	Reisekosten	0	0	0
			10	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten für wissenschaftliche Experten oder Referenten, Tagungsgebühren.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

532 92	332	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Flyer, Präsentationen, Preise.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 92	332	Dienstleistungen Außenstehender	0	10.000	10.000
			2.463	0	0

Erläuterungen:

Fortschreibung des "Reparaturatlases" (Internetauftritt) für weitere geeignete Abfallfraktionen.

547 92	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.000	1.000	1.000
			1.223	0	0

Erläuterungen:

U.a. Ausstattung, Bürobedarf.

686 92	332	Förderung der Umweltbildung mit Schwerpunkt Ressourceneffizienz/ Abfallvermeidung	100.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 92			222.000	27.000	62.000
				50.000	40.000

94 Verwaltungshilfe

Übertragbar

428 94	331	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

547 94	011	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	18.000	16.000	16.000
			15.703	0	0

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel dienen der Vorbereitung und Umsetzung von international und landesbedeutsamen Maßnahmen der von Landesregierung und -parlament jährlich als Landtagsinformationsvereinbarungsbericht (LIV-Bericht) beschlossenen Internationalisierungs- und Europastrategie. Insbesondere werden dabei wichtige Veranstaltungen und Delegationsreisen mit den Regionalpartnerschafts-Regionen Centre und Masowien sowie weiteren Partnerregionen wie Ermland-Masuren, Pommern-Kujawien, Valencia, den Baltischen Staaten sowie den Niederlanden in den Bereichen Energie, Klimaschutz, Ressourceneffizienz, Hochwasserschutz und Flussmanagement, Naturschutz, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Forschung, Entwicklung, Innovation, Technologietransfer sowie universitäre, außeruniversitäre und interkommunale Zusammenarbeit durchgeführt. Ziel ist dabei neben der Vertiefung und Verbreiterung der Netzwerkstrukturen zwischen den einheimischen und ausländischen Partnern auch die Entwicklung von Projektideen und -anträgen im Rahmen von EU-Förderprogrammen wie HORIZON, ERASMUS, LIFE und INTERREG mit Unterstützung der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), des Enterprise European Network (EEN) an der IHK Magdeburg sowie des eigens dafür eingerichteten Kompetenzzentrums "IdeenFarm" an der Hochschule Magdeburg-Stendal mit dem dort angelagerten Forschungs- und Entwicklungszentrum Magdeburg GmbH (FEZM).

Nachrichtlich: Summe TGr. 94	18.000	16.000	16.000
		0	0

95 Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung

Übertragbar

**** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.**

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist eine grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie in Sachsen-Anhalt.

Aus Gründen der formalen Trennung von strategischer Ausrichtung von Nachhaltigkeit/BNE und der Förderung konkreter BNE-Projekte, erfolgt die Ausweisung der strategischen Ausrichtung von Nachhaltigkeit/BNE bei Kapitel 1502 TGr. 81.

Gemäß Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt ist durch BNE das Verständnis für die Aufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu fördern. Nach Maßgabe und in Anlehnung an die "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in Sachsen-Anhalt (Richtlinien Nachhaltigkeitsbildung)" vom 22.01.2021 werden Bildungsprojekte gefördert, die sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientieren und geeignet sind, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger aller Altersklassen für eine nachhaltige Entwicklung zu verbessern und Impulse für eine zukunftsorientierte Umweltbildung zu geben.

Die VE soll einen mehrjährigen Bewilligungszeitraum insbesondere für Einrichtungen der Bildung für nachhaltige Entwicklung ermöglichen, die bereits länger als 5 Jahre Projekte der Nachhaltigkeitsbildung umsetzen. Gleichzeitig sollen Beschäftigungsentgelte für Mitarbeitende in diesen Projekten abgesichert werden.

533 95	332	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

633 95	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	0	0	0
			91.198	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

683 95 332 Zuschüsse für lfd. Zwecke an Unternehmen **0** **0** **0**
168.764 0 0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

684 95 332 Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke an Vereine und Verbände **1.400.000** **900.000** **1.400.000**
811.384 1.800.000 1.350.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	449.300				449.300
2026	449.300		450.000		899.300
2027			450.000	450.000	900.000
2028		900.000	450.000	450.000	1.800.000
2029 ff.			450.000	450.000	900.000
Summen	898.600	900.000	1.800.000	1.350.000	4.948.600

Erläuterungen:
Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

685 95 332 Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen **0** **0** **0**
162.311 0 0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 95 **1.400.000** **900.000** **1.400.000**
1.800.000 1.350.000

98 Schlüsselprojekte in der interregionalen Zusammenarbeit

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Der Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR zur Finanzierung von Schlüsselprojekten insbesondere der interregionalen Zusammenarbeit in den Politikfeldern Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz und Green Economy werden in Kapitel 1502 Titelgruppe 73 überführt.

633 98 649 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände **0** **0** **0**
0 0 0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

682 98 332 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen **50.000** **0** **0**
0 0 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 98

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		50.000			50.000

Erläuterungen:

Die VE 2024 i. H. v. 50.000 EUR zur Finanzierung von Schlüsselprojekten insbesondere der interregionalen Zusammenarbeit in den Politikfeldern Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz und Green Economy wird bei Kapitel 1502 Titel 685 73 in Anspruch genommen.

683 98	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

684 98	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

685 98	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 98			50.000	0	0
				0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	630.000	455.100	455.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.259.000	2.834.400	3.360.700
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	780.000	204.200	171.200
Gesamteinnahme		3.669.000	3.493.700	3.987.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	639.400	676.500	657.200
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.520.800	2.871.000	3.377.100
			1.763.600	2.113.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10.767.000	8.917.800	10.005.000
			4.857.800	23.410.000
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.300.000	340.300	285.300
			0	1.100.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	26.100	64.400	91.400
			0	0
Gesamtausgabe		15.253.300	12.870.000	14.416.000
Gesamtsumme der VE			6.621.400	26.623.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-11.584.300	-9.376.300	-10.429.000

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 03 **Landesbetriebe, Anstalten des öffentlichen Rechts**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 1503 beträgt zum 31.12.2025 378 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 1503 beträgt zum 31.12.2026 378 Vollzeitäquivalente.

Einnahmen

119 55	011	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Rückzahlungen des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, des Talsperrenbetriebes Sachsen-Anhalt und der Landesanstalt für Altlastensanierung von nicht verwendeten Haushaltsmitteln.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

121 38	623	Abführungen aus dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW) gemäß Wirtschaftsplan	0	0	0
			941.440		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Abführungen aus dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW) gemäß Wirtschaftsplan Anlage 1 zum Kapitel 1503.

Nach Abschluss eines Wirtschaftsjahres erfolgt die Erstellung des testierten endgültigen Abschlusses des Betriebes. Da das Ergebnis des Jahresabschlusses eines Wirtschaftsjahres erst im nachfolgenden Wirtschaftsjahr bekannt ist, erfolgt eine entsprechende Abführung eines Überschusses aus einem Wirtschaftsjahr im darauffolgenden Haushaltsjahr nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Ministerium der Finanzen gemäß Grundsatzterlass zu den Landesbetrieben nach § 26 Landeshaushaltsordnung Sachsen-Anhalt Nr. 3.9.

Titelgruppe(n)

62		Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (TSB-LSA)			
121 62	624	Abführungen aus dem Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (TSB-LSA)	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 03 Landesbetriebe, Anstalten des öffentlichen Rechts

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	331	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

522 38	623	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 38	623	Dienstleistungen Außenstehender für Gesundheitsmanagement	2.000	2.200	2.200
			2.000	0	0

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dienen.

682 38	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW)	48.158.500	57.692.000	50.802.100
			47.671.300	0	0

* Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 15 03 Titel 891 38.

Erläuterungen:

Zuschüsse für laufende Zwecke (inkl. Schadensbeseitigung nach dem Winterhochwasser 2023/24) an den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW) gemäß Wirtschaftsplan Anlage 1 zum Kapitel 1503.

Beschluss der Landesregierung über die Neuorganisation der Umweltverwaltung vom 28.03.2000 (n. v.) und vom 26.06.2001 (MBI. LSA S. 732).

Die Aufgaben der Unterhaltung und des Ausbaus von Gewässern I. Ordnung, der Deiche und Dämme nach dem zweiten Teil Kapitel V und VI des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt i. d. F. der Bek. vom 16.03.2011 (GVBl. LSA S. 492), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.03.2013 (GVBl. LSA S. 116), sowie der hydrologische Dienst wurden einem Landesbetrieb nach § 26 Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO) vom 30.04.1991 (GVBl. LSA S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 68 des Gesetzes vom 07.12.2001 (GVBl. LSA S. 540) übertragen. Der Landesbetrieb führt den Namen "Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW)".

Des Weiteren wurden dem LHW per Kabinettsbeschluss vom 25.02.2003 sämtliche Aufgaben des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) übertragen. Darüber hinaus erhielt der LHW die Zuständigkeit für den Hochwassermelddienst des Landes Sachsen-Anhalt und für den gesamten Bereich der Gewässeranalytik sowie für die übrigen Aufgaben der regionalen Umweltlabore Halle, Magdeburg und Wittenberg des ehemaligen Landesuntersuchungsamtes für Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz.

891 38	623	Zuschüsse für Investitionen an den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW)	3.511.600	3.891.900	4.453.500
			3.892.200	0	0

* Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 15 03 Titel 682 38.

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen an den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW) gemäß Wirtschaftsplan Anlage 1 zum Kapitel 1503.

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 1503 Titel 682 38.

Der LHW ist über Landesverträge an Preisaufschläge von bis zu 20% gebunden, die durch höhere Lizenzkosten für Oracle Java SE-Lizenzen und Microsoft ab 2023 entstehen. Weiterhin müssen Mittel bereitgestellt werden, um die 2023 begonnenen Neubauvorhaben der Hochwassermeldepegelanlagen Elend und Steinerne Renne abzuschließen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

62 Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (TSB-LSA)

Erläuterungen:

Der TSB-LSA wurde auf der Grundlage des Gesetzes vom 17.12.2003 zur Neuordnung der wasserwirtschaftlichen Aktivitäten und zur Umwandlung des Talsperrenbetriebes des Landes Sachsen-Anhalt, Artikel 1 des Gesetzes zur Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts "Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt" (Talsperrenbetriebsgesetz), zum 1. Januar 2004 gegründet (GVBl. LSA Nr. 46/2003 vom 23.12.03).

Der Anteil des Landes (Zuschüsse) dient der Absicherung der Pflichtaufgaben des Landes, die per Gesetz auf den TSB-LSA übertragen wurden. Dies betrifft besonders die in § 3 Talsperrenbetriebsgesetz genannte Aufgabenübertragung und Befugnisse.

533 62	624	Dienstleistungen Außenstehender für Gesundheitsmanagement	2.000	2.200	2.200
			2.000	0	0

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dienen.

682 62	624	Zuschüsse für laufende Zwecke	3.531.700	3.581.700	3.781.700
			3.531.700	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für laufende Zwecke an den Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (TSB-LSA) gemäß Wirtschaftsplan Anlage 2 zum Kapitel 1503.

Ausgehend von der Entgeltkalkulation des TSB-LSA, die im Sinne der Verordnung PR Nr. 30/53 über Preise bei öffentlichen Aufträgen und deren Leitsatz ermittelt wurde, dienen die Zuschüsse für laufende Zwecke zur Finanzierung der dem TSB-LSA übertragenen hoheitlichen Aufgaben, wie Hochwasserschutz und Niedrigwasseraufhöhung.

Mit diesem Entgelt werden u. a. anteilmäßig abgedeckt:

- Material, Reparaturen
- Lohn, Sozialkosten
- sonstige Aufwendungen.

891 62	624	Zuschüsse für Investitionen	2.439.200	1.345.000	1.567.000
			2.439.200	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen an den Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (TSB-LSA) gemäß Wirtschaftsplan Anlage 2 zum Kapitel 1503.

Baukostenzuschuss des Landes zur Finanzierung des Anteils an Investitionen, der rein hoheitlichen Aufgaben dient.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			5.972.900	4.928.900	5.350.900
				0	0

89 Planmäßiges Personal in den Landesbetrieben nach § 26 LHO

Erläuterungen:

Die Personalausgaben werden innerhalb des Wirtschaftsplanes ausgewiesen.

422 89	331	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 03 **Landesbetriebe, Anstalten des öffentlichen Rechts**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
427 89	331	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
428 89	331	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 89			0	0	0
				0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 03 Landesbetriebe, Anstalten des öffentlichen Rechts

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0

Gesamteinnahme	0	0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
			0	0

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.000	4.400	4.400
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	51.690.200	61.273.700	54.583.800
			0	0

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.950.800	5.236.900	6.020.500
			0	0

Gesamtausgabe	57.645.000	66.515.000	60.608.700

Gesamtsumme der VE		0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-57.645.000	-66.515.000	-60.608.700

Wirtschaftsplan für Landesbetriebe nach § 26 LHO LSA

Anlage 1 zum Kapitel 15 03
Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

**Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW)
Wirtschaftsjahre 2025/ 2026**

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan
B: Finanzplan
C: Leistungsplan

A: Erfolgsplan

Kon- ten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
50	1. Umsatzerlöse	52.931.963	91.120.812	78.819.200	89.840.000
51	a) verwaltungswirtschaftliche Erträge	1.365.987	1.350.281	1.450.000	1.450.000
54	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten	1.304.853	1.272.631	550.000	550.000
	c) Zuweisungen und Zuschüsse, Kostenerstattungen sowie Produktabgeltung				
	d) Zuschüsse für laufende Zwecke (Gruppe 682)	50.261.123			
58	e) Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel)		88.497.900	76.819.200	87.840.000
52	2. Bestandsveränderungen	-12.279.112			
52	3. Andere aktivierte Eigenleistungen	10.846.477			
53	4. sonstige Erträge	56.313.167	37.020.650	37.713.800	38.013.800
537	a) Auflösung des Sonderpostens für Investitionen	42.832.789	37.000.000	37.000.000	37.300.000
	Zwischensumme Erträge (1-4):	107.812.494	128.141.462	116.533.000	127.853.800
60	5. Materialaufwand	24.693.386	101.091.117	96.947.039	102.827.713
	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	514.889	469.436	478.825	488.401
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	24.178.496	100.621.681	96.468.214	102.339.312
62+63	6. Personalaufwand	25.413.679	26.250.900	26.211.100	24.460.000
	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung) davon für Beschäftigte	20.776.927	20.069.600	18.347.770	17.122.000
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Beschäftigte	4.636.752	6.181.300	7.863.330	7.338.000
	davon für Beamte				
	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen (lt. PZVO u. 30% Regelung)				
66	7. Abschreibungen	42.832.789	37.000.000	37.000.000	37.300.000
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens				
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen				
	c) auf technische Anlagen und Maschinen				
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch				
65	8. sonstige Aufwendungen	14.177.173	11.892.482	14.000.000	14.000.000
67	a) Sonstige Personalaufwendungen				
68	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten				
69	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise und Werbung				
	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen				
70	e) Betriebliche Steuern	451.851	338.475	345.245	352.149
73	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte	3.463.645	1.527.000	3.907.540	4.238.691
71	g) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung				

Kon- ten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
78	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)				
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	107.117.029	176.234.499	174.158.139	178.587.713
	Betriebsergebnis (1-8):	695.466	-48.093.037	-57.625.139	-53.803.113
56	9. Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge	3.864	0		
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				
75	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
	Finanzergebnis (9-12):	3.864	0	0	0
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	699.330	-48.093.037	-57.625.139	-50.733.913
59	14. Außerordentliche Erträge 14.1 davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt				
79	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen				
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):	0	0	0	0
77	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag				
72	18. sonstige Steuern	58.017	65.463	66.861	68.187
	a) Steuern und steuerähnliche Aufwendungen	58.017	65.463	66.861	68.187
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	641.313	-48.158.500	-57.692.000	-50.802.100
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)				
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss				
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage - Zuführung zur Gewinnrücklage				
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.				
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist - Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.				
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht				
	26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan		-48.158.500	-57.692.000	-50.802.100
	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen: a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen, b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern.				
	28. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		-48.158.500	-57.692.000	-50.802.100

Erläuterungen zum Erfolgsplan (z. B. Verpflichtungsermächtigungen)

Im Erfolgsplan sind die Zuschüsse für laufende Zwecke aus dem Landeshaushalt Kapitel 15 03 682 38 dargestellt.

*1 Im Ansatz Position 1d für das Haushaltsjahr 2023 (Ist-Wert) setzen sich die Zuweisungen, Zuschüsse (durchlaufende Mittel) wie folgt zusammen:

15 03 682 38	47.356.106,02
15 03 533 38	2.000,00
15 05 TG 63/67	2.100.000,00
15 05 TG 68	278.875,03
15 05 682 01	500.000,00
Wipl. 53	24.142,13
	50.261.123,18

*2 Im Ansatz Position 1e für das HH-Jahr 2025 und 2026 setzen sich die Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel) wie folgt zusammen:

Kapitel	Titel/Titelgruppe	Zweck	2025 EUR	2026 EUR
15 05	686 71	GAK-HW	450.000	500.000
15 05	893 71	GAK-HW	4.500.000	4.000.000
15 05	893 02	Nationales Hochwasserschutzprogramm	7.571.300	3.748.300
15 05	891 67	Landesmessnetz Grundwassergüte (DüngeVO)	830.000	800.000
13 31	TGr. 70	Schadensbeseitigung	5.000.000	5.000.000
13 90	684 77	ELER/WRRL	0	0
13 90	684 73	ELER/WRRL	0	0
13 91	684 63	ELER/WRRL neue Förderperiode	1.120.000	1.520.000
15 14	684 74	Kofi/WRRL	0	0
15 12	684 74	Kofi/WRRL neue Förderperiode	280.000	380.000
13 90	893 72	ELER/HW	7.474.200	0
13 91	893 66	ELER/HW neue Förderperiode	9.241.000	13.456.500
15 14	893 73	Kofi/HW	0	0
15 12	893 73	Kofi/HW neue Förderperiode	2.310.300	3.364.200
13 16	893 65	EFRE/HW	2.491.400	0
13 21	893 65	EFRE/HW neue Förderperiode	21.330.600	33.042.600
15 14	893 61	Kofi/HW	0	0
15 12	893 61	Kofi/HW neue Förderperiode	14.220.400	22.028.400
			76.819.200	87.840.000

B: Finanzplan

Kon- ten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 -EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
02	I. Investitionen				
	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	166.697	570.500	502.110	502.110
05	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	62.440	47.500	48.450	49.419
06	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch	448.411	1.010.000	1.010.000	1.336.742
07	d) Technische Anlagen und Maschinen	1.236.992	1.000.600	1.020.680	1.041.024
08	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.292.854	883.000	1.310.660	1.524.205
	Summe: Investitionsvorhaben	4.207.394	3.511.600	3.891.900	4.453.500
	II. Deckungsmittel				
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Erfolgsplan hinzugerechnet worden.				
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)				
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)				
	4. Zuschüsse für Investitionen (Gruppe 891)	4.207.394			
	Summe: Deckungsmittel				
	Zuführung für Investitionen (I - II)				

C: Leistungsplan

Leistungsplan für 2025

Bereich / Kostenstelle / Kostenträger	Erlöse - EUR -	Gesamtaufwendungen / -kosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
Verwaltung und Betriebswirtschaft	37.039.500	77.250.600	-40.211.100
Grundlagen Planung und Bau	75.989.200	76.241.700	-252.500
Betrieb und Unterhaltung	2.100.000	14.040.089	-11.940.089
Gewässerkundlicher Landesdienst	1.404.300	6.692.611	-5.288.311
Gesamtsumme	116.533.000	174.225.000	-57.692.000

Leistungsplan für 2026

Bereich / Kostenstelle / Kostenträger	Erlöse - EUR -	Gesamtaufwendungen / -kosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
Verwaltung und Betriebswirtschaft	37.339.500	75.799.500	-38.460.000
Grundlagen Planung und Bau	87.040.000	87.256.800	-216.800
Betrieb und Unterhaltung	2.100.000	9.599.779	-7.499.779
Gewässerkundlicher Landesdienst	1.374.300	5.999.821	-4.625.521
Gesamtsumme	127.853.800	178.655.900	-50.802.100

Wirtschaftsplan für Landesbetriebe nach § 26 LHO LSA

Anlage 2 zum Kapitel 15 03
Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

**Wirtschaftsplan für den Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (TSB LSA)
Wirtschaftsjahr 2025/2026**

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan
B: Finanzplan
C: Leistungsplan

A: Erfolgsplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR -	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	1. Umsatzerlöse	9.303.459,46	5.568.700	5.789.000	5.902.500
40	a) davon Rohwasserlieferung (netto)	4.824.516,44	4.829.000	4.925.600	5.024.100
40	b) davon Mitbenutzung TS Wendefurth (netto)	225.787,59	225.700	230.200	234.800
40	c) davon Rohwasserlieferung an Avacon Na- tur/TSW (netto)	430.461,76	362.000	369.200	376.600
	d) davon Dienstleistungsvertrag mit TSW	102.520,00		110.000	112.000
	e) Mieten und Pachten	131.837,91	107.000	109.000	110.000
42	f) Kostenerstattungen TGr. 62 HGr. 6	3.531.700,00			
	g) Kostenerstattungen WG LSA § 56a	56.635,76	45.000	45.000	45.000
	2. Andere aktivierte Eigenleistungen	217.796,09	150.000	150.000	150.000
	3. sonstige Erträge	4.749.537,54	3.950.000	3.950.000	3.950.000
40	a) davon Auflösung Sonderposten	4.389.269,40	3.850.000	3.850.000	3.850.000
	b) Sonstiges	360.268,14	100.000	100.000	100.000
	Zwischensumme Erträge (1-3):	14.270.793,09	9.668.700	9.889.000	10.002.500
	4. Materialaufwand (netto bzw. teilweise netto)	1.260.426,65	993.031	1.225.750	1.305.350
50	a) Aufwendungen für Material (Reparaturen)	55.966,06	64.231	67.500	72.100
59	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.204.460,59	930.800	1.158.250	1.233.250
	davon Planungen	190.953,30	142.410	145.000	165.000
	davon Reparaturen an Talsperren und Dienstgebäuden	949.704,15	665.590	973.000	1.025.000
	davon Wartung der Leitsysteme	22.990,64	33.700	21.500	23.050
	davon Anmietung Maschinen und Geräte	6.999,32	13.100	12.100	13.350
	davon sonstige bezogene Leistungen	33.813,18	74.000	6.650	6.850
	5. Personalaufwand	3.946.733,52	4.983.769	5.290.000	5.395.800
60	a) Vergütungsentgelte nach TV-L	3.224.440,02	3.887.340	4.337.800	4.424.556
61	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung	609.109,16	897.078	793.500	809.370
	c) Zusatzversorgung	113.184,34	199.351	158.700	161.874
62	6. Abschreibungen	7.191.533,66	6.593.000	6.593.000	6.593.000
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände	91.805,27	41.000	41.000	41.000
	b) auf Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	157.592,44	210.000	210.000	210.000
	c) auf Stauanlagen	6.444.267,18	6.000.000	6.000.000	6.000.000
	d) auf technische Anlagen und Maschinen	139.214,20	42.000	42.000	42.000
	e) auf andere Anlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	358.654,57	300.000	300.000	300.000
	7. sonstige Aufwendungen (netto bzw. teilweise netto)	1.494.265,79	1.452.616	1.914.943	2.669.398
63	a) davon Energiekosten	288.988,30	269.216	287.000	288.800
64	b) davon Reparatur Grundstücke, Gebäude und Maschinen	391.599,75	275.900	645.123	1.397.628
66/68	c) davon Öffentlichkeitsarbeit, Reise-, Aus- und Fortbildungskosten	111.926,94	132.600	135.300	150.600
64/69	d) davon Beiträge, periodenfr. Aufwendungen, rechtl. Beratungen	235.493,08	101.300	173.920	158.770
67/68	e) davon Sonstiges	466.257,72	673.600	673.600	673.600
	Zwischensumme Aufwendungen (4-7):	13.892.959,62	14.022.416	14.823.693	15.963.548

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Betriebsergebnis (1-7):	377.833,47	- 4.353.716	- 4.934.693	- 5.961.048
71	8. Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	170.255,20	150.000	150.000	150.000
71	9. Zinsen und ähnliche Erträge	105.896,71	130.000	130.000	130.000
	10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	900.816,20	0	0	0
73	11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	275,21	0	0	0
	Finanzergebnis (8-11):	- 624.939,50	280.000	280.000	280.000
	12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-11):	- 247.106,03	- 4.073.716	- 4.654.693	- 5.681.048
76	13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	124.267,41	111.000	111.000	111.000
76	14. sonstige Steuern	21.243,88	11.300	11.300	11.300
	15. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	- 392.617,32	- 4.196.016	- 4.776.993	- 5.803.348
59	16. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)				
79	17. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss				
76	18. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage - Zuführung zur Gewinnrücklage		664.316	1.195.293	2.021.648
76	19. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.				
	20. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist - Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.				
	21. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht				
	22. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan		- 3.531.700	3.581.700	3.781.700
	24. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		- 3.531.700	- 3.581.700	- 3.781.700
	Der Wert lt. Ziffer 28 ist gemäß den HTR-LSA auf volle 100 Euro auf- oder abzurunden.		- 3.531.700	- 3.781.700	- 3.781.700

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
	1. Investitionen	6.593.732,15	16.790.125	10.598.220	10.383.550
	a) davon Investitionen Kapitel 15 03 Titel 891 62	2.891.291,05	2.439.125	1.345.000	1.567.000
	b) davon Investitionen GAK/ELER/NHWSP/ RL Sachsen-Anhalt Revier 2038 (*)	1.270.437,30	11.400.000	7.597.200	7.351.700
	c) davon Investitionen Rohwasser/PSW	2.432.003,80	2.951.000	1.656.020	1.464.850
	d) davon Investitionen aus Rücklage	0	0	0	0
	2. aktivierte Eigenleistungen	217.796,09	150.000	150.000	150.000
	3. Auflösung Sonderposten	4.389.269,40	3.850.000	3.850.000	3.850.000
	4. Jahresfehlbetrag	392.617,32	0	1.195.293	2.021.648
	5. Zuführungen Rücklagen	0			
	6. Summe Finanzbedarf	11.593.414,96	20.790.125	15.793.513	16.405.198
	7. Abschreibungen	7.191.533,66	6.593.000	6.593.000	6.593.000
	8. Jahresüberschuss	0	27.181	0	0
	9. Baukostenzuschuss LSA, HGr. 8; TGr. 62	2.891.291,05	2.439.125	1.345.000	1.567.000
	10. HWR-Förderung durch GAK/ELER/NHWSP/ Richtlinie Sachsen-Anhalt Revier 2038 (*)	1.270.437,30	11.400.000	7.597.200	7.351.700
	11. Entnahme aus der Rücklage	240.152,95	330.819	258.313	893.498
	12. Summe: Deckungsmittel	11.593.414,96	20.790.125	15.793.513	16.405.198

Erläuterungen zum Finanzplan

(*) Im Ansatz Position 1b setzen sich die Investitionen GAK/ELER/NHWSP/Richtlinie Sachsen-Anhalt Revier 2038 wie folgt zusammen:

Zweck:	2025	2026
Nationales Hochwasserschutzprogramm	4.797.200 €	6.851.700 €
Sachsen-Anhalt Revier 2038	2.800.000 €	500.000 €
	7.597.200 €	7.351.700 €

C: Leistungsplan

entfällt

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan für den TSB

Grundlage ist das Gesetz zur Neuordnung der wasserwirtschaftlichen Aktivitäten und zur Umwandlung des Talsperrenbetriebes Sachsen-Anhalt vom 17. Dezember 2003 (GVBl. LSA S. 359).
Danach ist der TSB LSA mit der Planung, dem Bau, dem Betrieb und der Unterhaltung von Stauanlagen im Sinne des § 88 WG LSA betraut. Die Zuschüsse an den TSB LSA dienen zur Deckung des Aufwandes der übertragenen hoheitlichen Aufgaben.

Anlage zum Wirtschaftsplan

Stellenplan

TV-L	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
a. T. (Geschäftsführer)	1	1	1	1
E 15 (Techn.-/Verwaltungsdienst)	2	2	2	2
E 14 (Techn.-/Verwaltungsdienst)	2	2	2	2
E 13 (Technischer Dienst)	2	2	2	2
E 12 (Technischer Dienst)	1	2	2	3
E 11 (Technischer Dienst)	7*	10	10	12
E 11 (Verwaltungsdienst)	0	0	0	0
E 10 (Technischer Dienst)	3	2	2	2
E 9 (Techn.-/Verwaltungsdienst)	9	9	9	9
E 8 (Verwaltungsdienst)	0	0	0	0
E 7 (Technischer Dienst)	2	6	6	6
E 6 (Techn.-/Verwaltungsdienst)	25*	22	22	22
E 5 (Techn.-/Verwaltungsdienst)	20	20	20	20
E 4 (Techn.-/Verwaltungsdienst)	0	0	0	0
Zwischensumme	74	78	78	81
Elternzeitvertretung	1	1	1	1
Teilzeit	1	1	1	1
Gesamt	76	80	80	83

* davon je eine Stelle befristet bis 2030

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 1504 beträgt zum 31.12.2025 191 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 1504 beträgt zum 31.12.2026 191 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemeines:

Veranschlagt sind hier die Einnahmen und Ausgaben, die dem Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt bei der Erfüllung seiner Aufgaben entstehen.

Das Landesamt für Umweltschutz mit Hauptsitz in Halle untersteht der unmittelbaren Dienst- und Fachaufsicht des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt.

Das Landesamt für Umweltschutz ist die naturwissenschaftlich-technische Fachbehörde des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt für den Bereich des Umwelt- und Naturschutzes. Das Landesamt unterstützt das Ministerium bei der Erfüllung von gesetzlichen Verpflichtungen, bei der Entwicklung und Umsetzung umweltpolitischer Vorgaben der Landesregierung, bei der adäquaten Reaktion auf erhebliche Gefährdungen für die menschliche Gesundheit, für Tiere und Pflanzen oder für Umweltmedien (Havarien) durch Beratung und gutachterliche Stellungnahmen. Daneben unterstützt das Landesamt im Rahmen der Amtshilfepflicht andere Landesbehörden bei schwierigen und/oder komplexen Einzelfällen, die von diesen Behörden nicht effizient wahrgenommen werden können.

Das Landesamt besteht aus den Abteilungen

- Zentrale Dienste (Abteilung 1)
- Kreislaufwirtschaft, Bodenschutz, Wasserwirtschaft (Abteilung 2)
- Immissionsschutz, Klima, Nachhaltigkeit (Abteilung 3)
- Naturschutz (Abteilung 4)
- Analytische Untersuchungen/Umweltüberwachung (Abteilung 5)

neben den Stabsstellen Qualitätsmanagement/Notifizierung und der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Einnahmen

111 11	331	Verwaltungsgebühren	100.000	87.400	87.400
			100.469		

Erläuterungen:

Einnahmen für die Erteilung von gesetzlich geforderten Erzeuger-, Beförderer-, Entsorger-, Makler- und Bevollmächtigtennummern an Firmen bzw. andere Betroffene im Rahmen des Vollzugs des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und der Nachweisverordnung sowie Einnahmen für die Zustimmung zu Überwachungsverträgen und zur Anerkennung von Entsorgungsgemeinschaften gemäß Entsorgungsfachbetriebsverordnung und Entsorgungsgemeinschaftenrichtlinie. Einnahmen aus der Anerkennung der Durchführung von Lehrgangsveranstaltungen nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung, Anzeige- und Erlaubnisverordnung sowie Abfallbeauftragtenverordnung.

Einnahmen aus Bekanntgaben von Untersuchungsstellen und Sachverständigen im immissionsschutzrechtlich geregelten Bereich nach:

- § 29b i. V. m. § 26 BImSchG und der 41. BImSchV
- § 29b i. V. m. § 29a BImSchG und der 41. BImSchV
- § 29b i. V. m. § 13 Abs. 3 der 1. BImSchV und der 41. BImSchV

Einnahmen aus Prüfung von Ermittlungsergebnissen bekanntgegebener Stellen

- § 16 Abs. 1 Nr. 3 der 41. BImSchV

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 111 11

Einnahmen, die durch die Organisationseinheit Kontrollaufgaben des Artenschutzes/CITES-Büro gemäß §§ 8 und 12 der Verordnung über abweichende Zuständigkeiten für das Recht des Naturschutzes und der Landschaftspflege vom 21. Juni 2011 (GVBl. LSA Nr. 14 vom 04.07.2011) erhoben werden.

Nachfolgende Aufgabenbereiche werden zur Durchsetzung nationalen und internationalen Rechts wahrgenommen:

1. Zuständigkeit gemäß § 48 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG (§ 8 Zuständigkeiten-VO 2011)

Zur Umsetzung des Washingtoner Artenschutzabkommens (WA) erfolgt die Erteilung von EU (CITES)-Bescheinigungen über die Rechtmäßigkeit des Erwerbs von besonders geschützten Tieren nach Artikel 10 der VO (EG) Nr. 338/97 über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels. Dazu sind die im Artikel 2 (5) der VO (EU) Nr. 792/2012 mit Durchführungsbestimmungen zur VO (EG) Nr. 338/97 vorgeschriebenen Formulare zu verwenden.

2. Zuständigkeit gemäß §§ 13 und 14 BArtSchV (§ 12 Abs. 3 Nr. 3 u. 5 Zuständigkeiten-VO 2011)

Zulassung von Ausnahmen von den Kennzeichnungsmethoden für geschützte Tiere nach § 13 Abs. 1 Satz 4 BArtSchV und Zulassung von Ausnahmen der Kennzeichnungspflicht für Wirbeltiere, die im Rahmen von bestandsschützenden Maßnahmen oder Wiederansiedlungsmaßnahmen gehalten oder abgegeben werden nach § 14 Abs. 1 BArtSchV.

119 02	331	Einnahmen aus Fachveranstaltungen	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 04 Titel 525 02.

Erläuterungen:

Gebühr für die Teilnahme Externer an Fachveranstaltungen des LAU zur Absicherung der entstehenden Kosten.

Veranstaltungen u.a.:

- Artenschutzregelungen/Tierartenschutz (Arten nach den Anhängen 2 und 4 der FFH-Richtlinie)
- Management von Lebensraumtypen nach FFH-Richtlinie
- Workshops im Bodenschutz-/Altlastenbereich bzw. im Bereich physikalische Umweltfaktoren sowie Klimaschutz und Klimawandel
- Qualitätsmanagement/Qualitätssicherung
- Wolfskompetenzzentrum

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 11	331	Einnahmen für Aufträge Dritter	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 04 Titel 514 06.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Untersuchungen, Gutachten, Beratungen und anderer Inanspruchnahme der Verwaltung (Deckung der Kosten für das Verbrauchsmaterial).

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 31	332	Einnahmen aus Veröffentlichungen	700	500	500
			452		

Erläuterungen:

Verkauf einer Teilaufgabe der Zeitschrift "Naturschutz im Land Sachsen-Anhalt".

119 51	332	Vermischte Einnahmen	3.000	3.000	3.000
			284		

Erläuterungen:

Einmalige, nicht im Detail planbare Zahlungen.

124 01	331	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5.000	5.000	5.000
			4.160		

Erläuterungen:

Entgelt für das Parken von privaten Kraftfahrzeugen auf landeseigenen Liegenschaften.
 Grundlage der Berechnung der Höhe des Entgeltes ist der Erlass des MF vom 31.07.2008.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

132 01	331	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0	0	9.000
			0		

Erläuterungen:

Zur Aussonderung im Jahr 2026 gelangen:

- Kastenwagen (HAL-LA 480): 3.000 EUR
- Kastenwagen (HAL-LA 38): 3.000 EUR
- SUV (HAL-LA 169): 3.000 EUR

132 02	331	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

231 01	331	Personalkostenerstattungen des Bundes i. R. d. Bundesmessprogramms (Vorjahre betreffend)	0	0	0
			638.932		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

231 05	331	Zuweisungen des Bundes für Projekte i. R. d. VV "Gemeinsamer Stoffdatenpool Bund / Land"	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 04 Titel 533 05.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

231 06	332	Zuweisungen vom Bund für Abwasser-Monitoring für die epidemiologische Lagebewertung (AMELAG)	0	0	0
			379.167		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 04 Titel 633 06.

Titelgruppe(n)

66		Pflichtaufgabenerledigung im Rahmen der ELER-Förderung "Natura 2000"			

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 04 Titelgruppe 66.

381 66	891	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0
			38.204		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Kapitel 1390 Titel 981 75 sowie Kapitel 1512 Titel 981 71 und Kapitel 1514 Titel 981 71.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66

0	0	0

70		Regionalbüro ANK			

Übertragbar

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 1504 Titelgruppe 70.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

231 70	331	Personalkostenerstattungen des Bundes	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vom Bund gemäß der VV zu erstattende Personalausgaben.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	0	0	0

80 Durchführung des Bundesmessprogrammes

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 04
Titelgruppe 80.

231 80	331	Sonstige Zuweisungen	141.000	141.000	141.000
			100.000		

Erläuterungen:

Zuweisungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) für die Erfüllung des Messprogrammes im Rahmen des Integrierten Mess- und Informationssystems des Bundes zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt. Beschaffung der für die Realisierung des Messprogrammes notwendigen Proben, Verbrauchsmaterialien, Kleingeräte, Gase und Instandhaltung des Geräteparks mit dem Ziel der Erhaltung der Betriebs- und Funktionsfähigkeit der Messsysteme in den Landesmessstellen.

331 80	331	Zuweisungen des Bundes für Investitionen	100.000	100.000	100.000
			139.692		

Erläuterungen:

Zuweisungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) für Ersatzinvestitionen und erforderliche Modernisierung der Messtechnik.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80	241.000	241.000	241.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	331	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.201.800 1.356.810	1.386.300 0	1.387.200 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.201.800	1.386.300	1.387.200
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	1.201.800	1.386.300	1.387.200

427 01	331	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

427 11	331	Entschädigung für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	11.000 7.621	7.700 0	7.700 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Auslagenerstattung an die Mitglieder des Naturschutzbeirates (55 Mitglieder)	1.000	1.000	1.000
2.	Auslagenerstattung für die Bearbeiter/-innen von Spezialthemen wie Rote Listen, Kartierungen, Arten- und Biotopschutzprogramm, Natura 2000	2.000	2.000	2.000
3.	Auslagenerstattung für ehrenamtlich im Monitoring und Herdenschutz Tätige	8.000	4.700	4.700
	Summe	11.000	7.700	7.700

428 01	331	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.376.400 12.163.607	13.095.800 0	12.652.900 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.376.400	13.095.800	12.652.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	12.376.400	13.095.800	12.652.900

428 03	331	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	0 0	0 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 428 03

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 51	331	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	33.500 41.322	41.400 0	41.400 0

Erläuterungen:

Rufbereitschaft des Wolfskompetenzzentrum Iden (WZI) gemäß Dienstvereinbarung vom 13.12.2017. Rufbereitschaftseinsätze im Rahmen der Rissbegutachtung und Prävention sowie unvorhersehbare anderweitige Einsätze bei Gefahrenlagen.

443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	25.000 26.028	26.100 0	26.100 0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten sowie von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit und Ausgaben für Reihenuntersuchungen und Schutzimpfungen (auch arbeitsmedizinische Untersuchungen).

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Vertrag zur arbeitsmedizinischen Betreuung	6.000	6.000	6.000
2.	Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen	8.500	8.500	8.500
3.	Leistungen der Grundbetreuung und Vertrag zur arbeitssicherheitstechnischen Betreuung gem. § 6 ASiG	5.000	5.000	5.000
4.	Vertrag zur Unterstützung bei der Erfassung der psychischen Belastung am Arbeitsplatz gem. § 4 Arbeitsschutzgesetz	2.500	2.500	2.500
5.	Bestellung eines externen Brandschutzbeauftragten zur Unterstützung der Dienststelle bei der Umsetzung von präventiven Maßnahmen zum organisatorischen Brandschutz	3.000	4.100	4.100
Summe		25.000	26.100	26.100

511 01	331	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	160.000 135.843	138.000 0	160.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	72.000	62.000	72.000
2.	Kommunikation	81.000	70.000	81.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.000	5.000	6.000
4.	Sonstiges	1.000	1.000	1.000
Summe		160.000	138.000	160.000

511 02	331	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	268.500 290.013	301.000 0	305.500 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 02

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatzteile, Reparaturkosten, Serviceleistungen, Wartung und Reparatur der Geräte- und Analysetechnik für den Laborbereich Spezialanalytik	175.000	204.000	208.000
2.	Ersatzteile, Reparaturkosten, Serviceleistungen, Wartung und Reparatur der Geräte- und Analysetechnik zur Messung der Umweltradioaktivität	3.000	3.000	3.500
3.	Beschaffung von Verbrauchs-, Verschleiß- und Vermessungsmaterialien für die Feldmessgeräte, für Bodenprobennahmetechnik, für die Deponiegas- und Bodenluftmesstechnik, das GPS sowie deren Wartung und Reparatur	7.000	6.000	6.000
4.	Beschaffung von Verbrauchs- und Verschleißmaterialien, Ersatzteilen und Ersatzbaugruppen für Emissionsmessaufgaben, Immissionsaufgaben, Schall- und Erschütterungsmessungen	77.000	79.000	79.000
5.	Wartung, Reparatur und Instandhaltung von Geräten zur Durchführung von Aufgaben des Naturschutzes; einschließlich Wolfskompetenzzentrum	6.500	9.000	9.000
Summe		268.500	301.000	305.500

Der Ansatz entspricht dem langjährig ermittelten Verbrauch und ist bedingt durch das weiter ansteigende Lebensalter der bestehenden Analysesysteme.

511 03	331	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	231.500 185.574	231.500 0	231.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatz von Geräten und Baugruppen der Messgeräte in den Laborbereichen (Spezialanalytik, Umweltradioaktivität)	103.000	93.000	103.000
2.	Kleinteile und Zubehör zur Boden- und Feststoffprobenahme	12.000	12.000	12.000
3.	Ersatzbeschaffung Immissions- und Emissionsmesstechnik sowie Schall- und Erschütterungsmesskomponenten	36.500	36.500	36.500
4.	Ersatzbeschaffungen von Geräten zur Durchführung und Erfüllung von Aufgaben des Naturschutzes	18.000	20.000	10.000
5.	Ersatz- und Neubeschaffungen zur Erfüllung der Aufgaben im Wolfsmanagement	62.000	70.000	70.000
Summe		231.500	231.500	231.500

514 01	331	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	153.500 81.430	149.100 0	149.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	141.500	137.100	137.100
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	10.000	10.000	10.000
3.	Verbrauchsmittel	1.000	1.000	1.000
4.	Sonstiges	1.000	1.000	1.000
Summe		153.500	149.100	149.100

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Soll 2024	2025	2026
1. Anhänger	9	9	9	9
2. Lkw, Nutz-/Sonderfahrzeuge (Kauf)	16	15	19	19
3. Lkw, Nutz-/Sonderfahrzeuge (Leasing)	4	4	1	1
4. Pkw (Kauf)	0	0	0	0
5. Pkw (Leasing)	0	0	0	0
Zusammen	29	28	29	29

514 05	331	Laborbedarf	330.500	337.100	344.000
			252.410	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Dezernat Spezialanalytik, Chemikaliensicherheit, Gentechniksicherheit/Biotechnologie	280.000	285.600	291.000
2. Dezernat Umweltradioaktivität/Strahlenschutz	1.000	0	0
3. Dezernate Kreislaufwirtschaft, Chemikaliensicherheit und Bodenschutz, Altlasten	4.000	4.000	4.000
4. Dezernat Immissionsschutz, Luftqualität, Physikalische Einwirkungen	9.000	9.000	9.000
5. Dezernat Lufthygienisches Überwachungssystem (LÜSA)	28.500	28.500	29.000
6. Abteilung 4 Naturschutz	2.500	2.500	2.500
7. Wolfskompetenzzentrum	5.500	7.500	8.500
Summe	330.500	337.100	344.000

514 06	331	Verbrauchsmittel für Laboratorien	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 15 04 Titel 119 11.

Erläuterungen:

Wegen der zunehmenden Anzahl an Amtshilfeersuchen im Zuge staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen, Regel- und Sonderkontrollen von Anlagen sowie Abfalltransporten durch das LVwA und unterstützenden Arbeiten für die Sicherung von Standorten in Zuständigkeit des LAGB kommt es zu einer erheblichen Mehrbelastung verschiedener Titelgruppen des LAU (Erhöhter Verschleiß der Messgeräte führt zu erhöhten Aufwendungen in der Geräteunterhaltung und schnellerem Geräteersatz, Inanspruchnahme der Laboranalytik führt zu einem erhöhten Verbrauch von Chemikalien etc). Eine Kostendeckung durch die Geltendmachung von Aufwendungen den Amtshilfeersuchenden gegenüber ist für eine Fortführung der Arbeiten unerlässlich.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

517 01	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	394.000	452.500	461.600
			434.814	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	10.000	2.500	2.600
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	90.000	60.000	61.200
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	140.000	196.000	199.900
4.	Bewachung	150.000	190.000	193.800
5.	Sonstiges	4.000	4.000	4.100
	Summe	394.000	452.500	461.600

517 30	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch BLSA	712.600	0	0
			401.000	0	0

518 01	331	Mieten und Pachten	46.500	46.500	46.500
			41.822	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	15.250	15.250	15.250
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	31.250	31.250	31.250
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	46.500	46.500	46.500

518 13	331	Miete oder private Vorfinanzierung von Dienstkraftfahrzeugen	22.700	12.000	8.700
			17.919	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Leasingraten	19.700	12.000	8.700
2.	Überführungskosten	1.000	0	0
3.	Kosten bei Leasingwechsel	2.000	0	0
	Summe	22.700	12.000	8.700

Die veranschlagten Kosten ergeben sich aus den Leasingverträgen für 4 Sonderfahrzeuge. Die Vertragslaufzeit für drei Fahrzeuge endet im Laufe des Jahres 2025, wobei diese Fahrzeuge anschließend zum Restwert erworben werden. Das verbleibende Dienstkraftfahrzeug (HAL-LA 220) ist über den Zeitraum von 48 Monaten geleast. Der Leasingzeitraum begann im April 2024 und endet im März 2028.

518 30	331	Mietzahlungen an BLSA	838.200	0	0
			838.171	0	0

519 01	331	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	48.000	68.500	69.900
			68.310	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	48.000	68.500	69.900
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
	Summe	48.000	68.500	69.900

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

519 02	331	Unterhaltung, Ersatz betrieblicher Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

521 01	332	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

522 01	332	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	403.200	224.700	119.700
			272.273	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		233.000			233.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		233.000			233.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	208.000	126.000	68.000
2.	Gleichartige Beratungsleistungen	0	0	0
3.	Sonstige Beratungsleistungen unter 20.000 EUR	45.200	41.700	51.700
4.	Ausnahmen gem. § 34a Abs. 5 LHO	150.000	57.000	0
	Summe	403.200	224.700	119.700

zu 1.

Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1.1 Fortschreibung der satellitengestützten Erfassung der Flächenneuanspruchnahme in Sachsen-Anhalt für den Zeitraum 2019 bis 2025	0	0	25.000	0
1.2 EU - Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung	86.000	0	43.000	0
1.3 Regionalisierte Bewertungen der natürlichen Bodenfunktionen im Rahmen des Bodenfunktions-bewertungsverfahrens in Sachsen-Anhalt	40.000	0	0	0
Zusammen	126.000	0	68.000	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

zu 1.1

Fortschreibung der satellitengestützten Erfassung der Flächenneuanspruchnahme in Sachsen-Anhalt für den Zeitraum 2019 bis 2025

Von den Auswirkungen des Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstums und den damit verbundenen Neuversiegelungen sind die Böden in besonderem Maße betroffen. Dem steht das Ziel der Landesregierung gemäß ihrer Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2022 gegenüber, die durchschnittliche tägliche Flächenneuanspruchnahme, die auch als "Flächenverbrauch" bezeichnet wird, bis zum Jahr 2030 auf unter 1 Hektar zu begrenzen. Flächenkonkrete Daten zu Nutzungsartenänderungen sowie zu tatsächlichen Versiegelungsgraden sind notwendig, um Planungen schonend zu lenken und ihre Folgen nachhaltig zu mindern. Nutzungsansprüche müssen künftig stärker gegeneinander abgewogen werden, um Synergien und Mehrfachnutzungen zu realisieren.

Diese Problemstellung wurde mit dem 2023 realisierten Projekt "Erfassung und Darstellung der tatsächlichen Flächenneuanspruchnahme und Bodenversiegelung in Sachsen-Anhalt seit 2012" erstmals untersucht. Auf Grundlage der erzielten Projektergebnisse ist nun geplant, ein satellitengestütztes Monitoring der Flächenneuanspruchnahme unter Berücksichtigung qualitativer Aspekte (unter Einbeziehung der Ergebnisse des Bodenfunktionsbewertungsverfahrens) und der Versiegelungsgrade der umgenutzten Flächen zu etablieren. Diese Angaben sind als Ergebnis Alleinstellungsmerkmale des Projektes und mit der "herkömmlichen" amtlichen Flächenstatistik nicht zu erhalten. Die Ergebnisse sind u.a. für die Fortschreibung der Klimaanpassungsstrategie des Landes von Bedeutung.

Der Zugang zu den Daten ist kostenfrei, allerdings handelt es sich dabei um Rohdaten, die so direkt nicht vom landwirtschaftlichen Praktiker oder in Behörden verwendet werden können. Eine gezielte Auswertung und Interpretation durch externe Bearbeiter ist daher erforderlich, um mit den Daten, die einen erheblichem Mehrwert für eine Vielzahl von Anwendungen in Forschung und Praxis haben, arbeiten zu können.

Laufzeit: 2026

zu 1.2

EU - Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung

2024 lag der Schwerpunkt der Tätigkeiten auf der Fertigstellung von 108 Lärmaktionsplänen bis zum 18.07.2024 und der anschließenden Prüfung, Vereinheitlichung und Zusammenführung der Ergebnisdaten für die Berichterstattung an das Umweltbundesamt bis zum 18.11.2024. Das Umweltbundesamt prüft und bündelt wiederum die Länderberichte und muss seinerseits der EU-Kommission bis 18.01.2025 einen ersten Berichtsdatensatz und bis zum 31.03.2025 die abschließenden Inspire-Datenberichtsätze für den EU-Mitgliedsstaat Deutschland zur Verfügung stellen. Hierbei kommt es zu Nachforderungen an die Länder, die mehr oder weniger umfangreiche Nacharbeiten erfordern. Allein aufgrund der aufgezeigten Terminkette fallen selbst im Falle einer fristgerechten Aufgabenerledigung Arbeiten in das HHJ 2025. Zahlreiche Länder haben bereits angekündigt, dass sie die dargestellte Zeitschiene nicht einhalten können. Auch in Sachsen-Anhalt ist die Termineinhaltung eine Herausforderung. Hierbei ist erschwerend zu berücksichtigen, dass etwa 60 Prozent der Städte und Gemeinden zum ersten Mal in dieser bereits 4. Runde einen Lärmaktionsplan aufstellen mussten. Bei einem realistischen Szenario ist davon auszugehen, dass der Abschluss der genannten Arbeiten erst weit in der 2. Jahreshälfte 2025 gelingen dürfte. Weiterhin veranlasst die EU-Kommission im Zusammenhang mit der Auswertung der Berichte umfangreiche Prüfungen, die in den vorhergehenden Runden der Lärminderungsplanung stets zu Nachfragen und notwendigen Überarbeitungen der Kartenbeiträge und Planunterlagen geführt haben. Die Prüfung der Ende 2022 bei der EU-Kommission eingereichten Lärmkarten der EU-Mitgliedsstaaten steht noch aus. Es ist damit zu rechnen, dass diese Ende 2024 abgeschlossen sind und im Jahr 2025 Aufforderungen zu Kontrollen (Plausibilitätsprüfungen), Stellungnahmen und ggf. Nachbesserungsarbeiten bei den Ländern eingehen. Angesichts der in der 4. Runde neu eingeführten Berechnungsmethoden und Beurteilungsindikatoren sind entsprechende Prüf- und Nachbesserungsarbeiten zu erwarten, deren Erledigung bis in das HHJ 2026 andauern kann. In Anbetracht des Stichtages der Lärmkartierung der 5. Runde (30.06.2027) sind im HHJ 2026 bereits die (Vor-)Arbeiten aufzunehmen. Hierzu gehören die aktuelle Ermittlung der lärmkartierungs-/lärmaktionsplanpflichtigen Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt (einschließlich der Meldung an die EU-Kommission), Vorbereitungen zur Vergabe sowie der Beginn der Lärmkartierungsarbeiten. Für die letztgenannten Arbeiten ist bis zur Fertigstellung grundsätzlich ein Zeitraum von einem Jahr zu veranschlagen. Für die Bewältigung all der genannten Aufgaben ist die Einbindung von qualifizierten Fachdienstleistern notwendig. Die Kostenansätze für 2025 und 2026 orientieren sich sowohl an den bisherigen Ausgaben als auch an Abschätzungen benötigter Leistungen.

Bei Nichterfüllung der Mitteilungspflichten droht ein EU-Vertragsverletzungsverfahren.

Die 2024 ausgebrachte VE in Höhe von 43.000 EUR wird 2025 kassenwirksam.

2025: 43.000 EUR

Laufzeit: 2025 und 2026

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

zu 1.3

Regionalisierte Bewertungen der natürlichen Bodenfunktionen im Rahmen des Bodenfunktionsbewertungsverfahrens in Sachsen-Anhalt

Um Böden mit ihren natürlichen Bodenfunktionen und der Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte gleichberechtigt neben anderen Schutzgütern in Planungs- und Zulassungsverfahren einbringen zu können, wurde in Sachsen-Anhalt bereits 1998 ein Bodenfunktionsbewertungsverfahren (BFBV) entwickelt und veröffentlicht. Dieses Verfahren steht Behörden und anderen Nutzern zur landesweiten Bewertung der Böden für Sachsen-Anhalt seit 1998 in jeweils aktualisierter Version zur Verfügung und ist sowohl für klein- als auch für großmaßstäbige Anwendungen geeignet.

Das BFBV ermöglicht die Identifizierung von Flächen mit hoher Funktionserfüllung, insbesondere der vorrangig zu schützenden Bodenfunktionen gemäß Bundes-Bodenschutzgesetz.

Die Anwendung des Bodenfunktionsbewertungsverfahrens mit seinen landesweiten Auswertungen ist in bestimmten Fällen regionaler und lokaler Planvorhaben nur bedingt geeignet, die hierbei vorkommenden spezifischen Ausprägungen der natürlichen Bodenfunktionen adäquat abzubilden.

Eine funktionale Betrachtung des Bodens bezogen auf den jeweiligen Planungsraum (landesweit, regional, lokal) kann vor allem für Gebiete, die in einer landesweiten Betrachtung kaum Spielräume aufgrund ihrer beispielsweise überwiegend hohen bis sehr hohen funktionalen Bewertung aufweisen, aufgrund einer dann differenzierteren Verteilung der Wertstufen Planungsalternativen aus Sicht des vorsorgenden Bodenschutzes anbieten.

Bei einer solchen Betrachtung muss sichergestellt werden, dass eine regionalisierte Anwendung des BFBV bezogen auf die jeweils betroffene Gebietskulisse den landesweiten Zielen des vorsorgenden Bodenschutzes im Land nicht zuwiderläuft.

Auch eine auf bestimmte Gebietskulissen bezogene Bodenfunktionsbewertung muss den Anspruch, Böden höchster Funktionserfüllung im Land Sachsen-Anhalt zu schützen und in ihrer Funktionalität zu erhalten, entsprechen. Sie soll darüber hinaus Optionen in Hinblick auf die Lenkung von Vorhaben auf Böden geringerer Funktionserfüllung innerhalb der Gebietskulisse aufzeigen.

Aufgaben des Gutachtens sind:

- die Ergebnisse der regionalisierten Bodenfunktionsbewertung (landesweit, regional, lokal) für drei Beispielsgebiete unter Beachtung der gesetzlichen Schutzvorgaben für Böden auszuwerten, um die Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung zum Erreichen dieser Vorgaben aufzuzeigen,
- herauszuarbeiten, ob und bis zu welcher Maßstabsebene sich eine regionalisierte Betrachtung (landesweit, regional, lokal) auch suchraumbezogen (d.h. unabhängig von Landkreis- und kommunalen Grenzen) empfiehlt,
- auf Basis dieser Auswertungen Handlungsempfehlungen zur Anwendung der Bodenfunktionsbewertung in Sachsen-Anhalt im Kontext unterschiedlicher Gebietskulissen abzuleiten.

Der Ansatz resultiert aus der Inanspruchnahme der VE 2024.

Laufzeit: 2025

zu 3.

Sonstige Beratungsleistungen unter 20.000 EUR	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
3.1 Konzepterstellung, Begleitung Pilotdurchgang, Überarbeitung Siegel "Verwaltung der Zukunft"	5.000	0	5.000	0
3.2 Programmierleistungen sowie Automatisierungstätigkeiten im Rahmen des Klimafolgenmonitoring, insb. Datenaktualisierung und Visualisierung der Indikatorenkennblätter auf einer Internetplattform mittels Fachinformationssystem bzw. sharepoint-Lösung o. ä.	15.000	0	15.000	0
3.3 Feuchtebiasuntersuchung zwischen Beobachtungs- und Projektionsdaten	0	0	10.000	0
3.4 Datenakquise, -bereitstellung und Fachanwendung im Bereich Klimawandel	2.500	0	2.500	0
3.5 Informationsdienstleistungen in den Themenfeldern Klimaschutz und erneuerbare Energien	19.200	0	19.200	0
Zusammen	41.700	0	51.700	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

zu 3.1

Konzepterstellung, Begleitung Pilotdurchgang, Überarbeitung Siegel "Verwaltung der Zukunft"

Das Leitprinzip einer nachhaltigen Entwicklung sollte sich auch im Verwaltungshandeln erweisen. Hierfür spricht nicht nur die notwendige Vorbildfunktion der öffentlichen Hand; ihre Aktivitäten haben auch selbst relevante Auswirkungen auf die Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung.

Insbesondere das LAU als Fachbehörde für Umweltschutz ist besonders geeignet, den Weg zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Zukunft zu beschreiten in Form eines Pilotprojekts. In diesem sollen die Prozesse zu einer nachhaltigeren, treibhausgasneutralen Verwaltung durchlaufen, erprobt und verstetigt werden und zugleich als Hilfestellung für andere Behörden in Sachsen-Anhalt, die treibhausgasneutral werden wollen, dienen.

Der Weg zur Nachhaltigkeit und Treibhausgas-Neutralität verläuft in den meisten Behörden über (externe) Bewertung und Zertifizierungen (z.B. Energiemanagementsysteme, Umweltmanagementsysteme etc.) bzw. Audits für Siegel. Nach einer 2024 erfolgen Beratung, um den Status Quo und die konkreten Handlungsmöglichkeiten des LAU ermitteln zu lassen, erfolgt 2025 und 2026 die Implementierung der empfohlenen Maßnahmen.

Laufzeit: 2025 und 2026

Vorbemerkung zu den den Leistungen 3.3 bis 3.5

Dem LAU obliegt die Aufgabe, den Klimawandel in Sachsen-Anhalt wissenschaftlich zu untersuchen (Daten- und Hintergrundanalysen), zu beobachten (Monitoring), mögliche Folgen für Mensch und Natur abzuleiten (Klimafolgen sowie Klimawirkungs- und Risikobetrachtung) sowie Anpassungsmaßnahmen aufzuzeigen (Klimaanpassung).

Dies erfolgt insbesondere mit dem Fokus der Politikberatung sowie der Information von Entscheidungsträgern sowie der Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalt. Um dieser Aufgabe vollumfänglich nachkommen zu können, müssen Daten und andere Informationen fachgerecht aufbereitet, analysiert, interpretiert und präsentiert werden. Um dies zu ermöglichen, benötigt das LAU Unterstützung durch Dritte in Form von:

- Programmierleistungen sowie Automatisierungstätigkeiten im Rahmen des Klimafolgenmonitoring, insb. Datenaktualisierung und Visualisierung der Indikatorenkennblätter auf einer Internetplattform mittels Fachinformationssystem bzw. sharepoint-Lösung o. ä.
- Feuchtebiasuntersuchung zwischen Beobachtungs- und Projektionsdaten
- Datenakquise, -bereitstellung und Fachanwendung im Bereich Klimawandel

zu 3.2

Programmierleistungen sowie Automatisierungstätigkeiten im Rahmen des Klimafolgenmonitoring, insb. Datenaktualisierung und Visualisierung der Indikatorenkennblätter auf einer Internetplattform mittels Fachinformationssystem bzw. sharepoint-Lösung o. ä.

Die jährlich geplante Aktualisierung der Klimawandelfolgen-Indikatoren sowie die Erstellung der dazugehörigen Kennblätter müssten weiterhin mit enormem personellem Aufwand erfolgen. Ziel des Projektes ist es insbesondere, den Verwaltungsaufwand im LAU durch die Schaffung einer zentralen Datenhaltungsmöglichkeit mit Zugriffs- und Eingabemöglichkeiten der datenliefernden Stellen zu reduzieren. Ebenfalls soll mit den Mitteln eine automatisierte Darstellung von Ergebnissen infolge der jährlichen Datenfortschreibung erfolgen. Da diese Tätigkeiten zeitintensiv, umfangreich und sich wiederholend sind, bietet sich eine Automatisierung zwingend an. Die frei gewordenen Kapazitäten könnten für individuelle, qualitative Tätigkeiten verwendet werden (bspw. Ableitung von Handlungserfordernissen im Ergebnis der Auswertung von Klimafolgenindikatoren).

Laufzeit: 2025 und 2026

zu 3.3

Der Unterschied zwischen Beobachtung (deutliche Abnahme des Wasserdargebots) und Klimamodellen (geringe oder kaum Änderung des Wasserdargebots) hat seit der Dürre ab 2018 zunehmende Wichtigkeit in der Arbeit der Bundesländer erlangt. In einer Arbeitsgruppe aus mehreren Bundesländern, die sich aus dem Bund-Länder-Fachgespräch heraus gegründet hat, sollen der "Bias" (deutsch: Fehleranalyse) quantifiziert und die Ursachen gesucht werden. Start der Arbeitsgruppe war 2024. Die Ergebnisse werden bei den künftigen Einordnungen von Klimamodelldaten und der wissenschaftlichen Kommunikation Vorteile bringen. Entsprechend können Auswertungen in dem Bereich sehr hilfreich bei Fragen der Klimaanpassung und der Klimawirkungs- und Risikoanalyse für Sachsen-Anhalt im Sektor Wasser sein.

Laufzeit: 2026

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

zu 3.4

Datenakquise, -bereitstellung und Fachanwendung im Bereich Klimawandel

Die Mittel sind sowohl im Rahmen der Klimawirkungs- und Risikoanalyse für Sachsen-Anhalt (KWRA ST) zu verstehen als auch im Rahmen von Datenbeschaffungen im Kontext der Klimawandelfolgen-Indikatoren. Derzeit ist nach fachlicher Einschätzung mit der Notwendigkeit zu rechnen, spezielle Ausgangs- bzw. Grundlagendaten (bspw. sozio-ökonomische Daten) zukaufen zu müssen um das Projekt KWRA ST in der angedachten qualitativen und quantitativen Tiefe durchführen zu können. Für die Klimafolgenindikatoren ergibt sich aufgrund der jährlichen Nachführungsroutine regelmäßig die Notwendigkeit, Daten aus externen oder landesinternen Quellen hinzukaufen zu müssen.

Laufzeit: 2025 und 2026

zu 3.5

Informationsdienstleistungen in den Themenfeldern Klimaschutz und erneuerbare Energien

Die veranschlagten Mittel dienen Dienstleistungen für Fachanwendungen (Umsetzung Klimaschutz / Ausbau erneuerbarer Energien). Dezernat 33 arbeitet weitgehend mit eigenen Mitteln und öffentlich verfügbaren Datenquellen. Um öffentliche Daten weiter aufzubereiten und für Fachauswertungen / Fachinformationen verfügbar zu machen, ist es erforderlich, in begrenztem Maß Informationsdienstleistungen Dritter in Anspruch zu nehmen.

Inhaltlich sind unter anderem folgende Themenbereiche zu nennen, in denen potenziell ein Mittelbedarf für externe Dienstleistungen zu erwarten ist:

- Visualisierung von Potenzialanalysen/Szenarien Klimaschutzmaßnahmen und Monitoring
- Online-Tools im Bereich "Erneuerbare Energien"
- Solarpotenzialkataster für Sachsen-Anhalt

Da es sich bei den Dienstleistungen um höherwertige Dienstleistungen handelt, wird, anknüpfend an heute übliche Stunden- bzw. Tagessätze, mit einem Leistungsumfang von jeweils etwa 24 Personentagen à 8 Stunden, à 100 EUR/Stunde gerechnet.

Laufzeit: 2025 und 2026

zu 4.

Ausnahmen gem. § 34a Abs. 5 LHO	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
4.1 Abschluss der Neufassung der Geländeinventur für Sachsen-Anhalt (Luftbildinterpretation - Ingenieurleistung)	57.000	0	0	0
Zusammen	57.000	0	0	0

zu 4.1

Abschluss der Neufassung der Geländeinventur für Sachsen-Anhalt (Luftbildinterpretation - Ingenieurleistung)

Die Verfügbarkeit aktueller Luftbilder/Bilddaten ist für die Naturschutzarbeit unentbehrlich. Begründet wird der unmittelbare Bedarf insbesondere für die Umsetzung des Aufgabenpaketes Natura 2000. Auch die Ausbreitung invasiver Arten kann bedingt eingeschätzt werden, um nachfolgende Maßnahmen ergreifen zu können. Die aktuell verfügbaren Daten sind veraltet und können für den nächsten Berichtszeitraum nicht mehr verwendet werden.

Als konkrete Bedarfe lassen sich aufführen:

- die Erfüllung der Berichtspflichten (Aussagen zu erkennbaren LRT innerhalb und außerhalb der Natura 2000-Flächenkulisse und deren Veränderung),
- die Durchführung der Managementplanung,
- die Maßnahmendurchführung und deren Dokumentation,
- die Abgrenzung von Arthabitaten (VS-RL und FFH-RL, Anh. II und IV) und deren Veränderung,
- das Gebietsmonitoring.

Die Nutzung aktualisierter Daten der Biotoptypen und Nutzungstypen erstreckt sich über alle Aufgabenfelder des Naturschutzes. Neben dem bereits erwähnten Aufgabenfeld Natura 2000 betrifft dies auch die Landschaftsplanung, die Eingriffsregelung mit Ökokonto sowie andere Naturschutzfachplanungen. Auch die Wasserwirtschaft kann diese Daten nutzen, so u.a. bei der Beachtung des Artenschutzes bei der Gewässerunterhaltung.

Es ist eine Aktualisierung der aus Luftbildern interpretierten Biotoptypen und Nutzungstypen als Grunddatensatz für die Naturschutzarbeit, insbesondere zur Erfüllung der Berichtspflichten für Natura 2000, vorzunehmen. Umsetzung EU-Vogelschutz- und FFH-Richtlinie und damit Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzen.

Mit dieser Leistung wurde bereits 2023 begonnen, und sie soll in 2025 zum Abschluss gebracht werden.

525 01	331	Aus- und Fortbildung	84.000	84.000	139.900
			73.485	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Der Bedarf an Aus- und Fortbildung ergibt sich aus den stetig wachsenden fachlichen Anforderungen und Aufgaben.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausbildungslehrgänge	3.500	4.500	3.000
2.	Fortbildungsveranstaltungen	44.000	37.000	36.000
3.	Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	36.500	31.500	33.000
4.	Ausrichtung und Organisation einer Fachveranstaltung zum Netzwerk Abfallvermeidung, das zur Förderung der Abfallvermeidung sowie zur Vorstellung der Abfallbilanz dient	0	11.000	11.000
5.	Schulungen zur Einführung der elektronischen Verwaltungsarbeit	0	0	56.900
Summe		84.000	84.000	139.900

525 02	332	Fachveranstaltungen	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 15 04 Titel 119 02.

Erläuterungen:

Vgl. Kapitel 1504 Titel 119 02.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

526 01	332	Gerichts- und ähnliche Kosten	2.500	2.500	2.500
			3.050	0	0

Erläuterungen:

Arbeitsgerichtsverfahren und Gerichtsverfahren aus den Fachbereichen u.a. eventuelle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus der beabsichtigten Festsetzung von Sicherheitsleistungen nach VerpackG ergeben könnten.

526 02	332	Sachverständige	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

527 01	331	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	55.000	55.000	55.000
			30.019	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Reisekostenvergütungen allgemein	29.000	29.000	29.000
2.	Wegstreckenentschädigung	26.000	26.000	26.000
Summe		55.000	55.000	55.000

527 02	331	Reisekostenvergütungen zur Durchführung von Dienstreisen zur Wahrnehmung von Fachaufgaben in Arbeitsgruppen	55.000	55.000	55.000
			33.728	0	0

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 04 **Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 02

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Reisekostenvergütung allgemein	45.000	45.000	45.000
2.	Wegstreckenentschädigung	10.000	10.000	10.000
	Summe	55.000	55.000	55.000

527 03	331	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	500 431	500 0	500 0
529 01	011	Verfügungsmittel der Präsidentin	500 0	500 0	500 0
531 01	332	Veröffentlichungen	50.500 20.369	47.000 0	47.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	0	0	0
2.	Öffentlichkeitsarbeit	50.500	47.000	47.000
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0	0
4.	Sonstige Veröffentlichungen	0	0	0
	Summe	50.500	47.000	47.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 01

zu 2.

			2025	2026
2.1	Druck von Informationsmaterial, z.B. zu den Themen Bodenschutz, Klima, Energie, Biodiversität u.ä.		5.200	5.300
2.2	Veröffentlichung von Ergebnissen zur Untersuchung des Emissionsverhaltens von Anlagen		1.700	0
2.3	Veröffentlichung der Ergebnisse eines Messprogramms zur Ermittlung der Emissionen von Bioaerosolen an einer Tierhaltungsanlage		0	1.700
2.4	Im Rahmen der laufenden Facharbeit (z.B. Monitoring zum Klima- und Energiekonzept / Treibhausgasbilanz, Klimawandelfolgeindikatoren, Klimaanpassung, ReKIS - Regionales Klimainformationssystem, Klimaanalyse etc.) verfügt das LAU über eine Vielzahl von Fachinformationen, deren sachgerechte Aufbereitung für die interessierte Öffentlichkeit sowie zur Politikberatung angestrebt werden soll.			
2.4.1	Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Anpassungsmaßnahmen (best-practice/ KlimaKonform)		2.500	2.500
2.4.2	Druck ReKIS-Steckbriefe		0	1.000
2.4.3	Aktualisierung Roll-ups		1.000	0
2.5	Durch die Herausgabe der Zeitschrift "Naturschutz im Land Sachsen-Anhalt" (2025 im 62. Jahrgang) erhält die Öffentlichkeit Fachinformationen des Naturschutzes. Sie ist ein wichtiges Medium zur Einbindung des ehrenamtlichen Naturschutzes. Darüber hinaus ist die Zeitschrift Tauschobjekt zum kostenfreien Einwerben der Publikationen anderer Einrichtungen (ca. 60) und somit sehr bedeutsam für die Ausstattung der im LAU integrierten Umweltbibliothek. Durch die Einbindung der in Fachkreisen anerkannten Zeitschrift in den Schriftentausch der Bibliotheken mit anderen wissenschaftlichen und praktischen Zeitschriften spart das Land entsprechende Mittel für deren Erwerb. Die Erscheinungsweise der Zeitschrift umfasst seit 2010 jährlich ein Jahresheft (bisher in der Regel 96 Seiten) mit unterschiedlichen Aufsätzen, Informationen und Mitteilungen (Ehrungen, Veranstaltungen, Rezensionen) und ein thematisches Sonderheft mit variabler Seitenzahl (bislang 64 bis 368).		26.800	26.000
2.6	Veröffentlichungen des Wolfskompetenzzentrums zum Thema Wolf: Info-Broschüre für Erwachsene (Biologie, Lebensweise u.ä.), WZI-Flyer, Roll-ups, Anschauungsmaterial für Veranstaltungen zum Wolf, Druck Monitoringbericht		9.800	10.500
Zusammen			47.000	47.000

533 01	332	Dienstleistungen Außenstehender	170.500	173.900	177.400
			163.645	0	0

Erläuterungen:

Durch die Abteilungen des LAU ist die Umsetzung u. a. der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen vorgesehen. Die Zuordnung der Mittel sowie die zeitliche Abfolge der einzelnen Positionen erfolgt nach jeweils aktueller Prioritätensetzung anhand der fachlichen Erfordernisse.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

			2025	2026
1.	Entsorgung Elektronikschrott		1.500	1.500
2.	Jährliche Überprüfung ortsveränderlicher Geräte gemäß DIN VDE 0702		15.000	15.300
3.	Pflege der Softwarelösung zur Inventarisierung		3.100	5.700
4.	Pflege der Softwarelösung zum Stellenportal "Interamt"		4.500	4.600
5.	Entsorgung Sperrmüll		2.000	2.100
6.	Spezialanalysen		5.000	5.000
7.	Aktualisierungskosten und Lizenzgebühren Netzwerknutzung für Bezug VDI-Handbücher "Reinhaltung der Luft" und "Lärminderung"		11.000	11.000
8.	Fortschreibung des landesweiten Verkehrsemissionskatasters		10.000	10.000
9.	Kalibrierung von Erschütterungs- und Geschwindigkeitsmesssystemen		10.000	10.000
10.	Bereitstellung von Trajektorien für die Beurteilung von Immissionssituationen gemäß Vertrag mit der FU Berlin (Institut für Meteorologie)		2.200	2.200
11.	Anpassung/Aktualisierung ProFet/PROKASonline (Prognosemodell NO2, PM10)		1.200	1.200
12.	Zertifizierung und Rekalibrierung von Prüfmitteln und Referenzstandards		5.500	5.500
13.	Standortkosten für Messwagen sowie für Umsetzungen von Luftmessstationen und temporären Kleinstmessstationen für Verkehrsimmissionen (Standortvorbereitung, Transport, Rückbaumaßnahmen) gemäß EU-Richtlinie 2008/50/EG		18.500	18.500
14.	Kalibrierung Feinstaubmessgeräte EDM180		5.500	5.500
15.	Umrüstung der Messstationen für den Einsatz neuer Feinstaubmesstechnik (Einbau Dachdurchführung)		10.000	10.000
16.	Elektrorevision ortsfester und ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel in den Messcontainern		4.500	4.500
17.	Analyse genetischer Proben des Wolfes und Analysen im Zusammenhang mit Nutztierrißbegutachtungen, Beauftragung von Tierärzten (dient der Umsetzung der Fachaufgaben bezüglich des Wolfsmonitorings)		40.000	40.000
18.	Überwachungsbegehung zur Aufrechterhaltung der Akkreditierung bzw. der Kompetenzfeststellung (Erlass zur Qualitätssicherung)		10.400	10.800
19.	Chemikalienentsorgung und Rückstandsentsorgung		5.000	5.000
20.	Teilnahme an externen Ringversuchen, Durchführung von Ringversuchen		5.000	5.000
21.	Dosimetrie (einschließlich Personendosimetrie; Auswertung von Dosimetern, Beschaffung von Dosimetern)		1.500	1.500
22.	Eichgebühren für Dosisleistungsmessgeräte zur nuklearspezifischen Gefahrenabwehr		1.500	1.500
23.	Entsorgung von Strahlenquellen (abgeklungene Standards usw.)		1.000	1.000
Zusammen			173.900	177.400

533 05	331	Dienstleistungen Außenstehender für Projekte i. R. d. VV "Gemeinsamer Stoffdatenpool Bund / Land"	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 15 04 Titel 231 05.

Erläuterungen:

Verwaltungsvereinbarung (VV) zwischen dem Bund und den Ländern "über die Zusammenarbeit bei der Erschließung, bei der Pflege und der Bereitstellung von einheitlichen und fachlich abgesicherten Informationen über Eigenschaften von Gefahrstoffen sowie den Aufbau eines gemeinsamen zentralen Stoffdatenpools Bund/Länder" (VV GSBL).

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 06	011	Dienstleistungen Außenstehender - Gesundheitsmanagement	1.000	1.000	1.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Beschäftigten dienen.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
537 01	331	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	16.000 2.523	16.000 0	16.000 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Kleintransporte, -umzüge auf der Liegenschaft des LAU	10.000	10.000	10.000
		2. Kleinumzüge innerhalb der Außenstelle Magdeburg, Transport von Laboreinrichtungen und analytischen Großgeräten entsprechend den Vorgaben der Hersteller	2.000	2.000	2.000
		3. Kleinumzüge in der Außenstelle Reilstraße, Transport von Laboreinrichtungen und analytischen Großgeräten entsprechend den Vorgaben der Hersteller	4.000	4.000	4.000
		Summe	16.000	16.000	16.000
542 01	331	Umsatzsteuer	0 -1.366	1.500 0	1.500 0
		Übertragbar			
		Erläuterungen:			
		Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das Landesamt für Umweltschutz erfolgen zentral aus diesem Titel.			
546 59	331	Vermischte Verwaltungsausgaben	2.000 1.730	2.000 0	2.000 0
		Erläuterungen:			
		Einmalige, nicht im Detail planbare Ausgaben.			
633 06	332	Zuweisungen an Zweckverbände für Abwasser-Monitoring für die epidemiologische Lagebewertung (AMELAG)	0 0	0 0	0 0
		Übertragbar			
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 15 04 Titel 231 06.			
		** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.			
		Erläuterungen:			
		Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Robert-Koch-Institut, dem Umweltbundesamt und Sachsen-Anhalt zur Umsetzung des Vorhabens "Abwasser-Monitoring für die epidemiologische Lagebewertung" (AMELAG).			
681 01	332	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
684 01	332	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften (ohne öffentliche Einrichtungen)	900 937	900 0	900 0
		* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 15 04 Titel 685 01.			

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	ATV-Abwassertechnische Vereinigung / DVWK-Deutscher Verband für Wasser und Kultur e.V.	452	452	452
2.	Botanischer Verein Sachsen-Anhalt e.V.	100	100	100
3.	Deutsche Gesellschaft für Kartographie e.V.	100	100	100
4.	Entomofaunistische Gesellschaft e.V.	30	30	30
5.	Deutsche Gesellschaft für allgemeine und angewandte Entomologie e.V.	40	40	40
6.	Reinhold-Tüxen-Gesellschaft e.V.	45	45	45
7.	Floristisch-soziologische Arbeitsgemeinschaft e.V.	40	40	40
8.	Entomologenverband	50	50	50
Summe		857	857	857

685 01	332	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften (öffentliche Einrichtungen)	500	500	500
			300	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 15 04 Titel 684 01.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Deutsche Ornithologen-Gesellschaft e.V.	100	100	100
2.	Ornithologenverband Sachsen-Anhalt e.V.	20	20	20
3.	Arbeitskreis "Heimische Orchideen" e.V.	80	80	80
4.	Verein zur Förderung der naturwissenschaftlichen Sammlungen	100	100	100
5.	Gesellschaft für Ökologie e.V.	150	150	150
Summe		450	450	450

811 01	331	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

811 06	331	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0	78.000	76.100
			0	76.100	248.100

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			76.100		76.100
2027				248.100	248.100
2028					
2029 ff.					
Summen			76.100	248.100	324.200

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 06

Erläuterungen:

2025: Kauf von 3 Leasingfahrzeugen zum Restwert (30.200 EUR), Beschaffung eines Kastenwagens (47.800 EUR)

2026: Ersatzbeschaffung eines Sonderfahrzeugs (76.100 EUR)

2027: Ersatzbeschaffung von Sonderfahrzeugen (146.500 EUR) und Nutzfahrzeugen (101.600 EUR)

Aufgrund der Vorlaufzeiten bei der Fahrzeugbeschaffung sind die VEs für eine Ausschreibung erforderlich.

812 13	331	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	5.000	0	0
			0	0	0

812 15	331	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	15.000	15.000	15.000
			48.306	0	0

Erläuterungen:

Ersatz von defekten Ausrüstungsgegenständen.

812 19	331	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	60.000	50.000	50.000
			32.281	0	0

Erläuterungen:

		2025	2026
1.	Ersatzbeschaffung für Laborabzüge im Bereich im Bereich Luftanalytik	50.000	0
2.	Ersatzbeschaffung für Laborabzüge im Bereich Abfall/Altlasten	0	50.000
Zusammen		50.000	50.000

812 35	331	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	420.000	649.000	120.000
			1.002.578	120.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		600.000			600.000
2026			120.000		120.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		600.000	120.000		720.000

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	350.000	584.000	55.000
2.	Neubeschaffungen	70.000	65.000	65.000
Summe		420.000	649.000	120.000

zu 1.: Ersatzbeschaffungen

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatz von Gerätesystemen zur Durchführung von speziellen analytischen Methoden der ökosystemaren Umweltbeobachtung	95.000	140.000	35.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 35

2.	Ersatz von Geräten zur Messung der Umweltradioaktivität	6.000	0	0
3.	Ersatz von Gerätesystemen zur Ermittlung von Emissionen in der Luft sowie von Geruchsemissionen	24.000	24.000	0
4.	Ersatz von Gerätesystemen zur Durchführung von Immissionsmessungen und zum Betrieb des Luftüberwachungssystems Sachsen-Anhalt	195.000	390.000	20.000
5.	Ersatz von Gerätesystemen zur Ermittlung von physikalischen Umweltfaktoren	30.000	30.000	0
Summe		350.000	584.000	55.000

zu 2.: Neubeschaffungen

		2024	2025	2026
1.	Real time PCR Cycler	60.000	0	0
2.	USV- Universal Stromversorgungseinheiten (Absicherung eines Blackouts)	10.000	0	0
3.	Einrichtung von zwei Messstellen für Ultrafeine Partikel (UFP)		65.000	65.000
Zusammen		70.000	65.000	65.000

Infolge der Vorlaufzeiten im Ausschreibungsverfahren und die Zeitspanne bis zum Rechnungsschluss ist die Bildung einer VE bereits im Haushaltsjahr 2025 erforderlich.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	188.800	312.600	345.700
			193.354	0	0

Titelgruppe(n)

66 Pflichtaufgabenerledigung im Rahmen der ELER-Förderung "Natura 2000"

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 15 04 Titelgruppe 66.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

427 66	332	Beschäftigungsentgelte für Projektpersonal	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 66	332	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			38.204	0	0

Erläuterungen:

Pflichtaufgabenerledigung in Umsetzung Natura 2000 u. a.:

- Vorhaben zur Ausarbeitung von Schutz- und Bewirtschaftungsplänen
- Vorhaben zur flächenscharfen Feststellung der Vorkommen (Kartierung, Ersterfassung)
- Vorhaben zur Dokumentation des Erhaltungszustandes auf der Fläche
- Softwareentwicklung zur einheitlichen Umsetzung bzw. Anwendung
- Vorhaben zur Entwicklung von Bewirtschaftungs- und Pflegekonzepten
- praktische Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	0	0
		0	0

70 Regionalbüro ANK

Übertragbar

*** Die Personalausgaben erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 231 70 Erstattungen des Bundes.

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind die Ausgaben veranschlagt, die im Zusammenhang mit dem Betrieb eines Regionalbüros für das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) stehen.

Auf Landesebene soll zur Unterstützung der Umsetzung des ANK in jedem Bundesland ein Regionalbüro etabliert werden. Die Regionalbüros unterstützen an der Schnittstelle zwischen Landesverwaltungen, KNK (Kompetenzzentrum Natürlicher Klimaschutz auf Bundesebene) und lokalen Ansprechstellen.

Rechtsgrundlage für das in Sachsen-Anhalt einzurichtende Regionalbüro ist eine befristete Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund (vertreten durch das Bundesamt für Naturschutz) und dem Land (vertreten durch das LAU). Dieser Vereinbarung zufolge trägt der Bund die gesamten Personalkosten, während sich der Landeanteil auf die entstehenden Sachkosten beschränkt.

427 70	331	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 70	331	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

429 70	331	Nicht aufteilbare Personalkosten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

453 70	331	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 70	331	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	1.100	1.100
			0	0	0

525 70	331	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

527 70	331	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	2.400	2.400
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

531 70	331	Veröffentlichungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	0	3.500	3.500
		0	0

80 Durchführung des Bundesmessprogrammes

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 04 Titelgruppe 80.

Erläuterungen:

Das Strahlenschutzvorsorgegesetz regelt die Überwachung der Radioaktivität der Umwelt und bildet die Grundlage im Hinblick auf Maßnahmen bei entsprechenden Ereignissen. Das Gesetz schreibt die Zuständigkeit des Bundes bzw. der Länder bei der Bewältigung der Aufgaben fest, wobei die Messungen im Rahmen des festgelegten Messprogrammes für das Land Sachsen-Anhalt durch das LAU in der eingerichteten Landesmessstelle durchgeführt werden.

Vom Bund erfolgen im Rahmen der Zweckausgabenerstattung (Artikel 104a Abs. 2 GG) Zahlungen an die Länder für die gemäß § 3 des Strahlenschutzvorsorgegesetzes erbrachten Leistungen.

Diese Mittel sind zweckgebunden. Das heißt, es ist in den Ländern sicherzustellen, dass neben den Kosten für die Durchführung von Messungen auch Kosten für Wartung und Reparatur sowie Neu- und Ersatzbeschaffungen einzuplanen sind.

547 80	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	141.000	141.000	141.000
			117.279	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Marinellibecher (600 Stck.)	6.000	6.000	6.000
2.	Technische Gase	3.000	3.000	3.000
3.	Flüssigstickstoff	20.000	20.000	20.000
4.	Probenankauf	1.000	1.000	1.000
5.	Laborverbrauchsmaterial (Chemikalien, Laborglas, Pipetten, Reinigungsmittel, Triskem-Säulen)	28.000	28.000	28.000
6.	Reparaturen, Softwarepflege und Updates der Messsysteme, insbesondere RAMIS	58.000	58.000	58.000
7.	Laborkleingeräte (Ersatz)	20.000	20.000	20.000
8.	Geometrie-Referenzstrahler	5.000	5.000	5.000
	Summe	141.000	141.000	141.000

812 80	331	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	100.000	100.000	100.000
			155.605	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatz defekter Spektrometerkomponenten	55.000	45.000	55.000
2.	Ersatz peripherer digitaler Ausrüstungstechnik	0	15.000	0
3.	Ersatz von Analysengeräten zur Alphaspektrometrie bzw. Sr-90-Bestimmung	45.000	40.000	45.000
	Summe	100.000	100.000	100.000

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 04 **Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 80	241.000	241.000	241.000
		0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	108.700	95.900	104.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	141.000	141.000	141.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	100.000	100.000	100.000
Gesamteinnahme		349.700	336.900	345.900

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	13.647.700	14.557.300	14.115.300
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.187.700	2.544.300	2.539.300
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.400	1.400	1.400
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	600.000	892.000	361.100
			196.100	248.100
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	188.800	312.600	345.700
			0	0
Gesamtausgabe		18.625.600	18.307.600	17.362.800
Gesamtsumme der VE			196.100	248.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-18.275.900	-17.970.700	-17.016.900

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 1501, 1502 und 1505 beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 297 Vollzeitäquivalente.
Das gemeinsame verbindliche Vollzeitäquivalentziel für die Kapitel 1501, 1502 und 1505 beträgt zum 31.12.2026 insgesamt 297 Vollzeitäquivalente.

Aus dem Kapitel 1502 (ausgenommen Titelgruppe 82) finanziertes Personal anderer Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereiches wird auf das VzÄ-Ziel der jeweiligen anderen Behörde/Einrichtung angerechnet.

Aus dem Kapitel 1505 finanziertes Personal des Landesverwaltungsamtes und anderer Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereichs wird auf das VzÄ-Ziel der jeweiligen anderen Behörde/Einrichtung angerechnet.

Einnahmen

119 41	332	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln	50.000	50.000	50.000
			65.080		

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Zuwendungen nach § 44 VV-LHO in Höhe nicht verbrauchter bzw. nicht ordnungsgemäß verwendeter Mittel im Zusammenhang mit der Prüfungstätigkeit zu den Verwendungsnachweisen (voraussichtlich zu erwartendes Aufkommen).

119 42	623	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	0	0	0
			2.943.687		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 05 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Zuwendungen an GAK-Mitteln.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 51	332	Vermischte Einnahmen	40.000	0	0
			9.103		

Erläuterungen:

Stundungs-, Verzugszinsen und dgl.

177 01	332	Darlehensrückflüsse von Zweckverbänden (Sanierungshilfe)	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Gemäß Sanierungshilferichtlinie planmäßig zurückzuzahlende Mittel.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

232 01	623	Sonstige Zuwendungen von Ländern (Digitales Geländemodell des Elbewasserlaufs - DGM-W Elbe)	95.000	55.000	0
			51.144		

*** Siehe K-Vermerk bei Kapitel 1505 Titel 533 01.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 232 01

Erläuterungen:

Grundlage ist die bestehende Verwaltungsvereinbarung "Digitales Geländemodell des Wasserlaufes" (DGM-W).

Das Land Sachsen-Anhalt verwaltet entsprechend § 7 der Verwaltungsvereinbarung die Länderbeiträge gemäß Anlage 4, Ziffer 9.1. Die Einnahmen sind vereinbarungsgemäß von den Ländern Sachsen, Brandenburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein an Sachsen-Anhalt zu zahlen. Entsprechend § 6 der Verwaltungsvereinbarung begleichen die GDWS (WSA) und die BfG Rechnungen entsprechend ihren Anteilen selbst.

Die Verwaltungsvereinbarung ist befristet bis 12/2024. Eine Verlängerung ist nicht erfolgt. Es werden jedoch Mittel für Restzahlungen aufgrund von Verzögerungen im Projektablauf für das HHJ 2025 eingeplant.

331 02	623	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des nationalen Hochwasserschutzprogramms (NHWSP) i. R. d. GAK (ehemals Sonderrahmenplan)	10.080.000 6.360.000	7.421.100	6.360.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 05 Titel 893 02.

Titelgruppe(n)

61 Wassersicherstellungsgesetz

331 61	623	Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes	100.000 128.423	100.000	100.000

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 05 Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Maßnahmen der Wassersicherstellung im Land Sachsen-Anhalt ist davon abhängig, wieviel Mittel dem Bund (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) zur Verfügung stehen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			100.000	100.000	100.000

63 Umsetzung EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

232 63	623	Sonstige Zuweisungen von Ländern	30.000 26.626	30.000	30.000

Erläuterungen:

Erstattung der Verwaltungsgebühren für die Wahrnehmung der Dienstaufsicht über die Geschäftsstelle der Flussgebietsgemeinschaft (FGG) Elbe.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			30.000	30.000	30.000

64 Flutung und Optimierung der Nutzung der Havelpolder

232 64	623	Einnahmen aus dem Vorteilsmaßstab bei Flutung der Havelpolder	0 0	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 1505 Titelgruppe 64.

Erläuterungen:

Einnahmen, die sich bei extremen Hochwassersituationen aus einer Flutung der Havelpolder nach Artikel 4 Absatz 3 des Staatsvertrages mit den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und dem Bund ergeben können.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0

65 Flussgebietsgemeinschaft Elbe (FGG Elbe)

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 05
Titelgruppe 65.

232 65	623	Sonstige Zuweisungen von Ländern	1.037.000	1.157.000	1.191.700
			1.037.000		

Erläuterungen:

Veranschlagung einschließlich des Beitrages des Landes Sachsen-Anhalt aus Kapitel 1502 Titel 685 01.

332 65	623	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	1.037.000	1.157.000	1.191.700

66 Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen

119 66	623	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Rückzahlungen und weitere Einnahmen im Zusammenhang mit der Förderung der Wasserwerke.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	0	0

68 Abwasserabgabe

099 68	645	Einnahmen aus Abwasserabgabe	10.650.100	10.650.000	10.200.000
			12.501.696		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 05
Titelgruppe 68.

Erläuterungen:

Nach dem Abwasserabgabengesetz des Bundes und dem Ausführungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zum Abwasserabgabengesetz voraussichtlich zu erwartendes Aufkommen an Abwasserabgabe.

119 68	645	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			10.990		

Erläuterungen:

Stundungs- und Verzugszinsen im Zusammenhang mit der Erhebung der Abwasserabgabe.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	10.650.100	10.650.000	10.200.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

69 Wasserentnahmeentgelt

099 69	623	Einnahmen aus der Erhebung eines Wasserentnahmeentgelts	10.500.000 10.386.076	10.500.000	10.500.000

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 05
Titelgruppe 69.

Erläuterungen:

Nach der Wasserentnahmeentgeltverordnung für das Land Sachsen-Anhalt voraussichtlich zu erwartendes Wasserentnahmeentgelt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			10.500.000	10.500.000	10.500.000

71 Wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen der GAK

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 05
Titelgruppe 71.

231 71	623	Zuweisungen des Bundes	661.600 648.535	330.000	360.000

331 71	623	Zuweisungen des Bundes für wasserwirtschaftliche Maßnahmen	1.530.000 4.499.331	2.700.000	2.400.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 71			2.191.600	3.030.000	2.760.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

533 01	623	Dienstleistungen Außenstehender (Digitales Geländemodell des Elbewasserlaufs (DGM-W Elbe))	165.000	95.000	0
			93.832	0	0

Übertragbar

*** Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 1505 Titel 232 01 zzgl. des Eigenanteils LSA.

Erläuterungen:

Grundlage ist die bestehende Verwaltungsvereinbarung DGM-W Elbe. Für die vielfältigen wasserwirtschaftlichen, wasserbaulichen, schiffsverkehrsbezogenen und ökologischen Aktivitäten und Arbeiten an der Elbe wird ein länderübergreifendes, einheitliches und homogenes Digitales Geländemodell des Wasserlaufes (DGM-W) der Elbe mit den Deichvorländern und Auenflächen erstellt. Exemplarische Anwendungen sind die Vorhersage von Hochwasser-Wellenabläufen, die ökologisch ausgewogene Gestaltung der Strombauwerke oder die Daseinsvorsorge mit der Vorhaltung geodätischer Basisdatenbestände.

Das Land Sachsen-Anhalt verwaltet nach § 7 der Verwaltungsvereinbarung die Länderbeiträge gemäß Anlage 4, Ziffer 9.1. Die Einnahmen sind vereinbarungsgemäß von den Ländern Sachsen, Brandenburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein an Sachsen-Anhalt zu zahlen. Daher wurden hier die Beiträge der Länder zzgl. des Länderanteils LSA veranschlagt.

Die Verwaltungsvereinbarung ist befristet bis 12/2024. Eine Verlängerung ist nicht erfolgt. Es werden jedoch Mittel für Restzahlungen aufgrund von Verzögerungen im Projektablauf für das HHJ 2025 eingeplant.

631 01	623	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Rückzahlungen von Überzahlungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	0	0	0
			1.766.212	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 60 v.H. der Einnahmen bei Kapitel 15 05 Titel 119 42.

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen an den Bund im Rahmen der GAK in Höhe von 60 v.H. der Einnahmen des Titels 119 42.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

632 01	623	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Niedersachsen (2D-Modellierung Tangermünde-Geesthacht zur Verbesserung der Hochwassersituation an der unteren Mittelbe)	6.700	0	0
			11.646	0	0

Erläuterungen:

Im Dezember 2020 haben die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit dem Bund die 2. Änderungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung für die Zusammenarbeit zur "2D-Modellierung Tangermünde-Geesthacht zur Verbesserung der Hochwassersituation an der unteren Mittelbe" unterzeichnet.

Im Rahmen der Kooperation sollte ein 2D-hydraulisches Abflussmodell der unteren Mittelbe zwischen Tangermünde und Geesthacht erstellt werden, welches für Simulationsberechnungen zur Ermittlung der Wirkungen von abflussverbessernden Maßnahmen in der Elbe sowie in den Elbvorländern eingesetzt werden soll. Ziel war es, in der Elbe möglichst deutliche Wasserspiegelabsenkungen zu erreichen. Die Kooperation ist 2024 ausgelaufen.

682 01	623	Zuweisung an den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW) zur Durchführung des Schleusenbetriebes an oberer Saale und Unstrut	500.000	500.000	500.000
			500.000	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		700.000			700.000
2026		700.000			700.000
2027		700.000			700.000
2028		700.000			700.000
2029 ff.					
Summen		2.800.000			2.800.000

Erläuterungen:

Langfristige Absicherung des Schleusenbetriebs an oberer Saale und Unstrut als besondere Grundlage der weiteren touristischen Entwicklung in der Saale-Unstrut-Region.

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

685 54	623	Erstattung biberbedingter Mehraufwendungen an die Unterhaltungsverbände	55.000 21.577	55.000 0	55.000 0

Erläuterungen:

Anteilige Erstattung in Höhe von 80 v. H. der durch Biber verursachten Kosten der Unterhaltung von Gewässern II. Ordnung ab einem Sockelbetrag von 0,50 EUR/ha Beitragsfläche, soweit die Aufwendungen der Unterhaltungsverbände (UHV) durch Rechnungen bei Fremdleistungen oder Arbeitszeitcheckung (UHV mit eigenen Betriebshöfen) und monatlicher Prüfung und Bestätigung durch die unteren Naturschutzbehörden und/oder Großschutzverwaltungen nachgewiesen werden können.

822 01	623	Erwerb von unbebauten Grundstücken	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Erwerb von BVVG-Flächen, zum Zweck der Umsetzung der Hochwasserschutzkonzeption des Landes Sachsen-Anhalt sowie der Wasserrahmenrichtlinie.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 02	623	Zuschüsse für Maßnahmen des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (NHWSP) i. R. d. GAK (ehemals Sonderrahmenplan)	16.800.000 10.600.000	12.368.500 32.796.600	10.600.000 5.000.000

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Istentnahmen bei Kapitel 15 05 Titel 331 02.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.743.500	8.100.000			10.843.500
2026	497.400	6.700.000	7.396.600		14.594.000
2027	319.500	5.600.000	8.500.000	1.500.000	15.919.500
2028		400.000	8.500.000	1.000.000	9.900.000
2029 ff.			8.400.000	2.500.000	10.900.000
Summen	3.560.400	20.800.000	32.796.600	5.000.000	62.157.000

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 05 **Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 02

Erläuterungen:

Ausgaben im Rahmen des Nationalen Hochwasserschutzprogramms.

Im Rahmen der Sonderumweltministerkonferenz am 02.09.2013 wurde die Aufstellung eines "Nationalen Hochwasserschutzprogramms" beschlossen. Nach intensiven Abstimmungen innerhalb der Flussgebietsgemeinschaften und auf LAWA-Ebene wurden von den Ländern Maßnahmen zur Aufnahme in das "Nationale Hochwasserschutzprogramm" gemeldet.

Das Programm wurde von der Umweltministerkonferenz am 24.10.2014 bestätigt.

Der Bund beteiligt sich an den Ausgaben in Höhe von 60 v. H..

Die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen sind vom Planungsausschuss Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) zur Umsetzung und Finanzierung beschlossen.

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen, da sich der Bau der Maßnahme "HWR Selke bei Straßberg (Selke)" in das Jahr 2025 verschiebt.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 02

Ifd. Nr.	Maßnahmebezeichnung / Priorisierung / Laufzeit	Gesamtkosten	Ist per 31.12.2023	2025	2026
1.	DRV Altjeßnitz (Mulde) / Priorisierung I / 2016 bis 2022	10.600.000	10.600.000	0	0
2.	DRV Hemsendorf (Schwarze Elster) / Priorisierung II / 2017 bis >2027	2.500.000	95.000	55.000	55.000
3.	DRV Buro (Elbe) / Priorisierung I / 2016 bis >2027	21.800.000	1.500.000	100.000	100.000
4.	DRV Kietz-Schönfeld Süd (Elbe) / Priorisierung II / 2017 bis >2027	34.800.000	13.500	10.000	15.000
5.	DRV Löben-Meuselko (Schwarze Elster) / Priorisierung II / 2016 bis >2027	11.900.000	210.000	100	100
6.	DRV Raguhn-Retzau (Mulde) / Priorisierung I / 2016 bis 2027	12.700.000	12.300.000	0	0
7.	DRV Sandau-Nord (Elbe) / Priorisierung I / 2015 bis 2028	11.500.000	11.200.000	22.000	20.000
8.	DRV Sandau-Süd (Elbe) / Priorisierung I / 2016 bis 2027	18.400.000	17.800.000	68.000	68.000
9.	DRV Schützberg (Elbe) / Priorisierung I / 2016 bis >2027	11.600.000	730.000	1.246.000	2.180.000
10.	DRV Törten (Mulde) / Priorisierung I / 2015 bis 2025	4.700.000	4.600.000	0	0
11.	HWR Polder Axien/Mauken (Elbe) / Priorisierung II / 2016 bis >2027	103.600.000	3.000.000	2.700.000	700.000
12.	HWR Polder Elster-Luppe-Aue (Weiße Elster) / Priorisierung II / 2017 bis >2027	62.000.000	385.000	350.000	500.000
13.	HWR Polder linkes Muldevorland (Mulde) / Priorisierung II / 2019 bis >2027	40.000.000	166.000	100	100
14.	HWR Polder Röpzig-Beuchlitz- Passendorf (Saale) / Priorisierung II / 2017 bis >2027	94.000.000	22.000	100	100
15.	HWR Polder Tangermünde (Elbe) / Priorisierung II / 2017 bis >2027	28.000.000	1.300.000	20.000	100.000
16.	HWR Wehr Neuwerben (Elbe/ Havel) / Priorisierung I / 2021 bis 2025	22.600.000	14.200.000	3.000.000	10.000
17.	HWR untere Selke (Selke) / Priorisierung II / 2016 bis >2027	60.000.000	2.000.000	500.000	100.000
18.	HWR Selke bei Straßberg (Selke) / Priorisierung I / 2016 bis >2027	40.000.000	3.600.000	4.297.200	6.751.700
Zusammen		590.700.000	83.721.500	12.368.500	10.600.000

Abkürzungen:

DRV = Deichrückverlegung

HWR = gesteuerter Hochwasserrückhalt

Prio I = im Bau

Prio II = in Konzeption/Planung

894 52	623	Zuwendungen an Unterhaltungsverbände zur Sanierung von Stauanlagen und Schöpfwerken auf der Grundlage von Ziffer 2.3.1.4 der RzWas	60.000 100.375	0 450.000	0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 894 52

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027			350.000		350.000
2028			100.000		100.000
2029 ff.					
Summen			450.000		450.000

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Sicherung und Sanierung von Stauanlagen in Gewässern II. Ordnung, die den Ausbauzustand der Gewässer bestimmen. Mit Blick auf klimawandelbedingt zunehmende längere Trockenperioden sind Maßnahmen zum Wasserrückhalt zu prüfen und umzusetzen, die soweit wie möglich den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den Wasser- und Naturhaushalt entgegenwirken (Koalitionsvertrag S. 61, Zeile 2460). Mit diesem Ziel ist auch eine Wiederinbetriebnahme von vor 1990 errichteten Stauanlagen und Steuerung durch die Unterhaltungsverbände zu prüfen. Nach langjährigem Nicht-Betrieb bedarf es in vielen Fällen einer baulichen Sanierung, für die eine finanzielle Unterstützung durch das Land unumgänglich ist. In den Folgejahren ist dafür ein jährlicher Mittelansatz erforderlich.

894 53	623	Zuwendungen an Unterhaltungspflichtige von Gewässern II. Ordnung gemäß § 89 Abs. 3 WG LSA	100.000 686.072	0 200.000	0 400.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		200.000			200.000
2026		100.000			100.000
2027			200.000	200.000	400.000
2028				200.000	200.000
2029 ff.					
Summen		300.000	200.000	400.000	900.000

Erläuterungen:

Gemäß § 89 Abs. 1 WG LSA kann die Wasserbehörde, wenn es das Wohl der Allgemeinheit erfordert, den Unterhaltungspflichtigen zum Ausbau eines Gewässers verpflichten. Wenn der Ausbau dem Unterhaltungspflichtigen Lasten auferlegt, die in keinem Verhältnis zu dem ihm erwachsenden Vorteil oder zu seiner Leistungsfähigkeit stehen, so kann der Ausbau nur erzwungen werden, wenn das Land sich an der Aufbringung der Kosten angemessen beteiligt. Die Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes ist bereits in der Ausbaufähigkeit durch die Wasserbehörde zuzusagen. Hierzu müssen die Wasserbehörden über entsprechende finanzielle Mittel verfügen.

Unterhaltungspflichtig für die Gewässer zweiter Ordnung sind die Unterhaltungsverbände, deren finanzielle Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung des knapper werdenden Haushaltsbudgets sehr begrenzt ist. Um Maßnahmen im Interesse des Gemeinwohls durchsetzen zu können, ist eine finanzielle Bezuschussung der Unterhaltungsverbände unumgänglich. Die Durchsetzung von der Allgemeinheit dienenden Ausbauvorhaben wird in vielen Fällen nur dann möglich sein, wenn sich das Land an der Aufbringung der Kosten angemessen beteiligt (§ 89 Abs. 3 WG LSA). Welche finanzielle Beteiligung des Landes angemessen ist, muss im konkreten Einzelfall entschieden werden. Hierbei sind die wirtschaftliche Situation des Verbandes bzw. seiner bevorteilten Mitglieder sowie ein ggf. entstehender Vorteil zu prüfen.

Für konkrete Einzelfälle wird auch künftig die Notwendigkeit bestehen, Gewässer 2. Ordnung, insbesondere mit dem Ziel der Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Wasserabflusses, auszubauen. Durch die Unterhaltungsverbände bzw. ihre bevorteilten Mitgliederkommunen sind diese Maßnahmen ohne finanzielle Unterstützung des Landes regelmäßig nicht umzusetzen.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 894 53

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

Titelgruppe(n)

61 Wassersicherstellungsgesetz

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 05 Titel 331 61.

Erläuterungen:

Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen der Wassersicherstellung im Land Sachsen-Anhalt.

Die Ausgaben werden durch Bundesmittel des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gedeckt (Kapitel 15 05 Titel 331 61).

883 61	623	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	100.000	100.000	100.000
			128.423	0	0

893 61	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			100.000	100.000	100.000
				0	0

62 Sanierung der Abwasserzweckverbände

*** Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 1505 Titelgruppe 63, Kapitel 1505 Titelgruppe 66, Kapitel 1505 Titelgruppe 67, Kapitel 1505 Titelgruppe 73.

422 62	331	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

427 62	331	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 62	331	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	75.700	81.800	83.500
			73.875	0	0

Erläuterungen:

Personelle Verstärkung der oberen Kommunal- und Fachaufsichtsbehörden im Rahmen der Sanierungshilfe an Zweckverbände der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung.

429 62	331	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 429 62

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

916 62	331	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			75.700	81.800	83.500
				0	0

63 Umsetzung EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

******* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 1505 Titelgruppe 62, Kapitel 1505 Titelgruppe 66, Kapitel 1505 Titelgruppe 67, Kapitel 1505 Titelgruppe 73.

Erläuterungen:

Die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist ein starkes politisches Instrument in der bundesweiten und europäischen Wasserpolitik. Sie ist im Dezember 2000 in Kraft getreten. Die WRRL wird fortlaufend umgesetzt. Es werden umfangreiche Informationen über den Zustand unserer Gewässer erhoben und in Beziehung zu den vielfältigen Belastungen gesetzt. Auf dieser Wissensbasis werden Maßnahmen zur Verbesserung des Gewässerzustands abgeleitet und in Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen dargestellt. Diese Pläne und Programme, die laufend fortgeschrieben werden, bilden die Handlungsgrundlage für den Gewässerschutz in Sachsen-Anhalt. Weiteren Verbesserungsbedarf gibt es insbesondere in den Bereichen Gewässerstruktur und -durchgängigkeit. Trotz aller Anstrengungen werden die Ziele der WRRL in Sachsen-Anhalt erst sukzessive in allen Wasserkörpern erreicht werden. Dies ist unter anderem durch die großen Zeiträume begründet, die Genehmigungs- und Umsetzungsprozesse von Maßnahmen sowie deren Wirksamkeitsentfaltung in den Gewässern erfordern.

422 63	331	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

427 63	623	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 63	331	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	132.000	145.100	147.100
			173.644	0	0

522 63	623	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
525 63	623	Aus- und Fortbildung	5.000 3.735	5.000 0	5.000 0
Erläuterungen: Kontinuierliche Fortbildung hinsichtlich der Auslegung, Konkretisierung, Ausgestaltung und Umsetzung der WRRL aufgrund der von den EU- und sonstigen Gremien erarbeiteten Auslegungsgrundsätze sowie der hier besonderen Erfordernisse.					
532 63	623	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	50.000 9.649	50.000 0	50.000 0
Erläuterungen: Die Umsetzung der Richtlinie 2000/60/EG WRRL ist nach § 11 WG LSA eine Pflichtaufgabe des Landes. Nach Art. 14 der WRRL fördern die Mitgliedsstaaten die aktive Beteiligung aller interessierten Stellen an der Umsetzung dieser Richtlinie, insbesondere an der Aufstellung, Überprüfung und Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne für die Einzugsgebiete. Den Umfang und die Fristen der Information und der Anhörung der Öffentlichkeit bei der Erstellung des Bewirtschaftungsplanes regeln die §§ 83 und 85 WHG. Öffentlichkeitsarbeit ist nach Art. 14 (Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit) der Richtlinie 2000/60/EG Wasserrahmenrichtlinie und § 11 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt vom 16. März 2011 eine Rechtsverpflichtung. Unter anderem sind die Mittel für die Gestaltung der fortlaufenden Broschüre "Wasser bewegt" sowie die Erstellung barrierefreier Dokumente zur Veröffentlichung im Internet erforderlich. Für 2025 ist ein Kreativwettbewerb für Schulen geplant. Ausgaben entstehen auch für die Durchführung des Gewässerbeirates.					
533 63	623	Dienstleistungen Außenstehender	3.500 0	0 0	0 0
547 63	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5.000 0	0 0	0 0
Erläuterungen: U.a. Beschaffung von Kleingeräten und sonstigen Materialien zur Erhöhung der Arbeitseffizienz bei der Umsetzung von speziellen Aufgaben im Rahmen der WRRL.					
633 63	623	Ausgleichszahlungen an Kommunen nach dem Wasserverbandsgesetz	2.300 1.117	2.300 0	2.300 0
Erläuterungen: Nach § 1 Wasserverbandsgesetz besteht die Möglichkeit der Gründung von Wasser- und Bodenverbänden. Zulässige Aufgabe dieser Verbände ist u.a. die Fortentwicklung des Gewässerschutzes, dessen Rahmen insbesondere durch die WRRL vorgegeben wird. Nach § 7 des Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Wasserverbandsgesetz (WVG AG LSA) vom 20.03.2007 stehen den Landkreisen und den kreisfreien Städten für jeden Verband, über den die Aufsicht auszuüben ist, jährlich Mittel vom Land zu. Die Kostendeckung erfolgt gemäß Art. 87 Abs. 3 LSAVerf bis zur Überleitung nach § 50 LHO in das FAG.					
683 63	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.					
684 63	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbände und Vereine u. ä. Institutionen	7.200 0	0 0	0 0
685 63	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1.500.000 1.750.000	1.620.000 1.500.000	1.500.000 1.500.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 63

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	215.800	1.500.000			1.715.800
2026		500.000	1.500.000		2.000.000
2027				1.500.000	1.500.000
2028					
2029 ff.					
Summen	215.800	2.000.000	1.500.000	1.500.000	5.215.800

Erläuterungen:

Die WRRL hat die Zielsetzung, alle Gewässer in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu überführen. Dazu sind in den Flussgebieten alle 6 Jahre eine Bestandsaufnahme, Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne zu erarbeiten, die eine Beschreibung und Einstufung der Gewässer, eine Darstellung des Zustands, der Belastungen sowie auch der für die Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen - bezogen auf die Wasserkörper - enthalten. Sachsen-Anhalt liefert Beiträge zu den Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen der Flussgebiete Elbe und Weser. Zur Zeit läuft die dritte Bewirtschaftungsperiode.

Die Maßnahmenumsetzung erfolgt durch den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (Gewässerkundlicher Landesdienst).

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

892 63	623	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 63	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	9.500	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Investive Zuschüsse zur Maßnahmenumsetzung WRRL (außerhalb der Förderkulisse Gewässerentwicklung).

894 63	623	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	5.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Investive Zuschüsse an Unterhaltungspflichtige für Maßnahmen der WRRL (außerhalb der Förderkulisse Gewässerentwicklung).

916 63	331	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			1.719.500	1.822.400	1.704.400
				1.500.000	1.500.000

64 Flutung und Optimierung der Nutzung der Havelpolder

Übertragbar

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Ausgaben bei Kapitel 15 05 Titel 685 64 und 686 64 dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 15 05 Titel 232 64.

Erläuterungen:

Flutung der Havelpolder

Die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowie der Bund haben über die Flutung der Havelpolder und die Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsstelle 2008 einen Staatsvertrag dazu unterzeichnet.

Nach dem Hochwasser 2013 hat Schleswig-Holstein, ebenfalls als Unterlieger, dem Staatsvertrag beizutreten. Aus diesem Grund war es erforderlich den Staatsvertrag neu zu fassen. Der neue Staatsvertrag wurde 2023 von allen Vertragspartnern unterzeichnet. Er ist noch nicht in Kraft getreten. Mit dem neuen Staatsvertrag soll der bestehende Staatsvertrag abgelöst werden, um die Aufnahme des Landes Schleswig-Holstein als Vertragspartner zu realisieren.

Für den Fall eines gefährbringenden Hochwassers in der Elbe kann die Notwendigkeit einer Kappung des Elbescheitels durch Flutung und Wasserrückhaltung in der Havelniederung mit den dafür vorgesehenen Poldern bestehen. Mit dem Staatsvertrag werden die Bedienung der Wehrgruppe Quitzöbel, die Flutung der Havelpolder und die Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsstelle geregelt.

Optimierung der Nutzung der Havelpolder

Umsetzung der zwischen den Ländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein geschlossenen Vereinbarung über die gemeinsame Umsetzung der Maßnahme "Optimierung der Nutzung der Havelpolder".

533 64	623	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

632 64	623	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Brandenburg (Optimierung der Nutzung der Havelpolder)	10.000	14.000	4.000
			3.200	0	0

Erläuterungen:

Fortsetzung der gutachterlichen Untersuchungen durch die Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG) im Rahmen einer gemeinsamen Vereinbarung der Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Die Untersuchungen werden voraussichtlich 2026 abgeschlossen.

685 64	623	Aufwendungen der Unterhaltungsverbände bei Flutung der Havelpolder	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

686 64	623	Aufwendungen des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW) bei Flutung der Havelpolder	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			10.000	14.000	4.000
				0	0

65 Flussgebietsgemeinschaft Elbe (FGG Elbe)

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 05 Titelgruppe 65.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (EG-Wasserrahmenrichtlinie, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 327/1 vom 22.12.2000 - EG-WRRL) fordert von den Mitgliedsstaaten eine flussgebietsbezogene Bewirtschaftung der Gewässer. Als Instrumente der Gewässerbewirtschaftung verlangt die Richtlinie, dass für die festgelegten Flussgebietseinheiten Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne aufgestellt und koordiniert werden. Zur nationalen Koordinierung und Abstimmung der Bewirtschaftung für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe bilden die Länder Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen sowie die Bundesrepublik Deutschland gemäß einer Verwaltungsvereinbarung (VwV) vom 27.09.2009 die Flussgebietsgemeinschaft Elbe (FGG Elbe). Die Verwaltungsvereinbarung FGG Elbe trat am 01.02.2010 in Kraft. Die ehemalige ARGE Elbe ist damit zum 31.12.2009 aufgelöst worden. Die Aufgaben sind mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der VwV auf die FGG Elbe übergeleitet worden (§ 14 der VwV).

Zur Erledigung der mit der Koordinierung und Abstimmung verbundenen Aufgaben bedienen sich die Vertragspartner nach § 10 VwV FGG Elbe einer Geschäftsstelle. Nach § 12 Abs. 1 der VwV FGG Elbe führt das Land Sachsen-Anhalt den Nachweis über die Einnahmen und Ausgaben der FGG-Geschäftsstelle in Magdeburg. Das alleinige Verfügungsrecht sowohl über den Stellenplan als auch über die Aufstellung des Haushaltsplanes der FGG Elbe obliegt nach § 7 Abs. 2 VwV FGG dem Elbe-Rat.

429 65	331	Nicht aufteilbare Personalausgaben	756.200	816.100	835.700
			750.865	0	0

527 65	623	Reisekosten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 65	331	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

547 65	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	280.800	340.900	356.000
			260.520	0	0

893 65	331	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	1.037.000	1.157.000	1.191.700
		0	0

66 Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 1505 Titelgruppe 62, Kapitel 1505 Titelgruppe 63, Kapitel 1505 Titelgruppe 67, Kapitel 1505 Titelgruppe 73.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe ist die finanzielle Unterstützung der kommunalen Aufgabenträger bei der Errichtung von Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen im besonderen Landesinteresse veranschlagt. Damit die Voraussetzungen für die Ansiedlung oder die Erweiterung von Unternehmen und damit für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts geschaffen werden können, müssen vorhandene Wasserressourcen nutzbar gemacht werden.

Vorsorglich ausgebrachte Leertitelgruppe.

883 66	623	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

887 66	623	Zuschüsse für Investitionen an Zweckverbände	2.900.000	0	0
			0	0	0

892 66	623	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		10.500.000			10.500.000
2026		25.000.000			25.000.000
2027		12.000.000			12.000.000
2028		5.000.000			5.000.000
2029 ff.					
Summen		52.500.000			52.500.000

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	2.900.000	0	0
		0	0

**67 Grundwasser/Vernässungen/Gebietswasserhaushalt/
Wassermanagement**

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 1505 Titelgruppe 62, Kapitel 1505 Titelgruppe 63, Kapitel 1505 Titelgruppe 66, Kapitel 1505 Titelgruppe 73.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die novellierte Düngeverordnung (DüV) vom 28.04.2018 ist ein wesentlicher Beitrag zur Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom 21.06.2018 und wichtige Voraussetzung dafür, dass die Europäische Kommission das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung der Nitrat-Richtlinie nicht wieder aufnimmt. Sie beinhaltet Verpflichtungen zum Erlass von Rechtsverpflichtungen, u. a. nach § 13a Absatz 1 DüV zur Ausweisung von belasteten Gebieten für Nitrat im Grundwasser.

Für eine bundeseinheitliche Methodik zur Ausweisung von mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebieten hat die Bundesregierung am 03.11.2020 eine Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung von mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebieten (AVV Gebietsausweisung - AVV GeA) erlassen. Die AVV GeA ist am 10.08.2022 novelliert worden. In § 17 der AVV GeA ist u. a. eine Überprüfung der Ausweisung der mit Nitrat belasteten Gebiete (=Gebietskulisse Nitrat) mindestens alle vier Jahre vorgegeben. Mit der neuen AVV GeA sind strengere Anforderungen an die Messstellendichte eingebracht worden.

Die Anforderungen der AVV GeA an das Grundwassermessnetz, das der immissionsbasierten Abgrenzung der nitratgefährdeten Gebiete zu Grunde zu legen ist, machen eine Verdichtung des bereits bestehenden Landesmessnetzes Grundwasser zwingend erforderlich, um die vorgegebene Überprüfung und Anpassung der Nitrat-Gebietskulisse auf der Basis aktueller Grundwasserdaten in Sachsen-Anhalt sicherzustellen. Darüber hinaus sind nicht mehr funktionstüchtige bzw. entsprechend den Anforderungen der AVV nicht geeignete Grundwassermessstellen zu ersetzen.

Die Auftragsvergabe und Projektbegleitung werden vom Gewässerkundlichen Landesdienst durchgeführt. Die Leistung wird entsprechend dem fachlichen Hintergrund aus der Titelgruppe 67 (Grundwasser/Vernässungen/Gebietswasserhaushalt/Wassermanagement) bei Kapitel 1505 finanziert. Grundwassergütemessstellen werden dort errichtet, wo sie für die Erhebung der erforderlichen Daten benötigt werden. Das ist i. d. R. abseits gesicherter Zuwegungen in freier Natur, was zu Verzögerungen führen kann.

427 67	623	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

522 67	623	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

525 67	623	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

532 67	623	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 67	623	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

547 67	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

682 67	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	350.000	110.000	50.000
			350.000	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 67

Erläuterungen:

Finanzierung der an den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW) übertragenen Aufgaben nach § 111 WG LSA.

Die VE 2024 ist zentral veranschlagt bei Kapitel 1505 Titel 891 67 und wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

683 67	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 67	623	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.000.000	500.000	0
			918.245	0	0

Erläuterungen:

Mit der geplanten Änderung des Wassergesetzes LSA wird eine Erweiterung der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung zur Gewässerunterhaltung um die Gewährleistung des Wasserrückhalts angestrebt. Dies bedeutet für die 28 Unterhaltungsverbände, die als öffentlich-rechtliche Körperschaften i. S. d. WVG für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung zuständig sind, einen Aufgabenzuwachs. Für die Schaffung der notwendigen tatsächlichen Voraussetzungen zur Umsetzung der neuen Unterhaltungsaufgabe, insbesondere zur Sanierung und Errichtung von Stauanlagen sowie weiterer geeigneter Maßnahmen, ist eine Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt an einmaligen Investitionsbedarfen geplant.

Die VE 2025 i. H. v. 15 Mio. EUR (kassenwirksam in 2027 i. H. v. 5,0 Mio. EUR, in 2028 i. H. v. 5,0 Mio. und in 2029 i. H. v. 5,0 Mio. EUR) ist zentral veranschlagt bei Kapitel 1505 Titel 891 67.

Die VE 2026 i. H. v. 20 Mio. EUR (kassenwirksam in 2027 i. H. v. 5,0 Mio. EUR, in 2028 i. H. v. 5,0 Mio. EUR, in 2029 i. H. v. 5,0 Mio. und in 2030 i. H. v. 5,0 Mio. EUR) ist zentral veranschlagt bei Kapitel 1505 Titel 891 67.

891 67	623	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	700.000	830.000	800.000
			1.000.000	16.000.000	21.600.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		10.000.000			10.000.000
2026		3.750.000	1.000.000		4.750.000
2027		2.000.000	5.000.000	5.800.000	12.800.000
2028		500.000	5.000.000	5.800.000	11.300.000
2029 ff.			5.000.000	10.000.000	15.000.000
Summen		16.250.000	16.000.000	21.600.000	53.850.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 67

Erläuterungen:

Erweiterung und Verdichtung des Grundwassergütemessnetzes durch Neubohrungen, Messstellenüberprüfung und Ausrüstung mit Messtechnik (wegen der Novellierung der AVV GeA). Die Planung für die Verdichtung des Landesmessnetzes Grundwassergüte sowie der Ersatzmessstellen berücksichtigt eine Gesamtzahl von mindestens 83 neu zu bohrenden Grundwassermessstellen (GWM).

Die VE ist erforderlich, um den Vertrag mit der beauftragten Firma verlängern zu können (Verträge mit jährlichen Verlängerungsoptionen).

Hier sind folgende VE 2025 veranschlagt:

- Kapitel 1505 Titel 883 67 i. H. v. 15,0 Mio. EUR (kassenwirksam in 2027 i. H. v. 5,0 Mio. EUR, in 2028 i. H. v. 5,0 Mio. EUR und in 2029 i. H. v. 5,0 Mio. EUR)

Hier sind folgende VE 2026 veranschlagt:

- Kapitel 1505 Titel 883 67 i. H. v. 20,0 Mio. EUR (kassenwirksam in 2027 i. H. v. 5,0 Mio. EUR, in 2028 i. H. v. 5,0 Mio. EUR, in 2029 i. H. v. 5,0 Mio. EUR und in 2030 i. H. v. 5,0 Mio. EUR)

- Kapitel 1505 Titel 891 67 i. H. v. 1,6 Mio. EUR (kassenwirksam in 2027 und 2028 jeweils i. H. v. 0,8 Mio. EUR)

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

892 67	623	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67		3.050.000	1.440.000	850.000
			16.000.000	21.600.000

68 Abwasserabgabe

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 05 Titel 099 68.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Vollzug des AbwAG und des AG AbwAG (auch unterstützende Aufgaben der Probenahme und Analytik durch den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft und der Umsetzung von Maßnahmen nach § 13 AbwAG).

Diese Maßnahmen können auch der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) dienen. Das Aufkommen aus der Abwasserabgabe wird teilweise auch zur Kofinanzierung für Maßnahmen des ELER - Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) eingesetzt. Diese Mittel sind in Kapitel 1512 und Kapitel 1514 jeweils Titelgruppe 74 veranschlagt.

422 68	331	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	33.000	47.200	48.300
			7.982	0	0

427 68	331	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 68	331	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.796.800	1.705.300	1.746.300
			1.586.334	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
429 68	331	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
522 68	623	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
525 68	645	Aus- und Fortbildung	3.500 1.252	3.500 0	3.500 0
		Erläuterungen: Kosten für die Aus- und Fortbildung der mit der Festsetzung der Abwasserabgabe befassten Bediensteten der Landesverwaltung.			
533 68	645	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
547 68	645	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500.000 43.963	0 0	0 0
		Erläuterungen: Aufwendungen u. a. für Bürobedarf, Fachliteratur, Reisekosten, Chemikalien, Weiterentwicklung und Betreuung der Software zur Erhebung der Abwasserabgabe, Prozessvertretung.			
663 68	645	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
671 68	645	Erstattungen	1.500.000 1.247.618	0 0	0 0
		Erläuterungen: Erstattungen nach § 10 Abs. 3 und 4 AbwAG. Wegen der zeitnahen Festsetzung der Abwasserabgabe erfolgt die Verrechnung zunehmend erst in späteren Jahren. Aufgrund von Festsetzungsrückständen wurden die Verrechnungsansprüche in der Vergangenheit oft mit der festgesetzten Abwasserabgabe in einem Schritt berücksichtigt.			
682 68	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
685 68	645	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	43.000 66.086	93.000 0	93.000 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 68

Erläuterungen:

Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 7 AbwAG (Ausbildung und Fortbildung des Betriebspersonals für kommunale Abwasserbehandlungsanlagen in Sachsen-Anhalt).

Die Ansatzhöhe ergibt sich aus dem Vertrag zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA, Landesverband Nord-Ost zur Aus- und Fortbildung des Betriebspersonals von kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen und Kanalisationen im Land Sachsen-Anhalt) Forschungs Kooperationen mit anderen öffentlichen Einrichtungen, insbesondere Hochschulen in Sachsen-Anhalt.

812 68	331	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10.000	80.000	172.000
			83.760	0	0

Erläuterungen:

Gerätebeschaffungen zum Vollzug und zur Überwachung von Abwassereinleitungen nach Abwasserabgabengesetz.

Für die behördliche Überwachung von Abwassereinleitungen sind entsprechende Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände erforderlich.

883 68	645	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	3.713.100	3.465.900	2.251.300
			10.972.088	0	0

Erläuterungen:

Freie Mittel der Abwasserabgabe können nach Abzug der Rechtsverpflichtungen, insbesondere der Erstattungen aus Titel 671 68, zur Förderung von Abwassermaßnahmen nach geltendem Zuwendungsrecht verwendet werden.

Die Differenz zwischen dem Ist 2023 und dem Ansatz im HP 2025/26 ergibt sich daraus, dass die Ausgabereste der Abwasserabgabe für Maßnahmen der Gemeinden zur Abwasserbeseitigung eingesetzt werden. Bis Mitte der 2010er Jahre wurden vorrangig europäische Mittel für Maßnahmen der Abwasserbeseitigung verwendet. Dadurch haben sich Ausgabereste in beträchtlicher Höhe ergeben. Da inzwischen für Abwassermaßnahmen keine europäischen Fördermittel mehr zur Verfügung stehen, werden die Ausgabereste sukzessive für die Zuweisung für Investitionen an Gemeinden verwendet.

887 68	645	Zuweisungen für Investitionen an Wasser- und Bodenverbände	180.000	100.000	100.000
			153.894	0	0

Erläuterungen:

Erstattung anteiliger Verwaltungskosten im Rahmen der Umsetzung der WRRL.

891 68	623	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

892 68	645	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 68	645	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

916 68	331	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	21.000	17.200	17.700
			2.947	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			7.800.400	5.512.100	4.432.100
				0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

69 Wasserentnahmeentgelt

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 15 05 Titel 099 69.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Aus dem Aufkommen des Wasserentnahmeentgeltes werden Maßnahmen für wasserwirtschaftliche Zwecke, insbesondere zur Sicherung und Verbesserung der quantitativen und qualitativen Bereitstellung von Wasser sowie für Zuschussgewährung nach § 76 WG LSA (§ 105 Abs. 2 WG LSA) finanziert, u. a. setzt der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW) diese Mittel zum großen Teil bei der Unterhaltung der Gewässer, Deiche und wasserwirtschaftlichen Anlagen ein. Ferner werden der Verwaltungsaufwand und die Kosten der behördlichen Überwachung der Entnahmen, soweit sie durch den Vollzug der Wasserentnahmeentgeltverordnung (WEE-VO) entstehen, gedeckt. Diese Maßnahmen können auch der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) dienen.

422 69	623	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	48.200	100.400	104.200
			46.814	0	0

427 69	623	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 69	623	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	670.900	568.400	596.400
			383.742	0	0

522 69	623	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 69	623	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

547 69	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	48.000	50.000	300.000
			5.916	0	0

Erläuterungen:

Aufwendungen u.a. für Bürobedarf, Fachliteratur, Reisekosten, Chemikalien, Weiterentwicklung und Betreuung von Software zur Erhebung des Wasserentnahmeentgelts, Prozessvertretung.

682 69	623	Zuschüsse an Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung für Entschädigungs-, Ausgleichs- und sonstige Leistungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

883 69	623	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	3.000.000	1.500.000	1.500.000
			1.486.500	1.500.000	3.500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.000.000			2.000.000
2026			1.500.000		1.500.000
2027				3.500.000	3.500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		2.000.000	1.500.000	3.500.000	7.000.000

Erläuterungen:

Aus dem Aufkommen des Wasserentnahmeentgeltes sind Maßnahmen für wasserwirtschaftliche Zwecke zu finanzieren. Um Maßnahmen zum Bau zentraler Wasserversorgungsanlagen sowie Ergänzungsmaßnahmen fördern zu können, wenn die güte- und mengenmäßigen Anforderungen mit der zentralen Anlage nicht mehr eingehalten werden können, soll ein Teil der Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt eingesetzt werden.

Die angemeldeten VE sind vorgesehen für umfangreiche Maßnahmen der Trinkwasserversorgung, die in einem Haushaltsjahr nicht abgeschlossen werden können. Bei diesen umfangreichen Maßnahmen handelt es sich z.B. um Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Kapazitäten und zur grundlegenden Sanierung der bestehenden Anlagen der Trinkwasserversorgung.

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

887 69	623	Zuweisungen für Investitionen an Wasser- und Bodenverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

892 69	623	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

916 69	623	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	16.300	35.500	36.900
			15.897	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			3.783.400	2.254.300	2.537.500
				1.500.000	3.500.000

71 Wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen der GAK

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 15 05 Titelgruppe 71.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Vorlage der Unterlagen nach § 24 LHO entfällt bei Maßnahmen, wenn sie in der Übersicht über die Einzelnachweise in der Anlage ausgebracht sind.

Erläuterungen:

Ausgaben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Das Land beteiligt sich an den Ausgaben in Höhe von 40 v. H.. Der Mitteleinsatz erfolgt im Rahmen des Hochwasserschutzes.

522 71	623	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterleistungen	102.700	50.000	100.000
			80.892	0	0

Erläuterungen:

Kurzbezeichnung der Leistung	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR				
1.1 Projekt zum Vorland- und Auenmanagement an der Elbe, Modellierung und Maßnahmenableitung bis Elbe km 338,5	50.000	0	100.000	0
1.2 Behördenübergreifende Datenbank	0	0	0	1.200.000
2. Gleichartige Beratungsleistungen	0	0	0	0
3. Sonstige Beratungsleistungen unter 20.000 EUR	0	0	0	0
4. Ausnahmen gem. § 34a Abs. 5 LHO	0	0	0	0
Zusammen	50.000	0	100.000	1.200.000

Die VE 2026 i. H. v. 1.200.000 EUR (kassenwirksam 2027 i. H. v. 500.000 EUR, 2028 i. H. v. 500.000 EUR und 2029 i. H. v. 200.000 EUR) ist zentral veranschlagt bei Kapitel 1505 Titel 893 71.

zu 1.1

Mit dem Projekt "Vorland- und Auenmanagement an der Elbe, Modellierung und Maßnahmenableitung bis Elbe km 338,5" wird das in Kooperation zwischen der Hochschule Magdeburg-Stendal und dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft unter Einbindung des Biosphärenreservats Mittel Elbe im Jahr 2023 durchgeführte Projekt zur Modellierung des nördlichen Abschnitts der Elbe von Tangermünde bis zur Landesgrenze auf den Bereich bis etwa Hohenwarthe ausgedehnt. Zudem sollen für den Gesamtbereich Maßnahmen für ein Vorland- und Auenmanagement abgeleitet werden. Dies schließt neben der Ermittlung strömungsrelevanter Flächen, auf denen eine Begrenzung des Gehölzaufwuchses erforderlich ist, auch die Identifizierung von Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ein. Ziel ist es, durch gezielte Steuerung des Gehölzaufwuchses an hydraulischen Engstellen den Status quo der Deichbemessung langfristig sicherzustellen.
 Laufzeit: 2024 bis 2027

zu 1.2

Erarbeitung und Einführung einer behördenübergreifenden Datenbank zur Optimierung und Verwaltung der gesamten Hochwasserrisikomanagement-Maßnahmenplanung.
 In den vergangenen beiden Zyklen erfolgte die Dokumentation der Daten lediglich in Excel-Tabellen. Die zunehmenden Anforderungen an die Datenhaltung, insbesondere die Meldung und der Abruf von verschiedenen Einrichtungen führten zum Teil zu unterschiedlichen Bezeichnungen/Informationsständen. Um solche Fehler bzw. Probleme zukünftig auszuschließen und mittelfristig die Arbeit mit den Maßnahmen Daten sowie die Kommunikation und Abstimmung der zuständigen Behörden untereinander sowie nach außen zu vereinfachen, soll eine Datenbank auf Landesebene erstellt werden.

Laufzeit: 2026 bis 2029

532 71	623	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 71	623	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

686 71	623	Umsetzung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie	1.000.000	500.000	500.000
			1.000.000	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 71

Erläuterungen:

Die Umsetzung der Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie, HWRM-RL) ist ein kontinuierlicher Prozess. Dies umfasst u. a. die zyklische Überprüfung und Aktualisierung der Risikobewertung, der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten und der Hochwasserrisikomanagementpläne unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Auswirkungen des Klimawandels auf das Hochwasserrisiko. Die Mittel sind für die Umsetzung der HWRM-RL vorgesehen.

Dies umfasst folgende Maßnahmen und Aufgaben:

- Erhebung und Aktualisierung fachlicher Grundlagen. Dazu zählen insbesondere Deichvermessungen und -dokumentationen, hochauflösende digitale Geländemodelle und Vermessungen von Gewässerprofilen sowie die Ermittlung hydraulischer Kennzahlen zu Hochwasserabflüssen. Die daraus resultierenden Informationen bilden die Grundlage zur Erfassung des notwendigen Handlungsbedarfs. Gleichzeitig dienen sie der Planung konkreter Maßnahmen und bilden damit eine unabdingbare Voraussetzung zur Aufstellung und Fortschreibung der Hochwasserrisikomanagementpläne, aus denen die Landesstrategie "Stabil im Klimawandel - Landesstrategie zum Hochwasserschutz Sachsen-Anhalt" (6-Jahres Zyklus) entwickelt wurde und fortgeschrieben wird.

- Es ist die Entwicklung eines langfristigen Handlungs- und Orientierungsrahmens für den Hochwasserschutz bis 2050 als strategisches Leitbild unter Berücksichtigung zukünftiger Veränderungen wie Klima-, sozioökonomische oder morphologische Veränderungen geplant.

883 71	623	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

887 71	623	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 71	623	Zuschüsse für Investitionen für wasserwirtschaftliche Maßnahmen (Hochwasserschutz)	2.550.000	4.500.000	4.000.000
			7.498.884	7.000.000	5.100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	71.900	925.300			997.200
2026	51.600	742.500	3.400.000		4.194.100
2027	41.600	224.800	1.400.000	2.500.000	4.166.400
2028		100.000	1.200.000	1.500.000	2.800.000
2029 ff.			1.000.000	1.100.000	2.100.000
Summen	165.100	1.992.600	7.000.000	5.100.000	14.257.700

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 71

Erläuterungen:

Die Verbesserung des Hochwasserschutzes ist ein zentrales Ziel der Landespolitik. Zur Erreichung dieses Zieles verfolgt das Land Sachsen-Anhalt eine komplexe Strategie (Landesstrategie zum Hochwasserschutz) mit nachhaltigen Maßnahmen. Obwohl in den letzten Jahren sichtbare Erfolge in der Verbesserung des Hochwasserschutzes erzielt werden konnten, gibt es, insbesondere nach dem Hochwasserereignis im Juni 2013 an Elbe und Saale, im Juli 2017 im Harz und im Jahreswechsel 2023/2024 an Unstrut und Helme in den kommenden Jahren noch immensen Investitionsbedarf. Für einen effektiven und nachhaltigen Hochwasserschutz ist es deshalb erforderlich, dass die in der Landesstrategie zum Hochwasserschutz enthaltenen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden.

Der Mittelbedarf setzt sich aus folgenden Schwerpunktmaßnahmen zusammen:

- Umsetzung der in der Landesstrategie zum Hochwasserschutz enthaltenen Maßnahmen,
- Beseitigung bestehender Defizite in Unterhaltung und Betrieb,
- Umsetzung von Vorhaben zur Gewässerabstufung,
- Umsetzung Vorhaben WRRL,
- Beseitigung von Schäden an Landeshochwasserschutzanlagen infolge des Hochwassers 2017 im Harz und des Hochwassers 2023 an Unstrut/Helme
- Restleistungen EU-Förderperiode 2014 - 2020

Hier ist auch die VE 2026 von Kapitel 1505 Titel 522 71 i. H. v. 1.200.000 EUR (kassenwirksam 2027 i. H. v. 500.000 EUR, 2028 i. H. v. 500.000 EUR und 2029 i. H. v. 200.000 EUR) veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	3.652.700	5.050.000	4.600.000
		7.000.000	5.100.000

73 Umsetzung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL)

Übertragbar

****** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

******* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 1505 Titelgruppe 62, Kapitel 1505 Titelgruppe 63, Kapitel 1505 Titelgruppe 66, Kapitel 1505 Titelgruppe 67.

Erläuterungen:

In der Umsetzung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL) ist gem. § 79 Abs. 1 WHG i. V. m. Art. 9 und 10 HWRM-RL eine aktive Einbeziehung interessierter Stellen zu fördern. Darüber hinaus ist eine Koordinierung der Öffentlichkeitsbeteiligung mit der Umsetzung der WRRL gefordert. Um diese rechtlichen Anforderungen zu erfüllen, ist eine aktive Einbeziehung der Öffentlichkeit und der interessierten Stellen, wie bspw. Kommunen, Verbände, Träger der Infrastruktur sowie der Ver- und Entsorgung, erforderlich.

Mit der Information der Öffentlichkeit wird das Ziel verfolgt, nachhaltig für Hochwasserrisiken zu sensibilisieren und den Handlungsbedarf im Hochwasserrisikomanagement aufzuzeigen.

An die Öffentlichkeitsarbeit für die HWRM-RL wird auf europäischer Ebene die Anforderung gestellt, die bereits für die WRRL angewandten Aktivitäten auch auf die Umsetzung der HWRM-RL anzuwenden.

Um den Anforderungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung in geeigneter Form nachzukommen, sollen in Sachsen-Anhalt, ebenso wie in anderen Elbe-Ländern, unterschiedliche Informationsinstrumente, wie Berichte, Materialien, Internetseiten und Veranstaltungen eingesetzt werden. In diesem Rahmen sind auch Aus- und Fortbildungsveranstaltungen erforderlich.

522 73	623 Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	30.000
		0	0	260.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 73

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				130.000	130.000
2028				130.000	130.000
2029 ff.					
Summen				260.000	260.000

Erläuterungen:

		Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1.	Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR				
1.1	Leitbild Hochwasserschutz 2100	0	0	30.000	260.000
2.	Gleichartige Beratungsleistungen	0	0	0	0
3.	Sonstige Beratungsleistungen unter 20.000 EUR	0	0	0	0
4.	Ausnahme gem. § 34a Abs. 5 LHO	0	0	0	0
Zusammen		0	0	30.000	260.000

zu 1.1

Die Landesstrategie Hochwasserschutz enthält als Maßnahme die Entwicklung eines Orientierungs- und Handlungsrahmens für den Hochwasserschutz bis 2050, kurz "Leitbild Hochwasserschutz 2050".

Dabei soll unter Berücksichtigung von abschätzbaren Entwicklungen im Land Sachsen-Anhalt, vor allem in den Bereichen Demographie, Wirtschaft und Klimawandel, ein Handlungsrahmen für die Ableitung von künftigen Maßnahmen des Hochwasserschutzes und dessen Ausrichtung insgesamt abgeleitet werden. Der Betrachtungsrahmen soll in einem Projekt zunächst bis 2050 und darüber hinaus auch bis 2100 gespannt werden. Es soll mit diesem Projekt ein Leitfaden erarbeitet werden, um Maßnahmen gezielt und prioritär dort zu planen, wo sie den größtmöglichen Nutzen für die Bevölkerung haben. Dies zielt einerseits auf Deichbaumaßnahmen ab und muss Retentions- und Rückhaltemaßnahmen umfassen.

Laufzeit: 2026 bis 2028

525 73	623	Aus- und Fortbildung	3.000 0	3.000 0	3.000 0
532 73	623	Öffentlichkeitsarbeit	50.000 41.568	50.000 0	50.000 0
547 73	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.000 212	2.000 0	2.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			55.000	55.000 0	85.000 260.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	21.150.100	21.150.000	20.700.000
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	90.000	50.000	50.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.823.600	1.572.000	1.581.700
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	11.710.000	10.221.100	8.860.000
Gesamteinnahme		34.773.700	32.993.100	31.191.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	3.512.800	3.464.300	3.561.500
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.218.500	649.400	899.500
			0	260.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.974.200	2.894.300	2.704.300
			1.500.000	1.500.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	32.127.600	23.444.400	19.523.300
			57.946.600	35.600.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	37.300	52.700	54.600
			0	0
Gesamtausgabe		41.870.400	30.505.100	26.743.200
Gesamtsumme der VE			59.446.600	37.360.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-7.096.700	2.488.000	4.448.500

Einzelnachweis 2025

Kapitel: 1505

Titel 522 71 / 686 71

TEUR

	Zweckbestimmung	Jahr der Kosten-Ermittlung	Gesamt Kosten § 24 LHO	Ist bis 2024	Ansatz für 2025	Bis einschl. 2025 abgearbeitet	noch zu veranschlagen					VE 2025 für 2026 2027 2028
1	2	3	4	5	6	7	2026	2027	2028	später	Insgesamt	13
1.	Umsetzung der HWRM-RL	2024	19.118,4	13.658,4	550,0	14.208,4	600,0	1.610,0	1.500,0	1.200,0	4.910,0	0.000,0 0.000,0 0.000,0
	Gesamtsumme		19.118,4	13.658,4	550,0	14.208,4	600,0	1.610,0	1.500,0	1.200,0	4.910,0	0.000,0 0.000,0 0.000,0

Kapitel: 1505

Titel 893 71

TEUR

	Zweckbestimmung	Jahr der Kosten-Ermittlung	Gesamt Kosten § 24 LHO	Ist bis 2024	Ansatz für 2025	Bis einschl. 2025 abgearbeitet	noch zu veranschlagen					VE 2025 für 2026 2027 2028
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1.	Umsetzung der HWSK	2024	175.264,8	157.764,8	4.500,0	162.264,8	4.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	13.000,0	3.400,0 1.400,0 2.200,0
	davon für:											
	Instandsetzung Deiche/ wasserwirtschaftliche Anlagen		163.730,0	148.730,0	4.000,0	152.730,0	3.500,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0	11.000,0	3.400,0 1.400,0 2.200,0
	Abschlussarbeiten/ Grunderwerb		11.534,8	9.034,8	500,0	9.534,8	500,0	500,0	500,0	500,0	2.000,0	0.000,0 0.000,0 0.000,0
	Gesamtsumme		175.264,8	157.764,8	4.500,0	162.264,8	4.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	13.000,0	3.400,0 1.400,0 2.200,0

Einzelnachweis 2026

Kapitel: 1505

Titel 522 71 / 686 71

TEUR

	Zweckbestimmung	Jahr der Kosten- Ermittlung	Gesamt Kosten § 24 LHO	Ist bis 2025	Ansatz für 2026	Bis einschl. 2026 abgearbeitet	noch zu veranschlagen					VE 2026 für 2027 2028 2029
							2027	2028	2029	später	Insgesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1.	Umsetzung der HWRM-RL	2024	20.168,4	14.258,4	600,0	14.858,4	1.610,0	1.500,0	1.200,0	1.000,0	5.310,0	0.500,0 0.500,0 0.200,0
	Gesamtsumme		20.168,4	14.258,4	600,0	14.858,4	1.610,0	1.500,0	1.200,0	1.000,0	5.310,0	0.500,0 0.500,0 0.200,0

Kapitel: 1505

Titel 893 71

TEUR

	Zweckbestimmung	Jahr der Kosten- Ermittlung	Gesamt Kosten § 24 LHO	Ist bis 2025	Ansatz für 2026	Bis einschl. 2026 abgearbeitet	noch zu veranschlagen					VE 2026 für 2027 2028 2029
							2027	2028	2029	später	Insgesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1.	Umsetzung der HWSK	2024	178.264,8	162.264,8	4.000,0	166.264,8	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	12.000,0	2.000,0 1.000,0 0.900,0
	davon für:											
	Instandsetzung Deiche/ wasserwirtschaftliche Anlagen		166.230,0	152.730,0	3.500,0	156.230,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0	10.000,0	2.000,0 1.000,0 0.900,0
	Abschlussarbeiten/ Grunderwerb		12.034,8	9.534,8	500,0	10.034,8	500,0	500,0	500,0	500,0	2.000,0	0.000,0 0.000,0 0.000,0
	Gesamtsumme		178.264,8	162.264,8	4.000,0	166.264,8	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	12.000,0	2.000,0 1.000,0 0.900,0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Haushaltsmittel für den Bereich "Energiepolitik, Landesenergieagentur und Strukturpolitik" veranschlagt.

Haushaltsvermerk:

Die Ausgaben der Titelgruppen des Kapitels 1506 sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

119 41	649	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln	0	0	0
			229.692		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 51	649	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Stundungs-, Verzugszinsen und dgl.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Titelgruppe(n)

66 Härtefallregelung für nicht leitungsgebundene Brennstoffe

Erläuterungen:

Der Bund hat privaten Haushalten, die zwischen 1. Januar und 30. November 2022 von drastisch gestiegenen Preisen bei nicht leitungsgebundenen Energieträgern wie Heizöl, Flüssiggas oder Pellets betroffen waren, eine Härtefallhilfe aus dem so genannten Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die Auszahlung der Härtefallhilfen ist durch die Bundesländer erfolgt.

Die Löschung erfolgt, sobald technisch möglich.

231 66	649	Zuweisungen des Bundes	0	0	0
			970.603		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 06 Titelgruppe 66.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

533 01	649	Dienstleistungen Außenstehender EFRE/ JTF	0	250.000	250.000
			0	125.000	125.000

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 15 06 Titel 671 03.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			125.000		125.000
2027				125.000	125.000
2028					
2029 ff.					
Summen			125.000	125.000	250.000

Erläuterungen:

Mit Beschluss des Kabinetts vom 30.01.2024 hat das Land eine zentrale Koordinierungsstelle im LVwA eingerichtet und eine Beleihung von Unternehmen nach § 44 Absatz 3 LHO für baufachliche Prüfungen für Zuwendungsbauten im Land Sachsen-Anhalt gemäß den Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen zu den Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung (ZBau) vorgenommen. Die Zentrale Koordinierungsstelle (ZKS) nimmt die koordinierenden Aufgaben der baufachlichen Prüfung wahr und beauftragt gemäß Rahmenvereinbarungen den beliebigen Dritten. Die Finanzierung der durch den/die beliebigen Dritten erfolgenden baufachlichen Prüfaufgaben ist durch die Fachressorts gemäß fachlicher Betroffenheit durch Haushaltsvorsorge im jeweiligen Einzelplan abzusichern. Fachlich betroffen sind das EFRE/JTF-Förderprogramm "Zukunftsenergien" und das JTF-Förderprogramm "Ressourceneffizienz" (für KMU).

671 01	649	Kostenerstattung an die Investitionsbank (ohne Umsetzung JTF)	51.600	15.700	14.200
			2.276.850	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 15 06 Titel 671 03.

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	15.700				15.700
2026	14.200				14.200
2027	15.400				15.400
2028	19.000				19.000
2029 ff.	500				500
Summen	64.800				64.800

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 01

Erläuterungen:

Der Ansatz entspricht der Kostenerstattung an die Investitionsbank im Rahmen des 2022 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zur Umsetzung des Landes-Förderprogramms Sachsen-Anhalt SPEICHERT (Richtlinienlaufzeit 2022-2024).

Die Minderung in der Ansatzhöhe entsteht aufgrund der Übertragung der restlichen Mittel auf Kap. 1506 Titel 671 03. Dort wird zukünftig die Kostenerstattung an die Investitionsbank auf Basis des § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank (ohne Umsetzung JTF) veranschlagt. Dieser Titel bleibt lediglich für die Erfüllung des beschriebenen Geschäftsbesorgungsvertrages für Sachsen-Anhalt SPEICHERT bestehen, weil dieser noch vor dem Inkrafttreten des IB Errichtungsgesetzes abgeschlossen wurde.

Die VE 2023 wird nicht in voller Höhe, aber auch teilweise bei Kapitel 1506 Titel 671 03 in Anspruch genommen. Dort sind die Kostenerstattungen auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt veranschlagt.

671 02	649	Kostenerstattung an die Investitionsbank für die Umsetzung JTF	455.500 0	224.300 0	205.000 0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 15 06 Titel 671 03.

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Mit dem Durchführungsbeschluss der EU-Kommission vom 06.09.2022 wurde das "EFRE-Programm 2021-2027 Sachsen-Anhalt" genehmigt. Mit dem Durchführungsbeschluss der EU-Kommission vom 20.10.2022 wurde die Änderung des "EFRE - Programm 2021-2027 Sachsen-Anhalt" in das "EFRE/JTF-Programm 2021-2027 Sachsen-Anhalt", welche die Integration des JTF in das EFRE-Programm zum Inhalt hatte, genehmigt.

Zur Umsetzung der JTF-Förderungen Ressourceneffizienz (KMU-Förderung und die Einzelprojektförderung) und Grüner Wasserstoff (Sachsen-Anhalt ZUKUNFTSENERGIEN / JTF-Teil Grüner Wasserstoff und Grüner Wasserstoff: Elektrolyseure) sind Geschäftsbesorgungsverträge mit der Investitionsbank geschlossen worden.

671 03	649	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	2.819.000 0	6.675.300 0	9.116.200 0

* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 15 02 Titel 671 03, Kapitel 15 06 Titel 533 01, Kapitel 15 06 Titel 671 01 und Kapitel 15 06 Titel 671 02.

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	4.749.300	515.000			5.264.300
2026	5.862.300	235.000			6.097.300
2027	3.116.400	225.000			3.341.400
2028	1.641.000				1.641.000
2029 ff.					
Summen	15.369.000	975.000			16.344.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 03

Erläuterungen:

Für die Durchführung folgender Förderprogramme wurden 2023 und 2024 öffentlich-rechtliche Verträge mit der IB geschlossen:

Förderprogramm	Ansatz 2025	Ansatz 2026
EFRE - Sachsen-Anhalt ENERGIE (Energieeffizienz in Unternehmen)	702.500	816.100
EFRE - ÖFFIZIENZ (Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen)	3.684.500	4.549.700
EFRE - Sektorenkopplung (als Teil des Förderprogramms Sachsen-Anhalt ZUKUNFTSENERGIEN)	275.800	418.000
EFRE - Sachsen-Anhalt ENERGIE (FP 2014-2020)	86.500	78.500
EFRE - Sachsen-Anhalt STROMSPEICHER	713.100	989.600
EFRE - Sachsen-Anhalt KLIMA III	1.712.900	2.264.300
Rückflüsse aufgrund von Verzögerungen bei Beginn und Bearbeitung der Förderprogramme im Jahr 2024	-500.000	0
Zusammen	6.675.300	9.116.200

685 03	649	Zuschüsse an die Landesenergieagentur (LENA)	2.477.300	2.476.500	2.460.800
			2.269.571	0	0

*** Es wird zugelassen, dass die LENA jeweils am Jahresende nicht verbrauchte Mittel aus Zuwendungen des Landes überjährig verwenden und einer Rücklage zuführen kann.

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesenergieagentur (in EUR)

Ausgaben	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Personalausgaben	1.441.248	1.567.135	1.653.225	1.735.886
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	260.830	278.493	322.500	302.500
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	555.315	633.528	542.775	464.414
5. Ausgaben für Investitionen	44.000	58.500	25.000	25.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	65.210	0	0	0
Zusammen	2.366.603	2.537.656	2.543.500	2.527.800

Einnahmen	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Eigene Einnahmen	97.032	60.400	67.000	67.000
2. Besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0	0
Mithin Fehlbedarf	2.269.571	2.477.256	2.476.500	2.460.800
Der Fehlbedarf soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfänger	0	0	0	0
b) das Land mit	2.269.571	2.477.256	2.476.500	2.460.800
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	0	0	0	0
Zusammen:	2.269.571	2.477.256	2.476.500	2.460.800

Stellenübersicht der Landesenergieagentur

Entgeltgruppe	Ist 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1. Geschäftsführung AT	1	1	1	1
2. Prokurist AT	1	1	1	1
3. E 14	6	6	6	6
4. E 11	9	9	9	9

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 03

5. E 9	1	1	1	1
Zusammen	18	18	18	18

Die Aufgaben der Landesenergieagentur (LENA) liegen in der Information, Kommunikation und Motivation, der Orientierungsberatung, der Netzwerkarbeit sowie im Schwerpunkt Aus-, Fort- und Weiterbildung. Im Mittelpunkt stehen dabei die Energieerzeugung, -versorgung und -verwendung. Zielgruppen sind Unternehmen, Kommunen und private Verbraucher. Sie finden in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienzsteigerung, nachhaltige Energieversorgung und Ressourcenschonung bei der LENA Unterstützung.

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche, auch breitenwirksame Projekte initiiert und erfolgreich umgesetzt. Aufgrund der noch einmal deutlich gestiegenen Nachfrage der Kommunen, der Wirtschaft und der Verbraucher sollen zahlreiche Aktivitäten fortgeführt und verschiedene Formate gem. Koalitionsvertrag weiterentwickelt werden (Bürgerenergie, Optimierung Dialogformate, Kommunales Energiemanagement). Zudem werden die Unterstützungsangebote der 2022 aufgebauten Landeskoordinierungsstelle Wasserstoff und der Servicestelle Erneuerbare Energien innerhalb der LENA weiter ausgebaut.

892 01	649	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (IPCEI Wasserstoff)	1.838.100 0	8.339.500 0	14.005.000 0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	16.993.500				16.993.500
2026	20.586.800				20.586.800
2027	10.203.300	5.619.100			15.822.400
2028		8.977.600			8.977.600
2029 ff.					
Summen	47.783.600	14.596.700			62.380.300

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 892 01

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Landesanteil zur Förderung von Investitionsvorhaben von europäischem Interesse im Rahmen der nationalen Wasserstoffstrategie durch den Bund (IPCEI). Gefördert werden der Ausbau der Wasserstoff-Infrastruktur für grünen Wasserstoff mit 70% Bundesanteil und 30% Landesanteil.

In Sachsen-Anhalt werden drei Vorhaben gefördert.

- Zwei Vorhaben zur Neuerrichtung und Umstellung von Leitungen für den Transport von Wasserstoff:

“Green Octopus Mitteldeutschland“ und “doing hydrogen“

- Ein Vorhaben zur Speicherung von grünem Wasserstoff in Kavernen: “Green Octopus Mitteldeutschland - Errichtung Wasserstoffkaverne“

Das BMWK hat zur Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie ein Interessenbekundungsverfahren für Wasserstoff IPCEI zur staatlichen Förderung durchgeführt. Vorhaben zur Umsetzung von Wasserstoff IPCEI Projekten wurden seitens des BMWK im Mai 2021 ausgewählt. Die Aufteilung der Förderung zwischen Bund und Land erfolgt spezifisch für das jeweilige Vorhaben durch Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Land. Die 2023 geschlossene Verwaltungsvereinbarung regelt die Fördermodalitäten und insbesondere auch die Modalitäten zur Zahlungsabwicklung.

Der darin vorgesehene Finanzierungsplan wurde zwischenzeitlich im Einvernehmen mit dem BMWK dahingehend angepasst, dass eine Glättung der vom Land zu erbringenden Jahresscheiben erfolgt. Somit steuert das Land 2026 14 Mio. EUR (statt 19 Mio.), 2027 15,8 Mio. EUR und 2028 14 Mio. EUR (statt 9 Mio. EUR) bei. Hierfür war eine überplanmäßige VE im HHJ 2024 (mit Kassenwirksamkeit im HHJ 2028) i.H.v. 5 Mio. EUR erforderlich.

Nach erfolgreicher Notifizierung der Vorhaben durch die EU-Kommission im Februar 2024 erfolgt die Bewilligung der Vorhaben durch das zuständige Bundesministerium.

Green Octopus Mitteldeutschland - grüner Wasserstoff für die Industrie - Wasserstoff-Pipeline-Projekt der ONTRAS

Gastransport GmbH

Die Industrieunternehmen im Mitteldeutschen Chemiedreieck haben einen hohen Bedarf an grünem Wasserstoff, um ihre Produktion zu dekarbonisieren. Dies gilt auch für weitere energieintensive Industrien in Sachsen-Anhalt und die Stahlindustrie in Salzgitter/Niedersachsen. Die bedarfsgerechte Versorgung der Industrieunternehmen muss durch überregionalen Transport und Speicherung sichergestellt werden. Das Projekt “Green Octopus Mitteldeutschland (GO!)“ schafft die erforderliche Leitungsinfrastruktur für den zukünftigen Transport dieses Wasserstoffs: GO! verbindet die Region und integriert den künftigen Wasserstoffspeicher in Bad Lauchstädt.

doing hydrogen - der Wasserstoff-Hub für Ostdeutschland - Wasserstoff-Pipeline-Projekt der ONTRAS Gastransport GmbH

Das Vorhaben “doing hydrogen“ schafft eine Plattform, um große Wasserstoffverbraucher und -produzenten in den Regionen Mitteldeutschland und Rostock sowie dem Großraum Berlin und Eisenhüttenstadt zu verbinden. Wasserstoffprojekte in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt werden zu einem leistungsstarken Hub verbunden. Durch die Pipeline wird der Anschluss an den Ostseeraum und nach Osteuropa geschaffen.

Green Octopus Mitteldeutschland - Errichtung Wasserstoffkaverne - Speicherprojekt der VNG Gasspeicher GmbH in Bad Lauchstädt, Anschluss der Kaverne an das Wasserstoff-Leitungsnetz der ONTRAS

Der Kavernenspeicher in Bad Lauchstädt ist die Erweiterung des “Green Octopus Mitteldeutschland (GO!)“-Projektes. Am Standort werden ein Windpark mit 50 Megawatt Peakleistung und eine Großelektrolyse mit 30 Megawatt Nennleistung betrieben. Der erzeugte Wasserstoff kann in der vorgesehenen Kaverne mit 50 Millionen Kubikmetern Arbeitsgasvolumen gespeichert werden. Das Zusammenspiel aus der Erzeugung, Speicherung und zusätzlicher Einbindung in das Ostdeutsche Wasserstoffnetz stellt die gleichmäßige Versorgung mit Wasserstoff sicher.

Finanzmittel, die für die Umsetzung der Projekte bis zum Jahr 2029 (Stand: September 2024) seitens des Landes Sachsen-Anhalt vorzusehen sind:

Vorhaben	in EUR
Green Octopus Mitteldeutschland	28.176.600
doing hydrogen	7.443.900
Green Octopus Mitteldeutschland - Errichtung Wasserstoffkaverne	18.342.700
Zusammen	53.963.200

Titelgruppe(n)

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Sachsen-Anhalt steht mit seiner Doppelrolle als traditionelles Energie- und Industrieland und zugleich Land der erneuerbaren Energien exemplarisch für die Herausforderungen, die mit dem Umbau unseres Energiesystems einhergehen. Dabei stehen die Systemintegration der Erneuerbaren Energien durch Sektorenkopplung, die Entwicklung und der Ausbau von Speichertechnologien sowie der Ausbau der Netzinfrastruktur im Fokus. Zudem geht es um die künftige Ausrichtung der Finanzierung der Energiewende. Dieser Prozess erfordert eine ständige Kommunikation und einen Wissensaustausch mit und zwischen den beteiligten Akteuren/Verbänden, hierfür eignen sich insbesondere Dialogveranstaltungen. Zudem sind in diesem Kontext Kurzstudien und Analysen notwendig, um die Perspektiven und Konsequenzen energiepolitischer Entscheidungen für Sachsen-Anhalt abzuschätzen.

511 61	649	Geschäftsbedarf	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

522 61	649	Ausgaben für Studien, Gutachten und Beraterverträge	50.000	50.000	50.000
			0	50.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026			50.000		50.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		50.000	50.000		100.000

Erläuterungen:

Kurzbezeichnung der Leistung	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Gutachten, Studien, Beraterverträge ab 20.000 EUR				
1.1 Datenerfassung EED, EnEfG; Datenmodell Energiebilanzschätzung	50.000	50.000	50.000	0
2. Gleichartige Beratungsleistungen	0	0	0	0
3. Sonstige Beratungsleistungen von weniger als 20.000 EUR	0	0	0	0
4. Ausnahmen gem. § 34a Abs. 5 LHO	0	0	0	0
Zusammen	50.000	50.000	50.000	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 61

Aus der Umsetzung der im Jahr 2023 beschlossenen Novelle der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) und des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) ergibt sich die Notwendigkeit zur Erstellung von Strategien zur Energieeinsparung für den öffentlichen Sektor und zur Umsetzung einer energetischen Sanierungsverpflichtung für öffentliche Gebäude des Landes und der Kommunen (Vorreiterrolle des öffentlichen Sektors im Bereich der Energieeffizienz). Das Land hat dazu Berichtspflichten gegenüber dem Bund. Die Abschätzung der Energieeinspareffekte durch strategische Maßnahmen und durch Gebäudesanierungen soll durch Gutachten unterstützt werden. Im kommunalen Bereich ist eine Verbesserung der Datengrundlage im Gebäudebereich (Gebäudeflächen und Energieverbräuche) erforderlich, um die notwendigen Abschätzungen treffen zu können.

Statistische Daten zur Energiebilanz sind aufgrund des Erfassungssystems erst mit mehrjährigem Nachlauf (ex-post) verfügbar. Für die Frühabschätzung und Projektion von Aufkommen und Verwendung von Energie in Sachsen-Anhalt ist die Entwicklung eines Datenmodells zur Energiebilanzschätzung mit THG-Bewertung erforderlich. Die Erstellung und Implementierung des Datenmodells sowie erste Testläufe sollen im Wege einer Studie oder eines Dienstleistungsauftrags unterstützt werden.

zu 1.1

Inhalt: Gutachten zur Verbesserung der Datengrundlage im Rahmen der Umsetzung der im Jahr 2023 beschlossenen Novelle der EED und des EnEfG bzw. Entwicklung eines Datenmodells zur Energiebilanzierung.

Ziel: Abschätzung der Energieeinspareffekte durch strategische Maßnahmen, die im Rahmen der Berichtspflichten gegenüber dem Bund zu erfüllen sind bzw. prospektive Abschätzung des Aufkommens und der Verwendung von Energie in Sachsen-Anhalt.

Laufzeit: 2025 bis 2026

527 61	649	Reisekosten/Teilnahme Fachveranstaltungen	1.500	500	500
			42	0	0

Erläuterungen:

Teilnahmegebühren für externe Fachkongresse.

532 61	649	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 61	649	Durchführung von energiepolitischen Aufgaben	20.000	2.000	2.000
			1.393	0	0

Erläuterungen:

Die künftige Ausrichtung der Finanzierung der Energiewende erfordert eine ständige Kommunikation und einen Wissensaustausch mit und zwischen den beteiligten Akteuren/Verbänden, hierfür eignen sich insbesondere Dialogveranstaltungen.

Die Vielzahl an Themengebieten im Kontext mit der Transformation der Energieversorgung auf zukunftsfähige Energiesysteme betrifft unterschiedliche Sektoren. Ab 2025 werden zur Stärkung und Unterstützung aller Beteiligten, Informationsveranstaltungen zum Landesgesetz Wärmeplanung, zu Energieeinsparungen, zur Energieeffizienz sowie zum Einsatz von vorhandenen Potentialen im Bereich der Erneuerbaren Energien durchgeführt.

547 61	649	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

633 61	649	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	50.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	121.500	52.500	52.500
		50.000	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
62		Speicherförderprogramm (Landesprogramm)			
891 62	649	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
892 62	649	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 1.200.000	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
893 62	649	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	617.000 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			617.000	0 0	0 0
63		Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier			
		Übertragbar			
		** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.			
		Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.			
		Erläuterungen: Das Land Sachsen-Anhalt ist mit fünf Gebietskörperschaften im Mitteldeutschen Revier vom Kohleausstieg und dem daraus folgenden Strukturwandel betroffen. Der Bund gewährt den Braunkohleregionen bis zum Ende der Kohleverstromung, spätestens bis zum Jahr 2038, finanzielle Unterstützung (Strukturhilfen). Mit dem Just Transition Fund (JTF) der EU in der Strukturperiode 2021 bis 2027 existiert ein weiteres Förderinstrumentarium für das Revier. Bei der strukturpolitischen Begleitung des Mitteldeutschen Reviers Sachsen-Anhalt sind unter anderem nachfolgende Themenfelder bzw. Maßnahmen von besonderem Ressortinteresse: - Ausbau nachhaltiger Energieinfrastrukturen auf der Basis erneuerbarer Energien (z. B. grüner Wasserstoff); - Ressourceneffizienz / Kreislaufwirtschaft; - Investitionen zur energetischen Sanierung öffentlicher Infrastrukturen; - Naturschutz und Landschaftspflege; - Förderung von Forschungsvorhaben und Forschungsinfrastrukturen. Im Verantwortungsbereich des zuständigen Referates 34 stehen für den Geschäftsbereich des MWU insbesondere: - Grundsatz- und Förderangelegenheiten zum Strukturwandel; - Entwicklung von Umsetzungsstrategien und Lösungsansätzen zur Strukturentwicklung; - Begleitung und Steuerung landesbedeutsamer Strukturwandelvorhaben; - Umsetzung des JTF in den Förderbereichen Grüner Wasserstoff und Ressourceneffizienz. Die Aktivitäten zur strukturpolitischen Begleitung des Mitteldeutschen Reviers Sachsen-Anhalt sind von besonderem öffentlichen Interesse.			
522 63	649	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	85.000 0	0 0	0 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 63

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		12.500			12.500
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		12.500			12.500

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen, da 2025 keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

525 63	649	Aus- und Fortbildung, Fachtagungen	2.500	500	500
			349	0	0

Erläuterungen:

Teilnahmen an Fachtagungen und Fachkonferenzen, insbesondere zum Austausch von Erfahrungs- und Transferwissen mit anderen Kohleregionen (bspw. NRW, BB, SN und andere europäische Kohleregionen).

526 63	649	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

527 63	649	Reisekosten	10.000	500	500
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Reisekosten zur Schaffung einer örtlichen Präsenz des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt im Strukturwandelprozess, insbesondere um die Nähe zu strukturwandelbezogenen Projektvorhaben herzustellen.

531 63	649	Veröffentlichungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

532 63	649	Sonstige Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 63	649	Aufwendungen für Veranstaltungen	20.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Fortführung des Strukturwandel-Workshopformats "Strukturwandel bewegt. Wir bewegen Strukturwandel" erfolgt in Abhängigkeit von den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

547 63	649	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	117.500	1.000	1.000
		0	0

64 Nachhaltiger Wasserstoff

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachte Leertitelgruppe.

522 64	649	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			201.626	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

633 64	649	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

682 64	649	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		700.000			700.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		700.000			700.000

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

683 64	649	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 64

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

685 64	649	Zuschüssen für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

686 64	649	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0	0
				0	0

65 Infrastruktur Wärme

Übertragbar

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

533 65	649	Dienstleistungen Außenstehender	500.000	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026		500.000			500.000
2027		500.000			500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		1.500.000			1.500.000

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

547 65	649	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

633 65	649	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 65

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

891 65	649	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

892 65	649	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			500.000	0	0
				0	0

66 Härtefallregelung für nicht leitungsgebundene Brennstoffe

Übertragbar

* Die Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 15 06 Titel 231 66.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Der Bund hat privaten Haushalten, die zwischen 1. Januar und 30. November 2022 von drastisch gestiegenen Preisen bei nicht leitungsgebundenen Energieträgern wie Heizöl, Flüssiggas oder Pellets betroffen waren, eine Härtefallhilfe aus dem so genannten Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die Auszahlung der Härtefallhilfen ist durch die Bundesländer erfolgt.

Die Löschung erfolgt, sobald technisch möglich.

631 66	649	Rückzahlungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

681 66	649	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0	0	0
			0	0	0

686 66	649	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0	0
				0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 06 Energiepolitik, Landesenergieagentur, Strukturwandel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	689.000	303.500 175.000	303.500 125.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.853.400	9.391.800 0	11.796.200 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.455.100	8.339.500 0	14.005.000 0
Gesamtausgabe		8.997.500	18.034.800	26.104.700
Gesamtsumme der VE			175.000	125.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-8.997.500	-18.034.800	-26.104.700

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 1509 beträgt zum 31.12.2025 84 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 1509 beträgt zum 31.12.2026 84 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Zur Vereinheitlichung werden ab 2025 folgende Haushaltsstellen in Kap. 1509 Titelgruppe 79 umgesetzt:

Kapitel 1501 Titel 522 01 "Artenhilfsprogramme"
Kapitel 1501 Titel 533 01 "Aktualisierung Rote Listen"
Kapitel 1502 Titel 522 10 "Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge i. R. v. Natura 2000"
Kapitel 1502 Titel 522 11 "Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge i. R. v. Biotopkartierungen"
Kapitel 1502 Titelgruppe 62 "Umgang mit gebietsfremden Arten"
Kapitel 1502 Titelgruppe 70 "Maßnahmen gemäß § 33 NatSchG LSA im Rahmen des Artenschutzes"
Kapitel 1509 Titel 427 11 "Entschädigungen für ehrenamtliche Mitarbeiter im Naturschutz" (ehrenamtliche Mitarbeiter im Bereich Naturschutz)
Kapitel 1509 Titel 522 01 "Insektenmonitoring"
Kapitel 1509 Titel 685 01 "Managementmaßnahmen Verantwortungsart Feldhamster"

Allgemeines:

Veranschlagt sind hier die Einnahmen und Ausgaben, die im Landesverwaltungsamt entstehen bei der Erledigung der Fachaufgaben der Bereiche Wasser und Abwasser, Naturschutz und Landschaftspflege, Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit und Gentechnik sowie die Einnahmen und Ausgaben für die Aufgabenerfüllung in den Großschutzgebietsverwaltungen. Diesen sind nachfolgende Titelgruppen zugeordnet:

- Biosphärenreservatsverwaltung Drömling (TGr. 82/ TGr. 85)
- Biosphärenreservatsverwaltung Mittelbe (TGr. 83)
- Biosphärenreservatsverwaltung Karstlandschaft Südharz (TGr. 84)

Aufgaben der Biosphärenreservate sind:

- fachliche Betreuung der Natura 2000-Gebiete und der Naturschutzgebiete, u.a. Kartierungen, Bestandserfassungen, Vorbereitung und Überwachung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen
- fachliche Mitwirkung bei Schutzgebietsausweisungen
- praktische Artenschutzmaßnahmen
- Bestandsüberwachung von Arten und Lebensraumtypen nach FFH- und Vogelschutz-Richtlinie
- fachliche Beratung der unteren Naturschutzbehörden
- Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (u.a. Publikationen, Führungen, Vorträge, ehrenamtliche Tätigkeiten, FÖJ)
- Förderung der Regionalentwicklung
- Pflege nationaler und internationaler Partnerschaften
- Landeskompetenzstellen für Biberschutz und Fledermausschutz

Sonstige Bereiche und Aufgaben, wie z. B.

Projekte im Rahmen der Bundesprogramme Biologische Vielfalt (TGr. 78) und Chance.Natur (TGr. 64), wie die Naturschutzgroßprojekte "Mittlere Elbe", "Untere Havel / Sachsen-Anhalt", "Saale-Unstrut" und "Mittelbe-Schwarze Elster" und das Artenhilfsprogramm (TGr. 80).

Landesmaßnahmen wie die Entwicklung eines durchgängigen "Grünen Bandes" (TGr. 69), Umsetzung des Gesamtkonzeptes Elbe (TGr. 75) und des Sohlstabilisierungskonzeptes (TGr. 76) sowie EU-LIFE-Projekt EUROKITE (TGr. 77).

Einnahmen

111 12	331	Einnahmen aus dem Vollzug der Wasser- bzw. Abfallgesetze	140.000 128.830	140.000	140.000

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 09 Titel 671 38.

Erläuterungen:

Einnahmen des LVWA auf der Grundlage der Durchführung von Laboruntersuchungen im Rahmen der behördlichen Überwachung.

111 13	332	Einnahmen aus Ersatzvornahmen auf Grundlage des Immissionsschutz- und Abfallrechts	0 0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 111 13

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 09 Titel 533 13.

Erläuterungen:

Den Einnahmen stehen Ausgaben aus dem Kapitel 1509 Titel 533 13 gegenüber. Es handelt sich um Einnahmen insbesondere aus Sicherheitsleistungen nach Immissionsschutz- und Abfallrecht.

111 14	331	Einnahmen aus der Rekultivierungsrücklage der Deponie Klein-Quenstedt	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Einnahmen aus möglichen Ausschüttungen nach Abschluss eines Insolvenzverfahrens.

111 15	331	Einnahmen aus dem Vollzug des Kreislaufwirtschafts- und Bundesimmissionsschutzgesetzes	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Die im Rahmen der Überwachung (gutachterliche Tätigkeit im Zusammenhang mit § 40 KrWG und § 52 BImSchG) entstehenden Kosten können teilweise vom Zahlungspflichtigen begetrieben werden.

111 16	331	Einnahmen aus Überwachung der Anlagensicherheit nach Störfall-Verordnung	100.000	200.000	200.000
			100.566		

Erläuterungen:

Es handelt sich um Einnahmen auf Grundlage der durchgeführten Inspektionen nach § 16 der 12. BImSchV. Den Einnahmen stehen Ausgaben aus dem Kapitel 1509 Titel 533 05 gegenüber.

112 08	332	Einnahmen aus Ersatzvornahmen für Gefahrenabwehrmaßnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Die im Rahmen von Gefahrenabwehrmaßnahmen entstandenen Kosten können vom Zahlungspflichtigen im Verwaltungsvollstreckungsverfahren begetrieben werden.

119 41	331	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	40.000	40.000
			1.198		

Erläuterungen:

Im Detail nicht planbare Rückzahlungen aus Rückforderungen und Überzahlungen des Landes im Kapitel 1509.

119 51	331	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Geringfügige, anderen Titeln nicht zuzuordnende Einnahmen.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

231 01	332	Zuweisungen vom Bund	50.000	0	0
			0		

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2025 erfolgt die Veranschlagung der Erstattung des Bundes für das Insektenmonitoring in Kapitel 1509 Titel 232 79.

Titelgruppe(n)

62 Spenden und deren Verwendung

282 62	332	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			770		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 09
Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Vereinnahmung von Spenden Dritter zur Unterstützung der Naturschutzarbeit.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	0	0	0

**64 Beteiligungen des Landes im Rahmen des Bundesprogramms
"Chance.natur"**

231 64	332	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

282 64	332	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	0	0	0

**66 Pflichtaufgabenerledigung im Rahmen der ELER-Förderung -
Natura 2000, Biodiversität**

381 66	331	Verrechnung zwischen den Kapiteln	0	0	0
			379.461		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 09 Titelgruppe 66.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Kapitel 1390 Titel 981 75, Kapitel 1390 Titel 981 77, Kapitel 1512 Titel 981 71 und Kapitel 1514 Titel 981 71.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

79 Überwachung, Erhaltung und Entwicklung der biologischen Vielfalt

232 79	332	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	80.000	117.500
			0		

Erläuterungen:

Bund und Länder befinden sich derzeit in Abstimmung über ein bundesweit einheitliches Insektenmonitoring. Die geplante Verwaltungsvereinbarung sieht eine Erstattung der Länderausgaben in Höhe von 50% vor. Die Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt sind veranschlagt in Kapitel 1509 Titel 522 80 unter Insektenmonitoring in den Erläuterungen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 79	0	80.000	117.500

82 Biosphärenreservatsverwaltung Drömling

119 82	331	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

124 82	331	Erlöse aus Vermietung und Verpachtung	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

132 82	331	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

231 82	332	Erstattungen des Bundes für den Bundesfreiwilligendienst (BFD)	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Da die Bundesfreiwilligendienstleistenden in Kooperation mit der Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz (SUNK) eingestellt werden, erhält die SUNK die Einnahmen des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA).

4 Vollzeitplätze für die Biosphärenreservatsverwaltung Drömling sind beim BAFzA angesiedelt.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 82	0	0	0

83 Biosphärenreservatsverwaltung Mittelbe

119 83	332	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Geringfügige, anderen Titeln nicht zuzuordnende Einnahmen.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
124 83	331	Erlöse aus Vermietung und Verpachtung	0 0	0	0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
132 83	331	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	5.000 3.776	5.000	5.000
231 83	332	Erstattungen des Bundes für den Bundesfreiwilligendienst (BFD)	0 0	0	0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
282 83	332	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0 3.967	0	0
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 09 Titelgruppe 83. Erläuterungen: Zuschüsse von NGO's und Dritten zu naturschutzfachlichen Projekten. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 83			5.000	5.000	5.000
84		Biosphärenreservatsverwaltung Karstlandschaft Südharz			
119 84	331	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0
		Erläuterungen: Geringfügige anderen Titeln nicht zuzuordnende Einnahmen. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
124 84	331	Erlöse aus Vermietung und Verpachtung	0 1.350	0	0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
132 84	331	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0 0	40.000	0
		Erläuterungen: Im HHJ 2025 ist der Verkauf des Geräteträgers aufgrund unzureichender Erfüllung der Pflegeaufgaben im NSG-Gebiet geplant.			
231 84	332	Erstattungen des Bundes für den Bundesfreiwilligendienst (BFD)	14.400 12.005	14.400	14.400
		Erläuterungen: Die Biosphärenreservatsverwaltung hat drei anerkannte Stellen für den Bundesfreiwilligendienst. Die Bundesfreiwilligen unterstützen die Mitarbeiter in der Verwaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit. In den letzten zwei Jahren waren alle drei Stellen besetzt, was nach nach derzeitigem Kenntnisstand auch für die Zukunft zu erwarten ist.			

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 84	14.400	54.400	14.400

**85 Länderübergreifendes Biosphärenreservat Drömling
Niedersachsen/Sachsen-Anhalt**

232 85	331	Sonstige Zuweisungen von Ländern	347.700	354.100	362.900
			126.200		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 09
Titelgruppe 85.

Erläuterungen:

Beteiligung des Landes Niedersachsen an den Personal- und Sachkosten für die gemeinsame Verwaltung des länderübergreifenden Biosphärenreservates Drömling Niedersachsen/Sachsen-Anhalt auf der Grundlage der zwischen den für Naturschutz zuständigen Ministerien in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt getroffenen Vereinbarung vom 12.05.2022.

Das Land Niedersachsen erstattet Sachsen-Anhalt die Personal-Ist-Kosten für 3,75 Vollzeitäquivalente (VZÄ) und anfallende Sachkosten i. H. v. 115.000 EUR.

Nachrichtlich: Summe TGr. 85	347.700	354.100	362.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	331	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	248.900 309.360	309.600 0	316.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	248.900	309.600	316.300
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	248.900	309.600	316.300

427 01	331	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	331	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.280.400 4.854.136	4.959.600 0	4.493.700 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.280.400	4.959.600	4.493.700
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	5.280.400	4.959.600	4.493.700

428 03	331	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 51	331	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

443 03	841	Leistungen nach dem Arbeitssicherungsgesetz und arbeitsmedizinische Vorsorgeleistungen	29.300 5.942	6.000 0	6.000 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 443 03

Erläuterungen:

Arbeitsmedizinische Untersuchungen - Untersuchungen nach dem Arbeitsschutzgesetz, Schutzimpfungen und zusätzlich eine Fachkraft für Arbeitssicherheit.

Die Betreuung fand zuvor im Wege der Amtshilfe durch andere Landeseinrichtungen statt. Dies ist nicht mehr gewährleistet, sodass diese Leistung extern vergeben wird.

511 02	331	Ersatz und Ergänzung von Geräten für Fachaufgaben	0	700	700
			0	0	0

Erläuterungen:

Geplant sind notwendige Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen zur Wahrung des technisch einwandfreien Zustandes der Drohne.

517 30	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch BLSA	188.200	0	0
			125.074	0	0

518 30	331	Mietzahlungen an BLSA	308.000	0	0
			281.308	0	0

Erläuterungen:

Nutzungsvereinbarung zwischen BLSA und MWU.

Der Anteil des Landes Niedersachsen an den Kosten des Biosphärenreservats Drömling ist im Kapitel 1509 Titel 518 85 veranschlagt.

521 01	332	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	25.000	1.000	6.000
			8.964	0	0

Erläuterungen:

Ersatz von Beschilderungen.

522 01	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	764.000	95.000	20.000
			205.481	0	485.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	85.000	401.000			486.000
2026	60.000	75.000			135.000
2027				233.000	233.000
2028				138.000	138.000
2029 ff.				114.000	114.000
Summen	145.000	476.000		485.000	1.106.000

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen. Die VE sind erforderlich, um Leistungen rechtzeitig vergeben zu können. Die Erfassung von Vegetation und Tierarten im Gelände erfolgt über den Zeitraum einer Vegetationsperiode. Ein Beginn der Arbeiten ist zum Beginn der Vegetationsperiode erforderlich (teilweise ab Februar).

Zur Vereinheitlichung werden ab 2025 Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge für "Insektenmonitoring" in Kap. 1509 Titel 522 79 umgesetzt.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	575.000	59.000	0
2.	Gleichartige Beratungsleistungen	40.000	0	0
3.	Sonstige Beratungsleistungen unter 20.000 EUR	149.000	36.000	20.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

4.	Ausnahmen gem. § 34a Abs. 5 LHO	0	0	0
	Summe	764.000	95.000	20.000

zu 1.	Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1.1	Rahmenkonzept UNESCO - BioRes Drömling	40.000	0	0	0
1.2	Grünlandmonitoring auf 25 Dauerbeobachtungsflächen - BioRes Mittelbe	0	0	0	40.000
1.3	Erstellung eines Besucherlenkungskonzeptes - BioRes Südharz	0	0	0	120.000
1.4	Rahmenkonzept Evaluierung - BioRes Südharz	0	0	0	180.000
1.5	Fortschreibung Monitoringkonzept - BioRes Drömling	0	0	0	20.000
1.6	Naturschutzfachliches Monitoring zur Biberpopulation - BioRes Mittelbe	19.000	0	0	35.000
1.7	Variantenuntersuchung Beweidungsmanagement - BioRes Drömling	0	0	0	90.000
	Zusammen	59.000	0	0	485.000

zu 1.1
Rahmenkonzept UNESCO - BioRes Drömling

Die Rechtsverpflichtung, ein Rahmenkonzept für das Biosphärenreservat Drömling zu erstellen, ergibt sich aus der Anerkennung als UNESCO-Biosphärenreservat Drömling im Juni 2023 (MAB-Kriterium Nr. 17) in Verbindung mit der Verordnung über das BR Drömling vom Juni 2019. Das Rahmenkonzept muss innerhalb von drei Jahren nach UNESCO-Anerkennung erarbeitet werden. Im Rahmenkonzept sind die mittel- und langfristigen Ziele sowie die erforderlichen Maßnahmen für die Erfüllung des Schutzzweckes und für die weiteren Ziele des Biosphärenreservats festzulegen und zu untersetzen.
Laufzeit: 2025

zu 1.2
Grünlandmonitoring auf 25 Dauerbeobachtungsflächen im BioRes Mittelbe

Für die Anerkennung und Überprüfung von Biosphärenreservaten der UNESCO in Deutschland sind Biosphärenreservate verpflichtet, eine ökologische Umweltbeobachtung durchführen. Es werden in regelmäßigen Abständen Kerndaten in typischen Ökosystemen erhoben. Dazu gehören die Grünlandgesellschaften der rezenten Aue im Biosphärenreservat Mittelbe. Im Rahmen des Monitorings werden mittels einer standardisierten Methodik in definierten zeitlichen Abständen Wiederholungsaufnahmen zur Vegetationszusammensetzung durchgeführt. Um die unterschiedlichen Standortbedingungen und Regionen innerhalb des Biosphärenreservats abbilden zu können, wurden im Jahr 1996 im Grünland 25 Dauerbeobachtungsflächen eingerichtet. Die erhobenen Daten sollen der Verwaltung Aussagen zur naturschutzgerechten Entwicklung und Optimierung der Nutzung der Grünlandgesellschaften ermöglichen.
Laufzeit: 2027

zu 1.3
Besucherlenkungskonzept - BioRes Karstlandschaft Südharz

Die Erstellung eines Besucherlenkungskonzeptes und eines Maßnahmenkataloges für das BioRes Karstlandschaft Südharz wird angestrebt, um einen naturverträglichen Tourismus in der Region zu fördern und die sensible Natur zu schonen.
Laufzeit: 2027 bis 2028

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 01

zu 1.4

Rahmenkonzept Evaluierung - BioRes Karstlandschaft Südharz

Es soll die Vergabe einer Beraterleistung zur Evaluierung des Rahmenkonzeptes des BioRes Karstlandschaft Südharz erfolgen. Die Zielsetzung ist die Aktualisierung des vorhandenen Rahmenkonzeptes des Biosphärenreservates Karstlandschaft Südharz aus dem Jahr 2011 mit einer breiten öffentlichen Beteiligung. Das Rahmenkonzept zeigt aktuelle Handlungsfelder der Biosphärenreservatsverwaltung auf.

Laufzeit: 2027 bis 2029

zu 1.5

Fortschreibung Monitoringkonzept BioRes Drömling

Die Durchführung der Bestands-, Wirkungs- und Zielkontrollen von Naturschutzmaßnahmen im Biosphärenreservat Drömling erfolgt gemäß dem mit dem BfN abgestimmten und 2012 durch das MULE in Kraft gesetzten Monitoringkonzept zur Umsetzung des Naturschutzgroßprojektes "Drömling/Sachsen-Anhalt". Hierzu hatte sich das Land Sachsen-Anhalt mit der Unterzeichnung des Zuwendungsbescheides des BfN vom 07. Juli 1992 verpflichtet. Die Erfolgskontrolle der natürlichen Sukzession und Besiedlung in den Kernzonen des BR Drömling ist gem. Monitoringkonzept alle 10 Jahre erforderlich und wurde zuletzt 2012 durchgeführt. Nach der Erfassung der Pflanzengesellschaften und der natürlichen Wiederbewaldung in 2024/2025 sollen 2026 faunistische Artengruppen erfasst und die Kernzonenentwicklung insgesamt bewertet werden. Die VE ist erforderlich, da einige Artengruppen bereits ab März zu erfassen sind, so dass die Ausschreibung der Leistung bereits zum Ende des Vorjahres erfolgen muss.

zu 1.6

Naturschutzfachliches Monitoring zur Biberpopulation

Der Elbebiber (*Castor fiber albus*) ist die einzige autochthone Unterart des Bibers in Mitteleuropa. Im Bereich der mittleren Elbe (heutiges Biosphärenreservat Mittelbe) hatte er Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts sein letztes Rückzugsgebiet, in dem eine kleine Population von ca. 200 Tieren überlebte. Im Land Sachsen-Anhalt leben aktuell ca. 3.600 Biber, davon ca. 1.200 im Biosphärenreservat Mittelbe. Der Elbebiber gehört zu den Säugetieren, für deren Erhaltung Deutschland in besonders hohem Maße verantwortlich ist. Die Erfassung des Bibers zielt auf Habitatschutz und Konfliktvermeidung mit Flächenbewirtschaftern ab. Die Landeskompetenzstelle für Biberenschutz ist u.a. für die jährliche Erfassung des Biberbestandes im Land sowie für die Bearbeitung der Biber-Daten im Rahmen der FFH-Berichtspflichten in Abstimmung mit dem LAU zuständig. Das Monitoring ermöglicht es der Verwaltung, Veränderungen der Biodiversität in Natur und Landschaft zu quantifizieren und praktische wie politische Konsequenzen aus den Ergebnissen abzuleiten. Für diese Zwecke sind kontinuierliche Monitoringmaßnahmen durchzuführen. Der Aufwand für die Beobachtung und Erfassung im Gelände wird auf Grund des erforderlichen Zeit- und Personalaufwandes durch externe Dienstleister erbracht.

Die kontinuierliche Datenerfassung ermöglicht es der Biberkompetenzstelle, Veränderungen zu quantifizieren und praktische wie politische Konsequenzen aus den Ergebnissen abzuleiten.

Zum Artenschutz des Bibers gehört es:

- Aussagen zur Verbreitung des Bibers und zur Abgrenzung der einzelnen Biberreviere an den verschiedenen Gewässern Sachsen-Anhalts zu treffen.

- Untersuchung von familiären Beziehungen und Wanderungsbewegungen sowie ggf. der Einwanderung gebietsfremder Unterarten (Woronesh-Biber, Rhone-Biber) mittels genetischer Datenerhebung (Laborleistungen).

Laufzeit: Es handelt sich um wiederkehrende Leistungen, die artspezifisch vergeben werden. Laufzeit 2025 und 2027

zu 1.7

Variantenuntersuchung Beweidungsmanagement - BioRes Drömling

Die Untersuchung und Bewertung der naturschutzfachlichen Ergebnisse von verschiedenen Varianten der Beweidung betrifft einerseits die unterschiedlichen Tierarten bzw. -rassen (vor allem Rinder) im Drömling, andererseits die verschiedenen Standorte und Nutzungskonzepte, hier vor allem unter dem Einfluss der Wiedervernässung und hinsichtlich des Einflusses auf Flora, Fauna und Moorböden. Die VE ist erforderlich, da nur eine mehrjährige Untersuchung den unterschiedlichen Jahresverläufen von Witterung und Aufwuchs Rechnung tragen kann. Angestrebt wird eine Kooperation mit einer wissenschaftlichen Einrichtung

(HS oder An-Institut).

Laufzeit: 2025/2026

zu 3.

	Sonstige Beratungsleistungen unter 20.000 EUR	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
3.1	Wahrnehmung der Talsperrenaufsicht	10.000	0	14.000	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	
			Angaben in EUR			
noch zu 522 01						
	3.2	Forschungskooperation mit der Hochschule Anhalt - BioRes Südharz	6.000	0	6.000	0
	3.3	Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplanes des Landes Sachsen-Anhalt	20.000	0	0	0
		Zusammen	36.000	0	20.000	0

noch zu 522 01

zu 3.1

Wahrnehmung der Talsperrenaufsicht (§ 47 WG LSA)

Im Rahmen der Wahrnehmung der Talsperrenaufsicht (§ 47 WG LSA) sind Bau, Unterhaltung und Betrieb der Talsperren zu überwachen. Grundlage dafür ist die DIN 19700. Aus dieser Überwachungspflicht ergeben sich ggf. Überprüfungen hinsichtlich Bemessungsanforderungen und Sicherheitsnachweisen auch bei bestehenden Talsperren. Hierbei kann die Beauftragung externer Dritter mit Spezialkenntnissen erforderlich werden. Etwaige Erfordernisse können erst im Ergebnis der jährlichen Betreiberkontrollen beziffert werden und bedürfen, im Interesse der Sicherheit der Anlagen, einer zeitnahen Abklärung. Das Hochwasserereignis an der Helme (Talsperre Kelbra) Ende 2023/Anfang 2024 kann Gegenstand einer Beauftragung sein. Die Aufsicht umfasst ebenfalls die Prüfung, ob der Betrieb der Anlagen auf der Grundlage der geltenden Wasserrechte und der vom Betreiber aufzustellenden Betriebspläne unter Beachtung der anzuwendenden rechtlichen Vorschriften erfolgt und ob eine Anpassung notwendig ist. Hierzu kann in begründeten Einzelfällen auch die Erstellung von externen Rechts- oder Fachgutachten erforderlich sein.
 Laufzeit: jährlich wiederkehrend

zu 3.2

Forschungskooperation mit der Hochschule Anhalt - BioRes Karstlandschaft Südharz

Grundlage der fortlaufenden Forschungskooperation zwischen dem Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz und der Hochschule Anhalt sind das Rahmenkonzept sowie das Offenlandkonzept des Biosphärenreservats zum Thema "Nachhaltige Landnutzungssysteme in der Kulturlandschaft zur Förderung von Offenland-Lebensraumtypen und der Biodiversität in der Agrarlandschaft". Die Schwerpunkte werden jährlich angepasst.
 Laufzeit: unbefristet, jährlich kündbar.

zu 3.3

Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplanes des Landes Sachsen-Anhalt

Die Länder stellen für ihr Gebiet Abfallwirtschaftspläne auf (§ 30 Abs. 1 KrWG). Diese Pläne sind regelmäßig auszuwerten und bei Bedarf fortzuschreiben (§ 31 Abs. 5 KrWG). Hierfür sind, insbesondere auch vor dem Hintergrund der neuen gesetzlichen (Inhalts-) Anforderungen, in erheblichem Umfang Daten zu erheben und auszuwerten. Im Rahmen des Planfortschreibungsverfahrens sind verschiedene Verfahrensschritte notwendig, die durch einen externen Dritten zu begleiten sind. Dazu zählt u.a. die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 32 KrWG). Aufgrund eines deutlich erhöhten Aufwands zur Auswertung und Darstellung der Daten und mit Blick auf die einzuhaltenden gesetzlichen Verfahrens- und Beteiligungsvorschriften wird die Planfortschreibung in 2025 beendet.
 Laufzeit: 2025

525 01	331	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			2.971	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

531 01	332	Veröffentlichungen	2.000	1.000	1.000
			8.225	0	0

Erläuterungen:

Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Naturparke in freier Trägerschaft durch Präsentationsmaterial. Diese Drucke dienen der Information über die Ausweisung von Schutzgebieten bzw. das Verhalten dort. Die Akzeptanz der Öffentlichkeit wird erhöht bezüglich der Schutzgebiete / Schutzobjekte.

532 01	331	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	19.000	4.600	10.900
			10.931	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 01

Erläuterungen:

Konzeption und Fertigung von Materialien sowie Durchführung von Veranstaltungen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit zu Inhalten, Zielen und Stand der behördlichen Umsetzung von Natura 2000 in Sachsen-Anhalt in Form von Informationsmaterialien, Ausrüstungsgegenständen für das Grüne Klassenzimmer sowie sonstigen Präsentationsmaterialien etc.

Des Weiteren werden die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit der Naturparke sowie das Projekt "Verwaltung macht Schule" für Schulen im Land Sachsen-Anhalt unterstützt.

533 01	332	Dienstleistungen Außenstehender	74.500	56.000	97.900
			276.088	20.000	277.900

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		115.000			115.000
2026			20.000		20.000
2027				247.900	247.900
2028				10.000	10.000
2029 ff.				20.000	20.000
Summen		115.000	20.000	277.900	412.900

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Durch die Fachbereiche Wasserwirtschaft, Kreislaufwirtschaft und Naturschutz ist die Umsetzung u. a. der nachfolgend aufgeführten Themen vorgesehen. Die Zuordnung der Barmittelansätze und VE sowie die zeitliche Abfolge bei der Umsetzung der einzelnen Positionen erfolgt nach jeweils aktueller Prioritätensetzung anhand der fachlichen Erfordernisse.

		Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1.	Faunistisch-floristische Erfassungen zur Umsetzung des Monitoringkonzepts - BioRes Drömling	0	0	0	45.000
2.1	Erfassung der Flora und Fauna, Biber - BioRes Mittelbe	20.000	20.000	20.000	35.000
2.2	Erfassung der Flora und Fauna, Bodenstrukturen - BioRes Mittelbe	0	0	0	50.000
3.	Verkehrssicherungsmaßnahmen am Informations- und Leitsystem - BioRes Mittelbe	10.000	0	10.000	0
4.	Fledermausschutzmaßnahmen, Landschaftspflege- BioRes Karstland Südharz	26.000	0	67.900	147.900
Zusammen		56.000	20.000	97.900	277.900

533 03	331	Dienstleistungen Außenstehender i. R. d. Anlagen- und Deponieüberwachung	15.000	4.500	4.500
			4.482	0	0

Erläuterungen:

In der Umsetzung des Konzeptes "Verbesserung des Vollzugs der Anlagen- und Stoffstromüberwachung" werden im Rahmen der Anlagenüberwachung gem. § 47 KrWG Leistungen zur Bestimmung von Abfallarten und deren Zusammensetzung sowie ggf. auch zur Ermittlung des Gefahrenpotentials vergeben. Für die Überwachung im Rahmen der grenzüberschreitenden Abfallverbringung gilt Artikel 50 der VO (EG) 1013/2006 entsprechend.

533 04	331	Rekultivierung der Deponie Klein-Quenstedt	52.500	52.000	52.000
			12.289	12.000	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 04

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			12.000		12.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen			12.000		12.000

Erläuterungen:

Das Landesverwaltungsamt hat als zuständige Gefahrenabwehrbehörde die Rekultivierung der Deponie Klein-Quenstedt angeordnet. Diese Pflicht besteht gemäß § 10 Abs. 1 i. V. m. Anhang 1 Nr. 2 Deponieverordnung (DepV). Die bestehende Gefahrenlage forderte die Durchsetzung der Anordnung und Ausführung der Rekultivierungsarbeiten auf der Deponie im Rahmen der Ersatzvornahme, da die Deponiebetreiberin insolvent ist. Die Rekultivierungsmaßnahmen erstreckten sich über einen Zeitraum von insgesamt 9 Jahren (2014 bis 2022), waren rechtlich geboten und sachlich unverzichtbar. Im Rahmen der Nachsorge auf Grundlage des Anhangs 5 Pkt. 3.2 DepV sowie zur zeitnahen Feststellung negativer Umweltauswirkungen im Umfeld der Deponie Klein Quenstedt im sind Wesentlichen noch folgende Maßnahmen notwendig und bis 2026 i. R. weiterer Amtshilfe der Landesanstalt für Altlastenfreistellung geplant:

- Monitoring (Gas, Grundwasser, Setzungen)
- Unterhaltungspflege (Mahd, Wartung und Reinigung der Entwässerungsanlagen)
- Ausbesserung von Schäden (in der Vergangenheit mehrfach Schäden durch Vandalismus)

533 05	331	Dienstleistungen Außenstehender i. R. d. Überwachung der Anlagensicherheit nach Störfall-Verordnung	100.000 97.021	200.000 200.000	200.000 200.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026			200.000		200.000
2027				200.000	200.000
2028					
2029 ff.					
Summen		100.000	200.000	200.000	500.000

Erläuterungen:

Beauftragung externer Sachverständiger zur Überwachung der Anlagensicherheit nach § 16 der 12. BImSchV (Störfall-Verordnung). Durchführung von Inspektionen (Prüfung der technischen, organisatorischen und managementspezifischen Systeme).

533 08	332	Finanzierung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr	100.000 227.719	50.000 50.000	30.000 100.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 08

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026			50.000		50.000
2027				100.000	100.000
2028					
2029 ff.					
Summen		100.000	50.000	100.000	250.000

Erläuterungen:

Das Landesverwaltungsamt überwacht die Durchführung des Immissionsschutzrechtes und des Abfallrechtes. Insbesondere Anlagen, deren Betreiber bspw. insolvent oder auch flüchtig sind, befinden sich oft in einem schlechten Zustand. Abfallbehandlungs- oder Abfallentsorgungsanlagen sind oftmals überfrachtet oder es befinden sich Abfälle auf dem Betriebsgrundstück, für die keine Genehmigung erteilt wurde. Liegt eine gegenwärtige und erhebliche Gefahr im Sinne des Gesetzes über die Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt, insbesondere wegen erheblicher schädlicher Umwelteinwirkungen, vor, so muss das Landesverwaltungsamt unter Beachtung des Opportunitätsgrundsatzes handeln. Angesichts von Gefahrensituationen ist ein Zuwarten häufig nicht möglich. Daher steht den zuständigen Behörden in der Regel nur die unmittelbare Ausführung zur Verfügung, um den angestrebten Zweck der Gefahrenbeseitigung zu erreichen.

533 13	332	Sicherstellung der Pflichterfüllung gemäß BImSchG und Abfallrecht	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

- * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Steinnahmen bei Kapitel 15 09 Titel 111 13.

Erläuterungen:

Zur Sicherstellung bspw. der Erfüllung der Nachsorgepflichten bei Abfallentsorgungsanlagen nach § 5 Abs. 3 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) können Sicherheitsleistungen gefordert werden. Somit muss im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Betreibers diese Leistung nicht aus Landesmitteln finanziert werden. Entsprechendes gilt im Rahmen der AbfallverbringungsVO hinsichtlich des Transportes bzw. der Verbringung von Abfällen. Den Ausgaben stehen Einnahmen aus dem Kapitel 1509 Titel 111 13 gegenüber.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 59	331	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

632 01	332	Erstattungen/Beitragszahlungen von Verwaltungsausgaben länderübergreifender Einrichtungen (Mehrländereinrichtungen)	108.600	108.600	108.600
			97.482	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landesbeitrag zum Betreiben der Beringungszentrale Vogelschutzwarte Hiddensee als Mehrländereinrichtung gemäß dem Verwaltungsabkommen vom 20.09.1994	76.400	76.400	76.400
2.	Landesbeitrag für die wissenschaftliche Fledermauskennzeichnung gemäß Vereinbarung mit dem Sächsischen Landesamt f. Umwelt u. Geologie v. 26.05. / 15.06.1999	14.100	14.100	14.100
3.	Länderanteil am ehrenamtlichen Vogelmonitoring des Bundes; Mehrländerabkommen vom 01.03.2017	7.400	7.400	7.400
4.	Länderanteil Verwaltungsvereinbarung Großkarnivorengenetik ab 2021	2.300	2.300	2.300
5.	Länderanteil Bund/Länder-Verwaltungsvereinbarung integratives Monitoring der Biosphärenreservate ab 2022	8.400	8.400	8.400
Summe		108.600	108.600	108.600

637 01	332	Erstattungen von Verwaltungsausgaben FÖJ	13.100	18.500	18.500
			6.832	0	0

Erläuterungen:

Beteiligung an den Verwaltungskosten der Trägereinrichtung für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) . Die Durchführung des FÖJ ist in den Biosphärenreservatsverwaltungen Mittelbe, Karstlandschaft Südharz sowie Drömling mit je 2 Teilnehmern vorgesehen.

671 38	623	Erstattungen an den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW)	140.000	140.000	140.000
			128.852	0	0

Übertragbar

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 09 Titel 111 12.

Erläuterungen:

Abgeführt wird der Teil an den bei Kapitel 1509 Titel 111 12 vereinnahmten Gebühren, der durch die im LHW getätigten Laboruntersuchungen entsteht. Der auf die behördliche Überwachung entfallende Anteil verbleibt im Einnahmetitel.

681 01	331	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			208	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

684 01	332	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	500	600	600
			490	0	0

Erläuterungen:

Das Landesverwaltungsamt ist Mitglied in der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. Im Rahmen dieser Mitgliedschaft ist ein jährlicher Mitgliedsbeitrag auf der Grundlage der geltenden Mitgliedsgebührensatzung zu zahlen.

684 02	331	Zuschüsse für die Naturparke in freier Trägerschaft	1.092.000	1.092.000	1.092.000
			1.092.000	5.635.600	7.317.500

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 684 02

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.092.000				1.092.000
2026	1.092.000				1.092.000
2027	1.092.000		589.900	589.900	2.271.800
2028			1.681.900	1.681.900	3.363.800
2029 ff.			3.363.800	5.045.700	8.409.500
Summen	3.276.000		5.635.600	7.317.500	16.229.100

Erläuterungen:

Gemäß § 15 NatSchG LSA können Teile von Natur und Landschaft durch Verordnung der zuständigen Naturschutzbehörde zum Naturpark erklärt werden.

In Umsetzung dieser Ermächtigung bestehen 6 Naturparke in freier Trägerschaft ("Fläming/Sachsen-Anhalt", "Saale-Unstrut-Triasland", "Harz/Sachsen-Anhalt", "Harz/Sachsen-Anhalt (Mansfelder Land)", "Dübener Heide/Sachsen-Anhalt" und "Unteres Saaletal").

Das Land unterstützt die Naturparkträgervereine durch mehrjährige Zuwendungsverträge bei den finanziellen Aufwendungen für die naturschutzfachliche Koordinierungsarbeit, insbesondere für die Aufrechterhaltung der Geschäftsstellentätigkeit sowie für die Umsetzung der erarbeiteten und fortgeschriebenen Pflege- und Entwicklungskonzeptionen.

Die VE 2026 wird nur in Anspruch genommen, sofern eine Bindung in 2025 in voller Höhe nicht möglich ist.

812 35	331	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	0	0	0
			7.610	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	24.000	24.000
			0	0	0

981 01	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	35.700	51.000	56.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Zur finanziellen Absicherung der Brockenhaus GmbH erstattet das MWU dem MWL jährlich den Landesanteil der anfallenden Personalkosten für die Umwelterziehung und die Umweltaus- und -fortbildung.
 Abführung an Kapitel 0981 Titel 381 71.

Titelgruppe(n)

62 Spenden und deren Verwendung

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 15 09 Titel 282 62.

Erläuterungen:

Verwendung von Spenden Dritter zur Unterstützung der Naturschutzarbeit.

511 62	331	Geräte für Fachaufgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
521 62	332	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
547 62	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 6.797	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0 0	0 0
64		Beteiligungen des Landes im Rahmen des Bundesprogramms "Chance.natur"			
		Übertragbar			
		** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.			
		*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1509 Titelgruppe 78 und 80 sowie Kapitel 1502 Titelgruppe 68.			
522 64	332	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 825	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
		Gemäß Nr. 3.2 der Richtlinie "chance.natur - Bundesförderung Naturschutz" ist im Rahmen der Antragstellung darzustellen, ob eine ausreichende Akzeptanz für das geplante Naturschutzgroßprojekt in der betroffenen Region vorhanden ist. Für jedes Naturschutzgroßprojekt ist zu prüfen, ob die Anwendung einer Moderation erforderlich ist. Gemäß der genannten Richtlinie hat die Vergabe der Moderation durch das beteiligte Land zu erfolgen. Alle übrigen Leistungen werden vom Projektträger vergeben und die Finanzierung erfolgt nach dem jeweiligen Finanzierungsschlüssel des Vorhabens.			
684 64	332	Zuschüsse an Vereine und Verbände	0 19.171	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
685 64	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
686 64	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige im Inland	25.000 4.500	25.000 0	25.000 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 64

Erläuterungen:

Förderung des Naturschutzgroßprojektes "Mittlere Elbe" als gesamtstaatlich repräsentatives Gebiet.

Laufzeit: 01.11.2001 bis 31.03.2019

Umfang: ca. 34,2 Mio. EUR

Finanzierung: 75 v.H. Bund

10 v.H. Träger

15 v.H. LSA

Träger: WWF (World Wide Fund For Nature)

Veranschlagt sind seit 2019 notwendige Mittel zur Bedienung von Rechtsverpflichtungen, die in der Projektlaufzeit entstanden sind (Bsp.: Notarkosten und Kosten zur grundbuchlichen Sicherung nach Flächenerwerb oder -tausch).

893 64	332	Zuschüsse für Investitionen	506.400	592.400	778.700
			377.208	10.784.500	10.784.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	257.300	562.200			819.500
2026	165.000	747.200	481.500		1.393.700
2027	266.800	926.200	886.000	481.500	2.560.500
2028	237.600	4.230.000	1.603.000	886.000	6.956.600
2029 ff.	832.500		7.814.000	9.417.000	18.063.500
Summen	1.759.200	6.465.600	10.784.500	10.784.500	29.793.800

Erläuterungen:

	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Naturschutzgroßprojekt "Untere Havel"	308.700	0	198.000	0
2. Naturschutzgroßprojekt "Mittelbe-Schwarze Elster"	189.500	10.784.500	481.500	10.784.500
3. Naturschutzgroßprojekt "Saale-Unstrut"	94.200	0	99.200	0
Zusammen	592.400	10.784.500	778.700	10.784.500

Die veranschlagte VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen. Die Projektphase II des Naturschutzgroßprojektes (NGP) Saale Unstrut verschiebt sich in das Jahr 2027.

Die VE 2026 wird nur in Anspruch genommen, sofern sich die Projektphase II des Naturschutzgroßprojektes "Mittelbe-Schwarze Elster" verschiebt und die VE in 2025 nicht gebunden werden kann.

zu 1.

Förderung des Naturschutzgroßprojektes "Untere Havel" als gesamtstaatlich repräsentatives Gebiet.

Das Projekt ist auf die Renaturierung des Unterlaufs der Havel und die Wiederherstellung natürlicher Retentionspotentiale der Havelaue sowie angrenzender Gebiete in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt gerichtet. Die Projektphase I wurde im Juni 2009 mit der Erarbeitung eines abgestimmten Pflege- und Entwicklungsplans abgeschlossen. Diesen entwickelten der Naturschutzbund Deutschland (NABU) als Träger, die Länder und der Bund gemeinsam. Die Projektphase II dient der konkreten Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen dieses Planes.

Trägerschaft: Naturschutzbund Deutschland (NABU)

Gesamtumfang: ca. 66,5 Mio. EUR

Projektlaufzeit Phase II: 1.12.2009 bis 31.05.2033

Finanzierung Phase II: 75 v. H. Bund

7 v. H. Träger

11 v. H. Land Brandenburg

7 v. H. Land Sachsen-Anhalt

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 64

zu 2.

Naturschutzgroßprojekt "Mittelbe-Schwarze Elster" als gesamtstaatlich repräsentatives Gebiet.

Der Bund und die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt haben bis 2009 gemeinsam ein Sohlstabilisierungskonzept Elbe entwickelt und verabschiedet. Neben der Anpassung der Wasserstraßenunterhaltung in der gesamten Erosionsstrecke ist die Umsetzung von Pilotmaßnahmen im Bereich Klöden, Landkreis Wittenberg prioritär. Zur Umsetzung des Sohlstabilisierungskonzeptes Elbe und des Gesamtkonzeptes Elbe insbesondere im Bereich Klöden im UNESCO-Biosphärenreservat Mittelbe wurden seit 2008 gemeinsam von Bund und Land Handlungskonzepte für den Flussabschnitt zwischen Pretzsch und Elster im Landkreis Wittenberg erarbeitet und in der Region vorabgestimmt. Zur Umsetzung dieser Projekte wurde das Pilotprojekt Klöden entwickelt und die Einbettung desselben in ein räumlich übergreifendes Projekt als Naturschutzgroßprojekt im Rahmen des Bundesprogramms "chance.natur" konzipiert. Das Naturschutzgroßprojekt unterstützt u. a. die Umsetzung der in Verantwortung Sachsen-Anhalts stehenden Maßnahmen des Pilotprojektes Klöden im Deichvorland.

Projektlaufzeit: Phase I Planung (2019-2023)
Phase II Umsetzung (2025-2033)
Trägerschaft: Heinz-Sielmann-Stiftung

Gesamtumfang: ca. 75,5 Mio. EUR
Phase I: ca. 2,6 Mio. EUR
Phase II: ca. 72,9 Mio. EUR

Bund: ca. 55,8 Mio. EUR (75 %)
Sachsen-Anhalt: ca. 11,1 Mio. EUR (15 %)
Träger: ca. 6,0 Mio. EUR (10 %)

zu 3.

Naturschutzgroßprojekt "Saale-Unstrut" als gesamtstaatlich repräsentatives Gebiet.

Das Projekt ist auf die Wiederherstellung und dauerhafte Sicherung bundesweit bedeutsamer Offen- und Halboffen-Lebensräume im Süden Sachsen-Anhalts ausgerichtet. Im Saale-Unstrut-Raum besteht auf Kuppen und Hängen, teilweise in Steillage der namensgebenden Flüsse, ein bundesweit bedeutsamer Komplex an thermophilen Trockenlebensräumen, insbesondere Magerrasen und Felsstandorten.

Sie sind eingebettet in naturnahe Wälder, aber auch in intensiv bewirtschaftete Ackerlandschaften und Streuobstwiesen. Das Projektgebiet ist vor allem durch seine bedeutsame Artenausstattung gefährdeter und vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten gekennzeichnet. Das Naturschutzgroßprojekt will auf Grundlage einer umfassenden Planung die strukturellen Voraussetzungen für eine langfristig, tragfähige und pflegerische Nutzung der genannten Lebensräume schaffen und unter Einbeziehung lokaler Akteure ein dauerhaftes Management auf den Weg bringen. Ergänzend sollen spezielle Artenschutzmaßnahmen, Maßnahmen der Kommunikation und Bildung und des umweltschonenden Naturerlebnisses initiiert werden.

Trägerschaft: Trägerverein des Geo-Naturpark Saale-Unstrut-Triasland e.V.
Projektlaufzeit: Phase I Planung (2024-2027)
Phase II Umsetzung (2027-2036)

Gesamtumfang: ca. 13,4 Mio. EUR (100 %)
Phase I: 1,4 Mio. EUR
Phase II: 12,0 Mio. EUR

Bund: 10,0 Mio. EUR (75 %)
Sachsen-Anhalt: 2,0 Mio. EUR (15 %)
Träger: 1,3 Mio. EUR (10 %)

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	531.400	617.400	803.700
		10.784.500	10.784.500

66 Pflichtaufgabenerledigung im Rahmen der ELER-Förderung -
Natura 2000, Biodiversität

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 15 09 Titel 381 66.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

427 66	331	Beschäftigungsentgelte für Projektpersonal	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 66	331	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			537.428	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0	0
				0	0

69 Entwicklung eines durchgängigen "Grünen Bandes"

Übertragbar

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

522 69	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	399.900	100.000	50.000
			276.625	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	399.900	100.000	50.000
2.	Gleichartige Beratungsleistungen	0	0	0
3.	Sonstige Beratungsleistungen unter 20.000 EUR	0	0	0
	zzgl. 5.000 EUR für Monitoring aus Titel 685 69	0	0	0
4.	Ausnahmen gem. § 34a Abs. 5 LHO	0	0	0
Summe		399.900	100.000	50.000

zu 1.

Pflege-, Entwicklungs- und Informationsplan (PEIP)

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Entwicklung des Grünen Bandes, im Sinne des Schutzzweckes, ist für das Nationale Naturmonument ein Pflege-, Entwicklungs- und Informationsplan (PEIP) zu erstellen.

Die Erstellung des Plans erfolgte 2021-2024. Für die Weiterentwicklung und evtl. Nacharbeiten ist 2025 und 2026 (anteilig) ein Mittelbedarf vorgesehen.

526 69	011	Aufwandsentschädigung Fachbeirat Grünes Band	1.000	500	500
			112	0	0

Erläuterungen:

Aufwandsentschädigung (Fahrtkostenersatz) für Mitglieder des Fachbeirates gemäß § 9 FachbeiratsVO GBG LSA vom 21.12.2020. Die Mitglieder erhalten auf Antrag Ersatz für die im Rahmen der Ausübung ihrer Beiratstätigkeit entstandenen Fahrtkosten nach Maßgabe des Bundesreisekostengesetzes.

532 69	331	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	50.000	10.000	10.000
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 532 69

Erläuterungen:

Die Mittel werden eingesetzt für die gemeinsame Durchführung von Öffentlichkeitsarbeitsprojekten zum Nationalen Naturmonument "Grünes Band" Sachsen-Anhalt in Verbindung mit der Investitions- und Marketinggesellschaft mbH (IMG) sowie für die Erstellung von Printmedien und Veranstaltungen.

533 69	332	Dienstleistungen Außenstehender	100.000 0	100.000 0	100.000 0

Erläuterungen:

Zur Verwirklichung des Schutzzwecks sind für den Biotopverbund bedeutsame Flächen zu erhalten und zu entwickeln sowie eine Begleitung durch wissenschaftliche Beobachtung und Forschung zu gewährleisten.

547 69	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben der Geschäftsstelle - Fachbeirat Grünes Band	2.000 1.026	1.500 0	1.500 0

Erläuterungen:

Gemäß § 8 Abs. 1 GBG LSA wird für die Erstellung, Umsetzung und Fortschreibung des Pflege-, Entwicklungs- und Informationsplans nach § 7 GBG LSA bei den Trägern nach § 6 Abs. 1 GBG LSA ein Fachbeirat eingerichtet. Nach § 8 FachbeiratsVO GBG LSA ist bei den Trägern des Nationalen Naturmonuments eine Geschäftsstelle einzurichten, die die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen sicherstellt.
 Als Ansatz werden neben den üblichen sächlichen Verwaltungsausgaben mögliche Kosten für die Anmietung von Räumlichkeiten für die Sitzungen, Technik usw. veranschlagt.
 2025 erfolgt gemäß Fachbeiratsverordnung die Neu-Konstituierung des Fachbeirats. Hierfür sind keine zusätzlichen Haushaltsmittel zu veranschlagen.

685 69	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	100.500 171.965	349.000 110.000	170.000 75.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	17.500	331.500			349.000
2026	33.000	29.000	65.000		127.000
2027	10.000	13.000	15.000	30.000	68.000
2028	1.000	13.000	15.000	15.000	44.000
2029 ff.			15.000	30.000	45.000
Summen	61.500	386.500	110.000	75.000	633.000

Erläuterungen:

Gemäß § 6 des Grünen-Band-Gesetzes Sachsen-Anhalt (GBG LSA) ist für die Belange des Naturschutzes das für Naturschutz und Landschaftspflege zuständige Ministerium (MWU) Träger des Nationalen Naturmonuments. Die Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt das für Naturschutz und Landschaftspflege zuständige Ministerium bei der Verwaltung des Flächenmanagements, einschließlich der Umsetzung von Maßnahmen zur Verwirklichung der Schutzzwecke, sowie der Informations- und Bildungsarbeit.
 Sie wird durch mehrjährige Zuwendungsverträge bei den finanziellen Aufwendungen für die Gebietsbetreuung, Umweltbildungs- und Informationsarbeit, Koordinierungstätigkeit (Verwaltungs- und Sachkosten) sowie für die Umsetzung der erarbeiteten und fortgeschriebenen Pflege- und Entwicklungskonzeptionen unterstützt.

821 69	332	Erwerb von Flächen zum Lückenschluss im "Grünen Band"	100.000 200.000	0 0	0 0

Erläuterungen:

Der Lückenschluss des "Grünen Bandes" soll vorrangig über Flächentausch bzw. Flurneuordnungsverfahren umgesetzt werden. Im Bedarfsfall ist auch ein Flächenerwerb nicht ausgeschlossen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			753.400	561.000 110.000	332.000 75.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

70 Landschaftsplanung des Landes Sachsen-Anhalt

Übertragbar

****** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Laut Koalitionsvertrag 2021-2026 soll das Landschaftsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 1994 fortgeschrieben werden. Im Koalitionsvertrag (Zeile 2571-2573) heißt es:

“Zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie wird das Landschaftsprogramm aus dem Jahr 1994 als landesweite Landschaftsplanung fortgeschrieben. Es ist ein wichtiger Baustein für die Landesentwicklungsplanung“. Das Landschaftsprogramm ist als Fachplan ein wichtiges strategisch-politisches Werkzeug der obersten Naturschutzbehörde, welcher mindestens alle 10 Jahre fortzuschreiben ist (§ 5 NatSchG LSA und § 10 BNatSchG). Im Landschaftsprogramm werden die überörtlichen, konkreten Ziele, Erfordernisse und Umsetzungsmaßnahmen des Naturschutzes unter Berücksichtigung der Belange der Raumordnung für ganz Sachsen-Anhalt dargestellt. Das Landschaftsprogramm ist ein wichtiger Baustein für die Landesentwicklungsplanung. Die Fortschreibung des Landschaftsprogramms ordnet sich deshalb sehr gut in die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms in dieser Legislaturperiode ein.

Im Koalitionsvertrag (Zeile 2574-2575) heißt es außerdem: “Die Erstellung und Fortentwicklung der Landschaftsrahmenpläne erfordert ausreichende Mittelausstattung bei den zuständigen Landkreisen und kreisfreien Städten.“ Der Landschaftsrahmenplan ist der zentrale Naturschutz-Fachplan der Landschaftsplanung auf Landkreisebene.

522 70	331	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	180.000	350.000	200.000
			100.900	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		400.000			400.000
2026		250.000			250.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		650.000			650.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 70

Erläuterungen:

Das inhaltliche Spektrum, welches im Zuge der Fortschreibung des Landschaftsprogramms bearbeitet wird, ist sehr komplex und umfangreich. Neben etablierten zu bearbeitenden Themen wie Landschaftsgliederung, Würdigung der Schutzgüter, Schutzgebietskulisse, Biotopverbund und Natura 2000 geht es auch um die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, u.a. mit den Aspekten Verantwortungsarten sowie Moorboden- und Feuchtgebietsschutz. Hinzu kommen Themen zum Naturraum, zu Landschaftsaspekten (Landschaftsbild, Kulturlandschaften), zum Wasserhaushalt (u.a. Hochwasserschutz und Renaturierung) und die Beziehungen des Naturschutzes zu Landnutzern (Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Bergbau). Schließlich geht es auch um aktuelle Themen wie Flächenversiegelung und -zerschneidung, die Positionierung des Naturschutzes zu erneuerbaren Energien, die Perspektiven des Naturschutzes im Zuge von Klima- und Strukturwandel sowie touristischer Nutzung. Um diese Themen fachlich fundiert bearbeiten zu können, bedarf es zunächst einer umfassenden Erfassung und Bewertung des gegenwärtigen Zustands. Darauf aufbauend wird ein Leitbild (Zielkonzept) definiert und Umsetzungsmaßnahmen (Handlungskonzept) werden konzipiert. Die Fortschreibung bzw. weitgehende Neuauflistung des Landschaftsprogramms ist ein komplexer, ressortübergreifender und gleichzeitig auch kosten- und personalintensiver mehrjähriger Prozess. Die Mittel werden vorrangig benötigt, um über Auftragsvergabe die Erfassung und Bewertung des Zustands von Natur und Landschaft vorzunehmen und auf Basis des von der obersten Behörde zu entwickelnden Leitbildes die Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen zu erarbeiten. Die natürlichen und rechtlichen Gegebenheiten in der Landschaft wirken sich entscheidend in Planung, Zulassung und Realisierung von Investitionsvorhaben aus. Ein auf aktuellen und verlässlichen Daten basierendes Landschaftsprogramm ist eine wichtige Grundlage für effektive Standortentscheidungen von Investoren.

Inhalt:

- Erfassung und Bewertung des Zustands der Schutzgüter natürliche Vegetation, Arten, Lebensgemeinschaften, Boden, Wasser, Luft, Klima
- Erfassung / Bewertung von Naturraum- und Landschaftsaspekten: Landschaftsbild und Landschaftsgliederung, Kulturlandschaften, Landnutzungen
- Untersuchung des Einflusses der neuen Herausforderungen (Klimawandel, Energiewende, Verkehrswende) auf die Natur und Landschaft
- Ableitung von Erfordernissen und Maßnahmen aus den Ergebnissen der Erfassungs- und Bewertungsarbeiten; Erarbeitung von Erhaltungs- und Entwicklungszielen für die Schutzgüter.

Ziele:

- Ermittlung einer aktuellen Datenbasis zu den Schutzgütern, Bewertung des Zustands und Darstellung von Beeinträchtigungen / Gefährdungen
- Darstellung und Bewertung der jetzigen und künftigen Auswirkungen dieser neuen Herausforderungen auf Natur und Landschaft
- Leitbild (er) für die Entwicklung von Natur und Landschaft, Schutzgebietskonzeption und Biodiversitätsstrategie, Integration in die räumliche Gesamtplanung
Laufzeit 2024 bis 2025, Kassenwirksamkeit 2025, 2026 (360.000 €)
- Darstellung des Wandels von Landnutzungen und Auswirkungen auf den Naturraum und das Landschaftsbild (Kulturlandschaftswandel)
Laufzeit: 2024 bis 2026, Kassenwirksamkeit in 2026 (190.000 €)

633 70	331	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	100.000	25.000	25.000
			216.939	525.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.225.000			1.225.000
2026		1.225.000	25.000		1.250.000
2027			500.000		500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		2.450.000	525.000		2.975.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 70

Erläuterungen:

Laut § 5 (2) NatSchG LSA haben die unteren Naturschutzbehörden jeweils für ihr Gebiet (Landkreis) einen Landschaftsrahmenplan aufzustellen und fortzuschreiben.

Der Erstaufstellung der Landschaftsrahmenpläne erfolgte durch die Landkreise i.d.R. in den 1990er Jahren über Fördermittel des Landes. Seitdem hat es keine Fortschreibung der Landschaftsrahmenpläne gegeben, da die Landkreise hierfür keine Mittel zur Verfügung hatten. Die Erstaufstellung der Pläne Anfang der 1990er Jahre konnte mit Fördermitteln des Landes realisiert werden.

Die im Koalitionsvertrag angesprochene ausreichende Mittelausstattung zur Fortschreibung der Landschaftsrahmenpläne soll mit Fördermitteln aus dem Landeshaushalt umgesetzt werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	280.000	375.000	225.000
		525.000	0

71 Biosphärenwald Karstlandschaft Südharz

Übertragbar

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2025 erfolgt die Veranschlagung des Projektes Biosphärenwald Karstlandschaft Südharz in Kapitel 1502 Titelgruppe 68; die VE wird bei Kapitel 1502 Titel 685 68 in Anspruch genommen.

533 71 332 Dienstleistung Außenstehender	0	0	0
	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	0	0	0
		0	0

75 Gesamtkonzept Elbe

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1509 Titelgruppe 76 Sohlstabilisierungskonzept Elbe.

Erläuterungen:

2017 wurde vom Bund (BMUB, BMVI) und den beteiligten Bundesländern unter Beteiligung von Wirtschafts- und Umweltverbänden das Gesamtkonzept Elbe verabschiedet. Das Gesamtkonzept Elbe (Strategisches Konzept für die Entwicklung der deutschen Binnenelbe und ihrer Auen) stellt, neben den gesetzlichen Grundlagen, den Rahmen für das künftige Verwaltungshandeln der Landes- und Bundesbehörden sowie für partizipative Entscheidungsprozesse für Maßnahmen an der Elbe dar. Es gibt der Elbe eine langfristige Entwicklungsperspektive und bildet den Handlungsrahmen für die nächsten Jahre, der von den beteiligten Akteuren gemeinsam getragen wird. Wie bei der Aufstellung wird auch bei der Umsetzung in den Arbeitspaketen Stromregelung, Wasserwirtschaft und Naturschutz gearbeitet. Das Arbeitspaket Naturschutz wird von der Länderarbeitsgemeinschaft Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe vertreten.

532 75 332 Öffentlichkeitsarbeit	15.000	5.000	5.000
	0	0	0

533 75 332 Dienstleistungen Außenstehender	185.000	195.000	195.000
	144.633	85.000	45.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 75

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		35.000			35.000
2026			85.000		85.000
2027				45.000	45.000
2028					
2029 ff.					
Summen		35.000	85.000	45.000	165.000

Erläuterungen:

Der Bund (BMUB, BMVI) und die beteiligten Bundesländern unter Beteiligung von Wirtschafts- und Umweltverbänden verabschiedeten 2017 das Gesamtkonzept Elbe.

Das Gesamtkonzept Elbe (Strategisches Konzept für die Entwicklung der deutschen Binnenelbe und ihrer Auen) stellt, neben den gesetzlichen Grundlagen, den Rahmen für das künftige Verwaltungshandeln der Landes- und Bundesbehörden sowie für partizipative Entscheidungsprozesse für Maßnahmen an der Elbe dar. Es gibt der Elbe eine langfristige Entwicklungsperspektive und bildet den Handlungsrahmen für die nächsten Jahre, der von den beteiligten Akteuren gemeinsam getragen wird. Die Umsetzung erfolgt in den Arbeitspaketen Stromregelung, Wasserwirtschaft und Naturschutz. Die Länderarbeitsgemeinschaft Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe vertritt das Arbeitspaket Naturschutz.

Nachrichtlich: Summe TGr. 75	200.000	200.000	200.000
		85.000	45.000

76 Sohlstabilisierungskonzept Elbe

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1509 Titelgruppe 75 Gesamtkonzept Elbe.

Erläuterungen:

Die aktive und anhaltende Sohlerosion der Elbe, insbesondere im Abschnitt zwischen Mühlberg und der Saalemündung, gefährdet die Landnutzungsfähigkeit und wertvolle, international bedeutsame Schutzgüter im UNESCO-Biosphärenreservat Mittel- und Unterelbe sowie im UNESCO-Welterbe Gartenreich Dessau-Wörlitz. 2009 wurde deshalb vom Bund und den beteiligten Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt das Sohlstabilisierungskonzept Elbe beschlossen. Wesentlicher Teil der Umsetzung ist die Vorbereitung des Pilotprojektes Klöden, des Förderprojektes im Landkreis Wittenberg und die Definition, Verortung, Auswahl und Planung der Umsetzung von Maßnahmeoptionen in der gesamten Erosionsstrecke zwischen Pretzin und der Saalemündung. Dabei sind die Pilotstrecken Lutherstadt Wittenberg und Coswig (Anhalt) nicht zuletzt wegen der Lage im Gartenreich und der international bedeutsamen Auenwälder von besonderer Wichtigkeit.

532 76	332	Öffentlichkeitsarbeit	5.000	5.000	5.000
			0	0	0
533 76	332	Dienstleistungen Außenstehender	130.000	145.000	145.000
			170.826	57.500	40.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 76

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026			57.500		57.500
2027				40.000	40.000
2028					
2029 ff.					
Summen		50.000	57.500	40.000	147.500

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Die aktive und anhaltende Sohlerosion der Elbe, insbesondere im Abschnitt zwischen Mühlberg und der Saalemündung, gefährdet die Landnutzungsfähigkeit und wertvolle, international bedeutsame Schutzgüter im UNESCO-Biosphärenreservat Mitteltebe sowie im UNESCO-Welterbe Gartenreich Dessau-Wörlitz. Der Bund und die beteiligten Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt beschlossen 2009 das Sohlstabilisierungskonzept Elbe. Wesentlicher Teil der Umsetzung ist die Vorbereitung des Pilotprojektes Klöden, des Förderprojektes im Landkreis Wittenberg und die Definition, Verortung, Auswahl und Planung der Umsetzung von Maßnahmeoptionen in der gesamten Erosionsstrecke zwischen Prettin und der Saalemündung. Dabei sind die Pilotstrecken Lutherstadt Wittenberg und Coswig (Anhalt) nicht zuletzt wegen der Lage im Gartenreich und der international bedeutsamen Auenwälder von besonderer Wichtigkeit.

1. Verbesserung der Wasserverhältnisse im NSG Crassensee/Schönitzer See
2. Heideteiche Steckby (Renaturierung von drei Gewässern in der "Steckbyer Heide"), Planungs- und Bauleistungen
3. Stauanlage Bräkgraben, Planungs- und Bauleistung
4. Altarmanschluss Alte Elbe Breitenhagen

Nachrichtlich: Summe TGr. 76	135.000	150.000	150.000
		57.500	40.000

77 EU-LIFE-Projekte

Übertragbar

- ** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Die Förderung erfolgt auf der Grundlage der EU-Verordnung zu LIFE (EU) Nr. 2021/783 des europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013, Bereich Umwelt, Teilprogramm Naturschutz und Biodiversität.

Veranschlagt werden nur die Landesmittel.

Projekt EUKOKITE

Das Land Sachsen-Anhalt beteiligt sich an dem europaweiten EU-LIFE Projekt EUKOKITE. Ziel des Projekts ist es, den Einfluss von menschenverursachter Mortalität auf den streng geschützten Rotmilan und vier andere Greifvogelarten (Kaiseradler, Sakerfalken, Wanderfalken, Seeadler) zu analysieren. Mit Festlegung geeigneter Maßnahmen soll das Projekt dazu beitragen, die anthropogene Mortalität des Rotmilans und der anderen im Projekt behandelten Arten erheblich zu verringern. Der Rotmilan ist eine Vogelart, für deren Erhalt Sachsen-Anhalt eine besondere Verantwortung trägt. Der Bestandstrend der Art in Deutschland ist rückläufig, international steht der Rotmilan auf der Vorwarnliste weltweit bedrohter Tierarten. Zu den Gefährdungen der Art zählen unter anderem Vergiftungen und Verluste durch Kollisionen mit Windkraftanlagen. Zwei von dreizehn deutschen Projektgebieten für den Rotmilan liegen in Sachsen-Anhalt.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Projektträger:

Mitteuropäische Gesellschaft zur Erhaltung der Greifvögel (Österreich) in Zusammenarbeit mit zahlreichen internationalen Projektpartnern. Für Sachsen-Anhalt wird das Rotmilanzenentrum am Museum Heineanum Projektpartner und das Land Kofinanzierer.

Projektlaufzeit: 2019 bis 2025
 Gesamtumfang: 9.900.000 EUR
 Anteil EU (60 v. H.): 5.940.000 EUR
 Anteil Land Sachsen-Anhalt: 150.000 EUR
 Anteil diverser Projektpartner: 3.810.000 EUR

Projekt CARENA

Hauptziel des Projektes Carbon Removal in Nature Parks (CARENA) ist die naturbasierte bzw. natürliche Reduzierung des bereits in der Atmosphäre wirksamen Kohlenstoffs in den Kulturlandschaften Deutschlands, insbesondere in den Naturparks. Das Projekt verknüpft die Themenfelder Naturschutz/Biodiversität und Klimaschutz. In Sachsen-Anhalt beteiligen sich die Naturparke "Dübener Heide" sowie "Saale-Unstrut-Triasland". Diese Beteiligung wird vom Land Sachsen-Anhalt finanziert. Projektpartner sind unter anderem mehrere deutsche Naturparke und zwei weitere Naturparke anderer EU-Mitgliedsstaaten, der Verband Deutscher Naturparke e.V. und der Nationale Naturlandschaften e.V.

Projektträger: Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) der Hochschule Trier

Projektlaufzeit: 2024-2033
 Gesamtumfang: 23.600.000 EUR
 Anteil EU (60 v. H.): 14.200.000 EUR
 Anteil Land Sachsen-Anhalt: 1.204.200 EUR

Projekt ALBIA

Hauptziel ist die Regeneration und Sicherung nasser Lebenswelten im UNESCO-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe. Hierzu wird Entwässerungssystem entlang der Elbe umgestaltet und modernisiert. Die Lebensräume für die Zielarten werden überwiegend in einen guten ökologischen Zustand versetzt. Die bundeslandübergreifende Zusammenarbeit im UNESCO-Biosphärenreservat wird qualitativ und quantitativ ausgebaut und intensiviert. Es wird eine tragfähige Klimaanpassungsstrategie zur Sicherung des Naturhaushaltes erarbeitet und im Rahmen des Projektes umgesetzt.

Projektträger: BUND-Auenzentrum Burg Lenzen

Projektlaufzeit: 2026-2033
 Gesamtumfang: 48.000.000 EUR
 Anteil EU (60 v. H.): 28.800.000 EUR
 Anteil Land Sachsen-Anhalt: 520.000 EUR

533 77	332	Dienstleistung Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

LIFE-Projekt ALBIA.

684 77	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbände und Vereine	25.000	25.000	0
			25.000	936.600	520.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	25.000				25.000
2026					
2027			133.800	65.000	198.800
2028			133.800	65.000	198.800
2029 ff.			669.000	390.000	1.059.000
Summen	25.000		936.600	520.000	1.481.600

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

893 77	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 77	25.000	25.000	0
		936.600	520.000

**78 Beteiligungen des Landes im Rahmen des Bundesprogramms
"Biologische Vielfalt"**

****** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

******* Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1509 Titelgruppe 64 und 80 sowie Kapitel 1502 Titelgruppe 68.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kofinanzierungsmittel (Landesmittel) zur Finanzierung von Vorhaben nach den Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt.

Das Bundesprogramm unterstützt seit Anfang 2011 die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt.

Die geförderten Maßnahmen sollen dazu beitragen, den Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland zu stoppen und mittel- bis langfristig in einen positiven Trend umzukehren.

Der Anteil der Bundesförderung an den Gesamtkosten beträgt stets 75%. Die verbleibenden 25% stellen der Projektträger und das Land Sachsen-Anhalt bereit.

533 78	332	Dienstleistungen Außenstehender	476.800	322.700	395.100
			0	0	1.500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	216.000	271.000			487.000
2026	138.900	332.000			470.900
2027	139.500	269.000		300.000	708.500
2028	96.200	281.000		300.000	677.200
2029 ff.	19.400			900.000	919.400
Summen	610.000	1.153.000		1.500.000	3.263.000

Erläuterungen:

1. Projekt zum Insektenschutz 2020 bis 2025:

Im Rahmen des vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) geförderten Bundesprogramms Biologische Vielfalt soll das Biosphärenreservat Mittelbe Modelllandschaft im Projekt zum Insektenschutz werden.

Es handelt sich um ein überregional strukturiertes Projekt, neben dem Biosphärenreservat Mittelbe sind z.B. Schwarzwald und Schorfheide Chorin beteiligt. Es sollen Verfahren und Strukturen zum Insektenschutz in landwirtschaftlich genutzten Bereichen von Entwicklungszonen entwickelt, erprobt, überprüft und nachjustiert werden.

Als Maßnahmen kommen beispielsweise Säume, Blühstreifen oder der Einsatz von Nützlingen anstelle von Insektiziden zur Schädlingsbekämpfung in Frage.

Träger: WWF Deutschland

Projektlaufzeit: 01.01.2020 bis 31.12.2025

Gesamtumfang: ca. 8 Mio. EUR

Sachsen-Anhalt: 40.000 EUR pro Jahr (240.000 EUR)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 78

2. Projekt zum Schutz von Scabiosa canescens

Mit dem geplanten Vorhaben sollen die Bestände der Grauen Skabiose (*Scabiosa canescens*) im mitteldeutschen Verbreitungsgebiet erhalten, gefördert und damit langfristig gesichert werden.

In Abstimmung mit dem behördlichen und ehrenamtlichen Naturschutz sowie den örtlichen Landnutzern und Flächeneigentümern wird ein Maßnahmenprogramm erarbeitet und beispielhaft umgesetzt. Maßnahmenumsetzungen werden sowohl Artenschutzmaßnahmen (Populationsstützungen und Wiederansiedlungen), als auch Biotoppflegemaßnahmen (Entbuschungen, Mahd- bzw. Beweidungsmanagement) umfassen. Die Maßnahmenkonzeptionen und -umsetzungen schließen auch weitere Verantwortungsarten mit ein.

Träger: Hochschule Anhalt

Projektlaufzeit: 01.04.2021 bis 31.03.2026

Gesamtumfang: 1.792.956,81 EUR

Sachsen-Anhalt: 200.000 EUR

3. INSEKTA - Integrativer Insektenschutz in Mitteldeutschland

Das Projekt soll modellhaft bei wichtigen Hauptursachen des Insektenrückgangs sowohl im landwirtschaftlich genutzten Bereich als auch im Siedlungsbereich ansetzen und neben direkten Maßnahmen zur Habitatentwicklung auch eine intensive Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen beinhalten. In einem ersten Handlungsfeld sollen hierzu landwirtschaftlich genutzte Flächen durch 14 verschiedene Maßnahmentypen insektenfreundlich gestaltet werden. Auf diese Weise sollen 600 ha Agrarraum insektenfreundlich aufgewertet werden.

Träger: Geo-Naturpark "SaaleUnstrut-Triasland" e.V.

Projektlaufzeit: 2023 bis 2028

Umfang Förderung Sachsen-Anhalt: 29.700,00 EUR

4. Projekt zum Schutz der Wildkatze

In zehn Bundesländern sollen Kooperationen mit Waldnutzern und -besitzern entstehen und u. a. Waldränder, Wälder und walddnahe Offenlandbereiche aufgewertet werden.

Gefährdungsursachen für Wildkatzen, wie Holzpolter, Knotengitterzäune und die Verwechslungsgefahr mit Hauskatzen werden in das öffentliche Bewusstsein gerückt, fachlich begleitet und reduziert.

Die Klimaschutzziele im Wald fließen in die Planungen und Umsetzungen ein. Projektgebiete sind vorrangig Waldgebiete am Rande des aktuellen Wildkatzen-Verbreitungsgebietes sowie Gebiete mit wichtigen Quellpopulationen. Neben der Wildkatze werden andere Arten wie beispielsweise Haselmaus, Eschen-Scheckenfalter, Laubfrosch, Bechsteinfledermaus, Mittelspecht und xylobionte Käfer Profiteure der Maßnahmen im und am Wald sein.

Träger: BUND LSA e.V.

Projektlaufzeit: 2023 bis 2028

Umfang Förderung Sachsen-Anhalt: 68.449,25 EUR

5. Projekt zur Wiederherstellung von Struktur- und Artenvielfalt auf Weideflächen (Weidevielfalt)

In einem Verbund von sieben Modell-Weidegebieten in Sachsen-Anhalt werden in der ersten Projektphase für unterschiedliche Lebensräume beispielhaft Lösungen zur Förderung der Struktur-, Pflanzen- und Tierartenvielfalt auf Weideflächen entwickelt und auf unterschiedlich großen Demonstrationsflächen mit einer Gesamtgröße von mindestens 200 ha umgesetzt.

In der zweiten Projektphase sollen erfolgreich umgesetzte Maßnahmen auf weitere Flächen mit einer Gesamtgröße von mind. 400 ha übertragen werden.

Das Projekt soll, begleitet von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit und Beratung von Landwirten, modellhaft demonstrieren, welchen wirkungsvollen Beitrag eine Kombination von innovativen Verfahren der Wiederansiedlung lokal ausgestorbener Arten mit einem adaptiven Beweidungsmanagement zum Aufbau einer ökologischen Infrastruktur leisten kann.

Träger: Hochschule Anhalt

Projektlaufzeit: 2023 bis 2028

Gesamtumfang: 2.660.000 EUR

Sachsen-Anhalt: 399.000 EUR

6. Projekt zum Schutz des Fischotters

Das Vorhaben verfolgt erstmalig den Ansatz, bundesländerübergreifend die Südwestausbreitung des Fischotters zu begleiten, und verbindet dabei die regionale Maßnahmenumsetzung mit einem überregionalen Austausch, der nicht nur die Modellprojekte unterstützt, sondern Ursachen von Umsetzungsdefiziten durch inter- und transdisziplinäre Lösungssuche und Bereitstellung fundierter Planungsgrundlagen bearbeitet. Dieser Gesamtzusammenhang ermöglicht, regionale Erfolge bundesweit zu übertragen und regionale - auch zu erwartende - Widerstände und Begrenzungen auf der Basis neuer Erkenntnisse und Perspektiven zu adressieren.

Träger: Deutsche Umwelthilfe e. V.

Projektlaufzeit: 2023 bis 2027

Gesamtumfang: 2.378.470,11 EUR

Sachsen-Anhalt: 88.511,29 EUR

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 78

7. RegioProD - Aufbau nachhaltiger Infrastrukturen zur Sicherung der Verfügbarkeit gebietseigener Wildpflanzen für die Wiederherstellung artenreichen Grünlands
In dem geplanten Verbundvorhaben sollen in mehreren Modellregionen in Deutschland der Aufbau und die Entwicklung nachhaltiger Infrastrukturen für die Sicherung der Verfügbarkeit gebietseigener Wildpflanzenherkünfte unterstützt, geeignete Saatgutmischungen für die Förderung regionaltypischer artenreicher Grünlandlebensräume entwickelt und Wissensdefizite in Bezug auf die Vermehrung und Anwendung gebietseigenen Wildpflanzensaatguts abgebaut werden. Damit wird das Erreichen der Ziele zur Förderung der Biodiversität inkl. der Erfüllung rechtlicher Vorgaben maßgeblich unterstützt.
Die Entwicklung dieser Strukturen wird zudem einen wichtigen Beitrag leisten, eine regionale Wertschöpfung zu fördern, da zahlreiche Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Arbeitssektoren entstehen werden.

Träger: Hochschule Anhalt
Projektlaufzeit: 2023 bis 2029
Gesamtumfang: 1.051.800 EUR
Sachsen-Anhalt: 152.000 EUR

8. Kranich(t)raum Goldene Aue - Perspektiven für Mensch und Natur
Der Landschaftspflegeverband (LPV) Südharz/Kyffhäuser, der NABU Sachsen-Anhalt, das Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz (BR KSH) und die Landesarbeitsgruppe Kranichschutz Sachsen-Anhalt entwickelten binnen zwei Jahren in enger Zusammenarbeit ein länderübergreifendes Konzept zum Schutz des Kranichs und zahlreicher anderer bestandsgefährdeter Tierarten. Das Projektgebiet zwischen Südharz und Kyffhäuser zählt zu den artenreichsten Landschaften Deutschlands, wobei die Feuchtlebensräume rings um den Helmestausee eine Sonderstellung zwischen den Trocken- und Waldlebensräumen der angrenzenden Mittelgebirge einnehmen. Die Helmeaue, der Helmestausee, Feuchtwiesen, Röhrichte, Au- und Bruchwaldreste beherbergen zahlreiche Brut- und Rastvögel, die zur Ausweisung als Ramsargebiet führten. Der Kranich steht vor allem als Flaggschiffart im Vordergrund des Projektes, da der Helmestausee zu den vier bedeutendsten Rastplätzen der Art in Deutschland zählt und in den vergangenen Jahren großes öffentliches Interesse erlangte. Mit dem projektspezifischen Schutz des Kranichs und des Gesamtlebensraums kann zweifellos auch eine Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft einhergehen, da die Voraussetzungen für Naturtourismus, Besucherlenkung und ,Äiinformation geschaffen werden.
Der LPV Südharz/Kyffhäuser und der NABU Sachsen-Anhalt sowie die Stadt Heringen/Helme fungieren hierbei als Verbundpartner, welche Planung und Umsetzung der Projektinhalte realisieren. Vorgesehen ist die Umsetzung von Vorhaben und Maßnahmen des art- und lebensraumbezogenen Naturmanagements sowie von Maßnahmen der Kommunikation und Information. Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit, zur Bildung und der Besucherlenkung werden hierbei nachhaltig wirken und zur Stärkung der Region durch Alleinstellungsmerkmale beitragen.

Projektlaufzeit: 2024 bis 2029
Gesamtumfang (Projektgebiet Sachsen-Anhalt): 4.176.488,97 EUR
Förderung Sachsen-Anhalt: 542.943,57 EUR

684 78	332	Zuschüsse an Vereine und Verbände	0	0	0
			21.504	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

685 78	332	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			48.311	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

686 78	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			42.167	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 78	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 78			476.800	322.700	395.100
				0	1.500.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

79 Überwachung, Erhaltung und Entwicklung der biologischen Vielfalt

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Mit dieser Titelgruppe sollen die bislang im Einzelplan 15 an verschiedenen Stellen veranschlagten Aufwendungen, die der Überwachung sowie der effektiven Erhaltung und Entwicklung der Lebensräume und Arten dienen, zusammengeführt werden.

Die Schwerpunkte beinhalten folgende naturschutzrechtlich verpflichtenden und gebotenen nationalen und internationalen Aufgabenfelder:

- Überwachung des Zustandes und der Veränderung von Natur und Landschaft
- Erarbeitung und Umsetzung der Berichterstattung gemäß den Anforderungen der europäischen Richtlinien (FFH- und Vogelschutzrichtlinie) und Verordnungen in Verbindung mit nationalen Vorschriften und Vereinbarungen zur effektiven Zielerreichung
- Überwachung und Früherkennung invasiver Arten
- Konzeption von Handlungsstrategien bzw. Leitfäden zum Arten- und Biotopschutz
- Aktivitäten zum Schutz, zum Erhalt und zur Verbesserung der biologischen Vielfalt

Zur Vereinheitlichung werden folgende Haushaltsstellen in dieser Titelgruppe zusammengeführt:

Kapitel 1501 Titel 522 01 "Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge" - Nr. 2 "Artenhilfsprogramme"
 Kapitel 1501 Titel 533 01 "Dienstleistungen Außenstehender" - Nr. 2.1 "Aktualisierung der Roten Listen des Landes"
 Kapitel 1502 Titel 522 10 "Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge i. R. v. Natura 2000"
 Kapitel 1502 Titel 522 11 "Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge i. R. v. Biotopkartierungen"
 Kapitel 1502 Titelgruppe 62 "Umgang mit gebietsfremden Arten"
 Kapitel 1502 Titelgruppe 70 "Maßnahmen gemäß § 33 NatSchG LSA im Rahmen des Artenschutzes"
 Kapitel 1509 Titel 427 11 "Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige"
 (ehrenamtliche Mitarbeiter im Bereich Naturschutz)
 Kapitel 1509 Titel 522 01 "Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge" - Nr. 1.2 "Insektenmonitoring"
 Kapitel 1509 Titel 685 01 "Managementmaßnahmen Verantwortungsart Feldhamster"

427 79	332	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	20.000	20.000	20.000
			20.000	0	0

*** Umsetzungen von Kap. 15 09 Titel 427 11

Erläuterungen:

Entschädigungen für nebenamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter im Naturschutz für Leistungen zum Schutz und zur Sicherung ausgewählter Arten und Biotope, für die Sachsen-Anhalt in Bezug auf die Erfüllung der Pflichtaufgaben eine besondere Verantwortung hat.

Bis 2024 veranschlagt in Kapitel 1509 Titel 427 11.

522 79	332	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	1.224.000	2.145.900	2.161.700
			761.944	3.781.500	3.365.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	702.200	979.000			1.681.200
2026	157.200	370.000	1.614.500		2.141.700
2027	18.400		944.000	1.555.000	2.517.400
2028			699.000	1.160.000	1.859.000
2029 ff.			524.000	650.000	1.174.000
Summen	877.800	1.349.000	3.781.500	3.365.000	9.373.300

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 79

Erläuterungen:

Umsetzungen von Kap. 1501 Titel 522 01 "Artenhilfsprogramme" / Kap. 15 02 Titel 522 10 / Kap. 15 02 Titel 522 11 / Kap. 15 02 - TGr. 62 Titel 522 62

		2025	2026
1.	Gutachten, Studien und Beraterverträge ab 20.000 EUR	2.145.900	2.161.700
2.	Gleichartige Beratungsleistungen	0	0
3.	Sonstige Beratungsleistungen unter 20.000 EUR	0	0
4.	Ausnahmen gem. § 34a Abs. 5 LHO	0	0
Zusammen		2.145.900	2.161.700

	zu 1.	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1.1	Konzeptionierung Artenhilfsprogramme	175.000	205.000	165.000	30.000
1.2	Natura 2000 Monitoring	1.375.900	2.736.500	1.176.700	2.405.000
1.3	Biotopkartierung	200.000	350.000	350.000	350.000
1.4	Monitoring invasive Arten	235.000	190.000	235.000	280.000
1.5	Insektenmonitoring	160.000	300.000	235.000	300.000
Zusammen		2.145.900	3.781.500	2.161.700	3.365.000

zu 1.1

Konzeptionierung Artenhilfsprogramme

Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zur Erstellung spezifischer Artenschutzprogramme und Konzeptionierung von Artenschutzmaßnahmen unter Berücksichtigung der für Sachsen-Anhalt bestätigten Verantwortungsarten, erarbeitet und u.a online veröffentlicht vom Landesamt für Umweltschutz. Um die Ursachen für die Gefährdung der Arten gründlich zu analysieren und Empfehlungen zu geben, wie der Bestand im Land dauerhaft gesichert werden kann, sieht § 38 Abs. 2 BNatSchG und die Biodiversitätsstrategie des Landes die Erarbeitung von Artenhilfsprogrammen für prioritäre Arten vor.

Inhalte der wiederkehrenden Leistungen sind u.a. :

- notwendige weitere z.B. akustische, visuelle und genetische Identifizierung von Arten einschließlich Dokumentation und Kartierungen zum Lückenschluss, um das Gesamtvorkommen im Land Sachsen-Anhalt beurteilen zu können,
- Handlungsempfehlungen für umzusetzende Schutzmaßnahmen und im Anschluss Veröffentlichung durch Erstellung und Druck einer Übersichtspublikation.

Die 2025 ausgebrachte VE in Höhe von 205.000 EUR entfaltet folgende Kassenwirksamkeit:

2026: 55.000 EUR, 2027: 75.000 EUR, 2028: 75.000 EUR

Laufzeit: Es handelt sich um wiederkehrende Leistungen, die jährlich ggf. auch über einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren artspezifisch ausgeschrieben werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 79

zu 1.2

Natura 2000 Monitoring

Nach Art. 11 der FFH-Richtlinie in Verbindung mit §§ 6 und 31 BNatSchG besteht die rechtliche Verpflichtung zur Überwachung des Erhaltungszustandes (Monitoring) der Lebensraumtypen (Anhang I) und Arten (Anhänge II und IV) von europäischem Interesse. Nach Art. 17 der FFH-Richtlinie ist in einem Turnus von 6 Jahren ein Bericht über die Durchführung von Maßnahmen und deren Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der Lebensraumtypen und Arten zu erstellen.

Die Erfüllung dieser Rechtsverpflichtungen setzt ein kontinuierliches und koordiniertes Vorgehen auf Landes- und Bundesebene voraus. Dazu sind die standardisierten Erhebungen u.a. zurarterfassung, Anzahl und zum Verbreitungsgebiet im Rahmen des Monitorings unabdingbar.

Inhalte der wiederkehrenden Leistungen sind u.a. notwendige weitere z.B. akustische, visuelle und genetische Identifizierung von Arten einschließlich Dokumentation und Kartierungen zum Lückenschluss, um das Gesamtvorkommen und den Zustand beurteilen zu können.

Die Umsetzung dieses Konzepts wurde auf der 97. Sitzung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA) im März 2008 in Eltville beschlossen. Die Länder haben folgenden Eckpunkten des Konzeptes zugestimmt:

- Methoden im Gelände: Für jede Art und jeden Lebensraumtyp werden bundesweit die gleichen Erfassungsmethoden und abgestimmte Zählgrößen (z.B. Vorkommen, Laichballen, Rufer usw.) angewandt. Grundlage der Erfassung und Bewertung sind die derzeit gültigen Bewertungsschemata.
- Erfassungsintervall: Das Intervall wurde art- bzw. lebensraumspezifisch festgelegt (kompatibel zur Berichtsperiode entweder jährlich, drei, zwei oder nur einmal in 6 Jahren). Bei Arten bzw. Lebensraumtypen mit hohen Bestandsschwankungen (z.B. Insekten) ist das Erfassungsintervall kürzer als bei solchen mit geringer Dynamik.
- Umfang: Um den Aufwand zu begrenzen, werden nur seltene Arten bzw. Lebensraumtypen vollständig erfasst (d.h. Erfassung aller bekannten Vorkommen, "Totalzensus"). Häufige Arten bzw. Lebensraumtypen werden stichprobenartig erfasst. Aufgrund statistischer Überlegungen wurde der Schwellenwert zur Differenzierung von "selten" und "häufig" bei 63 Vorkommen je biogeografischer Region festgelegt: Arten bzw. Lebensraumtypen mit mehr Vorkommen werden mit mindestens 63 Stichprobenvorkommen erfasst. Das Monitoring erfolgt sowohl innerhalb als auch außerhalb von FFH-Gebieten.
- Verbundenes Design: Das Monitoring basiert auf einer verbundenen Stichprobe, d.h. es werden bei jedem Durchgang dieselben Vorkommen erfasst. Dieses Vorgehen reduziert den Auswahlaufwand und erhöht die Aussagegenauigkeit.
- Auswahl der Vorkommen: Die Anzahl der zu erfassenden Vorkommen wird nach Areal- bzw. Vorkommensanteil gewichtet auf die beteiligten Bundesländer verteilt. Die zu erfassenden Vorkommen werden zufällig und damit repräsentativ aus allen dort bekannten Vorkommen ausgewählt.
- Für bestimmte Artengruppen und Lebensraumtypen kann auf bestehende Monitoringsysteme zurückgegriffen werden (z.B. Erfassung der FFH-Fischarten im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie, Fischotter-Monitoring und Luchsmonitoring in den Ländern).

Die Notwendigkeit einer VE für die einzelnen Teilleistungen ergibt sich aus dem Erfordernis, das Monitoring zu Beginn der Vegetationsperiode eines jeden Jahres (Anfang März) aufzunehmen. Hierfür ist es erforderlich, bereits im Vorjahr mit den Ausschreibungen zu beginnen, um die Fristen des Verfahrens einhalten zu können.

Laufzeit: jährlich wiederkehrende Leistung

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 79

zu 1.3
Biotopkartierung

Es erfolgt eine fortlaufende Aktualisierung der landesweiten Biotopkartierung mit dem Ziel einer grundlegenden Erfassung aller gesetzlich geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG i. V. m. § 22 NatSchG LSA .

Es handelt sich dabei um besonders wertvolle und zumeist gefährdete Lebensräume, wie zum Beispiel Moore, Nasswiesen und Trockenrasen, seltene naturnahe Waldgesellschaften oder auch strukturreiche Waldränder und Reste historischer Waldbewirtschaftungsformen. Gesetzlich geschützte Biotope werden anhand der Standortverhältnisse, der Vegetation, der Artenzusammensetzung und sonstiger Eigenschaften definiert. Die Daten dienen der Verdichtung und dem Lückenschluss des Überwachungsnetzes der gesetzlich geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG i. V. m. § 22 NatSchG LSA.

Die 2025 ausgebrachte VE in Höhe von 350.000 EUR entfaltet folgende Kassenwirksamkeit: 2026: 200.000 EUR, 2027: 150.000 EUR

Die 2026 ausgebrachte VE in Höhe von 350.000 EUR entfaltet folgende Kassenwirksamkeit: 2027: 200.000 EUR, 2028: 150.000 EUR

Die VE sind erforderlich, um Leistungen rechtzeitig vergeben zu können. So handelt es sich vorliegend um eine EU-weite Ausschreibungen. Des Weiteren müssen etwa Erfassungen von Vegetation und Tierarten im Gelände über den Zeitraum von einer Vegetationsperiode erfolgen. Hierfür ist ein Beginn der Arbeiten mit Beginn der Vegetationsperiode (tlw. ab Februar) erforderlich.

Laufzeit: Es handelt sich um wiederkehrende Leistungen, die jährlich mit einem Auftragsvolumen bis zu 350.000 EUR für zwei Jahre ausgeschrieben werden.

zu 1.4
Monitoring invasive Arten

Am 1. Januar 2015 trat die "Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten" in Kraft. Es werden Daten erfasst, die Rückschlüsse auf die Verbreitung und Bestandsentwicklung invasiver gebietsfremder Arten zulassen und deren negativen Auswirkungen auf heimische Arten und Lebensraumtypen aufzeigen. Dies dient der Früherkennung von Initialvorkommen oder der Überwachung, der Ableitung geeigneter Maßnahmen zur Eindämmung oder der Bestandskontrolle sowie dem Schutz heimischer Arten und Lebensräume. Die Erfassung der invasiven gebietsfremden Arten trägt somit den Erfordernissen der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 Rechnung. Darüber hinaus wird die Zielsetzung des Landes Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 2010 zur aktuellen Biodiversitätsstrategie unterstützt. Der negative Einfluss invasiver Arten auf die Biodiversität ist zu minimieren. Vor dem Hintergrund der kontinuierlichen Fortschreibung und Erweiterung der europäischen Unionsliste invasiver Arten, erhöht sich auch der Umfang notwendiger Erfassungen und Untersuchungen.

Es ist zudem von einem erhöhtem Aufwand für die Berichtspflicht im Rahmen der IAS-VO in den kommenden Jahren auszugehen. Dabei werden unter anderem Monitoringleistungen vergeben, anhand derer der Einfluss invasiver Arten auf heimische Populationen untersucht werden kann. Beispielhaft sei hier die Kartierung von Wespen und Bienen genannt, vor dem Hintergrund der Ausbreitung der Asiatischen Hornisse in Sachsen-Anhalt.

Laufzeit: jährlich wiederkehrende Leistungen ggf. auch über einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren

zu 1.5
Insektenmonitoring

Gemäß § 6 BNatSchG sind Bund und Länder gesetzlich verpflichtet, Natur und Landschaft zu beobachten, um ihren Zustand sowie Veränderungen, einschließlich deren Ursachen und Folgen, gezielt und fortlaufend zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Bislang fehlt ein bundesweit einheitliches Langzeit-Monitoring zur Insektenfauna, um wissenschaftlich belastbare Aussagen zum Zustand und zur langfristigen Entwicklung der Insektenbestände mit standardisierten Methoden auf repräsentativen Flächen zu treffen, bundesweit auszuwerten und damit auch umgesetzte Maßnahmenpakete zum Insektenschutz evaluieren zu können. Vor diesem Hintergrund wurde unter TOP 40 der 89. Umweltministerkonferenz (UMK) der Bund beauftragt, einen einheitlichen Methodenleitfaden "Insektenmonitoring" zu erarbeiten und ein nationales Monitoringprogramm für die Erfassung der Insektenfauna in Deutschland zu installieren und zu finanzieren. Das Insektenmonitoring soll als Daueraufgabe etabliert werden, wobei insbesondere die Datenerfassung Verträge voraussetzt, die mindestens eine 2-jährige Laufzeit aufweisen. Für einen Teil des Monitoringprogramms liegt bereits ein abgestimmter Methodenleitfaden vor, sodass die Länder mit der Umsetzung beginnen können. Das bundesweite Insektenmonitoring ist modular aufgebaut und beinhaltet u.a. die Erfassung von Tagfaltern, Heuschrecken und Laufkäfern. Für das Monitoring wird eine repräsentative Stichprobenkulisse von bundesweit 1.000 Flächen genutzt, von denen sich 160 in Sachsen-Anhalt befinden. Die Beprobung der einzelnen Stichprobenflächen erfolgt in einem Turnus von 4 Jahren.

Laufzeit: jährlich wiederkehrende Leistungen, die jährlich über einen Zeitraum von bis zu 3 Jahren, artspezifisch, vergeben werden.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
532 79	332	Sonstige Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
533 79	332	Dienstleistung Außenstehender	25.000 133	30.000 0	50.000 0
		*** Umsetzungen von Kap. 15 02 - TGr. 62 Titel 533 62 / Kap. 15 02 - TGr. 70 Titel 533 70			
		Erläuterungen:			
				2025	2026
		1. Aktualisierung der Roten Listen		29.000	49.000
		2. Präventionsmaßnahmen des Wolfskompetenzzentrums Iden (WZI)		1.000	1.000
		Zusammen		30.000	50.000
547 79	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
631 79	332	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
632 79	332	Sonstige Zuweisungen an Länder	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
681 79	332	Entschädigungen für Nutzungsbeschränkungen gemäß NatSchG LSA	0 0	0 0	100.000 0
		*** Umsetzungen von Kap. 15 02 - TGr. 70 Titel 681 70			
		Billigkeitsleistungen nach § 53 LHO. Diese sind von der Deckungsfähigkeit zu Lasten anderer Titel ausgeschlossen.			
		Erläuterungen: Es handelt sich um Entschädigungen für Nutzungseinschränkungen gemäß § 33 Abs. 1 NatSchG LSA (zu § 68 Abs. 4 BNatSchG in Verbindung mit § 44 BNatSchG) als Billigkeitsleistungen.			
684 79	332	Zuschüsse an Vereine und Verbände	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Beteiligung des MWU zur Unterstützung der nach § 6 NatSchZustVO in Sachsen-Anhalt benannten 19 Abgabestellen.			
685 79	332	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	600.000 221.226	0 0	0 0
		*** Umsetzungen von Kap. 15 09 Titel 685 01			

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 09 **Umwelt- und Naturschutzverwaltung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 79

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.000.000			1.000.000
2026		1.000.000			1.000.000
2027		1.000.000			1.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen		3.000.000			3.000.000

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

Aus der FFH-Richtlinie resultiert die Forderung nach Wahrung eines günstigen Erhaltungszustandes der Tierarten von gemeinschaftlicher Bedeutung. Der Feldhamster befindet sich bundesweit in einem ungünstigen, schlechten Erhaltungszustand (nationaler Bericht nach Art. 17 FFH-RL, 2019). Weiterhin ist er seit 2020 durch die IUCN weltweit als vom Aussterben bedroht eingestuft. In Sachsen-Anhalt befinden sich die wesentlichen Anteile der frei lebenden deutschen Hamsterpopulation. Erhaltungsmaßnahmen sind erforderlich.

686 79	332	Überwachung, Erhaltung und Entwicklung der biologischen Vielfalt	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 79	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

981 79	332	Verrechnungen zwischen den Kapiteln	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 79	1.869.000	2.195.900	2.331.700
		3.781.500	3.365.000

80 **Beteiligungen des Landes im Rahmen des Artenhilfsprogramm des Bundes**

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1509 Titelgruppe 64 und 78, sowie Kapitel 1502 Titelgruppe 68.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Kofinanzierungsmittel (Landesmittel) zur Finanzierung von Vorhaben nach der Richtlinie zur Förderung von Projekten im Rahmen des Nationalen Artenhilfsprogramms sind in dieser Titelgruppe zu veranschlagen. Das nationale Artenhilfsprogramm soll u. a. dazu beitragen, dass sich der Erhaltungszustand der betroffenen lokalen, regionalen und überregionalen Populationen u. a. durch Bau, Betrieb, Wartung, Transport, Rückbau, Repowering und den Umbau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien nicht verschlechtert. Gegenstand sind insbesondere Maßnahmen, die langfristig die Qualität und die Vernetzung der Lebensräume der Arten sowie deren Erhaltungszustand nachhaltig verbessern. Dadurch sollen die europarechtlich vorgegebenen Ziele der Erreichung und Sicherung eines günstigen Erhaltungszustandes im natürlichen Verbreitungsgebiet gewährleistet werden.

633 80	332	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

684 80	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbände und Vereine	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

685 80	332	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

686 80	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 80	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80			0	0	0
				0	0

82 Biosphärenreservatsverwaltung Drömling

Erläuterungen:

Seit dem 12. September 1990 ist der sachsen-anhaltinische Teil des Drömlings mit einer Fläche von 27.800 ha als Naturpark ausgewiesen. Die wertvollsten Teile des Naturparks wurden am 30. Juni 2005 als Naturschutzgebiet "Ohre-Drömling" ausgewiesen. Mit dem Inkrafttreten der Verordnung über das Biosphärenreservat Drömling Sachsen-Anhalt vom 22. Juni 2019 ist der Grundstein für die rechtliche Anerkennung und Sicherung des Drömlings als länderübergreifendes UNESCO-Biosphärenreservat gelegt worden. Das Biosphärenreservat Drömling Sachsen-Anhalt hat eine Größe von 34.070 ha. Es umfasst Gebiete des Altmarkkreises Salzwedel sowie des Landkreises Börde.

Das Biosphärenreservat Drömling fasst landschaftlich zusammenhängende Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete und ein Landschaftsschutzgebiet unter den Zielstellungen des Schutzes und der beispielhaften, nachhaltigen Nutzung gemäß dem UNESCO-Programm "Mensch und Biosphäre" zusammen. Im Biosphärenreservat soll eine auf das Miteinander von Mensch und Natur ausgerichtete einheitliche Erhaltung und Entwicklung des Gebietes mit seinen landschaftlichen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Werten und Funktionen sichergestellt werden. Im Biosphärenreservat Drömling Sachsen-Anhalt sollen in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen nachhaltige Nutzungen, regionale Wertschöpfungsketten und die tragfähige Entwicklung des Gebietes gefördert werden.

Der zentrale Verwaltungssitz der Biosphärenreservatsverwaltung Drömling befindet sich weiterhin in Oebisfelde.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Die Öffentlichkeitsarbeit und die Aufgaben der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung werden im Informationshaus Kämkerhorst und in der Informationsstelle Buchhorst wahrgenommen. Unterstützt werden die Mitarbeiter der Biosphärenreservatsverwaltung Drömling durch Beschäftigte des Bundesfreiwilligendienstes, Teilnehmer am Freiwilligen Ökologischen Jahr, Praktikanten, ehrenamtliche Naturschutzbeauftragte, freiwillige Helfer sowie die Junior-Ranger der Biosphärenreservatsverwaltung.

Gemäß Vereinbarung über die gemeinsame Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling (VV UNESCO-BR Drömling) vom 12.05.2022 beteiligt sich das Land Niedersachsen an den anfallenden Sachausgaben. Die Personalkosten zur Verwaltung des niedersächsischen Flächenanteils des Biosphärenreservats werden durch das Land Niedersachsen bereitgestellt. Die Veranschlagung erfolgt bei Kapitel 1509 TGr. 85.

427 82	331	Entgelte für Beschäftigte im Bundesfreiwilligendienst (BFD)	13.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Mit Inkrafttreten des Bundesfreiwilligendienstgesetzes zum 01.07.2011 (BFDG) gelten die nach dem Zivildienstgesetz anerkannten Beschäftigungsstellen und Dienstplätze als anerkannte Einsatzstellen und -plätze des Bundesfreiwilligendienstes (BFD). Die Biosphärenreservatsverwaltung Drömling ist eine anerkannte Einsatzstelle des BFD im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes und verfügt über vier anerkannte Einsatzplätze. Die Ausgaben beinhalten Verwaltungskosten für die SUNK, Zuschüsse zu Fahrtkosten und Verpflegung sowie Sozialversicherungsbeiträge und die pädagogische Begleitung für zwei Bundesfreiwillige. Eine höhere Anzahl an Bundesfreiwilligen ist bei derzeitiger Bewerberlage unrealistisch.

Der Einsatz ist zur Unterstützung der Arbeiten im BioRes Drömling erforderlich - beim Monitoring im Rahmen der Beweissicherungsmaßnahmen, bei verschiedenen Projekten, bei der Unterhaltung des Infohauses Kämkerhorst sowie zur Aufgabenerfüllung in der Öffentlichkeitsarbeit.

511 82	331	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	31.800	40.000	40.000
			67.296	0	0

Erläuterungen:

		2025	2026
1.	Geschäftsbedarf	7.750	7.750
2.	Kommunikation	7.750	7.750
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8.525	8.525
4.	Sonstiges	4.650	4.650
5.	Geräte für Fachaufgaben	11.325	11.325
Zusammen		40.000	40.000

514 82	331	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	39.500	51.000	47.300
			52.177	0	0

Erläuterungen:

	Ausgaben für Fahrzeuge Niedersachsen und Sachsen Anhalt	2024	2025	2026
1.	Haltung von Fahrzeugen	13.400	23.100	19.400
2.	Dienst- und Schutzkleidung, PSA	2.400	4.650	4.650
3.	Verbrauchsmittel	23.700	23.250	23.250
Zusammen		39.500	51.000	47.300

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.	Anhänger	5	6	6
2.	Boote	1	1	1
3.	Lkw, Nutz- / Sondernutzfahrzeuge	2	2	2
4.	Pkw (Kauf)	4	5	5
5.	Pkw (Leasing)	1	1	1
6.	Fahrräder	15	15	15
Zusammen		28	30	30

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
517 82	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	18.000 7.512	13.000 0	13.000 0
		Erläuterungen:			
			2024	2025	2026
		1. Sonstiger Energiebedarf Buchhorst	500	500	500
		2.1 Reinigung, Müllabfuhr, Wasser und Abwasser (sämtliche Liegenschaften)	16.500	10.000	10.000
		2.2 Bewachung (Kämkerhorst)	550	800	800
		3. Sonstiges	450	1.700	1.700
		Zusammen	18.000	13.000	13.000
518 82	331	Mieten und Pachten	5.800 2.982	4.500 0	4.100 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Räume	800	1.000	1.000
		2. Für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	2.100	2.700	2.300
		3. Für Leasing	2.900	800	800
		Summe	5.800	4.500	4.100
519 82	331	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4.900 2.110	3.000 0	3.000 0
		Erläuterungen:			
				2025	2026
		1. Unterhaltung der Schranken und Absperrvorrichtungen an der Schutzzone		200	200
		2. Reparatur an baulichen Anlagen des Außengeländes des Infohauses Kämkerhorst und des Naturlehrpfades		1.300	1.300
		3. Reparaturarbeiten an Informationspavillons und Beschilderungen		1.500	1.500
		Zusammen		3.000	3.000
521 82	331	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	131.500 128.429	130.000 0	30.000 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Beschilderung der Schutzgebiete	2.000	6.000	6.000
		2. Pflege der Schutzgebiete	5.000	6.000	6.000
		3. Unterhaltung der Stauanlagen	121.500	114.000	14.000
		4. Wiederkehrende Gewässerunterhaltungsmaßnahmen	3.000	4.000	4.000
		Summe	131.500	130.000	30.000
525 82	331	Aus- und Fortbildung	2.300 1.375	3.000 0	3.000 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Aus- und Fortbildung	1.900	2.500	2.500

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 82

2.	Lehr- und Lernmittel	400	500	500
	Summe	2.300	3.000	3.000

zu 1.

Schulungen, insbesondere für neue Mitarbeiter. Verstärkte Teilnahme an fachbezogenen Fortbildungsveranstaltungen (ELER, EFRE, LEADER, GIS, verschiedene Monitoringprogramme etc.).

Da die Fortbildungsorte oft bundesweit angeboten werden, ist ein Anstieg der Fortbildungskosten zu erwarten. Viele Projekte sind mittlerweile fachübergreifend.

Daher ist es notwendig, dass sich die Mitarbeiter der BioRes-Verwaltung auch themenübergreifend fortbilden. Zusätzlich zu den regulären Fortbildungen sind 2 Rangerqualifizierungen für Neuanstellungen geplant.

Die regulären Fortbildungen sollen durch Inhouseseminare (Gehölzpflege, Artenschutz, Kommunikation) ergänzt werden.

zu 2.

Die Spezialisierung der Mitarbeiter auf ihre Fachkenntnisse ist weiter zu vertiefen.

Im Bereich ÖA und Umweltbildung sind spezielle, auf die Zielgruppen abgestimmte Lehrmittel zu beschaffen.

527 82	331	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.200	3.000	3.500
			1.729	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Reisekostenvergütung allgemein	1.800	2.000	2.500
2.	Wegstreckenentschädigung	400	1.000	1.000
	Summe	2.200	3.000	3.500

zu 1.

Aufgrund der Entwicklung des Biosphärenreservates zu einem länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservat werden zukünftig Erfahrungsaustausche mit anderen Biosphärenreservaten in Deutschland erforderlich sein. Die neu hinzu gewonnenen Fachgebiete erfordern eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteuren.

zu 2.

Als weitere Besonderheiten sind die Partnerschaft mit dem Welski-Park in Polen sowie die Mitgliedschaft in der Dachorganisation Nationale Naturlandschaften anzusehen. Hier sind regelmäßig Sonderausgaben zu bestreiten.

531 82	331	Veröffentlichungen	62.000	20.000	20.000
			70.741	0	0

Erläuterungen:

1. Veröffentlichungen
2. Öffentlichkeitsarbeit
3. Projekte Bildung für nachhaltige Entwicklung
4. Regionalentwicklung

533 82	011	Dienstleistungen Außenstehender - Gesundheitsmanagement	500	900	900
			0	0	0

Erläuterungen:

Einrichtung eines Gesundheitstages für die Mitarbeiter der Biosphärenreservatsverwaltung und Angebote zur Gesundheitsfürsorge.

534 82	331	Nutz- und Zuchttierhaltung	2.000	4.500	4.500
			3.838	0	0

Erläuterungen:

Die Biosphärenreservatsverwaltung Drömling ist anerkannt als Aufnahmestelle für verletzte Tiere. Für die tierärztliche Behandlung und weitere Pflege dieser Tiere sind entsprechend Ausgaben einzuplanen.

Ebenso sind Kosten für die Versorgung der Moorschnucken auf dem Gelände des Informationshauses Kämkerhorst zu berücksichtigen. Bei Baumfällen oder Sturmschäden gehen natürliche Fledermausquartiere verloren. Nach Bergung von Fledermäusen müssen diese in ein Ersatzquartier gebracht werden.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

546 82	331	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

547 82	331	Förderung Junior Ranger	11.500	9.800	9.800
			8.156	0	0

Erläuterungen:

Schwerpunkt moderner Umweltbildungsarbeit in den Großschutzgebieten ist das Projekt Junior Ranger. Die Kinder und Jugendlichen werden im Praxiseinsatz an die Werte und Schönheit der Natur und deren Erhaltung herangeführt. Zu den Aufwendungen gehören u.a. die Kosten für das jährliche Überlebenscamp, den Jugendaustausch und die Weiterbildung sowie die anteilige Finanzierung des bundesweiten Junior-Ranger-Projekts.

685 82	331	Mitgliedsbeiträge an Vereine und Verbände	9.000	9.100	9.100
			8.292	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	NNL e.V. (Nationale Naturlandschaften), Mitgliedsbeitrag	7.500	7.550	7.550
2.	NNL e. V. Markennutzungsgebühr	1.300	1.350	1.350
3.	Deutsches Jugendherbergswerk e.V.	50	50	50
4.	Mitgliedsbeitrag Landesheimatbund	100	100	100
5.	Mitgliedsbeitrag Museumsverein Böckwitz	50	50	50
Summe		9.000	9.100	9.100

811 82	331	Erwerb von Fahrzeugen	25.000	25.000	31.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Ein Ersatz für die verschlissene Kfz-Technik (2 Dienstfahrzeuge) ist für die Aufrechterhaltung der Gebietsbetreuung im UNESCO-Biosphärenreservat Drömling erforderlich. Die Anschaffung muss zwingend 2025 und 2026 erfolgen, da sonst die Bewältigung der Aufgaben im Bereich Monitoring, ÖA und Umweltbildung nicht gewährleistet werden kann.

812 82	331	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.017.500	51.300	21.500
			146.115	0	1.250.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				900.000	900.000
2028				350.000	350.000
2029 ff.					
Summen				1.250.000	1.250.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 82

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen (Anteil Sachsen-Anhalt und Niedersachsen)

		2024	2025	2026	VE 2026
1.	Ersatzneubau der Ohrestauanlage M1 Kämkerhorst	900.000	35.000	0	0
2.	Ersatzneubau Holzschleuse Jerchel 1	70.000	0	0	500.000
3.	Bau FAA Waldschleuse	0	0	0	750.000
4.	Elektrofischfanggerät mit Motor	0	7.300	6.000	0
5.	Anhänger 3 Seitenkipper 2,5 t	0	9.000	9.000	0
6.	Bauwagen für 6 Personen	0	0	6.500	0
Zusammen		970.000	51.300	21.500	1.250.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 82	1.376.500	368.100	240.700
		0	1.250.000

83 Biosphärenreservatsverwaltung Mittelbe

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden
bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 15 09 Titel 282 83.

Erläuterungen:

Das Biosphärenreservat hat seit 2008 eine Größe von 125.510 ha. Es befindet sich ca. 300 km entlang der Elbe und schließt die Landeshauptstadt Magdeburg mit ein. Das Großschutzgebiet umfasst insgesamt 31 Naturschutzgebiete, 18 Landschaftsschutzgebiete, das ehemalige Biosphärenreservat "Mittlere Elbe" sowie zahlreiche FFH- und Vogelschutzgebiete des Natura-2000-Schutzgebietssystems in Sachsen-Anhalt.

Das Biosphärenreservat ist seit 1997 Bestandteil des von der UNESCO international anerkannten, länderübergreifenden Biosphärenreservates "Flusslandschaft Elbe".

Der zentrale Verwaltungssitz der Biosphärenreservatsverwaltung Mittelbe befindet sich in Oranienbaum bei Dessau mit den Außenstellen Arneburg und Ferchels sowie mit dem Informationszentrum in Havelberg. Die Biosphärenreservatsverwaltung nimmt die Aufgaben als Landeskompetenzstelle für den Biberchutz wahr.

511 83 331	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	48.000	40.000	40.000
		47.622	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	6.600	7.000	7.000
2.	Kommunikation	16.200	16.000	16.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	24.800	16.000	16.000
4.	Sonstiges	400	1.000	1.000
Summe		48.000	40.000	40.000

zu 3.

Ersatz und Ergänzung von Geräten für Fachaufgaben, wie für Aufgaben der Naturwacht, der Landschaftspflege und des Biotop- und Artenschutzes, sowie der Biberkompetenzstelle und die Reparaturen der Geräte.

514 83 331	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	65.000	65.000	65.000
		60.659	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	50.000	50.000	50.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 83

2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	6.000	6.000	6.000
3.	Verbrauchsmittel	8.000	8.000	8.000
4.	Sonstiges	1.000	1.000	1.000
Summe		65.000	65.000	65.000

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 31.12.2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Anhänger	10	10	10	10
2. Boote	4	4	4	4
3. Lkw, Nutz-/Sonderfahrzeuge	11	10	10	10
4. Pkw (Leasing)	8	8	8	8
Zusammen	33	32	32	32

517 83	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	42.000	48.000	51.000
			39.693	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Heizung	0	0	0
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	39.000	45.000	48.000
4. Bewachung	2.000	2.000	2.000
5. Sonstiges	1.000	1.000	1.000
Summe	42.000	48.000	51.000

518 83	331	Mieten und Pachten	62.000	62.500	62.500
			54.353	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	27.000	28.300	28.300
2. Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	6.000	5.700	5.700
3. Für Leasing	29.000	28.500	28.500
Summe	62.000	62.500	62.500

519 83	331	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.000	6.000	7.000
			6.221	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	4.000	4.000	5.000
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	1.000	2.000	2.000
Summe	5.000	6.000	7.000

521 83	331	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	14.000	4.000	4.000
			2.822	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 521 83

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Beschilderung der Schutzgebiete	1.000	500	500
2.	Unterhaltung der Aussichtstürme, Unterhaltung der Schutzgärten und Schauanlagen	4.000	1.000	1.000
3.	Unterhaltung des Pegelmessnetzes und der Stauanlagen	6.000	2.000	2.000
4.	Unterhaltung und Erweiterung des Informations- und Leitsystems	3.000	500	500
	Summe	14.000	4.000	4.000

525 83	331	Aus- und Fortbildung	4.000	4.000	4.000
			4.485	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen	3.000	3.000	3.000
2.	Fortbildung der Personalräte	800	800	800
3.	Anschauungs- und Arbeitsmaterialien sowie Lehrmittel für FÖJ und Praktikanten	200	200	200
	Summe	4.000	4.000	4.000

527 83	331	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	7.000	5.000	5.000
			7.937	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Reisekosten allgemein	5.200	3.200	3.200
2.	Wegstreckenentschädigung	1.800	1.800	1.800
	Summe	7.000	5.000	5.000

531 83	331	Veröffentlichungen	258.000	100.000	100.000
			149.087	0	0

Erläuterungen:

		2025	2026
1.	Öffentlichkeitsarbeit	50.000	65.000
2.	Sonstige Veröffentlichungen	50.000	35.000
	Zusammen	100.000	100.000

zu 1.

- Veranstaltungen, Messen, Börsen, Beteiligungen, Werbung, Anzeigen, Zertifizierungen, Markenschutz
- Präsentationsmittel, Unterhaltung Informations- und Leitsystem, Entwicklung und Etablierung von neuen Auenpfaden
- Unterhaltung und Reparaturen von Ausstellungsgegenständen in den Informationszentren

zu 2.

- Nachdrucke und Neudrucke von Postkarten, Aufklebern, Faltblättern und Broschüren
- Überarbeitung von 3 Homepages

533 83	011	Dienstleistungen Außenstehender - Gesundheitsmanagement	1.000	1.000	1.000
			1.034	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 83

Erläuterungen:

Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, die dem Erhalt und der Förderung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dienen.

534 83	331	Nutz- und Zuchttierhaltung	2.000 834	2.000 0	2.000 0

Erläuterungen:

Versorgung von Tieren im Rahmen der Arbeit der Biberkompetenzstelle.
 Unterbringung und Fütterung von verletzten Bibern in der Biberhälterungsanlage.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausgaben für Tierfutter	400	400	400
2.	Medizinische Versorgung von verletzten Tieren	800	800	800
3.	Genetische Untersuchungen	800	800	800
Summe		2.000	2.000	2.000

546 83	331	Vermischte Verwaltungsausgaben	1.000 3.505	1.000 0	1.000 0

Erläuterungen:

Öffentlich-rechtliche Abgaben.

547 83	331	Förderung Junior Ranger	5.000 4.932	5.000 0	5.000 0

Erläuterungen:

Förderung der Umweltbildungsarbeit mit Kindern im Rahmen des Junior-Ranger-Programmes der Nationalen Naturlandschaften (NNL).

685 83	331	Mitgliedsbeiträge an Vereine und Verbände	8.600 10.008	9.400 0	9.400 0

Erläuterungen:

1. Mitgliedschaft in Nationale Naturlandschaften e.V.
2. Mitgliedschaft EUROPARC Federation
3. Mitgliedschaft in Regionalen Tourismusverbänden

811 83	331	Erwerb von Fahrzeugen	0 40.450	42.000 52.000	52.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		42.000			42.000
2026			52.000		52.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		42.000	52.000		94.000

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung eines Nutzfahrzeugs aufgrund Aussonderung (Aussonderung veranschlagt in Kapitel 1509 Titel 13283).
 In 2025 VE aus 2024 für Ersatzbeschaffung Bus, in 2026 VE aus 2025 für Ersatzbeschaffung Pritschenwagen.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

812 83	331	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	13.000	40.000	0
			4.279	0	0

Erläuterungen:

Beschaffung eines Einachs-Geräteträgers mit Stachelwalzen und Trittbrett inklusive Anbaugeräte:
Doppelmesser-Balkenmäherwerk, Schwader und Heuschieber zur Nasswiesen-Biotoppflege

Nachrichtlich: Summe TGr. 83	535.600	434.900	408.900
		52.000	0

84 Biosphärenreservatsverwaltung Karstlandschaft Südharz

Erläuterungen:

Gemäß Runderlass ML und MU vom 09.12.1998 (MBI. LSA vom 22.01.1999) wurde die Projektgruppe "Aufbaustab Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz i. G." in Roßla eingerichtet. Durch Kabinettsbeschluss vom 02.10.2001 (MBI. LSA Nr. 48 / 2001 vom 19.11.2001) wurde der Aufbaustab in eine Großschutzgebietsverwaltung mit der Bezeichnung Biosphärenreservatsverwaltung Karstlandschaft Südharz i. G. umbenannt.
Nach mehrjähriger Tätigkeit in der Region sind die fachlichen Grundlagen für die Ausweisung des Biosphärenreservates "Karstlandschaft Südharz" mit einer Flächengröße von 30.034 ha geschaffen worden. Mit der Veröffentlichung der Allgemeinverfügung (MBI. LSA Nr. 11 / 2009) am 23.03.2009 wurde das Gebiet zum Biosphärenreservat "Karstlandschaft Südharz" erklärt.

Das Biosphärenreservat umfasst 6 Naturschutzgebiete, Teile eines Landschaftsschutzgebietes sowie 6 FFH-Gebiete, von denen eines gleichzeitig als Vogelschutzgebiet ausgewiesen ist. Die Biosphärenreservatsverwaltung erfüllt die Aufgaben gemäß dem nationalen und internationalen Programm "Mensch und Biosphäre" der UNESCO. Wesentliche Ziele sind die Entwicklung der Region, insbesondere der Schutz und die Erhaltung von Landschaften, Ökosystemen, genetisch und biologisch vielfältiger Arten, die Förderung von Modellprojekten zur nachhaltigen Regionalentwicklung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Forschung und Umweltbeobachtung.

Der zentrale Sitz der Biosphärenreservatsverwaltung Karstlandschaft Südharz befindet sich in der Gemeinde Südharz OT Roßla. Die Biosphärenreservatsverwaltung nimmt die Aufgaben als Landeskompetenzstelle für den Fledermausschutz wahr.

427 84	331	Entgelte für Beschäftigte im Bundesfreiwilligendienst (BFD)	28.400	24.300	24.300
			24.258	0	0

Erläuterungen:

Die Biosphärenreservatsverwaltung Karstlandschaft Südharz ist eine anerkannte Einsatzstelle des BFD im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes und verfügt über einen anerkannten Einsatzplatz. Für ihren Dienst erhalten die Bundesfreiwilligendienstleistenden Taschengeld sowie ggf. Geldersatzleistungen für Verpflegung und Unterkunft. Erstattungen werden im Titel 231 84 vereinnahmt.

In Summe stehen der Biosphärenreservatsverwaltung Karstlandschaft Südharz drei anerkannte Einsatzstellen zur Verfügung. Unter anderem sind diese zur Unterstützung der Betreuung der Informationsstellen, der Ausstellungen sowie der Mitarbeit im Verwaltungsbereich vorgesehen.

511 84	331	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	126.600	25.000	25.000
			24.122	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	5.200	5.700	5.700
2.	Kommunikation	10.400	11.100	11.100
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.500	2.000	2.000
4.	Geräte für Fachaufgaben, Wartung, Instandsetzung	107.500	6.200	6.200
	Summe	126.600	25.000	25.000

514 84	331	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	61.900	47.200	48.900
			47.024	0	0

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 09 **Umwelt- und Naturschutzverwaltung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 84

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	38.600	25.800	27.300
2.	Dienst- und Schutzkleidung, pers. Ausrüstungsgegenstände	12.300	10.400	10.400
3.	Verbrauchsmittel	11.000	11.000	11.200
	Summe	61.900	47.200	48.900

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

		Ist 31.12.2023	Soll 2024	2025	2026
1.	Anhänger	2	2	2	2
2.	Lkw, Nutz-/Sonderfahrzeuge	3	3	3	3
3.	Pkw (Kauf)	4	4	4	4
4.	Pkw (Leasing)	3	3	3	3
	Zusammen	12	12	12	12

517 84	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	23.200 24.672	20.600 0	20.600 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Reinigung, Müllabfuhr u.s.w., Be- und Entwässerung	20.000	15.000	15.000
2.	sonstige Hauswirtschaftskosten (Betriebskosten f. Ausstellungsräume im Schloss Stolberg - Vertrag mit der Gemeinde Südharz)	3.200	2.000	2.000
3.	Reinigung für Ausstellungsräume	0	3.600	3.600
	Summe	23.200	20.600	20.600

518 84	331	Mieten und Pachten	16.000 8.561	9.000 0	9.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke und Gebäude	4.400	3.500	3.500
2.	Für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	2.000	1.000	1.000
3.	Für Leasing	9.600	4.500	4.500
	Summe	16.000	9.000	9.000

519 84	331	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	6.000 1.027	1.000 0	1.000 0

Erläuterungen:

Unterhaltung der Infostellen, Ausstellungen und sonstiger Außenanlagen.

521 84	332	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	9.000 135	3.000 0	3.000 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 521 84

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Beschilderung der Schutzgebiete (Ersatz und Ergänzung)	6.000	2.000	2.000
2.	Pflege der Schutzgebiete (Reparatur von Einrichtungen, Besucherlenkung)	3.000	1.000	1.000
	Summe	9.000	3.000	3.000

§ 22 Abs. 4 BNatschG i. V. m. § 19 NatSchG LSA schreibt die Kennzeichnung von Schutzgebieten durch amtliche Schilder vor, die durch die oberste Naturschutzbehörde zu bestimmen sind (Schilder, Informationstafeln, Änderung und Reparaturen).

525 84	331	Aus- und Fortbildung	4.000	5.000	5.000
			4.875	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen	3.000	4.000	4.000
2.	Anschauungs- und Arbeitsmaterialien sowie Lehrmittel für FÖJ, Praktikanten und Junior-Ranger	1.000	1.000	1.000
	Summe	4.000	5.000	5.000

527 84	331	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	4.000	3.000	3.000
			1.061	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Reisekosten allgemein	3.000	2.000	2.000
2.	Wegstreckenentschädigung	1.000	1.000	1.000
	Summe	4.000	3.000	3.000

531 84	332	Veröffentlichungen	110.000	70.000	70.000
			92.052	0	0

Erläuterungen:

1. Publikationen
2. Veröffentlichungen
3. Veranstaltungen
4. Sonstige Veröffentlichungen

zu 1.

Konzeptentwicklung + Herstellung: Puzzle, Leporello, Malheft für BNE; Neugestaltung und Druck - "Wissen für die Westentasche" (Insekten, Kranich, Wald); Veranstaltungskalender 2x 5.000; Nachdrucke & Neugestaltungen von Broschüren / Aufklebern und Faltblättern; ÖA-Materialien Infozentrum Heimkehle; Karstkurier 4x jährlich; Thematische Plakate; ÖA Materialien Streuobst-Stammtisch; Jahreskalender

zu 2.

Präsentationen in Zeitschriften, Veröffentlichungen zu Streuobstwiesen, Anpassungsarbeiten Website, kommentierte Artenliste im Rahmen einer Schriftenreihe

zu 3.

Symposien, Regionalmarkt, Obsttag, KarstCamp, Kräutertag etc.

zu 4.

Ausbildung Naturführer, Künstlersozialkasse, Partnerprogramm

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
532 84	332	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	36.000 50.705	14.000 0	14.000 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. Erlebniswege (Queste, Bauerngraben) Besucherlenkung	5.000	3.000	3.000
		2. Aktualisierung der Ausstellungen	20.000	0	0
		3. Regionalbusbeklebung (Werbung)	11.000	11.000	11.000
		Summe	36.000	14.000	14.000
533 84	011	Dienstleistungen Außenstehender	6.000 25.283	7.000 0	7.000 0
		Erläuterungen:			
		Gesundheitsmanagement, Werkverträge für Öffentlichkeitsarbeit.			
534 84	331	Nutz- und Zuchttierhaltung	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
546 84	331	Vermischte Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
547 84	331	Förderung Junior Ranger	3.500 3.859	3.500 0	6.000 0
		Erläuterungen:			
		In Umsetzung des Aufgabenfeldes "Bildung für Nachhaltige Entwicklung" wird seit 2010 am bundesweiten Programm "Junior Ranger" teilgenommen. Grundlage dafür bildet das Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalts (Allgemeinverfügung BR KSH v. 23.02.2009).			
		Schwerpunkt moderner Umweltbildungsarbeit in den Großschutzgebieten ist das Projekt Junior-Ranger. Die Kinder und Jugendlichen werden im Praxiseinsatz an die Werte und die Schönheit der Natur und deren Erhaltung herangeführt. Zu den Aufwendungen gehören u.a. die Kosten für das jährliche Überlebenscamp, den Jugendaustausch und die Weiterbildung sowie die anteilige Finanzierung des bundesweiten Junior-Ranger-Projektes.			
685 84	331	Mitgliedsbeiträge an Vereine und Verbände	11.700 10.057	11.700 0	11.700 0
		Erläuterungen:			
			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. NNL e.V.	11.100	11.100	11.100
		2. Harzer Tourismusverband e.V.	250	250	250
		3. Regionalverband Harz e.V.	250	250	250
		4. Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V.	100	100	100
		Summe	11.700	11.700	11.700
811 84	331	Erwerb von Fahrzeugen	0 5.858	100.000 0	0 0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 811 84

Erläuterungen:

Anschaffung eines Universaltraktors.

812 84	331	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	45.000	24.000	0
			4.633	0	0

Erläuterungen:

Ausstattung Büroräume, Equipment für automatisierte bioakustische Monitoringaufgaben (Kompetenzstelle für Fledermausschutz)

Nachrichtlich: Summe TGr. 84			491.300	368.300	248.500
				0	0

**85 Länderübergreifendes Biosphärenreservat Drömling
Niedersachsen/Sachsen-Anhalt**

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 09 Titel 232 85.

Erläuterungen:

Auf der Grundlage des länderübergreifend abgestimmten Eckpunktepapiers "Auf dem Weg zum Biosphärenreservat Drömling" soll im Drömling ein länderübergreifendes Biosphärenreservat entstehen, das gemeinsam verwaltet wird. Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz und das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt stellen für die gemeinsame Verwaltung Haushaltsmittel zur Aufgabenwahrnehmung bereit.

Nach Inkrafttreten der landesrechtlichen Ausweisung in Sachsen-Anhalt und mit der geplanten gemeinsamen Antragstellung und Anerkennung als UNESCO-Biosphärenreservat ist eine gemeinsame Verwaltung notwendig. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen den für Naturschutz zuständigen Ministerien in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt regelt bereits die Details für den Zeitraum bis zur Anerkennung. Der Aufbau der gemeinsamen Verwaltung orientiert sich an der bestehenden Struktur der Biosphärenreservatsverwaltung Drömling. Die gemeinsame Verwaltung hat ihren Sitz in Oebisfelde-Weferlingen (Bahnhofstraße 32 in 39646 Oebisfelde-Weferlingen).

Am 01.01.2024 trat die Vereinbarung über die gemeinsame Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservats Drömling der Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen vom 12.05.2022 in Kraft. Das Land Niedersachsen beteiligt sich gemäß der Anlage zu § 3 Abs. 6 VV UNESCO-BR Drömling der Vereinbarung an den Personal- und Sachausgaben der gemeinsamen Biosphärenreservatsverwaltung Drömling. Ausgaben für hoheitliche Tätigkeiten sowie für Aufgaben, die nicht der gemeinsamen Verwaltung des UNESCO-Biosphärenreservates dienen, fallen nicht darunter. Das Land Niedersachsen verpflichtet sich, Sachkosten bis zu einer Höhe von 115.000 EUR zu erstatten. Diese waren bis 2023 bei Kapitel 1509 Titel 517 30, 518 30, 522 01, 533 01, Titelgruppe 82 und Kapitel 1917 Titelgruppe 95 veranschlagt. Die Personalkosten zur Verwaltung des niedersächsischen Flächenanteils des Biosphärenreservats werden durch das Land Niedersachsen bereitgestellt.

428 85	332	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	232.700	239.100	247.900
			108.710	0	0

Erläuterungen:

Das Land Niedersachsen erstattet Sachsen-Anhalt die Personal-Ist-Kosten für 3,75 Vollzeitäquivalente (VZÄ).

429 85	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 85	331	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	22.500	10.000	12.600
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 85

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 511 82 und Kapitel 1917 Titel 511 95 veranschlagt.

514 85	331	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	10.500	12.600	13.700
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 514 82 veranschlagt.

517 85	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2.200	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 517 30 und Kapitel 1509 Titel 517 82 veranschlagt.

518 85	331	Mieten und Pachten	9.800	2.600	2.600
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 518 30 und Titel 518 82 veranschlagt.

521 85	331	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	500	500	4.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 521 82 veranschlagt.

522 85	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	25.000	13.500	19.800
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 522 01 veranschlagt.

525 85	331	Aus- und Fortbildung	700	1.500	1.500
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling, bis 2023 bei Kapitel 1509 Titel 525 82 veranschlagt.

527 85	331	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	800	1.900	1.900
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 527 82 veranschlagt.

531 85	331	Veröffentlichungen	15.000	23.300	23.300
			0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 85

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 531 82 veranschlagt.

533 85	011	Dienstleistungen Außenstehender und Gesundheitsmanagement	0	20.200	10.200
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 533 01 und 1509 533 82 veranschlagt.

546 85	331	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

547 85	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.500	3.200	3.200
			13.551	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 547 82 veranschlagt.

685 85	331	Mitgliedsbeiträge an Vereine und Verbände	3.000	2.900	2.900
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt bei Kapitel 1509 Titel 685 82 veranschlagt.

811 85	331	Erwerb von Fahrzeugen	10.000	10.000	9.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 811 82 veranschlagt.

812 85	331	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	12.500	12.800	10.300
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Niedersachsen an der gemeinsamen Verwaltung des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Drömling. Der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt ist bei Kapitel 1509 Titel 812 82 veranschlagt

Nachrichtlich: Summe TGr. 85	347.700	354.100	362.900
		0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	245.000	425.000	385.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	412.100	448.500	494.800
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		657.100	873.500	879.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	5.852.700	5.558.600	5.108.200
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	5.763.600	4.799.200	4.573.700
			4.206.000	6.012.900
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.237.000	1.816.800	1.712.800
			7.207.200	7.912.500
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.729.400	897.500	902.500
			10.836.500	12.034.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	35.700	75.000	80.000
			0	0
Gesamtausgabe		15.618.400	13.147.100	12.377.200
Gesamtsumme der VE			22.249.700	25.959.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-14.961.300	-12.273.600	-11.497.400

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 11 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2007 bis 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die EU-Förderung - Bereich Umwelt erstreckte sich über den Gesamtplanungszeitraum 2007 bis 2013, sie erfolgte auf der Grundlage eines Operationellen Programms aus Mitteln des EFRE IV, des ELER, des EFF und des ESF IV. Die Mittel aus dem ELER und dem EFF waren im Einzelplan 09, Kapitel 0908 Titel 893 01 und in den Titelgruppen 73, 74, 75, 76, 77 und 78 veranschlagt. Die Mittel aus dem EFRE IV und dem ESF IV fanden im Einzelplan 13, Kapitel 1306 und 1307 jeweils Titelgruppen 65 und 70 sowie Kapitel 1308 und 1309 Titelgruppe 65 ihre Veranschlagung. Die Mittel für die Technische Hilfe im weiteren Sinne im Rahmen des EFRE IV waren bei Kapitel 1313 Titelgruppen 71 und 72 veranschlagt.

Bei den in diesem Zusammenhang gewährten Zuschüssen handelte es sich um eine Förderung der EU, die eine öffentliche Kofinanzierung des Mitgliedstaates und/oder eine private Beteiligung voraussetzte.

Es erfolgt nur noch die Restabwicklung von Einnahmen aus Rückforderungen.

Einnahmen

119 42	332	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung ohne Beteiligung des Bundes	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 43	623	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung mit Bundesbeteiligung	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 11 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 52	332	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung ohne Bundesbeteiligung	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 53	623	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung mit Bundesbeteiligung	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 11 Titel 631 02.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 11 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2007 bis 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	332	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 60 v.H. der Istannahmen bei Kapitel 15 11 Titel 119 43.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

631 02	623	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 60 v.H. der Istannahmen bei Kapitel 15 11 Titel 119 53.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

683 01	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an diverse Unternehmen - WRRL (Art. 39 Freiwillige Gewässerschutzleistungen)	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 11 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2007 bis 2013

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0

Gesamteinnahme	0	0	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0

Gesamtausgabe	0	0	0

Gesamtsumme der VE		0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 12 Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die EU-Förderung - Bereich Umwelt - erstreckt sich über den Gesamtplanungszeitraum 2021 bis 2027, sie erfolgt auf der Grundlage eines Operationellen Programms aus Mitteln des EFRE und des ELER.

Bei den gewährten Zuschüssen handelt es sich um eine Förderung der EU, die eine öffentliche Kofinanzierung des Mitgliedstaates und/oder eine private Beteiligung voraussetzt.

Im Kapitel 1512 werden die entsprechenden Komplementärmittel zu den einzelnen Fonds in diversen Titeln und Titelgruppen dargestellt:

Titelgruppe 61 - EFRE "Hochwasserschutz"

Titelgruppe 71 - ELER "Natura 2000, Biodiversität"

Titelgruppe 73 - ELER "Hochwasserschutz"

Titelgruppe 74 - ELER "Wasserrahmenrichtlinie"

Die Veranschlagung der Kofinanzierung für das FÖJ (ESF) erfolgt ab 2023 zentral im Epl. 05.

Einnahmen

119 42	342	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung ohne Beteiligung des Bundes	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 43	623	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung mit Bundesbeteiligung	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 52	332	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung ohne Beteiligung des Bundes	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 53	623	Zinsen aus Rückforderungen von Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung mit Bundesbeteiligung	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Titelgruppe(n)

61 Zuschüsse für den Hochwasserschutz i. R. d GAK zur Kofinanzierung des EFRE

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 12
Titelgruppe 61.

331 61	623	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	2.603.900	8.532.300	13.217.100
			4.000.020		

Nachrichtlich: Summe TGr. 61

2.603.900

8.532.300

13.217.100

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 12 **Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

73 **Zuschüsse für den Hochwasserschutz i. R. d GAK zur Kofinanzierung des ELER**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 12
Titelgruppe 73.

331 73	623	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	594.400 139.800	1.386.100	2.018.500

Nachrichtlich: Summe TGr. 73			594.400	1.386.100	2.018.500

74 **Zuschüsse für die Wasserrahmenrichtlinie zur Kofinanzierung des ELER**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 12
Titelgruppe 74.

099 74	623	Einnahmen aus Mitteln der Abwasserabgabe	472.000 0	772.000	860.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 74			472.000	772.000	860.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 12 Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	623	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

631 02	623	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Titelgruppe(n)

61 Zuschüsse für den Hochwasserschutz i. R. d GAK zur Kofinanzierung des EFRE

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 15 12 Titelgruppe 61.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

893 61	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	4.339.900	14.220.400	22.028.400
			6.666.700	14.844.700	12.006.800

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	74.200	10.000.000			10.074.200
2026	26.300	10.000.000	8.811.400		18.837.700
2027		8.000.000	4.720.300	6.293.800	19.014.100
2028		5.000.000	1.313.000	5.713.000	12.026.000
2029 ff.					
Summen	100.500	33.000.000	14.844.700	12.006.800	59.952.000

Erläuterungen:

Finanzierung von Maßnahmen des Hochwasserschutzes.

Entsprechende EU-Mittel (60 v. H.) stehen bei Kapitel 1321 Titel 893 65 zur Verfügung.

Die VE ist für die Bewilligung mehrjähriger Planungs- und Bauprojekte im Bereich der Hochwasserschutzanlagen erforderlich.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	4.339.900	14.220.400	22.028.400
		14.844.700	12.006.800

71 Zuschüsse für Natura 2000, Biodiversität zur Kofinanzierung des ELER

Übertragbar

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 12 Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kofinanzierungsmittel (Landesmittel) zur Finanzierung von nicht-produktiven Investitionen zum Schutz natürlicher Ressourcen nach Artikel 73 GAP-Strategieplan-Verordnung (EU) Nr. 2021/2115. Die Maßnahmen dienen zur Erfüllung nationaler und internationaler Verpflichtungen im Rahmen von Biodiversitätsabkommen, einschließlich der Umsetzung des Netzwerkes Natura 2000.

Die Maßnahmen leisten einen Beitrag zur Eindämmung und Umkehrung des Verlusts an biologischer Vielfalt, zur Verbesserung von Ökosystemleistungen und zur Erhaltung von Lebensräumen und Landschaften.

Die EU-Mittel für Natura 2000, Biodiversität (80 v. H.) sind bei Kapitel 1391 Titelgruppe 62 veranschlagt.

633 71	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

682 71	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

683 71	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

684 71	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände	170.400	400.000	800.000
			0	1.668.400	449.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		342.400			342.400
2026		684.800	315.200		1.000.000
2027		684.800	555.000	100.000	1.339.800
2028			555.000	200.000	755.000
2029 ff.			243.200	149.200	392.400
Summen		1.712.000	1.668.400	449.200	3.829.600

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

685 71	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 12 Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

883 71	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 71	332	Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

981 71	332	Verrechnung zwischen den Kapiteln - Aufgabenerledigung im Rahmen der ELER-Förderung - Natura 2000, Biodiversität	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Abführung an Kapitel 1504 Titel 381 66 und Kapitel 1509 Titel 381 66.

Aufgabenerledigung in Umsetzung von Maßnahmen zur Erfüllung nationaler und internationaler Verpflichtungen im Rahmen von Biodiversitätsabkommen einschließlich der Umsetzung des Netzwerks Natura 2000 durch LAU, Biosphärenreservate Mittel- und Ostharz und Naturpark Drömling.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	170.400	400.000	800.000
		1.668.400	449.200

73 Zuschüsse für den Hochwasserschutz i. R. d GAK zur Kofinanzierung des ELER

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 15 12 Titelgruppe 73.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

893 73	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	990.800	2.310.300	3.364.200
			233.000	2.638.200	564.600

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.972.400			2.972.400
2026		1.486.200	2.018.500		3.504.700
2027		445.900	486.600	365.000	1.297.500
2028		49.600	133.100	199.600	382.300
2029 ff.					
Summen		4.954.100	2.638.200	564.600	8.156.900

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 12 Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 73

Erläuterungen:

Ausgaben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK). Das Land beteiligt sich in Höhe von 20 v. H.

Die hierfür erforderlichen EU-Mittel (80 v. H.) sind bei Kapitel 1391 Titelgruppe 66 veranschlagt.

Die VE ist für die Bewilligung mehrjähriger Planungs- und Bauprojekte im Bereich der Hochwasserschutzanlagen erforderlich.

Die VE 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	990.800	2.310.300	3.364.200
		2.638.200	564.600

74 Zuschüsse für die Wasserrahmenrichtlinie zur Kofinanzierung des ELER

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 12 Titelgruppe 74.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Verwendung eines Teils des Aufkommens aus der Abwasserabgabe zur Kofinanzierung von Maßnahmen des ELER (Wasserrahmenrichtlinie-WRRL) der Förderperiode 2021-2027.

Die hierfür erforderlichen EU-Mittel (80 v. H.) sind bei Kapitel 1391 Titelgruppe 63 veranschlagt.

Kofinanzierung Land: 20 v. H. (Abwasserabgabe)

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu Kapitel 1505 Titelgruppe 68 verwiesen.

684 74	623	Zuschüsse an Vereine und Verbände	472.000	772.000	860.000
			0	1.888.000	2.269.600

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		680.000			680.000
2026		288.000	772.000		1.060.000
2027		144.000	748.000	860.000	1.752.000
2028			368.000	928.000	1.296.000
2029 ff.				481.600	481.600
Summen		1.112.000	1.888.000	2.269.600	5.269.600

Erläuterungen:

Die VE 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -**
15 12 **Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
887 74	623	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
893 74	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 74			472.000	772.000	860.000
				1.888.000	2.269.600

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 12 Kofinanzierung zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	472.000	772.000	860.000
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	3.198.300	9.918.400	15.235.600
Gesamteinnahme		3.670.300	10.690.400	16.095.600

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	642.400	1.172.000 3.556.400	1.660.000 2.718.800
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.330.700	16.530.700 17.482.900	25.392.600 12.571.400
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0 0	0 0
Gesamtausgabe		5.973.100	17.702.700	27.052.600
Gesamtsumme der VE			21.039.300	15.290.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.302.800	-7.012.300	-10.957.000

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 14 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die EU-Förderung - Bereich Umwelt - erstreckt sich über den Gesamtplanungszeitraum 2014 bis 2020, sie erfolgt auf der Grundlage eines Operationellen Programms aus Mitteln des EFRE, des ESF und des ELER.

Bei den gewährten Zuschüssen handelt es sich um eine Förderung der EU, die eine öffentliche Kofinanzierung des Mitgliedstaates und/oder eine private Beteiligung voraussetzt.

Im Kapitel 1514 werden die entsprechenden Komplementärmittel zu den einzelnen Fonds in diversen Titelgruppen dargestellt:

Titelgruppe 61 - EFRE "Hochwasserschutz"

Titelgruppe 63 - EFRE "Klimaschutz, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien"

Titelgruppe 64 - EFRE "Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft"

Titelgruppe 71 - ELER "Natura 2000, Biodiversität"

Titelgruppe 73 - ELER "Hochwasserschutz/WRRL"

Titelgruppe 74 - ELER "WRRL" (aus Mitteln der Abwasserabgabe)

Titelgruppe 83 - ESF "Freiwilliges Ökologisches Jahr"

Einnahmen

119 42	332	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung ohne Beteiligung des Bundes	5.000 478	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 43	623	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung mit Bundesbeteiligung	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 14 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 52	332	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung ohne Bundesbeteiligung	5.000 0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 53	623	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung mit Bundesbeteiligung	0 0	0	0

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 15 14 Titel 631 02.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Titelgruppe(n)

61		Zuschüsse für den Hochwasserschutz i. R. d. GAK zur Kofinanzierung des EFRE			

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 14 Titelgruppe 61.

331 61	623	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	0 711.120	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 14 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	0	0	0

73 Zuschüsse für wasserwirtschaftliche Maßnahmen zur Kofinanzierung des ELER - Hochwasserschutz

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 14
Titelgruppe 73.

331 73 623 Zuweisungen für Investitionen vom Bund	6.517.800 4.080.000	1.494.800	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	6.517.800	1.494.800	0

74 Zuschüsse für wasserwirtschaftliche Maßnahmen zur Kofinanzierung des ELER aus Mitteln der Abwasserabgabe - WRRL

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 14
Titelgruppe 74.

099 74 623 Einnahmen aus Mitteln der Abwasserabgabe zur Kofinanzierung des ELER - WRRL	3.019.300 2.027.169	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 74	3.019.300	0	0

83 Zuschüsse zur Kofinanzierung des ESF - Freiwilliges Ökologisches Jahr

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 15 14
Titelgruppe 83.

231 83 332 Zuweisungen des Bundes	0 214.552	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 83	0	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 14 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

631 01	623	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 60 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 15 14 Titel 119 43.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

631 02	623	Sonstige Zuweisungen an den Bund - Zinsen aus Rückzahlungen von Zuwendungen im Rahmen der EU-Förderung	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 60 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 15 14 Titel 119 53.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 01	011	Landesmittel zur Kofinanzierung des EFRE "Wiederherrichtung von Brach- und Konversionsflächen" Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Titelgruppe(n)

61 Zuschüsse für den Hochwasserschutz i. R. d. GAK zur Kofinanzierung des EFRE

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 15 14 Titelgruppe 61.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachte Leertitelgruppe.

883 61	623	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

892 61	623	Zuweisungen für Investitionen an diverse Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

893 61	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			1.185.200	0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 14 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
				0	0

63 Landesmittel zur Kofinanzierung des EFRE - Zuschüsse KLIMA II/RESSOURCE

Erläuterungen:

Die EU-Mittel sind bei Kapitel 1316 Titelgruppe 65 veranschlagt.

Vorsorglich ausgebrachte Leertitelgruppe.

883 63	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

891 63	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentlich Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

892 63	332	Zuweisungen für Investitionen an diverse Unternehmen	0	0	0
			48.114	0	0

894 63	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			0	0	0
				0	0

64 Landesmittel zur Kofinanzierung des EFRE - Darlehen KLIMA II/RESSOURCE

Erläuterungen:

Die EU-Mittel sind bei Kapitel 1316 Titelgruppe 70 veranschlagt.

Vorsorglich ausgebrachte Leertitelgruppe.

883 64	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

891 64	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

892 64	332	Zuweisungen für Investitionen an diverse Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

894 64	332	Zuweisungen für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0	0
				0	0

71 Landesmittel zur Kofinanzierung des ELER - Natura 2000, Biodiversität

Übertragbar

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 14 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kofinanzierungsmittel (Landesmittel) zur Finanzierung von Vorhaben im Rahmen von Basisdienstleistungen nach Artikel 20 der VO (EU) Nr. 1305/2013. Die Maßnahmen dienen zur Erfüllung nationaler und internationaler Verpflichtungen im Rahmen von Biodiversitätsabkommen, einschließlich der Umsetzung des Netzwerkes Natura 2000.

Gefördert werden Ausarbeitungen und Aktualisierungen von Schutz- und Bewirtschaftungsplänen für Natura 2000-Gebiete und sonstige Gebiete mit hohem Naturschutzwert; Aktionen zur Förderung des Umweltbewusstseins im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt, Gebieten mit hohem Naturschutzwert oder dem Schutzgebietssystem Natura 2000; Studien und Investitionen im Zusammenhang mit der Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung des natürlichen Erbes von Dörfern, ländlichen Landschaften und Gebieten mit hohem Naturschutzwert, einschließlich der Großschutzgebiete des Landes.

Die EU-Mittel für Natura 2000, Biodiversität (75 v. H.) sind bei Kapitel 1390 Titelgruppe 75 veranschlagt.

633 71	332	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	0	0	0
			2.225	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

682 71	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

683 71	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

684 71	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände	995.000	263.100	0
			154.009	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		263.100			263.100
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		263.100			263.100

685 71	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			160.279	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 14 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

883 71	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			107.314	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 71	332	Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			109.396	0	0

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

981 71	332	Verrechnung zwischen den Kapiteln - Aufgabenerledigung im Rahmen der ELER-Förderung - Natura 2000, Biodiversität	0	0	0
			98.504	0	0

Erläuterungen:
Abführung an Kapitel 1504 Titel 381 66 und Kapitel 1509 Titel 381 66.

Aufgabenerledigung in Umsetzung von Maßnahmen zur Erfüllung nationaler und internationaler Verpflichtungen im Rahmen von Biodiversitätsabkommen einschließlich der Umsetzung des Netzwerks Natura 2000 durch LAU, Biosphärenreservate Mittelelbe und Karstlandschaft Südharz und Naturpark Drömling.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	995.000	263.100	0
		0	0

73 Zuschüsse für wasserwirtschaftliche Maßnahmen zur Kofinanzierung des ELER - Hochwasserschutz

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 15 14 Titelgruppe 73.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

893 73	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige (Hochwasserschutz und WRRL)	10.863.100	2.491.400	0
			6.800.000	0	0

Erläuterungen:
Ausgaben im Rahmen der GA "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Das Land beteiligt sich in Höhe von 40 v. H.

Die hierfür erforderlichen EU-Mittel (75 v. H.) sind bei Kapitel 1390 Titel 893 72 veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	10.863.100	2.491.400	0
		0	0

74 Zuschüsse für wasserwirtschaftliche Maßnahmen zur Kofinanzierung des ELER aus Mitteln der Abwasserabgabe - WRRL

Übertragbar

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 14 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 14 Titelgruppe 74.

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Verwendung eines Teils des Aufkommens der Abwasserabgabe zur Kofinanzierung von Maßnahmen des ELER - Wasserrahmenrichtlinie (WRRL).

Die hierfür erforderlichen EU-Mittel (75 v. H.) sind bei Kapitel 1390 Titelgruppe 73 veranschlagt.

Kofinanzierung Land: 25 v. H. (Abwasserabgabe)

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu Kapitel 1505 Titelgruppe 68 verwiesen.

684 74	623	Zuschüsse an Vereine und Verbände (WRRL)	3.019.300	0	0
			2.027.169	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

685 74	623	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

893 74	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

894 74	623	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Nachrichtlich: Summe TGr. 74			3.019.300	0	0
				0	0

83 Zuschüsse zur Kofinanzierung des ESF - Freiwilliges Ökologisches Jahr

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 15 14 Titelgruppe 83.

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 14 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) ist eine einjährige (01.09. bis 31.08. des Folgejahres) jugend- und bildungspolitische Maßnahme bzw. Freiwilligendiensttätigkeit, die nach Absolvierung der Vollzeitschulpflicht und vor Vollendung des 27. Lebensjahres in geeigneten Einsatzstellen als Vollzeitbeschäftigung absolviert wird. Das FÖJ dient der beruflichen Orientierung, vorberuflichen Bildung, Berufsfindung und Berufsvorbereitung, der Entwicklung von Schlüsselkompetenzen, sozialen Fähigkeiten, der Stärkung des Verantwortungsbewusstseins für das Gemeinwohl und den nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt, der Persönlichkeitsentwicklung sowie der aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Wissensvermittlung und praktische Tätigkeit mit Bezug zu Naturwissenschaften, nachhaltiger Ressourcennutzung, Umweltschutz, umweltrelevanter Technik und Technologie bzw. nachhaltiger Entwicklung sind dabei eng verbunden. Die im Rahmen des FÖJ erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen tragen zur Verbesserung der Chancen junger Menschen bei der Bewerbung um einen Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz bei. Das FÖJ trägt zur Stärkung der Eigenverantwortung und Motivation Jugendlicher bei, ihr Leben selbst zu gestalten und den beruflichen Werdegang ernsthaft anzugehen und durchzustehen. Es dient auch der Integration benachteiligter Jugendlicher durch Erkennen und Entwicklung vorhandener Kompetenzen als Vorbereitung für die Berufswahl. Das FÖJ wird bundesweit gefördert. Für ihren Dienst erhalten die Teilnehmer Geldersatzleistungen für Taschengeld, Verpflegung und Unterkunft. Darüber hinaus werden Sozialversicherungsbeiträge, Seminare und die pädagogische Betreuung finanziert.

Die EU-Mittel sind bei Kapitel 1317 Titel 684 65 veranschlagt.

2023 wurden die letzten Haushaltsmittel der Förderperiode 2014 bis 2020 ausgezahlt.

Vorsorglich ausgebrachte Leertitelgruppe.

684 83	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände	0	0	0
			214.552	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 83			0	0	0
				0	0

15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Energie, Klimaschutz und Umwelt -
15 14 Kofinanzierungen zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	3.019.300	0	0
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	10.000	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	6.517.800	1.494.800	0
Gesamteinnahme		9.547.100	1.494.800	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.014.300	263.100	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	10.863.100	2.491.400	0
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		14.877.400	2.754.500	0
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-5.330.300	-1.259.700	0

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 15 01 Ministerium (Stellenplan)
Kapitel 15 02 Allgemeine Bewilligungen (Stellenplan)
Kapitel 15 03 Landesbetriebe, Anstalten des öffentlichen Rechts (Stellenplan)
Kapitel 15 04 Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (Stellenplan)
Kapitel 15 05 Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft (Stellenplan)
Kapitel 15 09 Umwelt- und Naturschutzverwaltung (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026
Stellenübersicht übrige TGr. 2025
Stellenübersicht übrige TGr. 2026
Stellenübersicht TGr. 89 2025
Stellenübersicht TGr. 89 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

FESTE GEHÄLTER*Bes. Gruppe*

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
B9	Staatssekretär/-in	2	2	2
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	2	2	3
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	1	1	1
B2	Ministerialrat/-rätin	20	20	20

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER*Bes. Gruppe*

A16	Ministerialrat/-rätin	15	12	12
A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Forstdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Veterinärdirektor/-in	4	4	4
A15	Regierungsdirektor/-in, Umweltdirektor/-in, Baudirektor/-in	25	25	25
A15	Regierungsdirektor/-in, Biologiedirektor/-in, Chemiedirektor/-in, Physikdirektor/-in	10	10	10
A14	Regierungsoberrat/-rätin, Umweltoberrat/-rätin, Bauoberrat/-rätin, Physikoberrat/-rätin	25	15	15
A14	Energietechnische/r Oberrat/-rätin, Regierungsoberrat/-rätin, Umweltoberrat/-rätin, Bauoberrat/-rätin	0	10	10
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberrat/-rätin, Forstoberrat/-rätin, Vermessungsoberrat/-rätin, Veterinäroberrat/-rätin	6	6	6
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Umweltrat/-rätin, Baurat/-rätin	32	32	32
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Landwirtschaftsrat/-rätin, Forstrat/-rätin, Vermessungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsoberamtsrat/-rätin, Forstoberamtsrat/-rätin, Vermessungsoberamtsrat/-rätin	6	6	6
A12	Steuer-, Regierungsamtsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Landwirtschaftsamtsrat/-rätin, Forstamtsrat/-rätin, Vermessungsamtsrat/-rätin	3	3	3
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Technische/r Amtsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Umweltamtsrat/-rätin, Bauamtsrat/-rätin	23	23	23
A11	Regierungsamtmann/-frau, Landwirtschaftsamtmann/-frau, Forstamtmann/-frau, Vermessungsamtmann/-frau	4	4	4
A11	Regierungsamtmann/-frau, Umweltamtmann/-frau, Bauamtmann/-frau	16	16	16
A10	Berg-, Regierungsoberinspektor/-in	1	1	1
A10	Regierungsoberinspektor/-in, Umweltoberinspektor/-in, Bauoberinspektor/-in	3	3	3
A9 L2.1	Regierungsinspektor/-in	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	2	2	2
Summe :		205	202	203

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes.Gruppe*

A16	Ministerialrat/-rätin	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in, Vermessungsdirektor/-in, Forstdirektor/-in	2	2	2
A14	Oberregierungsrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.1	Regierungsoberratsrat/-rätin	4	4	4
Summe [Leerstellen]:		9	9	9

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16		3										-3	Anpassung VzÄ-Ziele
2	A14											10	-10	Umbenennung
3	A14											10	+10	
Ohne TG 96			3									10	-3	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
4	B5					1							+1	Umsetzung ku-Vermerk
Ohne TG 96						1							+1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 41				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A13 L2.2	Technische/r Referendar/-in	15	15	15
A10	Technische/r Oberinspektorenanwärter/-in	10	10	10
A9 L2.1	Regierungsinspektorenanwärter/-in	13	13	13
Summe :		38	38	38

Vermerke:

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

10 Stellen	A10	Umwelttechnik, Wasserwirtschaft	(aus HH 2023)
13 Stellen	A9 L2.1	Dual Studierende Verwaltungsdigitalisierung gem. Richtlinie TdL für Dual Studierende Bachelor/Master	(aus HH 2023)

veränderte Vermerke

Vermerke:

10 Stellen	A10	Umwelttechnik, Wasserwirtschaft	(aus HH 2023)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
<i>EntgeltGruppe</i>				
AT A 16	Verwaltungsdienst	7	7	7
AT B 5	Verwaltungsdienst	2	2	1
E 15 Ü at	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 15 Ü	Verwaltungsdienst	1	0	0
E 15	Verwaltungsdienst	7	8	8
E 14	Verwaltungsdienst	19	23	23
E 13	Verwaltungsdienst	10	6	6
E 12	Verwaltungsdienst	12	12	12
E 11	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 10	Techn.-/Verwaltungsdienst	5	5	5
E 9b	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	8	8	8
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	5 ¹⁾	5 ¹⁾	5 ¹⁾
E 8	Bibliotheksdienst	1	1	1
E 8	Sonstige Dienste	2	2	2
E 8	Verwaltungsdienst	2 ²⁾	2 ²⁾	2 ²⁾
E 7	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	3	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	15	15	15
E 4	Kraftfahrdienst	6	6	6
Summe :		113	113	112

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 12	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 5	Verwaltungsdienst	0	0	0
Summe [Leerstellen]:		2	2	2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1) Die Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkraft der/des Staatssekretärin/ Staatssekretärs erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2) Die zweite Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkräfte der/des Abteilungsleiterin/ Abteilungsleiters erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen	E 13	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 10	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 7	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	AT B 5	in B5	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2023)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 15 Ü										1		-1	Anpassung Arbeitsplatzbewertung
2	E 15										1		+1	
3	E 14							4					+4	
4	E 13								4				-4	
Ohne TG 96								4	4	1	1		0	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
5	AT B 5						1						-1	Umsetzung ku-Vermerk
Ohne TG 96							1						-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:*Stellen künftig wegfallend:*

3 Stellen	E 13	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 10	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 7	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)

veränderte Vermerke*Stellen künftig umzuwandeln:*

1 Stelle	AT B 5	in B5	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2023)

Stellenanzahl

2024	2025	2026

422 64 (64)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Regierungsdirektor/-in	1 1 1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A12	Regierungsamtsrat/-rätin	1	1	1
A11	Regierungsamtmann/-frau	1	1	1
Summe :		3	3	3

Stellenanzahl
2024 **2025** **2026**

422 66 (66)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A12	Regierungsamtsrat/-rätin	1	2	2
Summe :		1	2	2

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Um- setzungen		Umwand- lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe- nen- nun- gen	Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A12					1							+1	Umwandlung von E11 aus 1501/428 66
Ohne TG 96						1							+1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenanzahl
2024 **2025** **2026**

428 66 (66)

EntgeltGruppe

E 14	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	1	0	0
Summe :		2	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Um- setzungen		Umwand- lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe- nen- nun- gen	Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11						1						-1	Umwandlung nach A12 bei 1501/422 66
Ohne TG 96							1						-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

15 02 Allgemeine Bewilligungen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 82 (82)				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Ministerialrat/-rätin	1	1	1
A15	Berg-, Regierungsdirektor/-in, Physikdirektor/-in und Biologiedirektor/-in	1	1	1
A14	Berg-, Geologie-, Bergvermessungsoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin, Technischer Oberrat/-rätin	2	2	2
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Umweltsamtsrat/-rätin	1	1	1
Summe :		5	5	5

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
429 82 (82)				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 15	Wiss. Dienst/ Verw. Dienst/ Techn. Dienst	1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst/wissenschaftl. Dienst, Techn.-/ Verwaltungsdienst	1	2	2
E 13	Wiss. Dienst/Verw. Dienst/Techn. Dienst	2	1	1
E 11	Verw. Dienst/Techn. Dienst	0	0	0
Summe :		4	4	4

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14							1					+1	geänderte Aufgabenwahrnehmung
2	E 13								1				-1	
Ohne TG 96								1	1				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
422 89	(89)			

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B3	Direktor/-in des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft	1	1	1

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A16	Leitende(r) Bau-, Regierungsdirektor/-in	3	3	3
A16	Leitende(r) Direktor/-in, Leitende/r Regierungsdirektor/-in, Leitende/r Chemiedirektor/-in	1	1	1
A15	Regierungsdirektor/-in, Umweltdirektor/-in, Baudirektor/-in	5	5	5
A14	Bau-, Oberregierungsrat/-rätin	3	3	3
A13 L2.2	Bau-, Regierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	1	1	1
A11	Regierungsamtmann/-frau	1	1	1

Summe :		16	16	16

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A14	Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1

Summe [Leerstellen]:		1	1	1

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 89	(89)			

EntgeltGruppe

E 15	Techn.-/Verwaltungsdienst	1	1	1
E 14	Techn.-/Verwaltungsdienst	28	28	28
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	25	25	25
E 12	Techn.-/Verwaltungsdienst	6	6	6
E 11	Techn.-/Verwaltungsdienst	118	118	118
E 10	Techn.-/Verwaltungsdienst	24	24	24
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	29	29	29
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	18	18	18
E 8	Techn.-/Verwaltungsdienst	24	24	24
E 7	Sonstige Dienste	2	2	2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 6	Techn.-/Verwaltungsdienst, Sonstige Dienste	64	60	60
E 5	Techn.-/Verwaltungsdienst	81	76	76
Summe :		420	411	411

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 15	Techn. Dienst / Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Techn.-/Verwaltungsdienst	3	3	3
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	10	10	10
Summe [Leerstellen]:		14	14	14

Stellen künftig wegfallend:

7 Stellen	E 11	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 10	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
6 Stellen	E 8	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 6		4										-4	Anpassung VzÄ-Ziele
2	E 5		5										-5	Anpassung VzÄ-Ziele
Ohne TG 96			9										-9	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

7 Stellen	E 11	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 10	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
6 Stellen	E 8	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B3	Präsident/-in	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende(r) Regiergungsdirektor/-in, Leitende(r) Biologiedirektor/-in	2	2	2
A16	Leitende/r Regiergungsdirektor/-in, Leitende/r Chemiedirektor/-in, Leitende(r) Direktor/-in	3	3	3
A15	Forstdirektor/-in	1	1	1
A15	Regiergungsdirektor/-in, Veterinärdirektor/-in, Chemiedirektor/-in, Landwirtschaftsdirektor/-in	3	3	3
A15	Physikdirektor/-in und Biologiedirektor/-in, Regiergungsdirektor/-in	19	19	19
A14	Gewerbe-/Medizinal-/Physik-/Chemieoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rät in	6	6	6
A14	Forstoberrat/-rätin	2	2	2
A14	Biologieoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.2	Gewerbe-/Medizinal-/Veterinär-/Landwirtschafts-/Physik-/Chemie-/Pharmazie-/Regierungsrat/-rätin	3	3	3
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin, Umweltrat/-rätin, Baurat/-rätin	3	3	3
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Forstrat/-rätin, Forstoberamtsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	4	4	4
A12	Forstamtsrat/-rätin, Regierungsamtsrat/-rätin	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Umweltamtsrat/-rätin, Bauamtsrat/-rätin	5	5	5
A11	Forstamtmann/-frau, Regierungsamtmann/-frau	5	5	5
A11	Regierungsamtmann/-frau, Umweltamtmann/-frau, Bauamtmann/ -frau	7	7	7
Summe :		67	67	67

LEERSTELLEN**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER***Bes.Gruppe*

A15	Regierungsdirektor/-in, Umweltdirektor/-in, Baudirektor/-in, Regierungsdirektor/-in, Biologiedirektor/-in, Chemiedirektor/-in, Physikdirektor/-in	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
	<i>EntgeltGruppe</i>			
E 15	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst	28	28	28
E 13	Verwaltungsdienst	27	27	27
E 12	Verwaltungsdienst	23	23	23
E 11	Verwaltungsdienst	29	29	29
E 10	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 9b	Verwaltungsdienst	6	6	6
E 9a	Verwaltungsdienst	8	8	8
E 8	Verwaltungsdienst	15	15	15
E 6	Sonstige Dienste	1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	4 ¹⁾	4 ¹⁾	4 ¹⁾
E 5	Verwaltungsdienst	5	3	3
Summe :		152	150	150

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 14	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 12	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 9b	Verwaltungsdienst	3	3	3
Summe [Leerstellen]:		8	8	8

- 1) Der Vorzimmerkraft des Leiters der oberen Landesbehörde kann für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmerdienst eine außertarifliche widerrufliche Zulage auf Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.: 1412-3076/S8 gewährt werden.

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 11	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 10	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 8	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 5		2										-2	Anpassung VzÄ-Ziele
Ohne TG 96			2										-2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 11	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 10	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
2 Stellen	E 8	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	bei Freiwerden der Stelle	(aus HH 2025/2026)

Stellenanzahl

2024 **2025** **2026**

428 70 (70)

EntgeltGruppe

E 15	Verwaltungsdienst	0	2	2
E 13	Verwaltungsdienst	0	2	2
Summe :		0	4	4

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 15	2											+2	
2	E 13	2											+2	
Ohne TG 96		4											+4	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
429 65	(65)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
AT A 16	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 14	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 13	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 12	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		10	10	10

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 68	(68)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 12	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	2	3	3
E 11	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	2	1	1
E 10	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	1	0	0
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	4	0	0
Summe :		11	6	6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 12							1					+1	
2	E 11								1				-1	Aufgabenänderung
3	E 9b		1										-1	Anpassung Stellenreserve
4	E 6		4										-4	Anpassung Stellenreserve
Ohne TG 96			5					1	1				-5	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 69	(69)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Wiss. Dienst/ Verw. Dienst/ Techn. Dienst	1	0	0
Summe :		1	0	0

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14		1										-1	Anpassung VzÄ-Ziele
Ohne TG 96			1										-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
A15	Forstdirektor/-in, Regierungsdirektor/-in	2	2	2
A14	Forstoberrat/-rätin	1	1	1
A14	Oberregierungsrat/-rätin	2	2	2
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	2	2	2
A12	Forstamtsrat/-rätin, Regierungsamtsrat/-rätin	3	3	3
A11	Regierungsamtmann/-frau	1	1	1
A11	Forstamtmann/-frau, Regierungsamtmann/-frau	1	1	1
A10	Forstoberinspektor/-in, Regierungsoberinspektor/-in	1	1	1
Summe :		13	13	13

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Forstdirektor/-in, Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		2	2	2

BesGr./EntgeltGr.	Drömling	Mittelbe	Karstlandschaft Südharz	Zusammen
A15	1	1		2
A14	1	1	1	3
A12	2	1	2	5
A11		1	1	2
A10			1	1
Zusammen	4	4	5	13

428 01

EntgeltGruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
E 15	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 14	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 12	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 11	Verwaltungsdienst	12	12	12
E 10	Verwaltungsdienst	5	5	5

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 10	Verwaltungsdienst; Forstwirtschaftlicher Dienst	5	5	5
E 9b	Verwaltungsdienst	11	11	11
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	2	2	2
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	5	11	11
E 8	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst, Sonstige Dienste	10	21	21
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	26	10	10
E 6	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 5	Sonstige Dienste	5	4	4
Summe :		90	90	90

LEERSTELLEN*EntgeltGruppe*

E 11	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 5	Sonstige Dienste	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		5	5	5

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 9a	bei Freiwerden der Stelle (Karstl. Südharz)	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 6	bei Freiwerden der Stelle (1 x Drömling, 2 x Mittelbe)	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	bei Freiwerden der Stelle (Karstl. Südharz)	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	E 5	bei Freiwerden der Stelle (1 x Drömling, 3 x Mittelbe)	(aus HH 2025/2026)

BesGr./EntgeltGr.	Drömling	Mittelbe	Karstlandschaft Südharz	Zusammen
E 15	1	1	0	2
E 14	0	1	0	1
E 13	0	0	1	1
E 12	0	1	1	2
E 11	2	8	2	12
E 10	1	5	4	10
E 9	7	10	7	24
E 8	6	10	5	21
E 6	2	10	1	13
E 5	1	3	0	4
Zusammen	20	49	21	90

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9a							6					+6	
2	E 8							1					+11	
3								10						
4	E 6								10				-16	Arbeitsplatzbewertung
5									6					Arbeitsplatzbewertung
6	E 5								1				-1	Arbeitsplatzbewertung
Ohne TG 96								17	17				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 9a	bei Freiwerden der Stelle (Karstl. Südharz)	(aus HH 2025/2026)
3 Stellen	E 6	bei Freiwerden der Stelle (1 x Drömling, 2 x Mittelelbe)	(aus HH 2025/2026)
1 Stelle	E 6	bei Freiwerden der Stelle (Karstl. Südharz)	(aus HH 2025/2026)
4 Stellen	E 5	bei Freiwerden der Stelle (1 x Drömling, 3 x Mittelelbe)	(aus HH 2025/2026)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 85	(85)			

EntgeltGruppe

E 13	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 10	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	1	1	1
Summe :		4	4	4

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	1501	1504	1509								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	2										2
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	2										2
B3 L2.2	1	1									2
B2 L2.2	20										20
Summe	26	1									27
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	12	5									17
A15 L2.2	39	23	2								64
A14 L2.2	31	10	3								44
A13 L2.2	1	6									7
A13 L2.1	38	4									42
A12 L2.1	28	6	5								39
A11 L2.1	20	12	2								34
A10 L2.1	4		1								5
A9 L2.1	1										1
A9 L1.2	2										2
Summe	176	66	13								255
Summe 2025	202	67	13								282
Summe 2024	205	67	13								285
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2	15										15
A10 L2.1	10										10
A9 L2.1	13										13
Summe	38										38
Summe 2025	38										38
Summe 2024	38										38
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16	7										7
AT B 5	2										2
E 15 Ü at	1										1
E 15 Ü	0										0
E 15	8	1	2								11
E 14	23	28	1								52
E 13	6	27	1								34
E 12	12	23	2								37
E 11	5	29	12								46
E 10	5	5	10								20

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

	Kapitel										
	1501	1504	1509								Summe
E 9b	10	6	13								29
E 9a	5	8	11								24
E 8	5	15	21								41
E 7	3										3
E 6	15	5	13								33
E 5		3	4								7
E 4	6										6
Summe 2025	113	150	90								353
Summe 2024	113	152	90								355
Stellen 2025	353	217	103								673
Stellen 2024	356	219	103								678
Leerstellen: 1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	1										1
A15 L2.2	2	1	1								4
A14 L2.2	2										2
A13 L2.1	4										4
A12 L2.1			1								1
Summe	9	1	2								12
Summe 2025	9	1	2								12
Summe 2024	9	1	2								12
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 14		2									2
E 12	1	3									4
E 11	1		2								3
E 9b		3	2								5
E 5	0		1								1
Summe 2025	2	8	5								15
Summe 2024	2	8	5								15
Leerstellen 2025	11	9	7								27
Leerstellen 2024	11	9	7								27

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	1501	1504	1509								Summe
1. Planmäßige Beamte											
Besoldungsordnung B											
B9 L2.2	2										2
B6 L2.2	1										1
B5 L2.2	3										3
B3 L2.2	1	1									2
B2 L2.2	20										20
Summe	27	1									28
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	12	5									17
A15 L2.2	39	23	2								64
A14 L2.2	31	10	3								44
A13 L2.2	1	6									7
A13 L2.1	38	4									42
A12 L2.1	28	6	5								39
A11 L2.1	20	12	2								34
A10 L2.1	4		1								5
A9 L2.1	1										1
A9 L1.2	2										2
Summe	176	66	13								255
Summe 2026	203	67	13								283
Summe 2025	202	67	13								282
3. Beamte im Vorbereitungsdienst											
A13 L2.2	15										15
A10 L2.1	10										10
A9 L2.1	13										13
Summe	38										38
Summe 2026	38										38
Summe 2025	38										38
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT A 16	7										7
AT B 5	1										1
E 15 Ü at	1										1
E 15 Ü	0										0
E 15	8	1	2								11
E 14	23	28	1								52
E 13	6	27	1								34
E 12	12	23	2								37
E 11	5	29	12								46
E 10	5	5	10								20

Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

	Kapitel										
	1501	1504	1509								Summe
E 9b	10	6	13								29
E 9a	5	8	11								24
E 8	5	15	21								41
E 7	3										3
E 6	15	5	13								33
E 5		3	4								7
E 4	6										6
Summe 2026	112	150	90								352
Summe 2025	113	150	90								353
Stellen 2026	353	217	103								673
Stellen 2025	353	217	103								673
Leerstellen: 1. Planmäßige Beamte Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	1										1
A15 L2.2	2	1	1								4
A14 L2.2	2										2
A13 L2.1	4										4
A12 L2.1			1								1
Summe	9	1	2								12
Summe 2026	9	1	2								12
Summe 2025	9	1	2								12
4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
E 14		2									2
E 12	1	3									4
E 11	1		2								3
E 9b		3	2								5
E 5	0		1								1
Summe 2026	2	8	5								15
Summe 2025	2	8	5								15
Leerstellen 2026	11	9	7								27
Leerstellen 2025	11	9	7								27

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

[illegible]

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 16
Landesrechnungshof

Vorwort zum Einzelplan 16

A. Überblick über die Aufgaben und Aufbau

Der Landesrechnungshof (LRH) ist das oberste Organ der externen Finanzkontrolle in Sachsen-Anhalt. Seine Aufgaben ergeben sich aus der LV LSA, dem LRHG, der LHO, des KVG LSA sowie aus staatsvertraglichen Regelungen. Daraus ergeben sich insbesondere folgende Aufgaben:

- Überwachung der gesamten Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes einschließlich seiner Sondervermögen,
- Überörtliche Prüfung der kreisfreien Städte, der Gemeinden mit mehr als 25.000 Einwohnern, der Zweckverbände und der Landkreise,
- Prüfung bei der NORD LB, dem MDR und dem OSV zusammen mit den Rechnungshöfen der beteiligten Bundesländer sowie
- Prüfung der Rechnungen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, wenn der LRH durch Gesetz oder Satzung hierfür bestimmt ist.

Der LRH ist eine der Landesregierung gegenüber selbstständige, in der Wahrnehmung seiner Aufgaben unabhängige und nur dem Gesetz unterworfenen oberste Landesbehörde. Im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben unterstützt der LRH den Landtag und die Landesregierung bei ihren Entscheidungen.

Der LRH besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und weiteren drei Mitgliedern. Er gliedert sich in vier Prüfungsabteilungen sowie eine Präsidialabteilung. Die Präsidialabteilung nimmt neben zentralen Verwaltungsaufgaben auch Grundsatzangelegenheiten und Prüfaufgaben wahr.

B. Zentrale Zielsetzung in den Politischen Handlungsbereichen

B.1 Überblick nach Politischen Handlungsbereichen und Rückblick

B.2 Strategische Ziele

Der LRH prüft und berät kompetent und professionell im Dienste des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen. Seine Arbeit ist auf den bestmöglichen Einsatz öffentlicher Mittel ausgerichtet. Damit trägt er – auch im Rahmen seiner Beratung des Landtages und der Landesregierung – zur zweckentsprechenden Verwendung der finanziellen Ressourcen des Landes und der Kommunen bei. Neben der Prüfung bereits verwirklichter Sachverhalte gibt der LRH auch im Vorfeld von Entscheidungen Empfehlungen sowie Hinweise und zeigt Verbesserungspotentiale auf. Aus der Prüfung zurückliegender Sachverhalte leitet er in die Zukunft gerichtete Schlussfolgerungen und Empfehlungen ab. Eine komplexe Herangehensweise ist für den LRH von besonderer Wichtigkeit. Durch fachübergreifendes Vorgehen erreicht er die Einbeziehung der für eine Bewertung erforderlichen Sachverhalte und Einflussfaktoren. Zur Sicherstellung der Qualität seiner Arbeit entwickelt der LRH seine Prüfmethode kontinuierlich fort und misst der sachgerechten fachlichen Weiterbildung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen hohen Stellenwert bei. Mit den geprüften Einrichtungen pflegt der LRH einen offenen und fairen Umgang und erkennt deren Stärken an.

B.3 Gender Budgeting

Der Präsident des LRH von Sachsen-Anhalt unterstützt die Zielstellung des Landtages, Gender Budgeting zum integralen Bestandteil der Haushaltspolitik zu machen.

Der LRH als Behörde mit relativ geringem Haushaltsvolumen wird nicht direkt für die Bürgerinnen und Bürger wirksam (z.B. durch Dienst- und Steuerungsleistungen). Die Haushaltsplanung umfasst daher hinsichtlich der Gender Budgetierung nur intern wirkende Ausgaben für Personalkosten entsprechend der Beschäftigtenstruktur.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022		2023	
Planmäßige Beschäftigte (VZÄ)	w	m	w	m	w	m	w	m
Absoluter Anteil	95	64	95	64	91	61	86	57
Relativer Anteil	60%	40%	60%	40%	60%	40%	60%	40%

Der Anteil Frauen mit einer Verwendung in der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt beträgt 42,9 v. H.

C. (Organisatorische oder sonstige Veränderungen)

D. (Geplante Hochbaumaßnahmen)

E. (EU-Förderung)

F. Einführung der elektronischen Verwaltungsarbeit im Landesrechnungshof (eVA-LRH)

Beim Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt wird das Projekt zur Einführung der elektronischen Verwaltungsarbeit durchgeführt. Ziele sind die Einführung der elektronischen Aktenführung und der elektronischen Vorgangsbearbeitung sowie Verbesserungen der elektronischen Zusammenarbeit.

16 Landesrechnungshof

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
16 01	Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt		54.200	330.000	0	384.200	18.081.800
	Summe 2025		54.200	330.000	0	384.200	18.081.800
	Summe 2024		62.700	330.000	0	392.700	16.453.100
	2025 mehr(+) / weniger(-)		-8.500	0	0	-8.500	+1.628.700

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
1.072.200	5.500		89.400	1.391.600	20.640.500	-20.256.300	0	16 01
1.072.200	5.500		89.400	1.391.600	20.640.500	-20.256.300	0	
1.923.900	5.500		129.000	887.000	19.398.500	-19.005.800	0	
-851.700	0		-39.600	+504.600	+1.242.000	-1.250.500	0	

16 Landesrechnungshof

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
16 01	Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt		54.200	330.000	0	384.200	18.628.700
	Summe 2026		54.200	330.000	0	384.200	18.628.700
	Summe 2025		54.200	330.000	0	384.200	18.081.800
	2026 mehr(+) / weniger(-)		0	0	0	0	+546.900

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
1.262.900	5.500		39.400	1.416.800	21.353.300	-20.969.100	0	16 01
1.262.900	5.500		39.400	1.416.800	21.353.300	-20.969.100	0	
1.072.200	5.500		89.400	1.391.600	20.640.500	-20.256.300	0	
+190.700	0		-50.000	+25.200	+712.800	-712.800	0	

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

119 01	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit	28.700	28.700	28.700
			28.700		

Erläuterungen:

Der Präsident des LRH vertritt das Land Sachsen-Anhalt ab 1. Januar 2017 als Mitglied und Vorsitzender einer Arbeitsgruppe in der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes der Rundfunkanstalten (KEF). Nach § 9 NVO LSA sind entsprechende Entgelte aus Nebentätigkeiten abzuführen.

119 06	011	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen	13.500	0	0
			4.676		

Erläuterungen:

Die Absenkung im EP 16 resultiert aus der Übergabe der Bewirtschaftung der Parkflächen ab dem 01.01.2025 an den LB BLSA.

119 07	011	Einnahmen aus Kostenbeteiligungszahlungen anderer Rechnungshöfe	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 16 01 Titel 533 62.

Erläuterungen:

Die Erstellung eines Auswertungstools soll in Kooperation mit anderen Rechnungshöfen erfolgen. Die Vereinnahmung der Kostenbeteiligung der anderen Rechnungshöfe soll hier erfolgen.

119 41	011	Rückzahlung von Überzahlungen	0	0	0
			0		

119 46	011	Ersatzleistungen	20.000	25.000	25.000
			35.653		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückforderungsansprüchen an die KEF. Die Aufwendungen des LRH für den Einsatz von Mitarbeitern für die KEF werden erstattet.
Einnahmen des LRH aus Rückforderungsansprüchen von Drittschuldnern.

119 51	011	Vermischte Einnahmen	500	500	500
			24.615		

124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	0	0	0
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0	0	0
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0	0	0
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	0	0	0
5. Sonstige Mieten und Pachten	0	0	0
Summe	0	0	0

129 01	011	Zuschuss von der EURORAI	0	0	0
			0		

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

235 01	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0 0	0	0
281 01	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	330.000 373.215	330.000	330.000
382 01	891	Erstattungen von Aufwendungen für Job-Tickets durch die Bediensteten	0 0	0	0

*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 1601 Titel 982 01

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	8.773.300 8.337.461	9.662.300 0	9.856.800 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	8.773.300	9.662.300	9.856.800
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
Summe		8.773.300	9.662.300	9.856.800

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

427 02	011	Vergütungen an Praktikantinnen und Praktikanten	0 0	4.500 0	4.500 0

Erläuterungen:

Vergütungen an Praktikantinnen und Praktikanten, die für den Erwerb von beruflichen Fertigkeiten, Kenntnissen und Erfahrungen ein Praktikum beim Landesrechnungshof ableisten. Das Angebot von Praktika dient der praktischen Wissensvermittlung und ist eine Möglichkeit zukünftige Fachkräfte aufgrund des Fachkräftemangels frühestmöglich für eine Tätigkeit beim Landesrechnungshof zu gewinnen. Geplant sind insbesondere Praktika für Studierende in wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen.

427 31	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	0 0	0 0	0 0

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.215.900 2.303.136	3.224.900 0	3.249.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0	0	0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.215.900	3.224.900	3.249.300
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		3.215.900	3.224.900	3.249.300

432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.289.800 3.123.956	3.655.100 0	3.784.300 0

432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	213.300 270.857	361.500 0	406.800 0

441 02	011	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	335.900 303.394	359.900 0	388.200 0

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 441 02

Erläuterungen:

Zur Bewilligung von Beihilfen an Landesbedienstete gem. § 3 BesVersEG LSA.

441 05	011	Beihilfen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
443 01	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	6.600 2.198	2.200 0	2.200 0
443 02	011	Amtsärztliche Untersuchungen	28.000 14.229	30.400 0	30.400 0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind auch die Kosten in Höhe von insgesamt jährlich 25.000 Euro gemäß dem Abschluss von Dienstleistungsverträgen mit einer Laufzeit von drei Jahren und zwei Verlängerungsoptionen von jeweils einem Jahr zur Inanspruchnahme und Wahrnehmung der Aufgaben nach §§ 3 ff. ArbSchG i. V. m. § 2 Abs. 1, § 5 Abs. 1 und § 16 ASiG i. V. m. § 2 Abs. 1 DGVV Vorschrift 2, der ArbMedVV sowie der §§ 3 und 10 BetrSichV i. V. m. DIN EN 131 zur betriebsärztlichen und arbeitssicherheitstechnischen Beratung und Betreuung der Bediensteten durch Betriebsärzte und Fachkräfte für die Arbeitssicherheit.
 Ansatzanstieg wegen Beauftragung von ärztlichen Gutachterdiensten außerhalb des Landesdienstes.

443 06	011	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0 0	0 0	0 0
443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	2.600 0	2.800 0	2.800 0
446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	581.700 523.232	773.700 0	898.900 0
453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	3.000 0	1.500 0	1.500 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Trennungsgeld	3.000	1.500	1.500
2.	Umzugskostenvergütungen	0	0	0
Summe		3.000	1.500	1.500

453 11	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	3.000 0	3.000 0	3.000 0

Erläuterungen:

Hospitationen bei anderen Rechnungshöfen.

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	179.600 114.625	130.400 0	148.700 0

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Geschäftsbedarf	141.100	91.900	110.200
2.	Kommunikation	21.500	21.500	21.500
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000	10.000	10.000
4.	Sonstiges	7.000	7.000	7.000
	Summe	179.600	130.400	148.700

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	15.800	16.800	16.800
			11.415	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Haltung von Fahrzeugen	4.700	4.700	4.700
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	100	100	100
3.	Verbrauchsmittel	9.000	10.000	10.000
4.	Sonstiges	2.000	2.000	2.000
	Summe	15.800	16.800	16.800

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2023	Soll 2024	2025 erforderlich	2026 erforderlich
Pkw	5	5	5	5
Zusammen	5	5	5	5

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	117.600	112.800	112.800
			197.548	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	0	0	0
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	89.700	84.200	84.200
4.	Bewachung	14.000	14.700	14.700
5.	Sonstiges	13.900	13.900	13.900
	Summe	117.600	112.800	112.800

517 30	012	Nebenkostenzahlungen an den Landesbetrieb BLSA	154.500	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Anpassung aufgrund der Beendigung des Mieter-Vermieter-Modells.

518 01	011	Mieten und Pachten	600	0	0
			0	0	0

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	600	0	0
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	0	0	0
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	600	0	0

518 13	011	Leasing für Dienstkraftfahrzeuge	21.000	27.500	27.500
			18.038	0	0

Erläuterungen:

Leasingraten für 5 Dienstkraftfahrzeuge
Überführungskosten für 5 Dienstkraftfahrzeuge

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Leasingraten	17.800	19.200	19.200
2.	Überführungskosten	3.200	8.300	8.300
	Summe	21.000	27.500	27.500

Ermittlung der Beschaffungshöchstpreise für den Erwerb/Leasing für die HHJ 2025/2026 gem. Anlage 6 HTR-LSA.

518 30	011	Mietzahlungen an das BLSA	391.400	0	0
			328.949	0	0

Erläuterungen:

Anpassung aufgrund der Beendigung des Mieter-Vermieter-Modells.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Miete	374.400	0	0
2.	Stellplatzmiete	13.800	0	0
3.	Garagenmiete	3.200	0	0
	Summe	391.400	0	0

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	0	0
			0	0	0

522 01	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	14.000	0	0
			0	0	0

525 01	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	65.000	65.000	75.000
			61.363	0	0

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	20.000	20.000	20.000
			823	0	0

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	113.000	110.000	120.000
			85.385	0	0

527 03	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	1.200	1.200	1.200
			1.791	0	0

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

529 01	011	Verfügungsmittel des Präsidenten	7.500	7.500	7.500
			2.268	0	0

529 02	011	Verfügungsmittel des Landesrechnungshofes	12.000	12.000	2.500
			1.208	0	0

Erläuterungen:

Der Präsident des Landesrechnungshofes ist turnusmäßig von 2024 bis 2025 Vorsitzender der Konferenz der Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder. Damit ist der Ansatz von 2024 auch in 2025 fortzuführen. Weiterhin ist der ursprüngliche Ansatz in Höhe von 2.000 EUR für die Regionalkonferenzen mit den Rechnungshöfen der neuen Bundesländer und für sonstige überregionale Verpflichtungen veranschlagt.

531 01	011	Veröffentlichungen	0	0	0
			0	0	0

532 01	011	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	5.500	1.500	1.500
			543	0	0

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	3.500	3.500	3.500
			2.276	0	0

534 01	011	Ausrichtung von Veranstaltungen im Rahmen von EURORAI	0	0	0
			0	0	0

537 01	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	15.000	15.000	3.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Erforderliche Mittel für Umsetzungen von Büroeinrichtungen in den Liegenschaften Dessau, Kavalierstraße 31. Da sich der Umzug durch Bauverzögerung nach 2025 verschoben hat, werden die Umzugskosten erst in 2025 der Außenstelle Magdeburg von der Ernst-Reuter-Allee 34-32 in die Haeckelstraße 5 benötigt.

542 01	011	Umsatzsteuer	0	2.000	2.000
			0	0	0

546 01	011	Sonstiges	500	500	500
			441	0	0

681 01	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			9	0	0

685 01	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	5.500	5.500	5.500
			5.400	0	0

Erläuterungen:

Der LRH ist Mitglied der Europäischen Organisation der regionalen Institutionen zur Kontrolle des öffentlichen Finanzwesens - EURORAI - und korrespondierendes Mitglied bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement - KGSt -, Mitglied beim Kommunalen Arbeitgeberverband Sachsen-Anhalt e. V. - KAV - sowie Mitglied beim Institut der Rechnungsprüfer e. V. - IDR -.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Mitgliedsbeitrag EURORAI	2.100	2.100	2.100
2.	Mitgliedsbeitrag KGSt	3.000	3.000	3.000
3.	Mitgliedsbeitrag KAV	250	250	250
4.	Mitgliedsbeitrag IDR	150	150	150
	Summe	5.500	5.500	5.500

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

811 01	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

812 15	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	129.000	89.400	39.400
			0	0	0

Erläuterungen:

Bei der KNUE-Planung zur Außenstelle Magdeburg für das Dienstgebäude in der Haeckelstraße 5 wurden Haushaltsmittel für Küchenmöbel vom BLSA berücksichtigt. Aufgrund der gestiegenen Baukosten wurde der LRH gebeten die Kosten der Küchenmöbel in Höhe von 50.000 € für 2025 im Epl. 16 zu veranschlagen.
Weiterhin soll eine schrittweise Erneuerung der Büromöbelausstattung im Dienstgebäude Dessau-Roßlau erfolgen.

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	887.000	1.391.600	1.416.800
			824.451	0	0

Erläuterungen:

Die Zuführungen an den Pensionsfonds nach § 5 Abs. 2 des Pensionsfondsgesetzes (Neuverbeamtung) sind dezentral unter Berücksichtigung der Pensionsfonds-Zuführungsverordnung vom 9. Februar 2008 (GVBl. LSA S.64) zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.01.2024 (GVBl. LSA S.25) zu veranschlagen.

982 01	891	Zahlungen für Job-Tickets an die Verkehrsunternehmen	0	0	0
			0	0	0

*** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 1601 Titel 382 01. Soweit bei Fälligkeit der Zahlungen des Landes Sachsen-Anhalt die Erstattungen bei Titel 382 01 noch nicht oder noch nicht in voller Höhe eingegangen sind, dürfen die Ausgaben ausnahmsweise - ohne das Verfahren nach § 37 LHO - in der unbedingt erforderlichen Höhe geleistet werden.
Die Ausgaben sind in diesem Falle zu Lasten des Deckungskreises der OGr. 51 bis 54 gemäß § 9 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 2015/2016 zu erwirtschaften.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Fürsorgepflicht bemüht sich das Land Sachsen-Anhalt für seine Bediensteten um preisgünstige Job-Tickets der DB Vertrieb GmbH. Als Partner für die abzuschließenden Verträge kommt nach den Bedingungen der DB Vertrieb GmbH nur das Land Sachsen-Anhalt in Betracht, das sich gemäß § 5 Abs.1 Satz 3 des Vertrages mit der DB Vertrieb GmbH dazu verpflichtet, ausstehende Forderungen des Vertragspartners gegenüber den Bediensteten nach zweimaliger Mahnung zu übernehmen. Das Land sichert seine Ansprüche jeweils im konkreten Einzelfall durch eine Gehaltsabtretungserklärung des zahlungspflichtigen Bediensteten.

Da die Ticketnutzer im Innenverhältnis den Gegenwert des verauslagten Forderungsbetrages gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt zu erstatten haben, liegt ein Fall sog. "durchlaufender Gelder" vor.

In Einnahme und Ausgabe sind hierfür jeweils Leertitel ausgebracht, da die Höhe der anfallenden Beträge nicht bekannt ist. Die Ausgabeermächtigung bemisst sich nach der Isteinnahme. Vorsorglich wird durch Haushaltsvermerk die Übernahme auf Deckungsmittel der jeweiligen Kapitel des Deckungskreises gemäß § 9 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2015/2016 zugelassen, wenn in Sonderfällen - trotz Abtretungserklärung - die Erstattung durch den Ticketerwerber unmöglich werden sollte. Der Titel 982 01 wird nicht Bestandteil des Deckungskreises, gleichwohl reduzieren die Ausgaben bis zum Zahlungseingang bei Titel 382 01 vorübergehend das Haushaltssoll des Deckungskreises der OGr. 51 bis 54.

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

62 Einführung der elektronischen Verwaltungsarbeit im Landesrechnungshof (eVA-LRH)

Erläuterungen:

Beim Landesrechnungshof ist seit dem 6. April 2017 die Projektgruppe eVA-LRH eingerichtet. Ziel des Projektes ist es, die Erledigung der Prüf- und Beratungsaufgaben des Landesrechnungshofes sowie seiner sonstigen Aufgaben durch die Einführung geeigneter IKT-Anwendungen zu unterstützen und zukunftsfähig zu gestalten. Das Projekt eVA-LRH wird im Ergebnis der Voruntersuchung in drei Teilprojekten fortgeführt. Mit dem ersten Teilprojekt wurde in 2021 die E-Akte und E-Basisvorgangsbearbeitung beim Landesrechnungshof eingeführt. Seit 2022 werden Anpassungsbedarfe umgesetzt und Nachschulungen durchgeführt. Die Arbeiten zu den weiteren Teilprojekten (E-Vorgangsbearbeitung für ausgewählte Kernprozesse und Wissensmanagement) wurden E-Akten-spezifisch aufgenommen und werden in 2025/2026 fortgesetzt. In 2023 wurde das Projekt um zwei Teilprojekte erweitert. Für die Entwicklung eines Auswertungstools zur Unterstützung der Prüfung von elektronischen Akten wurden die konzeptionellen Arbeiten begonnen. Ebenso soll der Einsatz neuer Prüfungssoftware für den Bereich der Überörtlichen Kommunalprüfung erprobt werden.

Die veranschlagten Mittel verteilen sich über die Teilprojekte wie folgt:

		2025	2026
1.	eVA.1	0	0
2.	eVA.2	0	0
3.	eVA.3	0	0
4.	eVA.4	90.000	90.000
5.	eVA.5	27.000	130.800
Zusammen		117.000	220.800

511 62	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			33	0	0

Übertragbar

518 62	011	Mieten und Pachten	100.000	0	103.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Lizenzgebühren für den Einsatz neuer Prüfungssoftware.

525 62	011	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	9.000	11.000	11.000
			3.927	0	0

Übertragbar

533 62	011	Dienstleistungen Außenstehender	179.300	106.000	106.800
			13.279	0	0

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 16 01 Titel 119 07.

Erläuterungen:

Beratungs- und Unterstützungsbedarf besteht für die Fortführung des Projektes hinsichtlich der besonderen technischen Unterstützung von ausgewählten Kernprozessen des Landesrechnungshofes sowie zur konzeptionellen Aufbereitung und Umsetzung eines Wissensmanagements im Landesrechnungshof. Desweiteren soll die Erarbeitung einer IT-Lösung für die Prüfung von Akten in VIS-Suite erfolgen. Die Beratungs- und Unterstützungsleistungen hierzu sollen durch Dataport AöR erbracht werden, soweit deren Leistungsfähigkeit gesichert und wirtschaftlich ist.

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

812 62	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			288.300	117.000	220.800
				0	0

99 Kosten für Informations- und Kommunikationstechnik

Erläuterungen:

Ausgaben für Datenverarbeitung zur Sicherung der Durchsetzung der IT-Konzeption des LRH.

511 99	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs - und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			150.522	0	0

514 99	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

518 99	011	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Lizenzgebühren

525 99	011	Aus- und Fortbildung für die maschinelle Aufbereitung	0	0	0
			10.627	0	0

533 99	011	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			92.345	0	0

547 99	011	IT-Budget	497.900	429.500	499.600
			0	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	IT Budget für 172 IT-Arbeitsplätze	228.900	244.800	255.000
2.	Prüfungssoftware/Datenanalysetools	15.000	15.000	15.000
3.	Weiterentwicklung des Intranets	5.000	5.000	5.000
4.	Hosting Internetdienste	8.000	6.000	6.000
5.	Überarbeitung Internetauftritt	3.000	3.000	3.000
6.	Weiterentwicklung Zeiterfassung und Zutrittskontrollsystem	5.000	3.000	3.000
7.	Mobiler Arbeitsplatz	43.000	44.700	45.600
8.	IT-Sicherheit	10.000	10.000	10.000
9.	Pflege Fachverfahren	85.000	98.000	102.000
10.	Umzug Außenstelle Magdeburg	95.000	0	0
11.	Umsetzung WLAN-Konzept	0	0	55.000
Summe		497.900	429.500	499.600

Die Erhöhung des Ansatzes ergibt sich insbesondere durch den einmaligen Mehraufwand, der mit dem Umzug der Außenstelle Magdeburg verbunden ist. Weiterhin wurden Preissteigerungen bei der Beschaffung von Hard- und Software und IT-Dienstleistungen im Rahmen des IT-Betriebs berücksichtigt.

812 99	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			124.487	0	0

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 99			497.900	429.500	499.600
				0	0

16 Landesrechnungshof
16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	62.700	54.200	54.200
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	330.000	330.000	330.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		392.700	384.200	384.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	16.453.100	18.081.800	18.628.700
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.923.900	1.072.200	1.262.900
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.500	5.500	5.500
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	129.000	89.400	39.400
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	887.000	1.391.600	1.416.800
			0	0
Gesamtausgabe		19.398.500	20.640.500	21.353.300
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-19.005.800	-20.256.300	-20.969.100

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 16 01 Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B9	Präsident oder Präsidentin des Landesrechnungshofes	1	1	1
B6	Vizepräsident/-in des LRH	1	0	0
B6	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Landesrechnungshofes	0	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in des Landesrechnungshofes	4	0	0
B5	Ministerialdirigentin oder Ministerialdirigent beim Landesrechnungshof	0	4	4
B2	Ministerialrat/-rätin	6	0	0
B2	Ministerialrätin oder Ministerialrat beim Landesrechnungshof	0	6	6
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Ministerialrat/-rätin	7	0	0
A16	Ministerialrätin oder Ministerialrat beim Landesrechnungshof	0	6	6
A15	Regierungs-, Bau-, Forstdirektor/-in	16 ¹⁾	16 ¹⁾	16
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Bauoberrat/-rätin	15	15	15
A13 L2.1	Oberrechnungsrat/-rätin	56 ²⁾	56 ²⁾	57
A12	Rechnungsrat/-rätin	36	36	34
A11	Regierungs-, Steueramtmann/-amtfrau	2	3	2
A9 L1.2	Regierungsamts-, Justizamtsinspektor/-in	2	1	1
Summe :		146	145	143
LEERSTELLEN				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1	1	1
A13 L2.1	Oberrechnungsrat/-rätin	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		2	2	2

1) davon 1 Planstelle Stellenreserve

2) davon 1 Planstelle Stellenreserve

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	B6											1	-1	
2	B6											1	+1	
3	B5											4	-4	
4	B5											4	+4	
5	B2											6	-6	
6	B2											6	+6	
7	A16		1										-7	Änderung der Verwaltungsstruktur
8												6		
9	A16											6	+6	
10	A11							1					+1	Hebung von A9 L1.2; Änderung der Verwaltungsstruktur
11	A9 L1.2								1				-1	Hebung nach A 11; Änderung der Verwaltungsstruktur
Ohne TG 96			1					1	1			17	-1	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
12	A13 L2.1					1							+1	Vollzug ku-Vermerk
13	A12		2										-2	
14	A11						1						-1	Vollzug ku-Vermerk
Ohne TG 96			2			1	1						-2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle A11 in A13 L2.1 am 01.12.2025 Umwandlung mit Eintritt des Stelleninhabers in den Ruhestand (aus HH 2024)

428 01

EntgeltGruppe

		2024	2025	2026
E 12	Technischer Dienst	2	2	2
E 12	Prüfdienst	6	6	6
E 10	Technischer Dienst	2	2	2
E 9b	Verwaltungsdienst	0	3 ¹⁾	3 ¹⁾
E 9b	Technischer Dienst	0	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	2 ¹⁾	0	0
E 9a	Verwaltungsdienst	1	2	2
E 8	Verwaltungsdienst	2	0	0
E 6	Verwaltungsdienst	1	0	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 5	Hausmeisterdienst	1	0	0
E 5	Techn. Dienst	0	3	3
E 5	Verwaltungsdienst	5	5	5
E 4	Kraftfahrdienst	2	0	0
Summe :		24	24	24

- 1) Die Vorzimmerkraft des Präsidenten des Landesrechnungshofs erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Ein-spar-un-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 9b							1				3	+3	Änderung der Verwaltungsstruktur
2	E 9b												+1	Hebung von E 8; Änderung Verwaltungsstruktur
3	E 9b							1					-2	1 Hebung aus E 8
4												3		Änderung der Verwaltungsstruktur
5	E 9a							1					+1	Hebung von E 6; Änderung Verwaltungsstruktur
6	E 8								1				-2	1 Hebung nach E9b
7									1					Hebung nach E 9b; Änderung Verwaltungsstruktur
8	E 6									1			-1	Hebung nach E 9a; Änderung Verwaltungsstruktur
9	E 5											1	-1	Änderung Verwaltungsstruktur
10	E 5							2					+3	Hebung von E 4; Änderung Verwaltungsstruktur
11												1		Änderung Verwaltungsstruktur
12	E 4								2				-2	Hebung nach E 5; Änderung Verwaltungsstruktur
Ohne TG 96								5	5			4	0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

[illegible]

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 17

**Staatskanzlei und Ministerium für Kultur -
Kultur -**

Vorwort zum Einzelplan 17

A. Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Sachsen-Anhalt wird wesentlich über die herausragende Bedeutung seiner Kultur und Geschichte wahrgenommen. Die Zuordnung des Bereiches Kultur zur Staatskanzlei und die Einrichtung des Einzelplans 17 – Kultur – unterstreichen diese Bedeutung und dienen dem Ziel, die Kulturpolitik in ihrer übergeordneten Bedeutung herauszustellen.

Grundlage der Kulturpolitik in Sachsen-Anhalt ist Art. 36 der Landesverfassung. Die Koalitionsvereinbarung formuliert für die 8. Legislaturperiode Ziele, die zu einer stärkeren Herausstellung des kulturellen Reichtums des Landes führen. Der kulturelle Reichtum in Kunst und Kultur ist zu bewahren und zukunftsfähig zu gestalten.

Kulturelle und künstlerische Traditionen des Landes sowie Äußerungen gegenwärtiger Kunst und Kultur sollen durch das Land erhalten, unterstützt und ermöglicht werden, sofern ein entsprechendes Landesinteresse besteht. Kunst und Kultur sollen einer breiten Bevölkerung und insbesondere Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden. Die kulturelle Infrastruktur des Landes ist zu erhalten und das Wissen in der Bevölkerung um die Kultur und Geschichte des Landes zu stärken, auch durch Beiträge der Wissenschaft. Damit trägt die Kultur zur Lebensqualität in den Städten und im ländlichen Raum bei. Die Kulturgüter und kulturellen Leistungen des Landes sollen deutschlandweit und international breiter bekannt werden und damit die Anziehungskraft des Landes erhöhen.

B. Zentrale Zielsetzung in den Politischen Handlungsbereichen

Der Einzelplan 17 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Bereich Kultur - für folgende Kapitel:

Kapitel 1702	Allgemeine Bewilligungen
	Es sind allgemeine Bewilligungen zusammengefasst, die sich im Kulturbereich aus dem Zusammenwirken mit anderen Ländern und/oder dem Bund ergeben, die den weiteren Kapiteln nicht zuzuordnen sind.
Kapitel 1710	Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt
	Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt als staatliche Stiftung des öffentlichen Rechts im Kulturbereich (Landeskulturstiftung, siehe auch Kapitel 1776) trägt durch ihre Arbeit dazu bei, das Wissen um die Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur und die Menschenrechtsverletzungen während der Zeit der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur zu bewahren und weiterzutragen. Zu diesem Zweck unterhält die Stiftung sieben Gedenkstätten in eigener Trägerschaft und engagiert sich in der Erinnerungskultur.
Kapitel 1775	Institutionelle Förderung
	Finanzielle Unterstützung des laufenden Geschäftsbetriebs von Vereinen und Verbänden, die die verschiedenen Kultursparten im Land Sachsen-Anhalt repräsentieren und Aufgaben wahrnehmen, an denen ein besonderes Landesinteresse besteht.
Kapitel 1776	Stiftungen des Kulturbereiches
	Die Landeskulturstiftungen sind ausschließlich dazu bestimmt, öffentliche Aufgaben zu erfüllen und sind mit dem Land organisatorisch verbunden. Damit korrespondiert aus den jeweiligen Errichtungsgesetzen und öffentlich-rechtlichen Stiftungsakten eine besondere Finanzierungsverpflichtung des Landes als Gewährsträger. Eine besondere Aufgabe bei der Pflege des kulturellen Erbes kommt den staatlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts im Kulturbereich (Landeskulturstiftungen) zu. Sie betreuen als Teil der Landesverwaltung herausragende Bereiche der Kulturlandschaft, entwickeln sie weiter und leisten u. a. nachhaltige Beiträge zur Denkmalpflege. Die UNESCO-Welterbestätten und ihre tragenden Stiftungen sind wichtige Leuchttürme in der Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts, deren Erhalt durch zukunftsorientierte Maßnahmen unter den Bedingungen des Klimawandels bewältigt werden müssen.
Kapitel 1783	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte
	Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie ist eine nachgeordnete Dienststelle der Staatskanzlei und des Ministeriums für Kultur. Dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie obliegt die hoheitlich-rechtliche Aufgabe der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes, die fachliche Beratung, Fürsorge und Koordinierung in diesen Bereichen sowie in der Landesgeschichte. Denkmalpflege und Denkmalschutz dienen dazu, Kulturdenkmale als Quelle und Zeugnis menschlicher Geschichte und erdgeschichtlicher Entwicklung zu schützen und zu erhalten sowie darauf hinzuwirken, dass sie in die städtebauliche und dörfliche Entwicklung sowie in die Raumordnung, Landschaftspflege und Entwicklung denkmalgerechter Zukunftstechnologien einbezogen werden. Darüber hinaus gehört das Landesmuseum für Vorgeschichte, zum Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie. Als Teil der archäologischen Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt beherbergt das Museum eine der ältesten, umfangreichsten und bedeutendsten archäologischen Sammlungen in Deutschland. Zum umfangreichen Sammlungsbestand von mehr als 15 Millionen Funden gehören zahlreiche Stücke weltweiten Ranges, wie beispielsweise die berühmte Himmelsscheibe von Nebra. Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie gewährleistet mit dem Institut für Landesgeschichte die Voraussetzungen für die Pflege und Erforschung der Landesgeschichte in Kooperation mit der Historischen Kommission und den Hochschulen des Landes.

Kapitel 1784 Theater und Orchester

Auf der Grundlage von Verträgen für den Zeitraum 2024 bis 2028 werden durch das Land *sieben* Theaterstandorte und die Orchesterstandorte Schönebeck und Wernigerode finanziell unterstützt. Zudem werden Mittel für die Erhaltung der bühnengebundenen Infrastruktur und für die Basis-, Projekt- und Einstiegsförderung freier Theatergruppen und –initiativen bereitgestellt.

Kapitel 1785 Denkmalpflege

Es sind Mittel für die allgemeine Denkmalpflege, zur Erhaltung und Instandsetzung von Kulturdenkmalen gemäß Denkmalschutzgesetz sowie Mittel für Zwecke, die mit Auflagen der UNESCO verbunden sind und für die Stärkung der kulturpolitischen und kulturtouristischen Ziele des Landes eingesetzt werden, veranschlagt. Diese werden auch für die Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln sowie für die Erforschung und modellhafte Umsetzung einer denkmalverträglichen Klimaanpassung eingesetzt.

Kapitel 1786 Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut

Museen und Sammlungen bewahren Kultur und ermöglichen ihre Erforschung, Präsentation und öffentliche Wahrnehmung. Die Förderung musealer Projekte wird weiterhin im Fokus der Fördertätigkeit stehen. Dabei ist u.a. den Auflagen der UNESCO zu entsprechen, dies betrifft neben der denkmalgerechten Pflege des Welterbes im Besonderen die Vermittlung und Bewerbung des kulturellen Erbes insbesondere der UNESCO-Stätten. Die Provenienzforschung wird unterstützt, hier insbesondere die Forschung zur Entziehung von Kulturgut in der NS-Zeit, zu Entziehungskontexten zur Zeit der SBZ/DDR und der Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten. Dem Schutz von Kunst- und Kulturgut kommt in Zukunft steigende Bedeutung zu. Die Etablierung eines flächendeckenden Kulturgutschutzes und der Ausbau der Kompetenz zur Umsetzung des Kulturgutschutzgesetzes werden befördert.

Kapitel 1787 Kunst und Kultur

Finanzielle Unterstützung von Maßnahmen im künstlerischen und kulturellen Bereich, insbesondere auf den Gebieten Traditions- und Heimatpflege, Literatur, Soziokultur, Industriekultur, bildende und angewandte Kunst, bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich, kommunale öffentliche Bibliotheken, Musik, Musikschulen, Kunst- und Kulturprojekte mit Kindern und Jugendlichen, internationaler Kulturaustausch, Digitalisierung, Grünes Band, Förderung des musikalischen Nachwuchses, Kunst und Designland Sachsen-Anhalt sowie Kulturtourismus.

Zu den politischen Handlungsbereichen der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur – Einzelplan 17 gehören beispielhaft:

- Musikland Sachsen-Anhalt und Festivals
- Traditions- und Heimatpflege
- Erinnerungskultur
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements
- Kinder- und Jugendkultur, Soziokultur
- Pflege des jüdischen Erbes
- Literaturförderung
- Digitalisierung in der Kultur
- Denkmalschutz
- Kirche als Nutzer und Eigentümer von Kulturdenkmalen
- Gedenken 500 Jahre Bauernkrieg und 500. Todestag Thomas-Müntzer 2025
- Raumplanung und Landesentwicklung in ihren Auswirkungen auf die Kulturlandschaften und Kulturdenkmale nach § 2 DenkmSchG LSA
- Industriekultur
- Kulturgutschutz und Umgang mit Kulturgut aus unrechtmäßigen Entziehungskontexten
- Kulturtourismus und Landesmarketing für kulturelle Destinationen, insbesondere UNESCO-Stätten
- Internationale Zusammenarbeit

Klima- und Energiekonzept Sachsen-Anhalt:

Die Ziele des Klima- und Energiekonzeptes Sachsen-Anhalt (KEK) berücksichtigen die Belange des Kulturbereiches insbesondere im Bereich des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege. Beim Ausbau erneuerbarer Energien sind die Kulturdenkmale und ihre Umgebung im Einklang mit dem Denkmalschutz und unter Beachtung der Schutzverpflichtungen des Landes für die UNESCO-Welterbestätten zu bewahren. Maßnahmen der energetischen Sanierung sollen mit den Denkmalbehörden des Landes einvernehmlich abgestimmt werden. Nach dem KEK werden insbesondere folgende Maßnahmen im Handlungsfeld Gebäude im Einklang mit dem Denkmalrecht des Landes und in kontinuierlicher Abstimmung mit dem Denkmalfachamt erfolgen:

- B 2.7 Klimaschutz in Kirchen und kirchlich genutzten Räumen
- B 3.1 Energetische Sanierung der Landesliegenschaften
- B 3.2 Einsatz erneuerbarer Energien in den Landesliegenschaften

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Strukturförderung sind die verschiedenen Querschnittsziele zu beachten und umzusetzen.

Genderziel als Querschnittsziel:

Genderziele finden in den geförderten Maßnahmen des Einzelplans 17 als Nebenziele Anwendung. Zur Verbesserung der beruflichen Chancen - insbesondere von Frauen im Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie – werden die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Maßnahmen, wie zum Beispiel flexible Arbeitszeiten und Regelungen zur Teleheimarbeit, gestärkt. Im nachgeordneten Geschäftsbereich der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur ist eine ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte und deren Stellvertreterin im Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie gewählt worden.

Bei der Förderung künstlerischer und kultureller Projekte nach der Kulturförderrichtlinie Sachsen-Anhalt wird die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter am kulturellen und künstlerischen Leben berücksichtigt. Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur leistet damit einen Beitrag zur Umsetzung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt.

Tabelle zum Gender Marker:

Der Gender Marker stellt die geplante Inanspruchnahme des finanziellen Ermächtigungsrahmens bezogen auf das Querschnittsziel zur „Herstellung der Chancengleichheit von Männern und Frauen“ dar.

	GG2 = Gender als Hauptziel	GG1 = Gender als Nebenziel	GG0 = Gender kein Ziel
Gesamtsumme Haushaltsansatz in Euro im Haushaltsjahr 2025	0 EUR	17.609.100 EUR	174.682.000 EUR
Gesamtsumme Haushaltsansatz in Euro im Haushaltsjahr 2026	0 EUR	17.237.000 EUR	175.722.600 EUR

C. Organisatorische und sonstige Veränderungen

keine

D. Hochbaumaßnahmen

Mittel für die Bauunterhaltung sowie Kleine und Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten werden für den Geschäftsbereich der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur im Einzelplan 20 – Hochbau –, Kapitel 2003 veranschlagt.

E. EU-Förderung

Kofinanzierungsmittel (Landesanteil) der EU-Mittel für die Förderung von Maßnahmen in der Förderperiode 2021-2027 werden im Einzelplan 17 nicht veranschlagt.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
17 02	Allgemeine Bewilligungen		0			0	
17 04	Bauhausjubiläum 2019		0			0	
17 10	Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt		0			0	
17 75	Institutionelle Förderung		59.000			59.000	
17 76	Stiftungen des Kulturbereiches		0			0	
17 83	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte		392.000	69.000	0	461.000	14.960.900
17 84	Theater und Orchester		0			0	
17 85	Denkmalpflege		70.000	0		70.000	
17 86	Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut		90.000			90.000	
17 87	Kunst und Kultur		254.000	0		254.000	
	Summe 2025		865.000	69.000	0	934.000	14.960.900
	Summe 2024		836.000	0	0	836.000	13.963.500
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+29.000	+69.000	0	+98.000	+997.400

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
341.700	1.591.000	0	0		1.932.700	-1.932.700	7.007.700	17 02
					0	0	0	17 04
	4.555.200		600.000		5.155.200	-5.155.200	0	17 10
	4.162.200				4.162.200	-4.103.200	0	17 75
	46.426.100		17.984.200		64.410.300	-64.410.300	19.236.100	17 76
6.226.200	8.100	0	1.221.800	2.100	22.419.100	-21.958.100	0	17 83
1.000	54.112.800		190.000		54.303.800	-54.303.800	4.234.800	17 84
228.200	401.000		9.693.400		10.322.600	-10.252.600	3.110.000	17 85
5.000	2.570.900		2.100.000		4.675.900	-4.585.900	2.604.000	17 86
278.000	17.102.400		7.528.900		24.909.300	-24.655.300	7.430.000	17 87
7.080.100	130.929.700	0	39.318.300	2.100	192.291.100	-191.357.100	43.622.600	
9.603.100	127.265.900	0	61.744.800	50.400	212.627.700	-211.791.700	101.475.800	
-2.523.000	+3.663.800	0	-22.426.500	-48.300	-20.336.600	+20.434.600	-57.853.200	

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
17 02	Allgemeine Bewilligungen		0			0	
17 04	Bauhausjubiläum 2019		0			0	
17 10	Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt		0			0	
17 75	Institutionelle Förderung		59.000			59.000	
17 76	Stiftungen des Kulturbereiches		0			0	
17 83	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte		587.000	37.200	0	624.200	14.751.000
17 84	Theater und Orchester		0			0	
17 85	Denkmalpflege		70.000	0		70.000	
17 86	Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut		90.000			90.000	
17 87	Kunst und Kultur		254.000	0		254.000	
	Summe 2026		1.060.000	37.200	0	1.097.200	14.751.000
	Summe 2025		865.000	69.000	0	934.000	14.960.900
	2026 mehr(+) / weniger(-)		+195.000	-31.800	0	+163.200	-209.900

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
341.700	2.409.900	0	0		2.751.600	-2.751.600	853.300	17 02
					0	0	0	17 04
	4.625.300		600.000		5.225.300	-5.225.300	31.604.300	17 10
	4.851.700				4.851.700	-4.792.700	5.197.300	17 75
	47.065.500		20.516.400		67.581.900	-67.581.900	192.985.200	17 76
7.012.700	8.100	0	1.459.600	2.100	23.233.500	-22.609.300	0	17 83
1.000	57.143.600		219.900		57.364.500	-57.364.500	3.448.400	17 84
135.000	406.000		7.035.500		7.576.500	-7.506.500	5.290.000	17 85
5.000	1.590.700		750.000		2.345.700	-2.255.700	3.650.000	17 86
90.500	15.345.500		6.592.900		22.028.900	-21.774.900	9.210.000	17 87
7.585.900	133.446.300	0	37.174.300	2.100	192.959.600	-191.862.400	252.238.500	
7.080.100	130.929.700	0	39.318.300	2.100	192.291.100	-191.357.100	43.622.600	
+505.800	+2.516.600	0	-2.144.000	0	+668.500	-505.300	+208.615.900	

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Ausgaben aller Kapitel mit Ausnahme des Kapitels 1783.
Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur ist berechtigt innerhalb des Einzelplanes 17 bei einem Titel der Hauptgruppe 5 bis 8 ohne 100%igen Drittmittelanteil nicht mehr benötigte Haushaltsmittel zu anderen Zweckbestimmungen umzusetzen. Dabei sind vorrangig Ansätze für Investitionen zu verstärken. Übersteigt dabei im Einzelfall die Höhe der umzusetzenden Haushaltsmittel 300.000 Euro, werden die Haushaltsansätze unter fachlicher Bewertung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur und mit Zustimmung des Ausschusses für Finanzen verstärkt.

Einnahmen

119 41	187	Rückzahlungen aus Überzahlungen	0 12.179	0	0
119 42	045	Rückzahlungen aus Überzahlungen	0 10.462	0	0
119 51	187	Vermischte Einnahmen	0 6	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	188	Ausgaben für Studien, Gutachten und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Der Titel wird vorsorglich für Steuerberatungsleistungen veranschlagt.

526 03	187	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	7.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Gemäß Beschluss der 286. Sitzung des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz war Sachsen-Anhalt verpflichtet, eine Sitzung des Kulturausschusses in 2024 auszurichten.

533 01	187	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

539 01	186	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	342.000	341.700	341.700
			341.652	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes an der Abgeltung der Ansprüche nach § 27 Abs. 2 Urheberrechtsgesetz (Bibliothekstantieme) entsprechend des jeweils geltenden Gesamtvertrages zwischen Bund, Ländern und Zentralstelle Bibliothekstantieme. Die Zahlung erfolgt auf der Grundlage einer vertraglich geregelten Pauschalsumme.

542 01	187	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für den Zuständigkeitsbereich des EPl. 17 (ohne Kap. 1783) erfolgen zentral aus diesem Titel.

671 01	187	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	150.000	1.114.000	1.931.700
			0	6.425.100	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		300.000			300.000
2026		300.000	1.804.000		2.104.000
2027		300.000	4.621.100		4.921.100
2028					
2029 ff.					
Summen		900.000	6.425.100		7.325.100

Erläuterungen:

Öffentlich-rechtliche Verträge mit der Investitionsbank ST zur Durchführung und Verwaltung der Förderbereiche Kunst und Kultur gemäß § 5 Abs. 1 Satz 4 IB ErrG

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

671 02	045	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 671 02

Erläuterungen:

Geschäftsbesorgungsvertrag zur Administration der Richtlinie zur Förderung von Arbeitsstipendien für Kulturschaffende des Landes Sachsen-Anhalt - "Kultur ans Netz", Erlass der StK vom 16.07.2020, zuletzt geändert am 01.04.2021. Die Finanzierung erfolgt ab 2023 anteilig aus dem Sondervermögen "Corona".

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich der Regelung des § 5 Abs. 2 IB ErrG.

671 03	045	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Geschäftsbesorgungsvertrag zur Administration des Programms KiP-Digital aus Mitteln von REACT-EU. Die Finanzierung erfolgt ab 2022 anteilig aus dem Sondervermögen "Corona" sowie aus Mitteln der Technischen Hilfe (EU).

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich der Regelung des § 5 Abs. 2 IB ErrG.

671 04	045	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	4.400	4.600	2.500
			4.700	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	4.600				4.600
2026	2.500				2.500
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	7.100				7.100

Erläuterungen:

Geschäftsbesorgungsvertrag zur Administration des "Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen" (BKM).

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich der Regelung des § 5 Abs. 2 IB ErrG.

671 05	045	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Geschäftsbesorgungsvertrag zur Administration der Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen für Kulturvereine im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Pandemie (Richtlinie SARS-CoV-2-Hilfen Kulturvereine); Erl. der StK vom 31.08.2021, geändert am 29.10.2021. Die Finanzierung erfolgt ab 2022 aus dem Sondervermögen "Corona".

Vor dem 01.03.2023 abgeschlossene GBV's mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind öffentlich-rechtliche Verträge und fallen damit in den Anwendungsbereich der Regelung des § 5 Abs. 2 IB ErrG.

671 06	187	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	130.500	0	0
			432.200	0	0

Erläuterungen:

Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit der Investitionsbank ST zur Administration des "Kulturfonds Energie des Bundes". In 2023 Zuweisung von Verstärkungsmitteln i. H. v. 432.200 Euro und Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 130.500 Euro aus Kapitel 1302 Titel 971 10.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

681 02	045	Zuwendung "Kultur ans Netz" im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Richtlinie zur Förderung von Arbeitsstipendien für Kulturschaffende des Landes Sachsen-Anhalt - "Kultur ans Netz"; Erl. der StK vom 16.07.2020, zuletzt geändert am 01.04.2021. Finanzierung ab 2023 aus dem Sondervermögen "Corona".

685 01	187	Zuschüsse im Rahmen von Verwaltungsabkommen KMK	40.900	14.000	14.300
			41.520	0	0

Erläuterungen:

Anteilige Ausgaben nach dem Königsteiner Schlüssel.

		Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1.	Landesanteil Beauftragte der KMK beim Auswärtigen Amt (UNESCO)	2.870	3.400	3.000	3.000
2.	Landesanteil Spiegelausschuss CENT	1.470	1.500	1.500	1.500
3.	Landesanteil Notfallallianz Kultur	0	0	3.000	3.000
4.	Landesanteil deutsch-französischer Kulturrat	970	1.100	1.100	1.100
5.	Landesanteil an dem Verfahren zur Auswahl von Kulturformen für das bundesweite Verzeichnis immaterielles Kulturerbe		300	0	300
6.	Landesanteil bundesweite Kulturstatistik	5.339	5.400	5.400	5.400
7.	Landesanteil Fachbeirat Tenativ-Liste UNESCO	16.705	29.200	0	0
8.	Landesanteil 3-Wege-Strategie Deutsche Digitale Bibliothek	3.940	0	0	0
9.	Landesanteil Hotline Sonderfonds Kulturveranstaltungen, Kulturfonds Energie	10.227	0	0	0
Zusammen		41.521	40.900	14.000	14.300

685 02	186	Zuschüsse zur Finanzierung des Kompetenznetzwerkes "Deutsche Digitale Bibliothek"	65.600	69.800	69.800
			60.474	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes an der Finanzierung des Kompetenznetzwerkes "Deutsche Digitale Bibliothek" (DDB) entsprechend dem Verwaltungs- und Finanzabkommen zwischen Bund und Ländern über die Einrichtung und den Betrieb der DDB vom 02.12.2009 sowie den jeweils geltenden Bund-Länder-Beschlüssen.

685 03	187	Zuschüsse an die Kulturministerkonferenz	4.500	4.500	4.500
			3.098	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes auf der Grundlage des Abkommens über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Die Kulturministerkonferenz (Kultur-MK) ist mit Beschluss der 363. Kultusministerkonferenz zur Optimierung der Abstimmung der Länder sowie zur Entwicklung und Stärkung gemeinsamer Länderpositionen und vertieften inhaltlichen Beratungen von kulturpolitischen Themen mit Wirkung zum 01.01.2019 eingeführt worden. Der Zuschussbedarf der Länder wird anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel bestimmt und umfasst die Ausgaben für zwei zusätzliche Stellen im Sekretariat der Kultusministerkonferenz im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgabe einer Geschäftsstelle der Kultur-MK.

686 01	045	Zuschüsse für laufende Zwecke im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie	0	0	0
			0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 01

Erläuterungen:

Billigkeitsleistungen zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie; insbesondere zur Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen für Kulturvereine im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Pandemie (Richtlinie SARS-CoV-2-Hilfen Kulturvereine); Erl. der StK vom 31.08.2021, geändert am 29.10.2021. Eine Antragstellung war bis zum 30.06.2022 möglich.

Titelgruppe(n)

61 Förderung der Pflege des jüdischen Erbes in Sachsen-Anhalt

685 61	199	Zuschüsse zur Förderung des Museumskomplexes Synagoge Gröbzig	166.000	184.600	184.600
			161.000	582.600	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	171.000				171.000
2026			184.600		184.600
2027			197.000		197.000
2028			201.000		201.000
2029 ff.					
Summen	171.000		582.600		753.600

Erläuterungen:

Förderung des Museumskomplexes Gröbziger Synagoge nach der Kulturförderrichtlinie und auf Grundlage des Zuwendungsvertrages 2023-2025 zwischen Land, Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Stadt Südliches Anhalt und Museumsverein Gröbziger Synagoge e. V.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Museumsvereins Gröbziger Synagoge e. V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	212.110	336.400	206.600	214.400
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	61.074	44.200	32.600	25.800
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	30	100	100	100
5. Ausgaben für Investitionen	284.081	225.400	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	
Zusammen	557.295	606.100	239.300	240.300

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 61

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	7.625	5.800	5.800	5.800
Mithin Fehlbetrag:	549.670	600.300	233.500	234.500
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	1.346	0	0	0
b) das Land mit	330.861	361.100	184.600	184.600
c) den Bund mit	107.577	75.000	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	109.886	164.200	48.900	49.900
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	549.670	600.300	233.500	234.500

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 9b	1,00	1,00	1,00	1,00
E 5	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	3,00	3,00	3,00	3,00
Insgesamt	3,00	3,00	3,00	3,00

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. institutionelle Förderung	155.594	182.000	206.600	214.400
2. Projektförderung	56.517	154.400	0	0
Zusammen	212.111	336.400	206.600	214.400

Position b) - Förderung durch das Land - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. institutionelle Förderung	161.000	166.000	184.600	184.600
2. Projektförderung	169.861	195.100	0	0
Zusammen	330.861	361.100	184.600	184.600

Position c) - Förderung durch den Bund - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Projektförderung	107.577	75.000	0	0
Zusammen	107.577	75.000	0	0

Position d) - Förderung durch sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Stadt Südliches Anhalt (institutionelle Förderung)	23.450	23.900	24.400	24.900
2. Landkreis Anhalt-Bitterfeld (institutionelle Förderung)	23.450	24.000	24.500	25.000
3. Landkreis Anhalt-Bitterfeld (Projektförderung)	62.986	116.300	0	0
Zusammen	109.886	164.200	48.900	49.900

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 61	199	Zuschüsse für Projekte zur Förderung des jüdischen Erbes	196.500	199.500	202.500
			153.240	0	853.300

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	120.900	78.600			199.500
2026	123.900	78.600			202.500
2027		78.600		156.300	234.900
2028		78.600		161.500	240.100
2029 ff.		78.600		535.500	614.100
Summen	244.800	393.000		853.300	1.491.100

Erläuterungen:

Zuwendungsvertrag 2023-2026 mit der Moses-Mendelssohn Akademie Halberstadt für den Betrieb des Berend Lehmann Museums. Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient der Fortsetzung der Förderung für den Zeitraum 2027-2031.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Fortsetzung der Projekte zur Vorbereitung des 300. Geburtstags von Moses Mendelssohn 2029 durch das Moses Mendelssohn Zentrum Dessau.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Moses Mendelssohn Gesellschaft e. V. - Betrieb Moses Mendelssohn Zentrums Dessau und Vorbereitung des 300. Geburtstages Mendelssohns im Jahr 2029	38.340	78.600	78.600	78.600
2. Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt - Betrieb des Berend Lehmann Museums	114.900	117.900	120.900	123.900
Zusammen	153.240	196.500	199.500	202.500

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	362.500	384.100	387.100
		582.600	853.300

**64 Projekte des Landesamtes für Denkmalpflege und
Archäologie im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung aus
dem EFRE in der Förderperiode 2014-2020 (2023)**

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 17 83 Titelgruppe 68.

*** Einnahmen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu
vereinnahmen.

Erläuterungen:

Das Projekt "Synergien für Sachsen-Anhalt" des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie zur Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Präsentation und nachhaltigen Nutzung des kulturellen Erbes im Land Sachsen-Anhalt (Kulturerbe-EFRE-Richtlinie) ist in den Jahren 2019 bis 2021 umgesetzt worden - hier Umbauarbeiten im Landesmuseum für Vorgeschichte Halle (Saale) u. a. zur Verbesserung der Barrierefreiheit.

Das Projekt wurde 2021 abgeschlossen.

547 64	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

712 64	183	Hochbaumaßnahmen	0	0	0
			0	0	0
812 64	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0	0
				0	0

**93 Kofinanzierung von EU-Mitteln der Förderperiode 2014 - 2020/
Technische Hilfe**

Übertragbar

** Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Bis August 2022 Kofinanzierung von 100 Einsatzstellen FSJ-Kultur im Rahmen des ESF, OP 2014-2020 (2023).

Im Zeitraum September 2022 bis August 2023 erfolgte die Finanzierung zu 100 % aus ESF-Mitteln.

Ab September 2023 werden alle Freiwilligendienste (einschl. FSJ-Kultur) unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zusammengefasst und Haushaltsmittel für die Kofinanzierung im Rahmen des ESF, OP 2021-2027 im Einzelplan 05 veranschlagt.

684 93	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
686 93	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 93			0	0	0
				0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0

Gesamteinnahme	0	0	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	349.000	341.700	341.700
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	758.400	1.591.000	2.409.900
			7.007.700	853.300

HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0	0
			0	0

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
			0	0

Gesamtausgabe	1.107.400	1.932.700	2.751.600

Gesamtsumme der VE		7.007.700	853.300

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-1.107.400	-1.932.700	-2.751.600

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 04 Bauhausjubiläum 2019

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Im Jahr 2019 feierte Deutschland mit Partnern aus aller Welt das 100. Gründungsjubiläum des Bauhauses und realisierte zahlreiche Projekte. In Weimar 1919 gegründet, 1925 nach Dessau umgezogen und 1933 in Berlin unter dem Druck der Nationalsozialisten geschlossen - wirkt das Bauhaus weltweit bis in die Gegenwart fort. Das Bauhausjubiläum wurde von einer Vielzahl von Akteuren, Initiativen und Institutionen gestaltet.

Nach Abschluss des Jubiläums können im Rahmen von Schlussrechnungen und Verwendungsnachweisprüfung ggf. Rückzahlungen vereinnahmt werden.

Einnahmen

119 42	187	Rückzahlungen von Überzahlungen (Land)	0 2.128	0	0
119 51	187	Vermischte Einnahmen	0 110	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 04 Bauhausjubiläum 2019

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 10 Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Übertragbar

Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 1702.

Es wird zugelassen, dass die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt am Jahresende nicht verbrauchte Mittel aus Zuwendungen des Landes überjährig verwenden und einer Rücklage gem. § 105 Abs.1 Nr. 2 i. V. m. § 25 Abs. 2 LHO zuführen kann.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind die Zuschüsse des Landes an die "Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt" veranschlagt.

Zur Erfüllung des Stiftungszwecks unterhält die Stiftung in eigener Trägerschaft

1. die Gedenkstätte für Opfer der NS-"Euthanasie" Bernburg,
2. die Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge,
3. die Gedenkstätte "Roter Ochse" Halle (Saale),
4. die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg,
5. die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn mit dem Grenzdenkmal Hötensleben,
6. die Gedenkstätte KZ Lichtenburg in Prettin und
7. die Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen mit dem Todesmarschdenkmal Dolle.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	2.575.593	2.802.800	2.850.000	2.924.400
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	2.015.101	1.837.800	1.859.400	1.855.100
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	168.903	313.800	313.800	313.800
5. Ausgaben für Investitionen	323.901	600.000	600.000	600.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	829.816	0	0	0
Zusammen	5.913.314	5.554.400	5.623.200	5.693.300
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	92.800	0	0	0
Mithin Fehlbetrag:	5.820.514	5.554.400	5.623.200	5.693.300
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	732.801	110.000	0	0
b) das Land mit	4.544.200	4.976.400	5.155.200	5.225.300
c) den Bund mit	250.341	168.000	168.000	168.000
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	972.170	300.000	300.000	300.000
e) Private	4.129	0	0	0
Zusammen	6.503.641	5.554.400	5.623.200	5.693.300

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 10 Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
B2 AT	0,00	1,00	1,00	1,00
E 15Ü	1,00	0,00	0,00	0,00
E 13	3,00	3,00	3,00	3,00
E 11	6,00	7,00	7,00	7,00
E 10	10,00	10,00	10,00	10,00
E 9b	3,00	4,00	4,00	4,00
E 9a	0,00	1,00	1,00	1,00
E 8	3,00	1,00	1,00	1,00
E 6	2,00	3,00	3,00	3,00
E 5	12,00	12,00	12,00	12,00
Summe	40,00	42,00	42,00	42,00
Insgesamt	40,00	42,00	42,00	42,00

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Institutionelle Förderung (gem. Finanzierungsvereinbarung)				
für konsumtive Zwecke	4.044.200	4.376.400	4.555.200	4.625.300
für investive Zwecke	500.000	600.000	600.000	600.000
Zusammen	4.544.200	4.976.400	5.155.200	5.225.300

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung GDT Marienborn	168.000	168.000	168.000	168.000
2. Projektförderung (investiv)	75.000	0	0	0
3. Sonstige Förderung	7.341	0	0	0
Zusammen	250.341	168.000	168.000	168.000

Position d) - Förderung durch sonst. Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Lotteriezweckerträge	406.300	300.000	300.000	300.000
2. Projektförderung aus Lotteriezweckerträgen	565.870	0	0	0
Zusammen	972.170	300.000	300.000	300.000

Die im Soll 2025 und 2026 enthaltenen Ansätze sowie der Stellenplan sind vorläufig, bis ein vom Land (Stiftungsbehörde) genehmigter Stiftungshaushalt vorliegt.

Einnahmen

119 41	195	Rückzahlung aus Überzahlungen	0 0	0	0
119 51	195	Vermischte Einnahmen	0 12.348	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 10 Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Verwendung der Lotterie-Zweckerträge

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 10 Titelgruppe 61.

119 61	195	Rückzahlungen von Überzahlungen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 10 Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

685 01	195	Zuschüsse für laufende Zwecke	4.376.400	4.555.200	4.625.300
			4.044.200	0	27.604.300

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	4.428.000	127.200			4.555.200
2026	4.497.600	127.700			4.625.300
2027				5.262.100	5.262.100
2028				5.388.400	5.388.400
2029 ff.				16.953.800	16.953.800
Summen	8.925.600	254.900		27.604.300	36.784.800

Erläuterungen:

Finanzierungsvereinbarung 2022 bis 2026 zur Erfüllung des Stiftungszwecks gem. § 5 GedenkStiftG LSA vom 22.03.2006 (GVBl. LSA 2006, S. 137), geändert durch das Gesetz zur Änderung des GedenkStiftG LSA vom 31.03.2008 (GVBl. LSA 2008, S. 135)

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Finanzierung der zu erwartenden Tarifsteigerung und einer Stellenhebung.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2027 bis 2031.

894 01	195	Zuschüsse für Investitionen	600.000	600.000	600.000
			500.000	0	4.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	500.000	100.000			600.000
2026	500.000	100.000			600.000
2027				800.000	800.000
2028				800.000	800.000
2029 ff.				2.400.000	2.400.000
Summen	1.000.000	200.000		4.000.000	5.200.000

Erläuterungen:

Investitionszuschüsse für Sanierungsbedarfe sowie Instandhaltungs- und Werterhaltungsmaßnahmen der sieben Gedenkstätten der Stiftung (vgl. § 5 Abs. 1 GedenkStiftG LSA)

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient zur Finanzierung der Baupreissteigerungen bei Instandhaltungs- und Werterhaltungsmaßnahmen der Liegenschaften der Stiftung und wird i. R. d. Finanzierungsvereinbarung 2022 bis 2026 zur Verfügung gestellt.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2027 bis 2031 und beinhaltet die notwendige Erhöhung der Instand- und Werterhaltungsmittel.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 10 Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Verwendung der Lotterie-Zweckerträge

Übertragbar

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 17 10 Titelgruppe 61.

686 61	195	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
			368.257	0	0

Erläuterungen:

Zuschüsse an die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt zur Unterstützung der Gedenkstättenarbeit aus Mitteln der Ziehungslotterie GlücksSpirale. Seit 2020 erfolgt die Auszahlung der Reinerträge direkt an die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt; hier Bewirtschaftung von Ausgaberesten für das Projekt "Reichskriegsgericht".

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
				0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 10 Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0

Gesamteinnahme	0	0	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.376.400	4.555.200	4.625.300
			0	27.604.300

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	600.000	600.000	600.000
			0	4.000.000

Gesamtausgabe	4.976.400	5.155.200	5.225.300

Gesamtsumme der VE		0	31.604.300

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-4.976.400	-5.155.200	-5.225.300

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 1702.

Die Ausgaben des Kapitels 1775 sind gegenseitig deckungsfähig.

Verpflichtungsermächtigungen dürfen zulasten aller Titel des Kapitels eingegangen werden.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind Zuschüsse für Einrichtungen veranschlagt, die auf Grund des besonderen Landesinteresses institutionell gefördert werden.

Einnahmen

119 41	187	Rückzahlungen aus Überzahlungen	50.000 49.662	59.000	59.000
119 51	187	Vermischte Einnahmen	0 347	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

685 01	187	Strukturanpassung bei institutioneller Förderung von Vereinen und Verbänden	50.000 65.232	0 0	0 0
685 51	187	Zuschüsse zur Förderung der Werkleitz Gesellschaft e.V.	412.000 393.800	435.300 0	473.700 475.900

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		421.100			421.100
2026					
2027				475.900	475.900
2028					
2029 ff.					
Summen		421.100		475.900	897.000

Erläuterungen:

Übersicht über die Institutionelle Förderung der Werkleitz Gesellschaft Sachsen-Anhalt e. V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	617.570	810.200	673.800	564.100
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	827.012	880.900	550.800	125.200
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	22.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	6.279	0	0	0
Zusammen	1.450.861	1.691.100	1.224.600	711.300
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	23.800	12.200	12.200	12.200
Mithin Fehlbetrag:	1.427.061	1.678.900	1.212.400	699.100
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	427.219	556.000	567.300	473.700
c) den Bund mit	227.560	428.900	435.100	225.400
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	664.999	630.000	210.000	0
e) Private	107.282	64.000	0	0
Zusammen	1.427.060	1.678.900	1.212.400	699.100

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 51

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 13	1,00	1,00	1,00	1,00
E 9b	2,63	2,63	2,63	2,63
E 8	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	4,63	4,63	4,63	4,63
Insgesamt	4,63	4,63	4,63	4,63

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	374.146	378.700	402.200	418.600
2. Projektförderung	243.424	431.500	271.600	145.500
Zusammen	617.570	810.200	673.800	564.100

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	403.925	412.000	435.300	473.700
2. Projektförderung	23.294	144.000	132.000	0
Zusammen	427.219	556.000	567.300	473.700

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Projektförderung	227.560	428.900	435.100	225.400
Zusammen	227.560	428.900	435.100	225.400

Position d) - Förderung durch sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. EU-Mittel	630.000	630.000	210.000	
2. Erlebnisswelt Museen	34.999	0	0	0
Zusammen	664.999	630.000	210.000	0

685 52	187	Zuschüsse zur Förderung der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V.	159.500 146.000	335.800 0	344.900 346.900

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		186.600			186.600
2026					
2027				346.900	346.900
2028					
2029 ff.					
Summen		186.600		346.900	533.500

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 52

Erläuterungen:

Überführung von Dauerprojektförderungen in die institutionelle Förderung:

- ab September 2024 - Projektförderung zur Durchführung des Kinder- und Jugendkulturpreises
- ab Januar 2025 - Projektförderung "Servicestelle digitale kulturelle Bildung"

Es erfolgt eine anteilige Absenkung der Haushaltsmittel bei Kapitel 1787 Titelgruppe 77.

Übersicht über die Institutionelle Förderung der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	791.940	688.500	817.800	760.400
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.113.498	1.026.300	888.200	851.100
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	565	600	600	600
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	1.906.003	1.715.400	1.706.600	1.612.100
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	11.100	10.900	10.900	10.900
Mithin Fehlbetrag:	1.894.903	1.704.500	1.695.700	1.601.200
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	533.669	400.000	457.600	410.600
c) den Bund mit	535.437	528.100	493.100	451.200
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	396.087	384.000	384.000	384.000
e) Private	429.710	392.400	361.000	355.400
Zusammen	1.894.903	1.704.500	1.695.700	1.601.200
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 12	0,75	0,75	0,75	0,75
E 11	0,00	0,00	1,00	1,00
E 9b	1,25	1,40	1,53	1,53
Summe	2,00	2,15	3,28	3,28
Insgesamt	2,00	2,15	3,28	3,28

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. institutionelle Förderung	137.589	143.000	272.200	281.300
2. Projektförderung	654.351	545.500	545.600	479.100
Zusammen	791.940	688.500	817.800	760.400

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 52

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. institutionelle Förderung	149.600	159.500	335.800	344.900
2. Projektförderung	384.069	240.500	121.800	65.700
Zusammen	533.669	400.000	457.600	410.600

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Projektförderung	535.437	528.100	493.100	451.200
Zusammen	535.437	528.100	493.100	451.200

Position d) - Förderung durch sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
EU-Mittel	396.087	384.000	384.000	384.000
Zusammen	396.087	384.000	384.000	384.000

685 53	187	Zuschüsse zur Förderung des Friedrich-Bödecker-Kreises Sachsen-Anhalt e. V.	282.800 261.372	297.300 0	316.800 316.800

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		288.100			288.100
2026					
2027				316.800	316.800
2028					
2029 ff.					
Summen		288.100		316.800	604.900

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Friedrich-Bödecker-Kreises Sachsen-Anhalt e. V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	328.053	292.700	272.100	291.600
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	89.720	72.500	67.500	67.500
3. Schuldendienst	0	0	0	
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	460	500	600	600
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	8.081	0	0	0
Zusammen	426.314	365.700	340.200	359.700

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 53

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	14.730	14.500	14.500	14.500
Mithin Fehlbetrag:	411.584	351.200	325.700	345.200
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	122	0	0	0
b) das Land mit	375.889	322.800	297.300	316.800
c) den Bund mit	2.400	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	24.812	23.000	23.000	23.000
e) Private	8.361	5.400	5.400	5.400
Zusammen	411.584	351.200	325.700	345.200

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 9b	1,75	1,75	1,75	1,75
Summe	2,75	2,75	2,75	2,75
Insgesamt	2,75	2,75	2,75	2,75

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	239.513	257.900	272.100	291.600
2. Projektförderung	88.540	34.800	0	0
Zusammen	328.053	292.700	272.100	291.600

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	266.322	282.800	297.300	316.800
2. Projektförderung	109.567	40.000	0	0
Zusammen	375.889	322.800	297.300	316.800

Position c) - Förderung des Bundes- setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Projektförderung	2.400	0	0	0
Zusammen	2.400	0	0	0

Position d) - Mittel sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Mitfinanzierung von Veranstaltungen durch Gemeinden/Landkreise	24.812	23.000	23.000	23.000
Zusammen	24.812	23.000	23.000	23.000

685 54	187	Zuschüsse zur Förderung des Museumsverbandes Sachsen-Anhalt e. V.	349.600	391.900	508.400
			248.400	0	508.400

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 54

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		355.600			355.600
2026					
2027				508.400	508.400
2028					
2029 ff.					
Summen		355.600		508.400	864.000

Erläuterungen:

Überführung von Dauerprojektförderungen in die institutionelle Förderung:

- ab dem Haushaltsjahr 2024 - Projektförderung Koordinierungsstelle Provenienzforschung
- ab dem Haushaltsjahr 2026 - Projektförderung "eCulture - Digitale Online-Strategien für Sachsen-Anhalts Museen entwickeln und umsetzen"

Es erfolgt eine anteilige Absenkung im Haushaltsjahr 2026 bei Kapitel 1787 Titel 685 66.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Museumsverbandes Sachsen-Anhalt e. V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	454.491	414.800	448.400	456.800
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	119.996	95.800	100.800	96.400
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	100.212	200	200	200
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	674.699	510.800	549.400	553.400
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	10.860	11.200	11.200	11.200
Mithin Fehlbetrag:	663.839	499.600	538.200	542.200
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	581.860	499.600	518.900	542.200
c) den Bund mit	81.980	0	19.300	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	663.840	499.600	538.200	542.200

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 54

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 13	1,00	1,00	1,00	2,00
E 12	0,00	0,00	1,00	1,00
E 11	1,00	1,00	1,00	1,00
E 8	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	3,00	3,00	4,00	5,00
Insgesamt	3,00	3,00	4,00	5,00

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	158.905	294.800	331.300	447.800
2. Projektförderung	295.585	120.000	117.100	9.000
Zusammen	454.490	414.800	448.400	456.800

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	248.400	349.600	391.900	508.400
2. Projektförderung	333.460	150.000	127.000	33.800
Zusammen	581.860	499.600	518.900	542.200

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Projektförderung	81.980	0	19.300	0
Zusammen	81.980	0	19.300	0

685 55	187	Zuschüsse zur Förderung des Landesmusikrates Sachsen-Anhalt e. V.	532.400 496.800	581.200 0	603.700 906.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		545.200			545.200
2026					
2027				906.200	906.200
2028					
2029 ff.					
Summen		545.200		906.200	1.451.400

Erläuterungen:

Überführung von Dauerprojektförderungen in die institutionelle Förderung:

- ab dem Haushaltsjahr 2025 - Projektförderungen "Jugend jazzt" und "Juniorchorfest"
- ab dem Haushaltsjahr 2027 - Projektförderungen "Jugendmusikfest" und "Jugendensemblearbeit" (anteilige VE 2026)

Es erfolgt eine anteilige Absenkung bei Kapitel 1787 Titel 686 71.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 55

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesmusikrates Sachsen-Anhalt e. V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	639.764	797.500	492.000	515.400
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	491.288	682.400	96.800	95.900
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	7.296	7.200	7.200	7.200
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9.000	0	0	0
Zusammen	1.147.348	1.487.100	596.000	618.500
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	69.285	76.000	1.800	1.800
Mithin Fehlbetrag:	1.078.063	1.411.100	594.200	616.700
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	1.095.472	1.383.100	581.200	603.700
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	27.893	28.000	13.000	13.000
Zusammen	1.123.365	1.411.100	594.200	616.700
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 13	1,00	1,00	1,00	1,00
E 11	3,00	3,00	3,00	3,00
E 9b	1,00	1,00	1,00	1,00
E 6	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	6,00	6,00	6,00	6,00
Insgesamt	6,00	6,00	6,00	6,00

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	395.115	442.400	492.000	515.400
2. Projektförderung	244.649	355.100	0	0
Zusammen	639.764	797.500	492.000	515.400

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 55

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	501.800	532.400	581.200	603.700
2. Projektförderung	593.672	850.700	0	0
Zusammen	1.095.472	1.383.100	581.200	603.700

685 56	187	Zuschüsse zur Förderung des Landesentrums Freies Theater Sachsen-Anhalt e. V.	332.200	372.600	418.400
			304.400	0	421.100

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		341.100			341.100
2026					
2027				421.100	421.100
2028					
2029 ff.					
Summen		341.100		421.100	762.200

Erläuterungen:

Überführung von Dauerprojektförderungen in die institutionelle Förderung:

- ab 2. Halbjahr 2025 - Projektförderung für das Kooperationsprogramm "Kulturelles Lernen an Freien Theatern und Schulen (KLaTSch!)"

Es erfolgt eine anteilige Absenkung bei Kapitel 1787 Titel 686 77.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landeszentrum Freies Theater Sachsen-Anhalt e. V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	442.857	487.200	468.000	456.800
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	138.472	122.100	74.000	72.800
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1.688	1.800	2.100	2.100
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	3.400	0	0	0
Zusammen	586.417	611.100	544.100	531.700

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 56

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	45.623	31.000	33.100	38.700
Mithin Fehlbetrag:	540.794	580.100	511.000	493.000
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	500.140	545.900	499.700	485.400
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	27.112	34.200	11.300	7.600
Zusammen	527.252	580.100	511.000	493.000

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 11	1,50	1,50	1,50	1,50
E 9b	1,50	1,50	1,50	1,50
Summe	4,00	4,00	4,00	4,00
Insgesamt	4,00	4,00	4,00	4,00

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	299.997	324.000	364.400	411.400
2. Projektförderung	142.860	163.200	103.600	45.400
Zusammen	442.857	487.200	468.000	456.800

Position b) - Förderung durch das Land - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	311.100	332.200	372.600	418.400
2. Projektförderung	189.040	213.700	127.100	67.000
Zusammen	500.140	545.900	499.700	485.400

685 57	187	Zuschüsse zur Förderung des Landesheimatbundes Sachsen-Anhalt e. V.	643.800 560.100	679.600 0	707.700 711.400

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		659.200			659.200
2026					
2027				711.400	711.400
2028					
2029 ff.					
Summen		659.200		711.400	1.370.600

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 57

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesheimatbundes Sachsen-Anhalt e. V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	612.886	632.800	659.600	609.700
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	277.502	279.800	213.200	146.800
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	10.037	1.100	1.200	1.200
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	16.270	0	0	0
Zusammen	916.695	913.700	874.000	757.700
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	31.820	16.800	16.000	16.000
Mithin Fehlbetrag:	884.875	896.900	858.000	741.700
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	884.875	896.900	858.000	741.700
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	884.875	896.900	858.000	741.700
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 13	1,00	1,00	1,00	1,00
E 11	3,00	3,50	3,50	3,50
E 10	1,00	1,00	1,00	1,00
E 8	0,00	1,00	1,00	1,00
E 6	2,00	1,00	1,00	1,00
E 5	1,00	0,00	0,00	0,00
Projektförderung E11	0,70	0,70	0,70	0,70
Summe	8,70	8,20	8,20	8,20
Insgesamt	8,70	8,20	8,20	8,20

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	494.942	534.500	559.500	587.600
2. Projektförderung	117.944	98.300	100.100	22.100
Zusammen	612.886	632.800	659.600	609.700

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 57

Position b) - Förderung durch das Land - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	573.600	643.800	679.600	707.700
2. Projektförderung	311.275	253.100	178.400	34.000
Zusammen	884.875	896.900	858.000	741.700

685 58	187	Zuschüsse zur Förderung des Landesverbandes der Musikschulen Sachsen-Anhalt e. V.	340.400	491.100	879.500
			329.400	0	910.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		349.900			349.900
2026					
2027				910.500	910.500
2028					
2029 ff.					
Summen		349.900		910.500	1.260.400

Erläuterungen:

Überführung von Dauerprojektförderungen in die institutionelle Förderung:

- ab August 2025 - Projektförderung des Kooperationsprogramms "Musisch-ästhetisch Bildung (MäBi)
- ab Januar 2026 - Projektförderungen für die Regionalwettbewerbe "Jugend musiziert", Musikschultage sowie die Orchester- und Ensemblearbeit

Es erfolgt eine anteilige Absenkung bei Kapitel 1787 Titel 686 77 sowie 686 70.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesverbandes der Musikschulen Sachsen-Anhalt e. V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	559.906	614.700	637.800	730.500
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	227.102	201.900	40.800	191.000
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	115	100	100	100
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	6.507	0	0	0
Zusammen	793.630	816.700	678.700	921.600

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 58

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	47.786	54.400	12.200	42.100
Mithin Fehlbetrag:	745.844	762.300	666.500	879.500
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	718.604	762.300	666.500	879.500
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0	0
e) Private	27.240	0	0	0
Zusammen	745.844	762.300	666.500	879.500

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 13	1,00	1,00	1,00	1,00
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 10	1,00	1,00	1,00	1,00
E 8	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	4,00	4,00	4,00	4,00
Insgesamt	4,00	4,00	4,00	4,00

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	310.046	319.000	462.800	730.500
2. Projektförderung	249.860	295.700	175.000	0
Zusammen	559.906	614.700	637.800	730.500

Position b) - Förderung durch das Land - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	332.922	340.400	491.100	879.500
2. Projektförderung	385.682	421.900	175.400	0
Zusammen	718.604	762.300	666.500	879.500

685 59 187 Zuschüsse zur Förderung des Förderkreises Gleimhaus e. V. **525.200** **577.400** **598.600**
491.407 0 600.100

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		548.000			548.000
2026					
2027				600.100	600.100
2028					
2029 ff.					
Summen		548.000		600.100	1.148.100

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 59

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Förderkreises Gleimhaus e. V.

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	745.608	815.400	968.800	1.006.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	174.124	205.900	152.200	156.200
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1.002	1.000	1.000	1.000
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	13.500	0	0	0
Zusammen	934.234	1.022.300	1.122.000	1.163.200
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	39.086	40.300	40.300	40.300
Mithin Fehlbetrag:	895.148	982.000	1.081.700	1.122.900
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	15.400	0	0	0
b) das Land mit	551.609	603.300	721.300	755.400
c) den Bund mit	825	28.000	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	336.089	345.500	355.200	362.300
e) Private	18.793	5.200	5.200	5.200
Zusammen	922.716	982.000	1.081.700	1.122.900
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 13	1,00	2,00	2,00	2,00
E 11	1,00	1,00	1,00	1,00
E 10	1,00	1,00	1,00	1,00
E 9b	3,00	2,00	2,00	2,00
E 6	2,00	2,00	2,00	2,00
E 5	1,50	1,50	1,50	1,50
E 4	1,50	1,50	1,50	1,50
E 2	0,75	0,75	0,75	0,75
Summe	11,75	11,75	11,75	11,75
Insgesamt	11,75	11,75	11,75	11,75

Position 1 - Personalausgaben - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	725.482	768.200	830.100	856.400
2. Projektförderung	20.126	47.200	138.700	149.600
Zusammen	745.608	815.400	968.800	1.006.000

Position b) - Förderung durch das Land - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	513.457	525.200	577.400	598.600

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 59

2. Projektförderung	38.152	78.100	143.900	156.800
Zusammen	551.609	603.300	721.300	755.400

Position c) - Förderung durch den Bund - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Projektförderung	825	28.000	0	0
Zusammen	825	28.000	0	0

Position d) - Mittel sonstige Gebietskörperschaften und öffentlichen Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Stadt Halberstadt	336.089	345.500	355.200	362.300
Zusammen	336.089	345.500	355.200	362.300

685 60	187	Zuschüsse zur Förderung des Zentrums für Mittelalterausstellungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Im Ergebnis der Prüfung der Zuschüsse zur Förderung des Zentrums für Mittelalterausstellungen durch den LRH 2019 wird die institutionelle Förderung nicht fortgesetzt.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 75 Institutionelle Förderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	50.000	59.000	59.000

Gesamteinnahme		50.000	59.000	59.000

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.627.900	4.162.200	4.851.700
			0	5.197.300

Gesamtausgabe		3.627.900	4.162.200	4.851.700

Gesamtsumme der VE			0	5.197.300

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-3.577.900	-4.103.200	-4.792.700

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Übertragbar

Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 1702.

Es wird zugelassen, dass die staatlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts im Kulturbereich (Landeskulturstiftungen), die mit dem Land eine mehrjährige Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen haben, am Jahresende nicht verbrauchte Mittel aus Zuwendungen des Landes überjährig verwenden und einer Rücklage gem. § 105 Abs.1 Nr. 2 i. V. m. § 25 Abs. 2 LHO zuführen können.

Erläuterungen:

Landeskulturstiftungen im Kapitel 1776 sind

- Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt
- Stiftung Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz
- Stiftung Bauhaus Dessau
- Franckesche Stiftungen
- Kulturstiftung Dessau-Wörlitz
- Kulturstiftung Sachsen-Anhalt
- Stiftung Luthergedenkstätten.

Die Landeskulturstiftungen sind mit dem Land organisatorisch verbunden und ausschließlich dazu bestimmt, öffentliche Aufgaben zu erfüllen. Als juristische Personen des öffentlichen Rechts und Teil der mittelbaren Landesverwaltung sind sie nicht insolvenzfähig. Damit korrespondiert aus den jeweiligen Errichtungsgesetzen und öffentlich-rechtlichen Stiftungsakten eine besondere Finanzierungsverpflichtung des Landes.

Einnahmen

119 41	187	Rückzahlung von Überzahlungen	0 0	0	0
119 51	187	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

685 01	045	Zuschüsse für laufende Zwecke an Öffentliche Einrichtungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Billigkeitsleistung zum Ausgleich pandemiebedingter Einnahmeausfälle.

685 51	187	Zuschüsse an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz	818.000	818.000	899.800
			818.000	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an der Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Erhöhter Landesanteil ab 2026 infolge geänderter Finanzungsverhältnisse im Rahmen der erfolgten Strukturreform.

685 56	187	Zuschüsse an die Kulturstiftung der Länder	300.000	300.000	300.000
			280.316	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an der Finanzierung der Kulturstiftung der Länder gem. Königsteiner Schlüssel.

685 57	187	Zuschüsse an die Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt	560.000	590.700	573.700
			559.400	3.713.900	0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	565.200				565.200
2026			573.700		573.700
2027			608.900		608.900
2028			618.300		618.300
2029 ff.			1.913.000		1.913.000
Summen	565.200		3.713.900		4.279.100

Erläuterungen:

Ab dem Jahr 2022 erfolgt eine Förderung der satzungsgemäßen Aufgaben durch das Land mittels Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2022 bis 2025.

Zusätzliche Ausgabemittel 2025 dienen der Finanzierung einer Stellenhebung.

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2026-2031 (einmalig 6 Jahre aufgrund Vereinheitlichung mit den übrigen Landesstiftungen im Kulturbereich) und beinhaltet eine Tarifvorsorge von 2 % pro Jahr kumulativ.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 57

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	375.589	450.400	499.800	499.800
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	336.895	365.800	559.800	542.600
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	578.540	798.100	799.000	808.900
5. Ausgaben für Investitionen	91.734	106.200	56.300	57.400
6. Besondere Finanzierungsausgaben	1.037.519	162.900	0	0
Zusammen	2.420.277	1.883.400	1.914.900	1.908.700
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	301.366	207.900	207.900	207.900
Mithin Fehlbetrag:	2.118.911	1.675.500	1.707.000	1.700.800
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	535.541	0	0	0
b) das Land mit	559.400	560.000	590.700	573.700
c) den Bund mit	40.000	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	983.970	1.115.500	1.116.300	1.127.100
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	2.118.911	1.675.500	1.707.000	1.700.800
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 15	1,00	1,00	1,00	1,00
E 13	1,00	1,00	2,00	2,00
E 10	2,00	2,00	1,00	1,00
E 9b	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	5,00	5,00	5,00	5,00
Insgesamt	5,00	5,00	5,00	5,00

Position b) - Förderung durch das Land - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
institutionelle Förderung (gem. FV)	559.400	560.000	590.700	573.700
Zusammen	559.400	560.000	590.700	573.700

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Projektförderung	40.000	0	0	0
Zusammen	40.000	0	0	0

Position d) - Mittel sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Reinerträge aus Losbrieflotterie	153.388	153.400	153.400	153.400

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 57

2. Glücksspielabgabe (§ 9 Abs. 3 Nr. 7 GlücksspielG)	574.582	562.100	562.900	573.700
3. Kloster Bergische Stiftung	256.000	400.000	400.000	400.000
Zusammen	983.970	1.115.500	1.116.300	1.127.100

Die im Soll 2025 und 2026 enthaltenen Ansätze sowie der Stellenplan sind vorläufig, bis ein vom Land (Stiftungsbehörde) genehmigter Stiftungshaushalt vorliegt.

685 58	187	Zuschüsse an die Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste	76.000 61.568	73.200 0	73.200 0

Erläuterungen:

Veranschlagung der Kaltmiete für die Stiftung "Deutsches Zentrum Kulturgutverluste" (DZK) als Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt. Das DZK ist eine vom Bund, von Ländern und kommunalen Spitzenverbänden errichtete rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

685 59	187	Zuschüsse an die Stiftung Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeit	937.600 724.000	981.600 10.953.100	981.600 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	804.200	177.400			981.600
2026			981.600		981.600
2027			1.861.500		1.861.500
2028			1.926.600		1.926.600
2029 ff.			6.183.400		6.183.400
Summen	804.200	177.400	10.953.100		11.934.700

Erläuterungen:

Die Stiftung Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeit ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts. Finanzierungsvereinbarung 2020-2025 bzw. Sonderfinanzierungsvereinbarung 2022-2025 zur Finanzierung der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben gem. § 2 Stiftungssatzung und Art. 5 und 29 der Welterbekonvention in Verbindung mit Kapitel V der Durchführungsrichtlinien zur Konvention unter Berücksichtigung des erheblichen Aufgabenzuwachses durch Aufnahme des Naumburger Doms in das UNESCO-Weltkulturerbe im Jahr 2018. Seit dem Jahr 2022 finanziert das Land die tarifgerechte Bezahlung der Beschäftigten der Stiftung gemäß TV-L.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Finanzierung der zu erwartenden höheren Tarifsteigerungen sowie der Personalausgaben für zwei zusätzliche Stellen im Ergebnis der externen Organisations- und Stellenuntersuchung.

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2026 bis 2031 (einmalig 6 Jahre zur Vereinheitlichung der Vertragslaufzeit mit den anderen Landesstiftungen im Kulturbereich) und beinhaltet eine Tarifvorsorge von 2 % pro Jahr kumulativ.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 59

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatsstifts Zeitz

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	2.274.000	2.374.000	2.374.000	2.374.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.214.000	1.150.000	1.009.900	1.197.500
3. Schuldendienst	61.011	61.000	77.000	77.500
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	5.000	5.000	8.000	10.000
5. Ausgaben für Investitionen	3.750.000	7.286.000	6.282.600	5.474.700
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	7.304.011	10.876.000	9.751.500	9.133.700
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	2.619.611	2.656.500	2.333.800	2.524.000
Mithin Fehlbetrag:	4.684.400	8.219.500	7.417.700	6.609.700
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	4.531.000	7.566.100	7.264.300	6.031.300
c) den Bund mit	0	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	153.400	153.400	153.400	153.400
e) Private	0	500.000	0	425.000
Zusammen	4.684.400	8.219.500	7.417.700	6.609.700
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
AT	1,00	1,00	1,00	1,00
E 14	1,00	1,00	1,00	1,00
E 13	3,00	3,00	3,00	3,00
E 11	5,00	5,00	7,00	7,00
E 9b	1,00	4,00	4,00	4,00
E 9a	3,00	8,00	11,00	11,00
E 8	3,00	1,00	1,00	1,00
E 7	1,00	0,00	0,00	0,00
E 6	1,00	3,00	3,00	4,00
E 5	6,00	10,00	11,00	12,00
E 4	10,00	1,00	1,00	4,00
E 3	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	36,00	38,00	44,00	49,00
Insgesamt	36,00	38,00	44,00	49,00

Position b) - Förderung durch das Land - setzt sich wie folgt zusammen

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. institutionelle Förderung (gem. FV)	150.000	150.000	981.600	981.600
2. zus. institutionelle Förderung (gem. Sonder-FV)	574.000	787.600	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 59

3. Zuschuss Domkirchen Merseburg und Naumburg (Sonder-FV)	0	0	200.000	200.000
4. Corona-Hilfen (Sondervermögen Corona)	56.000	0	0	0
5. Projektförderung	3.751.000	6.628.500	6.082.700	4.849.700
Zusammen	4.531.000	7.566.100	7.264.300	6.031.300

Position d) - Mittel sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Reinerträge aus Losbrieflotterie	153.400	153.400	153.400	153.400
Zusammen	153.400	153.400	153.400	153.400

Die im Soll 2025 und 2026 enthaltenen Ansätze sowie der Stellenplan sind vorläufig bis ein vom Land (Stiftungsbehörde) genehmigter Stiftungshaushalt vorliegt.

Titelgruppe(n)

61 Stiftung Bauhaus Dessau

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung Bauhaus Dessau

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	4.692.253	5.376.700	5.380.700	5.420.200
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	4.192.922	4.842.400	5.054.100	5.154.100
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	2.299	2.900	2.900	2.900
5. Ausgaben für Investitionen	3.003.018	2.570.000	1.070.000	1.370.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	1.758.416	0	0	0
Zusammen	13.648.908	12.792.000	11.507.700	11.947.200
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	2.773.138	2.133.600	2.133.600	2.133.600
Mithin Fehlbetrag:	10.875.770	10.658.400	9.374.100	9.813.600
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	1.094.284	1.165.900	1.203.900	1.248.300
b) das Land mit	6.649.900	6.871.300	5.464.500	5.859.600
c) den Bund mit	2.233.680	2.199.200	2.269.000	2.269.000
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	422.000	422.000	436.700	436.700
e) Private	475.906	0	0	0
Zusammen	10.875.770	10.658.400	9.374.100	9.813.600

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
AT	1,00	1,00	1,00	1,00
E 14	4,00	4,00	4,00	4,00
E 13	15,00	15,00	15,00	15,00
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 11	6,00	6,00	6,00	6,00
E 10	3,00	3,00	3,00	3,00
E 9b	9,00	9,00	9,00	9,00
E 9a	9,00	9,00	9,00	9,00
E 7	2,00	2,00	2,00	2,00
E 6	11,00	11,00	11,00	12,00
E 5	3,00	3,00	4,00	4,00
E 2	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	65,00	65,00	66,00	67,00
Insgesamt	65,00	65,00	66,00	67,00

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung (gem. FV)				
für laufende Zwecke	4.029.900	4.371.300	4.464.500	4.559.600
für investive Zwecke	400.000	400.000	500.000	500.000
2. Institutionelle Förderung (Investitionsprogramm)	2.000.000	2.100.000	500.000	800.000
3. Projektförderung	210.000	0	0	0
4. Corona-Hilfen (aus Sondervermögen Corona)	10.000	0	0	0
Zusammen	6.649.900	6.871.300	5.464.500	5.859.600

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	2.122.000	2.122.000	2.269.000	2.269.000
2. Projektförderung	111.680	77.200	0	0
Zusammen	2.233.680	2.199.200	2.269.000	2.269.000

Position d) - Mittel sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Institutionelle Förderung Stadt Dessau	422.000	422.000	436.700	436.700
Zusammen	422.000	422.000	436.700	436.700

Die im Soll 2025 und 2026 enthaltenen Ansätze sowie der Stellenplan sind vorläufig, bis ein vom Land (Stiftungsbehörde) genehmigter Stiftungshaushalt vorliegt.

685 61	187	Zuschüsse für laufende Zwecke	4.371.300	4.464.500	4.559.600
			4.029.900	0	26.933.600

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	4.214.500	250.000			4.464.500
2026	4.309.600	250.000			4.559.600
2027				5.144.300	5.144.300
2028				5.263.100	5.263.100
2029 ff.				16.526.200	16.526.200
Summen	8.524.100	500.000		26.933.600	35.957.700

Erläuterungen:

Finanzierungsvereinbarung 2022 bis 2026 zur Erfüllung des Stiftungszwecks gemäß § 2 Gesetz zur Errichtung der Stiftung Bauhaus Dessau (GVBl. LSA 8/1994, S. 200).

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Finanzierung der zu erwartenden höheren Tarifsteigerungen sowie der Mehrausgaben für Betriebskosten (insbesondere Energiekosten).

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2027 bis 2031 und beinhaltet eine Tarifvorsorge von 2 % pro Jahr kumulativ.

893 61	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	2.500.000	1.000.000	1.300.000
			2.400.000	0	3.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	900.000	100.000			1.000.000
2026	1.200.000	100.000			1.300.000
2027	1.100.000			600.000	1.700.000
2028				600.000	600.000
2029 ff.				1.800.000	1.800.000
Summen	3.200.000	200.000		3.000.000	6.400.000

Erläuterungen:

Anteilig 400.000 Euro jährlich für Instandhaltungs- und Werterhaltungsmaßnahmen der Liegenschaften gem. Präventionsstrategie i. R. d. Finanzierungsvereinbarung 2022 bis 2026.

Die Verpflichtungsermächtigung 2023 ist in Höhe von 2,5 Mio. Euro für die Sanierung der Glas-Vorhangfassade am Bauhausgebäude vorgesehen. Die Verpflichtungsermächtigung konnte aufgrund eines vorgeschalteten wissenschaftlichen Erforschungsprozesses nicht wie geplant in Anspruch genommen werden. Die Jahresscheiben verschieben sich wie folgt 2024: 100.000 Euro; 2025: 500.000 Euro; 2026: 800.000 Euro und 2027: 1,1 Mio. Euro. Für die Maßnahme sind ergänzende Bundesmittel in Aussicht gestellt worden.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient den Ausgaben für Instandsetzungs- und Werterhaltungsmaßnahmen für das Kunstgutdepot.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2027 bis 2031 und beinhaltet die notwendige Erhöhung der Instand- und Werterhaltungsmittel nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen gem. UNESCO-Welterbe-Verpflichtung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	6.871.300	5.464.500	5.859.600
		0	29.933.600

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

63 Franckesche Stiftungen

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Franckeschen Stiftung

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	7.272.211	7.217.500	7.551.100	7.900.700
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	4.780.583	3.939.700	4.335.000	4.375.000
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	2.480.701	470.800	1.705.200	1.226.700
6. Besondere Finanzierungsausgaben	53.896	0	0	0
Zusammen	14.587.391	11.628.000	13.591.300	13.502.400
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	4.262.397	3.913.500	4.212.800	4.217.900
Mithin Fehlbetrag:	10.324.994	7.714.500	9.378.500	9.284.500
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	211.000	0	0	0
b) das Land mit	4.754.792	2.469.200	3.868.200	3.568.100
c) den Bund mit	950.263	862.000	862.000	862.000
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	3.952.329	4.102.300	4.497.300	4.703.400
e) Private	1.393.811	281.000	151.000	151.000
Zusammen	11.262.195	7.714.500	9.378.500	9.284.500

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
AT	1,00	1,00	1,00	1,00
E 15	1,00	1,00	1,00	1,00
E 14	3,00	3,00	3,00	3,00
E 13	2,00	2,00	2,00	3,00
E12	0,00	0,00	1,00	1,00
E 11	6,00	7,00	7,00	7,00
E 10	3,00	3,00	3,00	2,00
E 9b	7,00	6,00	5,00	5,00
E 9a	1,00	1,00	1,00	1,00
E 8	1,00	1,00	2,00	2,00
E 6	7,00	7,00	6,00	6,00
E 5	9,00	9,00	9,00	9,00
E 4	4,00	4,00	4,00	4,00
E 3	1,00	1,00	1,00	1,00
E 2	4,00	4,00	4,00	4,00
S 8a	58,00	58,00	58,00	58,00
S 11b	1,00	1,00	1,00	1,00
S 16	5,00	5,00	5,00	5,00
S 17	2,00	2,00	2,00	2,00
S 18	1,00	1,00	1,00	1,00
Summe	117,00	117,00	117,00	117,00
Insgesamt	117,00	117,00	117,00	117,00

Position b) - Förderung durch das Land - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung (gem. FV)				
für laufende Zwecke	1.471.200	1.869.200	1.918.200	1.968.100
für investive Zwecke	400.000	600.000	600.000	600.000
2. Institutionelle Förderung (Investitionsprogramm)	2.500.000	0	1.350.000	1.000.000
3. Projektförderung	383.592	0	0	0
Zusammen	4.754.792	2.469.200	3.868.200	3.568.100

Position c) - Förderung durch den Bund - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	862.000	862.000	862.000	862.000
2. Projektförderung	88.263	0	0	0
Zusammen	950.263	862.000	862.000	862.000

Position d) - Mittel sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Stadt Halle - KITA-Pauschale	3.897.421	4.102.300	4.497.300	4.703.400
2. Bundesagentur für Arbeit	54.908	0	0	0
Zusammen	3.952.329	4.102.300	4.497.300	4.703.400

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Die im Soll 2025 und 2026 enthaltenen Ansätze sowie der Stellenplan sind vorläufig, bis ein vom Land (Stiftungsbehörde) genehmigter Stiftungshaushalt vorliegt.

685 63	187	Zuschüsse für laufende Zwecke	1.869.200	1.918.200	1.968.100
			1.471.200	0	13.138.900

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.568.200	350.000			1.918.200
2026	1.618.100	350.000			1.968.100
2027				2.489.500	2.489.500
2028				2.557.300	2.557.300
2029 ff.				8.092.100	8.092.100
Summen	3.186.300	700.000		13.138.900	17.025.200

Erläuterungen:

Finanzierungsvereinbarung 2022 bis 2026 zur Erfüllung des Stiftungszwecks gemäß § 2 Stiftungssatzung vom 01.06.2003

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Finanzierung der zu erwartenden höheren Tarifierungen sowie der Mehrausgaben für Betriebskosten.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2027 bis 2031 und beinhaltet eine Tarifvorsorge von 2 % pro Jahr kumulativ.

893 63	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	600.000	1.950.000	1.600.000
			2.900.000	3.700.000	4.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	400.000	1.550.000			1.950.000
2026	400.000	1.200.000			1.600.000
2027			1.500.000	800.000	2.300.000
2028			1.500.000	800.000	2.300.000
2029 ff.			700.000	2.400.000	3.100.000
Summen	800.000	2.750.000	3.700.000	4.000.000	11.250.000

Erläuterungen:

Anteilig 400.000 Euro jährlich für Instandhaltungs- und Werterhaltungsmaßnahmen der Liegenschaften gem. Präventionsstrategie i. R. d. Finanzierungsvereinbarung 2022 bis 2026.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Finanzierung einer Anpassung der Ausgaben für Instandsetzungsmaßnahmen in Höhe von jährlich 200.000 Euro sowie in Höhe von insgesamt 2,35 Mio. Euro zur Kofinanzierung von Bundesmitteln für das Projekt "Sanierung der Grundleitungen und die nachhaltige Aufwertung des Stiftungsgeländes".

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 dient der Mitfinanzierung des Teil 2 des Investitionsvorhabens "Sanierung der Grundleitungen und nachhaltige Aufwertung des Stiftungsgeländes" als Kofinanzierung der Strukturstärkungsmittel des Bundes in Höhe von insgesamt 3,7 Mio. Euro.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2027 bis 2031 und beinhaltet die notwendige Erhöhung der Instand- und Werterhaltungsmittel nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der gestiegenen Baukosten und des Investitionsrückstaus unter Berücksichtigung der Präventionsstrategie der Franckeschen Stiftungen.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	2.469.200	3.868.200	3.568.100
		3.700.000	17.138.900

68 Kulturstiftung Dessau-Wörlitz

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	7.144.992	8.295.700	9.286.000	9.420.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	3.434.179	5.324.400	8.514.300	8.952.200
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	17.536	20.200	20.000	20.000
5. Ausgaben für Investitionen	3.887.380	10.027.500	5.906.000	8.445.400
6. Besondere Finanzierungsausgaben	165.273	0	0	0
Zusammen	14.649.360	23.667.800	23.726.300	26.837.600

Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	3.676.382	3.086.900	2.610.000	2.610.000
Mithin Fehlbetrag:	10.972.978	20.580.900	21.116.300	24.227.600

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	11.789.732	17.521.800	13.760.200	16.843.500
c) den Bund mit	1.823.230	3.009.100	7.356.100	7.384.100
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	2.622.535	50.000	0	0
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	16.235.497	20.580.900	21.116.300	24.227.600

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
AT	1,00	1,00	1,00	1,00
E 14	4,00	4,00	4,00	4,00
E 13	8,00	11,00	11,00	11,00
E 12	3,00	4,00	4,00	4,00
E 11	4,00	4,00	4,00	4,00
E 10	2,00	5,00	5,00	5,00
E 9b	14,00	15,00	15,00	16,00
E 9a	3,00	3,00	3,00	3,00
E 8	13,00	13,00	13,00	13,00
E 6	10,00	10,00	11,00	12,00
E 5	35,00	36,00	39,00	43,00
E 4	7,00	7,00	7,00	7,00
E 3	0,50	0,00	0,00	0,00
Summe	104,50	113,00	117,00	123,00
Insgesamt	104,50	113,00	117,00	123,00

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung (gem. FV)				
für laufende Zwecke	5.757.000	8.886.800	10.317.300	10.467.100
für investive Zwecke	2.120.000	1.620.000	2.200.000	2.000.000
2. zus. Institutionelle Förderung	1.675.000	6.550.000	1.242.900	4.376.400
Investitionsprogramm (ab 2022 Masterplan)				
3. zus. Institutionelle Förderung für	1.604.350	0	0	0
Investitionen				
4. Projektförderungen	633.382	465.000	0	0
Zusammen	11.789.732	17.521.800	13.760.200	16.843.500

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Dauerhafte Projektförderung	1.768.000	1.768.000	1.768.000	1.768.000
2. Projektförderung	55.230	1.241.100	0	0
3. Mitfinanzierung Masterplan			5.588.100	5.616.100
Zusammen	1.823.230	3.009.100	7.356.100	7.384.100

Position d) - Mittel sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. EU-Mittel	2.622.535	0	0	0
2. Projektförderung	0	50.000	0	0
Zusammen	2.622.535	50.000	0	0

Die im Soll 2025 und 2026 enthaltenen Ansätze sowie der Stellenplan sind vorläufig, bis ein vom Land (Stiftungsbehörde) genehmigter Stiftungshaushalt vorliegt.

685 68	187	Zuschüsse für laufende Zwecke	8.886.800	10.317.300	10.467.100
			5.757.000	0	60.818.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	6.247.500	4.069.800			10.317.300
2026	6.397.100	4.070.000			10.467.100
2027				11.727.900	11.727.900
2028				11.941.500	11.941.500
2029 ff.				37.149.300	37.149.300
Summen	12.644.600	8.139.800		60.818.700	81.603.100

Erläuterungen:

Finanzierungsvereinbarung 2022 bis 2026 zur Erfüllung des Stiftungszwecks gemäß § 2 Stiftungssatzung vom 28.06.1994 in der geänderten Fassung vom 22.04.2016 (MBL. LSA 17/2016, S. 302).

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Finanzierung der zu erwartenden höheren Tarifsteigerungen, der Mehrausgaben für zusätzliche Stellen und Stellenhebungen infolge der Organisationsuntersuchung sowie der Deckung des ermittelten Fehlbetrages in den Bereichen IT-Infrastruktur, Ersatzbeschaffungen Ausstattungen und Ausrüstungsgegenstände, Wald- und Forstbereich, Ausstellungen, Forschung, Kunst- und Sammlungen, Vermittlung.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2027 bis 2031 und beinhaltet eine Tarifvorsorge von 2 % pro Jahr kumulativ.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

893 68	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	1.620.000	2.200.000	2.000.000
			2.120.000	0	17.500.000

*** anteilige Umsetzung von Haushaltsmitteln und
 Verpflichtungsermächtigung 2023/2024 nach Kapitel 1776
 Titel 894 68

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	920.000	2.780.000			3.700.000
2026	920.000	2.580.000			3.500.000
2027				3.500.000	3.500.000
2028				3.500.000	3.500.000
2029 ff.				10.500.000	10.500.000
Summen	1.840.000	5.360.000		17.500.000	24.700.000

Erläuterungen:

Anteilig 920.000 Euro jährlich für Instandhaltungs- und Werterhaltungsmaßnahmen der Liegenschaften gem.
 Präventionsstrategie i. R. d. Finanzierungsvereinbarung 2022 bis 2026

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Finanzierung von Instand- und Werterhaltungsmaßnahmen sowie der
 Erstellung einer gartendenkmalpflegerischen Zielsetzung gemäß UNESCO-Welterbe-Vorgaben einschließlich einer
 Umsetzungsplanung.

Die Verpflichtungsermächtigung wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2027 bis
 2031 und beinhaltet die notwendige Erhöhung der Instand- und Werterhaltungsmittel nach Abschluss der
 Sanierungsmaßnahmen gem. Präventionsstrategie (UNESCO-Welterbe-Verpflichtungen).

894 68	187	Zuschüsse für Investitionen (Masterplan Bau- und Gartendenkmalpflege)	6.550.000	1.242.900	4.376.400
			1.675.000	0	42.200.000

*** anteilige Umsetzung von Haushaltsmitteln und
 Verpflichtungsermächtigung 2023/2024 von Kapitel 1776 Titel
 893 68

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	13.325.000				13.325.000
2026	9.810.000				9.810.000
2027				926.000	926.000
2028				9.588.500	9.588.500
2029 ff.				31.685.500	31.685.500
Summen	23.135.000			42.200.000	65.335.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 894 68

Erläuterungen:

Der Bund und das Land Sachsen-Anhalt haben am 25.10.2023 die Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Finanzierung des "Masterplans Bau- und Gartendenkmalpflege der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz" mit einem maximalen Gesamtinvestitionsvolumen von 150 Mio. Euro unterzeichnet. Der Bund und das Land beteiligen sich jeweils zu 50 % an der Finanzierung. Damit soll der Investitionsrückstau im UNESCO-Welterbe "Gartenreich Dessau-Wörlitz" in den kommenden 10 Jahren maßgeblich abgebaut werden. Die vordringlichsten Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen in den kommenden 5 Jahren sind die Sanierung des Gelben Hauses in Wörlitz und Entwicklung zu einem UNESCO-Welterbezentrums sowie die Sanierung und Entwicklung der Schlossensembles Oranienbaum und Mosigkau.

Ab dem Haushaltsjahr 2025 werden die Landesmittel für die Mitfinanzierung des Masterplans in einem gesonderten Titel der Titelgruppe 68 veranschlagt; für die vorherigen Haushaltsjahre werden die Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigungen für diesen Zweck von Titel 893 68 zu Titel 894 68 umgesetzt.

Mit der Verpflichtungsermächtigung 2021 wurde der landesseitige Finanzierungsanteil bereitgestellt. Aufgrund des Bauablaufs ist eine Verschiebung der Jahresscheiben bis zum Jahr 2027 erforderlich.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient der landesseitigen Anschlussfinanzierung für den zweiten Teil des Finanzierungszeitraumes gem. Verwaltungsvereinbarung von Bund und Land Sachsen-Anhalt vom 25.10.2023. Angestrebt wird, landesseitig bis zu 75 Mio. Euro für die Masterplanvorhaben bereitzustellen; der Bund beteiligt sich in gleichem Umfang an der Finanzierung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	17.056.800	13.760.200	16.843.500
		0	120.518.700

74 Kulturstiftung Sachsen-Anhalt

Erläuterungen:

Die Kulturstiftung Sachsen-Anhalt erfüllt als staatliche Stiftung des öffentlichen Rechts gesetzlich übertragene Aufgaben des Landes, die als Stiftungszweck in der Stiftungssatzung definiert sind. Sie ist Treuhänderin der nicht rechtsfähigen staatlichen Stiftung des öffentlichen Rechts "Stiftung Moritzburg Halle (Saale) - Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt" und "Stiftung Kloster Michaelstein - Musikakademie des Landes Sachsen-Anhalt für Bildung und Aufführungspraxis" und erfüllt deren gesetzliche Aufgaben. Die Kulturstiftung Sachsen-Anhalt ist Eigentümerin von 19 der hochkarätigsten und überwiegend als national bedeutsam eingestuften Sakralbauten (vier Dome, drei Klöster), ehemaligen Adelssitzen (acht Schlösser, vier Burgen) des Landes Sachsen-Anhalt sowie weiterer Baudenkmale. Sie betreibt insgesamt acht Museen.

Der Bund hat im Jahr 2020 ein Sonderinvestitionsprogramm (SIP 1) "Mitteldeutsche Schlösser und Gärten" in Höhe von insgesamt 200 Mio. Euro Bundesmittel für einen Zeitraum von acht Jahren (2020-2027) aufgelegt. Daran sollen Sachsen-Anhalt und Thüringen zu gleichen Teilen von jeweils 100 Mio. Euro partizipieren und mit Landesmitteln von jeweils 100 Mio. Euro kofinanzieren. Die anteiligen Mittel des SIP 1 werden in Sachsen-Anhalt durch die Kulturstiftung Sachsen-Anhalt für ausgewählte Liegenschaften der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt bis einschließlich 2027 eingesetzt. Dazu ist eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Sachsen-Anhalt über die gemeinsame Finanzierung eines ersten Sonderinvestitionsprogramms (SIP 1) und für Projektmittel zur Unterstützung der Kulturstiftung Sachsen-Anhalts in 2021 unterzeichnet worden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	11.638.403	16.831.200	16.869.000	16.869.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	13.958.510	16.871.300	16.571.000	12.919.700
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	38.684	103.500	134.500	134.500
5. Ausgaben für Investitionen	5.400.917	18.072.100	17.052.800	19.549.200
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	31.036.514	51.878.100	50.627.300	49.472.400

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	3.363.095	3.469.100	3.554.100	3.554.100
Mithin Fehlbetrag:	27.673.419	48.409.000	47.073.200	45.918.300
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	2.175.783	1.059.800	280.500	0
b) das Land mit	28.359.800	37.161.100	34.213.600	33.290.100
c) den Bund mit	242.476	10.750.600	11.758.800	11.959.900
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	778.000	718.300	693.300	668.300
e) Private	431.166	377.300	127.000	0
Zusammen	31.987.225	50.067.100	47.073.200	45.918.300

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
AT	1,00	1,00	1,00	1,00
E 15	5,00	5,00	5,00	5,00
E 14	5,00	7,00	7,00	7,00
E 13	24,00	25,00	25,00	25,00
E 12	8,00	9,00	9,00	9,00
E 11	14,00	14,00	14,00	14,00
E 10	14,00	20,00	20,00	20,00
E 9b	34,00	37,00	37,00	37,00
E 9a	2,00	2,00	2,00	2,00
E 8	17,00	18,00	18,00	18,00
E 6	27,00	28,00	28,00	28,00
Summe	151,00	166,00	166,00	166,00
Insgesamt	151,00	166,00	166,00	166,00

Position b) - Förderung durch das Land - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung (gem. FV)				
für laufende Zwecke	19.188.800	22.420.900	23.293.600	23.490.100
für investive Zwecke	8.300.000	6.421.100	9.363.000	7.100.000
2. Projektförderung Investitionen (SIP 1)	500.000	7.889.100	788.300	2.700.000
3. sonstige Projektförderung	371.000	430.000	768.700	0
Zusammen	28.359.800	37.161.100	34.213.600	33.290.100

Position c) - Förderung durch den Bund - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Projektförderung Investitionen (SIP 1)	0	6.317.800	6.901.500	9.749.200
2. Projektförderung Projekte (SIP 1)	0	3.498.800	4.125.100	2.207.900
3. Projektförderung für sonst. Investitionen	166.006	0	0	0
4. sonstige Projektförderungen	76.470	934.000	732.200	2.800
Zusammen	242.476	10.750.600	11.758.800	11.959.900

Position d) - Mittel sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Landkreis Harz für Kloster Michaelstein	190.000	180.000	170.000	160.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
		2. Landkreis Harz für Feininger-Galerie	150.000	125.000	100.000
		3. Stadt Halle	130.000	130.000	130.000
		4. Stadt Blankenburg	60.000	60.000	60.000
		5. Burgenlandkreis	39.000	39.000	39.000
		6. Stadt Quedlinburg	30.000	40.000	50.000
		7. Stadt Magdeburg	179.000	144.300	144.300
		Zusammen	778.000	718.300	693.300

Die im Soll 2025 und 2026 enthaltenen Ansätze sowie der Stellenplan sind vorläufig, bis ein vom Land (Stiftungsbehörde) genehmigter Stiftungshaushalt vorliegt.

685 74	188	Zuschüsse für laufende Zwecke	22.420.900	23.293.600	23.490.100
			19.188.800	569.100	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	20.280.200	4.033.400			24.313.600
2026	20.476.700	4.033.500			24.510.200
2027	20.704.300	4.034.400	569.100		25.307.800
2028					
2029 ff.					
Summen	61.461.200	12.101.300	569.100		74.131.600

Erläuterungen:

Finanzierungsvereinbarung 2020 bis 2027 zur Erfüllung des Stiftungszwecks gemäß § 2 der Stiftungssatzung vom 27.12.2004.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Finanzierung von notwendigen zusätzlichen Stellen, Tarif- und Betriebskostensteigerungen sowie Sachkostensteigerungen resultierend insbesondere aufgrund von Tarifsteigerungen im Dienstleistungsgewerbe.

Die Verpflichtungsermächtigung wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 dient der Finanzierung der Tarif- und Betriebskostensteigerung.

893 74	188	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	6.421.100	9.363.000	7.100.000
			8.300.000	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	9.500.000	837.000			10.337.000
2026	7.500.000	3.200.000			10.700.000
2027	7.578.900	3.700.000			11.278.900
2028					
2029 ff.					
Summen	24.578.900	7.737.000			32.315.900

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 74

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der laufenden Finanzierung der Instandhaltungs- und Werterhaltungsmaßnahmen an den Liegenschaften der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt; für größere Investitionsmaßnahmen an den über das Sonderinvestitionsprogramm 1 nicht förderfähigen Sakralbauten der Stiftung (Dome und Klöster; vgl. Kapitel 1776, Titel 894 74) sowie im geringeren Umfang für investive Beschaffungsmaßnahmen. Die Mittel werden der Stiftung über die Finanzierungsvereinbarung bzw. Änderung zur Finanzierungsvereinbarung 2021 bis 2027 zur Verfügung gestellt.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Anschlussfinanzierung - Teil 2 für die Sanierungsmaßnahme am Halberstädter Dom, beginnend ab 2027.

Die Verpflichtungsermächtigung wird nicht vollständig in Anspruch genommen

894 74	195	Zuschüsse für Investitionen (Sonderinvestitionsprogramm 1)	7.889.100	788.300	2.700.000
			500.000	0	0

** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	20.000.000				20.000.000
2026	10.000.000				10.000.000
2027	9.000.000				9.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen	39.000.000				39.000.000

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der hälftigen Mitfinanzierung der Sanierungs- und Bauvorhaben des Sonderinvestitionsprogramms 1. Gemäß der rückwirkend am 25.06.2021 für die Jahre 2020 bis 2027 zwischen Bund und Land geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zum Sonderinvestitionsprogramm 1. Maßnahmen an den Sakralbauten der Stiftung (Dome und Klöster) sind im Sonderinvestitionsprogramm 1 nicht förderfähig.

Die Veranschlagung der Barmittel infolge der Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2020 erfolgt in der gemäß Bauablaufplanung jeweils erforderlichen Höhe.

Bis zum 31.12.2023 nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel: 8.257.420,61 Euro

Die Selbstbewirtschaftungsmittel werden auf den Bedarf 2025 und 2026 angerechnet.

Nachrichtlich: Summe TGr. 74	36.731.100	33.444.900	33.290.100
		569.100	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

77 Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung Luthergedenkstätten

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	3.427.743	4.014.100	4.736.000	4.683.700
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	2.615.436	4.994.000	1.812.800	1.243.900
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	206.535	240.500	247.000	253.500
5. Ausgaben für Investitionen	126.264	8.536.300	1.440.000	1.440.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	6.375.978	17.784.900	8.235.800	7.621.100
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	486.738	600.000	600.000	680.000
Mithin Fehlbetrag:	5.889.240	17.184.900	7.635.800	6.941.100
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	125.000	200.000	0
b) das Land mit	5.810.440	10.118.400	5.653.000	5.209.300
c) den Bund mit	1.409.038	6.573.700	1.417.000	1.366.000
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	367.800	365.800	365.800	365.800
e) Private	55.870	2.000	0	0
Zusammen	7.643.148	17.184.900	7.635.800	6.941.100
Stellenbestand				
	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
AT	1,00	1,00	1,00	1,00
E 14	2,00	2,00	2,00	2,00
E 13	6,00	7,00	7,00	7,00
E 12	2,00	2,00	2,00	2,00
E 11	2,00	2,00	1,00	1,00
E 10	3,00	3,00	3,00	3,00
E 9b	10,00	10,00	11,00	11,00
E 8	6,00	6,00	6,00	6,00
E 6	1,00	1,00	1,00	1,00
E 5	4,00	4,00	4,00	4,00
E 4	14,00	14,00	14,00	14,00
E 3	15,00	15,00	15,00	15,00
Summe	66,00	67,00	67,00	67,00
Insgesamt	66,00	67,00	67,00	67,00

Position b) - Förderung durch das Land - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung (gem. FV)				

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

für laufende Zwecke	2.867.200	3.287.300	3.669.000	3.752.300
für investive Zwecke	440.000	440.000	440.000	440.000
2. Projektförderung (Investitionsmaßnahme energetische Sanierung Lutherhaus und neue Dauerausstellung)	2.107.000	6.093.000	1.000.000	1.000.000
3. Projektförderung	396.240	298.100	544.000	17.000
Zusammen	5.810.440	10.118.400	5.653.000	5.209.300

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Institutionelle Förderung	1.366.000	1.366.000	1.366.000	1.366.000
2. Projektförderung investiv	43.038	507.700	51.000	
3. Projektförderung (Investitionsprogramm - Lutherhaus 2024/2025)	0	4.700.000	0	0
Zusammen	1.409.038	6.573.700	1.417.000	1.366.000

Position d) - Mittel sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Lutherstadt Wittenberg	187.360	186.400	186.400	186.400
2. Lutherstadt Eisleben	94.240	94.200	94.200	94.200
3. Stadt Mansfeld	55.000	55.000	55.000	55.000
4. Ev. Kirche Mitteldeutschland (EKM)	10.200	10.200	10.200	10.200
5. Ev. Kirche Deutschland (EKD)	21.000	20.000	20.000	20.000
Zusammen	367.800	365.800	365.800	365.800

Die im Soll 2025 und 2026 enthaltenen Ansätze sowie der Stellenplan sind vorläufig, bis ein vom Land (Stiftungsbehörde) genehmigter Stiftungshaushalt vorliegt.

685 77	187	Zuschüsse für laufende Zwecke	3.287.300	3.669.000	3.752.300
			2.867.200	300.000	21.644.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.269.000	100.000			3.369.000
2026	3.352.300	100.000	300.000		3.752.300
2027				4.129.900	4.129.900
2028				4.227.400	4.227.400
2029 ff.				13.286.700	13.286.700
Summen	6.621.300	200.000	300.000	21.644.000	28.765.300

Erläuterungen:

Finanzierungsvereinbarung 2022 bis 2026 zur Erfüllung des Stiftungszwecks gemäß § 2 Stiftungssatzung vom 18.03.1997 (MBI. LSA. 1997, 962)

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Finanzierung der zu erwartenden Tarifsteigerung sowie gestiegener anteiliger Betriebskosten bei der Reformationsgeschichtlichen Forschungsbibliothek.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2027 bis 2031 und beinhaltet eine Tarifvorsorge von 2 % pro Jahr kumulativ.

893 77	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	6.533.000	1.440.000	1.440.000
			2.547.000	0	3.750.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 77

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	440.000	3.000.000			3.440.000
2026	440.000				440.000
2027				750.000	750.000
2028				750.000	750.000
2029 ff.				2.250.000	2.250.000
Summen	880.000	3.000.000		3.750.000	7.630.000

Erläuterungen:

Anteilig 440.000 Euro jährlich für Instandhaltungs- und Werterhaltungsmaßnahmen der Liegenschaften gem. Präventionsstrategie i. R. d. Finanzierungsvereinbarung 2022 bis 2026

Im Haushaltsjahr 2021 ist eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insg. 6 Mio. Euro für den Zeitraum 2022-2024 gewährt worden. Diese Mittel dienen der Kofinanzierung von Bundesmitteln für das Sanierungsvorhaben Lutherhaus 2024 - energetische Sanierung (4,5 Mio. Euro) und neue Dauerausstellung (1,5 Mio. Euro). Die Inanspruchnahme der Mittel aus der Verpflichtungsermächtigung hat sich zwischen den Jahresscheiben 2023 und 2024 um 593.000 Euro zugunsten der Jahresscheibe 2024 verschoben.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Sicherung der Gesamtfinanzierung des Sanierungsvorhabens "Energetische Sanierung Lutherhaus". Gemäß ZBau sind Mehrkosten im Umfang von 6 Mio. Euro aufgrund von erforderlichen Umplanungen (Abriss Direktorenhaus und Erweiterungsneubau Funktionsgebäude), Baupreissteigerungen sowie geänderter gesetzlicher Bestimmungen zur Energieversorgung gegenüber den ursprünglichen Planungen ermittelt worden. Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung erfolgt unter Anpassung der Jahresscheiben auf jährlich 1 Mio. Euro 2025 bis 2027 unter Berücksichtigung des Bauablaufs.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient dem Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2027 bis 2031 und beinhaltet die notwendige Erhöhung der Instand- und Werterhaltungsmittel nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen gem. Präventionsstrategie (UNESCO-Welterbe-Verpflichtungen).

Nachrichtlich: Summe TGr. 77	9.820.300	5.109.000	5.192.300
		300.000	25.394.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 76 Stiftungen des Kulturbereiches

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0

Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	43.527.100	46.426.100	47.065.500
			15.536.100	122.535.200

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	32.113.200	17.984.200	20.516.400
			3.700.000	70.450.000

Gesamtausgabe		75.640.300	64.410.300	67.581.900

Gesamtsumme der VE			19.236.100	192.985.200

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-75.640.300	-64.410.300	-67.581.900

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Übertragbar

Die Ausgaben innerhalb der HGr. 5 bis 9 und zwischen den HGr. 5 bis 9 sind gegenseitig deckungsfähig.

Alle erzielten Einnahmen, soweit sie nicht einer Zweckbindung unterliegen (z. B. Drittmittel), stehen dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung. Zweckgebundene Einnahmen, die durch Dritte bereitgestellt werden, verstärken die Ausgabeansätze in Höhe der Ist-Einnahmen.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 17 83 beträgt zum 31.12.2025 176 Vollzeitäquivalente. Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 17 83 beträgt zum 31.12.2026 176 Vollzeitäquivalente.

Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Abs. 2 der Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie ist als Fachbehörde (Denkmalfachamt) zuständig für die Betreuung des gesamten Bestandes an archäologischen und nichtarchäologischen Kulturdenkmalen im Sinne von § 5 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs. 2 DenkmSchG LSA. Das Aufgabengebiet des Denkmalfachamtes ergibt sich aus dem Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (DenkmSchG LSA). Das Landesmuseum für Vorgeschichte ist Teil des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie. Seit 2020 unterhält das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie eine neue Abteilung, das Institut für Landesgeschichte.

Unter Bezugnahme auf § 17a LHO wird das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie wie eine budgetierte und flexibilisierte Einrichtung geführt. Das Budget wird aus der Differenz zwischen den veranschlagten Ausgaben und Einnahmen ermittelt. Mindereinnahmen verringern dementsprechend diese Deckungsmittel. Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie haben eine Zielvereinbarung zu den Aufgaben, den Zielen und zur Haushaltsführung für den Zeitraum 01.01.2024 bis zum 31.12.2028 abgeschlossen. Die Zielvereinbarung regelt die Rechte und Pflichten während des Vertragszeitraums. Der Aufgabenkatalog des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie konkretisiert den Inhalt.

Einnahmen

111 01	183	Gebühren, sonstige Entgelte	0 0	0	0
111 11	183	Verwaltungsgebühren	0 0	0	0
Erläuterungen:					
Gebühren und Auslagen aller Art, Benutzungsgebühren, Leistungsgebühren, tarifliche Entgelte.					
111 41	183	Eintrittsgelder für Museen	80.000 200.749	210.000	105.000
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titel 547 01.					
Erläuterungen:					
Eintrittsgelder Landesmuseum für Vorgeschichte ohne Sonderausstellungsbetrieb.					
119 31	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen	80.000 62.123	80.000	80.000
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titel 547 01.					

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 119 31

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Verkauf von Drucksachen, wissenschaftlichen Publikationen u. a. Veröffentlichungen inkl. Umsatzsteuer

	Soll 2025	Soll 2026
Entgelte (netto)	75.000	75.000
Umsatzsteuer	5.000	5.000
Zusammen	80.000	80.000

119 47	183	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0	0	0
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titel 443 07.

119 51	183	Vermischte Einnahmen	85.000	87.500	87.500
			165.944		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titel 547 01.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Reproduktionsrechten, Schutzgebühren für Reproduktionsrechte, Einnahmen aus Honoraren des Landesarchäologen, Lizenzeinnahmen "Himmelsscheibe von Nebra" inkl. Umsatzsteuer.

	Soll 2025	Soll 2026
Entgelte (netto)	80.000	80.000
Umsatzsteuer	7.500	7.500
Zusammen	87.500	87.500

124 01	183	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	13.000	14.500	14.500
			16.870		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titel 547 01.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Mieten und Pachten für die Mitbenutzung von Dienst- und Werkräumen sowie für die Nutzung des Hörsaals im Landesmuseum für Vorgeschichte inkl. Umsatzsteuer

	Soll 2025	Soll 2026
Entgelte (netto)	14.400	14.400
Umsatzsteuer	100	100
Zusammen	14.500	14.500

132 01	183	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0	0	0
			0		

231 01	291	Zuweisungen vom Bund für den Bundesfreiwilligendienst	0	0	0
			0		

231 02	183	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

235 01	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	0	0	0
			5.411		

235 05	253	Sonstige Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit zur Regelung der Altersteilzeit	0	0	0
			0		

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

62 Tagungen der Bau- und Bodendenkmalpflege sowie Landesgeschichte in Sachsen-Anhalt

119 62	183	Sonstige Einnahmen	0 840	0	0

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Durchführung von Tagungen, Workshops, Vorträgen und anderen Veranstaltungen wissenschaftlicher oder belehrender Art, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts durchgeführt werden, sind steuerfrei, wenn die Einnahmen überwiegend zur Deckung der Kosten verwendet werden.

282 62	183	Sonstige Zuschüsse für Tagungen	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62

0 0 0

63 Archäologische Grabungen nach § 14 Abs. 9 DenkmSchG LSA

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titelgruppe 63.

111 63	183	Gebühren, sonstige Entgelte	0 0	0	0

282 63	183	Sonstige Zuschüsse für archäologische Grabungen	0 10.548.406	0	0

359 63	183	Entnahme aus der Rücklage archäologische Grabungen	0 0	0	0

*** Eine Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ist nur zulässig, wenn bestehende Zahlungsverpflichtungen des Landes nicht durch die Inanspruchnahme von Ausgaberesten der Vorjahre gemäß § 45 Abs. 2 und 4 LHO erfüllt werden können.

Zuführungen werden bei Kapitel 1783 Titel 919 63 verausgabt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63

0 0 0

65 Wissenschaftliche Erforschung an Denkmälern

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titelgruppe 65.

233 65	183	Sonstige Zuweisungen von Kommunen u.a. öffentlichen Einrichtungen	0 0	0	0

282 65	137	Zuweisungen Dritter zur Erforschung an Denkmälern	0 13.969	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65

0 0 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

67 Sonderausstellungen

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titelgruppe 67.

119 67	183	Einnahmen aus Sonderausstellungen	336.000 475.266	0	300.000

Erläuterungen:

Einnahmen aus Eintrittsgeldern zu Sonderausstellungen, museumspädagogischen Veranstaltungen, Werkstatterzeugnissen und Drucksachen.

231 67	183	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			336.000	0	300.000

68 Landesmuseum für Vorgeschichte

342 68	183	Sonstige Zuschüsse für Investitionen im Inland	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			0	0	0

69 Förderung durch den Förderverein

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titelgruppe 69.

282 69	183	Sonstige Projektzuschüsse des Vereins zur Förderung des Landesmuseums für Vorgeschichte Halle (Saale) e.V.	0 8.998	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			0	0	0

70 Drittmittelfinanzierte Projekte/Maßnahmen

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titelgruppe 70.

119 70	183	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0

231 70	183	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 886.773	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			0	0	0

72 Anteilig drittmittelfinanzierte Projekte/Maßnahmen

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titelgruppe 72.

231 72	183	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 0	69.000	37.200

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
232 72	183	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0 0	0	0
233 72	183	Sonstige Zuweisungen von Kommunen u.a. öffentlichen Einrichtungen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			0	69.000	37.200
73		Archäologische Grabungen nach § 14 Abs. 9 DenkmSchG LSA			
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 83 Titelgruppe 73.			
111 73	183	Gebühren, sonstige Entgelte	0 0	0	0
		Erläuterungen: Gebühren und Entgelte für die hoheitliche Dokumentationstätigkeit in ausschließlicher Zuständigkeit des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt.			
282 73	183	Sonstige Zuschüsse für archäologische Grabungen	0 0	0	0
		Erläuterungen: Einnahmen für die Weiterberechnung von reinen Ausgrabungsleistungen, die im Auftrag des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt durch Dritte ausgeführt werden und nicht zu der hoheitlichen Dokumentationstätigkeit zuzurechnen sind. Diese Leistungen unterfallen zukünftig grundsätzlich der Umsatzsteuerpflicht und eröffnen die Option des Vorsteuerabzuges für die Eingangsleistungen (Aufträge Dritter).			
359 73	183	Entnahme aus der Rücklage archäologischer Grabungen	0 0	0	0
		*** Eine Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ist nur zulässig, wenn bestehende Zahlungsverpflichtungen des Landes nicht durch die Inanspruchnahme von Ausgaberesten der Vorjahre gemäß § 45 Abs. 2 und 4 LHO erfüllt werden können. Zuführungen werden bei Kapitel 1783 Titel 919 73 verausgabt.			
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

412 03	183	Entschädigungen für sonstige ehrenamtlich Tätige	143.900 131.847	160.000 0	160.000 0

Erläuterungen:

Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Beauftragte nach § 6 Abs. 5 i. V. m. § 3 Abs. 1 DenkmSchG LSA.

422 01	183	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0

427 01	183	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	1.026.700 1.191.313	878.600 0	888.300 0

Erläuterungen:

Beschäftigungsentgelte für Vertretungskräfte zur vorübergehenden unvermeidlichen Urlaubs- und Krankheitsvertretung und Aushilfskräfte zur unumgänglichen Personalverstärkung in den verschiedenen Fachbereichen des LDA: Bau- und Bodendenkmalpflege, Redaktion und Sammlung, Landesfundarchiv, Restaurierung und andere wissenschaftliche Bereiche.

50 Praktikantinnen und Praktikanten im Rahmen des Studiums am Institut für Kunstgeschichte und Archäologie Europas (IKARE) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Praktika als berufsfeldbezogene Lehrereinheiten im Umfang von mindestens sechs Wochen (z. B. in Museen oder Einrichtungen der Bau- und Bodendenkmalpflege). Als Praktikum zählt auch die Grabungstätigkeit im In- und Ausland.

	Abteilung	2024	2025	2026
1.	Bau- und Kunstdenkmalpflege	15	15	15
2.	Archive und Sammlungen	10	10	10
3.	Bodendenkmalpflege	15	15	15
4.	Landesmuseum für Vorgeschichte	10	10	10
Zusammen		50	50	50

427 02	183	Vergütung für Volontäre	255.400 254.818	260.400 0	337.500 0

Erläuterungen:

Es werden 12 Stellen für Volontärinnen und Volontäre in den Bereichen Bau- und Kunstdenkmalpflege, Archive und Sammlungen, Bodendenkmalpflege, Landesmuseum für Vorgeschichte, Landesgeschichte sowie Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt. Die Vergütung richtet sich nach dem RdErl. des MK vom 02.08.1999 (MBI. LSA 1999, S. 1449) zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 03.06.2019 (MBI. LSA 2019, S. 247) zur Beschäftigung von wissenschaftlichen Volontärinnen und Volontären an den staatlichen Museen sowie in der Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt.

	Abteilung	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
	Abt. 2 Bau- und Kunstdenkmalpflege	2	2	2
	Abt. 3 Archive und Sammlungen	3	3	3
	Abt. 4 Bodendenkmalpflege	3	2	2
	Abt. 5 Landesmuseum für Vorgeschichte	1	3	3
	Abt. 6 Landesgeschichte	1	1	1
	Öffentlichkeitsarbeit	1	1	1
Zusammen		11	12	12

427 03	253	Beschäftigungsentgelte im Bereich der Arbeitsförderung	0 0	0 0	0 0

427 05	183	Beschäftigungsentgelte für die Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst	13.600 0	14.800 0	14.800 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 427 05

Erläuterungen:

Das LDA ist anerkannte Einsatzstelle für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) mit dem Schwerpunkt Denkmalschutz und Denkmalpflege. Für 2025 und 2026 werden jeweils drei Vollzeitstellen für den BFD angeboten. Einsatzgebiete finden sich im Bereich der Archive und Sammlungen, Bau- und Kunstdenkmalpflege, Bodendenkmalpflege und dem Landesmuseum für Vorgeschichte. Die Aufgabenfelder erstrecken sich dabei vom Einblick in die zeitgeschichtlichen Abschnitte durch Pflege des Bestandes in Archiv und Sammlung, der Unterstützung bei wissenschaftlichen Untersuchungen über die Unterstützung bei Restaurierungsarbeiten bis hin zur Begleitung von Veranstaltungen mit pädagogischem Charakter im Landesmuseum für Vorgeschichte.

427 06	183	Vergütung für die Fortbildung "Geprüfte/r Grabungstechniker/in"	73.100 51.880	105.600 0	123.400 0

Erläuterungen:

3-jährige Fortbildung zum/zur "Geprüften Grabungstechniker/-in" zur Erfüllung der Aufgaben nach § 5 Abs. 2 DenkmSchG LSA aufgrund des Nachwuchs- und Fachkräftemangels

427 21	183	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	2.000 1.200	1.000 0	2.000 0

Erläuterungen:

Honorare für Einzelgastvorträge bei öffentlichen Veranstaltungen, Vorträgen und Kolloquien.

427 39	183	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte von Landesbediensteten im Mutterschutz	60.000 90.454	75.600 0	60.000 0

428 01	183	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10.902.000 10.685.398	11.841.200 0	11.866.000 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	254.300	808.300	713.500
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10.647.700	11.032.900	11.152.500
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
Summe		10.902.000	11.841.200	11.866.000

428 03	183	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Entgelte der ständigen, stundenweise Tarifbeschäftigten einschließlich Zulagen, Zuschläge, Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersvorsorge.

428 51	183	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	12.400 17.591	13.100 0	13.900 0

443 01	183	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	0 0	0 0	0 0

443 02	183	Amtsärztliche Untersuchungen	13.000 12.097	13.000 0	13.000 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

443 03	183	Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG)	25.400	25.400	25.400
			9.019	0	0

443 06	011	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Gemäß Rd.Erl. des MI, MF und MJ vom 16.05.1995 (15.21-03018.200), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 31.08.2022 (MBI. LSA S. 438).

443 07	183	Aufgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Istennahmen bei Kapitel 17 83 Titel 119 47.

Erläuterungen:

Ausgaben nach § 83a LBG LSA

Diese Regelung gilt auf Grundlage des Schnellbriefes des Ministeriums für Finanzen vom 3. Dezember 2019 - 1412-9003 - auch für Tarifbeschäftigte im Landesdienst.

511 01	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	287.200	210.000	214.200
			201.881	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Geschäftsbedarf	40.083	45.000	45.000	45.900
2. Kommunikation	132.579	152.200	135.000	137.700
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	25.638	80.000	25.000	25.500
4. Sonstiges	3.581	10.000	5.000	5.100
Zusammen	201.881	287.200	210.000	214.200

514 01	183	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	160.600	145.000	147.900
			140.485	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	99.882	133.000	115.000	117.300
2. Dienst- und Schutzausrüstung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	3.087	7.000	5.000	5.100
3. Verbrauchsmittel	36.760	20.600	25.000	25.500
4. Sonstiges	756	0	0	0
Zusammen	140.485	160.600	145.000	147.900

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
PKW	13	11	11	11
PKW (elektrisch)	0	2	2	2
Transporter	8	8	8	8
Pick-up	5	5	5	5
PKW-Anhänger	2	2	2	2
Zusammen	28	28	28	28

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

517 01	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2.020.100	2.198.600	2.242.600
			2.126.099	0	0

Erläuterungen:

Anstieg der Nebenkostenvorauszahlungen gemäß den Berechnungen des Landesbetriebs BLSA um rd. 31 % im Jahr 2025 bzw. um rd. 45 % im Jahr 2026 auf Basis der Ist-Ausgaben im Jahr 2022 unter der Annahme tendenziell stetig steigender Ausgaben in den großen Kostenblöcken Strom- und Wärmeversorgung aufgrund steigender Rohstoffpreise und der Klimaschutzpolitik (u.a. stufenweise Erhöhung der CO2-Abgabe etc.).

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Heizung	156.860	143.600	202.100	206.100
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	158.848	249.700	182.500	186.200
3. Reinigung, Be- und Entwässerung, Müllabfuhr usw.	355.943	368.000	360.000	367.200
4. Bewachung	1.400.591	1.200.200	1.400.000	1.428.000
5. Sonstiges	53.856	58.600	54.000	55.100
Zusammen	2.126.098	2.020.100	2.198.600	2.242.600

517 30	183	Nebenkosten an den Landesbetrieb BLSA	949.000	0	0
			559.128	0	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Nebenkostenvorauszahlungen im Mieter-Vermieter-Modell; ab 2025 veranschlagt im EPI. 20.

518 01	183	Mieten und Pachten	299.900	335.200	335.200
			294.291	0	0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Mietverträge zu den Landesliegenschaften des LDA außerhalb der Verwaltungsvereinbarung zwischen BLSA und dem ehemaligen Kultusministerium; Anmietung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen; Mehrbedarf für zusätzliche Anmietung von Räumen für das Institut für Landesgeschichte und Beschaffung Druck- und Kopiertechnik über IT-Dienstleister Sachsen-Anhalt DATAPORT/KITU.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Grundstücke, Gebäude, Anlagen	209.692	222.300	222.300	222.300
2. Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	84.599	77.600	112.900	112.900
Zusammen	294.291	299.900	335.200	335.200

518 13	183	Miete oder private Vorfinanzierung	126.900	194.500	188.200
			133.544	0	0

Erläuterungen:

Miete-/Leasing Dienstkraftfahrzeuge; mehr aufgrund Preisentwicklung

518 30	183	Mietzahlungen an BLSA	1.153.400	0	0
			864.491	0	0

Erläuterungen:

Die Mietzahlungen erfolgen auf Basis der Berechnungen aus dem Mieter-Vermieter-Modell und beruhen auf bestehenden Verwaltungsvereinbarungen mit dem BLSA.

519 01	183	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	140.000	150.000	153.000
			149.058	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 519 01

Erläuterungen:

Unterhaltung und Wartung der technischen Anlagen und betrieblichen Einbauten der Sicherheitstechnik, Heizungs-, Lüftungs-, Klima-, und Sanitäranlagen, Personenaufzüge, Jalousienanlagen, Außenanlagen u.a. sowie Reparaturleistungen Dritter.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke, Anlagen	141.351	135.000	142.000	144.800
2. gemietete oder gepachtete Grundstücke	7.707	5.000	8.000	8.200
Zusammen	149.058	140.000	150.000	153.000

522 01	183	Ausgaben für Studien, Gutachten und Beraterverträge	45.500	25.400	10.300
			8.902	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Durchsetzung der Marken- und Schutzrechte des Landes Sachsen-Anhalt für die Himmelsscheibe von Nebra. Ausgaben für die Rechtsberatung zum Marken-, Lizenz- und Urheberrecht (Nr. 2 der Übersicht) waren bis zum Haushaltsjahr 2023 bei Titel 526 02 veranschlagt.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Steuerberatung für die Prüfung der Umsatzsteuererklärung	0	5.400	0	0
2. Rechtsberatung zum Marken-, Lizenz- und Urheberrecht	8.902	15.100	10.000	10.300
3. Baufachliche Beratung durch Ingenieurbüro (Zentraldepot)	0	25.000	0	0
4. Machbarkeitsstudie zur Detektion neolithischer Fischzäune im Arendsee	0	0	15.400	0
Zusammen	8.902	45.500	25.400	10.300

523 01	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	60.000	55.000	55.000
			55.794	0	0

Erläuterungen:

Unterhaltung der Fachbibliothek, Erst-, Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen von Büchern, Einzel- und Fortsetzungswerken sowie von Zeitungen und Zeitschriften Sondersammlungen; Kosten elektronischer Medien

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Bücher und Zeitschriften der Bibliotheken	53.816	45.000	45.000	45.000
2. Einzelbilder- und Fortsetzungswerke, Sammlungsgegenstände	1.978	14.000	9.000	9.000
3. Einbände	0	1.000	1.000	1.000
Zusammen	55.794	60.000	55.000	55.000

525 01	183	Aus- und Fortbildung	15.000	9.000	9.200
			8.867	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Aus- und Fortbildung von Bediensteten sowie die Teilnahme an Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen einschließlich anfallender Reisekosten sowie Ausbildungsbeihilfen, Lehrbücher, Fachzeitschriften, Lehrgrabungen mit Studenten.

525 02	183	Aus- und Fortbildung der ehrenamtlich Beauftragten (§ 6 DenkmSchG LSA)	10.000	15.000	15.000
			15.285	0	0

Erläuterungen:

Sachaufwand für die Fortbildung der ehrenamtlich Beauftragten nach § 5 Abs. 2 Nr. 5 i.V.m. § 6 DenkmSchG.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

525 03	183	Aus- und Fortbildung der unteren Denkmalschutzbehörden (§ 5 DenkmSchG LSA)	5.000 19	5.000 0	5.000 0

Erläuterungen:

Sachaufwand für die Fortbildung der unteren Denkmalschutzbehörden nach § 5 Abs. 2 Nr. 5 i. V. m. § 4 Abs. 1 und 3 DenkmSchG LSA für die Bereiche Bodendenkmalpflege sowie Bau- und Kunstdenkmalpflege

525 06	183	Fortbildung zur/zum "Geprüfte/n Grabungstechniker/in"	7.500 12.039	15.000 0	15.300 0

Erläuterungen:

Reisekosten sowie Lernmittel für die Fortbildung zur/zum "Geprüften Grabungstechniker/-in".

526 01	183	Gerichts- und ähnliche Kosten	1.000 0	500 0	500 0

Erläuterungen:

Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- und andere Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten

526 02	183	Sachverständige	1.000 17.751	500 0	500 0

Erläuterungen:

Ausgaben für Sachverständige z.B. bei Verkehrsunfällen

527 01	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	80.000 74.374	75.000 0	75.000 0

** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

527 03	183	Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung	500 0	500 0	500 0

529 01	183	Verfügungsmittel des Landesarchäologen	1.500 902	1.000 0	1.000 0

529 02	183	Verfügungsmittel der Landeskonservatorin	0 0	500 0	500 0

531 01	183	Veröffentlichungen	240.000 189.188	229.500 0	234.100 0

Erläuterungen:

Publikationen von wissenschaftlichen Erkenntnissen, populärwissenschaftliche Publikationen für die breite Öffentlichkeit, Ausstellungsbände etc.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Amtliche Druckwerke	0	10.000	500	500
2. Öffentlichkeitsarbeit	5.191	10.000	9.000	9.200
3. technische und wissenschaftliche Druckwerke	141.318	160.000	160.000	163.200
4. sonstige Veröffentlichungen	42.680	60.000	60.000	61.200
Zusammen	189.189	240.000	229.500	234.100

533 01	183	Dienstleistungen Außenstehender	865.000 943.923	900.000 0	800.800 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 01

Erläuterungen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Filmentwicklung, Fotos, Kopie, wiss. Dokumente, Pläne, Zeichnungen	32.380	90.000	44.500	50.000
2. Wiss. Arbeiten, Untersuchungen, Gutachten an Denkmälern, zu beweglichem Kunstgut einschließl. Sicherungsmaßnahmen	163.395	160.000	160.000	160.000
3. Aufträge für Restaurierungsarbeiten, zur Kontrolle ihres Erhaltungszustandes bzw. zur Klärung wiss. Fragestellungen	33.151	60.000	40.000	40.000
4. Anfertigung von Sammlungskartonagen und -kisten	0	20.000	8.000	8.000
5. Aufträge zu archäologischen Funden: Archäozoologie, -botanik, Anthropologie, Datierung, Lipidanalysen, Zeichnungen, bildgebende Verfahren	251.247	135.000	125.000	125.000
6. Modulare Entwicklung einer Grabungs- sowie Restaurierungsdatenbank	0	1.000	0	0
7. Holzkonservierung	0	5.000	5.000	5.000
8. Auf- und Ausbau Denkmalverzeichnis GIS-System (Archäologie)	1.000	10.000	5.000	5.000
9. Digitalisierung Archiv- und Fundbestände	135.128	80.000	80.000	80.000
10. Filmische Dokumentation archäologischer Funde/Ausgrabungsprojekte etc.	25.054	0	0	0
11. Unterwasserarchäologie	0	30.000	10.000	15.000
12. Kooperationen/Grabungen mit Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen	244.146	160.000	180.000	180.000
13. Erfassung mittelalterlicher Dachwerke, Glockenstuhlwerke	19.988	25.000	22.500	22.500
14. Weiterentwicklung Internetpräsenz LDA mit Schwerpunkt Barrierefreiheit	2.148	1.000	70.000	10.300
15. Hochmittelalterlicher Stuck im Harz	0	20.000	15.000	15.000
16. Ausstattung ehemalige Klosterkirche Schulpforte	0	10.000	5.000	5.000
17. Kostenerstattung FSJ an IJGD	30.456	27.000	27.000	27.000
18. Wert- und Geldtransporte Eintrittsgelder	0	6.000	6.000	6.000
19. Buchbinder	1.127	5.000	5.000	5.000
20. Erweiterung LDA-Webseite um kuratierte 3D-Modelle/Animationen	0	0	80.000	30.000
21. Erweiterung des außerschulischen und Entwicklung des vorschulischen Bildungsangebotes	0	0	500	500
22. Technische Umsetzung Newsletter-System	0	0	500	500
23. Aufträge zur archäologischen Feldarbeit: Vermessungsarbeiten, Geomagnetik, Luftbildarchäologie, Geophysik etc.	0	5.000	5.000	5.000
24. Aufträge zu geologischen Untersuchungen: Phosphatanalysen, bio- und geochemische Untersuchungen, Mikromorphologie, Topographie	4.702	10.000	6.000	6.000
25. Durchführung von Block- und Sonderbergungen	0	5.000	0	0
Zusammen	943.922	865.000	900.000	800.800

534 01	183	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	32.000	20.000	20.000
			17.530	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 534 01

Erläuterungen:

Ersatz und Ergänzung der Spezialgeräte in den Bereichen Restaurierung, Fotolabor, Geophysik, Sammlungen, Botanik sowie Bau- und Kunstdenkmalpflege.

535 03	183	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	7.000	7.000	7.000
			4.842	0	0

536 02	183	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	10.000	7.000	7.000
			6.467	0	0

Erläuterungen:

Haushaltsmittel für Umzüge aus organisatorischen Gründen innerhalb der Dienstgebäude des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie sowie Transporte beweglichen Kunstgutes und Speditionskosten auf Grund der Verlagerung von Funden.

542 01	183	Umsatzsteuer	25.000	35.000	35.700
			51.863	0	0

Erläuterungen:

Die Abführungen der Umsatzsteuer an das Finanzamt für das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie erfolgen zentral aus diesem Titel.

547 01	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500	500	500
			3.482	0	0

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 17 83 Titel 111 41, Kapitel 17 83 Titel 119 31, Kapitel 17 83 Titel 119 51 und Kapitel 17 83 Titel 124 01.

681 01	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

685 01	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	8.100	8.100	8.100
			7.672	0	0

Erläuterungen:

Mitgliedschaften bei Vereinigungen, an denen ein dienstliches und institutionelles Interesse besteht.

811 01	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	17.200	64.800	0
			38.430	0	0

Erläuterungen:

Anschaffung eines Dienstkraftfahrzeugs geeignet für die gemeinsame Beförderung mehrerer Teilnehmer bei auswärtigen Terminen

812 13	183	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	2.000	2.000	2.000
			2.839	0	0

Erläuterungen:

Konfiguration und Softwareanpassung einschließlich der Beschaffung von Ersatzteilen an vorhandenen Anlagen in den Liegenschaften des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt.

812 15	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	98.600	250.000	102.600
			976.449	0	0

Erläuterungen:

Schrittweise Neubeschaffungen insbesondere von höhenverstellbaren Schreibtischen und ergonomischen Bürodrehstühlen sowie Austausch von defekten Schränken; Ersatzbeschaffungen für Fachbereiche Foto, Restaurierung, Sammlung, Bau- und Bodendenkmalpflege

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

916 13	851	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0	0	0
			0	0	0

981 01	183	Verrechnung zwischen Kapiteln des Landeshaushaltes	50.400	2.100	2.100
			50.358	0	0

Erläuterungen:

Gebühren für Leistungen/Nutzungen von Geobasisdaten auf der Grundlage des Vertrags zum "GeoLeistungsPaket StK", zuletzt geändert mit der 5. Änderungsverordnung vom 27.02.2024 mit Wirkung zum 01.07.2023.
 Verrechnung mit Einzelplan 14 Kapitel 1406 Titel 381 01.

Titelgruppe(n)

61 Archäologische Forschungsgrabungen und Schnellinventarisierung archäologischer Fundstätten

Erläuterungen:

Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie mit dem Landesmuseum für Vorgeschichte hat sich in den letzten Jahren zu einem der kulturellen Alleinstellungsmerkmale des Landes entwickelt. Diese positive Entwicklung ist auch weiterhin durch regelmäßige Sonder- und Landesausstellungen zur langfristigen Besucherbindung, insbesondere auch aus dem übrigen Bundesgebiet und aus dem Ausland, zu fördern. Unabdingbare Grundlagen hierfür sind die aktuellen Ausgrabungen des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie und deren wissenschaftliche Aufarbeitung (zum Beispiel in Pömmelte, in Helfta oder in Memleben) und daraus folgende museale Präsentationen und kulturhistorische Erschließung sowie die Stärkung wissenschaftlicher Kooperationen.

427 61	183	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	480.000	600.000	360.000
			564.767	0	0

Erläuterungen:

Beschäftigungsentgelte und Honorare für Aushilfen zur vorübergehenden Unterstützung bei der Durchführung von archäologischen Forschungsgrabungen sowie der Prospektion archäologischer Fundstätten.

429 61	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

527 61	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	10.000	10.000	10.000
			19.783	0	0

Erläuterungen:

Reisekostenvergütung im Rahmen der Durchführung landeseigener Grabungen (nicht Verursachergrabungen durch Investoren nach DenkmSchG LSA).

533 61	183	Dienstleistungen Außenstehender	351.000	376.100	213.600
			427.357	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben u. a. für Kosten für Flugprospektionen; Bergung und Sicherung archäologischer Funde; Werkverträge mit Personaldienstleistern u.a. zur Fortsetzung der Forschungsgrabungen zum Mittelalter (300 - 1000) sowie zur Frühgeschichte Europas.

547 61	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	201.800	100.000	100.000
			123.091	0	0

Erläuterungen:

Sachausgaben für Grabungen, Entschädigung von Pächtern/Grundstückseigentümern, Anmietung von zusätzlichen Dienstfahrzeugen, Baggern, Schutzzäune zum Schutz vor Unfallgefahren, Vandalismus, Diebstahl oder Sachbeschädigung o.ä., Material- und Bürocontainern, Anmietung oder Kauf der erforderlichen Geräte, Ausrüstungen und Grabungsmaterialien für die Durchführung vor Ort.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

811 61	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	1.042.800	1.086.100	683.600
		0	0

62 Tagungen der Bau- und Bodendenkmalpflege sowie Landesgeschichte in Sachsen-Anhalt

Erläuterungen:

Tagungen und Workshops dienen dem wissenschaftlichen Austausch von Wissen, Diskussionen und neuen Erkenntnissen. Sie tragen zur Verständigung und Vermittlung von wissenschaftlicher Forschung in der Öffentlichkeit bei, erfüllen damit einen Bestandteil der Pflege und Bewahrung des kulturellen und wissenschaftlichen Erbes in Sachsen-Anhalt.

427 62	183	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	10.500	4.500	4.500
			2.886	0	0

Erläuterungen:

Beschäftigungsentgelte für Aushilfen zur vorübergehenden Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von Tagungen, Veranstaltungen der Bau-, Kunst- und Bodendenkmalpflege sowie Honorare an Referenten.

429 62	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

527 62	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	12.000	12.200	12.400
			23.662	0	0

Erläuterungen:

Reisekostenvergütungen, die im Rahmen von bau- und kunstdenkmalpflegerischen, archäologischen oder landesgeschichtlichen Veranstaltungen anfallen (z.B. jährlicher Mitteldeutscher Archäologen-Tag).

533 62	183	Dienstleistungen Außenstehender	6.500	6.600	6.700
			3.132	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Dienstleistungen im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung von Tagungen im Bereich der Bau-, Kunst- und Bodendenkmalpflege sowie der Landesgeschichte Sachsen-Anhalts. Hierzu zählen beispielsweise Lektorate, Druckerzeugnisse und Mieten für Veranstaltungstechnik.

547 62	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	23.200	21.700	20.900
			12.823	0	0

Erläuterungen:

Sachausgaben für die Vorbereitung und Durchführung der Tagungen der Bau-, Kunst- und Bodendenkmalpflege, z.B. Tagungsmaterialien, Raum- bzw. Saalmieten.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	52.200	45.000	44.500
		0	0

63 Archäologische Grabungen nach § 14 Abs. 9 DenkmSchG LSA

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 17 83 Titelgruppe 63.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Genehmigungspflichtige Bautätigkeiten gehen immer mit Veränderungen und Maßnahmen einher, die Eingriffe in die vorhandene Denkmalsubstanz darstellen. Die Baumaßnahmen führen dazu, dass vorhandene Kulturdenkmale zerstört werden. Zu ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Erhaltung, wenn auch nur durch eine sog. Sekundärerhaltung im Wege einer Sicherung und Bergung, sind vor Beginn der Baumaßnahmen archäologische Grabungen erforderlich. Nach § 14 Abs. 9 DenkmSchG LSA werden Veranlasser (Investoren, Bauherren usw.) von Veränderungen und von Maßnahmen an Kulturdenkmälen im Rahmen des Zumutbaren zur Übernahme der Dokumentationskosten verpflichtet. Die alleinige Zuständigkeit zur Durchführung der Dokumentation nach § 5 Abs. 1 i. V. m. § 5 Abs. 2 Nr. 1, 4, 6, 9 und 10 DenkmSchG LSA liegt beim Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt als Denkmalfachamt. Das Denkmalfachamt kann sich zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben Dritter bedienen.

Ab dem Haushaltsjahr 2024 geschlossene Grabungsvereinbarungen werden in der Titelgruppe 73 bewirtschaftet.

427 63	183	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			9.310.536	0	0

Erläuterungen:

Beschäftigungsentgelte und Honorare für Aushilfen zur vorübergehenden Unterstützung.

428 63	183	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			658.435	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für 26 unbefristet Beschäftigte zur Erbringung von Leistungen im Rahmen der denkmalfachlichen Begleitung nach § 14 Abs. 9 DenkmSchG Sachsen-Anhalt in der jeweils geltenden Fassung.

429 63	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

527 63	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
			3.226	0	0

533 63	183	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			11.792.069	0	0

542 63	183	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

547 63	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			1.345.474	0	0

811 63	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

812 63	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			428.221	0	0

919 63	183	Zuführungen an die Rücklage archäologische Grabungen	0	0	0
			1.018.529	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 919 63

*** Zweckgebundene Rücklage für archäologische Grabungen nach § 14 Abs. 9 DenkmSchG.

Die Differenz zwischen den zweckgebundenen Einnahmen bei Kapitel 1783 Titelgruppe 63 (ohne Titel 359 63) und den Ausgaben bei Kapitel 1783 Titelgruppe 63 (ohne Titel 919 63) ist der zweckgebundenen Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO zuzuführen.

Entnahmen werden bei Kapitel 1783 Titel 359 63 vereinnahmt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0
		0	0

65 Wissenschaftliche Erforschung an Denkmälern

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 17 83 Titelgruppe 65.

427 65	183	Honorare für freie Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Sachverständige	0 3.835	0 0	0 0
429 65	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 0	0 0	0 0
527 65	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 0	0 0	0 0
533 65	183	Dienstleistungen Außenstehender	0 9.211	0 0	0 0
547 65	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
812 65	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0
		0	0

66 Landesgeschichte

Erläuterungen:

Zur Verankerung der Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt soll unter Nutzung vorhandener Synergieeffekte eine strukturelle und personelle Bündelung landesgeschichtlicher Belange in der Abteilung 6 des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt als zentraler Behörde der Bau- und Kunstdenkmalpflege, der Archäologie und des Landesmuseums für Vorgeschichte erfolgen. Aufgabe ist die Vermittlung landesgeschichtlicher Themen durch enge Einbindung in die kulturhistorischen Aktivitäten sowie Grundlagenforschung und projektbezogene Forschungsaufgaben.

428 66	183	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	448.100 406.555	504.500 0	520.500 0
527 66	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	10.000 12.796	10.200 0	10.400 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 527 66

Erläuterungen:

Reisekostenvergütung von Beschäftigten der Abteilung 6 des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt aufgrund durchgeführter Dienstreisen (z. B. zu Recherchen in Ortschroniken, Gespräche mit Zeitzeugen, usw.).

531 66	183	Veröffentlichungen	61.500	62.700	64.000
			19.941	0	0

Erläuterungen:

Publikationen sowie gezielte Projektkommunikation zu herausragenden Erkenntnissen um die Landesgeschichte von Sachsen-Anhalt.

533 66	183	Dienstleistungen Außenstehender	155.000	150.000	160.000
			54.471	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Dienstleistungen zur Erschließung von Wissen in Archiven, Bibliotheken sowie anderen Orten, um die Landesgeschichte Sachsen-Anhalts und darüber hinausgehende Zeitgeschehnisse zu erforschen.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Editionsprojekte zur vormodernen und modernen Landesgeschichte	15.080	30.000	30.000	30.000
2. Handbuch zur Geschichte Anhalts	8.469	20.000	10.000	0
3. Historische Biografien Sachsen-Anhalts online	17.836	10.000	15.000	10.000
4. Transformationsgeschichte Sachsen-Anhalts	1.782	20.000	20.000	20.000
5. Industriekultur in der Landesgeschichte	0	10.000	10.000	10.000
6. Dienstleistungen im Bereich "Grünes Band"	3.093	35.000	35.000	35.000
7. Sachsen-Anhalt in der Welt	0	10.000	10.000	0
8. Landtags- und Demokratiegeschichte	0	10.000	10.000	15.000
9. Bauernkriegsjubiläum	0	10.000	10.000	0
10. Vorbereitung Projektantrag Hausgeschichte	4.284	0	0	0
11. Mitteldeutsche Wirtschaftsgeschichte	3.927	0	0	0
12. Landesgeschichte im Exil	0	0	0	10.000
13. Klostersgeschichte Sachsen-Anhalts	0	0	0	15.000
14. Jüdische Geschichte Sachsen-Anhalts	0	0	0	15.000
Zusammen	54.471	155.000	150.000	160.000

547 66	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	20.000	20.400	20.800
			20.776	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für den Ankauf von Fachliteratur, Katalogen, Zeitschriften und für Fotoarbeiten, Nutzungs- und Lizenzrechte.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	694.600	747.800	775.700
		0	0

67 Sonderausstellungen

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 17 83 Titelgruppe 67.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Kleine Kabinettausstellung "Bauernkrieg" (11. April 2025 bis 02. November 2025)

Sonderausstellung "Schamanismus" (27. März 2026 bis 01. November 2026)

Die Ausgaben in den einzelnen Haushaltsjahren variieren aufgrund der für jedes Ausstellungsprojekt durchlaufenden Phasen: Vorlauf, Realisierung, Präsentation und Rückabwicklung. Dies umfasst einen Zeitraum von 2,5 bis 3,5 Jahren. Dabei überlappen sich die Phasen verschiedener Ausstellungsprojekte. Der größte Anteil der Ausgaben fällt im Jahr der Realisierung (Ausstellungsbau) und Präsentation (Marketing, Aufsichtspersonal, Sicherheitsvorkehrungen) an.

427 67	183	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	377.400	256.100	257.700
			145.590	0	0

Erläuterungen:

Entgelte für zeitweilig Beschäftigte im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung von Sonderausstellungen, Honorare und Beschäftigungsentgelte für Volontärinnen und Volontäre.

429 67	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

525 67	183	Lehr- und Lernmittel sowie Honorare für Lehrkräfte	63.000	12.000	97.000
			41.065	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Durchführung und die Betreuung von museumspädagogischen Veranstaltungen z. B. Angebote für Kindergärten, Schulen und Horte oder gezielte Angebote für Kinder

527 67	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	8.000	7.000	10.000
			10.202	0	0

533 67	183	Dienstleistungen Außenstehender	540.000	40.000	950.000
			379.929	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben u. a. für die Kosten des Leihverkehrs, Graphiker, Gestalter, Reinigung, Bewachung der Ausstellung

547 67	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	26.000	20.000	76.000
			64.980	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben u. a. in Verbindung mit dem Ausstellungsauf- und -rückbau sowie der Hin- und Rückführung der Leihexponate.

711 67	183	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0
			0	0	0

812 67	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	300.000	405.000	1.260.000
			358.006	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben u. a. in Verbindung mit dem Ausstellungsaufbau vornehmlich für die Sonderausstellungen "Bauernkrieg" und "Schamanismus".

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	1.314.400	740.100	2.650.700
		0	0

68 Landesmuseum für Vorgeschichte

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 17 02 Titelgruppe 64.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Das Landesmuseum für Vorgeschichte ist gemäß § 1 Abs. 4 und § 5 Abs. 2 Pkt. 6 bis 8 und Pkt. 10 DenkmSchG LSA zuständig für die Bewahrung, Präsentation und Vermittlung der archäologischen Kulturgeschichte im Land Sachsen-Anhalt. Dafür sind neben der permanenten Wartung und Pflege der Dauerausstellung, die Tätigkeiten der Restaurierungswerkstatt, der museumspädagogische Bereich und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit/Marketingmaßnahmen zu berücksichtigen. Forschungsbedingt stehen ebenso Veränderungen bereits bestehender Ausstellungsbereiche im Landesmuseum auf der Agenda.

Ausgaben in Verbindung mit dem Ausbau der touristischen Erschließung des Landes Sachsen-Anhalt zur besseren Vermittlung und Identifikation der Öffentlichkeit mit dem herausragenden kulturellen Erbe des Landes.

427 68	183	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	120.000	146.200	75.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Personalausgaben für die vom Land Sachsen-Anhalt geplante Intensivierung und Neuerschließung kulturhistorischer Projekte, um denkmalpflegerische Leuchttürme einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Beispielsweise ist die Überarbeitung der Präsentation der "Schamanin von Bad Dürrenberg" infolge neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (u.a. durch genetische Untersuchungen) erforderlich.

429 68	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

525 68	183	Lehr- und Lernmittel sowie Honorare für Lehrkräfte	130.000	180.000	185.000
			155.817	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Durchführung und Betreuung von museumspädagogischen Veranstaltungen z. B. Angebote für Kindergärten, Schulen und Horte oder gezielte Angebote für Kinder sowie für die Erwachsenenbildung; Erweiterung der Programmangebote für Museumspädagogik und Besucherbetreuung aufgrund des 2022 mit EU-Mitteln (EFRE) fertiggestellten chronologischen Rundgangs von der Altsteinzeit bis in die frühe Neuzeit.

527 68	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.700	2.700	2.700
			231	0	0

533 68	183	Dienstleistungen Außenstehender	340.800	305.000	239.300
			86.415	0	0

Erläuterungen:

- Analysen an Fundmaterial
- Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten
- Dokumentationsarbeiten
- Leihvorgänge
- Laborarbeiten
- Werbung / Anzeigen

547 68	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	139.500	175.700	180.700
			97.294	0	0

Erläuterungen:

- Versicherungen
- Fotodokumentation
- naturwissenschaftliche Datierungen
- Anfertigung von Repliken
- Mitgliedsbeiträge / Künstlersozialkasse
- Marketingmaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit

812 68	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	340.000	500.000	95.000
			142.654	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie Bauleistungen im Landesmuseum für Vorgeschichte.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	1.073.000	1.309.600	777.700
		0	0

69 Förderung durch den Förderverein

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 17 83 Titelgruppe 69.

Erläuterungen:

Der Verein zur Förderung des Landesmuseums für Vorgeschichte Halle (Saale) e. V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, Forschungen zur Ur- und Frühgeschichte in Sachsen-Anhalt zu fördern und durch Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit das Geschichtsbewusstsein zu stärken. Dabei unterstützt er Ausstellungen, Vorträge, Publikationen und ähnliche Aktivitäten. Besondere Aufmerksamkeit wird der Förderung von Projekten für Kinder und Jugendliche gewidmet.

427 69	183	Beschäftigungsentgelte für Aushilfen	0	0	0
			2.024	0	0

429 69	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

525 69	183	Lehr- und Lernmittel sowie Honorare für Lehrkräfte	0	0	0
			2.803	0	0

527 69	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
			978	0	0

533 69	183	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			790	0	0

547 69	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			3.414	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	0	0	0
		0	0

70 Drittmittelfinanzierte Projekte/Maßnahmen

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 17 83 Titelgruppe 70.

Erläuterungen:

Projekt "Institutioneller Rassismus in den Sicherheitsbehörden der DDR. Sachsen-Anhalt und die Bezirke Magdeburg und Halle, 1949 bis 1989/90", Bewilligungszeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2025, finanziert durch das BMBF.

Projekt "WIR! - Weiterentwicklung der Innovationsstrategie des GOLEHM-Bündnisses", Bewilligungszeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2024, finanziert durch das BMBF. Eine Fortsetzung ist ab Mitte 2025 geplant.

Projekt "GOLEHM - Erforschung Massivlehmbauten in Mitteldeutschland seit der Sesshaftwerdung" - Projektantrag bei BMBF in Prüfung; Fortsetzung ab Mitte 2025 bis Ende 2027 geplant

Projekt "Kultur Connect: Aufbau einer nachhaltigen Partnerschaftsstruktur für die Denkmalpflege und Archäologie Armeniens" im Rahmen der Forschungs- und Innovationszusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Zentralasiens - Projektantrag bei BMBF in Prüfung; für den Zeitraum 2025 bis Ende 2027 geplant.

429 70	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			802.318	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
511 70	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 4.851	0 0	0 0
527 70	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 4.881	0 0	0 0
533 70	183	Dienstleistungen Außenstehender	0 16.837	0 0	0 0
547 70	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 56.035	0 0	0 0
812 70	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			0	0 0	0 0
72		Anteilig drittmittelfinanzierte Projekte/Maßnahmen			
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 17 83 Titelgruppe 72.			
		*** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der erforderlichen Kofinanzierung (mit Deckung aus dem Budget) für unterjährig neue Projekte.			
		Erläuterungen:			
		Projekt "GOLEHM-Innovationsmanagement" (Fortführung Koordinierungsstelle GOLEHM-Bündnis); voraussichtliche Förderhöhe 50% des Gesamtvolumens von ca. 250.000 Euro; Laufzeit 2025 bis Mitte 2027; Projektbewilligung durch Beirat des GOLEHM-Bündnisses erfolgt			
		Projekt "Seeburg" der Gemeinde Seeburg im Landkreis Mansfeld-Südharz; Laufzeit voraussichtlich 2025 bis 2028; Beteiligung LDA mit insgesamt 40.000 Euro für begleitende Untersuchungen nach DenkmSchG LSA und aus wissenschaftlichen Gründen			
		Projekt "Helfta" im Ortsteil Helfta der Lutherstadt Eisleben im Landkreis Mansfeld-Südharz. Laufzeit voraussichtlich 2025 bis 2029; Beteiligung LDA mit insgesamt 130.000 Euro für begleitende Untersuchungen nach DenkmSchG LSA und aus wissenschaftlichen Gründen			
429 72	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0 0	60.900 0	29.000 0
511 72	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
527 72	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 0	600 0	600 0
533 72	183	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	42.700 0	42.700 0
547 72	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	900 0	900 0
812 72	183	Erwerb von Geräten , Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 72			0	105.100	73.200
				0	0

73 Archäologische Grabungen nach § 14 Abs. 9 DenkmSchG LSA

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 17 83 Titelgruppe 73.

*** Es wird zugelassen, dass im Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben der Titelgruppe nicht verbrauchte Mittel für archäologische Grabungen nach § 14 Abs. 9 DenkmSchG LSA überjährig verwendet und einer zweckgebundenen Rücklage gem. § 25 Abs. 2 LHO zugeführt werden dürfen.

Erläuterungen:

Genehmigungspflichtige Bautätigkeiten gehen immer mit Veränderungen und Maßnahmen einher, die Eingriffe in die vorhandene Denkmalsubstanz darstellen. Die Baumaßnahmen führen dazu, dass vorhandene Kulturdenkmale zerstört werden. Zu ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Erhaltung, wenn auch nur durch eine sog. Sekundärerhaltung im Wege einer Sicherung und Bergung, sind vor Beginn der Baumaßnahmen archäologische Grabungen erforderlich. Nach § 14 Abs. 9 DenkmSchG LSA werden Veranlasser (Investoren, Bauherren usw.) von Veränderungen und von Maßnahmen an Kulturdenkmälern im Rahmen des Zumutbaren zur Übernahme der Dokumentationskosten verpflichtet. Die alleinige Zuständigkeit zur Durchführung der Dokumentation nach § 5 Abs. 1 i. V. m. § 5 Abs. 2 Nr. 1, 4, 6, 9 und 10 DenkmSchG LSA liegt beim Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt als Denkmalfachamt. Das Denkmalfachamt kann sich zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben Dritter bedienen.

In Abgrenzung zur Titelgruppe 63 werden ab dem Haushaltsjahr 2024 geschlossene Grabungsvereinbarungen in der neuen Titelgruppe 73 bewirtschaftet.

427 73	183	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Beschäftigungsentgelte und Honorare für Aushilfen zur vorübergehenden Unterstützung.

428 73	183	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Anteilige Ausgaben für unbefristete Beschäftigte entsprechend Stellenübersicht zu Titelgruppe 63 zur Erbringung von Leistungen im Rahmen der denkmalpflegerischen Begleitung nach § 14 Abs. 9 Denkmalschutzgesetz Sachsen-Anhalt in der jeweils geltenden Fassung.

429 73	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0	0	0
			0	0	0

511 73	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

514 73	183	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0	0	0
			0	0	0

518 73	183	Mieten und Pachten sowie private Vorfinanzierung	0	0	0
			0	0	0

527 73	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
			0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
533 73	183	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
542 73	183	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
547 73	183	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
811 73	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0 0	0 0	0 0
812 73	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0
919 73	183	Zuführungen an die Rücklage archäologische Grabungen	0 0	0 0	0 0
*** Zweckgebundene Rücklage für archäologische Grabungen nach § 14 Abs. 9 DenkmSchG. Die Differenz zwischen den zweckgebundenen Einnahmen bei Kapitel 1783 Titelgruppe 73 (ohne Titel 359 73) und den Ausgaben bei Kapitel 1783 Titelgruppe 73 (ohne Titel 919 73) ist der zweckgebundenen Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO zuzuführen. Entnahmen werden bei Kapitel 1783 Titel 359 73 vereinnahmt.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	0 0	0 0
96		Stellenüberhang			
428 96	183	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0 0	0 0
99		Kosten für Informations- und Kommunikationstechnik			
Erläuterungen:					
Kosten für Nutzung, Erhaltung und Erweiterungen auf dem EDV-Sektor.					
547 99	183	Ausgaben und Verbrauchsmaterial (IT-Budget)	110.000 12.394	35.000 0	35.000 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -

17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 547 99

Erläuterungen:

Ausgaben für Beschaffungen von Softwareprodukten außerhalb des Einzelplanes 19

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Personalverwaltungssoftware	0	15.000	0	0
2. Buchhaltungs- und Controllingsoftware	0	20.000	0	0
3. Fuhrparkverwaltungssoftware	0	5.000	0	0
4. Elektronische Bestands- und Inventarsoftware	0	20.000	0	0
5. Elektronisches Zugangsmanagement	0	50.000	0	0
6. Nebenkosten/Einführung EVA-LSA	0	0	8.000	8.000
7. Wartungs- und Servicekosten für Nr. 1 bis 5	0	0	15.000	15.000
8. Laufende IT-Ausgaben außerhalb EP 19	0	0	12.000	12.000
Zusammen	0	110.000	35.000	35.000

812 99	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 99			110.000	35.000	35.000
				0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 83 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für Landesgeschichte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	594.000	392.000	587.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	69.000	37.200
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		594.000	461.000	624.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	13.963.500	14.960.900	14.751.000
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	8.754.600	6.226.200	7.012.700
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	8.100	8.100	8.100
			0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	757.800	1.221.800	1.459.600
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	50.400	2.100	2.100
			0	0
Gesamtausgabe		23.534.400	22.419.100	23.233.500
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-22.940.400	-21.958.100	-22.609.300

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 84 Theater und Orchester

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 1702.

Einnahmen

119 41	181	Rückzahlung von Überzahlungen	0 0	0	0
119 51	181	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 84 Theater und Orchester

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

633 01	181	Strukturanpassung Theater und Orchester	0	0	0
			0	0	2.481.600

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				1.216.500	1.216.500
2028				1.265.100	1.265.100
2029 ff.					
Summen				2.481.600	2.481.600

Erläuterungen:

Verpflichtungsermächtigung für eine geplante Zusatzvereinbarung mit der Stadt Dessau-Roßlau zur Beteiligung des Landes an der Überführung in den Flächentarif des Anhaltischen Theaters.

682 01	045	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Billigkeitsleistung zum Ausgleich pandemiebedingter Einnahmeausfälle.

Titelgruppe(n)

64 Historische Kuranlagen und Goethe-Theater Bad Lauchstädt GmbH

Erläuterungen:

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Historische Kuranlagen und Goethe-Theater Bad Lauchstädt GmbH

	Ist 2023 EUR	Soll 2024 EUR	Soll 2025 EUR	Soll 2026 EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	431.800	440.800	450.000	455.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.562.300	1.678.700	1.745.000	1.739.000
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	120.000	120.000	120.000	150.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	2.114.100	2.239.500	2.315.000	2.344.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 84 Theater und Orchester

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	867.500	982.800	1.048.000	1.035.200
Mithin Fehlbetrag:	1.246.600	1.256.700	1.267.000	1.308.800
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch				
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0	0
b) das Land mit	686.600	696.700	707.000	748.800
c) den Bund mit	150.000	150.000	150.000	150.000
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	410.000	410.000	410.000	410.000
e) Private	0	0	0	0
Zusammen	1.246.600	1.256.700	1.267.000	1.308.800

Stellenbestand

	Stellenbestand 2023	Stellenbestand 2024	Stellenbestand 2025	Stellenbestand 2026
Arbeitnehmer				
E 12	1,00	1,00	1,00	1,00
E 8	3,00	3,00	3,00	3,00
E 6	1,00	1,00	1,00	1,00
E 5	1,00	1,00	1,00	1,00
E 2	1,00	1,00	1,00	1,00
nicht tarifgebundener Geschäftsführer	1,00	1,00	1,00	1,00
nicht tarifgebundene gärtnerische Hilfskraft	0,50	0,50	0,50	0,50
nicht tarifgebundene technische Hilfskraft	0,50	0,50	0,50	0,50
Summe	9,00	9,00	9,00	9,00
Insgesamt	9,00	9,00	9,00	9,00

Position b) - Förderung des Landes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Institutionelle Förderung				
für laufende Zwecke	466.600	476.700	487.000	498.800
für investive Zwecke	120.000	120.000	120.000	150.000
für Festspiel der Deutschen Sprache	100.000	100.000	100.000	100.000
Zusammen	686.600	696.700	707.000	748.800

Position c) - Förderung des Bundes - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Projektförderung für Festspiel der Deutschen Sprache	150.000	150.000	150.000	150.000
Zusammen	150.000	150.000	150.000	150.000

Position d) - Förderung durch sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand - setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
Institutionelle Förderung des Landkreises	410.000	410.000	410.000	410.000
Zusammen	410.000	410.000	410.000	410.000

682 64	181	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	576.700	587.000	598.800
			566.600	2.468.000	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 84 Theater und Orchester

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 64

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	587.000				587.000
2026			598.800		598.800
2027			610.800		610.800
2028			623.000		623.000
2029 ff.			635.400		635.400
Summen	587.000		2.468.000		3.055.000

Erläuterungen:

Zuschüsse zur Förderung der Historische Kuranlagen und Goethe-Theater Bad Lauchstädt GmbH.
Die institutionelle Förderung wird auf der Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Zuwendungsempfänger für den Zeitraum 2022-2025 gewährt; anteilige Mittel als Komplementär-Finanzierung zum Bundeszuschuss in Höhe von 150.000 Euro pro Jahr zur Absicherung des Festspiels der Deutschen Sprache im Goethe-Theater Bad Lauchstädt.
Die Verpflichtungsermächtigung 2025 dient der Anschlussförderung für den Zeitraum 2026 bis 2029 (inkl. Tarifsteigerung 2 % pro Jahr).

893 64	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	120.000	120.000	150.000
			120.000	600.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	120.000				120.000
2026			150.000		150.000
2027			150.000		150.000
2028			150.000		150.000
2029 ff.			150.000		150.000
Summen	120.000		600.000		720.000

Erläuterungen:

Investitionsmittel für Werterhaltungsmaßnahmen im Rahmen der institutionellen Förderung der Historische Kuranlagen und Goethe-Theater Bad Lauchstädt GmbH
Die Verpflichtungsermächtigung 2025 dient der Anschlussförderung im Zeitraum 2026 bis 2029 und berücksichtigt eine inflationsbedingte Steigerung der Ausgaben

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	696.700	707.000	748.800
		3.068.000	0

74 Theater- und Orchesterförderung

*** Verpflichtungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

547 74	181	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.000	1.000	1.000
			950	0	0

Erläuterungen:

Mitgliedsbeitrag des Landes Sachsen-Anhalt an den Deutschen Bühnenverein

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 84 Theater und Orchester

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

633 74	181	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	49.819.000	52.705.500	55.731.500
			42.984.900	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	46.223.500	6.482.000			52.705.500
2026	48.085.800	7.645.700			55.731.500
2027	50.007.600	7.838.000			57.845.600
2028	51.991.000	8.036.300			60.027.300
2029 ff.					
Summen	196.307.900	30.002.000			226.309.900

Erläuterungen:

Zuweisungen für die vertragsgebundene Förderung der Theater und Orchester in Sachsen-Anhalt.

Einrichtung

**Förderung
Vertragszeitraum
2024 bis 2028
gesamt**

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	84.018.200
Theater Magdeburg und Puppentheater	80.339.000
Anhaltisches Theater Dessau	49.775.400
Harztheater (vormals: Nordharzer Städtebundtheater)	31.135.200
Theater der Altmark	12.604.800
Kulturwerk Mansfeld Südharz gGmbH	6.584.800
Theater Naumburg	2.515.700
Mitteldeutsche Kammerphilharmonie	4.638.700
Schönebeck gGmbH	
Philharmonisches Kammerorchester	4.516.200
Wernigerode GmbH	
Zusammen	276.128.000

686 74	181	Zuschüsse für Theater in freier Trägerschaft	735.600	820.300	813.300
			772.131	1.166.800	966.800

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	307.400	340.000			647.400
2026		310.000	496.800		806.800
2027			490.000	466.800	956.800
2028			180.000	250.000	430.000
2029 ff.				250.000	250.000
Summen	307.400	650.000	1.166.800	966.800	3.091.000

Erläuterungen:

Förderung gem. Kulturförderrichtlinie Sachsen-Anhalt und der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Theatern in freier Trägerschaft

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 84 Theater und Orchester

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

883 74	181	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	79.600 0	70.000 0	69.900 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	70.000				70.000
2026	69.900				69.900
2027	70.000				70.000
2028	70.000				70.000
2029 ff.					
Summen	279.900				279.900

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2023 dient der Finanzierung eines Investitionszuschusses für die Kulturwerk Mansfeld Südharz gGmbH im Rahmen der vertraglichen Theaterförderung.

893 74	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 74	50.635.200	53.596.800 1.166.800	56.615.700 966.800

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 84 Theater und Orchester

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0

Gesamteinnahme	0	0	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.000	1.000 0	1.000 0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	51.131.300	54.112.800 3.634.800	57.143.600 3.448.400

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	199.600	190.000 600.000	219.900 0

Gesamtausgabe	51.331.900	54.303.800	57.364.500

Gesamtsumme der VE		4.234.800	3.448.400

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-51.331.900	-54.303.800	-57.364.500

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 85 Denkmalpflege

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 1702.

Die Ausgaben der Kapitel 1785, 1786 und 1787 sind gegenseitig deckungsfähig.

Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel des Kapitels 1785 eingegangen werden.

Zweckgebundene Einnahmen, die durch Dritte bereitgestellt werden, verstärken die Ausgabeansätze bis zur Höhe der Ist-Einnahmen.

Abweichend von § 35 LHO können Rückzahlungen durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind Haushaltsmittel als Beitrag des Landes zu den Kosten der Erhaltung und Instandsetzung von Kulturdenkmalen gemäß Denkmalschutzgesetz (DenkmSchG) des Landes Sachsen-Anhalt veranschlagt.

Einnahmen

119 41	195	Rückzahlungen von Überzahlungen (Landesmittel)	20.000 75.616	70.000	70.000
119 51	195	Vermischte Einnahmen	0 0	0	0

Titelgruppe(n)

63		Denkmalpflege aus Nachlässen			
		* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 17 85 Titelgruppe 63.			
282 63	195	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 85 Denkmalpflege

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Kofinanzierung von Bundesmitteln im Rahmen der Denkmalpflege

Erläuterungen:

Kofinanzierung von Bundesmitteln u.a. der Denkmalschutzsonderprogramme des Bundes und "Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Deutschland" (INK).

883 61	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	500.000	250.000	250.000
			0	0	0

893 61	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	2.750.000	4.022.100	2.966.100
			2.739.309	700.000	1.250.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.250.000	1.400.000			2.650.000
2026		2.550.000	500.000		3.050.000
2027		2.550.000	200.000	250.000	3.000.000
2028				1.000.000	1.000.000
2029 ff.					
Summen	1.250.000	6.500.000	700.000	1.250.000	9.700.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung sichert die Kofinanzierung der überjährigen Projekte mit Bundesförderung. Konkrete Projekte können erst nach der Entscheidung der BKM zu den Bundesprogrammen benannt werden.

In 2025 und 2026 werden mit Unterstützung des Bundes z.B. Sanierungen am Schloss Wernigerode, am Herrenhaus Barby, am Eichenkranz Wörlitz und der Universitätskirche St. Petri Magdeburg gefördert .

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	3.250.000	4.272.100	3.216.100
		700.000	1.250.000

62 Denkmalpflege

527 62	195	Reisekosten Denkmalrat	2.500	2.500	2.500
			1.367	0	0

Erläuterungen:

Kostenerstattung für die Tätigkeit der Mitglieder des Denkmalrates gem. § 6 DenkmSchG LSA.

533 62	195	Dienstleistungen Außenstehender	30.000	30.000	30.000
			3.582	0	0

Erläuterungen:

Beauftragung von Sachverständigengutachten u.a. für Gerichtsverhandlungen bei Verfahren über die Erhaltung von Kultur- und Baudenkmälern und sonstigen Gutachten.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 85 Denkmalpflege

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

547 62	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.500 730	2.500 0	2.500 0

633 62	195	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	150.000 122.700	150.000 150.000	150.000 150.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	29.800	100.000			129.800
2026		50.000	100.000		150.000
2027			50.000	100.000	150.000
2028				50.000	50.000
2029 ff.					
Summen	29.800	150.000	150.000	150.000	479.800

Erläuterungen:

Angeordnete Notsicherungsmaßnahmen gem. § 9 Abs. 6 DenkmSchG LSA.

684 62	195	Zuschüsse für laufende Zwecke an Stiftungen, Verbände und Vereine	160.000 150.000	160.000 0	160.000 330.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		160.000			160.000
2026		160.000			160.000
2027				165.000	165.000
2028				165.000	165.000
2029 ff.					
Summen		320.000		330.000	650.000

Erläuterungen:

Projektförderung u. a. des Instituts für Diagnostik und Konservierung an Denkmälern in Sachsen und Sachsen-Anhalt gem. Verwaltungsvereinbarung zwischen den Landesämtern für Denkmalpflege der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt. Verpflichtungsermächtigung 2026 für Folgeförderung unter Berücksichtigung von tarifbedingten Personalkostensteigerungen.

685 62	195	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	6.000 18.162	6.000 0	6.000 0

Erläuterungen:

Beitrag des Landes Sachsen-Anhalt zur Finanzierung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz lt. Geschäftsordnung vom 17.11.2014 gem. Königsteiner Schlüssel.

686 62	195	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	85.000 266.300	85.000 60.000	90.000 60.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 85 Denkmalpflege

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		60.000			60.000
2026			60.000		60.000
2027				60.000	60.000
2028					
2029 ff.					
Summen		60.000	60.000	60.000	180.000

Erläuterungen:

Angeordnete Notsicherungsmaßnahmen gemäß § 9 Abs. 1 und 2 DenkmSchG LSA für private Denkmaleigentümer.

883 62 195 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände **402.700** **200.000** **200.000**
291.961 300.000 300.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		150.000			150.000
2026		150.000	150.000		300.000
2027			150.000	150.000	300.000
2028				150.000	150.000
2029 ff.					
Summen		300.000	300.000	300.000	900.000

Erläuterungen:

Beitrag des Landes zur Erhaltung und Instandsetzung von Kulturdenkmalen gemäß § 20 Abs. 1 und 2 DenkmSchG LSA i. V. m. Art. 36 Abs. 4 Verf. LSA für Projekte nach Antragslage.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

893 62 195 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige **4.385.000** **2.740.000** **1.600.000**
5.421.010 500.000 500.000

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Absätze zwei und drei der Erläuterung verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.560.000	300.000			1.860.000
2026	600.000	200.000	300.000		1.100.000
2027			200.000	300.000	500.000
2028				200.000	200.000
2029 ff.					
Summen	2.160.000	500.000	500.000	500.000	3.660.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 85 Denkmalpflege

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 62

Erläuterungen:

Zuschüsse für den Erhalt und die Sanierung von Kulturdenkmalen in kirchlichem, privatem und sonstigem nicht kommunalem Besitz gem. § 20 Abs. 1 und 2 DenkmSchG LSA i. V. m. Art. 36 Abs. 4 Verf LSA für Projekte nach Antragslage.

Im Jahr 2021 ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 6 Mio. Euro zur Kofinanzierung von Bundesmitteln für das Projekt "Sanierung Historisches Stadtbad Halle" im Zeitraum 2022 bis 2025 in Anspruch genommen worden. Daraus stehen im Jahr 2025 zweckgebunden 1,16 Mio. Euro zur Verfügung, die nicht zu Gunsten der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Kapitel 1785, 1786 und 1787 verausgabt werden dürfen.

Im Jahr 2022 ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,5 Mio. Euro zur Kofinanzierung von Bundesmitteln für das Projekt "Sanierung Volkspark Halle" in Anspruch genommen worden. Daraus stehen im Jahr 2025 zweckgebunden 400.000 Euro und im Jahr 2026 zweckgebunden 600.000 Euro zur Verfügung, die nicht zu Gunsten der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Kapitel 1785, 1786 und 1787 verausgabt werden dürfen.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Stadtbad Halle	2.000.000	2.000.000	1.160.000	0
2. Volkspark Halle	100.000	400.000	400.000	600.000
3. Orgelsanierung	35.000	35.000	35.000	35.000
4. Denkmalpflege am Grünen Band	0	150.000	0	0
5. sonstige Projekte	3.286.010	1.800.000	1.145.000	965.000
Zusammen	5.421.010	4.385.000	2.740.000	1.600.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	5.223.700	3.376.000	2.241.000
		1.010.000	1.340.000

63 Denkmalpflege aus Nachlässen

Übertragbar

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 17 85 Titelgruppe 63.

893 63	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0
		0	0

64 Schlösserinitiative

Erläuterungen:

Förderung des Substanzerhalts besonders herausragender Baudenkmale; überregional bedeutender Schlösser, Burgen und Gutshäuser

547 64	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	25.000	0	0
			0	0	0

883 64	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	250.000	0	0
			224.000	0	0

893 64	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	3.700.000	820.000	930.000
			1.302.405	500.000	1.000.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 85 Denkmalpflege

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 64

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.500.000	500.000			2.000.000
2026	1.500.000	500.000			2.000.000
2027			500.000	500.000	1.000.000
2028				500.000	500.000
2029 ff.					
Summen	3.000.000	1.000.000	500.000	1.000.000	5.500.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2023 ist anteilig zulasten Kap. 1785 Titel 893 61 in Anspruch genommen worden.
Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025 und 2026 dienen der Projektförderung zum Substanzerhalt an besonders herausragenden und überregional bedeutenden Schlössern, Burgen und Gutshäusern nach Antragslage.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	3.975.000	820.000	930.000
		500.000	1.000.000

65 Förderung von UNESCO-Projekten in der Denkmalpflege

547 65	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	200.000	193.200	100.000
			409.688	0	0

Erläuterungen:

Zusatzvereinbarungen mit dem LDA zur Erarbeitung eines Denkmalrahmenplanes für das Gartenreich Dessau-Wörlitz

633 65	195	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

685 65	195	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	90.000	0	0
			232.685	0	500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				150.000	150.000
2028				150.000	150.000
2029 ff.				200.000	200.000
Summen				500.000	500.000

Erläuterungen:

Bis 2024 Haushaltsmittel für Denkmalpflege, Denkmalpflegepläne, Dokumentationen/Publikationen, Vorbereitung von UNESCO-Anträgen sowie Projektförderungen der Stiftungen und Vereine, Bauforschung und Monitoring.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient der Vorbereitung von UNESCO-Anträgen für das Pretziener Wehr und die Franckeschen Stiftungen Halle

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 85 Denkmalpflege

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

883 65	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	500.000 659.072	409.700 500.000	89.400 350.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	232.500	200.000			432.500
2026		200.000	350.000		550.000
2027			150.000	200.000	350.000
2028				150.000	150.000
2029 ff.					
Summen	232.500	400.000	500.000	350.000	1.482.500

Erläuterungen:

Förderung von Sanierungsmaßnahmen an Liegenschaften mit UNESCO Status nach Antragslage.

Die Verpflichtungsermächtigung 2023 ist anteilig zulasten Kap. 1785 Titel 547 65 in Anspruch genommen worden.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nur anteilig in Anspruch genommen.

Mit den Verpflichtungsermächtigungen 2025 und 2026 werden Projekte nach Antragslage, ggf. im Rahmen des Deckungskreises, unterstützt.

893 65	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	1.800.000 662.375	1.162.600 400.000	1.000.000 400.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		300.000			300.000
2026		100.000	200.000		300.000
2027			200.000	200.000	400.000
2028				200.000	200.000
2029 ff.					
Summen		400.000	400.000	400.000	1.200.000

Erläuterungen:

Mittelbereitstellung für Projektförderungen privater Denkmaleigentümer in den UNESCO-Weltkulturerbebereichen.

Förderung von Projekten gemäß Antragslage zur Umsetzung des UNESCO-Landesprogramms "Weltkultur erleben in Sachsen-Anhalt 2020-2025", Abschnitt "Erhaltungsmaßnahmen".

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	2.590.000	1.765.500 900.000	1.189.400 1.250.000

66 Klimaschutz in der Denkmalpflege

Erläuterungen:

In den kommenden Jahren soll dem Klimaschutz als Schwerpunkt politischen Handelns sowohl auf europäischer als auch auf Bundes- und Länderebene eine noch größere Rolle eingeräumt werden. Es ist erforderlich, eine aktive Gestaltung der Verbindung von Klimaschutz- und Denkmalschutzmaßnahmen, vorerst über Modellprojekte, zu erreichen.

547 66	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	0 0	0 0	0 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 85 Denkmalpflege

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

633 66	195	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

685 66	195	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	100.000	0	0
			0	0	200.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026		50.000			50.000
2027				100.000	100.000
2028				100.000	100.000
2029 ff.					
Summen		100.000		200.000	300.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

883 66	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

893 66	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	300.000	89.000	0
			300.000	0	250.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		150.000			150.000
2026					
2027				150.000	150.000
2028				100.000	100.000
2029 ff.					
Summen		150.000		250.000	400.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	400.000	89.000	0
		0	450.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 85 Denkmalpflege

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	20.000	70.000	70.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		20.000	70.000	70.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	260.000	228.200 0	135.000 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	591.000	401.000 210.000	406.000 1.240.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	14.587.700	9.693.400 2.900.000	7.035.500 4.050.000
Gesamtausgabe		15.438.700	10.322.600	7.576.500
Gesamtsumme der VE			3.110.000	5.290.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-15.418.700	-10.252.600	-7.506.500

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 86 Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 1702.

Die Ausgaben der Kapitel 1785, 1786 und 1787 sind gegenseitig deckungsfähig.

Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten aller Titel des Kapitels 1786 eingegangen werden.

Zweckgebundene Einnahmen, die durch Dritte bereitgestellt werden, verstärken die Ausgabeansätze bis zur Höhe der Ist-Einnahmen.

Abweichend von § 35 LHO können Rückzahlungen durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind Haushaltsmittel zur Förderung und zum Erhalt der umfangreichen Museumslandschaft und Sammlungen in Sachsen-Anhalt veranschlagt. Die Zuschüsse dienen vorwiegend der Verbesserung der Präsentations- und Bewahrungsbedingungen in den Museen, der Organisation und Durchführung hervorragender Sonderausstellungen im Landesinteresse, der Ergänzung der Bestände und der Erfassung, Erhaltung und wissenschaftlichen Aufarbeitung von Kunst- und Kulturgütern, die in den Museen und Sammlungen von überregionaler Bedeutung bewahrt und verwaltet werden.

Schwerpunkte bilden hierbei die Förderung von Einrichtungen mit Landes- und überregionaler Bedeutung (u. a. UNESCO-Stätten), die Begleitung von Landesinitiativen und Verbundprojekten im kulturellen und kulturtouristischen Bereich, wie z. B. "Straße der Romanik", Netzwerk "Sachsen-Anhalt und das 18. Jahrhundert". Weiteres Augenmerk wird auf Strukturveränderungen infolge des demografischen Wandels gelegt. Hierbei wird u. a. auf Veränderungen bei den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen (Museumspädagogik) als auch auf die Erhöhung der Attraktivität des ländlichen Raumes geachtet.

Darüber hinaus sind im Zuge der Umsetzung des Ausgleichsleistungsgesetzes (ALG) auch weiterhin bedeutende Sammlungen und Sammlungsgegenstände für die Kulturlandschaft des Landes zu sichern. Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung wurde im Jahr 2005 ein Beirat berufen, der sich mit der Bewertung von schutzwürdigem Kunst- und Kulturgut befasst.

Einnahmen

119 41	183	Rückzahlungen von Überzahlungen	70.000 94.695	90.000	90.000
119 51	183	Vermischte Einnahmen	0 200	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 86 Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Erhalt und Aufbau der Museumslandschaft Sachsen-Anhalt

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Die Verteilung der veranschlagten Haushaltsmittel erfolgt nach der Kulturförderrichtlinie der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (Erl. der StK vom 27.07.2017). Der Museumsverband hat ein Vorschlagsrecht für die regionale Museumsförderung. Das Antrags- und Bewilligungsverfahren gemäß Förderrichtlinie bleibt davon unberührt.

522 61	183	Ausgaben für Studien, Gutachten und Beraterverträge	50.000 0	0 0	0 0
547 61	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 15.700	0 0	0 0
633 61	183	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	250.000 292.597	129.100 200.000	0 260.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	29.800	160.000			189.800
2026		160.000			160.000
2027		50.000	150.000	60.000	260.000
2028			50.000	150.000	200.000
2029 ff.				50.000	50.000
Summen	29.800	370.000	200.000	260.000	859.800

Erläuterungen:

Zuweisungen für wissenschaftliche und museumspädagogische Projekte, überregional wirksame Ausstellungsvorhaben, Publikationen und Restaurierungen der Museen in kommunaler Trägerschaft.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

685 61	183	Zuschüsse für laufende Zwecke	1.125.000 816.054	1.391.300 970.000	894.700 1.450.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 86 Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		550.000			550.000
2026		500.000	500.000		1.000.000
2027		500.000	370.000	600.000	1.470.000
2028		500.000	100.000	500.000	1.100.000
2029 ff.				350.000	350.000
Summen		2.050.000	970.000	1.450.000	4.470.000

Erläuterungen:

Zuschüsse an Museen in freier Trägerschaft, insbesondere für Projekte von überregionaler Bedeutung. Die Verpflichtungsermächtigung 2024 ist u. a. vorgesehen für das Winkelmann-Museum Stendal (Zuwendungsvertrag 2024-2026).

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 und 2026 dienen der Unterstützung von Anträgen nach Antragslage.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

883 61	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	200.000 19.400	0 30.000	50.000 90.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026		50.000			50.000
2027		50.000	30.000	40.000	120.000
2028				50.000	50.000
2029 ff.					
Summen		150.000	30.000	90.000	270.000

Erläuterungen:

Zuweisungen für Investition an Museen in kommunaler Trägerschaft für den Aus- und Aufbau von Museen und Ausstellungen mit überregionaler Bedeutung.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

893 61	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	200.000 168.800	0 50.000	0 150.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026		100.000			100.000
2027			50.000	50.000	100.000
2028				100.000	100.000
2029 ff.					
Summen		200.000	50.000	150.000	400.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 86 Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 61

Erläuterungen:

Investitionen in den Aus- und Aufbau von Museen in freier Trägerschaft und deren Ausstellungen von überregionaler Bedeutung.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	1.825.000	1.520.400	944.700
		1.250.000	1.950.000

**63 Sonderaufwendungen infolge des Inkrafttretens des
Ausgleichsleistungsgesetzes (ALG)**

Erläuterungen:

Ankauf von restituiertem Kulturgut das kriegsbedingt oder aufgrund anderer Entziehungskontexte verbracht, veräußert oder restituiert wurde.

633 63	183	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
685 63	183	Zuschüsse für laufende Zwecke	0 0	0 0	0 0
686 63	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	100.000 18.000	20.000 20.000	20.000 100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026			20.000		20.000
2027				100.000	100.000
2028					
2029 ff.					
Summen		100.000	20.000	100.000	220.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

883 63	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
893 63	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			100.000	20.000 20.000	20.000 100.000

64 Landes- und Kooperationsausstellungen

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 86 Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

547 64	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

633 64	183	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	111.000	0	0
			122.212	50.000	150.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026		50.000			50.000
2027			50.000	50.000	100.000
2028				50.000	50.000
2029 ff.				50.000	50.000
Summen		150.000	50.000	150.000	350.000

Erläuterungen:

Mittel für herausragende Sonderausstellungen von Kommunen und zur Begleitung von Ausstellungen an Korrespondenzorten.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

685 64	183	Zuschüsse für laufende Zwecke	280.000	100.000	100.000
			103.788	50.000	250.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	46.700	250.000			296.700
2026		100.000			100.000
2027			50.000	150.000	200.000
2028				100.000	100.000
2029 ff.					
Summen	46.700	350.000	50.000	250.000	696.700

Erläuterungen:

Haushaltsmittel für Korrespondenzausstellungen zu überregional bedeutenden Groß- und Sonderausstellungen.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

883 64	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

893 64	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	391.000	100.000	100.000
		100.000	400.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 86 Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

65 Umsetzung des Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung

Erläuterungen:

Gesetz zum Schutz von Kulturgut (Kulturgutschutzgesetz - KGSG) vom 05. August 2018 (BGBl. I S. 1914)

527 65	183	Reisekosten des wissenschaftlichen Beirats	2.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten des nach § 14 Abs. 2 KGSG von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt zu bildenden Sachverständigenausschusses für Kunstwerke und anderes Kulturgut.

533 65	183	Dienstleistungen Außenstehender	23.000	5.000	5.000
			253	0	0

Erläuterungen:

Gutachten, Veröffentlichungen im Bundesanzeiger etc.

547 65	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

685 65	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	50.000	50.000
			0	130.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			50.000		50.000
2027			80.000		80.000
2028					
2029 ff.					
Summen			130.000		130.000

Erläuterungen:

Neuer Titel zur Notfallvorsorge zur Umsetzung der Richtlinie für die "Zivile Alarmplanung" des Bundesministeriums des Inneren im Bereich Kulturgut. Haushaltsmittel auch zur Kofinanzierung von Programmen des Bundes oder der Kulturstiftung der Länder.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	25.000	55.000	55.000
		130.000	0

66 Förderung von musealen UNESCO-Projekten

533 66	183	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			2.000	0	0

547 66	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

633 66	183	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 86 Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

684 66	183	Zuschüsse an Stiftungen, Verbände und Vereine	250.000	180.500	0
			305.990	0	200.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	75.000	100.000			175.000
2026		100.000			100.000
2027		100.000		100.000	200.000
2028				100.000	100.000
2029 ff.					
Summen	75.000	300.000		200.000	575.000

Erläuterungen:

Haushaltsmittel für Ausstellungen, Dokumentationen und Publikationen im Rahmen von UNESCO-Projekten.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

685 66	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	920.000	700.000	500.000
			797.716	500.000	500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	200.000	250.000			450.000
2026		250.000	250.000		500.000
2027			250.000	250.000	500.000
2028				250.000	250.000
2029 ff.					
Summen	200.000	500.000	500.000	500.000	1.700.000

Erläuterungen:

Vermarktung von Sachsen-Anhalt zur Umsetzung des UNESCO-Landesprogramms "Weltkultur in Sachsen-Anhalt erleben 2020-2025".

883 66	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	1.600.000	2.100.000	700.000
			600.000	500.000	500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.900.000	100.000			2.000.000
2026	200.000	200.000	300.000		700.000
2027			200.000	300.000	500.000
2028				200.000	200.000
2029 ff.					
Summen	2.100.000	300.000	500.000	500.000	3.400.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 86 Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 66

Erläuterungen:

Förderung von musealen UNESCO-Projekten nach Antragslage.

2025: Projekt "Umsetzung des Konzeptes zur inhaltlichen und musealen Neuausrichtung und barrierearme Erschließung des künftigen Stiftsbergmuseums in Quedlinburg"

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025/2026 dienen der Unterstützung überjähriger Projekte nach Antragslage.

893 66	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			300.000	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	2.770.000	2.980.500	1.200.000
		1.000.000	1.200.000

67 Förderung von Provenienzforschungen zur Rückgabe von entzogenem Kulturgut

Erläuterungen:

Umsetzung der gemeinsamen Erklärung von Bund, Ländern und Kommunen zur Rückgabe von entzogenem Kulturgut der NS-Zeit, der Zeit der SBZ/DDR und der Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten.

533 67	183	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

633 67	183	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

685 67	183	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	60.000	0	26.000
			90.000	104.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			26.000		26.000
2027			26.000		26.000
2028			26.000		26.000
2029 ff.			26.000		26.000
Summen			104.000		104.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund, den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Einrichtung einer Schiedsgerichtsbarkeit NS-Raubgut.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	60.000	0	26.000
		104.000	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 86 Förderung der Museen, Sammlungen, Schutz von Kunst- und Kulturgut

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	70.000	90.000	90.000

Gesamteinnahme	70.000	90.000	90.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	75.000	5.000 0	5.000 0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.096.000	2.570.900 2.024.000	1.590.700 2.910.000

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.000.000	2.100.000 580.000	750.000 740.000

Gesamtausgabe	5.171.000	4.675.900	2.345.700

Gesamtsumme der VE		2.604.000	3.650.000

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-5.101.000	-4.585.900	-2.255.700

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Vgl. allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 1702.

Die Ausgaben der Kapitel 1785, 1786 und 1787 sind gegenseitig deckungsfähig.

Zweckgebundene Einnahmen, die durch Dritte bereitgestellt werden, verstärken die Ausgabeansätze bis zur Höhe der Ist-Einnahmen.

Abweichend von § 35 LHO können Rückzahlungen durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

In diesem Kapitel sind Fördermittel für Kunst und Kultur des Landes in den Bereichen Heimat- und Traditionspflege, Literatur und Soziokultur, bildende und angewandte Kunst und bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich veranschlagt; darüber hinaus zur Förderung von Bibliotheken, Musik, Musikschulen sowie von Kunst- und Kulturprojekten mit Kindern und Jugendlichen, für den internationalen Kulturaustausch und für den Kunstankauf des Landes.

Die in der Titelgruppe 86 ausgewiesenen Mittel der Glücksspielabgabe dienen gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 6 Glücksspielgesetz des Landes Sachsen-Anhalt der Förderung kultureller Maßnahmen.

Einnahmen

119 41	187	Rückzahlungen von Überzahlungen	100.000 362.981	250.000	250.000
119 51	187	Vermischte Einnahmen	2.000 7.094	4.000	4.000

Titelgruppe(n)

75 Industriekultur

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe Kapitel 17 87 Titelgruppe 75.

231 75	183	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 75	0	0	0

85 Verwendung der Lotterie-Zweckerträge

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 17 87 Titelgruppe 85.

282 85	187	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0 166.776	0	0

Erläuterungen:

Die Lotto-Toto GmbH weist Mittel aus der Lotterie "GlücksSpirale" in Abhängigkeit der jeweiligen Einspielergebnisse quartalsweise zu.

Nachrichtlich: Summe TGr. 85	0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

533 01	187	Dienstleistungen Außenstehender	31.500 24.213	37.000 0	29.500 0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen von Preisverleihungen (Musikalisches Rahmenprogramm, Moderation, Technik, Empfang, Miete, etc.).

671 01	187	Für die Inanspruchnahme aus Garantievereinbarungen	0 0	0 0	0 0

Titelgruppe(n)

61 Förderung der Traditions- und Heimatpflege

Erläuterungen:

Die Förderung der Traditions- und Heimatpflege erfolgt ab dem Jahr 2025 aus Mitteln der Glücksspielabgabe (Kap. 1787 Titelgruppe 86).

526 61	187	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0 0	0 0	0 0

633 61	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0

681 61	187	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0 0	0 0	0 0

686 61	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	59.700 29.300	0 0	0 0

883 61	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	250.000 0	0 0	0 0

893 61	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			309.700	0 0	0 0

64 Internationaler Kulturaustausch/Kulturelle Auslandsbeziehungen

Erläuterungen:

Förderung von internationalen Projekten vor allem mit Partnerländern und -regionen.

533 64	187	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0

546 64	187	Aufwendungen für Delegationen und Besuchergruppen im In- und Ausland	0 0	0 0	0 0

633 64	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
681 64	187	Ehrengaben, Stipendien	0 0	0 0	0 0
685 64	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 64	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	70.000 27.400	15.000 0	15.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			70.000	15.000 0	15.000 0
65		Öffentliche Bibliotheken Erläuterungen: Förderung der öffentlichen Bibliotheken gemäß § 10 Abs. 2 des Bibliotheksgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 2010.			
522 65	186	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0
Erläuterungen: Neuer Titel als Vorsorge für Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Landtagsbeschlusses "zeitgemäßes Bibliotheksnetz ermöglichen - Bedarfen gerecht werden" (LT-Drs. 8/3670).					
525 65	186	Aus- und Fortbildung	7.000 4.427	7.000 0	7.000 0
*** Umsetzungen von Kap. 17 87 Titel 525 01 Erläuterungen: Ausgaben der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken zur Erfüllung der Aufgaben gem. § 9 Bibliotheksgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.07.2010 in der jeweils geltenden Fassung. Bis zum Haushaltsjahr 2024 sind die Ausgaben bei Kap. 1787 Titel 525 01 veranschlagt worden. Aus haushaltstechnischen Gründen erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2025 eine Umsetzung der Haushaltsmittel in Kap. 1787 Titel 525 65.					
531 65	186	Veröffentlichungen	8.000 10.487	11.000 0	11.000 0
*** Umsetzungen von Kap. 17 87 Titel 531 01 Erläuterungen: Ausgaben der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken zur Erfüllung der Aufgaben gem. § 9 Bibliotheksgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.07.2010 in der jeweils geltenden Fassung. Bis zum Haushaltsjahr 2024 sind die Ausgaben bei Kap. 1787 Titel 531 01 veranschlagt worden. Aus haushaltstechnischen Gründen erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2025 eine Umsetzung der Haushaltsmittel in Kap. 1787 Titel 531 65.					
532 65	186	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0 0	0 0	0 0
Erläuterungen: Ausgaben der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken zur Erfüllung der Aufgaben gem. § 9 Bibliotheksgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.07.2010 in der jeweils geltenden Fassung.					
533 65	186	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 65

Erläuterungen:

Neuer Titel als Vorsorge für Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Landtagsbeschlusses "zeitgemäßes Bibliotheksnetz ermöglichen - Bedarfen gerecht werden" (LT-Drs. 8/3670).

Zudem Ausgaben der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken zur Erfüllung der Aufgaben gem. § 9 Bibliotheksgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.07.2010 in der jeweils geltenden Fassung.

547 65	186	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			230	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken zur Erfüllung der Aufgaben gem. § 9 Bibliotheksgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.07.2010 in der jeweils geltenden Fassung.

633 65	186	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	400.000	285.000	285.000
			389.641	0	0

Erläuterungen:

Förderung der öffentlichen Bibliotheken gem. § 10 Abs. 2 Bibliotheksgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.07.2010 in der jeweils geltenden Fassung.

Absenkung des Ansatzes aufgrund der Umsetzung des vom Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband e.V. durchgeführten Projektes "Onleihe" zu Kap. 1787 Titel 686 65. Es umfasst Fördermittel von durchschnittlich 115.000 Euro pro Jahr.

686 65	186	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	157.000	272.000	272.000
			55.000	0	210.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	30.000	40.000			70.000
2026		70.000			70.000
2027				70.000	70.000
2028				70.000	70.000
2029 ff.				70.000	70.000
Summen	30.000	110.000		210.000	350.000

Erläuterungen:

Förderungen an den Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband e. V. für die Durchführung von Programmen in erheblichem Landesinteresse (z.B. "Onleihe"). Zudem Förderung von zwei halben Personalstellen im Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband e. V.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient der Fortsetzung der Förderung der zwei halben Personalstellen beim Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband e.V. (dbv).

883 65	186	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			572.000	575.000	575.000
				0	210.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

66 Digitalisierungsmaßnahmen im Kulturbereich

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Verpflichtungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Digitalisierung von Kunst- und Kulturgut, Entwicklung innovativer digitaler Lösungen und Inhalte in den Kultureinrichtungen sowie digitale Infrastrukturen mit dem Ziel "Digitalität in der Kultur" im Sinne einer Vernetzung technisch-digital-virtueller mit organisch-analog-realer Lebenswelt.

547 66	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
633 66	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	100.000 20.000	70.000 75.000	50.000 150.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	20.000	50.000			70.000
2026		50.000	25.000		75.000
2027		50.000	25.000	50.000	125.000
2028			25.000	50.000	75.000
2029 ff.				50.000	50.000
Summen	20.000	150.000	75.000	150.000	395.000

Erläuterungen:

Förderung von Digitalisierungsprojekten z. B. der öffentlichen kommunalen Bibliotheken oder anderer Kultureinrichtungen in kommunaler Trägerschaft.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025/2026 dienen der Unterstützung überjähriger Projekte nach Antragslage.

685 66	187	Zuschüsse für laufende Zwecke	414.000 225.248	296.600 300.000	140.300 450.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	156.400	150.000			306.400
2026	40.300	150.000	100.000		290.300
2027		150.000	100.000	150.000	400.000
2028			100.000	150.000	250.000
2029 ff.				150.000	150.000
Summen	196.700	450.000	300.000	450.000	1.396.700

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 66

Erläuterungen:

Förderung von Digitalisierungsprojekten der Kultureinrichtungen in Vereins- und Stiftungsträgerschaft, z. B. Museumsverband Sachsen-Anhalt e. V.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025/2026 dienen der Unterstützung überjähriger Projekte nach Antragslage.

883 66	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
893 66	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			514.000	366.600 375.000	190.300 600.000

67 Ankauf von Sammlungsgut für Museen

Erläuterungen:

Erwerb von Sammlungsgut/Kunstgegenständen durch das Land Sachsen-Anhalt in Anlehnung an den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.09.1978 als Empfehlung für den Ankauf von Kunstwerken.

523 67	183	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	0 0	0 0	0 0
547 67	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
686 67	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
812 67	183	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			0	0 0	0 0

68 Bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich

Erläuterungen:

Förderung des MikrokulturFonds sowie Förderung von Modellprojekten der Landesarbeitsgemeinschaft bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich.

633 68	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
686 68	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	78.400 8.520	98.400 0	40.000 120.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 68

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	30.000	28.400			58.400
2026		34.100			34.100
2027				60.000	60.000
2028				60.000	60.000
2029 ff.					
Summen	30.000	62.500		120.000	212.500

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 ist für ein neues (noch zu konzipierendes) zweijähriges Modellprojekt vorgesehen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	78.400	98.400	40.000
		0	120.000

69 Kulturland Sachsen-Anhalt

Übertragbar

**** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.**

Verpflichtungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Förderung von künstlerischen und kulturellen Schwerpunktvorhaben von landesweiter Bedeutung für das Kulturland Sachsen-Anhalt gemäß Koalitionsvertrag und Stärkung des Kulturtourismus. Die Koalitionspartner haben im Koalitionsvertrag festgelegt, die Stärkung des Kulturtourismus voranzutreiben und Jubiläen und Gedenktage besonders zu beachten. Das dauerhafte Fundament der Stärken und Markensäulen des Landes erfordert regelmäßig ein besonderes Ereignis, dass jeweils eines dieser Themen wieder neu in Szene setzt und dadurch überregionale Aufmerksamkeit erregt. Die Mittel sind für Kulturveranstaltungen, kulturelle Projekte, denkmalpflegerische Sanierungsmaßnahmen etc. vorgesehen, mit denen eine langfristige Vorbereitung und Durchführung von Jubiläen mit dem notwendigen Planungsvorlauf organisiert werden kann.

Die Förderung erfolgt in drei Bereichen:

1. Förderung kultureller Projekte im Zusammenhang mit Jubiläen und Gedenktagen
2. Kulturelle Vorbereitung Landesgartenschauen
3. Förderung kultureller Vorhaben zur Stärkung der kulturtouristischen Landesschwerpunkte z. B. gemäß dem von der Landesregierung beschlossenen Masterplan Tourismus, der der Entwicklung des Kulturtourismus breiten Raum zuschreibt.

532 69	187	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0
533 69	187	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
546 69	187	Mitgliedsbeitrag Verein TRANSROMANICA e. V.	10.000	10.000	10.000
			0	0	0
633 69	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

685 69	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

686 69	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	525.000	100.000	100.000
			211.992	0	200.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026		100.000			100.000
2027		100.000		100.000	200.000
2028				100.000	100.000
2029 ff.					
Summen		300.000		200.000	500.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Finanzierung von Projekten im Zusammenhang mit der Bewerbung des Europäischen Kulturerbesiegels (EKS) "Klosterlandschaften der Zisterzienser" die Voraussetzungen geschaffen, um im Kloster Schulpforta nach der Verleihung des Europäischen Kulturerbesiegels im Jahr 2024 Maßnahmen zur Aufwertung der Kulturerbestätte.

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 ist für die Finanzierung der Vorbereitung des Jubiläums der Theaterausstellung Magdeburg im Jahr 2027 vorgesehen.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025/2026 dienen der Realisierung von überjährigen Projekten nach Antragslage.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Projekte im Zusammenhang mit Jubiläen und Gedenktage	0	50.000	0	0
2. Kulturelle Vorbereitung Landesgartenschauen	0	50.000	0	0
3. Stärkung der kulturtouristischen Landesschwerpunkte	201.992	250.000	100.000	100.000
4. Mitgliedsbeitrag Verein TRANSROMANICA e. V. (ab 2024 bei Titel 546 69)	10.000	0	0	0
5. Merseburger Zaubersprüche	0	175.000	0	0
Zusammen	211.992	525.000	100.000	100.000

883 69	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	250.000	125.000	125.000
			250.000	100.000	300.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		200.000			200.000
2026		200.000	50.000		250.000
2027		100.000	50.000	100.000	250.000
2028				100.000	100.000
2029 ff.				100.000	100.000
Summen		500.000	100.000	300.000	900.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 883 69

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient der Vorbereitung der Landesgartenschau 2027 in der Lutherstadt Wittenberg; sie wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025/2026 dienen der Unterstützung überjähriger Projekte nach Antragslage.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Projekte im Zusammenhang mit Jubiläen und Gedenktage	0	0	0	0
2. Kulturelle Vorbereitung Landesgartenschauen	250.000	250.000	125.000	125.000
3. Stärkung der kulturtouristischen Landesschwerpunkte	0	0	0	0
Zusammen	250.000	250.000	125.000	125.000

893 69	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	3.890.000	5.600.000	4.800.000
			746.000	0	940.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	5.500.000				5.500.000
2026	4.700.000				4.700.000
2027				470.000	470.000
2028				470.000	470.000
2029 ff.					
Summen	10.200.000			940.000	11.140.000

Erläuterungen:

Die in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2023 dient der Komplementärfinanzierung von Bundesmitteln für das Projekt "Neue Saalecker Werkstätten".

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient der Unterstützung der Betriebskosten der Akademie in den "Neuen Saalecker Werkstätten" bis zur Fertigstellung der Sanierung und Nutzbarkeit der Gebäude.

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	4.675.000	5.835.000	5.035.000
		100.000	1.440.000

70 Förderung von Musikschulen

** Verpflichtungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

633 70	185	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	5.065.200	5.300.000	5.300.000
			4.361.252	215.000	215.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 70

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		215.000			215.000
2026			215.000		215.000
2027				215.000	215.000
2028					
2029 ff.					
Summen		215.000	215.000	215.000	645.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient der Absicherung der Arbeit des musikalischen Kompetenzzentrums.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Zuweisung nach dem Musikschulgesetz und der Musikschulrichtlinie Sachsen-Anhalt	4.146.300	4.850.200	5.085.000	5.085.000
2. Förderung des musikalischen Kompetenzzentrums	215.000	215.000	215.000	215.000
Zusammen	4.361.300	5.065.200	5.300.000	5.300.000

686 70	185	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	843.000	263.000	51.000
			255.924	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		212.000			212.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		212.000			212.000

Erläuterungen:

Zuschüsse an Musikschulen in freier Trägerschaft nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Musikschulen im Land Sachsen-Anhalt (Erl. der StK vom 27.07.2017) sowie für Projektförderungen.

Die Landesförderpreise und der Menahem-Pressler-Förderpreis werden auf Grundlage der Musikschulrichtlinie Sachsen-Anhalt (Erl. der StK vom 27.07.2017, zuletzt geändert mit Erl. der StK vom 17.04.2019) vergeben.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 70

			Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
		1. Zuschüsse an Musikschulen in freier Trägerschaft nach der Musikschulrichtlinie Sachsen-Anhalt	36.961	40.000	40.000	40.000
		2. Menahem-Pressler-Förderpreis und Landesförderpreise	11.000	11.000	11.000	11.000
		3. Musikschulprojekte/Regionalwettbewerbe "Jugend musiziert" (ab 2026 umgesetzt nach Kap. 1775 Titel 685 58)	51.000	51.000	51.000	0
		4. Orchester- und Ensemblearbeit des LVdM (ab 2026 umgesetzt nach Kap. 1775 Titel 685 58)	126.939	130.000	130.000	0
		5. Musikschultage (ab 2026 umgesetzt nach Kap. 1775 Titel 685 58)	30.000	0	31.000	0
		6. Sonstige Projektförderung	0	611.000	0	0
		Zusammen	255.900	843.000	263.000	51.000
883 70	185	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	0	0
				0	0	0
893 70	185	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige		0	0	0
				0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 70				5.908.200	5.563.000 215.000	5.351.000 215.000
71		Allgemeine Musikförderung				
		** Verpflichtungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.				
547 71	182	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben		0	0	0
				172	0	0
633 71	182	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		300.000	90.000	250.000
				133.352	90.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	105.000				105.000
2026		325.000			325.000
2027			90.000		90.000
2028		300.000			300.000
2029 ff.					
Summen	105.000	625.000	90.000		820.000

Erläuterungen:

Förderung von Musikfesten von bundesweiter oder internationaler Ausstrahlung in 2025 Fasch-Festtage Zerbst und Brahms-Chorwettbewerb, in 2026 Telemann-Festtage.

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 wird für die überjährige Vorbereitung und vertragliche Bindung der Musikfeste im Jahr 2027 benötigt.

Die Verpflichtungsermächtigung 2023 wurde anteilig zu Lasten von Kap. 1787 Titel 686 71 in Anspruch genommen.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

681 71	182	Ehrengaben - Landesmusikpreis	10.000	0	5.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Vergabe des Musikpreises des Landes Sachsen-Anhalt im zweijährigen Rhythmus (Bek. des MK vom 19.05.2015)

685 71	182	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentlichen Einrichtungen	150.000	150.000	170.000
			138.200	340.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			170.000		170.000
2027			170.000		170.000
2028					
2029 ff.					
Summen			340.000		340.000

Erläuterungen:

Projektförderung des Landeschorverbandes Sachsen-Anhalt e. V.

686 71	182	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	2.576.800	2.619.200	3.000.000
			1.961.112	1.132.500	2.694.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	761.300	91.700			853.000
2026	761.300	1.953.700	224.500		2.939.500
2027		615.700	908.000	4.500	1.528.200
2028				1.690.000	1.690.000
2029 ff.				1.000.000	1.000.000
Summen	1.522.600	2.661.100	1.132.500	2.694.500	8.010.700

Erläuterungen:

Förderung von Musikfesten von bundesweiter oder internationaler Ausstrahlung z. B. Kurt-Weill-Fest, Händelfestspiele, Jugendmusikfest. Die verschiedenen Musikfeste und Wettbewerbe finden in unterschiedlichen Zeitrhythmen statt. Die Verpflichtungsermächtigung wird für überjährige Vorbereitungen und vertragliche Bindungen sowie für mittelfristige konzeptionelle Entwicklung benötigt.

883 71	182	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	3.036.800	2.859.200	3.425.000
		1.562.500	2.694.500

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

72 Maßnahmen im Zusammenhang mit dem "Grünes- Band-Gesetz"

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Das Gesetz über die Festsetzung des Nationalen Naturmonuments "Grünes Band Sachsen-Anhalt - Vom Todesstreifen zur Lebenslinie (Grünes-Band-Gesetz Sachsen-Anhalt - GBG LSA) vom 28.10.2019" (GVBl. 2019, S. 346) bestimmt, dass das Gebiet des Grünen Bandes auch "wegen seiner landeskundlichen, wissenschaftlichen und kulturhistorischen Bedeutung als Erinnerungslandschaft, die ein einzigartiges Zeugnis der deutschen Geschichte auch für die zukünftigen Generationen darstellt, zu schützen, zu erhalten und zu entwickeln" ist. Für die Umsetzung des gesetzlichen Auftrages im Zusammenhang mit der Trägerschaft sollen darüber hinaus geeignete Projekte/Maßnahmen der Erinnerungskultur gefördert werden. Grundlage ist die Kulturförderrichtlinie Sachsen-Anhalt in der jeweils geltenden Fassung.

532 72	187	sonstige Ausgaben der Öffentlichkeit	0 0	0 0	0 0
533 72	187	Dienstleistungen Außenstehender	0 1.599	0 0	0 0
547 72	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
633 72	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
686 72	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	195.000 123.846	86.000 140.000	50.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		90.000			90.000
2026			50.000		50.000
2027			90.000		90.000
2028					
2029 ff.					
Summen		90.000	140.000		230.000

Erläuterungen:

Verpflichtungsermächtigungen zur Finanzierung einer Website zum Grünen Band.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

883 72	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
Übertragbar					
893 72	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0 166.500	0 0	0 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 72

Übertragbar

Nachrichtlich: Summe TGr. 72	195.000	86.000	50.000
		140.000	0

73 Gedenken 500 Jahre Deutscher Bauernkrieg und 500. Todestag Thomas Müntzer 1524/25

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

*** Verpflichtungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Die touristische Marke "Reformation" bleibt ein Themenschwerpunkt Sachsen-Anhalts, der durch überregionale und internationale Bekanntheit entsprechendes Besucherinteresse für das Land Sachsen-Anhalt auf sich zieht. Deshalb bleiben Kulturereignisse, die entsprechend vermarktet werden, im Themenkreis Reformation mit ihrer identitätsstiftenden Wirkung nach wie vor wichtig. Historische Persönlichkeiten wie z. B. Thomas Müntzer sind dauerhaft mit dem Land Sachsen-Anhalt und insbesondere dem Landkreis Mansfeld-Südharz verknüpft. Der Landkreis Mansfeld-Südharz ist Teil der historischen Landschaft, die besonders in die Geschehnisse des deutschen Bauernkrieges 1525 einbezogen war und an die gemäß Landtagsbeschluss vom 19.03.2021 würdigend erinnert werden soll.

Im Bundeshaushalt sind im Jahr 2022 für das Thomas-Müntzer-Gedenkjahr 2025 für die Länder Thüringen, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt insgesamt 15 Mio. Euro zur Verfügung, die angemessen durch die Länder und Dritte gegen zu finanzieren sind. Auf Sachsen-Anhalt entfallen 3,9 Mio. Euro.

532 73 183 Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	180.000	0
	0	0	0

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel werden für die Marketing-Dachkampagne der dezentralen Landesausstellung des Bauernkriegs- und Thomas-Müntzer-Gedenkens verwendet.

533 73 183 Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
	0	0	0

633 73 183 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	352.800	269.300	76.000
	353.300	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	269.300				269.300
2026	76.000				76.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	345.300				345.300

Erläuterungen:

Projektbüro Landkreis Mansfeld-Südharz zu den Gedenken 500 Jahre Bauernkrieg sowie 500. Todestag Thomas Müntzer

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

685 73	183	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1.604.700	1.776.100	37.000
			633.628	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.706.100				1.706.100
2026	17.000				17.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	1.723.100				1.723.100

Erläuterungen:

Haushaltsmittel dienen der Kofinanzierung von Bundesmitteln für Ausstellungen an verschiedenen Standorten und kulturellen Projekten im Rahmen der dezentralen Landesausstellung, welche sich aus u. a. folgenden Bestandteilen zusammensetzt:

1. Mitmachausstellung zu "500 Jahre Deutscher Bauernkrieg" der Stiftung Luthergedenkstätten in Eisleben/Mansfeld; Zeitraum Mai 2024 bis Dezember 2025.
2. Ausstellung "Frührenaissance/Stilwandel - Mitteldeutschland am Vorabend des Bauernkriegs" der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt im Kunstmuseum Moritzburg in Halle; Zeitraum November 2024 bis März 2025.
3. Ausstellung "Planetarische Bauern" der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt im Kunstmuseum Moritzburg; Zeitraum Mai 2025 bis September 2025.
4. Kunstparcours der Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt in Allstedt flankiert durch ein Heimatstipendium im Museum "Alte Münze" in Stolberg, jeweils voraussichtlich ab April 2025.
5. Ausstellungs- und Vermittlungsprojekt des LDA zum Bauernkrieg; Zeitraum 2024 bis 2025

Auf der Ebene des Landkreises findet das bürgerschaftliche Rahmenprogramm, welches durch das Projektbüro (angesiedelt bei der Standortentwicklungsgesellschaft Mansfeld-Südharz) betreut wird, statt.

686 73	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	65.000	0	0
			0	0	0
883 73	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			25.315	0	0
893 73	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	1.475.000	0	0
			326.000	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			3.497.500	2.225.400	113.000
				0	0

75 Industriekultur

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 17 87 Titelgruppe 75.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

******* Verpflichtungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

Erläuterungen:

Die Industriekultur bildet einen wichtigen Teil der reichen Kulturgeschichte des Landes Sachsen-Anhalt, die von technischen und wirtschaftlichen Neuerungen ebenso geprägt ist, wie von sich verändernden Arbeits- und Lebenswelten und neuen kulturellen und gesellschaftlichen Impulsen. Durch die Entwicklung herausgehobener Stätten der Industriekultur sollen landesspezifische Kristallisations- und Ankerpunkte für die Vernetzung der vielfältigen industriegeschichtlichen Orte geschaffen werden, die die notwendige Strahlkraft haben, um ein bis in den ländlichen Raum reichendes lebendiges, erlebbares und spannendes Bild der traditionsreichen Industrieregion in Mitteldeutschland zu zeichnen. Dabei soll Industriekultur für einen partizipativen und offenen Diskurs über Strukturwandel, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und globale Zielsetzungen genutzt werden. Die Industriekultur soll im Land - unter Berücksichtigung des vorhandenen Potentials - gleichmäßig, also auch außerhalb des Fördergebiets des Investitionsgesetzes Kohleregionen des Bundes, entwickelt werden. Industriekultur soll genutzt werden, das positive Image des Landes aus innerer und äußerer Sicht zu stärken; sie soll als treibende Kraft für Wissenschaft und Forschung dienen. Über das bestehende Angebot hinaus sollen sich Stätten der Industriekultur zu Orten außerschulischen Lernens und im Bereich der Erwachsenenbildung entwickeln. Handlungsfelder sind Projekte kultureller Bildung sowie die Pflege der sachlichen Zeugnisse der Industriekultur.

526 75	183	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	4.000 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Reisekosten und Aufwandsentschädigungen der Arbeitskreise Industriekultur in Sachsen-Anhalt.

532 75	183	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	100.000 0	30.000 0	30.000 120.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		30.000			30.000
2026		30.000			30.000
2027		30.000		30.000	60.000
2028		30.000		30.000	60.000
2029 ff.				60.000	60.000
Summen		120.000		120.000	240.000

Erläuterungen:

Für die Steigerung des Bekanntheitsgrads "Industriekultur Sachsen-Anhalt" auf regionaler, landesweiter, nationaler und internationaler Ebene ist es notwendig, fortlaufende Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wie z. B. für Hosting / Pflege der Website und Social Media Kanäle durch eine vertraglich gebundene professionelle Agentur langfristig durchführen zu lassen.

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss neuer überjähriger Verträge.

533 75	183	Dienstleistungen Außenstehender	0 42.200	0 0	0 0

633 75	183	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	433.000 803.826	168.000 475.000	125.000 475.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 75

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	119.100	125.000			244.100
2026	119.100	125.000	125.000		369.100
2027	69.500	125.000	125.000	125.000	444.500
2028		100.000	125.000	125.000	350.000
2029 ff.			100.000	225.000	325.000
Summen	307.700	475.000	475.000	475.000	1.732.700

Erläuterungen:

Förderung der Dauerausstellung des Hallischen Salinemuseum e.V. zur Kofinanzierung von Bundesmitteln

Die Verpflichtungsermächtigungen 2024 und 2025 werden unter Beachtung der verfügbaren Haushaltsmittel im Rahmen des Deckungskreises in Anspruch genommen.

671 75	183	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen	380.000	305.800	322.700
		Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land	214.200	0	530.000
		und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt			

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	180.800	125.000			305.800
2026	197.700	125.000			322.700
2027	141.500	125.000		50.000	316.500
2028		125.000		180.000	305.000
2029 ff.		100.000		300.000	400.000
Summen	520.000	600.000		530.000	1.650.000

Erläuterungen:

Administrierung von Zuwendungsverfahren gemäß den Fördergrundsätzen des Denkmalschutzprogrammes "InKult" des Bundes und für die Begleitung und Abwicklung von Zuwendungsverfahren für Projekte kultureller Bildung im Rahmen der Kulturförderrichtlinie des Landes durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt

Mit der Verpflichtungsermächtigung 2022 wurde der öffentlich-rechtliche Vertrag für die Jahre 2023 bis 2027 über die Bearbeitung von Neuanträgen 2023 und 2024 bei einem angenommenen Bewilligungszeitraum von drei Jahren geschlossen. Die Verpflichtungsermächtigung 2024 dient einem ergänzenden, öffentlich-rechtlichen Vertrag bis 2029 für ab dem Jahr 2025 neu eingehende Anträge.

686 75	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1.605.000	936.000	1.066.900
			404.533	2.870.000	1.200.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 75

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	300.000	300.000			600.000
2026	97.000	300.000	574.000		971.000
2027	38.900	300.000	574.000	300.000	1.212.900
2028		300.000	574.000	300.000	1.174.000
2029 ff.			1.148.000	600.000	1.748.000
Summen	435.900	1.200.000	2.870.000	1.200.000	5.705.900

Erläuterungen:

Förderung von Projekten kultureller Bildung, die die Funktion und Sichtbarkeit des Netzwerks Industriekultur in Sachsen-Anhalt stärken. Dazu gehören auch gemeinsame Vorhaben an Industrie- und Technikmuseen an verschiedenen Standorten in Sachsen-Anhalt, z. B. Jubiläum "100 Jahre Bauhaus in Dessau" in den Jahren 2025 und 2026, die Finanzierung der Geschäftsstelle des Netzwerks Industriekultur (Ferropolis Stiftung Industriekultur gGmbH in Kooperation mit Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V. und dem Museumsverband Sachsen-Anhalt e. V.) sowie Sicherung der Nachnutzung von baulichen Investitionen im Rahmen von Europa- und Bundesprogrammen (z. B. Kulturerbe-EFRE-Förderung oder Denkmalschutzprogramm des Bundes "InKult").

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025 und 2026 dienen z. B. der Fortsetzung der Förderung der Geschäftsstelle des Netzwerks Industriekultur (2025) sowie der überjährigen Finanzierung von Projekten kultureller Bildung, die die Sichtbarkeit des landesspezifischen Netzwerks Industriekultur in Sachsen-Anhalt stärken.

883 75	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.265.000	0	450.000
			0	500.000	500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	327.000	600.000			927.000
2026		125.000	125.000		250.000
2027		125.000	125.000	125.000	375.000
2028		125.000	125.000	125.000	375.000
2029 ff.			125.000	250.000	375.000
Summen	327.000	975.000	500.000	500.000	2.302.000

Erläuterungen:

Mittelbereitstellung für Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Zeugnissen der Industriekultur in Sachsen-Anhalt innerhalb und außerhalb des Fördergebiets nach § 2 des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) sowie für die Kofinanzierung von Projekten mit EU- und Bundesbeteiligung, hier insbesondere zum Denkmalschutzprogramm "InKult" des Bundes .

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2023 erfolgte im Rahmen der Deckungsfähigkeit zu Lasten des Titels 686 75.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird unter Beachtung der verfügbaren Haushaltsmittel im Rahmen des Deckungskreises in Anspruch genommen.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025 und 2026 sind erforderlich, um Planungsvorlauf und überjährige Projektrealisierung zu ermöglichen. Förderaufrufe des Denkmalschutzprogramm "InKult" des Bundes erfolgen jährlich. Die Förderung von mehrjährigen Bauvorhaben wird seitens des Bundes ermöglicht, entsprechend muss eine Gegenfinanzierung aus Landesmitteln von mindestens 10% überjährig ermöglicht werden.

893 75	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	1.466.000	1.406.900	1.217.900
			1.152.284	500.000	500.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 893 75

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	400.000	125.000			525.000
2026	67.700	125.000	125.000		317.700
2027		125.000	125.000	125.000	375.000
2028		125.000	125.000	125.000	375.000
2029 ff.			125.000	250.000	375.000
Summen	467.700	500.000	500.000	500.000	1.967.700

Erläuterungen:

Haushaltsmittel für die Realisierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Zeugnissen der Industriekultur innerhalb und außerhalb des Fördergebiets nach § 2 des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) sowie für die Kofinanzierung zu Projekten mit Europa- und Bundesbeteiligung, hier insbesondere zum Denkmalschutzprogramm "InKult" des Bundes und für die denkmalgerechte Sanierung und Entwicklung von industriellen Großgeräten z.B. der Ferropolis Stiftung Industriekultur gGmbH.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025 und 2026 sind erforderlich, um Planungsvorlauf und überjährige Projektrealisierung zu ermöglichen. Förderaufrufe des Denkmalschutzprogramm "InKult" des Bundes erfolgen jährlich. Die Förderung von mehrjährigen Bauvorhaben wird seitens des Bundes ermöglicht, entsprechend muss eine Gegenfinanzierung aus Landesmitteln von mindestens 10% überjährig ermöglicht werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 75	6.253.000	2.846.700	3.212.500
		4.345.000	3.325.000

77 Kunst- und Kulturprojekte mit Kindern und Jugendlichen

Erläuterungen:

Die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten mit Kindern und Jugendlichen erfolgt ab dem Jahr 2025 aus Mitteln der Glücksspielabgabe (Kap. 1787 Titelgruppe 86).

633 77	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
681 77	187	Ehrengaben - Kinder- und Jugend-Kultur-Preis	24.000	0	0
			30.500	0	0

Erläuterungen:

Vergabe des Kinder- und Jugend-Kultur-Preises des Landes Sachsen-Anhalt (Erl. der StK vom 14.11.2017, zuletzt geändert durch Erl. der StK vom 10.10.2018 - MBl. LSA, S. 414).

Ab August 2024 wird die Förderung der Durchführung des Kinder- und Jugend-Kultur-Preises an die Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung (LKJ) übertragen. Anteilige Haushaltsmittel werden nach Kapitel 1775 Titel 685 52 umgesetzt.

686 77	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	448.800	169.500	0
			505.021	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 77

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	169.500				169.500
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	169.500				169.500

Erläuterungen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Kooperationsprogramm "Schulen und Bibliotheken" (Umsetzung in Kap. 1787 Titel 686 65)	87.000	0	0	0
2. Kooperationsprogramm "musisch-ästhetische Bildung (MäBi)" (Umsetzung in Kap. 1775 Titel 685 58)	193.000	193.000	112.000	0
3. Kooperationsprogramm "Kulturelles Lernen an Freien Theatern und Schulen (KLaTSch!)" (Umsetzung in Kap. 1775 Titel 685 56)	46.800	57.000	40.700	0
4. Kooperationsprogramm "Theater als Schule des Sehens (TaSS)" (Umsetzung in Kap. 1784 Titel 686 74)	16.700	20.800	16.800	0
5. "local heroes" (Umsetzung in Kap. 1787 Titel 686 71)	121.900	140.000	0	0
6. Zuschüsse an Sonstige	39.621	38.000	0	0
Zusammen	505.021	448.800	169.500	0

883 77	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
893 77	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 77	472.800	169.500	0
		0	0

78 Förderung der Soziokultur

633 78	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
686 78	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	354.400	130.000	175.000
			150.500	145.000	225.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 78

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		130.000			130.000
2026			125.000		125.000
2027			20.000	60.000	80.000
2028				60.000	60.000
2029 ff.				105.000	105.000
Summen		130.000	145.000	225.000	500.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 dient der Durchführung der Jüdischen Kulturtage 2026 sowie einer 2-jährigen Bewilligung für die LASSA.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 dient der Durchführung der Jüdischen Kulturtage 2029.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Soziokulturelle Zentren	26.500	37.900	37.900	37.900
2. Landesarbeitsgemeinschaft soziokulturelle Zentren im Land Sachsen-Anhalt e. V. (LASSA)	18.000	18.000	20.000	20.000
3. Jüdische Kulturtage Sachsen-Anhalt	100.000	20.000	50.000	95.000
4. Soziokulturelle Projekte im Sinne des Landesprogrammes für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt	0	15.000	10.000	10.000
5. Zuschüsse an Sonstige	6.000	13.500	12.100	12.100
6. Lichtblütenfestival 2024*	0	250.000	0	0
Zusammen	150.500	354.400	130.000	175.000

*Das Lichtblütenfestival wurde 2024 einmalig gefördert. Gemäß Änderungsantrag 60 des FIN vom 24.11.2023 "soll [das Vorhaben] zukünftig über eine "Kultur/Tourismuskörperschaft" mit einer geeigneten Rechtsform auf wirtschaftlich und finanziell eigenständige Füße gestellt werden."

883 78	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
893 78	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 78			354.400	130.000 145.000	175.000 225.000

81 Förderung der bildenden und angewandten Kunst

523 81	187	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	0 0	0 0	0 0
526 81	187	Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	3.000 1.036	3.000 0	3.000 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 526 81

Erläuterungen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Reisekosten Kunstbeirat	336	1.000	1.000	1.000
2. Sitzungsentschädigung Kunstbeirat	700	2.000	2.000	2.000
Zusammen	1.036	3.000	3.000	3.000

547 81	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 125	0 0	0 0
633 81	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
681 81	187	Ehrengaben - Kunstpreis und Aufenthaltsstipendien	361.500 140.500	5.000 0	5.000 20.000

*** anteilige Umsetzung von Haushaltsmitteln nach Kapitel 1787
 Titel 686 81.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	100.000				100.000
2026					
2027				20.000	20.000
2028					
2029 ff.					
Summen	100.000			20.000	120.000

Erläuterungen:

Zuwendungen auf Grundlage der Kulturförderrichtlinie Sachsen-Anhalt sowie Vergabe des Kunstpreises Sachsen-Anhalt (Erl. des MK vom 23.03.1992, zuletzt geändert durch Erl. der StK vom 23.8.2017 - MBl. LSA, S. 676).

Die durch Verpflichtungsermächtigung 2022 für das Jahr 2025 gebundenen Haushaltsmittel für die Finanzierung des Zuwendungsvertrags mit dem Talstraße e.V. sind dem Grundsatz der Haushaltsklarheit und -wahrheit entsprechend in den Titel 686 81 umgesetzt worden.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 ermöglicht die Vergabe von Aufenthaltsstipendien.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Vergabe des Kunstpreises des Landes Sachsen-Anhalt	0	0	5.000	5.000
2. Arbeitsstipendien, Ausstellungsförderung (Umsetzung in Kap. 1787 Titel 686 81)	40.500	261.500	0	0
3. Zuwendungsvertrag Talstraße e. V. (Umsetzung in Kap. 1787 Titel 686 81)	100.000	100.000	0	0
Zusammen	140.500	361.500	5.000	5.000

686 81	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	60.000 50.000	250.000 500.000	300.000 250.000

*** anteilige Umsetzung von Haushaltsmitteln von Kapitel 1787
 Titel 681 81.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 686 81

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	50.000	10.000			60.000
2026	50.000	10.000	200.000		260.000
2027			150.000	130.000	280.000
2028			150.000	60.000	210.000
2029 ff.				60.000	60.000
Summen	100.000	20.000	500.000	250.000	870.000

Erläuterungen:

Zuwendungen auf Grundlage der Kulturförderrichtlinie Sachsen-Anhalt (MBI. LSA 2023, S. 506)

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in Anspruch genommen.

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 dient der Finanzierungsvereinbarung mit dem Verein "Talstrasse" e.V. (2026-2028) sowie der Unterstützung von überjährigen Projekten nach Antragslage.

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 die dem Abschluss eines Zuwendungsvertrag mit dem Berufsverband der Bildenden Künstler e.V. (2027-2029) sowie der Unterstützung von überjährigen Projekten nach Antragslage.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Förderung des BBK Sachsen-Anhalt	50.000	60.000	60.000	60.000
2. Förderung des Kunstvereins Talstraße e.V. (Umsetzung von Kapitel 1787 Titel 681 81)	0	0	100.000	150.000
3. Ausstellungsförderung (Umsetzung von Kapitel 1787 Titel 681 81)	0	0	90.000	90.000
Zusammen	50.000	60.000	250.000	300.000

883 81	187	Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
893 81	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige (Ateliersförderung)	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 81	424.500	258.000 500.000	308.000 270.000

83 Literaturförderung

** Die Verpflichtungsermächtigung darf zu Lasten aller Titel der
Titelgruppe eingegangen werden.

526 83	187	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0 161	0 0	0 0
547 83	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0 0	0 0	0 0
633 83	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	59.600 43.086	43.000 40.000	40.000 100.000

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 83

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		50.000			50.000
2026			40.000		40.000
2027				50.000	50.000
2028				50.000	50.000
2029 ff.					
Summen		50.000	40.000	100.000	190.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Landesliterartage	38.386	50.000	43.000	40.000
2. Förderung von überregional wirksamen Literaturprojekten	4.700	9.600	0	0
Zusammen	43.086	59.600	43.000	40.000

681 83	187	Ehrengaben - Literaturpreis und Arbeitsstipendien	40.900	7.500	7.500
			29.712	7.500	10.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			7.500		7.500
2027				10.500	10.500
2028					
2029 ff.					
Summen			7.500	10.500	18.000

Erläuterungen:

	Ist 2023	Soll 2024	Soll 2025	Soll 2026
1. Literaturpreis des Landes Sachsen-Anhalt (Haupt- und Förderpreis)	15.000	15.000	7.500	7.500
2. Ausgaben für Jurys, Laudatoren u. a. im Rahmen der Beratungstätigkeit und Vorbereitung des Literaturpreises	4.212	5.500	0	0
3. Stipendien	10.500	20.400	0	0
Zusammen	29.712	40.900	7.500	7.500

Die Verpflichtungsermächtigung 2026 ermöglicht die Vergabe von Aufenthaltsstipendien.

686 83	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	43.000	20.000	20.000
			43.713	0	0
883 83	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

893 83	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 83			143.500	70.500	67.500
				47.500	110.500

84 Maßnahmen aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (PMO)

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 2 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Verpflichtungen dürfen zu Lasten aller Titel der Titelgruppe eingegangen werden.

*** Vgl. Erläuterung zu Kapitel 1302 Titel 334 01 in Verbindung mit ***Haushaltsvermerk zu Kapitel 1302 Titel 359 03. Zur Deckung der Ausgaben werden Mittel aus der Rücklage bei Kapitel 1302 Titel 359 03 entnommen.

Erläuterungen:

Ausgaben aus zusätzlichen zweckgebundenen Einnahmen des Landes aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (PMO). Entsprechend Art. 2 Abs. 1 der zwischen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) und den Ländern am 11. Februar 1994 abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung und den Folgevereinbarungen zur Abrechnung und Verteilung des PMO-Vermögens (VV vom 01.06.2018) sind die Mittel für investive und investitionsfördernde Maßnahmen der öffentlichen Hand für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zwecke zu verwenden.

Im Haushaltsjahr 2025 sind Ausgaben zur Fertigstellung der Projekte der 5. Tranche veranschlagt: für die Sanierung des Gartenhauses auf dem östlichen Plateau des Stiftsbergs Quedlinburg und den 2. Bauabschnitt der Sanierung des Doms St. Nikolaus Stendal.

883 84	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	427.700	60.000	0
			513.800	0	0

893 84	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	1.462.800	337.000	0
			764.174	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 84			1.890.500	397.000	0
				0	0

85 Verwendung der Lotterie-Zweckerträge

Übertragbar

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 17 87 Titelgruppe 85.

Erläuterungen:

Förderung von Kulturprojekten in Abhängigkeit von den Einspielergebnissen der Ziehungslotterie "GlücksSpirale" gemäß den Festlegungen in der Veranstaltungserlaubnis des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt in der jeweils geltenden Fassung.

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
883 85	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
893 85	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 85			0	0 0	0 0
86		Förderung kultureller Maßnahmen gem. § 9 Glücksspielgesetz			
		Übertragbar			
		** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.			
		*** Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 1302 Titel 122 01. Ausgaben dürfen nur in Höhe der anteiligen Ist-Einnahmen der Glücksspielabgabe nach § 9 Abs. 3 Nr. 6 des Glücksspielgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt bei Kapitel 1302 Titel 122 01 geleistet werden.			
523 86	187	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	0 0	0 0	0 0
527 86	187	Reisekosten	0 159	0 0	0 0
633 86	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 80.998	0 0	0 0
681 86	187	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0 0	0 0	0 0
686 86	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	3.372.900 2.229.329	3.377.000 0	3.442.100 0
883 86	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 405.000	0 0	0 0
893 86	187	Zuschüsse für Investitionen	0 354.920	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 86			3.372.900	3.377.000 0	3.442.100 0

17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Kultur -
17 87 Kunst und Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	102.000	254.000	254.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		102.000	254.000	254.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	163.500	278.000 0	90.500 120.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	20.149.700	17.102.400 6.330.000	15.345.500 6.850.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	11.486.500	7.528.900 1.100.000	6.592.900 2.240.000
Gesamtausgabe		31.799.700	24.909.300	22.028.900
Gesamtsumme der VE			7.430.000	9.210.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-31.697.700	-24.655.300	-21.774.900

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 17 83Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Museum für Vorgeschichte und Institut für
Landesgeschichte (Stellenplan)

Stellenübersicht 2025

Stellenübersicht 2026

Stellenübersicht übrige TGr. 2025

Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 01				
	<i>EntgeltGruppe</i>			
AT A 16	Verwaltungsdienst	1	1	1
AT A 16	Wissenschaftlicher Dienst	4	4	4
AT B 5	Verwaltungsdienst	1	1	1
AT B 2	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 15	Verwaltungsdienst	0	1	1
E 15	Wissenschaftlicher Dienst	0	4	4
E 14	Verwaltungsdienst	3	2	2
E 14	Wissenschaftlicher Dienst	37	33	33
E 13	Verwaltungsdienst	4	4	4
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	34	34	34
E 12	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	15	15	15
E 11	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 11	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	4	4	4
E 10	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	5	9	9
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	18	14	14
E 8	Hausmeisterdienst	0	1	1
E 8	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	7	8	8
E 6	Hausmeisterdienst	2	2	2
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	8	8	8
E 5	Betriebsdienste	1	0	0
E 5	Verw. Dienst/Techn. Dienst	2	1	1
E 4	Kraftfahrdienst	2	2	2
Summe :		151	151	151

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

AT A 16	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		1	1	1

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle AT A 16 am 30.09.2026 Leerstelle fällt zum 30.09.2026 nach Ausscheiden Stelleninhaberin weg (aus HH 2025/2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 15					1							+1	von E 14 Verwaltungsdienst
2	E 15 Wissenschaftlicher Dienst					4							+4	von E 14 Wissenschaftlicher Dienst
3	E 14 Verwaltungsdienst						1						-1	nach E 15 Verwaltungsdienst
4	E 14 Wissenschaftlicher Dienst						4						-4	nach E 15 Wissenschaftlicher Dienst
5	E 10 Verwaltungsdienst/ Technischer Dienst					4							+4	von E 9b Verwaltungsdienst/Technischer Dienst
6	E 9b						4						-4	nach E 10 Verwaltungsdienst/ Technischer Dienst
7	E 8							1					+1	von E 5 Betriebsdienst
8	E 8							1					+1	von E5 Verwaltungsdienst/Technischer Dienst
9	E 5 Betriebsdienste								1				-1	nach E 8 Hausmeisterdienst
10	E 5								1				-1	nach E 8 Verwaltungsdienst/Technischer Dienst
Ohne TG 96						9	9	2	2				0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle AT A 16 am 30.09.2026 Leerstelle fällt zum 30.09.2026 nach Ausscheiden Stelleninhaberin weg (aus HH 2025/2026)

Stellenanzahl

2024 2025 2026

428 63 (63)*EntgeltGruppe*

E 13	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	8	8	8
E 10	Verwaltungsdienst	2	2	2
E 10	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	4	4	4
E 9b	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 8	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	5	5	5
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	3	3	3
E 5	Verw. Dienst/Techn. Dienst	1	1	1
Summe :		26	26	26

428 66 (66)

EntgeltGruppe

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
AT A 16	Wissenschaftlicher Dienst	1	1	1
E 15	Wissenschaftlicher Dienst	0	1	1
E 14	Wissenschaftlicher Dienst	2	1	1
E 13	Wissenschaftlicher Dienst	2	2	2
E 11	Verw. Dienst/Techn. Dienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	0	0	0
E 8	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	0	0	0
Summe :		7	7	7

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 15 Wissenschaftlicher Dienst					1							+1	von E 14 Wissenschaftlicher Dienst
2	E 14 Wissenschaftlicher Dienst						1						-1	nach E 15 Wissenschaftlicher Dienst
Ohne TG 96						1	1						0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

[illegible]

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 18

Landesbeauftragte für den Datenschutz

Vorwort zum Einzelplan 18 Landesbeauftragte für den Datenschutz

A Aufgaben und Aufbau

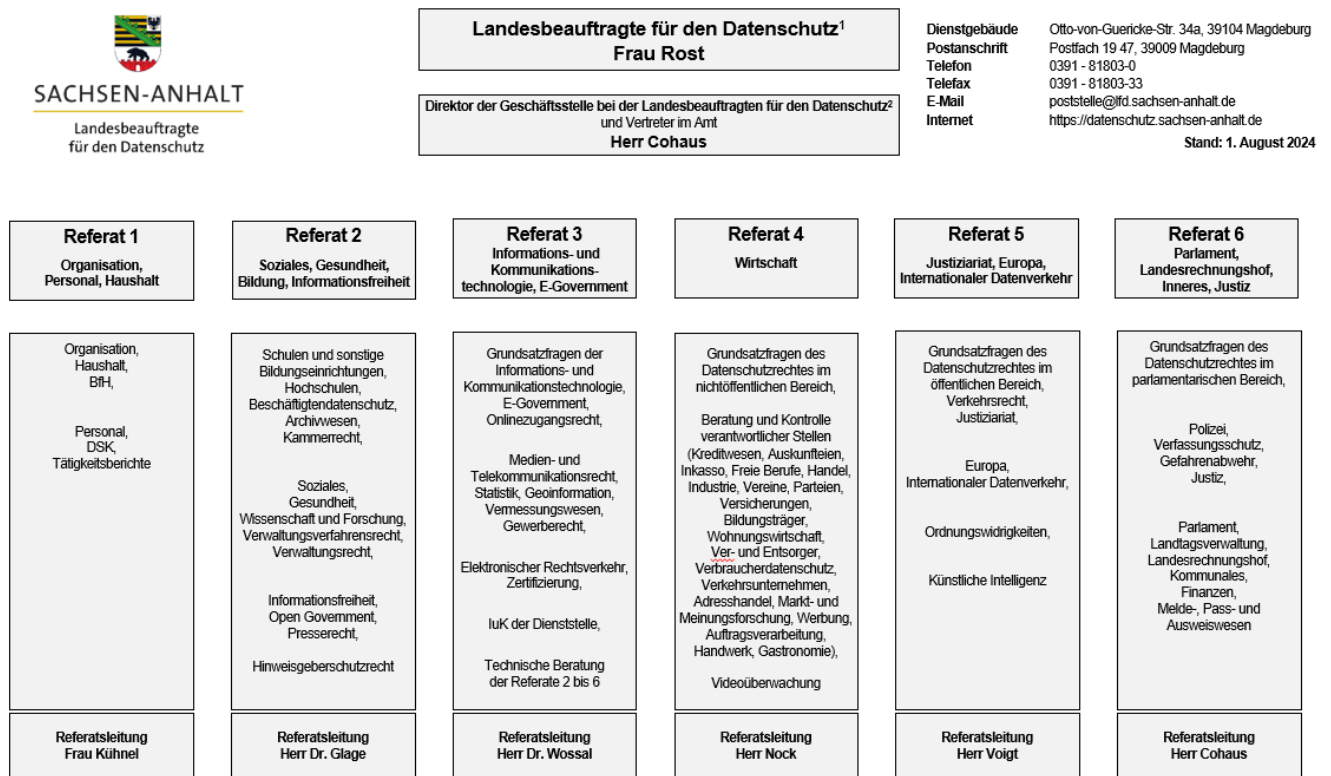
A.1 Aufgaben

Nach Artikel 63 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt wird die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten durch Träger öffentlicher Stellen im Lande durch eine Landesbeauftragte für den Datenschutz überwacht. Das Gesetz kann weitere Aufgaben für die Landesbeauftragte für den Datenschutz vorsehen. Die Landesbeauftragte für den Datenschutz ist in Ausübung ihres Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Durch § 22 des Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt (DSAG LSA) wurde die Landesbeauftragte für den Datenschutz zur Aufsichtsbehörde im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und der JI-Richtlinie erklärt. Ihr sind mit § 23 DSAG LSA die Aufgaben aus Artikel 57 der DS-GVO und die Befugnisse nach Artikel 58 der DS-GVO zugewiesen worden. Darüber hinaus ist die Landesbeauftragte für den Datenschutz Aufsichtsbehörde nach § 40 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und nimmt nach § 12 des Informationszugangsgesetzes (IZG LSA) die Aufgaben einer Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit wahr.

A.2 Aufbau

Die Geschäftsstelle bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz ist entsprechend des nachstehenden Organigramms gegliedert:



¹ Nimmt die Aufgabe der Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit nach § 12 Abs. 2 IZG LSA wahr.
² Vertretung des DdG durch RL in der Reihenfolge: RL2, RL4, RL5, RL3, RL1

B Aufgabenwahrnehmung

B.1 Gesetzliche Ausstattungsgarantie

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben wurde bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz eine Geschäftsstelle eingerichtet. Für diese besteht gem. § 22 DSAG LSA eine gesetzliche Ausstattungsgarantie, mit der die Bereitstellung der notwendigen Personal- und Sachausstattung ausdrücklich erklärt ist. Die derzeitige Ausstattung beträgt 32 Stellen und schließt 1,5 Stellen für den Bereich der Informationsfreiheit ein.

B.2 Personalausstattung

Für die der Landesbeauftragten für den Datenschutz obliegenden Aufgaben ist die derzeitige Personalausstattung nicht ausreichend. Dies gilt insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass eine Neuaufstellung des Datenschutzes in Sachsen-Anhalt nicht zuletzt auch politisch ausdrücklich gewünscht ist. Um diese Neuaufstellung zu ermöglichen und unter Berücksichtigung der Haushaltslage des Landes ist es unerlässlich im Einzelplan 18 eine Verstärkung im Stellenplan vorzunehmen.

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz bedarf zur sachgerechten Aufgabenwahrnehmung zusätzlicher drei Stellen für das Jahr 2025 und für das Jahr 2026 weiterer zwei zusätzlicher Stellen. Im Einzelnen sind die Bedarfe durch ein entsprechendes Stellenkonzept nachgewiesen.

B.3 Sachausstattung

Zur notwendigen Sachausstattung gehört neben der sachgerechten räumlichen Unterbringung, welche mit dem Umzug der Behörde im Jahr 2023 sichergestellt wurde, auch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Digitalisierung der Verwaltung bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz. Innerhalb der Titelgruppe 99 sind insbesondere Mittel für Maßnahmen in diesem Sinne vorgesehen.

C Genderziele

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz ist weiterhin bestrebt, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Die Qualifizierung weiblicher Führungskräfte steht dabei im Blickfeld sachgerechter Personalentwicklung. Daneben liegt der Schwerpunkt auf der Schaffung von Chancengerechtigkeit, der Schaffung geschlechtergerechter Arbeitsbedingungen und der Förderung und Entwicklung fachlicher und sozialer Kompetenzen (u. a. durch Qualifizierungsmaßnahmen).

Tabelle zum Gender Marker

Gesamtsumme Haushaltsansatz in €	GG2= Gender ist Hauptziel	GG1= Gender ist Nebenziel	GG0= Gender ist kein Ziel
im Haushaltsjahr 2025	0	3.443.600	1.123.500
im Haushaltsjahr 2026	0	3.595.300	1.056.400

18 Landesbeauftragte für den Datenschutz

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
18 01	Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt		151.000	0		151.000	3.344.400
	Summe 2025		151.000	0		151.000	3.344.400
	Summe 2024		26.000	0		26.000	3.068.500
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+125.000	0		+125.000	+275.900

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
727.500	0		50.000	445.200	4.567.100	-4.416.100	0	18 01
727.500	0		50.000	445.200	4.567.100	-4.416.100	0	
612.700	0		65.000	428.300	4.174.500	-4.148.500	0	
+114.800	0		-15.000	+16.900	+392.600	-267.600	0	

18 Landesbeauftragte für den Datenschutz

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
18 01	Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt		151.000	0		151.000	3.504.100
	Summe 2026		151.000	0		151.000	3.504.100
	Summe 2025		151.000	0		151.000	3.344.400
	2026 mehr(+) / weniger(-)		0	0		0	+159.700

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
662.800	0		30.000	454.800	4.651.700	-4.500.700	0	18 01
662.800	0		30.000	454.800	4.651.700	-4.500.700	0	
727.500	0		50.000	445.200	4.567.100	-4.416.100	0	
-64.700	0		-20.000	+9.600	+84.600	-84.600	0	

18 Landesbeauftragte für den Datenschutz

18 01 Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

112 01	011	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	25.000 167.607	150.000	150.000
119 41	011	Rückzahlung von Überzahlungen	500 0	500	500
119 47	011	Auf das Land übergegangene Ansprüche auf Schmerzensgeld	0 0	0	0
119 51	011	Vermischte Einnahmen	500 1.104	500	500
* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 18 01 Titel 542 01.					
281 01	011	Erstattungen von Versorgungsbezügen gem. § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes	0 0	0	0

18 Landesbeauftragte für den Datenschutz
18 01 Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.888.600 1.698.178	2.120.100 0	2.250.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.888.600	2.120.100	2.250.100
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Zulagen	0	0	0
4.	Übergangsgelder	0	0	0
	Summe	1.888.600	2.120.100	2.250.100

427 01	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0 0	0 0	0 0

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	562.200 579.765	595.200 0	607.100 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der	0		0
	- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	115.500	113.000	115.200
	- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	446.700	482.200	491.900
2.	Aufwandsentschädigungen	0	0	0
3.	Sonstige Leistungen	0	0	0
	Summe	562.200	595.200	607.100

428 03	011	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	0 0	0 0

428 51	011	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0

432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	447.200 400.663	524.600 0	536.200 0

432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 4.411	8.800 0	11.000 0

441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	40.800 25.724	33.000 0	36.700 0

441 05	841	Beihilfen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0	0 0

443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	0 0	0 0	0 0

18 Landesbeauftragte für den Datenschutz

18 01 Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	1.100	1.200	1.300
			0	0	0

443 03	841	Betriebsärztliche und sicherheitstechnische Dienste	3.500	3.500	3.700
			1.333	0	0

443 06	011	Kostenerstattung an Beschäftigte der Landesverwaltung für Rechtsschutz	0	0	0
			0	0	0

443 07	011	Ausgaben aufgrund einer Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen	0	0	0
			0	0	0

443 11	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0	0	0
			0	0	0

446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	125.100	58.000	58.000
			58.015	0	0

453 01	841	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Trennungsgeld	0	0	0
2. Umzugskostenvergütung	0	0	0
Summe	0	0	0

453 11	841	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen	0	0	0
			0	0	0

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	67.000	87.300	82.600
			97.561	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Geschäftsbedarf	41.300	46.000	48.600
2. Kommunikation	12.700	14.200	15.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12.500	26.600	18.500
4. Sonstiges	500	500	500
Summe	67.000	87.300	82.600

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	6.000	6.600	7.100
			5.432	0	0

Erläuterungen:

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Haltung von Fahrzeugen	3.000	3.000	3.000
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.000	500	500
3. Verbrauchsmittel	2.000	3.100	3.600

18 Landesbeauftragte für den Datenschutz
18 01 Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

4.	Sonstiges	0	0	0
	Summe	6.000	6.600	7.100

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 2023	Ist 2024	Soll 2025	Soll 2026
PKW	1	1	1	1
Zusammen	1	1	1	1

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	91.800	81.100	82.100
			96.829	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Heizung	45.000	47.000	47.000
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	15.000	11.000	11.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	21.200	22.500	23.500
4.	Bewachung	10.000	0	0
5.	Sonstiges	600	600	600
	Summe	91.800	81.100	82.100

518 01	011	Mieten und Pachten	226.000	226.900	226.900
			246.378	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	221.000				221.000
2026	221.000				221.000
2027	221.000				221.000
2028	230.700				230.700
2029 ff.	810.300				810.300
Summen	1.704.000				1.704.000

Erläuterungen:

Entsprechend der aufgrund der Verpflichtungsermächtigung geschlossenen Verträge ist die Landesbeauftragte für den Datenschutz im Februar 2023 in andere Räumlichkeiten in Magdeburg umgezogen. Die Laufzeit des Mietvertrages endet mit Ablauf des Juni 2032.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude und Anlagen	221.000	221.900	221.900
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	5.000	5.000	5.000
3.	Für Leasing	0	0	0
	Summe	226.000	226.900	226.900

518 13	011	Miete oder private Vorfinanzierung (z. B. Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen	4.000	4.500	4.500
			3.413	0	0

Erläuterungen:

Leasingrate für ein Dienst-Kfz.

18 Landesbeauftragte für den Datenschutz

18 01 Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

519 01	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.000	12.000	6.000
			1.761	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0	0
2.	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	2.000	12.000	6.000
Summe		2.000	12.000	6.000

525 01	011	Aus- und Fortbildung	11.700	27.500	22.500
			16.156	0	0

Erläuterungen:

Fortbildungslehrgänge der Bediensteten.

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	15.000	15.000	15.000
			568	0	0

526 02	011	Sachverständige	5.000	5.000	5.000
			37	0	0

*** Kostenbeiträge Dritter können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

Gutachten, insbesondere in technischen Fragen, soweit nicht durch eigene Beschäftigte (m/w/d) leistbar; Dolmetscherkosten für Verwaltungszwecke.

527 01	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	17.900	18.900	19.400
			8.170	0	0

*** Kostenbeiträge Dritter können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Reisekosten allgemein	13.900	14.400	14.700
2.	Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	4.000	4.500	4.700
Summe		17.900	18.900	19.400

529 01	011	Verfügun gsmittel der Landesbeauftragten für den Datenschutz	500	3.000	3.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Für repräsentative Zwecke, die die Landesbeauftragte für den Datenschutz z. B. infolge der Übernahme von Funktionen in der DSK (Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder) bzw. der IFK (Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland) wahrnimmt (Verabschiedungen, Gastgeschenke für Vortragende, u. a.).

531 01	011	Veröffentlichungen	8.500	12.000	12.500
			2.615	0	0

18 Landesbeauftragte für den Datenschutz
18 01 Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 01

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Amtliche Druckwerke	5.000	3.000	3.000
2.	Öffentlichkeitsarbeit	3.500	6.000	6.500
3.	Technische und wissenschaftliche Druckwerke	0	0	0
4.	Sonstige Veröffentlichungen	0	3.000	3.000
	Summe	8.500	12.000	12.500

533 01	011	Dienstleistungen Außenstehender	10.900 1.563	13.500 0	13.500 0
535 01	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	500 550	500 0	500 0
537 01	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	0 29.410	0 0	0 0
542 01	011	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0

* Die Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 18 01 Titel 119 51.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 18.

546 01	011	Sonstige Verwaltungsausgaben	500 13	500 0	500 0
546 02	011	Veranstaltungen der Landesbeauftragten für den Datenschutz	3.000 620	45.000 0	35.000 0

*** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

547 01	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	500 0	500 0	500 0
681 01	011	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0 0	0 0	0 0
916 13	011	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	428.300 362.113	445.200 0	454.800 0

Titelgruppe(n)

99 Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik

Übertragbar

511 99	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	26.000 16.220	35.000 0	37.000 0
518 99	011	Mieten und Pachten	2.000 58.498	48.000 0	8.000 0

18 Landesbeauftragte für den Datenschutz

18 01 Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 99

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Lizenzen Software Arbeitsplatz (Microsoft, Adobe, ...)	0	46.000	2.000
2.	Lizenzen Software Mobiles Arbeiten	0	0	0
3.	Lizenzen Telefonanlage	0	0	0
4.	Lizenzen Software elektronische Akte	2.000	2.000	6.000
	Summe	2.000	48.000	8.000

525 99	011	Aus- und Fortbildung	20.000	25.000	20.000
			13.615	0	0

533 99	011	Dienstleistungen Außenstehender	60.000	25.000	25.000
			33.154	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Einführung der elektronischen Verwaltungsarbeit	57.000	22.000	16.000
2.	TightGate-Pro Support (Verlängerung)	0	0	6.000
3.	Support für sonstige verwendete Softwareprodukte	3.000	3.000	3.000
	Summe	60.000	25.000	25.000

547 99	011	IT-Budget	33.900	34.700	36.200
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Datenverarbeitung zur Sicherung der Durchsetzung der IT-Konzeption der Landesbeauftragten für den Datenschutz

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	IT-Budget für 45 bzw. 47 IT-Arbeitsplätze	33.900	34.700	36.200
2.	Mobiles Arbeiten	0	0	0
4.	Ersatzbeschaffung	0	0	0
	Summe	33.900	34.700	36.200

812 99	011	Erwerb von Geräten und Programmen	65.000	50.000	30.000
			40.494	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Beschaffung Server- und Netzwerktechnik sowie von Speicherkapazitäten zur Einführung der elektronischen Akte	65.000	8.000	15.000
2.	Ersatzbeschaffung Hardware	0	42.000	15.000
	Summe	65.000	50.000	30.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 99			206.900	217.700	156.200
				0	0

18 Landesbeauftragte für den Datenschutz
18 01 Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	26.000	151.000	151.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		26.000	151.000	151.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	3.068.500	3.344.400	3.504.100
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	612.700	727.500	662.800
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	65.000	50.000	30.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	428.300	445.200	454.800
			0	0
Gesamtausgabe		4.174.500	4.567.100	4.651.700
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-4.148.500	-4.416.100	-4.500.700

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 18 01 Landesbeauftragte für den Datenschutz des Landes Sachsen-Anhalt (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B5	Datenschutzbeauftragte(r)	1	1	1
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	1	1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Ministerialrat/-rätin	4	6	6
A15	Regierungsdirektor/-in	9	8	9
A14	Oberregierungsrat/-rätin	2	2	2
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	5	5	5
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	5	7	8
A11	Regierungsamtmann/-frau	0	0	0
Summe :		27	30	32

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A16	1											+2	Beschluss FIN vom 06.02.2025 (Bereinigungssitzung)
2								1						Hebung vor dem Hintergrund struktureller Anpassungen in der Geschäftsstelle
3	A15								1				-1	Hebung vor dem Hintergrund struktureller Anpassungen in der Geschäftsstelle
4	A12	2											+2	Beschluss FIN vom 06.02.2025 (Bereinigungssitzung)
Ohne TG 96		3						1	1				+3	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
5	A15	1											+1	Beschluss FIN vom 06.02.2025 (Bereinigungssitzung)
6	A12	1											+1	Beschluss FIN vom 06.02.2025 (Bereinigungssitzung)
Ohne TG 96		2											+2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

			Stellenanzahl		
			2024	2025	2026
428 01					
<i>EntgeltGruppe</i>					
AT A 16	Verwaltungsdienst		1	1	1
E 8	Verwaltungsdienst		1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst		1	1	1
E 5	Verwaltungsdienst		1	1	1
E 4	Kraftfahrdienst		1	1	1
Summe :			5	5	5

Stellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle AT A 16 in A16

Stelle künftig umzuwandeln in eine Planstelle der BesGr. A16 nach Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers.

(aus HH 2023)

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

[illegible]

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 19
Informations- und
Kommunikationstechnologie (IKT)

Vorwort zum Einzelplan 19

A. Überblick der für die Politik im Ressortbereich relevanten Entwicklungen

Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) haben inzwischen fast alle Lebensbereiche durchdrungen und unser Leben nachhaltig verändert. Auf der Grundlage leistungsfähiger Datennetze sind vielfältige neue Möglichkeiten der privaten und geschäftlichen Kommunikation entstanden. Innovative, internetbasierte Geschäftsmodelle und soziale Netze bestimmen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zahlreicher Branchen und die der Öffentlichen Verwaltung.

Hier entstehen neue Aufgaben für den Staat, um mit unterschiedlichen IT-Projekten und Maßnahmen die Verwaltung - auch in Sachsen-Anhalt - zu modernisieren. Das reicht von Bürgerdiensten und Online-Angeboten der Landesverwaltung oder dem weiteren Aufbau des Informationssicherheitsmanagements zur Umsetzung der EU-Richtlinie „NIS2“ über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union bis hin zur Schaffung neuer, auch mobiler, Zugangskanäle zwischen den Verwaltungen sowie zu den Bürgern und der Wirtschaft.

Die IKT ist ein entscheidendes Werkzeug, die bereits begonnene Digitalisierung weiter voranzutreiben, um die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaftsstandorten zu erhöhen und gleichzeitig die Bürger und Unternehmen von unnötigen Bürokratielasten zu befreien.

Ebenso muss es Ziel sein, die vielfältigen neuen Möglichkeiten der IKT zu nutzen, um für die Bediensteten der Landesverwaltung moderne Arbeitsbedingungen, insbesondere in Bezug auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf herbeizuführen. Der Schluss von bestehenden Medienbrüchen muss erfolgen, um zeitgemäße Kommunikation innerhalb und zwischen den Verwaltungen zu gewährleisten. Die Verringerung des Verwaltungsaufwandes und die Verbesserung der Ökobilanz durch kurze Wege zur Arbeit und während der Aufgabenerfüllung könnten dabei nennenswerte Nebeneffekte sein. Das Rückgrat für all diese Maßnahmen bildet ein modernes und leistungsfähiges Datennetz. Deshalb hat sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, das bestehende Netz weiter zu modernisieren.

Entsprechend unseren finanziellen Voraussetzungen können und wollen wir nicht jedem Trend im IKT- und E-Government-Bereich sofort folgen und setzen stattdessen auf die enge Abstimmung im föderalen Kontext und eine konsequente Nutzung der Synergieeffekte bei der Nachnutzung gemeinsam geschaffener Standards. Kernpunkt der Politik muss es sein, mit dem nötigen Budget den informations- und kommunikationstechnischen Wandel zu schaffen, und dies bei gleichzeitigem Abbau der zum Teil immer noch vorhandenen strukturellen Defizite in den öffentlichen Haushalten. Denn fest steht, die IKT-Ausgaben der Öffentlichen Hand werden auch in den nächsten Jahren weiterwachsen.

In Sachsen-Anhalt liegt die Gesamtkoordination der IKT der Landesverwaltung und des E-Governments in der Verantwortung des *Beauftragten der Landesregierung Sachsen-Anhalt für Informations- und Kommunikationstechnologie*, dem CIO (Chief Information Officer) im Ministerium für Infrastruktur und Digitales.

Auf nationaler Ebene vertritt er das Land Sachsen-Anhalt im IT-Planungsrat und koordiniert die länderübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der IKT und des E-Government. Auf der Grundlage des im Juli 2019 in Kraft getretenen Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung des Landes Sachsen-Anhalt (E-Government-Gesetz Sachsen-Anhalt – EGovG LSA) ist die Kooperation von Land und Kommunen unter Leitung des CIO gesetzlich festgelegt.

Unter der Federführung des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales wurde im Jahr 2023 für das Land Sachsen-Anhalt eine Digitalstrategie erarbeitet, auf deren Grundlage ein Grundsatzdokument (IT-Strategie) zur Ausrichtung der landeseigenen Informationstechnik erstellt wird.

- I. Ministerium der Finanzen (Kapitel 19 01)
- II. Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste (Kapitel 19 02)
- III. Projekte (Kapitel 19 03)
- IV. Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (Kapitel 19 05)
- V. Ministerium für Inneres und Sport (Kapitel 19 07)
- VI. Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei (Kapitel 19 08)
- VII. Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug (Kapitel 19 09)
- VIII. IKT-Strategie und E-Government (Kapitel 19 10)
- IX. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Kapitel 19 11)
- X. Ministerium für Bildung (Kapitel 19 13)
- XI. Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (Kapitel 19 15)
- XII. Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (Kapitel 19 17)
- XIII. Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz (Kapitel 19 20)
- XIV. Ministerium für Infrastruktur und Digitales (Kapitel 19 23)

Der Landtag, der Landesbeauftragte für den Datenschutz Sachsen-Anhalt und der Landesrechnungshof veranschlagen ihre IKT-Mittel in den Titelgruppen 99 ihrer Einzelpläne. Die IT-Ausgaben des „Landesprüfamtes für die Sozialversicherung“ werden außerhalb des EPl. 19 veranschlagt, da diese gem. SGB V dem Land von den Sozialversicherungsträgern mit zu erstatten sind. In einzelnen Ansätzen des Geschäftsbedarfs der Landesgymnasien und Landesbildungszentren (Kap. 07 31 bis 07 38) sind u. a. IKT-Anteile enthalten. Ab dem Haushaltsjahr 2020 werden auch die fachspezifischen und geheimhaltungsbedürftigen IT-Ausgaben des Verfassungsschutzes im EPl. 03 nachgewiesen. Die IKT-Mittel der Landesbetriebe und haushaltssystematisch vergleichbarer Einrichtungen sowie IKT-Mittel der technischen Hilfe und des EP 53 werden wegen deren haushaltsrechtlichen Sonderstellungen nicht im Einzelplan 19 veranschlagt.

Folgende IKT-Mittel sind außerhalb des Einzelplans 19 veranschlagt:

EP	Kapitel	Titel	Institution bzw. Inhalt / Maßnahme	2025 EUR	in 2026 EUR
01	01 01	511 99	Landtag	134.200	159.000
01	01 01	525 99	Landtag	20.000	20.000
01	01 01	533 99	Landtag	1.593.500	1.735.100
01	01 01	812 99	Landtag	3.010.100	2.300.400
01	01 03	511 99	Beauftragter des Landes ST zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	1.000	1.000
01	01 03	525 99	Beauftragter des Landes ST zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	1.000	1.000
01	01 03	533 99	Beauftragter des Landes ST zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	12.600	7.500
03	03 01	TGr.64	Besondere Aufgaben des Verfassungsschutzes	341.700	317.700
03	03 02	547 65	Unterstützungsleistungen Wahlergebnispräsentation	125.000	125.000
03	03 21	TGr. 65	Autorisierte Stelle für den Betrieb des Digitalfunks (Einnahmen)	3.614.000	2.334.000
03	03 21	TGr. 65	Autorisierte Stelle für den Betrieb des Digitalfunks (Ausgaben)	13.982.000	13.920.400
03	03 31	632 61	Bereitstellung und Betreibung einer App zur Unterstützung der Feuerwehren mit einsatzrelevanten Daten	215.000	220.000
03	03 43	632 01	Erstattungen an Bundesländer i. R. des Statistischen Verbundes	145.900	200.500
03	03 43	TGr. 64	Zensus	11.900	41.900
05	05 06	WPI	Landesamt für Verbraucherschutz	790.700	772.700
05	05 07	WPI	Sozialagentur	2.650.200	2.651.100
05	05 12	891 01	Zuschüsse für Investitionen des Maßregelvollzuges	150.000	450.000
05	05 16	TGr. 99	Landesprüfamt für die Sozialversicherungen	9.200	9.200
06	06 04	TGr. 99	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1.170.500	1.170.500
06	06 05	WPI	Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1.300.000	1.350.000
06	06 05	891 04	Universitätsklinikum Halle-Wittenberg	2.600.000	2.600.000
06	06 06	TGr. 99	Burg Giebichenstein, Kunsthochschule Halle	50.000	50.000
06	06 08	WPI	Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	1.551.100	1.551.100
06	06 08	891 04	Universitätsklinikum Magdeburg	2.780.000	2.780.000
06	06 11	TGr. 99	Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	477.900	351.300
06	06 15	TGr. 99	Hochschule Magdeburg-Stendal	100.000	100.000
06	06 16	TGr. 99	Hochschule Anhalt	40.000	40.000
06	06 17	TGr. 99	Hochschule Harz	50.000	50.000
06	06 18	TGr. 99	Hochschule Merseburg	57.000	57.000
07	07 30	TGr. 64	Kofinanzierung von Bundesmitteln im Rahmen des Digitalpakts	700.000	1.288.900
08	08 02	WPI	Landesanstalt Altlastensanierung des Landes Sachsen-Anhalt	15.000	10.000
08	08 11	WPI	Landeseichamt	159.000	159.000
09	09 60	WPI	Landwirtschaftlicher Betrieb Iden	8.000	8.000
09	09 80	WPI	Landeszentrum Wald	550.000	570.000
09	09 80	WPI	Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt	911.700	844.700
11	11 30	WPI	Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen	61.200	39.500

13	13 22	682 81	Umsetzung des ESF+ VI - Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (Betrieb efReporter sowie eCohesion Portal mit Dataport AöR)	745.900	745.900
13	13 90	812 93	Technische Hilfe des ELER, Landesanteil für technische Geräte	217.600	0
13	13 90	812 76	Technische Hilfe des ELER, EU-Anteil für technische Geräte	652.800	0
13	13 91	812 67	Technische Hilfe des ELER, EU-Mittel für technische Geräte	0	865.000
14	14 02	TGr. 79	Maßnahmen im Rahmen des weiteren Ausbaus der digitalen Infrastrukturen	2.600.000	2.700.000
14	14 02	TGr. 80	Ausbau digitaler Infrastrukturen (PMO-Mittel)	2.000.000	0
14	14 02	TGr. 81	Umsetzung der digitalen Agenda und der Strategie „Sachsen-Anhalt Digital 2030“, Förderung von Digitalisierungsprojekten im Kontext der Strategie „Sachsen-Anhalt Digital 2030“	3.690.000	3.745.000
15	15 03	WPI	Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft	4.879.800	4.434.400
15	15 03	WPI	Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt	340.000	340.000
16	16 01	TGr. 62	Landesrechnungshof - Einführung eines eVA	117.800	220.800
16	16 01	TGr. 99	Landesrechnungshof	429.500	499.600
17	17 83	TGr. 99	Beschaffung von Softwareprodukten	35.000	35.000
18	18 01	TGr. 99	Landesbeauftragter für den Datenschutz	217.700	156.200
20	20 01	WPI	Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt	7.687.000	6.566.100
53	53 05	WPI	Digitalisierung von sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen	816.600	843.000
		TGr. 79			
53	53 06	WPI	Digitalisierungsmaßnahmen an den Hochschulen	500.000	0
		TGr. 88			
53	53 06	WPI	Digitalisierungsmaßnahmen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen	2.597.800	1.317.600
		TGr. 92			
53	53 07	WPI	Digitalisierungsmaßnahmen in anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung nach Erwachsenenbildungsgesetz Sachsen-Anhalt	700.000	1.288.900
		TGr. 82			
53	53 07	WPI	Digitalisierungsmaßnahmen an Schulen	3.020.000	2.500.000
		TGr. 83			
53	53 07	WPI	Digitalassistenten für Schulen	7.112.900	7.376.600
		TGr. 85			
53	53 11	WPI	Digitalisierung der Verbraucherberatung	199.900	199.900
		TGr. 68			
53	53 14	WPI	Digitale Infrastrukturen	48.297.500	46.933.500
		TGr. 74			
53	53 17	WPI	Digitalisierung von Museen, kulturellen Einrichtungen und Kulturgütern	1.294.400	871.200
		TGr. 63			
53	53 19	WPI	Sicherstellung der Verfügbarkeit von Informations- und Kommunikationsstrukturen des Landes einschließlich Kommunen	33.108.100	33.488.000
		TGr. 75			
53	53 19	WPI	Digitalisierung in der Landesverwaltung	167.058.300	113.090.500
		TGr. 76			
53	53 20	WPI	Projekt „ITN-XT“ – Bauliche Ertüchtigung der Bestandsgebäude	4.800.000	4.800.000
		TGr. 91			
53	53 20	WPI	Baumaßnahme an der Martin-Luther-Universität Halle („Kühn-Haus“)	4.000.000	3.495.100
		TGr. 92			
53	53 20	WPI	Baumaßnahmen an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	2.800.000	20.000
		TGr. 93			

Die Abkürzung „WPI“ bedeutet, dass die IKT-Mittel Bestandteil eines Wirtschaftsplans sind.

B. Zentrale Zielsetzung in den Politischen Handlungsbereichen

Gender-Ziele

Im Einzelplan 19 sind Gendermarker im Bereich der IKT-Aus- und Fortbildung (Gr. 525) zur besseren Transparenz im Haushalt anzutreffen. Zum einem besteht eine Förderung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in der IKT Aus- und Fortbildung zu den fachspezifischen Verfahren der Ressorts und zum anderen in dem IT-Schulungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt.

	GG2 = Genderziel ist Hauptziel	GG1 = Genderziel ist Nebenziel	GG0 = Genderziel ist kein Ziel
Haushaltsansatz 2025 in EUR	0	733.800	211.376.500
Haushaltsansatz 2026 in EUR	0	732.300	206.275.000

C. Organisatorische oder sonstige Veränderungen

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
19 01	Ministerium der Finanzen		2.507.900			2.507.900	
19 02	Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste		0	97.700		97.700	0
19 03	Projekte		0			0	
19 05	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur					0	
19 07	Ministerium für Inneres und Sport					0	
19 08	Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei			0	0	0	
19 09	Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug			534.000		534.000	
19 10	IKT-Strategie und E- Government			1.488.600		1.488.600	0
19 11	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung					0	
19 13	Ministerium für Bildung					0	
19 15	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten			68.000		68.000	
19 17	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt			11.565.400	48.700	11.614.100	
19 20	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz		0			0	
19 23	Ministerium für Infrastruktur und Digitales					0	
	Summe 2025		2.507.900	13.753.700	48.700	16.310.300	0
	Summe 2024		3.111.700	8.165.600	47.300	11.324.600	91.400
	2025 mehr(+) / weniger(-)		-603.800	+5.588.100	+1.400	+4.985.700	-91.400

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
896.400	44.702.700		50.000		45.649.100	-43.141.200	13.272.100	19 01
11.842.900	17.708.400		30.618.900		60.170.200	-60.072.500	234.308.300	19 02
0	96.800		0		96.800	-96.800	14.430.300	19 03
533.800	92.100		0		625.900	-625.900	0	19 05
1.758.900	1.215.300		667.900		3.642.100	-3.642.100	0	19 07
6.804.700	20.504.000		1.330.700		28.639.400	-28.639.400	44.707.000	19 08
798.300	2.240.200		710.200		3.748.700	-3.214.700	162.400	19 09
5.371.500	12.744.900		700.000	0	18.816.400	-17.327.800	90.135.700	19 10
536.000	117.800		53.100		706.900	-706.900	609.900	19 11
2.172.000	29.000		0		2.201.000	-2.201.000	1.634.400	19 13
1.852.400	726.600		4.560.200		7.139.200	-7.071.200	853.300	19 15
11.843.400	1.355.700		719.200	505.600	14.423.900	-2.809.800	6.526.600	19 17
3.259.200	3.491.300		6.144.300		12.894.800	-12.894.800	0	19 20
5.332.100	6.140.900		1.882.900		13.355.900	-13.355.900	7.319.500	19 23
53.001.600	111.165.700		47.437.400	505.600	212.110.300	-195.800.000	413.959.500	
75.438.200	109.660.500		46.923.100	412.400	232.525.600	-221.201.000	423.772.900	
-22.436.600	+1.505.200		+514.300	+93.200	-20.415.300	+25.401.000	-9.813.400	

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
19 01	Ministerium der Finanzen		2.584.800			2.584.800	
19 02	Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste		0	97.700		97.700	0
19 03	Projekte		0			0	
19 05	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur					0	
19 07	Ministerium für Inneres und Sport					0	
19 08	Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei			0	0	0	
19 09	Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug			534.000		534.000	
19 10	IKT-Strategie und E- Government			1.488.600		1.488.600	0
19 11	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung					0	
19 13	Ministerium für Bildung					0	
19 15	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten			68.000		68.000	
19 17	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt			6.358.100	49.100	6.407.200	
19 20	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz		0			0	
19 23	Ministerium für Infrastruktur und Digitales					0	
	Summe 2026		2.584.800	8.546.400	49.100	11.180.300	0
	Summe 2025		2.507.900	13.753.700	48.700	16.310.300	0
	2026 mehr(+) / weniger(-)		+76.900	-5.207.300	+400	-5.130.000	0

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
951.600	44.777.500		0		45.729.100	-43.144.300	112.088.300	19 01
12.322.300	23.022.400		19.855.600		55.200.300	-55.102.600	274.416.900	19 02
0	96.900		0		96.900	-96.900	7.192.000	19 03
543.800	82.100		0		625.900	-625.900	0	19 05
1.758.900	1.215.300		682.300		3.656.500	-3.656.500	0	19 07
7.125.700	20.828.800		2.060.000		30.014.500	-30.014.500	2.200.000	19 08
798.800	2.247.900		697.300		3.744.000	-3.210.000	52.400.000	19 09
5.328.200	15.792.900		700.000	0	21.821.100	-20.332.500	25.754.500	19 10
697.100	74.100		69.900		841.100	-841.100	3.807.700	19 11
2.171.700	29.300		0		2.201.000	-2.201.000	54.030.900	19 13
2.002.400	698.600		4.754.000		7.455.000	-7.387.000	0	19 15
6.636.200	1.334.200		998.200	523.700	9.492.300	-3.085.100	7.839.400	19 17
2.647.900	3.678.400		5.783.400		12.109.700	-12.109.700	0	19 20
6.513.300	6.260.400		1.246.200		14.019.900	-14.019.900	2.092.500	19 23
49.497.900	120.138.800		36.846.900	523.700	207.007.300	-195.827.000	541.822.200	
53.001.600	111.165.700		47.437.400	505.600	212.110.300	-195.800.000	413.959.500	
-3.503.700	+8.973.100		-10.590.500	+18.100	-5.103.000	-27.000	+127.862.700	

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 07, 19 08, 19 09, 19 10, 19 11, 19 13, 19 15, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 01 sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zum Betrieb und zur Unterhaltung der ressortbezogenen Fachverfahren sowie der allgemeinen IT-Arbeitsplatzausstattung erforderlich sind. Da die IT-Strukturen des Geschäftsbereichs des Ministeriums der Finanzen bereits weitgehend auf Basis ressortübergreifend standardisierter Infrastruktur- und Querschnittsdienste betrieben werden, sind wesentliche Teile für den Betrieb der IT-Arbeitsplätze bereits dem Kapitel 19 02 zugeordnet und bilden die erste Grundlage der ressortübergreifenden Infrastruktur- und Querschnittsdienste. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 01 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt beim Ressort.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

65 Verfahren der Personalverwaltung

119 65	019	Sonstige vermischte Verwaltungseinnahmen	2.789.000	2.507.900	2.584.800
			2.637.632		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 19 01 Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Kostenerstattungen für die Inanspruchnahme des Bezügeverfahrens (Auftraggeber: Land Brandenburg und selbständige Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt)

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Land Brandenburg	1.994.638	2.094.600	2.094.600	2.394.600
2.	Landeseinrichtungen	642.994	694.400	413.300	190.200
Zusammen		2.637.632	2.789.000	2.507.900	2.584.800

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	2.789.000	2.507.900	2.584.800

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

119 95	019	Sonstige vermischte Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			0		

132 95	019	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
			134		

Nachrichtlich: Summe TGr. 95	0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Besteuerungsverfahren

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben des Betriebs und der Weiterentwicklung der Besteuerungsverfahren, insbesondere

- Kostenanteile des Landes am Verwaltungsabkommen KONSENS (Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung)
- Kostenanteile des Landes für den zentralen IT-Betrieb der Steuerverwaltung bei Dataport AöR
- Bereitstellung dezentraler Serverkomponenten sowie Betreuung der IT der Finanzämter
- sonstige IT-Fachverfahren und Kostenbeteiligungen der Steuerverwaltung des Landes

511 61	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	38.000 57.320	39.600 0	40.100 0

Erläuterungen:

Pflege und Wartung von Lizenzen (Replikationssoftware, Außenprüfung (IDEA))

533 61	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	64.000 0	64.000 0

Erläuterungen:

Ausgaben für die Umsetzung der Sicherheitskonzepte für Steuerfachverfahren

632 61	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	6.255.900 4.939.012	7.599.200 200.000	8.349.900 160.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		18.800			18.800
2026		19.100	40.000		59.100
2027		19.500	40.000	40.000	99.500
2028		20.000	40.000	40.000	100.000
2029 ff.			80.000	80.000	160.000
Summen		77.400	200.000	160.000	437.400

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss einer unbefristeten, bundesweiten Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 61

Der Ansatz beinhaltet:

- Erstattungen für die KONSENS-Produkte (Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung) und das Verfahren Kirchensteuer auf Abgeltungssteuer (KiStAM). Auf Basis des KONSENS-Gesetzes und der Bund-Länder-Abkommen werden die Beschaffung, arbeitsteilige Entwicklung und Pflege sowie der Einsatz einheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren sowie für das Steuerstraß- und Bußgeldverfahren betrieben.
- Kostenbeteiligungen des Landes an den durch andere Bundesländer beschafften und betriebenen, einheitlichen Verfahren/ Software für das Besteuerungsverfahren.

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Verwaltungsabkommen KONSENS	4.921.482	6.167.600	7.596.900	8.347.500
2.	Anteil am gemeinsamen Service Desk	15.870	86.600	0	0
3.	yFiles Software, Anteil LSA im Rahmen des ndL-Verbundes	1.660	1.700	1.800	1.800
4.	ECOS-Sticks, Anteil LSA im Rahmen des ndL-Verbundes	0	0	500	500
Zusammen		4.939.012	6.255.900	7.599.200	8.349.800

682 61	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	17.547.500 18.671.259	22.346.200 1.785.000	23.861.200 110.141.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		23.264.200			23.264.200
2026		24.519.200	357.000		24.876.200
2027		25.609.200	357.000	26.027.000	51.993.200
2028		26.801.600	357.000	26.977.000	54.135.600
2029 ff.			714.000	57.137.000	57.851.000
Summen		100.194.200	1.785.000	110.141.000	212.120.200

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen dem Abschluss eines unbefristeten Vertrages mit der Dataport AöR über den Betrieb des gemeinsamen ServiceDesk der norddeutschen Länder als Supporttool für sämtliche Incidents der Finanzämter. Der Betrieb erfolgte bisher durch Niedersachsen. Weiterhin dienen die VE den Abschlüssen unbefristeter Verträge mit der Dataport AöR für eine Gateway2Gateway-Mailverschlüsselung sowie für eine Datenhaltung von Bodenschätzungsdaten. Darüber hinaus dient die VE 2026 der Aufhebung des Haushaltsvorbehalts für den unbefristeten Vertrag zur Erbringung von IT-Betriebsleistungen (dSteuer-Produkte und -Services) für die Steuerverwaltung des Landes.

Der Ansatz beinhaltet den Bezug folgender Leistungen von der Dataport AöR:

aus länderübergreifend abgestimmten Verträgen

- zentrale IT-Betriebsleistungen für die Steuerverwaltung des Landes
- IT-Dienstleistungen für die Steuerverwaltung des Landes (u.a. Betreuung der steuerlichen IT-Verfahren, der IT-Arbeitsplätze und der dezentralen Server in den Finanzämtern)
- Betrieb der Ländertestumgebungen für die KONSENS-Verfahren
- Betrieb des gemeinsamen ServiceDesk der norddeutschen Länder

aus landesspezifischen Verträgen

- Ausgaben für die Nutzung einer datenschutzkonformen Datenaustauschplattform
- Ausgaben für eine datenschutzkonforme, elektronische Kommunikation zwischen Bundes- und Landesfinanzbehörden
- Ausgaben für eine datenschutzkonforme, zentrale Datenhaltung von Bodenschätzungsdaten

812 61	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	20.000 0	0 0	0 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

891 61	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	23.861.400	30.049.000	32.315.200
		1.985.000	110.301.000

62 Vermögenspolitische Finanzverfahren

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Die Titelgruppe beinhaltet die IT-Fachverfahren für Geld- und Kapitalmarktgeschäfte, Bürgschaften und Finanzierungshilfen, insbesondere

- Finanzmanagementsystem (Bloomberg)

- Schuldenmanagementsystem (SDW).

511 62	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

518 62	019	Mieten und Pachten	0	132.000	137.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Lizenzen zur Nutzung des Finanzinformationssystems Bloomberg veranschlagt.

533 62	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	129.600	116.000
			10.980	15.900	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			3.000		3.000
2027			3.100		3.100
2028			3.200		3.200
2029 ff.			6.600		6.600
Summen			15.900		15.900

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss eines Vertrages über die Anschaffung einer Eckdatenbank zum Schuldenverwaltungsverfahren SDW mit unbestimmter Laufzeit.

Es sind Ausgaben für die Nutzung und Erweiterung der Schuldenverwaltungssoftware "SDW" veranschlagt.

682 62	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	139.000	122.600	127.100
			147.876	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	47.600				47.600
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	47.600				47.600

Erläuterungen:

Betrieb des SMTP Submission Service bei der Dataport AöR gemäß EVB-IT-Dienstvertrag.

812 62	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	375.800 127.756	0 0	0 0
891 62	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			514.800	384.200 15.900	380.100 0

63 Beteiligungsmanagement

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben des Anteilsbesitz-Management-Informationssystems (AMI) veranschlagt.

511 63	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
518 63	019	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0
533 63	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 5.243	0 0	0 0
682 63	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	212.500 105.812	192.700 0	163.900 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	132.200	195.000			327.200
2026	132.200	195.000			327.200
2027		195.000			195.000
2028		195.000			195.000
2029 ff.					
Summen	264.400	780.000			1.044.400

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 63

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für den Betrieb und die Administration der Beteiligungsmanagementsoftware veranschlagt.

812 63	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
891 63	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	66.500 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			279.000	192.700 0	163.900 0

64 Betrieb des Verfahrens efREporter 2/3

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Ausgaben werden ab dem Haushaltsjahr 2024 über die Technische Hilfe der EU-Strukturfonds im EP 13 veranschlagt.

682 64	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 288.000	0 0	0 0
891 64	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0 0	0 0

65 Verfahren der Personalverwaltung

***** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 19 01 Titel 119 65.

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die zentralen Verfahren, mit denen die Personalverwaltung erfolgt, veranschlagt. Dazu gehören insbesondere das Bezügeverfahren (KIDICAP) und die -nebenverfahren (PTravel, SAMBA, SMS).

511 65	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 1.071	0 0	0 0
525 65	019	Aus- und Fortbildung	9.000 2.578	0 0	9.000 0

Erläuterungen:

Fortbildungen für die Softwareentwickler und Fachadministratoren des Finanzamts Dessau-Roßlau (Finanzdienste), um die Kenntnisse den laufenden sowie den Weiterentwicklungen der Verfahren der Landesleitstelle (LLST) anzupassen.

533 65	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
542 65	019	Umsatzsteuer	3.900 3.673	0 0	0 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 542 65

Erläuterungen:

Umsatzsteuerzahlungen der Finanzdienste aus dem Kapitel 19 01 erfolgen nun zentral über den Titel 542 95 an das Finanzamt.

632 65	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	535.000	523.600	714.000
			162.868	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		815.200			815.200
2026		815.200			815.200
2027		815.200			815.200
2028		815.200			815.200
2029 ff.					
Summen		3.260.800			3.260.800

Erläuterungen:

Ausgaben sind veranschlagt für die Erneuerung des Beihilfeverfahrens (SAMBA) und den dauerhaften Verfahrensbetrieb beim Landesbetrieb IT.Niedersachsen (IT.N). Mit dem Land Niedersachsen wurde eine Kooperationsvereinbarung auf dem Gebiet der Beihilfebearbeitung abgeschlossen, die den Einsatz und den Betrieb des Verfahrens SAMBA Redesign umfasst.

682 65	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	6.359.400	6.544.700	7.147.600
			5.595.003	1.349.700	1.210.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	321.300	697.300			1.018.600
2026		647.300	769.700		1.417.000
2027		647.300	145.000	414.100	1.206.400
2028		647.300	145.000	265.300	1.057.600
2029 ff.			290.000	530.600	820.600
Summen	321.300	2.639.200	1.349.700	1.210.000	5.520.200

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen dem Abschluss von unbefristeten Anschluss- bzw. Änderungsverträgen.

Es sind Ausgaben für den Betrieb und die Weiterentwicklung der Verfahren der Personalverwaltung und den Bezug von Diensten von der Dataport AöR veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verfahren RAV	7.485	8.000	10.000	10.000
2.	Bezügeverfahren (KIDICAP)	4.920.430	5.620.000	5.790.000	6.470.000
3.	Verfahren LDMS	342.739	369.900	387.900	406.800
4.	Trennungsgeld- und Umzugskostenverfahren (SMS)	41.827	55.000	44.500	46.500
5.	Verfahren Oracle Apex	38.347	27.500	42.300	44.300
6.	Verfahren KIDIKAP PTravel	167.531	210.000	210.000	110.000
7.	Verfahren MSSQL-DB für LLST	27.214	35.000	35.000	35.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 65

8.	Verfahren SAMBA Produktiv	49.430	34.000	25.000	25.000
Zusammen		5.595.003	6.359.400	6.544.700	7.147.600

zu 1.
Kosten für die Übermittlung von Daten an und von der Rentenkasse für Zwecke des Bezügeverfahrens Sachsen-Anhalt, Abrechnung je Datensatz durch Dataport

zu 2.
Bezügeabrechnungsverfahren für Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Betriebskosten Dataport, Leistungen des Druckzentrums und Hersteller-Lizenzkosten GiP

zu 3.
Zentrales Archivverfahren der Bezügestelle und Landeshauptkasse, Betriebskosten Dataport inkl. Lizenzkosten
Hierbei handelt es sich um ein Langzeitarchiv.

zu 4.
Trennungsgeld- und Umzugskostenverfahren für Sachsen-Anhalt, Betriebskosten Dataport und Hersteller-Lizenzkosten SMS Stiewi GmbH

zu 5.
Oracle Apex Datenbanken und Webanwendungen zur Umsetzung der Aufgaben Widerspruchsbearbeitung Alimentation und Beihilfe, Datenhaltung der Abrechnung der Arzneimittelrabatte, elektronisches Dienststellenverzeichnis, Auswertungen und Statistiken aus dem Bezügeverfahren und unterstützende Anwendungen der PROMIS-Kopfstelle, Betriebskosten Dataport

zu 6.
Landesweites Reisekostenverfahren Sachsen-Anhalt, Betriebskosten Dataport und Hersteller-Lizenzkosten GiP

zu 7.
Microsoft SQL Datenbanken für Verfahren der Landesleitstelle zur Umsetzung der Aufgaben Massenwiderspruchsbearbeitung, Bezügeakten-Trackingverfahren, Erstattung SV VBL-Beiträge, Betriebskosten Dataport

zu 8.
Beihilfeabrechnungsverfahren Sachsen-Anhalt, Betriebskosten Dataport, Lizenzkosten IT.Niedersachsen

812 65	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
891 65	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			6.907.300	7.068.300	7.870.600
				1.349.700	1.210.000

66 Informationssystem des Landes Sachsen-Anhalt

Erläuterungen:

Mit der Anwendung "Informationssystem des Landes Sachsen-Anhalt (ISA)" sollen Daten zum Landshaushalt und Landespersonal adressatenspezifisch durch eine zentrale Online-Auswertungsplattform zur Verfügung gestellt werden. Den jeweiligen Adressaten (Abgeordnete und Ressorts) werden Informationen in entsprechender Datentiefe bereitgestellt.

525 66	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0
533 66	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
682 66	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	216.000	257.000	223.800
			229.121	335.700	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 66

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	200.100	56.900			257.000
2026		111.900	111.900		223.800
2027			223.800		223.800
2028					
2029 ff.					
Summen	200.100	168.800	335.700		704.600

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abruf von BI-Supportleistungen, um eine fortgesetzte Datenbereitstellung und den Verfahrensbetrieb zu sichern.

Ausgaben sind veranschlagt für den Betrieb der Anwendung sowie den Abruf von Unterstützungsleistungen im Bereich von Business Intelligence (BI) über die Dataport AöR.

812 66	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
891 66	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	142.000	0	0
			165.045	0	189.300

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	42.100				42.100
2026	42.100				42.100
2027				189.300	189.300
2028					
2029 ff.					
Summen	84.200			189.300	273.500

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	358.000	257.000	223.800
		335.700	189.300

67 Haushaltsverfahren

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für den Betrieb des Haushaltsverfahrens (HAMISSA) veranschlagt. Das derzeitige Verfahren wird nach Abschluss der Einführung des neuen Haushaltsverfahrens (vgl. Kapitel 19 03, Titelgruppe 65) eingestellt.

511 67	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.900	7.900	0
			7.854	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Archivierung der Daten "Elektronischer Schalter (ELS)" sowie anlassbezogene Einzelrecherchen.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 67	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
682 67	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	5.334.100 5.209.473	5.309.100 7.810.800	2.695.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.159.900				1.159.900
2026			3.392.700		3.392.700
2027			752.700		752.700
2028			752.700		752.700
2029 ff.			2.912.700		2.912.700
Summen	1.159.900		7.810.800		8.970.700

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss eines Vertrages über den Restbetrieb HAMISSA mit einer Laufzeit von 1 Jahr, dem Abschluss eines Vertrages über eine Archivlösung für HAMISSA mit einer Laufzeit von 10 Jahren sowie der Fortführung des Vertrages über den Betrieb des Hausbankverfahrens bis zunächst 2029.

Ausgaben sind veranschlagt für den Betrieb des Verfahrens HAMISSA 1.0 und des Hausbankverfahrens sowie fachlich- und technisch notwendige Anpassungen

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Profiskal	4.632.147	4.622.500	4.637.500	0
2. HAVWeb	355.983	416.600	416.600	0
3. Haushaltsbankverfahren (HBV)	221.343	305.000	255.000	265.000
4. Restbetrieb HAMISSA	0	0	0	1.215.000
5. Archivierung HAMISSA	0	0	0	1.215.000
Zusammen	5.209.473	5.344.100	5.309.100	2.695.000

812 67	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	100.000 0	50.000 0	0 0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Ausgaben für die Beschaffung von PC, auf denen netzwerkunabhängig HAMISSA weiterhin für die Recherche in den archivierten HAMISSA-Daten genutzt werden kann.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	5.442.000	5.367.000 7.810.800	2.695.000 0

93 Informationssicherheit

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats und der "Leitlinie zur Informationssicherheit in der unmittelbaren Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Informationssicherheitsleitlinie Sachsen-Anhalt - LISL LSA)" auf Ressortebene veranschlagt. Dazu zählen unter anderem auch der Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems.
Ausgaben für die Errichtung des ressortübergreifenden und landesweiten Informationssicherheitsmanagementsystems und die Initiierung der Sicherheitsprozesse auf Ressort- und Landesebene sind bei Kapitel 19 10 Titelgruppe 65 zentral veranschlagt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

522 93	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

525 93	019	Aus- und Fortbildung	20.000	59.500	59.500
			0	0	0

Erläuterungen:

Kernkomponente eines Informationssicherheitsmanagements (ISMS) ist die Sensibilisierung für das Thema Informationssicherheit und die Implementierung der Informationssicherheit in den Arbeitsablauf der Verwaltung. Um ein angemessenes Informationssicherheitsniveau aufbauen und aufrechterhalten zu können, sehen die BSI-Standards bzw. das IT-Grundschutzkompendium spezielle Schulungsmaßnahmen vor.

533 93	019	Dienstleistungen Außenstehender	420.000	222.600	282.100
			0	1.200.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			200.000		200.000
2027			300.000		300.000
2028			300.000		300.000
2029 ff.			400.000		400.000
Summen			1.200.000		1.200.000

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss von Verträgen über die fachliche Begleitung und personelle Unterstützung bezüglich der Erprobung, des Aufbaus und der Umsetzung des Sicherheitsmanagementsystems im Ressort. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den kritischen Geschäftseinheiten und der Steuerverwaltung.

Beauftragung externer Dienstleistungen für:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Schwachstellenscans	0	33.000	11.900	11.900
2. Auditierung IT-Dienstleister	0	55.000	17.900	17.900
3. Aktualisierung Sicherheitskonzepte	0	37.000	73.800	73.800
4. Umsetzung BSI-Grundschutzprofil in den Finanzämtern einschl. Grundschutzcheck	0	100.000	119.000	178.500
Zusammen	0	225.000	222.600	282.100

682 93	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93	440.000	282.100	341.600
		1.200.000	0

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die lokalen Netzwerke sowie Telekommunikationsinfrastrukturen und die Beschaffung von TK-Endgeräten veranschlagt.

Der Anteil für das sogenannte Gebührenaufkommen ist hingegen in den Sachhaushalten aller Ressorts bzw. das Gebührenaufkommen "Festnetz" zentral im Sachhaushalt des MID berücksichtigt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 01 Ministerium der Finanzen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026	
Angaben in EUR						
511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0	
682 94	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	300.000 576.422	0 0	0 0	
891 94	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0	
Nachrichtlich: Summe TGr. 94			300.000	0 0	0 0	
95		Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren				
Erläuterungen:						
Es sind die Ausgaben des IT-Budgets (enthält alle für die IT-Arbeitsplatzausstattung und die im Hintergrund laufenden zentralen oder dezentralen Verfahren anfallenden Ausgaben, insbesondere erstmalige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen, Peripheriegeräte wie Scanner oder Netzwerkdrucker, Multifunktionsgeräte (ohne gesonderte Verbrauchsmaterialien), Server, Datensicherungsmedien, Beamer - jeweils inklusive Zubehör, Lizenzkosten, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Verbrauchsmittel, Beratungs- und Programmierleistungen, Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren) und der Verfahren zur Inventarisierung, der Büchereiverwaltung (FAUST) sowie der Zeiterfassung (ZEUS) veranschlagt.						
511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	98.500 130.300	231.100 0	236.400 0	
Erläuterungen:						
			Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
		1. IT-Budget MF und Geschäftsbereich	26.920	30.000	30.000	30.000
		2. IT-Budget Finanzdienste	19.456	28.500	23.500	23.500
		3. IT-Budget Finanzämter	83.924	40.000	177.600	182.900
		Zusammen	130.300	98.500	231.100	236.400
514 95	019	Verbrauchsmittel	0 0	0 0	0 0	
518 95	019	Mieten und Pachten	7.100 0	0 0	0 0	
525 95	019	Aus- und Fortbildung	2.000 0	2.000 0	2.000 0	
Erläuterungen:						
Ausgaben für Administratorenschulungen für das Verfahren Anteilsbesitz-Management-Informationssystem (AMI)						
533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0	
542 95	019	Umsatzsteuer	0 0	8.100 0	5.500 0	
Erläuterungen:						
Abführung der Umsatzsteuerzahlungen der Finanzdienste aus dem Kapitel 19 01 an das Finanzamt.						
682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	851.400 1.300.937	1.807.600 575.000	1.495.000 388.000	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 95

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	367.600	411.900			779.500
2026	368.800	416.900	115.000		900.700
2027		416.900	115.000	96.000	627.900
2028		446.900	115.000	96.000	657.900
2029 ff.			230.000	196.000	426.000
Summen	736.400	1.692.600	575.000	388.000	3.392.000

Erläuterungen:

Die VE 2025 dient dem Abschluss unbefristeter Verträge zur Erweiterung des Betriebs SteuBel "Projekt SESAM-SteuBel - Ersetzendes Scannen in der Steuerverwaltung" sowie die Erneuerung des Mitarbeiteralarmsystems in den Finanzämtern.

Die VE 2026 dient dem Abschluss unbefristeter Verträge zur Erweiterung des Betriebs SteuBel "Projekt SESAM-SteuBel - Ersetzendes Scannen in der Steuerverwaltung" (soweit ein Vertragsabschluss 2025 nicht möglich ist) sowie dem Abschluss eines unbefristeten Wartungsvertrages für SteuBel-Scanner. Darüber hinaus dient die VE dem Austausch von Multifunktionsgeräten mit einer regelmäßigen Vertragslaufzeit von 60 Monaten.

Ausgaben für das IT-Budget der Finanzämter, geschäftsbereichsübergreifend für das Zeiterfassungssystem sowie Druckserverdienste und Multifunktionsgeräte. Neben den Kosten des IT-Verfahrensbetriebs und des IT-Arbeitsplatzes sind Ausgaben für die Nachnutzung von OZG- und EfA-Diensten berücksichtigt. Ausgaben sind veranschlagt für das IT-Budget der Finanzdienste.

812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			10.533	0	0
891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	419.900	0	0
			646.680	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 95			1.378.900	2.048.800	1.738.900
				575.000	388.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.789.000	2.507.900	2.584.800

Gesamteinnahme		2.789.000	2.507.900	2.584.800

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	606.400	896.400	951.600
			1.215.900	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	37.750.800	44.702.700	44.777.500
			12.056.200	111.899.000

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.124.200	50.000	0
			0	189.300

Gesamtausgabe		39.481.400	45.649.100	45.729.100

Gesamtsumme der VE			13.272.100	112.088.300

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-36.692.400	-43.141.200	-43.144.300

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels ohne Titelgruppe 96 sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 03, 19 05, 19 07, 19 08, 19 09, 19 10, 19 11, 19 13, 19 15, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 19 02 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 19 02 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 02 sind alle Einnahmen und Ausgaben für den Betrieb ressortübergreifender Infrastruktur- und Querschnittsdienste veranschlagt, unabhängig davon, durch wen sie erbracht werden (sowohl Dataport AöR als auch Unternehmen des freien Marktes). Die fachliche Zuständigkeit liegt bei dem für IKT zuständigen Ministerium.

Dazu gehören insbesondere:

- der Bezug von ressortübergreifenden Nutzungsrechten (zentrale Rahmenverträge)
- die Einführung eines landesweiten Software-Asset-Managements (SAM)
- der Betrieb ressortübergreifender E-Government-Infrastruktur
- die Bereitstellung und der Betrieb der Verfahren des Personalmanagements und der Personalkostenhochrechnung
- Leitungskosten und Management des Landesdatennetzes (ITN-ST)
- die Bereitstellung und der zentrale Betrieb von IT-Querschnittsdiensten

Einnahmen

Titelgruppe(n)

62 E-Government-Basiskomponenten

232 62	019	Sonstige Zuweisungen von Ländern	94.500	97.700	97.700
			0		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 19 02 Titel 533 62.

Erläuterungen:

Die Einnahmen dienen der anteiligen Deckung der Ausgaben bei Kapitel 19 02 Titel 533 62.

Kostenerstattung für die Inanspruchnahme von durch LSA zentral bereitgestellten Diensten. Aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen erstatten 4 Bundesländer die Kosten für Betrieb, Weiterentwicklung und Pflege der Software ITDSC (Infodienste telefonische Servicecenter) an das Land Sachsen-Anhalt. Die Software kommt als Beauskunftungssystem in den 115-Servicecentern zum Einsatz.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			94.500	97.700	97.700

96 Stellenüberhang

119 96	019	Sonstige vermischte Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Zentrale Rahmenverträge

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Ausgaben für die Einführung eines landesweiten Software-Asset-Managements (SAM), IT-Controllings, Vertragsmanagements (VM) sowie für ressortübergreifende IKT-Verträge, IKT-Rahmenverträge und Verträge für zentrale IT-Beschaffungen

511 61	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

518 61	019	Mieten und Pachten	1.000	48.200	71.700
			15.168	0	0

Erläuterungen:

Lizenzausgaben für ein Umfragetool und ein Tool zur digitalen Zusammenarbeit mithilfe eines Online-Whiteboards

522 61	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	42.000	25.000	25.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für anwaltliche Unterstützungsleistungen im Rahmen von Vergabeverfahren und für Rechtsberatungsleistungen

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Juristische Beratungen	30.000	15.000	15.000
2.	Nachprüfungsverfahren	12.000	10.000	10.000
Zusammen		42.000	25.000	25.000

525 61	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0

533 61	019	Dienstleistungen Außenstehender	16.000	24.000	32.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Externe Durchführung von Audits zur Sicherstellung von Datenschutz- und Informationssicherheitsanforderungen an Fachverfahren

682 61	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	332.400	520.300	584.300
			0	676.300	5.716.100

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		166.200			166.200
2026			462.100		462.100
2027			214.200	1.635.500	1.849.700
2028				1.437.800	1.437.800
2029 ff.				2.642.800	2.642.800
Summen		166.200	676.300	5.716.100	6.558.600

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung in 2025 dient dem Abschluss eines Lizenz- und Betriebsvertrages für das Prozessmanagement ARIS und einer trägerländerübergreifenden Vergabe zur Beschaffung von Hardware und sonstigen Leistungen. Die Verpflichtungsermächtigung in 2026 dient dem Abschluss von Verträgen für die Durchführung von IT-Fortbildungen, dem Software-Asset-Management Spider, der Bereitstellung der RPA Infrastruktur sowie der Bereitstellung eines Ticketing-Systems.

Es sind Ausgaben für einen landesweiten Rahmenvertrag zum Geschäftsprozessmanagement (ARIS) sowie ein Prozessmanagement-Projekt veranschlagt. Die Ausgaben für die Weiterentwicklung und den Betrieb des Basisdienstes ARIS4FIM sind ab dem Haushaltsjahr 2025 vollständig bei Kap. 19 02 TGr. 61 veranschlagt.

685 61	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
812 61	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	6.550.200	16.914.200	11.624.500
			7.282.597	11.500.000	36.000.000

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		57.800			57.800
2026		14.500	11.500.000		11.514.500
2027				12.000.000	12.000.000
2028				12.000.000	12.000.000
2029 ff.				12.000.000	12.000.000
Summen		72.300	11.500.000	36.000.000	47.572.300

Erläuterungen:

Die VE dienen den Abschlüssen von Verträgen zur Verlängerung der Microsoft-Lizenzierung.

Es sind die Ausgaben für einen zentralen Microsoft-Vertrag (Enterprise Agreement) sowie eine Verschlüsselungssoftware (GNU Privacy Guard) veranschlagt. Soweit die Verträge durch die nicht im Einzelplan 19 veranschlagten Behörden in Anspruch genommen werden, sind die anteiligen Ausgaben in deren Wirtschaftsplänen veranschlagt. Der Aufwuchs gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Notwendigkeit erheblicher zusätzlicher Lizenzierungen in großen Teilen der Landesverwaltung.

891 61	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	2.653.600	5.117.300	5.218.000
			4.224.276	0	26.024.800

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	4.822.900				4.822.900
2026	760.000				760.000
2027	290.000			6.787.500	7.077.500
2028				7.038.000	7.038.000
2029 ff.				12.199.300	12.199.300
Summen	5.872.900			26.024.800	31.897.700

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss eines Anschlussvertrages über Oracle IDOS-Lizenzen mit einer Laufzeit von 4 Jahren, eines Anschlussvertrages über Oracle Java-Lizenzen mit einer Laufzeit von 3 Jahren, eines Anschlussvertrages über ESRI-Lizenzen mit einer Laufzeit von 4 Jahren sowie eines Anschlussvertrages über Adobe-Lizenzen mit einer Laufzeit von 3 Jahren.

Es sind Ausgaben zur Inanspruchnahme der Dataport A6R für die landesweite Gestattung der Nutzung und des Supports von Oracle-Lizenzen, Oracle Java-Lizenzen, Adobe Lizenzen und Lizenzen für Geoinformationssysteme (GIS) veranschlagt. Soweit die Verträge durch nicht im Einzelplan 19 veranschlagte Behörden in Anspruch genommen werden, sind die anteiligen Ausgaben in deren Wirtschaftsplänen veranschlagt.

894 61	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	9.595.200	22.649.000	17.555.500
		12.176.300	67.740.900

62 E-Government-Basiskomponenten

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für den Betrieb und die Weiterentwicklung von ressortübergreifender E-Government-Infrastruktur sowie die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und des E-Government-Gesetzes Sachsen-Anhalt (EGovG LSA) veranschlagt.

Die Ausgaben für die technische Unterstützung der Redaktion des Landesportals sind hingegen im Kapitel 19 05 Titelgruppe 69 ausgebracht.

511 62	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	186.200	186.200	186.200
			79.811	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für den Betrieb und die Weiterentwicklung ressortübergreifender Services und Dienste wie z. B. den Governikus Signer, das Formularmanagement, DE-Mail-Domain sowie im Landesportal eingebundener Dienste wie Pressedatenbank, Publikationsdatenbank, Bilddatenbank, Kurz-URL-Dienst u.a. veranschlagt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 62

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Vertrag mit Governikus	17.374	17.500	17.500	17.500
2.	Betrieb Landesportal, Pressedatenbank, Publikationsdatenbank, Kurz-Url- Dienst, Bilddatenbank (Teleport) und DE-Mail (FP Digital)	53.337	111.700	111.700	111.700
3.	Formularmanagement	0	45.000	45.000	45.000
4.	BZA ePayment	9.100	12.000	12.000	12.000
Zusammen		79.811	186.200	186.200	186.200

533 62 019 Dienstleistungen Außenstehender **118.200** **129.000** **129.000**
0 0 0

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 19 02 Titel 232 62.

Erläuterungen:

Ausgaben für die Software IDTSC (Informationsdienst für telefonische Servicecenter) zur Nutzung der Behördenrufnummer 115 sowie Wartung, Pflege und Weiterentwicklung.

631 62 019 Sonstige Zuweisungen an Bund **110.000** **110.000** **110.000**
0 0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		15.000			15.000
2026		15.000			15.000
2027		20.000			20.000
2028		20.000			20.000
2029 ff.					
Summen		70.000			70.000

Erläuterungen:

Ausgaben sind für die Kostenbeteiligung des Landes an der Verwaltungsvereinbarung zur Nutzung der Ausschreibungsplattform "eVergabe" beim Bund sowie zur Erfüllung der SDG-Verordnung zur Nationalen Feedbackkomponente (NFK) veranschlagt.

632 62 019 Sonstige Zuweisungen an Länder **1.473.500** **1.239.700** **1.339.700**
0 500.000 6.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		696.200			696.200
2026		696.200	100.000		796.200
2027		696.200	100.000	1.500.000	2.296.200
2028		696.200	100.000	1.500.000	2.296.200
2029 ff.			200.000	3.000.000	3.200.000
Summen		2.784.800	500.000	6.000.000	9.284.800

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 62

Erläuterungen:

Die VE 2025 dient dem Abschluss eines Vertrags für eine Software-Anwendung zur Ermöglichung personenbezogener Zuverlässigkeitsüberprüfungen mit einer unbefristeten Laufzeit.

Die VE 2026 dient dem Abschluss unbefristeter Verträge für den Betrieb von Basisdiensten zur Anwendung von niederschwelligen Fachverfahren in Kommunen und Landesverwaltung.

Ausgaben sind veranschlagt für die Nachnutzung von Plattformdiensten sowie die zentrale Bereitstellung als ressortübergreifende E-Government-Infrastruktur (E-Government-Plattformdienste).

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Plattform OZG-Hub Baden-Württemberg	0	668.700	668.700	668.700
2.	Plattformdienste NRW	0	546.200	571.000	571.000
3.	Basisdienst "ePartizipation" - Beteiligungsplattform SN	0	150.000	0	0
4.	OSIP	0	108.600	0	100.000
Zusammen		0	1.473.500	1.239.700	1.339.700

633 62	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	658.000	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		800.000			800.000
2026		800.000			800.000
2027		800.000			800.000
2028		800.000			800.000
2029 ff.					
Summen		3.200.000			3.200.000

Erläuterungen:

Kooperationsvereinbarung mit den Städten Halle und Magdeburg zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Behördennummer 115 mit Wahrnehmung des First-Level-Support Online-Dienste.

671 62	019	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	0	0	0
			0	0	0

682 62	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	3.148.500	2.692.600	3.955.500
			2.168.148	10.000.000	4.400.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	1.207.200	1.190.000			2.397.200
2026	167.900	1.190.000	2.000.000		3.357.900
2027	167.900	1.190.000	2.000.000	1.100.000	4.457.900
2028		1.190.000	2.000.000	1.100.000	4.290.000
2029 ff.			4.000.000	2.200.000	6.200.000
Summen	1.543.000	4.760.000	10.000.000	4.400.000	20.703.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 62

Erläuterungen:

Die VE 2025 dient dem Abschluss eines Vertrages DATA Sign mit einer unbefristeten Laufzeit.

Die VE 2026 dient dem Abschluss unbefristeter Verträge zur Bereitstellung eines Online-Dienste Marktplatzes aus Schleswig-Holstein für Nutzung durch Kommunen und Landesbehörden ST, zum Betrieb von Nachrichtenbroker-Postfächern für Kommunen (dDataBox) und zum Betrieb des Landesmandanten. Es handelt sich bei letzterem um eine Plattform, über die parametrisierte Onlinedienste zur Nutzung für alle Vollzugsbehörden der Landesverwaltung abrufbar sind.

Ausgaben sind veranschlagt für die Bereitstellung und den Betrieb von ressortübergreifender E-Government-Infrastruktur (E-Government-Basisdienste (inkl. Government-Gateway, Governikus, beBPo-Prüfstelle, DE-Mail)), E-Mail-Service, Deutsches Verwaltungsdiensteverzeichnis (DVDV) sowie für den technischen Betrieb, Support und Weiterentwicklung des Extranets und des Landesportals bei der Dataport AöR.

Weiterhin sind Ausgaben für zentrale Dienste für Fernsignaturen, Fernsiegel und Softwarezertifikate zur Siegelung und Signierung von Dokumenten DATA Sign veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	E-Government-Basisdienste	762.848	1.388.500	983.000	986.000
2.	DVDV	98.600	110.000	110.000	110.000
3.	techn. Betrieb Extranet	354.700	450.000	450.000	600.000
4.	Landesportal	952.000	1.200.000	1.149.600	2.259.500
Zusammen		2.168.148	3.148.500	2.692.600	3.955.500

812 62	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	33.800 35.059	33.800 0	33.800 0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	eGov Governikus Weiterentwicklung	0	15.400	15.400	15.400
2.	eGov Geo Fachdatenserver	11.424	18.400	18.400	18.400
3.	IDTSC Lizenzen und Weiterentwicklung	23.635	0	0	0
Zusammen		35.059	33.800	33.800	33.800

891 62	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	500.000 0	2.500.000 6.300.000	2.000.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		2.000.000			2.000.000
2026		2.900.000	2.300.000		5.200.000
2027			1.000.000		1.000.000
2028			1.000.000		1.000.000
2029 ff.			2.000.000		2.000.000
Summen		4.900.000	6.300.000		11.200.000

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss eines unbefristeten Vertrages zur Neugestaltung und Erweiterung des Landesportals.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 891 62

Technische und funktionale Umsetzung des Layout- und Gestaltungskonzeptes zur Neugestaltung und Erweiterung des Landesportals aufgrund der am 31.01.2023 von der Landesregierung beschlossenen Portalverordnung Sachsen-Anhalt - PortVO LSA

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	6.228.200	6.891.300	7.754.200
		16.800.000	10.400.000

**63 Personalmanagementverfahren (PROMIS) und
 Personalkostenhochrechnung (persoKH)**

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben der zentralen Verfahren des Personalmanagements und der Personalkostenhochrechnung veranschlagt.

525 63	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0
533 63	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
682 63	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	3.418.500	4.068.600	4.086.100
			3.648.694	991.500	76.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	369.500	153.200			522.700
2026		153.200	198.300		351.500
2027		153.200	198.300	19.000	370.500
2028		153.200	198.300	19.000	370.500
2029 ff.			396.600	38.000	434.600
Summen	369.500	612.800	991.500	76.000	2.049.800

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss von Anschluss- bzw. Änderungsverträgen aufgrund von Preisanpassungen sowie Pflegegebühren für fachliche Erweiterungen.

Ausgaben sind für den Betrieb und die Weiterentwicklung von Verfahren der Personalverwaltung bei der Dataport AöR veranschlagt.

lfd. Nr.	Maßnahme	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Personalmanagementverfahren PROMIS	2.857.264	2.569.400	3.166.400	3.177.900
2.	Personalkostenhochrechnung persoKH	791.430	849.100	902.200	908.200
Zusammen		3.648.694	3.418.500	4.068.600	4.086.100

891 63	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	3.418.500	4.068.600	4.086.100
		991.500	76.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die ressortübergreifenden Leitungskosten und die Administration/das Management des Landesdatennetzes (ITN-ST), die Ausgaben für den Fieldservice und die Wartung der Fernmeldehauptzentrale (FMHZ) veranschlagt.

511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	43.162.000	7.380.500	8.378.400
			3.980.458	144.278.400	181.200.000

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

*** Die Inanspruchnahme der im Haushaltsjahr 2026 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung darf nur im Umfang der im Haushaltsjahr 2025 nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigung erfolgen.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	42.855.000	45.500.000			88.355.000
2026	42.855.000	45.300.000	8.378.400		96.533.400
2027		45.600.000	45.300.000	45.300.000	136.200.000
2028		45.600.000	45.300.000	45.300.000	136.200.000
2029 ff.			45.300.000	90.600.000	135.900.000
Summen	85.710.000	182.000.000	144.278.400	181.200.000	593.188.400

Erläuterungen:

Die ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss der Verträge im Rahmen der Neuausschreibung des Landesdatennetzes (ITN-ST) ab dem Jahr 2025.

Veranschlagt sind Ausgaben für den Weiterbetrieb der Fernmeldehauptzentrale und der ressortübergreifenden Leitungskosten sowie die Administration des Landesdatennetzes (ITN-LSA), bis die Standorte des Landes an das neue Landesnetz angeschlossen sind.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. ITN-ST	0	42.969.500	5.622.500	7.766.400
2. ITN-LSA	3.625.192	0	1.146.000	0
3. FMHZ	355.266	192.500	612.000	612.000
Zusammen	3.980.458	43.162.000	7.380.500	8.378.400

522 94	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	2.000.000	750.000	300.000
			166.427	600.000	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 94

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026			300.000		300.000
2027			300.000		300.000
2028					
2029 ff.					
Summen		500.000	600.000		1.100.000

Erläuterungen:

Die VE 2025 dient der weiteren Begleitung des Vergabeverfahrens ITN-ST. Die Neuausschreibung von ITN-ST erfordert weitere juristische und technische Beratung der ausschreibenden Stelle. Dies umfasst die Neuausschreibung/Vergabe bis Mitte 2026 und die notwendigen Nacharbeiten bis Mitte 2027.

Veranschlagt sind Ausgaben für die Begleitung des Vergabeverfahrens durch juristische und technische Berater.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Juristische Beratung	120.144	1.200.000	500.000	200.000
2. Technische Beratung	46.283	800.000	250.000	100.000
Zusammen	166.427	2.000.000	750.000	300.000

zu 1.

Ziel:

Rechtskonforme Durchführung des Vergabeverfahrens

Inhalt:

Vergaberechtliche Beratung und Mitwirkung bei der Erstellung der Vergabeunterlagen sowie Begleitung der Ausschreibung bis zur Zuschlagserteilung und abschließende Dokumentation.

Laufzeit:

2025 - 2027

zu 2.

Ziel:

Technische Fachberatung und -bewertung sowie technische Überwachung der Umsetzung

Inhalt:

Technische und inhaltliche Begleitung des Vergabeverfahrens sowie Begleitung der Migration in die Betriebsumgebung nach Zuschlagserteilung

Laufzeit:

2024 - 2027

533 94	019	Dienstleistungen Außenstehender	281.000	3.300.000	3.200.000
			221.882	4.500.000	3.000.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 94

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	147.900				147.900
2026			1.500.000		1.500.000
2027			1.500.000	1.500.000	3.000.000
2028			1.500.000	1.500.000	3.000.000
2029 ff.					
Summen	147.900		4.500.000	3.000.000	7.647.900

Erläuterungen:

Die VE dienen dem Abschluss von Verträgen zur Sicherstellung Fieldservice und weiterer Unterstützungsleistungen.

Ausgaben sind für den Fieldservice der Fernmeldehauptzentrale (FMHZ) sowie Dienstleistungen Dritter bei der Umsetzung des Projektes ITN-ST veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausgaben für den Fieldservice der FMHZ	221.882	281.000	300.000	200.000
2.	Dienstleistungen Dritter bei der Umsetzung von Vorhaben zum ITN-ST	0	0	3.000.000	3.000.000
Zusammen		221.882	281.000	3.300.000	3.200.000

zu 2.

Ziel:

Fachliche Umsetzung von Teilprojekten bei der Überführung des Landesdatennetzes in den Eigenbetrieb des Landes mit Unterstützung durch externe Dienstleister

Inhalt:

Umsetzung und Erfüllung abgegrenzter Projektaufgaben für das Landesdatennetz im Rahmen von Werk- oder Dienstleistungsverträgen

Laufzeit:

Anfang 2025 - Dezember 2026

631 94	019	Sonstige Zuweisungen an den Bund	50.000	55.000	55.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben sind für die Administration der Anschlüsse an das Verbindungsnetz sowie für die Verwaltung von IP-Adressen des Landes durch den Bund veranschlagt.

682 94	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	5.790.500	7.079.200	10.658.800
			1.806.758	46.658.800	12.000.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 94

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.825.000			1.825.000
2026		1.825.000	10.658.800		12.483.800
2027		1.825.000	12.000.000	4.000.000	17.825.000
2028		1.825.000	12.000.000	4.000.000	17.825.000
2029 ff.			12.000.000	4.000.000	16.000.000
Summen		7.300.000	46.658.800	12.000.000	65.958.800

Erläuterungen:

Der bisherige Betrieb des alten Landesdatennetzes ITN-LSA soll abgelöst werden. Zusätzlich findet eine Übergabe der bisher über das Projekt ITN-XT finanzierten Betriebsleistungen statt. Für die Zusammenführung dieser Leistungen zum Betrieb des Landesdatennetzes ITN-ST müssen 2025 und 2026 die Verträge angepasst und neu geschlossen werden. Dafür werden Verpflichtungsermächtigungen benötigt.

Es werden Ausgaben für Unterstützungsleistungen von öffentlichen Unternehmen bei der Umsetzung des Betriebs des Landesdatennetzes veranschlagt.

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Personalunterstützungsleistungen	0	1.500.000	1.500.000
2. Betrieb ITN-LSA	0	1.249.500	0
3. Betrieb zentrale Dienste ITN-ST (durch Dataport AöR)	5.790.500	1.000.000	5.538.800
4. Betrieb ITN-ST Voice	0	3.329.700	3.620.000
Zusammen	5.790.500	7.079.200	10.658.800

812 94	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	8.128.400	5.553.600	479.300
			0	3.989.300	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			479.300		479.300
2027			1.170.000		1.170.000
2028			1.170.000		1.170.000
2029 ff.			1.170.000		1.170.000
Summen			3.989.300		3.989.300

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient zum Ankauf von Komponenten für den Netzausbau und den Netzbetrieb.

Es werden Investitionsbedarfe für den Ausbau und Erweiterung des erneuerten Landesdatennetzes (ITN-ST) veranschlagt. Dies betrifft insbesondere Standorte die im Rahmen des Projekts ITN-XT nicht mit realisiert werden konnten.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

891 94	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	500.000	500.000	500.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Investitionsleistungen zur Erweiterung des Landesdatennetzes (ITN-ST).

Nachrichtlich: Summe TGr. 94	59.911.900	24.618.300	23.571.500
		200.026.500	196.200.000

95 IT-Querschnittsdienste

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die Bereitstellung und den zentralen Betrieb von IT-Querschnittsdiensten sowie die Einführung und Betreuung eines ressortübergreifenden Standardarbeitsplatzes veranschlagt.

511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

632 95	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0	0	0
			0	0	0

682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	3.897.400	1.943.000	2.233.000
			1.490.701	4.314.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		6.489.100			6.489.100
2026		6.667.600	862.800		7.530.400
2027		7.084.100	862.800		7.946.900
2028		7.084.100	862.800		7.946.900
2029 ff.			1.725.600		1.725.600
Summen		27.324.900	4.314.000		31.638.900

Erläuterungen:

Die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen dient dem Abschluss von Verträgen für die Maßnahmen Verzeichnisdienste (Nr. 1.), Datenaustauschdienste (dDatabox) und Zusammenarbeit (dTeamboard) (Nr. 2.), 24/7 UHD und EWS (Nr. 5.) sowie Videokonferenzlösungen (Nr. 6.).

Ausgaben für den Betrieb von Zentralen IT-Querschnittsdiensten durch den zentralen IKT-Dienstleister des Landes (Dataport AöR)

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Verzeichnisdienste (zAD, Kommunikationsverzeichnis)	423.650	2.658.200	1.055.200	1.145.200
2.	Datenaustauschdienste (dDatabox) und Zusammenarbeit (dTeamboard)	84.568	110.000	183.000	183.000
3.	externe Zugänge (Netscaler, dWebTor)	192.373	30.000	0	0
4.	Standardarbeitsplatz (StApl) (Einführung in der Landesverwaltung, E-Mail Verschlüsselung)	620.000	344.400	100.000	200.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 95

5.	24/7 UHD und EWS	91.700	491.700	491.700	591.700
6.	Videokonferenzlösungen	78.410	263.100	113.100	113.100
Zusammen		1.490.701	3.897.400	1.943.000	2.233.000

zu 1.

Der zentrale Verzeichnisdienst (zAD) des Landes ST bildet die Grundlage für die Nutzung weiterer Querschnittsdienste. Die Verwaltung der Behörden erfolgt in Mandanten, d. h., jede Behörde erhält einen eigenen Mandantenbereich, für den entsprechende, auch administrative, Berechtigungen für Mitarbeiter der Behörde eingerichtet werden. Die Benutzerkonten werden durch die Behörden selbständig über das Kontenpflegetool (KPT) gepflegt. Alle Benutzer erhalten ein E-Mail-Postfach im Community Cloud Mail System (CCMS). Die entsprechenden Kontaktdaten werden im Kommunikationsverzeichnis gepflegt. Die Ausgaben umfassen den Betrieb und den Service der Infrastruktur im BSI-zertifizierten Rechenzentrum der Dataport AöR.

zu 2.

Die Datenaustauschdienste mittels dDatabox sind eine sichere Alternative zum Datenaustausch von Daten/Dokumenten für die Dienststellen des Landes. Funktional ist diese Datenaustauschform mit Cloud-Speichern vergleichbar. Der Dienst mittels Sharepoint entspricht einer Projektaustauschplattform zur Nutzung durch alle Landesdienststellen. Die Ausgaben dienen dem Betrieb und dem Service der Infrastruktur im BSI-zertifizierten Rechenzentrum der Dataport AöR.

zu 3.

Die externen Zugänge dienen der sicheren Nutzung von mobilen Endgeräten (dSmartDesk) oder dem sicheren Zugang zu den zentral betriebenen Querschnitts- und Fachverfahren des Landes (Netscaler, dWebTor, VPN). Die unterschiedlichen externen Zugänge sind aufgrund unterschiedlicher Sicherheitsanforderungen (interne Nutzer der Landesverwaltung oder externe Nutzer) und unterschiedlicher Systemarchitekturen (Nutzung Virtueller Infrastrukturen oder Client/Server-Infrastrukturen) im Verfahrensbetrieb erforderlich.

zu 4.

Einführung in der Landesverwaltung, sowie Betrieb und Service der Infrastruktur im BSI-zertifizierten Rechenzentrum der Dataport AöR.

zu 5.

Um die Störungsbearbeitung bei Störungen der kritischen Infrastruktur zu ermöglichen, wurden ein 24/7-Servicedesk (UHD) und entsprechende Bereitschaftsdienste eingeführt. Die Ausgaben dienen dem Betrieb, der Infrastruktur und dem Service durch den Dienstleister Dataport AöR. StApl selbst ist ein einheitlicher und zentral verwalteter Behördenarbeitsplatz in der Landesverwaltung Sachsen-Anhalt. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Behörde vollumfänglich den zentralen Verzeichnisdienst des Landes ST sowie die zentrale E-Mail-Lösung nutzt (s. zu 1.). Mit StApl wird die standardisierte Bereitstellung, Wartung und Pflege von Hardware, standardisierte Bereitstellung von Standardsoftware (für alle nutzenden Behörden identisch) und die zentrale Bereitstellung von Software für kundenspezifische Fachverfahren ermöglicht. Es gibt einen User Help Desk für Anfragen und Störungsmeldungen der Anwender, eine fachliche Leitstelle StApl und eine Servicekoordination bei der Dataport AöR.

zu 6.

Die Veranschlagung umfasst die Bereitstellung einer sicheren Kommunikationsplattform / Videokonferenzlösung beim Dienstleister Dataport AöR.

812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 95			3.897.400	1.943.000	2.233.000
				4.314.000	0

96 Stellenüberhang

Erläuterungen:

Das auf den Planstellen/Stellen geführte Personal ist nicht zur Dataport AöR übergegangen. Es ist aus dem aktiven Dienst ausgeschieden oder wurde in der Landesverwaltung vermittelt.

422 96	019	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	11.000	0	0
			45.114	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
428 96	019	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 72.345	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			11.000	0 0	0 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	94.500	97.700	97.700
Gesamteinnahme		94.500	97.700	97.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	11.000	0 0	0 0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	45.806.400	11.842.900 149.378.400	12.322.300 184.200.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	18.878.800	17.708.400 63.140.600	23.022.400 28.192.100
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	18.366.000	30.618.900 21.789.300	19.855.600 62.024.800
Gesamtausgabe		83.062.200	60.170.200	55.200.300
Gesamtsumme der VE			234.308.300	274.416.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-82.967.700	-60.072.500	-55.102.600

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 03 Projekte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 05, 19 07, 19 08, 19 09, 19 10, 19 11, 19 13, 19 15, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 03 sind strategisch relevante Projekte und Maßnahmen veranschlagt, die zeitlich befristet sind und dem Aufbau bzw. der Ertüchtigung von übergreifenden IKT-Strukturen und -Anwendungen dienen. Die jeweiligen Zuständigkeiten für die in diesem Kapitel ausgebrachten Projekte sind an den einzelnen Titelgruppen erläutert.

Nach Abschluss der jeweiligen Projekte wird der laufende Betrieb einer im Projekt entstandenen Lösung in dem Kapitel des Ressorts, das den dauerhaften Betrieb verantwortet, veranschlagt.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

63 Modernisierung des Landesverwaltungsnetzes (ITN-XT)

119 63	019	Sonstige vermischte Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0

65 Modernisierung des Haushaltsverfahrens

119 65	019	Sonstige vermischte Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0

67 Einführung eines Dokumentenmanagement-/ Vorgangsbearbeitungssystems

119 67	019	Sonstige vermischte Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 03 Projekte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

63 Modernisierung des Landesverwaltungsnetzes (ITN-XT)

Übertragbar

Erläuterungen:

Nach Abschluss der regulären Einführung von ITN-XT ist der laufende Betrieb des Landesdatennetzes (ITN-ST) im Kapitel 19 02 TGr. 94 veranschlagt.

511 63	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
533 63	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
631 63	019	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			49.700	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	87.600				87.600
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	87.600				87.600

682 63	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			8.329.709	0	0
812 63	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			51.163.703	0	0
891 63	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			235.950	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			0	0	0
				0	0

65 Modernisierung des Haushaltsverfahrens

Übertragbar

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 03 Projekte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Das zur Abbildung des Landeshaushalts genutzte IT-Verfahren "ProFiskal" wird durch den Hersteller nach dem Jahr 2025 endgültig nicht mehr gepflegt. Die daraus entstehenden Risiken machen die Einführung eines neuen Haushaltsverfahrens notwendig. Für die Einführung des neuen Haushaltsverfahrens wird mit einem Ausgabevolumen in Höhe von ca. 53 Mio. EUR für die Phasen 1-3 gerechnet. Dieses beinhaltet den Lizenzwerb, die Anpassung der Standardsoftware, Migration, Tests, Anwenderschulungen sowie den Betrieb der Projektsysteme und den Systemservice. Hinzu kommen Ausgaben für Unterstützungsleistungen, die durch den IT-Dienstleister des Landes Dataport AöR entstehen.

Für das Gesamtvorhaben ist folgender Phasenplan vorgesehen:

- Phase 0 (bis IV. Quartal 2022): Bedarfsfeststellung, Erarbeitung der Leistungsbeschreibung, Durchführung des Vergabeverfahrens inkl. Zuschlagserteilung
- Phase 1 (bis Ende 2023): Initialisierung und fachliche sowie technische Konzeption, Erstellung eines Prototypens
- Phase 2 (2024 bis Q1/ 2025): Fertigstellung des Systems, Test, Vorbereitung der Datenübernahme
- Phase 3 (bis Dezember 2025): landesweiter Rollout, Durchführung der Migration, Durchführung der Schulungen, und Produktivsetzung

Die Phase 0 ist mit Zuschlagserteilung in 2022 abgeschlossen. Daran schließt sich das Projekt an, das Phasen 1 bis 3 umfasst und bis 2025 andauert.

Die Phase 1 mit der fachlichen und technischen Konzeption zum Gesamtsystem ist plangemäß abgeschlossen.

Die Phase 2 mit der Realisierung der Kernfunktionalitäten wurde begonnen und dauert bis Anfang 2025 an.

Daran schließt sich in der Phase 3 der landesweite Rollout an, der mit der Produktivsetzung der Kernfunktionalitäten Anfang 2026 endet.

An die Phase 3 des Projektes schließen sich über die Jahre 2026 bis 2029 weitere Phasen zur Optimierung des Systems und zur Realisierung optionaler Leistungen und deren Rollout an. Dafür sind entsprechende Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

Die fachliche und finanzielle Verantwortung dafür liegt im Ministerium der Finanzen.

511 65	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	97.900	0	0
			0	3.637.400	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			302.000		302.000
2027			967.800		967.800
2028			1.183.800		1.183.800
2029 ff.			1.183.800		1.183.800
Summen			3.637.400		3.637.400

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Vertrages über den Betrieb des Verfahrens HKR Sachsen-Anhalt für 4 Jahre.

522 65	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			1.487	0	0
525 65	019	Aus- und Fortbildung	100.000	0	0
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 03 Projekte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 65	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
681 65	019	Schadersatzleistungen	0	0	0
			0	0	0
682 65	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	1.701.000	96.800	96.900
			113.808	42.900	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.518.100	1.548.300			4.066.400
2026		279.700			279.700
2027		279.700	14.300		294.000
2028		85.000	14.300		99.300
2029 ff.			14.300		14.300
Summen	2.518.100	2.192.700	42.900		4.753.700

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Vertrages über Leistungen des Druckzentrums von der Dataport AöR für den Druck und die Versendung von Mahnungen und Vollstreckungsaufträgen mit einer Laufzeit bis 2029.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Unterstützungsleistungen der Dataport AöR bei der Einführung des HKR-Verfahrens im technischen Bereich	0	476.000	0	40.000
2.	Personelle Unterstützungsleistungen der Dataport AöR	113.808	875.000	0	24.900
3.	Testsystem für HAMISSA	0	350.000	96.800	0
4.	Infrastrukturbetrieb für Datenaustausch zu Schnittstellen	0	0	0	20.000
5.	Leistungen Druckzentrum	0	0	0	12.000
Zusammen		113.808	1.701.000	96.800	96.900

zu 1.

Die Leistungen umfassen insbesondere Unterstützungsleistungen im Bereich Schnittstellen und Migration sowie BOXI als Beistellleistungen des Landes und dienen der Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Weiterbetriebs in HKR Sachsen-Anhalt. Dazu gehören u.a. Bereitstellung von Beispieldaten aus HAMISSA für die Schnittstellen und die Migration sowie die technische Unterstützung zur Vorbereitung des Datenaustauschs zwischen der Dataport AöR und dem Dienstleister.

zu 2.

Bei den Leistungen handelt es sich um die Unterstützungsleistungen der Dataport AöR für das Projekt HKR. Diese umfassen einerseits Projektmanagementleistungen für die dataportinterne Koordination der verschiedenen Leistungserbringer und Sicherstellung der Leistungserbringung bei Anfragen durch das Projekt HKR an die Dataport AöR.

zu 3.

Die Leistungen umfassen die Bereitstellung und den Betrieb einer eigenen Testumgebung für HAMISSA. Dies ist notwendig um den regulären Betrieb (Tests von Anpassungen des Migrationskonverters und neuen Releases) von HAMISSA nicht einzuschränken.

zu 4.

Analog der bisherigen Verfahrensweise soll der Druckservice der Dataport AöR zum Druck der personalisierten Massendrucke (Mahnungen und Vollstreckungen), zur Kuvertierung und Versendung für HKR weiterhin genutzt werden.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 03 Projekte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 65

zu 5.

Mit der Transition der IT zur Dataport AöR sind auch diverse Schnittstellenverfahren transitiert worden und es wird eine entsprechende Infrastruktur zum Datentransfer zwischen den Schnittstellenverfahren und HAMISSA betrieben. Analog zu dieser Verfahrensweise soll auch für den Betrieb des Datenaustauschs zwischen den Schnittstellenverfahren bei der Dataport AöR und HKR die dafür notwendige Infrastruktur durch die Dataport AöR betrieben werden.

812 65	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	9.751.100	0	0
			7.365.873	10.650.000	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	13.847.000				13.847.000
2026	3.720.000				3.720.000
2027		1.098.400	7.050.000		8.148.400
2028		1.098.400	2.400.000		3.498.400
2029 ff.			1.200.000		1.200.000
Summen	17.567.000	2.196.800	10.650.000		30.413.800

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung wird für den Abschluss von Verträgen zu weiteren Anpassungen und Optimierungen des Gesamtsystems, der Überführung der Systeme der Landesbetriebe in das Gesamtsystem sowie die Anbindung von weiteren Fach- und Vorverfahren benötigt.

891 65	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			11.650.000	96.800	96.900
				14.330.300	0

66 Einführung einer Zentralen Fördermitteldatenbank

Übertragbar

Erläuterungen:

Aufbau einer landeseinheitlichen, ressortübergreifenden Fördermitteldatenbank und eines Fördermanagements, welches die Koordination der existierenden und entstehenden Förderprogramme ermöglicht.

Die fachliche und finanzielle Verantwortung liegen im Ministerium für Infrastruktur und Digitales.

511 66	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

518 66	019	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

522 66	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

525 66	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 03 Projekte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
533 66	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
671 66	019	Erstattungen an die Investitionsbank	0	0	0
			0	0	0
682 66	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
812 66	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
891 66	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0	0
				0	0
67		Einführung eines Dokumentenmanagement-/ Vorgangsbearbeitungssystems			
		Erläuterungen:			
		Gemäß § 3 EGovG LSA sollen die Stellen der unmittelbaren Landesverwaltung ihre Akten ab dem Jahr 2022 grundsätzlich elektronisch führen und ihre Verwaltungsvorgänge elektronisch bearbeiten. Zur Erfüllung dieses gesetzlichen Auftrags wird die elektronische Verwaltungsarbeit (Projekt EVA-LSA) sukzessive in allen Behörden der unmittelbaren Landesverwaltung eingeführt.			
		In dieser Titelgruppe waren bis zum Jahr 2021 die Haushaltsmittel für die landesweite Einführung der DMS/VBS-Landeslösung (Kernprodukt: VIS-SUITE) sowie deren dauerhafter, zentraler Betrieb bei der Dataport AöR zentral veranschlagt. Ab dem Jahr 2022 werden diese Ausgaben vollständig aus dem Sondervermögen "Corona" finanziert.			
		Die Ressorts veranschlagen hingegen sowohl die dezentralen IKT-Projektausgaben (dezentrale Hardware, ggf. behördenspezifische Anpassungen bzw. Erweiterungen der DMS/VBS-Landeslösung) als auch die Ausgaben für den laufenden Betrieb von dezentral abgeschlossenen Verträgen der Dienststellen, in denen die jeweiligen EVA-Projekte abgeschlossen wurden grundsätzlich in den Titelgruppen 95 ihrer Kapitel.			
		Die fachliche und finanzielle Verantwortung liegt im Ministerium für Infrastruktur und Digitales und den beim Rollout der Landeslösung jeweils zuständigen Ressorts und Stellen der Landesverwaltung.			
511 67	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
518 67	019	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0
522 67	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0
525 67	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0
533 67	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
682 67	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	3.026.600

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 03 Projekte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 67

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				2.360.100	2.360.100
2028				401.100	401.100
2029 ff.				265.400	265.400
Summen				3.026.600	3.026.600

812 67	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
891 67	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	4.165.400

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				2.960.200	2.960.200
2028				1.074.300	1.074.300
2029 ff.				130.900	130.900
Summen				4.165.400	4.165.400

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	0	0	0
		0	7.192.000

68 Elektronische Personalakte

Übertragbar

Erläuterungen:

Das EGovG LSA schreibt eine generelle elektronische Aktenführung ab dem Jahr 2022 vor. Gemäß Koalitionsvertrag der 8. Wahlperiode des Landes Sachsen-Anhalt soll die E-Akte um das Modul "elektronische Personalverwaltung" ergänzt werden. Zur Erfüllung dieser Zielsetzung wird die elektronische Personalakte (ePA) sukzessive in allen Behörden der unmittelbaren Landesverwaltung eingeführt.

Hierfür soll die DMS/VBS-Landeslösung (Produkt VIS-Suite der Firma PDV GmbH) um die Personalakten erweitert und eine Schnittstelle zum Fachverfahren für das Personalmanagement (PROMIS) eingerichtet werden.

533 68	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
682 68	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	250.000	0	0
			0	100.000	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 03 Projekte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 68

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026		500.000			500.000
2027		500.000	50.000		550.000
2028			50.000		50.000
2029 ff.					
Summen		1.500.000	100.000		1.600.000

891 68	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	250.000	0	0
		100.000	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 03 Projekte

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0

Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	197.900	0	0
			3.637.400	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.951.000	96.800	96.900
			142.900	3.026.600

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9.751.100	0	0
			10.650.000	4.165.400

Gesamtausgabe		11.900.000	96.800	96.900

Gesamtsumme der VE			14.430.300	7.192.000

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-11.900.000	-96.800	-96.900

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 05 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 07, 19 08, 19 09, 19 10, 19 11, 19 13, 19 15, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 05 sind für den Geschäftsbereich der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zum Betrieb und zur Unterhaltung der ressortbezogenen Fachverfahren sowie der allgemeinen IT-Arbeitsplatzausstattung erforderlich sind. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 05 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt beim Ressort.

Ausgaben

Titelgruppe(n)

63 Programm für die Regierungsplanung (Intraplan)

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die Betreuung, Wartung und Anpassung des Programms für die Regierungsplanung (Intraplan) veranschlagt.

511 63	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12.000	6.000	6.000
			5.831	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Pflege- und Wartungsverträge für Software veranschlagt.

812 63	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			12.000	6.000	6.000
				0	0

64 Informationssysteme Kabinett und Bundesrat

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die Betreuung, Wartung und Weiterentwicklung des Kabinettsinformationssystems (KIS) und der Anwendung "eBundesrat", "eMPK" sowie die Beträge zur OZG-Leistung "Ausfuhrgenehmigung Kulturgüter" veranschlagt.

511 64	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	29.500	17.500	17.500
			15.951	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Wartung und Betreuung des Kabinettsinformationssystems veranschlagt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 05 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 64	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

632 64	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	77.900	73.000	63.000
			46.750	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	58.000				58.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	58.000				58.000

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die anteiligen Betriebskosten des Landes Sachsen-Anhalt an der Fachanwendung eBundesrat bei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) veranschlagt. Die Nutzung und Weiterentwicklung des Programms eBundesrat erfolgt in Kooperation mit den Ländern Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Weiterhin werden die anteiligen Betriebskosten für die Anwendung eMPK veranschlagt, eine Anwendung, die alle Bundesländer nutzen. Darüber hinaus sind Ausgaben für die anteiligen Kosten des OZG-Verfahrens "Ausfuhrgenehmigung Kulturgüter", welches gleichfalls durch die HZD als Efa-Verfahren bereitgestellt wird, berücksichtigt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	107.400	90.500	80.500
		0	0

66 Fachverfahren der Denkmalpflege und Archäologie einschließlich Landesmuseum

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben für die Pflege, Aufrechterhaltung und die technische Weiterentwicklung bestehender und neu aufzubauender Fachinformationssysteme des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt (LDA), insbesondere für die Fachbereiche Archäologie, Bau-/Kunstdenkmalpflege sowie Redaktion und Sammlungs- u.

Ausstellungsmanagement (Landesmuseum). In diesem Zusammenhang sind hier u. a. zu benennen:

- Sammlungs- und Ausstellungsmanagement
- Geoinformationssysteme (GIS)
- Archäologisches Informationssystem (AIS)
- Bau-/Kunstdenkmalpflege Informationssystem (BKDIS)
- Überführung fachrelevanter Archivalien in digitale Informationssysteme
- Zentralisierung und Bündelung von Fachinformationen
- Vernetzung der Informationssysteme untereinander

511 66	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	219.800	181.800	181.800
			27.387	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Pflege, Betrieb und Weiterentwicklung der IT-Verfahren LDA	20.836	109.800	106.800	106.800
2.	Mittel für Digitalisierungsleistungen	6.551	110.000	25.000	25.000
3.	Vorsorge zur OZG-Umsetzung	0	0	50.000	50.000
Zusammen		27.387	219.800	181.800	181.800

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 05 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

812 66	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			85.813	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	219.800	181.800	181.800
		0	0

69 Internetportal "www.sachsen-anhalt.de"

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die technische Unterstützung der Redaktion des Landesportals sowie der Social-Media-Kanäle.

Die Ausgaben für den technischen Betrieb des Landesportals sind im Kapitel 19 02 Titelgruppe 62 veranschlagt.

533 69	019	Dienstleistungen Außenstehender	37.500	37.500	37.500
			34.924	0	0

Erläuterungen:

Externe technische Unterstützungsleistungen der Redaktion des Landesportals sowie der Social-Media-Kanäle.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Maßnahmen zur Umsetzung der Behindertengleichstellungsverordnung LSA Readspeaker	3.708	3.500	0	0
2.	Umsetzung Masterplan Typo3-Extensions, Optimierung Datenbanken	2.024	29.000	32.500	32.500
3.	Content-Marketing Domainverwaltung (Ankauf URLs)	918	5.000	5.000	5.000
4.	Maßnahmen im Bereich Social Media Redaktionstool	28.274	0	0	0
Zusammen		34.924	37.500	37.500	37.500

zu 1.

Der Readspeaker ist eine technische Erweiterung im Landesportal, die durch Vorlesen der Texte ein verbessertes Nutzererlebnis unter anderem für Menschen mit eingeschränkter Sehfähigkeit bietet und der Barrierefreiheit des Portals dient.

zu 2.

Vorhandene Datenbanken (z. B. Publikationsdatenbank) sollen auf aktuelle Bedarfe angepasst und optimiert werden. Diese Aktualisierungen gewährleisten zeitgemäße und dynamische Werkzeuge für die Darstellung von Informationen und Angeboten im Landesportal.

zu 3.

Ankauf von Domains, die für die Positionierung Sachsen-Anhalts in der digitalen Welt wichtig sind: u. a. sachsen-anhalt.de, sachsen-anhalt.com, modern-denken.de. Die Kontrolle dieser Domains dient unter anderem dem Schutz vor imageschädigenden Auftritten.

812 69	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	37.500	37.500	37.500
		0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 05 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

93 Informationssicherheit

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats und der "Leitlinie zur Informationssicherheit in der unmittelbaren Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Informationssicherheitsleitlinie Sachsen-Anhalt - LISL LSA) auf Ressortebene" veranschlagt. Dazu zählen unter anderem auch der Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems.

Ausgaben für die Errichtung des ressortübergreifenden und landesweiten Informationssicherheitsmanagementsystems und die Initiierung der Sicherheitsprozesse auf Ressort- und Landesebene sind bei Kapitel 19 10 Titelgruppe 65 zentral veranschlagt.

522 93	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

525 93	019	Aus- und Fortbildung	10.000	0	0
			0	0	0

533 93	019	Dienstleistungen Außenstehender	50.000	18.300	18.300
			5.232	0	0

Erläuterungen:

Für den Ausbau und die Aufrechterhaltung ISMS-Staatskanzlei, u. a. durch regelmäßige Überprüfung der Schutzbedarfe und der Risikoanalyse sowie der erforderlichen Maßnahmen, ist fortlaufende externe Unterstützung erforderlich. Es handelt sich dabei insbesondere um Dienstleistungen im Bereich der Informationssicherheit, bspw. der Systempflege oder Qualitätssicherungsmaßnahmen.

682 93	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93			60.000	18.300	18.300
				0	0

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die lokalen Netzwerke sowie Telekommunikationsinfrastrukturen und die Beschaffung von TK-Endgeräten veranschlagt.

Der Anteil für das sogenannte Gebührenaufkommen ist hingegen in den Sachhaushalten aller Ressorts bzw. das Gebührenaufkommen "Festnetz" zentral im Sachhaushalt des MID berücksichtigt.

511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.000	20.000	21.000
			17.529	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Neu- und Ersatzbeschaffungen von Telekommunikationsendgeräten inkl. Zubehör veranschlagt.

812 94	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 94			20.000	20.000	21.000
				0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 05 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben des IT-Budgets (enthält alle für die IT-Arbeitsplatzausstattung und die im Hintergrund laufenden zentralen oder dezentralen Verfahren anfallenden Ausgaben, insbesondere erstmalige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen, Peripheriegeräte wie Scanner oder Netzwerkdrucker, Multifunktionsgeräte (ohne gesonderte Verbrauchsmaterialien), Server, Datensicherungsmedien, Beamer - jeweils inklusive Zubehör, Lizenzkosten, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Verbrauchsmittel, Beratungs- und Programmierleistungen, Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren) veranschlagt.

511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	486.500 142.182	235.000 0	244.000 0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. IT-Budget der Staatskanzlei	113.375	200.200	125.900	134.900
2. IT-Budget des LDA	28.807	286.300	109.100	109.100
Zusammen	142.182	486.500	235.000	244.000

514 95	019	Verbrauchsmittel	44.400 33.501	7.500 0	7.500 0

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. IT-Budget der Staatskanzlei	1.362	2.500	2.500	2.500
2. IT-Budget des LDA	32.139	41.900	5.000	5.000
Zusammen	33.501	44.400	7.500	7.500

525 95	019	Aus- und Fortbildung	15.000 0	10.200 0	10.200 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Aus- und Fortbildung für Administratoren veranschlagt.

533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	50.000 28.373	0 0	0 0

542 95	019	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0

682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	19.100 26.140	19.100 0	19.100 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem Betrieb der elektronischen Akte der Staatskanzlei bei der Dataport AöR (Lizenzen, Wartung und Dienstleistungen - Scansoftware).

812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 120.101	0 0	0 0

891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 05 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 95	615.000	271.800	280.800
		0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 05 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	974.700	533.800	543.800
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	97.000	92.100	82.100
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		1.071.700	625.900	625.900
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.071.700	-625.900	-625.900

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 08, 19 09, 19 10, 19 11, 19 13, 19 15, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 07 sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zum Betrieb und zur Unterhaltung der ressortbezogenen Fachverfahren sowie der allgemeinen IT-Arbeitsplatzausstattung erforderlich sind. Die Fachverfahren der Landespolizei sind in Kapitel 19 08 dargestellt. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 07 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt beim Ressort.

Einnahmen

119 41	019	Rückzahlungen von Überzahlungen (einschließlich Zinsen)	0	0	0
			23.365		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Verfahren des Archivwesens

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben für den Betrieb des Fachverfahrens scopeArchiv und die Ausgaben für die Digitalen Archive (Standard-Archiv bzw. VS-Archiv) des Landesarchivs Sachsen-Anhalt.

511 61	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 7.181	7.500 0	7.500 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Geschäftsbedarf des Archivwesens veranschlagt.

518 61	019	Mieten und Pachten	9.600 3.646	3.800 0	3.800 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Lizenzverlängerungen für das Landesarchiv, Antivirussoftware und Bibliothekssoftware veranschlagt.

682 61	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	67.800 90.932	95.500 0	95.500 0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Wartungs- und Supportvertrag für scopeArchiv incl. Query und Oracle, insbes. regelmäßige Datenbankprüfung und Softwareupdates veranschlagt.

812 61	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	50.000 32.777	34.400 0	34.400 0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für den Aufbau und Betrieb der Digitalen Archive im Kooperationsverbund "Digitale Archivierung Nord (DAN)" sowie den Aufbau einer Lösung zur temporären Zwischenspeicherung elektronischer Unterlagen und eines VS-Arbeitsplatzes im Landesarchiv veranschlagt.

882 61	019	Zuweisungen für Investitionen an Länder	50.000 0	0 0	0 0

891 61	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	152.000 147.070	154.400 0	154.400 0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für die Infrastruktur und den Betrieb der Onlinerecherche des Landesarchivs (ScopeQuery), einer Datensicherungsinfrastruktur einschließlich Bandsicherung sowie Ausgaben für die Bereitstellung von Digitalisaten im Landesportal durch die Dataport AöR veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			329.400	295.600 0	295.600 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

64 Verfahren des Brandschutz- und Feuerwehrwesens

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält Ausgaben für den Betrieb der Fachanwendungen für Forschung sowie für das Aus- und Fortbildungsmanagement im Bereich Brand- und Katastrophenschutz.

511 64	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	37.800 34.133	35.800 0	35.800 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Aus- und Fortbildungsmanagement IBK - Weiterentwicklung	15.630	18.000	16.000	16.000
2.	Aus- und Fortbildungsmanagement IBK Systemservice	10.573	11.800	11.800	11.800
3.	Aus- und Fortbildungsmanagement IBK	7.930	8.000	8.000	8.000
Zusammen		34.133	37.800	35.800	35.800

518 64	019	Mieten und Pachten	21.400 0	0 0	0 0

632 64	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0 0	0 0	0 0

812 64	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			59.200	35.800 0	35.800 0

66 Verfahren des Immissionsschutzes sowie Gefahrstoffdatenbank im Landesverwaltungsamt

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem Betrieb der Fachverfahren des Landesverwaltungsamtes für die Bereiche Landwirtschaft, Umwelt und Geoinformationswesen.

511 66	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	80.100 58.104	61.000 0	61.000 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Betrieb der Fachverfahren des Landesverwaltungsamtes für die Bereiche Landwirtschaft, Umwelt und Geoinformationswesen veranschlagt.

533 66	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0

812 66	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	53.000 25.689	27.000 0	27.000 0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 66

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Weiterentwicklung und Anpassung der Fachverfahren des Landesverwaltungsamtes für die Bereiche Landwirtschaft, Umwelt und Geoinformationswesen veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	133.100	88.000	88.000
		0	0

68 Verfahren der sozialen Sicherung

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für den Betrieb der Fachverfahren des Landesverwaltungsamtes in den Bereichen Schwerbehindertenrecht, Jugendhilfe, Frauenförderung, Soziales Entschädigungsrecht sowie medizinische und nichtmedizinische Prüfungsverfahren veranschlagt.

511 68 019 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	197.400	172.300	172.300
	164.066	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landesjugendamt - Wartung LAJU online	23.738	11.000	11.000	11.000
2.	Heimaufsicht - Wartungsvertrag TauOffice + Erweiterung	58.515	28.600	28.600	28.600
3.	Schwerbehindertenrecht - Betrieb, Wartung, SGB IX (ELVIS)	14.691	70.500	30.100	30.100
4.	Integration - OASIS/EDAS (Lizenzen und Wartung Software)	27.116	17.700	17.700	17.700
5.	LPA Gesundheitsberufe - Med. u. nichtmed. Prüfungsverfahren (GAI Netconsult)	9.213	32.400	28.400	27.400
6.	Wartung Fallakte (Stella)	15.853	11.100	11.100	11.100
7.	Durchführung SchwBG - Spezialtoner für Schwerbehindertenausweise	830	19.100	15.000	15.000
8.	Durchführung SchwBG - Wartung OSCI-Schnittstellenserver für Meldeamtsabgleich ELVIS	4.980	1.000	4.400	4.400
9.	Wartung, Betrieb und Weiterentwicklung Fortbildungsmanagement und -portal Landesjugendamt	9.130	6.000	6.000	6.000
10.	Betrieb von TauCloud für Heimaufsicht und Landesjugendamt	0	0	20.000	21.000
Zusammen		164.066	197.400	172.300	172.300

632 68 019 Sonstige Zuweisungen an Länder	365.900	560.900	560.900
	267.551	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 68

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Wartung Elterngeld im Dialog (ELGiD, DVZ Schwerin)	53.664	54.700	54.700	54.700
2.	Betrieb SERID (Soziales Entschädigungsrecht; SGB XIV)	164.531	120.000	120.000	120.000
3.	Wartung Online-Modul Reifegrad 3 ELGiD (DVZ Schwerin)	7.351	7.200	7.200	7.400
4.	Electronic Exchange of Sozial Security Information (EESSI - RINA)	1.873	2.000	2.000	2.000
5.	Weiterentwicklung SERID (SGB XIV)	29.431	170.000	30.000	30.000
6.	Elterngeld digital	10.701	12.000	11.000	11.000
7.	Bundeselterngeld - Bereitstellung Infrastruktur und Betrieb	0	0	336.000	335.800
Zusammen		267.551	365.900	560.900	560.900

682 68	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	101.600	1.800	1.800
			268.352	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für die Schnittstelle zum automatischen Datenabgleich mit dem Melderegister veranschlagt. Der Betriebsvertrag des Fachverfahrens ELGiD (Elterngeld im Dialog) ist ab 2025 in 632 68 nachgewiesen.

812 68	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	118.600	106.300	120.600
			122.833	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anpassung ELVIS (Fachverfahren im Schwerbehindertenrecht SGB IX)	6.143	30.000	26.000	30.000
2.	Anpassung SUPRA (Fachverfahren Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe)	6.202	30.000	26.000	30.000
3.	Anpassung von TauOffice WTG und SGB (Fachverfahren der Heimaufsicht und des Landesjugendamtes)	6.175	28.600	24.300	30.000
4.	Neuerstellung OASIS und EDAS (Fachverfahren Integrationsamt)	85.521	30.000	30.000	30.600
5.	Anpassung/Aktualisierung LaJu Erziehungshilfen	18.792	0	0	0
Zusammen		122.833	118.600	106.300	120.600

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			783.500	841.300	855.600
				0	0

69 Verfahren der Statistik

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben für den Betrieb der Fachverfahren zur Sammlung, Aufbereitung, Analyse und Darstellung von statistischem Datenmaterial des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

511 69	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	81.100	15.800	15.800
			15.072	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Portal wahlen.sachsen-anhalt.de	13.026	70.000	6.200	6.200
2.	IT Ausstattung für Preiserhebung/ Verbraucherpreisstatistik	0	9.000	2.000	2.000
3.	SIRKUS Bevölkerungsstatistik	1.053	1.100	1.000	1.000
4.	PLZ-Datei (Statistisches Bundesamt)	993	1.000	1.100	1.100
5.	DUVA- Informationsmanagementsystem im statistischen Verbund	0	0	5.500	5.500
Zusammen		15.072	81.100	15.800	15.800

518 69	019	Mieten und Pachten	182.600	262.500	262.500
			250.009	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Statistikprojekte im Verbund (SAS)	246.339	178.900	262.500	262.500
2.	Raumbezogenes Informationssystem	3.670	3.700	0	0
Zusammen		250.009	182.600	262.500	262.500

zu 1.

Rahmenlizenzvereinbarung zwischen Statistischem Bundesamt und SAS Institute GmbH (SAS) zur Erfüllung von Aufgaben innerhalb des statistischen Verbundes und für Landesstatistikaufgaben

632 69	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0	1.200	1.200
			1.100	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den jährlichen Entwicklungs- und Wartungsbeitrag für eine Bevölkerungsprognosesoftware veranschlagt.

682 69	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	203.500	155.300	155.300
			147.873	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Full-Service-Clients des Mikrozensus	103.730	108.000	99.500	104.200
2.	RZ ² -Vertrag	31.280	68.000	30.000	0
3.	Genesis in der dSecure Cloud	7.840	17.500	17.500	42.800
4.	Druckleistungen	5.023	10.000	8.300	8.300
Zusammen		147.873	203.500	155.300	155.300

812 69	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

891 69	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	467.200	434.800	434.800
		0	0

70 DOL- und XÖV-Standardisierung

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben für die Bereitstellung von fachlichen Standards für den elektronischen Datenaustausch (XÖV-Standards im Bereich der Innenverwaltung), so dass elektronische Prozesse innerhalb und mit der Verwaltung effizient und in einheitlicher Weise umgesetzt werden können.

533 70	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

632 70	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	47.100	35.600	35.600
			33.872	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Kostenbeteiligung des Landes gemäß Verwaltungsvereinbarung für verschiedene Fachverfahren u. a. XPassAusweis veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	47.100	35.600	35.600
		0	0

72 Verfahren des Verkehrswesens

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben für den Betrieb des bundeseinheitlichen Verfahrensmanagements im Bereich Großraum- und Schwerlasttransporte (VEMAGS), der Luftfahrtsicherung sowie des Fachverfahrens zur Verwaltung nationaler Förderprogramme (VBM).

511 72	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	57.000	45.100	45.100
			42.947	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Luftfahrtprüfung	2.375	1.000	2.700	2.700
2.	Pflege und Wartung VBM für Landesförderung	40.572	25.000	35.400	35.400
3.	Betrieb/Pflege Hunderegister (ab 2025 in der TGr. 95 nachgewiesen)	0	25.000	0	0
4.	OZG Leistungen im Bereich Luftsicherheit	0	6.000	6.000	6.000
5.	Softwarepflege Schnittstelle VEMAGS-HAMISSA (ALVA)	0	0	1.000	1.000
Zusammen		42.947	57.000	45.100	45.100

632 72	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	363.400	237.900	237.900
			226.587	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 72

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Kostenbeteiligung des Landes an den Ländervereinbarungen zur Unterhaltung und Weiterentwicklung der Fachverfahren zur Genehmigung von Großraum- und Schwerlasttransporten (VEMAGS) sowie für die Ländervereinbarung zum Führen eines gemeinsamen Luftsicherheitsregisters veranschlagt.

812 72	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	160.000	69.100	69.100
			65.817	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Betrieb, Weiterentwicklung und Schnittstellen des Vorgangsbearbeitungsmanagement Fördermittelbearbeitung (VBM) veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 72	580.400	352.100	352.100
		0	0

73 Verfahren des Katastrophenschutzes

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält Ausgaben für den Betrieb der Anwendungen des Katastrophenschutzes.

511 73	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	75.200	84.000	84.000
			29.664	0	0

Erläuterungen:

Lizenz- und Wartungsverträge für Katastrophenschutzsoftware im regionalen und bundesweiten Verbund

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Softwarepflege Schnittstelle VEMAGS-HAMISSA (ALVA)	17.644	25.000	62.100	62.100
2.	Pflege für Softwaremodule MI	1.260	1.300	3.000	3.000
3.	Pflege DISMA für Landkreise und LVwA	10.760	18.900	18.900	18.900
4.	DISMA-Upgrade auf Version 6.0	0	30.000	0	0
Zusammen		29.664	75.200	84.000	84.000

812 73	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	75.200	84.000	84.000
		0	0

93 Informationssicherheit

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats und der "Leitlinie zur Informationssicherheit in der unmittelbaren Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Informationssicherheitsleitlinie Sachsen-Anhalt - LISL LSA)" auf Ressortebene veranschlagt. Dazu zählen unter anderem auch der Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems. Ausgaben für die Errichtung des ressortübergreifenden und landesweiten Informationssicherheitsmanagementsystems und die Initiierung der Sicherheitsprozesse auf Ressort- und Landesebene sind bei Kapitel 19 10 Titelgruppe 65 zentral veranschlagt.

511 93	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

525 93	019	Aus- und Fortbildung	3.000	2.100	2.100
			1.958	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Aus- und Fortbildung der Informationssicherheitsbeauftragten und der Administratoren veranschlagt.

533 93	019	Dienstleistungen Außenstehender	27.000	9.600	9.600
			9.122	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Umsetzung des Schulungs- und Sensibilisierungskonzeptes für Informationssicherheit	3.790	7.000	4.000	4.000
2.	Einrichtung und weiterer Aufbau ISMS im Ressort	2.122	10.000	2.400	2.400
3.	Begleitung der Umsetzung der Informationssicherheit für Fachverfahren	3.210	10.000	3.200	3.200
Zusammen		9.122	27.000	9.600	9.600

Nachrichtlich: Summe TGr. 93	30.000	11.700	11.700
		0	0

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die lokalen Netzwerke sowie Telekommunikationsinfrastrukturen und die Beschaffung von TK-Endgeräten veranschlagt.

Der Anteil für das sogenannte Gebührenaufkommen ist hingegen in den Sachhaushalten aller Ressorts bzw. das Gebührenaufkommen "Festnetz" zentral im Sachhaushalt des MID berücksichtigt.

511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	207.500	133.200	133.200
			126.863	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Ersatzbeschaffungen und Wartungsverträge für den allgemeinen Geschäftsbereich des MI sowie für TK-Anlagen, Telefone sowie für den Anschluss an das Landesnetz für ZAST, AKZ, ASE und LAE veranschlagt.

812 94	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	51.000	31.500	31.500
			29.996	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Ersatz der Netzwerktechnik des MI und LVwA veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 94	258.500	164.700	164.700
		0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben des IT-Budgets (enthält alle für die IT-Arbeitsplatzausstattung und die im Hintergrund laufenden zentralen oder dezentralen Verfahren anfallenden Ausgaben, insbesondere erstmalige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen, Peripheriegeräte wie Scanner oder Netzwerkdrucker, Multifunktionsgeräte (ohne gesonderte Verbrauchsmaterialien), Server, Datensicherungsmedien, Beamer - jeweils inklusive Zubehör, Lizenzkosten, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Verbrauchsmittel, Beratungs- und Programmierleistungen, Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren) sowie kleinere Fachverfahren des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Inneres und Sport veranschlagt.

511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	721.400 523.363	549.500 0	549.500 0

Erläuterungen:

1.	IT-Budget des allgemeinen Geschäftsbereichs	509.873	712.000	515.100	515.100
2.	IT-Budget der ZAS und LAE	13.490	9.400	9.400	9.400
3.	Betrieb/Pflege Hunderegister	0	0	25.000	25.000
Zusammen		523.363	721.400	549.500	549.500

518 95	019	Mieten und Pachten	209.400 194.136	203.800 0	203.800 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Lizenzen des Ministerium und des nachgeordneten Bereichs veranschlagt.

525 95	019	Aus- und Fortbildung	98.400 27.324	28.700 0	28.700 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Aus- und Fortbildung der Administratoren veranschlagt.

533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	191.800 137.369	144.200 0	144.200 0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Dienstleistungsvertrag IT-Betreuung AFI	101.088	101.200	101.200	101.200
2.	Netzwerk und Systemwartung - LVwA	30.420	50.600	30.400	30.400
3.	IKT-Dienstleistungen - LVwA	5.861	40.000	12.600	12.600
Zusammen		137.369	191.800	144.200	144.200

542 95	019	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0

682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	86.700 121.006	127.100 0	127.100 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Infrastrukturdienste für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport durch die Dataport AöR veranschlagt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 219.657	230.600 0	230.600 0
*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.					
891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 13.922	14.600 0	14.700 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 95			1.307.700	1.298.500 0	1.298.600 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 07 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dgl.

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.200.700	1.758.900 0	1.758.900 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.236.000	1.215.300 0	1.215.300 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	634.600	667.900 0	682.300 0
Gesamtausgabe		4.071.300	3.642.100	3.656.500
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-4.071.300	-3.642.100	-3.656.500

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 08 Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 07, 19 09, 19 10, 19 11, 19 13, 19 15, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 08 sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport - Landespolizei - alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zum Betrieb und zur Unterhaltung der polizeilichen Fachverfahren und der allgemeinen IT-Arbeitsplatzausstattung erforderlich sind. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 08 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt bei der Landespolizei.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

62 Verfahren der Zentralaufgaben der Landespolizei

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe Kapitel 19 08 Titelgruppe 62.

281 62	019	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	0 0	0	0
346 62	019	Zuschüsse für Investitionen von der EU	0 215.428	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Verfahren der polizeilichen Verkehrsunfall- und Kriminalitätsbekämpfung sowie Präventionsarbeit

511 61	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.188.300 1.398.475	1.398.800 0	1.398.800 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem Betrieb der forensischen IKT und der IKT der Spezialeinheiten sowie der EDV-Beweissicherung (Softwarepflege und Ersatzbeschaffung).

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Softwarepflege IDEA (Interactive Data Extraction und Analysis) und Audit (Datenanalyse in der Wirtschaftsjahresabschlussprüfung)	12.600	13.900	13.900
2.	Softwarepflege und Leistungen für AFIS (automatisiertes Fingerabdruckidentifizierungssystem) und FIVAS (Forensisches Informations-, Vorgangsbearbeitungs- und Asservatenverwaltungs-System)	154.700	158.000	158.000
3.	Softwarepflege für grafische Kriminalanalyse	2.500	3.900	3.900
4.	Softwarepflege Lizenzen, Upgrades Spezialeinheiten (EDV-BuA, 4C, WiKri)	996.600	1.200.000	1.200.000
5.	NUIX Softwarepflegevertrag	21.900	23.000	23.000
Zusammen		1.188.300	1.398.800	1.398.800

533 61	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0

812 61	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	356.200 368.544	529.400 1.400.000	829.400 0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			800.000		800.000
2027			200.000		200.000
2028			200.000		200.000
2029 ff.			200.000		200.000
Summen			1.400.000		1.400.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 08 Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 61

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Vertrages über die Beschaffung und Implementierung eines Asservatenmanagementsystems.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	1.544.500	1.928.200	2.228.200
		1.400.000	0

62 Verfahren der Zentralaufgaben der Landespolizei

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 19 08 Titelgruppe 62.

511 62 019 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.772.500	1.803.000	2.052.900
	1.650.512	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Wartungs-, Pflege- und Serviceverträge von zentralen Polizeianwendungen (z. B. Polizeilicher Informations- und Analyseverbund (PIAV)) und von zentraler Infrastruktur

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Serviceverträge für Landesdatenhaltung und Storage	455.000	475.000	475.000
2.	Social Media Analytics (SMA)- Geoinformationssystem (GIS)	11.000	0	0
3.	sonstige Verträge und Maßnahmen	498.300	388.300	596.600
4.	Social Media Analytics SMA - netmanST - Social Media Analytics - Auswertung sozialer Netzwerke	63.000	66.000	66.000
5.	Wartung und Pflege PIAV	703.700	828.000	865.000
6.	Servicevertrag WLAN DHFS	10.000	11.000	12.100
7.	Serviceverträge Zentrales Anwendungsorientiertes Modulares Informations- und Kommunikationssystem ZAMIK PSK II	31.500	34.700	38.200
Zusammen		1.772.500	1.803.000	2.052.900

533 62 019 Dienstleistungen Außenstehender	65.000	65.000	65.000
	1.100	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Dienstleistungen zur Unterstützung, den Umbau der zentralen Infrastruktur für den Betrieb von Endgeräten zu einem SLA-gestützten Betrieb bei Dataport AöR und weiterer Transformationen veranschlagt.

631 62 019 Sonstige Zuweisungen an den Bund	1.737.200	1.857.700	1.901.200
	1.466.474	0	0

Erläuterungen:

Kostenbeteiligungen des Landes an folgenden Bund-Länder-Verbundanwendungen:

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 08 Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 631 62

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Länderanteil EPOST810	12.600	12.600	12.600
2.	Länderanteil VS-Mail	6.700	6.700	6.700
3.	Länderanteil Abgleichservice ABS (Massendatenabgleich)	11.000	11.000	11.000
4.	Länderanteil Hinweisportal	39.000	39.000	39.000
5.	Länderanteil Polizei IT-Fonds	1.667.900	1.736.300	1.760.900
6.	Einsatzkommunikations- und Unterstützungssystem EKUS zentral (Bund)		51.100	70.000
7.	Länderanteil VS-Sprachverbund		1.000	1.000
Zusammen		1.737.200	1.857.700	1.901.200

632 62	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	872.600	1.150.600	1.402.600
			192.172	0	0

Erläuterungen:

Kostenbeteiligungen des Landes an länderübergreifenden Anwendungen sowie des IT-Koordinators.
Die Ausgaben der Nr. 4 wurden bis zum HHJ 2024 im Titel 632 95 nachgewiesen.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Länderanteil IT-Kooperation	824.000	1.080.000	1.330.000
2.	GSL - PAST - Vertrag NRW GSL.net	28.000	32.000	34.000
3.	Länderanteil Projekt ESCAPE PRO	20.600	20.600	20.600
4.	Länderanteil hauptamtlicher IT- Koordinator	0	18.000	18.000
Zusammen		872.600	1.150.600	1.402.600

682 62	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	16.686.700	16.810.200	16.810.200
			10.586.097	42.500.000	1.200.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	8.047.900	200.000			8.247.900
2026	7.913.800	200.000	8.500.000		16.613.800
2027	313.800	200.000	8.500.000	300.000	9.313.800
2028			8.500.000	300.000	8.800.000
2029 ff.			17.000.000	600.000	17.600.000
Summen	16.275.500	600.000	42.500.000	1.200.000	60.575.500

Erläuterungen:

Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen dienen insbesondere dem Abschluss von unbefristeten Betriebsverträgen der Fachverfahren sowie der Verlängerung der Clientbetreuung.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 08 Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 62

Es sind Ausgaben aus der Übertagung aller zentralen Fachverfahren auf und deren Betrieb durch die Dataport AöR veranschlagt.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	lfd. Betrieb Fachverfahren	7.360.000	7.775.000	7.775.000
2.	Kosten der Migration von Verfahren bei der AöR Dataport	40.000	20.000	20.000
3.	Anschluss der Polizei als datenabrufende Stelle	1.900	1.900	1.900
4.	erweiterter Support AD	91.700	91.700	91.700
5.	Nutzung Videokommunikation	6.000	6.000	6.000
6.	dezentrale Clientbetreuung	7.600.000	8.194.000	8.194.000
7.	Betrieb Test-/Entwicklungs-/ Schulungssystem/ Produktionsumgebung @rtus	777.600	0	0
8.	Landesanteil @rtus-Kooperation	747.500	650.000	650.000
9.	Betriebskosten verschlüsselter Transport	62.000	62.000	62.000
10.	Bereitstellung ALG		9.600	9.600
Zusammen		16.686.700	16.810.200	16.810.200

812 62	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	857.600	72.000	396.100
			1.664.218	396.100	500.000

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026			396.100		396.100
2027				500.000	500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		500.000	396.100	500.000	1.396.100

Erläuterungen:

Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen dienen der Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung. Die Ausgaben sind für die Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für die zentralen Anwendungen der Polizei insbesondere Security-Infrastruktur, Erkennungsdienst und die Anpassung der Systeme zur audiovisuellen Vernehmung veranschlagt.

881 62	019	Zuweisungen für Investitionen an Bund	48.800	0	0
			31.897	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben werden ab dem Haushaltsjahr 2025 im Titel 631 62 aufgrund einer bestehenden Verwaltungsvereinbarung veranschlagt. Die Ausgaben bilden den Anteil des Landes ST gemäß dem modifiziertem Königsteiner Schlüssel.

882 62	019	Zuweisungen für Investitionen an Länder	0	0	0
			0	0	0

891 62	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 08 Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	22.040.400	21.758.500	22.628.000
		42.896.100	1.700.000

63 Fachverfahren der Polizeiverwaltung

511 63 019 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	127.900	123.800	123.800
	61.621	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen insbesondere der Softwarepflege der Anwendungen der Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt, der E-Vergabe und Ersatzbeschaffung von Barcodescannern zur Nachweisführung von beweglichen Sachen in Bestandsverzeichnissen.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Softwarepflege E-Vergabe (AI)	10.600	10.600	10.600
2.	Barcode und RFID zur Nachweisführung von FEM der Landespolizei	10.000	7.000	7.000
3.	Pflegeverträge FH Pol (Pflegevertrag Bibliothekssoftware, YuLinc, ILIAS)	31.400	32.000	32.000
4.	Logistiksoftware Support/Wartung	26.500	26.500	26.500
5.	Softwarelizenzen Bewerbersoftware FH Pol	47.700	47.700	47.700
6.	ERP (SAP) HR Personalsystem - Tool hr-easy-copy	1.700	0	0
Zusammen		127.900	123.800	123.800

533 63 019 Dienstleistungen Außenstehender	98.000	112.000	103.900
	100.459	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem externen Support der dreistufigen ERP-Systemlandschaft.

891 63 019 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	299.600	299.600	299.600
	289.722	0	0

Erläuterungen:

Softwarepflege der ERP-Anwendung der Landespolizei, die über die Dataport AöR bezogen wird. Der Supportvertrag beinhaltet Lizenzen und Updateberechtigungen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	525.500	535.400	527.300
		0	0

64 Ordnungswidrigkeitenverfahren

511 64 019 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.700	20.800	21.000
	20.255	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Hardware- und Softwarepflege des Verkehrsüberwachungssystems (ESO) und des Fachverfahrens der Zentralen Bußgeldstelle zur Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren (ZBS ZAFST).

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 08 Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 64

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Supportvertrag (ESO 3.0)	4.500	4.600	4.700
2.	Ordnungswidrigkeitsverfahren ZAFST HW/SW Supportvertrag	16.200	16.200	16.300
Zusammen		20.700	20.800	21.000

812 64	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			20.700	20.800	21.000
				0	0

65 Zentrales Beschaffungsmanagement der Landesverwaltung

Erläuterungen:

Das Zentrale Beschaffungsmanagement der Landesverwaltung (BeST) wird durch die Dataport AöR betrieben.

682 65	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	268.400	435.400	454.700
			194.336	0	0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Zentrales Beschaffungsmanagement - Technisches Verfahrensmanagement	200.200	200.200	211.000
2.	Zentrales Beschaffungsmanagement - Fachliches Verfahrensmanagement	68.200	68.200	68.200
3.	Software, Wartung Schnittstelle Profiskal	0	4.700	5.000
4.	Lizenzpflege	0	160.700	168.800
5.	Customizing	0	1.600	1.700
Zusammen		268.400	435.400	454.700

891 65	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	163.200	0	0
			161.282	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			431.600	435.400	454.700
				0	0

93 Informationssicherheit

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats und der "Leitlinie zur Informationssicherheit in der unmittelbaren Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Informationssicherheitsleitlinie Sachsen-Anhalt - LISL LSA)" auf Ressortebene veranschlagt. Dazu zählen unter anderem auch

der Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems.

Ausgaben für die Errichtung des ressortübergreifenden und landesweiten Informationssicherheitsmanagementsystems und die Initiierung der Sicherheitsprozesse auf Ressort- und Landesebene sind bei Kapitel 19 10 Titelgruppe 65 zentral veranschlagt.

525 93	019	Aus- und Fortbildung	6.000	6.000	6.000
			3.415	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 08 Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 93

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die regelmäßige und kontinuierliche Fortbildung der Informationssicherheitsbeauftragten und Administratoren gemäß der BSI-Standards bzw. des BSI-Kompodiums zu Themen der Informationssicherheit veranschlagt.

533 93	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
682 93	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 93			6.000	6.000 0	6.000 0

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Ab dem Jahr 2022 sind die Ausgaben dieser Titelgruppe bei Kapitel 19 02 Titelgruppe 94 veranschlagt.

511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
533 94	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 94			0	0 0	0 0

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben des IT-Budgets (enthält alle für die IT-Arbeitsplatzausstattung und die im Hintergrund laufenden zentralen oder dezentralen Verfahren anfallenden Ausgaben, insbesondere erstmalige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen, Peripheriegeräte wie Scanner oder Netzwerkdrucker, Multifunktionsgeräte (ohne gesonderte Verbrauchsmaterialien), Server, Datensicherungsmedien, Beamer - jeweils inklusive Zubehör, Lizenzkosten, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Verbrauchsmittel, Beratungs- und Programmierleistungen, Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren) veranschlagt.

511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2.601.100 2.236.041	2.936.300 0	3.014.300 0

Erläuterungen:

Ausgaben dienen der Hard- und Softwarewartung und -pflege für einen gesicherten Betrieb und das Management der Server, Router, Switches, Firewall- und Security-Komponenten und der Leitstellentechnik der Polizei. Der Aufwuchs begründet sich durch steigende Kosten für die Wartung der Leitstellen.

514 95	019	Verbrauchsmittel	50.000 7.003	15.000 0	15.000 0

Erläuterungen:

Ausgaben dienen der Beschaffung von ADV-Zubehör und Ersatzteilen für die Behörden und Einrichtungen der Landespolizei.

525 95	019	Aus- und Fortbildung	53.000 16.591	54.000 0	55.000 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 08 Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 95

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Aus- und Fortbildung des IT-Personals veranschlagt. Neben den allgemeinen Fortbildungsmaßnahmen der Landesverwaltung sind speziell in der IT Fachlehrgänge zur Erlangung von Spezialwissen erforderlich.

533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	308.000	270.000	270.000
			424.009	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für IT-Dienstleistungen zur Erstellung von Konzeptionen zur Durchführung von zeitkritischen (ad-hoc) Leistungen für die Polizei veranschlagt.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Unterstützungsleistungen zeitkritischer Leistungen der Polizei	150.000	150.000	150.000
2.	Unterstützungsleistungen für Installation und Konfiguration neuer Hardware sowie Migration von Software	158.000	120.000	120.000
Zusammen		308.000	270.000	270.000

632 95	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	18.000	0	0
			4.199	0	0

Erläuterungen:

Der Landesanteil ist gemäß Königsteiner Schlüssel für die Geschäftsstelle zur Harmonisierung der IT-Systeme der Polizei des Bundes und der Länder veranschlagt. Die Harmonisierung der IT-Systeme der Polizeien des Bundes und der Länder bringt einen erhöhten Abstimmungs- und Koordinierungsaufwand auf Bund-Länder-Ebene mit sich. Dem Rechnung tragend wurde durch die Länder die Bestellung eines hauptamtlichen IT-Koordinators vereinbart. Die Ausgaben wurden auf Grundlage des Königsteiner Schlüssels ermittelt und dienen der Finanzierung des Koordinators und der Geschäftsstelle. Die Ausgaben werden ab dem HHJ 2025 im Titel 632 62 nachgewiesen.

682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	225.700	250.100	260.100
			553.443	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Betriebsstabilisierung durch Bereitstellung von IT-Infrastruktur für die Polizeiinspektion Zentrale Dienste durch die Dataport AöR sowie der Deckung von Lizenzkosten von Antivirensoftware über die Dataport AöR.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Betriebsstabilisierung Standort MD Otto-von-Guericke-Str.	100.700	120.100	120.100
2.	Antivirensoftware McAfee (SW-Pflege und Support)	125.000	130.000	140.000
Zusammen		225.700	250.100	260.100

812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1.554.200	369.000	410.900
			1.143.082	410.900	500.000

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 08 Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 95

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			410.900		410.900
2027				500.000	500.000
2028					
2029 ff.					
Summen			410.900	500.000	910.900

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient der Hardwareersatz- und Ergänzungsbeschaffung.

Ausgaben sind neben dem allgemeinen IT-Budget für den Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen, wie Hardware für IT-Managementsysteme, Netzwerkkomponenten, IT-Sicherheit (Virenschutz), Ersatz von Endgeräten, Einsatzleitstellen (ELS) vorgesehen.

891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	358.200	60.700	124.000
			1.315.800	0	0

Erläuterungen:

Anteil der IKT-Ausgaben einer Ländervereinbarung am "Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrum der Polizeien der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen auf dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung" (GKDZ TKÜ)

Nachrichtlich: Summe TGr. 95	5.168.200	3.955.100	4.149.300
		410.900	500.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 08 Ministerium für Inneres und Sport - Verfahren der Landespolizei

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6.290.500	6.804.700 0	7.125.700 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	19.808.600	20.504.000 42.500.000	20.828.800 1.200.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.637.800	1.330.700 2.207.000	2.060.000 1.000.000
Gesamtausgabe		29.736.900	28.639.400	30.014.500
Gesamtsumme der VE			44.707.000	2.200.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-29.736.900	-28.639.400	-30.014.500

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 07, 19 08, 19 10, 19 11, 19 13, 19 15, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 09 sind alle Einnahmen und Ausgaben für E-Government-Vorhaben und -Verfahren mit kommunalem Bezug veranschlagt. Die jeweiligen Zuständigkeiten für die in diesem Kapitel ausgebrachten Vorhaben und Verfahren sind an den einzelnen Ausgabebetitelgruppen erläutert.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

70 Personenstandswesen

Erläuterungen:

Kostenerstattungen der Kommunen für die Nutzung des landeseinheitlichen Elektronischen Personenstandsregisters

233 70	019	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	534.000 509.685	534.000	534.000

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabebetitelgruppe Kapitel 19 09 Titelgruppe 70.

Erläuterungen:

Es sind Einnahmen für den Betrieb des elektronischen Personenstandsregister des Landes Sachsen-Anhalt veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	534.000	534.000	534.000

71 Digitalisierungsprojekte

Erläuterungen:

Die letztmalige Vereinnahmung von zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen zur Unterstützung von Digitalisierungsprojekten erfolgte im Haushaltsjahr 2017 sowohl bei Einzelplan 08 Kapitel 08 02 Titelgruppe 73 als auch in dieser Titelgruppe.

231 71	019	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

63 Anwendung für den Bereich der Kindertagesbetreuung und -pflege

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe werden die Ausgaben einer landeseinheitlichen Software für die Fachaufsicht nach § 20 KiFöG und andere KiTa-Verwaltungsprozesse (z. B. Finanzierung) abgebildet.

Die fachliche und finanzielle Verantwortung dieser Titelgruppe liegt im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

511 63	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	41.100	42.100	42.600
			40.109	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	42.300				42.300
2026	43.200				43.200
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	85.500				85.500

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Hostingleistung	12.003	12.300	12.600	12.800
2. Anwendersupport	28.106	28.800	29.500	29.800
Zusammen	40.109	41.100	42.100	42.600

533 63	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

682 63	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

812 63	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	168.200	200.400	199.900
			202.368	162.400	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 63

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	36.800				36.800
2026	37.500		162.400		199.900
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	74.300		162.400		236.700

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung ist für den Abschluss eines Vertrages über die Erweiterung der Softwarefunktionen veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Finalisierung und Weiterentwicklung von kifoeg.web	158.661	83.700	113.800	111.700
2.	Wartung und Pflege	31.799	48.800	50.200	50.800
3.	Wartung und Pflege für ergänzende Module	11.908	35.700	36.400	37.400
Zusammen		202.368	168.200	200.400	199.900

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	209.300	242.500	242.500
		162.400	0

65 Verfahren zum zentralen Abruf von Meldedaten durch öffentliche Stellen

Erläuterungen:

Die Ansätze dienen dem Betrieb eines zentralen Meldedatenbestandes durch den zentralen IKT-Dienstleister zur Sicherstellung eines jederzeitigen automatischen Abrufs von Meldedaten durch öffentliche Stellen. Mit dem Inkrafttreten des Bundesmeldegesetzes ist ein Onlinezugriff öffentlicher Stellen des Bundes und der Länder auf bestehende Meldedatenbestände zu ermöglichen.

Die fachliche und finanzielle Verantwortung liegt im Ministerium für Inneres und Sport.

632 65	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0	0	0
			0	0	0
682 65	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	742.200	554.400	554.400
			318.376	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 65

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bereitstellung der Infrastruktur und Betrieb des zentralen Meldedatenbestandes (ZMB)	316.670	336.100	316.300	316.300
2.	Public Key Infrastruktur (PKI) Zertifikate für das elektronische Meldewesen	1.706	2.100	2.100	2.100
3.	Aufbau automatisierter Lichtbildabruf	0	315.000	0	0
4.	Betrieb zentraler Lichtbildbestand	0	89.000	236.000	236.000
Zusammen		318.376	742.200	554.400	554.400

891 65	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			742.200	554.400	554.400
				0	0

67 IKT-Architektur der Schulen

** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

511 67	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

633 67	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67			0	0	0
				0	0

69 Qualitätsmanagement der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung

Erläuterungen:

Betrieb der zentralen Anwendung zum Qualitätsmanagement der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung (TELEVETS)

Die fachliche und finanzielle Verantwortung liegt im Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten.

511 69	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	164.800	164.800	164.800
			173.315	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 69

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		14.000			14.000
2026		14.000			14.000
2027		14.000			14.000
2028		14.000			14.000
2029 ff.					
Summen		56.000			56.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	laufende Pflegekosten BALVI iP	124.500	124.500	124.500
2.	Pflegekosten zentrales Betriebsstammregister (zBR)	14.400	14.400	14.400
3.	Pflegekosten Laborinformationssystem Futtermittelüberwachung (LIMS-FMÜ)	4.000	4.000	4.000
4.	Pflegekosten BALVI Tierische Nebenprodukte	7.900	7.900	7.900
5.	Anwendungsbetreuung der Kommunen zu BALVI iP2	14.000	14.000	14.000
Zusammen		164.800	164.800	164.800

682 69	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	315.200	584.000	591.700
			306.939	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		72.500			72.500
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		72.500			72.500

Erläuterungen:

Ausgaben sind für Hostingleistungen der Dataport AöR für das Verfahren TELEVETS (BALVI iP inkl. produktiver Module wie xGewerbeschnittstelle und zentrales Betriebsstammregister (zBR), BALVI-Geoschutz sowie eine Erhöhung der Kapazität des Verfahrensspeichers) veranschlagt.

812 69	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	80.000	122.600	110.200
			73.500	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 69

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	75.000				75.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	75.000				75.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Landesbeitrag zentrale Koordinierungs- und Kommunikationsstelle IT	80.000	89.100	100.200
2.	Einrichtung einer Schnittstelle für die Tierseuchenkasse an das zentrale Betriebsstammdatenregister BALVI	0	17.500	0
3.	Einrichtung einer Schnittstelle für die Datenbank HI-Tier an das zentrale Betriebsstammdatenregister BALVI	0	6.000	0
4.	Erstellung landeseigener Statistiken	0	10.000	10.000
Zusammen		80.000	122.600	110.200

Nachrichtlich: Summe TGr. 69	560.000	871.400	866.700
		0	0

70 Personenstandswesen

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 19 09 Titel 233 70.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem Betrieb der zentralen Anwendung "Elektronisches Personenstandsregister". Es ermöglicht die Führung, Verwaltung und Speicherung der Registereinträge aller Standesämter Sachsen-Anhalts für das Eheregister, das Lebenspartnerschaftsregister, das Geburtenregister und das Sterberegister. Die landeseinheitliche Lösung wird bei der Arbeitsgemeinschaft Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt, bestehend aus der KID Magdeburg und der ITC Halle, betrieben.

Die fachliche und finanzielle Verantwortung liegt im Ministerium für Inneres und Sport.

511 70	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	534.000	534.000	534.000
			516.412	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Betrieb der zentralen Anwendung "Elektronisches Personenstandsregister" veranschlagt.

682 70	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	16.500	23.200	23.200
			16.439	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 70

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Bezug von PKI-Zertifikaten für die Arbeit mit dem elektronischen Personenstandsregister des Landes Sachsen-Anhalt vom zentralen IKT-Dienstleister veranschlagt.

812 70	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			550.500	557.200	557.200
				0	0

71 Digitalisierungsprojekte

Übertragbar

****** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

******* Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

633 71	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			-9.571	0	0

671 71	019	Erstattungen an die Investitionsbank	0	0	0
			-3.784	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 71			0	0	0
				0	0

72 Verfahren des Asyl- und Ausländerwesens

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für das Asylbewerbermanagementsystem Sachsen-Anhalt (ABES) und eine ebenübergreifende Kollaborationsplattform vorgesehen. Diese dienen zur Umsetzung bundesgesetzlicher Regelungen, die im AZRG, AsylG und AufenthG geregelt sind. Die Länder tragen ab dem Jahr 2019 die Kosten für die technische Ausstattung zur Erstregistrierung von Asylsuchenden im Rahmen ihrer Erstaufnahmeeinrichtungen.

Die fachliche und finanzielle Verantwortung liegt im Ministerium für Inneres und Sport.

511 72	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.300	1.300	1.300
			19.776	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Verbrauchsmaterial für die Personalisierungsinfrastrukturkomponenten veranschlagt.

682 72	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

812 72	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	464.000	326.600	326.600
			308.139	0	0

******* Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 72

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		300.000			300.000
2026		300.000			300.000
2027		300.000			300.000
2028					
2029 ff.					
Summen		900.000			900.000

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung von ABES	295.339	162.800	300.000	300.000
2.	Erstregistrierung Asylsuchende - Supportkosten PIK	12.800	96.200	13.000	13.000
3.	Entwicklung einer neuen Softwarelösung zur Erstregistrierung von Ausländern	0	200.000	13.600	13.600
4.	Nutzung des blockchainbasierten Asylassistenzsystems "Flora" des BAMF	0	5.000	0	0
Zusammen		308.139	464.000	326.600	326.600

882 72	019	Zuweisung für Investitionen an Länder	0	0	0
			0	0	0
891 72	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			470.300	327.900	327.900
				0	0

73 Fachverfahren der Notrufdienste

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für einen barrierefreien Zugang sprach- und hörgeschädigter Menschen zum Notruf-App System vorgesehen.

Die fachliche und finanzielle Verantwortung liegt im Ministerium für Inneres und Sport.

511 73	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
632 73	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	132.100	305.100	305.100
			132.769	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Kostenanteil des Landes für den Betrieb und die Weiterentwicklung einer länderübergreifenden "Notruf-App" veranschlagt. Die "Notruf-App" stellt einen barrierefreien Zugang für sprach- und hörgeschädigte Menschen zu den Notrufdiensten 112 und 110 dar. Der Aufwuchs der Ausgaben in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 wird durch höhere Weiterentwicklungskosten verursacht.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

812 73	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	132.100	305.100	305.100
		0	0

74 Verfahren der zentralen Leistungsredaktion

Erläuterungen:

Die Ansätze dienen dem Betrieb und der Weiterentwicklung von Basisdiensten (gemäß § 17 E-Government-Gesetz Sachsen-Anhalt - EGovG LSA), die dem Zuständigkeitsbereich der Zentralen Leistungsredaktion zuzuordnen sind. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz - OZG), indem es ihnen das Landesportal Sachsen-Anhalt einschließlich der dort angebotenen Basisdienste unentgeltlich zur Nutzung überlässt.

Die fachliche und finanzielle Verantwortung liegt im Ministerium für Inneres und Sport.

511 74	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			14.863	0	0

518 74	019	Mieten und Pachten	29.600	29.600	29.600
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Landeslizenz E-Learning zu FIM - Web Based Training (WBT) veranschlagt.

525 74	019	Aus- und Fortbildung	14.500	0	0
			0	0	0

533 74	019	Dienstleistungen Außenstehender	26.500	26.500	26.500
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Dienstleistungen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und des EGovG LSA veranschlagt.

682 74	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	880.000	773.500	773.500
			979.616	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Weiterentwicklung und Betrieb des Infodienstes "Bürger- und Unternehmensservice" für Sachsen-Anhalt (BUS)	718.116	650.000	773.500	773.500
2.	Weiterentwicklung und Betrieb des Basisdienstes ARIS4FIM	261.500	230.000	0	0
Zusammen		979.616	880.000	773.500	773.500

812 74	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

891 74	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 74	950.600	829.600	829.600
		0	0

75 Verfahren für den Bereich des Informationszugangsgesetzes

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für ein Informationsregister 2.0 zur Umsetzung des § 11a Informationszugangsgesetz (IZG LSA) vorgesehen.

Die fachliche und finanzielle Verantwortung liegt im Ministerium für Inneres und Sport.

511 75	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
682 75	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			55	0	0
812 75	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
891 75	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	400.000	60.600	60.600
			60.529	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	500.000				500.000
2026	500.000				500.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	1.000.000				1.000.000

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Entwicklung des Informationsregisters 2.0 veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 75	400.000	60.600	60.600
		0	0

76 Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Erläuterungen:

Die fachliche und finanzielle Verantwortung liegt im Ministerium für Inneres und Sport.

812 76	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
882 76	019	Zuweisung für Investitionen an Länder	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 76	0	0	0
		0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

78 Digitale Kooperation Sachsen-Anhalt

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Ausgaben der Titelgruppe dienen der Umsetzung des E-Government-Gesetz des Landes (EGovG LSA) sowie der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) im übertragenen Wirkungskreis. Die Nachnutzung von digitalen Lösungen aus der OZG-Umsetzung erfordert geeignete Zusammenarbeitsformen zwischen der Landesebene und den Kommunen. Entsprechend werden in dieser Titelgruppe alle Maßnahmen veranschlagt, die zur Etablierung neuer Kooperationsstrukturen (Institutionalisierung, Schaffung eines Inhouse-Verhältnisses zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften, Unterstützungsleistungen) als auch der Implementierung von Online-Diensten auf kommunaler Ebene dienen.

533 78	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	11.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				2.750.000	2.750.000
2028				2.750.000	2.750.000
2029 ff.				5.500.000	5.500.000
Summen				11.000.000	11.000.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines unbefristeten Vertrages zum Betrieb der Prozessplattform Picture sowie zugehörigen Lizenzen.

682 78	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	3.920.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				801.500	801.500
2028				1.039.500	1.039.500
2029 ff.				2.079.000	2.079.000
Summen				3.920.000	3.920.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss von unbefristeten Verträgen für den Betrieb des Basisdienstes d)Bürgerportal und dem Betrieb der in Sachsen-Anhalt entwickelten .NET und AFM-Onlinedienste (für Kommunen des Landes Sachsen-Anhalts).

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 78	019	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			0	0	0

894 78	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	37.480.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				9.370.000	9.370.000
2028				9.370.000	9.370.000
2029 ff.				18.740.000	18.740.000
Summen				37.480.000	37.480.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss mehrerer unbefristeter Verträge für die Maßnahmen: Antragsraum ITEBO, Bereitstellung und Rollout Online-Dienste, Digital-Lotsen, IT-Sicherheit für Kommunen, zentrales PMO Kommunen, Aufbaustab KITU, Bildungspaket Kommunen sowie Vertragsmanagement KITU.

Nachrichtlich: Summe TGr. 78	0	0	0
		0	52.400.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 09 Ebenenübergreifende Vorhaben mit kommunalem Bezug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	534.000	534.000	534.000

Gesamteinnahme		534.000	534.000	534.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	816.800	798.300	798.800
			0	11.000.000

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.086.000	2.240.200	2.247.900
			0	3.920.000

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.112.200	710.200	697.300
			162.400	37.480.000

Gesamtausgabe		4.015.000	3.748.700	3.744.000

Gesamtsumme der VE			162.400	52.400.000

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-3.481.000	-3.214.700	-3.210.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 07, 19 08, 19 09, 19 11, 19 13, 19 15, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 19 10 beträgt zum 31.12.2025 0 Vollzeitäquivalente.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 19 10 beträgt zum 31.12.2026 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 10 sind alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zur Umsetzung der IKT-Strategie und des E-Governments erforderlich sind, soweit nicht besondere Projektmittel (vgl. insbesondere Kapitel 19 03) ausgebracht sind bzw. Verfahren mit kommunalem Bezug (Kapitel 19 09) vorliegen. Der dauerhafte Betrieb von E-Governmentanwendungen ist in den Kapiteln der Ressorts veranschlagt, die für die jeweiligen Themenbereiche zuständig sind. Der Betrieb ressortübergreifender E-Governmentanwendungen ist im Kapitel 19 02 Titelgruppe 62 zusammengefasst. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 10 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt bei dem für IKT zuständigen Ministerium.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

61 Vorhaben des IT-Planungsrates

231 61	019	Sonstige Zuweisungen vom Bund	123.400	0	0
			359.333		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 19 10 Titelgruppe 61.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	123.400	0	0

65 Informationssicherheit Land Sachsen-Anhalt

119 65	019	Sonstige vermischte Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	0	0	0

66 Drittmittelfinanzierte Maßnahmen zur Umsetzungen des Onlinezugangsgesetzes

231 66	019	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			21.797.063		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 19 10 Titelgruppe 66.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	0	0

67 Maßnahmen zur Umsetzungen des Onlinezugangsgesetzes im Themenfeld Bildung

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 19 10 Titelgruppe 67.

232 67	019	Sonstige Zuweisungen von Ländern	1.250.900	1.488.600	1.488.600
			0		

Erläuterungen:

Kostenerstattung der Länder für die Inanspruchnahme von durch LSA zentral bereitgestellte Dienste.

Die Einnahmen dienen der anteiligen Deckung der Ausgaben im Kapitel 19 10 Titelgruppe 67.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	1.250.900	1.488.600	1.488.600

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Vorhaben des IT-Planungsrates

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 19 10 Titel 231 61.

Erläuterungen:

Dem IT-Planungsrat obliegt die Koordination der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Informationstechnik, u. a. durch Standardisierung und zentral bereitgestellte Komponenten und Dienste. Dabei nutzt er verschiedene und verteilte Struktureinheiten. Sachsen-Anhalt wurde auf Beschluss des IT-Planungsrates der Baustein "Leistungen" des Verfahrens "Föderales Informationsmanagement (FIM)" als Aufgabe übertragen. Diese schafft die Grundlage für weitergehende Maßnahmen und Aktivitäten zur Digitalisierung der deutschen Verwaltung. Die Finanzierung erfolgt durch die Einnahmen bei Titel 231 61, mit denen eine pauschale Finanzierung des IT-Planungsrates auf Grundlage des Wirtschaftsplanes der FITKO AöR erfolgt (vergleiche Titelgruppe 64). Die Aufgaben werden ab 2025 von der FITKO AöR wahrgenommen.

422 61	019	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	16.500 0	0 0	0 0
428 61	019	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	63.900 43.837	0 0	0 0
511 61	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000 35.835	0 0	0 0
525 61	019	Aus- und Fortbildung	5.000 106	0 0	0 0
527 61	019	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	7.000 332	0 0	0 0
533 61	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
632 61	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0 0	0 0	0 0
682 61	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
812 61	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10.000 0	0 0	0 0
916 61	019	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	11.000 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			123.400	0 0	0 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

64 IT-Planungsrat

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Der IT-Planungsrat ist das zentrale Steuerungsgremium für die Informationstechnologie von Bund und Ländern. Es ist die Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt an den Ausgaben des IT-Planungsrats gemäß Wirtschaftsplan der FITKO AöR als Geschäfts- und Koordinierungsstelle des IT-Planungsrates veranschlagt.

631 64	019	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

632 64	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	285.400	385.000	393.400
			250.314	0	0

Erläuterungen:

Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an den Pflegepauschalen der Produkte Governikus und Governikus MultMessenger (GMM)

682 64	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	3.519.000	3.341.100	4.132.700
			1.843.910	0	0

Erläuterungen:

Anteile des Landes Sachsen-Anhalt an dem Stammbudget (Verwaltungskosten, Produkte, Projekte und Standards) der FITKO AöR für die gemeinsam durch Bund und Länder finanzierten Vorhaben des IT-Planungsrates sowie Anteil des Landes Sachsen-Anhalt entsprechend Verwaltungsvereinbarung zum Betrieb des Portals GovData.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anteil Sachsen-Anhalt am Stammbudget der FITKO AöR	1.800.053	3.500.000	3.341.100	4.119.400
2.	Betrieb des Portals "GovData - Datenportal für Deutschland"	43.857	19.000	0	13.300
Zusammen		1.843.910	3.519.000	3.341.100	4.132.700

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			3.804.400	3.726.100	4.526.100
				0	0

65 Informationssicherheit Land Sachsen-Anhalt

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlung - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats auf Landesebene

511 65	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	89.300	59.500
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für den Betrieb einer technischen Lösung zur digitalen Signatur von in Office-Dokumenten verwendeten Makros, Umsetzung weiterer Maßnahmen der Informationssicherheit und Fortführung des Betriebs einer Mehrfaktorauthentifizierungslösung.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

522 65 019 Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge **380.000** **3.004.900** **2.903.300**
0 0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		809.200			809.200
2026		761.600			761.600
2027		761.600			761.600
2028					
2029 ff.					
Summen		2.332.400			2.332.400

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Informationssicherheitsmanagement	0	300.000	2.072.900	2.104.300
2. Strategische Beratung/Unterstützung	0	80.000	62.000	35.000
3. IT-Grundschutz-Profil	0	0	190.000	84.000
4. Beratung/Unterstützung Notfall/Business Continuity Management	0	0	400.000	400.000
5. Beratung/Unterstützung KRITIS - Kritische Infrastrukturen	0	0	280.000	280.000
Zusammen	0	380.000	3.004.900	2.903.300

zu 1.

Ziel:

Errichtung und Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagementsystems des Landes Sachsen-Anhalt (LSA).

Inhalt:

Externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Errichtung und Weiterentwicklung des Informationsmanagementsystems (ISMS) für die Landesverwaltung (ressortübergreifend und auf Ressortebene) sowie für die Landkreise, Kommunen und staatlichen Bildungs- und Forschungseinrichtungen - im Falle der Ausweitung der Zuständigkeiten des Landes Sachsen-Anhalt durch das die Richtlinien umsetzende Bundesgesetz, insbesondere Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Konzeptentwicklung und -erstellung für die konkrete Ausgestaltung der technisch-organisatorischen Umsetzungsmaßnahmen und der regulativen (Detail-)Vorgaben sowie Unterstützung bei der Umsetzung der Maßnahmen in der Fläche.

Laufzeit:

2024 bis 2027

zu 2.

Ziel:

Erstellung einer Cybersicherheitsstrategie

Inhalt:

Strategische Beratung und Unterstützung zur Konzepterstellung für die Informationssicherheit im LSA. Unterstützung bei der Erstellung der Cybersicherheitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt (neue rechtliche Verpflichtung aus Artikel 7 der EU-Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union (NIS2-Richtlinie) in Verbindung mit dem in Kürze zu erwartenden Umsetzungsgesetz des Bundes, Umsetzungspflicht bis Oktober 2024), der Weiterentwicklung des Informationssicherheitsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sowie der übergreifenden Strategie für das Land Sachsen-Anhalt in den Bereichen Informations- und Cybersicherheit.

Laufzeit:

2024 bis 2027

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 65

zu 3.

Ziel:

Anpassung der IT-Grundschatzprofile des Bundes

Inhalt:

Die Detaillierung der rechtlichen Vorgaben im (kommenden) Informationssicherheitsgesetz LSA erfolgt (über eine Rechtsverordnung) in der Form sog. IT-Grundschatz-Profile, die konkrete Maßnahmenzuschnitte beinhalten und durch Vorlagen/Blaupausen zur einheitlichen Verwendung in der Landesverwaltung flankiert werden. Zur Detaillierung der Rechtssetzung ist es erforderlich, die bereits vorliegenden Profile des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik auf die Bedarfe und Rechtssituation in Sachsen-Anhalt anzupassen und fortlaufend zu pflegen. Die Ausgaben gewährleisten die fachliche Betreuung durch externe Dienstleister.

Laufzeit:

2025-2029

zu 4.

Ziel:

Unterstützung der unmittelbaren Landesverwaltung bei der Konzeption und Umsetzung der NIS2-Richtlinie

Inhalt:

Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung der Vorgaben der NIS2-Richtlinie hinsichtlich des Notfall-/Business Continuity Managements. Die Haushaltsmittel sind erforderlich zur Erfüllung der in Vorbereitung befindlichen Ausschreibung von Dienstleistungen bezüglich der Informationssicherheit für die gesamte unmittelbare Landesverwaltung.

Laufzeit:

2025-2029

zu 5.

Ziel:

Beratung und Unterstützung KRITIS

Inhalt:

Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung der Vorgaben der NIS2-Richtlinie hinsichtlich der strengen Vorgaben im Bereich Kritische Anlagen (KRITIS). Die Haushaltsmittel sind erforderlich zur Erfüllung der in Vorbereitung befindlichen Ausschreibung von Dienstleistungen bezüglich der Informationssicherheit für die gesamte unmittelbare Landesverwaltung.

Laufzeit:

2025-2029

525 65 019 Aus- und Fortbildung

85.000

160.700

148.800

7.438

120.000

270.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	50.000	160.700			210.700
2026		172.600	60.000		232.600
2027		172.600	60.000	90.000	322.600
2028				90.000	90.000
2029 ff.				90.000	90.000
Summen	50.000	505.900	120.000	270.000	945.900

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Ausbildung und Zertifizierung der Informationssicherheitsbeauftragten der Ressorts und ihrer Geschäftsbereiche, Durchführung von Sensibilisierungs- und Unterrichtsveranstaltungen zur Informationssicherheit sowie Qualifizierung des Kompetenzteams Informationssicherheit LSA

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 525 65

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Informationssicherheit LSA	0	60.000	83.300	71.400
2.	Ausbildung Team CISO LSA	7.438	25.000	17.900	17.900
3.	Informationssicherheit Hausleitungen	0	0	59.500	59.500
Zusammen		7.438	85.000	160.700	148.800

533 65	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	1.456.600	1.456.600
			0	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Auditierungen, Prüfungen im Rahmen der Durchsetzungs- und Aufsichtspflicht bezüglich der Informationssicherheit der Landesverwaltung, offensive Prüfung der wirksamen Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der Informationssicherheit nach den Vorgaben der EU-Richtlinie "Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union (NIS2-Richtlinie)" (EU 2022/2555) sowie die Einführung von Managementwerkzeugen veranschlagt.

631 65	019	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		119.000			119.000
2026		119.000			119.000
2027		119.000			119.000
2028		119.000			119.000
2029 ff.					
Summen		476.000			476.000

682 65	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	1.599.000	1.463.000	1.963.000
			906.909	6.997.200	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	744.000	5.865.500			6.609.500
2026		5.068.200	1.749.300		6.817.500
2027		5.068.200	1.749.300		6.817.500
2028		5.068.200	1.749.300		6.817.500
2029 ff.			1.749.300		1.749.300
Summen	744.000	21.070.100	6.997.200		28.811.300

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 65

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss von mehrjährigen Verträgen zum Betrieb umgesetzter Cybersicherheitskomponenten, der Mehrfaktorenauthentifizierung und Bereithaltung von IT-Notfalltechnik bei Sicherheitsvorfällen.

Es sind Ausgaben für den Ausbau der Informationsmanagementsystems, des "Computer Emergency Response Teams" (CERT) in Zusammenarbeit mit den Trägerländern der Dataport AöR veranschlagt. Der Betrieb des CERT erfolgt als koordinierendes CERT mit Schnittstellenbildung zu den CERTs in anderen Bundesländern und externen Organisationen. Veranschlagt sind zudem Maßnahmen zur Umsetzung der Vorgaben der EU-Richtlinie "Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union (NIS2-Richtlinie)" (EU 2022/2555) und des zugehörigen Bundesgesetzes auf Landesebene.

891 65	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	533.000	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		842.600			842.600
2026		842.600			842.600
2027		842.600			842.600
2028		842.600			842.600
2029 ff.					
Summen		3.370.400			3.370.400

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	2.597.000	6.174.500	6.531.200
		7.117.200	270.000

66 Drittmittelfinanzierte Maßnahmen zur Umsetzungen des Onlinezugangsgesetzes

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 19 10 Titel 231 66.

Erläuterungen:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet den Bund und die Länder bis spätestens zum Ablauf des Jahres 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Die erfolgreiche Umsetzung des OZG ist eine gesamtstaatliche Aufgabe in verwaltungsträgerübergreifender Zusammenarbeit. Für Sachsen-Anhalt hat das Ministerium für Infrastruktur und Digitales gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Federführung für das Themenfeld Bildung (TF) übernommen.

Die Titelgruppe enthält Umsetzungsmaßnahmen, die aus Mitteln des Bundes, insbesondere aus dem Konjunkturpaket, finanziert werden. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2023 abgeschlossen.

427 66	019	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	0	0
			0	0	0
511 66	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
522 66	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			3.864.524	0	0
525 66	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 66	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
631 66	019	Sonstige Zuweisungen an Bund	0 0	0 0	0 0
632 66	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0 0	0 0	0 0
633 66	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
682 66	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 17.932.539	0 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.112.300				2.112.300
2026	2.112.300				2.112.300
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	4.224.600				4.224.600

685 66	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
812 66	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
891 66	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
894 66	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0 0	0 0

**67 Maßnahmen zur Umsetzungen des Onlinezugangsgesetzes im
Themenfeld Bildung**

* Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder
Mindereinnahmen bei Kapitel 19 10 Titelgruppe 67.

Erläuterungen:

Auf Grundlage der Beschlusslagen des IT-PLR zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) hat sich Sachsen-Anhalt gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als Federführung für das Themenfeld Bildung verpflichtet. Die Titelgruppe enthält Maßnahmen zur Erfüllung der erforderlichen Aufgaben.

533 67	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

682 67	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	3.390.500	2.456.900	2.456.900
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.500.000			1.500.000
2026		2.640.000			2.640.000
2027		2.640.000			2.640.000
2028		2.640.000			2.640.000
2029 ff.					
Summen		9.420.000			9.420.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Umsetzung von Online-Diensten im Rahmen der Federführung Themenfeld Bildung.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Betrieb EfA Online Dienste	0	1.128.500	645.700	645.700
2. Leitstelle EfA Online Dienste	0	0	605.200	605.200
3. Themenfeld Bildung	0	0	1.179.000	1.179.000
4. Phönix Suite	0	12.000	27.000	27.000
5. Weiterentwicklung nachgenutzter EfA-Dienste (aus ST)	0	500.000	0	0
6. Weiterentwicklung generischer Onlinedienst	0	500.000	0	0
7. Entwicklung und Anpassung von Online-Diensten für ST	0	1.250.000	0	0
Zusammen	0	3.390.500	2.456.900	2.456.900

891 67	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	3.390.500	2.456.900	2.456.900
		0	0

68 Maßnahmen zur Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes

Erläuterungen:

Die Registermodernisierung ist ein Schlüsselprojekt zur Förderung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf Bundes- und Landesebene. Umsetzungsverpflichtungen ergeben sich aus dem Registermodernisierungsgesetz (RegMoG) bzw. dem zugehörigen Artikelgesetz, dem Identifikationsnummerngesetz (IDNrG), der Single Digital Gateway Verordnung (SDG), IT-Planungsrat-Beschlüssen und der Strategie Sachsen-Anhalt Digital 2030. Die Titelgruppe enthält Maßnahmen zur Erfüllung der erforderlichen Aufgaben.

682 68	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	1.352.000	3.100.000
			0	71.600.000	15.000.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 68

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			3.100.000		3.100.000
2027			23.200.000	5.000.000	28.200.000
2028			27.100.000	5.000.000	32.100.000
2029 ff.			18.200.000	5.000.000	23.200.000
Summen			71.600.000	15.000.000	86.600.000

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss von überjährigen Verträgen zur Erfüllung der Anforderungen aus dem Registermodernisierungsgesetz (Aufbau und der Anpassung von Infrastrukturen, Ertüchtigung Register der Landesressorts, Koordinierungsstelle RegMo).

Ausgaben zur Umsetzung der Anforderungen aus dem Registermodernisierungsgesetz.

891 68	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
894 68	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	700.000	700.000
			0	4.000.000	1.500.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			700.000		700.000
2027			1.100.000	500.000	1.600.000
2028			1.100.000	500.000	1.600.000
2029 ff.			1.100.000	500.000	1.600.000
Summen			4.000.000	1.500.000	5.500.000

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss von überjährigen Verträgen zur Erfüllung der Anforderungen aus dem Registermodernisierungsgesetz.

Ausgaben zur Umsetzung der Anforderungen aus dem Registermodernisierungsgesetz in Umsetzung bei den Kommunen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	0	2.052.000	3.800.000
		75.600.000	16.500.000

95 Zentrales IT-Budget

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Ausgaben der Titelgruppe dienen der Umsetzung des E-Government-Gesetz des Landes (EGovG LSA) sowie der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) unter maßgeblicher Gestaltung eines Digitalisierungsprogramms des IT-Planungsrats als gemeinsame Aufgabenstellung von Bund, Ländern und Kommunen. Auf Grund des bestehenden Beziehungsgeflechtes, der gemeinsamen innovativen Ausrichtung, der kostenmäßigen Auswirkungen sind die Bereiche EGovG LSA, EfA-Verfahren der 13 weiteren Themenfelder und Einzelmaßnahmen, die durch das LSA zu veranlassen sind, veranschlagt.

511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 1.144	0 0	0 0
522 95	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 1.225.748	660.000 0	660.000 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.150.000				2.150.000
2026	2.150.000				2.150.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	4.300.000				4.300.000

Erläuterungen:

Laufende Beratungsleistungen im Rahmen von Digitalisierungsvorhaben bei der Umsetzung des EGovG und des OZG

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Beratung Digitalisierung/ Datenschutz und Vergabe	0	0	160.000	160.000
2.	Beratung Digitalisierung/ E-Gov und Projekte	1.225.748	0	500.000	500.000
Zusammen		1.225.748	0	660.000	660.000

zu 1.

Inhalt:

Klärung und Beratung zu rechtlichen Fragestellungen aus dem Bereich Datenschutz und Vergaberecht im Rahmen von umzusetzenden Digitalisierungsvorhaben

Ziel:

Beratung Digitalisierung/Datenschutz und Vergabe

Laufzeit:

jährlich

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 95

zu 2.

Inhalt:

Beratungsleistungen zu den in Sachsen-Anhalt im Einsatz befindlichen E-Government-Infrastrukturkomponenten und neuen Digitalisierungsvorhaben (inkl. Anforderungserhebungen), Koordination bei länderübergreifenden Kundengremien, Erstellung von Konzepten

Ziel:

Beratung Digitalisierung/E-Gov und Projekte

Laufzeit:

jährlich

525 95	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0
533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	100.000	0	100.000
			-7.846	576.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		100.000			100.000
2026		100.000	100.000		200.000
2027		100.000	119.000		219.000
2028			119.000		119.000
2029 ff.			238.000		238.000
Summen		300.000	576.000		876.000

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss eines überjährigen Vertrages zur Bereitstellung einer Projektdatenbank für die Abbildung von Projektständen in der Verwaltungsdigitalisierung.

Ausgaben sind veranschlagt für die Integration einer Infoplattform zur Datenerfassung und die Möglichkeit einer visuellen Darstellung von Projektständen bzgl. der Verwaltungsdigitalisierung. Zudem kann über das Tool die Fachverfahrensintegration erfolgen.

631 95	019	Sonstige Zuweisungen an Bund	0	0	0
			0	0	0
632 95	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	720.000	0	0
			104.843	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 95

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	150.000	500.000			650.000
2026	150.000	500.000			650.000
2027		500.000			500.000
2028		500.000			500.000
2029 ff.					
Summen	300.000	2.000.000			2.300.000

633 95	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 155.700	0 0	0 0
682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	7.235.000 6.035.434	3.746.900 6.842.500	3.746.900 8.984.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	3.570.000	3.427.100			6.997.100
2026	3.570.000	3.153.500	1.368.500		8.092.000
2027		3.153.500	1.368.500	1.796.900	6.318.900
2028		3.153.500	1.368.500	1.796.900	6.318.900
2029 ff.			2.737.000	5.390.700	8.127.700
Summen	7.140.000	12.887.600	6.842.500	8.984.500	35.854.600

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen dem Abschluss von überjährigen Verträgen:

1.

Ziel: Standardisierung TF Bildung

Inhalt: Weiterentwicklung, Testung und Veröffentlichung von bestehenden Spezifikationen sowie Abstimmung und Erstellung weiterer XÖV konformen Spezifikationen. Mit der Maßnahme wird sichergestellt, dass die Anforderungen eines europäischen Datenaustausches erfüllt und die Kompatibilität von digitalen Angeboten für zukünftige Digitalisierungstechnologien erreicht wird.

Laufzeit: unbefristet ab 2025

2.

Ziel: Koordinierung der Landesressorts

Inhalt: Im Rahmen der Verwaltungsdigitalisierung werden am Markt verfügbare EfA-Online-Dienste in die Ressorts des Landes ST implementiert. Dabei sind technische und fachliche Anforderungen in Richtung der Fachressorts als auch der IT-Dienstleister zu koordinieren.

Laufzeit: unbefristet ab 2026

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 10 IKT-Strategie und E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 95

Für die Inanspruchnahme der Dataport AöR im Zusammenhang mit Einer-für-Alle-Diensten, Basisdiensten gem. EGovG LSA, der Entwicklung und Pflege von Online-Diensten, der Weiterentwicklung der Online-Service-Infrastruktur werden Ausgaben insbesondere veranschlagt für:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Weiterentwicklung OSI	2.890.834	2.900.000	0	0
2.	ODDF Rahmenvertrag Entwicklung Online-Dienste	1.203.300	1.645.000	190.400	190.400
3.	AFM Infrastruktur	648.800	650.000	650.000	650.000
4.	Pflege und Wartung Online Dienste (AFM/ .NET)	42.500	282.000	980.000	980.000
5.	Anbindung externer EfA Online-Dienste (EfA Roll-In)	100.000	100.000	480.000	480.000
6.	Fortführung Standardisierung TF Bildung	1.150.000	975.000	1.446.500	1.446.500
7.	Koordination Landesressorts Projektunterstützung OZG-Umsetzung (Landesressorts) - inkl. DS Architekt	0	683.000	0	0
Zusammen		6.035.434	7.235.000	3.746.900	3.746.900

685 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

894 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 95			8.055.000	4.406.900	4.506.900
				7.418.500	8.984.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.374.300	1.488.600	1.488.600
Gesamteinnahme		1.374.300	1.488.600	1.488.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	80.400	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	587.000	5.371.500	5.328.200
			696.000	270.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	16.748.900	12.744.900	15.792.900
			85.439.700	23.984.500
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	543.000	700.000	700.000
			4.000.000	1.500.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	11.000	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		17.970.300	18.816.400	21.821.100
Gesamtsumme der VE			90.135.700	25.754.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-16.596.000	-17.327.800	-20.332.500

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 11 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 07, 19 08, 19 09, 19 10, 19 13, 19 15, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 11 sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zum Betrieb und zur Unterhaltung der ressortbezogenen Fachverfahren sowie der allgemeinen IT-Arbeitsplatzausstattung erforderlich sind. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 11 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt beim Ressort.

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 IT-Fachverfahren

511 61	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	229.100	229.100
			0	310.500	439.100

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			156.800		156.800
2027			153.700	110.000	263.700
2028				139.700	139.700
2029 ff.				189.400	189.400
Summen			310.500	439.100	749.600

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Vertrages für die Krankenhausstatistik und einen Abschluss für einen unbefristeten Vertrag über Service- und Wartungsleistungen für die Erweiterung des Meldesystems Frauenhäuser.

Die Ausgaben waren bis 2024 noch im Titel 533 61 veranschlagt.

		2025 EUR	2026 EUR
1.	Hosting und Anwendungsbetreuung für BRAFO-Kompetenzerkundung	13.700	13.700
2.	Bedarfsanpassung BRAFO-Kompetenzerkundung	0	0
3.	Krankenhausstatistik	181.600	181.600
4.	Wartung Masernschutzportal	25.800	25.800
5.	Wartung IT-Meldesystem Frauenhäuser	8.000	8.000
6.	Erweiterung des IT-Meldesystems Frauenhäuser	0	0
Zusammen		229.100	229.100

533 61	019	Dienstleistungen Außenstehender	175.000	0	0
			74.511	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 11 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	19.900				19.900
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	19.900				19.900

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind ab 2025 im Titel 511 61 veranschlagt.

	Ist 2023	2024 EUR
1. Hosting und Anwendungsbetreuung für BRAFO-Kompetenzerkundung	10.440	13.700
2. Wartung Anwenderdatenbank für Tarifregister	0	10.800
3. Erfassung und Digitalisierung der vorhandenen Tarifverträge	28.530	70.800
4. Krankenhausstatistik	6.107	50.900
5. Wartung Masernschutzportal	29.434	20.800
6. Wartung IT-Meldesystem Frauenhäuser	0	8.000
Zusammen	74.511	175.000

631 61	019	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0
632 61	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	355.700	10.700	10.900
			0	22.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	108.700	51.800			160.500
2026			10.900		10.900
2027			11.100		11.100
2028					
2029 ff.					
Summen	108.700	51.800	22.000		182.500

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Betrieb der Plattform DigiSucht. In 2025 soll ein Vertrag für die Verlängerung der Verwaltungsvereinbarung für 2026/2027 geschlossen werden.

633 61	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	1.271.700

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 11 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				308.500	308.500
2028				314.700	314.700
2029 ff.				648.500	648.500
Summen				1.271.700	1.271.700

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Anschlussvertrages für den Betrieb der Schnittstellen zum Anschluss der Online-Dienste aus dem Themenfeld Familie und Kind an die in den Kommunen genutzten Fachverfahren.

682 61	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	121.300	94.500	50.600
			68.021	0	1.749.900

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	12.900				12.900
2026	12.900				12.900
2027	12.900			423.700	436.600
2028				432.500	432.500
2029 ff.				893.700	893.700
Summen	38.700			1.749.900	1.788.600

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Melderegister mit dem KKR	24.038	25.700	25.700	25.700
2.	Server Hosting Masernschutzportal	0	95.600	0	0
3.	Krankenhausstatistik	9.670	0	0	0
4.	Anwendungsdatenbank Tarifregister Betrieb	34.313	0	68.800	24.900
Zusammen		68.021	121.300	94.500	50.600

812 61	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	60.000	0	0
			70.000	0	347.000

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 11 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		20.400			20.400
2026		20.800			20.800
2027		21.200		347.000	368.200
2028					
2029 ff.					
Summen		62.400		347.000	409.400

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss von Verträgen für den Aufbau eines Monitorings nach den §§10 und 11 der Istanbul-Konvention und für die Erweiterung der Statistikerhebung auf alle Bereiche des Hilfesystems.

881 61	019	Zuweisungen für Investitionen an Bund	0	0	0
			0	0	0
882 61	019	Zuweisungen für Investitionen an Länder	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			712.000	334.300	290.600
				332.500	3.807.700

93 Informationssicherheit

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats und der "Leitlinie zur Informationssicherheit in der unmittelbaren Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Informationssicherheitsleitlinie Sachsen-Anhalt - LISL LSA)" auf Ressortebene veranschlagt. Dazu zählen unter anderem auch der Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems.
Ausgaben für die Errichtung des ressortübergreifenden und landesweiten Informationssicherheitsmanagementsystems und die Initiierung der Sicherheitsprozesse auf Ressort- und Landesebene sind bei Kapitel 19 10 Titelgruppe 65 zentral veranschlagt.

511 93	019	Geschäftsbedarf un Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.200	6.200	6.200
			7.894	0	0
Erläuterungen:					
Die Ausgaben sind für die Erhöhung des spezifischen und individuellen Informationssicherheitsniveaus des MS veranschlagt.					
522 93	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0
525 93	019	Aus- und Fortbildung	8.000	8.000	8.400
			7.302	0	0
Erläuterungen:					
Die Ausgaben sind für die Aus- und Fortbildung der Informationssicherheitsbeauftragten und zur Schulung und Sensibilisierung der Beschäftigten durch die Informationssicherheitsbeauftragten veranschlagt.					
532 93	019	Sonstige Veröffentlichungen	0	0	0
			0	0	0
533 93	019	Dienstleistungen Außenstehender	176.800	138.700	277.400
			0	277.400	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 11 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 93

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	207.400	176.800			384.200
2026		176.800	277.400		454.200
2027		176.800			176.800
2028					
2029 ff.					
Summen	207.400	530.400	277.400		1.015.200

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient den Abschluss eines Vertrages für das Informationssicherheitsmanagementsystems des MS.

Es sind Ausgaben für die Unterstützung und Begleitung des Aufbaus und des Betriebs des Informationssicherheitsmanagementsystems des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (ISMS-MS) veranschlagt. Für die Errichtung und Aufrechterhaltung des ISMS ist diese Unterstützung und die Wahrnehmung allgemeiner Aufgaben der Informationssicherheit von wesentlicher Bedeutung, da die erforderlichen Ressourcen intern nicht zur Verfügung stehen.

631 93	019	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0
891 93	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93	191.000	152.900	292.000
		277.400	0

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die lokalen Netzwerke sowie Telekommunikationsinfrastrukturen und die Beschaffung von TK-Endgeräten veranschlagt.

Der Anteil für das sogenannte Gebührenaufkommen ist hingegen in den Sachhaushalten aller Ressorts bzw. das Gebührenaufkommen "Festnetz" zentral im Sachhaushalt des MID berücksichtigt.

511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
812 94	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 94	0	0	0
		0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 11 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben des IT-Budgets (enthält alle für die IT-Arbeitsplatzausstattung und die im Hintergrund laufenden zentralen oder dezentralen Verfahren anfallenden Ausgaben, insbesondere erstmalige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen, Peripheriegeräte wie Scanner oder Netzwerkdrucker, Multifunktionsgeräte (ohne gesonderte Verbrauchsmaterialien), Server, Datensicherungsmedien, Beamer - jeweils inklusive Zubehör, Lizenzkosten, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Verbrauchsmittel, Beratungs- und Programmierleistungen, Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren) veranschlagt.

511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	105.500 82.987	107.400 0	129.400 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Unterhaltung und Wartung von Geräten und Ausrüstungsgegenständen	25.093	26.000	20.000	20.000
2.	Software Wartung/Miete	57.894	60.000	78.800	100.800
3.	Wartung VIS-Scanning (EVA)	0	19.500	8.600	8.600
Zusammen		82.987	105.500	107.400	129.400

514 95	019	Verbrauchsmittel	0 0	0 0	0 0

525 95	019	Aus- und Fortbildung	15.000 6.686	15.000 0	15.000 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren veranschlagt.

533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	43.800 17.421	31.600 0	31.600 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für externe Unterstützung für zentrale, unternehmenskritische IT-Komponenten veranschlagt.

542 95	019	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0

631 95	019	Sonstige Zuweisungen an Bund	0 0	0 0	0 0

632 95	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind ab dem Haushaltsjahr 2023 im Kapitel 19 11 Titel 632 61 veranschlagt.

682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	12.600 0	12.600 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Unterhalt und Ersatz von Geräten und Ausstattungsgegenständen von Dataport veranschlagt.

812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	205.000 55.254	36.300 0	36.300 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 11 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 95

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen (u. a. Hard- und Software)	55.254	149.000	36.300	36.300
2.	Neubeschaffung USV	0	40.000	0	0
3.	Neubeschaffung EVA - Scan Hardware	0	16.000	0	0
Zusammen		55.254	205.000	36.300	36.300

881 95	019	Zuweisungen für Investitionen an Bund	0	0	0
			0	0	0
882 95	019	Zuweisungen für Investitionen an Länder	0	0	0
			0	0	0
891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	16.800	33.600
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Ersatzinvestitionen für Client- und Serverumfeld veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 95			369.300	219.700	258.500
				0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 11 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	530.300	536.000 587.900	697.100 439.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	477.000	117.800 22.000	74.100 3.021.600
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	265.000	53.100 0	69.900 347.000
Gesamtausgabe		1.272.300	706.900	841.100
Gesamtsumme der VE			609.900	3.807.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.272.300	-706.900	-841.100

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 07, 19 08, 19 09, 19 10, 19 11, 19 15, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 13 sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zum Betrieb und zur Unterhaltung der ressortbezogenen Fachverfahren sowie der allgemeinen IT-Arbeitsplatzausstattung erforderlich sind. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 13 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt beim Ressort.

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 IKT im schulischen Bildungssystem

Erläuterungen:

Die Titelgruppe beinhaltet die Ausgaben zum Betrieb inkl. Pflege- und Wartungskosten des Bildungsmanagementsystems (BMS-LSA).

511 61	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	383.600 277.519	394.600 0	405.400 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zum Betrieb inkl. Pflege- und Wartungskosten des Bildungsmanagementsystems und Serviceportals Schule veranschlagt.

518 61	019	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0

522 61	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	684.600 684.646	689.100 242.800	696.800 1.328.400

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	599.100				599.100
2026	521.100		85.700		606.800
2027	197.400		71.400	314.200	583.000
2028			50.000	385.600	435.600
2029 ff.			35.700	628.600	664.300
Summen	1.317.600		242.800	1.328.400	2.888.800

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die fachliche, pädagogische, juristische und qualitätssichernde Projektbegleitung veranschlagt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 61

Die Verpflichtungsermächtigung in 2025 ist für einen Vertragsabschluss für den Fachlichen Prozessarchitekten von 4 Jahren veranschlagt Die Verpflichtungsermächtigung in 2026 ist für zwei Vertragsabschlüsse veranschlagt. Es soll ein 4 jähriger Vertrag für den Managementarchitekt und Projektsteuerer abgeschlossen werden.

Fachlicher Prozessarchitekt

Ziel:

Entwurf und Weiterentwicklung eines Konzeptes für eine fachliche Prozessarchitektur

Inhalt:

Der fachliche Prozessarchitekt ist für den Leistungszeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2025 vertraglich gebunden. Der Dienstleister hat die Aufgabe, die Beschreibung der Prozesse des BMS-LSA und SPS auf Basis der bestehenden Prozesslandkarte fortzuführen, miteinander in Beziehung zu setzen und für die IT-Umsetzung vorzubereiten. Er soll die bisher erhobenen fachlichen Anforderungen an die Lösung BMS-LSA/SPS konsolidieren, Potentiale zur Prozessoptimierung identifizieren und ein Konzept für eine fachliche Prozessarchitektur entwerfen. Zum derzeitigen Planungsstand wird die Dienstleistung des fachlichen Prozessarchitekten für die Prozessanalysen und - optimierungen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des BMS-LSA/SPS in Anspruch genommen. Es wird ein Vertragsabschluss vom 01.01.2026 - 31.12.2029 angestrebt. Daher wird für das Haushaltsjahr 2025 eine VE ausgebracht.

Laufzeiten:

2024 bis 2025

2026 bis 2029

Juristischer Berater

Ziel:

Juristische Beratung für eine sachgerechte Vertragsgestaltung, -überwachung und -vertretung, um die Projektziele zu erreichen

Inhalt:

Die Zuständigkeit des rechtlichen Beraters erstreckt sich auf alle rechtlichen Belange zu den Systemen BMS-LSA und SPS (z.B. zur Durchführung von Vergabeverfahren, Klärung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern). Vor dem Hintergrund laufender Vergabeverfahren mit dem in Rede stehenden speziellen Anforderungsprofil bedarf es eines Fachjuristen mit juristischen fachspezifischen IT-Kompetenzen und Erfahrungen kombiniert mit der Fachspezifik Vergaberecht. Ohne eine entsprechende juristische Unterstützung ist die Gefahr gegeben, dass durch eine nicht sachgerechte Vertragsgestaltung, -überwachung und -vertretung die Projektziele nicht oder nicht zielentsprechend erreicht werden. Der juristische Berater ist für den Leistungszeitraum vom 15.06.2023 bis zum 14.06.2028 vertraglich gebunden.

Laufzeit:

2023 bis 2028

Projektsteuerer

Ziel:

Steuerung komplexer IT-Projekte; Projektentwicklung und Sicherstellung des Projektfortschritts

Inhalt:

Der Projektsteuerer ist für den Leistungszeitraum vom 01.05.2023 bis zum 30.04.2027 vertraglich gebunden. Der Dienstleister hat die Aufgabe, das Projekt zu steuern und die Projektentwicklung sowie den Projektfortschritt sicherzustellen. Neben der Planung des Gesamtvorhabens, der Steuerung und Überwachung der Projektfortschritte der einzurichtenden Teilprojekte bzw. Aufgabenpakete, der Sicherstellung des Projektcontrollings, dem Projektberichtswesen und dem Risikomanagement obliegt ihm die IT-Qualitätssicherung. Er unterstützt die Arbeiten zur Festlegung der IT-Architektur des Bildungsmanagementsystems und zur Implementierung des BMS-LSA in Verbindung mit dem Serviceportal Schule (Einführungsprozess, Betriebsorganisation). BMS-LSA und SPS sind zwei Systeme, die über eine Schnittstelle miteinander verbunden sind und unterschiedliche Nutzergruppen ansprechen. Dabei können die Projektsteuerungsaktivitäten innerhalb des SPS nicht losgelöst vom BMS-LSA erfolgen. Die Projektsteuerung der Umsetzung und Weiterentwicklung des SPS kann nur in Abhängigkeit der Umsetzungsarbeiten des BMS-LSA, für die ebenfalls Projektsteuerungsaktivitäten notwendig sind, erfolgen. Eine scharfe Trennung dieser Leistungen ist damit nicht möglich. Zum derzeitigen Kenntnisstand wird die Dienstleistung des Projektsteuerers auch für die Weiterführung des Projektes in Anspruch genommen werden müssen. Es wird ein Vertragsabschluss vom 01.05.2027 - 30.04.2031 angestrebt. Daher wird für das Haushaltsjahr 2026 eine VE ausgebracht.

Laufzeiten:

2023 bis 2027

2027 bis 2031

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 61

Management-Architekt
Ziel:
Qualitätssichernde Projektbegleitung

Inhalt:

Der Managementarchitekt wurde für den Leistungszeitraum vom 01.05.2023 bis zum 30.04.2027 vertraglich gebunden. Der Managementarchitekt hat die Aufgabe, die fachlichen Anforderungen in technische Lösungen zu transformieren und dabei das Zusammenwirken der einzelnen Komponenten so sicherzustellen, dass eine stabile und modulare Gesamtarchitektur entsteht. Er übernimmt im Rahmen der IT-Qualitätssicherung die fachliche und technische Kontrolle des Softwareentwicklungspartners. Außerdem muss er die Umsetzung der Anforderungen an Datenschutz und -sicherheit im ITVerfahren BMS-LSA sicherstellen. BMS-LSA und SPS sind zwei Systeme, die über eine Schnittstelle miteinander verbunden sind und unterschiedliche Nutzergruppen ansprechen. Dabei können die Managementarchitekturaktivitäten innerhalb des SPS nicht losgelöst vom BMS-LSA erfolgen. Eine scharfe Trennung dieser Leistungen ist damit nicht möglich. Zum derzeitigen Kenntnisstand wird die Dienstleistung des Managementarchitekten auch für die Weiterführung des Projektes in Anspruch genommen werden müssen. Es wird ein Vertragsabschluss vom 01.05.2027 - 30.04.2031 angestrebt. Daher wird für das Haushaltsjahr 2026 eine VE ausgebracht.

Laufzeit:
2023 bis 2027
2027 bis 2031

812 61	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	3.904.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				1.011.300	1.011.300
2028				894.000	894.000
2029 ff.				1.999.200	1.999.200
Summen				3.904.500	3.904.500

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Vertrages für das Bildungsmanagementsystem nach erneuter EU-weiten Ausschreibung im HHJ 2026 für zwei Jahre mit der einmaligen zweijährigen Verlängerungsoption.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61	1.068.200	1.083.700	1.102.200
		242.800	5.232.900

62 Fachverfahren der Schulbehörden

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben für den Betrieb der IT-Verfahren

- Plattform "Abschlussprüfungen an deutschen Auslandsschulen"
- Plattform "Digitales Lernen unterwegs (DigLu)"
- Berichtswesen der Erwachsenenbildung
- Berufsorientierungsprojekt BRAFO/BRAFO-Kompetenzerkundung
- Bildungsserver und Bereitstellung von digitalen Diensten
- Hermes (Kommunikation zwischen Schulen und Schulverwaltung)
- Online Jobbörse für pädagogisches Personal (JPP)
- Unterrichtsversorgung (UVS)
- Praktika Lehramtsstudium Sachsen-Anhalt (PLASA).

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

511 62	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	120.500	173.000	174.000
			99.348	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Betrieb und die Anpassung der Fachverfahren UVS, JPP, PLASA, des Berichtswesens der Erwachsenenbildung veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Schulpsychologie/ILEA PLUS	43.061	22.000	0	0
2.	UVS-Verträge zum Betrieb und Wartung	16.523	46.000	120.500	120.500
3.	Support IT-Fachverfahren Praktika Lehramtsstudium Sachsen-Anhalt (PLASA)	8.925	15.000	15.000	15.000
4.	EVB-IT-Systemverträge/Wartung, Support, Hosting - Berichtswesen in der Erwachsenenbildung	17.850	21.000	21.000	22.000
5.	Support Online Jobbörse für pädagogisches Personal (JPP)	11.900	15.000	15.000	15.000
6.	Ausstattung besondere Arbeitsformen	1.089	1.500	1.500	1.500
Zusammen		99.348	120.500	173.000	174.000

zu 1. Die Lizenzen sind ab 2025 im Titel 518 62 und 518 63 veranschlagt.

518 62	019	Mieten und Pachten	0	6.000	7.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Lizenzen der Schulpsychologie veranschlagt.

533 62	019	Dienstleistungen Außenstehender	218.000	154.400	156.000
			145.833	0	1.798.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				1.298.000	1.298.000
2028				250.000	250.000
2029 ff.				250.000	250.000
Summen				1.798.000	1.798.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 62

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient der ständigen Anpassung und Entwicklung einer web- und servicebasierten Anwendung eLPA, Entwicklung einer web- und servicebasierten Anwendung eTIS, Digitale Aufbereitung des Lehrplans mit einer Laufzeit von drei Jahren.

Die Ausgaben dienen dem Bezug von Dienstleistungen zum Betrieb und zur Anpassung der Fachverfahren UVS, JPP, PLASA wie folgt:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Anpassungen und Support Online-Jobbörse für pädagogisches Personal (JPP)	74.673	20.000	30.000	40.000
2.	Anpassung IT-Fachverfahren "Praktika Lehramtsstudium Sachsen-Anhalt" (PLASA)	20.230	20.000	10.000	10.000
3.	Projekt Unterrichtsversorgung (UVS)	47.526	125.000	75.000	70.000
4.	Projekt Hermes-Kommunikation zwischen Schulen und Schulverwaltung	0	15.000	0	0
5.	IT-Fachverfahren Erwachsenenbildung	3.404	17.000	28.000	10.000
6.	Migration UVS-Server	0	15.000	0	0
7.	Videokonferenzsystem	0	6.000	11.400	26.000
Zusammen		145.833	218.000	154.400	156.000

632 62	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	17.600	29.000	29.300
			18.722	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Kostenbeteiligung an der Plattform "Abschlussprüfungen an deutschen Auslandsschulen" des Landes Mecklenburg-Vorpommern und für das Bereichslehrerinformationssystem veranschlagt.

682 62	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

685 62	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

812 62	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

891 62	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			356.100	362.400	366.300
				0	1.798.000

63 Fachverfahren Schulqualität und Lehrerbildung

Erläuterungen:

Fachverfahren zur Realisierung der Lehreraus-, Lehrerfort- und -weiterbildung (eTIS/eIPA) sowie der Evaluations- und Empirieverfahren für die Unterstützungs- und Beratungsprozesse für Schulen (EVASYS)

511 63	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	203.300	222.500	168.200
			24.500	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 63

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Betrieb und Weiterentwicklung der Fachverfahren (eTIS, eIPA und EVASYS) veranschlagt.

518 63	019	Mieten und Pachten	0	5.200	17.200
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Lizenzen, Lernstandsanalysen online und empirische Untersuchungen im Schulbereich, veranschlagt.

682 63	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

812 63	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			203.300	227.700	185.400
				0	0

**64 Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) - Themenfeld
 Bildung in Federführerschaft LSA**

Übertragbar

Erläuterungen:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet den Bund und die Länder ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten.

Die erfolgreiche Umsetzung des OZG ist eine gesamtstaatliche Aufgabe in verwaltungsträgerübergreifender Zusammenarbeit. Für Sachsen-Anhalt hat das Ministerium für Infrastruktur und Digitales gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Federführung für das Themenfeld Bildung übernommen. Die fachliche Zuständigkeit für die Umsetzung des OZG im schulischen Bereich liegt demgegenüber beim Ministerium für Bildung.

Die Titelgruppe enthält die Umsetzungsmaßnahme "Serviceportal Schule". Die Ausgaben sind ab dem Haushaltsjahr 2024 in der Titelgruppe 61 zu finden.

511 64	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

522 64	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			37.161	0	0

812 64	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			163.342	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0	0
				0	0

65 Mobile Endgeräte für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für die Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen digitalen Endgeräten für den Unterricht in der Schule oder das Distanzlernen sowie zur allgemeinen Unterrichtsvor- und -nachbereitung, deren Administration sowie die Ersatzbeschaffung für die 1. Zusatzvereinbarung "Sofortausstattungsprogramm" des DigitalPakts Schule 1 für Schülerinnen und Schüler veranschlagt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

511 65	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
533 65	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	56.600	56.600
			0	0	20.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				5.000.000	5.000.000
2028				5.000.000	5.000.000
2029 ff.				10.000.000	10.000.000
Summen				20.000.000	20.000.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient der Nutzung der Verlängerungsoption des Vertrages mit einem Dienstleister zur Administration mobiler Endgeräte von Lehrkräften mit einer Laufzeit von insgesamt 5 Jahren.
Die Ausgaben sind für die Administration mobiler Endgeräte für Lehrer veranschlagt.

682 65	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	27.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				6.750.000	6.750.000
2028				6.750.000	6.750.000
2029 ff.				13.500.000	13.500.000
Summen				27.000.000	27.000.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen dem Abschluss von Verträgen mit Dataport zum Erwerb von Mobilien Endgeräten für Lehrerinnen und Lehrer und zum Erwerb von digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler mit einer Laufzeit von 4 Jahren.

812 65	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
891 65	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	56.600	56.600
				0	47.000.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

93 Informationssicherheit

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats und der "Leitlinie zur Informationssicherheit in der unmittelbaren Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Informationssicherheitsleitlinie Sachsen-Anhalt - LISL LSA)" auf Ressortebene veranschlagt. Dazu zählen unter anderem auch der Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems.

Ausgaben für die Errichtung des ressortübergreifenden und landesweiten Informationssicherheitsmanagementsystems und die Initiierung der Sicherheitsprozesse auf Ressort- und Landesebene sind bei Kapitel 19 10 Titelgruppe 65 zentral veranschlagt.

511 93	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000	13.000	13.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Erwerb von Hard-/Software für den Bereich Informationssicherheit (u. a. für Schutz, Schwachstellenmanagement/Dokumentation/Awareness) veranschlagt.

522 93	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

525 93	019	Aus- und Fortbildung	100.000	100.000	100.000
			27.608	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Aus- und Fortbildung und Sensibilisierung für Informationssicherheit veranschlagt.

531 93	019	Veröffentlichungen	0	0	0
			0	0	0

533 93	019	Dienstleistungen Außenstehender	369.600	175.000	191.600
			85.680	1.391.600	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			191.600		191.600
2027			300.000		300.000
2028			300.000		300.000
2029 ff.			600.000		600.000
Summen			1.391.600		1.391.600

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Unterstützungs-/Dienstleistungen Außenstehender für die Errichtung und den Betrieb eines Informationssicherheitsmanagementsystems sowie Durchführung einer Strukturanalyse/von Schutzbedarfsfeststellungen für das Ressort für Bildung veranschlagt.

812 93	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	220.400	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93			700.000	288.000	304.600
				1.391.600	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die lokalen Netzwerke sowie Telekommunikationsinfrastrukturen und die Beschaffung von TK-Endgeräten veranschlagt.

Der Anteil für das sogenannte Gebührenaufkommen ist hingegen in den Sachhaushalten aller Ressorts bzw. das Gebührenaufkommen "Festnetz" zentral im Sachhaushalt des MID berücksichtigt.

511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	64.500 7.677	36.900 0	38.200 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Beschaffung von TK-Endgeräten sowie für den Austausch von WLAN Access-Points einer Schule in Landesträgerschaft veranschlagt.

682 94	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0

812 94	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 15.987	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 94			64.500	36.900 0	38.200 0

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben des IT-Budgets (enthält alle für die IT-Arbeitsplatzausstattung und die im Hintergrund laufenden zentralen oder dezentralen Verfahren anfallenden Ausgaben, insbesondere erstmalige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen, Peripheriegeräte wie Scanner oder Netzwerkdrucker, Multifunktionsgeräte (ohne gesonderte Verbrauchsmaterialien), Server, Datensicherungsmedien, Beamer - jeweils inklusive Zubehör, Lizenzkosten, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Verbrauchsmittel, Beratungs- und Programmierleistungen, Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren) veranschlagt.

511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 250.118	0 0	0 0

514 95	019	Verbrauchsmittel	20.700 6.748	20.900 0	20.900 0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Verbrauchsmaterial für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes bei den Landesschulen veranschlagt. Insbesondere für die mobile Arbeit mit Druckern (Beratungslehrkräfte, Kräfte des mobilen Sonderpädagogischen Diagnostischen Dienstes, Bereichslehrer, Schulpsychologen) sind Verbrauchsmaterialien (Toner, Tintenpatronen) vorzuhalten.

518 95	019	Mieten und Pachten	64.500 146.112	60.900 0	62.900 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Anmietung von Multifunktionsgeräten veranschlagt.

525 95	019	Aus- und Fortbildung	26.500 1.566	26.500 0	26.500 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Schulungen des IT-Personal und die Fortbildung der Systemadministratoren veranschlagt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	87.500 24.543	31.700 0	31.700 0
Erläuterungen:			Die Ausgaben sind für die Unterstützung bei der IT-Administration und bei IT-Projekten des Geschäftsbereichs veranschlagt.		
542 95	019	Umsatzsteuer	0 0	5.700 0	5.700 0
Erläuterungen:			Die Ausgaben sind für die Abführung der Umsatzsteuer für Software zur Entwicklung des BMS-LSA und des SPS (Titel 511 61) veranschlagt.		
682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	86.600 34.504	0 0	0 0
812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 149.388	0 0	0 0
891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 95			285.800	145.700 0	147.700 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 13 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.353.300	2.172.000 1.634.400	2.171.700 23.126.400
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	104.200	29.000 0	29.300 27.000.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	220.400	0 0	0 3.904.500
Gesamtausgabe		2.677.900	2.201.000	2.201.000
Gesamtsumme der VE			1.634.400	54.030.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.677.900	-2.201.000	-2.201.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 07, 19 08, 19 09, 19 10, 19 11, 19 13, 19 17, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 15 sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zum Betrieb und zur Unterhaltung der ressortbezogenen Fachverfahren sowie der allgemeinen IT-Arbeitsplatzausstattung erforderlich sind. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 15 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt beim Ressort.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

72 Landwirtschaftliche Informationssysteme

Erläuterungen:

Kostenerstattungen auf Grund der Verwaltungsvereinbarung der Bundesländer zur Entwicklung der Software Saatgut- und Pflanzkartoffelanerkennung (SAPRO/KAPRO)

232 72	019	Sonstige Zuweisungen von Ländern	40.500	68.000	68.000
			40.500		

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 19 15 Titelgruppe 72.

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen mit 9 Bundesländer veranschlagt. Die Kosten für die Entwicklung und den Betrieb der Software SAPRO/KAPRO an das Land Sachsen-Anhalt werden erstattet.

Nachrichtlich: Summe TGr. 72			40.500	68.000	68.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Fachverfahren in den Bereichen Geologie und Bergwesen

Übertragbar

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen aus Überzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Im Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) werden die priorisierten IT-Fachverfahren aus den Bereichen Geologie und Bergwesen betrieben. In diesen Verfahren werden geologische und montane Daten erhoben, erfasst und bewertet sowie für eine Abgabe an andere Anwendungen bereitgestellt, um Aufgaben der allgemeinen Gefahrenabwehr und den effektiven Vollzug des Bundesberggesetzes zu gewährleisten.

511 61	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	45.000 53.462	46.400 0	46.400 0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für bestehende Softwareverträge zur Pflege und Wartung der IT-Verfahren der Geologie und des Bergwesens (wie Cardo Standard-Geoinformationssystem, Verfahren u. a. zur Aufbereitung von Schichtdaten geologischer Bohrungen und Aufschlussarbeiten (GeODin), VIS Kompakt, Anzeige- und Informationssystem Geothermie und Bohrungen, Registerrückkunft im Verfahren von Entscheidungen nach SprengG und SprengV, Altbergbau-Gefahrenabwehr-Kataster (AGK), Surpac zur Erstellung und Weiterverarbeitung von 3D-Modellen veranschlagt.

533 61	019	Dienstleistungen Außenstehender	135.000 16.660	110.000 0	190.000 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Digitalisierung und Migration der Datenbestände des Geologischen Dienstes von Sachsen-Anhalt zur internen und öffentlichen Bereitstellung veranschlagt. Die Verpflichtung ergibt sich aus LAGB (insbesondere § 5 Abs. 2 GeolDG).

632 61	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	64.400 0	78.700 0	78.700 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	66.600				66.600
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	66.600				66.600

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 61

Erläuterungen:

Landesanteil OZG-Leistungen Bergbau

Mit der Verwaltungsvereinbarung über die Schaffung von Grundlagen für eine kooperative Finanzierung, Entwicklung, Implementierung sowie den kooperativen Betrieb und Weiterentwicklung der OZG-Leistung Bergbau / zum Anschluss an Bergpass sind insbesondere die Übernahme der laufenden Betriebskosten ab 2024 durch das Land Sachsen-Anhalt verbunden. (Nachnutzung)

682 61	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
812 61	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	18.000 0	5.000 0	13.000 0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für das IT-Equipment zur effizienten Aufnahme und Dokumentation von existierenden und potentiellen, geogenen und anthropogenen Gefahrenpotenzialen veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			262.400	240.100 0	328.100 0

62 Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKos)

Erläuterungen:

Das Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) ist ein durch die Europäische Kommission schrittweise eingeführtes System von Verordnungen zur Durchsetzung einer einheitlichen Agrarpolitik in den EU-Mitgliedstaaten.

511 62	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 108.956	0 0	0 0
525 62	019	Aus- und Fortbildung	30.000 10.764	30.000 0	30.000 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Fachschulungen der EU-Zahlstelle hinsichtlich des administrativen IT-Basisinfrastruktur- und Fachanwendungsbetriebes veranschlagt.

533 62	019	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
682 62	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
812 62	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3.403.000 3.048.996	3.640.000 0	3.680.000 0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		200.000			200.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		200.000			200.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Service-Verträge profil, LaFIS	1.043.000	1.070.000	1.100.000
2.	Weiterentwicklung profil, LaFIS	1.405.000	1.600.000	1.600.000
3.	Nutzung ZID, Transparenz	60.000	70.000	70.000
4.	Modernisierung profil, LaFIS	690.000	500.000	500.000
5.	Reinvestition IT-Betrieb HHM	205.000	400.000	410.000
Zusammen		3.403.000	3.640.000	3.680.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	3.433.000	3.670.000	3.710.000
		0	0

63 Landentwicklungsfachinformationssystem (LEFIS)

Erläuterungen:

Das Landesentwicklungsfachinformationssystem (LEFIS) dient der Bearbeitung und Verwaltung von Flurneuerordnungsverfahren nach dem FlurbG und dem LwAnpG. Es wird in einem Länderverbund entwickelt. Anwender sind die Verfahrensbearbeiter der Flurneuerordnungsverwaltung in den Ämtern für Landwirtschaft, Flurneuerordnung und Forsten sowie die geeigneten Stellen gem. § 53 Abs. 4 LwAnpG.

511 63 019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	275.000	403.200	403.200
		240.353	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Pflege und Weiterentwicklung des Landentwicklungsfachinformationssystem (LEFIS) als zentrale Fachanwendung der Flurneuerordnung veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Pflege der Basissoftware LEFIS	73.314	73.400	73.400	73.400
2-	Pflege LEFIS Applikation	145.562	145.500	175.600	175.600
3.	LEFIS-WIKI	4.199	2.900	4.200	4.200
4.	APEX-Office-Print Lizenz	0	3.200	0	0
5.	Erweiterung des LEFIS	17.278	50.000	50.000	50.000
6.	Weiterentwicklung des LEFIS	0	0	100.000	100.000
Zusammen		240.353	275.000	403.200	403.200

525 63 019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
		0	0	0

682 63 019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	435.900	384.000	384.000
		109	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 63

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		457.000			457.000
2026		457.000			457.000
2027		457.000			457.000
2028		457.000			457.000
2029 ff.					
Summen		1.828.000			1.828.000

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Betrieb des Verfahrens LEFIS sowie für die Gestattung der Nutzung und des Supports von Oracle-Lizenzen veranschlagt.

812 63	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	710.900	787.200	787.200
		0	0

64 Informationssystem Wirtschaftsdüngerverbringung

Erläuterungen:

Das Informationssystem Wirtschaftsdünger dient dem Nachweis des länderübergreifenden Transports von Wirtschaftsdünger gemäß der Verordnung über das Inverkehrbringen und Befördern von Wirtschaftsdünger (WDüngV) sowie der Verordnung über Aufzeichnungs- und Meldepflichten zum Verbleib von Wirtschaftsdünger des Landes Sachsen-Anhalt (WDüngVerbleibVO LSA).

511 64	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	49.000	49.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben für die Wartung und Pflege waren bis 2024 in Höhe von 48.867 Euro im Titel 812 64 veranschlagt.

533 64	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

812 64	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	62.200	13.200	6.000
			48.867	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Kooperationsvereinbarung Zentrale Melde-Datenbank (ZMD)	0	6.000	6.000	6.000
2.	technische Anpassung des bestehenden Informationssystems	0	7.200	7.200	0
3.	Wartung und Pflege	48.867	49.000	0	0
Zusammen		48.867	62.200	13.200	6.000

Die Ausgaben für die Wartung und Pflege sind ab 2025 im Titel 511 64 veranschlagt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	62.200	62.200	55.000
		0	0

65 Gesundheitsbezogener Verbraucherschutz bei Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen

632 65 019 Finanzierung länderübergreifender Aufgaben im Verbraucherschutz	35.000	35.000	17.000
	1.835	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für das gemeinsame Internetportal der Länder "www.lebensmittelwarnung.de" veranschlagt. Grundlage für den Betrieb des Internetportals ist eine zwischen Bund und Ländern geschlossene Nutzungsvereinbarung. Die Kosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel zwischen den Ländern aufgeteilt.

812 65 019 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	36.800	22.700	2.000
	0	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Schaffung einer Plattform zur Veröffentlichung von Kontrollergebnissen nach § 40 Abs. 1a LFGB veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	71.800	57.700	19.000
		0	0

66 Jagdstatistik

522 66 019 Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	60.000	15.000
	0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		15.000			15.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		15.000			15.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 66

Erläuterungen:

Ziel:

Für eine digitale Jagdstatistik bedarf es einer Softwareentwicklung. Die Jagdstatistik soll durch einen Online-Zugang die elektronische Abschussplanung, die Meldung der Streckenergebnisse und Angaben zu Jagdmethoden und deren Zusammenfassung und Auswertung ermöglichen. Durch die unterschiedlichen Möglichkeiten der Auswertung wird eine Vergleichbarkeit mit anderen Statistiken, z. B. der Wildunfallstatistik, erzielt. Zudem können tagaktuelle Aussagen getroffen werden. Grundlage bildet § 26 LJagdG i. V. mit der DVO zum LJagdG.

Inhalt:

Die vorbereitende Projektbeschreibung soll durch eine fachkundige IT-Firma erfolgen. Bei der Anforderungsanalyse sind bereits vorhandene Fachanwendungen in den Behörden und LHO-Betrieben, Schnittstellen, Serverbereitstellung, Datenbündelung und -haltung, Online-Zugänge durch die Jagdausübungsberechtigten, künftige Wartungskosten, Nutzerverwaltung, Auswertetools u. a. zu beachten.

Laufzeit:

2025-2026

682 66	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
812 66	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	60.000	40.000
			0	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		40.000			40.000
2026		20.000			20.000
2027		20.000			20.000
2028		20.000			20.000
2029 ff.					
Summen		100.000			100.000

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Erstellung einer landeseinheitlichen digitalen Jagdstatistik für die jährliche Abschussplanung und Abschusskontrolle je Wildart veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	120.000	55.000
		0	0

72 Landwirtschaftliche Informationssysteme

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden
bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 19 15 Titel 232
72.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

insbesondere:

- System Saatgut- und Pflanzkartoffelanerkennung (SAPRO/KAPRO)
- Planungs-, Informations- und Auswertesystem Feldversuchswesen (PIAF)
- Systeme für Prognosemodelle im Acker- und Obstbau und Internetplattform für den Bereich der Pflanzengesundheit (ZEPP)
- Online-Anwendung "Fischereiprüfung Sachsen-Anhalt"
- Kollaborationsplattform (PSD-Net) und universelles Monitoringwerkzeug (ISIP) im Pflanzenschutzdienst
- Laborinformationssystem (LIMS)
- EU-Weinbaukartei
- Auszubildenden-Management (AZUBI) für die überbetriebliche Ausbildung am Standort Iden
- System Ernährungsnotfallvorsorge Interner Datenaustausch (DISMA)
- Online-Fachanwendung zur Umsetzung der Melde- und Mitteilungspflichten nach Düngerecht (Umsetzung EU-Nitratrichtlinie, Düngeverordnung, AVV GeA, Landesverordnung)
- Agraratlas

511 72	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	244.400	442.000	542.100
			261.747	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	127.000				127.000
2026	127.000				127.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	254.000				254.000

525 72	019	Aus- und Fortbildung	6.000	9.000	9.000
			1.781	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Schulung der Administratoren veranschlagt. (LIMS und SAPRO/KAPRO).

533 72	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

682 72	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

812 72	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	262.000	357.000	309.000
			229.091	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 72

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		225.000			225.000
2026		225.000			225.000
2027		225.000			225.000
2028					
2029 ff.					
Summen		675.000			675.000

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss überjähriger Verträge für die Erneuerung der Labormanagementsoftware (LIMS) sowie für die Dateninfrastruktur Gebietsausweisung DüV (Umsetzung EU-Nitratrichlinie, Düngeverordnung, AVV GeA, Landesverordnung).

Die Ausgaben dienen Ersatzbeschaffungen, Softwareanpassungen und Weiterentwicklungen in den Fachverfahren:

- PIAF
- LIMS
- Zentralstelle Onlineüberwachung Pflanzenschutz
- webBESyD
- Einführung Geobox-Dienste
- PSD-Net
- Düngeverordnung

Nachrichtlich: Summe TGr. 72	512.400	808.000	860.100
		0	0

93 Informationssicherheit

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats und der "Leitlinie zur Informationssicherheit in der unmittelbaren Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Informationssicherheitsleitlinie Sachsen-Anhalt - LISL LSA)" auf Ressortebene veranschlagt. Dazu zählen unter anderem auch der Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems.

Ausgaben für die Errichtung des ressortübergreifenden und landesweiten Informationssicherheitsmanagementsystems und die Initiierung der Sicherheitsprozesse auf Ressort- und Landesebene sind bei Kapitel 19 10 Titelgruppe 65 zentral veranschlagt.

511 93	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
533 93	019	Dienstleistungen Außenstehender	240.000	175.000	175.000
			100.364	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		110.000			110.000
2026		110.000			110.000
2027		110.000			110.000
2028					
2029 ff.					
Summen		330.000			330.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 93

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Unterstützungsleistungen zur Informationssicherheit	36.680	85.000	50.000	50.000
2.	BSI-Auditierung der EU-Zahlstelle	9.163	25.000	25.000	25.000
3.	Maßnahmen zur Umsetzung der Informationssicherheit nach BSI IT-Grundschatz	54.521	90.000	90.000	90.000
4.	Unterstützungsleistungen zur Erstellung eines IT-Sicherheitskonzeptes	0	20.000	10.000	0
5.	Vorbereitung eines Audits Informationssicherheit	0	20.000	0	10.000
Zusammen		100.364	240.000	175.000	175.000

Das MWL ist für den IT-Verbund der EU-Beihilfezahlungen nach IT-Grundschatz des BSI zertifiziert. Diese Zertifizierung ist jährlich durch ein Audit eines vom BSI bestellten Prüfers neu zu bestätigen (Nr. 2). Zur Gewährleistung der IT-Sicherheit wurde ein BSI-zertifizierter IT-Sicherheitsdienstleister beauftragt, der über das notwendige umfangreiche Wissen über Vorgehen und Umsetzung von Anforderungen des BSI verfügt. (Nr. 1). Für die Gewährleistung der Zertifizierungsanforderungen sind infrastrukturelle Maßnahmen (u.a. Zutrittsregelung, Brandschutz, Klimatisierung, Technikschränke) hinsichtlich der Liegenschaft umzusetzen.

682 93	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
812 93	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	50.000	100.000	100.000
			0	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Investitionen nach BSI-Grundschatz veranschlagt.

891 93	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93			290.000	275.000	275.000
				0	0

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die lokalen Netzwerke sowie Telekommunikationsinfrastrukturen und die Beschaffung von TK-Endgeräten veranschlagt.

Der Anteil für das sogenannte Gebührenaufkommen ist hingegen in den Sachhaushalten aller Ressorts bzw. das Gebührenaufkommen "Festnetz" zentral im Sachhaushalt des MID berücksichtigt.

511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.000	0	0
			329	0	0
812 94	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	20.000	0	0
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 94	24.000	0	0
		0	0

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben des IT-Budgets (enthält alle für die IT-Arbeitsplatzausstattung und die im Hintergrund laufenden zentralen oder dezentralen Verfahren anfallenden Ausgaben, insbesondere erstmalige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen, Peripheriegeräte wie Scanner oder Netzwerkdrucker, Multifunktionsgeräte (ohne gesonderte Verbrauchsmaterialien), Server, Datensicherungsmedien, Beamer - jeweils inklusive Zubehör, Lizenzkosten, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Verbrauchsmittel, Beratungs- und Programmierleistungen, Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren) veranschlagt.

511 95 019 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	235.900	388.300	403.200
	185.867	336.700	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			80.500		80.500
2027			82.900		82.900
2028			85.400		85.400
2029 ff.			87.900		87.900
Summen			336.700		336.700

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Vertrages über Wartungs- und Pflegekosten für die Software MWL.NOW!.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. IT-Budget MWL	111.925	124.900	123.800	123.800
2. Allg. IT-Budget ÄLFF und LLG	58.545	71.000	162.000	162.000
3. IT- Budget EVA und Digitalisierung	0	0	78.100	80.500
4. IT- Budget LAGB	15.397	40.000	24.400	36.900
Zusammen	185.867	235.900	388.300	403.200

514 95 019 Verbrauchsmittel	32.500	32.500	32.500
	12.667	0	0

Erläuterungen:

	Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Verbrauchsmaterial MWL	537	7.500	7.500	7.500
2. Verbrauchsmaterial ÄLFF	8.000	10.000	10.000	10.000
3. Verbrauchsmaterial LLG	4.130	15.000	15.000	15.000
Zusammen	12.667	32.500	32.500	32.500

Es sind Ausgaben für Verbrauchsmaterialien für das MWL, ÄLFF und LLG veranschlagt.

522 95 019 Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	158.000	0	0
	107.052	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 95

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		218.000			218.000
2026		218.000			218.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		436.000			436.000

525 95	019	Aus- und Fortbildung	45.000	40.000	40.000
			14.399	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Aus- und Fortbildung für Administratoren veranschlagt.

533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	8.000	67.000	67.000
			6.514	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Unterstützungsleistungen bei der Fortentwicklung der IT-Landschaft einschließlich der Erneuerung/ Weiterentwicklung von Informationssystemen veranschlagt.

542 95	019	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

631 95	019	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			18.168	0	0

632 95	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	186.300	30.300	30.300
			26.177	516.600	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	128.300	244.200			372.500
2026	128.300	244.200	30.300		402.800
2027		244.200	201.300		445.500
2028		244.200	95.000		339.200
2029 ff.			190.000		190.000
Summen	256.600	976.800	516.600		1.750.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung wird für eine Verlängerung des Betriebsvertrages X-Gewerbeordnung und X-Unternehmen benötigt.

Die Ausgaben sind für die Pflege und Wartung von X-Gewerbeordnung und X-Unternehmen veranschlagt.

682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	213.200	198.600	188.600
			57.180	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 95

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	44.600				44.600
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	44.600				44.600

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für das Binnenmarktinformationssystem und Digitalisierungsmaßnahmen veranschlagt.

812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	216.100	124.300	366.000
			1.098.626	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	IT-Budget MWL	461.218	138.100	37.300	154.000
2.	IT Budget ÄLFF	277.406	0	35.000	132.000
3.	IT Budget LLG	277.405	0	35.000	67.000
4.	IT Budget LAGB	82.597	78.000	17.000	13.000
Zusammen		1.098.626	216.100	124.300	366.000

891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	238.000	238.000
			0	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	IT Budget MWL	0	0	70.000	70.000
2.	IT Budget ÄLFF	0	0	112.000	112.000
3.	IT Budget LLG	0	0	56.000	56.000
Zusammen		0	0	238.000	238.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 95		1.095.000	1.119.000	1.365.600	
			853.300		0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 15 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	40.500	68.000	68.000

Gesamteinnahme		40.500	68.000	68.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.458.800	1.852.400	2.002.400
			336.700	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	934.800	726.600	698.600
			516.600	0

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.068.100	4.560.200	4.754.000
			0	0

Gesamtausgabe		6.461.700	7.139.200	7.455.000

Gesamtsumme der VE			853.300	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-6.421.200	-7.071.200	-7.387.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 07, 19 08, 19 09, 19 10, 19 11, 19 13, 19 15, 19 20 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 17 sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zum Betrieb und zur Unterhaltung der ressortbezogenen Fachverfahren sowie der allgemeinen IT-Arbeitsplatzausstattung erforderlich sind. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 17 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt beim Ressort.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

65 Umweltverfahren

Erläuterungen:

Gebühreneinnahmen von Abfallwirtschaftsbeteiligten für die Nachweisbestätigung auf der Grundlage von § 20 der Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen

381 65	019	Verrechnungen zwischen Kapiteln	47.300	48.700	49.100
			40.102		

Erläuterungen:

Gebühreneinnahmen von Abfallwirtschaftsbeteiligten für die Nachweisbestätigung auf der Grundlage von § 20 der Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen.

Anteile des Landesamtes für Geologie und Bergwesen (LAGB) in Höhe von 2.300 EUR (vgl. EP 08 Kapitel 981 62) und des Landesverwaltungsamtes (LVwA) in Höhe von 45.000 EUR für die Refinanzierung der Zentralen Koordinierungsstelle Abfall (ZKS-Abfall) aufgrund des Erlasses des MULE vom 11.07.2015, Az. 35.5/ 2838 (Korrespondenzvermerk Ausgabetitel 511 65).

Die Gebühr für die Nachweisbestätigung soll so gestaltet werden, dass darin auch ein Anteil für die Nutzung der ZKS-Abfall aufgenommen wird (rechnerisch 12 EUR je Nachweis p. a.) Der Ansatz basiert auf der Schätzung der Anzahl der auszustellenden Nachweise auf Grundlage der laufenden Bewirtschaftung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			47.300	48.700	49.100

66 Relaunch Umwelt-Management-System (UMS)

231 66	019	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		
232 66	019	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0	0	0
			0		
233 66	019	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
			0		

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	0	0	0

**68 Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) - Themenfeld
 Bildung in Federführerschaft LSA**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 19 17
 Titelgruppe 68.

Erläuterungen:

Erstattung von anderen Ländern bzw. dem Bund für vereinheitlichte Online-Verfahren:
 -BAföG Digital

Die Einnahmen dienen der anteiligen Deckung der Ausgaben in Kapitel 19 17 Titelgruppe 68.

231 68	019	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	5.500.000	0
			0		

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind für die Neuentwicklung des Gesamtsystems BAföG Digital veranschlagt.

232 68	019	Sonstige Zuweisungen von Ländern	1.897.400	2.111.500	2.111.500
			2.032.767		

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind für den Finanzierungsanteil der teilnehmenden Länder BAföG Digital veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68	1.897.400	7.611.500	2.111.500

70 Umwelt - digital

233 70	019	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen von Kommunen aus abzuschließenden Verwaltungsvereinbarungen für die Nutzung von im Rahmen der OZG-
 Umsetzung bereitgestellten Online-Diensten.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	0	0	0

**73 Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes -
 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes Digital (AFBG
 Digital)**

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 19 17
 Titelgruppe 73.

Erläuterungen:

Erstattung von anderen Ländern bzw. dem Bund für vereinheitlichte Online-Verfahren - AFBG Digital

Die Einnahmen dienen der anteiligen Deckung der Ausgaben in Kapitel 19 17 TGr. 73.

231 73	019	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 231 73

Erläuterungen:

Die Einnahmen vom Bund dienen zur Finanzierung des Fachverfahrens AFBG Digital.

232 73	019	Sonstige Zuweisungen von Ländern	4.224.900	3.953.900	4.246.600
			0		

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind für den Finanzierungsanteil der teilnehmenden Länder AFBG Digital veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	4.224.900	3.953.900	4.246.600

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

63 Umweltinformationssysteme (UIS)

Erläuterungen:

Auf Grundlage des Umweltinformationsgesetzes (UIG) und des Informationszugangsgesetzes (IZG) ist die öffentliche Verwaltung verpflichtet, Umweltinformationen aktiv zugänglich zu machen. Durch den Zugang der Öffentlichkeit zu umweltbezogenen Informationen soll das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung geschärft und ein freier Meinungsaustausch ermöglicht werden. Information ist die Grundlage für eine wirksame Beteiligung der Öffentlichkeit an politischen Entscheidungsverfahren in Umweltfragen. Letztendlich soll der Zugang zu Umweltinformationen dazu beitragen, den Umweltschutz zu verbessern. Aufgrund veränderter strategischer, rechtlicher und technischer Rahmenbedingungen steht die Umweltverwaltung vor neuen Herausforderungen, aber auch Chancen. Die Digitale Strategie 2030 ist richtungsweisend für diese Kooperationsprojekte. Ziel der VKoopUIS (Vereinbarung über die Kooperation bei Konzeptionen und Entwicklungen von Software für Umweltinformationssysteme) ist es, UIS-Projekte gemeinsam durchzuführen und zu finanzieren, sich gegenseitig Rechte an erstellten Konzeptionen und entwickelter Software zu überlassen und die Weiterentwicklung und Pflege bereits erstellter Konzeptionen und eingesetzter Software gemeinsam zu betreiben.

511 63	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
525 63	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0
533 63	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
632 63	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	142.900	142.900	142.900
			0	0	0

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben der Umweltportale inkl. des Umweltinformationsnetzes Sachsen-Anhalt (UINST), von Fachverfahren im UIS, der mobilen Anwendung "Meine Umwelt", für Geodatenkomponenten, zur Beteiligung am Informationssystem Chemikalien des Bundes und der Länder sowie für das Elektronische immissionsschutzrechtliche Antragsverfahren veranschlagt. Darüber hinaus sind Kosten für die Bereitstellung/Programmierung sowie fortlaufende Mittel für die Pflege und den Support der APP "Meine Pegel" des länderübergreifenden Hochwasserportals veranschlagt.

812 63	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	80.000	80.000	80.000
			209.633	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für den Ersatz und die Administration der zentralen Metadatenkomponente sowie der Umweltdatenportal-Komponente veranschlagt.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	222.900	222.900	222.900
		0	0

64 Luftüberwachung

Erläuterungen:

Das Luftüberwachungssystem Sachsen-Anhalt (LÜSA) ist ein Mess- und Informationssystem zur kontinuierlichen Erfassung von Luftverunreinigungen im Land Sachsen-Anhalt. Es besteht überwiegend aus ortsfesten Containermessstationen, die mit automatischen Messgeräten ausgestattet sind und einer Messnetzzentrale in Magdeburg, die per Datenfernübertragung mit den Stationen verbunden ist. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG bildet die rechtliche Grundlage zur Überwachung der Luftqualität.

511 64 019 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.700	9.800	9.800
	13.435	0	0

Erläuterungen:

Wartungs- und Pflegeverträge für die IT-Infrastruktur und Software LÜSA

	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. HP-Carepacks LÜSA-Server	4.500	2.700	2.700
2. Verlängerung BackupsoftwareVeeam	2.200	0	0
3. Wartungsvertrag LÜSA Breitfuss	0	7.100	7.100
Zusammen	6.700	9.800	9.800

zu 1.

HP-Carepacks LÜSA-Server; Wartung für ausfallsicheren und störungsarmen Betrieb der Technik der LÜSA-Zentrale

zu 2.

Die Nutzungsverlängerung Backupsoftware und MWARE LÜSA-Zentrale sind ab 2025 im Titel 518 64 veranschlagt

zu 3.

Die Ausgaben für den Wartungsvertrag LÜSA Breitfuss waren bis 2024 im Titel 533 64 veranschlagt.

518 64 019 Mieten und Pachten	0	5.400	2.200
	0	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Lizenzen für die IT-Infrastruktur und Software LÜSA veranschlagt.

525 64 019 Aus- und Fortbildung	0	0	0
	0	0	0

533 64 019 Dienstleistungen Außenstehender	7.100	0	10.000
	7.096	0	0

Erläuterungen:

Wartung-, Datenerfassungs-, Übertragungs- und Virtualisierungssoftware;

Die Software steuert in allen LÜSA Messstationen sowie in Prüffeldern und Werkstätten die Messgeräte, zeichnet Daten auf und überträgt diese in die Messnetzzentrale.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 64

		Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Wartungsvertrag LÜSA Breitfuß	7.096	7.100	0	0
2.	Hosting LÜSA-Webangebot	0	0	0	5.000
3.	Hosting LÜSA-Webangebot durch Umweltportal Sachsen-Anhalt	0	0	0	5.000
Zusammen		7.096	7.100	0	10.000

zu 1.
Der Wartungsvertrag ist ab 2025 im Titel 511 64 veranschlagt.

682 64	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	16.500	16.500	0
			15.790	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für das Webhosting der LÜSA-Internetseite veranschlagt. Die Ausgaben sind ab 2026 im Titel 533 64 veranschlagt.

812 64	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	63.500	46.500	48.500
			46.836	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Softwarepflege AMC-Programme	17.956	18.000	18.000	18.000
2.	Softwareanpassungen AMC- Programme	0	15.000	17.000	17.000
3.	Anpassung Software Messstationen	0	5.000	5.000	7.000
4.	Hardwareerneuerung Messstationen	16.217	19.000	0	0
5.	LIMS Update	12.663	6.500	6.500	6.500
Zusammen		46.836	63.500	46.500	48.500

zu 1.
Die AMC-Programme sind der entscheidende Teil der LÜSA-Programme um mittels der von den Stationen gelieferten 30-Minuten-Werte alle weiteren Berechnungen von Mittelwerten und die Überwachung von Grenzwerten, die Überprüfungen der Einhaltung von Qualitätsparametern, Informationen der Bevölkerung und den Datenaustausch mit dem UBA zu ermöglichen (Datenverbund Deutschland).

zu 2.
Änderungen/Erweiterungen der AMC-Softwarelösungen, um Anpassungen an die aktuellen Erfordernisse der EU-Richtlinie 2008/50/EG + 39.BImSchV abzusichern.

zu 3.
Änderungen an der Software zur Messwerterfassung und Gerätesteuerung entsprechend geänderter Anforderungen

zu 5.
Laborinformations- und Managementsystems (LIMS) für die Laboratorien zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt sowie zur Dioxinanalytik in allen Umweltmedien - Anpassung der Anwendung "Gerätedatenbank" (Bestandteil im LIMS) an neue Erfordernisse zur Planung der Wartungsarbeiten an den Messgeräten und Überwachung ihrer Qualitätsparameter.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			93.800	78.200	70.500
				0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben des Betriebes diverser IT-Fachanwendungen der Umweltverwaltung und des UIS-Betreiberzentrums.

511 65	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	349.200 190.426	521.300 0	506.600 0

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für den Betrieb von Umwelt-Fachverfahren veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Wartung IT-Verfahren des Immissionsschutzes	23.790	49.200	43.500	43.500
2.	elektronisches Abfallnachweisverfahren	9.506	9.500	0	0
3.	Wartung und Pflege VKoopUIS Projekt 24 Elektronisches PRTR - BUBE zur Erfüllung	17.363	38.000	34.000	44.000
4.	Wartung und Support von Fachsoftware	2.983	8.600	7.300	7.600
5.	Software EKIS ("Eingriffs- und Kompensationsflächen-Informationssystem") und Ökokonto (Wartungsvertrag)	1.058	10.000	0	0
6.	Pflegevertrag EKIS-Summationskataster	0	7.700	0	0
7.	Geoinformationssysteme	0	5.500	7.000	7.000
8.	Betrieb der Zentralen Koordinierungsstelle Abfall und ASYS (Abfallüberwachungssysteme)	70.597	72.000	97.000	92.000
9.	Pflege Fachinformatinssystem Naturschutz	0	20.000	70.000	50.000
10.	Pflege UIS, UIS-Datenbanken	38.442	37.000	101.000	101.000
11.	Hosting EKIS und Ökokonto	0	17.200	34.000	35.000
12.	Pflegevertrag CITRIX-Lizenzen, Onlinedatenbanken	26.687	23.000	38.500	38.500
13.	Multibase CS Weiterentwicklung, Wartung und Support	0	51.500	89.000	88.000
Zusammen		190.426	349.200	521.300	506.600

525 65	019	Aus- und Fortbildung	21.000 0	22.000 0	22.000 0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Fortbildung der Administratoren für Fachinformationssysteme des Umweltinformationssystems des Landes Sachsen-Anhalt veranschlagt.

533 65	019	Dienstleistungen Außenstehender	28.500 15.534	39.500 0	40.500 0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Systembetreuung Themenbrowser, Entwicklung von GIS-Funktionen	0	9.500	10.000	10.000
2.	Servicevertrag Backup	15.534	9.000	11.500	12.500

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 65

3.	Erweiterung und Pflege Labor- Informations-Management-System (LIMS)	0	10.000	18.000	18.000
Zusammen		15.534	28.500	39.500	40.500

zu 1.
Systembetreuung Themenbrowser, Einarbeitung spezieller GIS-Projekte in das System, Einweisung/Schulung der Beschäftigten, Unterstützung bei Installation neuer Versionen

zu 3.
Begleitung und Wartung des LIMS durch einen externen Dienstleister, das 2016 eingeführt wurde und seit dem alle Abläufe im Labor überwacht.

682 65	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	54.800	46.000	46.000
			40.332	0	216.800

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	54.200				54.200
2026	54.200				54.200
2027				54.200	54.200
2028				54.200	54.200
2029 ff.				108.400	108.400
Summen	108.400			216.800	325.200

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung ist für die Neuausschreibung des Hosting Vertrages in 2026 veranschlagt.

Die Ausgaben sind für das Hosting von Sachsen-Anhalts Managementsystemsoftware Natura 2000 (SAMSON) veranschlagt.

812 65	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	241.100	181.000	156.000
			569.933	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ersatzbeschaffung Server und Hardware	37.100	36.000	36.000
2.	Anlageninformationssystem Sachsen-Anhalt (LIS-A)	105.000	75.000	90.000
3.	Einführung einer Web-Lösung zum Ersatz von BioLRT (Biotop- und Lebensraumtypfassung)	79.000	0	0
4.	Erneuerung des Labordaten-Management-System	20.000	0	0
5.	Einführung Gentechnikdaten-Management-System	0	70.000	30.000
Zusammen		241.100	181.000	156.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	694.600	809.800	771.100
		0	216.800

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

66 Relaunch Umwelt-Management-System (UMS)

Übertragbar

Erläuterungen:

Das Umweltinformationssystem (UIS) ist das zentrale System für die behördliche Arbeit mit Umweltdaten in Sachsen-Anhalt. Die Ausgaben für den Betrieb der darin integrierten Fachverfahren sind in der Titelgruppe 65 "Umweltverfahren" veranschlagt. Die aktuell verwendete UIS-Software ist veraltet.

Im Rahmen einer digitalen Transformation sollen projektorientiert in den Jahren 2024 bis 2029 im Sinne eines "Relaunch" die verschiedenen Fachinformationssysteme in ein neues Umwelt-Management-System (UMS) überführt werden. Die dafür erforderlichen Ausgaben sind hier veranschlagt; die Ausgaben für den zeitlich befristeten Weiterbetrieb der alten Verfahren sind in Titelgruppe 65 veranschlagt.

Ziel des neuen Umwelt-Management-Systems ist die:

- Auslegung auf eine moderne und sichere Softwarearchitektur (Open Source Webbrowser basiert)
- Anpassung der digitalen Inhalte an aktuelle und zukünftige Fragestellungen unter Berücksichtigung, dass Informationen im Geschäftsprozess nur einmal maschinenlesbar am Entstehungsort digitalisiert erhoben werden
- Einbindung weiterer Zielgruppen (Bürger, Politiker, Wissenschaftler, Aufgabenträger, Planer, Entscheider, etc.)
- Realisierung der Anforderungen wie dienstebasierter Datenaustausch, Schnittstellen für die Maschine zu Maschine Kommunikation, öffentlich zugängliche Portalfunktionen

511 66	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
522 66	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	75.000	22.500	37.500
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		22.500			22.500
2026		37.500			37.500
2027		60.000			60.000
2028					
2029 ff.					
Summen		120.000			120.000

Erläuterungen:

Ziel:

Ablösung des veralteten Umweltinformationssystems (UIS) für die behördliche Arbeit mit Umweltdaten in Sachsen-Anhalt durch die Überführung verschiedener Fachinformationssystem in ein neues Umwelt-Management-System (UMS).

Inhalt:

Die Beratungsleistung umfasst die Erstellung von Feinkonzepten/Lastenheften für die Neuentwicklung von Individualsoftware für die Realisierung des Relaunch der Umwelt-Management-Systems (UMS) der Module:

- Fachinformationssystem Boden

Nach § 1 BBodSchG sollen nachhaltig die Funktionen des Bodens gesichert oder wiederhergestellt werden. § 10 BodSchAG LSA schreibt vor, dass Landesfachbehörden dazu verpflichtet sind die Beschaffenheit der Böden zu beobachten. Um effizient und zukunftssicher zu arbeiten, müssen die betroffenen Behörden diese Daten räumlich und zeitlich unabhängig voneinander teilen sowie auch für Planungsaufgaben veröffentlichen (§ 8 BodSchAG LSA). Gemäß § 9 BodSchAG LSA besteht die Verpflichtung, schädliche Bodenveränderungen, Altlasten und Verdachtsflächen in einem Kataster im FIS Boden zu führen.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 66

- Fachinformationssystem Wasser

Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen: § 87 WHG, §103 WG LSA, RdErl. Des MLU 25./31/62564 vom 20.12.2005, AllGO LSA, VwKostG LSA u. UIG i.v.m. UIG LSA, Vollzug der Kleinkläranlagenüberwachung; gesetzliche Grundlagen: KKAÜVO vom 19.10.2012 (GVBl. LSA S. 52), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 23.08.2021 (GVBl. LSA S. 476), Umsetzung des Anlageinformationssystem über Anlagen gemäß § 62 WHG

- Fachinformationssystem Abfall

Umsetzung der Deponieverordnung (DepV), Beobachtung der Abfallströme und das Monitoring von Deponien vor dem Hintergrund der Abfallwirtschaftsplanung (§ 30 KrWG), Umsetzung des EU-Aktionsplan Kreislaufwirtschaft, Durchführung und Ergänzung einer landesweiten Abfallberatung gem. § 46 II KrWG und § 2 II AbfZustVO (LSA) i.V.m. AbfG LSA, Unterstützung der Abfallbilanzierung gemäß § 21 KrWG i.V.m. § 9 AbfGLSA

Laufzeit:

2025 bis 2027

812 66	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	60.000	330.000	615.000
			0	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		330.000			330.000
2026		615.000			615.000
2027		270.000			270.000
2028		465.000			465.000
2029 ff.					
Summen		1.680.000			1.680.000

Erläuterungen:

Die Ausgaben 2025/2026 sind für die Neugestaltung des Fachinformationssystems Naturschutz vorgesehen. Ein wesentliches Segment des Fachinformationssystems Naturschutz ist "SAMSON" (Sachsen-Anhalts Management-Software für Natura 2000). SAMSON ist ein Online-Informationssystem zur Verwaltung der Planung und Realisierung von Maßnahmen im Rahmen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie der EU. Da es von allen Naturschutzbehörden, von Planungsbüros, Pflegeverbänden und dem Landesamt für Umweltschutz (LAU) genutzt wird, nimmt es eine zentrale Stellung bei der Umsetzung von Natura 2000 im Land ein. Es besteht die Pflicht zur Bewahrung bzw. zur Entwicklung günstiger Erhaltungszustände der Schutzgüter nach FFH- und Vogelschutzrichtlinie, was ohne diese Steuerungssoftware nicht gewährleistet werden kann. Darüber hinaus ist SAMSON für die Verwaltung und Steuerung aller naturschutzbezogenen Maßnahmen vorgesehen und hält umfassende Informationen zum Schutzgebietssystem, zu Biotopen, Lebensraumtypen und Arten vor.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66	135.000	352.500	652.500
		0	0

**68 Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) - Themenfeld
Bildung in Federführerschaft LSA**

Übertragbar

* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden
bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 19 17
Titelgruppe 68.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet den Bund und die Länder ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Die erfolgreiche Umsetzung des OZG ist eine gesamtstaatliche Aufgabe in verwaltungsträgerübergreifender Zusammenarbeit. Für Sachsen-Anhalt hat das Ministerium für Infrastruktur und Digitales gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Federführung für das Themenfeld Bildung übernommen. Die fachliche Zuständigkeit für die Umsetzung des OZG im wissenschaftlichen Bereich liegt beim Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt.

Die Titelgruppe enthält die Umsetzungsmaßnahmen BAföG Digital.

Die Deckung der Ausgaben erfolgt, bis auf den vom Land Sachsen-Anhalt zu erbringenden Länderanteil, aus Kapitel 19 17 Titel 231 68 und Titel 232 68.

511 68	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2.600 2.845	2.600 0	2.600 0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für die IT der Geschäftsstelle BAföG Digital veranschlagt.

533 68	019	Dienstleistungen Außenstehender	1.201.400 1.359.693	6.760.300 0	1.250.700 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Weiterentwicklung, Wartung und Support von BAföG Digital veranschlagt. In 2024 wurde das Altsystem gekündigt und in 2025 soll der Großteil der Ausgaben der Neuentwicklungskosten erfolgen.

682 68	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an Öffentliche Unternehmen	486.700 378.405	513.700 0	513.700 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem Betrieb BAföG Digital bei der Dataport AöR.

812 68	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0

981 68	019	Verrechnung zwischen Einzelplänen	259.300 234.600	295.800 0	305.400 0

Erläuterungen:

Es sind Personalkosten und Kosten der Geschäftsstelle BAföG Digital veranschlagt. Diese werden zum Ausgleich des Kapitels 15 01 Titel 381 64 genutzt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			1.950.000	7.572.400 0	2.072.400 0

69 Fachverfahren BAföG und AFBG

Erläuterungen:

Ausgaben für den Betrieb der IT-Verfahren des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) und des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG)

511 69	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	125.000 124.224	125.000 0	125.000 0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Datenverarbeitungsleistungen (insbesondere Betreuung, Pflege, Wartung), die für den Vollzug des BAföG/AFBG erforderlich sind, veranschlagt. Weiterhin sind im Ansatz Mittel für den Online-Antrag AFBG enthalten.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 69

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	BAföG Wartung	119.724	120.200	125.000	125.000
2.	AFBG Online	4.500	4.800	0	0
Zusammen		124.224	125.000	125.000	125.000

682 69	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	858.400	636.600	631.600
			569.334	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	BAföG	471.097	480.800	378.500	377.800
2.	Hosting AFBG	69.637	126.400	116.800	112.100
3.	Pflege Software AFBG	23.804	42.700	58.800	59.200
4.	Betrieb Heizkostenzuschuss BAföG	4.796	7.000	0	0
5.	Betrieb Heizkostenzuschuss AFBG	0	7.000	0	0
6.	Aufbau und Betrieb Infoportal BAföG	0	112.000	0	0
7.	Digitaler Antragsassistent AFBG Digital	0	82.500	82.500	82.500
Zusammen		569.334	858.400	636.600	631.600

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			983.400	761.600	756.600
				0	0

70 Umwelt - digital

Übertragbar

Erläuterungen:

Das Onlinezugangsgesetzes (OZG) verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsleistungen auch digital über Verwaltungsportale anzubieten. Dabei ist der Einsatz externer Beratung für die Erstellung von Leistungsbeschreibungen, Datenfeldern und Prozessen sowie für die Prüfung datenschutzrechtlicher, IT-sicherheitsrechtlicher und technischer Belange notwendig. Ziel ist die Entwicklung OZG-konformer Onlinedienste für Verwaltungsleistungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt.

511 70	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

522 70	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	208.000	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	208.000	208.000			416.000
2026		208.000			208.000
2027		208.000			208.000
2028					
2029 ff.					
Summen	208.000	624.000			832.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 70

Erläuterungen:

Ziel:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsleistungen auch digital über Verwaltungsportale anzubieten. Daraus resultiert das Erfordernis, OZG-konforme Onlinedienste für Verwaltungsleistungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt zu entwickeln.

Inhalt:

Die Beratungsleistungen umfassen

- die Beurteilung technischer, datenschutzrechtlicher und IT-sicherheitsrechtlicher Belange sowie Erstellung von Handlungsempfehlungen im Rahmen der Umsetzung bundesländerübergreifender, ressortübergreifender und ressorteigener Projekte zur Entwicklung OZG-konformer Online-Dienste
- konzeptionelle Arbeiten (Erstellung von Grob- und/oder Feinkonzepten) für die Entwicklung ressorteigener Online-Dienste (FIM-basierte Eigenentwicklung)
- die Steuerung der Erstellung von Leistungsbeschreibungen, Datenfeldern und Prozessen im Rahmen des Föderalen Informationsmanagements (FIM)

Laufzeit:

2024 bis 2027

525 70	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0
533 70	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
632 70	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	192.000	0	0
			0	840.000	480.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		742.000			742.000
2026		742.000			742.000
2027		742.000	210.000	120.000	1.072.000
2028			210.000	120.000	330.000
2029 ff.			420.000	240.000	660.000
Summen		2.226.000	840.000	480.000	3.546.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss von Verwaltungsvereinbarungen mit anderen Bundesländern zur Mitnutzung und anteiligen Finanzierung der Betriebskosten von Online-Diensten veranschlagt.

633 70	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
			0	0	0
682 70	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	93.300	0	0
			0	1.681.600	1.380.400

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 70

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		428.300			428.300
2026		428.300			428.300
2027		428.300	420.400	345.100	1.193.800
2028			420.400	345.100	765.500
2029 ff.			840.800	690.200	1.531.000
Summen		1.284.900	1.681.600	1.380.400	4.346.900

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen dem Abschluss von Nachnutzungsverträgen mit der Föderalen IT-Kooperation (FITKO AöR) zur Mitnutzung und anteiligen Finanzierung der Betriebs- und Weiterentwicklungskosten, von anderen Bundesländern nach dem Einer-für-Alle-Prinzip (EfA) entwickelten Online-Dienste sowie zur Finanzierung von Entwicklung, Betrieb und Weiterentwicklung von Onlinediensten für Sachsen-Anhalt durch Dataport AöR.

812 70	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.090.000				2.090.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	2.090.000				2.090.000

891 70	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			493.300	0	0
				2.521.600	1.860.400

71 Fachprojekt Geodatenbasis

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für den Betrieb und die Weiterentwicklung des Geodatenmanagement- und verteilsystems im Geschäftsbereich des MWU und des Biosphärenreservates Drömling veranschlagt.

511 71	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.900	23.300	23.300
			18.531	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 71

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Wartungs- und Pflegekosten Software TBIMS	14.433	14.500	16.900	16.900
2.	Softwarepflege Vertrag - Drömgis	2.999	3.000	3.000	3.000
3.	Wartungskosten FME Desktop ESRI-Edition	1.099	3.400	3.400	3.400
Zusammen		18.531	20.900	23.300	23.300

533 71	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			3.957	0	0

812 71	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 71			20.900	23.300	23.300
				0	0

72 Informationssysteme Biosphärenreservate

Übertragbar

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Softwaresysteme der Biosphärenreservatsverwaltungen veranschlagt. Darüber hinaus sind für das Biosphärenreservat Drömling die Ausgaben für das Wasserwirtschaftliche Informationssystem der Fa. KISTERS (WISKI) und das Wasserbewirtschaftungsmodul (WBalMo) veranschlagt.

511 72	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	38.800	43.500	43.500
			5.916	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Wartung und Pflege Softwaresysteme Biosphärenreservate	5.916	9.300	10.000	10.000
2.	Forschungsinformationssystem Agrar- und Ernährung (FISA)	0	2.500	2.500	2.500
3.	Verwaltungstool für das Wassermanagement	0	25.000	30.000	30.000
4.	Trimble Catalyst Dienst; Korrekturdatendienst	0	1.000	1.000	1.000
5.	Relaunch Homepage Drömling	0	1.000	0	0
Zusammen		5.916	38.800	43.500	43.500

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 72

zu 1.

Softwarepflege und -wartung für die Softwaresysteme Biosphärenreservate (SW-Pflege Drömgis, DHI-WASY, Multibase CS, Internet-Plattform, Homepage BR Drömling)

zu 2.

Forschungsinformationssystem Agrar und Ernährung (FISA) für Bund und Länder/LSA-Länderanteil (jährliche Betriebskosten). Mit FISA wurde eine bundesweite Internetplattform für die öffentliche Forschung auf dem Gebiet Agrar/Ernährung geschaffen. Auf diese Weise wird der Zugang zu Informationen geplanter, laufender und abgeschlossener Projekte der Agrar- und Ernährungsforschung verbessert und transparenter gestaltet sowie ein Beitrag für eine interdisziplinäre und verstärkt länderübergreifende Forschungszusammenarbeit geleistet.

zu 3.

Wartung der einheitlichen Datenbank für die Modellfortschreibung mit verschiedenen Auswertemöglichkeiten. Hierdurch können Anforderungen, die über die Datenbereitstellung für die WBaMo-Fortschreibung hinausgehen, für die Fortführung des Monitorings im Biosphärenreservat geeignete Strukturen und Auswertemöglichkeiten für die täglichen Arbeitsaufgaben, erfüllt werden.

zu 4.

Der Korrekturdatendienst wird für die Arbeit mit cm-genauen GPS-Daten benötigt. Diese GPS-Daten werden in der BRV Drömling u. a. für die Aufnahme von Überflutungsflächen gemäß den Verpflichtungen aus dem Wasserrechtsverfahren benötigt.

525 72	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0
533 72	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			2.666	0	0
812 72	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	25.000	0	0
			24.848	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			63.800	43.500	43.500
				0	

**73 Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes -
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes Digital (AFBG
Digital)**

Übertragbar

- * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 19 17 Titelgruppe 73.

Erläuterungen:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet den Bund und die Länder ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Die erfolgreiche Umsetzung des OZG ist eine gesamtstaatliche Aufgabe in verwaltungsträgerübergreifender Zusammenarbeit. Für Sachsen-Anhalt hat das Ministerium für Infrastruktur und Digitales gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Federführung für das Themenfeld Bildung übernommen. Die fachliche Zuständigkeit für die Umsetzung des OZG im wissenschaftlichen Bereich liegt beim Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt.

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben für die Umsetzungsmaßnahme "AFBG Digital".

Die Deckung der Ausgaben erfolgt, bis auf den vom Land Sachsen-Anhalt zu erbringenden Länderanteil, aus Kapitel 19 17 Titel 231 72 und Titel 232 73.

511 73	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	2.600	2.600
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 73

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Geschäftsbedarf der fachlichen Leitstelle AFBG Digital veranschlagt.

525 73	019	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	0	0	0
			0	0	0
533 73	019	Dienstleistungen Außenstehender	4.225.000	3.811.900	4.106.200
			0	4.005.000	5.762.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			4.005.000		4.005.000
2027				1.358.200	1.358.200
2028				1.411.500	1.411.500
2029 ff.				2.992.500	2.992.500
Summen			4.005.000	5.762.200	9.767.200

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen werden benötigt, um die SaaS-Bereitstellung mit FITKO AöR zu erfüllen und um Betrieb, Pflege, Hosting und Weiterentwicklung durch den IT-Dienstleister Datagroup zu gewährleisten.

Die Ausgaben sind für Betrieb, Pflege, Hosting und Weiterentwicklung des Onlinedienst AFBG Digital durch den IT-Dienstleister Datagroup veranschlagt.

682 73	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
812 73	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2.600	0	0
			0	0	0
981 73	019	Verrechnung zwischen Einzelplänen	142.100	209.800	218.300
			148.516	0	0

Erläuterungen:

Es sind Personalkosten und Kosten der Geschäftsstelle AFBG Digital veranschlagt. Diese werden zum Ausgleich des Kapitels 15 01 Titel 381 66 genutzt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 73	4.369.700	4.024.300	4.327.100
		4.005.000	5.762.200

93 Informationssicherheit

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats und der "Leitlinie zur Informationssicherheit in der unmittelbaren Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Informationssicherheitsleitlinie Sachsen-Anhalt - LISL LSA)" auf Ressortebene veranschlagt. Dazu zählen unter anderem auch der Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems.

Ausgaben für die Errichtung des ressortübergreifenden und landesweiten Informationssicherheitsmanagementsystems und die Initiierung der Sicherheitsprozesse auf Ressort- und Landesebene sind bei Kapitel 19 10 Titelgruppe 65 zentral veranschlagt.

511 93	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

525 93	019	Aus- und Fortbildung	10.000	0	0
			0	0	0

533 93	019	Dienstleistungen Außenstehender	70.000	70.000	70.000
			5.740	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Unterstützungsleistungen Externer zur Aufrechterhaltung des IT-Sicherheitsprozesses veranschlagt.

682 93	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

812 93	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

891 93	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93			80.000	70.000	70.000
				0	0

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die lokalen Netzwerke sowie Telekommunikationsinfrastrukturen und die Beschaffung von TK-Endgeräten veranschlagt.

Der Anteil für das sogenannte Gebührenaufkommen ist hingegen in den Sachhaushalten aller Ressorts bzw. das Gebührenaufkommen "Festnetz" zentral im Sachhaushalt des MID berücksichtigt.

511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

812 94	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 94			0	0	0
				0	0

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben des IT-Budgets (enthält alle für die IT-Arbeitsplatzausstattung und die im Hintergrund laufenden zentralen oder dezentralen Verfahren anfallenden Ausgaben, insbesondere erstmalige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen, Peripheriegeräte wie Scanner oder Netzwerkdrucker, Multifunktionsgeräte (ohne gesonderte Verbrauchsmaterialien), Server, Datensicherungsmedien, Beamer - jeweils inklusive Zubehör, Lizenzkosten, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Verbrauchsmittel, Beratungs- und Programmierleistungen, Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren) veranschlagt.

511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	156.000	156.000	156.000
			85.381	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 95

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Ausstattung der Beschäftigten mit mobilen Arbeitsplätzen. Die Schaffung entsprechender Voraussetzungen schließt unterstützende Programme (Datenverschlüsselung, Kennwortverwaltung) weiterer Anbieter ein.

514 95	019	Verbrauchsmittel	15.100 8.756	15.100 0	15.100 0
518 95	019	Mieten und Pachten	228.800 62.547	90.600 0	90.600 0

Erläuterungen:

Ausgaben für befristete Lizenzüberlassung

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Adobe CC Lizenzen	9.000	6.000	10.500	10.500
2.	Kemp Virtual LoadMaster VLM 3000	0	1.600	1.900	1.900
3.	DeskCenter	0	35.000	35.000	35.000
4.	BlackBerry Spark UEM Express Suite	4.481	6.400	6.400	6.400
5.	Trellix Mvision Plus	36.864	79.700	0	0
6.	Nutanix AOS Pro	0	90.000	0	0
7.	Citrix ADC VPX Advanced Edition	10.010	10.100	10.100	10.100
8.	Big Blue Button	2.192	0	2.200	2.200
9.	Adobe Acrobat Professional DC Lizenzen	0	0	24.500	24.500
Zusammen		62.547	228.800	90.600	90.600

525 95	019	Aus- und Fortbildung	39.000 31.392	59.000 0	59.000 0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren veranschlagt.

533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	103.000 100.711	63.000 0	63.000 0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für die personelle Unterstützung durch einen externen Dienstleister zur Umsetzung des Projektes "Einführung eines mobilen Arbeitsplatzes" veranschlagt.

542 95	019	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0

682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0

812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	132.700 136.806	81.700 0	98.700 0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 17 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 95

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		30.000			30.000
2026		30.000			30.000
2027		30.000			30.000
2028					
2029 ff.					
Summen		90.000			90.000

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Scan-Hardware (EVA-LSA)	0	30.000	0	0
2.	Scan-Software (EVA-LSA)	0	60.000	0	0
3.	Ersatzbeschaffungen	74.472	35.000	45.000	45.000
4.	Pflege Zeit- und Zutrittskontrollsystem im MWU und den 3 Biosphärenreservatsverwaltungen	0	7.700	7.700	7.700
5.	Erneuerung Zeiterfassungssystem	62.334	0	0	0
6.	Investitionen LAU	0	0	29.000	46.000
Zusammen		136.806	132.700	81.700	98.700

Nachrichtlich: Summe TGr. 95	674.600	465.400	482.400
		0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	6.122.300	11.565.400	6.358.100
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	47.300	48.700	49.100
Gesamteinnahme		6.169.600	11.614.100	6.407.200

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6.931.100	11.843.400 4.005.000	6.636.200 5.762.200
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.844.600	1.355.700 2.521.600	1.334.200 2.077.200
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	604.900	719.200 0	998.200 0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	401.400	505.600 0	523.700 0
Gesamtausgabe		9.782.000	14.423.900	9.492.300
Gesamtsumme der VE			6.526.600	7.839.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-3.612.400	-2.809.800	-3.085.100

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 07, 19 08, 19 09, 19 10, 19 11, 19 13, 19 15, 19 17 und 19 23 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 20 sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zum Betrieb und zur Unterhaltung der ressortbezogenen Fachverfahren sowie der allgemeinen IT-Arbeitsplatzausstattung erforderlich sind. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 20 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt beim Ressort.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

63 Verfahren der Gerichte

119 63	019	Sonstige vermischte Verwaltungseinnahmen	322.700 383.991	0	0

Erläuterungen:

Einnahmen aus Zahlungen an das Land Sachsen-Anhalt aus Verfahren der Gerichte

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			322.700	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Verfahren des Justizvollzuges

Erläuterungen:

Die IT-Verfahren des Justizvollzuges stellen eine umfassende EDV-Organisationslösung zur Abwicklung der Verwaltungsaufgaben im Justizvollzug dar.

BASIS wird zur Erledigung der Verwaltungsaufgaben im Justizvollzug, Nexus-Kammerverwaltung sowie VeLiS werden zur automatisierten Planung der Kammerverwaltung, Versorgung und Logistik eingesetzt und SP-Expert dient der Abwicklung der Schichtdienstplanung im Justizvollzug.

511 61	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
812 61	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	19.500 6.969	11.000 0	11.500 0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem Betriebserhalt der EDV-Organisationslösung zur Abwicklung der Verwaltungsaufgaben im Justizvollzug und einer zyklischen Erneuerung der Server- und Datensicherungslösung.

882 61	019	Zuweisungen für Investitionen an Länder	212.000 112.379	228.500 0	120.700 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Kostenerstattung für das Fachverfahren BASIS-Web (Betrieb und die Weiterentwicklung) an das Land Nordrhein-Westfalen veranschlagt.

Die Zahlungen im Länderverbund erfolgen an Nordrhein-Westfalen. Grundlage ist die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.01.2003 (beteiligt sind: Nordrhein-Westfalen (Federführer), Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Großherzogtum Luxemburg).

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			231.500	239.500 0	132.200 0

62 Verfahren der Staatsanwaltschaften (web.sta)

Erläuterungen:

Das Fachverfahren web.sta deckt funktional die gesamten Geschäftsabläufe im staatsanwaltschaftlichen Verfahren einschließlich Registerführung, zentraler Namenskartei sowie Textverarbeitung ab. Das Programm ist Basis des gesetzlich vorgeschriebenen Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters und unterstützt das umfangreiche Mitteilungswesen zu den zentralen Registern (Zentrales Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister, Bundeszentralregister, Verkehrszentralregister sowie den Datenaustausch mit der (Bundes-) Polizei).

511 62	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 39.877	242.500 0	216.000 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Verfahrenspflege und -weiterentwicklung des Fachverfahrens der Staatsanwaltschaften web.sta.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)**19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

518 62	019	Mieten und Pachten	0	3.500	3.500
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen dem Strukturierungswerkzeug Normfallmanager.

533 62	019	Dienstleistungen Außenstehender	130.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind ab dem Haushaltsjahr 2025 im Titel 511 62 veranschlagt.

682 62	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ansätze sind in der Titelgruppe 70 veranschlagt.

812 62	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	93.000	0	0
			104.736	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind ab dem Haushaltsjahr 2025 im Titel 511 62 veranschlagt.

882 62	019	Zuweisungen für Investitionen an Länder	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62

223.000	246.000	219.500
	0	0

63 Verfahren der Gerichte

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben des Betriebes und der Weiterentwicklung der IT-Verfahren der Gerichte:

- EUREKA-Fach dient der Bearbeitung und Vorgangsverwaltung für Verfahren der Fachgerichtsbarkeit (Arbeitsgerichte, Finanzgerichte, Sozialgerichte und Verwaltungsgerichte)
- EUREKA dient der Bearbeitung und der Vorgangsverwaltung für Verfahren der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Betreuungs-, Familien-, Nachlass-, Straf-, Vollstreckungs-, Zivil- und Zwangsversteigerungsverfahren, Insolvenzverfahren)
- EMSA (Elektronisches Mahnverfahren einschließlich Online-Mahnantrag)
- Vollstreckungsportal
- RegisSTAR / Registerportal (EDV-Handelsregister) / Internetregistrauskunft
- SolumSTAR / Datenbankgrundbuch (EDV-Grundbuch)

sowie die Ausgaben im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) einschließlich neuer Verfahrensentwicklungen:

- gefa (Länderübergreifendes Gemeinsames Fachverfahren der Länder),
- Komponenten des e²-Verbundes.

Alle Verfahren werden in Länderverbünden entwickelt.

511 63	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	186.200	188.100
			15.183	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen den IT-Verfahren der Gerichte. Hierrunter fallen Ausgaben für die Softwarepflege der Verfahren Grundbuch- und Handelsregisterverfahren (SolumSTAR und RegisSTAR), Elektronisches Mahnverfahren (EMSA) und Fachverfahren von Familiensachen (FTCAM).

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 63

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	SolumSTAR/RegisSTAR - Supportleistungen Betrieb	0	0	59.000	59.000
2.	EMSA - Softwarepflege- und Supportleistungen	15.183	0	17.500	18.000
3.	FTCAM - Softwarepflege- und Supportleistungen	0	0	9.100	9.100
4.	SolumSTAR - Softwarepflege- und Supportleistungen	0	0	100.600	102.000
Zusammen		15.183	0	186.200	188.100

518 63	019	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

533 63	019	Dienstleistung Außenstehender	99.300	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind ab dem Haushaltsjahr 2025 im Titel 511 63 veranschlagt.

682 63	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind in Titelgruppe 70 veranschlagt.

812 63	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1.089.300	896.400	773.800
			605.396	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Betrieb, die Anpassung und Neuentwicklung der IT-Fachverfahren der Gerichte an neue gesetzliche und organisatorische Anforderungen sowie Investitionen im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) und der elektronischen Akte (eAkte) im Rahmen der Umsetzung der Gesetze zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten veranschlagt.

Aufgrund bestehender Ländervereinbarungen ist auch ein Kostenausgleich an andere Länder vorzunehmen. Für diese Zwecke sind weitere Haushaltsmittel bei Titel 882 63 veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	EUREKA-Winsolvenz	32.233	43.500	53.000	53.000
2.	EUREKA-Fach	13.422	28.000	28.000	20.000
3.	EMSA - Online Mahnantrag	30.982	47.800	28.800	28.800
4.	GeFa	412.624	841.300	779.000	664.400
5.	Elektronisches Saalmanagement	0	15.300	7.600	7.600
6.	EUREKA (ordentliche Gerichtsbarkeit)	7.418	17.000	0	0
7.	SolumSTAR	108.717	25.000	0	0
8.	Formatwandler für e ² -Komponenten	0	71.400	0	0
Zusammen		605.396	1.089.300	896.400	773.800

zu 1.

EUREKA-WINSOLVENZ dient der elektronischen Unterstützung der Serviceeinheiten, Rechtspfleger- und Richterarbeitsplätze in den Insolvenzgerichten. Die Ausgaben sind für die Pflege und Weiterentwicklung der Software EUREKA-WINSOLVENZ im Länderverbund (beteiligt: Bremen, Hessen, Niedersachsen (Federführer), Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt) zur Anpassung der Software an die sich ändernden organisatorischen und gesetzlich vorgegebenen Anforderungen im Geschäftsablauf der Amtsgerichte vorgesehen.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 63

zu 2.

EUREKA-FACH dient der elektronischen Unterstützung der Serviceeinheiten, Rechtspfleger- und Richterarbeitsplätze in der Fachgerichtsbarkeit (Arbeitsgerichte, Finanzgericht, Verwaltungsgerichte und Sozialgerichte einschließlich der zweitinstanzlichen Gerichte); Länderverbund von Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen (Federführer), Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein.

Veranschlagt sind hier die Kosten der Pflege, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung.

zu 3.

Das Elektronische Mahnverfahren Sachsen-Anhalt (EMSA) wird auch für die Länder Sachsen und Thüringen betrieben. Hier sind die Kosten für die Pflege, Weiterentwicklung und den Betrieb des Online-Mahntrags veranschlagt.

zu 4.

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Entwicklung des "Länderübergreifenden Gemeinsamen Fachverfahrens - gefa -". Dessen Entwicklung ist durch den E-Justice-Rat (Justizamtschefinnen und -amtschefs der 16 Länder) am 29. März 2017 beschlossen worden. Die Entscheidung ist vor dem Hintergrund der gesetzlichen Verpflichtung der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenbearbeitung (zwingend ab 1.1.2026) erfolgt. Grundlage ist der Beschluss des E-Justice-Rates vom 20. September 2017 und das "Verwaltungsabkommen über die Entwicklung und Pflege eines gemeinsamen Fachverfahrens und die Vereinheitlichung der IT im Bereich der Justiz".

zu 5.

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Entwicklung der Teilkomponente e²S (Saalmanagement) für den e²-Verbund durch Sachsen-Anhalt.

zu 6.

Hier waren bisher die Kosten für die Pflege und den Support der Module für die Berechnung von Verfahrens- / Prozesskostenhilfe und Unterhalt in Familiensachen (FTCAM für EUREKA) veranschlagt. Diese sind ab dem Haushaltsjahr 2025 im Titel 511 63 veranschlagt.

zu 7.

Hier waren bisher die Ausgaben für die Pflege, Weiterentwicklung und den Support des zurzeit eingesetzten Fachverfahrens SolumSTAR (Entwicklungsverbund von 14 Bundesländern) veranschlagt. Das Verfahren wird auch mindestens noch bis zur vollständigen Einführung des in Entwicklung befindlichen bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuchs (dabag) im Einsatz sein. Die Ausgaben sind ab dem Haushaltsjahr 2025 im Titel 511 63 veranschlagt.

zu 8.

Im Rahmen der künftigen Arbeit mit den e²-Komponenten wird es auch für Sachsen-Anhalt erforderlich, den künftigen Anwendern eine Formatwandlungssoftware zur Verfügung zu stellen. Die Ausgaben sind für die Pflege, Support und die Weiterentwicklung des e²P-Adapters veranschlagt. Die Kosten sind ab dem Haushaltsjahr 2025 im Titel 518 95 veranschlagt.

882 63	019	Zuweisungen für Investitionen an Länder	2.625.600	4.090.000	4.104.800
			1.651.924	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		646.000			646.000
2026		646.000			646.000
2027		646.000			646.000
2028		1.292.000			1.292.000
2029 ff.					
Summen		3.230.000			3.230.000

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Betrieb, die Anpassung und Neuentwicklung der IT-Fachverfahren der Gerichte an neue gesetzliche und organisatorische Anforderungen sowie Investitionen im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte im Rahmen der Umsetzung der Gesetze zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten veranschlagt. Weitere Haushaltsmittel für diese Zwecke sind bei Titel 812 63 veranschlagt.

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. EUREKA-Fach	15.874	17.000	45.400	45.400

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
Angaben in EUR					
noch zu 882 63					
	2.	Elektronisches Grundbuch (Datenbankgrundbuch)	109.631	210.000	646.000
	3.	Elektronisches Handelsregister - RegisSTAR / AuRegis	220.915	375.000	834.000
	4.	Elektronisches Handelsregister - Registerportal	46.047	91.000	65.800
	5.	VeßuV und Vollstreckungsportal einschließlich Abfrage Zentrales Fahrzeugregister beim KBA	73.352	122.600	151.300
	6.	Elektronisches Mahnverfahren	166.231	186.000	287.000
	7.	e²-Verbund	1.015.697	1.620.000	1.963.500
	8.	GeFa	2.775	4.000	12.000
	9.	Solum Cost	0	0	85.000
	10.	EUREKA-Winsolvenz - Erstattung LJV NI	1.402	0	0
Zusammen			1.651.924	2.625.600	4.090.000
					4.104.800

zu 1.

Hier sind die Ausgaben für das Verbundmanagement der Software EUREKA-FACH, einschließlich Personalbeistellungsleistungen der Länder im Rahmen der Entwicklung auch im Hinblick auf den ERV/eAkte veranschlagt. Die Erstattung erfolgt an Niedersachsen nach dem relativierten Königsteiner Schlüssel.

zu 2.

Das bundeseinheitliche Datenbankgrundbuch (dabag) wird unter Beteiligung von 14 Ländern (ohne Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein) als Nachfolgesoftware für SolumSTAR auf Grundlage des "Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines bundeseinheitlichen Systems zur Führung eines voll strukturierten Datenbankgrundbuchs" vom 03.06.2008 entwickelt. Veranschlagt sind die Ausgabenanteile von Sachsen-Anhalt nach dem relativierten Königsteiner Schlüssel.

zu 3.

Das Verfahren RegisSTAR zur maschinellen Führung und Beauskunftung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters wird in einem Entwicklungsverbund aller Bundesländer betrieben. Die veranschlagten Beträge gewährleisten den laufenden Support, die Hotline sowie die Pflege und die Weiterentwicklung zu einer neuen Anwendung AuRegis einschließlich der erforderlichen Basiskomponenten. Die Zahlungen erfolgen an Nordrhein-Westfalen nach dem relativierten Königsteiner Schlüssel.

zu 4.

Das gemeinsame Registerportal der Bundesländer ermöglicht die Online-Einsicht in die Register auch in Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vernetzung der Unternehmens- und Handelsregister sowie Fortentwicklung im Hinblick auf die europäische Registervernetzung (BRIS). Grundlage ist der Staatsvertrag über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 des Handelsgesetzbuches zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder (vgl. GVBl. LSA S. 130). Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs und die Entwicklung des gemeinsamen Registerportals der Bundesländer und Implementierung eines Personengesellschaftsregisters (Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts) aufgrund der gesetzlichen Pflicht zur Eintragungsmöglichkeit von Personengesellschaften und deren Online-Einsicht. Die Zahlungen erfolgen an Nordrhein-Westfalen nach dem Königsteiner Schlüssel.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 882 63

zu 5.

Das Fachverfahren VeSuV dient der Unterstützung der Arbeitsabläufe beim zentralen Vollstreckungsgericht sowie aller Vollstreckungsbehörden (Kommunen, Land, Bund). Grundlage ist die Vereinbarung der Länder Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen-Anhalt vom 27.08. / 29.10.2012. Auf das Fachverfahren aufsetzend werden in dem Gemeinsamen Vollstreckungsportal der Länder die bundesweiten Daten aus den Schuldnerverzeichnissen der Länder nach §§ 882b ff. ZPO zum Abruf bereitgestellt. Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb und die Pflege des Vollstreckungsportals und des Fachverfahrens durch Nordrhein-Westfalen.

An das zentralisierte Schuldnerverzeichnis ist das Verfahren zur automationsgestützten Abfrage des Zentralen Fahrzeugregisters bei dem Kraftfahrt-Bundesamt für Gerichtsvollzieher (§ 802 I ZPO i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr. 15, § 36 StVG) angeknüpft. Grundlage ist die Ländervereinbarung zur Entwicklung, Pflege und Betrieb "Kopfstelle-Fremdauskunft" (KoF) zum Verfahren der automationsgestützten Abfrage des zentralen Fahrzeugregisters (ZFZR) beim Kraftfahrtbundesamt (KBA) vom 21.11.2014. Die Zahlungen erfolgen an Nordrhein-Westfalen nach dem Königsteiner Schlüssel.

zu 6.

Das Elektronische Mahnverfahren Sachsen-Anhalt wird auch für die Länder Sachsen und Thüringen betrieben. Das Fachverfahren schafft die rechtlichen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen für eine elektronische Bearbeitung aller Mahnverfahren. Es wird länderübergreifend in einem Entwicklungsverbund (einschließlich maschineller Beleglesung) entwickelt und betrieben. Es sind alle Landesjustizverwaltungen beteiligt. Sämtliche Vereinbarungen sind insbesondere zur Absicherung der notwendigen Reaktionszeiten im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebene Tagfertigkeit in der Antragsbearbeitung zwingend erforderlich. Die Zahlungen erfolgen an Baden-Württemberg nach dem modifizierten Königsteiner Schlüssel.

zu 7.

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Entwicklung der Fachverfahrenskomponenten e² im Hinblick auf den elektronischen Rechtsverkehr / elektronische Akte auf Grundlage des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten sowie des Gesetzes zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in Strafsachen soweit eine Zahlung an andere Länder erfolgt. Die Ausgaben des e²-Verbundes sind an Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu zahlen. Grundlage bildet der Beitritt Sachsen-Anhalts zur Vereinbarung zur Gründung eines Entwicklungs- und Pflegeverbundes für die Weiterentwicklung und Pflege der für den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronische Aktenführung erforderlichen Module. Beteiligt sind die Länder Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Bremen, Sachsen-Anhalt. Die Anteile Sachsen-Anhalts werden nach dem relativierten Königsteiner Schlüssel auf Grundlage der aktuellen Finanzplanung des e²-Verbundes umgelegt.

zu 8.

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Umsetzung des IT-Governance-Konzepts im Hinblick auf die weitere Fortentwicklung der IT in der Justiz und die gemeinsame Arbeit in den verschiedenen Entwicklungsverbünden sowie im Ergebnis des Verwaltungsabkommens zur Entwicklung und Pflege eines gemeinsamen Fachverfahrens und die Vereinheitlichung der IT in der Justiz vom 20. September 2017 (gefa) an die Landesjustizverwaltung Nordrhein-Westfalen (Beauftragung von IT.NRW). Die Umlage auf die Länder erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

zu 9.

Veranschlagt sind Ausgaben für das Fachverfahren SolumCost, das zur automatisierten Abrechnung der Grundbuchabrufe von Notaren und anderen Berechtigten eingesetzt wird. Die Zahlungen erfolgen an Nordrhein-Westfalen nach dem relativierten Königsteiner Schlüssel unter den 12 beteiligten Ländern.

891 63	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			-54.071	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind ab 2023 in Titelgruppe 70 veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	3.814.200	5.172.600	5.066.700
		0	0

64 Verfahren des Sozialen Dienstes der Justiz

Erläuterungen:

Das Fachverfahren des Sozialen Dienstes der Justiz (SoPart-Justiz) deckt funktional die gesamten Geschäftsabläufe, insbesondere die Stamm- und Falldatenverwaltung, Dokumentationen, Statistik und die Schriftguterzeugung im Sozialen Dienst der Justiz ab. Veranschlagt sind die an den Länderverbund (federführend Nordrhein-Westfalen) zu zahlenden Anteile Sachsen-Anhalts nach dem relativierten Königsteiner Schlüssel.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
511 64	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 52.943	0 0	0 0
518 64	019	Mieten und Pachten	0 0	0 0	0 0
812 64	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	166.500 0	86.700 0	78.400 0
*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich. Erläuterungen: Die Ausgaben dienen der Pflege und Weiterentwicklung einschließlich Lizenzen des Fachverfahrens SoPart-Justiz.					
882 64	019	Zuweisungen für Investitionen an Länder	5.000 3.218	5.000 0	5.000 0
Erläuterungen: Veranschlagt ist der Kostenausgleich an andere Länder für das Fachverfahren. Im Titel 812 64 sind weitere Haushaltsmittel für diesen Zweck veranschlagt.					
Nachrichtlich: Summe TGr. 64			171.500	91.700 0	83.400 0
70		Ausgaben für den Aufbau der Infrastruktur und den Betrieb von Justizfachverfahren durch die Dataport AöR			
Erläuterungen: Mit Wirkung vom 8.5.2021 ist das Justiz-IT-Gesetz (JITG LSA), GVBl. LSA 2021, 224 in Kraft getreten. Nach § 3 (Datenverarbeitende Stellen, IT-Dienstleister und IT-Stellen) ist die Dataport AöR zentrale IT-Dienstleisterin für die Justiz des Landes Sachsen-Anhalt, insbesondere für den zentralen Rechenzentrumsbetrieb.					
511 70	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 27.672	0 0	0 0
533 70	019	Dienstleistungen Außenstehender	70.000 0	0 0	0 0
Erläuterungen: Die Ausgaben sind für die Pflege und Weiterentwicklung des Fachverfahrens zur elektronischen Normverkündung (EL.NORM) veranschlagt. Diese werden ab dem Haushaltsjahr 2025 im Titel 533 95 veranschlagt.					
682 70	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	1.953.300 2.805.207	3.491.300 0	3.678.400 0
Erläuterungen: Es sind die Ausgaben aller für die Justiz bei der Dataport AöR betriebenen und in der Zukunft zu betreibenden Fachverfahren veranschlagt.					

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)**19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 70

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Elektronisches Mahnverfahren Sachsen-Anhalt - Betrieb und Weiterentwicklung	548.384	579.200	485.000	485.000
2.	Akteneinsichtsportal - Betriebsvertrag (alt/neu)	25.983	267.000	63.600	63.600
3.	e ² - Umsysteme	547.971	0	573.000	573.000
4.	SAP - Betrieb, Pflege, Integration und Verwaltungskosten	325.076	408.000	398.800	438.900
5.	Betrieb des Data Center Justiz (DCJ) bei Dataport AöR	126.198	241.000	126.300	126.300
6.	EGVP-Behördenintermediär bei Dataport AöR	14.388	14.400	14.500	14.500
7.	Integration der Fachverfahren der Gerichte	367.476	210.600	901.300	942.200
8.	Integration der Fachverfahren des Justizvollzugs einschließlich Sozialer Dienst	67.709	165.800	0	0
9.	Terminmanagement (Bürger)	0	50.000	0	0
10.	web.sta - Betriebsverträge einschließlich Citrix-Umgebung	609.282	0	0	0
11.	Projektkoordinationsvertrag, Fachliches Verfahrensmanagement, Schutzbedarf und Risikoanalyse	172.740	0	795.000	795.000
12.	BLK-Architekturbüro, BLK-AG IT-Standards	0	500	18.600	19.700
13.	EL.Norm	0	0	115.200	220.200
14.	Nutzung Onlinedienst Jura	0	16.800	0	0
Zusammen		2.805.207	1.953.300	3.491.300	3.678.400

891 70	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	642.900	134.100	0
			193.060	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den jeweiligen Verfahrensaufbau durch Dataport AöR veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Aufbau des bundeseinheitlichen Akteneinsichtsportals	0	19.200	0	0
2.	Aufbau des Verfahrens e ² A mit Ausbaustufen	19.110	250.000	0	0
3.	Aufbau des Verfahrens e ² T	0	49.000	0	0
4.	Aufbau der Verfahren EUREKA/ EUREKA-Fach (einschl. Zivil und Winsolvenz)	49.000	243.800	0	0
5.	Aufbau des Verfahrens eDienstbuch	0	19.200	0	0
6.	Aufbau des Verfahrens VeLIS	19.110	12.700	0	0
7.	Aufbau eines Verfahrens für Terminmanagement Bürger	0	49.000	0	0
8.	Aufbau EGVP-Enterprise	28.420	0	0	0
9.	Aufbau des Verfahrens EL.Norm - elektronische Verkündung	0	0	134.100	0
10.	Aufbau des Verfahrens e ² P sowie Rendition	77.420	0	0	0
Zusammen		193.060	642.900	134.100	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			2.666.200	3.625.400	3.678.400
				0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

93 Informationssicherheit

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats und der "Leitlinie zur Informationssicherheit in der unmittelbaren Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Informationssicherheitsleitlinie Sachsen-Anhalt - LISL LSA) auf Ressortebene" veranschlagt. Dazu zählen unter anderem auch der Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems.

Ausgaben für die Errichtung des ressortübergreifenden und landesweiten Informationssicherheitsmanagementsystems und die Initiierung der Sicherheitsprozesse auf Ressort- und Landesebene sind bei Kapitel 19 10, Titelgruppe 65 zentral mit veranschlagt.

511 93	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
522 93	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0
533 93	019	Dienstleistungen Außenstehender	10.000 0	20.000 0	20.000 0

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für den Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems veranschlagt.

682 93	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
812 93	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
891 93	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93			10.000	20.000 0	20.000 0

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die lokalen Netzwerke sowie Telekommunikationsinfrastrukturen und die Beschaffung von TK-Endgeräten veranschlagt.

Der Anteil für das sogenannte Gebührenaufkommen ist hingegen in den Sachhaushalten aller Ressorts bzw. das Gebührenaufkommen "Festnetz" zentral im Sachhaushalt des MID berücksichtigt.

511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	71.800 120.244	500 0	500 0

Erläuterungen:

Ausgaben für Wartungsleistungen für TK-Anlagen sowie für Ersatzbeschaffungen von Telefonen und Fax-Geräten

812 94	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	170.000 0	0 0	0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 94			241.800	500 0	500 0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)**19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben des IT-Budgets (enthält alle für die IT-Arbeitsplatzausstattung und die im Hintergrund laufenden zentralen oder dezentralen Verfahren anfallenden Ausgaben, insbesondere erstmalige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen, Peripheriegeräte wie Scanner oder Netzwerkdrucker, Multifunktionsgeräte (ohne gesonderte Verbrauchsmaterialien), Server, Datensicherungsmedien, Beamer - jeweils inklusive Zubehör, Lizenzkosten, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Verbrauchsmittel, Beratungs- und Programmierleistungen, Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren), des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfaches, des Justizportals des Bundes und der Länder veranschlagt.

Enthalten sind auch die Ausgaben im Sinne des IT-Budgets, welche im Zusammenhang mit der Einführung und Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) stehen.

511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	680.400	1.422.000	927.100
			273.301	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Beschaffung von Hard- und Software sowie Pflegeverträge, Instandsetzung von Geräten und Ausrüstungsgegenständen veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Beschaffung von Kleingeräten und Zubehör	93.672	385.000	181.000	185.000
2.	Ersatzbeschaffung Beamer	0	62.500	0	0
3.	Beschaffung von Signaturkarten (Zertifikate), Signaturkartenlesegeräten	0	190.000	500	500
4.	Ausgaben für IT-relevante Arbeitsplätze des Landesverfassungsgerichts	190	3.200	3.000	3.000
5.	EMSA	13.137	0	15.000	15.000
6.	IT-Lizenzen	32.471	0	736.200	670.800
7.	Ausgaben im Rahmen des OZG	0	16.700	115.300	43.800
8.	Ausgaben für ExamenLSA	10.740	23.000	14.000	3.000
9.	Anschaffung eines Fortbildungsportals	0	0	357.000	6.000
10.	Spracherkennung/ Diktiertechnik - Zubehör	16.888	0	0	0
11.	Datensicherung /-speicherung	106.203	0	0	0
Zusammen		273.301	680.400	1.422.000	927.100

514 95	019	Verbrauchsmittel	337.400	390.000	390.000
			283.061	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Verbrauchsmittel und Reparaturen veranschlagt.

518 95	019	Mieten und Pachten	2.071.800	436.900	427.300
			221.686	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Software und Lizenzierungen veranschlagt, wie z.B. die Lizenzierung des PDF-Formatwandlers. Zudem fallen hierunter die Softwarekosten für die Programmier- und Entwicklungsleistung der Justiz für die Komponente e²S.

525 95	019	Aus- und Fortbildung	55.000	0	0
			5.731	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	95.000	557.600	475.400
			65.507	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind unter anderem die Ausgaben für Dienstleistungen im Rahmen der Einführung und Umsetzung des ERV in Sachsen-Anhalt sowie Ausgaben für die Weiterentwicklung des Fachverfahrens zur elektronischen Normverkündung (EL.NORM) und des Justizverwaltungsportals.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	EL.NORM - Anpassungsleistungen	0	95.000	70.000	0
2.	Justizverwaltungsportal - Anpassungsleistungen	0	0	231.000	250.000
3.	ERV-Betriebsmanagement	32.448	0	45.700	48.000
4.	Sonstige IT-Ausgaben	7.019	0	190.900	157.400
5.	Ideva, Interflex, sv-nez(eAU) - Pflege und Softwareupdates	0	0	20.000	20.000
6.	Elektronische Prüfung	26.040	0	0	0
Zusammen		65.507	95.000	557.600	475.400

542 95	019	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			118	0	0

812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	81.500	37.700	22.900
			12.029	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben dienen der Beschaffung von erforderlichen Ausstattungsgegenständen.

882 95	019	Zuweisungen für Investitionen an Länder	419.400	654.900	666.300
			376.094	0	0

Erläuterungen:

Aufgrund bestehender Ländervereinbarungen ist ein Kostenausgleich an andere Länder zu leisten.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach, S.A.F.E. (ERV), ERV-Betriebsmanagement	167.247	171.700	235.600	248.000
2.	Justizportal einschließlich Akteneinsichtportal des Bundes	137.507	103.000	103.900	109.100
3.	Beteiligung am Entwicklungs- und Pflegeverbund Justizverwaltungsportal	39.425	69.000	75.500	72.000
4.	E-Learning-Programm ELAN-REF (Betriebs- und Weiterentwicklungskosten)	4.437	12.000	19.500	15.000
5.	Europäische Vernetzung und Datenaustausch (EKE)	20.725	26.200	47.900	48.900
6.	Digitaler Austausch zwischen Polizei und Justiz	6.753	37.500	37.500	38.300
7.	Beteiligung am Entwicklungs- und Pflegeverbund EL.Norm	0	0	120.000	120.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
		8. Elektronische Aktenablage für die elektronische Akte der Gerichtsvollzieher	0	0	15.000
		Zusammen	376.094	419.400	654.900
					666.300

noch zu 882 95

zu 1.

Veranschlagt werden im Rahmen des IT-Budgets Mittel für die im Hintergrund laufenden zentralen und dezentralen Verfahren für alle Justizdienststellen.

EGVP ist eine Infrastruktur (-Software) für den sicheren Nachrichtenaustausch (Austausch von OSCI-Nachrichten im elektronischen Rechtsverkehr) und wird von allen Ländern und dem Bund entwickelt. Die Zahlung erfolgt an Nordrhein-Westfalen. Kostenanteile für Sachsen-Anhalt berechnen sich jeweils nach dem Königsteiner Schlüssel. Weiterhin sind ebenfalls an Nordrhein-Westfalen zu zahlende Kosten für die Umsetzung des Betriebes und die Nutzung einer Schnittstelle zwischen EGVP und DE-Mail veranschlagt. Diese hat den Zweck, dass alle Justizdienststellen neben dem EGVP kein gesondertes DE-Mail-Postfach vorhalten müssen.

Zur Herstellung der Zukunftsfähigkeit des Registrierungsdienstes hat die Bund-Länder-Kommission für Informationstechnik in der Justiz (BLK) das Deutschland-Online-Projekt S.A.F.E. für eine einheitliche Kommunikationsinfrastruktur für den elektronischen Rechtsverkehr initiiert. S.A.F.E. zielt auf die Entwicklung einer komplett offenen und übergreifend nutzbaren Lösung, die sicherstellt, dass die technische Konzeption und Realisierung unter Berücksichtigung der eGovernment-Standards erfolgt, um so eine breite Nutzungsmöglichkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist die Koordinierungsstelle für IT-Standards - KoSIT - von allen Ländern mit der technischen Umsetzung und Pflege der XJustiz-Fachdatensätze beauftragt.

Die Zahlung erfolgt an Nordrhein-Westfalen nach dem Königsteiner Schlüssel.

zu 2.

Es sind Ausgaben für die Pflege- und Weiterentwicklung des Justizportals einschließlich des Akteneinsichtportal des Bundes, des Insolvenzportals und des Zentralen Schutzschriften Registers (ZSSR) auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen den Ländern und dem Bund veranschlagt. Die Zahlung erfolgt an Nordrhein-Westfalen nach dem Königsteiner Schlüssel.

zu 3.

Im Justizverwaltungsportal werden justizspezifische Verwaltungsaufgaben, welche die Landesjustizverwaltungen bundeseinheitlich abgestimmt haben, abgebildet. Schwerpunkte bilden hierbei die bundeseinheitlichen Erhebungen: Personalbestand und Personalverwendung sowie die Personalbedarfsberechnung. Die Statistiken werden für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften erstellt und auf den einzelnen Ebenen aggregiert (z. B. Amtsgerichtsbezirk, Landgerichtsbezirk, Oberlandesgerichtsbezirk). Über das System werden auch die statistischen Erhebungen zum Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt (StALa) bedient. Die Daten aus dem Justizverwaltungsportal dienen auch der Kennzahlenermittlung in den Controllingprozessen der Justiz.

zu 4.

Das Verfahren ELAN-REF (Elektronisches Lernen Ausbildung im Netzwerk für Referendarinnen und Referendare) wird im Länderverbund entwickelt. ELAN-REF wird im Landesjustizprüfungsamt als Lernprogramm zur Vorbereitung auf die Stationsausbildung im Zivil- und Strafrecht eingesetzt.

zu 5.

Es sind die Ausgaben für die Umsetzung der Europäischen Vernetzung und des Datenaustausches auf Grundlage der im Jahr 2023 geschlossenen Vereinbarung über die Gründung und den Betrieb einer „E-Justiz-Koordinierungsstelle“ (EKE) des Bundes und der Länder unter Federführung der Landesjustizverwaltung Nordrhein-Westfalen veranschlagt. Die Kostenanteile berechnen sich nach dem relativierten Königsteiner Schlüssel.

zu 6.

Es sind Ausgaben für den Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung einer Schnittstelle veranschlagt. Die Schnittstelle soll die Fachanwendungen und Kommunikationswegen der Polizei des Bundes und der Länder mit den Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach der Justiz verbinden und eine bessere Kommunikation gewährleisten. Die Kostenanteile für Sachsen-Anhalt berechnen sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

zu 7.

Es sind die Ausgaben für die Beteiligung am Entwicklungsverbund zur elektronischen Normverkündung - Fachverfahren EL.Norm veranschlagt.

zu 8.

Veranschlagt sind die Ausgaben nach der Verwaltungsvereinbarung der Länder über die Entwicklung und Pflege einer elektronischen Aktenablage für die elektronische Akte der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher ("eAktenablage") gem. E-Justice-Rat vom 24.04.2024.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 95			3.740.500	3.499.100	2.909.000
				0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 20 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	322.700	0	0

Gesamteinnahme		322.700	0	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.620.700	3.259.200	2.647.900
			0	0

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.953.300	3.491.300	3.678.400
			0	0

HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.524.700	6.144.300	5.783.400
			0	0

Gesamtausgabe		11.098.700	12.894.800	12.109.700

Gesamtsumme der VE			0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-10.776.000	-12.894.800	-12.109.700

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind jeweils gegenseitig mit den Kapiteln 19 01, 19 02 ohne Titelgruppe 96, 19 03, 19 05, 19 07, 19 08, 19 09, 19 10, 19 11, 19 13, 19 15, 19 17 und 19 20 deckungsfähig.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Allgemein:

Im Kapitel 19 23 sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die zum Betrieb und zur Unterhaltung der ressortbezogenen Fachverfahren sowie der allgemeinen IT-Arbeitsplatzausstattung erforderlich sind. Die fachliche Zuständigkeit für die im Kapitel 19 23 ausgewiesenen Aufgaben und Verfahren liegt beim Ressort.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

67 IT-Fachverfahren für das Straßenwesen

132 67	019	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	0	0	0

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

119 95	019	Sonstige vermischte Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 95	0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

63 Landesentwicklungs-, Raumordnungs- und Verkehrsverfahren

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind verschiedene IT-Fachverfahren des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales zusammengefasst, die in der Regel den Zielgruppen Bürger, Verwaltung oder Wirtschaft Angebote online zur Verfügung stellen. Veranschlagt sind die Ausgaben insbesondere für folgende Fachverfahren:

- Raumbenutzungssoftware (RABE) und Raumordnungskataster (ROK),
- Radverkehrsplan Sachsen-Anhalt,
- elektronische Vergabe und Beschaffung,
- Städtebau-Modul für EFRE,
- Wohngeldverfahren,
- Amtliches Raumordnungsinformationssystem (ARIS),
- Elektronische Verwaltungsarbeit (EVA-MID),
- ALPSTEIN-Schnittstelle (Einbindung von Geodaten im Tourismusportal LSA),
- Themenbrowser (Darstellung und Bearbeitung von Geodaten im MID)

511 63	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	118.700	115.000	115.400
			100.450	0	272.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				67.000	67.000
2028				68.500	68.500
2029 ff.				137.000	137.000
Summen				272.500	272.500

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines unbefristeten Wartungsvertrags im Bereich DiWo und dem Abschluss eines unbefristeten Vertrags für den Betrieb des Wohngeld-Onlinedienstes.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 63

Ausgaben sind veranschlagt für:

		Ist 2023	Plan 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1.	Wartung Raumbenachrichtungssoftware	13.277	13.800	14.000	14.200
2.	Wartung Raumordnungskataster	2.285	2.500	2.500	2.600
3.	Wartung Radverkehrsplan	11.655	8.200	8.300	8.400
4.	Beteiligung an Elektronischer Vergabe und Beschaffung	4.000	12.000	12.000	12.000
5.	Betreuung Städtebau-Modul für EFRE	21.420	30.000	30.500	30.500
6.	Wartung ALPSTEIN-Schnittstelle	1.428	1.500	1.500	1.500
7.	Wartung Themenbrowser	2.142	2.200	2.200	2.200
8.	Erneuerung E-Vergabe-Portal Sachsen-Anhalt	0	48.500	0	0
9.	Wartung OZG-Anbindung Wohngeldfachverfahren	0	0	19.100	19.100
10.	Wartung E-Vergabe-Portal Sachsen-Anhalt	0	0	14.400	14.400
11.	Wartung Datenbank Sicherung der Landesentwicklung	0	0	10.500	10.500
12.	Wartung und Weiterentwicklung Sperrinfosys	42.600	0	0	0
13.	Weiterentwicklung Wohngeldfachverfahren	1.643	0	0	0
Zusammen		100.450	118.700	115.000	115.400

522 63	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0
525 63	019	Aus- und Fortbildung	0	0	0
			0	0	0
533 63	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	120.000	90.000
			48.774	40.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			20.000		20.000
2027			20.000		20.000
2028					
2029 ff.					
Summen			40.000		40.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines auf zwei Jahre befristeten IT-Unterstützungsvertrags.

Die Ausgaben dienen der Unterstützung der IT MID sowie der Betreuung des Wohngeldfachverfahrens und der Vorgangseingangsdatenbank.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 63

		Ist 2023	Plan 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
1.	Dienstleistungen Außenstehender	48.774	0	0	0
2.	Betriebsunterstützung IT	0	0	10.000	10.000
3.	Weiterentwicklung Wohngeldfachverfahren & Anpassung an OZG	0	0	80.000	80.000
4.	Weiterentwicklung Vorgangseingangsdatenbank	0	0	30.000	0
Zusammen		48.774	0	120.000	90.000

682 63	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	914.100	1.083.600	1.083.600
			1.009.375	242.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	56.800				56.800
2026	56.800		48.400		105.200
2027			48.400		48.400
2028			48.400		48.400
2029 ff.			96.800		96.800
Summen	113.600		242.000		355.600

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss unbefristeter Änderungsverträge sowie dem Abschluss eines auf drei Jahre befristeten Wartungsvertrag für Kofax und dem Abschluss eines unbefristeten Betriebsvertrages für dReservierung.

Ausgaben für den Betrieb und die Weiterentwicklung folgender Verfahren durch die Dataport AöR:

- Wohngeldverfahren
- Scan-Software (Kofax)
- Raumreservierungssystem (dReservierung)
- Standard-Arbeitsplatz (StApI)
- Amtliches Raumordnungsinformationssystem (ARIS)

812 63	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			1.032.800	1.318.600	1.289.000
				282.000	272.500

65 Open-Data-Infrastruktur

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält Ausgaben für den Aufbau und den Betrieb der Open-Data-Infrastruktur.

511 65	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0

533 65	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

682 65	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

812 65	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
891 65	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	0	0
				0	0

66 Verfahren des Geoinformationswesens und Betrieb der Geodateninfrastruktur Sachsen-Anhalt

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind verschiedene IT-Fachverfahren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVermGeo) zusammengefasst. Veranschlagt sind die Ausgaben insbesondere für folgende Fachverfahren:

- Weiterentwicklung des Geodatenportals des Landes einschließlich der zentralen Komponenten und Komponenten für die Geodatenvernetzung,
- Weiterentwicklung der "Fachschalen" und des Umfeldes von AAAA (AFIS, ALKIS, ATKIS, AKIS),
- Weiterentwicklung des Informationsdienstes Bodenordnung,
- Bereitstellung Infrastruktur und Betrieb des Verfahrens "Geschäftsbuch LVermGeo",
- Bodenrichtwertermittlung und -veröffentlichung einschl. Datenübertragung im Zuge der Umsetzung der Grundsteuerreform in LSA

511 66	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	815.500	870.200	926.000
			741.097	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für die Softwarewartung und -pflege der IT-gestützten Geschäfts- und Fachverfahren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVermGeo) wie folgt veranschlagt:

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 66

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Betrieb von AAAA-Fachapplikationen (Wartung/Pflege) (§ 11 VermGeoG LSA)	361.261	388.000	407.000	424.000
2.	Wartung Rasterdatenserver (§ 8 VermGeoG LSA)	91.628	118.000	120.500	123.000
3.	Wartung Software Photogrammetrie (§ 8 VermGeoG LSA)	54.326	60.000	61.200	62.400
4.	Betrieb SAPOS-Referenzstationen (§ 7 VermGeoG LSA)	55.390	57.000	58.200	59.400
5.	Wartung Software Kartographie (§ 9 VermGeoG LSA)	52.773	57.000	58.100	59.300
6.	Wartung AUTARK-LSA (§ 11 VermGeoG LSA)	52.979	56.500	58.200	59.900
7.	Wartung / Pflege des Informationssystems Bodenordnung; Programm jRBU (§ 11 VermGeoG LSA)	30.416	33.000	33.700	34.400
8.	Wartung/Pflege der Programme GEOgraf/KIVID (§ 11 VermGeoG LSA, BauGB 4. Teil)	23.322	26.000	26.500	27.100
9.	Pflege des Programmiersystems Xtra-Server AAAA-Suite	16.115	17.000	19.000	19.000
10.	Software für Grundstückswertermittlung	2.887	3.000	4.000	3.000
11.	Wartung Wertermittlung (z.B. Online-Auskunft KPS, Modernisierung GMB	0	0	10.000	40.000
12.	Wartung Geschäftsbuch GEORG	0	0	13.800	14.500
Zusammen		741.097	815.500	870.200	926.000

518 66	019	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0
522 66	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0
533 66	019	Dienstleistungen Außenstehender	131.100	205.500	200.700
			123.315	0	220.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				220.000	220.000
2028					
2029 ff.					
Summen				220.000	220.000

Erläuterungen:

Die VE dient zur Ausschreibung für die Erstellung technischer Planungsleistungen in 2027.

Die Ausgaben dienen der Software-Weiterentwicklung der IT-gestützten Geschäfts- und Fachverfahren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalts (LVermGeo).

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 66

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Weiterentwicklung der Fachschalen und des Umfeldes von AAAA	31.892	61.100	122.000	117.000
2.	Erstellung und Bereitstellung geotopographischer Basisdaten (Weiterentwicklung 3D-Gebäudemodelle und Copernicus) (§§ 8, 11, 21 VermGeoG LSA)	59.119	25.000	30.000	30.000
3.	Bereitstellung Liegenschaftskatasterakte (Weiterentwicklung Fach-DMS) (§ 11 VermGeoG LSA)	24.696	10.000	25.000	25.000
4.	Weiterentwicklung des Programmiersystems Xtra-Server AAA-Suite	7.608	5.000	8.500	8.500
5.	Weiterentwicklung Geschäftsbuch	0	5.000	10.000	10.200
6.	Weiterentwicklung der Nachweisführung der Grundlagenvermessung (§ 7 VermGeoG LSA)	0	5.000	10.000	10.000
7.	Weiterentwicklung des Informations-systems Bodenordnung - Verfahrensdatenbank; Programm jRBU (§ 11 VermGeoG LSA)	0	20.000	0	0
Zusammen		123.315	131.100	205.500	200.700

zu 1.

Beauftragung externer Dienstleistungen für erforderliche bundesweite Weiterentwicklungen

zu 2.

Beauftragung externer Dienstleistungen für die Anpassung und Optimierung der Software, um alle Anforderungen an die Prozessierung und Bereitstellung von Geobasisdaten gem. § 21 VermGeoG zu erfüllen (z. B. Fernerkundungsergebnisse des Europäischen Copernicus Programms, der Landbedeckung etc.).

zu 3.

Beauftragung externer Dienstleistungen für umfangreiche und notwendige software-technische Erneuerungen, damit auch nach Abschluss des Projekts kontinuierlich weiter digitalisiert werden kann.

zu 4.

Beauftragung externer Dienstleistungen für Weiterentwicklungsmaßnahmen insbesondere für die Umsetzung der AdV-Profil und AdV-Produktspezifikationen für ALKIS-WMS- und ALKIS-WFS sowie Anpassungen im Zuge der Umstellung auf die GeoInfoDok NEU.

zu 5.

Beauftragung externer Dienstleistungen für die Weiterentwicklung des Geschäftsbuches, um dieses an die aktuellen technischen Bedürfnisse und Verwaltungsvorschriften anzupassen.

zu 6.

Beauftragung externer Dienstleistungen für die Weiterentwicklung der Recherchefunktion im Dokumentenmanagementsystems, um dieses an für die technische Anpassung der weiteren zur Nachweisführung anzupassen.

zu 7.

Maßnahme entfällt ab dem Haushaltsjahr 2025.

682 66	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	4.705.200	4.530.200	4.515.200
			4.322.380	0	0

noch zu 682 66

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	166.700				166.700
2026	100.700				100.700
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	267.400				267.400

Es sind Ausgaben für die Betriebsverträge mit dem zentralen IT-Dienstleister Dataport AöR für Geschäfts- und Fachverfahren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVermGeo) veranschlagt.

812 66	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	395.000	337.000	209.800
			238.250	0	0

Die Ausgaben umfassen Investitionsmaßnahmen für Hard- und Software der Fachverfahren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVermGeo).

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 66

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Erneuerung Fach-DMS (technische Komponente)	0	320.000	0	0
2.	Gewährleistung SAPOS-Dienst (§ 7 VermGeoG LSA)	34.995	15.000	35.000	35.700
3.	Wertermittlung (z.B. Online-Auskunft KPS, Modernisierung GMB)	0	15.000	150.000	20.000
4.	Datenerfassungsmodule für AAAA (§§ 7, 8, 11 und 19 VermGeoG LSA)	51.666	10.000	42.000	44.100
5.	Photogrammetrische Auswertung und DGM-Bearbeitung (§8 VermGeoG LSA)	26.700	10.000	40.000	40.000
6.	Kartographie, Automatische Generalisierung (§ 9 VermGeoG LSA)	27.188	5.000	30.000	30.000
7.	Erstellung und Bereitstellung geotopographischer Basisdaten (3D-Gebäudemodelle und Copernicus)(§§ 8, 11, 21 VermGeoG LSA)	93.030	5.000	20.000	20.000
8.	Ausrüstungen zur großformatigen Erfassung und Bereitstellung von Dokumenten des Integrierten Gesamtsystems (§ 21 VermGeoG LSA)	4.671	5.000	10.000	10.000
9.	Führung Nachweise Grundlagenvermessung (§ 7 VermGeoG LSA)	0	5.000	10.000	10.000
11.	Koordinierung der Bodenschätzung (Weiterentwicklung GIS-Programm - TopoL (§11 VermGeoG LSA)	0	5.000	0	0
Zusammen		238.250	395.000	337.000	209.800

891 66	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	179.600	359.600	359.600
			191.577	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Weiterentwicklungsmaßnahmen des LVermGeo für das Geodatenportal und Geodateninfrastruktur des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVermGeo) sowie Leistungen für die Weiterführung der Digitalen Transformation, die durch Verträge mit dem zentralen IT-Dienstleister Dataport AöR umgesetzt werden, veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Weiterentwicklung Geodatenportal des Landes mit Geodatendiensten des LVermGeo (§10,13 und 21 VermGeoG) LSA)	147.857	85.000	94.600	94.600
2.	Weiterentwicklung der zentralen Komponenten im Geodatenportal für die GDI und die Geodatenvernetzung	24.880	94.600	85.000	85.000
3.	Digitale Transformation	18.840	0	180.000	180.000
Zusammen		191.577	179.600	359.600	359.600

Nachrichtlich: Summe TGr. 66			6.226.400	6.302.500	6.211.300
				0	220.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

67 IT-Fachverfahren für das Straßenwesen

Erläuterungen:

Die Titelgruppe enthält die Ausgaben für die IT-Fachverfahren der Landesstraßenbaubehörde, insbesondere für den Betrieb und die Konsolidierung von bisher teilweise noch dezentralen IT-Fachverfahren und E-Government-Anwendungen des Straßenbaus und den Betrieb und das Hosting der im Länderverbund genutzten IT-Verfahren der Bundesanstalt für Straßenwesen.

511 67	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	600.000	971.500	917.500
			543.391	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind u. a. für Pflegeverträge für Länderversionen (Bundesanstalt für Straßenwesen - BAST), ORACLE-basierte Anwendungssysteme aus dem Bereich Straßenbau veranschlagt.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Pflegeverträge für LSBB-Fachverfahren	446.919	590.000	860.000	805.500
2.	Pflegeverträge für Grafik- und Standardanwendungen	96.472	10.000	111.500	112.000
Zusammen		543.391	600.000	971.500	917.500

514 67	019	Verbrauchsmittel	10.000	10.000	10.000
			16.192	0	0

Erläuterungen:

Es sind Ausgaben für Verbrauchsmittel wie Toner, Tintenpatronen, Druckköpfe u. ä. veranschlagt.

518 67	019	Mieten und Pachten	77.000	1.047.000	1.476.000
			71.700	4.500.000	1.500.000

** Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.000.000			1.000.000
2026		1.200.000	750.000		1.950.000
2027		1.200.000	750.000	250.000	2.200.000
2028		1.200.000	750.000	250.000	2.200.000
2029 ff.			2.250.000	1.000.000	3.250.000
Summen		4.600.000	4.500.000	1.500.000	10.600.000

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss befristeter Verträge zur Nutzung von Lizenzen für Common Data Environment (CDE) sowie für BIM-Model-Checker (Koordinations- und Prüfsoftware).

Die Ausgaben sind für die befristete Nutzung von Lizenzen (z. B. Liegenschaftskataster online, Miete für Software Bimplus, Solibri, BIM-Model-Checker, Common Data Environment) veranschlagt.

522 67	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	150.000	710.000
			0	885.000	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 67

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			710.000		710.000
2027			175.000		175.000
2028					
2029 ff.					
Summen			885.000		885.000

Erläuterungen:

	Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. Konzeption Digitaler Zwilling	0	0	0	400.000
2. Konzeption Fachinformationssystem	0	0	0	200.000
3. Konzeption Datenmanagement	0	0	75.000	55.000
4. Konzeption Anforderungsmanagement	0	0	75.000	55.000
Zusammen	0	0	150.000	710.000

zu 1.:

Ziel:

Entwicklung eines Fachkonzepts als Grundlage für eine Leistungsbeschreibung zur Ausschreibung eines Digitalen Zwillings für BIM

Inhalt:

Entsprechend der Digitalisierungsstrategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" soll die LSBB bis 2030 die BIM-Arbeitsmethode regelhaft zur Anwendung bringen. Dazu wird der sog. Digitale Zwilling benötigt. Im Zuge der Beratung soll eine detaillierte Analyse der über 160 Fachverfahren der LSBB erfolgen, um zu überprüfen wie und welche Systeme sowie Daten in ein integriertes System für den Digitalen Zwilling überführt werden können. Die Ergebnisse sollen in einem Fachkonzept festgehalten werden.

Laufzeit:

2026-2027

zu 2.:

Ziel:

Entwicklung eines Fachkonzepts als Grundlage für eine Leistungsbeschreibung zur Ausschreibung eines Fachinformationssystems für BIM

Inhalt:

Entsprechend der Digitalisierungsstrategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" soll die LSBB bis 2030 die BIM-Arbeitsmethode regelhaft zur Anwendung bringen. Dazu wird ein sog. Fachinformationssystem für BIM benötigt. Im Zuge der Beratung soll eine detaillierte Analyse der relevanten Fachverfahren der LSBB erfolgen, um zu überprüfen wie und welche Systeme Informationen für ein Fachinformationssystem enthalten, sodass Informationen für BIM- und andere Fachprozesse, auch gestützt durch KI, zur Verfügung gestellt werden können. Die Ergebnisse sollen in einem Fachkonzept festgehalten werden.

Laufzeit:

2026-2027

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 67

zu 3.:

Ziel:

Erstellung einer Anforderungsmanagementstrategie und eines Fachkonzepts zur Einführung eines Anforderungsmanagement innerhalb der LSBB

Inhalt:

Entsprechend der Digitalisierungsstrategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" soll die LSBB bis 2030 die BIM-Arbeitsmethode regelhaft zur Anwendung bringen. Dazu müssen zahlreiche Systeme und Fachverfahren unter der Beachtung aller Anforderungen der unterschiedlichen Stakeholder umgestellt werden. Begründet durch den stetigen technologischen Wandel ist dies eine Daueraufgabe, die entsprechend organisiert werden muss. Im Zuge der Beratung soll eine entsprechende Strategie zum Anforderungsmanagement und ein Fachkonzept erstellt werden, dass es der LSBB ermöglicht ein entsprechendes Anforderungsmanagement in der LSBB zu etablieren.

Laufzeit:

2025-2026

zu 4.:

Ziel:

Erstellung einer Datenstrategie und eines Fachkonzepts zur Einführung eines Datenmanagements innerhalb der LSBB

Inhalt:

Entsprechend der Digitalisierungsstrategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" soll die LSBB bis 2030 die BIM-Arbeitsmethode regelhaft zur Anwendung bringen. Dazu müssen die relevanten Daten identifiziert, erfasst, qualitätsgesichert und gehalten werden. Begründet durch den stetigen technologischen Wandel und neuen Anforderungen ist dies eine Daueraufgabe, die entsprechend organisiert werden muss. Im Zuge der Beratung soll eine entsprechende Datenstrategie und ein Fachkonzept erstellt werden, dass es der LSBB ermöglicht ein entsprechendes Datenmanagement in der LSBB zu etablieren.

Laufzeit:

2025-2026

525 67	019	Aus- und Fortbildung	25.000 15.054	25.000 0	25.000 0

Erläuterungen:

Aus- und Fortbildung sowohl für fachverfahrensspezifische als auch für infrastrukturelle Inhalte (Virtualisierung, Servertools, Managementsoftware).

533 67	019	Dienstleistungen Außenstehender	230.000 92.586	471.500 0	406.500 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Aufrechterhaltung eines stabilen IT-Betriebs, für die Zentralisierung der IT-Infrastruktur der Standorte der Landesstraßenbaubehörde veranschlagt.

682 67	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	65.000 223.876	346.000 769.500	424.500 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			162.000		162.000
2027			162.000		162.000
2028			162.000		162.000
2029 ff.			283.500		283.500
Summen			769.500		769.500

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss eines Leasingvertrages für Multifunktionsgeräte ab 2025 mit der Dataport AöR.

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 67

Es sind Ausgaben für den Betrieb und die Anpassung von Infrastrukturdiensten veranschlagt. Hierzu gehören insbesondere die Bereitstellung von SIB-BW 2.0 und SperrInfoSys.

812 67	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	65.000	90.000	90.000
			64.085	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Ersatzbeschaffung von Hardware an den verschiedenen Standorten der Landesstraßenbaubehörde (u. a. Plotter, Tablets) veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 67	1.072.000	3.111.000	4.059.500
		6.154.500	1.500.000

93 Informationssicherheit

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben zur Umsetzung der "Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung" des IT-Planungsrats und der "Leitlinie zur Informationssicherheit in der unmittelbaren Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Informationssicherheitsleitlinie Sachsen-Anhalt - LISL LSA)" auf Ressortebene veranschlagt. Dazu zählen unter anderem auch der Aufbau und Betrieb eines ressortinternen Informationssicherheitsmanagementsystems.

Ausgaben für die Errichtung des ressortübergreifenden und landesweiten Informationssicherheitsmanagementsystems und die Initiierung der Sicherheitsprozesse auf Ressort- und Landesebene sind bei Kapitel 19 10 Titelgruppe 65 zentral veranschlagt.

511 93	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5.000	0	0
			0	0	0

522 93	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	211.200	25.000	60.000
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		160.000			160.000
2026		160.000			160.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		320.000			320.000

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Unterstützung zur IT-Sicherheit im Betrieb	0	4.500	16.500
2.	Unterstützung zur Verwaltung von IT-Sicherheitsereignissen	0	10.000	9.500
3.	Sicherheitskonzepte und Risikoanalyse	0	10.500	34.000
4.	Unterstützungsleistungen im Themenfeld KRITIS für den Aufbau einer Verkehrsmanagementzentrale (VMZ)	211.200	0	0
Zusammen		211.200	25.000	60.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 93

zu 1.:
Ziel:
Begleitung der Umsetzung IT-sicherheitstechnischer Maßnahmen

Inhalt:
Die Sicherheitsanforderungen gemäß BSI-Grundsatz erfordern zusätzliche Maßnahmen zur Absicherung der für das MID betriebenen IT-Infrastruktur. Parallel zum Sicherheitskonzept sollen im Rahmen der Beratung Empfehlungen zur Umsetzung und Priorisierung der technisch erforderlichen Maßnahmen erarbeitet werden. Zum Beratungsumfang gehört ebenfalls ein zielgerichtetes Prüfen der Maßnahmenumsetzung sowie die Dokumentation und ständige Aktualisierung der Beratungsergebnisse.

Laufzeit:
jährlich

zu 2.:
Ziel:
Entwicklung eines Schwachstellen- und Sicherheitsmanagements für die IT MID

Inhalt:
Als Teil des zu erstellenden IT-Sicherheitskonzeptes soll im Zuge der Beratung ein Konzept für ein Schwachstellen- und Sicherheitsmanagement gemäß BSI-Grundsatz für die IT-Infrastruktur des MID erarbeitet werden. Zum Beratungsumfang gehören auch die Auswahl und Begleitung bei der Installation geeigneter Analysetools sowie Leistungen zur Unterstützung einer kontinuierlichen Analyse von Sicherheitsereignissen. Zur weiteren Härtung der IT-Infrastruktur sollen Penetrationstests durchgeführt werden, um Sicherheitslücken aufdecken und schließen zu können.

Laufzeit:
jährlich

zu 3.:
Ziel:
Entwicklung eines IT-Sicherheitskonzeptes für die IT-Infrastruktur des MID

Inhalt:
Zur Absicherung der für das MID betriebenen IT-Infrastruktur soll im Rahmen einer Beratung die Basis eines Sicherheitskonzeptes für diese Infrastruktur entwickelt werden. Zum Beratungsumfang gehören weiterhin die Durchführung von Risikoanalysen für die im MID eingesetzten Fachverfahren sowie der konzeptionelle Aufbau eines Business-Continuity-Management-Systems. Nach der Erarbeitung des Konzepts und seiner Teile sollen diese im Rahmen einer kontinuierlichen Beratung in den Folgejahren fortgeschrieben und auf Basis von weiteren Risikoanalysen aktualisiert werden. Die Ergebnisse werden fortlaufend dokumentiert.

Laufzeit:
jährlich

525 93	019	Aus- und Fortbildung	27.200	5.000	5.000
			4.998	0	0

Erläuterungen:

Kernkomponente eines Informationssicherheitsmanagement (ISMS) ist die Sensibilisierung für das Thema Informationssicherheit und die Implementierung der Informationssicherheit in den Arbeitsablauf der Verwaltung. Im Rahmen von Informationsveranstaltungen oder anderen Sensibilisierungs- oder Schulungsmaßnahmen ist die unterstützende Bereitstellung der Ausstattung mit den dafür notwendigen Sachausgaben notwendig.

533 93	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	34.000	34.000
			0	0	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 93

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		449.400			449.400
2026		449.400			449.400
2027		609.400			609.400
2028					
2029 ff.					
Summen		1.508.200			1.508.200

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für den Ausbau und die Aufrechterhaltung Informationssicherheitsmanagementsystems des LVermGeo veranschlagt. Es sollen ein Schwachstellenmanagement und Penetration Testing durchgeführt werden.

631 93	019	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0
682 93	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	18.100	74.100
			0	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben sind veranschlagt zur Einführung eines Informationssicherheits-Managementsystems

Nachrichtlich: Summe TGr. 93	243.400	82.100	173.100
		0	0

94 Netzbetrieb

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben für die lokalen Netzwerke sowie Telekommunikationsinfrastrukturen und die Beschaffung von TK-Endgeräten veranschlagt.

Der Anteil für das sogenannte Gebührenaufkommen ist hingegen in den Sachhaushalten aller Ressorts bzw. das Gebührenaufkommen "Festnetz" zentral im Sachhaushalt des MID berücksichtigt.

511 94	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	28.500	29.100	29.100
			18.147	0	0

Erläuterungen:

Ausgaben für Wartung, Pflege, Reparaturen und Updates der Telekommunikationsanlagen

522 94	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0
533 94	019	Dienstleistungen Außenstehender	77.500	95.000	83.000
			81.692	0	0

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Netzwerkunterstützung	69.792	52.500	55.000	55.000
2.	Dienstleistungen Betrieb VMZ/FM	11.900	25.000	25.000	25.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 533 94

3.	Dienstleistungen Ersatzbeschaffung Backup	0	0	15.000	3.000
Zusammen		81.692	77.500	95.000	83.000

zu 1.

Die Ausgaben sind für die Netzinfrastruktur der LSBB veranschlagt. Unabhängig vom Zeitpunkt der Umstellung ITN-ST muss durch die LSBB das Datennetz der Meistereien für den Dienstbetrieb aufrechterhalten werden. Dazu wurde mit dem Netzdienstleister ein Rahmenvertrag vereinbart, der dies ermöglicht. Nach Zentralisierung der Fachverfahren und -daten in der Zentrale der LSBB erfolgt die Datensicherung, Backup und Recovery ebenfalls durch diese externe Betreuung.

zu 2.

Die Ausgaben sind für Dienstleistungen für den Übergangsbetrieb der VMZ/FM in Peißen bis zur Inbetriebnahme des neuen Standortes veranschlagt.

zu 3.

Die Ausgaben sind für notwendige Dienstleistungen für eine neue Backuplösung der LSBB veranschlagt. Die dazugehörige Hardwarebeschaffung wurde in Titel 812 94 veranschlagt.

682 94	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
812 94	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	8.000	200.000	0
			116.314	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz 2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für Backup Ersatzbeschaffungen von Hardware der LSBB veranschlagt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 94			114.000	324.100	112.100
				0	0

95 Sonstige IT-Aufgaben/IT-Verfahren

Erläuterungen:

Es sind die Ausgaben des IT-Budgets (enthält alle für die IT-Arbeitsplatzausstattung und die im Hintergrund laufenden zentralen oder dezentralen Verfahren anfallenden Ausgaben, insbesondere erstmalige Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen, Peripheriegeräte wie Scanner oder Netzwerkdrucker, Multifunktionsgeräte (ohne gesonderte Verbrauchsmaterialien), Server, Datensicherungsmedien, Beamer - jeweils inklusive Zubehör, Lizenzkosten, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Verbrauchsmittel, Beratungs- und Programmierleistungen, Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren) veranschlagt.

511 95	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	498.800	571.000	671.500
			419.415	125.000	100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			25.000		25.000
2027			25.000	25.000	50.000
2028			25.000	25.000	50.000
2029 ff.			50.000	50.000	100.000
Summen			125.000	100.000	225.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 511 95

Erläuterungen:

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	IT-Budget MID	38.652	40.900	141.200	193.000
2.	IT-Budget LSBB	147.511	150.000	117.000	118.500
3.	IT-Budget LVermGeo	233.252	307.900	312.800	360.000
Zusammen		419.415	498.800	571.000	671.500

518 95	019	Mieten und Pachten	151.000	310.000	197.000
			314.857	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	113.000				113.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	113.000				113.000

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind veranschlagt für Lizenzen und Leasing von Multifunktionsgeräten und einem Stagesystem.

522 95	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	150.000	450.000
			0	550.000	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026			450.000		450.000
2027			100.000		100.000
2028					
2029 ff.					
Summen			550.000		550.000

Erläuterungen:

Die VE dient dem Abschluss von 2 Verträgen über eine Laufzeit von 3 Jahren.

		Ist 2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Konzeption Rechenzentrum / Cloud Infrastruktur	0	0	150.000	350.000
2.	Konzeption Ingenieurarbeitsplatz	0	0	0	100.000
Zusammen		0	0	150.000	450.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 95

zu 1.:

Ziel:

Entwicklung eines Fachkonzepts als Grundlage für eine Leistungsbeschreibung zur Ausschreibung eines neuen Rechenzentrums/ Cloudinfrastruktur

Inhalt:

Entsprechend der Digitalisierungsstrategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" soll die LSBB bis 2030 die BIM-Arbeitsmethode regelhaft zur Anwendung bringen. Die Modernisierung der IT-Infrastruktur soll die LSBB in die Lage versetzen, fortschrittliche Technologien wie KI, den digitalen Zwilling für BIM und Micro-Services effektiv zu nutzen. Im Zuge der Beratung soll eine detaillierte Analyse der aktuellen Rechenzentrumsarchitektur der LSBB erfolgen, um zu überprüfen wie und welche Systeme in eine neue IT-Infrastruktur/ Cloud überführt werden können. Die Ergebnisse sollen in einem Fachkonzept festgehalten werden.

Laufzeit:

2025-2027

zu 2.:

Ziel:

Entwicklung eines Fachkonzepts als Grundlage für eine Leistungsbeschreibung zur Ausschreibung eines neuen Arbeitsplatzes für die LSBB (Ingenieurarbeitsplatz der Zukunft)

Inhalt:

Entsprechend der Digitalisierungsstrategie "Sachsen-Anhalt Digital 2030" soll die LSBB bis 2030 die BIM-Arbeitsmethode regelhaft zur Anwendung bringen. Angesichts der steigenden Anforderungen durch BIM und andere grafikintensive Anwendungen muss eine moderne, leistungsfähige und zugleich kollaborationsfreundliche Arbeitsplatzumgebung geschaffen werden. Dafür soll die aktuelle ThinClient-Umgebung hinsichtlich der fachlichen Anforderungen analysiert und überprüft werden, um dann im Ergebnis (Fachkonzept) festzuhalten, wie und welche Systeme in einen neuen Arbeitsplatz überführt werden können.

Laufzeit:

2026-2027

525 95	019	Aus- und Fortbildung	45.300	71.100	71.100
			41.146	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind für die Aus- und Fortbildung der IT-Administratoren sowie Schulungen zu IT-Sicherheitsarchitekturen veranschlagt.

533 95	019	Dienstleistungen Außenstehender	10.000	56.200	35.500
			92.336	0	0

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind veranschlagt zur Unterstützung der Aufrechterhaltung der IT-Infrastruktur sowie für das Zeiterfassungssystem.

542 95	019	Umsatzsteuer	1.800	0	0
			1.733	0	0

** Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 1 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen.

682 95	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	105.200	163.000	163.000
			108.857	208.000	0

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 682 95

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	90.000				90.000
2026	60.000		16.000		76.000
2027	60.000		48.000		108.000
2028			48.000		48.000
2029 ff.			96.000		96.000
Summen	210.000		208.000		418.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Vertrages zum Bezug von Multifunktionsgeräten aus dem Rahmenvertrag des Landes für 5 Jahre ab 2026.

Die Ausgaben sind für Miet- und Servicekosten für die Bereitstellung von Multifunktionsgeräten im MID sowie für Beschaffungen des IT-Geschäftsbedarfs veranschlagt.

812 95	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	423.500	896.300	586.800
			1.067.110	0	0

*** Die Erläuterungen sind abweichend von § 11 Haushaltsgesetz
2025/2026 nicht verbindlich.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben des allgemeinen IT-Budgets u. a. Ersatzbeschaffungen von Lizenzen, Server und Multifunktionsgeräte.

	Ist 2023	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1. IT-Budget MID	159.894	85.000	70.000	80.000
2. IT-Budget LVermGeo	198.609	63.500	431.800	178.300
3. IT-Budget LSBB	708.607	275.000	394.500	328.500
Zusammen	1.067.110	423.500	896.300	586.800

891 95	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 95	1.235.600	2.217.600	2.174.900
		883.000	100.000

19 Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
19 23 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dgl.

Gesamteinnahme

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.063.600	5.332.100 6.100.000	6.513.300 2.092.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.789.500	6.140.900 1.219.500	6.260.400 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.071.100	1.882.900 0	1.246.200 0
Gesamtausgabe		9.924.200	13.355.900	14.019.900
Gesamtsumme der VE			7.319.500	2.092.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-9.924.200	-13.355.900	-14.019.900

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 19 02 Ressortübergreifende Infrastruktur- und Querschnittsdienste (Stellenplan)
Kapitel 19 10 IKT-Strategie und E-Government (Stellenplan)
Stellenübersicht TGr. 96 2025
Stellenübersicht TGr. 96 2026
Stellenübersicht übrige TGr. 2025
Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 96	(96)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A12	Steuer-, Regierungsamtsrat/-rätin	1	0	0
Summe :		1	0	0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stel- len	Ein- spa- run- gen	Um- setzungen		Umwand- lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe- nen- nun- gen	Sum- me	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A12		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk im Haushalt 2024
Ohne TG 96													0	
TG 96			1*										-1	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A12 am 01.04.2024 Ende Altersteilzeit

(aus HH 2015/2016)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 61	(61)			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A13 L2.1	Regierungsoberamtsrat/-rätin	1	0	0
A12	Regierungsamtsrat/-rätin, Steueramtsrat/-rätin	1	0	0
Summe :		2	0	0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A13 L2.1				1								-1	Umsetzung nach Kap. 14 01 Titel 422 01
2	A12				1								-1	Umsetzung nach Kap. 14 01 Titel 422 01
Ohne TG 96					2								-2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 61	(61)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 15	Verwaltungsdienst	1	0	0
E 13	Verwaltungsdienst	1	0	0
Summe :		2	0	0

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 15				1								-1	Umsetzung nach Kap. 14 01 Titel 428 01
2	E 13				1								-1	Umsetzung nach Kap. 14 01 Titel 428 01
Ohne TG 96					2								-2	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Zergliederung der Stellen,
Stellen aus den Titelgruppen 96 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,
Stellen aus den Titelgruppen 96 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

[illegible]

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Einzelplan 20
Staatlicher Hochbau und
Liegenschaftsmanagement

Vorwort zum Einzelplan 20

A. Überblick der für die Politik relevanten Entwicklungen

Der im Jahr 2012 eingerichtete Landesbetrieb „Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt“ (Landesbetrieb BLSA) wird als rechtlich unselbständiger abgesonderter Teil der Landesverwaltung gemäß § 26 LHO geführt. Die Aufgaben des staatlichen Hochbaus sowie des Liegenschafts- und Immobilienmanagements wurden zusammengeführt. Der Landesbetrieb BLSA ist als zentraler Immobiliendienstleister grundsätzlich für die Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung sowie die Durchführung der Hochbaumaßnahmen im Ressortbau (Kapitel 20 03) bzw. im Hochschulbau (Kapitel 20 04) des Landes Sachsen-Anhalt zuständig. Ein zentrales Anliegen des staatlichen Liegenschafts- und Hochbaumanagements ist die nachhaltige Verbesserung der Bausubstanz der langfristig im Bestand bleibenden Liegenschaften im Ressort- und Hochschulbau. Dabei sind landeseigene Gebäude und Liegenschaften durch die Einbindung erneuerbarer Energien klimaneutral zu entwickeln.

Im Landesbau soll diesem Auftrag durch eine entsprechende Verstärkung der Bauunterhaltungsmittel, der Haushaltsmittel zur Realisierung von Kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen sowie der Mittel für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen Rechnung getragen werden. Mit der Konzentration auf die ihm übertragenen Aufgaben wird der Landesbetrieb BLSA in der Folge auch in den nächsten Jahren wesentlicher Impulsgeber bei der Ertüchtigung der Landesliegenschaften sein. Neben der Bauunterhaltung und Kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen können die Hochschulen darüber hinaus mit Zustimmung der Landesregierung auch Große Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen als Pilotprojekte eigenständig durchführen. Sofern diese aus dem Einzelplan 20 finanziert werden, sind sie in den Anlagen zum Kapitel 20 04 entsprechend gekennzeichnet.

Dem Landesbetrieb BLSA obliegt neben den originären Zuständigkeiten für das zentrale Liegenschafts- und Hochbaumanagement des Landes auch die Aufgabenerledigung für Bundesbauangelegenheiten in Sachsen-Anhalt im Wege der Organleihe sowie baufachliche Prüfungen bei Zuwendungsbaumaßnahmen für das Land und für den Bund.

Zu den dem Landesbetrieb BLSA weiterhin übertragenen sonstigen Aufgaben gehören die Bewirtschaftung des Sondervermögens „Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt“ (Kapitel 51 32), die Vermögenszuordnungssachverhalte sowie die Erbschaften des Fiskus einschließlich der möglichen Ausübung des Rechts auf Aneignung herrenloser Grundstücke.

Durch das Gesetz über das Sondervermögen „Corona“ vom 15. Dezember 2021 (Corona-Sondervermögensgesetz – Cor-SVG) sind zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie Haushaltsansätze des staatlichen Hochbaus und Liegenschaftsmanagements insbesondere im Kapitel 53 20 vorgesehen.

Ergänzend zum Landesbetrieb BLSA wird die zu 100 v.H. im Landesbesitz befindliche IPS Immobilien- und Projektmanagementgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH zukünftig ausgewählte Bauprojekte des Landes außerhalb des Einzelplans 20 durchführen.

B. Zentrale Zielsetzung in den politischen Handlungsbereichen

Die Informationen zu den politischen Handlungsbereichen (Politikfelder) des Einzelplans 20 ergeben sich insbesondere aus den im Anhang zu den Kapiteln 20 03 und 20 04 beigefügten Anlagen.

Dem Ministerium der Finanzen obliegt die politische Steuerung der Handlungsbereiche des staatlichen Hochbau- und Liegenschaftsmanagements Sachsen-Anhalt. Schwerpunkte liegen in der Optimierung der Liegenschaftsnutzung durch Standortoptimierung und im effizienten Einsatz der vorhandenen Baumittel zur nachhaltigen Verbesserung des Liegenschaftsvermögens des Landes.

Veranschlagt sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Aufgabenbereiche des staatlichen Bau- und Liegenschaftsmanagements Sachsen-Anhalt:

Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung	-	Kapitel 20 01
Ressortbau	-	Kapitel 20 03
Hochschulbau	-	Kapitel 20 04

Darüber hinaus sind die Stellen der staatlichen Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung im Kapitel 20 01 ausgebracht.

B.1 Überblick nach politischen Handlungsbereichen und Rückblick

Der dem Ministerium der Finanzen nachgeordnete Landesbetrieb BLSA nimmt die Aufgabe des zentralen Immobiliendienstleisters für das Verwaltungsgrundvermögen des Landes Sachsen-Anhalt wahr. Ausgenommen sind besondere Grundstücke des Verwaltungsgrundvermögens. Unabhängig davon obliegen dem Landesbetrieb BLSA auch die Steuerung, Überwachung und Verwertung des Allgemeinen Grundvermögens des Landes Sachsen-Anhalt.

Das Mieter-Vermieter-Modell wird ab dem Haushaltsjahr 2025 beendet.

Die Haushaltsmittel des Landesbaus zur Realisierung von Großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Bauunterhaltungsmaßnahmen sind grundsätzlich zentral im ressortübergreifenden Einzelplan 20 veranschlagt.

B.2 Strategische Ziele und Vorhaben

Dem Liegenschaftsbestand des Landes Sachsen-Anhalt mit seiner Vermögensfunktion und seinen Kostenwirkungen ist besondere Bedeutung zuzumessen, da hier nachhaltige Steuerungsmechanismen wirken. Zudem sind Klimaschutzpolitische Aspekte zur generationsübergreifenden Gestaltung der Zukunft verpflichtend.

Zielstellungen sind weiterhin die nachhaltige Verbesserung der Bausubstanz der langfristig im Bestand bleibenden Landesliegenschaften im Ressort- und Hochschulbau, der ressortübergreifende Abbau der bestehenden Sanierungs- und Instandhaltungsbedarfe durch zielgerichteten und effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Baumittel bzw. Personalressourcen, die Optimierung des Flächenbestandes, die Fortentwicklung des zentralen Immobiliendienstleisters des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Aufgabenerledigung der im Wege der Organleihe übertragenen Bundesbauangelegenheiten. Das Land bekennt sich ausdrücklich zum Fortbestand der Organleihe für Bundesbauangelegenheiten in Sachsen-Anhalt.

Zur langfristigen Ressourcenschonung ist die konsequente Rückführung der bestehenden Fremdanmietungen zugunsten der effizienten Nutzung von Landesimmobilien geboten. Nur so lassen sich langfristig konsumtive Haushaltsausgaben reduzieren bzw. ein etwaiger Kostenanstieg für Bewirtschaftungskosten auffangen.

Die Erlöse aus der Verwertung von entbehrlichen Landesliegenschaften sind konsequent zur Refinanzierung notwendiger Ausgaben im Hochbau- und Liegenschaftsbereich einzusetzen. Gleiches gilt für die Verwendung der Erlöse aus dem Sondervermögen Grundstock des Landes.

Eine Partnerschaft zwischen öffentlichen Auftraggebern und privaten Dienstleistern bei Bauvorhaben bzw. die Übertragung von Aufgaben des staatlichen Hochbau- und Liegenschaftsmanagements an externe Dienstleister als alternative Realisierungsmöglichkeit unter Beachtung von wirtschaftlichen Erwägungen sowie Steuerungsgesichtspunkten ist grundsätzlich möglich und zu prüfen.

Der Weiterentwicklung des staatlichen Hochbaus und Liegenschaftsmanagements als Teil der Landesverwaltung wird zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Landesverwaltung aufgrund der anstehenden Herausforderungen besondere Bedeutung zuteil.

B.3 Übersichtstabelle politische Handlungsbereiche und Budgetanteile

Prioritätenlisten

Die Dringlichkeit der im Kapitel 20 03 veranschlagten Großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Ressortbaus richtet sich grundsätzlich nach der Finanzierbarkeit, den verfügbaren Personalressourcen des Landesbetriebes BLSA und der von der Landesregierung beschlossenen ressortübergreifenden Prioritätenliste der Großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes Sachsen-Anhalt.

Funktionenübersicht

Die Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans 20, die aus haushaltstechnischen Gründen den Funktionsziffern (FZ) abstrakt zugeordnet sind, stellen sich nach Zuordnung zu den konkreten Aufgabenbereichen wie folgt dar:

FZ	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Ansatz 2024		Ansatz 2025		Ansatz 2026	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		Werte in 1.000 EUR					
0	Allgemeine Dienste	27.705	500	0	85.210	0	76.299
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	27.705	500	0	85.210	0	76.299
011	Politische Führung	0	0	0	0	0	0
016	Hochbauverwaltung	27.705	500	0	85.210	0	76.299
8	Finanzwirtschaft	12.448	160.584	13.528	202.527	18.661	220.261
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	3.808	160.584	5.918	202.527	6.567	220.261
811	Grundvermögen	1.308	158.184	3.918	200.860	4.567	218.594
812	Kapitalvermögen	2.500	2.400	2.000	1.667	2.000	1.667
86	Sonstiges	8.640	0	7.610	0	12.094	0
861	Sonstiges	8.640	0	7.610	0	12.094	0
Gesamtsumme		40.153	161.084	13.528	287.737	18.661	296.560

C. Organisatorische oder sonstige Veränderungen

Ausschuss für Finanzen

Dem Ausschuss für Finanzen des Landtages und dem Landesrechnungshof sind grundsätzlich 14 Kalendertage vor dem Termin der entsprechenden Ausschusssitzung vorzulegen:

1. Für jede neue Große Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahme des Landesbaus vor Beauftragung zum Aufstellen der Ausführungsunterlagen-Bau eine Kurzbeschreibung mittels Vordruck (tabellarische Übersicht und Erläuterungsbericht, der u. a. die Kosten der jeweiligen Baumaßnahme, die Betriebskosten vor und nach der Maßnahme inkl. Erhaltungsrücklagen bzw. Abschreibungen sowie der Energiekosten auf Grundlage einer Verbrauchsrechnung gemäß EnEV, einen Zeitplan und als Anlage eine Übersicht über die vorgesehene Finanzierung nebst Zeitplan der Mittelveranschlagung enthält), mit einer Bescheinigung über die baufachliche Prüfung und Genehmigung durch die Oberste Technische Instanz (Ministerium der Finanzen).
2. Bei Maßnahmen, die nicht im Eigenbau ausgeführt werden, vor Beauftragung der Baumaßnahme das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, die auch die Veränderung bei den Betriebskosten zu berücksichtigen hat.
3. Bei Maßnahmen, die aufgrund der Vorschriften des § 54 LHO vorzulegen sind, den Punkten 1 und 2 entsprechende Unterlagen.

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind nach § 24 Abs. 3 Satz 3 LHO gesperrt, wenn für die Durchführung der Baumaßnahme die Einwilligung des Ausschusses für Finanzen des Landtages nicht vorliegt.

Das für den staatlichen Hochbau zuständige Ministerium ist mit Zustimmung des Ausschusses für Finanzen ermächtigt, mit dem Bau einzelner Vorhaben auch ohne Einzelveranschlagung zu beginnen, wenn und soweit für die Aufnahme der Maßnahme in der jeweiligen Anlage zu den Kapiteln die erforderlichen Voraussetzungen (§ 24 LHO) vorliegen und die zur Anschubfinanzierung erforderlichen Mittel durch Einsparung bei anderen Maßnahmen aus dem Deckungskreis gedeckt werden können.

D. EU-Förderung

Für das Programm EFRE V 2014 - 2020 wurde ab dem Haushaltsjahr 2014 durch die Aufnahme der Finanzierung von Großen Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen (GNUE) des Landesbaus im Haushalt die TGr. 93 in Kapitel 20 04 eingerichtet und wird in den kommenden Haushaltsjahren abgeschlossen.

Für das Programm EFRE VI 2021 - 2027 wird ab dem Haushaltsjahr 2022 durch die Aufnahme der Finanzierung von Großen Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen (GNUE) sowie Kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen (KNUE) des Landesbaus im Haushalt die TGr. 97 in Kapitel 20 04 neu belegt und in den kommenden Haushaltsjahren fortgeführt.

E. Sonstiges

Im Einzelplan 20 sind grundsätzlich die vom Land durchzuführenden Hochbaumaßnahmen und Maßnahmen, die als private Vorfinanzierungen (Ratenkauf, Mietkauf, Baukauf, Leasing) oder als ÖPP-Projekte durchgeführt werden, ausgebracht.

Mietkäufe enthalten sowohl Elemente eines Miet- als auch eines Kaufvertrages. Der Kaufpreis ist beim Mietkauf nach Ablauf der vereinbarten Mietzeit an den Vermieter zu entrichten. Beim Ratenkauf wird der Kaufpreis in Raten fällig.

Sofern in einem Kaufvertrag eine Verpflichtung des Landes zum Bau oder zur Sanierung eines Gebäudes notariell beurkundet wurde, handelt es sich um einen Baukauf.

Bei Leasingverträgen trägt in der Regel der Leasinggeber die Gefahr und Haftung für den unverschuldeten Untergang sowie für Sachmängel und Beschädigung.

Die Vollzugsaufgaben werden unter Aufsicht des Ministeriums der Finanzen vom nachgeordneten Landesbetrieb BLSA oder den Hochschuleinrichtungen wahrgenommen.

F. Genderziel

Das staatliche Hochbau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt hat das Ziel, den Frauenanteil in Führungspositionen aller Ebenen entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag auf 50 % zu erhöhen. Das Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt (AFI-LSA) bietet für Führungskräfte verschiedenste Personalentwicklungsmaßnahmen zur Stärkung der Genderkompetenz an, die aktiv genutzt werden. Parallel dazu ist der im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen zugehörige Landesbetrieb BLSA in den Frauenförderplan des Ministeriums der Finanzen eingebunden, der dem Gender-Gedanken ebenfalls Rechnung trägt. Darüber hinaus wurde bei der Ausbildung der Baureferendare das Thema Gender-Budgeting aufgenommen.

Die Personalausgaben für die Ausbildung von Nachwuchskräften werden kameral im Kapitel 20 01 außerhalb des Wirtschaftsplans des Landesbetriebes BLSA veranschlagt und werden als Gendernebenziel eingeordnet. Die Personalausgaben für die Bediensteten des Landesbetriebes BLSA sind im Wirtschaftsplan (Anlage zu Kapitel 20 01) dokumentiert und werden in der nachfolgenden Darstellung keinem Genderziel gesondert zugeordnet. Bei den Ausgaben in den Baukapiteln (Kapitel 20 03 und 20 04) sind keine Gender-Ziele berührt.

- Angaben in EUR -

	GG2 = Genderziel ist Hauptziel		GG1 = Genderziel ist Nebenziel		GG0 = Gender ist kein Ziel	
	2025	2026	2025	2026	2025	2026
Ausgaben Kap. 20 01	0	0	554.800	926.300	86.322.300	77.039.700
Ausgaben Kap. 20 03	0	0	0	0	83.755.000	95.117.300
Ausgaben Kap. 20 04	0	0	0	0	117.105.300	123.476.700
Ausgaben Gesamt	0	0	554.800	926.300	287.182.600	295.633.700

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
20 01	Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung		2.000.000	0		2.000.000	554.800
20 03	Ressortbau				7.610.000	7.610.000	
20 04	Hochschulbau		3.000		3.914.800	3.917.800	
	Summe 2025		2.003.000	0	11.524.800	13.527.800	554.800
	Summe 2024		30.208.100	0	9.944.900	40.153.000	500.000
	2025 mehr(+) / weniger(-)		-28.205.100	0	+1.579.900	-26.625.200	+54.800

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
0	85.182.800		1.139.500		86.877.100	-84.877.100	0	20 01
23.177.300	0	55.044.800	5.532.900		83.755.000	-76.145.000	66.647.300	20 03
13.200.000	304.200	99.046.200	4.554.900		117.105.300	-113.187.500	78.053.500	20 04
36.377.300	85.487.000	154.091.000	11.227.300		287.737.400	-274.209.600	144.700.800	
38.174.300	2.400.000	110.411.600	9.598.300		161.084.200	-120.931.200	142.072.100	
-1.797.000	+83.087.000	+43.679.400	+1.629.000		+126.653.200	-153.278.400	+2.628.700	

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
20 01	Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung		2.000.000	0		2.000.000	926.300
20 03	Ressortbau				12.093.900	12.093.900	
20 04	Hochschulbau		100		4.567.300	4.567.400	
	Summe 2026		2.000.100	0	16.661.200	18.661.300	926.300
	Summe 2025		2.003.000	0	11.524.800	13.527.800	554.800
	2026 mehr(+) / weniger(-)		-2.900	0	+5.136.400	+5.133.500	+371.500

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
0	76.380.200		659.500		77.966.000	-75.966.000	0	20 01
23.639.700	0	65.775.700	5.701.900		95.117.300	-83.023.400	56.119.200	20 03
13.000.000	468.400	103.365.000	6.643.300		123.476.700	-118.909.300	78.531.400	20 04
36.639.700	76.848.600	169.140.700	13.004.700		296.560.000	-277.898.700	134.650.600	
36.377.300	85.487.000	154.091.000	11.227.300		287.737.400	-274.209.600	144.700.800	
+262.400	-8.638.400	+15.049.700	+1.777.400		+8.822.600	-3.689.100	-10.050.200	

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 01 Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 20 01 beträgt zum 31.12.2025 452 Vollzeitäquivalente.
Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 20 01 beträgt zum 31.12.2026 452 Vollzeitäquivalente.
Es kann in Abstimmung mit der Landesstraßenbaubehörde jeweils in Höhe von 5 Vollzeitäquivalenten zu Lasten des Vollzeitäquivalentziels der LSBB - Kapitel 14 09 - überschritten werden.

Erläuterungen:

Der Landesbetrieb "Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt" (Landesbetrieb BLSA) wurde zum 01. April 2012 gegründet und wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt. Die Kernaufgaben des Landesbetriebes BLSA sind das Liegenschaftsmanagement und das dazugehörige Baumanagement für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (GNUE), Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (KNUE) sowie Bauunterhaltungsmaßnahmen (BU). Durch den Landesbetrieb BLSA sind die Aufgaben im gesamten staatlichen Hochbau einschl. Zuwendungsbau (fachtechnische Prüfungen nach § 44 BHO/§ 44 LHO) und im Bundesbau (in Organleihe) sicherzustellen. Der Landesbetrieb BLSA nimmt auch die Aufgaben der Verwaltung und Verwertung des Allgemeinen Grundvermögens wahr. Zusätzlich obliegen dem Landesbetrieb BLSA als sonstige Aufgabenbereiche die Bewirtschaftung des Sondervermögens "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt" (Kapitel 51 32), Vorgänge im Rahmen der Vermögenszuordnung sowie die Erbschaften des Fiskus einschl. der möglichen Ausübung des Rechts auf Aneignung herrenloser Grundstücke.

Der Landesbetrieb BLSA wird bis zum 31.12.2027 im Auftrag der Landesstraßenbaubehörde tätig. Die hierfür erforderlichen 5 VzÄ werden dem Landesbetrieb BLSA - Kapitel 20 01 - vorübergehend aus dem VzÄ-Ziel des Kapitels 14 09 zur Verfügung gestellt.

Beamte/Beamtinnen		2025	2026
Titel 422 89		116	115
Titel 422 96		0	0
Titel 422 89 Leerstellen		7	7
Tarifbeschäftigte		2025	2026
Titel 428 89		499	516
Titel 428 96		0	0
Titel 428 89 Leerstellen		6	6
Stellen gesamt (ohne Leerstellen)		2025	2026
Stellen gesamt (ohne Leerstellen)		615	631

Für die Ausbildung von BaureferendarInnen und Technischen InspektorenanwärterInnen sind die Stellen im Titel 422 41 sowie für die Auszubildenden und Dual-Studierenden im Titel 428 03 veranschlagt.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel beinhaltet 24 Vollzeitäquivalente, die vollständig drittmittelfinanziert sind und vor dem 01.01.2016 eingestellt wurden.

Einnahmen

119 53	812	Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus nach § 1936 BGB	2.500.000	2.000.000	2.000.000
			3.749.022		

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 20 01 Titel 681 59.

Erläuterungen:

Umsetzung von Kapitel 13 02 Titel 119 53 ab dem Haushaltsjahr 2023

121 41	016	Abführung des Landesbetriebes Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt	27.705.100	0	0
			12.198.300		

*** Vgl. K-Vermerk zum allgemeinen Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 20 03

Erläuterungen:

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit des Landesbetriebes BLSA gemäß Erfolgsplan (siehe Anlage zu Kapitel 20 01) wird bei Titel 682 41 im Kapitel 20 01 dargestellt.

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 01 Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

231 01	016	Erstattung von Ausgaben für die Wahrnehmung von Bundesbauaufgaben	0 8.324.903	0	0

Erläuterungen:

Die Kostenerstattung des Bundes basiert auf den Übergangsregelungen laut Art. 12 der geltenden Bundesbau-Vereinbarung für die vom Land Sachsen-Anhalt im Wege der Organleihe für den Bund erbrachten Aufgaben des Bundesbaus. Demnach wurden dem Land Sachsen-Anhalt einmalig im Haushaltsjahr 2023 die für Projekte nachgewiesenen und bisher nicht erstatteten Ist-Kosten, die bis zum 31. Dezember 2018 entstanden waren, vom Bund erstattet.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

422 41	016	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	145.000 69.202	89.000 0	195.000 0

Erläuterungen:

Die Ausbildung von Nachwuchskräften im Landesbetrieb BLSA wird im anliegenden Stellenplan dargestellt.

428 03	016	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	355.000 171.283	465.800 0	731.300 0

Erläuterungen:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Ausbildungskosten für Auszubildende	160.000	150.000	195.000
2.	Ausbildungskosten für Dual-Studierende	195.000	315.800	536.300
Summe		355.000	465.800	731.300

522 01	016	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Etwaige Kosten für Gutachten, Studien und Beraterverträge werden im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes BLSA (siehe Anlage zu Kapitel 20 01) dargestellt.

542 01	016	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Etwaige Umsatzsteuerbeträge werden im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes BLSA (siehe Anlage zu Kapitel 20 01) berücksichtigt.

681 59	812	Ausgaben im Zusammenhang mit Erbschaften nach § 1936 BGB	2.400.000 1.666.730	1.666.700 0	1.666.700 0

Übertragbar

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 20 01 Titel 119 53.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	650.000				650.000
2026	650.000				650.000
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	1.300.000				1.300.000

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 01 Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 681 59

Erläuterungen:

Umsetzung von Kapitel 13 02 Titel 681 59 ab dem Haushaltsjahr 2023

Ausgaben im Zusammenhang mit der Abwicklung der Fiskalerbschaften aufgrund der gesetzlichen Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Nachlassabwicklung (durch den Staat), die sich sinngemäß aus § 1936 BGB ergibt. Ausgaben entstehen zum einen durch die Verpflichtung, Verbindlichkeiten der Erblasser (z. B. Begleichung offener Forderungen, Erfüllung von Vermächnissen und Auflagen etc.) zu erfüllen und zum anderen im Zusammenhang mit der Verwaltung der zum jeweiligen Nachlass gehörenden Grundstücke (z. B. öffentliche Abgaben, Unterhaltungskosten, Verkehrssicherungsmaßnahmen usw.).

Die im Haushaltsjahr 2022 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung war aufgrund der geplanten Abschlüsse überjähriger Verträge notwendig. Verträge mit Dienstleistern, welche insbesondere im Bereich der Verwaltung und Verwertung der Grundstücke (z. B. Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH) aber auch im generellen bei der Abwicklung der Fiskalerbschaften unterstützend tätig werden (z. B. Verwaltung von Gesellschaftsanteilen), wurden geschlossen.

682 41	016	Zuschüsse für laufende Zwecke an den Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt	0	83.516.100	74.713.500
			0	0	0

Übertragbar

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 20 01 Titel 891 41.

Erläuterungen:

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit des Landesbetriebes BLSA wird im Erfolgsplan dargestellt (siehe Anlage zu Kapitel 20 01).

891 41	016	Zuschüsse für Investitionen an den Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt	0	1.139.500	659.500
			0	0	0

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 20 01 Titel 682 41.

Erläuterungen:

Der Investitionsbedarf des Landesbetriebes BLSA wird im Finanzplan dargestellt (siehe Anlage zu Kapitel 20 01).

971 01	011	Globale Mehrausgabe	0	0	0
			0	0	0

972 01	011	Globale Minderausgaben	0	0	0
			0	0	0

Titelgruppe(n)

89 Planmäßige Beamtinnen/Beamte und Tarifbeschäftigte in Landesbetrieben nach § 26 LHO

Erläuterungen:

Die Planstellen der Beamten sowie die Stellen der Tarifbeschäftigten sind ab dem Haushaltsjahr 2012 in Stellenplänen bzw. Stellenübersichten innerhalb der für Landesbetriebe vorbehaltenen Titelgruppe 89 veranschlagt. Die Einzeldarstellungen sind in der Anlage "Stellenpläne, Stellenübersichten" ersichtlich.

Leertitel 422 89 und 428 89 gemäß VV Nr. 2.3 zu § 11 LHO.

Die Personalausgaben werden im Wirtschaftsplan des Landesbetriebs BLSA nachgewiesen (Anlage zu Kapitel 20 01).

422 89	016	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
			0	0	0

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 01 Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 422 89

Erläuterungen:

Nach § 26 Abs. 1 Satz 4 1. Halbsatz LHO sind die Planstellen des Landesbetriebes BLSA im anliegenden Stellenplan zu Kapitel 20 01 nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen ausgebracht.

428 89	016	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 89			0	0	0
				0	0

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 01 Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	30.205.100	2.000.000	2.000.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		30.205.100	2.000.000	2.000.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	500.000	554.800	926.300
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.400.000	85.182.800	76.380.200
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	1.139.500	659.500
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		0	0
			0	0
Gesamtausgabe		2.900.000	86.877.100	77.966.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		27.305.100	-84.877.100	-75.966.000

Wirtschaftsplan für Landesbetriebe nach § 26 LHO LSA

Anlage zum Kapitel 20 01
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt Wirtschaftsjahr 2025/2026

Verzeichnis des Wirtschaftsplans:

A: Erfolgsplan
B: Finanzplan

A: Erfolgsplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	1. Umsatzerlöse	142.330.500,78	145.553.800	60.836.200	71.557.200
52	a) Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	91.283.525,99	101.200.100	13.064.700	23.358.400
52	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten	-	3.100	-	-
51	c) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	24.736.453,97	22.250.600	25.671.500	26.098.800
	d) Zuschüsse für laufende Zwecke (Gruppe 682)	-			
51	e) Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel)	26.310.520,82	22.100.000	22.100.000	22.100.000
53	2. Bestandsveränderungen	897.250,97	7.650.500	51.800	28.800
53	3. Andere aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-
54	4. sonstige Erträge	26.302.397,16	25.147.200	25.001.400	24.734.000
545	a) Auflösung des Sonderpostens für Investitionen	25.655.688,35	25.145.700	24.997.100	24.729.700
	b) Sonstiges	646.708,81	1.500	4.300	4.300
	Zwischensumme Erträge (1-4):	169.530.148,91	178.351.500	85.889.400	96.320.000
	5. Materialaufwand	61.970.592,71	72.009.400	77.275.700	81.010.900
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	31.992.050,31	41.450.900	47.426.600	50.715.700
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	29.978.542,40	30.558.500	29.849.100	30.295.200
62+63	6. Personalaufwand	37.257.600,19	40.674.400	43.310.600	42.957.100
	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung) davon für Beschäftigte ¹⁾	30.220.534,69	33.711.600	42.318.700	41.926.300
	davon für Beamte	27.649.881,19	31.110.200	39.801.700	39.248.800
		2.570.653,50	2.601.400	2.517.000	2.677.500
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Beschäftigte ¹⁾	7.037.065,50	6.962.800	991.900	1.030.800
	davon für Beamte	6.077.381,17	5.926.500	0	0
6411	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen (lt. PZVO u. 30% Regelung)	959.684,33	1.036.300	991.900	1.030.800
		869.527,45	921.300	881.900	910.800
66	7. Abschreibungen	25.956.751,56	25.590.600	25.218.500	24.945.800
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	95.009,92	94.900	94.900	93.800
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen	25.446.243,93	25.145.700	24.796.900	24.536.300
	c) auf technische Anlagen und Maschinen	317.473,65	268.700	237.100	228.500
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	98.024,06	81.300	89.600	87.200
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch	-	-	-	-
	8. sonstige Aufwendungen	16.952.723,31	22.296.000	23.517.400	22.040.900
72	a) Sonstige Personalaufwendungen	311.187,02	544.300	622.500	582.500
73	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	16.262.308,88	21.105.800	22.168.000	20.731.000
75	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise und Werbung	200.475,24	266.400	294.400	294.400
75	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	95.721,85	305.000	342.000	335.500
79	e) Steuern	83.030,32	74.500	90.500	97.500
629	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte	-	-	-	-
71	g) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung	-	-	-	-

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
71	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)	-	-	-	-
	Zwischensumme Aufwendungen (5-8):	142.137.667,77	160.570.400	169.322.200	170.954.700
	Betriebsergebnis (1-8):	27.392.481,14	17.781.100	-83.432.800	-74.634.700
55	9. Erträge aus Beteiligungen	-	-	-	-
56	9.1 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge	-112.409,28	-1.000	-500	-500
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-	-
77	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.112,83	2.000	1.300	1.300
	Finanzergebnis (9-12):	-111.296,45	1.000	800	800
	13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):	27.503.777,59	17.780.100	-83.433.600	-74.635.500
58	14. Außerordentliche Erträge	-	-	-	-
	14.1 davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt	-	-	-	-
78	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen	-	-	-	-
75	15.1 Übrige Aufwendungen	-	-	-	-
	16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):	-	-	-	-
79	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	25.800,00	75.000	82.500	78.000
79	18. sonstige Steuern	-	-	-	-
	a) Steuern und steuerähnliche Aufwendungen	-	-	-	-
	19. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	27.477.977,59	17.705.100	-83.516.100	-74.713.500
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)		-	-	-
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss		-	-	-
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage		-	-	-
	- Zuführung zur Gewinnrücklage		-	-	-
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.		-	-	-
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist		-	-	-
	- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgte.		-	-	-
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht		-	-	-
	26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan		17.705.100	-83.516.100	-74.713.500
	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen:				
	a) der Zuführungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen,		-	-	-
	b) der Ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu vermindern.		-	-	-
	28. Zuführung / Ablieferung lt. Erfolgsplan		17.705.100	-83.516.100	-74.713.500
	Der Wert lt. Ziffer 28 ist gemäß den HTR-LSA auf volle 100 Euro auf- oder abzurunden.				

¹⁾ Aufteilung bei Tarifbeschäftigten in Bezüge und Sozialversicherung noch ausstehend.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu 1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	Plan 2025 in EUR	Plan 2026 in EUR
Umsätze Mieten (Büro, Stellplätze, Garagen, sonst.)	1.995.500	1.888.000
Erlösschmälerungen	-540.000	-540.000
Umsätze Grundstücksverkäufe	11.215.000	21.569.600
Umsätze Abrechnung Betriebskosten	394.200	440.800
Verwaltungswirtschaftliche Erträge	13.064.700	23.358.400
Zuweisungen, Zuschüsse, Kostenerstattungen	25.671.500	26.098.800
Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel)	22.100.000	22.100.000
Umsatzerlöse gesamt	60.836.200	71.557.200

Die **Umsätze Mieten** betreffen die vereinnahmten Mietzahlungen für Büroräume, Garagen und Stellplätze von Mietern außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung. Das Mieter-Vermieter-Modell wird beginnend ab dem Haushaltsjahr 2025 beendet.

Für allgemeine Risiken aus unvorhersehbaren Ereignissen (z.B. Vertragskündigungen) sind aus Erfahrungswerten der Vorjahre gebildete **Erlösschmälerungen** eingeplant.

In den Jahren 2025 und 2026 werden Umsatzerlöse aus der **Veräußerung von Grundstücken und Aneignungsrechten** in größerem Umfang aufgrund einer geplanten Verwertungsoffensive für Liegenschaften erwartet. Für eine Veräußerung sind unter anderem die Liegenschaften Zuckerbusch 15, Liebknechtstr. 65-91 (Häuser 1-2, 6-9), Klewitzstr. 4 und Breitscheidstr. 53 in Magdeburg; Dessauer Str. 150, Blücherstr. 1, Ernst-Kromayer-Str. 5-8, Willi-Brundert-Str. 7-11, Weinberg 3, Richard-Wagner-Str. 56, Harz 42a, Leo-Herwegen-Str. 4-6, Nietlebener Str. 8-10, Selkestr. 9, Brandbergweg 23 und Dölauer Str. 69 in Halle (Saale); Wipertistr. 5 und 6e in Quedlinburg, Wernigeröder Str. 3-5 in Oberharz am Brocken, Planstr. 18 in Oschersleben, Ferdinand-von-Schill-Str. 24 in Dessau-Roßlau sowie Falkenberg 55 in Altmärkische Wische vorgesehen.

Die **Umsätze Abrechnung Betriebskosten** betreffen die umlagefähigen Betriebskosten.

Bei den Umsatzerlösen aus **Zuweisungen, Zuschüssen, Kostenerstattungen** handelt es sich vornehmlich um die Erstattungen des Bundes für im Wege der Organleihe erbrachte Leistungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens. Die Ermittlung beruht auf der prognostizierten Entwicklung des Bauvolumens im Bundesbau und der seit dem Jahr 2019 geltenden Bundesbau-Vereinbarung in der jeweils gültigen Fassung.

	Plan 2025 in EUR	Plan 2026 in EUR
Bauvolumen	89.816.200	91.637.800
Kostenerstattungen	23.105.100	23.151.600

In den **Zuweisungen, Zuschüssen und Investitionszuschüssen** sind die Investitionszuschüsse für Bauunterhaltung sowie KNUE-/GNUE-Maßnahmen etc. für Landesliegenschaften in Höhe von jährlich 22,1 Mio. EUR enthalten. Diese werden durch die bezogenen Leistungen im Materialaufwand neutralisiert und sind somit ergebnisneutral.

Zu 2. Bestandsveränderungen

Die **Bestandsveränderungen** resultieren aus der Gegenüberstellung der unfertigen Leistungen für die noch nicht an den Mieter in Rechnung gestellten umlagefähigen Betriebskosten. Die Abrechnung im Folgejahr führt zu entsprechenden Umsatzerlösen.

Zu 4. Sonstige Erträge

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** enthalten im Wesentlichen die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionen. Diese Position korrespondiert mit den Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen (Pos. 7b) und wird somit ergebnisneutral dargestellt.

Zu 5. Materialaufwand

In der Position 5a. werden überwiegend die Betriebskosten der vom Landesbetrieb BLSA betreuten Gebäude/Liegenschaften aufgeführt. Basis für die Ansätze in 2025 und 2026 bilden die in 2023 erfassten Betriebskosten zzgl. der zu erwartenden Preissteigerung.

	Plan 2025 in EUR	Plan 2026 in EUR
umlagefähige Betriebskosten	45.881.300	48.997.600
umlagefähige Betriebskosten (Anmietung)	635.000	794.000
umlagefähige Betriebskosten (Verwaltung)	261.600	269.100
nicht umlagefähige Betriebskosten (AGV + Sonst.)	305.000	311.000
Sonstiges	343.700	344.000
	47.426.600	50.715.700

Position 5b. beinhaltet die bezogenen Leistungen. Hierunter werden vornehmlich die Aufwendungen für Fremdanmietung und Instandhaltungsmaßnahmen ausgewiesen.

Für Interimsunterbringungen bei Baumaßnahmen in den originären Liegenschaften sind jeweils ca. 3,1 Mio. EUR in der **Fremdanmietung** enthalten.

Unter den **Instandhaltungsmaßnahmen** sind in 2025 mit 1,8 Mio. EUR und in 2026 mit 1,2 Mio. EUR Aufwendungen für den Bauunterhalt, insbesondere zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit, Abbruchmaßnahmen sowie laufende Instandhaltung für Liegenschaften des Allgemeinen Grundvermögens (AGV) enthalten. Darüber hinaus wurden Aufwendungen für Bauunterhaltung sowie KNUE/GNUE-Maßnahmen für Landesliegenschaften statistisch mit jährlich 22,1 Mio. EUR in Ansatz gebracht, welche in gleicher Höhe in der Position 1.e Investitionszuschüsse enthalten und somit letztlich ergebnisneutral sind.

	Plan 2025 in EUR	Plan 2026 in EUR
Öffentlichkeitsarbeit	110.000	109.800
Fremdanmietung	4.462.800	4.498.300
Bezügeabrechnung	156.000	168.000
Instandhaltungsmaßnahmen	25.113.200	25.512.500
Sonstiges	7.100	6.600
	29.849.100	30.295.200

Haushaltsmittel für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie weitere Bauunterhaltungsmittel für überwiegend von der Landesverwaltung genutzte Objekte werden insbesondere im Kapitel 20 03 des Einzelplans 20 veranschlagt.

Zu 6. Personalaufwand

Hier sind die Bezüge- und Entgeltzahlungen sowie die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung sowie Beihilfen geplant.

Grundlage für die Bemessung des Personalaufwandes ist die entsprechend der Ziff.4.2 der HTR-LSA 2025/2026 durchgeführten Fortschreibung der Hochrechnung nach dem Verfahren perso-PKH des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales.

Bei der Ermittlung des Personalkostenbudgets wurden zusätzliche Stellen für drittmittelfinanziertes Personal zur Umsetzung der Anforderungen aus dem Bundesbau berücksichtigt. Diese werden entsprechend der Bundesbau-Vereinbarung dem Landesbetrieb BLSA erstattet (siehe zu 1. Umsatzerlöse). Die Personalkosten für die Einstellung von Referendaren bzw. Inspektoren und für die Ausbildung sowie Dual-Studierenden sind außerhalb des Wirtschaftsplans im Einzelplan 20 bei Kapitel 20 01 im Titel 422 41 und 428 03 veranschlagt.

Zu 7. Abschreibungen

Diese Kontengruppe wird von den Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen bestimmt. Der hier abgebildete Aufwand wird durch die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionen (Pos. 4a) neutralisiert.

Zu 8. Sonstige Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Plan 2025 in EUR	Plan 2026 in EUR
sonstige Personalaufwendungen	622.500	582.500
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	22.168.000	20.731.000
Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise und Werbung	294.400	294.400
Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	342.000	335.500
Betriebliche Steuern (Kfz- und Grundsteuer)	90.500	97.500
	23.517.400	22.040.900

Die **sonstigen Personalaufwendungen** umfassen Kosten für Personalgewinnung, für Aus- und Fortbildung, betriebs- und amtsärztliche Untersuchungen sowie Arbeitssicherheit, für Trennungsgeld und Schadensersatz an Bedienstete (Vergleiche) sowie Dienstjubiläen.

Die **Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten** beinhalten im Wesentlichen die Bauneben- und Bauleitungskosten der Freiberuflich Tätigen Dritten zur Durchführung und Unterhaltung von Bauten des Bundes. Hierzu wurden für die Jahre 2025 und 2026 jeweils 12,5 Mio. EUR berücksichtigt. Weiterhin sind für IT-Leistungen in 2025 6,7 Mio. EUR und in 2026 6,1 Mio. EUR vorgesehen.

Verpflichtungsermächtigungen

In den Jahren 2025 und 2026 sind keine Vertragsabschlüsse beabsichtigt, die zu Ausgaben in Folgejahren führen.

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2023 - EUR-	Ansatz 2024 -EUR-	Ansatz 2025 -EUR-	Ansatz 2026 -EUR-
	Finanzbedarf für Investitionen				
02	I. Investitionen				
	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	-	500.000	780.000	400.000
05	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte				
06	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch				
07	d) Technische Anlagen und Maschinen	33.952,42	62.000	239.500	139.500
08	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	96.992,87	115.000	120.000	120.000
	f) Anlagen im Bau	267.750,00	-	-	-
	Summe: Investitionsvorhaben	398.695,29	677.000	1.139.500	659.500
	II. Deckungsmittel				
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Erfolgsplan hinzugerechnet worden.				
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)	398.695,29	677.000	-	-
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)				
	4. Zuschüsse für Investitionen (Gruppe 891)				
	Summe: Deckungsmittel	398.695,29	677.000	-	-
	Zuführung für Investitionen (I - II)			1.139.500	659.500

Erläuterungen zum Finanzplan

Im Finanzplan sind im Wesentlichen die Beschaffung von weiteren Software-Lizenzen sowie die Anschaffung verschiedener Software-Produkte (u.a. Geschäftsprozessmanagement und Flächenmanagement) vorgesehen.

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Ausgaben der Kapitel 20 03 und 20 04

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Kapitel 20 03 und 20 04 sind jeweils gegenseitig deckungsfähig:
Kapitel 20 03 Titel 522 01, Kapitel 20 03 Titel 542 01, Kapitel 20 03 Titelgruppe 61, Kapitel 20 03 Titelgruppe 62, Kapitel 20 03 Titelgruppe 69, Kapitel 20 03 Titelgruppe 70, Kapitel 20 03 Titelgruppe 71,
Kapitel 20 04 Titel 522 01, Kapitel 20 04 Titel 542 01, Kapitel 20 04 Titelgruppe 61, Kapitel 20 04 Titelgruppe 62, Kapitel 20 04 Titelgruppe 93 und Kapitel 20 04 Titelgruppe 97

Bei der zwischen den Titeln der Kapitel 20 03 und 20 04 bestehenden Deckungsfähigkeit der Ausgaben geht bei Ausübung der haushaltsrechtlichen Befugnisse grundsätzlich die Deckung investiver zulasten konsumtiver Ausgaben vor. Die Deckung konsumtiver zulasten investiver Ausgaben wird in Höhe von 10 v. H. des in den nachfolgenden Erläuterungen dargestellten Gesamtbetrages der Hauptgruppen 7 und 8 zugelassen. Die darüber hinausgehende Inanspruchnahme der investiven Deckungsmittel bedarf der Einwilligung des Ministeriums der Finanzen.

Mehrausgaben können bei den im Deckungskreis der Kapitel 20 03 und 20 04 enthaltenen Titeln durch Rücklagenentnahme geleistet werden (zunächst Einnahmetitel 356 02 im Kapitel 20 03 und danach Minderung Zuschussbedarf bei Titel 682 41 bei Kapitel 20 01), soweit die Ausgaben der Kapitel 20 03 und 20 04 im Deckungskreis des Einzelplans 20 nicht gedeckt werden können.

Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen in der Anlage zum Kapitel 20 03 und den Anlagen zu Kapitel 20 04 hinsichtlich der Maßnahmebezeichnung verbindlich. Die Aufnahme weiterer Maßnahmen bedarf der Einwilligung des Ministeriums der Finanzen.

Abweichend von § 35 Abs. 1 S. 2 LHO sind Erstattungen und Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - von der Ausgabe abzusetzen, solange die jeweilige Baumaßnahme im Haushaltsplan veranschlagt ist.

Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Das Kapitel 20 03 enthält grundsätzlich alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für einzelne Hochbaumaßnahmen des Landtages, des Landesrechnungshofs und für die Geschäftsbereiche der übrigen Obersten Landesbehörden außerhalb des Hochschulbaus. Darüber hinaus sind punktuell weitere Finanzierungsmittel insbesondere in den Facheinzelplänen sowie im Wirtschaftsplan 53 - Sondervermögen Corona vorgesehen.

Die Kapitel 20 03 (Ressortbau) und 20 04 (Hochschulbau) werden im Rahmen des Investitionsplafond Staatlicher Hochbau (nachfolgende Darstellung) jeweils flexibel durch weitgehende Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit bewirtschaftet (siehe allgemeiner Haushaltsvermerk zu Beginn des Kapitels 20 03 zur haushaltstechnischen Überwachung). Dadurch wird bei zeitlichen Verzögerungen im Bauablauf eine auf den nicht vorhersehbaren aktuellen zeitlichen Bedarf gerichtete Haushaltsführung gewährleistet.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Investitionsplafond Staatlicher Hochbau							
Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	VE 2024	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
1. Investitionen (Hauptgruppen 7 und 8)							
1.1 Kapitel 20 03 - Ressortbau							
<u>TGr. 61</u> Bauunterhaltung sowie Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		16.000.000	11.000.000	16.000.000	13.000.000	16.000.000	13.000.000
<u>TGr. 62</u> Große Neu-, Um- und Erweiterungs- bauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP- Projekte		26.384.000	22.664.800	24.973.500	27.886.400	28.495.700	23.107.600
<u>TGr. 69</u> Strukturprägendes prioritäres Projekt GNUE "Polizeiinspektion Magdeburg einschl. Polizeiinspektion Zentrale Dienste"		20.964.900	22.282.800	13.314.400	21.317.000	22.406.800	13.696.300
<u>TGr. 70</u> Strukturprägendes prioritäres Projekt GNUE "Erweiterung der JVA Halle, Dessauer Straße"		6.001.700	9.169.900	6.264.800	4.443.900	4.300.100	2.890.000
<u>TGr. 71</u> Projekt ITN-XT; Bauliche Ertüchtigung der Bestandsgebäude		500.000	0	25.000	0	275.000	3.425.300
Investitionen Kap. 20 03 (HGr. 7 u. 8)		69.850.600	65.117.500	60.577.700	66.647.300	71.477.600	56.119.200
1.2 Kapitel 20 04 - Hochschulbau							
<u>TGr. 61</u> Bauunterhaltung sowie Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		12.000.000	10.900.000	13.000.000	7.450.000	13.000.000	6.300.000
<u>TGr. 62</u> Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte		27.894.800	56.885.300	71.781.500	64.536.500	93.001.000	62.711.900
<u>TGr. 93</u> Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE V) - Förderperiode 2014 - 2020		9.336.100	2.984.500	17.268.800	0	0	0
<u>TGr. 97</u> Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE VI) - Förderperiode 2021 - 2027		928.400	6.184.800	1.550.800	6.067.000	4.007.300	9.519.500
Investitionen Kap. 20 04 (HGrn. 7 u. 8)		50.159.300	76.954.600	103.601.100	78.053.500	110.008.300	78.531.400
Ges. Investitionen Kap. 20 03 u. 20 04 (HGrn. 7 und 8)		120.009.900	142.072.100	164.178.800	144.700.800	181.485.900	134.650.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	VE 2024	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
Im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit erweitert sich der Deckungskreis wie folgt:							
2. Konsumtive Ausgaben (Hauptgruppen 5 und 6)							
2.1 Kapitel 20 03 - Ressort (ohne Hochschulen)							
522 01	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0	0	0	0
542 01	Umsatzsteuer	0	0	0	0	0	0
TGr. 61	Bauunterhaltung sowie Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	18.889.900	0	18.300.000	0	18.300.000	0
TGr. 62	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte	5.084.400	0	4.802.300	0	4.514.700	0
TGr. 71	Projekt ITN-XT; Bauliche Ertüchtigung der Bestandsgebäude	1.700.000	0	75.000	0	825.000	0
Konsumtive Ausg. Kap. 20 03 (HGr. 5)		25.674.300	0	23.177.300	0	23.639.700	0
2.2 Kapitel 20 04 - Hochschulen							
522 01	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0	0	0	0
542 01	Umsatzsteuer	0	0	0	0	0	0
TGr. 61	Bauunterhaltung sowie Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	12.000.000	0	13.200.000	0	13.000.000	0
TGr. 62	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte	0	0	0	0	0	0
TGr. 93	Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE V) - Förderperiode 2014 - 2020	100.000	0	0	0	0	0
TGr. 97	Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE VI) - Förderperiode 2021 - 2027	400.000	0	0	0	0	0
Konsumtive Ausg. Kap. 20 04 (HGr. 5)		12.500.000	0	13.200.000	0	13.000.000	0
Gesamt Konsumtive Ausgaben Kap. 20 03 u. 20 04 (HGr. 5)		38.174.300	0	36.377.300	0	36.639.700	0
Zusammenfassung (Kapitel 20 03 und 20 04)		Ansatz 2024	VE 2024	Ansatz 2025	VE 2025	Ansatz 2026	VE 2026
Investitionen (HGr. 7 und 8)		120.009.900	142.072.100	164.178.800	144.700.800	181.485.900	134.650.600
Konsumtive Ausgaben (HGr. 5)		38.174.300	0	36.377.300	0	36.639.700	0
Gesamt		158.184.200	142.072.100	200.556.100	144.700.800	218.125.600	134.650.600

Einnahmen

119 51	811	Vermischte Einnahmen	0 927	0	0
334 01	861	Entnahme aus dem Grundstock	0 0	0	0

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

356 02	861	Entnahme aus der Ansparrücklage	0	0	0
			0		

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Vgl. K-Vermerk zum allgemeinen Haushaltsvermerk zu
Beginn des Kapitels 20 03

Erläuterungen:

Die Entnahme aus der gebildeten Ansparrücklage zur Finanzierung der Bauprojekte des staatlichen Hochbaus erfolgt, soweit die Ausgaben im Deckungskreis des Einzelplans 20 nicht gedeckt werden können.

Titelgruppe(n)

61 Bauunterhaltung sowie Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 20 03
Titelgruppe 61.

119 61	811	Rückzahlungen aus Überzahlungen	0	0	0
			374.770		

282 61	811	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Spenden und Sponsoring.

331 61	811	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Baumaßnahmen	0	0	0
			0		

381 61	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0

62 Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte

*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 20 03
Titelgruppe 62

119 62	811	Rückzahlungen aus Überzahlungen	0	0	0
			262.139		

231 62	811	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			0		

282 62	811	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Spenden und Sponsoring

331 62	811	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	0	0	0
			0		

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 331 62

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 20 03 Titel 614 62.

333 62	811	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
			0		

334 62	861	Entnahme zur Vorfinanzierung aus dem Grundstock	8.640.000	7.610.000	12.093.900
			0		

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Die Kostenerstattung des Bundes für die Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) Stendal wird aus dem Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt" (Kapitel 51 32) vorfinanziert, soweit die Ausgaben für die LAE Stendal im Deckungskreis des Einzelplans 20 nicht gedeckt werden können.

342 62	811	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	0	0
			0		

381 62	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	8.640.000	7.610.000	12.093.900

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	811	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			165.517	0	0

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

542 01	811	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

Titelgruppe(n)

61 Bauunterhaltung sowie Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

*** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 20 03 Titelgruppe 61.

519 61	811	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	17.300.000	17.300.000	17.300.000
			23.010.452	0	0

Übertragbar

533 61	811	Dienstleistungen Außenstehender	1.589.900	1.000.000	1.000.000
			1.858.411	0	0

Übertragbar

711 61	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	15.000.000	15.000.000	15.000.000
			20.796.425	12.000.000	12.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		10.000.000			10.000.000
2026			12.000.000		12.000.000
2027				12.000.000	12.000.000
2028					
2029 ff.					
Summen		10.000.000	12.000.000	12.000.000	34.000.000

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 711 61

Erläuterungen:

Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten entsprechend den geltenden Regelungen zur RLBau LSA.

714 61	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Innovative Projekte für Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	1.000.000	1.000.000	1.000.000
			349.951	1.000.000	1.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	5.000.000	1.000.000			6.000.000
2026	4.000.000		1.000.000		5.000.000
2027	914.500			1.000.000	1.914.500
2028					
2029 ff.					
Summen	9.914.500	1.000.000	1.000.000	1.000.000	12.914.500

Erläuterungen:

Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien.

719 61	811	Investiver Bauunterhalt	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Investiver Bauunterhalt entsprechend den geltenden Regelungen zur RLBau LSA.

812 61	811	Ergänzung von Anlagen in Dienstgebäuden (soweit nicht Baumaßnahmen) und in besonderen Fällen auch in Wohnungen	0	0	0
			61.814	0	0

821 61	811	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			34.889.900	34.300.000	34.300.000
				13.000.000	13.000.000

62 Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

*** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 20 03 Titelgruppe 62.

Für die Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) Stendal gelten die Regelungen in § 24 Absatz 3 Satz 3 LHO LSA und die gesetzliche Sperre nicht. Der Ausschuss für Finanzen wird durch das Ministerium der Finanzen über Umfang, Kosten und Fortschritt der Baumaßnahme informiert.

518 62	811	Mieten und Pachten	2.243.000	2.186.200	2.136.200
			2.867.761	0	0

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 518 62

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.186.200				2.186.200
2026	2.136.200				2.136.200
2027	1.886.200				1.886.200
2028	1.886.200				1.886.200
2029 ff.	22.878.700				22.878.700
Summen	30.973.500				30.973.500

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zahlungsverpflichtungen aus privaten Vorfinanzierungen öffentlicher Baumaßnahmen, wie Leasing, Ratenkauf, Mietkauf und vergleichbare Modelle für folgende Objekte (vgl. Anlage 1 zum Kapitel 20 03, TGr. 62 unter B.):

Ministerium der Finanzen,
- Finanzamt Halle (Ukto. 9F07);

Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz,
- Justizzentrum "Albrecht der Bär" in Stendal (Ukto. 9J03);

Für die Investorenlösung "Finanzamt Halle" wurde im Jahr 2014 eine Verpflichtungsermächtigung veranschlagt.

533 62	811	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Prüfung von Gewährleistungsansprüchen bei abgeschlossenen Maßnahmen

534 62	811	Finanzierungskosten Bau	2.841.400	2.616.100	2.378.500
			3.055.233	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Finanzierungskosten für den Bau des ÖPP-Projektes "JVA Burg" (vgl. Anlage 1 zum Kapitel 20 03, TGr. 62 unter A., Ukto. 9J02).

614 62	861	Zuführung der Zahlungen des Bundes an den Grundstock	0	0	0
			0	0	0

* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der
Isteinnahmen bei Kapitel 20 03 Titel 331 62.

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Zum Zeitpunkt der Vereinnahmung der Kostenerstattung des Bundes für die Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) Stendal wird bei einer Vorfinanzierung aus dem Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt" (Kapitel 51 32) der entsprechende Betrag an den Grundstock zurückgeführt.

712 62	811	Vorarbeitskosten	150.000	1.250.000	1.500.000
			663.895	0	0

Erläuterungen:

Auf die in der Anlage 1 zum Kapitel 20 03, TGr. 62 unter C. beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen.

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

713 62	811	Erschließungs- und Baukosten	21.957.800	19.199.900	21.796.200
			15.976.464	27.001.100	22.787.100

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	7.088.900	12.118.300			19.207.200
2026	2.045.800	6.115.300	10.689.900		18.851.000
2027		1.522.800	7.152.200	10.728.300	19.403.300
2028		2.470.000	2.826.500	6.359.500	11.656.000
2029 ff.			6.332.500	5.699.300	12.031.800
Summen	9.134.700	22.226.400	27.001.100	22.787.100	81.149.300

Erläuterungen:

Infolge fortzuschreibender Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen bis 2024 wurden zur Sicherung der Finanzierung der jeweiligen Maßnahmen die Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 an den Bedarf angepasst.

Auf die in der Anlage 1 zum Kapitel 20 03, TGr. 62 unter C. beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen. Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

714 62	811	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Innovative Projekte für Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien.

715 62	811	Hochbaumaßnahmen - Objektentwicklung	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Planung und Darstellung eines nutzerressortunabhängigen Bedarfs sowie Ableitung entsprechender Baumaßnahmen, um ungenutzte Bestandsimmobilien zu ertüchtigen.

812 62	811	Kosten für die erstmalige Einrichtung	104.400	126.500	564.800
			198.449	885.300	320.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		438.400			438.400
2026			564.800		564.800
2027					
2028			320.500	320.500	641.000
2029 ff.					
Summen		438.400	885.300	320.500	1.644.200

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 62

Erläuterungen:

Infolge fortzuschreibender Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen bis 2024 wurden zur Sicherung der Finanzierung der jeweiligen Maßnahmen die Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 an den Bedarf angepasst.

Auf die in der Anlage 1 zum Kapitel 20 03, TGr. 62 unter C. beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen.

821 62	811	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027					
2028					
2029 ff.	72.330.000				72.330.000
Summen	72.330.000				72.330.000

Erläuterungen:

Die im Haushaltsjahr 2022 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 72,33 Mio. Euro ist für den Ankauf (einschließlich Anschaffungsnebenkosten) des Justizzentrums Halle im Haushaltsjahr 2030 vorgesehen.

823 62	811	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen	4.171.800	4.397.100	4.634.700
			3.957.927	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	7.013.200				7.013.200
2026	7.013.200				7.013.200
2027	4.885.100				4.885.100
2028	4.885.100				4.885.100
2029 ff.	32.806.300				32.806.300
Summen	56.602.900				56.602.900

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung umfasst die für das ÖPP-Projekt "JVA Burg" (vgl. Anlage 1 zum Kapitel 20 03, TGr. 62 unter A., Ukto. 9J02) erforderlichen Finanzierungs- und Erwerbskosten.

981 62	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	31.468.400	29.775.800	33.010.400
		27.886.400	23.107.600

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

**69 Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten -
Strukturprägendes prioritäres Projekt "Polizeiinspektion
Magdeburg (einschl. Polizeiinspektion Zentrale Dienste)"**

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

712 69	811	Vorarbeitskosten	0 0	0 0	0 0
713 69	811	Erschließungs- und Baukosten	19.415.400 21.607.228	12.575.600 21.013.800	21.904.400 13.696.300

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	6.490.200	12.706.900			19.197.100
2026	1.384.400	6.244.900	12.374.600		20.003.900
2027	885.300	1.518.500	7.655.600	11.483.300	21.542.700
2028		1.613.300	983.600	2.213.000	4.809.900
2029 ff.					
Summen	8.759.900	22.083.600	21.013.800	13.696.300	65.553.600

Erläuterungen:

Infolge fortzuschreibender Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen bis 2024 wurden zur finanziellen Absicherung der Gesamtmaßnahme die Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 an den Bedarf angepasst.

Auf die in der Anlage 1 zu Kapitel 20 03, TGr. 69 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen. Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

714 69	811	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Innovative Projekte für Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien.

812 69	811	Kosten für die erstmalige Einrichtung	1.549.500 147.732	738.800 303.200	502.400 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026		199.200	303.200		502.400
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		199.200	303.200		502.400

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 69

Erläuterungen:

Infolge fortzuschreibender Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen bis 2024 wurden zur finanziellen Absicherung der Gesamtmaßnahme die Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 an den Bedarf angepasst.

Auf die in der Anlage 1 zu Kapitel 20 03, TGr. 69 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen.

821 69	811	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 69			20.964.900	13.314.400	22.406.800
				21.317.000	13.696.300

**70 Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten -
Strukturprägendes prioritäres Projekt "Erweiterung der JVA
Halle, Dessauer Straße"**

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

712 70	811	Vorarbeitskosten	250.000	100.000	100.000
			281.571	0	0

713 70	811	Erschließungs- und Baukosten	5.751.700	5.894.300	4.200.100
			5.140.474	4.443.900	2.890.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	20.000	7.390.600			7.410.600
2026	5.100	1.505.200	2.590.800		4.101.100
2027		3.600	1.705.600	2.558.300	4.267.500
2028			147.500	331.700	479.200
2029 ff.					
Summen	25.100	8.899.400	4.443.900	2.890.000	16.258.400

Erläuterungen:

Infolge fortzuführender Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen bis 2024 wurden zur Sicherung der Finanzierung der Gesamtmaßnahme die Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 an den Bedarf angepasst.

Auf die in der Anlage 1 zu Kapitel 20 03, TGr. 70 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen. Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

714 70	811	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Innovative Projekte für Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien.

812 70	811	Kosten für die erstmalige Einrichtung	0	270.500	0
			0	0	0

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 70

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		270.500			270.500
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		270.500			270.500

Erläuterungen:

Auf die in der Anlage 1 zu Kapitel 20 03, TGr. 70 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen.

821 70	811	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			6.001.700	6.264.800	4.300.100
				4.443.900	2.890.000

**71 Projekt ITN-XT;
Bauliche Ertüchtigung der Bestandsgebäude**

****** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

Erläuterungen:

Ausgaben für das Projekt ITN-XT werden auch an anderer Stelle des Landeshaushaltes veranschlagt (insbesondere Kapitel 19 03, TGr. 63 und Kapitel 53 20, TGr. 91).

519 71	811	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.200.000	57.000	633.000
			1.637.818	0	0

Übertragbar

533 71	811	Dienstleistungen Außenstehender	500.000	18.000	192.000
			423.146	0	0

Übertragbar

711 71	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	500.000	25.000	275.000
			71.716	0	0

Erläuterungen:

Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten entsprechend den geltenden Regelungen zur RLBau LSA.

712 71	811	Vorarbeitskosten	0	0	0
			0	0	0

713 71	811	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0
			28.428	0	3.425.300

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 03 Ressortbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 713 71

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025					
2026					
2027				3.425.300	3.425.300
2028					
2029 ff.					
Summen				3.425.300	3.425.300

Erläuterungen:

Die Ausgaben beinhalten bauliche Begleitmaßnahmen im Rahmen des Projektes ITN-XT für Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.

719 71	811	Investiver Bauunterhalt	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Investiver Bauunterhalt entsprechend den geltenden Regelungen zur RLBau LSA.

821 71	811	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 71			2.200.000	100.000	1.100.000
				0	3.425.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	8.640.000	7.610.000	12.093.900
Gesamteinnahme		8.640.000	7.610.000	12.093.900

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	25.674.300	23.177.300 0	23.639.700 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0 0	0 0
HGr. 7	Baumaßnahmen	64.024.900	55.044.800 65.458.800	65.775.700 55.798.700
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.825.700	5.532.900 1.188.500	5.701.900 320.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		0	0
Gesamtausgabe		95.524.900	83.755.000	95.117.300
Gesamtsumme der VE			66.647.300	56.119.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-86.884.900	-76.145.000	-83.023.400

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

(ÖPP-Erwerbermodelle, ÖPP-Leasingmodell, ÖPP-Mietmodell, ÖPP-Inhabermodell und vergleichbare Modelle sowie sonstige ÖPP-Modelle)

Bemerkungen
Bisher Unterkonto 5J02. Im HHJ 2006 wurde eine VE für den Bau und den Betrieb der JVA Burg in Anspruch genommen. Die Ausgaben für den Bau sind im Epl. 20 und für den Betrieb im Epl. 11 veranschlagt. Vertragsunterzeichnung 12/2006; Laufzeit 25 Jahre (2009-2034)

(Leasing, Ratenkauf, Mietkauf und vergleichbare Modelle)

Bemerkungen
Finanzausschuss am 15.01.2014
Der Vertragsabschluss einer Investorenlösung/ Grundstückskaufvertrag mit Bauerrichtungsverpflichtung erfolgte am 30.01.2014; Laufzeit 25 Jahre (2016-2041)
Die Instandhaltungskosten sind ab dem Haushaltsjahr 2020 bei Kap. 20 03 / Titel 519 61 veranschlagt.

Bemerkungen
Erbbaupacht-Mietmodell, Mietdauer 22 Jahre (1996 bis 2018), Optionsrecht zur Verlängerung des Mietvertrages bis 31.01.2024. Der Ankauf wurde zum 01.02.2024 ausgeführt.

Bemerkungen
Erbbau-pacht-Mietmodell, Mietdauer 20 Jahre (2006 - 2026), nach Ablauf des Mietverhältnisses zum 31.10.2026 fällt das Objekt kostenfrei dem Land zu

Bemerkungen
Erbbaupacht-Mietmodell, Staffelmiete, Mietdauer 25 Jahre (1996 bis 2021) mit Verlängerungsoption um weitere 5 Jahre. Das Ankaufsrecht zum 31.10.2021 wurde ausgeübt.

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

C. Landesbaumaßnahmen

Justizvollzugsanstalt Burg - Teilmaßnahme Sicherungsverwahrung 2. BA								
MJ 9J13	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	303.105					
		Erschließungs- und Baukosten	9.946.895					
		Erstmalige Einrichtung	0					
		Summe HU-Bau	10.250.000					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	706.036	706.036	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	9.543.964	0	968.617	6.716.000	1.859.347	0
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		10.250.000	706.036	968.617	6.716.000	1.859.347	0	
Bemerkungen								
Finanzausschuss am 10.10.2023								

Landgericht Magdeburg, Halberstädter Straße 8, Sanierung Altstadt								
MJ 1J09	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	2.269.357					
		Erschließungs- und Baukosten	33.643.643					
		1. Nachtrag	1.326.000					
		Erstmalige Einrichtung	852.000					
		1. Nachtrag	6.745					
		2. Nachtrag	2.741.000					
		Summe HU-Bau	40.838.745					
20 03 - 712	Vorarbeitskosten	1.064.480	1.064.480	0	0	0	0	
20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	38.934.993	38.934.993	0	0	0	0	
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	489.202	489.202	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		40.488.676	40.488.676	0	0	0	0	
Bemerkungen								
Finanzausschuss am 25.11.2015								
1. Nachtrag zur HU-Bau - FIN nicht erforderlich, da Mehrbedarf unter 15%								
2. Nachtrag zur HU-Bau - FIN nicht erforderlich, da Mehrbedarf unter 15%								
6.745 EUR des Mehrbedarfes der erstmaligen Einrichtung werden aus dem Deckungskreis des Epl. 20 erwirtschaftet.								

Sonderschule für Körperbehinderte Halle - Sanierung								
MB 5K13	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	13.904.000					
		1. Nachtrag	788.000					
		Erstmalige Einrichtung	466.000					
		Umgzugskosten	30.000					
		Summe HU-Bau	15.188.000					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	65.219	65.219	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	14.575.061	14.575.061	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	502.803	502.803	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt		15.143.083	15.143.083	0	0	0	0	
Bemerkungen								
Finanzausschuss am 24.10.2012								
1. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss nicht erforderlich, da Mehrbedarf unter 15%								

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Landesamt für Vermessung und Geoinformation Halle, Neustädter Passage 15, Sanierung								
MID 5L04	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	10.135.000					
		1. Nachtrag	983.000					
		Erstmalige Einrichtung	650.000					
		Summe HU-Bau	11.768.000					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	417.340	417.340	0	0	0	0
20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	10.367.888	10.367.888	0	0	0	0	
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	574.594	574.594	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		11.359.822	11.359.822	0	0	0	0	
Bemerkungen								
Finanzausschuss am 19.11.2014								
Die Kosten für den Grunderwerb sind nicht im Epl. 20 enthalten.								
1. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss nicht erforderlich, da Mehrbedarf unter 15%								

Herrichtung Dienstgebäude des Landesamtes für Geologie und Bergwesen (LAGB) in Halle, am Standort "An der Fliederwegkaserne 13"								
MWL 5W01	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	138.430					
		Erschließungs- und Baukosten	14.771.490					
		Erstmalige Einrichtung	1.630.800					
		Summe HU-Bau	16.540.720					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	517.532	517.532	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	14.005.890	14.005.890	0	0	0	0
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	942.347	942.347	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		15.465.768	15.465.768	0	0	0	0	
Bemerkungen								
Finanzausschuss 29.11.2018								

Anlage 1 zu Kapitel 20 03

Erläuterungen zu - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 03

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Behördenstandort MF Olvenstedter Str./ Editharing - 1. Bauabschnitt

MF 1F08	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	2.890.741	2.490.741	400.000	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	39.339.036	0	0	0	2.000.000	37.339.036
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Kostenschätzung Epl. 20 - Gesamt			42.229.777	2.490.741	400.000	0	2.000.000	37.339.036

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Amtsgericht Bitterfeld - Wolfen, Lindenstraße 9, Sanierung und Erweiterungsbau

MJ 7J10	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	14.663.000					
		1. Nachtrag	4.333.000					
		Erstmalige Einrichtung	230.600					
		1. Nachtrag	36.400					
		Erwerb von unbeweglichen Sachen	33.000					
		Summe HU-Bau	19.296.000					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	659.036	659.036	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	18.527.928	8.632.750	3.000.000	5.000.000	1.895.178	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	266.980	19.236	0	0	247.744	0
	20 03 - 821	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0	0	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt		19.453.944	9.311.022	3.000.000	5.000.000	2.142.922	0	

Bemerkungen

Finanzausschuss am 06.02.2019

1. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss 16.03.2023

Landesbereitschaftspolizei MD, Herrichtung unsanierter Unterkunftsgebäude

MI 1P12	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	10.583.000					
		1. Nachtrag	3.261.000					
		2. Nachtrag	3.174.000					
		3. Nachtrag	900.000					
		Erstmalige Einrichtung	205.000					
		Nachtrag	26.000					
		Summe HU-Bau	18.149.000					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	711.225	711.225	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	17.660.736	10.704.413	4.110.000	2.846.323	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	230.900	0	104.400	126.500	0	0
Finanzierung - Gesamt		18.602.861	11.415.638	4.214.400	2.972.823	0	0	

Bemerkungen

Finanzausschuss am 15.03.2017

1. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss 04.11.2020

2. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss 03.03.2022

3. Nachtrag zur HU-Bau - Genehmigung MF 17.07.2023, da Mehrbedarf unter 15%

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR	Angaben in EUR				

Landesschule Pforta - Sanierung Schulgebäude - Zentrales Schulgebäude (2.TM)								
MB 5K15	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	14.215.000					
		Interim	2.411.500					
		Erstmalige Einrichtung	266.000					
		Summe HU-Bau	16.892.500					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	371.669	371.669	0	0	0	0
20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	16.396.899	4.033.580	3.661.000	4.161.000	4.386.037	155.282	
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	296.000	23.983	0	0	272.017	0	
Finanzierung - Gesamt		17.064.568	4.429.232	3.661.000	4.161.000	4.658.054	155.282	
Bemerkungen								
Finanzausschuss Zentrales Schulgebäude am 24.03.2021								
Finanzausschuss Interim am 06.11.2019								

Landesamt für Verbraucherschutz (LAV) Stendal - Ersatzneubau Laborgebäude und Sanierung der Häuser 1, 2, 4								
MS 4G05	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	2.800.979	39.339	1.761.640	500.000	500.000	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	37.205.041	1.205.041	0	0	0	36.000.000
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Summe Kostenschätzung			40.006.020	1.244.380	1.761.640	500.000	500.000	36.000.000
Bemerkungen								
Überplanung 21.04.2020								
Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.								

Anlage 1 zu Kapitel 20 03

Erläuterungen zu - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 03

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Errichtung einer Landesaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Stendal, Gardelegener Str. 120

MI 4105	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	29.807.000					
		1. Nachtrag	6.251.000					
		2. Nachtrag	8.495.000					
		3. Nachtrag	12.230.000					
		Erstmalige Einrichtung	45.000					
		Summe HU-Bau	56.828.000					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	56.782.999	30.124.181	7.000.000	7.609.920	12.048.898	0
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	45.000	0	0	0	45.000	0	
Finanzierung - Gesamt		56.827.999	30.124.181	7.000.000	7.609.920	12.093.898	0	

Bemerkungen

Kostenschätzung vom 30.09.2015 für Nachtragshaushalt 2015/2016. Information Finanzausschuss 14.11.2018

Dem Beginn der Maßnahme wurde im Ausschuss für Finanzen am 05.10.2015 zugestimmt.

1. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss 15.07.2020

2. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss 15.09.2022

3. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss 04.05.2023

Auf Antrag kann im Bedarfsfall durch Genehmigung und Freigabe des MF ein Budget für Projektrisiken und Inflationsvorsorge in Höhe von 1.590.000 EUR in Anspruch genommen werden.

Errichtung einer übergangsweisen Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) in Magdeburg, Breitscheidstr. 50

MI 1103	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	12.600.000					
		Erstmalige Einrichtung	400.000					
		Summe HU-Bau	13.000.000					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	13.082.937	13.082.937	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt		13.082.937	13.082.937	0	0	0	0	

Bemerkungen

Kostenschätzung vom 30.09.2015 für Nachtragshaushalt 2015/2016. Information Finanzausschuss 07.11.2018

Dem Beginn der Maßnahme wurde im Ausschuss für Finanzen am 05.10.2015 zugestimmt.

Sicherheitstechnische Maßnahmen Landtag

Brennwerttechnische Maßnahmen Landtag								
LT 1T04	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	177.302					
		Erschließungs- und Baukosten	17.608.698					
		1. Nachtrag	4.238.000					
		Erstmalige Einrichtung	0					
		Summe HU-Bau	22.024.000					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	768.572	768.572	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	21.255.428	397.574	1.600.000	7.500.000	6.700.000	5.057.854
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		22.024.001	1.166.147	1.600.000	7.500.000	6.700.000	5.057.854	

Bemerkungen

Finanzausschuss am 15.09.2022

1. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss am 15.01.2025

Auf Antrag kann im Bedarfsfall durch Genehmigung und Freigabe des MF ein Budget für Projektrisiken und Inflationsvorsorge in Höhe von 1.506.000 EUR in Anspruch genommen werden.

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Justizzentrum Halle								
MJ 5JAN	20 03 - 821	Erwerb von unbeweglichen Sachen	72.391.471	61.471	0	0	0	72.330.000
Finanzierung - Gesamt			72.391.471	61.471	0	0	0	72.330.000
Bemerkungen								
Die ausgebrachten Haushaltsmittel i. H. v. 72.330.000 EUR sind für den Ankauf (einschl. Erwerbsnebenkosten) des Justizzentrums Halle in 2030 vorgesehen.								

Amtsgericht Dessau-Roßlau, Willy-Lohmann-Str. 33 - Sanierung Nord- und Ostflügel								
MJ	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	500.000	0	0	0	500.000	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	11.500.000	0	0	0	0	11.500.000
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Summe Kostenschätzung			12.000.000	0	0	0	500.000	11.500.000
Bemerkungen								
Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.								

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
		Angaben in EUR	bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.

Landesamt für Verbraucherschutz (LAV) Halle, Freimfelderstr. 66-68 - Ersatzneubau Dienstgebäude LAV Halle einschl. Gewerbeaufsichtsamt								
MS	Kosten nach KVM-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	87.102.000					
		Erstmalige Einrichtung	1.602.500					
		Summe KVM-Bau	88.704.500					
	53 20 - 712 88	Vorarbeitskosten	443.559	443.559	0	0	0	0
	53 20 - 713 88	Erschließungs- und Baukosten	36.000.000	0	4.000.000	10.000.000	22.000.000	0
	53 20 - 812 88	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
	Finanzierung Sondervermögen Corona		36.443.559	443.559	4.000.000	10.000.000	22.000.000	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	50.658.441	0	0	0	0	50.658.441
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	1.602.500	0	0	0	0	1.602.500
Finanzierung Epl. 20		52.260.941	0	0	0	0	52.260.941	
Finanzierung - Gesamt		88.704.500	443.559	4.000.000	10.000.000	22.000.000	52.260.941	
Bemerkungen								
Finanzausschuss 04.04.2024								
Auf Antrag kann im Bedarfsfall durch Genehmigung und Freigabe des MF ein Budget für Projektrisiken und Inflationsvorsorge in Höhe von 22.176.125 EUR in Anspruch genommen werden.								

Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge (IBK): Neubau einer Brandsimulationsanlage und Erweiterung des dazugehörigen Schulungs- und Vorbereitungsgebäudes								
MI	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Bemerkungen								
Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.								
Kab.-Beschluss v. 13.06.2023 (TOP 6 Nr. 2) - Aufnahme in die ressortübergreifende Prioritätenliste für GNUM								

MF	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	750.000	0	0	250.000	500.000	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Bemerkungen								
Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.								

MF	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Bemerkungen								
Realisierung erfolgt über IPS - Finanzausschuss 02.05.2024								

Anlage 1 zu Kapitel 20 03

Erläuterungen zu - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 03

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Errichtung eines zweiten Magazinmoduls für das Landesarchiv Sachsen-Anhalt am Standort Magdeburg, Brückstraße

MI	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Kab.-Beschluss v. 18.06.2024 (TOP 5 Nr. 2) - als Vorhaben der Priorität 1 in die ressortübergreifende Prioritätenliste GNUE übernommen im Tausch mit der bereits beschlossenen Baumaßnahme des Ministeriums für Inneres und Sport "Landesverwaltungsamt Halle, Dessauer Str. 70 - Grundsanierung der Liegenschaft"

Amtsgericht Salzwedel, Burgstr. 68

MJ	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie (LDA) Halle, Kleine Steinstr. 7 - Sanierung und Erweiterung der Liegenschaft

StK	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Landesschule Pforta - Sanierung Lindenhaus

MB	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Ersatzneubau für Mietobjekt (ehemals Ministerium Umwelt, Landwirtschaft und Energie - Neubau Dienstgebäude)

MWL	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0

Bemerkungen

Bedarfsanpassung wegen veränderten Ressortzuschnitt erforderlich

Prüfung der Realisierung über IPS

Zusammenfassung TGr. 62

	20 03 - 518	Mieten und Pachten	132.561.259	99.344.981	2.242.961	2.186.161	2.136.161	26.650.995
	20 03 - 533	Dienstleistung Außenstehender	74.517	74.517	0	0	0	0
	20 03 - 534	Finanzierungskosten Bau	78.022.471	61.333.071	2.841.400	2.616.100	2.378.500	8.853.400
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	15.173.730	10.082.072	2.341.658	1.250.000	1.500.000	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	424.783.217	179.500.284	20.349.617	33.833.243	30.389.460	160.710.613
	20 03 - 714	GNUE (Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	5.797.132	3.348.971	154.400	126.500	564.761	1.602.500
	20 03 - 821	Erwerb von unbeweglichen Sachen	72.391.471	61.471	0	0	0	72.330.000
	20 03 - 823	Erwerb Dienstgebäude	97.307.305	41.527.291	4.171.800	4.397.100	4.634.700	42.576.414
		Instandhaltungskosten	586.113	586.113	0	0	0	0
		Summe TGr. 62	826.697.215	395.858.771	32.101.836	44.409.104	41.603.582	312.723.922

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Polizeiinspektion Magdeburg (einschl. Polizeiinspektion Zentrale Dienste) - 1. TM Halberstädter Str. 39/39a									
MI 1P11a1	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0						
		Erschließungs- und Baukosten	3.927.000						
		1. Nachtrag	1.542.000						
		Erstmalige Einrichtung	0						
		Summe HU-Bau	5.469.000						
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0	
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	5.078.375	5.078.375	0	0	0	0	
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0		
Finanzierung - Gesamt		5.078.375	5.078.375	0	0	0	0		
Bemerkungen									
Finanzausschuss am 17.06.2015									
1. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss 11.04.2018									

MI 1P11a2	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitenkosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	1.190.500					
		Erstmalige Einrichtung	0					
		Summe HU-Bau	1.190.500					
	20 03 - 712	Vorarbeitenkosten	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	1.123.575	1.123.575	0	0	0	0
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		1.123.575	1.123.575	0	0	0	0	
Bemerkungen								
Information Finanzausschuss am 17.05.2015								

MI 1P11a3	Kosten nach	Vorarbeitskosten	0					
	HU-Bau	Erschließungs- und Baukosten	12.141.660					
	gem. § 24 LHO	Erstmalige Einrichtung	1.603.413					
		Summe HU-Bau	13.745.073					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	401.117	401.117	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	11.700.924	11.685.924	15.000	0	0	0
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	969.914	819.914	150.000	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt			13.071.955	12.906.955	165.000	0	0	0
Bemerkungen								
Finanzausschuss am 17.05.2017								

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR	Angaben in EUR				

Polizeiinspektion Magdeburg (einschl. Polizeiinspektion Zentrale Dienste) - 4. TM Hans-Grade-Str. 130							
MI 1P11a4	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0				
		Erschließungs- und Baukosten	1.007.000				
		Erstmalige Einrichtung	0				
		Summe HU-Bau	1.007.000				
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	996.099	996.099	0	0	0
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		996.099	996.099	0	0	0	
Bemerkungen							
Information Finanzausschuss am 17.05.2017							

Polizeiinspektion Magdeburg (einschl. Polizeiinspektion Zentrale Dienste) - 5. TM Sternstraße 12								
MI 1P11a5	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	5.065.072					
		Erschließungs- und Baukosten	134.063.609					
		Nachträge	43.388.440					
		Erstmalige Einrichtung	3.707.819					
		Summe HU-Bau	186.224.940					
	nachrichtlich: zzgl. Wiederaufbauhilfe aus dem Hochwasserhilfefonds 2013 Epl. 13, Kapitel 13 31, TGr. 73		8.313.592					
	Gesamtkosten		194.538.532					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	6.925.834	6.925.834	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	190.306.618	60.283.069	22.832.870	30.337.730	32.378.407	44.474.542
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	2.128.649	76.102	811.357	738.790	502.400	0	
Finanzierung - Gesamt Epl. 20		199.361.100	67.285.004	23.644.227	31.076.520	32.880.807	44.474.542	
nachrichtlich: zzgl. Wiederaufbauhilfe aus dem Hochwasserhilfefonds 2013 Epl. 13, Kapitel 13 31, TGr. 73		8.464.042	8.464.042	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		207.825.142	75.749.046	23.644.227	31.076.520	32.880.807	44.474.542	
Bemerkungen								
Infolge der aktuellen Baupreisentwicklung sind Kostensteigerungen zu erwarten; Nachträge zur HU-Bau								
- Finanzausschuss am 15.09.2022 - TM 5.11 Haus 9								
- Finanzausschuss am 14.09.2023 - TM 5.3 Haus A1								
- Finanzausschuss am 29.02.2024 - TM 5.2 Haus 4								
- Finanzausschuss am 26.09.2024 - TM 5.4.2 Medienver- und -entsorgung								
- Finanzausschuss am 28.11.2024 - TM 5.6 Sanierung Haus 7								
Auf Antrag können im Bedarfsfall durch Genehmigung und Freigabe des MF die jeweiligen Risikobudgets für Projektrisiken und Inflationsvorsorge in Anspruch genommen werden.								
Der Finanzausschuss hat am 29.02.2024 der Erhöhung der Kostenobergrenze entsprechend der Prognose auf 230,0 EUR zugestimmt.								
Durch die künftigen Nachträge zu den genehmigten HU-Bauen im Rahmen der TM 5 - Sternstraße - wird die prognostizierte Gesamtkostenhöhe kontinuierlich untersetzt. Zum Stand der GNUE erfolgt eine halbjährliche Berichterstattung im Finanzausschuss.								
Zu den im Epl. 20 dargestellten Gesamtkosten kommen noch 7.559.465 EUR aus dem Wiederaufbauhilfefonds "Hochwasser 2013" für das zum Haus 4 gehörende TPA. Diese baufachlich bestätigte Schadensumme stand im Epl. 13, Kap. 13 31, TGr. 73 zur Verfügung.								
Durch Umschichtungen im Rahmen des Hochwasserhilfeprogramms zu Gunsten des Teilprogramms "Wiederherstellung der Infrastruktur der Länder - Ressortbau" standen weitere Mittel aus der Wiederaufbauhilfe Hochwasser 2013 zur Verfügung. Diese sind in den dargestellten Gesamtkosten enthalten. Ab dem Haushaltsjahr 2024 erfolgt die weitere Finanzierung von Haus 4 vollständig aus dem Epl. 20.								

Anlage 1 zu Kapitel 20 03

Erläuterungen zu - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 03

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Polizeiinspektion Magdeburg (einschl. Polizeiinspektion Zentrale Dienste) - 6. TM Halberstädter Str. 69

MI	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
	Kostenschätzung - Gesamt		0	0	0	0	0

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Modul 3 Standort IKT Redundanz, evtl. Finanzierung über Dataport i. H. v. 11.722.900 Euro, bauliche Herrichtung des Gebäudes 3.660.000 Euro

Zusammenfassung TGr. 69

Polizeiinspektion Magdeburg (einschl. Polizeiinspektion Zentrale Dienste) - Gesamtmaßnahme

(bisherige Bezeichnung: Polizeidirektion Magdeburg)

MI 1P11	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	5.065.072				
		Erschließungs- und Baukosten	152.329.769				
		Nachträge	44.930.440				
		Erstmalige Einrichtung	5.311.232				
		Summe HU-Bau	207.636.513				
	nachrichtlich: zzgl. Wiederaufbauhilfe aus dem Hochwasserhilfefonds 2013 Epl. 13, Kapitel 13 31, TGr. 73		8.313.592				
	Gesamtkosten		215.950.105				
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	7.326.951	7.326.951	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	209.205.591	79.167.042	22.847.870	30.337.730	32.378.407
	20 03 - 714	GNUE (Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	3.098.563	896.016	961.357	738.790	502.400
	Summe - Epl. 20 TGr. 69		219.631.104	87.390.008	23.809.227	31.076.520	32.880.807
	nachrichtlich: zzgl. Wiederaufbauhilfe aus dem Hochwasserhilfefonds 2013 Epl. 13, Kapitel 13 31, TGr. 73		8.464.042	8.464.042	0	0	0
	Summe - Gesamt		228.095.146	95.854.050	23.809.227	31.076.520	32.880.807

Bemerkungen

Infolge der aktuellen Baupreisentwicklung sind Kostensteigerungen zu erwarten. Der Finanzausschuss hat am 29.02.2024 der Erhöhung der Kostenobergrenze entsprechend der Prognose auf 230,0 EUR zugestimmt. Durch die künftigen Nachträge zu den genehmigten HU-Bauen im Rahmen der TM 5 - Sternstraße - wird die prognostizierte Gesamtkostenhöhe kontinuierlich unter setzt.

Zum Stand der GNUE erfolgt eine halbjährliche Berichterstattung im Finanzausschuss.

Zu den im Epl. 20 dargestellten Gesamtkosten kommen noch 7.559.465 EUR aus dem Wiederaufbauhilfefonds "Hochwasser 2013" für das zum Haus 4 gehörende TPA. Diese baufachlich bestätigte Schadensumme stand im Epl. 13, Kap. 13 31, TGr. 73 zur Verfügung.

Durch Umschichtungen im Rahmen des Hochwasserhilfeprogramms zu Gunsten des Teilprogramms "Wiederherstellung der Infrastruktur der Länder - Ressortbau" standen weitere Mittel aus der Wiederaufbauhilfe Hochwasser 2013 zur Verfügung. Diese sind in den dargestellten Gesamtkosten enthalten. Ab dem Haushaltsjahr 2024 erfolgt die weitere Finanzierung von Haus 4 vollständig aus dem Epl. 20.

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Erweiterung der JVA Halle, Dessauer Str. - 1. TM Neubau Planstraße A								
MJ 5J12a	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	2.336.000					
		1. Nachtrag	1.220.000					
		Erstmalige Einrichtung	0					
		Summe HU-Bau	3.556.000					
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	42.716	42.716	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	3.513.284	2.376.693	600.000	427.284	109.307	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 821	Erwerb von unbeweglichen Sachen	535.233	535.233	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt		4.091.233	2.954.642	600.000	427.284	109.307	0	
Bemerkungen								
Finanzausschuss am 08.11.2017								
1. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss am 07.11.2024								

MJ 5J12b	20 03 - 712	Vorarbeitenkosten	4.670.359	4.670.359	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Kostenschätzung - Gesamt			4.670.359	4.670.359	0	0	0	0
Bemerkungen								
Realisierung durch IPS								

MJ 5J12c	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitenkosten	773.318					
		Erschließungs- und Baukosten	26.104.018					
		1. Nachtrag	10.741.000					
		Erstmalige Einrichtung	270.418					
		Summe HU-Bau	37.888.754					
	20 03 - 712	Vorarbeitenkosten	767.832	767.832	0	0	0	0
20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	37.120.922	3.490.293	7.500.000	11.500.000	10.000.000	4.630.629	
20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	270.418	0	0	270.418	0	0	
Finanzierung - Gesamt		38.159.172	4.258.125	7.500.000	11.770.418	10.000.000	4.630.629	
<u>Bemerkungen</u>								
Finanzausschuss am 31.03.2022								
1. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss am 07.11.2024								
Auf Antrag kann im Bedarfsfall durch Genehmigung und Freigabe des MF ein Budget für Projektrisiken und Inflationsvorsorge in Höhe von 1.074.100 EUR in Anspruch genommen werden.								

Anlage 1 zu Kapitel 20 03

Erläuterungen zu - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 03

Ressort / Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Erweiterung der JVA Halle, Dessauer Str. - 4. TM offener Vollzug

MJ 5J12d	Kosten nach	Vorarbeitskosten					
	HU-Bau	Erschließungs- und Baukosten	14.550.000				
	gem. § 24 LHO	Erstmalige Einrichtung	443.100				
		1. Nachtrag	-14.993.100				
		Summe HU-Bau	0				
	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	472.735	472.735	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt			472.735	472.735	0	0	0

Bemerkungen

Finanzausschuss am 30.06.2022

1. Nachtrag zur HU-Bau - Finanzausschuss am 07.11.2024

Erweiterung der JVA Halle, Dessauer Str. - 5. TM - Zentrale Wärmeversorgungsanlage

MJ	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	200.000	0	0	100.000	100.000	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	4.800.000	0	0	0	0	4.800.000
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Kostenschätzung - Gesamt			5.000.000	0	0	100.000	100.000	4.800.000

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Zusammenfassung TGr. 70

Erweiterung der JVA Halle - Gesamtmaßnahme

MJ 5J12	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	6.153.641	5.953.641	0	100.000	100.000	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	45.434.205	5.866.985	8.100.000	11.927.284	10.109.307	9.430.629
	20 03 - 714	GNUE (Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0	0	0	1
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	270.418	0	0	270.418	0	0
	20 03 - 821	Erwerb von unbeweglichen Sachen	535.233	535.233	0	0	0	0
Summe TGr. 70			52.393.498	12.355.860	8.100.000	12.297.702	10.209.307	9.430.629

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Erläuterungen zu TGr. 71 - ITN-XT-Bau GNUE Bauliche Begleitmaßnahmen gemäß der am 23. März 2021 vom Kabinett beschlossenen ressortübergreifenden Prioritätenliste 2021

Dienstgebäude Ministerium für Inneres und Sport, Halberstädter Straße 2, 39112 Magdeburg - 1.TM ITN-XT

MI 1104	20 03 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 03 - 713	Erschließungs- und Baukosten	6.905.097	54.497	0	0	0	6.850.600
	20 03 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
	Kostenschätzung Epl. 20		6.905.097	54.497	0	0	0	6.850.600
	nachrichtlich: anteilige Finanzierung aus dem SV Corona, Kapitel 53 20, TGr. 91		1.219.867	0	270.027	405.040	544.800	0
	Summe Kostenschätzung		8.124.964	54.497	270.027	405.040	544.800	6.850.600

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt ggf. anteilig aus dem Sondervermögen Corona.

2. TM Sicherheitstechnische Maßnahmen: Kap. 20 03 TGr. 62

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 04 Hochschulbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Das Kapitel 20 04 enthält grundsätzlich alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Hochbaumaßnahmen der Hochschulen. Darüber hinaus sind punktuell weitere Finanzierungsmittel insbesondere im Einzelplan 06 (Hochschulpaktmittel), im Einzelplan 13 (EU-Förderung) sowie im Wirtschaftsplan 53 - Sondervermögen Corona vorgesehen.

Dem Kapitel 20 04 sind folgende erläuternde Anlagen beigefügt:

- Anlage zur TGr. 62 Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten,
- Anlage zur TGr. 93 Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten - Kofinanzierung von EFRE V-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) sowie
- Anlage zur TGr. 97 Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten - Kofinanzierung von EFRE VI-Mitteln (Förderperiode 2021-2027).

Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (geplante Neubeginne teilweise mit Kostenschätzungen) sind in den Anlagen zu den TGr. 62, 93 und 97 dargestellt. Die in den Anlagen zu den TGr. 93 und 97 dargestellten Baumaßnahmen sollen im Rahmen der Strukturfondsförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert werden und sind daher vorrangig umzusetzen.

Die Hochbaumaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt werden grundsätzlich vom Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt durchgeführt. Gemäß § 114 Abs. 5 Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt sowie § 23 Abs. 11 Hochschulmedizingesetz des Landes Sachsen-Anhalt können die Hochschulen und die Universitätsklinika mit Zustimmung der Landesregierung Bauvorhaben außerhalb der staatlichen Hochbauverwaltung durchführen, soweit es sich um sog. Pilotprojekte handelt.

Einnahmen

119 41	811	Rückzahlungen von Überzahlungen	3.000 2.100	3.000	100
119 51	811	Vermischte Einnahmen	0 1.144	0	0

Titelgruppe(n)

61		Bauunterhaltung sowie Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten			
		*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 20 04 Titelgruppe 61.			
119 61	811	Rückzahlungen aus Überzahlungen	0 0	0	0
331 61	811	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Baumaßnahmen	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
62		Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte			
		*** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 20 04 Titelgruppe 62.			
119 62	811	Rückzahlungen aus Überzahlungen	0 0	0	0

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 04 Hochschulbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
331 62	811	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Baumaßnahmen	1.304.900 652.475	3.914.800	4.567.300
		Erläuterungen: Zuweisung des Bundes gemäß Artikel 91b Grundgesetz für den Forschungsbau InFonal der Hochschule Anhalt			
342 62	811	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0 0	0	0
381 62	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			1.304.900	3.914.800	4.567.300

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 04 Hochschulbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	811	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

542 01	811	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

Titelgruppe(n)

61 Bauunterhaltung sowie Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

*** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 20 04 Titelgruppe 61.

519 61	811	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	11.000.000	12.000.000	12.000.000
			10.067.806	0	0

Übertragbar

533 61	811	Dienstleistungen Außenstehender	1.000.000	1.200.000	1.000.000
			1.342.422	0	0

Übertragbar

711 61	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	12.000.000	13.000.000	13.000.000
			15.278.388	7.450.000	6.300.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	457.900	6.000.000			6.457.900
2026		3.500.000	3.250.000		6.750.000
2027		1.400.000	1.400.000	3.500.000	6.300.000
2028			1.400.000	1.400.000	2.800.000
2029 ff.			1.400.000	1.400.000	2.800.000
Summen	457.900	10.900.000	7.450.000	6.300.000	25.107.900

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 04 Hochschulbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 711 61

Erläuterungen:

Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (KNUE) entsprechend den geltenden Regelungen zur RLBau LSA.

714 61	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Innovative Projekte für Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien.

719 61	811	Investiver Bauunterhalt	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Investiver Bauunterhalt entsprechend den geltenden Regelungen zur RLBau LSA.

821 61	811	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			24.000.000	26.200.000	26.000.000
				7.450.000	6.300.000

62 Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte

****** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

******* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 20 04 Titelgruppe 62.

518 62	811	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

533 62	811	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Erläuterungen:

Prüfung von Gewährleistungsansprüchen bei abgeschlossenen Maßnahmen

712 62	811	Vorarbeitskosten	250.000	0	0
			1.388.774	0	125.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 712 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		25.000			25.000
2026		50.000			50.000
2027				125.000	125.000
2028					
2029 ff.					
Summen		75.000		125.000	200.000

Erläuterungen:

Infolge fortzuschreibender Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen bis 2024 wurden zur Sicherung der Finanzierung der jeweiligen Maßnahmen die Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 an den Bedarf angepasst.

Auf die in der Anlage zur TGr. 62 zu Kapitel 20 04 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen.

713 62	811	Erschließungs- und Baukosten	24.955.200	68.007.900	86.366.500
			39.112.946	58.723.600	49.426.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	22.422.200	21.589.100			44.011.300
2026	15.309.100	19.153.100	28.243.900		62.706.100
2027	3.000.000	4.825.300	20.254.400	30.381.600	58.461.300
2028		4.705.100	7.290.700	16.404.000	28.399.800
2029 ff.			2.934.600	2.641.100	5.575.700
Summen	40.731.300	50.272.600	58.723.600	49.426.700	199.154.200

Erläuterungen:

Infolge fortzuschreibender Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen bis 2024 wurden zur Sicherung der Finanzierung der jeweiligen Maßnahmen die Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 an den Bedarf angepasst.

Auf die in der Anlage zur TGr. 62 zu Kapitel 20 04 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen. Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

714 62	811	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Innovative Projekte für Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien.

812 62	811	Kosten für die erstmalige Einrichtung	250.000	1.334.000	4.194.900
			92.209	5.812.900	13.160.200

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 04 Hochschulbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 62

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		721.900			721.900
2026		834.800	3.360.100		4.194.900
2027		4.981.000	2.452.800	11.599.100	19.032.900
2028				1.561.100	1.561.100
2029 ff.					
Summen		6.537.700	5.812.900	13.160.200	25.510.800

Erläuterungen:

Infolge fortzuschreibender Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen bis 2024 wurden zur Sicherung der Finanzierung der jeweiligen Maßnahmen die Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 an den Bedarf angepasst.

Auf die in der Anlage zur TGr. 62 zu Kapitel 20 04 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen.

821 62	811	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0
823 62	811	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen	2.439.600	2.439.600	2.439.600
			2.439.600	0	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	2.439.600				2.439.600
2026	2.439.600				2.439.600
2027	2.439.600				2.439.600
2028	2.439.600				2.439.600
2029 ff.	31.714.800				31.714.800
Summen	41.473.200				41.473.200

Erläuterungen:

Auf die in der Anlage zur TGr. 62 zu Kapitel 20 04 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen.

981 62	891	Verrechnungen zwischen Kapiteln	0	0	0
			0	0	0

Übertragbar

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	27.894.800	71.781.500	93.001.000
		64.536.500	62.711.900

93 Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE V), Förderperiode 2014-2020, Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 04 Hochschulbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

In der Anlage zur TGr. 93 zum Kapitel 20 04 sind die Baumaßnahmen dargestellt, die im Rahmen der Strukturförderperiode 2014 bis 2020 gefördert werden sollen.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	EFRE V-Mittel Forschungsinfrastruktur (I.a)	0	0	0
2.	EFRE V-Mittel Energetische Sanierung (IV.c)	0	0	0
3.	Kofinanzierung und nicht förderfähiger Anteil zur Sicherung der Gesamtfinanzierung	14.112.500	17.268.800	0
Summe		14.112.500	17.268.800	0

671 93	811	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	100.000 0	9.600 0	1.900 0

*** Umsetzungen von Kap. 20 04 - TGr. 93 Titel 533 93

Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen,
Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den
Vorjahren - den Ausgaben zu.

713 93	811	Erschließungs- und Baukosten	8.253.100 4.412.884	16.487.500 0	0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025	871.200	2.586.500			3.457.700
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen	871.200	2.586.500			3.457.700

Erläuterungen:

Auf die in der Anlage zur TGr. 93 zu Kapitel 20 04 beigelegten Erläuterungen wird hingewiesen. Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

714 93	811	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Innovative Projekte für Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien.

812 93	811	Kosten für die erstmalige Einrichtung	1.083.000 255.107	781.300 0	0 0

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 04 Hochschulbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 93

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		398.000			398.000
2026					
2027					
2028					
2029 ff.					
Summen		398.000			398.000

Erläuterungen:

Auf die in der Anlage zur TGr. 93 zu Kapitel 20 04 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen.

821 93	811	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 93	9.436.100	17.278.400	1.900
		0	0

97 Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE VI), Förderperiode 2021-2027, Große sowie Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

** Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

Erläuterungen:

In der Anlage zur TGr. 97 zum Kapitel 20 04 sind für die Großen Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen, die im Rahmen der Strukturförderperiode 2021 - 2027 gefördert werden sollen, die EFRE VI-Mittel (Kapitel 13 21, TGr. 62) sowie die Kofinanzierung aus dem Landeshaushalt (Kapitel 20 04, TGr. 97) dargestellt.

Für die Kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Titel 711 97 im Kapitel 20 04) sind die EFRE VI-Mittel im Kapitel 13 21 in der TGr. 62 veranschlagt.

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0		0
1.	EFRE VI-Mittel Forschungsinfrastruktur	1.710.400	2.131.100	5.056.900
2.	Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil zur Sicherung der Gesamtfinanzierung	528.400	1.420.800	3.371.300
	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten			
1.	EFRE VI-Mittel Forschungsinfrastruktur	600.000	195.000	954.000
2.	Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil zur Sicherung der Gesamtfinanzierung	400.000	130.000	636.000
	Summe	3.238.800	3.876.900	10.018.200

671 97	811	Kostenerstattung auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt	400.000	294.600	466.500
			1.600	0	0

*** Umsetzungen von Kap. 20 04 - TGr. 97 Titel 533 97

Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 04 Hochschulbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

711 97	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	400.000	130.000	636.000
			0	239.000	185.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		800.000			800.000
2026		300.000	159.000		459.000
2027			70.000	175.000	245.000
2028			10.000	10.000	20.000
2029 ff.					
Summen		1.100.000	239.000	185.000	1.524.000

Erläuterungen:

Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (KNUE) entsprechend den geltenden Regelungen zur RLBau LSA.

712 97	811	Vorarbeitskosten	0	0	0
			0	0	0

713 97	811	Erschließungs- und Baukosten	528.400	1.420.800	3.362.500
			0	5.802.400	8.493.600

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		1.724.900			1.724.900
2026		2.694.000	455.000		3.149.000
2027		429.900	4.213.300	6.319.900	10.963.100
2028		164.000	854.100	1.921.700	2.939.800
2029 ff.			280.000	252.000	532.000
Summen		5.012.800	5.802.400	8.493.600	19.308.800

Erläuterungen:

Infolge fortzuschreibender Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen bis 2024 wurden zur Sicherung der Finanzierung der jeweiligen Maßnahmen die Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 an den Bedarf angepasst.

Auf die in der Anlage zur TGr. 97 zu Kapitel 20 04 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen. Der zu Beginn des Kapitels 20 03 ausgebrachte allgemeine Haushaltsvermerk einschließlich dem kapitelübergreifenden D-Vermerk sowie der dort enthaltene K-Vermerk sind zu beachten.

714 97	811	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Innovative Projekte für Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien.

812 97	811	Kosten für die erstmalige Einrichtung	0	0	8.800
			0	25.600	840.900

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 04 Hochschulbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 812 97

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		60.000			60.000
2026		12.000	8.800		20.800
2027			16.800	840.900	857.700
2028					
2029 ff.					
Summen		72.000	25.600	840.900	938.500

Erläuterungen:

Auf die in der Anlage zur TGr. 97 zu Kapitel 20 04 beigefügten Erläuterungen wird hingewiesen.

821 97	811	Erwerb von unbeweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 97			1.328.400	1.845.400	4.473.800
				6.067.000	9.519.500

20 Staatlicher Hochbau und Liegenschaftsmanagement
20 04 Hochschulbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.000	3.000	100
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	1.304.900	3.914.800	4.567.300
Gesamteinnahme		1.307.900	3.917.800	4.567.400

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	12.000.000	13.200.000 0	13.000.000 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	500.000	304.200 0	468.400 0
HGr. 7	Baumaßnahmen	46.386.700	99.046.200 72.215.000	103.365.000 64.530.300
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.772.600	4.554.900 5.838.500	6.643.300 14.001.100
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		0	0
Gesamtausgabe		62.659.300	117.105.300	123.476.700
Gesamtsumme der VE			78.053.500	78.531.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-61.351.400	-113.187.500	-118.909.300

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR	Angaben in EUR				

(ÖPP-Erwerbermodelle, ÖPP-Leasingmodell, ÖPP-Mietmodell, ÖPP-Inhabermodell und vergleichbare Modelle sowie sonstige ÖPP-Modelle)

keine GNUE in Kapitel 20 04

(Leasing, Ratenkauf, Mietkauf und vergleichbare Modelle)

Bemerkungen
Pilotprojekt (Kabinett 26.05.2020) Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 02.12.2020 seine Zustimmung zur Kreditfinanzierung vom 15.07.2020 auf insg. 48.792.000 EUR erweitert und der KVM-Bau zugestimmt. Die im Rahmen der Kreditaufnahme anfallenden Zinsen werden aus dem Wirtschaftsplan des UKH finanziert. 1. Nachtrag vom 12.08.2021: Zustimmung nach VV Nr. 3 zu § 54 LHO zu den Mehrkosten erfolgte

C. Landesbaumaßnahmen (mit / ohne Finanzierungsbeteiligung)

Bemerkungen									
Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 12.02.2014 der HU-Bau zugestimmt.									
Genehmigung MF am 26.01.2016: 3.992.120 EUR Mehrkosten (Nachtrag zur HU-Bau gem. VV Nr. 1.2 zu § 54 LHO nicht erforderlich)									
nachrichtlich: 19.140.000 EUR zweckgebundene Einnahmen (Kapitel 20 04, Titel 331 62)									

MWU / UKMD 1MM5	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	138.781.887	26.199.951	15.000.000	31.495.000	41.600.000	24.486.936
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	19.529.362	423.012	50.000	1.000.000	3.600.000	14.456.350
	Finanzierung - Gesamt		158.311.249	26.622.963	15.050.000	32.495.000	45.200.000	38.943.286

Finanzierungsanteil der Krankenkassen in Höhe von 10.0 Mio. EUR in 2020: Kapitel 20 04 Titel 342 62

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung					
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung	
		Angaben in EUR		bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
Neubau Herzzentrum - TM 1 Neubau Herzzentrum								
	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	103.260.000					
		1. Nachtrag	29.784.000					
		Erstmalige Einrichtung	14.600.000					
		1. Nachtrag	4.855.282					
		Summe HU-Bau	152.499.282					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	133.044.000	20.462.064	15.000.000	31.495.000	41.600.000	24.486.936
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	19.455.283	348.933	50.000	1.000.000	3.600.000	14.456.350
Finanzierung - Gesamt		152.499.282	20.810.996	15.050.000	32.495.000	45.200.000	38.943.286	
Bemerkungen								
Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 30.09.2020 der HU-Bau zugestimmt. 1. Nachtrag zur HU-Bau: Finanzausschuss am 26.09.2024								
Neubau Herzzentrum - TM 2 Erweiterung der Zentralen Notaufnahme								
	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	5.320.000					
		Erstmalige Einrichtung	503.045					
		Summe HU-Bau	5.823.045					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	698.173	698.173	0	0	0	0
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	62.511	62.511	0	0	0	0
	Finanzierung - Gesamt		760.684	760.684	0	0	0	0
	Bemerkungen							
Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 06.12.2017 der Teilmaßnahme ZNA zugestimmt. Planungsstopp seit 12/2018; ab HJ 2020 eigenständige Baumaßnahme als Integriertes Notfallzentrum (INZ)								
Neubau Herzzentrum - TM 3 Hubschrauberlandeplatz mit Anbindung an die Zentrale Notaufnahme								
	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	4.167.000					
		1. Nachtrag	842.000					
		Erstmalige Einrichtung	12.000					
		Summe HU-Bau	5.021.000					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	5.039.714	5.039.714	0	0	0	0
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	11.569	11.569	0	0	0	0
	Finanzierung - Gesamt		5.051.282	5.051.282	0	0	0	0
Bemerkungen								
Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 25.11.2015 der Teilmaßnahme Hubschrauberlandeplatz zugestimmt. Die Kostenerhöhung im Nachtrag der Erschließungs- und Baukosten hat der Finanzausschuss am 12.09.2018 zur Kenntnis genommen.								

Anlage zur TGr. 62 zu Kapitel 20 04

Erläuterungen zur TGr. 62 - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Integriertes Notfallzentrum / INZ (einschl. Tunnel)

MWU / UKMD 9MM8	Kostenschätzung						
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	1.550.391	1.550.391	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
Kostenschätzung - Gesamt			1.550.391	1.550.391	0	0	0

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.
bis HHJ 2019 Neubau Herzzentrum - TM 2: Erweiterung der Zentralen Notaufnahme
Prüfung der Realisierung durch IPS

Sanierung Ratke-Gebäude

MWU / HS Anhalt 7FA6	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	11.000.000					
		Erstmalige Einrichtung	100.000					
		Summe HU-Bau	11.100.000					
		1. Nachtrag	2.008.000					
		Mehrkosten	150.000					
		Gesamt	13.258.000					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	13.211.295	13.184.295	27.000	0	0	0
20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	98.190	98.190	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		13.309.484	13.282.484	27.000	0	0	0	

Bemerkungen

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 06.12.2017 der HU-Bau zugestimmt.
1. Nachtrag zur HU-Bau: Finanzausschuss am 27.05.2020
Genehmigung MF am 09.11.2022: 150.000 EUR Mehrkosten (Nachtrag zur HU-Bau gem. VV Nr. 1.2 zu § 54 LHO nicht erforderlich)
Finanzierungsanteil Studentenwerk Halle in Höhe von 166.000 EUR in 2019: Kapitel 20 04 Titel 342 62

Abschluss der baulichen Sanierung am Standort Ernst-Grube-Str., 2. BA Plus

MWU / UKH 5HM8	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	4.121.196					
		Erschließungs- und Baukosten	166.970.404					
		Erstmalige Einrichtung	11.647.400					
		Summe HU-Bau	182.739.000					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	4.121.196	4.121.196	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	166.970.404	38.722.797	9.570.000	20.000.000	18.000.000	80.677.607
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	11.647.400	0	0	305.000	0	11.342.400
Finanzierung - Gesamt			182.739.000	42.843.993	9.570.000	20.305.000	18.000.000	92.020.007

Bemerkungen

Pilotprojekt

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 29.11.2018 der HU-Bau zugestimmt.
1. Nachtrag zur HU-Bau: Finanzausschuss am 29.08.2024
Auf Antrag kann im Bedarfsfall durch Genehmigung und Freigabe des MF ein Budget für Projektrisiken und Inflationsvorsorge in Höhe von 20.131.000 EUR in Anspruch genommen werden.

Anlage zur TGr. 62 zu Kapitel 20 04

Erläuterungen zur TGr. 62 - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Sanierung Atriumdach der Universitätsbibliothek

MWU / Uni MD 1M08	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	5.900.000					
		Erstmalige Einrichtung						
		Summe KVM-Bau	5.900.000					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	23.947	23.947	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	5.900.000	4.900.000	1.000.000	0	0	0
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt			5.923.947	4.923.947	1.000.000	0	0	0

Bemerkungen

Pilotprojekt (Kabinett 30.08.2022)

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20.10.2022 der KVM-Bau zugestimmt.

Neubau Mehrzweckgebäude

MWU / Burg Gieb. KH HAL 5FG01	Kostenschätzung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	1.084.911	834.911	250.000	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	31.733.121	0	0	500.000	1.300.000	29.933.121
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	3.181.968	0	0	0	0	3.181.968
	Kostenschätzung - Gesamt		36.000.000	834.911	250.000	500.000	1.300.000	33.115.089
	Finanzierung der Burg Gieb. KH HAL	Erschließungs- und Baukosten	4.000.000					
	Finanzierung - Gesamt		40.000.000	834.911	250.000	500.000	1.300.000	33.115.089

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Umbau und Sanierung Magdeburger Straße 16, 2. BA

MWU / UKH 5HM9	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	165.587					
		Erschließungs- und Baukosten	20.822.413					
		Erstmalige Einrichtung	360.000					
		Summe HU-Bau	21.348.000					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	165.587	165.587	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	24.084.987	2.719.441	5.000.000	8.185.546	3.680.000	4.500.000
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	360.000	0		29.000	331.000	0
Finanzierung - Gesamt		24.610.574	2.885.028	5.000.000	8.214.546	4.011.000	4.500.000	

Bemerkungen

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 02.06.2021 der HU-Bau zugestimmt.

1. Nachtrag zur HU-Bau in Erstellung, FIN-Befassung erforderlich

Anlage zur TGr. 62 zu Kapitel 20 04

Erläuterungen zur TGr. 62 - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Sanierung Institute für Mikrobiologie und Physiologie, Magdeburger Straße 6

MWU / UKH	Kostenschätzung						
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	250.000	0	0	0	250.000
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	5.050.000	0	0	0	5.050.000
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
Kostenschätzung - Gesamt			5.300.000	0	0	0	5.300.000

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Errichtung Sportzentrum

MWU / Uni HAL-WB 5H06	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	18.575.000					
		Erstmalige Einrichtung	528.000					
		Summe HU-Bau	19.103.000					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	1.180.620	1.180.620	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	17.922.380	0	4.000.000	5.300.000	3.223.100	5.399.280
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	527.720	0	0	0	263.860	263.860
Finanzierung - Gesamt		19.630.720	1.180.620	4.000.000	5.300.000	3.486.960	5.663.140	

Bemerkungen

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 13.01.2023 der HU-Bau zugestimmt.
Auf Antrag kann im Bedarfsfall durch Genehmigung und Freigabe des MF ein Budget für Projektrisiken und Inflationsvorsorge in Höhe von 4.309.895,00 EUR in Anspruch genommen werden.

Zentralmagazin Naturwissenschaftliche Sammlungen

MWU / Uni HAL-WB	Kostenschätzung						
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	250.000	0	0	0	250.000
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	7.910.000	0	0	0	7.910.000
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	488.400	0	0	0	488.400
Kostenschätzung - Gesamt			8.648.400	0	0	0	8.648.400

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen (Bauantrag genehmigt).

Sanierung Wirtschaftswissenschaften

MWU / Uni HAL-WB	Kostenschätzung						
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	250.000	0	0	0	250.000
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	8.700.000	0	0	0	8.700.000
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
Kostenschätzung - Gesamt			8.950.000	0	0	0	8.950.000

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Erläuterungen zur TGr. 62 - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Sanierung Biochemie, Kurt-Mothes-Str. 3

MWU / Uni HAL-WB	Kostenschätzung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	250.000	0	0	0	0	250.000
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	21.840.000	0	0	0	0	21.840.000
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Kostenschätzung - Gesamt			22.090.000	0	0	0	0	22.090.000

Bemerkungen

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Umsetzung Energiekonzept 2020

MWU / Uni MD 9M09	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	20.577.000					
		1. Nachtrag	1.625.000					
		Erstmalige Einrichtung	0					
		Summe HU-Bau	22.202.000					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	20.577.000	10.665.176	3.600.000	4.000.000	2.311.824	0
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
	Finanzierung Epl. 20 - Gesamt		20.577.000	10.665.176	3.600.000	4.000.000	2.311.824	0
Finanzierung: WP der OvGU	Erschließungs- und Baukosten	1.625.000	0	0	0	1.625.000		
Finanzierung - Gesamt		22.202.000	10.665.176	3.600.000	4.000.000	3.936.824	0	

Bemerkungen

Pilotprojekt (Kabinett 24.07.2018)

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 10.02.2020 der HU-Bau zugestimmt.

1. Nachtrag zur HU-Bau: Finanzausschuss am 26.09.2024

Neubau 3. Linearbeschleuniger

MWU / UKMD 9MM6	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	4.218.951					
		Erstmalige Einrichtung	47.089					
		Summe HU-Bau	4.266.040					
		Mehrkosten	331.170					
		Gesamt	4.597.210					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	216.171	216.171	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	4.131.448	4.131.448	0	0	0	0
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	43.228	43.228	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt		4.390.848	4.390.848	0	0	0	0	

Bemerkungen

Pilotprojekt (Kabinett 07.08.2018)

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 15.07.2020 der HU-Bau zugestimmt.

Genehmigung MF am 21.04.2021: 331.170 EUR Mehrkosten (Nachtrag zur HU-Bau gem. VV Nr. 1.2 zu § 54 LHO nicht erforderlich)

Anlage zur TGr. 62 zu Kapitel 20 04

Erläuterungen zur TGr. 62 - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Errichtung Container

MWU / UKMD 9MM7	Kosten nach KVM-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	9.505.000					
		Erstmalige Einrichtung	495.000					
		Summe KVM-Bau	10.000.000					
		Mehrkosten	250.959					
		Mehrkosten	17.770					
		Gesamt	10.268.729					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	9.773.377	9.773.377	0	0	0	0
20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	490.554	490.554	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		10.263.931	10.263.931	0	0	0	0	

Bemerkungen

Pilotprojekt (Kabinett 07.04.2020)

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 13.05.2020 der KVM-Bau zugestimmt.

Genehmigung MF am 16.11.2022: 250.959 EUR Mehrkosten; Genehmigung MF am 25.05.2023: 17.769,72 EUR Mehrkosten

(Nachtrag zur HU-Bau gem. VV Nr. 1.2 zu § 54 LHO nicht erforderlich)

Neubau Haus 60c

MWU / UKMD	Kostenschätzung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Kostenschätzung - Gesamt			0	0	0	0	0	0

Bemerkungen

Realisierung erfolgt über IPS - Finanzausschuss 20.06.2024

Sanierung Küche

MWU / UKMD 9MM9	Kostenschätzung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	860.632	860.632	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	12.839.368	0	0	0	0	12.839.368
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Kostenschätzung - Gesamt			13.700.000	860.632	0	0	0	12.839.368

Bemerkungen

Pilotprojekt (Kabinett 28.05.2019)

Hinweis auf die Sitzungen des Finanzausschusses am 02.06.2022 und 15.09.2022

Erläuterungen zur TGr. 62 - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Ver- und Entsorgung, 3. BA								
MWU / UKH 5HM10	Kosten nach KVM-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	44.010.000					
		Erstmalige Einrichtung						
		Summe KVM-Bau	44.010.000					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	812.886	812.886	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	43.197.114	1.249.790	3.750.000	5.500.000	6.500.000	26.197.324
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt		44.010.000	2.062.676	3.750.000	5.500.000	6.500.000	26.197.324	

Bemerkungen

Pilotprojekt (Kabinett 12.07.2022)

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20.02.2023 der KVM-Bau zugestimmt.

Auf Antrag kann im Bedarfsfall durch Genehmigung und Freigabe des MF ein Budget für Projektrisiken und Inflationsvorsorge in Höhe von 11.000.000 EUR in Anspruch genommen werden.

Sanierung und Umbau "Kühnhaus"								
MWU / Uni HAL-WB 5H52	Kosten nach KVM-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	26.710.000					
		Erstmalige Einrichtung	994.300					
		Summe KVM-Bau	27.704.300					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	18.398.674	387.858	0	0	2.504.900	15.505.916
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	994.300	0	0	0	0	994.300
	Finanzierung Epl. 20 - Gesamt		19.392.974	387.858	0	0	2.504.900	16.500.216
	Finanzierung: Sonder- vermögen Corona	53 20 - 713 92 Erschließungs- und Baukosten	8.311.325	166.225	650.000	4.000.000	3.495.100	0
Finanzierung - Gesamt		27.704.300	554.084	650.000	4.000.000	6.000.000	16.500.216	

Bemerkungen

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 29.08.2024 der KVM-Bau zugestimmt.

Die Finanzierung erfolgt anteilig aus dem Sondervermögen Corona (Kap. 53 20).

Auf Antrag kann im Bedarfsfall durch Genehmigung und Freigabe des MF ein Budget für Projektrisiken und Inflationsvorsorge in Höhe von 3.077.508 EUR in Anspruch genommen werden.

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR	Angaben in EUR				

Ersatzneubau Gebäude 01								
MWU / Uni MD 1M09	Kosten nach KVM-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	16.731.000					
		Erstmalige Einrichtung	250.000					
		Summe KVM-Bau	16.981.000					
		Mehrkosten	387.265					
		1. Nachtrag	5.390.000					
		Gesamt	22.758.265					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	9.536.000	6.600.000	2.936.000	0	0	0
20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0	
Finanzierung Epl. 20 - Gesamt		9.536.000	6.600.000	2.936.000	0	0	0	
Finanzierung: Hochschulpakt- mittel und WP der OvGU	Erschließungs- und Baukosten sowie Erstmalige Einrichtung	13.222.265	0	0	0	0		
Finanzierung - Gesamt		22.758.265	6.600.000	2.936.000	0	0	0	
Bemerkungen								
Pilotprojekt (Kabinett 05.05.2020)								
Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 02.06.2021 der KVM-Bau zugestimmt.								
Genehmigung MF am 04.01.2022: 387.265 EUR Mehrkosten (Nachtrag zur KVM-Bau gem. VV Nr. 1.2 zu § 54 LHO nicht erforderlich)								
Die Mehrkosten i.H.v. 387.265 EUR werden aus dem Budget der Hochschule getragen.								
1. Nachtrag zur HU-Bau: Finanzausschuss am 17.11.2023								

Erläuterungen zur TGr. 62 - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Forschungsbau InFonal

MWU / HS Anhalt 7FA7	Kosten nach KVM-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	31.468.000					
		Erstmalige Einrichtung	4.981.000					
		Summe KVM-Bau	36.449.000					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	40.000	40.000	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	31.428.000	0	400.000	800.000	11.830.000	18.398.000
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	4.981.000	0	0	0	0	4.981.000
Finanzierung - Gesamt		36.449.000	40.000	400.000	800.000	11.830.000	23.379.000	

Bemerkungen

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 12.12.2024 der KVM-Bau zugestimmt.
Forschungsbau gem. Art. 91b GG
nachrichtlich: zweckgebundene Einnahmen bei Kap. 20 04 Titel 331 62

Center for Method Development (CMD)

MWU / Uni MD 9M10	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	11.846.000					
		Erstmalige Einrichtung						
		Summe HU-Bau	11.846.000					
		1. Nachtrag	2.942.000					
		Gesamt	14.788.000					
	Finanzierung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	2.942.000	2.942.000	0	0	0	0
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Finanzierung Epl. 20 - Gesamt		2.942.000	2.942.000	0	0	0	0	
Finanzierung aus Einzelplan 06		11.000.000	0	0	0	0	0	
Eigenanteil OvGU		846.000	0	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		14.788.000	2.942.000	0	0	0	0	

Bemerkungen

Pilotprojekt

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 02.12.2020 der HU-Bau zugestimmt.
1. Nachtrag zur HU-Bau: Finanzausschuss am 14.09.2023 (Finanzierung aus Epl. 20 im Rahmen der Deckungsfähigkeit vorgesehen)
Die Ausstattung des CMD (Prüfstände) wird gesondert aus EFRE-Mitteln finanziert.

Anlage zur TGr. 62 zu Kapitel 20 04

Erläuterungen zur TGr. 62 - Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Errichtung von Gebäuden durch private Vorfinanzierung sowie ÖPP-Projekte des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich Ukto.	Kapitel - Gruppe	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
		Angaben in EUR	bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.

D. nachrichtlich aufgeführt: Landesbaumaßnahmen, die aus dem Sondervermögen Corona (Epl. 53, Kapitel 53 20) finanziert werden

Aufbau eines Rechenzentrums „Nord“ der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt								
MWU / Uni MD	Kosten nach KVM-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten						
		Erschließungs- und Baukosten	7.810.000					
		Erstmalige Einrichtung	90.000					
		Summe KVM-Bau	7.900.000					
		Mehrkosten	1.078.794					
		Gesamt	8.978.794					
	Finanzierung							
	53 20 - 712 93	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0	0
	53 20 - 713 93	Erschließungs- und Baukosten	7.810.000	75.552	5.004.448	2.710.000	20.000	0
	53 20 - 812 93	Erstmalige Einrichtung	90.000	0	0	90.000	0	0
WP der OvGU		1.078.794	0	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt		8.978.794	75.552	5.004.448	2.800.000	20.000	0	
Bemerkungen								
Pilotprojekt (Kabinett 20.06.2023)								
Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 04.04.2024 der KVM-Bau zugestimmt.								
Die Mehrkosten i.H.v. 1.078.794 EUR werden aus dem Budget der Hochschule getragen.								

Neubau Pandemieresilienz-Zentrum Halle							
MWU / UKH	Kostenschätzung						
	53 20 - 712 93	Vorarbeitskosten	0	0	0	0	0
	53 20 - 713 93	Erschließungs- und Baukosten	0	0	0	0	0
	53 20 - 812 93	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0
Kostenschätzung - Gesamt			0	0	0	0	0
Bemerkungen							
Pilotprojekt (Kabinett 03.09.2024)							

Zusammenfassung							
	20 04 - 712	Vorarbeitskosten	11.119.938	9.869.938	250.000	0	1.000.000
	20 04 - 713	Erschließungs- und Baukosten	639.968.261	166.417.339	45.383.000	75.780.546	261.437.552
	20 04 - 714	GNUE (Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0	0	0
	20 04 - 812	Erstmalige Einrichtung	46.242.805	4.955.667	50.000	1.334.000	35.708.278
	20 04 - 823	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen	48.792.000	4.879.200	2.439.600	2.439.600	36.594.000
	Gesamt		746.123.004	186.122.144	48.122.600	79.554.146	334.739.830

Erläuterungen zur TGr. 93 - Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE V), Förderperiode 2014-2020, Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich ProjektNr.	Kapitel - Titel	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR	Angaben in EUR				

Tierlabor								
MWU / OvGU MD Med	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	16.776.420					
		Erstmalige Einrichtung	115.580					
		Summe HU-Bau	16.892.000					
		Mehrkosten	845.000					
		Mehrkosten	622.000					
		Mehrkosten	828.000					
		Gesamt	19.187.000					
	Direktfinanzierung Med.Fak. Magdeburg, Ablösung Erbbaurecht		2.580.000					
	Kosten - Gesamt		21.767.000					
Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto I10200								
1101 00006 713	20 04 - 713 93	Erschließungs- und Baukosten	4.476.668	3.656.482	820.186	0	0	0
1101 00006 812	20 04 - 812 93	Erstmalige Einrichtung	10.877	10.877	0	0	0	0
	Summe Kapitel 20 04		4.487.546	3.667.360	820.186	0	0	0
Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto e10200								
1101 00006 713	13 16 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	14.594.751	14.594.751	0	0	0	0
1101 00006 812	13 16 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	43.509	43.509	0	0	0	0
	Summe EFRE Kapitel 13 16		14.638.260	14.638.260	0	0	0	0
	Direktfinanzierung Med.Fak. Magdeburg, Ablösung Erbbaurecht		2.580.000		0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt (National + EFRE+Direktfinanz.Med.Fak.Magdeburg)			21.705.806	18.305.620	820.186	0	0	0

Bemerkungen

Pilotprojekt (Kabinett 22.08.2017)

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 24.06.2020 der HU-Bau zugestimmt.

Genehmigung MF am 19.06.2022: 845.000 EUR Mehrkosten; Genehmigung MF am 06.02.2023: 622.000 EUR Mehrkosten;

Genehmigung MF am 14.09.2023: 828.000 EUR Mehrkosten (Nachtrag zur HU-Bau gem. VV Nr. 1.2 zu § 54 LHO nicht erforderlich)

Ressort / Bereich	Kapitel - Titel	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
ProjektNr.		Angaben in EUR	Angaben in EUR				

Sanierung Pharmazie, 2. BA									
MWU / MLU HW	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0						
		Erschließungs- und Baukosten	27.225.000						
		Erstmalige Einrichtung	1.900.000						
		Summe HU-Bau	29.125.000						
		1. Nachtrag	5.557.000						
		2. Nachtrag	6.852.000						
		Gesamt	41.534.000						
	Finanzierung - National (Kofinanzierung und nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto I10200								
1101 00003 713	20 04 - 713 93	Erschließungs- und Baukosten	23.070.084	4.840.816	9.000.000	9.229.268	0	0	
1101 00003 812	20 04 - 812 93	Erstmalige Einrichtung	916.522	147.469	238.781	530.272	0	0	
	Summe National Kapitel 20 04		23.986.606	4.988.285	9.238.781	9.759.540	0	0	
Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto e10200									
1101 00003 713	13 16 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	17.185.824	17.185.824	0	0	0	0	
1101 00003 812	13 16 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	589.878	589.878	0	0	0	0	
	Summe EFRE Kapitel 13 16		17.775.702	17.775.702	0	0	0	0	
Finanzierung - Gesamt (National + EFRE)			41.762.309	22.763.988	9.238.781	9.759.540	0	0	
Bemerkungen									
Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 07.11.2018 der HU-Bau zugestimmt.									
1. Nachtrag zur HU-Bau im FIN am 05.05.2021 genehmigt; 2. Nachtrag zur HU-Bau im FIN am 14.09.2023 genehmigt									

Erläuterungen zur TGr. 93 - Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE V), Förderperiode 2014-2020, Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich ProjektNr.	Kapitel - Titel	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR	Angaben in EUR				

Sanierung und Ergänzungsneubau Geobotanik

MWU / MLU HW	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	22.148.000					
		Erstmalige Einrichtung	839.069					
		Summe HU-Bau	22.987.069					
		Mehrkosten	656.131					
		Mehrkosten	2.671.000					
		1. Nachtrag	700.000					
		Mehrkosten	782.000					
		Gesamt	27.796.200					
	Finanzierung - National (Kofinanzierung und nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto I10200							
1101 00004 713	20 04 - 713 93	Erschließungs- und Baukosten	8.176.962	5.633.670	2.543.292	0	0	0
1101 00004 812	20 04 - 812 93	Erstmalige Einrichtung	433.105	108.974	324.131	0	0	0
	Summe National Kapitel 20 04		8.610.067	5.742.644	2.867.423	0	0	0
Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto e10200								
1101 00004 713	13 16 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	18.750.238	18.750.238	0	0	0	0
1101 00004 812	13 16 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	435.895	435.895	0	0	0	0
	Summe EFRE Kapitel 13 16		19.186.133	19.186.133	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt (National + EFRE)			27.796.200	24.928.777	2.867.423	0	0	0

Bemerkungen

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 09.01.2019 der HU-Bau zugestimmt.
Genehmigung MF am 01.06.2021: 656.131 EUR Mehrkosten; Genehmigung MF am 07.10.2022: 2.671.000 EUR Mehrkosten
(Nachtrag zur HU-Bau gem. VV Nr. 1.2 zu § 54 LHO nicht erforderlich);
1. Nachtrag zur HU-Bau im Finanzausschuss am 06.07.2023 genehmigt;
Genehmigung MF am 04.10.2024: 782.000 EUR Mehrkosten (Nachtrag zur HU-Bau gem. VV Nr. 1.2 zu § 54 LHO nicht erforderlich)

Sanierung Chemie, Bauteile B und D

MWU / MLU HW	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	17.915.000					
		Erstmalige Einrichtung	1.300.000					
		Summe HU-Bau	19.215.000					
		1. Nachtrag	6.486.000					
		Mehrkosten	3.659.000					
		Gesamt	29.360.000					
	Finanzierung - National (Kofinanzierung und nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto I10200							
1101 00005 713	20 04 - 713 93	Erschließungs- und Baukosten	16.423.985	3.257.797	5.908.033	7.258.155	0	0
1101 00005 812	20 04 - 812 93	Erstmalige Einrichtung	460.774	209.807	0	250.967	0	0
	Summe National Kapitel 20 04		16.884.758	3.467.603	5.908.033	7.509.122	0	0
Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto e10200								
1101 00005 713	13 16 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	11.636.015	11.636.015	0	0	0	0
1101 00005 812	13 16 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	839.226	839.226	0	0	0	0
	Summe EFRE Kapitel 13 16		12.475.242	12.475.242	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt (National + EFRE)			29.360.000	15.942.845	5.908.033	7.509.122	0	0

Bemerkungen

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 09.01.2019 der HU-Bau zugestimmt.
1. Nachtrag zur HU-Bau im Finanzausschuss am 03.02.2022 genehmigt
Genehmigung MF am 28.06.2024: 3.659.000 EUR Mehrkosten (Nachtrag zur HU-Bau gem. VV Nr. 1.2 zu § 54 LHO nicht erforderlich)

Anlage zur TGr. 93 zu Kapitel 20 04

Erläuterungen zur TGr. 93 - Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE V), Förderperiode 2014-2020, Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Kapitels 20 04

Ressort / Bereich ProjektNr.	Kapitel - Titel	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR	Angaben in EUR				

Sanierung Gebäude 12, 2. BA

MWU / OvGU MD	Kosten nach HU-Bau gem. § 24 LHO	Vorarbeitskosten	0					
		Erschließungs- und Baukosten	8.441.000					
		Erstmalige Einrichtung	0					
		Summe HU-Bau	8.441.000					
		1. Nachtrag	1.932.000					
		Mehrkosten	350.000					
		Gesamt	10.723.000					
	Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto I10200							
1101 00001 713	20 04 - 713 93	Erschließungs- und Baukosten	1.707.594	1.707.594	0	0	0	0
Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto I30220								
1304 00001 713	20 04 - 713 93	Erschließungs- und Baukosten	692.234	692.234	0	0	0	0
Summe National Kapitel 20 04			2.399.827	2.399.827	0	0	0	0
Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto e10200								
1101 00001 713	13 16 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	5.500.261	5.500.261	0	0	0	0
Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto e30220								
1304 00001 713	13 16 - 713 61	Erschließungs- und Baukosten	2.712.943	2.712.943	0	0	0	0
Summe EFRE Kapitel 13 16			8.213.204	8.213.204	0	0	0	0
Finanzierung - Gesamt (National + EFRE)			10.613.031	10.613.031	0	0	0	0

Bemerkungen

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 14.02.2018 der HU-Bau zugestimmt.

1.Nachtrag zur HU-Bau im Finanzausschuss am 24.06.2020 genehmigt

Mehrkosten in Höhe von insgesamt 350.000 EUR wurden angezeigt (Nachtrag zur HU-Bau gem. VV Nr. 1.2 zu § 54 LHO nicht erforderlich)

Zusammenfassung

Finanzierung - National (Kofinanzierung und nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto I10200							
1101	20 04 - 713 93	Erschließungs- und Baukosten	55.199.551	20.440.617	18.271.511	16.487.423	0
1101	20 04 - 714 93	GNUE (Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0	0	0
1101	20 04 - 812 93	Erstmalige Einrichtung	2.572.141	1.227.990	562.912	781.239	0
Summe			57.771.693	21.668.608	18.834.423	17.268.662	0
Finanzierung - National (Kofinanzierung und nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto I30220							
1304	20 04 - 713 93	Erschließungs- und Baukosten	692.234	692.234	0	0	0
Summe 20 04 - 713 93			55.891.785	21.132.851	18.271.511	16.487.423	0
Summe National Kapitel 20 04			58.463.926	22.360.841	18.834.423	17.268.662	0
Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto e10200							
1101	13 16 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	72.104.008	72.104.008	0	0	0
1101	13 16 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	4.911.961	4.911.961	0	0	0
Summe			77.015.969	77.015.969	0	0	0
Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto e30220							
1304	13 16 - 713 61	Erschließungs- und Baukosten	2.712.943	2.712.943	0	0	0
Summe EFRE Kapitel 13 16			79.728.912	79.728.912	0	0	0
Finanzierung - Gesamt (National + EFRE)			138.192.838	102.089.753	18.834.423	17.268.662	0

Anlage zur TGr. 97 zu Kapitel 20 04

Erläuterungen zur TGr. 97 - Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE VI), Förderperiode 2021-2027, Große und Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ressort/ Bereich Projekt- nummer	Kapitel - Titel	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Neubau Forschungsgebäude

MWU / HS Merseburg

Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto L10500

1105 0005 713	20 04 - 713 97	Erschließungs- und Baukosten	13.200.000	0	0	202.339	1.281.482	11.716.179
1105 0005 812	20 04 - 812 97	Erstmalige Einrichtung	600.000	0	0	0	0	600.000
Summe Kapitel 20 04			13.800.000	0	0	202.339	1.281.482	12.316.179

Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto E10500

1105 0005 713	13 21 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	19.800.000	0	0	303.509	1.922.223	17.574.268
1105 0005 812	13 21 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	900.000	0	0	0	0	900.000
Summe EFRE Kapitel 13 21			20.700.000	0	0	303.509	1.922.223	18.474.268
Kostenschätzung - Gesamt (National + EFRE)			34.500.000	0	0	505.848	3.203.705	30.790.447

Bemerkungen

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Sanierung Neues Laborgebäude, Bernburg

MWU / HS Anhalt

Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto L10500

1105 0002 713	20 04 - 713 97	Erschließungs- und Baukosten	4.020.000	0	0	28.000	150.000	3.842.000
1105 0002 812	20 04 - 812 97	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Summe Kapitel 20 04			4.020.000	0	0	28.000	150.000	3.842.000

Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto E10500

1105 0002 713	13 21 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	4.680.000	0	0	42.000	225.000	4.413.000
1105 0002 812	13 21 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Summe EFRE Kapitel 13 21			4.680.000	0	0	42.000	225.000	4.413.000
Kostenschätzung - Gesamt (National + EFRE)			8.700.000	0	0	70.000	375.000	8.255.000

Bemerkungen

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

KNUE - Sanierung Roebling-Haus, Dessau

MWU / HS Anhalt

Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto L10500

1105 0001 711	20 04 - 711 97	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1.576.000	0	10.000	130.000	636.000	800.000
Summe Kapitel 20 04			1.576.000	0	10.000	130.000	636.000	800.000

Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto E10500

1105 0001 711	13 21 - 711 62	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2.364.000	0	15.000	195.000	954.000	1.200.000
Summe EFRE Kapitel 13 21			2.364.000	0	15.000	195.000	954.000	1.200.000
Kostenschätzung - Gesamt (National + EFRE)			3.940.000	0	25.000	325.000	1.590.000	2.000.000

Bemerkungen

KNUE

Anlage zur TGr. 97 zu Kapitel 20 04

Erläuterungen zur TGr. 97 - Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE VI), Förderperiode 2021-2027, Große und Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ressort/ Bereich Projekt- nummer	Kapitel - Titel	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Sanierung Technische Anlagen und Labore im Hauptgebäude

MWU / HS Merseburg

Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto L10500

1105 0004 713	20 04 - 713 97	Erschließungs- und Baukosten	3.380.000	0	0	67.187	323.720	2.989.093
1105 0004 812	20 04 - 812 97	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Summe Kapitel 20 04			3.380.000	0	0	67.187	323.720	2.989.093

Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto E10500

1105 0004 713	13 21 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	5.070.000	0	0	100.781	485.579	4.483.640
1105 0004 812	13 21 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Summe EFRE Kapitel 13 21			5.070.000	0	0	100.781	485.579	4.483.640
Kostenschätzung - Gesamt (National + EFRE)			8.450.000	0	0	167.968	809.299	7.472.733

Bemerkungen

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Sanierung und Neubau Labor Haus 16

MWU / HS MD-Stendal, Standort MD

Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto L10500

1105 0007 713	20 04 - 713 97	Erschließungs- und Baukosten	3.787.320	0	0	483.200	800.000	2.504.120
1105 0007 812	20 04 - 812 97	Erstmalige Einrichtung	173.880	0	0	0	0	173.880
Summe Kapitel 20 04			3.961.200	0	0	483.200	800.000	2.678.000

Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto E10500

1105 0007 713	13 21 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	5.680.980	0	0	724.800	1.200.000	3.756.180
1105 0007 812	13 21 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	260.820	0	0	0	0	260.820
Summe EFRE Kapitel 13 21			5.941.800	0	0	724.800	1.200.000	4.017.000
Kostenschätzung - Gesamt (National + EFRE)			9.903.000	0	0	1.208.000	2.000.000	6.695.000

Bemerkungen

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Neubau Biobank und klinische Forschung

MWU / UKMD

Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto L10500

1105 0006 713	20 04 - 713 97	Erschließungs- und Baukosten	6.500.000	0	4.000	380.000	376.000	5.740.000
1105 0006 812	20 04 - 812 97	Erstmalige Einrichtung	4.353.500	0	0	0	0	4.353.500
Summe Kapitel 20 04			10.853.500	0	4.000	380.000	376.000	10.093.500

Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto E10500

1105 0006 713	13 21 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	6.900.000	0	6.000	570.000	564.000	5.760.000
1105 0006 812	13 21 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	0	0	0	0	0	0
Summe EFRE Kapitel 13 21			6.900.000	0	6.000	570.000	564.000	5.760.000
Kostenschätzung - Gesamt (National + EFRE)			17.753.500	0	10.000	950.000	940.000	15.853.500

Bemerkungen

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.

Anlage zur TGr. 97 zu Kapitel 20 04

Erläuterungen zur TGr. 97 - Kofinanzierung von EU-Mitteln (EFRE VI), Förderperiode 2021-2027, Große und Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ressort/ Bereich Projekt- nummer	Kapitel - Titel	Gesamtkosten	Finanzierung				
			IST	Ausgabe- erwartung	Mittelbedarf	Mittelbedarf	Finanz- planung
			bis 2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		Angaben in EUR		Angaben in EUR			

Erweiterung Kryolager, Magdeburger Str. 12								
MWU / UKH								
Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto L10500								
1105 0003 713	20 04 - 713 97	Erschließungs- und Baukosten	2.719.918	0	32.400	260.000	431.200	1.996.318
1105 0003 812	20 04 - 812 97	Erstmalige Einrichtung	92.482	0	0	0	8.800	83.682
Summe Kapitel 20 04			2.812.400	0	32.400	260.000	440.000	2.080.000
Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto E10500								
1105 0003 713	13 21 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	4.079.877	0	48.600	390.000	646.800	2.994.477
1105 0003 812	13 21 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	138.723	0	0	0	13.200	125.523
Summe EFRE Kapitel 13 21			4.218.600	0	48.600	390.000	660.000	3.120.000
Kostenschätzung - Gesamt (National + EFRE)			7.031.000	0	81.000	650.000	1.100.000	5.200.000
Bemerkungen								
voraussichtlich Pilotprojekt								
Die Gesamtkosten der Baumaßnahme stehen noch nicht fest. Sie werden gemäß § 24 LHO nachgewiesen.								

Zusammenfassung								
Finanzierung - National (Kofinanzierung und ggf. nicht förderfähiger Anteil), Unterkonto L10500								
	20 04 - 711 97	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1.576.000	0	10.000	130.000	636.000	800.000
	20 04 - 713 97	Erschließungs- und Baukosten	33.607.238	0	36.400	1.420.726	3.362.402	28.787.710
	20 04 - 714 97	GNUE (Nachhaltigkeit und Umweltschutz)	0	0	0	0	0	0
	20 04 - 812 97	Erstmalige Einrichtung	5.219.862	0	0	0	8.800	5.211.062
Summe National Kapitel 20 04			40.403.100	0	46.400	1.550.726	4.007.202	34.798.772
Finanzierung - EFRE (nachrichtlich), Unterkonto E10500								
	13 21 - 711 62	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2.364.000	0	15.000	195.000	954.000	1.200.000
	13 21 - 713 62	Erschließungs- und Baukosten	46.210.857	0	54.600	2.131.090	5.043.602	38.981.565
	13 21 - 812 62	Erstmalige Einrichtung	1.299.543	0	0	0	13.200	1.286.343
Summe EFRE Kapitel 13 21			49.874.400	0	69.600	2.326.090	6.010.802	41.467.908
Finanzierung - Gesamt (National + EFRE)			90.277.500	0	116.000	3.876.816	10.018.004	76.266.680

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 20 01 Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung (Stellenplan)
Stellenübersicht 2025
Stellenübersicht 2026
Stellenübersicht TGr. 89 2025
Stellenübersicht TGr. 89 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 41				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A13 L2.2	Baureferendar/-in	6	4	6
A10	Technische/r Oberinspektorenanwärter/-in	4 ¹⁾	0 ¹⁾	4 ¹⁾
Summe :		10	4	10

- 1) Bauoberinspektor-Anwärter/in, Technischer Verwaltungsdienst - Fachrichtung Maschinenbau/Elektrotechnik und Regierungsinspektor-Anwärter/in des allgemeinen Verwaltungsdienstes

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-spar-un-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	A13 L2.2		2										-2	Aktualisierung der Ausbildungsplanung
2	A10		4										-4	Aktualisierung der Ausbildungsplanung
Ohne TG 96			6										-6	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
3	A13 L2.2	2											+2	Aktualisierung der Ausbildungsplanung
4	A10	4											+4	Aktualisierung der Ausbildungsplanung
Ohne TG 96		6											+6	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
422 89	(89)			

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B4	Direktorin/Direktor des Bau- und Liegenschaftsmanagements Sachsen-Anhalt	1	1	1
B2	Abteilungsleiter/-in	2 ²⁾	2 ²⁾	1

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A16	Leitende(r) Bau-, Regiergungsdirektor/-in	1	1	1
A15	Bau-, Regiergungsdirektor/-in	12	12	12
A14	Bau-, Oberregiergungsrat/-rätin	26	26	26
A13 L2.2	Bau-, Regiergungsrat/-rätin	5	5	5
A13 L2.1	Bau-, Regiergungsrat/-rätin	11	11	11

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A12	Bau-, Regierungsamtsrat/-rätin	15	15	15
A11	Bau-, Regierungsamtmann/-frau	28	28	28
A10	Bau-, Regierungsoberinspektor/-in	5	5	5
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	2 ¹⁾	2 ¹⁾	2 ¹⁾
A8	Regierungshauptsekretär/-in	8	8	8
Summe :		116	116	115

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Bau-, Regierungsdirektor/-in	1	1	1
A13 L2.1	Bau-, Regierungsrat/-rätin	2	2	2
A11	Bau-, Regierungsamtmann/-frau	1	1	1
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	2	2	2
A8	Regierungshauptsekretär/-in	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		7	7	7

1) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage nach Fußnote 1 zur BesGr. A 9 LBesO LSA

2) 1 Stelle B2 kw-Vermerk nach Ausscheiden des Stelleninhabers zum 01.06.2025

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle B2 am 01.06.2025 nach Ausscheiden des Stelleninhabers

(aus HH 2022)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-spar-un-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Um-be-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2026														
1	B2		1										-1	
Ohne TG 96			1										-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 89	(89)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
AT A 16	Verwaltungsdienst	1	1	1
AT B 4	Verwaltungsdienst	0	0	0
AT B 5	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 15	Verwaltungsdienst	5	5	5

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E 14	Techn.-/Verwaltungsdienst	0	0	0
E 14	Verwaltungsdienst	17	16	16
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	33	33	35
E 12	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	71	73	73
E 11	Techn.-/Verwaltungsdienst	239	241	248
E 10	Techn.-/Verwaltungsdienst	47	55	55
E 9	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	0	0	0
E 9b	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	9	9	13
E 9a	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	9	9	9
E 9a	Verwaltungsdienst	0	0	0
E 8	Verwaltungsdienst	18	18	22
E 6	Techn.-/Verwaltungsdienst	29	29	29
E 5	Techn.-/Verwaltungsdienst	9	9	9
E 4	Kraftfahrdienst	1	1	1
Summe :		488	499	516

LEERSTELLEN

EntgeltGruppe

E 15	Techn. Dienst / Verwaltungsdienst	2	2	2
E 13	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	2	2	2
E 9	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	0	0	0
E 9a	Verwaltungsdienst, Technischer Dienst	1	1	1
E 5	Techn.-/Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe [Leerstellen]:		6	6	6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 14				1								-1	HH-Vollzug 2023, Aufgabenübertragung nach Kapitel 04 01
2	E 12	3											+2	Bundesbau/vollständig drittmittelfinanziertes Personal
3					1									HH-Vollzug 2024, Aufgabenübertragung nach Kapitel 04 01
4	E 11	3											+2	Bundesbau/vollständig drittmittelfinanziertes Personal
5					1									HH-Vollzug 2023, Aufgabenübertragung nach Kapitel 04 01
6	E 10			8									+8	HH-Vollzug 2024, Aufgabenübertragung aus Kapitel 03 20
Ohne TG 96		6		8	3								+11	
TG 96													0	
Veränderungen in 2026														
7	E 13	2											+2	Bundesbau/vollständig drittmittelfinanziertes Personal
8	E 11	7											+7	Bundesbau/vollständig drittmittelfinanziertes Personal
9	E 9b	4											+4	Bundesbau/vollständig drittmittelfinanziertes Personal
10	E 8	4											+4	Bundesbau/vollständig drittmittelfinanziertes Personal
Ohne TG 96		17											+17	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

Zergliederung der Stellen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2025

[illegible]

Stellenübersichten und Bedarfsnachweise 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2026

[illegible]

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Wirtschaftsplan 50
**Sondervermögen “Schwerbehinderten-
Ausgleichsabgabe“**

50 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
50 20	Sondervermögen "Schwerbehinderten- Ausgleichsabgabe"		22.892.000	0	16.779.100	39.671.100	
	Summe 2025		22.892.000	0	16.779.100	39.671.100	
	Summe 2024		21.064.300	0	18.202.300	39.266.600	
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+1.827.700	0	-1.423.200	+404.500	

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
230.000	24.748.700		25.000	14.667.400	39.671.100	0	0	50 20
230.000	24.748.700		25.000	14.667.400	39.671.100	0	0	
165.000	23.297.500		25.000	15.779.100	39.266.600	0	0	
+65.000	+1.451.200		0	-1.111.700	+404.500	0	0	

50 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
50 20	Sondervermögen "Schwerbehinderten- Ausgleichsabgabe"		22.892.000		15.767.400	38.659.400	
	Summe 2026		22.892.000		15.767.400	38.659.400	
	Summe 2025		22.892.000	0	16.779.100	39.671.100	
	2026 mehr(+) / weniger(-)		0	0	-1.011.700	-1.011.700	

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
165.000	25.693.500		25.000	12.775.900	38.659.400	0	0	50 20
165.000	25.693.500		25.000	12.775.900	38.659.400	0	0	
230.000	24.748.700		25.000	14.667.400	39.671.100	0	0	
-65.000	+944.800		0	-1.891.500	-1.011.700	0	0	

50 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

50 20 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

- *** 1.) Abweichend von § 35 LHO sind Rückzahlungen zuviel gezahlter Ausgleichsabgabe sowie zu erstattender Ausgleichsabgabe von den Einnahmen abzusetzen.
- 2.) Die Ausgaben des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig und dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen des Kapitels geleistet werden.
- 3.) Verpflichtungen, die in Folgejahren zu Ausgaben führen, dürfen eingegangen werden, wenn die Finanzierung der Ausgaben durch das Aufkommen an Ausgleichsabgabe gesichert ist.

Erläuterungen:

Gemäß § 154 Abs. 1 SGB IX haben private und öffentliche Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen im Sinne des § 156 SGB IX auf wenigstens 5 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Gemäß § 160 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, die die vorgeschriebene Anzahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten.

Die Zahlung der Ausgleichsabgabe hebt die Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nicht auf. Die Ausgleichsabgabe wird auf der Grundlage einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote ermittelt.

Die Ausgleichsabgabe beträgt gemäß § 160 Abs. 2 SGB IX je unbesetzten Pflichtarbeitsplatz:

1. 140 EUR bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von 3 Prozent bis weniger als dem geltenden Pflichtsatz
2. 245 EUR bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von 2 Prozent bis weniger als 3 Prozent
3. 360 EUR bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von weniger als 2 Prozent.
4. 720 EUR bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von 0 Prozent.

Die Ausgleichsabgabe wird gemäß § 160 Abs. 4 i.V.m. § 163 Abs. 2 SGB IX erhoben.

Das Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe" wird gemäß § 160 Abs. 7 SGB IX gesondert verwaltet. Gemäß § 161 SGB IX wird beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ein Ausgleichsfonds gebildet, der für überregionale Vorhaben zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben verwendet und vom BMAS verwaltet wird. Die Abführung an diesen Ausgleichsfonds erfolgt bei Titel 631 64 entsprechend der dort erläuterten Abführungsvorgaben.

Einnahmen

111 01	291	Ausgleichsabgabe von privaten Arbeitgebern und von Arbeitgebern der öffentlichen Hand	20.200.000 19.672.827	22.000.000	22.000.000

Erläuterungen:

Einnahmen der Ausgleichsabgabe von privaten und öffentlichen Arbeitgebern gem. § 160 Abs. 1,2,3 und 4 SGB IX, außer vom Land Sachsen-Anhalt, siehe Titel 381 01.

111 03	291	Säumniszuschläge nach § 160 Abs. 4 Satz 3 SGB IX	90.000 75.397	90.000	90.000

Erläuterungen:

Die Ausgleichsabgabe ist jeweils zum 31.03. fällig.

Für verspätet gezahlte Beträge der Ausgleichsabgabe werden Säumniszuschläge gem. § 160 Abs. 4 Satz 3 SGB IX erhoben.

119 41	291	Rückzahlungen von Überzahlungen	250.000 253.535	250.000	250.000

Erläuterungen:

Rückflüsse von widerrufenen Leistungen aus Förderungen nach den §§ 15, 20, 21, 22, 26, 28 a, 30 SchwbAV bei Nichteinhaltung der mit Bescheiderteilung mitgeteilten Auflagen.

Erstattungsansprüche aus Förderleistungen anderer Reha-Träger, z.B. BfA, LVA, Berufsgenossenschaft.

Rückzahlung von Überzahlungen soweit die Absetzung von der Ausgabe unstatthaft, nicht mehr möglich oder unzweckmäßig ist.

50 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

50 20 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
119 51	291	Vermischte Einnahmen	1.000 4.378	1.000	1.000
		Erläuterungen: Stundungs- und Verzugszinsen, sofern sie nicht bei der Hauptsache nachgewiesen werden können.			
131 01	291	Einnahmen aus der Veräußerung unbeweglicher Sachen	0 0	0	0
		Erläuterungen: Widerruf von Bewilligungsbescheiden. Ein Rückforderungsanspruch des Integrationsamtes wird durch die Verwertung der unbeweglichen Sache (als unbewegliche Sache werden Grundstücke mit ihren wesentlichen Bestandteilen, speziell Gebäude, bezeichnet) beglichen.			
132 01	291	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0 0	0	0
		Erläuterungen: Widerruf von Bewilligungsbescheiden. Ein Rückforderungsanspruch des Integrationsamtes wird durch die Verwertung eines sicherungsübereigneten Fahrzeuges beglichen.			
132 02	291	Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	0 0	0	0
		Erläuterungen: Widerruf von Bewilligungsbescheiden. Ein Rückforderungsanspruch des Integrationsamtes wird durch die Verwertung einer Sache (alle Sachen, die nicht Grundstücke oder Bestandteile von Grundstücken sind) beglichen.			
132 03	291	Einnahmen aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schuldner	0 0	0	0
		Erläuterungen: Im Falle der Insolvenz eines Arbeitgebers, kann das Integrationsamt bei bestehenden Rückforderungsansprüchen, Gegenstände, die durch das Integrationsamt gefördert wurden, mit einem Aussonderungsanspruch zurückerhalten und durch Verwertung des Gegenstandes die offene Forderung tilgen.			
162 01	291	Zinsen für Darlehen nach §§ 15, 21, 22, 26, 28a, 30 SchwbAV	0 0	0	0
		Erläuterungen: Für Leistungen (Darlehen) an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen werden Zinsen berechnet.			
162 02	291	Zinsen aus der zeitweiligen Anlage des Sondervermögens	505.000 859.855	550.000	550.000
		Erläuterungen: Durch die Anlage des Sondervermögens als Tagesgeld durch das Land Sachsen-Anhalt werden Zinserträge erwirtschaftet. Die Zinsen werden vierteljährlich vom Land Sachsen-Anhalt (Ministerium der Finanzen) auf der Grundlage der vom Integrationsamt ermittelten täglichen Überschüsse des Sondervermögens berechnet und dem Integrationsamt zur Verfügung gestellt.			
182 01	291	Rückflüsse von Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22, 26, 28a, 30 SchwbAV	10.000 1.049	1.000	1.000
		Erläuterungen: Rückflüsse der ausgezahlten Darlehen auf Grund des mit Bescheiderteilung festgelegten Tilgungsplanes. Siehe auch Erläuterung zu Kapitel 5020 Titel 162 01.			
231 01	291	Zuweisungen des Bundes	0 0	0	0

50 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"
50 20 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

234 01	291	Sonstige Zuweisungen von anderen Integrationsämtern - Länderfinanzausgleich	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Zwischen den Integrationsämtern wird ein Ausgleich hinsichtlich des Aufkommens an Ausgleichsabgabe vorgenommen (§ 160 Abs. 6 Satz 2 SGB IX).

361 01	291	Einnahmen aus Überschüssen aus Vorjahren	17.302.300	15.779.100	14.667.400
			21.150.353		

Erläuterungen:

Die nicht verbrauchten Einnahmen aus dem Vorjahr werden hier aufgeführt.
Vgl. Erläuterung zu Kapitel 5020 Titel 961 01.

381 01	291	Zuführungen von Kapitel 1350 Titel 614 01 des Landeshaushaltes - Ausgleichsabgabe Arbeitgeber Land Sachsen-Anhalt	900.000	1.000.000	1.100.000
			644.086		

Erläuterungen:

Einnahme der Ausgleichsabgabe des Arbeitgebers Land Sachsen-Anhalt gem. § 160 Abs. 4 und 8 SGB IX.
Vgl. Erläuterung zu Kapitel 5020 Titel 111 01.

Titelgruppe(n)

65 Inklusionsinitiative II "AlleimBetrieb" - Bundesanteil

162 65	291	Zinseinnahmen aus der Anlage der zugewiesenen Mittel des Bundes	8.300	0	0
			0		

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus der Anlage der vom Bund zugewiesenen Mittel.
Vgl. Kapitel 5020 Titel 231 65.

231 65	291	Zuweisungen des Bundes	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Zuweisungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales aus dem Ausgleichsfonds für überregionale Vorhaben zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben (vgl. § 161 SGB IX).

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	8.300	0	0

50 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"
50 20 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

522 01	291	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	65.000	130.000	65.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Erläuterungen zu den Gutachten, Studien und Beraterverträgen als Beratungsleistungen im Sinne des § 34a LHO werden entsprechend abgebildet.

Erläuterungstext		Ansatz 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
Studie zur Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen in Sachsen-Anhalt - Laufzeit 2024 bis 2026; Gesamtkosten 195.000 EUR (2025 = 130.000 EUR, 2026 = 65.000 EUR). In Sachsen-Anhalt ist es bisher nicht gelungen, die gesetzlich vorgeschriebene Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen von 5% gemäß § 154 SGB IX zu erreichen. Ziel der Studie ist insbesondere, auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse Einschätzungen zur Möglichkeit der Erfüllung der Beschäftigungsquote zu treffen und ggf. Handlungsempfehlungen abzuleiten, die dem Land die Erfüllung der Beschäftigungsquote ermöglichen. Die Studie wird vom Landesverwaltungsamt - Integrationsamt - in Auftrag gegeben.		65.000	130.000	65.000
Zusammen		65.000	130.000	65.000

Der Beginn der Studie wurde von 2023 auf Ende 2024 verschoben.

683 01	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			282.500	0	0
684 01	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
685 01	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
961 01	291	Übertrag in das Folgejahr	15.779.100	14.667.400	12.775.900
			22.731.255	0	0

Erläuterungen:

Zuführung der Einnahmeüberschüsse an das Folgejahr.
Vgl. Erläuterung zu Kapitel 5020 Titel 361 01.

50 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

50 20 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Titelgruppe(n)

61 Leistungen zur Förderung des Arbeits- und Ausbildungsplatzangebots für schwerbehinderte Menschen

631 61	291	Zuweisungen für Arbeitsmarktprogramme gemäß § 16 SchwbAV im SGB II und SGB III Bereich	2.302.000 1.490.252	1.676.000 0	1.300.000 0

Erläuterungen:

Die Integrationsämter können der Bundesagentur für Arbeit Mittel der Ausgleichsabgabe für befristete regionale Arbeitsmarktprogramme zur Verfügung stellen.

683 61	291	Leistungen zur Durchführung von Forschungs- und Modellvorhaben auf dem Gebiet der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben nach § 14 Abs. 1 Pkt 4 SchwbAV	982.000 13.000	1.073.200 0	1.132.000 0

Erläuterungen:

Die Integrationsämter können Leistungen zur Durchführung von Forschungs- und Modellvorhaben auf dem Gebiet der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben erbringen, sofern ihnen überwiegend regionale Bedeutung zukommt oder beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales beantragte Mittel aus dem Ausgleichsfonds nicht erbracht werden konnten.

684 61	291	Zuschüsse an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen nach §§ 15, 28a SchwbAV	1.500.000 1.018.169	1.500.000 0	1.500.000 0

Erläuterungen:

Die Integrationsämter können Leistungen (Zuschüsse) an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen erbringen.

861 61	291	Darlehen an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen nach §§ 15, 28a SchwbAV	0 0	0 0	0 0

Erläuterungen:

Die Integrationsämter können Leistungen (Darlehen) an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen erbringen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			4.784.000	4.249.200 0	3.932.000 0

62 Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben für schwerbehinderte Menschen

547 62	291	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	100.000 125.383	100.000 0	100.000 0

Erläuterungen:

Schulungs- und Bildungsveranstaltungen
Aufklärungsmaßnahmen nach § 185 Abs. 2 S. 6 SGB IX i.V.m. § 29 Abs. 1 SchwbAV

683 62	291	Zuschüsse nach § 17 SchwbAV	12.627.500 10.953.748	14.356.900 0	15.701.500 0

50 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"
50 20 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 683 62

Erläuterungen:

Leistungen (Zuschüsse) zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben können an schwerbehinderte Menschen erbracht werden für:

- technische Arbeitshilfen (§ 19 SchwbAV)
- zum Erreichen des Arbeitsplatzes (§ 20 SchwbAV)
- zur Gründung und Erhaltung einer selbstständigen Existenz (§21 SchwbAV)
- zur Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer behinderungsgerechten Wohnung (§ 185 Abs. 3 Nr. 1d SGB IX i.V.m. § 22 SchwbAV)
- Übernahme der Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenten (§ 185 Abs. 5 SGB IX i.V.m. § 17 Abs. 1a SchwbAV)
- Gebärdensprachdolmetscherleistungen (§ 185 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 f SGB IX i.V.m. § 25 SchwbAV)

an Arbeitgeber:

- zur behinderungsgerechten Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen (§ 26 SchwbAV)
- bei außergewöhnlicher Belastung (z.B. Minderleistungsausgleich § 27 SchwbAV)
- Prämien zur Einführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements (§ 185 Abs. 3 Nr. 2d SGB IX i.V.m. § 26 c SchwbAV)
- Gebärdensprachdolmetscher (§ 185 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 Buchst. a bzw. e SGB IX i.V.m. § 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SchwbAV bzw. § 27 SchwbAV)
- zur Deckung eines Teils der Aufwendungen für ein Budget für Arbeit/ Budget für Ausbildung (§ 185 Abs. 3 Nr. 6 SGB IX i.V.m. §§ 61 und 61a SGB IX)

für Arbeitgeber:

- Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber (§ 185a SGB IX)

an Integrationsfachdienste (§194 Abs. 1 i.V.m. § 196 Abs. 1 SGB IX):

- Kosten ihrer Inanspruchnahme (§27 a SchwbAV)
- Kosten einer psychosozialen Betreuung schwerbehinderter Menschen (§ 28 SchwbAV)

zur Durchführung von Aufklärungs-, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 Nr. 2 SchwbAV sowie für die Qualifizierung des nach § 185 Abs. 1 SGB IX einzusetzenden Personals.

861 62	291	Darlehen nach § 17 SchwbAV	25.000	25.000	25.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben (auch Darlehen) können an schwerbehinderte Menschen erbracht werden:

- zur Gründung und Erhaltung einer selbstständigen Existenz (§ 17 Abs. 1 Nr. 1c SchwbAV i.V.m. § 21 Abs. 1 und 2 SchwbAV)
- zur Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer behinderungsgerechten Wohnung (§ 17 Abs. 1 Nr. 1d SchwbAV i.V.m. § 22 Abs. 2 SchwbAV), soweit sich eine berufsbezogene Notwendigkeit hierfür ergibt - Bereich vor der Haus- bzw. Wohnungstür, durch welche das Betreten oder Verlassen der Wohnung ggf. das Erreichen - sofern ein Kfz zum Erreichen des Arbeitsplatzes benötigt wird - gewährleistet wird (nur für Beamte und Selbständige; für Angestellte ist hier der Reha-Träger-Wohnungshilfe zuständig).

an Arbeitgeber:

- zur behinderungsgerechten Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen (§ 17 Abs. 1 Nr. 2a SchwbAV i.V.m. § 26 SchwbAV)

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			12.752.500	14.481.900	15.826.500
				0	0

64 Ausgleichsleistungen

631 64	291	Zuweisungen an den Ausgleichsfond für überregionale Vorhaben zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben beim BMAS nach § 161 SGB IX i.V.m. § 160 Abs. 6 SGB IX	3.636.000	3.960.000	3.960.000
			3.602.613	0	0

Erläuterungen:

Die Integrationsämter leiten gemäß § 36 SchwbAV zum 30. Juni eines jeden Jahres 18 vom Hundert des im Zeitraum vom 1. Juni des vorangegangenen Jahres bis zum 31. Mai des Jahres eingegangenen Aufkommens an Ausgleichsabgabe an den Ausgleichsfonds weiter.

632 64	291	Zuweisungen an andere Integrationsämter nach § 160 Abs. 6 Satz 2 SGB IX - Länderfinanzausgleich	2.100.000	2.100.000	2.100.000
			2.224.159	0	0

50 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

50 20 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 632 64

Erläuterungen:

Zwischen den Integrationsämtern wird ein Ausgleich hinsichtlich des Aufkommens an Ausgleichsabgabe vorgenommen (vgl. § 160 Abs. 6, Satz 2 ff SGB IX) sowie Kapitel 5020 Titel 234 01.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	5.736.000	6.060.000	6.060.000
		0	0

65 Inklusionsinitiative II "AlleimBetrieb" - Bundesanteil

631 65	291	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Inklusionsinitiative II "AlleimBetrieb" - Rückzahlung nicht benötigter Mittel an das BMAS

683 65	291	Inklusionsinitiative II "AlleimBetrieb" - Bundesanteil	150.000	82.600	0
			220.402	0	0

Erläuterungen:

Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Inklusionsbetrieben.

Aus den Mitteln des Programms können erbracht werden:

- a) finanzielle Leistungen für Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung einschließlich einer betriebswirtschaftlichen Beratung und für besonderen Aufwand nach § 217 SGB IX
- b) Leistungen bei außergewöhnlichen Belastungen nach § 27 der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV).

Nachrichtlich: Summe TGr. 65	150.000	82.600	0
		0	0

50 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"
50 20 Sondervermögen "Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21.064.300	22.892.000	22.892.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	18.202.300	16.779.100	15.767.400
Gesamteinnahme		39.266.600	39.671.100	38.659.400

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	165.000	230.000	165.000
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	23.297.500	24.748.700	25.693.500
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	25.000	25.000	25.000
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	15.779.100	14.667.400	12.775.900
			0	0
Gesamtausgabe		39.266.600	39.671.100	38.659.400
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Wirtschaftsplan 51

**Sondervermögen “Grundstock des Landes
Sachsen-Anhalt“**

51 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
51 32	Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"		1.153.000	0	63.594.900	64.747.900	
	Summe 2025		1.153.000	0	63.594.900	64.747.900	
	Summe 2024		8.650.000	0	52.451.700	61.101.700	
	2025 mehr(+) / weniger(-)		-7.497.000	0	+11.143.200	+3.646.200	

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
800.000	50.000	0	9.000.000	54.897.900	64.747.900	0	2.000.000	51 32
800.000	50.000	0	9.000.000	54.897.900	64.747.900	0	2.000.000	
971.000	50.000	0	14.427.300	45.653.400	61.101.700	0	5.500.000	
-171.000	0	0	-5.427.300	+9.244.500	+3.646.200	0	-3.500.000	

51 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
51 32	Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"		1.153.000	0	47.287.900	48.440.900	
	Summe 2026		1.153.000	0	47.287.900	48.440.900	
	Summe 2025		1.153.000	0	63.594.900	64.747.900	
	2026 mehr(+) / weniger(-)		0	0	-16.307.000	-16.307.000	

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
800.000	50.000	0	7.650.000	39.940.900	48.440.900	0	2.000.000	51 32
800.000	50.000	0	7.650.000	39.940.900	48.440.900	0	2.000.000	
800.000	50.000	0	9.000.000	54.897.900	64.747.900	0	2.000.000	
0	0	0	-1.350.000	-14.957.000	-16.307.000	0	0	

51 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

51 32 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

111 12 811 Einnahmen aus Gestattungsverträgen zwischen dem Land und Versorgungseinrichtungen **0** **0** **0**
0

119 02 861 Rückzahlung aus dem Einzelplan 20 **0** **0** **0**
0

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

Rückführung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 20 an das Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt" im Zusammenhang mit einer erfolgten Vorfinanzierung für die Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) Stendal aus dem Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt". Die Rückführung erfolgt nach Eingang der Kostenerstattung des Bundes im Einzelplan 20.

119 41 811 Rückzahlung von Überzahlung **0** **0** **0**
9

119 51 811 Vermischte Einnahmen **0** **0** **0**
180

Erläuterungen:

Erlösauskehr aus Restitutionsansprüchen der Gebietskörperschaft und Erstattungen überzahlter Bewirtschaftungskosten aus dem Vorjahr.

124 01 811 Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung **0** **0** **0**
120

124 02 811 Pachteinnahmen für landwirtschaftliche Flächen und Domänen **1.150.000** **1.153.000** **1.153.000**
1.290.645

* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 51 32 Titel 517 02.

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Vermögens durch die Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH auf der Grundlage des "Vertrages zur Verwaltung und Verwertung landeseigener Liegenschaften" vom 05./23. August 1999.

131 01 811 Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen **0** **0** **0**
1.726

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Im Zusammenhang mit den Veräußerungsvorbereitungs- und Veräußerungsbegleitkosten stehende Aufwendungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Das Allgemeine Grundvermögen des Landes Sachsen-Anhalt wird dem Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt vollständig und zur eigenständigen Verwaltung zur Verfügung gestellt. Die Bewirtschaftung erfolgt im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes BLSA (Anlage zu Kapitel 20 01).

131 02 811 Einnahmen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Flächen **0** **0** **0**
719.047

51 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"
51 32 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 131 02

*** Im Zusammenhang mit den Veräußerungsvorbereitungs- und Veräußerungsbegleitkosten stehende Aufwendungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 51 32 Titel 821 01.

131 03	811	Einnahmen aus Verkaufserlösen von Objekten der Forstwirtschaft	0	0	0
			0		

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 51 32 Titel 821 01.

Erläuterungen:

- Einnahmen aus dem Verkauf von Landeswald
- Einnahmen aus dem Verkauf von forstwirtschaftlichen Splitterflächen
- Einnahmen aus dem Verkauf von Forstimmobilien, z. B. ehemalige Forsthäuser

131 06	811	Mehrerlöse der Landgesellschaft aus dem Verkauf von landwirtschaftlichem Vermögen der Landgesellschaft	7.500.000	0	0
			3.790.000		

*** Im Zusammenhang mit den Veräußerungsvorbereitungs- und Veräußerungsbegleitkosten stehende Aufwendungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 51 32 Titel 821 01.

135 01	811	Einnahmen aus der Veräußerung von unbebauten Grundstücken	0	0	0
			0		

*** Im Zusammenhang mit den Veräußerungsvorbereitungs- und Veräußerungsbegleitkosten stehende Aufwendungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.

Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 51 32 Titel 821 01.

232 01	811	Zuführung aus dem Einzelplan 17	0	0	0
			0		

331 01	811	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Kostenbeteiligungen des Bundes beim Ankauf von Liegenschaften, die von Bund und Land gleichermaßen gefördert werden. Der Titel ist vorsorglich als Leertitel eingestellt.

361 01	871	Geplanter bzw. geschätzter Übertrag aus dem Vorjahr	52.451.700	63.594.900	47.287.900
			72.192.776		

*** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 51 32 Titel 821 01.

Titelgruppe(n)

70 Ansparrücklage

Erläuterungen:

Zur Finanzierung der Bauprojekte des staatlichen Hochbaus soll in Abhängigkeit der Haushaltslage aus Jahresüberschüssen des Gesamthaushaltes durch Ansparen unterstützend ein Vermögensbestand aufgebaut werden.

51 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

51 32 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
232 70	861	Zweckgebundene Zuweisungen aus dem Einzelplan 13	0	0	0
			0		
		Erläuterungen:			
		Zweckgebundene Zuweisungen aus dem Epl. 13 (Kapitel 13 02 Titel 614 01)			
359 70	861	Entnahmen aus Rücklage	0	0	0
			0		
Nachrichtlich: Summe TGr. 70			0	0	0

51 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

51 32 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			Ist 2023	VE 2025	VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

511 01	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.000	0	0
			0	0	0

517 01	811	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	220.000	200.000	200.000
			151.394	0	0

517 02	811	Bewirtschaftungskosten für landwirtschaftliches Vermögen	400.000	400.000	400.000
			300.000	0	0

* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 51 32 Titel 124 02.

Erläuterungen:

Kosten für die Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Vermögens durch die Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH auf der Grundlage des "Vertrages zur Verwaltung und Verwertung landeseigener Liegenschaften" vom 05./23. August 1999.

519 01	811	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	100.000	0	0
			0	0	0

521 01	811	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens - Altlastensanierung	50.000	0	0
			0	0	0

522 01	811	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

526 01	811	Gerichts- und ähnliche Kosten	30.000	30.000	30.000
			0	0	0

526 02	811	Sachverständige	50.000	50.000	50.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Für Kosten im Rahmen der Abwicklung von Altfällen der Bodenreform, für Notargebühren u. ä. sowie für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Vermögens, wie z. B. für die Erstellung von Wertgutachten.

533 01	811	Dienstleistungen Außenstehender	50.000	50.000	50.000
			0	0	0

Erläuterungen:

Für Planungs- und Überwachungsleistungen bei der Altlastensanierung.

542 01	811	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Erstattungen, Rückforderungen oder Rückzahlungen - auch aus den Vorjahren - den Ausgaben zu.

544 01	811	Rückzahlung vereinnahmter Beträge aus Vorjahren	70.000	70.000	70.000
			26.482	0	0

Erläuterungen:

Für Rückzahlungsansprüche der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH aufgrund von Vermessungen nach dem Verkauf.

633 01	811	Erstattungen an Gebietskörperschaften nach erfolgter Vermögenszuordnung	50.000	50.000	50.000
			0	0	0

51 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

51 32 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 633 01

Erläuterungen:

Gemäß Entschädigungsgesetz sind Abführungen an den Entschädigungsfonds zu leisten, für Grundstücke, für die eine Rückübertragung an den Anspruchsberechtigten ausgeschlossen ist.

681 01	811	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

vorsorglich Leertitel

711 01	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Sondervermögens Grundstock	0	0	0
			0	0	0

821 01	811	Erwerb von unbeweglichen Sachen	13.427.300	8.000.000	6.650.000
			57.088	1.500.000	1.500.000

* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 51 32 Titel 822 01.

*** Mehrausgaben bei Titel 821 01 dürfen insgesamt geleistet werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 131 02, 131 03, 131 06, 135 01 und 361 01. Außerdem dürfen Mehrausgaben bei Titel 821 01 insgesamt geleistet werden bis zur Höhe der Minderausgaben der Hauptgruppen 5, 6 und 7.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		5.000.000			5.000.000
2026			1.500.000		1.500.000
2027				1.500.000	1.500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		5.000.000	1.500.000	1.500.000	8.000.000

Erläuterungen:

Erwerb/Nebenkosten für den Kauf/Tausch von/mit bebauten Grundstücken für Verwaltungszwecke (z.B. infolge der Ablösung von Fremdmietverhältnissen), Grundstücksverkehr mit der BVVG/BlmA, Ausübung von Vorkaufsrechten nach § 31 Naturschutzgesetz LSA und § 11 Denkmalschutzgesetz LSA, Kosten für den Ankauf von Liegenschaften wegen Überbauung, mögliche Nachzahlung an die BlmA für vom Land verbilligt erworbene Liegenschaften, Finanzierung der Rechtsverpflichtungen im Zusammenhang mit Erbbaupacht-Mietmodellen (Heimfall, Vertragsablauf u. a.) sowie sonstige Liegenschaften.

822 01	811	Erwerb von unbebauten Grundstücken	1.000.000	1.000.000	1.000.000
			66.312	500.000	500.000

* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 51 32 Titel 821 01.

51 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"
51 32 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 822 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2023 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2025 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2026 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2025		500.000			500.000
2026			500.000		500.000
2027				500.000	500.000
2028					
2029 ff.					
Summen		500.000	500.000	500.000	1.500.000

Erläuterungen:

Erwerb/Nebenkosten für den Kauf/Tausch von/mit unbebauten Grundstücken für Verwaltungszwecke, Grundstücksverkehr mit der BVVG/BlmA, Ausübung von Vorkaufsrechten nach § 31 Naturschutzgesetz LSA und § 11 Denkmalschutzgesetz LSA, Kosten für den Ankauf von Liegenschaften wegen Überbauung, mögliche Nachzahlung an die BlmA für vom Land verbilligt erworbene Liegenschaften sowie sonstige Liegenschaften.

919 02	861	Zuführung an den Einzelplan 20	8.640.000	7.610.000	12.093.900
			0	0	0

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.

*** Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe des Ansatzes geleistet werden. Die Zuführung erfolgt an Kapitel 20 03 Titel 334 62.

Erläuterungen:

Eine Zuführung zur Vorfinanzierung der künftigen Kostenerstattung des Bundes für die Landesaufnahmeeinrichtung Stendal aus dem Sondervermögen Grundstock kann nur getätigt werden, sofern die im jeweiligen Haushaltsjahr vorgesehenen Einnahmen (Veräußerungserlöse abzüglich der Kosten für die Veräußerung) vollständig realisiert werden und die Zuführung zur Einhaltung des geplanten Zuschussbedarfes des Einzelplans 20 notwendig ist. Sobald die Kostenerstattung des Bundes in künftigen Haushaltsjahren vereinnahmt wird, erfolgt eine entsprechende Rückführung an das Sondervermögen Grundstock in Höhe der tatsächlich vorfinanzierten Mittel.

961 01	871	Übertrag in das Folgejahr	37.013.400	47.287.900	27.847.000
			77.393.226	0	0

Titelgruppe(n)

70		Ansparrücklage			
919 70	861	Zuführungen an Rücklage	0	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Rücklage gemäß § 62 Abs. 4 LHO.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			0	0	0
				0	0

51 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"
51 32 Sondervermögen "Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	8.650.000	1.153.000	1.153.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	52.451.700	63.594.900	47.287.900
Gesamteinnahme		61.101.700	64.747.900	48.440.900

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	971.000	800.000 0	800.000 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	50.000	50.000 0	50.000 0
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0 0	0 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	14.427.300	9.000.000 2.000.000	7.650.000 2.000.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	45.653.400	54.897.900 0	39.940.900 0
Gesamtausgabe		61.101.700	64.747.900	48.440.900
Gesamtsumme der VE			2.000.000	2.000.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

Haushaltsplan
für die
Haushaltsjahre 2025 und 2026

Wirtschaftsplan 53
Sondervermögen “Corona“

Vorwort zum Wirtschaftsplan 53 Sondervermögen „Corona“

Das Sondervermögen Corona wurde mit dem Nachtragshaushaltsbegleitgesetz 2021, Artikel 3 „Gesetz über das Sondervermögen Corona (Corona-Sondervermögensgesetz – Cor-SVG)“ eingerichtet. Es dient der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie und es dürfen ausschließlich die mit dem Nachtragshaushaltsbegleitgesetz 2021 verabschiedeten Maßnahmen des Maßnahmenkatalogs finanziert werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 15. November 2023 das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 des Bundes für nichtig erklärt. Diese Entscheidung bezieht sich auf Vorschriften des Grundgesetzes, die für Bund und Länder gleichermaßen unmittelbar gelten, und hat deshalb Auswirkungen auf das Sondervermögen Corona des Landes Sachsen-Anhalt.

Das Sondervermögen Corona wurde aus Einnahmen des mit der Errichtung aufgenommenen Notlagenkredits im Jahr 2021 gespeist. Damit sollte die Finanzierung aller im Maßnahmenkatalog enthaltener Maßnahmen bis zum damals vorgesehenen Laufzeitende des Sondervermögens im Jahr 2027 sichergestellt werden. Die dem Sondervermögen Corona zugewiesenen Mittel wurden in eine Rücklage überführt und sollten dort jährlich je nach Finanzbedarf abgerufen werden. Um der aktuellen Rechtsprechung und damit der Auslegung des Gebotes der Jährlichkeit und Jährigkeit zu entsprechen, wurde die verbliebene Rücklage im Sondervermögen Corona im Jahr 2024 sukzessive aufgelöst. Die Notlagenkreditaufnahme (über den Einzelplan 13) und die jährliche Leistung der Ausgaben zulasten des Sondervermögens werden nunmehr an das jeweilige Haushaltsjahr gekoppelt. Die im Wirtschaftsplan veranschlagten Mittel stehen unter dem Vorbehalt der jährlichen Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation nach § 18 Abs. 5 LHO durch den Landtag.

Folgende Aspekte sind bei der Veranschlagung und Bewirtschaftung des Sondervermögens Corona zu beachten:

- Über die gesamte Laufzeit des Sondervermögens Corona sind 1.972 Mio. EUR in sechzig Maßnahmen vorgesehen. In den Haushaltsjahren 2022 und 2024 wurden Mittel in Höhe von 842 Mio. EUR ausgezahlt. Damit steht ein maximaler Restbetrag in Höhe von 1.130 Mio. EUR zur Verausgabung in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 zur Verfügung. Für die Umsetzung der Maßnahmen in den Kapiteln 5303 bis 5321 sind im Haushaltsjahr 2025 552 Mio. EUR und im Haushaltsjahr 2026 490 Mio. EUR veranschlagt.
- Darüber hinaus stehen Mittel zur Aussteuerung des Sondervermögens Corona zur Verfügung (vgl. Haushaltsgesetz 2025/2026 § 3 Abs. 1). Sie werden insbesondere als Kompensation für ggf. in den Vorjahren nicht verbrauchte Mittel der Maßnahmen in den Kapiteln 5303 bis 5321 eingesetzt. Auch Maßnahmen mit einem Nullansatz können mit diesen Mitteln finanziert und endgültig abgeschlossen werden. Das Gesamtvolumen des Sondervermögens Corona in Höhe von 1.972.153.833 Euro wird durch den Einsatz dieser Mittel zu keinem Zeitpunkt überschritten.
- Alle Titel in den Kapiteln 5301 bis 5321 sind deckungsfähig.
- Umschichtungen zwischen Maßnahmen der Kapitel 5303 bis 5321 bedürfen gemäß § 5 Abs. 3 Cor-SVG der Einwilligung der Beauftragten für den Haushalt für das Sondervermögen Corona sowie bei einem Umschichtungsbetrag von mehr als einer Million Euro der Einwilligung des Landtags. Sofern diese bereits bei der Veranschlagung der Mittel für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 bekannt waren, sind die durch den Landtag genehmigungspflichtigen Umschichtungen in den Erläuterungen der Maßnahmen des Wirtschaftsplans 2025/2026 entsprechend vermerkt und ersetzen ein gesondertes Umschichtungsverfahren. Für das Jahr

2026, dem voraussichtlich letzten Jahr der Umsetzung des Sondervermögens Corona, findet § 5 Abs. 3 Satz 4 Cor-SVG keine Anwendung (vgl. Haushaltsgesetz 2025/2026 § 15 Abs. 5).

- Im Sondervermögen Corona werden ausschließlich Ausgaben durch Landesmittel abgebildet. Etwaige Drittmittel sind im jeweiligen Facheinzelplan veranschlagt.

Aufstockung der Maßnahme lfd. Nr. 42 „Digitalisierung der Landesverwaltung“

Die Maßnahme wird um insgesamt 183.011.800 EUR aufgestockt (vgl. hierzu auch Kapitel 53 19 TGr. 76). Der Aufstockungsbetrag setzt sich wie folgt zusammen:

Kapitel	abgebender Betrag	abgebende Maßnahmen
5303	1.609.894	lfd. Nr. 1, 2, 4, 7
5305	31.241.389 €	lfd. Nr. 8, 9, 12, 14, 15
5306	1.066.100 €	lfd. Nr. 16, 20, 21, 22
5307	59.442.800 €	lfd. Nr. 24, 26, 27, 28, 29
5311	208.000 €	lfd. Nr. 37
5313	20.512.400 €	lfd. Nr. 56
5315	264.300 €	lfd. Nr. 23
5317	1.860.870 €	lfd. Nr. 43, 44, 46, 47
5319	19.999.988 €	lfd. Nr. 41
5320	45.223.800 €	lfd. Nr. 48, 49, 51, 55
5321	1.582.260 €	lfd. Nr. 58, 59, 60
Summe	183.011.800 €	

53 Sondervermögen "Corona"

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
53 01	Allgemeines			552.045.600	0	552.045.600	
53 03	Ministerium für Inneres und Sport					0	251.700
53 05	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung					0	795.600
53 06	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Wissenschaft					0	0
53 07	Ministerium für Bildung					0	7.419.100
53 08	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Wirtschaft und Tourismus					0	0
53 09	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Landwirtschaft und Forsten					0	77.100
53 11	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz					0	
53 13	Ministerium der Finanzen - Allgemeine Finanzverwaltung					0	
53 14	Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Infrastruktur					0	
53 15	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Umwelt					0	71.600
53 17	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur					0	624.900
53 19	Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Digitales					0	
53 20	Ministerium der Finanzen - Bau					0	561.600
53 21	Ressortübergreifende Maßnahmen					0	
	Summe 2025			552.045.600	0	552.045.600	9.801.600
	Summe 2024			638.438.600	1.491.315.200	2.129.753.800	10.815.700
	2025 mehr(+) / weniger(-)			-86.393.000	-1.491.315.200	-1.577.708.200	-1.014.100

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
	0			0	0	+552.045.600	0	53 01
0	0		430.000		681.700	-681.700	0	53 03
0	2.363.500		162.442.400		165.601.500	-165.601.500	0	53 05
150.000	851.000		5.784.800		6.785.800	-6.785.800	0	53 06
2.864.800	5.732.600		21.684.300		37.700.800	-37.700.800	0	53 07
0	1.680.000		21.704.500		23.384.500	-23.384.500	0	53 08
					77.100	-77.100	0	53 09
0	199.900		0		199.900	-199.900	0	53 11
	0		10.000.000		10.000.000	-10.000.000	0	53 13
0	243.700		48.297.500		48.541.200	-48.541.200	0	53 14
20.000			0		91.600	-91.600	0	53 15
669.500	7.300		0		1.301.700	-1.301.700	0	53 17
7.474.200	88.813.500		103.878.700		200.166.400	-200.166.400	0	53 19
4.166.400		19.433.600	90.000		24.251.600	-24.251.600	0	53 20
461.300	15.048.500	0	17.752.000		33.261.800	-33.261.800	0	53 21
15.806.200	114.940.000	19.433.600	392.064.200	0	552.045.600	0	0	
13.503.700	1.565.406.700	24.803.600	215.224.100	300.000.000	2.129.753.800	0	0	
+2.302.500	-1.450.466.700	-5.370.000	+176.840.100	-300.000.000	-1.577.708.200	0	0	

53 Sondervermögen "Corona"

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
53 01	Allgemeines			490.102.500	0	490.102.500	
53 03	Ministerium für Inneres und Sport					0	56.300
53 05	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung					0	767.000
53 06	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Wissenschaft					0	0
53 07	Ministerium für Bildung					0	6.968.800
53 08	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Wirtschaft und Tourismus					0	0
53 09	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Landwirtschaft und Forsten					0	0
53 11	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz					0	
53 13	Ministerium der Finanzen - Allgemeine Finanzverwaltung					0	
53 14	Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Infrastruktur					0	
53 15	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Umwelt					0	71.600
53 17	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur					0	611.800
53 19	Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Digitales					0	
53 20	Ministerium der Finanzen - Bau					0	570.900
53 21	Ressortübergreifende Maßnahmen					0	
	Summe 2026			490.102.500	0	490.102.500	9.046.400
	Summe 2025			552.045.600	0	552.045.600	9.801.600
	2026 mehr(+) / weniger(-)			-61.943.100	0	-61.943.100	-755.200

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
	0			0	0	+490.102.500	0	53 01
0	0		0		56.300	-56.300	0	53 03
0	2.096.500		170.861.400		173.724.900	-173.724.900	0	53 05
0	612.200		4.490.000		5.102.200	-5.102.200	0	53 06
2.785.900	4.507.700		32.008.200		46.270.600	-46.270.600	0	53 07
0	0		0		0	0	0	53 08
					0	0	0	53 09
0	199.900		0		199.900	-199.900	0	53 11
	0		10.000.000		10.000.000	-10.000.000	0	53 13
0	0		46.933.500		46.933.500	-46.933.500	0	53 14
20.000			0		91.600	-91.600	0	53 15
259.400	2.600		0		873.800	-873.800	0	53 17
12.362.500	62.073.000		72.143.000		146.578.500	-146.578.500	0	53 19
4.028.600		27.970.600	0		32.570.100	-32.570.100	0	53 20
231.000	6.506.400	0	20.963.700		27.701.100	-27.701.100	0	53 21
19.687.400	75.998.300	27.970.600	357.399.800	0	490.102.500	0	0	
15.806.200	114.940.000	19.433.600	392.064.200	0	552.045.600	0	0	
+3.881.200	-38.941.700	+8.537.000	-34.664.400	0	-61.943.100	0	0	

53 Sondervermögen "Corona"

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich						
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern	638.438.600	552.045.600	490.102.500			
	Summe der Obergruppe 23	638.438.600	552.045.600	490.102.500			
	Summe der Hauptgruppe 2	638.438.600	552.045.600	490.102.500			
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken						
359	Entnahmen aus sonstigen Rücklagen	1.491.315.200	0	0			
	Summe der Obergruppe 35	1.491.315.200	0	0			
	Summe der Hauptgruppe 3	1.491.315.200	0	0			
0-3	Gesamteinnahmen:	2.129.753.800	552.045.600	490.102.500			

53 Sondervermögen "Corona"

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
4	Personalausgaben						
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen						
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	41.000	0	0			
427	Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	801.400	7.330.000	7.580.600			
428	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.066.300	1.757.600	1.465.800			
429	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	550.000	0	0			
	Summe der Obergruppe 42	10.458.700	9.087.600	9.046.400			
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.						
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	357.000	714.000	0			
	Summe der Obergruppe 44	357.000	714.000	0			
	Summe der Hauptgruppe 4	10.815.700	9.801.600	9.046.400			
5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst						
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben						
511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	349.900	802.200	906.500			
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	70.000	116.200	116.200			
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		21.600	21.600			
518	Mieten und Pachten	0	127.500	127.500			
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.500.000	3.676.900	3.553.100			
522	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	737.200	601.300	241.000			

53 Sondervermögen "Corona"

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
525	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	0	1.878.200	1.900.700			
527	Dienstreisen	0	177.300	177.300			
531	Veröffentlichungen		5.000	5.000			
532	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0			
533	Dienstleistungen Außenstehender	10.190.300	8.359.500	12.598.100			
534-546	Sonstiges	0	30.000	30.000			
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	656.300	10.500	10.400			
	Summe der Obergruppen 51-54	13.503.700	15.806.200	19.687.400			
	Summe der Hauptgruppe 5	13.503.700	15.806.200	19.687.400			
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich						
631	Sonstige Zuweisungen an Bund	0	0	0			
632	Sonstige Zuweisungen an Länder	1.491.315.200	884.500	781.600			
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.536.600	1.162.200	700.000			
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	0	0	0			
	Summe der Obergruppe 63	1.492.851.800	2.046.700	1.481.600			
67	Erstattungen an sonstige Bereiche						
671	Erstattungen an Inland	4.257.200	14.778.900	5.891.400			
	Summe der Obergruppe 67	4.257.200	14.778.900	5.891.400			
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche						
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0	18.000	18.000			

53 Sondervermögen "Corona"

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht Gruppe 661)	44.447.200	87.710.500	61.291.400			
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht Gruppe 662)	0	0	0			
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	9.760.400	5.128.100	3.698.000			
685	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	12.431.100	4.184.500	2.623.000			
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1.659.000	1.073.300	994.900			
	Summe der Obergruppe 68	68.297.700	98.114.400	68.625.300			
	Summe der Hauptgruppe 6	1.565.406.700	114.940.000	75.998.300			
7	Baumaßnahmen						
711	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	3.700.000	2.318.500	1.910.700			
712	Hochbaumaßnahmen	0	0	0			
713	Baumaßnahmen	21.103.600	17.115.100	26.059.900			
	Summe der Hauptgruppe 7	24.803.600	19.433.600	27.970.600			
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen						
81	Erwerb von beweglichen Sachen						
811	Erwerb von Fahrzeugen	0	0	0			
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10.969.600	59.358.700	35.029.700			
	Summe der Obergruppe 81	10.969.600	59.358.700	35.029.700			

53 Sondervermögen "Corona"

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen mit VE-Daten

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahre		Durch die 2025/2026 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen		
		Ansatz 2024 VE 2024	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026	2027	2028	2029 ff.
		- EUR -					
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen						
871	Ausgaben für die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen an das Inland	10.000.000	10.000.000	10.000.000			
	Summe der Obergruppe 87	10.000.000	10.000.000	10.000.000			
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich						
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	18.480.200	66.860.500	71.659.000			
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0	0	0			
	Summe der Obergruppe 88	18.480.200	66.860.500	71.659.000			
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche						
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	38.691.500	105.330.600	73.023.400			
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	51.621.700	66.845.500	90.421.500			
893	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	66.287.100	55.829.900	50.887.200			
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	19.174.000	27.839.000	26.379.000			
	Summe der Obergruppe 89	175.774.300	255.845.000	240.711.100			
	Summe der Hauptgruppe 8	215.224.100	392.064.200	357.399.800			
9	Besondere Finanzierungsausgaben						
97	Globale Mehr- und Minderausgaben						
971	Globale Mehrausgaben	300.000.000	0	0			
	Summe der Obergruppe 97	300.000.000	0	0			
	Summe der Hauptgruppe 9	300.000.000	0	0			
4-9	Gesamtausgaben:	2.129.753.800	552.045.600	490.102.500			

53 Sondervermögen "Corona"
53 01 Allgemeines

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Einnahmen

232 01	045	Zuweisung aus dem Einzelplan 13	638.438.600 135.648.564	552.045.600	490.102.500

*** Zweckgebundene Zuweisung aus dem Einzelplan 13 (Kapitel 13 02 Titel 614 02) zur Deckung der Ausgaben der Kapitel 53 03 bis 53 21.
Aufstockung der zweckgebundenen Zuweisung bis zur Höhe von jährlich 300.000.000 Euro ist möglich, soweit das zur Ausfinanzierung des Maßnahmenkatalogs des Corona-Sondervermögensgesetzes erforderlich ist (vgl. Haushaltsgesetz 2025/2026 § 3 Abs. 1).

Erläuterungen:

Die Zuweisung dieser Mittel steht unter dem Vorbehalt der jährlichen Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation nach § 18 Abs. 5 LHO durch den Landtag.

359 01	045	Entnahme aus der Rücklage	1.491.315.200 0	0	0

Erläuterungen:

Die noch verbliebene Rücklage wurde infolge des Urteils des BVerfG vom 15. November 2023 im Haushaltsjahr 2024 vollständig aufgelöst.

Die Deckung der Ausgaben erfolgt ausschließlich aus dem Titel 232 01 im Kapitel 53 01.

53 Sondervermögen "Corona"
53 01 Allgemeines

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

632 01	045	Zuführung an den Einzelplan 13	1.491.315.200	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

Die noch verbliebene Rücklage wurde infolge des Urteils des BVerfG vom 15. November 2023 im Haushaltsjahr 2024 vollständig aufgelöst und im Zuge des Jahresabschlusses 2024 dem Einzelplan 13 zugeführt.

Ggf. nicht mehr benötigte Mittel werden dem Einzelplan 13 zugeführt und zur Tilgung verwendet. Dafür dient dieser Leertitel.

971 01	045	Verstärkungsmittel Sondervermögen Corona	300.000.000	0	0
			0	0	0

Erläuterungen:

vgl. Haushaltsgesetz 2025/2026 § 3 Abs. 1 sowie ***-Vermerk bei Titel 232 01 in Kapitel 53 01

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 01 **Allgemeines**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	638.438.600	552.045.600	490.102.500
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	1.491.315.200	0	0
Gesamteinnahme		2.129.753.800	552.045.600	490.102.500

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.491.315.200	0	0
			0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	300.000.000	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		1.791.315.200	0	0
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		338.438.600	552.045.600	490.102.500

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 03 **Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

71 **Einrichtung Katastrophenschutzstab der Landesregierung**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 1

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

812 71	045	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 71			0	0	0
				0	0

72 **Beschaffung von Technik zur Digitalisierung aller Rettungsmittel**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 2

Abschluss der Ausstattung aller Rettungswagen und Noteinsatzfahrzeuge mit Hard- und Software

533 72	045	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0

883 72	045	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	50.000	0
			0	0	0

893 72	045	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 72			0	50.000	0
				0	0

73 **Erweiterung um ein Laserwaffen- und Simulationssystems zur Aufrechterhaltung des Schießbetriebs**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 3

Abschluss der baulichen Ertüchtigung zur Installation eines Virtual Reality Trainings- und Schießsystems zur Aufrechterhaltung der Schießausbildung und Schießfortbildung

812 73	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	380.000	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	380.000	0
				0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 03 Ministerium für Inneres und Sport

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
74		Ausstattung der Polizei mit mobiler Informationstechnologie Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 4 Die Maßnahme ist abgeschlossen.			
511 74	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 75.751	0 0	0 0
533 74	042	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
812 74	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 3.002.304	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 74			0	0 0	0 0
75		Beschaffung eines Impfmobils Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 5 Die Maßnahme ist abgeschlossen.			
811 75	045	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	0 57.273	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 75			0	0 0	0 0
76		Beschaffung von Netzersatzanlagen Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 6 Die Maßnahme ist abgeschlossen.			
883 76	045	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 925.785	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 76			0	0 0	0 0
77		Zuschüsse an Sportvereine und -verbände zur Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen des Pandemiegeschehens Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 7 Die Maßnahme ist abgeschlossen.			
684 77	322	Zuschüsse an Sportvereine und Sportverbände	0 347.220	0 0	0 0

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 03 **Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 77	0	0	0
		0	0

78 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesverwaltungsamt

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 62

Entgelte für Bedienstete des Landesverwaltungsamts, die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Verwaltungsarbeiten erfüllen.

siehe auch Stellenplan zu Kapitel 53 03

427 78	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
			327.871	0	0
428 78	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	251.700	56.300
			275.084	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 78	0	251.700	56.300
		0	0

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 03 **Ministerium für Inneres und Sport**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	251.700	56.300
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	430.000	0
			0	0
Gesamtausgabe		0	681.700	56.300
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	-681.700	-56.300

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

78 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 8

Das Personal wird befristet zur Absicherung von personellen Mehrbedarfen im Zusammenhang mit Nacharbeiten zur Bewältigung der Corona-Pandemie eingesetzt.

428 78	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.160.000	795.600	767.000
			770.483	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 78			2.160.000	795.600	767.000
				0	0

79 **Digitalisierung von sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 9

Durch den Ausbau von Digitalisierungsangeboten wird die Pandemieresilienz gestärkt. Folgende Projekte werden fortgesetzt:

- Digitalisierungsprojekte der Suchtberatungsstellen sowie der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen,
- Digitalisierungsprojekte in Pflegeeinrichtungen sowie in stationären Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung,
- Digitalisierungsprojekte von Familienverbänden, Familienzentren und Träger der Familienbildungsangebote,
- Digitalisierungsprojekte von Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.

633 79	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	913.100	700.000	700.000
			0	0	0

671 79	235	Kostenerstattung zur Umsetzung	347.800	16.600	143.000
			1.465.811	0	0

684 79	235	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.002.200	100.000	0
			0	0	0

883 79	235	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen	0	0	0
			0	0	0

891 79	235	Zuschüsse an öffentliche Träger für Investitionen	0	0	0
			0	0	0

893 79	235	Zuschüsse an freie Träger für Investitionen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 79			2.263.100	816.600	843.000
				0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

80 Ausbildungsvergütung für Pflegehelferinnen und Pflegehelfer

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 10

Diese Maßnahme wird aufgrund von § 4 Abs. 2 Cor-SVG nicht aus dem Sondervermögen Corona finanziert. Die Gesamtmittel dieser Maßnahme i. H. v. 18.555.000 EUR wurden zur Tilgung verwendet.

671 80	291	Kostenerstattung zur Umsetzung	0	0	0
			0	0	0
684 80	291	Leistungen für Schülerinnen und Schüler für die generalistische Pflegehelferausbildung	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 80			0	0	0
				0	0

81 Investitionen in die soziale Infrastruktur zur Sicherstellung der Hygieneschutz-Standards

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 11

Fortsetzung von baulichen Projekten zur Verbesserung der hygienischen Standards (z. B. Reduzierung von Mehrpersonenbelegungen) sowie zur hygienischen Aufwertung der Infrastruktur (z. B. Beseitigung von Engpässen, Laufwegemanagement, Belüftung).

533 81	291	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
671 81	291	Kostenerstattung zur Umsetzung	1.078.800	779.400	593.500
			618.548	0	0
891 81	291	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Träger	0	0	0
			0	0	0
892 81	291	Zuschüsse für Investitionen freigemeinnütziger und privater Träger	33.921.200	52.375.800	90.421.500
			460.871	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 81			35.000.000	53.155.200	91.015.000
				0	0

82 Investitionen Krankenhäuser - Krankenhauszukunftsgesetz

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 12

Fortsetzung der Bereitstellung von Mitteln, damit Krankenhäuser in moderne Notfallkapazitäten, die Digitalisierung und ihre IT-Sicherheit investieren können, um die Pandemieresilienz des Landes zu stärken.

Der korrespondierende Bundesanteil ist im Einzelplan 05, Kapitel 05 13, Titelgruppe 66 veranschlagt.

53 Sondervermögen "Corona"
53 05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
671 82	312	Kostenerstattung zur Umsetzung	191.800 0	500.000 0	600.000 0
685 82	312	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
891 82	312	Zuschüsse an öffentliche Krankenhäuser gem. §9 Abs. 1 KHG	4.813.400 1.960.916	20.353.500 0	35.000.000 0
893 82	312	Zuschüsse an freie gemeinnützige und private Krankenhäuser gem. §9 Abs. 1 KHG	41.656.500 1.286.863	19.222.600 0	33.694.300 0
894 82	312	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	5.200.000 0	6.800.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 82			46.661.700	45.276.100 0	76.094.300 0
83		Investitionen Krankenhäuser - Medizinisch-technische Großgeräte einschließlich baulicher Anpassungen Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 13 Fortsetzung der Finanzierung von Investitionsmitteln in die technische Ausstattung der Krankenhäuser, insbesondere auch für die Akutversorgung zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen und modernen Gesundheitsversorgung, um die Pandemieresilienz des Landes zu stärken.			
671 83	312	Kostenerstattung zur Umsetzung	362.300 243.100	265.100 0	54.400 0
891 83	312	Zuschüsse an öffentliche Krankenhäuser gem. §9 Abs. 1 KHG	18.000.000 1.109.913	40.000.000 0	2.500.000 0
893 83	312	Zuschüsse an freie gemeinnützige und private Krankenhäuser gem. §9 Abs. 1 KHG	11.637.700 1.960.356	25.290.500 0	2.445.600 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 83			30.000.000	65.555.600 0	5.000.000 0
84		Ausstattung mit Luftfiltern in Einrichtungen der freien Träger der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 14 Die Maßnahme ist abgeschlossen. Die eingeplanten Mittel dienen der Finanzierung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die noch abzuschließenden Restarbeiten. Nach derzeitiger Kalkulation fallen hier insbesondere noch Abwicklungskosten an.			
671 84	261	Kostenerstattung zur Umsetzung	0 0	2.400 0	5.600 0

53 Sondervermögen "Corona"
53 05 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
883 84	261	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 554.745	0 0	0 0
893 84	261	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 84			0	2.400 0	5.600 0
85		Maßnahmen zum Gewaltschutz und für Beratungsstellen für Frauen und deren Kinder Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 15 Die Maßnahme ist abgeschlossen.			
633 85	291	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
684 85	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	60.000 73.718	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 85			60.000	0 0	0 0

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 05 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	2.160.000	795.600	767.000
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.956.000	2.363.500	2.096.500
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	110.028.800	162.442.400	170.861.400
			0	0
Gesamtausgabe		116.144.800	165.601.500	173.724.900
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-116.144.800	-165.601.500	-173.724.900

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Wissenschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

87 Ausstattung der Hochschulen mit mobilen Luftfilteranlagen

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 16

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

511 87	133	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
685 87	133	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 30.464	0 0	0 0
894 87	133	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 87			0	0 0	0 0

88 Digitalisierungsmaßnahmen an den Hochschulen

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 17

Durch die Digitalisierungsmaßnahmen wird die Pandemieresilienz der Hochschulen gestärkt. Dazu werden u. a. folgende Projekte im Jahr 2025 finalisiert:

- Ausbau der technischen Infrastruktur für die hybride Lehre,
- Erneuerung der Firewall-Systeme inkl. Anschlusstechnik sowie Ausbau der Sicherheitsstandards,
- Prozessdigitalisierung.

685 88	133	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	58.900 2.202.197	0 0	0 0
812 88	133	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
894 88	133	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	500.000 1.112.290	500.000 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 88			558.900	500.000 0	0 0

89 Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung für Großgeräte in den Universitätsklinika Halle und Magdeburg

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Tabellenerläuterung verbindlich.

53 Sondervermögen "Corona"
53 06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Wissenschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 18

Notwendige Ersatzbeschaffungen u.a. von labordiagnostischer Ausstattung, Computertomographen und mobilem Röntgen, welche während der Pandemie häufiger und intensiver genutzt wurden.

Maßnahmenübergreifende Umschichtung gem. § 5 Abs. 3 Cor-SVG

Maßnahmenbezeichnung	Gesamtvolumen alt	Gesamtvolumen neu	Differenz
lfd. Nr. 18 "Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung für Großgeräte in den Universitätsklinikum Halle und Magdeburg"	5.289.276	11.289.276	6.000.000
lfd. Nr. 56 "Erhöhung des Ausfalltitels für Landesbürgschaften und Landesgarantien"	50.000.000	44.000.000	-6.000.000

Mit den zusätzlichen Mitteln für die Maßnahme lfd. Nr. 18 "Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung für Großgeräte in den Universitätsklinikum Halle und Magdeburg" können fünf weitere Geräte angeschafft werden. Es handelt sich um ein MRT-Gerät und eine Durchleuchtungsanlage für das UKMD und um ein Intensivdokumentationssystem, ein Röntgenbestrahlungsgerät sowie ein Ganzkörperbildgebungssystem für das UKH.

Die Mittel entstammen der Maßnahme lfd. Nr. 57 "Erhöhung des Ausfalltitels für Landesbürgschaften und Landesgarantien" (Kapitel 53 13, Titelgruppe 71), da hier das ursprünglich vorgesehene Gesamtmittelvolumen nicht vollständig benötigt wird.

812 89	139	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
894 89	139	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	1.000.000 1.760.000	2.500.000 0	3.500.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 89			1.000.000	2.500.000 0	3.500.000 0

90 Vorhaben zur Pandemieforschung

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 19

Die begonnenen Forschungsprojekte werden in 2025/2026 abgeschlossen. Die Mittel dafür wurden bereits durch die Hochschulen abgerufen.

In 2025 erfolgt aus dieser Maßnahme die Fortsetzung der Finanzierung der Regierungskommission Pandemievorsorge.

429 90	139	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	550.000 3.561.074	0 0	0 0
522 90	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	250.000 0	150.000 0	0 0

Erläuterungen:

Die im Jahr 2024 begonnenen Arbeiten der Regierungskommission Pandemievorsorge sollen im ersten Quartal 2025 abgeschlossen werden. Die Mittel sollen die Arbeit des Dienstleisters PD finanzieren, der die Kommission bei der Erstellung des zur Veröffentlichung vorgesehenen Endberichtes (insbesondere durch die Überführung der Abschlussberichte der Arbeitsgruppen und weiterer Vorarbeiten) mit den für Sachsen-Anhalt relevanten Handlungsempfehlungen unterstützt. Um die Möglichkeit der Nachbereitung der Kommissionsarbeit sicherzustellen, soll der Dienstleister voraussichtlich bis maximal 30. Juni 2025 gebunden werden. Der Vertragsschluss erfolgte für 2024 mit Verlängerungsoption für 2025 unter Haushaltsvorbehalt.

53 Sondervermögen "Corona"
53 06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Wissenschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
685 90	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	200.000 962.257	0 0	0 0
894 90	139	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 90			1.000.000	150.000 0	0 0
91		Ausgleichszahlungen an die außeruniversitären Forschungseinrichtungen Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 20 Fortsetzung der Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeitenden und zum ordnungsgemäßen Weiterbetrieb des Wissenschaftsbetriebes, zum anforderungsgerechten Umbau, zur Automatisierung der Kernanalytik, zu Laufzeitverlängerungen von Qualifikationsstellen.			
685 91	164	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1.170.600 2.223.732	518.000 0	284.600 0
894 91	164	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 184.000	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 91			1.170.600	518.000 0	284.600 0
92		Digitalisierungsmaßnahmen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 21 Fortsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Ausstattung, u. a. Ausbau der Netzkapazität, IT-Sicherheit, Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und Einrichtung mobiler Arbeitsplätze.			
685 92	164	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1.078.600 367.200	333.000 0	327.600 0
812 92	164	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
894 92	164	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	2.500.000 4.343.000	2.264.800 0	990.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 92			3.578.600	2.597.800 0	1.317.600 0

53 Sondervermögen "Corona"
53 06 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Wissenschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

**93 Ausstattung der außeruniversitären Einrichtungen mit
Luftreinigungsanlagen**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 22

Installation von Lüftungsanlagen, Um- und Aufrüstung vorhandener Lüftungsanlagen, Entzerrung der Raumsituation u. ä.
Die Maßnahme sollte bis Ende 2024 realisiert werden. Allerdings kam es zu Verzögerungen bei der Erteilung einer
Baugenehmigung, so dass die Maßnahme erst im Haushaltsjahr 2025 abgeschlossen werden kann.

511 93	164	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
685 93	164	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	163.000 0	0 0	0 0
894 93	164	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	490.000 36.435	520.000 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 93			653.000	520.000 0	0 0

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 06 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Wissenschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	550.000	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	250.000	150.000	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.671.100	851.000	612.200
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.490.000	5.784.800	4.490.000
			0	0
Gesamtausgabe		7.961.100	6.785.800	5.102.200
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-7.961.100	-6.785.800	-5.102.200

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 07 **Ministerium für Bildung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

81 **Arbeitsschutz und Gesundheitsprävention im Schulbereich**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 24

Fortsetzung der Maßnahmen des Präventionstages Arbeits- und Gesundheitsschutz gemäß RdErl. des MB vom 15. April 2024 - 35-40101-2/22/645/2024 sowie Maßnahmen zum Kinder- und Jugendschutz und zur Gewaltprävention.

443 81	129	Betriebliches Gesundheitsmanagement	357.000	714.000	0
			546.625	0	0

Erläuterungen:

Fortsetzung der Maßnahmen des Präventionstages Arbeits- und Gesundheitsschutz gemäß RdErl. des MB vom 15. April 2024 - 35-40101-2/22/645/2024

685 81	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	100.000	67.000	67.000
			96.476	0	0

Erläuterungen:

Fortsetzung der Finanzierung der schulübergreifenden Netzwerksarbeit und der außerschulischen Kooperationspartner, die Schulen bei der Umsetzung der Initiative "Schule gegen sexuelle Gewalt" unterstützen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 81			457.000	781.000	67.000
				0	0

82 **Digitalisierungsmaßnahmen in anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung nach Erwachsenenbildungsgesetz Sachsen-Anhalt**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 25

Durch das Programm wird die digitale Infrastruktur und Ausstattung in den nach EBG-LSA anerkannten Einrichtungen verbessert und zukunftsfähig gemacht sowie die Resilienz gestärkt. Folgende Vorhaben werden fortgesetzt:

- Anschaffung von Hard- und Software,
- Anschaffung digitaler Systeme und pädagogischer Lernplattformen,
- technischer Support und Wartung.

671 82	153	Kostenerstattung an die IB	0	70.000	70.000
			60.200	0	0

684 82	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	200.000	330.000	628.900
			88.168	0	0

Erläuterungen:

Aus diesem Titel ergehen die Zuschüsse gemäß Richtlinien Digitalisierungsmaßnahmen Erwachsenenbildung vom 24. Oktober 2022 an soziale oder ähnliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung des Landes (u.a. Uranias, KEB, Arbeit und Leben, LEB etc.).

685 82	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	400.000	300.000	590.000
			2.244	0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 07 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 685 82

Erläuterungen:

Aus diesem Titel ergehen die Zuschüsse gemäß Richtlinien Digitalisierungsmaßnahmen Erwachsenenbildung vom 24. Oktober 2022 an öffentliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung des Landes (Volkshochschulen).

Nachrichtlich: Summe TGr. 82	600.000	700.000	1.288.900
		0	0

83 Digitalisierungsmaßnahmen an Schulen

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 26

Es wird die Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen, welche die Pandemieresilienz stärken, fortgesetzt:

- Schul-IKT in Oberzentren,
- professionelle Strukturen zur Administration,
- Ausstattung der Schulen zur Erstellung professioneller Online-Lernangebote,
- Ausstattung von Makerspaces/ Digitallaboren,
- Anschaffung digitaler Endgeräte für Schülerinnen und Schüler.

511 83 692 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	100.000	100.000
	0	0	0

517 83 692 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, Räume	0	21.600	21.600
	0	0	0

Erläuterungen:

Bewirtschaftungsausgaben der Servicebereiche für Digitallabore

518 83 692 Mieten und Pachten	0	43.500	43.500
	0	0	0

Erläuterungen:

Raummieten für Digitallabore und Räume für Service und Wartung der mobilen Setting-Module, der digitalen Klassenzimmer und sonstiger Medientechnik

522 83 692 Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	40.000	60.000
	0	0	0

Erläuterungen:

- wissenschaftliche Begleitung bei der Umsetzung von digital gestütztem Unterricht basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen
- evidenzbasierte Bewertung der Zweckmäßigkeit der geplanten Maßnahmen; Recherchetätigkeiten und Analyse qualitativer sowie quantitativer Merkmale zur Evaluation der eingesetzten digitalen Konzepte und Werkzeuge

Veranschlagung ab 2027 bei Kapitel 07 58, Titel 522 64

525 83 692 Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	0	175.000	175.000
	0	0	0

527 83 692 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	27.000	27.000
	0	0	0

Erläuterungen:

Reisekosten der projektbeteiligten Lehrkräfte, Projektleitung und Modul Digitalassistenten, Referenten

531 83 692 Veröffentlichungen	0	5.000	5.000
	0	0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 07 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 531 83

Erläuterungen:

Ausgaben für Web-Darstellungen, Druck und Layout

533 83	692	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	32.500 0	32.500 0
633 83	692	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
671 83	692	Kostenerstattung an die IB	0 0	0 0	0 0
682 83	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 5.881	0 0	0 0
685 83	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 83	692	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0 0	0 0	0 0
812 83	692	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	120.000 0	1.055.400 0	1.035.400 0
Erläuterungen:					
Schaffung, Erweiterung und Modernisierung der informations- und kommunikationstechnischen Grundstrukturen für die Anwendung elektronischer Medien in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen					
883 83	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	880.000 0	1.000.000 0	1.000.000 0
Erläuterungen:					
Schaffung, Erweiterung und Modernisierung der informations- und kommunikationstechnischen Grundstrukturen für die Anwendung elektronischer Medien in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen					
891 83	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 83	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	492.900 28.680	520.000 0	0 0
894 83	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	4.100.000 391.374	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 83			5.592.900	3.020.000 0	2.500.000 0

53 Sondervermögen "Corona"
53 07 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

84 Maßnahmen zur Bewältigung von Lernrückständen

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 27

Folgende Maßnahmen werden fortgesetzt:

- Entwicklung von Lernangeboten,
- Anschaffung von Lernmitteln und Übungssoftware,
- Schulbudgets für öffentliche Schulen zur Bewältigung von Lernrückständen,
- Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunftssprache,
- Zuschüsse an freie Schulen zur Bewältigung von Lernrückständen.

422 84	129	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	0	0	0
			0	0	0

427 84	129	Beschäftigungsentgelte und Honorare	741.400	168.400	168.400
			112.924	0	0

Erläuterungen:

Befristete Beschäftigung von zwei Personen in der Servicestelle "Aufholen nach Corona" und bis zu 15 schulpsychologische Fachkräfte.

428 84	129	Mehrarbeits-/ Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
			0	0	0

511 84	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	101.600	192.000	192.000
			0	0	0

522 84	129	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0

525 84	129	Aus- und Fortbildung, Honorare	0	1.500.000	1.500.000
			159.126	0	0

Erläuterungen:

Einsatz externer Fachkräfte zur Sprachförderung an allgemeinbildenden Schulen.

527 84	129	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	0	0	0
			0	0	0

533 84	129	Dienstleistungen Außenstehender	601.300	192.000	71.100
			201.165	0	0

Erläuterungen:

Durchführung von Lerncamps in den Schulferien sowie Veranschlagung der Ausgaben für den Einsatz externer Fachkräfte zur Förderung der beruflichen Fachsprache.

684 84	129	Zuschüsse an öffentliche Schulen	8.378.800	3.774.300	2.038.900
			814.649	0	0

685 84	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentlichen Einrichtungen	0	100.000	100.000
			34.032	0	0

686 84	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Schulträger	1.201.700	1.073.300	994.900
			853.485	0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 07 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
812 84	129	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	3.500.000 0	2.500.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 84			11.024.800	10.500.000 0	7.565.300 0
85		Digitalassistenz für Schulen Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 28 Die Maßnahme unterstützt Schulen, die Transformation der Verwaltung durch Digitalisierung zu vollziehen. Die Digitalassistenten unterstützen die Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler beim Einsatz und der Anwendung digitaler Werkzeuge. siehe auch Stellenplan zu Kapitel 53 07			
427 85	129	Beschäftigungsentgelte und Honorare	0 1.884.246	6.536.700 0	6.800.400 0
428 85	129	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6.000.000 0	0 0	0 0
511 85	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 122.038	94.400 0	94.400 0
514 85	129	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	0 51.229	96.200 0	96.200 0
518 85	129	Miete oder private Vorfinanzierung (z.B. Leasing von DKfZ)	0 36.890	84.000 0	84.000 0
525 85	129	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	0 10.577	111.300 0	133.300 0
527 85	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 25.822	150.300 0	150.300 0
531 85	129	Veröffentlichungen	0 0	0 0	0 0
533 85	129	Dienstleistungen Außenstehender	0 0	0 0	0 0
681 85	129	Schadenersatzleistungen	0 0	18.000 0	18.000 0
Erläuterungen: Veranschlagung eventueller Schadensfälle (z. Bsp. Schäden an den Leasingfahrzeugen)					
812 85	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	22.000 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 85			6.000.000	7.112.900 0	7.376.600 0

53 Sondervermögen "Corona"
53 07 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

86 Pandemieresiliente Bau- und Ausstattungsmaßnahmen an Schulen

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 29

Förderung pandemieresilienter Bau- und Ausstattungsmaßnahmen an Schulen, die der Einhaltung von Hygienestandards dienen.

511 86	692	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
671 86	692	Kostenerstattung an die IB	0 0	0 0	0 0
812 86	692	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0 0	0 0	0 0
883 86	692	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Schulträger	4.500.000 0	14.028.200 0	24.725.500 0
893 86	692	Zuschüsse für Investitionen an freie Schulen	4.500.000 0	1.558.700 0	2.747.300 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 86			9.000.000	15.586.900 0	27.472.800 0

53 Sondervermögen "Corona"
53 07 Ministerium für Bildung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	7.098.400	7.419.100	6.968.800
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	702.900	2.864.800	2.785.900
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10.280.500	5.732.600	4.507.700
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	14.592.900	21.684.300	32.008.200
			0	0
Gesamtausgabe		32.674.700	37.700.800	46.270.600
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-32.674.700	-37.700.800	-46.270.600

53 Sondervermögen "Corona"
53 08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Business Resilienz: Wirtschaft digitalisieren - mit Digitalisierung widerstandsfähiger werden

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 30

Diese Maßnahme wird aufgrund von § 4 Abs. 2 Cor-SVG nicht aus dem Sondervermögen Corona finanziert. Die Gesamtmittel dieser Maßnahme i. H. v. 1.490.000 EUR wurden zur Tilgung verwendet.

533 61	153	Dienstleistungen Außenstehender	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
				0	0

62 Förderung der Tourismuswirtschaft

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 31

siehe Erläuterung in Kapitel 53 21, Titelgruppe 98 - Maßnahme lfd. Nr. 58 "Administrierungskosten zur Umsetzung Corona-bedingter Maßnahmen und Administrierungskosten zur Aufholung von Umsetzungsrückständen von Förderprogrammen aufgrund der Corona-Pandemie"

Fortsetzung der Förderung von Marketing- und Digitalisierungsprojekten zur Abfederung der Folgen der Pandemie, Stärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus in Sachsen-Anhalt und/ oder Stärkung der Resilienz des Tourismus in der Zukunft.

Für folgende Projekte wurden bereits Zuwendungen für das Jahr 2025 gewährt:

- Einführung einer vernetzten und lernfähigen digitalen und permanenten Gästebefragung in Magdeburg,
- Gastgeber auf (Lebens)Zeit: eine Kampagne der Saale-Unstrut-Region zur Arbeitskräftegewinnung im Tourismus und Steigerung des Branchenimages,
- Entwicklung einer Binnenmarketingkampagne für das Land Sachsen-Anhalt,
- Entwicklung eines Systems zur Besuchererfassung und -lenkung in den Städten in Sachsen-Anhalt,
- Die Altmark 2023-2025: Resilient durch einen starken touristischen Auftritt nach Außen und Innen: Schaffung von Bekanntheit und Bewusstsein als Reiseregion,
- Tourismusoffensive Halle (Saale),
- Gartenträume digital: Entwicklung eines dauerhaften digitalen Gartenträume-Stempelangebotes und Online-Marketingkampagne,
- Audio-Guide App in Zerbst/Anhalt,
- Schaffung eines ergänzenden digitalen Angebotes für die süße und salzige Tour (Urlaubsregion Mittelelbe),
- Unsichtbares Bauhaus Dessau.

Weitere Zuwendungen sollen für Projekte im Bereich Marketing und Digitalisierung touristischer Angebote des Landes, der Regionen oder der Kommunen zur Stärkung der Resilienz des Tourismus in der Zukunft eingesetzt werden.

633 62	652	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			484.998	0	0
685 62	652	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	2.250.000	1.680.000	0
			1.633.731	0	0

53 Sondervermögen "Corona"

53 08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

686 62	652	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			49.500	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	2.250.000	1.680.000	0
		0	0

63 Kofinanzierung des Landes für die laufende Antragsinitiative zum European Digital Innovation Hub (EDIH) im Rahmen des EU-Programms "Digitales Europa"

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 32

Diese Maßnahme wird aufgrund von § 4 Abs. 2 Cor-SVG nicht aus dem Sondervermögen Corona finanziert. Die Gesamtmittel dieser Maßnahme i. H. v. 2.000.000 EUR wurden zur Tilgung verwendet.

685 63	165	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63	0	0	0
		0	0

64 Verlängerung des Vorbereitungsdienstes der Forstinspektoranwärter "Forst Dual" (Einstellungsjahr 2019 und 2020)

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 33

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

422 64	512	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	41.000	0	0
			14.248	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64	41.000	0	0
		0	0

65 Kofinanzierung des Landes für zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW-Maßnahmen)

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 34

siehe Erläuterung in Kapitel 53 21, Titelgruppe 98 - Maßnahme lfd. Nr. 58 "Administrierungskosten zur Umsetzung Corona-bedingter Maßnahmen und Administrierungskosten zur Aufholung von Umsetzungsrückständen von Förderprogrammen aufgrund der Corona-Pandemie"

Hauptziel der GRW-Investitionsförderung ist es, durch die Schaffung und Sicherung von dauerhaften und hochwertigen Arbeitsplätzen die Wirtschaftsstruktur zu stärken. Zu den Maßnahmen, die der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie dienen, gehört die Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel für die GRW-Investitionsförderung. Damit sollen noch mehr Projekte gefördert werden können, um den jeweiligen Regionen neuen Schwung für die Bewältigung der Corona-Pandemie zu geben. Um die Bundesmittel vollständig abrufen zu können, ist auch der Landesanteil gleichermaßen aufzustocken. Die Ausfinanzierung der zusätzlichen GRW-Landesanteile erfolgt aus dem Sondervermögen Corona. Die Auszahlungen ergeben sich aus den GRW-Bewilligungen, die die IB im Auftrag des Landes vorgenommen hat.

Der korrespondierende Bundesanteil ist im Einzelplan 08, Kapitel 08 02, Titelgruppe 70 veranschlagt.

53 Sondervermögen "Corona"

53 08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
883 65	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	5.900.200 1.513.111	7.234.800 0	0 0
892 65	691	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	17.700.500 15.662.749	14.469.700 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			23.600.700	21.704.500 0	0 0
66		Verlängerung der Härtefallhilfen			
		Erläuterungen:			
		vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 63			
		siehe Erläuterung in Kapitel 53 21, Titelgruppe 98 - Maßnahme lfd. Nr. 58 "Administrierungskosten zur Umsetzung Corona-bedingter Maßnahmen und Administrierungskosten zur Aufholung von Umsetzungsrückständen von Förderprogrammen aufgrund der Corona-Pandemie"			
		Die Maßnahme ist abgeschlossen.			
533 66	045	Dienstleistungen Außenstehender	0 5.465	0 0	0 0
681 66	045	Billigkeitsleistungen des Landes an Unternehmen zur Bewältigung der Coronapandemie - Härtefallhilfen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			0	0 0	0 0

53 Sondervermögen "Corona"

53 08 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Wirtschaft und Tourismus

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	41.000	0	0
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.250.000	1.680.000	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	23.600.700	21.704.500	0
			0	0
Gesamtausgabe		25.891.700	23.384.500	0
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-25.891.700	-23.384.500	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Landwirtschaft und Forsten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

95 Personelle Verstärkung der sozio-ökonomischen Beratung

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 35

siehe Erläuterung in Kapitel 53 21, Titelgruppe 98 - Maßnahme lfd. Nr. 58 "Administrierungskosten zur Umsetzung Corona-bedingter Maßnahmen und Administrierungskosten zur Aufholung von Umsetzungsrückständen von Förderprogrammen aufgrund der Corona-Pandemie"

Fortsetzung der Beratung von landwirtschaftlichen gartenbaulichen Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern. Ziel ist es vor dem Hintergrund bestehender existenzgefährdender wirtschaftlicher Probleme im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Entscheidungshilfen zur betriebswirtschaftlichen Konsolidierung direkt oder auch indirekt zu vermitteln.

siehe auch Stellenplan zu Kapitel 53 09

428 95 511	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	180.000	77.100	0
		109.521	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 95		180.000	77.100	0
			0	0

53 **Sondervermögen "Corona"**

53 09 **Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Landwirtschaft und Forsten**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	180.000	77.100	0
		0	0
Gesamtausgabe	180.000	77.100	0
Gesamtsumme der VE		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-180.000	-77.100	0

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 11 **Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

66 Ausstattung der Dienstgebäude mit mobilen Luftfilteranlagen und CO2-Messgeräten

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 36

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

511 66	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	100.000	0	0
			16.381	0	0
812 66	051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			20.481	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			100.000	0	0
				0	0

67 Einführung einer elektronischen Verkündung

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 37

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

511 67	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.600	0	0
			0	0	0
522 67	011	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0
533 67	011	Dienstleistungen Außenstehender	84.000	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 67			85.600	0	0
				0	0

68 Digitalisierung der Verbraucherberatung

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 38

684 68	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	119.400	199.900	199.900
			25.392	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 68			119.400	199.900	199.900
				0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 11 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	185.600	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	119.400	199.900	199.900
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		305.000	199.900	199.900
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-305.000	-199.900	-199.900

53 Sondervermögen "Corona"
53 13 Ministerium der Finanzen - Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

71 Erhöhung des Ausfalltitels für Landesbürgschaften und Landesgarantien

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 56

siehe Erläuterung in Kapitel 53 06, Titelgruppe 89 - Maßnahme lfd. Nr. 18 "Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung für Großgeräte in den Universitätsklinikum Halle und Magdeburg"

Es handelt sich um pandemiebedingte Ausgaben für die Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Garantie- oder sonstigen Gewährleistungsverträgen, welche ergänzend zum Einzelplan 13, Kapitel 13 25, Titel 871 01 bereitgestellt werden. Es werden mit den Mitteln Corona-induzierte Eventualverbindlichkeiten des Landes Sachsen-Anhalt für mögliche Inanspruchnahmen des Landes für gem. § 5 Abs. 1 Haushaltsgesetz übernommene Bürgschaften und Garantien abgedeckt.

871 71	681	Ausgaben für die Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Garantie- oder sonstigen Gewährleistungsverträgen im Inland	10.000.000 903.469	10.000.000 0	10.000.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 71			10.000.000	10.000.000 0	10.000.000 0

72 Zuschüssen an die Universitätskliniken

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 57

Die Maßnahme ist auszahlungsseitig abgeschlossen. Die Berichterstattung über die Verwendung der Zuschüsse erfolgt gemäß § 5 Abs. 5 Cor-SVG.

682 72	132	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 72			0	0 0	0 0

73 Kommunalpauschale für die Kommunen aufgrund von Preissteigerung und Mehrausgaben aufgrund von Corona

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 61

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

883 73	692	Kommunalpauschale	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	0 0	0 0

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 13 **Ministerium der Finanzen - Allgemeine Finanzverwaltung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	10.000.000	10.000.000	10.000.000
			0	0
Gesamtausgabe		10.000.000	10.000.000	10.000.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-10.000.000	-10.000.000	-10.000.000

53 Sondervermögen "Corona"
53 14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Infrastruktur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

**73 Ausgleich coronabedingter finanzieller Nachteile im ÖPNV
(ÖPNV-Rettungsschirm 2020/2021); Landeskofinanzierung für
die Inanspruchnahme der zusätzlichen
Regionalisierungsmittel des Bundes**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 39

Die vorläufige Schlussabrechnung der im Jahr 2022 ausgereichten Ausgleichszahlungen soll im Jahr 2024 abgeschlossen sein. Aufgrund anhängiger Klageverfahren werden jedoch voraussichtlich nicht alle Verwaltungsverfahren abgeschlossen sein. Aus diesem Grund werden Restmittel für das Jahr 2025 veranschlagt.

633 73	741	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	243.700	0
			0	0	0
683 73	741	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 73			0	243.700	0
				0	0

74 Digitale Infrastrukturen

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 40

Die zielgerichtete und zeitnahe Weiterentwicklung digitaler Infrastrukturen für Gesellschaft und Wirtschaft ist essentiell für die Bewältigung der Pandemiefolgen und Grundvoraussetzung für eine künftige Pandemieressilienz des Landes. Durch z. B. die Unterstützung des kommunalen Gigabitausbau, die Förderung von Leerrohrmitverlegungsmaßnahmen, des Mobilfunkausbaus und von 5G-Projekten sowie von Freifunkprojekten wird eine hochwertige flächendeckende Festnetz- und Mobilfunkversorgung sichergestellt.

Im Rahmen der Maßnahme werden insbesondere folgende Einzelprojekte weitergeführt:

- Förderung digitaler Infrastrukturen: Breitbandausbau Harzgerode/Ilseburg/Wernigerode, Breitbandausbau Südliches Anhalt, Breitbandausbau Freckleben, Breitbandausbau Gardelegen, Breitbandausbau Aken, Breitbandausbau Zerbst, Breitbandausbau Stendal, Breitbandausbau Egelner Mulde, Breitbandausbau Landkreis Wittenberg, Breitbandausbau Landkreis Harz, Breitbandausbau Landkreis Saalekreis, Breitbandausbau Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Breitbandausbau Landkreis Jerichower Land, Breitbandausbau Landkreis Mansfeld-Südharz, Breitbandausbau Hohe Börde, Breitbandausbau Calbe (Saale), Breitbandausbau Teuchern und Breitbandausbau Schönebeck,
- kooperative Hybrid-Cloud-Umgebung für die Hochschulen des Landes.

518 74	692	Mieten und Pachten	0	0	0
			0	0	0
522 74	692	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			0	0	0
532 74	692	Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
			0	0	0
533 74	692	Dienstleistungen Außenstehender	8.000.000	0	0
			0	0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 14 Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Infrastruktur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
633 74	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0 0	0 0
637 74	692	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	0 0	0 0	0 0
682 74	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
683 74	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
684 74	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	0 0	0 0	0 0
685 74	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 0	0 0	0 0
686 74	692	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0 0	0 0	0 0
883 74	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.000.000 4.073.830	44.547.500 0	45.933.500 0
887 74	692	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0 0	0 0	0 0
891 74	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0 0	0 0	0 0
892 74	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0 0	0 0	0 0
893 74	692	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	8.000.000 0	0 0	0 0
894 74	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0 4.700.000	3.750.000 0	1.000.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 74			23.000.000	48.297.500 0	46.933.500 0

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 14 **Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Infrastruktur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	8.000.000	0	0
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	243.700	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	15.000.000	48.297.500	46.933.500
			0	0
Gesamtausgabe		23.000.000	48.541.200	46.933.500
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-23.000.000	-48.541.200	-46.933.500

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 15 **Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Umwelt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

94 Durchführung SARS-CoV-2 Abwasser Screening

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 23

Unterhaltung des aufgebauten SARS-CoV-2 Abwasser-Screenings als Frühwarnsystem (Testgeräte, Laborverbrauchsmaterialien sowie die Personalausgaben).

siehe auch Stellenplan zu Kapitel 53 15

428 94	165	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	120.000 77.267	71.600 0	71.600 0
514 94	165	Verbrauchsmittel	70.000 19.336	20.000 0	20.000 0
812 94	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 94			190.000	91.600 0	91.600 0

53 Sondervermögen "Corona"
53 15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Umwelt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	120.000	71.600	71.600
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	70.000	20.000	20.000
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		190.000	91.600	91.600
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-190.000	-91.600	-91.600

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 17 **Staatskanzlei und Ministerium für Kultur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Digitalisierung von öffentlichen Bibliotheken

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 43

siehe Erläuterung in Kapitel 53 17, Titelgruppe 63 - Maßnahme lfd. Nr. 45 "Digitalisierung von Museen, kulturellen Einrichtungen und Kulturgütern"

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

633 61	186	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	405.000	0	0
			82.970	0	0
686 61	186	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
			26.795	0	0
883 61	186	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	200.000	0	0
			0	0	0
		Nachrichtlich: Summe TGr. 61	605.000	0	0
				0	

62 Notfallfonds für Kultureinrichtungen und Kulturträger zum Erhalt des kulturellen Lebens und der kulturellen Bildung in der Fläche

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 44

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

633 62	187	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			43.958	0	0
686 62	187	Zuschüsse an Kultureinrichtungen und Kulturträger	407.300	0	0
			541.549	0	0
883 62	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			407.300	0	0
				0	

63 Digitalisierung von Museen, kulturellen Einrichtungen und Kulturgütern

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Tabellenerläuterung verbindlich.

53 Sondervermögen "Corona"
53 17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 45

Fortsetzung der Teilmaßnahmen:

- Erstellung von Online-Videos zu Kulturgütern,
- Digitalisierung der kulturlandschaftlichen Geländetopographie,
- Digitalisierungsmaßnahmen an hochwertigem Kulturgut,
- Digitalisierung von kulturellen Einrichtungen.

Maßnahmenübergreifende Umschichtung gem. § 5 Abs. 3 Cor-SVG

Maßnahmenbezeichnung	Gesamtvolumen aktuell	Gesamtvolumen neu	Differenz
lfd. Nr. 45 "Digitalisierung von Museen, kulturellen Einrichtungen und Kulturgütern"	5.060.200	7.012.200	1.952.000
lfd. Nr. 43 "Digitalisierung von öffentlichen Bibliotheken"	3.025.000	1.073.000	-1.952.000

Mit den zusätzlichen Mitteln für die Maßnahme lfd. Nr. 45 "Digitalisierung von Museen, kulturellen Einrichtungen und Kulturgütern" werden weitere Digitalisierungsmaßnahmen in den Landeskulturstiftungen sowie dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie finanziert, u.a. um bei Nutzungseinschränkungen von Museen kontaktlose Führungen oder digitale Besuche zu ermöglichen und die Wissensvermittlung zu gewährleisten sowie wissenschaftliche Sammlungen zu digitalisieren, um die Zugriffsmöglichkeiten im Rahmen der Forschungsarbeit zu erweitern oder die Arbeitsplätze für die wachsenden digitalen Anforderungen auszustatten.

Die Minderbedarfe der Maßnahme lfd. Nr. 43 "Digitalisierung von öffentlichen Bibliotheken" (Kapitel 53 17, Titelgruppe 61) resultieren daraus, dass aus REACT-EU im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Vorhaben der Kultureinrichtungen, die zum Übergang zu einer digitalen und grünen Wirtschaft beitragen" zeitgleich eine Förderung mit gleichgelagerter Zielrichtung, aber mit Vollfinanzierung angeboten werden konnte. Förderaufrufe mit Finanzierung aus dem Sondervermögen Corona führten aufgrund der hier zu erbringenden Kofinanzierung nicht zur erwarteten Resonanz.

427 63	183	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	60.000 596.882	624.900 0	611.800 0
533 63	183	Dienstleistungen Außenstehender	55.000 74.970	629.000 0	219.000 0
534 63	183	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	0 108.290	30.000 0	30.000 0
547 63	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	656.300 247.220	10.500 0	10.400 0
633 63	183	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 13.759	0 0	0 0
685 63	183	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0 193.406	0 0	0 0
686 63	183	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	50.000 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 63			821.300	1.294.400 0	871.200 0

53 Sondervermögen "Corona"
53 17 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

**64 Pandemiebedingte Ausgleichszahlungen an
Landeskultureinrichtungen**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 46

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

682 64	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
			0	0	0

685 64	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	10.000	0	0
			10.000	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			10.000	0	0
				0	0

**65 Förderung für freischaffende Künstlerinnen und Künstler
sowie Soloselbständige im Kulturbereich**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 47

Die Maßnahme ist inhaltlich abgeschlossen. Die eingeplanten Mittel dienen der Finanzierung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die noch abzuschließenden Verwendungsnachweisprüfungen. Nach der Kalkulation der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sind Mittel bis zum Jahr 2026 für die infolge der Verwendungsnachweisprüfungen ggf. erforderliche Nachverfolgung von Rückforderungsansprüchen vorgesehen.

671 65	187	Erstattung im Inland	0	7.300	2.600
			297.258	0	0

681 65	187	Unterstützung und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0	0	0
			4.028.000	0	0

685 65	187	Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
			51.180	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	7.300	2.600
				0	0

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 17 **Staatskanzlei und Ministerium für Kultur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	60.000	624.900	611.800
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	711.300	669.500	259.400
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	872.300	7.300	2.600
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	200.000	0	0
			0	0
Gesamtausgabe		1.843.600	1.301.700	873.800
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.843.600	-1.301.700	-873.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

75 **Sicherstellung der Verfügbarkeit von Informations- und Kommunikationsstrukturen des Landes einschließlich Kommunen**

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 41

Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes erfordern die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit des Staates und seiner Behörden. Die bestehenden örtlichen, sachlichen und instanziellen Erreichbarkeiten erschweren oder verhindern in solchen pandemischen Lagen und möglichen anderen Ausnahmesituationen den Zugang zu Behörden des Landes und der Kommunen. Kommunikations-, Informations- und Serviceangebote des Landes und seiner Kommunen stehen nicht uneingeschränkt zur Verfügung, dieses zeigt sich vor allen Dingen bei digitalen und virtuellen Angeboten. Die Maßnahme zielt daher auf Abhilfe, um schnell, effizient, wirkungsvoll und dauerhaft die faktisch etablierten Defizite abzubauen, zu kompensieren und möglichst zu beseitigen. Ziel ist es, die angebotenen Services für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft so zu gestalten, dass sie auch unter Pandemiebedingungen sichergestellt werden können und so die staatliche Handlungsfähigkeit gewährleisten. Alle Einzelkomponenten dieser Maßnahme sind daher auf den Aufbau und die Bündelung stets verfügbarer, sicherer IT-Infrastrukturen des Landes Sachsen-Anhalts inklusive seiner Kommunen ausgerichtet. Im Rahmen der Maßnahme wurden folgende Einzelprojekte begonnen und werden fortgeführt:

- Betrieb Online-Service Infrastruktur (MID),
- Bereitstellung Basis- und Onlinedienste Kommunen (MID),
- Modul Kommunales Recht (MID),
- Anbindung von DiWo E-Wohngeld an das OZG-Online-Portal via OSCI-VPS (MID),
- Digitalisierung Bestandspläne Bauleitplanung (MID),
- Zusammenarbeitsstruktur - Kommunale IT-Union (MID),
- Anbindung EfA-Dienst UVO-Online an Fachverfahren der Untervorschussstellen (MS),
- Antragsmanagement 4.0_Landeslizenz ST (MID),
- Digitale Anbindung der Fahrerlaubnisbehörden an zentrale EfA-Lösung Land Hessen (MID),
- Beteiligungsportal LSA (MID),
- Bereitstellung Basisdienste für elektronische Zahlverfahren (MID),
- Betrieb von Online-Diensten LSA zur Nachnutzung in Kommunen (MID),
- Aufbau IuK-Struktur sowie Betrieb sicherer informationstechnischer Systeme einschl. kommunaler Anbindung gemäß Rahmenvertrag/ Mantelvereinbarung Kommunale IT-Union (MID),
- Betriebs-, Wartungs- und Pflegekosten EfA-Dienst: "Aufenthaltstitel, -karten und aufenthaltsrechtliche Bescheinigungen" (MI),
- Fachverfahrensanbindung EfA-OnlineDienst - waffenrechtliche Erlaubnis (MI),
- Fachverfahrensanbindung EfA-OnlineDienst - digitale Einbürgerung (MI),
- Betrieb EfA-OnlineDienst - Wohngeld (MID),
- Gemeinsam Digital für Sachsen-Anhalt (MID),
- EfA-OnlineDienst - Anmeldung Eheschließung (MI),
- Digitalisierung Fahrerlaubnisbeanträge "i-kfz" (MID),
- EfA-OnlineDienst ElterngeldDigital (MS),
- Digitalisierung Bauantrag (MID),
- Betrieb, Wartung, Pflege EfA-OnlineDienst - Verpflichtungserklärung (MI),
- Anbindung und Betrieb EfA-OnlineDienste - Themenfeld Familie und Kind (MS),
- eWA-elektronische Wohnsitzanmeldung (MI),
- Anbindungs- und Kommunensupport für EfA-Dienste Sozialplattform (MID),
- Unterstützungsleistungen Landesressorts bei Verwaltungsdigitalisierung (MID),
- Weiterentwicklung OSI-Plattform (MID),
- Online Dienste Development Factory (MID),
- Wartung und Pflege von Online Diensten (MID),
- Bereitstellung von Verfahrensinfrastrukturen für AFM-Dienste (MID),
- Technische Anbindung und fachliche Parametrisierung der OD des WSP (MID),
- Digitalisierung/ E-Government (MID),
- Behördennummer 115 (MID),
- Anbindung EfA Online Dienste (EfA Roll-In) (MID),
- EfA-OnlineDienst - Breitband-Portal (MID).

Die Umsetzung weiterer Projekte ist möglich.

53 Sondervermögen "Corona"
53 19 Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
511 75	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 0	0 0	0 0
522 75	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0 0	0 0	0 0
525 75	019	Aus- und Fortbildung	0 0	0 0	0 0
533 75	019	Dienstleistungen Außenstehender	1.000.000 120.785	1.266.500 0	300.000 0
631 75	019	Sonstige Zuweisungen an Bund	0 0	0 0	0 0
632 75	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0 0	766.500 0	781.600 0
633 75	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	218.500 14.875	218.500 0	0 0
682 75	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	4.160.000 2.771.797	17.752.400 0	18.317.400 0
685 75	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	7.000.000 0	0 0	0 0
812 75	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	0 0	0 0
891 75	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	37.500 82.824	0 0	0 0
894 75	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen.	10.584.000 866.270	13.104.200 0	14.089.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 75			23.000.000	33.108.100 0	33.488.000 0

76 Digitalisierung in der Landesverwaltung

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Tabellenerläuterung verbindlich.

53 Sondervermögen "Corona"
53 19 Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 42

Für diese Maßnahme ist ein einheitliches Antrags- und Prüfverfahren implementiert. Mittels eines Prüfrasters wird dabei jede Einzelmaßnahme einer fachlichen Bewertung des für Digitalisierung zuständigen Ministeriums unterzogen, ob sie hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung den landeseigenen Grundsätzen mit Blick auf die Konsolidierung/ Standardisierung sowie Vereinheitlichung der IT des Landes entspricht, sich in die Digitalstrategie "Sachsen-Anhalt 2030" einfügt und der Pandemiebezug gegeben ist.

Ziel der Maßnahme ist es mit Blick auf die Gewährleistung von Handlungsfähigkeit der Landesbehörden in Ausnahmesituationen das uneingeschränkte (und möglichst dezentrale) Arbeiten mithilfe einer zukunftsfesten IT-Arbeitsplatzausstattung unmittelbar und direkt abzusichern, in dem u. a. robuste Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen und darauf aufbauende Anwendungen oder Dienste beschleunigt vorgehalten werden können.

Konkret werden Digitalisierungsmaßnahmen in der unmittelbaren Landesverwaltung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie umgesetzt (u. a. eGOV OSI, VPN, dWebTor, dSmartDesk/dMessenger, Anpassung von Bandbreiten, Sicherstellung eines compliancesicheren Arbeitens, Sharepoint zentral, Standardarbeitsplatz, Einführung der elektronischen Verwaltungsarbeit, Verfahren zur sicheren Nutzung von Internet-Diensten am Arbeitsplatz). Die gegenwärtig 96 Einzelprojekte zielen ab auf die

- Sicherstellung der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur insbesondere im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unter Nutzung von wohnortnahe Arbeiten bzw. Arbeiten im Homeoffice,
- Verbesserung der elektronischen Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung,
- Anschaffung von mobiler Arbeitstechnik,
- Anschaffung von Medien- und Kommunikationstechnik.

Maßnahmenübergreifende Umschichtung gem. § 5 Abs. 3 Cor-SVG

Maßnahmenbezeichnung	Gesamtvolumen alt	Gesamtvolumen neu	Differenz
lfd. Nr. 42 "Digitalisierung in der Landesverwaltung"	312.506.900	495.518.700	183.011.800
vgl. Darstellung im Vorwort zur Erläuterung des Aufstockungsbetrags			

Durch die maßnahmenübergreifende Umschichtung zu Gunsten der Digitalisierungsvorhaben in der Landesverwaltung im Rahmen der Maßnahme lfd. Nr. 42 des Cor-SVG können insbesondere folgende Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen und darauf aufbauende Anwendungen noch in den Jahren 2025 und 2026 beschleunigt umgesetzt werden:

- Umsetzung eines modernen, resilienten Haushaltssystems HKR LSA,
- Einführung der elektronischen Verwaltungsarbeit in der unmittelbaren Landesverwaltung (Projekt EVA-LSA),
- Standardarbeitsplatz LSA,
- Aufbau und Betrieb einer Standardinfrastruktur (SIS) mit Services/ Querschnittsdiensten,
- Web-Collaboration Lösungen und Videokonferenzen,
- Sicherstellung IT-Compliance,
- Ausbau des IT-Landesnetzes,
- infrastrukturelle IT-Investitionen Justiz,
- Ausstattung der Polizei mit mobiler IT,
- IuK-Forensik und dezentrale IKT Unterstützung,
- IT-Investitionen in Leitstellentechnik zur Sicherstellung Notruf 110,
- IT-Investitionen im Bereich MB.

Die Mittel entstammen diversen Maßnahmen des Sondervermögens Corona (vgl. hierzu ebenfalls im Vorwort).

511 76	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	365.800	470.100
			365.156	0	0
522 76	019	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	0	0	0
			-100.000	0	0
525 76	019	Aus- und Fortbildung	0	91.900	92.400
			74.411	0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 19 Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
533 76	019	Dienstleistungen Außenstehender	0	5.750.000	11.500.000
			1.490.865	0	0
631 76	019	Sonstige Zuweisungen an Bund	0	0	0
			0	0	0
632 76	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0	118.000	0
			99.318	0	0
633 76	019	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
			0	0	0
682 76	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	26.774.400	69.958.100	42.974.000
			9.771.509	0	0
685 76	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
812 76	019	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10.849.600	54.311.300	31.494.300
			16.588.503	0	0
891 76	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	15.840.600	36.463.200	26.559.700
			9.060.843	0	0
894 76	019	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 76			53.464.600	167.058.300	113.090.500
				0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 19 Ministerium für Infrastruktur und Digitales - Bereich Digitales

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.000.000	7.474.200	12.362.500
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	38.152.900	88.813.500	62.073.000
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	37.311.700	103.878.700	72.143.000
			0	0
Gesamtausgabe		76.464.600	200.166.400	146.578.500
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-76.464.600	-200.166.400	-146.578.500

53 Sondervermögen "Corona"
53 20 Ministerium der Finanzen - Bau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

88 Bau des Landesamts für Verbraucherschutz (LAV Halle)

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 48

siehe Erläuterung in Kapitel 53 20, Titelgruppe 92 - Maßnahme lfd. Nr. 52 "Baumaßnahme an der Martin-Luther-Universität Halle (Kühn-Haus)"

Befassung im Ausschuss für Finanzen am 04.04.2024

712 88	811	Vorarbeitskosten	0	0	0
			375.695	0	0
713 88	811	Erschließungs- und Baukosten	14.153.600	10.000.000	22.000.000
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 88			14.153.600	10.000.000	22.000.000
				0	0

89 Installation und Erneuerung von stationären raumlufthechnischen Anlagen (RLT-Anlagen)

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 49

Fortsetzung der Installation und Erneuerung von RLT-Anlagen in
- öffentlichen Gebäuden des Ressortbaus,
- Klassenräumen der Landesschulen,
- öffentlichen Gebäuden der Hochschulen.

519 89	811	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	1.000.000	1.000.000
			219.705	0	0
711 89	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1.250.000	800.000	420.000
			1.161.381	0	0
713 89	811	Erschließungs- und Baukosten	500.000	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 89			1.750.000	1.800.000	1.420.000
				0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 20 Ministerium der Finanzen - Bau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
90		Baumaßnahmen in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZASt Halberstadt)			
		Erläuterungen:			
		vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 50			
		Die Maßnahme ist abgeschlossen.			
711 90	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 90			0	0	0
				0	0
91		Projekt ITN-XT Bauliche Ertüchtigung der Bestandsgebäude			
		Erläuterungen:			
		vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 51			
		Die Finanzierung der baulichen Ertüchtigung der öffentlichen Bestandsgebäude des Landes Sachsen-Anhalt im Projekt "ITN-XT" erfolgt anteilig im Sondervermögen Corona und dient der Aufrechterhaltung bzw. Stärkung der Handlungsfähigkeit des Staates (stabile Netzverbindungen durch erhöhtes Datenvolumen an den Arbeitsplätzen u. ä.) insbesondere im Zusammenhang mit Notlagen.			
		Im Kapitel 20 03, Titelgruppe 71 sind weitere Haushaltsmittel für dieses Bauprojekt veranschlagt.			
519 91	811	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.500.000	2.636.900	2.553.100
			3.304.406	0	0
		Erläuterungen:			
		Bauliche Ertüchtigungen, Modernisierungen bzw. Anpassungen zur Digitalisierungsoptimierung in öffentlichen Gebäuden insbesondere des Ressortbaus			
533 91	811	Dienstleistungen Außenstehender	450.000	439.500	425.500
			444.215	0	0
		Erläuterungen:			
		Ausgaben für Arbeiten von externen Dienstleistern und Freiberuflern (z.B. Architekten, Planer u.ä.)			
711 91	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1.500.000	1.318.500	1.276.600
			946.575	0	0
		Erläuterungen:			
		Bauliche Ertüchtigung insbesondere im Ressortbau u. a. von LAN-Verbindungen			
712 91	811	Vorarbeitskosten	0	0	0
			0	0	0
713 91	811	Erschließungs- und Baukosten	1.350.000	405.100	544.800
			0	0	0
		Erläuterungen:			
		Bauliche Begleitmaßnahmen insbesondere im Ressortbau			
Nachrichtlich: Summe TGr. 91			4.800.000	4.800.000	4.800.000
				0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 20 Ministerium der Finanzen - Bau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

92 Baumaßnahme an der Martin-Luther-Universität Halle (Kühn-Haus)

** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Tabellenerläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 52

Die Finanzierung der Ertüchtigung des Kühn-Hauses erfolgt anteilig aus dem Sondervermögen Corona und dient u. a. dazu, das Zentrum für multimediales Lehren und Lernen (LLZ) der Universität sowie die Hochschulambulanz unterzubringen, um der zentralen Rolle des LLZ im Rahmen der pandemieresilienten Digitalisierung der akademischen Lehre mit einer ausreichenden Infrastruktur zu entsprechen.

Im Kapitel 20 04, Titelgruppe 62 sind weitere Haushaltsmittel für diese Große Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahme veranschlagt.

Maßnahmenübergreifende Umschichtung gem. § 5 Abs. 3 Cor-SVG

Maßnahmenbezeichnung	Gesamtvolumen aktuell	Gesamtvolumen neu	Differenz
Maßnahme lfd. Nr. 52 "Baumaßnahme an der Martin-Luther-Universität Halle (Kühn-Haus)"	6.300.000	8.311.300	2.011.300
Maßnahme lfd. Nr. 48 "Bau des Landesamts für Verbraucherschutz (LAV Halle)"	70.768.300	68.757.000	-2.011.300

Hinsichtlich des Mehrbedarfs bei Maßnahme lfd. Nr. 52 "Baumaßnahme an der Martin-Luther-Universität Halle (Kühn-Haus)" wird auf die Beschlussfassung im Ausschuss für Finanzen am 29.08.2024 hingewiesen.
Die Maßnahme lfd. Nr. 48 "Bau des Landesamts für Verbraucherschutz (LAV Halle)" stellt die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Aufgrund des aktuellen Bauprojektstands ist absehbar, dass das prognostizierte Mittelvolumen zwar in vollem Umfang benötigt wird, allerdings ein Großteil der Mittel erst nach 2026, dem voraussichtlichen Laufzeitende des Sondervermögens Corona, benötigt werden.

712 92	811	Vorarbeitskosten	0	0	0
			0	0	0
713 92	811	Erschließungs- und Baukosten	2.100.000	4.000.000	3.495.100
			159.984	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 92			2.100.000	4.000.000	3.495.100
				0	0

93 Baumaßnahmen an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 53

Um die digitale Infrastruktur krisenfest und zukunftsorientiert aufzustellen, werden Modernisierungen und Erweiterungen der IT-Infrastruktur u. a. durch den Aufbau eines Rechenzentrums "Nord" (Befassung im Ausschuss für Finanzen am 04.04.2024) vorgenommen. Außerdem werden Hörsäle zu hybriden Lehr- und Konferenzräumen umgestaltet.

711 93	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	200.000	0	0
			800.263	0	0
712 93	811	Vorarbeitskosten	0	0	0
			0	0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 20 Ministerium der Finanzen - Bau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
713 93	811	Erschließungs- und Baukosten	3.000.000 75.552	2.710.000 0	20.000 0
812 93	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 0	90.000 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 93			3.200.000	2.800.000 0	20.000 0
94		Weitere Baumaßnahmen an Hochschulen			
		Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 54 Es handelt sich um bauliche Maßnahmen an den Hochschulen Merseburg, Anhalt und Burg-Giebichenstein. Dies sind u. a. - Verkabelung zur Installation von Medientechnik und Netzkabeln in Hörsälen/ Seminarräumen, - Anschaffung/ Installation von Luftfilter- und Lüftungsanlagen, - pandemiegerechte Ertüchtigung der Hygienebereiche, - Installation von Zutrittskontrollsystemen, - Kühlung und Klimatisierung von zentralen Serverräumen.			
519 94	811	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0 31.668	40.000 0	0 0
711 94	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	750.000 393.134	200.000 0	214.100 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 94			750.000	240.000 0	214.100 0
95		Personal zur Umsetzung zusätzlicher aus dem Sondervermögen "Corona" finanzierter und umzusetzender Bauprojekte			
		Erläuterungen: vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 55 Personal für den Landesbetrieb BLSA laut Stellenplan zu Kapitel 53 20 zur anteiligen Umsetzung von Bauprojekten aus Kapitel 53 20 siehe auch Stellenplan zu Kapitel 53 20			
422 95	016	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0	0 0
428 95	016	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	606.300 76.513	561.600 0	570.900 0
511 95	016	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	146.700 10.570	50.000 0	50.000 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 95			753.000	611.600 0	620.900 0

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 20 **Ministerium der Finanzen - Bau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	606.300	561.600	570.900
			0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.096.700	4.166.400	4.028.600
			0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	24.803.600	19.433.600	27.970.600
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		90.000	0
			0	0
Gesamtausgabe		27.506.600	24.251.600	32.570.100
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-27.506.600	-24.251.600	-32.570.100

53 Sondervermögen "Corona"
53 21 Ressortübergreifende Maßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

96 Anschaffung von Medientechniken und damit zusammenhängende bauliche Ertüchtigung von Beratungsräumen

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 59

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

511 96	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
			0	0	0
519 96	811	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	0	0
			0	0	0
711 96	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0
			0	0	0
812 96	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
			119.415	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 96			0	0	0
				0	0

97 Sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 60

Bereitstellung von Mitteln zur Schaffung sektorenübergreifender Versorgungsstrukturen, um den Aufbau einer hochwertigen, flächendeckenden und wohnortnahen Grundversorgung sicherzustellen (z.B. Umbau stationärer in ambulante Bereiche, IT-Ausstattung und inter- sowie multiprofessionelle Teamzusammenarbeit). Damit sollen zukünftig akute Versorgungskrisen besser bewältigt werden können. Folgende Projekte werden derzeit bereits umgesetzt:

- Hebammengeleitete Kreißsäle,
- Strukturaufbau Nachbarschaftshilfe,
- Weiterentwicklung medizinischer Versorgungsstrukturen am Altmark-Klinikum gGmbH,
- Weiterbildungsmaßnahmen für beratende digitale Gesundheitsversorgung,
- Modellprojekt zur Etablierung von Telemedizinischen Versorgungseinheiten am Beispiel der augenärztlichen Versorgungsstruktur in der Region Altmark,
- Entwicklung und Umsetzung von Projekten zur sektorenübergreifenden Versorgung im Land Sachsen-Anhalt - Modellprojekt Genthin,
- Entwicklung und Umsetzung von Projekten zur sektorenübergreifenden Versorgung im Land Sachsen-Anhalt,
- Pandemiesiliente Erweiterung der Notfallversorgung am Standort Wittenberg.

522 97	312	Ausgaben für Gutachten, Studien und Beraterverträge	487.200	411.300	181.000
			0	0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 21 Ressortübergreifende Maßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 522 97

Erläuterungen:

Erläuterungen zu den Gutachten, Studien und Beraterverträgen als Beratungsleistungen im Sinne des § 34a LHO

			2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1		Errichtung eines intersektoralen Gesundheitszentrums/ von intersektoralen Versorgungsstrukturen in der Stadt Genthin als Modellprojekt zur sektorenübergreifenden Versorgung im Land Sachsen-Anhalt - Laufzeit 2023 bis 2026; Gesamtkosten: 599.900 EUR - Sicherung der ambulanten und stationären medizinischen Daseinsvorsorge durch sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen zur Umsetzung des LT- Beschlusses in Drs. 8/1766 unter Ziffer 9. Um die Umsetzung dieser Ziele und Maßnahmen im Rahmen der Errichtung einer Versorgungsstruktur besser steuern und bewerten zu können, ist eine fachkundige und unabhängige Beratung unabdingbar.	236.000	228.500	91.000
2		Errichtung weiterer intersektoraler Gesundheitszentren/ Versorgungsstrukturen als Modellprojekte zur sektorenübergreifenden Versorgung im Land Sachsen- Anhalt - Laufzeit 2023 bis 2026; Gesamtkosten 599.900 EUR - Sicherung der ambulanten und stationären medizinischen Daseinsvorsorge durch sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen zur Umsetzung des LT-Beschlusses in Drs. 8/1766 unter Ziffer 8. Um die Umsetzung dieser Ziele und Maßnahmen im Rahmen der Errichtung von Versorgungsstrukturen besser steuern und bewerten zu können, ist eine fachkundige und unabhängige Beratung unabdingbar.	251.200	182.800	90.000
Summe			487.200	411.300	181.000
533 97	312	Dienstleistungen Außenstehender	0	50.000	50.000
			118.810	0	0
Erläuterungen:					
Es ist vorgesehen, die Verwendungsnachweisprüfung für die Investitionsmaßnahmen an einen externen Dienstleister zu vergeben.					
671 97	312	Kostenerstattung	0	0	0
			0	0	0
682 97	312	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	13.512.800	0	0
			2.500.000	0	0
684 97	312	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	0	723.900	830.300
			536.300	0	0
685 97	312	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	1.186.500	1.253.800
			632.608	0	0
891 97	312	Zuschüsse an öffentliche Träger für Investitionen	0	8.513.900	8.963.700
			5.497.490	0	0
893 97	312	Zuschüsse an freie Träger für Investitionen	0	9.238.100	12.000.000
			0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 97			14.000.000	20.123.700	23.278.800
				0	0

53 Sondervermögen "Corona"
53 21 Ressortübergreifende Maßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

98 Administrierungskosten zur Umsetzung Corona-bedingter Maßnahmen und Administrierungskosten zur Aufholung von Umsetzungsrückständen von Förderprogrammen aufgrund der Corona-Pandemie

** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.
 Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Tabellenerläuterung verbindlich.

Erläuterungen:

vgl. Maßnahmenkatalog, lfd. Nr. 58

Kostenerstattung aufgrund öffentlich-rechtlicher Verträge im Sinne von § 5 Abs. 2 IB ErrG zwischen dem Land - vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt. Im Einzelnen wird die Administration folgender Programme finanziert : Corona-Soforthilfe, Corona-Überbrückungshilfen I, II, III, III+, IV, - Novemberhilfe, -Dezemberhilfe, kleines Investitionsförderprogramm (REACT-EU EFRE Förderperiode 2014-2020).

Maßnahmenübergreifende Umschichtung gem. § 5 Abs. 3 Cor-SVG

Maßnahmenbezeichnung	Gesamtvolumen aktuell	Gesamtvolumen neu	Differenz
lfd. Nr. 58 "Administrierungskosten zur Umsetzung Corona-bedingter Maßnahmen und Administrierungskosten zur Aufholung von Umsetzungsrückständen von Förderprogrammen aufgrund der Corona-Pandemie"	31.845.400	46.064.500	14.219.100
lfd. Nr. 31 "Förderung der Tourismuswirtschaft"	8.063.000	7.640.600	-422.400
lfd. Nr. 34 "Kofinanzierung des Landes für zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW-Maßnahmen)"	96.749.000	83.308.900	-13.440.100
lfd. Nr. 35 "Personelle Verstärkung der sozioökonomischen Beratung"	673.500	577.300	-96.200
lfd. Nr. 63 "Verlängerung der Härtefallhilfen"	310.000	49.600	-260.400

Mit den zusätzlichen Mitteln für die Maßnahme lfd. Nr. 58 "Administrierungskosten zur Umsetzung Corona-bedingter Maßnahmen und Administrierungskosten zur Aufholung von Umsetzungsrückständen von Förderprogrammen aufgrund der Corona-Pandemie" wird der Mehrbedarf infolge der notwendigen Anpassungen der IB-Kalkulationen für Verträge zur Durchführung von Corona-Hilfsprogrammen für die Wirtschaft finanziert. Diese den Kostensteigerungen zugrundeliegenden Entwicklungen insbesondere bei der Corona-Soforthilfe sowie bei den übrigen Corona-Wirtschaftshilfen waren zum Zeitpunkt der Kalkulationen nicht vorhersehbar.

Die Minderbedarfe der Maßnahme lfd. Nr. 31 "Förderung der Tourismuswirtschaft" (Kapitel 53 08, Titelgruppe 62) resultieren daraus, dass aufgrund der Antragslage das Bewilligungsvolumen zu 95% ausgeschöpft wurde.

Die Minderbedarfe der Maßnahme lfd. Nr. 34 "Kofinanzierung des Landes für zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW-Maßnahmen)" (Kapitel 53 08, Titelgruppe 65) entstanden in Folge der anteiligen Reduktion der im Einzelplan 08 verfügbaren GRW-Barmittel auch aufgrund der aus der GRW zu erwirtschaftenden Globalen Minderausgabe.

Die Minderbedarfe der Maßnahme lfd. Nr. 35 "Personelle Verstärkung der sozioökonomischen Beratung" (Kapitel 53 09, Titelgruppe 95) resultieren daraus, dass aufgrund der Bewerberlage nicht alle geplanten Stellen besetzt werden konnten. Darüber hinaus führten Verzögerungen in den Stellenbesetzungsverfahren zu weiteren Minderausgaben.

Die Minderbedarfe der Maßnahme lfd. Nr. 63 "Verlängerung der Härtefallhilfen" (Kapitel 53 08, Titelgruppe 66) resultieren daraus, dass während der Vertragsverlängerungslaufzeit keine weiteren Bewilligungen von Corona-Härtefallhilfen erfolgten und lediglich Kosten für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur entstanden.

53 Sondervermögen "Corona"
53 21 Ressortübergreifende Maßnahmen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
671 98	681	Erstattungen an Inland	2.276.500 3.586.316	13.138.100 0	4.422.300 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 98			2.276.500	13.138.100 0	4.422.300 0

53 **Sondervermögen "Corona"**
53 21 **Ressortübergreifende Maßnahmen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	487.200	461.300	231.000
			0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	15.789.300	15.048.500	6.506.400
			0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0	0
			0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	17.752.000	20.963.700
			0	0
Gesamtausgabe		16.276.500	33.261.800	27.701.100
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-16.276.500	-33.261.800	-27.701.100

Stellenpläne Stellenübersichten

Kapitel 53 03 Ministerium für Inneres und Sport (Stellenplan)

Kapitel 53 07 Ministerium für Bildung (Stellenplan)

Kapitel 53 09 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten - Bereich Landwirtschaft und Forsten (Stellenplan)

Kapitel 53 15 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - Bereich Umwelt (Stellenplan)

Kapitel 53 20 Ministerium der Finanzen - Bau (Stellenplan)

Stellenübersicht übrige TGr. 2025

Stellenübersicht übrige TGr. 2026

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 78 (78)				
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 13	Verwaltungsdienst	1	0	0
E 11	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 9b	Verwaltungsdienst	15	3	3
Summe :		17	4	4

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 11	am 31.12.2027	(aus HH 2022)
3 Stellen	E 9b	am 31.12.2027 Anpassung aufgrund Veränderung Anzahl der Stellen	(aus HH 2022)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Ein-spar-un-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13		1										-1	Abbau der offenen Anträge nach IfSG
2	E 9b		12										-12	Abbau der offenen Anträge nach IfSG
Ohne TG 96			13										-13	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

veränderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen	E 9b	am 31.12.2027 Anpassung aufgrund Veränderung Anzahl der Stellen	(aus HH 2022)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 13	am 31.12.2027 Anpassung aufgrund Veränderung Anzahl der Stellen	(aus HH 2022)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		
		2024	2025	2026
428 85	(85)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 14	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 13	Verwaltungsdienst	0	3	3
E 12	Digitalmentor/-innen	14	13	13
E 11	Digitalassistent	0	0	0
E 9b	Digitalassistent/-innen	79	77	77
E 9a	Verwaltungsdienst	3	3	3
E 6	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		100	100	100

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen	E 14	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)
3 Stellen	E 13	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)
13 Stellen	E 12	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)
77 Stellen	E 9b	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)
3 Stellen	E 9a	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 6	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 13	3											+3	
2	E 12		1										-1	
3	E 9b		2										-2	
Ohne TG 96		3	3										0	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen	E 14	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)
3 Stellen	E 13	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)
13 Stellen	E 12	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)
77 Stellen	E 9b	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)
3 Stellen	E 9a	am 31.12.2027	Anpassung an aktuellen Stellenbestand	(aus HH 2022)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle E 6 am 31.12.2027 Anpassung an aktuellen Stellenbestand

(aus HH 2022)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 95	(95)			
<i>EntgeltGruppe</i>				
E 12	Landwirtschaftl. Dienst, Technischer-/Verwaltungsdienst	2	2	2
E 11	Landwirtschaftl. Dienst, Techn.-/Verwaltungsdienst	1	0	0
Summe :		3	2	2

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen E 12 am 31.12.2027

(aus HH 2022)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Veränderungen in 2025														
1	E 11		1										-1	vorfristige Vollziehung kw-Vermerk
Ohne TG 96			1										-1	
TG 96													0	

(Ein *-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

gestrichene oder vollzogene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 11 am 31.12.2027 Sonstiges, vorfristige Vollziehung

(aus HH 2022)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 94	(94)			
	<i>EntgeltGruppe</i>			
E 7	Verwaltungsdienst	1	1	1
E 6	Verwaltungsdienst	1	1	1
Summe :		2	2	2

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 7	am 31.12.2027	(aus HH 2022)
1 Stelle	E 6	am 31.12.2027	(aus HH 2022)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		2024	Stellenanzahl 2025	2026
428 95	(95)			
	<i>EntgeltGruppe</i>			
E 11	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	10	10	10
Summe :		10	10	10

Stellen künftig wegfallend:

10 Stellen E 11 am 31.12.2027

(aus HH 2022)

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2025

[illegible]

Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den übrigen Titelgruppen (ohne TGrn. 89 und 96) 2026

[illegible]

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Wirtschaftsplan 54

Sondervermögen “Altlastensanierung”

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
54 10	Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen- Anhalt"		55.841.000		22.500.000	78.341.000	
54 20	Landesprogramm Vernässungen und Erosionen		1.450.000		0	1.450.000	
54 30	Sonstige Pauschalierungen		0		2.483.600	2.483.600	
	Summe 2025		57.291.000		24.983.600	82.274.600	
	Summe 2024		49.346.200		23.988.000	73.334.200	
	2025 mehr(+) / weniger(-)		+7.944.800		+995.600	+8.940.400	

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
			78.341.000	0	78.341.000	0	0	54 10
50.000	0		1.400.000	0	1.450.000	0	0	54 20
			2.100.000	383.600	2.483.600	0	0	54 30
50.000	0		81.841.000	383.600	82.274.600	0	0	
100.000	95.000		73.139.200	0	73.334.200	0	0	
-50.000	-95.000		+8.701.800	+383.600	+8.940.400	0	0	

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
54 10	Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen- Anhalt"		58.043.600		21.000.000	79.043.600	
54 20	Landesprogramm Vernässungen und Erosionen		800.000		0	800.000	
54 30	Sonstige Pauschalierungen		0		2.501.600	2.501.600	
	Summe 2026		58.843.600		23.501.600	82.345.200	
	Summe 2025		57.291.000		24.983.600	82.274.600	
	2026 mehr(+) / weniger(-)		+1.552.600		-1.482.000	+70.600	

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
			79.043.600	0	79.043.600	0	0	54 10
50.000	0		750.000	0	800.000	0	0	54 20
			2.100.000	401.600	2.501.600	0	0	54 30
50.000	0		81.893.600	401.600	82.345.200	0	0	
50.000	0		81.841.000	383.600	82.274.600	0	0	
0	0		+52.600	+18.000	+70.600	0	0	

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"
54 10 Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig und dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen des Kapitels geleistet werden.

Verpflichtungen, die in Folgejahren zu Ausgaben führen, dürfen eingegangen werden, wenn die Finanzierung aus dem Sondervermögen gesichert ist.

Erläuterungen:

Das Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt" wurde mit dem Gesetz über das Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt" vom 05.12.2000 (GVBl. LSA S. 669), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 05.01.2024 (GVBl. LSA S. 2, 3) errichtet und ist ein vom übrigen Vermögen des Landes getrenntes, nicht rechtsfähiges Vermögen mit eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung. Es dient allein der Erfüllung aller Finanzierungspflichten des Landes Sachsen-Anhalt, die sich aus der Aufgabe der Altlastensanierung unter Beachtung der nachstehenden vertraglichen Regelungen ergeben.

Im Rahmen des Generalvertrages mit der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) vom 23.10.2001 sowie der dazu am 22.11.2005 unterzeichneten Ergänzungsvereinbarung sind dem Land Pauschalierungsmittel zur Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen ökologischer Altlasten in Sachsen-Anhalt zugeflossen. Damit werden die Großprojekte mit einem Finanzierungsverhältnis 75 % Bund / 25 % Land, die übrigen Projekte mit der Regelfinanzierung 60 % Bund / 40 % Land sowie weitere Projekte, die vor Abschluss des Generalvertrages pauschaliert worden sind, finanziert.

Mit Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren und zur Verbesserung der Verteidigung im Hochwasserschutz vom 18.12.2015 (GVBl. LSA S. 659) ist § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Landesanstalt für Altlastenfreistellung vom 25.10.1999 (GVBl. LSA S. 336), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05.01.2024 (GVBl. LSA S. 2), ergänzt worden. Danach umfasst die Aufgabe der Landesanstalt für Altlastenfreistellung auch die altlastenbedingte Sanierung von Böden und Wasserkörpern, die zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie notwendig sind. Hierbei kann es sich auch um Maßnahmen handeln, zu denen kein Bezug zur Freistellung gegeben ist. Dementsprechend werden die zugeführten Landesmittel zum Sondervermögen (hier vereinnahmt über Titel 332 04) auch für die vom Land in den Bewirtschaftungsplänen festgelegten Maßnahmen gemäß Wasserrahmenrichtlinie verwendet.

Das Sondervermögen wird gem. § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt" vom Ministerium der Finanzen verwaltet. Finanzierungsmittel, die erst in späteren Haushaltsjahren benötigt werden, werden gem. § 2 Abs. 5 des o. g. Gesetzes wirtschaftlich angelegt. Aufwendungen, die durch die Vermögensverwaltung entstehen, werden aus erwirtschafteten Erträgen beglichen und verrechnet. Die aus der Geldanlage erzielten Erträge werden wieder angelegt. Der Gesamtbestand des Sondervermögens zum 31.12.2023 betrug 534.484.665,73 Euro.

Die Entnahme der Bundesmittel aus der Geldanlage erfolgt über die Titel 133 01, 133 02, 133 03, 133 04 und 133 10 als Einnahmen in Höhe der geplanten Ausgaben der Projekte im betreffenden Haushaltsjahr. Die Zuführungen der Landesmittel, die teilweise als Kofinanzierung verausgabt werden, sind in den Titeln 332 01, 332 02, 332 03, 332 04 und 332 06 veranschlagt. In den Haushaltsjahren 2025 und 2026 sind jeweils 21 Mio. Euro dafür im Epl. 08 - MWL (Kapitel 0802 Titel 884 83) eingestellt. Die Ausreichung der Kofinanzierungsmittel erfolgt über die Titel 892 01 und 892 03.

Die für die Gesamtausgaben benötigten Kofinanzierungsmittel des Landes für das Vorjahr werden gemäß Ergänzungsvereinbarung bis spätestens zum I. Quartal des Folgejahres dem Sondervermögen zugeführt. Dadurch können die in den vorangegangenen Jahren geleisteten Vorfinanzierungen die jetzigen Zuführungen aus dem Sondervermögen reduzieren. Der notwendige Ausgleich, um die Finanzierungsrelation 75/25 bzw. 60/40 herzustellen, erfolgt jeweils im Folgejahr. Dadurch entsprechen die im Titel 133 01 und 133 02 ausgewiesenen Zuführungen nicht exakt 75 % bzw. 60 % der Ausgaben für Altlastenprojekte mit dem Finanzierungsverhältnis 75 % Bund / 25 % Land bzw. 60 % Bund / 40 % Land.

Einnahmen

119 41	813	Rückzahlungen von Überzahlungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Rückführung nicht verbrauchter Zuschüsse der Landesanstalt für Altlastenfreistellung aus Vorjahren.

119 51	813	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"
54 10 Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
133 01	813	Zuführungen aus der Geldanlage zur Kofinanzierung des Landesanteils i.H.v. 75%	37.719.000 33.579.500	43.974.500	45.524.100
133 02	813	Zuführungen aus der Geldanlage zur Kofinanzierung des Landesanteils i.H.v. 60%	8.121.700 7.294.400	11.343.000	12.006.000
133 03	813	Zuführungen aus der Geldanlage für Ausgaben für im Rahmen des Generalvertrages übernommene Verpflichtungen des Bundes (100% Bund)	300.000 247.000	240.000	230.000
133 04	813	Zuführungen aus der Geldanlage für projektbezogenen Verwaltungsaufwand der Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF)	0 0	0	0
133 10	813	Zuführungen aus der Geldanlage für Maßnahmen gegen den Grundwasseranstieg im Werksgelände Bitterfeld (100% Bund)	283.500 984.400	283.500	283.500
Erläuterungen:					
Einnahmen aus der Geldanlage für den bei Titel 892 08 veranschlagten Bundesanteil gemäß Vereinbarung über die Durchführung und Finanzierung von Sicherungsmaßnahmen mit Gefährdungen infolge des Grundwasseranstiegs für den ChemiePark Bitterfeld-Wolfen.					
331 11	813	Zuführungen auf Grund vertraglicher Regelungen zwischen Bund und Land	0 0	0	0
332 01	813	Zuführungen durch das Land i.H.v. 25%	12.797.100 13.784.600	12.461.000	10.374.700
Erläuterungen:					
Veranschlagung von Zuführungen vom Land an das Sondervermögen aus Einzelplan 08 Kapitel 0802 Titel 884 83.					
332 02	813	Zuführungen durch das Land für das Ökologische Großprojekt Mansfelder Land (100% Land)	1.400.000 480.000	1.407.000	1.309.000
Erläuterungen:					
Veranschlagung von Zuführungen vom Land an das Sondervermögen aus Einzelplan 08 Kapitel 0802 Titel 884 83.					
332 03	813	Zuführungen durch das Land i.H.v. 40%	4.862.900 4.222.400	5.414.500	7.562.000
Erläuterungen:					
Veranschlagung von Zuführungen vom Land an das Sondervermögen aus Einzelplan 08 Kapitel 0802 Titel 884 83.					
332 04	813	Sonstige Zuführungen durch das Land für nicht vom Bund mitfinanzierte Projekte (100% Land)	400.000 1.000.000	100.000	100.000
Erläuterungen:					
Veranschlagung von Zuführungen vom Land an das Sondervermögen aus Einzelplan 08 Kapitel 0802 Titel 884 83 für altlastenbedingte Sanierungen von Böden und Wasserkörpern in Höhe von jeweils 100.000 Euro für 2025 und 2026. Hierbei kann es sich auch um Maßnahmen handeln, bei denen kein Bezug zur Freistellung gegeben ist.					
332 06	813	Zuführung durch das Land zur Finanzierung des projektbezogenen Verwaltungsaufwandes der LAF	1.540.000 1.513.000	1.617.500	1.654.300
Erläuterungen:					
Veranschlagung von Zuführungen vom Land an das Sondervermögen aus dem Epl. 08 Kapitel 0802 Titel 884 83 in Höhe von 1.617.500 Euro für 2025 und in Höhe von 1.654.300 Euro für 2026 zur Finanzierung des Verwaltungsaufwandes der LAF.					
342 01	813	Eigenanteil des Freigestellten	0 0	0	0

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"
54 10 Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 342 01

Erläuterungen:

Veranschlagung von Einnahmen, die von den Freigestellten aufzubringen sind.

342 02	813	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			6.915		

346 09	813	Fördermittel von der EU	1.500.000	1.500.000	0
			141.419		

Erläuterungen:

Veranschlagung von Einnahmen aus ELER-Zuweisungen zur Finanzierung von Projekten zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Die Ausgaben sind im Titel 892 09 erfasst. Gemäß der geänderten Durchführungsbestimmungen WRRL des ELER-FP 6312 ist die Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF) seit dem 07.02.2019 als Begünstigte gelistet.

361 01	813	Übertrag aus dem Vorjahr	0	0	0
			3.137.810		

Erläuterungen:

Zuführung von Mitteln, die im vorangegangenen Haushaltsjahr nicht verausgabt wurden und aufgrund von Verschiebungen von Ausgaben zur Finanzierung im aktuellen Haushaltsjahr benötigt werden.

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"
54 10 Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

542 01	813	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

892 01	813	Ausgaben für Altlastensanierungsprojekte mit dem Finanzungsverhältnis 75% Bund / 25% Land	49.888.000	54.211.500	55.380.300
			45.721.825	0	0

Erläuterungen:

Es werden folgende ökologische Großprojekte (ÖGP) und das Projekt Altdeponien finanziert:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Bitterfeld/Wolfen	19.088.000	21.810.500	26.340.500
2.	Erdgasfelder Altmark (Neptune Energy Deutschland GmbH)	11.300.000	9.350.000	8.400.800
3.	Leuna	3.050.000	3.750.000	2.350.000
4.	Zeitz	200.000	500.000	500.000
5.	Buna	2.250.000	1.920.000	1.730.000
6.	Magdeburg-Rothensee	4.000.000	335.000	1.745.000
7.	Altdeponien	10.000.000	16.546.000	14.314.000
	Summe	49.888.000	54.211.500	55.380.300

892 02	813	Ökologisches Großprojekt Mansfelder Land (100% Land)	1.400.000	1.407.000	1.309.000
			1.304.264	0	0

Erläuterungen:

Gemäß Vereinbarung über die Höhe der Refinanzierungspflichten des Bundes für das Großprojekt Mansfelder Land wurden 1998 die Kosten pauschaliert. Mit der Zahlung des pauschalierten Betrages durch den Bund an das Land vor Errichtung des Sondervermögens wurde die BvS von ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Altlasten freigestellt. Aus diesem Grund wird das Projekt Mansfelder Land zu 100 % aus Landesmitteln finanziert. Die Zuführungen vom Land erfolgen über den Titel 332 02.

892 03	813	Ausgaben für Altlastensanierungsprojekte mit dem Finanzungsverhältnis 60 % Bund / 40 % Land	13.536.200	18.905.000	20.010.000
			15.576.831	0	0

Erläuterungen:

Es werden folgende Projekte finanziert:

		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR
1.	Addinol	600.000	670.000	835.000
2.	Deponie Griebö	140.000	125.000	145.000
3.	LMBV-KSE (vormals GVV)	6.000.000	8.250.000	7.350.000
4.	Grube Teutschenthal Sicherungs GmbH & Co. KG (GTS)	3.800.000	5.000.000	5.000.000
5.	Sonstige kleinere Projekte	2.996.200	4.860.000	6.680.000
	Summe	13.536.200	18.905.000	20.010.000

892 04	813	Sonstige Ausgaben für nicht vom Bund mitfinanzierte Projekte (100% Land)	400.000	100.000	100.000
			362.775	0	0

Erläuterungen:

Mit Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren und zur Verbesserung der Verteidigung im Hochwasserschutz vom 18.12.2015 (GVBl. LSA S. 659) ist § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Landesanstalt für Altlastenfreistellung vom 25.10.1999 (GVBl. LSA S. 336), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05.01.2024 (GVBl. LSA S. 2), ergänzt worden. Danach umfasst die Aufgabe der Landesanstalt für Altlastenfreistellung auch altlastenbedingte Sanierungen von Böden und Wasserkörpern, die zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie notwendig sind. Hierbei kann es sich auch um Maßnahmen handeln, zu denen kein Bezug zur Freistellung gegeben ist. Die Zuführungen vom Land erfolgen über den Titel 332 04.

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"
54 10 Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		
892 05	813	Ausgaben für im Rahmen des Generalvertrages übernommene Verpflichtungen des Bundes (100% Bund)	300.000 170.090	240.000 0	230.000 0
892 06	813	Ausgaben für projektbezogenen Verwaltungsaufwand der LAF (100% Land)	1.540.000 1.513.000	1.617.500 0	1.654.300 0
Erläuterungen: Die Zuführungen vom Land erfolgen über den Titel 332 06.					
892 08	813	Ausgaben für Maßnahmen gegen den Grundwasseranstieg im Werksgelände Bitterfeld (100% Bund)	360.000 333.869	360.000 0	360.000 0
Erläuterungen: In diesem Titel sind die Ausgaben für Maßnahmen gegen den Grundwasseranstieg im Werksgelände Bitterfeld gem. Vereinbarung über die Durchführung und Finanzierung von Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Gefährdungen infolge des Grundwasseranstiegs für den ChemiePark Bitterfeld-Wolfen veranschlagt - siehe auch Titel 133 10.					
892 09	813	Ausgaben für Projekte mit Fördermittelfinanzierung	1.500.000 136.405	1.500.000 0	0 0
Erläuterungen: Veranschlagung von Ausgaben zur Realisierung fördermittelfinanzierter Projekte zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Mit Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren und zur Verbesserung der Verteidigung im Hochwasserschutz vom 18.12.2015 (GVBl. LSA S. 659) ist § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Landesanstalt für Altlastensanierung vom 25.10.1999 (GVBl. LSA S. 336), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05.01.2024 (GVBl. LSA S. 2), ergänzt worden. Danach gehört zu den Aufgaben der Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF) auch die altlastenbedingte Sanierung von Böden und Wasserkörpern, die zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie notwendig ist - siehe auch Titel 346 09 "Fördermittel von der EU".					
919 01	813	Geldanlage	0 0	0 0	0 0
961 01	813	Übertrag in das Folgejahr	0 1.272.386	0 0	0 0
Erläuterungen: Zuführung an Titel 361 01 des Folgejahres					

54 **Sondervermögen "Altlastensanierung"**
54 10 **Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt"**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	46.424.200	55.841.000	58.043.600
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	22.500.000	22.500.000	21.000.000
Gesamteinnahme		68.924.200	78.341.000	79.043.600

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	68.924.200	78.341.000	79.043.600
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe		68.924.200	78.341.000	79.043.600
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"
54 20 Landesprogramm Vernässungen und Erosionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig und dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen des Kapitels geleistet werden.

Verpflichtungen, die in Folgejahren zu Ausgaben führen, dürfen eingegangen werden, wenn die Finanzierung aus dem Sondervermögen gesichert ist.

Mittel für die Beseitigung von Vernässungen und Erosionen, die in Maßnahmen mit einer Zuwendungshöhe von mehr als 500.000 Euro ausgegeben werden sollen, bedürfen der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen nach fachlicher Befassung und auf Empfehlung des Ausschusses für Umwelt.

Erläuterungen:

Aus dem Landeshaushalt wurden 30 Mio. Euro in 2011 zur Abwendung von Schäden und Gefahren in Folge von Vernässungen und Erosionen im Zusammenhang mit der Grundwasserproblematik zur Verfügung gestellt. Insbesondere wegen der spezifischen Problemlagen sollen die Mittel überjährig bereit stehen und deshalb als gesondertes Landesprogramm mit zusätzlichen Mitteln über das bereits bestehende Sondervermögen "Altlastensanierung" abgewickelt werden.

Die im laufenden Haushaltsjahr nicht benötigten Mittel werden am Geldmarkt zinsbringend investiert.

Aufwendungen, die durch die Vermögensverwaltung entstehen, werden aus erwirtschafteten Erträgen beglichen und verrechnet. Die aus der Geldanlage erzielten Erträge werden wieder angelegt.

Der Gesamtbestand des Sondervermögens zum 31.12.2023 betrug 6.951.379,53 Euro.

Einnahmen

119 41	813	Rückzahlung von Überzahlungen	0	0	0
			11.610		

Erläuterungen:

Rückforderung von Zuwendungen, z. B. bei nicht zweckentsprechender Verwendung sowie Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben.

119 51	813	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Wird die Zuwendung nicht innerhalb von zwei Monaten zweckentsprechend verwendet, sind für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen zu verlangen. Ebenso entsteht bei Unwirksamkeit des Zuwendungsbescheides ein Anspruch auf Erstattung der Zuwendung, welche ebenfalls zu verzinsen ist.

182 01	813	Rückflüsse aus der Geldanlage	2.000.000	1.450.000	800.000
			1.400.000		

332 01	813	Zuführungen aus dem Landeshaushalt	0	0	0
			0		

333 01	813	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0	0
			0		

342 01	813	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	0	0
			0		

361 01	813	Übertrag aus dem Vorjahr	0	0	0
			1.466.942		

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"
54 20 Landesprogramm Vernässungen und Erosionen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

533 01	813	Dienstleistungen Außenstehender	100.000	50.000	50.000
			44.006	0	0

542 01	813	Umsatzsteuer	0	0	0
			0	0	0

547 01	813	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
			0	0	0

633 01	813	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	95.000	0	0
			50.086	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagung von Ausgaben für Untersuchungen der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse sowie für die Erstellung von Konzepten und Planungen als Vorbereitung von Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung sowie Vorbeugung gegen Vernässung und Erosion.

883 01	813	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.805.000	1.400.000	750.000
			1.665.165	0	0

Erläuterungen:

Veranschlagung von Ausgaben für Investitionen für den Ausbau von Gewässern 2. Ordnung und für die Errichtung von Anlagen und Einrichtungen zum Schutz vor Vernässungen und Erosion.

919 01	813	Geldanlage	0	0	0
			0	0	0

961 01	813	Übertrag ins Folgejahr	0	0	0
			1.119.296	0	0

Erläuterungen:

Zuführung an Titel 361 01 des Folgejahres

54 **Sondervermögen "Altlastensanierung"**
54 20 **Landesprogramm Vernässungen und Erosionen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.000.000	1.450.000	800.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		2.000.000	1.450.000	800.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	100.000	50.000 0	50.000 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	95.000	0 0	0 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.805.000	1.400.000 0	750.000 0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0 0	0 0
Gesamtausgabe		2.000.000	1.450.000	800.000
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"
54 30 Sonstige Pauschalierungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Dem Sondervermögen werden ab dem Haushaltsjahr 2018 Pauschalierungsmittel zugeführt, die sich aus sonstigen Pauschalierungsvereinbarungen des Landes mit dem Bund wie z. B. zur Finanzierung des Stadtsicherungsprojektes Bitterfeld ergeben.

Das Sondervermögen wird gemäß § 4 Abs.1 des Gesetzes über das Sondervermögen "Altlastensanierung Sachsen-Anhalt" vom Ministerium der Finanzen verwaltet. Die Mittel werden gem. § 5 des o. g. Gesetzes zur selbständigen Bewirtschaftung dem zuständigen Ministerium zugewiesen.

Finanzierungsmittel, die erst in späteren Haushaltsjahren benötigt werden, werden gemäß § 2 Abs. 5 des o. g. Gesetzes wirtschaftlich angelegt. Aufwendungen, die durch die Vermögensverwaltung entstehen, werden aus erwirtschafteten Erträgen beglichen und verrechnet. Die aus der Geldanlage erzielten Erträge werden wieder angelegt.

Der Gesamtbestand des Sondervermögens zum 31.12.2023 betrug 23.106.647,53 Euro.

Einnahmen

Titelgruppe(n)

61 Stadtsicherung Bitterfeld und Kraftwerkssiedlung

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 54 30
Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Zur Finanzierung des Stadtsicherungsprojektes Bitterfeld wurden im Haushaltsjahr 2018 Pauschalierungsmittel zugeführt, die sich aus einer Vereinbarung des Landes mit dem Bund ergeben. Die Pauschalierungsmittel wurden im Titel 331 61 vereinnahmt.

Die Entnahme der Bundesmittel aus der Geldanlage erfolgt über den Titel 133 61 als Einnahme in Höhe der anteiligen geplanten Ausgaben der Projekte im betreffenden Haushaltsjahr.

Die für die Gesamtfinanzierung der Projekte erforderlichen Kofinanzierungsmittel des Landes werden dem Sondervermögen aus dem Landeshaushalt zugeführt. Diese Zuführungen werden im Titel 332 61 veranschlagt. Für das Stadtsicherungsprojekt Bitterfeld erfolgt die Zuführung der Kofinanzierungsmittel des Landes jeweils zum 31.03. aus dem Einzelplan 08 Kapitel 0802 Titel 884 61. Anteile an der Gesamtfinanzierung der Projekte, die aus dem Kapitel 54 10 des Sondervermögens zuzuführen sind, wie z. B. aus dem ÖGP Bitterfeld-Wolfen für das Stadtsicherungsprojekt Bitterfeld, werden im Titel 334 61 veranschlagt. Im Titel 333 61 werden Einnahmen veranschlagt, die in den Projekten neben Bund und Land von Gemeinden und Gemeindeverbänden erbracht werden, wie z. B. beim Stadtsicherungsprojekt Bitterfeld von der Stadt Bitterfeld-Wolfen. Die Ausreichung der Mittel erfolgt über den Titel 892 61.

133 61	813	Zuführungen aus der Geldanlage	922.000 0	0	0
331 61	813	Zuführungen vom Bund aufgrund vertraglicher Regelungen zwischen Bund und Land	0 0	0	0
Erläuterungen:					
Der Bund hat seinen Anteil durch eine Einmalzahlung im Haushaltsjahr 2018 erbracht.					
332 61	813	Zuführungen vom Land	0 670.000	800.000	1.300.000

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"
54 30 Sonstige Pauschalierungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

noch zu 332 61

Erläuterungen:

Zuführungen der Kofinanzierungsmittel des Landes aus dem Einzelplan 08 Kapitel 0802 Titel 884 61.

Das Land hat die Kofinanzierungsanteile 2020 und 2021 durch eine Zahlung im Haushaltsjahr 2019 erbracht.

Die Kofinanzierungsanteile 2022 und 2023 wurden vom Land durch eine Zahlung im Haushaltsjahr 2021 erbracht.

Von der im Haushaltsjahr 2024 fälligen Zahlung in Höhe von 1,3 Mio. Euro wurden im Haushaltsjahr 2022 anteilig 630.000 Euro und in 2023 anteilig 670.000 Euro eingezahlt.

Von der im Haushaltsjahr 2025 fälligen Zahlung von 1,3 Mio. € wurden in 2024 bereits 500.000 € erbracht.

333 61	813	Zuführungen von Gemeinden und Gemeindeverbände	50.000 50.000	50.000	50.000

334 61	813	Zuführungen aus dem Sondervermögen Kapitel 54 10	768.000 768.182	768.000	768.000

Erläuterungen:

Die Zahlungen für die Jahre 2020 und 2021 erfolgten in 2020 aus dem Kapitel 5410.

Die Zahlungen für die Jahre 2022 und 2023 erfolgten in 2022 aus dem Kapitel 5410.

Die Zahlung für das Jahr 2024 erfolgte in 2023 aus dem Kapitel 5410.

342 61	813	Sonstige Zuführungen für Investitionen aus dem Inland	0 0	0	0

361 61	813	Übertrag aus dem Vorjahr	670.000 5.903.871	865.600	383.600

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			2.410.000	2.483.600	2.501.600

62 Sonstige Pauschalierungen

* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 54 30
Titelgruppe 62.

133 62	813	Zuführungen aus der Geldanlage zur Kofinanzierung des Landesanteils	0 0	0	0

331 62	813	Zuführungen vom Bund	0 0	0	0

332 62	813	Zuführungen vom Land	0 0	0	0

333 62	813	Zuführungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0 0	0	0

342 62	813	Sonstige Zuführungen für Investitionen aus dem Inland	0 0	0	0

361 62	813	Übertrag aus dem Vorjahr	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0

54 Sondervermögen "Altlastensanierung"
54 30 Sonstige Pauschalierungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Titelgruppe(n)

61 Stadtsicherung Bitterfeld und Kraftwerkssiedlung

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 54 30 Titelgruppe 61.

*** Verpflichtungen, die in Folgejahren zu Ausgaben führen, dürfen eingegangen werden, wenn die Finanzierung aus dem Sondervermögen einschließlich des erforderlichen Kofinanzierungsanteils gesichert ist.

542 61	813	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
892 61	813	Ausgaben für Projekte	2.410.000 1.176.466	2.100.000 0	2.100.000 0
919 61	813	Geldanlage	0 0	0 0	0 0
961 61	813	Übertrag in das Folgejahr	0 6.215.587	383.600 0	401.600 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			2.410.000	2.483.600 0	2.501.600 0

62 Sonstige Pauschalierungen

* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 54 30 Titelgruppe 62.

*** Verpflichtungen, die in Folgejahren zu Ausgaben führen, dürfen eingegangen werden, wenn die Finanzierung aus dem Sondervermögen einschließlich des erforderlichen Kofinanzierungsanteils gesichert ist.

542 62	813	Umsatzsteuer	0 0	0 0	0 0
892 62	813	Ausgaben für Projekte	0 0	0 0	0 0
919 62	813	Geldanlage	0 0	0 0	0 0
961 62	813	Übertrag in das Folgejahr	0 0	0 0	0 0
Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0 0	0 0

54 **Sondervermögen "Altlastensanierung"**
54 30 **Sonstige Pauschalierungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	922.000	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	1.488.000	2.483.600	2.501.600
Gesamteinnahme		2.410.000	2.483.600	2.501.600

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.410.000	2.100.000	2.100.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	383.600	401.600
Gesamtausgabe		2.410.000	2.483.600	2.501.600
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2025 und 2026

Wirtschaftsplan 55

Sondervermögen “Pensionsfonds“

55 Sondervermögen "Pensionsfonds"

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
55 01	Sondervermögen "Pensionsfonds"			325.213.000		325.213.000	
	Summe 2025			325.213.000		325.213.000	
	Summe 2024			291.914.600		291.914.600	
	2025 mehr(+) / weniger(-)			+33.298.400		+33.298.400	

und Verpflichtungsermächtigungen 2025

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
				325.213.000	325.213.000	0	0	55 01
				325.213.000	325.213.000	0	0	
				291.914.600	291.914.600	0	0	
				+33.298.400	+33.298.400	0	0	

55 Sondervermögen "Pensionsfonds"

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
55 01	Sondervermögen "Pensionsfonds"			356.903.700		356.903.700	
	Summe 2026			356.903.700		356.903.700	
	Summe 2025			325.213.000		325.213.000	
	2026 mehr(+) / weniger(-)			+31.690.700		+31.690.700	

und Verpflichtungsermächtigungen 2026

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamt- einnahmen - Gesamt- ausgaben)	Ver- pflichtungs- ermäch- tigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
				356.903.700	356.903.700	0	0	55 01
				356.903.700	356.903.700	0	0	
				325.213.000	325.213.000	0	0	
				+31.690.700	+31.690.700	0	0	

55 Sondervermögen "Pensionsfonds"
55 01 Sondervermögen "Pensionsfonds"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

*** Die Ausgaben des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig und dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen des Kapitels geleistet werden.

Erläuterungen:

Das Sondervermögen "Pensionsfonds" wurde mit dem Gesetz über das Sondervermögen "Pensionsfonds für die Versorgung und Beihilfen der Versorgungsempfänger des Landes Sachsen-Anhalt" (Pensionsfondsgesetz) vom 6. Dezember 2006 errichtet. Es wird als Rücklage aus regelmäßigen Zuführungen, Sonderzuführungen des Landes sowie der in § 1 Abs. 2 des Pensionsfondsgesetzes genannten Dienstherren und den daraus erzielten Erträgen gebildet.

Das Sondervermögen dient zur Vorsorge für künftige Pensionslasten und kann zur teilweisen Deckung von Versorgungsansprüchen gem. § 1 Abs. 1 Satz 2 und zur Deckung von Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag und dem Versorgungslastenteilungsgesetz Sachsen-Anhalt herangezogen werden.

Die Zuführungen aus dem Landeshaushalt (Einzelplan 13 Kapitel 1350) sind als Einnahmen bei den Titeln 232 02, 232 03, 232 04, 232 05, 232 06 und 232 07 des Pensionsfonds veranschlagt.

Die Einnahmen bei Titel 232 01 sind als Ausgaben bei den Titeln 916 13 der einzelnen Einzelpläne und dem Titel 916 12 im Kapitel 1302 veranschlagt.

Das Sondervermögen wird gemäß § 4 Abs. 1 des Pensionsfondsgesetzes durch das Ministerium der Finanzen verwaltet.

Die Gelder werden einschließlich der Erträge im Rahmen des Gesamtkonzeptes zur Geldanlage der Sondervermögen in Investmentfonds angelegt. Aufwendungen, die durch die Vermögensverwaltung entstehen, werden aus erwirtschafteten Erträgen beglichen und verrechnet.

Der Gesamtbestand des Sondervermögens zum 31.12.2023 betrug 2.113.612.290,22 Euro.

Einnahmen

162 01	813	Zinseinnahmen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

In diesem Titel sollen kurzfristige Zinserträge, die aus der Anlage der Zuführungen aus dem Landeshaushalt bis zum Übertrag an die Fondsgesellschaft resultieren, vereinnahmt werden können.

182 01	813	Rückflüsse aus Anlagen	0	0	0
			0		

232 01	813	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gem. § 5 Abs. 2 Pensionsfondsgesetz	257.103.000 223.737.963	285.098.300	311.496.400

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der Zuführungen für Beamte, deren Ansprüche auf einem nach dem 31.12.2006 begründeten Dienstverhältnis beruhen, erfolgt in Höhe der Ausgaben bei den Titeln 916 13 und den entsprechenden Titeln in Titelgruppen der jeweiligen Einzelpläne und dem Titel 916 12 im Kapitel 1302.

232 02	813	Zuführungen aus dem Landeshaushalt von Landesbetrieben gem. § 5 Abs. 3 Nr. 1 Pensionsfondsgesetz	9.004.300 8.729.652	9.162.300	9.455.200

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der Zuführungen von den Landesbetrieben erfolgt in Höhe der Ausgaben bei Kapitel 1350 Titel 916 11.

232 03	813	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gem. § 5 Abs. 2 Pensionsfondsgesetz aus den Produkthaushalten MJ	24.907.300 20.443.664	30.052.400	35.052.100

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der Zuführungen aus den Produkthaushalten des MJ (Kapitel 1120, 1130 und 1140) erfolgt in Höhe der Ausgaben bei Kapitel 1350 Titel 916 14.

55 Sondervermögen "Pensionsfonds"
55 01 Sondervermögen "Pensionsfonds"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

232 04	813	Sonstige Zuführungen aus dem Landeshaushalt	0 21.000.000	0	0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der Zuführungen erfolgt in Höhe der Ausgaben bei Kapitel 1350 Titel 916 16.

232 05	813	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gem. § 5 Abs. 3 Nr. 3 Pensionsfondsgesetz	0 0	0	0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der Sonderzuführungen nach Maßgabe des Landeshaushaltes erfolgt in Höhe der Ausgaben bei Kapitel 1350 Titel 916 12.

232 06	813	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gem. § 5 Abs. 5 Pensionsfondsgesetz	900.000 1.003.637	900.000	900.000

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der Zuführungen für beurlaubte Beamte erfolgt in Höhe der Ausgaben bei Kapitel 1350 Titel 916 15.

232 07	813	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gem. § 5 Abs. 3 Nr. 2 Pensionsfondsgesetz	0 4.206.290	0	0

Erläuterungen:

Die Veranschlagung der Zuführungen im Zusammenhang mit dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag und dem Versorgungslastenteilungsgesetz Sachsen-Anhalt erfolgt in Höhe der Ausgaben bei Kapitel 1350 Titel 916 61.

361 01	813	Übertrag aus dem Vorjahr	0 211.293	0	0

Erläuterungen:

Zuführung von Einnahmen, die bei Titel 961 01 ins Folgejahr übertragen wurden.

55 Sondervermögen "Pensionsfonds"
55 01 Sondervermögen "Pensionsfonds"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Ausgaben

632 01	813	Entnahme von Mitteln für den Landeshaushalt gem. § 1 Satz 3 i. V. m. § 6 Abs. 3 Pensionsfondsgesetz	0	0	0
			0	0	0

*** Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der
Istausgaben bei Kapitel 1350 Titel 631 61, 632 61 und 633 61.

Erläuterungen:

Entnahmen aus dem Sondervermögen für Aufwendungen des Landes im Zusammenhang mit dem Versorgungslastenteilungs-
Staatsvertrag und dem Versorgungslastenteilungsgesetz Sachsen-Anhalt.

919 01	813	Geldanlage	291.914.600	325.213.000	356.903.700
			207.348.675	0	0

Erläuterungen:

Zahlungen aus dem Sondervermögen gem. § 5 Abs. 6 Pensionsfondsgesetz.

961 01	813	Übertrag in das Folgejahr	0	0	0
			71.983.823	0	0

Erläuterungen:

Zuführung an Titel 361 01 des Folgejahres.

55 Sondervermögen "Pensionsfonds"
55 01 Sondervermögen "Pensionsfonds"

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2024 Ist 2023	Ansatz 2025 VE 2025	Ansatz 2026 VE 2026
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	291.914.600	325.213.000	356.903.700
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			
Gesamteinnahme		291.914.600	325.213.000	356.903.700

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	291.914.600	325.213.000	356.903.700
Gesamtausgabe		291.914.600	325.213.000	356.903.700
Gesamtsumme der VE			0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0